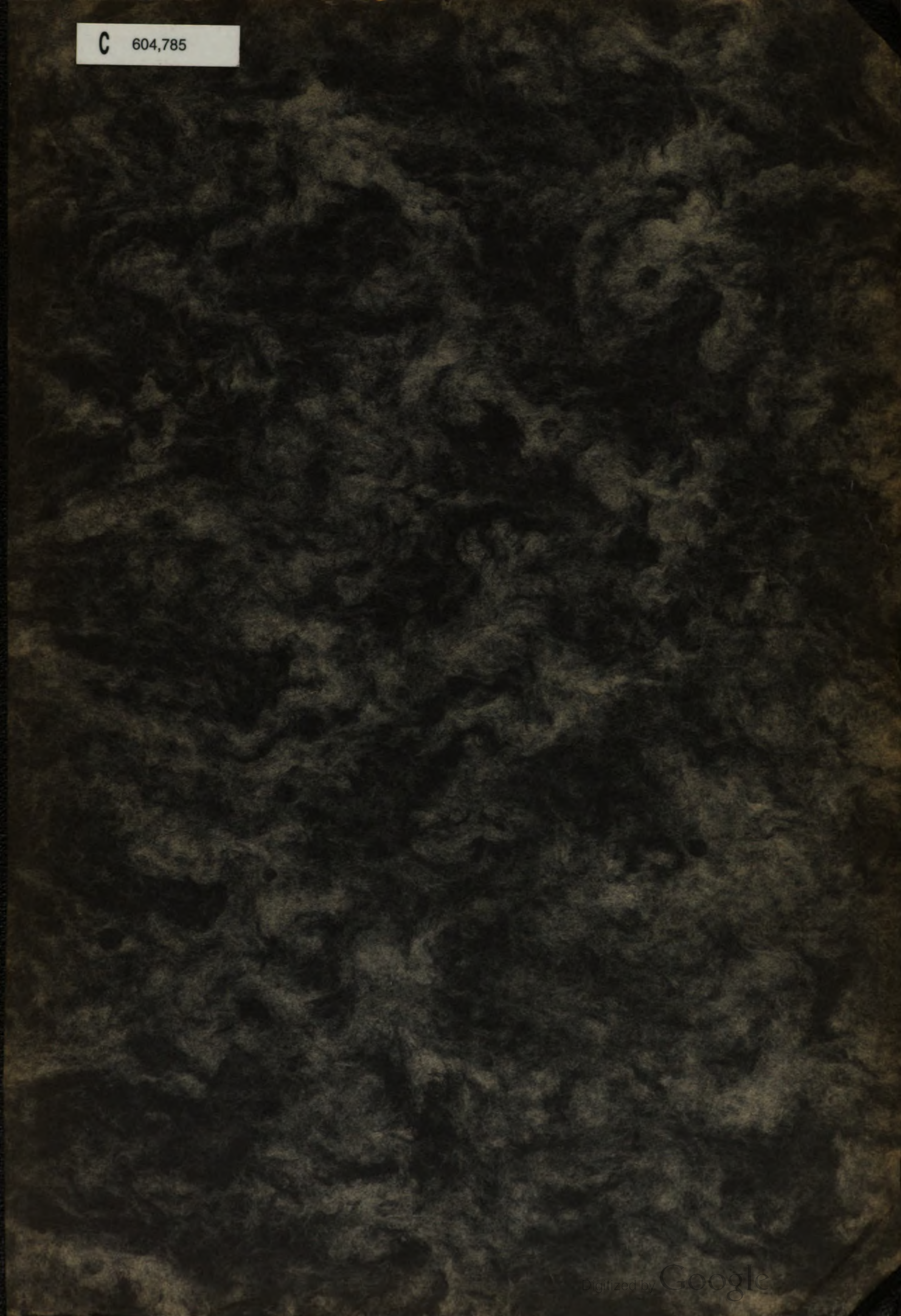

Google




Digitized by Google







Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen

XVII. Jahrgang

1920

Inhaltverzeichnis 1920.

I. Politisches, Volkswirtschaftliches und Soziales.

Seite

II. Religiöses und Konfessionelles.

III. Schulfragen, Pädagogisches.

IV. Allgemeine Kulturfragen.

V. Sittlichkeitsfragen.

VI. Wissenschaft und Kunst.

VII. Literatur.

VIII. Feuilletonistisches, Skizzen.

IX. Poesie.

X. Bühnen- und Musikrundschau.

XI. Finanz- und Handelsrundschau.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 8.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 1. München, 3. Januar 1920. XVII. Jahrgang.

Gewissenserforschung zur Jahreswende.

(Entwicklungen und Aufgaben im in- und ausländischen Katholizismus.)

Von Dr. Joseph Eberle, Wien.

Unsere Zeit ist einzig groß — wenn die Tragweite und der Reichtum des Geschehens bedacht wird. Was sonst Jahrhunderte ausfüllt, scheint nun in Jahre und Monate zusammengedrängt. Die ganze Welt in Gärung. Ein Krieg, gegenüber dem alle vorangehenden Idyllen. Riesensiege und Riesenniederlagen. Die Aufrichtung neuer Reiche und die Zertrümmerung alter. Revolutionen und Hungersnöte, Umwertung aller Werte in kultureller Hinsicht. Was einst in Geschichtsbüchern Gymnasiasten und Grauhaarige als ferne verklungene Sache aufjauchzen ließ oder mit Schrecken erfüllte — nun ists in unendlich vergrößertem Maßstabe Wirklichkeit. 480 vor Christus, 146 vor Christus, 4.—6. Jahrhundert nach Christus, 1517, 1588, 1648, 1789—96, 1805, 1848 — alles auf einmal zusammen und alles vergrößert. Der Weltkrieg schüttelt und rüttelt in Europa Menschenmassen durcheinander, wie einstens die Völkerwanderung. Die Amerikaner betrachten ihr Eingreifen in Europa als eine Art neuen Kreuzzug. In Ludendorff und Hindenburg, Foch und Joffre hat die Gegenwart Feldherren wie Hannibal, Cäsar, Wallenstein, Napoleon. Im Weltkrieg opfert sich mehr als einmal ein Leonidas bei einem Thermopylae und mehr als einmal werden die Leonidasnaturen von Ephialtesunnaturen verraten. Zu Ende des Weltkrieges steht Lloyd George da wie Scipio Afrikanus vor dem niedergerungenen Karthago; und Clemenceau gefällt sich in der Cäsarenmaske Ludwigs XIV., nur daß er nicht l'état, sondern l'Europe c'est moi zu sagen scheint. So wie Luther und Lutheraner einstens der römischen Kirche trotzten, so trotzen jetzt offen wie nie die Marxisten und Plutokraten der christlichen Zivilisation; und so wie es einstens hieß cuius regio eius religio, so wird jetzt dekretiert cuius lingua eius civitas. Kaiser und Könige werden verjagt, der Adel wird abgeschafft, der vierte Stand errichtet Barrikaden und liefert Straßenkämpfe. Wie schon im alten Griechenland weiseste und verdienteste Patrioten: Aristides, Kimon, Themistokles, immer wieder geächtet wurden oder gar wie Sokrates den Schierlingsbecher leeren mußten, so wird auch jetzt durch verleumderische Enthüllungsliteratur und Untersuchungsausschüsse, denen Kohns präsidieren, verdienten Helden und Staatsmännern Schimpf und Schande angetan. In den Ententestaaten werden Siegesfeste gefeiert, wie nur je nach weltgeschichtlichen Triumphen im alten Rom oder im Paris Napoleons, im England Nelsons. Bei den Unterlegenen gibt es Not und Trauer wie nach dem Dreißigjährigen Kriege. In Wien können die Menschen die Klagelieder des Propheten Jeremias nach Jerusalems Eroberung nachsprechen — so nachsprechen, als ob sie erst jetzt und direkt für Wiens Schicksal gedichtet worden wären: „Wie sitzet so einsam die Stadt, die einst so volkreiche; wie eine Witwe ist die Gebieterin der Völker geworden; die Fürstin unter den Ländern ist dienstbar geworden. Sie weint des Nachts ohne Aufhören und ihre Tränen fließen über ihre Wangen; ihre Freunde sind ihr zu Feinden geworden. Die Wege nach Sion trauern, weil niemand zum Feste wallt; ihre Priester seufzen, ihre Jungfrauen härmen sich ab und sie selbst ist von Gram überwältigt. Ihre Fürsten sind Widdern gleich geworden, die keine Weide finden und gehen kraftlos vor dem Verfolger her ... Es klebt des Säuglings Zunge vor Durst am Gaumen, die Kindlein heischen Brot und niemand ist, der es ihnen breche. Die sonst Leckerbissen aßen, verschmachten auf den Gassen; die man in Scharlach hegte, umklammern den Schmutz. Heller als Schnee strahlten ihre Auserwählten, weißer als Milch, rötlicher schimmernd als altes Elfenbein, schöner als Saphir. Nun ist ihr Aussehen schwärzer geworden als Kohlen und man erkennt sie nicht auf den Straßen, ihre Haut klebt an ihrem Gebein, sie ist ausgedörrt und wie Holz geworden ... Unser Erbe ist Fremden zuteil geworden, unsere Häuser Ausländern. Unser Wasser trinken wir um Geld; unser Holz müssen wir um Zahlung erwerben. Knechte haben Gewalt über uns erlangt, niemand rettet uns aus ihrer Hand. Das Antlitz der Aeltesten wird nicht geachtet."

* * *

Große Zeiten verlangen große Menschen und zumal große Katholiken. Können wir Katholiken der Mittelmächte bei der Gewissenserforschung, die uns die Jahreswende auferlegt, bestehen? Sind wir aufgescheucht aus der Lässigkeit der Friedenstage? Sind wir uns, in den Jahren schwerster Heimsuchung so wie Job bewußt, daß Leiden nicht nur geschickt werden als Gelegenheit zur Sühne, sondern auch als Mittel der Erprobung und Bewährung? Sind wir durch die Stürme der Zeit emporgerissen zur Betrachtung und Wertung alles Geschehens sub specie aeternitatis? Sicher ist Europa voll stiller Helden des Duldens. Aber wir sehnen uns auch nach großen hinreißenden Gestalten des öffentlichen Lebens. In der Zeit, wo Auflösung aller Ordnungen und Autoritäten; in der Zeit, wo die Versuchungen und Verführungen der Außenwelt größer als je; in der Zeit, wo von allen Plakatwänden und in allen Kinos und Theatern die Dämonen rufen; in der Zeit, wo der Diebstahl aus Raffsucht in Börse und Handel auf der Tagesordnung, und wo der Diebstahl aus Not durch die Verhältnisse entschuldigt zu werden scheint; in der Zeit, wo Diplomaten alle Gesetze der Geschichte, der Natur, der Religion verleugnen; in der Zeit, wo verrückteste Modeschwätzer auf der Straße Triumphe feiern — in dieser Zeit ist der Anschauungsunterricht großer Ueberwinder, großer Entsager, großer Neinsager zur Mode, großer Christen von größter Bedeutung. Exempla trahunt.

Unsere Zeit ruft nach großen Priestern. Nach Gestalten, die inmitten der Politiker des Scheins, des Verrates, des Treubruchs, der Eigensucht im Namen des Dekalogs mit jenem Freimut und sittlichen Ernst reden, wie einstens die Propheten des Alten Testamentes inmitten der Politiker ihrer Tage. Unsere Zeit ruft nach Priestern, die mit Schiebern, Wucherern, Ausbeutern so vor aller Oeffentlichkeit ins Gericht gehen, wie ein Gregor von Nazianz, Basilius, Ambrosius. Unsere Zeit ruft nach Priestern, die inmitten der Modeirrtümer die ewigen Wahrheiten vertreten mit der Geisteskraft eines Augustinus, mit der Inbrunst eines Franziskus, mit dem Missionsdrang eines Ignatius, mit der Opferkraft eines Vinzenz von Paul, mit der Sprachgewalt eines Dante und Calderon. Große Männer sind Gnadengeschenke der Vorsehung; Gnaden müssen erbetet werden; um recht erbetet zu werden, muß das Große recht erkannt sein.

Wir leben inmitten von Kulturkämpfen, die auch das Kirchengut bedrohen. Sind die Verwalter des Kirchengutes ganz auf der Höhe? Vordem mußten Gold und Silber umgeschmolzen werden in Waffen für den physischen Krieg; jetzt gilt es, die Reste von Gold und Silber umzuschmelzen in Waffen für die Geisterschlacht. Die Arbeiten von Aposteln der Presse und Literatur, der Kunst und Wissenschaft, der Schule und Volksorganisation sind jetzt wichtiger als Bildergalerien, Tabakdosensammlungen, prunkvolle Gebäuderenovationen, wertvolle Hand-

schriften. Werden sie von den Verwaltern des Kirchengutes als wichtiger empfunden? Im alten Staat belasteten schwäbische Klöster ihren Besitz bis zu fünf Sechsteln mit Hypotheken; so waren sie gegen Säkularisierung sicher und sind sie heute gegen Sozialisierung sicher. Wird es bei uns auch so gemacht oder herrscht eine Politik, die im gegebenen Augenblick Riesenwerte schuldenfrei in die Hand von Masaryks und Bela Kuns übergehen läßt?

Unsere Zeit ruft nach großem Adel. Keine normale Gesellschaft ohne Adel! Aber Titel und wirtschaftliche Macht des Adels legen auch ungeheure Pflichten auf. Die Aufgabe des Adels ist Vorkämpfertum für die christlichen Ideale im öffentlichen Leben, ist großzügiges Mäzenatentum im Dienste dieser Ideale. Ein Aristokrat, der weiter nichts ist, als ein tüchtig wirtschaftender Großgrundbesitzer oder gar nur ein Prasser in fashionablen Badeorten, führt seinen Titel zu Unrecht und wird mit Recht in seinem Besitz verkürzt. Ohne Erfüllung von Vorpflichten keine auch nur wirtschaftlichen Vorrechte. Die Aristokraten sind die gegebenen Hüter gesunder Tradition. „Nur still und ruhig — so werden die Revolutionsstürme mit am wenigsten persönlicher Schädigung über uns hinwegbrausen" — scheint jetzt das Motto gewisser Aristokraten. Aber nein — je mehr ängstlich-schweigende Untätigkeit, um so sicherer Expropriation, um so gewissere Ausschaltung, weil um so mehr Verachtung und Angriffslust auf der Gegenseite. Aristokraten, die auch jetzt noch nicht sehen, wie viel Uhr es geschlagen hat und wie viel sie zu tun und zu opfern haben, dürfen sich nicht wundern, wenn über kurz oder lang die Geschichte vernichtend über sie hinwegschreitet.

Können unsere christlichen Bürger, Bauern und Arbeiter bei der großen Gewissenserforschung zur Jahreswende bestehen? Sicher leben in ihrem Bereich viele Tugenden; aber so lange nicht christlicher Solidarismus sie so zusammenkettet, daß sie die gemeinsamen Interessen stärker empfinden als die Sonder-Standesinteressen, solange sie noch ein Ohr haben für die Mode-Schwätzer der Straße, die alles, was gestern war, beschimpfen, bloß weil es gestern war; solange sie sich als Christen noch von jüdischen Journalisten belehren, von jüdischen Politikern führen, von jüdischen Professoren belehren lassen, solange sind sie nicht auf der Höhe der Zeit und der Zeitaufgaben

* * *

Aber die große Gegenwart schreit nicht nur nach großen Menschen, nach großen Christen im Bereiche Mitteleuropas. Der ganze Weltkatholizismus ist in den Geburtsstunden einer neuen Welt aufgerufen zu ernstester Selbstbesinnung und höchster Kraftentfaltung. Und wenn ein Krieg zurückliegt und wenn Revolutionsstürme über die Länder brausen und wenn Hungersnöte herrschen — so bestehen für die Katholiken, gerade der Siegerstaaten, aber auch der Neutralen, solche Pflichten der Gerechtigkeit und Liebe, des gemeinsamen Ordnungsgedankens, daß es vielleicht keine wichtigeren Pflichten für sie gibt als diese. Ist diese Liebe, dieser Gerechtigkeitssinn im katholischen Ausland wirksam? Gewiß — wir Oesterreicher werden in den Wochen unserer Todesnot überschüttet mit Zeugnissen rührender Caritas. Kinderfürsorge, Geldsammlungen, Lebensmittelsendungen sprechen laut von herrlicher Nächstenliebe. Aber wir sehnen uns nicht nur nach Caritas, die für die Leiber sorgt; wir sehnen uns fast noch mehr nach Caritas für die Seelen. Wir sehnen uns nach jenem Christentum, das uns Gerechtigkeit gibt, das uns moralisch dort rehabilitiert, wo wir unschuldig sind, das für unsere weltpolitische Behandlung nicht Wolf- und Tigerrezepte duldet, sondern christliche Gesetze fordert. Erleben wir in dieser Hinsicht bislang nicht die bittersten Enttäuschungen?

Das Christentum versteht den Krieg; es rechtfertigt ihn als äußerstes Mittel zur Ahndung von Unrecht oder zur Selbsterhaltung. Aber jede Kriegführung über den billigen Zweck hinaus ist gegen das Christentum, weil schon gegen das Naturrecht. Thomas von Aquin fordert Mäßigung bei Ausnützung des errungenen Sieges. Die Entente begnügt sich nicht mit der Niederwerfung und Zerstückelung unseres alten Reiches; ihre Politik bedeutet Vernichtung. Wo ist, wenn nicht der faktische, so doch der moralische Einspruch der Auslandskatholiken gegen solche Henkerpolitik?

Vom Standpunkt des Christentums läßt sich sogar der Belgiendurchzug Deutschlands rechtfertigen, als durch das Naturrecht erlaubtes Ausbrechen des durch einen Generalüberfall von allen Seiten in seiner Existenz schwerst Bedrohten über neutrales Gebiet; auch die weitestgehenden Requisitionen der Mittelmächte in den Okkupationsgebieten während des Krieges lassen sich vom Standpunkt des Christentums rechtfertigen. „Oft", schreibt der Theologe Prof. Schilling, „begegnen wir bei Thomas von Aquin dem Satze, daß es in höchster Not nicht verwehrt sein könne, sich zu nehmen, wessen man bedarf und das fremde Eigentumsrecht außer acht zu lassen; das höhere natürliche Recht gehe dem untergeordneten und abgeleiteten natürlichen Anspruch (auf das Eigentum) vor." „Das um seine Existenz ringende Volk darf, wenn keine andere Möglichkeit erkennbar ist, fremdes Eigentums- und Hoheitsrecht außer acht lassen; der Einwand, daß es sich hier um mehr als nur um Eigentumsrechte handle, erledigt sich damit, daß auf der andern Seite eben auch mehr auf dem Spiele steht als nur das Leben eines einzelnen." Rechtfertigt so der äußerste Notstand des Krieges schwerste Requisitionen, so verbietet der Sieg, ohne äußerste Not, Ausplünderung des Besiegten bis zur Vernichtung. Wir Oesterreicher aber werden restlos ausgeplündert. Nicht nur, daß wir 50 Milliarden Schulden tragen müssen; nicht nur, daß die Feinde das Recht sich nehmen, all unser in ihrem Bereich liegendes mobiles und immobiles Vermögen sich anzueignen; nicht nur, daß wir den Feinden von gestern unsere Eisenbahnen, Wasserkräfte, Staatsforste, Bergwerke, Staatsmonopole, zahlreiche kommunale Werte usw. verpfänden müssen — es wird auch unsere Valuta von außen so niedergedrückt, daß wir die eine Hälfte dessen, was noch verbleibt, zum Einkaufen der wichtigsten Lebensmittel hinopfern müssen; und daß es auf der andern Seite dem Auslandshandel ermöglicht wird, den andern uns noch verbleibenden Vermögensteil: Grundherrschaften, Schlösser, Hotels, Fabriken, Warenmagazine uns um einen Pappenstil abzunehmen. Wo sind die Auslandskatholiken, die im Namen der Liebe und Gerechtigkeit Einspruch erheben gegen solche Politik der Ausplünderung?

Nach dem Christentum gibt es gewisse Rechte und Verträge im Kriege, die selbst unter Feinden gegenseitig zu halten sind; die außerhalb erlaubter Kriegslisten stehen. Das Vertrauen zu Wilsons 14 Punkten erzwang indirekt das deutsche Friedensangebot. Ist die Verleugnung der 14 Punkte durch Wilson, als es darauf ankam, nicht ein ungeheuerlicher Frevel; die Verleugnung des Völkerbundes, mit dessen Propaganda die Gegner gelockt wurden, zuallererst durch Amerika selbst, nicht ein Verbrechen? Wo ist der Einspruch der Auslandskatholiken gegen dieses Verbrechen?

Das Christentum vermag den Krieg nicht zu hindern; aber es hat in seiner Blütezeit wenigstens gewisse Ideale der Ritterlichkeit entwickelt. Zu den Idealen der Ritterlichkeit gehören: nicht lügen, uneigennützig sein. Witwen und Waisen schützen, großmütig und feinfühlig sein. „Wie machts der Held? Vor der Schlacht hochherzig; ist sie gewonnen, barmherzig", sagt auch Goethe gelegentlich. Der Diktatfriede ist auf Lügen aufgebaut. Er ist verkörperte Habsucht; er ist Preisgabe von Witwen und Waisen ans nackteste Elend; er atmet kleinliche Rachsucht und Herzlosigkeit. Wo ist die Empörung der Auslandskatholiken über die Politik der absoluten Unritterlichkeit?

Der Vernichtungsfriede der Entente ist auf die Lüge von unserer Alleinschuld am Kriege, unserem ausschließlichen Unrecht, das Sühne erheischte, aufgebaut. Aber ist es denkbar, daß im Auslande tiefere Katholiken die tiefere Weltkriegsschuld nicht ebenso als allgemeine anerkennen, wie es deutsche Katholiken längst tun? Die nicht wie Max Scheler reflektieren müßten: „Was den Krieg zu tiefst verursacht hat, war der Abfall des europäischen Kulturkreises vom Christentum: die nationalistischen Leidenschaften, ... der kapitalistische Geist der europäischen Bourgeoisien, ... das System gegenseitigen radikalen Mißtrauens und darauf gegründeten Rüstungsfiebers, wie es die wirkliche Politik der europäischen Staatenwelt bis zu Beginn des Krieges und selbst die Theorien von Staat und Gesellschaft beherrschte und noch beherrscht, ... die gottlose Frechheit der Rede des Imperialismus von der „Verteilung der Erdkugel", unbekümmert um die Solidarität Europas und unbekümmert um das Recht der außereuropäischen Völkerwelt auf Existenz." Ist es denkbar, daß tiefere Auslandskatholiken nicht auch zu klagen hätten, wie Max Scheler: „Die organische Unfähigkeit, sich über die ganze Sphäre des Nurpolitikers zu erheben und die europäische Lage, ja die Lage der Menschheit aus dem Sonnenblick des Christus-Logos zu sehen, ... ist kläglich und philisterhaft. Es gibt gar nichts, was so gewiß ist als dies, daß nur die europäische Gesamterhebung des Urteils und Geistes auf dieses Niveau, zu diesem Sonnenblick, daß nur

die klare Sicht auf die gegenseitig untrennbar ineinander geflochtene Gemeinschuld Europas, ja der ganzen Welt an diesem Kriege den Beginn jeglicher religiöser Erneuerung zu bilden vermag. Allen Menschen ist zuzurufen: Erhebet euch! Steiget auf den heiligen Berg eures Gewissens hinauf mit Hilfe Christi, von dessen sonnbeglänztem Gipfel ihr in das Gewirr der Gemeinschuld Europas hinabblicket, wie in ein Tal der Furchtbarkeit, der Sünde, der Tränen! Schauet es so, wie Moses die Juden tanzen sah um das goldene Kalb, still und von Gott noch trunken zu Tale schreitend, schauet Europa von eurem noch in das Gebet, in seinen Glanz und seine Demut eingetauchten Gewissensgipfel tanzen um seine lächerlichen stupiden Götzen. Nur wer nicht in seiner Seelentiefe mittanzt, aber es noch weiß, daß sein Leid im gleichen Rhythmus schwingt, kann den Tanz erblicken. Wer ihn tanzt in seinem Seelengrund, der erblickt ihn nicht. Wer pharisäisch nur die anderen tanzen sieht, der erblickt ihn nicht. Wer nicht seinen eigenen Schatten, seine eigene groteske Hülle und seine verzerrte Figur, wer sich nicht selbst in ihr mittanzen sieht, bewußt seiner eigenen Mitschuld, der sieht ihn nicht." ... Und doch — wo ist dieses Reflektieren und Sichselbstanklagen der Auslandskatholiken? Und wo sind die entsprechenden Folgerungen aus dem Reflektieren und dem Mea culpa?

* * *

Habt Dank, Auslandskatholiken, für Eure Caritas, für Eure Kinderfürsorge, Eure Lebensmittelsendungen. Aber wir wollen mehr. Wir wollen Gerechtigkeit. Wir wollen als Christen mit Christenrechten und Christenansprüchen anerkannt sein; anerkannt sein nicht nur in Eurem stillen Herzenskämmerlein, sondern auch in Eurer Presse und Literatur, in Eurer praktischen Parlamentspolitik. Die Sieger machten uns zu Sklaven, behandelten uns wie Neger. So wie einstens die Christen im Circus Maximus des heidnischen Rom den Löwen vorgeworfen wurden, so sind wir — will es uns scheinen — den Finanzhyänen der freimaurerisch-jüdischen Weltplutokratie zum Fraß hingeworfen. In den Hoflogen des neuen Pariser Circus Maximus sitzen Lloyd George, Clemenceau, Foch, Sonnino, Mattui usw. Könnt Ihr Auslandskatholiken, wenn Ihr schon nicht Beifall spendet, so doch untätig auf den Zuschauerrängen zusehen? Treibt Euch das Gewissen nicht nieder in die Arena an die Seite der bedrohten Brüder in Christus, der gesagt: Daran wird man erkennen, daß Ihr meine Jünger seid, daß Ihr einander liebet? Heißt Euch das Gewissen nicht den Kampf aufnehmen gegen die Lloyd George und Clemenceau? Hier gibt's keine Neutralität, kein Prinzip der Nichtintervention. Der Syllabus Pius IX. verwirft schon die politische, um so mehr die moralische Nichtintervention, wo es sich um den ungerechten Angriff einer Regierung gegen eine andere handelt; scheine doch damit gleichsam eine gewisse Straflosigkeit und Lizenz zum Angriff und zum Raube fremder Rechte, fremden Eigentums, fremder Herrschaft gegen göttliche und menschliche Gesetze sanktioniert.

Der einzige Trost in trübsten Zeiten ist die Hoffnung auf das Erwachen des Weltkatholizismus. Alles andere versagt; die Kirche muß wieder einmal der Arche gleich die Menschheit vor der Sintflut retten. Große Zeiten schreien nach großen Menschen. Auslandskatholiken, wir rechnen auf Eure Größe! Wir rechnen auf zeitentsprechendes Reden und Handeln nicht nur Eurer Hierarchen, auch Eurer Crispolti und Miglioli, Eurer Maura und Raysbroek, Eurer Python und Baumberger. Auf der Tagesordnung steht: Revision von Versailles und Saint Germain im Namen des Naturrechtes und des göttlichen Rechtes. Zum Thema erwarten wir aus Eurer Mitte Stimmen, die machtberauschten Staatslenkern zurufen wie einst Jeremias: „Wehe dem, der sein Haus mit Ungerechtigkeit baut und seine Gemächer mit Unrecht, der seinen Nächsten ohne Bezahlung belastet und ihm seinen Lohn vorenthält — wie man einen Esel begräbt, so wird er begraben werden, verwesen und hinausgeworfen vor die Tore Jerusalems." Auslandskatholiken, wir rechnen auf Euch! Die große Zeit schreit nach Größe. Der Weltkatholizismus wird groß sein, wenn er auf gewaltigster Zeitenwende sich erhebt über völkischen Chauvinismus und Imperialismus; wenn er sich befreit von den Hypnosen der völkisch-kapitalistischen Presse; wenn er sich ganz an seine ewigen Werte stellt; wenn seine Glieder sich nicht mehr zur Freude und zum Nutzen Dritter gegenseitig unchristlich befehden, sondern wenn sie auf der Basis der Gerechtigkeit und Liebe verbrüdert, gemeinsam Christus preisen und Antichristen wehren.

Neujahr.

Was wirst du nehmen oder geben,
Du ernster Gast am Janustor?
Wirst du zerschmettern, wirst du heben?
Schenkst Szepter oder Essigrohr?

Du grosser Fremder — Botengänger
Des Schicksals — bist du Sonnenkind?
Bist du des Sturmes wilder Sänger
Wir harren stumm und zukunftsblind.

Dein Antlitz hüllen Gottes Schleier
Barmherzig ein, doch deine Macht
Steht über unsrer Tage Feier
Und ob den Schmerzen unsrer Nacht.

Du greifst so stark nach unsren Händen
Du sprichst von Glauben und Vertraun,
Von neuem Hoffen, sel'gem Wenden,
Vom Schaffen und vom Neuerbau'n.

Und doch — du trägst, um tief zu graben —
Die Schaufel. — Unser Herz versteht,
Dass wir schon viel verloren haben
Und dass dein Weg durch Gräber geht.

M. Herbert.

Am Meilenstein 1920.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Hangen und Bangen in schwebender Pein! Dieser Seufzer von Goethe wäre eine Signatur für das verflossene Jahr 1919, wenn man recht schonend sich aussprechen will. In Wirklichkeit war es ein entsetzliches Jahr voller Jammer, Elend, Angst und Not, das an die letzte Widerstandskraft in den menschlichen Leibern und Seelen die gefährlichsten Ansprüche stellte. Zwölf Monate lang mußten wir am Rande des Abgrundes unter drohenden Lawinen dahinkraxeln. Bei dem Rückblick muß das deutsche Volk sich noch dankbar verwundern, daß es überhaupt noch lebt und ein Reich bildet.

Nach der Niederlage und der Revolution vom Herbst 1918 gerieten wir in die Zange des Foch'schen Waffenstillstandes und unter den Hammer des Bürgerkrieges. In der Zange stecken wir augenblicklich noch; denn der Friedensvertrag, den wir vor einem halben Jahre auf Befehl unterzeichneten, ist zu Weihnachten noch nicht in Kraft gesetzt, und während wir dem Unglücksjahre seinen Nekrolog schreiben, werden neue Weiterungen wegen der Erpressung für Scapa Flow gemeldet, so daß auch der Sylvesterfriede wieder fraglich erscheint. Ueber die Klippen und Strudel der Bürgerkriege sind wir freilich mit einiger Havarie hinweggekommen, und insoferne haben wir heuer einen Vorteil vor der letzten Jahreswende, die uns gerade in der Weihnachtswoche kritische Kämpfe in Berlin brachte. Anderseits hatten wir damals noch frischere Hoffnung. Alle Welt rechnete nämlich darauf, daß der Waffenstillstand nur ein kurzfristiger Lückenbüßer sei und bald ein erträglicher Friede nach Wilson'schen Richtlinien neues Leben aus den Weltruinen wachsen lassen werde. Da kam die grausame Enttäuschung, die uns 1919 brachte: die unerhörte Schärfe des Haß- und Rachefriedens und die endlose Verschleppung des Abschlusses. Jetzt wird es uns schwerer, im Hoffen zu verharren, und wir müssen doch hoffen und streben, um nicht ganz zu versinken.

Zum Jahreswechsel pflegen die Tagesblätter die Liste der hervorragenden Verstorbenen zu veröffentlichen. Wenn wir nicht bloß die physisch Gestorbenen, sondern auch die moralischen und politischen Opfer des Jahres 1919 aufzählen wollen, so muß Herr Woodrow Wilson obenan stehen. Er lebt noch und wir wünschen ihm ehrlich volle Genesung von seiner Krankheit. Aber als Weltordner und Völkerfriedensstifter ist er zusammengebrochen und abgetan. Im Herbst 1918 stand er noch stolz und stark da wie Atlas, der die Erdkugel auf den breiten Schultern trägt. Und jetzt? In Washington sitzt ein Greis,

der sich nicht zu helfen weiß. Der nicht einmal mit seinen eigenen Senatoren fertig werden kann, und über den die bisherigen Bundesgenossen kaltlächelnd zur Tagesordnung übergehen. Die Entthronung des ehemaligen arbiter mundi darf bei uns keine Schadenfreude auslösen; denn Wilson war der Stab, auf den wir bei unserem Falle uns zu stützen suchten, und sein Zusammenbruch gewährt dem grimmigsten und gierigsten von unseren Feinden freien Spielraum. Es gereicht zu unserem Nachteil, wenn die Skeptiker recht behalten, die Herrn Wilson für einen effekthaschenden Schauspieler hielten, aber nicht für einen starken und gewissenhaften Staatsmann. Er hätte als Opfer einer Schicksalstragödie auch im Scheitern noch Ruhm bewahren können. Als Opfer der schwächlichen Nachgiebigkeit und kläglichen Selbstverleugnung verschwindet er sang- und klanglos in der Rumpelkammer der Weltgeschichte. Gewogen und viel zu leicht befunden.

Man muß ja zugestehen, daß es eine Riesenaufgabe war, die den Siegern zufiel, als sie die aus den Fugen gegangene Welt wieder einrenken sollten. Doch beim besten Willen kann man nicht sagen, daß sie in dem langen Jahre etwas Großes geleistet hätten. Wenig Vernunft und viel zu viel Leidenschaft. Rachsucht und Beutegier, engherziger Neid und blasse Furcht haben den Blick getrübt und die Hand fehlgeleitet. Im Schweiße des Angesichts fabrizierte man einen dickleibigen „Friedensvertrag“ mit Deutschland, der den Stempel der Undurchführbarkeit schon an der Stirn trug. Der Grundfehler war, daß man in dem einen Paragraphen riesige Leistungen vom Besiegten verlangte, und in anderen Paragraphen „vorsichtshalber“ den Schuldner leistungsunfähig machte. Diese Mißgriffe wurden noch verschlimmert durch die nachträglichen Schikanen: Drohnoten über Drohnoten, Zurückhaltung der Gefangenen, Erpressungen über den Friedensvertrag hinaus, Versuch der Aufrechterhaltung der Zwangsmaßregeln aus dem Waffenstillstand auch nach dem Friedensschlusse usw. So hat es der Oberste Rat mit all seinem Raten und Schreiben dahin gebracht, daß nach Ablauf eines vollen Jahres noch nicht einmal der Friede mit Deutschland fertig ist. In Deutsch-Oesterreich und überhaupt auf den Trümmern der habsburgischen Monarchie sieht es noch schlimmer aus. Und erst im russischen Osten? Da stehen die siegreichen Herren der Welt auch heute noch der bolschewistischen Greuelwirtschaft rat- und hilflos gegenüber.

Während die weltpolitischen Aufgaben in der Schwebe bleiben, wachsen die innerpolitischen Sorgen und Gefahren auch in den „siegreichen“ Ländern bedenklich an. Nicht bloß Wilson hat mit seinen eigenen Landsleuten schwer zu ringen. Italien befindet sich bereits in einer schweren Krisis, in England gährt es an verschiedenen Stellen, und in Frankreich wird der Siegesrausch, der die letzten Wahlen bestimmte, bald verflogen sein unter dem Eindruck der Kohlennot und der sonstigen wirtschaftlichen Bedrängnisse des erschöpften Landes. Die selbstbewußten Machthaber oder ihre Nachfolger werden allmählich einsehen, daß es doch besser gewesen wäre, wenn sie schnell einen gemäßigten Frieden abgeschlossen und sich dann mit ganzer Kraft ihren eigenen Aufgaben gewidmet hätten.

Jetzt sind sie noch auf geraume Zeit zur weltpolitischen Sisyphusarbeit gezwungen. Denn abgesehen von den fortbestehenden Wirren im Osten und Süden stellt die Ausführung des allzu peinlichen Friedensvertrages mit Deutschland an die englischen und französischen Staatsmänner sehr viele und sehr mühselige Anforderungen. Dazu gehört auch der Kaiserprozeß und die sonstige Verfolgung der angeblich schuldigen Deutschen. Diese Prozedur wird dem Jahre 1920 einen häßlichen Stempel aufdrücken und wahrscheinlich werden die Machthaber selber die Rute zu spüren bekommen, die sie in blindem Eifer für die Gegner gebunden hatten.

Die Weltlage sieht also beim Jahreswechsel immer noch trostlos aus. Und wie hat sich unser Vaterland im Jahre 1919 entwickelt?

Der Rückblick ist erschreckend, wenn wir all die überstandenen Gefahren wieder ins Auge fassen: diese Reihe von Straßenkämpfen und Mordtaten in Berlin, in München und anderen Städten, diese zahllosen Streiks, diese ewige Unsicherheit, die Zunahme der Verbrechen und der Ausschweifungen, die religiöse und sittliche Schwindsucht in weiten Volkskreisen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß nicht allein zur vorigen Jahreswende, sondern noch mehrfach im Laufe der Monate die Zukunft Deutschlands auf der Klippe stand und nur eine Handbreit uns von dem Abgrund des Bolschewismus trennte. Die bitteren Kämpfe und Krämpfe sind doch so weit überwunden worden, daß die Nation noch das Leben gerettet hat und die Möglichkeit der Genesung.

Niederlage und Revolution haben Vieles und Hochwertiges zerstört; aber das Deutsche Reich ist doch bestehen geblieben (freilich unter beklagenswerter Amputation). Das habsburgische Reich ging in Trümmer mit dem Fall der Dynastie und des Heeres. Das Deutsche Reich nicht, weil das Nationalbewußtsein auch nach der „sozialen Revolution“ triebkräftig blieb.

Ein lichter Tag in dem dunklen Jahre 1919 war der Wahltag im Januar. Das Ergebnis war freilich nicht absolut gut, aber relativ gut, da es die Alleinherrschaft der beiden sozialistischen Parteien verhinderte und dem anscheinend ganz in die Ecke gedrückten Bürgertum wieder Einfluß auf die Entwicklung gab.

Die Wahl führte zur Koalition. Wer findet daran reines Wohlgefallen? Wohl niemand. Aber wenn die Schiffbrüchigen einen Rettungskahn erwischen, so fällt der Mangel an Schönheit und Bequemlichkeit nicht ins Gewicht. Auch an der gemischten Gesellschaft darf man in der Not keinen Anstoß nehmen.

Bei allem grundsätzlichen Gegensatz zur sozialistischen Partei müssen wir doch der Gerechtigkeit halber anerkennen, daß die Mehrheitssozialisten in der Nationalversammlung in diesem schweren Jahre viel politische Einsicht, Treue und Tapferkeit bewiesen haben. Ohne die ständige Mitwirkung dieser Massenpartei wäre es in der Tat nicht möglich geworden, die Nebenrevolution, den Zusammenbruch der Ordnung und den Sturz ins russische Elend zu verhindern. Dabei muß man berücksichtigen, daß es angesichts der Hetze der von Rußland gefütterten Unabhängigen und bei der erwachten Begehrlichkeit in weiten Arbeiterkreisen für die „Noske-Partei“ schwer war, bei der Stange der Mäßigung und der Koalition zu bleiben.

Diesen Sylvesterdank möchten wir aber beschränken auf die Partei in der Nationalversammlung und deren Vertreter im Reichskabinett. In der preußischen Landesversammlung haben die entsprechenden Genossen und Minister weniger nationalen Sinn und weniger Selbstzucht gezeigt. In dem umgewälzten Preußen ist noch viel zu viel von dem alten Preußengeist steckengeblieben. Das Einigungswerk ist von Berlin aus mehr erschwert worden, als von jenseits der Mainlinie. Daß die Entwicklung zum Einheitsstaate viel Bedenken und Widerstände erregt, ist natürlich und ebenso berechtigt, wie die Bremse am rollenden Wagen. Aber es ist weder notwendig noch gut, wenn das Sonderinteresse des kunstvoll gebildeten preußischen Staates so in den Vordergrund geschoben wird, daß die anderen Länder das abschreckende Gefühl haben, die Reichseinheit werde in ein vergrößertes Preußen auslaufen.

Zu den traurigen Erscheinungen von 1919 gehören auch die Ansätze zum Kulturkampfe, die sich Preußen und einige andere Einzelstaaten erlaubt haben trotz dem kulturpolitischen Kompromiß von Weimar. Was hilft uns die neue Reichsverfassung, wenn ihre Väter und Hüter nicht imstande sind, den inneren Frieden auf dem höchst empfindlichen Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik aufrechtzuerhalten?

Sorgen über Sorgen! Auch in Sachen der „Sozialisierung“, die zwar verlangsamt, aber nicht ausgeschaltet ist. Und in der Finanznot und der Steuergesetzgebung, die zu bitteren Opfern zwingen muß und dadurch die Unzufriedenheit steigert auch in solchen Kreisen, die eigentlich der Revolution dankbar sein müßten für die „gnädige Strafe“.

Die Unzufriedenheit gehört in den Symptomenkomplex der Volkskrankheit, die Deutschland jetzt durchzumachen hat. Krank ist das deutsche Volk, das können auch die Optimisten nicht leugnen. Das verflossene Jahr hat uns noch keine Genesung gebracht, sondern nur eine weitere Frist zur Gesundung.

Ein Qualjahr, aber noch kein Todesjahr!

Wenden wir den Blick vorwärts, so müssen wir vor allem daran denken, daß 1920 uns wieder Wahlen bringen wird zu den gesetzgebenden und regierenden Parlamenten, die das Werk der verfassunggebenden Versammlungen fortführen sollen. Man kann nicht frühzeitig und nicht eifrig genug die Wahlen vorbereiten, von deren Ausfall das Heil der Nation abhängt. Möchte es gelingen, den Geist des Eigennutzes und Eigensinns, der uns im verflossenen Jahre vielfach so gefährlich wurde, vollends zu verbannen und aus dem von außen bedrängten Deutschland innerlich zu machen „ein einig Volk von Brüdern.“



Der Einheitsstaat in rheinischer Beurteilung.

Von Studienrat Kuckhoff, Köln.

Um in der Diskussion über die Einheitsbestrebungen keinen wesentlichen Gesichtspunkt unerörtert zu lassen, gewährt die „Allgemeine Rundschau" auch dieser Stimme aus dem Rheinland Raum, ohne sich im einzelnen mit dem Standpunkt des Verfassers einverstanden zu erklären. Man vergleiche zu diesen Ausführungen den Aufsatz „Soll Bayern versinken?" von Wolfgang Aschenbrenner in Nr. 52/1919 der „A. R.". D. Red.

Man erinnert sich des ersten Preuß'schen Entwurfes einer Reichsverfassung, der eine Neueinteilung Deutschlands in eine Reihe von Bundesstaaten von wirtschaftlichen und völkischen Gesichtspunkten ausgehend plante. Man hat die Idee sehr bald aufgegeben, weil es aussichtslos war, vom grünen Tisch aus eine viele Jahrhunderte alte Frage zu lösen. Die neue Verfassung, die nunmehr rechtens ist, sieht die Neubildung von Bundesstaaten vor, die Möglichkeit dazu aber besteht nur auf dem Papier. Die Rheinländer hatten gleich bei Beginn der Revolution die Möglichkeit einer Lösung der Frage mehr instinktiv erfaßt, als sachgemäß begründet. Die Tatsache der fremdländischen Besetzung gab die beste Gelegenheit, die Bestrebungen parteipolitisch zu bekämpfen und als undeutsch zu zertreten.

Man ging im Rheinlande von dem Gedanken aus, daß das Reich von Anbeginn an föderalistisch ist und daß es sich in der Geschichte immer bitter gerächt hat, wenn man versuchte, es zentralistisch zusammenzuschweißen. Preußen waren die Rheinländer aber nur als Untertanen des Königs von Preußen. Natürlich war es eine tödliche Gefahr für Preußen, wenn sich die Selbständigkeitsbestrebungen im Rheinlande, in Hannover und Hessen durchsetzten. Das aber war nichts, wenn es galt, durch Aufteilung Preußens Deutschlands Heil zu wirken, vor allem, wenn berechtigte Aussicht vorhanden war, die Länder am Rhein durch eine territoriale Neuregelung und durch eine Ausschaltung des übermächtigen Einflußes Preußens in der Reichspolitik unbedingt dem Deutschtum zu erhalten. Denn Preußen bedeutet — das soll man auch heute nicht vergessen — vor allem für die Franzosen ein Programm.

Daß man mit dem Gedanken bundesstaatlicher Selbständigkeit im Rheinlande so früh hervortrat und so unvermittelt dafür Propaganda machte, so daß sich im Innern Deutschlands vollständig die Köpfe verwirrten und sie nur schwarzen Verrat sehen wollten, das lag daran, daß man hier die Abtrennungsbestrebungen der Franzosen brennend fühlte und sich durch Augenschein davon überzeugen konnte, daß Deutschland keine Machtmittel zur Verfügung standen, das zu hindern, wenn sich die Alliierten einig waren. Weiter fühlt man auch heute noch im Rheinlande nicht nur diese Gefahr als zum Teil noch bestehend, sondern man weiß auch und wußte von Anfang an, wie außerordentlich wirkungsvoll und das Deutschtum schädigend eine zielbewußte Propaganda der Besatzungstruppen während der nächsten fünfzehn Jahre sein werde.

Konnte man da nicht Frankreich den Vorwand nehmen, daß seine Sicherheit im Osten nicht gewährleistet sei, solange Preußen sein Nachbar bleibe und dieses Land wesentlich bestimmend die deutsche Politik beeinfluße? Aber diesen Gesichtspunkt wollte man ja nie gelten lassen. Man erinnert sich der vergiftenden Hetze, die mehr wie alles andere den Franzosen ihre Arbeit leicht gemacht hat.

Der rheinische Parteitag des Zentrums glaubte die Einigungsformel gefunden zu haben, als er der bekannten Idee des „einheitlichen Reiches mit autonomen Stammesländern" in seiner Entschließung die Form gab. Dadurch wurden mit Erfolg die Selbständigkeitsbestrebungen, die auf Errichtung eines rheinischen Bundesstaates hinausgingen, durchkreuzt. Das wäre ein großer Erfolg gewesen und ein Segen für das Rheinland, wenn es möglich wäre, in absehbar kurzer Zeit den Gedanken in die Wirklichkeit umzusetzen. Auch die Sozialdemokratie des Rheinlandes stellte sich auf ihrem rheinischen Parteitage auf den gleichen Boden. Die parteioffiziöse Oeffentlichkeit hat seit jener Zeit eine andere Lösung nicht mehr vertreten.

Nunmehr hat die Preußische Landesversammlung, offenbar infolge der Initiative der Zentrumsfraktion, die Idee des unitarischen Reiches mit autonomen Stammesländern aufgegriffen. Sie hat der widerstrebenden Staatsregierung diese Formel aufgezwungen. Das hat nunmehr in allen Bundesstaaten eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Von allen Seiten werden Proteste laut. Im Rheinlande ist die Sache sehr kühl aufgenommen worden, obwohl sie doch eigentlich gerade diesen Landesteil speziell angeht. Man darf nämlich nie vergessen, daß wohl augenblicklich die Frage der territorialen und bundesstaatlichen Verfassung des Reiches gar nicht zur Erwägung stände, wenn nicht die Gefahren für das Rheinland und dann auch noch für Oberschlesien so groß wären. Und doch klammern sich die augenblicklich Regierenden immer wieder so fest an den Satz, daß diese Dinge eine rein innerdeutsche Angelegenheit seien. Man weiß am Rhein, wie die Dinge in Wirklichkeit stehen. Man fürchtet, daß die offizielle Parteitaktik zu langsam ist. Und unter dem Druck der Besatzung, besonders angesichts der neuen Verordnungen zum Rheinlandabkommen herrscht hier Fatalismus und Apathie. Man hat uns am Rhein immer gesagt, was alles **nicht** eintreten werde von den Befürchtungen, die die ehemaligen Freunde der rheinischen Republik ausgesprochen haben, und nun sehen wir, daß nicht nur dieses und jenes, sondern alles Wirklichkeit wird.

Man hat die rheinische Bewegung, die wirklich national, rheinisch-deutsch, wirksam war und weiter hätte sein können, die auch die Gefahr der Dortenschen Bewegung sicher aufgesogen hätte, unmöglich gemacht durch offiziös parteipolitische Propaganda. Berlin hat hier auf der ganzen Linie gesiegt. Mit Begeisterung wird die rheinische Bevölkerung die Idee einer Provinzialautonomie niemals aufgreifen.

Aber immerhin wäre sie es rein innerpolitisch zufrieden in anbetracht dessen, daß nur so die so unbedingt erforderliche Einigkeit gegenüber den Besatzungsmächten erhalten werden kann, wenn die Länder am Rhein innerhalb Deutschlands im Rahmen eines Einheitsstaates weitgehende Autonomie erhielten, wodurch vor allem die kulturellen Eigenbedürfnisse befriedigt werden könnten. Man darf nicht an der guten Absicht der Antragsteller in der Preußischen Landesversammlung, soweit sie Zentrumsmitglieder sind, zweifeln, den einzelnen Stämmen **wirkliche** Autonomie zu geben. Wenn denn ein föderalistischer Aufbau Deutschlands nicht mehr möglich ist, wäre eine derartige Lösung wirklich die allerbeste. Der fortdauernde Zustand der immer mehr um sich greifenden Unterhöhlung der bundesstaatlichen Selbständigkeit ist auf die Dauer unhaltbar und die Quelle unendlichen Zwistes.

Aber man muß denn doch immer noch die Befürchtung hegen, daß, wenn nicht wirkliche Autonomie der Stammesländer geschaffen wird, schließlich der Erfolg der ganzen Aktion ein Großpreußen sein wird. Darum ist das Mißtrauen der süddeutschen Staaten durchaus erklärlich. Unverständlich und unklug aber erscheint jetzt die Haltung eben dieser Staaten, vor allem Bayerns, gegenüber den rheinischen Selbständigkeitsbestrebungen im letzten Winter und Frühjahr. Hätten die Rheinländer damals in Süddeutschland Unterstützung gefunden, wäre die Frage vielleicht längst und sicher mehr im Sinne Bayerns gelöst, wenn das Land dann auch vielleicht auf die Pfalz hätte verzichten müssen, um dann aber zweifellos in Thüringen zu erstarken.

Im Rheinlande sind die Dinge heute so weit gediehen, daß im deutschnationalen Sinne ein Vorteil nur noch erreicht werden kann, wenn schleunigst gehandelt wird. Ich will nur die eine Frage aufwerfen, wie man sich die Neuregelung denkt, ohne deshalb in Verhandlungen mit den besetzenden Mächten einzutreten. Wirtschaftlich befinden sich die Länder am Rhein tatsächlich in den Händen der Westmächte. Das wird doch wohl heute niemand mehr bestreiten wollen. Die Verwaltung und Justiz ist durch das Rheinlandabkommen und durch die Verordnungen zu diesem, die den wahren Charakter des Abkommens erst richtig erkennen lassen, unter den Einfluß der Hohen Kommission gestellt. Demgegenüber sollte man den Kopf nicht in den Sand stecken, man soll die Dinge endlich sehen, wie sie sind. Alle Proteste wandern in den großen Papierkorb der Entente. Wenn daher heute die Hohe Kommission das Recht hat, jeden Landrat abzusetzen und auszuweisen, wenn sie jede Verordnung erst prüft, ehe sie Wirksamkeit haben soll, um wie viel mehr wird sie sich mit der Frage einer verfassungsmäßigen Umgestaltung der Länder am Rhein befassen wollen!

Es wäre ein Glück für Deutschland und seinen unversehrten Bestand, wenn das Reich unitarisch gestaltet würde — immer vorausgesetzt, daß ein Föderativstaat angesichts der gegebenen Verhältnisse faktisch nicht mehr möglich ist. Natürlich aber müßten innerhalb dieses Staates die Stammesländer die weitgehendste Autonomie haben und der übermächtige Einfluß Preußens müßte gebrochen werden. Insbesondere die Autonomie der Länder am Rhein in einem geschlossenen Ganzen würde einen aditus ad pacem nach außen und nach innen bedeuten. Dann könnte auch wieder eine echt deutsche, wenn auch antipreußische Volksbewegung im Rheinlande geweckt werden. Was das für die langen Jahre der Besetzung bedeutet, liegt auf der Hand.

Das konfessionelle Moment im ostpreußischen Abstimmungsgebiet.

Von Dr. Erich Klein, Allenstein.

Es ist eine weitverbreitete Meinung, daß die Konfession ausschlaggebend sei für das Ergebnis der Abstimmung. Man glaubt der evangelischen Masuren trotz ihrer nichtdeutschen Sprache sicher sein zu können, während man umgekehrt selbst den deutschsprechenden Katholiken nicht volles Vertrauen entgegenbringen zu können glaubt.

Das ist natürlich eine große Täuschung. Schon die heftigen politischen Kämpfe, die das Zentrum im Abstimmungsgebiet stets mit den Polen auszufechten hatte, und die einmal sogar den Verlust des Wahlkreises Allenstein-Rössel mit sich brachten, sollten eine derartige Annahme verhüten, umsomehr, als diese politischen Kämpfe sich auch über den Friedensschluß hinaus bis in die jüngste Zeit fortgesetzt haben.

Soviel muß allerdings zugegeben werden: ganz ohne Bedeutung ist das konfessionelle Moment im Abstimmungsgebiet nicht. Und die Regierung hat selber, ohne es allerdings vorauszusehen, den Boden für die konfessionelle Agitationsarbeit der Polen bereitet. Die bilderstürmerischen Religionserlasse Adolf Hoffmanns mußten natürlich in diesen Gebieten nicht nur die auch sonst hervorgetretene kräftige Abwehr hervorrufen, sondern gleichzeitig zu einer Art von Loslösungsstimmung führen, wie sie ja auch an anderen Stellen des Reiches aufgetreten ist. Ohne Zweifel führte das in gewissen Augenblicken zu einer recht preußenfeindlichen Stimmung, und wäre damals schon die Abstimmung vor sich gegangen, so hätte das Deutschtum entschieden einen schweren Stand gehabt. Das ging so weit, daß sich die Zentrumspartei des Abstimmungsgebietes und auch lokale Instanzen anderer Parteien bis zur sozialdemokratischen herunter veranlaßt sahen, bei dem Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß dem gefährdeten Gebiet eine Ausnahmestellung inbezug auf die Regelung der Religionsfrage zuzugestehen sei. Das wurde jedoch hinfällig durch die allgemeine Entwicklung, die die Frage nahm. Die Zurücknahme voreiliger Erlasse, die Milderungen, die Hänisch allmählich eintreten lassen mußte, endlich das Schulkompromiß trugen wesentlich zur Beruhigung bei und nahmen einen bedeutsamen Teil des polnischen Agitationsmaterials hinweg. Dazu kam, daß man im Abstimmungsgebiet allmählich auch größeren Einblick in die Zustände Kongreßpolens erhielt, und wahrnahm, daß die Warschauer Regierung kaum religionsfreundlicher als die preußische ist. Und es drangen Stimmen herüber, die das gepriesene polnische Religionsleben in recht eigenartigem Lichte erscheinen ließen.

Es schreibt zum Beispiel die Gräfin Cäcilia Plater: „Wir sind gegenwärtig vom Heidentum überflutet. Jeder muß bemerken, daß nicht nur die Arena des politischen Lebens vollständig heidnisch geworden ist, sondern auch das soziale, das Vereinsleben, sogar das Familienleben. Alle Lebensbeziehungen sind mit Paganismus durchzogen. Heidnisch sind die Belletristik, Poesie, Erzählungskunst, heidnisch Kunst und Theater, heidnisch zum großen Teil die Journalistik und der Unterricht, und was am schlimmsten ist, die Grundsätze, Begriffe, Ansichten, Sitten und Gebräuche haben nur noch sehr wenig vom christlichen Geiste bewahrt. Wenn ich die gegenwärtige Zeit betrachte, so muß ich fragen: wer steht heute in unserm Lande am Steuer jeder geistigen Bewegung, jeder sozialen Initiative, die Bekenner Christi oder seine Gegner? Niemand wird zweifeln, was hier zu antworten ist. Es reicht zum Beispiel aus, daß ein Buch die Moral verletzt und die Grundsätze der christlichen Ethik umstürzt, und sofort wird es überall verlangt, es genügt, daß ein Theaterstück Schmutz bietet und es weckt Begeisterung, es genügt, daß ein Literat die Wahrheit leugnet und mit Gotteslästerung auftritt, und sofort wird er populär; es genügt, daß ein Professor in seiner Lehre die göttlichen Grundsätze beiseite läßt, und er wird berühmt. Und auf der andern Seite: es genügt, daß irgend ein Unternehmen in Erziehung, Unterricht oder Gesellschaft im Geiste Gottes beginnen will, um sofort unpopulär, sogar von der öffentlichen Meinung in Fetzen gerissen zu werden."

Solche Stimmen müssen auf hochgespannte religiöse Erwartung ernüchternd wirken. Das ist jedenfalls klar und hat sich in weitesten Kreisen als allgemeine Ueberzeugung durchgerungen: die maßgebende Gesellschaft Polens, die Regierung, die herrschenden Kreise sind nichts weniger als „katholisch". Und der Katholizismus im Lande selbst reicht an Geschlossenheit, Kraft und Einfluß nicht im Entferntesten an den deutschen Katholizismus heran.

Einer unermüdlichen Aufklärungstätigkeit ist es zu verdanken, wenn diese Erkenntnisse allmählich auch in der katholischen Bevölkerung an Boden gewonnen haben. Mag der eine oder andere immer noch an der alten Vorstellung von dem „Katholischen Polen", wie sie ja früher einmal ihre Berechtigung hatte, festhalten, im Allgemeinen kann keine Rede davon sein, daß die Konfession der ausschlaggebende Faktor bei der Abstimmung ist. Es gab eine Zeit schwerer Befürchtungen in Südostpreußen. Es wurde heller, je mehr die Regierung in ihren ursprünglichen Vergewaltigungsgedanken nachließ, woran allerdings einen Hauptanteil auch die langsam beginnende Klärung und Festigung im Reich hat. Man sieht heute im Abstimmungsgebiet den nahenden Entscheidungen mit ziemlicher Zuversicht entgegen.

Die slowenische Frage.

Von Anton Willkofer, Branitz.

Der tschechische Freistaat ist in riesige Nöte geraten. Die Slowenen wollen nicht mehr mitmachen. Daß es so kommen mußte, daran sind die tschechischen Gewalthaber selbst schuld. Ihre Beamten hausten in der Slowakei mit jener Ueberhebung und Maßlosigkeit, die den tschechischen Emporkömmlingen eigen ist. Der Slowene ist von gutmütigem Charakter, aber er kennt gewisse Grenzen, die er streng innegehalten wissen will. Er hat eine äußerst empfindliche Stelle in seiner Seele: seine religiöse Ueberzeugung.

Mit welcher Frivolität man das tiefreligiöse, katholische Slowenenvolk in seinem religiösen Empfindungsleben verletzt und auf welche Weise die tschechische Soldateska die Volkswut herausgefordert hat, dafür nur ein Beispiel. Im „Cech" erzählt ein tschechischer Schriftsteller folgendes haarsträubende Vorkommnis: „Unsere Soldaten haben sich soweit vergessen, daß sie Grabkreuze als Zielscheibe benutzten und auf den Gekreuzigten schossen. In einer Kirche veranstalteten die Soldaten einen Maskenball und tanzten bei Zigeunermusik in Meßgewändern". Der alte Hussitengeist lebt also „noch frisch wie am ersten Tag" in den Tschechenherzen.

Die Verhaftung des Slowenenführers Pfarrer Hlinka brachte die Tschechenwut der Slowenen vulkanartig zum Ausbruch. Das machte die Tschechen doch ein wenig bedenklich. Sie ließen Hlinka frei. Aber der Stein war nun einmal ins Rollen gekommen. Unaufhaltsam entwickelten sich die Dinge zuungunsten Tschechiens.

Hlinka und Jndlitschka, die beiden markantesten Persönlichkeiten der Lostrennungsbewegung, haben sich mit einer Broschüre an das ungarische Volk gewandt, um ihre Ideen, die auf den Anschluß an Ungarn hinzielen, klarzulegen.

Es heißt darin u. a.: „Wir halten eine Verbindung mit Ungarn auf Grund der völligen Autonomie der Slowenen im Lande des hl. Stephan für nötig. Unter dem Namen „Slowenska Krajina" wird der autonome Rechtsstaat errichtet werden. Die Slowenen erhalten ihr Parlament, ihre Regierung, ihre eigene Verwaltung, Gerichtsbarkeit und eigene Schulen".

Das slowenische Volk ist eben durchaus royalistisch gesinnt und würde schon aus diesem Grunde ein Fremdkörper im tschechischen Freistaat sein und bleiben.

Jeder rechtlich Denkende wird die Ziele des slowenischen Volkes in vollstem Umfange billigen. Dennoch hat die Lostrennung der Slowenen eine Kehrseite, die unseren deutschen Brüdern im Tschechenstaat höchst unwillkommen sein muß. Während sie durch Anschluß an die slowenischen Abgeordneten des Parlaments eine nicht zu übersehende Macht aufbringen könnten, die die Tschechen zwingen würde, die nationalen Eigenheiten der Völkerschaften zu respektieren, sind sie nach vollzogener Abtrennung ganz auf sich selbst angewiesen. Besonders hart trifft dieses Los die christlich soziale Volkspartei, die in Vereinigung mit den tiefgläubigen Slowenen den kulturkämpferischen Bestrebungen der jetzigen tschechischen Regierung ein machtvolles Halt entgegensetzen könnte. Vielleicht hat aber auch dieses nunmehrige „Auf-eigenen-Füßen-stehen" für die christlich soziale Partei den Vorteil, daß die vielen Lauen und Außenseiter sich endlich ermannen und sich den kräftig emporstrebenden katholischen Organisationen anschließen.

Jungakademiker und Volksgemeinschaft.

Von Hans Grundei, Berlin-Dahlem.

Die Zentrumspresse hat sich in den letzten Wochen eingehender mit dem Königsproblem, mit der Gewinnung der Gebildeten für die Arbeit im Dienste der katholischen Weltanschauung beschäftigt. Erinnert sei an die Aufforderung des württembergischen Justizministers Bolz auf dem diesjährigen Stuttgarter Parteitag an die Akademiker, mehr als bisher Fühlung mit der Masse zu suchen, weiterhin an den beachtenswerten Artikel des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Reineke über Zentrum und katholische Studentenschaft in Nr. 537 der „Germania". Die Schwierigkeiten, die sich einer alle Teile befriedigenden Lösung des Problems entgegenstellen, sind heute größer als je. Zweck dieses Aufsatzes ist es, diese Schwierigkeiten in etwa aus dem Wege zu räumen, Klarheit zu schaffen über die Arten der Hemmungen und Brücken zu bauen zum gegenseitigen Verstehen.

Dr. Reineke weist hin auf die nicht mehr abzuleugnende Tatsache, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der jungen Gebildeten sich heute abwendet vom Katholizismus, und zwar sowohl vom politisch als auch vom kirchlich organisierten Katholizismus. Es gibt heute junge katholische Intellektuelle im Lager der Sozis, Uzis und Kozis. Von ihnen soll hier nicht die Rede sein. Ihre Zahl ist nicht so groß, daß sie zu besonderen Besorgnissen Anlaß geben könnte. Anders steht es mit der Zahl derer, die im Laufe dieses Jahres aus dem Lager der Zentrumspartei übergeschwenkt sind ins rechtsradikale Lager. Es sollen nicht wenige sein; man spricht davon, daß ihr Abschwenken dem Zentrum bei den nächsten Wahlen nicht unerheblichen Abbruch tun wird. Diese „Besorgnisse" werden allerdings mehr auf deutsch nationaler Seite als in Zentrumskreisen selbst gehegt. Prophezeihungen über den Ausfall der nächsten Reichstagswahlen scheinen jedenfalls heute noch erheblich verfrüht.

Schwerwiegender und beachtenswerter sind die Bedenken, die dahin gehen, daß dem Katholizismus durch dieses Abschwenken das Führermaterial der Zukunft verloren geht, daß, wenn dieser Verlust junger Intelligenzen anhält, der Katholizismus Gefahr läuft, auf einen tieferen Kulturstand herabzusinken. Den Kopfarbeitern gehört nach wie vor die Zukunft. Darüber ist sich der Sozialismus heute völlig klar. Und auch die Rechtsradikalen sind sich vom ersten Augenblick an, da ihre regierungsfeindliche Agitation einsetzte, darüber klar gewesen, daß sie nur dann wieder Macht gewinnen würden, wenn die gebildete Jugend zu ihnen steht. Deshalb sind sie über den Zustrom aus dem Zentrumslager sehr erfreut, hoffen sie dadurch doch die verhaßte Zentrumsmacht endlich einmal zu brechen. Sehr beachtenswert ist ihr heißes Werben und wirklich emsiges Bemühen um die gebildete Jugend. Beim Zentrum ist jedenfalls ein Bemühen in der intensiven Weise, wie es von konservativer Seite betrieben wird, bisher noch nicht zu beobachten gewesen. Wir werden darauf noch zurückkommen. Wir vermerken hier nur, was Dr. Reineke hierüber schreibt und weisen hin auf die stark fühlbare Reserve, die er sich dabei den Akademikern gegenüber auferlegt. „Die in studentischen Kreisen verbreitete Ansicht, daß in dem Parlamente das Interesse der Akademiker und insbesondere des akademischen Nachwuchses nicht gebührende Berücksichtigung finde, ist nicht ganz als unrichtig zu bezeichnen. Man betrachte aber die Gesamtsituation. Das gleiche, allgemeine Wahlrecht rückt die „Zahl" gewaltig in den Vordergrund. Die Massen des Volkes haben davon den Vorteil, der sich ohne weiteres in der Zusammensetzung der Parlamente kund macht. Die Akademiker bilden immer die Minderheit. Sie werden also innerhalb der Partei, der sie angehören, sich zur Geltung bringen müssen. Und einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im öffentlichen Leben werden sie nur ausüben können, wenn die Akademiker sich in einer Partei zur Geltung bringen, hinter welcher Massen des Volkes stehen."

Tatsache also ist, daß die Interessen der Gebildeten in den neuen Volksvertretungen zu wenig gewahrt und im öffentlichen Leben zu wenig beachtet werden, daß ihre Arbeit nicht mehr so stark wie früher bewertet wird, daß man ihre Führerschaft ablehnt. Darüber herrscht große Erbitterung in weitesten Kreisen der jungen Gebildeten. Sie wenden sich ab von den Massen, aus der Erbitterung entsteht Abneigung, Haß, und die Kluft zwischen Gebildeten und Handarbeitern, die einst von der sozialstudentischen Bewegung mit einigem Erfolg zu überbrücken begonnen wurde, klafft wieder tiefer und breiter. Woher diese neue große Entfremdung, dieser Rückfall in alten Klassenhaß und Massenhaß?

Der Unwille der Jungakademiker über diese Zurücksetzung und Nichtachtung ist in gewisser Weise berechtigt. Sie haben sie jedenfalls in diesem Maße nicht verdient. Ihr Blut und Leben haben sie geopfert für Deutschlands Größe, für die neue deutsche Volksgemeinschaft, ihr Heroismus war unvergleichlich schön und groß; mit Liedern der Lebensbejahung, leuchtenden Auges, das Herz voll hoher, heiliger Ideale gingen sie regimenterweise bei Langemark und Ypern in den Tod für die Heimat. Arme, verblendete, verhetzte Volksmassen, die solche Heldentaten nicht zu würdigen wissen, undankbare Katholiken, die all diesen Opfermut ihrer jungen gebildeten Söhne vergessen könnten!

Sollte es aber nur Verhetzung und Undankbarkeit sein, die alle diese großen Verdienste unserer jungen Gebildeten um die Freiheit des deutschen Volkes vergessen ließen und es ermöglichten, daß das grenzenlose Vertrauen breiter Volksschichten zu ihren zum großen Teil jugendlichen Führern, wie es in der ersten Zeit des Krieges bestand, nach und nach verloren ging und schließlich in blinde Wut und vernichtenden Haß umschlug? Damals, in der ersten Zeit des Krieges, als es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gab, konnte Dr. Sonnenschein triumphierend schreiben: „Der Krieg hat die große Einheit in den Nächten an der Aisne und an der Yser wie mit einem Schlage geschaffen. Der Krieg ist der Erzieher zum sozialstudentischen Ideal. Wo ist eine junge Bewegung rascher als die unsrige zur Verwirklichung ihrer Ideale gerufen worden, zur Einheit mit dem Volke, zur Gemeinschaftsarbeit mit der Nation? Nun sind die Brücken geschlagen, nun ist die Kultureinheit gewachsen, nun fingen wir die Lieder, von denen wir träumten." Warum ist dieser schöne Traum so schnell verflogen, warum hinderte aller Heldenmut nicht die Mißstände des Etappenlebens, das vielfache Fremdwerden zwischen Offizier und Mann, warum stehen heute die Heldengräber eines Walter Flex, eines Ernst Wurche, eines Gorch Fock und vieler anderer am Ende deutscher Größe, statt am Anfang eines neuen goldenen Zeitalters, warum ward die Vergiftung der deutschen Volksseele nicht verhindert durch Deutschlands junge Heldensöhne? Weil die sozialstudentischen Ideale noch längst nicht Gemeingut unserer gesamten deutschen Jugend geworden waren, um stark und wirksam genug zu sein gegen die sozialistische Verhetzung, weil eine falsch gerichtete Bildung und Erziehung volksfremder, wirklichkeitsfremder Art es versäumt hatte, unserer Jugend das nötige Wissen um die Volksseele, für ihre Nöte und Bedürfnisse mitzugeben für ihren Führerberuf. Hand aufs Herz! Wer von unseren jungen Offizieren mit höherer Schulbildung kannte sein Vaterland, das er so liebte, kannte sein Volk, aus dem heraus er geboren ward, kannte seine Volksgenossen, mit denen er nun leben, leiden und sterben mußte? Hatte die höhere Schule in ihrem Unterricht dafür gesorgt, die jungen Leute mit Kenntnissen fürs Leben auszustatten, oder war nicht vielmehr ein sehr großer Teil des übermittelten Wissens weltfremder Formel- und Gedächtniskram? Man denke an die Unzulänglichkeit des deutschen Geschichtsunterrichtes an unsern Schulen, an das fast völlige Fehlen staatsbürgerlicher Bildungsmöglichkeiten. Wer von uns wußte als Abiturient viel über soziale Gesetzgebung, über Gewerkschaften und Arbeiterbewegung, über Reichsverfassung, über Bodenreform und Heimstättenwesen? Und über alle diese Dinge sollten wir unsere Leute aufklären im vaterländischen Unterricht, um dadurch die sozialistische Verhetzung wirkungslos zu machen. Wie hilflos haben sich dabei so viele unserer jungen gebildeten Offiziere benommen, wie schematisch, ungeschickt und oberflächlich wurde diese wichtige Aufklärungsarbeit von ihnen betrieben, wie wurden sie manchmal von ihren Leuten heimlich ausgelacht wegen ihrer Unwissenheit!

Kamen nicht die Studenten unter uns sehr häufig mit den Scheuklappen eines eng begrenzten Fachwissens, einer blutleeren, rein äußerlichen Wissenschaftlichkeit zum bittersten und verzweiflungsvollsten Lebenskampfes ihres Volkes? Unser Leben auf der Hochschule entwickelte sich leider oft zu einseitig, spielte sich allzu häufig ab zwischen Hörsaal und Paukboden, zwischen Katheder und Kneiptafel, zwischen Kollegheft und Schläger, zwischen Vorlesung und Kommersgesang. Das war unsere Welt, und für das brausende Leben um uns hatten viele von uns keinen Sinn, hörten nicht das Surren und Hämmern der Räder in den Fabriken, sahen nicht die wie drohende Finger in die Luft ragenden Schlote, vernahmen nichts vom ehernen Schritt der Arbeiterbataillone, kannten nicht das Arbeiter- und Armenviertel der Universitätsstadt, und wenn sie auch jahrelang darin weilten.

Katholische Kommilitonen, vergesset das alles nicht, wenn Ihr jetzt grollt über die Undankbarkeit der Massen, wenn Ihr Euch abwenden wollt von alten Traditionen und Organisationen, weil Ihr glaubt, daß sie Euch und in Euch das Vaterland nicht mehr genügend achten und hoch genug bewerten. Vergesset nicht, daß es der Katholizismus war in seinen sozialen, politischen und kirchlichen Organisationen, der den sozialen Zug der Zeit längst erkannt hatte, der Euch rief durch Ketteler, durch Mallinckrodt, durch Reichensperger, durch Windthorst, durch Kolping zur sozialen Mitarbeit, aufrief zur Führerschaft durch eine ganz neu anbrechende Zeit, die aufzuräumen hatte mit vielen unverdienten Privilegien, denkt daran, daß die sozialstudentische Idee an den Toren Eurer Kneiplokale und Vereinshäuser rüttelte und stürmisch Einlaß begehrte, Ihr aber öffnetet ihr sehr oft nicht, sondern klagtet, man wolle Euch Eure kostbare Studienzeit kürzen, wolle Euch ablenken von ernster Fach- und Berufsarbeit und schwelgtet weiter in Bierromantik und leichtem Flirt, ahmtet das Leben nach, wie es in den Scheffelschen und sonstigen Studentenliedern besungen wird, und merktet nicht, wie die Zeit unerbittlich über Euch hinwegschritt. „Nun ist Euer Führerprivileg unwiederbringlich dahin. Ihr habt nichts mehr zu fordern von einem verzweifelten, verhungerten, enttäuschten Volke, sondern Ihr habt Euch in harter Selbstzucht still und anspruchslos im Bewußtsein Eurer Pflicht am Wiederaufbau Eurer Nation zu beteiligen. Warten müßt Ihr, wann und wo etwas geschieht, und da sein müßt Ihr und der aufsprießenden Kräfte warten."

Und ein Unrecht ist es, denen jetzt den Rücken zu kehren, die Euch jahrzehntelang warnten und riefen und mahnten, Ihr solltet mitarbeiten an Eurem Volk, solltet helfen, seine Seele vor dem Sterben zu bewahren, auf die Ihr aber so oft nicht hörtet, und die nun, da die neue Zeit mit ihren ungeheuren Aufgaben angebrochen ist, nicht mehr länger auf Euch warten und Rücksicht nehmen können. Sagt nicht, der Katholizismus habe Euch im Stich gelassen, er arbeitet nicht mehr in dem Sinne, wie Ihr es Euch wünscht. An Euch liegt die Schuld, denn Ihr habt Euch allzu lange der Mitarbeit entzogen und wollt es nun noch weiter tun. Wenn manches nicht so ist, wie es sein sollte, dann zugepackt und umgestaltet! Hinein mit jungem, idealistischem Feuergeist in unsere sozialen und politischen Organisationen, weg mit Diktatur und Autokratie in Fraktionen und Partei, wenn Ihr glaubt, daß sie sich darin eingebürgert haben, mitgearbeitet in den einzelnen Gruppen, aber nicht dastehen mit verschränkten Armen und nörgeln, schimpfen, oder gar überlaufen! Das ist junger, tapferer Krieger, die sich in hundert Schlachten durchgesetzt haben, unwürdig!

Vieles ist nach dem Kriege schon anders geworden. Neues, frisches, reformerisches Leben macht sich in vielen katholischen Korporationen und Vereinen bemerkbar, neue Organisationen entstehen, die den Wetteifer der alten anregen. Das sollte nun aber auch vom katholischen Volksteil beachtet, anerkannt und unterstützt werden. Letzteres geschieht noch immer nicht in der wünschenswerten Weise. Andere Richtungen arbeiten hier viel intensiver, mit viel größerem Kräfteaufwand. Es ist für den Studenten, insbesondere für den katholischen, der wirtschaftlich an und für sich schwächer ist, heute bei den ungeheuer schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen wahrlich keine Kleinigkeit, seine Studien ohne Hemmungen zu beenden. Neulich gelangte ein Brief in die Hände des Leiters der akademischen Berufsberatung in Berlin, der war unterschrieben . . ., stud. rer. pol. und Kohlenarbeiter. So etwas wirft ein starkes Schlaglicht auf die studentische Not. Man denke an die studentische Wohnungsfrage. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, heute einmal statistisch festzustellen, wo, wie und zu welchen Preisen Studenten heute in Großstädten wie Berlin, München, Hamburg wohnen. Man zittert heute so sehr vor der Zwangseinquartierung! Wo sind die Tausende katholischer „Alter Herren" und wohlhabender Familien, die heute freiwillig kostenlos oder gegen geringes Entgelt ein Zimmer für Studenten einräumen? Wo sind die katholischen Hochschullehrer, die junge Studierende zu sich nehmen und dadurch einen engeren geistigen Verkehr zwischen Lehrer und Schüler ermöglichen? Wo sind die Pfarrer und Studentenseelsorger, die zu diesem Zwecke umfangreiche Adressenvermittlung einrichten und vielleicht selbst den einen oder anderen Hochschüler aufnehmen? Es gibt deren welche, aber es tun es längst noch nicht alle, die es tun könnten.

Hat man schon ein starkes Ansteigen der katholischen Laienstipendien bemerkt? Hat man daran gedacht, daß mit der Entwertung des Geldes auch die bisherigen Stipendiensummen entwertet wurden und daß man ernsthaft an eine völlige Reform des Stipendienwesens katholischerseits denken muß?

Hat man an die Schaffung gut bezahlter Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten während des Studiums schon gedacht? Hat man immer daran gedacht, daß es heute mehr denn je notwendig ist, die Vortragstätigkeit der Studierenden in Vereinen und Organisationen nicht mehr für ein Gott vergelt's oder für ein bezahltes Glas Bier anzunehmen, sondern sie zu honorieren? Ist es schon allen gebildeten Katholiken klar geworden, daß es eine soziale Pflicht gegenüber unseren Akademikern ist, wenn sie die katholische Presse unterstützen, damit bessere Schriftstellerhonorare bezahlt werden können? Die Honorierung schriftstellerischer Arbeit katholischerseits liegt noch sehr im argen. Und doch verdienen sich viele Studierende dadurch einen Teil ihres Lebensunterhaltes!

Und wie steht es mit der Förderung der politischen Tätigkeit der Studierenden seitens der Partei? Es sind studentische Zentrumsgruppen gegründet worden, leider reichlich spät und längst nicht an allen Hochschulen. Warum schenkt man diesen Gruppen nicht überall die größte Beachtung? Warum schult man da nicht systematisch Redner für Volksverein und Zentrumsgruppen, warum schafft man nicht eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Windthorstbunden und studentischen Zentrumsgruppen? Weil man für alle diese Dinge kein Geld hat. Und warum hat man kein Geld dafür? Weil man vielfach auch im katholischen Lager noch immer nicht den Geist der Zeit und ihre Bedürfnisse erkannt hat. Wie nannte man das früher? Inferiorität des Katholizismus!

Im Namen der Freiheit.[1]

Zeitgemäße Rückblicke auf die französische Revolution.

Von Theodor von Sosnosky.

III.

Mehr Brot!

Mit der Brotfrage hat die Revolution in Frankreich begonnen. Schon vor der Erstürmung der Bastille ist es ihretwegen zu bösen Unruhen gekommen, und nachher sind ihretwegen die ersten Mordtaten vollbracht worden: es sei nur an Foulon und Berthier erinnert; ferner an die historisch berühmt gewordene Rückkehr der königlichen Familie am 6. Oktober 1789, bei der die wilde Horde, die sie begleitete, gerufen hat: „Hier bringen wir den Bäcker, die Bäckerin und den kleinen Bäckerjungen!" Seither ist die Brotfrage hartnäckig auf der Tagesordnung geblieben und hat allen Versuchen getrotzt, sie zum Schweigen zu bringen.

An solchen Versuchen hat es die Regierung keineswegs fehlen lassen, nicht die königliche und nicht die republikanische, denn der einen wie der andern lag daran, die knurrenden Mägen des Volkes zu beschwichtigen, weniger aus Mitleid, denn aus Furcht, weil dieses Knurren sehr bösartig klang. So hatte die städtische Verwaltung von Paris schon im Jahre 1789 Getreide im Auslande ankaufen und den Bäckern zu billigem Preis abgeben lassen, um das Brot trotz der durch die vorausgegangenen Mißernten entstandenen Mehlknappheit und -teuerung zum gewohnten Preise von 3 Sous verkaufen lassen zu können. Trotz der wachsenden Teuerung setzte sie den Brotpreis im folgenden Jahre noch mehr herab: auf 11 Sous das vierpfundige Brot. Da sie die Kosten aber aus eigenen Mitteln nicht bestreiten konnte, so mußte der Staat aushelfen, dessen Auslagen für die Brotversorgung von Paris allein hierdurch auf 75 Millionen stiegen. Da er ferner zahlreichen anderen Gemeinden zu demselben Zwecke unter die Arme greifen mußte, erreichten seine Ausgaben für sie im Jahre 1790 die erschreckende Höhe von 1600 Millionen Livres.

So wurde die Brotfrage, ebenso wie sie die Hauptursache der Revolution überhaupt geworden ist, auch eine der wesentlichsten Ursachen der wachsenden Geldnot Frankreichs und mittelbar auch der verhängnisvollen finanziellen Maßnahmen, mit denen die Revolutionsregierung dem drohenden Unheile steuern zu können glaubte.

Angesichts dieser Gefahr begann den Machthabern der Revolution um ihre Gottähnlichkeit bange zu werden, denn die Wut der Menge konnte sich auch gegen sie kehren und das von

[1] Vgl. „A. R." Nr. 44/1919 (I. Sittenanarchie), Nr. 46/1919 (II. Mehr Geld).

ihnen so namenlos gehaßte und gefürchtete Gespenst des Royalismus, das sie in ihrer Verfolgungsmanie überall zu erblicken wähnten, schien näher zu rücken: schon schlugen Aeußerungen des Volkes an ihr Ohr, in denen Vergleiche zwischen der Zeit der Königsherrschaft und der ihren gezogen wurden, Vergleiche, die nicht zu deren Gunsten ausfielen. Es galt also, alles aufzubieten, um dem Anwachsen der Lebensmittelnot und der Preise zu steuern.

Im Frühjahr 1793 kostete der Sack Backmehl schon 100 Livres. Da der Bäcker aber, wenn er das Pfundbrot um drei Sous abgeben sollte, nicht mehr als 50 Livres für den Sack zahlen konnte, mußte der Staat die Differenz auf 100 Livres begleichen, d. h. 50 Livres bei jedem Sacke draufzahlen. Das aber bedeutete für ihn allein bei den 1500 Säcken Mehl, deren Paris zu seiner Versorgung bedurfte, eine tägliche Ausgabe von 75000 Livres.

Der Preis von 3 Sous für das Pfund Brot sollte aber nicht nur für Paris, sondern für ganz Frankreich gelten. Das wurde am 5. April 1793 verlautbart. Im Anschluß an dieses Dekret folgte am 4. Mai ein zweites, das auch für das Getreide einen Maximaltarif in Aussicht stellte, damit der Sack Mehl nicht mehr als 50 Livres koste. Damit war der Anfang eines Systems gemacht, von dem sich die Machthaber eine entscheidende Wirkung versprachen. Nach und nach wurden nicht nur die Preise aller Nahrungsmittel, sondern auch die der sonstigen Bedarfsartikel durch Maximaltarife festgesetzt, selbst für Lumpen, die zur Papiererzeugung verwendet wurden. Vom August 1793 ab folgte ein derartiges Dekret dem andern, und am 24. Februar 1794 wurden alle Tarife einem Umbau auf neuer Grundlage unterzogen. Ueberhaupt wurde von den Behörden mit den Lebensmitteln unablässig experimentiert, und was heute noch strenges Gesetz war, wurde morgen schon als unzweckmäßig zum alten Eisen geworfen. Im Frühjahr 1794 nahm man seine Zuflucht zum Rationierungssystem, nachdem man schon im Herbste vorher mit der Einführung von Brotkarten den Anfang gemacht hatte. Brot und Fleisch wurden öffentlich verteilt, und dies geschah später auch mit anderen Lebensmitteln.

Da die Bauern durchaus nicht begreifen wollten, daß „ihre Ernte Nationaleigentum ist und sie nur deren Verwahrer sind“, wurden sie massenhaft eingesperrt. Der Staat aber forderte „allen Hafer, der sich in der ganzen Republik vorfindet“ für sich, und zwar sollte die Ablieferung binnen einer Woche erfolgen. Auch das übrige Getreide sollte abgeliefert werden; niemand durfte davon mehr für sich behalten, als er einen Monat für sich und seine Familie brauchte; das waren 50 Pfund Mehl oder Getreide für den Kopf. Das abgelieferte Getreide sollte in öffentlichen Speichern aufbewahrt, von Aufsehern bewacht und von den Gemeindebehörden verteilt werden. Auch die ländlichen Taglöhner sollten unter Aufsicht der Gemeindebehörden gestellt, in Listen eingetragen und von diesen an die Grundbesitzer gegen festgesetzte Taglöhne, die genau einzuhalten waren, abgegeben werden. Geldstrafen, Gefängnis und Pranger sollten für die Befolgung dieser Verfügungen Sorge tragen.[2])

Man sieht: An Bemühungen, der allgemeinen Not abzuhelfen, haben es die Herren der Revolution wahrlich nicht fehlen lassen. Was aber ist das Ergebnis des ungeheuren Apparats gewesen, den sie zu diesem Zweck in Szene gesetzt hatten? Haben die Maximaltarife dem Elend des Volkes ein Ende gemacht? Haben sie es wenigstens gelindert, wenigstens die Teuerung verringert und die Hungersnot hintangehalten? Bei der drakonischen Strenge, mit der die Gewalthaber ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen suchten, und die jeden, der sich ihnen nicht fügen wollte, mit Kerker und Tod bedrohten, hätte man dies erwarten sollen, und sie selber haben es auch sicherlich erwartet. Allein so schwer auch die Gefahren waren, die den Leuten drohten, wenn sie sich gegen diese Gesetze vergingen, sie erschienen den meisten von ihnen doch immerhin noch weniger gefährlich als die, die ihnen erwuchsen, wenn sie sie befolgten. Zwischen die Scylla der Guillotine und die Charybdis des Hungertodes gestellt, zogen sie die Scylla noch immer der Charybdis vor, denn jene bedeutete zwar ein Ende mit Schrecken, diese aber ein Schrecken ohne Ende; bei jener bestand ferner bei entsprechender List die Möglichkeit, ihrem drohenden Rachen zu entgehen; bei dieser aber nicht, denn die Anordnungen des Konvents befolgen hieß: sich zugrunde richten. So mochten damals die Leute denken; jedenfalls handelten sie in diesem Sinne.

Die Bauern erwiesen sich in der Umgehung der ihnen so gefährlichen Gesetze höchst erfinderisch: um ihre Schweine nicht abliefern zu müssen, schlachteten sie sie und aßen sie selber; um die Pferde nicht hergeben zu müssen, verkauften sie sie; um ihr Getreide nicht hergeben zu müssen, ließen sie ihre Ernte ungedroschen, unter dem Vorwande, keine Drescher auftreiben zu können; oder sie fütterten ihr Vieh damit, benutzten es als Tauschmittel, führten es in einen entfernten Bezirk, wo ein höherer Maximaltarif in Geltung war; ja sie vergruben es, um es gegen bares Geld irgendeinem der vermögenden Bekannten zu verkaufen. Kurz: sie wußten der Requisition und dem Maximaltarif auf alle erdenklichen Arten ein Schnippchen zu schlagen. Allerdings riskierten sie dabei ihre Freiheit, ja ihr Leben; aber sie verließen sich darauf, daß an ihrer Zähigkeit die Strenge der Regierung zuschanden werde. Sie erwiderten die Requirierungen ihres Getreides damit, daß sie ihre Felder nicht bestellten, und ließen sich lieber einsperren, als daß sie sich den Anordnungen der Pariser Gewalthaber fügten. So sahen sich diese im folgenden Frühsommer zu ihrer Bestürzung vor die Gefahr gestellt, daß die Ernte, die glänzend zu werden versprach, zugrunde gehe und desgleichen auch die ganz vernachlässigte Viehzucht. Angesichts dieser furchtbaren Perspektive fanden sie sich bemüßigt, die eingekerkerten Bauern wieder freizulassen, damit sie Feld und Vieh betreuen konnten.

Auch bei den Kaufleuten versagten die Zwangsmittel der Regierung und zogen für diese höchst unerwünschte Folgen nach sich. Die Verkündigung der billigen Maximalpreise führte zu Massenanstürmen der Kauflustigen und hierdurch zu rascher Erschöpfung der Vorräte. Diese verschwanden immer mehr von den Märkten und was dort feilgeboten wurde, war wenig und minderwertig. Die „Agiotage“, wie man damals die Preistreiberei nannte, die schon lange ihr Unwesen trieb, konnte aus dieser Situation nur reichen Nutzen ziehen, und die Preise stiegen unaufhaltsam in die Höhe; auch die des Mehls. Wie bitterster Hohn auf das Dekret der Regierung nahm es sich aus, daß der Sack Mehl, der ihm zufolge bloß 50 Livres kosten sollte, schon wenige Monate nach Verkündigung dieses Dekrets wieder 100 Livres kostete, also just den Preis hatte, der den Anstoß dazu gegeben hatte.

Auch bei der großen Menge, die sich von der Einführung der Maximalpreise und Requisitionen das Ende ihrer Not versprochen hatte, versagten diese Auskunftsmittel und sie sah sich in ihrer Hoffnung bitter enttäuscht, denn die von der Regierung festgesetzten Tarife waren ihr noch immer zu hoch.

Von wilder Angst vor der Hungersnot getrieben, drängte und stieß sich die Menge schimpfend, schreiend und drohend schon im Dunkel und in der Kälte der ersten Tagesstunden vor den Lebensmittelläden, um da viele Stunden lang zu warten, bis die Reihe an sie kam; oft genug, um schließlich mit einem kaum genießbaren Brot, einem verdorbenen Stück Fleisch oder auch mit leeren Händen, erschöpft, durchfroren und namenlos erbittert, heimzukehren.

Die Polizeiberichte aus dem Herbste 1793 verwiesen immer wieder warnend auf die „grauenhaften“ Ansammlungen vor den Türen der Bäckerläden, die von Tag zu Tag zunahmen, und bei denen Reden gehalten wurden, „die sich gegen jeden Bürgersinn auf das feindlichste auflehnen“. Fast kein Bedarfsartikel war mehr einfach zu kaufen, jeder mußte in des Wortes wörtlichstem Sinne erstanden werden.

„Um Brot zu erlangen, macht man Queue; um Fleisch zu erlangen, macht man Queue; wer Milch, Butter, Holz, Kohle wünscht, muß Queue machen. Allenthalben nichts als Queues. Manche bilden sich schon um 3 Uhr morgens, andere gar bereits

---

[2]) Taine, II. 3., S. 467. Der Verfasser bemerkt hiezu: „Wollte man die Verteilung der Lebensmittel und der Arbeit, wie sie zu Papier gebracht worden ist, in der Praxis durchführen, so müßte man die erwähnten Listen in 30000 Gemeinden anlegen, auch dort, wo sich kaum jemand findet, der rechnen und schreiben kann; man müßte eine ungeheure Anzahl von Speichern bauen oder auf dem Wege der Requisition in Anspruch nehmen, um in denselben die feuchten und durcheinander gemischten Körnerfrüchte dem Verderben auszusetzen; man müßte ferner 100000 unbestechliche Speicheraufseher besolden, von denen man sicher sein müßte, daß sie weder für sich, noch zugunsten ihrer Freunde etwas beseitigen würden; man müßte endlich außer den 35000 Angestellten der Verpflegskommission, noch 200000 Munizipalbeamte finden, die bereit wären, ihren Brotberuf zu vernachlässigen, um unentgeltlich die tägliche Verteilung der Nahrungsstoffe vorzunehmen. Um ganz sicher zu gehen, müßte man eigentlich 4—5 Millionen unfehlbarer Gendarmen unterhalten — einen für jede Familie —, die ununterbrochen nichts anderes zu tun hätten als die Kauf-, die Verkaufs- und sonstigen Geschäfte, die der Tag mit sich bringt, zu überwachen und jeden Abend den Inhalt des Mehl- und Brotkastens festzustellen.“

[3]) Taine, II, 3., S. 456 f.

um ein Uhr nachts, selbst um Mitternacht, und sie werden von Stunde zu Stunde länger. Die Massen von Elenden beider Geschlechter schlafen bei schönem Wetter auf der Erde, während sie bei bösem Wetter auf ihren schlotternden halb erstarrten Beinen stehen. Im Winter sind sie oft dem Regen ausgesetzt, während ihre Füße gleichzeitig im Schnee waten. Aus Mangel an Oel hat man die Hälfte der Laternen außer Gebrauch setzen müssen und aus Mangel an Geld pflastert und kehrt man nicht mehr, so daß sich die Mauern entlang zahlreiche Misthaufen angesammelt haben, in denen die schmutzige, zerlumpte Menge herumpatscht, die in zerrissenen und schief gelaufenen Schuhen geht, weil die Schuster nicht mehr für Privatkunden arbeiten dürfen, und die unsaubere Wäsche trägt, weil es an der nötigen Waschseife fehlt."[3])

Besonders arg ging es vor den Fleischerläden zu: „Mit gierigen Blicken wurden die Träger, die keuchend das frische Fleisch heranschleppten, verfolgt, bedrängt und fast erdrückt. Die bewaffnete Macht, die Polizei, die Kommunalbeamten, waren außerstande, die Ordnung aufrecht zu erhalten, oder vergrößerten vielmehr die Unordnung. Man suchte sich gegenseitig das Fleisch abzujagen, und die Behüter der Ordnung wetteiferten darin mit dem Publikum. Es schien, wie wenn die angeordneten Queuebildungen der Weiber, von denen Hunderte mit leeren Händen abziehen mußten, nur dazu dienten, die Wegschaffung des Fleisches für die Kommunalbeamten und deren Schützlinge sicherzustellen. Den Leerausgehenden blieb im günstigsten Falle nichts anderes übrig als verfaulte Fische zu erstehen, denn der eingetretene Buttermangel hatte den Fischabsatz lahm gelegt. Die Jagd nach frischem Fleisch aber bewirkte, daß allen Maximalsätzen für das Schlachtfleisch zum Trotze, die Preise desselben sich hier und da zu fabelhafter Höhe hinaufschwindelten."[4])

Wenn die Menge der Waren mit den Lebensmittelzufuhren ansichtig wurde, stürzten sich Weiber „harpyenglerich" auf sie, mißhandelten die Eigentümer und suchten sich der Vorräte zu bemächtigen, so daß es zu den wüstesten Szenen kam. „Faustschläge sind an der Tagesordnung; man rauft sich, entreißt einander die gekauften Lebensmittel, zwingt die Käufer, das Gekaufte mit denjenigen zu teilen, die nichts haben erlangen können, die Weiber stoßen ein herzzerreißendes Geschrei aus, die von ihren Eltern gesandten Kinder werden geprügelt."[5])

An den Stadttoren und auf den nach Paris führenden Landstraßen harrten Menschenhaufen, die den eintreffenden Lebensmittelzufuhren auflauerten, sie abfingen und plünderten.

Dabei gingen die Lebensmittelpreise fortwährend hinauf. Ein Sack Mehl kostete im Herbst 1793 140—150 Livres. Das Pfund Rindfleisch, das früher 6 Sous gekostet hatte, kostete anfangs 1793 im Durchschnitte schon 20 Sous, das Pfund Zucker war im Juli desselben Jahres von einem Livre auf $4^1/_2$ gestiegen. Der Scheffel Kartoffel stieg binnen einer Woche von 2 auf 3 Livres, der Preis des Erbsenmehls und der Grütze in derselben Zeit auf das dreifache. Kerzen waren das Stück nicht mehr unter 7 Sous zu haben. Manche Lebensmittel waren überhaupt kaum mehr zu erhalten. Eier z. B. wurden den Polizeiberichten zufolge „wie unsichtbare Gottheiten verehrt", und die Butter wurde „zum Gott erhoben". Kerzen waren so selten geworden, daß viele Leute, da sie ihrer nicht habhaft werden oder sie nicht erschwingen konnten, mit den Hühnern schlafen gehen mußten; und der Holz- und Kohlenmangel machte es mancher Familie unmöglich, sich ein warmes Essen zu kochen.

Nicht genug an der Teuerung und Seltenheit der Lebensmittel, waren sie oft auch schlecht, wenigstens für die ärmeren und ärmsten Schichten des Volkes. Von dem Mehle, das auf den Markt kam, berichtet ein Aufseher, „daß es nicht Mehl genannt werden kann .... Es ist gemahlene Kleie, nicht aber ein Nahrungsmittel." Ein anderes Mal heißt es: „Das Brot schmeckt abscheulich und ruft Krankheiten hervor, namentlich eine Art Ruhr und allerlei Entzündungserscheinungen."[6]) Kein Wunder übrigens, denn die Bauern sandten, da sie ihr gutes Getreide nicht zum Tarifpreise liefern wollten, oft rostiges Korn nach Paris, ja sie verschafften es sich eigens von einem andern, wenn sie selber keines hatten. Für Leute freilich, die des Preises nicht achteten, fand sich noch immer, was sie brauchten und in guter Qualität.

Nicht besser als in Paris, ja vielfach sogar noch schlechter, sah es in der Provinz aus. Und das verstand sich unter solchen Verhältnissen von selbst; war sie in den Augen der Machthaber in Paris doch nichts anderes als die Melkkuh für dieses oder sollte es wenigstens sein: 6 Departements hatten dorthin Getreide zu liefern, 26 andere Schweinefleisch. Und wehe, wenn sie's nicht taten! Kerker und Guillotine standen bereit, und die „Revolutionsarmee" sorgte dafür, daß sie das Verlangte lieferten. Aber auch hievon abgesehen, stand es um das übrige Frankreich ebenso schlimm; hausten in den großen Provinzstädten wie Marseille, Lyon, Bordeaux, Toulouse doch dieselben Wüteriche, die, gleichviel, ob von Paris gesandt oder dort zu Hause, dieselbe blutrünstige Erpresser- und Räuberwirtschaft betrieben wie ihre Auftraggeber in Paris. Kein Wunder also, daß die Berichte aus der Provinz ebenso trostlos lauteten, wie die über die Zustände in der Hauptstadt.

Je länger das revolutionäre Regiment dauert, desto schlimmer wird die Not. Aus Louviers (in der Normandie) schreibt die Bezirksverwaltung im Frühsommer 1795: „Unsere Verpflegsmittel sind vollkommen erschöpft. Seit mehr als einem Monat hat man hier nichts anderes zu essen als Kleienbrot und gekochte Kräuter, und selbst diese rohen Nahrungsstoffe beginnen schon ziemlich selten zu werden. Wir haben für 71 000 Menschen zu sorgen, die gegenwärtig die Beute der bittersten Not sind. Viele sind bereits Hungers gestorben, während eine große Anzahl Krankheiten erlegen sind, die dem Genusse gesundheitswidriger Nahrungsmittel zugeschrieben werden müssen. Aus dem Departement Seine-et-Marne (im Isle de France) klagt eine Gemeindeverwaltung um dieselbe Zeit: „Seit zwei Wochen sind wenigstens 200 Bürger unserer Gemeinde ohne Brot, ohne Getreide, ohne Mehl und folglich darauf angewiesen, sich ausschließlich von Kleie und Gemüsen zu nähren. Mit Schmerzen müssen wir sehen, daß selbst Kinder ohne Nahrung bleiben, weil die abgezehrten Ammen keine Milch mehr haben; Greise kommen vor Schwäche um und junge Leute bleiben auf den Feldern liegen, ohne arbeiten zu können."

Aus demselben Departement schreibt die Gemeindeverwaltung von Rozey im Hochsommer 1795: „Drei Viertel unserer Bevölkerung sehen sich gezwungen, ihre Arbeit im Stiche zu lassen, um aufs Land zu gehen und den Bauern für gutes Geld ein Stück Brot abzukaufen; aber trotz der inständigen Bitten, die denen der ärmsten Bettler nicht nachstehen, kehren die meisten in Tränen gebadet zurück, ohne imstande gewesen zu sein, sich einen Scheffel Getreide oder auch nur ein Pfund Brot zu verschaffen." Da die Leute nichts bekommen, machen sie sich kein Gewissen daraus, was sie brauchen, zu nehmen. Die Bezirksverwaltung von Vervins beschwert sich darum im Juni 1795 darüber, daß Räuberbanden die Dörfer durchziehen und Mehl, Getreide, Brot, Geflügel, Vieh usw. fortschleppen. Ende Juli desselben Jahres berichtet der Syndikus von St. Germain (bei Paris), daß der Fund eines Leichnams Aufsehen und Erbitterung errege, weil dessen Mund voll Gras gewesen sei, als man ihn auf freiem Felde gefunden habe. Namenloses Elend und wilde Verzweiflung sind die beständigen Leitmotive dieser Berichte.

„Allgemeine Beklommenheit und Angst vor tödlicher Hungersnot, das Mehl immer knapper, Brot immer schwerer zu erlangen, und immer schlechter an Beschaffenheit, die Lebensmittel aller Art trotz des Maximums teuer, die Vorräte trotz der Teuerung ungenügend, der Handel durch die Aussichtslosigkeit des Gewinnstes lahmgelegt, der Landbau aus Furcht vor Einbußen vernachlässigt, dabei Gold und Silber so gut wie verschwunden, die Assignaten im Geldverkehr auf ein Drittel ihres Nennwertes reduziert und doch ihre Annahme im Kleinverkehr zu vollem Nennwert bei hoher Strafe geboten — das war das Fazit der Erscheinungen. Rechnet man hiezu die hieraus hervorgehende Verwirrung und das fieberhafte Streben aller, aus diesem Wirrwarr so wenig Schaden oder so viel Vorteil wie möglich davon zu tragen, was immer nur auf Kosten anderer geschehen konnte, so leuchtet wohl ein, daß alles dies zusammengenommen einen Zustand erzeugen mußte, der einem heimlichen und offenen Kriege aller gegen alle, einem wüsten Kampfe um das Dasein und zwar meist um ein klägliches Dasein glich."[7])

Mit diesen Worten faßt Adolf Schmidt die Zustände, wie sie im Herbst 1793 in Frankreich, vornehmlich in Paris beschaffen waren, zu einem übersichtlichen Bilde zusammen. Und sie wurden immer ärger, wiewohl die Regierung als Unterstützung ihrer Anordnungen gewaltige Summen für die Hebung der Lebensmittelverhältnisse opferte und zu diesem Zwecke die Staatskassen plünderte. Vom 2. August 1793 bis zum 8. April 1794, also

[4]) Schmidt, II, S. 181 f.
[5]) Taine, II, 3., S. 459.
[6]) Taine, II, 3., S. 462.

[7]) Schmidt, II, S. 169.

im kurzen Zeitraume von 8 Monaten, wies der Wohlfahrtsausschuß der Kassa der Stadt Paris allein nicht weniger als 31 Millionen Livres an.[8])

Daß der riesige wirtschaftliche Apparat der Revolutionsherren so kläglich versagte, wiewohl sie sich ihn so schön ausgeklügelt hatten und ihn mit so unbarmherziger Grausamkeit angewandt hatten, mag zunächst unbegreiflich erscheinen. läßt sich bei näherer Betrachtung aber sehr wohl verstehen: sie haben eben gegen Windmühlen gekämpft, die, von den gewaltigen Kräften des Hungers, der Verzweiflung und der Not in Schwung versetzt und von Eigennutz und Habgier unablässig angetrieben, aller Versuche spotteten, sie zum Stillstande zu bringen. Selbst ein so furchtbares Werkzeug wie die Revolutionsarmee hatte nichts auszurichten vermocht. Schon wenige Monate nach ihrer Errichtung, im Februar 1794, kam man in Paris zur Erkenntnis, daß sie „den Zweck ihrer Einrichtung nicht erfülle", was man allerdings darauf zurückführte, daß sie bei ihren Streifzügen keine Guillotine mit sich führte! Robespierre selber, der sie ins Leben gerufen hatte, löste sie am 24. März 1794 nach nur siebenmonatigem Bestehen wieder auf; aber nicht so sehr, weil sich dieses Werkzeug nicht brauchbar gezeigt, wie er erwartet hatte, sondern hauptsächlich, weil es sich als zweischneidig erwiesen hatte und ihm gefährlich zu werden drohte.

Die Schreckensmänner waren eben, wie mehr oder weniger alle Häupter der Revolution, eingefleischte Doktrinäre gewesen, die mit fixen Ideen rechneten, nicht mit lebendigen Tatsachen, und mit selbstgeschaffenen, in der Retorte des Kommunismus erzeugten Homunkuliden, nicht mit lebendigen Menschen. Eingesponnen in ihre kommunistischen Theorien, berauscht von ihrem Unfehlbarkeitsdünkel, wähnten sie das Leben in das Prokrustesbett ihrer wirtschaftlichen Doktrinen zwängen zu können. An diesem krassen Irrtume mußten alle Experimente scheitern, und hätten auch dann scheitern müssen, wenn sie praktischer gewesen wären, denn sie selber hatten durch die Vernichtung jeder anderen Autorität als der der Guillotine, durch die völlige Zersetzung des gesamten öffentlichen Lebens die Herstellung der Ordnung auch auf wirtschaftlichem Gebiet unmöglich gemacht. So kam es, daß Robespierre, als am denkwürdigen 9. Thermidor — 27. Juli 1794 — sein bluttriefender Henkerthron zusammenbrach und mit ihm sein ganzes System, eine völlige Anarchie des Wirtschaftslebens, furchtbare Hungersnot, mörderische Teuerung und eine Papiersündflut von nahezu 10 Milliarden Assignaten als Erbe hinterließ.

[8]) Interessant ist es, wie rasch hintereinander die Zahlungen erfolgten. Am 2. August 1793 wies die Regierung der Kasse von Paris 2 Millionen Livres an, am 14. August 3 Millionen, am 2., 8., 16. und 23. September je eine Million und so fort. Taine, II, 3., S. 455.

Vom Büchertisch.

Hans von Hammerstein: Zwischen Traum und Tagen. Lieder, Bilder und Balladen. München, Verlag Parcus & Co. Preis geb. ℳ 6.—. Daß im Dichter der „Blauen Blumen", dem Märchenerzähler H. v. Hammerstein, ein berufener Lyriker stecken würde, ließ sich erwarten. Dennoch wird er durch die vorliegende Gabe viele freudig überraschen. Denn es ist ausgewählt Köstliches, das er uns darbietet. Man mag, wie es die Verlagsanzeige richtig tut, Hammersteins Verbindung mit ragenden Größen: den Eddadichtern, Goethe, Eichendorff, Stifter, Liliencron, Greif, betonen — nie wird man auf Grund der oben aufgeführten Sammlung ihm Selbständigkeit der Auffassung und Aeußerung absprechen können. Auch diesem Sänger gab Gott den eigenen Ton, die eigene Melodie, die eigene Sprache in Liedern voll Süße und zwingender Herbe, in Bildern voll Kraft und Schmelz, Zartheit und Wucht, in Balladen, die, an sich meisterhaft, auf weitere bedeutende Entwicklung weisen. Ein deutscher Dichter ganz und gar: erfüllt von deutschem Geiste, deutscher Seele, deutscher Liebe zu Gott und Menschen und von ihm wundervoll erfaßter Schönheit der Natur. E. M. Hamann.

Dr. **Joseph Zatsch: Das Evangelium der Wahrheit und die Zweifel der Zeit.** Apologetische Vorträge zu den Sonntagsevangelien des Kirchenjahres. Zwei Bände. Freiburg, Herder. Preis kart. 13 ℳ. — Vorträge? Ja, weil jede Apologetik und Apologie von vornherein auf breiten Raum für „Vernunft- und Erfahrungsbeweis" zu rechnen hat. Predigten? Ja, auch die, weil diese wahrhaft geistlichen Reden tief hineingestellt sind in das Licht der Heiligen Schrift. Wenn je, so sind Werke dieser Art jetzt hochwillkommen, da nicht nur der Zweifel sein lautes Wort spricht, sondern auch die Sehnsucht nach seelischer Führung sich mehr und mehr regt. Dr. Zatsch erweist sich als guter Führer neuzeitlich tastender Gottsucher. Denn er kennt Ziel und Mittel und weiß eben diese taktisch überzeugend, kraft eigener Ueberzeugung, zu brauchen: in Klarheit zur Wahrheit. Der Verlag betont richtig, daß hier, vielleicht zum erstenmal seitens eines Predigers, die religiösen Erfahrungen des Weltkrieges ausgiebig benützt worden seien und daß diese Vorträge durch Inhalt und Form sich nicht nur für die Kanzel, sondern auch als Sonntagslesungen für gebildete Katholiken eignen. Priester wie Laien werden froh sein um den jeder Rede vorausgesetzten orientierenden „Entwurf" mit Beifügung beleuchtender Schriftstellen. — Im Anschluß sei eine durch denselben Verlag kürzlich erfolgte „fünfte und sechste, verbesserte Auflage" empfohlen: **Aus dem katholischen Kirchenjahr.** Betrachtungen über die kleineren Feste des Herrn, der Mutter Gottes und über die vorzüglichen Heiligen jedes Monats. Von **Moritz Meschler** S. J. Zwei Bände. Preis kart. 23 ℳ. — Pius' X. Neuordnung des Festkalenders bedingte auch in Meschlers Darstellung einige Aenderungen: durch Umstellung verschiedener Betrachtungen. Außerdem walteten nur noch Lupe und Feile, hinsichtlich etwaig vorhandener Ungenauigkeiten und Unebenheiten ihres Dienstes. Leuchtend gehe denn das weitbeliebte, vielerprobte Werk seinen weiteren Exzelsior-Weg. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Weihnachtsspiele. Unsere Bühnen haben heuer wieder reichlich dafür gesorgt, durch Kindervorstellungen unserer Jugend Weihnachtsgaben zu bieten. Das Residenztheater bringt „Das neugierige Sternlein", ein Märchenspiel von A. Bethe-Kuhn, mit ansprechender Musik von Hans Hermann; wir erleben da die Schicksale eines „Sterncntöchterleins", das die Milchstraße verläßt und aus Neugierde auf die Erde fällt. Lustigkeit, Phantastik und Weihnachtszauber wissen das Interesse unserer Kleinen zu fesseln, auch für die Großen gibt es sehr viel Schönes zu sehen. Fräulein Bricken wußte dem Sternentöchterchen wirklich einen Hauch von Märchenpoesie zu geben und von den anderen Mitwirkenden wird Basils urwüchsige Komik bei groß und klein sicherlich den größten Eindruck gemacht haben. — L. Berger hat sich ziemlich eng an das bekannte Märchen vom „König Drosselbart" gehalten; so sind die üblichen Zutaten und ablenkenden Episoden, die die Kinder nur verwirren, vermieden. Es gelang, im Schauspielhaus eine schlichte, echte Märchenstimmung festzuhalten, die von A. Wachs diskreter Musik unterstützt wird. Gespielt wird sehr gut; es ist erfreulich, daß man sich nicht mit der sog. „zweiten Garnitur" begnügt hat. — Auch das Volkstheater hat ein sehr hübsches Weihnachtsmärchen. „Lisls Märchenreise", von H. Behrendt und R. Schünzel, Musik von R. Meinhard-Jünger, hat eine sehr sinnige Idee. Das unzufriedene Mägdlein unternimmt mit einem bösen Geist eine Märchenfahrt und muß schließlich erkennen, daß selbst das Schlaraffenland das Glück des Elternhauses nicht ersetzen kann und froh und freudig kehrt die kleine Undankbare nach Hause zurück. Auch hier ist man mit Geschmack bemüht gewesen, Schönes zu zeigen und sich mit Liebe in die Märchengestalten einzufühlen. — Im Gärtnerplatztheater spielt man „Max und Moritz und der gute Nikolaus oder böser Buben Besserung". Von Wilhelm Busch ist außer den Figuren nicht viel geblieben. Auch hier gibt es genug, was das Kinderherz erfreut.

Schauspielhaus. Einen sehr freundlichen Erfolg hatte „Femina" ein psychopathisches Lustspiel von C. P. van Rossem und J. F. Soesmann. Wir haben die holländischen Komödiendichter vor kurzem durch „Pomarius" im Lustspielhaus kennen gelernt. Auch in diesem Stücke zeigt sich das Geschick, aus wenig Handlung drei unterhaltende Akte zu bauen. Die Bezeichnung „psychopathisch" braucht niemand ängstlich zu machen. Mit leichter Satire reibt sich das Stückchen an der Schule des Wiener Nervenarztes Freud, deren Traumdeuterei ein wenig superklug die letzten Geheimnisse der Seele enthüllen zu können glaubt und nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die schöne Literatur vielfach beeinflußt hat. Im Grunde freilich zeigt die Fabel die alte Geschichte von der Ueberlegenheit einer lebensklugen Frau über den Doktrinarismus eines weltfremden Gelehrten. Die schöne, junge Witwe, von Karla Holm ganz mondän gegeben, verliebt sich in einen Nervenarzt und begibt sich in seine Behandlung. Obwohl er sie wiederliebt, vermag er ihre Absicht nicht zu erkennen, sondern verstrickt sich durch psychoanalitische Erforschung des Falles in allerhand Irrtümer. Gerhard spielte mit einer leisen, diskreten Komik den jungen Gelehrten und Dysing war der dritte, der durch eine vorgetäuschte Verlobung, die nicht allzu bedrohliche Angelegenheit ihrem guten Ende zutreiben muß.

Kammerspiele. Die Polizei, die zu verhöhnen Wedekind zeit seines Lebens nicht müde geworden war, hat sich geradezu rührend bemüht, die Vorstellungen von „Schloß Wetterstein" zu beschützen, allein die Gegner des sadistischen Machwerkes erhielten täglich neuen Zuwachs. Als schließlich einige hinausgeworfene Ruhestörer die Straße beunruhigten, sah man sich veranlaßt, in Kraftwagen noch weitere Wachmannschaften herbeizurufen. Jetzt endlich gab man der Erwägung Raum, ob ein derartiger Kraftaufwand zu rechtfertigen sei, um die Aufführungen eines Theaterstückes zu ermöglichen und so erfolgte endlich das Verbot. Die Genugtuung über die Entfernung eines theatralischen Aergernisses läßt uns anderseits die Gefahren nicht übersehen, die in solchen Lärmszenen für die Bühnenkunst liegen. Wenn eben das Publikum sein eigener Zensor sein soll, so darf die Theaterleitung nicht so harthörig sein, daß sie glaubt, es handle sich um ein paar Radaumacher, wo sich eine wachsende sittliche Empörung Bahn gebrochen hat. Theaterskandale werden in der letzten Zeit viele gemeldet. Es ist nicht jedermanns Sache, die hohle Gasse, die nach Küßnacht führt, sich als schwarzen Vorhang vorzustellen, aber deshalb solch stilisierte Ausstattung während des Spieles anzuzischen, wie dies unlängst in Berlin geschah, ist natürlich nicht angängig. Der Schauspieler Bassermann hat daraufhin das Publikum ausgezankt, was das

Unheil nur noch verschlimmerte. In Kiel hat Hasenclever die demonstrierenden Besucher seines Dramas „Der Sohn" von der Bühne herab Idioten geschimpft, wodurch sich diese natürlich nicht geneigt zeigten, ihre Ansicht über das die Familienpietät untergrabende Stück zu ändern. Auch daß in diesem Drama die Marseillaise gespielt wird, erregte das Publikum; Dinge, die jede Bühnenleitung voraussehen könnte. In Straßburg gab es in einer Vorstellung Kundgebungen gegen eine Schauspielerin, die bei Festlichkeiten zu Ehren des französischen Präsidenten das „gefesselte Straßburg" dargestellt hatte. Solche Dinge kommen selten überraschend und ein gewandter Bühnenleiter begegnet ihnen mit einem „Krankheitsurlaub", wie man es in München bei einer während des Räteregimentes kompromittierten Künstlerin in kluger Voraussicht arrangierte. — Theater und Publikum müssen beide alles tun, damit solche Kämpfe, die die Bühne ihren künstlerischen Zwecken entfremden, ganz seltene Vorkommnisse bleiben. — Ganz ohne Mißton verlief die Uraufführung zweier Tanzspiele in den Kammerspielen. Zu seiner Pantomime „Masken" hat Fritz Wolf-Klianyi Musik von Rameau verwendet, die unser Hofkapellmeister Hugo Röhr instrumentiert hat, ohne den graziösen Reiz der alten Musik zu verwischen. Es ist ein Pierrotstück, das sich mit einer etwas blassen Anmut ausklingenden Rokokos am Rialto Venedigs begibt. Die Darsteller, unter ihnen der Autor, gaben das Spiel rhythmisch sehr fein. Chr. Lahusen schrieb eine Partitur, in der viel wiederklingt vom Zauber und der Poesie des „Waldes". Er besitzt auch Humor und eine erfreuliche Schlichtheit des Empfindens. Die Fabel des „Waldes" ist ein einfaches Märchen vom bösen Menschenfresser, der ein kleines Mädchen einfängt, das dann von allerhand Tieren des Waldes befreit wird. Es ist gerade musikalisch so viel echte Stimmung darin, daß man durchaus nicht das Gefühl hat, sich in eine Kindervorstellung verirrt zu haben. Das verirrte Böckchen, der Hase, vor allem aber der entlaufene Tanzbär wurden mit so viel Humor charakterisiert, daß das Publikum die gefällige, leichte Gabe mit ganz ungewöhnlich herzlichem Beifall aufnahm.

Verschiedenes aus aller Welt. Georg Kaiser hat wieder ein neues Stück geboten. Der Vorwurf des fruchtbaren Schriftstellers, eine Erlösung der Menschheit von innen heraus anzubahnen, ist gewiß zeitgemäß, aber in „Hölle, Weg, Erde" zeigte er wieder so viel kühle Berechnung und symbolisierende Unverständlichkeit, daß bei der Frankfurter Uraufführung die Mehrzahl der Hörer still den Kopf schüttelten, während eine kleine Schar Anhänger und Gegner klatschte und zischte. An unklarer Symbolik leidet auch „Der tote Tag" von E. Barlach, der in Leipzig das Ringen nach großen Zielen ahnen ließ. Klarer und bühnengemäßer ist F. Dülbergs Drama „Schellenkönig Kaspar". Es handelt von einem Manne, der die Mission hat, im Kleide des Hofnarren die Wahrheit zu sagen. Er scheitert daran, daß er als Handelnder in Widerspruch zu seinen Grundsätzen gerät. — „Don Ranudo", eine Oper des jungen Schweizer Tonsetzers O. Schoeck, fand in Stuttgart freundlichen Beifall. Die sehr einfällereiche, graziöse Musik strebt nach der alten Opernform zurück. Die nach einer Charakterkomödie Holbergs, des Molières des Nordens, geschaffene Festdichtung ist nach Berichten etwas zäh im Fortschreiten und nicht immer klar in der äußeren Entwicklung. In Jena wurde eine dramatische Dichtung „Scapa Flow" von R. Goering, dem Verfasser der „Seeschlacht", gegeben. Das Stück spielt teils auf dem deutschen Admiralsschiff, teils auf dem britischen Flaggschiff in der Nacht vor Ablauf des Waffenstillstandes. Die Wirkung lag mehr in dem Stoffe an sich, als in seiner dichterischen Behandlung.

Maximilian Schmidt †. In München starb fast 88 Jahre alt der Dichter Maximilian Schmidt — oder Waldschmidt, wie er sich später nannte mit Bezug auf den „bayerischen Wald", dem er entstammte und den er für die Literatur entdeckt hat. Hat er seine Romane, Erzählungen und Volksstücke später in Oberbayern, so kehrte er dennoch stets wieder zu dem Heimatswalde zurück. Seine Dichtungen haben den bayerischen Wald, der in den sechziger Jahren noch als unwirtlich verschrien war, erst dem Fremdenverkehr erschlossen. Zwischen der schönfrisierten Bauerngeschichte Auerbachs und der erst viel später einsetzenden naturalistischen „Heimatskunst" ist Schmidt das Verbindungsglied. Seine Bauern führen keine Salongespräche, aber sie breiten auch nicht den Misthaufen vor uns aus. Schmidt war Volksdichter und als solcher wollte er nicht nur unterhalten, sondern auch nützen. So geht ein moralisierender Zug durch seine Geschichten und durch den Segen der Arbeit weiß er auch die schlechten Menschen seiner Romane wieder auf gute Lebensbahnen zu lenken, denn ein jeder, so schrieb er, hängt doch noch mit einem Faden mit dem Himmel zusammen. Von seinen von den Schlierseern gespielten Stücken sind die mit Hans Neuert verfaßten, das „Austragsstüberl" und der „Dorfpfarrer" am bekanntesten geworden. 34 Bände zählt die vor ein paar Jahren erschienene Volksausgabe seiner Werke. Daß die gesammelten Schriften in dieser Ausdehnung erscheinen konnten, beweist einen wie großen Leserkreis der greise Dichter trotz allem Wandel des literarischen Geschmackes noch besaß. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Walter Rathenau über unsere Wirtschaftszukunft — Hemmung durch Bureaukratismus — Will die Entente überhaupt eine deutsche Wirtschaftserholung? — „Und sie bewegt sich doch!"

Unsere Gesamtwirtschaftslage bei Jahresbeginn wird durch zwei bewerkenswerte Aeusserungen der jüngsten Tage gekennzeichnet: Reichskanzler Bauer erklärte einem Budapester Berichterstatter: „Ebenso, wie auf wirtschaftlichem Gebiet, lässt sich auf innerpolitischen Punkten zweifellos eine erfreuliche Besserung der Gesamtlage feststellen. Wirtschaftliche und politische Gesundung sind gegenseitige Vorbedingungen." In der Generalversammlung der A. E.-G. hielt deren Verwaltungspräsident **Walter Rathenau**, Deutschlands führender Wirtschaftspolitiker, wiederum eine Wirtschaftsprogrammrede, welche dahin ausklang, dass sich unsere Industrie lediglich auf dem Wege der Selbsthilfe die Zukunftsexistenz schaffen kann: „Fortschreitende Konzentration, Vereinfachung und Verwissenschaftlichung des Produktions- und Vertriebsprozesses." Eine restlose Wiedergabe der Wirtschaftsgestaltung Deutschlands ist jedoch mit vorstehenden Aeusserungen keineswegs gegeben. Unsere Wirtschaftsgruppen bewegen sich leider noch in allzu ungeklärten Bahnen, wenn auch Arbeitswille in der Arbeiterschaft und Akkordarbeit im Wachsen sind, ferner die Kohlenförderung zunimmt. Ununterbrochene Arbeit und der gemeinsame Wille zum Wiederaufbau ist überall in verschärftem Masse noch vonnöten. Noch bilden bei uns Schiebertum und Korruption beklagenswerte Momente von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Auch die vollkommene Ratlosigkeit einzelner Behörden, namentlich der Zentralisationsorgane in Berlin — siehe völlig verfehlter Aufbau der Kohlenversorgungskontrolle — spricht hierbei mit. Schwerfälligkeit im **deutschen Bureaukratismus** hat grosse Belastungen der deutschen Wirtschaft erbracht. Betrachtet man nur das Stillegen einer Reihe von Hochöfen, die Stockung der Transportschiffahrt, nachdem ausgerechnet diese Faktoren mit Kohlen am dürftigsten und ungenügendsten versehen waren, sieht man anderseits die offenkundigen Fehler in der Preispolitik der Landwirtschaftserzeugnisse in Betracht, so erhält man einige solcher Grundfehler, welche unsere Wirtschaftskreise gerade in jetziger Zeit eindämmend zurückgeworfen haben! Nicht zu unterschätzen bleiben ausserdem die ununterbrochenen Lohnbewegungen bei uns. Neuerdings erfolgte die Kündigung des Tarifvertrages im Ruhrrevier. Von einer Hebung unserer Valuta ist nichts zu verspüren, alle diesbezüglichen Massnahmen verpuffen in ihrer Wirkung. Die neutralen Handelskreise bemerken nicht unrichtig, dass eine solche Besserung lediglich und allein von innen heraus automatisch erfolgen müsse, und das ist nur möglich, wenn restlose Ruhe sowohl in der Innenpolitik, wie auch bei den gesamten übrigen deutschen Faktoren anhaltend sanierend und wiederaufrichtend wirkt. Man darf allerdings nicht übersehen, welche grosse Unsicherheit und Unstetigkeit hierbei mit in erster Linie die systematische Tendenz der Ententestaaten bewirkt. Namentlich die rücksichtslose, immer wieder das Siegertum herauskehrende Politik Frankreichs — bei England spielen hierbei offenkundig jedoch feingesponnene Wirtschaftsgründe mit —, wie solche in den jüngsten Ententenoten deutlich zum Ausdruck gelangten, verhindern auf Monate hinaus jede Einlenkung unserer Wirtschaft auf die Friedensarbeit.

Unverkennbar ist die — zwar verstärkt durch die Zeitverhältnisse bedingte — Minderung der bei unserer jetzigen Lage auf die Dauer nicht mehr durchführbaren verbleibenden Kriegszwangsmassregeln. Neuerlich wurden aufgehoben das Verbot der gewerblichen Verarbeitung von Reichssilbermünzen und über den Verkehr mit Silber und Silberwaren, nunmehr auch das Verbot des Handels mit Goldmünzen und den Verbrauch derselben zu industriellen oder anderen Zwecken. Den auf diesen Gebieten gezeitigten Schiebergeschäften konnte man dennoch nicht Herr werden, auch sind alle solche Zwangsgesetze für die reelle Wirtschaftsgestaltung ohne besonderen Einfluss geblieben! Der Ruf nach einer Kontrolle des Ausfuhrhandels durch das Reich hatte endlich in letzter Stunde Erfolg. Nunmehr ist jede Warenausfuhr nur mit Genehmigung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung oder der sonst zuständigen Stellen erlaubt. Zur „Entbürokratisierung!" — Wirtschaftskreisen entlockt dieses Wort stets begreifliche Ironie — und Beschleunigung des Ausfuhrverfahrens kann der Reichskommissar die ihm zustehenden Befugnisse auf Aussenhandel- und andere Stellen übertragen. Man kann verstehen, wenn unsere Industrie- und Exportkreise solchen immer wieder verspätet und lediglich dem äusseren Druck folgenden Massnahmen nur geringfügige Wirkungen zuschreiben und inzwischen aus eigener Praxis diejenigen Wege eingeschlagen haben, welche aus Selbsterhaltungstrieb und Anpassungsbetätigung von den Handelskorporationen begutachtet worden sind. Die heftigen Kurszuckungen an unseren Effektenmärkten mit den ungesunden Tendenz-



bewegungen der Spiel- und Spekulationswut sind ein Spiegelbild unserer Nervosität und Unklarheit über Deutschlands Wirtschaftszukunft! Der 36 Millionen Mark umfassende Verlustbilanzabschluss des Krupp'schen Unternehmens in Essen kann als sichtbares Zeichen der deutschen Kriegsbewirtschaftung angesehen werden. Wenn anderseits die inzwischen vollzogene, grosszügige Umgestaltung dieses einst so grandiosen Kriegsunternehmens auf Friedensarbeit nunmehr beendet ist und bereits sichtbare Früchte erbringt, so kann auch dieser Umschwung für die übrige deutsche Grossindustrie günstig gedeutet werden. Hoffentlich erzielt solche deutsche Anpassungsfähigkeit, deutscher Geist und deutscher Mut im neuen Jahre die Grundlage eines erfolgreichen Mitbewerbs im friedlichen Weltkonkurrenzstreit.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.


Digitized by Google

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 8.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 × gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 2. München, 10. Januar 1920. XVII. Jahrgang.

Einheitsstaat oder Bundesstaat?

Von Dr. Eugen Jaeger, Mitglied des bayerischen Landtags.

Der Föderalismus ist tot, es lebe der Föderalismus! Der bundesstaatliche Gedanke, der die ganze Geschichte des deutschen Volkes mehr wie die jedes anderen durchzieht, schien durch die Neuordnung Deutschlands beseitigt, steht aber sofort wieder auf. Der Geist ist alles, der Buchstabe nichts.

Der lange Kampf um Deutschlands Einigung, der mit dem Frankfurter Parlament von 1848 begann und 1866 im Frieden von Nikolsburg sich erledigte und den der doktrinäre Parteihader niemals geschlichtet hätte, fand durch Bismarcks politischen Geist und das Hohenzollernsche Schwert seine Erledigung. Bismarck baute auf dem Vorhandenen weiter und schuf einen Bund der Fürsten und Freien Städte mit Preußen als Vormacht und dem Reichstag als der demokratischen Grundlage mit dem allgemeinen Wahlrecht. Leider gelang es der Volksvertretung niemals, auf die Regierung größeren Einfluß zu erhalten. Dem vorherrschenden preußischen Geist blieb der Reichstag, zumal er in Parteien zersplittert war, die sich scharf bekämpften, stets nur ein Zugeständnis, das dem Volke wider Willen gemacht werden mußte. Auf die äußere Politik hatte der Reichstag verfassungsmäßig überhaupt keinen Einfluß. Sie blieb der zünftigen Diplomatie überlassen, während gleichzeitig die Sozialdemokratie in leidenschaftlicher Tätigkeit die Grundlage von Thron, Gesellschaft und Staat untergrub, mächtig unterstützt von dem Kulturkampfgeiste, der nicht bloß das ganze protestantische Bürgertum, sondern auch die preußische Regierung und das protestantische Kaisertum beherrschte. Die äußere Politik trieb uns schließlich in den Weltkrieg, der mit Deutschlands Niederlage endete, die innere Politik brachte uns gleichzeitig den inneren Zusammenbruch und die soziale Revolution vom 9. Nov. 1918. Bismarcks und der Hohenzollern Werk sank dahin, aber der Reichsgedanke blieb erhalten. Der Bund, den die Fürsten geschlossen hatten, wurde von den Völkern aufgenommen, die verfassunggebende Nationalversammlung schuf ein neues Reich als die unentbehrliche Grundlage, auf der das deutsche Volk aus dem tiefsten Elend wieder einer besseren Zukunft entgegengehen könne.

Das frühere Reich war ein Staatenbund. Jeder Reichsfürst hatte von seiner Souveränität soviel abgegeben, als zur Herstellung der Einheit erforderlich schien. Dazu war die Verfassung nicht nur auf Bismarcks überragende Persönlichkeit zugeschnitten, sondern schuf auch eine höchst schwerfällige Regierungsmaschine. Bei jedem gesetzgeberischen Werk, bei jeder Verwaltungsmaßregel mußte der Durchschnitt gesucht werden zwischen den 25 Bundesregierungen, der wechselnden Mehrheit im Reichstage und dem Willen Preußens. Bismarcks Versuch, dem Reiche als finanzielle Unterlage die Eisenbahnen und das Tabakmonopol zu geben, scheiterte. Die Zuständigkeit des Reiches blieb immer beschränkt, die einzelstaatlichen Regierungen und deren Volksvertretungen wehrten sich meist gegen jede weitere Schmälerung ihrer Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit. Besonders die Hoheit über Schule und Kirche wollten sie sich nicht nehmen lassen. Am eifersüchtigsten wahrte Preußen seine Vormachtstellung und seinen eigenen und eigentümlichen Geist. Seine beste Stütze fand der bundesstaatliche Gedanke in der Zentrumspartei, die bei ihrer Gründung 1871 ihn als einen ihrer wichtigsten Programmpunkte aufnahm. Dazu gehörte besonders auch der Grundsatz, daß die indirekten Steuern dem Reiche, die direkten Steuern den Einzelstaaten gehören sollten ähnlich wie in der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Als die steigende Geldnot besonders für Heer und Flotte zu neuen Steuern nötigte und die Linke unter Führung der Sozialdemokratie dabei den Satz verkündete, keine indirekten Steuern ohne gleichzeitige starke Belastung von Einkommen und Vermögen durch das Reich, gab die Zentrumspartei nur zögernd nach. Aber schon während des Krieges begann bei den Abgeordneten der Zentrumspartei, besonders in Württemberg, Baden und im Rheinland die große Wendung zum Einheitsstaat, zum Unitarismus. Im Zentrum blieben nur die Bayern die letzten Säulen des einst so mächtigen Baues. In der Revolution ist dann der einheitsstaatliche Gedanke ganz durchgebrochen. Infolgedessen hat die neue Reichsverfassung alle wichtigen Staatsaufgaben und Tätigkeiten dem Reiche zugewiesen, so daß die Einheitsstaaten nur noch hohle Gebilde sind, die ein starker Hauch zusammenbläst. Die frühere Zuständigkeit des Reiches umfaßte zwar große und wichtige Gebiete, beschränkte sich aber doch im Wesen auf Heer und Kriegsmarine, äußere Politik, die große Seeschiffahrt, Konsular- und Kolonialwesen, Post, Presse und Vereinswesen, bürgerliches Recht, Strafrecht und Gerichtsverfahren, Gewerbe- und Handelsrecht, Arbeiterschutz, Münz- und Bankwesen, Freizügigkeit, Heimat und Niederlassung, Zoll und Handel. Von den bayerischen Reservatrechten sehen wir dabei ab. Die neue Verfassung vom 11. August gab dem Reiche zu dem was es bereits besaß, mit einem Schlag auch das Eigentumsrecht an sämtlichen Anlagen für den gesamten Verkehr zu Land, Wasser und in der Luft, mit Eisenbahnen und Post, ferner das Gesetzgebungs- und Aufsichtsrecht über das Auswandererwesen, über Arbeitsrecht, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Bergrecht, die gesamte Schiffahrt, die Bevölkerungs- und Fürsorgepolitik, das Armenwesen, das Enteignungsrecht, die Vergesellschaftung von Naturschätzen und wirtschaftlichen Unternehmungen, das ganze Versicherungswesen, den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln, sowie mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, das Theater- und Lichtspielwesen; dazu kommt das gesamte Steuerwesen, die direkten und indirekten Steuern, mit einem schwachen Vorbehalt für die Lebensfähigkeit der einzelnen Länder (das Wort Staaten ist überall gänzlich ausgemerzt), so daß diese gleich den Gemeinden nur noch vom Reich zehren. Dem Reiche steht es ferner frei, seine Zuständigkeit auszudehnen auf die Wohlfahrtspflege, den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, das gesamte Schulwesen mit den Hochschulen, das Beamtenrecht, die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften (der Keim zu einem neuen „Kulturkampf"), das Bodenrecht, die Boden- und Bevölkerungsverteilung, das Ansiedlungs-, Heimstätten- und Wohnungswesen und selbst das Bestattungswesen. Ein großer Fehler ist in der Verfassung noch das Einkammersystem, das die ganze Verantwortung auf eine einheitliche Volksvertretung legt. Auch hier wird mit der Zeit neben dem aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlamente eine von den großen wirtschaftlichen Berufsständen gewählte Vertretung zur Seite gestellt werden müssen. Beide Körperschaften sollen gleiche politische und finanzielle Rechte erhalten.

Betrachtet man die lange Liste der künftigen Reichszuständigkeit, so fragt man sich vergebens nach ihrer Ursache. Wohl wurde uns bei Beratung der Reichsverfassung immer wieder verkündet, nur die straffste Zusammenfassung und Zentralisation aller seiner wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Kräfte könne das deutsche Volk aus dem Abgrund des Elends

wieder herausführen. Das ist aber nur bedingt richtig. Selbstverständlich muß das gesamte Recht, auch das neuzuschaffende Arbeits- und Beamtenrecht überall gleich sein. Auch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet muß das Reich bleiben. Daher konnten auch die Eisenbahnen und Wasserstraßen nicht länger Sache der Einzelstaaten sein. Trotzdem kann auch hier, besonders bei den Eisenbahnen, eine Aufteilung des Gesamtnetzes nach großen geschichtlich und stammlich verwandten geographischen Gruppen für den Betrieb vorgenommen werden, damit unter den allgemeinen Reichsbestimmungen doch Einheimische je weiter nach unten, umso mehr den Dienstbetrieb führen. Die Sachsen mußten 40 Jahre lang drängen, bis ein Sachse Oberpostdirektor in Dresden wurde. Auch die Bevölkerungs-, Wohnungs-, Boden- und Fürsorgepolitik, selbst das Schulwesen könnten verreichlicht werden, ohne daß für jeden dieser Zwecke ein Heer von Reichsbeamten von Berlin aus geleitet bis in das letzte Dorf hinein regieren müßte. Das alte Reich hat seinen bundesstaatlichen Charakter besonders auch dadurch gewahrt, daß von allen wichtigen Reichseinrichtungen nur in der Post und dem Kriegswesen die Beamten bzw. Offiziere unmittelbar im Reichsdienste standen, während bei allen übrigen Zweigen, selbst beim Grenz- und Zollwesen, die Einzelstaaten im Namen des Reiches durch ihre eigenen Beamten die Verwaltung führten. Wo dabei Mißstände auftraten, konnten die obersten Reichsbehörden und der Reichstag einschreiten. Die neue Reichsverfassung hat nicht bloß den Einzelstaaten fast nichts mehr übrig gelassen, sondern auch die frühere bundesstaatliche Teilung der Gewalten von vornherein beseitigt. Damit war der Boden geschaffen, auf welchem die preußische Nationalversammlung am 17. Dez. den Antrag des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen hat, das Reich sofort zum vollen Einheitsstaat auszubauen. Begründet wurde der Antrag damit, daß die Reichsverfassung bereits die Grundlage zum Einheitsstaat geschaffen habe, daß der ungeheure Notstand unseres Volkes, die trostlose geldliche und wirtschaftliche Lage, das hemmende Nebeneinander von Reich und Einzelregierungen nach der Zusammenfassung aller Volkskräfte zu einem Einheitsstaat dränge, zur Vereinigung aller deutschen Stämme in einen einzigen, großen deutschen Volksstaat, in welchem den einzelnen Stämmen weitestgehende Selbstverwaltung zugesichert sei.

Die Anhänger des Einheitsstaates meinen, auf diese Weise Deutschland das, was es an äußerer Größe verloren hat, durch innere Kräftigung zu ersetzen. Aber ihr Antrag ruht auf dem großen Irrtum, als ob alle öffentlichen Notstände sich durch formelle Aenderungen der öffentlichen Einrichtungen beseitigen ließen. Der Liberalismus suchte durch das Zauberwort von der Freiwirtschaft „die beste aller Welten“ zu schaffen, die Sozialdemokratie suchte die soziale Frage durch die dreifache Formel „Atheismus, Republikanismus und Kommunismus“ oder „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zu lösen. Beides sind Irrlichter und führten daher zu bitterer Enttäuschung. Hat denn der Sturz der Throne und die Einführung der Republik Besserung gebracht? So wird es auch mit dem deutschen Einheitsstaat gehen. Er wird weder der Reichsregierung Autorität und Ansehen geben, die sie als Kind der Revolution nie besessen hat, noch wird er unsere tief gesunkene Währung wieder heben, noch der Arbeiterschaft jenen Geist einflößen, der in den Worten liegt „Sozialismus ist Arbeit“, oder ihr den Gedanken vom Klassenkampf ausreden, der Deutschland ins Verderben geführt. Auch der Einheitsstaat wird dem deutschen Volke das nicht wiederbringen, wodurch es in die Höhe gestiegen war. Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Treue und Zuverlässigkeit, das sittliche Streben, stets nur das Beste zu leisten und den Willen, sich in die große Organisation des wirtschaftlichen Aufstiegs einzugliedern. Der Einheitsstaat wird auch nicht den schrecklichen Niedergang unseres Volkes hemmen, noch unserem Wirtschaftsleben den festen Boden wieder geben, ohne welchen wir im Sumpfe versinken müssen. Oder glaubt man vielleicht, der Einheitsstaat werde den von Gott abgefallenen und im Materialismus versunkenen sozialdemokratischen Massen jenen neuen höheren Geist bringen, von welchem tiefblickende Führer der Sozialdemokratie manchmal sprechen, ohne den Mut zu haben, das Tor zu öffnen, aus welchem dieser neue rettende Geist kommen könnte.

Wohl versprechen die Propheten des Einheitsstaates weitestgehende Selbstverwaltung der einzelnen deutschen Stämme. Mit Begeisterung schrieb die „Köln. Volksztg.“ vom 19. Dezember:

„Wir treten für den Einheitsstaat ein und wünschen doch gleichzeitig nichts sehnlicher, als daß das bayerische, schwäbische, fränkische und niedersächsische Element, auch die Ostmarken und Schlesien in dem von uns erstrebten deutschen Einheitsstaat ein dem Wohle des Ganzen dienendes, und der kulturellen und geschichtlichen Eigenart der einzelnen deutschen Volksbestandteile entsprechendes Sonderleben führen mögen. Mit Schablonisierung und Nivellierung hat, wie an dieser Stelle schon wiederholt betont worden ist, der deutsche Einheitsstaat, den wir wünschen, nichts zu tun.“

Das ist alles Selbsttäuschung. Auf dem Boden der gegenwärtigen Reichsverfassung kann keine Selbstverwaltung kommen, welche diesen Namen verdient. Die Reichsverfassung hat bereits alle wichtigeren Gebiete den Einzelstaaten entrissen und muß, wenn der Einheitsstaat kommt, auch alle jene Gebiete sofort dem Reiche überweisen, von denen wir oben gesagt haben, daß das Reich seine Zuständigkeit auf sie ausdehnen könne. Was bleibt da noch übrig für die Selbstverwaltung der einzelnen Stämme, wenn selbst Armenpfleger, Leichenwärter und Totengräber Reichsbeamte sind! Das Bestattungswesen ist etwas rein Oertliches und auch die Armenpflege ruft am wenigsten nach Zentralisation, denn auch sie ist örtlich ungeheuer verschieden. Wo die Industrie große Menschenhaufen um sich gesammelt hat, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, wird die Armut leicht zu einer sozialen Massenerscheinung. Wo aber der Boden gleichmäßig verteilt, die Bevölkerungsdichte mäßig ist, gibt es wenig Unterstützungsbedürftige. Die Selbstverwaltung, die der Einheitsstaat den einzelnen Bezirken — das Wort Land oder Staat ist hierfür zu anspruchsvoll — noch lassen wird, erstreckt sich auf den Wegebau der mittleren und unteren Ordnung, die Aufsicht über die Kranken- und Irrenhäuser, sowie auf die zahlreichen niederen Polizeibefugnisse, wie Kaminkehrordnung und Straßenreinigung. Das reizt nicht zur Bildung von Ländern. Dabei soll Berlin der Mittelpunkt des Reiches bleiben, weil die ganze bisherige Regierungs- und Verwaltungsmaschine dort bereits untergebracht ist. Das ungeheure Personal, das die erweiterte Reichszuständigkeit noch erfordert, wird ebenfalls in Berlin angehäuft. Diese Mammutstadt, die nach dem gegenwärtigen Gesetzentwurf als Groß Berlin 8 Großstädte, 55 Landgemeinden und 21 Gutsbezirke umfassen soll, wird dann noch mehr als bisher das gesamte politische, journalistische, finanzielle Leben, das Bank- und Börsenwesen, die Leitung für Handel und Industrie, das gesamte geistige Leben der Nation an- und aufsaugen und so Deutschlands großer Wasserkopf werden. Das gibt bei so stark erweiterter Reichszuständigkeit einen riesenhaften Apparat. Von dem gemütlosen Land rechts der Elbe, wo heute noch der slawische Untergrund im Volkscharakter sich zeigt, soll dann jede Regung und Bewegung im Reiche geleitet und überwacht werden. Das Reich wird ein großes Zuchthaus. Eine ungeheure Verwaltungsmaschine mit Tausenden von Rädern, Fang- und Saugarmen erstreckt sich dann von dort aus über das ganze Reich, zumal nach den rein deutschen Stämmen des Südens und Westens, bei denen Kunst und Dichtung heimisch sind. Man betrachte nur den Unterschied im sprachlichen Aufbau der preußischen und süddeutschen Gesetze! Die Sprache ist eben auch ein Kunstwerk; der Norddeutsche versteht das aber nicht. Der zentralisierte Einheitsstaat, besonders von Berlin aus, kann nur nach Schablonen regieren, die das Preußentum schon bisher so gut verstanden hat. Diese Schablonen werden ahnungslos aber gewalttätig wie schwere Walzen über das kulturelle Sondergut und die geistig-sittliche Eigenart, das psychologische Wesen der deutschen Stämme hinweggehen. Ein Hauch der Erstarrung wird sich über Deutschland legen.

Wir wollen kein Deutschland, das nach dem Muster Frankreichs zentralisiert ist, so daß dort Paris die einzige Stätte geistiger Betätigung und höheren wirtschaftlichen Emporsteigens ist, daß es im ganzen Lande nur ein Theater gibt, das zu Paris, nur eine Presse, die Pariser. Die Provinzialstädte, die vor der großen Revolution ein so blühendes stammliches Eigenleben führten, sind jetzt kulturell verödet. Ihre alten Geschichtsmuseen zeugen noch von dem Glanze der früheren Jahrhunderte, aber der Geist ist fortgezogen nach Paris. Schon das Königtum hatte durch seine Verwaltungsbeamten (Intendanten) das Sonderleben der Provinzen zurückgedrängt, den Einheitsstaat vorbereitet. Die große Revolution hat dann Frankreich ausschließlich nach seinen Bergen und Flüssen in Departements aufgeteilt, ein Vorbild, das Rußland nachahmte mit dem Erfolg, daß auch sein geistiges Leben außerhalb Petersburg und Moskau nicht mehr besteht. Italien hat die geschichtlichen Namen seiner Provinzen

beibehalten und sie führen vielfach noch ein Eigenleben. Das französische Volk aber empfindet schwer die Unterdrückung seiner provinzialen Selbständigkeit auf geistigem Gebiet. Bereits unter dem zweiten Kaiserreich hatte sich eine Gegenwirkung erhoben. Ihre Anhänger nannten sich damals Föderalisten, heute nennen sie sich Provinzialisten. Aber der Einheitsstaat hat dort bereits zu viel wertvolles Gut vernichtet, als daß eine wirkliche Erneuerung Frankreichs im Sinne eines kulturellen Wiederauflebens der alten Länder möglich wäre. Und doch ist in Frankreich der Unterschied zwischen den beiden großen Volkssprachen, der langue d'oui des Nordens und der langue d'oc des Südens, die beide der Ausdruck für den verschiedenartigen Ursprung und Charakter der Bevölkerung sind, noch stärker als bei uns der Unterschied zwischen Ober- und Niederdeutsch.

Was Deutschland braucht, ist das Reich in bundesstaatlicher Form. Die Zuständigkeit des Reiches kann selbst über das unbedingt Notwendige weit hinausgehen, darauf kommt es nicht an, nur muß die Ausführung in die Hand der Einzelstaaten gelegt werden. Dabei können gewisse Betriebszweige, wie die Eisenbahnen unmittelbar Reichssache bleiben, aber provinziell, bzw. bundesstaatlich gegliedert. Die Aufteilung des Reiches in Sonderstaaten sollte nach der geographischen Lage mit Rücksicht auf das geschichtlich Gewordene, die Stammeseigentümlichkeiten und den Ausgleich der wirtschaftlichen Bedürfnisse geschehen, stets aber durch Selbstbestimmung der Bevölkerung. Zunächst aber müßte Preußen in seine Bestandteile zerschlagen werden. Es war nur durch das gemeinsame Herrscherhaus und den preußischen Verwaltungsgeist zusammengehalten. Die deutsche Einheitsbewegung hat Preußen und den Hohenzollern viel zu danken, aber der preußische Geist lastete schwer auf den andersgearteten süd- und westdeutschen Stämmen. Wenn dieser Geist nun das schwarz-weiße junkerliche Gewand abgestreift und ein rötliches angezogen hat, geblieben ist er doch. Ferner ist Preußen mit seinen 40 Millionen Einwohnern viel zu groß und kann nur durch Zerschlagen wirklich im Reiche aufgehen. Der Widerstand gegen diese Pläne hat die Befürchtung geboren, daß das deutsche Volk wohl den Einheitsstaat, nicht aber die versprochene Selbstverwaltung erhalten werde. Im Sommer hatte die preußische Regierung ihren Provinzen weitgehende Selbstverwaltung in Aussicht gestellt, aber der Staat wollte möglichst wenig geben, die Länder wurden davon nicht satt und so ist der Plan wieder zerronnen. Das läßt uns ahnen, daß wir die Zentralisation erhalten ohne Dezentralisation und das bedeutet erst recht die Verpreußung Deuschlands.

Vorbildlich für die Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten ist die Verfassung Nordamerikas. Schon die ersten englischen Kolonisten hatten vom Mutterland den Sinn für politische Freiheit mit Selbstverwaltung aber auch für Gesetz und Ordnung mitgebracht. Die Union ist ein Staatenbund (Vereinigte Staaten). Beim Abschluß des Bundes hat jeder Staat seine Souveränität aufgegeben. Er kann für sich keinen Krieg mehr führen, Heer, Flotte, auswärtige Politik und Post gehören dem Bund. Seine Verfassung darf jeder Staat selbst machen, nur muß sie republikanisch sein. Alle Herrschaftsrechte, die der Bund nicht an sich gezogen hat, sind den Staaten und Gemeinden verblieben, besonders die sogenannten Kulturaufgaben, die Gesetzgebung über das bürgerliche, Handels-, Straf- und Prozeßrecht, über Fabriken, Gewerbe, Unterricht und Krankenpflege, über den Verkehr im eigenen Land, über Miliz und Polizei, im ganzen ein umfangreiches Gebiet als Anreiz und Grundlage zu selbständigem staatlichem Leben. Dem Bund gehören die indirekten Steuern, die (sehr hohen) Zölle und die Verbrauchszuschläge auf Bier, Tabak, Branntwein usw., den Staaten die direkten. Der Bund ist finanziell so reich ausgestattet, daß er den Staaten noch Zuschüsse gibt für besonders wichtige Zwecke. Die Steuern der Staaten und Gemeinden belasten vorwiegend Vermögen, Erbschaft und Gewerbe. So groß ist dort der Trieb zur Selbstregierung, daß die Neuenglandsstaaten, der Kern der Union, heute noch wie bei ihrer Gründung im 17. Jahrhundert ihre Selbständigkeit behalten und sich nicht zu größeren Staaten verschmolzen haben, obwohl die räumliche Kleinheit der meisten dieser Staaten, die gemeinsame geographische Lage, Kultur und Wirtschaftsleben manche darauf hinweisen könnten. In der Schweiz ist es ähnlich wie in der Union: alle Regierungsrechte, welche der Bund nicht ausdrücklich an sich gezogen, sind den Kantonen und Gemeinden verblieben und selbst die kleinsten Kantone wahren ihre Jahrhunderte alte Selbständigkeit und widerstehen der Versuchung, sich zu größeren Gemeinwesen zusammenzuschließen.

Wenn auch die Verhältnisse zwischen Deutschland und Nordamerika sehr verschieden sind, besonders nach dem unglücklichen Kriege und der ungeheuren finanziellen Belastung, die er uns gebracht hat, so ist der Grundgedanke, in der großen Gemeinsamkeit Sonderstaaten zu bilden, bei allen Völkern derselbe. Auch Irland erstrebt sein Home rule. Deutschland braucht die Teilung nicht in Länder sondern in Staaten als politische Gemeinwesen größerer Ordnung und Glieder des Reiches, mit einem so ausgiebigen Maß von Rechten und Zuständigkeiten, daß man nicht von Selbstverwaltung, sondern von Selbstregierung reden könnte. Auch die Gemeinde, die Urzelle des politischen Lebens, muß mehr Rechte erhalten als die Reichsverfassung ihr gelassen hat. Auf dieser Grundlage baut sich als zweite Stufe der Staat auf. In beiden liegen die starken Wurzeln sowohl für die politische Größe eines Volkes, wie auch für alle die guten Eigenschaften, aus denen jene hervorgeht, für Gottesfurcht und gute Sitte, für Arbeitsamkeit, wirtschaftliches Streben und Familienglück, für Opferwilligkeit, für Freiheit und für Hingabe an das große Gemeinwesen des Vaterlandes. Lasse man sich nicht irre machen durch den Hinweis, daß Deutschland gegenwärtig 168 Minister und gegen 2000 Parlamentarier habe! Wie die preußische Verwaltung als die beste und die billigste der Welt gelten konnte, weil sie klug ausgedacht, streng pflichttreu und ehrlich war, wie jede rein demokratische Verwaltung im Großstaat teuerer ist als eine gute monarchische, so ist auch jede bundesstaatliche Regierung an sich billiger und besser wie die des Einheitsstaates. In einem kleineren Gemeinwesen können Presse und Volksvertretung die ganze Verwaltung leichter kontrollieren. Je größer der Staat, desto schwerfälliger und undurchsichtiger ist die Verwaltung, um so leichter also die Möglichkeit für Unterschleif, Betrug und kostspielige Günstlingswirtschaft, Parteiherrschaft und andere zahllose Mißbräuche, die in unseren neuen Republiken bereits häufiger und schmutziger sind, als sie je in den alten Monarchien waren. Hier liegt auch der tiefere Grund, warum die Reichsregierung nicht gegen die zahlreichen Kriegsgesellschaften einschreiten konnte, mit ihrer eigenmächtigen Wirtschaft und ihrem Wucher, über welche alle Welt klagte. Der Apparat war zu groß, um in seine Gebahrung hineinzusehen und die Mißstände abzustellen. Das Deutschland der Zukunft wird nur einige größere Staaten umfassen und diese werden sich billiger und besser regieren wie das große Reich.

Wer den Einheitsstaat will, darf nicht von lockernder Selbstverwaltung reden, wer diese erstrebt, muß den Bundesstaat wählen. Also Umbau der Reichsverfassung im Sinne des Föderalismus mit besserer Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Staaten, so daß diese auch ein wirkliches Eigenleben führen können. Das ist auch der Weg, auf welchem die getrennten Brüder im ehemaligen Östreiche (Tirol, Oesterreich, Salzburg) einst wieder zur großen Mutter Germania zurückkehren können. Unbedingt aber muß die Frage, ob Einheits- oder Bundesstaat, dem Volksentscheid unterstellt werden. Mit Ausnahme der äußersten Linken werden sicher alle Stämme sich für den Bundesstaat erklären im Rahmen des Reiches.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Immer noch im Wartezimmer.

Zu Weihnachten? Nein. Zu Neujahr? Nein. Aber zu Dreikönigen war der Friede fest versprochen, sogar mit der genauen Zeitbestimmung: nachmittags 4½ Uhr. Aber wieder abgesagt. Jetzt wird der 10. oder 12. Januar als das weltgeschichtliche Datum angekündigt. Die Entente hat immer noch etwas vorher zu regeln; Deutschland und die übrige Welt können warten.

Auf unsere nachgiebige Note vom 15. Dezember bekamen wir am Vorabend des Festes eine Antwort, die nicht gerade schroff, aber doch weniger freundlich klang, als die vorhergehende Ententenote vom 8. Dezember. In 6 Punkten wurde aufgezählt, was den Machthabern von London und Paris noch am Herzen lag, und im siebenten Punkt wurde uns gnädigst versprochen, daß die deutschen Offiziere und Mannschaften, die

wegen Scapa Flow interniert sind, nach Unterzeichnung des Protokolls freigelassen werden sollen. Der Kern des Ganzen war die doppelt unterstrichene Forderung, daß „das Protokoll, so wie es ist" unterzeichnet werden soll. Wegen der Milderung der Ersatzforderungen und der Auslegung der Klauseln sollen wir uns auf die Verheißungen in den Noten verlassen. Neuerdings verlautet, daß nach den fortgeführten Verhandlungen Deutschland zunächst 192000 Tonnen an Docks, Kränen und Baggern liefern soll; der Rest soll in 30 Monaten folgen, und zwar in dem Umfange, wie es die rundreisenden Sachverständigen der Entente für möglich erachten. Damit müssen wir uns begnügen und überhaupt schon zufrieden sein, daß sachliche Verhandlungen im mündlichen Meinungsaustausch in Gang gekommen sind.

Zu den 6 Punkten in der letzten Note ist nunmehr noch ein siebenter auf die Tagesordnung gekommen: Die Vorbereitung für die Okkupation der **Abstimmungsgebiete**. Schon der Transport der Besatzungstruppen macht Schwierigkeiten, da Foch und Genossen es wieder sehr eilig haben, während die deutsche Regierung bei der Kohlen- und Verkehrsnot nicht gleich ein halb Dutzend Truppenzüge pro Tag einschieben kann. Wichtiger ist noch die Frage der Jurisdiktion in den zu besetzenden Gebieten. Die Franzosen legen großen Wert darauf, daß der dort begangene „Landesverrat" nicht mehr in Leipzig abgeurteilt werde, offenbar in dem Bestreben, die deutschfeindliche Agitation in den umstrittenen Bezirken immun zu machen. Wir werden uns auf manche Aergernisse dort gefaßt halten müssen. Darauf deutet auch eine weitere Note hin, die Vorstellung erhebt wegen der Unterbringung von Baltikum-Truppen und des angeblichen Uebermaßes an Sicherheits- und Einwohnerwehren in **Oberschlesien**, — offenbar veranlaßt durch eine nicht mehr ungewöhnliche Denunziation von polnischer Seite.

Die Goldzölle.

Es ist doch wenigstens **ein** Neujahrsgeschenk für uns abgefallen. Die Entente hat endlich ihren Widerstand gegen die Erhebung unserer Einfuhrzölle in **Goldwert** aufgegeben.

Die Goldzölle wurden um so unentbehrlicher, je tiefer die Papiermark sank. Wenn die Mark an der Grenze kaum noch 10 Pfg. gilt, so wird der Einfuhrzoll tatsächlich illusorisch, namentlich gegenüber den Luxuswaren, die wir am liebsten gar nicht über die Grenze lassen möchten. Als im vorigen Jahr unsere Regierung die Goldzölle verfügte, hoffte sie sowohl auf Hebung der Reichseinnahmen wie auf die Konsolidierung der Volkswirtschaft. Der Widerspruch der Entente erzwang die Sistierung der Maßnahmen; denn solange das große Loch im besetzten Westen offen blieb, konnte man den legitimen Handel in den Häfen und den anderen Einfuhrstellen nicht mit den höheren Zöllen lahm legen. Jetzt ist endlich die Vereinbarung erzielt, wonach überall der Einfuhrzoll nominell nach dem Vorkriegstarif, tatsächlich aber im umgekehrten Wertverhältnis zwischen Mark und Dollar erhoben wird, zunächst in einer Erhöhung um 900 Prozent.

Wenn das für die Reichskasse und für die Volkswirtschaft heilsam werden soll, so ergeben sich wieder zwei neue Sorgen. Erstens müssen wir dem leider sehr hochentwickelten **Schmuggel** mit verschärften Kräften entgegentreten, insbesondere im besetzten Westen, wo die gemeinschädlichen Luxuswaren nun erst Schleichwege aufsuchen werden. Zweitens muß Erleichterung angestrebt werden für die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln. Sonst wird die an sich erfreuliche Zollverschärfung die allgemeine Teuerung der Bedarfsartikel weiter steigern, was dann wieder zu Lohnkämpfen oder zu Arbeitsstockungen führt.

Der Besuch des päpstlichen Nuntius in Berlin und Köln.

Zu den guten Zeichen der Zeit, die leider dünn gesät sind, rechnen wir gern die Reise des Apostolischen Nuntius **Pacelli** von München nach Berlin und Köln, die nach allen Berichten von beiden Seiten einen befriedigenden Verlauf genommen hat.

Vor Jahresfrist, als die Unabhängigen noch mitregieren wollten, standen wir vor der Gefahr, daß das Tischtuch zwischen Staat und Kirche von dem Taschenmesser Adolf Hoffmanns radikal durchschnitten und die Kirche sowie der ganze Religionsunterricht aus den Staatsschulen verbannt werden könnte. Der Ausfall der Wahlen, das mutige Experiment der Koalitionsregierung und die Kompromisse von Weimar haben uns vor dem Schlimmsten bewahrt. Der Besuch des päpstlichen Nuntius ist ein Beweis, daß auch das modernste Staatswesen noch in lebendigem Zusammenhang steht mit der Kirche Gottes auf Erden.

Die noch bestehenden Gefahren auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik wurzeln weniger in den Reichsinstanzen, als in den Regierungen und Parlamenten von **Preußen** und einigen anderen Gliedstaaten. Darum ist es sehr gut, daß auch der Kultusminister und der Ministerpräsident von Preußen mit dem Vertreter des Hl. Stuhles in persönliche Fühlung und unmittelbaren Gedankenaustausch getreten sind. Das wird in ihnen und hoffentlich auch vielen ihrer sozialistischen und demokratischen Parteigenossen das sehr zeitgemäße Bewußtsein wecken, daß die katholische Kirche eine Weltmacht ist, die man trotz aller Scheuklappen der Parteiprogramme als solche erkennen und respektieren muß, vor allem in Deutschland, wo das katholische Drittel der Nation fest und treu hinter seinen Abgeordneten steht und wo die Zentrumspartei auch die sittlich-religiösen Güter der gläubigen Evangelischen energisch verteidigt.

Von Ministern und Parteien, die überhaupt als national gelten wollen, muß der Würde und den Rechten der Kirche und ihres Oberhauptes aus zwei zwingenden Gründen gebührend Rechnung getragen werden. Einerseits aus **Dankbarkeit** für das segensreiche Wohlwollen, das der heilige Stuhl durch seine echt neutrale Haltung, seine Friedensbemühungen und seine väterlichen Bestrebungen für die Milderung der Kriegsleiden unserem armen Vaterlande bewiesen hat. Zweitens aus der realpolitischen Erkenntnis, daß der **innere Friede** uns jetzt noch mehr nottut, als jemals zuvor und dieser Friede auf dem empfindlichsten aller Gebiete nur gesichert werden kann, wenn Staat und Kirche harmonisch Hand in Hand arbeiten und darin die heiligsten Interessen der gläubigen Staatsbürger und Eltern ihre Garantie finden.

Die schwebenden Einzelfragen sind zunächst die Anpassung des Abkommens in der Bulle de salute animarum an die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse, die Neubesetzung des Erzstuhles von Köln und der Ausbau der diplomatischen Vertretung von beiden Seiten. Wir hoffen nicht nur eine günstige und glatte Lösung dieser Fragen, sondern überhaupt eine Verbesserung des modus vivendi von Staat und Kirche.

Wie man auch sonst über den „deutschen Einheitsstaat" denken mag, in Sachen der Kirchen- und Schulpolitik ist es offenbar das beste, wenn vom **Reichs wegen** durch die vernünftigere Nationalversammlung und die weitersehende Koalitionsregierung in den Kulturfragen die Richtlinien aufgestellt und zur Geltung gebracht werden. Den kulturkämpferischen Extratouren in den vorwiegend protestantischen Ländern muß Einhalt geboten werden.

An die Hungernden.

Hunderttausend ringen mit dem Tode,
Frierend, hungernd in der Donaustadt . . .
Käm der Knabe, der fünf Gerstenbrote
Und zwei Fischlein jetzt im Korbe hat,
O! sie würden ihn zu Boden schmeissen
Und sich um die Beute wütend reissen.

Ist denn Jener, der im Wüstensande
Vierzig Jahre lang sein Volk ernährt,
Zornig fortgezogen aus dem Lande,
Weil man frevelnd ihm den Krieg erklärt?
Nein! Er harrt, ob Keiner zu den Stufen
Seines Thrones naht, ihn herzurufen.

Glaubt ihr nicht, dass er, der wie verstohlen
Unter Euch im dunklen Zelte weilt,
Gern die Gnaden alle wiederholen
Würde, die er einst hat ausgeteilt,
Dass mit fünf der Brot' und zweeen Fischen
Allen er genug wüsst' aufzutischen?

Stürmt die Kirchen denn und werft euch nieder
Vor dem Tabernakel, weint und fleht,
Bis erbarmend sich der Heiland wieder
Herlässt, auf des Glaubens Machtgebet
Seine Wunder göttlich zu erneuern
Und der Not der Aermsten mild zu steuern.

Leo van Heemstede.

Kardinal Bertram.

Von H. Koitz, Breslau.

„Der Katholik weiß, Christus lebt fort und wirkt fort auf Erden in seiner Kirche. Je enger daher der Anschluß an die Kirche, desto enger ist der Anschluß an Christus". So schrieb Mariä Lichtmeß 1916 der Breslauer Fürstbischof Dr. Adolf Bertram Jetzt hat ihn der Hl. Vater unter die obersten Würdenträger unserer hl. katholischen Kirche aufgenommen und damit sowohl ihn selbst als auch seine Diözesanen um so inniger an die Kirche Christi angeschlossen. Bei der Ueberreichung des roten Biretts sprach der neue Kardinal im Namen der mit ihm zur neuen Würde Erhobenen zum Hl. Vater: „Es stärkt uns das Vertrauen auf die Vorsehung Gottes, dessen Weisheit die Nationen heilbar erschaffen hat". Diese Worte fassen all sein Wirken in den 5 Jahren, die er in der Breslauer Diözese weilt, zusammen. Voll Gottvertrauen kam er in trüber Zeit als Bischof zu uns, voll Gottvertrauen trug er die Sorgen des Krieges und wies der geliebten Herde den Weg durch die Not „in der Liebe und im Kreuz". So empfing ihn trotz der furchtbaren Zeit der Jubel seiner Diözesanen aufs herzlichste, als er am 30. Dezember am zeitigen Vormittag in Breslau eintraf. Zuerst auf dem Bahnsteig, sodann in der Fürstendiele des Bahnhofes empfing ihn der Empfangsausschuß. Geheimrat Dr. Porsch versicherte ihn der unwandelbaren Treue der katholischen Bürgerschaft Breslaus. Im Namen der Diözese begrüßte dann den Kirchenfürsten Valentin Graf Ballestrem, der an der Spitze der schlesischen Malteserritter erschienen war. Voll Vertrauen schauen wir Katholiken nach Rom, dem Ziel unserer Sehnsucht, und mit dem Hirten sei auch die Herde geehrt. In seinen Dankesworten betonte der Kardinal die Sorge des hl. Vaters um das Wohl der Kirche, sein Wohlwollen gegen das deutsche Volk und brachte den Männern des öffentlichen Lebens den Gruß Benedikts XV.

Um ½10 Uhr bewegte sich der Wagenzug mit dem Kirchenfürsten und dem Empfangsausschuß nach dem Dom, am Bahnhof wie auf den Straßen von den Gläubigen begrüßt. Die Domstraße und auch der Dom waren festlich geschmückt, die katholischen Vereine bildeten Spalier. Glockengeläut empfing den Kirchenfürsten in seiner Residenz. Am Hauptportal begrüßte den Kardinal als Vertreter der Geistlichkeit Ehrendomherr Ziegan. Gehorsam, Ehrfurcht und Liebe brachte er ihm als die Gaben des Klerus. Im Mittelschiff sprach dann für das Domkapitel Dompropst Prälat Dr. König. Den Begrüßungsworten fügte er das Gelöbnis hinzu, treu neben dem geliebten Hirten der Diözese auszuhalten auch in der dunklen Zukunft. Universitätsprofessor Dr. Triebs überbrachte sodann als Dekan die Glückwünsche der katholisch-theologischen Fakultät. Er betonte den Wert der wissenschaftlich-theologischen Durchbildung für die Priester, die ihnen auch für den Charakter nötig sei. Nur der Wissende kann streben! Nach herzlichen Dankesworten an die Redner zelebrierte der Kardinal am Hochaltar eine stille hl. Messe. Dann bestieg er die Kanzel, um den Gläubigen die Grüße und Segenswünsche des Hl. Vaters zu übermitteln. „Die Liebe zieht uns nach Rom", so führte er aus, „und die Sorge um die Zukunft, der Dank für das Verhalten des Hl. Vaters im Weltkriege und die Bitte um seine Hilfe. „Die Arbeitslust muß dem deutschen Volk wiederkehren, damit es sich wieder eine geachtete Stellung erwirbt." So sprach der Hl. Vater, als der Kardinal ihm seine Sorgen klagte. Hörst du es, deutsches Volk? Der Hl. Vater teilte mir kurz vor meiner Abreise aus Rom mit, daß er nach Amerika geschrieben habe, man möge sich der Gefangenen in Sibirien annehmen. Er sagte mir ferner, daß er den Kaiser von Japan angerufen habe, ob nicht die Gefangenen durch Japan zurückkehren können. Der Hl. Vater teilte mir sodann mit Rührung mit, daß 80000 Breslauer Schulkinder an ihn die Bitte gerichtet hätten, er möge sich für unsere Gefangenen verwenden. Benedikt XV. hat das Vertrauen, daß Deutschland sich wieder aufrichtet und erhebt. Den Segen bringe ich allen Männern und Frauen, die so treu für die katholische Sache kämpfen und die im religiösen Eifer auf dem Gebiet der Caritas wirken. Segen überbringe ich den Männern, die mit mutiger Stirn die Rechte der Kirche vertreten, dem Malteserritterorden, den Männern, die in den öffentlichen Parlamenten die Rechte der Kirche und der Schule vertreten, den Segen all denen, die der katholischen Jugend Hüter sind, den Vätern und Müttern, den Lehrern und Lehrerinnen." Das waren des Kardinals Worte. Zum Schluß stimmte er am Hochaltar das Tedeum an.

Nach der kirchlichen Feier brachten Vertreter der katholischen Kreise Breslaus dem Kirchenfürsten ihre innigsten Glückwünsche dar. Vom Reichspräsidenten lief folgendes Glückwunschtelegramm ein:

„Euer Eminenz darf ich zu der Ihnen von Sr. Heiligkeit dem Papst verliehenen hohen Würde meine aufrichtigen, herzlichen Glückwünsche sagen."

Wie über dem Portal des Domes den Heimkehrenden das Benedictus qui venit in nomine Domini grüßt, so möge ihm aus der Zukunft das Wort entgegen leuchten: Beatus, qui custodit verba Domini et facit opera eius!

Mission und Völkerversöhnung.

Von Univ.-Prof. D. Dr. Aufhauser.

Das Fest der Erscheinung des Herrn galt seit seiner Einführung (im 3. Jahrhundert) neben der Erinnerung an die Geburt des Heilandes, die Taufe Jesu im Jordan und das erste Wunder zu Kana vor allem der Gottesoffenbarung an die Heidenwelt in der Anbetung durch die Magier aus dem Morgenlande. Seitdem ein eigenes Fest der Geburt des Herrn am 25. Dez. gefeiert wurde, ward letzterer Gedanke mehr und mehr zur Zentralidee. Als „Licht zur Erleuchtung der Heidenvölker" erscheint das Jesuskind. Die Liturgie des Festes läßt als Vertreter aller Erdenvölker die Könige von Saba, Tharsis und Arabien erscheinen und ihre Weihgaben vor dem Jesuskind als Weltenheiland, Weltenkönig, Völkerkönig niederlegen, den Epiphanietag mit seiner feierlichen Wasserweihe als großen Tauftag erscheinen; der Volksglaube hat die heiligen drei Könige seit alters mit Vorliebe gefeiert.

Das Herrenwort an die Apostel: „Gehet hinaus in alle Welt, lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters, des Sohnes und des hl. Geistes" erklingt heute mit besonderer Weihe und erweist nie vergehende Missionspflicht und Missionsrecht aller Christusgläubigen.

Dies Zentralfest christlicher Missionstätigkeit wird denn auch seit langem besonders in den Missionsgesellschaften mit feierlichem Glanze begangen. Die „S. Congregatio de propaganda fide" in Rom, oberste Zentralbehörde und Mittelpunkt aller katholischen Missionsarbeit (1622 von Gregor XV. gestiftet), feiert an diesem Tage in aller Länder Sprachen den Grundgedanken des Festes.

Und mit Recht! Seit den Tagen der Apostel sind glaubensinnige und glaubensstarke Männer ihren Spuren gefolgt, allen Völkern ohne Unterschied die frohe Botschaft zu künden, sie alle zu einen als Söhne des einen Gott-Vaters im Reiche Gottes. Da gibt es weder Griechen noch Barbaren, noch Juden noch Skythen. Nicht als sollten die Völker ihre nationalen Eigentümlichkeiten völlig preisgeben, wohl aber überwinden und ablegen alles Uebermaß von nationalem Stolz und Empfindlichkeit, die als Quelle ständiger Eifersucht und dauernden Kampfes mit dem Grundgesetz des Christentums, dem Geiste der Liebe, unvereinbar ist. Griechen, Syrer, Römer, Angelsachsen, Franken und Slawen sind die Träger der altchristlichen und mittelalterlichen Missionstätigkeit; ihr Arbeitsfeld ist Europa und die Länder des Mittelmeerbeckens. Bis ins 12. Jahrhundert hinein bedurfte es unverdrossenen Wirkens, bis den Völkern Europas überall das Licht des Glaubens erstrahlte, die südlichen und östlichen Küstengebiete des Mittelmeeres mit ihren einst blühenden Christengemeinden waren inzwischen bereits wieder dem Ansturm des Islams erlegen.

Gewaltige Entdeckungen der großen Renaissanceseefahrer erweiterten im 15. und 16 Jahrhundert die Grenzen der bekannten Erde, Glaubensboten begleiteten sie in die fernen Lande. Spanien und Portugal erhielten vom Papst Alexander VI. die Erde unter sich geteilt (Demarkationslinie vom 4. Mai 1493), und das Entdeckungs- und Eroberungsmonopol, mehr noch das alleinige Missionsrecht in den neuen Ländern (1534—1600). Fremde Missionäre mußten in Madrid und Lissabon sich nicht bloß Paß und Einreiseerlaubnis in die fernen Kolonien erholen, sondern sich dort auch nationalisieren lassen, dem König des Mutterlandes den Treueid leisten, Privilegien, die zu einer dauernden Quelle endloser Jurisdiktionsstreitigkeiten in Ostasien, Vorder- und Hinter-Indien, China und Japan wurden, dem Missionswerk unendlichen Schaden zufügten und das Studium jener Missionsepoche wenig erfreulich gestalten.

War zur Zeit des spanisch portugiesischen Kolonialmonopols entsprechend der damaligen Weltanschauung einzig und allein

die katholische Religion in den Kolonien wie in den Heimatländern anerkannt und zugelassen und von der Inquisition in Madrid, Lissabon und Goa eifrig bewahrt, so suchten Holland und England seit Beginn ihrer Kolonialära das protestantische Bekenntnis wie im Mutterlande so auch in den Kolonien mit friedlichen wie gewaltsamen Mitteln zu fördern, zumal seitdem sich auch im Protestantismus nach langem Sträuben der Missionsgedanke Bahn gebrochen hatte.

Das 19. Jahrhundert ward dank seiner technischen Erfindungen und der Erschließung der Erde bis zu ihren äußersten Enden zum eigentlichen Kolonialjahrhundert; die mehr und mehr zu Weltmächten emporsteigenden europäischen Länder, zumal England und Frankreich, verteilten die Erde unter sich, Afrika und Asien vor allem. Andere Staaten, auch das endlich geeinte Deutschland, mußten sich mit ganz geringen Gebieten begnügen.

All die Kolonialstaaten der Gegenwart erachten im Unterschied zu früheren Zeiten die Ausbreitung des Christentums in ihren Neuländern nicht als ihren Beruf oder ihre Pflicht. Doch stehen sie den Bestrebungen der christlichen Missionen freundlich gegenüber und suchen auch in ihrer Gesetzgebung ihren Forderungen gerecht zu werden. Indes Missionären aller Länder war die Evangelisationsarbeit überall gestattet, mochten auch begreiflicherweise Glaubensboten des eigenen Landes in der Kolonie erwünschter erscheinen denn fremde. Die Kongoakte vom 26. Februar 1885 (Art. 6, Abs. 2) gewährte für die afrikanischen Kolonien aller Missionstätigkeit gleichen völkerrechtlichen Schutz: „Die Vertragsmächte werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohltätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zwecke geschaffen und organisiert sind oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen. Christliche Missionäre, Gelehrte, Forscher sowie ihr Gefolge, ihre Habe und ihre Sammlungen bilden gleichfalls den Gegenstand eines besonderen Schutzes." Den zur Zeit des Ankaufes der Karolinen-, Palau- und Marianneninseln durch Deutschland (1899) dort wirkenden spanischen Kapuzinern bleiben die „gleichen Rechte und gleichen Freiheiten wie den deutschen religiösen Ordensgesellschaften belassen". § 14 des deutschen Schutzgebietsgesetzes vom 10. September 1900 gewährt von Reichs wegen den im deutschen Reiche anerkannten Religionsgesellschaften in den deutschen Schutzgebieten freie, öffentliche, unbeschränkte Religions- und Gewissensfreiheit, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude, die Befugnis zur Einrichtung von Missionen. Diese Rechte unterlagen keinerlei Beschränkung oder Hinderung.

Für Ostasien war dieses freie Wirken beider christlichen Missionen ohne nationale Schranken bei Oeffnung der ersten Häfen im Vertrag von Tientsin (1858) und Peking (25. Okt. 1860) proklamiert. Letzterer sicherte den Angehörigen aller christlichen Glaubensbekenntnisse Sicherheit der Person und des Eigentums wie freie Ausübung ihrer Religion und den ins Innere reisenden Missionären, wenn sie mit Pässen versehen waren, wirksamen Schutz zu.

Dem Schmachfrieden von Versailles blieb es vorbehalten, durch die Missionspolitik des brutalen Artikels 438 der englischen Quäker gegen alles göttliche Recht, gegen alle bisherigen völkerrechtlichen Vereinbarungen in Zukunft deutsche Glaubensboten aus all dem Machtbereich der Entente auszuschließen. Bis heute blieben all die Bitten deutscher Missionäre, all die Vorstellungen neutraler Missionskreise, besonders Schwedens und der Niederlande, selbst all die Bemühungen des Papstes, des berufensten Schützers internationalen Missionsrechtes und die Mithilfe der Erzbischöfe von Frankreich, England, Belgien und der Vereinigten Staaten ohne Erfolg. Gar manche unserer deutschen Missionsgesellschaften sind all ihres Arbeitsgebietes beraubt, mögen auch die allgemein katholischen und speziell kulturellen Missionsinteressen und die höchste geistliche Autorität Roms bei der Verteilung des Missionsfeldes unter katholische Missionäre gewahrt sein.

Der Glanz eines der ersten und erhabensten christlichen Festgeheimnisse des Königtums Christi über alle Erdenvölker erfährt durch den Machtbefehl „christlicher" europäischer Staaten die betrübendste Erniedrigung, um so schmählicher, als er nicht bloß der religiösen Freiheit ins Gesicht schlägt, sondern auch die besten Faktoren im Heilungsprozeß der zu Tode verwundeten Völker ausschaltet. Je freier sich die Arbeit der Missionäre von den Schranken ihrer Nationalität, von den Eigeninteressen ihres Volkes in rein religiöser Sphäre erhielt, desto segensreicher war ihr Wirken. Europäische Kanonen waren nie beglückende Bundesgenossen für die christliche Missionstätigkeit. Zeuge dessen ist die ganze Missionsvergangenheit des Christentums, besonders die Geschichte der Beziehungen zwischen Mission und Kolonialpolitik. Das Psalmistenwort: „Siehe, wie herrlich sind die Pfade derer, die da friedensfrohe Botschaft künden" verspricht wahrer religiöser Missionsarbeit immer noch die besten Erfolge. Nur wo die Missionäre selbst in brüderlichem Seeleneifer ohne Unterschied und ohne Beschränkung der Nationalität frei walten können, erstehen ihrem Wirken bleibende Früchte, werden die jungen Christengemeinden in Wahrheit die Segnungen echter christlicher Zivilisation und Erziehungsarbeit erfahren, immer aber auch zur Treue an das kolonisierende Mutterland erzogen; denn gerade der übervölkische Charakter des Missionswerkes befähigt den echten von Christusgeist geleiteten Glaubensboten zu entsagungsvollem Wirken auch im Dienste anderer Nationen. Dies hehre Ideal darf nicht verworfen werden, wenn es bisweilen hüben und drüben von Arbeitern auf dem weiten Weinberge des Herrn nicht immer erreicht wurde. Wie all die ethischen und religiösen Werte muß auch der internationale Charakter des Missionswerkes über die stürmische Weltbrandung der Gegenwart hinübergerettet werden. Nur dann vermag das Wort Leo d. Gr. wahr zu bleiben: „Epiphaniae veneranda solemnitas dat perseverantiam gaudiorum", wird der Grundgedanke des Festes das Gewissen der christlichen Menschheit aufrütteln zu wahrer Völkerverbrüderung.

Mittelschülerorganisationen im Rahmen der katholischen Jugendvereine.

Von Alfred Beer, Karlsruhe.

Professor H. Hoffmann, Breslau, spricht in dem Artikel „Zur Organisation der Schüler höherer Lehranstalten" in Nr. 49/1919 der „Allgemeinen Rundschau" von zwei Möglichkeiten die katholischen höheren Schüler, in Süddeutschland die Mittelschüler zu organisieren, dem Quickbornbund und der Bewegung Neu-Deutschland. In den nachfolgenden Zeilen soll von einer dritten Möglichkeit gesprochen werden, die in Baden, besonders in Karlsruhe Verbreitung gefunden hat. Es soll nicht behauptet werden, daß der hier geschilderte Weg der einzige oder auch nur der unbedingt beste sein muß um eine Mittelschülerorganisation zu schaffen; es soll nur gezeigt werden, daß es einer und zwar ein praktisch bewährter ist unter den mancherlei Wegen, die zum Ziel führen können.

In Karlsruhe waren eine Anzahl Mittelschüler Mitglieder der katholischen Jugendvereine. Es waren aber doch nur vereinzelte Mittelschüler, die sich auf diese Weise katholisch organisieren ließen. Wurde ihre Zahl in einem Verein wirklich größer, so ergaben sich bald Schwierigkeiten; in den Versammlungen, Vorträgen, im geistigen Leben des Vereines mußten entweder die Interessen der Mittelschüler oder die der anderen Mitglieder leiden. Deshalb schritt man auf Drängen der Mitglieder dazu in den einzelnen Jugendvereinen besondere Mittelschulabteilungen zu gründen. Diese haben eigene Versammlungen, Wanderungen, Spielnachmittage; zugleich besuchen sie die allgemeinen Versammlungen des Gesamtvereines, sie können indessen Turn-, Sports-, Theater- und Musikabteilungen Mitglieder sein und beteiligen sich tatsächlich an diesen Abteilungen sehr rege. Selbstverständlich sind auch die kirchlichen Versammlungen und Generalkommunionen gemeinsam.

Diese Organisationen haben ihre Vorteile und ihre Nachteile. Nachteile sind, daß manche katholische Mittelschüler, freilich nur vereinzelte, einem Jugendverein fernbleiben, in dem auch Lehrlinge, Kaufleute und Arbeiter Mitglieder sind; daß es auch hier noch Reibereien zwischen Mittelschülern und anderen Mitgliedern geben kann und tatsächlich gibt, ferner daß es dem Präses in einem so großen Jugendverein nicht leicht ist zwei so verschiedenen Gruppen gleich gerecht zu werden. Ein Nachteil ist endlich, daß es noch nicht möglich war in den Mittelschulabteilungen die unbedingt nötige Trennung zwischen älteren und jüngeren Mitgliedern durchzuführen. Den Schwächen, die diese Organisationen in sich tragen, stehen bedeutende Vorteile gegenüber, Vorteile für die Pfarrseelsorge und die Gesamtjugendpflege, für die Mittelschülerbewegung und die einzelnen Mittelschüler. Die Jugendvereine sind Pfarrorganisationen. So behält der Pfarrklerus seine Mittelschuljugend in der Pfarrei. Oft stellt gerade die Mittelschuljugend mit ihrer Begeisterung und ihrer Regsamkeit die Verbindung zwischen der Pfarrgeistlichkeit und den Familien der Schüler her. Die Pfarrei wird durch eine solche Pfarrorganisation manches an innerer Geschlossenheit ge-

winnen. Die Jugendpflege und der Jugendverein bekommen aus den Kreisen der Mittelschüler den größeren Teil und viele ihrer besten Mitarbeiter. Der Mittelschüler hat einen Idealismus, der noch nicht durch den Kampf ums tägliche Brot gelähmt ist und durch die Studien mannigfach gefördert wird. Er hat vielfach mehr Zeit, d. h. er kann sich seine Zeit mehr nach eigenem Gutdünken einteilen wie ein anderer Jugendlicher. Die Mittelschüler stellen viele der besten Musiker, Theaterspieler und Organisatoren. Ein Jugendverein mit einer guten Mittelschulabteilung verfügt über viel reichere Arbeitskräfte und kann viel mehr leisten als ein anderer Verein.

Einen großen Nutzen hat die Mittelschulabteilung selbst von ihrer Eingliederung in einen Jugendverein. Viele Gründungen und Zirkel katholischer Mittelschüler sind wieder eingegangen, weil sie nirgends den nötigen Rückhalt gefunden haben. Unsere Mittelschulabteilungen haben einen starken Rückhalt an dem Jugendverein und damit an der ganzen Pfarrei. Ein guter Jugendverein erfreut sich stets großer Beliebtheit und findet viel Unterstützung bei allen Angehörigen der Pfarrei. Dieses Interesse der gesamten Pfarrei an ihrer Jugend kommt auch der Mittelschulabteilung zu gute. Einen weiteren Rückhalt hat die Mittelschulabteilung an dem wohl organisierten Verband der katholischen Jugendvereine. Sie wird zum Beispiel nie beim Weggang eines Präses befürchten müssen, daß sich kein Nachfolger für ihn finde. Dabei ist die Organisation des Verbandes der katholischen Jugendvereine nicht so straff und eng, daß eine Mittelschulabteilung in ihrem inneren Leben und in der Pflege ihrer berechtigten Interessen gehindert wäre. In Karlsruhe wird zurzeit ein Zusammenschluß aller Mittelschulabteilungen zu einem örtlichen Arbeitsausschuß angestrebt, ohne daß deshalb die Mittelschulabteilungen aus dem Rahmen der Jugendvereine herauszutreten brauchen, so wenig als das die Sports- und Turnabteilungen tun, die sich in vielen Großstädten zu eigenen Ortsverbänden zusammengeschlossen haben. Es ließe sich wohl auch sehr gut denken, daß die Mittelschulabteilungen einem Arbeitsverband aller katholischen deutschen Mittelschüler-Organisationen beiträten, ohne ihre Zugehörigkeit zu den Jugendvereinen aufgeben zu müssen. Für eine solche Arbeitsgemeinschaft wird es ja ein Haupterfordernis sein, sich nicht zu zentralistisch und nicht schablonenhaft zu organisieren, um all den verschiedenartigen Mittelschüler-Organisationen die Möglichkeit zum Anschluß zu gewähren.

Endlich haben die Mittelschüler selbst viele Vorteile von dieser Art von Organisationen. Eine Pfarrorganisation ist nicht so weit von der Wohnung des Mittelschülers entfernt. Mancher Mittelschüler in der Großstadt bleibt einer Organisation fern oder besucht sie nur unregelmäßig, wenn er vielleicht eine halbe Stunde und länger gehen oder fahren muß, bis er zum Versammlungslokal kommt. Das freundschaftliche Verhältnis der Mitglieder untereinander, der enge Verkehr auch außerhalb der Vereinsveranstaltungen, der unseres Erachtens von größter Wichtigkeit ist, wird in einer Pfarrorganisation viel leichter zustande kommen als in einer Organisation für eine ganze Stadt, weil alle Mitglieder nahe beieinander wohnen. Durch seine Zugehörigkeit zu einer Mittelschulabteilung verwächst der Mittelschüler mehr und mehr mit der Pfarrei und damit mit dem praktischen religiösen Leben derselben, eine Tatsache, die man in ihrem Wert nicht unterschätzen darf. Die Mittelschüler beteiligen sich reger an den Nachmittag- und Abendgottesdiensten, gehen lieber und häufiger zu den hl. Sakramenten. Sie treffen jedesmal noch Freunde in der Kirche und fühlen sich in ihr nicht so fremd wie es sonst oft der Fall ist. Vor allem erzieht aber so eine Mittelschulabteilung ihre Mitglieder zu sozialem Denken und Verständnis. Der Mittelschüler hat in den allgemeinen Versammlungen, in den einzelnen Abteilungen immer wieder Gelegenheit mit den anderen Mitgliedern des Vereines zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten. Er findet, daß es auch unter ihnen vorzügliche Leute gibt, gediegene Charaktere, helle Köpfe und treue begeisterte Katholiken. Er ist Mitglied des Jugendvereines so gut wie der einfache Lehrling, er sieht vor allem bei den Generalkommunionen, daß vor Gott alle Menschen gleich viel gelten und lernt im einfachen Jungen den gleichberechtigten Altersgenossen schätzen; nicht auf Grund moderner Gleichheitsideen, sondern auf Grund der uralten Lehren unseres katholischen Glaubens. Die Mittelschulabteilung bildet eine Abteilung des Jugendvereines, muß sich in ihn einordnen; der Mittelschüler lernt dabei, daß die gebildeten Stände nur ein Teil des Volksganzen sind und daß das Wohl des Einzelnen wie des einzelnen Standes sich dem Gesamtwohle unterzuordnen hat. Viel besser als durch lange theoretische Erörterungen wird ihm in den Ausschüssen, den Sports-, Musik- und Theaterabteilungen, in denen er mitarbeitet, beigebracht, daß der Gebildete seine überlegenen geistigen Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit stellen muß. Im Zusammenleben mit Angehörigen anderer Bevölkerungsklassen und Berufsstände, auch da wo es einmal Differenzen gibt, wird ihm klar werden, wie das Volk über seine Gebildeten denkt, was es von ihnen verlangt und erwartet, was ihm am Gebildeten gefällt und was es besonders abstößt. Bei alledem ist der Mittelschulabteilung so reichliche Bewegungsfreiheit gegeben, daß sie die besonderen Interessen der Mittelschüler genügend pflegen kann. Wenn einzelne ihrer Mitglieder keine Neigung zeigen mit anderen Mitgliedern des Jugendvereines zu verkehren, — man muß auch hier die Jugend nehmen, wie sie ist, nicht wie sie sein sollte, — so besteht für sie kein Zwang, an den allgemeinen Versammlungen des Vereines teilzunehmen oder in den einzelnen Abteilungen mitzumachen.

An Erfolgen hat es diesen Mittelschulabteilungen nicht gefehlt. Von der Mittelschulabteilung, der der Verfasser dieser Zeilen angehört hat, haben bis jetzt 19 ehemalige Mitglieder sich dem akademischen Studium zugewandt. 15 derselben sind katholischen Korporationen beigetreten oder studieren Theologie, nur zwei sind schlagenden Korporationen beigetreten. Von den ehemaligen Mitgliedern, die mit dem Einjährigen die Schule verlassen haben, ist einer Jugendsekretär der katholischen Jugendvereine von Karlsruhe, zwei andere sind 1. und 2. Vorsitzender des Jungmännervereines in derselben Pfarrei. An den Mittelschulen gibt es Klassen, in denen fast alle Katholiken Mitglieder der Jugendvereine sind. Doch sind diese zahlenmäßigen, greifbaren Erfolge nur die geringeren gegenüber der Förderung des katholischen Lebens unter den Mittelschülern.

Vielerorts wird sich diese Organisation nicht durchführen lassen oder ein anderer Weg wird besser zum Ziele führen. Mancherorts dagegen wird sie sich sehr gut bewähren, besonders wo, wie in Karlsruhe eine gute, straff durchgeführte Organisation der Pfarreien besteht oder wo aus irgend welchen Gründen eine selbstständige Mittelschülerorganisation nicht gegründet werden kann. Vielleicht wird auch da und dort eine solche Mittelschulabteilung die Vorstufe zu einer eigenen Mittelschulorganisation bilden können. Mögen, wenn einmal eine großzügige Mittelschülerbewegung für ganz Deutschland organisiert wird, auch diese Mittelschülerorganisationen sich beteiligen und den ihnen zukommenden Einfluß und Platz in derselben erhalten, ohne ihre Eigenart aufgeben zu müssen.

Eine christlichsoziale Studienkommission nach Sowjetrußland.

Von Dr. O. Färber, München.

Wahrheit. Sie ist eine der drei großen Grundpfeiler, auf denen das Programm der christlichen Volksparteien sich aufbaut. Wahrheit, d. h. das für wahr Erkannte, ist die Voraussetzung für ihre Maßnahmen. Wahrheit soll sie leiten bei allem und in allem, rücksichtslose Wahrheit. Wie in der Wissenschaft, so verlangt auch in der Politik die Wahrheit unermüdliches Forschen und Arbeiten. Die Voraussetzungen müssen auf dem Laufenden gehalten und durch Hinzutragen von Material gestützt und tragfähig gemacht werden. Freund und Feind können nur durch Wahrheit gewonnen bzw. erhalten werden.

Wenn ich heute den Vorschlag mache, eine christlichsoziale Mission nach Sowjetrußland zu entsenden, so tue ich es, obwohl ich auf Grund genauer Kenntnisse des roten Rußland meine prinzipielle Gegnerschaft und Feindschaft zum bolschewistischen System für mich fest begründet habe.[1])

Eine solche Mission ist notwendig. Andere Staaten haben schon mancherlei Missionen nach Sowjetrußland entsendet, und auch aus Deutschland sind schon mehrere dort gewesen, aber noch keine speziell christlichsoziale. Wohl schon sozialistische, die aber natürlich voreingenommen waren, dementsprechend beeinflußt wurden und für ihre Leute das Gesehene und Gehörte entsprechend darstellten.

[1]) Siehe auch die Broschüre „Das kommende Rußland, Grundsätzliches“, Verlag Keller & Co., Dillingen a/D. (Preis 2 ℳ.)

Von welchem Werte wäre aber ein authentischer, ausführlicher Bericht einer wie vorgeschlagen zusammengesetzten Kommission zur Orientierung des christlichen Volkes, der Parteien, der Parteimitglieder, der Presse, der christlich organisierten Bauern und Arbeiterschaft.

Sowjetrußland ist in seiner Existenz im dritten Jahre eine Herausforderung und stete Gefahr; es lenkt aller Aufmerksamkeit, besonders aber die der Arbeiter, auf sich und dient, solange es existiert, als ein Beispiel, auf das die Hetzer hinweisen und das sie, wenn nicht genügend kontrolliert und widerlegt, als Schulbeispiel für die Möglichkeit einer völligen sozialen Umwälzung anpreisen.

Von welch historischer Bedeutung müßten die Resultate der vorgeschlagenen Kommission sein! Wie beruhigend würde eine aktenmäßige Schilderung des roten Paradieses durch unsere bekannten und befreundeten Politiker wirken! Wahrlich eine Partei, die doch von jeher die gründliche Lösung der sozialen Frage in Wort und Tat sich zur Lebensaufgabe erkoren, müßte danach trachten, ein so hochwichtiges Material in ihre Hände zu bekommen. Ob günstig oder ungünstig, es wäre lehrreiche Wahrheit. Man könnte zwar einwenden, eine solche Kommission sei überflüssig. Der Habitus des russischen Kommunismus sei a priori bekannt. Ich war selbst im roten Rußland und bin doch der festen Ansicht, daß die Kommission nicht überflüssig ist. Einmal wegen des großen Gewichtes des kommissarischen Urteils, dann aber wegen der seit meinem Aufenthalt in Moskau und Petersburg (Januar, Februar 1918) vor sich gegangenen organisatorischen, kriegerischen und anderen Veränderungen und Ereignisse. Man macht sich ja hierzulande von dem bolschewistischen Apparate nur schwer einen Begriff.

Der Bolschewismus wird wohl 1920 gestürzt werden. Ich hoffe es bestimmt, aber bei der psychologischen Verfassung der Russen, den Fehlern und der Unbekehrbarkeit (weniger politisch als moralisch) der Weißen können auch noch Komplikationen eintreten und — wird der historische und informatorische Wert der Kommission dadurch herabgemindert?

Anders ist es mit der Frage: Werden Lenin und seine Regierung die Einreiseerlaubnis geben? Mit der polnischen Regierung könnte man sich wohl auseinandersetzen. Aber Lenin? Wenn die Bolschewiken glauben, Gutes getan zu haben und zu tun, werden sie einer Kommission, die nichts will, als die Lage der Bevölkerung studieren, kaum die Einreiseerlaubnis verweigern können. Wenn sie es tun, dann gut, und interessant die Begründung, die sie uns geben.

Die Reise der Kommission wäre eine große Fährlichkeit. Diese würde wohl kaum so aufgenommen wie eine der USP, und Kaviar mit Butterbrot und Feuerwasser würden ihnen die Volkskommissare nicht kredenzen. Sollte man aber den Martyrertod fürchten, um eine große Wahrheit allen zu verkündigen? Es wird aber nicht so heiß gegessen als gekocht, und ehe gegen die Kommission ein terroristischer Akt erfolgte, würde man sich denn doch noch besinnen.

Wie müßte sich die vorgeschlagene Kommission zweckmäßig zusammensetzen? Die Bolschewiken wollen das Heil der arbeitenden Bevölkerung. Wir Christen auch. Es kämen also zur Beteiligung in Frage: Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der christlichen Bauernvereine, der katholischen Arbeitervereine u. a. m., sowie auch geistige Arbeiter (4. Kategorie). Nachdem so manches über die Lage der Frauen in Sowjetrußland geschrieben und mitgeteilt worden ist, werden sicherlich auch Vertreter des katholischen Frauenbundes und entsprechender protestantischer Organisationen teilnehmen müssen. Das Verhältnis von Kirche und Staat im gegenwärtigen Rußland wird jeden Christen sehr nahe interessieren, wodurch die Zugesellung von Geistlichen der verschiedenen christlichen Konfessionen nahegelegt ist. Die Journalisten, Vertreter der katholischen und christlichen sozialen Presse dürfen natürlich nicht fehlen und eine Anzahl von Wissenschaftlern (Nationalökonomen, Historiker), Spezialisten müßten die Kommission vervollständigen. Die Anwesenheit von christlichen Persönlichkeiten, die in Rußland ganz vertraut sind und die Sprache des Landes kennen, ist unerläßlich.

Die Kosten der Kommission müßten entsprechend verteilt werden. Die in Frage stehenden Parteien, die vereinte katholische und christliche soziale Presse, christliche Gewerkschaften und andere Organisationen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz könnten vielleicht unter sich die aufzubringende Summe so teilen, daß der jeden treffende Anteil gar nicht so groß wäre. Die Frage eines Reichszuschusses müßte nach analogen Fällen beurteilt werden.

Wir glauben, daß diese Mission in der parlamentarischen Geschichte (und besonders in der der christlichen Volksparteien) von ungeheurer Bedeutung und Tragweite, lehrreich und nutzbringend sein würde.

Jüdische und christliche Arbeiterführer.

Ein Vergleich aus der Gründungszeit der Sozialdemokratie.

Von Dr. E. Hartl, Generalsekretär im Landw. Ministerium, München.

In seinem mustergültigen Werk über die moderne Arbeiterfrage schildert Prof. Herkner u. a. auch Leben und Charakterzüge der Begründer des deutschen Sozialismus. Die alte Lehre Gobineaus und Houston Stuart Chamberlains von dem höheren sittlichen Gehalt der christlichen Germanen gegenüber dem Semitentum wird hiebei neuerdings erhärtet, wenn man aus dem Werke ersieht, wie die Deutschen meistens die Betrogenen, die reinen Toren, die Idealisten und Schwärmer sind; sie denken vielfach höchst uneigennützig und geben das Geld für ihre politischen Freunde wie für ihre Weltanschauung mit vollen Händen aus, wogegen sie für ihre eigene Person sparen. Die jüdischen Gründer und Führer der Sozialdemokratie verfahren genau umgekehrt; sie verfolgen vielfach nur eigennützige Zwecke, bedienen sich aber der Partei geschickt als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, leben als Parasiten auf Kosten ihrer politischen Freunde, kurz offenbaren bei entschleierter Betrachtung ihres Privatlebens all die häßlichen Eigenschaften der semitischen Rasse in vollem Lichte. Im vorteilhaften Gegensatz hiezu stehen die Gewohnheiten ihrer arischen Gesinnungsgenossen.

Unter ihnen ist wohl Engels, der Sohn des frommen Wuppertaler Fabrikanten und Mitverfasser des Kommunistischen Manifests, eine der menschlich anziehendsten Persönlichkeiten. Für seine Person machte er nur die unbedingt nötigen Ausgaben; gegenüber der Partei und seinen Parteifreunden aber gab es keine Grenzen für seine Freigebigkeit. Karl Marx war das Gegenteil von Engels, wie aus ihrem Briefwechsel erhellt.

Um Marx ausgiebig unterstützen zu können, faßte Engels den hochherzigen Entschluß, trotz heftigen Widerwillens gegen den „hündischen Commerz" wieder als Kommis in die Filiale des elterlichen Geschäfts in Manchester einzutreten und verzichtete damit auf eine seinen großen Gaben entsprechende Berufstätigkeit wissenschaftlicher und schriftstellerischer Art. Er hoffte soviel zu erwerben, um Marx eine auskömmliche bürgerliche Existenz zu sichern. Außerdem half er noch dadurch, daß er Zeitungsartikel Marxens ins Englische übersetzte, ja eine beträchtliche Anzahl von Artikeln an Stelle von Marx verfaßte, diesem aber das Honorar beziehen ließ . . . .

Man glaubt vielleicht, daß es Engels, dem Sohn eines reichen Fabrikanten, nicht allzu schwer gefallen sein wird, den Freund zu unterstützen. Dabei wird übersehen, daß er nur als Kommis im väterlichen Geschäfte angestellt war und von seinem Vater, der ihn am liebsten nach Kalkutta verbannt hätte, recht knapp gehalten wurde. Er geriet daher nicht selten selbst in Schulden, da er für Marx weit über die eigenen Mittel hinaus eintrat.

Allein es gelang ihm trotz besten Willens niemals, Marx ganz von den Alltagssorgen zu befreien. Das lag nicht an Engels sondern ganz und gar an Marx selbst.

Dieser grimmige Feind der Bourgeoisie legte den größten Wert darauf, nach außenhin den Schein der Wohlhabenheit vorzutäuschen. Es wurde ein in fashionabler Gegend gelegenes Einfamilienhaus bewohnt und die Gäste, die in der Familie Marx verkehrten, gewannen den Eindruck eines behaglichen Wohlstandes. So empfängt man den Eindruck, daß Marx weniger durch Empfindungen der Liebe zum Volk zur politischen Betätigung angetrieben wurde. Handelte es sich nicht gerade um das Wohl seiner eigenen Familie, so ist bei ihm von rein menschlicher Teilnahme nicht viel zu bemerken. Ja, diese Mängel seines Herzens haben sogar einmal dazu geführt, die unendliche Freundschaft, die ihm Engels erwies, ernstlich in Frage zu stellen.

Angesichts dieses aufopfernden Verhaltens des arischen Sozialistenführers ist es nun interessant, die Beziehungen zwischen den beiden Semiten Karl Marx und Ferdinand Lassalle zu beobachten. Marx brachte zwar den Bestrebungen Lassalles im Hinblick auf die Arbeiterklasse Interesse entgegen, aber nicht um dieser willen, sondern weil er hoffte, aus Lassalles Beziehungen und Vermögen mancherlei Vorteile zu ziehen. Als nun letzterer Marx in London besuchte, machte Marx den Versuch, von Lassalle eine größere Summe zu leihen. Dieser entzog sich aber dem, obwohl sehr wohlhabend, durch den Hinweis, daß er an der Börse eben erst 5000 Taler verloren habe. Seitdem waren die Beziehungen



der beiden jüdischen Proletarierführer zueinander unterbrochen. Am 21. April 1864 schrieb Lassalle an Ludmilla Assing: „Was mich betrifft, so schreibe ich Marx seit zwei Jahren nicht mehr; wir sind nämlich gespannt und zwar gleichfalls aus finanzieller Veranlassung."

Wenn man also das Privatleben und die Beziehungen der semitischen „Größen" in der Gründungsära des Sozialismus nur leise zerpflückt, so fällt ein Lorbeerblatt nach dem andern von dem Glorienschein unserer kommunistischen Säulenheiligen ab. Man sieht, die geschäftstüchtigen Gründer Marx vulgo Mardochai und Lassalle, richtig Loslauer, sind mit ihren Privathändeln echte Vorgänger ihrer sauberen Nachfolger Wadler, richtig gehend W. Adler aus Krakau, Eisner, Landauer und wie die kommunistischen Münchener Helden sonst noch hießen.

Der Einfluß der Geburtenverhütung auf Ehe und Familie.

Von Geh. Medizinalrat Dr. J. Borntraeger, Düsseldorf.[1])

Ein Hauptschaden der künstlichen Geburtenverhütungen ist die offensichtliche Herabwürdigung des Wertes der Ehe. Was ist denn eigentlich die Ehe? Ist sie wirklich weiter nichts als eine Einrichtung zur gesetzlich erlaubten Befriedigung des Geschlechtstriebes? ein Rechtsgeschäft oder auch wohl ein Geldgeschäft? eine Gattenwahl nach ärztlich bescheinigter Gesundheitsschau? eine Veranstaltung zur Kindererzeugung? eine Versorgungsanstalt? Es lohnt sich nicht, diesen teilweise frivolen, heute aber doch häufig verfochtenen Anschauungen nachzugehen; sie alle betrachten die Ehe nur von einem ganz einseitigen Gesichtspunkte. Tatsächlich ist die christlich-germanische Ehe, wie sie sein soll und glücklicherweise doch auch oft noch ist, die höchste und innigste geistige, seelische und körperliche, auch rechtliche und wirtschaftliche lebenslängliche Gemeinschaft zweier Personen verschiedenen Geschlechts auf Gedeih und Verderb, aufgebaut auf tiefer Zuneigung, gegenseitiger Achtung, fester Ueberzeugung, einander harmonisch zu ergänzen, und dem zwingenden Wunsche, einander in dieser Weise dauernd und in Treue anzugehören, dazu bestimmt, den beiden Gatten zur größtmöglichen Entfaltung aller ihnen innewohnenden Kräfte zu dienen, Kindern, wie sie kommen, das Leben zu geben, sie großzuziehen und auf diese Weise neue lebenskräftige und sittlich hochstehende Familien, die Zellen des Volksganzen, zu bilden. In diesem Sinne werden die Ehen eingesegnet. „Wo du hingehst, da will ich auch hingehen; dein Gott ist mein Gott; nur der Tod soll uns scheiden."

Es entspricht nur dem geschilderten Hochkommen der materialistischen Bewertung, daß die Ehe in Wirklichkeit immer mehr — fern ihrem Ideale — aus praktischen Beweggründen, also im Interesse des Geschäftes, der Karriere, der Erlangung von Verbindungen, von Einfluß, von Geld u. dgl. m., geschlossen wurde. Hatte die Ehe so schon an Inhalt und Ansehen verloren und wurde auch dementsprechend geführt, so gab ihr die Kinderscheu und deren Durchführungsart einen weiteren Stoß in die Tiefe.

Verlobte, die es wagten, mit der heimlich getroffenen Abmachung, Kinder künstlich verhüten zu wollen, vors Standesamt oder gar vor den Traualtar zu treten, haben ihre Ehe entweiht, ehe sie begann; eine solche Ehe ist Heuchelei: ein zum Inhalt der Ehe gehöriger wesentlicher Zweck ist von vornherein in frevelhafter und unnatürlicher Weise ausgeschaltet. Und die Durchführung dieser kinderfeindlichen Uebereinkunft vervollständigt den Schaden, mindert das Schamgefühl, leitet das Denken der jungen Ehegatten auf das Grobsinnliche, mindert ihre Achtung vor einander; mit dem Fehlen der Kinder fehlt leicht auch das feste, die Gatten vereinende Band; und sind die Kinder gar durch Abtreibung ferngehalten, so mindert die gemeinsame verbrecherische Schuld erst recht die gegenseitige Wertschätzung. Solchen Ehen fehlt daher von vornherein der feste, die Jahre überdauernde geistige und sittliche innere Zusammenhang, oder wo er vorhanden war, wird er mutwillig zerstört; sie tragen den Keim des Zerfalles in sich und die Folge sind die zahlreichen Ehescheidungen unserer Tage, welche die Zersetzung des Ehelebens aufs deutlichste versinnbildlichen. Ausgesucht mit dem Jahre 1900, wo der Geburtenrückgang sein schnelleres Tempo anzunehmen begann, fing auch die Zahl der Ehescheidungen an immer stärker zuzunehmen, obwohl das im selben Jahre in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch die Möglichkeit der Ehescheidungen zu erschweren bestimmt gewesen war. Denn es wurden Ehen geschieden:

	in Deutschland	Einwohner		in Preußen	stehende Ehen
1900	11 893	= 20 : 100 000	1900	4755	= 80 : 100 000
1905	12 336	= 21 : 100 000	1905	6924	= 106 : 100 000
1910	15 016	= 23,3 : 100 000	1910	9277	= 129 : 100 000
1911	15 780	= 24,1 : 100 000	1912	10797	= 145 : 100 000
1912	16 911	= 25 6 : 100 000	1913	11162	= 147 : 100 000
1913	17 835	= 26,6 : 100 000			

Dabei erfolgten 47 % der preußischen Ehescheidungen wegen Ehebruches, 40 % wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehrlosen und unsittlichen Verhaltens, also 87 % wegen sittlicher Verfehlungen. Höchst bezeichnend ist es auch, daß etwa die Hälfte aller deutschen Ehescheidungen kinderlose, etwa vier Fünftel aber kinderlose und einkindrige Ehen betrafen — ein Beweis, wie die Kinderarmut begünstigend auf die Auflösung der Ehen wirkt.

Ebenso bezeichnend ist, daß die Ehescheidungen gerade dort häufig waren, wo die künstliche Kinderverhütung und die Kleinhaltung der Familie besonders blüht. Obenan steht das kinderarme Berlin (18,3 ‰, also mit einer noch niedrigeren Geburtenziffer als Frankreich) mit zuletzt (1913) 2 279 = 107,0 Ehescheidungen auf 100 000 Einwohner im Jahre. Es folgt Hamburg mit 1071 = 97,4 ‱ bei einer Geburtenziffer von 21,6 ‰, Bremen mit 70,9 ‱ Ehescheidungen bei einer Geburtenziffer von 23,9 ‰, weiterhin die Provinz Brandenburg — ohne Berlin — mit 1978 = 44,8 ‱ Ehescheidungen bei einer Geburtlichkeit von 21 4 ‰; dagegen hat die Provinz Posen nur eine Ehescheidungsziffer von 7,9 ‱, Westfalen von 14,2 ‱ und Ostpreußen von 14 1 ‱ bei 33,8 bezw. 35.1 und 29.4 ‰ Geburtenziffer, wobei freilich Konfession und Ländlichkeit eine Rolle spielen. Doch hat wiederum das kinderarme Frankreich doppelt so viele Ehescheidungen wie Preußen bei etwa gleicher Einwohnerzahl.

Auch das ist nicht gleichgültig, daß z. B. 1914 unter den Eheschließenden sich 8928 geschiedene Männer und gar 9945 geschiedene Frauen befanden; also die Geschiedenen heiraten leicht wieder, anscheinend nicht so ganz selten — gesetzwidrig — den Ehebrecher, was durch den Inhalt der Scheidungsurteile, welche die nähere persönliche Schuld leicht auszuschalten pflegen, erleichtert zu werden scheint.

So treiben die Geburtenbeschränkungen deutlich dazu, die lebenslänglich gedachte Ehe abzukürzen und den Schwur vor dem Altar brechen zu helfen.

Weiter wirkt betrübend, wie die Ehescheidungen aufgefaßt und wie sie abgeschlossen werden. Es ist schon nichts Unangenehmes oder gar Schimpfliches oder Trauriges mehr, geschieden zu werden. Mit lachendem Munde erklärt selbst die Frau, sich in Scheidung zu befinden; nach Abschluß des Gerichtsverfahrens kommt man wo möglich noch einmal bei einem guten Gelage zusammen; man wechselt unter Scheidungen die Ehefrauen, heiratet sich wo möglich später nach einer „Extratour" wieder, verkehrt trotz Scheidung am dritten Orte als bei den ehemaligen Schwiegereltern weiter, alles ohne Gefühl für das Sittenwidrige und unter alleiniger Einschätzung des Formalen des Gerichtsverfahrens. Der sittliche Ernst ist dahin. Dabei sollte auch aus biologischen Gründen — abgesehen von den religiös sittlichen Geboten — die Ehe lebenslänglich sein. Denn das junge Menschenkind bedarf — in weitem Gegensatze zu allen sonstigen Geschöpfen — etwa einer 18- bis 20 jährigen Erziehung und Betreuung durch die Eltern, bis es selbstständig werden kann. Eine Frau, die mit 20 Jahren heiratet, hat also bereits die Zeit der natürlichen Unfruchtbarkeit erreicht, sobald auch nur etwa die ältesten drei Kinder herangewachsen sind, ist mithin zu einer neuen wirklichen Ehe dann untauglich. Vor dieser Zeit dürfen Eltern eigentlich nicht auseinander gehen, da es Naturgesetz auch schon im Tierreich ist, daß die natürlichen Eltern die Aufzucht der Kinder vollenden.

Freilich lehrt uns wieder die Statistik, wie immer gleichgültiger man heutigentages von vornherein gegen die Möglichkeit einer Kinderentstehung in den Ehen ist. Heirateten doch im Jahre 1913 nach dem statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich 11827 Frauen im Alter über 45 Jahre, davon 5751 Frauen im Alter über 50 Jahre, 1540 über 55 und 1056 über 60 Jahre. Die betreffenden Ehemänner waren bis zu 21 Jahre herab alt! Der jüngste, der eine über 60jährige Frau heimführte, war 22 Jahre alt! Im Ganzen schlossen 387 Männer im Alter von 21—30 Jahren die Ehe mit Frauen über 45 bis über 60 Jahre. Derartige Ehen sind eigentlich geradezu unsittlich. Dafür, wie sehr die Hochschätzung der Ehe in weiten Kreisen gelitten hat, und wie gerade die künstlichen Kinderverhütungen hier mitwirken, ist die offizielle Stellungnahme der „deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" ein Musterbeispiel; denn diese lehrt also: Der Mensch kann im allgemeinen über das 25. Lebensjahr ohne Schaden nicht geschlechtlich abstinent sein; geht er auf Abwege, so wird er leicht geschlechtskrank; das beste Mittel gegen solche Erkrankung ist daher die frühzeitige Ehe; nun verdienen die meisten Leute in so jungen Jahren noch nicht genug, um eine Frau mit Kindern ernähren zu können; daher müssen unter Umständen diese jungen Ehen auf der Grundlage der Anwendung empfängnisverhütender Mittel geschlossen werden; nach dieser Richtung ist Aufklärung in der Jugend geboten. Also: die Ehe selbst wird zum „Schutzmittel" gegen geschlechtliche Ansteckung herabgewürdigt und das Laster der künstlichen Geburtenverhütung soll geradezu gelehrt werden zu diesem Zweck! Weiter läßt sich die Entsittlichung unserer höchsten Menschengemeinschaft, der heiligen Ehe, wirklich nicht mehr treiben.

Es werden aus wirtschaftlichen Gründen heutzutage besonders dann Ehen auf der Grundlage der empfängnisverhütenden Apparate geschlossen, wenn sich Leute zur Ehe zusammenfinden, die beide weiter verdienen wollen, und das Beispiel ist für die Allgemeinheit um so schädlicher, wenn es sich um Personen handelt, die mehr oder minder als Erzieher der Menschen zu wirken berufen erscheinen, so Lehrer und Aerztin oder andere Studierte. Es fällt immer wieder

[1]) Vergl. „A. R." 1918 Nr. 39, S. 550, Nr. 42, S. 600, Nr. 45, S. 650, 1919 Nr. 1, S. 6, Nr. 25, S. 352, Nr. 40, S. 590.

auf, wie kinderarm derartige Familien sind. So haben in Oesterreich, wo die Lehrerinnen heiraten dürfen, die verheirateten zu zweifünftel überhaupt keine Kinder, vierfünftel aber keine bis höchstens zwei Kinder. Aehnliche Erfahrungen mit studierten Frauen hat man in Nordamerika gemacht, desgl. Professor Bumm zu Berlin. Wie sollen nun Lehrerinnen auf ihre Schülerinnen wirklich sittigend einwirken können, wenn sie selbst in ihrer Ehe den Geboten der Moral nicht folgen?

Und wie die Ehen, so hat die künstliche Kinderbeschränkung auch die **Familie**, diese Grundlage des Volksganzen, entwertet. Natürlich hat eine kinderlose oder eine einkindrige Familie nicht denselben Wert und Gehalt wie eine achtkinderige, und die Kinder haben, wenn die Eltern sich der schamlosen Geburtenverhütung hingeben, ebenfalls nicht denselben Gehalt, wie Abstämmlinge von anständigen Eltern, und das alles, Gehalt wie Fehlen eines solchen, pflanzt sich in vergrößerter Progression weiter. So leidet das Volksganze an sittlicher Kraft und Inhalt zufolge der Entweihung der Ehen. Kinderlose Ehen bilden überhaupt keine Familie weiter. Wo Familien noch entstehen, da bleiben sie unverhältnismäßig oft Zwergfamilien. Hier kann sich ein normales Familienleben gar nicht entfalten. Der Wirkungskreis des Hausherrn wie der Hausfrau ist unnatürlich eingeengt, ihre geringe Tätigkeit füllt ihr Daheim nicht aus, und so kommt es zur Außerhäusigkeit, zum reichlichen Aufsuchen von Vergnügungen, oft zweifelhafter Art. Das führt zum Auseinanderstreben der Beteiligten, zur Lockerung der Familienbande, zur gegenseitigen Entfremdung von alt und jung. Es kommt so nicht zur richtigen Erziehung der Zweikinder oder gar des Einkindes; bald ist sie zu reichlich, bald zu gering; den Kindern fehlt die Möglichkeit, sich unter Ihresgleichen zu bewegen und naturgemäß zu entwickeln, es fehlt das Aufwachsen mit dem anderen Geschlecht. Und dies Fehlen wird oft bestimmend für die Sittlichkeit eines Menschen und für sein Verhältnis zum anderen Geschlecht für sein ganzes Leben sein.

Noch eines kommt hinzu. Ernste wissenschaftliche Untersuchungen haben wahrscheinlich gemacht, daß Erstkinder im Durchschnitt um 10% häufiger minderwertig sind als spätere Kinder. Ist das richtig, so muß die **Minderwertigkeit eines Volkes** steigen, je häufiger Einkinder in ihm enthalten sind; denn die Erstkinder werden naturgemäß einen um so größeren Prozentsatz im Volke bilden, je häufiger Ein- und Zweikinder, je seltener Sechs-, Sieben-, Neunkinder darin enthalten sind. Die Untersuchungen von Friedjung z. B. haben auch die alte Lehre bestätigt, daß Einkinder Sorgenkinder sind. Und alles das muß sich noch vergrößern, wenn die Eltern sich in ehelicher Weise schamlos verhalten, also nicht zur Scham und Sittlichkeit erziehen können. So wirkt die künstliche Kinderbeschränkung zersetzend auf Ehe und Familie, die Urbestandteile des Volkes.

Daraus folgt weiteres. Je geringer in einem Volke die Ehe geachtet wird, desto weniger wird die **Unehelichkeit** mißachtet werden. Daß es auch bei uns so ist, sahen wir bereits. Und der Geburtenrückgang hat die Einschätzung der Unehelichkeit in eigenartiger Schlußfolgerung weiter gehoben, indem man sagte: Wo jetzt so viele eheliche Kinder fehlen, müssen wir um so mehr Wert auf die Erhaltung der unehelichen legen. Das Volk braucht sie. Während die Ehefrau von der „**Furcht vor dem Kinde**" beherrscht wurde, sprach man dann unverheirateten Mädchen den „**Schrei nach dem Kinde**" zu, und man brachte es fertig. beide Richtungen mit ausgeklügelten Argumenten als berechtigt hinzustellen. Die Gesetzgebung folgte diesen Anschauungen. Die neue Reichsversicherungsordnung von 1911 gewährte der unehelichen Mutter denselben Anspruch auf Wochengeld, Schwangerenunterstützung, Stillgeld wie der ehelichen. Der Interpret Hahn faßt ausdrücklich zusammen: „Ein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Wöchnerinnen darf grundsätzlich nicht gemacht werden." Der wirtschaftliche und gesundheitliche Sinn unserer Zeit vermag nicht mehr zwischen Sittlichkeit und Schande zu unterscheiden.

Denselben Weg ist die **Kriegswaisenhilfe** gegangen. Hier sagt Krause in seinem Kommentar: „Ob das Kind vom Ehemann der Frau herstammt — oder ob es im Ehebruch mit einem anderen Manne oder vor Bestehen der Ehe mit einem dritten erzeugt ist, ist unerheblich."

Auch die **Kriegsfamilienunterstützung** kommt dem unehelichen Kinde zugute. Dasselbe gilt von der **Hinterbliebenenfürsorge**. Der Krieg hat die Gleichstellung der Unehelichen mit den Ehelichen, des Minderwertigen mit dem Vollwertigen mächtig gefördert; von den Franzosen, die auf den Unterstützungsanträgen von Kriegerangehörigen die Rubrik haben: „Ehefrau oder Beischläferin?" unterscheiden wir uns nicht mehr, uneheliche Mütter dürfen schon unter Umständen den Namen des Schwängerers führen, ohne je vor dem Traualtar oder Standesamt gestanden zu haben; und wir sind stolz darauf und nennen das „sozial!" Immer weniger Pflichten, immer mehr Rechte werden für uneheliche Mütter und Kinder gefordert, immer mehr Stiftungen zum Lohn für Unzucht gemacht. Wo aber bleiben **Stiftungen für kinderreiche Familien**? „Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind!" Daß tatsächlich die Zahl der unehelichen Geburten im Steigen ist, während die der ehelichen fällt, lehrt die Statistik; denn es kamen in Deutschland

1905 auf je 100 Geburten 8,5 uneheliche
1910 auf je 100 Geburten 9,1 uneheliche
1913 auf je 100 Geburten 9,7 uneheliche.

Daß es nicht gleichgültig ist, ob die unehelich Geborenen einen kleineren oder größeren Bruchteil in einem Volke ausmachen, liegt auf der Hand; denn es ist trotz aller Schönrederei eine Tatsache, daß die Unehelichen einen verhältnismäßig großen Prozentsatz unter den Verbrechern, Fürsorgezöglingen, Geisteskranken und sonstigen Minderwertigen ausmachen, und diese Tatsache läßt sich durch keine Erziehung und Fürsorge aus der Welt schaffen; denn abgesehen davon, daß Familie und Elternhaus sich durch nichts, durch gar nichts in der Welt ersetzen läßt, gehört aber ganz unzweifelhaft ein verhältnismäßig großer Teil der unehelichen Mütter zu den Minderwertigen und vererbt diese Eigenschaft auf die Kinder. Niemand will uneheliche Mütter und Kinder verhungern und verkommen lassen, und längst ehe die „soziale" Richtung aufkam, haben mitleidige Menschen und fromme Klosterfrauen für beide erfolgreich gesorgt; aber die **Rechte** der Unehelichen denen der Ehelichen immer mehr gleichstellen zu wollen, ist ein Eingriff in die sittliche Weltordnung, ein Teil der modernen Sucht nach Protektion des Minderwertigen und Perversen.

Wie auch eine sittenfremde, aus den nachteiligen Folgen der Kinderbeschränkung geborene „Bevölkerungspolitik" bereits die Sinne verwirrt hat, dafür zwei Beispiele. Ein gewisser Lorges empfiehlt in einer kleinen Schrift „**die Nebenehe**" zum Ersatz der vielen Kriegsgefallenen mit den Worten: „Damen aus allen Gesellschaftskreisen, die ein bestimmtes Alter erreicht haben, erhalten im Interesse des Vaterlands nicht nur die Berechtigung, sondern die stillschweigende Aufforderung, eine Nebenehe einzugehen, die von persönlicher Neigung gestützt wird. Der Gegenstand dieser Neigung darf nur ein Ehemann sein und zwar nur mit Erlaubnis der Ehegattin." „Die Nebenehe kann aufgelöst werden, sobald der Zweck erreicht ist." Die Verwirrung zeigt sich noch deutlicher darin, daß der Verfasser seine „Nebenehe" als „einziges Mittel zur Veredelung der Sittlichkeit" bezeichnet! Und zweitens: Kurz vor dem Kriege gründete sich eine Gesellschaft „**Mittgartbund**". Zweck war die „rassische Hochzucht." Man erwarb ein Grundstück, darauf sollten die Mitglieder, die gesund sein mußten, hausen, je ein Männlein und ein Fräulein, bis das letztgenannte die Zeichen der Mutterschaft aufwiese. Und das nannte man dann „**Mittgarehe**". So sah es in Deutschland vor dem Kriege schon aus; der einzigartige Begriff der Ehe, der Unterschied zwischen Ehelichkeit und Unehelichkeit war tatsächlich schon fast verschwunden, das Wort „Ehe" hatte seinen Sinn völlig verloren. Schrieb man doch schon von der „Ehe" der Gorillas und der Schimpansen!

Wie die wirtschaftliche „Bevölkerungspolitik" zu einer unsittlichen Betrachtungsweise führen kann, dafür gibt auch D. Naumann in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik" 1907 Seite 42/44 ein Beispiel: „Nun liegt es so, daß bei rein moralischer Betrachtung ein uneheliches Kind in vielen Fällen besser ist, als kein uneheliches Kind, und daß in Industriegebieten die geringe Ziffer nicht an sich die höhere Tugend bedeutet. Es kann also sehr wohl eine höhere Zahl unehelicher Kinder wie die sächsische (12,5%) auf günstigere Aenderungen in der volkstümlichen Auffassung zurückschließen lassen." Und Seite 44: „Es fragt sich nur, inwieweit die beste Form (lebenslängliche Einehe) sich mit der neuen Wirtschaftslage der Frau verträgt. Hier kann nur die opferwillige Praxis selbst zur Bildung von Recht und Sitte werden. Was wir hier inmitten volkswirtschaftlicher Untersuchungen nur zu fordern haben, ist, daß man nicht durch eine allzu fertige Moral die Unmoral, das ist die Unfruchtbarkeit des Volkes, fördert." So schreibt ein christlicher Theologe! Der Rechtsanwalt Dr. Hirsch aber befürwortete in der Sonntagsausgabe der „Magdeburger Zeitung" vom 18. September 1917 ein Gesetz, wonach jede weibliche Person, **einerlei ob verheiratet oder nicht**, für jedes Kind, das sie **weniger** als drei habe, einen besonderen **Steuerzuschlag** bezahlen solle. Dieser Gedankengang fußt auf der von gewissen Bevölkerungspolitikern ausgeklügelten Rechnung, daß in einem Volke, das bestehen will, jede Familie im Durchschnitt drei Kinder haben müßte, zwei zum Ersatz der Eltern und eines für etwaigen Ausfall durch Krankheit. Wir sind damit bei der uns aus der Kriegsernährungswirtschaft leider so wohl bekannten **Rationierung**, hier der **Kinder**, angelangt. Und da diese Bevölkerungspolitiker nicht nur die Zahl der Kinder, sondern auch deren **Qualität** im Auge haben und demgemäß für jedes Elternpaar je nach seinen körperlichen und geistigen Eigenschaften bestimmt wissen wollen, ob es mehr oder weniger als drei Kinder, bzw. wie viele es — unabhängig von der Meinung des deutschen „Philisters" (Grotjan) selbst — im Einzelfalle haben dürfe, vielleicht auch noch, **wann** ein Familienereignis eintreten soll, so wären wir damit so etwa bei der Analogie einer uns ebenfalls aus der Kriegszeit gewohnt gewordenen Maßnahme, d. h. bei so etwa der „**Kinderkarte**" angelangt, welche irgendeine noch zu bestimmende Behörde, vielleicht das „Wohlfahrtsamt", nach aus der Tierzucht entlehnten Methoden ausstellen und etwa durch die Fürsorgeschwester dem betreffenden Ehepaar dann auszuhändigen hätte, sobald es ihm gestattet oder anbefohlen wird, wieder einmal ein Kind zu zeugen. Hirsch aber verlangt diese Kinderleistung auch von **unverheirateten** weiblichen Personen, widrigenfalls sie eine Steuerbuße zu erlegen haben. Man sollte meinen, daß man es in der Mißachtung der sittlichen Gebote der Frauenehre nicht gut weiter bringen könne; der Vorschlag zeigt aufs deutlichste, wohin wir mit einer reinmateriell ausgeklügelten Bevölkerungspolitik kommen müssen: Entwertung der sittlichen Belange.

Es ist nicht angängig, auf alle die üblen Erscheinungen näher einzugehen, welche die ausgeprägte Kinderscheu und etwa im Zusammenhange damit eine mißbräuchliche Bevölkerungspolitik in unserem Volke gezeitigt haben. Zwei besonders üble Folgen der Kinderscheu zeigten bekanntlich sich noch in den Schwierigkeiten, welche **wohnungs-**

suchenden und angestellten kinderreichen Familien bereitet wurden. Die Kinderscheu hat tatsächlich dahin geführt, die kinderreichen Familien, d. h. die **wertvollsten und anständigsten im Lande**, der Geringschätzung, Verachtung und mannigfacher Benachteiligung auszusetzen.

Aber haben wir nicht schlagende **Beweise**, daß die Menschheit mit diesem Zerstören von Natürlichkeiten, Pflichten und Ideale auf falschem Wege ist? Fühlen sich die Menschen bei ihrem Kult materialistischer Werte wirklich **glücklicher, zufriedener**? Die **Selbstmordstatistik** gibt hier die Antwort: Von 20 auf 100 000 Einwohner im Jahre 1901 ist ihre Zahl auf 23,2 in 1913 gestiegen und hat die Ziffer 15 564 in Deutschland erreicht. Davon entfielen 3968 auf das weibliche Geschlecht, dessen Beteiligung immer größer wurde; kamen 1901 erst 25,2 Selbstmorde bei Weibern auf je 100 solche von Männern, so waren es 1913 bereits 34,2. Also die Kinderfernhaltung hat die Frauen **nicht** glücklicher gemacht. Und wiederum finden wir die **größte** Lebensmüdigkeit dort, wo die **wenigsten** Kinder geboren werden: Berlin ist 1913 mit 811 Selbstmorden vertreten = 38,5 auf 100 000 Einwohner, ähnlich wiederum Hamburg mit 418 = 38,9 ‰o, Provinz Brandenburg (ohne Berlin) mit 1517 = 35,0 ‰o; dagegen weisen die kinderreichen Provinzen Ostpreußen nur 18,0 ‰o, Westfalen 12,8 ‰o, Posen 11,8 ‰o Selbstmorde auf.

Es zeigt sich hier das bereits früher Gesagte erneut bestätigt: Mit der Mißachtung des beginnenden Lebens im Mutterleibe fängt es an, mit dem Ueberdruß am eigenen Leben und der Geringschätzung des Lebens überhaupt endet es; die Empfängnisverhütung ist nur die erste Stufe im Niedergange der Bewertung des menschlichen Lebens; auf materialistischen Werten allein läßt sich Glück und Zufriedenheit nicht aufbauen. Den Schlußstein dieser ganzen verfehlten materialistischen Richtung setzt der **Monismus**, der für die selbstgewählte Tötung unheilbar Kranker durch den Arzt eintritt, und dessen Patriarch Haeckel in seinen „Weltkriegsgedanken" unseren wackeren ärgst beschädigten Vaterlandsverteidigern keinen andern Trost mehr zu geben wußte als das Recht auf den „Freitod".

Wollen wir schließlich, abseits von allen Theorien, klar erkennen, wohin das systematisch-künstliche Geburtenverhüten tatsächlich führt, so steht uns ein abschreckendes Musterbeispiel im großen in **Frankreich** zur Verfügung. Welches ist das Ergebnis dieser dort seit 150 Jahren getriebenen Geburtenbeschränkungen? Die Gesamtsterblichkeit ist **höher** als in Deutschland, die Tuberkulosesterblichkeit fast doppelt so hoch, nahezu am höchsten in ganz Europa, desgleichen am Kindbettfieber höher; die Frauen werden in Deutschland etwas älter als in Frankreich; Geisteskrankheiten, Nervenleiden, Geschlechtskrankheiten, Prostitution, Kriminalität, zumal der Jugendlichen, Ehescheidungen, Selbstmorde haben in Frankreich fortgesetzt erheblich zugenommen, und zwar sind die Ehescheidungen um das Doppelte zahlreicher als in Deutschland, sind noch während des Krieges weiter gestiegen. Der Alkoholverbrauch, zu Anfang des vorigen Jahrhunderts noch besonders niedrig, hat sich in 80 Jahren auf den Kopf der Bevölkerung mehr als verdreifacht, dabei der Branntweinverbrauch fast versechsfacht, an Absynth verelffacht! Besonders hat sich auch der **weibliche** Teil der Bevölkerung neuerdings dem Alkoholgenuß ergeben. Andere Erregungs- und Betäubungsmittel wie Morphium, Kokain, Kantharidin, zum Teil zu unsittlichen Zwecken verwandt, sind in steigendem Maße in Frankreich verbraucht worden, desgl. Opium; zu Toulon gab es kurz vor dem Kriege schon 163 Opiumhöhlen, zu Rochefort, Cherbourg, Lorient je über 100. Die Abtreibungen haben in Frankreich in entsetzlichem Maße zugenommen, sie betrugen um 500 000 aufs Jahr; zu Paris hat sich 1913 innerhalb 6 Jahre ihre Zahl, soweit sie zur gerichtlichen Kenntnis kamen, verdreifacht; und mindestens ebensoviele Frauen gingen daran zugrunde wie an der Schwindsucht. Der geschäftliche Unternehmergeist hatte sich stark gemindert, dagegen die Zahl der Analphabeten zugenommen; Sabotage, Apachentum, Revolten, Desertionen und andere Unbotmäßigkeiten waren an der Tagesordnung. Die Spielwut war groß in Frankreich, jährlich wurden angeblich Milliarden Francs am Totalisator bei Rennen umgesetzt. Gute Sitten und Frömmigkeit ließen nach, und welch eine Roheit und Niedertracht der Gesinnung das französische Volk ergriffen hat, davon wissen unsere armen, in Gefangenschaft geratenen Landsleute zu erzählen. So sehen die Folgen der künstlichen Geburtenverhütungen in Wirklichkeit aus! Von irgendeinem Aufstieg ist gar keine Rede; wohl aber zeigt sich ein ausgesprochener **Niedergang** in völkischer, politischer, gesundheitlicher, wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Hinsicht — geradezu ein Volksmenetekel eindringlichster Art.

* * *

Wie wir auch die ganze Entwicklung betrachten, es ergibt sich immer dasselbe **Bild**: der große Geburtenrückgang unserer Tage, in Wahrheit das immer allgemeiner gewordene künstliche Geburtenverhüten in den Ehen, war nur möglich auf einem durch das Vordringen des Materialismus in sittlicher Beziehung deutlich ins Wanken geratenen Volksboden; und wie es gewöhnlich so geht, daß das aus unsittlichem Treiben hervorgehende Verhalten die Unsittlichkeit selbst immer weiter steigert, so ging es auch hier denselben Lauf: das künstliche Geburtenverhüten, auf Unsittlichkeit aufgebaut, wirkte wieder auf die Unsittlichkeit zurück, sie vergrößernd und vertiefend; dadurch wurde wieder das Geburtenverhüten erleichtert, demgemäß gesteigert usw.; und so hat sich der bekannte **schädliche Kreislauf** ergeben, in dem Ursache und Folge sich fortgesetzt treibend fördern, bis ein gewaltsames Ende das Ganze trifft. Ob und wann dies gewaltsame Ende in dem Kreislauf Unsittlichkeit — Geburtenverhüten — kommen, und in welchem Sinne es ausfallen wird, liegt für uns Menschen völlig im Dunkeln. **Eines** kann und müßte eigentlich jeder, dem wirklich Deutschland „über alles" geht, sich bemühen klar selbst zu erkennen, und auf andere — im guten Sinne — aufklärend weiter zu tragen, daß ist die Erkenntnis, daß der Geburtenrückgang durchaus als ein **Sittenschaden** anzusehen und zu werten ist, daher auch nur dann mit wirklicher Aussicht auf Erfolg bekämpft werden kann, wenn er wie ein solcher behandelt wird. Mögen noch so viele Antriebe materieller Art als Anreize für das Kinderbeschränken wirken, von denen wir ja gesprochen haben, mögen auch Lockungen allenfalls etwas höherer Art sich durchzusetzen und sogar im Gewande der Tugend nach gleicher Richtung sich geltend zu machen suchen, **entscheidend** für das Verhalten der Ehegatten ist letzten Endes immer die Beantwortung der Frage: ob das unbestechliche absolute **Sittengesetz**, das nur ja oder nein kennt und keine Schleichwege zuläßt, ob das **gottgebundene Gewissen** noch als ausschlaggebende Macht im Innern der Betreffenden waltet. An dies gilt es anzuknüpfen, es aus seinen Hemmungen zu befreien und wieder zum Siege zu führen.

Diese Aufgabe fällt der Gesamtheit derer zu, die berufen sind, die sittlichen Werte in den Menschen von der Wiege bis zur Bahre zu erhalten und zu stärken, also den Geistlichen, den Lehrern, bestimmten Staats- und Kirchenbehörden und schließlich allen denjenigen Volksgenossen, die den nötigen sittlichen Allgemeinsinn aufbringen, ihren Landsleuten im großen wie im einzelnen helfen zu wollen. Alles, was der Bekämpfung der Unsittlichkeit in Wort, Schrift, Bild, Gewerbe, Kunst, Tat und öffentlichem wie privatem Leben dient und ebenda im Sinne der Kräftigung der Sittlichkeit wirkt, das dient auch mittelbar auf das Wirkungsvollste der Bekämpfung des Geburtenverhütens. Es gilt, das Sittengesetz im Geistesleben der Menschen als einen „rocher de bronce" gegen alle Lockungen des Materiellen wieder zu „stabilieren" — und das künstliche Geburtenverhüten wird „von selbst" aufhören. Aber nur so! Denn: Unsittliches kann nur durch Sittliches verdrängt werden.

Vom Büchertisch.

Johannes Aquila, Das Grundproblem der Kultur, I. Band. Das Weltantlitz. Betrachtungen über die Kernfrage alles menschlichen Unglücks und des menschlichen Heiles: Sündenfall und Erlösung — Wahn oder Wahrheit? Mit 32 Bildern von Josef von Führich. 4°. 318 S. Wien 1919, Karl Vogelsang-Verlag. ℳ 13.20. Auf fünf bar vorausbezahlte je ein Freiexemplar. — Zum nämlichen Preis erscheint demnächst Band II. Die Glaubensfrage. Was „Lohengrin" über den Konflikt des Unglaubens mit dem Glauben sagt. Eine Erläuterung zu Richard Wagners romantischer Oper. Mit 20 Bildern von Josef v. Führich. — In glänzender künstlerischer Ausstattung erscheint hiemit ein tiefgründiges Werk über die Grundfragen christlicher, biblisch-theologischer Weltanschauung: den ewigen, dreifaltigen Gott und sein Verhältnis zur Welt und Menschheit, insbesondere deren Kulturaufgabe als Auswirkung der ewigen Ordnung, die Urgeschichten von Paradies und Sündenfall als keine „Kindermärchen", sondern die sinnvollsten und folgenschwersten Ereignisse der Menschheitsgeschichte, deren organische Heilsentwicklung auf den Messias hin im Heiden- und Judentum und Heilsvollendung im Christentum, dessen gottmenschlicher Stifter den Mittelpunkt der gesamten Welt- und Kulturgeschichte darstellt, den Erneuerer der Menschheit und endgültigen Ueberwinder einer gottabgewandten, im Judaismus verstockten Diesseitskultur bis zum förmlichen Antichristentum. In dieser großzügigen Philosophie der geschichtlichen Entfaltung der universalen Offenbarung Christi mit ihrer logischen Durchsichtigkeit und metaphysischen Unergründlichkeit zugleich auf der unverrückbaren Grundlage der ewigen göttlichen Weltordnung wird eine Reihe der lichtvollsten Erklärungen dargeboten (z. B. vom Welträtsel der Sphinx, S. 81 ff., und Labyrinth des Minotauros, 162 ff., von der Erschaffung der Eva aus der „Seite" des Adam 115/6, von den Flüssen und Bäumen im Paradies, 125 ff.) und der aktuellsten Probleme gelöst in einer den alten Glauben mit dem modernen Wissen versöhnenden Weise (Schöpfungsbericht und Entwicklungsgedanke, 52 ff., insbesondere „Tierabstammung" des Menschen, 109 ff., Freiheit, 87 ff., und „Autonomie", 142 ff., moderne Demokratie, 192/3, und Erziehung, 200/1 und dergleichen mehr). Mag man auch im einzelnen nicht alles unterschreiben, wie die manchmal zu beanstandende terminologische Fassung (21, vgl. 93 „Glaube" anstatt Wissen von Naturgesetzen als von den sinnenfälligen Wirkungen mit der natürlichen Vernunft erschlossenen allgemeinen Ursachen; 26 „Systemisieren" statt Systematisieren; 35 ff. „dreifache Seinsweise" des dreifaltigen Gottes statt Beziehung des Ursprungs oder der innergöttlichen Ordnung oder Wechselverhältnis geistiger Selbstdurchdringung — wegen des, wenn auch bloß äußerlichen, Anklanges jener Ausdrucksweise an die modalistische Irrlehre) und etymologische (163/4: Pasiphaë und Ariadne), sowie religionsgeschichtliche Auffassung (41 ff. Götterdreiheit = Nachklang der Uroffenbarung von der Dreieinigkeit, obwohl dieses höchste Glaubensgeheimnis in der Uroffenbarung bloß leise angedeutet, und der heidnische Polytheismus in Monismus statt Monotheismus ausgemündet ist), und mag man auch den Anstoß der „Erlistung" des patriarchalischen Erbsegens durch Jakob bzw. Rebekka (217/8) beseitigt wünschen durch eine tiefergehende typische Erklärung im Anschluß an die sonst so glücklich herangezogene Autorität des genialen Kirchenlehrers Augustinus (Contra mendacium, X, 24), so beansprucht doch das Werk im großen und ganzen als imponierende Geistesarbeit hervorragendes Interesse, zumal in der Aera der so dringend gebotenen allseitigen Geisteserneuerung im einzigen ernsthaft in Betracht kommenden Retter der Weltkultur: Christus.

München. Univ.-Prof. Dr. Anton Seitz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Theater. Von Vertretern auf christlichem Boden stehender Organisationen (und sich dadurch von der Münchener Volksbühne unterscheidend) wurde ein **Volksbund für Theater und Kunst in München** gegründet. Er will die Kunst im Sinne volkstümlich-deutscher Kultur und christlicher Lebensauffassung fördern, die minderbemittelten Theaterbesucher organisieren, um ihnen den Besuch von Schauspiel und Oper zu volkstümlichen Preisen zu ermöglichen, Konzerte, Rezitationsabende, Vorträge und Einführungen in Werke der bildenden Kunst gegen Vorzugspreise oder auf seine Kosten veranstalten, Verträge mit Lichtspielunternehmungen abschließen, die bereit sind, einwandfreie Filme gegen Vorzugspreise für seine Mitglieder darzubieten, kostenlose monatliche Mitteilungen herausgeben, Künstler und Redner für die ihm als körperschaftliche Mitglieder angeschlossenen Vereinigungen vermitteln. Einzelmitglieder melden sich schriftlich in der Geschäftsstelle des „Volksbundes", München, Marienplatz 17, 1. Stock. Für einen Monatsbeitrag von 3 Mark haben sie Anspruch auf mindestens 12 Freikarten im Jahre für Aufführungen in staatlichen und privaten Theatern und von Berufskünstlern ausgeführte Konzerte und Vorträge, auf ermäßigte Eintrittskarten zu den sonstigen Veranstaltungen und auf die monatlichen Mitteilungen. ——— Die Ernennung Albert **Heines** zum Schauspielleiter des Nationaltheaters in München war der neuerdings viel erörtert. Der Künstler war auch in München, dennoch ist eine Entscheidung in dieser für das Münchener Kunstleben so wichtigen Angelegenheit immer **noch nicht** erfolgt. — Nach längerem Leiden starb die Hofschauspielerin Luise **Werner**. Die Jüngeren kannten sie nur noch in den Mütterrollen, die sie von 1899, seit sie ins ältere Fach übergegangen, bis vor wenigen Jahren mit vornehmer Kunst spielte. Ein Dresdener Schauspielerkind, das schon mit vier Jahren auf den Brettern heimisch wurde, betrat sie nach kurzer Tätigkeit in Graz und Nürnberg 1876 die Münchener Hofbühne als Luise in „Kabale und Liebe"; sie hat die Mädchengestalten der klassischen Dichtung mit großem Erfolge gespielt, fand jedoch ihren persönlichsten Ton schlichter Innerlichkeit in der bürgerlichen Sphäre, z. B. in ihrer einst als unübertrefflich gepriesenen „Klara" in Hebbels „Maria Magdalena".

Lustspielhaus. Mit einem **ausverkauften** Hause begann die Operettengesellschaft **Olfers** ihr auf längere Zeit berechnetes Gastspiel. Nicht immer mit gleichem Geschick, aber mit viel ehrlichem Bemühen hat man sich lange Zeit bestrebt, ein treues Schauspiel = und später ein Kunstspielpublikum der Bühne an der Barerstraße zu gewinnen und immer hat der Erfolg den Erwartungen nicht voll entsprochen. Nun endlich scheint der Strom des Publikums in das Haus gelenkt zu werden und das Zauberwort heißt **Operette**. Es ist die alte Erscheinung: die leichte Kunst der Oberfläche bringt volle Häuser. Man begann mit der „**Geisha**" von Sydney **Jones**. Man kennt die japanische Teehausgeschichte seit manchem Jahre vom Gärtnerplatz aus alter Friedenszeit, dann haben wir lange nicht mehr an die niedliche O Mimosa San gedacht, bis sie heuer, wo wir just gar keinen Anlaß haben, uns für einen kleinen Tonsetzer Albions zu begeistern, solange man dort die erhabensten Genien deutscher Kunst verbannt hat, in **Berlin** tagtäglich einen Bombenerfolg hatte. Genug der Reflexionen; dem Beispiel des Berliner Theaters des Westens ist das Lustspielhaus gefolgt. Das Publikum nahm die Operette sehr dankbar auf. Die Spielleitung hatte sich nicht ohne Geschick bemüht, auf der kleinen Bühne die exotische Umwelt aufzubauen. Hofsolotänzer **Wellenberg** hatte die Tänze einstudiert. Frl. **Petry** gab die Titelrolle anmutig und nett. Die Rollen des Teehausbesitzers und des Polizeigewaltigen, die man von berühmten Komikern gesehen, fanden auch in der Besetzung durch Blaß und R. Luther dankbaren Beifall. Auf **politische** Improvisationen würde ich gerne verzichten.

Verschiedenes aus aller Welt. Zwei Opern, die Maria Magdalena als Heldin haben, gingen in **Berlin** und **Wien** in Szene. „Magdalena", Dichtung von H. H. Hinzelmann, Musik von F. Koennecke, macht diese zur Geliebten des Pilatus und läßt die Gefangennahme Christi als einen Akt der Eifersucht (!) erscheinen. Auch die Handlung von „Maria von Magdala" von R. Batka, Musik von Lio Hans, sucht den biblischen Stoff derb zu verweltlichen, woran am Ende Engelserscheinungen nichts ändern können. Auch wie Judas sich erhängt und Magdalena ihn abschneidet, wirkt aesthetisch unerfreulich. Beide Textdichtungen werden als bühnenwirksamer bezeichnet als die Musik. Natürlich ist in beiden das Erscheinen Christi vermieden. Koenneckes Partitur leidet nach Berichten an Gleichmäßigkeit und Erfindungsmangel. Die pseudonyme Komponistin Hans soll hübsche Lieder geschrieben haben, aber in der Oper kommt sie über nette Einfälle nicht hinaus. — Sehr freundlich beurteilt wird „Graziella", Musikdrama von M. Kempner-Hochstädt und E. H. Bethge, Musik von A. Mattausch; die Oper wurde unter der Leitung des Komponisten in **Magdeburg** uraufgeführt. Für leidenschaftliches Temperament, Liebe und Haß haben der Komponist und die Verfasser des sizilianischen Textes packenden Ausdruck gefunden. — Das Triptychon, eine Operntrilogie von Puccini, über die näheres noch nicht bekannt ist, soll in **Chicago** starken Erfolg gehabt haben. — Die Bühneneinrichtung des berühmtesten italienischen Theaters, der Scala in **Mailand**, ist rückständig und soll nach dem Muster der deutschen Bühnen umgestaltet werden. Ein Bühnenfachmann wurde zu diesem Zwecke nach München, Berlin und Dresden geschickt. — „Die Irren", ein Drama von U. Steindorf, hatte in der modernen, revolutionierender Kunst dienstbaren Berliner „Tribüne" geringen Erfolg. Ein Stück aus kriegsmüder Gegenwart, das im Unklaren mündet. Mehr Anklang findet der Münchener Schauspieler Steinrück, der daselbst als Kunz in Wedekinds „Franziska" gastiert. — Böse Worte hören wir aus Feindesmund über die Berliner Bühnen. Der Kritiker, der „Schloß Wetterstein", die „Pandorabüchse" Wedekinds und geistesverwandte Stücke sah, schreibt im „Echo de Paris": Das deutsche Volk ist ohne Moral, ohne Zügel, Glauben und Gesetz; es ist ein Sterbender, der sich im Kot wälzt. — R. Kösters in **Nürnberg** uraufgeführte „Komödie der Lüge" zeigt revolutionäre Jugend, die mit dem Streitruf: „Gefühl ist alles" gegen kalte Vernunft und Lüge kämpft und beim ersten ernsthaften Zusammenstoß unterliegt. Die Vorzüge des Dichters sind lyrischer, statt dramatischer Natur. — Unter großen Schwierigkeiten ist in **Leipzig** eine Volksbühne erbaut worden. Diese größte Schauspielbühne der Stadt weist manche technische Neuerung auf. Sie wurde mit dem „Sommernachtstraum" eröffnet. — In **Bonn** wurde eine Gesellschaft Volksbühne zur Pflege der heimischen Mundart gegründet. — Die ehemals Kgl. Kapelle in **Berlin** hat Felix v. Weingartner mitteilen lassen, daß sie auf seine Mitwirkung bis zur Klärung seiner politischen Schwenkung verzichte. Der Herr scheint sich, wie schon kürzlich hier angedeutet, durch Schimpfen auf Deutschland bei der Entente anbiedern zu wollen. — In **Wien** wurde „Damja", ein Drama von E. Weiß, gegeben. Eine russische Tänzerin verrät ihren Geliebten, einen Revolutionär, der Polizei und verfällt nach seinem Tode dem Wahnsinn. Es ist ein Paradestück für die Schauspielerin Roland. — Die „Kestnerbühne", ein neues Theaterunternehmen im Rahmen der „Schaubühne" in **Hannover** will neue Dramatik in breite Volksschichten tragen. Man begann wenig glücklich mit „Kain" von F. Koffka. Der Dichter möchte in dem Brudermörder den dionysischen Menschen darstellen, sein „Kain" ist aber nach Berichten Träger pathologischer Instinkte, anarchisches Prinzip. Die Deutsche Schillerstiftung in **Weimar** beschloß, daß in erster Linie schaffende jüngere Dichter, die um ihre Existenz ringen, Anspruch auf ihre Hilfe haben. Die Zweigstiftungen in Prag und Brünn mußten, da ihnen ihre Regierung jede Verbindung mit der Stiftung verbot, fernbleiben. Zum Generalsekretär wurde der Dramatiker Dr. Heinrich Lilienfein gewählt. **L. G. Oberlaender**, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Rückblick und Ausblick. — Kohlenkrise und Preissteuerungen. — „Der Weg aus dem Elend". — Deutschlands Wirtschaftszukunft. — Vor allem Ruhe und Ordnung im Inland!

Das neue Jahr hat für die Beurteilung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse bis jetzt naturgemäss keinen Tendenzumschwung erbracht. Auch die demnächst — endlich! — zur Durchführung gelangende Ratifizierung der Friedensverträge wird hieran nur wenig ändern, jedenfalls weitaus weniger, als manche aussenstehende Kreise erhoffen. So ist beispielsweise in der Kursgestaltung der **deutschen Devisennotizen** an den neutralen Auslandsbörsen nach wie vor äusserster **Pessimismus** zu finden. Es fehlen eben hierbei alle jene reellen Unterlagen, welche notwendig sind, um zur Aufbesserung der Reichsmark beizutragen. Namentlich das Kapitel der Kohlennot wirkt hierbei mitbestimmend. Durch den Lieferungszwang der vertragsgemäss der Entente zustehenden riesigen Kohlenmengen, durch die in Frankfurt, Magdeburg und anderen Eisenbahnbezirken angekündigte passive Arbeitsresistenz, durch die Unbillen der über ganz Mitteleuropa hereingebrochenen Hochwasserkalamitäten ist eine erhebliche **Verschärfung dieser Kohlennot** bei uns zu verzeichnen. Neuerliche Stillegungen von Grossunternehmungen und lebenswichtigen Betrieben, wie Lokaleisenbahnen in Mitteldeutschland, teilweise Personenzugseinstellungen in Bayern sind die Folgen. Auch die Lage des deutschen Arbeitsmarktes hat sich dadurch verschärft und verschlechtert. Unaufhörlich sind die **Preissteigerungen** aller notwendigen Bedarfsartikel. Die wiederum starke Erhöhung der Eisenpreise wird diesen wirtschaftsstörenden Kreislauf weiterhin ungünstig beeinflussen. Die Tatsache, dass die deutschen Inlandspreise sich noch weit unter den Welthandelsnotizen bewegen, gewinnt mehr an Raum und lässt eine Lebensverbilligung bei uns auf keinem Gebiete auf absehbare Zeit als wahrscheinlich erscheinen. Die Anerkennung seitens der Entente der Zollregulierung an der deutschen Grenze in Goldzahlung bedeutet zwar der Form nach die endgültige Schliessung des „Loches im Westen" und das erste Zeichen des Einlenkens der Entente. Irgend welchen **sichtbaren** Erfolg dieser Massnahmen verspürt man bis jetzt noch nicht: immerhin wird ein solcher erwartet



werden können. „Der Weg aus dem Elend“, wie Staatssekretär Bernhard Dernburg im „Leipziger Tagblatt“ die Wirtschaftslage bei uns charakterisiert, fusst in dem Ausspruch: „länger und fleissiger arbeiten, bescheidener und mässiger geniessen und das gute Beispiel geben, das aus der Kenntnis eines Weltirrtums herauswächst. Auf dem Acker der europäischen Wirtschaft ist Raubbau getrieben worden.“

Bei der völlig unklaren Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik erscheinen Betrachtungen von neutraler Seite, weil weniger getrübt, als Verlautbarungen heimischer Faktoren besonders erwähnenswert. Neuerlich betonte der Münchener Nuntius Pacelli in einer privaten Unterredung anlässlich seines Berliner Aufenthalts, dass er die Zukunft Deutschlands durchaus optimistisch beurteilt, da sich das deutsche Volk wieder emporarbeiten werde. Er konnte auch versichern, dass der Papst dem deutschen Volke durchaus wohlgesinnt sei. An Deutschland liegt es, diese so höchst wertvollen Auslassungen in die Tat umzusetzen. Ein Hauptfaktor für Deutschlands Wiedergenesung wird sein, unsere Aussenhandelsbilanz aktiv zu gestalten, das heisst unsere Ausfuhr von Warengütern — nicht von Vermögenswerten oder Kapitalfluchtsobjekten — zu verstärken! Naturgemäss hängen alle solche Probleme — und leider sind solche Hinweise einstweilen nur Thesen — von den Absichten der Entente ab. Und hier spielen wiederum in erster Linie die Tendenzen des rollenden Dollars, sonstige amerikanische Pläne hinsichtlich „einer Sanierung Europas“ mit. Ob die Annahme von einer plötzlichen Ueberflutung Deutschlands mit allen möglichen Rohstoffen bei einer entsprechenden Kreditgewährung oder sonstiger Finanzierung Amerikas zutreffen wird, bleibt dahingestellt, auch nach der Zeit der Friedensratifizierung. Die Tatsache der Bildung eines amerikanischen Banken- und Wirtschaftskonzerns zwecks Ausbau des europäischen Kreditwesens und Förderung des Aussenhandels bildet allerdings eine Etappe bei solchen Plänen. Wenn man jedoch die Pariser Kammerdebatten über die Beratung der Anleihevorlage verfolgt und die, wenn auch offenbar als übertrieben bezeichneten französischen Finanzlasten und Steuermehrungen in Betracht zieht, so wird man ohne weiteres ersehen, dass die Entente vorerst bei den eigenen Bundesgenossen reinen Tisch der Finanz und Wirtschaftsfaktoren machen wird und muss. Und überall, nicht zuletzt bei uns, ist bei all solchen Plänen Vorbedingung: Ruhe, Ordnung und Schaffensbetätigung! Hier fehlt es leider da und dort noch mitunter erheblich, namentlich auf dem Gebiete der Innenpolitik. Mit Interesse verfolgt man in Deutschlands Wirtschaftskreisen die parallel laufende Bewegung in den österreich-ungarischen Nationalstaaten, besonders was Wirtschaftssanierungen und Annäherung dieser Staaten auf wirtschaftlichen Gebieten betreffen. Dass die bekannte österreichische Länderband den Charakter eines rein französischen Finanzinstitutes angenommen hat, dass sich ferner England in Ungarn mehr als häuslich niederlässt und auch in Rumänien — naturgemäss hauptsächlich wegen der Petroleum- und Rohstoffausbente — Fuss fasst, zeigt die erste Folge unserer wirtschaftlichen Ausschaltung auf allen Gebieten. Ueberall, sowohl im europäischen Osten wie auch, was besonders bedauerlich ist, in Asien und Südamerika wird deutches Kapital, deutscher Einfluss und deutsche Arbeitskraft durch Ententeinteresse ersetzt. Ueberall gibt es für den heimischen Wirtschaftsgeist Arbeitsmenge in Hülle und Fülle. Gerade deshalb ist Ruhe und Ordnung im eigenen Hause Grundbedingung. Auch die in Bälde zu erwartende Epoche der in allen Kreisen scharf einschneidenden Zeit der Kriegssteuern und der damit unvermeidlichen Vermögensverschiebungen benötigt solche Voraussetzungen.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.







PROSPEKT.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation München.

Nominal ℳ 800,000.— neue Aktien zu je ℳ 1000.— mit den Nummern 1201—2000 und halber Dividendenberechtigung für 1919.

Die München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation ist seit dem 31. Oktober 1862 im Handelsregister eingetragen und hat ihren Sitz in München; ihre Dauer ist auf unbestimmte Zeit festgesetzt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Papier- und Holzstoffabriken, von Papierhandelsgeschäften und von Anlagen zur Gewinnung und Verwertung von Hilfsstoffen, Abfällen und dergl. oder zur weiteren Verarbeitung der eigenen Fabrikate.

Die Gesellschaft besitzt derzeit folgende Anlagen:

1. Papierfabrik München-Au mit Zentralbureau.
2. Papierfabrik München-Kegelhof.
3. Obere Papierfabrik in Dachau.
4. Papierfabrik Steinmühle in Dachau.
5. Obere und untere Holzstoffabrik in Olching.
6. Papierfabrik in Pasing samt Lagerhäusern am Bahnhof Pasing.
7. Anwesen Hs-Nr. 6 Residenzstrasse und Hs.-Nr. 4 Schrammerstrasse in München.
8. Arbeiterwohnhäuser in Dachau.
9. Arbeiterwohnhäuser im Sägewerk Etzenhausen bei Dachau.
10. Arbeiterwohnhäuser in Pasing.
11. Arbeiterwohnhäuser in Olching.

Das Aktienkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich fl. 500,000.— (St. 1000 zu je fl. 500.— = ℳ 857,142 86), wovon 25 Stück vorerst nicht emittiert waren, und wurde nach Beschluss der Generalversammlung vom 28. April 1891 auf ℳ 1 000,000.— erhöht durch Umwandlung der Stücke zu fl. 500.— in solche zu ℳ 1000.— vermittels Aufzahlung von je ℳ 142.86 aus dem Spezialreservefonds. Die Generalversammlung vom 11. März 1893 beschloss behufs Erwerbung der Papierfabrik Pasing eine weitere Erhöhung des Grundkapitals um ℳ 200.000.— auf insgesamt ℳ 1'200,000.— sowie die Emission der noch nicht begebenen 25 Aktien.

In der Generalversammlung vom 10. Novbr. 1919 wurde beschlossen, das Grundkapital von ℳ 1'200,000.— um ℳ 800.000.— auf ℳ 2'000,000.— zu erhöhen durch Ausgabe von 800 neuen Aktien zu je ℳ 1000.—, welche bei Zeichnung alsbald zum Kurs von 190 Prozent vollzuzahlen waren.

Diese Aktien sind von dem Bankhause Merck, Finck & Co. in München zu genanntem Kurs mit der Verpflichtung gezeichnet worden, sie den alten Aktionären zum gleichen Kurs von 190 Prozent im Verhältnis von zwei neuen Aktien zu drei alten Aktien anzubieten; die neuen Aktien nehmen an dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1919 mit der Hälfte der auf die alten Aktien entfallenden Dividende teil.

Massgebend für die am 10. November 1919 beschlossene Kapitalserhöhung war die Erwägung, dass die Beschaffung der zu den verschiedenen Betrieben nötigen Kohlenmengen, die schon seither grössten Schwierigkeiten begegnet war, auch künftig nur sehr mühsam und zu ausserordentlich teueren Preisen möglich sein wird, dass es daher, um Kohlen zu sparen, notwendig ist, die Wasserkräfte, die die Gesellschaft schon besitzt, bzw. deren Erwerb sie sich gesichert hat, auszubauen und dadurch die Werke von der Kohle nach Möglichkeit unabhängig zu machen. Die dem Unternehmen durch die Kapitalserhöhung zufliessenden Mittel sind vorwiegend bestimmt, die durch diesen Ausbau der Wasserkräfte veranlassten Ausgaben zu decken.

Das Aktienkapital besteht nunmehr aus Stück 2000 Aktien zu je ℳ 1000.— mit den Nummern 1 bis 2000, sie lauten auf Namen und tragen die Unterschrift eines Vorstandsmitgliedes sowie des Vorsitzenden des Aufsichtsrates; die Uebertragung der Aktien geschieht durch Indossament. Gründerrechte und Vorzugsrechte zugunsten einzelner Aktionäre bestehen nicht.

Die Aktien sind mit Dividendenscheinen und Erneuerungsscheinen versehen und zwar die Aktien Nr. 1 mit 1200 mit Dividendenscheinen Nr. 104 und 105 sowie Erneuerungsschein, die Aktien Nr. 1201 mit 2000 mit Dividendenscheinen für die Geschäftsjahre 1919 mit 1930 und Erneuerungsschein. Die Dividendenscheine Nr. 104 und 105 der Aktien Nr. 1 mit 1200 sind bei Erhebung der Dividende für das Geschäftsjahr 1919 zusammen einzureichen; die frühere Uebung der Gesellschaft, am 1. November jeden Jahres eine Abschlagsdividende gegen Einlieferung eines Dividendenscheines zu bezahlen und nach der Generalversammlung gegen den nächstfolgenden Schein die Restdividende auszuschütten, ist aufgegeben worden.

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr.

Bei **Feststellung des Jahresgewinnes** werden durch den Aufsichtsrat die Summen bestimmt, die am Gesellschaftsbesitz und an den Vor- und Einrichtungen abzuschreiben sind. Der gesetzliche Reservefonds ist in seinem dem Grundkapital gleichkommenden Betrag zu erhalten, bzw. bis zum Betrag des jeweiligen Grundkapitals zu erhöhen, sonach sind, solange der gesetzliche Reservefonds nicht die volle Höhe des Aktienkapitals erreicht hat, bis dahin 10 Prozent des nach den Abschreibungen auf Gesellschaftsbesitz samt Vor- und Einrichtungen verbleibenden Reinertrages zu verwenden.

Von dem danach sich ergebenden Gewinn wird zunächst eine Dividende von 4 Prozent an die Aktionäre berechnet; sodann beschliesst die Generalversammlung über die Gewinnverteilung und zwar zunächst durch Feststellung der zu verteilenden Dividende. Aus dieser Dividende wird, soweit sie vorerwähnte 4 Prozent übersteigt, eine Tantieme von 10 Prozent für den Aufsichtsrat berechnet, doch sind Beträge, die einem Spezialreservefonds oder Gewinnübertrag entnommen werden, insoweit tantiemefrei, als diese Entnahmen aus dem Gewinn nicht wieder rückvergütet werden können.

Ueber den dann noch bleibenden Gewinnrest verfügt die Generalversammlung.

Die **Dividende**, die spätestens am 31. Mai jeden Jahres zur Auszahlung gelangen soll, ist **zahlbar** bei dem

Bankhause Merck, Finck & Co. in München;

dieses Bankhaus vermittelt auch die kostenfreie Aushändigung neuer Dividendebogen.

Die Dividende betrug: 1914: 15 %, 1915: 15 % 1916: 18 % 1917: 21 % 1918: 21 %

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft erfolgen in der Münchener Allgemeinen Zeitung, in den Münchner Neuesten Nachrichten, in der Frankfurter Zeitung und im Deutschen Reichsanzeiger.

Die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1918 lauten wie folgt:

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.

	ℳ	₰
Gebäude-, Maschinen- u. Grundstück-Konto (München Dachauer Anlagen)	1'969,302	11
do. (Olchinger Anlagen)	704 628	14
do. (Pasinger Anlagen)	885 273	37
Haus-Konto (Residenzstrasse)	753,139	04
Kommandit-Kapital-Konto*)	400,000	—
Debitoren-Konto (einschliesslich Bankguthaben)	3'725,025	81
Aval-Debitoren	15 000	—
Papier-Konto	196,029	94
Zellstoff Konto	652,481	56
Holz-Konto	563.917	17
Holzstoff-Konto	1,282	05
Materialien Konto	124.292	22
Packmaterialien Konto	76,750	23
Utensilien-Konto	170,098	44
Feuerungs Konto	7,827	80
Fuhrwerks-Konto	5.370	25
Wechsel-Konto	143 118	58
Kassa-Konto	15,064	11
	10'408,600	82

*) bei der Papiergrosshandlung Max Bullinger, München.

Passiva.

		ℳ	₰
Aktienkapital-Konto		1'200 000	—
Reserve-Konto		1'200.000	—
Spezialreserve-Konto A		272,374	48
do. B		300.000	—
Hypotheken-Konto (München)		203.547	30
do. (Schöpfpapierfabrik München-Kegelhof)		203 547	30
do. (Dach u. Olching)		1'633,380	—
do. (Pasing)		323.353	25
do. (Residenzstrasse)		523.011	50
do. (Arbeiterwohnhäuser)		377,274	47
Hypotheken-Stückzinsen-Konto		28.740	36
Kreditoren-Konto		2 971,209	95
Guthaben d r Wohlfahrtseinrichtungen		102.126	32
Delkredere Konto		62 065	67
Aval-Verpflichtung		15,000	—
Dividenden-Kupon-Konto		1,150	—
Gewinn- und Verlust-Konto	Mk. 936.546.12		
Gewinn-Vortrag	„ 55 274.10	991,820	22
		10'408,600	82

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1918.

Soll.	M	₰	Haben.	M	₰
An Zinsen-Konto	95,617	04	Per Vortrag vom Vorjahre	55,274	10
„ Steuern- und Abgaben-Konto	122 110	68	„ Mieterträgnis-Konto	76,760	24
„ Assekuranz-Konto	101,271	69	„ Konto pro Dubiosa	5,109	55
„ Beiträgen zur Berufsgenossenschaft	40,783	42	„ Betriebs-Konto	1'576,053	40
„ „ zugunsten der Arbeiter u. deren Kassen	34 920	74			
„ „ zum Beamtenpensionsverein	3,837	67			
„ Lasten- und Zinsen-Konto (Haus Residenzstrasse)	32,465	65			
„ Abschreibungen	290,370	18			
„ Bilanz-Konto	991 820	22			
	1'713,197	29		1'713,197	29

Der **Aufsichtsrat** besteht aus mindestens drei, höchstens sechs Mitgliedern, derzeit aus den Herren Kommerzienrat Max Bullinger, Rentner, Vorsitzender, Geheimer Kommerzienrat Hermann Grotjan, Direktor a. D., stellvertretender Vorsitzender, Dr. Rudolf Weinmann, Privatgelehrter, und Geheimer Justizrat Karl Eckert, Rechtsanwalt.

Der **Vorstand** besteht aus einem bis zu drei Mitgliedern; zurzeit bilden den Vorstand die Herren Kommerzienrat Hans Kullen und Kommerzienrat Friedrich Kaula.

Die ordentliche Generalversammlung, in welcher jede Aktie zu einer Stimme berechtigt, findet alljährlich spätestens vier Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres statt.

Der Geschäftsgang des Unternehmens ist bisher befriedigend gewesen; mit Aufträgen ist es auf lange Zeit hinaus reichlich versehen.

München, im Dezember 1919.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Kullen. Kaula.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind

M 800000.— neue Aktien

800 Stück über je M 1000.—, Nr. 1201—2000

der

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation München

zum Handel und zur Notierung an der Münchener Börse zugelassen worden.

München, im Januar 1920.

Merck, Finck & Co.

TODES-ANZEIGE-

Nach Gottes heiligem Willen ist am 2. Januar, abends halb 8 Uhr, unser hochgeschätztes Ehrenmitglied und Mitglied des Verwaltungsrates

Herr Adolf Ritter von Geith

Ministerialdirektor a. D.

verschieden.

Kath. Zentralgesellenverein und Zentralgesellenhaus-Stiftung.

Jakob Murböck, Präses.

Die Beerdigung fand statt am Montag, den 5. Januar, nachmittags 4 Uhr, im südlichen Friedhof; der Seelengottesdienst am Mittwoch, den 7. Januar, vormittags 9 Uhr, in der Sankt Peters-Pfarrkirche.

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft

Bilanz für den Schluss des Geschäftsjahres 1918/19.

	A. Aktiva.	M	M
I.	Haftung der Aktionäre		22,500,000.—
II.	Grundbesitz		2,514,052.25
III.	Hypotheken		1 610,623.61
IV.	Wertpapiere		83,359,679.37
V.	Guthaben		
	1. bei Banken und Bankhäusern einschliesslich unverzinslicher Schatzanweisungen	39,862,128.68	
	2. bei Versicherungsunternehmungen	108,105,813.12	147,967,941.80
VI.	Zinsen, im folgenden Jahre fällige, anteilig auf das Rechnungsjahr entfallende		2,056,997.02
VII.	Prämienrücklagen in Händen der Zedenten:		
	1. Lebensversicherung	254,769 898.72	
	2. Unfall- und Haftpflichtversicherung	5,55[illegible],953 05	260,320,851.77
VIII.	Prämienüberträge in Händen der Zedenten		3[illegible],921,464.40
IX.	Gestundete Prämien		1,533.756 2
			55[illegible],785,366.43

	B. Passiva.	M	M
I.	Aktienkapital		30,000,000. -
II.	Gesetzliche Rücklage		16,857,755.25
III.	Prämienrücklagen für eigne Rechnung:		
	1 Lebensversicherung	239,014,714.38	
	2. Unfall- und Haftpflichtversicherung	5,90[illegible].940.60	244,923,654.98
IV.	Prämienüberträge für eigne Rechnung:		
	1. Unfall- und Haftpflichtversicherung	8,347,864.50	
	2. Transportversicherung	2,496,587.40	
	3. Sachversicherung	55,981,374.58	66,825 826.48
V.	Rücklagen für schwebende Versicherungsfälle für eigne Rechnung:		
	1. Lebensversicherung	9,674,878.01	
	2. Unfall und Haftpflichtversicherung	10,429 2[illegible]7.33	
	3. Transportversicherung	19 268 248.[illegible]6	
	4. Sachversicherung	66.778,515.1[illegible]	106,150,928.51
VI.	Sonstige Rücklagen:		
	1. Rücklage für unvorhergesehene Ereignisse (ausserordentl. Prämienrücklage)		15,000,000.—
	2. Gewinnrücklage	3,000,000.—	
	3. Sicherheitsfonds für Kapitalbeteiligungen an Versicherungsunternehmungen	1,000,000.	4,000,000.—
VII.	Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen		42,276,270 93
VIII.	Guthaben der Agenturen		9.426 23
IX.	Guthaben der Retrozessionäre f. einbehaltene Prämienrücklagen		20,406 629 30
X.	Sonstige Passiva		1,655,597.07
XI.	Gewinn und dessen Verwendung:		
	a) an die Aktionäre	2,250,0[illegible]0.—	
	b) an die Pensionskasse unserer Angestellten	300,[illegible]00.—	
	c) Tantieme des Aufsichtsrats	103,434.81	
	d) Vortrag auf neue Rechnung	3,025,843.37	5,679 277 68
			553,785,366 43

Der Vorstand.

C. von Thieme, Vorsitzender.

Die Richtigkeit des Abschlusses bescheinigen wir hiermit auf Grund der Bücher.

Wilh. von Finck. Freiherr von Cramer-Klett. Gruner.
Hugo von Maffei. Dr. von Miltner. Georg von Simson.

Die Buch- und Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 u. 6

übernimmt die Herstellung von Werken jeder Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen u. s. w. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Albertus-Magnus-Verein

An der Zentrale zu Trier ist die Stelle eines

Generalsekretärs

durch einen Akademiker, der in der Arbeit für den Verein seine Lebensaufgabe sieht, mit dem Gehalte eines höheren Beamten zu besetzen.

Angebote erbeten an den Vorsitzenden Weingutsbesitzer Hartrath, Trier, Charlottenau.

Dressur

Brieflicher Unterricht!

Wie mache ich meinen Hund scharf u. wachsam 5 Mk.
Wie dressiere ich mein. Hund auf den Mann . . 5 Mk.
Wie mache ich meinen Hund stubenrein . . . . 5 Mk.
Wie lerne ich meinem Hund Gehorsam (Appel) Leinenführigk., Setzen, Ablegen auf Befehl, Kommen auf Ruf u. Pfiff etc. 5 Mk.

Versd. per Nachn. Weitere Lehrbriefe für alle Dressurarten laut Prospekt. Erfolg garantiert! An- u. Verkauf von Hunden.

Dressurlehr-Institut
Berufsdresseur
Alfr. Kretzschmer, Ebersbach i. Sa.
Gasthof goldener Löwe.

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 M.
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.
Alois Maier, Hoflief., Fulda.

Musikhaus **Jos. Durner**

Perlachberg **Augsburg** Carolinenstr.
Fernsprech-Nr. 3978.

Empfehle mein reichhaltiges Lager von einfachsten Schul- bis feinsten Konzertinstrumenten bei solidesten Preisen in: **Violinen, Lauten, Guitarren, Mandolinen, Zithern, Klarinetten, Flöten, Okarinos, Zieh- und Mundharmonikas, Konzertinos, Musikalien und Schulen** für sämtl. Instrumente. — **Saiten**, ff. Qualitäten. **Kästen — Taschen — Etuis.**

Grammophone, Platten, Nadeln.

Preisliste gratis

Guterhalt. Harmonium

zu kaufen gesucht.

Offerte mit Beschreibung und Preisangabe erbeten unter J K. 2002 an die Geschäftsstelle der Allgemeinen Rundschau, München.

Eine Salon-Pfeifenorgel

zu kaufen gesucht. 2 Manuale und Pedal, ca. 6–10 Register. Disposition u. Preisangabe erbeten. Bernh. Koch, Ronsdorf, Rheinland.

Priv. Pädagogium Karlsruhe B.

mit Internat; führt bis Abitur jeder Schule, auch Damen. Fam.-Anschl., religiöse Erziehung. — Beste Erfolge u. Referenzen, s. Prosp.! Kriegerwaisen schulg.-frei. Wiehl. B[illegible].



Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen

kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.

Lehrer Obst's

Nerventee

zum Kurgebr. bei Nervenkrankh. Kopfschmerz, Schlaflosigkeit von besterprobter Wirkung, zugl. Blutumlauf regelnd u. Arterien-Verkalk. vorbeugend.

Probe (f 1 Woche) 3.— Mk., **Mon.-Menge** 12 Mk.

Ausserdem besterprobt: Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat.-, Wassersuchts-Tee u. a. m. Genauere Angab. erforderl. **R. Obst**, Lehrer, Breslau, Herrmannsdorf Nr. 108.

Druckarbeiten

in jeder Art und Ausführung

vom feinsten Buntdruck bis zur billigsten Massenauflage liefert schnell und billig die

Buchdruckerei „Unitas“

Bühl (Baden)

Schnellpressen-, Rotations- und Setzmaschinenbetrieb.

Sitz-Auflagen aus Filz

Filztuche

Cölner Filzwarenfabrik Ferd. Müller, Köln a. Rh. Friesenwall 67.

Nebenverdienst

bis 1000 M. monatl. leicht zuhause — ohne Vorkenntnisse. Näheres durch S. Woehrel & Co G.m.b.H., Berlin-Lichterfelde, Postfach 618.

Geld gegen monatliche Rückzhlg. verleiht R. Calberarsw. Hamburg 5. Tüchtige Vermittler gesucht.

Bettnässen

Abhilfe sofort. Alter u. Geschlecht angb. Ausk. kostenl.

Merkur Versand
München 308. Neureutherstr.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag.
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis:
In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 96 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

№ 3. München, 17. Januar 1920. XVII. Jahrgang.

Die Weltanschauung unserer Tage.

Von Adolf Löffler, Ostrach (Hohenzollern).

Während des Weltkrieges verbrachte ich als Gefangener zwei Winter im Innern Großrußlands. Die langen Winterabende zwangen mich vor Langeweile, mich nach Beschäftigung umzusehen, die ich auch in der Erlernung der russischen Sprache fand. Auf meiner Suche nach Lesestoff fiel mir im nächsten Marktflecken eine Uebersetzung aus dem Dänischen in die Hände. Es waren Schriften von Sören Kirkegor. Besonders fesselte mich eine Abhandlung: Die harmonische Entwicklung der ästhetischen und ethischen Anfänge in der menschlichen Persönlichkeit.

In dieser Abhandlung zeigt der Verfasser die verschiedensten Lebensideale der Menschen, wie der eine nach Reichtum, der andere nach Macht, der eine nach Ehre und Wissen, der andere nach Genuß in der Liebe oder in lustiger Tafelrunde strebt. Er faßt die Weltanschauung dieser aller zusammen in der Bezeichnung ästhetischer Weltanschauungen, da sie unter den verschiedensten Formen und Abstufungen doch ein gemeinsames Ziel haben: Befriedigung der Begierden des sinnlichen und niedrigen Ichs im Menschen. Aber er versäumt nicht, indem er in der Abhandlung fortfährt, auf das Unzulängliche hinzuweisen, das diese Weltanschauungen enthalten, da sie nie ganz befriedigen. Als bezeichnendstes Beispiel, wie dieses Ungenügen den Menschen immer weiter treibt, wenn er die Möglichkeit hat, seine Gelüste zu befriedigen, führt er Nero an, dessen Seelenleben er in geistreicher Weise zerlegt. Im Drange, nach dieser Weltanschauung glücklich zu werden, kommt der Mensch schließlich zu dem Punkte, da er erkennt, daß ein solches Glück eben unmöglich ist. Dann muß der Mensch, wenn er ein ganzer Mensch ist, verzweifeln. Kirkegor steht nicht an, diesen Zeitpunkt zu begrüßen und in dieser Verzweiflung etwas Gutes zu sehen. Freilich kennt er auch die Verzweiflung des Fleisches, die zum Tode führt. Aber er sieht gleichzeitig in dieser Verzweiflung, in dieser Todesstunde der ästhetischen Weltanschauung, wie er sie nennt, die Geburtsstunde einer neuen, höheren Weltanschauung, nämlich der ethischen. Dann erkennt der Mensch, daß Genuß auch nicht in der verfeinertsten Form Lebenszweck ist, sondern Pflichterfüllung, daß es nicht darauf ankommt, an hoher, sichtbarer Stelle zu stehen und Erfolg zu haben, sondern an der Stelle, an der man sich befindet, seine Arbeit voll und ganz zu tun, wenn auch keine glänzenden Ergebnisse daraus hervorgehen. Am Schlusse seiner Ausführungen fügt dann der dänische Schriftsteller noch eine Schilderung an, wie nun der Held nach der neuerworbenen Weltanschauung wirkt, wie er Großtaten des Charakters vollzieht, ohne daß ihm schöne Augen zum Siegespreis zulächeln oder das Beifallstoben der Menge ihn anspornt und wie er dann, trotz aller äußeren Unscheinbarkeit, innerlich ruhig und glücklich ist.

Wenn man nun die führenden Strömungen in der Lebensauffassung unserer Tage betrachtet, so findet man, daß sie ganz den zuerst genannten ästhetischen gleich sind. Kirkegor wendet das Wort ja nicht im gewöhnlich üblichen Sinne an; er erweitert denselben, indem er das Wort, das ursprünglich nur den Genuß in der feinsten Form bezeichnet, auf den Genuß überhaupt überträgt. Doch nicht ganz ohne Grund. Wird nicht eine Weltanschauung, in der das Diesseits die führende Rolle spielt, bei der es also letzten Endes darauf ankommt, hier mehr oder weniger in gröberer oder feinerer Form zu genießen, dazu geführt werden, allmählich in eine Verherrlichung der Genußsucht, in eine Anbetung und Vergötterung des Erfolges um jeden Preis und mit allen Mitteln überzugehen? Waren nicht manche Taten während des Krieges ein Ausfluß dieser Gesinnung? Die Weltanschauung, die bei führenden Geistern, bei feinfühlenden Menschen sich nach außen hin einen ästhetischen Anstrich gibt, wird bei der Masse, bei rohen Naturen unausbleiblich zum wüsten Genuß. Und auch der hochstehende Mensch mit feinem Empfinden, der gewohnt ist, nur für das Diesseits zu wirken, der also außerhalb sich nichts Höheres erkennt, sondern nur eine Menge Gleichgestellter, er wird in den Stunden, da der niedere Teil der Natur sein Recht verlangt mit gebieterischer Gewalt, ohnmächtig sein den dunkeln Trieben gegenüber und sich zu Taten hinreißen lassen, deren er sich in besseren Stunden schämt. Hier haben wir an Goethe, dem Idealmenschen der Modernen, ein treffendes Beispiel. Eucken sagt an einer Stelle seiner Schriften, daß die Weltanschauung der Griechen ästhetisch, des Mittelalters ethisch, der Neuzeit dynamisch sei. Leider ist es wahr. Was heißt das nun, die Neuzeit faßt die Welt dynamisch auf? Sie sieht ihr Ideal nicht mehr im heiligen, im sittlich guten Menschen, sondern in den mit Erfolg äußerer Art tätigen Menschen. Die Neuzeit ist dem inneren Kerne nach dem Christentum fremd; sie ist ein neues Heidentum. An Stelle der rohen Figuren und der schönen Phantasiegestalten sind feinere Ideen getreten, unter denen der Befriedigung der eigenen Begierden gehuldigt wird. Das Christentum setzte als führende Idee die Liebe ein, die stets dem Recht zur Seite stehen soll. Liebe und Recht müssen geeint sein, damit das letztere nur einigermaßen zur Ausführung gelange. Wo wir nur von Recht reden, sind wir auch bereit nachzuweisen, daß das Recht auf unserer Seite steht, wenn nicht die Liebe uns mahnet, auch auf unseren Nächsten Rücksicht zu nehmen. Nach außen hin ist wohl noch selten soviel von Recht geredet worden als heute, aber wie steht es mit der Ausführung? Es fällt einem unwillkürlich das bittere Wort Lessings ein, der da sagt, daß die Menschen von gewissen Dingen nur deshalb soviel reden, um den Anschein zu erwecken, als hätten sie dieselben. Dynamisch ist die Weltanschauung in der Verherrlichung des Erfolges und natürlich alles dessen, was dazu führt, vornehmlich der Kraft, der Kraft an sich, die ohne höhere Leitung, durch ihr Dasein, ihr Uebergewicht schon zum Erfolge führt. Wie sagt doch der russische Dichter Lermontoff:

> Sag nicht: „Allein dem hohen Streben
> Ist meine Seele zugetan;
> Zu ihm allein neigt sich mein Leben,
> Zu ihm nur klingt mein Lied hinan."
> Glaub nur, das Große scheint bloß
> So prachtvoll in der Menschen Sinn.
> Tu Böses; bringts Erfolg, bist groß,
> Verbrecher, bringt es nicht Gewinn.
> Inmitten Namen, die verklungen,
> Schier einem Gott gleich war Napoleon,
> Doch als ihn Rußlands Schnee bezwungen,
> War gleich bereit der Menge Hohn.

In diesen Worten ist die Charakteristik dieser dynamischen Auffassung, die alles nach dem Erfolg mißt, treffend gegeben, aber auch die erschütternde Tragik derselben an einem hervorragenden Beispiel gezeigt. Hand in Hand mit diesem Machthunger geht eine Genußsucht ohnegleichen. Nichts Heiliges ist mehr; es lösen sich alle Bande ohne Scheu. Was vordem nur nach langem Ueberlegen und mit großer Vorsicht gemacht wurde, das geschieht heute in ganz kurzer Zeit, wenn nur der augenblickliche Hunger gestillt wird, mögen auch langjährige Bräuche

fallen, mögen auch die heiligsten Gefühle verletzt werden. Und dieser Hunger wird um so schärfer, je mehr er auf diese Weise befriedigt wird und je schwieriger sich seine Befriedigung gestaltet. Die Jagd nach Genuß wird immer toller, um früher oder später in Verzweiflung zu enden, wie dies auch Kirkegor sagt: Schwache Naturen brüten dann dumpf dahin, starke greifen zum Verbrechen oder zum Selbstmord.

Das Fiasko der von Kirkegor als ästhetisch bezeichneten Weltanschauung ist eben unausbleiblich, und es stellt sich früher oder später unausweichlich ein, sowohl im Leben des einzelnen als auch ganzer Völker.

Um sich aus diesem Strudel zu retten, gibt es ein Mittel, das unfehlbar rettet, aber auch nur eines, der Uebergang zu der ethischen Weltanschauung im zuerst erwähnten Sinne. Wenn wir dazu kommen, wieder den Sinn des Lebens im Gutsein zu sehen, mag es auch Opfer kosten, mögen wir auch der in tollem Vergnügungstaumel sich drehenden Umwelt als Narren erscheinen, dann sind wir dem Verderben entronnen. Dann tragen wir eine Welt in uns, die um so stärker wird, je mehr wir sie auch nach außen hin umsetzen. Mag es auch toben draußen, drinnen ist Ruhe. Aber wenn der Sturm so stark wird, daß unser Lebensschifflein in seinen innersten Fugen erzittert und unterzugehen droht, was dann?

Auch dann haben wir eine Hilfe. Dann wenden wir uns an die Religion, an den, der schon mehrmals den Wellen gebot, und dem sie auch heute noch gehorchen. Denn ohne Religion hängt alles sittliche Streben doch in der Luft. Das fühlt auch F. W. Förster und bringt es in seiner „Lebensführung" klar zum Ausdruck. Der Mensch ist zu schwach, als daß er allein den seinem besten Teile innewohnenden Drang nach Reinheit befriedigen könnte, wenn er sich nicht um Beistand an das Christentum wendet, wenn er sich nicht gleichsam als Glied dem Leibe anschließt, in dem Christus, der Gottmensch, das leitende Haupt und das belebende Herz ist. Wer sich ihm anschließt, wird auch im Trubel dieser Zeiten nicht verloren gehen. Gelingt es uns nicht, die Masse des Volkes zu ihm zurückzuführen, so sind wir trotz aller noch so schlauen Maßregeln verloren. Nachdem wir die sittliche Vollkraft verloren haben, gehen wir wie die Griechen und Römer an Altersschwäche zugrunde. Leider ist die offizielle Schulpolitik eher alles andere als eine Wendung zur Einsicht und Umkehr. Wo die Gesamtheit nicht sieht oder nicht sehen will, da ist es nun Pflicht des einzelnen, sich zu retten aus den tosenden Wassern im lebendigen Glauben an ihn, der der Eckstein und die Grundlage alles Glückes ist.



Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Versailler Friede in Kraft.

Endlich ist die verschobene Zeremonie vollzogen worden. Am 10. Januar 1920 nachm. 4 Uhr 15 Minuten unterzeichneten in Paris Min.-Dir. von Simson und Frhr. v. Lersner das Protokoll vom 1. November 1919, worauf die Ratifikationsurkunden ausgetauscht und das Protokoll vollzogen wurde. Dieser 10. Januar soll ein weltgeschichtliches Datum werden, wie die gegnerische Presse sagt. Im Säkularkalender der Menschheit wird er aber nicht in festlichem Rot erglänzen, sondern in Trauerfarbe dastehen, weil es ein Friede der Schmach ist, ein Friede der Unvernunft, eine Brutstätte neuer Konflikte.

Diese Kennzeichnung soll keine Drohung sein, sondern nur die Feststellung einer Wahrheit, die bald auch die noch berauschten Sieger erkennen werden. Deutschland hat in der Tat den guten Willen, die ungeheuren Verpflichtungen zu erfüllen; doch Unmögliches kann man nicht leisten und viele von den Forderungen, die wir haben unterzeichnen müssen, sind im vollen Sinne des Wortes unerfüllbar. Daher ist der neugeborene Friede schon vom ersten Augenblicke an mit der Forderung belastet, daß er revidiert werden muß, um überhaupt möglich zu sein.

Wie können wir die Nachprüfung und Milderung herbeiführen? Nicht auf dem Wege einer deutschen Aktion, sondern nur durch passive Vertragstreue, durch Geduld und Abwarten der Wiederauferstehung der Vernunft und Menschlichkeit. Keine verlockende Rolle; aber es bleibt uns nichts anderes übrig. Also hinein in das Dulderjahr 1920! Wohl dem, der neben der nationalen Zähigkeit auch noch Gottvertrauen hat.

Neben den vielen neuen Lasten und Gefahren, die uns der Versailler Vertrag bringt, steht wenigstens ein greifbarer Vorteil: die Kriegsgefangenen aus Frankreich sollen nun endlich heimkehren. Wir freuen uns, daß wir diese armen Landsleute endlich im Vaterlande als freie Bürger begrüßen und ihnen den Dank für ihre Opfer bezeugen können. Hoffentlich wird die Heimbeförderung nicht noch weiter verzögert durch Schwierigkeiten von gegnerischer Seite oder durch Verkehrsstörungen auf unserer Seite.

Letzteres ist leider nicht ausgeschlossen; denn die körperlich und geistig gequälten Gefangenen treffen unter schlechten Verhältnissen an der deutschen Grenze ein. Das neue Jahr hat uns gleich im Anfang wieder Wirren und Nöte beschert. Das Streikfieber ist wieder ausgebrochen und hinter der Streikbewegung der Versicherungsangestellten sowie der wilden Streikbewegung der Eisenbahner im Nordwesten stecken auch die politischen Ruhestörer. Sie haben uns schon einen Generalstreik als Demonstration gegen das schwebende Betriebsrätegesetz zum 13. Januar angekündigt und dann soll am 15. Januar wieder ein radikaler Feiertag sein zur Abhaltung von irgendwelchen Gedächtnis-Versammlungen. Jeder derartige Generalstreik und wenn er auch nur auf einen Tag bemessen ist, birgt in sich die Gefahr von Krawallen und Putschen; zum mindesten steigert er die Unzufriedenheit und Aufsässigkeit, und das wollen gerade die Drahtzieher der Ueberrevolution. Die mehrheitspolitische Partei hat einen verzweifelt schweren Stand gegenüber dieser heimtückischen mit reichen Mitteln arbeitenden Agitation.

Wir sollen nicht zur Ruhe kommen, wir können nicht zur Ruhe kommen. Wir müssen am Rande des Abgrundes mühselig dahinschleichen, und werden dabei fortwährend gestoßen und gezerrt, bald von dieser bald von jener Seite. Man möchte verzweifeln und das Gesicht verhüllen. Aber was sollte aus unseren Kindern und Enkeln werden? Bis zum letzten Hauch müssen wir durchhalten in ihrem Interesse, auch unter dem frischgebackenen Schmachfrieden und unter den ewig erneuerten Ruhestörungen.

Einheitsstaat, Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Es gehört zur Ironie des Schicksals, wenn das Streben nach einer stärkeren Einigung der deutschen Länder zunächst zu einer Zersetzung wertvoller Gebilde führt. Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei hat nach einem Antrage von Dr. Heim beschlossen, die Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichstagszentrum zu lösen. Die Stimmung auf dem Parteitage wird gekennzeichnet durch die Worte des Abg. Geheimrat Held: „Die Rede Erzbergers in Stuttgart hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Wenn man die früheren Fürsten so behandelt, die Revolution verherrlicht und von ihren guten Wirkungen redet, dann übersteigt das alles Maß. Wenn die Zentrumspartei im Reich Wert darauf legt, daß wir Verbindung mit ihr haben, dann soll sie den Abgeordneten Erzberger zu den Sozialdemokraten abschieben. So redet unser Volk und es hilft nichts, wenn wir uns die Augen verbinden. Und wenn das Reichstagszentrum infolge unseres Beschlusses einsieht, daß es auf seinem Wege umkehren muß, dann haben wir auch dem Reichstagszentrum einen guten Weg gewiesen."

Ich kann aus meiner Kenntnis der Stimmung in Nord- und Westdeutschland nur sagen, daß alle Zentrumsleute den Schritt der bayerischen Freunde herzlich bedauern und sehr schmerzlich empfinden werden, dabei jedoch an der Hoffnung festhalten, daß nach Ueberwindung der gegenwärtigen trennenden Momente die gemeinsamen Erinnerungen, Ideale und Bedürfnisse die alte Einheit sich wieder einstellt. Wenn Brüder auseinander gehen, so sagen sie auf Wiedersehen.

Der Stein des Anstoßes ist in vorliegendem Falle die Frage des deutschen Einheitsstaates. Es war vorauszusehen, daß eine so einschneidende Umgestaltung in der Reichsstruktur nicht ohne Gegensätze und Reibungen vor sich gehen würde, und daß vornehmlich die Zentrumspartei von den Zuckungen und Zweifeln ergriffen werden müßte, da sie den früheren Programmpunkt des Föderalismus der historischen Bundesstaaten den Verhältnissen anzupassen hatte, die aus der Niederlage und der Revolution sich mit Elementargewalt geltend machen. Unsere Vertreter haben trotzdem in ihrer Mehrheit es für das unabweisbare politische Gebot der Zeit erachtet, die neue Reichsverfassung in der Richtung einer stärkeren Zusammenfassung der verbliebenen Kräfte der Nation aufzubauen. Dr. Heim, in dem der altbayerische Geist mit einem impulsiven Temperament und einer resoluten

Tatkraft verbunden ist, hat schon in Weimar bei den Verfassungsberatungen die Sonderstellung eingenommen, was wir hierzulande bedauert haben, ohne dieser markanten und verdienstvollen Persönlichkeit unsere Sympathie zu entziehen.

Inzwischen ist die Steuereinheit für das ganze Reich gesetzlich festgelegt worden. Das ist freilich eine einschneidende Maßregel, die überall bitter empfunden wird, wo man an die selbständige Finanzgebarung der Gliedstaaten und der Gemeinden gewöhnt war. Die Gesetzgeber machten gegenüber diesen Gefühlen und Interessen die zwingende Notwendigkeit geltend, durch eine einheitliche Ordnung und Verwaltung des Steuerwesens die sämtlichen finanziellen Kräfte der Nation so gleichmäßig und so ergiebig heranzuziehen, daß es zur Abwendung des Bankerottes ausreicht. Es wurde ferner geltend gemacht, daß die Steuergesetze den Ländern und den Gemeinden eine verhältnismäßig große Dotation für ihre Kulturaufgaben zuweisen. Das schönste Linsengericht ist freilich kein Aequivalent für die finanzpolitische Erstgeburt, und so kann auch derjenige das Widerstreben begreifen, der sich von der Notwendigkeit des Opfers überzeugt hat.

Die Erhaltung und Pflege der Eigenart aller Reichsglieder ist auch von den norddeutschen Zentrumsanhängern fortgesetzt betont worden. Nicht bloß aus Altruismus, sondern auch im eigenen Interesse; denn damit hängen die Bestrebungen zur Aufteilung des preußischen Staates zusammen. Die dürfen bei der Betrachtung des „Einheitsstaates" nicht übersehen werden. Der Widerstand im Süden wird wesentlich gestützt von dem Widerwillen gegen „Preußen" und von der Furcht vor einer schroffen Zentralverwaltung von „Berlin" aus. In dieser Hinsicht ändert sich nun die Sachlage wesentlich, wenn die überwältigende Masse von „Preußen" sich in Länder auflöst, die Bayern gleich oder gar unterlegen sind, und wenn „Berlin" nicht mehr unter altpreußischen Tendenzen und Manieren regiert, sondern im Geiste von Weimar und durch ein Reichskabinett, das aus den besten Männern aller Stämme und Länder zusammengesetzt ist.

Sollte es unter solchen Verhältnissen nicht möglich sein, daß wir zu einer Einheit gelangen, die zugleich der Freiheit und der Kraftentfaltung der einzelnen Glieder den gedeihlichen Spielraum läßt? Die Voraussetzung ist freilich, daß die versprochene „weitestgehende Dezentralisation", die bestmögliche Autonomie der Länder und der Stämme ehrlich durchgeführt wird. Welche Partei verschafft uns dieses heilsame Gegengewicht gegen den unitarischen Drang der Notzeit? Offenbar ist die Zentrumspartei zum Ausgleich und zur Versöhnung berufen, und sie ist auch dazu befähigt, wenn sie einig und stark bleibt. Sie hat eine föderative Tradition und Sinn für die Eigenart. Die anderen Parteien sind mehr zentralistisch oder altpreußisch gestimmt. Daher ist in dem gegenwärtigen Uebergangsstadium gerade die Stärkung des Zentrums dringend erwünscht. Jede Absplitterung schwächt den Einfluß der Zentrumsfraktion in der Reichspolitik und hebt dagegen den Einfluß der demokratischen Fraktion, deren Unzuverlässigkeit sich schon öfter gezeigt hat.

(Gleichwie man in weiten Zentrumskreisen über das sich überstürzende Tempo der Einheitsbestrebungen beunruhigt ist, ebensosehr bedauert eine nicht unbeträchtliche Minderheit der Bayerischen Volkspartei den Trennungsbeschluß als eine voreilige einseitige Orientierung. Jedenfalls ist es lebhaft zu beklagen, daß sich die Bayerische Volkspartei durch ihren Mehrheitsbeschluß der Möglichkeit begeben hat, auf dem nahe bevorstehenden Zentrumsparteitag das Gewicht ihrer Bedenken überzeugend zur Geltung zu bringen, und daß sie sich durch ihre Absonderung von der Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalversammlung selbst ausgeschaltet hat. D. Red.)

Erzbischof v. Faulhaber Päpstlicher Thronassistent.

Se. Heiligkeit der Papst hat uns deutschen Katholiken einen neuen Beweis seiner väterlichen Güte und Liebe gegeben durch Ernennung des HH. Erzbischofs von Faulhaber zum Päpstlichen Thronassistenten, der höchsten Würde nach dem Kardinalat. Es ist dies eine außergewöhnlich hohe Auszeichnung des Münchener Bekennerbischofs, welche sonst nur älteren Bischöfen und Erzbischöfen und nur bei ganz besonderen Anlässen verliehen wird.

Damit ist Erzbischof v. Faulhaber in jenes Kollegium von Patriarchen, Erzbischöfen und Bischöfen aufgenommen, die zur sogenannten Päpstlichen Kapelle gehören, und das nach dem unmittelbaren Kollegium der Kardinäle folgt. Wie etwa die Domkapitulare bei den pontifikalen Funktionen der Bischöfe, so amtieren die Thronassistenten bei feierlichen Gelegenheiten und bei feierlichen Kirchenfunktionen am Throne des Papstes und zwar im Bischofsornat mit Pluviale und Mitra. Im Ernennungsdekret erklärt der Papst, daß er den Ernannten mit den Ehren der Thronassistenten ausstatte und ihn deshalb in den gräflichen Adelsstand erhebe.

Das Betriebsrätegesetz.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees.

Die nachfolgende Stellungnahme zu dem gegenwärtig im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Gesetzentwurf betr. die Betriebsräte ist von um so größerem Werte, als der Verfasser 20 Jahre lang im belgischen Reichswirtschaftsrate mit Arbeitgebern, Arbeitervertretern und Sozialpolitikern nicht nur Belgiens sondern der verschiedensten Länder praktisch zusammengearbeitet hat. D. Red.

Ein Name kann einer guten oder annehmbaren Sache schaden. Hinter dem Schall und Rauch der Räterepubliken liegt zwar keine Himmelsglut umnebelt. So lange Menschen Rechts- und Geschäftsbeziehungen untereinander haben werden, können Meinungsunterschiede, Interessen und Leidenschaften sie von der Liebe und Eintracht abgewandt halten, welche von dem Himmel kommt. Es ist eben der Irrtum der Weltbeglücker und der unbesonnenen Menge, daß eine Systemänderung die menschliche Natur ändern könne. Nur Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung, das heißt: Erziehung kann die Spitzen und Ecken glätten, nur der Verzicht auf das summum jus, auf die Fülle des eigenen Rechts auf allen Seiten kann verhindern, daß seine Wirkungen als summa injuria von der Gegenseite empfunden werden.

Vom Rätegedanken in der Industrie haben gewisse Arbeiterschichten die Vorstellung, daß die Heranziehung ihrer Vertreter die Sozialisierung bedeuten solle, die Uebertragung des Eigentums und der Leitung an den Staat oder an eine Zwangsgenossenschaft, unter Enteignung der jetzigen Besitzer, auch ohne Entschädigung. Die Vorlage und erst recht die Ausschußfassung haben diesen Wahn zerstört, sie haben die Befürchtungen aber nicht beseitigt, welche in Erinnerung an die Rätezeit und angesichts einiger sehr weitgehender Bestimmungen in der Industrie entstanden sind.

Der Gedanke der Mitwirkung von Arbeitervertretern in der Industrie ist weder neu noch revolutionär. Sehr konservative Fabrikbesitzer haben ihn unter dem Namen von Arbeiterausschüssen ganz freiwillig verwirklicht. Freilich standen andere auf dem Standpunkt des Herrn im Hause und verkündeten laut ihre Losung: „Wir verhandeln nicht." Vor genau 25 Jahren sagte mir der seitdem verewigte Abgeordnete Kaplan Dasbach aus Trier, daß die Haltung einiger Arbeitgeber, welche er in seinem Wirkungskreise beobachten konnte, zu Katastrophen führen müsse.

Die meisten industriellen Führer hatten inzwischen viel gelernt und viele sind nicht erst seit gestern bestrebt, bei den Arbeitern Verständnis für die Schwierigkeiten der Handels- und Betriebsleitung zu erwecken. Die Gewerkschaften hatten öfters eine besonnene, ja wohlwollende Taktik befolgt und Anerkennung gefunden. Aber die stürmischen Elemente unter den Arbeitern, die ungelernten und unbelehrbaren, auch gewisse Revolutionsgewinner, hatten sich andere Ziele gesteckt. Dadurch daß sie hie und da das Heft in die Hände bekamen und die soziale Umwälzung betätigen wollten, haben sie den Rätegedanken in manchen Kreisen in Verruf gebracht.

Die Anwesenheit und die Umtriebe von Weltbeglückern aus dem Osten und auch von amtlichen und privaten Beauftragten der Ententeländer, deren Neugier und Auftreten haben die deutsche Industrie beunruhigt und die Aussichten der Völkerversöhnung noch unwahrscheinlicher gemacht, als sie schon sind. Vertretung in den Aufsichtsräten, Mitteilungen über den Geschäftsgang, Vorlegung der Bilanz, Aufzwingung von Angestellten und Arbeitern, das sind Rechte, welche den Aktionären und selbst den Kommanditisten und Gesellschaftern nicht oder nur unter Einschränkungen zustehen, und welche an unzuverlässige Leute, mitunter in Beziehungen mit feindlichen Ausländern und Konkurrenten, gesetzlich verbürgt werden sollen! Vielfach wird es unbewußterweise vorkommen, daß Arbeiter aus der Schule plaudern werden. Aber gegenüber den ausländischen Kommissionen und ihren technischen Mitarbeitern kann man nicht

vorsichtig genug sein. Die deutsche Industrie wird ohne diese Herren schon Schwierigkeiten genug haben, um ihre wohlverdiente Höhe wiederzugewinnen und für ihre Arbeiter Beschäftigung und Lohn wieder zu finden.

Unter den widersprechenden Strömungen hatte der Ausschuß der Nationalversammlung einen schweren Stand. Er hat unter scharfen Protesten der Unabhängigen und auch von rechts ein Kompromiß in 106 Paragraphen erreicht. In manchen dieser Bestimmungen erkennt man ihren verschiedenartigen Ursprung. Der Stoff ist neu, die Gesetze einiger deutscher Länder und des Auslandes sind unbrauchbar, die Schwierigkeiten der Behandlung des Gegenstandes wären auch für eine feste und einträchtige Mehrheit erheblich. Die Vertretung im Aufsichtsrate und die Vorlegung der Bilanz sind nur grundsätzlich zugestanden; sie sind mit einigen Kautelen versehen und besondere Gesetze werden das weitere zu regeln, vielleicht Bedingungen zu stellen haben. Die Pflicht des Stillschweigens über die Mitteilungen wird mehrmals eingeschärft, und durch Geld-, Haft- und Gefängnisstrafen verstärkt: diese Strafen könnten auch höher sein; Bürgschaften und Haftung der Gewerkschaften oder sogar der gesamten Arbeiterschaft hat man hie und da in Erwägung gezogen: es ist aber gewiß, daß Anträge in diesem Sinne nicht angenommen werden; sie könnten nur zeigen, welche sittliche Festigkeit, Sachkenntnis und Verstandsentwicklung von Arbeitervertretern in der Industrie erforderlich sind. Viele Arbeiter sind übrigens von dem Gedanken durchdrungen, daß es keine Leitung ohne Verantwortlichkeit geben kann. Bekommen sie Einfluß in den Betrieben und kosten sie vom Fruchte des Baumes der Erkenntnis ihrer Schwierigkeiten, so müssen sie die Gefahren teilen, welche mit diesem Genusse verbunden sind.

Wird die ausländische Kundschaft, ohne welche die Industrie und die Arbeiter keine Beschäftigung, keinen Verdienst, keinen Lohn bekommen, einer sozialisierten deutschen Industrie in der Behandlung der Rohstoffe und in der Innehaltung der Lieferungsfristen vertrauen? Sind Anzeichen der Weltrevolution in Frankreich, in England, in Amerika sichtbar? Wie lange wird der deutsche Arbeiter an den „Errungenschaften“ der Tätigkeit der bisherigen Industriellen zehren können, ehe diese vollständig ruiniert oder ausgewandert sind? Wird im schlimmsten Falle die Entente es zugestehen, daß ihre deutschen Schuldner in Massen auswandern, um in freien Ländern Beschäftigung zu finden und sich den Verpflichtungen des sogenannten Friedensvertrages zu entziehen? Würden im Falle des Zusammenbruches der deutschen Industrie auch die neutralen Länder diesen Strom von Einwanderern begrüßen und ihrem Einzug nicht Bedingungen betreffend die Gesinnung und die Vergangenheit entgegensetzen?

Vorläufig werden die Privatunternehmen noch anerkannt, die Bilanz nur den kleinen Betriebsräten, sonst nur dem Betriebsausschuß von fünf Mitgliedern gezeigt, schon jetzt und zukünftig gesetzliche Kautelen an die Mitteilung geknüpft, die Form der Vertretung im Aufsichtsrate auch einer späteren gesetzlichen Bestimmung überlassen. Man bekennt also ehrlich, daß die Fragen schwierig sind und sich nicht im Handumdrehen lösen lassen.

Was die jetzige Vorlage einigermaßen entlastet, das ist die Beseitigung der Mitwirkung oder der Kontrolle des Betriesrats für die Einstellung der Arbeiter. Richtlinien müssen zwar verabredet werden; der Arbeitgeber entscheidet allein in ihrem Rahmen; man kann ihm niemanden aufzwingen und nur im Schlichtungsverfahren gegen eine Einstellung vorgehen, was wohl praktisch nicht dieselbe Bedeutung haben wird wie das ursprüngliche System der Vorlage und das Eingreifen einer „Vertrauensperson“ der Arbeiter und der Angestellten. Diese Vertrauensperson wurde vom Ausschusse beseitigt.

Für die Kündigung wird die Freiheit des Arbeitgebers auch gewissermaßen anerkannt: man kann ihm die Weiterbeschäftigung eines Arbeiters oder Angestellten nicht aufzwingen. Wenn der Einspruch gegen eine Entlassung vor dem Schlichtungsausschuß dem Arbeitgeber Unrecht gibt, dann kann er nur zur Zahlung einer Abfindung verurteilt werden, und zwar von einem Zwölftel des Jahresverdienstes des Entlassenen für jedes Jahr der Beschäftigung desselben im Betriebe, und im äußersten Falle höchstens von sechs Zwölfteln.

Es ist für die Einstellungen und für die Entlassungen vorgesehen, daß Gründe politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Natur, daß die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verband keinen Einfluß haben können. Das ist ein Schutz der Minderheiten.

Sämtliche Aufgaben der Räte sind versöhnend gedacht und ausgestaltet unter Androhung der Auflösung durch den Schlichtungsausschuß. (§ 41).

Die Verhältniswahl kann den Räten ein ganz anderes Aussehen geben, wie die äußerste Richtung sich gedacht hat. Sie bereitet sich aber vor, durch Terror die von ihr gewünschte Stellung zu erlangen. Das ist praktisch von 1919 her bekannt. Demgegenüber ist es befremdend, das § 95 nur dem Arbeitgeber untersagt, die Arbeitnehmer in der Ausübung des Wahlrechts zu beschränken. Die Gewaltandrohung, die aufgezwungene Wahlenthaltung kam bisher von einer anderer Seite, von den halbwüchsigen Burschen, welche allein entscheiden wollen. Gegen ihr Auftreten hilft nur die Wahlpflicht. Die Einseitigkeit des § 95 beweist, daß nur diese Einrichtung die Regierung dazu veranlassen kann, die Wahlbeteiligung, die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis auch der ruhigsten und besonnensten Arbeitskräfte zu sichern. Ich verweise darüber auf meinen Artikel in Nr. 31 von 1919 der „Allgemeinen Rundschau“.

Eine große Anzahl von Vorschlägen könnte gemacht werden, um die Vorlage zu verbessern. Sie würden zu spät kommen. Der Bericht und die Fassung des Ausschusses sind nur in den ersten Tagen des Jahres den Abgeordneten und dem Publikum bekannt geworden, und schon vom 13. bis zum 17. Januar muß die Vorlage im Plenum durchgepeitscht werden! Entgegen dem Räteparagraphen 165 der Reichsverfassung wurde dieser sozialpolitische Gesetzentwurf von grundlegender Bedeutung vor seiner Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung nicht vorgelegt, weil dieser Rat noch nicht besteht! Wenn man 20 Jahre lang in einem solchen Reichswirtschaftsrat in Belgien mit Arbeitgebern, Arbeitervertretern und Sozialpolitikern gearbeitet hat, weiß man, was diese Unterlassung bedeutet. Auch bestehen die Bezirksräte in Deutschland noch nicht, in Belgien seit 1887 (Nr. 11 von 1919 der „Allgem. Rundschau“). Man will also das Dach vor dem Hause erbauen.

Wie wenig die Vorlage bekannt ist, beweisen die Irrtümer, welche angesehene Zeitungen über ihren Inhalt verbreiten. So ist das Alter des Wahlrechts schon 18 Jahre und nicht 20, die Dauer des Mandats nur ein Jahr und nicht zwei, die Rechte des Betriebsrats für die Einstellung und Entlassung aber nicht so einschneidend, wie oben gezeigt.

Zu betonen ist, daß allein die Arbeitgeber die Betriebsleitung behalten. Sie können durch Schiedssprüche und durch Bestimmungen gezwungen werden, Tarifverträge und andere Vereinbarungen zu halten. Das ändert nicht viel, wie sozialdemokratische Schriften feststellen, an der jetzigen Lage. Aber der Betriebsrat darf keine selbständigen Anordnungen treffen. (§ 69.)

Der § 67 schützt die politischen Betriebe, wie die Zeitungen, auch die gewerkschaftlichen, militärischen, konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen Unternehmungen gegen Bestrebungen von Betriebsräten, welche im Namen der Wirtschaftlichkeit die Zwecke dieser Betriebe ändern würden. Hier darf also die Einstellung von konfessionellen, gewerkschaftlichen, politischen Bedingungen durch den Arbeitgeber abhängig gemacht werden, um sich ein Personal zu sichern, das in jedem Falle durch dick und dünn mit ihm geht.

Im großen und ganzen beladet das Gesetz die Industrie mit neuen Pflichten und das in schwierigster Zeit, zwingt sie zu regelmäßigen Rücksprachen und Mitteilungen an Arbeitervertreter, aber die erträumte Rätewirtschaft wird dadurch nicht eingeführt. Erziehung der Arbeiter im versöhnenden Sinne wird durch die jetzige Fassung ausdrücklich gewünscht und den Räten die gesetzliche Verpflichtung auferlegt, die Rechte der Arbeitgeber und der Andersdenkenden zu wahren, unter Androhung der Auflösung.

Das Gesetz wird sein, was der gute Wille der Beteiligten daraus machen wird, und was die Schlichtungsausschüsse, die erwarteten Bezirksräte und der Reichswirtschaftsrat für eine Festigkeit zeigen werden. Diese Schiedsstellen bekommen richterliche Befugnisse. Deutschland ist großenteils dadurch wirtschaftlich groß geworden, daß das Ausland in seine Richter und in sein Finanzwesen Vertrauen hatte. Die wirtschaftliche und soziale Neubelebung und Festigung der deutschen Verhältnisse wird noch in der Zukunft von der Unparteilichkeit der Schiedssprüche abhängen, aber auch von dem Schutze der Minderheiten, der Ordnung und der industriellen Disziplin. Auch auf diesem Gebiete muß man wünschen, daß Gruppen, welche getrennt marschieren, doch vereint schlagen.

Die Verteilung des steuerpflichtigen Einkommens in England und seine Belastung.

Von Dr. Glier, Berlin.

I.

Das Board of Inland Revenue, welchem in England die Verwaltung der direkten Steuern und der Stempel untersteht, hat vor kurzem einen Bericht veröffentlicht, welcher Licht über eine bis dahin sehr wenig geklärte Frage der englischen Volkswirtschaft verbreitet: über die **Verteilung des englischen Volkseinkommens auf die einzelnen Einkommensstufen**, soweit es von der Einkommensteuer getroffen wird; und das wird heute die größere Hälfte sein, während früher über die Hälfte des englischen Volkseinkommens nicht unter die Einkommensteuer gefallen sein dürfte. Ebenso ist die **Zahl der englischen Zensiten** bisher eine ziemlich „unbekannte Größe" gewesen. Für 1903 hatte man sie auf 900000 geschätzt, im Jahre 1913 auf 1,1 Mill., wobei man annahm, daß auf die (nach englischer Auffassung) „kleinen Einkommen" von 160 bis 700 Pfd. St.[1]) 70—80% der Steuerzahler entfielen. Während des Krieges hat man einmal von $2^1/_2$ Mill. Einkommensteuerpflichtigen gesprochen. Klar sah man nur bezüglich der großen Einkommen, welche über einen bestimmten Betrag hinausragen und deshalb einen Extrazuschlag bezahlen müssen, welche supertax(zuschlagssteuerpflichtig) sind. Hier bewegte man sich auf festem Boden, sonst aber tappte man über die Zahl der Zensiten und über deren Verteilung auf die verschiedenen Einkommensteuerklassen vollkommen im Dunkeln.

Ein Lichtstrahl fiel in dieses, als auf eine Anfrage im Unterhaus der Schatzkanzler im Mai v. J. erklärte, daß das steuerbare Einkommen **unter** 1000 Pfd. St. sich wie folgt verteile:

	130—500 Pfd. St.	500—1000 Pfd. St.
	Mill. Pfd. St.	
1916/17	502.56	141.53
1917/18 (Schätzung)	757.52	153.50

Abgesehen davon, daß die Klassifizierung etwas summarisch war, erhielt man auch keine Antwort auf die Frage, **auf wie viele Personen sich dieses Einkommen verteile.** Immerhin hatte man jetzt ein paar Stückchen des Mosaiks in der Hand und man konnte auf Grund der obigen Angaben über die Größe der Einkommen bis 1000 Pfd. St. und unter Heranziehung der Ziffern der Supertax Schlüsse auch auf das Einkommen der „Upper Middle Claß" (obere Mittelklasse) ziehen.

Das Gesamteinkommen, soweit der Steuerbehörde angezeigt, beziffert sich auf

1913/14	1767	Mill. Pfd. St.; darunter steuerbar (taxable)	951	Mill.
1914/15	1238	„ „ „ „ „ „	985	„
1915/16	1323	„ „ „ „ „ „	1050	„
1916/17	1663	„ „ „ „ „ „	1373	„
1917/18	2010	„ „ „ „ „ „	1705	„
1918/19	2290	„ „ „ „ „ „	1970	„

Das der **Steuerbehörde bekanntgewordene Einkommen** deckt sich natürlich nicht mit dem englischen **Gesamteinkommen.** Für dessen Berechnung wäre noch hinzuzufügen das wegen seiner Geringfügigkeit (jetzt unter 130 Pfd. St., früher unter 160 Pfd. St. bleibende) oder sonstwie nicht unter die Einkommensteuer fallende Einkommen[2]); ein Zuschlag für defraudiertes Einkommen (und das mag jetzt einige hundert Millionen ausmachen); die Einkommen, welche schon von der Excess profits Tax verschlungen und infolgedessen von der Einkommensteuer nicht mehr erfaßt wurden; das Einkommen, welches außerhalb des Landes wohnende Engländer beziehen usw.

Von dem steuerbaren Einkommen wird weiterhin eine Reihe von Abzügen gemacht (s. darüber unter IV). Das Einkommen, auf welches schließlich **Steuer bezahlt** wurde (net income) betrug im Jahre

1913/14	792	Mill. mit einem Steuerertrag von	48,5	Mill.
1914/15	815	„ „ „ „ „	63,4	„
1915/16	874	„ „ „ „ „	118,8	„
1916/17	982	„ „ „ „ „	201,6	„
1917/18	1100	„ „ „ „ „	224,0	„
1918/19	1250	„ „ „ „ „	296,0	„

sodaß das Einkommen, auf welches Steuer bezahlt wurde, in den obigen Jahren durchschnittlich belastet war mit 5,5%, 7,7%, 13,5%, 20,4%, 20,3% und 23,7%. **Während des Krieges ist also im allgemeinen eine Vervierfachung der steuerlichen Belastung des englischen Einkommens zu verzeichnen gewesen,** wobei als sicher zu gelten hat, daß damit die Entwicklung noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Das Finanzgesetz von 1920 wird eine neue (und keine kleine) Steigerung der englischen Einkommensteuer bringen.

II.

Letzthin hat, wie eingangs erwähnt, das Board of Inland Revenue (Verwaltung der direkten Steuern und Stempel), dessen Beamtenstab eben stark vergrößert worden ist, sich entschlossen, das für 1918/19 zur Verfügung stehende Material gründlicher durchzuarbeiten und einen Bericht zu erstatten, der, wie der Titel zeigt, mit Vorbehalten reich versehen ist, gleichwohl aber einen Einblick in die Verteilung des steuerbaren englischen Einkommens gewährt, wie man einen solchen zu gewinnen noch vor Jahresfrist fast kaum hoffen durfte. Der Grund, weshalb man sich jetzt zum ersten Male der Mühe einer Bearbeitung des amtlichen Materials unterzogen hat, dürfte darin zu suchen sein, daß man, wie oben berührt, in England vor einer tief einschneidenden Reform der Einkommensteuer steht. Während des Krieges ist die Grenze für die Einkommensteuer von 160 auf 130 Pfd. St. herabgesetzt worden. Diese Maßnahme hat unter den Arbeitern böses Blut gemacht und eine Gegenbewegung ausgelöst; man verlangt jetzt die Heraufsetzung des Existenzminimums nicht nur wieder auf 160, sondern auch auf 250 Pfd. St. (d. h. auf nicht weniger als 5000 M), mit der Begründung, daß 250 Pfd. St. nach dem jetzigen Geldwerte nicht mehr als 125 Pfd. St. vor dem Kriege wären. In der Debatte über die Budget Resolutions[3]) (Mai v. J.) nahmen die hierauf bezüglichen Erörterungen einen sehr breiten Raum ein; der Schatzkanzler aber ist hart geblieben. Um so energischer treten seitdem die Gewerkschaften, namentlich die Grubenarbeiter auf und suchen ihren Wünschen in drastischer Art Nachdruck zu verleihen. Viele Arbeiter verweigern die Bezahlung der Einkommensteuer und lassen sich nach erfolgloser Mahnung einsperren. Die Antwort ihrer Kameraden auf solche Inhaftierungen ist — der Streik.

Seit mehreren Monaten verhört eine Royal Commission Zeugen über eine Reform der Einkommensteuergesetzgebung. Im Mittelpunkt des Interesses steht — neben der Frage der Weiterbildung der Progression, der Abschaffung der double income tax within the Empire (doppelte Besteuerung eines und desselben Einkommens durch die Kolonien und das Mutterland) und der getrennten Veranlagung der Ehegatten (Beseitigung der sogenannten Marriage-Penal-Tax) — auch hier die Frage der Erhöhung der Steuergrenze. Die Ermittelungen des Board of Inland Revenue über die Zahl der Zensiten usw. sollen offenbar mit die Unterlagen für die Einkommensteuernovelle liefern und Anhaltspunkte dafür geben, wie die Heraufsetzung des Existenzminimums und andere Abänderungen der geltenden Gesetzgebung unter dem Gesichtspunkte der Schmälerung der Einnahmen wirken würden.

Welches sind nun die Hauptergebnisse dieses Berichtes?

1. Man nimmt die **Zahl der Steuerpflichtigen** an mit insgesamt 5,346 Tausend.[4])

Davon gehen ab die Zensiten, welche durch die für Kinder, Ehefrau, unterstützungsbedürftige Angehörige, Lebensversicherungen usw. zulässigen Abzüge aus der Reihe der Steuerzahler ausscheiden, nämlich 1,940 Tausend, so daß **Einkommensteuerzahler** vorhanden sind insgesamt 3,406 Tausend.

2. Das **steuerbare Einkommen** wurde für 1918/19 auf 1970 Mill. Pfd. St. beziffert. Davon gehen ab Abzüge aller Art (Kinderprivileg usw.) in der Höhe von 720 Pfd. St., sodaß tatsächlich Steuer **erhoben** wurde von einem Einkommen in der Höhe von 1250 Mill. Pfd. St.

3. **Wie verteilt** sich das Steuereinkommen?

Von den 5346000 Personen „chargeable with income tax" (mit Einkommensteuer zu belegen) entfallen nicht weniger als

---

[1]) 1 Pfund Sterling = 20 M; das Pfund hat 20 Schillinge (= 1 M); der Schilling hat 12 d (= $8^1/_3$ Pfg).

[2]) Einmaliges Einkommen wird von der englischen Einkommensteuer gewöhnlich nicht erfaßt; namentlich dann nicht, wenn es als regulärer Kapitalzuwachs anzusehen ist. Wer z. B. vor 3 Jahren Wertpapiere für 9500 Pfund Sterling gezeichnet hat, welche jetzt mit 10,000 Pfund Sterling zurückgezahlt werden, braucht die 500 Pfund Sterling nicht zur Einkommensteuer anzumelden.

[3]) Das Unterhaus heißt immer sofort nach Einbringung des Budgets die darin enthaltenen neuen Steuern vorläufig gut, um Schiebungen (Vorverzollungen) tunlichst zu verhindern.

[4]) Der ungeheure Sprung gegenüber schätzungsweise 1,1 Mill. im Jahre 1913 ist zu erklären einesteils damit, daß jetzt die Einkommensteuerpflicht schon bei 130 (gegen 160 Pfund Sterling früher) beginnt; und andernteils durch die Lohnentwicklung während des Krieges. Die Arbeiter sind jährlich zu Hunderttausenden in den Bereich der Einkommensteuer gerückt.

fast 4 Millionen auf die untersten Stufen, auf jene drei Klassen, welche nach den Wünschen der Arbeiter überhaupt von der Einkommensteuer freigelassen werden sollten (Einkommen bis 250 Pfd. St.).

902 000 Zensiten fallen in die (der Begriff hat sich während des Krieges etwas verschoben) „lower middle Class“ (untere Mittelklasse) (251—700 Pfd. St.).

292 000 Zensiten kann man als Angehörige der „upper middle Class“ (obere Mittelklasse) bezeichnen (701—2500 Pfd. St.).

Und nicht ganz 60 000 Zensiten sind Bezieher großer und größter Einkommen (über 2500 Pfd. St.).

III.

1. Weitaus das meiste Interesse des Sozialpolitikers (nicht des Schatzkanzlers) beansprucht der „arme Steuerzahler“. Wie liegen die Dinge bei diesem? Es wiesen aus in der Klasse

von	Zensiten (Tsd.)	ein steuerbares Einkommen von Mill. Pfd. St.
130—160 Pfd. St.	2490	340
161—200 „ „	1110	191
201—250 „ „	493	107
	4093	638

Die 4 Millionen „kleiner Leute“ haben also im Jahre 1918/19 ein steuerbares Einkommen von 12,76 Milliarden ℳ (durchschnittlich von 3000 ℳ) gehabt. Durch alle möglichen Abzüge aber wurden schließlich nur 1,36 Milliarden ℳ Einkommen wirklich zur Steuer herangezogen. 90% des Einkommens der armen Steuerzahler hat man also „schießen lassen.“

Es betrug in der Klasse

von	das steuerbare Einkommen	Die Abzüge betrugen	Zur Steuer wurden herangezogen	Steueraufkommen
	Mill. Pfd. St.			
130—160 Pfd. St.	340	325	15	1.68
161—200 „ „	191	165	26	3,04
201—250 „ „	107	80	27	3,17
	638	570	68	7,89

2. Die Tatsache, daß 90% des Gesamtbetrages der kleinen Einkommen (bis 250 Pfd. St.) für die Steuererhebung wegfallen, macht es sehr wahrscheinlich, daß die Steuernovelle von 1920 eine starke Heraufsetzung des Existenzminimums bringen wird. Das (2.) Finanzgesetz vom Jahre 1915, welches schon die Leute mit 130 (statt früher mit 160) Pfd. St. Einkommen als steuerpflichtig erklärte, hat sich als ein Fehlgriff erwiesen, welcher demnächst wieder gut gemacht werden wird; ein Fehlgriff vor allem deshalb, weil, wie sogleich (Z. 3) noch dargelegt werden wird, durch die für Ehefrau und Kinder gestatteten und ständig erhöhten Abzüge die Einkommensteuerpflichtigen bis auf einen sehr kleinen Teil von der Steuer freigestellt werden. Man hat 4 Mill. Erklärungen zu bearbeiten und kann die weitaus größte Zahl derselben für die Einhebung der Steuer nicht verwerten.

Das steuerbare Gesamteinkommen der „armen Steuerzahler“ ist belastet mit durchschnittlich nur 1,24%, das zur Steuer selbst herangezogene Einkommen mit 11,6%.

Im Rahmen des Aufkommens der Einkommensteuer (296 Mill.) handelt es sich um eine Bagatelle; die 4 Millionen Zensiten liefern noch nicht 3% der Einkommensteuer. — Alles Gesichtspunkte, welche hier einen Wandel wahrscheinlich machen.

3. Die Erträge aus den kleinen Einkommen werden im laufenden Jahre noch geringer und die mit der Abfertigung dieser Steuerzahler verbundenen Arbeiten noch größer geworden sein, da die abzugsfähigen Summen für 1919/20 weiterhin gestiegen sind. In England kann der Steuerpflichtige die Frau statt bisher mit 25 Pfd. St. jetzt mit 50 Pfd. St. und das erste Kind statt bisher mit 25 Pfd. St. jetzt mit 40 Pfd. St. dem Steuererheber „in Rechnung stellen“. Das Haupt einer fünfköpfigen Familie (Mann, Frau und drei Kinder) kann sich bei einem Einkommen von 300 Pfd. St. 120 (Abatement s. V. Z. 1) + 50 (Personal Allowance — aus dem Familienstand begründeter Abschlag — für die Frau) + 40 (Personal Allowance für das erste Kind) + 50 (2 andere Kinder) d. h. insgesamt 260 Pfd. St. abziehen; er kann nach deutschem Gelde 5200 ℳ verdienen und braucht noch keine Einkommensteuer zu zahlen. Wenn von den 638 Mill. steuerbarem Einkommen der drei untersten Klassen während 1918/19 schon 570 Mill. Pfd. St. infolge der Abzüge dem Zugriff des Steuererhebers entglitten, so werden es jetzt wohl über 600 Mill. werden. Hat es da noch Wert, sich wegen des Restes, der insgesamt vielleicht 5 Mill. Steuer bringt, sonderlich zu bemühen? Der Ertrag steht zur Arbeit in gar keinem Verhältnis mehr. Der Schatzkanzler wird demnächst daraus die Folgerungen zu ziehen haben.

IV.

Wie steht es um die Einkommensverhältnisse des englischen „Mittelstandes“?

Zur Lower Middle Class (untere Mittelklasse; während des Krieges haben sich, wie bereits bemerkt, die Begriffe natürlich verschoben) kann man zählen die Bezieher jener Einkommen, welche, sich über die untersten Stufen erhebend, noch als schonungsbedürftig gelten und deshalb „Abzüge“, ohne Rücksicht auf den Familienstand, geltend machen können. Diese Klasse hat sich immer einer besonderen Berücksichtigung seitens des Schatzkanzlers zu erfreuen gehabt; den Mann, der, wie Goschen sich ausdrückte, den schwarzen Rock zu tragen beginnt, hat man immer gestreichelt. Auch heute läßt man ihm noch weitgehende Schonung zuteil werden.

1. Die englische Einkommensteuer kannte bis vor 12 Jahren keine Progression. Vom Pfund wurde einheitlich, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, ein und derselbe Prozentsatz erhoben, z. B. 8 d (1 Pence = 8½ Pfg.) vom Pfund (eight Pence in the Pound), d. h. 70 Pfg. von 20 Mk. = 3.3 %. Dieser Einheitssatz (Standard Rate) trat aber erst von einem bestimmten Einkommen ab voll in Geltung; die kleineren Einkommen durften sich bestimmte Abzüge machen und erst auf den Rest wurde der Steuerfuß angewendet (Degression der Steuer). Diese zur Entlastung der unteren Steuerstufen erlaubten Abzüge heißen Abatements. Sie betrugen auf Einkommen

	von 1901/2 bis 1914/15	seit 1915/16
bis 130 Pfd. St.	—[5]	120
von 161—400 Pfd. St.	160	120
„ 401—500 „ „	150	100
„ 501—600 „ „	120	100
„ 601—700 „ „	70	70

Mit anderen Worten: Wer ein Einkommen von 420 Pfd. St. hatte, wurde früher mit nur (420—150 =) 270 Pfd. St. zur Steuer herangezogen; wer ein Einkommen von 550 Pfd. St. hatte, zahlte früher Steuer auf nur (550—120 =) 430 Pfd. St.; wer 650 Pfd. St. Einkommen hatte, zahlte Steuer auf (650—70 =) 580 Pfd. St.

Um auch die kleineren Einkommen (die Kriegsgewinnler unter den Arbeitern!) etwas schärfer heranzuziehen, hat man im Jahre 1915/16, wie bereits erwähnt, sowohl die Steuergrenze auf 130 Pfd. St. (und das Existenzminimum auf 120 Pfd. St.) herabgesetzt, als auch die Abatements gekürzt. Während früher bei 160 Pfd. St. Einkommen 160 Pfd. St. abgezogen werden durften, so daß das ganze Einkommen vollkommen steuerfrei war, beginnt seit 1915 die Steuerpflicht schon bei 130 Pfd. St.; und da durften nur noch 120 Pfd. St. abgezogen werden, so daß man mit 10 Pfd. St. in der Steuer bleibt. Wer 420 Pfd. St. Einkommen hatte, durfte sich früher 150 Pfd. St. abziehen, jetzt nur noch 100 Pfd. St.; so daß er schon mit 320 Pfd. St. (statt früher mit 270 Pfd. St.) zur Steuer herangezogen wird.

2. Diese Verschärfung richtete sich aber in praxi nur gegen die Junggesellen; das Ehepaar spürt sie kaum mehr. Wo gar Kinder da sind, erfolgen weitere (jetzt erhöhte) Abzüge. Diese auf den Familienstand gegründeten Abzüge heißen personal Allowances, im Gegensatz zu den Abatements, die unabhängig vom Familienstand in Anspruch genommen werden können.

Unmittelbar vor dem Kriege (1914) war der (bis zu einem Einkommen von 500 Pfd. St.) abzugsfähige Betrag für ein Kind von 10 auf 20 Pfd. St. heraufgesetzt worden; im Jahre 1915/16 erhöhte man den Abzug auf 25 Pfd. St., und das Einkommen, bis zu welchem ein solcher Abzug statthaft war, auf 700 Pfd. St.; und 2 Jahre darauf (1918) sogar auf 800 Pfd. St.

3. Seit 1918 darf sich der Mann auch für die Frau 25 Pfd. St. abziehen; und einen gleichen Betrag für einen erwerbsunfähigen Angehörigen seiner selbst oder seiner Frau, der nicht mindestens 25 Pfd. St. Einkommen hat. Und endlich kann sich der Witwer, der eine Verwandte oder Verschwägerte für die

[5]) Ein Abatement kam früher für 130—160 Pfund Sterling nicht in Frage, da die Steuer erst bei 161 Pfund Sterling begann.

Beaufsichtigung seiner Kinder zu sich nimmt), auch 25 Pfd. St. anrechnen.

Neuestens ist man noch einen Schritt weitergegangen, indem man den Abzug für die Frau von 25 auf 50 und für das erste Kind von 25 auf 40 Pfd. St. erhöht hat. Auch die Altersgrenze des Kindes, bis zu welcher ein Abzug gestattet war, (ursprünglich 16 Jahre) ist heraufgesetzt worden (jetzt 18 Jahre und zum Teil darüber).

Mit weiteren Vergünstigungen ist hier sicher zu rechnen; sowohl mit einer Höherbemessung der Allowances an und für sich, wie mit einer Heraufsetzung der für den Abzug zulässigen Altersgrenze der Kinder; wie mit der Erweiterung der Grenze des Einkommens, bei welchem Abzüge in Anspruch genommen werden können.

4. Kraft dieser Abatements und Allowances entzieht sich nicht nur bei der untersten Stufe, bei den „armen Steuerzahlern", der größere Teil des Einkommens dem Zugriff des Steuererhebers, sondern auch noch ein reichliches Drittel des Einkommens der lower middle Class. In Zukunft wird das aus eben angedeuteten Gründen noch mehr der Fall sein als bisher.

Einkommen	Zahl der Zensiten Tausend	Steuerbares Einkommen	Abzüge	Zur Steuer herangezogen	Ertrag
		Mill. Pfd. St.			
251—300 Pfd. St.	313	83	49	34	4,02
301—400 „ „	279	94	45	49	5,81
401—500 „ „	160	70	23	47	5,70
501—600 „ „	92	50	14	36	5,68
601—700 „ „	58	37	7	30	5,02
	902	334	138	196	26,23

Hier zog man also während 1918/19 902 000 Zensiten mit einem steuerbaren Einkommen von 334 Mill. Pfd. St. (rund 6²/₃ Milliarden Mark) unter Freigabe von 138 Mill. mit 196 Mill. Pfd. St. (fast 4 Milliarden Mark) zur Steuer heran; man ließ also auch hier noch ein reichlichst bemessenes Drittel des Einkommens steuerfrei.

Die Belastung des steuerbaren Einkommens in dieser Gruppe betrug in den unteren Stufen 5%, in den oberen 14%, die Belastung des „reinen Einkommens" 12 und 17%.

(Schluß folgt.)

Um den Religionsunterricht.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Artikel 149 der Verfassung des Deutschen Reiches bestimmt: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt." Damit ist der konfessionelle Religionssunterricht, allerdings mit mancher nicht ganz harmloser Verklauselierung im Prinzip anerkannt. Es handelt sich nun darum, ihn im kommenden Reichsschulgesetz und der Gesetzgebung der Länder sicherzustellen; denn es treten von nicht wenigen Seiten starke Gegenströmungen hervor, die das Werk in hohem Grade bedrohen, ihm mindestens das Mark ausziehen wollen.

Da ist es zuerst die herrschende Partei, die Sozialdemokratie, gegen deren Parteigrundsätze von der Weltlichkeit der Schule und der Religion als Privatsache der konfessionelle Religionsunterricht in der staatlichen Schule verstößt; sie macht auch kein Hehl daraus, daß ihr derselbe nur als Zugeständnis abgezwungen worden sei, weil man das Zentrum zur Koalitionsregierung brauchte. Man wird demnach von dieser Seite darnach trachten, sich von den Parteiprinzipien nicht allzu weit zu entfernen. Liberale und Demokraten hatten jederzeit eine gewisse Abneigung gegen „zuviel Religion". Sie hätten einem konfessionslosen Religionsunterrichte viel lieber zugestimmt, wie dieses auch Schulrat Konrad Weiß, Nürnberg, Mitglied der Nationalversammlung, nicht verhehlt. Doch ist er der Anschauung, daß auch dieser Unterricht (in den geschichtlichen Formen der bestehenden Religionsgemeinschaften), „der allerdings die Trennung der Kinder nach Konfessionen erheischt, pädagogisch gut erteilt werden kann" („Bayerische Lehrerzeitung", 1919, Nr. 33).

Im Widerstreite gegen den positiven Religionsunterricht befinden sich bereits seit geraumer Zeit die freiheitlichen Lehrerverbände. 1905 hat die Bremische Lehrerschaft mit der Denkschrift: „Religionsunterricht oder nicht?" den Stein ins Rollen gebracht. Es folgten Hamburg, Sachsen-Meiningen und das ehemalige Königreich Sachsen; bekannt wurden aus letzterem namentlich die Zwickauer Thesen (1908). Sie verlangen einen dogmenlosen, religionsgeschichtlichen Unterricht, der nach pädagogisch-psychologischen Grundsätzen erteilt werde. Der Deutsche Lehrerverein, in dem die einzelnen Landesvereine zusammengeschlossen sind, vertritt mit aller Entschiedenheit gleichfalls diesen Standpunkt; er steht denn auch im Vordertreffen des Kampfes um eine möglichste Einschränkung der in der Verfassung eingeräumten Zugeständnisse für den konfessionellen Religionsunterricht. Als Helfer für letzteren erweisen sich auch viele Männer nicht, die im allgemeinen als Freunde des Religionsunterrichtes auftreten. Von solchen wurden in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit Aeußerungen beigebracht, nach denen sie die Anhänger des positiven Religionsunterrichtes für ihre Sache in Anspruch nehmen wollten. Der Leipziger Philosoph Volkelt z. B. erklärt die Religion als ein wesenhaftes Bestandstück des Idealmenschen und urteilt von dem Vorgehen der revolutionären Regierungen gegen den Religionsunterricht u. a.: „Sieht man, wie heute von maßgebenden Stellen aus einfach und kurzer Hand über diese Frage geurteilt und entschieden wird, so muß den Einsichtsvollen ein mehr als nur gelindes Entsetzen ergreifen. Mit einem Federstrich den Religionsunterricht aus den Volksschulen verschwinden lassen: dies bedeutet Diktatur der wasserklaren und problemblinden Aufklärerei" („Religion und Schule", 1919, S. 61). Sieht man genauer zu, dann gilt die Sympathie nicht dem konfessionellen Religionsunterrichte, wie wir ihn fordern müssen, sondern dem natürlich begründeten; ersteren ist man bereit preiszugeben, wenn man nicht gar direkt gegen ihn Stellung nimmt. Dieses gilt insbesondere auch von dem bekannten Professor Rein. Mit anderen Pädagogen Thüringens hat er eine Erklärung veröffentlicht, die mit den Worten beginnt: „Wir fordern Erhaltung des Religionsunterrichtes in den Schulen!" Der weitere Text aber bezeichnet diesen des näheren als undogmatischen, auf geschichtlicher Grundlage ruhenden Unterricht, ohne Katechismus, erteilt und geleitet einzig von der Schule, der für die Kinder von Eltern jeder Glaubensüberzeugung annehmbar sei. In diesem Sinne dürfte auch die Erklärung aufzufassen sein, welche vor Jahresfrist 114 Professoren der Berliner Universität für „das Herzstück der deutschen Jugenderziehung, den christlichen Religionsunterricht", veröffentlicht haben („Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung", 1919, Nr. 6).

So kommt man dazu, eine „Pädagogische Religion" zu fordern, d. h. nach Rein einen Unterricht, der zu religiös-sittlichen Erlebnissen hinführt, der im Volksschulalter auf der Unterstufe in naiv phantasiemäßiger Weise, auf der Oberstufe in geschichtlichem Gang die großen Persönlichkeiten der Geschichte von Moses und den Propheten Alt-Israels fortschreitend zu Jesus und dem neutestamentlichen Zeitalter, zu Luther und der Reformationszeit, endlich zu den Männern des praktischen Christentums der Gegenwart, anschaulich vorführt. Jeder Glaubenszwang ist fernzuhalten. Es handelt sich bei diesem Religionsunterrichte somit um die Weckung, Entwicklung und Kräftigung des religiösen Sinnes, der dem Menschen von Natur angeboren ist. Nach Rein richtet sich dieser auf die sittliche Weltordnung und den Weltregenten, nach anderen ist sein Ziel ein anderes, z. B. Ehrfurcht vor dem Universum, vor dem Naturgeschehen, in dessen Mittelpunkt sich der einzelne Mensch weiß u. ä. Eine nicht geringe Zahl von Philosophen und Pädagogen sodann möchte einen „kulturgemäßen Religionsunterricht". Auf diesem Standpunkte steht die Mehrheit des Programmausschusses des Deutschen Lehrervereins. Der Wunsch wird mit dem Hinweise darauf begründet, daß die Religion ein wesentlicher Bestandteil unserer gesamten Kultur, ein wichtiges Stück unseres geschichtlichen Lebensinhaltes ist: Umgebung, Sitte, Dichtung, Kunst, Geschichte bezeugen es auf jeder Seite, daß Friedrich Paulsen recht hatte, wenn er einmal sagte: „Es gibt in unserem geistigen Leben, auch dem der Gegenwart, keinen Punkt, groß genug, um den Finger daraufzusetzen, zu dessen Verständnis nicht die geschichtliche Kenntnis des Christentums und seiner literarischen Denkmäler erforderlich wäre" (Leipziger Lehrerverein, zitiert in der „Bayerischen Lehrerzeitung" 1919, Nr. 15). Auch als „ein wesentliches Stück innerer und sittlicher Kultur" wird der Religionsunterricht anerkannt, „auf die zu verzichten um so

weniger verantwortet werden kann, als unser Volk unter dem Einfluß einer verflachten Kultur moralisch zusammengebrochen ist" (Schulrat Weiß in der „Bayerischen Lehrerzeitung" 1919, Nr. 33).

All diejenigen Männer und Vereinigungen, die nur einen „objektiven" Religionsunterricht wollen, sei er pädagogisch oder kulturgemäß zubenannt, treten dem im Sinne der Kirche mehr oder minder feindlich entgegen. Wohl scheut man bisweilen nicht davor zurück, den erzieherischen Kräften des Christentums volle Anerkennung zu zollen; so tut es z. B. kein Geringerer als der sozialdemokratische Kultusminister Konrad Haenisch. „Ich weiß ganz genau, daß wir alle, auch diejenigen unter uns, die nicht positiv gläubig sind, in stärkster Weise direkt und indirekt von diesem Gedankenkreise, von der sittlichen Vorstellungswelt des Christentums beeinflußt sind, und es wäre geradezu banausisch, es wäre obendrein so unsozialistisch, wie irgend möglich, diese gewaltigen, sittlich-ethischen Kräfte, die auch heute noch ohne jeden Zweifel aus dem Christentum quellen, mit dem Dreschflegel totschlagen zu wollen" („Kulturpolitische Aufgaben". Vortrag am 3. Februar 1919 in der Handelshochschule zu Berlin, S. 9). Dennoch will man der Kirche nicht freie Hand lassen, jene Kräfte wirksam zu gestalten.

In Nr. 51 der „A. R." vom vorigen Jahre wurde bereits von Stadtschulrat Weigl dargelegt, wie das Bestreben herrscht, die nach Artikel 146,2 zugestandene Konfessionsschule möglichst einzuschränken. Dieses läßt sich beim sozialdemokratischen Unterstaatssekretär Heinrich Schulz durch Heranziehung seiner Ausführungen in der Sitzung der Nationalversammlung vom 31. Juli 1919 feststellen; offenkundig sind auch die Absichten des Deutschen Lehrervereins, dem der „geordnete Schulbetrieb" die Handhabe bietet, um die Reichsschulkonferenz und damit das bevorstehende Reichsschulgesetz in jenem Sinne zu beeinflussen. Bei einer Zurückdrängung der Konfessionsschule wird in nicht wenigen Fällen der positive Religionsunterricht zu kurz kommen. Nun wird seine Integrität auch direkt in sehr weitgehendem Maße angetastet. Das einschlägige Kompromiß wird gedeutet: Der Kirche steht das Recht zu, den Lehrinhalt, das Was des Religionsunterrichtes zu bestimmen, der katholischen auch die Vollmacht, die Lehrbefugnis zu erteilen. Der Satz aber, daß der Religionsunterricht im Rahmen des Schulgesetzes geregelt werde, besage, daß seine pädagogische Einrichtung einzig und allein der Schulverwaltung obliegt. Damit werde eine pädagogische Neugestaltung des Religionsunterrichtes, eine Eingliederung desselben in die Bestimmungen des Schulgesetzes, sowie die staatliche Aufsicht über die äußeren Verhältnisse, unter denen er stattfindet, sowie über die Unterrichtserteilung selbst verbürgt. Dieser Deutung hat, wie Schulrat Weiß hervorhebt, auch das Zentrum zugestimmt („Bayerische Lehrerzeitung" 1919, Nr. 33).

Diese „pädagogische Gestaltung" schließt insbesondere die Methode des Religionsunterrichtes in sich. Nun sind gerade Lehrerkreise mit der bisher hier herrschenden wenig einverstanden: „Mit diesen Bemerkungen will ich selbstverständlich nicht den derzeitigen Religionsunterricht nach Methode, Stoff und Zielsetzung verteidigen" (Weiß, a. a. O.). Die Methode solle mehr pädagogisch ausgebildet werden. Deshalb müsse dieselbe die Lehrweise der profanen Fächer annehmen, also sich genau an die natürlichen Fähigkeiten der Schüler anpassen, das nicht vernunftgemäß Erreichbare ausschließen, die Resultate müßten möglichst von den Schülern erarbeitet werden; autoritative Ueberlieferung sei zu vermeiden; dem Lernen von nicht verstandenen Stoffen ist man abgeneigt. Kann die katholische Kirche mit einer derartig bestimmten Methode einverstanden sein? Es sind sicherlich alle Forderungen der Pädagogik auch im Religionsunterricht, soweit es angängig ist, in Anwendung zu bringen; doch muß auch festgehalten werden, daß dieser sich in manchen Materien nicht völlig an eine in profanen Fächern vielleicht bewährte Methode anlehnen kann; er ist eben anders geartet, als die übrigen Disziplinen des Unterrichtes. Die Herübernahme einer solchen Methode in diesen könnte die große Gefahr in sich schließen, daß der übernatürliche Charakter des Lehrinhaltes und des Glaubensaktes selbst aufgehoben wird. Diese Gefahr mußte für die Kirche um so beängstigender sein, als sie ja zugunsten der vom Staate zu bestellenden Bezirksschulaufseher auf eine Aufsicht ihrerseits verzichten soll.

Weit verbreitet ist aber auch in katholischen Lehrerkreisen das Streben, im Religionsunterricht, was Methode und Stoffauswahl angeht, eigene Wege zu gehen, die durch die Grundsätze der Pädagogik gefordert würden. Auf die Bitte des Würzburger Bischofs an die Lehrer seiner Diözese um Mithilfe in der religiösen Unterweisung und Erziehung der Jugend antwortet die „Bayerische Lehrerzeitung": „Die Lehrer wünschten bisher vergeblich eine Reform des Religionsunterrichtes hinsichtlich der Stoffauswahl und der Methode. Der religiöse Unterrichtsstoff muß aber sorgfältiger und in bescheidenerem Maße ausgewählt und mehr als bisher den Bedürfnissen der Kinder angepaßt werden. Der Unterricht selbst ist auf psychologische Grundlage zu stellen und nach bewährten methodischen Grundsätzen zu erteilen" (Nr. 43). Die Stoffauswahl für den Religionsunterricht kann sich die Kirche nicht aus der Hand nehmen lassen; denn ihr steht zu, darüber zu bestimmen, was den Kindern für das religiöse Leben zu bieten ist; bei der Auswahl der Methode wird sie mehr Freiheit gewähren, doch hat sie zuzusehen, ob nicht durch irgendeine der Charakter des positiven katholischen Glaubens gefährdet wird.

Wie weit aber die Bahnen mancher Pädagogen von der Kirche abführen, möge der Hinweis auf den Bremer Lehrer Scharrelmann zeigen. Dieser verlangt, daß im Unterrichte überhaupt und auch in dem der biblischen Geschichte detailliert, modernisiert und motiviert werde. Seine Methode fordert, daß die Erzählung in den Heimatort der Schüler und die Jetztzeit sowie das Milieu der lebenden Personen und der gerade herrschenden Eigenarten verlegt werde. Seine Vorschläge fanden namentlich bei Lehrern, in abgeschwächter Gestalt auch bei katholischen, Verwertung, so daß kirchliche Oberbehörden, protestantische wie katholische, sich genötigt sahen, dagegen Stellung zu nehmen. Um zu zeigen, wie diese Methode mit dem religiösen Stoffe umspringt, möge es gestattet sein, den Anfang einer Katechese, wie sie Scharrelmann über Johannes den Täufer gibt, hier vorzuführen:

„Vor einem Hause der Straße stand eine grüngestrichene Bank. Darauf saß der alte Matthäus und rauchte seine Sonntagspfeife. Es war ein schöner Tag, warm und still, und überall war Sonntagsnachmittagsstille. Aus dem Nachbarhause trat ein Mann, der schien einen weiten Weg machen zu wollen, denn er trug einen starken Spazierstock in der Hand. ‚Guten Tag, Herr Nachbar!' rief ihm der alte Matthäus zu. ‚Guten Tag, guten Tag,' erwiderte jener. ‚Ei, wohin denn?' ‚Ich will zum Jordan.' ‚Ach, Ihr wollt auch den Prediger in der Wüste hören?' — ‚Freilich will ich das!' — Macht Euch doch keine unnütze Mühe!' ‚Wenn Ihr einen Prediger hören wollt, so könnt Ihr das hier in Jerusalem auch haben. — Besser als zum Beispiel unser Hohepriester, wird der Fremde auch nicht reden. Also bleibt hier! Setzt Euch zu mir auf die Bank, wir plaudern zusammen, so geht der lange Nachmittag schnell hin.' ‚Nein, Herr Nachbar, so gerne ich Euch sonst einen Gefallen tue, diesen nicht; denn ich bin zu neugierig....,

Der alte Matthäus saß und rauchte und sah vor sich hin. — ‚Ob es wirklich wahr ist, daß die Leute in hellen Haufen zum Jordan ziehen?' sprach er zu sich selber. Wie leer war es heute morgen in der Kirche, und doch predigte der Hohepriester.' . . . ‚Muß mich doch einmal überzeugen,' dachte er. Eilig ging er in das Haus, holte sein Samtkäppchen, zündete die Pfeife aufs neue an und ging langsam und bedächtig, wie es alte Leute tun, die Straße entlang. Auch er bog, wie es sein Nachbar getan, um die Ecke und konnte nun in die Landstraße hineinsehen.

Was war das? Was war das? Das sah ja aus, als ob die Menschen zum Pferderennen strömten. Menschen hinter Menschen, immer mehr — immer mehr — Männer, Frauen und Kinder, alle gut angezogen. Wagen mit mutigen Pferden und mit Menschen vollgepackt rollten vorüber. Die Pferdebahnwagen waren überfüllt. Radfahrer fuhren zwischen den Mengen hindurch, sie mußten fortwährend klingeln . . ."

Der Biblischen Geschichte wird durch diese Methode der Modernisierung ihre ganze Weihe genommen, sie wird auch bedenklich in eine märchenhafte und anthropomorphistische Gestalt gebracht. Damit aber wird für religiösen Glauben und religiöses Leben kein tragfähiges, haltbares Fundament gelegt.

Bei den Verhandlungen in der Reichsschulkommission und im Parlament zur Erledigung des Reichsschulgesetzes, werden die Vertreter des christlichen Volkes zusehen müssen, daß nicht durch Hinweis auf den „Rahmen der Schulgesetzgebung" aufgehoben wird, was die Verfassung den „Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft" zugesprochen hat.

Katholische Kirchenmusik.

Von Organist A. A. Knüppel, Essen-Altenessen.

Konservativismus und Scheu vor Geldausgaben — das sind die Zeichen, unter denen die katholische Kirchenmusik vielerorts ihr Dasein fristet. Sie will nicht recht vorwärts kommen. Das starre Festhalten z. B. an den Knabenchören, mit denen man doch meistens überhaupt keine positiv künstlerischen Erfolge erzielt, mit denen man letzten Endes aufs Experimentieren angewiesen ist, ist ein großes Hemmnis, das einem gesunden Fortschritt im Wege steht. Ich will nicht abstreiten, daß eine Palestrinensische Meß-Komposition sich besser ausnimmt, wenn sie von guten Knabenstimmen gut ausgeführt wird, als wenn Frauenstimmen sie exekutieren; für die moderne Gesangskomposition aber ist die Knabenstimme nicht biegsam genug. Ein Hauptmoment aber ist, daß ein gemischter Frauenchor quantitativ leistungsfähiger ist, während sich der gemischte Knabenchor auf die Aufführung einiger weniger Kompositionen beschränken muß; ersterer kann ein reichhaltigeres Repertoir unterhalten. Die direktoriale Tätigkeit in einem Knabenchor ist geradezu aufreibend und wenn der Dirigent eines westdeutschen Domchores vor Jahren einmal sagte: „Mein graues Haar verdanke ich den Chorknaben", so ist es kaum zu verstehen, daß derselbe Herr noch heute sich gegen die Zulassung der Frauenstimmen im Kirchenchor sträubt. Freilich haben auch die Frauenchöre ihre schwachen Seiten, aber der Vorteil ist doch bei ihnen. Man sollte den Chorleitern das entscheidende Wort lassen; die Verhältnisse lassen oft das eine wünschenswert und das andere verfehlt erscheinen. Ein Verbot des Frauengesanges, wie es in den Diözesen Köln, Münster, Trier, Straßburg heute noch streng aufrechterhalten wird, sollte beseitigt werden, dann könnten unsere Kirchenchöre eine etwas positivere Arbeit entwickeln, als sich mit einem dem Dilettantismus auf den Leib geschnittenen Kompositionsstil zu produzieren, ein Stil, der häufig genug nichts weiter repräsentiert als eine Reihe aneinandergeketteter Harmonielehre-Aufgaben. Man hat seinerzeit soviel gekämpft gegen die Kirchenmusiken von Mozart, Haydn, Bruckner, Rheinberger usw.; gewiß mögen diese Komponisten liturgisch nicht einwandfrei geschrieben haben, aber sie schrieben künstlerisch, was fast alle ihre Gegner nicht taten, weil sie keine Künstler waren. Hat aber ein Liturge Seitensprünge ins Moderne (der Ausdruck hat viel Verwirrung angerichtet) gewagt — ich erinnere an Griesbacher — so hat man gleich ein gewaltiges Kampfgeschrei erhoben.

Ein zweiter wunder Punkt ist die Ausschließung der Orchestermu[illegible] angeblich weil zu theatralisch. (!) Merkwürdig: Bin ich da während des Krieges als alter Husar in Urlaub in einer westdeutschen Bischofsstadt, treffe auf der Straße einen hohen Würdenträger, der mich nach kurzer Begrüßung ganz unvermittelt fragt: „Weshalb nehmen Sie denn auf dem Kirchenchor nicht manchmal eine Fiedel dazu?" Ich war sprachlos. Ein Herr, der Sitz und Stimme hat in der für diese Materie maßgebenden Instanz frägt einen gehorsamen Chordirigenten, weshalb . . . „Herr", habe ich gesagt, „wenn Sie das nicht wissen, ich weiß es auch nicht. Aber sprechen Sie denn in Ihren Kreisen nie darüber? Die Gründe, die gegen die Orchestermusik angeführt werden, sind in den weitaus meisten Fällen nicht stichhaltig. Sprechen Sie doch einmal mit Ihrem Dezernenten, vielleicht kann Ihnen der Genaueres sagen". Darauf bekam ich zur Antwort, daß der Herr Dezernent alt und in seinen Ansichten über solche Dinge versteift sei. — Eine Komposition mag sein, wie sie will, palestrinensisch, modern, mit oder ohne Orgel, mit oder ohne Orchester — der Inhalt ist's, der sie kirchlich und dem Gottesdienste würdig macht, und nicht die äußeren Mittel. Aber es gibt Leute, die den Inhalt der Komposition nicht zu erfassen vermögen, die ein Werk nur nach den Mitteln beurteilen. Wehe, wenn solche Leute berufen sind, Gesetze zu machen, Richtlinien zu geben; zu bedauern sind die armen Kirchenmusiker, die ihnen gehorchen müssen. Wie mancher Chordirigent ekelt sich vor dieser zweiten Kunst, die er auszuüben gezwungen ist und dem die wahre Kunst ein gelobtes Land bleibt, in das er nicht einziehen darf, das er nur aus der Ferne sieht, vielleicht in stillen Abendstunden am Schreibtisch, wenn er die Partituren der Meister liest.

Und die Geldfrage? Die Gehälter der Chordirigenten hier bei uns zu Lande betragen zwischen 300—600 M im Durchschnitt. Die Folge davon ist, daß die Chorleitung recht häufig in den Händen von Lehrern, Beamten, Arbeitern (!) liegt. Eben: Leute vom Fach haben keine Lust, für billiges Geld sich den Mühen und Strapazen des Singknabentums zu unterziehen und erst recht keine Neigung, mit diesem immerhin unfertigen Material stümperhafte Aufführungen zu veranstalten. Was den Dilettanten befriedigen mag, kann dem Künstler zuwider sein. Es tritt daher auch unter den Organisten, die hier vielfach zugleich Chordirigenten sind, das Bestreben zutage, die Chordirigententätigkeit abzuschütteln. Das ist erklärlich, da die meisten Organisten gebildete Musiker sind. — Aus all diesen Gründen treten auch gute Sänger einem Kirchenchore nicht bei; das Stimmaterial, das dem Chordirigenten zur Verfügung steht, gehört durchweg in die zweite Klasse. (Es gibt allerdings Ausnahmen.) Wie soll's besser werden? Vor allen Dingen muß gegen eingewurzelte Vorurteile gekämpft werden. Eine Sache, die keinen Widerspruch findet, bleibt bestehen, auch wenn man im stillen noch so sehr dagegen murrt Im einzelnen muß zunächst einmal das Verbot des Frauengesanges energisch aus seinem Lager gehoben werden; ebenso das Verbot des Orchesters. Dann fort mit allen nachpalestrinensischen, kirchlich sein sollenden Kompositionen, die mit wenigen rühmlichen Ausnahmen den Namen Musik gar nicht verdienen und nur dazu angetan sind, dem Dilettantismus Vorschub zu leisten. — Man schaffe die veralteten Gesetze ab, gebe dem Kirchenmusiker die Möglichkeit, neue großzügige Aufgaben zu lösen und halte auch eine anständige Bezahlung bereit, die es dem Künstler ermöglicht, seine ganze Zeit und Arbeitskraft in den Dienst der Aufgaben zu stellen, und man wird Kunstleistungen erzielen. Dann wird die Kirchenmusik als Kunst erblühen können, wie es seit Palestrina leider nicht der Fall gewesen ist, und wie es für die nächste Zeit der Kirche nur dienlich sein kann.

Joseph Lotte.

Ein Bild aus dem katholischen Leben Frankreichs.

Von H. J. Terhünte S. J., Sittard.

Jeder, dem das Erwachen und Erstarken von Idealen im Leben des Einzelnen und der Völker am Herzen liegt, begrüßte den neuen Geist, der sich im letzten Jahrzehnt in Frankreich offenbarte, wenn man auch mit Bedauern wahrnahm, daß das Erstarken des Patriotismus besonders der Revancheidee zugute kam. Wir Katholiken freuten uns vor allem über die Bewegung insoweit, als sie einen wahrhaft katholischen Geist in Frankreich zu fördern schien. In den Reihen der jungen Literaten und Künstler, der studierenden Jugend und ihrer etwas älteren Freunde und Lehrer war tatsächlich ein Zug zur Kirche unverkennbar.

Ob und inwieweit der Krieg dieses Erstarken des katholischen Lebens im Innern der Seelen gefördert hat, läßt sich noch nicht übersehen; sicher aber ist, daß durch den Tod eines großen Teiles der begeisterten Jungmannschaft und manchen Führers wie Péguy, Psichari und Lotte der jungen Bewegung schmerzliche Wunden geschlagen wurden.

Ein sehr interessantes Buch von Pacary über Joseph Lotte,[1]) zu dem Batiffol das Vorwort schrieb, gewährt uns Einblick in das Leben und Wirken eines dieser Führer, der Ostern 1910 nach langem Irregehen durch engen Anschluß an die Kirche den Frieden wieder fand und ein segensreiches Apostolat ausübte, bis er am 27. Dezember 1914 als Leutnant in den Kämpfen um Arras fiel.

Joseph Lotte wurde im Februar 1875[2]) als Sohn eines Offiziers der Marinewerkstätten zu Rochefort geboren. Obwohl der Vater als begeisterter Anhänger der eben gegründeten dritten Republik antiklerikal war, erhielten seine Kinder dennoch eine religiöse Erziehung, die aber, weil offenbar einseitig gefühlsmäßig, bei Joseph den Stürmen der Reifezeit nicht standhielt. Seinem Freunde, dem Romanschriftsteller Emile Baumann,[3]) erzählte Lotte in späteren Jahren: „Als Kind war ich, obwohl mein Vater aus seinem Hasse gegen die Priester keinen Hehl machte, weder gläubig noch ungläubig; alles war mir gleich. Meine erste Kommunion empfing ich lau. Aber bei der Feier der zweiten Kommunion wußte uns ein Dominikaner, der uns vorher geistliche Uebungen hielt, zu begeistern. Nach der Feier versammelte uns der Vater im Sprechzimmer und sagte: Jetzt seid ihr Männer, und jeder von euch gibt mir sein Ehrenwort, jeden Abend fünf Vater und zehn Ave zu beten."

„Lotte gab sein Wort und hielt es zwei Jahre lang", wie uns Baumann berichtet, „er wurde fromm und sittenrein. Aber im Alter von fünfzehn Jahren fällt er in einen Fehler, den er sich vorgenommen hatte, nicht mehr zu begehen. In seiner Not eilt er zum Beichtvater

[1]) Pierre Pacary: Un compagnon de Charles Péguy, Joseph Lotte (Gabalda, Paris 1916).

[2]) Die Lebensdaten sind in der Biographie Pacarys unvollständig und konnten wegen der Zeitverhältnisse nicht ergänzt werden.

[3]) Revue pratique d'Apologétique Fevr.-Mars 1915 S. 352.

und wirft sich ihm schluchzend in die Arme. Dieser glaubt, es sei in der Familie ein Unglück geschehen, und fragt: Was ist denn mein Kind? Ich habe gesündigt, sagt Lotte. Erleichtert atmet der Priester auf, was Lotte so empörte, daß seine Beichten nachlässiger und seltener wurden. Mit siebzehn Jahren unterließ er das Gebet vollständig und geriet infolge des Einflusses eines Jahres materialistischer Philosophie ganz auf die Bahn des Atheismus."

Nachdem er seiner Militärpflicht genügt hatte, wählte er im Oktober 1893 das Institut Sainte-Barbe in Paris zu seiner Wohnung und folgte, im Kolleg Louis-le-Grand und in der Ecole normale supérieure, den Vorlesungen. Da er sich als Katholik eingeschrieben hatte, wohnte er in Sainte-Barbe dem gemeinsamen Gottesdienste und den religiösen Unterweisungen des Spirituals eine Zeitlang bei, empfing aber die Sakramente nicht mehr und blieb bald den religiösen Uebungen ganz fern. Hier schloß er auch Freundschaft mit Péguy, Tharaud, Baillet und Acker, die zur selben Zeit wie er in Sainte-Barbe weilten. Besonders Péguy übte von dieser Zeit an einen nachhaltigen Einfluß auf ihn aus. Da er die Examina an der Ecole normale nicht bestand, verhalf ihm Batiffol, der als Lehrer in Sainte-Barbe weilte, zum Lizentiat dès lettres und zu einer Gymnasiallehrerstelle.

Einen Ersatz für den verlorenen Glauben suchte Lotte in dem sozialistischen Ideal der Massenbeglückung. Er glaubte wie so manche seiner Zeitgenossen an die baldige Aufrichtung des Zukunftsstaates: „Wir sahen zum Greifen nahe die große Revolution, welche uns Jaurès und Guesde jeden Morgen versprachen."

Im Jahre 1898 heiratete er und widersetzte sich nicht der Taufe des ersten Kindes Monika. Um diese Zeit trat er auch mit Péguy für Dreyfus ein, da er in ihm einen unschuldig Verfolgten sah.

Trotz seines Antiklerikalismus war Lotte entschiedener Gegner der gewaltsamen Unterdrückung der Kongregationen, wie Combes sie betrieb, so daß manche seiner Freunde schon 1905 glaubten, er wolle zu den „Reaktionären" übergehen, aber er beruhigte sie. „Du irrst dich", schrieb er ihrer einem, „wenn Du mich anklagst, ich hätte meinen alten Antiklerikalismus verleugnet. Ich bin antiklerikaler als je; aber man muß den Kongregationen gegenüber die Legalität beobachten wie ehemals gegenüber Dreyfus.[4] Auch gab er um diese Zeit nicht die Erlaubnis zur Taufe seines Sohnes Andreas: „Ich habe zwar nichts gegen die alten Gebräuche, denn diese haben im Grunde genommen keine Bedeutung; aber das Gefährliche dabei ist, daß sie der erste Schritt auf dem Wege zur ersten Kommunion sind."[5]

Die Verfolgung der Kongregationen, die unter Combes schärfere Formen angenommen hatte, wurde immer mehr zu einer Verfolgung der Kirche selber und führte Ende 1905 zur Trennung von Kirche und Staat. Wie Lotte seit 1903, wohl auch unter dem Einflusse Emile Baumanns, mit dem er um diese Zeit Freundschaft schloß, für die ungerecht verfolgten Ordensleute eingetreten war, so schwand in ihm jetzt langsam das Mißtrauen gegen die mißhandelte Kirche, und das Non possumus Pius X. zwang ihm Achtung und Bewunderung ab.

Durch Péguy wurde er mit der Philosophie Bergsons vertraut, der den materialistischen Monismus bekämpfte und so einen günstigen Einfluß auf viele Zeitgenossen ausübte, da diese wieder für Metaphysik zugängig wurden. Auch Lotte entsagte liebgewordenen philosophischen Ideen, wie eine Studie aus dem Jahre 1907 über Bergsons Evolution créatrice zeigt, die allerdings auch alle Mängel des Bergsonismus aufweist. Bevor jedoch Lotte über Bergsons Intuitionslehre hinaus den Weg zu Gott wiederfand, mußten noch einige Jahre vergehen.

Es beginnt jetzt für ihn die Schule des Leidens. Als seine Frau im Frühjahr 1907 schwer erkrankte, gestand er aus Liebe zu ihr zu, daß sein Sohn Andreas getauft würde. Am 21. Juli desselben Jahres weilte er am Sterbebette eines gläubigen Freundes und nahm von da einen tiefen Eindruck mit fort. Als im März 1908 seine Frau abermals krank wurde, ließ er ihr völlige religiöse Freiheit. Nach ihrem Tod am 17. April schrieb er an Baumann: „Jetzt ist die große Leere des ewigen Geschiedenseins da."[6] Er fühlte seine Schwäche dem Tode gegenüber, aber er beugte sich nicht.

Im Sommer 1908 wurde er mit dem **Moralunterricht** auf der Quarta des Gymnasiums zu Brest betraut. *Die Erfahrungen, die er dabei machte*, blieben nicht ohne Wirkung auf seine Ueberzeugungen. ‚Meine vierzig kleinen Bretonen', so schreibt er darüber, ‚waren meine Lehrmeister; ich wollte sie führen, aber sie rissen mich mit sich fort. Neutralität, Neutralität, was war aus dir geworden? Bei all den Warum und Weil mußte ich seit den ersten Stunden die Seele vom Körper unterscheiden; im zweiten Monat mußte ich schon Gott mit in Rechnung stellen, bis mir eines Tages der Name Gottes unwillkürlich entschlüpfte'[7].

Auf diesem Wege brachte ihn ein Besuch bei seinem Freunde Péguy ein gut Stück weiter. Im Jahre 1908 fand er ihn zu Bette, erschöpft und krank. ‚Seine Riesenarbeit während der letzten zwölf Jahre', so schreibt Lotte über diesen Besuch, ‚hatte ihn aufgerieben. Schweres Unglück hatte mich getroffen. Er klagte mir seine Müdigkeit und Qual. Er sehnte sich nach Ruhe, nach einer kleinen Philosophieklasse in der Provinz, in meiner Nähe; dort könnte er dann ohne Aerger und Sorge all das vollenden, was er in sich trug. Plötzlich richtete er sich auf, stützte sich auf den Ellenbogen und sagte, die Augen voll Tränen: Ich habe dir nicht alles mitgeteilt .... ich habe den Glauben wiedergefunden .... ich bin katholisch. — Heiße Tränen in den Augen, den Kopf in die Hände gestützt, sagte ich ihm, fast ohne es zu wollen: Lieber Freund, wir sind alle so weit'[8].

Während Péguy trotzdem bis zu seinem Tode auf dem Schlachtfelde auf der Schwelle des Heiligtums stehen blieb, sträubte sich auch Lotte noch längere Zeit, den letzten Schritt zu tun. Erst Ostern 1910 folgte er dem Ruf der Gnade und ging nach langen Jahren wieder zum Tisch des Herrn. Mit der Begeisterung des Neubekehrten hing er dem wiedergefundenen Glauben an, berauschte sich, wie so manche seiner Zeitgenossen, an der Liturgie der Kirche, wohnte täglich dem hl. Meßopfer bei und empfing häufig die hl. Kommunion. Es genügte ihm nicht mehr, nur das soziale Elend zu lindern, er wollte in den Kreisen seiner Standesgenossen die Vorurteile gegen den alten Glauben zerstreuen und der Kirche neue Freunde werben.

Am 7. Dezember 1910 sandte er von Coutances aus, wo er Ordinarius der Sexta war, ein Zirkular herum, in welchem er seine Kollegen bat, der ‚Groupe des professeurs catholiques de l'Université[9]) beizutreten. Es sollte ein Freundschaftsbund für Gleichgesinnte und eine gegenseitige Stütze im Glauben und Gebet sein. Zugleich aber sollten sie durch ihre Charakterstärke und Hingabe ihre Schüler günstig beeinflussen. Als Vereinsorgan wollte er monatlich das ‚Bulletin des professeurs catholiques de l'Université' herausgeben. Schon dieser Aufruf erregte die revolutionäre Presse, und der Unterrichtsminister ließ Lotte wissen, man werde innerhalb des Lehrkörpers der Staatsschulen keine konfessionelle Vereinigung dulden. Da Lottes Gründung kein Verein war, brauchte man sich um die Erklärung des Unterrichtsministers nicht zu kümmern.

In der ersten Nummer des Bulletin vom 20. Januar 1911 konnte Lotte berichten, daß sich 35 Abonnenten gemeldet hätten. In Paris machte man sich lustig über diesen Unbekannten der Provinz, und auch die führenden katholischen Kreise glaubten nicht an Erfolg, zumal die Abonnenten für ihre Stellen fürchten mußten. Aber schon Ende 1911 zählte das Bulletin 231 feste und 792 mögliche Abonnenten, d. h. solche, für die die festen Abonnenten den Abonnementspreis bezahlten, um für die Bewegung zu werben. Bei Ausbruch des Krieges konnte das Bulletin, von dem 36 Nummern in Zeitungsformat zu 4, 6, 8 oder 12 Seiten erschienen sind, auf 543 feste und 12 mögliche Abonnenten hinweisen, und Lotte schrieb mit Recht am 20. Februar 1914: „Die Tatsache, daß sich 423 Professoren und Lehrer der Universität unserer Bewegung angeschlossen haben, gibt unserer radikalen Regierung mehr zu denken als die Wahl oder Nichtwahl eines katholischen Kandidaten."

Im Bulletin offenbart sich Lottes Seele, liegt der Grund seines Einflusses und seiner Bedeutung in der katholischen Bewegung des zeitgenössischen Frankreich. Jeden Monat brachte dasselbe einen oder zwei Aufsätze religiös-philosophischen Inhalts, meist nicht in der Form der Abhandlung, sondern der Betrachtung, des Soliloquiums; ferner ein Feuilleton, das einige Seiten aus den Schriften eines Kirchenlehrers, der Heiligen, besonders der Mystiker oder eines Katholiken, besonders der Freunde Lottes: Guiraud, Baumann, Claudel, Jammes, Goyau u. a. enthielt; und endlich die Korrespondenz, eine Synthese des Gedankenaustausches zwischen Lotte und seinen Freunden. Hie und da griff Lotte auch in manchmal geistreicher, immer aber vornehmer Form die Irrtümer der dritten Republik und ihre Koryphäen, wie Durkheim, Buisson, Sabatier an. Wohl allzu häufig trat er für die Werke seines Freundes Charles Péguys ein, so daß man nicht ganz mit Unrecht das Bulletin einen katholischen Ableger der Cahiers de la Quinzaine Péguys genannt hat.

Das Ziel, welches Lotte immer vorschwebte, hat sein Freund Robinne schön umschrieben: „Er bemühte sich, in die schmerzdurchwühlten und kalten Herzen einen erwärmenden Strahl des Ideals und der Poesie gleiten zu lassen. Vor allem lag ihm daran, vor dem abgestumpften und vorurteilsvollen Geiste seiner Kollegen wieder im alten Glanze erstrahlen zu lassen die verkannten Schönheiten des katholischen Glaubens, die Harmonie des römischen Credos mit ihrer Herzenssehnsucht und ihrem Verstandesstreben, den tiefen und unverstandenen Reichtum der Dogmen, die Kraft endlich, welche die Gläubigen für Herz und Willen im häufigen Empfang der heiligen Sakramente schöpfen."[10])

4) Pacary l. l. S. 14.
5) Pacary l. l. S. 15.
6) Revue pratique l. l. S. 357.
7) Pacary l. l. S. 28.

8) Pacary l. l. S. 29.
9) Unter Université ist hier die Korporation der zum Unterricht durch Examina zugelassenen Lehrer zu verstehen.
10) Etudes 5. Mars 1916 S 668.



Literaturbrief.

Von M. Herbert.

Ob es einem Beobachter wirklich gegeben ist, über die brodelnde, um ihn wogende und sprudelnde Gegenwart einen Ueberblick zu gewinnen? Wohl kaum in erschöpfendem Maße; die nächste starke Strömung kann das ganze Wellenbild von Grund auf verändern. Es gibt in jeder Gegenwart Imponderabilien, die zu Schicksalsmächten werden können, es gibt Verborgenheiten, die vielleicht das maßgebende sind. Eine gefestigte Weltanschauung ist immer noch der beste Barometer: diesen Barometer besitzt Franz Zach. Es ist ein feines, empfindliches Instrument, das verläßig zeigt. Als im Jahre 1912 die „Kulturschatten" des scharf zuschauenden Oesterreichers erschienen und den Finger an die furchtbar blutenden Wunden der Zeit legten, ist die damals in ihren Anfängen gekennzeichnete Entwicklung unaufhaltsam fortgeschritten. Es geschah so viel als nichts, sie aufzuhalten. Nirgends Umkehr und Einkehr, überall sinnloses Verschleudern idealer Volksgüter. „Die Stillen im Lande" verhielten sich passiv, die wenigen Warnerstimmen verhallten ungehört oder verspottet von denen, welche die Schieber des Verhängnisses waren und sind. Wir hatten glühende Kämpfer wie den Oesterreicher Eichert, wie den getreuen Eckart Armin Kausen, den München-Gladbacher Volksverein und andere, aber die Masse wälzte sich dem Abgrunde zu. Auch das furchtbare Erlebnis des Krieges hat nicht genügt, eben diese Masse zur Selbstbesinnung zu bringen, es erhöhte nur die sittliche Entkräftung. Heute herrschen mehr wie je der Mammon, der Bauch und die Sinne, und das alles zur Stunde der größten, bittersten Not, der tiefsten nationalen Erniedrigung, der schamlosen Vergewaltigung unserer deutschen Rechte Wir haben bei dieser schmachvollen Feststellung die Genugtuung, darauf hinweisen zu können, daß die einzigen Hoffnungsstrahlen der gegenwärtigen Lage des Deutschtums aus den Tiefen und Höhen katholischer Weltanschauung leuchten. Der Weg ist gewiesen. Wie viele werden ihn gehen? Das katholische Schrifttum hat den Hungernden und Dürstenden der Geister in der heutigen Sandwüste Manna zu bieten vermocht. Wir verweisen nur unter anderem auf die bei Habbel-Regensburg erscheinende Zeitschrift „Seele", die sich mit so großem Ernste der innerlichen Erstarkung und Erleuchtung des einzelnen annimmt, um dadurch an der nationalen Erhebung, die kommen muß, sollen wir nicht alle untergehen, mitzuarbeiten.

Es ist deshalb eine Kulturtat gewesen, welche Zach mit seinem neuen Buche: „Auf der Wetterwarte der Zeit" (Druck und Verlag W. Merckel-Klagenfurt) gelang. Leider kann er fast in jedem Kapitel sagen: „Habe ich nicht mit dem Pessimismus meiner ersten Prophetie mehr als recht gehabt?" Damals warnte er vor der Saat, jetzt zeigt er uns schaudernd die Ernte. Der Inhalt des Werkes ist sehr weitgreifend und geht vielleicht nicht immer auf den letzten Grund der Dinge, aber einzelne Kapitel sind in ihrer prägnanten Kürze und Schärfe geradezu klassisch und zeigen mit unerbittlicher Klarheit die Trostlosigkeit der Verhältnisse, gegen die wir uns doch mit aller Kraft wehren müssen. Sie sind das Menetekel vor dem großen Untergang.

Am besten scheinen uns die Streiflichter auf die moderne Literatur in der dritten Abteilung, deren einzelne Abschnitte lauten: Physiognomie der moderen Romanliteratur, der Händlergeist in unserer Literatur, das Hochgericht über die moderne Literatur, das moderne Theater, eine Schande für das deutsche Volk. Wir gestatten uns, aus jedem dieser vier Kapitel eine charakteristische Stelle zu zitieren, weil dadurch der Wert und die Art des Buches am lebendigsten illustriert werden. Nach sehr bemerkenswerten Ausführungen über moderne Romane sagt Zach: „In der Literatur spiegelt sich das jeweilige Geistesleben, die Psyche, ja der Gesamtkulturzustand einer Zeit. Unsere Gegenwart ist eine Periode des Ueberganges. Eine neue Zeit liegt in Geburtswehen, daher auf allen Gebieten der Charakter des Unfertigen, ein ständiges Auftauchen von neuen Problemen. Immer wieder werden neue Welt- und Lebensanschauungen mit großem Tamtam in die Oeffentlichkeit gesetzt, um nach kurzer Zeit zu Grabe getragen zu werden. Diese Physiognomie spiegelt sich in der Romanliteratur getreu wieder. Darum sind die heutigen Romane kurzlebig wie alles in unserer Zeit. Es fehlt im Leben wie in der Literatur an einer Weltanschauung, die auf granitenen Quadern ruht."

Vom Händlergeiste in unserer Literatur heißt es: „Die wenigsten haben eine Ahnung davon, daß die Werke der Literatur und Kunst in unseren Tagen geradeso Handelsartikel sind wie Eisen und Zucker, daß der moderne Literaturbetrieb in gleicher Weise wie jede andere Ware stofflicher Art den ehernen Gesetzen unseres materialistischen Wirtschaftslebens, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, ohne Rücksicht auf inneren Wert und ohne Rücksicht auf Wohl und Wehe der Menschheit unterstellt worden ist. Man tut sich viel zugute auf literarische Kenntnisse und weiß nicht, daß die Gebildeten unserer Tage eine Herde geworden sind, die von einigen getriebenen Literaturgeschäftsleuten an der Nase herumgeführt wird."

„So wurden die gegenwärtigen „Größen" Sudermann, Gerhardt Hauptmann, Karl Schönherr, Schnitzler, Wedekind, Shaw, die beiden Mann, die Herzog, Viebig, Bartsch, Ewers, Bernhard Kellermann gemacht und der öffentlichen Meinung aufgezwungen. Sobald einer der Händler ein literarisches Produkt auf den Markt wirft, setzt der große Reklameapparat ein und wie auf Kommando bellt und gellt die Schelle über ganz Oesterreich und Deutschland, über Europa und die Welt."

Ein besonderes klassisches Beispiel war der Riesenerfolg des Romans „Golem" von Gustav Meyrink, des „Moderomans des deutschen Volkes von 1915—16." Von diesem über alle Maßen dummen Hintertreppenroman, der nichts ist als ein wüster Brei aus Gespenstergeschichten und blödsinnigem jüdischem Talmudglauben, wurden in drei Monaten mehr als 100 000 Exemplare abgesetzt. Dieser Roman wurde dem von der Reklame betäubten deutschen Volke als Trost im großen Kriegsweh angepriesen, während zur selben Zeit in Frankreich das meist gekaufte Buch ein tiefernstes katholisches Buch war: „Le sens de la mort — der Sinn des Todes" von Paul Bourget.

In dem Kapitel „Das Hochgericht" über die moderne Literatur heißt es unter vielem anderen Treffenden: „Undeutsches Wesen war es, das uns Unzucht als „freie Männlichkeit", Verlotterung der Kunst, die Greuel krankhafter Brunst als Genialität anpries. Mädchenkneipen, Nachtasyle, Spelunken — das ist das Milieu der Modernen. Und die Menschen, die sich darin bewegen, sind Dirnen, Ehebrecher, zersplitterte, verworfene Existenzen. Und was an diesen gezeigt wird, ist die Bestie, oder wie Lemartre es ausdrückt: Das ewige Abenteuer der Gefangenen des Fleisches."

Zum Schluß noch ein Zitat aus der Betrachtung „Das moderne Theater, eine Schande für das deutsche Volk". Im Jahre 1907 schrieb in der Neapolitaner Zeitung „Theatralia", der Tragöde Salvini über das moderne Theater: „Ich habe in Zeiten gelebt, wo die Künstler noch nicht in französischem Schmutz wateten. Damals sprach die Kunst zum Herzen und zur Vernunft, heute dient sie der Erregung unedler Gefühle. Ist das Kunst oder vielmehr eine Verderbtheit ohnegleichen, wenn man ins Theater gelockt wird, um nackte Weiber zu sehen oder der Apologie des Lasters und des Verbrechens beizuwohnen? Ist die pornographische, anzügliche Sprache, in der man sich jetzt gefällt, nicht ein Zeugnis des Verfalls der Sitten und der Erziehung? Was soll ich Ihnen noch sagen? Ich müßte mir die Finger beschmutzen und die Feder in Gift und Galle tauchen — —. Den Journalisten und den Autoren läge die Pflicht ob, dieser Schlammflut zu steuern. Sie nehmen indes die Dinge allzu leicht, um den Kreuzzug zu unternehmen, der nötig wäre, um wenigstens das Grab der Kunst zu retten." Man sieht, um welches ernste, kenntnisreiche, aufrechte Buch es sich handelt. Man sollte es in die Hand jedes Denkenden Gebildeten legen — denn in seinem Sinne müssen wir alle Kreuzfahrer werden, die letzten Heiligtümer der Nation zu retten.

Um noch einmal auf das Buch Paul Bourgets „Le sens de la mort" zu kommen: es liegt in einer musterhaften deutschen Uebersetzung vor und ist gewiß in seiner ernsten Lebenswahrheit geeignet, die Gebildeten der beiden feindlichen Nationen davon zu überzeugen, daß das tief Menschliche, tief Christliche niemals das Feindselige sein kann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Schauspielhaus. Georg Kaisers Lustspiel: „Konstantin Strobel", das wir im Juli vorigen Jahres kennen lernten, erschien bereits in neuer Einstudierung Der Erfolg war vor einem halben Jahre nicht groß; die Stimmung war auch jetzt eine mittelmäßige. Widerspruch allerdings wurde diesmal nicht laut. Rud. Hochs Darstellung der Titelrolle ist eine ansehnliche Leistung grotesker Charakteristik; im ganzen hatte man den dicken Farbenauftrag noch verstärkt, was dem Stil des Stückes auch durchaus entspricht. Diese Spießbürgersatire mit ihren derben sexuellen Scherzen ist das Produkt eines kalt berechnenden Verstandes, und so bleibt das Publikum, wenn es auch lacht, im Grunde kühl und gleichgültig.

Volkstheater. „Der ehemalige Leutnant". Das Drama einer vernichtenden Zukunft? Ach nein, ein Lustspiel. Die Frohnatur des Herrn Kadelburg, der im Verein mit Heinz Gordon dieses anspruchslose, frische Stückchen geschaffen hat, verleugnet auch in diesen düsteren Zeiten seinen Optimismus nicht. Der Leutnant weiß auch in Zivil aller Schwierigkeiten Herr zu werden und schließlich setzt der Betriebsrat seinen autokratischen, nörgelsüchtigen Schwiegervater ab und wählt ihn zum Fabrikdirektor. Herr Rampers spielte den flotten Leutnant, der sich in der bürgerlichen Sphäre so geschickt einzuleben versteht, mit gewinnender Liebenswürdigkeit. Nicht so glücklich war die Darstellung eines anderen Offiziers. Dieser war im Frieden ein wenig leichtsinnig gewesen und hatte Schulden gemacht. Die Geldvermittler haben ihm damals 150 Stiefel aufgezwungen, die er kaufen mußte, um das Darlehen zu erhalten. Heute stellt der Besitz von so viel Stiefeln ein Kapital dar, um das viele dem Herrn Leutnant neidisch sein werden. Daß die Lustspieldichter ihm auch eine Braut verschaffen, braucht kaum erwähnt werden. Bewährte wirksame Figuren, wie alte Jungfern, Offiziersburschen und Köchinnen werden mit Geschick in Bewegung gesetzt. Der witzige, flüssige Dialog bietet manchen Anlaß zum fröhlichen Lachen und so fand die flott gespielte Neuheit, bei der die in Maske und Gehaben sehr erheiternde Wiedergabe des Schwiegerpapas durch Herrn Lanzsch noch besondere Erwähnung finden muß, die freundlichste Aufnahme.

Aus den Konzertsälen. Da infolge der schwierigen Reiseverhältnisse die Pianistin Vera Schapira nicht eingetroffen war und eine Uraufführung aus unbekannten Gründen verschoben wurde, erlitt das

Programm des 6. Abonnementskonzertes des Konzertvereins eine starke Veränderung. Die unlängst gebotene Schumannsymphonie fand eine Wiederholung, die an Feinheit der Durcharbeitung die erste Aufführung noch überragte. Ganz wundervoll brachte **Pfitzner** die „Freischütz" Ouvertüre, die das Publikum zu lebhafter Begeisterung entflammte. Zum ersten Male in München wurden Variationen und Rondo über ein altdeutsches Volkslied op. 45 von Josef **Haas** geboten, ein geschickt gemachtes Werk von gutem künstlerischem Geschmack, dessen klanglichen Reize, dessen anmutige Frische und warme Empfindung in Pfitzners Interpretation von gewinnender Wirkung waren. Der anwesende Tonsetzer wurde herzlich geehrt. **Pfitzner** lieh auch der Gründungsfeier des **Volksbundes für Kunst und Theater** seine Mitwirkung, indem er Luise **Willer**, die Lieder von Schumann und von ihm sang, begleitete. Die Gangeskunst des beliebten Mitgliedes unserer Oper und **Pfitzners** verinnerlichte Begleitung übten auf die Hörer den von uns oft gepriesenen Zauber aus. Der Abend hatte mit einer Ansprache des ersten Vorsitzenden Geh. Archivrat Dr. **Weiß** begonnen, dem ein Vortrag von Joh. **Eckardt** folgte, der zunächst einen Ueberblick über die Geschichte des Theaters und die Versuche, eine deutsche Nationalbühne zu schaffen, bot. Als Voraussetzung der letzteren bezeichnete er den uns vielfach fehlenden nationalen Kulturwillen. Gerade die Bühne müsse eine Angelegenheit des ganzen Volkes, die künstlerische Form seines Lebenswillens werden. Der Sozialismus könne auf dem Gebiete der Bühne nur eine Organisation der Theaterbesucher sein. Eine solche Organisation bedürfe des inneren Zusammenhangs eines bestimmt eingestellten Kulturwillens. Deshalb versuche der Volksbund die **christlich-deutschen** Volksteile zu organisieren. Gewiß bestände oft die Möglichkeit einer Zusammenarbeit, grundsätzlich müsse aber eine klare Scheidung vorhanden sein. Der glänzend besuchte Abend, dem viele führende Persönlichkeiten beiwohnten, erweckte die Ueberzeugung, daß der Volksbund mit Tatkraft und Verständnis wertvolle Kulturarbeit leisten wird.

Verschiedenes aus aller Welt. Das erste dramatische Werk des bekannten Schweizer Romandichters Ernst Zahn hatte bei der **Würzburger** Uraufführung starken Erfolg. „Johannes A Pro" handelt von einem Feldhauptmann, der erkennen muß, daß es nicht „lenzen soll im Herzen, wenn das Haar ergraute". Er verzichtet nicht nur, sondern geht mit einer Lüge aus dem Leben, um dem Mädchen das Bild seines in Wirklichkeit unwürdigen Geliebten rein zu erhalten. Finden manche Kritiker den Schluß psychologisch erklügelt, so wissen sie doch dem Werke viel dichterische Schönheiten nachzurühmen. — In **Dresden** fand die deutsche Uraufführung von „Spiel des Lebens", einem Drama des Norwegers Knut Hamsun statt. Das Stück stellt den hochfliegenden Idealisten und das in Sinnlichkeit versunkene Weib im Kampfe mit den Realitäten des Lebens sich gegenseitig vernichtend dar. Das Drama fesselte; die kubistische Aufmachung, die den mystischen Unterton verstärken sollte, rief lebhaften Widerspruch hervor. — In **Gotha** verlangen die „unabhängigen" Abgeordneten dafür, daß sie die notwendigen Mittel für das Theater bewilligen, als Gegenleistung die Errichtung einer kommunistischen Rednerschule und gefährden durch diese undiskutierbare Forderung den Bestand der Schaubühne. — In diesem Jahre werden Grillparzers Tagebuchblätter und Briefe frei, die Kathi Fröhlich, des Dichters ewige Braut, der Stadt **Wien** hinterlassen hatte mit der Bestimmung, die Schriften erst 40 Jahre nach ihrem Tode zu veröffentlichen.
L. G. **Oberlaender**, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Berliner Notenpresse. — Weitere Preissteigerungen. — Börsenspekulationen. — Ernährungsfragen und Arbeiterbewegungen.

Ein getreues Spiegelbild der Wirtschaftslage Deutschlands bei Jahresabschluss 1919 erbringt, und zwar in krasser Deutlichkeit, der Reichsbankausweis zum 31. Dezember 1919. Nicht weniger als 5½ Milliarden Mark sind in den letzten vier Monaten in Umlauf gegeben, somit in dieser Zeit mehr Banknoten hergestellt worden, als im Gesamtjahr 1914. Wie intensiv die **Berliner Notenpresse** arbeitet, bestätigt der Hinweis, dass seit der Revolution nicht weniger als 15½ Milliarden Mark Noten ausgegeben wurden und dass der Gesamtbetrag an Banknoten und Darlehenskassenscheinen auf die Riesensumme von 49,5 Milliarden Mark angeschwollen ist. Dazu treten bekanntlich — in der Hauptsache schwebende Schuld des Reiches bei der Reichsbank — 41,7 Milliarden Mark an Wechseln und Schatzscheinen. Ein nicht geringer Teil der in der Reichsbankgeschichte in einem solchen Umfang während einer Woche noch nicht beobachteten Mehrung der Gesamtlage ist zurückzuführen auf das Bestreben eines grossen Teiles der deutschen Wirtschaftsbevölkerung, zum 31. Dezember 1919 aus allen möglichen Steuerrücksichten umfangreiche Bar- und Ausgleichsregulierungen vorzunehmen. Eine Folge dieses ungeheuerlichen Kreditverkehrs im Inlande sind naturgemäss unausbleibliche und **ins Ungemessene gehende Preissteigerungen** aller Bedürfnisse. Dem gegenüber steht die inzwischen auch eingetretene neuerliche **Entwertung unserer Reichsmark** im Auslande in einem Masse, dass man förmlich von einer Diskreditierung unserer Valuta, ähnlich wie bei der österreichischen Währung sprechen muss. Die so hochwichtigen Fragen der Rohstoffeinfuhr und der Auslandskreditbeschaffung, um nur einige der grundlegenden Voraussetzungen für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu nennen, geraten dadurch allein schon zum mindesten ins Stocken. Was dies für die Betrachtung unserer Zukunftsexistenz bedeutet, braucht man nicht mehr deutlicher auseinanderzusetzen. Wir gehen demnach harten Zeiten entgegen.

Schon aus diesem Grunde verdient die Erklärung des Reichspräsidenten Ebert an das Präsidium der deutschen Industrieverbände hinsichtlich der Forderungen zur vollen Entfaltung unserer Produktion und der Politik hinsichtlich jeder unberechtigten Arbeitsniederlegung im Interesse der Allgemeinheit besondere Erwähnung. Wie weit wir von geordneten und ruhigen Verhältnissen entfernt sind, bekundet die zu grossem Umfang angeschwollene **Gährung unter den deutschen Eisenbahnern**, der Generalstreik der Versicherungsangestellten und damit parallel laufende ähnliche Angestelltenbewegungen. Dadurch und hervorgerufen durch die neuerliche, wenn auch nur kurzfristige Verkehrssperre im Reich ist wiederum eine **Wirtschaftslähmung** zu verzeichnen. Die nächste Folge war eine Verschärfung der unveränderten Katastrophe der deutschen **Kohlenkrise** und im nächsten Zusammenhang damit die neuerliche Stillegung von Grossbetrieben und Arbeiterentlassungen auf den verschiedensten Gebieten. — **An den deutschen Börsen** herrscht jedoch eine nicht geringe Spekulations- und Spielwut mit aufsehenerregenden Kurssteigerungen der im Mittelpunkt des Börsenbetriebes stehenden Favoritenpapiere. Die angekündigten **neuen Steuervorlagen** ändern an diesen Börsentendenzen nichts. Bei den Banken herrscht bekanntlich eine derartig grosse Arbeitsanhäufung, dass nur unter Einsetzung aller Kräfte die Erledigung der einschlägigen Ordres vorgenommen werden kann. Die von den Banken nunmehr durchgeführte Zinsen-, Provisions- und sonstige Gebührenerhöhung findet dadurch und bedingt durch die grossen Millionenmehrlasten ihre Begründung. Unverhältnismässig geringe Beachtung fanden bei einem grossen Teil der Wirtschaftsbevölkerung die ernsten Mahnungen der massgebenden Stellen hinsichtlich der voraussichtlichen **Gestaltung unserer Ernährungsfragen**. Namentlich Reichsminister Dr. Gessler gab hierüber jüngst ein sehr düsteres Bild. Ob uns eine ähnliche Gefahr wie dem hungernden Wien droht, hängt noch ab von der Regelung der schwierigen Frage des Valutaproblems und damit der Wareneinfuhr- und Warenausfuhrgestaltung. Aus den jüngsten Presseäusserungen konnte man bedauerlicherweise ausserdem vernehmen, wie sehr namentlich an den Reichsgrenzen im Süden und mehr noch im Westen und gegen Dänemark zu die unerhörten Zustände des **Schmugglerund Schiebertums** anhalten. Reichsminister Erzberger betont mit Recht die Hauptaufgabe seiner Tätigkeit: Wiederherstellung einer geordneten Etatwirtschaft. Damit stehen und fallen auch eine Reihe übriger Notwendigkeiten, welche erforderlich sind, um Deutschlands Wirtschaftsmaschine in einen baldigen, ordnungsmässigen Gang zu bringen. Auch die Kapitel des Wiederaufbaues in den Kriegsgebieten, der Verschleuderung des Nationalvermögens an das Ausland und die so schwierige Materie der Förderung der Werteproduktion bleiben noch ungelöst. Gegenüber den verschiedensten Berichten über **die finanzielle Hilfe und Sanierung Deutschlands** durch das Ausland wird man gewisse Vorsicht obwalten lassen, dies auch nach der nunmehr endlich, endlich vollzogenen Friedensratifizierung. Es bleibt namentlich abzuwarten, ob in der politischen oder sonstigen Beziehung der seitherigen Ententestaaten zu uns irgendwelche Aenderung in der Anschauung der seitherigen Hass- und Siegerlaune eintreten wird. Vielleicht ist dies zu erwarten, weniger aus menschlichen Gründen, sondern aus Umständen der Konkurrenz um die Wirtschaftseroberung Deutschlands. Vielleicht auch deshalb, weil bekanntlich in den verschiedensten Auslandshafenplätzen ungeheure Mengen von Waren stapeln, die an Zentraleuropa verkauft werden sollen. Handelsschaft verdirbt zwar oft den Charakter, vielleicht bringt sie in diesem Falle eine Wendung zum Bessern.
M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Die Kath. Liga für praktische akademische Kulturarbeit E. V., welche am 1. Oktober 1919 in **München** gegründet wurde, und deren Geschäftsstelle sich in München, Oettingenstraße 16, befindet, ließ der letzten Nummer der „Allgemeinen Rundschau“ einen Prospekt und eine Zahlkarte beilegen, worauf wir noch nachträglich ganz besonders aufmerksam machen möchten.

TODES-ANZEIGE.

(Statt besonderer Anzeige)

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die erschütternde Nachricht, dass unser innigstgeliebter Vater, Grossvater, Schwiegervater, Schwager u. Onkel

Herr Dr. Johannes Thaler

K. Geheimer Justizrat und Rechtsanwalt, Leutnant a. D.

ehemals Mitglied des Reichstags u. des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten in Würzburg, Inhaber mehrerer Orden, Mitkämpfer des Krieges 1870/71

am 2. Januar nachmittag ½2 Uhr, wiederholt gestärkt durch den Empfang der heiligen Sterbsakramente, sanft im Herrn entschlafen ist. Er folgte im gestern vollendeten 73. Lebensjahre unserer innigstgeliebten Mutter innerhalb 10 Tagen nach kurzer, schwerer Krankheit in die Ewigkeit nach. Wir empfehlen die Seele des teuren Verblichenen dem frommen Gebete.

Würzburg, München, Januar 1920.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen

Dr. Joseph Thaler, Rechtsanwalt,
Bilhilde Thaler,
Dr. Paul Thaler, Rechtsanwalt.
Maria Thaler,
Elisabeth Thaler,
Johanna Thaler, geb. Vay.

Zwischen Nürnberg und Regensburg (Obf.) n. Stat gelegen,

Oekonomiegut

verkäufl. Grösse ca. 200 Tagw., davon ca. ¾ Ackerland, über 30 Tgw. durchschnittl. 40 70 jhr. Waldbestand, Rest Wiesen etc. Wohnhaus 6 Zimmer, Wirtschaftsgebd. gut lebendes und totes Inventar, Wasserleitung, elektr. Lichtanlage.

Näheres durch die

Allgem. Immob.-Verkaufs-Gesellsch. Rob. Heinemann & Cie., München, Karlsplatz 8.

Schöner, rentabler

Gasthof

mit **Fischhandlung,** sehr günstig in verkehrsreicher Stadt Niederbayerns gelegen, hübsche Lokalitäten, 11 Zimm., **Rückgeb.** mit **Schlachthaus,** 2 Zimm. Wohng., Fischbassin, gedeckter Halle etc., ca. 500 hl Bierausschank, ca. 1000 Mk. Mieteingang preisw. verkfl. Auch für Metzger sichere Existenz

Näheres durch die 3344

Allgem. Immob.-Verkaufs-Gesellsch. Rob. Heinemann & Cie., München, Karlsplatz 8.

Verlangen Sie Preisliste über

Ahrrotwein
Rheinwein
Moselwein

in besten Qualitäten von

Hermann Schäfer
Weinbau — Weinhandel
Ahrweiler, Rhld.

Musik-Instrumente

Harmoniums, Pianinos,

für Orchester, Kirche, Schule und Haus



Violinen, Guitarren, Lauten, Mandolinen in unübertroffener Qualität kauft man sehr vorteilhaft bei

Gebrüder Voigt, Markneukirchen I.
Schliessfach 40.
Eigene Werkstätte, Reparaturwerkst.

Alle Geigen und Cellos kaufen wir stets zu höchsten Preisen.

Diese Straussfeder-Boa



kostet b. uns 10 cm dick 20 M., ca. 15 cm dick 30M., ca 20 cm dick 80 M., 25 cm 120 M. Echte Atama, Edelstraußfdrn., jetzt 20 cm lang nur 6 M., 25 cm 9 M., 30 cm 15 M., 40 cm 25 M., 45 cm 36 M., 50 cm 60 M., 60 cm 95 M. Echte Kronenreiher 30 M., 50 M., 100 M., 150 M., 250 M. Echte Stangenreiher, 30 cm hoch, 40 M., 80 M., 120 M., 40 cm hoch 50 M., 100 M., 150 M. Versand per Nachn. Auswahlsendung gegen Standangabe.

HERMANN HESSE, DRESDEN-A.,
Scheffelstr. 10/12. p, I–IV.

Stimmen der Zeit

Katholische Monatschrift für das Geistesleben der Gegenwart. 50. Jahrgang: 1919/1920

Vierteljährlich M. 6.—, Einzelheft M. 2.20
(dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge)

Die Bestellung kann durch die Post oder den Buchhandel erfolgen

Zeitgemäßer Inhalt des neuesten (Januar-) Heftes:

- Die Seele der Schularbeit. (B. Hugger)
- Die Pflicht zur christlichen Sozialreform. (C. Noppel)
- Aus der Verfassung des Deutschen Reiches. (J. Laurentius.)
- Der Eid in der neuen Reichsverfassung. (M. Reichmann.)
- Längenmaße u. -messungen einst und jetzt. (H. Koch.)
- Übersicht: Der Kampf um die Willensfreiheit im 20. Jahrh. (1912–1914). (J. Beßmer)
- Besprechungen aus der Liturgiegeschichte und der Philosophie.
- Umschau: Was Tote reden. (W. Lauck)
- Die Civiltà Cattolica zum Frieden von Versailles u. St. Germain. (C. Noppel.)

Herdersche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau

Dressur

Brieflicher Unterricht!

Wie mache ich meinen Hund scharf u. wachsam 5 Mk.
Wie dressiere ich mein. Hund auf den Mann . . 5 Mk.
Wie mache ich meinen Hund stubenrein . . . . 5 Mk.
Wie lerne ich meinem Hund Gehorsam (Appell) Leinenführigk., Setzen, Ablegen auf Befehl, Kommen auf Ruf u. Pfiff etc. 5 Mk.

Versd. per Nachn. Weitere Lehrbriefe für alle Dressurarten laut Prospekt. Erfolg garantiert! An- u. Verkauf von Hunden.

Dressurlehr-Institut
Berufsdresseur
Alfr. Kretzschmar, Ebersbach i. Sa.
Gasthof goldener Löwe.



In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der

häuslichen Musik

Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 M.
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst
Alois Maier, Hoflief., **Fulda.**



Rauch-tabak

Bremer-Schlüssel (Kanaster-Mischung)
20% rein. Uebersee-Tab., 80% ferm. Kirschbl.; brennt, schmeckt und riecht gut, ist bekömmlich!
¼ Pfund Mark 2.—.
1 Postpak. — 36 Pak. Mk. 72.— portofrei unter Nachnahme.

Alt. Bremer Rauchtab. (abgelag. Uebersee-Tabak)
½ Pfd. Mk. 14.—, 1 Postpak. = 16/2 Pfund **Mark 224.—,** portofr. inkl. Verp. unt. Nachn.

Bremer-Schlüssel
(frisch. Uebersee-Blätt.-Tab.)
¼ Pfd. Mk 6.—
1 Postp = 36/4 Pfd **Mk. 198.—** portofrei inkl. Verpack unter Nachnahme.

Viele Anerkennungsschreiben vorhanden.

H. Hattendorff, Bremen,
Tabak- u Zigarren-Fabrik
— Gegr. 1884. —

Mess- und Kommunion-Hostien

empfiehlt genau den kirchlichen Vorschriften entsprechend und in vorzüglichster haltbarer Qualität. Kunstvolle Prägungen, auch die Kommunionhostien haben eig. Prägungen. Muster und Prospekte gratis u. franko.

Franz Hoch Kgl. Bayer. Hoflieferant
Hostienbäckerei
Bischöfl. genehmigt u. beeidigt.
Pfarramtlich überwacht.
Miltenberg am Main
(Bayern) Diözese Würzburg.

Es ist Vorsorge getroffen, dass in der Hostienbäckerei Franz Hoch in Miltenberg nur reinstes Weizenmehl zur Bereitung der Hostien verwendet wird.
Miltenberg, 27. Nov. 1914.
Bischöfl. Dekanat und Stadtpfarramt.
E. Roth, Geistl. Rat.
Dekanats- u. Pfarrsiegel.

Schulentlassene Knaben und Studenten

die sich zur Jugenderziehung im Ordensstande berufen fühlen, finden zu Ostern freundliche Aufnahme bei den

Maristen-Schulbrüdern in Furth
bei Landshut (Niederbayern).

Die Buch- und Kunstdruckerei Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 u. 6

übernimmt die Herstellung von Werken jed. Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen usw. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 96 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 4. München, 24. Januar 1920. XVII. Jahrgang.

Französelei?

Von Karl Graf von Bothmer.

Ein kühles Gehirn, ein sicheres Auge, eine gehorsame Zunge und ein warmes Herz sind die vier unerläßlichen Voraussetzungen, ohne die jede Politik zur Enttäuschung führen muß. Da wir der politischen Enttäuschungen und Verrechnungen in Deutschland wahrlich genug hatten, muß es immer an einer dieser vier wesentlichen Eigenschaften gefehlt haben. Auch heute ist es noch so, daß unser Blick vielfach getrübt ist und unsere Zunge entweder lügt oder phantasiert, weil teils Verstand ohne Herz, teils Gemüt ohne Wirklichkeitssinn unsere Entschlüsse formen. Einer der folgenschwersten Fehler der deutschen Politik im letzten Jahre wurde begangen, weil man aus der alten Reichsverfassung den Grundsatz, daß Reichsrecht vor Landesrecht gehe, als Regierungsmaxime übernahm, ohne zu bedenken, daß durch den verlorenen Krieg und alles, was die Niederlage im Gefolge haben mußte, das Landesinteresse nicht mehr im Einklang, teilweise sogar im Gegensatz zum Reichsinteresse sich entwickelte. Doch auch diese Formulierung ist noch ungenau. Reichsinteresse ist ja ursprünglich aus Uebereinstimmung von Landesinteressen hervorgegangen, und erst im Laufe von Jahren einheitlicher Reichspolitik zu einem selbständigen politischen Faktor geworden. Nun ist durch die Zerschlagung des Reiches, mehr durch die Revolution wie durch den Krieg, dieser politische Faktor „Reichsinteresse" ausgelöscht. Wir wissen nur, daß es auch heute noch eine bestimmte und weitgehende Interessengemeinschaft deutschsprachiger Länder geben muß. Wir begehen aber den Fehler, daß wir schablonenhaft mechanisch eine Reichsgewalt aufstellen, ohne vorher die wesentlichen Merkmale der jetzigen Uebereinstimmung von Landesinteressen und ihre Verschiedenheit zu der vorrevolutionären Epoche festzustellen. Daraus entsteht ein Konflikt zwischen Länderinteresse und der Autorität einer nicht mehr organisch aufgebauten Reichsgewalt, der höchst bedauerlich und folgenschwer ist. Denn er zwingt die einzelnen Länder zu einer Politik der Negation gegenüber dieser Reichsgewalt, und verhindert sie in der viel wichtigeren, wenn auch viel schwereren Arbeit positiver Art, nämlich der Bildung einer neuen möglichen Arbeitsgemeinschaft deutscher Staaten im Rahmen der heutigen kontinentalen Politik Europas.

Es ist furchtbar leicht, alles das, was einem politisch unbequem ist, als dumm, undeutsch und kurzsichtig sich vorzustellen, damit man es dann mit einer berauschenden Dialektik abtun kann. Dies aber ist nicht nur leicht, sondern auch gefährlich, denn es führt nur zu Irreführungen in den eigenen Reihen. Solche Verdächtigungen und damit Irreführungen werden heute über die tatsächlichen Gründe und Notwendigkeiten aller föderalistischen Strömungen in Deutschland ausgestreut. Sie führen zu Erbitterung, Feindschaft, Zerklüftung, und zu einer verhängnisvollen politischen Sprachverwirrung, sind also weiterhin reichszerstörend. Wir müssen begreifen, daß es jetzt in einzelnen deutschen Gebieten besondere deutsche Aufgaben gibt. Wir müssen vor allen Dingen erkennen, daß der Kampf um die Wiederherstellung der bayerischen Staatsgewalt in hervorragendem Maße eine gesamtdeutsche Angelegenheit ist. Und um das richtig zu verstehen, sollen in nachfolgenden Darlegungen im Zusammenhange jene Gedanken festgelegt werden, die zu einem Wesensbestandteil der kommenden bayerischen Politik gehören.

Zunächst müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß außenpolitische Ziele und Bestrebungen vorhanden sind, welche jeglichen Zusammenhang deutscher Staaten untereinander gefährden. Die Machtmittel zur Unterstützung solcher Bestrebungen sind nicht nur in den Bestimmungen des Versailler Friedens zu suchen, sie sind verkehrspolitischer und wirtschaftlicher Art, waren bis zur Ratifizierung verborgene Absicht, werden jetzt nach dem Inkrafttreten des Friedens politischer Wille werden. Auch Frankreich ist im Besitze solcher Machtmittel. Sie sehen folgendermaßen aus: Der notwendige Bedarf an linksrheinischer Kohle, aber auch an oberschlesischer und böhmischer, zusammen rund 5—6 Millionen Tonnen für Bayern allein, hängt im wesentlichen von der französischen Einstellung gegenüber Süddeutschland ab. Der für Bayern sehr wichtige, für München geradezu eine Lebensfrage bedeutende Zugverkehr West-Ost kann um Bayern herumgeleitet werden. Sowohl der Rhoneweg wie der Weg der Tauernbahn nach dem Mittelmeer sind für die südlichen und südöstlichen deutschen Sprachgebiete von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, und führen diese Gebiete an eine Interessengemeinschaft der Mittelmeerstaaten heran. Es bedeutet nur eine Erhöhung der Wirkung dieses französischen Einflusses, wenn in Bayern jede staatspolitische Initiative aufgehört hat, die mit dieser Tatsache rechnen kann, und sie unter die unmittelbare Kontrolle des eigenen Staatsinteresses stellt. Denn einem zu einer oder mehreren Reichsprovinzen umgewandelten bayerischen Staatskörper fehlt das nötige Schutzorgan, er kann nicht von Staat zu Staat verhandeln, es ist dann vielmehr auf der einen Seite ein staatlich organisierter politischer Wille, dem auf der anderen Seite ausschließlich das privatwirtschaftliche Interesse gegenübersteht. Also: Je größer die wirtschaftliche Verarmung und Lahmlegung Bayerns durch den unitarisch verkleideten Existenzkampf Berlins wird, um so stärker wird die Einbruchsmöglichkeit dieser französischen Machtmittel. Es liegt somit im Interesse der gesamtdeutschen Entwicklung, daß eine größere Elastizität in der Beachtung und Verwertung außenpolitischer Einflußmöglichkeiten eintritt, und daß die Kontrolle dieser kontinentalen Einflüsse Frankreichs durch die Wiederherstellung einer bayerischen Souveränität ermöglicht wird. Es handelt sich ja hier nicht um Machtmittel, die ausschließlich in der französischen Wirtschaft begründet sind, sondern es handelt sich um den Anteil Frankreichs an gemeinsamen kontinentalen Interessen, die wir nicht, ohne uns selbst zu schädigen, beiseite schieben dürfen.

Es ist nun kurzsichtig, daß man diejenigen Menschen, welche diese kontinentale Stellung Frankreichs und ihre Rückwirkung auf das Rhein-Main-Donaugebiet erkannt haben, dadurch zu bekämpfen sucht, daß man einerseits auf die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs hinweist, und anderseits mehr oder weniger versteckt die Möglichkeit einer politischen Konstellation zur Vorbereitung eines deutsch-französischen Revanchekrieges für gegeben erklärt. Das alles sind an und für sich keine sachlichen Urteile, vielmehr Gedankengänge, welche nur aus dem Bestreben kommen eine dem deutschen Gesamtinteresse nützliche, aber die heutige fiktive Reichsgewalt eindämmende außenpolitische Bewegungsfreiheit des Südens zu verhindern. Denn gerade weil Frankreich finanziell und wirtschaftlich in einer mindestens ebenso unsicheren Stellung wie Deutschland sich befindet, brauchen wir seinen Sadismus nicht zu fürchten, können wir vielmehr sein kontinentales Anlehnungsbedürfnis in wesentliche Vorteile für uns umwandeln und ihm seine Hysterie abgewöhnen. Nur der Starke ist am mächtigsten allein, die Schwachen aber müssen in der Gemeinschaft sich stärken. Und darin liegt begründet die Möglichkeit und Notwendigkeit einer kontinentalen Solidarität europäischer Staaten.

Es ist doch merkwürdig: solange Deutschland stark und mächtig war, hat man in Berlin niemals die kluge Zurückhaltung

und Selbstbeschränkung gefunden, die in einer deutsch-englischen Koalition uns viel internationale Rückendeckungen gegeben hätte. Heute, wo wir überhaupt im besten Falle nur Werkzeug oder militärisch-polizeiliche Kontrollstation der britischen Regierung auf dem europäischen Kontinent werden können, spielt man mit dem Gedanken eines deutsch-englischen Bündnisses. Die Engländer denken gar nicht daran, ein solches Bündnis anzustreben oder für möglich zu halten. Sie suchen nach Abhängigkeiten, insbesondere in jenen Gebieten, die ihnen aus wirtschaftlichen oder maritimen Gründen besondere Stützpunkte bringen, und sie spielen das komplizierte Spiel der mannigfaltigen Interessengegensätze in Europa selbst und in der Welt gegenüber Europa überhaupt mit einer bewunderungswürdigen Geduld und Kaltblütigkeit. Während sie bei der jüngsten Reise Clemenceaus nach London mit Frankreich bestimmte Vereinbarungen getroffen haben, wecken sie gleichzeitig im deutschen Norden die Hoffnung auf Unterstützung zu einem Krieg gegen eine polnisch-französische Koalition. England fürchtet heute nur eins, nämlich die Wiedererstarkung einer kontinentalen Wirtschaft durch die finanzielle Vormachtstellung Amerikas, und sucht diese durch eine Zersplitterungspolitik auf dem europäischen Kontinent, also durch eine Balkanisierung dieses Kontinents um ihre staatspolitische Wirkung zu bringen. Wie weit diese Politik Englands anders werden sollte, wenn, was nicht ausgeschlossen ist, die kommenden Wahlen ihm einen Uebergang zum Staatssozialismus bringen, brauchen wir heute noch nicht in unsere Rechnung zu stellen. Wir können aber sagen, daß eine solche Entwicklung in England lediglich eine Annäherung dieses Inselreiches an das gesamteuropäische Interesse fördern wird.

Heute noch vermag England seine maritimen Interessen nicht in Einklang mit kontinentalen Bedürfnissen zu bringen, es sieht vielmehr seine maritime Stellung durch nichts mehr gefährdet, als durch eine Politik der kontinentalen Solidarität, die langsam aber bestimmt zu einer gewissen Autarkie des alten Kontinentes führen kann. Es besteht also gleichzeitig eine französisch-englische Verständigung und ein Antagonismus zwischen London und Paris. Diese Kompliziertheit der englischen Politik wird in Deutschland heute übersehen. Und darum können wir noch nicht logisch ineinanderfügen, was einerseits englisch-französischen Antagonismus und anderseits englisch-französische Verständigung auf dem Kontinent immer wieder zu einem Wechselspiel zwingt. Aus reiner Lust an einer möglichst einfachen und primitiven Formel suchen wir in unserem Unverstand nach einer Politik des Mißtrauens gegenüber Frankreich und des Vertrauens gegenüber London. Beides aber ist falsch.

Frankreichs Ziel ist die Beseitigung der Hegemonialgewalt Preußens in Deutschland, England wünscht die Verhinderung einer einheitlich deutschen Kontinentalpolitik. Die französische Politik sucht in Wirklichkeit eine Elbelinie, die englische tut so, als wenn die Mainlinie französisches und nicht eigenes Ziel wäre. Beide politischen Ziele haben eins gemein, nämlich das Bestreben, die staatliche Gemeinschaft deutscher Bundesstaaten zu lockern. Hinter beiden steht die Absicht, den deutschen Einheitsstaat nicht zu dulden, wohl aber den Bestrebungen zum deutschen Einheitsstaat immer neue Nahrung zu geben, damit von innen heraus der politische Zusammenhang im Gebiete des früheren deutschen Reiches gelockert und aufgelöst wird. Wenn man aber untersuchen will, wer der gefährlichere Feind für eine Interessengemeinschaft deutscher Bundesstaaten ist, England oder Frankreich, so muß man das zentrale Problem eines nur mehr rein kontinental interessierten deutschen Reiches in seiner Förderung oder Bekämpfung durch beide Staaten näher ins Auge fassen.

Die wichtigste Verbindung zwischen Westen und Süden Deutschlands, zwischen Nordsee, Adria und Schwarzem Meer im Rahmen von kontinentalen Interessen ist der Schiffahrtsweg Rhein—Main—Donau. Bayern ist das politische Gelenk zwischen diesen beiden Strömen. Es stellt die politische Verbindung zwischen Rhein und Donau dar und ist gerade deswegen heute aufs empfindlichste gefährdet. Denn es sind nicht zu unterschätzende Kräfte am Werk, Bayern auseinander zu reißen und auf dem Wege einer falsch verstandenen deutschen Einheitspolitik und des Schürens von einem Gegensatz zu Frankreich das Maingebiet von dem deutschen Donaugebiet politisch abzutrennen. Damit wird aber weder ein preußischer, noch ein deutscher, sondern nur ein englischer Vorteil gewahrt.

Es ist bezeichnend, daß die in Darmstadt bis vor wenigen Wochen sich befindende englische Kommission, welche hinter der sogenannten großhessischen Bewegung stand, eifrig dafür werben ließ, daß das bayerische Unterfranken bis Würzburg von Bayern losgetrennt würde. Diese Idee des großhessischen Staates, die unter englischem Protektorat stand, hatte ja überhaupt die Aufgabe, einen Keil zwischen Süddeutschland und Westdeutschland zu treiben und gleichzeitig den Rheinstaat zu konkurrenzieren. England hat die Bewegung der rheinischen Republik so lange bekämpft, so lange es in der Vorstellung befangen war, daß dieses Staatsgebilde eine Erweiterung der französischen Machtsphäre bedeuten könnte. Mit dem Augenblick wo die britische Vertretung bei der hohen Kommission in Koblenz den wahren Charakter der rheinischen Bewegung durchschaute, hat sie sich ihrer angenommen, um so zu verhindern, daß dieses bedeutsame kontinentale Wirtschaftsgebiet ein Förderer des wichtigsten Binnenwasserweges von Mitteleuropa werde. Ursprünglich aber war die englische Politik im Rheinland eingestellt, das nördliche Rheintal dem eigenen Einfluß aufzuschließen, das südliche den Franzosen zu überlassen. Das ist der eigentliche Grund, warum die englische Besatzung ihren Sitz in Köln, die französische in Mainz hat.

In dem gleichen Maße, in dem nun Frankreich seine Abhängigkeit von England begreift, hat es, wenn auch aus Rücksicht auf seine öffentliche Meinung nach außen verschleiert, sich einer Politik der kontinentalen Solidarität genähert. Es sieht heute in einer innerstaatlichen Festigung des völkisch homogensten Gebietes in Deutschland eine wichtige europäische Aufgabe, die in seinem eigenen Interesse liegt, und erkennt die eminent politische Bedeutung des bayerischen Gelenkstückes zwischen Rhein und Donau vollkommen an.

Nur die preußische Hegemonie fürchtet dieses Frankreich. Zunächst wird man sagen müssen, daß diese preußische Hegemonie heute durchaus nicht die einzig mögliche Voraussetzung für eine politische Gemeinschaft deutscher Staaten ist. Es ist das Deutschtum nicht gefährdet, wenn es keine preußische Hegemonie mehr gibt. Es ist aber die Einheit Deutschlands aufs ernsteste in Frage gestellt, wenn es, zurückgeworfen auf rein kontinentale Aufgaben, den Westen und Süden auseinanderreißen läßt. Diesem Ziele stellt sich entgegen, und zwar in dem Bewußtsein, eine deutsche Aufgabe zu erfüllen, und in der Wahrung vitaler eigener Interessen, zugleich der Gesamtheit deutschen Volkstums zu dienen, die bayerisch-föderalistische Bewegung. Sie tut es natürlich nicht ohne ein wohlbegründetes Mißtrauen gegenüber dem Verständnis des Nordens für diese wichtige Aufgabe. Haben wir Bayern es doch erlebt in den Jahrzehnten deutschen Aufschwunges, daß man uns bei Aschaffenburg immer die Türe vor der Nase zugeschlagen hat, und in den Jahren, in denen man Geld besessen hätte, den Wasserweg zum Rhein nicht nur nicht einmal als Reichsinteresse proklamierte, sondern mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Der Weg Berlin—Bagdad war ein romantisches Abenteuer, solange man nicht ernsthaft die große Wasserstraße von Antwerpen nach dem Schwarzen Meer, kontinental gesichert, verwirklichen wollte. Es wäre wahrhaftige Kontinentalpolitik gewesen, wenn die Hohenzollernkaiser diesen deutschen Gedanken der Wittelsbacher in die Tat umgesetzt hätten. Sie hatten keinen Sinn für diese wichtigste der deutschen Aufgaben, weil dieser Schiffahrtsweg zwar durch deutsches Gebiet, aber nicht ausschließlich durch preußisches geführt werden mußte. Ja noch mehr. In den Tagen des Sieges, in der Zeit, in der Deutschland auf dem besten Wege war, die Vormachtstellung der östlichen Völkergemeinschaft im Kampfe gegen eine westlich transatlantische Plutokratie zu werden, und in der die Verwirklichung des Weges Rhein—Donau von einem in deutschem Besitz befindlichen Antwerpen nach einem unter deutscher Führung stehenden Schwarzen-Meer-Staate das Gebot der Stunde wurde, da hat die Berliner Regierung den Mut und die deutsche Treue besessen, diese Frage zur Komödie werden zu lassen, ernsthaft an dem Schiffahrtswege Donau—Oder—Elbe gearbeitet, und so den deutschen Süden auf dem die kontinentale Kraft des Deutschtums in Europa überhaupt aufgebaut werden kann, wirtschaftlich abzukapseln versucht.

Wahrhaftig, wenn man die bayerische Bevölkerung und ihre Stimmung kennt, dann muß man wissen, daß sie von allem anderen mehr erfüllt ist als von irgendwelcher Sympathie für das französische Wesen. Aber man hat in Bayern das Bild der Verösterreicherung unmittelbar an den eigenen Grenzen, man sieht, daß wir in einem fürchterlichen Tempo demselben Zusammenbruch entgegengehen, wie er in den deutschen Alpenlanden bereits Tatsache geworden ist, wenn wir in diesem unfruchtbaren Protestlertum, in jener phantasielosen Selbstgefälligkeit und in jenem armseligen Hoffen auf irgend einen deus ex machina ver-

harren. Nicht französischer Einfluß, deutscher Unabhängigkeitssinn zwingt uns, die Geschicke unseres Landes selbst in die Hand zu nehmen, um den letzten Rest von staatlichem Eigenleben vor dem Verdorren zu bewahren. Und noch immer hoffen wir, daß man auch im übrigen Deutschland begreift, daß eine auf partikularistisch-föderalistischer Plattform gebildete neue bayerische Regierung die Befreiung von marxistisch-zentralistischem Druck bringen wird.



Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der abgeschlagene Sturm auf den Reichstag.

Wirklich kritisch war die Berichtswoche; denn es wurde an der Zentralstelle ein ernstlicher Versuch gemacht, die Nationalversammlung und die Regierung durch einen Massensturm zu überwältigen. Wäre der Handstreich gelungen, so wäre zweifellos von Berlin aus die Räterepublik ausgerufen worden nach dem Muster von München, Budapest und Moskau.

Die ausländischen Machthaber ließen den 10. Januar als „welthistorisches Datum" verkünden, weil sie an diesem Tage endlich die Formalitäten zum Vollzug brachten, die das Inkrafttreten des Versailler Vertrages bedingten. Ein welthistorisches Datum hätte eher der 13. Januar 1920 werden können, wenn der Sturm in Berlin seinen Zweck erreicht und Deutschland in Bolschewismus und Bürgerkrieg gestürzt hätte. Dann wäre das ganze Machwerk von Versailles in sich zusammengebrochen.

Der Feldzugsplan vom 13. Januar war schlau angelegt, die unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher hatten öffentlich nichts weiter angekündigt, als eine „Demonstration" gegen das Betriebsrätegesetz, dessen zweite Lesung an diesem Tage in der Nationalversammlung anstand. Eine solche Massendemonstration ist ja heutzutage nicht mehr ungewöhnlich und anscheinend gesetzlich. Im vorliegenden Falle hatten aber die Macher alle ihre Kraft und Kunst daran gesetzt, um Scharen von Zehntausenden auf die Beine zu bringen und das ganze Heer um das Reichstagsgebäude zu konzentrieren. Es sollte das erreicht werden, was vor einem Jahre den Anlaß gab, die Tagung nach Weimar zu verlegen. Die Nationalversammlung sollte von den radikalen Massen in Berlin umzingelt und vergewaltigt werden. Die Umzingelung gelang auch, da die Regierung in der Absperrung des Reichstagsgebäudes lässig gewesen war, um nur ja nicht der Provokation beschuldigt werden zu können. Sie hatte sich darauf beschränkt, die Eingänge durch eine kleine Anzahl von Sicherheitspolizisten zu besetzen. Während nun die unabhängige Fraktion im Hause selbst die üblichen Proteste gegen das bißchen Sicherheitswache vom Stapel ließ, schoben sich die Massen unter den aufregenden Reden der Agenten immer dichter an die Eingänge heran, nahmen den polizeilichen Vorposten die Waffen ab, ergriffen und mißhandelten einige von den Sicherheitsleuten. Letztere bewahrten die anbefohlene Zurückhaltung und Geduld bis zum äußersten. Erst im letzten Augenblick, als die kleine Schutztruppe schon verloren zu sein schien, wurde der Befehl zum Feuern gegeben. Das Abwehrfeuer war glücklicherweise so kräftig, daß die stürmenden Massen stillstanden und sich zur Flucht wandten. Hätte die Sicherheitswache noch einige Sekunden gezögert oder sich auf bloße Schreckschüsse verlassen, so wäre das Haus erstürmt, die Nationalversammlung gesprengt und ein Blutbad unter den Abgeordneten und Ministern angerichtet worden.

Der Treue und Tapferkeit dieser Schutztruppe hat das Vaterland ungeheuer viel zu verdanken. Ihre opferwillige Zurückhaltung bis zum letzten Augenblick (sie hat selbst ein Dutzend an Toten und Verwundeten verloren) verdient besondere Anerkennung, weil dadurch die Schuldfrage vor Verdunkelung und Fälschung bewahrt blieb.

Präsident Fehrenbach enthielt sich bei der ersten Besprechung der blutigen Vorgänge klugerweise jedes Urteils über die Schuld, sondern sprach nur vom menschlichen Standpunkt das Bedauern aus. Um so wuchtiger konnte am folgenden Tage, als der Tatbestand amtlich klar gestellt war, die Abrechnung mit den radikalen Volksanführern vor sich gehen. Es war eine moralische Niederlage der Unabhängigen und ihrer kommunistischen Genossen, wie sie durchschlagender kaum gedacht werden konnte. Die ganze Bosheit des Planes und zugleich die heuchlerische Hinterlist der Drahtzieher wurde bloßgelegt.

Kann solche Entlarvung der verkappten Bolschewisten noch etwas nutzen? Trotz allen früheren Enttäuschungen darf man doch mit den bisherigen Nachwirkungen dieses Ereignisses zufrieden sein. Die sonst so üppigen Wortführer der Unabhängigen wurden verlegen und verhältnismäßig kleinlaut. Zwischen den Unabhängigen und Kommunisten sind Zwistigkeiten ausgebrochen, wie das unter den Generälen geschlagener Armeen üblich ist. Die Niederlage der Radikalen in Berlin hat abflauend eingewirkt auf das Streikfieber, das unter den Eisenbahnern und in einigen anderen Schichten wieder ausgebrochen war. In Berlin selbst zeigte sich eine heilsame Wirkung darin, daß der „Generalstreik" vom 15. Januar, zum Todestag von Liebknecht und Rosa Luxemburg, kläglich verpuffte.

Auch die Tatkraft der unabhängigen Fraktion in der Nationalversammlung hat sichtlich gelitten. Planmäßig und schandenhalber mußte diese äußerste Linke jetzt alles daransetzen, um durch Obstruktion die Erledigung des Betriebsrätegesetzes in dieser Woche zu verhindern. Das ausgedehnte Gesetz mit seinen vielen kniffligen Paragraphen bot Anhaltspunkte genug für die Verschleppungskünste. Aber die Dauerreden der Radikalen waren zu schwach gegenüber der entschlossenen Mehrheit und der strammen Geschäftsführung des Präsidenten. Die zweite Lesung wurde am Freitag in der Nachtstunde durchgeführt, und die Unabhängigen konnten nichts weiter erzwingen, als die Verschiebung der dritten Beratung auf den Sonntag. Am Sonntag, den 18. Januar 1920, wurde sodann das Betriebsrätegesetz in dritter Lesung mit 213 gegen 64 Stimmen angenommen. Anerkennung verdient es, daß die Mehrheitssozialisten gegen die Sturmagitatoren kräftigen Widerstand geleistet und dann trotz aller Hetzereien von links bei der Stange des vereinbarten Kompromisses geblieben sind. Die prompte Erledigung dieses strittigen Gesetzes besiegelt die Niederlage der Radikalen und kann insofern auch von denjenigen begrüßt werden, die über die Wirksamkeit der „Betriebsräte" sehr skeptisch denken. Man muß sich auch hier mit dem „kleineren Uebel" abfinden, und das wird erleichtert durch den Hinblick auf das große, vernichtende Uebel, das uns die Umstürzler unter Ausnutzung dieser Streitfrage zu bereiten drohten.

Die Wiederbesetzung des Erzstuhles von Köln.

Mit außerordentlicher Schnelligkeit ist die Erzbischofswahl in Köln vollzogen worden. Die Reise des Apostolischen Nuntius nach Berlin und Köln hat ohne weiteres alle Schwierigkeiten ausgeräumt, die sich aus der revolutionären Erschütterung des vertragsmäßigen Rechtsverhältnisses zwischen Kirche und Staat hätten ergeben können. Die Wahl wurde regelrecht in den hergebrachten Formen vollzogen. Erfreulich war ferner die Einmütigkeit und Entschlossenheit, mit der das Domkapitel seine Wahl traf.

Noch erfreulicher ist der Ausgang der Wahl, da zu dem Oberhirten dieser wichtigsten Diözese von Norddeutschland ein Mann berufen wurde, der einerseits noch in der Vollkraft seiner Jahre steht (geb. 1871) und anderseits doch infolge seiner frühzeitigen Berufung auf den Bischofsstuhl von Paderborn doch schon eine zehnjährige Erfahrung und glänzende Bewährung in der oberhirtlichen Amtsführung mitbringt.

Bischof Dr. Karl Joseph Schulte zieht im Zeichen des Friedens und des gesunden Fortschrittes in das heilige Köln. Im Zeichen des Friedens zwischen Staat und Kirche und auch im Zeichen des häuslichen, inneren Friedens in dem großen Erzbistum, dessen Glieder, hoch und niedrig, ihn rückhaltlos als den besten Nachfolger der verdienten Metropoliten begrüßen. Den gesunden Fortschritt, der auch der kirchlichen Verwaltung und Seelsorge unter den schwierigen Zeitverhältnissen zu wünschen ist, erhoffen wir von der bewährten Tatkraft des neuen Erzbischofs, der schon in seiner bisherigen Amtsführung reifes Verständnis für die Probleme der Zeit und eine ebenso geschickte wie feste Hand am Steuerruder erwiesen hat.

Die Präsidentenwahl in Frankreich.

Ueberraschenderweise ist Clemenceau, der gefeierte „Sieger", bei der Wahl zum höchsten Ehrenposten der Republik unterlegen. Paul Deschanel wurde am 18. Januar 1920 mit 734 von 940 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Für den selbstbewußten und ehrgeizigen Clemenceau wird der Durchfall erst recht überraschend gekommen sein. Er hat aber schnell gute Miene zum bösen Spiel gemacht und seinen Rücktritt in das otium cum dignitate verkünden lassen.

Was bedeutet diese Wendung im französischen Kongreß? Zunächst zeigt sie an, daß die französischen Volksvertreter sich wieder auf die innerpolitischen Aufgaben besinnen und nicht ausschließlich von „Ruhm und Beute" leben wollen. Ferner wird die Folge sein, daß die Staatspräsidentschaft unter dem eleganten Deschanel wieder mehr den repräsentativen Charakter an-

nimmt, während Clemenceau als Präsident ein Diktator geworden wäre. In bezug auf Deutschland ist von dem Chauvinisten Deschanel keine Freundlichkeit, aber wohl eine höflichere Manier, ein weniger brutales Verhalten zu erwarten. Immerhin schon ein gewisser Fortschritt in der Richtung des Friedens. Das weitere bleibt freilich von der schwer berechenbaren Haltung der Kammer und der allmählichen Gesundung der Volksmeinung abhängig.

Die Einigungsbestrebungen in Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Die „Allgemeine Rundschau" hat bereits in Nr 3 S 35 betont, daß das Ausscheiden der Bayerischen Volkspartei aus der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum kurz vor dem Reichsparteitag, der doch in gegenseitiger aufrichtiger Aussprache eine Klärung der so heiß umstrittenen Fragen hätte bringen sollen und können, auf das lebhafteste zu beklagen sei. Um zu einer gerechten Würdigung der Münchener Vorgänge und wenn irgend möglich zu einer Verständigung zu gelangen, ist es nun heute umso wichtiger, die Gedankengänge der Anhänger Dr. Heims kennen zu lernen. Auf der anderen Seite wäre zu wünschen, daß diese die große Vergangenheit des Zentrums, namentlich auch, was den Schutz agrarischer Interessen anlangt (Zolltarif!) nicht vergessen. Möge der Gemeinschaftsgeist, welcher Sonderinteressen dort zurückstellt, wo es das Wohl der Gesamtheit erheischt, heute bei allen Verantwortlichen, hüben und drüben, lebendig sein! Die „A. R." gewährt zur Orientierung den nachfolgenden Ausführungen Raum, ohne sich mit denselben im einzelnen zu identifizieren. D. Red.

Ist die vom Abg. Dr. Heim eingeleitete und zähe verfolgte Bauernbewegung den Strebungen bodenständigen Volksgeistes entsprungen oder nicht, ist sie von wirklicher Volkskraft geschwellt oder nicht? Nach diesen Hauptfragen allein hat sich das Urteil zu richten. Alles übrige trifft nicht den Kern der Sache, ist sekundärer Natur und bietet kein Aushilfsmittel gegen diese Aktion und ihre Folgen, wenn sie auf solcher Basis ruht.

Gar manche, die ob dieser Bewegung besorgt waren, seien es Parlamentarier oder Publizisten, haben am 9. November eine Enttäuschung erlebt, als der Parteitag der Bayerischen Volkspartei mit über zwei Drittel Mehrheit der Stimmen den Antrag annahm, die Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Reichszentrum und der Bayerischen Volkspartei zu lösen. Man hatte einer solchen Trennung stets entgegengearbeitet und einen solchen Beschluß nicht erwartet. Beim Ueberblick über das Kampffeld war wahrzunehmen, daß nur ablehnende Stimmen sich erhoben hatten, aus den Reihen der Parlamentarier der Bayerischen Volkspartei und der christlichen Arbeiterorganisation, deren Echo sehr lebhaft widerhallte in der Zentrumspresse des Reiches und der gegnerischen Presse in Bayern. Diese Aeußerungen, mehrfach stark untermischt mit persönlicher Befehdung, wurden für den Ausdruck der Grundstimmung in der Bayerischen Volkspartei gehalten. Für eine solche Aktion ist öffentlich niemand eingetreten. Gelegentlich glaubte man allerdings Untertöne dieser Art aus der Presse herauszuhören. Doch ging man nicht aus sich heraus. Das war auffallend, denn in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei ist der Widerspruch gegen die Reichspolitik und die Erdrosselung der Einzelstaaten weit verbreitet, ja allgemein, und die Kritik richtet sich potenziert dagegen, daß die Bayerische Volkspartei, weil sie in Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum stehe, in den engeren Kreis dieser Politik hineingezogen werde. So bekam die Oeffentlichkeit ein unrichtiges Bild von der Parteilage in Bayern und man wurde durch den Parteitag der Bayerischen Volkspartei der auf einmal unvermittelt einen Bruch zu vollziehen schien, überrascht und sah, daß man einem falschen Ideengang nachgegangen war. Dieser Parteitagsbeschluß war dabei nicht einmal etwas Ursprüngliches, er ist eine Folge der Bauern-Einigungsbewegung, vor welcher er parteipolitische Hindernisse beseitigt, um freie Bahn zu schaffen; er ist somit bereits eine Wirkung der Bauernbewegung.

Der „Arbeiter", das Münchener Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, teilt mit, Abg. Dr. Heim habe auf dem Parteitag das Wort gesprochen: „Die Lage in Bayern bestimmt in allererster Linie der Bauernstand." Der „Arbeiter" hält dieses Wort für gefährlich. Er hat Sorge vor einer einseitigen Standespolitik. Wie steht es nun aber auf der Gegenseite? „Das Reichszentrum ist mehr und mehr unter die Führung der christlichen Gewerkschaften gekommen. Das hat zu einer praktischen Politik geführt, die nicht immer die Befriedigung der agrarischen Kreise des Zentrums und namentlich der bäuerlichen Schichten in der Bayerischen Volkspartei gefunden hat", sagt die „Frankf. Zeitg." (Nr. 29 vom 12. Jan. 1919). Es ist unbestreitbar. Wie ja auch beim Hineinströmen in die Reichsämter immer nur von Gewerkschaftlern und Akademikern, jedoch nicht von bäuerlichen Politikern die Rede ist. Das sei angeführt, nicht um damit Kritik zu üben, sondern um den tatsächlichen Zustand zu beleuchten und damit zu beweisen, daß wenn der Ausspruch des Abg. Dr. Heim „gefährlich" ist, der zunächst seine Auffassung damit ausdrückte, es doch ebenso gefährlich wäre, wenn fernerhin die Lage in allererster Linie durch die christlichen Gewerkschaften bestimmt würde, unter deren Führung das Reichszentrum bereits steht, wie die „Frankf. Ztg." feststellte ohne daß sie irgendwie Widerspruch gefunden hätte.

Das vom „Arbeiter" angeführte Wort von dem bestimmenden Einfluß des Bauernstandes auf die Politik bedeutet keine einseitige Standespolitik. Außerhalb der Sozialdemokratie gibt es keine Standes- und Klassenpolitik. Jede bürgerliche Parteigruppierung hat allgemeine Politik zu treiben und die Staatspolitik für alle Interessen einzurichten. Ein anderes Verfahren sprengt jede bürgerliche Politik krachend auseinander. Was Abg. Dr. Heim sagte, konnte darum unmöglich gegen einen Stand gerichtet sein, auch nicht gegen die Arbeiter, deren Bedürfnisse im Rahmen des Staatsganzen ebenso Befriedigung erfahren müssen wie die der anderen Staatsbürger. Darüber sollte es keinen Streit geben, weil es eine Selbstverständlichkeit ist.

Jeder Landes- und Sachkundige weiß, daß der Bauernstand in Bayern die feste Grundlage der Volkswirtschaft bildet. Das ist nicht bloß territorial nach dem Größenverhältnis der in der Bewirtschaftung der Landwirtschaft stehenden Fläche und bevölkerungspolitisch nach der Zahl der Besitzer und Beschäftigten zu verstehen, sondern noch weiterhin in dem Sinne, daß alle Mittel- und Kleinstädte Bayerns agrarpolitisch interessiert sind, deren Wirtschaftlichkeit sich unmittelbar auf das Gedeihen der landwirtschaftlichen Bevölkerung stützt, mit der sie sich wirtschaftlich verbunden fühlen, was insgemein übersehen wird. Mit der Statistik allein kann man einen Staatsorganismus eben nicht kennen lernen.

Daraus geht zugleich hervor, wie das Wort, daß der Bauernstand in erster Linie die Lage in Bayern bestimme, zu verstehen ist. Es drückt keineswegs eine einseitige Standespolitik aus. Der Bauernstand ist auch angewiesen auf den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand in Stadt und Land. Es ist dem Schreiber dieser Darstellung kein Fall im Gedächtnis, in dem sich diese Stände wirtschaftspolitisch im Gegensatz zum Bauernstand befunden hätten, und umgekehrt. Diese Stände haben nicht immer gleiche wirtschaftliche Interessen, sie wissen sie aber auszugleichen und stehen sich am nächsten in Hinsicht der Wirtschaftspolitik der Parlamente.

Diese großen Wirtschaftsgruppen des Landes politisch zusammenzuführen ist ein Gebot der Staatserhaltung. Ob es jetzt geschieht, darüber keine Prophezeiung. Indessen ist es politisch notwendig, es ist sogar eine Lebensnotwendigkeit, ohne deren Erfüllung das Land Bayern bei seiner wirtschaftlichen Schichtung zugrunde gehen könnte. Daraus erwachsen für alle politischen Parteien die allergrößten Schwierigkeiten, wenn die Bewegung, die mit der Einigung der Bauern beginnt, den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand mitziehen und mit einem Zusammenschluß aller Seßhaften endigen soll, zum Ziele gelangt. Ist es eine auf breiter Grundlage sich dahinbewegende, aus dem Volksgeist hervorgegangene, auf einer Interessensolidarität der großen Mittelstandsgruppen gestützte Bewegung, so zieht sie die Wählermassen an sich und die politischen Parteien werden ausgehöhlt. Gegen eine Volksbewegung dieser Art kann man sich nicht in Oppositionsstellung begeben und kann sich nicht mit Parlamentsreden, Preßstimmen und Parteitagsbeschlüssen salvieren. Es geht ums eigene Leben. Das gilt auch für den Bauernbund selbst, in dessen Reihen einige Zeitungen gegen die Bauernvereinigung kämpfen, was dann von der demokratischen Presse für furchtbar wichtig gehalten wird, während es doch nur der Ausfluß der Sorge der betreffenden Zeitung für ihre wirtschaftliche Existenz ist, die sie bei der Bauernbundsbewegung gefunden zu haben glaubt.

Die Einigung auf der hier besprochenen Grundlage ist wirtschaftlich und politisch eine Notwendigkeit. Wirtschaftlich deshalb, weil nach dem Zusammenbruch der Industriestaatsbestrebungen mit deren Wiederkehr in altem Umfang und in der früheren Intensität nicht zu rechnen ist; die Landwirtschaft nicht nur den Hauptwirtschaftsbetrieb bilden wird, der im wesent-

lichen ungestört vom Ausland geführt werden kann, sondern auch, weil er die Volksernährung wegen der Verarmung Deutschlands, das keiner hohen Einfuhr fähig ist, ganz ausschließlich zu besorgen hat und die Hauptquelle für künftigen Wohlstand bilden wird. Selbst die demokratische „Vossische Zeitung" in Berlin (Nr. 644 vom 18. Dez. 1919) schrieb, das einzig Positive, was die Reichsregierung tue, sei: sie **zerschlage die landwirtschaftliche Produktion** im eigenen Lande, lasse fremde Lebensmittel und Luxusartikel zu märchenhaften Preisen ins Land und versuche, die Volksmassen in guter Laune zu halten, indem sie zu den teuer erstandenen ausländischen Lebensmitteln Zuschüsse gebe, die sie durch reichlichen Notendruck bezahle. Unter all diesen Umständen werden die Bauern zwangsläufig den Weg zur Einigung gehen. Sie wird, wie man vermuten muß, keineswegs auf Bayern beschränkt bleiben. In Bayern drängen noch die **politischen Gründe** dazu. Der Bauernstand als der verbreitetste Stand bildet in seiner festen Struktur und Geschlossenheit einen tragfähigen Unterbau für die Wiederaufrichtung und für die Herstellung einer haltbaren Ordnung im Staate Bayern, der durch den Zusammenschluß des gesamten Mittelstandes dann stark verbreitert und befestigt wird. Darum hat auch diese Bewegung in den Kreisen der **Intellektuellen** weitgehende Sympathien.

Nun stelle man sich die Wirkung auf die **Wahlen** vor. Die vereinigten bäuerlichen Organisationen bereiten ein eigenes Programm vor, sie stellen mit den bereits geeinigten gewerblichen Organisationen und der kaufmännischen Gruppe eine **gemeinsame Kandidatenliste** auf, auf welche auch aus den Kreisen der **Intellektuellen** für alle Zweige des Staatslebens tüchtige Vertreter gesetzt werden. **Diese Liste wird siegreich sein.** Alles unter der Voraussetzung vollzogener Einigung.

Die Bewegung, die man in Bayern vor sich hat, ist in allererster Linie ein Erzeugnis der **inneren Lage**, sie ist dem Bedürfnis entsprungen, für eine widerstandsfähige Staatsordnung und den wirtschaftlichen Zusammenschluß zu sorgen. Das Hemd ist einem näher wie der Rock. Dazu kommen dann die starken Impulse aus der **Reichspolitik**, deren Ueberraschungen, wie die Pläne mit der Beamtenzentralisierung jetzt wieder zeigen, nicht zu Ende gehen. Die Auslieferung der Einzelstaaten an den Berlinismus, der am 13. Januar eine Schlacht gegen den Reichstag geführt hat, bei dem mehrere Dutzend Tote fielen, wirkt als ständige Gefahr, gegen die man sich schützen muß. Man weiß nicht, was von dorther noch alles kommen kann. Der Beschluß des preußischen Parlaments, möglichst rasch die Einführung des **Einheitsstaates** zu vollziehen, hätte gar nicht besser ad absurdum geführt werden können. Ich verstehe meine Gesinnungsgenossen in den Rheinlanden sehr wohl, wenn sie die Autonomie erstreben, die sie schon 1848, wie Briefe Reichenspergers, Walters und andere Kundgebungen aus jener Zeit beweisen, haben wollten; allein, was von einem Einheitsstaat an Autonomie zu erhalten ist, in welchem die Sozialdemokratie am Ruder sitzt, darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben. Zudem würde selbst die beste Dotierung einer solchen Autonomie nicht entfernt an das herankommen, was dem bayerischen Staate verloren gegangen ist und noch weiter verloren werden soll. Die Autonomie von Provinz und Staat sind grundverschiedene Dinge.

Aus dieser Gestaltung in Bayern hat die **Bayerische Volkspartei** die einzig mögliche Folgerung gezogen und durch die Lösung der **Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum** die volle Unabhängigkeit für ihre politischen Entschlüsse wieder an sich genommen. Die Gründe, die gegen diese Trennung angeführt worden sind, sind die alten, oft vorgetragenen. Es ist wohl eine Schwächung des Reichstagszentrums in der Koalitionsregierung eingetreten. Aber für eine sachliche Politik, die in Bayern befriedigt, ebenso für die kulturellen Fragen, ist nach wie vor, vorbehaltlich der Prüfung des Einzelfalles, ein übereinstimmendes Votum möglich, wie auch die gegenseitige Unterstützung für die Besetzung der Kommissionen und des Präsidiums sich von selbst versteht, denn man geht nicht auseinander als Feinde, sondern als Freunde. Schließlich ist diese Auseinandersetzung doch dem Verlust der bayerischen Mandate bei den Wahlen vorzuziehen, der zum größten Schaden ausschlagen würde.

Man muß bei der Betrachtung dieser Vorkommnisse die geschichtliche Entwicklung im Auge behalten. Daß die Bayerisch-patriotische Partei, die im Zollparlament noch getrennt marschierte, bei der Reichsgründung zum Zentrum übertrat, war wesentlich Windthorst zu verdanken, der in Erfurt des öfteren mit ihnen beraten hatte. Die Oppositionsstellung des Zentrums gegen den Unitarismus und die darauf gerichtete preußische Politik waren wesentliche Vorbedingungen für dieses Zusammengehen, gegen welches eine starke Abneigung immer vorhanden blieb, die 1881 und 1893 bei den Wahlen sich zu Losreißungen verstärkte. Im Jahre 1882 errang die Partei der Extremen Erfolge, die sich auf innerbayerische und reichsdeutsche Motive stützte; sie ging nach und nach wieder im Zentrum auf. Dann kam 1893 die Bauernbundsabsplitterung, welche seitdem nicht mehr zur Ruhe gekommen ist. Interne Versuche von 1896 und 1898 trieben nicht nach außen. Bei den Wahlen vom Januar 1919 wurde überraschenderweise in Pfarrkirchen vom Bauernbund des Rottals beschlossen, als geschlossene Partei in die Bayerische Volkspartei einzutreten und sich gegen den Radikalismus zu versteifen. Warum das nicht vollzogen ward, ist nicht bekannt geworden. Der Bauernbund ist dann auf 15 Mandate angewachsen und eine Parlamentsgruppe geworden, mit der man zu rechnen hat.

Aus diesen Verhältnissen heraus ist nach Ausbruch der Revolution die **Bayerische Volkspartei** gegründet worden, mit welcher die Zeit des Zentrums in Bayern abgeschlossen werden sollte. Die neue Partei sollte ein selbständiger Körper neben dem Zentrum und unabhängig von der Zentrumspolitik sein. Das ist fort und fort betont worden. Die großen Gefahren der Revolution mögen es herbeigeführt haben, daß, eigentlich im Widerspruch mit der Entstehungsgeschichte der Bayerischen Volkspartei, die Arbeitsgemeinschaft geschlossen wurde, welche eine stärkere Gruppe in dem Revolutionschaos des Parlamentes bildete. Was nun weiter werden wird, kann man in gradliniger Weise nicht voraussehen. Doch spricht die Vermutung stark dafür, daß die **Trennung keine zeitlich begrenzte** sein wird. Die geschilderte Lage in Bayern steht einer Wiedervereinigung vorerst durchaus im Wege. Die Demokratenpresse glaubt, die Wiedervereinigung mit dem Zentrum als Vogelscheuche für den Bauernbund benützen zu sollen, allein wenn eine Bewegung einmal tiefe Furchen zieht, ist diese demokratische Beschäftigung nicht einträglich.

Die Verteilung des steuerpflichtigen Einkommens in England und seine Belastung.

Von Dr. Glier, Berlin.

V. (Schluß.)

Zur **Upper Middle Class** (oberen Mittelklasse) kann man rechnen die

Einkommen von	Personen (Tsd.)	Steuerbares Einkommen	Zur Steuer herangezogen Mill. Pfd. St.	Ertrag
701— 800 Pfd. St.	49	37	34	5,68
801— 900 „ „	42	35	34	5,69
901—1000 „ „	35	38	33	5,49
1001—1500 „ „	92	110	108	22,40
1501—2000 „ „	45	77	76	18,39
2001—2500 „ „	29	64	63	17,71
	292	356	348	75,81

Hier wird fast das ganze Einkommen zur Steuer herangezogen. Abatements greifen nicht mehr Platz; die Allowances fallen nicht mehr ins Gewicht, bezw. ganz weg. In Betracht kommt da nur das Kinderprivileg (bis 800 Pfd. St. Einkommen) und dann die Abzüge für Lebensversicherungen. Die kommende Reform der Steuer dürfte auch dieser Klasse einige Vergünstigungen bringen; die Upper Middle Class gilt heute als **die notleidende Schicht der englischen Einkommensteuerzahler**[6]. Der Schatzkanzler wird also bei der kommenden Novelle auch an sie denken müssen; sowohl durch Zulassung eines sehr erweiterten Kinderprivilegs (bis vielleicht 1200 Pfd. St.), wie durch eine Neubemessung der Abatements (Erstreckung derselben bis 1000 Pfd. St.) und vielleicht auch durch eine kleine Ermäßigung des Steuerfußes.

Das zur Steuer herangezogene Einkommen ist in der unteren Klasse mit 16,5 und in der obersten Stufe mit 26,5% belastet.

---

[6]) Man stelle sich vor, in welche Lage sich ein Rentner mit 1000 Pfund Sterling Einkommen, der davon vor dem Krieg — natürlich nicht in London — recht behaglich leben konnte, jetzt, abgesehen von der Steuer, infolge der Geldentwertung versetzt sieht. Namentlich die Geistlichkeit führt bittere Klagen über ihre Verpowerung! 1000 Pfund Sterling Renteneinkommen zahlten vor dem Krieg 58 Pfund Sterling und jetzt 190 Pfund Sterling Steuer. Es verbleiben also dem Bezieher noch 810 Pfund Sterling, welche bei Halbierung des Geldwertes rund 400 Pfund Sterling vor dem Krieg darstellen. Der Mann hat seinen Standard of life (Lebenshaltung) um 60 % zurückzuschrauben!

VI.

1. Und dann kamen die „Großen“, jene Einkommen, welche der Supertax (Zuschlagssteuer) unterliegen, und bei denen die Steuer in den obersten Stufen schon seit 1918 über 50% des Einkommens ausmacht; mit aller Aussicht, daß es demnächst 60% und mehr werden.

Einkommen Pfd. St.	Zahl der Zensiten	Steuerbares Einkommen	Ertrag der Einkommensteuer	Ertrag der Zuschlagsteuer
		Mill. Pfd. Stb.		
2501— 5000	63535	123	36 0	3,4
5001— 10000	18974	95	27,7	7,3
10001 - 15000	4023	49	14,1	5 9
15001— 20000	1749	30	8,6	4,3
20001— 25000	906	20	5,7	3,2
25001— 30000	550	15	4,3	2,5
30001— 40000	566	19	5.6	3,3
40001— 50 000	257	11	3 3	3,0
50001— 75000	270	16	4.7	3.0
75001 - 10 000	122	11	3,0	2,0
über 100000	148	28	8,8	5,4
	59100*)	417	121,8	42,3

England hat also während 1918/19 nicht weniger als 540 Markeinkommen-Millionäre gehabt (während 1919/20 werden es noch mehr gewesen sein), die insgesamt 1,1 Milliarden *M.* bezogen und davon 521 Millionen *M.*, etwas über die Hälfte, an den Staat als Steuer abzuführen hatten.

2. England hat sich lange gegen die Progression der Einkommensteuer gesträubt; man wollte an dem Grundsatz des Abzuges der Steuer an der Quelle nicht rütteln lassen; er galt der Steuerverwaltung für so wertvoll, daß sie auf die Progression Verzicht leisten zu sollen glaubte. Man ließ es also bis 1909 bei der „Proportion“ (IV. Z 1) bewenden und erhob je nach Bedarf so und so viel Pence vom Pfd. St. — im Jahre 1894/95 8 d (3,3 %); im Jahre 1900/01 (südafrikanischer Krieg) 1 s (5 %); im Jahre 1901/02 1 s 2 d (nicht ganz 6 %) und im Jahre 1902/03 sogar 1 s 3 d (6,6 %); später wieder 1 s. Seit 1907/08 macht man auch einen Unterschied zwischen Arbeitseinkommen und Renteneinkommen; für ersteres wurden unter 2000 Pfd. St. anfänglich nur 9 d erhoben. Der Engländer bildete sich auf diese „Belastung“ etwas ein. Sonst aber konnte sich der Mann mit einem Einkommen von 80,000 Pfd. St. schlafen legen in dem Bewußtsein, daß er „im Verhältnis“ nicht mehr zu versteuern habe wie der mit 8000 und mit 800 Pfd. St. Einkommen.

Im Jahre 1909/10 kam dann das „Unglück“, die Supertax; derjenige, der 5000 Pfd. St. Einkommen bezog, mußte von dem Einkommen über 3000 Pfd. St. 6 d für das Pfd. St. (50 Pfg. von 20 *M*) Zuschlag bezahlen. Im Jahre 1914 wurde dann schon der Besitzer eines Einkommens von 3000 Pfd. St. mit dem über 2500 Pfd. St. hinausgehenden Betrag in die Supertax einbezogen; und zwar jetzt in eine (noch vor dem Krieg!) graduierte Supertax! Gegenüber einem Einheitssatz von 6 d ohne Unterschied der Einkommenshöhe stieg der Zuschlag zur Einkommensteuer jetzt von 5 d bei 2500 Pfd. St., bis 1 s 4 d bei 10,000 Pfd. St.

Der Zuschlag wurde dann unter Heranziehung der Einkommen von 2500 Pfd. St. ab 2000 Pfd. St. im Jahre 1915/16 schon in den untersten Stufen auf 10 d für das Pfd. St. (85 Pfg. von 20 *M*) erhöht, um (durchgestaffelt) mit 3 s 6 d für Einkommen über 10,000 Pfd. St. zu enden. Seit 1918/19 beginnt er mit 1 s (1 *M* von 20 *M*) und endet (durchgestaffelt) bei 4½ s vom Pfund (4½ *M* von 20 *M*)

Bei 10,000 Pfd. St. hört die Progression auf. Diese Tatsache feststellen heißt, eine Aenderung für die Zukunft ankündigen.

3. Da in der Zwischenzeit auch die Standard Rate (Einheitssatz) der Einkommensteuer fortgesetzt erhöht worden war — 1 s 2 d im Jahre 1910/11 (1,17 *M* von 20 *M*); 1 s 3 d (1,25 *M* von 20 *M*) im Jahre 1914/15; 3 s (3 *M* von 20 *M*) während 1915/16; 5 s (5 *M* von 20 *M*) während 1917/18; 6 s (6 *M* von 20 *M*) im Jahre 1918/19 —, zahlt heute ein

Einkommen von	Einkommensteuer	Zuschlagsteuer	Zusammen
3000 Pfd. St.	900 Pfd. St.	62 ½ Pfd. St.	962 ½ Pfd. St.
5000 „ „	1500 „ „	287 ½ „ „	1787 ½ „ „
10000 „ „	3000 „ „	1187 ½ „ „	4187 ½ „ „
50000 „ „	15000 „ „	10187 ½ „ „	25187 ½ „ „
100000 „ „	30000 „ „	21437 ½ „ „	51437 ½ „ „

*) Supertax aber wurde während 1918/19 nur von 48,000 Personen mit 340 Mill. Einkommen tatsächlich gezahlt. S. Z. 4. Die Steuer wird auf Grund eines dreijährigen Durchschnittes veranlagt, so daß man bei einem erstmaligen Einkommen von 2501 Pfund im Jahre 1919 nicht schon im Jahre 1920 supertaxpflichtig wird.

oder in Prozenten ausgedrückt: das Einkommen von 3000 Pfd. St. (600,000 *M*) 32 %; das Einkommen von 5000 Pfd. St. (100,000 *M*) 36 %; das Einkommen von 10,000 Pfd. St. (200,000 *M*) 42 %; das Einkommen von 50,000 Pfd. St. (1 000 000 *M*) 50 % und das Einkommen von 100,000 Pfd. St. (2 000,000 *M*) 51,4 %; gegen bescheidene 5 % vor 11 Jahren, vor Einführung der Supertax.

4. In die einzelnen Supertaxklassen fiel ein

Einkommen von	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19
	Mill. Pfd. St.				
2501— 5000	59,8	57,1	58,7	65,5	97,5
5001—10000	64,0	62,3	70,7	78,9	79,5
über 10000	121,0	107,5	130,6	145,6	163 0
zusammen:	244,8	226,9	260,0	290,0	340,0
Zahl der Zensiten	30211	29000	32000	35500	48000

Für das letzte Jahr ist ein ungeheurer Sprung in der Zahl der Zensiten sowohl wie in den der Steuer unterworfenen Beträgen festzustellen. Wie ist das zu erklären? Abgesehen von der Einbeziehung schon der Einkommen ab 2500 Pfd. St. (mit dem über 2000 Pfd. St. hinausgehenden Betrag) wird erst zwei Jahre nach dem Steuerjahr, für welches das zuschlagsteuerpflichtige Einkommen anzumelden ist, die Steuer, die sich auf dreijährige Durchschnitte gründet, „wirksam“. Im Steuerjahr 1918/19 wurde ermittelt das zuschlagpflichtige Einkommen aus dem Jahre 1917/18 und dann die Steuer veranlagt auf Grund des Durchschnitts aus 1915/16, 1916/17 und 1917/18. Die Kriegsgewinnwirkungen auf das zuschlagssteuerpflichtige Einkommen traten also verzögert in die Erscheinung; dafür aber jetzt (auch wegen Herabsetzung der Grenze) mit um so größerer Wucht.

5. An und für sich ist aber das in die Supertaxgrenze hineinragende Totaleinkommen noch viel größer gewesen. Die zur Einkommensupertax angemeldeten Beträge kamen zustande nach Abzug der Exzess Profits Duty (Kriegsgewinnsteuer), welche 80 % des über den Pre-war Standard (Durchschnitt des Vorkriegsgewinnes) hinausgehenden Geschäftsertrags vorweg für den Staat in Anspruch nahm. Hier liegt also, Beibehaltung der gegenwärtigen Einkommenverhältnisse vorausgesetzt, noch eine stille Reserve für den Schatzkanzler, sobald, was für die nächste Zeit zu gewärtigen ist, die Kriegsgewinnsteuer verschwindet.

VII.

1. Wie oben festgestellt, sind aus den „kleinen Leuten“ mit einem Einkommen von 130—160 Pfd. St. ganze 1,68 Mill. Pfd. St. Einkommensteuer „heraus“geschlagen worden; aus den Einkommen von 130—250 Pfd. St. nur 7,89 Mill. Pfd. St. Dem Schatzkanzler kann es also schließlich nicht schwer fallen, auf die Einkommensteuer bis zu 250 Pfd. St. zu verzichten und sich anderweitig schadlos zu halten. Eine kleine Korrektur der Supertax genügt, um das Verlorengehende wettzumachen.

Wahrscheinlich aber wird demnächst eine sehr große Korrektur erfolgen: die Graduierung über 10,000 Pfd. St. hinaus. „The idle Rich“ (der faule Reiche) hat damit zu rechnen, daß er wahrscheinlich 6 s 8 d (oder gar 7 s?) Einkommensteuer und vielleicht 6 s Zuschlagsteuer, also zusammen 12 s 8 d oder 13 s (gegen jetzt 10 s 6 d) zu bezahlen haben wird (13 *M* gegen jetzt 10½ *M* von 20 *M*). Billiger wird es der Schatzkanzler auf die Dauer kaum machen. Dann kann er den Wünschen der Arbeiter auf eine Heraufsetzung des Existenzminimums Rechnung tragen und braucht die Steuer erst bei 251 Pfd. St. einsetzen zu lassen. Es fallen damit 7,89 Mill. Pfd. St. Steueraufkommen, aber auch über 4 Millionen Zensiten aus. Eine ungeheure Erleichterung für die Veranlagungsbehörde bei einem verhältnismäßig nicht sehr schweren Opfer!

Fraglich ist allerdings, ob ihm die Sache nicht doch teurer zu stehen kommen wird als oben berechnet; ob er nicht nur 8 Mill., sondern vielleicht 8 + 20 Mill. wegschenkt. Er wird es sich zu überlegen haben, ob er nicht die personal Allowances bei einer derartigen Heraufsetzung des Existenzminimums, die Abzüge für Frau und Kinder ändern oder doch ganz bedeutend einschränken muß. Läßt er diese in der jetzigen Höhe bestehen, so wird die Heraufsetzung des Existenzminimums von 130 auf 250 Pfd. St. ein teurer Spaß. Er kostet ihm, vorsichtig berechnet, 20 Mill. Pfd. St. Wenn die Einkommensteuer erst bei 251 Pfd. St. beginnt und die Allowances (Abzüge auf Grund des Personenstandes) bleiben wie jetzt bestehen, so wird das Haupt einer sechsköpfigen Familie für seine Ehefrau 50 Pfd. St. und für das erste Kind 40 Pfd. St. und für die anderen drei Kinder 75 Pfd. St., und wenn er noch einen unterstützungs-

bedürftigen Verwandten bei sich hat, weitere 25 Pfd. von seinem Einkommen abziehen können, zusammen 190 Pfd. St., d. h., er kann 440 Pfd. St. (wenn er 50 Pfd. St. Lebensversicherungsprämie zahlt, sogar 490 Pfd. St., d. h. fast 10.000 ℳ Einkommen haben, ohne einkommensteuerpflichtig zu werden! Die Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums wird also eine Revision der Allowances zur Folge haben müssen. Sonst reißt sich der Schatzkanzler ein etwas zu großes Loch in den Rock!

2. Aber auch nach einer anderen Seite hin wird sich der Schatzkanzler die Sache zu überlegen haben. Wenn ein Junggeselle, der sich keine Abzüge machen darf, Abstinenzler ist, weder dem Nikotin noch dem Alkohol huldigt, so zahlt er nur noch Steuer bei Tee und Zucker und vielleicht Mineralwasser. Kann der Schatzkanzler einen Mann mit 250 Pfd. St. = 5000 ℳ Einkommen so leichten Kaufes ziehen lassen? Damit wird der Schatzkanzler vor ein weiteres Bedenken gegen die Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens gestellt.

Wie wird er das Problem lösen? Vielleicht durch Heraufsetzung der Steuergrenze auf nur 180 Pfd St. mit Erweiterung der Abzugsmöglichkeiten? Erhöhung des Kinder- und Ehefrauen-Privilegs? (S. auch Z. 4).

3. Im Jahre 1918/19 steuerten in England

		Gesamteinkommen
die kleinen Einkommen (bis 250 Pfd. St.)	8 Mill. Pfd. St.	638 Mill. Pfd. St.
die untere Mittelklasse (bis 700 Pfd. St.)	26 „ „ „	334 „ „ „
die obere Mittelklasse (bis 2500 Pfd. St.)	75 „ „ „	356 „ „ „
die Wohlhabenden (bis 10000 Pfd. St.)	74 „ „ „	218 „ „ „
die „Reichen“ (über 10000 Pfd. St.)	90 „ „ „	199 „ „ „
Nicht näher ausgewiesenes Einkommen [*])	65 „ „ „	— „ „ „
	838 „ „ „	

Die englische Einkommensteuer ist in jeder Hinsicht vor dem Kriege eine aristokratische Steuer gewesen und ist es in ihrem Effekt auch heute noch. Die obersten 50,000 Zensiten zahlen (aus einem Einkommen von 199 Mill.) über 160 Mill. Steuer; während die übrigen mehr als 5 Mill. Zensiten 110 Mill. aufbringen.

4. Vor 8 Jahren schätzte man die Zahl der Steuerzahler auf etwas über 1 Mill. Wenn man die Einkommen bis 250 Pfd St. steuerfrei zu lassen sich entschließt, so werden aus den jetzt 5½ Mill. Zensiten alsbald wieder nur 1½ Mill. werden. Stellt man hinter jeden dieser 1½ Mill. Steuerzahler eine Familie mit 4½ Köpfen, so kommt man auf 6½ Mill. von der Einkommensteuer eigentlich „betroffene“ Personen (gegen jetzt etwa 25 Mill.). Nimmt man die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs mit 45 Mill. an, so würde man sagen können, daß — nach der oben skizzierten Form — 1/7 der Bevölkerung in die Maschen der Einkommensteuer verstrickt ist; während 6/7 durch die Maschen fallen; eine angesichts der Erweiterung der politischen Macht der breiten Massen nicht leicht zu rechtfertigende Maßnahme!

Gleichwohl wird dem Schatzkanzler kein Ausweg bleiben, den Einkommensteuerfreien muß er dann (vorausgesetzt, daß sie „stille halten“; sie tun es aber in der Mehrzahl nicht, sondern wälzen die Steuern und noch etwas dazu ab) die Kriegsrechnung aufmachen im Wege der indirekten Steuern, die, jetzt schon sehr hoch, wahrscheinlich noch ein Stockwerk aufgesetzt erhalten. Es betrug das Aufkommen aus dem

	1913/14	1919 20 (Schätzung)
	Mill. Pfd. St.	
Bier	13,62	59 93
Branntwein	23,98	52 00
Tabak	18,26	46,85
Tee	6,50	14.20
Zucker	3.27	38,50

wobei zu bemerken ist, daß schon nach der geltenden Gesetzgebung namentlich Bier, Branntwein und Tabak noch weit mehr liefern werden, als in die vorstehende Tabelle eingestellt ist. Die vorstehenden fünf großen Artikel lieferten vor dem Kriege 66 Mill. Pfd. St. und jetzt 212 Mill. Pfd. St., mit Aussicht auf 250—260 Mill. im Jahre 1920/21. Hier wird also die von der Einkommensteuer jetzt schon verschonte und später noch zu verschonende breite Masse „geschröpft“; allerdings wieder mit Anzeichen, die bedenklich stimmen können. Der Teezoll soll nach den Wünschen der Arbeiterpartei von jetzt 1 s generellen Tarif (und 10 d Vorzugszoll für indischen Tee) auf 3 d herabgesetzt und der Zuckerzoll — mindestens — halbiert werden, sodaß an Stelle von 52 Mill. Pfd. St. Aufkommen aus diesen beiden Steuern vielleicht nur 23 Mill Pfd. St. treten würden. Die Zahlung der Bier-, Branntwein- und Tabaksteuer kann man durch Enthaltsamkeit vermeiden; die Tee- und Zuckersteuer nicht; diese sind **allgemeine** Steuern; sie treffen jeden. Jetzt wird dem Schatzkanzler zugemutet, daß er auch auf große Beträge aus diesen zwei „allgemeinen Steuern“ verzichten soll! Wird er das können? Der Schatzkanzler wird bei der immer weiter gehenden Erleichterung bei der Einkommensteuer auf ein paar „gut ausgebildete“, alle Kreise erfassende indirekte Steuern den größten Wert legen müssen. Die Demokratie kann unmöglich auf die Dauer sich von einer immer kleineren Personenzahl „aushalten“ lassen. Solches um so weniger, als die **Gegenleistungen** des Staates an die breiten Massen (in Form von Renten aller Art, Ausgaben für Arbeitsvermittlung und Erziehungszwecke usw.) sich ungeheuer vermehrt haben.

*) Davon machen die unverteilten Gewinne von Gesellschaften wohl 75 % aus. Dazu kommen noch die Einkommen von nicht in England wohnenden Ausländern, die in England steuerpflichtig sind usw.

Praktische Arbeit für die Völkerverständigung und die katholische Internationale.

Von Dr. Otto **Färber**, München.

In Wjätka (Nordrußland) lebte in der Verbannung ein grusinischer Fürst. Er hielt das rauhe Klima nicht aus und bekam eine sehr gefährliche Schwindsucht. Ich besuchte ihn einige Tage vor seinem Tode; er war zwar nur noch halb lebendig, sagte aber im Tone tiefster Ueberzeugung: Wenn es nur im Frühjahr nicht schlimmer wird, sonst könnte Schwindsucht draus werden. — So wenig verstehen Sterbende ihre Lage; das gleiche gilt auch vom Katholizismus . . .“

Diese Worte schrieb der bekannte russische Sozialist Herzen am 28. März 1842 in seinem Tagebuch. Er gehörte zu der großen Schar der „großen“ Propheten, die zu allen Zeiten der katholischen Kirche das nahe Ende voraussagten und mit ihrem „Glauben“ trostlos ins Grab sanken. Im Winter 1870 starb Herzen nach sechstägiger Lungenentzündung „bei vollem Bewußtsein und ohne das Gefährliche seiner Situation zu erkennen.“ (s. Herzens Werke I, Genf 1875 p. XII.)

Was würde Herzen heute sagen beim Anblick der „sterbenden“ Kirche! Sie müßte ja eigentlich schon längst begraben sein. Statt dessen sehen wir sie mit erhabener makelloser Autorität im Gewühl der verwirrten Nationen stehen, werbend, helfend, schlichtend. Die Welt aber und gerade Herzens Heimat liegt im Todeskampf unter dem Einfluß religions- und kirchenfeindlicher Lehren und Anschauungen, sozialistischer und antisozialistischer.

Mit einer beispiellosen Katastrophe brach eine Kulturentwicklung ab die, im Grunde falsch und gefährlich, viel weiter zurückreicht, als z. B. die Regierung Kaiser Wilhelms. Ihre Spuren finden sich schon vor der Reformation, die nichts war, als ebenfalls eine Katastrophe auf dieser Bahn.

Wir sagen, die Entwicklung brach ab. Ist denn etwas Besseres in Sicht? Sieht man ein deutliches Abrücken der Menschheit von den verkehrten Grundsätzen? — Ja! Wir können eine wahre und eine falsche Reaktion gegen die Grundübel der letzten Zeit deutlich konstatieren. Der Egoismus, ein Zerrbild des berechtigten persönlichen und staatlichen Individualismus (Rücksichtslosigkeit, Staatsvergötterung) der Mammonismus, der nur rafft und mit heuchlerischer Miene das Glück der Völker im nationalen Reichtum statt in der gerechten Verteilung des nationalen Reichtums erklärt, der Chauvinismus, die nationale Unduldsamkeit und alle die Grundübel, wie sie auch heißen mögen, finden mehr und mehr Feinde. Der eine Feind ist der **Bolschewismus**, dessen Verdienst als Wecker der Menschheit wir Gott zuschreiben; die anderen Feinde sind **die Katholiken**. Diese haben jetzt die Hände frei um an der Seite des Hl. Vaters zu kämpfen für edlere Grundsätze, für die Richtlinien beim Aufbau, die uns lieb und teuer und heilsam erschienen.

Eine gigantische Arbeit ist unsere **Friedensarbeit**, eine Summe von Kleinarbeit auf verschiedenen Gebieten und von ver-

schiedenen Gruppen. Wir kämpfen nach vielen Fronten, unter Umständen sogar gegen solche, die den gleichen Feind vorschützen.

Die Arbeit des katholischen Friedensbundes z. B. wird jeder Katholik anerkennen. Man darf sie als eine Demonstration des Herzens gegen jahrelange herzlose Zustände bezeichnen. Die Hauptarbeit aber ist und bleibt der Kirche und der Gesamtheit vorbehalten. Der Episkopat hat die ebenso schöne als schwierige Aufgabe, ohne Furcht vor den Mächtigen der Welt, ohne Rücksicht auf opportunistische Gesichtspunkte sich dem Rufe des Hl. Vaters anzuschließen; die Friedensworte, nach denen die geschlagene Erde lechzt, müssen als linder Tau von allen Kanzeln der Welt wieder klingen, des Kindes Seele soll zuerst wieder überall dem wahren Vaterlande vertraut gemacht werden. Lehrer und Erzieher, Staatsmänner und Politiker müssen sich an den Worten des Hl. Vaters inspirieren; und wenn es der Friedensbund erreicht, sich da und dort als „Mahner und Warner" Gehör zu verschaffen, wird er nicht umsonst gewirkt haben.

Die Friedensarbeit ist ungeheuer groß und kompliziert besonders dadurch, daß die Uebel so tief eingewurzelt sind und die entfremdete Menschheit so wenig mehr in den einfachen vernünftigen Gedankengängen der Kirche zu Hause ist. Wenn man die Möglichkeiten der Abbau- und Versöhnungsarbeit überdenkt, kommt man auf dem Weg zu zeitgemäßen Mitteln, zu den Hauptursachen des Uebels.

Wie viele dringen in das Verständnis des fremden Volkes ein? Wie viele lauschen auf den Schlag des anderen Herzens? Einseitiger Geschichtsunterricht, Schule, Kaserne und vor allem die schnellebige Presse und so viele andere Dinge verhüllten uns den Gegner und erstickten durch Züchtung des Eigendünkels die Kenntnis und Achtung des Gegners, des Menschen im Gegner. — Praktische Arbeit für die Völkerverständigung muß auf der andern Seite dazu beitragen, daß wir im Ausland bekannt werden, d. h. das Bild vom deutschen Volke und Charakter kein einseitiges sei, wie bisher. Woran liegt die Schuld, daß man z. B. in Rußland sehr wohl die ganze philosophische Literatur der nichtkatholischen Seite, gerade als deutsch kannte, daß man vorwiegend gewisse Vertreter des Deutschtums dort kennen lernte, die durch ihre Geistesrichtung und ihr Benehmen ein ganz falsches Bild vom deutschen Volk hervorriefen, zum mindesten aber die Millionen deutscher Katholiken mit ihrer religiös-wissenschaftlichen, sozial und in jeder Hinsicht so hoch stehenden Entwicklung einfach unterschlugen? Was Wunder! War doch die Zahl deutscher katholischer Intelligenter dort gering, besonders da, wo sie Gutes für die Heimat hätten leisten können, in den amtlichen Vertretungen.

Hier und in analogen Fällen Wandel zu schaffen, ist eine überaus schöne Aufgabe der Katholiken. Durch ihre fest in sich geschlossene Anschauung über einen sehr wohl verträglichen Nationalismus und Internationalismus, durch ihr Volkstum, das seine höchste Entfaltung in der Entwicklung zum Guten, zu Gott sieht, durch ihre in der Kirche gegebenen Beziehungen sind sie in erster Linie berufen, ihrem Lande und der Gesundung der Völkerbeziehungen zu dienen und zu nützen.

Keines Standes Pflicht und Sünde aber ist so groß, als die der Gebildeten. Haben sie im Kriege gefehlt, so mögen sie jetzt in vorderster Linie auf Schritt und Tritt der siegreichen Idee einer vernünftigen Völkerverständigung vorarbeiten. Den Gebildeten folgt das Volk nach.

Dieser Gedanke war mit maßgebend bei der Vorbereitung und Gründung der Katholischen Liga für praktische akademische Kulturarbeit.[1] In ihr ist u. a. das Problem gelöst, wie Akademiker auf die ihnen angemessenste Weise am Werk der Völkerverständigung teilnehmen und zugleich zum eigenen geistigen und materiellen Wohl beitragen können. Es ist nicht Zweck dieser Zeilen, das ganze Programm der K. L. zu entwickeln; es soll aber hingewiesen werden auf die zeitgemäßen praktischen Mittel und Wege, die es rücksichtlich der Völkerverständigung angibt und die eine intensive und wirksame Arbeit in der von der Kirche gewollten Richtung ermöglichen. Die katholisch-akademischen Auslandsheime, die die K. L. errichtet, sind ein Symbol der charaktervollen Völkerverständigung, des Verstehens und der gegenseitigen Achtung im Geist des Christentums, Heimstätten für edles Volkstum. Sie sollen Tempel sein, in denen, von katholischen Akademikern gehegt und gepflegt, die großen Gedanken Benedikts XV. wohnen werden. Aus ihnen sollen diese Gedanken herausstrahlen und Männer hinausgehen, die in ihrem Berufe hier oder dort den Geist christlicher Solidarität und Kultur tatkräftig vertreten. Die Zeit bringt ihre Mittel. Der katholische Gedanke schläft nicht ein oder stirbt nicht, wie man ihm schon so oft weissagte. In Personen und Völkern treibt er immer neue Früchte und reißt fort zu mutiger Tat, zu entschlossenem Kampfe gegen Pessimismus. Das Wirken für ein wirkliches lebendiges Ideal macht das Leben des Katholiken so schön. Das Bewußtsein, einem hohen Ziel zum Erfolge zu verhelfen, gute Bausteine zu tragen, da andere die Hände in den Schoß legen oder auf Zerstörung sinnen, ist wahres Glück.

[1]) Wegen näheren Aufschlusses über die K. L. wende man sich an deren Geschäftsstelle München 22, Oettingenstr. 16 II.

Elternrecht und Staatsrecht.

Von Bernhard Duhr S. J.

Das Wort Elternrecht bricht Staatsrecht hat vielfachen Widerspruch gefunden. Ein sozialistischer Abgeordneter verkündete in der Nationalversammlung das gerade Gegenteil: Staatsrecht bricht Elternrecht. Andere meinen, bei strittigen Fragen eine letzte Instanz aufstellen zu müssen: das könnten nicht die Eltern sein, der Staat müsse die letzte Entscheidung haben.

Vor allem ist zuzugeben, daß der Staat ureigene Rechte hat. Der Staat als die aus den Notwendigkeiten der menschlichen Natur hervorgehende einheitlich organisierte Gesamtheit der Volksgenossen hat das Wohl der Volksgenossen zu schützen und zu fördern, aber stets unbeschadet der Freiheit der einzelnen, denn jede unberechtigte Schmälerung der Freiheit der einzelnen verstößt direkt gegen den Zweck des Staates, die Wohlfahrt und das Glück aller Volksgenossen. Der Staat hat zu schützen, wo die Kraft der einzelnen nicht ausreicht, er hat zu fördern, wo die Mittel der einzelnen versagen. Er darf aber nicht einseitig eingreifen, wo die einzelnen im Gebrauch ihrer Freiheit ihrer Aufgabe vollständig genügen können. Das weitgehende, jede Freiheit vernichtende Eingreifen des Staates auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung verstößt somit gegen das Naturrecht. Der Staat hat kein Erziehungsrecht, er hat nur dort einzugreifen, wo die Eltern ihr Erziehungsrecht nicht ausüben können oder pflichtwidrig nicht wollen. Die Familie geht dem Staate sowohl tatsächlich als ideell voraus; sie hat deshalb auch ursprünglichere Rechte als der Staat. Der Staat hat Rechte über die Familie, insoweit er seiner Natur nach Ergänzung der Familie ist; was über diese Ergänzung hinausgeht, ist kein wirkliches, sondern nur angemaßtes Recht. Die Eltern haben auf ihre Kinder ein ureigenes und unveräußerliches Recht, denn sie haben von Natur aus die Pflicht, die ihnen von Gott anvertrauten Kinder zu erziehen, und es liegt durchaus nicht in ihrer Willkür, diese Pflicht auszuüben oder nicht. So streng nun die Pflicht ist, ebenso eisern ist das Recht der Eltern. Sie können einfachhin auf dieses Recht nicht verzichten, und niemand kann ihnen dieses Recht nehmen, weder der absolute Herrscher noch der freie Volksstaat.

Nun können auf den Grenzgebieten Streitigkeiten entstehen zwischen Elternrecht und Staatsrecht. Der Staat verlangt z. B. ein gewisses Maß von Kenntnissen von den Kindern, die Eltern halten dies Maß für übertrieben und unnötig. Der Staat behauptet, das Wohl des Volksganzen verlange dies, die Eltern behaupten für ihre Kinder sei dies nicht notwendig. Der Staat verlangt von den Kindern Geschichte, Literatur, Bürgerkunde, Physik, Chemie usw., und die Eltern sagen Lesen, Schreiben, Rechnen genügen. Wer hat hier die Entscheidung?

Die Entscheidung hängt von den größeren Werten ab, die in Frage stehen, von den größeren Pflichten, die eventuell verletzt werden. Ob die Kinder etwas mehr oder weniger lernen, ist kein so großer Wert, daß darüber ein Krieg zu entbrennen hätte; über das Ausmaß der Kenntnisse kann man ja verschiedener Meinung sein. Unter Umständen kann durch solche Zwistigkeiten das Wohl des Ganzen oder die Organisation des Schulbetriebes in Frage gestellt werden bzw. Schaden leiden. Hier wird das Wohl des Ganzen entscheiden müssen.

Etwas ganz anderes ist es aber, wenn unveräußerliche Elternpflichten wie die moralische und religiöse Erziehung der Kinder in Frage kommen bzw. bedroht werden. Hier können und dürfen die Eltern nicht nachgeben, sie müssen den Kampf auf Leben und Tod mit dem das Elternrecht vergewaltigenden Staate aufnehmen. Denn hier bleibt in jedem Falle bestehen: Elternpflicht bricht Staatsrecht.

Katholisches Studententum.

Von Univ.-Prof. Dr. Gottfried Hoberg, Freiburg i. Breisgau.

Für die gesamte Bildung des deutschen Volkes waren die Universitäten immer von Bedeutung. Es wurde, als Preußen 1806 durch die Schlacht bei Jena in die tiefste Erniedrigung gekommen war, die Universität Berlin gegründet, da die Leiter des damals geknechteten Preußens die Hebung der geistigen Kultur nicht vergaßen. Die Hochschätzung der „hohen Schule" stieg in Deutschland, seitdem nach 1815 der Kriegslärm in unserem Vaterlande zum Schweigen gekommen war, beständig bis auf den heutigen Tag, so daß, wenn Ausländer Preußen das Land der Schule nannten, das ganze Deutschland als Land der „hohen Schulen", besonders der Universitäten bezeichnet werden konnte. Alle deutschen Staaten haben die größte Sorge für die höchsten Unterrichtsanstalten gehabt und gepflegt, so daß in den Beratungen der Parlamente stets der Universitäten mit Eifer gedacht wurde. Bei diesem Ausbau der Universitäten in Deutschland zeigte sich eine Eigentümlichkeit, auf die wir hinweisen wollen. Die Katholiken Deutschlands sind im Fortgang des 19. Jahrhunderts allmählich fast vollständig von dem wissenschaftlichen Betrieb der Universitäten verdrängt worden. An dieser historischen Tatsache ändert der Bestand von einigen katholisch-theologischen Fakultäten nichts, ebensowenig die erstaunliche Minderzahl katholischer Professoren in den weltlichen Fakultäten; denn an den Universitäten Preußens kurz vor dem Jahre 1914, mitgerechnet die katholischen Theologen, waren nur etwas mehr als 130 katholische Professoren von ca. 1013 Universitätsprofessoren zu zählen. An den übrigen Hochschulen Preußens (technische Hochschulen usw.) waren die Katholiken noch weniger vertreten; ähnlich an den Universitäten außer Preußen, nur Bayern machte eine den Katholiken günstigere Ausnahme. Daher müssen wir uns die Tatsache vor Augen halten, daß wir Katholiken in Deutschland im ganzen in der Universitätsprofessoren-Welt eine Ausnahme gelten. Die Ursache dieser Erscheinung betrachten wir heute nicht, sondern wir konstatieren das Manko der Katholiken bei der vom katholischen Standpunkt aus aufgestellten Bilanz. — Wie soll dieses ungünstige Ergebnis für die Katholiken verbessert werden?

1. Vielfach wird eine „Hochschulreform" verlangt und auf katholischer Seite hofft man hierdurch eine Verbesserung der Lage der Katholiken im Hochschulwesen. Daß an den Hochschulen eine Reform angestrebt werden kann, ist begründet; denn alle menschlichen Einrichtungen müssen zuweilen verändert werden. Die Universitäten sind ihrer Einrichtung nach heute noch wie vor 100 Jahren; aber wesentliche Aenderungen können in der Verfassung der Universitäten nicht angebracht werden; daher kann von dieser Seite eine Verbesserung der Katholiken im Organismus der Universitäten nicht erwartet werden.

2. Auf eine andere Weise ist die Lage der Universitäten zu erstreben. Es müssen katholische Studierende in größerer Zahl der akademischen Laufbahn sich widmen wie bisher. Von gegnerischer Seite ist vermutet worden, von Nichtkatholiken würden die höheren Berufe deshalb in größerem Umfange als von Katholiken gewählt werden, weil die Nichtkatholiken eine bessere Schulbildung hätten. Diese Vermutung ist nicht begründet. Denn die Bildungsmöglichkeit ist für alle Staatsbürger in gleichem Maße gegeben; aber die Tatsache liegt vor aller Augen zutage, daß für die Universitäten sich nicht so viele Kräfte von den Katholiken anbieten als von Nichtkatholiken. Dieses Mißverhältnis ist durch äußere Gründe herbeigeführt worden, weil im 19. Jahrhundert von den Staatsverwaltungen unter protestantischen Monarchen die Nichtkatholiken bevorzugt wurden und daher Katholiken den Mut verloren, den akademischen Weg einzuschlagen. Wegen der veränderten politischen Verhältnisse entfällt den Nichtkatholiken ihre bisherige direkt und indirekt gepflegte Begünstigung fort und daher müssen katholische Studierende sich selbst den Wunsch einflößen, die akademische Laufbahn zu betreten. Sie dürfen freilich nicht erwarten, daß sie in ihrer Eigenschaft als Katholiken begünstigt werden, sondern daß sie bei denselben Vorbedingungen nicht zurückgesetzt werden dürfen. Das Angebot auf der akademischen Laufbahn war immer größer als die Nachfrage; daher ist eiserner Fleiß, konsequente Erstrebung des Zieles, fortgesetzte Ausbildung der wissenschaftlichen Kenntnisse und pädagogischer Fähigkeit dem Kandidaten notwendig, damit er das Endziel sich sichere. In dieser Hinsicht muß von den katholischen Parlamentariern und der katholischen Presse rücksichtslos darauf hingewiesen werden, daß die religiöse Ueberzeugung nicht mehr ein Hindernis für den Aufstieg sein darf, weder in dem akademischen Leben noch in dem Staatsleben überhaupt. Das „junge Geschlecht" unter den katholischen Studenten hat daher die strenge Pflicht, das zu erstreben, was vordem infolge Mutlosigkeit unterlassen wurde.

3. Aber nicht allein die Beachtung der akademischen Laufbahn sondern das veränderte staatliche Leben im ganzen fordert die katholischen Studierenden zum größten Fleiße auf. Es gibt jetzt keine Kabinettspolitik, die von einem einzigen Staatsmann oder durch einen kleinen Kreis von Kundigen geleitet wird, sondern die Politik, die äußere wie die innere, unterliegt der Oeffentlichkeit, vor allem dem parlamentarischen Leben. Es ist möglich, daß in einem einzelnen Falle eine Tagesgröße auf außergewöhnliche Weise sich Einfluß erwirbt, aber dauernden und wohltätigen Einfluß im staatlichen Leben kann nur derjenige besitzen, der historische, juristische, volkswirtschaftliche, politische Kenntnisse in weitem Maße besitzt und anwenden kann. Denn ein großes Maß von Kenntnissen ist notwendig, damit die Zusammenhänge zwischen den politischen Ereignissen erkannt und abgewogen werden. Wollen die Katholiken in Deutschland dauernd Einfluß im staatlichen Leben besitzen, so müssen ihre Vertreter nicht allein praktische, sondern auch theoretische Vorkenntnisse zur Beurteilung der vergangenen und gegenwärtigen politischen Verhältnisse ihr eigen nennen. Solche Kenntnisse setzen tiefe, umfangreiche Studien voraus. Der katholische Student Deutschlands hat daher Gründe, seine Studienzeit gut zu benützen.

Erfreulich ist es, daß nicht wenige katholische Studenten einer katholischen Korporation angehören. Die katholischen Studentenkorporationen haben in der Vergangenheit vielfach Gutes geleistet. Einige von ihnen haben allerdings in den letzten Jahren vor dem Kriege mehr als man wünschen durfte, der jugendlichen Sorglosigkeit ihren Tribut geleistet. Ueber Einzelheiten ließe sich manches sagen. Wir raten heute den Mitgliedern der katholischen Korporationen, daß sie mit der Zeit zeigen und sich den Satz fest einprägen: Kein Preis ohne Fleiß. Ansätze zur Besserung scheinen sich eingestellt zu haben, deren Beginn gesteigerteres Voranschreiten ich von Herzen wünsche.

Zum Prozeß des Grafen Arco.

Von M. Geßner, München.

Graf Arco-Valley, welcher am 21. Februar 1919 den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner durch zwei von rückwärts und aus unmittelbarer Nähe abgegebene Revolverschüsse tötete, wurde vom Volksgericht München am 16. Januar 1920 zum Tode verurteilt, da die Tötung vorsätzlich und mit Ueberlegung begangen war. Der bayerische Ministerrat begnadigte denselben zu lebenslänglicher Festungshaft, weil seine Handlungsweise nach dem Wortlaut der Urteilsbegründung „nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühendsten Vaterlandsliebe entsprang, ein Ausfluß des Draufgängertums des jungen, politisch unmündigen Mannes und durch die in weiten Volkskreisen herrschende Erregung gegen Eisner hervorgerufen war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem edlem Mut in Achtung gebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand." — Der Metzger Lindner, welcher, ebenfalls am 21. Februar 1919, durch sein Revolverattentat auf den Abgeordneten Auer und Major Jahreis die Sprengung des bayerischen Landtags mitverursachte, wurde vom gleichen Gericht am 15. Dezember 1919 wegen versuchten Totschlags an Auer und wegen erschwerten Totschlags an Major Jahreis zu 14 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt. Von dem ihm ebenfalls zur Last gelegten Mord an dem Abgeordneten Osel wurde er mangels Beweisen freigesprochen. Bei der Strafzumessung wurde zu seinen Gunsten seine durch die vorausgegangene Ermordung Eisners hervorgerufene Erregung und seelische Erschütterung, sowie der Einfluß fremder Verhetzung in Betracht gezogen, zu seinen Ungunsten jedoch seine außerordentlich schwere und brutale Handlungsweise. (D. Red.)

Der im Prozeß gegen den des Mordes an Kurt Eisner angeklagten Grafen Arco Valley fungierende Staatsanwalt Hahn hat in seiner Anklagerede, an der von einem objektiven Standpunkt aus im ganzen wenig auszusetzen war, u. a. gesagt: „Daß es politische Möglichkeiten gab, den Einfluß Eisners auszuschalten oder doch zu mildern, hat die Tatsache bewiesen, daß es am Abend vor der Tat gelungen war, Eisner zu dem Entschluß des Rücktritts zu bewegen. Damit war die Möglichkeit ruhiger politischer Entwicklung gegeben." Wenn das wahr wäre, wäre die Hauptvoraussetzung, von der Graf Arco ausging, die einzige Voraussetzung, unter der seine Tat, wenn auch gewiß

nicht zu rechtfertigen, so doch zu begreifen war, falsch gewesen. Und auch dann, wenn, wie der Staatsanwalt zugab, Arco selbst nicht wußte, daß Eisner zum Rücktritt entschlossen war, würde seiner Tat, abgesehen von der Verwerflichkeit an sich, auch der Vorwurf der Voreiligkeit und Leichtfertigkeit anhaften, der Vorwurf ferner, an Land und Volk, denen er dienen wollte, sich geradezu versündigt und die Verantwortung dafür auf sich geladen zu haben, daß anstatt der ruhigen politischen Entwicklung die bekannten unruhigen Zeiten mit all ihrem Unheil und Leid kamen. Darüber ließ sich unmittelbar nach der Erschießung Eisners allenfalls noch reden und streiten, und politische Taktik konnte es geraten scheinen lassen, sich damals auf den jetzt vom Staatsanwalt vertretenen Standpunkt zu stellen, um mit dem mehr oder minder tiefen Glauben an die guten Absichten Eisners auf dessen Anhängerschaft entsprechend zu wirken. Daß das viel helfen würde, werden allerdings auch damals die wenigsten angenommen haben.

Bald mußte man sich mehr und mehr davon überzeugen, daß Eisner gewiß nichts Besseres wollte als das, was nach seiner Erschießung wirklich kam. Und seit dem Lindnerprozeß, den Staatsanwalt Hahn ja auch in amtlicher Eigenschaft miterlebte, wissen wir so gut wie sicher, daß Eisner an eine ruhige politische Entwicklung gar nicht dachte. Eine ganze Reihe ernsthaftester Zeugen haben in jenem Prozeß die Auffassung vertreten, daß das Attentat auf den Landtag und die Aufrichtung der Rätediktatur auf alle Fälle gekommen wären. In der Festigung dieser Ansicht bis zur Gewißheit beruht die eigentliche Bedeutung des Lindnerprozesses, in dem Lindner selbst nur eine untergeordnete Rolle spielte. Es ist daher mindestens ein bedeutsamer Zufall, daß der Prozeß gegen Lindner vor der Verhandlung gegen Arco stattfinden mußte. Nicht die politische Voraussetzung von der Graf Arco ausging, war falsch, sondern falsch ist das Argument des Staatsanwalts. Um sich in der Macht zu behaupten, hätte Eisner seine Zuflucht zum Bolschewismus genommen, und bei seinem tatsächlichen, wenn auch unverdienten Ansehen bei den Massen hätte unter ihm die Räterepublik eine breitere Grundlage erhalten und wohl auch einen längeren Bestand gehabt als unter seinen Epigonen. Bei der Zügellosigkeit seines Ehrgeizes und überhaupt seines Temperaments und bei der Grenzenlosigkeit seines Hasses hätte er wahrscheinlich auch mehr Unheil angerichtet als jene. Aehnlichen Ansichten begegnet man jetzt in den „Münch. N. Nachr." und in der „Münch.-Augsb. Abendzeitung".

Mit diesen Feststellungen wollen wir lediglich die Lage kennzeichnen, auf deren Hintergrund sich die Tat Arcos abspielte und die er zum Besseren wenden wollte. Eine Rechtfertigung der Erschießung Eisners erblicken wir in all dem nicht. Das Kapitel vom Tyrannenmord ist in der Anwendung auf den einzelnen Fall so schwierig, daß man daran besser vorbeigeht, auch wenn Eisner so ziemlich alle Merkmale eines Tyrannen in des Wortes übelster Bedeutung aufweist. Wir sehen in dem Verhalten Eisners nur einen allerdings nicht unwesentlichen mildernden Umstand für die Beurteilung der Tat des Grafen Arco. Dazu kommt das rein sachliche Ziel, das sich Arco gesteckt, der ideale, von allem Persönlichen freie Beweggrund, aus dem er handelte. Nicht Ehrgeiz oder Rache trieben ihn, er wollte der Allgemeinheit einen Dienst erweisen, wollte „die Stadt von Tyrannen befreien", auch um den Preis seines Lebens. Verstärkt wird das Gewicht dieser Umstände durch das in vieler Hinsicht sympathische Wesen des ehemaligen Offiziers, der so beliebt war bei seinen Soldaten, weil er ihre Menschenwürde achtete und auch für den einfachsten unter ihnen sein Leben wagte. Es war gewiß ein außergewöhnliches Bild, das Geheimrat Sauerbruch zeichnete, als er erzählte, wie eines Tages in der Klinik ein Rotgardist den jungen Grafen besuchte, der ihm, wie er sagte, draußen im Feld das Leben gerettet, weil er eine Patrouille für ihn übernahm, und wie dieser Rotgardist beim Anblick seines Retters die rote Armbinde wegriß und den roten Tyrannen die Gefolgschaft kündigte. So wirkt auf andere ein uneigennütziger Mensch, der so mutig und tapfer ist, wie es Graf Arco war, draußen im Feld und, trotz der gewählten Hinterlist — er selbst gebrauchte den Ausdruck — auch bei seiner Tat gegen Eisner und namentlich vor den Richtern, wo er nicht wie die Größen der Räterepublik beschönigte und verschleierte, sondern offen gestand, was er getan.

So steht politisch und rein menschlich genommen vor uns die Tat und das Bild dessen, der sie beging. Aber das Gute, das die Tat bezweckte und, indem sie Schlimmeres verhütete, vielleicht tatsächlich bewirkte, und die sympathischen Züge im Charakterbild des Mannes, seine zweifellos edlen Beweggründe schaffen nicht aus der Welt das göttliche Gebot: Du sollst nicht töten! Im Lichte dieses Gebotes und einer konsequenten christlichen Lebensauffassung erscheint denn doch die Erschießung auch eines Eisner mehr als ein Akt der Verzweiflung denn als Heldentat. Wie menschliche Unvollkommenheit praktisch gegen die göttlichen Gebote auch immer wieder verstoßen mag, grundsätzlich sind diese Gebote möglichst absolut zu nehmen. Wo wir sonst hinkommen, zeigte uns die Welt, in der ein Eisner in seiner Eitelkeit und Hohlheit, in seiner Grundsatzlosigkeit und Wortbrüchigkeit für einen Propheten gehalten werden konnte. Die Achtung vor Recht und Ordnung erfordert wie die Verwerfung jeglicher anderen Willkür so auch die des politischen Mordes, denn, so sagte Staatsanwalt Hahn mit Recht, würden die Grundsätze, die Graf Arco die Ausführung seiner Tat möglich erscheinen ließen, in die allgemeine Auffassung des Erlaubten übergehen, alles Recht und alle staatliche Ordnung wäre gelöst. Man mochte noch so gern alle Milderungsgründe gelten lassen, die Notwendigkeit einer Sühne blieb bestehen. Nur sittliche Verirrung, mag sie noch so wenig bewußt und böswillig sein, kann das leugnen. Natürlich hatte eine nicht allzu blinde Justitia zu berücksichtigen, daß zwischen der Tat des Grafen Arco und dem Treiben gewisser Bluthunde der Räterepublick doch ein Abstand in Frage kommt. Der sein Leben für das Wohl der Gesamtheit einsetzende junge Graf durfte mindestens nicht den schlimmsten unter denen gleichgestellt werden, die nicht Altruismus zu Terror und blutigen Taten trieb, sondern Haß und Rachsucht, Ehrgeiz und Habsucht, die nicht Mut und Offenheit auszeichneten, sondern Feigheit und Verschlagenheit, die nicht ihr Leben für die Gesamtheit in die Schanze schlugen, sondern andere Leben für ihre eigenen Zwecke opferten. Zwischen der Unerbittlichkeit des geschriebenen Rechtes und berechtigtem Volksempfinden bestand im Fall Arco ein gewisser Gegensatz, den ein Gnadenakt des Ministerrats unbedingt ausgleichen mußte. In gewissem Sinne hatte das Volksgericht selbst den Weg gewiesen, indem es die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ausdrücklich und nachdrücklich ablehnte. Sollten wir in naher Zeit eine gewisse Konsolidierung der öffentlichen Zustände in Reich und Land erleben, so wird bei den dann unausbleiblichen politischen Aufräumungsarbeiten mit dem Schicksal mancher anderen wohl auch das des Grafen Arco nochmals eine Aenderung erfahren.

Wie die Achtung des geschriebenen Rechtes so war unseres Erachtens auch die Milderung eines strengen Urteils eine so glatte, gar nicht zu umgehende Selbstverständlichkeit, daß es lauter Kundgebungen in diesem Sinne um so weniger bedurft hätte, als sie leicht unerfreuliche Mißverständnisse provozieren konnten. Die Menschenfreundlichkeit des Grafen Arco gegen jedermann und seinen Opfermut, seine Selbstlosigkeit und seinen vaterländischen Idealismus, seinen Sinn für Autorität und Ordnung, das alles ruhend auf der Grundlage echter Religiosität, die vor Verirrungen bewahrt, muß man der gesamten deutschen Jugend wünschen, namentlich der gebildeten Jugend, aus der ja trotz der gegenwärtigen Negerpolitik gegen die Gebildeten die Führer unserer Zukunft hervorgehen müssen. Dann wird sie die Revolution endgültig überwinden, Deutschland einen neuen Aufstieg bringen und es vor der Wiederkehr von Zuständen bewahren können, in denen ein einzelner mit einem Schein von Recht glauben kann, durch ein politisches Attentat vermöge er der Gesamtheit einen Dienst zu erweisen.

Hermann von Lingg.

Zur Erinnerung an des Dichters hundertsten Geburtstag.

„Im Osten ragt ein Kreuz emporgerichtet,
Am Kreuz des Menschen Sohn. Die Erde bebt,
Sie fühlt, die Macht des Todes ist vernichtet,
In Ewigkeit wird leben, wer ihm lebt."

Den Passionsdichter der Menschheit hat man Hermann v. Lingg, der diese Verse im Prologe zu seiner „Völkerwanderung" schrieb, genannt. Der Name ist in verschiedenen Beziehungen zutreffend. Einen Abschnitt der Passionsgeschichte der Menschheit behandelt ja sein eigentliches Lebenswerk, das große dreibändige Epos „Die Völkerwanderung", das 1866—68 erschien. Aber auch sonst hat das Leiden der Menschen stets seine Kunst in weit höherem Maße angeregt, als ihre Freuden. Da der Humor nur selten am düsteren Himmel seines Gemüts wetter-

leuchtete, ist fast alles, was er geschaffen, ernst und erschütternd. Wehmut und Schwermut atmen die meisten seiner Gesänge, immer tritt in ihnen der gläubige Christ hervor, der ideale Dichter, der für das Gewöhnliche und Niedrige keinen Ton auf seiner Harfe hat. In der Poesie ahnte er, was auch die Religion geben will: die Erfüllung und Vollendung der innersten Sehnsucht in der beseeligenden Verklärung der göttlichen Liebe und Erbarmung. So war Hermann v. Lingg ein Fels und Hort gegen die Gefahr materiellen Gleichmachens und am 22. Januar, seinem 100. Geburtstag, sollten wir uns erinnern, daß unser Volk nur Vorteil davon haben kann, wenn dieser edle, hochstrebende und aufrechte Sänger ihm noch einmal neu gewonnen wird.

Der Dichter war nicht altbayerischen Stammes. Allemannische Bauern waren seine Vorfahren. Sein Vater, der Rechtsanwalt Dr. Ambrosius Lingg, stammte von einem Bauernhofe in Hergensweiler bei Lindau im Bodensee, und in dieser naturschön gelegenen Stadt ward er demselben in zweiter Ehe geboren. Während er noch in München Medizin studierte, verlor er den Vater, dem bald die Mutter folgte. Der bisher von Lebenssorgen verschonte Korpsbursch der „Suevia", der auch schon einen Herzensbund mit einem schlichten, frohlaunigem Kind der Berge geschlossen, sah sich plötzlich in die Notwendigkeit versetzt, sein täglich Brot zu verdienen. Nach bestandenem Examen wurde er Militärarzt und war nacheinander in Augsburg, Straubing und Passau angestellt. In Lazaretten und Spitälern lernte er den Jammer der Menschheit frühzeitig kennen, viele seiner tief empfundenen Gedichte entstanden dort und auch eines seiner schönsten und bekanntesten Lieder, das von Brahms vertonte „Immer leiser wird mein Schlummer" geht auf eigene, hier geschöpfte Anschauung zurück. Daß aber der junge Poet, den damals schon das gewaltige Thema der Völkerwanderung beschäftigte, in diesem Berufe nicht dauernde Befriedigung finden konnte, ist begreiflich. Zu alledem brachte das Revolutionsjahr 1848 den demokratisch Gesinnten in Widerspruch mit seinem Dienste, und die Folge davon war eine psychische Erkrankung, die 1851 zu seiner Pensionierung führte. Was aber dem brotlos Gewordenen als ein Unglück erscheinen mußte, wendete höhere Fügung zu seinem Glücke. Der selbstlose Emanuel Geibel, der Einblick in sein poetisches Schaffen erhalten hatte, gewann den bekannten Cotta'schen Verlag für die Herausgabe seiner Gedichte, 1854, und empfahl ihn zugleich König Max II. von Bayern, der dem neuen Mitglied seiner Tafelrunde mit einem Ehrengehalt zu Hilfe kam. Lingg konnte jetzt seine alte Studentenliebe heiraten und jenes kleine Häuschen an der Nymphenburgerstraße zu München beziehen, aus dem ihn erst mit 86 Jahren der Tod abrief.

Seine Tage verliefen fortan im ruhigen Gleichmaß künstlerischen Schaffens und doch hat auch in des Dichters Leben, zumal während der letzten Jahre, die Passion nicht gefehlt. Seine vier Söhne starben vor ihm, und als auch die Mutter ihnen folgte, führte der Greis schon ein solches Traumleben, daß man ihm ihren Tod Jahre hindurch verheimlichte. Die einzige Tochter blieb die letzte, treue Pflegerin des Dichters, der nach den Ehrungen seines 70. Geburtstags, zu denen auch die Erhebung in den Adelsstand gehörte, bei der Mitwelt mehr und mehr in Vergessenheit versank.

Nicht wenig hatte dazu gerade seine „Völkerwanderung" beigetragen, von der man eben so viel sprach, als man sie wenig las. Verschiedene Umstände, wie das Fehlen einer einheitlichen Handlung, der breite Strom der gereimten Jamben, manche einer Reimchronik ähnelnde Abschnitte, das Vorwiegen von Natur- und Lokalschilderungen, unter dem die seelische Entwicklung der Helden litt, brachten diese gewaltige Dichtung schließlich mit Unrecht in einen gewissen Verruf, der mit noch größerem Unrecht auch auf die 6 Bände seiner Lyrik abfärbte. In allen diesen finden sich Perlen der Poesie, nicht nur, was die plastische Kraft der Sprache, die Naturmusik der Worte betrifft, sondern auch wegen des Adels ihrer Gesinnung, der großen Vorwürfe und der strengen Keuschheit ihrer Ausführung.

Auch in Linggs Dramen und erst spät geschriebenen Novellen treten die gleichen Vorzüge zutage, doch konnten sie sich die Gunst des Publikums immer nur vorübergehend gewinnen. Die einzige heitere „Clytia" ausgenommen, schrieb der Dichter immer nur Tragödien großen Stils in Versen, und seine Novellen führten zumeist in die dem modernen Menschen immer fremder werdende Antike zurück. Vielleicht wird auch diesen Schöpfungen ein veränderter Zeitgeschmack noch einmal gerecht und erkennt dem Dichter das höchste Lob zu, daß er auch hier das beste gewollt hat. Franz Wichmann.

Vom Büchertisch.

Die Verfassung des Deutschen Reiches, mit Einleitung, Randnoten und Sachregister versehen von Geh. Hofrat Prof. Dr. Konrad Beyerle, Abgeordneter der Nationalversammlung, Redaktionsmitglied des Verfassungsausschusses. (München 1919, Verlag der Politischen Zeitfragen.) Die Schrift enthält weit mehr, als der Verfasser im Vorwort in Aussicht stellt, wenn er als Zweck des Buches angibt, es wolle eine kurze, erste Einführung in das Verständnis des Weimarer Verfassungswerkes bieten, verfolge aber nicht wissenschaftliche Zwecke und erhebe keine wissenschaftlichen Ansprüche. Trotz dieser Selbstbescheidung ist als Hauptvorzug des Buches anzuerkennen, daß Geheimrat Beyerle auch in der gemeinverständlichen Darstellung des neuen Verfassungsrechtes eine gründliche, wissenschaftlich hochzubewertende Arbeit geleistet hat. Gerade die wissenschaftliche Durchdringung und Verarbeitung des Stoffes berechtigt zu dem Urteil, daß wir es hier mit der zweifellos besten bisher erschienenen Einführung in die Reichsverfassung zu tun haben. Auf den ersten 70 Seiten bespricht der Verfasser die einzelnen Abschnitte der Reichsverfassung in durchlaufender, leichtflüssiger Darstellung mit überaus sorgfältiger Verweisung auf die einzelnen Gesetzesbestimmungen. Im zweiten Teil folgt der sehr übersichtlich gruppierte Abdruck der Verfassungsurkunde selbst. Ein Sachregister, das in erfreulichem Gegensatz zu den meisten neuerlichen Veröffentlichungen dieser Art mit mustergültiger Genauigkeit und Ausführlichkeit erstellt ist, erhöht wesentlich die Brauchbarkeit des Werkes. Eine Besonderheit der Schrift liegt in der durchaus persönlichen Stellungnahme des Verfassers zu den einzelnen Problemen. Er hält mit seinem subjektiven Werturteil über die einzelnen Verfassungsbestimmungen bei allen wichtigen Abschnitten nicht zurück, sei es zum Problem der Unitarisierung, sei es zum Verhältnis von Kirche und Staat, sei es zur Schulfrage. Gerade diese subjektive Färbung der Schrift hat ihren großen Reiz und läßt nur um so deutlicher auch objektiv die unbestreitbaren Mängel der Reichsverfassung gerade auf den vorerwähnten Gebieten deutlich hervortreten. Auch wer manchen Urteilen des gelehrten Verfassers nicht zustimmen zu können glaubt, wird anerkennen, daß der ganze Geist, den der Verfasser in sein Werk hineingelegt hat, derart von hohem Verantwortlichkeitsgefühl und vom Glauben an die Zukunft unseres Volkes getragen ist, daß das Studium des Werkes für jeden, der sich irgendwie mit den wichtigsten Fragen unseres politischen Lebens beschäftigen will oder muß, nicht nur als eine Notwendigkeit, sondern auch als eine genußreiche und anregende Lektüre wärmstens empfohlen werden kann.

Bürgermeister Dr. Hipp (Regensburg.)

Anton Retzbach: Heinrich Sautier. Ein Volksschriftsteller und Pionier der sozialen Arbeit 1746—1810. Mit 8 Bildern. Freiburg, Herder. Pr. kart. 5.60 ℳ. — Nach dem ersten Blick auf das beigegebene Bildnis, das Vorwort und das Inhaltsverzeichnis greift man das Buch angeregt auf, um sich alsbald lebhaft gespannt in seine markig fesselnde, oft wie von brisenhaftem Kampfhauch durchwehte Darstellung zu versenken. Der Verfasser, Dr. theol. et rer. pol., Domkustos zu Freiburg i. Br., hat seinen Helden, der als „Stifter" erziehlicher und sonstiger sozial fördernder Anstalten für die männliche und weibliche Jugend aus dem Volke heute noch in dankbarem Gedächtnis seiner Vaterstadt Freiburg lebt, nicht nur als warm- und großherzigen Träger katholischer Caritas aufgezeigt, sondern zugleich, und zwar in erster Linie, sein Bild als das eines die humanistischen und revolutionären, zumal die freimaurerischen Ideen seiner Zeit kräftig bekämpfenden Volksschriftstellers pädagogisch-epischen, satirischen und sozialpolitischen Gepräges der Vergessenheit entrissen. In diesem Bemühen gelang es Retzbach, eine kulturgeschichtlich merkwürdige Zeitschriftenreihe: die gegen einzelne Prediger gerichtete „Predigerkritik", aus der Verschollenheit ans Licht zu heben. — Das Buch hat für den Psychologen, Theologen, Kulturhistoriker und Soziologen bleibenden Wert. C. M. Hamann.

P. **Theophil Ohlmeier**, Franziskaner, **Lebensrätsel und Lebensaufgabe.** Hildesheim, Franz Borgmeyer. VIII, 318 S., 12°, geb. 5.60 ℳ. Das Büchlein mit seiner Lösung von Zweifeln und Belehrung über das Walten der göttlichen Vorsehung bildet eine treffliche Ergänzung zu desselben V. Herzensfriede und Seelenfreude, Lehr- und Trostworte für Katholiken mit besonderer Berücksichtigung der Aengstlichen und Nervösen. Es verfolgt denselben Zweck, die Menschen froh und heiter zu machen, selbst bei den Leiden und Schwierigkeiten dieses Lebens. Teilweise finden wir dieselben Gedanken wieder, die wir schon im früheren Werkchen antrafen. Der Verfasser hat diese Wiederholung mit Absicht gewählt, um Verweisungen zu vermeiden. Er hat seinen Stoff unter die 12 Gesichtspunkte gebracht: I. Unsere Lebensaufgabe. II. Die Leiden. III. Der Krieg. IV. Die Tugendkämpfe. V. Die Glaubensschwierigkeiten. VI. Die große Zahl der Andersgläubigen. VII. Die Sünde. VIII. Die Hölle. IX. Das Schicksal vieler Unmündigen. X. Die Vererbung. XI. Die Unvollkommenheit alles Erdenglückes. XII. Der Tod. Wie des Verfassers Herzensfriede und Seelenfreude, so ist auch diesem Werkchen die weiteste Verbreitung zu wünschen. H. Tausend.

Gottesehr, Zeitschrift für Freunde christlicher Kunst. Herausgegeben von Dr. Andr. Huppertz, Köln. Verlag von B. Kühlen, M.Gladbach. Jährlich sechs Hefte 12 ℳ. — Hier liegt eine neue Kunstzeitschrift vor. Es ist ein gewagter Schritt, ein derartiges Unternehmen bei der großen Zahl bereits bestehender Publikationen zu beginnen. Allein wir zweifeln nicht, daß es der „Gottesehr" gelingen wird, sich Bahn zu brechen und einen solchen Anhang zu erwerben, daß ihre Existenz und ihr Gedeihen gesichert sein wird. Der Titel war anfangs in lateinischer Fassung vorgesehen. „Ars sacra" sollte er heißen. Da aber schon eine ältere Veröffentlichung diesen Namen trug, ist man davon abgegangen und hat die neue Zeitschrift „Gottesehr" genannt. Um so besser, weil damit frank und frei die Richtung auf das höchste Ziel ausgesprochen ist. Klärend, führend, fördernd zu wirken auf dem Gebiete der religiösen Kunst hat sie sich zur Aufgabe gestellt. Um so nachhaltiger wird sie in das zeitgenössische Kunstschaffen eingreifen können, da im Zusammenhang mit ihr eine Vereinigung ins Leben getreten ist, die den Namen „Ver sacrum" trägt, heiliger Frühling, d. h. neues Leben auf dem Gebiete der gottgeweihten Kunst. Neues will ja nun einmal mit aller Gewalt unsere Zeit. Der Herausgeber hat den richtigen Weg eingeschlagen, um zu Nutz und Frommen der religiösen Kunst sich Geltung zu verschaffen durch die maßvolle Mitte, die jedem berechtigten Streben nach Neuem wohlwollend gegenübersteht, dabei aber mit Festigkeit den Auswüchsen und Verirrungen entgegentritt. Schon auf den ersten Blick empfiehlt sich die „Gottesehr" durch die wirklich gewählte künstlerische Ausstattung. Nicht nur die Auswahl des reichen Bilderschmuckes, sondern auch die Anordnung und Verteilung von Bild und Schrift macht sozusagen jede Seite zu einem kleinen Kunstwerk und verrät den gereiften und geschulten Geschmack des Herausgebers. Möge die „Gottesehr" bei Geistlichen und Laien, bei Kunstfreunden sowohl wie bei ausübenden Künstlern recht viele Freunde und Gönner finden, damit sie das erreiche, was ihr Titel ausdrückt.

P. Lucas Knackfuß O. P.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Theaterfragen. Daß es sich in unserem Nationaltheater nicht nur um die Neubesetzung der Stellung eines Schauspieldirektors, sondern um die viel wichtigere eines Intendanten handelt, ist auch dem Publikum inzwischen so ziemlich bekannt geworden. Nur ist man über den Stand der Dinge heute weniger genau unterrichtet, als in den alten Zeiten, da es noch keinen Pressechef beim Hoftheater gab. Victor Schwannecke, der jetzige Intendant, geht im Sommer zu Max Reinhardt nach Berlin, um in dessen „Kammerspielen" als Darsteller und Spielleiter unter glänzenden Bedingungen tätig zu sein. Es wäre für das Nationaltheater ein Gewinn gewesen, Herrn Schwannecke als Darsteller zu behalten; den letzteren hatten wir freilich schon verloren, als er in der Novemberumwälzung 1918 zum Intendanten von seinen Kunstgenossen erwählt worden war. All die schönen Reden über den hereinbrechenden neuen, herrlichen Kunstmorgen haben wir nicht so gläubig aufnehmen können, denn die Theatergeschichte lehrt, daß nur unabhängige, starke künstlerische Persönlichkeiten ihre Bühnen zu großen Leistungen hinaufführen konnten. Schwannecke hat viel äußere Schwierigkeiten, so die schlimme Rätezeit, geschickt zu überwinden vermocht, er hat auch Festspiele zuwege gebracht, und der vom Landtag bewilligte Etat von $2^1/_2$ Millionen soll bei weitem nicht in Anspruch genommen worden sein; aber innerhalb des Künstlerrates haben sich Gegensätze herausgebildet, die er auf die Dauer nicht zu überbrücken vermochte, die zu vielfachen Schäden führten, welche sich in Oper und Schauspiel herausgebildet haben und die ein Vorwärtsschreiten verhindern. Das Schlimme dabei ist, daß von den neuen Kandidaten, die als Nachfolger Schwanneckes mit einiger Hartnäckigkeit genannt werden, der eine oder andere nach München kam und dann — wieder abreiste. Die Verhältnisse liegen so, daß die Betreffenden keine Möglichkeit sahen, ihrer Herr zu werden. Die Notwendigkeit erfordert, daß man das System ändert, daß der Künstlerrat sich auf wirtschaftliche Fragen beschränkt; ein Künstlerrat, in dem ein jeder seine persönlichen und seine ästhetischen Forderungen anmeldet und den Intendanten zum Spielball der Parteien macht, ist ein Unding. Sonst wird sich überhaupt keine Persönlichkeit von künstlerischem Rang finden, die nach München kommen mag. Genannt werden Heine (Wien), Dr. Zeiß (Frankfurt) und Dr. Hagemann (Mannheim). Heine scheint unter Umständen nicht abgeneigt. Die beiden anderen haben langfristige Verträge, sie haben große Selbständigkeit und viel Erfolg. Es ist fraglich, ob sie auf eine Nachfolge Schwanneckes sonderlich erpicht sind. So ist die Frage der Neubesetzung des Intendantenpostens eine sehr schwierige geworden, die in weit höherem Grade als früher die Zukunft unseres Nationaltheaters selbst mit einschließt. Dem Kultusministerium als staatliche Aufsichtsstelle erwächst da eine Aufgabe, deren Lösung nicht lange mehr vertagt werden darf.

Ueber das Schauspielhaus hört man allerhand Gerüchte. Es wird behauptet, daß die Direktion Körner finanziell schlecht abschneide. Ich möchte dies bezweifeln, nicht nur, weil es Frau Körner dementiert. Bei schlechten Geschäften würde sie sicherlich sich um eine oder zwei Paraderollen umsehen, die ihr wochenlang ausverkaufte Häuser sichern würden. Trotz unserer schlimmen Erfahrung mit der Wedekind'schen Pandorabüchse geben wir unsere auf Frau Körner gesetzten künstlerischen Hoffnungen noch nicht auf. Frau Tilla Durieux, die sich bekanntlich durch ihre Bekanntschaft mit Herrn Toller die Rückkehr ins Nationaltheater doch erschwert hat, soll beabsichtigen, das Schauspielhaus Frau Körner abzupachten. Ihr Gatte Paul Cassirer, der Berliner radikale Millionär, neuerlich als Verleger Kautskys „angenehm" bekannt, hat es ja dazu. Warum die Heroine durchaus statt Berlin München mit ihrer Kunst beglücken will, ist uns nicht bebekannt, denn wenn das Schauspielhaus nicht zu haben ist, denkt das Cassirerkonsortium im Saale der Gesellschaft Museum Komödie zu spielen, was, wie jeder Kenner der Räumlichkeiten zugeben wird, technisch große Schwierigkeiten haben würde. Würde das Theater der Körner das Theater der Durieux, so soll auch Steinrück geneigt sein, die Maximilianstraße zu überqueren. Man meint, bei einem Austritt desselben aus dem Nationaltheater würde der Künstlerrat wieder mehr zu einem homogenen Gebilde, freilich auf Kosten des Verlustes eines bedeutenden Darstellers. Auch ein ausländisches Konsortium hat für das Schauspielhaus Interesse. Das abgelehnte Angebot soll durch die Valuta von einer sehr verlockenden Höhe gewesen sein. — — Nun haben wir das dritte Operettentheater in München. Das „Intime" hat das Lustspiel aufgegeben und sich ganz der Operette verschrieben.

Schauspielhaus. Hermine Körner hat wieder einmal eine ihrer künstlerischen Versprechungen erfüllt. Es war ein Abend, der sie und ihre Bühne ehrte, und die Aufnahme wird sie zu weiteren Taten ermuntern. Man gab: „Herodes und Mariamne". Die großen Rollen Friedrich Hebbels sind nicht im eigentlichen Sinne dankbar. Nicht jedem guten Schauspieler gelingt es, all die psychologischen Einzelheiten, die der Dichter zusammengetragen hat, wirklich von einem einheitlichen Gefühl zu durchglühen. In der Mariamne Frau Körners trat eine überzeugende Gestalt vor unsere Augen. Im Gegensatz zu der blutigen, barbarischen Kultur des Tyrannen ward die feine Kultur des Herzens schaubar, eine Kluft des Gefühles, die zu tragischem Konflikt führen muß. Es war eine durchaus fesselnde Leistung. Dieterle traf den krankhaft argwöhnischen Zug im Bilde des von ihm repräsentativ gestalteten Herodes. Die Alexandra, Mariamnes Mutter, gab Magda Lena vom Nationaltheater a. G. sehr wirksam und Eva Molter entsprach als Salome. Die kleineren Rollen fügten sich dem Ganzen schicklich ein. Die Dekorationen und Kostüme waren nach Angabe der (ungenannten) Regie in den eigenen Werkstätten gefertigt. Sie verschmähten mit Recht nicht den Farbenzauber des Morgenlandes, ohne doch durch zuviel an glitzerndem Pomp von dem Wort der ganz auf Innerlichkeit gestellten Handlung abzuziehen. Von feinem Geschmacke war auch die Episode der drei Könige aus dem Morgenlande, bei dem sich die Bühnen nur zu leicht in Opernausstattung gefallen, während hier das ganze an symbolischer Bedeutung gewann. Die große künstlerische Arbeit des Abends fand reichsten Lohn.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Zum Kapitel: Wiederaufbau bei uns — Wiederum die Diktatur der Minorität auf der Strasse — Dazu der grosse Deutschenhass — Wo beginnt da unsere Wiedergenesung?

Wenn auch seit dem 10. Januar, nach vierzehn Monaten voll Hangen und Bangen und einem reichlichen Mass von schmerzlichen Enttäuschungen auf allen Gebieten **der Friedenszustand rechtlich und tatsächlich** eingetreten ist, so ist in der Wirtschaftsbetrachtung auch nicht die geringste Aenderung zu verzeichnen. Lediglich, dass Friede herrscht und damit die stets drohende gepanzerte Faust des Feindes über unsere Köpfe verschwunden ist. Und selbst diese Momente sind mit grösstem Vorbehalt einzustellen, solange noch unsicher ist, ob und wie weit die drakonischen Friedensbedingungen inhaltsreich und strikt zur Durchführung gelangen oder nicht! Vorerst fehlt es uns nicht an gutem Willen in der Einlösung des schriftlichen Versprechens. Unsere Not, allein bedingt in der uns erdrückenden Last der heute noch unbekannte Milliardensummen betragenden Friedenspunkte, wird uns **niemals zur Ruhe** kommen lassen. Dazu muss Deutschland nunmehr und endlich beginnen für seinen eigenen Bedarf, für den Bezug aller lebenserhaltenden Bedarfsartikel zu sorgen und ausserdem für die Wiedergutmachung zu arbeiten. Unsere seitherigen Feinde wissen dies zur Genüge und sind durch die verschiedensten Kommissionen im Lande jederzeit in der Lage und berechtigt, dies zu überprüfen. Wie soll nun ein unbedingter Aufbau bei uns erfolgen? Wenn ein solcher „Aufbau durch Versöhnung" — wie dies jüngst Franz Karl Endres im Münchener Volkskraftbund vorgetragen hat — erfolgen soll, ist nach dessen interessanten und richtigen Ausführungen zum mindesten erforderlich die Austemmung gegen den unheimlich vielseitig verbreiteten Mammonismus und seine Begleiterscheinungen. Mit Recht wird hierbei das Beispiel des heutigen Goldhandels als ein Spott und Hohn für jeden Deutschen bezeichnet, der seinerzeit sein Gold dem Vaterlande geopfert hatte. Hoffentlich bezwecken die wiederum reichlich spät erscheinenden Abwehrmassregeln von Einzelstaaten hierwegen einigermassen Remedur.

Im übrigen bleibt Vorbedingung für jede Wiedergenesung bei uns, und dies gilt wohl auf allen Gebieten, dass — auch an dieser Stelle ist dies schon wiederholt betont worden — endlich einmal gründlich Ruhe und Ordnung bei uns als Basis des Wiederaufbaues zu gelten haben. Betrachtet man die Folgen des ernsten Eisenbahnerstreiks, wonach mehr als eine halbe Million Tonnen Kohle, bestimmt für Industrie und Hausbrand, im Essener Bezirk verladen, aber wegen des Streiks nicht abgefahren werden konnten, infolgedessen in Bayern wegen des zu Ende gehenden Kohlenvorrates ab 15. Januar eine vollständige Verkehrssperre auf die Dauer einer Woche notwendig ist, dies allerdings auch hervorgerufen durch die Verkehrserschwerung der Hochwasserbegleiterscheinungen, verfolgt man ausserdem die blutigen Zusammenstösse vor dem Berliner Reichstagsgebäude und schliesslich die zunehmende Verhetzung der Arbeiterschaft, so erhält man schon aus diesen mehr oder minder politischen Momenten das richtige Spiegelbild unserer Wirtschaftszustände. In gleichem Masse wird dies illustriert durch die durchaus trüben Ausblicke unserer Valutaschmerzen. Die Mark im Auslande hat einen neuerlichen Tiefstand erreicht, trotz der krampfhaft unternommenen Massnahmen zur Hebung unseres Ausfuhrhandels. Auch die ständige deutsche Valutakommission konnte, wie dies ja nicht anders möglich ist, in ihren Tagungen lediglich Leitsätze und Richtlinien aufstellen. Jedenfalls interessant bei denselben ist die Ablehnung der Anpassung der deutschen Inlandspreise an den Weltmarktpreis. Unklar bleibt die voraussichtliche Gestaltung des internationalen Geldmarktes. Auch auf diesem Gebiete werden wir im Inlande und zwar sicherlich in Bälde unangenehme Ueberraschungen erleben, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, durch die unumgänglich notwendigen Auslandskredite Ventile zur Reorganisation zu schaffen. Wir werden jedoch und zwar ausschliesslich nur solche Valutakredite, damit Besserungen der Reichsmarkwährung erhalten, wenn die grundlegende Voraussetzung erfüllt wird, dass wir endlich

darangehen, noch mehr produktiv zu arbeiten, gleichzeitig die Einfuhr von allen möglichen entbehrlichen Artikeln einzuschränken, kurz und gut endlich, in letzter Stunde Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Ausserdem, und die Fachpresse registriert dies täglich, werden die unablässlichen Kapitalforderungen von Industrie, Reich, Einzelstaaten, Gemeinden und selbst Privatfirmen die Kapitalumbildung erzwingen. Solche Forderung zur Anpassung an die jetzt einmal vorhandenen Verhältnisse — für alle und durch alle — wird eintreten, auch wenn derzeit an unseren Effektenbörsen der vorherrschende Paroxismus und die ungesunde Treibhaustemperatur an der Börse anhalten. Was schon seit langem nach diesen Richtungen an fast allen internationalen Börsenplätzen geleistet wird, geht ins Beispiellose und lässt sich psychologisch nicht restlos erklären: ob Berlin, Frankfurt oder Wien, Paris, London oder Neuyork in Betracht kommen, überall sind Spielwut, der Drang nach Gewinn, Geldentwertung und sonstige Kriegsbegleiterscheinungen Trumpf!

Trotzdem und gerade deshalb: Wir gehen harten Zeiten entgegen und im günstigsten Falle gelingt es uns vielleicht doch, dass wir eine Wirtschaftsmacht — untergeordneten Ranges werden! Der Zustand unseres Geldwertes, die Festsetzung des Auslandskapitals bei uns auf Grund und Boden — auch München zeigt bemerkenswerte Beispiele in Industrie und Grundbesitz —, der Hass gegen das Deutschtum, wie die Boykottierung der deutschen Spielwarenindustrie in England und die in britischen Hafenplätzen anlaufenden deutschen Handelsschiffe bestätigen dies — dies alles sind solche Wetterzeichen von nicht untergeordneter Bedeutung. Hoffentlich verschwindet ausserdem bei uns die Diktatur der Strasse, denn sonst kommt keinerlei Friede nach Friedensschluss. M. Weber, München.

Ueber die Entwicklung der Bürgerratsbewegung berichtete Rechtsanwalt Mayer-Absberg in einer Sitzung des Münchener Bürgerrats. Er erinnerte daran, daß diese nach der Revolution im ganzen Reich fast gleichzeitig ins Leben getreten sei. Der erste sichtbare Erfolg war die Beiziehung der Bürgerräte zur Nationalversammlung, wenn es sich dabei im wesentlichen auch nur um eine figurative Beteiligung handelte. Die Tatsache, daß sich die Entwicklung im Reich nicht in ebenso krasser Weise vollzog wie in Südbayern, brachte es mit sich, daß schon im Januar 1919 im Preußischen Herrenhaus eine von 247 Delegierten deutscher Bürgerräte beschickte Konferenz zusammentreten konnte. Damals war man sich noch nicht völlig klar darüber, ob die Bürgerratsbewegung über die Vertretung rein wirtschaftlicher Interessen hinaus kulturelle Ziele verfolgen solle. Inzwischen ist — im Dezember 1919 — auf einer von allen Bürgerräten Deutschlands beschickten Konferenz ein Reichsbürgerprogramm angenommen worden, dessen Wortlaut unsere Leser im Anzeigenteil dieser Nummer finden. Es ist äußerlich ähnlich dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie gegliedert; in wohldurchdachtem, streng logischem Aufbau, fußend auf einem starken ethischen Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Allgemeinheit und auf warmer Vaterlandsliebe stellt das Programm ein Vorhaben dar, das keineswegs darauf ausgeht, eine neue Partei zu schaffen, vielmehr auf eine Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien bei der Interessenvertretung des deutschen Bürgertums hinarbeitet. Ausdrücklich betont sei, daß im Sinne des Reichsbürgerprogramms der Begriff „Bürger" auch den seiner Nationalität bewußten deutschen Arbeiter einschließt. — Die Bürgerratsbewegung hat auch in Oesterreich bereits Verwirklichung gefunden; eine große Anzahl von Bürgerräten hat sich in Ober- und Niederösterreich, in Steiermark und Tirol gebildet und zu Landesverbänden vereinigt. Die Zahl der deutschen Bürgerräte beträgt zurzeit über 1100, hinter denen rund 2 000 000 Mitglieder stehen.

Titelverleihung. Seine Heiligkeit Papst Benedikt XV. hat zum Weihnachtsfest, gleich seinem erhabenen Vorgänger Leo XIII., der bekannten Firma Butzon & Bercker, G. m. b. H., Kevelaer, katholische Verlagsbuchhandlung, und derem Leiter, Herrn Bernhard Bercker, den Titel „Verleger des Heiligen Apostolischen Stuhles" mit dem Recht, das päpstliche Wappen zu führen, verliehen. Die Firma ist durch ihren großen Verlag in katholischen Gebet- und Erbauungsbüchern im katholischen Deutschland rühmlichst bekannt; aber auch weit über die Grenzen hinaus, da eine große Anzahl Gebetbücher in französischer, englischer, holländischer, polnischer, portugiesischer und spanischer Sprache verlegt wird.

Schluß des redaktionellen Teiles.





Christliche Gesellschaft.

Monatsschrift für kathol. Leben. Jahrgang 1919/20.

Oktoberheft: I. Abhandlungen. Pfarrer Kirchesch: Die christl. Gesellschaft. Dr J. Oehmen: Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung. Dr. P. Toerund: Paritätische Berufskörperschaften. Dr. Fanny Imle: Die Religionsübung in der mittelalterlichen Zunft. A. Ecker: Wanderung und Siedlung der Katholiken. J. Rüther: Der Zins im Urteil der Kirche. Montanus: Das Steuerrecht des Staates. II. Statistik. Leben und Sterben der Katholiken. — Ehescheidungen.– Die „Parität" an den paritätischen Volksschulen. — Religionslose Schulen. III. Aus der Zeit. Das jüngste Papstwort über die Enzyklika „Rerum novarum". — Katholische Innungen. IV. Stimmen aus werktätigen Kreisen. Politik, Organisationen und ihre Motive. V. Vom Büchertisch. Buchbesprechungen: Eingegangene Bücher.

Novemberheft: I. Abhandlungen. Pfarrer Kirchesch: Naturgesetz und Naturrecht. Prof Dr. theol. Ruland: Vom Individuum zur sittlichen Persönlichkeit. A. Vanderpol: Krieg und Christentum. Schmitz-Proenen: Gottesstädte. A Ecker: Kriminalität der Katholiken. Dr. J Oehmen: Grundsätzliches zur Schulfrage. Montanus: Das Studium der päpstlichen Enzykliken. J. Rüther: Leo XIII. und der Zins. Montanus: Neuzeitliche Gilden des Kleingewerbes. A. Ecker: Deutschlands Wiederaufbau nach dem sozialen Programm Leo XIII., Pius X. und Benedikt XV. II. Statistik. Unterbringung katholischer Schulkinder. III. Aus der Zeit. Vom Siedlungswerk. IV. Vom Büchertisch. Buchbesprechungen.

Dezemberheft: I. Abhandlungen. Pfarrer Kirchesch: Die „soziale" Gerechtigkeit. Rechtsanwalt Schmitz-Proenen: Gesellschaftswissenschaften und Hochschulen. Dr. theol. Franz Baumeister: Wirtschaftliche Fundamentalarbeit. A. Lattanz: Die Juden im Wirtschaftsleben. A A. Ecker: Wirtschaftliche Hauptprobleme des Wiederaufbaus. H. Balthesen: Die tieferen Gründe zum Verfall der mittelalterlichen christlichen Ordnung im bäuerlichen Berufsleben. Leo XIII. über das Verhalten der Katholiken im politischen Leben. C. Longinus: Vom kathol Berufsverband zur Standesvereinigung. A Ecker: Die Bestimmungen der neuen Reichsverfassung über Bildung und Schule unannehmbar! II. Statistik. Verteilung der kathol Seelsorge in Deutschland. — Religionswechsel im Jahre 1915 in Ungarn. — Das Geburtsverhältnis nach der ungarischen Konfessionsstatistik. III. Aus der Zeit. Graf Hertlings Auffassungen über die Aufgaben von Kirche und Staat. — Aus einem Papstschreiben an die französ. Bischöfe.—Hertlings Stellung zum belg. Einbruch.— Groß- u. Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. IV. Vom Büchertisch. Buchbespr. — Eingeg. Bücher.

Jährl. M. 18.—. Einzelheft Mk. 2.—.

Verlag der Christlichen Gesellschaft G. m. b. H. Essen Postscheckkonto: Hannover Nr. 28156.

Die Buch- und Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 u. 6

übernimmt die Herstellung von Werken jeder Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen u. s. w. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Die „A. R." das Anzeigenorgan des Buchhandels.

Krone

Telephon 8168

Riesen-Erfolg

des

Eröffnungs-Spielplans

Tägl. 7 Uhr abends

Sonn- und Feiertag, sowie Mittwoch

je 2 Vorstellungen

um 3 Uhr u. 7 Uhr abds.

Vorverkauf: Kaufhaus Oberpollinger und Zirkuskasse ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen.

Tierschau

täglich 10-4 Uhr nachm.

Heirat.

Gebild. Kaufmann mit eigen. Fabrikbetriebe, Witwer, 39 J. alt, ohne Kinder, vermögend und hohem Einkommen, gemütl. Charakter und musikalisch, wünscht mit gebild. Dame im Alter von 30—35 Jahren, mit guter Herzensbildung, tüchtig im Haushalt, ordnungsliebend und etwas Vermögen in Briefwechsel zu treten zwecks baldiger Heirat. Aussteuer nicht notwendig, da schon vorhanden.

Damen, welche auf ein gemütliches Heim reflektieren, belieben ihre näheren Verhältnisse nebst Beifügung ihrer Photographie unter F. H. 2085 an die Geschäftsstelle der Allgemeinen Rundschau in München zu richten. Strengste Diskretion verlangt u. zugesichert.

Weingrosshandlung

H. J. Müller, Heiligenstadt

vereidigter Messweinlieferant

empfiehlt als

Messwein Afrikaner Muskat

süss.

Messweinliste, Hauptliste und Proben stehen auf Wunsch gern zur Verfügung.

Deutsche Klassiker

sowie jede andere Lektüre (wie Romane, aszetische und naturwissenschaftliche Werke), für Studenten der ob. Gymnasialkl. geeignet, nehmen dankbar als Geschenk oder gegen Bezahlung entgegen die

Benediktinermissionäre in Dillingen a. Donau.



Musikhaus Jos. Durner

Perlachberg Augsburg Carolinenstr.

Fernsprech-Nr. 3978.

Empfehle mein reichhaltiges Lager von einfachsten Schul- bis feinsten Kunstinstrumenten bei solidesten Preisen in: Violinen, Lauten, Guitarren, Mandolinen, Zithern, Klarinetten, Flöten, Okarinos, Zieh- und Mundharmonikas, Konzertinos, Musikalien und Schulen für sämtl. Instrumente. — Saiten, ff. Qualitäten. Kästen — Taschen — Etuis.

Grammophone, Platten, Nadeln.

Preisliste gratis.

Hotel Bellevue Dresden

Weltbekanntes, vornehmes Haus in unvergleichlich herrlicher Lage an d. Elbe u. Theaterplatz, gegenüber dem Schloß, Opernhaus, Gemäldegalerie; mit allen zeitgemäßen Einrichtungen versehen.

Großer Garten u. Terrassen a. d. Elbe.



DIE MÜNCHENER ZEITUNG

MIT DER WOCHENSCHRIFT „DIE PROPYLÄEN"

empfiehlt sich für alle Familien- und Geschäftsanzeigen

TÄGLICHE AUFLAGE ÜBER 100000 EXEMPL.

Grösste Platzverbreitung

Erscheint wöchentlich 6mal und kostet monatlich Mk. 2.50

Hauptexpedition: Bayerstr. 57—59 :: Fernspr.: 50501—50509

Ein

Herder-Buch

ist ein stets hilfsbereiter Freund in allen Lebenslagen. Verlangen Sie kostenlose Prosp. Herder/Freiburg i. Br.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Tel.-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M. 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 8.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 5. München, 31. Januar 1920. XVII. Jahrgang.

Wir brauchen mehr Idealismus!

Von Dr. Hans Rost, Westheim.

Durch unser Volk geht Hand in Hand mit der zunehmenden Verrohung eine starke Welle der Genußsucht in allen möglichen Formen. Man tanzt und nascht und spielt, von den edlen Genüssen ganz abgesehen, wie sie die von Wedekindschen Stücken durchseuchten Theater und die sinnlich-kitzlichen Kinos, die besseren Herrschaften Genuß verschaffenden Carobielen und die sonstigen aus dem Boden sprießenden Großstadtvergnügungen darbieten. Wir sehen das alltäglich mit unseren Augen, wir knirschen ob der aufgeputzten Kriegs- und Revolutionsgewinnlerweiber mit den Zähnen, wir sprechen vom Tanz auf dem Pulverfaß, wir sagen, das könne nicht mehr länger so weitergehen. Kurz, wir sind sehr unruhig über dieses Herabsinken unserer Volksmoral und jammern, daß die Sache ein Ende mit Schrecken nehmen werde.

Was ist da zu tun? Mit dem Jammern über diese Verrohung unserer Kultur, über dieses moralische Schlammbad, in welchem ein erklecklicher Teil unseres Volkes in leidenschaftlicher Gier plätschert und schwimmt, ist es nicht getan. Auch der Wunsch oder die Bitte zu Gott, er möge uns einen modernen Großstadtheiligen im Sinne des heiligen Franziskus schicken, ändert nichts an unserer traurigen Lage. Uns allen, die wir vom nationalen oder vom christlichen Standpunkte aus einen Ausweg aus dem Sumpfe wünschen, in den ein erheblicher Bruchteil unseres Volkes geraten ist, wir alle müssen die letzte Kraft in unserem Innern zusammenraffen und zu einem persönlich-idealistischen Handeln übergehen. Das Christentum lehrt uns Entbehrung und stille Entsagung. Und Goethe sagt in seinem Faust: Entbehren sollst du, sollst entbehren! Das ist der ewige Gesang. Der Welle der Genußsucht und Unmoral müssen wir eine Welle idealistischer Lebensführung entgegensetzen.

Man wird sagen, wir entbehren schon genug. Das ist wahr. Aber für Menschen, die als Christen, als Katholiken ihr Leben führen und es nur als Durchgangsstation zu einem schöneren Leben im Jenseits auffassen, ist trotz aller unangenehmen, entbehrungsreichen Zeiterscheinungen die Entbehrung immer noch weiter steigerungsfähig. Idealismus in der Gesinnung und in der Lebenshaltung ist der Pfad, der hart und schmal, aber doch aufwärts führt. Dieser Idealismus kann sich materiell nnd geistig entfalten. Ohne ihn gibts keinen Aufstieg zu einer verfeinerten, durchgeistigten Kultur. Wenn es einst hieß, am deutschen Wesen solle die Welt genesen, so konnte damit nur der deutsche Idealismus als Triebfeder und Heilfaktor gemeint gewesen sein. Heute müssen wir diesen deutschen Idealismus selbst wieder herausholen aus dem Sumpf, den eine undeutsche, jüdisch-materialistische Kulturwelt in Theatern, Kinos, Presse usw. über uns bis zum Ersticken ausgegossen hat.

Entbehrung und Idealismus! Dem Schreiber dieser Zeilen hat es einen Freudenjauchzer abgenötigt, als er unlängst den Entschluß der Erlanger Studentenschaft las, aus vaterländischen Gründen keine Zigaretten mehr zu rauchen. Gehe nun jeder Gesellenvereinspräses, jeder Arbeitervereinsvorstand, jeder Vorsitzende eines kaufmännischen Vereins hin und künde seinen jugendlichen und alten Mitgliedern diesen prächtigen Beschluß der Erlanger Studenten und fordere auf zur Nachahmung. Damit würde die heute so häßlich grassierende Zigarettenpest eine erhebliche Einschränkung erfahren. Junger Mann, deutscher Mann, du brauchst keine Zigaretten zu rauchen! Unsere Valuta, die Zukunft Deutschlands und deine Gesundheit verlangen von dir, daß du ostentativ den Zigarettengenuß meidest und im Rauchen überhaupt dir Entsagungen auferlegst.

Entbehrung und Idealismus! Unsere Zeit betet den sexuellen Genuß an. Gewisse Aerzte und Pädagogen lehren die Theorie des Sichauslebens. Keusche Enthaltsamkeit wird als Unsinn und als gesundheitsschädlich verspottet. Wyneken predigt die Geschlechtsliebe und Forel hat schon vor Jahren die Studentenliebe empfohlen. „Wenn was passiert", dann empfehlen unsere modernen Kulturpolitiker das ach so herrliche Salvarsan. Aber sich enthalten, sich mit Ernst und Arbeitsamkeit und Sparsamkeit für ein künftiges, gesundes, glückliches Eheleben vorbereiten, das ist altfränkische Moral. Daher hat heute fast jeder sechzehnjährige Bengel sein Mädel. Inzwischen schreiten die Geschlechtskrankheiten in unheimlicher Weise fort. Man hat den Massen die „Freiheit" auch in Dingen der Moral vorgepredigt. Zahlreiche sozialdemokratische Theoretiker vertreten das Prinzip der freien Liebe. Jüdische, sozialdemokratische Aerzte treten warm ein für den Gebärstreik unserer Mütter und Frauen. Fast jeder Drogerie- und Friseurladen ist heute eine Abgabestelle zur Unterbindung des Volkswachstums.

Was können wir gegen diese fürchterliche Seite der Volksvergiftung tun? Wir können nur unsere alten erprobten, christlichen Ideale hochhalten. Unsere akademische Jungmannschaft hat sich gegen die Zigarettenpest erhoben. Vielleicht tut sie es in Massen auch gegen die Sexualpest. In Leipzig haben schon vor dem Kriege Mediziner unter Führung von Professor Sattler die geschlechtliche Enthaltsamkeit außer der Ehe auf ihr Banner geschrieben. Dieser Idealismus in sexueller Beziehung muß unserer Jugend in den studentischen, kaufmännischen Kreisen, muß unserer Arbeiterjugend in unseren Organisationen mit überzeugender Kraft eingehämmert werden. Wir gehen an diesem Kapitel zu leicht vorüber. Es ist aber für unsere Volksgesundheit in Zukunft das wichtigste Problem.

Wir müssen unseren Idealismus in diesem Zusammenhang ausdehnen auf den völligen Verzicht auf irgendwelche illustrierte oder nichtillustrierte Witzblätter à la Simplicissimus, Jugend usw., grundsätzlich kein solches Blatt in die Hand nehmen. Weil wir den dort gehegten Geist einer rohen oder verfeinerten Sinnlichkeit für den Aufbau unseres Volkes zu einer starken Gemeinschaft im Sinne unserer altgermanischen Vorfahren nicht brauchen können. Verweichlichte Kulturjünglinge haben wir genug. Wir brauchen junge Männer in allen Gesellschaftsschichten, die nicht jedes geschminkte und girrend grinsende, aufgedonnerte Frauenzimmer anlachen oder sich auf süßliche Liebeleien und im Anschluß daran auf unkeusche Dinge einlassen. Wir brauchen junge Männer mit hohem Idealismus, mit ernster Keuschheit, mit Opferbereitschaft zur Wiederherstellung eines neuen Deutschlands, das nur mit den Quadern der Entbehrung und des Idealismus emporgefügt werden kann, wenn es kein Trümmerhaufen und kein Sumpf bleiben soll, wozu es die materialistische Weltanschauung der Sozialdemokratie und des Liberalismus herabgewürdigt haben.

Wir brauchen den Idealismus und die Opferbereitschaft der besitzenden und gebildeten Klassen. Wozu braucht eine Frau mehr als einen Ring am Finger, den Ring der ewigen Treue und Liebe? Statt einer goldenen Uhr schlägt auch eine andere uns die Stunden auf dem Wege bis zu unserer letzten Stunde. Wir denken zu wenig und nicht gern an den Tod. Sonst würden wir in unserer Lebenshaltung noch vieles vereinfachen. Wir

würden manchen Hausrat, manchen überflüssigen Wertgegenstand veräußern zugunsten unserer idealen, caritativen und kulturellen Vereine. Am Ende unseres Lebens gelten nicht die Aeußerlichkeiten, die uns durchs Leben begleiteten, sondern die Innerlichkeiten, unsere materiellen und geistigen Opfer für unsere Mitmenschen im Geiste der Nächstenliebe Christi. Warum sind unsere Vinzentiusvereine so dünn besetzt? Warum treten ihnen nicht Tausende und Abertausende von Gebildeten und Besitzenden bei, um durch persönliche Fühlungnahme mit den unteren Volksschichten die einzig mögliche und wahre „Brüderlichkeit" herbeizuführen? „Wir müssen", hat P. Lippert unlängst in München in der Vereinigung katholischer Akademiker gesagt, „unsere Müdigkeit, unsere Unlust ablegen und unter das Volk gehen". Wohlan, der Vinzentiusverein ist der gangbarste Weg, um zum Volke zu gelangen! Würden in ganz Deutschland nur einige hunderttausend katholische Männer im Geiste des heiligen Vinzenz von Paul tätig sein, wahrlich es wäre um unser katholisches religiöses Leben gut bestellt. Die innerliche Freude und Erbauung an den Gestalten und Ideen des hl. Franziskus, des hl. Vinzenz, der hl. Elisabeth genügt heute nicht mehr; heute gilt nur die Liebe der Tat. Und dazu braucht es Idealismus und etwas Entbehrung.

Wir Katholiken brauchen, wenn vom sittlichen Neuaufbau unserer Kultur die Rede ist, keine Neuorientierung. Wir haben eine solche Fülle an idealen sittlich-wirksamen Kräften in unserer Religion, daß wir nur aus diesem Born schöpfen brauchen. Wir brauchen keine Neuorientierung. Wohl aber brauchen wir neue Begeisterung und neue Tatliebe. Sollte es so schwer sein, Idealismus auf den verschiedensten Gebieten zu wecken, wo ein gar nicht geringer Teil der heutigen Kulturmenschheit bereits tiefen Ekel an dem modernen Kulturschwindel empfindet? Wir haben Politiker, Professoren, Rechtsanwälte, Beamte usw., die eben nur Politiker, Professoren, Rechtsanwälte, Beamte usw. sind. Aber wir brauchen heute ans diesen Gesellschaftsschichten Menschen, Idealisten, — Seelensucher. Nur dann wird das Werk der religiös-kulturellen Bewegung unter den Katholiken Deutschlands ersprießlich gedeihen, wenn es gelingt, der Flutwelle der heutigen Genußsucht eine brausende und brandende Sturmeswelle idealer Begeisterung entgegenzusetzen. Die Zukunft Deutschlands gehört jenem Bevölkerungsteil, jener Weltanschauungsgruppe, die auf idealistisch-religiösem Grunde, im Glauben an Gottes Vorsehung die Gebote des Dekalogs hält.

Was macht es, wenn wir Katholiken wegen unserer idealistischen Weltanschauung verlacht und verspottet werden? Wenn wir es auf der Grundlage von Idealismus und Entbehrung erreichen, daß unsere Jünglinge und Jungfrauen nicht zu frühzeitigen Menschenruinen werden, wenn unsere Kinder und Enkelkinder es ihren Vätern und Müttern einst danken können, daß sie keine Syphiliskeime in sich tragen, wenn unsere Buben und Mädels erst mit vielleicht 20 Jahren ins Theater und in den Tanzsaal gehen dürfen und nicht frühzeitig verwelken, sondern in einer katholisch-idealistischen Gedankenwelt aufwachsen, wäre das nicht eine Verbesserung unserer Kulturzustände, wäre das nicht ein höheres Menschenglück, als das entnervende Genießen unserer heutigen kaum flügge gewordenen Jugend?

Ueber den katholischen Idealismus ließe sich noch vieles in konkreter Weise sagen. Dieser katholische Idealismus ist in den heutigen Zeitläuften notwendig; er ist kein Hirngespinst. Aber er ist auch möglich. Er ist begründet in dem Glauben des Christen an ein besseres Jenseits, an die Unzureichendheit aller irdischen Dinge, an ihre rasche Vergänglichkeit. Dieser Idealismus ist begründet in dem festen Glauben an die Vorsehung Gottes, wie sie unsere Religion lehrt: Suchet zuerst das Reich Gottes und alles andere wird euch gegeben werden. Unsere Heiligen haben diesen Idealismus vorgelebt und vorgepredigt. Warum soll unser Zeitalter bei aller Traurigkeit und Schwierigkeit der Lebensführung nicht auch diesen Geist pflegen? Wir brauchen ihn ja jetzt erst recht. Ohne diese idealistische Gesinnung gibt es keine Erhebung. Denn niemals wird die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein menschenmögliches Glück auf diese Erde zaubern, sondern nur der Flug zu hohen Gedanken und Idealen, wie sie die katholische Kirche nach einem Ausspruch des französischen Ministerpräsidenten Loubet nahezu monopolartig besitzt.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Holland lehnt die Auslieferung des Kaisers ab.

Die Rachepolitiker der Entente haben eine schwere Niederlage erlitten. Auf der Hetzjagd gegen den ehemaligen Kaiser sind sie an einen Graben gekommen, den auch ihr großmächtiger Buzephalus nicht überspringen kann.

Die letzte Note, die der jetzt kaltgestellte Clemenceau als Wortführer des Obersten Rates losgelassen hatte, war die unglücklichste von all seinen diplomatischen Ergüssen. Das offizielle Ersuchen an die holländische Regierung, den Kaiser Wilhelm auszuliefern, war sehr ungeschickt motiviert. Zur juristischen Begründung konnten freilich nur hohle Phrasen von „Gerechtigkeit" und „Solidarität der Völker" vorgebracht werden; aber Clemenceau hätte doch wenigstens alles vermeiden müssen, was das Ehrgefühl der Holländer aufreizen konnte. Statt dessen wird in der Note gesagt, Holland würde die Verantwortung für die angeblichen Missetaten des Kaisers auf sich nehmen, seine internationalen Pflichten verletzen, wenn es den Flüchtling nicht ausliefere. Diese Sprache, die allerdings dem gewohnten groben Briefstil Clemenceaus entsprach, aber hier sehr schlecht am Platze war, weil er nicht zu dem niedergebrochenen Gegner redet, sondern zu einem selbstherrlichen, neutralen Volke, hatte in der holländischen Bevölkerung von vornherein Entrüstung erregt.

Demgemäß fiel auch die Antwort der holländischen Regierung aus. Sie wahrt nur noch knapp die diplomatische Höflichkeit; sie weist den Verdacht der erwähnten Art „nachdrücklich" zurück und erklärt, sie stehe als unbeteiligte, neutrale Macht „hinsichtlich der Kriegstaten auf einem völlig anderen Standpunkt als die Mächte". Sie sagt weiter der Entente ins Gesicht, daß der betreffende Paragraph des Versailler Vertrags, der ohne Mitwirkung Hollands zustande gekommen ist, „keinerlei Wert für die Bestimmung der Pflichten Hollands hat". Ferner wird der Entente unter die Nase gerieben, daß ihr angebliches Rechtsverfahren an zwei Grundfehlern leide, weil erstens eine internationale Jurisdiktion nicht geschaffen sei und weil zweitens eine „den Taten vorangehende Strafgesetzgebung" fehle, auf die sich das Urteil stützen könnte. Die Note läuft dann in die bestimmte Erklärung aus, daß in dieser Frage für Holland nichts anderes entscheidend sei, als die eigenen Staatsgesetze und die nationale Ehre, und daß beide die Auslieferung eines politischen Flüchtlings verbieten. Zum Schlusse wird noch der Deutlichkeit halber hinzugefügt, daß die entwickelte Anschauung „über alle persönlichen Ansichten hinausgeht und redlicherweise keinen Raum für eine falsche Auffassung läßt".

Diese männliche Sprache der kleinen, aber selbstsicheren Regierung wirkt luftreinigend in dieser dumpfen Zeit. Die Haltung Hollands wird Beifall finden in der ganzen weiten Welt. Denn nicht allein bei den Neutralen, sondern auch in großen Teilen der Ententebevölkerung ist seit einem Jahre der Widerwille gegen den Racheakt am gefallenen Kaiser andauernd gewachsen. Auch in denjenigen Volksschichten, die sich über die juristischen Bedenken nicht leicht klar würden, empört sich mehr und mehr das rein menschliche Gefühl und man kann sogar sagen: Das Anstandsgefühl gegen den geplanten Fußtritt auf den gefallenen Löwen. Diese vox populorum ist von realpolitischer Bedeutung, da die Machthaber der Entente, wenn sie ihre Racheaktion durchführen wollen, gegen Holland Gewalt anwenden müßten und dadurch die öffentliche Meinung auch im eigenen Bereich auf das äußerste reizen würden. Es wäre ja ein unerträglicher Hohn auf das ganze Gerede von Völkerbund, Rechtsfrieden, Schutz der Schwachen usw., wenn man jetzt Holland terrorisieren wollte. Die „siegreichen" Machthaber sind mit ihrer Kaiserverfolgung in eine Sackgasse geraten. Lloyd George ist jetzt der einzige, der noch für die Fortführung des verfehlten Unternehmens sich einsetzen könnte. Auch dieser robuste Walliser wird entweder den Rückzug beschließen oder seinen Kopf riskieren.

Für uns ist die Wendung der Dinge sehr erfreulich, da sie nicht bloß die Vermeidung des Kaiserprozesses, sondern auch eine günstigere Lage für unsere auszuliefernden Beamten und Militärs in Aussicht stellt. Es klingt sehr wahrscheinlich, wenn immer wieder gemeldet wird, daß die Auslieferungsliste um soundso viele hundert Namen verkürzt werde. Nach und nach erkennt man da drüben, daß in dem sog. Gerichtsverfahren sich viele Schwierigkeiten und empfindliche Enttäuschungen ergeben würden. Auf jeden Fall ist zu erwarten, daß die „Richter" sich zu größerer Vorsicht und

Mäßigung veranlaßt fühlen, und daß bei der Durchführung der verhängten Strafen die erwachte öffentliche Meinung zunächst Milde und dann eine Amnestie erzwingt, falls die Entente auf dem Verlangen nach Auslieferung überhaupt bestehen bleibt.

Der Reichsparteitag des Zentrums.

Nach vielen äußeren Schwierigkeiten endlich zustande gekommen, hat der erste allgemeine Parteitag der deutschen Zentrumspartei in dem stolzen Reichstagsbau unter dem Vorsitz des Präsidenten Fehrenbach einen harmonischen Verlauf genommen.

Eine Klärung der Ansichten innerhalb der Zentrumspartei war dringend notwendig geworden. Einerseits hatten die gewaltig sich überstürzenden Ereignisse der letzten anderthalb Jahre auf manche Köpfe und Herzen verwirrend gewirkt, anderseits hatten rührige Agitatoren von größeren und kleineren Konkurrenzparteien weithin die Meinung verbreitet, an den Nöten der gegenwärtigen Zeit seien weniger die furchtbaren Schicksalsschläge schuld, als vielmehr die „Regierung“ und also auch die Zentrumspartei, weil sie zu der Koalition gehört. Viele irrige Ansichten, Mißverständnisse, falsche Vorwürfe und unbegründete Befürchtungen hatten sich an manchen Stellen eingenistet. Damit mußte aufgeräumt werden. Die auf dem Parteitag vorgetragenen Referate bilden eine Fundgrube von politischem Wissen nach der grundsätzlichen und praktischen Seite hin. Für die Freiheit der Diskussion wurde so ausgiebig gesorgt, daß man sogar eine geheime Sitzung einlegte, um auch den Verdacht zu beseitigen, daß jemand aus persönlichen Rücksichten oder aus Scheu vor den gegnerischen Ohren mit seiner Herzensmeinung hinter dem Berge halten könnte. Dankbar zu begrüßen ist im übrigen die Anregung des Grafen Praschma, auf dem nächsten Parteitag weniger und kürzere Referate vorzusehen und dafür noch mehr Zeit für die Diskussion bereitzuhalten.

Die grundlegenden Resolutionen wurden unter allgemeiner, herzlicher Zustimmung angenommen. Hier seien nur drei Kardinalpunkte hervorgehoben.

1. Die Frage der Koalition. Durchschlagend nachgewiesen wurde die Notwendigkeit des Eintritts in die Koalition zur Rettung der Ordnung und des Bestandes der Nation. Ein Opfer auf dem Altare des Vaterlandes, aber ohne Verleugnung der Grundsätze und ohne Schädigung der künftigen Bewegungsfreiheit. Der Fraktion wurde das volle Vertrauensvotum der Partei zuteil.

2. Die Frage des „Einheitsstaates“. Dieses Wort hat irreführend gewirkt; man sollte lieber von der Neugliederung des Reiches sprechen. Das tut auch die bezügliche Resolution. Sie fordert den organischen Aufbau des Reiches auf landsmannschaftlicher Grundlage in der Weise, daß gleichberechtigte und möglichst gleichartige Länder gebildet werden. Natürlich im Rahmen der Reichsverfassung; aber in diesem Rahmen soll die ganze Eigenart der Staaten und Stämme sich frei ausleben. Gegenüber den Bedenken in Süddeutschland muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die Resolution das Selbstbestimmungsrecht der Reichsglieder ausdrücklich wahrt. Es heißt da: „Soweit in der beteiligten Bevölkerung der Wille geschlossenen staatlichen Weiterlebens zum Ausdruck kommt, bleiben Umfang und verfassungsmäßige Rechte der betreffenden Länder gewahrt“. Das verbürgt also den Bayern den Fortbestand ihres Staatswesens. Der leidtragende Teil bei der Neugliederung wird nicht Süddeutschland sein, sondern vielmehr das „alte Preußen“. Wer die Uebermacht von „Berlin“ scheute, muß sich gerade dieser Zentrumspolitik anschließen. Sonst trifft das Wort des Abg. Herold zu: Die Bayern, die sich absondern, täten alles mögliche, damit Preußen recht groß bleibe.

3. Die Fürsorge für den Bauernstand. Ihm ist eine besondere, eingehende Entschließung gewidmet, auf deren praktische Einzelheiten an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann, die aber jeden Unbefangenen überzeugen müssen, daß die Interessen der Landwirte bei der großen Partei des Zentrums besser aufgehoben sind, als bei Sonderbünden.

Ferner sei noch hingewiesen auf den Ausbau der Organisation der Gesamtpartei und der Presse und verschiedene Ausschüsse für wirtschaftspolitische Vorarbeit und für Werbetätigkeit.

(Anmerkung der Redaktion: Die Beschlüsse des Zentrumsparteitages enthalten in allgemeinen Zügen einen Ausgleich der Strömungen innerhalb der Parteidelegierten selbst und wollen auch zu den Bestrebungen der Bayerischen Volkspartei Brücken bauen. Ob dieselben eine unzweideutige Lösung des Konflikts zwischen einem Teil der Zentrumswählerschaft und den Führern einerseits und Bayerischer Volkspartei und Zentrumsparteileitung anderseits bedeuten, hängt wesentlich von der Auslegung ab, welche den Beschlüssen in der nächsten Zeit in der Parlaments- und Gesetzgebungspraxis zuteil wird. In politisch so bewegten Zeiten, wie den jetzigen, bleibt es nicht aus, daß die Wählermassen da und dort ihre Interessen durch die Abgeordneten nicht in der gewünschten Weise vertreten wähnen. Da ist es nun nach wie vor Pflicht der Presse, den Finger am Puls des Volkes zu haben und nicht in falscher Vertrauensseligkeit in der Diskussion der brennenden Probleme zu erlahmen. In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas! Mit der Befolgung dieses Grundsatzes ist auch dem organischen Aufbau des neuen Deutschen Reiches im christlichen, im katholischen Sinn am besten gedient.)

Ein Attentat auf Erzberger.

Die schamlose persönliche Hetze, mit welcher die Kreise um Helfferich die Leidenschaften gegen Erzberger bis zur Siedehitze aufpeitschten, hat am 26. Januar 1920, nachm. gegen 1/2 3 Uhr, als Erzberger, aus der Gerichtsverhandlung gegen Helfferich kommend, das Gerichtsgebäude in Moabit verließ, einem jugendlichen Heißsporn, dem 21jährigen früheren Fähnrich Oltwig von Hirschfeld, den Revolver in die Hand gedrückt. Der Reichsfinanzminister wurde von mehreren Schüssen getroffen; eine Kugel durchbohrte den Arm und drang in die rechte Schulter ein. Gottlob scheint keine Lebensgefahr vorhanden zu sein. Der Fall zeigt wieder, wie zerrüttet die Nerven unseres Volkes, wie wankend die sittlichen Grundsätze in weiten Kreisen geworden sind. Wenn politische Kämpfe durch Gewalttaten ausgetragen werden sollen, so führt dies unfehlbar ins Chaos. Es gibt ja auch innerhalb des Zentrums eine große Zahl solcher, welche mit Erzbergers Politik nicht einverstanden sind, aber auch diese haben immer rückhaltlos die vaterländische Gesinnung, den unermüdlichen Fleiß und die erstaunliche Tatkraft desselben anerkannt. Sein Amt als Reichsfinanzminister ist neben dem des Reichswehrministers unzweifelhaft gegenwärtig das undankbarste und schwerste und erfordert einen starken Arm. Auf Erzberger zu schimpfen gehört mancherorts geradezu zum guten Ton. Keiner aber hat noch das Allheilmittel genannt, wie man anders als durch unerbittliche Abgaben-Maßnahmen den bankerotten Zustand der Reichsfinanzen beendigen könne. Ueber Methoden und Einzelheiten läßt sich streiten. Aber die heftigste politische Gegnerschaft darf nicht zum Mordanschlag führen. Hier gibt es keine Ausnahmen. Wir gehören nicht zu denjenigen, welche die Mordtat des Grafen Arco an Eisner entschuldigen, um so mehr verabscheuen wir die ruchlose Tat gegen Erzberger, der selbst vom Standpunkt seiner schärfsten Gegner aus nicht mit einem Schädling, wie es Eisner war, verglichen werden kann.

Frankreich und der Vatikan vor der Aussöhnung.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zum Heiligen Stuhle scheint nun vor ihrer unmittelbaren Lösung zu stehen. Man könnte dies auch schon daraus schließen, daß sich die Presse Frankreichs und Italiens gerade in diesem Augenblicke lebhafter als je mit ihr befaßt, obwohl wahrhaftig vordringlichere Sorgen die Gemüter der Menschheit erregen.

Die sehr ausführlichen Verhandlungen der Pariser Kammer vom 2., 7. und 19. Juli des vergangenen Jahres hatten den Stand der Angelegenheit soweit geklärt, daß mit Sicherheit gesagt werden konnte: es besteht im Parlamente eine bis tief in die Linke hineinreichende Mehrheit für die Wiederherstellung der Beziehungen zum Vatikan; das letzte Hindernis bildet lediglich der entschlossene Wille des Ministerpräsidenten Clemenceau und seines Außenministers Pichon, nicht „nach Canossa“ zu gehen. Noch einmal hatte der Abg. De Monzie alle Beweisgründe für die Notwendigkeit des Schrittes zusammengetragen und mit größter Wärme verteidigt, noch einmal hatte er aus seiner im übrigen antiklerikalen Gesinnung sowie seinem Freidenkertum kein Hehl gemacht, vergebens, Pichon erklärte, er stehe und falle mit seinem Standpunkte. Als dann das Ergebnis der Neuwahlen den Sieg des dem antiklerikalen Blocke entgegengestellten Blockes der religiösen Beruhigung erbrachte, war damit ein weiterer großer Schritt auf dem Wege nach Rom getan. In der Presse erschienen sofort Gerüchte über Rücktrittsabsichten Pichons. Die Tragik wollte es, daß De Monzie selbst, der den Sieg seiner seit zwei Jahren unablässig und mit großem Geschicke betriebenen

Bemühungen erlebte, unterlag und sein Mandat verlor, ein Opfer seines Wahlsystems, das nur dem Scheine nach proportionelle Vertretung gewährt.

Journalistisches Streben, jede Konkurrenz im voraus zu schlagen, versetzte bereits den Sekretär für a. o. kirchliche Angelegenheiten Msgr. Ceretti als Nuntius nach Paris, bis auf dem Wege durch die zahlreichen Redaktionen der Prälat sich zum Msgr. Cupretti und schließlich zum Msgr. du Petit entwickelte; ein anderes Blatt ließ die Verhandlungen ins Stocken geraten, weil der Papst nicht geneigt sei, „den französischen Katholiken politische Freiheit zu gewähren", während im „Eclair" ein angeblicher französischer Prälat von höchst problematischer Existenz unseren Verdacht durch die einleitende Behauptung weckt, „noch immer wolle man weder von Rom noch von Frankreich aus den ersten Schritt tun", obwohl die Sachlage dem Vatikan gar keine solche Möglichkeit bietet. Jedenfalls muß man dem Vatikan das Zeugnis ausstellen, daß er mit seinem Entgegenkommen bis an die Grenze des Möglichen gegangen ist und es an immer neuen Aufmunterungen nicht hat fehlen lassen. Der also uns zweifelhafte Prälat will wissen, Frankreich habe bisher eine Anzahl Vorschläge gemacht, die allerdings wenig Takt verrieten, z. B. Léon Bourgeois zum Botschafter beim Vatikan zu ernennen oder einen Bischof mit der Vermittlung der Angelegenheiten zwischen Rom und Paris zu betrauen oder auch die englische Gesandtschaft dauernd mit der Vertretung der französischen Interessen zu beauftragen, ja, sogar den Botschafter beim Quirinal gleichzeitig beim Vatikan zu beglaubigen.

Angesichts dieser reichen Blüte von höchst zweifelhaften Meldungen ist es auffallend, daß eine Information der Turiner „Stampa", die sich in vatikanischen Angelegenheiten sehr oft auffallend zutreffend berichtet erweist, keine Beachtung gefunden hat. Es sei richtig, daß offizielle Verhandlungen zwischen Paris und Rom noch gar nicht aufgenommen seien, aber bekanntermaßen sei dies das allerletzte Stadium, in das derartige Angelegenheiten treten; sie sind dann zumeist bereits so gut wie perfekt; bisher würden die Besprechungen offiziös geführt. Der Vatikan habe sich bisher bereit erklärt, das von Pius X. verworfene Trennungsgesetz als ertragbar hinzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die französische Regierung erkläre, es nicht im Geiste der Verfolgung der katholischen Kirche anzuwenden. Allerdings sei man sich im Vatikan bewußt, daß derartige Versprechungen von späteren Regierungen meist nicht als bindend erachtet würden, man verlange daher dort eine Erklärung, die Gesetzeskraft besitzt, d. h. also wohl vom Präsidenten wie von der Kammer gegengezeichnet ist. Die Regierung ihrerseits verlange, daß die Ernennung der Bischöfe nicht nur im Einvernehmen mit ihr erfolge, sondern auch, daß der Papst die unter dem Trennungsgesetze ernannten Bischöfe, die nicht personae gratae seien, entferne. Als solche seien genannt Humbrecht von Besançon, Chesnelong von Sense, Marty von Montauban und Penon von Moulin, die der Action française nahestehen. Dieser Gesamtmeldung stünde nun scheinbar eine Aeußerung des Kardinals Amette gegenüber, die in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Petit Journal" gefallen sein soll und von diesem berichtet wird, nämlich, daß der Heilige Stuhl zu allen Zugeständnissen bereit sei, soweit sie nicht mit den Grundgesetzen der Kirche im Widerspruche stehen. Niemals aber werde der Heilige Vater die Kultusvereinigungen, wie sie gedacht und geschaffen sind, annehmen. „Sie verstehen wohl", sagte der Kardinal, „niemals!"

Während dieselbe Stampa meldet, Charles Loiseau, der, wie man nunmehr einwandfrei weiß, während des Krieges offiziöser Agent Frankreichs beim Heiligen Stuhle war, sei in Rom eingetroffen, faßt Denys Cochin, der ja gleichfalls zur selben Zeit in halbamtlicher Mission Frankreichs in Rom war, seine Meinung folgendermaßen zusammen: „Die Wiederaufnahme der Beziehungen gehört nicht zu den Möglichkeiten, sie ist eine Gewißheit ... An dem Tage, da wir einen modus vivendi in der Gestalt einer Vertretung in Rom gefunden haben werden, haben wir auch einen großen Schritt auf dem Wege religiöser und sozialer Rückkehr zum Frieden des Landes getan. Ich halte mit anderen Politikern das Ereignis für nahe bevorstehend."

Unerwartet ist heute Clemenceau auf das Trockene gesetzt und Pichon hat Millerand Platz gemacht, demselben Millerand, der vor noch wenigen Wochen mitten in der Wahlbewegung sich für die religiöse Versöhnungspolitik ausgesprochen hat. Würde Cochin heute gesprochen haben, er hätte vielleicht eine womöglich noch größere Zuversicht in seine Worte gelegt. Jedenfalls darf man heute mit bestem Rechte annehmen, daß der letzte, der entscheidende Schritt, unmittelbar bevorsteht.

Die neuen Männer in Frankreich.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees.

I. Deschanel.

Paul Deschanel ist in Schaarbeek, heute die größte Vorstadt Brüssels, im Jahre 1855 geboren. Seine Wiege stand in der Brüderlichkeitsgasse. Sein Vater, ein nicht unbedeutender Professor und Schriftsteller, hat unter anderen Werken eine Geschichte der Hetären Griechenlands geschrieben, weiter: „das Gute und Schlechte, was man von den Kindern sagt", und auch, in absichtlich umgekehrter Titelgebung: „das Schlechte und Gute, was man von den Frauen sagt". Er hatte vor Napoleon III. aus Frankreich fliehen müssen. Victor Hugo begrüßte von Jersey die Nachricht der Geburt seines Sohnes mit dem schönen Spruche: „le premier-né de l'exil"! Der Erstgeborene der Verbannung. Die Mutter stammte aus Lüttich, war aber die Tochter einer Engländerin; die Mutter des Vaters war eine Griechin aus Marseille, und armenisches Blut gab es vielleicht auch in den Vorfahren.

Ziemlich spät verheiratet, mit 46 Jahren, führte der schöne Paul eine reiche Erbin heim. Er hat drei Kinder, viel für Frankreich. Er soll dreißig Millionen besitzen. Er war schon vor der Ehe Präsident der französischen Kammer: ist es darum, daß er bei der kirchlichen Feier seiner Heirat einen kostbaren Spazierstock mit sich führte? Er hat sich zeitweilig als Präsident gegen die Radikalen nicht behaupten können. Inzwischen fuhr er fort, seinen parlamentarischen Kollegen viele vorzügliche Frühstücke anzubieten. Er hielt sich auch während jener Zeit vier Privatsekretäre.

Er kritisierte sehr scharf in Gesellschaft die kriegerische Politik des Herrn Delcassé: dieses Treiben, sagte er wörtlich, wird Frankreich und Europa in einen Abgrund stürzen. Er hatte vielleicht Recht. Er wandte sich aber dabei an den anwesenden regierenden Fürsten von Monaco, der damals freundliche Beziehungen zu Berlin und Kiel unterhielt und über die gemäßigten Anschauungen und über die Friedfertigkeit von Paul Deschanel berichten könnte. Vielleicht eben darum bekam er nur wenige Stimmen bei der Wahl des Präsidenten der Republik vor sieben Jahren. Er hatte doch über die Elsaß-Lothringer eine eigene Meinung: „Sie sind bewunderungswürdig: sie sind heuchlerisch!" Aehnlich sagt man in einem modernen französischen Lustspiel von einem Staatsmanne: „Was für ein vortrefflicher Minister! Wie er lügt!" Mit Bewunderung selbstverständlich. Herr Deschanel ist aber niemals Minister gewesen. Ob seine Elsässer jetzt alle aus der Rolle fallen?

Als Präsident der Republik wird er sich vielleicht begnügen, das Gesicht zu wahren. Der Herr „Falscher Schein", Faux Semblant, ist eine bekannte Person der französischen Märchen des ausgehenden Mittelalters und ein Typ vieler französischer Charaktere.

Denn, um Abgeordneter, Präsident der Kammer, Akademiker, Präsident der Republik zu werden, was hat Herr Paul Deschanel wohl getan? Er hat einige schöne, nicht zahlreiche Reden gehalten. Er ist ein vorzüglicher Redner, ein noch angenehmerer Plauderer in Gesellschaft. Aber die wissenschaftliche Unterlage seiner Arbeiten? Ach! sagen die Nörgler: er hält sich vier Privatsekretäre. Seine Werke sind Sammlungen von Reden und Aufsätzen, meistens über Politik, mitunter auch literarische Charakterbilder. Keine grobe, sondern leichte Kost. Und der Reiz seiner Gedanken und Anschauungen? Hat er überhaupt eine politische Meinung? Zuerst wurde er ja von den Radikalen aus Mißtrauen von seinem Sessel verjagt, später aber von ihnen wieder in Gnaden angenommen und aufs neue als Präsident der Kammer gewählt. Hat er oder die damalige radikale Mehrheit die Anschauungen gewechselt? Vielleicht er in der Friedensfrage kurz vor dem Kriege: der belgische Vertreter in Paris bedauerte 1913, daß er sich mit dem chauvinistischen Strome fortschleppen ließ.

Aber er ist im Grunde unzweifelhaft ein guter Mensch, er verdient die Sympathien die er besitzt; er ist ein aufrichtiger Sozialreformer, mit dem staatsmännischen Gefühl der Unentbehrlichkeit einer vorsichtigen Staffelung der Maßnahmen. Er war ein vorzüglicher Kammerpräsident. Er hat sich wirklich einige Mühe gegeben um die Gedanken der „sozialen Hygiene", das heißt bei den Franzosen der allgemeinen Wohlfahrtspflege, in den verdorrten, eigennützigen Kreisen der Millionen von fran-

zösischen kleinen Besitzern und Rentnern etwas volkstümlich zu machen, und darum gehört er wirklich zu den Wohltätern des menschlichen Geschlechts, wie die Phrase so schön klingt. Aber diese Tätigkeit paßt wohl für ein Staatsoberhaupt.

Die Höflichkeit und Liebenswürdigkeit des neuen Präsidenten ist dementsprechend nicht nur äußerlich. Obgleich er gemischten Blutes ist und sich gerne rühmt, Europäer und Vertreter der gesamten Kulturwelt zu sein, ist er, was man einen „guten Franzosen" nennt, ein ehrlicher Mann; er hat die guten Ansätze, welche seine Volksgenossen so oft empfinden und so wenig befolgen. Das war der Rat ihres größten Diplomaten, Talleyrand: „man muß seiner ersten inneren Empfindung mißtrauen, weil sie die gute ist". Dieses „Weil" ist ein schöner Kommentar zur französischen Hochherzigkeit, welche wohl in manchen einzelnen Galliern zu finden ist, dem Volksganzen aber vollständig abgeht. Aus den Flegeleien eines Voltaire über seine Landsleute, die „Welschen", soll hier kein Argument gezogen werden. Aber Chateaubriand vergleicht treffend die Franzosen mit den Griechen, wenn er sie „grob und wild in den politischen Wirren" nennt und ihnen neben seinen Vorzügen Unruhe, Unbeständigkeit, Eitelkeit vorwirft: „einzeln sind sie die liebenswürdigsten der Menschen, insgesamt aber die unangenehmsten von allen; reizend im eigenen Lande, unerträglich im Auslande (ihre Kommissionen in Deutschland und besonders ihre Besatzungen sollen es sich merken!); abwechselnd sanfter und unschuldiger als das Lamm und unbarmherziger, grausamer als der Tiger".

Mit einem Worte, die Franzosen und ihre Staatsmänner sind Menschen und haben ihre Fehler. Von keinem Volke darf man aber Unterwürfigkeit und einseitiges Schuldbekenntnis verlangen. Keines soll sagen: „Ich bin nur ...... was ich bin".

Dabei liegt die Niederlage Clémenceaus nicht nur an seiner Eigenmächtigkeit und Schroffheit und an seinen absolutistischen Anwandlungen, noch weniger an seiner angeblichen Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland: der Tiger verdient seinen Namen. Aber in unserer schnellebigen Zeit, bei aller Vergeßlichkeit der Gallier und bei ihrer Verflachung der öffentlichen Moral, hat man Panama doch nicht vergessen. Die Vergangenheit Clémenceaus ist nicht rein. Auch hat er besonders in seinem Ministerium von 1906—1909 auf Arbeiter schießen lassen, die vielleicht vollständig im Unrecht waren. Seine Beseitigung könnte ein wenig versöhnend wirken gegenüber einer Partei, welche wohl ein Drittel ihrer Mandate verloren hat, welche aber, wenn die Verhältniswahl aufrichtig wäre, im Gegenteil bei einem Gewinne von fünfzig Prozent Stimmen entsprechend so viele Parlamentsitze hätte erobern müssen.

Man hat einen anständigen Mann gewählt. Den maßgebenden politischen Einfluß übt in Frankreich das „Comité Mascuraud", der Zentralrat der wirtschaftlichen Interessen des Handels, der Industrie und des Großbetriebs auf dem Lande. Der Senator Mascuraud war lang sein Vorsitzender. Diese Körperschaft hat sich gegen Clémenceau entschieden. Die Lage erheischt ja überall Vorsicht. Dabei ist das französische Volk, wie andere, als Ganzes undankbar: ein König sagte, die Undankbarkeit sei die erste Tugend eines Herrschers. In dem Augenblicke, wo sie sich durch die Wahl als Präsidenten, Herrscher fühlten, haben die Abgeordneten die erwiesenen Dienste gern vergessen. Es sagte ihnen einmal der ehemalige Ministerpräsident Rouvier: „Sie alle, die mich tadeln, Sie würden nicht hier sein, wenn ich nicht getan hätte, was Sie mir vorwerfen!" Die alten Panamisten und die neuen Gewählten von Clémenceaus Gnaden haben einen anständigen Mann vorgezogen. Auch ist es vielleicht besser für Frankreich, daß kein ausgesprochenes Parteiwerkzeug an die Spitze kommt. Eine Republik kann versuchen, die Vorzüge der Monarchie zu ersetzen. Merkwürdig genug: Ende Juli 1894 standen Clémenceau und Deschanel einander in einem Zweikampf gegenüber: der jetzige Präsident bekam eine leichte Wunde an der Stirne. Jetzt liegt Clémenceau auf dem Rasen.

Deschanel war der Redner der französischen Akademie, als der sechzehn Jahre ältere Alexander Ribot in diese schöngeistige Gesellschaft aufgenommen wurde. Das Lob, das Deschanel ihm spendete, ist vielleicht ein wenig übertrieben: Immerhin darf man denken, daß Deschanel sich selbst meinte, wenn er Ribot ausdrücklich pries: wir haben also hier wahrscheinlich Deschanel durch ihn selbst beschrieben:

„Wenn ein Redner Ihrer Größe — dieses ist für Ribot allein, und vielleicht boshaft, denn Ribot ist wahrlich sehr hoher Gestalt — die Tribüne besteigt, da erscheint er nicht mehr allein. Sein ganzes Leben schreitet vor ihm einher: öffentliche und private Ehre, Hochachtung vor dem Gedanken der anderen, edle Mühen, Triumphe, Rückschläge, Wunden, Schmerzen, vierzig Jahre Arbeit im Dienste des Landes, das alles zugleich wirft er in den Kampf hinein, und man bejubelt nicht allein, was er sagt, sondern auch, was er ist. Sie besitzen dieses fast universale Wissen, das die Alten vom Redner forderten, und was war die politische Gelehrsamkeit der Alten, im Vergleich mit den mehr und mehr ausgedehnten und komplizierten Interessen der modernen Gesellschaften? Rechtsgelehrter, Finanzmann, Wirtschaftler, Verwalter, Diplomat, in den kriegerischen Dingen wie in den Unterrichtsfragen gleich bewandert, Sie sind heute der enzyklopädische Redner, und nach jedermanns Eingeständnisse der erste der französischen Parlamentarier."

Von seiten dessen, den die französische Akademie selbst als parlamentarischen Redner, früher als Ribot, in ihren Schoß aufgenommen hatte, ist dieses „jedermanns Eingeständnis", mitten in der Akademie ausgesprochen, eine hübsche Ungenauigkeit. Oder hatte in diesem Bilde des vollkommenen Redners Deschanel sich selbst so vollständig im Sinne, daß er vergaß, daß er von jemand anderem sprach?

Wird Deschanel den Deutschen gegenüber anständiger sein wie sein Vorgänger? Er wird den Satz von der Notwendigkeit der Ausrottung der Deutschen nicht unterschreiben, auch nicht den anderen, daß es zwanzig Millionen Deutsche zu viel gibt, und daß sie verrecken müssen. Aeußerlich wird er wohl höflicher sein. Aber er wird gegen die eigenen guten Anwandlungen mißtrauisch sein. Er ist Chauvinist, hat Millerand zum Ministerpräsidenten genommen und Lefèvre als Kriegsminister. Das sagt alles. Sonst scheint sein erstes Kabinett eher schwach zu sein. — Das politische Grab Deschanels wird aber nicht unter dem Namen der Brüderlichkeit der Völker gefeiert werden.

II. Millerand.

Wenn Deschanel wenig oder keine Feinde hat, so hat im Gegenteil Millerand viel ‚Feind', viel Ehr'. Er ist vielleicht der fähigste Mann Frankreichs. Er hat nichts von der gallischen Oberflächlichkeit. Er spricht nicht, um sich selbst zuzuhören, drischt keine Phrasen, sondern kurz, bündig, klar, sachlich, ernst, aufrichtig und oft scharf trägt er seine Meinung und seine Beweisführung vor. Er sieht wie ein Franzose aus und hat Charakter und Manieren eines Engländers.

Geboren in Paris im Jahre 1859, wurde er sehr jung Rechtsanwalt und Journalist, unter Clémenceau und Cornelius Herz, dem jüdisch-englischen Geldgeber, in der Justice. Er plädierte für die streikenden und ausständigen Arbeiter, wurde schon 1885 Abgeordneter, aber entfernte sich von Clémenceau, vielleicht aus ehrlichem Ekel vor dem Panamismus, wurde mehr und mehr Sozialist, Hauptschriftleiter der Petite République, und, immer wiedergewählt, erklärte er sich 1893 entschieden für den Kollektivismus. Auch hatte er Boulanger kräftig bekämpft.

Damals ließ er in seinem Blatte über die russischen Besuche in Frankreich folgendes erscheinen:

„Wir könnten nicht dieses feige Schauspiel gutheißen, wo Franzosen festlich mit Leuten hausen, welche nichts für uns sind, wo Paris so beflaggt ist, daß ein Bonapartist dabei erröten würde. Währenddessen stürmen bewaffnete Männer, nur einige Stunden weit von hier, gegen wehrlose Arbeiter, schlagen Weiber und zertreten Kinder. In der Stunde, wo diese Greuel stattfinden, strömen Pariser Arbeiter auf den Boulevards, brüllen Sklavenjubel, folgen den Herren, verzehren ihre letzten Groschen in einer Erniedrigung, welche aus uns das Gelächter der Welt macht."

„Pariser Arbeiter! beherzte Leute von ganz Frankreich, stehet auf, fassen Sie sich wieder, „morbleu!", daß mit uns das Volk der Arbeit und der Ehre der unwürdigen Bande der „Fêtards" und der Bedrücker zurufe: „Heuchlerische Schufte, haltet ein!"

Seitdem hat Millerand das russische Bündnis anders gewürdigt. In 1899 wurde er Handelsminister unter Waldeck-Rousseau, mit dem katholischen (?) General Marquis de Galliset als Kriegsminister. Seine Neider unter den Sozialisten fingen an, ihn anzugreifen: er soll bei der Weltausstellung zu Vermögen gekommen sein und die Arbeitersache verraten haben. Gewiß ist, daß er gemäßigter geworden war. Er unternahm aber energisch die Arbeitsgesetzgebung, empfing und feierte die Deutschen und Freiherrn von Berlepsch, und betrieb mit allen Kräften mit dem ehemaligen preußischen Minister die Gründung der internationalen Gesellschaft für Sozialreform. Auch da waren Prälat Hitze, der

jetzige Reichsminister Giesberts, Max Hirsch, Professor Philippovich und andere. Dieses Streben Millerands mußte aufrichtig sein: die internationalen Beziehungen und die internationalen Verträge über Arbeitsrecht waren angeknüpft und bildeten von selbst eine wirksame Kontrolle für den sozialen Fortschritt. Es war die Vorahnung eines wahren und praktischen Völkerbundes.

Im folgenden Monat August 1900 wurde Millerand aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen, ausdrücklich durch Kongreßbeschluß „vermaledeit", „gebrandmarkt", und über alle Gebühr beschimpft.

Später wurden aber die geistigen Orden unter Zwangsverwaltung gesetzt und liquidiert. Millerand sprach vor Gericht für die Zwangsverwalter. Die Gerichtskosten und die Honorare der Liquidatoren und ihrer Rechtsanwälte sollen fast die ganze angebliche „Milliarde der Kongregationen" vertilgt haben. Jetzt wurde Millerand von den Sozialisten weiter beschimpft, von den Katholiken aber auch. Dabei fand er den Mut, das Ministerium Combes und den Kriegsminister André zu bekämpfen, ihre Günstlingswirtschaft und ihre Zettel, ihr ganzes Regierungssystem, ein „régime abject" zu nennen, obgleich er antiklerikal blieb und dabei unzweifelhaft etwas verdiente. Aber er zeigte sich unabhängig. Auch seit seiner Ausstoßung aus der Arbeiterpartei nannte er sich „Unabhängiger Sozialist", wie Briand und Viviani. In Frankreich heißt das gemäßigt und parteilos sein.

Während des Krieges wurde er nach einigen Wochen Kriegsminister. Die Niederlagen Frankreichs wurden ihm ungerechterweise vorgeworfen. Er mußte zugleich mit Delcassé fallen. Vom französischen Standpunkte aus war die Beseitigung dieses hervorragenden Ministers ein Fehler. Es folgte das System von Painlevé, Malvy und anderen Herren. Nach ihnen kam Clémenceau. Dieser schickte den von ihm gefürchteten Millerand vor bald einem Jahre nach Straßburg, wo er noch den Mut hatte, der deutschen Verwaltung, den deutschen Einrichtungen und ihrem sozialen Geiste Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber er arbeitete kräftig an der Zerstörung.

Jetzt ist er Ministerpräsident und anscheinend allmächtig. Er hat aber wenige Freunde im Parlamente, ist starrköpfig und nicht liebenswürdig, was in Frankreich ein sehr großer Fehler ist. In anderen Ländern vielleicht auch, aber dort hat man es eingesehen. Ueber die Hälfte der Kammer hat ihn bei der ersten Abstimmung nur durch Wahlenthaltung am Ruder gelassen: man traut ihm wenig und der Zukunft auch nicht.

Ist er unehrlich in Geschäften gewesen? Seine Gegner schimpfen über ihn in den schärfsten Ausdrücken. Seine Klugheit wird als ein Beweis dafür angegeben, auch sein Vermögen. Aber eine höhere Klugheit kann davor bewahren, bei Mangel an Grundsätzen. Dieser Mann ist oft mutig gewesen, und hat sich trotz allem behaupten können, so daß, abgesehen von seiner Mitwirkung an der „Rupfung" der Orden, viele andere Leute, auch angesehene Gegner, an seiner privaten Ehrenhaftigkeit nicht zweifeln.

Deutschland steht er aber gegenüber als der grimmigste Feind, kaltblütiger, kenntnisreicher, kräftiger als Clémenceau. Er wird vielleicht die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan wieder anknüpfen, gar nicht aus religiösen Anwandlungen, sondern um sich im Innern auf die Katholiken stützen zu können, und um nach außen Deutschland besser zu bekämpfen.

Aber die Katholiken sind in Frankreich, trotz dem Scheine der Wahlen, nur eine kleine Minderheit; acht Millionen auf 38 nach den wohlmeinendsten Schätzungen, nur fünf nach andern. Es sei denn, daß eine sittliche Erneuerung der religiösen Betätigung in weiteren Kreisen Tür und Tor öffne. Clémenceau bezweifelte es in seinem politischen Testament, in der Oktoberrede im Senate, wo er mit der Andeutung schloß, daß trotz allen Fetzen Papieres Frankreich doch verloren gehen könnte, wenn es die Pflichten und Lasten des Lebens nicht tragen wolle. Sind Männer wie Deschanel und Millerand dazu berufen, Frankreich sittlich zu heben und zu retten? Vielleicht die hundert israelitischen Abgeordneten, welche nach dem New Statesman die neue Kammer besitzt? Charakteristisch ist, daß Lourdes durch die Herren Rothschild und Fuld vertreten wird. Es gab Einsichtige, welche diese Zustände kannten. Jetzt sind sie offenkundig.

Viele Franzosen verzweifelten schon lange vor dem Kriege an der Zukunft ihres Volkes. Einige, wie der feinsinnige Prälat Mgr. Vanneufville, sahen es „au fond de l'abime", auf dem tiefsten Boden des Abgrunds, schon 1908. Andere nichtchristliche Kreise wünschen aber zuerst den deutschen Gegner zum endgültigen Falle zu bringen.

Carlyle hat auch schon erklärt, daß niemals ein Volk gegen einen Nachbarn so lange Jahrhunderte hindurch so ungerecht feindlich aufgetreten ist, wie die Gallier gegen die Deutschen. Vielleicht wurzelt dieser Haß der „Franzosen" noch in der fränkischen Eroberung. Die neuen Männer teilen aber diese eingefleischte Abneigung. Gobineau ist vereinzelt geblieben. Mag Frankreich daninsiechen, wenn nur zuerst Deutschland vernichtet ist. Darum der Rachefrieden. Vielleicht besser so, denn bei einem gemäßigten Vertrag hätte der gute Michel alles vergessen. Es ist aber schade um die Völkerversöhnung und um die besten Bestandteile des französischen wie des deutschen Volkes.

Eine andere Schwierigkeit hat der „Tiger" hinterlassen. Trotz aller Wiedergutmachungen werden die meisten Franzosen, Rentner und kleine Grundbesitzer, wie sie sind, einen hohen Prozentsatz des geringen Einkommens, womit sie bisher faulenzten, an direkten und indirekten Steuern abgeben müssen, vielleicht 500 Francs pro Kopf. Wird das der sittlichen Erneuerung günstig sein oder einen Wutausbruch der Enttäuschten gegen Millerand erzeugen? Dabei ist er sich selbst schuldig, als alter Sozialreformer die sozialen Lasten und Wohltaten, welche er im Elsaß näher kennen gelernt hat, auf Frankreich auszudehnen. Wird man es ertragen? Wenn nicht, kommt auch der Aufstand der Industriearbeiter? Sie sind in Frankreich aber nur eine Minderheit.

Jedenfalls ist Millerand der einzige Mann in Frankreich, der die schwebenden Schwierigkeiten mit etwas anderem, als mit den herkömmlichen Phrasen, begegnen kann. Sie müssen aber gelöst werden, oder der Tiger behält recht, und Frankreich kann ärger als Deutschland zusammenbrechen. Wird es aber genug Rohstoffe und Kredit von England und Amerika bekommen? Werden diese Gönner können oder gar wollen? Noch eine Aufgabe für Herrn Millerand.

Unter solchen Umständen beansprucht Frankreich die Führung des europäischen Festlandes. Wenn es arbeitet und die ungerechten Vorteile aufgibt, könnte es einen großen Einfluß behalten. Verzichten aber die Franzosen auf ihr Wohlleben, und die Engländer auf ihr week-end, auf ihr Wochenende? Um das zu behalten, haben beide den Krieg gesucht und gemacht. Wenn sie anders leben müssen, werden sie ihre Kriegstreiber auch danach beurteilen.

Wird Millerand sich dann auf die notwendigen Sympathien stützen können, gar auf das allgemeine Vertrauen? Es wird nicht mehr genügen, die Marseillaise wie Clémenceau auf der Tribüne vorzutragen.

Was wird er den Franzosen bringen können, und was werden sie davon machen wollen? what will he do with it? Das ist die Frage. Ist er die Sphinx, von welcher der Fürst und Dichter Carolath sprach:

„auf deren Mund, in immer dunklerm Zug,
der Tod sich paart mit wildem Drang zum Leben?"

Hängt endlich vielleicht nicht etwas davon ab, ob das deutsche Volk arbeiten und dadurch leben will?

Liebeslied.

Ich bin für Viele nicht zuhaus,
Du aber, du gehst ein und aus.
Wie Vogelsang, wie Himmelslicht,
Wie Glanz des Glücks ist dein Gesicht,
All meine Vasen und mein Wein,
Die glüh'n für dich, für dich allein.
Mein Herz, wie innig sehnt es sich,
Mein Herz auch glüht ja nur für dich.
Komm jeden Weg, der zu mir geht,
Komm morgens früh, komm abends spät.
Bring Lächeln mit, bring Herzeleid,
Ich bin ja stets für dich bereit.
Dir sperrt kein Riegel mein Gemach,
Zur Nacht selbst bin ich für dich wach,
Ja, wenn mich deine Stimme ruft,
Steig ich empor aus Tod und Gruft.

M. Herbert.



Fr. W. Försters Christentum.

Von Univ.-Prof. Dr. Joseph Göttler, München.

Mit dem Politiker Förster haben in den letzten Zeiten wohl viele sich in mehr oder weniger scharfem Gegensatz befunden, manche werden sich noch in solchem befinden, insbesondere wenn sie dessen neue hier einschlägigen Arbeiten (Weltpolitik und Weltgewissen, politische Ethik und politische Erziehung, Zur Beurteilung der deutschen Kriegführung) nicht gelesen haben. Das ist für manche Freunde der Försterschen Pädagogik vermöge einer Irradiation der Gefühle Ursache geworden, auch für den Pädagogiker Förster kühler zu empfinden. Dazu kam dann völlig erkältend hinzu ein scharfer Wind, der alle grünen Blätter der Försterschen Pädagogik zum Verwelken brachte und fortriß, der Stoß um Stoß die Meinungen über Förster's Stellung zum Christentum ja zu jedem religiösen Fundament der Charakterbildung erschütterte, sie als Schein, geradezu als Trug entlarven zu können und zu müssen glaubte. Der erste Stoß kam von protestantischer Seite: F. kein Christ, höchstens Idealist[1], der zweite ungleich heftigere von katholischer Seite: F. weder Christ noch Idealist, sondern Pragmatist. Dazu noch einige andere schwerbelastende Anklagen.[2]) Sie seien in Kürze nochmal in Erinnerung gebracht.

Kiefl glaubte nachweisen zu können, daß F. trotz all seines Redens und Schreibens über die unersetzliche Bedeutung der Religion (im besonderen der christlichen Religion) für Erziehung und Leben nur den amerikanischen Pragmatismus (besonders in der Auffassung eines W. James) vertrete und verbreite, der keine objektive religiöse Warhrheit anerkenne, daß F. trotz aller Geständnisse über eigene innere Umwandlung und Zuwendung zum Christentum und Kirche in Wahrheit ihr gänzlich fern stehe, daß er geradezu ein gefährlicher Verfälscher wahren Christentums und seiner Dogmen sei, des weiteren daß F. ein zielbewußter Vorkämpfer der religionslosen Schule mit einem neutralen Moralunterricht sei, daß er endlich mit seiner Vorliebe und Verhimmelung anglo-amerikanischer Geisteskultur und Methoden der Schuldisziplin unser christlich-deutsches Schulideal aufs schwerste geschädigt habe. Summa Sumarum: F. bedeute mit seinen Schriften eine schwere Gefahr für katholische Erzieher.

Ich habe alsbald auf die Haltlosigkeit dieser, jeden Kenner der Persönlichkeit und der Pädagogik F.s aufs peinlichste berührenden Angriffe aufmerksam gemacht, habe gezeigt, wie nur durch unterschiedsloses Verwerten von der vorreligiösen Zeit F's angehörigen Schriften neben den späteren, durch Verkennen der Adresse, an welche er sich mit seinen neueren Schriften wendet, und durch Verkennen der Methode, die dadurch geboten war, zum Teil auch durch Mißachtung des Zusammenhanges der Stellen solche Mißverständnisse möglich seien[3]). Leider vergeblich. Die Gefühle, welche der Politiker F. damals gegen sich erweckt hatte, übertrugen sich auch auf den Pädagogen F. Zuerst das ablehnende Verhalten gewisser Redaktionen, dann die rege politische Arbeit und Schriftstellerei ließen F. selbst nicht dazu kommen, alsbald auf die schweren Verdächtigungen zu antworten, und so wurden manche Freunde F.s wankend, zumal das wissenschaftliche und kirchliche Ansehen eines Mannes wie Kiefl gegen ihn sprach. Endlich liegt nun F.s Erwiderung auf die Anklagen vor[4]). Die Anklagen Kiefls und deren Scheinbegründungen werden an Hand der bisherigen Publikationen zurückgewiesen, insbesondere der von K. mit soviel Gelehrsamkeit nachgewiesene Pragmatismus und die ihm von K. ankonstruierte „Religionsphilosophie". Mit berechtigtem Unmut, der auch schon im Vorwort einen nicht ungerechtfertigten Ausdruck findet, wird von F. die Unterstellung Kiefls zurückgewiesen, als ob er in bewußter Unwahrhaftigkeit anderen empfehle, was er selbst nicht glaube, und als ob er in verkappter Weise die Geschäfte der „Gesellschaft für ethische Kultur" besorge. Die Schrift ist aber weit mehr als eine bloße Verteid'gung. Sie läßt uns Blicke in die innere Entwicklung F tun und gibt unmißdeutbare Bekenntnisse über dessen derzeitige Stellung zu Religion, Christentum und Kirche, wenn auch in dieser Schrift, wie in den bisherigen, wiederholt deutlich zu erkennen gegeben wird, daß er nicht alles sagen wolle, was er zurzeit zu sagen habe, daß manches der Darstellung in einem größeren Zusammenhang und wohl auch einer Zeit noch mehr abgeschlossener Entwicklung vorbehalten bleiben müsse. Am meisten geht F. auf S. 36—40 aus sich heraus, indem er, eine frühere Darstellung seiner entscheidenden Wendung vom Unglauben zur Religion und zum Christentum ergänzend, seinen „Weg zum Christentum" skizziert. Daneben kommen noch Stellen auf S. 5 (Fußnote 9, 24, 29 f., 32, 44) in Betracht. Mit augustinischen Kraftausdrücken sagt sich F. los von Publikationen aus seiner Studentenzeit, mit welchen K. so merkwürdig gegen ihn argumentiert hatte. Des öfteren kommt F. auf seine besondere Mission und die dadurch bedingte Methode zu sprechen, z. B. S. 10, 21, 44. Offen bekennt er sich als einen prinzipiellen Anhänger der Konfessionsschule (S. 15 f.) und unbedingten Gegner der Simultanschule (S. 19), obgleich er nach wie vor unter den gegenwärtigen religiösen und politischen Verhältnissen eine Staatsschule nach diesen Forderungen für schwer durchführbar hält.

Die Darstellung seines Entwicklungsganges zur Religion hin beginnt Förster S. 36 mit folgenden Sätzen: „Zunächst möchte ich ausdrücklich feststellen, daß es sich bei mir nicht um eine plötzliche Bekehrung handelt; ich bin ganz allmählich durch Lebensbeobachtung und Lebenserfahrung, sowie durch das Studium der Kirchenväter meinem früheren Freidenkertum entfremdet worden; höchstens inbezug auf die Annahme der Gottheit Christi im Sinne der kirchlichen Lehre kann ich von einem plötzlichen Durchbruch sprechen, der jedoch durch alle vorangehenden inneren Erlebnisse, Studien und Lebenseindrücke langsam vorbereitet war: Vor einer alten Reliefdarstellung Christi in Gethsemane am Portale einer Luzerner Kirche, im Jahre 1906, kam mir das „mein Herr und mein Gott" ganz elementar zum Bewußtsein und trennte mich in greller Erleuchtung radikal von allen Auffassungen, die im bloß menschlichen und historischen Jesus steckengeblieben sind."

Gegenüber der Bezweiflung eines vor Jahren schon abgelegten Bekenntnisses zur Gottheit Christi seitens Kiefl erklärt F. (S. 31). Ausdrücklich möchte ich hier feststellen, daß auch ich, wenn ich vom Gottmenschen rede, durchaus von der kirchlichen Lehre von der Trinität ausgehe; ja ich würde überhaupt nicht verstehen, wie jemand ohne diesen Zusammenhang, durch den allein die geheimnisvolle Verbindung von Götlichem und Menschlichem in der christlichen Lehre erklärt und von der antiken Mythologie geschieden werden kann, von der Gottheit Christi reden möchte.

Der Kieflschen Gleichstellung Försters mit Comte in bezug auf die Einschätzung der katholischen Kirche tritt F. u. a. entgegen (S. 5) mit der Bemerkung: „Comtes Wertung der Kirche bezieht sich nur auf die Vergangenheit, während ich die tief in der Lebens- und Menschenerkenntnis begründete ewige Bedeutung der kirchlichen Institutionen bejahe."

Ueber seine speziellen Absichten bei Behandlung religiöser Fragen erklärt F. u. a. S. 10: „Ich habe mich stets in erster Linie als „Heidenmissionär" gefühlt, und zwar als einen Missionär, der in der Welt der geistig sittlichen Zersetzung die primitivsten Elemente der sittlichen Erfahrung neu zu beleben suchte. Die Einblicke in den Zustand der modernen Großstadtjugend haben meine dahinzielende Methode bestimmt. Auch als ich selber schon auf christlichem Boden angelangt war, hielt ich an jener Methode als einem „Zuchtmeister auf Christum" fest. Und es ist ein mir ganz unbegreifliches Mißverständnis von Kiefl, das wohl auch in seinen Kreisen von sehr Wenigen geteilt werden wird, daß er immer wieder von der Voraussetzung ausgeht, meine Bücher richteten sich vor allem an christliche Kreise." Gerade das Gegenteil sei die Wahrheit.

So haben diese Angriffe doch auch eine erfreuliche Wirkung gehabt, indem sie Förster zu diesen Bekenntnissen nötigten, zu denen er, ganz in Gegensatz zu anderen, ihr interessantes Ich gern filmenden Menschen von heute sonst kaum zu bewegen gewesen wäre. Außerdem bringt die Schrift eine Fülle von Gedanken, Mahnungen, Warnungen, die sich auf die religiöse Lage der Gegenwart und die daraus sich ergebenden Folgerungen für die Methode der Missionierung des europäischen Heidentums für die Kirche ergeben.

Möchte mit dieser Antwort die unerquickliche zweite Försterkontroverse beendet sein. Möchten die beiden so verschieden gearteten, aber je in ihrer Art und auf ihren Gebieten führenden Geister sich zusammenfinden, wie wir deren Namen auch auf der Ankündigung der „Deutschen Monatshefte für christliche Politik und Kultur" beisammen finden.

[1]) Büchsel, Hermann, Fr. W. Försters Erziehungsgedanken im Lichte Lutherischer Heilsverkündigung, Hamburg 1917.

[2]) Kiefl, Dr., Franz Xaver, Fr W Försters Stellung zum Christentum Pharus 9. Jahrg. 1918 S. 193ff. und Försters Religionsphilosophie und der Katholizismus, ebenda S. Der erste Artikel ist auch separat erschienen. Donauwörth (A. Auer) 1918.

[3]) Historisch-politische Blätter 162 B. (1918) S. 321 ff.

[4]) Christentum und Pädagogik Eine Auseinandersetzung mit Herrn Domdekan Dr. Kiefl. München, Verlag Ernst Reinhardt, 1920. 55 S. gr. 8°.

Geistig-sittliche Erneuerung und Volkshochschule.

Von Fr. Sprauer, Karlsruhe.

Soeben erschien im Verlag der A.-G. Badenia, Karlsruhe unter diesem Namen eine Schrift von Dr. Hermann Reinfried, die es verdient, besprochen zu werden. Die Liebe zum eigenen Volke hat dem Verfasser die Feder in die Hand gedrückt. Mittel und Wege will er angeben, mit denen den verderblichen, unseren Volkskörper zersetzenden Kräften entgegengewirkt werden soll. Die ärgste Feindin, die allherrschende staatliche Gleichgültigkeit, welche die Massen im Banne hält, gilt es zu überwinden. Könnte sich unter diesen trüben Zeichen denn ein glücklicher, dauerhafter Neubau unserer Zukunft vollziehen? Heute tut sich unsern Blicken die unheilvollste Folge des Völkerringens, das die Einleitung zu einer Weltanarchie war, dar, nämlich die innere, seelische Verwahrlosung der Welt. Immer breiter macht sich dieses Uebel. Gegenarbeit muß geleistet werden. Diese wird vornehmlich in einer alle Schichten des Volkes umschließenden, den ganzen Menschen erfassenden Erziehung zu suchen sein.

Bildung und Erziehung sind die beiden Pole, um die sich unser ganzes Leben dreht. Den Zeichen der Zeit Rechnung tragend, sind allerorts Strömungen zutage getreten, die eine Volksbildung und Weiterbildung erstreben. Vereine haben Unterrichtsabende eingerichtet, und in den Städten wurden von Staatswegen Volkshochschulen geschaffen. Emsige Arbeit an der „wissenschaftlichen" Schulung unseres Volkes. Warum vollzieht sich in der Zeit des äußeren Niederbruchs eine so tüchtige geistige Rüstung?

Man sucht eben die Ursache der Niederlage in der bisherigen ungenügenden Bildung unseres Volkes. Es nimmt nicht mehr wunder, wenn das alte Schulwesen durch ein besseres ersetzt werden soll. Zwar hieß es einmal, Deutschland danke den Aufstieg seinem guten Schulwesen! Trotzdem fühlt man im Volke, daß etwas in der bisherigen Erziehung unvollkommen war, vielleicht fehlte, das mit die Schuld an dem Zusammenbruch trägt. Man ist jedoch auf falscher Fährte, wenn man glaubt, einer mangelhaften wissenschaftlichen Bildung die Schuld an dem Unglück unserer Tage zuschieben zu müssen. Deutschland stand und steht heute noch ausgerüstet mit einer Fülle von Wissenschaft mit in vorderster Reihe aller Kulturstaaten. Indes wird der alte Weg bei der Errichtung der Volkshochschulen weitergegangen. Nichts vergessen und nichts gelernt! Wiederum das „Wissen" an erster Stelle. Der Kopf, der Verstand werden beschäftigt und mit Wissen gefüllt, Herz und Gemüt bleiben unberührt. Maschinenmäßig wird das alte Schulwesen mit seiner nie befriedigenden Aufklärung, seiner reinen Verstandes- und Vernunftarbeit auf die neue Volksbildungsstätte übertragen. Die Seele wird übergangen, verneint. Sie ist das Aschenputtel unserer Zeit. Gerade sie müßte doch in der Volksbildung betont werden. Von innen heraus kann nur die Gesundung unseres Volkstums erfolgen. Die Aufgabe der neuen Volksbildung besteht darin, „das Bildungsgebäude endlich wieder nach oben zusammenzubauen und das Allgemeine der Erscheinungen, das innerlich Verbindende im Menschen und in der Welt und das metaphysische Wertziel des Menschenlebens vor Augen zu führen." Das wurde indes bisher nicht beachtet. Wir laufen mit unsern Neuschöpfungen Gefahr, daß „das Volksleben immer tiefer in das Gestrüpp des Fachwissens und Spezialistentums, an dessen Geiste wir letztlich zugrunde gegangen sind", hineingezogen wird. Seelenkultur, nicht Verstandespflege tut not, um aus dem Sumpfe der Gegenwart herauszukommen. Die breite Volksschicht, nicht nur die Oberschicht, kommt dabei in Frage. Wir dürfen uns nicht durch diese Scheinkultur, die einem leichten Firnis gleicht, betören lassen. „Das wahrhaft Moderne ist die Freiheit des Geistes, nicht die Sklaverei des Geschmackes", sagt der Inder Rabindranath Tagore. In seiner Schrift, der „Geist Japans", schreibt er einmal über die Kultur des Westens: „Wir wollen uns wohl ihre Maschinen (der Europäer) aneignen, doch nicht mit dem Herzen, sondern nur mit dem Hirn: sie dürfen nicht ins Haus und in den Tempel eindringen". Wir sind aber umgekehrt verfahren. Wir haben unsere Seele dem Stoffe, der sie mit eisernen Klammern festhält, überantwortet. Unsere Erziehungsart war seelenlos. Und jetzt ist man im Begriff, sie auch noch auf die Volkshochschule zu übertragen. Mancherorts ist's schon geschehen. Die Zeit der Nurlernschule ist abgelaufen. Ihr Geist darf sich nicht auf die neue Volksbildungsstätte vererben, deren Leitspruch Schillers Worte sind: „Werft die Angst des Irdischen von euch, flüchtet aus dem engen dumpfen Leben in des Ideales Reich".

Aus der Erkenntnis der Notwendigkeit einer die Seele betonenden Bildung heraus wächst nach Stoff und Inhalt die neue Volksbildung. Heute erleben wir das Faustdrama, auf ein ganzes Volk übertragen. Das Ende der Tragödie, das in einer sittlich-religiösen Lösung besteht, ist noch nicht erreicht. Wir stehen noch mitten im Spiel. Dieses erstrebt auch die neue Volkshochschule, die erst dann eine wahre Volkshochschule ist, wenn das Volk in seiner breitesten Schicht darin vertreten ist und mitarbeitet an dem geistigen Neubau unserer Zukunft. Heute aber ist der Arbeiter fast eine Seltenheit in den bestehenden Einrichtungen. In den reinen Wissensschulen fühlt er sich andern Berufen gegenüber unterlegen. Der Verständigungsboden für alle liegt eben über den Parteien und jeglichem Eigennutzen. Die Plattform, die breit genug ist zur Erörterung aller Lebensfragen, ist nur die Religion. Sie ist jedem Menschen trotz Unterschied des Bekenntnisses eigen. Mit ihrer Hilfe wird es nur möglich sein, Charakter und Willen zu bilden und zu stärken. Das Verbindende zwischen allen Kreisen ist das Christentum, das sich an alle wendet. Durch Wissenschaft und Aufklärung wird der herrschenden Sittenlosigkeit nicht gesteuert werden können, noch der sittliche Wille eine Förderung und Befestigung erfahren. Darin liegt nun das Grundsätzliche der „Neuen Volkshochschule", daß sie ihr Augenmerk auf die Weckung und Stählung des sittlichen Wollens ihrer Schüler lenkt. Alles wird herangezogen werden müssen, was dieser geistig-sittlichen Erneuerung dienen kann. Dichtkunst und bildende Kunst werden vereint mit den deutschen Erziehern der Gegenwart und Vergangenheit als Stoffquelle für die Volksbildung dienen. Die Mystik der deutschen Vergangenheit, die Lebensweisheit aller Völker und Zeiten werden bei dieser geistigen Umwandlung mitwirken. Die Bibel, besonders die Evangelien werden als religiöse Erziehungsstoffe in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Dagegen wird in der Philosophie Vorsicht am Platze sein. Der Verfasser zeigt an einem praktischen Beispiel die methodische Behandlung der Fragen, die in der Volkshochschule zu besprechen und zu vertiefen wären. Dabei wird von Belegstellen im weitesten Maße Gebrauch gemacht. Angeführt ist die Frage der Selbstzucht und Selbstbeherrschung. Solche Dinge auf das Gemüt des Volkes im Sinne des Verfassers wirken zu lassen, ist sicher nützlicher als professorale Fachvorlesungen zu halten, die sich nur an die Vernunft richten, auf das sittliche Wollen der Zuhörer indes nicht einwirken.

Der Verfasser glaubt, daß diese Art der Volksbildung eine günstige Rückwirkung auf das politische Denken und Handeln zeitige. Sie schüfe jene neutrale Plattform, auf der jeder ohne Unterschied der Partei und Weltanschauung frei und ungehindert sich bewegen könnte. Es ist ein Gebot der Stunde, daß das Vereinigende gesucht, das Trennende jedoch vermieden wird. Wer dies nicht tut, arbeitet mit am Zerfall unseres Vaterlandes, verrichtet Henkersdienste am eigenen Volke und besorgt „die trüben Geschäfte des Feindes". Gegen Schluß des Werkchens bemerkt der Verfasser: „Auf der mittleren Linie des staatsbürgerlichen Denkens wird das deutsche Volk nur durch die Sozialisierung der Gesinnung versammelt werden können, zu der die von mir vorgeschlagene Volksbildung den Grund- und Eckstein legen soll." Das dürfte der Kern der Schrift und das letzte Ziel der Volksbildung sein. Ist aber der „gute Wille jedes Mitbürgers" vorhanden, um dieses „Idealbild zu erreichen oder ihm wenigstens nachzustreben"? Wird es gelingen, das breite Volk für dieses hohe Ziel zu begeistern? Die Teilnehmerzahl eines Kurses soll etwa 20 betragen. Dies wird ermöglichen, engere Bande zwischen Lehrer und Schüler zu knüpfen. Der Unterricht ist in individueller Art gedacht. Er hebe „die Persönlichkeit und das Selbstbewußtsein". Ist dies aber der richtige Weg? Das Alltagsleben richtet sich ja so wenig nach dem Einzelwesen! Und Herder sagt: „Willst du zur Ruhe kommen, meide, o Freund, die ärgste Feindin, die Persönlichkeit". Bis zu einem gewissen Grade wird die Pflege der Persönlichkeit berechtigt sein. Es besteht aber die große Gefahr, daß das Persönliche jedweden anderen Wert entwertet oder unterdrückt. Das Verlangen nach dem Persönlichen beweist zwar, daß man der Schablone, zu der die Philosophie der Vorkriegszeit unser Gesellschaftsleben gemacht hatte, überdrüssig ist. Der Mensch ist ja eine geistige, willensfreie und selbstbewußte Persönlichkeit. In der Volkshochschule soll dieser Regung Rechnung getragen werden. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn der Vortragende selbst eine Persönlichkeit ist, fähig, „die Welt und Menschen auch unter anderen als nur wissenschaftlichen Gesichtswinkeln zu sehen". Auch der Nichtakademiker wird also in Frage

kommen, soweit er dazu geeignet ist. Wahrer Lehrer wird nur der sein können, der anderen Menschen „Wegbereiter“ ist.

Die Schrift bietet zwar noch manche erwähnenswerten Gedanken. Aber es kann und soll hier nicht alles ausgeschöpft, sondern nur auf sie hingewiesen werden. Alle, die mit der Erziehung des Volkes zu tun haben, werden Gewinn von diesem Werkchen haben. Pflicht der betreffenden Regierungsstellen und der Volksvertretung wird es sein, sich mit ihm zu beschäftigen. Möge dem Wort bald die Tat folgen, denn: „Lang ist der Weg durch Lehren, kurz und wirksam durch Beispiele.“



Elternrecht und Lehrerrecht.

Von Bernhard Duhr S. J.

Ist die Schule für das Kind oder das Kind für die Schule da? Ist der Lehrer für die Schule oder die Schule für den Lehrer da? Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten.

Und doch hören wir vielfach die Behauptung: In der Schule hat der Lehrer allein zu sagen, er hat allein die notwendigen Kenntnisse und die pädagogische Befähigung; die kritiklosen und unvernünftigen Eltern haben dem Lehrer nicht dreinzureden.

Vernünftige Eltern werden gewiß die Rechte des Lehrers nicht beschneiden wollen. Ist der gute Lehrer ja ihr treuester Helfer. Er ist Hilfe und Ergänzung an der wichtigsten Aufgabe der Eltern, die Kinder für das Leben zu ertüchtigen und ihnen den Weg zum Schöpfer zu weisen. Deshalb stand auch der gute Lehrer bei guten Eltern stets in den größten Ehren; er wurde als Freund und Berater der Familie angesehen und geschätzt. „Welche Macht hat der Lehrer über die Herzen der Jugend! Welch ein Segen ist ein guter Lehrer, der die Jugend auf dem Wege der Wahrheit führt!“ so ruft Bischof Ketteler in seinem herrlichen Fastenhirtenbrief vom Jahre 1854 aus. Und in dem Fastenhirtenbriefe vom Jahre 1873 erinnert Ketteler an die schönen Worte, die der große Pädagoge Overberg in seiner Anweisung zum zweckmäßigen Schulunterricht an die Lehrer richtet: „Ich bin Schullehrer, d. h. also, ich habe ein Amt, welches eines der ehrwürdigsten und wichtigsten auf Erden ist, denn welches Amt wäre wichtiger und erfreulicher als das: Lehrer der Wahrheit und Tugend so vieler Unwissenden, Stellvertreter so vieler Eltern, geistlicher Vater so vieler Kinder, sichtbarer Schutzengel der Kinder Gottes, Bewahrer des Wertes von Jesu Blut, Aufseher des Tempels des hl. Geistes, Geleitsmann und Wegweiser so vieler junger Pilger zu Gott ihrem Vater zu sein?“

Wie die Eltern, so sind auch die Lehrer als Stellvertreter Gottes mit göttlicher Autorität bekleidet, sie haben wie die Eltern ernste strenge Pflichten an den Kindern zu erfüllen und deshalb haben sie große heilige Rechte, die weder vom Staate noch von der Familie verkannt oder geschmälert werden dürfen.

Wievielfache Eingriffe hat der moderne in alles hineinregierende und alles beengende Staat in die Rechte des Lehrers als Persönlichkeit, als Lehrer und Erzieher sich erlaubt! Vielfach haben eigensinnige, in ihre Kinder vernarrte Eltern die Rechte des Lehrers zu beschränken gesucht! Manche dieser Rechtskränkungen haben wohl auch dazu beigetragen, daß man dann von seiten der Lehrer die Lehrerrechte übertrieben und gleichsam ein schrankenloses Recht verlangt hat.

Nein, das Recht des Lehrers in der Schule ist zwar groß, aber es ist nicht schrankenlos. Sein Erziehungsrecht ist **übertragenes Recht**, das nur insoweit ausgedehnt werden darf, als es im berechtigten Wollen des Auftraggebers begründet ist. Erziehungsberechtigt sind aber in erster Linie die Eltern. Das erkennt auch die neue Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 an. Denn ihr Artikel 120 lautet: „Die Erziehung des Nachwuchses zur **leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern**, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.“

Wo also Ehrenpflichten mit wirklichen oder angemaßten Rechten der Lehrer in Zwiespalt geraten, also in allen Fällen, wo die Pflichten der Eltern für die leibliche, moralische und religiöse Erziehung ihrer Kinder unabweisbar und gebieterisch sind, da wird stets der Satz zu gelten haben: **Elternpflicht bricht Lehrerrecht.**

Der Diktator des Proletariats.

Von Fritz Hansen, Berlin.

In dem Epos des Weltkrieges wird der Bericht über den Eisenbahnwagen, der am 9. April 1917 plombiert von der schweizerischen Grenze abging und durch Deutschland hindurch Lenin nach Rußland führte, mit einem sonderbaren und mystischen Ton klingen. War das der russischen Armeen, war es Großrußlands Zerstörer, der so in sein Heimatland zurückkehrte?

So einfach wird die Geschichte nicht urteilen. Wir wissen jetzt, daß die russischen Generale schon vor der Märzrevolution sich nicht auf ihre Heere verlassen konnten, daß das alte heilige Zarenreich in den ersten Revolutionsmonaten in allen Fugen wankte, und daß selbst ein Mann wie Miljukow mitgerissen wurde in eine Bewegung, die das ganze Rußland unterirdisch untergrub. In einem geheimnisvollen Waggon, der damals sich Petrograd näherte, war indessen ein Mann, der durch bittere und böse Jahre sich für seine Aufgabe vorbereitet hatte. Er wußte ganz genau, was er wollte. Sein Ziel war, Rußlands Arbeiter und Bauern zu Scharfschützen zu machen für das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt.

Wladimir Iljitsch Uljanow, wie sein ursprünglicher Name lautet, wurde vor zirka 48 Jahren in Nischni-Nowgorod geboren, wo der Vater, der einer alten sibirischen Adelsfamilie angehörte, Rektor an einem Gymnasium war. Sein älterer Bruder Alexej schloß sich der terroristischen Partei an, nahm unter dem Namen Lenin an einem Attentat auf Alexander III. teil und wurde hingerichtet. Von diesem Bruder erbte der damals 19 jährige Wladimir seinen jetzt weltbekannten Namen und seinen erbitterten Haß gegen die Unterdrückung. Und ein Menschenalter später rächte der zweite Lenin seinen Bruder. In Jekaterinenburg wurde in seinem Namen der Zar hingerichtet, dessen Vater seinen Bruder zum Galgen verurteilt hatte.

Seine Jugend war im übrigen dieselbe wie die vieler anderer Revolutionäre. Von der Universität relegiert, arrestiert, nach Sibirien gesandt, geflüchtet. In der Schweiz schlug er sich durch, gab das erste russische marxistische Blatt „Jskra“ (Der Funken) heraus und schrieb eine Reihe gelehrter Werke. Während der Revolution im Jahre 1905 wandte er sich nach Rußland zurück und wurde der Führer der Bolschewiki. Die Eisenfaust wurde er schon damals genannt und in Volksversammlungen entwickelte er seine konsequenten Lehren. Er bezeichnete die Duma, selbst eine aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene Duma, als ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen. Wenn wir, so sagte er, uns an parlamentarische Zustände gewöhnen, werden wir mit dem vulgärsten Opportunismus zu tun haben. Also gegen Kompromisse, gegen Opportunismus und direkt in die soziale Revolution, das war schon 1905 Lenins Programm. Die Reaktion siegte in Rußland und Lenin flüchtete wieder nach der Schweiz. Als er im Frühjahr 1917 Genf verließ, sandte er den Schweizer Arbeitern einen Abschiedsgruß, in dem er schrieb:

„Wir sind keine Pazifisten. Wir sind Gegner der imperialistischen Kriege, weil ihr Gewinn unter den Kapitalisten verteilt wird. Aber wir haben es immer als Nonsens bezeichnet, wenn die Rede davon war, daß das revolutionäre Proletariat auch den Gedanken an revolutionäre Kriege abweisen solle, die im Interesse des Sozialismus notwendig sind.“

Das ist Lenin. Er kam nicht um Frieden zu bringen, sondern Krieg. Er kehrte nicht nach Rußland zurück mit einem Oelzweig, sondern mit dem Schwert. Er wollte die Weltrevolution, die Erhebung des Proletariats gegen die kapitalistische Gesellschaft. Und er war kein Träumer.

Ist es nicht charakteristisch, daß Lenin gänzlich ohne oratorische Begabung ist? Die anderen großen Namen der russischen Revolution — Miljukow, Kerenskij, Maklakow, Schingariew — waren alle Redner. Und alle hatten sie etwas vom Träumer in sich. Lenin war immer ganz nüchtern und kalt. Ohne Sentimentalität errichtete er eine Diktatur des Proletariats, wie sie die Welt noch nicht gesehen. Es war ein Blut- und Eisenregiment, wie es kein Zar gewagt hätte.

Kerenskij, der Träumer und Phantast, sprach einmal, da die Macht ihm aus den Händen zu gleiten drohte, davon, daß er, wenn notwendig, seine Seele töten würde, um das Reich zu retten. Aber er konnte es nicht, Lenin war ohne Skrupel. Er hatte im voraus die Rechnung gemacht, er wußte, daß der Weg zum Sieg des Proletariats durch Massenmord ging, durch das, was der bürgerliche Moralkodex Verbrechen nennt.

Frieden mit Deutschland mußte er haben, ehe er seinen eigenen Krieg beginnen konnte. Und als er plötzlich wohlberechnet im November 1917 zur Macht griff, schloß er den Waffenstillstand und im März 1918 den Frieden von Brest-Litowsk. Aber er bezeichnete selbst diesen Frieden als „den russischen Schnitt“. Er glaubte an Rußlands Wiedergeburt durch die siegreiche proletarische Republik. Darum sagte er auch, daß dieser Frieden nur eine Pause zum Atemschöpfen war. Wohl war das alte Großrußland schon am Verwittern, als Lenin vor ungefähr 2 Jahren die rote Fahne über Petrograd hißte, aber er war es, der der Arbeit eine Grundlage schuf. Und mehr noch zerstörte er. Er, der alle traditionelle Moral verachtete, zerstörte moralische Werte, so daß wir nun durch einen Nebel von Blut ein Rußland sehen, das radikal anarchistisch ist.

Kunst und Religion.

Von Kirchenrat Stadtpfarrer J. Schiller, Nürnberg.

Wer von „Kunst“ spricht, dem stehen die sogenannten „schönen Künste“ in ihrer hehren Fünfzahl vor Augen: Architektur, Skulptur, Malerei, Musik und Poesie. Kunst ist nichts anderes als Verklärung der Natur zur Wahrheit. Das ist mehr als bloße Abschrift der Wirklichkeit. Die Kunst will den irdischen Stoff in Schönheit in eine höhere Welt hinaufheben, damit wir auf Zeit über die Konflikte und Disharmonien des äußeren und inneren Lebens hinweggetragen werden, nicht im Sinne einer Selbstbetäubung, sondern zum Zweck einer seelischen Aufrichtung und Stärkung. Eben deshalb besuchen wir eine Bildergalerie oder einen Skulpturensaal, eben darum vertiefen wir uns in eine Tragödie, lauschen einer Matthäus-Passion oder stehen staunend vor Monumentalwerken der Architektur. Seelenstärkung, geistige Erhebung — damit stehen wir ja bereits auf dem geweihten Boden der Religion. Die Kunst ist in ihrem letzten Grund, in ihrem tiefsten Wesen religiös. Sie ist, wie die Geschichte lehrt, aus der Religion herausgewachsen. Es gibt keine Religion ohne Kunst, ohne das Streben, die höchsten Gedanken ideal zu gestalten. Auch die weltliche Kunst ist mit der Religion verwandt, insofern sie den Menschen über das Natürliche erhebt. Sie macht das Leben des Lebens wert. Freilich ist die Kunst von Anfang an auch in die Sünde verstrickt worden, aus einem Engel des Lichtes zum Dämon geworden, zur Sirene herabgesunken, deren Gesang unser Gemüt einschläfert, unseren Sinn verwirrt, zur bezaubernden Betrügerin Maja, welche uns täuscht durch den bloßen Schein des Ewigen und Wahren. Das Ewige und Wahre — welcher Künstler in Jahrtausenden hat dieses so sehr zur Vollendung gebracht als Michelangelo! Nicht allen ist bekannt, daß dieser geniale Künstler ein frommer Mensch gewesen ist. Schon zu seinen Lebzeiten ward er mit Ehren und Huldigungen überschüttet, mit Liebe umgeben von einem zahllosen Kreis alter und junger Bewunderer. Man sollte erwarten, ein solcher Begnadigter müßte sein Leben, Wirken und Schaffen in einem vollen Glücksakkord ausklingen lassen. Aber was beobachten wir? Nicht auf die Höhen des Lebens führt er uns, sondern seine Abgründe sucht er auf. Nicht Glück, Freude und Seligkeit spricht aus seinen Werken. Gustav Ernest stellt es in feinsinniger Weise zusammen: Adam und Eva erblicken wir nicht im Genuß paradiesischer Freuden, sondern im Augenblick der Versuchung und Austreibung; Bacchus und Noah nicht zur Begeisterung entflammt durch den Genuß des Weines, sondern tierisch trunken davon; Moses nicht als weise waltenden Führer und gotterleuchteten Gesetzgeber, sondern in flammender Wut auffahrend. Auch sein Weltenschöpfer, selbst wo er das Licht von der Finsternis scheidet, erscheint nicht als der befreiende, beglückende, sondern als der zermalmende Gott. Seine Seligen im Jüngsten Gericht haben nichts von der Freude auf ihren Zügen, wie solche uns auf Fra Angelicos Gemälde entgegenleuchtet — wie aus ängstlich zagenden Augen schauen sie uns an. Und zuletzt klingt sein Schaffen im Hohelied der Rache im Kolossalwerk, dem Jüngsten Gericht, aus. Der Gottessohn wird da zum furchtbaren Rächer, vor dessen Grimm selbst die jungfräuliche Mutter angstvoll ihr Antlitz abwendet.

Von welch tiefer Frömmigkeit Michelangelo selbst erfüllt war, geht aus einem Sonett hervor:

„Mein Lebenslauf gelangt durch Sturm und Wogen
Auf schwankem Boot nun zu dem großen Port,
Dahin wir alle steuern fort und fort,
Für alles Tun zur Rechenschaft gezogen.
Wohl merk' ich nun, wie sehr du mir gelogen,
O Phantasie, die du als Herrn und Hort
Die Kunst mir gabst, wie irrig Tat und Wort,
Und wie auch mich manch eitler Wunsch betrogen.
Was wird aus lang verflognem Liebesweben,
Wenn bald der Doppeltod mir nahen soll?
Nicht ahn' ich, was man bei dem zweiten leidet.
Mir kann nicht Stift noch Meißel Ruhe geben,
Nur Gottes Liebe noch, die mitleidsvoll
Am Kreuz die Arme nach uns ausgebreitet.“

Da glaubte die Renaissance in blinder Selbstvergötterung die Versöhnung zwischen der Antike und dem Christentum hergestellt zu haben — aber in Michelangelo bricht die ganze Herrlichkeit der Renaissance zusammen. In diesem Widerstreit entscheidet unser Künstler sich für die Religion. „Mir kann nicht Stift noch Meißel Ruhe geben, nur Gottes Liebe“. Diesem seinem Gott brachte er seine Kunst zum Opfer. St. Peters Domkuppel war sein letztes Werk. Wir kennen keinen erhabeneren Fall für die Verbindung von Kunst und Religion.

Nur einiges sei noch aus den Gefilden der bildenden Kunst herausgehoben:

Man hat gegen die Christen der ersten Jahrhunderte den Vorwurf erhoben, daß sie kunstfeindlich gewesen seien. Allein vergessen wir doch nicht, daß die Christen die Gefahr vermeiden mußten, in den alten vielgestalteten Götzendienst wieder zurückzuverfallen. Dazu kam, daß in Rom die phantastischen Kulte Aegyptens und des Orients zu den heimischen Göttern sich gesellt hatten. Endlich klang doch auch noch das mosaische Bilderverbot des höchsten Wesens in ihren Seelen nach, bis das neue Prinzip ihres Religionsstifters sich Bahn brach: „Gott ist Geist, und die ihn anbeten, müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten“. Im übrigen wird ein Blick auf den Bilderschmuck, welcher in den unterirdischen Grabkammern bis auf unsere Tage sich erhalten hat, die ersten Christen vor dem Vorwurf der Kunstfeindlichkeit schützen.

Zömeterium = Schlafkammern erinnert nach Chrysostomus an die Ueberzeugung, daß die Toten nicht gestorben sind, sondern nur schlafen. Der Name Katakomben (ad combas = bei der Schlucht) kam zuerst für das an der Via Appia gelegene Zömeterium S. Sebastiano auf und übertrug sich später auf alle unterirdischen Begräbnisstätten. Bei der Ausführung der Bilder spielt das Symbolische eine besondere Rolle. Im Vordergrunde steht natürlich das Kreuz in den verschiedensten Formen. Außerdem der Fisch, Ichthys, der gute Hirte mit dem geretteten Schäflein, die Taube mit dem Oelblatt des Friedens, die Palme als Zeichen des Martyriums, das Schiff als Bild für die Kirche, der Phönix, der auf die Auferstehung hinweist, der Pfau, der die Unsterblichkeit bedeutet.

Was die Architektur anlangt, so hatten die germanischen Völker sich den antiken Kirchenbau angeeignet. Mit dem frischen Leben des 11. Jahrhunderts entwickelte sich eine eigentümliche heilige Baukunst unter Anwendung des Spitzbogens. Die Türme wurden zu notwendigen Höhen- und Schlußpunkten des allgemeinen Strebens und Sehnens. Geheimnisvolles Licht drang durch die gemalten Fenster in die hohen ernst-düsteren Räume. So ward die Kirche zu einem neuen Tempel Salomons. Die Klöster aber waren es, aus welchen die ersten Steinmetzen und Baumeister hervorgingen. Die Blüte der Baukunst fällt ins 13. und 14. Jahrhundert. Wer wüßte nichts von Konrad von Hochstaden, der 1248 den Grundstein zum Kölner Dom legte, von Erwin von Steinbach, der mit dem Straßburger Münster ewig verbunden bleiben wird? In der Plastik ragen Lorenzo Ghiberti (1378—1455) mit seinen Bronzetüren des Battisterio hervor, von denen einer gesagt hat, sie seien wert, Pforten des Paradieses zu sein. Nie wieder ist ein solcher Maler in Erz aufgestanden. Von Michelangelo war bereits die Rede. Donatello (1383—1466), dessen leidenschaftliche Bewegungen charakteristisch sind, gehört hieher, und aus unserer Mitte Peter Vischer, dessen Reliquienschrein des hl. Sebaldus in Nürnberg noch lange viele Bewunderer anziehen wird. In der Malerei verdienen Erwähnung: Giotto (1276—1336), weil er durch Nachahmung der Natur eine eigentümliche Kunst Italiens begründete, Angelico von Fiesole (1387—1455), welcher den ganzen Reichtum eines im Kloster und im Himmel heimischen Herzens in seine süßen Bilder hineinzuzaubern verstand, Leonardo (1452—1517), der in seinen Gestalten den mystischen Reiz des Ueberirdischen mit hoher kräftiger Schönheit vereinigte. Wiederum gehört zu dieser florentinischen Schule der gigantische Michelangelo, während aus der lombardischen Bellini hervorragt, dessen himmlische heilige Gestalten heitere Lieblichkeit atmen. Unvergänglich bleiben die Verdienste eines Mantegna, Raffael, Tizian, Correggio, Reni und Bernini, Murillo, Rembrandt, Rubens und van Dyck. In Deutschland selbst entstand eine nationale Schule christlicher Malerei, zuerst am Niederrhein, dann in Nürnberg. Die Meister dieser Kunstrichtung sind die Brüder van Eyk (um 1366—1470) und Albrecht Dürer (1471—1528), ebensosehr der Natur wie der hl. Geschichte andächtig hingegeben. Aus der neuesten Zeit ragen hervor: Uhde und Klinger, Cornelius, Hans Thoma, Gebhardt, Steinhausen und Zimmermann.

Ich komme zur Poesie und Musik. Die Literaturgeschichte erzählt uns von dem Wessobrunner Gebet, von den Muspilli, Bruchstücken einer althochdeutschen alliterierenden Dichtung über das Ende der Welt. Im neunten Jahrhundert taucht die altsächsische Evangelien-Harmonie auf, der Heliand. Um 1173 entsteht das Rolandslied des Pfaffen (= Geistlichen) Konrad. Der Minnesänger, welcher die Wonneschauer himmlischer Liebe mit der Andacht der Natur zu ihrem Schöpfer feiert und alle Kreaturen als Brüder und Schwestern grüßt, ist Franzesko von Assisi (geb. 1172). Fast unübersehbar ist das Heer der geistlichen oder kirchlichen Legendendichtung aus dem 12. und 13. Jahrhundert. Hundert Jahre später kamen die Darstellungen biblischer Stoffe auf, auch Aufführungen einzelner Heiligen, in Deutschland Spiele genannt, in Frankreich Mysterien. Einen Ueberrest haben wir noch in dem Oberammergauer Passionsspiel. Neben dem hl. Franziskus erhebt sich die Gestalt des Florentiners Dante Alighieri (geb. 1265) mit seiner Divina Commedia und des Angelus Silesius, des frommen Sängers. Die protestantische Kirche verdankt Luther und Paul Gerhardt ihre kernigsten Kraft- und Trostlieder.

Noch fehlt uns zu den schönen Künsten die Musica sacra. Der Gregorianische Gesang, cantus firmus, der sich bis heute erhalten hat, geht auf Papst Gregor I. (590—604) zurück. Die römische Liturgie hat im wesentlichen die Gestalt, die ihr Gregor gegeben hat, während als Vater der lateinischen Hymnologie der Kirchenvater Ambrosius († 397) angesehen werden darf. Mit Recht hat man in der neuen Zeit die Vorläufer Bachs Hans Leo Hasler und Heinrich Schütz wieder der Vergessenheit entrissen. Aber der größte auf dem Gebiete der kirchlichen Musik bleibt Joh. Seb. Bach mit seiner Passionsmusik. Ihm folgten Beethoven in seiner Missa solemnis und Mozart in seinem Requiem. Vorläufer waren Palestrina und Allegri. Doch auch Cherubini und Liszt aus der neueren Zeit verdienen auszeichnende Erwähnung.

Man hat wiederholt die Frage aufgeworfen: Wie kommt es, daß unser Religionsstifter nicht ein einziges Mal über die „Kunst“ sich ausgesprochen, irgendwie Stellung zu ihr genommen hat? Aber er hat auch über andere ebenso wichtige Dinge sich nicht geäußert. Er

läßt Politik, Wissenschaft, Bildung, Kultur völlig außer Betracht. Für ihn gibt es nur seine göttliche Mission. Alles bewegt sich für ihn um das Reich Gottes und dessen Einlaßschein der da heißt Wiedergeburt, Sinnesänderung, Herzenserneuerung. Ein Feind des abstrakten Intellektualismus, gram dem übertriebenen Betonen des Gefühlslebens, lenkt er das Augenmerk lediglich auf den Willen des Menschen und dessen Heiligung. Ist nur der Wille im richtigen Gleise, dann haben auch alle Lebens- und Menschheitsbeziehungen reichen Gewinn davon. Wer auch immer einer Bergpredigt andächtig lauscht, der wird den Ewigkeitsmelodien, die darin rauschen, sich nicht verschließen können. Wie anderseits Christi Weherufe eine Kraft und Wucht entfalten, welche über den Chor der Antike weit hinausreichen: „Wehe dir Chorazin, wehe dir, Bethsaida! Wären solche Taten zu Tyro und Sidon geschehen, als bei euch geschehen sind, sie hätten vorzeiten in Sack und in der Asche Buße getan." Welch eine Fülle von Variationen und Abstufungen in seinen gewaltigen Reden von dem Höhenstand innerer geistlicher Erhebung bis zum Tiefstand unbeschreiblicher Schmerzgefühle! Welch eine Menge poesiedurchtränkter ergreifender Bilder und Gleichnisse: Sandbauten und Felsgrundhäuser, Lebenswasser, Weinstock und Reben, Sämann, Unkraut unter dem Weizen, Samen und Ernte, Vögel unter dem Himmel, Lilien auf dem Felde, Schatz im Acker, Senfkorn, Sauerteig, Netz mit guten und faulen Fischen, Perle, anvertraute Talente, Abendmahl, hochzeitliches Kleid, kluge und törichte Jungfrauen, Schafe und Böcke. Fürwahr, diesem Prediger ohne gleichen ward alles Vergängliche zum Gleichnis für ewige Wahrheiten. Dabei war es diesem einzigen Lebenskünstler, so oft er seine Lippen öffnete, um Beeinflussung des Willens derer zu tun, welchen er wahrhaftiges, dauerndes Glück bringen wollte. Die wunderbaren Erzeugnisse der Kunst auf allen Gebieten in den letzten 1900 Jahren sind ohne den christlichen Geist nicht denkbar.

Von Christus zu Richard Wagners Parsifal ist nur ein Schritt. Was ein Goethe nur ahnend geschaut, in Wagner wird es zur Gewißheit: Die Erlösung des Erlösers ist das Höchste, ist ihm alles. Karfreitagszauber, Karfreitagswunder, Golgatha, Christi Liebesopfer am Kreuz ist der Mittelpunkt der Weltgeschichte, bedeutet Rettung und Erlösung aus allem Leid und Leiden für die Welt wie für den einzelnen. Wo ist der Mensch, der nichts wüßte von Sehnen nach Erlösung? Alle Religionsstifter haben sich gemüht, gemartert, zerarbeitet, um des Welträtsels Lösung zu finden. Umsonst. Da kam einer von fernen Landen, er war nicht von dieser Welt. Was er in der Ewigkeit geschaut, offenbart er der erstaunten, todkranken Welt. Nun ist der Stein der Weisen gefunden. Auch ein Wagner hat zuletzt die Bedeutung dieses Edelsteins erkannt, seine Herrlichkeit geschaut und empfunden. Er sagt: Der Gründer der christlichen Religion war nicht weise nur, nein, er war göttlich. Seine Lehre war die Tat freiwilligen Leidens. An ihn glauben, heißt ihm nachfolgen. Die Kunst hat mit der Religion gemeinsam daß beide nicht verstandesmäßig, sondern durch Intuition, durch Offenbarung ergriffen werden wollen. Ist die Religion der unmittelbarste Ausdruck der Weltidee, so ist die Musik die religiöseste unter allen Künsten. „Durch Mitleid wissend, der reine Tor" — nur einem solchen öffnet sich die Gralsburg; nur der heiligen Einfalt fällt die Königskrone zu. Es war an einem Karfreitagsmorgen, am 10. April 1857, als etwas wie eine religiöse Extase über Wagner gekommen sein muß. Das Mysterium des höchsten christlichen Festes, die Bedeutung des Opfertodes Christi am Kreuz bemächtigte sich seiner erstaunten, entzückten Seele. Dies war die Geburtsstunde seines „Parsifal".

Als der scharfe Kritiker Dav. Fr. Strauß sein Ende herannahen fühlte, da soll er zu Platos „Symposion" gegriffen haben. Die Mitteilung kann ganz gut der Wahrheit entsprechen.

Jede tiefere Natur bedarf der Ruhepausen, sei es als Jungbrunnen für weiteres Schaffen, sei es als Vorbereitung für den letzten Gang. So gewiß es nun ist, daß die „schönen Künste" unter den äußeren und inneren Bedrängnissen und Widerwärtigkeiten des Lebens, zumal in einer Aufregungszeit wie der unsrigen, ein tiefes Quietiv, ein besonderes Beruhigungsmittel bilden, ebenso zweifellos ist es uns, daß die Kunst nicht das einzige, nicht das stärkste Quietiv vorstellen kann. Wir Modernen sind leicht geneigt, indischen Stimmungen uns hinzugeben. Keinem unter uns sind diese in der Gegenwart völlig fremd. Gleichwohl müssen wir die Trauerfahne des Pessimismus herunterreißen. Der Pessimismus lähmt und hemmt, er fesselt und bannet auf Schritt und Tritt. Glaubt das deutsche Volk an einen Aufstieg, so muß es trotz alles Wehes der Gegenwart von freudigem, schaffenslustigem, tatkräftigem Optimismus erfüllt werden. Solcher kann nur einziehen, wo die „Kunst", wo die „schönen Künste" gewürdigt werden, Herz, Sinn und Geist erfrischen, beleben, erbauen. Großes hat die antike Kunst geleistet. Wer unter uns wäre nicht von ihrem Zauber erfüllt? Aber was ihr unmöglich, unfaßbar gewesen ist, dies hat der stille Eroberungszug einer Religion erreicht, welche vor zweitausend Jahren ins Dasein getreten ist. Eben diese Religion hat der „Kunst" eine neue Seele eingehaucht, eine neue Welt erschlossen. Damit sind der „Kunst" Aufgaben von einer Größe gestellt, daß sie noch nach tausend Jahren mit ihrer Erledigung nicht zu Ende gelangt sein wird.

Vom Büchertisch.

R. Fabri de Fabris: Im Schatten der Schuld. Roman. Einsiedeln, Verlagsanstalt Benziger & Co. 8°, 286 S. Ein Buch, an dem der christlich Gebildete mit klarem Blick für das tatsächliche Leben, dessen Mängel und dessen Forderungen seine helle Freude haben kann. Kein Buch für noch oder bleibend unreife Menschen, wohl aber eines für bewußt Reifende und dem Ernst des Lebens Zustrebende, ihn in sich Aufnehmende, und zwar beiderlei Geschlechts. Daß „wissende Unschuld" als solche bewahrt bleiben kann und soll für Menschentum und Leben guter Gesinnung: zu dieser allgemeineren Erkenntnis und deren Verwirklichung vermag ein Buch wie das vorliegende viel beizutragen. Vortrefflich erzählt, von großer Frische und reicher Lebenskenntnis, stellt es sich auf den Boden der Idealrealität, tut es ohne Moralpredigertum einerseits noch Konzessionsmacherei anderseits, kraftvoll Zeugnis ablegend für die sittliche Wahrheit durch die Art, wie es das lebendige Leben aufzeigt, wie es lebendige Menschen in Fehl und Vervollkommnung, Schuld und Sühne, Verkennung und Reue, Ueberhebung und Verdemütigung darstellt. Im Vortrag tritt zum tiefen Ernst ein goldener Humor, zur Aufrollung alltäglichen Geschehens ein feiner, verklärender Natursinn, zur unabweisbaren Klarlegung von Ursache und Folge eine in Menschenkenntnis und Menschenliebe eingegründete Psychologie, hinter der eine große frauliche Güte steht: eine, die sich und „die anderen" endgültig Gottes weiß und jetzt schon das Licht der Ewigkeit, Zeit und Sein überstrahlend, schaut.
E. M. Hamann.

Liturgie und Kunst. Illustrierte Zeitschrift. Herausgegeben von der Benediktiner-Abtei Michaelsberg, Siegburg. Verlag von B. Kühlen, M.Gladbach. Jährlich vier Nummern. ℳ 8.—. Unter etwas verändertem Titel erscheint nunmehr die Zeitschrift, die sich „Das Kirchenjahr in Liturgie und Kunst" nannte. Mehr als bisher soll der Inhalt sich auf das liturgische Gebiet beschränken. Ohne Zweifel wird durch den stärker ausgeprägten besonderen Charakter die Zeitschrift um so wertvoller werden und sich um so mehr Freunde erwerben. Die Aufgabe, die sich die Zeitschrift stellt, ist eine dreifache: 1. Die gesamte Liturgie, den äußeren Kult der katholischen Kirche als erhabenes Kunstwerk zu zeigen, ihre historische und praktische Entwicklung zu schildern. 2. Liebe und Verständnis für die liturgische Bedeutung der einzelnen Feste des Kirchenjahres zu wecken. 3. Aufgaben und Leistungen der Kunst im Dienste der Liturgie darzulegen. Die Liturgie der katholischen Kirche in ihrem unerschöpflichen Reichtum und ihrer unergründlichen Tiefe sollte viel mehr, als es im allgemeinen geschieht, von den Predigern und Religionslehrern dem katholischen Volke und der Jugend nahegebracht und für das religiöse Leben nutzbar gemacht werden. Dazu wird die Zeitschrift reiche Anregung geben und als willkommenes Hilfsmittel sich darbieten. Wir dürfen uns freuen, daß dieselbe von Mitgliedern des Benediktinerordens herausgegeben und geleitet wird, denn dies gewährt uns die Garantie, daß die Zeitschrift stets den rechten kirchlichen Geist vertreten wird. Der konservative Geist, den Hochachtung hegen lehrt vor der kirchlichen Tradition, ist ja untrennbar von einem so ehrwürdigen alten Orden. Wir hegen aber auch die Erwartung, daß die Schriftleitung mit Hintansetzung aller persönlichen Rücksichten streng alles ausscheiden werde, was mit dieser Haltung nicht in Einklang steht.
P. Lucas Knackfuß O. P.

Bühnen- und Musikrundschau.

Schauspielhaus. Für die „Kindertragödie" hat Schönherr den Grillparzerpreis erhalten. Der nun zum dritten Male mit diesem ausgezeichnete Dichter hat die Ehrengabe zugunsten der hungernden Kinder Wiens verwendet. Wir haben nun auch hier das preisgekrönte Stück kennen gelernt und die Aufnahme ist eine recht gute gewesen. Ob freilich die Mehrzahl der Zuschauer innerlich befriedigt war, möchte ich bezweifeln, aber immerhin, man sieht ein künstlerisches Ziel, auf das der Dichter mit sicherer Beherrschung seiner Mittel zusteuert. Er zwingt uns mit seinen Augen zu sehen, jedes Wort, das gesprochen wird, dient diesem Zweck; keinen Augenblick werden wir durch unklares Her- und Hingerede, wie es unsere Jüngsten lieben, verwirrt. Schönherr ist Dramatiker im ausgesprochensten Sinn. Leider ist er auch diesmal nicht über die trübe Atmosphäre des Weibsteufels hinausgelangt. Die Frau, die sich von dem älteren Gatten abwendet und hemmungslos in die Arme eines jungen Mannes rennt, ist auch hier der Mittelpunkt der Tragödie; nur sehen wir die Ehebrecherin nicht, noch den Liebhaber, noch den Gatten. Wir sehen nur die Schatten, die die Tragödie in die Seelen der drei Kinder wirft, wie sich aus kleinen Anzeichen, Ahnungen, Getuschel im Dorfe, Minderung der mütterlichen Fürsorge der Verdacht, gegen den sich ihre Herzen aufbäumen, immer mehr verstärkt und durch Beobachtungen zur Gewißheit erhärtet. Man hat oft das Gefühl, daß jetzt eine Auseinandersetzung zwischen jung und alt kommen müßte, aber Schönherr weicht diesem Zusammenprall aus. Wir bleiben im Kreise der Kinder und wir empfinden diese dramatische Oekonomie als kühles Kunststück; aber der Schmerz der Kinder wirkt echt; wie er die Seele der drei vergiftet, wird er zu einer erschütternden Anklage gegen die sündige Mutter. Das halbwüchsige Mädchen wird das Opfer des ersten Besten. Sie, die ihrer Mutter wesensähnlich ist, erliegt dem schlechten Beispiel. Der ältere Bruder richtet den Revolver auf den Liebhaber der Mutter, als er, ein Liedchen trällernd, dem Hause naht, an dem ein Lichtzeichen ihm die Abwesenheit des Mannes kündet. Der Jüngling vermag nicht abzudrücken; da nimmt ihm der jüngere, kränkelnde Bruder die Waffe aus der Hand. Der Schuß kracht, man hört den Getroffenen stürzen. Der Mörder bricht über seiner Tat zusammen. Bühnenschüsse bringen meist einen schroffen Abschluß, keine Lösung und so werden wir auch hier

mehr erschreckt, als erschüttert. — Kinder darzustellen fällt Frauen leichter, als Männern und so war Fräulein **Borkmann** äußerlich echter, als die Herren **Götz** und **Weydner**, aber im Ton wußten doch alle drei zu überzeugen, sie, die so froh und heiter gewesen waren, bis der Mutter Sünde die schweren Schatten in den Sonnengarten ihrer Kindheit geworfen hatte.

Kammerspiele. Seneca und Aulus Gallius haben uns die rührende Geschichte übermittelt von dem Löwen, der den ihm im Kolosseum vorgeworfenen Sklaven Androklos nicht auffraß, weil er in ihm dankbar den Mann erkannte, der ihm einst in der Wüste den schmerzenden Dorn aus der Pfote gezogen hatte, worauf der Kaiser — war es Tiberius, war es Caligula, man weiß es nicht — beiden Leben und Freiheit schenkte. Was hat wohl Bernhard **Shaw** veranlaßt, diesen Stoff auf der Bühne zu behandeln? Er nennt „**Androklus und der Löwe**" ein Märchenspiel; aber das ist sicherlich so ernsthaft nicht gemeint. Man hat bisweilen den Eindruck, als wolle Shaw das Märtyrertum der ersten Christen verspotten und findet den Stoff doch zu gut für den irischen Spötter, aber die Pfeile fliegen wahllos nach allen Seiten. Viel mehr gilt sein Hohn der römischen Staatsreligion, die ihren Verfechtern innerlich nichts mehr bedeutet, die sie aus Staatsraison um so eifriger schützen. Der tierfreundliche Androklus ist ein Mensch von harmlosem Gemüt mit einem großen, gütigen Herzen, dank dessen er aus allen Fährnissen hervorgeht, während der Kaiser, durch den Löwen in Gefahr geraten, nur schwer den äußeren Schein gottähnlicher Majestät zu wahren weiß. Von starker Komik ist auch der starke Schmied, in dessen Innern christliche Demut und draufgängerisches Temperament miteinander ringen. Unklarer bleibt die Gestalt der Christin Lavinia, die Heidentum und Christentum mit gleicher Skepsis gegenübersteht, dennoch sich durch eine leere symbolische Handlung am Tempel des Jupiter zu retten weigert und gewissermaßen aus Korpsgeist mit den anderen leiden will. Mit Humor gesehen ist auch die Figur des römischen Hauptmanns, der vor Fragen in Verlegenheit gerät, die das Reglement nicht vorsieht. Daß vom Geiste wahren Märtyrertums in den drei Akten nichts zu spüren ist, habe ich schon angedeutet, aber viele menschliche Schwächen werden in die Beleuchtung eines lächelnden Humors getaucht. Die Aufführung begnügte sich mit einer leisen grotesken Konturierung, ohne deshalb Pointen unter den Tisch fallen zu lassen. Der sehr naturalistisch brüllende Löwe des Herrn **Momber** war von einer überwältigenden Komik, der trockene Humor **Martinis** als Androklus, Framer, Barthels, Forster-Larcinega, Hilda Herterich u. a. gaben das leichte, flüchtige Spiel nicht ohne gefälligen Reiz.

Aus den Konzertsälen. Im 7. Abonnementskonzert des **Konzertvereins** brachte **Pfitzner** als deutsche **Uraufführung** „Notturno und Scherzo", op. 30 von Volkmar **Andreae**, dem Schweizer Tonsetzer, den man der Richard Strauß-Schule zuzurechnen pflegt. Die Unterschiede sind immerhin größer, als die im Streben nach aparten Klangfarben bestehende Aehnlichkeit. Man hört im Notturno allerhand reizvolle Kombinationen von Tonwirkungen, aber es fehlt uns das geistige Band, das das Ganze zusammenhält. Einheitlicher ist das farbenreiche Scherzo gehalten. Durch Pfitzner fand diese seinem eigenen Künstlertum wohl fern stehende Musik eine sehr eindringliche Wiedergabe. Die Aufnahme war geteilt; im ganzen schien die Jugend für, das Alter gegen den Neutöner zu votieren. Eine sehr vornehme Wiedergabe der Ouvertüre zu „Alceste" von Gluck und die 5. Symphonie Bruckners bildeten das weitere Programm. Pfitzner hatte die Symphonie mit großer Liebe durchgearbeitet, wenn auch der imposante Schlußsatz für mein Gefühl nicht ganz die gewaltige Steigerung erfuhr, die ihr z. B. Ferdinand Löwe zu geben wußte.

Verschiedenes aus aller Welt. Das **Berliner** „Kleine Theater" hatte einen Theaterskandal, ähnlich wie München bei „Schloß Wetterstein". Die Vorstellung mußte abgebrochen werden. Auch dort versucht die Theaterleitung das Stück mit allen Mitteln im Spielplan zu halten. Mit welchem Erfolg ist noch ungewiß. Die „Pfarrhauskomödie" ist von Lautensack. Frau Körner hatte ursprünglich die Absicht, das Stück in München zu geben, dann hat sie es doch in letzter Stunde mit dem „Gelübde", als dem immerhin harmloseren Werke dieses Wedekindschen Jugendfreundes, ausgetauscht. Es handelt sich um eine Pfarrhausköchin, die sich aus gewissen Gründen zurückziehen muß; während ihrer Abwesenheit kommt die Aushilfe in die gleiche Lage, nur daß sie nicht weiß, ob der Pfarrer oder der Kooperator der Schuldige ist. Durch die Art und Weise, wie der Magd auf der Bühne die Absolution erteilt wird, wird das Verletzende des Stückes verstärkt. Wenn große jüdische Blätter schreiben, die Komödie sei gesättigt von der Atmosphäre des bayerischen Katholizismus, so hat dies wohl dazu beigetragen, daß die Kundgebungen in den Wiederholungen nicht ohne antisemitische Spitze blieben, worauf der Theaterdirektor versicherte, daß Lautensack aus gutem, katholischen Hause gewesen sei. Solchen Nebendingen gegenüber beharrte der Führer der Protestler dabei, daß das Stück eine Blasphemie sei und das katholische Empfinden verletze. — — In **Dresden** starb Frz. Koppel-Ellfeld, 81 Jahre alt. Nach einigen erfolglosen Dramen wandte er sich dem Unterhaltungsstück zu. Die mit F. v. Schönthan geschriebenen Lustspiele „Komtesse Guckerl", „Renaissance" und „Goldene Eva" haben Tausende angenehm unterhalten und waren von den „Naiven" der dankbaren Rollen wegen stürmisch begehrt. — Ein Komitee plante in der großen Ausstellungshalle des **Münchener** Ausstellungsparks die Jesus-Tetralogie von Karl Weiser, einem verstorbenen Weimarer Hofschauspieler, zur Aufführung zu bringen und erwartete durch dieselbe große Vorteile des Fremdenverkehrs. Gerade in Rücksicht auf die Ernährungsfrage und die Wohnungsnot wird jedoch von der Aufführung abgesehen. Ueber den Wert der Dichtung entspann sich im Verwaltungsausschuß des Stadtrates eine Debatte, wobei der Sprecher der U. S. P. die Aufführung für eine viel größere, künstlerische Tat hält, als die Darbietungen von Oberammergau und Erl, während die Redner der anderen Parteien von der subjektiven Gestaltung des Stoffes konfessionellen Anstoß befürchten. Hieran sind, wenn wir uns recht erinnern, vor mehreren Jahren Aufführungspläne in Eisenach gescheitert. Sollte nach Behebung der Ernährungsschwierigkeiten die Frage im nächsten Jahre aktuell werden, wird über die Weisersche Dichtung noch einiges zu sagen sein. Sie ist als Reklameheft erschienen und somit jedem Interessenten leicht zur Hand. — In **Frankfurt** a. M. hatte Schrekers Oper: „Der Schatzgräber" starken Erfolg. Als Dichtung hat dieses Märchen der Sehnsucht den Vorzug größeren Allgemeininteresses gegenüber den Ausnahmeschicksalen der „Gezeichneten". Die musikalische Sprache Schrekers hat wieder ihre besonderen Stimmungsreize und erreicht nach Berichten in der Farbe des Klanges die feinsten Schattierungen. Die Vorbereitung des schwierigen Werkes hatte monatelang den Spielplan lahm gelegt.

München. L. G. **Oberlaender.**

Finanz- und Handels-Rundschau.

Bewertung unserer Reichsmark im Ausland = 5½ Pfennige! — Zentraleuropa ohne Auslandshilfe am finanziellen Abgrund. — Endliche Erkenntnis solcher Lage. — Aber nochmals: Ruhe und Ordnung ist vonnöten.

In Zürich ist die **deutsche Reichsmark** auf 6,4, in **Amsterdam** auf etwa 3 gesunken und hat damit neue Tiefstandskurse erreicht. Hand in Hand damit gehen die sprunghaften Steigerungen der Auslandsvaluten bei uns: Devisen Holland ca 2900, Schweiz 1400, Neuyork ca 80 — solche Beispiele besagen ein Uebriges. Betrachtet man im Zusammenhang damit die Börsenbewegung der deutschen Effektenmärkte — die Fachpresse spricht bereits unverhohlen von einer **Katastrophenhausse** —, verfolgt man die mühelosen Kursbesserungen von oft hundert Prozenten pro Tag und erwähnt man das stürmische **Geschäft für Gold- und Silbergeld**, sowie Silberbarren — 20 Mark Gold überschritten den Preis von 400 Mk., 1 Mk. Silber einen solchen von 10 Mk. in Papiergeld, — so kann man rechnerisch die ungeheuerliche Entwertung der Reichsmark am besten beurteilen. Die halbamtliche Meldung der Ausserkurssetzung von Reichssilbermünzen und der Aufkaufstätigkeit der Reichsbank für Silbermark zu 6.50 Mk., also weit unter dem Tageskurs hat, wie in Fachkreisen sofort bei Bekanntwerden dieser Nachricht zugegeben werden musste, den wilden Handel in diesem Bargeld bedeutend mehr erweitert, als eingeschränkt. Sämtliche deutschen Börsen sahen sich infolge dieses gewaltigen Andranges zu diesen Effektengeschäften veranlasst, eine dreitägige Pause zwecks Aufarbeitung von rückständigen Ordres einschalten zu lassen. Naturgemäss hat sich mit der unentwegten Verschlechterung der Reichsmarkvaluta **das Warenhamstern** der breiten Bevölkerungsschichten verstärkt. Wie unsere Fabriken, welche eingeengt durch den Rohstoffmangel ihre Tätigkeit verringern müssen, so herrscht auch in den Warenlagern der Grossisten und der Ladengeschäfte vielfach erschreckende Leere, welcher Umstand vom Publikum erneut benützt wird, irgend welche greifbare Ware, und sei solche noch so teuer, aufzukaufen.

Sind hinsichtlich der Valutenverhältnisse **auch bei den Ententestaaten** Verschlechterungen und Rückgänge zu verzeichnen, so ist doch grundlegend für die Wirtschaftsbetrachtung dortselbst der weniger fühlbare Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffvorräten. Es ist bezeichnend, dass gerade in letzter Zeit seitens der neutralen Staaten und Amerikas die Erkenntnis, dass **Zentraleuropa am Rande des Verderbens** steht, durchdringt. Es mehren sich die Tatsachen, welche dahinzielen, Deutsch-Oesterreich und nunmehr auch endlich Deutschland helfend zur Seite zu springen. Konferenzen internationalen Charkters werden unter Führung Amerikas und Englands geplant, um die allgemeine Regelung der Währungs- und Valutaverhältnisse hier und dort in die Wege zu leiten. Zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Festigung der Welt soll **eine Weltkonferenz** unter Zuziehung Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs beraten. In Holland hat sich zum Behufe des wirtschaftlichen Aufbaues Deutschlands eine finanz-



kräftige Gesellschaft aus Bank- und Schiffahrtskreisen gebildet, um Mittel zur Verfügung zu stellen zur Lieferung von Rohmaterialien an Deutschland, im Zusammenhang damit zur Regelung der Ausfuhr und der aus solchen Rohmaterialien in Deutschland angefertigten Waren. Ein deutsch-holländisches Kredit- und Kohlenabkommen gewährt Deutschland eine finanziell festgelegte Summe von 200 Millionen Gulden, hiervon 60 Millionen zum Ankaufe von Lebensmitteln, 140 Millionen zur Beschaffung von Rohstoffen. Deutschland gewährt dagegen Holland wichtige Wirtschaftsvorteile beim Abbau von Kohlenfeldern an der Grenze und bei Kohlenlieferungen. Eine Besprechung aktueller Wirtschaftsfragen in Leipzig bei Anwesenheit von Vertretern des Reichswirtschaftsamtes, der Aussenhandelsstelle des auswärtigen Amtes, des Wirtschaftsministeriums, anderer Reichsstellen, von Vertretern der Industrie und der Presse gab in Festsetzung von gewissen Richtlinien wertvolles Material über die Valutafrage, über die gewaltige Mehrung des Papiergeldumlaufes, sowie anderer Materien, wie Waren- und Luxushunger. Auch Deutsch-Oesterreich erhielt einen Auslandskredit und zwar von Amerika in Höhe von 70 Millionen Dollars zur Rohstoffbesorgung. Mit Paris schweben ebenfalls diesbezügliche Verhandlungen. Hoffentlich erfolgt in der Erkenntnis der Ententemächte, dass eine Besserung Zentraleuropas auch im eigensten Interesse derselben ist, eine weitere Vertiefung. Unseren neuen Auslandsvertretern, vor allem Deutschlands Geschäftsträger in Paris, bisherigen Reichsschatzminister Abg. Dr. Mayer, bringt man gerade nach diesen Richtungen hin volles Vertrauen entgegen.

Befürchtungen über innerpolitische Verwicklungen und Wirtschaftsschwierigkeiten bei uns haben jedoch, wie nicht anders zu erwarten, grosse Auslandskreise zu erneuter Reserve bei Beurteilung unserer Kreditlage kritisch veranlasst. Namentlich die Forderung der Ruhrbergleute hinsichtlich einer Sechsstundenschicht verstimmte. In einem Aufruf von vierzehn Arbeiter- und Angestelltenverbänden werden zwar die Ruhrbergleute aufgefordert, Streiks zu meiden und die Kohlenförderung zu heben, aber es ist derzeit noch unabsehbar, ob wir in den kommenden Wochen nicht vor neuen gewaltigen Lohnbewegungen und innerpolitischen Wirren stehen. Dabei sind die fortgesetzten Wirkungen des Kohlenmangels bei Handel und Industrie enorm. Verschiedentlich mussten auch Gaswerke in den Grossstädten ihre Tätigkeit einstellen. Die Schliessung einer grossen Anzahl Eisenbahnwerkstätten wurde bekannt.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Protest gegen die Auslieferung!

Rettet die Ehre!

Die am dritten Tage des Schmachfriedens von Versailles versammelten Vertreter der unterzeichneten Münchner Parteien, Vereine und Verbände sind sich einig in der Empörung über ein Scheingerichtsverfahren, wie es gegenüber den deutschen Staatsangehörigen Gebrüder Röchling von einem französischen Gerichtshof noch vor Inkrafttreten des Schmachfriedens ausgeübt worden ist.

Dieses, auch von englischen Rechtsgelehrten gebrandmarkte Verfahren ist eine Warnung vor dem, was von dem rachgierigen und unmenschlichen Frankreich den zur Auslieferung begehrten Volksgenossen zugedacht ist.

Wir weisen,

bei aller Bereitwilligkeit, allen von unseren Feinden erhobenen Anklagen gewissenhaft nachzugehen und wirkliche Verbrecher durch deutsche Gerichte aburteilen zu lassen, **das Verlangen nach Ueberantwortung Deutscher an ausländische Gerichte mit der Kraft sittlichen Rechtsbewußtseins und in voller Einmütigkeit zurück.**

Wir haben für die von der Rachejustiz bedrohten Volksgenossen, die sich nicht mit gebundenen Händen dem Justizmord preisgeben wollen, vollstes Verständnis. Wer sich freiwillig der Entente stellt, dient nicht der deutschen Sache, sondern dem Feinde.

Wir fordern, daß weder eine Regierung noch irgend ein Mann sich in Deutschland zum Schergendienst gegenüber dem Ausland bereit finden wird.

Furcht von den Folgen dieser Weigerung darf uns nicht von den Forderungen der Würde des deutschen Volkstums und gleichermaßen der reinen Menschlichkeit abwendig machen. Eine Schranke findet die rohe Gewalt am Gewissen der Menschheit und eines im tiefsten Unglück sich läuternden Volkes.

Rettet die Ehre!

Deutschnationaler Volksverein München (Ortsgruppe der bayer. Mittelpartei).
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe München.
Deutsche Volkspartei, München.
Christl. Sozialer Bürgerverein, München.
Bayer. Königspartei, München.
Verein für das Deutschtum im Ausland, München.
Alldeutscher Verband, München.
Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft, München.
Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, München.
Thulegesellschaft, München.
Evangel. Bund, Kreisverein München.
Evangel. Handwerkerverein, München.
Die Korps im Kösener S. C.
Die Korps im Weinheimer S. C.
Die Korps im Rudolstädter S. C.
Die Münchner Burschenschaft.
Münchner Kartellverband.
Kathol.-deutsche Studentenvereinigung, München.
Katholisch-bayerische Studentenverbindung Rhätia, München.
Münchner Verbindungen im Rothenburger Verband.
Verein Deutscher Studenten.
Akademisch-landwirtschaftlicher Verband Agraria.
Vereinigung alter Burschenschafter, München.
Korpsphilisterverband, München.

Deutsche! **Zeichnet Euch in Massen ein in die überall in Banken, Geschäften, Gasthäusern, Cafés, bei Aerzten usw. aufliegenden Listen oder teilt Eure Zustimmung mit an Herrn Wilhelm Zöll, München, Arcostraße 14.**

Rettet die Ehre!

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: i. V.: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a. Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 6. München, 7. Februar 1920. XVII. Jahrgang.

Mißverständnisse oder Gegensätze?

Vom evangel. Kirchenrat Stadtpfarrer Schiller, Nürnberg.

Der Not gehorchend, der großen Not unseres armen, zermürbten Volkes folgend, möchte ich, wiederholten Vorstellungen und Anregungen warm empfindender, vaterlandsliebender Männer nachgebend, den Grundsatz, den schlüpfrigen Boden der Politik zu vermeiden, einmal verlassen, um einer Frage näherzutreten, welche seit vielen Jahren tausende unter uns beschäftigt und die wohl zu den brennendsten in der Gegenwart gehört; es ist die Frage: gibt es denn gar keinen Weg einer politischen Verständigung zwischen evangelischen und katholischen Christen? Wäre es nicht ein unsagbarer Gewinn für das Gesamtwohl gewesen, wenn insonderheit seit den Tagen der Umwälzung im November 1918 beide Teile gemeinsam in der politischen Arena sich gefunden hätten? Wie ist es denn dahingekommen, wie ist es nur möglich, daß Katholiken und Protestanten sich so gar nicht verstehen können, wenn es sich in den Parlamenten um entscheidungsvolle Maßnahmen für Wohl oder Wehe unseres Volkes handelt? Sind denn die Gegensätze, welche beide Lager trennen, so tief, daß jede Ueberbrückung von vornherein ausgeschlossen ist? Liegen nicht vielleicht Irrungen, Mißverständnisse vor, welche bei gutem Willen beseitigt werden können? Es ist doch wohl kein Zufall, daß neuerdings die deutschnationale Partei um Stimmen unter den Katholiken wirbt und anderseits das Zentrum seine Reihen durch Protestanten verstärkt sehen möchte.

Sollen wir das offen aussprechen, so liegen die letzten Gründe für das Auseinandergehen beider Gruppen in so vielen Fragen in der mangelnden Sympathie, die sich mitunter bis zur Antipathie steigert, und diese wieder in falschen, verkehrten Vorstellungen und Anschauungen über die Eigenart des anderen Teiles. Wie stellt sich der Katholizismus in den Köpfen zahlreicher Protestanten dar? Hier das Palladium der Denkfreiheit und Lehrfreiheit auf den Hochschulen, den Stätten der Wissenschaft, mit allen Konsequenzen, dort Thomas von Aquino mit seiner Theologie, seiner Metaphysik, seiner kurialistischen Staats- und Rechtslehre. Hier ein kräftiges Eintreten für Kultur, Bildung und Gesittung, dort Entmündigung und Entmannung des Volksgeistes, ein Eindämmen und Zurückschrauben auf ein Stadium, das Jahrhunderte hinter uns liegt. Hier der Anspruch auf Toleranz, Glaubens-, Gewissens-, Kultus- und Preßfreiheit; dort Zwang, Bindung, Fessel und Druck. Wer in solcher Weise Licht und Schatten zu verteilen sucht, macht von vornherein jede Verständigung unmöglich. Nein, da ist uns die Auffassung des berühmten Ethikers Paulsen doch viel lieber, der sich einmal dahin ausgesprochen hat: „Ich denke, wir deutschen Evangelischen und Katholischen haben einen so großen Gemeinbesitz von religiösem und sittlichem Leben, daß wir nicht Ursache haben, immer auf die Gegensätze zu blicken und an ihnen uns zu reiben. Sind erst die beiden so lange getrennten Hälften des deutschen Volkes wieder zusammengewachsen, so wird die innere Durchdringung nicht ausbleiben und es wird bald kein größerer Ort in Deutschland sein, wo nicht Katholiken und Protestanten friedlich zusammenwohnen". Soll es zu solcher Durchdringung kommen, dann müssen freilich auch die auf katholischer Seite mancherorts anzutreffenden Vorurteile abgelegt werden, als ob der Protestantismus nur aus Intoleranz, geistigem Machtdünkel, Freigeisterei und Unglauben zusammengesetzt wäre. Haben wir denn vergessen, wie schön das duldsame Verhalten während der langen Kriegszeit gewesen war? Gibt uns dieser Friedenszustand zwischen den Konfessionen nicht deutliche Fingerzeige, wie wir den „Burgfrieden" nicht bloß weiterhin pflegen und bewahren, sondern auch in Zukunft ausbauen und verwerten können? Dies ist um so notwendiger, als wir heutzutage eine solche Fülle von Aufgaben sozialer, kultureller und charitativer Art zu erledigen haben, daß uns davor schwindeln möchte. Heißt es nicht die vorhandenen Kräfte gegenseitig aufheben und binden, wenn man es unterläßt, sich zu helfen und zu unterstützen in dem Kampf gegen tausendfache Not und unübersehbares Elend? Hat es denn einen Sinn, den vielen Feinden, welche unausgesetzt ihre giftigsten Pfeile auf beide Kirchen richten, das traurige Schauspiel wechselseitiger Befehdung zu bieten? „Einer komme dem Anderen mit Ehrerbietung zuvor", sagt der Apostel. Dies gilt auch heute noch. Eben deshalb soll man gegenseitig zunehmen an Hochachtung. Dabei braucht man seine eigene religiöse Ueberzeugung in keiner Weise darangeben oder gar verleugnen. Vielmehr kann man noch immer die Erfahrung machen, daß, je mehr wir unserem Glauben die Treue halten, um so weitherziger wir gegen Andersgläubige zu sein pflegen. Gar treffend heißt es in dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 1. November 1917: Was wir brauchen, ist „ein Wohlwollen, das sich nicht mit kühler Toleranz begnügt, sondern das von christlicher Liebe erwärmt und bestrebt ist, ist Vermeidung und Verhütung von allem, was andere in ihren religiösen Anschauungen und Gefühlen kränken könnte".

An Anzeichen besserer Beziehungen zwischen beiden Lagern hat es nie ganz gefehlt. Als bald nach Beginn des Weltkrieges eine Reihe französischer Gelehrter und Schriftsteller ihre Brandschrift La guerre allemande et le catholicisme veröffentlichte, welche allerorten peinlichstes Aufsehen erregte, als dann um die Weihnachtszeit 1915 zwanzig deutsche katholische Gelehrte zur Antwort ihr Kriegsbuch herausgaben „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg", da sprachen sich die bekanntesten Führer des deutschen Protestantismus, Harnack, Troeltsch u. a. auf das anerkennendste über den Gedankenreichtum und über die Vielseitigkeit dieses Werkes aus. Sie betonten ebenso sehr die kerndeutsche Gesinnung, welche darin zum Ausdruck kommt, wie die Art der Aussprache über den Protestantismus. Und heute scheint unter dem allgemeinen Jammer, dem wir Deutsche ausnahmslos ausgesetzt sind, alles wieder in Vergessenheit geraten zu sein.

Ein wackerer Vorkämpfer für den konfessionellen Frieden ist der vormalige Schleswig-Holsteinsche Generalsuperintendent D. Theodor Kaftan, dessen Schriften vieltausendfach gelesen werden. Mit nimmermüder Feder hat Kaftan sich auch über die kirchlichen Probleme der neuesten Zeit geäußert und ganz treffliche Ratschläge gegeben. In einer seiner letzten Schriften „Was nun? Eine christlich-deutsche Zeitbetrachtung" bringt er ebenfalls unter anderem die Sprache auf das Verhältnis der Konfessionen zueinander. Es ist in ihm der Gedanke aufgetaucht, „ob wir zur Durchführung christlicher Grundsätze in unserem öffentlichen Leben nicht am besten tun, uns in einer gewissen freien Weise mit dem Zentrum zu verbinden". Zwar muß Kaftan gestehen, daß er mit diesem Gedanken auf viel Widerstand gestoßen ist. Aber er läßt sich dadurch nicht irremachen. „Das Zentrum lehnt es ab, eine Partei im gewöhnlichen Sinn politischer Parteien zu sein; es will lediglich eine christliche Partei sein." Wenn es tatsächlich die Interessen der katholischen Kirche als solcher vertreten hat, so war dies um so natürlicher, „als Evangelische in nennenswerter Zahl sich ihm bisher nicht angeschlossen haben." „Die unerläßliche Voraussetzung eines Zusammenschlusses mit

dem Zentrum wäre selbstverständlich, daß innerhalb der Fraktion Evangelische und Katholiken als gleichberechtigt gelten, was darin zum Ausdruck zu kommen hätte, daß, wie in überwiegend katholischen Gegenden Katholische, so in überwiegend evangelischen Gegenden Evangelische als Kandidaten aufgestellt würden. Die römische Kirche als solche kann von ihren Grundgedanken aus die evangelische niemals als gleichberechtigt anerkennen. Gerade darum würde das Zentrum sich als nicht katholische, sondern christliche Partei dadurch erweisen, daß es politisch diese Gleichberechtigung anerkennt. Käme dann dabei heraus, daß die deutschen Katholiken und die christgläubigen Protestanten sich besser verstehen lernen, wäre das nur ein Gewinn."

Was sagen wir dazu? Wer unvoreingenommen den Vorschlag Kaftans prüft, wird wesentliche Einwendungen dagegen nicht erheben können. Sind wir recht unterrichtet, so hat das Zentrum bereits in einzelnen Fällen nach Kaftans Programm gehandelt und nur die Scheu, die Reserviertheit der meisten Evangelischen wird der Grund dafür sein, daß der Fälle nicht mehrere sind. Ist aber diese Zurückhaltung nicht eine verständliche? Setzen wir den Fall umgekehrt: würden viele Katholiken sich entschließen können, einem protestantischen Zentrum beizutreten? Wir glauben es nicht. Politische Entwicklungen lassen sich nicht erzwingen. Man muß ihnen Zeit lassen. Sie pflegen nur langsam zur Ausreifung zu kommen. Es kann recht wohl sein, daß der Gedanke Kaftans noch einmal zum Durchbruch kommt, daß die kirchliche Not zuletzt dahin drängt. Aber heute sind wir noch nicht so weit.

Ein anderes. Man hat es in weiten protestantischen Kreisen nicht verstanden, ja direkt mißbilligt, daß das Zentrum, in früherer Zeit die Hauptstütze von Thron und Altar, unter dem neuen Regiment plötzlich umschwenkte und seine Dienste demselben in führenden Stellungen und in den Parlamenten widmete. „Schleppenträger der Sozialdemokratie" hat man der genannten Parteigruppe zugerufen. Aber wäre der Allgemeinheit das geringste gedient gewesen, wenn das Zentrum sich grollend in den Schmollwinkel zurückgezogen und Obstruktionspolitik getrieben hätte? Professor Kaas hat sich auf dem Reichsparteitag des Zentrums eingehend über die Motive des eingeschlagenen Verfahrens verbreitet. Man mußte sich auf den Boden der Republik stellen und der Koalition beitreten, nicht, weil man sich für das Neue begeistert hätte, sondern weil es sich darum handelte, die Revolution in geordnete Bahnen zu leiten, verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen, Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen und blutigen Bürgerkrieg zu vermeiden: „Schweren Herzens beugten wir uns dem unerbittlichen Muß des Augenblicks — selbstverständlich unter Sicherung voller Aktionsfreiheit auf kulturellem Gebiete". „Hätten wir aus grundsätzlichen Erwägungen heraus jede Mitwirkung bei der Gestaltung des neuen Rechtes verweigert, so hätten wir den Gegnern des Christentums und der Kirche geradezu in die Hände gearbeitet." „In dem beklemmenden Bewußtsein ihrer zentnerschweren Verantwortung gegenüber Staat und Volk ist die Zentrumsfraktion an die schicksalsschwere Arbeit herangegangen, um auf dem Boden der von Grund aus veränderten politischen Situation für Religion und Kirche die verfassungsmäßigen Garantien zu erreichen, die unter den augenblicklichen parlamentarischen Machtverhältnissen erreichbar waren."

Wer fühlte diesen Worten nicht ab, daß sie aufrichtig gemeint und ganz und gar aus der derzeitigen Lage heraus gesprochen sind? Nur ein Blinder kann verkennen, daß die Tätigkeit des Zentrums bei der Aufstellung der Reichsverfassung sowohl der katholischen wie der protestantischen Kirche zugute gekommen ist. Wer sich des Bangens und der Verwirrung in kirchlichen Kreisen in den aufregungsreichen Tagen des Novembers 1918 erinnert und dann die Lage von heute überschaut, findet die Bestätigung des Urteils des Professors Kaas mühelos heraus. Bleibt für die evangelische Kirche noch so manches zu wünschen übrig, so hängt dies eben mit ihrer seit der Reformation dauernden eigenartigen Abhängigkeitsstellung zum Staat in den einzelnen Ländern zusammen. Die größere Freiheit, welche die katholische Kirche besaß, ließ ihr jetzt auch den Uebergang in das Neue leichter gewinnen. Wer übrigens die Verhandlung im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags in den letzten Tagen verfolgt hat, sieht zur Genüge das Zusammenarbeiten des protestantischen Universitätsprofessors Strathmann (Mittelpartei) mit dem Abg. der Bayer. Volkspartei Dr. Held im Parlamentsleben betätigt, wovon in unserer Abhandlung die Rede ist. Vielleicht daß die Zeit nicht ferne ist, wo ein gemeinsames Schaffen der Vertreter beider Kirchen weitere Früchte zeitigt. Die Fundamentierung des neuen Hauses ohne Religion wäre gleichbedeutend mit dem Aufrichten eines Kartenhauses, welches der erste Sturmwind zusammenbrechen ließe. Dies muß jeder Staatsmann wissen. Protestanten und Katholiken können sich stets vereinigen im Glauben an den Namen dessen, der da heißt Jesus Christus, gestern und heute und derselbige auch in Ewigkeit. Dies ist und bleibt der köstlichste Grund- und Eckstein, welcher allein eine glückliche Zukunft für Kirche und Staat verbürgt, mögen diese getrennt sein oder vereinigt.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Mordanfall auf Erzberger.

Es war ein Blitzstrahl, der glücklicherweise keinen schweren Schaden angerichtet, aber die Lage grell beleuchtet und hoffentlich luftreinigend gewirkt hat.

Einige Tage schien es, als ob das Leben des überfallenen Ministers in Gefahr sei, dann ließ die Herzschwäche nach und die Schulter, in deren Knochen die Kugel zu stecken scheint, zeigt einen normalen Heilverlauf, so daß die Aerzte die Verhandlungsfähigkeit des Patienten zum 9. Februar in Aussicht stellen konnten. Man muß diese Einzelheiten erwähnen, um die rechte Würdigung zu finden für die freche Sprache der nationalistischen Presse, die den Bericht über das Verbrechen mit hämischem Spott für den Verwundeten würzt und sogar die Behauptung wagt, daß Attentat könnte wohl bestellte Arbeit zur Ehrenrettung für Erzberger sein.

Das Geständnis des eitlen „Helden" und alle Umstände (auch der örtliche und zeitliche Zusammenhang in der Prozeßverhandlung in Sachen Helfferich-Erzberger) zeigen aufs klarste, daß die Freveltat eine Frucht der systematischen, maßlosen Hetze ist, die von rechts her gegen Erzberger betrieben wurde. Nicht bloß gegen seine politische Tätigkeit, sondern geradezu gegen seine Person. In der Hetzpresse fanden sich Hinweise, daß Erzberger zwar kugelrund, aber nicht kugelfest sei, und sonstige deutliche Drohungen mit einer Strafe im Lynchverfahren. Was da vor dem Attentat und teilweise sogar nachher noch an Rohheiten geleistet ist, kann sich messen mit den Unflätigkeiten der Linksradikalen. Es mußte schon wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die reaktionäre Rechte in ihrer Taktik im Parlament sich immer mehr in denselben Bahnen bewegt, wie die umstürzlerische Linke. Jetzt zeigen sich weitere, erschreckliche Berührungspunkte der angeblichen Antipoden. Beiderseits wird derartig geschimpft, gelästert, gehetzt und „demonstriert", daß es zu Gewalttaten kommen muß. Ist es zum Blutvergießen gekommen, so suchen die vorsichtigen Treiber ihre Hände in Unschuld zu waschen. Ihre „Entrüstung" machte sich viel weniger glaubhaft, als ihr Aerger über den Fehlschlag.

Es ist eine entsetzliche Verrohung der Sitten eingerissen und leider nicht nur in den Kreisen, wo man sich offen von Gottesgeboten und Staatsgesetzen losgesagt hat, sondern auch in solchen Kreisen, wo man sich für die Blüte der Kultur und für Muster an Ehre und Anstand zu halten pflegt. Bei der künftigen Gerichtsverhandlung gegen den Revolverhelden wird als mildernder Umstand das „Milieu" herangezogen werden können, in der der Jüngling aufgewachsen ist als Fähnrich, als Primaner, als Sprößling einer nationalistischen Familie, in der auch die häusliche Erzbergerhetze betrieben wurde und der Berliner Lokalanzeiger den Ton angab. Sittlich und ästhetisch entartet sind nicht bloß die Revolutionäre, sondern auch die Reaktionäre.

Zum Kapitel der Verrohung gehören auch die nicht mehr ungewöhnlichen Tumulte in den Parlamenten. Neuerdings in der preußischen Landesversammlung. Erst werden Gewalttaten angestiftet, welche die Verhängung des Belagerungszustandes notwendig machen, und dann macht man Skandal wegen dieses Belagerungszustandes. Wenn der Minister ihnen die Wahrheit sagt, schreien sie „Beweise, Beweise", und wenn er zu den Beweisen ausholt, so brüllen sie ihn nieder, so daß die Sitzung unterbrochen werden muß. Die Disziplinargewalt des Präsidenten, die in friedlichen Zeiten statuiert wurde, ist ohnmächtig gegen den brutalen Terror der Minderheit, der heutzutage üblich ist. Auch hierbei zeigt sich, wie die Extremen von links und rechts

auf Gegenseitigkeit arbeiten. Die Unabhängigen beklagen sich, daß die Minister nur ihre roten Blätter und ihre Versammlungen verbieten, während die Rechten unbehelligt bleiben, obschon dort die Hetze bis zum Blutvergießen getrieben werde.

In allen Kreisen, wo Denkkraft und Pflichtgefühl noch in Ordnung sind, wird man aus den traurigen Zwischenfällen die Nutzanwendung ziehen, daß die politischen Zeit- und Streitfragen sachlich und in Besonnenheit erledigt werden müssen und nicht in persönlicher, leidenschaftlicher Hetze. In Süddeutschland treten die Konservativen von der robusten preußischen Art weniger hervor; aber in Norddeutschland hatten sie neuerdings erhebliche Anstrengungen gemacht, um Anhänger zu gewinnen, namentlich auch in den Kreisen des Zentrums.

Es wäre nicht das erste Mal, wenn sich auch jetzt wieder zeigte, das Attentat gehöre zu jener Kraft, die stets das Böse will und Gutes schafft.

Das neue Wahlgesetz.

Die Reichsregierung hat die Vorentwürfe veröffentlicht, um das Verfahren bei der nächsten Reichstagswahl zur allgemeinen Erörterung zu stellen.

Die gemeinsamen Grundgedanken sind: 1. Man will die großen Wahlkreise mit ihren Dutzend-Listen verkleinern, um die Abgeordneten (oder wenigstens einen Teil derselben) mehr bodenständig zu machen. 2. Die „Verbindung" von Wahllisten verschiedener Parteien soll beseitigt werden. 3. Die Verteilung der Mandate soll nicht mehr nach den Höchstziffern erfolgen, die durch die fortgesetzte Division durch 2, 3, 4 usw. erreicht werden, sondern mit der Maßgabe, daß auf jede 60000 Stimmen ein Mandat entfällt.

Diese Ziele sind ansprechend, aber die Durchführung hat ihre Haken.

Je kleiner die Wahlkreise werden, desto größer wird die Zahl der ausgefallenen Stimmen. Das Prinzip der Verhältniswahl fordert, daß auch die Reststimmen (d. h. die Stimmen für die Minderheitskandidaten und der Ueberschuß der siegreichen Partei über 60000) zur Geltung kommen. Das soll nun erreicht werden durch das Zusammenfassen von mehreren Wahlkreisen zu einem größeren Verbande (oder gar von allen Wahlkreisen zu einem Reichsverbande), damit dort die Reststimmen der Parteien zusammengezählt und bei Erreichung der Normalzahl 60000 mit einem weiteren Mandat belohnt werden. Die Schattenseite dieser Verbände für die Aufarbeitung der Reste ist die Scheidung der Abgeordneten in zwei Klassen: unmittelbare Vertreter der örtlichen Kreise und zugewählte Delegierte aus den Aufrechnungsverbänden. Das Verfahren macht freilich die frühere Listenverbindung entbehrlich, aber es nötigt die Parteileitungen, zwei (oder gar drei) Wahlvorschläge nebeneinander aufzustellen und einzureichen.

Wenn man die zwei Klassen von Abgeordneten nicht scheut, so sollte man unseres Erachtens bei der Bildung von größeren Verbänden nicht bis zum Extrem eines allumfassenden Reichsverbandes schreiten, sondern sich mit Landesverbänden (in Preußen Provinzialverbänden) begnügen. In Bayern z. B. würde man schwerlich Verständnis und Sympathie dafür finden, wenn Reststimmen vom Fuße der Alpen bis nach Berlin verschleppt und dort mit norddeutschen Stimmen in einen Topf geraten sollten. Bei Landesverbänden würde, wenn man die thüringischen Kleinstaaten ad hoc admassiert, sich Spielraum genug für die Verwertung der Reststimmen ergeben.

Um so leichter, wenn man die Verhältniszahl von 60000 Wählern auf ein Mandat nicht als starre Norm betrachtet. Das soll sie auch nach dem Entwurf selbst nicht sein; denn die Regierung soll ermächtigt werden, diese Normalzahl herabzusetzen im Bedarfsfalle, d. h. wenn die Wahlbeteiligung im ganzen zu schwach war, um 400 Abgeordnete mit je 60000 Stimmen zu schaffen. In diesem Falle braucht man aber eigentlich keinen Eingriff der Regierung. Man könnte es dem obersten Wahlleiter überlassen, die Gesamtzahl der Stimmen durch die Zahl der Mandate zu dividieren, um so die Normalzahl für ein Mandat festzustellen. Es wäre auch kein Unglück, wenn man für den ersten Wahlgang in dem Einzelwahlkreise die Ziffer von 60000 festhielte und bei der Zuwahl in den höheren Verbänden eine niedrigere Normalzahl zuließe.

Nun regt sich aber ein weitergehender Gedanke: Wenn man überhaupt für die Verwertung der ausgefallenen Stimmen so ausgiebig Sorge trägt, kann dann die erwünschte Verkleinerung der Wahlkreise nicht so gründlich betrieben werden, daß der alte Einzelwahlkreis mit einem Abgeordneten wieder erreicht wird. Es hatte doch sein Schönes und Gutes, wenn der Heimatskreis einen voll und ausschließlich legitimierten Anwalt im Parlament hatte. Und es wirkte aufreizend auf das Parteileben, wenn die verschiedenen Richtungen alle Kraft einsetzten, um gerade in ihrem Kreise „ihren" Abgeordneten durchzubringen. Die Schattenseiten dieses Verfahrens, nämlich der vollständige Ausfall der Minderheitsstimmen und die Betätigung durch eine Stichwahl, würden ja fortan verschwinden, da hierfür der höhere Verband mit seiner Ausgleichsrechnung eintritt.

Wenn ich noch einen Wunsch anfügen darf, so wäre es der, man möge in irgendeiner Form eine Ersatzwahl für ausscheidende Abgeordnete wieder ermöglichen. Nicht allein deshalb um dann und wann der Volksstimmung den Puls fühlen zu können, sondern besonders von dem Gesichtspunkt aus, daß im Laufe von vier Jahren es manchmal sehr nützlich erscheint, neue Kräfte besonderer Art in das Parlament zu bringen, die bei Aufstellung der Vorschlagsliste nicht schon eingereicht werden konnten. Die unbedingte Bindung an die Kandidatenliste mit ihrer unveränderlichen Reihenfolge ist offenbar ein schwacher Punkt im Wahlverfahren.

Die Auslieferungsfrage.

Nach einer Pariser Meldung vom 30. Januar wird die Entente den in der letzten Note Deutschlands enthaltenen Vorschlag, die von der Entente als schuldig bezeichneten deutschen Persönlichkeiten vom Reichsgericht in Leipzig aburteilen zu lassen mit dem Hinweis auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags zurückweisen. Gleichzeitig würden erneut Maßnahmen zur allenfallsigen Erzwingung der Durchführung des Vertrags erwogen. Was nun die Frage der Auslieferung des Kaisers anlangt, so dürfte die Entente kaum die Mittel besitzen, die ihr von Holland erteilte Abfuhr wett zu machen, wie denn ja auch Lansing in Boston erklärte, daß Amerika in dieser Frage sich niemals den Alliierten anschließen werde. Auch in London scheint man von einem wirtschaftlichen Druck auf Holland absehen zu wollen und sich mit dem Gedanken zu tragen, den Kaiser in contumaciam zu verurteilen. In diesem Zusammenhang können wir die kräftige Sprache und die freimütige Offenheit des „Osservatore Romano" mit besonderer Genugtuung buchen, wenn dieser am 25. Januar schreibt, daß die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers und der Prozeß gegen ihn, im Lichte elementarster moderner Strafrechtswissenschaft angesehen, eine Ungeheuerlichkeit wäre. Hoffentlich hätte sich die italienische Regierung an der Stellung dieses Antrages nicht beteiligt. Wenn der Antrag seitens Frankreichs und Englands bis zu einem gewissen Punkte verständlich wäre, so würde die Beteiligung Italiens hieran völlig unverständlich sein. Eine Notwendigkeit zur Beteiligung an einem solchen Entschluß sei durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht gegeben, wie die Haltung Japans beweise. Ein Schiedsgericht des Völkerbundes würde eine Anfrage Hollands, ob es zur Auslieferung verpflichtet sei, sicherlich mit Nein beantworten. Am besten würde die Angelegenheit überhaupt nicht mehr erörtert, da der Prozeß gegen den Kaiser und andere deutsche Persönlichkeiten nur den internationalen Haß, sowie die Gefahr einer militärisch-bolschewistischen Revolution in Deutschland verstärken könnte.

Die Antwortnote Hollands.

O welch ein Dokument, ein Freiheitsbrief
In dieser Welt der Wirrnis und der Schande!
Wir preisen Euch, Ihr kleinen Niederlande,
Weil Ihr so gross ob aller Kleinheit ragt.
Wir sehnen uns nach stolzer Menschlichkeit
Ob all dem Hass verbissener Nationen.
Wir sehnen uns nach Häuptern, die in Kronen
Furchtlosester Gerechtigkeiten geh'n.
Der müden Seele scheint das hohe Wort
Von ew'ger Unverletzlichkeit der Treue
Ein Ostergruss. Sie hebt die Stirn auf's Neue!
Es gibt noch helle Stunden inneren Siegs.

M. Herbert.

Deutschlands Wirtschaftskrisis und das Ausland.

Von Hauptmann a. D. Hartwig Schubart, z. Zt. Berlin.

Trotz aller auf das schwerste den Besitz und das Einkommen erfassenden Steuermaßnahmen ist die deutsche Valuta in den letzten Tagen in der Schweiz bis auf 5,25 gesunken. Die Erzbergersche Finanzreform hat bisher ihr Ziel nicht erreichen können. Es steht also die Frage zur Untersuchung, ob die bisherigen finanziellen Maßnahmen der neuen Regierung falsch waren, oder ob sie vielleicht noch einer Ergänzung bedürfen, um wirklich als Heilmittel zu wirken. Zu diesem Zweck wird es nötig sein, auf die Stellung des Auslandes zu diesen Fragen hinzuweisen, denn vom Ausland hängen wir wirtschaftlich ab, insbesondere bezüglich unserer Ernährung, Bekleidung und industrieller Rohstoffe, und die Auslandsvaluta könnte uns gleichgültig sein, wenn durch sie nicht eben diese Abhängigkeit vom Ausland praktisch in ihrer Ausdehnung bestimmt würde.

Nun ist es richtig, daß die Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland keine einseitige ist, sondern daß Wechselbeziehungen bestehen, die auch für die anderen Staaten eine wirtschaftliche Gesundung bei uns als wünschenswert und sogar nötig erscheinen lassen. Daher haben sich denn auch im gesamten Ausland leitende Personen des finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens mit dieser Frage befaßt. Das Resultat ist in wenig Worten zusammenzufassen, sie wollen helfen, aber nur gegen Sicherheit, und nur soweit es eben unerläßlich ist; die Hauptarbeit soll Deutschland selbst überlassen bleiben. Als spezielle Notwendigkeit ist ausgesprochen: „Einstellung der Schöpfung von weiterer künstlicher Kaufkraft durch Ausgabe von Papiergeld, Banknoten, Staats- und Gemeindeobligationen“, weiterhin „Herstellung des Gleichgewichts der Weltbilanz durch Befreiung von einer Anzahl fictiver Posten“, endlich die Vereinbarung, daß die für den wirtschaftlichen Neuaufbau an Deutschland zu gewährenden Kredite „die Priorität erhalten vor allen anderen Statsschulden, auch solchen für die Wiederherstellung von Kriegsschäden oder Kriegsentschädigungsverpflichtungen“ und daß dabei besondere Garantie geleistet werde, die „für Deutschland z. B. in Hinterlegung der Beträge der Ein- und Ausfuhrzölle bestehen könnte, die in Gold erhoben werden könnten.“[1]

Ohne Erfüllung dieser Bedingungen hat Deutschland auf keine durchgreifende organisierte Hilfe des Auslandes zu hoffen, aber nur eine staatlich organisierte Hilfe kann uns nützen. Die privaten Hilfsbestrebungen einzelner ausländischer Finanzkreise werden letzten Endes eben doch immer zu weiterer Ausbeutung führen müssen, auch wenn sie als „Helfen wollen“ gedacht waren. Wenn sich z. B. jetzt in Amsterdam die Gründung einer Handels-Austausch-Gesellschaft vollzogen hat mit 4 Millionen Florin Aktienkapital, das auf 6 erhöht werden soll durch Obligationen, mit der Absicht, „durch Finanzierung von Rohstofflieferungen den deutschen Wiederaufbau zu unterstützen durch den Export der Fabrikate, die aus diesen Materialien hergestellt werden“, so würde eine solche Rohstofflieferung zunächst zu begrüßen sein, da sie Arbeitsgelegenheit schafft. Da sie aber eben nur für den Export schafft, so ist die wirtschaftliche Belebung des Innenmarktes, der auch dringenden Bedarf an Verbrauchsgütern hat, schon dadurch eingeschränkt. Die Uebernahme des Exportes durch die Amsterdamer Gesellschaft würde aber weiterhin bedeuten, daß der Exportverdienst mindestens zum größten Teil ihr selbst zufallen wird, und „das Geschäft“ wird eben durch das Ausland gemacht werden. Letzten Endes wird diese Hilfe nur bedeuten, daß die belieferten Fabriken mehr oder weniger offen in Auslandsleitung und Auslandsbesitz übergehen. —

Die international staatlich organisierte Hilfe würde auch nicht auf Entlohnung ihrer Kapitalien verzichten wollen und können, aber schon in dem Begriff der staatlichen Organisation liegt die Gewähr, daß Deutschland als Staat nicht ausgeschaltet werden kann, mit andern Worten, daß der deutsche Staat selber als kräftiges Glied erhalten bleiben und neu gekräftigt werden muß. Das kann er nur, wenn ihm die Frucht seiner Arbeit nicht entzogen wird. Allerdings ist es nicht möglich, nur mit äußerer Hilfe zu heilen, und so sind auch die Forderungen des Auslandes auf innere Sanierung nicht nur berechtigt, sondern notwendige Erfolgsbedingung.

Die oben erwähnten Auslandsforderungen richten sich zunächst gegen die innere Inflation mit ungedeckten, unwertigen Zahlungsmitteln, dann fordern sie Herstellung des Bilanzgleichgewichtes durch Befreiung von einer Anzahl fictiver Posten. In der Tat ist die Nichterfüllung dieser Bedingungen — Erhöhung der Kaufkraft des Geldes, Entlastung des Reichsbudgets — die Unterlassungssünde des bisherigen Erzbergerschen Programms, die es verschuldet hat, daß wir nur weiter geglitten sind auf abschüssigem Weg. Ohne die Erfüllung dieser Forderungen werden wir mit mathematischer Bestimmtheit in kürzester Zeit der Verelendung Oesterreichs, insbesondere Wiens, ausgesetzt sein, und überhaupt nichts mehr im Ausland zu kaufen vermögen.

Als erste Notwendigkeit zeigt sich die Streichung fictiver Posten im Staatshaushalt – erst dann kann die Inflation beseitigt werden. Solche fictive Posten sind die Belastungen durch Kriegsschulden, insbesondere die Kriegsanleihe. Die Kriegsanleihe war fictiv, wenn auch nicht von Anfang, so doch sicher von der dritten Emission an, weil ihr jede Deckung fehlte durch wirtschaftliche Werte; ihre angebliche Konsolidierung war ein Phantasiegebilde. Wenn nun vollends Auslandsanleihen, deren Betrag in deutscher Währung ein ganz enormer sein wird, infolge des Valutatiefstandes den Vorrang vor ihr beanspruchen zusammen mit den Entschädigungsforderungen des Friedensvertrages, so steht dieser Posten so hoch oben im Schornstein hypothekisiert, daß es geradezu unsinnig erscheinen dürfte, mit ihm als reellem Wert weiter zu rechnen. Eine Sanierung erfordert aber die Streichung irrealer Größen. Nun bestehen gegen diese Streichung besonders zwei berechtigte Einwände — die Rücksicht auf die kleinen Sparer, welche mit den verheißungsvollsten Zusicherungen zur Zeichnung gedrängt wurden, und weiter die Belastung der Sparkassen, Lebensversicherungen und anderer Institute gemeinnützigen Charakters mit dieser Anleihe. Hier wäre Abhilfe vonnöten — bei den kleinen Sparern vielleicht dadurch, daß ihnen bei einem Gesamteinkommen unter 6000 ℳ jährlich (unter ortsüblicher Einrechnung von Wohnung und Beköstigung) der an diesem Betrag fehlende Bruchteil, soweit er mit der Streichung der Anleihe zusammenhing, durch Lieferung 4%iger Staatspapiere ersetzt würde, je von dem betreffenden Heimatstaat. Der niedrige Kurs dieser Papiere (preuß. Consols z. Z. 61 bis 62) würde diesen Ersatz billig halten, die neu gelieferten Werte wären trotzdem noch sicherer als die eingezogene Anleihe. Bei den Sparkassen p. p. wäre an Stelle der Anleihen, soweit sie nicht bereits abgeschrieben werden könnten, vielleicht eine staatliche Garantie am Platze für eine bestimmte Anzahl von Jahren, wobei die jährlichen Steuerabgaben zur Amortisation Verwendung finden könnten. Wenn z. B. irgendeine Sparkasse Kriegsanleihe in Höhe von 2 Millionen im Besitz hätte, so würde der Staat bei einer Tilgungsfrist von 20 Jahren seine Garantie, die im Anfang volle 2 Millionen betrüge, jährlich um 100000 ℳ verringern können, während die rechnungsmäßigen Steuerabgaben dieser Sparkasse bis zum Höchstbetrage von ℳ 100000 jährlich zur Amortisation zu verbleiben hätten. Gewiß wäre auch dann die finanzielle Stellung dieser Institute — schon durch den Wegfall der Anleihezinsen — belastet genug, und die Dividende würde namentlich in den ersten Jahren stark reduziert werden oder überhaupt fortfallen, aber die staatliche Garantie, die im Bedarfsfalle in Barauszahlung seitens der Reichsbank umzusetzen wäre, würde doch das Weiterbestehen und die allmähliche Selbstgesundung und Kräftigung all dieser Anstalten wieder verbürgen. Natürlich müßte die Bestimmung, daß die Vermögensabgaben des Reichsnotopfers in Kriegsanleihe gezahlt werden können, bestehen bleiben. Es darf angenommen werden, daß dann selbst eine wirtschaftlich so tief einschneidende Operation, wie die Wertloserklärung der Kriegsanleihen, nicht nur überstanden würde, sondern sogar zur inneren finanziellen Gesundung führen müßte. Tatsächlich sind ja heute bereits große Posten der Anleihen auf Verlustkonto gebucht, und die Erlaubnis, Vermögensabgaben in Anleihestücken zu zahlen, wird weiterhin kleineren Besitzern und Auslandsbesitzern, die sonst eventuell auf besondere Berücksichtigung An-

[1] Eingehende Informierung über die Hilfsbereitschaft und die Bedingungen des Auslandes ist zu finden in der Denkschrift, die als Ergebnis einer privaten Finanzkonferenz (Amsterdam, Nov. 19) den Regierungen von Großbritannien, der Vereinigten Staaten, von Frankreich, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und der Schweiz überreicht wurde, und die unterzeichnet ist u. a. von Asquith, Lord Inchcape, Lord Robert Cecil, Herbert Hoover, Taft, Elihu Root, Frank A. Vanderlip, Dr. G. Vissering, Gustave Ador. Des weiteren verweise ich auf die Broschüre des Präsidenten der Niederländischen Bank Dr. Vissering, und auf die Berichte über die Besprechungen des Komitees für die äußeren Beziehungen in New-York.

spruch erheben dürften, gestatten, ihre Stücke los zu werden zu Preisen, die sich kaum erheblich unter dem jetzigen Kurs von 77 bewegen dürften. — Selbst eine eventuelle Schädigung mancher Einzelexistenzen durch eine derartige Maßnahme kann aber nicht in das Gewicht fallen gegenüber dem unvergleichlich größeren Vorteil, den die Entlastung des Staatsbudgets um eine hohe Anzahl von Milliarden bedeuten müßte. Sie wird ausgeglichen auch für den Verlierer dadurch daß es dann möglich sein wird, dem Geld wieder seine Kaufkraft zurückzugeben und damit den großenteils der Verproletarisierung ausgesetzten festbesoldeten Mittelstand wieder zu heben. Nicht durch weitere Zahlung kaufunkräftiger Zinsen werden diese staatlich so wichtigen Existenzen gerettet, sondern durch Wiederherstellung der Kaufkraft ihrer Besoldung, auch verbunden mit Fortfall der Anleihezinsen.

Weiterer Zinsendienst der Anleihe erfordert weitere Papierüberschwemmung, weitere Geldunterwertung, weiteren Valutafall und damit grausamstes, nacktes Hungern immer größerer Kreise, und gerade die Personen, die im Interesse der kleineren Besitzer die Kriegsanleihe retten wollen, treiben diese Aermsten durch eine progressiv schärfere Entwertung ihres Einkommens in ein rettungsloses Elend hinein.

Erst nach dieser Budgetentlastung kann die zweite Forderung erfüllt werden, die Herstellung der Kaufkraft. Die jetzige Valutanormierung zeigt Doppelcharakter — rein rechnerisch bewertet in Hinsicht auf die Deckung durch Edelmetall und durch Exportgüter entspricht der Tiefstand der deutschen Valuta leider vollständig den Verhältnissen, dagegen ist bezüglich der inneren Kaufkraft die Mark im Ausland unterwertet, man lebt in Deutschland verhältnismäßig billiger als in anderen Ländern. Es ist nun anzunehmen, daß die Streichung der Kriegsanleihen die deutsche Valuta sofort um 300—400 Proz. heben wird — auf etwa 25 in der Schweiz. Damit wird eine Annäherung der Auslandsbewertung an die Inlandskaufkraft erreicht sein, sie wird benutzt werden können als Basis für die nötige Geldeinziehung — besser gesagt Umtausch der jetzigen Geldzettel gegen neu zu druckende Zertifikate, bei einer Valuta von 25 etwa im Verhältnis 1:5, und innerhalb kurz begrenzter Zeit, nach deren Ablauf alle bisherigen Geldsurrogate als wertlos zu erklären wären. Natürlich erfordert diese Maßnahme auch sofortige erhebliche Herabsetzung der Löhne und einer großen Anzahl Besoldungen, und die nicht zu umgehenden Reibungen der Uebergangszeit werden weiter staatliche Lebensmittelverkaufsmagazine oder doch wenigstens Preisnormierungen für die wenig Bemittelten erheischen. Zu hoffen steht aber, daß diese Maßnahmen wirklich nur für kurze Uebergangszeiten erforderlich sein werden und daß das bald gesundete Wirtschaftsleben dann weiteste Freiheit des Handels gleichmäßig gestatten wie bedingen wird.

Der mir zur Verfügung stehende Raum gestattet nicht, auf Einzelheiten einzugehen, die auch hierbei detaillierterer Behandlung bedürfen, wie die Frage der Bewertung der Bankkonti, der eingegangenen Verpflichtungen und andere — nur kurz darf ich sagen, daß ihre Lösung wirklich nicht gar so schwierig ist für den wollenden und den denkenden Kopf. Es sei mir gestattet, die Maxime, deren stete Befolgung unserm stärksten Gegner im Krieg seine Weltmacht geschaffen hat, in seiner Sprache zu schreiben: „Where's a will — there's a way!"

Ein derart innerlich saniertes Deutschland wird auch die dritte Forderung verhältnismäßig leicht erfüllen können: die Sicherstellung der zu gewährenden Auslands-Anleihen. Unsere Lage ist gar nicht so unendlich schlimm — pekuniär niedergebrochen sind wir, doch produktionsfähiger als ein großer Teil unserer pekuniär kräftigeren bisherigen Gegner. Können wir uns gesunden, so wird ein wirtschaftliches Gleichgewicht verhältnismäßig bald eintreten — dieses Gleichgewicht ist aber zugleich der einzige Damm gegen die noch immer drohende Flut des Umsturzes alles Bestehenden. Aber wir bedürfen zunächst doch fremder Hilfe, und diese wird uns nur zu teil nach innerer Sanierung. Ich schließe mit dem Wort, das vor wenigen Tagen in New York von Vanderbilt an Sir Georges Paish geantwortet wurde: „Alle Länder Europas machen Ausgaben, die ihre Einnahmen übersteigen, und dies verursacht die tiefe Verwirrung, die im europäischen Kreditwesen herrscht. Bevor die europäischen Nationen einen großen Kredit von Amerika erhalten können, müssen sie in ihren Budgets das Gleichgewicht herbeiführen, und dann ihren neuen Anleihen die Priorität vor allen Kriegsanleihen geben."

Das russische Chaos.

Von Peter Wirtz, Düsseldorf.

Was in Rußland eigentlich vorgeht, ist schwer zu sagen und zur Beurteilung der dortigen Lage sind wir meist auf unvollständige, vielfach nichtdeutsche, sich häufig widersprechende Nachrichten angewiesen. Aus einer Reihe in den letzten Tagen eingelaufener Informationen habe ich versucht, einen Ueberblick zu gewinnen und ein zusammenfassendes Bild zu entwerfen, das, wenn es auch auf absolute Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, trotzdem orientierend belehren dürfte in einem Momente, wo die deutschen Kommunisten uns mit bolschewistischen Zuständen beglücken wollen.

Millionen von Menschen hat der russische Kommunismus schwer enttäuscht und warnend dargetan, daß die in Sowjetrußland angewandten Mittel nicht zu sonnigen Höhen, sondern in den Abgrund führen. Ist das System Lenins von dem des Zarismus verschieden? Keineswegs. Gehen wir zunächst einmal in eine Kaserne. Die rote Armee ist in weitem Maße nach dem Muster des alten kaiserlichen Heeres ausgebildet worden; auch die Grußpflicht besteht längst wieder. Die völlig ungleichartigen Elemente, die der Hunger in die Kasernen trieb, werden durch eine eiserne Zucht zusammengehalten und Trotzky schreibt in einer Broschüre: „Auf dem Kommandogebiet, auf dem Operationsfeld und in der Kampfzone werden wir den militärischen Spezialisten die ganze volle Verantwortung auferlegen und folglich ihnen auch die notwendigen Rechte verleihen." Der Kampf gegen die „Reaktion" wird genau mit derselben Methode betrieben, wie unter den Großfürsten die Befehdung der Gefahr von unten. Die berüchtigte Spitzelhöhle der Gorokhovaïa, frühere Polizeipräfektur, arbeitet genau wie früher. Die neue Beamtenkaste, die sich aus der bolschewistischen Arbeiterschaft gebildet hat, betreibt das Bestechungsunwesen in einem Umfange, wie ihn das vielgelästerte alte System nie gekannt hat. Wenn früher gewisse Beamtenkategorien nicht käuflich waren, läßt sich heute alles, selbst die Richter, schmieren. Jegliches Gesetz, jegliches Verbot kann mit Geld übertreten werden. Selbst das Organ der Sowjet, die „Iswjestija", schreibt unverblümt: „Wer mit Lebensmitteln in die Stadt will, muß den Inhalt der Säcke mindestens noch einmal so hoch bei den roten Gardisten verzollen, wenn er durch die Sperre kommen will." Diese Bemerkung zeigt, daß es, trotz des allgemeinen Mangels an Lebensmitteln, auch im Sowjetrußland Schieber gibt. Während die verhaßten Bürgerlichen den Hungerriemen anziehen, werden die „Radauhelden", die als übrigens nichtstuende Schwerarbeiter zu Buche stehen und vor denen die Regierung Angst hat, derart mit Lebensmitteln überhäuft, daß sie noch einen Teil davon „verschieben" können. So bildete sich dort eine neue Bourgeoisie, die sich so rüpelig benimmt, daß die bereits zitierte „Iswjestija" sich veranlaßt sieht, zu schreiben: „Man muß ganz entschieden ein Ende für das schweinemäßige Leben der Genossen fordern, zumal das gerade die Verantwortlichen trifft."

Und während so die neuen Reichen in Saus und Braus dahinleben, nagen die Armen am Hungertuche, und frühere Reiche sind heute arm, wenn man bedenkt, daß, um leben zu können, eine Familie ungefähr 20 000 (zwanzigtausend) Rubel im Monat braucht. Daraus kann man auf das herrschende Elend schließen. Geradezu gräßlich sind die Zustände, die auf dem Gebiete des Ernährungswesens herrschen. In den Städten, ja selbst auf dem Lande, fordert die Hungersnot täglich mehr Opfer, und diesen Sommer meldete man bereits, daß in einigen Teilen des Landes Arbeitslose, Kranke, Greise und Kinder abgeschlachtet wurden, um den täglichen Bedarf etwas strecken zu können. Schlimmer kann es doch wahrhaftig nicht werden.

Wie die Lebensmittelpreise ins unendliche steigen, gehen auch die Arbeitslöhne immer mehr in die Höhe. Ein gelernter Arbeiter verdient ungefähr 35mal soviel, als vor dem Kriege; allerdings ist der jeweilige Wert des bezahlten Papiergeldes rein konventionell. Anderseits geht auch die Arbeit stetig und in gewissen Betrieben sogar auf 20 Prozent der früheren Leistungsfähigkeit zurück. Alles stockt und die Diktatur von unten hat zu nachgerade unerträglichen Zuständen geführt. Die technischen Räte der Betriebe wurden beseitigt und irgendein Arbeiter, der den Gang der Maschine kennt, bildet sich ein, einen Ingenieur vertreten zu können. So entsteht eine unbeschreibliche Unordnung, die eine angesehene russische Zeitung zu

folgender Bemerkung veranlaßt: „Während wir unsere Fabriken und Werke auf diese Weise „sozialisieren“, werden die Ausländer die Einfuhr unserer Rohstoffe nach dem Ausland und die Ausfuhr der aus ihnen hergestellten Erzeugnisse nach Rußland in Tausch gegen unsere Rohstoffe und Getreidevorräte organisieren. Uns bleiben dann nur noch die „Ausschüsse“, der „Sozialismus“ und die „Kontrolle“; eine Industrie werden wir aber dann nicht mehr haben. Dann werden unsere Arbeiter auch wohl manches begreifen. Wir werden ja immer nur durch Schaden klug.“ Daß es so nicht mehr weiter gehen konnte, hat die Regierung auch bereits eingesehen, und Lenin hat in einem Vortrag erklärt, daß die nächste Aufgabe der Sowjetmacht darin bestehe, die Anleitung von Fachleuten zu benutzen und, da die Fachleute unvermeidlich bürgerlich seien, zu dem alten bürgerlichen Mittel zu greifen und die Dienstleistungen der größten unter den bürgerlichen Fachleuten sehr hoch zu bezahlen. Und weiter sagt er, daß die widerspruchslose Unterordnung unter einen einzigen Willen für den Erfolg von Arbeitsprozessen, die nach dem Typus der Großindusturie organisiert sind, unbedingt notwendig sei. Lenin erkennt also an, daß ein industrieller Betrieb ohne hergebrachte „kapitalistische“ Methoden nicht auf einen grünen Zweig kommt. Um nach zwei Jahren zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, war es wirklich nicht der Mühe wert, alles kunterbunt durcheinander zu „sozialisieren“ und die Industrie dem Verfall zuzuführen. Lenin blies zum Rückzug, weil der Karren vollauf im Graben liegt; aber wer Wind sät, erntet Sturm . . ., und die an das, ohne Herr und Meister, bei hohem Lohn Arbeit genannte Nichtstun gewohnten Proletarier haben sich um seine Mahnungen nicht gekümmert und er sah sich gezwungen, den Arbeitszwang, die Akkordarbeit und den Zwölf-Stundenarbeitstag einzuführen, Maßregeln, zu denen heute nicht einmal eine kapitalistische Regierung greifen würde und auch der Zarismus nie gegriffen hat.

So erscheint uns denn hier Lenin wieder als Despot und eher als Nachfolger Peter des Großen, als des schwachen Nikolaus II. Während Kerenski Rußland nach dem Beispiel eines Premierministers in einem konstitutionellen Lande regieren wollte und einfach über Bord geworfen wurde, versprach Lenin dem Volke noch größere Freiheiten und verwandelte sich plötzlich in einen Diktator. Auch er ließ eine Nationalversammlung wählen, da sie ihm aber nicht die Mehrheit seiner Partei brachte, wurde sie auseinandergetrieben und die Diktatur des Bolschewismus eingerichtet.

Die Art und Weise, wie die soeben erwähnte Auflösung durch Matrosen der Nationalversammlung vor sich ging, führte zu der, übrigens nicht ganz unbegründeten Ansicht, daß der russische Bolschewismus nur eine militärische Oligarchie darstelle, die den Volksmassen von den Trägern der militärischen Macht aufgezwungen wurde. Von diesem Standpunkte ausgehend, glaubte man, es würde ein leichtes sein, ein solches Staatswesen von einer regulären Armee wegfegen zu lassen. Das glaubten alle Außenstehenden, das glaubte auch die westeuropäische Diplomatie. Sie sagte sich, daß ein gut bewaffnetes Heer den schlecht bewaffneten Leninisten den Garaus machen würde und so wurden auf Kosten der Steuerzahler der Ententeländer einige hundert Millionen ausgegeben, um Koltschak, Denikin und Judenitsch kampffähig zu machen und den Leninismus durch die Waffen niederzuwerfen.

Admiral Koltschak kämpfte im Osten, nämlich in Sibirien, im Ural und an der Wolga. Im Süden ging General Denikin vor und zwar in der Ukraine und im Nordwesten, in dem Kampfabschnitt von Petersburg stand der General Judenitsch. Koltschak wurde von Amerika und Japan unterstützt, Denikin von den Franzosen und Judenitsch vornehmlich von England. Zu diesen Gruppen gesellte sich dann unter Oberst Awelow-Bermondt die russische Westarmee, welche zum Teil aus abtrünnigen deutschen Truppen bestand. Zwischen Denikin und dem ukrainischen Bauerngeneral Petljura kam es zu einem inneren Zwist, der aber, nachdem er zunächst zu einer förmlichen Kriegserklärung geführt hatte, mit einer Versöhnung endete, die der nationalistischen Bewegung in der Ukraine das Rückgrat brach. Unser Zweck ist es nicht, diesen verschiedenen, gegen den Bolschewismus ankämpfenden Generalen in all ihren Operationen zu folgen. Es ist zur Genüge bekannt, daß es ihnen bisher nicht gelang, Lenins Regierung zu stürzen, und wenn man uns auch seit Jahr und Tag, wenn nicht jeden Morgen, so doch wenigstens einmal pro Woche den Sturz der russischen Sowjetregierung prophezeit, ist sie trotzdem seit mehr denn zwei Jahren am Ruder. Wenn man sich so über deren Lebensfähigkeit getäuscht hat, so kommt das eben daher, daß man über das Wesen der russischen Revolution nicht richtig orientiert war und sie nicht einzig und allein eine durch Lenins Despotismus aufrecht erhaltene militaristische Oligarchie darstellt.

Die russische Revolution wurzelt eben in der Agrarfrage. Seit Generationen glaubt der russische Bauer zu Recht oder Unrecht, daß das von ihm bebaute Land ihm zugehöre und er also berechtigt sei, sich dasselbe anzueignen. Die erste Sorge der Bolschewisten, denen diese Wünsche der Bauernschaft Mittel zum Zweck waren, bestand darin, die Aufteilung des Landes zu verordnen, und die Bauern stellten die Durchführung keine Minute aus. Sie betrachten selbstverständlich den fait accompli als definitives Landrecht, und in Rußland dürfte sich kaum eine politische Partei am Ruder halten, die an dieser Einrichtung zu rütteln wagte. Das erkennen auch Nichtkommunisten in Rußland an. Nun fragt es sich, ob, wenn man ihm das Land überläßt, der Bauer bereit sein würde, an den früheren Eigentümer eine entsprechende Entschädigung zu bezahlen. Darüber sind die Meinungen geteilt: Die einen glauben, daß der Bauer für ein derartiges Ansinnen kein Verständnis haben dürfte, andere sind der Ansicht, daß, falls man ihm regelmäßige Eigentumstitel ausstelle, er nicht abgeneigt sein würde, eine Entschädigung zu zahlen. Vorläufig hat der Bauer sein Land ohne Entschädigung und das ist ihm die Hauptsache. Er mag Lenin nicht, aber Koltschak ist ihm noch weniger sympathisch. Er liebt sie nicht, weil sie ihn zum Kampfe rufen und sein Getreide requirieren. Siegt der Leninismus, kommt die Sozialisierung und dann wird das Eigentumsrecht des Bauern wieder in Frage gestellt. Siegt dagegen Koltschak, dürfte die Rückkehr des Landes an die früheren Besitzer in Erwägung gezogen werden, und das ist ihm ebenfalls nicht genehm. Nur eines könnte den russischen Bauern für die eine oder andere Partei günstig stimmen, und das wäre Herbeischaffen gewisser Artikel, die ihm unbedingt notwendig sind. Eine politische Orientierung, die nicht an seinem Eigentumsrechte rütteln und ihm Kleider, Pflüge und andere landwirtschaftliche Geräte beschaffen könnte, wäre seiner Stütze sicher. Da er nicht weiß, ob ihm das die Generale bei einem etwaigen Siege bringen würden, denkt der Mujik eben, daß ein Sperling in der Hand besser als zwei auf dem Dache sei und hält's mit Lenin, zumal die Koltschakisten sich durch gewisse politische Fehler die sozialrevolutionäre Partei zu Gegnern machten. Nun bildeten aber gerade die Sozialrevolutionäre die Mehrheit der von Lenin aufgelösten Nationalversammlung und waren als eifrige Verteidiger der Rechte des Bauernstandes aufgetreten; wurde doch Lenins Landgesetz in Wirklichkeit von dem Sozialrevolutionären Chernow ausgearbeitet und von Lenin einfach praktisch durchgeführt. Von dieser Gruppe trennt sich der Bauer um so ungerner, als die drei Lenin bekämpfenden Gruppen nur das eine gemeinsam haben, daß sie antibolschewistisch sind; daß aber außerdem die einzelnen Führer oft noch ganz entgegengesetzte Zwecke, so auch monarchistische Bestrebungen im Schilde führen, was auch die Agrarfrage wieder aufrollen dürfte, gefällt dem Bauer nicht. Da anderseits der Bauer nicht am Hungertuche nagt wie der Stadtbewohner und aus der Zarenzeit an den Despotismus gewöhnt ist, erträgt er die Diktatur Lenins mit der gleichen Indolenz, und daraus erklärt sich, daß Lenin sich am Ruder hält.

Gewisse Telegramme haben verschiedentlich die Begeisterung der Bevölkerung beim Einzug antibolschewistischer Truppen in die eine oder andere Ortschaft geschildert. Das hat mit den wirklichen Gesinnungen des Volkes nichts zu tun. Die Bevölkerung bejubelt der Reihe nach bald die Bolschewisten, bald ihre Gegner. Der Mujik weiß aber, daß er dem Herrn des Augenblicks schmeicheln muß und daß der Besiegte von heute der Unterjocher von morgen werden kann; denn bald geht die eine, bald die andere Partei als Sieger aus dem Kampfe hervor und die heutigen beiderseitigen Soldaten haben meist in beiden Lagern gekämpft. Der Russe geht eben zu dem, der ihm am meisten bezahlt. Der Kampf für eine Idee ist ein ihm unbekannter Begriff. Er sucht nur seine persönlichen Interessen und weil er diese bei Lenin am besten verteidigt wähnt, hält er zu ihm.

So dauert denn in Rußland der Bürgerkrieg fort und die Ententestaaten haben es sich überlegt, ob sie noch weiter Denikin, der Kiew verloren und dessen Front eingestoßen

wurde, Koltschak, der Omsk geräumt, um der roten Armee zu weichen, und Judenitsch, der die Flinte ins Korn geworfen und sich zurückgezogen hat, noch weiter unterstützen sollen. Lloyd George hat klipp und klar erklärt, daß England von weiteren Unterstützungen absehen werde. In zwei Reden, in Guildhall wie auch im Unterhaus hat er erklärt, er wolle zwar nicht mehr zu dem mißglückten Plan Prinkizos zurückkehren und nicht in direkte Unterhandlungen mit Moskau treten, aber er wolle eine Alliierten-Konferenz einberufen, um die Politik der Entente einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen. Von dieser Konferenz ist in letzter Zeit nicht mehr die Rede gewesen und es ist unbekannt, ob die Idee aufgegeben wurde. Jedenfalls ist die jetzt in England vorherrschende Ansicht kürzlich im „Daily Telegraph" wie folgt dargelegt worden: „Es gibt kein Rußland; es gibt nur im Bürgerkriege verwickelte Teile des Landes. Wir können nur Frieden schließen mit einer russischen Regierung, welche sich auf eine frei gewählte Nationalversammlung stützt". Diese Notiz erschien, als die in Kopenhagen zwischen Litvinow und O'Grady angebahnten Unterhandlungen sich bereits zerschlagen hatten. Alles in allem genommen ist also die Angelegenheit keinen Schritt weiter gekommen und doch, wie wünschenswert wäre es, daß diese düstere Wolke am internationalen politischen Himmel so bald wie möglich verschwinde. Rußland zeigt als furchtbares und tragisches Beispiel, wohin der Kommunismus führt. Für Utopien und Experimente, die sich nicht verwirklichen lassen, ist ein großes Volk elend zugrunde gegangen und niemand kann voraussehen, wann Ordnung kommen wird in das russische Chaos.

Das japanische Kaisertum.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Das deutsche Kaisertum ist zusammengebrochen, desgleichen die Kaiserthrone von Oesterreich und Rußland. Selbst China hat keinen Kaiser mehr, nur ein Kaisertum ist von all den Erschütterungen der letzten Jahre ganz unberührt geblieben: das japanische. Es ist das älteste der Welt und von Anfang an im Besitz derselben Familie. Liegen schon hierin wichtige Gründe für seine Festigkeit, so noch mehr in der Stellung, die der Kaiser und das Kaiserhaus im japanischen Volksbewußtsein einnehmen. Es ist hier so vieles verschieden von unsern Verhältnissen und anderes wieder so merkwürdig ähnlich gewissen Tatsachen unserer deutschen Geschichte, daß es sich wohl verlohnt, das japanische Kaisertum einmal näher zu betrachten.

Japans Vergangenheit hat zwei Hälften: eine liegt im hellen Sonnenschein der Geschichte, die andere im Schatten der Sage. Die helle, geschichtliche Zeit beginnt mit der Einführung des Buddhismus, der großen asiatischen Erlösungsreligion. Das war um 550 nach Christus. Mit dem Buddhismus zog die chinesische Kultur in Japan ein. Wir sehen, es ist ein ähnlicher Vorgang, wie die Einführung des Christentums und der römischen Kultur in Deutschland. Die Japaner empfingen die chinesische Schrift wie wir die lateinische usw. — Die deutschen Stämme wurden, als sie das Christentum annahmen, von Königen beherrscht, die ihre Abkunft von den Göttern herschrieben. Am berühmtesten ist das Königsgeschlecht der Franken, die Merovinger, die von einem Meeresgott abstammen wollten. Doch wie bekannt, haben diese alten Königsfamilien die Einführung des Christentums nur ein paar Jahrhunderte überlebt. So wurden die Merovinger verdrängt von ihren ersten Ministern oder Hausmeiern, deren letzter, Pipin, der Vater Karls des Großen, sich 752 selbst zum König der Franken machte.

Anders ist es in Japan. Dort herrscht heute noch das alte Fürstenhaus, das mit dem Volk aus dem Dunkel der Vorzeit heraufstieg. Stellen wir uns einmal vor, in Deutschland regierte in unsern Tagen ein König oder Kaiser aus dem Stamm der Merovinger. Welch ein Glanz der Geschichte, sogar der Sage würde ihn umstrahlen. Hohenzollern, Habsburg, Wittelsbach, sie wirken wie von gestern neben einer solchen Vorstellung.

Gleich den Merovingern leitet der Kaiser von Japan seinen Ursprung von den Göttern her, ja, er und sein Volk glauben noch ernsthaft daran oder verhalten sich wenigstens so, als ob sie daran glaubten. Der Buddhismus hat nicht, wie in Europa das Christentum, die alten Volksgötter verdrängt, sondern sie in seinen Gottesdienst einbezogen. Als erster Mikado oder Tenno, so lautet der japanische Kaisertitel, gilt Jimmu, dessen Thronbesteigung auf den 11. Februar 660 vor Christus angesetzt wird. Mag das zu hoch gegriffen sein, soviel ist sicher, daß jedenfalls beim Beginn der christlichen Zeitrechnung das heutige japanische Herrscherhaus schon regierte. Kaiser Jimmu war der Sage nach ein Abkömmling der Sonnengöttin Amaterasu und erbte von ihr zwei wundersame Andenken: einen heiligen Spiegel und ein Schwert. Er hinterließ sie seinen Nachfolgern und noch heute werden diese uralten Heiligtümer in einem Tempel aufbewahrt. Sie sind der göttliche Schatz des Kaiserhauses und vertreten in Japan Krone und Szepter. Als Nachkommen der Sonnengöttin gehen die Kaiser auch nach ihrem Tode zu den Göttern ein und werden als solche verehrt. Das ist zunächst die Aufgabe des regierenden Kaisers, der dadurch der geborene Vermittler zwischen Göttern und Menschen und der oberste Priester seines Volkes wird. Der Dienst der göttlichen Ahnen nimmt im japanischen Hofzeremoniell einen breiten Raum ein. Gebräuche, Opfer und Tänze, die über 2000 Jahre alt sind, und alle Züge einer kindlichen Naturreligion tragen, stehen hier sonderbar neben einem Hofleben, das peinlich genau dem Europa des 19. Jahrhunderts abgesehen ist und mit Audienzen, Bällen und goldbetreßten Kammerherren prunkt. Kaiser Yoschihito, der europäische Sprachen spricht und heute vielleicht in Uniform mit Ordenssternen einen fremden Botschafter empfängt, steht morgen in weitem, weißen Gewand in einem strohgedeckten Tempel und bringt mit einer Schale Reisbranntwein seinen himmlischen Ahnen ein Trankopfer dar. Als sein Vater, Kaiser Mutsuhito, vor wenigen Jahren starb, wurde die hohe Leiche nach uralter Sitte auf einem Ochsenwagen zum Scheiterhaufen gefahren. Wieder eine merkwürdige Aehnlichkeit mit den fränkischen Königen, die mit einem Ochsengespann zur Reichsversammlung kamen. Der verstorbene Kaiser lebte für seine Person noch ganz im altjapanischen Stil und war so durchdrungen von seiner Göttlichkeit, daß er mit gewöhnlichen Menschen nur das Allernötigste sprach. Und doch hat er selbst mit seinem Reich den großen Schritt in die europäische Kultur getan. Als er 1867 das heilige Schwert und den Spiegel der Sonnengöttin erbte, lebte das Kaiserhaus noch in strenger Abgeschlossenheit in der alten Hauptstadt Kyoto. Die Nachkommen der Götter waren zu heilig, um sich ihrem Volk zu zeigen. Die Regierungsgeschäfte besorgte der Reichsfeldherr oder Schogun, genau wie bei den Merovingern der Hausmeier. Aber das Fortbestehen der alten Volksreligion, die dem Kaiser göttliche Verehrung zollte, verhinderte in Japan, daß der Schogun sich selbst zum Kaiser machte. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts begehrten die Fremden Einlaß in das abgeschlossene Land. Mehrere Häfen mußten amerikanischen und englischen Schiffen geöffnet werden. Die auswärtige Politik der Reichsfeldherrn war nicht glücklich. Die Unzufriedenheit wuchs. So ging die Macht wieder auf das alte Kaiserhaus über und 1867 legte der Schogun sein Amt in die Hände des jungen Tenno Mutsuhito zurück. Der trat aus seinem goldenen Gefängnis hervor, verlegte seinen Sitz nach Tokio, der jetzigen Hauptstadt, und machte Japan zu einem modernen Staat. Inzwischen ist es durch glückliche Kriege in die erste Reihe der Großmächte gerückt. Dabei wird die alte Verehrung des Kaisers weiter gepflegt und als erstes Gebot der Vaterlandsliebe betrachtet. Die Zukunft muß zeigen, wie sie den Verfall des alten Volksglaubens, der der immer stärker einströmenden Weltkultur unmöglich standhalten kann, überdauern mag. Unmöglich ist es nicht, daß die älteste Monarchie der Welt sich stärker erweist und besser allen Veränderungen anpaßt, als die jüngeren, deren so viele in letzter Zeit vor ihr vergangen sind.

Die Reform der Lehrerbildung.

Von Stadtschulrat Franz Weigl, Amberg.

Die Deutsche Reichsverfassung besagt im Artikel 143: „Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln." Die Einzelheiten für die Durchführung wird die voraussichtlich am Osterdienstag in Berlin zusammentretende Reichsschulkonferenz behandeln. Um Fühlung der katholischen Schulmänner und Lehrerinnen zur Vorbereitung der Konferenz zu schaffen, war nach Berlin zu einer Vorberatung eingeladen, auf der ich über die von unseren Münchener katholischen pädagogischen Vereinen gefaßten Beschlüsse zu berichten hatte.

Auf dieser Grundlage vertrat ich in Berlin die Zuweisung der allgemeinen Bildung der künftigen Volksschullehrer und Lehrerinnen auf eine höhere Schule, wobei die neu zu schaffende höhere deutsche Schule um ihres Bildungsgutes als besonders geeignet betrachtet wird. Diese Schule hätte sich aufzubauen auf die achtjährige Volksschule und würde 6 Jahre, 3 als Mittel- und 3 als Oberschule dauern.

Es handelt sich nicht etwa um eine einseitige Standesschule. Die höhere deutsche Schule wird für alle akademischen Berufe in Betracht kommen, die des starken fremdsprachlichen Stoffes der heutigen höheren Schule nicht bedürfen, aber doch die Reife für das Hochschulstudium voraussetzen. Außer der Lehrerschaft der Volksschule gehören hieher Staatswissenschaftler, Volkswirtschaftler, Forstbeamte, akademisch zu bildende Ingenieure, Betriebsleiter, Techniker, Kaufleute, Bankbeamte. Die Forderung einer solchen Schule ist nicht von der Revolution geboren, geht vielmehr in die Zeit vor dem Kriege zurück; sie ist auch nicht eine einseitige Standesforderung, sondern wird von Germanisten, Alt- und Neuphilologen, Realschulmännern unterstützt.

Für die fachwissenschaftliche Ausbildung der künftigen Lehrer und Lehrerinnen wird das Pädagogium, eine Anstalt mit Hochschulcharakter gefordert. Gegen die Zuweisung an die Universität sprechen vor allem äußere Gründe: die Ueberfüllung der Universitäten und die Unzulänglichkeit ihrer Einrichtungen für Uebungszwecke. Seminardirektor Bär hat berechnet, daß den preußischen philosophischen Universitätsfakultäten 15 571 männliche und 4184 weibliche Studierende zuwachsen würden, wenn man die Fachbildung der Lehrer an die Universität verweisen wollte. In Königsberg wurde die zuletzt 714 Studierende der Philosophie zählende Universität um 1043 ostpreußische und 978 westpreußische Studierende vermehrt; die 1543 Hallenser erhielten einen Zuwachs von 1653, jene in Münster zu 1429 bisherigen 2424 neue Studierende. Ich habe nach amtlichen bayerischen Zahlen gezeigt, daß die Münchener philosophische Fakultät um 50%, die Würzburger um 266%, die Erlanger um 200% vermehrt würde. Die Einzelheiten sind im erwähnten „Pharus"-Aufsatz angeführt. Ganz unmöglich wäre es, in den Universitätsstädten Muster- und Uebungsschulen zu schaffen.

Für die Ausbildung der Lehrerinnen müssen rein weibliche Pädagogien möglich sein. Man denke nur an die Bedürfnisse der weiblichen Schulorden, für die man angesichts ihrer jahrhundertelangen großen Verdienste auf dem Gebiete der Schulerziehung diese Möglichkeit billigerweise fordern muß.

Da die Tätigkeit des Lehrers als Erzieher unzertrennlich mit der Weltanschauung verknüpft ist, sind auch konfessionelle Pädagogien zu fordern, wenigstens in so großer Zahl, daß für die nach dem Elternwillen verfassungsmäßig möglichen Konfessionsschulen auch Lehrer zur Verfügung stehen, die durch eine konfessionelle Fachbildung gegangen sind. Der Hochschulcharakter des Pädagogiums steht dieser Forderung nicht im Wege. Hat doch auch die bisherige Universitätsorganisation schon für jene Gebiete der Lehre und Forschung, die mit der religiösen Ueberzeugung zusammenhängen (Philosophie, Geschichte) die Rücksicht auf das Bekenntnis des Hochschullehrers möglich gemacht in den sog. Doppelprofessuren.

Das auf Grund der Allgemeinbildung der höheren Schule selbstverständliche Recht zum Universitätsstudium können fortbildungsfreudige Lehrer und Lehrerinnen freiwillig nützen, sowohl zum Zwecke der allgemeinen berufswissenschaftlichen Vertiefung, wie für besondere Fachinteressen, z. B. Ausbildung für die Tätigkeit an Fortbildungsschulen, in heilpädagogischen Schulen und Anstalten, in Pädagogien, an der höheren deutschen Schule, an höheren Mädchenschulen. Die Vertretung der Pädagogik an den Universitäten, die seit längerem nach Ausgestaltung verlangt, ist auch von diesem Standpunkt ausbaubedürftig.

Zur Ablieferung der Gemälde von Bouts aus der alten Pinakothek in München.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, München.

Der Artikel 247 des Friedensvertrags schreibt Deutschland vor, einige rechtmäßig und für schweres Geld erworbene flämische Gemälde von Van Eyck und Dierik Bouts der belgischen Regierung auszuhändigen. Es sind Seitenstücke, deren Hauptblätter die Kathedrale von Gent bzw. die Kollegialkirche von Löwen zieren, und man kann Gründe anführen für die Wiederherstellung oder Wiedervereinigung von zwei als Ganzen gedachten Kunstwerken. Diese Frage soll hier nicht geprüft werden: es ist nur zu merken, daß jener Artikel die Zurückerstattung von vier Teilen eines, wie er sagt, dreiteiligen Werkes fordert! Was wird Deutschland nicht alles zugemutet! Eigentlich besteht das Werk aus fünf Teilen. Die Bedeutung der Gemälde von Bouts für die Kunstgeschichte und für die wirtschaftliche Lage der Niederlande von damals sei hier im kurzen beleuchtet.

Dierik Bouts, geboren zu Haarlem in Nord-Holland um 1400, gehört eher der eigentlichen süd-niederländischen, flämischen Schule an, weil er den Einfluß von Jan Van Eyck auf sich hat wirken lassen und weil er sich spätestens 1449 und wahrscheinlich in schon reifen Jahren in Löwen niedergelassen hat, dort heiratete und Kinder hinterließ, welche auch Maler wurden. Er war ein gebildeter, ja gelehrter Mann, schrieb zierlich seine niederländische Muttersprache und wurde durch seine Heirat reich und einflußreich; die Familie seiner Frau trug den Beinamen „Metdengelde" und hatte Häuser und Grundbesitz. Er war und wurde noch mehr ein angesehener Bürger.

Ein Jahrhundert vor seiner Zeit hatte Löwen seine wirtschaftliche Bedeutung eingebüßt. Schon drei Jahrhunderte früher hatte es seine alte Stellung als tatsächliche Hauptstadt des Herzogtums Brabant und von Nieder-Lothringen an Brüssel abgeben müssen, behielt aber das Recht einer freien Stadtverfassung und einer eigenen „blijde inkomst": es war der fröhliche Einzug und die eidliche, auf den Knieen erstattete Anerkennung der Stadtfreiheiten durch den Landesherrn, wofür ihm auch und erst nachher Treue geschworen wurde, wie überall in den freien Niederlanden. Auch Isabella, die Tochter Philipps II., die deutschen Kaiser, die Könige von Spanien oder ihre Vertreter mußten zuerst vor Gott und vor dem Volke knieen.

Aber im vierzehnten Jahrhundert verursachten übertriebene und blutige Arbeiterforderungen, wiederholte Diktaturen des Proletariats und auch Patrizierüberhebung den Untergang und die Flucht der heimischen Industrie, teilweise nach England. Im Jahre 1425 gab der Herzog den Städten Löwen und Lier die Wahl, eine Universitas studiorum zu bekommen oder einen Wollmarkt, was für Löwen die Wiederherstellung der alten Tuchindustrie und des Durchfuhrhandels hätte bedeuten können. Löwen entschied sich aber für die Universität, Lier für den Wollmarkt, was den Einwohnern den noch heute üblichen Spottnamen von Schafsköpfen eintrug. Die Universität brachte aber der Stadt Löwen einen Weltruhm und durch den Zuzug vornehmer Leute auch die wirtschaftliche Neubelebung. Damals entstanden in dem lieblichen Landschaftsbilde die herrlichen Bauten des Rathauses, der Sankt Peterskirche, des Sankt Gertrudisturmes und viele Hochschulgebäude und zierliche Privatwohnungen. Die flämische Literatur und Schauspielkunst blühte auf, die wohlhabenden Herren wollten die Bauten durch Farbenglanz im Innern schmücken, und eine Malerkunst entstand. Der „reiche Herzog", wie die Landesherren von Brabant seit Jahrhunderten hießen, damals ihr Nachfolger Philipp der Gute von Burgund, besuchte wieder Löwen und hielt oft dort seinen Hof, damals den glänzendsten der Welt. Löwen bekam zeitweilig seine einst so bedeutende Tuchindustrie wieder; auch Leinwand und Tapeten wurden gewoben. Die Brauereien und Mühlen haben sich bis jetzt behauptet. Die Weinberge, durch die Franzosen im ganzen blühenden Brabant 1794 vernichtet, erforderten im Stadtgebiete vier Keltern; ihre Erzeugnisse wurden aber nicht so hoch gepriesen wie der Rheinwein. Die Hofhaltung und die Universität belebten den Transithandel des Flachses, der Leinwand, der Tapeten, Decken, Pelze, Felle und Handschuhe. Diese Wohlfahrt wurde so sehr von Deutschland getragen, daß man nach rheinischer Währung zahlte.

In jenem Zeitalter einer erhöhten Lebensfülle arbeitete Dierik Bouts und äußerte das ihm so eigene, mitgebrachte germanische Gefühl für Natur und Landschaft, für Licht und Farbe, für sinnfälligen Ausdruck des inneren Lebens frommer

und hervorragender Menschen. Im allgemeinen nicht so hoch stehend und nicht so kräftig wie Jan Van Eyck, empfand er besser die Freude an der äußeren Welt und wurde selbst der Schöpfer der Landschaftsmalerei geheißen. Wenigstens gab er ihr eine glänzendere und zugleich feinere und wirkliche Gestalt und bereitete den Weg für die spätere niederländische Landschaftsmalerei vor. Verständnis für Raum und Licht, Raumkunst, auch innere, eher durch Instinkt und Gefühl als durch wissenschaftliche Vorbildung erworben, erkennt man ihm zu. Durchsichtiger als bei seinen Vorgängern lebt und webt auf seinen Bildern die Natur; sie ist ausdrucksvoller, mehr durchdrungen von Licht und Leben. Schon von ihnen kann man sagen, daß jede Landschaft einen Seelenzustand vergegenwärtigt.

Die sanften Wellen der brabantischen Gegend und insbesondere der Umgebung Löwens mögen wohl auf ihn gewirkt haben und scheinen von ihm mit Vorliebe abgebildet zu sein. Das ist der Fall im Hintergrunde des Martyriums des heiligen Erasmus (Kollegialkirche zu Löwen), wo man die Kesselbergen und Ruffelbergen bei Löwen zu erkennen glaubt. Das ist auch der Fall in der Begegnung von Melchisedech und Abraham (bis jetzt in der Münchener Pinakothek), wo sehr wahrscheinlich die Hügel der Stadt selbst den Hintergrund bilden.

Anders steht es mit der Manna, wo die ziemlich steilen Hügelkuppen aus West-Lothringen geholt oder nach dem Hohentwiel und seinen Brüdern gemalt scheinen. Besonders lieblich sind auch die Hintergründe der Anbetung der Könige, des Täufers und des Christophorus, welche in München bleiben.

Der Kritiker Fierens-Gevaert lobt mit Recht die geschickte Abstufung der Farben der Dämmerung in der Landschaft der Manna. Die Begegnung Abrahams mit Melchisedech bringt im Gegensatz dazu eine freudige, liebliche und volle Helle, welche für jene Zeit ganz neu erscheint. Die zarten Bäumchen verdienen auch Erwähnung, sowie der Stil des Städtchens, das hinter dem Priesterkönig lachend erwacht.

So entstanden die herrlichen Landschaftsbilder in den Jahren 1464 bis 1468. Mit der innigsten Liebe zur Natur, wie später Albrecht Dürer, hat der Maler kühner wie seine Vorgänger den Schritt gewagt; aus der einseitigen mittelalterlichen Beschäftigung mit dem Menschen und mit dem Himmel ist er getreten, und die blühende Erde hat er für sie selbst angeschaut und mit Farben geschmückt.

Und doch sind seine grünen Auen und Hügel nur Nebensache. Wie die Berliner Bilder (der Prophet Elias und das jüdische Passah) sind seine Münchener Bilder nur da, um als Vordeutungen zu dienen neben dem in Löwen gebliebenen Mittelstück, dem Abendmahl: In figuris praesignatur... datur manna patribus. Der Ausdruck der Hoffnung der im Vordergrund hervortretenden Personen auf die Erfüllung der Prophezeiungen, das ist die Absicht der Auftraggeber, Meister der Bruderschaft des Allerheiligsten Sakramentes, und der Gegenstand des Gesamtwerkes.

Man hat von Dierik Bouts gesagt, er sei der bürgerliche Maler seiner Zeit gewesen, weder aristokratisch noch Realist. Die Herrlichkeit seiner Landschaftsmalerei und die innere Erregung seiner lebendigen Gestalten lassen zu, ihm doch einigen Realismus zuzuerkennen. Ihre Kleidung aber, die kostbaren Gewänder der Israeliten in der Wüste, und erst recht Melchisedech und seine Begleiter, Abraham und seine glänzende Gefolgschaft von Bewaffneten, verraten den Maler, der den Einzug Philipps des Guten in Löwen gesehen hatte, und sich an der Würde und Pracht der führenden Kreise von damals die Augen vollgeweidet hatte. Auch hätten die frommen, aber stolzen Bürger des Vorstandes der Bruderschaft seine Aufmerksamkeit auf diese gefälligen Aeußerlichkeiten gezogen, wenn er nicht von selbst die Gelegenheit gesucht hätte, das Spiel der Farben an reichen Gewändern, Pelzen, Waffenrüstungen und Kopfbedeckungen froh und hell erglänzen zu lassen. Die geschickte Zusammenstellung, die Bewegungsfrische, die Gesichtsausdrücke zeigen nicht mehr, wie bei manchen Gestalten der mittelalterlichen Malerei, steife, lebenslose Ikonen, sondern Menschen von Fleisch und Blut, aber auch würdig und verständnisvoll. Jeder Kopf, jede Haltung bringt eine innige Empfindung, eine lebendige Teilnahme an den Ereignissen zum Ausdruck. Wie Melchisedech Brot und Wein dem halbknieenden, in der Kraft der Jahre noch jugendlich aussehenden Rittersmann Abraham reicht! Welches Gefühl in diesen Gesichtern, in dem Priesterantlitz hinter Melchisedech, und bei dem Knappen des Erzvaters! Wie die Israeliten sinnend in der vielleicht zu grünen, zu fruchtbaren und belebten Wüste, innig betroffen von dem Wunder der göttlichen Speisung erscheinen! Die vornehmen Gesichter sind auch nicht oder meistens nicht zu bürgerlich. Der Maler hat zugleich aristokratische, realistische und volkstümliche Färbung dem Augenblicke gegeben, dem er Dauer verliehen hat.

Der Glaube im Leben des einen Volkes, der Gesellen in dem Abendmahlbild von Löwen, der Vornehmen, wie Kaiser Otto und die seinen auf den Brüsseler Gemälden von Bouts, tritt auch hervor in den Gemütern der Personen, welche auf den Münchner Altarflügeln sich finden. Wenn die Bilder ein Zeitalter des wirtschaftlichen Aufschwunges veranschaulichen, so drücken sie auch aus, wie die gemeinsame Auffassung des religiösen Lebens die Herzen damals durchdrang und nicht nur den äußerlichen und zeitlichen Glanz suchte.

Dierik Bouts arbeitete zur vollen Genugtuung seiner Auftraggeber: er wurde zum amtlichen Stadtmaler ernannt, was ihm, neben dem Honorar für seine Werke, jährlich ein Stück Tuch für ein Staatskleid eintrug, sowie 90 „plecken“ für die Fütterung desselben. Er hatte aber dafür die Verpflichtung, den Prozessionen des Heiligen Sakramentes und der Kirchweih, dieses berühmten Löwener Volksfestes, zu folgen, nach welchen ihm eine Kanne Rheinwein verabreicht wurde. Er versäumte niemals, bis zu seinem Tode im Jahre 1475, sich daran zu beteiligen.

Er wurde auch für die Zeit gut bezahlt in Abschlagszahlungen; die Kasse der Bruderschaft war aber nicht reich genug um die Kosten zu decken. Da wurden persönliche Gaben herangebracht. Es spendete jemand einen Rheingulden am 10. September 1466, eine „gute Frau“ ein Halbschild in Gold zu 8 Stüber, usw.... Das Kunstinteresse war im Volke groß, neben dem religiösen Ziele. Man weiß nicht, was vor 1466 dem Maler bezahlt wurde. Am 4. Juli jenes Jahres wurden ihm aber 13 Rheingulden zu 20 Stüber vorgeschossen, am 6. August desselben Jahres 8 Rheingulden und 29 Rheingulden im Jahre 1468. Er erklärte eigenhändig, daß er zufrieden und voll bezahlt war, und zwar im Jahre 1468 nach dem Stadtarchivar Van Even, der die Quittung wiedergefunden hat und in seiner großen Geschichte der Stadt von 1895 zitierte. Nach älteren Quellen gibt der Katalog der Pinakothek das Jahr 1467 an.

Wie die Flügel Löwen, wahrscheinlich im 17. Jahrhundert, verließen, wissen die dortigen Kritiker nicht. Die Pinakothek erwarb sie vor hundert Jahren für nur 400 Francs von der Sammlung Boisserée in Aachen, wohin sie aus Brüssel von Herrn Bettendorf gekommen waren.

Die Stadt hatte manchmal zu leiden durch die wiederholten französischen Züge und auch, bis in die letzten Jahre, durch innere Aufstände. 1477, zwei Jahre nach dem Tode Bouts, konnte ein vorbestrafter Metzger Leunkens wieder eine Diktatur des Proletariats gegen die Herzogin Maria von Burgund und ihren Gemahl Maximilian von Habsburg während einiger Monate behaupten. Die überwiegend anständige Bevölkerung war oft das Opfer einiger Gewaltmenschen, wahrscheinlich auch bei dem letzten Unglück: ob diese selbst Löwener waren, bleibt ungewiß. Die inneren Wirren hatten ein Jahrhundert nach Bouts die Folge, daß die Universität den Flamen allein überlassen wurde, und daß für die Wallonen eine neue Universität entstand und zwar in Douai, das noch lange den spanischen und österreichischen Niederlanden angehörte.

Man merkt, wie in jener glänzenden Zeit die Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland rege waren, wie man nach rheinischer Münze rechnete, und wie der Stil der Maler wie des Lebens eine engere Verwandtschaft mit Deutschland aufwies. Es wäre damals noch möglich gewesen, diese schönen Landstriche und dieses begabte Volk dem Reich innerlich näher anzugliedern, auch unter Wahrung ihres eigenen Wesens.

Das ist seit dem siebzehnten Jahrhundert nicht mehr denkbar. Alle Flamen hatten es eingesehen und erstrebten nur die volle Selbständigkeit Flanderns, auch gegenüber Deutschland. Leben, Kunst, Sitte und Politik und erst recht der Krieg haben Klüfte zwischen den ursprünglich so nahen Verwandten geschlagen. Anstatt völkische Politik zu treiben, haben die Deutschen damals lieber den alten Hader angefeuert, einander auch persönlich bekämpft, und von den Neidern und Gegnern die Wege sperren lassen, welche die Wohlfahrt der Niederlande sicherten. So wurden die Bande zwischen den Volksteilen zerrissen. Heute ist jene Welt so verschieden von Deutschland, als Gallien und Spanien, vom altrömischen Reiche getrennt, von Italien verschieden geworden sind.

Auch in der Kunst. Die Figurmalerei der Flamen im siebzehnten Jahrhundert, auch die Zeit der höchsten Blüte ihrer Literatur im holländischen Norden, hat sich unabhängig von Deutschland entwickelt, und die lichtvolle Landschaftsmalerei der Flamen im neunzehnten Jahrhundert hat wohl ihre Wurzeln im eigenen Volksgefühl; ihre Formen sind andere als die deutschen und als diejenigen der heimischen, gemeinsamen Vergangenheit.

Ahnenerbe.

Von Pfarrer Dr. Doergens, Traar-Krefeld.

Gottes Wort bleibt wahr in Ewigkeit! So auch jenes, daß die Sünden der Väter an den Kindern heimgesucht werden bis ins dritte und vierte Glied! (2. Mos. 26, 5). „Siehe ich lege euch vor Segen und Fluch, ob ihr höret auf die Gebote eures Gottes oder abweichet von dem Wege, den ich euch gebiete" (5. Mos. 11, 26).

Ja, so ist es! Chronischer Alkoholismus, offene Tuberkulose, heimtückische Geschlechtskrankheiten, schwere Geisteszerrüttung vernichten das Glück einer ganzen Stammeseigenart. Erschütternde Beispiele auf Grund rassenhygienischer und bevölkerungspolitischer Studien führt der bekannte Biologe P. H. Muckermann S. J. an in „Erblichkeitsforschung und Wiedergeburt von Familie und Volk" (Flugschriften der „Stimmen der Zeit"; 11. Heft; Herder, Freiburg i. B., 0.75 *M*) —, ein Büchlein, das allen jungen Menschenkindern um ihrer selbst und ihrer Nachkommenschaft willen herzlichst empfohlen sei. Und nicht bloß von den Eltern auf die Kinder vererben sich Merkmale und Anlagen, gute wie schlechte: sie tauchen manchmal in einer späteren Generation plötzlich wieder auf und die schlechten belasten die menschliche Gesellschaft mit einer großen Zahl Mißgestalteter.

Ach, in diesen Tatsachen der Naturwissenschaft und der Medizin, die bisher fast nur das Interesse der Lebensversicherungsgesellschaften wachriefen, spricht sich das große Geheimnis der Erb- und Ursünde aus! Wie arm ist unser geistiges Leben an Ahnenbewußtsein und wie wenig wissen wir Kinder der Neuzeit von unseren Voreltern und den Urgründen unseres Daseins! Einem Grabschänder, der die Gebeine seiner Vorfahren nicht ruhen läßt, weiß die Sarginschrift des phönizischen Königs Esmun = azar (4. Jahrh. v. Chr.) keine größere Strafe anzudrohen als die Ausrottung der Nachkommenschaft. „Einem solchen Frevler soll nicht sein weder eine Wurzel nach unten noch Frucht nach oben, noch Ansehen unter den Lebenden unter der Sonne." Heilig sind einem naturtreuen Volke die Familienbande nach oben wie nach unten! Wie sorgfältig wurden bei den Juden die Geschlechtsregister geführt! „Judith, die Tochter des Merari, eines Sohnes des Idox, eines Sohnes des Joseph, eines Sohnes des Ozias, eines Sohnes des Elai, eines Sohnes des Jamnor, eines Sohnes des Gedeon, eines Sohnes des Raphaim, eines Sohnes des Achitob, eines Sohnes des Melchias, eines Sohnes des Enan, eines Sohnes des Nathanias, eines Sohnes des Salathiel, eines Sohnes des Simeon, eines Sohnes des Ruben" (Jud. 8, 1). Und stammten Joseph und Maria nicht aus dem königlichen Geschlechte Davids? Wer kennt heutzutage seine Genealogie gleich ihnen? „Durch die Pflege der Achtung für die Toten und durch das Zurücktragen des Andenkens in die ferne Vergangenheit wird sich das Gute im Volke vertiefen" meint Konfuzius, der Begründer des chinesisch-heidnischen Ahnenkultus. Im alten Griechenland hatten die Familienverbände an manchen Orten eine staatsrechtliche Stellung und einen eigenen Kult. Unzweifelhaft steckt in der Ehrfurchtslosigkeit und Undankbarkeit gegenüber denen, deren Blut in unseren Adern rollt, deren körperliche Vorzüge und geistige Talente wir ererbt, eine Vernachlässigung religiöser, kultureller und völkischer Aufgaben. Aber auch die staatliche Ehegesetzgebung mit ihrer Mißachtung selbst der näheren Verwandtschaftsgrade — Lebenswege dieser Art lassen das Zusammentreffen verborgener Anlagen am ehesten befürchten! — hat manches wieder gutzumachen. Vor allem aber: wo das katholische Volk lebendig weiß, was sein Katechismus über die Verlobung und über das Sakrament der Ehe zu sagen hat, und wo seine Seelsorger darüber wachen, daß die staunenswerten Ehegesetze des kanonischen Rechtes restlos erfüllt werden, brauchen wir nicht zu fürchten, daß jemals das Ahnenerbe im Schoße der Familie entartet. „Wärest du Gottes Weg gegangen, so wohntest du in Wohlstand ewiglich. Lerne, wo Einsicht ist, wo Kraft ist, wo Verstand ist, um damit auch zu erkennen, wo Langlebigkeit und wahres Leben ist, wo Licht der Augen und Wohlsein ist" (Bar. 3, 13).

Vom Büchertisch.

Dadaismus in der Dichtung. Im Verlag von E. Rowohld (Berlin) ist ein Buch erschienen: Menschheits-Dämmerung. Symphonie jüngster Dichtung. Herausgegeben von Kurt Pinthus. Der Herausgeber, der früher als Mitarbeiter der im Kriege stecken gebliebenen Gesamtausgabe der Droste-Hülshoffschen Werke ernsthaft ganz andere Dinge getrieben und in Rodenbergs Rundschau Briefe der großen Dichterin veröffentlicht hat, versichert in der Einleitung: „Dies Buch ist Sammlung! Sammlung der Erschütterungen und Leidenschaften, Sammlung von Sehnsucht, Glück und Qual einer Epoche. Es ist gesammelte Projektion menschlicher Bewegung, aus der Zeit in die Zeit, man horche quer durch, man blicke rund herum, nicht vertikal, nicht nacheinander, sondern horizontal, zusammen, zugleich, simultan. . . . Das Buch ist keine angenehme und bequeme Lektüre, und im letzten Jahrzehnt sind manche reifere, vollkommenere, qualitativ bessere Gedichte entstanden." Mit dem letzten Satz kann man sich durchaus einverstanden erklären. Ich bekenne, mich auf Stichproben beschränkt zu haben — glaube aber —, vielleicht weil ich noch immer zu vertikal und nicht horizontal genug lese — auf gründliche Lektüre verzichten zu dürfen. Es war schrecklich, und doch auch wieder zur Heiterkeit stimmend. Abgesehen von schon bekannten Lieblingen wie Theodor Däubler und Else Lasker-Schuler, habe ich mich herzlich gefreut über AugustStramms Gedicht „Wunder". Hier das erste Dutzend Zeilen, die ich in der Zeit der Papiernot continuo folgen lasse:

Du stehst! Du stehst! / Und ich / Und ich / Ich winge / Raumlos zeitlos wäglos / Du stehst! Du stehst! / Und / Rasen bäret mich / Ich / Bär mich selber!

Gottfied Benn's „D-Zug" bevorzugt größere Zeiten, ist aber sonst ebenso schön:

Braun wie Cognac. Braun wie Laub. Rotbraun. Malaiengelb.
D-Zug Berlin—Trelleborg und die Ostseebäder . . .
Stoppel und letzte Mandel lechzt in uns
Entfaltungen, das Blut, die Müdigkeiten,
Die Georginennähe macht uns wirr.

Es mag ja nicht ohne ein gewisses kulturgeschichtliches Interesse sein, eine Sammlung „jüngster Dichtung" zu veranstalten, aber es war doch nicht nötig, in dieser Symphonie auch Melodien aufzunehmen, wie sie das betrunkene Elend zu singen pflegt. Prof. Dr. Herm. Cardauns.

Adam Joseph Cüppers: Gudrun. Ein alter Roman von Frauentreue neu erzählt. Freiburg, Herder. Geb. 7.20 *M*. Die Wiedergabe unserer alten großartigen Heldendichtungen in neuzeitlicher Prosaeinkleidung beginnt gute Erzähler zu reizen. Glück auf zum schönen, segenstiftenden Werk! Denn was brauchen wir jetzt mehr an Vorbildlichem als Kraft, Reinheit, Treue, Tapferkeit? — Das vorliegende Buch habe ich in einem Zuge gelesen. Cüppers dürfte selten wirkungskräftiger, reizvoller erzählt haben als hier. Und zwar für weiteste Kreise. Mit Recht hebt die Verlagsanzeige den feinen Takt in Ausscheidung von Gegebenem und Einwebung „wohlbegründeter Freiheiten" hervor, desgleichen die straffe Zusammenziehung der Handlung, die psychologische Verknüpfung der Ereignisse, sowie die plastisch anschauliche Herausarbeitung der Gestalten. Das Buch gehört in die Hände unserer Frauen, der jüngeren wie der reiferen, aber auch in alle öffentlichen Bibliotheken und in die Büchereien der Erziehungsanstalten. Man möchte an Massenverbreitung denken! E. M. Hamann.

Die Grundlegung der Logik und Erkenntnistheorie in positiver und kritischer Darstellung von Dr. Josef Geyser o. ö. Professor der Philosophie an der Universität Freiburg i. Br., Verlag von Heinrich Schöningh, Münster i. W. Preis brosch. *M* 15.—, geb. *M* 17.50. Das vorliegende Buch stellt zweifellos eine der bedeutendsten Leistungen auf dem Gebiete der neuesten Logik und Erkenntnistheorie dar. Als Neuauflage der „Grundlagen der Logik- und Erkenntnistheorie" gedacht, ist ein völlig neues Buch daraus geworden, das sich die Begründung — einer gegenständlichen Auffassung — der Logik zum Ziele setzt, d. h. „die allgemeine Formen und Gesetze des Denkens als abhängig von der Beziehung auf den Zweck betrachtet, das ideale und das reale Sein nachfassend zu erkennen". In 15 Kapiteln wird der reiche Inhalt des Buches entwickelt: Vom Erkennen, vom Denken, der logische Transcendentalismus, die Aufgabe der Logik, das Verhältnis der Logik zur Grammatik, Psychologie und Ontologie, zur Kritik des Psychologismus und Antropologismus über Formel und gegenständliche Logik, und der Bestimmung der Logik durch Kant und den Neukantianismus, die Bestimmung der Logik und Erkenntnistheorie durch die Philosophie des Golkus. Andere Richtungen der kritizistisch orientierten Erkenntnistheorie, zur prinzipiellen Widerlegung des Idealismus und zum Aufbau einer realistischen Phänomonologie, Grundzüge der empiristischen Logik und Erkenntnistheorie, die empiristische Theorie der exakten Wissenschaften, der Wahrheitsbegriff des Pragmatismus, die Philosophie des „Als ob". Alle bedeutsamen Versuche, die logisch-erkenntnistheoretischen Grundprobleme zu bewältigen, werden lichtvoll dargestellt und eingehend kritisch behandelt. Univ.-Prof. Dr. H. Meyer.

Zum neuen Tag. Festspiel zur Begrüßung der gefangenen Brüder bei ihrer Rückkehr in die Heimat von Theodor Seidenfaden (Warendorf i. W., Gg Wulf). 16 S. 1 *M*. Der Friedensengel tritt vor, die im Saale versammelten Gefangenen in schwungvoller Weise zu begrüßen. Von singenden und tanzenden Genien umschwebt nahen Landwirtschaft, Handel, Industrie, Wissenschaft und Kunst, um in weihevoller Sprache ihre Gaben darzubringen, welchen an letzter Stelle der fromme Einsiedler folgt mit den Worten: „Darum bringe ich zum Angebinde, das stärker ist als alle Waffen, das Kreuz, das wundervoll und linde verklärt der Tage trennes (besser wohl „heißes") Schaffen." Ein der frohen Gelegenheit recht angemessenes Festspiel. Von dem nämlichen Dichter erschien bei Frz Massing in Zülpich ein wunderliebes Büchlein Sofia zur Erinnerung an sein früh verstorbenes Töchterlein. Die wenigen, darin enthaltenen Gedichte sind aus dem tiefsten Herzen hervorgegangen und werden allen zu Herzen gehen, die ein gleiches Leid erfahren haben. B. v. Hermstede.

Bühnen- und Musikrundschau.

Die Intendantenfrage. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Saenger fand eine Besprechung statt, in welcher die Presse über den Stand der Intendantenfrage unterrichtet wurde. Die Ernennung obliegt dem Ministerium, der Künstlerrat hat das Recht, Vorschläge zu unterbreiten. Die sozialen Errungenschaften sollen in keiner Weise angetastet werden. Das Ministerium gibt sich anderseits der Gewißheit hin, daß der Künstlerrat seine Berechtigung gerade dadurch beweist, daß er in allen künstlerischen Dingen ausschließlich sachliche Erwägungen maßgebend sein läßt. Dank der Leitung Br. Walters, dessen Selbständigkeit unangetastet bleiben muß, steht die Oper auf einer ihren Traditionen entsprechenden Höhe. Die Aufgabe des neuen Mannes wird sein, das *Schauspiel* einer Blütezeit entgegen zu führen. Die Vermehrung der Kräfte ist schon durch den doppelten Betrieb (Residenz- und Prinzregententheater) nötig. Saenger glaubt, daß, wenn die Steuern den Theaterbesuch schwächen, die Berliner Riesengagen sich nicht aufrechterhalten lassen. Es werden dann die Künstler erkennen, daß die Einkünfte der hiesigen Schauspieler auf gesünderer Basis stehen. Der neue Intendant wird auch die Aufgabe haben, die in unseren Staatstheatern vorhandenen *Bildungsmöglichkeiten dem ganzen Lande nutzbar* zu machen. Der Staatsvertrag mit Coburg wird auch eine engere Verbindung und Wechselwirkungen mit dem dortigen Landestheater herstellen, deren Pflege dem neuen Intendanten obliegt. — Mittlerweile sind die Verhandlungen mit Dr. Karl *Zeiß* dem Abschluß nahe. Es ist nun noch die Frage zu lösen, ob die Stadt *Frankfurt* a. M. ihren Generalintendanten aus einem langfristigen Vertrage entläßt. Karl Zeiß, 1871 in Meiningen geboren und aufgewachsen unter den Eindrücken von Meiningens großer Theaterzeit, ist von Hause aus Germanist. Er entwickelte sich an der Dresdner Hofbühne unter dem Grafen Seebach vom Dramaturgen zum Theaterleiter. Als Spielleiter klassischer und moderner Stücke gewann er großen Ruf. Dies veranlaßte Frankfurt a. M. ihn zum Generalintendanten zu ernennen. Zeiß sicherte sich völlige Unabhängigkeit von allen städtischen Kommissionen und er hat vieles und gutes geleistet. Sein Hauptinteresse gilt dem Schauspiel; für die Oper suchte er bis jetzt vergeblich einen Leiter, der in voller Selbständigkeit, wie Br. Walter dem Intendanten zur Seite stände. Walter von München wegzulocken, ist ihm glücklicherweise mißglückt.

Uraufführung im Residenztheater. Gg. *Kaiser*, der vielen als der stärkste Repräsentant der expressionistischen Richtung gilt, ist nun über Kammerspiele und Schauspielhaus mit dem „*geretteten Alkibiades*“ an unsere staatliche Bühne gelangt, an der man sich mit viel Eifer und Liebe der problematischen Dichtung angenommen hat. Dr. *Liebscher*, der Spielleiter, sagt in der neuen Theaterzeitung unserer staatlichen Bühnen ungefähr folgendes: nur durch die Schauspieler, die den Stil und die darstellerischen Möglichkeiten Kaisers erfaßt und erlebt haben, wird der Dichter dem großen Publikum nahegebracht, wird der Textpartitur all das glühende Leben gegeben, das viele Leser nicht finden können und das auch die heutigen Interpreten oft noch schmerzlich vermissen lassen. Ich muß gestehen, daß es dem Regisseur nicht gelungen ist, seinen Darstellern dies „glühende Leben“ einzublasen, zum mindesten nicht mehr, als man dies an den genannten kleineren Bühnen vermocht hatte. Gedanklich sind ja Kaisers Dramen fesselnd, wenn er in den „Bürgern von Calais“ die Erlösung durch Selbstopferung darlegt, wenn er in „Von morgens bis mitternachts“ zeigt, wie das Geld nicht eine Stunde des Glückes, das die Phantasie uns vorgaukelt, erkaufen kann, wenn er in „Koralle“ und „Gas“ Konflikte des Kapitalismus und sozialer Weltbeglückung auf die Spitze treibt, aber es bleibt immer ein Rest, über dessen „tiefere Bedeutung“ wir erst durch Nachdenken kommen. Charaden zu lösen, mag dem Verstande Befriedigung gewähren, das Herz bleibt kalt. Es ist vieles bei Kaiser nicht deshalb ernüchternd, weil es unwahrscheinlich, der Wirklichkeit fremd, „vergeistigt“ wäre, sondern lediglich, weil es errechnet ist, nicht Form gewann. Ich hörte einmal, wie Kaiser sein Drama „Gas“ vorlas, das klang so hart, so sachlich, so nüchtern, wie ein Polizeibericht; es war eine gewisse Einheitlichkeit zwischen der Sprache und dem expressionistischen Stil, der dem deutschen Hauptwort den Artikel rauben möchte. Es fehlt eben das oben besagte „glühende Leben“, das aus einem interessanten Schriftsteller einen Dichter macht.

In dem „*geretteten Alkibiades*“, der sich von der Historie sehr weit entfernt, ist es schwer, einen Grundgedanken zu formulieren. Ein rationalistisches Ableugnen des Heldentums in der Bernard Shaw-Weise; Sokrates und Alkibiades stehen als getrennte Persönlichkeiten, die sich suchen, aber nicht finden können; aber das sind schließlich gezwungene Formeln, mit denen dem Dichter kaum gedient ist. Derjenige im Publikum, der von Sokrates und Alkibiades nichts wissen sollte, wird kaum philosophisch und historisch bereichert das Theater verlassen; ich denke mir aber, daß diese glückliche Nichtvoreingenommenheit den Genuß erleichtern könnte. Berichten wir einmal, was geschieht. Wohl kündet der Auftakt die Schwärmerei der Jünglinge der Ringschule für die Schönheit des Alkibiades — wie mich dünkt mehr schwabingerisch sentimental, als griechisch, aber der Feldherr bleibt Nebenfigur, Mittelpunkt des „Stückes“ in drei Teilen und neun Bildern ist der Philosoph. Das zweite Bild zeigt uns das Schlachtfeld, auf dem der grimmig um sich hauende Philosoph dem Ermüdeten, Waffenlosen das Leben rettet. Solches Schwertergeklirr wirkt auf der Bühne immer ein wenig lächerlich. Der verwachsene Alte ist dem Heereshaufen nicht weiter gefolgt, weil er sich einen Dorn in den Fuß gestoßen hatte und dadurch gezwungen war, zurückzubleiben. So wird, was als uneigennützige Tapferkeit gilt, rationalistisch als notwendige Folge des Selbsterhaltungstriebes umgebogen. Im Stadthochhaus soll Sokrates gekrönt werden, aber er verzichtet auf den Kranz zugunsten des Feldherrn. Noch immer schmerzt der Fuß durch den Dorn des Kakteenfeldes — erst der Heilgehilfe, der am Ende des Dramas dem Philosophen den Schirlingsbecher reicht, zieht ihm den Stachel aus der Wunde. Wir müssen diesen Dorn, der Sokrates auch, wenn er es möchte, hindern würde, die Stufen hinaufzusteigen, um den Kranz zu empfangen, symbolisch nehmen. Sokrates flieht vor dem Dank des Alkibiades in die Dachkammer zu Xantippe. Hier sucht ihn der Feldherr auf, aber der Philosoph entzieht sich dem dankbaren Freunde wiederum. Endlich findet er ihn auf dem Markte, wo Sokrates mit den Fischweibern in einen nicht gerade kurzweiligen Zank geriet. Alkibiades steigt von seiner Tragbahre, Sokrates muß den Sitz einnehmen und der Feldherr folgt dem wider Willen Geehrten zu Fuße. Der letztere führt den Freund zu einem Gastmahl, das zu Ehren eines Dichters gehalten wird. Sokrates zerstört hier durch seine Spottreden und sein proletarisches Aeußere die Harmonie der im Ueberschwang schöner Reden, im Gepränge festlichen Schmuckes Schwelgenden. Wir ersehen auch hier des Dichters symbolisierende Bemühung, ohne daß freilich alles zwingende Form gewänne. Alkibiades wirbt weiter um die Zuneigung des Sokrates. Er führt ihn zu seiner Freundin Phryne. Die Hetäre steigt ins Bad und wirft in anreizender Beschreibung die geringen Bestandteile ihrer Toilette hinaus. Sokrates wahrt seine philosophische Ruhe, ungerührt von Phrynes Ausrufen: „Ich liebe nur den Sokrates“. Die Szene hat einen hysterischen Zug (Salome — Jochanaan!) Der zurückkehrende Alkibiades ist wütend, daß Sokrates auf seine Gelegenheitsmacherei nicht eingegangen. Er stürzt davon und soll, wie Stadtsoldaten berichten, geheiligte Hermen umgestürzt haben. Für den Entflohenen wird Sokrates vor das Scherbengericht gestellt. In hochgespanntem Pathos wird Alkibiades angeklagt und ohne wahrscheinliche Begründung Sokrates verurteilt. Die Gründe, die Platon und Xenophon uns überliefert haben, bleiben ungenützt. Enger an die historische Ueberlieferung sowohl wie an die Bühnentraditionen, aber auch wärmer im Ton ist das Schlußbild, in dem Sokrates, die Flucht verschmähend, gelassen den Giftbecher leert. — — *Stielers* Sokrates war eine scharfprofilierte Gestalt, immerhin wurde er am Ende mehr Held, als der Ironiker der früheren Akte wahrscheinlich machte. *Alkibiades* war der „schöne Mann“, bekanntlich eine uninteressante Spezies, aber es war auch nicht mehr aus dieser „Textpartitur“ herauszuholen. Die merkwürdig frisierte Hetäre war mehr bei Shaw, als in Griechenland zu Hause, die Xantippe kreischte höchst unangenehm und das übertriebene Pathos der Greise und Jünglinge klang oft hohl. Schade, daß diese moderne Pathetik nicht aufkam, als Altmeister Possart noch jünger war. *Pirchan* hatte die Bühnenbilder in strenger Einfachheit entworfen. Das von ihm bevorzugte grelle Rot schreit wie ein Plakat. Das Publikum blieb lange abwartend, mehr oder minder gleichgültig und ward erst in der Todesszene ein wenig wärmer. Ein bescheidener Bruchteil des Publikums unternahm bei sich rasch entleerendem Hause die Dichter- und Darstellerehrungen, die in der Resonanz der Bühne einen vollen Erfolg vortäuschen mögen.

Künstlertheater. Das seit Kriegsbeginn geschlossene Theater im Münchener Ausstellungspark wird zu Pfingsten unter der Leitung Hermine *Körners* wieder eröffnet. Ein von Wilh. Schmidtbonn frei übertragenes Mysterium: „*Die Passion*“ aus dem 15. Jahrhundert gelangt zur Uraufführung.

Nestroy im Prinzregententheater. Der Klassiker der Wiener Posse in unserem Festspielhaus! Das tut Rich. Wagners Wirkung keinen Eintrag. Das mag sein, aber der Scherz ist auf intimere Wirkungen eingestellt, sonst wird er Grimasse, nicht heute und morgen, aber ohne Zweifel mit der Zeit, allein unsere Tage drängen nach Veranstaltungen für Massen, da mag es praktisch, mag es vielleicht unvermeidbar sein, solch großes Haus zu wählen, künstlerisch wird es immer bedenklich sein. „*Der Zerrissene*“ fußt auf einem französischen Vorbild. Der Ulk gewinnt bei Nestroy eine tiefere Bedeutung. Der elegante Tagedieb, der sich aus Schicksalstücke in einen Bauernknecht verwandeln muß, hat einen tragischen Unterton, den *Waldau* anklingen ließ, wenn sich auch das Publikum mehr an die Komik hielt. Die Gesamtaufführung war sehr lustig, eigentlich freilich müßten Nestroydarsteller ein klein wenig singen können.

Lustspielhaus. *Gilberts* Operette „*Das Fräulein vom Amt*“, dessen anspruchslose Melodien ziemlich bekannt geworden sind, fand eine recht gute Aufnahme. Einem Erbonkel getraut der Neffe seine Verheiratung nicht einzugestehen und hieraus entwickelt sich ein wahrer Rattenkönig von Verwechslungen und Irrtümern, an denen man sich am besten mit Ausschaltung aller Kritik vergnügt. Gesungen wurde diesmal nicht immer sehr kultiviert, aber flottes, temperamentvolles Spiel, Anmut und liebenswürdige Komik sorgen für gute Unterhaltung.

Aus den Konzertsälen. Züricher Künstler, Philomena *Herbst* und Gg. *Herbst*, boten sehr schöne Eindrücke. Er ist ein Geiger von großem Können und besitzt viel Tonschönheit. Sein Vortrag ist von einer gelassenen Ueberlegenheit. Auch bei der Sopranistin ist von Temperamentsüberschwang nichts zu spüren. Ihre Stimme ist hervorragend schön, von Fülle und klanglicher Pracht; freilich gibt es noch einige Tonlagen zu bessern. Zilcher war ein glänzender Begleiter.

München. L. G. *Oberlaender*.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Unser Wirtschaftschaos. — Umschwung der Entente-Taktik? — Die Valutakatastrophe. — Anzeichen günstigerer Industrielage sind vorhanden. — Kommt die deutsche Finanzreform in Bälde?

Wie sehr unsere Gesamtwirtschaft darniederliegt und wie nahe wir uns an dem Abgrund eines vollständigen Zusammenbruches befinden, zeigen die sich auffallend mehrenden Stimmen über Umformungen, Organisationen, Aufrichtungspläne, Wiederherstellung des alten Wirtschaftslebens, kurz die Auslassungen in der Presse von mehr oder minder Sachverständigen aller Art. Von diesen vielen bekannt gewordenen Thesen verdient sicherlich mit in erster Linie genannt zu werden der Berliner Vortrag des früheren Staatssekretärs Dr. Dernburg über deutsche Finanz- und Steuerpolitik. Mit seinen Ausführungen traf er das Richtigste: „Unsere ganze Wirtschaft lebt vom Ausverkauf und vom Kredit, Redlichkeit und Vertragstreue seien in allen Schichten zurückgegangen; es mangle an Initiative und Unternehmungsfreude. Privater Eigennutz und minderwertige Moral „powerten“ mit Hilfe der Entente Deutschland aus. Das neue Deutschland habe an Stelle der alten Beamten nicht höher geartete Diener im nötigen Ausmass gefunden. Die alte Bureaukratie suche man zu vernichten und die neue sei ein kläglicher Ersatz und ein Misserfolg . . . . unsere erste Aufgabe müsse sein, den Friedensvertrag zu revidieren. Im Interesse der anderen Mächte liege es, uns dabei hilfreiche Hand zu reichen, denn die ökonomische Welt ist ein Ganzes. — Dazu häufen sich die von ernst zu nehmenden Ententekreisen sich mehrenden Stimmen, dass Deutschlands Katastrophe die Todesgefahr des Kontinents in sich birgt. Es macht sich ein Umschwung der Ententepolitik gegenüber Deutschland, in den ersten Anfängen wenigstens, bemerkbar. Selbst französische Stimmen erheben sich für eine solche Revision des Versailler Friedens.

Die direkte Ursache solcher Wahrnehmungen bildet naturgemäss die Furcht vor dem deutschen Staatsbankerott, ein Wort, das man, mehr als wirklich notwendig ist, auch in solchen Kreisen prägt, bei denen sonst Vernunft und kühle Ueberlegung die Oberhand hatten. Immerhin ist solche Uebernervosität begreiflich und zum guten Teil mindestens gerechtfertigt. Der neue Sturz der deutschen Valuta im Auslande erreichte einen Stand, welcher den Zerfall der deutschen Währung bedeutet und an welcher Tatsache auch die inzwischen eingetretenen geringfügigen Aufbesserungen der Tiefkurse der deutschen Mark nichts ändern. Man verfolgt in Bankkreisen mit Besorgnis, wie sehr es immer wieder gelingt, riesige Mengen deutscher Valuta von Banknoten usw. in Höhe von mehreren Millionen Mark pro Tag preisdrückend anzubieten. Die ständige deutsche Valutakonferenz hat inzwischen hoffentlich zur Durchführung gelangende Richtlinien zwecks Aufbesserung unserer Währung ausgearbeitet: Warenein- und -Ausfuhr sollen unter verschärfte Kontrolle kommen, die Preisgestaltung ebenfalls von Reichswegen geregelt, womöglich alle greifbaren Auslandsguthaben in den Dienst der Valutabesserung gestellt werden. Vor allem soll die sofortige Einberufung einer — Frankreich soll die Zustimmung hierzu bereits erteilt haben. — internationalen Finanzkonferenz die Hebung der Weltvaluta herbeiführen. Ob die verschiedentlich angedeutete Reorganisation der deutschen Zahlungsmittel in irgendeiner Form schon für absehbare Zeit geplant ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sind Bestrebungen zur internationalen Regelung der Finanzwirtschaft im Gange, und, weil Zentraleuropa in letzter Stunde vor dem Untergang steht, solche wohl auch zu erwarten. Gerade in Frankreich dämmert die Stimme der Vernunft, wie sehr es im ureigensten Interesse gelegen ist, hier hilfreich mitzuarbeiten. Auch politische Umschwungsmomente zugunsten Deutschlands sind aus England, Frankreich, wie schon seit langem aus Italien bekannt. Unsere Wirtschaftsfaktoren verhehlen sich nicht, wie wenig Zeit zu verlieren ist, auf solche Hilfe zu rechnen und sehen einstweilen als Allheilmittel restloses Zusammenarbeiten der deutschen Wirtschaftskräfte. Reichsminister Koch äusserte sich erst kürzlich über die überaus bedrohliche Wirtschaftslage bei uns: An dem Kohlenmangel droht das gesamte Wirtschaftsleben zugrunde zu gehen, dazu die Forderung der Sechsstundenschicht, heute, wo in Frankreich und im Saargebiet neun Stunden gearbeitet würden. Das Hauptmoment ist und bleibt: nur, wenn es gelingt, mehr Güter zu produzieren als bisher, ist es möglich, Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. Die schwierige Zeit bis zum Anschluss an die neue Ernte ist keinesfalls zu unterschätzen. Unglaubliche Preissteuerungen auf allen Gebieten, namentlich für Kohlen und für sämtliches Eisenmaterial, in Aussicht stehende Gebührenerhöhungen für Post, Eisenbahntarif, — Güter- und Personenverkehrstaxen —, die neuerliche Mehrung des Banknotenumlaufes, wie solche aus dem Reichsbankausweis ersichtlich ist, die Gestaltung unserer Lebensmittelpolitik sind Gründe, die nicht mit Unrecht zur unentwegten äussersten Vorsicht mahnen.

Hieran ändert auch nichts die Bereitwilligkeit der Auslandsstaaten, für deutsche Warenlieferungen Finanzkredite einzuräumen. Es kann jedoch nicht übersehen werden, wie sehr gerade solche Kreditgewährungen den Grundstein zur Wiedergenesung unserer so sehr darniederliegenden Industrie- und Handelskreise bilden. Es beweisen dies die sogenannten Veredelungskredite seitens Amerika, Dänemark, Schweden und vor allem Holland. Einzuführende Rohstoffe sollen im halb- oder ganzfertigen Veredelungszustande — in Deutschland fabriziert — nach dem Ursprungsland zurückgelangen. Durch dieses System der stetigen Wiederauffüllung stehen der deutschen Industrie und dem deutschen Handel auf längere Zeit dauernd die durch solche Kreditabkommen festgesetzten Summen zur Verfügung. Langsam, sehr langsam wird einigermassen deutsche Arbeitskraft und deutsches Geschäftsleben normaleren Wegen zugeführt. Günstigere Auslassungen aus Industriekreisen — Generalversammlungen von Daimler- und Schuckert-Gesellschaften —, zunehmende Arbeiteranmeldungen zu den zeitweise geschlossenen deutschen Eisenbahnwerkstätten, die Einzelheiten bei der Umgestaltung der ehemaligen Reichsheeresbetriebe auf Privatindustrie mögen ebenfalls solche zuversichtlichere Momente bilden.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute abend meinen innigstgeliebten Mann, unseren lieben, guten Vater, Grossvater, Bruder und Schwager, Herrn

Wilhelm A. von Riedemann

Päpstlicher Geheimkämmerer,
Inhaber des Comthurkreuzes des St. Gregoriusordens,

wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbsakramente, völlig ergeben in Gottes heiligsten Willen, nach einem frommen, christlichen Leben im hohen Alter von 87 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Im Namen der trauernden Familie:

Frau Sophie von Riedemann
geb. Bödiker.

Lugano, den 21. Januar 1920.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, das am 21. d. Mts. erfolgte Ableben des Vorsitzenden unseres Aufsichtsrats, Herrn

Kommerzienrat Wilhelm Anton v. Riedemann

anzuzeigen.

Der Verstorbene, unser früherer Seniorchef, hat sich in rastloser Weise für den Petroleumhandel eingesetzt und als Erster Petroleum nach Deutschland eingeführt, sodass er als Begründer einer gewaltigen Industrie in Deutschland anzusehen ist.

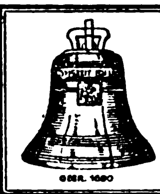
Bis in die letzten Jahre seines hohen Alters von 87 Jahren hat der Verstorbene sich stets mit nie ermüdendem Eifer und beispielloser Hingebung unserem Geschäfte gewidmet.

Wir verlieren in dem Entschlafenen nicht nur einen vorbildlichen Vorgesetzten, sondern auch einen väterlichen Freund, der für seine Angestellten immer ein warmes Herz hatte. Wir werden ihm weit über das Grab hinaus ein treues Andenken bewahren.

Hamburg, den 23. Januar 1920.

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.







Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: i. V.: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei A.-G., sämtliche in München

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis:
In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

№ 7. München, 14. Februar 1920. XVII. Jahrgang.

Drei Weltmächte.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Der Ausgang des Weltkrieges hat, wenn man will, eine Vereinfachung der allgemeinen politischen Lage hervorgebracht. Während sich vor 1914 fünf Weltmächte um den Vorrang stritten, sind sie nunmehr erheblich zusammengeschmolzen. Rußland und Deutschland schieden ganz aus; Amerika, Großbritannien und Japan behaupten nunmehr allein das Feld. Die Schwüle der politischen Situation während der Beherrschung unseres Planeten durch fünf Mächte ist noch in aller Erinnerung. Ob sie durch die „Vereinfachung" der heutigen politischen Konstellation geringer geworden ist? Wir wagen das nicht zu behaupten. Im Gegenteil, wer will, kann schon heute gute Gründe dafür beibringen, daß die Welt unter dem Ringen dreier Weltmächte um die Hegemonie keineswegs rosigere Aussichten hat, als dies früher der Fall war. Dies liegt in der Natur der Sache. Je größer die Zahl konkurrierender Staaten, desto größere Möglichkeit zu Kombinationen, desto verschiedener die Ziele, desto schwerer, sie auf große Linien des Eigeninteresses zu einen. Darin liegt objektiv ein Moment der Entspannung. Der Weltkrieg bot das eigenartige Schauspiel, daß es gelang, alle Weltmächte gegen eine zusammenzuschließen. Dies ist nicht ohne große Mühe gelungen und nicht ohne schwere Verfehlungen und Versäumnisse auf seiten derjenigen Macht, die schließlich alle gegen sich fand. Es mag nicht uninteressant sein, festzustellen, daß die beiden unterlegenen Weltmächte, Deutschland und Rußland, über ein einheitliches, wohl geschlossenes Territorium verfügten, während die eigentlich siegreiche Macht, Großbritannien, ein außerordentlich verschiedenartig gestaltetes Kraftreservoir besaß, das beinahe über alle Teile der Welt verstreut war. Von den übrigbleibenden großen Mächten hat nur Amerika m. E. den bei den unterlegenen Weltmächten vorhandenen Typ, während Japan über ein weniger geschlossenes Herrschaftsgebiet verfügt und auch sonst als Inselmacht Großbritannien ähnlich sieht. Vielleicht liegt in dem Inseltyp einer Weltmacht eine besondere Chance für Dauer und Fähigkeit, auch unter den schwersten Belastungen sich oben zu halten, während der Kontinentaltyp, wie ihn noch Amerika darstellt, weniger leistungsfähig ist. Doch dies hieße der Zukunft und ihrer Entscheidung vorgreifen. Der Weltkrieg hat uns mit seinen vielfachen Ueberraschungen gelehrt, im Urteil zurückhaltend zu sein!

Das Streben aller gesunden Staaten geht auch in Zukunft nach Macht, nach Ausbreitung, sei sie nun wirtschaftlich oder politisch. Dies Streben wird sich, ohne Konflikte herbeizuführen, bei drei Weltmächten noch weniger friedlich vollziehen, wie bei fünf. Dem Verfasser sagte neulich ein Deutsch-Amerikaner, mit dem er in wiederholten langen Besprechungen sich über vieles orientieren konnte: „die nächsten, die drankommen, sind wir!" Er konstruierte bereits ein britisch-japanisches Einvernehmen wider die Vereinigten Staaten.

Die Zukunft der Welt wird in der Tat abhängen davon, wie die drei Weltmächte sich gruppieren werden. Daß sie einig bleiben, ist bei dem ihnen allen dreien innewohnenden imperialen Drang ganz ausgeschlossen.

Der amerikanische Gewährsmann des Verfassers glaubte, mit einem neuen Kriege zwischen zweien der drei großen Mächte sogar in nächster Zeit rechnen zu sollen; er hielt einen amerikanisch-japanischen Krieg für bald bevorstehend. Wir sind anderer Meinung. Der Wille zum Kompromiß besteht, wie uns scheinen will, bei den drei imperialen Mächten unbedingt. Man braucht zu diesem Zwecke sich nur an die Schiedsgerichtsverträge zu erinnern, die zwischen ihnen geschlossen sind, und noch neulich wurde die Oeffentlichkeit davon unterrichtet, daß die japanische Regierung den dringenden Wunsch besitze, das Bündnis mit Großbritannien zu erneuern! Weder Tokio noch Washington scheinen uns die Absicht auf baldige Auseinandersetzung zu haben. Daß aber bei einem kriegerischen Zusammenstoß von zweien der Weltmächte die dritte unter keinen Umständen und auf die Dauer unbeteiligt beiseite stehen kann, halten wir nach den Erfahrungen der großen Kriegsjahre für sicher; dazu sind die Verknüpfungen, die der Weltverkehr, die Handel und Finanzen jetzt überall haben, zu eng.

Insbesondere aber scheint uns eine Waffenentscheidung zwischen den Weltmächten deshalb nicht wahrscheinlich, weil zwei von den genannten noch sozusagen „unfertig" sind, dies sind Japan und die Vereinigten Staaten. Im Vergleich mit einem so alten Großmachtstyp wie Großbritannien erscheinen sie geradezu jugendlich.

Die innere Kraft Amerikas zu einer letzten Auseinandersetzung um seine endliche Geltung hat durch den Weltkrieg nicht gewonnen. Wilsons Plan und der ihn leitenden britischen Kreise war der, mit den Nationalitäten ein für allemal aufzuräumen und endlich dem Amerikanismus zum Siege zu verhelfen. Wilsons Amerikanismus war natürlich nichts anderes als ein blöder Anglismus. Seine Versuche mußten daher scheitern, wenn es nicht gelang, der vornehmsten Bindestrich-Amerikaner Herr zu werden. Und es ist nicht gelungen! Zu stark war die Propaganda aufgetragen, allzu deutlich merkte man die Absicht und wehrte sich. Mit vollem Rechte konnten die Angegriffenen, es handelte sich natürlich hauptsächlich um Deutsche und Iren, sich auf den echt „amerikanischen" Geist Washingtons berufen, dessen Vertreter sie seien im Gegensatze zu den britischen Amerikanern, die aus der Weltmacht Amerika eine englische Kolonie machen wollten. Amerika ist nie weniger einig in sich gewesen wie heute: der Krieg hat den Anglisierungsprozeß geradezu zum Stehen gebracht und niemals ist das Deutschtum und sind die Iren lebendiger und zukunftssicherer gewesen, daß es ihnen gelingen werde, des Britentums in Amerika Herr zu werden, wie heute. Freilich die Einigkeit des Landes ist darunter in die Brüche gegangen und es bleibt abzuwarten, ob diese innerpolitischen Schwierigkeiten auch nach außen sich bemerkbar machen werden. Ein „amerikanisches" Nationalgefühl ist infolge der Wilsonschen Tapsigkeiten und der fanatischen Eile, mit der alles Nichtbritentum zertrümmert werden sollte, weiter denn je. Für Großbritannien kann das an sich natürlich ganz gleichgültig sein. Im Gegenteil. Es kann diese inneramerikanischen Schwierigkeiten nur wünschen. Denn je zerrissener das Land — dank der Hilfe, die es den Briten geleistet hat — ist, desto weniger ist es als imperiale Macht in einer zukünftigen Auseinandersetzung zu fürchten. Hier werden wieder einmal zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Und der neue Botschafter, Grey, wird schon dafür sorgen, daß die Stellung Großbritanniens in Amerika nicht schlechter und seine Aussichten für später nicht geringer werden. Für Amerika aber bedeutet die Ueberwindung des durch den Krieg verschärften Nationalitätenproblems eine Lebensfrage. Jedenfalls kann es unter keinen Umständen sich der furchtbaren Gefahr eines großen Krieges aussetzen, wenn es in diesem Punkte mit sich selbst nicht im reinen ist. Die Erbschaft, die der unglückselige und unfähige Wilson seinem Lande auch darin hinterließ, wird erst einer späteren amerikanischen Geschichtsschreibung vermutlich in ihrer ganzen Gefahr aufgehen.

All dies aber kann Amerika nur immer wieder veranlassen, zu warten. Denn wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn es auch in einem Kampfe mit Japan diese „nationalen" Gefahren nicht so sehr spüren und in einem solchen eine innere Einigung der ganzen „Nation" möglich wäre, Großbritannien in diesem Kampfe niemals auf die Dauer „neutral" zusehen würde. Es wird sich ohne Zweifel gegen seinen gefährlichsten Konkurrenten wenden! Die Rolle Italiens könnte zum zweiten Male gespielt werden! Der Brite ist nicht sentimental genug, daß Rassen- oder gar Volksverwandtschaft ihn da irgendwie beeinflussen könnte! Wir halten eine hinhaltende Politik Washingtons daher im nächsten Dezennium für eine Forderung der Notwendigkeit und Klugheit.

Nicht viel anders aber steht es mit Japan. Auch Japan ist als Großmachtstyp mit nichten „fertig". Japans Zukunft ist sogar noch weit problematischer als die seines Nebenbuhlers auf der anderen Seite des Ozeans. Es schleppt wie Amerika ein innerpolitisches Problem mit sich, das seine Kraft nach außen möglicherweise lähmen wird, wenn es nicht den Ausgleich findet, und überdies sind seine verfügbaren Kraftquellen rein materiell noch so gering, daß es ohne eine vollkommene Beherrschung Chinas schon aus lediglich kriegsindustriellen Gründen einen großen Kampf gar nicht wagen kann. Die „Eroberung" Chinas ist für Japan die Grundbedingung für seine Stellung als Weltmacht. Die Verwirklichung dieses Gedankens ist zwischen 1914 bis 1919 sehr gefördert worden und die Erfüllung dieses imperialen Traumes ist näher als die Erringung der inneren Einheit. Und dies ist das zweite Problem. Denn Japan ist ein Industriestaat ersten Ranges geworden und hat damit einen Sozialismus bekommen, der im riesenhaften Anwachsen begriffen ist. Die Regierung wird schon in Bälde nicht mehr in der Lage sein, ihn einfach mit Zwangsmitteln tot zuschlagen, sie wird sich mit ihm auseinandersetzen müssen, und damit ist auch für Japan eine Epoche gekommen, in der es der Ruhe bedürfen wird. Es bleibt freilich abzuwarten, wie der Typ des asiatischen Sozialismus sein wird. Er wird ein neuer sein und sich in manchen Zügen von seinem europäisch-amerikanischen Genossen unterscheiden. Japan aber hat es in der Hand, ihm nationale Züge zu verleihen. Die Lösung der sozialen Frage ist nicht aussichtslos, sie kann eine nationale werden und damit zur inneren Kräftigung des Landes beitragen, wenn sie richtig gemacht wird. Dazu freilich wird es auch einer ganz anderen Zusammensetzung der Regierung bedürfen, sie wird mit vielen Tropfen demokratischen Oels gesalbt sein müssen, und ob das Kaisertum in der heutigen Form dabei aufrecht zu erhalten ist, bleibt abzuwarten. So erheben sich gerade vor Japans Augen so schwerwiegende Probleme innerpolitischer Natur, daß man den Willen zum Kompromiß auch dort versteht. Aber es ist nicht zu übersehen, daß es im Interesse der beteiligten Staaten liegen muß, auch bezüglich der „Bereitschaft" dem anderen zuvorzukommen. Wir sind daher zwar der Ueberzeugung, daß die Welt für das nächste Dezennium Ruhe haben wird, aber wir glauben nicht, daß die wohlbekannten „Vorbereitungen" andere sein werden, wie in Europa in dem verflossenen Menschenalter. Nur werden, und damit erhält das Ganze ein völlig anderes Gesicht, die „Vorbereitungen" sich in der Hauptsache nicht so sehr auf die Stärkung der Land- als der Seemacht beziehen. Das Rüstungsprogramm der Japaner ist bereits ein ungeheures; der Marineetat wurde binnen Jahresfrist verdoppelt! Die Nation hat begriffen, daß die Entscheidung naht. Die Auslassungen des amerikanischen Marineministeres, die ungeheuere Bedeutung, die man mit Recht dem Panamakanal beilegt, beweisen es, daß auch Amerika erkennt, worauf es ankommt.

Die Zukunft wird manche Neu- und Umgruppierung sehen, aber im Grunde wird die Welt kaum ein anderes Aussehen bieten, wie heute und wie gestern. Man wird das mit einem gewissen Bedauern vom idealen Standpunkte aus feststellen müssen. Aber es gilt namentlich für uns Deutsche, die Augen offen zu halten und nüchtern die Dinge zu betrachten. Unsere Ideale bleiben unangetastet, aber wir werden nicht aufhören dürfen, daran zu denken, daß wir in einer realen Welt leben. Bei der kommenden neuen großen Entscheidung aber werden die Mittelstaaten, zu denen Deutschland und Rußland und die sämtlichen anderen ehemaligen europäischen Großmächte mit Ausnahme Großbritanniens zu rechnen sind, eine erhöhte Rolle, vielleicht sogar eine entscheidende spielen. Oder täuschen wir uns, wenn wir glauben, daß die Umwerbung noch „freier" Mittelstaaten eine der Hauptaufgaben der Diplomatie der Weltmächte sein wird und sein muß? Haben sie nicht schon damit begonnen? Man beachte das französisch-britische Einvernehmen. Deutschland mit seinen sechzig Millionen, mit seinen Millionen von Kindern, die man von der Mutter losgerissen hat, Deutschland das Land unsterblichen kriegerischen Ruhmes mit einer Bevölkerung, die den besten Soldaten der Welt zu stellen imstande ist, muß auf die Dauer ein wichtiger Gegenstand ernster diplomatischer Bemühungen der großen Mächte bleiben.

In einer Zeit der Verzweiflung ist es nicht ohne Bedeutung, dies festzustellen. Wir wollen keinen Krieg und können ihn augenblicklich nicht wollen, selbst wenn wir es könnten, aber die Völker leben nicht für die Gegenwart sondern für die Zukunft. Wir sehen in der möglichen weiteren Entwicklung der Welt einen Antrieb, der es herrschenden Weltmächten nahelegen muß, um der eigenen Zukunft willen Deutschlands Joch nicht nur zu erleichtern sondern es fortzunehmen. Es wird Sache der deutschen Diplomatie sein, auf diesen Moment sich sorgfältig vorzubereiten, um dann allen nur irgendwie erreichbaren Vorteil für uns herauszuschlagen. Wenn die Nation es begreift, daß sie daher noch immer eine Zukunft hat, so wird sie die Leidenszeit, die ihr bevorsteht, nicht nur leichter ertragen, sondern auch verstehen, sie abzukürzen. Geduld und Zähigkeit sind der führenden deutschen Schicht nie notwendiger gewesen wie heute!



Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Krisis wegen der Auslieferung.

Eine Krisis von besonderer Art und außerordentlicher Tragweite. Eine Ministerkrisis oder Parlamentskrisis ist ein Kinderspiel dagegen. Man könnte von einer Weltkrisis sprechen, denn schließlich kann dabei nichts Geringeres herauskommen, als die Wiederaufnahme des Krieges. Nämlich im Falle, daß die Entente mit Gewalt erzwingen will, was für Deutschland eine Unmöglichkeit ist.

Entsetzen und Entrüstung herrscht in ganz Deutschland angesichts der Liste der Auszuliefernden, die am 7. Febr. der französische Geschäftsträger in Berlin dem Reichskanzler nebst einer Begleitnote und einem Briefe überreicht hat. Neunhundert Proskribierte, eine buntgemischte Gesellschaft, von den kaiserlichen und königlichen Hoheiten über die führenden Exzellenzen bis zum harmlosesten Feldprediger hinab, Deutsche und Ausländer, Tote und Lebendige, offenbar in blindem Sammeleifer zusammengestoppelt aus all den willkürlichen Denunziationen, die auf sämtlichen Kriegsschauplätzen der Welt von rachsüchtigen oder exaltierten Leuten aufgebracht wurden. Diese Liste zeigt, daß all die Zeitungsmeldungen über nachträgliche Einschränkung der Zahl der Verfolgten oder über den Verzicht auf Hindenburg und Ludendorff unbegründet waren. Anderseits ist es freilich noch nicht ganz sichergestellt, ob gerade diese Liste das letzte Wort der Entente bildet. Es fehlt nämlich noch die zweite Note, welche nach dem Wortlaut der Begleitnote in Beantwortung der deutschen Note vom 25. Januar „die Umstände wissen lassen wird, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Auslieferung der Schuldigen ausgeführt zu sehen wünschen".

Um die rechtzeitige Kenntnis der Begleitnote hatte uns Frhr. v. Lersner gebracht, der bisherige Führer unserer Friedensdelegation. Er hatte die formelle Anweisung von seiner Regierung, die Note samt der Liste in Empfang zu nehmen und sofort zu übermitteln. Aber er gestattete sich eine persönliche Demonstration. Mit der Erklärung, daß er ebensowenig wie ein anderer deutscher Beamter bei der Auslieferung der Verfolgten mitwirken könne, sandte er die Note an den Unterzeichner, den französischen Ministerpräsidenten Millerand, entrüstet zurück. Das war nicht korrekt und auch nicht ganz logisch; denn die bloße Annahme eines Briefes ist noch keine Mitwirkung. Das Vorgehen war auch politisch nicht klug; denn die deutsche Regierung kam wegen Mangels an Informationen in Verlegenheit, und zwar gerade in einem Augenblick, wo sie folgenschwere Entschlüsse fassen sollte. Bismarck hat den Leitsatz aufgestellt und schonungslos durchgeführt, daß der Geschäftsträger keine eigene Politik zu treiben, sondern Ordre zu parieren habe.

Der Reichsminister des Aeußeren, Hermann Müller, hat denn auch dem französischen und englischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß Herr v. Lersner nur für seine Person gehandelt habe,

und daß die deutsche Regierung für sein Vorgehen keine Verantwortung trage, eine Auffassung, welche auch Millerand in seinem oben erwähnten Briefe an den Reichskanzler zum Ausdruck bringt.

Wir hatten zunächst nur die Proskriptionsliste mit ihren formellen und sachlichen Mängeln vor uns. Das genügte freilich vollauf, um die Entrüstung und die flammenden Einsprüche in den Parlamenten, in verschiedenen Körperschaften, in der Presse, in Versammlungen und öffentlichen Umzügen, in allen Kreisen des Volkes (abgesehen von den vaterlandsverräterischen Kommunisten und Unabhängigen) auszulösen. Bindende Beschlüsse können die verantwortliche Regierung und die bald zusammentretende Nationalversammlung erst fassen, wenn die zweite Note der Entente vorliegt. Denn mag auch die Wahrscheinlichkeit gering sein, so ist doch immer noch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Note über den Modus der Auslieferung oder über Ordnung des Verfahrens usw. Mitteilungen macht, die eine weitere diplomatische Verhandlung ermöglichen.

Vorläufig steht nur fest, daß die Minister, der Reichsrat, die Parteiführer und die ganz überwältigende Mehrheit des Volkes einig ist in der Erkenntnis: Die Festnahme der 900 Verfolgten und ihre Auslieferung auf Gnade und Ungnade an die Feinde ist undurchführbar; wenn wir auch den besten Willen zur Vertragserfüllung haben, können wir doch das Unmögliche nicht leisten. Die blanke Unmöglichkeit ergibt sich schon daraus, daß im ganzen Lande nicht die Tausende von Beamten oder auch Hilfskräften sich finden würden, die bereit und fähig wären, die 900 Landsleute aufzujagen und abzuliefern.

Wenn nicht im letzten Augenblick das Blatt sich noch günstig wendet, geraten wir nachträglich in eine ähnliche Schicksalskrisis wie im vorigen Jahre, als es sich um die Unterzeichnung des grausamen Friedensvertrages handelte. Damals haben wir uns schweren Herzens entschlossen zur Unterzeichnung, um das Vaterland vor dem Untergange und die Welt vor einer Erneuerung des Krieges zu retten. Bei der Unterzeichnung haben wir freilich keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein Teil der Forderung unerfüllbar sei. Müssen wir jetzt wieder nachgeben, um noch schlimmere Uebel zu verhüten? Sieht man von der brennenden Ehrenfrage ab, so grinst einen doch die blanke Unmöglichkeit an. Wollte die gegenwärtige oder die neue Regierung eine Treibjagd auf die 900 Männer zusagen, so würde sie doch das Verlangte nicht leisten können, und die feindlichen Rachepolitiker hätten nach wie vor einen Vorwand zum gewaltsamen Eindringen in Deutschland. Wollen die Herren es durchaus bis zur Okkupation oder Hungerblockade treiben, dann gibt es ein Ende mit Schrecken statt des Schreckens ohne Ende.

Wir wurden in eine fatalistische Stimmung getrieben. Zum Troste können wir uns jedoch ein doppeltes sagen: Erstens, daß von unserer Seite alles mögliche getan worden ist um die gefährliche Zuspitzung der Dinge zu verhüten, und zweitens, daß auf der gegnerischen Seite nicht mehr die gleiche Einigkeit und Entschlossenheit herrscht, wie noch vor Jahr und Tag.

Unsere Regierung hat die Noten veröffentlicht, die sie im November 1919 und im Januar ds. Js. zur Auslieferungsfrage an die Entente gerichtet hat. Daraus geht hervor, daß sie nicht allein die Undurchführbarkeit überzeugend dargelegt, sondern auch einen gangbaren Vorschlag zum Ausgleich entwickelt hat. Sie wollte für die Bestrafung aller nachweisbaren Missetäter sorgen, und zwar durch ein Strafverfahren an unserem Reichsgericht in Leipzig, an dem sich gegnerische Mächte und die angeblich Verletzten in den weitesten Vollmachten als Prozeßpartei und Nebenkläger beteiligen sollten. Ueber weitere Garantien für das Verfahren hätte sich ja verhandeln lassen. Zum mindesten hätte die Entente in Erwägung ziehen müssen, ob nicht die Ueberweisung an ein neutrales Gericht (z. B. in der hilfsbereiten Schweiz) einen Ausweg biete, wenn man den Horror vor einem unabhängigen deutschen Gericht nicht überwinden könnte. Ob Andeutungen dieser Art in der Note stehen, wissen wir freilich noch nicht; doch läßt die ungeheuerliche Liste nichts Gutes erhoffen. Einige Nörgler, an denen es in Deutschland seit Jahrhunderten niemals fehlt, sagen freilich, die Regierung hätte den Vorschlag zur Güte schon voriges Jahr bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag vorlegen sollen. Als wenn damals die Entente friedlicher gestimmt gewesen wäre! Im Gegenteil; damals wurde die unbedingte Annahme des Versailler Diktats ohne Aussprache und ohne Abänderung in dem brutalsten Stile Clemenceaus gefordert. Was im Januar 1920 keinen Anklang fand, würde im Mai 1919, im frischen Siegesrausch, erst recht beiseite geschoben sein.

Jetzt ist der Zeitpunkt offenbar nicht ganz so ungünstig wie voriges Jahr. Auf die Uneinigkeit der Entente darf man freilich, durch Erfahrungen gewitzigt, keine leichtsinnigen Hoffnungen setzen. Doch ergibt sich aus mancherlei Anzeichen, daß Italien an der Massenverfolgung keinen Gefallen mehr findet, daß England überhaupt seinen Standpunkt geändert hat. Da Amerika sich abseits hält, ist die treibende Kraft nur Frankreich mit seinem Appendix, das rachsüchtige Belgien. Frankreich handelt aus Haß und Furcht zugleich, wenn es auf die volle Vernichtung Deutschlands hinarbeitet. Aber werden die anderen Großmächte ihm gestatten, das Huhn abzuschlachten, das auch für sie die goldenen Eier legen soll?

Sehr ins Gewicht fällt die Wandlung der öffentlichen Meinung. In den neutralen Ländern äußert sich der Widerwille gegen die Personenjagd am ersten und am kräftigsten; aber auch in den feindlichen Ländern erhebt sich immer mehr Zweifel und Widerspruch. Die in der vorigen Nummer erwähnte Ausführung des „Osservatore Romano" war z. B. in dieser Hinsicht sehr bezeichnend. In den Kreisen, die hinter diesem Blatte stehen, ist man über die Gedanken und Gefühle in der Welt gewiß besser informiert, als in Paris. Die gleiche Zeitung läßt sich neuerdings dahin vernehmen, daß keine kriegführende Macht sagen könne, ihre Heere hätten nie die Gesetze der Menschlichkeit und Gerechtigkeit überschritten, vielmehr hätten ausnahmslos alle Heere Ausschreitungen begangen; vor allem aber fehle ein unparteiisches Tribunal als Bürgschaft wahrer Gerechtigkeit. Wann wird unsere Regierung ihre Gegenrechnung über die von unseren Feinden während des Kriegs verübten Verbrechen an den Völkerbund aufmachen?

Der Stuttgarter Katholikentag.

Die Reihe glänzender und erhebender Diözesan-Katholikentage hat in den letzten Monaten ihren Fortgang genommen. Es ist im Rahmen dieser Wochenschrift unmöglich, aller dieser Veranstaltungen Erwähnung zu tun. Als eine der bedeutendsten verdient jedoch die Stuttgarter Tagung vom 1. Februar für immer festgehalten zu werden. Stuttgart zählt von 312000 Einwohnern nur 51000 Katholiken. Um so wuchtiger wirkte auch auf die Gegner das Massenbekenntnis der über 25000 Teilnehmer. Das Motto war „Eintreten für die Konfessionsschule". Diesem Thema galt auch die formvollendete Rede Bischof Dr. v. Kepplers, welcher in temperamentvoller Weise zum Ausharren im Kampfe um eine konfessionelle Schule, um konfessionelle Lehrerbildungsanstalten, um die Freiheit der Religionsübung unserer hl. Kirche und unserer religiösen Orden ermunterte. „Wir haben uns unter dem alten Regime nicht gefürchtet und werden es in der neuen Zeit nicht lernen. Was wir aber für die schweren Aufgaben der Zeit brauchen, das ist Lebensfreudigkeit. Wir finden sie in der Familie, in der Arbeit, in der Liebe zur Heimat und Vaterland, das wir in seinem Unglück um so mehr lieben".

Von den übrigen bedeutsamen Kundgebungen dieses mächtigen und kraftvollen Eintretens für den katholischen Glauben seien besonders die Reden des Jesuitenpaters Hugger, des Univ.-Prof. Dr. Baur-Tübingen, der Minister Wirth-Karlsruhe und Bolz-Stuttgart, des Geh. Rat Dr. Beyerle-München, des Staatsrats Münsterer und der Abg. Joos und Frl. Teusch hervorgehoben.

Slowaken oder Slowenen?

In dem Artikel „Die slowenische Frage" von Anton Willkofer, Branitz, in Nr. 1 der „A. R." vom 3. Jan. 1920 bezeichnet der Verfasser die in Betracht kommenden Slawen, einem dortigen volkstümlichen lapsus linguae folgend, als „Slowenen". Diese Bezeichnung (deutsch Winden) ist ethnographisch irreführend, da sie nur auf die Südslawen in Krain, dem Küstenland, im Südosten von Kärnten und Süden von Steiermark, auch im angrenzenden Ungarn und Italien zutrifft. Das westslawische Volk in Oberungarn und dem mährischen Grenzgebiet, sowie in Kroatien-Slawonien wird Slowaken genannt. Ihre Sprache ist ein Glied des Tschechischen, ihre Mundarten bilden den Uebergang vom Tschechischen zum Polnischen, Kleinrussischen und Südslawischen und erstrecken sich über das nordwestliche Ungarn und den östlichen Teil Mährens. Man setze daher in dem genannten Artikel statt Slowenen und slowenisch — Slowaken und slowakisch. D. Red

Das tschechische Schisma.

Von Ottokar Krol, Prag.

So kam, was kommen mußte. Während ich diese Zeilen schreibe, beraten die tschechischen Bischöfe über ihre Stellungnahme zum tschechischen Schisma. Am 8. Januar haben sich 140 tschechische Priester für eine nationale, von Rom unabhängige Kirche ausgesprochen. Der Prager Nationalversammlung, die ohnehin mit fabrikmäßiger Schleuderhaftigkeit Gesetze herstellt, ist bereits ein Entwurf zugegangen, der die Verhältnisse der neuen „Kirche" zur römisch-katholischen Kirche regeln soll. Er fordert für beide volle Gleichberechtigung und verlangt, daß alle Anstalten, Institutionen und Vermögensobjekte der letzteren automatisch in den Besitz der tschechischen Kirche übergehen, sobald deren Bekenner 50 Prozent der Gläubigen erreicht haben. Die räumlich bescheidene St. Nikolauskirche steht den Schismatikern bis jetzt zur Verfügung.

Es ist nicht abzusehen, welchen Umfang das Schisma annehmen wird. Die Aufnahme auch in extrem tschechischen Kreisen ist jedenfalls merkwürdig kühl. Die Presse verhält sich sogar größtenteils ablehnend und kritisiert herb Reformen und Reformer. Das Schisma war jedenfalls nicht entsprechend vorbereitet, der Schuß ging zu früh los. Sektionsrat Zahradnik erklärt nun auch, es sei mit der Errichtung der neuen Kirche ja nicht so ernst gemeint; es sei nur eine Art Warnung nach Rom. Nach unserer Meinung ist dieses Schisma noch nicht das Schisma. Weit ernstere Ereignisse stehen noch bevor. Anzeichen dafür sehen wir in den Huß-Feiern, die an vielen Orten buchstäblich das ganze Volk zu antikirchlichen Demonstrationen versammelt haben. Der Boden für eine Abfallsbewegung größten Stils ist bereitet und es wird für alle Zeiten traurig bleiben, daß Priester der Kirche bei ihrem Kampf um Sein oder Nichtsein in den Rücken fielen und mit den geschworenen Kirchenfeinden gemeinsame Sache machten.

Die beiden Angelpunkte des Schismas sind: Einführung der nationalen Kultsprache auch in Messe und Brevier und Aufhebung des Zölibates. Weitgehende Heranziehung der nationalen Sprache für die Liturgie mag manche Vorteile haben in national einheitlichen Gebieten. In den national gemischten Gebieten, bei der gegenwärtigen nationalen Gereiztheit und Erbitterung in unseren Landen, bei der systematischen Bevorzugung der tschechischen und Unterdrückung der deutschen Minoritäten, bei einem Episkopat der bis auf eine Ausnahme tschechisch gesinnt ist, halten wir durch Konzessionen in diesem Punkte die Einheit der Kirche in schwerster Weise gefährdet. Wir befürchten wohl nicht mit Unrecht, daß nationale Fanatiker im deutschen Lager, die ohnehin eine Los-von-Rom-bewegung vorbereiten und allenthalben zum Abfall auffordern, gerade Zugeständnisse in diesem Punkte mit bestem Erfolge für ihre Bestrebungen ausnützen würden. Noch mehr die weitere Forderung der Tschechen, daß der Erzbischof von Prag Primas der Republik wird. Eine deutsche Nationalkirche dürfte die Folge sein, da trotz aller nationalen Betätigung der deutschen Katholiken die Logenpresse weiten Kreisen die Meinung suggeriert katholisch-undeutsch, lutherisch-deutsch.

Der tschechische Klerus ist sicherlich meist hypernational. Die Religion kommt vielen erst an zweiter Stelle. Erst bin ich geboren, dann erst getauft, erklärte Exminister Zahradnik, d. h. erst bin ich Tscheche, dann Katholik. Sie fanden für das hochverräterische Treiben ihrer Volksgenossen im Kriege und in den Umsturztagen kein Wort der Anklage und Verurteilung, haben vielmehr diesen Chauvinismus mitgenährt und gefördert. Schon im Jahre 1918 stellten sich selbst die Bischöfe in ihrem Weihnachtshirtenbrief auf den Boden der durch den Umsturz vollzogenen Tatsachen und rechneten den „neuen demokratischen" Staat sogar zu den Weihnachtsgaben des Christkindes, zu einer Zeit also, wo der Schandfrieden von St. Germain noch in weiter Ferne stand und noch viele Deutsche, nicht zuletzt deutsche Katholiken, auf ein selbständiges Deutschböhmen hofften.

Trotz dieser hypernationalen Veranlagung der tschechischen Priester will es uns scheinen, ist die Forderung der nationalen Kultsprache und des tschechischen Primas hauptsächlich eine Verbrämung der zweiten Forderung der Aufhebung des Zölibates, die nur letztere Forderung volkstümlich machen soll. Es soll hier keinesfalls dieser Forderung das Wort geredet werden, die für die Kirche sicherlich große Nachteile mit sich brächte, vor allem die Freiheit des Klerus gefährden würde. Immerhin muß man auch diese Forderung gerecht beurteilen, was für den Außenstehenden nicht immer leicht möglich sein dürfte. Das tschechische Volk ist sehr sinnlich veranlagt, die Priesterkandidaten gehen größtenteils durch die freisinnigen Gymnasien und genießen eine fast völlig ungläubige Erziehung, die aszetische Ausbildung in den Seminarien ist mehr als mangelhaft, der Klerus hat den Kontakt mit der Bevölkerung verloren, ist mehr Matrikenschreiber und staatlicher Beamter als Seelsorger, er hat nicht die erhebenden Beispiele des gläubigen Volkes um sich, an denen er sich erbauen und aufrichten könnte, lebt vielmehr in einem religiös und sittlich meist mehr als indifferenten Milieu. Das Volk mit verschwindenden Ausnahmen würde an einem verheirateten Klerus keinen Anstoß nehmen. Tatsächlich haben, als die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, gegen 70 „Reformer" die via facti betreten und sich gegenseitig geheim getraut. Exminister Zahradnik verzichtete auf Ordenskleid und Priesterwürde und ging eine Ehe ein. Weite Kreise des Klerus, die heute noch nicht zum Schisma abgefallen sind, erstreben beharrlich diesen Reformpunkt und geben die Hoffnung nicht auf, ihn zu erreichen, obwohl Rom die Frage als undiskutabel erklärt haben soll.

Im Interesse der Kirche und der kirchlichen Disziplin halten wir heute ein Zweifaches für dringend notwendig: Erstens die sofortige Einberufung von Diözesansynoden, wie sie durch den neuen Kodex vorgeschrieben sind, bei denen offen und ehrlich diese und alle anderen schwebenden Fragen besprochen werden, so z. B. unsere Stellung zum heißentbrannten Kulturkampf. Leider geht man dieser Forderung ängstlich aus dem Wege, als ob mit einer Vogelstraußpolitik der Kirche gedient wäre. Nur klare Erkenntnis der wirklichen Sachlage, so unerquicklich sie sein mag, wird die rechten Heilmittel finden lassen. Zweitens wird baldmöglichst, so schwierig und unmöglich es heute scheinen mag, die nationale Teilung der einzelnen Diözesen durchgeführt werden müssen. Vielleicht wird durch die in Aussicht stehende Trennung von Kirche und Staat diese Forderung eher Verwirklichung finden. Die einseitig tschechische Kirchenadministration begegnet beim deutschen Klerus und Volk berechtigtem Mißtrauen, mag sein, daß die Kirche durch die heutige kulturkämpferische Regierung in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt wird.

* * *

Ich hatte diese Zeilen bereits abgeschlossen, als mir das Resultat der Prager Bischofskonferenz zuging. Ich gestehe offen, daß mir der Hirtenbrief an den Klerus eine schwere Enttäuschung brachte. Die Sachlage wird wohl allzusehr durch die tschechisch-nationale Brille beurteilt und danach die Entscheidungen getroffen. Ich zitiere wörtlich die wichtigsten Bestimmungen:

Bezüglich des Gottesdienstes zeigte sich die einstimmige Bereitwilligkeit des Episkopates, den heiligen Stuhl um die Bewilligung des fakultativen Gebrauches der Muttersprache in der Liturgie in möglichst weitem Ausmaße zu ersuchen; daher wurde auch weiter beschlossen, ohne Verzug durch hiefür ausgewählte Fachleute in diesem Sinne den Entwurf einer Agenda ausarbeiten zu lassen. Es wurde auch die Zustimmung ausgesprochen, den heiligen Stuhl um die Erlaubnis zu ersuchen, an für die Entwicklung des Christentums in tschecho-slowakischen Ländern denkwürdigen Orten und an bestimmten Tagen die hl. Messe in der altslawischen Sprache lesen zu dürfen.

„Der hl. Stuhl wird um die Ausdehnung der Primatialwürde des Prager Metropoliten auf die ganze tschechoslowakische Republik ersucht werden." Der wichtigste Punkt ist die Auflösung der seit $1\frac{1}{2}$ Jahren bestehenden Priestervereinigung „Jednota", in deren Schoß die Reformbestrebungen ausgeheckt wurden, der die Schismatiker bis heute angehörten, in Diözesanverbände mit gebundenem Statut. Diese Maßregel ist zu verstehen und vollauf zu billigen, wenn es auch jedem der die Bewegung groß werden sah, der das maßlose Verbandsblatt dieser Vereinigung „Jednota" verfolgte, unbegreiflich ist, warum erst jetzt der Schnitt in die eiternde Wunde geschieht.

Die Prager Beschlüsse werden jedoch zu einem Dokument des Mißtrauens gegen den deutschen Klerus, indem, um den Tschechen die bittere Pille zu versüßen, gleichzeitig die Auflösung des seit zirka 30 Jahren bestehenden Klerusverbandes verfügt wird. Es ist das tief bedauerlich zu einer Zeit, wo die portae inferi mit aller Wucht gegen Kirche und Klerus anstürmen, doppelt bedauerlich, weil der deutsche Klerus und sein Verbandsblatt allzeit treu kirchlich gesinnt und Hüter der Autorität waren, nicht zuletzt im Kampf gegen die Jednota immer auf Seite der Bischöfe standen. Erst im Herbst vorigen Jahres erhielt der Obmann des

Verbandes eine päpstliche Auszeichnung. Nun kompromittiert man in dieser Weise den deutschen Verband, als ob auch in seinen Kreisen vieles faul wäre, nun wird öffentlich seine kirchliche Gesinnung in Zweifel gezogen. Es ist dies wieder eine einseitig tschechenfreundliche, keineswegs aber der Kirche dienliche Maßnahme. Die Gegner der Kirche werden sich freuen und jubeln. Die Reihen des Klerus zerrissen, der Verband zertrümmert, der ihnen schwer zusetzte auch als die Bischöfe schwiegen, das ist Wasser auf ihre Mühlen. Und unsere deutschnationalen Fanatiker? Sie haben neue Waffen gegen die Kirche. Es blutet einem das Herz, wenn man sieht, wohin blinder Nationalismus das Schiff der Kirche in unseren Landen steuert. Wo mag das alles enden?!

Die neuen Männer in Frankreich.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees.

III. Die Antiklerikalen bleiben oben.[1])

Die Regierung von Millerand scheint sich zu halten. Ein Vertrauensvotum hat ihr mit über 500 gegen 70 Stimmen eine längere Frist gegeben. Deschanel kann einsichtig genug sein, um die praktische Bedeutung Millerands auf ihren hohen Wert einzuschätzen. Briand, Viviani und viele andere sind eher Schönredner als Verwalter. Poincaré ist im Grunde bedeutender als die meisten, hat aber ebenso viele Feinde wie Millerand. Als Präsident der Republik wurde er erst recht unbeliebt. In einem Lande wie Frankreich kann aber ein neuer Mann durch eine gelungene Rede sich leicht emporschwingen und es gibt manche neuen Männer im Parlamente.

Gegen das Ministerium Millerand bleiben vorläufig nur ein Teil der äußersten Rechten und der äußersten Linken ingrimmig und unversöhnlich. Der Royalist Daudet hat die Anwesenheit des Herrn Steeg im Kabinett durch eine Abstimmung unmöglich machen wollen. Es ist ihm aber nicht geglückt. Steeg ist Minister des Inneren: er hat nach französischen Begriffen und Gepflogenheiten die ganze Verwaltung des Landes in der Hand. Die Gaugrafen und Barone der französischen Republik, das heißt die Herren Präfekten und Unterpräfekten, hängen von ihm ab. Der schon mehrmals Minister gewesene Steeg ist nun Radikal-Sozialist, das heißt, Mitglied derjenigen Gruppe der bürgerlichen Parteien, welche den Sozialisten am nächsten steht und auch am meisten antiklerikal und religionsfeindlich bleibt. So zeigte er sich früher als Unterrichtsminister als ein besonderer Gegner der freien Schulen und des Religionsunterrichts. Das ist es aber kaum, was ihm die meisten Feinde verschafft, sondern sein fremdstämmiger Name und Ursprung, und seine angebliche Mitschuld an den Machenschaften von Caillaux, Malvy und anderen Anhängern eines Verständigungsfriedens oder sogar Defaitisten. Er hat sich doch jetzt herausgehauen, was einen eigenartigen Blick auf die sogenannte Bewegung nach rechts in der neuen französischen Kammer ermöglicht. Die innere Verwaltung, der Einfluß, die Protektionswirtschaft, die Vorbereitung der lokalen und auch der zukünftigen allgemeinen Wahlen, werden wie bisher einem schärfsten Radikalen und Antiklerikalen anvertraut. Wenn man sagt, daß die Parteietiketten der Progressisten, demokratischen Republikaner, Linksrepublikaner, Radikalen und so weiter in Frankreich nicht viel bedeuten, so kann man also nicht ganz Unrecht haben. Der alte Kurs im Inneren bleibt.

Nicht nur im Innern. Das Ministerium der Kolonien, mit den Interessen der Missionen, wird dem Herrn Sarraut gegeben, der auch früher einmal Minister war, und derselben Gruppe wie Steeg angehört. Diese Gruppe widersprach schon vor vierzig Jahren Gambetta, wenn dieser sagte, daß der Antiklerikalismus kein Ausfuhrartikel sein soll. Wie der General Gallieni, Augagneur und andere Radikalen auf Madagaskar und anderswo gegen die christlichen Missionen, auch gegen die nicht-katholischen, gehaust haben, steht wahrscheinlich noch an manchen Stellen in unverwischbarer Erinnerung.

Das hat Millerand der sogenannten gemäßigten neuen Kammer bieten können. Was aber unter den Abgeordneten mehr verschnupft hat, ist die Tatsache, daß drei Nicht-Abgeordnete Minister und ein anderer Unterstaatssekretär geworden sind. Das ist in Frankreich ein Verbrechen. Das verstößt gegen die Vorschriften des parlamentarischen Spiels, wenn Außenseiter über Einfluß, Aemterbesetzungen, Würden und Begünstigungen verfügen dürfen. Da wird der Herr François Marsal Finanzminister. Er war Generaldirektor der Banque d'Union parisienne (Pariser Bankverein). Ein praktischer Fachmann also. Das deutet auf ein Einverständnis der Regierung mit einer Gruppe von Banken. Der Herr Marsal gilt als gemäßigt. Die zahlreichen hohen, eintragreichen Stellen in der französischen Finanzverwaltung (trésorier-payeur général usw.) sind tatsächlich käuflich, wie die Aemter der Notare, der Anwälte (avoués), der Gerichtsvollzieher, der offiziellen Geldwechsler (agents de change), und andere.

Ein Landwirtschaftsingenieur, Herr Heinrich Ricard, ist Landwirtschaftsminister. Der Herr Ogier, ein erfahrener Beamter, ist Minister der befreiten und verwüsteten Gebiete. Der Mechaniker Coupat, langjähriger und scharfer Geschäftsführer des Verbands seiner sozialistischen Arbeitsgenossen, wird Unterstaatssekretär des Gewerbeunterrichts. In diesem Fortbildungsunterricht wird er ebensowenig wie der jetzt zuständige sozialistische belgische Minister, Raum für die Religion dulden.

Das können immerhin fähige Spezialisten sein. Dabei gibts andere Fachmänner: der Abgeordnete Isaac, Industrieller und ehemaliger Vorstand der Handelskammer von Lyon, Handelsminister, und der Abgeordnete Thoumyre, Kohlenhändler, Unterstaatssekretär der Bevorratung.

Der Kriegsminister Lefèvre ist der Herr, der Deutschland vollständig entwaffnen will, als ob es keine bolschewistische Gefahr gäbe, auch nicht für die französischen Schützlinge Polen, Tschechien und Rumänien. Der Unterrichtsminister Honnorat ist radikal, wie vier seiner Kollegen. Das sagt viel.

Es bleibt also bei dem Scheine des nationalen Blocks mit einem überwiegend radikalen, radikal-sozialistischen und republikanisch-sozialistischen Ministerium. Hat sich so wenig geändert?

Der wahre Zweck der französischen Politik ist übrigens jetzt nicht, Aktionen der inneren Politik zu veranstalten. Dafür sorgt die Zukunft und der Herr Steeg, durch geeignete Bearbeitung der „relations“ und „influences“, durch althergebrachten Druck und durch Günstlingswirtschaft. Die heutige Aufgabe liegt darin, daß irgendein Tiger, wenn auch nicht mehr Clemenceau, sprungbereit bleibt, um Deutschland zu erwürgen. Die Rheingrenze will Frankreich haben. Wenn das revolutionäre Frankreich und Napoleon sie einmal besessen haben, dann haben sie weiter gestrebt: durch den Rheinbund haben sie sich Süd- und Westdeutschlands bemächtigt und den Nordwesten mit Hamburg und Lübeck einfach bei Frankreich einverleibt. Die „Franzosentid“ von Fritz Reuter ist wieder da. Jeden Tag bringen die französischen und „belgisch-nationalistischen“ Blätter es wieder in Erinnerung. Dazu benutzt man den deutschen Idealismus, den deutschen Gesinnungsadel, der dieselben Gefühle bei den Franzosen als Staat, als Gruppe zu finden wähnt, was nach hervorragenden Franzosen selbst wie Chateaubriand ausgeschlossen ist: er vergleicht diese einzeln liebenswürdigen Menschen als Volk mit dem Tiger. Auch die inneren Spaltungen unter den Deutschen, den alten Hader, schürt der Gallier. Hat er doch seine Freude daran und sein Geschäft.

Lord Robert Cecil will den ganzen Friedensvertrag umstoßen, Asquith seine territorialen Bedingungen mildern, der Handelsminister Sir Auckland Geddes wieder Handel treiben, Lloyd George Kredit an Deutschland verschaffen: das Interesse Englands erfordert ein starkes Deutschland gegen Osten. Es werden sich noch Deutsche finden, welche das ablehnen und das höfliche Auftreten gewisser Franzosen und das persönliche gute Herz von wenigen für den Volkswillen nehmen werden. Der blinde Haß, die Racheluft, die Schadenfreude der Franzosen wird aber nie erlöschen, es sei denn, daß die französischen Schwarzseher vollständig Recht bekommen und daß ihr Volk freiwillig ausstirbt.

Was sagt Nikolaus Lenau?

> „O gläub'ger Hohn! o bitterste Satire
> Auf diese Welt voll Haß und Feindeswut,
> Wenn der Chinese sich dem grimmsten Tiere
> Vertraut und sich begibt in seine Hut,
> Wenn er für sich, die Seinen, Haus und Feld
> Zum Schutzgeist den verstorbenen Tiger wählt.“

Was die Chinesen von der Botmäßigkeit gegenüber Japan, Rußland, England, Frankreich und zeitweilig auch Deutschland, an allen ihren Grenzen nicht befreit hat, das soll Deutschland retten? Der Tiger ist nicht verstorben, er ist nicht gegangen. Er steht mitten in Deutschland und hetzt edle Gemüter von rechts und links gegen einander, auch die mehr praktischen Genossen, welche der preußische Minister Heine entlarvt hat.

[1]) Vgl. I. Deschanel, II. Millerand in Nr. 5 der „Allg. R.“ vom 31. Januar 1920.

Der Kampf um die Erhaltung der Katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg i. Elsaß.

Von Alsaticus.

Von elsässisch-geistlicher Seite wird der „Allgemeinen Rundschau" der nachfolgende Artikel zur Verfügung gestellt. Wir bringen denselben wegen seines allgemein interessierenden Inhalts zum Abdruck, ohne uns der darin nach verschiedenen Seiten geübten Kritik anzuschließen, da es gegenwärtig unmöglich ist, alle Einzelheiten nachzuprüfen. D. Red.

Mit der Besetzung der wiedergewonnenen Provinzen haben die Franzosen bekanntlich sofort eine durchgreifende Umgestaltung des ganzen höheren und niederen Unterrichtswesens auf streng national-französischer Grundlage vorgenommen. Neue Lehrpläne nach französischem Muster und eine unverhältnismäßig starke Heranziehung von Lehrkräften aus dem Innern Frankreichs sollen einen raschen Erfolg sichern. Auch die Universität wurde in Sprache und Lehr-Programm restlos auf den national-französischen Gedanken eingestellt. Interessant ist nun in diesem Zusammenhang die Geschichte der letzten Tage der Katholisch-theologischen Fakultät und deren tragisches Ende unter der übereifrigen Hirtenhand des politischen Bischofs Msgr. Ruch.

Bei der ausschlaggebenden Rolle, die der elsässische Klerus auf die Politik seines engeren Heimatlandes ausgeübt hat — Poincaré und Clemenceau haben denselben ja gelegentlich ihrer denkwürdigen Fahrt nach Straßburg am 8. Dezember 1918 und des offiziellen Besuches der Kathedrale feierlich als die Hüter der französischen Traditionen im Elsaß angesprochen — stand naturgemäß von vornherein die Frage der Bildung des heranwachsenden Klerus im Vordergrund des Interesses. An ihrer Lösung waren wie ehedem bei den Verhandlungen über die Gründung der Katholisch-theologischen Fakultät Staat und Kirche gleichmäßig interessiert. Die Versöhnung des innerkirchlichen Standpunktes mit dem national-politischen, wie sie seinerzeit in der Konvention zwischen Kurie und Staatsregierung zustande kam, wollte sich nicht finden; ja, der Meinungsstreit drohte geradezu zu einem schweren Konflikt sich auszuwachsen, so sehr auch die Regierung Millerand dem Klerus augenscheinlich zu dienen beflissen war und so sehr auch umgekehrt der Klerus alles tat, um die Regierung Millerand zu verteidigen und zu stützen.

Während nun die französische Regierung in Straßburg im wohlverstandenen eigenen Interesse an Konkordat und Konvention festhielt, wobei sie in kluger Taktik auf die wohlwollende Einlösung des den Elsässern gegebenen Versprechens sich berufen konnte, deren Glauben, Sitten und Traditionen zu achten und zu schützen, ließen die maßgebenden kirchlichen Stellen seltsamerweise die durch Konkordat und Konvention geschaffene Rechtslage vollständig außer Acht und machten ohne Verhandlung der Fakultät de facto ein Ende. Abgesehen von der vollständigen Außerachtlassung der rechtlichen Seite der Fragen, hat es — zumal in gebildeten katholischen Laienkreisen besonders seltsam berührt, daß auch Rom, das die Fakultät seinerzeit doch auch im kirchlichen Interesse ins Leben hat treten lassen, bei der Regelung der Frage ebenso ausgeschaltet schien wie die französische Regierung. Persönliche Interessen und Intriguen schienen eine Zeitlang eine grundsätzliche und definitive Lösung aufzuhalten. Der Regens des Straßburger Priesterseminars, selbst bisher Privatdozent und ehemals begeisterter Anhänger der Fakultät, vollzog mit seinem politischen Gesinnungswechsel auch einen Wechsel in seinem Standpunkt der Fakultät gegenüber: Er ignorierte die von den drei noch verbliebenen elsässischen Mitglieder des Lehrkörpers — Professor Eugen Müller, Professor Albert Lang und Privatdozent Dr. Dennefeld — noch aufrechterhaltene und mangels rechtlicher Regelung de iure auch noch fortbestehende Fakultät und richtete den Studienbetrieb nach dem Muster des alten Seminars wieder ein unter Verwendung der im Seminar seinerzeit verbliebenen Haus-Professoren. Dieser eigenmächtigen Lösung widersetzte sich jedoch ein großer Teil der Theologiestudierenden, deren Mehrheit nach längerer Unterbrechung der Studien infolge Verwendung im Sanitätsdienst mit brennender Sehnsucht nach Straßburg zurückgekehrt war und durch die Neuordnung der Dinge sich doppelt enttäuscht sah. Aber auch das die Fakultät noch bildende Kollegium schwieg nicht, vorab nicht der sympathische und einflußreiche Professor Eugen Müller. Welche Schritte er unternahm — er wird wohl derjenige gewesen sein, der, ohne der definitiven Lösung vorzugreifen, zuerst den rechtlichen Standpunkt geltend gemacht hat — ist nicht weiter bekannt geworden: Tatsache ist, daß die Theologiestudierenden nach ganz kurzer Zeit wieder den Vorlesungen an der Fakultät folgten. Es soll dann bald noch einmal eine Sistierung der Vorlesungen auf der Universität durch den Einfluß von Hintermännern bewirkt worden sein, der dann abermals ein Sieg der Fakultätsfreunde folgte — da traf wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht aus Rom an den Kapitularvikar Jost von seiten des neuernannten Bischofs ein, daß die Fakultät aufgehört habe, die normale Bildungsstätte des elsässischen Klerus zu sein, daß die Theologiestudierenden in Zukunft dem theologischen Unterricht im Seminar zu folgen hätten und daß die Fakultät nur für Priester weiterbestehe, die höheren Studien obliegen wollen. So war es denn gelungen, sogar Rom dahin zu bringen, daß es die rechtliche Seite der Angelegenheit vollständig außer Acht ließ. Nun meldete sich aber die französische Regierung. Der mit feierlichem Pomp in Straßburg empfangene Monseigneur Ruch fand gleich zu Beginn seiner bischöflichen Wirksamkeit einen lebhaften Protest des General-Kommissars der Republik Millerand auf seinem Schreibtisch vor, worin dem Gedanken Ausdruck verliehen war, daß Kurie und Klerus sich mit Händen und Füßen für das Fortbestehen des Konkordats einsetze, im selben Atemzuge aber einseitig eine Institution eliminiere, die doch nur durch ein Abkommen der beiden Vertragsparteien zustande kommen konnte. Die Hüter Sions hatten im Uebereifer ihre eigene Sache, im Begriff sie zu retten, in verhängnisvollster Weise preisgegeben und dem neuen Bischof zu seinen Début zu einer mehr als peinlichen Blamage verholfen.

Wie hat es überhaupt dazu kommen können? Unverständlich bleibt unter allen Umständen, daß man sich bei den beteiligten kirchlichen Stellen nicht von vornherein des zunächst rechtlichen Charakters der Frage bewußt blieb und den etwa vorhandenen Widerstreit innerkirchlicher und national-politischer Interessen zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht hat. Offenbar hat die Kurialbehörde in Straßburg bei der Quasi-Sedisvacanz der Lösung der Frage durch den kommenden Bischof nicht vorgreifen wollen, wobei sie aber verhängnisvollerweise eine prinzipielle Direktive für die durch die Frage zunächst Berührten vermissen ließ, offenbar deswegen, weil sie selbst keinen eindeutigen prinzipiellen Standpunkt hatte. So war denn dem Meinungsstreit von Anhängern und Gegnern der Fakultät Tür und Tor geöffnet, und so konnte es bei den wechselnden Chancen der beiden Parteien zu den oben erwähnten unerfreulichen Vorgängen im Straßburger Priesterseminar kommen.

Gab es denn nun überhaupt einen Widerstreit der innerkirchlichen und national-politischen Interessen? Bei der Lösung bei Gründung der Fakultät bestanden sie offenbar nicht, wenigstens haben die beiden Parteien einen modus vivendi gefunden. Bot die Fakultät unter den veränderten national-politischen Verhältnissen den beiden Interessenten nicht mehr die nötigen Garantien? Die Regierung in Straßburg war dieser Meinung nicht. Im Gegenteil. Hatte sie ja doch den gesamten Hochschulbetrieb auf den national-französischen Gedanken eingestellt und konnte sie — wie seinerzeit mit Recht auch die deutsche Regierung — von der Erziehung des Klerus in nationalem Sinne gerade von seiten der Fakultät viel Gutes für die Zukunft erhoffen. Für diese Auffassung trat merkwürdigerweise auch der greise Abgeordnete Delsor ein, der in seiner Revue auch die sonstigen für die Beibehaltung der Fakultät sprechenden Gründe zur Geltung brachte, wodurch er den ganzen älteren Klerus sowie einen Teil des Klerus mittleren Alters auf den Plan rief, der, wie früher, so auch jetzt die schweren Gefahren der Fakultät für die Bildung eines kernhaft kirchlichen Priesternachwuchses ins Feld führte. Die Wiedereinführung des Seminars liege nicht nur im innerkirchlichen, sondern auch im nationalen Interesse, da der Bischof seine Theologen fester und unmittelbarer in der Hand habe, wohingegen die Fakultätsbildung durch die Beibehaltung eines Teils der früheren Lehrkräfte und die fortwährende Berührung mit einer früher deutschen Einrichtung das restlose Einfühlen und Hineinwachsen in die Gemeinschaft der grande famille française in hohem Grade gefährde.

Die Ereignisse haben der Reaktion recht gegeben. Professor Eugen Müller zog dieser Tage in die französische chambre des deputés. In der Fakultätsfrage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Der neuerwählte Erzbischof von Köln.[1]

Von P. Dr. Joh. Chrysostomus Schulte, O. M. Cap., Münster i. W.

Wohl für keinen Kenner der Verhältnisse bedeutet das Resultat der Kölner Erzbischofswahl eine Ueberraschung. Wenn jemals, dann konnte im gegenwärtigen Augenblick der Gärung und der Krisis auf allen Gebieten für die wahlberechtigten Kapitularen nur der eine Gedanke maßgebend sein: wer ist der überaus schwierigen Situation gewachsen? Ist doch gerade der Erzbischof von Köln der geborene Führer und Inspirator nicht nur für seinen eigenen umfangreichen Kirchensprengel, der ihm als Bischof unterstellt ist, sondern, so darf man sagen, der preußischen, ja der deutschen Kirche überhaupt. Der Gedanke lag nahe, nach einer Persönlichkeit Ausschau zu halten, die sich in leitender kirchlicher Stellung bereits erprobt und bewährt hatte. Wie von selbst mußten sich die Augen der Wähler lenken auf Bischof Dr. Karl Joseph Schulte von Paderborn.

In fast jugendlichem Alter von 38 Jahren im Jahre 1909 zum Bischof von Paderborn erwählt (über seinen früheren Werdegang vgl. „Allgemeine Rundschau" 1909 Nr. 50), hat er jetzt bereits ein gutes Jahrzehnt hindurch reiche Gelegenheit gehabt, in der großen Diözese des hl. Liborius sein Wissen und sein Können und sein Wollen zu entfalten und zur Geltung zu bringen. Nicht eine einzige Stimme ist öffentlich oder privatim laut geworden, die diese anfangs überraschende Wahl bedauert hätte. Im Gegenteil: der Neugewählte genießt das unbedingte Vertrauen aller und es ist niemand in der Paderborner Diözese, der ihn gern scheiden sieht. Von Anfang an stellte er sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse. Sein Wirken beschränkte sich keineswegs darauf, die laufenden Verwaltungsgeschäfte zu erledigen und im übrigen die Dinge an sich herantreten zu lassen. Ohne sich im Gegensatz zum Vorhandenen, Ueberkommenen zu stellen und ohne bewußte Reformprogramme im Sinne der Gegensätzlichkeit zum Bisherigen zu entwickeln, suchte er vielmehr in Anknüpfung und positiver Weiterarbeit die brennenden kirchlichen Gegenwartsfragen in der Praxis und zwar in unermüdlicher Kleinarbeit zu fördern. Dabei wirkte er mehr in der Stille. Für alle Anregungen, die an ihn herantraten, war er empfänglich. Er wußte sie zu verwerten und weiter zu geben. Nicht ist er der Mann der breiten Oeffentlichkeit, der etwa, wie ein W. E. v. Ketteler, zu jeder auftauchenden Frage aus einem inneren Drang heraus sich seine Gedanken von der Seele herunterschreiben mußte: sein Wirken ist mehr in der Stille. Aber seine Taten reden doch! Und so ist Bischof Schulte durch sein Wirken weit über seine Diözese hinaus bekannt geworden. Vor allem lenkten die vielfachen Maßnahmen auf den Gebieten der Kriegscharitas wie der Kriegsseelsorge die Blicke Deutschlands wie des Auslandes auf den zielbewußten Paderborner Kirchenfürsten. Nicht zuletzt hatte die römische Kurie gerade diese Seite seines Wirkens in Worten größter Anerkennung dankbar anerkannt. Infolge seiner offenen, unzweideutigen Stellungnahme zu bestimmten aktuellen Fragen sind ihm allerdings in den ersten Jahren seiner bischöflichen Amtsführung auch bittere Stunden nicht erspart geblieben. Aber das zielbewußte, ehrliche, selbstlose Streben eines klar sehenden Mannes, der mit einem geraden, leidenschaftslosen Charakter ein bescheidenes, konziliantes Wesen verbindet, ein Wesen, das geradezu berufen erscheint, Gegensätze auszugleichen, mußte sich auf die Dauer durchsetzen und zur Geltung bringen.

So dürfen wir uns — menschlich gesprochen —, der getätigten Wahl aufrichtig freuen. Zu beneiden braucht den Neuerwählten allerdings niemand. Fast übergroß sind die Aufgaben, die an ihn herantreten werden. Man wird nicht aufsehenerregende Theorien und Programme vom Neuerwählten erwarten dürfen. Aber darauf kommt es schließlich auch nicht an, am wenigsten in unserer Zeit. Es ist eigentlich genug geredet und geschrieben und verhandelt worden! Es gilt, in unermüdlicher, rastloser Kleinarbeit an dem Wiederaufbau des zerrütteten Menschheitsgefüges in kluger Berücksichtigung der neuen Verhältnisse auch vom kirchlichen Standpunkte aus heranzutreten. Und Bischof Schulte ist ein Mann des umsichtigen, stillen, zielbewußten Handelns.

Gott gebe dem Neugewählten in verantwortlichster kirchlicher Stellung seinen reichsten Segen!

[1] Dieser Artikel ist aus postalischen Gründen verspätet eingetroffen. D. Red.

Und ob die Wolke sie verhülle, die Sonne bleibt am Himmelszelt.

Die Tage kommen trüb herangeschlichen
Mit trägem Gang, im grauen Nebelkleid,
Wie kranke Kinder, die, dem Tod geweiht,
Nach Atem ringend, weinend sind verblichen.

Vergebens schaut nach allen Himmelsstrichen
Nach einem Sonnenblick im tiefsten Leid
Die Menschheit aus . . . Ist auch der Lenz nicht weit,
Des Herzens Lenz, die Hoffnung ist entwichen.

Vom Rausch der unerhörten Siege trunken,
Trank man, verzweifelnd nach den Niederlagen,
Zwiefachen Rausch sich an und ist versunken
In graues Elend nun. Wehklagend fragen
Die Aermsten hungermatt: „Wird nie ein Funken
Der alten lieben Sonne wieder tagen?!"

Die Sonne hörts, mag sie sich auch verstecken
Im Wolkenschlafgemach zur Winterzeit;
Denn ungern lässt sich, wenn es stürmt und schneit,
Die hohe Frau aus ihrem Schlummer wecken.

„Ihr Toren!" murmelt sie, „von meinen Flecken
Herleitet ihr der Welt Trübseligkeit —
O wäret endlich einmal ihr gescheidt,
Ihr würdet bald den wahren Grund entdecken.

Und blutet ihr auch aus vieltausend Wunden,
Die fremde und eig'ne Schuld euch hat geschlagen,
Ihr würdet auch im Elend bald gesunden,
Nicht in der Prüfung hoffnungslos verzagen,
Wolltet in guten und in bösen Stunden
Ihr den, der mich erschuf, im Herzen tragen!"

Leo van Heemstede.

Ehe und Familie in Sowjet-Rußland.

Von Rechtsanwalt Dr. Joseph Kausen, München.

Dem Verfasser ist auf dem Umwege über einen nordischen Staat eine deutsche Uebersetzung der „Ersten Gesetzessammlung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik" zugegangen. Es dürfte von Interesse sein, die Grundzüge dieses Kodex kurz darzulegen.

Das Gesetzbuch entspricht seinem Rahmen nach ungefähr dem bürgerlichen Recht der Kulturstaaten, doch konnte es naturgemäß von dem Exekutivkomitee der Sowjets nicht gut „Bürgerliches Gesetzbuch" genannt werden, da ja die sog. Bourgeoisie dort vollständig ausgemerzt werden soll. In den Kulturstaaten bedurfte es der Geistesarbeit vieler Generationen, um die Rechtsbeziehungen der Staatsbürger untereinander nach dem Grundsatze möglichster Gerechtigkeit zu regeln, und die Forschungsergebnisse füllen ganze Bibliotheken. Die Arbeiter- und Bauernregierung wird mit der angeblich schwierigen Materie mit einem Federstrich fertig. Ihr genügen 246 Artikel, während z. B. das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch 2385 Paragraphen umfaßt.

Die erwähnte Gesetzessammlung ist am 16. September 1919 vom Exekutivkomitee der Sowjets approbiert und vom Volksjustizkommissariat herausgegeben worden. Sie ist gezeichnet von dem Vorsitzenden des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Räte Swerdlow und dem Sekretär des Zentralen Exekutivkomitees Awanessow. Die deutsche Uebersetzung, welche die Signatur Petrograd 1919 trägt, enthält ein längeres Vorwort von A. Hoichbarg, einem ordentlichen Mitglied der sozialistischen Akademie und Redakteur des Kollegiums für gesetzgebende Angelegenheiten. Hoichbarg bemüht sich mit offensichtlicher innerer Ueberzeugung, die in dem Gesetze durchgeführte Zerstörung der bisherigen bürgerlichen Rechtsanschauungen mundgerecht zu machen und bezieht sich dabei vielfach auf deutsche sozialistische Literaturquellen.

Aus Hoichbargs Vorrede erfahren wir, daß die proletarische Gewalt ihre Kodexe ebenso wie alle ihre Gesetze dialektisch aufbaue, nämlich so, daß jeder Tag ihres Bestehens die Notwendigkeit ihres Bestehens als Gesetze der Macht untergräbt, und daß sie ihren Gesetzen die Aufgaben stelle, alle Gesetze überflüssig zu machen, so wie der Philosoph Fichte als Ziel jeder Regierung das Ueberflüssigwerden des Regierens hingestellt habe. Aus diesem Grunde sei auch der vorliegende Kodex lediglich eine Uebergangsvorschrift zu dem proletarischen Ideal, der gesetzlosen Zeit.

Als solche Uebergangsvorschriften lernen wir im ersten Abschnitt die sog. Zivilstandsakten kennen. Von den Ortsbehörden werden vorläufig noch die Geburten, die Todesfälle, die Verschollenen, die Eheschließungen, die Ehescheidungen, die Abstammung von Embryonen und die Personen, welche ihren Familien- oder Zunamen wechseln, in Bücher eingetragen. Hoichbarg hofft aber, daß schon nach sehr kurzer Zeit z. B. die Registrierung der Ehen, der Abwesenden, der Familiennamenänderungen weggelassen werden könne, „wenn an Stelle der Familiennamen rationellere, vernünftigere Unterscheidungen einzelner Personen eingeführt sein werden". Deutlicher kann nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden, daß im proletarischen Idealstaate das Individuum nur mehr zu einer Ziffer, zu einem Maschinenteil heruntergedrückt werden soll.

Wenngleich die sozialistische Gesellschaft die „gesetzliche Fesselung von Mann und Weib" für überflüssig erklärt, ist im zweiten Abschnitt für die Uebergangszeit ein sogenanntes Eherecht vorgesehen, welches Hoichbarg in der Einleitung als ein „Kampfesmittel gegen kirchlich-religiöse Beeinflussung der Bevölkerung" bezeichnet. Denn die Befreiung der Bevölkerung von der Macht der Geistlichkeit, der Religion und Kirche sei nicht nur eine revolutionäre, sondern auch eine sozialistische Aufgabe im Sinne der Erleichterung der Aufnahme der sozialistischen Ideen durch diese Bevölkerung. Der Sozialismus sei nicht vereinbar mit dem Uebernatürlichen und Jenseitigen, sondern vertreibe dieses Uebernatürliche und Jenseitige aus den letzten Winkeln, in welchen es sich festsetze. So sind denn die Vorschriften rein formeller Natur. Die Eheleute können nach ihrer Wahl den Familiennamen des Bräutigams oder der Braut oder ihren vereinten Familiennamen tragen. Die Ehe hat nicht mehr die Kindererzeugung zum Ziele. Als das Fundament der Familie gilt nicht mehr die Ehe wie früher, sondern die wirkliche Abstammung. Die Auflösung der mit „Ehe" bezeichneten offiziell registrierten Liebesverhältnisse ist derart erleichtert, daß zur Scheidung nicht nur beiderseitiges Uebereinkommen der Gatten, sondern auch der Wunsch des Einen von ihnen genügt. Das Wesentliche ist, daß der Ortsrichter auf diesbezügliches Gesuch und auf Grund einer Verhandlung mit den Parteien einen Scheidungsschein ausstellt, wodurch der Unterhaltsanspruch des bedürftigen und arbeitsunfähigen Gatten gewährleistet wird.

Die absolute Gleichstellung der formlosen Liebesverhältnisse ist in dem dritten Abschnitt über Familienrecht niedergelegt. Es wird kein Unterschied zwischen ehelicher und außerehelicher Verwandtschaft gemacht. Die Rechte und Pflichten der Kinder und der Eltern sind die gleichen ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eine registrierte Ehe handelt oder nicht. So soll der „Philisterehe mit ihrem Familienegoismus, ihrer patriarchalen Abgesondertheit und Beschränktheit der letzte Boden geraubt" werden. Es hat beispielsweise eine Ehefrau die Möglichkeit, bei der Lokalabteilung für Registration der Zivilstandsakten die Empfängnis eines Kindes von einem anderen als ihrem registrierten Manne anzuzeigen. Sie bildet dann mit diesen eine Familie im Sinne des Gesetzes.

Die Vorschriften über Vermögensrechte der Kinder und Eltern (vierter Abschnitt der Gesetzessammlung) sowie sonstiger bedürftiger und arbeitsunfähiger Verwandten beziehen sich ausschließlich auf den Unterhalt. Denn das Erbrecht ist mit Dekret vom 27. April 1918 aufgehoben. Das Privateigentum ist für die Uebergangsperiode zum reinen Kommunismus nur mehr lebenslänglich und geht nach dem Tode in die Hände des proletarischen Staates über. Es werden lediglich die zum Unterhalt der nächsten notleidenden Verwandten und des Ehegatten notwendigen Mittel abgezogen. Geringe Vermögen (bis zu 10,000 Rubel) sind wegen der Unbequemlichkeit für den Staat, die ganze große Masse solcher kleiner Vermögen in seine Verwaltung zu nehmen, ausgenommen. Minima non curat praetor. Ob die sozialistische Gesellschaft nach Abzug der Schenkungen unter Lebenden noch viel von diesen Vermögen bekommen wird? Bekanntlich ist die Korruption Zwillingsschwester der „Freiheit". Und ob diese Unterbindung des Erwerbssinns die russische Volkswirtschaft heben wird? Vorerst sehen wir auch dort nur ein Gedeihen des Schiebertums.

Den bisher bekundeten sittlichen Anschauungen über Ehe, Familie und Fortpflanzung entspricht auch die Ansicht des Gesetzgebers über die Kindererziehung. Das Ideal der proletarischen Kindererziehung ist die Ausübung derselben durch Berufsvormundschaft. „Wenn sich bei uns schon endgültig eine sozialistische Ordnung eingebürgert hätte", so sagt Hoichbarg, „müßten wir die väterliche Sorge um die Kinder ausnahmslos durch öffentliche Sorge ersetzen. Die Vormundschaft sollte den Eltern zeigen, daß die gesellschaftliche Fürsorge viel bessere Resultate erzielt, als die private, individuelle, unwissenschaftliche und nicht rationelle Sorge der einzelnen "liebeerfüllten" aber unwissenden Eltern, denen nicht dieselben Kräfte, Mittel und Wege zu Gebote stehen wie der Gesellschaft. Sie muß daher den Eltern jene engherzige und unvernünftige Liebe zu den Kindern abgewöhnen, welche sich im Bestreben ausdrückt, sie in ihrer Umgebung zu halten, sie nicht aus dem begrenzten Kreise der Familie hinauszulassen, ihren Horizont zu beschränken und aus ihnen keine Mitglieder der großen Gesellschaft, welche sich Menschheit nennt, zu schaffen, sondern ebenso eigensüchtige Individualisten, welche ihre persönlichen Interessen zum Nachteil der Gesellschaft in den Vordergrund stellen."

Wie diese kurzen Stichproben zur Genüge erkennen lassen, handelt es sich bei der ersten Gesetzessammlung Sowjet-Rußlands um eine Ordnung der Lebensverhältnisse, wie sie nur angezeigt ist, wenn man in den Menschen lediglich eine höhere Gattung der Säugetiere erblickt. Vom Geistigen im Menschen, vom Ebenbild Gottes im Menschen ist hier nichts mehr zu spüren. Aber das Eine kann man sagen: die gesetzgebende und vollziehende Gewalt in Händen solcher Utopisten hat ebensolche unheilvolle und verheerende Wirkungen, wie das Rasiermesser in der Hand eines Affen.

Katholische Kirchenmusik.

Von Paul Krutschek, Priesterhausdirektor in Neisse.

Durch Veröffentlichung des Artikels „Katholische Kirchenmusik" von Organist Knüppel in Nr. 3 der „A. R." vom 17. Jan. 1920 hat die „Allgemeine Rundschau" ein Thema zur Erörterung gestellt, das auch in Laienkreisen vielfach besprochen wird. Die nachfolgende Erwiderung eines intimen Kenners der einschlägigen kirchlichen Gesetzgebung dürfte geeignet sein, nach den verschiedensten Seiten volle grundsätzliche Klarheit zu schaffen. D. Red.

Unter obiger Ueberschrift bringt die „Allgemeine Rundschau" 1920, Nr. 3, einen kurzen Aufsatz von Organist Knüppel in Essen-Altenessen, der nicht unwidersprochen bleiben darf. Es ist übrigens sehr zu begrüßen, daß die „A. R." auch kirchenmusikalischen Arbeiten Aufnahme gewährt. Papst Leo XIII. äußerte ja, wie die „Civilità catholica" im Februarheft 1889 erzählt, zu einem ihrer Redakteure, „die katholische Presse möge diesen wichtigen Zweig der katholischen Kunst und Wissenschaft stets im Auge haben durch Belehrung für Klerus und Volk und die öffentliche Meinung über die Notwendigkeit und die Mittel zur Besserung der Kirchenmusik vorbereiten und gewinnen."

An die Spitze und das Ende seiner oben erwähnten Arbeit stellt Organist Knüppel die Forderung nach kirchlicher Kunst. „Das starre Festhalten an den Knabenchören, mit denen man doch meistens überhaupt keine positiv künstlerischen Erfolge erziele (!?), sei für jeden Fortschritt ein großes Hemmnis. Man habe seinerzeit soviel gekämpft gegen die Kirchenmusiken von Mozart, Haydn, Bruckner, Rheinberger usw.; gewiß mögen diese Komponisten liturgisch nicht einwandfrei geschrieben haben, aber sie schrieben künstlerisch, was sonst alle (!!) ihre Gegner nicht taten" usw. Kunst verlangt und pflegt die Kirche auch. Leo XIII. verlangt sie, wie aus obigem Zitat ersichtlich ist. Auch Pius X. sagt im „Motu proprio" Nr. 2, „die Kirchenmusik soll das Merkmal wahrer Kunst in sich tragen". Aber die Kirche ist keine Kunstanstalt, welche die Pflege der Kunst bezweckt, sondern nimmt sie nur in ihren Dienst. Die Kunst muß sich der Liturgie unterordnen und eine Komposition, welche das

nicht tut, welche nicht liturgisch richtig ist, gehört nicht in die Kirche, mag sie als Kunstwerk noch so hoch stehen. Daher sagt auch Pius X. im „Motu proprio" Nr. 23: „Zu verurteilen und als sehr schwerer Mißbrauch anzusehen ist es auch, wenn man sieht, daß bei den heiligen Zeremonien die Liturgie die zweite Stelle einnimmt, als wenn sie eine Dienerin der Musik wäre, während im Gegenteil die Musik ausschließlich ein Teil der Liturgie und ihre demütige Magd ist." So wenig steht die musikalische Kunst für die Kirche an erster Stelle, daß sie im Notfalle bei Funktionen, die vom Chore mit Gesang begleitet werden, im Caeremoniale Episcoporum, in einer Reihe von Dekreten der Ritenkongregation und im Motu proprio Nr. 8 ausdrücklich verlangt, daß nichts vom vorgeschriebenen Texte ausgelassen werden dürfe. Können die Sänger aus irgendeinem Grunde den Text nicht choraliter oder kunstmusikalisch singen, so müssen sie ihn auf einem Tone, etwa wie die Epistel gesungen wird, mit vernehmlicher Stimme rezitieren, während die Orgel dazu passende Begleitung spielt. Dieser kirchliche „Kunstnihilismus", wie man ihn genannt hat, ist also von der Kirche sogar vorgeschrieben. Ausführliches darüber findet man in meinem Buche „Die Kirchenmusik nach dem Willen der Kirche".

Knüppel beanstandet besonders das Verbot des Frauengesanges und die Ausschließung des Orchesters. Ein absolutes Verbot des Frauengesanges besteht nicht. Wohl sagt Pius X. im Motu proprio Nr. 13: „Da die Sänger in der Kirche ein wahres liturgisches Amt bekleiden, so folgt daraus, daß Frauen, da sie an solchem Dienste nicht teilnehmen dürfen, nicht den Chordienst ausüben oder irgendwie zum Musikchor zugelassen werden können. Will man also Sopran- oder Altstimmen (acutae, vel acutis proximae voces) anwenden, so sollen nach dem ältesten Gebrauche der Kirche die Knaben dieses leisten." Trotz dieser scheinbar kategorischen Fassung ist diese Vorschrift doch keine absolute, da der Papst zunächst nur an den im Presbyterium befindlichen Klerikerchor denkt. In Nr. 12 sagt er nämlich vorher: „Außer dem Gesange, welcher dem Priester, der am Altare das hl. Opfer darbringt, und seinen Helfern (Diakon und Subdiakon) eigentümlich ist, und der immer nur gregorianisch ohne jede Orgelbegleitung auszuführen ist, ist der übrige liturgische Gesang Sache des Chores der Leviten, deren eigentümliche Stelle die kirchlichen Sänger einnehmen." Dieser Chor hat seine Stelle im abgeschlossenen Presbyterium, und es wird jeder einsehen, daß es nicht angängig ist, daselbst Frauen zu verwenden. Wenn ich mich recht erinnere, sprachen kirchenmusikalische Blätter ihre berechtigte Verwunderung darüber aus, daß im Jahre 1877 bei einem Cäcilienfeste in Biberach in den Chorstühlen Mädchen saßen und bei der liturgischen Vesper die Psalmen sangen. Daß Pius X. die Frauen aber nicht vom Gesange ausschließen will, ersieht man aus folgendem: In einem Briefe an den Präsidenten der venetianischen Gesellschaft vom hl. Georg schrieb er im Oktober 1893 noch als Patriarch von Venedig: „O wenn man doch nur erreichen könnte, daß alle Gläubigen, wie sie die Lauretanische Litanei und das Tantum ergo singen, auch bei der Messe das Kyrie, das Gloria, das Credo, Sanctus und Agnus mitsängen. Dies würde für mich einer der schönsten Erfolge der Kirchenmusik sein, denn dadurch, daß die Gläubigen in Wahrheit an der hl. Liturgie teilnähmen, würden Frömmigkeit und Andacht außerordentlich gewahrt werden." Daher sagt er auch am Schlusse der Nr. 3 des Motu proprio: „Namentlich aber sorge man dafür, daß der gregorianische Gesang im Gebrauche des Volkes wieder hergestellt werde, damit die Gläubigen nach der Sitte der Vorfahren mehr tätigen Anteil nehmen am Lobe Gottes und der Feier der Geheimnisse." Da das ganze Volk nach dem Willen des Papstes einen Teil der liturgischen Gesänge ausführen soll, will er da nicht die Frauen miteinbegriffen haben und wenn ein musikalischer Teil dieses Volkes singt, will er es ihm wehren? Im Jahre 1883 hörte ich am Himmelfahrtfeste in der Lazaristenkirche zu Graz von den die Kirche fast anfüllenden Waisenkindern die ständigen Meßgesänge gregorianisch sehr exakt singen. Es geht also, daß auch der deutsche Volksgesang dort gepflegt wird, davon überzeugte ich mich 25 Jahre später. In der Schulmesse wurde abwechselnd mit lautem Gebete so schön gesungen, daß ich meine helle Freude daran hatte.

Um völlige Klarheit zu schaffen, wurde die Ritenkongregation um Entscheidung angegangen, ob im Hinblick auf die erwähnte Nr. 3 des Motu proprio, wonach das ganze Volk Anteil an den liturgischen Gesängen nehmen sollte, die Beteiligung von Frauen und Mädchen erlaubt sei. Die Antwort vom 17. Januar 1908, Nr. 4210, lautete: „Ja, wo Männer und Knaben als Chor oder Sängerschule sich beteiligen, solle auch kein Unterschied von Frauen oder Mädchen und vom übrigen Volke gemacht werden, bei Aufrechterhaltung der Trennung von Männern und Frauen, wo diese löbliche Gewohnheit bestehe. Wo aber vorzüglich amtlicher Chordienst (officiatura choralis) stattfinde, solle ausschließlicher Frauengesang nicht zugelassen werden, außer aus wichtiger, vom Bischof anzuerkennender Ursache." Den 18. Dezember 1908, Nr. 4231, betont die Ritenkongregation nochmals, daß Männer von Frauen und Mädchen durchaus getrennt seien und jede Ungehörigkeit vermieden werde.

Wenn die Bischöfe einzelner Diözesen weibliche Personen, nicht vom allgemeinen Kirchengesange, sondern vom Gesangschore fernhalten, so haben sie dazu ihre guten Gründe. Einmal ist es die Rücksichtnahme auf die kirchliche Ordnung, welche weibliche Personen vom näheren Kirchendienste ausschließt, und ferner die Tatsache, daß das Zusammenwirken von männlichen und weiblichen Personen auf dem der öffentlichen Beobachtung entzogenen Orgelchore erfahrungsgemäß nicht immer der Ehrfurcht entspricht, welche dem Hause Gottes geziemt. Es ist richtig, daß ein Chordirigent mit Damen, welche viele Jahre gesangstüchtig sind, weniger Arbeit hat, als mit Knaben, deren Stimme nur drei bis vier Jahre ausreicht, worauf wieder Ersatz geschaffen werden muß. Doch als Grund gegen die Knabenstimmen anzuführen, der Chordirigent bekomme ihretwegen vorzeitig graue Haare, und die Knabenstimmen seien für moderne Kompositionen nicht biegsam genug, wie Knüppel behauptet, wird doch bei sehr vielen Chordirigenten, die nur mit Knabenstimmen arbeiten, starkes Kopfschütteln auslösen. Mühe hat ein Chordirigent, der sein Amt gewissenhaft verwaltet, mit jedem Chore, ob er Knaben- oder weibliche Stimmen verwendet. Vor mehr als 60 Jahren sang Schreiber dieses auf dem Breslauer Domchore unter Brosig ausschließlich moderne Kompositionen, aber unsertwegen bekam Brosig sicher keine grauen Haare und die künstlerischen Leistungen waren damals wie heute auf dem Breslauer Domchore mustergültig, trotz oder vielleicht gar wegen der Knabenstimmen.

Der zweite Stein des Anstoßes für Organist Knüppel ist „die Ausschließung der Orchestermusik, angeblich, weil zu theatralisch (!)". Diese „Ausschließung" besteht nicht, nur die Vorherrschaft der Instrumente wird bekämpft und die Meinung, als ob entgegen dem Urteile der Kirche und den Aussprüchen vieler musikverständiger Autoritäten die Instrumentalmusik in der Kirche die erstrebenswerteste, beste, idealste Kirchenmusik wäre. Man kann sie direkt den Alkohol der Kirchenmusik nennen. Im Uebrigen sagt Knüppel selbst: „Der Inhalt ist's, der die Komposition kirchlich macht, nicht die äußeren Mittel. Aber es gibt Leute, die den Inhalt nicht zu erfassen vermögen, die ein Werk nur nach den Mitteln beurteilen."

Benedikt XIV. und Pius IX. erklärten die Instrumente ausdrücklich nur als „geduldet". Das Caeremoniale Episcoporum sagt: „Auch sollen (außer der Orgel) dem Gesange keine anderen Instrumente beigegeben werden, außer mit Erlaubnis des Bischofs", die nach römischer Praxis für jeden einzelnen Fall besonders nachzusuchen ist. Pius X. schreibt in Nr. 15 des Motu proprio: „Obwohl die der Kirche eigentümliche Musik nur der Gesang ist, ist es doch erlaubt, Orgelbegleitung anzuwenden. Aus besonderem Grunde (speciali ratione) innerhalb der bestimmten Grenzen und unter Beobachtung der gebührenden Schranken können auch andere Musikinstrumente gebraucht werden, niemals aber ohne besondere Erlaubnis des Bischofs gemäß den Vorschriften des Caeremoniale Episcoporum. Als direkt verbotene Instrumente nennt er „das Klavier, dann Instrumente, welche mehr oder weniger Lärm verursachen, so Pauken jeglicher Gestalt und Größe (tympana cujusvis formae et molis) Becken, Glöckchen und ähnliche." Ausführlich habe ich die ganze Materie in meinem oben erwähnten Buche behandelt. Ich kann unmöglich hier alles wiederholen. Soviel ist aber klar, daß die Kirche die Instrumentalmusik nicht wünscht, sondern nur in sehr beschränktem Maße duldet und daß sie den reinen Vokalgesang (höchstens mit Begleitung der Orgel) als ihr Ideal ansieht. Deshalb sind auch die vielfach noch vorkommenden allsonntäglichen Aemter mit Instrumentalmusik dem Willen der Kirche zuwider.

Am Schluß fordert Herr Knüppel den „Kampf gegen eingewurzelte Vorurteile" ... „Im einzelnen muß (!) zunächst einmal das Verbot des Frauengesanges energisch aus seinem Lager gehoben werden" „ebenso das Verbot des Orchesters ... Man schaffe die veralteten Gesetze ab". Die katholische Kirche ist aber eine Autoritätskirche, welche vom Hl. Geiste ge-

leitet wird, nicht nach demokratischen Grundsätzen von ihren Mitgliedern, welche kategorisch erklären, welche „veralteten“ Gesetze abgeschafft werden müssen.

Pius X. schreibt: „Damit also niemand für die Zukunft sich mit Unwissenheit in bezug auf sein Amt entschuldigen kann und damit jeglicher Zweifel bezüglich der einzelnen Vorschriften behoben werde, halten wir es für angezeigt, kurz die Grundsätze zu veröffentlichen, welche die heilige Musik bei den Kultuszeremonien angehen und zugleich wie auf einem Blatte die vorzüglichsten Vorschriften der Kirche gegen recht häufige Mißbräuche niederzuschreiben. Deshalb sorgten wir aus eigenem Antrieb und mit bestimmtem Wissen dafür, daß diese Instruktion herausgegeben werde, welche wie ein juristischer Kodex der heiligen Musik sein und kraft der Fülle Unserer Apostolischen Autorität Gesetzeskraft besitzen soll. Zugleich befehlen wir, daß dieses Unser eigenhändiges Schriftstück von allen auf das sorgfältigste beobachtet werden soll.“ Dieses gewiß sehr deutliche Gebot des Hl. Vaters ist datiert den 22. November 1903, wird also selbst in unserer schnellebigen Zeit unmöglich als „veraltet“ angesprochen werden dürfen.

Der Schluß dieses hochbedeutsamen „Motu proprio“ lautet: „Endlich wird den Chorleitern, den Sängern, dem Klerus, den Vorstehern von Kollegien und religiösen Genossenschaften, den Pfarrern und Vorstehern von Kirchen, den Kanonikern der Kollegial- und Kathedralkirchen, hauptsächlich aber den Diözesanbischöfen aufgetragen, daß sie mit aller Sorgfalt diese weisen Reformen fördern, die schon lange gewünscht und von allen beständig gefordert wurden, damit nicht die Autorität der Kirche, welche dieselben mehr als einmal in Angriff genommen hat, und jetzt wieder empfiehlt, der Verachtung anheimfalle.“

Die Heimkehr der „Assunta“.

Von Dr. O. Doering.

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß Tizians unvergleichliche Himmelfahrt Mariä, nachdem das Bild während des Krieges nach Pisa in Sicherheit gebracht worden war, nunmehr nach Venedig zurückbefördert worden sei. Aber sie wird nicht wieder in der Akademie aufgestellt werden, sondern in der Kirche Sa. Maria de' Frari, für deren Hochaltar der Meister sie geschaffen hat. Daß die freimaurerische italienische Regierung bei dieser Maßregel, die angeblich den Anfang einer Reihe ähnlicher bilden soll, nicht etwa einen Sympathiebeweis gegenüber Kirche und Religion im Auge hat, bedarf keines Wortes. Um so beachtenswerter ist dieser Vorfall. Er tut dar, daß man sich in Italien der Wichtigkeit einer der bestrittensten Fragen der Denkmalpflege deutlich genug bewußt ist, um zu ihrer rechten Beantwortung einen Schritt zu tun, der durch seine grundsätzliche Wichtigkeit weite und vielleicht nicht durchweg bequeme Folgerungen herausfordern kann. Die Kirchenfeindlichkeit der italienischen Regierung ist also nicht so groß als ihre Achtung vor der Majestät der Kunst und dem Gebote der Wissenschaft, und man trägt dort keine Bedenken, kleinere überlebte Interessen größeren zeitgemäßen zu opfern. Es gibt auch bei uns Anlässe genug, die ähnliche Beschlüsse rechtfertigen würden.

Natürlich kann nicht die Frage aufgeworfen werden, ob aller erreichbare Kunstbesitz wieder an die Stelle seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgeliefert werden soll. Das wäre, selbst die überwiegend vorliegende tatsächliche Möglichkeit ausgeschaltet, in vielen Fällen nicht einmal zu wünschen, vor allem, weil dadurch die sachgemäße Pflege und somit der Weiterbestand gefährdet, ferner weil der auf Ruhe angewiesenen Wissenschaft dadurch Hindernisse bereitet würden. Wohl aber darf der Anspruch auf Herstellung des alten Zustandes erhoben werden, wenn es sich um Wiedergutmachung von Willkürakten, von unrechtmäßigen oder unüberlegten Veräußerungen und dergleichen handelt —, Dinge, die statt die Wissenschaft zu fördern, sie trüben, die verderblich wirken, weil sie durch Verschleppung und Verzettelung des Kunst- und Kulturbesitzes das Land von ihm entblößen, dem Volke den Stolz auf seinen Reichtum an geistigen Gütern, das Gefühl für den idealen Wert dieser Schätze nehmen, es innerlich verarmen lassen und der Ueberhandnahme des Materialismus Vorschub leisten. Reformation und Bildersturm haben trotz ihrer Verwüstungen nicht jenen Schaden getan, den die Säkularisation angerichtet hat. Erst sie hat die Ruhe des alten Kulturbesitzes gestört, hat das seelische Verhältnis aufgehoben, welches unser Volk mit seinen von den Vätern ererbten Kunstschätzen verknüpfte. Sie hat dem Unrecht Gesetzeskraft verliehen. Erst daß man unter dem Einflusse der aufklärerischen Ideen dazu kam, Beraubung von Kirchen und Klöstern als etwas von Staats wegen Zulässiges zu betrachten, eröffnete die Pfade, auf denen die kirchlichen Kunstschätze in die Welt hinaus gelangen, dem Kunsthandel in die Hände fallen, Spekulationsobjekte werden konnten, soweit ihnen nicht Museen sicheren Aufenthalt boten. In allen Fällen mußten, um die Trennung von dem heimatlichen Urboden zu ermöglichen, gewaltsam jene lebendigen Wurzeln ausgerissen, jene Fäden zerschnitten werden, die das Kunstwerk mit der Stätte seiner ursprünglichen Bestimmung in familien-, orts-, bisweilen landes-, ja weltgeschichtlichen Zusammenhängen, verbanden. Die urkundlichen Werte, Botschaften vom Denken, Fühlen, Streben vergangener Geschlechter, Zeugnisse bodenständiger künstlerischer Ueberlieferung oder auch des Hereinleuchtens fremder Kunst, unwägbare Werte ehrwürdiger Frömmigkeit, das alles ward übersehen, mißachtet. Der alte, weise Grundsatz ‚Quieta non movere‘ verlor seine Geltung. Hat man ihn aber damals nicht befolgt, so hat man auch jetzt kein Recht, ihn in Anspruch zu nehmen, um mit seiner Hilfe unrechtmäßig geschaffene Zustände zu verewigen.

In diesem Zusammenhang an den schnöden Kunstraub zu denken den unsere Feinde im Begriff sind, an deutschen und österreichischen Sammlungen zu verüben, wäre natürlich Verkennung dessen, was ich sagen will. Niemand wird mich der Billigung dieser Gewalttaten für fähig halten. Bei diesen handelt es sich um Ausnutzung unserer augenblicklichen Wehrlosigkeit, um Erpressungen, die man fahrlässig oder wissentlich mit falschen Vorwänden zu decken sucht, um mala fides, um Korrekturen angeblichen Unrechtes, das niemals begangen wurde. Solche Unsittlichkeit könnte auch durch wichtigste wissenschaftliche oder künstlerische Interessen nicht gerechtfertigt werden.

Auch unter einwandfreien Verhältnissen kann die Rückführung wertvoller Kunstwerke unratsam erscheinen. In nichtkatholischen Gegenden würden sich viele Gemeinden ihr sogar widersetzen. Der Kunst- und Kulturwelt gilt nichts, wird nicht verstanden, Mißtrauen und Haß gegen alles „Katholische“ trüben Blick und Urteil. Anderswo wäre keineswegs immer genügender Schutz und sachgemäße Behandlung gesichert, obgleich richtige Belehrung oft imstande ist, das Interesse rege zu machen, den Stolz auf den wertvollen Besitz, die Freude, zu sehen, wie dieser von Fremden bewundert wird. Das sind starke Helfer zur sorgfältigen Schonung. In Museen ist das Schicksal der Sammlungsgegenstände nicht immer zum Guten gesichert. Kleine, auch mittlere solche Anstalten entbehren oft der sachgemäßen Pflege und Aufsicht, der so unbedingt erforderlichen Reinlichkeit, Lüftung usw. Dazu kommt die Ueberfüllung, an der auch größere Museen leiden, bei welchen jene elementaren Dinge nicht in Frage kommen. Der Erwerb der Museen steht nur zu oft nicht im gleichen Verhältnisse zum Umfange der verfügbaren Räume. So werden nun entweder die Wände bis an die Decke und fast bis zum Fußboden mit Bildern so vollgehängt, daß sie sich gegenseitig erdrücken und um alle bessere Wirkung bringen, oder man beschränkt sich auf moderne lockere Anordnung auserlesener Stücke und befördert die übrigen in den Vorrat, wo höchstens noch der Kunstforscher etwas von ihnen hat, während sie der Oeffentlichkeit aus dem Gedächtnisse geraten. Es gibt Museen, in deren Vorrat angekommene Kisten Jahrzehnte hindurch unausgepackt stehen. Gehört es zu den anerkannten Grundsätzen der modernen Denkmalpflege, die Kunstwerke an ihrem Orte zu lassen, so stellt sich die Erwerbslust der Museen auf den entgegengesetzten Standpunkt, macht sich dadurch zur Vertreterin überlebter Auffassungen, an denen sie mit Hartnäckigkeit und zum Schaden einer richtig verstandenen Kunstpflege festhält. Selbst bei allerbester Behandlung und sachgemäßester Aufstellung kann das Kunstwerk im Museum niemals jene tiefsten Wirkungen üben, jene größten kulturellen Aufgaben lösen, um derentwillen es geschaffen ist, und die es gelöst hat, solange es nicht aus seinem natürlichen Zusammenhange gerissen war. Um nur ein allbekanntes Beispiel zu nennen, so erinnere ich an das aus dem Dome zu Freising in die Münchener Pinakothek gekommene „Apokalyptische Weib“, eines der wundervollsten und großartigsten Gemälde, ob es nun von Rubens selbst oder aus seiner Schule stammen mag. Für Freising ist das Bild geschaffen, das beweist schon die im Hintergrunde befindliche Darstellung der Stadt. Auf dem Hochaltare des herrlichen Domes, im flimmernden Zwielichte des Chores, umrahmt von der phantastischen Draperie, die Aegidius Asam geschaffen, tat es eine Wirkung, die, wie die alten Abbildungen beweisen, überwältigend gewesen sein muß, gab dem Bilde des ganzen Domınnern einen festen Zentralpunkt voll Ausdruck und Großartigkeit. Das als Ersatz an die gleiche Stelle gekommene Altargemälde von Löfftz genügt für diese Zwecke bei weitem nicht. In dem Saale der Pinakothek aber ist das „Apokalyptische Weib“ ein Gemälde unter vielen, keineswegs das bedeutendste unter ihnen an Kunstwert und nicht imstande, seine Größenverhältnisse den benachbarten Riesen gegenüber zur Geltung zu bringen. Dergleichen Beispiele ließen sich in größter Menge anführen. Insgesamt liefern sie den Beweis, daß das Museum, wie es heute ist — sehr verschieden von dem einstigen „Kunst- und Raritätenkabinett“ der Fürsten und Reichen, dem es seinen Ursprung verdankt —, wohl seine Vorzüge besitzt, zumal wenn es ehemals unzugängliche Werte zum Eigentum der Oeffentlichkeit macht, daß es aber dennoch nicht mehr als ein Notbehelf sein sollte und am allerwenigsten die Aufgabe oder gar das Recht dazu hat, Kunstwerke, deren Herkunft bekannt, deren Herkunftsort unversehrt ist, dem letzteren zu entziehen oder auf die Dauer vorzuenthalten. Damit geschieht Schaden an der Wissenschaft, an der Kunst, und soweit es sich um kirchliche Dinge handelt, am seelischen Leben des Volkes. Die Wissenschaft betreffend ist schon zuvor auf die Störung der innerlichen Beziehungen zwischen Werk und Ort hingewiesen worden. Für den Künstler, der sich durch Anschauung alter Meisterwerke zu bilden wünscht, macht es einen gewaltigen Unterschied, ob er sie im falschen, kalten Lichte des Museums oder in jenem

richtigen sieht, für das sie berechnet und geschaffen waren. Erst so wird er der Bedeutung wichtigster Bedingungen inne werden, unter denen er selbst zu arbeiten haben wird, erst so kann ihm mit dem Verständnisse des wahren Wesens der Raumkunst jenes für die Wechselwirkung von Raum und Ausstattung aufgehen. Gerade der Entwicklung der christlichen Kunst ist das Studium im Museum schädlich; es hindert ganz bestimmte künstlerische Seelenregungen sich zur Bewußtheit zu entwickeln; es fördert das gute Kopieren, im eigentlichen wie im freisten Sinne verstanden, aber, weil es die Werke (schon oft durch ihren Aufenthalt zwischen völlig unpassender, profanster Umgebung) um ihre Andachtswirkung bringt, bewirkt es kein eigentlich religiöses inneres Erlebnis. Und so hat die willkürliche Entfernung der Kunstwerke aus den Kirchen dem religiösen Leben überhaupt schweren Schaden getan. Die Kirchen haben von jeher ihren Schmuck erhalten zu Gottes Ehre, aber auch um durch die Schönheit dieser Ehrung die Gefühle gläubiger Andacht zu stärken und zu vertiefen, das Haus Gottes zum Lieblingshause der Menschen zu machen, mit der Hilfe der Kunst als Dienerin der Religion auf die Gemüter zu wirken. Störung dieser weisen Absicht kann nicht anders als schädlich wirken, schon durch die Vorstellung, als habe der Mensch ein Recht, Gott nach Belieben auch zu nehmen, was Gottes ist. Die Aufgabe der Kirche nach der Seite der Erziehung der Kunst im Sinne religiös-ethischer Erziehung ist heute noch genau so wichtig wie vor Jahrhunderten. Daß auch weltliche Gebäude ähnliche Aufgaben zu erfüllen berufen sind, sieht man ein und ist im Begriffe z. B. betreffs künftiger Benutzung der Fürstenschlösser dieser Einsicht Rechnung zu tragen. Ihnen ist bisher noch kein Unrecht geschehen wie den Kirchen. Ob man bereit sein wird, sich zur Gutmachung dieses Unrechtes zu entschließen? Von Fall zu Fall natürlich, das kann nicht anders sein. Aber ob überhaupt? Und ob es nicht unserer jetzigen Regierung, vorab in Bayern, einen allzu hohen Standpunkt zuerkennen hieße, wenn wir sie eines solchen freien, klugen, modernen Entschlusses, wie ihn die italienischen Freimaurer über sich gewonnen, für fähig hielten?

Vom Büchertisch.

P. **Sebastian von Oer** O. S. B.: **Das Tagebuch meiner Mutter.** Mit 3 Bildnissen. Freiburg, Herder. 12°, 88 S. Ein zartes Seelendrama mit befreiendem, lichtem Ausgang. Ein schlichtes Konversionsdokument von ergreifender Wahrhaftigkeit und Innigkeit, von einem Adel des Gefühls, der Anschauung und des Urteils, von einer Schönheit der innerlichen Widerspiegelung, die gerade in unserer umdunkelten Zeit für Empfängliche doppelt wirksam werden dürfte. Die Gattin des einst weitbekannten Dresdener Historienmalers Theobald Frhr. von Oer schrieb diese Tagebuchblätter 1866 bis 1869, als sie, gläubige Protestantin und Mutter acht bereits erwachsener Kinder, sich mählich diesen und dem geliebten Manne in ständig zunehmender Sehnsucht nach restlosem seelischem Anschluß und in wachsender Ueberzeugung von der katholischen Wahrheit durch Glaubens- und Bekenntniskraft für immer unlöslich religiös zu einen vermochte. Aus dem in tiefster Verborgenheit entstandenen Büchlein redet das Herz: ein wundervoll reiches und durchgebildetes Gemüt, das erste Wort. Aber dieses erweist sich auch intellektuell als so hell und warm durchleuchtet, daß es Anregung, Ermutigung, Trost und Licht in verschiedenste und ausgedehnte Kreise zu bringen geeignet ist.

E. M. Hamann.

Lehrbuch der allgemeinen Psychologie von Dr. Josef Geyser, o. ö. Professor der Philosophie an der Universität Freiburg. Erster Band, dritte völlig umgearbeitete Auflage. Verlag von Heinrich Schöningh, Münster i. W., 1920. Zugleich mit seiner Logik kann Geyser seine Psychologie in neuer Auflage vorlegen, die sich der ersteren auch darin angleicht, daß sie in zwei Bänden erscheint. Der vorliegende erste Band behandelt im ersten Buch den Gegenstand und die Aufgaben der Psychologie, die Verzweigung dieser Wissenschaft, die Erfahrungsquellen und die Methoden der Psychologie; im zweiten Buch die Natur des Bewußtseins, die allgemeinsten Unterschiede unter den Inhalten des Bewußtseins und die Aufmerksamkeit, im dritten Buche die Grundfragen, die Leib und Seele betreffen, das Zentralnervensystem und seine Zusammensetzung, das Subjekt des Bewußtseins, seine Einheit und Identität, das nach Abweisung irriger Auffassungen als die substantiale und immaterielle Seele dargetan wird. Hinsichtlich des Verhältnisses von Leib und Seele wird nach Abweisung der Wechselwirkungslehre und des psycho-physischen Parallelismus die substantiale Einheit von Leib und Seele verteidigt. Geysers Lehrbuch mit seiner ausgiebigen Verwertung der modernen Forschungsergebnisse und seiner klaren, übersichtlichen Darstellung gehört zu den besten Lehrbüchern der gegenwärtigen Psychologie, und es wird nicht ausbleiben, daß auch diese neue erweiterte Auflage die Aufgabe, das psychologische Wissen der Gegenwart in weiteste Kreise zu tragen, vollauf erfüllen wird.

Univ.-Prof. Dr. H. Meyer.

Franz Weigl, Bayerisches Volksschullehrer- und Schulbedarfsgesetz von 1919. München 1919, Verlag der Politischen Zeitfragen. 86 S., 2.45 *M* (inkl. Teuerungszuschlag). Lehrer und Abgeordneter Weigl gibt den Abdruck der beiden im Titel genannten Gesetze. Eine kurze Einleitung orientiert über die früheren gesetzlichen Bestimmungen in der Sache; Erläuterungen bei einzelnen Paragraphen weisen namentlich auf Anträge hin, welche die Rechtsparteien bei den Verhandlungen gestellt haben. Vorliegende Broschüre gewährt nicht nur Aufschluß über den jetzigen Stand der Schulgesetze, sondern wird auch demjenigen, der den kommenden Beratungen für eine endgültige Festlegung folgen will, eine verlässige Unterlage bieten. Beigefügtes Sachregister und systematisches Inhaltsverzeichnis erleichtern den Gebrauch wesentlich.

Prof. Dr. Hoffmann.

Der Moralunterricht in der französischen Laienschule von Ludwig Heilmaier. (Religionspäd. Zeitfragen von Univ.-Prof. Dr. Joseph Göttler, Nr. 3.) Kempten, Kösel. *M* 3.—. Im Felde konnte der Verfasser die französischen Einrichtungen praktisch kennen lernen. Er hat sich denn auch in die einschlägige Literatur trefflich eingearbeitet und auf dieser Grundlage eine außerordentlich wertvolle Einführung geschrieben, die bei den derzeitigen pädagogischen Bestrebungen nach Einführung eines ähnlichen Unterrichtes in Deutschland großen aktuellen Wert besitzt. Für Politiker wie Pädagogen ist das Buch gleich lehrreich, eine Bereicherung der Göttlerschen Sammlung, die das ganze Unternehmen aufs beste empfiehlt.

Stadtschulrat Franz Weigl.

Bühnen- und Musikrundschau.

Volkstheater. Der Schwank „Keyser/. Keyser" von L. Staerk und A. Eisler machte dem Publikum viel Vergnügen in erster Linie und sehr berechtigt durch das Spiel Koutenski's, der mit der Rolle eines alten komischen Kauzes sich zum ersten Male aus dem Darstellungsgebiet des liebenswürdigen Schwerenöters in das Charakterfach begeben hatte. Man vernimmt bei Zuschauern und in der Presse oft den Vergleich mit Pallenberg. Nun das stark unterstrichene, gewollt Karrikaturistische des viel Ueberschätzten fehlt Koutenskis sich schlicht gebendem Humor, der die Grimmasse meidet, angenehmerweise. — Es ist eine alte Lustspielüberlieferung, daß alte Onkels Testamente machen, die ihre Erben vor die Wahl stellen, entweder irgendwelche, meist wenig angenehme Bedingungen zu erfüllen oder auf das Geld, was sie meist nur allzu nötig brauchen, zu verzichten. Hier ist die Sache scheinbar sehr einfach, die Brettldiva soll lediglich die Frau des Georg Keyser sein. Diese Bedingung gilt dem Testamentsvollstrecker als erfüllt. Die Prüfung der Papiere scheint ihm nur eine Formalität, aber die Sängerin und ihr Korrepetitor und Hausdichter sehen sich zu dem Geständnis gezwungen, daß ihre Beziehungen keine legalen sind. Die Frist, die Onkel Bogumil setzte, wäre noch lange genug, um die verletzte Sitte zu reparieren, wenn der Künstler nach österreichischem Gesetz heiraten dürfte. Eine frühere Ehe ist nämlich geschieden worden. Nun gilt die halbe Million endgültig verloren, wenn nicht ein gewisser jüdischer Anwalt Rats wüßte. Da das Testament den Georg Keyser nicht näher bezeichnet, ist jeder dieses Namens brauchbar und so findet man einen ziemlich alten, bescheidenen Anwaltsschreiber, der zwar ein eingefleischter Junggeselle und sehr mißtrauisch ist, aber schließlich durch die Aussicht auf Geld und die Koketterie der Brettlsängerin sich zu dem Handel bereitfindet. Der neue Ehemann wird dann von seiner Frau sehr schlecht behandelt, er muß den Namensvetter neben sich dulden, bis ihm die Geduld reißt und er die Scheidungsklage einreicht. Der Schlußakt bringt die Gerichtssitzung mit allerhand lustigen Seitenhieben auf Richter und Anwälte. In allen drei Akten könnte die Redseligkeit der Dialoge beschnitten werden. Die Figuren sind meist fesselnder als die Handlung. Nicht nur der eine „Georg Keyser" ist eine köstliche Figur; auch der andere, der selbstgefällige „Dichterkomponist" im Kabarettformat, den Hille mit diskreter Komik gab, wirkt sehr überzeugend. Markanter als der elegante, vornehme Rechtsanwalt ist sein rühriges jüdisches Gegenstück. Es sollte der Typ des klugen, aber von Standesvorurteilen unbeschwerten Advokaten semitischer Färbung sein, aber ich mutmaße, die Verfasser haben dann eine Dosis allgemeiner Possenkomik beigemengt, so daß niemand im Publikum über die von Thiele gespielte Figur ärgerlich zu werden braucht. Frl. Gottinger gab die Brettlkünstlerin fesch ohne Frechheit trotz der durch eine geschmacklose Mode begünstigten Koketterie mit den Beinen. Das Verhältnis der Sängerin zu ihrem Freund überdauert die Ehe mit dem anderen Keyser und triumphiert gewissermaßen am Schlusse. Den Autoren ist vermutlich gar nichts dabei eingefallen und dem Publikum auch nicht. Gewiß gab es derlei immer auf der Bühne, aber es stellte sich nicht als das natürliche, geradezu Selbstverständliche dar, wie hier. Zweifellos trägt dies zur Nivellierung der Sitten bei.

Theater am Gärtnerplatz. Während die „Lustige Witwe" nach dem Lustspielhaus verzogen ist und dort erneutem Interesse begegnet, gab man an ihrem einstigen Schauplatz eine Operettenneuheit von Oskar Straus. Ein paar flotte Tanzlieder und ein paar schmelzende süße Weisen bleiben einem im Ohr. Die ganze Musik ist geschickt gemacht, ohne gerade durch Neuheit der Einfälle aufzufallen. „Eine Ballnacht" heißt das Stück, dessen Text L. Jacobson und R. Bodanzky schrieben. Ein junger Fürst verliebt sich auf der Straße in eine junge Dame und nähert sich ihr, obwohl er gewillt ist, am Abend eine standesgemäße Millionenerbin behufs Eheschließung kennen zu lernen. Er hat keine Ahnung, daß die Dame und die Ehekandidatin ein und dieselbe Person ist. Die Komtesse, die ihn liebt und anderseits über seine Bereitwilligkeit zur Vernunftehe erzürnt ist, will ihm einen Denkzettel erteilen und schickt eine Modistin unter ihrem Namen auf den Ball. Diese grobe Unwahrscheinlichkeit könnten die Autoren dadurch wieder wettmachen, wenn sie uns in lustigen Szenen zeigten, wie leicht die gute Gesellschaft sich durch diese Abenteuerin hinter das Licht führen läßt, allein es fehlt auch da der witzige Einfall, ein paar Tolpatschereien werden als gräfliche Originalität angesprochen. Erst kommt es zur Verlobung, dann zur Entlarvung durch

den Bräutigam der Modistin und die richtige Komtesse. Der zweite Akt bringt das übliche Auseinandergehen mit sentimentaler Rührung und der dritte Adel zu Adel und die Modistin zu ihrem Kommis. Es genügt zu sagen, daß Graf und Paula Menari das eine Paar, Seibold und Mizzi Weißmann das bürgerliche Pärchen gaben, mit ihren Vorzügen teils sanglicher, teils tanzender Art. Das Publikum unterhielt sich gut und dankte den Darstellern mit Herzlichkeit, aber ohne Ueberschwang.

Aus den Konzertsälen. Bruno Walter dirigierte das 8. Abonnementskonzert des Konzertvereins. Der Abend war außerordentlich gut besucht. Der Dirigent wußte aus dem Instrumentalkörper das Beste herauszuholen und sowohl bei Brahms wie bei Beethoven seine subtilen Absichten auf das schönste zu verwirklichen. Das Konzert erfuhr durch den Solisten Carl Flesch eine besondere Bereicherung. Der ausgezeichnete Geiger riß das Publikum durch die Schönheit und die Eindringlichkeit seines auf souveräner Beherrschung des Instrumentes fußenden Spieles zu lautem Beifall hin. Nicht minder herzlich wurde Bruno Walter gefeiert. Mit dem gleichen Orchester dirigierte F. C. Adler einen Zilcherabend. Er brachte außer der unlängst durch Pfitzner gehörten Suite das weniger bedeutende Vorspiel zu Dehmels „Fitzebutze", die zweite Symphonie und das Klavierkonzert in H-Moll. Der Tonsetzer saß am Flügel und brachte den reichen Gemütsinhalt dieser poesiereichen Musik zu schönstem Ausdruck. Der Dirigent erweist sich als eine sich aufwärts bewegende Begabung. — Ebenfalls mit dem Konzertvereinsorchester veranstaltete Karl Friedrich einen Abend; besonders im Meistersingervorspiel zeigte er sich als ein gewandter Dirigent. In H. Wolfs „Penthesilea" mochte eine große Ruhe auffallen, die das Temperamentvolle der Musik allzusehr zügelte. Grete Stückgold sang Lieder von Wolf klangschön und ausdrucksvoll. Von Konzerten, deren Bericht wegen der Ueberfülle erst später folgen soll, muß doch noch der Schumann-Mahler-Abend von Sigrid Hoffmann-Onegin Erwähnung finden. Die Schönheit dieser Altstimme ist so glücklich durchbildet, daß dem Hörer kaum ein Wunsch offen bleibt. Sie hatte (auch bei Schumann) seltener gehörte Lieder gewählt. Von Lindemann ganz vortrefflich begleitet, riß sie den fast überfüllten Saal zu stürmischen Beifallskundgebungen hin.

Verschiedenes aus aller Welt. Oberammergau rüstet seine Spiele für 1921. Die für den Sommer 1920 geplanten Aufführungen sind als Vorspiele anzusehen. — Heuer vollenden sich sieben Jahrhundert seit dem Tode Wolfram von Eschenbachs, der aus Eschenbach (Mittelfranken) stammt und dort seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Das bayerische Kultusministerium hat angeordnet, daß die Schulen ihre Frühlingsfeste dem Gedächtnis des Parzivaldichters weihen. — In Darmstadt machte „das letzte Gericht", eine Passion in 18 Stationen von J. M. Becker, einem bayerischen Volksschullehrer, einiges Aufsehen. In diesem Stücke wird versucht, das geistige Chaos unserer Zeit zu sezieren. Der Held, ein Revolutionär von heute, geht durch Entsagung, Sturz, Hoffnung, Aufstieg und Niederlage, in die Erlösung, die für den Dichter die Verneinung allen Besitzes ist. Wechselnd zwischen schärfster Realistik und Symbolik ist das Geistige stärker, als das Blutvolle, Lebenformende. — Auch Zeitgedanken dramatisch zu gestalten versucht F. Droop in seinem in Hannover gespielten Drama „Unschuld". Der Grundgedanke ist, daß der Besserung der Einrichtungen eine ethische Hebung der Menschheit vorausgehen müsse. — Rezniceks Oper „Blaubart" hatte in Darmstadt Erfolg. Eulenbergs Textdichtung hat das Märchen zum Grauenhaften gesteigert. Die Musik neigt gelegentlich zu Strauß, vieles ist jedoch von besonderer Eigenart; aber die Singstimmen entbehren Blutwärme.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Zur internationalen Finanzkrisis — Wie kann Deutschlands Wirtschaftschaos doch noch vermieden werden? — Keine Ausgaben ohne Einnahmen! — Keine Verschleuderung deutscher Kaufkraft! — Keine Unsicherheit der Innenpolitik!

Dass die allgemeinen Wirtschaftskrisen-Erscheinungen internationale Form angenommen haben, ist ohne weiteres klar und bedarf eigentlich keiner besonderen Begründung. Auch in den Ententelagern beginnt die Welt solche Wirtschaftsfolgen des Krieges in ihrer ganzen drastischen Deutlichkeit zu erkennen und zu verspüren. Die verschiedensten Regierungskabinette haben sich mit der Finanzlage Europas befasst. Wenn trotz alledem die Vereinigten Staaten Amerikas zu der Ueberzeugung gekommen sind — vorerst wenigstens — keine internationale Valuta-Anleihen zu gewähren, jedoch den Privatkrediten zugunsten Europas nichts in den Weg zu legen, so kann solche Taktik nur immer wieder von dem einzigen Standpunkte begreiflich gemacht werden, wie sehr jenseits des Ozeans noch die Majorität der Meinung ist, Amerikas Wirtschaftsheil werde durch einen Zusammenbruch Europas mehr gefördert als geschädigt. Von ganz besonderer Bedeutung gerade nach dieser Richtung hin ist die jüngst bekannt gewordene Aeusserung des Direktors der Deutschen Bank von Gwinner einem Berichterstatter der Londoner „Daily News" gegenüber. Man vernahm zwar auch hier per Saldo die allgemein übliche Binsenweisheit: „Wenn der gesamte deutsche Kredit erst zusammenbräche, würden auch die anderen Länder Europas einem solchen Zusammenbruch nicht entgehen; ein deutscher Wirtschaftsruin sei auch gleichzeitig ein Krach Frankreichs und ganz Europas." Wichtig jedoch ist der Schluss in diesen Ausführungen dahingehend, dass nur durch Kredit vom Auslande und Arbeit im Inlande Deutschlands Zusammenbruch vermieden werden könne. Betrachtet man die nach amtlichen Statistiken bekannt gewordene äusserst passive Handelsbilanz Frankreichs innerhalb der elf ersten Monate des Jahres 1919 — gegenüber einer Einfuhr von 25 Milliarden Franken beträgt der Export in gleicher Zeit nur 6 Milliarden Franken, was gleichbedeutend ist mit einem Defizit von 19 Milliarden Franken —, verfolgt man ausserdem die nicht zu unterschätzenden Arbeiterbewegungen in Frankreich und Italien, so sind dies genügend Gründe, welche dahin streben, auch das übrige Zentraleuropa mit in den Strudel des Abgrundes zu reissen. Ob natürlich gerade dieses Endziel von jener amerikanischen Taktik beeinflusst wird, lässt sich schlankweg nicht bejahen, immerhin wird davon gesprochen. Unverändert ist somit die Ententefurcht vor dem „deutschen Staatsbankerott", um dieses Wort wiederum zu gebrauchen. Es sei jedoch ausdrücklich betont, dass die verschiedentlichen Gerüchte von bevorstehender Zahlungseinstellung des Reiches in irgendwelchen Formen von kompetenter Seite als unbegründet bezeichnet werden. Nach dieser Richtung hörte man aus den Programmauslassungen des **neuen bayerischen Finanzministers Kofler**: „Die Lage sei traurig, jedoch nicht zum Verzweifeln; wir müssen uns vor einem Vabanquespiel hüten und zum alten Grundsatz einer sparsamen und zurückhaltenden Wirtschaft greifen, **keine Ausgaben ohne Einnahmen!** Die Schulden, die wir haben, bedeuten noch keineswegs den Staatsbankerott, man solle denselben nicht immer an die Wand malen". Von gleichem Interesse waren auch die sich daranknüpfenden Aussprachen der verschiedensten Parteivertreter im Landtag über die bayerische Finanzlage. Handel und Industriekreise werden namentlich die dabei gefallene Aeusserung unterstreichen, dass die Wirtschaftskraft Deutschlands doch immer noch stärker ist, alsdass ein Valutastand unserer Mark von 5½ in der Schweiz gerechtfertigt wäre.

Neuerdings, wie jüngst von Dr. Heim, werden als Ursache unseres Wirtschaftsniederganges ausserdem ausdrücklich bezeichnet: die allgemein bekannten Motive, wie der Acht-Stunden-Tag, die an keine Arbeitspflicht gebundene Arbeitslosenunterstützung, die ursprünglich geübte **Aufhebung der Akkordarbeit** und nicht zuletzt die Folgen unserer furchtbaren Ernährungsschwierigkeiten. Charakteristisch hierfür ist die von **amerikanischen Grossfinanziers** vielfach geäusserte Meinung: Man könne Europa erst helfen, wenn sich die in allen Ländern breitgemachte Ausgabenmehrung gegenüber den Einnahmeziffern dieser Länder ermässigt hat. Schulden doch beispielsweise die Gesamt-Ententestaaten Amerika lediglich für rückständige Zinsen allein schon 325 Millionen Golddollars. — Die Wirtschaftsnot Deutschlands wird von Tag zu Tag verschärft, vor allem durch die unermüdlich arbeitende **Berliner Notenpresse**, den vielfach geübten **Wirtschaftsluxus**, der seinesgleichen in der Weltgeschichte sucht. Hoffentlich wirkt die jüngste Massnahme der Reichsregierung, wonach alle nicht zur Einfuhr genehmigten Waren vom Reich ohne Entgelt beschlagnahmt werden, einigermassen eindämmend auf solche Luxusvergeudung. Beträgt auch **Deutschlands Warenausfuhr nach Amerika** im Jahre 1919 immerhin schon wieder elf Millionen Dollars gegenüber unserem Warenbezug von 93 Millionen Dollars für die gleiche Zeit, so ist das noch völlig ungenügend angesichts der Passivität Deutschlands auch nach anderen Richtungen hin. Das bayerische Gesamtministerium wendet sich daher mit vollem Recht in einer Kundmachung gegen **die sinnlose Verschleuderung der deutschen Kaufkraft** durch den Bezug überflüssiger ausländischer Luxuswaren. Wie sehr die dabei geforderte Selbstzucht beim Kapitalistenpublikum im argen liegt, bestätigt täglich die zügellose **Spielwut an den Effektenbörsen**, ebensosehr, wie die eine Weltkrankheit bedeutende Hamsterei von Waren gegen Bargeld. Trotz aller einschränkenden Massnahmen der Börsenfaktoren — zeitweise Schliessung der Börsensäle, Krediteindämmungen —, ferner trotz der verschiedenen ungünstigsten **innerpolitischen Meldungen** und Verwicklungen, des neuen Valutasturzes, sowie der über allen Polemiken stehenden Zuspitzung der **Auslieferungsfrage** und auch des bedrohlichen Standes der deutschen Lebensmittelversorgung ist solche Spielwut, solche Warenverschleuderung und sonstige sinnlose Lebenstaktik oben an. Die Katastrophenkrise nimmt ihren Fortgang, wie lange noch —, wer weiss es?

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.



Am 24. Januar verschied nach längerem Leiden, wohlvorbereitet durch den mehrmaligen Empfang der hl. Sterbsakramente der kath. Kirche, nach einem langen, arbeitsreichen, tiefgläubig-frommen Leben, mein lieber, guter Mann, unser unermüdlich sorgender Vater und Schwiegervater, unser lieber Bruder, Grossvater und Onkel, der Rentner

Wilhelm Heiermann

Vorsitzender der kirchlichen Gemeindevertretung, 2. Vorsitzender des Clemens-Kirchenchores, langjähriger Beigeordneter der Stadt Sterkrade, Inhaber des Kreuzes pro Ecclesia et Pontifice und des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe

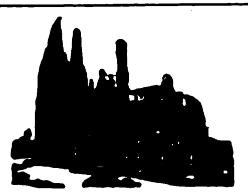
im fast vollendeten 76. Lebensjahre.

Um ein Gebet für den teuren Verstorbenen bitten:

Helene Heiermann geb. Fahnenbruck
Schwester M. Amadea geb. Maria Heiermann
Holzhändler August Heiermann u. Frau Bernardine geb. Röttgen
Pfarrer Karl Heiermann
Holzhändler Wilhelm Heiermann und Frau Theodora geb. Landscheid
Schwester M. Angela geb. Antonie Heiermann
Schwester M. Theophila geb. Johanna Heiermann
Uhrmacher Franz Heiermann u. Frau Therese geb. Röttgen
Apotheker Joseph Heiermann und Frau Carola geb. Monreal
Schwester M. Helena geb. Antonette Heiermann
Schwester M. Leandra geb. Elisabeth Heiermann
P. Franz Heiermann S. J,
und 14 Enkelkinder.

Sterkrade, Sittard (Holland), Recklinghausen-Süd, Bottrop, Hengelo (Holland), Lindlar, Marialinden, Paderborn, Detroit (Nordamerika).







Kostümverleih

für Theater, Film, Vereinsfestlichkeiten
und sonstige Unterhaltungen.

F. & A. Diringer

Kostümfabrik und Verleihanstalt
historischer Kostüme, Uniformen,
Rüstungen, Waffen, Landestrachten usw.

Karnevals-Kostüme

München Hochbrückenstr. 13
Herrnstrasse 23

Telephon 21774/75.



Moderne Theosophie und katholisches Christentum.

Nach einem am 11. Nov. 1919 im kathol. Frauenbund, Stuttgart, gehaltenen Vortrag.

Von Fr. Laun, Domkapitular.

8° 44 S. Brosch. M. 1.20 und üblicher Zuschlag.

Im Verlag von
Wilhelm Bader, Rottenburg a. Neckar
soeben erschienen.

Eine kundige Feder schreibt hier über die geheime Weisheit eines Vielgenannten unter den modernen Propheten und weist überzeugend R. Steiners „sichere Brücken ins Geistesland" nach als dunkle „Wege zum Wahn" und ab vom katholischen Christentum. Wer kurz und klar Aufschluß wünscht über die neuere Theosophie, wird dem Verfasser Dank wissen für seine Arbeit. Möge sie in weite Kreise dringen!

Verlangen Sie Preisliste über
Ahrrotwein
Rheinwein
Moselwein
in besten Qualitäten
von
Hermann Schäfer
Weinbau — Weinhandel
Ahrweiler, Rhld.

Rauch-tabak

Bremer-Schlüssel (Knaster-Mischung)
20% rein Uebersee-Tab., 80% ferm. Kirschbl.; brennt, schmeckt und riecht gut, ist bekömmlich!
¼ Pfund Mark 2.—.
1 Postpak. — 36 Pak. Mk. 72.—
portofrei unter Nachnahme.

Alt. Bremer Rauchtab.
(abgelag. Uebersee-Tabak)
½ Pfd. Mk. 14.—, 1 Postpak. = 18/2 Pfund Mark 252.—,
portofr. unt. Nachn.

Bremer-Schlüssel
(frisch. Uebersee-Blätt.-Tab.)
¼ Pfd. Mk. 6.—
1 Postp = 36/4 Pfd Mk. 198.—
portofrei unter Nachnahme.
Viele Anerkennungsschreiben vorhanden.

H. Hattendorff, Bremen,
Tabak- u Zigarren-Fabrik.
— Gegr. 1884. —

Dressur

Brieflicher Unterricht!

Wie mache ich meinen Hund scharf u. wachsam 5 Mk.
Wie dressiere ich mein. Hund auf den Mann . . 5 Mk.
Wie mache ich meinen Hund stubenrein . . . . 5 Mk.
Wie lerne ich meinem Hund Gehorsam (Appell) Leinenführigk., Setzen, Ablegen auf Befehl, Kommen auf Ruf u. Pfiff etc. 5 Mk.

Versd. per Nachn. Weitere Lehrbriefe für alle Dressurarten laut Prospekt. Erfolg garantiert! An- u. Verkauf von Hunden.

Dressurlehr-Institut
Berufsdresseur
Alfr. Kretzschmar, Ebersbach i. Sa.
Gasthof goldener Löwe.



Neuheit! **Esslöffel!**

Ia. versilbert, per Dtzd Mk. 24.—, Kaffeelöffel Mk. 15.— Nachnahme.
Täglich Nachbestellung.
Fabrikpreise!
Harcuba & Frackmann
Leipzig-Schl. 27, Brockhausstrasse 42.

Kautschuk-Stempel
aller Art liefert
Aalener Volkszeitung
AALEN

Mess- und Kommunion-Hostien

empfiehlt genau den kirchlichen Vorschriften entsprechend und in vorzüglichster haltbarer Qualität. Kunstvolle Prägungen, auch die Kommunionhostien haben eig. Prägungen. Muster und Prospekte gratis u. franko.

Franz Hoch Kgl. Bayer. Hoflieferant
Hostienbäckerei
Bischöfl. genehmigt u. beeidigt.
Pfarramtlich überwacht.
Miltenberg am Main
(Bayern) Diözese Würzburg.

Es ist Vorsorge getroffen, dass in der Hostienbäckerei Franz Hoch in Miltenberg nur reinstes Weizenmehl zur Bereitung der Hostien verwendet wird.
Miltenberg, 27. Nov. 1914.
Bischöfl. Dekanat und Stadtpfarramt.
E. Roth, Geistl. Rat.
Dekanats- u. Pfarrsiegel.

Lehrorden

sucht in katholischer Gegend ein größeres Objekt oder Institut, wennmöglich mit Einrichtung und Inventar für Studienzwecke (nicht in Bayern). Gute Eisenbahnverbindung und gesunde Gegend erforderlich. Schöne Gelegenheit für Stiftungen oder dgl. Zuwendungen. Off. unt. I. M. 19975 an die Geschäftsstelle der „Allgem. Rundschau", München, erbeten.

Empfehlen für die kommende Bedarfszeit unsere Original-

Beicht- und Kommunion-Zettel

(violett und weiß) auf bestem Papier mit hübscher Darstellung. Eindruck nach Wunsch. Man verlange Muster und Preis gratis von der

Landsberger Verlagsanstalt M. Neumeyer
Landsberg a. Lech.

Franz Wehr, Hoflieferant, gegründet 1860, Weinbergbesitzer, **Berncastel.**
Mosel- und Rheinweine!

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M. 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 8. München, 21. Februar 1920. XVII. Jahrgang.

Clemenceau.

Von Albert Dettling, z. Zt. Weimar.

Ein Rätsel. Alle Pariser Blätter und die wenigen deutschen Federn, die über politische Vorgänge Frankreichs sachlich zu berichten vermögen, hatten sich noch wenige Tage vor der Versailler Staatspräsidentenwahl über deren Ergebnis getäuscht und die Apotheose Clemenceaus auf dem Elyseethron mit mathematischer Sicherheit angekündigt. Dieser Irrtum ist voll köstlicher Ironie und paßt ganz wunderbar zu diesem einzigartigen Manne, der seit dem Bestand der dritten Republik (also seit 50 Jahren) die seltsamsten und verwickeltsten Dramen auf der politischen Bühne schuf, die Gaffer mit einer Unzahl von Ueberraschungen und Widersprüchen verblüffte und bald wie ein Stern auf Olympier Höhe strahlte, bald in raschem Abstieg wie ein Meteor in der Versenkung verschwand. Alle Farben morgenländischen Märchenlandes auf politischem Gebiet.

Als bessere Prophetin hat sich die 93jährige Exkaiserin Eugenie erwiesen, die vor einiger Zeit in Paris war und über den vermutlichen Staatspräsidenten mit 79 Lenzen witzte: In diesem Alter kann man noch das halbe Menschenleben vor sich haben. Und wirklich hat ja Clemenceau aus der ganzen Geschichte selbst nicht viel Federlesens gemacht, sonst hätte er wenigstens kandidiert. Er hielt sich zweifellos noch für zu jung in solche Ruhestellung, trotzdem ihm seit zwei Jahren die Kugel eines Attentäters zwischen den Lungenflügeln sitzt und der Meeressturm im Aermelkanal ihn auf der Besuchsreise zu seinem Walliser Temperamentsgenossen Lloyd George über eine Schiffskiste warf und ihm eine Rippe brach. (Die politische Hoffnung dieser Fahrt brach in London.) Was soll er mit der Ruhe der elysäischen Gefilde beginnen, er, dieses Musterbeispiel der keltischen Herrennatur voll glühendem Fanatismus, dieser schärfste Charakter der Unversöhnlichkeit, dieser Tiger in der Antilopenherde, dieser Journalist mit dem Lieblingssport, jeden Tag womöglich einen andern anzufallen und an seiner satirengebeizten Feder aufzuspießen, dieser Politiker, der unliebsame Kollegen und Ministerien zu Dutzenden über den Haufen rannte und schließlich den Weltenschulmeister Wilson wie ein Fädchen um die Spule wand? Ist er, der frauenlos ist und einsam löffelt und gabelt, nicht fast eine Unmöglichkeit für einen Posten rein repäsentativer Art ohne viel Macht, aber doch mit einigem Glanz? Und, potztausend, stelle man sich Clemenceau, der seine sprühenden Reden von der Kammertribüne herab in der Joppe hielt, die linke Hand in der Hosentasche, einmal vor in die eng philiströse Etikette des Elysee geschnürt, von morgens um die zehnte Stunde im Frack steckend, steife Diplomaten und weiße und schwarze Potentaten mit gesalbten Wendungen empfangend. Er müßte im Auto oder in der Gratisloge der großen Oper und des théâtre français dem Publikum automatisch zulächeln, patriotisch langweilige Ansprachen halten, er müßte am 14. Juli zwischen Kürassieren zur Truppenparade nach Longchamp fahren und zum Grand Prix des Pferderennens. Er müßte — die Zarenbesuche an der Newa sind erledigt — den jährlichen Kunstsalon, die Ausstellungen der Hunde, Vieh- und Blumenzucht und der Kraftwagen eröffnen, Sèvres-Vasen verschenken, einige Ehrenjungfrauen küssen und sich dem Willen der Kammer, d. h. der Minister, beugen.

Clemenceau aber beugt sich nicht. Er befiehlt und verwickelt sich mit Vorliebe in Abenteuer. Der Konflikt hätte sich bald eingestellt, und seine Lösung wäre einfach genug gewesen. Der konstitutionell und etikettengekettete Diktator hätte dem Beispiel des selbstbewußten Casimir Périer gefolgt, der schon nach wenigen Monaten den Faubourg St. Honoré verließ, und, den Grimm im Herzen, die Türe krachend hinter sich zuschlug. So also hat die Mehrzahl des Unter- und Oberhauses in weiser Voraussicht und aus Furcht vor dem Unbekannten das zu oft bewährte Boxertalent des stürmischen Alten abgelehnt und den aalglatten Paul Deschanel vorgezogen, der seit Jahren den neutralen Vorsitz des Palais Bourbon innehatte, nie einen Ministerposten bekleidete, dem hitzigen Kampfplatz der politischen Arena ferne stand und sich so viel Freunde und keine Feinde schuf. Geschmeidig ist nicht gleichbedeutend mit willenlos, und mit so anspruchslosen, schlicht gewandten, rein passiven Gestalten wie Loubet und Fallières haben wir es nicht zu tun. Eine Verfassungsveränderung zugunsten der präsidialen Machterweiterung, die sogar einige Abgeordnete (Briand z. B.) in ihr Programm aufgenommen haben, und sonstige Eingriffe in die parlamentarische Abwicklung sind vom „schönen Paul" indes nicht zu befürchten. Seine gesellschaftlichen Gesten werden liebenswürdig und von gemessener Grazie sein, seine etwas pathetischen Reden und Ansprachen, glänzend wie sein Zylinder, pomadisiert wie sein Haar, gebügelt wie seine Hose, schimmernd wie seine Krawatte und leuchtend wie seine Manschette. Er wird sich nicht mit unruhigen, ehrgeizigen Streberplänen eines Poincaré befassen, die am 17. Januar in Versailles mit mageren 16 Stimmen den Abschied erhielten, und die Ruhe, das Gleichmaß und die Sicherheit darstellen. Er wird ebenso weit entfernt sein von den harten Spitzen clemencistischer Kanten wie von den geckenhaften Eitelkeiten eines seiner Vorgänger, des früheren Lederhändlers und nachherigen Zierbengels Felix Faure, dessen Staatskunst in der Sucht nach Phantasiewesten, goldbrokierten Seidengewändern und zarten Umarmungen lag. Kurz: der zehnte Präsident der dritten Republik wird sich auf dem elysäischen Hintergrunde als der Idealtypus des französischen Gesellschaftsmenschen abspiegeln.

Die Politik aber steuert keinen sehr abweichenden Kurs. Die Form, der Ton, die Methode ist verschieden, der Inhalt derselbe. Deschanel ist genau wie Clemenceau in erster Linie Franzose. Und wenn Schreibselige aus dem Heer der politischen Stümper, das in Deutschland während der Kriegszeit und nachher geradezu ins Grauenhafte gewachsen ist, den „Sturz Clemenceaus" als Kursänderung bejubeln, so haben wir es wieder mit einer jener dickbackigen Naivitäten zu tun, die schließlich durch allzu häufige Wiederholungen auf die Nerven stiegen, wenn das philosophische Lächeln nicht wäre. In absehbarer Zeit werden nur Wirtschaftsfaktoren Aenderungen bringen können, Personen nicht. Ist denn Clemenceau überhaupt gestürzt? Er hat für den Senat freiwillig nicht mehr kandidiert und nach dem Elysee sicherlich nicht gestrebt. Bei der Entscheidung standen (wie aus dem Vorausgehenden erhellt) persönliche und taktische Fragen in Erwägung, niemals politische. Und ist das Gedächtnis, wenn das politische Schlußvermögen versagt, auch so jämmerlich, um nicht mehr zu wissen, daß noch vor wenigen Monaten selbst der grimmige Tiger vor der noch grimmigeren französischen Kammer in langen Verteidigungsreden den Beweis erbringen mußte, daß er trotz aller Kniffe und Zähigkeit dem „Hohen Rat" (in Englisch treffender und weniger lakaienhaft: big four) nicht mehr abtrotzen konnte, als geschah? **Clemenceau ist und bleibt ein Machtfaktor.**

Am 3. Februar hat er in Marseille das Schiff bestiegen zu einer Fahrt nach Aegypten. Erholung in einem Lande, in dem der Revolutionskessel brodelt? Der „Figaro" sagt dazu in treffender Ironie: „Das ist die erste Etappe. Après on verra . . ."

Gewiß, erst nachher wird man klarer sehen. Vorläufig im Lande der Sphinxe. —

Wer ist denn dieser Clemenceau, dem man gegebenenfalls immer noch unerwartete Staatsaktionen zutraut, dessen Name in den letzten Jahren so oft durch die Blätter und über die Lippen gegangen ist, und den im Grunde genommen nur wenige kennen? Die Definition dieser geistig hochgebildeten, seelisch überaus merkwürdigen und politisch hochinteressanten Gestalt läßt sich nicht in den bescheidenen Raum einer algebraischen Formel zwängen. Man steht hier vor einer Mosaik verwirrendster Art. Man muß ihn gesehen und gehört, seine Bücher und wenigstens einige hundert seiner Tausende von Aufsätzen gelesen haben, von denen viele (auch nichtpolitische) inhaltlich Meisterwerke in höchster Formvollendung sind, und man muß seine Lebensschicksale kennen. Um ein Bild des Politikers zu bekommen, müßte man die ganze Geschichte der dritten Republik aufrollen, die Skandale mitinbegriffen. Es gibt kein Drama der politischen Bühne Frankreichs seit der Kommune bis zur Gegenwart, in dem er nicht irgendeine Rolle übernahm. Wo es eine große Schlacht zu schlagen gab, stand er an erster Stelle. Der Hintergrund entsprach nicht seinem Geschmack. Das machte dem Sprößling einer jener vendéeischen Adelsfamilien, deren bis zum Fanatismus gesteigerte Tapferkeit und Rücksichtslosigkeit Ueberlieferung waren, alle Ehre. Auch sein Aeußeres läßt an den Sohn der keltischen Heide mit dem granitenen Untergrund erinnern. Schlank und sehnig mit kantigem Kopf, buschigen Brauen, fast mongolischen Backenknochen, einem wild gepflegten Schnauzer mit nach unten gebogenen Spitzen, der wie ein Doppelhauer auf der Oberlippe sitzt, tiefliegende, verwegen blitzenden Augen, die wie die dünn schneidende Stimme herausfordern oder einschüchtern, je nach dem Temperament des Gegners.

Der Jüngling widmete sich dem Studium der Medizin, das er zu Ende führte. Später wurde weder der Adelstitel noch der Dr. med. geschrieben. In seiner Studienzeit erlebte Clemenceau seinen ersten politischen Konflikt. Er wurde unter dem Kaiserreich wegen seines Republikanismus verhaftet. Mit den napoleonischen Autoritäten und seinem Vater in Zerwürfnisse geraten, wanderte er nach den Vereinigten Staaten aus, wo er bei Neuyork als Sprachlehrer an einem Mädcheninstitut tätig war und neben dem Kampf ums Dasein auch seine Frau kennen lernte. Seinem häuslichen Leben war in der Folgezeit kein Glück beschieden. Liegen da die ersten Spuren seiner späteren Weltverbitterung? Man nennt Clemenceau hier zu Lande vielfach einen Deutschenhasser. Das Wort ist viel zu einseitig und schwach. Er ist ein Menschenverächter. Ueber sein Privatleben tauchten Gerüchte von diskreten Liebesabenteuern auf. Und als man den Frauenlosen vor einigen Wochen ins Elysee zu schieben beabsichtigte, wurde in gewissen Pariser Zirkeln der Name Comtesse d'Aunay (Witwe des † Senators) geflüstert, zu der Clemenceau in Freundschaftsbeziehung stand. Als frühere Gemahlin eines Gesandten wäre es ihr um so leichter geworden, der gesellschaftlichen Repräsentation zu genügen. Aber ich vermute, daß sich Clemenceau um den Ehebund ebensowenig kümmerte als um den kurulischen Sessel. Frei ist der Bursch . . .

Wie der republikanische Gedanke Lafayette einstens nach Nordamerika zog, so trieb der Sturz des Kaiserreichs Clemenceau nach Paris zurück. Nun geriet er in sein Lebenselement, in die Politik. Als Arzt ließ er sich im Montmartreviertel nieder. Seine Rezepte, an die er vielleicht nicht geglaubt hatte, da er sie nachher gänzlich aufgab, hatten das Gute, daß ihm seine Gratispatienten die Bürgermeisterei ihres Stadtteils während der Kommunerevolution übertrugen. Ein weit bewegterer und gefährlicherer Posten als ein Staatspräsidium, der ihm um ein Haar den Kopf gekostet hätte. Das Sprungbrett zur Politik war aber damit gegeben.

Bald darauf landete Clemenceau als Vertreter Toulons in der Kammer. Die Bedingungen seines Erfolges waren in Vollzahl vorhanden: seltene Elastizität, Geistesgegenwart und Schlagkraft, ein glänzender Redner (mit Gambetta der beste), ein haarscharfer Kritiker, ein tollkühner Draufgänger, dabei persönlich ehrlich und selbstlos. Das Häuflein seiner Getreuen war anfangs klein, die Begeisterung um so größer, und die Stoßkraft um so sicherer. Zwanzig Jahre lang war Clemenceau der starke Führer der Opposition und der Verbreiter des Schreckens im Palais Bourbon, „von allen bewundert, von den meisten gefürchtet, von vielen gehaßt, von niemandem geliebt". Mit seinen Attaken treibt er einen förmlichen Sport, und er scheint seine Kraft kühlen zu müssen in der Luft, niederzuringen und zu würgen. Im Jahre 1882 stürzte er Gambetta, den flammenden Redner und republikanischen Halbgott, und rannte das Ministerium de Freycinet nieder. Am 30. März 1885 stürmte er in der Kammer mit solch gewaltigem Erfolg gegen Jules Ferry an, daß dieser staatsmännisch bedeutende Ministerpräsident seine Rettung vor der Wut der Abgeordneten nur noch in der Flucht sah und schleunigst auf einer Leiter über eine Mauer kletterte. 1886 bekam ein neues Kabinett de Freycinet den Todesstoß ein zweitesmal. 1887 erlag das Ministerium Goblet dem clemencistischen Anprall und 7 Monate später gar der Staatspräsident Grévy. So hat Clemenceau also um jene Zeit innerhalb 5 Jahren 5 Ministerien über den Haufen gerannt und einen Staatspräsidenten aus dem Elysee verdrängt. Solche geradezu staunenswerte Zerstörungserfolge stehen einzig da in der Parlamentsgeschichte sämtlicher Länder.

Was Wunder, wenn da die politischen Karikaturstifte an der Seine des Stoffes in Hülle und Fülle besaßen und die inzwischen geläufig gewordenen Attribute „Ministerstürzer" und „Tiger" für die Volksphantasie auch im Bilde festhielten und zur Weltberühmtheit machten. Im Jahre 1916 erfand Conan Doyle im Londoner Daily Chronicle eine andere Bezeichnung. Er nannte Clemenceau, dessen ätzende Beize der Kritik unterschiedslos und endlos auf Minister, Generale und Poincaré überspritzte, nach englischer Sportsprache „einen wütig blickenden alten Boxer". Und die verböserte Auflage Déroulèdes, der Spionenriecher und unübertreffliche Haßfanatiker Léon Daudet schrieb ihm im selben Jahre in seiner Action Française folgendes ins Stammbuch: „Der Platz des Herrn Clemenceau ist nicht mehr im Senat, sondern in einem öffentlichen oder privaten — mit Dusche und Zwangsjacke ausgestatteten Asyl für bösartige Greise." Man denke, der spätere Präsident des „Hohen Rates" in Versailles war dem Haßapostel Daudet nicht genug nationalistisch. Und doch hat er es während des Krieges an ganz unbegründeten Verdächtigungen wirklich nicht fehlen lassen. Björn Björnson, der im Weltverleumdungsfeldzug dem deutschen Volke eine Lanze brach, nannte er glattweg den „Agenten der Wilhelmstraße". Der nordische Dichter beantwortete diesen Angriff in einem offenen Brief, der Clemenceau gerade nicht sehr zärtlich charakterisiert. Es heißt darin: „Sie sagen eigentlich, die deutsche Regierung fülle meine Tasche mit Gold und meine Ansichten prägen sich danach. Dieser Ausspruch ist Ihrer würdig. Sind Sie doch seit Rocheforts Tode der Großmeister der Infamie. Schade, Ihr Genie hätte der französischen Nation die Richtung geben können. Es fehlt in Deutschland ein Mann Ihrer Kraft und Ihres Einflusses, der sich dazu hergibt, alle finstere Instinkte ans Tageslicht zu peitschen.

Ich sah einmal in dem Irrenhause von Drontheim einen alten Mann, der stand nackt und zahnlos in einer Zelle. Er hieb mit den Fäusten gegen das Gitter und schrie und heulte Verfluchungen und häßliche Worte in die Luft. Mir wurde gesagt, daß der Aermste in seinem Käfig schon 20 Jahre so gestanden, geflucht und gehaßt habe. Sie erinnern mich heute an diesen Mann, nur daß Sie mehr Unheil anrichten können als er. Kein großes Lob für Ihr Publikum! . . ."

So rasch und märchenhaft der Erfolg Clemenceaus während der ersten zwei Jahrzehnte war, so plötzlich und glanzlos vollzog sich sein Abstieg. Zirkulierte da eines Tages eine Liste in der französischen Kammer, die angeblich auf der englischen Botschaft entwendet worden sei und mehrere Abgeordnete als englische Spione bloßstellte. Clemenceaus Feinde hatten nicht versäumt, seinen Namen auf diese Liste zu schmuggeln. Wenn aber der Franzose Spionage wittert, dann gerät er in dieselbe Gemütsbewegung wie der spanische Stier beim Anblick des roten Tuches. Dazu kam, daß der mittellose Deputierte bei der Gründung seiner Zeitung „La Justice" die Hilfe des nachher als Finanzschwindler entpuppten Cornelius Herz, der in den Panamaskandal verwickelt wurde, in Anspruch genommen hatte. Es steht außer allem Zweifel, daß Clemenceau hier der Feindeslist, der Rache und dem Verhängnis zum Opfer fiel. Die Worte Spion und Panamaist blieben jedoch mehrere Jahre an ihm kleben. Sein Versuch, sich auf die Anklage Déroulèdes, des Führers der Patriotenliga, zu antworten, wurde mit einem Indianergeheul erwidert. Und seine Wähler verjagten ihn unter dem Gekläff: Oh yes! Cornelius!

Er war über Nacht geächtet und lag am Boden. Stolz wies er jede Diskussion zurück und zog sich verbittert 13 Jahre

von der garstigen Politik zurück. Er schlug den umgekehrten Weg des Faust ein und schloß sich nach heiß sprudelndem Lebenskampf an den Schreibtisch der einsamen Studierstube. In diesen düsteren Zeiten, da sein drängendes Temperament sich öffentlich nicht mehr, wenn auch nur einreißend, beteiligen konnte, warf er sich in die schützenden Arme der Weisheit. Ueber 50 Jahre alt und in neuer Häutung als Dichter, Schriftsteller, Philosoph. Eine Reihe von Erzählungen, Romane und sein Drama „Der Schleier des Glücks", das erst 1901 im Pariser Renaissancetheater mit Erfolg über die Bühne ging. In seinem Buche „La Mêlée sociale" und seinem Roman „Les plus forts" schildert er den unerbittlichen Kampf ums Dasein, in dem der Starke siegt und die Armen und Mühseligen das Opfer werden. Es ist fast rührend, wie er den Unterliegenden beistehen möchte. Und nun kommt der Widerspruch. Seinem eigenen Leben voll ständigen Kampfes hat er die Rücksichtslosigkeit als Motto vorangesetzt. Er ist der geborene Diktator und duldet keinen zweiten neben sich. Seine Stellungnahme in der Gefangenenfrage ist bekannt. Die elendiglich bezahlten niederen Postbeamten, die 1909 in Paris einen Ausstand wagten, bekamen seine eiserne Faust zu spüren.

Die Widersprüche Clemenceaus, die sich wie Kilometersteine auf seiner Laufbahn festsetzen, bilden ein psychologisch höchst interessantes Kapitel in diesem merkwürdigen Leben. Kein französischer Staatsmann ist in seiner Geneigtheit, sich Deutschland zu nähern, weiter gegangen als er in seiner Rede zur Enthüllung des Scheurer-Kestner-Denkmals. Einmal bekam er, der Senator, nachts um die elfte Stunde einen Besuch von einem Deutschen, der einen Ausweisungsbefehl ohne Begründung erhalten hatte. Am andern Tag in der Frühe war die Frist abgelaufen. Höchste Zeit. Clemenceau wirft sich in die Kleider, springt in den Wagen, spricht um Mitternacht auf der Polizeipräfektur vor und macht den Befehl rückgängig. Der Deutsche war ein württembergischer Kellner, ist gerettet und berichtet mir den Vorgang in Paris persönlich. — Clemenceau, der Sohn der royalistischen Vendée, zieht als Republikaner in die Kammer. Seine erste Tat? Der republikanische Abgott Gambetta muß über die Klinge springen. — Er, der in seinem Programm 1879 die unbeschränkte Versammlungsfreiheit gefordert hatte, mobilisiert 1907 die 80.000 Mann starke Pariser Garnison, um die sozialistische Maifeier zu verhindern und sagt kaltblütig: Heute stehe ich auf der anderen Seite der Barrikade. Er, ein fanatischer Anhänger und wütender Polterer (in seinem unterdrückten homme libre, der in dem neckischen Titel homme enchaîné wieder aufersteht) gegen die Kriegszensur, wird als Kabinettschef zum Knebler der öffentlichen Meinung. — Ministerien werden wegen der Besetzung Tunesiens und der Eroberung Tonkings niedergerissen, er selbst leistet der Eroberung Marokkos Vorschub. — In der Dreyfusaffaire schüttet er mit Erfolg sein gesamtes Haßhorn auf die Kriegsgerichte als Horte der Reaktion, Parteilichkeit und Justizmorde. Seine erste Verordnung als Ministerpräsident unter Poincaré aber ist die sofortige Ersetzung der Zivilgerichte durch Kriegsgerichte. Die Abwicklung der Geschäfte erfolge glatter. — Als er nach dem ungewollten 13jährigen politischen Schlaf wieder in der Arena auftauchte, fand er einen neckischen Reiz darin, sich anstatt in die Kammer in den Senat wählen zu lassen, den er zuvor als konstitutionellen Unfug bekämpft hatte und dessen Mitglieder wunderbare Zielscheiben für die Pfeile seiner giftigsten Satire gewesen waren.

Wer Clemenceau ganz erfassen und den Wellenschlag seiner Seele verstehen will, muß sein Drama „Der Glücksschleier" (Le voile du bonheur) gelesen haben. Es ist in der schon erwähnten Zurückgezogenheit nach der großen Enttäuschung in der Politik geschrieben worden, stellt eine Beichte dar und entwirft das düstere Bild des Pessimismus und der Verneinung. Flaubert, Schopenhauer, Strindberg vereinigt und übertroffen. Das Trostloseste, das man sich einbilden kann. Ein alter chinesischer blinder Mandarin erlangt ohne Wissen der Umgebung sein Augenlicht wieder. Er gerät darob in Verzweiflung, denn er sieht, wie sein geliebtes junges Weib ihn mit seinem besten Freund betrügt, wie sein Sohn den tastenden Gang des Vaters verhöhnt, wie der Sekretär seine Gedichtsammlung als seine eigene Schöpfung herausgegeben hatte usw. Dieser Anblick ist für ihn die grausamste aller Herzensfoltern, und er zerstört die gewonnene Sehkraft wieder. Blindheit ist Glück.

Erscheint es nicht rätselhaft, daß sich Clemenceau nach solcher Beichte wieder nach dem Forum des Kampfes sehnte, nach jenem garstigen Lied der Politik, nach jener politischen Kulissenmaschine, die mit Intriguen, Heuchelei und Haß gespeist wird? Der Dreyfushandel aber stieg herauf und begann Frankreich zu zerwühlen. Das größte innerpolitische Schlachtengetümmel begann. Er mußte dabei sein. Er ging vernünftiger ans Werk, als deutsche Diplomatie zu tun pflegte. Motto: Der Weg zur Macht geht durch die Druckerschwärze. Sein Blatt hieß diesmal verheißend „Aurore". Die Logik seiner täglichen Leitartikel wirkte zermalmend. Die Beize seiner Ironie zerfraß die Autorität des Generalstabs und der Kriegsgerichte. Und Dreyfus durfte seine Rettung von der Teufelsinsel in erster Linie Clemenceau verdanken.

Die Panamaspritzer waren inzwischen von der Toga verschwunden, und derselbe Wahlkreis schickte den früher Geächteten 1906 mit Begeisterung in den Senat. Zwei Monate später nahm Clemenceau zum allgemeinen Staunen ein Portefeuille an. Sieben Monate später hatte er den Ministerpräsidenten Sarrien verdrängt und sich an seine Stelle gesetzt. Selbstverständlich, Clemenceau ist der erste, niemals der zweite. Wozu hat er seine einzigartige Begabung? Man langweilte sich nicht. Die Regierungsgeschäfte, die dem Fünfundsechzigjährigen zuteil wurden, schienen auf die Schultern eines stürmischen Jünglings geladen zu sein. Er verstand das Publikum auf tausend verschiedene Arten zu unterhalten: Der Zwischenfall von Casablanca erschütterte Europa. Der päpstliche Nuntius Montagnini wurde kurzerhand mit Gendarmen zur Grenze gebracht. Dem Kirchenstreit, den man durch die Trennung von Kirche und Staat für beendet halten konnte, wurden immer neue Effekte abgewonnen, im Namen der Republik gegen einige „staatsgefährliche" Mönche und Nonnen zu Felde gezogen und die Arbeiterschaft durch die Verzögerung der Sozialreform verbittert. Alle Kenner waren verblüfft durch die dreijährige Dauer des Kabinetts, nachdem gewiegte Propheten bei den bekannten Launen des Chefs höchstens einige Wochen vorausgesagt hatten. Da Clemenceau nicht mehr in Opposition war, um stürzen zu können, griff er zwischenherein seine eigenen Minister an, verfeindete sich auf diese Weise mit Briand (der am 17. Januar in Versailles Revanche nahm) und stürzte sich selbst.

Dieser Mann des Witzes, des Hasses und der Verachtung muß die höchste Genugtuung während seiner langen und vielbewegten politischen Laufbahn empfunden haben, als Poincaré, dem er jegliche Beschimpfung angetan hatte, gezwungen war, ihm anno 1917 die Bildung des letzten Kriegskabinetts zu übertragen. Eine größere Demütigung konnte dem Staatspräsidenten nicht widerfahren. Der Appell an Clemenceau aber hieß der Appell an den Retter des Vaterlandes.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Gährung in der Entente.

In Deutschland hat das Auslieferungsbegehren flammende Aufregung hervorgerufen, aber keine Verwirrung. Dagegen sieht man im Lager der Sieger immer mehr Verstimmung, Mißtrauen und Divergenzen. Der Oberste Rat hatte sich von Paris nach London begeben, um die neueste Phase der englischen Politik an der Quelle zu studieren und nach Möglichkeit zu applanieren.

Die Divergenzen bezogen sich nicht allein auf die brutale Proskriptionsliste, sondern greifen auch hinüber auf die Politik gegenüber Sowjet-Rußland, mit dem England nach dem Fiasko der militärischen Angriffe den Handelsverkehr wieder anknüpfen möchte, während Frankreich auch von der indirekten Anerkennung des tatsächlich regierenden Bolschewismus nichts wissen will. Ja, die Meinungsverschiedenheiten treffen sogar das Fundament der ganzen politischen Lage, den Versailler Friedensvertrag, dessen Revision in England amtlich besprochen wird, während die französische Regierung auf der schärfsten Ausführung aller erpreßten Paragraphen besteht.

Allerdings ist im Londoner Parlament ein förmlicher Antrag der liberalen Partei auf Revision, der zugleich ein Mißtrauensvotum gegen die bestehende Regierung enthielt, von der ministeriellen Mehrheit abgelehnt worden. Aber der Gedanke der Revision marschiert doch. Denn es ist ein wahrhaft be-

achtenswertes Zeichen der Zeit, daß Lord Curzon, der Außenminister, im Oberhause erklären konnte: Er sehe den Friedensvertrag nicht als etwas Unantastbares an; vieles davon werde mit der Zeit revidiert werden müssen. Er fügte in einem versöhnlichen Tone, den wir längst nicht mehr gewöhnt sind, noch hinzu: Wenn Deutschland aufrichtig bereit sei, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so würden „wir" (die Engländer) das Beste tun, ihm dabei zu helfen und ihm seinen Platz im Kreise der zivilisierten Völker wieder zu verschaffen. Auf den Umschwung der Stimmung in England wirft es ferner ein Streiflicht, daß Lord Curzon öffentlich einen Tadel aussprach über die Geheimverträge, die in der ersten Zeit des Krieges mit Frankreich, Italien und anderen Mächten abgeschlossen wurden und im voraus „Disposition über gewisse Territorien" trafen. Diese Bindung scheint also weiter gegangen zu sein, wie man bisher in der Oeffentlichkeit wußte und ist offenbar bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag den Engländern sehr lästig geworden. So lästig, daß Curzon sie als „Warnung vor einem ähnlichen Experiment in der Zukunft" hinstellt.

Angesichts solcher Offenherzigkeiten, die namentlich in Frankreich als bittere Enttäuschung empfunden werden, darf man wohl von einer Gährung im Bottich der Ententepolitik sprechen. Was bei diesem Prozeß schließlich herauskommt, müssen wir freilich erst abwarten, da sich bisher an den feindlichen Mächten nur zu oft das Sprichwort bewährt hat von den Leuten, die sich schlagen und dann doch vertragen. Immerhin haben wir Anlaß, uns durch die Verkleisterungskünste und etwaige weitere Drohnoten nicht ins Bockshorn jagen zu lassen.

Nun hat der Oberste Rat in London wieder zwei Noten fabriziert, die aber beide nicht in dem alten Ultimatumstil abgefaßt sein sollen. Eine für Holland, die vielleicht statt der Auslieferung des Kaisers Wilhelm dessen „Internierung" außerhalb Europas beantragen soll, aber praktisch wohl nur darauf hinauslaufen wird, daß Holland unter Appell an seine „Verantwortlichkeit" zur schärferen Bewachung des exkaiserlichen Verkehrs aufgefordert wird. Die andere Note soll an Deutschland ergehen und zwar als Antwort auf den deutschen Vermittlungsvorschlag vom 25. Januar, gemäß der Ankündigung in dem Begleitschreiben zu der Proskriptionsliste, daß die Alliierten uns „die Umstände wissen lassen" wollten, unter denen sie den strafrechtlichen Paragraphen des Friedensvertrages ausgeführt zu sehen wünschten.

(Bis Redaktionsschluß war die Note an Deutschland noch nicht überreicht. Wenn die Meldungen des „Daily Telegraph", des „Petit Parisien" und des Reuterbüros richtig sind, erkennt die Entente nunmehr auf Grund der deutschen Note vom 25. Januar die Unmöglichkeit an, die Auslieferung zu verwirklichen. Die Alliierten werden das Ergebnis der Aburteilung der Bezichtigten von deutschen Gerichtshöfen abwarten, bevor sie eine Entscheidung treffen, ob der Vertrag erfüllt sei. D. Red.)

Die Regelung dieser unseligen Verfolgungsfrage wird noch viele Verhandlungen, Arbeit und Geduld erfordern. Inzwischen wollen wir gerne feststellen, daß die Neigung zur Versöhnlichkeit in England und Italien sichtlich gewachsen ist und auch das rach- und vernichtungssüchtige Frankreich zum Einlenken genötigt wird.

Unter solchen Umständen brauchen wir es auch nicht allzu tragisch zu nehmen, daß die französische Regierung uns heimgesucht hat mit einer

Drohnote wegen der Kohlenlieferung.

Herr Millerand glaubt nämlich, daß die Kohlenlieferung aus Deutschland ein Spezialrecht Frankreichs sei, das er allein verfechten könne, ohne sich von den gemäßigten Verbündeten stören zu lassen. Der Kohlenhunger Frankreichs ist begreiflich; aber wenn wir selbst bis an den Hals in der Kohlennot sitzen, so können wir beim besten Willen den französischen Bedarf nicht ganz befriedigen. Unsere Regierung steht obendrein auf dem Standpunkt, daß nicht die französische Regierung, sondern die Wiedergutmachungs-Kommission jetzt die Kohlenfrage zu regeln habe. Die Drohungen, die Herr Millerand ausstößt, sind nicht gerade erschrecklich. Zunächst stellt er nichts weiter in Aussicht, als daß Frankreich die vertragsmäßige Frist zur staffelweisen Räumung des okkupierten Rheinlandes nicht als laufend betrachten werde. Eine praktische Wirkung könnte das erst nach 5 Jahren haben, und dann werden die Verhältnisse und die Stimmungen ganz anders sein, auch die Zusammensetzung der französischen Regierung. Inzwischen müssen wir unser ganzes Augenmerk darauf richten, zu einer Verständigung über die Durchführung des Friedensvertrags in einer wirtschaftlich erträglichen Form zu gelangen. Das gleiche gilt für die

Ablieferung der Handelsflotte,

mit deren Regelung sich eine von dem Wiedergutmachungsausschuß der deutschen Kriegslastenkommission übersandte Note befaßt. Das Schriftstück enthält zahlreiche Vorschläge über die in Anlage 3 zu Artikel 236 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über Auslieferung der Handels-, Fischerei- und Binnenschiffahrtsflotte und über die Pflichtneubauten, über welche demnächst an Hand noch auszuarbeitenden statistischen Materials verhandelt werden soll.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Von der „Selbstbestimmung der Völker", die Herr Wilson gepredigt hatte, wurde in dem sog. Friedensvertrag nur spärlich Gebrauch gemacht. Elsaß-Lothringen, Posen und Teile von West- und Ostpreußen wurden ohne weiteres den Franzosen oder Polen zugesprochen. Wir mußten froh sein, daß noch für Schleswig und für Oberschlesien das Plebiszit vorgesehen wurde.

Den Reigen der Abstimmung hat nun die Nordmark eröffnet, die nördliche von den Zonen, in die man unser vielbesungenes „Schleswig-Holstein meerumschlungen" geteilt hatte. Daß dort die Mehrheit dänisch sprach und dachte, wußte man schon aus den früheren Reichstagswahlen. Ein Aufflammen der Liebe für das besiegte und verarmte Deutschland war jetzt nicht anzunehmen. Daher war die dänische Mehrheit zu erwarten. Von 100000 Stimmen fielen 25000 auf die deutsche Seite. „Nur ein Viertel", sagen manche. Nach Lage der Verhältnisse kann man eher sagen: Noch ein Viertel! Wir hatten ja leider in Nordschleswig seit 1864 noch weniger „moralische Eroberungen" gemacht wie in Elsaß-Lothringen seit 1871. Diese nördlichste Zone ist verloren; das dort ansässige deutsche Viertel kann sich nur trösten mit der unsicheren Hoffnung, daß einzelne Gemeinden, wie Tondern und Hoyer, im Wege des gütlichen Vergleichs oder Austausches nachträglich an die zweite Zone angegliedert werden könnten, da die dänische Regierung doch auch ein Interesse an der Einhaltung der Sprachgrenzen habe.

Für die zweite Zone erwartet man einen vollen Sieg der Deutschen, da dort das Dänentum nur auf ein Zehntel geschätzt wird. Es gilt aber, nicht allein dort eine Gesamtmehrheit zu erreichen, sondern auch Teilerfolge der Dänen möglichst zu verhindern, um nicht den Gegnern Vorwand für weitere Grenzverschiebungen zu geben.

Die Volksabstimmung erfordert eine breite, intensive und andauernde Agitation mit viel Mühe und Kosten. Das gilt insbesondere auch für das strittige Oberschlesien. Dort hat die interalliierte Kommission unter dem französischen General Rond die provisorische Herrschaft bereits in die Hand genommen. Die Okkupation ist ohne ernsten Zwischenfall erfolgt. In den üblichen Redewendungen ist „Gerechtigkeit" verheißen worden. Die Sympathien der Machthaber stehen aber bekanntlich nicht auf deutscher Seite. Trotzdem halten unsere Freunde an der Hoffnung und am Fleiße fest. Letzteres ist auch sehr notwendig, denn dort sind viel Versäumnisse nachzuholen und manche Mißgriffe der „Berliner" Politik auszuwetzen.

Hand in Hand mit der äußeren Grenzregulierung geht die Neugestaltung des Reiches im Inneren, welche im

Anschluß Koburgs an Bayern

den ersten sinnfälligen Ausdruck gefunden hat. Der diesbezügliche Staatsvertrag, welcher noch der Genehmigung der beiden Landtage bedarf, wurde am 14. Februar 1920 von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterschrieben und enthält folgende Einzelheiten: Das Gebiet des Freistaates Koburg wird mit dem Gebiet des Freistaates Bayern zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt. Das Gebiet des Freistaates Koburg mit Ausnahme des Amts Königsberg wird dem Kreis Oberfranken, das Amt Königsberg dem Kreis Unterfranken und zwar dem Bezirk Hofheim angegliedert. Die Städte Koburg, Neustadt und Rodach bleiben unmittelbar. Bis zur nächsten bayerischen Landtagswahl ordnet die Koburger Landesversammlung drei Mitglieder in den bayerischen Landtag ab, die in diesem Sitz und Stimme haben. Der Vertrag stellt besonders die Förderung der Weser—Werra—Main—Verbindung in Aussicht.

Die politische und die kulturelle Kraft im Reich und in den Einzelstaaten.

Von Hofrat Dr. Eugen Jaeger, Mitglied des bayer. Landtags.

Die Frage des inneren Ausbaues Deutschlands hängt enge mit der Aufteilung Preußens zusammen. Der Verzicht auf die Zerlegung Preußens würde die Einteilung Deutschlands in eine Reihe möglichst gleichberechtigter Länder unmöglich machen. Denn Preußen umfaßt allein drei Viertel des deutschen Reiches. Es hat keinen Zweck, den Rest aufzuteilen und die große Masse mit ihrem Uebergewicht kompakt bestehen zu lassen. Nun scheint es aber, daß die preußischen Parteien in ihrer überwiegenden Mehrheit Preußen als Staat für sich erhalten wollen. Am stärksten ist dieses Bestreben bei den beiden rechtsstehenden Parteien, in welchen sich die ehemaligen Konservativen, Alldeutschen und Rechtsliberalen gesammelt haben. Aber auch die bürgerliche Demokratie und die Sozialdemokratie wollen von einem Zerfall Preußens in Sonderstaaten nichts wissen. Der Parteitag der Deutschnationalen hat erst Mitte Januar alle Loslösungsbestrebungen „vom Reich und von Preußen" verurteilt und jeden, der eine solche Loslösung will, aus seinen Reihen verwiesen. Beim Empfang auf dem Kölner Rathaus am 3. Februar drückte Ministerpräsident Hirsch die Meinung der preußischen Regierung sehr deutlich aus. Er versprach den Rheinlanden „alle mit dem Staatsganzen verträglichen Freiheiten", verstand aber unter dem Staatsganzen nicht das Reich, sondern Preußen. Dieselbe Stimmung sprach aus dem Beschluß des preußischen Landtages vom 17. Dezember, daß der Einheitsstaat möglichst bald hergestellt werden solle. Die Zentrumspartei war bei den Antragstellern. Eine Aufteilung Preußens bedeutet dieser Beschluß sicher nicht, eher das Aufgehen der andern Staaten in Preußen. Als unlängst die acht thüringischen Staaten zu einem Großthüringen sich vereinigen wollten, haben der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages und mit ihm die Mehrheitsparteien es abgelehnt, die in Thüringen zerstreut liegenden preußischen Gebiete in diesem Großthüringen aufgehen zu lassen. Seit dem Aussterben der Landgrafen von Thüringen zerfiel das Land in Teilherrschaften. Ein neues Großthüringen ohne das preußische Erfurt, das jetzt schon die wirtschaftliche Hauptstadt des schönen Landes bildet, ist aber unmöglich. Der preußische Landtag will nicht nur nichts an andere wenn auch noch so berechtigte Neubildungen abtreten, sondern der Ausschuß forderte auch die Regierung auf, mit den thüringischen Staaten auf deren Wunsch über den Anschluß an Preußen zu verhandeln. Ihm ist also Preußen noch nicht groß genug! Er möchte zunächst Großthüringen schlucken und würde sicher dabei nicht stehen bleiben.

Bisher sprach man von der Neugruppierung Deutschlands nach völkischen, wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkten, jetzt will das größte Gebiet, das bereits ein erdrückendes Gewicht auf die andern ausübt, nicht nur beisammen bleiben, sondern die andern noch aufsaugen, obwohl Preußen außer dem Königshaus keine gemeinsame staatsbildende Ursache aufweisen kann, denn die Lage zwischen dem Thüringer Wald und dem Nordmeere ist noch kein einheitliches Band, weil die Elbe eine Völkerscheide geblieben ist. Alle andern Staaten haben wenigstens einen deutschen Stamm oder Stammesteil als Kern ihrer Bildung in sich, nur Preußen nicht.

In dem berechtigten Bestreben, die Reichsgewalt fester anzuziehen, den eisernen Reif um die deutschen Stämme enger zu schließen, ist die Zentrumsfraktion des Reichstags zu weit gegangen, und so brachte die Reichsverfassung den Einheitsstaat. Das war ein Bruch mit der großen Vergangenheit der Zentrumspartei, mit ihrem obersten politischen Grundsatze, den wir in zahllosen Wahlaufrufen seit Gründung der Partei im Sommer 1870 bis in die Gegenwart ohne Ausnahme kundgegeben sahen. Dieser Grundsatz des bundesstaatlichen Aufbaues Deutschlands entstammte aus dem Herzen der deutschen Stämme. Er ist so tief eingewurzelt, daß seine Beseitigung nicht ohne schwere Erschütterung der Partei vor sich gehen kann. Vor dem Kriege schon war der Abfall bemerkbar. Der Krieg hat ihn noch beschleunigt und verstärkt, bis er zuletzt die ganze Fraktion mit sich fortriß. Wir machen niemandem daraus einen Vorwurf, denn die Lage wäre äußerst schwierig und der Gedanke, durch den Einheitsstaat Deutschland an innerer Kraft wieder das zu geben, was es an äußerer Macht durch den Krieg verlor, hat viel Verlockendes an sich, ist aber eine große Täuschung. Jetzt werden von allen Seiten Feuerspritzen aufgefahren um mit dem Rufe „weitestgehende Selbstverwaltung im Einheitsstaat" den politischen Brand zu löschen. Aber noch keiner dieser Löschmänner hat bisher den Inhalt dieser Selbstverwaltung uns bekannt gegeben. Nachdem das Reich so gut wie jede wichtigere öffentliche Tätigkeit an sich gezogen hat, bleibt ja nichts mehr übrig, was den einzelnen Stämmen und Ländern Anreiz zur Staatenbildung und politischen Betätigung geben könnte.

Die Aussicht, bei Preußen bleiben zu müssen, hat im Rheinlande bereits zu großen Konflikten in der Zentrumspartei geführt. Gerade dieses Land und Volk hat seit einem Jahrhundert am schwersten unter der Verständnislosigkeit der preußischen Art für rheinisches Wesen und rheinische Selbstverwaltung gelitten. Das führte zunächst im Frühjahr 1919 zu dem Gedanken der Rheinischen Republik, die aber, weil Westfalen, Hessen und der rechtsrheinische Teil der Rheinprovinz nicht mitgingen, auf das besetzte Gebiet zusammenschrumpfte. Aber auch hier hatte der Gedanke rasch alle Parteien gegen sich, mit Ausnahme eines Teils der Zentrumspartei. Mit der Sozialdemokratie wendeten sich auch die christlich organisierten Arbeiter gegen sie; man wollte keinen zweiten Saarstaat und kein politisches Gebilde, dessen Entwicklung möglicherweise in dem neutralen Pufferstaat auslaufen könnte. Der Rheinische Zentrumsparteitag vom 16. September hat daher jenen Gedanken der Rheinischen Republik begraben und ihn in eine allgemeine Aufteilung Deutschlands nach gewissen natürlichen Gesichtspunkten aufgelöst. Er ist aber am 22. Januar wieder erstanden in der Form der Rheinischen Volksvereinigung, die eine parlamentarische Volksvertretung für das ganze besetzte Gebiet bei der Hohen Kommission in Koblenz verlangt. Sämtliche politischen Parteien, das Zentrum eingeschlossen, haben sofort diesen Gedanken für verfassungswidrig erklärt und alle Anhänger desselben von ihrer Partei ausgeschlossen. Das ist wieder ein Zeichen wie eine an sich berechtigte Bewegung auf Abwege gerät, wenn das, was sie Richtiges enthält, nicht rechtzeitig und gesetzlich befriedigt wird.

Was nun? Unterbleibt die Aufteilung Preußens, so werden auch die süddeutschen Staaten zunächst ihre bisherige Gestaltung beibehalten müssen. Das einzige Ergebnis, die alten Grenzsteine zu stürzen, ist der Anschluß Koburgs an Bayern. Koburg ist fränkischen Blutes und wünscht den Anschluß an die Stammesbrüder am Main. Art. 18 Abs. 1 der Reichsverfassung gibt dazu die Möglichkeit, durch ein einfaches Reichsgesetz auf Grund der Abstimmung. Die zweijährige Sperrfrist (Art. 167) kann dabei wegfallen, weil es sich um den Anschluß eines ganzen Landes an ein anderes ganzes Land handelt. Für eine Umgestaltung der Reichsverfassung ist zurzeit im Reichstag eine Mehrheit nicht zu finden. Wohl spricht der eingangserwähnte Beschluß des Zentrumsparteitags vom 22. Januar von einer Neubildung Deutschlands unter Zugrundelegung der Weimarer Verfassung, und mancher hat schon geglaubt, das Wort „Zugrundelegung" bedeute eine Veränderung bzw. Reform dieser Verfassung. Man hat diesen deutungsfähigen Ausdruck gewählt, um diese Möglichkeit offen zu halten. Aber, wie bemerkt, eine Mehrheit ist im Reichstag dazu nicht vorhanden und wir bezweifeln auch, ob die Zentrumsfraktion des Reichstages zu einer einschneidenden Revision der Verfassung im Sinne des bundesstaatlichen Gedankens bereit ist. Zunächst soll nun die preußische Bevölkerung dafür sorgen, daß ihre Provinzen die längst versprochene ausgedehnte Selbstverwaltung wirklich und ausgiebig erhalten. Der Weg dazu ist noch nicht ganz versperrt. Einstweilen würde es genügen, daß das Reich nur die lebenswichtigsten Gegenstände und Betriebe für sich behält und durch eigene Beamte verwaltet, alle übrigen wertvollen und wichtigen Verwaltungszweige auf dem Boden reichsgesetzlicher Grundlagen an die Provinzen und Einzelstaaten zur Ausführung übergibt. Hierin liegt vielleicht ein Weg zur Verständigung zwischen den Anhängern des Einheits- und denen des Bundesstaates, zwischen Unitaristen und Föderalisten. Nur durch solche Uebergabe reichsgesetzlicher Aufgaben zur Ausführung an die Einzelstaaten und Provinzen kann der modernen demokratischen Bevölkerung Anreiz und Liebe zur Selbstverwaltung und politischen Betätigung gegeben werden. Es genügt nicht, diese politische Betätigung auf den Wahlzettel zu beschränken, der alle paar Jahre abgegeben werden soll. Das Reich kann

seine Gesetzgebung und Zuständigkeit behalten, soll aber den einzelnen Stämmen und Ländern die Ausführung unter Reichsaufsicht überlassen. Dazu gehört u. a. auch das Verkehrswesen im Sinne des Beschlusses, den der bayerische Landtag am 29. Januar gefaßt hat. Es gibt aber auch Gebiete, in denen der freiheitliche Selbstverwaltungsgedanke auf kulturellem Gebiete vom Reich noch längere Zeit wird geschützt werden müssen. Das sind die Länder, in welchen die Katholiken weder Kirchen noch Schulen erhalten können, ohne daß das Reich sie gegen die Unduldsamkeit eines maßgebenden Teils der Bevölkerung schützt. Jene Länder, in welchen die herrschenden Parteien, Nationalliberale und Konservative und selbst die Freisinnigen, den Toleranzantrag des Zentrums bis zum Schluß mit leidenschaftlicher Gehässigkeit bekämpft haben. Wenn hier das Reich nicht selbst seine Verfassung schützt, so werden in Braunschweig, Sachsen, Mecklenburg und den thüringischen Staaten die Katholiken bald wieder die gedrückten Knechte sein, weder Schule noch öffentlichen Gottesdienst erhalten und behalten können.

Bei der nächsten Reichstagswahl muß dann der föderalistische Gedanke überall dort, wo er Wurzeln im Volke hat, zur Wahlparole gemacht werden. Bis dahin hat man Erfahrungen gesammelt und vieles wird sich noch weiter geklärt haben. Das Ziel muß sein: Rückwärtsrevision der Reichsverfassung in dem Sinne, daß die jetzigen „Länder" zu Staaten erhoben werden und die ausgedehnte eigene Verwaltung aller wichtigeren Angelegenheiten erhalten. Der leitende Grundsatz ist: im Notwendigen die Einheit, im übrigen die Freiheit, dem Reiche die Machtfragen, den Einzelstaaten die Kulturfragen.

Hie Heim — hie Hoffmann.

Von Karl Graf von Bothmer, München.

Als am 1. Mai 1919 die preußischen Truppen, verstärkt durch die ersten Anfänge einer verspätet aufgestellten bayerischen Regierungswehrmacht, in München einzogen und das Verbrechergesindel der Räteherrschaft auseinander jagten, da haben sie wohl Ordnung geschaffen, aber nur vorübergehend. Es war die Ordnung als Ausfluß einer militärischen Befehlsgewalt, nicht die Ordnung, die ohne die Anwendung äußerer Gewalt lebensfähig bleibt, weil sie eben die natürliche Folgeerscheinung einer Staatsgesinnung und einer suggestiv wirkenden Staatsautorität ist.

München wurde befreit, das Land wurde erlöst. Angst und Schrecken wichen aus Städten und Dörfern, der Bolschewismus, der unter der Führung von Lues, Hurerei und Verbrechertum stand, lag entwaffnet und entlarvt am Boden und — die bayerische Ruh war wieder hergestellt. Und nun gab es einen Staatsgrundsatz für alle die Vielen ohne Ziel und ohne Leidenschaft, nämlich: quieta non movere. Daß aber die Rätewirtschaft mit ihrem Drum und Dran nur das Symptom eines Krankheitszustandes war, und daß dieser Krankheitszustand mit der Beseitigung der äußeren Erscheinung noch lange nicht beseitigt war, das mochten die einen nicht wahr haben und suchten die andern zu verbergen.

So kam es, daß der erste Vertrauensmann und Nachfolger Kurt Eisners, der pfälzische Volksschullehrer Hoffmann, die Führung der bayerischen Staatsgeschäfte in der Hand behalten konnte, und daß dieser typische Vertreter des Bolschewismus, der Gemütsblähungen, seit nunmehr dreiviertel Jahren sein höchst gefährliches Spiel mit wachsendem Erfolg betreibt. Zwischen ihm und Zeiterscheinungen wie Levien bestehen eigentlich nur Temperamentsunterschiede, nicht aber Gegensätze im Ziel. Denn er glaubt an das Erfurter Programm und betreibt nur die Verwirklichung der Verelendungstheorie schrittweise mit geduldiger Zurückhaltung. So ist er der beste Bundesgenosse der heutigen Reichsregierung und gilt in Berlin als erprobter und zuverlässiger Prokurist der in Liquidation befindlichen Filialabteilung Bayern. Solange Hoffmann Berliner Prokonsul bleibt, der Pilatus im bayerischen Credo, solange besteht keine Gefahr, daß der bayerische Landtag und die öffentliche Meinung in Bayern aus leerlaufenden Maschinen zu Erzeugern staatspolitischer Kraft werden.

Dieses Urteil ist richtig. Aber Herr Hoffmann ist nicht nur der Verbindungsmann zu der heutigen Berliner Regierung, er ist auch vertrauenswürdig genug für eine neue Reichsgewalt, die weiter nach links geglitten ist. Denn er ist kein Mehrheitssozialist, sondern steht innerlich am linken Flügel der U.S.P. Als solcher bereitet er alle Mittel und Wege vor, die zu einer neuen proletarischen Diktatur führen müssen.

Man muß heute sagen: die Dinge haben sich bereits so zugespitzt, daß wir in Bayern unmittelbar vor dem Entscheidungskampf stehen. Nur wenn man diese Zusammenhänge begreift, wird man der bayerischen Bewegung überhaupt gerecht. Es ist tief bedauerlich, daß die in Bayern sich vollziehende Scheidung der Geister in der Tagespolemik über den Rahmen von Personalien- und Cliqueninteressen nicht hinausgekommen ist, und daß sich diese Entwicklung nicht nur unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, sondern vielfach im Gegensatz zu der sogenannten öffentlichen Meinung entwickelt.

Eines Tages wird „hie Heim — hie Hoffmann" das Feldgeschrei von zwei miteinander kämpfenden großen geistigen Heerlagern sein. Gehen wir nun einmal auf die Kampfziele dieser beiden werdenden Gruppen ein, und betrachten wir uns zunächst den Aufmarschplan des Herrn Hoffmann. Er arbeitet mit einem doppelten Bolschewismus: mit dem Lohn- und Gehaltsbolschewismus der Reichszentrale und mit einem bayerisch-innerpolitischen Bolschewismus radikaler Demagogie. Auf vier Kampfgebieten sucht er jetzt das marxistisch-zentralistische Reichsregiment innerhalb der weißblauen Provinz dauernd zu festigen, nämlich:

1. auf dem Gebiete der Auflösung aller Verwaltungseinheit in Bayern,
2. auf dem Gebiete der Wiederbelebung jener revolutionären Einrichtungen, die mit dem militärischen Einmarsch in München vom 1. Mai 1919 angeblich beseitigt worden sind,
3. mit dem Indienststellen der Staatsmaschine für die Wiederverschmelzung aller sozialistischen Gruppen, und
4. mit der Verhinderung jeden Volksentscheids.

Zunächst etwas zu dem ersten Punkt. Militär, Finanz und Eisenbahn sind die drei großen Verwaltungsgebiete, auf denen die Zerreißung Bayerns in drei voneinander unabhängige Kantone betrieben wird. Die drei Finanzämter München, Nürnberg und Würzburg stehen in keinerlei behördlichem Zusammenhang miteinander, nurmehr in unmittelbarer Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium. Aehnlich liegt es bei den drei Reichswehrbrigaden, die nur in militärischer Hinsicht einem Landeskommandanten unterstellt sind. Wie planmäßig man bemüht ist, in Berlin die letzten Reste von Kompetenz einer bayerischen Landesregierung auszuhöhlen, ersieht man an folgendem Vorgang: Man hat in Berlin eine Landwirtschaftsbank gegründet, für das gesamte Deutsche Reich. Seitens des Reichsfinanzministeriums wurden die Landesfinanzämter in Bayern angewiesen, für die jeweils in ihrem Verwaltungsbereich befindlichen Reichswehrbrigaden den Bedarf von Heu und Stroh bei der Berliner Landwirtschaftsbank anzumelden, keinerlei Verträge mehr mit bayerischen Händlern oder Genossenschaften wegen Lieferung dieser Produkte abzuschließen, die noch bestehenden Verträge ablaufen zu lassen; denn die Landwirtschaftsbank in Berlin soll durch ihre eigenen Einkäufer Heu und Stroh in Bayern aufkaufen und davon den Bedarf der einzelnen Brigaden decken. Irgendwelche Kontrolle über die durch die Einkäufer der Berliner Landwirtschaftsbank erfaßten Mengen von Heu und Stroh steht der Attrappe, die man heute noch bayerische Landesregierung heißt, nicht mehr zu. Es ist also der Schutz des Landesbedarfs durch eine bayerische Landesregierung nicht mehr möglich. Bayern kann und wird auf diesem Wege aus einem Ueberschußgebiet von Heu und Stroh nach all den Erfahrungen, die wir mit dem Berliner Spekulantentum gemacht haben, naturnotwendig ein Bedarfsgebiet und wir werden eines Tages erleben müssen, daß die Berliner Landwirtschaftsbank allen bayerischen Konsumenten von Heu und Stroh ihren Bedarf mit einem erheblichen Zwischengewinn anbietet. Aehnlich steht es mit den bayerischen Eisenbahnen. Die Versprechungen einer einheitlichen Landeszentrale werden nicht gehalten; Bayern soll auch auf diesem Gebiete in drei Direktionsgebiete eingeteilt werden, und Bayern soll außerdem durch die Verreichlichung der Eisenbahnen geprellt werden um einen erheblichen Vermögensbestand, der sich heute noch in der Liquidationsmasse des alten Königreichs Bayern befindet. Hinter diesen Dingen steckt angeblich der Gedanke der Wahrung deutscher Einheit und der Reichstreue, in Wirklichkeit aber nur das Kompromiß zwischen Verelendungs-

theoretikern und Spekulantentum, die Umformung Deutschlands in ein mechanisch-kapitalistisches Machtgebilde, das sich durch nichts in seinen Methoden von der Moskauer Sowjetregierung unterscheidet.

Nun braucht man zur endgültigen Verwirklichung dieses Zieles die Zermürbung und Zersetzung jedes Restes von Staatsgesinnung der einzelnen Länder, die Auflösung jeglichen auf Heimatgesinnung aufgebauten Staatsgefühles, mit anderen Worten, die Anarchie auf allen Gebieten. Und sehr geschickt setzt hier die Politik Hoffmanns ein. Es wurde jetzt eine Verordnung des Ministeriums des Innern erlassen, wonach die Arbeiterräte v. 17. 12. 18, das heißt jene Anfänge einer Sowjetbildung aus der Zeit Eisnerscher Herrschaft, die schließlich im Mai 1919 blutig niedergekämpft werden mußte, mit einer offiziellen Funktion neu belebt werden. Sie sollen die Kontrolle über die Nahrungsmittelversorgung übertragen erhalten. Die Regierung Hoffmann hat bisher schon sich bemüht, diese Arbeiterräte, soweit sie noch bestehen, am Leben zu erhalten, indem die Bezirksräte angewiesen wurden, für diese Arbeiterräte Diäten weiter zu bezahlen, ohne daß ihnen dafür seitens der Staatskasse ein Ausgleich gegeben wird. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Erding bekommt ein Lehrer als Mitglied des Arbeiterrates vom Bezirksrat monatlich noch 560 Mark bezahlt. In Stadtamhof, in Donauwörth usw. liegen die Dinge ähnlich. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese Verordnungen nicht etwa durch den Ministerrat gutgeheißen, sondern vom Ministerium des Innern ohne Kenntnis des Landwirtschaftsministeriums verfügt wurden, daß also ein innerer Zusammenhang in den wichtigsten staatspolitischen Maßnahmen der Körperschaft, die man heute in Bayern Ministerrat heißt, nicht besteht, daß also auch hier schon Zersetzungserscheinungen zu beobachten sind.

Und das andere Gebiet, auf dem Herr Hoffmann seine Abbrucharbeiten fortsetzt, ist ein Canossagang zur U. S. P., ist Wiedergutmachungsarbeit gegenüber all jenen Elementen, deren Tätigkeit im vorigen Jahr im Namen des Reichsinteresses mit Waffengewalt zerstört werden mußte. Er setzt sich persönlich ein für die Amnestierung aller hinter Schloß und Riegel gebrachten gemeingefährlichen Demagogen, und führt im Ministerrat scharf und konsequent den Kampf gegen den bayerischen Justizminister Dr. Müller, der sich bemüht, diese Gefahr abzuwenden, der aber durch seine Parteifreunde Hamm und Frauendorfer im Ministerium im Stich gelassen wird. Dabei wandelt Herr Hoffmann auf diesem Gebiete den Weg der Ignorierung des Landtags und seiner souveränen Vollmachten. Unter dem Einfluß Hoffmann's hat die gesamte Landtagsfraktion der Mehrheitssozialisten in Bayern nicht etwa einen Antrag an das Plenum des Landtags gestellt, sondern korporativ eine unmittelbare Eingabe an den Justizminister gemacht mit dem Verlangen nach Amnestierung dieser Elemente. Wir haben also bereits auch von derjenigen Gruppe der Sozialisten im bayerischen Landtag, die angeblich noch auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie steht, eine Aktion unter Ausschaltung des Landtages. Das ist nur ein erster Schritt auf dem Wege der proletarischen Diktatur und zur Rückkehr Eisnerscher Staatsführung. Dies tritt um so deutlicher in die Erscheinung, wenn man die eigentlichen Zwecke aufdeckt, die mit der Amnestierung auch von Seiten der Mehrheitssozialisten in Bayern verfolgt werden. In einem Brief, den der mehrheitssozialistische Abgeordnete Nimmerfall an den sozialdemokratischen Staatsrat Alwin Saenger gerichtet hat, wird eindeutig ausgesprochen, daß im Interesse der Parteientwicklung und der Agitation diese heute hinter Schloß und Riegel sitzenden Parteielemente nicht entbehrt werden können.

So bereitet sich in Bayern die neue marxistische Kampffront vor und die Wiederherstellung des Zustandes vor dem militärischen Einmarsch vom 1. Mai 1919. Es ist nicht verwunderlich und nur scheinbar unlogisch, wenn diese gleichen Elemente abhold jeder Auflösung des Landtags und jedem Wahlkampf sind. Sie wollen keinen Wahlkampf, der der wahren Stimmung des Landes entspricht und der das Organ eines kraftvollen staatlichen Eigenlebens darstellt. sie wollen ihn langsam ermüden und zermürben, zu einer einflußlosen Schwätzerbude werden lassen, soweit er das nicht heute schon ist, und betreiben gleichzeitig die Auflösung des letzten Restes von behördlicher Organisation. Das ist die Taktik, mit der alles politische Leben bekämpft werden soll, das man von dieser Seite als Reaktion bezeichnet. Und wer nicht blind sein will muß sehen, daß diese Zersetzungarbeit unter der Patronage der Berliner Reichsregierung vor sich geht.

Nun zu der Gruppe: Hie Heim. Hier ist der Sammelpunkt Aller ausnahmslos, welche diese Gefahr erkennen und welche in der Wiederherstellung eines staatlichen bayerischen Eigenlebens das einzig wirksame Gegengewicht gegen eine bolschewistisch-anarchistische Entwicklung im Süden Deutschlands begreifen. Es muß die Aufgabe der Heim'schen Politik werden, auf dem Wege des ordentlichen Wahlkampfes mit dem Mittel der Kabinettskrisis das Land vor dieser fürchterlichen Gefahr zu befreien. Die Person Dr. Heims wird von den offenen, heimlichen, bewußten oder fahrlässigen Gegnern solcher positiven Staatsarbeit in den Vordergrund geführt. Und das ganz mit Unrecht. Das sind Klopffechter-Kunststückchen, um etwas als unsachlich hinzustellen, was man mit sachlichen Gründen überhaupt nicht bekämpfen kann. Die Rettung des Staates kann überhaupt nur kommen, wenn die Einheitsfront des Nährguterzeugers und Nährgutvergebers in den Mittelpunkt der staatlichen Wirtschaft gestellt wird und wenn alles, was nicht entwurzelt an Leib und Seele ist und ein Verständnis für gewachsene Staatsordnung hat, sich zusammenfindet. Diese Zwecksetzung der Oppositionsbewegung gegenüber dem Ministerium Hoffmann ist zwingend.

Natürlich ist es nicht leicht, die große einheitliche Leidenschaft eines unpersönlichen Staatsinteresses wieder zur freien Entfaltung zu bringen, denn der Schutt und das Bröckelwerk aus dem Zerfall deckt noch manches ehrliche Leben zu. Und die parasitären Erscheinungen auf dem politischen Acker aus der Zeit der Revolution wollen sich nicht freiwillig ausjäten lassen. Zeitungsgründungen, Stellenjäger, Menschen, die ohne Mandat ins Nichts und ins Vergessen zurücksinken, sind noch die Hilfstruppen, und zwar noch die gefährlichsten Hilfstruppen jener marxistisch-anarchistischen Front, sind jene Leute, die immer wieder sagen es ist noch zu früh, sind die Spinnen, die die Fäden immer wieder zu faulen Kompromissen machen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß das nur Erscheinungen sind, die auf der Oberfläche sich befinden, und daß die Einigung aller ordnungsliebenden Elemente in Bayern über die Köpfe der Führer hinweggeht, wenn wir ihr fernbleiben und dann gefährliche Formen annimmt, Formen, die uns des alten Schutzes staatlicher Ordnung gegenüber dem Vergewaltigungswillen fremder Mächte berauben.

Das muß verhütet werden. Hie Heim — hie Hoffmann. Ein Mittelding gibt es nicht. Die beiden Personen aber sind in diesem Zusammenhang nichts anderes wie die charakteristischen Typen zweier mit einander unvereinbaren Staatsziele.

Die Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau.

Von Redakteur Rud. J. Steimer, Düsseldorf.

Die allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages brachte für die Arbeitszeit in den Bergwerken als logische und an sich berechtigte Konsequenz die Verkürzung auf sieben Stunden. Die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 enthielt zwar keine Sonderregelung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter, indessen hatten diese schon vor dem Kriege mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Schwere ihrer Arbeitsbedingungen eine meist um zwei Stunden kürzere Arbeitszeit als die Gesamtheit der übrigen Arbeiterschaft. Um die Herabsetzung der Arbeitszeit zuerst auf $7\frac{1}{2}$ dann auf sieben Stunden kam es im April 1919 zu dem schweren, die gesamte Wirtschaft schädigenden Kampfe, der an der Ruhr und in Oberschlesien einen Förderausfall von sechs Mill. Tonnen verursachte. Damals wurde schon als das Ziel der Bergarbeiterschaft die Einführung der Sechsstundenschicht bezeichnet. Die Propaganda für die Sechsstundenschicht bewegte sich anfangs in ganz allgemeiner und oberflächlicher Agitation, so wurde z. B. auf die zeitweilig großen Haldenbestände an Kohlen hingewiesen, deren Abtransport unsre Verkehrsmittel nicht gewachsen seien, die Herabsetzung der Arbeitszeit würde also, so erklärte man, die Kohlenversorgung nicht nennenswert beeinflussen. Die kommunistische Propaganda machte sich die Strömungen unter der Bergarbeiterschaft zunutze und unterstützte deren Forderungen nach wesentlich höheren Schichtlöhnen und besseren Lebensverhältnissen. Diese Propaganda fand im Ruhrbezirk einen aufnahmefähigen Boden, denn nirgends verstand es das üppig wuchernde Schiebertum so wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in schamloser Profitgier aus der Not des Volkes Kapital zu schlagen. Diese Verhältnisse erschwerten eine sachliche Aufklärung außerordentlich und angesichts der mit Lebensmitteln und Leckerbissen zu unerschwinglichen Preisen vollgepfropften Auslagen der Geschäfte,

während die dem Arbeiter zugeteilte Wochenration drei Pfund Kartoffeln betrug, war es den Unabhängigen und Kommunisten nicht schwer, die Bergarbeiter zu radikalisieren.

Nun ist der Arbeitszeit unter Tage im Ruhrbergbau frühzeitig die ernsteste Aufmerksamkeit zugewendet worden und ein vom Reichsarbeitsminister berufener Ausschuß hat sich monatelang mit der Frage befaßt. Zur gleichen Zeit fanden bemerkenswerter Weise in England die Beratungen der zum gleichen Zweck eingesetzten Sankey-Kommission — so nach dem Namen ihres Vorsitzenden, eines hohen richterlichen Beamten benannt —, statt. Für die deutsche Kommission handelte es sich vor allem darum, die voreiligen, überhasteten und oberflächlichen Arbeiten des in den ersten Wochen nach der Revolution tätig gewesenen Neuner-Ausschusses zu entwirren. Die Kommission setzte sich aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie Vertretern der volkswirtschaftlichen Wissenschaften zusammen. Die vom Reichsarbeitsminister gestellte Frage, ob ohne Gefährdung der Kohlenversorgung Deutschlands vom 1. Februar 1920 an die Sechsstundenschicht im Kohlenbergbau des Ruhrreviers eingeführt werden kann, wurde von den Arbeitgebern und Wissenschaftlern rundweg verneint. Während die Arbeitgeber die Beibehaltung der Siebenstundenschicht forderten, brachten die Wissenschaftler eine Lohnerhöhung für die siebte Stunde von mindestens 25 Prozent in Vorschlag. Die Arbeitnehmer forderten die grundsätzliche Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit vom 1. Februar 1920 ab; doch sollten die unter Tage Beschäftigten in Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Nöte weiter Volkskreise gesonnen sein, die siebenstündige Schicht bei entsprechender Wertung (1 1/6 Schicht) zu verfahren. Die Arbeitgeber und die Wissenschaftler fanden sich sodann noch auf dem Boden eines Beschlusses zusammen, daß angesichts der durch innere und äußere Verhältnisse verursachten Notlage die Kohlenförderung mit allen Mitteln, insbesondere auch durch Ueber- und Nebenschichten, gesteigert werden müsse.

So ergab sich denn nach der praktischen Seite hin eine Uebereinstimmung, daß vorläufig die Siebenstundenschicht, wie sie im Ruhrkohlenbergbau nach dem großen Streik im April eingeführt worden ist, beibehalten werden sollte. Erfreulicherweise ist es gelungen, eine Basis zu finden, auf der dann weitere Verhandlungen möglich waren; der Sechsstundenschicht wurde grundsätzlich zugestimmt, vorläufig aber werden unter Tag sieben Stunden gearbeitet, bei entsprechender Wertung der siebten Stunde als Ueberschicht. Auf dieser Basis war es denn auch den Arbeiterorganisationen möglich, am 2. Februar die Bergarbeiter im ganzen Ruhrgebiet zum Einfahren zu bringen.

Damit ist nun natürlich die Entwicklung nicht abgeschlossen, die Sechsstundenschicht wird doch kommen, daran zweifeln auch die Arbeitgeber im Bergbau nicht. Nur über den Weg und den Zeitpunkt der Einführung ist man sich noch im Zweifel. Mit größter Wahrscheinlichkeit, ja sogar mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die radikalen Elemente der Arbeiterschaft sich nicht beruhigen und erneut die Agitation für die Sechsstundenschicht aufnehmen werden. Da wird es denn außerordentlich viel auf die Einsicht der Bergarbeiterschaft ankommen, ob sie sich erneut zu volksschädigenden Bewegungen wird aufputschen lassen. Wenn es durch Behebung der Wohnungsnot im Ruhrrevier gelingt, die erforderliche Anzahl Arbeiter anzusiedeln, dann ist bei starker Vermehrung der Belegschaften eine Vierteilung des Tages in drei Förderschichten und eine Reparaturschicht zu je sechs Stunden möglich. Das Hauptziel ist und bleibt jedoch die Herbeiführung einer internationalen Abmachung mit den Bergbau treibenden Staaten. Solange der Frieden nicht ratifiziert war standen einer solchen Vereinbarung Hindernisse entgegen, eine Erörterung der Frage auf der Konferenz in Washington scheiterte an der Abwesenheit der deutschen Delegierten. Da jedoch in England sich gleiche Bestrebungen geltend machen, besteht die Aussicht, eine Vereinbarung auf internationaler Grundlage herbeizuführen.

Die Stimmung weitester Volkskreise in Deutschland ist in der Frage der Sechsstundenschicht ungünstig beeinflußt worden durch den verfehlten Zeitpunkt, zu dem eine solche das Wirtschaftsleben stark berührende Angelegenheit zur Erörterung gelangte. Auch hat die Art der Agitation für die Sechsstundenschicht wenig dazu beitragen können, daß die bedeutsame Frage mit der nötigen Sachlichkeit und Vorurteilslosigkeit betrachtet wurde. Die Agitation der Unabhängigen und der Kommunisten verwob mit der Angelegenheit politische Ziele, und die sachliche Erörterung der Frage der Sechsstundenschicht bewegte sich in oberflächlicher schlagwortmäßiger Argumentation. So wurde die Vermehrung der Belegschaften und die Errichtung von Wohnungen für mindestens 150000 Bergleute als durchaus einfache Sache angesehen und völlig darüber hinweggegangen, daß die betriebstechnischen Einrichtungen vieler Gruben in den letzten Jahren derart abgenutzt sind, daß dort nicht einmal eine zweite Förderschicht eingeführt werden kann. Die da und dort erhobenen exorbitanten Lohnforderungen trugen auch nicht dazu bei, die weitere Oeffentlichkeit günstig zustimmen.

Und doch wird derjenige, der die Gefahren und Beschwerlichkeiten des Kohlenbergbaues kennt, der Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit schwerlich die Berechtigung absprechen. Die Bedrohung von Leib und Leben, die Belastung der Gesundheit und Arbeitskraft steigt mit dem Ausmaße der unter Tage verbrachten Stunden, ohne daß die Arbeitsleistung in gleichem Maße wächst, im Gegenteil: der Höchstgrad der Förderung wird erreicht, wenn der Bergmann die ganze Arbeitszeit mit unverminderter Kraft und Freudigkeit durcharbeiten kann.

Die Sechsstundenschicht ist übrigens unter einer bestimmten Voraussetzung bei uns schon seit dem Jahre 1905 gesetzlich eingeführt: an Betriebspunkten mit einer Wärme von 28 Grad Celsius und darüber. Solche heißen Orte sind im Ruhrrevier nicht selten. Außerdem ist zu beachten, daß die Arbeitszeit des Bergmanns nach Lage der Verhältnisse neben der reinen Arbeitszeit einen erheblichen „unproduktiven“ Teil umfaßt; Umkleiden und Einfahrt nimmt erhebliche Zeit in Anspruch und der oft recht zeitraubende und beschwerliche, die Arbeitskraft beeinträchtigende Weg unter Tage vom Förderkorb bis „vor Ort“ muß als Arbeit gelten. Dasselbe ist der Fall nach Beendigung der Arbeit, wozu noch die Zeit für ein Bad kommt. So ist es richtig, daß die reine Arbeitszeit, in der allein Kohle gebrochen und gefördert wird, nicht allzu reichlich ist, sie beträgt bei der Siebenstundenschicht nach Angabe der Arbeiter selbst nur 5 1/2 bis 5 3/4 Stunden. Sie stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Steigerung der Förderung durch geeignete technische Maßnahmen möglich sei.

Das Wesentlichste für eine den Kohlenbedarf im Reiche und die Produktion in allen Industriezweigen sicher stellende Arbeit im Kohlenbergbau ist nun Ruhe. Die einsichtigen Kreise der Bergarbeiterschaft haben volles Verständnis dafür gezeigt, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands zurzeit keine so einschneidende Maßnahmen verträgt, und sie begnügten sich mit der grundsätzlichen Festlegung der Sechsstundenschicht. Weite Kreise in der Bergarbeiterschaft lehnen auch die unausgesetzte Wühlerei radikaler Elemente ab und sind ernstlich bemüht, den alten Ruf des deutschen Bergmannes, fleißig und gewissenhaft zu arbeiten, wieder herzustellen. „Wir haben ebensoviel Verantwortlichkeitsgefühl wie die Unternehmer“ erklärten die Wortführer mehrfach während der Verhandlungen. In der Tat ist sich auch der Bergmann bewußt geworden, daß auf seinen Schultern die deutsche Wirtschaft ruht, und wenn sich der Arbeitswille und die Arbeitsfreudigkeit bereits sichtlich gehoben haben, so ist das ein Ausfluß dieses Verantwortlichkeitsgefühls. Freilich erklärten die Arbeitervertreter auch, daß sie wohl arbeiten, aber nicht mehr wie früher „schuften“ wollten. Das ist begreiflich. Die harte Notwendigkeit des Krieges brachte einen durch die lange Hungerblockade verschärften Raubbau an Menschenkräften mit. Darunter hat die Allgemeinheit zu leiden, vorzeitig verbrauchte Arbeiter belasten nur die Volkswirtschaft, nur arbeitsfrohe und leistungsfähige Arbeiter vermögen sie zu beleben. So ist es denn unerläßlich, daß die Arbeiterschaft, sofern sie unter den Kriegs- und Hungerfolgen leidet, in den Stand versetzt wird, diese baldigst zu überwinden. Aber nicht nur das physische Moment kommt für die Erhöhung des Arbeitswillens und der Arbeitslust in Betracht, die neue Zeit mit ihren neuen Grundsätzen macht sich auch in einem verstärkten Wiederaufleben von zum Teil älteren Forderungen geltend: Die Anerkennung der Gewerkschaften, die paritätische Besetzung der Arbeitsnachweise, die Einführung von Urlaub, die Sicherung von Tarifverträgen, die Reform des Knappschaftswesens, endlich die Betriebsräte, alles das sind unwägbare Dinge, die von großer Bedeutung sind.

Die Sechsstundenschicht wird kommen, damit muß sich die deutsche Wirtschaft abfinden. Hoffentlich kommt sie auf dem Wege friedlicher Entwicklung und wird nicht durch den Terror fanatischer Massen erzwungen, wodurch die Kohlenförderung wieder den Krebsgang antreten müßte. Nach dem Ausfall im Saarrevier und Oberschlesien, unter dem Druck der uns aufgezwungenen Kohlenlieferungen nach Frankreich und Italien und zur Erfüllung unseres mit Holland abgeschlossenen Kreditvertrages ist eine Sicherstellung, eine Vermehrung der Kohlenproduktion im Ruhrrevier eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland.

Gebet.

Ich bete nicht um ein leichtes Leben,
Das magst du den Schwachen und Weichen geben.
Um was ich bete, das ist Gefahr,
Zwei Hände rein, zwei Augen klar,
Ein Herz, das hohe Dinge hegt,
Ein Hirn, das Lebensfunken schlägt.
Gib mir, wie dem sehnigen Senn der Almen,
Zwei derbe Fäuste zum Zermalmen,
Gib mir die wägende, wollende Kraft,
Die aus Vernichtung Neues schafft.
Gib mir, wie dem Sommerfelde des Bauern,
Sonne und Säfte, um durchzudauern.

F. Schrönghamer-Heimdal.

Die Reichsfinanzreform.

Von Andreas Ritter von Stoeckle, Präsident des Obersten Rechnungshofes, München.

Das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919 enthält in § 1 die Bestimmung, daß die Reichssteuern von den Reichsbehörden (Finanzbehörden) verwaltet werden. Dabei ist näher beschrieben, welche Abgaben als Reichssteuern anzusehen sind. Zugleich sind die mit der Verwaltung der Reichssteuern betrauten Behörden angeführt.

In einer Verordnung des Reichsfinanzministers vom 27. September 1919 zur Einführung der Reichsfinanzverwaltung ist verfügt, daß die nach Landesrecht für die Veranlagung und Erhebung von Zöllen und Reichssteuern bestimmten staatlichen Amtsstellen vom 1. Oktober 1919 ab bis auf weiteres als Finanzämter im Sinne des Reichsgesetzes über die Reichsfinanzverwaltung und die den genannten Amtsstellen vorgesetzten Oberbehörden vom gleichen Tage an als Landesfinanzämter im Sinne des gleichen Gesetzes gelten. Damit haben die bayerischen Rentämter und die Regierungsfinanzkammern wie die betreffenden staatlichen Amtsstellen in den übrigen Ländern rechtlich ihr Ende gefunden und sind nur mehr als Reichsämter anzusehen.

Unwillkürlich erhebt sich die Frage, ob eine derartige einschneidende Maßnahme notwendig war und ob das Interesse des Reiches die Uebernahme aller Finanzamtsstellen in den einzelnen Gliedstaaten auf das Reich erheischte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der unglückliche Ausgang des letzten Krieges unabweisbar fordert, daß alle steuerpflichtigen Bewohner Deutschlands auf der Grundlage ihres Vermögens gleichmäßig zu Abgaben für die Deckung der Kriegskosten und der Kriegsschäden herangezogen werden und daß es nicht den einzelnen Ländern überlassen werden kann, in welcher Weise sie sich an der Tragung der furchtbaren Lasten beteiligen wollen, sondern daß die Abgaben auf Grund von Reichsgesetzen entrichtet werden müssen, damit eine gerechte Verteilung der Lasten erfolgt. Die Erlassung von Reichssteuergesetzen bedingt jedoch noch lange nicht die Einführung von Reichsfinanzbehörden in allen Ländern, wie auch die Reichsgesetze vom Jahre 1871, namentlich das Reichsstrafgesetzbuch, die Reichsstrafprozeßordnung, die Zivilprozeßordnung, dann später das Bürgerliche Gesetzbuch usw. seit der langen Reihe von Jahren nicht von Reichsgerichten in den einzelnen Bundesstaaten, sondern von den einheimischen Gerichten zur Anwendung gebracht wurden, ohne daß sich irgendein Nachteil für das Reich, die Bundesstaaten oder die Beteiligten ergeben hätte.

Eine neue Organisation von Behörden ist nur dann gerechtfertigt, wenn die bisherige Organisation mit großen Mängeln behaftet war und nunmehr eine wesentliche Verbesserung mit Sicherheit zu erwarten ist.

Die Einführung einer neuen Organisation in den Behörden verlangt Beamte, welche die bisherige Verwaltung genau kennen und wissen, was an dem bisherigen System gut und was mangelhaft war, weiter eine gründliche Ueberlegung und eine geraume Zeit der Vorbereitung. Die mit jeder Neuorganisation verbundene Umwälzung ist nicht gering, selbst wenn bisher alles in Ordnung war, und erfordert eine lange Zeit, bis die neue Organisation sich eingelebt hat. Wenn aber Unordnung schon vorher herrschte, wie es in dem ganz revolutionierten Deutschland der Fall ist, dann ist die Neuorganisation einer großen Verwaltung ein gefährliches Unternehmen. Auf keinen Fall kann die neue Organisation in Bälde richtig funktionieren, wenn sie überhastet und nicht gründlich vorbereitet ist.

Mußten nun für die Verwaltung der Reichssteuern unbedingt Reichsfinanzbehörden aufgestellt werden oder konnte die Verwaltung der neuen Reichssteuern nicht auch den bisherigen Amtsstellen der Gliedstaaten übertragen werden? Sind während des unglücklichen Krieges die den Reichsangehörigen auferlegten Abgaben nicht richtig festgesetzt und eingehoben worden?

In der Nationalversammlung vom 13. August 1919 hat die Uebertragung der Steuerverwaltung auf das Reich nicht allseitige Zustimmung gefunden. Insbesondere hat der Abgeordnete Kraut seinem Bedauern über die Aufhebung der Steuerhoheit und damit der Selbständigkeit der Einzelstaaten Ausdruck gegeben und die Anschauung vertreten, daß es wohl möglich gewesen wäre, die Vereinheitlichung der Steuerveranlagung und der Steuererhebung durchzuführen, ohne daß in sämtlichen Ländern Reichsbeamte eingesetzt würden. Man hätte nach seiner Anschauung die Reichsgeschäfte wie bisher unter Aenderung der Bestimmungen über die Veranlagung und Erhebung der Steuern durch Landesbeamte besorgen lassen können.

Wenn nun aber eine Neuorganisation der Finanzbehörden für dringend geboten erachtet wurde, so hätte man wohl die Organisation jenes Gliedstaates zugrunde legen sollen, von dem man anerkannte, daß seine Organisation sich bisher bewährt hatte und daß seine Finanzbeamten für die neuen Steuergesetze am besten vorgebildet sind. Dieses Land ist aber Bayern, wie in der Nationalversammlung zugegeben wurde. In Bayern ist der Veranlagung der Einkommensteuer, dann der Kapitalrenten- und der Gewerbesteuer seit vielen Jahren die Fassion der Steuerpflichtigen zugrunde gelegt. Die bayerischen Finanzbeamten sind für diese Veranlagungsmethode vorgebildet und geschult. Die Amtsvorstände haben schon vor ihrer Ernennung zu solchen als Rentamtsassessoren und zum Teil schon als Kameralpraktikanten mehrmals eine Steuerveranlagung durchgemacht und während ihrer Verwendung bei den Regierungsfinanzkammern die Steuerveranlagung mehrerer Rentämter durchgeprüft, sich sohin eine große Praxis und umfangreiche Kenntnisse angeeignet. Das rentamtliche Gehilfenpersonal aber mußte, von ein paar Spartenämtern abgesehen, bei jeder Steuerveranlagung tüchtig mitarbeiten, weil die Personalbesetzung der einzelnen Rentämter mit wenigen Ausnahmen so knapp war, daß fast jeder Inzipient und Assistent wacker zugreifen mußte, um die Steuerveranlagung rechtzeitig durchführen zu können. Außerdem hatten aber Assistenten und Inzipienten ein großes Interesse daran, bei der Steuerveranlagung praktisch mitzuarbeiten, weil diese Tätigkeit ihnen die Vorbereitung für ihre Prüfung, bei welcher mehrere Aufgaben aus den Steuergesetzen gegeben wurden, wesentlich erleichterte und sie instand setzte, diese Aufgaben innerhalb der vorgeschriebenen Zeit richtig und gut zu lösen. Jeder Amtsvorstand hatte das größte Interesse daran, daß seine Amtsgehilfen im Steuerwesen bewandert waren, weil er einen großen Teil der Veranlagungsarbeiten ihnen überlassen mußte und sich nur auf Kontrollen beschränken konnte; er war auf ihre förderliche Mitwirkung angewiesen, um die Veranlagung bis zum vorgesteckten Termin zu Ende zu bringen. Die Amtsvorstände haben daher in der Regel, namentlich bei Einführung neuer Steuergesetze, die einzelnen Bestimmungen mit dem Personal durchbesprochen und auf die damit verbundenen Schwierigkeiten aufmerksam gemacht.

Die rentamtliche Steuerveranlagung wurde bis zum Jahre 1910 bei den Regierungsfinanzkammern geprüft. Diese Prüfung wurde in der Weise vollzogen, daß die Steueroperate der Revision durch das Rechnungskommissariat der Finanzkammer unterstellt wurden. Die Prüfung erstreckte sich nicht bloß auf die Verprobung des ziffernmäßigen Ergebnisses, sondern auch auf die Verprobung der Steueransätze auf Grund der Fassionen und sonstigen Erhebungen. Die Tätigkeit des Finanzrechnungskommissariates wurde überwacht und kontrolliert durch die Referenten (Regierungsräte und Regierungsassessoren) der Regierungsfinanzkammern. Durch diese Kontrolle und mehrfache Abordnungen der Referenten an die Rentämter zum Zwecke der Visitation des Steuerwesens und zur Prüfung der Veranlagungsarbeiten in dem Vorbereitungsstadium und nach der Veranlagung, sowie durch Abordnung von solchen zur

Anwohnung in den Steuer-Ausschußsitzungen wurde eine möglichst gleichheitliche Veranlagung der Steuern in den Regierungsbezirken gewährleistet.

Auf Grund der Steuergesetze vom Jahre 1910 hatte die Revision der Veranlagungsarbeiten nur mehr am Sitze der Rentämter zu erfolgen, da es von diesen als sehr mißlich empfunden worden war, wenn die Steueroperate längere Zeit bei den Regierungsfinanzkammern zum Zwecke der Revision behalten werden mußten, während sie dieselben zur Aufschlußerteilung und sonstigen Zwecken sehr notwendig brauchten. Doch war den Regierungsfinanzkammern vorbehalten, in besonderen Fällen, namentlich wenn die Stichproben zahlreiche und erhebliche Mängel der Veranlagungsarbeiten hatten ersehen lassen, ins einzelne gehende erschöpfende Revisionen vornehmen zu lassen. Die Veranlagungsarbeiten der Rentämter konnten sohin durch die vorgesetzte Behörde nach Bedarf eingehend geprüft und überwacht werden, so daß die Rentämter gehalten waren, auf den richtigen und gewissenhaften Vollzug der Steuergesetze jederzeit bedacht zu sein.

Bei den Regierungsfinanzkammern wurden auch die gegen die Steuerfestsetzungen der Steuerausschüsse einkommenden Berufungen, soweit diese nicht in einem Nachprüfungsverfahren durch den Steuerausschuß selbst erledigt wurden, in eigenen Berufungskommissionen weiter behandelt und verbeschieden. Da diese Berufungsfälle von den Sachreferenten der Regierungsfinanzkammern eingehend behandelt werden mußten, so dienten sie dazu, einerseits die Sachreferenten über die Steuerveranlagungstätigkeit der Rentämter stets auf dem laufenden zu halten, anderseits den Rentämtern wertvolle Entscheidungen zur Beachtung bei der nächsten und späteren Steuerveranlagung an die Hand zu geben.

Eine Oberberufungskommission bei dem Staatsministerium der Finanzen hatte die Beschwerden gegen die Bescheide der Berufungskommissionen zu erledigen. Die Bescheide der Oberberufungskommission dienten den Rentämtern und den Regierungsfinanzkammern zur Richtschnur bei der Steuerveranlagung und bei der Verbescheidung von Berufungen.

Die Rentämter in Bayern umfassen teils größere, teils kleinere Bezirke. Es ist selbstverständlich, daß die Steuerveranlagung in kleineren Bezirken gründlicher und gleichmäßiger durchgeführt werden kann als in größeren, weil der Amtsvorstand in der Lage ist, die Tätigkeit seines Gehilfenpersonals hinsichtlich der Erhebungen und Steuerberechnungen besser zu überwachen. Es kann daher auch in kleinen Rentamtsbezirken das Vermögen bzw. das Einkommen gründlicher erfaßt werden als in größeren Bezirken. Die Steuerveranlagung bei großen Stadtrentämtern stellt an das rentamtliche Personal, insbesondere aber an die Amtsvorstände und die Vorsitzenden der Steuerausschüsse ungeheure Anforderungen, verlangt riesigen Fleiß und größte Ausdauer. Trotz alledem aber kann bei diesen die Veranlagung selten innerhalb der vorgeschriebenen Frist durchgeführt werden.

Nicht minder war die Prüfung der Steuerveranlagung sehr anstrengend, aber dringend geboten. Sobald eine sachgemäße Prüfung unterlassen wird, so stellt sich alsbald eine mangelhafte Veranlagung und schließlich große Unordnung ein.

Nach den vorstehenden Ausführungen war in Bayern die Steuerveranlagung, das Rechtsmittelverfahren und die Ueberprüfung in mustergültiger Weise geregelt. Die sämtlichen in Betracht kommenden Beamten sind gründlich unterrichtet und erfahren, so daß ihnen das Einleben in die neuen Reichssteuergesetze keine besonderen Schwierigkeiten verursachen wird.

In dem Gesetze vom 10. September 1919 über die Reichsfinanzverwaltung ist die Steuerveranlagung bei den Finanzämtern Ausschüssen übertragen, über deren Bildung und Zahl der Mitglieder nähere Vorschriften noch ausstehen. Gemäß § 23 Abs. 2 leitet der Vorsteher des Finanzamtes die Verhandlungen des Ausschusses. Bei großen Finanzämtern wird diese Bestimmung nicht wohl durchzuführen sein; denn wenn der Amtsvorstand alle Ausschußverhandlungen leiten soll, werden die Ausschüsse fast das ganze Jahr hindurch in Tätigkeit sein, weil verschiedene Ausschüsse nicht gleichzeitig und nebeneinander tagen können. Es wird daher wohl notwendig werden, daß auch Nebenbeamte mit der Leitung der Steuerausschüsse in deren Sitzungen betraut werden, wie es in Bayern bisher schon der Fall war, indem Rentamtsassessoren vom gleichen oder von einem anderen Rentamt oder auch Finanzrechnungskommissäre und Finanzassessoren von den Regierungsfinanzkammern zur Leitung der Ausschußverhandlungen abgeordnet wurden.

Den Steuerausschüssen bei den Finanzämtern scheint auch eine Art Nachprüfung bei Berufungen übertragen werden zu wollen, wie aus § 18 des Gesetzes zu entnehmen ist.

Bezüglich der Vornahme einer gründlichen Revision und Prüfung der Steuerveranlagung ist in dem mehrgedachten Gesetze keine Bestimmung vorausgesehen. Ob hierüber in den Vollzugsvorschriften noch weitere Anordnungen getroffen werden, muß erst abgewartet werden.

Zur Erledigung der Berufungen in Steuersachen werden gemäß § 7 bei den Landesfinanzämtern Finanzgerichte bestellt. Diese Gerichte werden sehr groß sein, da bei ihnen Kammern errichtet werden und diese Kammern in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen 4 im Ehrenamte tätig sind, ihre Entscheidungen treffen. Gemäß § 8 des erwähnten Gesetzes werden die Vorsitzenden der Finanzgerichte und der Kammern und ihre Vertreter aus den Mitgliedern des Landesfinanzamtes vom Reichsfinanzministerium ernannt. Hiernach hat es den Anschein, als ob nicht die Sachreferenten der Landesfinanzämter in den Sitzungen über die Berufungsfälle Vortrag zu erstatten haben, sondern daß auch ehrenamtlich tätige Mitglieder als Referenten bestellt werden können; denn wenn die Gerichtskammern in der Besetzung von 5 Mitgliedern entscheiden, die Vorsitzenden der Kammern aber aus den Mitgliedern des Landesfinanzamtes bestellt werden, so bleiben nur die 4 ehrenamtlich tätigen Mitglieder für die Uebernahme der Referate übrig. Ob dadurch die Interessen der Reichskasse gefördert werden möchte ich bezweifeln. Die einzelnen Berufungsfälle verlangen vielfach sehr umfangreiche Erhebungen und gründliches Aktenstudium; hiezu erscheinen die Sachreferenten am ehesten berufen, ebenso zur Berichterstattung in den Gerichtssitzungen. Ueber die Berufungen müssen wohl auch Bescheide angefertigt werden, deren Ausarbeitung den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern wohl nicht zugemutet werden kann.

Die diesbezüglichen Vorschriften nach den bayerischen Steuergesetzen waren viel besser und praktischer; Schwierigkeiten traten nie zutage.

Die Bezirke der Landesfinanzämter sind viel zu groß. Die Ueberwachung der Gesetzesanwendung und die Beaufsichtigung der Geschäftsführung der Finanzämter wird dadurch sehr erheblich erschwert und verteuert. Die Kontrolle der Finanzämter kann nur durch abgeordnete Beamte der Landesfinanzämter vorgenommen werden. Je größer die Bezirke der letzteren sind, desto höher belaufen sich die Reisekosten und um so mehr Zeit geht nutzlos verloren auf die Zurücklegung der Reise. Es genügt nicht die Vornahme einer einzigen Prüfung oder Visitation im Verlaufe mehrerer Jahre. Während der ersten Zeit nach der Einführung der neuen Steuergesetze ist eine wiederholte gründliche Prüfung bei den sämtlichen Finanzämtern unbedingt geboten. Wie groß muß demnach die Zahl der hiezu erforderlichen und tauglichen Beamten bei den einzelnen Landesfinanzämtern sein! Zum Landesfinanzamt München z. B. gehören 86 Rentämter. Die eingehende Prüfung des Steuerwesens bei dieser großen Anzahl von Finanzämtern innerhalb bemessener Zeit erfordert mindestens 10—12 Referenten; denn es darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese Beamten auch noch Bureaudienste zu leisten, schriftliche Anweisungen an die Aemter zu erlassen, die Berufungsfälle gründlich zu instruieren, den Sitzungen anzuwohnen und eine Reihe sonstiger Arbeiten zu erledigen haben. Die Zahl der Berufungsfälle wird voraussichtlich bei der ungeheueren Steuerbelastung Deutschlands für die Folge nicht geringer werden als bisher, im Gegenteil sie wird sich erhöhen. War es bisher schon vielfach sehr schwer, die Berufungsfälle innerhalb der vorgeschriebenen Frist rechtzeitig zu erledigen, so wird es künftig oftmals kaum mehr möglich werden, die Berufungen rechtzeitig zu verbescheiden.

Während in Bayern bisher die Regierungsfinanzkammern räumlich gut untergebracht waren, wird es künftig sehr schwer sein, die Beamten des Landesfinanzamtes München in einem zweckentsprechenden Gebäude mit der erforderlichen Anzahl von Bureaus und geräumigen Sitzungssälen unterzubringen, die bisherigen Räume der Regierungsfinanzkammern in München, Landshut und Augsburg aber werden großenteils leer stehen. Mit großen Schwierigkeiten wird es ferner verbunden sein, für die zahlreichen verheirateten Beamten, die von auswärts nach München versetzt werden müssen, entsprechende Familienwohnungen zu gewinnen, während sie bisher angenehme Wohnungsverhältnisse hatten. Gerade mit Rücksicht auf die Wohnungsverhältnisse in München ist es sehr zu bedauern, daß die Landesfinanzämter so ausgedehnte Bezirke erhalten haben. In den übrigen Gliedstaaten (Ländern) wird es wohl ähnlich sein.

Es wurde und wird vielfach nach Vereinfachung der Staatsverwaltung gerufen und wird dafür als Grund die enorme Belastung des Landes durch die Bezüge der Beamten angegeben. Ja, es kann durch Zusammenlegung verschiedener Stellen Geld gespart werden. Wenn in Bayern statt der großen Anzahl von Ministerien nur die Hälfte aufrechterhalten wird, so kann eine nicht unbedeutende Ersparung erzielt werden. Man gebe sich aber hinsichtlich der Finanzverwaltung keiner Täuschung hin. Bei dieser ist es mit der Zusammenlegung von Aemtern und Stellen nicht getan. Was anzustreben ist, das ist eine gründliche, gerechte und zufriedenstellende Erledigung der Verwaltungsgeschäfte. Bei den Finanzämtern muß danach getrachtet werden, daß die Steuerveranlagung eine durchweg gerechte und gleichmäßige wird. Eine solche Veranlagung aber erfordert ein entsprechendes, gut geschultes und nicht zu knapp bemessenes Personal. Jede zu große Sparsamkeit rächt sich dadurch, daß die Steuerveranlagung nicht rechtzeitig oder nicht gründlich oder nicht sachgemäß vollzogen wird, so daß entweder der Staat nicht so viele Einnahmen erhält als ihm von Rechts wegen zukommen sollen, mit anderen Worten, daß viele Pflichtige nicht mit ihrem ganzen Vermögen zur Steuer herangezogen werden, oder daß viele zu hoch eingesteuert werden und erst im Rechtsmittelverfahren unter Aufwendung nicht geringer Auslagen ihr Recht erkämpfen und erringen müssen.

Nicht unberücksichtigt darf ferner bleiben, daß für die Pflichtigen dadurch große Auslagen erwachsen, daß sie bei Zusammenlegung von Aemtern für Reisen an den Sitz des Amtes, die sich nicht vermeiden lassen, ganz erheblich höhere Auslagen zu bestreiten haben, als wenn die bisherige Aemtereinteilung geblieben wäre, abgesehen von der Zeit, die mehr aufgewendet werden muß, aber auch in Geld zu veranschlagen ist. Gerade dieser Umstand kommt bei der Einteilung Bayerns in nur 3 Landesfinanzamtsbezirke für alle jene in Betracht, die aus entlegenen Orten nach dem Sitze des Landesfinanzamtes sich zu begeben gezwungen sind. Sie werden hiezu nicht selten 2—3 Tage brauchen, während man früher in einem Tag an den Sitz der Regierung gelangen und wieder heimkehren konnte. Ebenso wird es den im Ehrenamte tätigen auswärts wohnenden Mitgliedern der Finanzgerichte ergehen.

Ueberdies darf daran erinnert werden, daß durch Beschaffung von nur 3 Landesfinanzämtern für Bayern sehr hohe Umzugskosten anläßlich der Versetzung einer großen Anzahl von Beamten an den Sitz derselben erwachsen und daß an den Sitzen der bisherigen Regierungsfinanzkammern eine große Anzahl von Hausbesitzern und Geschäftsleuten eine fühlbare Einbuße durch den Verlust solider Mieter und sicherer Geschäftskunden erleiden wird.

Ob die Landesfinanzämter in Bayern und in den übrigen Ländern an ihren neuen Dienstsitzen ohne Neubauten oder größere Umbauten untergebracht werden können, soll dahingestellt bleiben. Ich glaube nicht, daß ohne bauliche Vorkehrungen die Neuorganisation vor sich gehen kann. Die hierauf erwachsenden Kosten werden nicht gering sein. (Schluß folgt.)

Zum katholischen Literaturstreben.

Zehn Jahre nach dem Literaturstreit.

Von P. Peter Büffel, C. S. Sp., Knechtsteden.

Vor mir liegt ein Werbeblatt, das der Tyrolia-Verlag in Innsbruck im verflossenen Sommer versandte, um die Erweiterung des „Gral" anzukündigen und für den neuen, wirklich großzügigen Plan Begeisterung zu schaffen. Die einleitenden Worte weisen auf die wichtige Bedeutung des Schrifttums für die Gesundung unseres aus tausend Wunden blutenden Volkes hin. Nicht mehr „Luxus und zweifelhafter Zeitvertreib" soll das Interesse und die Mitarbeit an der Literatur sein; sie sind leider immer noch von vielen als solche gewertet und betrieben, die bei dieser Literaturarbeit nur Befriedigung niederer Instinkte erzielen und ganz der hohen Aufgabe vergessen, die das Kunststreben und der Ausdruck unseres Gedankens durch die Kunst sich gesteckt hat. Aufgabe der Volksbildungsvereine ist gerade die Einführung in das Wesen des Kunstschönen, um dem Leser im Volke sichere Maßstäbe an die Hand zu geben, die er selber anlegen kann und soll.

Dann kommt die Rede auf den deutschen Katholizismus. Von ihm heißt es: „Dem deutschen Katholizismus ist innerhalb der großen Aufgaben deutschen literarischen Schaffens ein Problem eigenster und schwerster Art gestellt; er soll das deutsche Wesen um die weltenweiten, ewigen Werte und Inhalte bereichern, die im Katholizismus Geschichte wurden: darüber hinaus sucht er innerhalb der Welt deutschen Ausdrucks und deutscher Gestaltung eine Stilform wesentlich katholischer Prägung zu schaffen, die Eigenart in sich trägt und der Aufgabe gerecht wird, deutsches und katholisches Leben zugleich, geklärt und formbewußt, in seiner ganzen Fülle und Vieldeutigkeit sinnlich zu verkörpern." Der „Gral" nun, der im Herbst 1919 in erweiterter Form erscheinen sollte, verspricht dem genannten Ziele fortan jede verfügbare Kraft zur Verfügung zu stellen. Man konnte nicht gut mehr in Aussicht stellen, als es auf dem Blatte geschah. Die Namen der Mitarbeiter haben alle guten Klang. Es werden genannt: Castelle, Kausse, Hamann, Eckardt, Funk, Thormann, Weismantel, Handel-Mazzetti, Flaskamp, Roselieb, Federer, Sternberg, Dörfler u. a. Ueber das literarische Leben der anderen europäischen Nationen sollten regelmäßig folgende Autoren berichten: Dr. P. Paulin über französische Literatur, Dr. A. Lohr über englische Literatur, Dr. R. Heiele über italienische Literatur, Dr. K. Menne über niederländische Literatur, Dr. J. Pfandl über spanische Literatur, Dr. L. Seifert über tschechische, jugoslawische, polnische und russische Literatur.

Könnte man besseren Willens sein! — Wohl fehlten einige Namen: Froberger, Herwig, Mumbauer, Muth, was aber nicht notwendigerweise bestimmte Schlußfolgerungen nahelegt. Als Herausgeber zeichneten: Dr. Eckardt und Franz Eichert. Vor zwei Jahren waren die beiden aus dem nun zehn Jahre zurückliegenden Literaturstreit bekannten Gegenpartner durch den Verleger der „Tyrolia" einander nähergerückt worden. Ob sie durch diese von anderer Seite herbeigeführte Verständigung innerlich sich nahegekommen waren, ob die Prinzipienkämpfe ausgetragen waren, konnte man als aufmerksamer Leser des „Kompromiß-Grals" in Zweifel ziehen; denn manchmal standen Aeußerungen von A. und Z. ganz unvermittelt nebeneinander. Nicht befremdend war denn auch im Herbst die Tatsache, daß als Erfüllung all der Verheißungen im Herbst — der „Friedensgral" einging und die deutschen Katholiken plötzlich ohne jedes rein literarische Sprachrohr dastanden. Mit Wehmut gedenkt man des Dichterwortes: „Parturiunt montes — orietur ridiculus mus."

Eine Anfrage beim Verlag brachte nur die Mitteilung, daß der „Gral" infolge „technischer Schwierigkeiten" eingegangen sei. Ich wußte zum Glück schon vorher, daß im „Gral" Feuer und Wasser gegenüberstanden. Eine spätere Meldung schrieb denn auch das Scheitern „inneren Hemmnissen" zu.[1]) Wir Katholiken scheinen mit unserem Auswirken des Kunstwillens im Literaturbetrieb aber auch gar kein Glück zu haben. Man denke an die Wandlungen und Wanderungen der „Literarischen Warte", „Gottesminne", „Ueber den Wassern", „Gral". Ein ewiger Wechsel von Erscheinen, Verlagstausch, Eingehen, Wiedererscheinen, betrübend und beschämend zugleich. Heute fehlt uns jedes Literaturorgan, „denn „Hochland", „Wächter", „Handweiser" usw. haben sich doch andere Ziele gesteckt." Auch die „Bücherwelt" kann, so hoch wir ihre Bedeutung auch einschätzen müssen, einen vollwertigen Ersatz nicht bieten. — Diese Zeilen sollen und möchten an alle gebildeten Katholiken, die die schöngeistige Literatur pflegen, einen warmen Mahnruf richten, den großen Gedanken solidarischen Gemeinschaftssinnes sich zu eigen zu machen und ihn praktisch zu verwirklichen, indem sie dem Literaturstreben des katholischen Volksteils jedwede nur mögliche Förderung angedeihen lassen.

Der Ruf nach einem würdigen Literaturorgan muß so stark werden, daß diese „zeitschriftlose, schreckliche Zeit" nur kurz befristet sei und bald ein neues, bleibendes Organ geschaffen werde, das die schöne Entwicklung der letzten Jahre, genauer des letzten Jahrzehnts, krönt und weiterleitet. Papiermangel kann da auf die Dauer keinen Vorwand abgeben für die Versäumnis einer solchen Ehrenschuld.

[1]) Aus einer kurz vor Redaktionsschluß eingelaufenen Mitteilung Franz Eicherts ist zu entnehmen, daß die Unterbrechung im Erscheinen des „Gral" nur eine zeitweilige war. Es heißt in der Zuschrift: „Nachdem die mit der bisherigen Doppelleitung und mit der geplanten Neugestaltung zusammenhängenden Schwierigkeiten, die zur zeitweiligen Unterbrechung führten, durch einen Verlags- und Leitungswechsel behoben sind, wird das bisher zurückgehaltene erste Heft des 14. Jahrganges nach Verlauf jener Frist, die noch zur technischen und redaktionellen Neueinrichtung benötigt wird, ausgegeben werden". D. Red.

Vom Büchertisch.

Der Bauernsegen. Ein Tiroler Roman aus der Gegenwart, von Hans Schrott-Fiechtl. Berlin. Groß. 316. S Brosch. M 8.—, geb M 10.—. Es hat geraume Zeit bedurft, ehe der Erzähler, der uns diesen neuen prächtigen Roman schenkt, die ihm gebührende Stelle in der Literatur gefunden hat. Seine Sprache klingt so ganz anders wie die hergebrachte der Romanwelt, daß viele Leser und wohl noch mehr Leserinnen wie ungeübte Schlittschuhläufer anfangs über jeden Satz stolpern und dann, weil sie nicht auf glatter Bahn mühelos vorwärts kommen, die Sache drangeben. Im Salon ist ihnen wohler als in der Bauernwirtschaft. Wer sich indes ein wenig dort umgesehen und mit den hartköpfigen aber treuherzigen tyroler Bergbewohnern in Schrott-Fiechtelscher Beleuchtung nähere Bekanntschaft gemacht hat, der wird stets gerne wieder zu diesem reichen Zyklus meisterhaft gezeichneter Charaktergestalten zurückkehren. Ein Hauptvorzug dieses Schriftstellers ist, daß er mit seinen Bauern aufs innigste verwachsen ist, aus dem vollen Leben schöpft und das Geschöpfte in sprudelnder Fülle, gedankenreich, wahr und originell im Ausdruck wiederzugeben weiß. Was von all seinen bisherigen Schöpfungen gesagt werden kann, das gilt in besonderer und hervorragender Weise von diesem, seinem neuesten Roman, dessen Heldin alle durch rastlosen Fleiß erworbenen Kenntnisse und Aussichten, ja ihre Liebe selbst zu opfern bereit ist, um aus dem spröden bäuerischen Material ächte und rechte Menschen zu bilden und damit den festen Grund zu ihrem Wohlstand zu legen. Wie ihr das nach vielen Kämpfen, Mühsalen, herben Enttäuschungen und Bitterkeiten gelingt, so daß sie schließlich die allgemeine Anerkennung findet und den Ehrennamen „Der Bauernsegen" davonträgt, das ist in diesem Werke mit ausführlicher Treue und gutem Humor geschildert. Die Einförmigkeit, die aus der langsam fortschreitenden Entwicklung hervorzugehen drohte, hat der Verfasser durch Einflechtung hübscher Episoden glücklich zu vermeiden gewußt; bis zum Schlusse bleiben wir durch eine lebhaft gesteigerte Handlung gefesselt und auf Schritt und Tritt finden wir geistvolle Bemerkungen, die anregend und erheiternd wirken wie Kirschen am Sommermorgen. Mit wahrem Genuß wird man an die Wanderung durch die gesegnete Witschnau zurückdenken und dem gewiegten Führer ein herzliches „Vergelts Gott!" zurufen. Leo van Heemstede.

Deutsche Trostbriefe, herausgegeben von Rud. Krauß. (Stuttgart, Hoffmann. geheftet Mk. 7.—. gebunden Mk. 10.—.) Bei der Auswahl dieser Briefe „sind in erster Linie maßgebend gewesen die Echtheit der zum Ausdruck kommenden Gefühle und ihre formale Schönheit . . . schwer fiel auch die Person des Schreibers in die Wagschale." Tatsächlich sind es nur hervorragende deutsche Männer und Frauen vorwiegend der letzten zwei Jahrhunderte bis zur Gegenwart, die zu Worte kommen, — Dichter und bildende Künstler, Musiker und Gelehrte, Feldherren, Diplomaten und Fürsten. Ob auch die andere Forderung sich überall hat erfüllen lassen, dürfte zweifelhaft sein; und eine gewisse Eintönigkeit ist bei einer Sammlung dieser Art — ausschließlich Trostbriefe beim Verlust teurer Angehörigen — ja wohl kaum zu vermeiden. Um so anziehender wirken dann die Briefe, die über das Herkömmliche hinaus zu individuellem Ausdruck der Gefühle sich erheben. In einzelnen Fällen sind nur Briefteile aufgenommen; hier hätte von Beethoven statt der nichtssagenden Worte an Härtel der schöne Brief zur Verfügung gestanden, den er an die Gräfin Erdödy nach dem Tode ihres Sohnes schrieb. Gymn.-Dir. Ley.

Einführung in die Summa Theologiae des hl. Thomas von Aquin von Dr. Martin Grabmann, o. Professor an der Universität München. Herder, Freiburg, Br. (M 4.—). Der Geschichtsschreiber der scholastischen Methode und rühmlichst bekannte Forscher der mittelalterlichen Philosophie bietet hier eine Orientierung über die Entstehung der theolog. Summa Thomas v. Aquin, ihre Stellung in der schriftsteller'ischen Entwicklung — Thomas von Aquins wie der mittelalterlichen Literatur überhaupt nebst einer Einführung in Geist und Form dieses Werkes im Rahmen der mittelalterlichen Scholastik. Das Büchlein füllt eine Lücke aus und Grabmann hat sich damit den Dank all derer verdient, die sich in das Handbuch der mittelalterlichen Theologie und Philosophie vertiefen wollen.

Univ.-Prof. Dr. H. Meyer.

Bühnen- und Musikrundschau.

Der neue Intendant. Nachdem die Verwaltung der Frankfurter städtischen Bühnen den Rücktritt des Geh. Rates Dr. Zeiß genehmigt, wurde derselbe unter dem Titel eines Generalintendanten zum Leiter des bayerischen Nationaltheaters ernannt. Die Stelle eines Schauspieldirektors wird gleichzeitig von Zeiß wahrgenommen. Der Amtsantritt erfolgt im September. Sollte sich zu einem früheren Zeitpunkte ein Nachfolger für die Frankfurter Bühnen finden, so wird Dr. Zeiß früher seine Münchener Wirksamkeit aufnehmen können.

Residenztheater. Zum erstenmale „1913" von Carl Sternheim. Die Buchausgabe trägt den Vermerk: „Das Schauspiel, im Winter 1913 auf 1914 entstanden, wurde im engeren Kreise im April 1914 vom Dichter vorgelesen". Der Dichter will dadurch feststellen, daß nicht erst der Weltkrieg ihm die Augen geöffnet hat, daß „etwas kommen mußte". Schon 1913 fühlt er den Krieg kommen. Eine hochentwickelte Industrie, international verbunden, hat riesige Kapitalien angehäuft und mit der Tendenz immer größerer Verbilligung ihre Produkte unter die Massen geworfen, ohne daß hierdurch Produzenten wie Konsumenten befriedigt wurden. Der immer wachsenden Begehrlichkeit, Millionen auf Millionen zu häufen, steht eine gleiche Begehrlichkeit der Massen gegenüber. Da wie dort mangelt es an Gedanken, herrscht öder Materialismus. Man fühlt, daß es zu einer Auseinandersetzung kommt. — Wir befinden uns auf dem Schlosse eines Industriebarons, der aus enger Kleinbürgerlichkeit zu seiner Machtstellung aufstieg. Jetzt, wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag sieht er seine Macht eingeschränkt durch seine Tochter, die während seiner Krankheit ihre Vollmachten überschritt. Der Vater hat, wenn auch keine starken Gefühle, so doch noch „Sentiments"; weil er einen Krieg kommen sieht, will er sich nicht mit Gewehrlieferungen für das Ausland festlegen. Für die Tochter, die an eine gräfliche Null verheiratet ist, auf die sie allen Glanz ihrer geschäftlichen Erfolge fallen läßt, ist die grenzenlose Machtgier Selbstzweck geworden, deshalb sucht sie auch jeden Einfluß ihrer Geschwister auszuschalten. Der Bruder ist ein gedankenloser Lebemann, der um alles in der Welt seinen Kopf nicht anstrengen will und ganz in seinen Modeaffereien aufgeht. (Die Szenen mit dem Londoner Schneider sind eine sehr bittere Satire, die trifft.) Sehr gerne läßt sich der Millionenerbe durch eine glänzende Rente mundtot machen. Die jüngere Schwester, die man mit einem harmlosen Prinzen zu verheiraten gedenkt, erscheint auch als leicht zu behandeln, aber gerade durch sie droht Gefahr. Die Industrie-Exzellenz hat einen Privatsekretär, einen jungen Idealisten, der in seiner Stellung in seiner Abneigung gegen die Geldmagnaten noch bestärkt wurde. Er hat Schriften national-idealistischer Richtung verfaßt, die bei der Jugend von flammender Wirkung gewesen sind. Ein Freund kommt, um ihn zu bestimmen, politischer Führer zu werden. Da gibt Ottilie, die jüngere Millionärstochter, die bis jetzt in gedankenlosem Snobismus und Sensationssucht dahingelebt hat, ihm zu erkennen, daß sie ihn liebt. Erst gedenkt er ohne Abschied fortzugehen, da er sie noch nicht für reif hält, die Kluft zwischen ihnen zu überbrücken, aber durch den Tod des Vaters, der im Streit mit der älteren Tochter einen Schlaganfall erleidet, werden sie doch noch zusammengeführt. Es geht eine Szene voraus von grotesker Unwahrscheinlichkeit, aber von symbolischem Reiz. Der Sekretär hat eines der eleganten Morgenkleider liegen sehen, die der englische Schneider gebracht hat und er probiert es an. Dabei dämmert ihm der Gedanke auf, ob er nicht noch besser für seine Ideen zu kämpfen vermöchte, wenn er, was er ja als Ottiliens Mann könnte, den Gegnern als gesellschaftlich Gleicher gegenübertreten würde. Dem idealistischen Freunde, der ihn in dem Kostüm am Arme der Millionärin trifft, gilt er freilich als Verräter. Sternheim läßt die Frage offen, ob wir den Privatsekretär nicht auch als Renegaten betrachten sollen, etwa wie den Arbeiter in Sternheims im Schauspielhaus gespielter „Tabula rasa", der seine sozialistischen Bestrebungen fahren läßt, als er sich eine auskömmliche Pension gesichert hat. Zweifellos hat sich Sternheim seit den grotesken Uebertreibungen seiner im Residenztheater ausgepfiffenen „Kassette", seines „Bürger Schippel", seines „Snob" aufwärts entwickelt. Wir sahen die drei Akte mit Anteil. Man hört den Dialogen gerne zu, freilich alle Personen sprechen die gleiche Sprache, klug, aber kalt. Diese Kühle, wir finden sie in gleicher Weise, wie bei Sternheim bei vielgenannten anderen Dramatikern von heute — bei Georg Kaiser und Heinrich Mann — dämpft die Wirkung, sie ist mit die Ursache, daß der Idealist, den Reymer mit Schlichtheit spielte, nicht voll Farbe und Leben gewinnt. Die dankbarste Rolle, die Industri-exzellenz, wurde von Stieler mit scharfer Profilierung gegeben. Schwanneckes Regie hatte die Ensemblewirkung klug abgetönt; sie mied karikaturistische Grellheiten; die Gräfin ist wohl bedeutender gedacht, im ganzen gaben aber die Damen Bierkowski und Rohde, Graumann und Flatau sehr Wirksames. Der Beifall war sehr stark. Das zeitkritische Element in dem Stücke ist jedoch fraglos stärker, als das lebenformende, reinkünstlerische.

Lustspielhaus. „Die lustige Witwe" hat sich als eine kluge Wahl erwiesen. Sie bringt dem Lustspielhaus volle Häuser, die beinahe an die Riesenerfolge von 1906 erinnern. Wie viel Operetten sind in den 14 Jahren an uns vorübergegangen, ohne eine Spur zu hinterlassen. Diese Musik, was immer auch ein feinerer Geschmack da und dort einwenden möge, ist lebendig geblieben. Lehar hat eben Temperament, Empfindung und musikalische Einfälle, die Handlung, wenn auch in ihrer naiven Bewunderung für das galante Paris nicht immer sympathisch, ist flott geführt und man muß nicht idiotenhafte Voraussetzungen in Kauf nehmen. (Beim Operettenbesuch den Verstand ganz und gar zuhause zu lassen, will eben doch nicht jedem gelingen.) Olfers hatte sich viel Mühe gegeben, die Operette geschmackvoll herauszubringen. Mizzi Parla sang und spielte mit viel Anmut die Titelrolle. Seit wir sie zuletzt am Gärtnerplatz gesehen, scheint ihre Stimme an Fülle gewonnen. Forsiner ist ihr ein flotter, liebenswürdiger Partner. Das übrige Ensemble hält sich auf guter Höhe. Die Ausstattung ist geschmackvoll. Die roten Hosen würde ich vermeiden. Die Pariser Herren können bei Frau Hanna Glawari in Zivil erscheinen. — Der Beifall ist überaus herzlich.

Aus den Konzertsälen. Neu war uns Joseph Schlembach vom hessischen Landestheater in Darmstadt. Er ist ein Bassist, der geschmackvoll zu singen versteht und gute Mittel besitzt. Löwe, Schubert, Schillings und Trunk bot sein abwechslungsreiches Programm. Starken Erfolg hatte wiederum die Sopranistin Gretel Stückgold, über deren Gesangskunst wir erst unlängst an dieser Stelle sprachen. Daß Heinrich Knotes große Gemeinde den Saal füllte, war vorauszusehen. Der große Sänger, der diesmal neben Wagner Lieder von Rich. Strauß bot, war, wie mein Vertreter berichtet, wieder Gegenstand lebhafter Triumphe. Wanda v. Wolzock und Otto Ornelli gaben einen Tanzabend von schöner Vielseitigkeit mit (besonders im Grotesken) ausgesprochen moderner Prägung. Das Interesse an diesen Tänzen ist beim Publikum stets ein sehr großes.

Verschiedenes aus aller Welt. Max Reinhardt ist von der Leitung seiner Berliner Bühnen zurückgetreten und will von seinem Schlosse bei Salzburg aus nur noch Gastspielfahrten unternehmen.

Was den oft bekämpften, aber auch umjubeltsten Theaterleiter unserer Tage zum Rücktritt bewegt, nachdem er erst seit wenigen Monaten das lange ersehnte und wohl enttäuschende Riesentheater besitzt, ist noch nicht geklärt. Als sein Nachfolger wird Gerh. Hauptmann genannt. Der Dichter hat sich schon einmal, allerdings nur ganz kurze Zeit, als Bühnenpraktiker betätigt. — Zu dem Theaterskandal bei den Aufführungen der „Pfarrhauskomödie" in **Berlin** erklärt der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Abwehr von verschiedenen Angriffen nochmals, daß der Komödienschreiber Lautensack kein Jude gewesen sei und schreibt: „Wir müssen mit allem Ernst feststellen, daß wir Juden die Art und Weise, wie hier Einrichtungen der katholischen Kirche in den Staub gezerrt werden, auf das entschiedenste ablehnen. Wir können die Empfindungen, die die Bekenner der katholischen Kirche bei dem Anhören oder bei der Lektüre dieses Schauspieles beseelen, durchaus verstehen. Wie auch wir jede Verhöhnung unserer Religionseinrichtungen als eine Verletzung unserer tiefsten seelischen Art ansehen, so müssen wir in gleicher Weise dagegen Front machen, wenn man gegen Gebräuche anderer Religionsgemeinschaften zu Felde zieht. Die Heiligkeit von Religionseinrichtungen muß von jedem geschützt werden, gleichviel, ob er der angegriffenen Religionsgemeinschaft oder einer anderen angehört." — Inzwischen hat es auch in **Halle** einen Theaterskandal gegeben, bei dem antisemitische Flugblätter herabgeworfen und viele Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Christusmaske eines Darstellers soll den Anlaß gegeben haben. Im Gegensatz zu der oben zitierten Pressestimme lassen es in diesem Falle Zeitungen des jüdischen **Liberalismus** an Verständnis fehlen. — In dem „Paradies" des Herrn Rehfisch wohnen 5 Vertreter kriegführender Nationen. Das Hereinplatzen einer Tänzerin stört den künstlichen Weltfrieden.

München. L. G. **Oberlaender**.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Britische Finanzen und Amerika — New-Yorker Vernunftstimmen für Deutschlands Rettung — „Einigt Euch mit Deutschland" — Deutsche Fabrikation in Entente-Diensten.

Das nun schon seit Monaten anhaltende grelle Wetterleuchten am internationalen Himmel scheint sich zu einem gewaltigen Gewitter entladen zu wollen. Es bleibt fraglich, ob es den nunmehr ernstlich zu Rate gehenden leitenden Ententekreisen, da reichlich zu spät, gelingen wird, hierwegen noch eindämmende Gegenmassregeln ergreifen zu können. Zuckungen aller Art verstärken solche negative Annahme. **England**, vor dem Krieg bekanntlich der Weltbankier — seine Währung Pfund Sterling Gold, der Sovereign, einstens das internationale Zahlungsmittel an allen fünf Erdteilen — ist, man kann es ruhig sagen, in Nöten. Aus verschiedenen Wahrnehmungen ergibt sich, wie schwierig es den britischen Geldmagnaten wird, ihre Herrschaft zu behaupten. Vor allem scheint sich ein regulärer Kampf zwischen englischer und amerikanischer Wirtschaftswährung entfachen zu wollen. Massgebende britische Kreise haben in Briefen an authentische Führer, mit Zeitungsartikeln in leitender Fachpresse den Niedergang der englischen Pfundwährung bewiesen. In der Tat bleibt auch dieselbe an den internationalen Börsen von der allgemeinen Valutaentwertung nicht verschont. **Nur der amerikanische Dollar** behauptet sich auf seiner gigantischen Währungshöhe. Englische Importeure, vor allem Baumwoll-Interessenten sahen sich, teils aus rechnerischen Gründen, teils um sichtlich Opposition mit New-York hervorzurufen, veranlasst, namhafte Einfuhrgeschäfte zu stornieren. In Amerika lagert demzufolge eine immense Menge an Baumwolle und sonstigen Ausfuhrgütern. Preisderouten hierbei sind zu verzeichnen.

Welche Wirkung hat solche finanzielle Krisenwelle jenseits des Ozeans auf deutsche Verhältnisse und auf solche von Zentraleuropa? Wohl in erster Linie wird vor allem England versuchen, sich von den hasserfüllten, politischen Tendenzen Frankreichs etwas frei zu machen, vielleicht auch auf eigene Rechnung zugunsten Deutschlands Vergünstigungen herbeizuführen. Die Polemik über **die Auslieferungsfrage** scheint dies im gewissen Sinne zu bestätigen. Auch der britische Ruf, das Loch im Westen nunmehr endgültig und radikal zu verstopfen, ferner Deutschland in seiner wirtschaftlichen Reorganisation tatkräftig in irgendeiner Form zu helfen, beweisen dies ausserdem. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht in interessanten Ausführungen Teile eines Schreibens des amerikanischen Finanzministers Glass. U. a. wird hierbei betont, dass Amerika keineswegs weiter gewillt ist, der Entente für unproduktive Zwecke Geld zu leihen: „Der amerikanische Bürger will nicht Steuer zahlen zugunsten eines zerrütteten Europas, um so weniger, als dieses Europa in einem Taumel lebt, statt sich zunächst selbst zu helfen und sich selbst zu gesunden. Arbeitet mehr und verbraucht weniger! Vor allem **aber bereinigt eure Rechnung in Deutschland**, schlagt euch die phantastischen Forderungen an dieses Land aus dem Kopfe, mit denen ihr euch und euer Volk betrügt! **Einigt euch mit Deutschland** auf eine bestimmte Summe, damit man doch wieder anfangen kann, nüchtern zu arbeiten und zu rechnen. Seid ihr einmal so weit, so wird es an persönlichen Krediten von Kaufmann zu Kaufmann nicht fehlen." Solchen Worten, welche Aufsehen erregenden Widerhall erbrachten, scheint auch die Tat auf dem Fusse zu folgen. Denn England beginnt insoferne schon seine eigene Finanzreform vorzubereiten, indem z. B. die britischen Silbermünzen mit geringerem Silbergehalt umgeprägt werden sollen. England sucht weiter auf Frankreich zugunsten Deutschlands Wirtschaftsreformen eindämmend einzuwirken. Wie sehr übrigens **Frankreich und Italien von den Valutastürzen selbst betroffen** werden, beweisen die täglichen Devisennotizen in der Schweiz und in Holland. Langsam, aber stetig sinken hierbei Franken und Lire. In Frankreich wird ernstlich geprüft, gegen Erhalt eines Darlehens von 60 Milliarden Franken das Tabak- und vielleicht auch das Streichholzmonopol an grosse amerikanische Gesellschaften zu verpachten. Eine durchgreifende Berichtigung der Wechselkurse zugunsten Frankreichs soll damit erzielt werden. Auch dieses Projekt fordert zu vergleichendem Material heraus, ob und in wieweit Deutschlands Wirtschaftsaktiven in ähnlicher Weise zur Finanzreorganisation bei uns dienen könnten. Das verschiedentliche Vorgehen in **Deutsch-Oesterreich**, demzufolge, namentlich in Wien, Verkehrsanlagen, Kommunaleigentum, dann im Lande selbst Bodenschätze in französische, italienische und amerikanische Hände, sei es auf dem Pacht-, Nutzniessungs- oder Erwerbungswege übergehen, sei hier im Zusammenhang schon deswegen erwähnt, weil es tatsächlich seit kurzem Deutsch-Oesterreich gelungen ist, wenn auch im Verhältnis zum gewaltigen Kurssturz bescheidene Kursaufbesserung der Kronenwährung herbeizuführen. Die Notiz derselben in Deutschland überschritt zum ersten Male seit langer Zeit den Kurs von 30.

Stimmt die Berechnung, wonach Deutschland an die Entente im Sinne der Friedensbedingungen **bisher rund 40 Milliarden Goldmark an Entschädigungen geleistet** hat — Saarkohlengruben, Liquidation deutscher Unternehmungen im Auslande, Staatseigentum in den abzutretenden Gebieten, Handelsflotte, Kohlen, Eisenbahnen, Maschinen, Kabel, Vieh, Farbstoffe — so ist das eine enorme beispiellose Wirtschaftsabzapfung. Wohl nur dadurch können wir an keine durchgreifende Aenderung unserer Finanzen oder Reformen gehen. Dazu gesellen sich mehr als seither die Wirkungen der allgemeinen **Kapitalüberfremdungen bei uns**. Holländischen, nordischen, dazu in letzter Zeit sogar spanischen Firmen ist es gelungen, durch Hingabe von grossen Kapitalsummen an deutsche Grossindustrielle und durch dadurch herbeigeführte Lieferungen von Rohstoffen aller Art **die deutsche Fabrikation in den Dienst dieser Geldgruppen** zu stellen, dergestalt, dass deutsche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie dies früher schon befürchtet wurde, indirekt in Lohn und Arbeit des Auslandes stehen. **Deutsche Kraft und Intelligenz** arbeiten dadurch schon zum grossen Teil auf Auslandsrechnung. Der Punkt der Steuerausschaltung hierbei wäre an und für sich schon der Mühe wert, dieses Kapitel weiterhin näher zu prüfen!

M. **Weber**, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.



„Fränzchen", von Mulli Mulli heißt der Titel einer humoristisch-satirischen Erzählung, von der der 1. Band (steif geheftet 8 Mk.) mit 78 Zeichnungen im Mulli-Verlag, Fritz **Görres**, **Essen**, erschienen ist. Der vorliegende Band behandelt in der Hauptsache die Knabenjahre des Bauernbuben Fränzchen, der zunächst ein zu den tollsten Späßen stets bereiter Wildfang war, dann aber — wohl um das 11. Lebens-

jahr — Gedanken ernster Art hegte. Da es gut gewesen wäre, wenn der Verfasser sich hier und da etwas deutlicher ausgedrückt oder einzelne Stellen und Bilder weggelassen haben würde, weil sie zu mißverständlicher Auffassung führen können, will der Verlag bei einer neuen Auflage dies berücksichtigen. Es ist eine Erziehungsgeschichte mit vielen lebenswahren Gestalten und viel treffender Beobachtungsgabe. Daß sie an trockenem Humor und guter Satire keinen Mangel hat, macht sie nur um so lesenswerter. Für einen jeden, dürfte sich ein Abschnitt finden, aus dem er vieles lernen kann.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 9. München, 28. Februar 1920. XVII. Jahrgang.

Staat und katholische Kirche in Bayern.

Von Staatsminister a. D. Dr. v. Knilling.

I.

Durch die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ist die Trennung von Kirche und Staat grundsätzlich ausgesprochen worden. Damit ist auch in Bayern die Ehe zwischen Kirche und Staat und mit ihr ein Bund gelöst worden, der Jahrhunderte überdauert hat und der, wenn es in ihm auch nicht immer ohne lebhafte Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe abging, doch im Lichte vorurteilsloser rückschauender Betrachtung als ein für beide Teile vielfach segensreicher erscheint. Eine so lange währende Gemeinschaft läßt sich zwar mit einem Worte kündigen; aber deshalb sind noch lange nicht alle beiderseitigen Beziehungen mit einem Schlage bereinigt. Auf den Scheidebrief, den der Staat der Kirche zugestellt hat, wird vielmehr naturgemäß ein recht schwieriges und heikles Liquidationsverfahren folgen müssen.

Art. 137 Abs. 3 der neuen Reichsverfassung verfügt: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde". Wer den bisher geltenden Regeln der Gesetzesauslegung oder auch nur des allgemeinen Sprachgebrauchs folgte, wird angesichts des klaren unzweideutigen Wortlautes dieser Bestimmungen anerkennen müssen, daß durch sie von Reichswegen zwingendes, unmittelbar wirkendes Recht geschaffen ist. Allerdings sagt Art. 137 Abs. 8: „Soweit die Durchführung dieser Bestimmungen eine weitere Regelung erfordert, liegt diese der Landesgesetzgebung ob". Für eine Tätigkeit der Landesgesetzgebung ist aber hiernach nur soweit Raum, als eben die Durchführung der Bestimmungen des Art. 137 eine weitere Regelung erfordert, was namentlich für die Steuererhebung der Religionsgesellschaften (Art. 137 Abs. 6) gilt. Dagegen ist nicht abzusehen, in welcher Richtung die Ausführung des Art. 137 Abs. 3 noch durch eine landesgesetzliche Regelung bedingt sein soll.

Die Befugnis der Religionsgesellschaften zur selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes und die freie Verleihung kirchlicher Aemter sind also in Art. 137 Abs. 3 ohne weiteres verfassungsmäßig gewährleistet, nicht etwa bloß als ein programmatischer Grundsatz hinausgestellt, der, um ins Leben zu treten, erst noch landesgesetzlicher Regelung bedürfte. Eine Regierung, die es nach Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung unternähme, ein Ernennungs- oder Bestätigungsrecht für kirchliche Stellen — seien es Bischofsstühle, domkapitelsche Dignitäten, Kanonikate oder Pfarrpfründen — in Anspruch zu nehmen, kirchliche Erlasse dem Placetum zu unterwerfen oder einem recursus ab abusu stattzugeben, würde verfassungswidrig handeln. Ebenso müßte umgekehrt ein etwaiges Verlangen einer kirchlichen Stelle nach Leihung des weltlichen Armes als nunmehr unzulässig zurückgewiesen werden. Mit dieser Auffassung scheint auch der von der bayerischen Regierung in der Sitzung des Verfassungsausschusses des Landtages vom 22. Januar lfd. Js. dargelegte Standpunkt der Hauptsache nach übereinzustimmen.

Bei gleicher Gelegenheit wurde die Frage berührt, ob die für das Verhältnis von Staat und Kirche in Bayern früher bedeutsame Unterscheidung zwischen inneren, gemischten und weltlichen Angelegenheiten noch Geltung besitze. Der Regierungsvertreter hat mit Recht darauf hingewiesen, daß diese dem früheren bayerischen Staatskirchenrecht geläufige, kirchlicherseits freilich nicht unangefochtene Dreiteilung dem Art. 137 Abs. 3 der Reichsverfassung fremd sei. Zu den dort den Religionsgesellschaften zur selbständigen Ordnung und Verwaltung überlassenen Angelegenheiten gehören nicht bloß rein innerkirchliche Gegenstände im früheren Sinne, sondern darüber hinaus alle Angelegenheiten, die der Selbstverwaltung der Religionsgesellschaften nicht durch die Schranken des für alle geltenden Gesetzes entzogen, die also von der staatlichen Gesetzgebung nicht für sich in Anspruch genommen sind. Der selbständigen Ordnung und Verwaltung der Religionsgesellschaften fallen mithin nicht anheim solche Angelegenheiten, die in der Reichsverfassung selbst geregelt sind, wie z. B. Gewissensfreiheit, Zwangsverpflichtung zur Teilnahme an religiösen Uebungen, Kirchenaustritt, Bestimmungsrecht in Bezug auf religiöse Kindererziehung.

Anderseits ist durch Art. 137 Abs. 3 klargestellt, daß das Recht der Aemterbesetzung unter allen Umständen zu den eigenen Angelegenheiten der Religionsgesellschaft zählt. Ferner ergibt sich unmittelbar aus der Reichsverfassung und zwar aus Art. 124, daß die nach §§ 76c, 77 und 78 des bayerischen Religionsedikts als gemischter Gegenstand erklärte Errichtung geistlicher Gesellschaften fortan lediglich dem allgemeinen bürgerlichen Vereinsrecht untersteht, was im Landtage von dem Regierungsvertreter ausdrücklich anerkannt worden ist. Orden und Kongregationen können sich in Zukunft nach Maßgabe der für Vereine schlechthin geltenden bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen frei bilden. Das Einspruchsrecht der Verwaltungsbehörde nach § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches, das gegenüber Vereinen, die religiöse Zwecke verfolgen, geltend gemacht werden konnte, ist durch Art. 124 Abs. 2 der Reichsverfassung beseitigt. Die Gründung von klösterlichen Haupt- und Zweigniederlassungen bedarf an sich keiner besonderen staatlichen Genehmigung mehr. Nur wenn klösterliche Niederlassungen Zwecke verfolgen, die, abgesehen davon, ob der Träger des Unternehmens eine geistliche Gesellschaft oder ein Dritter ist, einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht unterliegen, was z. B. insbesondere für den Betrieb von Unterrichts- und Erziehungsanstalten zutrifft, können sich auch Orden und Kongregation selbstverständlich gleich jedem anderen dieser Verpflichtung nicht entziehen, da auch sie an die Schranken des für alle geltenden Gesetzes gebunden sind.

Die Rechtsfähigkeit können klösterliche Genossenschaften, wenn sie ihnen nicht schon auf Grund früherer Verleihung der Rechte einer öffentlichen Körperschaft zukommt, wie jeder andere Verein gemäß den Vorschriften des bürgerlichen Rechts erwerben.

Da die geistlichen Gesellschaften nunmehr ausschließlich unter das bürgerliche Vereinsrecht gestellt sind, besteht für den Staat nicht mehr die Möglichkeit, auf die Bestimmung der Klostergelübde einen Einfluß zu üben oder Vorschriften über das zulässige Aufnahmealter zu erlassen. In allen diesen Beziehungen dürfen Mitglieder klösterlicher Genossenschaften keinen weitergehenden Beschränkungen unterworfen werden wie die Angehörigen eines beliebigen sonstigen Vereins.

Bei Bestellung der Klosteroberen ist in Zukunft jede staatliche Mitwirkung in Form eines Ernennungs- oder Bestätigungsrechtes ausgeschlossen.

Die Verwaltung des Klostervermögens untersteht ebensowenig wie jene des Vermögens anderer Vereine des bürgerlichen Rechts einer staatlichen Aufsicht. Eine solche wurde auch bisher

nur im Rahmen der durch Art. 7 ff. des bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche getroffenen Fälle der amortisationsgesetzlichen Genehmigung für den Vermögenserwerb geistlicher Gesellschaften geübt. Das Erfordernis dieser Genehmigung, die ihren Rechtsgrund in Art. 86 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche hat, wird durch die Reichsverfassung an sich nicht berührt. Die bayerische Regierung wird sich aber vor die Frage gestellt sehen, ob sie unter den veränderten Verhältnissen an der Forderung der amortisationsgesetzlichen Genehmigung für den Vermögenserwerb geistlicher Gesellschaften festhalten kann und will. Während andere deutsche Bundesstaaten, namentlich auch Preußen, seinerzeit von der Ermächtigung des Art. 86 des Einführungsgesetzes zum B.G.B., wonach der Erwerb juristischer Personen überhaupt beschränkt und an staatliche Genehmigung gebunden werden kann, gegenüber allen juristischen Personen Gebrauch gemacht hat, ist in Bayern bloß der Vermögenserwerb der geistlichen Gesellschaften einer Beschränkung und Genehmigungspflicht unterworfen worden und zwar in Fortführung der aus dem Beginne des 18. Jahrhunderts stammenden älteren bayerischen Amortisationsgesetzgebung aus dem Gesichtspunkte heraus, daß das staatlicher Beaufsichtigung unterstehende Klosterwesen hinsichtlich der im übrigen freigegebenen Vermögensbewegung und Vermögensverwaltung wenigstens in dieser Richtung der Ueberwachung bedürfe. Durch die neueste Rechtsentwicklung, die mit der staatlichen Beaufsichtigung der geistlichen Gesellschaften gebrochen hat, ist diese ratio legis weggefallen und der geschichtliche Zusammenhang mit der älteren Amortisationsgesetzgebung abgeschnitten worden. Für die bayerische Regierung kann es sich nur darum handeln, ob sie entweder nach dem Beispiel anderer deutscher Staaten den Vermögenserwerb auch aller anderen juristischen Personen, nicht bloß den der geistlichen Gesellschaften nach Maßgabe des Art. 86 des Einführungsgesetzes zum B.G.B. beschränken oder ob sie auf eine bayerische Ausführungsbestimmung zu diesem Art. 86 gänzlich verzichten will. Denn würden die de iure durch Art. 86 auch jetzt noch aufrechterhaltenen Art. 7 ff. des Ausführungsgesetzes zum B.G.B. unverändert fortbestehen, so würde sich eine solche im Lichte der Reichsverfassung nach der grundsätzlichen Freistellung der Klöster als lex odiosa erscheinende Sonderbestimmung wie eine in die Gegenwart nicht mehr hereinpassende Ruine aus verklungener Zeit ausnehmen. Die Maßnahme, die in der Zeit staatlicher Beaufsichtigung des Klosterwesens sich rechtfertigen ließ, würde jetzt bei unveränderter Beibehaltung ausschließlich zu Lasten der geistlichen Gesellschaften zu einem ausgesprochen klosterfeindlichen, geradezu unverständlichen Ausnahmegesetze gestempelt.

Freigegeben ist fortan auch die vom bayerischen Religionsedikte den gemischten Gegenständen zugerechnete Einteilung der Kirchensprengel (Diözesen, Dekanats- und Pfarrbezirke, Exposituren usw.), die nunmehr kraft Reichsrechts eine von staatlicher Mitwirkung befreite Angelegenheit der Religionsgesellschaften ist. Immerhin wird jedoch in der Praxis eine gewisse Fühlungnahme zwischen kirchlichen und staatlichen Stellen bei Umbildung von Seelsorgebezirken zum Zwecke möglichster Erhaltung der Uebereinstimmung der Grenzen der Kirchen- und Schulsprengel nicht entbehrt werden können. Ein solches Benehmen wird auch bei allen Veränderungen von Kirchengemeindebezirken, obwohl sich diese an sich außerhalb des Rahmens der Kirchengemeindeordnung lediglich im Wege der Einteilung der Seelsorgesprengel vollzieht, zur Fernehaltung von Schwierigkeiten angebracht sein.

Was die Kirchengemeindeordnung betrifft, so ist ihre Aenderung und Anpassung an die jetzigen Rechtsverhältnisse unumgänglich geboten; sie ist vordringlich, weil die jetzige Art der Erhebung von Kirchengemeindeumlagen in Form von Zuschlägen zu den alten landesrechtlichen Staatssteuern ab 1. April 1920 wegen der vollkommenen Umwälzung des Steuersystems nicht aufrechterhalten werden kann. Bei der Umarbeitung der Kirchengemeindeordnung wird der Selbständigmachung der Kirche vom Staate Rechnung zu tragen und demgemäß einerseits die bisher wegen der Wechselbeziehungen zwischen Staat und Kirche naturgemäß stärker eingreifende Stiftungsaufsicht wesentlich abzubauen, anderseits die Einflußnahme der kirchlichen Stellen und die kirchliche Selbstverwaltung überhaupt in erhöhtem Maße zu berücksichtigen sein. Unzutreffend wäre die Annahme, als ob infolge der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche die Voraussetzungen für den Erlaß einer Kirchengemeindeordnung entfallen wären. Denn der darin behandelte Stoff bleibt auch künftig der einzelstaatlichen Gesetzgebung zugänglich und zwar sowohl unter dem Gesichtspunkte der landesrechtlichen Regelung örtlicher Kirchensteuern, wie vom Standpunkte des Stiftungsrechtes aus.

Die katholische Kirche wird sich nunmehr durch die Verhältnisse dazu gedrängt sehen, neben den örtlichen Kirchenumlagen nach dem Vorgange der protestantischen Landeskirche auch eine Landeskirchensteuer in Aussicht zu nehmen, vor deren Einführung die kirchlichen Stellen in Bayern bisher trotz der auf staatlicher Seite bestehenden Bereitwilligkeit mancher Bedenken halber zurückscheuten. Die Rechtsgrundlage für eine solche Landeskirchensteuer, die für die katholische Kirche und die israelitische Religionsgemeinschaft bis jetzt gänzlich fehlt und für das evangelische Bekenntnis der neuen Steuergesetzgebung angepaßt werden muß, ist im Hinblick auf Art. 137 Abs. 6 der Reichsverfassung durch den Erlaß landesrechtlicher Bestimmungen zu schaffen. Ob das hiernach erforderliche Kirchensteuergesetz für alle als Körperschaften des öffentlichen Rechtes anzusehenden Religionsgesellschaften gemeinsam oder für jede dieser Religionsgesellschaften wegen der Besonderheit ihrer Verhältnisse getrennt erlassen werden soll, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, die vornehmlich nach dem Umfange der geplanten gesetzlichen Regelung zu beantworten sein wird. Wenn die landesrechtliche Gesetzgebung sich darauf beschränkt, nur ganz im allgemeinen die Grundlagen für die Erhebung von Kirchensteuern zu schaffen d. h. in der Hauptsache nur die zulässige Art der Steuererhebung vorzuschreiben und außerdem vielleicht noch die im Höchstfalle statthaften Steuersätze nach oben abzugrenzen, dagegen alles übrige, vor allem auch die Gestaltung der für die Steuerfestsetzung zuständigen Beschlußkörper der kirchlichen Selbstverwaltung überläßt, ist der von der bayerischen Regierung offenbar ins Auge gefaßte Gedanke eines interkonfessionellen Kirchensteuergesetzes recht wohl ausführbar. Er ist um so berechtigter, je allgemeiner das Gesetz gehalten wird, und um so weniger angezeigt, je mehr die Regelung sich mit Einzelheiten befassen wollte.

Schließlich sei in diesem Zusammenhange noch der Frage gedacht, welche Rückwirkung die neue Reichsverfassung auf die Zuständigkeit für den Erlaß von Stolgebührenordnungen ausübt. Während das bayerische Religionsedikt die Regelung der Stolgebühren als weltlichen Gegenstand erklärte, ist sie nunmehr, soweit Bezüge der Geistlichen in Betracht kommen durch Art. 137 Abs. 3 der Reichsverfassung den Religionsgesellschaften freigegeben und der staatlichen Einmischung entrückt. Soweit in den Stolgebührenordnungen Gebühren für die Benützung kirchlichen Stiftungseigentums und die Inanspruchnahme der Verrichtungen weltlicher Kirchendiener mitinbegriffen sind, bemißt sich die Zuständigkeit vorerst auch weiterhin nach der Kirchengemeindeordnung (Art. 14 Abs. 3).

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Milderungen mit Vorbehalt.

Der Strick, den die Feinde um Deutschlands Hals gelegt haben, wird dann und wann gelockert, aber nicht entfernt. Beim Atemholen soll das Opfer bedenken, daß ihm die Gurgel im nächsten Augenblick wieder zugeschnürt werden kann.

Das ist die Signatur der Zugeständnisse, die uns die Entente bisher gemacht hat. Sowohl in der Auslieferungs-, als in der Abrüstungsfrage. Vorläufig verschoben, aber nicht aufgehoben.

Die letzte Note wegen der Strafverfolgung akzeptiert das deutsche Angebot, die Beschuldigten vor dem Reichsgericht in Leipzig aburteilen zu lassen, aber nicht in dem Sinne, daß damit die Vorschrift des Friedensvertrages erfüllt und ausgeräumt sei. Im Gegenteil: es wird Deutschland nur gestattet, die Last dieses Strafverfahrens auf sich zu nehmen, alles Recht behalten sich die Alliierten vor. Im Anfang und am Schluß der Note (doppelt hält besser) wird festgestellt, daß die fraglichen Artikel des Friedensvertrages in voller Kraft bleiben und den Alliierten das Recht zustehen soll, sie so zur Anwendung zu bringen, wie es ihnen zweckmäßig erscheint, „voll und ganz", insbesondere auch in der Form, daß sie diejenigen Angeklagten, die nach ihrer Prüfung in Leipzig nicht gehörig bestraft sind, „vor ihr eigenes Gericht stellen".

In der Abrüstungsfrage gesteht die Londoner Note zu, daß gemäß dem Bericht des englischen Vorsitzenden der Kontrollkommission die deutsche Regierung in eine schwierige Lage gerät, wenn die Alliierten auf der Forderung bestehen, bis zum 31. März die Truppenzahl auf 100 000 Mann herabzusetzen. Sie muß auch anerkennen, daß dieser Termin gesetzt worden ist unter einer Voraussetzung, die nicht zutraf, nämlich in der Annahme eines frühzeitigen Inkrafttretens des Friedensvertrages. Aus dem Nachweis, daß die fraglichen Streitkräfte für die Erhaltung der Ordnung und für die Sicherung der deutschen Ostgrenze gegen die bolschewistische Gefahr nicht ausreichen, wird nun aber noch nicht die Schlußfolgerung gezogen, daß man dem Besiegten eine größere Truppenzahl lassen müsse, sondern es wird nur die Frist insoweit verlängert, daß wieder die drei oder sechs Monate herauskommen, die nach Artikel 163 des Friedensvertrages eigentlich von vornherein vorgesehen waren. Wenn sich bis zum 10. April bzw. 10. Juli die Abrüstung als untunlich erweist, so müssen wir wieder um Gnade bitten bei den Siegern. Diese behalten ihren „Schein" und können uns damit drangsalieren.

Und doch: auch unter dem Damoklesschwert müssen wir froh sein über vorläufige Ueberwindung der Krisen. Wir behalten Luft und gewinnen Zeit. Neue Konflikte in der Zukunft bleiben freilich möglich; aber aller menschlichen Berechnung nach werden sie nicht so gefährlich sein, wie die jüngsten Zuspitzungen. Wenn die Entente sich jetzt gescheut hat vor dem Kampf bis aufs äußerste, so wird sie nach einem halben oder gar ganzen Jahr noch mehr Wasser in den Schaumwein des Versailler Uebermuts gießen.

In Versailles hatte man im ersten Siegesrausch zwei Dinge übersehen: 1. daß die Politik die Kunst des Möglichen ist und 2. daß man ein besiegtes Volk am Leben lassen muß, wenn man Leistungen von ihm haben will. Allmählich bricht nun die Erkenntnis durch, daß allzuscharf schartig macht und daß man ein Volk von 60 Millionen mit hoch entwickelter Industrie nicht lahmlegen kann, ohne sich selbst und den gesamten weltwirtschaftlichen Organismus aufs schwerste zu schädigen.

Dazu kommt noch als drittes psychologisches Moment, daß die Entente neben der „Bestrafung" Deutschlands noch einen Haufen von anderen dornigen Aufgaben und Sorgen hat. In der Fiumefrage ist freilich das streitige Objekt an sich verhältnismäßig klein, aber die entgegengesetzten Interessen haben eine große Tragweite, nicht bloß für den Frieden im Süden Europas, sondern auch für das Verhältnis der siegreichen Mächte untereinander. Das scharfe Eingreifen Wilsons zugunsten der Jugoslawen ist schon zu einem richtigen Skandal in der bisherigen Kampfgenossenschaft geworden. Auch wenn der kranke und bald zu pensionierende Wilson vom Schauplatze verschwindet, wird die Sonderstellung von Nordamerika gegenüber England und seinen Genossen, sowie gegenüber dem ganzen Friedensvertrage bestehen bleiben und sich noch verschärfen, was nebenbei für unsere Interessen nicht nachteilig ist, da wir in Amerika eher wirtschaftliche Hilfe finden, als in dem erschöpften und teilweise noch befangenen Europa. Viel weiter als die Fiumefrage greift die noch ausstehende Neuordnung der Verhältnisse in der Türkei und in Asien. Und besonders brennend ist die osteuropäische Frage. Wie man mit dem anscheinend unbesiegbaren Sowjet-Rußland fertig werden, wie man Polen und die anderen Randstaaten vor dem Bolschewismus schützen soll, darüber ist sich die Entente noch nicht klar und einig. Die Machthaber im Westen, auch die Nachfolger des Pariser Tigers, werden aber mehr und mehr erkennen müssen, daß ein lebensfähiges Deutschland der unentbehrliche Schutzwall gegen den Bolschewismus ist.

Durchschlagender noch wirkt auf die öffentliche Meinung die Erkenntnis von der wirtschaftlichen Solidarität der Völker. In England, wo der Ruf nach Revision des Friedensvertrages sich am lautesten erhebt, wird besonders die Notwendigkeit betont, Deutschlands Industrie und Handel lebensfähig zu erhalten, auch gegenüber der französischen Kohlenerpressung.

Die Revision des Friedensvertrages wird sich als Weltnotwendigkeit auf die Tagesordnung drängen, wenn auch Lloyd George und die französischen Miturheber des Versailler Machwerkes sich gegen diese förmliche Selbstberichtigung noch sträuben und mit einzelnen Zugeständnissen unter „Vorbehalt aller Rechte" zunächst Flickwerk für den Augenblick treiben.

Wenn die neuesten Meldungen ihre Bestätigung finden, so kann möglicherweise sogar mit einer neuen Friedenskonferenz gerechnet werden. Denn nach einer Radiomeldung aus Washington hat Senator France im Senat eine Tagesordnung eingebracht, durch die der Friedenszustand zwischen Amerika und Deutschland erklärt werden soll. Eine internationale Konferenz soll die Wiedergutmachungs- und Organisationsfragen regeln. Hierzu meldet „Politiken" aus London, daß der Antrag des Republikaners France im amerikanischen Senat, zwischen Amerika und Deutschland den Friedenszustand zu erklären, angenommen worden sei. Alle Nationen sollen aufgefordert werden, je drei Vertreter zu dieser Konferenz, die im November stattfinden werde, zu entsenden. Die amerikanische Regierung wolle zu dieser Konferenz 15 Millionen Dollars zur Verfügung stellen. —

In der Hoffnung auf fortschreitende Klärung und Besserung müssen wir nichtsdestoweniger die Lasten auf uns nehmen, die der gegenwärtige Ausgleich mit sich bringt. Sie sind sehr groß, sowohl für die Gesetzgebung wie für die Verwaltung. Die Wirkung der Amnestien muß rückgängig gemacht, beim Reichsgericht muß ein riesiger organisatorischer Ausbau vorgenommen werden. Die Masse der Prozesse wird ungeheuer viel Kraft, Zeit und Geld verschlingen, dabei eine Fülle von Aerger mit sich bringen. Und für all den Aufwand erlangen wir nicht einmal Urteil mit abschließender Rechtssicherheit, da die Entente sich die Prüfung vorbehält und nach Belieben den Nachrichter spielen will. Bezeichnend für die hinterhältige Taktik ist es, daß sie die angebotene Beteiligung als vollberechtigter Nebenkläger vorsichtig ablehnt, um sich vollständig freie Hand zu wahren. Glücklicherweise konnten sie angesichts des kläglichen Inhaltes ihrer Liste sich doch nicht der Pflicht entziehen, ein besseres Anklagematerial zu liefern. Es ist eine interalliierte gemischte Kommission eingesetzt, die „eingehend und im einzelnen" die Straftaten eines jeden Angeschuldigten aufstellen und der deutschen Regierung mitteilen soll. Das läßt eine neue Sichtung und Siebung erwarten, wodurch hoffentlich die Zahl der Beschuldigten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wird. Durch die Lieferung des Anklagematerials war die Entente in gewissem Grade doch mitbeteiligt und mitverantwortlich, so daß sie bei einer späteren Beanstandung der Urteile nicht mehr nach reinem Belieben vorgehen kann.

Wir müssen jetzt ehrlich und nach besten Kräften durchführen, was wir angeboten haben in der Hoffnung, daß die Ernüchterung auf der Gegenseite sich ohne Rückschlag weiter entwickelt.

Es bleibt noch die von Frankreich vorgeschobene Kohlenfrage in der Schwebe. Aber für deren Lösung, sowie überhaupt für die Ueberwindung der Kohlennot ist es ein gutes Vorzeichen, daß es der Regierung gelungen ist, die Bergleute im Ruhrgebiet zur Leistung von je vier Ueberschichten im Monat zu bewegen. Wenn die Arbeitslust sich regt, brauchen wir nicht zu verzagen.

Reichseisenbahnen und einheitliche Reichspost.

Was Fürst Bismarck in der Fülle seiner Macht nicht durchsetzen konnte, wird jetzt nach Lage der Sache herbeigeführt. Die Eisenbahnen gehen an das Reich über, und das Reichspostgebiet wird auch auf Bayern und Württemberg ausgedehnt. Wie das Heerwesen und das Finanzwesen, so wird auch das Verkehrswesen Reichssache.

Nach den zwischen der Reichspost und der bayerischen und württembergischen Post getroffenen vorläufigen Vereinbarungen soll die württembergische Post- und Telegraphenverwaltung gegen eine Vergütung von 250 Millionen Mark und die bayerische Post- und Telegraphenverwaltung gegen eine solche von 620 Millionen Mark auf das Reich übergehen. Mit dem Zeitpunkt dieses Ueberganges soll in München und Stuttgart je eine Abteilung des Reichspostministeriums errichtet werden, deren Wiederaufhebung der vorherigen Verständigung zwischen den vertragschließenden Regierungen unterliegt. Diese Abteilungen werden vom Reichspostminister mit besonderen Befugnissen für den inneren Verkehr ausgestattet.

Eine ähnliche Regelung ist wegen der Eisenbahnen vorgesehen, doch sind genaue Einzelheiten noch nicht bekannt geworden. Bayern soll eine Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums mit einem Unterstaatssekretär an der Spitze erhalten. Das Reich übernimmt die gesamten konsolidierten und schwebenden Staatsschulden Bayerns und zahlt außerdem noch eine hohe Summe heraus. Die Besitzer von Eisenbahnobligationen werden vollkommen sichergestellt. Die Zinsenzahlung übernimmt das Reich. Die Obligationen werden hypothekarisch eingetragen. Das Reich hat die Verpflichtung, aus den Eisenbahneinnahmen zuerst die Zinsen der Eisenbahnobligationen zu decken. Die Nationalversammlung muß die gesetzliche Bestätigung geben.

Sowjet-Rußland als Großmacht.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Das neue Proletarier-Rußland befindet sich auf der Höhe seiner Macht; vielleicht ist es erst nur ein Höhepunkt und folgen weitere nach. In lebendigem Widerstreite gegen den herrschenden Imperialismus ist es selbst imperial geworden. Die modernen Waffen des Imperialismus haben sich an ihm stumpf gestoßen; die Blockade Rußlands mußte von den Briten aufgehoben werden, weil sie eben nicht wirkte; Rußland ist immun wider solche Streiche. Die Sowjets sind die erste Macht, die Großbritannien zu Verhandlungen gezwungen haben; denn allein der Umstand, daß St. James „verhandelt", ist der beste Beweis dafür, wie unerschüttert stark es selbst die neue Großmacht einschätzt. Die ganze innere Ueberlegenheit eines Großstaates, dessen wirtschaftliche Grundlagen agrarische und nicht industrielle sind, wird wieder einmal offenbar. Solche Großmächte sind stets von so solidem Bau, daß sie allen Angriffen von außen Trutz bieten können, wenn sie innerlich von einem einzigen Willen beschwingt werden.

Während die Siegerstaaten überall zwar den Völkerbund als das höchste politische Ziel hinstellen, gleichzeitig aber mächtige Rüstungen neu auf sich nehmen oder die Basis der militärischen Bereitschaft verbreitern, trägt der neue Proletarierstaat ein bewußt, ja betont militärisches, sagen wir lieber militaristisches Gepräge. Er rühmt sich in einem der letzten Funksprüche, die mit den großen Siegen über die zaristische Reaktion in die Welt hinausgingen, daß er über ein Heer von zweieinhalb Millionen Mann verfüge! Das alte Rußland der Zaren, dessen Heere Deutschland zermalmen sollten, hat nie ein stehendes Heer von über 800000 Mann unterhalten. Der Proletarierimperialismus erhebt sich zu weit großartigeren Einrichtungen auf militärischem Gebiete.

Ein Offensivgeist belebt ihn, der einzigartig ist. Wie die alten Imperien mit ihrem „bourgeoisen" Einschlag im allgemeinen das Ziel hatten, den großen Staaten gewisse freie Bewegungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Art zu schaffen, so ist das neue Ziel ein viel größeres: Eroberung der Welt, „Beglückung" mit den neuen Ideen, um sie überall durchzuführen. Dieser Glaube soll mit dem Schwerte aufgezwungen werden, und die islamisch-mongolischen Einschläge des Bolschewismus, sein halbasiatischer Ursprung kommt damit heraus.

Lloyd George, so wird uns gesagt, und die führenden britischen Staatsmänner hätten erkannt, daß Sowjet-Rußland nicht mit Gewalt bezwungen werden könne. Diese Einsicht kommt reichlich spät. Aber sie ist richtig. Sowjet-Rußland ist nicht allein durch Zwang, es ist auch durch neue Ideen so groß geworden, mit Ideen kämpft es überall und letzten Endes allein gegen Großbritannien. Darin liegt auch das charakteristische der neuen Kämpfe, auf deren Entwickelung man gespannt sein darf; der neue Proletarierimperialismus, der ein sonderbares Gemisch von militaristisch-kommunistischen Ideen darstellt, ringt mit dem ältesten Imperialismus der Welt. Hier der alte Typ, dessen Züge traditionell ausgeprägt langsam gewachsen und geworden sind; dort der neue, der wie aus dem Nichts aus den Ideen einer wildbewegten Zeit wurde, traditionslos, frech aber selbstbewußt und zukunftsfroh.

Er ist zu einer Weltgefahr geworden. Aber warum? Weil die alten Waffen der üblichen „Diplomatie" gegen ihn nichts vermögen; sie konnten Deutschland, den industriellen Großstaat von gestern, niederzwingen nicht mit Ideen, sondern mit Waffen. Das alte Großbritannien wird niemals mit Sowjet-Rußland fertig werden; höchstens das neue, das immer vernehmlicher an die alten Tore um Einlaß pocht. Aber ehe der neue britische Imperialismus geworden ist, der vielleicht allein imstande ist, die ungeheuren Probleme zu meistern, die von allen Seiten auf das Weltreich einstürmen, kann ungeheueres Unheil Mittel- und Südosteuropa ereilt haben! Und nicht nur dies!

Lenin soll erklärt haben, daß er Baku und den Weg nach Mossul beschreiten werde, um London zu packen, d. h den britischen Imperialismus schlechthin! Er wisse, was Mesopotamien heute für Großbritannien bedeutet: das Glacis von Indien! Sein zweites Ziel ist Polen und Deutschland, oder besser Südost- und Mitteleuropa, und wieder ist die Spitze dieses Vorstoßes auf das Herz Großbritannien gerichtet. Der Proletarierimperialismus bedroht das alte etwas schwerfällig gewordene Weltreich auf allen Lebenspunkten und — diese Ironie des Schicksals, im Augenblick seiner höchsten Machtentwickelung. Ist diese Wechselwirkung Zufall?

Der alte Kampf zwischen Großbritannien und Rußland ist wieder aufgenommen. Die Bolschewisten übernehmen die Erbschaft des Zarentums aus innerem und äußerem Zwang. Wieder aber zeigt sich die weltpolitisch wichtige Lehre, daß Großbritannien und Rußland naturnotwendig Feinde sein müssen, sobald sie beide Kräfte in sich fühlen. Der Freund Rußlands kann kein Freund Großbritanniens sein; die Epoche 1907—14 bestätigt durch ihren scheinbaren Widerspruch nur diesen Satz. Es gibt Anglophilen bei uns, denen man das gelegentlich einprägen muß.

Während Sowjet-Rußland zum ungeheuren Schlage rüstet, zieht Amerika seine Truppen aus Sibirien zurück und überläßt Japan das Feld! Gleichzeitig erfahren wir, daß der japanische Außenminister offiziell erklärt, das Bündnis mit Großbritannien werde erneuert werden. Welch scheinbare Widersprüche, und doch wie klar scheiden sich an dem russischen Problem, das tatsächlich ein Weltproblem ist, bereits für die Zukunft die Geister! Die beiden Mächte, die an einem starken Rußland nicht das mindeste Interesse haben, finden sich zu neuen Vereinbarungen — wegen Rußland! Amerikas militärische Zurückhaltung aber halten wir für politisch sehr klug. Zieht es sich nicht zurück, um die Verbandpolitik, die es für verfehlt hält, nicht mitzumachen und sich die Chancen in Rußland für die Zukunft nicht zu verderben? Denn Amerika hat volles Interesse an einem starken Rußland! Hier laufen amerikanisches und deutsches Interesse parallel. Ob daraus auf die Dauer irgendwelche praktische Möglichkeit sich ergeben könne, halten wir für überflüssig zu untersuchen, denn die Unfertigkeit und der rasche Wechsel aller Dinge kann bei der heutigen Weltlage jeden Tag Ereignisse zeitigen, die alle Berechnungen über den Haufen werfen. Die Tätigkeit des Außenpolitikers kann gerade in Deutschland, das dazu waffenlos und daher überhaupt kein „echter" Bundesgenosse ist, nur darin liegen, mögliche Kombinationen aufmerksam zu verfolgen. Aber wenn nicht alles täuscht, dann bereiten sich doch grundstürzende Aenderungen in der Weltpolitik vor, und es kommt darauf an, daß wir diesmal — so waffenlos wir auch noch sind, eine quantité negligeable können wir nicht bleiben — uns die rechten Freunde aussuchen. Dazu bedarf es heute lediglich kluger Zurückhaltung, wozu uns unsere Waffenlosigkeit ja auch nötigt. Aber Deutschlands Stunde wird wiederkommen, weil sie wiederkommen muß.

Die Reichsfinanzreform.

Von Andreas Ritter von Stoeckle, Präsident des Obersten Rechnungshofes, München.

(Schluß.)

Ist nun die Organisation der Landesfinanzämter eine praktische?

Der Reichsfinanzminister erklärte in der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. August 1919: „Das Landesfinanzamt hat 3 Abteilungen: eine für direkte Steuern und für Verkehrssteuern, eine zweite Abteilung für Zölle und Verbrauchsabgaben und eine dritte Abteilung für die Verwaltung des reichseigenen Vermögens. Dieses Landesfinanzamt wird Mittelinstanz in Reichssteuersachen und kann von dem betreffenden Land als höchste Instanz für den eigenen Steuerbetrieb angerufen werden."

Ich halte diese Einteilung mit einem eigenen Vorstand für jede Abteilung für eine Verschwendung. Wie ich höre, hat das bayerische Finanzministerium gegen diese Einteilung Einspruch erhoben, jedoch ohne Erfolg. Die Bearbeitung der in die zweite und dritte Abteilung gehörigen Gegenstände beansprucht wohl kaum mehr als 3—4 Referenten, so daß die Bildung gesonderter Abteilungen mit je einem Vorstande durchaus nicht als gerechtfertigt angesehen werden kann. Für Bayern wurden bisher die Zollgegenstände von einer Zentralstelle, der Generaldirektion der Zölle und indirekten Steuern, bestehend aus einem Präsidenten als Vorstand, einem Regierungsdirektor und 12 Referenten mit dem Sitz in München zur vollen Zufriedenheit bearbeitet. Dabei war noch die Kontrolle über das Rechnungswesen verbunden. Die Verwaltung des reichseigenen Vermögens wird kaum eine erhebliche Arbeit verursachen, da dieses Vermögen in den einzelnen Ländern wohl nicht groß ist. Es erscheint daher unzweckmäßig, für die beiden letzteren Abteilungen eigene Vorstände zu bestellen. So gut die Landesfinanzämter von Präsidenten geleitet werden können, die nicht aus der reinen Finanzverwaltung

hervorgegangen sind, sondern teils der Zollverwaltung, teils der Armee, teils der Militärverwaltung angehört haben, ebenso leicht wird der Präsident auch diese Zweige der Verwaltung noch unter Aufsicht nehmen können.

Durch die Einrichtung der Landesfinanzämter mit einem Präsidenten oder Oberpräsidenten an der Spitze und mit drei Abteilungsvorständen im Range der Regierungsdirektoren oder Präsidenten wird die neue Organisation sehr erheblich teurer als die Finanzverwaltung bisher war. Wenigstens in Bayern waren die Regierungsfinanzkammern durch ihre Angliederung an die Regierungen, Kammern des Innern, mit einem gemeinsamen Präsidenten nicht als übermäßig teuer anzusehen.

Es dürfte auch nicht zu bezweifeln sein, daß die neuen Finanzämter ein sehr starkes Personal benötigen werden, um ihrer Aufgabe genügen zu können; denn die gewissenhafte Veranlagung der verschiedenen Steuern verursacht sehr viel Arbeit. Wenn aber die Steuerveranlagung richtig und gut durchgeführt werden soll, so darf, wie oben bereits angedeutet, am Personal nicht übermäßig gespart werden.

Dem Personal der bayerischen Rentämter kann mit gutem Gewissen das Zeugnis ausgestellt werden, daß es, von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen, bis vor kurzer Zeit sehr fleißig war und riesige Arbeitsleistungen bewältigt hat. Vielfach hat es über die regelmäßige Bureauzeit hinaus freiwillig oder auf Wunsch der Amtsvorstände tüchtig gearbeitet, um mit ihren Geschäftsaufgaben fertig zu werden. In letzterer Zeit hat allerdings der Fleiß mehrfach sehr nachgelassen, da die lange Dauer des Krieges, die vielen neuen Arbeitsaufgaben ohne besondere Vermehrung des Personals, namentlich aber die Revolution nicht ohne Einfluß geblieben sind. Auch bei dem rentamtlichen Personal, namentlich in den großen Städten hat sich der Unfug eingeschlichen, daß Amtsgehilfen mit der Mappe unter dem Arm während der regelmäßigen Bureauzeit dahin und dorthin zu Versammlungen und anderen Veranstaltungen wandern und die Arbeit liegen lassen. Ebenso ist zu bedauern, daß Finanzbeamte in unwürdiger Weise sich herbeigelassen haben, in das Geschrei nach Pensionierung der älteren Beamten einzustimmen, um für die jüngeren Beamten Platz zu machen. Ich bin der Anschauung, daß das Reich die älteren Beamten, soweit sie noch voll dienstfähig sind, recht wohl brauchen könnte, um die Steuerveranlagung in allen Ländern richtig und rechtzeitig durchzuführen. Die älteren Beamten sind von dem allgemeinen Strudel nicht so erfaßt worden wie die jüngeren und könnten den letzteren hinsichtlich des Fleißes und Diensteifers, der gewissenhaften und sorgfältigen Erledigung ihrer Berufsarbeiten als nachahmungswertes Vorbild dienen. Die ganz erhebliche Mehrbelastung der Staatskasse durch die frühzeitigen Ruhestandsversetzungen so vieler noch rüstigen und arbeitswilligen Beamten, die meistens sehr lange hatten warten müssen, bis sie Anstellung und auskömmliche Gehälter erlangt haben, will ich nicht weiter betonen, obwohl gerade in der Gegenwart Sparsamkeit bei jeder Gelegenheit geübt werden sollte.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Finanzbeamten von der seit Monaten befolgten Gemütlichkeit in der Behandlung ihrer Dienstesobliegenheiten sich wieder abwenden, damit nicht eine erhebliche Vermehrung des bisherigen Personals bei den einzelnen Finanzämtern notwendig wird, um die Steuerveranlagung alljährlich rechtzeitig zu Ende führen zu können. Es gilt auch zu zeigen, daß die Bureaukratie, was die Steuerveranlagung anlangt, wenigstens in Bayern, nicht ziellose Arbeit geleistet hat, um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, wie in der Nationalversammlung vom 13. August 1919 angeführt wurde, sondern daß die Steuerveranlagung auch bei größter Rücksichtnahme auf den Papiermangel und die Zeit der Steuerpflichtigen eben nicht ohne Schreibwerk und Erhebungen durchgeführt werden kann, insolange die Steuerpflichtigen nicht freiwillig und gewissenhaft den letzten Pfennig ihres Einkommens der Steuerbehörde gegenüber bekanntgeben.

Unter dem neuen Regime mußten in Bayern wie anderwärts vielfach neue Arbeitskräfte eingestellt werden, und ich fürchte, daß die Vermehrung des Beamtenpersonals noch nicht zum Abschluß gekommen ist.

Der Reichsfinanzminister hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 13. August 1919, anerkennend, daß die Neuorganisation der Steuerverwaltung mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, erklärt, daß ein Menschenalter, daß dreißig Jahre vergehen werden, bis wir die vollkommene einheitliche Steuerorganisation geschaffen haben. Nur 2/7 des Deutschen Reiches haben nach seiner Angabe bis jetzt gut bewährte Organisationen für die Steuerveranlagung, hauptsächlich Süddeutschland und namentlich Bayern; in den übrigen 5/7 des Deutschen Reiches sind solche Organisationen überhaupt nicht vorhanden. Der Reichsfinanzminister bemerkte weiter, es sei nicht Absicht der Reichsfinanzverwaltung da etwas zu zerschlagen, wo etwas Gutes vorhanden ist; das soll vielmehr ausgebaut werden. Aus den bisherigen Gesetzen und den vorliegenden Gesetzesentwürfen kann aber nicht ersehen werden, daß etwas besser werden soll als wir in Bayern schon gehabt haben; im Gegenteil, die Einteilung Bayerns in drei Landesfinanzämter, wie überhaupt die Uebernahme der ganzen Finanzverwaltung auf das Reich, dürfte nicht als eine Besserung, sondern als ein bedauerlicher Mißgriff einzuschätzen sein.

Das nächstliegende wäre jedenfalls gewesen, wenn das Reichsfinanzministerium versucht hätte, aus den Ländern mit geschultem Personal eine größere Anzahl höherer und mittlerer Beamten zu gewinnen, um mit deren Hilfe in jenen Ländern, die bisher keine einheitliche Steuerverwaltung hatten, die Durchführung der neuen Steuerorganisation so viel als möglich zu beschleunigen und schon gleich von Anfang an eine möglichst gleichheitliche Steuerveranlagung in ganz Deutschland zu erreichen. Zu diesem Zwecke mußte man aber den bezüglichen Beamten, wie auch der Abgeordnete Becker in der Nationalversammlung vom 13. August 1919 weiter ausgeführt hat, etwas bieten, um sie zum Uebertritt in andere Länder zu bewegen. In dieser Richtung hat jedoch das Reichsfinanzministerium den Rat des genannten Abgeordneten nicht nur nicht beachtet, sondern im Gegenteil sich als übertrieben sparsam gezeigt, so daß von den bayerischen Finanzbeamten wohl nicht viele sich dazu bestimmen lassen werden, ihr Vaterland zu verlassen und einem andern deutschen Lande ihre Arbeitskraft zu widmen. Die Folge wird sein, daß in Bayern und den übrigen Ländern mit einheitlicher Steuerverwaltung die neuen Reichsgesetze richtig und korrekt in Vollzug gesetzt werden, während in den übrigen Ländern die Steuerveranlagung sehr viel zu wünschen übrig lassen wird und dadurch eine große Benachteiligung der Reichskasse unvermeidlich ist. Die süddeutschen Länder werden ordentlich bluten und die übrigen werden glimpflich durchkommen; denn es ist nicht zu bestreiten, daß durch Einpaukkurse von einigen Wochen oder auch Monaten keine tüchtigen Beamten ausgebildet werden. In dieser kurzen Zeit können auch die bestveranlagten Beamten nicht die Kenntnisse sich aneignen, welche andere in jahrelanger praktischer Arbeit sich erworben haben. Außerdem fehlt allen diesen Drillbeamten die Erfahrung, die zu einer sachgemäßen Steuerveranlagung nicht entbehrt werden kann.

Der Abgeordnete Becker hat weiter die Mahnung gegeben, die schönen, gutdotierten Stellen in der Reichsfinanzverwaltung bewährten Fachmännern zu verleihen. Ich verweise auf die zutreffenden Ausführungen in der mehrerwähnten Versammlung (St. B. S. 2409). Nach den bisherigen Wahrnehmungen fürchte ich aber, daß der mehrfach eingeschlagene Weg in die Irre führt. Wenn Bayern bisher die Vorstandsstellen der Rentämter nur bewährten Juristen und Kameralisten übertragen hat, so hatte es dafür seine guten Gründe. In der Finanzverwaltung sind die besten Kräfte gerade gut genug, um auf solche Stellen gesetzt zu werden; denn die damit verbundene Verantwortung ist eine riesig große und Fehlgriffe hiebei werden sich schwer rächen. „Freie Bahn dem Tüchtigen" ist in der Finanzverwaltung in dem Sinn auszulegen, daß den bestvorgebildeten Finanzbeamten die Möglichkeit gegeben sein soll, in die höchsten Stellen der Finanzverwaltung aufzurücken, nicht aber in dem Sinne, daß jeder beliebige Anwärter mit klarem Kopf und gutem Mundwerk Stellen einnehmen kann, die ein großes Maß von juristischen oder kameralistischen Fachkenntnissen erfordern. Man halte Umfrage bei den höheren und mittleren Finanzbeamten Bayerns, wodurch die bayerische Finanzverwaltung eine so hohe Stufe erreicht und das Vertrauen der Bevölkerung sich erworben hat, und man wird erfahren, daß nur die gute Vorbildung der Rentamtsvorstände, welche das Gymnasium und in den letzten Jahren das juristische Studium mit Erfolg absolviert haben mußten, sich die Achtung der Steuerpflichtigen und das Ansehen der übrigen Behörde verschafft hat. Die Rentamtsvorstände sind in der Lage, ihr Gehilfenpersonal zu den mannigfachen Arbeiten sachgemäß anzuleiten und zu unterweisen und konnten sich in Zweifelsfällen bei den Regierungsfinanzkammern, deren Referenten ausnahmlos juristisch vorgebildet sind, Aufklärung holen. Im Finanzdienst ist aber auch, wie bereits er-



wähnt, ein tüchtiges, mittleres Personal unbedingt erforderlich. Ein solches gewinnt eine Regierung nicht in wenigen Wochen und Monaten, sondern es bedarf jahrelanger Schulung und Anleitung, um junge Leute mit Volksschul- oder Mittelschulbildung zu brauchbaren Gehilfen des Amtsvorstandes auszubilden. Nur mit verlässigen Gehilfen kann der Amtsvorstand Gediegenes leisten, weil der Dienst der Finanzämter sehr umfangreich ist.

Würde man die Vorbedingungen für die Anstellung als Vorstand der Finanzämter zurückschrauben, so würde man in Bälde die Wahrnehmung machen, daß unsere Finanzverwaltung zurückgeht und von der bisherigen Höhe herabsteigt; insbesondere aber würde das Ansehen der Finanzverwaltung bei den übrigen Behörden und Stellen eine mächtige Einbuße erleiden. Eine Kostenersparung würde zweifellos nicht eintreten, im Gegenteil würde nach meinem Dafürhalten die Verwaltung viel teuerer zu stehen kommen, als wenn die bisherigen Anforderungen an die Rentamtsvorstände beibehalten werden. Ich brauche hierüber keine näheren Ausführungen zu machen. Wer in die Finanzverwaltung Einblick hat, wird die Gründe hiefür selbst finden.

Nach einer Aeußerung des Reichsfinanzministers in der mehrgedachten Sitzung vom 12. August 1919 muß der **Beamtenstand nach einheitlichen Grundsätzen ausgebildet** werden. Die Reichsregierung hat natürlich nur ein Interesse daran, daß die Finanzbeamten für die Bearbeitung der in ihrem Dienste sich ergebenden Arbeiten geschult werden. Es hat aber Bayern — und das gleiche wird auch in anderen Gliedstaaten der Fall sein — auch noch spezielle Arbeitsgebiete in der Finanzverwaltung, die ohne sachgemäße Anlernung nicht erledigt werden können. Für diese Aufgaben muß eine besondere Schulung durchgemacht werden.

Die von dem Reichsfinanzminister an den Tag gelegte Bereitwilligkeit, durch die Finanzämter auch die finanziellen Arbeiten der Gliedstaaten erledigen zu lassen, ist von sehr fraglichem Werte und dürfte dankend abzulehnen sein. Es liegt auf der Hand, daß von den Finanzämtern in der Folge in erster Linie ihre Hauptaufgabe d. i. die Steuerveranlagung für das Reich erledigt wird. Hierdurch wird aber das gesamte Personal der Finanzämter so in Anspruch genommen sein, daß es nicht imstande ist, nebenbei auch noch die Geschäfte der Gliedstaaten zu besorgen. Die Folge würde jedenfalls sein, daß zunächst die Steuerveranlagung für das Reich besorgt und durchgeführt wird, während die Geschäfte für das Land erst nach der vollständigen Bearbeitung der Steuerveranlagung in Angriff genommen werden. Die Landesregierung könnte wohl meistens lange warten, bis ihre Geschäfte erledigt werden. Eine rechtzeitige Erledigung der Rechnungsstellung und ähnlicher Arbeiten würde wohl selten eintreten, obwohl gerade die Rechnungsstellung zu fördern wäre, um dem Landtag die Hauptfinanzrechnung rechtzeitig vorlegen zu können. Die bayerische Regierung dürfte daher tiefgehende Gründe dafür haben, die dem Lande verbleibenden Finanzgeschäfte durch eigene Beamte erledigen zu lassen. In diesem Falle könnten nicht sämtliche Finanzbeamte dem Reiche überlassen werden, sondern es müßten noch viele Beamte dem Lande Bayern erhalten bleiben, um die den bayerischen Rentämtern bisher außer der Steuerveranlagung überwiesenen nicht geringfügigen Aufgaben bearbeiten zu können. Ich erinnere an die Grund- und Haussteuer und das damit im Zusammenhange stehende Kataster-Umschreibwesen, an die Veranlagung der Gewerbesteuer, die Holzgeldkreditierung, die Einhebung der eben erwähnten Steuern und Holzgefälle, die Verwaltung der landeseigenen Staatsgüter, die Auszahlung der Bezüge an die bayerischen Beamten, die Abrechnungen mit den Gerichten, Notariaten, Bezirksämtern und die Beitreibung der von diesen überwiesenen Gebührenrückstände, der Strafkosten usw. Es wird sohin angezeigt sein, neben den Reichsfinanzämtern auch noch bayerische Rentämter (man möge diesen den bisherigen Namen lassen) zu erhalten. Daraus erhellt, daß wir in Bayern eine große Vermehrung von Behörden unter Umständen erhalten werden, was vermieden worden wäre, wenn man den Ländern ihre bisherige Finanzorganisation belassen und sie mit der Veranlagung und Erhebung der Reichssteuern betraut hätte. Die einheitliche Steuerveranlagung wäre dadurch sicher nicht beeinträchtigt worden und erscheint durch den Reichsfinanzhof verbürgt.

Eine Verbilligung der gesamten Finanzverwaltung wird durch obige Zweiteilung nicht erzielt, sondern das Gegenteil hervorgerufen; denn auch die bayerischen Rentämter müssen mit Amtsvorständen und einer größeren oder kleineren Anzahl von Beamten besetzt und mit ausreichenden Mitteln für die Geschäftsbedürfnisse versehen werden.

Nach den Mitteilungen des bayerischen Finanzministers in der Sitzung des Finanzausschusses vom 5. Februar 1920 soll auch das gesamte Messungswesen auf das Reich übernommen werden. Wenn das geschehen würde, so wäre es ein weiterer Schritt zur Herbeiführung des vollkommenen Einheitsstaates. Mit dem Messungswesen werden dann wohl auch bald die Grund- und Haussteuern und schließlich die staatlichen Liegenschaften für das Reich beansprucht werden. „Wir werden alle Brunnen, aus denen Steuern fließen können, vollkommen neu fassen und noch nicht angeschlagene Quellen neu erschließen müssen. Wir werden aber auch das veraltete Hebewerk vollkommen umbilden müssen, damit nicht da und dort vorhandene Steuerquellen wieder verrinnen und versickern. Darum die vollkommene Umgestaltung und Vereinheitlichung der Steuerveranlagung" äußerte der Reichsfinanzminister in der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. August 1919. Fürwahr, der Reichsfinanzminister gebärdet sich sozialistischer als die Sozialdemokraten. „Sozialismus heißt: Organisation und Arbeit, heißt organischer Aufbau der Wirtschaft zu immer höheren Formen, heißt nicht Zertrümmerung", sagte der Reichskanzler in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. Januar 1920. Bisher konnte man sich aber von dem Gegenteil überzeugen. Niemand, der offen und ehrlich die Wahrheit bekennt, wird behaupten können, daß der Sozialismus, seitdem er am Ruder ist, uns Glück, Zufriedenheit oder Wohlstand gebracht hat. Ich fürchte, daß wir auch mit den Neuorganisationen des Reichsfinanzministers in nicht ferner Zeit die gleichen Erfahrungen werden machen müssen.

Bei einer Interpellation wegen Uebernahme des Messungswesens auf das Reich werden wir jedenfalls wieder zur Antwort bekommen, daß auch bei Vereinheitlichung des Messungswesens größte Dezentralisation zugestanden werden wird. Wie diese Dezentralisation jedoch aussehen wird, was überhaupt darunter zu verstehen ist, das ist uns bisher noch nie auseinandergesetzt worden und wird auch nicht auseinandergesetzt werden, weil Zentralisation unter gleichzeitiger Dezentralisation ein Unding ist. Schlagwörter und weiter nichts. Einstweilige Beschwichtigungsversuche, und später macht man, was man will.

Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von P. Joseph F. **Eckert**, S. V. D., Techny, Illinois, U. S. A.

I.

Der 17. Januar 1920 wird für die nächste Zukunft von einem großen Teile des amerikanischen Volkes als ein Trauertag angesprochen werden. „König Alkohol", hier zu Lande John Barleycorn genannt, wurde unter den Orgien der Sylvesternacht zu Grabe getragen und damit erlosch jedwede Hoffnung der Freunde des „Königs Alkohol", ihn hier am Leben zu erhalten. Das nationale Prohibitionsgesetz, wonach **jede Reklame, Handel, Herstellung, Transport, „selbst in der eigenen Tasche", Import und Export aller Getränke von mehr als 1/2% Alkoholgehalt strengstens untersagt ist**, trat um Mitternacht des 17. Januar in Kraft. Eine Ausnahme ist nur gestattet zu Gunsten alkoholischer Getränke für **sakramentale**, medizinische und wissenschaftliche Zwecke.

Heute ist ganz Nordamerika „knochentrocken". Wer hätte das vor fünf Jahren für möglich gehalten. Selbst die Optimisten der Temperenzler hätten sich diese Maßregel nicht einmal im Traume einfallen lassen. Die Prohibitionisten jubilieren mit Recht, denn sie haben ihr Ziel erreicht. Ihre Führer stellen den 17. Januar auf gleiche Stufe mit dem 4. Juli 1776, an welchem Tage die Unabhängigkeit der Kolonien Amerikas von England proklamiert wurde, und dem 1. Januar 1863, da Präsident Abraham Lincoln die Emanzipation der Neger in den Vereinigten Staaten erklärte. „Amerika", so erklärten einige Führer der Prohibitionsbewegung in der Chicago Daily News vom 16. Januar dieses Jahres, „hat sich endlich befreit von dem größten Sklavenhälter: „Dämon Rum", und hat sich damit als reinen Menschenfreund vor der ganzen Welt gerechtfertigt. Bald, das ist die glühende Hoffnung dieser Männer, wird die ganze



zivilisierte Welt dem edlen Beispiele Amerikas folgen, und der Geist der Nüchternheit, besonders unter der arbeitenden Klasse überall herrschen. Dann werden wieder paradiesische Zustände unter den Menschen in allen Ländern zu finden sein."

Die heutige Prohibition ist das Resultat einer Bewegung, deren Anfänge bis in die Jugendtage der amerikanischen Republik zurückreichen. Die junge Republik waren nahe daran, ein Opfer des übermäßigen Alkoholgenusses zu werden. Männer und Frauen waren starke Schnapstrinker und eine Person, die sich nicht mindestens ein paar Male schwer betrunken hatte, zählte zu den Ausnahmen. Darum findet man schon in den ersten Anfängen der Republik unter den einsichtsvolleren und weit ausschauenden Männern jener Zeit eine Strömung gegen alkoholische Getränke; z. B. Dr. Benjamin Rush von Philadelphia, einer der Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung kämpfte gegen dieses nationale Laster. Merkwürdigerweise wurde der erste Mäßigkeitsverein 1789 von 200 Bauern im Staate Connecticut gegründet. Die Mitglieder verpflichteten sich nur, keinen Schnaps ihren Dienstboten zu verabreichen. So drastisch erschien diese an sich gelinde Maßregel, daß diese Bauern die Zielscheibe jeden Spottes und Hohnes von seiten ihrer Nachbarn wurden, so daß sie bald dieses Vorhaben aufgaben.

Im Jahre 1826 wurde in Boston, Massachusetts, der „Amerikanische Mäßigkeitsverein" gegründet, der sich vorläufig zur Aufgabe stellte, eine öffentliche Meinung zu Gunsten vollständiger Abstinenz von Alkohol zu schaffen. Diese neue Bewegung gewann einen solchen Anklang unter den Zeitgenossen, daß nach den Angaben von Dr. Dorchester, in „Liquor Problem in All Ages" bis 1835 schon über 8000 Vereine mit anderthalb Millionen Mitgliedern gestiftet worden waren. Ueber 4000 Schnapsbrennereien stellten den Betrieb ein und 8000 Schnapshändler gaben ihr Geschäft dran.

Doch bald sahen die Führer der Mäßigkeitsvereine ein, daß nur ein staatliches Verbot des Schnapsbrennens und Bierbrauens das Trinkübel tödlich treffen und auf die Dauer bessern könnte. Auf Betreiben eines gewissen Neal Dow, Führers dieser neuen Temperenzreform, wurde im Jahre 1851 ein scharfes Prohibitionsgesetz (Maine Law) für den Staat Maine erlassen, das bis zum heutigen bestanden hat und einzig in der Prohibitionsbewegung der Vereinigten Staaten dasteht.

Während des unseligen Bürgerkrieges kam die Prohibitionsbewegung fast zum Stillstand. Größere Interessen fesselten damals die Aufmerksamkeit aller Bürger. Einige Jahre nach dem Bürgerkriege finden wir wieder die Prohibitionisten rastlos an der Arbeit. Alte Vereine werden reorganisiert und neue Vereine sozialer und politischer Natur werden ins Leben gerufen, die alle vereint ihre volle Kraft einsetzen, die Prohibition in allen Staaten einzuführen, was ihnen in den meisten Staaten wenigstens zeitweise gelang. In allen Staaten aber, die eine allgemeine Prohibition nicht einführen konnten, oder wenn sie es getan hatten, das Gesetz rückgängig machten, wegen des großen Druckes von seiten einer „nassen" Wählerschaft, wurde es durch eine entsprechende Gesetzgebung ermöglicht, Prohibition in den Ortschaften oder Kreisen einzuführen, falls die Majorität der Wähler es so bei der Wahlurne wünschte. (Local Option.) Somit geschah es oft, daß selbst in größeren Städten einzelne Wahlkreise „trocken" waren, die anderen „naß". Auf dem Lande stimmten einige Kreise oder Dörfer für Prohibition, andere stimmten dagegen. Es war amüsant für einen Ausländer zu sehen, wie am Samstag nachmittag oder abend ganze Prozessionen von Automobilen von „trockenen" Gebieten nach den „nassen" fuhren, um den Durst zu löschen und die nötigen Einkäufe für die kommende Woche zu machen.

Auch sonst griff der Staat zu Gunsten der Prohibitionisten ein. An Wahltagen mußten die Wirtschaften bis Abend geschlossen bleiben; gleichfalls durften keine berauschenden Getränke an Minderjährige verkauft werden. Von innerhalb einer gewissen Grenze einer Universität oder Kaserne waren alle Wirtschaften, die alkoholische Getränke feilboten, verbannt.

Doch die bestehenden Prohibitionsgesetze konnten weit gedeutet und leicht umgangen werden von dem Volke und vor allem von den Brauerei- und Alkoholinteressenten. Die Prohibitionisten sahen nur einen Weg offen, dem „König Alkohol" den Garaus zu machen, nämlich durch allgemeine Prohibition in allen Staaten. In den letzten 15 Jahren entspann sich denn ein äußerst bitterer Kampf zwischen den „Nassen" und „Trockenen", in dem die ersteren vollständig unterlagen. Die Prohibitionisten ließen kein Mittel, einerlei ob es moralisch erlaubt war oder nicht, unberührt, strenge Prohibition nach dem Muster des Staates Maine in allen Legislaturen durchzupeitschen. Der kleine Staat Georgia eröffnete den Kampf im Jahre 1907. Ein Staat nach dem andern schloß sich Georgia an. 1916 waren schon fast 30 Staaten „trocken". Aber auch diese Taktik führte nicht zum gewünschten Ziele, solange berauschende Getränke von einem Staat in den andern geschickt oder geschmuggelt werden konnten. (Bootleggers).[1]

Die Folge war, daß sich ein sehr profitreicher Schleichhandel in Bier und Schnaps entwickelte. Diesem Uebel konnte nach der Verfassung nur der Bundesstaat abhelfen. Es wurde denn auch im Jahre 1913 durch das Webb Kenyon-Gesetz verboten, alkoholische Getränke von einem „nassen" in einen „trockenen" Staat oder Distrikt zu senden. Dieses Gesetz wurde noch erheblich verschärft durch einen späteren Zusatz, wonach nicht einmal Bier-, Wein- oder Schnapsreklamen in „trockene" Staaten geschickt werden konnten. Seither verschwanden derartige Reklamen aus allen Zeitungen und Zeitschriften, die Leser in „trockenen" Distrikten hatten.

Damit waren die Prohibitionisten noch nicht zufrieden. Sie wollten das ganze Land „trocken" legen. In jeder neuen Kongreßsitzung wurde auf ihr Drängen hin ein Prohibitionsantrag gestellt, der gewöhnlich in der Ausschußsitzung oder doch von dem Plenum niedergestimmt wurde. Indes der Eintritt in den Krieg 1917 bot die willkommenste Gelegenheit durch ein Bundesgesetz allgemeine Prohibition einzuführen, zumal da einige kriegführenden Länder, wie Rußland und Kanada, es schon im Anfange des Krieges getan hatten. Im Herbst 1917 mußten die Schnapsbrennereien ihren Betrieb einstellen, um Getreide für die Alliierten zu sparen. Die Brauereien durften nur Kriegsbier brauen, d. h. mit einem Alkoholgehalt von 2½ Prozent. Um die Kriegstüchtigkeit der Mannschaften auf der Höhe zu halten, wurde es strengstens verboten, Männern in Uniform alkoholische Getränke zu verkaufen oder anzubieten.

Der Getreidemangel unter den Alliierten wurde mit dem Fortgang des Krieges immer fühlbarer. Die Soldaten und Munitionsarbeiter bedurften eines noch wirksameren Schutzes. Darum beschloß der Kongreß und Senat kurz vor dem Waffenstillstand allgemeine Kriegsprohibition, die am 1. Juli 1919 in Kraft treten und dauern sollte bis die Demobilisation des ganzen Heeres vom Präsidenten offiziell proklamiert worden wäre.

Aber im Herbst 1917 war schon im Senat wie auch im Unterhaus ein Zusatz zur Bundesverfassung eingebracht worden, das sogenannte 18. Amendement, das allgemeine Prohibition für den Bundesstaat verlangte. In beiden Häusern wurde es mit zwei Drittel Majorität durchgestimmt und Mitte Dezember 1917 vom Präsidenten unterzeichnet. Bevor dieser Verfassungszusatz rechtskräftig sein konnte, mußten zwei Drittel der Legislaturen aller Staaten ihn ratifizieren. Zum Erstaunen Aller hatten anfangs Januar 1919 45 aus 48 Staaten dieses Prohibitionsgesetz angenommen. Nach dem Wortlaute des Gesetzes mußte die Prohibition um Mitternacht des 17. Januar 1920 in Kraft treten, es sei denn, daß das oberste Bundesgericht diesen Verfassungszusatz als verfassungswidrig erkläre, was zum Leidwesen der „Nassen" nicht geschehen ist.

Damit vor dem Inkrafttreten des 18. Amendements zur Bundesverfassung die Alkoholinteressenten ihren enormen Vorrat an Bier, Wein und Schnaps noch absetzen könnten, versuchten sie durch Bittschriften an den Senat wie auch durch Prozesse an dem obersten Gerichtshof die sogenannte Kriegsprohibition rückgängig zu machen, zumal da die Abrüstung der Armee praktisch vollendet war. Aber ohne Erfolg; man entschied zugunsten der Beibehaltung der Kriegsprohibition unter Vorgabe, daß wir noch formell im Kriegszustand mit Deutschland wären und daß noch einige Soldaten irgendwo in Sibirien steckten. Das wäre in kurzen und mageren Umrissen der Verlauf der Geschichte der Prohibition in den Vereinigten Staaten. (Fortsetzung folgt.)

---

[1]) Bezeichnend ist der Witz, der vor einigen Jahren die Runde machte. Ein Methodisten-Prediger, der sich besonders in der Oeffentlichkeit für die Prohibition ins Zeug legte, aber im Stillen dem König Alkohol huldigte, bekam von Zeit zu Zeit ein Paket Bücher, d. h. als „Bücher" deklariert. Eines Tages rief ihn der Stationsmeister mit folgenden Worten durch das Telephon an: „Reverend, come right away and get your books, for your bookcases are leaking", d. h. „Kommen Sie sofort und holen Sie sich Bücher ab, denn die Kiste ist am Auslaufen". Es war nämlich eine Flasche Schnaps in der Bücherkiste zerbrochen.

Ihr Frauen schweigt . . .

Ihr seht die Sitten mehr und mehr verwildern,
Und wie man grinsend Eure Blösse zeigt
Mit geilem Witz in masslos frechen Bildern,
Entweihend Euern Leib — jedoch Ihr schweigt.

Ihr seht das Weib entwürdigt im Theater,
Umlodert von der Lüste trübem Licht.
Aus wilder Triebe schaurig tiefem Krater
Ein glühend Sündenschlamm-Gewoge bricht. —

Ihr Frauen schweigt, Ihr edlen Herz-Organe
Im Körper menschlich-wahrer Weltkultur! —
Seid Ihr umklammert von perversem Wahne,
Zum tiefsten Abgrund leitet dann die Spur! —

Franz Josef Zlatnik.

Der Wetterwinkel an der Ruhr.

Von Redakteur Rud. J. Steimer, Düsseldorf.

Nach einer Sage der Alten lag tief unter dem Aetna der Riese Enceladus an die Felsen geschmiedet. Sein gewaltsam Streben, die Ketten und Banden zu sprengen, war es, welches das Erdbeben und Erschüttern der Erdoberfläche hervorrief. Auch in unseren Tagen ist die Oberfläche unseres gesamten öffentlichen Lebens, unser Volkskörper und seine Wirtschaft schwersten Erschütterungen ausgesetzt; den sagenhaften Riesen der Alten brauchen wir nicht mehr unter dem Aetna zu suchen, tief in den Ruhrbergen scheint er zu sitzen, denn von dort kommen die häufigen für ganz Deutschland so schmerzlichen, erschütternden Stöße. Im Ruhrrevier schlägt das Herz der deutschen Wirtschaft. Von der Ruhe und Stetigkeit, von dem fieberhaft gesteigerten oder durch Schwäche verlangsamten Schlage dieses Herzens hängt der Pulsschlag des deutschen Wirtschaftslebens ab. Jede hier auftretende Krankheitserscheinung ergreift den ganzen Volkskörper. Wenn auch da und dort in deutschen Landen Anzeichen der Gesundung verspürbar und mit Freuden begrüßt werden, was vermag dagegen die Tatsache, daß der Herzmuskel der deutschen Wirtschaft krank, daß der Boden, der einstens reiche Blüten und Früchte trug, zu gewaltsam, zu anhaltend erschüttert wird. Die Zeichen wirtschaftlichen Verfalls, die einem heute in ganz Deutschland auf Schritt und Tritt vor Augen treten, drängten sich im Ruhrrevier in den letzten Monaten zu einem Bilde von wahrhaft erschreckendem Ausmaße zusammen. Vom Rheine bis tief ins Land der Roten Erde hinein, „wo der Märker Eisen reckt“, ist einstens auf engem Raume gearbeitet worden, wie kaum irgendwo in den deutschen Landen. Wie Grabesruhe lag es nun Wochen und Monate hindurch über dem Lande zwischen Duisburg und Dortmund, über den verrußten Tälern der Ruhr und Emscher ausgebreitet. Die einst eine Nachtfahrt durchs Essener Land begleitenden Fanale der Hochofengluten waren erloschen, im Reiche der Kruppschen Drei Ringe und da, wo der Phönix horstet, standen riesenhafte Werksanlagen, die einst Tag und Nacht widerhallten vom Dröhnen der Arbeit, öde und verlassen, die einst im Sonnenglanze flirrenden, sich emsig drehenden Seilscheiben über den Schächten standen still, und wie knöcherne Totenarme emporgereckt, ragten die eisernen Schachttürme ins Land. Magazine und Lagerhallen, die einst die Fülle erzeugter Güter nicht zu fassen vermochten, stehen heute leer und wo ehedem in rascher Folge auf dichtem Schienennetz Zug um Zug vorüberbrauste, da ist es still geworden wie auf den schläfrigen Bahnen des Flachlandes. Auch am Rheine ist es verödet. In den vereinsamten Riesenbecken des Ruhrorter Hafens stehen untätig die Krahne und Kipper. — Einst Hochkonjunktur, heute Verfall, wohin das Auge blickt.

Und gerade heute dieser Verfall! Gerade jetzt stockt das Herz des deutschen Wirtschaftslebens, ausgerechnet in den Wochen, da nach dem Wiedereintritt der gegen früher leider so sehr verschiedenen Friedensverhältnisse die Not des Volkes so übergroß ist, wo nur Arbeit uns helfen, nur Arbeit uns retten und vor der Katastrophe des Unterganges bewahren kann! Eine Tragik ohnegleichen! Von der Arbeit hinweg rief der Krieg die Männer; die Daheimgebliebenen verdoppelten, vervielfachten ihre Kräfte, eine Kraftentfaltung, die man noch nie zuvor erlebte und heute ist alles zerbrochen, liegt alles brach. Es ist, als ob über dem Lande ein schwerer Fluch lastet, der es unfähig macht zur Wiederaufnahme der Arbeit, zum Gedeihen und neuen Werden unseres bejammernswerten, geschwächten Vaterlandes.

Schwer hat der Unhold der Tiefe die Felsen erschüttert, auf denen unser Volkswohl, unser Gedeihen ruht. Vor nicht langen Wochen wuchs das stete Grollen im Ruhrbergbau bedrohlich an. Ein Streik reihte sich an den anderen, die kommunistische Agitation spann unermüdlich ihre Fäden, unausgesetzt wurde darauf hingearbeitet, daß das deutsche Wirtschaftsleben an seiner verwundbarsten Stelle tödlich zusammenbrechen und dann der Weg frei werden sollte zu dem erstrebten großen politischen Umsturz. Alle Mittel werden in den Dienst dieses Zieles gestellt. Hat doch der Kommunistenführer Hammer in einer Düsseldorfer Versammlung rund heraus gesagt, es gelte einen Kampf, der mit Unterstützung der Ruhrbergleute bis zum äußersten geführt würde „und wenn dabei ganz Deutschland verrecke“. So kam denn seit Jahresfrist der Ruhrbezirk nicht zur Ruhe. War es erst der offene Kampf des Spartakusbundes, der durch wilde Sozialisierungen, willkürliche Streiks, Terror in rohester und gewalttätigster Form seine Gewaltherrschaft auch gegen das herbeigerufene Militär in meuchlerischem Buschklepperkrieg zu behaupten suchte, so waren es später die fortwährend da und dort aufflammenden Streiks aus meist nichtigen Ursachen, die das Wirtschaftsleben dauernd beunruhigten und fast völlig zum Erliegen brachten, die unter dem Beistand der Presse der Unabhängigen von den kommunistischen Führern und Preßorganen unausgesetzt inszeniert wurden. Mit unleugbarem Geschick wußten die Kommunistenführer überall im Industriegebiet bei jeder Bewegung die Hände im Spiel zu haben, selbst eine scheinbar so unpolitische Bewegung wie der Eisenbahnerausstand im Industriegebiet ließ bald die kommunistischen Unterströmungen, deren sich die Eisenbahner zwar zu widersetzen versucht hatten, erkennen. Immer klarer trat auch im Ruhrrevier das kommunistische Ziel hervor, durch die Vermehrung der wirtschaftlichen Nöte die zweite Umwälzung heranreifen zu lassen. In einem Rundschreiben erklärte die Hauptleitung der Kommunisten, daß die Agitation nicht nur am Gegensatze zum Betriebsrätegesetz anknüpfen müsse, sondern alle Nöte der Zeit, Kohlennot, Verkehrsnot, Lebensmittelnot, Arbeitslosigkeit sollten in den Gedanken münden, daß sie nur durch revolutionäre Betriebsräte zu beheben seien. So wurde schon für Weihnachten ein großer Schlag vorbereitet. Die heranreifende Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung brachte in die kommunistische Agitation wieder eine besondere Rührigkeit. An den meisten Orten hatten radikale Elemente die Führung an sich gerissen und es zeigte sich bald, daß sie weniger Nachdruck auf die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft, insbesondere der Eisenbahner als vielmehr auf die vollkommene Zerstörung unseres ohnehin fast vollständig erschöpften Wirtschaftslebens legten. Die Verweigerung der Notstandsarbeiten im notwendigsten Umfange, die Unterbindung des Verkehrs der Kohlen-, Lebensmittel- und sogar der Milchtransporte brachte viele der Industriegroßstädte in die Gefahr einer Hungersnot. Die Brotknappheit nahm in einigen Orten bereits beängstigende Formen an. Nacheinander mußten infolge des Kohlenmangels große Werke stillgelegt werden, ein Heer von Arbeitslosen bevölkerte die Straßen. Planmäßig ging die Streikhetze weiter. Eine Reihe von Zechenbelegschaften folgte willig der ausgegebenen Parole und stellte politische Forderungen auf. Dazu kamen wirtschaftliche Forderungen in wahnwitziger Höhe, forderte doch in einer Belegschaftsversammlung auf der spartakistisch verseuchten Grube Westhofen ein Redner allen Ernstes 100—150 Mark Mindestlohn für jede Schicht.

Die Wirkungen dieser Hetze äußerten sich zunächst darin, daß sich an dem Tage, an dem in Berlin Tausende Irregeleiteter vor dem Reichstagsgebäude vor die Maschinengewehre getrieben wurden, in Hamborn, dem bösesten und am meisten spartakistisch infizierten Winkel des Industriegebietes, der Mob das Rathaus stürmte, die Polizei- und Steuerakten vernichtete, die Räterepublik ausrief und dann schließlich zwecks Abschaffung des Kapitalismus riesige Plünderungen verübte. Als Militär anrückte, wurde es beschossen, es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Die Hamborner Vorfälle waren keine zufälligen gewesen, hatte doch auf einer Essener Zeche ein Betriebsratsmitglied für den 13. Januar, den Tag, an dem in Berlin der Reichstag wieder erobert werden sollte, auch für das Ruhrrevier den großen Schlag angekündigt. Solchem Treiben konnte die Regierung nicht tatenlos zusehen, und sie griff mit den ihr zu Gebote stehenden schärfsten Mitteln zu. Die Wühlarbeit der Unabhängigen und der Kommunisten konnte natürlich nicht unterbunden werden und nun wurde eine neue Parole für die Aufputschung der Bergleute ausgegeben: Die Forderung der Sechsstundenschicht!

Schon gelegentlich des allgemeinen Bergarbeiterausstandes im April des vorigen Jahres war von ultraradikaler Seite die Forderung nach Einführung der Sechsstundenschicht erhoben worden. Den Gewerkschaften gelang es damals, die Mehrzahl der Arbeiter von der Unsinnigkeit und Unerfüllbarkeit dieser Forderung, deren Verwirklichung der deutschen Wirtschaft das Grab gegraben haben haben würde, zu überzeugen, und die Bielefelder Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands bekannte sich zu dem Standpunkt, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht einseitig in Deutschland allein, sondern nur durch internationale Vereinbarung in allen Ländern gleichzeitig vor sich gehen könne. Das war im Juni vergangenen Jahres und noch im November hat die preußische Landesversammlung auf Antrag der Bergarbeiterabgeordneten beschlossen, die Regierung aufzufordern, „dahin zu wirken, daß möglichst bald auf dem Wege internationaler Verhandlungen zunächst die sechseinhalbstündige und dann die sechsstündige Schicht für die Untertagarbeiter international eingeführt wird." Diesem Antrag haben auch die unabhängigen Abgeordneten zugestimmt. Das hinderte sie jedoch nicht, im Dezember und Januar in trautem Verein mit ihren kommunistischen Anhängern eine ausgebreitete Agitation für die Sechsstundenschicht zu entfalten, unbekümmert um die den Bergleuten von sachverständiger Seite einhellig genug vor Augen geführte Unmöglichkeit und schweren Schäden. Von allen Seiten wurden die Ruhrbergleute beschworen, mit Rücksicht auf die zum Stillstand gelangte Produktion in allen Industriezweigen, auf das Brotloswerden Hunderttausender, auf die unausbleibliche Verschlimmerung der Volksnot von einer weiteren Verkürzung der Schicht Abstand zu nehmen und sich nicht an einem Förderausfall von verhängnisvollem Ausmaße mitschuldig zu machen. Der Ruhrbergbau stand ohnedies schon vor der Tatsache, daß an eine Erneuerung und Neugestaltung notwendiger Förderanlagen, Einrichtungen, Maschinen, bei der gegenwärtigen Lage der durch die Kohlennot brach gelegten deutschen Industrie nicht zu denken ist und die Förderung schon aus Gründen der Betriebssicherheit eine empfindliche Einbuße erfahren muß. Unter diesen Umständen konnte die Agitation für die Sechsstundenschicht als nichts anderes denn als ein frevelntliches Spiel mit dem Leben der Volksgesamtheit bezeichnet werden. Gewiß ließ sich über die Sechsstundenschicht reden und die berufenen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Ruhrbergbau haben sich dazu auch willens erklärt. Aber die große Masse der Bergarbeiterschaft war derart fanatisiert, daß mit den schlimmsten Ausbrüchen von Unruhen gerechnet werden mußte. Seit der Revolution haben ja die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihr Gesicht völlig verändert und sind bei weitem nicht mehr im Besitze der Disziplin und Geschlossenheit früherer Tage. Es waren vorwiegend früher nicht organisierte oder den „gelben" Verbänden angeschlossene Massen, die auf jedes noch so plumpe Manöver der Radikalen hereinfielen und in kindischer Ertrotzung ihres der zahlenmäßigen Mehrheit entsprechenden Willens ein so klägliches Zeugnis ihrer politischen und sozialen Reife gaben. Hat es doch einer der radikalen Führer fertig gebracht, zu erklären, daß die Rücksicht auf die Interessen anderer Industriearbeitergruppen für die Bergleute nicht in Betracht kommen könne.

Wenn nun die ersten Februartage auch erfreulicherweise ergaben, daß die Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers fast einhellig ihre Siebenstundenschicht verfahren und so die in bedrohliche Nähe gerückte Gefahr beschworen haben, so ist das wohl nur teilweise auf die Wiederkehr der Einsicht als vielmehr auf die nicht mißzuverstehenden Erklärungen der Landwirtschaft zurückzuführen, daß im Verzweiflungskampfe auch die Lebensmittelversorgung als letzte Waffe würde gebraucht werden. Aber die Gefahr ist vorläufig beseitigt, dank auch des weitgehenden Entgegenkommens der Zechenbesitzer. Aber an dauernde Ruhe ist im Ruhrrevier vorläufig nicht zu denken. Das volkreiche Industriegebiet mit seinen leicht zu fanatisierenden Arbeitermassen, das jahrzehntelang der Schauplatz wildester und aufreizendster sozialdemokratischer Agitation war, ist eben ein zu heißer Boden, unter dem es unausgesetzt gährt und brodelt und dessen schwere Erschütterungen sich noch oft genug weithin in deutsche Lande fortpflanzen und das deutsche Wirtschaftsleben beunruhigen werden. Das Ruhrrevier wird der Wetterwinkel Deutschlands bleiben.

Die Massenseele.

Von Dr. Erich Klein, Allenstein.

Die Jahre vor 1914 waren durch ein merkwürdiges Sicherheitsgefühl gekennzeichnet, in das sich die Menschheit eingewiegt hatte. Entfesselung der Volksleidenschaften, Massenmorde, Lynchjustiz, Anarchie, Bestialitäten, das waren für uns fast nur noch Worte, das schien einer überwundenen Periode anzugehören, deren Wiederkehr man nicht zu fürchten hatte. Und es mußte ja tatsächlich ein solches Elementarereignis wie dieser Weltkrieg mit seinen ungeheuren Ausmaßen kommen, um einen Auflösungsprozeß in Fluß zu bringen, in dem die schreckensvollen Instinkte der Volksseele wieder zum Vorschein kamen.

Der Grund für dieses Sicherheitsgefühl lag darin, daß die gesamte Zeit individualistisch aufgebaut war. Wir trieben einen Kult der Persönlichkeit, wir hatten ein jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft gewissermaßen persönlich bearbeitet, ihm das Bewußtsein eines eigenen persönlichen Wertes eingepflanzt und ihm damit auch das Gefühl eigenster persönlicher Verantwortlichkeit gegeben. Wir glaubten jene Stufe, die den Menschen als Instinktwesen unter den Naturzwang der Masse stellt, überwunden zu haben; wir verließen uns auf unsere zahlreichen Bildungsanstalten, die jeden einzelnen denken, urteilen, selbstständig handeln lehrten, — alles Tätigkeiten, die dem Ueberhandnehmen des Instinktwesens im Menschen entgegenstehen.

Der Krieg stellte mit einemmal Massen her — eine Erscheinung, deren wir nahezu entwöhnt waren. Die Zusammenrottungen beim Kriegsausbruch brachten uns zum erstenmal zu Bewußtsein, bis zu welchem Grade die Einzelseele verschlungen werden kann durch eine Sammelseele, die elementar einen Willen zum Ausdruck bringt. Und je weiter der Krieg fortschritt, desto mehr kam uns das Gefühl, daß solche Riesentaten nicht von einzelnen Seelen getragen werden können, daß über ihnen irgendeine Kraft sein mußte, die das Gewaltige möglich macht, irgendein geheimes Lebewesen, das sich nicht erkennen, nicht definieren ließ und doch vorhanden sein mußte. Und so erwuchs die Wissenschaft von der „Massenseele". Man lernte einsehen, daß die Massenseele nicht nur eine Summierung von Einzelseelen, sondern etwas wesentlich anderes, ein Lebewesen für sich, mit eigenen Charakterzügen, eigenem Tun und Wollen ist, daß sie die Einzelseele nicht nur steigert und verstärkt, sondern geradezu aufhebt. Und der weitere Verlauf der Ereignisse hat uns dann ein ganzes Schreckensbild dieser Massenseele aufgedeckt, weniger fast im Kriege als in den im Gefolge des Krieges erschienenen Umwälzungen. Rußland, dieses Land der Suggestion, der gläubigen Ekstase, ist das Opfer einer ins Riesenhafte und Furchtbare ausgewachsenen Massenseele geworden, die wie ein schwarzer Fittich über dem ganzen Lande schwebt.

Eine Masse, d. h. im psychologischen Sinn eine Einheit, wird überall da hergestellt, wo eine Anzahl von Menschen unter einem besonderen Programm zusammentritt. Wenn eine Ansammlung zufällig ist, so tritt sie in dem Augenblick als Massenseele auf, wo eine allen Versammelten gemeinsame innere Regung zur Herrschaft kommt. Es ist eine besondere Kunst eines Versammlungsleiters, durch eine geschickte Redewendung die Versammlung zu einer Masse zusammenzuschweißen, eine besonders geschätzte Eigenschaft eines Demagogen, durch ein hingeworfenes Wort eine Menschenansammlung auf der Straße in den Bann einer bestimmten Gemütsregung zu schlagen.

Ist eine Masse erst einmal hergestellt, so treten ganz bestimmte Funktionen auf, die sich aus den Einzelseelen nicht mehr erklären lassen. Es entsteht ein neues Fühlen und Wollen, das über den Einzelseelen steht und diese unwiderstehlich mit sich fortreißt, ihre Sonderexistenz nahezu völlig aufhebend.

Eine besondere Gleichartigkeit unter den Versammelten, etwa in Bildung, Anschauungen, Denkungsart, ist dabei durchaus nicht erforderlich. Das, was die Massenseele herstellt, die Begeisterung, die Wut, der Schrecken, eine fixe Idee löscht die

individuellen Verschiedenheiten völlig aus. Der Universitätsprofessor fühlt in dem Augenblick, wenn er an der Massenseele beteiligt ist, genau so wie der Arbeiter, der Student genau so wie der Straßenkehrer.

Auch ist es bei der Massenseele durchaus nicht immer notwendig, daß der räumliche Zusammenhang gewahrt wird. Fixe Ideen, Blutrausch, Haß, Feindschaft können sich über ein ganzes Land verbreiten, wenn die dieses Gefühl hervorrufenden Zündstoffe über das ganze Land verstreut sind. Es bedarf dann oft nur eines Funkens, und überall lodern die gleichen Massengefühle auf.

Die hervorstechendste Eigenschaft der Massenseele ist ihr intellektueller Tiefstand. Ja, man kann geradezu sagen, der Intellekt ist völlig ausgeschaltet. Sie ist eine Seele, in der es nur Gefühl und Wollen gibt. Es fehlt jede Ueberlegung, jeder innere Widerstand, jede Erkenntnis, es fehlt daher auch jede Anpassung der Mittel an den Zweck. Um eines einzigen Verfolgten habhaft zu werden, werden ganze Stadtviertel niedergelegt, um eines Schuldigen willen werden Hunderte verurteilt, und wer verurteilt werden soll, den schützt die überzeugendste Verteidigung nicht. Es ist nicht immer bloße Blutgier und persönliche Roheit, wenn man von den Bluturteilen des Terrors hört; es ist oft weiter nichts als die völlige Abwesenheit des Intellekts. Der einer solchen Massenseele unterworfene Mensch ist zu einem bloßen Instinktwesen herabgesunken, er ist unfähig zu unterscheiden, zu urteilen, zu richten. Er ist ein Barbar; wenn man will, auch ein Kind. Wo die glänzendste und überzeugendste Verteidigung nichts hilft, da hilft oft eine schlaue Spekulation auf die — Dummheit des Richters.

Es ist also ein Unding, von einer Versammlung, in der die Massenseele herrscht, eine intellektuelle Handlung, etwa eine Abstimmung zu verlangen. Ein ehrlicher Versammlungsleiter muß in solchem Falle die Bildung einer Massenseele unter allen Umständen zu verhindern suchen; ist sie vorhanden, so muß er sie zu zersplittern suchen, sonst wird die Abstimmung zu einem Akt der Unzurechnungsfähigkeit. Und so manch ein Streikbeschluß ist auf eine derartige Unzurechnungsfähigkeit zurückzuführen. Da werden, nicht selten mit Absicht, die Anwesenden durch Schlag- und Stichworte, durch Hetz- und Agitationsreden zunächst einmal bei einer Seite gepackt, wo man volle Uebereinstimmung voraussetzen kann. Ob das dabei angeschlagene Thema zu der Sache, die beschlossen werden soll, gehört oder nicht, ist dabei völlig einerlei. Es kommt zunächst nur darauf an, das individuelle Denken auszuschalten und in den Gemütern jene Gefühlsatmosphäre zu schaffen, die sich durch den Druck auf einen Knopf leiten läßt. Die so entstandene Massenseele tut dann ihren Willen kund — eine Masse, die weder Recht noch Unrecht, weder Zweck- noch Unzweckmäßigkeit mehr zu unterscheiden vermag. Ein dumpfer Instinkt spricht, aber kein abwägender Intellekt.

Gefühl und Wollen sind also die beiden einzigen Seelenregungen, die der Masse verbleiben, und zwar, da der hemmende Intellekt fehlt, in ungemein gesteigerter Weise. Eine Riesenkraft geht von der Masse aus, sie hat das Gefühl unwiderstehlicher Gewalt in sich, sie überflutet alle Hindernisse, ja, sie tilgt selbst so elementare Grundgefühle des einzelnen wie den Selbsterhaltungstrieb aus. Wie eine blinde Maschine rast sie dahin, dem einzelnen kommt es kaum zu Bewußtsein, daß er etwas wagt, oder daß ihm dabei persönlich möglicherweise etwas zustoßen könnte. Und stets stehen Gefühl, Wollen und Handeln in unmittelbarer Verbindung miteinander. Das Gefühl verdichtet sich sofort zu einem Wollen, das Wollen wird sofort zur Tat; denn der Intellekt, der diese drei Seelentätigkeiten für gewöhnlich durch einen Akt der Besinnung trennt, fehlt ja. Für Leute, die unter dem Massenzwang stehen, gibt es also keinen Aufschub, weil es keine Besinnung gibt.

Dabei ist weder das Gefühl noch der Wille einseitig ethisch orientiert. Es ist durchaus nicht gesagt, daß die Massenseele stets nur vernichtet, zerstört und tötet. Sie ist genau so des Gegenteils fähig; sie ruft Aufopferung, Opferwilligkeit, Heldenhaftigkeit hervor. Sie steigert die Handlungen einzelner ins Grandiose, — Sturmangriffe einer Truppe sind eines der erhebendsten Beispiele dafür — und wiederum kommt es auch hierbei dem einzelnen nicht zu Bewußtsein, daß er etwas Besonderes leistet. Er handelt einfach unter einem Zwang, dem er sich nicht entziehen kann.

Häufiger kommt allerdings das Gegenteil vor, die Massenseele ist den negativen, zerstörenden Instinkten mehr ausgeliefert als den aufbauenden, weil ihr der meist in aufbauendem Sinn wirkende Intellekt fehlt. Und auch nach dieser Richtung hin ist dieselbe Steigerung der Einzelhandlungen bemerkbar. Roheit und Vernichtungswille werden oft bis ins Unmenschliche getrieben; Bestialitäten, die der einzelne für sich allein nie begehen würde, werden möglich, über Schandtaten, die normalerweise Entsetzen erregen würden, hebt die Massenpsychose hinweg. Die Verantwortlichkeit eines unter Massenzwang stehenden Menschen ist nicht mehr nach normalen Maßstäben zu messen. Der Mensch ist zum reinen Gattungswesen geworden und handelt nach den der Gattung eigentümlichen Grundinstinkten, die ja nur durch die individuelle Herausbildung des einzelnen behoben worden sind.

Die lenkenden Kräfte bei diesen Gefühlen und Handlungen sind durchaus zufälliger Natur. Plötzliche Reize, irgendein Schlagwort, die übermütige Tat eines einzelnen, ein einzelnes erbitterndes Ereignis, eine Geste, eine Handbewegung, kurz, die geringsten Kleinigkeiten können Folgen nach sich ziehen, wie umgekehrt auch mitunter ein einziges Wort, eine lächerliche Bewegung, ein komisches Ereignis erlösend wirken und den Bann zerstören kann.

Soll sich eine Massenseele auflösen, so kann dies nur durch die Zerstörung oder allmähliche Verzehrung desjenigen Gefühls, Reizes oder derjenigen Idee geschehen, die zur Massenbildung geführt hat; bei bewußter Auflösung häufig nur dadurch, daß man eine noch stärkere Suggestividee aufsucht, also die Masse auf andere Ziele hinlenkt, was ja freilich nur einen Aufschub, keine endgültige Lösung bedeutet. Oder — diese stärkere Idee müßte massenzersetzende Kraft in sich haben; sie müßte die Gefühle und Seelenregungen der Massenangehörigen gegeneinander ausspielen können, so daß die Einheitlichkeit des Fühlens beseitigt wird.

Es ist fraglich, ob die größte Massenpsychose, die es in Europa gibt, die russische, sich auf einem dieser Wege wird lösen lassen. Aeußere Gewalt würde den Bolschewismus vermutlich nur zu intensiverem Aufflammen bringen, eine stärkere, d. h. mehr Suggestivkraft enthaltende Idee als die bolschewistisch-kommunistische wird schwerlich gefunden werden. Also bleibt als einzige Möglichkeit die allmähliche Zersetzung der Idee aus sich heraus, das praktische Ad absurdum führen. Das dauert in Rußland länger als anderswo infolge der geringen Menschenhäufung und der großen Ausdehnung des Landes, die eine natürliche Lebensfristung auch ohne einen geordneten Verwaltungsapparat eine Zeit hindurch ermöglichen. Aber die Zeit des Erwachens kommt immer einmal. Der Mensch ist nun einmal nicht ausschließlich Gattungswesen, er muß seine individuelle Seele einmal wiedergewinnen, und das bedeutet dann wiederum die Unterwerfung des Instinktlebens unter die Kontrolle des wachenden Verstandes.

„Der deutsche Held."

Von E. M. Hamann, Scheinfeld (Mittelfranken).

Zwei Kardinalsätze flammen uns aus diesem leuchtenden Werke Enrica von Handel-Mazzettis entgegen: „Das Leben ist heilig; wehe dem, der es mutwillig zertritt!" Und: „Das Gesetz des Friedens, das wir jetzt, nach den furchtbaren Jahren des Krieges, doppelt strenge hüten müssen, erklärt das Leben für unantastbar und ahndet die Verletzung des Lebens als Mord. Und zwar das ist das unverbildete, wahre Gesetz Gottes; die Satzung des Krieges ist eine bloß geduldete Ausnahme — um unserer Herzen Härtigkeit willen." Nach Selma Lagerlöfs „Das heilige Leben" (siehe meine Anzeige in Nr. 48, 1919) muß es jetzt auffallen, daß die große Schwedin und die große Oesterreicherin vielleicht zu gleicher Zeit, ohne darin voneinander zu wissen, denselben Gedanken durchdachten als zwei hervorragend mütterliche Frauen, denen als solchen dies göttliche Lebensgesetz von Natur aus tiefer eingeschrieben steht als dem nach eigenstem persönlichem wie nationalem Sichdurchsetzen stärker verlangenden Manne. — Stofflich haben die beiden Werke nichts miteinander gemeinsam.

Wie ich schon in meiner Voranzeige (Nr. 51, 1919) bemerkte: „Der deutsche Held" spielt sich in der Zeit von fast genau vor hundert Jahren innerhalb dreier Tage zu Wien ab, gerade als die Nachricht vom Tode Napoleons einem Kinde, dem des Korsen, das Herz vor Jammer zu brechen drohte. Die heiße Sehnsucht nach den Segnungen des Friedens: nach Ruhe, Ordnung und harmonischem Aufbau, brannte nicht zuletzt in der Seele des so lange kriegsgequälten österreichischen Volkes, lohte vor allem gegen den mehr denn je als Ueberhebung und Bedrückung sich ausprägenden Militarismus. Das innerlich sich aufbäumende Bürgertum sah zuletzt gegen den grell und greller aufschwelenden Revolutionsgedanken nur noch die eine Schutzwehr aufgerichtet: das hoffende Vertrauen zu Erzherzog Karl, dem großen, edlen Sieger von Aspern, der nun, das wußte man, seine Segensgedanken friedewaltender Gerechtigkeit immer wirksamer in die Regierung des kaiserlichen Bruders überzuleiten strebte. Als oberster Feldherr hatte er, nach der endgültig sieghaften Beendigung des „furchtbaren Ringens" gegen Napoleon, zu seinen Kriegern gesagt: „Ihr seid auf dem Schlachtfeld die ersten Soldaten, seid und bleibt es im Geist der Disziplin, der Ordnungsliebe, der Ehrfurcht für Leben und Eigen-

tum des Bürgers." Und sie hatten ihm gehorcht, obwohl „ihnen das Blut noch siedete und Mord in ihren Herzen war". Sie „folgten" ihm und „entehrten ihren Führer nicht" — so zündend wirkte noch der Zauber seiner beispielsmächtigen Gegenwart, die aus Zuchtlosen Zuchtstarke, aus Unreinen Reine zu machen verstand. Mählich aber hatte sich Genuß- und Gewaltgier dem Bürgertum gegenüber im jetzigen Friedensheere eingedrängt, war so überwiegend geworden, daß Unheil unmittelbar drohte. Da geschah ein Ausschlaggebendes: Einer der tapfersten, aber auch aufreizendsten „Karlsulanen", der Rittmeister Georg von Tessenburg, beging einen überlegten Mord an einem ehr- und friedsamen, als Kriegslieferant verdienstlichen Bürger, dessen Sohn dem seinen bei Aufnahme in die Kriegsakademie des Theresianums vorgezogen worden war. Anstatt aber Reue zu zeigen, hatte der Verbrecher sich in maßloser Ueberhebung seiner Untat gerühmt und ihr Nachfolge gewünscht, die dann auch nicht ausblieb: Das Beispiel „machte Schule", und in Oesterreichs Landen folgte auf den „Mordtag" eine Reihe von „Mordmonaten". Das gesamte Volk schaute jetzt auf Karl, den Vertreter der Gerechtigkeit. „Der arme Pöbel, der von der Vermessenheit und Schandtat militärischer Bösewichte so schwer gekreuzigt war seit drei Jahren", lechzte nach ausgleichender Vergeltung, und jäh sprang der eine gemeinsame Bittgedanke vor: „Alles hofft, daß der furchtbare Tessenburg der Todesstrafe nicht entgehe."

Das Todesurteil fällt, und Erzherzog Karl will es aus Liebe zu Gott und den Menschen aufrechterhalten. Hier setzt die Handlung ein. Die Gattin des Mörders fleht den Fürsten mit ihren beiden unschuldigen Kindern gelegentlich einer großen Feier im Invalidenhause um Gnade an — vergebens. Karl ist aufs tiefste ergriffen, aber er darf den übermütigen Verletzer des heiligen Lebens, den er doch selber aus Gefühl und Erkenntnis heraus sehr wertschätzt, nicht schonen: aus für ihn höheren und höchsten, heiligen und heiligsten Gründen. Das Urteil bleibt bestehen und wird vollstreckt. Aber ehe dies geschieht, gelingt es Karl, in persönlichem, zunächst für ihn lebensgefährlichem Beisammensein mit dem jetzt von Haß für den früher angebeteten Feldherrn glühenden Mörder diesen zur Selbsteinkehr und zur heldenhaften Unterwerfung unter die Willen und Wesen wandelnde Wiedergeburt zu gewinnen. Heroisch nimmt Tessenburg den Schmachtod als Sühneopfer auf sich: „für die Heiligkeit der Gesetze, für die Sicherheit der armen Bürger, für das halb zu Tode geblutete Vaterland, damit Ruhe und Ordnung" wieder herrschen kann am Heimatherd und in der Oeffentlichkeit des Staatslebens. Doch wie das alles sich vollzieht und was alles sich da als Begebnis und Charakterzeichnung organisch bestimmend einwirkt: dessen Darstellung bildet eine der großartigsten Dichtungen der Erschütterung — nicht bloß der Rührung —, die man lesen, nein: die man miterleben kann und muß. Denn hier gestaltet sich alles zu flammender, mitreißender Wirklichkeit, die sich dem fühlenden Herzen als unabweisbar aufzwingt.

Die Handlung verkörpert ein mehrfaches Heldentum. Der fast auf den ersten Blick erkennbare „deutsche Held" ist Erzherzog Karl. Wir dürfen ruhig feststellen: Das hier von ihm entworfene Bild ist echt; es wird bewahrheitet nicht nur durch die überzeugende Einwirkung, sondern auch durch die Ueberlieferung, die Geschichte und nicht zuletzt durch Karls hinterlassene Werke: neben den militärischen vor allem die religiösen. Und so übt die Dichterin ein volles Recht, wenn sie selber von ihm zeugt als dem „lauteren Fürsten", dem „Vater" seiner Kinder: der Krieger, dem geschworenen Feinde arglistiger Ränke ebenso gut wie roher „Berserkerei", als dem gerechten, frommen, gütigen Hüter des Friedens, des „kostbarsten Kleinods" seines Volkes, als dem „großen, dem deutschen, dem einziggeliebten Helden"; wenn sie dem Franzosen, General Peccaduc (Herzogenberg), die Worte über Karl auf die Lippen legt; „Krieger, Apostel, Konfessor", „unbeugsam und weich, demütig und stolz, voll von Menschlichkeit und voll strengen Rechtsinnes in derselben Stunde"; wenn sie dem doch jetzt haßvollen Tessenburg in der Rückerinnerung dies Bekenntnis eingibt: „Weil er keusch war wie ein Engel, waren wir es alle. Weil er in seinem Zelt vor Gott auf den Knien lag vor jeder großen Aktion, beteten wir alle zu Gott und waren fromm wie je Reitersleute. Er war unser Apostel, unser Stern, unser Engel der Verkündigung." Und weiter zeigt die Handlung den Erzherzog als den Mann vornehmsten Standesbewußtseins — nicht ohne einen leisen Zug zu hier möglichem Fehltum —; als den zärtlichsten Familienvater, der sagt: „Kinder sind immer die besten Menschen, dann kommt das Leben, erzieht und verdirbt uns"; als den innigsten Gatten, der an die Treue der deutschen Frau glaubt wie an die deutsche Treue selbst, nach deren ergreifendster Kundgebung er ausruft: „Was stehen wir hier und knieen nicht? Karl von Oesterreich ist nichts; aber von Gott ist sie und lebt in Ewigkeit, die deutsche Treue!" Ein großer Erbarmer ist er, ein unerbittlicher Selbstrichter erhabenen Verantwortlichkeitsgefühls, der „den Bruder des Kaisers, den Generalissimus und alle seine Siege hergeben würde", hätte er ein einziges schuldloses Leben erhalten sehen dürfen, von dem er sagt: „Ich tötete ihren Freund, ich brach ihr das Herz. Was hilft es, wenn ich sage: ich mußte." Ein Mann klarer Erkenntnis, reiner Gesinnung und wundervoller Gottzugehörigkeit, der spricht: „Der Krieg ist eine Krankheit am Körper der Menschheit, der Militarismus ebenso und mehr", sowie: „Lieber sterben und sühnen, als leben und besudelt sein" und: „Schlachtenruhm ist Staub; das Blut in Buße und Liebe zu Jesus ausgegossen, hat höheren Wert als alle Reiche Napoleons". Von ihm, den er hat opfern müssen, bezeugt er zu Peccaduc: „Ich sagte Ihnen, Tessenburg ist das Zerrbild deutscher Heldenschaft. Aber heute nehme ich dieses Wort zurück. Er fiel in Sünde und er büßte herrlich. — Herzogenberg, nicht der Selbstgerechte, nicht der Bewunderte ist der Erste im Heldentum, sondern der Starke, der siegte, fehlte, in Christo büßt und in Christo aufersteht."

Karl selbst ist der Urheber der Wandlung Tessenburgs, der in prachtvoll wirkender Gegensätzlichkeit neben ihm steht. Tessenburg ist, wie wohl fast alle Träger der Handlung außer Karl, dem Kaiser und Peccaduc, dichterisch erfunden, aber der geschichtlichen Tatsächlichkeit nachgebildet, in seinem Falle als Verpersönlichung der damaligen militärischen Willkür. Ein Tapferster unter Tapferen, verdiente er das Lob Karls, der ihm „eine große militärische Vergangenheit" nachrühmte, der ihm selbst einen hervorragenden Meldereiterdienst dankte und bekundete: „Er war der beste Mann in meinem Regiment". Ein anderer Hochstehender glaubt von ihm aussagen zu müssen: „Herz und Gemüt hat er nicht, sein Charakter ist hochmütig und untraitabel, aber ein gemeiner Kerl ist er nie gewesen." Er gilt als „notorischer Verschwender" und als rauher, rücksichtsloser Gatte eines unsäglich lieblichen jungen Weibes. „Herz habe ich nie gehabt", bestätigt er, halb irr vor Schmerz um die Seinen, kurz vor dem Tode. Und vorher: „Ich bin kein Gefühlsmensch. Ich weiß, daß die Liebe manchmal die Begriffe umbiegt, aber gescheiter ist es, sie bleiben gerade." Da spricht der eine leuchtende Zug seines Charakterbildes: seine stolze Wahrhaftigkeit. Selbst als er durch eine vielleicht kleine Abweichung von dieser sein Leben retten könnte, tut er es nicht und darf — ob mit hochmütigem Blick — bekennen, daß er „immer" die Wahrheit spreche. Keine Spur eines Beschönigungsversuches: „Ich war stets maßlos in meinem Zorn. Mein Temperament vor und nach der Verwundung (einem schweren Kopfhieb) war ganz gleich." Und auf die Entscheidungsfrage Karls: „Sie wollten ihn töten?" — ein festes „Ja." Dann aber, im Anschluß an weiteres Forschen, die weiche Milderung: „Ich täte es heute nicht wieder, aber es ist zu spät, er ist tot." — Der zweite und dritte leuchtende Zug im Charakterbilde des ursprünglich edel und reich Veranlagten, im Kriege und durch den Mangel an Selbstzucht jedoch Verrohten ist die nur einmal und zwar infolge der furchtbaren Hoffnungsenttäuschung kurz unterbrochene rückhaltlose Treuegefolgschaft des in seiner idealen Vorbildlichkeit glühend von ihm geliebten Feldherrn und — eine bewahrte Reinheit. Vor zwölf Jahren ist dem 22jährigen blendendschönen Reiteroffizier ein 15jähriges schwärmerisches Linzer Kind, ohne Ahnung der ihm drohenden Gefahren, zur Leistung eines dem Mädchen als notwendig erscheinenden Hilfedienstes in das Kriegsgetümmel nachgefolgt. Er aber hat, eingedenk seines hohen Vorbildes, „eine Lilie nicht knicken wollen", sondern das blutjunge Bürgerkind zu seiner Gemahlin erhoben. Auf diesem dreifachen Grunde des Wahrheits-, Treue- und Reinheitsmutes kann es dann Karl von Oesterreich gelingen, unter Beistand der göttlichen Gnade eine jener großen raschen Wandlungen zu christlichem Heldentum im Herzen eines Todgeweihten zu erzielen, wie sie uns die Dichterin schon wiederholt, und zwar mit voller Berechtigung, als unter dem Hochdruck eines die Begriffe von Zeit und Raum aufhebenden schweren Schicksals geschildert hat. Geschildert kraft einer Kunst der beherrschten und dennoch unmittelbaren Anteilnahme, die für den Leser alle Hemmungen eigenen Miterlebens mit königlicher Gebärde zur Seite räumt.

Tessenburg war auch ein sorgloser Vater zweier holder Kinder, von denen der mit leidenschaftlicher Inbrunst an dem Vater hängende Knabe der dritte Träger des hier verlebendigten Heldentums ist. Eines kindlichen Heldentums als Hoffnung der Zukunft, wie es E. v. Handel-Mazzetti schon einmal zutiefst wesensähnlich, in der Ausprägung andersartig vor uns aufgerufen hat („Meinrad Helmpergers denkwürdiges Jahr"). Wir sehen des Knaben Natur beunruhigend aus der des Vaters herauswachsen, erkennen schon in dem sich andeutenden Herrenmenschentum des Kleinen den „Vater des Mannes", schauen aber endlich, wie mit dem herannahenden schweren Geschick unter dessen Einwirkung und der rasch und stark sich entwickelnden Versteherliebe zur heroisch um den Gatten kämpfenden, durch und um ihn schmerzlichst duldenden Mutter der krönende Segen des Leids wandelnd, verklärend sich herabsenkt auf dieses Kind, von dem Karl sagt: „Das Heldentum liegt im Blut. Einen habe ich getötet, ein anderer ersteht." „Ja, dieses Kind wird herrlich vor Gott und Menschen sein", kündet der andachterschauernde Priesterfreund. „Er war ein Mörder, aber sein Kind ist ein Engel", urteilen die durch das Strafgericht an Tessenburg erleichterten Bürger. Gereift durch die furchtbaren Ereignisse der drei Tage, „weint und lebt" der Knabe, der an der Leiche des Vaters dessen Vermächtnis: bei falscher Anschuldigung gegen Karl für diesen Zeugnis abzulegen, in erschütternder Weise ausgeführt und dann noch der sterbenden Mutter zarteste Kindesliebe erwiesen hat. Völlig verwaist, geht er, „der Held kommender Tage, getauft mit dem wilden Blute des Toten", in die Hut tiefergriffener Menschen über. Nicht in die ihm sichtbare Karls, der fühlt, daß er ihn nur „von ferne" betreuen darf: „Denn sein Vater hat gebüßt; ich muß es auch, weil ich dieses Kind verwaiste". Das geistige Auge auf diesen Vater und diesen Sohn gerichtet, spricht dann der große, deutsche Held das prophetische Wort: „So ist es heute, so wird es morgen sein. Teutschland, Teutschland! Deine Starken fallen, ihr Blut tränkt die Erde. Aus dem Blut entspringt ein neues Geschlecht, ein neues Heldentum, ein neues Teutschland, jung, froh, sündenlos und herrlich vor Gott und Menschen!"

An dem in diesem gewaltigen Leidensdrama vertretenen deutschen Heldentum hat auch eine Frau teil: die kindlich holde, engelgleiche Gattin Tessenburgs. Sie ist eine Kätchen-von-Heilbronn-Natur mit heldischem Einschlag. Ihr kann man nur gerecht werden, wenn man

den Ursprung ihrer unbegrenzten Liebe zu dem Manne bedenkt, der ihre Reinheit schonte und wahrte unter Umständen, die zumal in jener Zeit von hunderten kaum ein zweiter geachtet hätte. Als die Frau Gewordene dies erkennt, wächst ihre dankbare, bewundernde Liebe ins Schrankenlose, zugleich ins ungemessen Opfernde. Eine solche Liebe sieht an dem teuren Gegenstande nur Gutes, Lichtes, Schönes, Verklärendes, kann nur noch leben im Leben des Geliebten und muß sterben, wenn dieser ihr genommen wird: „Tot! Tot! Nun ist die ganze Welt gestorben." „Du Kind der Güte," hatte Tessenburg gesagt, „du hattest keine guten Tage bei mir. Woher die große Liebe?" Ja, woher? Hier darf die Antwort lauten: „Göttlichen Ursprungs." Denn nur wer Gottes ist, kann solche Liebe üben. (1. Kor. 13.)

Nun gäbe es noch so viel zu sagen von allem übrigen, von so viel Bedeutsamem in dieser einzigartigen Dichtung: von der reichen, mannigfaltigen, auch in den Hauptpersonen in dieser Skizze noch lange nicht ausgeschöpften Charakteristik mit ihrer glänzenden Psychologie, ihrer scharf und feinsinnigen Motivierung; vom Auf- und Ausbau; von der vielfarbigen Beleuchtung des geschichtlichen und kulturellen Hintergrundes, der meisterhaft aufgerichteten Zeitbühne, der genialen Abspiegelung der altwienerischen Umwelt; von der Beweisesfülle eines gründlichsten, in die verborgensten Schatzkammern dokumentarischer Belege dringenden Studiums usw. Aber mir fehlt der Raum. So sehe ein jeder selber zu — und gewinne, was mehr ist als Genuß: was lebenzeugendes Leben werden kann im Zukunfts- und im Ewigkeitslichte.

Bühnen- und Musikrundschau.

Theaterangelegenheiten. Intendant Schwannecke tritt bereits am 1. März von seiner Stellung als Leiter des Nationaltheaters in München zurück. Da der Zeitpunkt, zu dem Geheimrat Dr. Zeiß sein Amt antreten kann, noch nicht feststeht, hat das Kultusministerium für die Zwischenzeit im Geschäftsbereich der Oper den Operndirektor Br. Walter, im Geschäftsbereich des Schauspiels das Regiekollegium mit der Wahrnehmung der künstlerischen Leitung beauftragt. Die Führung der Verwaltungsgeschäfte obliegt dem Verwaltungsdirektor. — Zwischen den Kammerspielen und Schwannecke schweben Verhandlungen wegen Verpachtung der Münchener Kammerspiele während der Sommermonate dieses Jahres. Dem Vernehmen nach plant Schwannecke daselbst Aufführungen des „Urfaust", den man von Dr. Zeiß, der die erste Fassung der Goetheschen Dichtung in Frankfurt erstmalig für die Bühne gewonnen, im Nationaltheater erwartet hatte. Als Gretchen ist Annemarie Seidel, die im Herbst die Münchener Staatsbühne mit der Berliner vertauscht, und Steinrück (Mephistopheles) vorgesehen. Mit Bedauern hört man das Gerücht, Schwannecke wolle in den Kammerspielen die verbotenen „Wetterstein"-Vorstellungen in sogenannten geschlossenen Vereinsaufführungen wieder aufnehmen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß in dieser Sache das letzte Wort gesprochen ist. Der Präsident der Deutschen Bühnengenossenschaft G. Rickelt erließ in diesen Tagen eine Kundgebung, in der er daran erinnert, daß die Satzung der Genossenschaft den Bühnenangehörigen die Förderung der kulturellen Aufgaben des deutschen Theaters ans Herz legt. Er zählt dann Tatsachen auf, die erkennen lassen, daß in nicht mehr vereinzelten Fällen die Schauspieler auf der Bühne und im Film gegen diesen Grundsatz sündigen. Rickelt gibt dann von folgendem Kenntnis: „Ueber Darbietungen eines Berliner Theaters, das sich nicht nur als Kunstanstalt, sondern als Gesinnungstheater mit kraftvollen Worten angekündigt hat, mußte der Reichstheaterrat zu Gericht sitzen und sein Verdikt dahin abgeben, daß der Bühnenleiter wegen des von ihm angewandten Inszenierungstricks (in der Wedekindschen „Franziska" erscheint eine Kollegin vollständig nackt, nur mit einem dünnen, unbedingt durchsichtigen Gazeschleier angetan), nicht als im Besitz der sittlichen Eigenschaften erachtet werden könne, die nach dem Gesetz für die Führung eines Theaters notwendig sind!" — Der Vertrag mit Falckenberg, dem als Spielleiter sehr verdienten Direktor der Münchener Kammerspiele, ist erneuert worden. Die Verhandlungen, die Albert Steinrück mit dem Schauspielhaus der Hermine Körner geführt haben soll, haben zu keinem Ergebnis geführt. Nach der Unterredung eines Journalisten mit dem neuen Generalintendanten hofft Zeiß Steinrück, diesen außerordentlichen Künstler, der wie etwas Selbstverständliches zu München gehört, dem Nationaltheater erhalten zu können". — Herr Schwannecke tritt im Herbst sein Engagement bei den Reinhardtbühnen an. Eine Zeitungsmeldung nannte ihn den Nachfolger Dr. Zeiß' in Frankfurt, allein dieser München-Frankfurter Intendantentausch dürfte ein ballon d'essai irgendeines Theateragenten gewesen sein. Als unrichtig erwies sich auch die Nachricht von dem Rücktritte Max Reinhardts in Berlin. Er will sich nur zu großen Gastspielunternehmungen, die heuer in einem Münchner Zirkus und später sogar nach Amerika führen sollen, von seinen Berliner Geschäften mehr entlasten. — Die Große Volksoper in Berlin, eine gemeinnützige Gesellschaft auf Aktien plant für den Zuschauerraum 4200 gleichwertige Plätze, von denen weit über ein Drittel an Kreise abgegeben werden, die volle Preise zahlen können. Die volkstümliche Wirtschaftsgrundlage ist dem Unternehmen durch die enge Verbindung mit der Volksbühne gesichert. Diese sieht in dem Zustandekommen der Volksoper die Möglichkeit, ihre auf das Schauspiel beschränkte Tätigkeit auf die Oper auszudehnen und den Kreis ihrer 102,000 Mitglieder in großem Umfang zu erweitern. Daher hat sich die Volksbühne täglich 1500 Karten für die Abend- und die meisten Nachmittagsvorstellungen auf Jahre hinaus gesichert. Das Kapital soll einstweilen bei der Volksbühne zum Ausbau des Krollschen Theaters angelegt werden, bis die Zeitverhältnisse die Ausführung des Unternehmens gestatten, das bei größter Schlichtheit der Inszenierung größte künstlerische Leistungen bringen will.

Münchener Schauspielhaus. Man hat lange im „Kaufmann von Venedig" die tragischen Elemente in den Vordergrund geschoben und die Töne des Lustspieles gedämpft, so sehr, daß man den lyrischen Ausklang der mondhellen Nacht, ‚da linde Luft die Bäume schmeichelnd küßt', als Ballast empfand und mit der großen Gerichtsszene schloß. Seit einigen Jahren gibt man wieder dem Lustspiel einen größeren Nachdruck. Reinhardts Inszenierung und Münchener Künstlertheater war hier der Ausdruck einer Zeitmeinung, die ja überhaupt den Komödiendichter Shakespeare dem Tragiker vorzieht. Die Spielleitung der Frau Körner ging noch weiter als Reinhardt. Die farbenfrohe Welt ließ sich nur vorübergehend durch ein paar düstere Schatten verdunkeln. Während jede lyrische Stelle zu vollem Erklingen kam, wurde die ganze Szene getilgt, in der Shylock heimkehrend sich um Kind und Gut beraubt sieht. Der elementare Aufschrei des Vaterherzens unterblieb. Granach spielte den Juden nicht schnell, aber auch nicht gut. Was dieser kleine Händler galizischer Färbung dem Venetianer antun wollte, entsprang einer kurzsichtigen Bosheit, die sich am Schlusse durch Porzias Klugheit geprellt sieht, da war nichts von einer Leidenschaft, die sich als Rächer einer geschwächten, verachteten ganzen Rasse fühlt. Frau Körner gab die Porzia mehr klug als schelmisch, aber sehr liebenswürdig, anmutig-reizvoll, gelegentlich selbst einen Zug königlicher Würde nicht entbehrend. Stauffen in der Titelrolle, Dieterle als Bassanio, wie all die anderen bis zu Herrn Raabes sehr gemütlichem Dogen gaben zwar nicht durchaus die letzten schauspielerischen Möglichkeiten, aber sie hielten sich angenehm von Schablone fern und eine kluge Hand hielt sie zu schöner Einheitlichkeit zusammen. Die farbig-reizvollen Dekorationen Güterslohs gaben die venetianische Umwelt mit suggestiv wirkenden Andeutungen. Da das Stück jetzt eine Woche lang täglich auf dem Spielplan steht, scheint der Erfolg der ersten Aufführung große Anziehungskraft hervorgerufen zu haben.

Aus den Konzertsälen. Den dritten Abend seiner mit dem Konzertvereinsorchester gegebenen Darbietungen hatte F. C. Adler Anton Beer-Walbrunn, dem Komponisten des mehr gepriesenen als aufgeführten Don Quixote gewidmet. Es war ein Verdienst des jungen Dirigenten, der wieder tüchtiges Können und feine Einfühlung zeigte, auf den begabten heimischen Meister hingewiesen zu haben. Leiden doch unsere Konzertprogramme trotz der verwirrenden Zahl der Ausübenden nur zu oft an einer gewissen Einförmigkeit des Gebotenen. Die symphonische Phantasie gehört noch zu den Jugendwerken Anton Beers, noch ist nicht in jedem Ausdruck volle Selbständigkeit gewonnen, aber die Frische, das Lichte, Frohe dieses romantisch gestimmten Tonsetzers spricht in voller Unmittelbarkeit zu uns. Von größter Ursprünglichkeit sind die drei Burlesken zu Ruederers „Wolkenkuckucksheim". Sie sind so lebendig, wie dies verfehlte Stück eines geistreichen Mannes unrettbar am ersten Tage dem Tode verfallen war. Der Abend bot auch zwei Uraufführungen; ein Konzert für Violine und Orchester und einen Zyklus lyrisch-dramatischer Gesänge nach Shakespeares Sonetten, der erstmals im Orchestergewand erschien. Kammersänger Brodersen sang diese Strophen, deren strenge Form das Feuer starken Empfindens verdeckt, mit einer Intensivität des Gefühles, die bezwingend wirkte. Sehr viel glückliche Eingebungen enthält das Violinkonzert, dessen Solopartie Jani Szánto mit hoher Klangschönheit spielte. — Neu war uns der Sänger Otto Pongratz, der Schumann und Wolf, sowie Lieder der zeitgenössischen Münchener Würz und Trunk sang. Er besitzt einen schönen warmen Bariton, der gut gebildet ist. Seine Vortragskunst ist noch nicht voll ausgereift, im ganzen jedoch ist der von Trunk ausgezeichnet begleitete Sänger eine erfreuliche Erscheinung. Freundlicher Aufnahme erfreuten sich auch die Pianistin Luise Tiol-Wollin und die Sopranistin Maria Joachim, die auf einem Beethoven-Schumann-Lisztabend tüchtiges Können zeigten, das bei guter Pflege angenehmes verspricht.

Verschiedenes aus aller Welt. Anna Bahr-Mildenburg, die große Wagnersängerin, die sich in den letzten Jahren auch als Schauspielerin und als Spielleiterin versuchte, wurde an die Münchener Akademie der Tonkunst berufen, um in der Darstellungskunst Unterricht zu erteilen. — Romain Rollands Revolutionsdrama: „Danton" wurde im Berliner Großen Schauspielhause gegeben. In Frankreich ist das Werk noch nicht in Szene gegangen, in Deutschland hielt man dies für nötig, obwohl es von Büchner bis heute genug deutsche Dichter gab, die den französischen Revolutionshelden mit stärkerer dichterischer Kraft auf die Bühne stellten, als Rolland; die Hauptwirkung tat Reinhardts Regie der Massen. — In Wien hatte eine Kleinbühne das Bedürfnis Clemenceaus Einakter, „Der Schleier des Glückes" aufzuführen. Die Uebersetzung besorgte Herr Wolff vom Berliner Tageblatt. — In Leipzig hatte „Der türkisenblaue Garten", ein Spiel von Liebe und Tod von Rose Silberer, Musik von Aladar Szendrei Erfolg. Die Partitur zeigt nach Berichten eine farbenreiche Stimmungsmusik von internationaler Prägung, das Buch ist von phantastischem Reiz, aber nicht frei von perversen Zügen. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutsche Valuta-Krise — Unsere Papiergeld-Misswirtschaft — Erwachende Arbeitsmehrung und gebesserte Industrielage — Der Börsentaumel.

Betrübend, jedoch nicht überraschend ist die Tatsache, dass der Wochenausweis der deutschen Reichsbank ununterbrochen eine weitere Verschlechterung im Status der Bank bringt, insofern, als immer wieder eine bedeutende Steigerung des Notenumlaufes zum Ausdruck kommt. Solange — der bayerische Handelsminister Hamm brachte dieserhalb in einer Tagung der bayerischen Hausfrauenkorporationen dies anschaulich zur Sprache — übergrosser Luxus und unsinnige Barausgaben die Wirtschaftseinnahmen des Volkes übersteigen, führt die Notenpresse ihr üppigstes Wesen. Wir zahlen mit Papiergeld ohne jedwede Unterlage! Verhandlungen über die schwebenden Schulden bei Beratungen der Valutakommission werden zwar auf diesem oder anderem Gebiet mehr oder minder einschneidende Vorschläge bringen. Ob und inwieweit jedoch solche Beratungen in die Tat der vollziehenden Besserung übertragen werden können, entzieht sich der Beurteilung. Vielleicht kann eine geplante beschleunigte Einziehung der neuen Reichssteuern, namentlich der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs eine solche Verminderung der schwebenden Schulden herbeiführen. Im neutralen Auslande sowohl, wie auch bei den Ententestaaten kann man seit wenigen Tagen eine, wenn auch geringfügige bessere Tendenz für die Kursentwicklung der Reichsmarkvaluta beobachten. Aehnlich verhält es sich mit der österreichischen Kronenwährung. Von den verschiedensten Gründen solcher Valutenerhöhung der deutschen Mark — zeitweise war die tschechische Krone und sogar der russische Rubel über pari der Reichsmark notiert — seien hier einige wiedergegeben. Dass das lebhaftere Interesse von Neuyork aus, woselbst um Bagatellen Millionenbeträge von Mark oder Kronen infolge der hochwertigen Dollarnotiz erworben werden können, für Reichsmark den äusseren Anstoss zur Kursbesserung unserer Valuta gegeben hat, mag in gewisser Beziehung stimmen. Jedenfalls aber liegen, und das ist hocherfreulich, auch sachliche Gründe hierfür vor.

Vor allem sei hingewiesen auf die fast in allen deutschen Industriegebieten sichtbar gehobene Arbeitsmehrung und auf die gebesserten Meldungen innerhalb der verschiedensten Grossindustriesparten. So wird von zuständiger Stelle bestätigt, dass die Ergebnisse der Schliessung und Umorganisierung der seither unwirtschaftlich arbeitenden Eisenbahnwerkstätten sehr günstig seien und vor allem eine Steigerung der Leistung zu registrieren sei. Besonders bemerkenswert ist die bei den unter Mitwirkung des Reichskanzlers gepflogenen Verhandlungen in Essen zwischen den Zechenverbänden und den Bergarbeiterorganisationen getroffene Vereinbarung hinsichtlich Leistung von vier Ueberschichten im Monat gegen erhöhte Bezahlung und Lebensmittelzuweisung. Durch die hierbei zu erwartende Mehrleistung wird infolge der dadurch ermöglichten Auslandslieferung gemäss den Friedensvertragsbedingungen den Ententeforderungen Rechnung getragen, ausserdem ist zu erwarten, dass ein erheblicher Teil dieser Mehrförderung sowohl für die Inlandsindustrie, wie auch für die Landwirtschaft Verwendung finden kann. Wie sehr unsere Gesamtwirtschaft und das Wohl und Wehe der ganzen deutschen Bevölkerung von der Kohlenbelieferung abhängig ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Reichskanzler Bauer und die übrigen aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrten Minister konnten wiederholt der Hoffnung Ausdruck geben, dass es gelingen werde, auf dem einzigen Erfolg versprechenden Weg, das ist dem der Verständigung mit den Arbeitern, die anscheinend mehr und mehr erwachende Arbeitslust und politische Besonnenheit hochzuhalten. Die verhältnismässig günstige Gestaltung der gebesserten Wagengestellung für den Kohlenversand im Ruhrrevier macht sich in einem steigenden Brennstoffumschlag per Bahn und per Schiff, wie in der Verringerung der Kohlenbestände bemerkbar. Die Lage der Montanindustrie in Oberschlesien — hoffentlich waren die jüngsten Meldungen über die Anspruchserhebung der Entente auf die oberschlesischen Kohlen nur Versuchsballone — ist ähnlich gebessert, wie dies beispielsweise in bemerkenswerten Ausführungen bei den Generalversammlungen der Laurahütte dargestellt werden konnte. Auch in anderen Industriesparten, wie in der Elektrobranche, sind zufriedenstellende Aeusserungen bekannt.

Seit der geklärten Auslieferungsfrage erlebten unsere Effektenbörsen wohl auch angesichts der oben angeführten günstigeren Wirtschaftsbetrachtung einen ungestümen Haussetaumel, der die seitherigen Kurssprünge noch weit überragt. Zeitweise herrschten hierbei enormer Kaufandrang, Kurssteigerungen von Hunderten von Prozenten pro Tag und ein förmliches Hamstern von Effektenbesitz, wahllos und ohne Rücksicht auf Bonität oder Rentabilität der Aktienkategorien, welche bündelweise oft den Besitzer wechselten. Selbst festverzinsliche Werte, neben Pfandbriefen endlich nach langer Zeit auch Kriegsanleihe und Rentenpapiere der Bundesstaaten erzielten Kursaufbesserungen, die jedoch in ihrer Wirkung eine ernste Kritik nicht aushalten können. Auch die Meldungen über die erheblich gesteigerten Gewinnerträgnisse bei den Grossbanken und die Besprechungen über die kommenden Bankbilanzen stimulierten. Die Wirkung der neuerlichen Tarifbewegungen einzelner Angestelltenverbände, auch die Folgen der vielfach als unerschwinglich bezeichneten Teuerungen geraten dabei erstaunlicherweise ins Hintertreffen, trotzdem Sein oder Nichtsein des grössten Teiles unserer Bevölkerung hiermit aufs Engste verknüpft bleibt!

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Vom Büchermarkt.

Unsere Gebirgsblumen. Von Reallehrer Dr. Benjamin Plüß. 2. Aufl. Mit 268 Bildern. M 6.—, geb. M 7 50. — **Zum Goethe-Problem.** Literarhistorische Studien von Alois Stockmann S. J. 8° (VIII u. 120 S.) M 4 20, geb. M 6.—. — **Einführung in die Psychiatrie für weitere Kreise.** Von Regierungsrat Dr. Heinrich Schlöß 2. Aufl. M 6 50, geb. M 8.50. — **Der christliche Monismus.** Zeitgemäße Betrachtungen über christliche Glaubenswahrheiten. Von einem modernen Naturforscher. (Bücher für Seelenkultur.) 12° (XII u. 106 S.) M 3.20, geb M 4.50. — **Kurzgefaßte Einleitung in das Neue Testament.** Von Prof. Dr. Joseph Sickenberger. 2. Aufl. 12° XVI u. 166 S.) Kart. M 5.60. — **Vom Geist der Liturgie.** Von Dr. Romano Guardini. 4. u. 5. Aufl. M 2.80. — **Wahre Goldsucher.** Worte und Winke der Heil gen. Von P. Hildebrand Bihlmeyer O S B. Erstes Bändchen. 8. Aufl. (11.—16. Tausend) 12° (X u. 100 S.) M 3.60, geb. M 5.20. — **Für unseres Herrn Tischgäste.** Ein Büchlein von der hl. Kommunion für die Frauenwelt. Von F. Förster. M 4.20, geb. M 5.80. — **Geheiligt werde Dein Name!** Gedanken und Erwägungen der gottliebenden Seele vor ihrem Meister im Tabernakel. Nach P. Peter Jul. Eymard von Klara Ida Schall-Rossi. kl. 12°. (VIII u. 90 S.) Geb. M 3.50. (Freiburg, Herder.)

Eveline van Olten. Die Geschichte einer Freundschaft. Von Heinr. Rosemann. M 5.10. — **Im Elendsgäßchen** und andere Erzählungen. **Schuld, Strafe und Versöhnung** und andere Erzählungen. Von Adolf Kolping. Herausgegeben von Laurenz Kiesgen. Dreikönigsbuv. Herausgegeben von Joh. Peter Manel. (Bd. 78/80 der Volks- und Jugenderzählungen.) Je M 2.25. (Köln, J. P. Bachem.)

Geschichte der deutschen Katholikentage. Im Auftrage des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands von Dr. Johannes B. Kißling. In zwei Bänden Erster Band. (XVI u. 506 S.) 8° M 14.—, geb. M 16.—. — **Allgemeine Einleitung in das alte und neue Testament.** Von Prof Dr. Joh. Maier (Lehrbücher zum Gebrauche beim theologischen Studium). Gr. 8°. 3. Aufl. (VIII u. 160 S.) M 5.20, geb. M 6.20. — **Ehe und Jungfräulichkeit im Neuen Testament.** Von Prof. Dr. Jos. Fischer (Biblische Zeitfragen IX 3/4), gr. 8°. (80 S.) M 2.20. — **Der Schimmelreiter.** Von Theod. Storm. („Unsere Erzähler". Herausgegeben von Dr. Fr. Castelle. Bändchen 55.) (120 S.) 50 Pfg., geb M 1.20. — **Das Mönchtum in der altfranzösischen Profandichtung** (12.–14. Jahrhundert). (Beiträge zur Geschichte des alten Mönchtums und des Benediktinerordens. Herausgegeben von P. Abt J. Herwegen. Heft 7.) Von Dr. P. Schenten. Gr. 8°. (XX u. 124 S.) M 7.20, geb. M 9.80. (Aschendorff, Münster.)

S. J. Jesuitenroman aus der Gegenwart. Von Johannes Mayrhofer. 13.—15. Tausend. (328 S.) M 3.50, geb. M 5.—. — **Das Mädchen von Domremy.** Geschichtliche Erzählung aus dem 15. Jahrhundert. Von Otto von Schaching. 4. Aufl. 8°. (IV. 176 S.) Brosch. M 2.—, geb. M 2.70. — **Das Bildnis der Mutter.** Eine geschichtliche Erzählung aus der Zeit des griechischen Bilderstreites. Von Otto v. Schaching. 4. Aufl. 8°. (IV, 132 S.) Brosch. M 2.—, geb. M 2.70. (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz.)



Aufruf zugunsten der Gefangenen in Sibirien!

Das Internationale Rote Kreuz-Komitee in Genf hat ein Rundschreiben an alle Landeskomitees vom Roten Kreuz ergehen lassen mit der dringenden Bitte, den Kriegsgefangenen in Sibirien zu helfen. Der Aufruf lautet:

„Mehr als ein Jahr sind verflossen, seit zwischen den kriegführenden Mächten ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Eine Regierung nach der anderen hat den Friedensvertrag unterzeichnet und ratifiziert. Obwohl der Krieg als solcher also abgeschlossen ist, fährt er doch fort, Opfer zu fordern. Gefangene, die nicht länger Feinde sind, sterben an Hunger, Kälte und Krankheiten Tausende von Kilometern von ihrer Heimat entfernt. —

Ueber zweihunderttausend Gefangene, zum größten Teil Oesterreicher und Ungarn, aber auch viele tausend Deutsche, befinden sich noch in Sibirien. Viele von ihnen sind schon 1914 gefangen genommen worden. So viele Jahre der Verbannung im härtesten Klima müssen das stärkste Herz brechen.

Nach den Berichten der abgesandten Kommissäre ist die Lage dieser unglücklichen Menschen eine unbeschreiblich gräßliche: Teils zufolge der örtlichen Verhältnisse und des in jenen Gegenden noch herrschenden Krieges, gezwungen, in Erdhöhlen zu hausen oder zu fünfhundert Mann zusammengepfercht in Barracken, die nur für dreihundert Raum bieten, ohne Beleuchtung und fast ohne Feuerstätten, den Tag auf ihren erbärmlichen Betten verbringend, eingehüllt in Lumpen an Stelle der Kleider, ohne Schuhe und mit gänzlich unzureichender Nahrung! Leidend an Körper und Seele, ziehen sie sich im besten Mannesalter Krankheiten zu, die sonst Greisenerscheinungen zu sein pflegen. Wenn ansteckende Krankheiten in diesen von geschwächten Menschen überfüllten kümmerlichen Wohnstätten ausbrechen, so sind ihre Verheerungen grauenhaft. Die Gefangenenlager leeren und die Kirchhöfe füllen sich stetig. Allein im Lager von Krasnojarsk sind 6000 und in Troizk sind von 16000 Gefangenen 12000 am Typhus gestorben.

Zu wiederholten Malen hat das Internationale Rote Kreuz-Komitee die Aufmerksamkeit des höchsten interalliierten Rates auf die Notwendigkeit hingelenkt, die Zurückführung der nach Sibirien Verschleppten in ihre Heimat zu bewerkstelligen. Aber infolge mangelnder Transportmittel und der Schwierigkeit, die erforderlichen Gelder zu verschaffen, dürften noch viele Monate vergehen, ehe dazu geschritten werden kann. Die Lage ist indessen eine solche, daß die Kriegsgefangenen der Vernichtung preisgegeben sind, wenn ihr Los nicht schleunigst verbessert wird.

Nach den Berichten besteht kein Zweifel an der Unmöglichkeit, an Ort und Stelle Mittel aufzutreiben, um den Gefangenen zu Hilfe zu kommen. Die Regierung in Omsk hat als erste ihr Unvermögen, die Situation zu ändern, eingesehen. Ihr Minister des Auswärtigen Amtes hat dem Chef der Kommission des Internationalen Komitees erklärt, daß Hilfe von allen Seiten kommen müsse. Einer solchen Not gegenüber könne nicht zu viel geschehen.

Das Internationale Komitee hat sich im Benehmen mit der Reichsregierung dieser ernstesten Sache hingebend angenommen und wendet sich nun an die Roten Kreuze aller Länder und durch diese an ihre Regierungen mit der dringendsten Bitte um Hilfe, besonders durch Veranstaltung von Sammlungen. Es ist notwendig, der ganzen Welt zu beweisen, daß die Armeen der Barmherzigkeit solidarisch sind. Es gilt, Tausenden von Menschen das Leben zu retten. Die Roten Kreuze mehrerer Länder sind bereits in die Bresche gesprungen: Das russische Rote Kreuz wird zu diesem Zwecke reorganisiert; das amerikanische hat 22 Hilfsstationen in Sibirien für die zivile Bevölkerung und die Flüchtlinge gegründet, sein „großer weißer Zug", der besonders für den Kampf gegen Typhus ausgerüstet ist, befährt die sibirischen Eisenbahnlinien; dasselbe Rote Kreuz versucht auch, den Kriegsgefangenen beizuspringen; das japanische Rote Kreuz hat einen Eisenbahnwaggon mit Sanitätsmaterial geschickt; das schwedische und dänische Rote Kreuz haben Delegierte entsandt und haben Vorräte in Wladiwostok zur Austeilung bereit, zu denen unsere Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene wesentlich beisteuerte. Aber die Not ist so groß, daß alle Maßnahmen nicht entfernt genügen, sie abzuwenden. Die zivilisierte Welt darf nicht untätig und gefühllos bleiben, während Tausende von menschlichen Wesen mit dem Tod kämpfen."

Die bayer. Zentralkomitees vom Roten Kreuz haben sofort nach Empfang der ja von ihnen mitangeregten Aufforderung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz die Bereitwilligkeit zur tätigen Mithilfe erklärt und auch von unserer Landesregierung Mithilfe erbeten und zugesichert erhalten. Zugleich wurde uns durch Entschließung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 8. Februar 1920 Nr. 2122 d 16 die öffentliche Sammlung von Geldspenden zugunsten der Gefangenen in Sibirien unter folgenden Auflagen erteilt:

1. Die Sammlung erfolgt durch die Presse.
2. Nach Abschluß der Sammlung ist über ihr Ergebnis zu berichten. Auf Verlangen sind hierzu Abrechnungen, Buchauszüge und Belege vorzulegen.
3. Die Genehmigung erlischt mit dem 31. März 1920.

Auf Grund dieser Ermächtigung und unter Bezugnahme auf obigen Aufruf des Internationalen Roten Kreuz-Komitees richten wir hiermit an die gesamte bayerische Bevölkerung, besonders die Vereine und Korporationen, aber auch an alle Einzelpersonen — Männer, Frauen und Kinder —

die innige und herzliche Bitte,

für die Linderung der schrecklichen Not unserer sibirischen Gefangenen und zur Ermöglichung ihrer baldigen Befreiung — jeder nach seinem Vermögen — ein Scherflein beizusteuern.

Gott vergelt es!

Die Annahme der Einzahlung aller — auch der kleinsten — Geldbeträge von Vereinen, Korporationen und Einzelpersonen übernimmt die Redaktion dieses Blattes und wird hierüber von Zeit zu Zeit öffentlich quittiert.

München, den 11. Februar 1920.

Die Zentralkomitees
des Bayerischen Frauenvereins vom Roten Kreuz,
des Bayerischen Landeshilfsvereins vom Roten Kreuz,

1. Vorsitzender: Dr. von Brettreich.
1. Vorsitzende: Freifrau von Branckh.
Vorsitzender d. Abt. für Gefangenenfürsorge und Vermißtennachf.:
Marschall.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., [illegible] in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis:
In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M. 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5X gespaltene Millimeterzeile 60 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 10. München, 6. März 1920. XVII. Jahrgang.

Oesterreich und Ungarn.

Von Dr. Hans Eisele, Wien.

Zwei bedeutungsvolle Ereignisse von noch unabsehbarer Wirkung belebten in den letzten Wochen die Politik des unglückseligen Gebildes von St. Germain, der Republik Deutschösterreich. Ich meine die glücklich verlaufene Länderkonferenz in Salzburg und die interessante Aussprache der Nationalversammlung über das Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn. Die Salzburger Länderkonferenz wird Richtung gebend für die österreichische Innenpolitik werden, die Unterhaltung über Ungarn vielleicht entscheidend für die österreichische Außen- und Föderationspolitik. Dabei ist natürlich nicht zu übersehen, daß Oesterreich in seiner Außenpolitik noch unfreier ist als Deutschland, wenn auch Wien und Budapest als politische Plätze von Tag zu Tag an Bedeutung und Interesse gewinnen. Hier beginnt bereits das freie Spiel der diplomatischen Ententekräfte. Hier werden schon heute Gegensätze und Intriguen in diesem diplomatischen Spiel deutlich fühlbar. Hier kreuzen sich heute schon Absichten und Interessen der verbündeten Ententemächte, sei es in der Stellung zu dem politischen Unruheherd und französischen Protektionsstück in Prag, sei es im Verhältnis zu Belgrad und Jugoslavien, in der Beurteilung Oesterreichs oder Ungarns. Jeder der Ententestaaten hat ja sein eigenes Protektionskind aus der alten Habsburgermonarchie übernommen. Und jedes dieser Staatsgebilde hat sich im nationalen Kraftbewußtsein übernommen und sich ein „Elsaß-Lothringen" angehängt, Tschechien deren mindestens zwei. Zwischen Oesterreich und Ungarn liegt noch als „Elsaß-Lothringen" das schöne, fruchtbare Burzen- oder Heinzenland Westungarn. Im Vertrag zu St. Germain ist dieses urdeutsche Stück Land bedingungslos der Republik Oesterreich zugesprochen worden. Oesterreich aber hat sofort und vorbehaltlos sich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt und die Aufnahme des Burzenlandes in den österreichischen Staatsverband von einer freien Volksabstimmung in Westungarn abhängig gemacht. Bei diesem ehrlichen Vorschlag ist Oesterreich geblieben, obwohl es dank der halb bolschewistischen Verhältnisse in Oesterreich, und namentlich im angrenzenden Niederösterreich immer zweifelhafter wurde, ob die Deutschen Westungarns sich nach diesem Halbbolschewismus und der sozialistischen Korruptions- und Mißwirtschaft in Oesterreich sehnen und für Oesterreich stimmen würden. Die Ungarn selber nutzten diesen schleichenden Bolschewismus und die allgemeine Bankrottpolitik in Oesterreich zu einer eindringlichen Agitation gegen den Anschluß Westungarns an Oesterreich aus. Daß sie aber darin bis zur Verfolgung anschlußfreundlicher Führer der Deutschen, zur Einkerkerung und Ausweisung deutscher Politiker gingen, hat ihnen in Westungarn sehr geschadet und sie in Oesterreich um viele Sympathien auch in christlich-sozialen Kreisen gebracht. Wie die Dinge heute in Westungarn liegen, ist auch nach Ansicht christlich-sozialer Redner eine freie Aeußerung des Volkswillens unter ungarischer Okkupation nicht gesichert, nach sozialistischer Ansicht ganz ausgeschlossen. Ungarn verschmerzt den Verlust Deutsch-Westungarns — übrigens leider nicht des ganzen deutschen Gebietes — soweit es im Vertrag zu St. Germain zwangsweise Oesterreich zugewiesen worden ist, nur sehr schwer. Das ist begreiflich. Aber Ungarn und Oesterreich haben ein Interesse daran, daß aus diesem Stück deutschen Landes nicht das wird, was es nach tschechischem Rat in Paris und nach tschechisch-französischen Absichten werden soll, ein Elsaß-Lothringen, ein Zankapfel und Kriegsgrund zwischen den beiden benachbarten und sich zur Freundschaft nahen Staaten Oesterreich und Ungarn.

Am 15. Februar überreichte der Wiener ungarische Gesandte Dr. Graz dem Staatskanzler Dr. Renner eine Note, in welcher die ungarische Regierung den offiziellen Vorschlag macht, in gegenseitigem freundschaftlichem Einvernehmen über die staatliche Zugehörigkeit Westungarns zu entscheiden. „Die ungarische Regierung", so hieß es in dem Angebot, „ist bereit, die Entscheidung der Frage, ob dieses Gebiet zu Oesterreich oder zu Ungarn gehören soll, der freien Entschließung seiner Bevölkerung zu überlassen". Ungarn erklärte sich ferner bereit, für den Fall der Entscheidung Westungarns zugunsten Ungarns in vertraglichen Abmachungen die strategischen, nationalen und wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs an Westungarn sicherzustellen, das Militär dort auf ein polizeiliches Mindestmaß zu beschränken, weitgehende Autonomie der Verwaltung und Garantien für die Erhaltung des deutsch völkischen Charakters auf alle Zeiten hinaus, sowie völlig freien gegenseitigen Handelsverkehr zu gewähren. Die Note wurde ausdrücklich von der ungarischen Regierung als „ein vom Wunsch nach dauernden freundlichen Beziehungen zum österreichischen Nachbarstaat eingegebener Vorschlag" bezeichnet. Zu gleicher Zeit wurde in einem offiziösen Telegramm die Aeußerung eines ungarischen Regierungsvertreters verbreitet: „Ungarn wünscht ein wirklich freundschaftliches Verhältnis mit Oesterreich". Aus eigenen wiederholten Aussprachen mit dem derzeitigen Ministerpräsidenten Huszar habe ich persönlich schon im Sommer und Herbst des letzten Jahres die Ueberzeugung gewonnen, daß dies die Linie der Außenpolitik des christlich-nationalen Ungarn ist.

Am 19. Februar kam das Angebot Ungarns in der Nationalversammlung zur Besprechung, da die großdeutsche Vereinigung eine dringende Anfrage über die westungarische Frage gestellt hatte. In dieser Aussprache ist das ungarische Angebot einmütig dahin beantwortet worden, daß die westungarische Frage durch den Frieden von St. Germain endgültig entschieden sei und daß deshalb Verhandlungen darüber mit Ungarn unmöglich seien. Der ungarische Vorschlag ist also in diesem Punkt rückhaltlos abgelehnt worden, von den Parteien und auch von den Christlich-Sozialen schärfer als von dem sozialdemokratischen Staatskanzler Dr. Renner, der mit überraschender Zurückhaltung, Schonung und mit wohlwollendstem Zartgefühl dies junge Pflänzchen der österreichisch-ungarischen Annäherung behandelte. Die führende Zeitung der Christlich-Sozialen, die „Reichspost", nannte das Angebot Ungarns den ersten Akt der Freundschaft, den Oesterreich von einem der benachbarten Nachfolgestaaten erfahren habe: „Zu einem christlichen Ungarn führt uns eine breite Brücke". „Mag gegenwärtig die unheilvolle Atmosphäre, die der Gewaltfrieden über die beiden Nachbarstaaten herabsenkt, auch noch manches verdunkeln, zwischen unserem christlichen Volke und dem erwachenden christlichen Ungarn werden sich tiefe geistige Zusammengehörigkeiten in dem Ringen aus gemeinsamer Not ergeben. Ebenso wird die Macht materieller Interessengemeinschaften nicht verdorren. Und je weniger wir auf das Vergangene und Unabänderliche zurückschauen und je tapferer wir uns der Zukunft zuwenden, desto eher werden wir das Unglück austilgen, das St. Germain und Neuilly über uns verhängen." („Reichspost" Nr. 50, 20. Februar 1920).

Staatskanzler Dr. Renner anerkannte ebenso offen die guten Gesinnungen des ungarischen Angebots und nannte

es einen Akt freundschaftlichen Entgegenkommens, der geeignet sei, das künftige Verhältnis der beiden Staaten dauernd in gute Bahnen zu bringen. Wenn in den Worten der Parteiredner eine gewisse Gereiztheit gegen Ungarn durchklang, so ist sie erklärlich in der Erinnerung an die Vergangenheit und an die jetzigen Versuche Ungarns im Burzenland, mit Polizei und Militär „corriger la fortune". Es steckt diese Erinnerung an die Vergangenheit mit vielen bitteren Gefühlen noch in weitesten Kreisen der österreichischen Länder. Man denkt noch heute daran, wie Ungarns Politiker und Staatsmänner Oesterreichs innere Politik beeinflußt und die äußere fast unbeschränkt beherrscht haben. Man ist heute vielfach des Glaubens, daß Ungarns Politik gegen Rumänien und Serbien den Krieg mitverschuldet und trotzdem durch den Verrat des Piave-Judas Karoly den Zusammenbruch verursacht habe. Man erinnert sich noch, wie Ungarn im Krieg im Ueberfluß lebte, während Wien und Oesterreich hungerten und bis zur letzten Kraft ausgepreßt wurden. Man hat erst aus der Größe der rumänischen Requisitionen erfahren, wie glücklich in Ungarn die Landwirtschaft mit ihren Viehbeständen durch den Krieg hindurch gekommen war. Darum war es niemals echtes Mitleid, was in der Zeit der furchtbaren Bolschewikenherrschaft und der rumänischen Besetzung die Oesterreicher beseelte. Es wird darum gut und klug sein, wenn Ungarn nicht aus der westungarischen Frage eine Quelle politischen Mißbehagens werden läßt, sondern sich mit den Tatsachen abfindet, daß Westungarn zunächst ein selbständiges Staatsgebilde wird, dann frei in einer Volksabstimmung sich entscheidet und voraussichtlich Oesterreich anschließt.

Noch vor einem Vierteljahr wäre diese Entscheidung mit dem Stimmzettel zweifelhaft gewesen, heute scheint sie für Oesterreich sicher zu sein. An ein Oesterreich, das ein Zentral- und Einheitsstaat wäre, würde sich Westungarn nicht anschließen, denn es will vom sozialistisch regierten Wien und Oesterreich, von der Wiener Korruptions- und Mißwirtschaft der Arbeiterräte und Salonbolschewiken so wenig wissen, wie Tirol und Vorarlberg. Aber inzwischen ist es entschieden worden, daß Oesterreich den umgekehrten Weg wie Deutschland geht, daß Oesterreich nicht zum Einheitsstaat mit möglichst starkem Zentralismus, sondern zum Bundesstaat mit möglichster Selbständigkeit der einzelnen Länder fortschreitet. Und so wird auch das westungarische Burzenland mit seinem Austritt aus Ungarn ein eigener Bundesstaat mit starker Selbständigkeit werden und in dieser Selbständigkeit als eigenes Land sich dem Bundesstaat der österreichischen Länder anschließen. Noch hat die konstituierende österreichische Nationalversammlung die Aufgabe nicht gelöst, für die sie eigentlich gewählt ist: die Verfassungsfrage. Man hat bisweilen mit Neid auf die schnelle Arbeit von Weimar geblickt. Heute nicht mehr, denn heute ist man sich bewußt, daß Oesterreich bei gleich schneller Arbeit ebenfalls ein zentralisierter Einheitsstaat voller Gegensätze und zentrifugaler Kräfte geworden und damit zerfallen wäre. Jetzt hat die Länderkonferenz, die am 15. und 16. Februar in Salzburg als Parlament neben und über der Nationalversammlung und ohne Regierung tagte, mit unzweideutiger Entschlossenheit und mit unanfechtbarer Mehrheit den dezentralisierten Bundesstaat Oesterreich festgelegt. Man sagt nicht zu viel mit der Behauptung, daß die eigentliche Gründung Oesterreichs erst in Salzburg auf der Länderkonferenz erfolgt ist. Da ist zum erstenmal wieder das Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsame Staatsbewußtsein der Länder zum Ausdruck gekommen, von Dr. Ender-Vorarlberg bis zum Dr. Kienböck-Wien und Experten Meidlinger-Westungarn. Darin liegt die große Bedeutung der Salzburger Länderkonferenz für Oesterreich und für Deutschland. Wenn Oesterreich nicht in seine Einzelländer zerfällt, sondern als Staatsgebilde sich zusammenfügt, dann ist es das Verdienst der Salzburger Länderkonferenz und ihres Bekenntnisses zum Bundesstaat. Und wenn Freunde des österreichischen Anschlusses in Deutschland für den Anschluß arbeiten und auf ihn hoffen, so dürfen sie niemals übersehen, daß diese österreichischen Länder sich nicht einmal unter Wien, viel weniger unter Berlin, nicht einmal unter einen zentralisierten Einheitsstaat Oesterreich, viel weniger unter einen zentralisierten Einheitsstaat Preußen-Deutschland beugen werden. Wer für den zentralisierten Einheitsstaat Preußen-Deutschland arbeitet, der arbeitet gegen die Einigung des Deutschtums im Deutschen Reich und gegen den Anschluß aller deutschen Länder Oesterreichs ans Reich.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Streit um Erzberger.

Die Angriffe gegen den Abg. Erzberger haben nun vorläufig dahin geführt, daß Erzberger sich von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte als Finanzminister bis auf weiteres entbinden ließ. Aus den Akten des zuständigen Steueramtes waren die Steuererklärungen Erzbergers gestohlen, abphotographiert und veröffentlicht worden. Gegenüber dem Vorwurf, für Einkommen und Vermögen zu niedrig deklariert zu haben, mußte Erzberger eine Untersuchung gegen sich selbst beantragen. Das zur Untersuchung berufene Finanzamt untersteht dem Finanzminister; soll es gegen die Person des Finanzministers freie Hand haben, so muß der Minister seine Machtbefugnis einstweilen aufgeben. Daher die beantragte und beschlossene Suspension.

Sie hat insofern eine Rückwirkung auf den Helfferich-Prozeß, als sie den Mißstand beseitigt, daß der amtierende Finanzminister zu gleicher Zeit in der Nationalversammlung seine großen Steuergesetze verfechten und sich im Gerichtssaale gegen die persönlichen Vorwürfe verteidigen sollte. Vielfach hatte man schon vor dem Diebstahl der Steuererklärungen das Gefühl, daß es besser sei, wenn das Objekt eines so heftigen und langwierigen Leumundsprozesses von der Würde und Bürde des aktiven Ministers einstweilen entlastet würde. Es muß im übrigen alles vermieden werden, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob dem kommenden Urteil des Gerichts vorgegriffen werden sollte.

Dieser Gesichtspunkt war für die Haltung der Zentrumspartei entscheidend. Auf dem Parteitage in Berlin wurde abgesehen von einem Votum für oder gegen die Person des Herrn Erzberger, und zwar deshalb, weil man nicht in das gerichtliche Verfahren irgendwie eingreifen, vielmehr dessen Ergebnis in voller Unbefangenheit abwarten wollte. Es wurde dort nur die Politik Erzbergers besprochen und die Uebereinstimmung der Partei mit den wesentlichen Punkten der Finanzpolitik bekundet. Die Unterscheidung zwischen der persönlichen Tätigkeit und der politischen Wirksamkeit des außerordentlich geschäftigen Mannes muß auch fortan aufrechterhalten werden. Das Zentrum ist mit verantwortlich für die politische Tätigkeit seiner Mitglieder, soweit es dieselbe gebilligt und unterstützt hat; aber es ist nicht verantwortlich für die privaten Geschäfte seiner Mitglieder und auch nicht für Verwertung des politischen Einflusses zu persönlichen Zwecken, wenn solche ohne Wissen und Willen der Fraktion erfolgt sein sollten. Werden unzulässige Handlungen Herrn Erzberger nachgewiesen — in dieser Richtung müssen erst die tatsächlichen Feststellungen des Urteils im Helfferich-Prozeß, sowie das Ergebnis der Steueruntersuchung abgewartet werden — so hat er persönlich die Folgen zu tragen; die Fraktion und die Gesamtpartei werden von den etwa aufgerührten Schmutzspritzern nicht berührt.

Die Zentrumspartei rechnet bereits mit der Möglichkeit, daß Herr Erzberger auch bei dem denkbar günstigsten Urteilsspruch doch zur weiteren Unterbrechung seiner politischen Tätigkeit genötigt sein könnte. Muß Erzberger sich zurückziehen, so gilt es, für die ausgeschaltete Kraft Ersatz zu schaffen. Aus den Kreisen der demokratischen Partei, die bisher schon nicht ganz rückhaltlos zu der Person und Politik Erzbergers stand, wird der Wunsch laut, man möge das Finanzministerium mit einem Fachmann besetzen. Darüber läßt sich reden, wenn nicht etwa der Hintergedanke ist, durch die Einschiebung des Fachmannes und die Verschiebung der Finanzreform um die hohen Abgaben von Vermögen und Kapital herumzukommen. Dadurch würde nicht bloß die Reichskasse gefährdet, sondern auch das Zusammenarbeiten mit den Mehrheitssozialisten, die ihre Mitwirkung bei den indirekten Abgaben von der gleichzeitigen Einführung der hohen direkten Steuern abhängig machen. Die Entwürfe, die Erzberger eingebracht, stellten ein Kompromiß dar zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Steuerplänen. Wird dieser Ausgleich durch seinen Rücktritt vereitelt, so verliert nicht nur die Reichskasse das dringend erforderliche Geld, sondern wir gefährden auch weiterhin unseren Kredit im Auslande und geraten in die Gefahr einer inneren Erschütterung, die für die Genesung des kranken Vaterlandes verhängnisvoll werden kann. — —

Möge recht bald Schluß gemacht werden können mit den Rückblicken auf die Vergangenheit und dem Herumstöbern in den Schutt-

hausen, die sich in den letzten Jahren angesammelt haben. In dieser Hinsicht haben wir schon genug und übergenug Belastung, wenn wir die Prozesse in Leipzig durchführen, zu denen uns die Entente zwingt. Eine Rückschau bis auf alle möglichen zweifelhaften Einzelheiten der letzten 15 Jahre, wie sie der Prozeß Helfferich in Gang gebracht hat, wirbelt nur Staub und Aergernis auf, ohne irgendwelchen Nutzen zu versprechen. Was verfehlt oder verloren ist, läßt sich nicht anders wettmachen als durch gemeinsame Arbeit an dem Wiederaufbau. Allerdings ist eine Vorwärtsbewegung nur dann denkbar, wenn

das Loch im Westen

endgültig beseitigt wird. Bisher fehlte es an dem guten Willen der Sieger. Noch einmal hat die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen in Form einer dringlichen Note auf die Tatsache hingewiesen, daß infolge des unbeaufsichtigten Warenverkehrs über die westliche Grenze Deutschlands unnötige Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark nach Deutschland eingeführt werden, während die unentbehrlichsten Bedürfnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung mangels Devisen nicht gedeckt werden können. So ist die damit verbundene Zerrüttung unserer Valuta schädlich nicht allein für Deutschland, sondern es werden sehr beträchtlich auch die Länder geschädigt, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrag schuldet. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Sinken der deutschen Währung und mit der Unmöglichkeit, durch eine genügende Ernährung und Bekleidung die Arbeitskraft der Bevölkerung zu heben, immer geringer. Die Note läßt dahingestellt, ob die Aufhebung der betreffenden deutschen Vorschriften berechtigt war. Jedenfalls finde sich im Friedensvertrag keine Bestimmung, die die Aufrechterhaltung dieser folgenschweren Zustände rechtfertigen würde. Die deutsche Regierung erklärt sich wiederholt gerne bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden und mit diesen Ländern über begrenzte Freilisten zu verhandeln, die von den deutschen Einfuhrverboten ausgenommen sein sollen. Die Note wünscht dringend den baldigen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, wodurch die Verfügung der Truppenbefehlshaber über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbestimmungen außer Kraft gesetzt wird. Nun die Kuh aus dem Stall ist und die ganze Welt sich an dem wehrlosen Deutschland bereichert hat, mag unser Protest vielleicht endlich eine Wirkung haben.

Rußland auf dem Wege zur Demokratie.

Die terroristische Politik in Rußland hat, wie aus verschiedenen Anzeichen zu ersehen war, seit längerer Zeit Schiffbruch gelitten. Die planmäßige Sozialisierung des Bodens scheiterte an dem Widerstand der Bauern, welche in dem so ungeheuer ausgedehnten Land etwa 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Mit dem reinen industriellen Kommunismus wurde schon im Jahre 1918 gebrochen, als man sich zur Hebung der Arbeitsdisziplin und Produktivität genötigt sah, den Spezialisten hohe Gehälter zu bieten. Man faßte schon damals die Einführung der Akkordlöhne, die Anpassung der Löhne an die allgemeinen Arbeitsergebnisse einer Fabrik oder die Betriebsresultate des Transportes durch die Eisenbahn und auf den Wasserwegen, ferner die Organisierung des Wettbewerbes einzelner Produktiv- und Konsumkommunen und die Auswahl von Organisatoren ins Auge. Nun erfahren wir von einem neuen Friedensangebot Sowjet-Rußlands an die Großmächte, worin sich die Sowjets verpflichten, in Rußland eine demokratische Republik zur Anwendung zu bringen und eine Konstituante einzuberufen. Sie versprechen überdies, das Dekret, welches die russische auswärtige Schuld auslöschte, zurückzuziehen und diese bis zu 60 Proz. der verfügbaren Summe anzuerkennen und die rückständigen Zinsen zu zahlen. Die Sowjetregierung erklärt sich zur Leistung bedeutender Garantien bereit, insbesondere durch Abtretung von Konzessionen über reiche Platin- und Silberbergwerke an ein englisch-amerikanisches Syndikat. Dagegen verlangt Sowjet-Rußland von Großbritannien und den übrigen Großmächten, jede Einmischung in die russischen Angelegenheiten aufzugeben. Gleichzeitig gibt es dem Wunsche Ausdruck, die Vereinigten Staaten möchten Rußland einen Kredit eröffnen, der auf bedeutenden Konzessionen beruhen würde. Die Differenzen mit Japan sollen freundschaftlich geregelt werden. So befindet sich Rußland auf dem Wege zur Demokratie mit bäuerlichem Einschlag. Möge diese Wendung auch die radikalen Theoretiker bei uns zur Besinnung bringen.

Die italienische Politik seit dem Jahre 1914 und ihre Wirkungen.

Von Friedrich Ritter von Lama, Füssen.

„Amerika steht heute mit gezücktem Messer vor den Verbündeten" erklärte laut „Secolo" vom 15. Februar der italienische Ministerpräsident Nitti gegenüber Wilsons Mitteilung, er verwerfe sowohl das den Jugoslaven aufzuzwingende Kompromiß, wie auch das gesamte Londoner Abkommen. „Leider gestattet die Lage, in der sich heute die Verbündeten, wirtschaftlich gesprochen, befinden, ihnen nicht jene Unternehmungs- und Handlungsfreiheit, welche wünschenswertere Lösungen begünstigen könnte. Amerika heute beiseite liegen zu lassen, ist daher weder möglich, noch viel weniger klug. Seine augenblickliche Abwesenheit von der Konferenz will durchaus nicht sagen, daß es sich um deren Arbeiten nicht bekümmere oder daß es ihm gleichgültig sei, zu welchen Beschlüssen man gelangt." Während die Wilsonsche Geste sich scheinbar vorwiegend gegen England und Frankreich richtet, die der Belgrader Regierung gegenüber als die Handelnden auftreten, trifft sie im Grunde genommen hauptsächlich Italien, das einerseits durch seine energischen Schritte der bisherigen Politik des Hinausschiebens in der Lösung der ihm lebenswichtigen Adriafrage unter Berufung auf die Unterschriften unter dem Londoner Abkommen das Ultimatum an die jugoslavische Regierung erzwang, anderseits durch das Auftreten seiner früheren Vertreter Sonnino und Orlando Wilson abstieß. Als dieser mit seinen pazifistischen Gedanken sich einzumischen begann, ließ die abfällige Stellungnahme Sonninos in ihrer Ausdrucksweise an Höflichkeit und Rücksichtnahme sehr viel zu wünschen übrig. Sonnino war überhaupt gegen eine Einmischung Amerikas in europäische Angelegenheiten und vertrat entschieden den Standpunkt, die Entente dürfe das Eingreifen Amerikas weder gestatten noch begünstigen, und in dieser Stellungnahme suchte er Unterstützung bei der Regierung des Zaren. All das geht aufs klarste aus der von den Bolschewiken aufgefundenen Korrespondenz mit Sazonoff hervor. Die Abneigung Wilsons gegen die Italiener erhielt eine mächtige Nahrung, als diesem bei Beginn der Friedensverhandlungen der Inhalt des geheimen Londoner Abkommens zur Kenntnis kam und er damit erfuhr, für welche geheimen Kriegsziele Amerika sich unbewußt eingesetzt hatte. Die südslavische Propagandatätigkeit in den Vereinigten Staaten hatte dort tiefe Sympathien für die Befreiung dieser Rasse von der habsburgischen „Fremdherrschaft" erweckt und nun enthüllte sich die Tatsache, daß ein Verbündeter, Italien selbst, als Preis für seine aus angeblich rein idealistischen Beweggründen gewährte Teilnahme am Kriege eine halbe Million Südslaven unter seine Herrschaft pressen wollte. Seither hat die Politik der Consulta trotz wiederholten Personenwechsels diese Richtlinie ihrer Politik nicht aufgegeben, obwohl im übrigen sowohl Orlando wie Nitti von der Tribüne herab das Parlament wiederholt vor jeder Silbe gewarnt hatten, die bei Amerika, auf das Italien in mehr als einer Hinsicht heute angewiesen ist, Anstoß hätte erregen können. Die entschiedene Abneigung und Gegnerschaft der Washingtoner Regierung sowohl, wie der Mehrheit des amerikanischen Volkes gegen Italien ist also eine feststehende Tatsache.

Aber auch im Verhältnisse Frankreichs und Englands zu ihrem südlichen Verbündeten waren schon wiederholt schwere Störungen vorgekommen, deren Wirkungen sicher noch nicht ganz überwunden sind. Während seiner kurzen Ministerschaft hat Tittoni im Herbste in einer Rede sich darüber folgendermaßen ausgesprochen: „Welches gegen Ende des vergangenen Juni unsere Beziehungen mit Frankreich und England waren, gaben uns Clemenceau und Lloyd George durch eine von ihnen unterzeichnete Note zu verstehen, die uns überreicht wurde, als wir in Paris ankamen. (Unter dem „wir" ist die neue Friedensdelegation nach dem Sturze Sonninos zu verstehen. D. V.) Darin war gesagt, daß der Wechsel der italienischen Delegation in einem Augenblicke erfolgt sei, in dem die Verbündeten lebhafte Befürchtungen hinsichtlich der Haltung Italiens gegenüber der gemeinsamen Sache hegten . . . Nach lebhaften Vorwürfen wegen der Landung italienischer Truppen in Kleinasien, ohne daß die Konferenz davon in Kenntnis gesetzt worden sei, und einer Aufforderung, jene wieder zurückzuziehen, schloß die Note: Diese Art des Vorgehens steht zu einem aufrichtigen Bündnisse in absolutem Widerspruch; das unvermeidliche Ergebnis wäre die

vollständige Isolierung Italiens. An den italienischen Staatsmännern ist es, zu entscheiden, ob dies im Interesse ihres Landes läge. Für uns und für die Welt wäre dies ein ungeheurer Verlust . . . aber für Italien der Verlust jedweden Rechtes auf eine weitere Unterstützung und Hilfe seitens jener, die stolz darauf waren, seine Verbündeten gewesen zu sein. Dieses Ende würde von uns als ein Unglück betrachtet, aber wenn die italienische Politik in denselben Methoden fortfährt, so scheint uns dieser Ausgang unvermeidlich".

„Clemenceau ist nicht unser Freund und seine Politik strebt eher danach, die zwischen den beiden Nationen geschaffenen Bande zu zerstören, als sie zu verstärken", konstatierte kurz vorher das „Giornale d'Italia", damals noch das Organ Sonninos, und zahlreich sind die Belege aus der italienischen Presse des vergangenen Jahres, die alle sich in der Richtung jener Feststellung bewegen, die der frankophile radikale Politiker Pedrazzi mit den Worten aussprach: Frankreich ist notwendigerweise und aus geschichtlichen Gründen Italiens Gegner. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß die französische Balkanpolitik so lange unverhüllt slavophil bis zur offenen Bekundung des Gegensatzes zu Italien war — man denke an die Ereignisse kurz vor der Besetzung durch d'Annunzio — als nicht Italien sein Londoner Abkommen vorwies und den Bundesgenossen an die Achtung seiner Unterschrift erinnerte. Erst in der allerletzten Phase und nur unter diesem Druck finden wir wieder ein äußerliches Zusammengehen, das aber gerade in den letzten Tagen wieder eine schwere Erschütterung erfahren hat. Zweifellos von jugoslavischer Seite ausgehend, ist durch Vermittlung tessinischer Hände in dem Augenblicke der Wortlaut zweier Geheimdokumente in die Oeffentlichkeit geworfen worden, da eben durch jene Drohgeste Italiens Frankreich zu seiner antisüdslavischen Stellungnahme gewaltsam gedrängt wurde. Das eine Schriftstück enthält seitens der Belgrader Regierung das Angebot eines geheimen Militärabkommens, dessen Spitze sich gegen Italien richtet, und das zweite ist die französische Antwort, die dieses Angebot nicht glatt abweist, sondern die Ausführung für verfrüht erklärt, im übrigen aber bereits die Wege weist, die beschritten werden müßten. Selbst von der Schaffung eines casus belli gegenüber Italien ist schon die Rede! Nun steht diesen Dokumenten freilich eine amtliche französische Ableugnung gegenüber, aber sie besagt nicht, daß die Schriftstücke unecht seien, sondern begnügt sich, Verhandlungen zwischen der französischen und südslavischen Regierung in Abrede zu stellen. Dieses Dementi läßt also sehr viel freien Spielraum, es beseitigt durchaus nicht die Möglichkeit, daß es sich um eine schriftliche **Vorbesprechung** für künftige Verhandlungen handelte, deren gelegentliche Aufnahme und Ueberleitung in eigentliche Verhandlungen s. Z. die Regierung selbst in die Hand nehmen konnte. Und so ganz unrecht hat man auch in Paris nicht. Man sieht sich gegen Ueberraschungen vor, zu denen die Bundestreue Italiens jedenfalls berechtigt. Und wie viel schließlich amtliche Versicherungen an Wert besitzen, bezeugen die übertriebenen Freundschaftsbeteuerungen, die unabhängig voneinander Vasich sowohl wie Nitti vor acht Tagen an die gegenseitige Adresse richteten, während es offenkundig ist, daß wir einem neuen militärischen Konflikte zutreiben. Es ist auch ganz sicher kein Zufall, daß dasselbe Frankreich, das so ungemein um seine künftige Sicherheit besorgt ist, daß es mit England und Wilson — nicht mit den Vereinigten Staaten! — ein militärisches Defensivbündnis schloß, nach der Ablehnung der Teilnahme Amerikas durch den Washingtoner Senat bis heute trotz aller Avancen der italienischen Presse Italien nicht eingeladen hat, an Stelle des ausfallenden Partners zu treten. Auch hier stehen wir vor den Wirkungen, wie sie jene Politik zeitigte, die sich in den Gleisen des Londoner Abkommens bewegt und, wie gesagt, trotzdem es ihr zu verdanken ist, daß man heute von einer Einkreisung Italiens sprechen kann, unentwegt die Linie einhält. Denn bezüglich der Südslaven dürfte wohl kein ins einzelne gehender Tatsachenbeweis dafür notwendig sein, daß die tiefgehende Verbitterung gegen den italienischen Nachbar sowohl durch die Drohung der Anwendung der Londoner-Vertragsbestimmungen wie auch durch das Aufzwingen eines Kompromisses, an dem Belgrad nicht mitgewirkt hat, neue Nahrung erhalten hat.

Durch einen weiteren Artikel jenes Abkommens vom 26. April 1915 hat Italien seine Hand auf ein Stück deutschen Landes gelegt, auf das deutsche Südtirol, und damit hat es das Glied geschaffen, das die beiden übrigen Teile der Kette vereinigt. Will Tirol — und es will — jemals wieder seine Einheit gewinnen, so ist es durch die italienische Außenpolitik geradezu an die Seite jener Mächte und Nationen getrieben worden, die gleichfalls eine Rechnung mit Italien zu bereinigen haben. Mag es zu einem Anschlusse der österreichischen Länder kommen oder nicht, wo immer Tirol sein wird, da wird es sein ganzes Gewicht in die Wagschale gegen Italien werfen. Man täusche sich in Italien nicht! Der Südtiroler ist nicht der Mann, der gegen einen Bedrücker mit der Waffe des Meuchelmordes arbeitet, aber er besitzt jene Eigenschaft, daß man sich an ihm in Rom die Zähne ausbeißen wird, jene Zähigkeit, die nicht nachgibt und unter allen Umständen Sieger bleibt. Und aus dem an Südtirol begangenen Unrechte werden Italien neue Gegner erstehen, es wird immer ein Anlaß sein, um keine Sympathien für Italien aufkommen zu lassen. Die Sympathien der Völker richten sich nicht nach den Berichten einiger Journalisten, die in Entzücken, daß ihnen die Rückkehr gestattet wurde, Italien schon wieder Weihrauch streuen und es dankbar anerkennen, daß der Italiener jetzt schon dem Deutschen nicht mehr nachträgt, daß er ihn verraten.

Die Politik der italienischen Staatsmänner — P. Semeria behauptet allerdings, der letzte italienische Staatsmann sei Cavour gewesen — seit jenem Tage, da sie den Dreibund brachen, beweist aufs neue, worin der Fluch der bösen Tat besteht. Sie fürchten die Rache der Geschichte und wollen sich mit strategischen Grenzen vor ihr schützen; um diese aufzurichten zerreißt und vergewaltigt man Nachbarvölker und schafft damit nur neue Zonen des Hasses und der Gegnerschaft, gegen die jede strategische Grenze ohnmächtig ist. Was nützt die Alpenmauer und der Besitz Deutsch-Südtirols, wenn die Vereinigten Staaten dem Lande in dieser Schicksalsstunde den Kredit verweigern? Und das tun sie! Daß die jetzige Garnitur italienischer Minister noch rechtzeitig zur Vernunft komme, wagen wir nicht zu hoffen, aber die Macht der Verhältnisse, die wir eben dargelegt, wird jene beseitigen, die glauben, ihr Zwang antun zu können und dann wird Italiens Sieg — jetzt schon als diplomatisches Karfreit angesprochen — sich zur Niederlage wandeln und als einziges Ergebnis der vier Jahre lang gebrachten Opfer bleibt jene halbe Million Toter, deren Gebeine heute auf den Schlachtfeldern Venetiens bleichen.

Staat und katholische Kirche in Bayern.

Von Staatsminister a. D. Dr. v. **Knilling**.

II.

Die Erörterungen im Verfassungsausschusse des bayerischen Landtages bewegten sich besonders auch um die Frage nach dem **Verhältnisse des bayerischen Konkordates vom 5. Juni 1817 zu dem durch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 geschaffenen Rechtszustande.**

Die Meinungen gingen ziemlich weit auseinander. So wurde darzutun versucht, daß, soweit in der neuen Reichsverfassung und der Verfassung des Freistaates Bayern mit dem Konkordate nicht vereinbare Bestimmungen enthalten seien, letzteres außer Kraft getreten sei; da ferner die Landesgesetzgebung durch die ihr im Rahmen der Reichsverfassung überlassenen Ausführungsbestimmungen ohne Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle Recht schaffen könne, bliebe für konkordatmäßige Abmachungen zwischen Staat und Kurie höchstens nur ein außerordentlich enger Kreis von Angelegenheiten über, wenn überhaupt noch von denkbaren Gegenständen für solche Verhandlungen gesprochen werden könne. Im Gegensatze hierzu wurde die Eigenschaft des Konkordates als eines durch Art. 4 der Reichsverfassung geschützten völkerrechtlichen Vertrages und die hieraus zu folgernde Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und dem päpstlichen Stuhle zum Zwecke der Anpassung des Vertragsrechtes an das neue Reichsrecht betont. Auch die Frage wurde aufgeworfen, ob nicht der Abschluß eines deutschen Konkordates vorzuziehen wäre, da es sich doch nur um Durchführung reichsgesetzlicher Bestimmungen handeln könne.

Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß der Reichsverfassung eine unmittelbar derogierende Wirkung gegenüber dem Konkordate nicht zukomme, daß aber für Bayern die Verpflichtung bestehe, der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen und zu diesem Zwecke die Erzielung eines neuen Uebereinkommens mit dem päpstlichen Stuhle zu versuchen, zu dessen Abschluß die

bayerische Regierung zweifellos berechtigt sei. Für den Fall, daß ein Einverständnis mit der Kurie nicht zu erreichen sein sollte, deutete der Ministerpräsident an, daß dann der Reichsverfassung einseitig Geltung verschafft werden müßte. Dann, meinte der Ministerpräsident, könnten auch die in Art. 137 Abs. 2 der Reichsverfassung begründeten Freiheiten in bezug auf die Stellenbesetzung der Kirche nicht zukommen, weil das Konkordat nicht abgeändert sei und die Reichsverfassung nicht unmittelbar wirke.

Vor näherer Würdigung dieser Anschauungen dürfte es nicht überflüssig sein, sich folgendes ins Gedächtnis zu rufen:

Das Konkordat vom 5. Juni 1817 ist mit dem päpstlichen Stuhle eingegangen worden von dem damals noch unumschränkten Träger der Krone des selbständigen, noch keiner Reichsgemeinschaft angeschlossenen Königreichs Bayern. Nach Art. XVIII des Konkordates sollte dieses vom Könige von Bayern als Staatsgesetz erklärt werden. Diese vertragsmäßige Verpflichtung ist nicht vorbehaltlos erfüllt worden. Aehnlich wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Frankreich das französische Konkordat nur in Zusammenhang mit den Articles organiques in Kraft gesetzt wurde, ist in Bayern das Konkordat zwar als II. Anhang zur II. Verfassungsbeilage erklärt und veröffentlicht worden, aber nur im Rahmen der vielumstrittenen Schlußklausel der II. Verfassungsbeilage, des sog. Religionsediktes, ein Verfahren, das den Ausgangspunkt für fast ein Jahrhundert hindurch währende, lebhafte, oft leidenschaftliche Verfassungskämpfe bildete und immer wieder Anlaß zu erbitterter Anfechtung von kirchlicher Seite gab.

Es wäre müßig, jetzt noch geschichtliche und rechtliche Betrachtungen darüber anzustellen, ob die Kurie schon bei Abschluß des Konkordates mit dem auf staatlicher Seite bestehenden Vorbehalt einer staatsgesetzlichen Einschränkung rechnen mußte und diese Absicht zwar nicht gutgeheißen aber hingenommen hat, ferner, welche Teile des Konkordates in Bayern verfassungsrechtliche Geltung gewonnen haben, welche nicht. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß nach der ständigen Auffassung der bayerischen Staatsregierung das Konkordat nur innerhalb der Schranken des Religionsediktes staatsrechtliche Wirkung äußern konnte. Unbestritten war jederzeit, daß insbesondere jene Bestimmungen des Konkordates, die von den Bezügen der Bischöfe und der Domgeistlichkeit, dann von der Besetzung der kirchlichen Stellen handeln, durch die Erklärung des Konkordates als II. Anhang der II. Verfassungsbeilage Bestandteil des bayerischen Staatskirchenrechtes geworden waren.

Der Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich im Jahre 1871 hat den Bestand des Konkordates nicht berührt. Nach der alten Reichsverfassung war das ganze Gebiet der Beziehungen zwischen Staat und Kirche der Einwirkung der Reichsgewalt und der Reichsgesetzgebung entrückt. Die Kirchenhoheitsrechte waren im alten Reiche der Landesgewalt in vollem Umfange gewahrt und in keiner Weise beschränkt.

Welche Aenderungen hat nun in dieser Beziehung die jüngste Umwälzung herbeigeführt, die mit Erlaß der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bis auf weiteres ihren Abschluß gefunden und mit dieser Verfassung das deutsche Staatsleben und die Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten in neue Formen gegossen hat? Welcher Art sind die Rückwirkungen dieser politischen und verfassungsgesetzlichen Veränderungen auf den Bestand des Konkordates, dieses Vertrages zwischen dem Königreiche Bayern und dem päpstlichen Stuhle?

Zunächst dürfte klar sein, daß der päpstliche Stuhl, der der Reichsgesetzgebung nicht untersteht und durch sie nicht gebunden werden kann, durch die Umgestaltung im Verfassungsleben des Deutschen Reiches und Bayerns nicht unmittelbar betroffen wird, daß also seine Rechte und Pflichten aus dem Vertrag an sich unverändert weiterbestehen.

Nicht so einfach liegt die Sache für den anderen Vertragsteil: das Bayern von heute ist nicht mehr das gleiche Bayern, das im Jahre 1817 das Konkordat abgeschlossen hat. Der heutige Freistaat Bayern ist auf kirchenhoheitlichem Gebiete nicht mehr frei verfügungsberechtigt. Die Grenzen seiner Bewegungsfreiheit sind ihm durch die neue Reichsverfassung ziemlich eng vorgezeichnet. Bayern wäre dadurch behindert, heutzutage ein Konkordat des Inhalts einzugehen, wie ihn das vom Jahre 1817 in seinen zweifellos mit staatsgesetzlicher Kraft umkleideten Teilen aufweist. Bayern hat überhaupt in völkerrechtlicher Beziehung nicht mehr volles commercium, dessen es sich 1817 noch unumschränkt erfreute, und das es wenigstens im Bereiche des Verhältnisses von Staat und Kirche auch innerhalb der alten Reichsgemeinschaft besaß.

Ein Vertragsschluß mit auswärtigen Staaten ist nach Art. 78 Abs. 2 der neuen Reichsverfassung jetzt nur mehr mit Zustimmung des Reiches zulässig und nur in solchen Angelegenheiten gestattet, deren Regelung der Landesgesetzgebung untersteht. Die gleiche Beschränkung, d. h. in formaler Hinsicht das Erfordernis der Zustimmung des Reiches, in sachlicher Beziehung die Abgrenzung auf das Gebiet der landesgesetzlicher Regelung anheimfallenden Angelegenheiten, wird auch für den Verkehr Bayerns mit dem päpstlichen Stuhle Platz zu greifen haben. Denn wenn auch in der Reichsverfassung von „auswärtigen Staaten“ die Rede ist, Art. 78 Abs. 2 daher dem Wortlaute nach für Verträge mit dem päpstlichen Stuhle nicht unmittelbar zutrifft, so ist doch zu berücksichtigen, daß der Papst im völkerrechtlichen Verkehre die anerkannte Stellung als souveränes Staatsoberhaupt genießt und daß demzufolge Vereinbarungen zwischen Rom und einer weltlichen Macht den nach den Regeln des Völkerrechts zu beurteilenden Abmachungen zwischen zwei Staaten gleichzuachten sein werden. Was Art. 78 Abs. 2 über den Vertragsschluß mit auswärtigen Staaten bestimmt, wird hiernach auch für den Abschluß eines einzelstaatlichen Konkordates mit dem päpstlichen Stuhle maßgebend sein müssen.

Die Natur des bayerischen Konkordates als eines völkerrechtlichen Vertrages hat zur Folge, daß seinem Bestande die Bestimmung des Art. 4 der neuen Reichsverfassung zugute kommt, der die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts erklärt. Wer einigermaßen darüber unterrichtet ist, wie weit in den Theorien der Rechtslehrer und noch mehr in der Praxis der Völker die Anschauungen über den Begriff der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts auseinandergehen, wird sich freilich der Verwunderung nicht erwehren können, wie ein derartiger, mehr Zweifel als klares Recht schaffender Satz so leichthin in die Verfassung des Reiches aufgenommen werden konnte. Die politischen Rücksichten, die seine Aufnahme erklärlich erscheinen lassen, liegen ja nahe. Sonst wäre es kaum einem Rechtskundigen eingefallen, Grundsätze und Regeln, die mehr Streitfragen als feststehende Rechtssätze aufweisen, vorbehaltlos als Rechtsquelle mit verfassungsmäßigem Charakter zu erklären. Immerhin ergibt sich aus Art. 4 in der Anwendung auf das bayerische Konkordat für den päpstlichen Stuhl eine verfassungsrechtliche Sicherung in dem Sinne, daß das Konkordat durch die Reichsverfassung nicht einseitig außer Kraft gesetzt werden konnte. Denn ein solches Vorgehen würde eben zweifellos allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts und damit dem Art. 4 der Reichsverfassung zuwiderlaufen. Soweit Bayern im Konkordate seinerzeit dem päpstlichen Stuhle gegenüber Verpflichtungen übernommen hat, bleiben sie demnach durch die Reichsverfassung unberührt, nur daß sie, falls ihre Erfüllung mit zwingenden Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch stehen sollte, mit diesen im Wege neuer Konkordatsverhandlungen in Einklang gebracht werden müßten. Es wird indessen nicht ganz leicht fallen, nach staatlicher Auslegung unbestritten zu Recht bestehende konkordatmäßige Verpflichtungen des bayerischen Staates als unvereinbar mit der Reichsverfassung nachzuweisen. Dieser Nachweis wird namentlich für die praktisch wichtigsten, auf finanziellem Gebiete liegenden Verbindlichkeiten des Staates aus dem Konkordate nicht zu erbringen sein, da ja gerade die Regelung der rechtsbegründeten Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch Art. 138 der Landesgesetzgebung vorbehalten ist und deshalb gemäß Art. 78 Abs. 2 auch im neuen Reiche Gegenstand eines einzelstaatlichen völkerrechtlichen Vertrages sein kann.

Wie die konkordatmäßigen Verpflichtungen des Staates, so sind auch die der Kirche durch die Reichsverfassung nicht aus der Welt geschafft. Damit ist aber nicht entschieden, daß die staatlichen Rechte, die den im Konkordate von der Kirche übernommenen Verpflichtungen entsprechen, vom Freistaate Bayern unter der Herrschaft der Reichsverfassung noch ausgeübt werden können. Denn wenn auch das einseitige Zurücktreten von vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtungen allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechts verletzen würde, so stehen diese doch einem Verzicht auf die Ausübung von Vertragsrechten nicht entgegen, mag der Verzicht freiwillig sein oder, wie im vorliegenden Falle, für den Vertragsberechtigten durch bindende Verfassungsvorschriften notwendig werden. Nun ist gerade die Ausübung der ein-

schneidendsten Rechte, die das Konkordat dem Staate gegenüber der Kirche einräumt, nämlich der weitgehenden Mitwirkungsbefugnisse bei Besetzung kirchlicher Aemter durch Art. 137 Abs. 2 der Reichsverfassung für den Freistaat Bayern unmöglich geworden.

Nicht etwa weil das Konkordat in diesem Teile seiner Bestimmungen durch die Reichsverfassung abgeändert worden ist, sondern, obwohl die Reichsverfassung eine solche Aenderung des Vertrags unmittelbar nicht zu bewirken vermochte, darf Bayern im Hinblick auf Art. 137 Abs. 2 von den im Konkordate zugestandenen Ernennungs-, Präsentations-, Bestätigungs- und Mitwirkungsrechten bei Verleihung kirchlicher Stellen jeder Art keinen Gebrauch machen, wenn es sich nicht in offenen Widerspruch mit dem Reichsrechte setzen will. Unzutreffend ist deshalb die vom bayerischen Ministerpräsidenten geäußerte Meinung, daß, wenn der Abschluß eines neuen Konkordates nicht gelänge, der katholischen Kirche ihre in Art. 137 Abs. 2 der Reichsverfassung begründeten Freiheiten in Bezug auf die Stellenbesetzung nicht zukämen. Diesen Standpunkt hat der Ministerpräsident damit begründet, daß das Konkordat nicht abgeändert sei und die Reichsverfassung nicht unmittelbar wirke. Dabei ist außer acht gelassen, daß die Reichsverfassung zwar gegenüber dem fremden Vertragsteile, der Kurie, keine unmittelbare Wirkung auszuüben vermag, wohl aber gegenüber dem zum Deutschen Reiche gehörenden und seiner Verfassung unterworfenen Freistaate Bayern. Der Kernpunkt für die rechtliche Beurteilung liegt eben darin, daß dem bayerischen Staate die Mitwirkung bei der Besetzung kirchlicher Aemter von Reichswegen schlechthin verwehrt ist. Infolgedessen darf er vertragsmäßig bestehende Mitwirkungsrechte ebensowenig mehr ausüben, als er sich die Einräumung derartiger Befugnisse in einem neuen Vertrag ausbedingen könnte. Es wäre deshalb ein Fehlschluß, zu glauben, daß bei Vertragsverhandlungen mit der Kurie auf diese durch den Hinweis auf die mangels eines Uebereinkommens fortbestehenden staatlichen Besetzungsrechte eingewirkt werden könne.

Uebrigens wäre recht wohl eine Erörterung darüber denkbar, ob die Regierung des Freistaates Bayern selbst dann, wenn die Reichsverfassung nicht im Wege stünde, auf die im Konkordate dem Könige von Bayern eingeräumten weitgehenden Befugnisse im Bereiche der kirchlichen Aemterbesetzung überhaupt Anspruch erheben könnte. Diese nach vorstehenden Darlegungen gegenstandslose Frage müßte bezüglich des Ernennungsrechtes für die erzbischöflichen und bischöflichen Stühle jedenfalls verneint werden, da dieses ausdrücklich dem Könige von Bayern und seinen katholischen Nachfolgern als Indult verliehen worden ist. Es wäre aber wohl auch daran festzuhalten, daß ebenso die in Art. X und XI des Konkordats festgelegten Mitwirkungsbefugnisse bei Besetzung der Domkapitel, Pfarreien und sonstigen Benefizien nur der Person des jeweiligen Königs von Bayern zugedacht waren und keineswegs auf die neuen Machthaber in Bayern übertragbar sind. Alle diese Besetzungsrechte wären sonach auch ohne die Reichsverfassung schon durch den Wegfall der Monarchie als beseitigt anzusehen. Denn der Freistaat Bayern kann unmöglich die Hand ausstrecken nach höchstpersönlichen Rechten, die dem bayerischen Königshause sicher nicht zum mindesten wegen der durch Jahrhunderte bewährten Anhänglichkeit des Wittelsbachischen Fürstengeschlechtes an die katholische Kirche zuteil geworden sind. Es wäre rechtlich ein Unding, in diesem Punkte für die jetzige Regierung des Freistaates Bayern eine Rechtsnachfolge gegenüber dem entthronten König ableiten zu wollen. Eher ließe sich noch die Folgerung versuchen, daß durch die Aufrichtung des Freistaates in Bayern der König seiner Mitwirkungsbefugnisse bei Vergebung kirchlicher Aemter nicht ledig geworden ist, sondern sie als persönliche Rechte, nicht als Rechte des Staatsoberhauptes unter der Geltung der neuen Reichsverfassung, die nur die Mitwirkung der Staaten und bürgerlichen Gemeinden ausschließt, weiterhin ausüben kann. Freilich würde vermutlich sofort entgegengehalten werden, daß die fraglichen Rechte zwar dem bayerischen Fürstenhause vornehmlich aus persönlichen Gründen, aber doch nicht dem Könige von Bayern als einer beliebigen Privatperson, sondern mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Herrscher eingeräumt wurden und daher mit dem Besitze der Herrschaft zu Verlust gegangen seien.

Irrtümlich ist die Annahme, als bliebe angesichts der Bestimmungen der Reichsverfassung über das Verhältnis von Staat und Kirche für ein bayerisches Konkordat kein wesentlicher Inhalt mehr übrig. Als ein besonders wichtiger Gegenstand, der immer noch in einem bayerischen Konkordate geregelt werden kann, ist vor allem das der Landesgesetzgebung vorbehaltene große und schwierige Gebiet der vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche hervorzuheben. Hier kommt in Betracht die Sicherstellung des kirchlichen Eigentums, ferner die ganze Ablösungsfrage, die im nachfolgenden Abschnitte noch näher behandelt werden soll, und zwar nicht bloß die Ablösung der Reichnisse und Zuschüsse für den Episkopat, für die Dignitäre, Kanoniker und Vikare der Domkapitel sowie für die Seelsorgsgeistlichkeit, sondern auch der Staatsleistungen zugunsten der Emeriten. Einschlägig ist außerdem die Regelung der Benützung und Unterhaltung der zu Kultuszwecken bisher überlassenen Staatsgebäude, möglicherweise auch die Gestaltung des kirchlichen Besteuerungsrechts und die Ausbedingung unveränderter Belassung der libera administratio der bischöflichen Tafelgüter und der domkapitelschen Fonds. Damit ist jedoch der Stoff für ein neues bayerisches Konkordat noch nicht erschöpft. Als weitere Gegenstände eines solchen sind, um nur die bedeutenderen Punkte herauszugreifen, denkbar die Rechtsverhältnisse der theologischen Fakultäten, der Lyzeen, der sonstigen geistlichen Bildungsanstalten, der klösterlichen Genossenschaften. Desgleichen können möglicherweise über die Stellung der Religionslehrer an Mittelschulen und überhaupt, soweit im Rahmen der Reichsverfassung statthaft, über die religiös-sittliche Seite des Mittel- und Volksschulwesens, dann über die Ausübung der Seelsorge in öffentlichen Anstalten sowie über die Militärseelsorge konkordatmäßige Vereinbarungen getroffen werden.

Gewiß handelt es sich hierbei durchwegs um Angelegenheiten, die der Staat schließlich auch einseitig von sich aus ohne Verhandlungen mit der Kurie regeln könnte. Allerdings würde er, soweit er mit seiner Regelung ändernd in Angelegenheiten eingreifen würde, die schon bisher im Konkordate behandelt waren, sich eines Bruches der vom Völkerrechte geforderten Vertragstreue schuldig machen und insoferne dem Art. 4 der Reichsverfassung zuwiderhandeln. Aber auch hiervon abgesehen, kann es der Regierung eines überwiegend katholischen Landes wie Bayern nicht gleichgültig sein, wie sich nach der Trennung von Staat und Kirche die staatlichen Beziehungen zu einer so mächtigen und für das Volksleben so bedeutsamen Körperschaft gestalten, wie es die katholische Kirche ist, die im Gegensatze zur territorial entwickelten evangelischen Religionsgemeinschaft eine Universalkirche ist und mit der der Staat auch unter den neuen Verhältnissen als mit einer gewaltigen, außerhalb des Staatskörpers stehenden Organisation zu rechnen hat.

Nicht minder besteht für die katholische Kirche Grund, ihrerseits auf den Abschluß eines neuen Konkordats Wert zu legen. Denn dadurch gewinnt sie die Möglichkeit, auf die durch die Reichsverfassung freigelassene landesrechtliche Regelung Einfluß zu üben und sich gegen sonst jederzeit zu befürchtende ungünstige Aenderungen der Landesgesetzgebung vertragsmäßig zu sichern.

Dadurch, daß der Abschluß eines bayerischen Konkordates sich nur mit Zustimmung des Reiches vollziehen kann, erhält die Kirche eine weitere Gewähr für einen dauernden, keinen willkürlichen einseitigen Aenderungen ausgesetzten Rechtszustand. Ohne das Erfordernis der Zustimmung des Reiches trüge vielleicht die Kurie Bedenken, mit dem in seiner Vertragsfreiheit durch die Reichsverfassung eingeengten Freistaate Bayern eine Abmachung zu schließen, die jeden Tag durch Maßnahmen der Reichsgesetzgebung beeinträchtigt werden könnte, wenn das Reich das Konkordat nicht mit seinem Akzept versehen und mithin für die Einhaltung des Vertrages mithaften würde.

So verdient der Abschluß eines bayerischen Konkordates für die Kirche wie für Bayern den Vorzug vor dem an sich auch gangbaren Wege eines deutschen Konkordates. Für die Kirche deshalb, weil es wahrscheinlich weniger schwierig sein wird, mit Bayern, mit dem schon bisher ein Konkordat besteht, übereinzukommen, als Vereinbarungen über die gesamten staatlich-kirchlichen Beziehungen in allen deutschen Ländern mit ihren vielfachen Verschiedenheiten und Besonderheiten zu erzielen. Vom bayerischen Standpunkt aus wäre es ein unbegreiflicher und beklagenswerter Verzicht auf eines der wenigen Rechte, die dem Lande Bayern durch die jetzt geltende Reichsverfassung nicht entwehrt sind, wenn Bayern ohne Not von dem eigenen Abschluß eines neuen Vertrags mit dem päpstlichen Stuhle zugunsten eines deutschen Konkordates absehen würde.

Die dekadente „Muse“.

Halb Faun, halb Weib, so bist du anzuschauen,
Ein Wesen ohne Kraft und ohne Huld;
Auf deinen Wangen brennt das Mal der Schuld,
Ein hektisch Zeichen, weckend seltsam Grauen.

Du meinst zu trotzen jedem Gottgeschicke,
Ein bacchisch Jauchzen gellt von Deinem Mund —
Doch schaurig dunkel starrt Dein Herzensgrund,
Ob wilde Gier auch lodert dir im Blicke.

Du tanzest frech vor dekadenten Sippen,
Wirfst bunte Schleier spielend um den Leib,
Du Zerrgebilde zwischen Faun und Weib,
Ein Lächeln ekler Geilheit auf den Lippen!

Franz Josef Zlatnik.

Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von P. Joseph F. Eckert, S. V. D., Techny, Illinois, U. S. A.

II.

Welche Kräfte aber waren tätig, den so schnellen Sturz des „Königs Alkohol“ zu bewerkstelligen, der noch vor 25 Jahren eine unumstrittene Macht im sozialen, vor allem aber im politischen Leben der Vereinigten Staaten ausübte?

An erster Stelle muß wohl der entsetzliche Mißbrauch des Alkohols vonseiten des einzelnen Bürgers und besonders der Alkoholinteressenten oder des Alkoholtrustes als einer der Hauptgründe für die heutige Prohibition angesehen werden. Im Anfange betonte ich, daß der Alkoholgenuß einen bedenklichen Krebsschaden am amerikanischen Volke und Leben bildete. Die Trunksucht war unter gewissen Klassen von Leuten, besonders den Einwanderern, weit verbreitet. Nach den Angaben des Kongreßabgeordneten Richmond P. Hobson in einer Rede vor dem Kongreß am 22. Dezember 1914 waren fünf Millionen Männer in Amerika diesem Laster ergeben. Zwei Milliarden Dollars wurden jährlich für alkoholische Getränke ausgegeben. 700 000 Amerikaner fielen der Trunksucht zum Opfer, was einen Verlust von fünf Milliarden in Produktion für die Nation bedeutete.[2]) Daß Tausende von Familien durch übermäßiges Trinken von Schnaps dem Unglück anheimfielen, braucht hier gar nicht erwähnt zu werden.

Dieser Mißbrauch von Alkohol war bedingt und wurde gefördert durch den Betrieb der hier üblichen Art von Wirtschaften. Man darf sich eine amerikanische Wirtschaft nicht wie die Durchschnittswirtschaft in Deutschland vorstellen. Restaurants nach deutschem Muster gab es verhältnismäßig wenige, und diese waren in den Händen der Deutschen. Sie standen einst in gutem Ruf im Gegensatz zu den gewöhnlichen Wirtschaften, die meistens in Form von Stehbierhallen, den sogenannten Saloons, betrieben und vielfach von dem einst allmächtigen Alkoholtrust geeignet und Wirten zweifelhaften Charakters gegen eine hohe Miete überlassen wurden. Um die nötigen Gelder aufzubringen, waren die Wirte oft gezwungen, zu allerlei niederträchtigen Mitteln zu greifen. Hier möchte ich besonders auf eine verderbliche Unsitte hinweisen, die den amerikanischen Saloon in Verruf brachte, nämlich das Freihalten, oder das „Treaten“. Wenn eine kleine Anzahl von Durstigen sich im Saloon eingefunden hatte, fing der Wirt gewöhnlich an, alle Anwesenden mit Bier oder Schnaps oder Zigarren freizuhalten, natürlich mit dem Einverständnis, daß alle anderen dasselbe tun. In kurzer Zeit trank jeder so viele Gläser Bier oder Schnaps als Gäste an der Bar standen. Der Wirt strich viel Geld ein; die Gäste verloren es und überdies verließen sie nicht selten den Saloon mit schwerem Kopf und leiblichem Unbehagen.

In größeren Städten zumal standen viele Saloons in enger Fühlung mit den Bordellen. Die Kellner amtierten als Zuhälter für Prostituierte. Außerdem hatten professionelle Würfelspieler und Wettenmacher (vom Staat strengstens verboten) in den Hinterstuben ihre Hauptquartiere. Kurz und gut, der Saloon war der Sammelplatz von allerhand schlechten Elementen. Hier konnten sie unter dem Schutz des Alkoholtrustes ihre faulen Pläne schmieden und ihr nichtsnutziges Handwerk unbehelligt von der Polizei ausüben. Auch die Kleinpolitiker trieben sich in den Saloons umher, um Bekanntschaft mit den Wählern zu machen. In Wirtschaften wurde nicht selten eine politische Kampagne vorbereitet und geleitet. Vor dem Erlaß, die Saloons an Wahltagen geschlossen zu halten, wurden Stimmen gekauft mit Bier und Schnaps. Männer, die sich vorher dem Alkoholtrust verpflichtet hatten, den Wirtschaften und Brauereien und ihren Protegés nichts zu leide zu tun, kamen auf diese Weise in die Legislaturen zum Schaden des Staates und des Volkes. Unter dem Schutze dieser Gesetzgeber gediehen der Alkoholtrust, die Wirtschaften und das lichtscheue Gesindel und mit ihnen wuchs politische und soziale Ausgelassenheit.

Was Wunder, wenn angesichts solcher greulicher Mißstände im Alkoholverkauf und Verbrauch eine gewisse Klasse von Leuten, die in echt pharisäischer Weise gern andere reformieren wollen, aber sich selber ganz dabei vergessen, alle Hebel in Bewegung setzte, dieses nationale, soziale und politische Uebel an der Wurzel zu treffen, nämlich durch Befürwortung einer nationalen Prohibition? So finden wir seit Jahren die Methodisten und Baptisten eifrig an der Arbeit, den Saloon wenigstens vor der breiten Oeffentlichkeit bloßzustellen und die öffentliche Meinung gegen Alkoholinteressenten zu schwingen. Diese beiden Sekten nahmen sogar die Bekämpfung des Saloons und die Förderung allgemeiner Prohibition offiziell in ihr Kirchenprogramm auf. 120 248 Kirchen dieser Sekten standen immer den Prohibitions-Wanderpredigern offen, und wie mir kürzlich ein gut gebildeter Konvertit versicherte, hörte man in den letzten Jahren in diesen Kirchen nicht mehr das Evangelium, sondern nur fade Schimpfereien über den „Wirt und sein teuflisches Geschäft“. In echt fanatischer und oft unchristlicher Weise wurde gegen König Alkohol Front gemacht und darin wurden sie von der Prohibitionspartei, die als politische Partei im September 1869 in Chicago gegründet wurde, kräftig unterstützt. In jeder Präsidentschaftswahl stellte sie einen Kandidaten auf, der im Jahre 1916 nur etwas über 300000 aus einer Gesamtzahl von über 12 Millionen aller Stimmen erhielt. Außer dieser politischen Prohibitions-Partei suchte die „Christliche Frauen-Mäßigkeits-Union“, die im Jahre 1874 entstand, Stimmung für eine allgemeine Prohibition unter den Frauen zu wecken. Gewiß ist, daß, wenn in den letzten 15 Jahren die Prohibition ungeahnte Fortschritte hier machte, den Frauen, besonders jenen Frauen, deren Männer oder Söhne und Brüder dem Trunke ergeben waren, ein großes Verdienst zukommt, zumal da in vielen Staaten die Frauen Stimmrecht in den letzten Jahren gesetzmäßig erhalten hatten.

Doch die mächtigste und erfolgreichste Unterstützung fanden die Prohibitionisten in der Anti-Saloon-Liga von Amerika, die im Jahre 1893 in Oberlin, Ohio, von einem Chicagoer Pastor Howard H. Russel, ins Leben gerufen wurde. Mit Hilfe der methodistischen und baptistischen Prediger, die heute noch die höchsten Aemter in dieser Liga inne haben, verbreitete sich diese mit Blitzesschnelle über das ganze Land. Sie machte alle Kräfte mobil, um den Alkoholtrust zu ruinieren und Prohibition einzuführen. Seit ihrem Bestehen hat sie die stattliche Summe von 25 Millionen Dollars gesammelt und verausgabt für Propagandazwecke. Sie verfügt über eine Druckereianlage im Werte von einer halben Million Dollars. 1000 Personen, die hohe Gehälter beziehen, stehen in ihrem Dienste. Sie gehen auf Redetouren und verbreiten Flugschriften. In größeren Städten veranstalteten sie Paraden, die oft ans Lächerliche und Groteske grenzten. Sie befinden sich in den Hallen der Legislaturen und predigen den Abgeordneten über Mäßigkeit und die Vorteile allgemeiner Prohibition. Sie bewachen die Abgeordneten und suchen sie durch Bittschriften, die angeblich von den Wählern kommen, oder durch Bestechung für ihre Zwecke zu gewinnen. Und wehe den Abgeordneten und allen einflußreichen Personen, die ihren Wünschen nicht nachkamen oder sich gegen allgemeine Prohibition aussprachen. Sie wurden vor der Oeffentlichkeit verschrieen als „Verbündete des Teufels“, „als Verräter des Volkes“; sie wurden politisch und sozial geächtet. Noch vor einem Jahre wurde unser hochangesehener und ehrwürdiger Kardinal Gibbons von den Führern dieser Anti-Saloon-Liga in solch niederträchtiger und

[2]) Nach Einigen sind diese Zahlen sehr übertrieben. Hobson selber galt da als einer der Führer der Prohibitionisten im Kongreß

gemeiner Weise beschimpft, daß die besten und größten unserer Tagesblätter gezwungen waren, Stellung gegen diese Fanatiker zu nehmen. Und welches Verbrechen hatte Seine Eminenz begangen? Er hatte sich in sachlicher, ruhiger und vorsichtiger Weise gegen allgemeine Prohibition ausgesprochen. Die besten Redner des Landes und die volkstümlichsten Wanderprediger und sonstige große Männer des Tages wurden von dieser Liga für ihre Ideen gewonnen und für ihre Zwecke nutzbar gemacht. Wohl einer der einflußreichsten Prohibitionisten ist William Jennings Bryan, der frühere Staatssekretär, der 1915 aus dem Amte schied, weil er gegen die Lusitania-Note war. Seit Jahren reiste er als Wasserapostel von Küste zu Küste und hielt meisterhafte Reden für die Prohibition, die ihre Wirkung nie verfehlten.

In demselben Sinne wie die Anti-Saloon-Liga arbeiteten alle protestantischen Vereine, vor allem die Heilsarmee und die draußen jetzt wohl bekannte und einflußreiche Y. M. C. A. (Young Men's Christian Association.) In ihren Klubs ist jedes berauschende Getränk strengstens verboten und Uebertretung dieser Verordnung wird mit Verlust der Mitgliedschaft oder Ausweisung bestraft. Andere Freunde der Prohibiton lieferten bereitwillig die notwendigen Finanzen, denn diese ausgedehnte Propaganda verschlang Riesensummen. William Bryan, so sagt man, erhält als Honorar für eine Rede nicht weniger als 500—1000 Dollars und alle Spesen frei. Der Oelkönig Rockefeller und die neuerdings wie Pilze aus der Erde gewachsenen Korporationen von alkoholfreien Getränken und Eiscreme-Fabrikanten waren die größten Finanziers der Prohibition.

Im Verein mit diesen protestantischen Organisationen arbeiteten auch einige katholische Temperenzvereine für allgemeine Prohibition. Den Anstoß dazu gab der Besuch des irischen Mäßigkeitsapostels P. Matthew, der hier von 1849—1851 unter seinen Landsleuten weilte. Obwohl alt und schwach, reiste er 37,000 englische Meilen, predigte in 300 größeren Städten und veranlaßte über 500,000 Männer, ein feierliches Versprechen abzulegen, keinen Schnaps mehr anzurühren. Im Jahre 1872 vereinigten sich diese kleineren Mäßigkeitsvereine zu der sogenannten „Katholischen Total Abstinenz-Union von Amerika". Sie zählt über 100,000 Mitglieder. Einige derselben, z. B. der hier gut bekannte und geachtete Paulistenpater P. J. O'Callaghan und der Herr Pfarrer Zürcher waren außerordentlich bemüht, durch Wort und Schrift die Prohibitionsbewegung unter den hiesigen Katholiken populär zu machen, was ihnen aber nicht gelungen ist. Einige, selbst Priester, traten in fanatischer Weise für eine ganz radikale Form von Prohibition ein. Den Hinweis auf die traurigen Folgen, die ein solches Gesetz auf die hl. Messe haben würde, beantworteten sie in einer Art, die recht wenig das „Sentire cum Ecclesia" verrät, dahin, daß dann die Kirche ungegorenen Traubensaft, (Grape Juice) als erlaubte Materie für den üblichen Wein sanktionieren würde.[5]) Nur blinder Fanatismus kann eine solch unkatholische Stellungnahme ihn etwa erklären und entschuldigen.

Zu allem diesem gesellte sich noch eine grenzenlose Gleichgültigkeit der breiten Massen des Volkes, eine Begleiterscheinung im demokratischen Staat. All diese Jahre ließ man den Feind ruhig arbeiten und jetzt, nachdem die Prohibition zur rauhen Tatsache geworden ist, und man die Wirkungen am eigenen Fleische verspürt, regt man sich. Was aber vorläufig zu spät ist.

Diese und andere Kräfte waren mehr oder weniger verantwortlich für die Prohibition. Sie übten einen solch unwiderstehlichen Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften aus, daß diese, sozusagen moralisch gezwungen, oder zum mindestens aus politischen Gründen es für geraten hielten, für die Prohibition zu stimmen, obwohl einige ganz bedeutende und verständnisvolle Männer, wie z. B. der frühere Präsident Taft, und trotzdem die Wählerschaft in ausgesprochener Weise vielfach entgegengesetzter Ansicht waren. Theoretisch haben die Vereinigten Staaten eine Konstitution, nach welcher die Majorität regiert. Aber im Falle der Prohibition haben wir ein Beispiel, so paradox es klingen mag, wo die Minorität in einem demokratischen Staate die Majorität tyrannisiert. (Schluß folgt.)

[5]) Vergleiche Ecclesiastical Review. Vol. LVIII Nr. 5. Mai 1918. „Danger in Prohibition". Auch Vol. LIX Nr. 1. Juli 1918. „Reply to Dr. Mc Namara's Article on Prohibition".

Haß oder Liebe?

Eine Fasten-Mahnung an uns alle, besonders an die Presse.

Von Bernhard Duhr S. J.

Als Volk zertreten und verdemütigt, innerpolitisch zertrennt und zersplittert, wirtschaftlich zermürbt und verhungert leidet ein großer und nicht der schlechteste Teil der deutschen Nation unter tiefer seelischer Depression. Die Folgen zeigen sich vielfach als starke Verstimmung und Verbitterung, die ihrerseits wiederum eine große Reizbarkeit erzeugen. Ein kleiner Anlaß von außen und diese Reizbarkeit lodert auf zu leidenschaftlicher Erregung.

Mit dieser mehr oder minder krankhaften Stimmung haben wir alle zu rechnen. Tagtäglich müssen wir mit Gewalt uns ihrem Banne zu entreißen suchen und stets auf der Hut sein, um nicht durch Wort oder Schrift die Verbitterung und Gereiztheit bei andern noch zu steigern. Das fordert eine ruhige psychologische Erwägung, noch mehr aber die christliche Liebe.

Verleumdung, Krieg, Gehässigkeiten und Ungerechtigkeiten aller Art haben den Haß unter den Völkern stellenweise zum Siedepunkt gebracht. Sollen und dürfen wir diesen Haß und diese Erbitterung noch schüren? Vor kurzem wurde mir ein interessanter Bericht vorgelegt, der ruhig und objektiv die Leiden eines Gefangenen in Frankreich schildert. Die Behandlung war vielfach derart, daß einem bei der Lesung das Blut zum Kopfe steigt. Ich habe mich gegen die Veröffentlichung entschieden, weil die jetzt bestehende Erbitterung dadurch nur noch gesteigert würde. Ebenso lehnte ich einen Bericht ab, in dem das häßliche Benehmen französischer Nonnen gegen Auslandsdeutsche geschildert wird, trotzdem die Einzelheiten sehr interessant und pikant waren. Es existiert bereits eine ganze Haßliteratur dieser Art und zwar von Franzosen über ihre Gefangenschaft in Deutschland und von Deutschen über ihre Leiden in Frankreich. Diese Haßliteratur sollte unsererseits nicht noch vermehrt werden. Das Herausheben von Lichtblicken auch bei den traurigsten Erfahrungen könnte im Gegenteil versöhnend und erhebend wirken. Alles Häßliche und Erbitternde kann, soweit es gut beglaubigt ist, als Material für die spätere Geschichtschreibung zurückgelegt werden.

Was von den äußeren Feinden gilt, gilt noch mehr von den innerpolitischen Gegnern. Gewiß können und müssen Taten und Reden der Gegner berichtet werden aber objektiv und ohne Gehässigkeit. Das gilt auch von den Sozialdemokraten, auch von den U.S.P. und auch von den Kommunisten. Objektivität und besonnene Kritik müssen bei allen Anklagen, auch bei denen gegen den politischen Gegner, beobachtet werden. Da wird nicht selten gefehlt, so z. B. in manchen deutschnationalen Blättern, in denen auf einem der Wirklichkeit nicht immer entsprechenden Goldgrund des früheren Regimentes alle politischen und wirtschaftlichen Folgen unserer Niederlage als Greuelkinder des jetzigen Regimentes dargestellt werden. Ebenso wird auch in katholischen Blättern gefehlt bei der Bekämpfung des Zentrums. Kein Katholik ist verpflichtet, sich zum Zentrum zu bekennen, aber kein Katholik ist berechtigt, Waffen gegen das Zentrum zu verwenden, die mit Objektivität und Kritik wenig, mit christlicher Liebe nichts zu tun haben. Alle wirklichen oder angeblichen Fehler einzelner Mitglieder werden dem Zentrum zur Last gelegt, alle Fehler und Mängel der Verfassung hat das Zentrum verschuldet, alle Unterlassungen und Mißgriffe der Regierung sind Sünden des Zentrums. Man hilft dadurch nur den Gegnern der katholischen Kirche, die ihrerseits einen Schritt weitergehen und ebenso kritiklos mit allen Sünden des Zentrums das Konto der Kirche belasten. Mir wurde schon früh eingeschärft: worüber alle Feinde der katholischen Kirche sich freuen, darüber darfst du als Katholik dich nicht freuen. Jede Bedrohung, jede Absplitterung, jede Erschütterung des Zentrums hat aber stets den allgemeinen Jubel aller Feinde der katholischen Kirche und zwar als solcher zur Folge gehabt. Durch die Verbitterung gegen das Zentrum treibt man zudem die eigenen Leute nur noch mehr in das Lager der Gegner. Und diese Gegner machen nicht Halt mit dem Rufe: fort mit dem Zentrum; sie verlangen weiter: fort mit der Bayerischen Volkspartei und noch weiter: fort mit jeder Vertretung der christlichen Weltanschauung. Also jedenfalls die mindeste Forderung: nicht Haß und Verbitterung säen.

Nicht Haß und Verbitterung säen, das gilt auch in wirtschaftlicher Beziehung. Man kann vor den Bauern die Fehler der Stadtmenschen und in den Städten die Fehler der Landbevölkerung besprechen, aber das sollte in ruhiger Weise geschehen ohne ungerechte Verallgemeinerungen und aufreizende Worte, so



daß Bauern oder Arbeiter mit geballter Faust die Versammlung verlassen. Die Schäden müssen besprochen werden, aber nicht durch Verhetzung der verschiedenen Klassen gegeneinander. Bei allen Fehlern der Gegenseite muß auch der Bauer oder der Arbeiter gemahnt werden, zuerst an die eigene Brust zu schlagen und die unbedingt notwendige Besserung der Verhältnisse vor allem bei sich zu beginnen.

Nicht Haß und Verbitterung säen, das sollte auch in allen konfessionellen Beziehungen beachtet werden. Religiöse Gegensätze können ausgetragen werden, aber nicht durch kritikloses Wiederholen von Fabeln oder durch lieblose Befehdung. Wir müssen uns mehr gegenseitig verstehen, kennen und achten lernen und überall zusammenhelfen, wo es gemeinsame Güter zu verteidigen gibt. In der Volksseele kocht augenblicklich eine verhaltene Wut gegen die Juden. Diese Wut zum Ueberschäumen bringen und die Massen zu Pogromen aufreizen, überhaupt den Rassenhaß als solchen aufpeitschen, das hat mit christlicher Liebe nichts zu tun und verstößt gegen die Fundamente der christlichen Lehre.

Die Fastenzeit verlangt von den Christen wohl auch nach Möglichkeit und Gesundheit körperliche Kasteiung, aber noch vielmehr Kasteiung des inneren Menschen: Reinigung, Läuterung und Veredelung der Seele. Deshalb wollen wir vor allem jetzt den Haß fasten lassen, die Liebe aber nähren und mehren auch gegen die äußeren Feinde und die inneren Gegner.

Das Neueste aus der modernen Jugendbewegung.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Unter dem Namen freideutsche Jugend trat eine Bewegung unter den Angehörigen der höheren Schulen an die Oeffentlichkeit, die mit der Gründung des Wandervogels (1898) ihren Anfang nahm. Auf dem Hohen Meißner-Feste am 11. und 12. Oktober 1913 stellte sie sich der Oeffentlichkeit zum ersten Male vor, die sofort in sehr entschiedener Weise dafür oder dagegen Partei nahm. Denkbar stark sprach sich bei jener Tagung das jugendliche Selbstbewußtsein aus: aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortlichkeit und mit innerer Wahrhaftigkeit wollten diese erst in der Reife stehenden Studierenden sich ihr Leben gestalten. Es setzten heftige Kämpfe ein von außen und im Innern. Unter diesem Eindrucke mäßigte die Freideutsche Jugend ihr Lebensprogramm. Dieses geschah offiziell auf der Tagung zu Marburg a. L. am 7./8. März 1914. Die dort Anwesenden erklärten sich bereit, die Kulturwerte in Schule und Haus durch Selbsterziehung ergänzen zu wollen. Alters- und Zweckverbände trennten sich von den Jungen. Auch Wyneken mußte nach heftigem Widerstreben ausscheiden. Mit den Marburger Entschlüssen, insbesondere mit der Bescheidenheit der Jugend, die Kulturwerte der Alten „ergänzen" zu wollen, war ein Teil der Freideutschen, die den radikalen Wynekenschen Flügel bildete, durchaus nicht einverstanden.

Erbitterte Auseinandersetzungen, die zu beginnen drohten, hinderte der Krieg. Er führte die Angehörigen aller Lager in gemeinschaftlicher Waffenbrüderschaft vor den Feind. Indes herrschte in der freideutschen Jugend nicht völlige Ruhe. Die Erregung der vorausgehenden Zeit zitterte nach. In Hamburg wurde im Dezember 1914 die Zeitschrift „Freideutsche Jugend" gegründet, die unter dem Einflusse von Kurd Ahlborn, der später als Herausgeber zeichnete, die gemäßigte Richtung vertrat; so wurde in der Bewegung die innere und äußere Beziehung aufrechterhalten. Ostern 1916 fand zu Jena ein Jugendtag statt und an Pfingsten desselben Jahres auf dem Hainberge bei Göttingen ein Vertretertag. Der Westdeutsche Vertretertag auf der Loreley am 4./5. August 1917 stand unter dem Einflusse Wynekens, der persönlich zugegen war. Die zu Marburg entstandene Spaltung der freideutschen Jugend schien beseitigt.

Nun kamen das Ende des Krieges und die Revolution. Unter den revolutionären Regierungen erlangte Wyneken einen großen Einfluß auf Schule und Erziehung. Er nahm sofort seine Tätigkeit in der Jugendbewegung wieder auf, wobei er jetzt mit einer gewissen Autorität vorgehen konnte, die ihm seine Stellung in den Kultusministerien in Berlin und München bot. Wyneken rief den „Neuen Anhang" ins Leben, für dessen Haltung er jedoch die Verantwortung ablehnt: „Im übrigen habe ich ihn von vornherein sich selbst überlassen" („N. A." Nr. 1). Der radikale Flügel der freideutschen Jugend fand in ihm sein Organ, in dem er für seine Ideen eintreten konnte. Wie die Jugend aber einmal alles nur ganz zu tun trachtet, waren diese von Anfang an äußerst revolutionär. Dieses kommt gleich im Aufrufe „die grüne Fahne" zum Ausdruck.

Entsprechend dem überall herrschenden Rätesystem wurden auch an den höheren Schulen Schülerräte, auch Schülerausschüsse genannt, gegründet, welche die Forderungen der Jugend gegenüber Schule und Lehrer vertreten sollten. Mit Gewalt wollte man die Freiheit auch denen aufoktroyieren, die kein ausgesprochenes Bedürfnis nach dieser Freiheit hätten, so verkündigte bereits am 16. November Wyneken. Doch der weitaus überwiegende Teil der Studierenden wollte von den Wynekenschen Ideen nichts wissen und verwahrte sich mit aller Energie gegen die ihnen zugedachte Freiheit; an einigen Anstalten traten die Schülerausschüsse gar nicht ins Leben, an anderen gingen sie bald wieder ein oder führen ein Schattendasein.

Die „entschiedene Jugend", wie sich jetzt die ganz Linksstehenden nennen, ist wie ihr Meister jeder Reformerei abgeneigt. sie will darum eine völlige Umgestaltung des ganzen Schulwesens nach dem Vorbilde der Wickersdorfer Schulgemeinde. Sie war darum auch nicht mit den Schülerausschüssen befriedigt, in deren Einsetzung sie keine Erfüllung ihrer Wünsche sieht. Dieser Unwille steigerte sich bei der eigenartigen Entwicklung der Sache. Der „Neue Anhang" bekämpfte darum diese Institution; in ihr besäße die Anstalt eine Schar kleiner Tyrannen, von deren Gunst die übrigen Schulen abhängig seien; diese Räte selbst stünden unter der Herrschaft der Lehrer, die doch „im allgemeinen unsere natürlichen Feinde sind"; darum würden diese Schülerausschüsse bald in die Rumpelkammer gestellt (Nr. 1). Auch die Ministerien für Unterricht schienen mit der Haltung und Tätigkeit der Schülerräte nicht zufrieden zu sein, hielten darum mit ihrer Gunst inne und kamen sogar der Errichtung von Elternbeiräten entgegen. Damit sah die radikale Jugend sich von den höchsten Stellen im Stiche gelassen; in bitterem Groll sprach sie dieses aus: „Er (Haenisch) hat die Jugend zum Kampfe um Freiheit des Gewissens aufgerufen. Und nun läßt er uns im Stich. Wenn sich einer weigert, den Religionsunterricht zu besuchen, so kann er nunmehr wieder dazu gezwungen werden, falls der Schulvorstand deswegen ernste Schwierigkeiten befürchtet. Kein Wunder, wenn Oberlehrern und Pfaffen wieder der Kamm schwillt" („N. A." Nr. 3). „Oberlehrer und Pfaffen" müssen sich im „Neuen Anhang" überhaupt mannigfache Liebenswürdigkeiten sagen lassen. Gegen das Ministerium Hoffmann in München aber erklärt die entschiedene Jugend: „Und die Regierung Hoffmann? — ist unsere Regierung nicht, sonst würde sie derartige jugendfeindliche Umtriebe (Gründung von Elternbeiräten) unterdrücken, anstatt sie zu begünstigen" („N. A." Nr. 15).

Der Kampf gegen die Lehrer wird von der „entschiedenen Jugend" munter weitergeführt. Diese seien „meist ebenso gemein wie dumm und ungebildet" („N. A." Nr. 6). Unter der Rubrik „Professor Unrat" werden Mitteilungen über die Lehrer, und unter der „Der Untertan", solche über die Kameraden gebracht, die nicht mittun in revolutionären Umtrieben. In solchen macht insbesondere ein Bruchstück des Wandervogels; die Ortsgruppe Jena fordert die Wandervögel auf zur Revolution gegen die unjugendlichsten Autoritäten, die ihn in verrostete Fesseln schlügen („N. A." Nr. 14). Der Wandervogel müsse ein starkes Glied werden im Klassenkampfe der Jugend („N. A." Nr. 16). „Klassenkampf der Jugend" und „Einheitsfront der Jugend" werden Schlagworte. Die „entschiedene Jugend" hielt am 26.—29. August 1919 in Jena eine Tagung. Der Geist dieser jungen Leute ist bezeichnet durch den Aufruf, den wir hieher setzen wollen (nach dem „N. A." Nr. 16):

Kameraden! Wir sind uns einig im Haß der Einrichtungen dieses Lebens und dieser Zeit. Wir fragen uns: Wer ist Schuld an diesem Leben, diesen Einrichtungen, dieser Kultur? Wer hat diese Staaten, diese Schulen, diese Kirchen, diese Politik, diese Presse und vieles andere auf dem Gewissen? Die Erwachsenen. Sie allein! Und darum wendet sich unser Kampf gegen dies Leben und gegen diese Zeit mit gegen sie, gegen die Erwachsenen als Gesamtheit, gegen ihren unglückseligen Geist.

Wir bejahen den Klassenkampf der Jugend. Wir sind entschlossen ihn durchzukämpfen auf allen Gebieten jugendlichen Lebens und einzutreten für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend in Schule, Hochschule, Elternhaus, im Staat, in Religion und Erotik. Wir wissen, daß in diesem Kampfe Brüderlichkeit und enger Zusammenschluß vor allem nötig sind." Folgt die Aufforderung zum Anschluß.

„Wir planen die Gründung eines Zentraljugendrates für Deutschland, der alle, die im Klassenkampf der Jugend stehen, umfassen soll. Wir brauchen dazu die Mitarbeit aller wirklichen Jugend, die Mitarbeit der Jugend, die in den Schulen und Hochschulen den Kampf um die Selbstverwaltung aufgenommen hat, der Jugend, die für die wirtschaftliche und politische Befreiung aller ihrer Kameraden eintritt. Wir

brauchen die Mitarbeit aller Jugendbewußten im Kampf um jugendliche Freiheit und jugendliches Leben."

Wir wollen eine Verjüngung der Welt!
Für Jugendkultur, für das Recht der Jugend und ihre Gesellschaft!
Es lebe die Jugend!"

Die Tagung scheint nicht besonders schwungvoll verlaufen zu sein. Nr. 17/18 des „N. A." erstattet Bericht. Eine Reihe von Resolutionen wurden gefaßt: eine zur Schaffung eines Zentralrates der entschiedenen Jugend, eine für Wynecken, die fordert, daß die diesem versprochene freie Schulgemeinde aus Staatsmitteln errichtet werde, eine zur Reichsschulkonferenz, nach welcher auch revolutionäre Pädagogen zu dieser Körperschaft zugezogen werden, z. B. Gustav Wyneken, wieder eine Resolution für die freie Schulgemeinde. In der Schulresolution wird u. a. auch gefordert die Zusammenlegung der bisherigen Vor-, Fortbildungs- und Mittelschulen in Internaten auf das Land und damit Trennung von Jugend und Elternhaus. Letztere Resolution wurde indes nicht allgemein gebilligt und darum der Schulkommission als Material zugewiesen. Luserke, Wickersdorf, hatte starken Einfluß. Der Berichterstatter für den „N. A." hatte jedoch über das Hauptproblem der ganzen Tagung zu referieren vergessen, darum wird es in Nr. 21/22 nachgetragen. Dieses aber war die Zusammenfassung der radikalen bürgerlichen Jugendbewegung mit der proletarischen. Die Absicht scheiterte indes an der grundsätzlichen Ablehnung seitens der proletarischen Jugend, die nur dann mit der „bürgerlichen" zusammenarbeiten wollte, wenn diese sich einzig und allein für den proletarischen Kampf einsetzen will. Die Verbindung kann nur in einer Personalunion erhalten bleiben. Wir sehen in den Vereinbarungen der Jenaer Tagung durchaus den Geist Wynekens.

Da Wandervögel stark an dem Zustandekommen derselben beteiligt waren, bemerkt die „Neue Erziehung" (Heft 24, S. 787), dieselben hätten sich in zwei Lager geschieden, in eines, das diesem Prozeß (der Verbürgerlichung) unterliegt, das sich einfügt in Wohlanständigkeit und das Prokrustesbett der Zwecke, und damit aus der Jugendbewegung ausscheidet, und in ein anderes, das den Sinn dieses Prozesses erkennt und aus dem Instinkt, daß sie nur so ihr Bestes bewahren kann, zum Kampfe gegen alles, was Schule und Oberlehrer heißt, übergeht. Das ist die Gruppe, deren Härten und Schroffheiten, aber auch deren lebendige Kraft und heißen Lebenswillen wir auf der Jenaer Tagung bewegt und voll Hoffnung verspürten.

Von Interesse mag auch die Meinung sein, welche die „entschiedene Jugend" von sich selbst hat: „Mit uns hat ein neues Geschlecht, eine neue Weltanschauung und Moral begonnen, das mit denen vorher in einer Gegnerschaft steht, so groß, daß das Ausmaß der Widersprüche fast unfaßbar ist" („N. A." Nr. 20). „Und der neue Geist sagt sich los vom Machtwillen der Technik, von allem und jedem zivilisatorischem Fortschritt (!), vom politischen Aberglauben, der die Oekonomie einseitig überschätzt. Der neue Geist will Befreiung von jeglichem opportunistischen Parteigeist, will Abbau der Besitz-Idologie, die glaubt, daß Geld und Wissen die höchsten Güter seien. Wir müssen wieder „arm" werden und wissen, daß alle Werte im Menschen entstehen, wenn er durch Gemeinschaft beschenkt wird". Dieser neue Geist hält fest an dem Widerstreite gegen Elternhaus (vgl. u. a. „N. A." Nr. 21/22) und Schule, wie sie ihn von Wyneken übernommen hat. „Und glaubt nur: unter den Lügen, die dabei nötig werden, wird euere Reinheit ebensowenig leiden, wie die Anständigkeit eines Revolutionärs darunter leidet, daß er zuweilen mit falschen Papieren leben muß". Darum ist Mißtrauen erforderlich. „Dies gilt für die Familie so gut wie für die Schule". Einer der wenigen allgemein festgehaltenen Moralgrundsätze sei: Der Denunziant ist ehrlos! („N. A." Nr. 17/18). Die „entschieden" Freideutsche Jugend nimmt offenbar die Denunziation gegen Eltern und Lehrer hiervon aus.

Damit möchte das Schlußstadium der Entwickelung in der freideutschen Jugend erreicht sein. Der rechte Flügel rückt entschieden von dem revolutionären Wahnsinn ab. „Die freideutsche Jugend in ihrer großen Mehrheit schlug vom Hohen Meißner—Schwur aus den subjektivistischen Weg ein, so daß es schließlich nicht zu verwundern ist, wenn sie vollständiger Anarchie anheimfällt." Der jugendliche Freideutsche aber hat nichts von dem Dasein dieses Landes (der Weisheit des späteren Lebens); so wird denn auch sein Greisenalter den verzerrten Charakter der Jugendlichkeit aufweisen; er wird eine unerhört kindliche Senilität sein" („Freideutsche Jugend," 1919, 11. Heft S. 400). Was die religiöse Anschauung auch jenes Teiles der freideutschen Jugend angeht, welche mehr den objektiven Weg einschlägt, so ist gleichfalls nicht viel Erfreuliches zu sagen: Bei dem einen ist sie monistisch-naturalistisch gerichtet, bei den andern ist sie eine „spezifisch christliche, an Jesus orientierte, aber geistig freie Frömmigkeit"; „keine Phrasen von Gottessohnschaft, wohl aber der ganze Mensch Christus, alles Wunderglaubens aller Geheimnistuerei entkleidet" (vgl. Messer, die freideutsche Jugendbewegung, 2. Aufl. Langensalza 1919, S. 39).

Wir sind nicht in der Lage zu urteilen, ob die Zahl der radikal-revolutionären studierenden Jugend besonders groß ist; es scheint indes nicht; wir finden nicht einmal bei der beschriebenen Jenaer Tagung eine Angabe über die Menge der Teilnehmer; zudem herrscht ja in national gesinnten Kreisen Zufriedenheit über die Haltung der Angehörigen unserer höheren Lehranstalten. Nur ein Teil der freideutschen Jugend ist zu diesem Radikalismus gelangt. Immerhin bleibt es tief zu beklagen, wenn „Kinder von etwa 12 Jahren an — den Aufruhr predigen" (Zeitschrift für Kinderforschung 1919, 11./12. Heft, S. 363), wenn ihrer auch noch so wenig wären.

Jener Radikalismus und Anarchismus genügt indes einzelnen noch nicht. In Nr. 24 des „N. A." führt Schüller, Berlin, aus, er habe gemeint, daß die entschiedene Jugend zur proletarischen Kultur und zum Kommunismus entschieden sei, er habe aber gefunden, daß die entschiedene Jugend eben hiezu nicht entschieden sei. Auch sie sei freideutsch und bürgerlich-individualistisch-romantisch gerichtet, ihre Privilegien ausnützend. Man möchte also die Jugend noch zum Kommunismus führen.

Die Freiheit, welche den Studierenden gewährt wurde und die in der konsequenten Entwicklung im linken Flügel der Freideutschen Jugend zu einem Anarchismus in kindischen Formen führte, hat auch Gutes gebracht. Sie zeigte die Notwendigkeit, daß die christlich gesinnten Studenten sich gleichfalls in Vereinigungen zusammenschlossen. Eine Reihe solcher sind entstanden: Juventus in Mainz, Neumark mit der Geschäftsstelle in Beuel (Bonn), Neu-Deutschland vom jüngst verstorbenen Kardinal und Erzbischof Dr. Felix von Hartmann und einer Reihe von Bischöfen freudigst begrüßt und dringend empfohlen; in Bayern, speziell in München, wurden neben der blühenden Marianischen Studentenkongregation katholische Studentenzirkel gegründet, in Oesterreich faßte Boden der „Christlich-deutsche Studentenbund". Quickborn umschließt bereits seit Jahren die abstinente Jugend. Eine stattliche Zahl von Jugendzeitschriften sucht die katholischen Ideen unter den Studierenden zu verbreiten und zu befestigen, als Gegenstück zu dem oben vielgenannten „Neuen Anhang" erscheint „Der Aufstieg" (Trier, Paulinusdruckerei).

Mit größter Begeisterung, wie sie nur der Jugend eigen ist, beteiligen sich die katholischen Studierenden an diesen Vereinen und losen Verbindungen, sie zeigen sich empfänglich für katholische Weltanschauung und deren Pflichten. Wir dürfen uns täglich überzeugen, wieviel sittliche Kraft noch in unserer Jugend steckt, welche durch die früheren Satzungen, die den Zusammenschluß auch der Schüler in den Oberklassen verboten, gebunden war, nun aber gelöst ist; sie braucht nur richtig geleitet zu werden. Welch herrliches Zeugnis stellten sich die Studierenden in München bei der jüngsten Volksmission aus; mehr als 3000 beteiligten sich an der Generalkommunion, viele kommunizierten einzeln. Der hochwürdigste Herr Erzbischof nahm bei der Kommunionansprache Veranlassung, ihnen seine Anerkennung auszusprechen für die Treue, welche sie in den letzten schlimmen Zeiten den Eltern, der Schule und der Kirche bewahrt hatten. Ein erfreulicher Gegensatz zu den jugendlichen Revolutionären unter der Führung des „Neuen Anhang".

Feierabend.

Es steht des Waldes grüne Ruh
Vom Silberabendduft umgeben.
Nun zages Herz, nun ruh auch du
Und lass das Klagen mit dem Leben!

Du änderst seine Launen nicht.
Im Vorwurf wirst du nichts vollbringen,
Es gibt zwei Dinge: Kraft und Pflicht,
In die nicht seine Dornen dringen.

E. Taufkirch.

Richard Dehmel.

(Gestorben am 8. Februar 1920 in Blankenese.)

Von Dr. Erich Klein, Allenstein.

Was suchen wir bei einem Dichter? Weltanschauung? Ja, auch. Doch soll die Weltanschauung nicht Selbstzweck sein. Sie ist nur wie ein Untergrund; ein Wiesenteppich, aus dem Blumen entsprießen. Wenn der Dichter jedoch gleichzeitig Philosoph sein will, dann wird eins von beiden geschehen: entweder wird der Dichter dem Philosophen nicht glauben, oder der Philosoph wird den Dichter in das Joch seiner wechselnden Meinungen spannen, — vorausgesetzt, daß er zu jener verbreiteten Art von Philosophen gehört, die stolz darauf sind, daß sie die Wahrheit suchen und nicht finden . . .

Wohl dem Dichter Richard Dehmel, daß er zu den ersteren gehört, bei denen nämlich der Dichter nicht dem Philosophen glaubt. Denn hätten seine philosophischen Meinungen über seine Dichtkunst Macht gehabt, so hätte wieder einmal eine Wolke einen Dichterstern verhüllt. Nun aber ist es bei einem leichten Wolkenschleier verblieben, der das Licht zwar dämpft, aber doch nicht verhüllt.

Versucht hat Richard Dehmel immer wieder, Weltanschauung in dichterische Form zu prägen. Waren die Zeiten des Naturalismus mit seinem Kampf um die Entwicklungstheorie und das monistische Weltgebäude doch geradezu eine Versuchung für den Dichter-Philosophen, sich in den Kampf zu stürzen und dichterisch auszugestalten, was für die Wissenschaft trotz allem doch immer eine harte Nuß war und blieb. So kann das kurze Sinngedicht, das er einer seiner Gedichtsammlungen vorausgeschickt hat, mit vollem Recht auch vor seine gesamte dichterische Tätigkeit gesetzt werden: denn es gibt den Grundakkord an, aus dem heraus er begriffen werden muß:

> Erst wenn der Geist von jedem Zweck genesen
> und nichts mehr wissen will als seine Triebe,
> dann offenbart sich ihm das weise Wesen
> verliebter Torheit und der großen Liebe.

Von jedem Zwecke soll der Mensch genesen; das bedeutet: der Geist soll sich nicht mehr als den höchsten Zweck der Natur betrachten und des Glaubens leben, alles andere sei ihm unterworfen und gewissermaßen nur ein Material, das er zu bearbeiten und sich zu unterwerfen habe. Der Geist solle erkennen, daß er genau denselben Ursprung habe wie die anderen Anlagen des Menschen, die Triebe, die Sinne, die Leidenschaften, und daß er innerhalb des Weltorganismus keine bevorzugte Aufgabe habe, etwa die, die sinnlichen Anlagen einzudämmen und zu beschränken, indem er etwa konventionelle Gesetze aufstelle, z. B. die Einehe verlange, die freie Liebe verbiete u. dgl. mehr. Das höchste Recht, das ihm eingeräumt werden könne, sei, die Triebe vor der Ausartung zu bewahren. An den Trieben hänge die Existenz der Welt, aber nicht am Geist, der Körper sei das erste, die Seele sei nur eine Blume, die sich daraus entfaltet habe.

O Dichter-Philosoph! Ja, allerdings ist zum Bestand der Welt der Körper wichtiger als die Seele; denn wären wir alle reiner Geist, ohne körperliche und sinnliche Triebe, so hätte die Welt aufgehört. Das eben macht die Welt aus, daß der Geist in den Körper und seine Triebe eingekleidet ist. Aber hören wir doch den Dichter einmal weiter: . . . dann offenbart sich ihm das weise Wesen . . . Also doch ein weises Wesen? Und zwar sogar in der „verliebten Torheit und der großen Liebe"? In der ganzen Natur also liegt ein vernünftiger Zweck, aber in der Vernunft, der höchsten Blüte der Natur, sollte kein angemessener Zweck zu finden sein? Der Geist, sollte nur dazu da sein, um in Bedientenrolle um die Triebe zu kreisen? Der Geist beherrscht den Stoff! Wir leiten den Blitz und messen den Himmel aus. Die Natur ist dem Geiste untertan! Und da sollte der Geist als höchste edelste Kraft nicht auch die höchste Herrscherrolle beanspruchen können? Es ist ein Vernunftgesetz, daß den Mitteln der Zweck entspricht. Ausgelacht wird, wer mit Kanonen nach Spatzen schießt, wer einen goldstrotzenden Palast aufbaut, um ein Pferd darin unterzubringen. Genau so töricht wäre die Natur, wenn sie einen solchen Aufwand von Geist hervorzauberte, um schließlich zu erklären, daß sie eigentlich nichts damit bezweckte.

Er ist ein schlechter Philosoph der Dichter. Doch nachdem wir ihm auf den unphilosophischen Grund seiner Seele geschaut haben, lassen wir den Philosophen, — und glauben ihm so wenig, wie die bessere Hälfte seiner selbst ihm geglaubt hat.

Der Dichter also kreist um die Triebe. Und welcher Trieb bliebe denn da übrig als die — Liebe? Soll er etwa den Hunger besingen, den Selbsterhaltungstrieb? Gewiß, auch diese gehören, wenn man der Theorie glaubt, in des Dichters Sphäre. Aber in der Praxis wird es anders. Da macht sich der „schöne Trieb" so übermächtig geltend, daß alles andere rings versinkt und nur das eine stehen bleibt: Mann und Weib am Ufer des brausenden Weltozeans stehend und sich umschlungen haltend, während die Wellen rauschen: Wrrr Wit . . . Wrrr Wit (Wir Welt).

So ist die Mittelpunktsszene in dem bedeutendsten der Dehmelschen Werke, dem romanartigen Romanzyklus „Zwei Menschen". Die Meereswogen rauschen dem dort stehenden Menschenpaar das Geheimnis der Dehmelschen Weltauffassung zu: Wo zwei Menschen sich zusammenfinden, da wiederholt sich das Urgeheimnis der Schöpfung, da liegen die letzten Rätsel des Weltplanes eingeschlossen. Mann und Weib sind die Welt.

Und der Endpunkt dieser Weltanschauung, in Beziehung gesetzt zu dem letzten Schicksal das unser aller wartet? Da hat Dehmel nur eine Antwort:

> In diesem Jahr verlor ich einen Freund.
> Hier unterm Nußbaum sprachen wir uns aus
> Das Laub wird gelb; es wartet auf den Wind.
> Ist das der Schluß?
>
> Hier unterm Nußbaum gab mir eine Frau
> in diesem Jahr errötend ihre Hand.
> Still weht ein Blatt und tropft ins welke Gras.
> Ist das der Schluß?
>
> In diesem Jahr . . . Vor meine Füße fällt
> ein dumpfer Schlag zu Boden und zerplatzt,
> und aus der Kapsel rollt die rauhe Frucht.
> Das ist der Schluß!

Also, was ist der Schluß nach Dehmel? Die Frucht; das Werden und Vergehen, das Gebären und das Sterben, darüber hinaus — gibt es nichts. Ist dir das genug, Dichter? Bist du damit wirklich zufrieden? Dann wollen wir dich ganz im geheimen einmal etwas fragen. Warum suchst du dann in dem Hunger deines Gemütes doch nach einer „Unsterblichkeit", und ist es auch nur der schwache Trost, daß du in deinen Kindern lebst? Warum brauchst du „Erlösungen", wie du einen Gedichtband überschreibst? Warum treibt es dich mit aller Gewalt, dich einem Weltgeist zu vermählen? Auch dich treibt das „Inquietum est cor nostrum . .", auch in deiner Seele ruht zutiefst ein Begriff, der heißt Gott, — so sehr du es auch leugnest. Auch du hast vergebens gegen ihn gekämpft, und die Erlösung hast du nicht gefunden. Von Furchen und Kummerfalten und von den Runen des Denkens war dein Gesicht durchzogen; du schautest traurig drein wie einer, der auf immer etwas verloren hat. Hast du nie die schwere Last des Lebens als etwas, das der Erklärung bedarf, empfunden?

Einst und jetzt.

Zeitbilder von Studienrat G. Herzog, Freising.

Wahrheit, nicht Dichtung, bieten folgende Bilder von der Bühne staatsbürgerlichen Lebens. Diese kleine Reihe mag jeder Leser nach Belieben selbst fortsetzen; auch mit Gedanken über das Vorgeführte soll ihm hier nicht vorgegriffen werden.

1907, 18. August. In Oesterreichs Ländern begehen die Völker so verschiedener Zungen feierlich Kaisers Geburtstag. Auch an der blauen Adria, im malerischen alten Ragusa. Hier ziehen am Vorabend des Festes zwei uniformierte Musikkapellen auf, die „Serben" und die „Kroaten". Der erhebenden Feier am Vorabend und am Tage selbst halten sich grollend österreichische Beamte slawischen Stammes fern, die zwar kaiserliches Geld gerne nehmen, aber liebevoll von Großserbien und seinem König Peter als ihrem künftigen Herrscher träumen. Ihr Traum ist jetzt erfüllt; nicht mehr der österreichische Doppeladler schwebt über jenen südlichen Gestaden und Inseln, nein, der südslawische Falke. Die Schuljugend slawischer, früher österreichischer Länder, die ehemals in ihren Büchern rührende Geschichten vom kaiserlichen Paar, Franz Josef und Elisabeth, las, wird jetzt mit Haß gegen das Deutschtum und das alte Oesterreich erfüllt, dafür aber für die „ruhmreichen" Serbenherrscher begeistert. Deutsche Brüder im Südosten und Nordosten müssen sich slawischem Zwange beugen.

Im Südosten unseres Bayernlandes trennt ein Fluß oberbayerisches und oberösterreichisches Land. 1908, 4. Dezember abends. An beiden Ufern erstrahlt festliche Beleuchtung zur Feier der sechzigjährigen Regierung des greisen Franz Josef. Drüben im österreichischen Dorfe hält ein Herr in einer Festversammlung eine Rede; er spricht begeisternd. Danach singt man ein langes Preislied auf den Herrscher. Der oft wiederholte Kehrreim lautet: „Der Oesterreicher nur allein kann seinen Kaiser lieben." Hier an der Grenze des Habsburgerreiches so gut wie anderwärts, wo schwarzgelbe Fahnen wehen, liebt und preist man auch Wien, die Kaiserstadt. Man singt: „'s gibt nur a Kaiserstadt, 's gibt nur a Wean."

1919. Franz Josef schläft in der stillen Kapuzinergruft den letzten Schlaf; sein junger Nachfolger weilt enthront in der Fremde. Wien ist nicht mehr die gemütliche und lebensfrohe Kaiserstadt, sondern durch roter Volksbeglücker Wirken eine Stätte namenlosen Unheils, des Hungers und des Todes. Ihres grünen Waldgürtels wird die große Donaustadt immer mehr beraubt. Gegen die unglückliche Hauptstadt sperrt sich das als kümmerlicher Rest des ehedem so stolzen Reiches verbliebene Land ab, um sich selbst so gut als möglich zu retten. Den in Wien gebietenden Männern, die von Oberösterreich Lebensmittel verlangen, antworten die selbst hungernden Bewohner dieses früher so treuen Landes: Wenn ihr uns etwas nehmen wollt, verteidigen wir unsere Grenzen mit bewaffneter Hand. Vor dem Zugreifen begehrlicher Menschen ist in dieser Zeit der Not auch das Hausvermögen der Habsburger nicht geschützt. Man will es wegnehmen, angeblich um

die Not der am Leben gebliebenen Kriegsopfer zu lindern. Ob nicht zugleich andere Taschen gefüllt werden sollen?

1918, August. Ins bayerische Grenzstädtchen kommt König Ludwig III. zu kurzem Besuche. Weißblaue Wimpel wehen überall. So prunkvoll als möglich empfängt die alte Stadt den greisen Herrscher und versichert ihn ihrer unwandelbaren Treue. 1918, November. Die rote Fahne weht vom Rathaus desselben Ortes; aufgeregtes Volk, jetzt nicht mehr von „unwandelbarer Treue gegen das angestammte Herrscherhaus“ beseelt, durchzieht mit rauschender Musik die Straßen, den Umsturz zu preisen.

1919, Februar. Bayerns Königin Maria Theresia ist heimgegangen — als Vertriebene! Keine Trauerfahnen dürfen in Bayerns Gauen die Gefühle der Königstreuen künden. Irgendwo in einer altbayerischen Stadt hält man längere Zeit nach dem Hinscheiden der Landesmutter zu ungewöhnlich früher Stunde einen feierlichen Seelengottesdienst für sie. Andächtiges Volk und besonders die studierende Jugend füllt die weiten Hallen des alten, prächtigen Gotteshauses. Aber die Beamten fehlen dieses Mal. Jedenfalls mehr des Amtes als der eigenen Person wegen halten sie sich der Trauerkundgebung fern.

Ende desselben Monats. Der jüdische Schriftsteller und Volksbeglücker, der an Stelle der vertriebenen Wittelsbacher seit dem Umsturz Bayerns Geschicke lenkte, ist durch einen Heißsporn getötet. Auf das Geheiß roter Männer wehen vom Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden der altehrwürdigen Stadt rote Fahnen; derselbe Zwang läßt die Kirchenglocken — es sind ihrer ziemlich viele — zu Ehren des Gemordeten erklingen, zweimal bewegt sich ein großer Zug mit roten Bannern durch die Straßen. Mißstimmung und Angst hält die andersgesinnten Bewohner in ihrer Behausung fest.

Vom Büchertisch.

Bücher als Bilder: 1909 gaben englische Tagesschriftsteller ein Buch „Our German Cousins“ (Unsere deutschen Vettern) heraus. Es ist von Mißtrauen gegen Deutschlands aufstrebende Macht, doch nicht von Haß gegen das deutsche Volk erfüllt. Ein eigener Abschnitt „The Kaiser“ ist Wilhelm II. gewidmet. Er ist voll der Bewunderung für diesen Herrscher; seine Vielseitigkeit, seine Bestrebungen für des Reiches Wohlfahrt, seine englandfreundlichen (!) Neigungen und anderes wird gerühmt. Die Schlußworte dieses Teiles lauten: „Das Vaterland wird wahrscheinlich nicht bald wieder seinesgleichen sehen.“ So vor dem Kriege! Wie seit 1914 die Engländer über das deutsche Volk, das Deutsche Reich und seinen früheren Kaiser schreiben, bedarf hier keiner Ausführung in einem Bilde.

Vor kurzem erschien ein Buch **„Franz Joseph und der Zerfall Oesterreichs“**; der Verfasser ist ein früherer K. und K. General gräflichen Namens. Der schriftstellernde Kriegsmann, der früher wohl sich kaiserlicher Gunst erfreute, sucht hier nachzuweisen, daß nur Kaiser Franz Josephs Mißregierung am Zerfall des Staates schuld sei. „Vor Tische las man anders.“

Von Walther Rathenau haben wir ein neues Buch **„Der Kaiser“** (1919). Der Verfasser weiß auf die Frage nach Wilhelms II. angeblicher Schuld eine andere Antwort als der genannte Oesterreicher auf die seinige nach Franz Josephs Anteil am Zerfall seines Reiches. Er sieht das Verhängnis in dem Verhältnis zwischen dem Kaiser und einem Volke, das den Fürsten so gewollt hat wie es selbst war. So führt Rathenau den Leser zu ernstem Selbstbekenntnis. Studienrat G. Hertzog.

A. Wahrmund. „Der Adventistenwolf im Schafspelz.“ Augsburg 1920 (M. Seitz.) Brosch. 32 Seiten. Preis 40 Pf. Das amerikanische Sektenwesen macht sich auch in Bayern allmählich bemerkbar. Am eifrigsten arbeiten die Siebentags-Adventisten. In den größeren Orten halten sogenannte Missionsdirektoren und Prediger öffentliche Werbevorträge, während eigens geschulte Kolporteure das Land bereisen und mit adventistischen Schriften und Traktaten hausieren. Das Geschäft geht auch gut, wie die adventistischen Kolportageberichte bezeugen. Freilich erfährt in den seltensten Fällen der katholische Käufer, wofür er sein gutes Geld hingibt, meint er doch zumeist, er habe seine Mission unterstützt. Darum muß katholischerseits eine der adventistischen Propaganda ebenbürtige Aufklärungsarbeit entfaltet werden. Wahrmunds Schriftchen, das als neuer Beitrag in dieser Aufklärungsliteratur zu begrüßen ist, gibt dem Leser kurzen Aufschluß über Herkunft, Ausbreitung und Lehren der Siebentags-Adventisten und zeigt die notwendigen Verhaltungsmaßregeln an, um sich vor dieser aufdringlichen Propaganda zu schützen. Ein Wort an die Adventistenführer bildet den Schluß. Freilich wird dieses m. E. wirkungslos abprallen. Das Schriftchen, das populär geschrieben, gefällig ausgestattet und billig ist, sollte jeder Katholik lesen. Zur Massenverbreitung geeigneter ist das Flugblatt: „Der Adventist geht um,“ das (100 Stück 4.50 ℳ) ebenfalls im Seitz-Verlag erschienen ist. Dr. J. B. Roetzer.

Jg. Bogenberger, Pf. und Distriktsschulinspektor: **„Kurze Vorträge über christliche Kindererziehung** im Anschlusse an die christliche Pädagogik **zunächst für die christlichen Müttervereine.“** Regensburg, Friedrich Pustet. Pr. 1.80 ℳ. — Die obengenannte Schrift wurde mir von einem katholischen Pädagogen mit der Bitte um öffentlichen Hinweis auf dies leider vergessene oder doch ungenügend beachtete Werkchen unter Hinzufügung folgenden Urteils übersandt: „Das Büchlein gehört meiner Ansicht nach zum Besten, das auf dem Gebiete volkstümlicher Erziehungsschriften erschienen ist. Seine Sprache ist meisterhaft einfach und leicht verständlich, alle Theorien sind vermieden, immer wird von Beispielen ausgegangen und einerseits die richtige, anderseits die verkehrte Methode beleuchtet. Der Verfasser hat seine Grundsätze und Regeln immer und überall auf religiöser Grundlage aufgebaut, und jede Seite seiner Schrift atmet einen tiefen, heiligen Ernst.“ Ich selbst kann, nach Einsichtnahme des vorzüglich gegliederten und zusammengeschlossenen Bändchens, das wohl absichtlich „moderne Strömungen“ unberücksichtigt läßt, dies Urteil nur bestätigen. Hinzugefügt sei der Wunsch, das mit anspruchsloser Würde kostbare Dargebotene möge auch jetzt noch von recht zahlreichen Leitungen besonders der Müttervereine ausgewertet und nicht zuletzt zu reichlicher Verbreitung warm empfohlen werden. Dann dürfen wir hoffen, daß ungezählte Mütter, und zwar solche verschiedenster Stände, immer wieder aus diesem klaren Erleuchtungs- und Erquickungsquell schöpfen werden: zum Segen für sich selbst und die Ihren, für gegenwärtige und kommende Geschlechter. E. M. Hamann.

Dr. **Simon Weber: Das Alte Testament** der göttlichen Offenbarung in Auswahl erbauender Texte. Ausgewählt, nach Allioli aus der Vulgata mit Berücksichtigung des hebräischen und griechischen Wortlautes übersetzt, mit Einführungen und Anmerkungen versehen. Illustrierte Taschenausgabe. Mit 20 Bildern nach Schnorr von Carolsfeld. Kl. 12° XL u. 564 S. Herder. Pr. geb. 5.80 und 6.20 ℳ. — Diese Ausgabe kann man nicht warm genug empfehlen. Sie ist edel durch und durch, äußerlich und innerlich, ein Schatz von unwägbarem Wert. Ein würdiges Gegenstück zu Dr. S. Webers zweibändiger illustrierter Taschenausgabe des Neuen Testaments, ohne deren Benützung ich mir schon gar keinen Tag mehr denken mag. Zu ihr stößt nun als vollendender Teil der kostbaren Dreiheit diese mit dem feinsten Takt, der ehrfürchtigsten Liebe zusammengegliederte Auswahl-Ausgabe aus den fünf Büchern Moses', dem Buch Josua, dem Buch der Richter, den drei Büchern Samuels oder der Könige, dem vierten Buch der Könige, dem Buch Job, dem (vollständigen) Buch der Psalmen, den Sprüchen Salomons, den Propheten, dem Buch Tobias, den zwei Büchern der Makkabäer. Ein Namen- und ein Sachregister bildet den Schluß. Besonders wertvoll sind die dem Ganzen vorangehenden Einführungen über die biblischen Quellschriften des Gegebenen, sowie die jedem Einzelkapitel angeschlossenen „Anmerkungen“ von möglichst knapper Fassung und eindringender Aufhellungskraft. Dem wundervoll kernigen Bibeltexte passen sich die außerordentlich klaren Abbildungen nach Schnorr von Carolsfelds Meisterschöpfungen würdig an. — Hier sei ein innigster Wunsch ausgesprochen. Hinein mit Dr. S. Webers dreiteiliger Bibelausgabe in möglichst jedes christkatholische Haus! Ein vornehmeres, innerlich reicheres Geschenk läßt sich ja nicht denken. E. M. Hamann.

„Die Kirche St. Zeno in Isen“ von Ludwig Heilmaier, Kurat und Kirchenvorstand bei St. Stephan, München 1920, im Selbstverlag des Verfassers, 68 Seiten, 18 Abbildungen, Preis 2.50 ℳ. Wenn wir in der Geschichte Umschau halten, so werden wir kein Zeitalter finden, das von Leiden ganz verschont blieb, mögen nun diese Heimsuchungen in Krieg und Unruhen oder in Hunger und Krankheit bestanden haben. Unsere Tage, die so schwer auf uns lasteten und noch lasten, stehen gewiß nicht vereinzelt da im Wandel der Jahrhunderte. Aber wir begegnen beim Studium der Weltgeschichte auch der Tatsache, daß gerade in den trübsten und dunkelsten Zeitläuften gewisse innere Kräfte, Mächte und Gewalten einen starken Halt boten und die Menschen nicht ganz versinken ließen: Religion, Vaterlandsliebe, Heimatliebe, Arbeitslust, Freude an edlem wissenschaftlichen Streben und Pflichttreue. Und darum begrüßen wir das soeben erschienene Schriftchen gerade zur Jetztzeit mit dankbarer Freude. Es bringt Heimatkenntnis und es lehrt Heimatliebe. Aus beiden quillt großer Segen. Das reichhaltige Büchlein schickt seinem eigentlichen Gegenstande eine kurze geschichtliche Einleitung gleichsam zur Einführung voraus. Dann tritt der Verfasser mit uns den Gang durch das ehrwürdige Münster St. Zeno an. Er führt uns zunächst vor das Aeußere des Gotteshauses und beschreibt dann eingehend Vorhalle und Portal. Abschnitt III würdigt die architektonische Entwicklung der Basilika, woran sich dann in den weiteren Abschnitten die Beschreibung der Ausstattung des Innern, wie es sich heute uns präsentiert, schließt. Das Kapitel „Die Sakristei mit ihren Wertsachen“ ist besonders schätzenswert, da hier der Verfasser viel Neues bringt. Auch für die fleißige und mühsame Zusammenstellung sämtlicher Grabdenkmäler im Innern und am Aeußern sind wir Heilmaier sehr dankbar. Die Schulgeschichte von Isen ist sehr interessant, namentlich auch im Zusammenhange mit der Kirchenbeschreibung. Endlich erscheint uns ein sehr glücklicher Gedanke des Verfassers daran zu liegen, daß er in einem Anhang „Spaziergänge und Ausflüge“ geschichtlich und kunsthistorisch besonders bemerkenswerte Punkte der Umgebung, wie St. Wolfgang, Burgrain, Haag in den Kreis seiner Schilderung einbezieht. Die Publikation hat dadurch eine Abrundung gefunden und ohne Zweifel sehr gewonnen. Eine stattliche Reihe guter Illustrationen erklärt und belebt den Text. — So werden Heimatliebe und die mannigfachen hieraus quellenden Segnungen durch dieses Schriftchen geweckt und gehoben. Die Lektüre ist ein Genuß; eine noch größere Freude aber liegt in dem Besuche aller dieser Schönheiten und Merkwürdigkeiten an Hand des Büchleins, dem wir eine recht weite Verbreitung wünschen. Dr. Rich. Hoffmann.

„Altfränkische Bilder.“ 1920. Mit erläuterndem Text von Dr. Theodor Henner. Herausgegeben und gedruckt in der Universitätsdruckerei H. Stürtz, A.-G., Würzburg. Preis 2 ℳ. Während andere derartige Kalender schon seit Jahren wieder vom Schauplatze verschwunden sind, verstehen einige sich andauernd in der Gunst der Oeffentlichkeit zu behaupten. Zu ihnen gehört der vorliegende, der heuer schon im 26. Jahrgange erscheint — gewiß ein Beweis für die Vortrefflichkeit seiner Gaben und die Klarheit seiner Leitung, wegen der Schwierigkeit der Verhältnisse um so höher anzuschlagen. Gerade in jetziger Zeit bedürfen wir mehr denn je solchen Hinweises auf das Große, Herrliche, geistig Tiefe, das unsere Vorfahren geschaffen haben, die Denkmäler unserer vaterländischen Geschichte, Kultur und Kunst, unserer Heimat edelste Zier, Freude und Erfrischung für Auge und Herz. Auch der heurige Jahrgang der „Altfränkischen Bilder“ bringt wieder eine Reihe aufs feinste ausgewählter Beispiele, zeigt sie in bestens ausgeführten Bildern und erläutert sie in sachkundigen, von wärmster Empfindung getragenen Texten. Wir dürfen herrliche Kunstwerke des Würzburger Neumünsters bewundern; wir lernen Künstler kennen, deren Namen schon fast vergessen waren — köstliche alte Ortsbilder (Frickenhausen, besonders aber Wolframs Eschenbach!) entfalten ihre malerischen Reize. Fesselnd sind auch die beiden Außenseiten des Umschlages. Der vordere zeigt die farbige Wiedergabe einer Sitzung des Würzburger kaiserlichen Landgerichtes 1520, der rückwärtige eine äußerst reizvolle Verzierung einer dem Würzburger Kreisarchiv gehörigen Handschrift des 14. Jahrhunderts. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Das Nationaltheater machte uns mit einer neuen Oper bekannt, die sich vor anderthalb Jahren bei der Uraufführung in **Karlsruhe** als erfolgreich erwiesen und auch hier unterstützt durch eine sehr gute Aufführung lebhaften Beifall gefunden hat. Hermann **Roetzel** (geb. 1880 zu Wiesbaden, Schüler von Iwan Knorr) begegnen wir als Opernkomponisten zum ersten Male. Er hat das Textbuch zu seinem „**Meister Guido**" selbst geschrieben, was heute unter den Tonsetzern immer häufiger der Fall ist. Die Wahl eines Kunstwerkes von selbständiger literarischer Bedeutung hat den Komponisten zu oft starke Fesseln angelegt, anderseits mangelt es den Librettisten oft an Anpassungsfähigkeit an die besonderen Wünsche und Ziele des Komponisten, oft genug auch an die spezifisch musikalischen Bedürfnisse überhaupt, die durchaus nicht immer den literarischen gleichlaufend sind. Es ist Roetzel nicht übel gelungen, ein Textbuch zu seiner komischen Oper zu gestalten, das recht hübsch erfunden, seiner Musik reiche Aussprachsmöglichkeit gewährt. Die Verse freilich sind mitunter recht alltäglich, aber das stört nur den Leser. Roetzel hat seinen Stoff in das Prunkgewand der Renaissance gesteckt, das für Künstlerfeste heiteren Lebensgenusses den passendsten Rahmen gibt. Schon nach wenigen Takten erhebt sich der Vorhang und wir sind Zeuge ausgelassenen Treibens in einer Osteria. Daß der Tonsetzer uns **gleich** in diese Stimmung zu versetzen sucht, erschwert ihm seine künstlerischen Absichten, und in der Tat teilt sich diese Heiterkeit dem Zuschauer nicht so unmittelbar mit. Man darf vielleicht überhaupt sagen, daß das Komische in Erfindung und Ausdruck auch im Musikalischen hinter den rein lyrischen Stellen an Wirkung zurücksteht. So hübsch auch vieles ist und insbesondere durch das muntere Spiel Bedeutung gewinnt, so hat diese Heiterkeit doch selten die volle Leichtigkeit; sie ist nicht blutleer, aber es fehlt der bekannte Schuß Champagner darin. Guido, ein junger, armer Maler, hat sich in die wunderschöne Tochter eines reichen Banausen verliebt, der ihm das Mädchen nur zur Frau geben will, wenn er innerhalb eines Jahres zu Geld und Ansehen komme. Es ist ihm nun gelungen, von einem Grafen eine Einladung auf sein Schloß zu erhalten, dem er sich übermütig als berühmter Meister angekündigt. Vornehm gekleidet, von seinem Freund Moska als Diener, von dessen Frau in der Hosenrolle eines Farbenreibers begleitet, hält Meister Guido den Einzug, verliebt sich schließlich in des Grafen Tochter und als schließlich der reiche Florentiner erscheint und ihm nun die einst angebetete Griselda geben will, ist es zu spät; Guido hat sein Herz an Amata verschenkt: Das musikalisch Reizvollste enthält die zweite Hälfte des zweiten Aktes. Ein Streichquartett, das der Graf für den zweiten Abend bestellt, erscheint und beginnt ein süß sehnsuchtsvolles Adagio, das alle gefangen nimmt; Guido öffnet heimlich sein Skizzenbuch und beginnt Amata zu zeichnen, plötzlich begegnen sich ihre Blicke, sie sehen sich lange an, die Musik malt den Zauber, den Amata auf den Maler ausübt, ohne daß sich dieser der Aenderung seiner Gefühle vorerst bewußt wird. Die Kammermusik endet in einen Vokalsatz, langsam schließt sich die Gardine. Das Zwischenspiel verstärkt die lyrische Stimmung und das sehnsuchtsvolle Blumenmotiv, das Amata einführte, taucht wieder auf. Der sich öffnende Vorhang zeigt uns den Schloßpark in nächtlicher Stille; nach einer Szene der komischen Nebenhandlung, die aus Fiammettas Verkleidung als Malerbuben erwächst, tritt Guido auf, der über die Verwirrung seiner Gefühle Klarheit zu gewinnen sucht. Als aus dem Dunkel der Nacht Amatas Stimme tönt, erkennt er, daß er in Griselda nur die schöne Larve geliebt hat. Diese Gesangesszene ist getaucht in eine Klangpoesie von schmeichelnder Süße. Der dritte Akt spielt im Atelier. Guido hat Amata gemalt. Das Portrait ist vollendet. Die Furcht, daß die schönen Stunden vorüber sind, läßt ihre Herzen sprechen; eine Liebesszene musikalisch packend und selbständig im Ausdruck. Dann breitet sich die Handlung sehr. Die Entlarvung des Malerbuben als Frau, der ankommende Florentiner mit seiner schönen, marmorkalten Tochter, fesseln nicht sonderlich, obwohl Frau Bosetti die Hosenrolle mit gewinnender Schalkhaftigkeit gibt, **Geis** aus dem reichen Banausen allen Humor herausholt und in der stummen Rolle der Fiammetta man die florentinische Renaissance sehr blendend repräsentiert ließ. Es fehlen Guido und Amata nur noch der Eltern Segen, der natürlich auf die Dauer nicht ausbleibt. **Wolf** sang die Titelrolle sehr schön und spielte liebenswürdig und empfindungsvoll. Frl. **Merz** (Amata) gab der Figur Poesie und Stimmschönheit. **Jergers** Graf zeigte Ueberlegenheit und innere Kultur, auch Luise **Willer** gab als Gräfin das Beste. **Schwerdt** (Karlsruhe) zeigte als Guidos Freund Leichtflüssigkeit in Spiel und Gesang. Frl. Fichtmüller, Grifft, Lohfing, nicht zuletzt auch die schwierigen Chöre befriedigten sehr. Pasettis Bühnenbilder sind reich an Stimmung. Das Orchester meisterte Hugo Röhr, der der klanglichen Schönheit der Partitur voll gerecht wurde. Der Komponist wurde mit ihm, den Sängern und dem stets vornehmen, treffsicheren Spielleiter A. v. **Fuchs** mit Begeisterung oftmals hervorgerufen.

Kammerspiele. „**Der Bettler**" ist das Werk eines jungen Dichters, ein paar Jahre vor dem Kriege geschrieben, in jenen Tagen, da die Kunst- und Literaturrevolution, die man unter dem Namen Expressionismus zusammenfaßt, auch für weitere Kreise sichtbar wurde. Auf die Bretter kam das Stück erst, nachdem Reinhard **Sorge** an der Somme gefallen war. Der Dichter, der als Kämpfer gestorben ist, sah sein Leben angefüllt von äußeren und inneren Kämpfen, die den nach Erlösung ringenden der katholischen Kirche zugeführt haben. Es ist müßig, zu fragen ob Sorge uns bei längerem Leben abgeklärte Dichtungen von Schönheit und Weisheit hätte schenken können. War es Ueberfülle, durch die er willkürlich kurze Szenenfetzchen aneinander reihte, dazwischen da und dort breit und ausführlich wird, ohne daß ein Grund diesen Mangel an Proportion rechtfertigen könnte oder lag, wie bei so vielen, die Verachtung der Form an Unvermögen formbildender Kräfte? Wer weiß es? Vieles in dem Stücke ist so stark empfunden, daß es uns mit sich fortreißt; wir nehmen willig Schwächeres mit in Kauf; Szenen, die ohne dies Gegengewicht der nervösen Ungeduld des Premièrenpublikums zum Opfer fallen würden.... Der Dichter und die Welt ist das Thema dieses Stückes. Was **Goethe** in seinem Tasso gestaltet hat, innere Kämpfe aus der gewonnenen Distanz weisheitsvoll überblickend, das gestaltet der in den äußeren Umständen so viel gehemmtere Sorge gleichsam mitten in dem Erlebnis stehend. Zwischen dem seiner Sendung bewußten Dichter und der Welt wird immer Kampf sein. Er blickt nur auf sein Ziel, das die Welt entweder verkennt oder doch nach ihrem Willen modeln möchte, so erscheint der Dichter undankbar, denen, die ihm wohlwollen. Eine dramatische Sendung nennt Reinh. Sorge sein Werk. Von einer Sendung betraut fühlt sich auch der „Dichter", der Held des Stückes, und so ist ihm nicht mit einem halben Maezenatentum eines Kunstfreundes gedient. Das seines Wertes bewußte Genie fordert zur größten Auswirkung seiner Kräfte ein eigenes Theater und stößt so als scheinbar Undankbarer den Helfer ab. In Szenen, die die Regie fast gespensterhaft aus dem Dunkel auftauchen und wieder verschwinden läßt, werden stumpfe Gleichgültigkeit, unfruchtbare Kritik und Sinnenlust als die Kräfte symbolisch hingestellt, die dem Dichter Hemmnis bedeuten. Im Gegensatz dazu steht der Fliegerchor, ein Bruchstück antiker Tragödie, mit stilistischer Unbekümmertheit in das Werk eingefügt. Wie diese Flieger durch den Todessturz eines Genossen nur zu noch kühneren Versuchen angefeuert werden, so vermag auch der Gedanke an das Ikarusschicksal der Sonnenflug des Dichters nicht abzuschrecken. Eine Szene von starker Sprachgewalt; freilich, es ist nicht leicht und bequem, den oft überraschenden Pfaden des Dichters zu folgen. Auch aus seiner nächsten Umgebung stellen sich dem Dichter große Hemmnisse entgegen, die seinen Höhenflug lähmen. Der Vater ist einem Erfinderwahnsinn verfallen, die Mutter siecht durch das Unglück dahin, das durch Armut noch schwerer zu tragen ist. In Szenen, die uns erschüttern, führt uns Sorge den Wahnsinnigen vor, der in einem Augenblicke, in dem sich die Schleier lichten, den Sohn um Gift bittet. Als der Wahnsinnige in seinem wirren Schaffensdrange einen Vogel tötet, weil er zu seinen Zeichnungen rote Tusche braucht und droht, daß er auch nicht davor zurückschrecken würde, Menschenblut zu nehmen, schüttet der Sohn das Pulver in den Wein, von dem aus Verhängnis (Hamlet) auch die Mutter trinkt. Ein Mörder aus Güte. Wer mag diesen Gedanken bejahen? Es gibt auch eine Auslegung, die das Ganze symbolisch faßt, als befreite sich der Dichter selbst von den Mächten des Wahnsinnes. Das scheint mir nun freilich gekünstelt. Die folgenden Akte sind dichterisch schwächer, sie bestehen lediglich aus Monologen und Zwiegesprächen des Dichters. Auch der Freund verläßt ihn, nur ein Mädchen folgt ihm in selbstloser Liebe. Er überwindet immer und immer wieder alle Nöte, Schmerz und Freude dienen ihm jetzt nur noch zur Erkenntnis seiner Sendung. Dieses Stück, kaum in Hinblick auf die Bühne geschrieben, vermag nicht zu lautem Beifall hinzureißen, dazu ist es zu herb, dazu ist es mehr Versprechen, als Erfüllung. Die Spielleitung von O. **Zoff** war sehr fein und konzentriert. Die Szenerie begnügte sich mit Andeutungen. Dank dieser Primitivität können die wechselnden Szenen rasch vorbeihuschen. Zu diesem technischen Vorteil kommt dadurch die Betonung des Symbolhaften als Gewinn. Die zwei Schlußakte wurden durch überflüssig lange Pausen gedehnt. Das ermüdete Publikum sieht, daß die angegebene Zeit vorbei und denkt an die letzte Trambahn. Das wäre leicht zu vermeiden. **Kalser** weiß als „Dichter" der Gefahr des hohlen Pathos zu entgehen. Irgend so ein Jüngling aus dem Literaturcafé steht da vor uns; ohne große Gesten, ganz aus dem Inneren heraus, vermag uns der Schauspieler zu überzeugen, dieser ist mehr als einer aus dem Dutzend. Eine glänzende, vielleicht zu **bewußt** glänzende Darstellerleistung war der irre Vater, den **Marlé** in Nietzsche-Maske gab. Die Mutter spielte Anna **Ernst** mit einem Lächeln der Wehmut, das mehr ergreift als Tränen es vermöchten.

Volkstheater. Ein Lustspiel von R. **Eger**: „**Das Bild ohne Gnade**" fand besonders durch das Spiel von Walter **Lantzsch** freundliche Aufnahme. Da die Erstaufführung gleichzeitig mit derjenigen der Kammerspiele zusammenfiel, wird nach der ersten Wiederholung auf das Stück zurückzukommen sein.

Aus den Konzertsälen. „**Ariels Gesang**" nach Shakespeares „**Sturm**" für Orchester op. 18 von Walter **Braunfels** hatte man hier noch nicht gehört. Hans **Pfitzner** bot das fesselnde Werk im 9. Abonnementskonzert des **Konzertvereins** in einer von liebevollem Eindringen zeugenden Weise. Das künstlerische Ziel dieser Musik ist die restlose Ausdeutung der Shakespeareschen Verse, es zeigen sich hier Instrumentationseinfälle von großem Reiz der Farbe. Der Abend begann mit der 2. (C-Dur) Symphonie von Schumann und schloß mit der „Eroica"; beide Werke hinterließen in der hinreißenden Interpretation Pfitzners ihre volle Wirkung. Es war wieder ein sehr schöner Abend.

— Ein Konzert zugunsten notleidender Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer der Universität machte uns mit drei jungen Künstlern bekannt. Margarita Delins besitzt eine sympathische, wohlgepflegte Sopranstimme. Sie sang Schubert, Brahms, Wolf und Zilcher mit Verständnis und Geschmack, wenn auch etwas zurückhaltend in der Empfindung. Sie wurde begleitet von Philippine Schick, einer begabten Zilcherschülerin, die auch in Sonaten von Bach und Brahms, die sie mit Anton Reichel spielte, schönes Können zeigte. Der letztere ist ein Geiger von vorgeschrittener Technik und Klangpoesie. Das Zusammenspiel war von schöner Feinfühligkeit. Der angenehm verlaufene Abend fand dankbarste Aufnahme.

Oberammergau. Ob heuer in Oberammergau Passionsspiele stattfinden, darüber sind in den Zeitungen widersprechende Nachrichten verbreitet. Bestimmt werden 1920, wie wir von maßgebender Seite erfahren, keine Spiele abgehalten. Die Ernährungsverhältnisse sind sowohl in der Gemeinde, wie in der weiteren Umgebung so schlecht, daß die einheimische Bevölkerung Not leidet, also selbst einer kleineren Zahl von Gästen Verpflegung nicht gewährt werden könnte. Sobald Ernährungs- und Reisemöglichkeiten sich bessern, beabsichtigt die Gemeinde sofort die Vorbereitungen zu möglichst baldiger Aufführung des Passionsspieles in Angriff zu nehmen.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Ein wirtschaftlicher Völkerbund! — Neuerliche Entwertung der Reichsmark. — Trotzdem bemerkenswerte Ansätze einer Wirtschaftsbesserung. — Der Zug nach dem Osten.

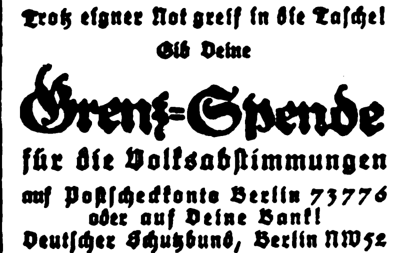
Bei den Berliner Beratungen über das Problem eines **wirtschaftlichen Völkerbundes** wurde wiederholt nachgewiesen, wie sehr die Forderung begründet sei, Deutschland in einem solchen Wirtschaftsbund eine vollberechtigte Stellung einzuräumen. Allerdings wird hierbei grundlegende Voraussetzung bleiben, dass es Deutschland vorher gelingen muss, im eigenen Hause und im Innern nach jeder Richtung hin Ordnung und Ruhe, vor allem die Wiederherstellung eines gesunden Bodens des Wiederaufbaues zu schaffen. Von dem Hauptredner bei jener bedeutsamen Versammlung, Direktor Hans Krenner, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wurde der sicherlich einer gründlichen Ueberlegung werterscheinende Vorschlag gemacht, zwecks Zusammenfassung des ganzen Besitzes und der Produktion in Deutschland zur Aufrechterhaltung des Bestandes unserer wirtschaftlichen Existenz gemäss dem Beschluss des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Landwirtschaft und den Handel aufzufordern, gemeinsam ein grosses deutsches Kreditinstitut zu gründen. Vor allem wurde ferners hierbei betont, dass unsere Hauptgläubiger die kleinen neutralen Staaten, in erster Linie Holland, die Schweiz und Skandinavien, sind, und ferner, „wie sehr erschreckend die Wirkungen der Abwanderung des deutschen Geldes und Spekulation damit auf Kosten der deutschen Valuta zu verspüren wären. Nachweisbar befinden sich beispielsweise in der Schweiz 7 bis 8 Milliarden Mark deutscher Noten“. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn, wie dies bedauerlicherweise neuerlich zu berichten ist, die Kursentwicklung der deutschen Reichsmark eine neuerliche empfindsame Einbusse zu verzeichnen hat. Die nächste Folge ist naturgemäss ein stärkeres Emporschnellen der fremdländischen Devisenkurse bei uns und im Zusammenhang damit eine unvermeidliche neuerliche Verteuerung der Lebensweise. Mildernd bei der Beurteilung dieser Fragen mag vielleicht die Annahme sein, dass zum Monatsende beträchtliche Millionenkredite der deutschen Industrie mit Bürgschaftsdeckung der deutschen Bankwelt durch das Ausland, vor allem in der Schweiz, zur Kündigung und Rückzahlung gelangt sind.

Dabei kann zum innerlichen Trost wenigstens konstatiert werden, dass die Gestaltung der deutschen Grossindustrie einigermassen Aussicht hat, eine, wenn auch geringfügige Besserung verzeichnen zu können. Ganz abgesehen von den Begleiterscheinungen der verschiedensten politischen Prozesse in Deutschland und der ebenso bedauerlichen schweren Wirtschaftskrisis der deutschen Presse mehren sich die Meldungen seitens unserer Grosswirtschaft, dass dank der erhöhten Arbeitsfreudigkeit unserer Arbeitnehmer verschiedentliche Ansätze von Vertrauen und Hoffnung vorhanden sind. Namentlich die Wirkung der **Ueberschichten im Bergbau** geben hierzu allen Anlass. Werden doch im Ruhrrevier allein durch die Einlegung einer halben Wochenüberschicht 12 Millionen Tonnen Kohle im Jahr mehr gefördert. Wenn ähnliche Beschlüsse der schlesischen und sächsischen Kohlenbergbezirke uns endlich den Weg für einen langsamen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands weisen können, ist sehr viel gewonnen. Kohle ist doch bekanntlich die Grundlage unseres Wirtschaftslebens, mehr denn je, denn ganz abgesehen von den unvermeidlichen Kohlenablieferungen an die Entente im Sinne der Friedensbedingung benötigt Hausbrand, Industrie und nicht zuletzt Landwirtschaft Kohle so notwendig wie tägliches Brot. Bemerkenswert ist auch der vom bayerischen Beamten- und Lehrerbund erlassene Aufruf, demzufolge nur die Hebung der Erzeugung von Werten die fortschreitende Auflösung unseres Wirtschaftslebens in letzter Stunde abzuwenden vermag. „Es gäbe daher nur ein Allheilmittel und das heisst vermehrte Erzeugung von Werten durch erhöhte Arbeitsleistung. Die bayerische Beamtenschaft ist dadurch gleich ihren Kollegen im Reich, in den Ländern und Städten bereit vor der ganzen Oeffentlichkeit ein Bekenntnis zum Achtstundentag abzulegen, um auch ihrerseits zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens die ganze Kraft einzusetzen.“ Die Auslassung des bayerischen Handelsministers Hamm einem Vertreter der „M. A. A.“ gegenüber, dass **die Wirtschaftslage Bayerns** zwar nicht rosig ist, aber das es **bei uns aufwärts** geht, wird begründet durch die gesunde Unterlage in unserer Landwirtschaft, die starken Hilfsquellen in unseren Wasserkräften und die begünstigte Hoffnung in unseren Bergbau. Dass an Bayerns Zukunft auch auswärts geglaubt wird, bestätigt der Anschluss des schönen Koburger Landes mit seiner rührigen Industrie und der musterhaft durchgearbeiteten Verwaltung. Die vom Landtag genehmigte sofortige Inangriffnahme des Ausbaues des Rhein-Main-Donaukanales, die dabei geplante Gewinnung von zwei neuen Riesenkraftquellen an Main und Donau von rund 90000 Pferdekräften — als erste Baurate sind 75 Millionen Mark bereitzustellen —, ferner das grosszügige Programm der in München für 1922 geplanten deutschen Gewerbeschau und ähnliches mehr beweisen in dankenswerter Weise den Mut unserer massgebenden Wirtschaftsführer, gerade in der Jetztzeit derartige Pläne zur Durchführung gelangen zu lassen. Norddeutschland erhofft sich Vieles von den ernstlichen Bemühungen der deutschen Industrie, mit den russischen Wirtschaftsverbänden in direkte Handelsverbindung zu treten. Gerade der Zug nach dem Osten bedingt ja für das deutsche Wirtschaftsleben, mehr als vor dem Krieg, einen Teil des Selbsterhaltungstriebes. Naturgemäss werden angesichts der politischen Zerfahrenheit und der andauernden Kriegsunruhen mit den russischen Ostrandstaaten noch Zeit und Mühen an jene Ideen zu opfern sein.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.





Franz Wehr, Hoflieferant, gegründet 1860, Weinbergbesitzer, Berncastel.
Mosel- und Rheinweine!

Verlags-Buchhandlung Deutsches Quickbornhaus, Burg Rothenfels a/M.

Die Tage auf Burg Rothenfels.

Erster deutscher Quickborntag.

Herausgegeben von Prof. Hoffmann-Breslau. Kart. 7.— Mark. Freibuch 12/13.

... zum Quickborn, ... zum katholischen Wandervogel. Ein weiter Weg. Viel Kampf. Oft Verkennung. Tastend, schüchtern die ersten Schritte, eine echte, katholische Jugendbewegung das Ergebnis ... und der 1. Quickborntag — die Tage auf Burg Rothenfels — die Weihe unserer Burg zum sichtbaren Ausdruck unserer Einigkeit .... bringt Festigung nach Innen und Außen ... und diese Blätter, dieses Echo jener Tage wollen gar nichts anderes sein als dieses: ein Versuch, die Erinnerung an goldene Tage festzuhalten und jedermann unsere Eigenart kundzutun .... Es ist ein fein ausgestattetes Buch, von Jungen und Mädeln verfaßt, mit vielen Kunst- und Lichtbildern von Burg und Tagung.

Bilanz für den 31. Dezember 1919.

Aktiva.		
Hypotheken	343 260 272	89
Kommunal-Darlehen	131 612 389	91
Kleinbahnen-Darlehen	6 998 332	37
Eigene Emissionspapiere	8 579 630	25
Kassen-Bestand	1 743 142	31
Staats-Anleihen und Schatzwechsel	13 418 611	25
Bankguthaben	10 566 417	60
Kupons, Sorten und Scheks	300 924	-
Debitoren	5 970 131	99
Zinsen und Verwaltungskosten-Beiträge	5 012 363	09
Bankgebäude und Inventar	1 500 100	-
	528 962 345	66

Passiva.		
Aktien-Kapital	24 000 000	—
Kapital-Reserve	4 024 954	95
Sonstige Reserven	9 851 450	70
Rückstellung für Kriegsschäden	605 338	23
Jacob Dannenbaum-Stiftung	49 379	96
Hypotheken-Pfandbriefe u. Cert.	838 617 400	—
Kommunal-Obligationen	131 297 200	—
Kleinbahnen-Obligationen	4 792 000	-
Zinsen auf Emissionspapiere	6 109 377	05
Depositen und Kreditoren	6 060 834	66
Nicht erhobene Dividende pp.	52 512	50
Reingewinn	8 501 897	62
	528 962 345	66

Preussische Pfandbrief-Bank, Berlin.

Pfälzische Bank Filiale München

Hauptgeschäft:

Tel. 55726 **Neuhauserstrasse 6** Tel. 55726

Depositenkassen u. Wechselstuben:
Reichenbachstr. 1 (am Viktualienmarkt) Telephon 21815.
Prielmayerstr. 1 neben Café Arkadia Telephon 54133.
Max Weberplatz 4 (Ecke Ismaningerstr.) Telephon 40192.
Sendling Lindwurmstrasse 195 Telephon 7280.
Weinstrasse 6 (vormals Sinn & Co.) Telephon 24 981.
Valleystr. 7 (nebenGroßmarkthalle) Telephon 12115.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.
Errichtung provisionsfreier Scheckkonti.
Kontokorrentverkehr.
Erledigung aller Effekten- u. Börsengeschäfte.

Aufbewahrung und **Verwaltung** von **Wertpapieren** und **Wertsachen.**

An- und Verkauf von alten Münzen und Handel mit Edelmetallen in unserer Wechselstube Weinstr. 6 (vorm. Sinn & Co.)

Stahlkammern.

Einlösung von Zins- u. Dividendenscheinen.
Vermögensverwaltung u. Vermögensberatung.
Auskünfte aller Art an unseren Schaltern.

Rauch-tabak

Bremer-Schlüssel (Kanaster-Mischung)
20% rein Uebersee-Tab., 80% ferm. Kirschbl.; brennt, schmeckt und riecht gut, ist bekömmlich! 1/4 Pfund Mark 2.—. 1 Postpak. — 36 Pak. Mk. 72.— portofrei unter Nachnahme.

Alt. Bremer Rauchtab. (abgelag. Uebersee-Tabak) 1/2 Pfd. Mk. 14.—, 1 Postpak. = 18/2 Pfund Mark 252.—, portofr. unt. Nachn.

Bremer-Schlüssel (frisch. Uebersee-Blätt.-Tab.) 1/4 Pfd. Mk. 6.— 1 Postp. = 30/4 Pfd. Mk. 198.— portofrei unter Nachnahme.

Viele Anerkennungsschreiben vorhanden.

H. Hattendorff, Bremen, Tabak- u. Zigarren-Fabrik. — Gegr. 1884. —

Neu-Italien

und die päpstliche **Souveränität**

Von Dr. J. Massarette

In steifem Umschlag Mk. 2 25

Verlag von Fr. Pustet, Regensburg

Darlehen zu 5% geg. Seb.-Vers.-Absch. gibt Ford. Reitz, Gen.-Agt., Neu-Isenburg 90 v. 6 Jahre geg. Rat.-Zahl. Viele frw. Anerk. Gesch.-Gründ. 1902.

Pfälzische Hypothekenbank Ludwigshafen a. Rh.

Generalversammlung.

Die Generalversammlung der Pfälzischen Hypothekenbank findet **Dienstag, den 23. März 1920, vormittags 10 Uhr** im Bankgebäude, am Brückenaufgang Nr. 8 dahier, statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Direktion und des Aufsichtsrats über die Ergebnisse des verflossenen Jahres.
2. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Bilanz.
3. Entlastung der Direktion.
4. Entlastung des Aufsichtsrats.
5. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns.
6. Beratung und Beschlußfassung über die an die Versammlung gestellten Anträge.
7. Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats.

Jede Aktie gewährt das Stimmrecht. Es wird nach den Aktienbeträgen ausgeübt. Bezüglich der Anmeldung zur Teilnahme an der Generalversammlung, Vorzeigung der Aktien und Ausfolgung der Stimmkarte wird auf § 44 des Gesellschaftsvertrags Bezug genommen.*)

Die Vorzeigung der Aktien kann erfolgen in den Geschäftsräumen der Bank in Ludwigshafen a. Rh. und München, bei der Bayerischen Vereinsbank in München, bei der Deutschen Bank Filiale München, bei der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M., bei der Dresdner Bank, Filialen München und Augsburg, bei der Mitteldeutschen Creditbank Filiale Augsburg vorm. Gebrüder Klopfer in Augsburg, bei der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen a. Rh. und ihren Zweiganstalten, bei der Rheinischen Creditbank in Mannheim und ihren Zweiganstalten. Von diesen sämtlichen Stellen werden Stimmkarten ausgefolgt.

Die in § 260 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Vorlagen liegen vom 8. März lfd. Js. ab in unsern Geschäftsräumen zur Einsicht der Herren Aktionäre bereit.

Ludwigshafen a. Rh., den 12. Februar 1920.

Der Aufsichtsrat.

*) § 44 des Gesellschaftsvertrags lautet: Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversammlung sind zuzulassen, wenn sie nicht später als am dritten Tage vor der Versammlung erfolgen. Zur Ausübung des Stimmrechts ist zuzulassen, wer die Aktien spätestens 6 Tage vor dem Versammlungstage bei der Gesellschaft oder bei einer der in der Einladung zur Generalversammlung hierzu bezeichneten Stellen vorzeigt, wogegen ihm eine auf seinen Namen lautende Stimmkarte ausgefolgt wird. Den Anmeldungen zur Teilnahme und zur Erwirkung einer Stimmkarte ist ein Nummern-Verzeichnis der vorgezeigten Aktien beizufügen. Die Direktion ist berechtigt, die Hinterlegung der Aktien zu verlangen; in diesem Falle ist die Ausübung des Stimmrechts von der Hinterlegung abhängig.

Deutsche Hypothekenbank in Meiningen.

Bilanz vom 31. Dezember 1919.

Vermögen	ℳ ₰
Kassenbestand	1 682 271.54
Guthaben bei Bankhäusern	20 545 049 18
Darlehen gegen Wertpapiere	484 364.07
Wertpapiere	8 882 152.08
Wechsel	9 092 828.45
Verschiedene Debitoren	1 174 525.67
Hypotheken	577 684 693 51
Hypotheken-Zinsen und -Annuitäten	7 874 905 62
Grundstücke	2 120 000.—
	624 490 790.07

Verbindlichkeiten	ℳ ₰
Aktienkapital	31 500 000.—
Reserven	11 500 000.—
Prämien-Reserve	2 710 173.—
Rückstellung f. Pfandbrief-Agio	44 113.32
Rückstellung für Talonsteuer	364 864.03
Rückstellung aus Zinsentschädigungen	670 391.29
Verschiedene Kreditoren	5 776 860 71
Pfandbriefe	560 653 900.—
Pfandbrief-Zinsen	7 931 659 69
Noch nicht erhobene Dividende	71 574.—
Ueberschuß	8 267 254 08
	624 490 790.07

Die für das Jahr 1919 auf 7 1/2% festgesetzte Dividende gelangt mit ℳ 22.50 für die Aktie zu ℳ 300, ℳ 90 für die Aktie zu ℳ 1200 vom 28. d. Mts. ab zur Auszahlung.

Aus bestem bosnisch-türkischem Tabak **Ia Zigaretten** mit Goldmundstück pro Mille zu Mk. 190 versendet die Fa.
Huber & Cie., Kempten (Allgäu).

Familien-Anzeigen aus den gebildeten kathol. Kreisen Deutschl. gehören in die Allgem. Rundschau.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis:
In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 3.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 11. München, 13. März 1920. XVII. Jahrgang.

Flämische Politik.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees.

Wenn irgendein Volk durch den Kriegsausgang hoffnungslos dazuliegen schien, so war es wohl das flämische. Die stammverwandten Nord-Niederländer (die Holländer, wie man gewöhnlich sagt) hatten es seit 1839 seinem Schicksal überlassen: sie hatten dennoch mehr Recht, sich um die Süd-Niederländer zu bekümmern, als z. B die Serben um die autonomen, nicht ganz stammverwandten Kroaten und Bosniaken. Viele Flamen waren ihrer Stammeseinheit mit den Nord-Niederländern bewußt, wie sie ehemals und von 1815 bis 1830 wieder staatlich bekräftigt war; sie waren ihr treu geblieben, trotz der welschen Gewalt und Tücke, welche in einem von Frankreich abhängigen Belgien die Aufhebung der Barriere fand und seitdem die flämische Arbeitskraft, fast ohne Gewerbeschulen und Bildungsmöglichkeit, zugunsten der Franzosen und Wallonen ausbeutet. Die gebildeten und besitzenden Kreise waren großenteils französiert: sie hatten ihre Geldschränke voll mit russischen Wertpapieren strategischer Eisenbahnen, welche die russische Mobilisation gegen Deutschland und Oesterreich beschleunigen mußten, und mit Aktien anderer russischer Unternehmen zur Kriegsvorbereitung; sie hatten die hauptsächlichsten strategischen Eisenbahnen Belgiens selbst in französische Hände gegeben und die neuen Kohlenbergwerke des flämischen Kempenlandes zur Hälfte den Wallonen und zur Hälfte französischen Kriegsgerätefabriken, z. B. dem Creusot, verschenkt. Viele ehemalige Minister und andere Parlamentarier wurden Mitglieder der Verwaltung oder des Aufsichtsrates einiger dieser Industrien und noch mehr der Banken, welche diese „neutralen" Wege vorbereiteten.

Deutschland hatte sich mit dem germanischen, flämischen Volke nicht beschäftigt. Rußland wohl mit den kleinen slavischen Nationalitäten. Beim Ausbruch des Krieges gab's nur einen Schrei in den französisch gesinnten Kreisen: „nach dem Kriege wird es aus sein mit dem Flämischen!" Wenn die Deutschen einzogen, traten Französlinge an sie heran, der Abgeordnete Buisset von Charleroi an der Spitze, mit der Bitte, die flämische Sprache zu unterdrücken und nur das Französische im Verkehr mit der Bevölkerung zu gebrauchen. Verschiedene Stellen in den deutschen Zentralen einiger Kriegsgesellschaften zeigten sich dazu nur zu geneigt: da hat man oft Französelei verspürt. Man denke den umgekehrten Fall: z. B. wenn Elsässer beim französischen Einbruch gebeten hätten, nur das Deutsche zu gebrauchen und in französisch sprechenden Teilen von Lothringen das Französische zu verpönen! Oder wenn beim russischen Einbruch in Galizien das Deutsche im polnischen Sprachgebiet durch die „Gäste", durch die „russischen Brüder" aufgedrungen gewesen wäre!

Die Flamen protestierten bei den deutschen Besetzungsbehörden gegen die französisch gesinnten Anmaßungen und erlangten mit Zeit und Mühe deren Unterstützung für die flämischen Ziele, zuerst die vor jeder Wahl seit Jahren versprochene, nach jeder Wahl verschobene Errichtung einer flämischen Universität, später mit noch mehr Mühe, die flämische, autonome Verwaltung. Noch Anfangs Januar 1918 wurde von einer gewissen deutschen Seite der Ruf nach der Selbständigkeit Flanderns eine „Unfreundlichkeit" genannt. Die Entente forderte nicht weniger, für die Tschechen usw., bei Leibe aber nicht für die Iren und für die Flamen. Der deutsche Widerstand oder das deutsche Zögern gegenüber den flämischen Forderungen kam nicht von alldeutschen, vor einer zu großen Selbständigkeit Flanderns besorgten Kreisen. Gab es übrigens Alldeutsche in den flämischen Reihen? Keinen. Und unter den einflußreichen Mitgliedern der deutschen Behörden? Sie wollten wohl alle die Unabhängigkeit Belgiens nach dem Kriege, wenn auch unter Kautelen gegen die früheren Mißbräuche der Neutralität, aufrichtig wiederherstellen. Darum wurden sie in Deutschland von alldeutscher Seite so stürmisch angegriffen.

Das flämische Volk aber zeigte sich schon in manchen Kreisen für die ehrliche flämische Politik geneigt, welche unabhängiger von Deutschland blieb, als die Bestrebungen der kleinen slavischen Völker gegenüber Rußland. Anstatt eines flämischen Zusammenbruchs nach dem Kriege sah man die Frontpartei entstehen: die flämischen Soldaten, die gegen Deutschland gekämpft hatten, übernahmen fast das ganze Programm der eingesperrten oder verbannten Aktivisten. Sie fordern auch Vergeltung für die Greuel, welche sie von den belgischen, französisch gesinnten Behörden während des Krieges erlitten haben und noch jetzt, selbst im besetzten Rheinland, erleiden, wie auch der katholische Abgeordnete Marck von Antwerpen mit ihnen dagegen protestiert.

Trotz der Kriegspsychose, trotz der Unerfahrenheit gegenüber der straffen Organisation der drei alten Parteien, Katholiken, Liberalen und Sozialisten, eroberte die neue, nur nationalistische flämische Partei fünf Sitze in der Kammer. Diejenigen Zeitungen, welche von ihrer „vollständigen Niederlage" geschrieben haben, folgten offenbar französischen Quellen oder belgischen Blättern französischer Zunge, welche mitunter auch aus Brotneid die Fortschritte der flämischen Presse fürchten. Mehrere französisch redende Tagesblätter sind schon eingegangen, auch in Brüssel.

Neben den neuen, radikal-flämischen Abgeordneten, sind die ehemaligen Wortführer der Flamen in den alten Parteien wiedergewählt. Einige früher laue Herren zeigen sich jetzt entschiedener, teilweise unter dem Drange der jungen Partei. In manchen Wahlkreisen hat die entschiedene Richtung die Parteimaschine ihrer Weltanschauung erobert und bisherige Abgeordnete dutzendweise, auch den früheren Ministerpräsidenten de Broqueville, gar nicht mehr als Kandidaten aufgestellt. Das ist der Fall gewesen in der sozialistischen Organisation in Antwerpen und in der katholischen in anderen Kreisen. Wo es der Fall nicht gewesen, wie in Brüssel und Antwerpen, hat die alte katholische Partei fast die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt. Die Sonderlisten von Französlingen, von „belgischen Unionisten", sind kläglich durchgefallen, bis auf einen Herrn in Brüssel.

Die sogenannten „gemäßigten" flämischen Gruppen erheben vielfach dieselben Forderungen wie die nationalistische Partei, nur noch nicht die Trennung, wenigstens nicht unbedingt. Wenn aber die flämischen Vorschläge durch eine Mehrheit von Wallonen und von übriggebliebenen Französlingen wie früher verworfen werden, dann wird kein anderer Ausweg für die von ihren Wählern getriebenen flämischen Gruppen sein. Französlerblätter, wie die „Nation Belge" vom 14. Januar 1920, werfen schon dem „gemäßigten" Abgeordneten Van Cauwelaert vor, daß er von den Wallonen Stimmenthaltung in flämischen Angelegenheiten verlange: das wäre schon die Trennung!

Sechs Abgeordnete der drei alten Parteien, welche als Flamen wenig aufgetreten sind, also zur äußersten Rechten der Bewegung stehen, haben ein Gesetz vorgeschlagen, wodurch das Flämische auch als innere Amtssprache der flämischen Gemeinden gebraucht werden soll, wie auch teilweise in den Verwaltungen der flämischen Provinzen. Erst recht gegenüber dem Publikum, als Bekräftigung älterer, oft unbeachteter Vorschriften, sollen sie flämisch sprechen und schreiben, auch die Staatsverwaltung gegenüber flämischen Verwaltungen und Personen. In manchen Behörden wurden bis jetzt die gesetzlichen Anordnungen beiseite

gelassen und keine Rücksicht auf die flämische Bevölkerung genommen, weil die Verwaltungen noch im Besitz der Französlinge geblieben waren. Mit dem gleichen Wahlrecht wird das wohl anders werden. Die entschiedeneren flämischen Gruppen um Van Cauwelaert in der katholischen Partei, um K. Huysmans in der sozialistischen Fraktion, fordern eine noch weitergehende Verflamschung der Verwaltungen. Die nationalistische Partei will die Selbständigkeit Flanderns, „Zelfbestuur"; sie ehrt und verherrlicht manche Verbannte und Verfehmte, besonders den zum lebenslänglichen Zuchthause „begnadigten" Führer Aug. Borms. Diese drei flämischen Gruppen wollen vollständige Verflamschung des Gerichtswesens, Teilung des Heeres in flämische und wallonische Regimenter, und flämische Umgestaltung des gesamten Unterrichts.

Der Abgeordnete Van Cauwelaert hat seine vorkriegliche Vorlage zur Verflamschung der Universität Gent wieder eingebracht. In den Abteilungen der Kammer bekam sie eine durch zahlreiche Enthaltungen sehr zweifelhafte, jedenfalls sehr knappe Mehrheit. Aber eines steht fest: die überwiegende Mehrheit der flämischen Abgeordneten hat sich für diese Maßnahme erklärt, sehr energisch der Minister Poullet und die ehemaligen Minister Helleputte und Vandevyvere. Sie ist also keine übertriebene Forderung weniger Hitzköpfe. Die meisten Wallonen und die Französlinge, welchen drei Universitäten auch bei Annahme der Vorlage verbleiben, wollen die vierte, in der alten Hauptstadt Flanderns gelegene Universität Gent behalten. In Frankreich wurde schon lange vor dem Kriege gegen die Aufhebung dieses Herdes französischer „Kultur" gehetzt: auch eine fremde Einmischung. Die Flamen können sich mit den vier holländischen Volluniversitäten nicht begnügen, weil diese keine Berechtigung für Belgien besitzen. Die Französlinge verlangen im Gegenteil die Berechtigung für die Universitäten Frankreichs!

In der katholischen Universität Löwen, wie in der liberalen Universität Brüssel, hat der Staat nichts zu sagen. Sie sind bedeutender als die Staatshochschulen von Gent und Lüttich. Die Strömung der Hälfte wenigstens der Löwener Studenten, ist für die Verflamschung. Vor dreihundert Jahren sind die Wallonen von Löwen nach der neuerrichteten, damals spanischen, später österreichischen Universität Douai fortgezogen. Schon seit Jahren werden in Löwen germanische Philologie flämisch vorgetragen und einige andere Lehrstühle doppelt besetzt. Es ist öffentliches Geheimnis, daß der Kardinal Mercier in dieser Frage von anderen Herren überstimmt wurde.

Der sozialistische Unterrichtsminister Destrée hat die Verpflichtung zum Unterricht im Flämischen in den Staatsmittelschulen und Gymnasien des wallonischen Landes abgeschafft. Die Verpflichtung bestand aber oft nur auf dem Papier. Die Zöglinge paßten nicht auf, spielten, entfernten sich auch. Die Aufhebung dieses Unterrichts — denn darauf kommt die neue Maßnahme hinaus — gibt den Flamen Anlaß, Gegenmaßregeln gegen das Französische im flämischen Lande zu fordern. In der Kammer spricht jetzt die Mehrheit der Flamen ausschließlich flämisch. Umsonst schlugen die Wallonen wilden Lärm. Ganze Sitzungen lang hört man kein Französisch mehr. „Wir sind hier Fremde!" riefen die Wallonen. Eben.

Es ist zu merken, daß das von den Deutschen nicht besetzte Gebiet in Westflandern, und auch das teilweise durch die Deutschen zerstörte Gebiet dortselbst, eine starke nationalistische Bewegung aufwiesen. Die Erklärung der flämischen Presse lautet ausdrücklich dahin, daß in manchen Fällen die „belgischen" Behörden schärfer mit der flämischen Bevölkerung umgingen, als die Deutschen. Auch die „belgischen" Behörden verfügten Deportationen, und zwar von hervorragenden Flamen und flämischen-Priestern, deren einer jetzt von seinem Bischof mit der Heranbildung des künftigen Klerus betraut ist.

„Sire, il n'y a pas des Belges; il y a des Wallons et des Flamands." Der jetzige Unterrichtsminister Destrée rief diese Worte in einem offenen Briefe dem König zu: „es gibt keine Belgier; es gibt Wallonen und Flamen." Vor dem Kriege; er hat es seitdem widerrufen, handelt aber in demselben Sinne. Es gibt doch in der alten Gallia Belgica eine dritte Kategorie: die Französlinge. Viele Deutsche haben sie auch im Elsaß kennen gelernt. Flämische Blätter nennen diese Elsässer Maulesel, sowie ihre „belgischen" Gesinnungsgenossen auch „Beulemans" oder „Kakebruck", nach Typen aus literarischen Satiren ihres Zwitterwesens geheißen. Die flämische Bewegung richtet sich gegen dieses, gegen die Französelei, wie die Iren gegen die Engländerei: Sinn Fein heißt: sei du selbst.

Der Unterschied zwischen den verschiedenen flämischen Richtungen wird mit jedem Tage schwächer, wenn man den Blättern ihrer eingefleischten Feinde glauben mag: die „Nation Belge" beklagt sich bitterlich, daß sie dieselben Forderungen aufstellen, dieselben scharfen Wendungen gebrauchen, dieselben Versammlungen, Vorträge, Bücher, Geschäfte und Sammlungen empfehlen, nämlich auch für die Märtyrer der flämischen Sache. Der Leser der „gemäßigten" Flamenblätter, heißt es in der „Nation Belge" unter anderem am 22. Februar 1920, kann ihre Sprache von derjenigen der Aktivisten nicht mehr unterscheiden. Dasselbe Blatt der Französlinge, seit 15 Jahren ein Kriegshetzer gegen Deutschland, fordert von der Regierung Gewaltmaßregeln gegen die flämische Presse und Arbeit: sonst, sagt es, wird die flämische Bevölkerung, die Masse, mit den Flamenführern gehen, oder sie gewähren lassen, und die „Klugen" von heute werden dann **blutige Tränen weinen** (12. Januar 1920). Am 23. Februar heißt es im selben Blatte: „Wenn die Regierung weiter in schuldiger Untätigkeit verharrt, wenn die Aufstandsstifter und ihre mehr oder weniger vermummten Mitschuldigen (das sind die „gemäßigten" Flamen) in voller Freiheit ihren (für die Französlinge) verhängnisvollen Feldzug fortsetzen dürfen, so wird die öffentliche Meinung verwirrt, ungewiß, steuerlos sich stromabwärts gleiten lassen und **wir dürfen das Schlimmste erwarten**". Man bekennt also, daß die schärfere flämische Bewegung ohne Gewalt nicht aufzuhalten ist! Das rechtfertigt die deutsche Unterstützung der Kriegszeit. Die jetzige belgische Regierung muß eben einsehen, daß ihre zahllosen Maßregelungen, Einsperrungen, sogar Todesurteile nur die Zahl der radikalen Flämischgesinnten verzehnfachen. Sanguis martyrum, semen Christianorum, wie ich vor vier Jahren den deutschen Behörden auch sagte. Der Drang der öffentlichen Meinung, selbst einiger Wallonen, hat also die Regierung schon veranlaßt, Milderungen in der Behandlung der politischen Verurteilten vorzunehmen. Die Französlinge wünschten im Gegenteil Standrecht und Belagerungszustand wie in Irland.

Gewisse Wallonen fordern eine Beschränkung des Wahlrechts der Flamen: diese bekommen durchschnittlich mehr Abgeordnete für die gleiche Anzahl **Wähler**. Es ist wahr: die Flamen haben fünfzig Prozent mehr Kinder als die Wallonen, welche sich auch in den Bevölkerungsverhältnissen, den Franzosen nähern; die Flamen haben aber nicht mehr Abgeordnete für die gleiche Anzahl **Einwohner**! Deutsche Blätter, die unter welschen Einflüssen gegen die Flamen schreiben lassen, sollen es sich merken, ebenso, daß die Flamen Garantien für die Entschlußfreiheit von Eupen und Malmedy fordern.

Endlich erklären nicht nur nationalistische Flamen, sondern der katholische **Standaard** von Dr. Van Cauwelaert, und die sozialistische **Volksgazet** von K. Huysmans, daß es kein Heil für Antwerpen und Flandern gibt, als in der wirtschaftlichen Versöhnung mit Deutschland. Sie drücken sich sehr scharf aus gegen die französische Ausbeutungs- und Zollpolitik, welche seit jeher den Ruin Belgiens erstrebt.

Was haben die flämischen Aktivisten immer gesagt? Die ganze französelnde Politik der Banken und gewisser Industrien vor dem Kriege stand im Widerspruche mit dem allgemeinen Wohl.

Nach dem eidlichen Zeugnisse des katholischen Abgeordneten Van Caeneghem vor dem Schwurgericht von Brüssel, für einen ehemaligen flämischen Beamten abgegeben, hat ihm sein Bischof von Lüttich während des Krieges gesagt, daß es nicht die besten Vaterländer waren, welche mit den Händen in den Taschen blieben: nur aus persönlichen, nicht aus grundsätzlichen Gründen hat dieser Abgeordnete und Ingenieur eine ihm angebotene Stelle in einem flämischen Ministerium nicht angetreten. Derselbe Volksvertreter schloß neulich in der Kammer eine Rede, in welcher er gewisse Forderungen der ehemaligen Frontsoldaten und ihrer Angehörigen unterstützte, mit dem Zitat aus einem Gedichte eines während des Krieges von belgischen Behörden auch gemaßregelten Priesters:

Ihre Leichen liegen wie Saat im Sand:
Hoff' auf die Ernte, o Flanderland!

Die jetzt Geächteten denken mit aller Bescheidenheit an Rossi, der, aus dem Kirchenstaate flüchtig, hohe Würden in der Schweiz, in Frankreich und schließlich von Pius IX. bekam. Kossuth, zum Tode verurteilt, wurde vom Minister des Aeußeren Palmerston öffentlich geehrt. Andrassy wurde Außenminister von Franz Josef, der sein Todesurteil bestätigt hatte. Karl Schurz wurde Minister in Amerika, L. Bucher Mitarbeiter Bismarcks. Der Führer der Sinn Feiner, de Valera wird Ehrenbürger von Neuyork. Nur Ausdauer!

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Ernüchterungsprozeß in der Entente.

Eine deutsche Anleihe von 30 bis 40 Milliarden Goldmark, wovon ein dutzend Milliarden für den Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln freigegeben werden sollen, steht auf der Tagesordnung des Obersten Rates der Sieger. Wir haben sie noch nicht, aber es ist doch ein günstiges Zeichen der Zeit, daß eine solche Hilfsaktion von Italien beantragt ist, von England unterstützt wird und von Frankreich nur mit geringer Aussicht bekämpft werden kann.

Der frische Siegesrausch hatte den Versailler Vertrag gezeitigt mit all seinen Grausamkeiten und Unmöglichkeiten. Was aus dem Rausche sich entwickelt hat, wollen wir nicht schon Katzenjammer nennen, aber die Ernüchterung schreitet doch sichtlich fort. Die Machthaber haben allmählich gelernt, mit sich reden zu lassen; auch zur Nachgiebigkeit mußten sie sich schon in Einzelheiten verstehen, z. B. in der Auslieferungsfrage. Wenn sie jetzt zu einer positiven Hilfsaktion sich aufschwingen, so ist das ein bedeutender Schritt vorwärts.

Das lockende Schlagwort von der „Revision des Vertrages“ darf man nur mit Vorsicht hören und gebrauchen. Der Gedanke der Revision marschiert, wie sich u. a. in dem jüngsten Wahlsieg Asquiths in England gezeigt hat; aber das Ziel ist noch weit. Eine förmliche Revision ist ein offenes Bekenntnis von Schuld oder wenigstens von Irrtum; das sucht man zu vermeiden, so lange es eben geht. Schneller und leichter ist die praktische Milderung durch ruck- und stückweise Nachgiebigkeit oder durch ausgleichende Ergänzung.

Wenn die Machthaber sich dazu verstehen, so handeln sie keineswegs aus Liebe oder sonstigen moralischen Gefühlen, sondern im wohlverstandenen eigenen Interesse. Der sacro egoismo gibt auch in den Ländern, wo man kein Italienisch spricht, den Ausschlag. In Italien selbst hat die Regierung recht bald und recht nachdrücklich der Erkenntnis Raum gegeben, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt des Landes eng zusammenhängt mit der Wohlfahrt Deutschlands. In England kommt derselbe Gedanke zum Durchbruch. Wenn dieses Handelsvolk früher Deutschland als gefährlichen Nebenbuhler betrachtete, so sieht es jetzt in ihm nur noch den guten Kunden und Lieferanten, während die Eifersucht sich gegen die aufblühenden Vereinigten Staaten richtet. Für Frankreich ist es besonders schwer, aus seiner Engherzigkeit herauszukommen; es ist nicht bloß vom Haß geblendet, sondern auch bedrückt von der Angst vor einem wiederauflebenden Deutschland, dem es die gleiche Revanchesucht zutraut, die Frankreich selbst bewiesen hat. Doch auch in Frankreich erheben sich immer mehr Stimmen, die da sagen, daß die beiden benachbarten Länder aufeinander angewiesen seien.

Der „Völkerbund“, der Homunkulus aus der Wilsonschen Retorte, bleibt noch ohne Lebenskraft. Was sich bis jetzt durchringt, ist das Bewußtsein von der wirtschaftlichen Solidarität der Völker. Im Grunde nur eine verspätete Nutzanwendung aus der alten Fabel von Menenius Agrippa. Der kluge Römer lehrte seine Volksgenossen, daß in ihrem Staatswesen die Städte und Klassen auf Gedeih und Verderb voneinander abhängig seien, wie die Glieder eines Körpers. Was damals für die Wirtschaft in einem abgeschlossenen Staate galt, gilt heutzutage für die Weltwirtschaft, da kein Kulturstaat bestehen kann ohne den Austausch von materiellen Stoffen und Werten mit den anderen Staaten, die an der Erzeugung und dem Verbrauch der Waren auf dem Weltmarkt beteiligt sind. Deutschland ist ein großes und wichtiges Glied an diesem Organismus der Menschheit; seine Abschnürung oder Vernichtung würde verderblich sein für die anderen Glieder, nicht zuletzt für die vermeintlichen Sieger.

Die Besinnung auf die wirtschaftliche Solidarität wird auch von den Nachfolgern Clemenceaus nicht zu verhindern sein. Es wird ihnen ja schwer, die ererbte Rachsucht zurückzudrängen, und man darf sich auch nicht wundern, wenn sie in der Anleihefrage noch eine Verzögerungsstellung für die französische réparation erstreben möchten. Aber schließlich wird doch die hausbackene Weisheit den Ausschlag geben, daß das deutsche Huhn die gewünschten Eier nur dann legen kann, wenn es lebendig und gesund bleibt.

Seit einem Jahr ist langsam aber sichtlich der Uebermut der Entente gedämpft worden durch die Erfahrung, daß auch die üppigsten Sieger auf die Grenze ihrer Macht stoßen und daß die Ueberspannung des vae victis in vae victoribus ausarten kann. Davon zeugt auch die veränderte Haltung der Mächte gegenüber Sowjet-Rußland.

Frei nach Schiller könnte man zu der Ententepolitik sagen: die Leidenschaft flieht, die Vernunft kommt nach oben. Deutschland muß nur in Ordnung und Würde durchhalten, bis der Ernüchterungsprozeß zum Abschluß gelangt.

Das künftige Wahlrecht.

Während des Ringens um Sein oder Nichtsein kann das deutsche Volk nur wenig Interesse aufbringen für die Ausgestaltung des Wahlrechtes zum Reichstag, das die Regierung nach den feinsten Regeln der Verhältniswahl ordnen möchte. Es scheint, daß mehr Techniker als Politiker dabei tätig sind. Auf der einen Seite wird mit Recht die Einfachheit und die Verkleinerung der Wahlkreise gepredigt; auf der anderen Seite aber macht man die Sache wieder recht kompliziert durch eine verzwickte Garnitur von verschiedenen Kandidatenlisten für den Wahlkreis, für den größeren Wahlverband und für die zentrale Ergänzungswahl, die alle Reststimmen vom ganzen Reich verarbeiten soll.

Diese letzte Neuerung erscheint besonders bedenklich. Sie setzt sich über die Grenzen der Einzelstaaten hinweg, und das sollte man vermeiden in einer Zeit, wo ohnehin die Spannung zwischen Zentralisten und Föderalisten schon sehr stark ist. In der Nationalversammlung werden jetzt die Steuergesetze beraten, die den Einzelstaaten empfindliche Einbuße an ihrer Steuerhoheit zumuten, bis in die Gemeindekassen herunter. Die „Verreichlichung“ der Eisenbahn und Post fällt zusammen mit einer fürchterlichen Erhöhung der Tarife, die den sauren Apfel des staatlichen Verzichtes natürlich nicht versüßen kann. Wenn man für diese Eingriffe in die Selbständigkeit der Länder den Spruch geltend macht: In necessariis unitas, so sollte man die libertas wenigstens für die dubiösen Sachen wahren, zu denen doch wirklich die bisher nicht übliche Reichswahlliste gehört. Die eingefleischten Mathematiker des Proporzes könnten doch zufrieden sein, wenn in den einzelnen Gliedstaaten die Reststimmen ausgewertet würden. Führt man den Zwang der Reichsliste ein, so riskiert man, daß hier und dort die föderalistischen Parteien passive Resistenz leisten, d. h. einen Anschluß an die Reichsliste überhaupt ablehnen, so daß die Kategorie der eigentlichen Reichsabgeordneten kein allgemeines Votum hinter sich hätte.

Wenn die Ausgestaltung des Wahlrechts zu Zwistigkeiten und Aergernissen führt, dann wollen wir lieber das improvisierte Wahlverfahren vom vorigen Jahre als kleineres Uebel behalten.

Preußische Seitensprünge.

Die Spannung zwischen Zentralisten und Föderalisten sollte auch in Preußen die Regierung und die Landesversammlung zur Vorsicht mahnen. Aber manchmal sieht es so aus, als ob die frühere Präsidialmacht darauf ausginge, sich noch mehr unbeliebt zu machen.

Die sozialdemokratische Partei in der preußischen Landesversammlung ist längst nicht so bedächtig und klug, wie die entsprechende Fraktion in der Nationalversammlung. So hat sie neuerdings eine heftige Agitation entfaltet gegen das vermögensrechtliche Abkommen, das ihr eigener Genosse, der Finanzminister Südekum, mit dem gestürzten Herrscherhause vereinbart hatte. Der aufregende Zank um die Handvoll Millionen, die 16 Familien der unglückseligen Dynastie verbleiben, ist kleinlich und häßlich. Und vollends verfehlt ist der Versuch, die Entscheidung in dieser heiklen Frage von Preußen auf das Reich zu schieben, die Nationalversammlung zu einem Ausnahmegesetz behufs Expropriation des Privatvermögens zu veranlassen. Das Reich hat so schon Sorgen und Verantwortlichkeiten im Ueberfluß.

Ein Fehlgriff seitens der preußischen Regierung ist ferner der Entwurf der Staatsverfassung. Der wirkt in der Tat abschreckend. Es wird da die rückhaltlose, unbeschränkte Allmacht einer einzigen Kammer statuiert, die keine Autorität über sich und keine Kontrolle neben sich haben soll. Und was aus den verschiedensten Landesteilen inständig und sogar mehrfach stürmisch verlangt wird, die Autonomie der Provinzen, das wird in diesem Entwurf abgetan mit der hohlen Vertröstung auf ein „besonderes Gesetz“.

Wenn die preußischen Machthaber solche Politik treiben, so kann man sich nicht wundern über den Mangel an Liebe und Respekt, den „Berlin“ im Reiche findet. Das ist aber für die nationale Entwicklung wahrlich kein Vorteil.

Der Großschiffahrtsweg Rhein—Main—Donau.

Von Staatsminister a. D. von Seidlein.

Der Bayerische Landtag hat am 24. Februar 1920 für die Fortführung der Mainkanalisierung von Aschaffenburg bis Würzburg und für den Ausbau der Donau-Wasserstraße von Regensburg bis Passau die Summe von 75'000 000 ℳ bewilligt. Beide an sich selbständige Unternehmungen fügen sich in die zukünftige Main—Donau-Verbindung ohne weiteres ein. Die Gesetzesvorlage steht so im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Projekt für diese durchgehende Großschiffahrtsstraße, für das nunmehr der ausführliche Vorentwurf fertiggestellt ist und in kurzem die baureifen Entwürfe vollständig vorliegen werden.

Bekannt ist, wie König Ludwig III. Jahrzehnte hindurch mit weitem Blick und gründlicher Sachkenntnis zäh und gegen vielfache Widerstände für den Ausbau der Main—Donau-Wasserstraße eintrat. Es ist sein Königsgedanke, dessen Verwirklichung unter seiner Regierung begonnen und bis nahe zum gegenwärtigen Abschluß fortgeführt worden ist. Und doch wurde — eine nur aus den heutigen Zeitumständen begreifliche Unterlassung — bei den jüngsten Verhandlungen des Bayerischen Landtags Ludwig III. mit keinem Worte gedacht.

Auf Wunsch des Königs sind im September 1916 die Arbeiten für die Wasserstraße, deren Behandlung vorher im Ministerium des Innern lag, auf das Verkehrsministerium übernommen worden. Es waren zunächst drei Aufgaben ins Auge zu fassen.

Da die Main—Donau-Verbindung weit über die bayerischen Grenzen hinaus Bedeutung hat und bei ihrem Ausbau auch die Finanzkraft Bayerns überstiegen hätte, schien vor allem geboten, für die Durchführung die deutschen Interessenten an der Wasserstraße nach Analogie des Rhein-Stromverbandes in einem Main—Donau-Stromverband zusammenzufassen, bei dem das Reich, Bayern, Baden, sowie die anliegenden bayerischen und außerbayerischen Städte und Großindustrien zu beteiligen waren. Die Gründung des Verbandes kam 1917 zustande.

Auf Grund eines Abkommens mit dem Stromverband waren sodann die erforderlichen technischen Entwürfe und wirtschaftlichen Untersuchungen von der bayerischen Regierung zu bearbeiten. Die Deckung der mit etwa 5 Millionen Mark vorzusehenden Projektierungskosten war glatt zu erreichen und gab zugleich eine Probe für das Interesse, das an der Verbindung vom Rhein über den Main zur Donau tatsächlich besteht. Ueber die in den Jahren 1917 bis 1919 durchgeführten umfangreichen Arbeiten der Bayerischen Verkehrsverwaltung liegt nunmehr ein übersichtlicher, von Baurat Dr.-Ing. Kölle in Frankfurt a. M. erstatteter Bericht des technischen Bauausschusses des Main—Donau-Stromverbandes: „Der Großschiffahrtsweg vom Main zur Donau und seine zweckmäßigste Linienführung" und eine gründliche „Untersuchung über die verkehrswirtschaftliche Bedeutung eines Main—Donau-Kanals", ausgearbeitet vom Tarifamt der Bayer. Staatseisenbahnen, vor.

Als dritte Aufgabe war vorzusehen, mit der Ausführung des Kanals großindustrielle Siedelungen und insbesondere auch bleibende Ansiedelungen der beim Bau beschäftigten Arbeiter zu schaffen. Dieses Problem harrt noch der Lösung.

Die vom Stromverband unter Anerkennung der raschen und vorzüglichen Leistungen der Techniker der Bayerischen Verkehrsverwaltung einstimmig angenommene Linie führt von Aschaffenburg über Wernfeld—Arnstein—Bamberg—Nürnberg—Beilngries—Kelheim nach Regensburg und Passau bei gleichzeitiger Kanalisierung der Mainstrecke von Wernfeld bis Würzburg. Sie ist unter den in Frage stehenden Linien für den Main—Donau-Kanal in technischer und finanzieller Hinsicht zweifellos die beste und kann auch gegenüber der konkurrierenden Neckar—Donau-Verbindung den Vorrang beanspruchen. Mit 485 Kilometer Länge der im Vergleich stehenden Strecke Mainz—Kelheim ist sie an sich kürzer als die für Württemberg in Betracht kommende Linie. Dabei überschreitet sie die Wasserscheide in der Höhe von 405 Meter, wogegen diese bei der württembergischen Brenzlinie in der Höhe von 491 Meter und bei der Ulmerlinie von 567 Meter liegt. Die Mainlinie kann ferner mit normalen Schleusen durchgeführt werden und noch ohne Anlage von Doppelschleusen bei Tagesbetrieb einen Verkehr von 5,5 Millionen Tonnen und bei Tag- und Nachtbetrieb von 10 Millionen bewältigen; auch ist die benötigte Wassermenge vom Lech her im natürlichen Gefäll der Scheitelhaltung unschwer zuzuführen, wogegen wegen der ungemein schwierigen Wasserbeschaffung für die württemberger Linien mit der Anlage von Hebewerken gerechnet wird, die für Schiffsgrößen von 1200 bis 1500 Tonnen noch nirgends bestehen. Die Main—Donau-Verbindung ist hinsichtlich der Schleusenanlagen, der Wasserbeschaffung und der Leistungsfähigkeit der Neckar-Verbindung entschieden überlegen.

Hierzu kommt, daß der Main- und Donau-Kanal in seiner nördlicheren Lage einen wesentlich größeren Teil Deutschlands erschließt, als die südlicheren württembergischen Linien. Die Mainlinie würde der Neckar—Donau-Straße im Durchgangsverkehr, wie im Verkehr zwischen Westdeutschland und Bayern und zwischen den Donauländern und Bayern vorgehen. Bei Anschluß eines Weser—Werra-Kanals in Bamberg würde zudem auch Mitteldeutschland durch den Main—Donau-Kanal eine wertvolle Verbindung zum Rhein und zur Donau gewinnen.

In dem nach Erbauung des Mittellandkanals möglichen Wettbewerb eines Elbe—Donau-Kanals fiele der Durchgangsverkehr von Nordwestdeutschland nach Oesterreich und darüber hinaus wegen der geringeren Frachtkosten unzweifelhaft der Main—Donau-Verbindung zu. Noch weniger ernstlich könnte der Wettbewerb durch einen Oder—Donau-Kanal aufgenommen werden.

Ueber Deutschland hinaus verbindet die Rhein—Donau-Wasserstraße Belgien, Holland und das östliche Frankreich mit Oesterreich, Böhmen, Ungarn, Jugoslavien, Rumänien und Bulgarien. Auch im Verkehr zwischen diesen Staaten würde, wie in deren Wechselverkehr mit Deutschland nach den vor dem Krieg gegebenen Verhältnissen die vom Stromverband angenommene Kanallinie erhebliche Frachtersparnisse bieten und in weitem Umfang im Wettbewerb auch mit dem Seeverkehr bestehen können. Da die mittlere und untere Donau nunmehr unter dem Einfluß der Westmächte steht und die wirtschaftlichen Verhältnisse der dortigen Länder noch weitgehend unklar sind, entzieht sich die künftige Lage des Donauverkehrs einer sicheren Beurteilung. Nahe liegt, daß sich das Bedürfnis für die Erzeugnisse der Industrieländer in den dortigen Staaten durch den Kriegsverbrauch bedeutend gesteigert hat und daß damit anderseits auch das Bedürfnis zur Ausfuhr ihrer Bodenerzeugnisse und mineralischen Produkte noch gewachsen ist.

Die Teilstaaten des vormaligen österreichischen Kaiserreiches: Deutsch-Oesterreich, Tschechien und Jugoslavien werden das Interesse am Donauverkehr mit Deutschland für ihre Einfuhr und Ausfuhr weiterhin jedenfalls haben. Früher strebte Wien an, Endpunkt der Großschiffahrt auf der Donau zu werden und eine Donau—Elbe- und Oder-Verbindung zu erhalten. Der hieraus gegen den Ausbau des Donauweges nach Deutschland sich ergebende Widerstand dürfte nunmehr an Bedeutung verloren haben. Die Elbe- und Oderverbindung würde auch nur unter außerordentlich hohen Kosten und nur für kleinere Schiffstypen möglich sein.

Ungarn hat von jeher den Verkehr mit Bayern begünstigt und ist noch unter Ministerpräsidenten Weckerle gegen die Wiener Sonderbestrebungen eingetreten. Es ist anzunehmen, daß diese gegenseitigen Verkehrsinteressen auch unter den jetzigen Verhältnissen von Ungarn nach Möglichkeit gefördert werden.

Rumänien hatte unter dem Ministerpräsidenten Bratianu durch den späteren Präsidenten der rumänischen Staatsbank Dr. Baicoianu, einen hervorragenden Sachverständigen in Donaufragen, mit der bayerischen Regierung Verhandlungen wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Schiffahrtsunternehmens angeknüpft. Die Wahrung dieser Interessen ist weiterhin vom Bayer. Lloyd aufgenommen worden. Für den Verkehr mit Deutschland findet Rumänien in der Donau den einzigen, durch die Tarife der zwischenliegenden Eisenbahnen nicht beeinflußten freien Weg. Auch hat es mehr als je ein Ausfuhrbedürfnis für Erdöl, Getreide, Oelfrüchte, Tabak und mineralische Produkte und ebenso das Bedürfnis zur Einfuhr namentlich von Maschinen für den Ackerbau und Bergbau. Es werden hiernach im beiderseitigen Interesse die momentan noch für den rumänisch-deutschen Verkehr bestehenden Schwierigkeiten wohl baldigst beseitigt werden.

Bei allem steht, wie für den Donauverkehr, so für die Donau—Rhein-Verbindung die Stellung der Westmächte in Frage. Nach den Bestimmungen in Teil XII des Friedensvertrages könnte angenommen werden, daß diese an der Schiffahrtsstraße vom Rhein zur Donau besonderes Interesse haben. Ursprünglich war in § 353 das Recht vorgesehen, den Neubau der Rhein—Donau-Straße auf Kosten Deutschlands zu verlangen oder vor-

zunehmen. Zurzeit ist binnen fünf Jahren eine allgemeine Uebereinkunft über die Internationalisierung aller schiffbaren Wasserstraßen in Aussicht genommen, der beizutreten Deutschland durch § 379 des Friedensvertrages verpflichtet ist. Ob auch die bestehende oder künftige Donau—Rhein-Verbindung mit unter diese Regelung fallen wird, ist nicht zu übersehen.

Als Aufgabe des Deutschen Reiches wird in Art. 97 der Reichsverfassung bezeichnet, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen in sein Eigentum und seine Verwaltung zu übernehmen. Von bayerischen Wasserstraßen kommen hierbei die Donau von Passau bis Regensburg, der Ludwig-Donau-Main-Kanal und der Main besonders in Betracht. Die Verhandlungen über die Uebernahme auf das Reich werden seit längerem geführt. Den Zeitungsnachrichten zufolge hat sich das Reich bis jetzt hinsichtlich der großen Wasserstraßenprojekte die Freiheit der Entschließung vorbehalten. Das Reich will auch die rohen Wasserkräfte, soweit sie an den künftigen Reichswasserstraßen liegen, als Nutzungen der Wasserstraßen für sich in Anspruch nehmen. In Bayern stehen hier große Werte in Frage. Es wird in der Main Kanalisierungsstrecke zwischen Aschaffenburg und Bamberg mit einer Kraftgewinnung von 45 000 PS, im weiteren Kanal und der kanalisierten Altmühl mit einer solchen von 20 000 PS, dann in der Donaustrecke bei Regensburg von 5500 und im Kachlet zwischen Vilshofen und Passau von 42 000 PS gerechnet. Abgesehen von dem Nutzen einer derartigen Kraftgewinnung für das Land kann mit dem Ausbau dieser Wasserkräfte zugleich eine sehr wesentliche Verbilligung der Großschiffahrtsstraße erzielt werden.

Bayern muß unter allen Umständen beanspruchen, daß seine großen, seit Jahrzehnten verfolgten Bestrebungen für die Main—Donau-Verbindung auch unter den jetzt gegebenen Verhältnissen im gleichen Maße wie unter der bayerischen Kanalhoheit vom Reiche gefördert werden. Der Ausbau der Main—Donau-Großschiffahrtsstraße liegt zudem auch im Interesse eines sehr erheblichen weiteren Teiles Deutschlands. Zu den vielen schweren Klagen des bayerischen Volkes über die Folgen der Beeinträchtigung seiner Selbständigkeit auch noch in den vorerörterten Fragen weitere Beschwerdegründe zu schaffen, wäre in hohem Grade politisch unklug.

Lueger-Gedächtnis in Oesterreich.[1]

Von Dr. Joseph Eberle, Wien.

Am 10. März sind es 10 Jahre, seitdem Lueger von hinnen ging. Aber der Mann lebt mehr als je — in der Erinnerung der Menschen, als Gegenstand des Heimwehs, als Sehnsuchtsseufzer auf allen Lippen, als glühender Wunsch in allen Herzen: Wenn doch Lueger noch da wäre, wenn wir doch nur einen Lueger hätten! Wenn Schopenhauer einmal sagt, der Ruhm, der zum Nachruhm werden wolle, gleiche einer Eiche, die aus ihrem Samen sehr langsam emporwachse; der leichte ephemere Ruhm den einjährigen schnell wachsenden Pflanzen, der falsche Ruhm aber dem schnell hervorschießenden Unkraute, das schleunigst ausgerottet werde — dann besitzt Lueger wahren Ruhm im höchsten Sinne des Wortes; denn so groß sein Ruhm schon zu Lebzeiten war; er wächst mit jedem Jahre nach seinem Hinscheiden.

Lueger war eine führende Persönlichkeit und er predigt die Schätzung der Persönlichkeit. Die Weltgeschichte wird nicht von den Massen, sondern von den großen Männern gemacht. Der Aufstieg und Niedergang von Völkern hängt davon ab, ob ihnen Männer von erlauchtem Geist, von gewaltiger Willenskraft, von uneigennützigem Opfersinn gegeben oder versagt sind. Geist und Wille im Bunde mit der Wahrheit sind die erste Großmacht auf Erden. Wieviel Weltumwälzendes ging aus von Männern wie Paulus, Augustinus, Ignatius; wieviel Großes auch von Männern wie O'Connel, Lacordaire, Ketteler, Windthorst! Was hat der eine Lueger nicht in Wien und Oesterreich fertig gebracht! Vor ihm in Wien und Oesterreich Herrschaft der liberalen Professoren, der Bank- und Börsenjuden, Herrschaft eines reichsverdrossenen Nationalismus und volksausbeutenden Kapitalismus. Nach ihm Wien eine nach den sozialen Ideen des Christentums verwaltete Stadt und der erhabene österreichische Völkerstaatsgedanke wieder ein Ideal der Völker des Habsburgerreiches . . . Die Persönlichkeit ist das Um und Auf jedes Fortschritts. Unsere Zeit und unser Geschlecht denkt leider viel zu wenig daran. Wir haben das unsinnige allgemeine Wahlrecht, wir haben eine falsche Demokratie — da wird leider nur mehr mit der Zahl gerechnet. Wir haben aus dem Glauben an die Zahl heraus immer mehr Organisiererei und Vereinsmeierei, damit aber auch immer mehr Nivellierung, immer mehr Herrschaft der Mittelmäßigkeit. Der Gedanke an Gestalten wie Lueger muß aufs neue den Sinn für die Bedeutung der Persönlichkeit wecken. Persönlichkeiten können nicht gemacht werden; sie sind Geschenke der Vorsehung. Aber wir können ihnen den Boden bereiten. Durch Pflege einer entsprechenden Heldenverehrung. Carlyle sagt einmal, es sei der Prüfstein des innerlich guten oder nicht guten Wesens einer Generation, ob sie die Heldenverehrung gut oder schlecht verrichte. Es gebe kein traurigeres Zeichen für eine Generation als Blindheit gegen den Blitz des Geistes und Vertrauen nur zu dem dürren, toten Reisighaufen. Heldenverehrung, tiefgefühlte, demütige Bewunderung, Unterwerfung, glühend, grenzenlos empfunden für eine edelste Menschengestalt, das gehöre auch zum Wesen des Christentums . . . Wir können Helden nicht machen, aber wir können den Boden für Heldenwirksamkeit vorbereiten. Dadurch, daß wir bei den Menschen immer mehr schätzen, was sie innerlich sind, als was sie bloß haben. Dadurch, daß wir jeder bedeutenden Leistung von Kopf und Herz und Charakter Achtung und Dankbarkeit erzeugen. Dadurch, daß uns ein Einer wichtiger ist, auch wenn er allein steht, als eine Null, auch wenn massenhaft Nullen hinter ihr stehen. Gäbe es bei uns wahrhafte Heldenverehrung und deshalb Sinn für die Persönlichkeit — wahrhaftig: Gewisse Geistesleistungen von Wissenschaftlern und Opferleistungen von Nonnen würden wichtiger genommen als Sportgeschichten, Rennpferde, Dutzendschauspielerinnen, politische Zänkereien: statt so mancher indolenter Herrschaften mit bloßer Mundfertigkeit und bloßer Verfügung über ein kleines Repertoire abgegriffener Schlagworte würden die besten Köpfe fürs Parlament zusammengesucht. Vereinsleiter und Studenten, auch wenn ganze Herden hinter ihnen grasen, dürften nicht lauter reden und sich nicht mehr in den Vordergrund drängen, als verdiente graue Männer der Wissenschaft, der Seelsorge und des praktischen Lebens. Gottbegnadete Größen aber wären Gegenstand lauter pietätvoller Bewunderung und Dankbarkeit.

Lueger war ein Mann des Wesentlichen. Es ist der Vorzug großer Persönlichkeiten, zum Kern der Dinge vorzudringen und vom Kern der Dinge aus zu wirken. Wer den Kern hat, wird Verächter der Oberfläche und des Scheins; sein Handeln wird auch unbedingt allem Halben abgeneigt. Dieser Art werden große Männer in der Welt der Philister und Spießer zu Revolutionären, in der Welt des gemütlichen Fortwurstelns zu unerbittlichen Angreifern und Umwerfern. Auf den Kern der Dinge sehen, heißt die Triebkräfte sehen, die die Welt tragen; heißt die Ideale und Gesetze, die als Leitsterne für die Welt bestimmt sind, wie Sonnen vor dem Auge leuchten sehen. Lueger sieht hier die Aufgeblasenheit einer hohlen Intelligenz, das Freibeutertum frecher Wirtschaftsunternehmer, den Modewahn seichter Politiker, die Not eines guten Volkes — und er sieht dort in der letzten Reinheit, im herrlichsten Purpurglanz die Ideale der Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe strahlen — da wird er schon zum glühenden Verehrer und unbedingten Verfechter der Ideale, der ganzen Ideale. Es genügt ihm nicht ein bißchen Eindämmen der Korruption, ein bißchen Zurücktreiben der bösen Mächte. Nein, für ihn ist das Bestehende wert, zugrunde zu gehen. Ihm scheint ganze Arbeit nötig, ein Anfangen von vorn, ein Einreißen des Bestehenden, um völlig neu zu bauen... Für große Helden ist die ganze Arbeit aus dem Glauben an die ganzen Ideale heraus charakteristisch. Wieviel hat der im Aufblick zum Ideal schaffende Lueger unserer Zeit zu sagen! Ist nicht die ganze Mattherzigkeit dieses Geschlechtes darauf zurückzuführen, daß ihm die reinen Ideale nur selten mehr gezeigt werden? Beruht nicht die Erfolglosigkeit so vieler Führer darin, daß sie die Ideale entweder gar nicht mehr sehen oder doch nicht mehr suchen? Daß sie gar kein Verständnis mehr fürs Ideal als solches haben, daß sie aber eben deshalb auch zu keiner Kühnheit und Unbedingtheit des Handelns mehr fähig sind? Und doch ist die Geschichte der großen Männer und ihrer Erfolge eine einzige Apologie des Ideals. Weil sie sozusagen ans Unmögliche glaubten, weil ihr Drang bis zu den letzten Gipfeln der Wahrheit und Schönheit ging, weil sie, das Auge

[1] Vgl. hiezu den Aufsatz „Dr. Karl Lueger †“ von dem inzwischen verstorbenen Salzburger Chefredakteur Franz Eckardt in Nr. 12, 7. Jahrgang der „Allgemeinen Rundschau“ vom 19. März 1910.

zu den Gipfeln gerichtet, sich nicht kümmerten um die Steine und Dornen am Wege und um das blasierte Geschwätz zager Philister; weil sie schufen, so unbedingt, als wären nur sie, die dreckige Erde und der schöne Himmel der Ideale da, deshalb kamen sie so weit, schufen sie so Großes. Und umgekehrt: weil sie sich auch vor der Masse zum Ideal bekannten, dem Schein und Schwindel gegenüber ohne diplomatische Rücksicht, verzichtend auf bloße schillernde Taktik, die für den Kampf hinter den Kulissen passen mag, auf der offenen Bühne aber demoralisierend wirkt; weil sie auch der Masse immerfort das reine Ideal zeigten, rissen sie die Massen selbst, die durch den Anblick von Idealen aufgepeitscht, emporgehoben wird, wieder mit sich fort. Herrgott, wie viel freudiger und stärker müßten die Christenmassen unserer Tage sein, wenn ihnen mehr die großen Ideen des Christentums vorgeführt würden, und wenn sie weniger mit Kunstgriffen, Ausflüchten, Kompromissen, Stimmen, Tagesrezepten beschäftigt würden!

Lueger war ein Christ. Wer auf den Kern der Dinge sieht, sieht auch Gott. Wer aus dem Kern der Dinge heraus neu gestalten will, liebt auch das Christentum. Ein großer Mann ist undenkbar ohne Religiosität, undenkbar ohne den Blick für die Macht hinter der Erscheinungswelt, ohne den Blick für die Hand der Vorsehung im Weltgeschehen, ohne das Gefühl des Angewiesenseins auf die Inspiration und Gnade höherer Mächte. Ist nicht das tiefe religiöse Gefühl selbst so harter und kraftstolzer Männer wie Cromwell, Napoleon, Bismarck etwas Allbekanntes? **Religion schärft den Blick für die Wirklichkeit, bewahrt vor falschem Optimismus, vor eitlen Illusionen; das Dogma von der Erbsünde und den Erbsündefolgen in unerlöster Menschheit, das Dogma vom Teufel und von bösen Dämonen in der Welt lehrt tragisch denken, lehrt das Böse sehen und verstehen. Christus und die ganze Geschichte des Christentums hinwiederum zeigen die unwiderstehliche Macht des von der Gnade Gottes Getragenen: sie sind Antrieb und Kraftquell für die, welche die Menschheit aus Nacht und Not zu hellen Höhen emporzuführen gesonnen sind.** Lueger war kein gelernter Theologe; seine Religion war mehr Sache gesunder Instinkte und eines genialen Gefühls, als logischer Erwägungen; aber daß er eine tiefreligiöse Natur war, beweisen nicht nur bestimmte herrliche Bekenntnisse, das beweist sein ganzes Leben, das in seinem Heroismus, in seiner Integrität, in seiner Kampfesfreude und Siegeshoffnung ohne die Religion nicht denkbar ist. Wäre nicht auch die Politik unserer Tage viel tiefer, erfolgreicher, wenn sie von Religion getragen wäre? Gäbe es die ganzen Naivitäten des Marxismus, gäbe es die schönen Zukunftsstaatsträume, wenn Religion gewisse Naivlinge das hemmende Böse in der Welt sehen lernte? Gäbe es das Schimpfen auf bloße alte Staatsformen und das blinde Vertrauen zu bloßen neuen Staatsformen, gäbe es das Rechnen nur mit gewissen Führern, wenn die Menschen sich von der Religion belehren ließen, daß das Böse und die Möglichkeiten seiner Beseitigung zunächst nicht in äußeren Einrichtungen liegen, sondern in den Herzen aller Einzelmenschen; daß das schlimme öffentliche Leben nur Ausdruck des Verderbnisses der Seelen ist; und daß es keine Verbesserungen des öffentlichen Lebens gibt ohne allgemeine Herzensreformen? Gäbe es die Verzweiflung und das sklavische Sichabfinden mit den Freveldiktaten machtberauschter Sieger, wenn man sich von der Religion belehren ließe, daß Wahrheit und Gerechtigkeit auf die Dauer doch stärker als Cäsaren mit allen Soldaten, Panzerflotten und Goldschätzen der Welt? Würden wir bei unsern Arbeiten und Parteikämpfen so sehr nur mit Menschenklugheit und Menschenkraft rechnen, wenn wir von der Religion her immer eine klare Anschauung dessen hätten, daß letztlich doch alles an Gottes Segen gelegen? Wahrhaftig, nicht nur die allgemeine Politik, auch die besondere Politik der Christen schreit geradezu nach religiöser Vertiefung. Je mehr von der Religion getragener Luegergeist, je weniger bloßer Nationalismus, bloßer Agrarismus, bloßer Bourgeoisismus, um so besser.

Lueger war ein Oesterreicher und ein **Vorkämpfer des österreichischen Völkerstaatsgedankens.** Er erkannte die starke Verwurzelung der alten Monarchie in Geschichte und Geographie, in kulturellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Er erkannte das Vorbildliche eines Staates, der über die bloßen Gesichtspunkte des Blutes und der Sprache erhaben, eine Reihe Völker unter Führung derselben Religion und im Zeichen desselben Rechtes zu einem großen Gemeinwesen sammelt, um ihnen hier jene Vorteile der Freiheit und des Kulturlebens zu bieten, die sie isoliert, infolge ihrer Kleinheit und Schwäche sich selbst nie verschaffen könnten. Lueger war Deutscher; aber er glaubte neben den Aufgaben der Deutschen im deutschen Nationalstaat an die providentielle Mission des Deutschtums in der Ostmark. Er glaubte an ein kosmopolitisches Deutschtum, dessen Hauptaufgabe die Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit Fremdnationalen. Er bejahte Oesterreich aus ganzer Seele. Und zweifellos wäre er auch heute der stärkste Vorkämpfer der österreichischen Völkerstaatsidee. Der Revolution, ihrem seichten Nationalismus und Doktrinarismus würde er die Tradition, die Vernunft der Geschichte und Geographie entgegenstellen; das blöde Geschimpf über Habsburg würde er mit feuriger Habsburgpropaganda erwidern . . . Aber liegen denn heute die Dinge nicht schwieriger als vor 10 und 20 Jahren? Ist die Zerstörung des alten Reiches nicht ein Werk bloß von Revolutionären im Innern, sondern vor allem auch des ganzen führenden Auslandes? Aber man muß umgekehrt fragen: Ist es vernünftig, eine vernünftige Sache ein für allemal aufzugeben, bloß weil brutale, gottlose Macht, die heute blüht, aber morgen vielleicht schon zum Zusammenbruch bestimmt ist, es dekretieren möchte? **Zeigt sich die Vernunft und sittliche Größe nicht im treuen Festhalten des Vernünftigen und Rechten — auch in den Tagen der Not und Bedrängnis?** — Und sind nicht all die „befreiten" Völker des früheren Donaureiches bereits ganz gründlich desillussioniert? Sie wurden „frei" und damit auch von gewissen kleineren und größeren Fehlern des alten Regimes erlöst . . aber ist ihre Befreiung etwas anderes als ein Fall in die Not, Zwietracht, Zerstückelung, Ausbeutung? Die Kroaten und Slowenen sind nun „frei", dafür verlieren sie aber Istrien und Norddalmatien; dafür werden ihnen die schönsten Objekte an der dalmatinischen Riviera von Amerikanern und Franzosen weggekauft; dafür werden sie von der serbischen Soldateska und einer aufs Vierfache von einst vermehrten Gendarmerie schikaniert; dafür werden sie von ausländischen Unternehmerkonsortien, die sich um die Ministerien von Duodezstaaten einen Teufel scheren, brutal ausgebeutet; dafür ist ihre westeuropäische römisch-katholische Kultur von der zurückgebliebenen Orthodoxie des Ostens mit einem Kampf auf Leben und Tod bedroht. Bedeutet die „Befreiung" Ungarns nicht blutige Zerstückelung Ungarns, die „Selbständigkeit" Oesterreichs nicht Lebensunfähigkeit? Und was ist der tschechoslowakische Staat anders als ein Gebilde vermehrter Zwietracht, voller Korruption, mit der Aussicht, dem Bolschewismus zu erliegen? Wahrhaftig, die Völker der früheren Monarchie sind gründlich desillussioniert, sie besinnen sich auf die Vernunft des Früher und sie warten nur auf den Augenblick, wo sie, im Zeichen föderaler, von allen Mängeln befreiter Verfassung, wieder zusammengefaßt und zu jener Freiheit und Kulturarbeit geführt werden, zu der sie im Zeichen ausländischer Diktatoren, inländischer Demagogen und Chauvinisten niemals gelangen können. Wäre aber ein Lueger da, er würde diese Bewegung mit Allgewalt fördern. Er würde sagen: Was, Ihr wollt die Geschichte von 700 Jahren dem Augenblicksübermut unsittlich-plutokratischer Weltmächte zuliebe vergessen? Ihr wollt Euch balkanisieren in der Zeit der wachsenden Großstaaten und des wachsenden Weltverkehrs? Ihr wollt in der Zeit der wachsenden Internationalen der Freimaurerei, des Judentums, Euch dem Nationalismus von Natiönchen verschreiben? Ihr wollt Spielball fremder Großstaaten, Ausbeutungskolonien ausländischer Plutokraten werden? Ihr wollt vergessen, daß Oesterreich eine Vormacht der katholischen Kultur war und es aufs neue sein müßte? . . Nein, das wollt Ihr nicht. Wenn Ihr es aber nicht wollt, wenn Ihr das Früher wollt, nur schöner und reiner, dann redet auch entsprechend und handelt entsprechend! Laßt doch nicht bloß Demagogen, Juden, Narren, enge Chauvinisten das große Wort führen! Jetzt wird für Jahrhunderte gebaut; wehe dem, der nicht mittut mit seinen Talenten. Es gibt nicht nur Tat-, es gibt auch Unterlassungssünden. Die heute als Prälaten, Aristokraten, Politiker wichtige Stellen haben und die Hand in den Schoß legen, werden einst ein schweres Gericht haben. Wer in solchen Zeiten wie jetzt, wo der Unsinn Orgien feiert, nicht Zeugnis gibt für die Vernunft, für die echten Gesetze der Geschichte, für die Postulate der Kultur, der wird in der Geschichte als Feigling und Verräter fortleben und im Jenseits jene Strafe finden, die den Feiglingen und Verrätern angedroht. — Ist uns in den Gauen des alten Reiches auch ein neuer Lueger bis jetzt versagt — möge uns wenigstens der Geist des alten Vorbild und Ermunterung sein!

Vorfrühling.

Komm in den Garten, es duftet nach Frühling,
Sind auch die Beete noch schmucklos und leer,
Es schmettert die Amsel vom kahlen Geäste,
Weich wehen die Winde von Süden her.

Komm in den Garten, die knospenden Weiden
Schimmern wie Silber im sonnigen Hauch,
Ueber der Pforte, den Lenz zu begrüssen,
Hisst seine Fähnlein der Haselnussstrauch.

Komm in den Garten, aus braunem Verstecke
Streben die Veilchen empor an das Licht,
Und aus der Wiese zartsprossenden Halmen
Hebt das Massliebchen sein Frühlingsgesicht.

Komm in den Garten, es duftet nach Frühling,
Reicher und lockender scheint dir die Welt. —
Ach, und die Sehnsucht hebt federnd die Schwingen,
Schwebt mit den Wolken im blauen Gezelt.

Josefine Moos.

Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von P. Joseph F. Eckert, S. V. D., Techny, Illinois, U. S. A.

(Schluß)

III.

Nun fragt es sich: wie verhielt sich die Kirche zur Prohibition und inwieweit wird ihr Kultus dadurch beeinflußt?

Es muß zugestanden werden, daß die Mehrzahl der Katholiken und mit ihnen die Lutheraner und Anglikaner den Prohibitionsbestrebungen der Methodisten und Baptisten und ihren verwerflichen Methoden mißtrauisch und ablehnend gegenüberstanden. Die Kirche hat nie in enger Beziehung zu dem Alkoholtrust gestanden oder ihn gar beschützt, wie die Gegner so oft behauptet haben, noch in irgendeiner Weise die groben Auswüchse der Saloons und den verderblichen Einfluß des Alkoholtrustes auf das politische und soziale Leben in irgendeiner Weise beschönigt. Sie redete aber auch einer vollständigen Prohibition nie das Wort. Kardinal Gibbons, ein nüchterner, frommer und demütiger Kirchenfürst und hochgeachteter Bürger des Landes, hat verschiedene Male vor der Einführung der Prohibition gewarnt. Und als der 18. Bundeszusatz vor einem Jahre vor die Legislatur Marylands betreffs Ratifizierung gebracht wurde, erklärte er in einem Interview unter anderem: „Ich habe immer zugunsten einer strengen Regelung der Herstellung und des Verkaufs berauschender Getränke anstatt strenger Prohibition das Wort geredet. In der Prohibition haben wir ein Gesetz, das auf die Dauer nicht durchführbar ist. Zu viele geheime Destillerien werden aufkommen. Außerdem könnte man dann in das Heim eines jeden Bürgers eindringen, das von alters her in Amerika als ein kleines Heiligtum angesehen worden ist. Die Beamten können unsere Heime betreten mit der Unverschämtheit von Dieben und dabei sind sie immun durch das Gesetz. Es ist befremdend, daß nach 2000 Jahren Männer Gesetze machen, welche die Fundamente der christlichen Religion treffen. (Sperrdruck ist von mir.) Wird nicht das Verbot von Herstellung und Verkauf von Wein jene affizieren, welche sich zur christlichen Religion bekennen? Wir haben 20000 katholische Priester in den Vereinigten Staaten, die jeden Tag die heilige Messe feiern. Wie können sie dieser Pflicht nachkommen, wenn sie keinen Wein bekommen können? Ich weiß, daß man mir entgegnen wird, daß Wein erlaubt ist für sakramentale Zwecke. Ich kann nicht einsehen, wie das möglich sein kann, wenn die Herstellung, der Verkauf und der Import von Wein verboten ist. Wir erlauben einen vom Gesetze geregelten Verkauf von Giften und Waffen, obgleich der Mißbrauch derselben verhängnisvoll ist. Warum soll man nicht den Gebrauch von Wein und anderen alkoholischen Getränken unter geeigneten Vorsichtsmaßregeln erlauben." (Chicago, „Tribune", 21. Januar 1919).

Diese Erklärung Seiner Eminenz, die in ganz gemeiner Weise von den Prohibitionisten gedeutet worden ist, gibt in treffender Kürze und Genauigkeit den Standpunkt der Kirche in der Prohibitionsfrage wieder. Es muß hier noch einmal unterstrichen werden, daß die Prohibitionsbewegung in Amerika essentiell protestantischer Natur und Färbung ist, wie Lucian Johnston in der „Ecclesiastical Review", Vol. LIII, Nr. 4, Oktober 1915 klar dargelegt hat. Die Prohibitionisten bestehen zu 90 Prozent aus Männern und Frauen, die der katholischen Kirche nicht sehr freundlich gesinnt sind. Ob sie direkt auf die Abschaffung der heiligen Messe abzielten oder irgendeine Einschränkung des katholischen Kultus wollten, wie die ausgezeichnete Wochenschrift „America", Neuyork 1918, des öfteren behauptete, ist schwer zu sagen. P. P. J. O'Callaghan S.P., leugnet es in der Augustnummer des „Catholic Temperance Advocate". Jedoch soviel steht fest, daß manche Prohibitionisten, selbst Führer derselben, die Gefühle und die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte der Katholiken schwer verletzten. Sagte doch einer der Wanderredner, daß die Idee der Prohibition sei, die „papistische Messe" unmöglich zu machen. Die Staaten Arizona und Oklahoma, welche im Jahre 1916 und 1917 Prohibition einführten, gestatteten absolut keine Ausnahme zugunsten des Meßweines. Als die kirchlichen Behörden auf friedlichem Wege versuchten, eine kleine Abänderung des Gesetzes herbeizuführen, wurden sie schnöde abgewiesen. Die ganze katholische Presse protestierte gegen diese Einschränkung der Kultusfreiheit, aber ohne Erfolg. Schließlich war man gezwungen, die Autorität des Staatsgerichtes anzugehen. Doch Richter Clark entschied: „Er sähe keinen Grund ein, warum man eine Ausnahme zugunsten des Meßweines gestatten solle." Nach vielen Unannehmlichkeiten und Kosten entschied dann das oberste Bundesgericht in Washington D. C., daß das Prohibitionsgesetz in Arizona und Oklahoma verfassungswidrig sei, da es die garantierte Freiheit der Religion beeinträchtige. Diese Tatsachen beweisen, daß man in vielen Kreisen der Prohibitionisten die katholische Kirche zu mindesten schikanieren möchte und wollte.

Eine Klausel, und nur eine Klausel des nationalen Prohibitionsgesetzes erlaubt Wein für sakramentale Zwecke. Aber man darf nicht vergessen, daß diese Klausel sich nicht im ursprünglichen Gesetzentwurf befand. Wundern darf uns das nicht, da ja der Kongreß und der Senat zum größten Teil aus Männern sich zusammensetzt, die hoch in der hiesigen Freimaurerei stehen und wenig Rücksicht gegen die katholische Kirche kennen und nehmen. Erst nach vielen Kniefällen und einem schweren Drucke vonseiten der kirchlichen Behörden und der katholischen Presse wurde diese Klausel hinzugefügt. Der nächste Kongreß kann mit großer Leichtigkeit diese Klausel widerrufen.

Bezüglich der Beschaffung von Meßwein ist jetzt die Kirche unter eine strenge Regierungskontrolle gestellt. Beamte entscheiden, ob und wieviel Meßwein im einzelnen Falle benötigt wird. Neuerdings scheint die Regierung den Bischöfen dieses Bestimmungsrecht eingeräumt zu haben, und der Bischof ist dann der Regierung verantwortlich. Unsere kirchlichen Behörden sehen mit einem gewissen Bangen der Zukunft entgegen. Viele erblicken in der Prohibition und in der neuen Schulvorlage die ersten und sicheren Vorboten eines gewaltigen Kulturkampfes, der über kurz oder lang über die hiesige Kirche losbrechen wird.

Wir haben Prohibition. Ein gut Stück der schönen goldenen Freiheit, deren Amerika sich einst rühmen konnte, ist dahin. Heute schreibt der Staat vor, was man zu Hause bei den Mahlzeiten trinken soll. Die Regierung tut alles, um das Gesetz zur Ausführung zu bringen. Aber sie sieht sich vor ein Riesenproblem gestellt. Außer dem Verlust von 700 Millionen Dollars an Steuern, sind an die 22000 geheime Schnapsbrennereien usw. im Gange, um den nötigen Bedarf an Fusel, Wein und Bier herzustellen. Jeden Tag berichten die Chicagoer Zeitungen über Todesfälle infolge Genusses von Holzgeist (Woodalkohol). Die Keller der Reichen,[4]) die sich mit Wein und Schnaps für Jahre vorgesehen haben, werden von Schnapsdieben während der Nacht geplündert. So geschah es noch in den letzten Wochen,

[4]) Kurz vor der Kriegsprohibition, 1. Juli 1919, berichtete ein Korrespondent der „Chicago Tribune", daß in der Bundeshauptstadt Washington viele Abgeordnete und Senatoren recht beschäftigt wären, ihre Keller mit Wein und Schnaps zu füllen; einer von diesen Vertretern des Volkes legte einen Vorrat im Werte von 10000 Dollars ein! Viele von diesen Herren, so schrieb der Korrespondent, hatten für die Prohibition gestimmt. Sapienti sat.

daß in Lake Forest, einer Vorstadt von Chicago, wo viele Millionäre von Chicago ihre herrlichen Sommerwohnungen haben, alkoholische Getränke im Werte von über 50 000 Dollars gestohlen wurden. 4 Waggonladungen von alkoholischen Getränken, die von der Regierung konfisziert worden und bewacht waren, wurden nach ein oder zwei Tagen vor dem Inkrafttreten der allgemeinen Prohibition in einem Chicagoer Bahnhofe in der Morgendämmerung gewaltsam aufgebrochen, die Kisten und Fässer auf Lastautos geladen und eiligst fortgeschafft. Die Uebeltäter hat man bis heute noch nicht erwischt; und wie könnte es anders sein, da ständige Enthüllungen hohe und niedrige Regierungsbeamte mit dem Alkoholstehlen in enge Verbindung bringen?

Um die Ausführung des Gesetzes zu sichern, haben die Anhänger der Anti-Saloon-Liga, die jetzt Spionage im Dienste der Prohibition treiben, in vielen Staaten es fertiggebracht, das sogenannte Search and Seizure Law (Durchsuchung von Person und Haus und Beschlagnahme-Gesetz) durchzubringen. Was Kardinal Gibbons vor einem Jahre gesagt, ist zur Tat geworden. Die Achtung vor der Unantastbarkeit der verbrieften Rechte des Heims sind in Gefahr, zugrunde gerichtet zu werden.

Die Regierung selber hat sich neulich durch Daniel C. Ropes, Bundessteuereinnehmer, an alle Priester gewandt mit der Bitte, nach Kräften mitzuhelfen, daß die Prohibitionsgesetze in ihren Gemeinden gut beobachtet werden, oder sagen wir es offen heraus, **Polizeidienste zu leisten in dem Aufspüren von alkoholischen Getränken.** Unter anderem drängt sie auf Bildung von Komitees in den einzelnen Pfarreien, die dafür sorgen sollen, Uebeltäter ausfindig zu machen und der Regierung anzuzeigen. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung da wenig zu erhoffen hat, zumal einer der sehr angesehenen Erzbischöfe des Landes, Erzbischof Hayes von Neuyork folgendes erklärt hat. Erzbischof Hayes war nämlich von dem Vorsitzenden der Anti-Saloon-Liga des Staates Neuyork, W. H. Anderson, der noch vor einem Jahre Kardinal Gibbons wegen seiner Stellungnahme gegen die Prohibition so unglimpflich angegriffen hatte, eingeladen worden, in einer Versammlung der Anti-Saloon-Liga zu sprechen; diese war einberufen worden, um über Mittel und Wege zu beraten, im Verein mit der Regierung das Gesetz durchzuführen. Erzbischof Hayes lehnte die Einladung ab mit dem folgenden Vermerk, der am Montag, den 19. Januar die Runde durch die Presse machte und allgemeines Aufsehen erregte. „Es erscheint außergewöhnlich", so schreibt der Herr Erzbischof, „daß man diesem Gesetze größere Aufmerksamkeit schenkt, als den anderen Gesetzen, die auch verpflichtende Kraft haben. Die katholische Kirche wartet nicht auf eine solche Gelegenheit, um die Pflicht des Gehorsams den Gesetzen des Landes gegenüber einzuschärfen. Das amerikanische Volk kann vertraut sein, daß es jedes rechtmäßige Gesetz befolgen wird. Ich glaube, daß die Aufgabe der Kirche ist, die Tugend des Gehorsams zu lehren und dann die Durchführung des Gesetzes den gesetzmäßigen Stellen der Regierung zu überlassen."

Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Auch nicht mit dem amerikanischen Prohibitionsgesetz. Man darf gespannt sein, ob die Ausführung dieses Gesetzes möglich ist und ob Amerika eine Wüste Sahara wird, wie die Prohibitionisten es gerne wünschen. Die Arbeitergewerkschaften, vor allem die „American Federation of Labor" protestieren arg gegen das Gesetz. Selbst einige Prohibitionisten geben zu, daß wahrscheinlich nach Jahren die Prohibition in der strengen Form nicht durchführbar sein wird. So sagt Rev. Dr. John Hagan, selbst ein Prohibitionist: „Wenige Männer, selbst unter den Prohibitionisten glauben, daß strenge Prohibition mehr als 10 oder 20 Jahre dauern wird." (Ecclesiastical Review, Vol. LIX No. I. July 1919.)

Wie weit Fanatismus manche Leute treiben kann, ersieht man aus dem Umstande, daß sich kürzlich in Washington, D. C. eine Liga zur Bekämpfung des Tabakgenusses gebildet hat. Dagegen Sittenlosigkeit, Schamlosigkeit in Kleidung, in Kinos und Bühne, Ehebruch und last not least, Ehescheidung (100 000 jährlich) dürfen ihr wüstes und das Volk verderbende Spiel unbelästigt von den „Reformatoren" weitertreiben. O tempora! O mores! möchte man ausrufen!

Zum Problem der Arbeit.

Von Dr. phil. P. Kunz, Innsbruck.

Das Problem der Arbeit ist stets eines der brennendsten im wirtschaftlichen Leben. Heute in der Zeit unserer größten nationalen Not ist es mit das wichtigste, das der Lösung bedarf. Nur Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit kann uns vor dem tiefsten Fall bewahren. Man sollte meinen, diese Erkenntnis würde genügen, unser Volk für die alte, deutsche Arbeitsfreudigkeit zu begeistern; doch scheint dem nicht so. Die Furcht vor der Arbeit, speziell vor der körperlichen, hat weite Kreise des Volkes geradezu epidemisch erfaßt. Die Geschichte der Arbeit selbst ist auch die Geschichte für diese Erscheinung, und diese wiederum führt uns zu der Erkenntnis, welche Mittel notwendig sind, um diese Mißstände zu beheben und die Freude zur Arbeit jeder Art im deutschen Volke wieder zu beleben.

Wenn wir unseren Blick über das unermeßliche Heer der arbeitenden Menschheit schweifen lassen, das tagtäglich das traute Familienheim verläßt, um in schwerer, harter Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen, so können wir dieses Millionenheer wohl zunächst und allgemein in zwei Hauptgruppen einteilen: in die der körperlichen und die der geistigen Arbeiter. Der geistige Arbeiterstand umfaßt sämtliche akademischen Berufe, den Lehrer-, Kaufmanns- und Beamtenstand und alle, die eben nicht durch ihrer Hände Arbeit, sondern mehr durch geistige Betätigung das tägliche Brot verdienen. Diese Zweiteilung der Menschheit ist uralt. Von jeher gab es zunächst Produzenten und Konsumenten. Und es konnte nicht anders sein. Die Bedürfnisse der Menschen im täglichen Leben ließen sich nur durch rührige und stetige Arbeit von Meister und Geselle beheben. Die Menschheit konnte ihre Bedürfnisse nur durch ihre eigene Arbeit befriedigen. Wer hätte sonst die Arbeit leisten sollen? Der erste Mensch war der erste Arbeiter.

Im Laufe der Zeit mit der Entwicklung der Geschichte und der Kultur bildeten sich sodann Gruppen im Menschheitsganzen heraus, die auf mehr geistige Art dem Wohle der Gesamtheit dienten. War es der Arbeiter, der hauptsächlich den Gefahren und den Krankheiten des täglichen Lebens ausgesetzt war, so war es der Arzt, der den körperlichen Gebrechen der Menschen wirksam zu begegnen hatte. War es der Arbeiter, dessen Tagewerk nur in Verrichtung körperlicher Arbeit bestand, so war es der Erzieher, der die geistige, sittliche und religiöse Entwicklung zu befruchten und zu beleben hatte. War es der Arbeiter, der in schwerer Arbeit die Produkte der Erde zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse an den Tag förderte, so war es der Geist des Unternehmers, der die Verarbeitung überwachte, festsetzte und organisierte, und der des Kaufmannes, der die Ware in kühnem Wagemut unter die Menschen brachte.

Damit war die große Einteilung der Menschen in geistige und körperliche Arbeiter von selbst gegeben. Es war ein naturnotwendiger Prozeß, der zu dieser Entwicklung führen mußte. Diese Entwicklung erklärt uns zugleich deutlich die Berechtigung und Notwendigkeit beider Arbeiterklassen. Beide können sich erhobenen Hauptes auf offener Straße zeigen. Beide sind aufeinander angewiesen.

Der berühmte Schotte Carlyle bringt diesen Gedanken in den Worten zum Ausdruck: „Zwei Menschen ehre ich und keinen dritten. Erstens den sich mühenden Arbeiter, der mit von der Erde geschaffenen Werkzeugen mühsam die Erde bewegt und sie zum Eigentum des Menschen macht. Ehrwürdig ist mir die harte, verkrümmte, rauhe Hand, worin nichtsdestoweniger eine unauslöschliche, königliche Majestät liegt; denn sie führt das Szepter dieses Planeten. Ehrwürdig ist auch das rauhe, verwitterte, beschmutzte Antlitz mit seiner schlichten Intelligenz; denn es ist das Gesicht eines Menschen, welcher lebt, wie ein Mensch leben muß. — Einen zweiten Mann ehre ich (und noch höher), den, welcher für das geistig Unentbehrliche arbeitet, nicht für das tägliche Brot, sondern für das Brot des Lebens. Tut nicht auch er seine Pflicht, indem er nach innerer Harmonie strebt und diese durch Wort oder Tat offenbart ... Wenn der Arme arbeitet, damit wir Nahrung haben, muß dann nicht der hohe und stolz Begeisterte für ihn wieder arbeiten, damit er Licht, Leitung, Freiheit und Unsterblichkeit erringe?" Dies der Hymnus Carlyles auf die menschliche Arbeit.

Doch in der Geschichte der Menschheit wurde die Natur zu oft schon zur Unnatur verzerrt. Das Bleigewicht der Trägheit zog den Menschen nach unten. Das Heidentum setzte das

Naturgesetz der Arbeit außer Kurs. Die körperliche Arbeit wurde als menschenunwürdig gebrandmarkt. Arbeit war das Los des Sklaven, des Unfreien und des Söldners, aber nicht des freien Mannes. Noch nie war die Arbeit so sehr in Mißkredit und in Verruf gekommen wie in der antiken Zeit.

Es war Sache des Christentums bei seiner Mission, die Menschheit geistig, sittlich und religiös zu erneuern, auch das Ideal der Arbeit wieder zu Ehren zu bringen. Es war keine geringe Leistung, den Heiden wieder zur Arbeitsamkeit zu erziehen, aber es gelang. Der Gründer der neuen Religion stammte selbst aus einer Arbeiterfamilie. Er war eines Zimmermanns Pflegesohn. Die Pioniere des Urchristentums waren selbst Arbeiter und Handwerker. Mit dem Evangelium in der einen und dem Spaten in der anderen Hand zogen sie zu den ungesitteten Völkern. Sie predigten nicht nur abstraktes Christentum, sondern lenkten auch den Menschen wieder auf seine sozialen Pflichten hin. Die Pflicht zur Arbeit ist das Grunddogma jeden sozialen Fortschritts. Das Christentum verkündigte nicht zuletzt dieses Dogma. Wie tief stand der freie Römer mit seiner Ansicht über die Pflicht zur Arbeit? Wie hätte der alte Germane der Arbeit im Interesse der Gemeinde einen Wert beilegen können? Wie großartig ist die Entwicklung, die die Auffassung der Menschen über Arbeit und Arbeitspflicht unter dem segensreichen Einfluß der christlichen Religion von Jahrhundert zu Jahrhundert durchmachte bis zu jenen Triumphen, die die organisierte Arbeit der Zünfte des Mittelalters gefeiert hat! Diese Entwicklung ist aber mit dem Einzug des Christentums untrennbar verbunden. Es läßt sich nicht ausdenken, was aus den romanischen und germanischen Völkern geworden wäre, wenn nicht das Christentum mit seiner sozialen Predigt der todkranken Kultur des Heidentums entgegengetreten wäre.

Seitdem galt die Arbeit als ehrbar und man setzte seinen Stolz darauf, seinen Organisationen anzugehören. Da brachte die neue Zeit, die mit der Entdeckung Amerikas und anderer Seewege, der Erfindung technischer Hilfsmittel, insbesondere der Maschinen, der Neuregelung des Verkehrs und dem gänzlich geänderten Handelswesen im Vergleich zum alten, örtlich gebundenen einfachen Tauschwesen sich deutlich von der alten abhob, auch neue Ideen in die Menschen. Da war es vor allem der freie Kaufmannsstand, dem ohne körperliche Arbeit in weit ergiebigerem Maße als dem gewöhnlichen Arbeiter Geld und Gut in den Schoß fielen, und daher notwendigerweise die Lust und Liebe zur anstrengenden körperlichen Arbeit in weiten Kreisen des Volkes herabdrücken mußte. Dabei zeigte sich bald, daß gerade die neu und jung aufblühenden Kaufmannsgilden durch den Reichtum ihrer Erfahrung und die Schärfe und Weite ihres Blickes den an die Scholle gebundenen Arbeiterstand auch in geistiger Hinsicht bald weit übertrafen und ihn immer mehr aus seiner alten Vorzugsstellung verdrängten. Mit dem Schwinden der eingewurzelten Lust und Liebe zur Arbeit mußte daher auch zugleich eine Geringschätzung der Körperarbeit als solcher sich bemerkbar machen, nicht zwar im Sinne der alten Welt, die die Arbeit schlechthin als menschenunwürdig bezeichnete, sondern insofern, als andere Berufsarten dem modernen Menschen verlockender, anregender und gewinnbringender erschienen.

Diese Geringschätzung der körperlichen Arbeit griff in dem letzten Jahrhundert durch die Entwicklung und den riesigen Aufschwung der Industrie immer mehr noch um sich. Die Großindustrie unserer Zeit brachte das millionenfache Proletariat der ungelernten Arbeiter und Taglöhner zur Welt, das, abgesehen von seiner schweren Arbeit, nicht einmal das befriedigende Bewußtsein des Handwerkers in seiner Brust trug, ganze, selbstständige und vollwertige Arbeit zu leisten. Bei solchen Verhältnissen mußte die körperliche Arbeit immer mehr an Ansehen verlieren. Unruhe und Unzufriedenheit ergriff die Arbeitermassen. Wir wollen hier nicht alte Wunden aufreißen und von den traurigen Verhältnissen reden, in denen die Arbeiter, ja selbst die Kinder und Frauen derselben in England und auch in anderen Ländern damals schmachteten. Der Arbeiter wurde lediglich als Maschine betrachtet und gewertet und mußte wie eine Maschine, oft 16 Stunden am Tage, arbeiten. Daß das arbeitende Volk bei solchen Verhältnissen gesundheitlich seinem Ruin entgegenging, überhaupt in geistiger Hinsicht verkümmern mußte, liegt auf der Hand. Der Gegensatz zwischen dem körperlich arbeitenden Volke und den anderen Schichten kam nie schroffer zum Ausdruck als damals.

Ohne diesen grellen Gegensatz läßt sich der ganze Sozialismus, der gerade die arbeitenden Massen zu einem großen Ganzen zusammenzuschließen sucht, nicht denken und nicht verstehen. Aber auch alle anderen Parteien haben die Besserung der Arbeiterlage auf ihre Fahne geschrieben. So ist denn auch in den letzten Jahrzehnten viel von allen Seiten zur Erreichung dieses Zieles geschehen. Man denke nur an den Arbeiterschutz, die Unfall- und Invalidenversicherung, an die positiven Leistungen der Arbeitergewerkschaften. Diese Bestrebungen haben aber alle ohne Ausnahme die Besserung der Arbeiterlage im Auge, das Problem der Arbeit selbst vermögen sie nicht aus der Welt zu schaffen. Selbst wenn der phantastischste Zukunftsstaat früher oder später verwirklicht werden könnte, die Arbeit, vor allem auch wieder die körperliche, bliebe auch in ihm der Grundfaktor seines Bestandes. Die Lust und Liebe des Volkes zur Arbeit bleibt auch heute ein Hauptfaktor des Volkswohlstandes oder, wie Franklin sagt, „die Arbeit ist der Vater des Reichtums und die Mutter der Erde."

Wenn nun trotzdem die Flucht und die Scheu vor der körperlichen Arbeit heute mehr denn je weite Volkskreise erfaßt, so heißt es zunächst noch den weiteren Ursachen dieser Erscheinung zu suchen. Wir wollen hier nicht sprechen von dem Rückgang der Religion, der zweifellos wie an den Mißständen unserer Zeit, so auch an der Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung viel Schuld trägt, vielmehr wollen wir mehr die natürlichen Ursachen ins Auge fassen, die zur Erklärung dienen.

Nicht auf die Arbeit als solche schaut man verächtlich herab. Es liegt dem Menschen im Blute zu arbeiten. Nichts erträgt er schwerer als eine Reihe oder gar Wochen, an denen er absolut nichts zu arbeiten hat. Der Landwirt greift zum Pflug, der Handwerker zum Werkzeug, der Arbeiter zum Spaten, der Schreiber zur Feder! Alles arbeitet! Wie der Fisch im Wasser, so lebt der Mensch in der Arbeit. Und warum dennoch die Geringschätzung der körperlichen Arbeit?

Der Grund liegt zunächst in der bereits angedeuteten, gerade aber in unseren Tagen riesenhaft gesteigerten Mechanisierung der Arbeit durch die Industrie. Früher war der Arbeiter die hauptsächliche Ursache dessen, was er produzierte. Er hatte bei seiner Arbeit nicht nur Pate gestanden, sondern das Produkt war sein ureigenes Werk. Mit dem Fortschritt unserer Technik und der Einführung der Maschinen in allen Betrieben wurde der Arbeiter immer mehr aus seiner eigenen produktiven Stellung verdrängt. Seine führende Rolle übernahm sozusagen die Maschine. Sie wurde die Hauptursache, er nur nebensächliche Ursache des gefertigten Gegenstandes. In dem neugeschaffenen Werk sah er nicht mehr das Resultat eigener, geistiger Arbeit, vielmehr war es der Geist der an und für sich leblosen Maschine, der in dem Werk zum Ausdruck kam.

Bei dem dem Menschen angeborenen Drang nach Beherrschung der leblosen Materie ist es verständlich, daß er vor der Hilfsarbeit, die er der toten Maschine zu leisten hatte, allmählich die Achtung verlor, daß sie den gewohnten Beherrscher der Natur und ihrer Erzeugnisse auf die Dauer innerlich unbefriedigt lassen mußte. Statt geistigen Gewinnes und daraus folgender sittlicher Befriedigung, die auch der Arbeiter in seiner Arbeit finden will, trat bei Tausenden und Abertausenden bis zu einem gewissen Grade geistiger Stillstand ein. Die Mechanisierung der Arbeit brachte notwendig die Mechanisierung des Geistes mit sich. Daher mußte also notwendigerweise auch die Achtung vor dieser mechanisierten Arbeit schwinden! Können wir uns wundern, wenn ein Drang nach anderer, befriedigenderer Arbeit weite Kreise erfaßte?

Da war es dann natürlich das Gebiet der geistigen Arbeit, auf das die Aufmerksamkeit der arbeitenden Bevölkerung gelenkt wurde. War dort die Arbeit auch noch so geringfügig, so war sie doch geistig anregend und bot dem dem Menschen innewohnenden Drang nach Vervollkommnung seiner Persönlichkeit Stoff und Nahrung, jedenfalls leichter und mehr als die tote Arbeit in der Fabrik. Dazu kam die Erkenntnis, daß auch das einfachste geistige Arbeitsfeld, weil seiner Natur nach das Bindeglied zum höheren, einen Ausblick in das geistige Leben des Volkes eher und leichter gewährte als die körperliche Arbeit. Damit war von neuem in verstärktem Maße dem Drang nach anderer Betätigung ein Ansporn gegeben, ja vielen Köpfen erschien nur zu sehr geistige Beschäftigung der Anfang irdischer Glückseligkeit zu sein.

Ein weiterer Grund dieser Erscheinung liegt sodann in der ganzen Lebensauffassung unserer Zeit. War das Leben in früheren Zeiten in erster Linie ein Leben pflichtgemäßer Arbeit, so ist es heute in erster Linie zu einem Leben des Genusses geworden. In allen Schichten des Volkes wird diese Forderung auf Genuß zum Teil bewußt, zum Teil unbewußt heute rücksichtslos betont. Kein Wunder, wenn daher zunächst alle jene

Hindernisse weggeräumt werden, die sich mit jener Grundforderung nicht in Einklang bringen lassen. Warum auf dem schwierigen Wege der Arbeit zu erreichen suchen, was auf kürzerem erlangt werden kann. Die geistige Arbeit verbraucht nicht so rasch die Körperkräfte als wie ihre Schwester, die körperliche Arbeit. Die Ersparnis an Körperkraft kommt den einzelnen auf der Jagd nach Genuß zugute. Dazu kommt, daß der geistige Arbeiter durchweg mehr verdiente und besser entlohnt wurde als der andere. Das moderne Genußleben läßt sich aber umso ergiebiger genießen, je größer die dem Einzelnen zu Gebote stehenden Geldmittel sind.

Nachdem diese Anschauungen einmal in Kurs gebracht waren, war es klar, daß sie sich nach Art erblicher Belastung in den Volkskreisen fortpflanzen, die Köpfe verwirren und die Lust an der körperlichen Arbeit in weiterem Maße herabdrücken mußten.

Das Problem der körperlichen Arbeit ist durch den unheilvollen Krieg, den großen Umformer der menschlichen Gesellschaft, nicht etwa vereinfacht, sondern noch verwickelter geworden. Wenn wir heute immer wieder sprechen von der Notwendigkeit der Umkehr des Volkes zur Arbeit, so meinen wir zwar die Rückkehr zur allseitigen Konsolidierung unserer ganzen gesellschaftlichen Ordnung, denken aber dabei auch ganz besonders an die Wiederbelebung der Lust des Volkes an der körperlichen Arbeit; denn gerade hieran fehlt es vor allem. Der Grund hierfür liegt mit darin, daß viele Kriegsteilnehmer infolge Verwundung oder Erkrankung für schwere körperliche Arbeit nicht mehr in Frage kommen; sodann, daß das Soldatenleben überhaupt den Mann, wenn es ihn auch tagein tagaus in Anspruch nahm, dem, was wir Arbeit nennen, allzusehr entwöhnte. Bekannt ist das Beispiel von dem leeren Wagen, der von 4 Mann und 1 Unteroffizier durch die Stadt gedrückt wurde. An körperlicher Arbeit entfiel auf den einzelnen wenig. Endlich das Kriegsgewächs des Schiebertums! Es hat sich zu einer eigenen Zunft herausgebildet und seine Zahl ist Legion. Die Schieber machen, ohne die Hand „krumm zu machen“, die besten Geschäfte und verdienen das meiste Geld. „Warum“, so sagen sich viele, „sich abplagen, wenn die Schieber mit einem solchen Beispiel vorangehen. Und wie und wann sollen die Schieber selbst, die früher zum großen Teil in den Reihen der Arbeiter standen, den Weg zur ehrlichen, goldenen Arbeit zurückfinden?“

In den angeführten Erscheinungen liegt die Hauptursache, weshalb man auch heute noch in der Zeit unserer größten Not, wo uns nur Arbeit retten kann, nicht mit Unrecht von der Flucht vor der körperlichen Arbeit sprechen muß. Diese Tatsachen deuten auch den Weg an, auf dem diese Arbeitsflucht wirksam zu überwinden ist: Verstopfung jener vielen giftigen Quellen, aus denen das Volk leider seine geistige und sittliche Nahrung schöpft, rücksichtslose Ausrottung des Schiebertums, Aufklärung der Arbeiter auf den geistigen Gebieten, wie es den Anlagen des Menschen entspricht, religiöse Hochachtung auch der körperlichen Arbeit, Hebung des arbeitenden Volkes in seinen Existenzbedingungen, Begeisterung der Massen für ein gesundes, menschenwürdiges Leben und überzeugende Einführung in die neue, durch die notwendig gewordene Mechanisierung der Arbeit hervorgerufene Arbeitsmethode unserer Zeit. Dann wird der verdunkelte Begriff der Arbeit in der Bevölkerung wieder klar werden, und das Volk wird wieder in christlicher Gesinnung und in altem, deutschem Geiste freudig und unverdrossen zum Hammer der Arbeit greifen. „Lust und Liebe sind die Fittiche zu großen Taten.“

Die Droste.

Hätt' ich zu malen dich, du blonde Frau,
Jch malte dich auf einer wald'gen Au,
Wie du gefesselt hältst im reinen Schoss
Des Einhorns dunkle Kraft und wilden Stoss.
Das grosse Zeichen der Jungfräulichkeit,
Jch hätt' es dir als Gleichnisbild geweiht.
Das starke Einhorn hätt' ich dir gesellt,
Wie es die Kirche neben Heil'ge stellt.
Denn aus der Reinheit quoll empor dein Sang,
Aus Reinheit blühte ihm der ew'ge Klang.
Der tiefe Ton, der stark geheimnisvoll
Jm Lauf der Jahre rauschend stieg und schwoll.

M. Herbert.

Der hl. Clemens Maria Hofbauer.

Von P. Adolf Brors, C. SS. R., Bochum.

Am 15. März 1920 begeht Wien in großartiger Weise die Jahrhundertfeier des Todestages des hl. Clemens Maria Hofbauer, denn Wien verehrt in dem Heiligen seinen Apostel.

Jn 58 Kirchen der Stadt Wien findet ein feierliches Triduum statt zu Ehren des Heiligen. St. Stephan begeht eine Festoktave und St Maria am Gestade, wo die Reliquien des Heiligen ruhen, schließt die ganze Feier der Stadt mit einem festlichen Triduum ab. Im Laufe des Jahres werden in 350 Kirchen und Kapellen des Redemptoristenordens ähnliche Festfeiern veranstaltet. Clemens Maria Hofbauer war es, der als echter deutscher Redemptorist in den Orden eintrat und diesen über die Alpen nach Wien verpflanzt hat, von wo aus er sich über alle Erdteile verbreitete. Auch die katholischen Gesellenvereine werden teilnehmen an dieser Jubelfeier, weil S. Clemens im Jahre 1913 mit besonderer Gutheißung des Papstes Pius X. zum Patron der Gesellenvereine erklärt worden ist.[1])

Ganz Deutschland sollte dem hl. Clemens Maria Hofbauer bei Gelegenheit des Zentenariums seine gebührende Aufmerksamkeit schenken, denn der hl. Clemens ist ein deutscher Heiliger, dessen segensreiches Wirken nicht bloß seiner Zeit und den Stätten seiner Tätigkeit zugute kam, sondern in Warschau und in Wien und den deutschen Landen eine religiöse, echt katholische Bewegung weckte, die sein Schüler, Kardinal Rauscher, in die Worte faßt: „P. Hofbauer hat dem Geiste der Zeit eine bessere Richtung gegeben.“ „Er bahnte eine Wiedererneuerung des christlichen Lebens und eine wahre Auferstehung des Katholizismus in Deutschland an.“ Die religiöse Erweckung war des Heiligen eigenstes und glorreichstes Werk. „Nicht der tieffromme Sailer“, so hat einer der besten Schüler Rankes geschrieben, „nicht der glänzende Geist der Gallitzin, Overberg, Fürstenberg haben das katholische Leben Deutschlands im 19. Jahrhundert in die Wege geleitet, sondern P. Hofbauer hat das Eis der Aufklärung gebrochen; sein Geist, sein Charakter, seine Tätigkeit hat dem katholischen Leben im 19. Jahrhundert das Gepräge gegeben und nach dem kräftigen Anstoß, den er gegeben, hat es sich fortentwickelt.“

P. Hofbauer lebte in einer Zeit (1751—1820, die in mancher Beziehung noch viel trauriger war als die heutige. Die jahrelangen Kriege in der letzten Hälfte des 18 Jahrhunderts hatten die Volkskraft erschöpft. Arbeitsscheu, Zügellosigkeit, Auflehnung und Ungerechtigkeiten in allen Formen waren an der Tagesordnung und hemmten den ehrlichen Mann in seinem Schaffen und Fortkommen. Infolge des großen Mangels an Lebensmitteln drückte der Hunger das Volk arg darnieder. Das Geld hatte wie heute kaum noch Kaufkraft. — Aber was vor allem die damalige Zeit kennzeichnet, das war eine allgemeine religiöse Gleichgültigkeit, vielfach sogar an maßgebenden Stellen eine feindselige Gesinnung gegen alles kirchliche und katholische Leben — „die Aussaat des Rationalismus, welche die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts bestellt hatte, war üppig aufgegangen, hatte zur Frucht die Aufklärung und zeigte sich praktisch in Unglaube und Unsittlichkeit“. — In diese Zeit hinein sandte Gott den hl. Clemens Maria Hofbauer, und wo er erschien und arbeitete, da wachte das frische, warme, katholische Leben wieder auf.

Der erste Schauplatz seiner Tätigkeit war Warschau. Dorthin kam er 1787. Das alte, staubige und verwahrloste St. Bennokirchlein, ein rechtes Sinnbild des damaligen Christentums, wurde ihm übergeben. Aber bald war sein Inneres vollständig umgeändert — es wurde gereinigt, mit neuen Altären und Bildern geschmückt Erhebender Gesang und feierlicher Gottesdienst zogen die Bevölkerung in das wiedererstandene Gotteshaus. „Und nun erwachte dort“, wie P. Meschler so schön sagt, „ein katholisches Leben in allen Erweisen der ehemaligen guten Zeit in Missionen, Bruderschaften, Sodalitäten und glänzenden Prozessionen“. Der Gottesdienst ging in Messen, Predigten und Andachten in dieser Kirche fast nie aus. Den ganzen Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend, wurde Beichte gehört. Die Kommunionen stiegen in den letzten Jahren der Wirksamkeit des P. Hofbauer in Warschau bis über 100 000 im Jahre. Etwas Unerhörtes für die damalige glaubensarme Zeit“.[2])

Der päpstliche Nuntius Litta, welcher sich 1806 in Warschau aufhielt, berichtete über diese Tätigkeit des P. Hofbauer damals nach Rom: „Bei meiner Rückkehr aus Petersburg führte mich mein Weg nach Warschau, wo ich mich über einen Monat aufhielt. Zu meiner Freude sah ich, daß das Haus des allerheiligsten Erlösers (St. Benno) immer mehr aufblüht, sowohl durch den Zuwachs neuer Arbeiter als auch durch den beständigen Andrang des Volkes und die sehr großen Früchte, die man durch die Predigten des göttlichen Wortes und durch die Ausspendung der hl Sakramente der Buße und des Altares erzielt. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend wurde ständig Beichte gehört, gepredigt und der Segen mit dem Allerheiligsten gegeben. Ich übertreibe nicht. Jeden Tag wurden vier Predigten gehalten, zwei vormittags, zwei nachmittags. Der Zudrang ist groß und bei vielen

[1]) Schreiben des Kardinal Rossum 15. 8. 1913: „Seine Heiligkeit segnet und billigt die Absicht, den hl. Clemens Maria Hofbauer zum Patron der katholischen Gesellenvereine zu bestimmen und freut sich, daß die Gesellenvereine sich unter den Schutz eines so großen und mächtigen Heiligen stellen“.

[2]) Lubienski — p. 139 — Leben des hl. Clemens, Apost. I Warschaus.

sieht man an der Aenderung der Sitten die guten Früchte. Vielleicht scheint es, daß sie zu viel tun. Aber in Anbetracht des großen Bedürfnisses in diesem Lande, wo die anderen sich so wenig um den Weinberg des Herrn kümmern, ist es nicht zu viel."

Und was schuf der Heilige neben dieser seelsorglichen Tätigkeit nicht alles zur Hebung des katholischen Lebens in Warschau. Er war arm, mit nur drei Talern, wie er später selbst sagte, nach Warschau gekommen. In den ersten Jahren hatte er mit der äußersten Armut zu kämpfen, so daß er 1798 noch an seine Oberen in Rom schreiben mußte, er habe kaum das Geld, um die nötigen Kerzen, Oel und Wein für den Gottesdienst zu kaufen. Dennoch gründete er bald Knaben- und Mädchenschulen, Kriegswaisenhäuser, Anstalten für Verwahrloste und ein Krankenhaus. Noch kein Jahrzehnt seiner Arbeit in Warschau war vergangen und schon zählte die Knabenschule allein 350 Schüler. Marianische Sodalitäten für Jünglinge und Jungfrauen rief er ins Leben und sicherte durch diese der schulentlassenen Jugend Rückhalt und Schutz. Selbst der Arbeitslosen nahm er sich an, schaffte ihnen eine Zufluchtsstätte bei St. Benno, wo ihnen Wohnung und Kleidung geboten. Arbeit und Verdienst vermittelt und besonders auch Anregung zum christlichen Leben und öfteren Empfang der Sakramente geboten wurde. Gleichzeitig wurde noch in seinem Auftrage Sorge getragen für die gefallenen Mädchen und er erreichte hierbei bewunderungswürdige Beispiele der Bekehrung und dauernden Besserung.

Was ihm aber besonders am Herzen lag, das waren die jungen Studenten und Akademiker. Von diesen umstanden täglich an die 200 seine Kanzel und er verstand es, sie mit einem echt katholischen Geiste zu durchdringen, sie zum eifrigen Empfang der hl. Sakramente anzuleiten und ihnen so einen sicheren Schutz zu bieten gegen den Strom der Unsittlichkeit und des Unglaubens. Er betrieb so eine praktische Studentenseelsorge, die wunderbare Erfolge gezeitigt hat.

Die Berichte der Propaganda und des Generalatshauses der Redemptoristen zu Rom geben Zeugnis davon, wie durchgreifend und weittragend die Wirksamkeit des P. Hofbauer in Warschau gewesen ist. Seine Tätigkeit erwarb ihm die Hochachtung des letzten Polenkönigs in hohem Maße und Pius VII. wußte kein schöneres Wort für den seeleneifrigen und glaubensstarken P. Hofbauer als das Wort: „Man sieht, der Geist des Stifters (St. Alfons) ist auf ihn übergegangen".

Sechzig Jahre nach der gewaltsamen Vertreibung (1808) aus Warschau äußerte sich ein Kanonikus dieser Stadt: „Noch heute zeigen sich die Früchte der apostolischen Tätigkeit des P. Hofbauer". Und 1897 schrieb der Jesuit Bartkowicz[3]): „In Warschau und seiner Umgebung lebt das Andenken an seine gottbegeisterten, tiefergreifenden Predigten, den herrlichen Gottesdienst, die außergewöhnlichen Bekehrungen und die beispiellose Tätigkeit und Aufopferung im Dienste der Armut und der Sünder fort."

Ein Schreiben Napoleons an Davoust mit der Erklärung, die Mönche aus Warschau zu vertreiben, war Veranlassung, daß das herrliche Werk des hl. Clemens in Warschau in der Nacht vom 20. Juni 1808 durch gewaltsame Fortführung aller Patres und Brüder mit einem Schlage vernichtet wurde.

Drei Monate nur hatte P. Hofbauer arbeiten können in Triberg im Schwarzwalde, wo ihm am 30. Mai 1805 die Seelsorge an der Wallfahrtskirche übertragen worden war. Vom Volke geehrt und geliebt, wurde er von den dortigen illuminatenfreundlichen Geistlichen, die sich um den Weinberg des Herrn wenig kümmerten, verfolgt und von dem gleichgesinnten Generalvikar Wessenberg bald verdrängt.[4])

Aber die kurze Zeit der Wirksamkeit des hl. Clemens in Triberg hatte das katholische Leben wesentlich gehoben, so daß 1865 Erzbischof Vicari von Freiburg an Pius IX. schreiben konnte: „Sein Name und die Erinnerung an seine Arbeiten wird noch jetzt in höchsten Ehren gehalten." Bei Gelegenheit der Mission (1905) zur Erinnerung an die Säkularfeier der Tätigkeit des hl. Clemens in Triberg wußten noch viele aus den Mitteilungen von Eltern und Großeltern zu berichten über den herrlichen Aufschwung des katholischen, kirchlichen Lebens in Triberg durch das Wirken des „Heiligen Vaters". Unter diesem Namen lebt sein Andenken fort bei den Tribergern. Im Jahre 1808 kam P. Hofbauer nach Wien. In stiller Verborgenheit lebte er dort zunächst im sogenannten „Wällischen Hause" und unterstützte an der italienischen Kirche den ihm befreundeten Rektor Luigi Virgineo. 1812 wurde er vom Erzbischof Hohenwarth zum Rektor der Ursulinenkirche ernannt. Und nun beginnt auch hier eine Tätigkeit, die von weittragender Bedeutung für das religiöse Leben Wiens geworden ist. Darüber schreibt P. Meschler S. J.: „Das kleine Ursulinenkirchlein in Wien zog bald die Aufmerksamkeit der ganzen Kaiserstadt auf sich und rühriges Leben kehrte ein in die vereinsamten Mauern. Bisher wurde bloß das eine oder andere Mal im Jahr dort gepredigt. P. Hofbauer predigte alle Sonntage. Das Gotteshaus konnte die Zuhörer bald nicht mehr fassen. Gegen das staatliche Gebot, nur eine geringe Zahl von Kerzen aufzustellen, prangte der Altar bei der hl. Messe und bei der Aussetzung des allerheiligsten Sakramentes in würdigem Glanze. Der Beichtstuhl und die Kommunionbank waren nicht mehr, wie bis dahin, umsonst da". Der öftere Empfang der hl. Sakramente war ein Hauptmittel in der Seelsorge des Heiligen, um den Glauben zu wecken und zu stärken. Ganz gegen die Gewohnheit der damaligen Zeit leitete P. Hofbauer besonders die jungen Leute an zum öfteren Empfang der heiligen Kommunion, ja sogar zur wöchentlichen und täglichen Kommunion. Als Prediger und Katechet, als Beichtvater und Gewissensrat wurde P. Hofbauer allmählich der Mittelpunkt des wiedererwachenden katholischen Lebens in der Kaiserstadt. Immer war seine Kanzel umringt von einer großen Anzahl Andächtiger aus allen Ständen, namentlich Akademiker, genau so wie vor 15 Jahren in Warschau. Die Macht, die der Heilige ausübte auf die verschiedensten Führer, auf Laien und Geistliche, auf Gelehrte und einfache Leute, war einfach wunderbar und übernatürlich. „Aehnlich wie 200 Jahre zuvor der selige Canisius Wien und die deutschen Lande vor dem völligen Abfall von der Kirche bewahrt hat, so hat im Beginn des 19. Jahrhunderts P. Hofbauer in Wien und Deutschland die Wiederbelebung katholischer Ideen und katholischen Lebens angebahnt". (P. Lehmkuhl S. J.) Man fing wieder an katholisch zu denken, zu fühlen und zu leben. In der Liebe zum Hl. Vater zeigte sich der Heilige vorbildlich. Das freudigste Werk für ihn war es, tätig zu sein für den Papst, seinen Kundgebungen Ergebenheit und Unterwerfung, seiner Person Ehrfurcht und Liebe entgegenzubringen und zu gewinnen.

Das schlichte Haus in der Seilerstätte, in dem der Heilige wohnte wurde der Mittelpunkt für eine andere Tätigkeit zur Weckung und Belebung des Glaubens. Dort gingen vor allem seine jungen Freunde, die Studenten, aus und ein. Es waren oft bis an die fünfzig, die sich dort um P. Hofbauer vereinigten. Wie sehr der Heilige es verstand, auf diese jungen Leute einzuwirken, zeigt nichts besser, als daß ganz hervorragende Männer aus diesen Reihen hervorgegangen sind, wie Kardinal Rauscher, Friedrich von Barayo, Bischof von St. Marino, Werner, Veith usw., die außerordentlich segensreich im Geiste des Heiligen weiterwirkten für die Hebung des katholischen Lebens.

Auf einem weiteren Gebiete noch hat der Heilige seinen Einfluß geltend gemacht und unendlich viel getan für die Wiederbelebung des Katholizismus weit über die Grenzen der Stadt Wien hinaus bis nach Bayern und an die Ufer des Rheines. Es traf sich, daß zur Zeit, da der Heilige in Wien wirkte, sich eine bedeutende Zahl bewährter Schriftsteller dort zusammenfand. Unter ihnen waren Männer wie Fr. v. Schlegel, Adam Müller, Buchholz, Schlosser, Eichendorff, Brentano, Werner, Passy, Pilat, Veith, Klinkowström. Sie alle und viele andere gruppierten sich um P. Hofbauer, sie verehrten und liebten ihn, ließen sich durch ihn leiten nicht bloß in ihren Seelenangelegenheiten, sondern auch in ihren Berufsgeschäften und literarischen Arbeiten. „Professoren, Beamte, hervorragende Gelehrte folgten den Ratschlägen dieses einfachen Priesters wie Kinder." Er wußte sie zu begeistern für literarische Arbeiten im Interesse der Kirche und des hl. Glaubens und gerade seinem Einfluß verdanken wir das Aufleben und Aufblühen der katholischen Literatur. „Die Kirche hat ihn in die Reihe der Heiligen aufgenommen, es gehören aber die Verdienste, die ihm die Ehre des Altares erworben, teilweise der Literaturgeschichte an." Er verstand es, durch seinen Einfluß auf die um ihn sich gruppierenden Schriftsteller und Gelehrten die Literatur wieder in katholische Bahnen einzulenken und das war von unschätzbarem Vorteile für das Wiedererwachen des katholischen Bewußtseins. Einen ganz unschätzbaren Dienst aber leistete der Heilige der katholischen Kirche Deutschlands und dem Papst zu Rom auf dem Wiener Kongreß 1815. Da sollte durch den Illuminaten Wessenberg und seine Gesinnungsgenossen der verhängnisvolle Plan einer deutschen Nationalkirche betrieben werden. Daß dieser Plan gescheitert, ist unstreitig dem Einfluß des P. Hofbauer auf die damaligen maßgebenden Persönlichkeiten zu verdanken und zu diesen Männern gehörten Schlegel, Müller, Pilat, Hellferich und nicht zuletzt der damalige Kronprinz von Bayern, die oft bis tief in die Nacht bei P. Hofbauer saßen, um seinen Rat einzuholen. „Dem Staatskirchentum ist durch seine Bemühungen und durch sein Gebet auf dem Kongreß zu Wien im Jahre 1815 das Rückgrat gebrochen worden." (Kardinal Rauscher).

Wenn wir die Geschichte des religiösen Lebens in Wien und Deutschland während des 19. Jahrhunderts überblicken, so dürfen wir wohl auf die herrlichen Früchte der Arbeit des hl. Clemens Maria Hofbauer hinschauend auf ihn die Worte des hl. Chrysostomus anwenden: „Ein einziger Mann ist imstande, ein ganzes Volk zu erneuern, wenn er vom Eifer durchglüht ist". (J. Chrys. I. 12.)

Mit Recht hat man den hl Clemens zum Patron der Stadt Wien (1912) ernannt und gewiß gebührt dem hl. Clemens in Anbetracht der geistigen Wohltaten, die er unserem ganzen deutschen Vaterland erwiesen hat, ein Platz an der Seite des hl. Bonifatius und des slg. Canisius als Apostel und besonderer Fürsprecher Deutschlands.[5])

---

[3]) Archiv der Wallfahrtskirche zu Triberg: „Am 30. Mai 1805 kamen fünf Redemptoristenpatres nach Triberg, um dort die Wallfahrtskirche zu versorgen. Conventus eorum ex quinque constabat presbyteris, quibus sertus Hofbauer, a quibusdam a plebe „Sanctus Pater" appellatus, praeerat.

[4]) Lubienski, Leben des hl. Clemens.

[5]) Literatur über den hl. Clemens Maria Hofbauer: Ein österr. Reformator. Lebensbild des hl. Clemens Maria Hofbauer von P. A. Innerkofler, C SS R. Pustet, Regensburg. Der hl Clemens Hofbauer von Bauchinger. Selbstv Redemptoristen-Kloster, Wien XVI (Hernals) Clemens Maria Hofbauer von Dr. Eckardt. Volksverein-Verlag, M.-Gladbach. Der hl. Clemens Maria Hofbauer von P. Freund, C. SS. R Pustet, Regensburg. Der hl Clemens Maria Hofbauer von Fr. X Brors, S. J., Fredebeul & Koenen, Essen. Clemens Maria Hofbauer, ein deutscher Heiliger, von P. Meschler, S. J., Kühlen, M.-Gladbach Kleines illustr. Lebensbild des hl. Clemens von P. A. Brors, C. SS. R., VII. Aufl., Kühlen, M.-Gladbach.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Von dem Münchener Komponisten Wilhelm Mauke kannten wir die kleine reizvolle Oper: „Fanfreluche". „Die letzte Maske", das nun mit Erfolg gegebene Mimodrama hat von Karlsruhe ausgehend, schon da und dort sehr günstige Aufnahme gefunden. Es liegt in der Stellung Maukes als Kritiker begründet, daß es erst nach auswärtigem Erfolge tunlich erscheinen kann, daß die Münchener Opernbühne Werke dieses Künstlers aufführt. So werden wir wohl noch etwas auf die drei abendfüllende Opern „Laurins Rosengarten", „Das Fest des Lebens" und „Thamar" warten müssen, die Mauke in den letzten Jahren geschrieben hat. Das Mimodrama an sich stellt eine höhere Gattung der Pantomime dar, die sich nicht damit begnügt, die Schaulust zu befriedigen, sondern seelische Vorgänge zu gestalten sucht. Mimodrama ist, so schreibt Mauke, musikalisches Seelendrama ohne Worte, ist vokale Aszese und — vielleicht — instrumentale Hypertrophie. „Denn das Orchester, das große farbenreiche Orchester ist ja der einzige tönende Spiegel der stummen Bewegungsvorgänge auf der Szene". Die moderne Oper hat ja immer mehr das Orchester zum Träger des Empfindungslebens gemacht und ihm dadurch eine Vorherrschaft über die Singstimme eingeräumt. Dies und die Entwicklung des modernen Kunsttanzes zu stilisierter Bewegungskunst zeigen, daß Werke, wie Dohnanyis „Schleier der Pierette", R. Straußens „Josephslegende" und Maukes moderner Totentanz „Die letzte Maske" durchaus auf dem Wege einer Zeitrichtung liegen und deshalb vermutlich nicht Einzelerscheinungen bleiben werden. Die Handlung schrieb Kurt Münzer, der den Stoff bereits in einer Novelle behandelt hat. Viola und der weiße Pierrot besuchen einen Maskenball. Dem Mädchen erscheint — nur ihm sichtbar — der Tod. Von Entsetzen gepackt, flieht sie Erscheinungen, die nur einer sieht, während die anderen durch den Schrecken aufmerksam gemacht, ratlos ins Nichts starren, während doch das Gespenst in voller Körperlichkeit im Raume steht, haben auf der Bühne immer etwas Mißliches; denn dem Zuschauer erschließt sich der Sinn nicht in voller Unmittelbarkeit, sondern erst durch Reflexion. Sehr fein ist musikalisch der Kontrast zwischen der leichtbeschwingten Tanzfreude und dem Grauen des Todes herausgearbeitet nicht als krasser Kinoeffekt, sondern anfänglich mehr als das Grauen einer harten Wirklichkeit, das hinter der Maske des Festes hervorlugt. Der mit der schwarzen Larve geschützte Totenkopf des schwarzen Pierrot trat, von G. Schützendorf dargestellt, packend in die Erscheinung. Die Fliehende gelangt in schneeiger Winternacht vor das Haus des Geliebten, doch bei seinem Eintreffen ist sie bereits ruhelos weitergeeilt. Er sieht in der winterlichen Einsamkeit ihr Bild auftauchen, doch wie er der Gestalt jubelnd entgegeneilt, starren ihn Totenaugen an, gleichsam eine Ahnung des Kommenden. Viola eilte unterdessen weiter. Vor einem Baum ist sie niedergesunken, in dessen Geäst sich der Tod barg. Hier ist dem Maler des Bühnenbildes, Pirchan, vereint mit der Regie Krölles eine Szene von stärkster Bildkraft gelungen. Die Szene ist musikalisch sehr ergiebig und Maukes Talent hat hier reiche Früchte gezeitigt. Zwei Vagabunden haben die Umherirrende noch belästigt und tragen so zu dem frühen Ende der Verzweifelnden bei. Daß das Mädchen herzkrank und schwindsüchtig ist, wäre mir ohne Kommentar wohl nicht recht zum Bewußtsein gekommen. Nach einem atemlosen, leidenschaftlichen Taumeltanz sinkt der verzweifelte Pierrot an der Leiche der Geliebten nieder. Es ist der Musik gelungen, die Totentanzstimmung einer schwermütigen Romantik festzuhalten, die Vorgänge aus plumper Wirklichkeit ins Symbolische zu heben; überall kommt starkes persönliches Empfinden zum Ausdruck. Die letzte Maske ist ein vornehmes Kunstwerk, das nirgends pantomimischer Schablone verfällt. Die seelischen Erschütterungen in der Bewegung widerspiegeln zu lassen, gelang vortrefflich Charlotte Krüger. Den weißen Pierrot spielte Kröller mit feinstem Stilgefühl. Der einige Male gerufene Tonsetzer erhielt einen Lorbeerkranz. Der Neuheit folgten die von Kröller entworfenen Tanzszenen „Licht", symbolische Gruppentänze zu Musik von Gluck und „Silhouetten" mit Musik von Schubert, Auber und Rubinstein, von denen seinerzeit schon gesprochen wurde. Die Silhouetten sind von einem Reiz der Linie, der erneut erfreute; im ganzen jedoch wird durch diese freundlichere Tanzwelt der Zuschauer schon etwas von der Zeremonie des Maukeschen Totentanzes abgelenkt. Ich möchte raten, die Reihenfolge zu ändern und mit der ‚letzten Maske' den Abend zu schließen. Das Maukesche Werk dirigierte Reichenberger, der für die Dauer von Otto Heß' musikalischer Sendung in Madrid von Wien Gekommene, die Tänze Reisch mit starker Einfühlung. — — Intendant Schwannecke hat Abschied genommen. Er spielte, vom Publikum herzlich geehrt, den Shakespearischen Junker Bleichenwang und den Bahrschen Dr. Jura; Rollen, die sich in seiner Gestaltung auch bei der Kritik höchster Schätzung erfreut haben. Generalintendant Zeiß wird bis zu seiner endgültigen Amtsübernahme jeden Monat eine Woche lang in München sein. In der Wahl der Schauspielneuheiten und den Personalfragen des Schauspieles übt schon jetzt der neue Leiter seine Befugnisse aus. Die Stellvertretung hat Basil als Obmann des Regiekollegiums, in dem ein Mitglied des Künstlerrates mitberatende Stimme hat. Für die verwaltungstechnischen Dinge wurde ein neuer Verwaltungsdirektor, Heidel, ernannt.

Volkstheater. Von Rudolf Eger haben wir schon einige Stücke von freundlichem Erfolg gesehen, nichts was uns stärker zum künstlerischen Erlebnis wurde. Auch von dem „Bild ohne Gnade" werden wir bald nur noch blasse Erinnerungen haben; es gelingt nicht immer, den Ton des gehobenen Lustspiels aufrechtzuhalten, dessen Wirkungen im geschliffenen Dialog liegen, das Schwankhafte will auch sein Recht haben. Hier fühlen sich die tüchtigen Kräfte des Volkstheaters am behaglichsten. Der Inhalt? Wieder einmal das dreieckige Verhältnis, wobei noch allerhand Geplänkel der Hausfreund doch der Dupierte ist.

Aus den Konzertsälen. Von den jüngeren Dirigenten zeigt Frider S. Weißmann die Gabe eindringlicher Gestaltungskunst. Er erwies diese an einem Brahmsabend, den er mit dem Konzertvereinsorchester im Odeon gab. Stärker noch durch hohe technische und künstlerische Reife wirkte der Pianist Edwin Fischer, der ausgezeichnete Solist des Abends. Ein guter Brahmsinterpret am Flügel ist auch Walter Frey, an dem die Feinheit des Anschlages besonders erfreut. Dr. Waldemar Staegemann ist ein Baritonist von starker Eindringlichkeit des Vortrages, der seine Stimmittel klug zu nützen weiß. „Hektors Bestattung", ein Melodrom des jungverstorbenen Botho Sigwart, zeigt mehr musikalische Kultur als schöpferische Eigenart. Rich. Trunks frisches, aus unmittelbarem Empfinden heraus schöpfendes Komponieren ist seiner Wirkung stets sicher. Immer häufiger begegnet man seinen Liedern in den Konzertsälen. Auf einem besonderen „Trunkabend" hörte man seine Lieder und Männerchöre durch Fanny Trunk und die Bürgersängerzunft und gewann von seiner Kunst wieder die angenehmsten Eindrücke.

Verschiedenes aus aller Welt. „Der Fremde", eine Oper des mehr als Symphoniker bekannten Hugo Kaun, hatte in Dresden Erfolg. Die Musik zeigt nicht viel Eigenart, aber Sinn für Pathetik und Bühnenwirkung. Das Textbuch ist auf Grimms Märchen vom Gevatter Tod aufgebaut. — Herm. v. Boettcher, ein junger Dichter, ist in Berlin mit einem die Jugend Friedrich des Großen behandelnden Drama, in Mannheim mit einem „Hexensabbath" zu Worte gekommen und findet als ein noch unfertiges, aber schönes Talent Beachtung. Das letztgenannte Drama zeigt die Ueberspanntheiten und die Wortschwelgerei des Expressionismus. Es will zeigen, daß der Held des Stückes an der harten Welt zugrunde gehen mußte, „weil er zuviel Liebe geben wollte und forderte". — „Die Gabe Gottes", ein Drama von M. Goldstein, fand in Berlin starken Beifall, nach Berichten hauptsächlich durch Bassermann, der den siebzigjährigen Knecht spielte, der nach einem langen Leben des Wartens zu Besitz gelangt. Nun greift er mit gierigen Händen nach allem, was ihm begehrenswert dünkt, bis ein Schlaganfall ihn hinwegrafft. Die Wirkungen des Stückes liegen hauptsächlich im Stofflichen. — „Die Tragödie des Eumenes" von Th. Rittner ist eine Groteske in antikem Gewande, etwa wie Shaws „Caesar und Kleopatra". Das Stück hat in Wien gefallen. — „Die Fräulein von Saint Cyr", ein Versdrama von F. Enderlin, fand in Zürich lebhaften Beifall. Der greise Racine verliebt sich unglücklich in ein junges Mädchen. Die Vorzüge des Stückes liegen, nach maßgebenden Urteilen, in der Umweltszeichnung. Die Frauencharaktere sind gut getroffen; Ludwig XIV. wirkt als Karrikatur — Eine Aufführung der „Braut von Messina" in dem Mannheimer großen Nibelungensaal wird als künstlerisch geglückter Versuch bezeichnet, den breiten Massen das Kunstwerk zu erschließen — Hans Pfitzner und der Schauspieler Steinrück, der beim Münchener Nationaltheater sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, haben Gastspielverträge mit dem Koburger Landestheater abgeschlossen. — In Wien starb Stella Hohenfels, einst eine der gefeiertsten Schauspielerinnen des Burgtheaters. — Eine Kleist-Gesellschaft, die das Verständnis für den Dichter fördern will, ist ins Leben getreten. Sie hat in Kleists Geburtsstadt Frankfurt a. O. ihren Sitz. — Der gefeierte Heldentenor der Dresdener Bühne Pattiera hat sich bei einer Prügelei mit einem Redakteur deutschfeindliche Beschimpfungen zuschulden kommen lassen. Die Dankbarkeit verhätschelter Ausländer! — Gegen den Schiedsspruch des Theaterrates, der erklärte, daß der Leiter der Berliner Tribüne nicht als im Besitz der sittlichen Eigenschaften erachtet werden könnte, die nach dem Gesetze notwendig sind, wendet sich der betroffene Dr. Robert und veröffentlicht die Erklärungen eines Theaterleiters, eines Aesthetikers, eines Expressionisten, zweier Kunstgewerbler, eines Schriftstellers, des Komponisten der Mona Lisa und des Chefredakteurs eines Mossеblattes, die für ihn eintreten. Robert hatte bekanntlich in einem Wedekindstücke eine Schauspielerin nackt auftreten lassen. L. G. Oberländer, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Entente-Denkschrift zur Weltwirtschaftslage — Leipziger Frühjahrsmesse, Deutschlands Industriespiegel — Ungenügende Waggongestellung im Kohlenrevier — Verfrühter Optimismus!

Schon seit Mitte Februar mehren sich Ententestimmen über unbedingte und unaufschiebbar vorzunehmende Massnahmen zur Hebung der Weltwirtschaftslage. Nicht die vollkommen ausser Rand und Band gekommene Gestaltung der Situation bei uns und in Deutsch-Oesterreich ist es, welche solche Bestrebungen veranlasst — das ist schon in Rücksicht auf den unverändert, ungemein grossen Hass der Franzosen ohne weiteres klar —, sondern die eigene Gesamtlage der Entente, namentlich der romanischen Völker bestimmen solche Tendenz! Auch die andauernde Kursbewegung der Ententedevisen im neutralen Auslande gibt den leitenden Stellen in Paris und London Veranlassung

hierzu. Die Weltverteuerung aller Bedarfsartikel bedeutet schliesslich und endlich auch ausserhalb Deutschland jene Schwächung des Handelsverkehrs, welche zu dem Ruin Europas führen muss. Aus diesen Motiven heraus sah sich der Oberste Rat der Alliierten genötigt, vorerst wenigstens eine Denkschrift zur Weltwirtschaftslage herauszugeben. Dieser Schritt, wohl das Resultat der schon lange andauernden Beratungen der Wirtschafts- und Finanzsachverständigen in London kann nach Umständen in eine Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain ausklingen. Einstweilen ist der ungemein grosse Widerstand der französischen Masspolitik das Hauptmoment, das hierbei in Berücksichtigung zu ziehen ist. Vor allem betont diese Denkschrift, wie sehr Deutschlands Erzeugungskraft und Organisation für den Welthaushalt unentbehrlich sind unter gleichzeitiger Bestätigung, dass zum grössten Teil die Hindernisse für Deutschlands Wirtschaftserholung als eigenes Werk der Alliierten zu bezeichnen sind. Wird seitens der Entente vor allem empfohlen, an Deutschland grössere Mengen Rohstoff zu liefern, ferner an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken und endlich an dem Wiederaufbau und der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens auch seitens aller Alliierten teilzunehmen, ferner anzuerkennen, dass das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas nur als hergestellt betrachtet werden kann, wenn auch Deutschland und Russland in die Lage kommen, das industrielle Leben in gleichem Masse, wie vor dem Kriege wieder aufzunehmen —, so sind das Punkte, die bei uns nur als vollkommen berechtigt begrüsst werden müssen!

Der zweite Teil dieser hochwichtigen Denkschrift befasst sich überwiegend mit der Frage der Wiederherstellung der allgemein zerrütteten Valuta. Hoffentlich gelangt die dabei ferners in Vorschlag gebrachte Genehmigung der Ausgabe einer deutschen internationalen Anleihe zum Zwecke der Beschaffung der notwendigsten Rohstoffe und Lebensmittel auch nur einigermassen zur Durchführung. Man wird gut tun, diesen ernsten Meldungen einstweilen noch mit genügender Reserve entgegenzutreten. Jedenfalls bedeutet die Jetztzeit die letzte Stunde für die schleunige Inangriffnahme dieser in der Durchführung nicht zu gering einzuschätzenden europäischen Gesamtaktion. Kommt hierbei das seither allgemein übliche „zu spät", so sind die Folgen nicht nur an Deutschland, sondern wohl auch an sämtlichen europäischen Staaten zu verspüren, namentlich bei unsern Gläubigern und hier wieder bei Frankreich und Italien. Gerade von Rom aus mehren sich aus solchen Vernunftsgründen die Stimmen für eine baldige und restlose Erledigung der Wirtschaftsreorganisationen.

Ein Spiegelbild über das Werden und Können der deutschen Wirtschaft ergab — und das ist gerade bei der Betrachtung der obigen Momente mehr als zweckdienlich — der Verlauf und das Resultat der Leipziger Frühjahrsmesse. Die Zahl der Aussteller und Besucher sowohl, wie auch die Beteiligung seitens des Auslandes und hier wiederum seitens der Ententestaaten hat eine ausserordentliche Steigerung in einem alle Erwartungen übertroffenen Umfang aufzuweisen. Rekordziffern sind hierbei überall zu vermerken. Deutscher Fleiss und deutsche Unternehmungslust, sowie Regsamkeit und Selbstbewusstsein wurden dabei zum Ausdruck gebracht. Die Meldungen über die Geschäftsabschlüsse bei dieser Messe ergeben sich in Ausdrücken wie „Kauflust und Kaufwut des Auslandes für deutsche Ware, namentlich für Qualitätserzeugung". Dass naturgemäss hierbei die völlig demoralisierte Gestaltung der deutschen Wechselkurse, welche jedoch inzwischen durch obige Ententemeldungen über die Wirtschaftsdenkschrift eine Aufbesserung erfahren konnten, mit Schuld ist an solchem neuerlichen Industrie-Ausverkauf Deutschlands, ist ohne weiteres klar. — In dem inzwischen bekannt gewordenen ersten Grossbankabschluss — Berliner Handelsgesellschaft 10% gegen 8% Dividente bei erheblich gesteigerten Gewinnziffern — spiegelt sich die Beschäftigung der Bankwelt, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass Angestelltenbewegungen nach wie vor in allen Wirtschaftsgebieten Hemmungen aller Art mit sich bringen. Von gewisser Bedeutung ist auch die erfolgte Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjet-Russland. Wie sehr jedoch anderseits noch vieles unverändert im argen liegt, zeigt die mangelnde Beförderung der infolge des Ueberschichten-Abkommens der Bergarbeiterschaft erfolgten Steigerung der Kohlenförderung. Nachdem die preussischen Eisenbahnen nicht in die Lage kommen, diese Kohlenmehrerzeugung der Allgemeinheit nutzbar zu machen, ist jeder volkswirtschaftliche Erfolg der im Grunde erfreulich starken Steigerung der Kohlenförderung illusorisch. Auch die Folgen der Praxis unserer jetzigen Gesetzgebung und Verwaltung, namentlich hinsichtlich des Steuergebahrens wirken hemmend nach, um so mehr, als auch hierin Ungewissheit und Unklarheit jeden Ansatz einer Wirtschaftsbesserung seither verhindert haben. Die Gestaltung der Effektenbörsen zeigt unter Berücksichtigung all dieser Momente eine unsichere Zukunft. Auch hierin sind unliebsame Erscheinungen möglich.

München. M. Weber.

Professor Fr. W. Förster. Der „Völkische Beobachter" hat im Januar „eine peinliche Entlarvung" des Professors Förster in Aussicht gestellt, indem er auf angeblich trübe Seiten des Privatlebens Försters anspielte. Nunmehr sieht sich die Redaktion des „Völkischen Beobachters" gezwungen, den gesamten Inhalt dieser seinerzeitigen Notiz zu widerrufen und Professor Förster „wegen jenes völlig unbegründeten Angriffes auf seine Ehre" um Entschuldigung zu bitten.

Vom Büchermarkt.

Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich. Leitfaden der Wirtschafts- und Bürgerkunde für höhere Schulen, Kurse und zum Selbstunterricht. (Mit eingearbeiteter neuer Reichsverfassung und vollständigem Text derselben.) Von Elisabeth Gnauck-Kühne. 24.–30. Tausend. 8° (206 S.) M 2.70. — **Die Neuordnung des deutschen Finanzwesens.** Drei Vorträge. Von Dr. Paul Beusch. M 1.80. (M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag G. m. b. H.)

Eine Jugend voll Sonne. Von P. Hippolytus Böhlen O. F. M. (Wiesbaden, Herm. Rauch.)

Das Jesuskind von Bethlehem oder der Himmel schon auf Erden. Schöpfer und Geschöpf. Das Lied der Gottesminne. Nach P. Fr. W. Faber. Herausgegeben von Bernhard Schuler. M 4.20 bzw. M 6.50. — **Der Jugend einen Führer.** Illustr. Heiligenlegende für die reifere Jugend. Von M. Gonzaga. M 6.80. (München, J. Pfeiffers Verlag.)

Begegnungen. Besinnliche Reisegeschichtlein von Wilhelm Wiesebach. 12°. (94 S.) Ungeb. M 2.—, geb. M 3.50. — **Werdende Kraft.** Erzählungen von Wilhelm Wiesebach. 12°. (148 S.) Ungeb. M 2.50, geb. M 4.—. (Regensburg, Friedr. Pustet.)

Lebensweihe. Richt- und Leitgedanken auf dem Weg zum Glück. Von Georg Ströbele. F. Kl. 4° (148 S.) Brosch. M 2.40, geb. M 4.50. — **Manresa.** Gedanken über die höchsten Wahrheiten. Von Dr. F. Imle. F. Kl. 4°. (94 S.) Brosch M 1.80, geb. M 4.—. — **Nun geh mit Gott!** Lebensworte für junge Mädchen. Von Dr. F. Imle. 2. Aufl. F. Kl. 4°. (57 S.) Brosch. M 1.20 geb. M 3.20. — **Lebensideale und Lebensziele für christliche Jungfrauen.** Von Dr. F. Imle. (124 S.) F. Kl. 4°. Brosch. M 2.60, geb. M 3.60. (Verlagsbuchhdlg. Karl Ohlinger, Mergentheim.)

Nach der Revolution. Geschichtliche Betrachtungen zu unserer Lage. Von Friedrich Meinecke. M 4.85. (R. Oldenbourg, München.)

Erntekranz. Von Eleonore van der Straten-Sternberg. Oktav. (XII u. 230 S.) K. 20.—. **„Frau".** Eine Hochzeitsgabe des Herzens. Von Leopold Buchsrucker. 8°. K. 5.—. (Wien und Leipzig, Verlagsbuchhandlung Karl Fromme.)

G. J. A. van Bruggen. Das Reich Gottes in Sibirien. Roman. (427 S.) in kl. 8°. Brosch. Fr. 5.50, geb. Fr. 8.—. — **Georges Duhamel, Leben der Märtyrer.** 1914–16. Aus dem Französischen übertragen durch Ferdinand Hardekopf. (219 S.) in kl. 8°. Brosch. Fr. 3.50, geb. Fr. 5.50. — **Rudolf Jeremias Kreutz, Die große Phrase.** Roman. Zweiter Band. (260 S.) in kl. 8° Brosch. Fr. 3.—, geb. Fr. 5.—. — **Die Erleuchteten.** Eine Erzählung. Von Max Hochdorf. (Zürich, Max Rascher Verlag A.-G.)

Flinterhoff. Ein Mädchenbuch. Lebenskunde für junge Mädchen. 2. Aufl. M 6.—. — **Die Jugend von heute, die Männer von morgen.** Lebensführer für Jünglinge von Karl Lorenz (256 S.) M 6.—. (Verlag Butzon Bercker G. m. b. H. Kevelaer.)

Helden des Christentums. Heiligenbilder. Herausgegeben von Konrad Kirch S. J. I. Aus dem christlichen Altertum. Geb. M 5.50. (Paderborn, Verlag d. Bonifatius-Druckerei.)

Fernweh und Heimweh. Roman von Katharina Maria Tüshaus. Ausgezeichnet mit einem Preise der Graf-Schaffgotsch-Spende. M 7.—, geb. M 9.50. (Verlag von Joseph Habbel, Regensburg und Wien.)

Licht. Ein stilles Buch für stille Menschen. Von Mathilde Stubenberg. M 10.—, geb. M 12.—. (Graz und Leipzig, Ulrich Moser.)

Ein Büchlein von Mutter und Kind und Gott. Von H. L. Herausgeber Dr. J. Klug. M 4.30. — **Einkehr.** Ein Jahrbuch der Seele. Von Dr. J. Klug. M 6.—. (Paderborn, Ferdinand Schöningh.)

Bibelkinder. Jugenderzählungen von M. Kreuser, Religionslehrer. 8°. (300 S.) Brosch. M 6.—, geb. M 10.—. — **Der Freund Christi.** Neutestamentliche Charakterbilder für die Männerwelt. Von Religionslehrer M. Kreuser. M 5.40, geb. M 7.50. — **Die selige Angelina von Marsciano.** Eine Lebensbeschreibung besonders für Mitglieder des dritten Ordens des hl. Vaters Franziskus. M 3.60. (Dülmen, A. Laumann.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Der Ordensstand und seine Gegner



Gedanken u. Tatsachen zu einer Apologie des Ordenslebens. Von P. Erhard Schlund O.F.M. Im Anhang 11 statist. Tafeln. Mit kirchl. Druckgenehmig. gr.8. (VIII, 160 S.) In steifen Umschl. ge . u. beschn. M. 6.—. (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Regensburg.)

Ohne das Wesen des Ordensstandes zu kennen oder erfaßt zu haben, werden die leichtfertigsten Urteile gefällt. Man redet von Menschen, die ihr ganzes Leben Gott, der Wissenschaft, der Arbeit, der Beschaulichkeit gewidmet haben, als von „faulen, müßigen Mönchen“, man faselt von dem ungeheuren Reichtum der Klöster und stellt sich einer Institution feindlich gegenüber, die seit ihrem Bestehen zum Wohl der gesamten Menschheit gewirkt hat. — Um den vielen Vorurteilen und der teils unbewußten, teils bewußten Feindschaft gegen die kath. Orden zu begegnen und über das Ordenswesen der kath. Kirche aufklärend zu wirken, ist das vorliegende Werk bestimmt.

Musik-Instrumente

Harmoniums, Pianinos,

für Orchester, Kirche, Schule und Haus



Violinen, Guitarren, Lauten, Mandolinen in unübertroffener Qualität kauft man sehr vorteilhaft bei

Gebrüder Voigt,
Markneukirchen I.
Schliessfach 40.

Eigene Werkstätte, Reparaturwerkst.

Alte Geigen und Cellos kaufen wir stets zu höchsten Preisen.

Verlags-Buchhandlung Deutsches Quickbornhaus, Burg Rothenfels a/M.

Die Tage auf Burg Rothenfels.

Erster deutscher Quickborntag.

Herausgegeben von Prof. Hoffmann-Breslau. Kart. 7.— Mark. Freibuch 12/13.

. . . zum Quickborn, . . . zum katholischen Wandervogel. Ein weiter Weg. Viel Kampf. Oft Verkennung. Tastend, schüchtern die ersten Schritte, eine echte, katholische Jugendbewegung das Ergebnis . . . und der 1. Quickborntag — die Tage auf Burg Rothenfels — die Weihe unserer Burg zum sichtbaren Ausdruck unserer Einigkeit . . . . bringt Festigung nach Innen und Außen . . . und diese Blätter, dieses Echo jener Tage wollen gar nichts anderes sein als dieses: ein Versuch, die Erinnerung an goldene Tage festzuhalten und jedermann unsere Eigenart kundzutun . . . . Es ist ein fein ausgestattetes Buch, von Jungen und Mädeln verfaßt, mit vielen Kunst- und Lichtbildern von Burg und Tagung.

Bayerische Vereinsbank

Hauptniederlassungen:

München und **Nürnberg.**

Zweigniederlassungen: Aichach, Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bad Kissingen, Bad Reichenhall, Bayreuth, Benediktbeuern, Dingolfing, Dorfen, Erlangen, Freising, Fürth, Garmisch, Hersbruck, Ingolstadt, Kaufbeuern, Kempten, Landsberg a. L. Landshut, Lindau i. B., Mittenwald, Murnau, Neustadt a. Aisch, Neu-Ulm, Oberammergau, Oettingen, Partenkirchen, Passau, Penzberg, Pfarrkirchen, Regensburg, Rosenheim, Schrobenhausen, Schwabach, Schwabmünchen, Schwandorf, Stadtamhof, Stadt Kemnath, Straubing, Sulzbach i. Obpf., Uffenheim, Weiden, Weissenburg i. ., Würzburg, Zirndorf.

Kommanditen: Gottfried Eglinger, Geisenfeld, Joseph Egner, Weissenhorn, Gebrüder Haas, Rothenburg o. T. Heinrich & Co., Au bei Freising, Alto Rössler, Altomünster, J. Weiskopf, Krumbach.

Am 28. Februar 1920 hat die

69. Verlosung

von $3^1/_2$%igen und 4%igen Pfandbriefen und $3^1/_2$%igen und 4%igen Kommunalobligationen der Bayerischen Vereinsbank

stattgefunden.

Das Nummernverzeichnis über die heute gezogenen sowie über die aus früheren Verlosungen und Kündigungen rückständigen Stücke ist bei allen Einlösungsstellen (s. unten) unentgeltlich erhältlich.

Am 30. April 1920 treten die verlosten Pfandbriefe und Kommunalobligationen ausser kuponmässige Verzinsung. Bei verspäteter Einlösung wird ein Depositalzins von 1% vergütet.

Die Einlösung erfolgt zum Nennwert zuzüglich der Stückzinsen kostenfrei bei unseren Niederlassungen und Kommanditen, bei den Niederlassungen der Bayerischen Staatsbank, bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M. und allen Pfandbriefvertriebsstellen.

An Stelle der verlosten Stücke können sofort 4%ige Pfandbriefe und 4%ige Kommunalobligationen bezogen werden, welche auf unsere Kosten versandt werden.

München, den 28. Februar 1920. **Die Direktion.**

Widerruf.

Die Schriftleitung des **„Völkischen Beobachter“** erkennt an, daß die in Nr. 2 vom 7. Januar 1920 über das Privatleben des Herrn Professor **Förster** aufgestellten verletzenden Behauptungen objektiv unwahr sind und widerruft hiemit den gesamten Inhalt jenes Artikels; sie bedauert, falschen Informationen eines sonst zuverlässigen Gewährsmannes zum Opfer gefallen zu sein und bittet Herrn Professor **Förster** wegen jenes völlig unbegründeten Angriffes auf seine Ehre um Entschuldigung.

Als Vertreter des Herrn Universitätsprofessor Dr. Fr. W. **Förster** in München, z. Zt. in der Schweiz, veröffentliche ich hiemit den vorstehenden Widerruf gemäß Vereinbarung vom 17. 2. 20 auf Kosten des **„Völkischen Beobachter“.**

München, den 1. März 1920.

Dr. Anton Graf von Pestalozza,
Rechtsanwalt.

Drillinge, Doppelbüchsen, Bockbüchsflinten, Repetierbüchsen in allen Kalibern nur erstklass. Ausführung, Selbstspanner- und Hahnflinten, Teschings und Revolver, Selbstladepistolen in allen Systemen in Ia Ausführung zu soliden Preisen. Fernrohrmontagen werden in kürzester Zeit ausgeführt, ebenso Reparaturen jeder Art.

Richard Fischer jun.
Hofbüchsenmacher, Gera-Reuß

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstrumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 M
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hoflief. Fulda.

Druckarbeiten

in jeder Art und Ausführung vom feinsten Buntdruck bis zur billigsten Massenauflage liefert schnell und billig die

Buchdruckerei „Unitas“
Bühl (Baden)
Schnellpressen-, Rotations- und Setzmaschinenbetrieb

Verlangen Sie Preisliste über

Ahrrotwein
Rheinwein
Moselwein

in besten Qualitäten von

Hermann Schäfer
Weinbau — Weinhandel
Ahrweiler, Rhld.

Statt jeder besonderen Nachricht.



Es hat Gott gefallen, am 19. Februar d. Js., früh 1/210 Uhr, meinen herzensguten Onkel,

den hochwürdigen Herrn Propst von Lissa i. P., Dekan, Ehrendomherrn, ehemaligen Redakteur der „Germania" und Mitglied des Reichstages,

Lic. Joseph Tasch

an den Folgen eines Schlaganfalles nach einem überaus arbeitsreichen Leben im Alter von fast 75 Jahren und im 49. Jahre seines Priestertums in die Ewigkeit abzurufen.

R. i. p.

Dt. Wilke b. Lissa i. P., Februar 1920. **Habricht,** Pfarrer.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag München, Galeriestraße 35a, Gb
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 9.— ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5X gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 85 mm breite Millimeterzeile 375 Pfg.
Beilagen M 15.— das Tausend und Postgebühren.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 14. München, 3. April 1920. XVII. Jahrgang.

Ostern.

Er stiess den Stein hinweg mit aller Kraft
Des ew'gen Lebens. Frei — dem Tod entrafft
Erhob Er sich dem jungen Licht entgegen.
Mit Seiner Gottheit stürmischen Flügelschlägen
Liess Er das schaale Leben drunten liegen,
Ob aller Dunkelheit im Glanz zu siegen.

O Du Vollender! Auferstehet Du!
Entreiss' auch uns der dumpfen Grabesruh.
Gib uns den Ekel an den Niedrigkeiten,
Den Aufstieg zeig uns, Herr, zu Deinen Weiten,
Lehr' uns das Göttliche, die Welt vergessen,
Und glüh' uns neu in Deiner Klarheit Essen,
Lass' uns ob dieses Lebens letzten Dingen
Dein starkes „Sei und Werde" neu erklingen.

M. Herbert.

Lichtgestalten.

Eine Osterbetrachtung.

Von Dr. F. Zoepfl, Mindelheim.

Im Dunkel des Grabes saß lichtumflossen der Engel des Herrn und verkündete den Frauen die über alles frohe Botschaft: „Den ihr sucht, er ist nicht mehr hier; er ist auferstanden. Gehet hin, saget es seinen Jüngern, saget ihnen, er wird ihnen nach Galiläa vorausgehen; dort werden sie ihn treffen und seiner Gegenwart sich freuen". Und wie es der Engel vorhergesagt, so erfüllte es sich. Befreit von den Fesseln des Todes, befreit von aller Last der Vergänglichkeit, verklärt durch Leiden und Wunden, durch Gehorsam und Liebe — so ging der Herr seinen kleingläubigen Jüngern voran nach Galiläa. So, als der Todüberwinder, als der Erlöser und Beglücker der Menschen, so zog er vor ihnen her, als sie nach dem Pfingstfeste die Fahrt in unbekannte Welten antraten. Auf diese Lichtgestalt blickten sie hin, als sie gebunden vor dem Synedrion standen und im Gefängnis schmachteten; auf ihn, den Verklärten, blickten sie voll Vertrauen, als sie einsam durch Wüstensand und Waldesdunkel wanderten; auf ihn schauten sie im Getöse und in der Sündhaftigkeit der Großstadt, in der Nacht eigener Verzagtheit und Ratlosigkeit. Und der Blick auf diese Lichtgestalt machte sie stets wieder mutvoll, sicher und froh. Und siehe, welch ein Wunder da heimlich geschah! Der stete Blick auf diese Lichtgestalt, das Leben in ihm und mit ihm verklärte ihre eigene Seele, sie wurden selbst zu Lichtgestalten, zu opferfrohen, mildreichen, großen Menschen, zu Helden edelster Menschlichkeit. Wer in ihre Nähe kam, ward eigener Weise ergriffen; er fühlte, daß unter diesem staubigen Wanderkleid ein selten großes Herz schlug; er vernahm aus ihren einfachen, ungelenken Worten den Geist Gottes selbst; er sah in diesen milden, klaren Augen ein heiliges, großes Licht leuchten — Morgenglanz der Ewigkeit. Und wie die Sonne in der Frühlingszeit Leben weckt und Leben wecken muß, selbst in den verborgensten Gründen — einen geistigen Frühling trugen sie hin, wohin sie kamen; göttliches, ewiges Leben sproßte auf in dem von Parteihaß zerrissenen Judenlande, in dem mammonistischen Rom, in dem geistesstolzen und doch so geistesarmen Athen, in der sinnlich-schwülen Luft von Korinth und Ephesus; und ehe ein Menschenalter vergangen war, stiegen wieder reine Gebete empor zum Vater des Lichtes; da hatte die Welt wieder makellose Jungfrauen und sorgliche Mütter, ehrliche Beamte und treue Dienstboten, mitleidsvolle Reiche und geduldige Kranke. „Das Reich Gottes ist erschienen", jubelte man hier und dort, „Christus herrscht in der Welt und nicht mehr der Cäsar, Gott und nicht mehr Venus und nicht mehr Mammon". Und die die Welt umgewandelt — sie hatten kein Schwert geführt und keine Aufstände erregt und keine Morde befohlen. Sie hatten gepredigt; aber den Erfolg sicherte ihren Worten die Macht ihrer durch Jesu Geist herrlich verklärten Persönlichkeit.

Ostern ist's wieder geworden in unserm Heimatland. Die rissigen Weiden am Bache schlagen wieder aus, die Lerchen singen ihre alten Lieder, im grünenden Anger tummeln sich wieder die weißen Lämmlein, mächtig ergreifend geht das altvertraute Osterläuten durch die Welt, hin über die Dächer und Türme der Großstadt, hin über die sprossenden Wälder, hin über unsere reichen Dörfer. Es ist das alte Ostern, das die Erde feiert, das sie feierte vor 100 und vor 1000 Jahren, das gleiche Ostern, das auch wir vor wenigen Jahren noch immer so glücklich und nie ohne innere Erhebung gefeiert haben. Wer möchte aber heute des Lerchenwirbels und des Amselschlages sich freuen? Wem käme das Halleluja heuer so frei und befreiend aus der Brust? Wen könnte das Kinderlachen hineinsingen in eine glückliche Osterwelt?

Kinder, ach ihr bleichen Kinder, ihr seid es ja, an denen unsere Osterfreude krankt, ihr, weil wir euch nur eine traurige, zukunftsarme Heimat übergeben können. Zerrissen das Reich, beschmutzt der deutsche Name, versklavt das einst so freie Volk, dahin unser Reichtum; und was das Trübste und Niederdrückendste ist von allem — krank die einst so lichte, frische Seele unseres Volkes. In einem großen, ja man darf sagen, sehr großen Teile des Volkes kein Bewußtsein unserer tiefsten Not, wenig Wille zum Aufbauen, nichts von Helfen, Sichverstehen, Eingreifen. Haben und Genießen, Geld und Macht, was schiert uns das Morgen? — so lacht es irre durch die Ruinen unseres nationalen Lebens.

Soll Deutschland und mit ihm Europa in Trümmer sinken? Soll es verloren gehen an Selbstsucht und Genuß und Unverstand? Soll es kein Ostern mehr geben für dies Land, einst so herrlich und groß? Schwer wie Karfreitagsdunkel legen sich diese Gedanken gerade zur Osterzeit auf die Seele. Doch nein, es muß und wird ein Auferstehen geben! Weß Auge nicht ganz umdüstert ist von Karfreitagstrauer, der sieht ja bereits, daß es durch manche Seelen wie ein Erwachen aus dem langen Schlafe geht, wie ein Ahnen, daß die verzweifelten Versuche der Revolutionszeit, die Streiks, Demonstrationszüge, Parteibildungen die Lage nicht bessern, ein Ahnen auch, daß mit Gesetzen und Landtagsbeschlüssen allein das Heil nicht geschaffen wird. Wie eine Offenbarung dämmert es vor manchem Auge, daß vor allem die Seele des Menschen gelöst werden muß aus den Fesseln des geistigen Todes, aus den Fesseln des Mammonismus und der Selbstsucht, daß die Seele des Menschen vor allem wieder erfüllt werden muß mit Lebensernst und Pflichtbewußtsein, mit Glauben und Hoffen und Lieben, mit Licht vom Ostertag. Ja, das ist die Rettung: jede Menschenseele muß Christi werden, in jeder Menschenseele muß Christus auferstehen.

Doch wer erweckt Christus in den Herzen der Menschen? Wo ist das Zauberwort, das diese erstarrte, fast erstorbene Winterserde neu belebt? Manches ist schon versucht worden. Volkshochschulen, Büchereien, Bildungsabende — die Worte zeigen uns ehrliches Bemühen auf; sie zeugen aber auch von starken Mißerfolgen. Nein, das Wort, das Wissen allein tut es nicht, hat es noch nie getan. Das Volk ahnt dunkel selbst, was ihm mangelt und was es heute bedarf: es ruft nach großen Menschen, nach Führern.

Lichtgestalten, Menschen, in denen Gottes Geist selbst lebendig ist, müssen wieder durch unser Volk gehen. Unsere Vorfahren lasen tagtäglich in der abendlichen Feierstunde ihre Heiligenlegende. An jeder Wegecke war ein Bild des Gekreuzigten aufgerichtet; an jedem Brücklein, unter jedem Torbogen grüßte den Wandergesellen eine Heiligenstatue. Was sie auf der Bühne schauten, war nicht Verherrlichung eines feigen Selbstmordes, nicht Konversation über irgendeine psychische Abnormität, es war das Ringen und Siegen eines sittlichen Helden. Auf Schritt und Tritt begegneten sie Lichtgestalten und Licht strömte über auf ihre eigene Seele; sie wurden gerade, edle Menschen, und glücklich war das Land, das sie beherbergte, glücklich, auch wenn Kriege und Krankheiten darüber hinwegrasten.

Die Lichtgestalten der christlichen und der deutschen Vergangenheit müssen wir mehr als bisher unserem Volke und namentlich unseren Kindern lebendig machen. Wir haben unsere Kinder vielleicht zu einseitig mit Krieg und Kriegsläuften, mit Entdeckern und Eroberern bekanntgemacht; wir haben auf öffentlichen Plätzen die Reiterstandbilder der Franzosen- und Türkenbesieger aufgestellt. Es wäre gewiß eine kindische Uebertreibung, wollte man sich nicht auch tapferer Kriegstaten und unerschrockener Schlachtenhelden freuen. Aber lauter muß das Preislied anderen Helden erschallen, den verschollenen Helden des Alltags, den Helden der Menschlichkeit. Als Lichtgestalten sollen sie durch die Träume unserer Jugend gehen, sie, die da Tag um Tag 12, 14 Stunden in rauchiger Werkstatt schwitzten und unverdrossen schafften und schafften, um ihre sechs Kinder nähren und kleiden zu können und die keinen anderen Lohn heischten, als die trauliche Feierstunde im Kreise der Ihrigen; sie, die in Zeiten der Not keinen Anreiz zur Vermögensbildung sahen, sondern ihre Vorräte um billiges Geld unter die darbenden Mitmenschen brachten, die Frauen, die sich abrackerten in der Sorge um Mann und Kinder und die ganze Familie durch die Kraft ihres heiteren Mutes trugen. Millionen solcher Lichtgestalten hat unser Volk sein eigen genannt. Selten hat ihnen ein Künstler ein Standbild geformt, wenige Gelehrte haben sich um ihre Geschichte bemüht, dann und wann nur hat ein Dichter der „Waschfrau" ein Preislied gesungen. Weckt sie auf, diese vergessenen Lichtgestalten, ihr Lehrer, ihr Priester, ihr Volksfreunde; forscht in den verstaubten Pfarrbüchern, in den vergilbten Gemeindechroniken, in den Erinnerungen von Großvater und Großmutter. Es kann nicht ohne tiefsten Eindruck auf die Buben und Mädchen bleiben, wenn ihr ihnen erzählt von dem und jenem Arbeitersmann, der durch die Straßen ihres Ortes einstens ging, geschmückt mit der unsichtbar schimmernden Krone edlen Menschentums. Mit solchen Erzählungen, die wahrhaft frohe Botschaften sind, sollen die Lesebücher unserer Jugend, sollen die Bücher unserer Volksbibliotheken gefüllt werden.

Doch notwendiger ist noch, daß lebendige Lichtgestalten durch unsere Städte und Dörfer gehen. Wir staunen heute noch, was die ungelehrten hebräischen Männer einst vermochten; wir staunen, wie ein Franziskus, eine Katharina einem ganzen Zeitalter den Stempel ihres Geistes, nein, den Stempel Gottes aufzudrücken vermochten. Sollte die Macht eines edlen, großen Menschen heute weniger stark sein? Sollte die Sonne der Seelen, Christus, heute weniger imstande sein, Licht und Leben zu wecken? Nein, es kann auch heute nicht ohne Wirkung bleiben, wenn einer Familie ein Mann vorsteht, ehrlich, klar, demütig vor Gott, hilfsbereit gegen jedermann. Es kann auch heute nicht ohne tiefste Wirkung bleiben, wenn die Kinder einer Klasse Tag für Tag eine edle, pflichttreue, für alles Hohe begeisterte Lehrerin vor sich haben. Es können auch heute noch zehn, zwanzig durchaus christliche Männer ein Sodoma retten, retten durch das Licht ihrer reinen Seelen. Still und unvermerkt werden sie das Böse verdrängen und Platz schaffen für Gott. Lichtgestalten! Das ist der Sehnsuchtsruf der Gegenwart. Lichtgestalten! Das ist der Gottesruf an die Christen von heute.

Wie aber können die Christen diese dringende Aufgabe der Zeit erfüllen, wie können sie Lichtgestalten werden? Nicht anders denn durch vertrauensvollen, steten Blick auf den, der einst verklärt den Aposteln voranzog. Viele Christen haben heute den Blick auf ihn verloren, auch ihr Auge ist gebannt durch den gleißnerischen Glanz der Erdengüter. „Lumen Christi", ruft der Diakon am Karsamstag unter das Volk, „Christus sei euer Licht!" Christen, Brüder, verklärt von Liebe und Leid und Opfermut entsteigt der Heiland dem Grabe und zieht vor uns her. Wieder ergeht der Ruf an seine Getreuen auf Erden: „Helft eine in Not und Elend versunkene Welt retten!" Ihm nach mit frohem Mut, mit heller Hoffnung! Das Licht ist stärker denn die Finsternis, der Frühling mächtiger denn der Winter, Christus mächtiger denn Tod und Verderben.

Der katholische Adel Deutschlands und die Politik.

Von Alois Fürst zu Löwenstein.

Der Verein katholischer Edelleute Deutschlands hat in seiner Sitzung zu Münster am 24. Februar einen bedeutsamen Beschluß gefaßt, über den die „Köln. Volkszeitung" in ihrer Nr. 165 folgendes berichtet:

„In einer zahlreich besuchten Versammlung des Vereins katholischer Edelleute Deutschlands in Münster am 24. Februar 1920 kam auch die politische Lage zu eingehender Aussprache. Allseitig war man sich darüber einig, daß der katholische Adel auch in der neuen Zeit an den Grundsätzen festhalten wolle und müsse, welche Ketteler, Mallinckrodt, Schorlemer-Alst, Droste-Vischering, Franckenstein, Ballestrem, Galen und Hertling vertreten haben. Vollkommene Einigkeit bestand unter allen Beteiligten weiter darüber, daß der katholische Adel, getreu seiner Ueberlieferung, im kirchlich-religiösen und im national-deutschen Interesse nur solche Abgeordnete durch seinen Einfluß unterstützen könne, welche sich verpflichten:

1. Die Wiederherstellung des christlichen Charakters des öffentlichen Lebens und Staates mit allen Mitteln zu erstreben.
2. Die natürliche Freiheitssphäre der einzelnen und der menschlichen Verbände, zumal der Familie, sowie die Freiheit der Kirche gegen angemaßte Uebergriffe seitens des omnipotenten Staates oder sonstiger Stellen zu schützen, insbesondere den Grundsatz der Unterrichtsfreiheit zu verteidigen.
3. Den Charakter der Gesellschaft und des Staates als eines lebendigen Organismus aus grundsätzlich gleichberechtigten Gliedern, entsprechend den Lehren Leo XIII., anzuerkennen und jede Form der Klassenherrschaft abzulehnen.
4. Den bundesstaatlichen Charakter des Reiches zu wahren.
5. Den monarchischen Gedanken zu pflegen und die Wiederherstellung der Monarchie auf legalem Wege grundsätzlich zu erstreben.
6. Den Ausbau des Wirtschaftslebens nach den Grundsätzen des christlichen Solidarismus unter der Herrschaft der sozialen Gerechtigkeit anzustreben; die im Naturrecht begründete Einrichtung des Privateigentums zu schützen und die Steuerlast unter Ablehnung jeder Vermögensvernichtung und Sozialisierungstendenz nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen.
7. Eine entschieden deutsch-vaterländische Gesinnung zu pflegen und das Kleinod der nationalen Ehre und Würde als letztes und kostbares Erbe einer großen stolzen Vergangenheit zu schützen und zu erhalten.
8. In der praktischen Politik die Grundsätze des ewigen Rechts und der Gerechtigkeit, sowie die Prinzipientreue den Gesichtspunkten augenblicklicher Opportunität weit voranzustellen.
9. Vollkommene persönliche Integrität und Uneigennützigkeit der Abgeordneten zu fordern und die Beamtenstellen lediglich nach Maßgabe der Tüchtigkeit und der persönlichen Eignung zu besetzen.
10. Den Einfluß rassefremder Elemente als der Hauptträger des verderblichen Wuchergeistes, der Korruption und des arbeitslosen Gewinnstrebens aus dem öffentlichen Leben Deutschlands möglichst auszuschalten.

Alle Abgeordneten, welcher Partei sie auch angehören mögen, welche diese Grundsätze anerkennen, dürfen der Unterstützung seitens des katholischen Adels sicher sein."

Die „K. V." hält einige der Programmpunkte für „sicher bedenklich" und beurteilt den ganzen Vorgang als eine offensichtliche Aktion gegen die Politik der Zentrumsfraktion im neuen Deutschland. Diesem Urteil kann ich mich nur in seinem zweiten Teile mit Vorbehalten anschließen. Als Angehöriger der Zentrumspartei und früheres Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages glaube ich jeden der Programmpunkte unterschreiben zu dürfen, wenn ich auch deren Wortlaut nicht uneingeschränkt für glücklich gewählt halte. Dies möchte ich wenigstens vom 1. Punkte sagen: „Wiederherstellung des christlichen Charakters des öffentlichen Lebens". Trug denn das öffentliche Leben Deutschlands vor dem Umsturz „christlichen Charakter"? War es ein christlicher Staat, der gegen den heldenhaften Widerstand der Mallinckrodt, Schorlemer und anderer Leuchten des katholischen Adels den Kulturkampf führte? Aber wahr ist, daß das neue Deutschland einen gewaltigen Ruck weg gemacht hat von jedem Christentum und man wird das Streben freudig begrüßen, dem der 1. Punkt des Münsterer Programms Ausdruck gibt.

Punkt 5 ist meiner Ansicht nach durchaus nicht unvereinbar mit den Grundsätzen eines Mitgliedes der heutigen Zentrumsfraktion — vom alten Zentrumsprogramm gar nicht zu sprechen. Denn die Verfassung stellt den Grundsatz der absoluten Volkssouveränität auf und somit kann das Volk auch über die Staatsform entscheiden. Wiederherstellung der Monarchie auf legalem Wege darf daher auch der anstreben, der sich auf den Boden der Verfassung gestellt hat. Eine Bemerkung noch zu Punkt 10. Das Zentrum hat bisher jeden Antisemitismus abgelehnt. Die Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre werden aber auch dem Zentrumsmann den Wunsch erlauben, „den Einfluß rassefremder Elemente aus dem öffentlichen Leben Deutschlands möglichst auszuschalten". Im Lichte der Münchner Räteregierung z. B. betrachtet, wird dies niemand — der ehrlich-deutsche Jude am wenigsten — als rohen Antisemitismus verurteilen können.

Bedenklich scheint mir vielmehr etwas anderes: der Schlußsatz der Kundgebung. Sollen wirklich alle Abgeordnete, welcher Partei sie auch angehören, die Unterstützung des katholischen Adels finden, sofern sie nur die Münsterer Grundsätze anerkennen? Gemeint kann wohl nur sein, daß jede Partei, die sich zu diesen Grundsätzen bekennt, unterstützt werden soll. Die Verhältniswahl stellt den Wähler nicht mehr dem einzelnen Kandidaten, sondern der Partei gegenüber, die die Listen aufstellt. Die Verpflichtung eines einzelnen Abgeordneten auf ein bestimmtes Programm würde daher wenig bedeuten. Dazu kommt, daß in einem parlamentarisch regierten Staat viel mehr noch wie bisher die Partei, die Fraktion entscheidet, nicht deren einzelnes Mitglied.

Welche unserer Parteien aber könnten das Münsterer Programm unterschreiben, ohne ihre Vergangenheit zu verleugnen? Nach meiner Ansicht kann dies nur das Zentrum und vielleicht die deutschnationale Fraktion. Vielleicht. Werden die Altkonservativen die Lehren Leo XIII. als Grundsätze des Staatsbaues anerkennen? (Punkt 3). Werden sie das Wirtschaftsleben nach den Grundsätzen des christlichen Solidarismus ausbauen wollen? (Punkt 6.) Angenommen, sie tun es, hat dann der katholische Adel die Gewähr, daß diese Partei, wenn er ihr seine Stimme gibt, alles tut, was er von seinen Gewählten verlangen muß? Auch zur Zeit des Kulturkampfes hätten die Konservativen der Forderung zugestimmt, daß die Freiheit der Kirche gegen angemaßte Uebergriffe seitens des omnipotenten Staates zu verteidigen sei. (Punkt 2) Aber wer hat damals die blutig verletzte Freiheit der katholischen Kirche verteidigt, verteidigt auch gegen die Konservativen? Doch nur das alte Zentrum! Und Hand aufs Herz — wer würde heute die Freiheit der katholischen Kirche im Reichstag verteidigen? Ich bestreite den Konservativen durchaus nicht die volle Ehrlichkeit, wenn sie den 2. Punkt des Programms unterschreiben. Aber sie stehen der katholischen Kirche, ihrer Wesenheit, ihren Institutionen, ihren Rechten ganz anders gegenüber als das Zentrum, das seit Bestehen des Deutschen Reiches die einzige politische Vertretung der Katholiken gewesen ist.

Auch in Zukunft bleibt das Zentrum (für Bayern die Bayerische Volkspartei) die einzige politische Vertretung der deutschen Katholiken, wenn es gilt, die Sache Gottes zu verteidigen, die für uns Katholiken doch einzig und allein in der katholischen Kirche die berufene und befähigte Hüterin findet. In treuer Waffenbrüderschaft wollen wir mit allen zusammenstehen, die an Christus glauben und sein Sittengesetz zur Grundlage aller menschlichen Einrichtungen machen wollen. Aber aus bitterer Erfahrung wissen wir, daß wir auf uns selbst angewiesen bleiben, wenn die Wirkungsfreiheit unserer Kirche in Gefahr ist.

Für jeden aber, dem der Himmel höher steht als die Erde, muß es klar sein, daß hier der entscheidende Punkt liegt. So lebenswichtig die Staatsform, die Gesellschaftsordnung, das Wirtschaftsleben auch sind, unendlich überragt sie das Verhältnis der Menschheit zu Gott. Mehr denn je gilt das für den Wiederaufbau Deutschlands — des Staates wie des Volkes. Die Gretchenfrage an Faust: „Wie hast du's mit der Religion?" — das ist der Programmpunkt, der für die nächste und alle künftigen Wahlen der entscheidende sein muß.

Der einzige ist er aber natürlich nicht. Die Partei, die meine Stimme haben will, muß auch in den rein politischen und wirtschaftlichen Fragen möglichst so gesinnt sein, wie es meiner Ueberzeugung nach das Staatswohl erfordert. Darum hat auch der katholische Adel das volle Recht, von denen, die er wählen soll, zu erfragen, wie sie sich zu seinen Grundsätzen stellen. Und wenn der in Münster versammelte Adel die Grundsätze aufstellt, deren Bekenntnis er von den Abgeordneten verlangt, so ist das sein Recht, ja es ist dankenswert, daß er es getan hat. Die Aufstellung dieser Grundsätze bedeutet auch keine Aktion gegen das Zentrum, denn ein Zentrumsprogramm, das diesen Grundsätzen widerspräche, kenne ich nicht. Ja, im wesentlichen kann man wohl sagen, es ist das alte Zentrumsprogramm, das hier in anderer Fassung erscheint.

Wohl aber mag die Münsterer Kundgebung als Kritik der Politik der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung gemeint sein. Ich war selbst nicht dabei, habe auch keinen authentischen Bericht erhalten, aber der Eindruck einer Kritik ist vorhanden. In ihrer Nr. 203 kommt die „K. V." auf die Sache zurück und bringt eine Veröffentlichung des Grafen zu Stolberg-Westheim im Westfälischen Volksblatt. Darin ist bestätigt, daß die Teilnehmer der Versammlung an den alten Zentrumsgrundsätzen festhalten wollen, aber einig sind in Mißbilligung der Entwicklung der Zentrumspartei. Diese Mißbilligung scheint besonders ausgedrückt worden zu sein in den Punkten 4 und 5, dem Schluß des Punktes 6, vielleicht in Hinblick auf den Friedensschluß in Punkt 7 und in Hinweis auf eine inzwischen erledigte Personenfrage in Punkt 9. Alle Vorwürfe, die der heutigen Zentrumspolitik gemacht werden, scheinen im 8. Punkt zusammengefaßt, worin Prinzipientreue verlangt wird.

Ich will es ganz dahingestellt sein lassen, inwieweit die Kritik berechtigt ist und die Kritiker nur daran erinnern, daß die Politik jederzeit — auch unter Windthorst und seinen prächtigen Mitarbeitern aus dem katholischen Adel — die Kunst des Erreichbaren war. Wiederhole aber meine Ansicht, daß auch die heutige Zentrumsfraktion bereit sein dürfte, das ganze Programm zu unterschreiben, mit Ausnahme vielleicht der Forderung nach Pflege des monarchischen Gedankens und des Strebens nach Wiederherstellung der Monarchie auf legalem Wege. Ich will nicht annehmen, daß das abenteuerlich begonnene und ruhmlos beendete Unternehmen des Herrn Kapp einen ernsten Anhänger der Monarchie wankend gemacht hat. Aber man sagt mir, daß einige Mitglieder der Zentrumsfraktion sich grundsätzlich von der Monarchie losgesagt haben. Wie das mit dem alten Zentrumsprogramm vereinbar sein soll, ist mir allerdings nicht faßlich. Etwas ganz anderes ist es, sich zu sagen, daß heute die Wiederherstellung der Monarchie noch nicht möglich ist und daß sie nur auf legalem Wege erfolgen darf. Wiederherstellung auf legalem Wege ist nur möglich, wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit zu der Einsicht kommt, daß in der republikanischen Verfassung sein Heil nicht liegt. Diese Auffassung der Frage dürfte die große Mehrheit der Zentrumsabgeordneten teilen und dann deckt sie sich mit der Münsterer Forderung, auch wenn die Fraktion als solche Bedenken haben sollte, den 5. Programmpunkt heute zu unterschreiben.

Ich sehe auch in der Kundgebung des Münsterer Adels viel weniger die Kritik als eine ernste Mahnung einer immer noch gewichtigen Klasse bisher treuer Zentrumswähler an ihre Vertreter und eine offene Darlegung der Bedingungen, unter denen sie sich bereit erklären zur Mitarbeit. Da diese Bedingungen dem alten Zentrumsprogramm entsprechen, dürfen die Abgeordneten sie nicht leicht nehmen. Auf denselben Standpunkt habe ich mich gestellt, als ich auf dem letzten Parteitag des Zentrums mich bereit erklärte, das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden zu übernehmen — ich erwähne das, weil die „K. V." in ihrer Nr. 165 in sehr freundlicher Weise meine dortige Haltung in gewissen Gegensatz zur Münsterer Kundgebung bringt. Ich

erklärte damals: „Die alten Zentrumsgrundsätze in der neuen Zeit zur Wirkung bringen — in diesem Sinne nehme ich die Wahl an." Was in der Münsterer Kundgebung vielleicht zu wenig hervortritt, ist, daß es sich nicht nur um die alten Grundsätze, sondern auch um ihre Wirkungsmöglichkeit in der neuen Zeit handelt.

Wie soll sich also der katholische Adel Deutschlands zur Politik stellen?

Erstens nur die Partei unterstützen, die den Beweis erbracht hat, daß sie die Freiheit unserer hl. Kirche fördert und gegen jede Beschränkung verteidigt, damit die Kirche ihre Ewigkeitskräfte ungehindert in den Dienst der Gesundung des Volkes und des Staatswesens stellen kann. Zweitens in dieser Partei mitarbeiten: Fühlung nehmen mit den zuständigen Parteiorganisationen, um bei der Aufstellung der Kandidatenliste gehört zu werden; am Wahlkampf teilnehmen, die Versammlungen besuchen, für die Partei reden und werben, wem das gegeben ist; dafür sorgen, daß auch wieder einige Mitglieder des Adels in die Parlamente kommen und dort bestimmenden Einfluß auf die Politik der Fraktion zu gewinnen suchen.

Es mag mehr wie eine Partei geben, in die der Adel paßt. Aber es gibt heute nur eine Partei, die für das katholische Volk paßt. Und der katholische Adel gehört zum katholischen Volk, als Führer auch heute noch.

* * *

Diese Ausführungen wurden geschrieben, bevor die Vereinbarungen veröffentlicht waren, welche Vertreter der Mehrheitsparteien mit der „Zeitung des Generalstreiks" abgeschlossen haben; Vereinbarungen, in denen den am Generalstreik beteiligten Organisationen bestimmender Einfluß auf die Gesetzgebung eingeräumt wird (in einem parlamentarisch regierten Staat!) und worin eine Reihe von Forderungen des sozialen Radikalismus zum Regierungsprogramm erhoben werden. Den Zeitungen zufolge hat die Zentrumsfraktion diese Vereinbarungen gebilligt. Daß dies nur im Drange der Not des Reiches geschehen ist und in der Ueberzeugung, damit zu retten, was noch zu retten ist, bezweifle ich nicht. Aber die allernächste Entwicklung wird erst zeigen müssen, ob die Zentrumsfraktion noch eine Politik treibt, die das katholische Volk unterstützen darf. Der Ruf nach einer neuen Partei, den ich bisher entschieden bekämpft habe, wird verstärkt erhoben werden. Gott erhalte uns das alte Zentrum!

Zwei Berliner Wochen.

Eine Woche des Schreckens, eine Woche der Geduldsprobe.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Veni, vidi, victus sum, könnte Kapp sagen, wenn er noch weiter Lust verspürte, eine mißlungene Kopie von Cäsar zu liefern. Sein Handstreich war schnell inszeniert, aber glücklicherweise auch schnell gescheitert. Ein Husarenritt auf stolzen Rossen zu einem Tor herein; nach fünftägiger Einquartierung auf Flüchtlingsrappen zum andern Tor hinaus. Wenn nur die Nachwehen des Putsches ebenso schnell verschwinden wollten wie sein Urheber.

Während der Schreckenswoche waren die Berliner ein- und abgesperrt; wir wußten nicht, wer uns eigentlich regiert, und wußten noch weniger von den Ereignissen in der Welt. Wir gedachten unserer Brüder in München, die noch bitterere Tage in ihrer Rätezeit durchzumachen hatten. Wir dachten auch an die Pariser, deren „Lichtstadt" während des Krieges ebenso in Dunkel und Unsicherheit lag, wie jetzt die Berliner Straßen mit den streikenden Gaslaternen. Auch mit dem belagerten Paris von 1870 drängte sich die Aehnlichkeit auf. In zwei recht fatalen Punkten: erstens drohte bei längerem Stillstand von Eisenbahnen und Fuhrwerken die Hungersnot; zweitens pochte das Gespenst der „Commune" an das Berliner Tor.

War das nur eine Ausgeburt der gereizten Phantasie? Nein, die Extremen arbeiten tatsächlich sich gegenseitig in die Hände. Gegen die Militärdespotie setzte der Generalstreik ein, und der Generalstreik mußte die Kommunisten ermuntern zu dem Versuch, die Macht an sich zu reißen. Was zur Abwehr von Kapp veranstaltet war, sollte zur Erpressung gegenüber der alten Regierung und den Mehrheitsparteien ausgenützt werden. Aus der geglückten Defensive zur kühnen Offensive! In den Beratungen der sozialistischen Gewerkschaftskommission und der angeschlossenen Verbände wußten die Unabhängigen wieder die Führung zu gewinnen. Man beschloß, die Aufhebung des Streiks von drei radikalen Bedingungen abhängig zu machen: 1. Errichtung einer sozialistischen Arbeiterregierung, 2. Aufhebung aller bisherigen „Wehren" und ausschließliche Bewaffnung einer Arbeiterwehr, 3. entscheidende Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Neuregelung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die alte Regierung ließ sich des lieben Friedens halber auf Verhandlungen ein, und zum Schlusse der ersten Schicksalswoche war man endlich in Tag- und Nachtsitzungen zu einer Vereinbarung mit den Gewerkschaften gelangt, in neun langen Punkten. Den ursprünglichen Forderungen waren die schlimmsten von den Giftzähnen ausgebrochen; die Souveränität der Volksvertretung wurde wenigstens formell anerkannt; für die Neubildung der Regierung wurde nur die „Verständigung" mit den Arbeiterorganisationen vorgesehen, und der „entscheidende Einfluß" auf die wirtschaftlichen und sozialen Gesetze beschränkt. Als Versöhnungsopfer wurden schließlich den Radikalen die Minister Noske und Heine geschlachtet.

Wie eine Ironie des Schicksals mutete es an, daß zum Abschluß dieses Zwischenfalles die Fahne des Klassenkampfes gehißt wurde, während doch die Abwehr der Gegenrevolution gerade durch das Zusammenwirken aller Stände und Klassen gelungen war. Der Generalstreik der Arbeiterschaft hätte keineswegs den schnellen und glatten Zusammenbruch der Kappmacht herbeiführen können, wenn nicht das Bürgertum in seinen weitesten Kreisen und namentlich auch die Beamtenschaft sich an dem passiven Widerstand treu und tapfer beteiligt hätten.

Die Regierung hatte sich behauptet in einer scharfen Kraftprobe. Mußte es nun zu einer Minister- und sogar Regierungskrisis kommen? Es kam doch dazu, und so gerieten wir von einer Woche des Schreckens in eine Woche der quälenden Unsicherheit.

Den Abbruch des Generalstreiks konnten glücklicherweise die radikalen Hetzer nicht verhindern, sondern nur an einigen Punkten etwas verzögern. Dafür setzte aber die Krisis in den oberen Regionen um so schärfer und um so zäher ein. Die Nationalversammlung, die mit Frühlingshoffnungen von Stuttgart nach Berlin zurückgekehrt war, mußte immer noch um einen weiteren Tag ihre Sitzung verschieben.

Von dem ersten Ruf nach Neubildung der gesamten Regierung kam man besonnenerweise zurück auf den Gedanken, es werde wohl eine Ergänzung, also eine Umbildung des Kabinetts genügen. Bei dem Vergleiche in dieser Richtung gab es schon persönliche und parteipolitische Schwierigkeiten. Zum Ueberfluß meldeten sich auch die Vertreter der Berliner Arbeiterschaft, denen man eine gewisse Mitwirkung zugestanden hatte, mit einem Protest gegen das Verbleiben des Vizekanzlers und Justizministers Schiffer, der angeblich mit den Kappleuten sich in Verhandlungen eingelassen habe. Schiffer hat, so weit man weiß, sich und seiner Regierung nichts vergeben, sondern nur die Gelegenheit benutzt, um die Revolutionäre von ihrer Aussichtslosigkeit zu überzeugen und zum Rückzug zu bewegen. Die Demokratische Partei ist sonst wegen Empfindlichkeit und Eigensinn zu tadeln gewesen; doch in diesem Falle kann man ihr nicht übelnehmen, daß sie ihren Parteigenossen Schiffer nicht einfach opfern wollte. Im Verein mit den anderen Schwierigkeiten gab nun die Frage Schiffer den Ausschlag für eine Gesamtdemission des Reichskabinetts. Wer sollte nun das neue Ministerium bilden? Bauer, der bisherige Kanzler, versagte und Hermann Müller, der auswärtige Minister, sprang in die Bresche. Erst nach wiederholten vergeblichen Versuchen gelang ihm die Zusammenstellung einer neuen Koalitionsregierung in der Weise, daß er, Reichskanzler, einstweilen Minister des Auswärtigen bleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im Behinderungsfalle den Unterstaatssekretär Gesandten v. Haniel beauftragt. Die Mehrheitssoz. stellen außer dem Reichskanzler noch den Reichswirtschaftsmin. (Rob. Schmidt), Reichsarbeitsmin. (Schlicke) u. Reichsschatzmin. (Bauer), (die Demokraten den Stellv. d. Reichsk. u. Min. d. J. (Koch), Reichswehrmin. (Geßler), Reichsjustizmin. (Dr. Blunck), das Zentrum den Reichsfinanzmin. (Dr. Wirth), Reichspostmin. (Giesberts), Reichsverkehrsmin. (Dr. Bell), Reichsernährungsmin. (Dr. Hermes) und Dr. David ohne Portefeuille.

Es wird Zeit, hohe Zeit, daß wir aus der Unsicherheit herauskommen. Nicht wegen der Berliner Verhältnisse, die allmählich wieder in das gewohnte Gleise lenken. Aber wegen der Zustände im Reiche. Vor allem muß Abhilfe geschaffen werden im Ruhrgebiet, wo ein grausiger Bürgerkrieg im Angesicht des Feindes ausgebrochen ist als Folge der Berliner Revolte. Erschreckend ist ferner die Sprache in der Pariser Kammer, wo der Ministerpräsident Millerand wieder ein unerbittliches Zwangsverfahren gegen Deutschland ankündigte, weil er die Hoffnung hat, unter dem Eindruck der Militärrevolte die Engländer von der versöhnlichen Richtung wieder abzuziehen.

Eine Missionsenzyklika Benedikt XV.

Von Univ.-Prof. D. Dr. **Aufhauser**.

Eine aus tausend Wunden blutende Welt soll genesen von unheilvollen Kriegsfolgen. Noch mehr als die materiellen Güter mußten die geistigen Gaben der Menschheit unter dem verzehrenden Feuer des Völkerhasses Schaden leiden, zumal jene Kulturfragen, die über die Interessen der einzelnen Nationen hinaus der allgemeinen Kulturgemeinschaft dienen sollen. Für ihren Wert heute seine Stimme erheben, ist eine wenig dankbare Aufgabe.

Um so freudigeres Echo wird das Wort Benedikt XV. von höchster Warte der christlichen Völkerfamilie zugunsten des unter den Kriegsfolgen gleichfalls schwer leidenden Missionswerkes gesprochen[1]), bei allen, die wahre Völkerverbrüderung und eine Wiedererhebung der tief gefallenen Menschheit aus dem sittlichen Tiefstand der Gegenwart auf der Grundlage der christlichen Lebensauffassung sich erhoffen, finden.

Mit Worten dankbarer Anerkennung gedenkt der Papst der verdienten Glaubensprediger der vergangenen großen Missionsepochen, um dann scharf umrissen die Gegenwartsaufgaben aller Beteiligten vor Augen zu führen: die Pflicht der **Bischöfe, apostolischen Vikare und Präfekten** als eigentliche Seele des Missionswerkes all die Sorgen und Mühen ihrer Missionäre zu teilen, die Zahl der Gläubigen, wie der Missionsstationen stets zu mehren, bereitwillig auch Missionäre anderer Orden oder Nationen als Mitarbeiter aufzunehmen, mit den Oberen der benachbarten Missionen sich zu beraten. Besonderes Augenmerk will der Hl. Vater der ungemein wichtigen Frage der Heranbildung eines eingeborenen Klerus geschenkt wissen, der selbst einmal fähig sein soll, die Heidenkirche zu leiten. Dazu bedarf er einer Vorbildung, wie sie auch der europäische Klerus empfängt. Die Kirche hat in den verschiedenen, speziell auch in Rom bestehenden Kollegien für die Erziehung eines Eingeborenen-Klerus Sorge getragen.

Heilige Pflicht der **Missionäre** ist es, für das himmlische Vaterland Bürger zu gewinnen, nicht für ihr irdisches Vaterland; sind sie doch Boten Christi, nicht aber Abgesandte ihrer Heimatlande, nur Seelen sollen sie gewinnen, nicht irdische Güter. Die gründliche Ausbildung, derer sie bedürfen, umfaßt besonders Kenntnis der fremden Volkssprachen, vor allem aber Bildung und Festigung ihres Charakters im Sinne eines heiligmäßigen christlichen Lebenswandels. An dem von Urban VIII. gegründeten Kolleg der Propaganda soll ein eigener Lehrstuhl für Missionswissenschaft errichtet werden.[2])

Allen Christgläubigen legt der Papst die heilige Pflicht ans Herz, am Werke der Heidenbekehrung wenigstens indirekt mitzuarbeiten durch Fürbittgebet und materielle Unterstützung mit warmer Empfehlung des Gebets-Apostolates, des Werkes der Glaubensverbreitung und der Kindheit Jesu, des „Werkes des hl. Petrus" für die Erziehung eines einheimischen Klerus wie der Epiphaniekollekte, damit die katholischen Missionen den schweren Konkurrenzkampf der Gegenwart glücklich bestehen. Welch tiefe Bedeutung dieser Bitte des Hl. Vaters zukommt, wird jedem klar, der die gewaltige Veränderung der Lage zugunsten des angelsächsisch-amerikanischen und damit evangelischen Missionswerkes infolge des Kriegsausganges und der Valutafrage bedenkt.

Worte warmer Anerkennung gelten den Missionsschwestern und ihrer segensreichen Tätigkeit in Schule und christlichem Liebeswerk.

Den Bischöfen gilt noch die besondere Mahnung, die Missionsberufe in den Diözesanseminarien treu zu pflegen, da Gott für jeden in die Mission gehenden Priester der Heimatdiözese wieder andere Priester erwecken wird, um den **Priestermissionsbund** in ihrem Sprengel einzuführen. Vorläufer dieser „Pia unio cleri pro missionibus" war die 1912 von Prof. Schmidlin gegründete Missionsvereinigung des Klerus der Diözese Münster, dem bald jener von Paderborn, Trier, Straßburg und Köln (1910) folgte, wie die Santa Lega Apostolica des P. Petazzi S. J. 1915 in Italien, der sich 1916 auch Holland auf Veranlassung von P. Slijpen hin anschloß. Der eigentliche Grundstock für den jetzigen Priestermissionsbund sollte jedoch die von P. Manna S. J. 1916 als gesamt-italienischer Priestermissionsverein begründete und am 31. Oktober des gleichen Jahres vom Papste ehrend anerkannte Pia unione missionaria del clero unter dem Präsidium des Erzbischofes Conforti von Parma werden. Kardinal van Rossum drückte schon am 19. Juli 1918 den Gedanken aus, diese Vereinigung zu einem Weltpriestermissionsbund auszugestalten und fand am 19. Dezember 1918 die Billigung des Papstes. Juni 1919 zählte die Vereinigung mit ihrem Organ „Rivista di Studi Missionari" in Italien bereits 2500 Mitglieder. Die fünf Diözesen Hollands unter dem Präsidium des Erzbischofs von Utrecht schlossen sich als eigene Landesgruppe mit der Vierteljahresschrift „Het Messiewerk" alsbald an; sie zählen heute über 3000 Mitglieder.

Von den deutschen Vereinigungen erklärten am 1. Dez. 1919 Köln, seitdem Trier, Paderborn und Breslau ihren Anschluß; die selbständige deutsche Landesgruppe soll in die Bezirke Köln, Breslau und München sich gliedern und wird mit Gutheißung der Propaganda auch die Diaspora-Seelsorge als Mitzweck umfassen.

Auch die Bischöfe Irlands beschlossen auf der Konferenz von Maynoith am 20. Oktober v. J. der Union beizutreten, einen ähnlichen Schritt dürfen wir wohl bald auch von den Bischöfen der Vereinigten Staaten erwarten. Gerade die angelsächsisch-amerikanischen Katholiken haben heute mehr als je die heilige Pflicht, beim Wiederaufbau des Missionswerkes und dem bevorstehenden Konkurrenzkampf mit den evangelischen Missionsgesellschaften wie bei der Entscheidungsstunde der nichtchristlichen Welt für Islam, Buddhismus oder Christentum ihrer schweren Verantwortung sich bewußt zu werden.

Mit Schmerz erinnert Benedikt XV. daran, daß noch fast eine Milliarde der Menschheit sich nicht zum Christentum bekennt. In der Tat sind nach den jüngsten Berechnungen unter den 1665 Millionen Menschen zurzeit 590 Mill. Christen = 35,4%, davon 279 Mill. röm.-kath. = 16,7%, 179 Mill. evangelisch = 10,7%, 132 Mill. orientalisch = 8,0%, 424 Mill. Buddhisten, Konfuzianer, Schintoisten usw. = 25,4%, 235 Mill. Mohammedaner = 14,1%, 230 Mill. Hinduisten = 13,8%, 174 Mill. Heiden (Animisten, Fetischdiener usw.) = 10,6%, 12 Mill. Israeliten = 0,7%. Nach dieser Berechnung zählen die Monotheisten (Christen, Mohammedaner und Israeliten) 837 Mill. (= 50,2%), die Polytheisten 828 Mill. (= 49,8%).

Freilich, völlig verlässige Angaben vermag die Religionsstatistik um so weniger zu geben, als für viele Gebiete der Erde (vom nahen bis zum fernen Osten, Asiens, Afrikas usw.) nicht einmal die Einwohnerzahl genau bekannt ist, bei vielen Ländern (z. B. Vereinigte Staaten von Amerika u. a.) die Volkszählungen eine Angabe der Religion nicht vorsehen, so daß die Berechnungen oder Schätzungen (aus dem Religionsbekenntnis der Eheschließungen, den Angaben der Kirchenbehörden, der Zahl der Tempel) wohl einen Anhaltspunkt, aber keine sichere Grundlage zu geben vermögen.

Eine weite, weite Welt öffnet sich so noch dem christlichen Missionswerk. Und mögen auch noch so sehr die kirchenpolitischen und religiös-sittlichen Verhältnisse unserer Heimat unser Interesse fesseln, mögen dem deutschen Missionär die Wege in der Fremde auch zeitweilig und teilweise verschlossen bleiben, unsere Gedanken dürfen deshalb in ihrem hohen, weltweiten Fluge nicht erlahmen, unser Empfinden und Fühlen für das Schicksal der katholischen Weltmission trotz der Zeiten Ungunst nicht geschmälert werden. Sonst verdienten wir nicht den Namen dessen zu tragen, der als Testament seinen Jüngern den Auftrag gegeben: „Geht hinaus in alle Welt und verkündet das Evangelium jeder Kreatur" (Mt. 16, 18). Einzig und allein idealer Opfersinn wird in dieser Zeit, die durch ihren sittlichen Zusammenbruch die Folgen der materialistischen Weltanschauung des vergangenen Jahrhunderts erleben muß, wieder Priester- und Missionsberufe heranreifen lassen und so dem schwer gefährdetem christlichen Missionswerk in der Heimat wie in der Fremde die notwendigen Kräfte geben. Hehrste Weihe empfängt dieser Opfersinn an jenem hl. Feuer, das die ganze Erde mit all ihren Menschen in Liebe für Christus entflammen lassen will. Der völkerversöhnende warme Ton der Enzyklika verleiht dem klar entwickelten Weltmissionsprogramm der Kirche eine starke Kraft, die alle engen Sonderinteressen einzelner Nationen oder Orden vor der Erde umspannenden allgemeinen Missionspflicht, aber auch alle Weltversperrung des „Obersten Rates" vor dem gottverbrieften Missionsrecht in ihrer ganzen Kläglichkeit ins rechte Licht setzt.

---

[1]) Encyklika „Maximum illud sanctissimumque munus" vom 30 Nov. 1919 in Acta apostolicae Sedis 11 (1919). 440—455.

[2]) In Münster wurde 1911 der erste Lehrstuhl für katholische Missionswissenschaft errichtet, 1918 ein solcher auch in München, vgl. meine Broschüre, „Die Pflege der Missionswissenschaft an der Universität", Gießen 1920.

Der Elternbeirat und die Schule.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. J. Hoffmann, München.

Was man in das Leben einführen will, sagt einmal Humboldt, muß man zuerst in die Schule einführen. Noch jede Zeit, die mit der Vergangenheit brach und durch neue Ideen der Welt einen neuen Weg zeigen wollte, hatte darum ein besonderes Augenmerk auf die Schule. Diese sollte die kommende Generation für das Neue gewinnen. So trachten auch unsere Tage die Schule als Wegbereiterin für ihre Absichten zu benützen.

Eine Reihe von Jahren vor dem Kriege gingen zwei Bestrebungen nebeneinander her. Die Volksschule kämpfte um Befreiung von der geistlichen Schulaufsicht und verlangte eine solche von Fachmännern, in den höheren Lehranstalten aber suchten Elternvereinigungen Einfluß zu gewinnen. So geschah es namentlich in München. Hier war 1907 eine Elternvereinigung ins Leben getreten mit dem Ziele, gegen den „Zwang" der Schüler zum Besuch des Schulgottesdienstes anzukämpfen. Diese Elternvereinigung hatte allerdings das Eigenartige, daß sie nur zum Teil aus Eltern bestand, die Söhne oder Töchter an Mittelschulen hatten: „Auch unsere Elternvereinigungen sind, ihrem Namen zum Trotz, von allem Anfange an nicht ausschließlich eine Zusammenfassung von solchen Männern und Frauen gewesen, die als Eltern sozusagen am eigenen Leibe Erfahrungen mit der Schule machten, und es ist heute unser Stolz, daß wir viel treue Mitglieder besitzen, die längst kein Kind auf der Schule haben" (Festschrift zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Elternvereinigung München, 1917, S. 10). Und von den Elternmitgliedern, die mit dem „Zwang" zum katholischen Schulgottesdienste unzufrieden waren, war ebenfalls nur ein Teil katholisch. Diese Elternvereinigung erlangte auf die oberste Schulbehörde in Bayern einen großen Einfluß (vergl. den Bericht in der genannten Festschrift von Hofrat Dr. Fr. Crämer); so wurde auch zur Beratung der neuen Schulordnung, die im Jahre 1914 erschien, ein Delegierter aus ihr zugezogen. Seinen Bemühungen ist es gewiß zuzuschreiben, daß in der Einführung dieser Schulordnung das Ministerium ermächtigt und angewiesen wird, behufs Anstellung eines Versuchs wegen der Einführung von Elternbeiräten das Erforderliche anzuordnen. Am 1. Oktober 1918 rief ein Erlaß des Kultusministers Schmidt in Preußen Elternräte ins Leben, zunächst nur für die höheren Lehranstalten und mit keinerlei Aufsichtsbefugnissen, sondern mit einer Tätigkeit beratender Natur.

Nun kam die Revolution; sie machte die Sozialdemokraten zu Herren der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsfragen; Volksschullehrer erhielten weitreichenden Einfluß. Eine der ersten Taten war die Beseitigung der geistlichen Aufsicht über die Volksschule; in Bayern vollzog sich diese glatt, in Preußen wurde in manchen Gebieten von katholischen Eltern Widerstand geleistet. Gleichzeitig setzte der Ausbau der Elternbeiräte ein. Am 5. Nov. 1919 erfolgte die Verordnung des Ministers Haenisch für Preußen, die sich in vielen Stücken an die vorrevolutionäre anschließt, doch auch Abweichungen enthält. Der Elternbeirat setzt sich nur aus Eltern zusammen, die aus umständlicher Wahl hervorgehen. Zur Tagung kann, muß jedoch nicht, das Lehrerkollegium mit beratender Stimme herangezogen werden. Die Verordnung gilt für alle Schulen, die elementaren wie die höheren, und schafft somit völlig gleiches Recht. Auch der von Haenisch angeordnete Elternbeirat kann keinerlei Aufsicht ausüben, sondern der Schule nur beratend an die Seite treten. Seine Tätigkeit erstreckt sich darauf, „Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulzucht und die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Kinder beziehen, und die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind", vorzubringen. Darüber erhebt sich die Anordnung: „Soll bei schwerwiegenden Verfehlungen gegen einen Schüler die Verweisung aus der Schule ausgesprochen werden oder ihm im Abgangszeugnis eine Sittennote gegeben werden, die ihm das Fortkommen erheblich erschweren oder ihn in den Augen der Allgemeinheit herabsetzen würde, ist mit Zustimmung der Eltern des Schülers der Elternbeirat zuvor zu hören." Wie dieser namentlich im letzteren Falle helfen soll, ist nicht gesagt; vielleicht kann er bestimmen, daß keine Note gegeben wird oder eine, die den sittlichen Stand des Schülers verschleiert und besser erscheinen läßt, als er ist. Beides wäre gewiß nicht unbedenklich.

Die Verordnung Haenischs fand sehr geteilte Aufnahme. Zunächst sind die Lehrer an den Volksschulen unzufrieden, daß auch sie einbegriffen werden. Die „Bayerische Lehrerzeitung" (1920, Nr. 1) zitiert zustimmend eine sehr entschiedene Ablehnung des Erlasses durch die „Katholische Schulzeitung" vom 18. Dezember 1919, die zum Vergleich die ganz anders geartete Lage der bayerischen Volksschule heranzieht. Die zitierte norddeutsche Lehrerzeitung führt u. a. aus: „Man schafft eine vermehrte und verschlimmerte Ortsschulinspektion. An großen Systemen können sich die Vertreter gleich ablösen und andauernd den Schulbetrieb belästigen. Da wäre es einfacher, man bringt in jeder Klasse eine Galerie an mit freiem Zugang von außen — —. Dann werden zu Ostern die Eltern ihre Kinder versetzen und die Lehrer werden Erziehungshandlanger — —." Eine ganz eigene Rolle spielen die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen; ihnen geht die Verordnung zu wenig weit, sie hielten Versammlungen in Berlin ab mit dem Thema: „Eltern, bewachet die Lehrer eurer Kinder!" Die „Bayerische Lehrerzeitung" meint hierzu, daß durch einen ausgiebigen Kneippschen Guß jenen fiebernden Gehirnen einige lichte Augenblicke verschafft werden möchten (1920, Nr. 3). Was die Sozialdemokraten vom Elternbeirate wünschen, sagen die Leitsätze, welche die Kommission für Schul- und Erziehungsfragen der Groß-Berliner S. P. D.-Gemeindevertreter an der Hand eines Entwurfes der Wilmersdorfer Stadtverordneten Simson und Oestreich aufgestellt hat, und nach denen zu verfahren sie den Parteigenossen empfiehlt. In öffentlicher Sitzung sollen sich die Elternbeiräte unter vielem andern auch mit der Ausgestaltung des Schulbetriebes, der Unterrichtsmethode und der Erziehungsweise befassen, in der geschlossenen werden unter Zuziehung der klageführenden Eltern die Beschwerden gegen Lehrer behandelt werden; auch über die Wahl des Schulleiters wird hier Beschluß gefaßt. Von der Stellungnahme des Elternbeirates muß seitens der Behörde Kenntnis genommen werden. Kein Schulgesetz, keine Verordnung, keine Maßnahme oder Verfügung von allgemeinem Interesse kann in Kraft treten, bevor die zuständige Instanz der Elternbeiräte darüber gehört worden ist („Die Neue Erziehung", 1919, 17. Heft vom 20. August, S. 580 f.).

Ziemlich nahe reicht die Verordnung des Bayerischen Unterrichtsministers an die schönsten sozialdemokratischen Ideale heran. Er spricht den Elternbeiräten „gutachtliche Aeußerung" u. a. zu über wichtigere Anordnungen, die die einzelnen Anstalten zu erlassen beabsichtigen, über Organisationsfragen, Angelegenheiten der Erziehung und des Unterrichts. Diese Bestimmungen sind zu alledem so allgemein und dehnbar gehalten, daß alles Mögliche hineingelegt werden kann. Welche Wirkungen kommen z. B. den „gutachtlichen Aeußerungen" zu? Die Geschäftsordnung sodann bringt die Leitung der Schüler und das Lehrerkollegium in eine „unerträgliche Bevormundung", schafft eine Degradierung von Staatsbeamten. In würdiger und entschiedener Weise legte die „Freie Vereinigung der Vorstände der Gymnasialanstalten Bayerns" beim Ministerium für Unterricht und Kultus Verwahrung gegen den Erlaß ein. Verletzend für die Lehrerschaft an den höheren Schulen ist die unterschiedliche Behandlung der Sache an diesen und an der Volksschule. Für letztere glauben die Verordnungen vom 28. August bezw. 30. Oktober 1919 eigens hervorheben zu sollen, daß den Schulpflegschaften „Aufsichtsbefugnisse über die inneren Schulverhältnisse, insbesondere über den Unterrichtsbetrieb, nicht übertragen werden". Es ist ein langersehnter Wunsch der Volksschullehrer erfüllt: die Schule den Lehrern! und bei der besonderen Art der bestellten Fachaufsicht der Wunsch sogar in der Form gewährt: die einzelne Schule dem einzelnen Lehrer! Man fragt sich: warum in Bayern die Verschiedenheit gegenüber den beiden Schulgattungen? Wurde sie geschaffen in Rücksicht auf die Sache oder in Rücksicht auf die Personen? Was erstere angeht, so möchte man eher an das umgekehrte Verhältnis denken, denn die Beurteilung des elementaren Unterrichtes ist leichter wie ein kritischer Einblick in den an höheren Schulen; zudem haben die Eltern an jenen ein mehr unmittelbares Interesse. Der Mittelschullehrer aber, der erst in reifen Jahren zu seiner Stellung gelangt und unter ständiger Fachleitung des Anstaltsvorstandes steht, dürfte doch kaum weniger verläßig sein als der Volksschullehrer und darum mehr einer Beaufsichtigung durch den Elternbeirat bedürfen.

Auf den Gang der Dinge hat die oben erwähnte Elternvereinigung stark eingewirkt. Diese hatte sich von München nach Nürnberg, Würzburg und Augsburg verpflanzt; die einzelnen Zweigvereinigungen taten sich 1912 zusammen zum „Landes-

verband bayerischer Elternvereinigungen". Von hier waren denn auch die Leitsätze der ministeriellen Verordnung entnommen, die indes noch weitergriffen, als sie schließlich veröffentlicht wurden. Es kann darum nicht verwundern, wenn im Verfassungsausschusse des Bayerischen Landtages am 5. und 6. Februar der Abgeordnete Dr. Piloty, der Vorsitzender der Würzburger Elternvereinigung ist, für die Verordnung lebhaft eintrat. Der Unterrichtsminister aber ließ sich gewiß nicht ungern diese Mithilfe der Elternvereinigung zur Herbeiführung der „unerträglichen Bevormundung" der Lehrer und Leiter an höheren Schulen durch den Elternbeirat und deren „Unterordnung" unter diesen gefallen. Unmotiviert aber ist es, wenn man die Parteien der Rechte, die doch nur die Beschwerden der Schule vorbrachten und ihnen Geltung zu verschaffen suchten, der Parteipolitik bezichtete; könnte nicht, wenn doch einmal in Vorwürfen gearbeitet werden soll, diese Anschuldigung mindestens mit dem nämlichen Rechte der Gegenseite gemacht werden?

Förderung und Vertiefung des Vertrauens zwischen Elternhaus und Schule sollen die Elternbeiräte bewirken. Gewiß eine sehr ernste und wichtige Sache, mit der es bisher nicht in alleweg gut stand! **Dürfen wir durch die neue Institution auf eine Besserung hoffen?** Es möchte zuträglicher erscheinen, wenn der Verkehr zwischen Lehrern und Eltern mehr ein persönlicher und individueller ist, als wenn er „durch Festlegung von Rechten und Pflichten in Paragraphen" sich vollzieht, wie die Vorstände der Gymnasialanstalten in der genannten Eingabe hervorheben; im ersteren Falle vermag eher ein beide Teile befriedigendes und für den Schüler heilsames Resultat erzielt zu werden; hier sprechen Vater oder Mutter und Lehrer miteinander, nicht Behörde zu Behörde. Indes gibt es auch Fälle, in denen eine offiziell anerkannte Vertreterschaft der Eltern an die Schule herankommen kann, namentlich wenn es sich um allgemeine Angelegenheiten an letzterer handelt; so mag es geschehen in Fragen der Organisation der äußeren Seite im Schulleben; z. B. in der Entscheidung, ob durchgehender Unterricht stattfinden soll, bei der Anordnung von Schulfesten, Ausflügen, Sportveranstaltungen usw. Auch hätte der Elternbeirat eine wichtige Aufgabe, die einzelnen Eltern zum richtigen Verkehre mit der Schule anzuleiten und heranzubilden, auf Elternabenden könnten die Angehörigen der Schüler über gar manche Frage des Unterrichtes und der Erziehung aufgeklärt und die Lehrer über die Verhältnisse in den Familien orientiert werden.

Auch in Fragen der Erziehung dürfte es dem Elternbeirate zustehen, ein Wort mitzureden. Wir betonen ausdrücklich, daß wir das Recht der Eltern gegenüber der Schule anerkennen, von ihr in diesem Punkte zu verlangen, daß sie ihren Willen beachtet, besonders in der grundlegenden Seite der Erziehung, der religiösen. Dieses gilt für die elementare wie höhere Schule. Erstere wird nun infolge ihres ganzen Unterrichtsbetriebes diese Forderung noch mehr zu berücksichtigen haben, weil sie mehr eine Erziehungsanstalt ist wie letztere; doch auch diese kann sich über den Willen der Eltern nicht hinwegsetzen. Es ist durchaus falsch, wenn die „Bayerische Lehrerzeitung" immer wieder hervorhebt, die Bayerische Volkspartei fordere für die Volksschule, was sie für die höhere ablehne und habe „zweierlei Maß" (vgl. Nr. 7). Die katholischen Eltern betrachten es als eine Gewissenspflicht und als Gewissensfreiheit, die ihnen durch die Verfassung zugestanden ist, sich um die Art der religiösen Erziehung ihrer Kinder an allen öffentlichen Schulen zu kümmern. Sophistisch ist es, wenn die „Bayerische Lehrerzeitung" diese Bestrebungen der katholischen Elternvereinigungen als „Politik", die nicht in die Schule gehöre, stigmatisieren will, um sie so zu bekämpfen. Auch die Berufung von den schlecht unterrichteten Bauern an die besser zu unterrichtenden kann nichts helfen; die christlichen Eltern werden ihre Rechte auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder an **allen** Schulen zu wahren suchen. Will nun der Elternbeirat in die Sache der Erziehung, auch der religiösen eingreifen, dann ist prinzipiell zuzustimmen, nur muß er sich jedoch bewußt bleiben, daß seine Stellungnahme nur für jene Kinder gilt, deren Eltern mit seiner Anschauung einverstanden sind; eine Verpflichtung der Eltern, die Entscheidung des Beirates in dieser Sache für sich als bindend anzuerkennen, kann es natürlich nicht geben. Neben dem religiösen lassen sich noch andere Gebiete in der Erziehung finden, auf denen der Elternbeirat wohl mitreden dürfte, indes mit etwaigen Wünschen oder Anordnungen recht vorsichtig sein müßte; ich will nur die Frage der geschlechtlichen Massenaufklärung in der Schule nennen, welche der Sozialismus in sein Schulprogramm aufgenommen zu haben scheint.

Ueber den Unterrichtsbetrieb kann dem Elternbeirat kaum eine gutachtliche Aeußerung zugestanden werden; es möchten sonst Dilettanten dem Fachmann Weisungen geben wollen. Auch hier kann kein Unterschied gemacht werden zwischen höheren und elementaren Schulen. Die Beachtung dieser Forderung durch den preußischen Erlaß hebt auch ein Referent in der Zeitschrift „Die Neue Erziehung" anerkennend hervor: „So richtig ich es finde, daß die Elternbeiräte in unterrichtstechnischer Beziehung nicht zuständig sind, so bedauere ich es, daß der Elternbeirat in vielen anderen Fragen keine mitbestimmende Aufgabe hat" (1920, Nr. 1). Ein pädagogischer Mißgriff ist es darum, wenn die bayerische Verordnung den Elternbeiräten eine gutachtliche Aeußerung über Angelegenheiten des Unterrichtes zuspricht. Woher wollen auch die allermeisten Räte die notwendige Kenntnis für eine solche nehmen. „Blitzkurse" und Visitationen des Unterrichtes wären doch sicherlich erforderliche Vorbedingungen. Auf Mitteilungen der Schüler könnte man sich hierbei wohl nicht stützen. Es muß um so mehr verwundern, da die Verfügung von einem Minister ausgeht, der bisher gegen jede nicht fachmännische Beaufsichtigung des Unterrichtes in der Volksschule gekämpft hat und der sogleich nach der Uebernahme des Unterrichtsministeriums die Fachaufsicht hier eingeführt hat, und selbst diese in nicht beschwerender Form. So ist denn nur zu wünschen, daß die Nachprüfung, die die bayerische Verordnung vom 31. Dezember erfahren soll, sie auf den Stand der preußischen vom 5. November 1919 erhebt und die billigen Wünsche der Eltern und Lehrer ausgleicht.

Vielleicht empfiehlt es sich bei dieser Gelegenheit, auch einen in all den bisherigen Verordnungen übersehenen Punkt nachzutragen, nämlich Anweisungen zu geben, welche Eltern zu jenem Ehrenamte nicht zuzulassen seien; da möchte ich mir den Vorschlag gestatten, diejenigen auszuschließen, die notorisch ihre eigenen Kinder nicht erziehen können, und solche, die am Schlusse eines jeden Schuljahres mit der Sorge über das Aufsteigen ihrer Söhne belastet sind. Die Schule ist ein Gebiet, auf dem nur das Beste herrschen darf.

Akademische Klagen und Pflichten.

Von Univ.-Prof. Dr. Gottfried Hoberg, Freiburg i. B.

Es ist von den Katholiken nicht allein in den letzten Dezennien, sondern schon seit mehr als 100 Jahren beständig darüber geklagt worden, daß an den Universitäten die Zahl der katholischen Professoren außerordentlich gering ist. Es handelt sich hier nicht so sehr um die Professuren überhaupt, sondern mehr um jene Professuren, die sich auf die „Weltanschauung" beziehen, an denen die Bedeutung und wissenschaftliche Wertung jener Voraussetzungen hervortreten, die für die Auffassung der katholischen Lehre notwendig sind. Daher gibt es auf dem akademischen Felde für die Katholiken große Flächen, deren Bebauung die Zukunft besorgen soll. Abgesehen von den wenigen Universitäten, an denen „konfessionelle" Professuren eingerichtet worden sind, ist an den übrigen Universitäten in denjenigen Fächern, in denen die „Weltanschauung" naturgemäß hervortritt, in der Regel kein Vertreter vorhanden, der den katholischen Anschauungen vollständig gerecht wird. Selbstverständlich räumen wir das Zugeständnis ein, daß auch von akatholischen Dozenten der katholische Standpunkt in objektiver Weise dargestellt werden kann, und daß dieses auch tatsächlich zuweilen geschieht, aber das Gegenteil tritt sehr oft ein, sei es aus tendenziöser Absicht, sei es aus einseitiger Vorbildung. Daher wurde auf katholischer Seite das Projekt einer katholischen Universität im verflossenen Jahrhundert mit Eifer überlegt. Wenn dieses Projekt nicht verwirklicht worden ist, so zeigt dies, daß es mit Erfolg nicht durchführbar war; wenigstens aber nutzlos gewesen wäre, wenn man sich begnügt hätte mit der Gründung einer **einzigen** katholischen Universität. Der Plan, eine katholische Universität zu gründen, wird im katholischen Deutschland heute sicherlich keinen Vertreter mehr haben. Es hat keinen Zweck, die Nutzlosigkeit eines solchen Planes von neuem nachzuweisen. Nichtsdestoweniger aber besteht die Notwendigkeit, daß die objektive Beurteilung der von der katholischen Lehre geforderten Auffassung mehr an den Hochschulen hervortritt als es seit langem war, und jetzt der Fall ist.

Der Mangel katholischer Dozenten wird nur dadurch behoben, daß sich zahlreichere Katholiken als Privatdozenten habili-

tieren, wie bisher. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß heutzutage für Katholiken bei dem Bestreben, Privatdozent zu werden, nicht mehr besondere Schwierigkeiten entstehen. Auf diese Weise würde die Möglichkeit gegeben, daß von katholischer Seite Weltanschauungsfragen behandelt werden, z. B. daß auch im katholischen Sinne Fragen über Glauben und Wissen dort besprochen werden, wo dieses nicht der Fall war. Zuhörer zu solchen Vorlesungen würden sich einstellen, wenn auch zuweilen nur einige aus Neugierde, Katholiken und Nichtkatholiken, denn auch unter akatholischen Studierenden finden sich solche, die aus bestimmten Gründen die Neigung haben, einen ausgesprochen katholischen Dozenten zu hören. Aber, so wird man fragen, wie steht es mit der Beförderung solcher katholischer Privatdozenten? Die Erfahrung wird lehren, ob in den neuen staatlichen Verhältnissen der Zugang zu einer etatmäßigen Stelle katholischen Kandidaten beständig so verschlossen bleibt wie vordem. Nehmen wir aber den ungünstigen Fall an, so ließe sich immerhin erreichen, daß ein Katholik (natürlich vorausgesetzt die wissenschaftliche Tüchtigkeit) wenigstens zum Range eines Professors und zum Examinator der Staatsexamina ernannt würde, auch wenn er in eine etatmäßige Stelle nicht einrücken würde. Aber wie steht es mit einem Gehalt?

Hier kommen wir zur Besprechung einer sehr wichtigen Frage. Denn die Beschäftigung mit der Wissenschaft muß auch „ihren Mann ernähren". Es müßte von katholischer Seite dafür gesorgt werden, daß materiell jene Katholiken unterstützt werden, die im katholischen Interesse sich der Tätigkeit an einer Hochschule widmen. Wenn Gelehrte von wissenschaftlichen Gesellschaften oder von privaten Personen bei der Herausgabe von Werken oder bei der Förderung von Forschungen unterstützt werden, so ist es durchaus entsprechend, daß katholische Gelehrte Förderung der akademischen Laufbahn bei ihren Glaubensgenossen finden. Solche, die sich für eine katholische Universität begeisterten oder noch begeistern, werden hier ein sehr lohnendes Feld der Wirksamkeit finden. Es sollte daher Fürsorge getroffen werden, daß nicht etwa ein Stipendium jungen Gelehrten im Anfange ihrer akademischen Tätigkeit gewährt würde, sondern daß ein festes, hinreichendes Gehalt für katholische Gelehrte bestimmt werde, die eine akademische Stellung vollständig ausfüllen, aber aus irgendwelchen Gründen in eine etatmäßige Stelle nicht einrücken. Auf diese Weise wäre es den Katholiken ermöglicht, daß sie ihr Wort auf dem akademischen Boden zur Geltung bringen und vor allem auf die akademische Jugend einwirken lassen. Es müßte eine besondere Einrichtung auf katholischer Seite geschaffen werden, die für die Beschaffung des Gehaltes zu sorgen hat. Wie dieses geschehen könnte, soll hier nicht besprochen werden.

Die Katholiken dürfen nicht andauernd nur klagen über den Mangel an katholischen Dozenten, sondern sie haben die Pflicht, auch tatsächlich dafür zu sorgen, daß, wenigstens in erreichbaren Grenzen, der katholische Helotenzustand in der Gelehrten-Republik aufhöre.

Zum Jubiläum des seligen Johannes Sarkander.

Von Pfarrer R. Kretschmer, Peterswaldau, Bez. Breslau.

Am 17. März 1620 starb in Olmütz an den Folgen der Folter der Weltpriester Johannes Sarkander, Pfarrer von Holleschau bei Olmütz, der am 6. Mai 1860 von Pius IX. selig gesprochen wurde. Er war ein Marthyrer des Beichtsiegels.

„Ein so ruhmvolles Zeugnis des Glaubens gab auch der ehrwürdige Diener Gottes, Johannes Sarkander, Pfarrer der Diözese Olmütz, der durch langwierige, standhafte Marter auch die Feinde der Religion zur Bewunderung hingerissen und die katholische Kirche durch eine neue Marterpalme verherrlicht hat", heißt es im Dekret Pius IX. Weil der Geburtsort des seligen Johannes, Skotschau in Oesterreich-Schlesien bei Teschen, zur Diözese Breslau gehört, steht das Fest des Seligen am 17. März im Diözesanproprium von Breslau. Darum ist auch vom Herrn Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, die Jubiläumsfeier angeordnet worden. Am 14. März wurde ein Hirtenschreiben des Kardinals von den Kanzeln verlesen. Am 17. März wurde das Fest des seligen Sarkander durch ein feierliches Hochamt mit Tedeum begangen. Eine dreitägige Andacht vor ausgesetztem Allerheiligsten sollte, wo es tunlich erschien, vorausgehen. Im Mai werden in Skotschau große Feiern stattfinden. Was Olmütz selbst, dessen Dom die Gebeine des Seligen birgt, noch unternehmen wird, ist mir noch nicht bekannt.

Das Jubiläum muß uns alle zu großer Freude stimmen. Wie das Jubiläum des heiligen Klemens Hofbauer († 15. März 1820) nicht nur in Wien, wo sein Grab hoch verehrt wird, nicht nur im Redemptoristen-Orden, den er durch seine Heiligkeit so zierte, sondern bei allen deutsch sprechenden Katholiken und noch weiter hinaus mit Recht gefeiert wird, so muß an dem Sarkanderjubiläum auch die katholische Kirche in recht weitem Umfange teilnehmen. Das Fest muß dem katholischen Volke recht zum Bewußtsein bringen, was es an seinen Priestern hat; das Fest muß den Weltpriestern, den Seelsorgern, den Pfarrern besonders, zeigen, wie sie nach dem Vorbilde des Seligen ihre Gemeinden lieben und sich für sie aufopfern sollen. Die Martyrerkrone auf dem Haupt des seligen Sarkander sagt jedem Katholiken, daß man um des heiligen katholischen Glaubens willen alles, selbst den Tod, erdulden muß. Wird sich da nicht jeder zu treuem Festhalten an dem Glauben und an den Vorschriften der Religion verpflichtet fühlen, wenn er an den seligen Blutzeugen denkt! Katholisches Volk und katholisches Priestertum muß sich durch das Jubiläum gegenseitig noch inniger und wirksamer lieben lernen.

Die katholischen Heiligen sind international. Oder soll man nicht richtiger sagen, sie sind die Nation überragend, sie sind herausgenommen aus der engen Zugehörigkeit eines Volkes und prangen nun auf der Höhe der Heiligkeit, im weitleuchtenden Lichte des Heiligenscheines, den die katholische Weltkirche ihnen verlieh, im weiten Weltsaale dieser ihrer Mutter, die sie einst genährt, großgezogen und zu ihren Heldentaten der Arbeit und des Leidens durch Gnadenvermittlung befähigte!

Die Heiligen sind zu groß, als daß sie einer Nation angehören könnten. Das Grab des hl. Petrus und des hl. Paulus gehört nicht den Römern, sondern dem katholischen Weltkreis, der auch einst beide Stätten erbauen half. Wer denkt bei der Herz-Jesu-Verehrung noch daran, daß eine französische Nonne nach Gottes Plan so mächtig mitwirkte zur Vorbereitung dieser Andacht? Wer denkt bei unsern Fronleichnamsfesten noch an eine hl. Juliane von Lüttich? Herz-Jesu-Verehrung und Fronleichnamsfest sind durch Anordnung der Päpste eingeführt und haben damit bei allen katholischen Völkern Heimatrecht und in allen katholischen Herzen einen Platz gefunden. Die katholischen Heiligen sind übernational, aber auch erhaben über ihren besonderen Stand. Sie gehören den Katholiken des Erdkreises, wenn schon einzelne Stände ihre Patronen, einzelne Länder ihre Landespatrone haben, einzelne Gegenden ihre Heimatsheiligen verehren. Wer von den Millionen, die täglich das Vereinsgebet des St. Bonifatius-Vereins sprechen, denkt daran, daß St. Bonifatius ein Benediktiner war? So soll es auch beim Sarkander-Jubiläum sein!

Nicht die Diözesen Breslau und Olmütz sollen das Fest allein feiern. Nicht die Weltpriester allein sollen das Jubiläum als ihre eigenste Angelegenheit ansehen, so weit die katholische Kirche Herzen zur Andacht stimmt und Lippen zum Gebete bringt und Hände zum Bittgebet falten läßt — so weit soll der selige Johannes Sarkander gefeiert werden, von Weltpriestern und Ordenspriestern und allen Ständen des katholischen Volkes.

Aus dem Hirtenschreiben Sr. Eminenz Kardinal Bertram sei hier eine Stelle wiedergegeben:

„Ehret vor allem die Patrone der Diözese und der Gemeinde. Halten sie doch betend die Hand über uns. Ehret die Diözesanheiligen, namentlich dann, wenn bei inhaltreichen Jubiläen und Gedenkfeiern eure Augen sich andachtsvoller auf sie richten.

In diesem Jahre ist es ein Seliger unserer Diözese, dessen dreihundertjährigen Gedenktag wir begehen, nämlich der vom Papst Pius IX. in das Buch der Seligen eingetragene Marthyrer von Skotschau, Johannes Sarkander. . . . Da er ein Seliger unserer Diözese ist, kann euer Bischof nicht schweigend an diesem Ehrentage vorübergehen.

Von frommen Eltern ist Johannes am 20. Dezember 1576 in Skotschau (Bezirkshauptmannschaft Bielitz) geboren. Treu katholischer Sinn und eine echt christliche Erziehung herrschte in seiner Familie. Mit Fleiß und Frömmigkeit bildete Johannes die reichen Talente aus, die Gott ihm gegeben. In Graz erhielt er nach rühmlicher Vollendung seines Studienganges die Priesterweihe, wirkte dann an verschiedenen Orten im geistlichen Berufe und übernahm 1616 die Pfarrei Holleschau bei Olmütz. Dort namentlich erfüllte er mit glühender Liebe die Pflichten eines guten Hirten und eines mutigen Verteidigers des katholischen Glaubens. Es war das eine Zeit tiefgehender religiöser Kämpfe, eine Zeit, in der unser katholischer Glaube durch Irrlehren schwer bedroht und gefährdet war. Da war ein Mann von dem Feuereifer und von der Opferliebe eines Sarkander so recht am Platze. Es gelang ihm auch in kürzester Zeit, Hunderte von Verirrten zur Mutterkirche zurückzuführen. Doch nur wenige Jahre pfarrlicher Tätigkeit waren ihm beschieden. Sein treues Wirken zog ihm die bittere Feindschaft mächtiger Gegner zu. Zeitweilig mußte er seinen Posten verlassen. Bei der Gottesmutter in Czenstochau holte er sich neue Zuversicht für die alsbald drohenden Tage seines letzten und schwersten Glaubenskampfes.

Nach der Rückkehr nach Holleschau wähnten seine Feinde, eine Gelegenheit gefunden zu haben, ihn des politischen Verrates beschuldigen zu können, weil es ihm gelungen war, bei kriegerischem Einfall seine Gemeinde vor der Verwüstung zu schützen. Der tiefere Grund ihres Hasses aber war sein mutiges Eintreten für den heiligen Glauben. 1620 ins Gefängnis geworfen, erduldete er Folterqualen, die zu schildern die Feder sich sträubt. Heldenmütig überstand er die grausame Prüfung. Heldenmütig wies er namentlich das Ansinnen zurück, zu offenbaren, was ihm in der Beichte anvertraut war. Erschöpft von

den Martern, starb er in Kerkerhaft am 17. März 1620. Der Dom zu Olmütz birgt seine Gebeine. Am 6. Mai 1860 vollzog Papst Pius IX. in der Peterskirche zu Rom seine Beatifikation. Seitdem ist seine Verehrung als Martyrer des Glaubens, als Blutzeuge für die Heiligkeit des Bußsakramentes eine Lieblingsandacht des Volkes geworden. — Soll nicht die Diözese, der sein Geburtsort angehört, den dritten Säkulartag seines glorreichen Martyriums mit seiner Heimatsgemeinde freudig begehen?“

Die Rettung seiner Gemeinde vor kriegerischer Verwüstung soll noch näher geschildert werden. Als 1620 polnische Hilfstruppen, die König Sigismund dem Kaiser sandte, durch Mähren nach Niederösterreich zogen, brandschatzten sie unterwegs die Besitzungen der Protestanten, die durch den böhmischen Aufstand ja Feinde des Kaisers geworden waren. Als die polnischen Truppen näher an Holleschau kamen, „sammelte Sarkander am 6. Februar seine Pfarrkinder und riet ihnen den Empfang der hl. Sakramente, um den Zorn Gottes von sich abzuwenden, welchen Rat auch viele befolgten. Als nun am 7. Februar die wilden Legionen auf das Gebiet von Holleschau heranrückten, ging ihnen Sarkander mit dem Allerheiligsten in der Monstranz in feierlicher Prozession unter Psalmengesang entgegen. Sobald die feindlichen Polen dies sahen, stiegen sie von ihren Pferden, warfen sich als Katholiken vor dem Sanktissimum auf die Erde, empfingen den Segen des Priesters und zogen dann ruhig weiter, indem sie zum Schutze gegen die nachfolgenden Scharen eine Besatzung in Holleschau zurückließen.“[1])

Das erste Verhör hatte Sarkander am 13. Februar zu bestehen. Am 14., 17. und 18. Februar wurde er auf die Folter gespannt. Am ersten Tage eine Stunde, am nächsten zwei, am letzten drei. Sarkander duldete sanftmütig, die Namen Jesus, Maria und Anna (die Patronin seiner Pfarrkirche) anrufend. Am zweiten Tage wurde er auch mit Fackeln gebrannt. Am dritten Tage verlangten seine Gegner, er solle aus der Beicht des Lobkowitz dessen Pläne verraten. Sarkander sagte: „Ich weiß nichts und es ist mir in dem Sakramente der Beicht nichts anvertraut worden, und wenn mir auch jemand irgend etwas in derselben anvertraut haben würde, so halte ich dieses nicht in meinem Gedächtnisse und will es auch nicht behalten, sondern habe es in Vergessenheit begraben aus Ehrfurcht vor dem unverletzlichen Beichtsiegel, und ich ließe mich lieber in Stücke zerreißen und wollte lieber alle erdenklichen Leiden mit Gottes Hilfe dulden, als nur einen Augenblick das Beichtsiegel sakrilegisch zu verletzen.“[2]) Hiermit schwieg Sarkander, nur noch zum Gebet öffnete er seinen Mund. Die Fackeln verlöschten von seinem herabfließenden Blute; neue Fackeln mußten herbeigebracht werden. Oel, Harz und Federn streicht man auf seinen Leib, um ihn durch Feuerqualen zum Sprechen zu bringen. Seine Glieder waren durch die Folter zerrissen. Seine Feinde kamen auf den Gedanken, ein Zauber gebe ihm geheime Kräfte. Sie ließen daher seine Haare, den Bart usw. abscheren und die Asche davon gaben sie ihm zu trinken, um den vermeintlichen Zauber zu lösen. Lächelnd nahm Johannes den Trank und rief den Namen Jesus an. Der Unwille des Volkes entmutigte endlich seine Gegner.

Im Kerker lebte Johannes noch 30 Tage. Welch unbeschreibliche Schmerzen muß er da ertragen haben. Er ließ sich ein Brevier bringen und betete das Pflichtgebet der Priester und da seine Hände und Finger, von der schrecklichen Folter zerrissen, ihren Dienst versagten, wendete er mit der Zunge die Blätter des Breviers. „Quotidie horas canonicas recitavid: cumque ob diffratos nervos et disruptos totius corporis artus impos admunia vitae obeunda redderetur, linctu linguae opem manuum in paginis vertendis supplebat.“[3]) Auch ein mitleidiges Mädchen von sieben Jahren half ihm zuweilen beim Umblättern. Der Kuratus Vinzenz Schwinek reichte ihm die Sterbesakramente und unter seinen Gebeten und dem Beisein eines andern Kuraten und zweier ebenfalls wegen des katholischen Glaubens mit ihm gefangener Karthäuser-Mönche gab er am 17. März zwischen 10 und 11 Uhr nachts seine Seele in die Hände seines Schöpfers zurück.

Sein Grab wurde bald vom Volke als Wunderstätte besucht, Johannes als Martyrer des Beichtsiegels verehrt. Eine Reihe von Wundern geschahen auf seine Anrufung hin.

Möchten die Anrufungen des Seligen recht häufig geschehen, so daß, wenn es Gottes Wille ist, er auch einst im Scheine der Heiligenkrone verehrt würde.

Das Gebet der Messe lautet: „O Gott, der du deinen seligen Martyrer Johannes in besonderem Maße gestärkt hast, mutvoll den wahren Glauben zu bekennen und das Beichtgeheimnis gewissenhaft zu bewahren: verleihe uns, wir bitten dich, gegen jegliches Ungemach durch sein Beispiel gewappnet und seine Hilfe geschützt zu werden, durch unsern Herrn . . .“

Das Leben des seligen Sarkander ist sehr wenig bekannt. Fast alle Heiligenlegenden schweigen über ihn. Die des Schlesiers Joseph Jungnitz bei Franz Görlich in Breslau macht eine Ausnahme. Wetzer & Welte's Kirchenlexikon, Bd. 10 (1897) bringt beim Artikel Sarkander die Literatur. Hinzuzufügen ist dem: M. von Montbach, Betrachtungen und Gebete zu dem seligen Sarkander. Breslau 1862. Aus Anlaß des Jubiläums ist soeben in Teschen, Druck und Verlag Dziedzictwo Jana Sarkandra eine Broschüre von dem Geistlichen Theodor Czapula erschienen.

Eine Jungfrau meiner Gemeinde, die nur die hiesige Volksschule besuchte, die täglich kommuniziert und seit Kriegsausbruch mit andern in der Pfarrkirche den Rosenkranz täglich betet, brachte mir als Jubiläumsgabe ein Gedicht, wie sie solche öfters verfaßt. Sie heißt Hedwig Fiebig, und ihr Gedicht lautet:

Laßt frohe Freudenlieder schallen,
Hochpreiset Gottes Huld und Macht!
Am Jubelfest sei Ihm vor allen
Des Herzens Dank und Lob gebracht.
Am Freudentag, dem Tag der Ehren
Dem Seligen im Priesterkleid
Das Lob zu singen, zu vermehren,
Sei liebend unser Herz bereit.
Du Opfer heil'ger Priestertreue,
Der du geschmückt den Marterpfahl,
Gott preisend Tag um Tag aufs neue
Trotz Flammengluten, Folterqual.
Mußt' auch dein Blut die Erde röten
Des Eides Siegel brachst du nicht;
Schlug auch dein Herz in Todesnöten,
Dir war nur heilig deine Pflicht.
Nun zieret dich die Marterkrone,
Du hoher, heil'ger Glaubensheld.
Gott gibt sich ewig dir zum Lohne
In seinem schönen Himmelszelt.

---

[1]) Stadler, Heiligenlexikon. III. S. 296.
[2]) a. a. O. S. 297
[3]) Brevier, Proprium der Diözese Breslau.

Vom Büchertisch.

Tilly Lindner: Musik der Millionen. Soziale Dichtungen. Mit dem Bildnis des Verfassers. Regensburg, Friedrich Pustet. Preis 2.50 M. — Der Dichter des „Bauernsommer“ und der „Visionen der Not“ hat hier von neuem einen bedeutenden Schritt vorwärts getan als der zielstarke Könner, der er ist. Im ganzen genommen, wirken seine vorliegenden Verse, als gehörten sie hinausgehoben ins Weite, Freie: Gebilde für, Botschaften an viele von noch weit Zahlreicheren. Ein Echo von „Millionen“ schwer Arbeitender, für sich, die Ihren und, bewußt oder unbewußt, um das Leben der Allgemeinheit eisern Ringender. „Soziale Dichtungen“ benennt der Untertitel das schmale Bändchen. Ersichtlich beschränkte der Dichter hier den Begriff „sozial“ auf die körperlichen Schwerarbeiter. Er weiß, daß deren Lebensweise gerade jetzt völlig umgestaltet erscheint, aber er weiß auch, daß es bis vor kurzem lange, lange anders war und daß es abermals anders werden wird. Eben deshalb spricht er jetzt zu uns über das große, wendunggebende Problem. Eben deshalb strömt er das starke Mitgefühl des sich Einsempfindens vor uns aus, wuchtet seine Sprache, verschönt, verklärt, erhebt sie zu dem, was sie nach seiner Absicht sein soll: zum unmittelbaren Ausdruck seines schöpferischen Geistes und Herzens, zur Offenbarung einer gewaltigen, ewigen und darum nie aus der Welt zu schaffenden Idee: der des Arbeitsadels und der Mensch mit Mensch und Menschheit, Mensch und Menschheit mit Gott verbindenden und eben deshalb Mensch und Menschheit krönenden Bruderliebe im Heilandssinne. Nicht ein Sänger des Proletariats im althergebrachten Sinne ist Tilly Lindner, der geistig, der wissend Hochstehende: ein Dichter des Gottgedankens der Caritas ist er, des Gottgebotes des „Bete und arbeite“ mit dieser Ausdeutung: daß nur der wahrhaft Liebende wahrhaft zu beten und zu arbeiten vermag. Damit hält der Dichter dem Schwerarbeiterstande und seinen Trägern wie allen, denen es um ihre Lebenspflicht heilig ernst ist, das zu verwirklichende Ideal ihrer gottgesegneten Aufgabe vor: Auswertung aller verliehenen und erworbenen Kräfte auf ein beglückendes Einzel-, vor allem auf ein innig vereinendes und veredelndes Gesamtziel hin.

E. M. Hamann.

M. Herbert: Erntekranz. Regensburg, Jos. Habbel. Preis geb. 4.50 M. — Das Buch trägt seinen Namen mit Recht. Denn was es bringt, ist — selbstverständlich nicht die, sondern eine — Ernte eines Gesamtlebens und -schaffens. Nur ein Mensch und ein Dichter dazu, der ein volles, harmonisch sich ausgleichendes, gewissenhaftest ausgewertetes Erfahrungsleben hinter sich hat, kann solche Bücher schreiben. Also ein echter M. Herbertband, tiefgegründet im Ueberzeugungsboden, Blüten und Früchte darbietend in hellem, eindringendem Lichte, das aus Vergangenheit und Gegenwart auf eine Zukunft deutet, die jene beiden für immer in sich schließt. Inhalt? Einem tiefschürfenden Gedichte an Michelangelo folgen: eine psychologisch eindringendste Skizze aus des Meisters innerem Einkehrleben seiner letzten Tage; eine legendenartige, warm beseelte Erzählung aus der Kindheit, Jugend und der endgültigen Gottzuwendung des hl. Franziskus; drei echte M. Herbert-Erzählskizzen aus unserer Zeit, plastisch hingestellt, durchpulst von rotem Herzblut, in wenigem viel, sehr viel sagend; ein paar duftumwobene Ausschnitte aus der stets so anziehenden Jugenderinnerung unserer Dichterin; eine prächtige Skizze aus intim beobachtetem Tierleben; eine Seelenaufrüttelung zur Liebeserweisung an die einsamen, vernachlässigten Alten; ein sehr schönes Kapitel über dichterische Naturstudien mit feinsinnigen Hinweisen auf die Droste und Lagerlöf, auf Gorki, Gangl und Löns; eine sehr anregende Betrachtung über das Thema „Die fremden Menschen“, d. i. die uns unter unseren Nächsten nicht ohne unsere Schuld fremd Bleibenden; endlich eine humorvolle „Reminiszenz“ mit dem leisen Lächeln der Selbstironisierung: „Mein Lorbeerkranz“. — Bemerkt sei, daß der Name des diesen „Erntekranz“ trefflich schmückenden Bebilderers entschieden hätte genannt werden sollen.

E. M. Hamann.

Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten von Hermann Freiherrn v. Eckardstein. Verlag Paul List, Leipzig. Wie alle Enthüllungen und Memoiren, die nach dem Weltkrieg die Oeffentlichkeit

überraschten, zeigt auch Eckardsteins Werk einen gewissen subjektiven Einschlag. Doch scheint der Verfasser wie wohl kaum ein anderer deutscher Diplomat befähigt, über unsere Beziehungen zu Großbritannien vor 1914 zu schreiben und zu sprechen. Verwandt mit den besten englischen Familien, stand er mit den leitenden Staatsmännern des britischen Inselreiches auf freundschaftlichem Fuße. Als Angehöriger der deutschen Botschaft in London entwickelte er besonders während der langdauernden Vertretung seines erkrankten Chefs eine erfolgreiche Tätigkeit, die zumeist auch von Berlin gewürdigt und anerkannt wurde. Der Wert des Buches gipfelt in dem einwandfreien Nachweis, daß England allein nicht die Schuld trägt an unserem unglücklichen Verhältnis zu diesem Weltreich. Vielmehr war innerhalb der Jahre 1899 und 1914 dreimal die Möglichkeit eines deutsch-englischen Bündnisses in die Wege geleitet. Doch wurde sein Zustandekommen jedesmal durch die Mißgriffe unserer Außenpolitik vereitelt. Zahlreiche in der Urschrift beigegebene Dokumente, der ungekünstelte Stil der Darstellung sichern den zwei Bänden einen Ehenplatz in der Bibliothek des Historikers. P. Bonifaz Schaefer O. S. B.

„Fränzchen“ von Mulli-Mulli. 240 S. 8°, 78 Zeichnungen. Mulli-Verlag, F. Görres, Essen. Preis 8 *M*. Eine Art von Max und Moritz-Geschichte, aber nicht in Versen, sondern in ausführlicher Prosa. Dabei mit offenbar ganz persönlichem Interesse, das den Schluß rechtfertigt, es möchten der Verfasser und die von ihm geschilderten Personen einander nahe genug gestanden sein. Die Einleitung gibt selbst an, daß der Hauptheld, Fränzchen, ein frischer, zu jedem dummen und übermütigen Streich allzeit aufgelegter Dorfbub, getreu dem Leben nach gezeichnet ist, und daß das gleiche von den übrigen jungen und alten Leutchen dieses Buches gilt. Somit ist dieses mehr als eine lustige Geschichte von allerlei Bubenabenteuern — es ist eine von feiner Beobachtung und eindringlichem Verständnisse zeugende Charakterstudie, die in allen wesentlichen Zügen überzeugend wirkt. Das gilt vor allem von Fränzchen und den treuen Genossen seiner Taten Döreschen, ferner von den Gestalten seiner überstrengen Mutter und seines Vaters, einer besonders sympathischen Natur. Das Buch schildert Frohsinn, nicht Leichtsinn und ist von einer erfrischenden Heiterkeit, für die man in jetziger Zeit besonders dankbar sein muß. Dem Stil und Inhalte der Erzählung entspricht der Charakter der vielen Zeichnungen, an denen das Buch einen schlichten fröhlichen Schmuck besitzt. Der vorliegende Band ist der erste, der Fränzchens Schicksale schildert; ein folgender soll sich mit dem seines Jünglings- und Manneslebens beschäftigen. Wenn er ebenso tüchtige psychologische Eigenschaften besitzt, soll er willkommen sein. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Prinzregententheater. Der Dichtung Hölderlins ist in den 150 Jahren seit der Geburt dieses echten, aber weltentrückten Dichters eine breitere Wirkung versagt geblieben. Hyperions Schicksalslied, um das Johannes Brahms so zauberhafte Klänge gewoben, ist der bekannteste Sang dieses Dichters, der heute stärkere Resonanz auf weitere Kreise besitzt. Ein Versenken in die Poesie dieses Hymnendichters ist gewiß gewinnbringend, aber die Gemeinde dieses zarten Schülers Schillers wird, so bedauerlich dies ist, immer eine kleine sein. Ausgeschlossen halte ich es, Friedrich Hölderlin dauernd für die Bühne zu gewinnen, da vermag er niemals zu wirken In zwei Fassungen hat Hölderlin ein Fragment „Der Tod des Empedokles“ hinterlassen; aus ihnen hat Wilh. von Scholz ein zweiaktiges Drama gebildet, dessen Aufführung im Prinzregententheater respektvoll aufgenommen wurde. Die Fabel von dem Philosophen Empedokles, der sich in den Aetna stürzte, um sich dem All zurückzugeben, entbehrt einer starken Handlung. Eine solche suchte der Dichter gar nicht, die Sage war ihm ein Gefäß für seine breit dahinströmende Lyrik, die wir mit größerem Genusse lesen, denn das Theater fordert Handlung, Handlung und wieder Handlung. Daß die Hölderlinschen Verse an die Sprachkultur des modernen Schauspielers besonders große Ansprüche stellen, sei hervorgehoben. Die Aufführung zeigte sich um eine würdige Wiedergabe strebend bemüht. Kunath und Jakobi standen an erster Stelle. Vielleicht hätte ein Raum von der Intimität des Residenztheaters der Dichtung mehr genützt.

Kammerspiele. Die spanischen Dramatiker fanden einst an unserer Hofbühne eine vorzügliche Pflegestätte. Das ist freilich schon lange her, wie ja heute ein Stück von Calderon, Lope und Moreto auf den deutschen Brettern zu Seltenheiten gehört. Um so verdienstvoller war es von den Münchener Kammerspielen, uns wieder einmal eine spanische Komödie zu bieten. Tirso de Molina, wie sich Gabr. Tellez, der spätere Prior des Klosters Soria als Dichter nannte, steht an Geist, Frische und Fruchtbarkeit seinem Meister Lopez nur wenig nach. Die Literaturgeschichte bucht seinen Namen als ersten Bearbeiter des Don Juan-Stoffes, von seinen Stücken sind viele verschollen, viele aber auch erhalten und unter diesen wird „Don Gil de las calzas verdes“ als das reizvollste gepriesen. „Don Gil von den grünen Hosen“ hat denn auch einen sehr starken Erfolg gehabt. Aug. L. Mayer, der Konservator unserer Pinakothek und treffliche Kenner spanischer Kunst, hat mit J. v. Guenther das Stück für die heutige Bühne bearbeitet. Vers und Prosa fließen glatt dahin. Es stören keine veralteten Anspielungen und Scherze, es stören aber auch keine zu modernen Wendungen, wie sie bei solchen Bearbeitungen nur zu leicht unterlaufen. Der Grünbehoste ist ein Fräulein, das in Männerkleidung dem treulosen Geliebten nachreist. Die reiche Erbin, die dieser freien möchte, verliebt sich in den zierlichen Kavalier und daraus entstehen die üblichen Verwicklungen und Irrtümer, wie sie zu solchen Komödien gehören. Nicht der Inhalt ist das wesentliche, sondern die Form. Der liebenswürdige Humor, der sichere Bühnensinn und der gute Geschmack einer ihrer künstlerischen Ziele sicheren Zeit erfreuen uns. Falckenbergs feingetönte Regie hatte auf eine sich meist auf dekorative Andeutungen bescheidende Stilbühne beschränkt und doch wirkte manches Bild — man denke an die aus dem Türrahmen tretende Velasquezgestalt des Schwiegervaters — geradezu suggestiv, dabei wurde der spielerische Reiz dieser Komödien, die Illusionswirkung verschmähen, mit feinem Stilgefühl gewahrt. Sybille Binder spielte die Titelrolle in den grünen Unaussprechlichen des Don Gil und dem pompösen Reifrock der Juana mit viel Anmut und Frische, Grete Jacobsen, Müller, Momber, Schrenk u. a. standen ihr mit viel Glück zur Seite. Lahusen hat eine angenehme, einfache Bühnenmusik geschrieben, die er selbst dirigierte. Pasettis Dekorationen und Kostüme zeigen Farbensinn und Reiz. Das Publikum war sehr dankbar für die über den Bühnenalltag weit hinausreichende Darbietung.

Volkstheater. Zwei Neuheiten. Die erste wurde mit freundlichem, die zweite mit sehr herzlichem Beifall aufgenommen. Sprechen wir von der letzteren, bedeutenderen zuerst. „Die Witwe von Ephesus“ von P. Putzbach nennt sich die Geschichte eines Lustspieles. Wir sehen das Leben und Treiben im Büro eines Theaterdirektors, wobei Publikum und Presse einige nicht neue, aber immer wieder nachahmenswerte Wahrheiten zu hören bekommen, erleben dann die Bühnenprobe eines Schauerdramas mit interessanten Einblicken in die Technik der Bühne und sind am Schlusse gar Zeugen einer Uraufführung, wobei der Theaterdirektor im Publikum Platz nimmt und am Ende der beglückte Dichter eine Ansprache an seine Hörerschaft hält. Das ist alles recht nett. — Die „Witwe von Ephesus“ ist eine sagenhafte antike Dame, die sich am Totenlager ihres aufrichtig beweinten Gemahles dennoch von einem neuen Verehrer trösten läßt. Der junge Poet, den wir in dem Theaterbüro kennen lernen, ist natürlich über die Witwe entrüstet und schildert sie als eine Ausgeburt weiblicher Schlechtigkeit. Das Stück erweist sich auf der Probe als unfreiwillig komisch und muß abgesetzt werden. Durch allerhand Lebenserfahrungen bekehrt der Poet sich zur Ansicht des Theaterdirektors, daß in jeder Frau ein Stückchen von der antiken Witwe stecke, und daß man in seinen sittlichen Forderungen nicht so streng sein dürfe. So wird aus dem Tragödiendichter der erfolgreiche Autor eines Rokokostückes. Der Umschwung ist psychologisch so wenig überzeugend wie die verkündete bequeme Ethik. Die Aufführung dürfte sehr befriedigen. — Durchaus lediglich in der Darstellung (vorwiegend Koutenskis) liegt die Wirkung des „unvermählten Ehepaares“, eines im übrigen harmlosen Verwechslungsscherzes.

Lustspielhaus. Nach der „lustigen Witwe“ hat sich die Operettengesellschaft Olfers wieder ein Stück gewählt, das einstmals am Gärtnerplatz sich als „Schlager“ erwiesen und es hat seine alte Zugkraft von neuem bewährt. „Ein Walzertraum“ zeigt in der Tat Oskar Straußens musikalisches Können in seiner gewinnendsten Form und die Erfindung ist in seinen fast zu zahlreichen späteren Stücken selten oder nie so frisch wie hier. Auch das Textbuch ist besser als viele, und weiß mit sicherem Theaterinstinkt Rührung und Lustigkeit volkstümlich zu mischen. Was das große Operettenpublikum im Theater sucht, findet es hier, und die Konzessionen an den schlechten Geschmack sind angenehmerweise seltener als in manchen anderen Operetten. Das Stück ist wieder recht hübsch inszeniert. Mizzi Parla als Franzi überstrahlt an Stimmenglanz und Reiz das übrige Ensemble, das indessen durchaus nette, liebenswürdige Leistungen bietet. Das ausverkaufte Haus erwies sich als sehr dankbar.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Ententehilfe der deutschen Wirtschafts-Valuta und Innenpolitik — Kein Preisabbau bei der jetzigen Luxussucht — Mehr Selbstzucht!

Anscheinend hat die Kappsche Gegenrevolution doch etwas Gutes gebracht, nämlich die unleugbare Erkenntnis der Entente, nunmehr und gerade deshalb Deutschland so rasch und gründlich als möglich auf die Beine zu helfen. Nicht nur, dass die Entente, Frankreich eingeschlossen, der deutschen Reichsregierung zu der raschen Ueberwindung der Krise Glückwunscherklärungen abgegeben hat, unsere seitherigen Gegner beginnen auch zur Tat überzugehen. Wenn Amerika wirklich beabsichtigt, mit Deutschland einen Sonderfrieden abzuschliessen, so ist das eigentlich einem anderen Kapitel gutzubuchen. Immerhin kann auch dies nach Umständen für uns politische und wirtschaftliche Folgen günstiger Art mit sich bringen. Jedenfalls sind in den Vereinigten Staaten Amerikas ernst zu nehmende Bewegungen im Gange, Deutschland sowohl Lebensmittel, wie auch Rohstoffe in genügendem Masse zur Verfügung zu stellen, solche Milliarden umfassende finanzielle Transaktionen geldlich sicher zu fundieren und vor allem Deutschland gegen Willkür und Rachsucht seiner Westangrenzer zu schützen. Sogar in Frankreich mehrt sich die Geneigtheit, Verhandlungen mit Deutschland hinsichtlich eines Wirtschaftsabkommens zu treffen. Eine deutsch-französische Kommission wird zu diesem Behufe bereits in nächster Zeit zusammentreten. Wir wollen uns nicht täuschen; schuld daran ist nicht zuletzt die Gestaltung am internationalen Valutenmarkt. In der Schweiz erfuhr in der jüngsten Woche vor allem der italienische Lire und der französische Franken aufsehenerregende Kursrückgänge derart, dass dortselbst Tiefrekordnotizen von 28 bezw. 38 registriert werden mussten. Die lateinische Münzunion ist ins Wanken geraten. Italien und Frankreich müssen für ihre Wirtschaftsaufbesserung dringende Abhilfe schaffen, das ist nur möglich, wenn Deutschland, das vor Kriegszeiten Grossabnehmer der Erzeugnisse solcher Länder war, raschest in den Stand gesetzt wird, produktiv zu wirken, also zur Handelsbilanz dieser Länder aktiv mitzuarbeiten.

Um so bedauerlicher sind die Folgen des durch die erlebte Gegenrevolution aufgelösten Bruderkampfes, der Blut und Aufregung genug auch bei den Unbeteiligten hervorgerufen hat. Lange Zeit wird es benötigen, bis der Wiederaufbau und die Wiederbefestigung des unbedingten Vertrauens des Auslandes wiederhergestellt ist. Namentlich die Umtriebe — ob Kommunismus, Spartakismus, Bolschewismus —, die immer noch und sogar mehr denn je unverhüllt bei uns wahrzunehmen sind, hindern jedes Unternehmen grosszügiger Natur schon von Grund auf. Die ganze innerpolitische Konstellation vor und nach der Neubildung des Reichsministeriums und des preussischen Ministeriums bildet Unklarheit und Unsicherheit genügend. Der Verlauf und die Gestaltung unserer Effektenmärkte beweist dies. Meldungen über Vorbereitungen für einen neuen Generalstreik, die mehrtägige Unterbrechung der industriellen Tätigkeit in Deutschland und deren Folgen sind gross genug, um dauernde Schäden zu hinterlassen. Die Lage im Ruhrrevier, die Massnahmen der dortigen Vollzugsräte, die Folgen des „Bielefelder Abkommens", die Wirtschaftsunbillen, hervorgerufen durch den roten Soldatenbund, sind solche Hemmnisse genug, das ganze deutsche Industriegebiet, die Lebensmittelversorgung hintanzuhalten. Ueberraschend günstig bleibt dagegen die Kohlenförderung im rheinisch-westfälischen Bezirk und dieser Faktor kann den dortigen Arbeiterkreisen nicht hoch genug angerechnet werden. Vielleicht ist dadurch der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, doch rascher, als man ursprünglich dachte, wieder auf den Damm zu kommen. Ein weiteres Moment von nicht zu unterschätzender Art ist der nun doch sich merklich vollziehende Preisabbau auf den verschiedensten Gebieten des täglichen Bedarfes. Sogar auf dem internationalen Silbermarkt ist ein nennenswerter Preissturz zu verzeichnen, der nach Umständen indirekt günstige Folgen für uns bringen kann. Im übrigen bleibt jedoch der Valutenmarkt völlig ungeklärt und naturgemäss vollständig abhängig von der weiteren politischen und wirtschaftlichen Gestaltung. Die Notizen der fremdländischen Devisen der letzten Tage in Deutschland bestätigen dies. Massgebend hierbei ist heute wie auch später, wie die Entente gewillt ist, die drakonischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages zur Auslegung und Durchführung zu bringen, namentlich ob und wie die Wiedergutmachungsforderungen, bekanntlich zahlbar in Goldmark, als dauernde Belastung der deutschen Wirtschaft zu verbuchen sind. Dann müssen auch in der Einfuhr und in dem Umsatz von Luxuswaren unbedingt eindämmende Massnahmen getroffen werden. Eine Kurserholung der Mark ist sonst auf die Dauer unmöglich. Wenn der überwiegende Teil des deutschen Volkes gezwungen ist, haussuhalten und sogar in Lebensmitteln zu darben, ist es doch nicht mehr wie recht und billig, die Einfuhr von überflüssigen Waren aus dem Auslande völlig zu verbieten. Auch hierbei hätte die Entente gewisses Interesse und Mitgefühl zu zeigen. Doch darin obsiegt die beteiligte Auslandskrämerkaste. Selbstzucht und Anpassungsfähigkeit nach dieser Richtung ist in Deutschland zum grossen Teil verloren gegangen.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Wirtschaftliche Frauenschule. Zu Ostern dieses Jahres wird in dem landwirtschaftlichen Pensionat der Schwestern U. L. Frau in Geldern (Mutterhaus Mülhausen) mit ministerieller Erlaubnis eine wirtschaftliche Frauenschule eröffnet. Für die Aufnahme ist eine ausreichende Vorbildung durch das Abgangszeugnis eines Lyzeums oder ein gleichwertiges Zeugnis nachzuweisen. Das Ziel des zweijährigen Lehrganges — Maiden- und Seminarjahr — ist die Ausbildung zur Lehrerin der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde. Die Lehrbefähigung, die nach einem weiteren praktischen und Lehrprobejahr sowie einer halbjährigen Ausbildung in Kranken- und Säuglingspflege oder Handarbeit erteilt wird, gilt auch für Gewerbeschulen, wirtschaftliche Frauenschulen, Hauswirtschaftsseminare, Frauenschulen, Gärtnerinnen- und Sonderhaushaltungsschulen. Auch das Amt der Gutsinspektorin, und, nach Besuch einer landwirtschaftlichen Akademie, des Landwirtschaftsdirektors, steht der Landwirtschaftslehrerin offen. Durch eine kräftige Kost und eine ergiebige Beschäftigung im Freien ist auch für die Gesundheit der Schülerinnen bestens gesorgt. Beginn des Schuljahres am 19 April. Weitere Mitteilungen erfrage man bei den Schwestern U. L. Frau, Geldern.

Der Frühling und mit ihm im Gefolge der neue Modebericht des weithin bekannten Dresdener Modehauses Renner ist erschienen. Gerade diesmal ist er besonders berufen, weit und breit zu wirken und Vermittler zu sein in allen dringenden Bedarfsfragen. Nicht nur in seiner Eigenschaft als modischer Führer, auch als praktischer Berater für die Ausgestaltung des eigenen Heims ist er zeitgemäß. Die zu vielen Hunderten zählenden Abbildungen, sämtlich von modisch und gewerblich geschulten Künstlern geschaffen, stellen das Werk in die Reihe der besten Kataloge. Der Modebericht ist unentgeltlich und postfrei zu beziehen durch das Modehaus Renner, Dresden, Altmarkt.

Die **Weizinger-Auktionen** (vgl. die diesbezügl. Notiz auf S. 177 d. Nr. 12/13 der „A. R." und die Inserate in der gleichen und in der vorliegenden Nummer) sind auf den 12. mit 14. bzw. 15. mit 17. April verschoben worden.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: i. V. H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 9.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 375 Pfg. Beilagen M 15.— das Tausend und Postgebühren. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

№ 15. München, 10. April 1920. XVII. Jahrgang.

Das Geheimnis der Kultur.

Von Prof. Dr. Johannes Chr. Gspann, St. Florian-Oö.

Kultur ist ein stolzes Wort. Und ein tausendfach widerhallendes Wort. Von Kultur und kultureller Entwicklung der Menschheit und kulturellem Aufstieg spricht der halbgebildete Wanderredner in der rauchgeschwängerten Wirtsstube. Von abendländischer und morgenländischer Kultur doziert in abgemessenen Sätzen der Kunsthistoriker auf dem Katheder. Die kulturellen Leistungen der einzelnen Völker beleuchtet in dickbändigen Büchern der Ethnograph, über die Kulturkraft von Kunst und Wissenschaft verbreitet sich der Philosoph. In Reden und Zeitschriften begegnen wir unzählige Male dem Wort Kultur und seinen reichverzweigten Zusammensetzungen.

Ja, ein stolzes Wort ist Kultur und das am öftesten gehörte Schlagwort unserer Zeit.

Wenn wir aber alle Redner, Professoren und Philosophen fragten: „Was ist denn eigentlich Kultur?", so kriegten wir so viele, aber auch so verschieden gefärbte Antworten, wie wir fragten. Die einen sehen Kultur in jeder Entwicklung, die anderen nehmen nur Kunst und Wissenschaft, höchstens noch Technik als Kultur. Dritte sagen, Kulturfragen seien nur Seelenfragen, wieder andere wollen nur religiöse Entwicklung und Entfaltung als Kultur gelten lassen.

Alle diese Antworten enthalten nur ein Körnchen Wahrheit, sie stellen nur eine Seite des Begriffes Kultur dar.

Um das Wesen der Kultur zu ergründen, muß man von hoher Warte aus das gesamte Geistesleben des menschlichen Geschlechtes überschauen. Es ist diese Betrachtung eine Geschichtsphilosophie ganz eigener Art, die umfassendste und tiefstschürfende zugleich. Und innerhalb dieser universalen Geschichtsphilosophie muß die Untersuchung gemäß der Mahnung Goethes

„Schau mit Klarheit jedes Eine,
Daß es dir ein Ganzes scheine
Und des Ganzen tiefvereinte Fülle
Deinem Blick Unendlichkeit enthülle"

den feinsten Linien und kleinsten Zügen menschlicher Entwicklung folgen. Menschlicher Entwicklung überhaupt. Die minutiöseste genetische Methode muß im Dienste der tiefsten und reichsten Geschichtsauffassung stehen. Ernst Bernheim sagt ja, daß die heute allgemein anerkannte und herrschende genetische Geschichtsauffassung zur Grundvoraussetzung die Einheitlichkeit des menschlichen Wesens habe, „denn nur ein einheitlich Angeschautes kann man sich zusammenhängend entwickeln denken."[1]) Gewiß! Die Einheitlichkeit des Menschen und des Menschengeschlechtes ist die einzig haltbare Grundlage für die Einzeluntersuchungen nach genetischer Methode und für umfassendste Geschichtsphilosophie. Ist die Einheit des Menschen und des Menschengeschlechtes der goldene Rahmen, dann läßt sich ein geschlossenes, harmonisch wirkendes Menschheitsbild malen, das sich dem Rahmen wundersam einfügt. Die einzelnen Pinselstriche, Farben-, Schatten- und Lichtwirkungen . . . sind die Tausende kausaler Zusammenhänge und innerer Wechselwirkungen.

So haben wir vom katholischen Standpunkt aus die günstigsten Voraussetzungen für eine Erfassung des Wesens der Kultur. Die katholische Theologie lehrt, daß jeder Einzelmensch eine Natureinheit, eine Natursynthese darstelle. Leib und Seele sind zu einer abgeschlossenen Persönlichkeit verbunden, so, daß die Seele die alleinige Wesensform des Körpers ist, das einzige Prinzip des dreifachen Lebens in uns, des vegetativen, sinnlichen und geistigen Lebens. Der Mensch ist der Mikrokosmos, die Miniaturwelt, er „existiert wie der Stein, wächst wie die Pflanze, fühlt wie das Tier und denkt wie der Engel. Er faßt in sich alle niederen Daseinsformen zusammen, um sie zu krönen durch sein Verstandesleben". So schreibt ein feingebildeter Philosoph des 3. Jahrhunderts und schildert dann weiter diese wundervolle Einheit jedes Ich bei aller reichen Mannigfaltigkeit der Menschennatur, die alles Geschaffene repräsentiert und enthält. „Als Gott den Menschen schuf, hat er sozusagen eine Brücke geschlagen zwischen der Welt der Geister und der Welt der Körper; er hat durch einen dauernden Bindestrich Materie und Intelligenz verbunden. Die besondere Funktion des Menschen ist, die Materie zur Höhe des Geistes zu erheben, auf ihr den Strahl der sittlichen Schönheit leuchten zu lassen, sie zu veredeln durch dieses innige Verhältnis und die andauernde Berührung, kurz, sie mit aller Größe des Verstandes zu verknüpfen. Durch sein Organ, durch seine Vermittlung erhebt sich das physische Universum, das in seinem Leib wie in einem erhabenen Abriß zusammengefaßt ist, zu seinem Schöpfer, den es preist durch die Stimme eines natürlichen Vertreters, des Königs und Hohenpriesters der Schöpfung. Deshalb nimmt der Mensch, der bestimmt ist, zwei Welten zu verknüpfen, zugleich an beiden teil.[2])

Die katholische Theologie lehrt ferner, daß alle Menschen von einem einzigen Paar abstammen. Dieser Satz ist heute „katholische Lehre", wie die Zensur lautet und wird auf dem nächsten allgemeinen Konzil zum Dogma erhoben werden. Denn der dogmatischen Kommission des Vatikanischen Konzils lag schon folgender Kanon vor: „Wenn jemand leugnet, daß das gesamte Menschengeschlecht von dem einen Stammvater Adam seinen Ursprung habe, der sei aus der katholischen Kirche ausgeschlossen".

Diese Einheit des Individuums und des ganzen Menschengeschlechtes kann auch von der Philosophie bewiesen werden. Die Einheit des Individuums in der beschriebenen Weise kann stringent bewiesen werden, die von ungläubigen Naturforschern gegen die Einheit des Menschengeschlechtes erhobenen Einwände können zurückgewiesen, und eine stattliche Reihe von positiven Beweisen für die Einheit kann beigebracht werden.[3])

Damit ist die feste Grundlage für die genetische Methode in unserer Untersuchung nach dem Wesen der Kultur geschaffen. Alles, was geschaffen worden ist, ist nach der Lehre der göttlichen Offenbarung Nachahmung Gottes, denn „das Unsichtbare an Gott wird seit der Schöpfung der Welt durch das Erschaffene erkannt und geschaut" (Röm. 1, 20). Alles, was war, ist und sein wird, hat von Ewigkeit her ein ideal-eminentes Sein in der göttlichen Weltidee. Nach dieser ist alles geschaffen, wie ja auch jeder menschliche Künstler seine Idee realisiert. Die göttliche Weltidee, das göttliche Denken ist aber nicht wie das menschliche Denken ein Akzidens, wie die Schule sagt, sondern hat wegen der unendlichen Vollkommenheit Gottes den höchsten Grad des Seins, ist also Person. Göttliche Weltidee und göttlicher Logos sind real das gleiche, dem ewigen Logos (= verbum, Wort) entstammt alles Geschaffene (S. Augustini, Tract. 1, 17 in Joann).

[1]) Bernheim, Ernst, Einleitung in die Geschichtswissenschaft, Leipzig 1905, 11.

[2]) Athenagoras, *Περὶ ἀναστάσεως νεκρῶν*. Deutsch von A. Bieringer, Kempten, 1875, 135 ff.

[3]) Vgl. für die Einheit des Individuums S. Thomae, S. th. 1 qu. 76 oder Mercier, Desiré, Psychologie II. Band. (Nach der sechsten und siebenten Auflage des Französischen ins Deutsche übersetzt von L. Habrich, Kempten und München 1907); für die Einheit des Menschengeschlechtes mein Buch Schönheit der katholischen Weltanschauung (2., Einsiedeln 1915).

So verstehen wir St. Johannes: „Im Anfang war das Wort und das Wort war bei Gott und Gott war das Wort. Dieses war im Anfang bei Gott. Alles ist durch dasselbe geworden und ohne dasselbe ist nichts geworden von dem, was geworden ist“ (Jo. 1, 1 ff).

Weil sich Gott von Ewigkeit her im Wort geistigerweise ausspricht, ist auch das „Wort Fleisch geworden“ (Jo. 1, 14). Unser geistiges Wort ist das Bild unserer Seele und das ewige Wort ist das adäquateste Bild Gottes. Hier liegen auch schon die Zusammenhänge zwischen Wort und Sohn Gottes aufgedeckt. Weil die Selbstvorstellung eine geistige Zeugung ist, wird das ewige Wort auch Sohn genannt. Und wieder ist der Sohn das Bild des Vaters. Erzeugen und Erkennen laufen parallel, beide haben die immanente Tendenz nach Verähnlichung.

Damit betreten wir ehrfurchtsvollst erschauernd das Gebäude des Geheimnisses der Dreieinigkeit. Das erste und oberste Dogma des Christentums. Weiter können wir nicht gehen. Warum betreten wir den Dreieinigkeitsdom? Weil die persönliche göttliche Weltidee, nach der *alles* geschaffen worden ist, ihre geistige Ruhe und ihren letzten Grund, ihr *letztes Warum* im ersten und obersten Geheimnis findet. Was überhaupt ist, das ist Gott und die Schöpfung. Und die Schöpfung ist das sinnenfällige Nachbild der persönlichen göttlichen Weltidee und diese ist die eigentliche Offenbarung Gottes. *M. J. Scheeben* schreibt dazu: „Die Menschwerdung Gottes ist ihrem tiefsten Wesen nach nicht etwa überhaupt als Menschwerdung *Gottes* oder irgendeiner beliebigen göttlichen Person zu fassen, sondern als die Verkörperung einer aus Gott *entsprungenen* Person und zwar derjenigen, die als Wort und Bild *Gottes* Zeugnis ist, worin er sich, wie nach innen, so auch nach außen offenbart, die als *Sohn Gottes* der geborne Erbe seines Reiches ist, durch den er die Welt beherrscht und regiert, die als „Erstgeborner jeder Kreatur“ *naturgemäß* dazu berufen ist, in ihrer angenommenen Menschwerdung das Haupt des Universums zu sein, die endlich durch ihre hypostatische Sendung nach außen auch den von ihr ausgehenden heiligen Geist in besondere Verbindung mit ihrem mystischen Leibe bringen und so das Siegel und Band der Dreieinigkeit zum Siegel und Band der verklärten Schöpfung sein soll. Im heiligen Licht der Dreieinigkeit und als reale Offenbarung derselben nach außen erscheint also die Menschwerdung des *Sohnes Gottes* sofort in ihrer ganzen und vollen Bedeutung, weil auf ihrer lebendigen Wurzel und in ihrem eigentlichen Mittelpunkt, während sie, wenn man von der Dreiheit der Person absieht, ihren Halt verliert und durch keine äußeren Zweckmäßigkeitsgründe von seiten des Bedürfnisses oder der Vollkommenheit der Welt mehr begriffen oder gerechtfertigt werden könnte.“[4]

Die Menschwerdung des ewigen Wortes oder Sohnes ist also das Nachaußentreten, die sinnenfällige Verkörperung seines ewigen Ursprunges aus Gott und seines Verhältnisses zum Vater und zum heiligen Geiste. Die Menschwerdung des Wortes in der Fülle der Zeiten ist die sichtbare substanzielle Erscheinung der unsichtbaren Dreieinigkeit.

Dieses erste und oberste Geheimnis der geoffenbarten Religion, die Wurzel aller übrigen Geheimnisse, ist das Geheimnis der Kultur.

* * *

Darnach kann die erste, vornehmste Kultur keine andere sein als die Sorge für die *Uebernatur* in uns, die Freundschaft mit Gott durch die heiligmachende Gnade, die Vergöttlichung der Seele durch die Gnade. In der heiligmachenden Gnade nimmt unsere Seele an der göttlichen Natur teil (2. Ptr. 1,4) und diese Vergöttlichung ermöglicht es, daß wir von Gott als *Kinder* angenommen werden, denn das Kind hat die Natur des Vaters, und daß wir *übernatürliche Ebenbilder* des dreieinigen Gottes sind. In der Gotteskindschaft erreichen die formalen Wirkungen der heiligmachenden Gnade ihren Höhepunkt, ja richtig verstanden, ist die Gnade ihrem ganzen Wesen nach Erhebung der vernünftigen Kreatur zum Kinde Gottes. Die unendliche Liebe zu seinem ewigen Sohn treibt Gott an, dessen Bild nach außen zu vervielfältigen und weil die unendliche Liebe Gottes der heilige Geist (begeistert sein = heftig lieben) ist, so stellt unsere Kindschaft, unsere übernatürliche Ebenbildlichkeit einen wunderschönen Reflex der ewigen Ausgänge und Verhältnisse in der heiligsten Dreifaltigkeit dar. Wir sind von Ewigkeit her für ein übernatürliches Ziel bestimmt, die Mittel müssen dem Endzweck entsprechen, also muß die vernünftige Kreatur ein Kind Gottes im besprochenen Sinne sein, um sein Ziel zu erreichen.

Die edelste, schönste Blüte am Baum der Kultur ist die Gotteskindschaft, ist die Uebernatur durch die heiligmachende Gnade, alle übrigen Kulturen müssen dieser Pflege, Sorge, Veredlung untergeordnet sein!

Die heiligen Väter legen die Worte Gen. 1, 26: „Lasset uns den Menschen machen nach unserem Bild und Gleichnis!“ fast ausnahmslos vom übernatürlichen Ebenbild aus. Das N. T. widerhallt von dieser ersten Kulturfrage des Menschen. Die erste Vaterunserbitte heißt: „Zukomme uns dein Reich!“ Das Reich der Gnade in unserer Seele, denn das Reich Gottes ist in uns (Luk. 17, 21). Unser ganzes Sorgen muß sein: „Suchet zuerst das Reich Gottes, alles andere wird euch hinzugegeben werden!“ (Mt. 6, 33).

So erst versteht man im Vollsinn die Worte des größten Gottesgelehrten der katholischen Kirche: Wie der Körper durch die Seele lebt, lebt die Seele durch die Gnade.

Ja, die ganze Menschwerdung Gottes hat als obersten Zweck keinen anderen als unsere erste Kulturfrage. Gott ist Mensch geworden, um den Menschen zum Gott zu machen — das ist die tiefste Auffassung auch vom Wesen der Rechtfertigungsgnade. St. Johannes gibt diesen Zweck mit den Worten an: „Das Wort ist Fleisch geworden und hat unter uns gewohnt und wir haben seine Herrlichkeit gesehen, eine Herrlichkeit, wie des Eingeborenen vom Vater, *voll Gnade und Wahrheit*“ (Jo. 1, 14).

* * *

„Voll Gnade und Wahrheit“. Das führt uns zur zweiten Kulturfrage der *Religion*. Um dieses Problem ganz ausschöpfen zu können, schlagen wir hier die umgekehrte Methode ein und betrachten erst das natürliche Spiegelbild der Religion, die Weltanschauung. Die geoffenbarte Wahrheit ist die Religion, darüber gibt es keinen Zweifel. Wie nun die gesamte Schöpfung sinnenfällige Nachahmung Gottes ist, wie die Natur das sinnenfällige Abbild der Uebernatur ist, so ist eine umfassende, vom Geist des Menschen beherrschte Weltanschauung der Reflex der Religion. Warum? Weltanschauung umfaßt die obersten allgemeinen Ergebnisse der philosophischen Disziplinen und verhält sich zur Philosophie so wie die Philosophie sich zu den einzelnen Wissenschaften verhält.[5] So umfassend ist sie! Nun ist aber alle Wissenschaft „nichts anderes als ein Spiegelbild der Wirklichkeit und ein Nachdenken des göttlichen *Schöpfungsgedankens*,[6] der aber Gnade und Wahrheit gebracht hat, ist das persönliche Denken Gottes, die personale ewige, göttliche Weltidee, nach der und von der alles ist gemacht worden.“

Religion und ihre natürliche Tochter, die Weltanschauung, beschäftigen sich mit den nämlichen Grundfragen, um die sich alles andere dreht, mit den Fragen über *Welt*, *Mensch* und *Gott* und über deren wechselseitiges Verhältnis. Es ist das ein höchst interessantes Ergebnis der vergleichenden Religionsgeschichte und der Religionsphilosophie und kommt uns in unserer Erfassung des vollen Kulturbegriffes hier sehr zustatten. „Wurzelnd in der religiösen Anlage des Menschen sind diese drei Fragen Inhalt schon der ältesten, geschichtlich verfolgbaren Religionen. Je mehr aber die Menschheit heraustrat aus der Unmittelbarkeit des religiösen Lebens, je mehr es ihr bewußt wurde, was sie eigentlich tue bei ihren religiösen Kulten, desto mehr steigerte sich auch das Nachdenken über dieselben und es entstand das Suchen nach dem Grunde alles Seienden — die Philosophie, und zwar die Philosophie in ihrem Kernpunkt, nämlich die Metaphysik, welche eben jene drei Fragen sich vorlegt und deren Beantwortung sich zur Aufgabe macht“.[7]

Wir haben das Geheimnis der heiligsten Dreieinigkeit das Geheimnis der Kultur genannt. Also haben wir nach der vorgeschlagenen Methode hier den Beweis zu führen, daß das Geheimnis eine volle, reine Weltanschauung predigt. Objekt der Weltanschauung sind alle Wahrheiten, die vom Geiste erfaßt werden können. Tritt an die Stelle der Vernunft der Glaube und sind die Wahrheiten geoffenbart, so ist das Religion.

[4]) *Scheeben*, M. J., Handbuch der katholischen Dogmatik, Freiburg 1873, I, 906.

[5]) *Klimke*, Friedrich, Die Hauptprobleme der Weltanschauung, Kempten und München 1910, 11.

[6]) *Portmann*, A., Das System der theologischeu Summe des hl. Thomas von Aquin, Luzern 1903, 1.

[7]) *Hamma*, Matthias, Geschichte der Philosophie, 2, Münster 1908, 1.

Das geoffenbarte Geheimnis predigt **reinste und vollste Gotteserkenntnis.** Es sagt uns nämlich, daß Gott einer sei der Wesenheit, der Natur nach und doch drei göttliche Personen seien.

Nach Weisheit 13, 1 und 13, 5, Rm. 1, 20 u. a. Stellen kann unsere Vernunft sicher das Dasein Gottes erkennen. Nirgends aber im gesamten Universum tritt eine Substanz (Natur, Wesenheit) in mehreren Besitzern auf, überall entspricht **einer** vollkommenen Natur **eine** Hypostase (Träger, Besitzer; die **vernünftige** Hypostase heißt die philosophia perennis Person) und umgekehrt. So zwingt im Bereich der natürlichen Erkenntnisse den Verstand gar nichts, auf einen dreipersönlichen Gott zu schließen. Eine geschickte Kombination des kosmologischen, theologischen und anthropologischen Gottesbeweises ergibt als Vernunftresultat den vollen katholischen Begriff, den einwesentlichen Gottes: Ein realer, denkender, vom Geschaffenen unterschiedener Weltgrund.[8] Weiter kommt die Vernunft nicht. Wo die Vernunft aber aufhört, fängt die Offenbarung an. Diese belehrt uns nun darüber, daß Gott dreipersönlich sei.

Gott denkt, solange er ist und liebt sich, solange er ist: Welch ein unendlich ruhiges, heiliges, glückseliges, innerlich abgeschlossenes Leben! **Dante** schildert im Paradiso (XXXIII, n. 97) seiner Divina Comedia dieses Leben:

„In der Substanz, der unergründlich klaren,
Des hehren Lichts erschienen mir drei Kreise,
Dreifach an Farbe und von einem Umfang.

Und einer schi'en vom andern wie von Iris
Die Iris abgespiegelt, und der dritte,
Wie Glut gleichförmig hier und dort enthauchet.

Wie kurz und schwach mein Wort ist gegen meine
Vorstellung, die verglichen dem Geseh'nen
So ist, daß es nicht g'nügt, zu sagen wenig!

O ewiges Licht, das auf dir selbst nur ruhend,
Allein du selbst dich kennst und, dich erkennend,
Sowie von dir erkannt, dir liebend lächelst.“[9]

Der Weltgrund ist dreipersönlich und ist nach außen in **Weisheit** und durch **Liebe** tätig. So spiegelt das Universum Gottes Dreipersönlichkeit; Weisheit ist Ausfluß des Verstandes, Liebe quillt aus dem Wollen, Liebe ist Wollen, sagt **Thomas von Aquin.**

Das Geheimnis der Dreieinigkeit predigt auch **vollste und reinste Menschenkenntnis.**

Nach der Offenbarung heißt die erste göttliche Person Vater, die zweite Sohn, Wort, Weisheit, Bild, Abglanz göttlicher Herrlichkeit und Ebenbild göttlichen Wesens. Vater und Sohn sind Korrelatbegriffe; die übrigen Ausdrücke sind leicht zu verstehen, wenn man an die geistige (Wort, λόγος, Weisheit) Zeugung (Sohn, Abbild ....) denkt. Die dritte Person heißt Geist, Gehauchter,[10] Liebe, Geschenk ... lauter Termini, die auf den Willen Bezug haben.

„Lasset uns den Menschen machen nach unserem Bild und Gleichnis!“ (Gen. 1, 26), diese Worte gelten selbstverständlich auch vom natürlichen Abbild Gottes; die Seele ist so ihrer Natur nach Gottes Abbild, Gott hat ja keinen Körper. So wird, wenn wir nach Gen. 1, 26 Bilder und Gleichnisse des dreipersönlichen Gottes sind, auch die Tätigkeit des Geistes in uns vollendet im Erkennen und Wollen, im Verstehen und Lieben und all die zahllosen Lebensäußerungen unserer Seele müssen sich zurückführen lassen auf Erkennen und Wollen.

So ist aus dem Geheimnis in Verbindung mit Gen. 1, 26 aprioristisch der Auffassung der modernen Psychologie begegnet, welche im allgemeinen drei Gruppen von seelischen Erscheinungen unterscheidet: I. Erkennen, Auffassen, Verstehen. II. Wollen, Bewegung, Streben. III. Gemüt und Gefühl.

Die philosophia perennis hat nun auf deduktivem Wege, wohlgemerkt der Psychologie nicht des Geheimnisses, den Beweis erbracht, daß der Mensch nur Verstand und Wille habe. Erst in allerjüngster Zeit hat Destré **Mercier** nachgewiesen, daß die Erscheinungen der dritten Gruppe auf die der zweiten passen, daß man mit der Annahme des passiv tätigen Vermögens den Sitz der Gefühlsregungen im Strebevermögen zu suchen habe.[11]

So entfaltet sich auch die Seele in ihren Tätigkeiten, Erkennen und Wollen und ist dabei eine geschlossene Einheit.

[8] **Gamma,** Matthias, Grundprobleme der Philosophie 2, Münster, 1908, 112.
[9] Nach der Uebersetzung von Philaletes S. 434.
[10] Spiritus. spiratus = Gehauchter-Geliebter. Wir sagen ja auch Liebe hauchen, Liebe atmen zu einer heißgeliebten Person. Die ganze Sehnsucht der Seele liegt im Worte.
[11] **Mercier,** Destré, a. a. O. II, 165 ff.

Wenn das geistige Ich sich selber denkt, so entsteht ein geistiges gedachtes Ich und diese Idee, das Wort des Geistes ist so geistig wie die denkende Seele selber. Aus der Selbsterkenntnis entspringt spontan die Selbstliebe, denn jeder liebt sich selbst mit Notwendigkeit. Denkendes Ich, gedachtes Ich, geliebtes Ich und doch nur **eine** substanzielle Seele — Ternität, schönes, spiegelklares Abbild der Trinität.

Dieses Geheimnis lehrt endlich die **vollste, reinste Erkenntnis der Großwelt.** Gott in der Dreieinigkeit, von sich ausgehend und in sich zurückkehrend, ist sich selber, die ganze Wahrheit, unendlich erkennend, sich selber, die ganze Güte und Schönheit, unendlich liebend, ist wahrhaft persönlich und lebendig, in sich selber vollendet, sich selber unendlich genügend. „Dadurch wird namentlich die Gefahr einer pantheistischen oder auch der flach deistischen Auffassung des Verhältnisses Gottes zur Welt gründlich beseitigt.“[12]

In der Tat: Aus der Entfaltung des Begriffes der Dreieinigkeit folgt der reale Unterschied zwischen dem Universum und seinem dreipersönlichen Schöpfer, folgt die Zufälligkeit, Abhängigkeit ... der Schöpfung. Und das Bild derselben? Agere sequitur esse sagt die philosophia perennis, die Tätigkeit richtet sich nach dem Sein. Wie oft sagt **Thomas**: Omne agens agit simili sibi. Darum ist das vernunftlose Universum auch ein Bild, wenn auch kein so schönes und durchsichtiges wie die menschliche Seele. „Eine Spur der Dreieinigkeit findet sich in jedem Geschöpfe, insofern jedes **ist**, durch die **Form** bestimmt wird und irgendeine Beziehung, **Hinordnung** hat.“[13] **Thomas** schreibt dazu: „Eine jede Kreatur existiert in ihrem **Sein**, in ihrer Wesenheit hat eine bestimmte **Form** und so wird sie zur determinierten Natur und steht in **Beziehung** zu den anderen Dingen. Insofern nun jede geschaffene Substanz ist, repräsentiert sie Ursache und Prinzip und so weist sie hin auf die Person des **Vaters**, der da Prinzip ist nicht von einem anderen Prinzip. Insofern eine jede geschaffene Substanz Form und Gestalt hat, spiegelt sie das **ewige Wort** wider, denn die Form des Kunstwerkes ist aus dem Verstande des Künstlers erzeugt. Insofern jede geschaffene Substanz Beziehung und Hinordnung hat, repräsentiert sie den **heiligen Geist**, inwieweit er Liebe ist, weil die zu einem anderen Seienden bewirkte Ordnung aus dem Willen des Schöpfers stammt.“[14]

Sogar **Aristoteles**, der keine Ahnung hatte vom Geheimnis der Dreieinigkeit, sagt schon: „Alles ist dreigeteilt und die Dreiheit ergießt sich überall hin: Anfang, Mitte und Ende“.[15] Die Vernunftgeschöpfe gehen überdies alle von Gott aus und zwar nach der Analogie der ewigen Ausgänge der Dreieinigkeit und kehren in einer Art Kreisbewegung durch eigene freie Betätigung, durch sittlich erlaubten Gebrauch von den Geschöpfen der Großwelt, wieder zu Gott zurück. (Schluß folgt.)

[12] **Scheeben,** M. J., a. a. O. I, 903.
[13] S. **Augustini**, De Trinit. VI, 16.
[14] S. **Thomae**, S. th. 1 qu. 45 a 7 c.
[15] **Aristoteles**, De coelo I, 1.

Lenzlied.

Der Winter vergangen,
Der Frühling zieht ein;
Viel Tausendschön prangen
Auf Wiese und Rain.
Schon läutet die Herde,
So grün ist die Au,
Voll Hoffnung die Erde,
Der Himmel so blau!

Die Schwarzdrosseln singen,
Das Finklein juchheit;
Mein Herz will mitklingen
Und dehnt sich befreit.
Mein Herz lag gebunden
In eisiger Not;
Nun soll es gesunden,
Von Gluten durchloht!

Der Lenz ist gekommen,
Mein Herz lass ihn ein!
Im Sturme genommen,
Für immer bleib sein!
Der Lenz ist die Liebe;
Ihr wende dich zu,
Wenn nichts dir sonst bliebe —
Im Himmel bleibst du.

Maria Prücker.

Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Bei Grippe und Scharlach sind oft die nachfolgenden Krankheiten schlimmer, als das primäre Uebel. So auch bei der Kapp-Revolte. Die Militärrevolte selbst verlief bald im Sande; sie hinterließ uns aber eine Regierungskrisis, ein Damoklesschwert des Generalstreiks und neben kleinen Ruhestörungen einen erschrecklichen Bürgerkrieg im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die Regierungskrise dauerte doppelt so lange, wie die Kappsche Wirtschaft. Die Niederlage der Berliner Meuterer hätte eigentlich als Triumph der Regierung gelten und die Position der Minister stärken müssen. Kapp und seine Hintermänner hatten gar keine Macht mehr, ihrerseits irgendein sachliches oder persönliches Zugeständnis zu erpressen. Aber die Hilfskräfte von links, die der Regierung bei der Bezwingung des Berliner Putsches geholfen hatten, übten nachträglich ein Zwangsverfahren aus. Eine Weile sah es so aus, als ob sie nicht nur unter den alten Ministern aufräumen, sondern die ganze Koalition unmöglich machen und eine Klassenherrschaft des sog. vierten Standes herbeiführen würden. Die Koalition ist kein vollkommenes Ding, aber der unentbehrliche Eckstein der Ordnung in diesen Zeiten; daher war es ein Glück, daß die Umbildung des Ministeriums sich auf die Personen beschränken ließ und weder die Grundlage noch das Arbeitsprogramm der Regierung wesentlich änderte. Die neue Verteilung der Aemter hat wenig Aufregung hervorgerufen; die Erklärung des Reichskanzlers Hermann Müller brachte keine Ueberraschungen, und die anschließende Verhandlung in der Nationalversammlung verlief in den gewohnten Formen: Zustimmung der Mehrheitsparteien, Opposition der Radikalen auf beiden Flügeln und gegenseitige Kritik der Parteien. Die Konservativen und Nationalliberalen waren in schwierige Defensive gedrängt wegen des frivolen Putsches, den sie zum Teil direkt unterstützt, zum andern Teil durch ihre rücksichtslose Agitation angebahnt hatten. Dieser Fehlschlag in der reaktionären Vabanque-Politik bedrückt sie sehr und wird bei den bevorstehenden Wahlen weite Kreise des Volkes, die man eingefangen zu haben glaubte, wieder abspenstig machen von den Rechtskandidaten. Dagegen hilft auch keineswegs der Umstand, daß ein Stück des Kapp-Programms zur Durchführung gelangt, nämlich die Beschleunigung der Neuwahlen zum Reichstag. Nicht die Rechte hat das erzwungen, sondern die radikale Linke, die bereits bei der betreffenden Verhandlung in der Nationalversammlung verständnisinnig für den konservativen Antrag auf Selbstmord der Nationalversammlung gestimmt hatte. Unter den veränderten Verhältnissen und Stimmungen wird der Wahltermin vor der Ernte für die Rechtsparteien nicht mehr vorteilhaft wirken.

Dieses und andere Zugeständnisse an die Linksradikalen hängen zusammen mit der andauernden Gefahr des Generalstreiks. Die Probe in dem Kampf gegen Kapp war verführerisch ausgefallen. Die Radikalen verstanden es, das bewährte Geschütz auch gegen die alte Regierung auffahren zu lassen. Um des lieben Friedens halber wurde mit den Gewerkschaften verhandelt über Forderungen, die weit über das gewerkschaftliche Interessengebiet und also über die Kompetenz der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hinausgingen. Das in Berlin abgeschlossene Kompromiß in neun Punkten wird zukünftig wohl noch reichlich Anlaß geben zu Reibungen und Streitigkeiten. Ueber die heikle Bedingung, daß die betreffenden Bünde bei der Bildung dieses Ministeriums ihr Einvernehmen geltend machen sollten, sind wir glimpflich hinweggekommen; die daraus resultierende Ausschiffung des Vizekanzlers Schiffer ist kein schweres Unglück.

Es galt nicht allein, in Berlin den Generalstreik zum schnellen Abbruch zu bringen, sondern noch dringlicher und wichtiger war die Beruhigung des Ruhrgebietes, wo die Schilderhebung einer spartakistischen Armee sich zu einem heillosen Verderben ausgebildet hätte, wenn der Streik der unbewaffneten Arbeiterschaft wirklich allgemein und dauernd geworden wäre.

Diese bitterernste Gefahr war entscheidend dafür, daß der militärische Plan der schnellen Unterdrückung des Aufstandes durch scharfe Waffengewalt verschoben wurde. Das an sich berechtigte, aber etwas zu kurz befristete Ultimatum des Generals Watter an die aufrührerischen Roten Truppen wurde verlängert und nochmals verlängert; der zum Handeln entschlossene General mußte dem verhandelnden Staatskommissar Severing den Vortritt lassen.

Der Erfolg dieser Taktik war eine Steigerung der Plünderungen, Brandschatzung und Bedrohung, worunter die Einwohner dieses Gebietes furchtbar litten. Es kam zwar ein Beschluß der radikalen Vollzugsräte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks dahingehend zustande, die neuen Abmachungen anzuerkennen und den Generalstreik abzusagen, allerdings nur dann und solange, wie die Regierung den Truppenbewegungen Einhalt tut. Es hieß auch, daß die „Leitung" der Roten Armee sich dem Beschluß der Vollzugsräte fügen wolle. Aber die sog. Armee löste sich in marodierende Trupps auf. Selbst von den unabhängigen Sozialisten kamen aus Duisburg, Mühlheim, Hagen usw. Hilferufe an die Reichsregierung, welche ein Eingreifen der Reichswehr nachdrücklichst als einziges Mittel gegen die äußerste Not verlangt. So war der militärische Einmarsch im Ruhrgebiet, der am 3. April begann, nicht mehr zu umgehen. Bis mit dem verbrecherischen Treiben der 65 M.-Söldner und der politischen Uebermacht der großen und kleinen Vollzugsräte aufgeräumt ist, wird es allerdings noch viele Mühe, Geduld und Zeit kosten. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten besetzte die Reichswehr Duisburg und Recklinghausen. In Hamborn kam es zu schweren Kämpfen. Die bayer. Reichswehrbrigade Epp zog in Hamm ein.

Im vorigen Jahre wurden die Ueberrevolutionen in Berlin und in München durch Waffengewalt gebrochen. Eine solche Regelung auf dem Wege der offenen Kraftprobe hat ihr gutes, sowohl für das Ansehen der siegenden Regierung als auch für die Abschreckung von Ruhestörern. Bei der jetzt üblichen Methode des Abwartens und Verhandelns werden die Aufrührer als kriegführende Macht anerkannt. Dieses grundsätzliche oder pädagogische Bedenken läßt sich freilich nicht unter allen Umständen zur Geltung bringen. Die Politik ist die Kunst des Möglichen und wird jeweilig bestimmt durch die Umstände. Die entscheidende Frage ist immer die: Wie retten wir das Gemeinwohl des Volkes und die Zukunft des Vaterlandes unter den geringsten Opfern?

Wer die Methode der Nachsicht kritisieren will, darf nicht übersehen, daß heutzutage dem energischen Durchgreifen zwei Hemmnisse sich entgegenstellen, die mit Gewalt nicht zu beseitigen sind. Das eine ist der jetzt in Schwung gekommene Generalstreik, der sich leider auch gegen eine besonnene Mehrheit der Arbeiterschaft durch den Terrorismus der radikalen Elemente erzwingen läßt und nicht nur mit Lähmung der Arbeit, sondern auch mit Sabotage, mit Zerstörung der Bergwerke, Fabriken usw. droht. Wie sehr die Generalstreiks in der modernen Luft liegen, sehen wir jetzt an Dänemark, wo ein vom König veranlaßter Ministerwechsel mit einem Generalstreik in der allerschärfsten Form beantwortet wird. Das neutrale und satte Dänemark mag sich vielleicht so etwas leisten dürfen; das arme, kranke Deutschland kann es nicht ertragen.

Dazu kommt noch für uns das außerordentliche Hemmnis der Friedensfesseln von Versailles. Nicht nur die Zahl unserer Ordnungstruppen ist durch das Machtgebot der Gegner beschränkt, sondern auch ihre Bewegungsfreiheit. Für die Aufrührer und Räuber im Nordwesten bietet die neutrale Zone einen Rückhalt und Zufluchtsort. Die französische Regierung hat bisher die Erlaubnis zum Einmarsch von Regierungstruppen versagt. Es wird noch darüber verhandelt; doch nach den bisherigen Nachrichten ist die Hoffnung schwach. Die unversöhnlichen Franzosen haben zunächst den Versuch gemacht, als Kompensation eine Ausdehnung ihres Okkupationsbezirkes über Frankfurt, Darmstadt, Homburg usw. zu erlangen. So die dortigen Volksgenossen den Feinden preiszugeben, war uns natürlich unmöglich. Jetzt sagen die Pariser Staatskünstler, nach ihren Informationen sei die Lage nicht so schlimm, und sie suchen nun die Erpressungsschraube an anderer Stelle anzusetzen, indem sie fordern, daß Deutschland sich zu schnelleren Kohlenlieferungen und sonstigen beschleunigten „Erfüllungen" der unmöglichen Friedensbedingungen verpflichte.

Das interessanteste von der Antrittsrede des neuen Reichskanzlers war die Auseinandersetzung mit dem drohenden Millerand und mit dem zugehörigen Zwangsverfahren gegenüber Deutschland. Er hat das recht geschickt gemacht, indem er an den Hinweis auf die wirtschaftliche Interessengemeinschaft der beiden Länder zustimmend anknüpfte, also die Versöhnlichkeit erkennen ließ, aber zugleich die Würde und Festigkeit wahrte durch öffentliche Kennzeichnung der ungerechten Forderungen der Franzosen.

Für uns bleibt es freilich immer beschämend, daß ein Teil der Deutschen sich nicht scheut, aus Eigensinn und frivoler Leidenschaft den Feinden, die ihr Vaterland vernichten wollen, in die Hände zu arbeiten. Immer wieder erhebt sich die bange Frage: Ist die kranke deutsche Nation überhaupt noch zu retten?

Der große Volksbetrug der Notenpresse in Oesterreich.

Von Dr. Johann Ude, Universitäts-Professor, Graz.

Volksbetrug in Oesterreich! Ich will jedoch durch meine Ueberschrift von vornherein nicht den Anschein erwecken, als ob der Volksbetrug durch die Notenpresse nur in Oesterreich begangen würde. In Wahrheit sind ja *alle Staaten der Welt* mehr oder weniger stark durch ihre Notenpresse bloßgestellt. Aber ich will vor der eigenen Türe kehren, da ja doch jeder Angehörige eines anderen Staatswesens das von Oesterreich Gesagte auf seinen Staat anwenden kann. Am krassesten tritt dieser Volksbetrug, den wir ohne weiteres auch als Staatsselbstmord bezeichnen können, entschieden bei uns in Oesterreich zutage.

Jede unserer Banknoten, an deren Herstellung unsere Notenpresse unermüdlich im Auftrag unserer *Koalitionsregierung* und unter dem Stillschweigen so ziemlich aller politischen Wähler und Wählerinnen aller Parteien arbeitet, trägt eine ungeheure, aufgelegte *Lüge* an der Stirn und kündet mit folgenden Worten der ganzen Welt den offenkundigsten Volksbetrug: „Die österreichisch-ungarische Bank zahlt gegen diese Banknote bei ihren Hauptanstalten in Wien und Budapest sofort auf Verlangen (soundsoviel Kronen) in gesetzlichem Metallgelde.“ Trotzdem jedes Wort dieses Ausdruckes eine faustdicke Lüge ist, findet unsere Regierung es nichtsdestoweniger mit ihrer Ehre vereinbar, auch heute noch ununterbrochen ihre Banknoten mit diesem Lügenaufdruck zu versehen und den mit der fortwährenden Notenpresserei geübten Volksbetrug geradezu ins Ungeheure wachsen zu lassen. Wir brauchen uns nur die trockenen *Ziffern des Notenumlaufes* zu vergegenwärtigen, um die schauderhafte Verantwortung zu ermessen, welche die Schuldigen trifft:

Am 1. Januar 1920 berichtet der Ekonomist der „N. F. P.“ in Wien, daß der Notenumlauf in Deutschösterreich im Jahre 1919 gegen 1913 um 3900 % gestiegen ist (der „Daily Telegraph“ berichtet von 3700 %), während Deutschland einen Notenumlauf von nur 875 % aufzuweisen hatte. Deutschösterreich dürfte demnach heute einen Notenumlauf von 12 bis 15 Milliarden erreicht haben, während unser Defizit zur selben Zeit 8 bis 10 Milliarden beträgt. Man kann also annehmen, daß die österreichische Notenpresse monatlich 800 bis 1000 Millionen dieser Lügenscheine, vulgo „Banknoten“ ausgibt.

Ich zweifle nun nicht daran, daß unsere ratlose Regierung aus Feigheit die Arbeit der Notenpresse, und zwar als letzte Verzweiflungstat, geschehen läßt, wohl in der Erwartung, daß irgendein Deus ex machina das Unheil im letzten Augenblick abwenden werde. Jedenfalls will man Zeit gewinnen, bedenkt aber nicht, daß man durch dieses *Beharren in der Schuld* die Katastrophe desto sicherer heraufbeschwört. Die Regierung könnte nur durch ein offenes „mea maxima culpa“ sich wenigstens noch davor retten, daß die Weltgeschichte über unsere verantwortlichen Männer wie über das gesamte politisch mitverantwortliche Volk den Schuldspruch des Verharrens im Betrug bis zum Ende erhebt. Wohl schreit das Volk nach Brot. Wohl weiß ich, daß nach dem Bericht der „Wiener Zeitung“ vom 16. Januar 1920 in Wien von rund 20,700 ärztlich untersuchten Kindern 45,65 % als sehr unterernährt, weitere 51,14 % als unterernährt, also zusammen 96,81 % schlechthin als unterernährt befunden wurden. Ich weiß, daß überall das Elend sich breit macht. Aber mit fortwährender Notenemission steigert die Regierung das *Hungerelend* und fördert mächtig die allgemeine *Korruption* oben und unten. Die Notenvermehrung zur Steuer unseres Elends ähnelt aufs Haar dem Beginnen, den Hunger mit Opium stillen zu wollen.

Es ist ein einfaches Rechenexempel: Je mehr Papiergeld herausgegeben wird, desto mehr sinkt die *Kaufkraft* des Geldes. Weil sich aber das Papiergeld verhältnismäßig sehr leicht herstellen und ins Ungemessene vermehren läßt, so liegt einzig schon in diesem Umstande die größte Gefahr und *Versuchung*, unmoralisch zu werden dadurch, daß über die Deckung hinaus Papiergeld in Umlauf gebracht wird, das aber naturnotwendig um so wertloser wird, je weniger Deckung dafür vorhanden ist. Soviel ich sehen kann, sind sämtliche Regierungen der Welt dieser Versuchung unterlegen, am meisten aber unsere deutschösterreichische Republik, und zwar in einer Weise, wie es bisher noch niemals in der Weltgeschichte der Fall war. Mit der Kaufkraft unserer, durch die fortwährende Notendruckerei ganz automatisch immer mehr entwerteten Banknoten sinkt selbstverständlich unser *Kredit*, schnellen die Warenpreise automatisch in die Höhe, wird der Warenmangel für große Kreise immer empfindlicher. Dieser *Warenmangel* wird noch verschärft durch die Arbeitslosen und Arbeitsscheuen, deren unsere Republik an 100,000 zählen dürfte. Bringen wir die Kinder und Greise in Abzug, so wie auch das ungefähr auf 1 Million sich beziffernde Heer der Staats- und Landes- und Gemeindebeamten, so bleiben für die Produktion rund ½ Million arbeitsfähiger Menschen, die aber infolge Unterernährung und Mangel an Rohstoffen und Kohle auch nicht volle Arbeit leisten können. Um sich nun wenigstens etwas von den noch vorhandenen Waren kaufen zu können, will jeder viel, recht viel Noten. Es herrscht eine geradezu *tolle Jagd nach dem Geld* oben und unten, ohne daß man bedenkt, daß wir mit jeder Million Noten, die der „Vater“ Staat mit vollen Händen hinauswirft, um eine Million ärmer, statt reicher werden und die Waren um eine Million verteuern helfen.

Dieser *Zusammenhang zwischen Notenumlauf und Teuerung* ist auffällig zu ersehen aus dem oben angeführten Ekonomist der „N. F. P.“ Während z. B. im Jahre 1919 gegen das Jahr 1913 in Italien der *Notenumlauf* um 435 %, in Deutschland um 875 % und in Deutschösterreich um 3900 % zugenommen hat, hat die durchschnittliche *Preissteigerung* in diesen Ländern um 330 %, 1000 % und 4000 % beziehungsweise zugenommen. Ein Kommentar zu diesen Zahlen erübrigt sich.

Wie aber die *Korruption* durch diesen Volksbetrug der Notenemission gefördert wird, zeigen uns verschiedene Tatsachen. Man betrachte nur die schwindelnden Lohnforderungen, welche die Arbeiter stellen; man beachte die fortwährenden Streiks, die heute nichts mehr anders sind als unmoralische Erpressungsmittel, um die Not anderer zu seinem „Vorteil“ in einseitiger Weise auszunützen, d. h. um sich recht viel Banknoten zu sichern; man denke an die Verkürzungen der Arbeitszeit und daran, daß sogar die Arbeitsscheu von vielen als Titel zur Erpressung von Banknoten (Arbeitslosenunterstützung) benützt und vom Staat ruhig als Anlaß zu erhöhter Betätigung der Notenpresse hingenommen wird. Kurz und gut: Es wird praktisch der Grundsatz befolgt, mit möglichst wenig Arbeit und Mühe recht viel Banknoten zu erhalten. Mit anderen Worten: Die Verleitung zum Ausbeutertum, das Schandmal der Hochstapelei, das wüsteste Hasardspiel auf dem Handelsmarkt, das Schwinden jeglichen Verantwortlichkeitsgefühls klebt wie ein Kainszeichen an jeder Banknote. Jeder Handgriff an der Notenpresse ist die Verwirklichung der Frage des Brudermörders Kain: „Was kümmert mich mein Bruder Abel?“ Unsere Krone ist auf Null gesunken dank der ununterbrochenen Arbeit unserer Notenpresse, und diese Entwertung unseres Geldes nützen auch die *Ausländer* aus, die gleich Hyänen auf das Schlachtfeld ziehen und die Gefallenen fleddern ...

Warum ich all das schreibe? Um feierlich vor der breiten Oeffentlichkeit die Verantwortlichkeit für das verbrecherische Tun abzulehnen und nicht am Volksbetrug mit schuld zu werden und um in der letzten Minute noch vor der *unausbleiblichen Katastrophe* die verantwortlichen Männer und die politischen Wähler und Wählerinnen zu gemahnen, durch plötzliches Stilllegen der Notenpresse dem unerhörten Volksbetrug ein jähes Ende zu machen. Freilich will mir vor diesem Moment grauen — denn Krisen sind stets erschütternde Momente —, aber es ist der Anfang und die Grundbedingung dafür, daß wieder Ehrlichkeit und Redlichkeit sich an das Steuer unseres Staatsschiffleins setzen, und daß wieder tatkräftige Arme die Ruder ergreifen.

Wie ganz anders stände unser Oesterreich, ständen alle anderen Staaten da, wenn wir, statt in der Notenpresse den Notenumlauf um 3900 % zu vermehren, ebensoviele Zettel gedruckt und im In- und Ausland in allen Sprachen eifrigst verbreitet hätten, Zettel mit der Aufschrift: „*Unsere Rettung liegt in der im Sinne des christlichen Sittengesetzes international durchgeführten Genuß- und Produktionsreform, in der Rückkehr aller zur pflichtmäßigen, eifrigen Arbeit auf Grundlage religiöser und staatsbürgerlicher Aufrichtigkeit und Redlichkeit, also wahrer, staatsbürgerlicher Toleranz*, und wenn wir uns bemüht hätten, *diese* Notenanweisung praktisch im privaten und politischen Leben zu verwirklichen. Wir hätten den Weltfrieden, hätten den Völkerbund. Die Kraft eines Staates, beziehungsweise eines Volkes liegt einmal nicht in der Zahl seiner Banknoten, sondern in der Zahl der arbeitswilligen Arme, der gesunden Gehirne und vor allem im sittlichen Standart seiner Bürger.

Es war einmal ... das Tischtuch entzwei.

Von P. Petrus Sinzig, O. F. M., Petropolis (Brasilien).

„Brasilien unter den Feinden Deutschlands!" — Ich weiß nicht, wen es härter getroffen, das allseits bedrängte Deutschland, seine Söhne in Brasilien, oder — so zahlreiche Brasilianer, die Deutschland mit Herz und Mund zugetan waren, um nicht zu sagen, die es vergötterten.

Schon vorher hatte ich meine Mitarbeit an der „A. R." einstellen müssen. Ein Brief des Herrn Chefredakteurs, der um einen Beitrag über bestimmte soziale Verhältnisse in Brasilien bat (für was nicht alles der „Militarismus" mitten im Kriege Raum ließ!), erreichte mich zwar noch, aber die Sendung des Artikels war ausgeschlossen. Die Alliierten verstanden das Wegelagerergeschäft aus dem FF. und dehnten die Beutelust selbst auf harmlose Briefe, Studien, Familiennachrichten usw. aus.

Die Zeit ist vorbei. Eine noch schlimmere ist gekommen, aber — klagen nützt nichts. Die Zähne zusammengebissen, die Aermel aufgestreift, und dann an die Arbeit, um Deutschland dem Grabe zu entreißen, das ihm eine Welt von Feinden geschaufelt und in dem sie es festhalten möchten, bis ihm der Atem ausgeht und sie das letzte Erbe antreten können!

Lohnt es sich für Deutschland, das entzweigeschnittene Tischtuch zusammenzuflicken oder durch ein neues zu ersetzen?

Ich habe keine Veranlassung, die Hauptalliierten besonderem Wohlwollen zu empfehlen, darf aber doch hervorheben, daß Brasilien eine Ausnahmestellung verdient.

Aber Brasilien hat uns doch den Krieg erklärt!

Gemach, lieber Freund. „Man" (es ist ja kein Geheimnis, wer gemeint ist) band ihm einen Strick um den Hals und fragte ganz höflich (so wie „man" es mit Deutschland tat bei den Waffenstillstandsbedingungen und beim sogenannten „Frieden"), ob es nicht die Güte haben wollte, mitzugehen. Es wollte nicht. Ein Ruck, und wieder einer, und nochmals einer, bis schließlich das Gesicht blau wurde, die Augen hervortraten, und das erlösende „ja" erpreßt wurde.

Aber dabei blieb es auch so ziemlich. Soldaten hat Brasilien trotz aller neuen Erdrosselungsversuche der wiederholt am Stricke ziehenden Alliierten nicht geschickt. Nur einige Kriegsschiffe mußten nordwärts dampfen. Eine große, aus Aerzten gebildete Hilfsmission wurde nach Paris gesandt, wo sie der „Le Matin" mit einem verächtlichen: „Theatertruppe!" begrüßte, wo sie aber immerhin den Dienst der Caritas antraten und vielleicht auch manchem deutschen Hilfsbedürftigen des Leides Träne trockneten.

Ich verschweige nicht, daß es an verschiedenen Orten Brasiliens, Rio de Janeiro, Petropolis, Saõ Paulo, Porto Alegre, Recife usw. zu schweren Ausschreitungen kam, bei denen Häuser geplündert und niedergebrannt wurden. Mir selbst bleibt der Augenblick unvergeßlich, als ich am Morgen des 3. November 1917 am Telephon in Rio de Janeiro stehend, hörte, daß in der Nacht vorher unsere Klosterdruckerei in Petropolis, die so viel Opfer und Hingebung gekostet hatte, gestürmt und schwer geschädigt worden sei.

Aber dennoch, es waren und blieben Ausnahmen. Im großen und ganzen wird kaum eines der Deutschland bekämpfenden Länder die feindlichen Untertanen so nobel behandelt haben wie Brasilien. Die unheilvollen „schwarzen Listen" kommen auf das Schuldkonto anderer Länder, deren sich das große, aber gefesselte Brasilien nicht erwehren konnte.

Um die eigentliche Stimmung des Landes kennen zu lernen, ist es nötig, auf die Zeit vor der Kriegserklärung (Ende 1917) zurückzugreifen. Von Ausnahmen abgesehen, galten Heer und Marine als durchaus deutschfreundlich. Vom Episkopat — ich kann mit Beweisen dienen — stand die weit überwiegende Mehrzahl (um nicht zu sagen fast die Gesamtheit) auf Deutschlands Seite. Vom katholischen Klerus (einen anderen gibt es fast nicht, da das Land beinahe ganz katholisch ist) wurde immer wieder im öffentlichen Leben und in der Presse dasselbe behauptet. Was die Alliierten an Sympathien besaßen, war hauptsächlich Frankreich zu verdanken, seiner Literatur und Presse und seinem ungezählte Reisende anziehenden Paris.

Die Deutschen haben in der schweren Kriegszeit ihren Mann gestellt. Ich erinnere nur an die glänzenden Ostmarkenfeste mit dem Generalorganisator Heinrich Karg an der Spitze; die zündenden Kriegslieder Marie Kahles, „unserer Dichterin", wie sie mit Stolz genannt wurde; die großartigen Preßtätigkeiten einer „Deutschen Zeitung" und „Germania" in Saõ Paulo und Rio; „Kompaß" in Barizbe; „Deutsches Volksblatt" in Porto Alegre und so vieler anderer deutscher Blätter, zu denen sich einzelne brasilianische Preßorgane gesellten, wie selbstverständlich auch die vom Verfasser dieses geleiteten „Vozes de Petropolis". Dazu Flugschriften, Vorträge, Sammlungen, persönliche Aufklärung, eigener Telegraphendienst, Bauten-Einrichtungen und so vieles, vieles andere.

Der Kriegszustand schob zwar dieser Tätigkeit einen Riegel vor, hat aber doch die Gesamtauffassung vom alten Deutschland nicht wesentlich geändert. Das neue allerdings ... Aber davon vielleicht später einmal.

Einstweilen genüge es, darauf hinzuweisen, daß Brasilien ein an fast allen Rohstoffen überreiches Land ist, in dem Deutschland im allgemeinen auf keine Gehässigkeiten stößt, im Gegenteil wegen seiner Industrieerzeugnisse überaus geschätzt wird und in dem ihm noch große Sympathien entgegengebracht werden.

Ein neues Tischtuch herbei! Das alte war schadhaft, lange bevor es zerschnitten wurde. Deutschland tat zu wenig, Schmutz und Flecken, mit denen andere es böswillig und systematisch besudelten, energisch und ebenso systematisch abzuwehren.

Was will der Christliche Mittelstand?

Von Dr. Leo Schwering, 1. Vorsitzender des Gesamtverbandes des Christlichen Mittelstandes Deutschlands, Köln.

Unsere Zeit drängt auf allen Gebieten nach Zusammenfassung der Kräfte. „Organisation" lautet das Zauberwort. Nur aufmarschierende Massen sind in der Lage, sich Geltung zu verschaffen. Die Arbeiterschaft war die erste soziale Gruppe, welche den Gedanken der Organisation begriff und ihn praktisch auswirkte. Ihre Erfolge sind allbekannt. Aber sie würde nicht so rasch zum Ziele gelangt sein, wenn ihr nicht der im deutschen Volke tief wurzelnde Gedanke der Liebe zum „Stand" entgegengekommen wäre. Die Arbeiterbewegung, soweit sie einen gesunden Kern besitzt, ist doch nichts anderes als eine gewaltige Standesbewegung. Daß sich in dies Endziel Mißtöne mischen, daß der Begriff „standesbewußt" durch das „klassenbewußt" getrübt wird, ist an sich zu bedauern, aber die Tatsache, daß es sich im Grunde um eine Berufs- und Standesbewegung handelt, wird dadurch nicht berührt. Die christliche Arbeiterschaft jedenfalls hat theoretisch und praktisch immer sich als „standesbewußt" gefühlt.

Wenn die Arbeiterschaft sich so rasch fand, so hatte das natürlich auch insofern gute Gründe, als sie leicht zu organisieren war. Die Masse der Arbeiterschaft hat außerordentlich gleichartige soziale und wirtschaftliche Verhältnisse und Ziele. Schwieriger war es schon, andere soziale Schichten zu einer großen berufsständischen Bewegung zu sammeln, und es ist kein Zufall, wenn die Bauernschaft hier am ersten auf dem Plan war. Bei ihr treffen rein organisatorisch beinahe dieselben günstigen Verhältnisse wie bei der Arbeiterschaft zu; kein Wunder, wenn auch hier neben einer „Freien Bauernschaft" alsbald sich die „Christliche Bauernschaft" bildete! Nun ist neben die christliche Bauern- und Arbeiterschaft der „Christliche Mittelstand" getreten! Die Teilung der berufsständischen Bewegung der Zukunft gibt sich damit schon jetzt deutlich als eine solche in zwei Weltanschauungslager zu erkennen. Hie Christentum, hie Atheismus, scheint doch auch in dieser Frage die Parole lauten zu sollen. Und es ist anzunehmen, daß, wenn sich einmal die Verhältnisse in der Beamtenschaft geklärt haben werden, auch hier in diesem großen Stande sich die Meinungen teilen werden und neben die genannten drei großen „Christlichen" Ständebewegungen die Beamtenschaft als vierte Gruppe treten wird.

Jedenfalls hat sich der Christliche Mittelstand vorläufig in aller Form konstituiert auf einer großen Mittelstandsbewegung in Köln am 24. und 25. Februar. Es waren etwa 70 Orte und rund dreihundert Delegierte vertreten. Die Tagung, auf der in vier Referaten über Mittelstandsfragen gesprochen wurde, stand, was ihren inneren Gehalt angeht, auf einer bemerkenswerten geistigen Höhe und zeigte, daß der Mittelstand aus den veränderten Zeiten Lehren gezogen hat und nicht mehr gesonnen ist, sich in den Schmollwinkel zu stellen oder sich und seine Interessen von irgendeiner Seite mißbrauchen zu lassen. Denn das eine ist klar: von allen Ständen ist er weitaus der geschädigteste. Er hat aus der politischen Entwickelung nicht nur keine Vorteile gezogen, sondern ist buchstäblich unorganisiert, wie

er ist, unter die Räder gekommen. Es ist klar, daß der gewerbliche Mittelstand, also Kaufmann und Handwerker, das Rückgrat der Bewegung darstellen, aber darüber hinaus hat das Wort „Mittelstand" doch unbeschadet mancher Unklarheiten, die mit seinem Begriff erfahrungsmäßig verknüpft sind, Zauberwirkungen hinein in andere soziale Schichten, so in die Akademiker und freien Berufe, die mittlere und insbesondere höhere Beamtenschaft; daß auch der Bauer sich als Mittelständler fühlt, ist bekannt, und es war kein Zufall, wenn auf der Kölner Tagung der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins zugegen war und auf die weite Gemeinsamkeit der Interessen beider großen Stände hinwies!

Die Idee des Christlichen Mittelstandes ist ursprünglich aus Zentrumskreisen hervorgegangen. Aber gerade die starke Betonung des berufsständischen Charakters der Bewegung ließ sie die engen Grenzen einer Partei sprengen. Man kann, so sahen die Führer alsbald praktisch ein, innerhalb einer Partei eine berufsständische Bewegung nicht klar entwickeln, ohne daß naturgemäß die reine und volle Herausarbeitung der Standesziele als solcher leidet. Partei und Stand sind nicht Gegensätze, aber zwei Individuen, Organismen mit verschiedenen Basen, sie lassen sich daher nur zum Schaden des einen oder des anderen dauernd verkoppeln. Nun ist bekannt, daß sich Mittelstandsbewegungen schon vor dem Kriege finden, die ebenfalls den engen Parteirahmen gesprengt haben, aber diese Bewegungen waren rein wirtschaftliche, es fehlte ihnen der „Kultureinschlag", es fehlte ihnen kurz die Orientierung an einer Weltanschauung! Es dürfte gerade dies der Grund dafür gewesen sein, daß sie an einer gewissen Ungleichartigkeit ihrer Mitglieder und damit an der notwendigen inneren Geschlossenheit es vermissen ließen, wodurch alle diese Bewegungen früher oder später zu Zerfall und Untergang verurteilt waren.

So tritt auch der Christliche Mittelstand mit entschiedener Orientierung nach christlichen Grundsätzen auf, die in seinen Richtlinien mit aller Schärfe herausgearbeitet sind. Er will keine materielle Standesbewegung sein, sondern eine Kulturbewegung, er erstrebt neben wirtschaftlichen Zielen Standeskultur, er ist der Ueberzeugung, daß gerade die Verhältnisse unseres eigenen Vaterlandes klar erweisen, daß alle wirtschaftlichen Bewegungen, die es nicht verstehen werden, sich sittlich zu orientieren, an ihrer eigenen inneren Unmöglichkeit zu grunde gehen werden. Schärfste Kampfstellung nimmt er, obgleich er parteipolitisch sonst neutral ist, gegen den Sozialismus aller Richtungen. Sozialisten können dem Christlichen Mittelstand unter keinen Umständen angehören. Den übrigen bürgerlichen Parteien gegenüber ist er durchaus neutral, Mitglieder aller Parteien, die sich auf den Boden der christlichen Weltanschauung stellen, können ihm angehören, aber man geht nicht zu weit, wenn man feststellt, wie es auch auf der Tagung unter starkem Beifall geschah, daß der Christliche Mittelstand wirtschaftspolitisch eine ausgesprochene Rechtsbewegung darstellt. Er lehnt z. B. Kommunalisierung und Sozialisierung im Prinzip ab. Seine großen Ziele der Zukunft aber sind Schaffung einer berufsständischen Kultur und eines Parlamentes der aufbauenden Kräfte, eines Wirtschaftsparlamentes, das als zweite Kammer neben dem politischen Parlamente gedacht ist.

Hier können im Rahmen eines orientierenden Artikels die grundlegenden Gedanken naturgemäß nur sehr kurz entwickelt werden. Das Generalsekretariat des Christlichen Mittelstandes Köln, Mauritiussteinweg 18, ist in der Lage, durch Schriften und Programme eingehend Auskunft zu geben.

Der Gedanke des Christlichen Mittelstandes marschiert ohne Frage. Im Laufe des März 1920 wurden nicht weniger wie 30 neue Ortsgruppen, die sich dem Gesamtverbande anschließen, gegründet und weitere stehen unmittelbar bevor. Zunächst auf Rheinland und Westfalen beschränkt, greift die Bewegung bereits über nach dem Rheingau und Süddeutschland, wie auch nach Westfalen, Hannover; selbst in Danzig erfolgten Sympathiekundgebungen, die schöne Hoffnungen erwecken, daß die Idee des Christlichen Mittelstandes bald sich über alle Gaue Deutschlands verbreiten werde und damit die von Anfang an gedachte und entsprechend vorbereitete Organisation verwirklicht. Denn nur durch machtvollen Zusammenschluß aller Kräfte wird der Mittelstand in den kommenden schweren wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen sich behaupten können. Zersplitterung, einer der Grundfehler der älteren Bewegung, muß unter allen Umständen vermieden werden und kann bei einigem guten Willen vermieden werden, da der Gesamtverband bereit ist, lokalen Verhältnissen gegenüber weitestes Entgegenkommen walten zu lassen.

Finnlands Selbständigkeit.

Von Fritz Hansen, Berlin.

Das Land oben im Norden, bei dem die meisten geographischen Forscher sich auf das Schlagwort beschränkten „Das Land der tausend Seen", hat in den letzten Jahren mehr von sich reden gemacht, als je zuvor. Seine mit Schwert und Blut erkämpfte Selbständigkeit ist ganz gewiß neuen Datums, ein Produkt des Zusammenbruches des russischen Kolosses. Aber seine alte skandinavische Gesetzgebung und der auf westländischer Kultur aufgebaute Ursprung haben schon seit Jahrhunderten die Achtung vor dem Gesetze geschaffen, die jetzt im neuen Reiche automatisch auf die Staatsinstitutionen übergegangen ist. Der Uebergang zum selbständigen Staat bedeutete also in Finnland keine plötzliche Veränderung der bisherigen Verhältnisse, ein Faktum, das dem neuen Staat eine gesündere und ruhigere Entwicklung garantiert als manchem anderen.

So ist der alte Traum der Finnländer von Selbständigkeit endlich in Erfüllung gegangen und ihr ständiger Kampf ums Dasein ist mit Erfolg gekrönt worden. Derjenige, der die finnischen Städte oder Landstädte nicht kennt, kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, welchen lebendigen Glauben an sich selbst und an die Zukunft die Einwohner des Landes in Wirklichkeit haben. Jeder Fußbreit Erde ist mit Anstrengungen und Mühe dem Wald oder dem Steinboden abgerungen, jeder Ackerboden spricht von Lebensschicksal. Und wie oft hat nicht ein Sommernachtsfrost oder ein Hagelschauer in Augenblicken alles vernichtet, was die Bebauer in langen Jahren aufgebaut hatten. Aber der Finnländer hat stets etwas von dem gehabt, was wir bei Runeberg im „Bauer Raavo" idealisiert finden, er, der trotz Widerwärtigkeit, Frost und Fehlschlag nie mißmutig in die Zukunft sieht, und ob er auch Rinde in das schwarze Brot bäckt.

Neben diesem ständigen Kampf ums Dasein und der nie schweigenden Liebe zum Heimatland geht durch Jahrhunderte ein stiller Glaube an politische Freiheit. Trotz Unglücksfällen, die das Land heimsuchten — wir nennen nur die schweren Hungerjahre am Schluß des Jahres 1600 und 1860 oder die großen Unruhen zu Beginn des Jahres 1700 und den russischen Krieg Anfang 1800 — und die oft die Bevölkerung des Landes stark verminderten, blieb doch der lichte Glaube an eine Zeit, da Finnland Herr im eigenen Hause sein würde. Wenn der Himmel noch so trübe war, standen immer Männer auf, die zur Sammlung und Arbeit riefen und die Ungläubigen aufmunterten.

Wir sehen, wie schon zum Ende des Jahres 1500 der finnische Adel um Herzog Johann sich als Finnen bezeichnet und von einem freien Finnland träumt, wir sehen, wie die Anjalaleute im Jahre 1788 sich um dasselbe Ideal scharen. Und da die Hoffnung nach der Vereinigung Finnlands mit Rußland zu schwinden begann, erstanden Finnlands größte Männer, wie Runeberg und Topelius, die durch ihre vaterländischen Gedichte neuen Mut einbliesen und Lönnrot, der außer Oedemarken das größte Epos der Gegenwart schrieb. Ferner aber auch J. V. Snellman, der Philosoph und Staatsmann, der klarer als irgendeiner vor ihm den finnischen Staatsgedanken darlegte.

Die Finnen sagen oft, daß ein wunderbarer höherer Wille des Landes Schicksal leitete, aber sie haben auch selbst Anteil daran. Der Kampf um die Heimat, das Verlangen nach Wahrheit und Recht mußte zuletzt siegen und stählte ihre Muskeln, so daß sie, ohne zu wanken, die Proben bestanden, durch die sie gehen mußten. Diese Proben haben in den Finnen etwas Schweres hinterlassen, aber auch etwas, auf das man sich stützen kann.

Die neue Zeit erfordert neue Formen. Der Ackerbau der Väter ist nicht mehr die einzigste Erwerbsquelle der Bewohner. Die tiefen Wälder, die die Finnen zu Träumern machten, sind jetzt die größte Einnahmequelle des Landes. Die brausenden Wasserfälle, die die Skalden besangen, bilden die beste Stütze für die Industrie. Gerade auf diesen unermeßlichen Naturreichtümern baut Finnland seine Zukunft auf. Sie sichern dem Lande einen Platz, den es zu halten hofft, wenn die Krise, die jetzt überall in der Welt herrscht, verschwunden ist.

Die Presse als Handlanger der Gegner.

Von Bernhard Duhr S. J.

Die Psyche, die Stimmung der Massen wird durch Wort und Schrift stark beeinflußt. Die Massensuggestion hat von jeher in äußeren und inneren Kämpfen eine große Rolle gespielt. Deshalb die große Wichtigkeit von zündenden Reden und von volkstümlichen Artikeln und besonders auch von dem ganzen Nachrichtendienst für die Propaganda von Ideen.

Ueber den Nachrichtendienst bemerkt Ludendorff gelegentlich in seinen Kriegserinnerungen: „Das verständliche Bestreben, den Neuigkeitenhunger der Leser zu befriedigen, hat nicht selten dazu geführt, daß sogar Nachrichten rein militärischen Charakters, die ausschließlich feindlichen Propagandazwecken dienten, aus der feindlichen und neutralen Presse den Weg in die deutsche fanden. Kam hierzu noch die von einem gewissen Teile unserer Presse beliebte sensationelle Aufmachung und Ueberschrift solcher Nachrichten, so konnten sich unsere Feinde bessere Förderer ihrer Propagandaziele nicht wünschen. Es liegt mir fern, in bösem Willen und in Sensationslust die Ursachen solcher Fehlgriffe zu suchen. Mangelnde Einsicht spielte dabei häufig eine Rolle".

Wer hat diese mangelnde Einsicht nicht beklagt, wenn unsere Zeitungen zuweilen sogar noch unsichere Nachrichten über Niederlagen oder schmerzliche Verluste mit dicken Riesenbuchstaben an der Spitze des Blattes in das bereits erschütterte Volksgemüt gleichsam einhämmerten, wenn Depeschen von Havas und Reuter, die eigens bestimmt waren, die Zuversicht des deutschen Volkes zu zermürben, nicht allein aufgenommen, sondern sogar in fetten Lettern dem Auge aufgedrängt wurden, oder wenn Reden der feindlichen Staatsmänner, die nur der Einwirkung auf den Gegner dienen sollten, nicht in ein paar Zeilen abgemacht oder widerlegt wurden, sondern wortwörtlich ohne jede Bemerkung Aufnahme fanden. Der englische Propagandaminister Lord Northcliffe hat behauptet, die Rede eines englischen Staatsmannes sei für England 20000 Pfd. wert, 50000 Pfd., wenn die Deutschen sie nachdruckten, und 100000 Pfd., wenn sie nicht darauf antworteten.

Etwas ähnliches erleben wir jetzt bei der bolschewistischen Propaganda. Die bolschewistischen Moskauer Funksprüche werden nicht allein ohne jede Kritik aufgenommen, sondern auch noch in fetten Lettern als wichtigste sicherste Nachrichten dem Auge aufgedrängt. Und das zur selben Zeit, wo der Bolschewismus in unseren Eingeweiden wühlt und die Moskauer Funksprüche nur der Stärkung der Revolution bei uns dienen sollen. Die Revolutionäre im Ruhrgebiet, die sich aus Bolschewisten, Gesindel und arbeitsscheuen Erwerbslosen zusammensetzen, werden als die bewaffnete, Ruhe und Ordnung schaffende Arbeiterschaft bezeichnet, obgleich der größere Teil der Arbeiterschaft von dieser roten Revolution nichts wissen will. Der Stammesgenosse und Nachfolger Joffes in Berlin, der südrussische Jude Victor Kopp, schildert lächelnden Mundes die Segnungen des Bolschewismus in durchaus unwahrer Weise und manche Zeitungen haben nichts Eiligeres zu tun, als diese der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Schilderungen wortwörtlich ohne Widerlegung abzudrucken und das zu einer Zeit, wo der russische und der mit ihm verbündete deutsche Bolschewismus die größte Gefahr für uns und zwar für Leib und Leben bedeutet. Dieselbe jüdisch-demokratische Zeitung, die zuerst von den bürgerlichen Zeitungen den Ruf nach Abdankung des Kaisers erhob, verlangte nachdrücklich die Entfernung Noskes zu einer Zeit, wo wir wie nie eine starke militärische Spitze blutnotwendig hatten. Im selben Augenblick, wo die russische bolschewistische Armee sich anschickt, die polnische Front zu durchbrechen, und der deutsche Bolschewismus das Industriegebiet mit der Diktatur des roten Pöbels beglückt, da kräht dasselbe jüdische Blatt keck in alle Lande hinaus: Nicht der Bolschewismus ist die Gefahr, sondern die Gefahr ist die Furcht vor dem Bolschewismus! Sollte man es für möglich halten, daß trotzdem bürgerliche Blätter auf den bolschewistischen Leim gehen und durch Wiederholung des Gekrähs dafür Propaganda machen? Aehnlich steht es mit den Nachrichten über den weißen Terror in Ungarn, über den sozialdemokratische und jüdische Zeitungen die schrecklichsten Gruselgeschichten verbreiten.

Aber, sagt man, die Wahrheit über alles! Ganz recht, aber die Wahrheit nicht in dem vom Feinde aufgedonnerten Prunkkleid oder schwarzgefärbten Schreckensgewand, sondern in einfacher, schlichter Gewandung. Einem Schwerkranken wird man nicht ins Gesicht brüllen, daß er sterben muß, daß sein Vermögen verloren, sein einziges Kind plötzlich gestorben ist, — das könnte ihm den Tod bringen. Den Kranken muß man schonend vorbereiten, und ruhig sagen, was unbedingt notwendig ist, dabei auch nicht unterlassen, die Trostgründe eindringlich zu betonen. Auch unser Volkskörper ist krank. Schroffe schreiende Wahrheitsenthüllung kann, wenn nicht tödlich, wenigstens sehr verschärfend auf den Krankheitszustand einwirken.

Was wir jetzt brauchen, das ist Mut, Aufrichtung, einträchtiges Zusammenwirken. Um so mehr haben die Berichterstatter, Korrespondenz-, Telegraphenbureaus und Redaktionen die Pflicht, alle Nachrichten auf ihre Quelle und auf ihre Massenwirkung zu prüfen und in ihrer Wiedergabe die größte Vorsicht walten zu lassen. Sonst könnte es leicht kommen, daß die Presse, ohne es zu wollen, den äußeren und inneren Feinden unseres Volkes Handlangerdienste leistet.

Raffael.

Zu seinem 400jährigen Todestage.

Es war ein Tag zu sonderlichem Nachdenken, der 6. April des heurigen Jahres. Denn an ihm jährt es sich zum 400. Male, daß Raffael starb. Zu Häupten seines letzten Lagers stand die „Transfiguration", die er unvollendet zurücklassen mußte. Aber der göttliche Geist, der ihn zu dieser letzten Schöpfung erleuchtet hatte, verkündete sich auch in dem begonnenen Werke, begrüßend den Auserwählten, der zur Heimat der ewigen Schönheit einging, wachend über des Dahingegangenen Abschied von dieser Erde und sorgend, daß für ie in diesem Verluste unvergänglicher Gewinn gesichert bleibe. Die trauernden Ueberlebenden aber ehrten den Fürsten der Kunst mit fürstlichster Gruft in der Halle des Pantheons. Erst Menschen der heutigen Zeit war es vorbehalten, auch diese geheiligte Stätte zu mißachten. Bis an die Grenze unserer Gegenwart ist Raffaels Ruhm nicht angetastet worden.

Man verehrte ihn als den größten aller Maler. Man blickte zu ihm auf fast wie zu einem Ueberirdischen. Erinnerung an das Florentiner Selbstbildnis des edeln, versonnenen Jünglings schuf in der liebevoll und dankbar begeisterten Vorstellung der Nachwelt jenes Idealbild, das geschaffen schien als ein Gleichnis der in allem Wechsel stets neu verjüngten Schönheit wahrer Kunst. Jener Kunst und Schönheit, nach der die Menschenseele nie aufhört sich zu sehnen, solange sie ihrer Menschenwürde nicht entsagt. Seinen Zeitgenossen war Raffael einer der großartigsten Vertreter ihrer Kultur, der durch den Glanz seiner Kunst, in der das Licht der gesamten damaligen religiösen, wissenschaftlichen und ästhetischen Bildung sich sammelte, alles Frühere und Gleichzeitige überstrahlte; ein Verherrlicher der Freude überirdischen und irdischen Lebens; ein Genius, den man mit höchstem Stolze zu den Zierden der Zeit rechnete, und der, weil an seinen Gedanken und Gestalten die Ruhmes- und Prachtliebe der leitenden Persönlichkeiten Befriedigung fand, auch dem Ehrgeize des Volkes Genüge tat. So beurteilt, schied Raffael aus dem Leben.

Wer damals trauernd glaubte, daß diesem Meister keiner je wieder gleichen würde, irrte sich nicht. Denn solche Gleichheit ist nur möglich durch Weiterentwicklung. Raffaels Kunst aber war einer solchen nicht mehr fähig, weil sie selbst, wie das Lebenswerk jedes ganz großen Genies, der Höhepunkt, die Frucht, das Ziel einer vielhundertjährigen Entwicklung war. Sie schloß eine Epoche ab, leitete zu keiner neuen über. Aber sie starb nicht mit ihrem Meister, denn sie war Kunst des Lebens. Sichtbare Gestaltung nicht nur der Gedanken hervorragendster Renaissanceleute, sondern schönheitvollendeter Ausdruck leitender Ideen, die in der Seele der Menschheit leben, unbewußt oder bewußt, seitdem es überhaupt Menschen gibt, insbesondere aber, seit das Empfinden der Menschheit bei Willen oder Widerwillen durch den Geist Christi unterworfen und befreit ist. Seine Religion, die der höchsten geistigen Schönheit, der Freude ohne Grenzen und Enden, führte in Raffaels Kunst zur menschlich erreichbaren schönsten, freudigsten Folge, sprach zur Welt mit den Mitteln dieser Kunst, der die sittliche Kraft innewohnte, auch die Schönheit der Antike dem Dienste der christlichen Idee willig zu machen. Der überirdische Gehalt des Raffaelischen Schaffens, gekleidet in das Gewand übernatürlicher Schönheit, heiligsten Ernstes und sonnigster Freude, er ist es gewesen, der die Kunst dieses Meisters lebendig erhalten hat. So sehr, daß keine Zeit nach ihm aufhörte ihn zu bewundern.

Aber unseren Vorfahren vor nunmehr einem Jahrhundert ward er mehr. Die religiöse, sittliche Erhebung, mit der das deutsche Volk bewies, daß es der göttlichen Heimsuchung der napoleonischen Kriege nicht unwürdig war, der beseelte Schwung der Romantik, der begeisterte Hellblick der Nazarener erkannte in Raffael die Idealgestalt des Künstlers, des Schönheitsbildners im Sinne Christi und einer wahrhaft nachahmungswürdigen christlichen Vergangenheit. So blieb es bis zur Entwicklung des modernen Materialismus, bis zum Hereinbrechen des Unwesens, das seine unchristlichen und widerchristlichen Auffassungen zum Siege zu führen strebt. Der Kampf hiergegen ist unser Kampf. Und suchen wir nach einem Verbündeten, so kann uns Raffaels Geist ein solcher sein.

Nicht wegen der Allseitigkeit des Raffaelischen Kunstwirkens. In dieser Beziehung wird er so wenig je wieder zu erreichen sein, wie die andern großen Genies der Renaissance. Auch nicht wegen seines Fleißes, seiner Sorgfalt, seiner Besonnenheit, mit der er Technik und Inhalt, Form und Sinn, Mittel und Zweck in das rechte Verhältnis setzte. Das alles findet sich auch bei andern, ja es gehört überhaupt zu den Grundlagen des künstlerischen Schaffens, was freilich nicht ausschließt, daß heute nicht wenige darauf verzichten zu können glauben. Wohl aber darf er uns ein Vorbild sein in seinem Verhältnisse zum Leben und zu den lebenbestimmenden Mächten des Gedankens.

Mit eindringlichem Verständnisse nimmt er teil an der geistigen Kultur seiner Zeit, steigt zu ihren Quellen, die, aus den Tiefen des Altertums empor, aus den heiligen Geheimnissen des Christenglaubens herniederströmend, sich vereinigen, das Leben verschönend, veredelnd, befruchtend; durchdringt ihre Absichten, hilft zur Erreichung ihrer Ziele, die weit über die Grenzen der Renaissance Italiens hinaus auf den Höhen aller menschlichen Geistesentwicklung liegen. Wo die eigene Kenntnis nicht ausreicht, wie bei der „Disputa" und der „Schule von Athen", nimmt er die Aufklärung der Wissenden, der Theologen und Humanisten an, nimmt sie aus Platos Tiefsinn, aus Dantes und Homers Unerschöpflichkeit, um durch ihre Lehren für die Offenbarungen seiner Kunst festen Inhalt und Rechtfertigung zu gewinnen. Er fühlt und erlebt das Altertum, macht es wieder lebendig im Geiste, nicht in den äußerlichen Formen, von denen er sich soviel aneignet, als für Zweck und Absicht seiner Kunst brauchbar ist. So auch ist sein Verhältnis zu den Ereignissen der christlichen Zeit, die seinem historischen Scharfblicke nach Form und Wert wohl bekannt ist. Mit so viel Freiheit malt er die Krönung Karls des Großen, den Reinigungseid Leos III., die Konstantinsschlacht und all die andern geschichtlichen Szenen, daß sie aufhören, vergangene Dinge zu sein und lebendig, als unsere eigenen Erlebnisse, uns die Unvergänglichkeit ihrer Bedeutung bezeugen. Er kennt die Symbolik der frühchristlichen Zeit, begreift die kulturelle Wichtigkeit der alten Bau- und Kunstdenkmäler, zu deren Schutz er vom Papste berufen wird. Raffael überblickt die Tradition und ehrt sie bewußt, er selbst mit seiner Kunst als Kronzeuge für die Bedeutung einer von Welt und Kirche pietätvoll festgehaltenen und unter dem Schutze der letzteren mit Liebe, Zweckbewußtsein und logischer Sicherheit entwickelten Tradition. Aber er wird nicht ihr Sklave, nicht der äußerliche Benutzer traditioneller Formen. Seine Tradition ist die des Geistes, der sich in den Formen spiegelt. Weich und bereitwillig erschließt sich Raffael den äußeren Einflüssen, auch solchen seiner Mitwelt (man erinnere sich der Anklänge an Michelangelo in der „Bibel Raffaels") und bewahrt, indem er sie zu seinem geistigen Eigentum umwandelt, in seinem Wesen sie aufgehen läßt, dabei nur um so fester sein eigenes Selbst, das er mit der „Grablegung" schon als 24jähriger Jüngling kühn vom Banne der Schule befreit hatte.

Nur ein flammendes Temperament vermag Großes zu schaffen. Er beweist es in der Erringung seiner künstlerischen Freiheit. Aber es ist keine Willkür und Zügellosigkeit, auch nicht die Wildheit Michelangelos. Raffaels Freiheit ist jene höhere, die durch Ueberwindung der eigenen Leidenschaft gewonnen und gewahrt wird. Kernfeste Gesundheit, holde Anmut, milder sonniger Ernst, freudige Bejahung alles Guten, Erkenntnis jenes, von der Schönheit des Weltenschöpfers auch im Häßlichen und Niedrigen nachglimmenden göttlichen Funkens; idealistisches Erleben und Erlebenlassen im schönsten, im christlichen Sinne, beglänzt von der Sonne Homers, sind die Kennzeichen der raffaelischen Kunst. Ob des Besitzes dieser Eigenschaften kann sie niemals altern, gehört auch nicht einem Volke und Lande, sondern aller christlichen Menschheit.

Denn fühlend verstehen kann diese Kunst niemals der Ungläubige; nie der Blinde, der da meint, es gebe keine christliche Kunst, darum, weil er sie nicht sehen kann; nie der Ueberlebte, der kein Gefühl mehr dafür hat, daß das Christentum Leben ist, und alles, was zu ihm gehört, mit Leben erfüllt. Leben und Lebenswahrheit ist Raffaels Schaffen. Nicht nur in jenen unvergleichlichen Bildnissen eines Julius II. und Leo X.; nicht nur in seinen Psyche-Fresken der Farnesina und seinen historischen Bildern. Echtestes, frisches Leben waltet nicht nur in der Zartheit, dem lächelnden Mutterglücke so vieler Raffaelischer Madonnen, in der Innigkeit seiner heiligen Familien, in der edeln Hoheit seiner Heiligenbilder. Man gedenke der Cäcilia, der Sixtina. Sondern auch in der Ueberweltlichkeit seiner sinnbildlichen Schöpfungen, jenen Darstellungen riesenhafter, Welt und Leben umspannender Gedankenkreise. Lebendig, mit zwingender Wahrheit vollzieht Raffael die Vereinigung von Antike und Christentum, fähig solcher gewaltigen Tat dank der Lebenskraft des in ihm wirkenden, die Festigkeit des inneren Verhältnisses sichernden christlichen Geistes. Ohne dieses Verhältnis fehlt die Möglichkeit, jene beiden widerstrebenden Lebensideen zu vereinigen, zu versöhnen. Man denke an das Mißlingen ähnlichen Versuches in den Werken von Max Klinger.

Die Heiterkeit weltlichen Lebens, selbst ihr ferner Schimmer, fehlt in jenen Raffaelischen Werken, die einzig dazu bestimmt sind, die Geheimnisse der Religion und die Gottesgesandtheit der Kirche zu verherrlichen. So in den 56 Bildern der „Bibel", in den Entwürfen zu den Wandteppichen der Sixtinischen Kapelle, in den Fresken der Stanzen. Hier waltet allein der heilige Ernst, des Glaubens reinste Reinheit, die Kraft unerschöpflicher Zuversicht. Wie die Kirche Christi, vom Heilande selbst gegründet, seit den Zeiten der Apostel durch seine göttliche Macht beschützt worden ist; wie sie zur Alleinherrschaft gebracht ist durch den Sieg Konstantins; wie göttliche Wunder sie vor Feindesgewalt erretteten, Zweifelsucht zuschanden machten — das alles schildert mit dem Ernste, der Ruhe des von der Wahrheit seines Berichtes felsenfest überzeugten Erzählers, mit heiliger, priesterlicher Begeisterung Raffael in jenen gewaltigen Bildwerken. Und weiter schaut er, hoch über alles Irdische, hinaus. Sein Blick sieht den Himmel sich öffnen und die Herrlichkeit des Heilandes und der himmlischen Scharen in Wolken daherkommen, um den Weisen der Erde Zeugnis zu geben von der ewig Heil verbürgenden Gegenwart Christi im allerheiligsten Sakramente des Altares. Daß Raffael dieses Bild malte, das geschah neun Jahre zuvor, ehe in Wittenberg die Kirche der Fälschlichkeit aller ihrer Lehre öffentlich angeklagt ward — jener Lehre, von deren göttlicher Wahrheit nie und nirgend höheres, überzeugenderes, überwältigenderes künstlerisches Zeugnis abgelegt worden ist als in Raffaels Disputa. Schon die Tatsache für sich allein, daß dieses Bild entstehen konnte, wäre ausreichend, jeden Zweifel an jener Wahrheit für immer zum Schweigen zu bringen. Der Kampf für diese Wahrheit, in der allein die Grundlagen alles kulturellen Lebens befestigt sind, und gegen alle jene Mächte, die an ihr zu rütteln wagen, ist unser Kampf. In diesem Kampfe soll die christliche Kunst das Banner tragen, auf dem geschrieben steht: In hoc signo. Die christliche Kunst ist da, sie ist wirklich da, wer auch immer es leugnen mag. Sie ist die Kunst des heiligsten Friedens. Aber sie ist auch Kämpferin, und sie wird uns siegen helfen, wenn sie eingedenk bleibt der großen Lehren, die Raffael ihr hinterlassen hat in seinem Verhältnisse zur geistigen Kultur, zur Tradition, zum Leben der eigenen Seele und dem der Welt, und mit seinem feurigen, des heiligen Geistes vollen Eintreten für Christi Lehre, Kirche und Recht.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Heinrich Lechtape: Die Frage der Steuergerechtigkeit. Grundsätzliches zur Finanzreform auf Grund des Solidaritätssystems von Heinrich Pesch S. J. Freiburg, Herder. Preis 1.50 M. — Die als Aufschrift gewählte, von so vielen heute aufgeworfene Frage findet hier eine von der Oberfläche auf den Tief- und Untergrund tauchende Beantwortung: knapp und kernig klar, übersichtlich und auch in einzelnem aufhellend. Der Verfasser belehrt uns über den sittlich bindenden Rechtsgrund der Steuerpflicht, deren klar bewußte Erfüllung zur freien sittlichen Tat wird; über die soziale Gerechtigkeit der Besteuerung sowie die vorzunehmende nähere Bestimmung und Umgrenzung des Maßstabes der persönlichen Leistungsfähigkeit; endlich über das Verhältnis des Privateigentums zur Steuer. — Das Büchlein ist nachdrücklich zu empfehlen.

E. M. Hamann.

Ludwig Heilmaier, Familie und Seelsorge. München, Lentnersche Buchhandlung, 1920. 66 S. Das Büchlein behandelt eines der zeitgemäßesten Probleme in den beiden Teilen: „Gefahren für den Bestand und das Glück der christlichen Familie", und „Wie kann die Seelsorge die Schäden heilen bzw. denselben vorbeugen?" Die Gefahren, von denen unsere Familie bedroht ist, werden offen dargelegt, dann aber auch die Heilmittel, die in Anwendung kommen müssen, angegeben. Die Arbeit gestaltet sich zu einer Apologie der christlichen Religion und ihrer Wirksamkeit auf die Keimzelle der menschlichen Gesellschaft, die Familie. Eine weitgehende Heranziehung und Benützung der einschlägigen besseren Literatur verleiht dem Büchlein besonderen Wert. Zunächst für den Seelsorger geschrieben, verdient es volle Beachtung auch der Laien, die ein Interesse an der Erhaltung und Stärkung der christlichen Familie haben. Reichliches Material bietet es für Vorträge in dieser so wichtigen Sache. Darum sei es bestens empfohlen.

Prof. Dr. J. Hoffmann.

Die kirchlichen Hymnen in den Nachbildungen deutscher Dichter. Mit den lateinischen Texten, einer Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Otto Hellinghaus. (M.-Gladbach, Volksverein; gebd. Mk. 6.—). Die Einleitung unterrichtet kurz über Wert und Bedeutung der kirchlichen Hymnen, deren Verhältnis zur Liturgie, die hervorragendsten Vertreter der christlichen Hymnendichtung und die sprachliche und metrische Form der Hymnen; dabei werden zum Zwecke eingehenderer Beschäftigung und tieferen Eindringens die wichtigsten literarischen Hilfsmittel namhaft gemacht. Die deutschen Texte sind den besten Uebersetzern entlehnt; ihnen stehen die lateinischen Originale gegenüber, für die man im Interesse einheitlicher Wirkung des Druckbildes eine etwas andere Type gewünscht hätte. Die kirchliche Liturgie ist neuerdings wiederholt zum Gegenstande literarischer Darstellungen gemacht worden, die dem Laien nicht nur von außen her ihr Verständnis erschließen, sondern auch sein religiöses Innenleben in eine engere Beziehung zu ihr bringen wollen; diese Bestrebungen zu unterstützen ist das vorliegende Büchlein wohl geeignet.

Gymn.-Dir. Ley.

Hier ein kurzer Hinweis auf wichtige Neuauflagen: **Hansjakobs** wunderschöne Schwarzwaldgeschichte **„Der Vogt auf Mühlstein"**. Sonderausgabe mit den acht prächtigen Kunstdrucken nach Originalzeichnungen von Prof. Wilh. Hasemann, sowie mit den von Baron Georg v. Oertzen im Anschluß an die Erzählung gedichteten hervorragenden sieben Liedern (Herder, 3.—5. Aufl., gr. 8°, VI u. 110 S. Geb. 9 M); Prof. Dr. **Engelbert Krebs'** zugkräftiges, tiefes **„Was kein Auge gesehen.** Die Ewigkeitshoffnung der Kirche" in bereits 4. u. 5. Aufl. (ebda kart. 5 M); Bisch. **Sailers** unvergleichlich inhaltsschweres, gewinnendes „vollständiges Gebetbuch für kath. Christen **Lehre uns beten!"** Neu herausgegeben, von ihm selbst aus seinem größeren Werke herausgezogen, von Prof. Dr. Franz Keller. Mit 26 Bildern von Joseph v. Führich, 2. und 3. verm. Aufl. (Ebda, geb. 5.20 M und höher); **Erich Wasmanns** klar- und kraftvoll-logisch überzeugende Schrift **„Haeckels Monismus eine Kulturgefahr"**. Vierte verm. Aufl. von „Ernst Haeckels Kulturarbeit". (Ebda, 3 M.)

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Musik. Hans Pfitzner hat die Abonnementskonzerte des Konzertvereins mit großem Erfolge zu Ende geführt. Man darf wohl sagen, daß die Abende Außerordentliches boten und das Pfitzner aus dem Orchester herauszuholen verstand, was bei dessen heutiger Zusammensetzung nur immer möglich war. Daß der Konzertverein es als seine dringendste Aufgabe ansehen wird, sich den großen Künstler auch für die neue Konzertzeit zu sichern, erscheint uns selbstverständlich. Sie ist freilich nicht ganz leicht zu lösen, denn Pfitzner gedenkt einer der zahlreichen an ihn ergangenen auswärtigen Berufungen Folge zu leisten. Der „Hans Pfitzner-Verein für deutsche Tonkunst" teilt dies mit. Er möchte der Oeffentlichkeit zu wissen tun, daß von den maßgebenden Stellen bisher kein Schritt geschehen ist, um den Meister an München zu fesseln. Der Verein stellt dies fest, nicht im Interesse Pfitzners, dessen führende Stellung im Musikleben unserer Zeit nicht an eine Stadt gebunden sei, sondern im Interesse Münchens, dem der Verein die Stellung der führenden Kunststadt wünscht. „München war bisher die Stadt, die hervorragende Komponisten anzog, aber nicht festhielt. Soll diese musikgeschichtliche Physiognomie Münchens für alle Zeit dieselbe bleiben?" — Diese Kundgabe an die Oeffentlichkeit erfolgte wenige Tage, nachdem die lange schwebende Besetzung der Stellung eines Direktors der Akademie der Tonkunst in München durch die Berufung Sigmund von Hauseggers erledigt ist. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß der Pfitznerverein und gewiß er nicht allein, seinen Meister gerne an dieser Stelle gesehen hätte, wozu ja Pfitzners Erfolge als Konservatoriumsleiter in Straßburg ihn als geeignet erscheinen lassen. Nachdem Straube, der Leipziger Thomaskantor, eine Berufung abgelehnt hatte, dürfte, wie wir zu wissen glauben, eine Kandidatur Pfitzners ins Auge gefaßt worden sein; ob sich etwaige Schwierigkeiten nicht hätten beseitigen lassen, ist uns nicht bekannt. Ganz unfruchtbar und deshalb töricht würden wir es erachten, so verschiedenartige Persönlichkeiten, wie Pfitzner und Hausegger nur nachträglich gegeneinander abzuwägen. Aus der Kundgabe des Pfitznervereins darf man schließen, daß es auch jetzt noch Möglichkeiten gibt, diese außerordentliche Künstlerpersönlichkeit in München festzuhalten. Hier alles zu versuchen, was nun irgendwie tunlich erscheint, möchte man allerdings denen, die es angeht, dringend ans Herz legen. — An die Ernennung Hauseggers zum Leiter unserer Akademie der Tonkunst darf man schöne Hoffnungen knüpfen. Er ist ein hervorragender Musiker, der durchaus auf der Höhe unserer heutigen musikalischen Entwicklung steht, ohne den radikalen Neutönern anzugehören. Er kehrt nun in die Stadt zurück, wo der jugendliche Künstler seine ersten Erfolge errang. 1898 gab das Hoftheater seine Oper „Zinnober" und kurze Zeit später spielte das Kaimorchester, dem er ein ausgezeichneter Dirigent war, seine „Dionysische Phantasie". — — Es sei noch von den letzten drei Pfitzner Konzerten, die mit Beethovens „Neunter" einen machtvoll würdigen Ausklang nahmen, kurz berichtet. Ganz wundervoll dirigierte Pfitzner das Meistersingervorspiel, die Egmont-Ouvertüre, die Haydnsche D-Moll-Symphonie, und in glücklichster Anpassung mit dem Solisten Gottfried Galston das Klavierkonzert D-Moll von Mozart. Hier war alles von starker Innerlichkeit und rhythmischer Feinheit. Neu war für München die 3. Symphonie in E-Moll von Hugo Kaun, ein von Brahms nicht unbeeinflußtes, aber auch selbständiges Empfinden verratendes Werk von schönem Können, das freundlicher Eindrücke sicher sein darf. Es folgte ein Cellokonzert von Friedrich Hegar, dessen Solopart Joh. Hegar, der Sohn, mit bravourösem Können und Klangreiz spielte. In der „Neunten" sang ganz hervorragend Paul Bender, auch die Bosetti und die Willer boten gewohnt Schönes. Erstmalig hörte ich den Tenoristen Depser, einen jungen Künstler, dessen Stimme mir beachtenswerter erscheint, als ich aus Theaterkritiken hatte schließen können. Die Gesellschaft für Chorgesang und andere Chorvereinigungen bildeten den Chor. Der Eindruck des nur ad hoc zusammengefügten war leider nicht verwischt. — Reine Freude gewährt immer ein Liederabend von Marie Möhl-Knabl. Die Schönheit der Stimme und die schlichte Innigkeit des Vortrages stehen auf einer Höhe musikalischer Kultur, die keine Wünsche mehr offen lassen. An dieses glockenreine Organ erinnert etwas die jugendliche Koloratursängerin Irma M. Petär, ohne vorerst in der Vollkommenheit der Technik der Möhl nahezukommen. Im Vortrag neigt diese Sopranistin mehr zum liebenswürdig-gefälligen. Im Konzerte der Möhl-Knabl spielte W. Braunfels, ihr ausgezeichneter Begleiter, noch vier Bagatellen aus op. 33 und Rondo à capriccio (Die Wut um den verlorenen Groschen) von Beethoven in einer packenden Meisterschaft, für die ihm das Publikum mit stürmischem Beifall dankte. Als eine reichbegabte Pianistin lernten wir Elisabeth Moritz kennen, eine Schumannspielerin von schönem, weichem Anschlag und feinem Empfinden. Auch Maria Muehl-Reitsch ist eine Klavierkünstlerin von schönem technischen Können; sprühendes Temperament schädigt gelegentlich die feinere Ausmalung. Alice Frey besitzt zur Hugo Wolffsängerin vieles. Sie ist eine tiefmusikalische Natur, ihr Vortrag ist von Innigkeit und starkem Gefühl. Von ihren nicht großen stimmlichen Mitteln, die freilich von etwas herbem Klangreiz sind, weiß sie klugen Gebrauch zu machen. Walter Frey ist ein idealer Begleiter am Flügel. Sehr bejubelt wurde Dr. Emil Schipper an seinem Lieder- und Arienabend, den ich nicht besuchen konnte. Nach dem Berichte eines Vertreters war der Sänger glänzend bei Stimme. Die Kraft und Fülle seines wundervoll weichen Organs übten ihren vollen Zauber aus. — Dem Tonsetzer August Reuß war unlängst ein eigener Abend gewidmet. Grimmelshausens „Trost der Nacht" für Sopran, Klavier, Klarinette ist unmittelbar ergreifend; alte Formen werden hier zur Hülle eines sehr starken, modernen Gefühles. Hermine Bosetti hatte durch ihre hohe Gesangskunst Anteil an dem starken Erfolg. Noch stärkeren Eindruck machte die Wiederholung des unlängst uraufgeführten Oktettes op. 37 durch die Bläservereinigung des Nationaltheaters. Neben eindrucksvollen Liedern hörte man auch, von Rita Bergas dramatisch bewegt gesungen, eine Szene aus einer unaufgeführten Oper „Herzog Philipps Brautfahrt". Neu war uns Dr. H. Knappe, der als Dirigent des Konzertvereinsorchester sich als gewandter, geschmackvoller Musiker erwies, wenn auch die rhythmische Präzision noch Wünsche offen ließ.

Theater am Gärtnerplatz. „Letzte Liebe" (Johann Nestroy) Singspiel von A. M. Willner und Rud. Oesterreicher. Musik nach Alt-Wiener Motiven zusammengestellt von S. Eibenschütz und E. Reiterer. Um Nestroy, den Schauspieler und Dichter, haben die Autoren ihr launiges Spiel herumgeschrieben. Die behagliche Zeit der vierziger Jahre und das Leben und Treiben im alten Wien geben dem Stückchen Farbe und Reiz. Eine letzte Liebe des bejahrten Dichters, den Seibold mit viel gewinnender Liebenswürdigkeit spielte, führt zum Verzicht, aber diese sentimentale Note gibt nur einen leisen Unterton in den episodenreichen, lustigen Akten. Auch der Theaterdirektor Carl spielt mit, der Gründer des Wiener Carltheaters, der vordem in München das Theater am Isartor leitete, mit der Rolle des Parapluimachers Staberl eine jahrzehntelang wirkende, in hundert Stücken verwendete volkstümliche Figur schuf; eine Persönlichkeit, die eine seltsame Mischung von wahrer Künstlerschaft und Sensationsgier gewesen ist. Hiervon merkt man freilich nicht allzuviel in dem Stücke. Die Musiker griffen keck in die Schätze alter Wiener Weisen und was sie ergriffen, ist meist flotter, frischer und reizvoller, als was Operettenkomponisten von heute einfällt. Das Publikum war sehr zufrieden und ehrte die Künstler durch viel Beifall sowie blumige und eßbare Ostergeschenke.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Terror und kein Ende. — Kein Wirtschaftsaufbau von Dauer ermöglicht. — Bemerkenswerte Ansätze im Preisabbau. — „Freundliche" Wirtschaftshilfe aus Amerika und Italien.

Deutschlands Wirtschaftsentwicklung vermag wahrlich nicht in die ihr so notwendige Ruhe zum Atemholen zu kommen. Und doch wäre solches dringender denn je vonnöten, um so mehr, als das Chaos der Innenpolitik ins Grenzenlose und Beispiellose geht. Noch immer ist keine Besserung von merklicher Dauer und Beständigkeit zu ersehen. Solange Vorkommnisse, wie der Terror im Ruhrgebiet und der dortige helle Aufruhr einen Bürgerkrieg von seltener Zähigkeit entfesseln können, solange auch in anderen deutschen Industriebezirken Kommunismus, Bandenunwesen und wie dies beispielsweise im Vogtländischen einzelne Räuberbanden zu tun vermögen, in diesen Gegenden, also in Deutschlands Industriezentralen, jede Ordnung, Ruhe und Arbeitsbetätigung ausgeschaltet werden können, solange kann man schlechterdings von keinem Wirtschaftsaufbau sprechen. Die schlimmsten Rückschläge für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands sind schon deshalb unvermeidlich, weil naturgemäss durch all die Vorkommnisse die Kohlenförderung in der letzten Zeit, nicht zuletzt durch den vielfach erzwungenen neuerlichen Generalstreik zum Erliegen gekommen ist. Das Verkehrswesen, das einigermassen in Schwung kommen konnte, erleidet wegen Kohlenmangel aller Wahrscheinlichkeit nach Hemmnisse, wenn nicht sogar grosse Einschränkungen. Die Entente, vor deren Toren sich zahllose solcher Beispiele der ungezügelten Wirtschaftsauflösung in krassester Weise abspielen konnten, wird über kurz oder lang auf die infolge dieser Miseren unbedingt eintretenden Stockungen in der strikten Ausführung der wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Friedensvertrages auf Repressalien pochen und wohl solche erhalten. Dies geschieht naturgemäss immer wieder auf Kosten des Gesamtwirtschaftslebens! Ruhe und Sicherheit sind aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch neuerdings gefährdet. Dazu kommt noch die vollständige Unklarheit über die Gestaltung der Reichsfinanzen, welche gerade durch solchen Bürgerkrieg und innerpolitischen Zerfall ebenfalls auf das Aergste bedroht bleiben. Blut und Aufregung genug haben die Monate nach dem definitiven Kriegsschluss über das arme Deutschland gebracht und noch ist kein Ende aus dem Wirtschaftselend zu ersehen. Daran wird nichts geändert, weder durch die neuerliche Festigkeit der Effektenbörsen — diese wird ja lediglich nur begünstigt durch das viele beschäftigungslose Geld, das auf solche Weise Unterkunft sucht —, noch durch den leichten Geldstand bei den Banken und am offenen Markt. Geld schwimmt an den Börsen und sucht

überall Zuflucht, nicht zuletzt, um aus steuertechnischen Gründen möglichst geräuschlos plaziert zu werden.

Einigermassen bemerkenswert ist die genaue Beachtung der **Preisgestaltung** für einzelne Produkte und Artikel des täglichen Bedarfes. Ueberwiegend sind zwar noch die Preiserhöhungen für die verschiedensten Fabrikate und Erzeugnisse — auch ein neuer Kohlenpreiszuschlag und zwar in erheblicher Form ist in Sicht —, immerhin gesellen sich mehr denn je für andere Branchen Preisrückgänge von gleichfalls einschneidender Art. Namentlich am Holz-, Häute- und Ledermarkt — gerade auf diesen Gebieten sind unglaubliche Teuerungen, besonders seit der unklugen Beendigung der Zwangsbewirtschaftung vorgekommen — sind Preisrückgänge schon seit einiger Zeit, namentlich bei den grossen Auktionen, eingetreten. Auch die grossen Warenbörsen, wie die in Frankfurt am Main melden bei zurückhaltender Kauflust für einen grossen Teil der angebotenen Waren rückgängige Notizen. Das Ausland, namentlich Amerika, beginnt anscheinend, wie dies ja nicht anders zu erwarten war, die dort aufgestapelten Warenmengen preisdrückend in Europa anzubieten. Trotzdem wir nominell mit Neuyork noch nicht auf dem Friedensfuss stehen, wird Deutschland, ebenso wie Frankreich mit amerikanischen Erzeugnissen in Bälde überschwemmt werden. Amerika hat das grösste Vertrauen zu Deutschlands Wirtschaftswiedergeburt, mehr Zuversicht als das Gros der Deutschen selbst! Von Amerika aus sind auch die vielfachen grossen Kapitalinvestitionen für Aktienposten, Immobilienbesitz und andere Millionenobjekte bekannt geworden. Amerika interessiert sich gleichfalls für das gesamte deutsche Reederei- und Schiffahrtswesen und es frägt sich, ob es für all diese Wirtschaftsfaktoren nicht besser ist, unter amerikanische Oberhoheit zu kommen, als bei den jetzigen unsicheren und kommunistischen Verhältnissen, wie solche bei uns herrschen, offensichtlich und unvermeidlich den Verfall zu erleben. Die Sympathiebeweise, welche Italien, namentlich dessen Ministerpräsident Nitti Deutschlands Wirtschaftsentwicklung entgegenbringt, sind gleichfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das grosse Entgegenkommen Italiens ist naturgemäss aufgebaut auf dem Selbsterhaltungstrieb dieses Landes, das mehr als die übrige Entente auf Deutschlands Einfuhr angewiesen bleibt. Immerhin tragen solche deutsch-freundlichere Strömungen zur Wiederbelebung Deutschlands Wirtschaft bei, insoweit, als die Innenpolitik Ruhe und Ordnung im Lande solche überhaupt zulassen. Und gerade diese Kapitel werden uns noch am meisten zu schaffen geben, mehr noch, als der vielfache Ruf nach Verstopfung des Loches im Westen. Vor allem Ruhe im Inlande, das bleibt die Hauptsache!

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

München-Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in München. In der heutigen Aufsichtsratssitzung wurde der Rechnungsabschluß für das Jahr 1919 vorgelegt, welcher nach satzungsgemäßer Abschreibung von ℳ 290,154.02 (ℳ 290,870.18) einschließlich des Gewinnvortrages von ℳ 44,552.06 (ℳ 55,274.10) einen Jahresgewinn von ℳ 1'014,582.22 (ℳ 991,820.22) ergibt. Der Aufsichtsrat wird der für Mittwoch, den 28. April 1920 anberaumten Generalversammlung vorschlagen, die Gesamtdividende auf 20% (21%) festzusetzen, wonach Dividendenabschnitt Nr. 104 für die alten Aktien mit ℳ 200.— zur Einlösung kommen. Die neuen Aktien nehmen ab 1. Juli 1919 am Gewinn Anteil, wonach deren Dividendenabschnitt Nr. 104 mit ℳ 100.— pro Aktie eingelöst wird. Ferner sollen zu weiteren Abschreibungen ℳ 170,000.— (ℳ 204,000.—) verwendet, ℳ 300,000.— (ℳ 300,000.—) zur Uebergangswirtschaft zurückgestellt, ℳ 20,000.— (ℳ 20,000.—) dem Erneuerungsfondskonto (Aufforstung), ℳ 30,000.— (ℳ 50,000.—) dem Spezialreservekonto, ℳ 86,574.91 (ℳ 80,868.16) den Wohlfahrtseinrichtungen zugeführt, ℳ 20,000.— (ℳ 20,000.—) zur Dotierung des Delkrederekonto reserviert und nach Vergütung von ℳ 25,600.— (ℳ 20,400.—) für Tantiemen nach § 38 der Satzungen die restigen ℳ 42,407.31 (ℳ 44,552.06) auf neue Rechnung vorgetragen werden. München, 29. März 1920.

Gott dem Allmächtigen hat es in Seinem unerforschlichen Ratschluss gefallen, meine innigstgeliebte Mutter

die hochgeborene Frau

Elisabeth Gräfin von Galen

geb. Reichsgräfin von Spee,

Ehrendame des souv. Malteser-Ordens, Inhaberin des Kreuzes pro Ecclesia et Pontifice

infolge eines am 24. März erlittenen Schlaganfalles, im 78. Jahre ihres Lebens, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, heute abend 6 Uhr in die Ewigkeit abzurufen.

Ihre liebe Seele wird der frommen Fürbitte beim Gebete und heiligen Messopfer empfohlen.

Burg Dinklage (Oldenburg), den 26. März 1920.

Franz Graf von Galen, Major a. D.
zugleich im Namen seiner Geschwister und der übrigen Verwandten.

Die Beisetzung erfolgte am Dienstag, den 30. März, in der Burgkapelle, im engsten Familienkreise, das Seelenamt in der Pfarrkirche zu Dinklage am gleichen Tage um 9 Uhr.

Feierliche Exequien waren in der Ueberwasser-Pfarrkirche zu Münster am Mittwoch, den 31. März, vorm. 10 Uhr.

Im Sinne der Verstorbenen wird gebeten, von Kranzspenden abzusehen.

Die kleinen Anzeigen

in der

Allgemeinen Rundschau

erfreuen sich wegen ihres durchschlagenden Erfolges einer stets wachsenden Beliebtheit.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.

Redaktion und Verlag:
München.
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 9.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach
dem Ausland besonderer
Tarif, im allgemeinen
Frs. 4.— des Schweizer
Kurses, einschl'eßlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen
auf Textseite d. 95 mm breite
Millimeterzeile 375 Pfg
Beilagen M 15.— das
Tausend und Postgebühren.
Platzvorschriften ohne
Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung
werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden
nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig
durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 16. München, 17. April 1920. XVII. Jahrgang.

Ein Fieberkranker und sein Arzt.

Eine zeitgemäße, satyrische Betrachtung.

Von Dr. med. Franz von Saarburg.

Dante vergleicht im sechsten Gesange des Purgatorio seiner u. sterblichen Dichtung seine Vaterstadt Florenz, die ihn zu Beginn des Jahres 1302 aus ihrem Schoße ausgestoßen und verbannt hatte, mit der Fieberkranken, die sich unruhig hin und her wälzt auf ihrem Lager. Gesetz und Ordnung würden in der Stadt am Arno erlassen, um bald danach wieder geändert zu werden.

So scheint es auch dem deutschen Volke zu gehen, seitdem es den Weltkrieg verloren hat und jämmerlich in sich zerfallen ist. Da traten die Sieger zusammen zu ihrem Hohen Rate und beschlossen, welches Gesetz dem Besiegten aufzuerlegen sei. So kam es zum „Frieden von Versailles“, der am 28. Juni 1919 von den Vertretern des besiegten Volkes im stolzen Schlosse des ehemaligen „Sonnenkönigs“ von Frankreich zunächst einmal vorläufig und später endgültig angenommen werden mußte, obwohl sie an der eigentlichen Beratung desselben keinen Anteil gehabt hatten. Das oftmals laut verkündete Kriegsziel der Ententemächte, das in der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bestehen sollte, schien sich verwandelt zu haben in die Selbstbestimmung der „gesunden“ Völker. Deutschland aber war krank und war als „kranker Mann“ in das große Spital Europas eingezogen, nachdem die Leichen der kranken Männer von ehedem, des „unaussprechlichen“ Türken und Groß-Oesterreichs, aus ihm hinausgetragen worden waren.

Auch die Idee des oft gepriesenen **Völkerbundes** hatte eine Wandlung erfahren. Aus der ursprünglich allgemein gedachten Liga der Nationen war schon im Juni 1918 zur Ueberraschung der Welt die **Liga der „freien“ Nationen** hervorgegangen. So darf man sich in keiner Weise darüber wundern, unter den Signatarmächten des Versailler Friedens und im Kreise der „Ursprünglichen Mitglieder des Völkerbundes“ Seine Majestät den König von Hedschas in Arabien und den Präsidenten der afrikanischen Negerrepublik Liberia zu gewahren, im Kreise des Völkerbundes aber das Deutsche Reich durch Abwesenheit glänzen zu sehen.

Das schwerkranke Deutschland schien ja der ärztlichen Behandlung zu bedürfen, und da Herr Georges Eugène Benjamin **Clémenceau** vollberechtigt ist, als Docteur en médecine zu unterzeichnen, so wurde er selbstverständlich zum behandelnden Chefarzt am deutschen Krankenlager bestellt. Das Geheimnis seiner medizinischen Kunst ließ sich bei seinem Rücktritt leicht auf seinen Nachfolger, Herrn Alexandre **Millerand** übertragen, der nach seinen akademischen Studienjahren sich allerdings zunächst in die Liste der Avocats an der Cour d'Appel eintragen ließ und zur Presse überging. Schon im Jahre 1912 ist er einer der glänzendsten Kriegsminister Frankreichs gewesen, der es verstanden hat, die Armee von den Politikern zu befreien, ihr Selbstvertrauen zu stärken und der Nation den militärischen Stolz zurückzugeben. Man versteht den tiefen Schmerz, welchem der glänzende Führer der französischen Katholiken, Graf **Albert de Mun**, der Kavallerieoffizier von ehedem, beim Sturze Millerands im „Echo de Paris“ vom 14. Januar 1913 beredten Ausdruck gegeben hat.

Erinnert man sich heute des nationalistischen Eifers, welchen derselbe Graf de Mun und andere französische Politiker im Jahre 1913 lange vor dem Attentat von Serajewo für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit an den Tag gelegt haben, und gedenkt man der weiteren Tatsache, daß im modernen Europa die Institution der stehenden Heere seit dem 15. Jahrhundert von Frankreich ausgegangen ist, so begreift man die Kümmernisse und bitteren Enttäuschungen des Herrn Präsidenten **Wilson**. Amerikas Eintritt in den Krieg hat ihn entschieden. Noch ehe die Entscheidung gefallen war, hat sich **Wilson** berechtigt gehalten, in seinen 14 Punkten vom 8. Januar 1918 das **Programm eines Friedens** vorzuzeichnen, bei dem es **keine Annexionen und keine Entschädigungen** geben sollte. Trotz alledem mußte der amerikanische Präsident das Werk des Friedens von Versailles Gestalt annehmen und zur Verwirklichung sich vordrängen sehen. Jetzt erfährt es auch die große Oeffentlichkeit, wie es in Versailles zugegangen ist. Herr André **Tardieu**, der gewiegte Diplomat und zeitweilig französischer Spezialbevollmächtigter in Washington, erzählt der aufhorchenden Welt durch die Pariser „Illustration“ seine Konferenzerinnerungen. In dem ursprünglichen Friedensprogramm habe sich Frankreich den nachfolgenden Bedingungen gegenüber befunden: Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, keine interalliierte Besetzung des linken Rheinufers und keine französische Besetzung für länger als 18 Monate, Bezahlung alles deutschen Staatseigentums in Elsaß-Lothringen durch Frankreich, keine Abtretung der Saargruben an Frankreich und kein Sonderregime für die Bevölkerung des Saargebietes, Wiedergutmachungen, die weniger als 30 Proz. des französischen Schadens betragen hätten, keine Bezahlung der französischen Pensionen, Zusicherung, daß Deutschland auf alle Fälle nach 30 Jahren schuldenfrei sein sollte, unabhängig von der bezahlten Summe, Abzahlung der Hälfte der deutschen Schuld in Papier, Verteilung des Handelsschiffsraumes nach den Kriegsverlusten, Freiheit für Oesterreich, sich an Deutschland anzuschließen. „Das sind einige der Punkte, von denen die Erörterungen ausgegangen sind“, bemerkt Herr Tardieu. „Man vergleiche sie mit dem Endergebnis und urteile“ („Vossische Zeitung“ Nr. 77 v. 7. April 1920). Da steht also Herr Wilson trauernd vor seinem schönen zerbrochenen Friedensporzellan.

Darf man sich da wundern, wenn ihn auch jetzt noch gelegentlich ein starker Unmut überkommt und er aus solchem Empfinden heraus dem Senator **Hitchcock**, dem Führer der Demokraten im Senat, einen Brief geschrieben hat, welcher am 9. März d. Js. der Welt bekannt gegeben wurde? In der Senatskommission hatte der republikanische Senator **Lodge** vornehmlich gegenüber dem Artikel 10 der Völkerbundssatzung Vorbehalte eingelegt. Nach diesem Artikel verpflichten sich die Völkerbundsmitglieder, die Unversehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren. Man müsse, so schrieb der Präsident, nicht vergessen, daß der Artikel 10 eine Verzichtleistung auf Ungerechtigkeiten enthalte. Die ehrgeizigen Bestrebungen der mächtigen Nationen, mit welchen Amerika im Kriege verbündet gewesen, seien aber keineswegs erloschen. Während der ganzen Dauer der Friedenskonferenz sei das Ringen der militaristischen Partei um den beherrschenden Einfluß evident hervorgetreten. Damals sei diese Partei wohl geschlagen worden, trotzdem übe sie jetzt aber die Kontrolle aus. Auch bei den Revindikationen Italiens an der Adria sei sie zur Geltung gekommen. Wilson erklärt aber, solche militaristischen Bestrebungen nicht dulden zu wollen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Marschall Foch und auch Herr **Millerand** wie selbst der Präsident **Paul Deschanel** haben diese Philippika zweifellos mit dem gleichen Unmut aufgenommen, wie die nationalistisch gerichtete öffentliche Meinung Frankreichs.

In dem Journal de Genève Nr. 73 vom 14. März 1920 liest man einen immerhin bemerkenswerten Pariser Brief vom 11. März. Herr **Wilson** mag ihn sich zu Gemüte führen: En réalité, ce jugement, sommaire et erroné, prouve que le président n'a pas encore une connaissance exacte des réalités européennes. (In der Tat beweist dieses oberflächliche und irrige Urteil, daß der Präsident (Wilson) noch gar keine exakte Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse Europas hat.)

Gewiß, von der Höhe des Montmartre und von der Plattform des Eiffelturms, ja selbst durch die Fensterscheiben des Hôtel des Affaires Etrangères am Quai d'Orsay stellen sich die Dinge dieser Welt unter mannigfach anderen Gesichtswinkeln dar als auf der Höhe des Kapitols in Washington oder in Downing Street oder in der Consulta auf dem Quirinalischen Hügel.

Der **Organismus des deutschen Volkskörpers ist schwer erkrankt** und bewegt sich in konvulsivischen Zuckungen. Der Belgier Charles **Sarolea** spricht es offen aus, der Krieg habe nur Heere und Staaten zerstört. Die nachfolgende Weltrevolution, welche zum großen Teil die Folge der Blockade gewesen sei, unterhöhle die eigentlichen Grundvesten, auf welchen unsere Zivilisation aufgebaut sei. Deshalb sei die **Revolution größer als der Krieg** und mehr mit schicksalschweren Folgen geladen. Rußland befindet sich in einem chaotischen Zustand und Deutschland schwebt in Gefahr, dem gleichen Verhängnis zu verfallen. Der kranke Mann versucht es, sich auf die eigenen Füße zu stellen und die konvulsivisch zuckenden Glieder in der Gegend des Ruhrgebietes in ruhige, stramme Lage zu bringen. Der Arzt an der Seine ist mit diesen Bemühungen indessen nicht einverstanden. Er kann sich auf die Artikel 42—44 des Versailler Friedens berufen, welche vom linken Rheinufer handeln und auch auf dem rechten Ufer des Flusses einen 50 Kilometer breiten Gebietsstreifen einer besonderen Kontrolle unterstellen. In dieser rechtsrheinischen Zone ist Deutschland die ständige oder zeitweise Unterhaltung oder Ansammlung von Streitkräften untersagt. Verstößt es dagegen, so soll das als eine feindselige Handlung gegen die Signatarmächte und als ein Versuch einer Störung des Weltfriedens gelten.

Der Arzt Millerand leitet aus diesen Bestimmungen für Frankreich das Recht auf militärische Besetzung von Frankfurt, Homburg v. d. H., Darmstadt, Hanau und anderer Gebiete des westlichen Maingaus für solange ab, als deutsche Truppen in der gesperrten Zone des Ruhrgebietes stehen. Auf ein Mandat der mit ihm verbündeten Staaten kann sich Frankreich freilich nicht berufen und für eigenmächtiges Vorgehen bietet der Friede keine Handhabe. Trotz alledem sind französische Truppen am 6. April in die angegebenen Gebiete eingerückt. Die deutsche Reichsregierung hat in einer längeren Note vom gleichen Tage Einspruch erhoben gegen dieses Vorgehen. In Paris wird man diesem Protest keine Folge geben, da er als neues Zeichen schwerer Erkrankung des Patienten gewürdigt werden wird.

Erhebt man sich überhaupt einmal zur Höhe des Eiffelturmes, so kann man leicht nicht nur die umliegende Welt, sondern die **ganze Weltgeschichte in völlig verändertem Lichte** sehen. Beim Zusammenbruch des Römischen Weltreiches im Abendlande erhielt die germanisch-romanische Völkerwelt des Westens neuen Halt im Fränkischen Reiche. Durch den Merowinger Chlodovech gegründet, erhielt es seine Vollendung durch den Karolinger Karl den Großen. Wie der letztere das Reich geschaffen, hätte es dauernden Bestand behalten sollen. Dann wäre schließlich auch das östliche Europa in seine Machtgebiete einbezogen worden. Statt dessen fiel es schon nach dem Tode Ludwigs des Frommen auseinander. Es bildeten sich nationale Reiche, die sich an die aus dem Altertum überlieferten geographischen Begriffe der Italia, der Gallia und der Germania anschlossen. In den Wirren der Zeit sahen auch die Päpste nicht mehr klar und übertrugen die Kaiserwürde, wenigstens seit 962, nur auf solche Herrscher, welche aus der **deutschen Nation** hervorgegangen waren. Nur mit tief schmerzlichen Empfindungen kann ein Franzose auch heute noch den größten Papst des Mittelalters, einen Innocenz III., von der Nacht des Irrwahns umnebelt sehen, wenn dieser in seiner berühmten Dekretale Venerabilem im Jahre 1202 erklärte, der päpstliche Stuhl habe das Imperium Romanum in der Person Karl d. Gr. von den Griechen übertragen auf die **Germanen**. Dem gleichen Irrtum fiel auch Papst Leo X. anheim, wenn er sich bei der Kaiserwahl des Jahres 1519 nach einigem Schwanken nicht für den französischen König Franz I., sondern für den jungen Habsburger Karl V. entschied.

Nach der französisch-nationalistischen Geschichtsauffassung ist die Weltgeschichte erst i. J. 1804 wieder in das richtige Geleise gelenkt worden, als Napoleon I. sich in Notre Dame in Paris unter Assistenz des Papstes selber die Kaiserkrone auf das Haupt setzte. Da war denn das deutsche Kaisertum überflüssig geworden; die Tage des Rheinbundes, der Confédération Germanique du Rhin zogen herauf und der Kontinent von Europa sollte das Glück schätzen lernen, von der kaiserlichen Zentralsonne an der Seine bestrahlt zu werden. Die Engländer wollten freilich das Glück nicht gelten lassen. Auch die Russen, die Spanier und der Papst **Pius** VII. entbehrten der erforderlichen Einsicht. Auch in Deutschland gab es einige verstockte und murrende Bösewichte. Einer von ihnen ging im Sommer 1806 so weit, eine Broschüre unter dem Titel „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" zu veröffentlichen, ohne den Druckort und seinen eigenen Namen anzugeben. Da blieb dem Kaiser Napoleon nichts anderes übrig, als den Buchhändler **Johann Palm** in Nürnberg für die unerlaubte Verbreitung der Anklageschrift haftbar zu machen und ihn standrechtlich erschießen zu lassen. Die treffliche „Mainzer Zeitung" hatte die richtige Einsicht, damals zu schreiben, es gebe kein Deutschland mehr. Was man für Anstrengungen einer gegen ihre Auflösung kämpfenden Nation zu halten versucht sein könnte, das seien nur Klagen weniger Menschen an dem Grabe eines Volkes, das sie überlebt hätten. Deutschland sei nicht erst i. J. 1806, sondern schon früher untergegangen.

Herr Millerand wird wünschen, daß diese Einsicht sich in dem Deutschland unserer Tage von neuem ausbreite. Dann könnte Frankreich, wie einst i. J. 1810, auch die norddeutschen Hansastädte mit Einschluß von Lübeck, und den heute schweizerischen Kanton Wallis in Besitz nehmen. Auch im Gebiete Illyriens sollte es an der Adria wieder festen Fuß fassen und den Kaiser Wilhelm-Kanal unter seine Kontrolle nehmen. Schiebt es jetzt seine Besatzungen über Aschaffenburg, Würzburg und Bamberg bis an die böhmische Grenze vor, so wäre die Verbindung mit der Tschecho-Slowakei hergestellt und könnte unter Zuhilfenahme der Streitkräfte des wiedererstandenen Polens dem russischen Bolschewismus ein fester Damm entgegengesetzt werden. Französisch-tschechische und französisch-polnische Verbrüderungsfeste sind ja schon genug gefeiert worden. In England hat der berühmte Staatsmann Benjamin **D'Israeli**, der nachmalige Lord Beaconsfield und eigentliche Begründer des neuen englischen Imperialismus, bereits i. J. 1867 erklärt, England habe auf dem europäischen Kontinente nur zwei Punkte, an deren Schicksal es näher interessiert sei. Der eine sei Antwerpen, der andere Konstantinopel. Herr Millerand wird gern bereit sein, die Versicherung abzugeben, daß er diese beiden Plätze unberührt lassen wolle. Er wird sich vielleicht sogar entschließen können, den Engländern dazu behilflich zu sein, daß sie von dem eisfreien Hafen Alexandrowsk an der einstigen russischen Murmanküste aus die durch das europäische östliche Rußland über Wologda nach Orenburg am Uralfluß führende Eisenbahn in ihre Gewalt bekommen und damit den kürzesten Ueberlandweg durch Turkestan bis an die Pforten Indiens unter ihre Einflußsphäre bringen. Bei solchem Entgegenkommen Frankreichs dürfte England den angeblich erhobenen Widerspruch gegen die Besetzung des Maingaues baldigst fallen lassen.

Auch über die deutschen **Einwohnerwehren** wird sich mit Deutschland leicht eine Verständigung erzielen lassen. Statt der Gewehre könnten den Wehrleuten Polizeistöcke in die Hand gegeben werden, wie sie die englischen Konstabler gebrauchen. Sollte dafür Kautschuk nicht in ausreichenden Quantitäten zur Verfügung stehen, so dürfte es sich empfehlen, mit den Vereinigten Glanzstoffabriken in Elberfeld-Barmen und mit den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken in Berlin in Verbindung zu treten. Diese im Kriege vielbeschäftigten Werke haben sich bekanntlich ganz auf die Friedensarbeit umgestellt, und werden für die erforderlichen Polizeistöcke Stapelfaser als vollgültigen Ersatzstoff in ausreichenden Massen liefern können. Man wird mit solchen Stöcken nicht nur im mittleren, sondern eventuell auch im östlichen Europa die Ruhe und Ordnung verhältnismäßig leicht wiederherstellen können. Ein Versuch könnte jedenfalls gewagt werden.

Schicksalsstunden.

Von Dr. Hans Eisele.

Wieder steht Deutschland vor schweren Schicksalsstunden. Der Feind ist noch weiter ins Land gerückt. Wieder einmal hat Frankreich, wie so oft in Deutschlands Vergangenheit, des Reiches Not dazu benützt, um mit Gewalt und wider Recht deutsches Land zu okkupieren. Mit schwarzen Truppen ist Frankreich in Darmstadt und Frankfurt a. M. eingezogen und bedroht bereits auch Städte unseres engeren bayerischen Vaterlandes mit der Besetzung. In Frankfurt ist von Frankreichs schwarzen Truppen deutsches Bürgerblut vergossen worden. Frauen und Mädchen wurden wehrlos niedergeschossen. Frankreichs schwarze Truppen kommen als Feinde ins Land, nicht als Helfer und Freunde, auch nicht als Freunde Süddeutschlands. Und daß sich der mit Angst und Haß gekleidete französische Chauvinismus heute mit dem Bolschewismus paart, um dessen Geschäfte mitbesorgend Deutschland zu zerfleischen, zu zerreißen und seinen Wiederaufbau zu verhindern, das macht ihn nur noch verächtlicher und verhaßter in der ganzen Welt.

Frankreich will mit seinem Stoß ins Herz Deutschlands nicht deutsche Sorgen bannen, nicht deutschen Interessen helfen. Es will den alten Gedanken französischer Politik der Verwirklichung näherbringen, Deutschland durch die Maingrenze zu zerreißen, um nach dem alten Grundsatz: „Teile und herrsche", Deutschland weiter vergewaltigen zu können. Die französische Presse hat es ja im letzten Jahre oft genug verkündet, daß leider durch den verkehrten Friedensschluß zwar Oesterreich zerfallen, aber Deutschland in seiner Einheit erhalten geblieben sei. Diese deutsche Einheit zu stören, zu schwächen, zu zerreißen, ist nach wie vor Frankreichs Endziel bei all seinem Tun und Lassen im Westen, Süden und Norden Deutschlands. Das darf kein Deutscher je vergessen. Um sein Ziel zu erreichen, scheut sich Frankreich sogar nicht, schützend die Hand über den das Ruhrrevier verwüstenden Bolschewismus zu halten.

Es steht fest, daß Frankreich den Friedensvertrag und die Völkerbundsabmachungen dem Geist und Wortsinn nach gebrochen hat. Es ist von Frankreich selbst zugestanden worden, daß es mit dem Einmarsch nach Frankfurt seine Verbündeten vor eine vollzogene Tatsache gestellt hat und auf dieser Linie der Gewaltpolitik weitergehen will. Daran ändern Versprechungen unter der Hand, schöne Worte über Handelsbeziehungen, die Frankreich ebenso nötig sind wie uns, und auch Zusagen baldiger Räumung der besetzten Gebiete nichts. Nur unter dem Drucke seiner Verbündeten, nicht dem eigenen Wunsch und Willen folgend, wird Frankreich besetztes deutsches Gebiet räumen. Hannibal ante portas, der Feind steht an den Toren Bayerns, im Herzen Deutschlands mit schwarzen Truppen. Gesunder Menschenverstand, der einfachste Sinn für Gerechtigkeit und Billigkeit, ja selbst das wohlverstandene Interesse der Feinde von gestern mußten der deutschen Regierung das Recht geben, innert den Grenzen des Deutschen Reiches für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, auch mit Waffengewalt, um den drohenden Bolschewismus niederzuhalten. Wenn irgendwo, so galt hier, selbst wenn Paragraphen eines Gewaltfriedens der Erpressung dagegenstanden, das Recht der Notwehr. Aber Frankreich wollte, daß der Bolschewismus im Ruhrrevier möglichst lange wüte und möglichst viele kostbare Wirtschaftswerte zerstöre. Es hoffte, daß das deutsche Volk sich weiter im schweren Bürgerkrieg verblute und schwäche. Das war kurzsichtiges vom Augenblickshaß getrübtes Interesse Frankreichs. Deshalb fordert im Sinn und Willen des Bolschewismus Frankreich gerade jetzt, wo eine neue Woge des Radikalismus übers deutsche Volk hinweggeht, die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren in ganz Deutschland, im Süden wie im Norden. Frankreich weiß wohl, daß diese Einwohnerwehren allein der inneren Sicherheit des Reiches dienen und daß sie, auch in Bayern, allein imstande sind, das Land vor dem Bolschewismus und Kommunismus zu retten, den Ungarn durchkosten mußte und der von Osten her Deutschland und Oesterreich und damit ganz Europa bedroht. Frankreich stärkt und deckt dagegen den sozialistischen Radikalismus und Bolschewismus in Deutschland durch seine Politik. Der sozialistische Radikalismus aber übt gerade jetzt im Interesse Frankreichs in jeder Weise durch Reden und Artikel und Flugblätter mit Denunziationen der deutschen Reichswehr, mit Verleumdungen aller deutschen Maßnahmen zur Erstarkung und Sicherung im Innern schamlosesten Hochverrat und besorgt damit bewußt oder unbewußt die Geschäfte Frankreichs, des Feindes im Land. Solange es möglich ist, daß im deutschen Vaterland Abgeordnete der Nationalversammlung und öffentlich erscheinende Blätter des sozialistischen Radikalismus in blindem Parteifanatismus deutsche Interessen verraten und dem Feind denunzieren, ohne der niedrigsten Verachtung jedes Deutschen zu verfallen, solange ist auf eine Gesundung und nationale Wiedergeburt Deutschlands nicht zu hoffen. Man lese nur im Organ der südbayerischen Unabhängigen Sozialdemokratie, im „Kampf" (Nr. 79) die Denunziationen des Artikels „Der Wortbruch der Regierung", daß die Reichswehr im Ruhrrevier viel stärker war und noch sei, als es die amtliche Darstellung zugebe oder die würdelosen Urteile über Frankreichs Vorgehen gegen Deutschland. Nein! Kein Franzose, kein Italiener und kein Engländer wäre charakterlos und würdelos genug, in solcher Stunde sein Vaterland dem Feind zu denunzieren und zu verraten. So etwas dulden und ertragen nur deutsche Arbeiter, obwohl sie doch unter Frankreichs Haß nicht minder leiden mußten als die anderen Deutschen. Die noch jüngst aus der Gefangenschaft heimgekehrten Arbeiter tragen noch die Spuren dieses Hasses an sich und wissen davon Trauriges genug zu sagen.

Größer als je ist die Gefahr, daß Deutschland zerrissen wird. Frankreich schickt seine Vorposten dem Main entlang vor, um die Mainlinie praktisch zu verwirklichen, die den Süden vom Norden abschnürt. Frankreich wird diese Linie überwachen, solange sich nicht England an seine geschichtlich gewordene Politik und an sein Programm der Rhein-Main-Donaupolitik erinnert, die es eben jetzt in Budapest und Wien und in Konstantinopel wieder aufgenommen hat.

Wohl hat England ein Interesse daran, den Weg von Antwerpen bis Konstantinopel über Rhein, Main und Donau frei oder höchstens unter eigener Kontrolle zu sehen. Wohl murren bereits vereinzelte Stimmen in England gegen den französischen Torwächter am Main und Rhein, wie ja die Engländer immer nervös geworden sind, wenn die Franzosen im Westen eine gewisse Linie überschritten hatten. Und heute haben die Franzosen diese Interessenlinien Englands längst hinter sich. Aber noch führt Frankreich im Ententerat das große Wort und die politische Aktionen. Aber nie könnte Frankreich seine Absicht, die deutsche Einheit zu zerreißen, verwirklichen, wenn das deutsche Volk, das deutsche Bürgertum und die deutsch denkende, ordnungsliebende Arbeiterschaft einig wären, wenigstens jetzt in diesen Schicksalsstunden, wo wieder der innere und äußere Feind vor den Toren steht. Jetzt ist alles Verbrechen, was die Einheit Deutschlands und die Einigkeit stört oder vernichtet. Eine Dummheit und ein Verbrechen war der mißglückte Staatsstreich der Kapp und Genossen, wenn auch das Verbrechen der Novemberrevolution 1918 in allen seinen Folgen ungleich größer war. Wie der politische Staatsstreich mit Recht ein Verbrechen und Hochverrat genannt wird, so ist aber auch nicht minder ein Verbrechen und Hochverrat der wirtschaftliche Staatsstreich, der Generalstreik zu politischen Zwecken. Was jetzt seit Wochen im Ruhrrevier geschieht, was in anderen Teilen Deutschlands vorbereitet war und offensichtlich noch vorbereitet wird, um die Proletariardiktatur und Herrschaft des Bolschewismus aufzurichten, das ist nicht minder Hochverrat und Verbrechen an Volk und Vaterland. Die Regierung aber tobt gegen die Staatsstreichler von rechts und streichelt mild und sanft die Staatsstreichler von links. Das eine sind die Verbrecher und das andere die irrenden Brüder. Die Regierung ist weich und schwankt in dieser Zeit, wo sie dem Bürgertum Halt und Stärke bieten, ein Symbol der Kraft und Einheit sein sollte, mehr und mehr nach der linken Seiten hin. Die Mehrheitssozialdemokratie kokettiert mit den Unabhängigen und baut die Brücken zur Proletarierherrschaft und Rätediktatur. Sie vergißt dabei, daß sie damit das Deutsche Reich in Stücke reißt, je mehr sie nach links zum Bolschewismus hinrückt. Die Regierung beugte sich in den Berliner und Bielefelder und Münsterer-Abkommen immer wieder unter das Diktat der sozialdemokratischen Gewerkschaften und zeigt damit den Weg zum Verfassungsbruch durch eine solche Klassenregierung über der Regierung. Alle diese Diktate der Gewerkschaften und ihre Annahme durch die Berliner Regierung, die seltsame Art des Erlasses zur Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren gemäß dem gleichlautenden Diktat der Gewerkschaften und der Entente, kurz die ganze Haltung der Berliner Regierung seit dem Kapp-Putsch verstärken den Eindruck, daß die politische Fahrt im Reich unter

dem Einfluß der Gewerkschaften und der Berliner Straße weiter scharf nach links dem Ziel der Proletarier-Diktatur entgegen geht. Aber ebenso fest und klar steht die Gefahr vor uns, daß der weitere Linksabmarsch der Politik, die Errichtung einer offenen oder versteckten Klassenherrschaft in Berlin Deutschland und die deutsche Einheit sprengt. Wer sehenden Auges die Verhältnisse sieht und die letzten Ereignisse bis zur Stuttgarter Ministerkonferenz verfolgt hat, kann daran unmöglich zweifeln. Man verstehe mich nicht falsch. Niemand redet heute einer Politik der Konservativen vor der Revolution oder der Kappleute, wie sie waren, das Wort. Aber eine Politik der starken Autorität und Kraft jeder Revolution gegenüber, eine Politik der aufbauenden, staatserhaltenden Mächte, eine Politik der starken Hand gegen weitere Radikalisierung und Revolutionierung unseres öffentlichen Lebens, des politischen wie des wirtschaftlichen, eine solche Politik der Reaktion gegen die drohende Weltrevolution des Bolschewismus ersehnen im deutschen Volke immer weitere Kreise. Immer wachsend erhebt sich aus den Ereignissen im Ruhrrevier und den sie begleitenden Erscheinungen in Berlin, aus den Geschehnissen in Sachsen und in anderen Teilen Deutschlands bei der schwankenden, schwachen Haltung der Mehrheitssozialdemokratie der äußersten Linken gegenüber, die Ueberzeugung, daß der Feind heute und noch für lange Zeiten nicht rechts, sondern links steht. Diese Erkenntnis wächst im deutschen Volk nach den letzten Ereignissen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und politische Vergangenheit. Daraus die Schlüsse zu ziehen, ist Sache der parteipolitischen Führungen. Aber Sache der nichtsozialistischen Presse ist's, gerade in diesem Augenblick lauter und eindringlicher als je das deutsche Bürgertum und die Ordnung liebende deutsche Arbeiterschaft zur Einigkeit aufzurufen, zur Einigkeit unter sich und zur Erhaltung der Einheit und Einigkeit des deutschen Vaterlandes. Es wird Sache der Mehrheitssozialisten sein, ihren Platz selbst dabei zu wählen, bei der Proletarierdiktatur oder bei der demokratischen Staatsform und den sie schützenden Parteien. Sind wir am Ende der deutschen Einheit und Größe, oder ist der jetzige Wermutsbecher der letzte, den wir kosten müssen, um zu gesunden? Im weitern Abmarsch nach links, in der weitern Schwäche gegen Bolschewismus und Radikalismus kann unmöglich der Anfang zur Größe, Einheit und zum Wiederaufbau deutscher Ordnung, deutscher Kultur und deutscher Größe liegen.

Die „Befreiung des Proletariats“ ist jetzt wahrlich durchgeführt, aber diese Freiheit des Proletariats muß endlich einmal ihre Grenzen finden an Gesetz und Verfassung, an den Rechten und an der Freiheit der andern Stände. Bis jetzt ist die Befreiung von einem großen Teil der „Befreiten“ als Schrankenlosigkeit aufgefaßt worden. Autorität und Strenge auch nach unten und nach links muß der Anfang der Besserung sein, sonst geht's zu Ende. Unsere Lage ähnelt Ungarns Karoly-Zeit vor der Bolschewistenherrschaft. Wird die heutige Regierung das Schicksal, das uns droht, meistern können?

Heimaterde.

Das ist die Poesie der Heimaterde,
Die tief ins Herz mir ihren Zauber senkt:
Auf weiter Flur ein Landmann mit dem Pferde,
Der seinen Pflug durch braune Schollen lenkt.

Das Erdreich dampft. — Vom kahlen Ackerrande
Steigt eine Lerche jubelnd in die Luft,
Sacht streift der Wind die frühlingsfrischen Lande
Und meine Seele atmet Heimatduft.

O Heimat! Tausendfach hab ich empfunden,
Getrennt von dir, der Sehnsucht heissen Schmerz,
Lass mich in deinem Friedenshauch gesunden
Und nimm mich wieder an dein Mutterherz!

Ach, aus dem frischen Erdgeruch der Scholle
Weht herb und würzig mich dein Atem an,
Und wieder zieht mich deine segensvolle
Geliebte Macht in ihren Zauberbann.

Und heimatfroh umfasst mein Blick die Runde
Und grüsst des Stromes helle Silberspur.
Nur ein Gebet lebt mir im Herzensgrunde:
Herr, segne, segne meine Heimatflur!

M. Braunfels.

Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die französische Heldentat.

Schlimmer als ein Verbrechen ist eine Dummheit! Dieser Spruch stammt aus Frankreich und kann jetzt auf die französische Staatskunst Anwendung finden.

Schon bei den ersten Verhandlungen über die polizeiliche Aktion im aufständischen Ruhrgebiet hatte die französische Regierung als „Kompensation“ die Ausdehnung der Okkupation über Frankfurt und den Maingau verlangt. Natürlich mußte unsere Regierung diese ganz willkürliche Zumutung ablehnen, gab aber mit gewohnter Geduld den Franzosen die beruhigendsten Versicherungen und bot alle möglichen Garantien an wegen der Zahl und der Tätigkeit ihrer Ordnungstruppen im Grenzgebiet. Herr Millerand zog mit halben Zusicherungen und nachträglichen neuen Bedingungen die Verhandlungen so lange hin, bis die deutsche Regierung angesichts der fürchterlichen Notlage der drangsalierten Bevölkerung mit dem Eingriff zum Schutz an Leben und Gut nicht länger zögern konnte. Darauf hatten die Helden von Paris nur gewartet. Sie ließen ihre Truppen in den Maingau marschieren und teilten dem deutschen Gesandten in Paris es nicht eher mit, als bis die Tat im Gange war.

Glücklicherweise wurde von den betroffenen Deutschen kein Widerstand geleistet. Es ist freilich nach der Besetzung Frankfurts zu einigem Blutvergießen auf der Straße gekommen, und zwar wegen der Nervosität der farbigen Eindringlinge. Ebenso waren die Schüsse, die bei einem Patrouillenritt gewechselt wurden, auf überspannten Tatendrang der Franzosen zurückzuführen. Für die heimgesuchten Ortschaften ist offenbar die würdige Zurückhaltung, das geduldige Ausharren die richtige Taktik.

Millerand dachte, daß er mit dem ohnmächtigen Deutschland machen könne, was er wolle. Sein großer Fehler war aber, daß er nicht vorher die Zustimmung der Verbündeten zu seinem Abenteuer eingeholt hatte. Warum unterließ er das? Wahrscheinlich in der Annahme, daß die etwaigen Bedenken der Verbündeten schweigen würden, wenn er schnell eine vollendete Tatsache schaffe. Frankreich ging eigenmächtig vor in der Erwartung, die Entente werde der Eintracht halber ihm folgen. Diese Spekulation ist fehlgeschlagen, und so hat sich der „glorreiche Vorstoß“ der französischen Armee in eine politische Niederlage Frankreichs verwandelt.

Daß Wilson eine solche brutale Eigenmächtigkeit nicht billigen konnte, war zu erwarten; aber Nordamerika ist ja leider aus der Reihe getreten. Ebenso war von Italien keine Zustimmung zu erwarten; doch die italienische Regierung ist nicht ausschlaggebend. Die Entscheidung lag und liegt in London. Dort schwankte die Wage einige Tage. Die geschworenen Deutschenfeinde schienen zunächst das Uebergewicht zu haben, sowohl in der Presse wie im Hohen Rat der Regierung. Es mußte eine zweite Kabinettssitzung anberaumt werden. In ihr fiel die Entscheidung gegen Frankreich.

Der Wortlaut der englischen Willensmeinung ist bis zu diesem Augenblick noch nicht bekannt. Doch darf man nach den halbamtlichen Mitteilungen annehmen, daß die englische Regierung das Recht Deutschlands anerkennt, die Ordnung in seinem Gebiet auch mit militärischen Mitteln wiederherzustellen, und daß England die Billigung des französischen Vorgehens ablehnt.

In Paris hat diese unerwartete Wendung so viel Verblüffung und Bestürzung hervorgerufen, daß man bereits von einem Ministerwechsel spricht. Wahrscheinlich wird auch Millerand seinen faux pas mit dem Rücktritt büßen müssen; doch wird die nationalistische Mehrheit in der Kammer wohl den Zeitpunkt und den Vorwand des Ministerwechsels so wählen, daß kein Triumph Deutschlands daraus entsteht.

Uns kann es ja nur recht sein, wenn auf Millerand, der sich als Clemenceau II. geriert, ein Mann mit mehr Besonnenheit folgt; doch ehe wir Vertrauen fassen zu einem französischen Ministerium, muß sich die Mentalität des Volkes und der Kammer noch bedeutend ändern. Der Prozeß der Ernüchterung fängt in Frankreich erst an. In den anderen Ländern ist er schon viel weiter vorgeschritten. Sowohl in der öffentlichen Meinung wie bei den Regierungen, sogar den robusten Lloyd George eingeschlossen.

Der Kernpunkt der gegenwärtigen Lage ist

der Ringkampf zwischen der versöhnlichen und der unerbittlichen Richtung in der Entente.

Die versöhnliche Richtung hatte in den letzten Monaten sichtlich Oberwasser bekommen. Als nun Kapp und Lüttwitz die

törichte Militärrevolte in Berlin inszenierten, glaubten die französischen Kampfpolitiker ihre Verbündeten wieder auf die alten Gleise ziehen zu können. Millerands Vorgehen war ein kühner Versuch, die alte Methode der schonungslosen Demütigung und Bedrückung Deutschlands mit allen Schikanen des raffinierten Friedensvertrages wieder im Obersten Rat zur Geltung zu bringen. Daher die krampfhaften Anstrengungen Millerands, seinen Verbündeten und der ganzen Welt einzureden, in Deutschland regiere jetzt wieder der weltfriedensgefährliche „Militarismus“, und sogar der zaudernde und zaghafte Kampf der Reichswehr gegen die roten Banditen sei ein Vorspiel zu dem geplanten Rachekrieg. Daneben fügte er die gleißnerischen Versicherungen, das friedliebende und großmütige Frankreich sei trotz alledem bereit, die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen. All dieses Gerede und Geschreibsel hat nichts gefruchtet, weder in England noch in Italien. Frankreich wird sich der versöhnlichen Richtung in der Entente fügen müssen oder es isoliert sich. Allerdings bleibt Belgien, das sich durch ein besonderes Abkommen zum Vasallenstaat machen ließ, an der Pariser Schleppe. Der Anhängsel ist aber mehr lästig als nützlich. Ohne Englands Gnade und Gunst kann das angeblich siegreiche Frankreich nicht bestehen.

In England selbst wird es freilich noch Parteikämpfe geben zwischen den Jingos und den Friedensfreunden. Aber wenn Lloyd George festbleibt, so weiß er, wie frühere Erfahrungen zeigen, sehr gut mit den Heißspornen von der konservativen Seite fertig zu werden. Dazu kommt noch als günstiges Zeichen der Zeit die begonnene **Aufklärung der öffentlichen Meinung**, die sich nicht nur in den neutralen, sondern auch in den bisher feindlichen Ländern geltend macht. Die Herrschaft der Lüge, die in den Kriegsjahren so viel Unheil angerichtet hat, schwankt und wankt jetzt. Die amtlichen Unwahrheiten der französischen Regierung über den „Militarismus“ im neuen Deutschland, über den „Kampf gegen die Arbeiterschaft“ usw. finden keinen Glauben mehr. Es mußte freilich bei allen denkfähigen Menschen als Groteske wirken, daß Millerand von sittlicher Entrüstung über den „deutschen Militarismus“ überströmte, während er selbst dem krassesten Militarismus des Marschall Foch die Zügel schießen ließ und über die deutsche Gefährdung des „Weltfriedens“ zetert, während er selbst durch den brutalen Vorstoß nach Frankfurt die Welt in Unruhe setzte.

Der allmähliche Umschwung in der öffentlichen Meinung des Auslandes ist eigentlich ohne unser Zutun erfolgt. Denn der Aufklärungsdienst für die Weltpresse, den wir längst in vollem Betrieb haben müßten, steckt noch in den kleinsten Kinderschuhen.

In dieser Hinsicht kann der soeben berufene neue Minister des Auswärtigen Dr. Koester bahnbrechend wirken. Er hat freilich auch sonst genug und übergenug zu tun, wenn er unter den gegenwärtigen verzwickten Verhältnissen für Deutschland die Vorteile sichern will, die ihm aus dem Auftauchen des versöhnlichen Gedankens mit der Entente erwachsen könnten. Dazu gehört Geschick und Zähigkeit, welche Eigenschaften dem neuen Minister auf Grund seiner Leistungen als Staatskommissar im schleswigschen Abstimmungsgebiet nachgesagt werden.

Dazu gehört freilich auch eine verständige Haltung des deutschen Volkes. Die Gewerkschaftsführer müssen von den Versuchen, ihr Neben- oder gar Ueberregieren zu begründen, endlich Abstand nehmen. Wir müssen die Autorität der Regierung schon wegen der Verhandlungsfähigkeit in dem Auslande unangetastet lassen. Hoffentlich hat die Abordnung der christlichen Gewerkschaften und anderer sachkundiger Arbeitervertreter aus dem Ruhrgebiet dazu beigetragen, daß die Berliner „Brüder“ nicht mehr mit veralteten Programmforderungen und mit Schlagworten aus dem Wortschatze der Unabhängigen sich störend in die dringliche Ordnungsaktion im Industriegebiet Westens einzumischen suchen.

Was wir weiter brauchen, ist Geduld. Denn die Streitfrage innerhalb der Entente wird nicht sofort erledigt, sondern nach den bisherigen Nachrichten auf die lange Bank der freundschaftlichen Verhandlungen geschoben.

Am allermeisten tut uns die Einigkeit not. Sie darf auch keinen Schaden leiden vor dem Zankapfel, den die Feinde neuerdings in Deutschland geschleudert haben, durch ihre Forderung der **Auflösung der Einwohnerwehren**. Bei den Meinungsverschiedenheiten, die vielfach scharf hervortreten, darf keinen Augenblick übersehen werden, daß diese Verfügung von der Entente auf Grund des schrecklichen Friedensvertrages erzwungen ist. Wir müssen uns verständigen und vertragen. Sonst gehen die Ansätze zur Besserung der weltpolitischen Lage wieder verloren.

Zur Wahlpflicht.

Von Ministerialdirektor Dr. E. **Ver Hees**.

Jetzt stehen die Wahlgesetze und die Wahlen nahe bevor. Es müssen die gemäßigten Richtungen Gewährleistungen suchen gegen die Wahlmüdigkeit, gegen die allgemeine Enttäuschung und die Zerfallerscheinungen in den Parteien, endlich gegen jeden Wahlterror. Eine sehr wichtige Gewährleistung der Freiheit und der Aufrichtigkeit der Wahl ist die Wahlpflicht. Ich habe schon vor acht Monaten ausgeführt,[1]) wie diese Einrichtung sozusagen notwendig in das System der Grundpflichten der deutschen Verfassung hineinpaßt und hineingefügt werden muß. Heute möchte ich nur neue Gründe anführen, um die Dringlichkeit der Wahlpflicht zu beweisen.

Von verschiedenen Seiten ist auf die Wahlmüdigkeit hingewiesen worden. Sie ist nur die Folge der allgemeinen Enttäuschung und der Unzufriedenheit über die Verfassung, über die Parteien, über die Friedensbedingungen und über die Steuern, welche dadurch unabwendbar geworden sind. Anstatt dafür der Entente zu grollen, wirft der innere Hader natürlich die Schuld dieser Lasten den Parteien vor, welche sie annehmen mußten. Die Rechtsparteien werden ihrerseits in manchen Kreisen und zu allgemein als Kriegsparteien verrufen oder als verantwortlich für alles gemacht. Sonderbestrebungen machen sich in allen Parteien geltend: sie können zu Spaltungen und noch mehr zu Wahlenthaltungen führen.

Ständepolitik macht sich nicht ohne Grund geltend, obgleich Millionen heute im Laufe eines Jahres den Stand oder wenigstens die Art der Beschäftigung wechseln müssen. Dabei innerhalb der Parteien auch, wie Goethe schon sagte:

Keiner bescheidet sich gern mit dem Teile, der ihm gebühret,
Und so habt ihr den Stoff immer und ewig zum Krieg.

Jeder meint, sein Belang oder das Streben seiner Gruppe sei die Hauptsache und gar selbstverständlich, wie Fr. Naumann vom Liberalismus sagte. Goethe aber ironisch:

„Jene machen Partei; welch unerlaubtes Beginnen.
Aber unsere Partei, freilich, versteht sich von selbst.“

Und ernsthaft:

„Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an.“

Besonders wird darauf hingewiesen, daß viele gemäßigten Elemente abseits stehen, daß zahlreiche Frauen teilnahmslos oder unzufrieden mit dem Gange der Ereignisse sind. Sie tragen die tägliche Sorge des Haushalts und der Verteuerung, und empfinden es bitter, daß die Parteien keinen Ausweg aus einer Lage finden, deren Ursachen hauptsächlich in den Forderungen der Entente, dem Loche im Westen, dem Schiebertum, dem Ausverkauf und den immer wiederkehrenden Streiks liegen.

Es liegt in der menschlichen Natur, daß viele Parteilose, Unorganisierte, Unzufriedene, besonders daß viele Frauen ihrer Mißstimmung durch Fernbleiben von der Wahl Ausdruck geben.

Die streitbaren Elemente im Gegenteil, welche das Blaue vom Himmel versprechen, finden immer Gläubige, weil sie in den meisten Teilen des Reiches noch nicht am Ruder waren und nicht den Anlaß zur Enttäuschung gegeben haben können, wie die verantwortlich gemachten Verfassungs- und Regierungsparteien. Diese radikalsten Elemente werden also mit all ihren Kräften und mit zahlreichen Mitläufern auftreten, während viele ordnungsliebenden Wähler abseits stehen und geschehen lassen werden.

Es mutet eigentümlich an, daß in den vorliegenden Entwürfen so viel Sorge, Wissen und Ausfindigkeit für die Nutzbarmachung einer jeden abgegebenen Stimme durch verzwickte Systeme verwendet werden. Daß aber diese kostbaren Stimmen überhaupt abgegeben werden, dafür scheint man viel weniger besorgt zu sein.

Damit die Wahlen aufrichtig sind, damit sie die öffentliche Meinung aller Deutschen wiederspiegeln, müssen auch alle Deutschen daran teilnehmen, müssen sie diese erste bürgerliche Pflicht erfüllen. Das ist die erste Forderung.

Nicht nur aber müssen die Wahlen vollständig und aufrichtig wirklich allgemein sein, sie müssen auch frei sein. Nun, was die Rätegesinnten und vielfach die „freien“ Gewerkschaften

[1]) Vgl. den Aufsatz „Die Wahlpflicht im System der Grundpflichten der neuen deutschen Verfassung“ von dem gleichen Verfasser in Nr. 31 der „A. R.“ vom 2. August 1919. D. Red.

erstreben, das ist die Aufhebung der Freiheit der Gesinnung und der Wahl für die politischen wie für die Berufsvertretungen; nur ihre Richtung, ihre Partei dürfe vertreten sein: man will die Abschaffung der Verhältniswahl und die durch Terror erzwungene Wahlenthaltung der sonstigen Organisierten und erst recht der Unorganisierten. Die extremen oder wie man heute sagt, maximalistischen Richtungen im Sozialismus (Maffi in Italien, Rosier in Frankreich, De Fuisseaux in Belgien) forderten schon lange Ausschließung der Andersdenkenden im Namen der Souveränität des Volkes, selbstverständlich der sogenannten breiten Massen. Ihr jetziges Auftreten wird durch die Furcht vor den Wahlen erklärlich. Sie wollen mit Terror arbeiten. In den Betrieben erzwingt man unter Druck durch öffentliche Abstimmungen Streikbeschlüsse, welche eine geheime, d. h. freie „Wahlzetteldemokratie" nicht hervorgebracht hätte. Durch eine wüste Agitation, durch Aufstände, durch Terror versuchen die Roten, die zaghaften, überhaupt unentschlossenen, wahlfaulen, unzufriedenen Elemente zu Hause zu halten. Diese gemäßigten Wähler sind eben nicht kommunistisch.

Wenn die Wahlpflicht eingeführt wird, so hat die Regierung Veranlassung, verschärfte Maßnahmen zu treffen, um diese, von den Bolschewisten unerwünschten Wählermassen, Frauen und unpolitische Männer, ganz frei und ungehindert an die Wahlstätte zu bringen.

Andere Kreise haben früher, z. B. im Saargebiet, die Arbeiter gezwungen, mit dem liberalen Wahlzettel in der Hand, zwischen zwei Reihen von Steigern zur Urne zu schreiten. Sonst gab es Maßregelungen. Heute würde der Druck von der anderen Seite kommen.

Gegenüber den jetzigen Störungen in industriellen Stätten und Gegenden, werden die Mehrheitssozialisten es sich überlegen, ob die unorganisierten, wahlfaulen oder unzufriedenen Elemente es nicht verdienen, daß man sie zur Wahl treibt, daß man ihre Freiheit schützt, daß man sich überhaupt um sie kümmert. Alle sozialistischen Richtungen und Vertreter sind noch nicht so weit, daß sie lieber eine größere Zahl von Unabhängigen und Kommunisten in den Reichstag und in die Landtage einziehen lassen, als die eigenen Freunde oder Koalitionsmitglieder, mit welchem sie sich auch doch bis jetzt lieber verbinden. Von der Wahlpflicht kann man vielleicht auch eine bessere Besetzung der Kammern erhoffen. Sie sind nicht nur da, um zum Fenster hinaus zu reden, sondern um Gesetze zu machen, und um den Staatshaushalt zu prüfen; dazu gehören doch einige Gesetzkundige und erfahrene Kenner der Verwaltungsgebarung, nicht nur Vertreter der Sonderinteressen. Mit ziemlich großen Wahlkreisen, Verhältniswahl und Wahlpflicht kommen doch leichter gemäßigte, gesetzgeberische, rechtskundige Vertreter des Ausgleichs der Interessen, selbstlose Beobachter der allgemeinen Staatsnotwendigkeiten. Sie sind unentbehrlich, um christlich, gerecht, uneigennützig und unabhängig von zu einseitigen Standesorganisationen, mäßigend wirken zu können wie die Richter und Beamten.

Um die Gesetze zu interpretieren, fordert man allerlei Garantien, Doktorhüte und Staatsprüfungen. Um sie zu machen, gar keine. Der Rätewahn möchte selbst die Rechsgelehrten von der Rechtsschöpfung ausschließen, und durch Volksgerichte von der Urteilsfindung.

Wenn der Stände- (Räte-) Gedanke lebensfähig ist, so entwickelt er sich von selbst aus der Verhältniswahl, besonders mit **Wahlpflicht**, sonst bleiben unzufriedene Standesmitglieder zu Hause. Und wenn die Verfassung durch den neuen Reichstag in einigen wichtigen Bestimmungen schon bald abgeändert werden soll, dann würden eben ohne Wahlpflicht viele der besten Elemente fehlen, weil sie unzufrieden, unentschlossen oder terrorisiert sind. Und wenn sie auch mit den jetzigen Parteibildungen und Verbindungen wirklich nicht zu versöhnen sind, da gibt ihnen die Wahlpflicht vielleicht den Anstoß, eine neue Partei der Parteilosen entstehen zu lassen.

In jedem Falle können die Unzufriedenen einen weißen Wahlzettel abgeben. Da entschließen sie sich wahrscheinlich lieber, positiv aufzutreten, eine Partei, wenn auch mäßigend zu unterstützen, oder eine neue zur Geltung zu bringen. Alles, was in einer parlamentarischen Demokratie zum regelmäßigen Ausdruck kommen kann, entzieht der Gewalt den Boden und bereitet bessere Zustände vor.

Das Geheimnis der Kultur.

Von Prof. Dr. Johannes Chr. Gspann, St. Florian-Oö.

(Schluß.)

Aus der Religion fließt unmittelbar die übernatürliche Sittlichkeit, aus der Weltanschauung die natürliche Ethik. Die Sittlichkeit ist die dritte Kulturblüte, sie wurzelt im Geheimnis der Dreieinigkeit.

Dieses predigt Liebe, Harmonie, innigste Verbindung. Das beste Werk, das über das Geheimnis der Dreieinigkeit geschrieben worden ist, sind die 15 Bücher des hl. Augustinus De Trinitate, geschrieben in den Jahren 413—416. Es ist das reifste und vollendetste Werk des spekulativ fähigsten Kopfes der katholischen Kirche.

Am Schlusse dieses Werkes dankt Augustin demütig für alle Erleuchtung und bittet innig um weitere Belehrung. Wo sich ihm Gott öffnete, sei er eingetreten, wo er sich noch geheimnisvoll verschließe, möge er ihm auf sein demütiges Klopfen öffnen. Immer wieder kehrt die heiße Bitte wieder: Gib, daß wir verstehen was du geoffenbart hast! Er bekennt seinen Glauben, dem er mit der Gnade bisher gefolgt sei und weiterhin folgen werde: „Meminerim tui, intelligam te, diligam te!"[16] So hat das ganze Christentum, auch das praktische, die Sittlichkeit, trinitarisches Kolorit: Dei memoria, intelligentia, amor.[17])

Den gleichen Gedanken führt Anselm von Canterbury aus: „So folgt (aus dem Geheimnis der Dreieinigkeit), daß die vernünftige Kreatur nach nichts so sehr streben muß wie nach der Ausbildung des natürlichen Ebenbildes in sich durch freie Tätigkeit". (Monol. 68.)

Diese Mahnung umfaßt das Prinzip der katholischen Sittlichkeit und ist als solche der oberste Grundsatz der katholischen Pädagogik. Durch seinen Verstand und seinen Willen ist der Mensch ein Abbild des einwesentlichen und dreipersönlichen Gottes. Da und dort ist auf diese trinitarische Ebenbildlichkeit schon aufmerksam gemacht worden, wir sind genügend in dieser Frage unterrichtet. Wieder sind es Augustinus und Thomas, die darüber das Beste geschrieben haben. Ihre Ausführungen seien der Vollständigkeit halber noch angemerkt. Augustin schreibt: „Der Verstand und seine Kenntnis, das ist ein Bild der Trinität; die Kenntnis ist das Kind des Verstandes und das geistige Wort von ihm und das dritte ist die Liebe. Und diese drei sind Eins und eine Substanz. Das Kind ist nicht geringer, weil der Verstand sich so erkennt wie er ist; auch die Liebe ist nicht kleiner, weil er sich so liebt, wie er sich erkennt und wie (groß) er ist."[18]) (Te Trinit. IX, 12, 18.)

Thomas: „Die Ausgänge der göttlichen Personen werden betrachtet nach den Tätigkeiten des Verstandes und des Willens. Denn der Sohn geht aus wie das geistige Wort des Verstandes, der Heilige Geist wie die Liebe des Willens. In den vernünftigen Geschöpfen also, in denen Verstand und Wille sind, findet sich eine Darstellung der Dreieinigkeit nach der Weise des Bildes, insofern sich in ihnen finden das empfangene Wort und ausgehende Liebe" (S. th. 1945 a 7 c. Vgl. auch S. cg. IV, 26).

In der Herausgestaltung dieses Bildes der Dreifaltigkeit in der Menschenseele besteht die wahre Sittlichkeit und einzig richtige, ideale Erziehung des Menschenkindes. Diese Herausgestaltung muß eine kunstvolle, harmonische sein, es darf nicht am Willen immerfort gehämmert werden, vielleicht gar wörtlich „tunsione plurimâ", während dabei der Verstand verkümmert. „Was erstrebt der Mensch heftiger als die Wahrheit?" fragt einmal Augustinus. Es darf aber auch der Verstand nicht mit Kenntnissen aller Art bereichert, vielleicht gar überlastet werden, während die Willensbildung vernachlässigt wird. Diesen letzteren Vorwurf muß man der modernen Pädagogik des 19. Jahrhunderts machen.

Mit Willensbildung allein erzielt man keine Sittlichkeit. Die Folgen dieses Erziehungssystems stehen uns allen schrecklich greifbar vor den Augen. Es ist oder war eine einfältige Formel: Vermehrt die Bildung und ihr vermehrt ohne weiteres die Tugendhaftigkeit, ebenso einfältig ist aber die Formel: Unterdrückt die Willensbildung und so könnt ihr wahre Sittlichkeit

[16]) Augustin findet im geistigen Teil der Seele mit Erinnerung, Erkenntnis und Liebe das durchsichtigste Abbild der Trinität. Hier wird der Geist, der Verstand, genommen, insofern er Gott betrachtet; in zweiter Linie auch, insofern der Verstand sich selbst, besonders als Bild Gottes betrachtet. Vgl. S. Thomae, De verit. 911 a 7 c.

[17]) Vgl. zum Absatz Bartmann, Bernhard, Lehrbuch der Dogmatik, 3, Freiburg 1917, I, 226.

[18]) Das gedachte Ich ist so groß wie das denkende Ich und wie das geliebte Ich. Und diese drei sind Eins und eine Substanz.

blühen sehen.[19]) Ideal der Erziehung und Sittlichkeit ist die harmonische Bildung des Verstandes und des Willens, also die Herausgestaltung des trinitarischen Bildes im Menschen.

Dabei leugnen wir nicht, daß eben wegen der Harmonie und dem wundersamen In-sich-selbst-zurückkehren des dreifach sich entfaltenden Ich die Verstandesbildung einen großen Einfluß habe auf die Willensbildung und umgekehrt. Wie das Wissen, die Verstandesbildung, geeignet sei, die vollkommene Entwicklung der Persönlichkeit, des sittlichen Menschen, zu begünstigen, hat am besten Gillet nachgewiesen (a. a. O. 207 ff.). Er nennt als kostbare Früchte „Persönliche Veredlung“ und „Soziale Veredlung“, so ist ihm die Wissenschaft „ein sittigender Faktor im höchsten und besten Sinn des Wortes“, „durch sie kann man die heftigsten Regungen des Fleisches zähmen und in sich selber den Stand der Gerechtigkeit und der Liebe erhöhen“ (S. 211); freilich fügt er hinzu: „Man muß zu studieren verstehen“.

Daß umgekehrt die Willensbildung einen mächtigen Einfluß auf die Verstandesbildung, auf den Fortschritt in den Studien, auf den Eifer und die Lust für die Wissenschaften habe, geben alle Ethiker und Pädagogen ohne Ausnahme zu. Sehr anschaulich schildert Franz von Sales das königliche Wollen: „Unter der unzählbaren Vielheit und Mannigfaltigkeit von Handlungen, Regungen, Gefühlen, Neigungen, Gewohnheiten, Vermögen und Kräften, welche im Menschen sind, hat Gott eine natürliche Monarchie eingerichtet; der Wille ist es, der befiehlt und herrscht über alles, was sich in dieser kleinen Welt befindet.“[20])

Wie nun die ganze Natur ein Abbild der Uebernatur darstellt, wie die Weltanschauung der natürliche Reflex der Religion ist, so ist auch die natürliche Sittlichkeit ein Spiegel der begnadeten, also übernatürlichen Sittlichkeit. Der edle, vollkommene Mensch ist die Voraussetzung für den edlen, vollkommenen Christen. Die Offenbarung zählt als Hilfen, als beistehende Gnaden für die christliche Sittlichkeit die Erleuchtungen des Verstandes und Stärkungen des Willens auf. Die spekulative Betrachtung der bleibenden heiligmachenden Gnade ergibt gleichfalls, daß diese Gnade die ganze Substanz der Seele erfasse und die aus dieser Substanz fließenden Vermögen, also Verstand und Willen.

* * *

In den Rahmen dieser drei Kulturbilder ist nun als viertes einzuschalten: Wissenschaft, Kunst und Volkswirtschaft, letzteren Begriff im weitesten Sinn genommen als Verbesserung und Veredlung des materiellen Lebens.

Die Verstandestugenden werden unterschieden, je nachdem sie den theoretischen oder praktischen Verstand vervollkommnen, die Tugenden des Willens fallen direkt in das Bereich der Sittlichkeit. Die Tugenden des theoretischen Verstandes sind drei: Einsicht, Wissen und Weisheit. Die Einsicht vervollkommnet den Verstand für die Betrachtung der obersten durch sich evidenten Denkprinzipien. Das Wissen vervollkommnet den Verstand zur Ableitung der Schlüsse aus den Prinzipien. Die Weisheit hilft in der Auffindung der letzten Gründe der Dinge.

Zwei Tugenden vervollkommnen den praktischen Verstand: Die Klugheit und die Kunst. Die Klugheit lenkt und leitet alle unsere Handlungen, während die Kunst allen äußeren Handlungen vorsteht.

In diesem Sinne sind Einsicht, Wissenschaft, Weisheit, Klugheit und Kunst Kulturfragen, besser gesagt und richtig verstanden eine fünfblätterige Kulturblüte, die intellektuelle. Sie trägt insofern trinitarisches Kolorit, als sie den geistigen Inhalt des menschlichen Schaffens aushaucht und nur der Geist ein Abbild der Dreieinigkeit ist, und namentlich insofern sie mit der Sittlichkeit zusammen, mit der Willensbildung die plastische Herausarbeitung des Ebenbildes der Dreieinigkeit ermöglicht und bezwecken soll.

Bleibt noch die Volkswirtschaft, dann können wir schließen. Die Offenbarung lehrt, daß das Bild Gottes in der Seele irgendwie auch auf den Körper übergeht. Die Gottesebenbildlichkeit des Menschen äußert sich oder besser gesagt, wird sicht- und greifbar in der Herrschaft über die vernunftlose Welt. Augustin findet die aufrechte Statur als Zeichen dieser Gottesebenbildlichkeit (De gen. ad litt. VI, 12). Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Herrschaft auch dem Körper hundertfach zugute kommt.

Beim Problem: Volkswirtschaft als Kulturfrage darf aber auf das harmonische Gesamtbild der Kultur nie vergessen werden!

[19]) Gillet, Charakterbildung. Autorisierte Uebersetzung nach der 12. Auflage der französischen Neubearbeitung von Franz Muszynski, Regensburg 1911, 205.

[20]) Zitiert nach Mercier-Habrich a. a. O. II, 234.

Aus der Uebernatur blüht die übernatürliche Religion auf, aus der Religion quillt die Sittlichkeit, aus der Sittlichkeit zweigt die intellektuelle Kulturblüte ab und endlich wächst auf dem gleichen Grunde die Volkswirtschaft. Diese ist also nur Kultur, soweit sie noch vom trinitarischen Wurzelstock lebt und Ideale saugt. Bei allem irdischen Streben muß dasselbe den drei höheren Kulturfragen unterworfen bleiben. Ein wirtschaftlich hochstehendes Volk wird mehr leisten können für Kunst und Wissenschaft und wird den sittlichen Gefahren der Zeit leichter begegnen. Ein mäßiger Wohlstand ist für Religion und Uebernatur förderlich, die Armut ist voller religiöser, sittlicher und intellektueller Gefahren. Ein wirtschaftliches Zurückbleiben des katholischen Volkes ist immer auch ein Zurückbleiben auf eigentlich kulturellem Boden, ein Verlust für die katholische Weltanschauung.

Ich bin zu Ende. Das Geheimnis der Kultur ist das Geheimnis der Dreieinigkeit. Und vier Kulturen, um so zu sagen, gibt es, die übernatürliche, die sittliche, die intellektuelle und die physisch-materielle. Man erinnere sich, daß die philosophia perennis im Gesamtuniversum ein vierfaches Sein unterscheidet: Das metaphysische, sittliche, logische und physische Sein. Es deckt sich genau mit unseren vier auf deduktivem Weg gefundenen Kulturen. Das gesamte Sein und die gesamte Kultur ist verkörpert im Mikrokosmos und dieser ist ein Abbild des dreieinigen Gottes.

Die pommerschen Junker.

Von Johannes Wolf, Stettin.

Die Revolution hat den Adel beiseite geschoben und damit eine der Grundsäulen des alten preußischen Staates beseitigt. Natürlich wendet sich auch jetzt noch diesen alten Geschlechtern, mit denen die Geschichte Preußens und des Reiches auf das engste verknüpft ist, die allgemeine Aufmerksamkeit zu. Wie stellen sie sich zur Staatsumwälzung? — Ergreifen sie Mittel, um den früheren Einfluß wieder zu erlangen? — Wie finden sie sich mit dem jetzigen System ab? — Alles Fragen, die sich einem von selbst aufdrängen, für die man eine Antwort wünscht.

Diese Fragen werden um so mehr laut, da von gewisser Seite immer wieder Alarmrufe ausgestoßen werden, als seien die alten Junker nur darauf bedacht, Gegenrevolutionen zu entfachen und als hielten sie heimlich die Armee und alles, was daran hängt, in der Hand.

Ich will versuchen, auf obige Fragen wahrheitsgemäße Antwort zu erteilen. Die pommerschen Junker, die die rückständigsten, gewalttätigsten und kampflüsternsten dieser Kaste sein sollen, sind zunächst eine nicht ganz unintelligente Menschenschicht, die nicht besonders Wert darauf legen, gerade so sein zu wollen, wie sie von unseren Hochschulprofessoren geschildert werden. Wer sie sich nach den Schilderungen der Hochschulprofessoren und des „Berliner Tageblattes“ vorstellt, der macht sich zum mindesten lächerlich.

Auf Grund ihrer ganzen Weltanschauung sind sie freilich monarchisch gesinnt. Es wäre höchstens verwunderlich, wenn es anders wäre. Sie lebten mit und in der großen Tradition Preußens. Für das preußische Königshaus haben sie und ihre Väter tausendmal das Leben eingesetzt, mit dem Königshause sind sie alle durch persönliche Erinnerungen verknüpft.

Daneben sind sie Landwirte. Die Landwirtschaft wurzelt im Boden der Nation, sie kann nicht hinausblicken über den Rahmen des Reiches, sie kann nicht ihr Schicksal willenlos in die Hände wankelmütiger Massen legen, kann nicht Schlagworten folgen, sie ist also konservativ, gründet sich auf alte, erprobte Erfahrungsgrundsätze und zieht ein durch Jahrhunderte erprobtes Herrschergeschlecht einem durch eine zufällige Volksmehrheit gewählten Präsidenten vor.

Der pommersche Junker ist ferner religiös. In den pommerschen Gutshäusern herrscht strenge, sittliche Zucht und auch manche katholische Familie kann sich an dem religiösen Leben dieser Adelsfamilien ein Beispiel nehmen. Da wird morgens die gemeinsame Morgenandacht gehalten, da geht man nicht zu Tisch, ohne zu beten. Der religiöse Mensch aber ist zur Treue verpflichtet. Wir haben sie einmal dem Kaiser geschworen und hier oben hält man sie.

Diese Treue im Prinzip führt durchaus nicht zur Gegenrevolution. Das wäre ein schlechter Staatsbürger, der die mit Mühe und Not hergestellte Ordnung jetzt mutwillig zerstören

wollte. Aus der Provinz Pommern sind Preußens größte Staatsmänner hervorgegangen und staatsmännischer Geist beherrscht auch heute noch die agrarische Führerschaft, sie wissen sehr wohl, was sie ihrem Volke schuldig sind. Das ist die Einordnung in die gegebenen Verhältnisse. Was sie mit Recht verlangen, das ist ein Regieren nach den bestehenden Gesetzen. Sie wissen, das Preußen der Hohenzollern setzte sich mit seinem unbeugsamen Willen durch, und dieser Wille, keine Rechtsbeugung zuzulassen, führt zu Konflikten mit einer Regierung, die immer wieder versucht, durch Umgehung der bestehenden Gesetze ein ungesetzliches Verwaltungssystem durchzuführen.

In Pommern weiß man auch, daß die Zukunft unseres Volkes nicht auf den unruhigen Massen unserer Großstädte, sondern auf der Arbeit der ruhigen Landbevölkerung basiert. Man ist sich der Tatsache bewußt, daß Pommern eine entscheidende Rolle bei dem Wiederaufbau unseres Volkes zufällt und man will aufbauen, man will nicht fortwährend drangsaliert und geknebelt werden.

Die pommerschen Junker sind keine Freunde der gegenwärtigen Regierung. Sie sind ihr nicht deshalb abhold, weil sie durch diese an die Seite geschoben wurden, im Gegenteil, mancher begrüßt es, in dieser Zeit nicht verantwortlich sein zu müssen. Sie machen es ihr auch nicht zum Vorwurf, daß es uns hundsmiserabel geht, sie wissen und erkennen an, daß jede Regierung heute Schwierigkeiten hätte, aber sie sind Landwirte und müssen es mitansehen, wie eine einseitig industrial orientierte Regierung alle Maßnahmen trifft, die gegen die Landwirtschaft gerichtet sind. Sie vermissen die gesunde Vernunft bei den agrarischen Maßnahmen, die die Regierung trifft und sie haben allgemein den Eindruck, daß wohlgemeinte Ratschläge gerade deswegen nicht angenommen werden, weil sie von der Landwirtschaft kommen. Dadurch schafft sich eine Regierung natürlich kein Vertrauen, die pommersche Landwirtschaft ist, wie die des ganzen Reiches, verstimmt.

Dann aber sollen die pommerschen Junker maßlos stolz sein, ihre Arbeiter äußerst roh behandeln und alles Volk für Pöbel ansehen. Es ist wahr, die Junker stehen nicht staunend vor dem Götzen „Volk". Sie wissen, daß dieses Volk doch auch allerlei Schattenseiten hat und von den sogenannten Errungenschaften der Revolution, wie Achtstundentag und ähnlichen Dingen hält die Landwirtschaft überhaupt nicht viel. Man ist hier in Pommern überzeugt davon, daß unsere Wirtschaftskalamität nicht allein eine Folge des Krieges ist, sondern mehr noch eine Folge der verhängnisvollen revolutionären Errungenschaften. Wem diese „Errungenschaften" Fortschritt bedeuten, dem erscheinen die Junker rückschrittlich. Wer aber dabei an die Lebensverhältnisse der Arbeiter denkt, der möge einmal einen Vergleich anstellen.

Ich bin im Laufe der letzten 14 Monate in allen Kreisen der Provinz herumgekommen, habe mit Besitzern und Arbeitern Fühlung gehabt, habe zirka 12 Kreislohntarife mitabgeschlossen und habe dabei festgestellt, daß die vielverschrieenen Junker für ihre Arbeiter das Menschenmöglichste leisten. Ich habe eine recht weitgehende Familienfürsorge für die Kriegsfamilien während des Krieges kennen gelernt, wie sie die Industrie nicht gekannt hat. Eine weitgehende Fürsorge der Besitzer hat seit Jahren durch Errichtung von Viehkassen für die Hebung des Viehstandes der Landarbeiter Sorge getragen und diesem Verhältnis ist es zu danken, daß hier die Arbeiter von Generation zu Generation auf den Gütern wohnen.

Und die Junker stehen nicht allein. Neben ihnen stehen die Klein- und Mittelbauern und gegen 20 000 Landarbeiter in der vielberüchtigten Organisation des Pommerschen Landbundes. Und darum gerade der Kampf. Die Handvoll Gutsbesitzer allein wäre ja nicht des Kampfes wert. Die Sozialdemokratie ist organisatorisch eine so sehr geschulte Partei, daß sie nicht mit Kanonen nach Spatzen schießt, sie würde die Junkerschaft allein lächerlich machen, aber nicht mit dem Aufgebot ihrer ganzen Macht bekämpfen, und sie würde den Kampf sofort einstellen, wenn der Landbund seine Arbeiter fallen ließe, wenn diese dadurch, daß sich der Landbund in einen landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband umwandelte, die Landarbeiter abstoßen würde. Der Landbund aber will keine Arbeitgeberorganisation, weil diese als Klassenkampforganisation von oben auftreten muß, ob sie will oder nicht, und demgegenüber wird dann der Arbeiter in die Kampforganisation der Arbeiter gedrängt. Das ist der staatsmännische Weitblick der pommerschen Junker, daß sie erkannten, daß sie sich ihre Arbeiter nicht entfremden durften. Es darf sich auf dem Lande kein fremdes Glied zwischen Arbeiter und Besitzer drängen. Beide gehören zusammen, Kampf hindert uns an der Arbeit, und unser Volk hat Arbeit nötig.

Das sind in kurzen Zügen die bösen pommerschen Junker. Wer Rußland, Spanien und andere Länder nach gewissen jüdischen Schriftstellern beurteilt, geht irre, und wer die Junker am Ostseestrande nach dem „Vorwärts" und dem „Berliner Tageblatt" beurteilt, kennt sie nicht.

Literarische Sorgen.

Von Univ.-Prof. Dr. Gottfried Hoberg, Freiburg i. Br.

1. Wenn ein Gesamturteil über die Lage der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert bis auf heute gefällt wird, so fällt, zumal in Volksversammlungen apologetischer Richtung, dieses öfters gut aus. Tatsächlich ist innerhalb bestimmter Grenzen ein fortwährendes Steigen der deutschen Katholiken sehr bemerkbar. Aber auf bedeutendem Gebiet hat das 19. Jahrhundert bis in den Beginn des 20. Jahrhunderts keinen Erfolg gebracht, sondern sogar Rückschritte gemacht.

2. Wir weisen auf die Belletristik und auf populäre Darstellungen der Philosophie und der Geschichte hin. Zweifellos haben wir in dieser Hinsicht ganz vorzügliche Schriften, die von katholischen Verfassern geschrieben sind und von katholischen Verlegern auf den Markt gebracht werden. Aber in welchen Kreisen finden die Leser zu suchen? Fast ausnahmslos unter den Katholiken und, fügen wir noch hinzu, fast nur unter den Katholiken, denen ihre Religion der Inhalt ihres Lebens bildet. Es gibt nicht wenige Katholiken, die der Literatur, die von ihren Glaubensgenossen ausgeht, ziemlich fremd gegenüberstehen. Diese Gleichgültigkeit ließe sich allenfalls noch ertragen, denn Indifferentismus ist eine Gewohnheit unter den Menschen überhaupt. Aber es steht den Katholiken eine große, fast nicht meßbare Literatur auf dem Gebiet der Belletristik und der Popularisierung der Wissenschaft gegenüber, die sich der katholischen Religion gegenüber ablehnend, ja sehr feindlich verhält. Hohn und Schmach wird auf die katholische Religion zusammengetragen und ihre Anhänger werden als minderwertige Menschen in der Kultur, Bildung und Wissenschaft hingestellt; die katholische Religion wird als Hemmnis des menschlichen Fortschrittes geschildert. Das Urteil über Katholiken und katholische Religion ist unter den Nichtkatholiken in weitesten Kreisen das denkbar ungünstigste, so daß man höchstens Mitleid ihnen entgegenbringt, mehr aber Verachtung.

3. Wo können wir einen Hauptgrund dieser Geistesrichtung suchen? In der Schule, da an den Stätten der Bildung sehr oft eine ganz falsche Darstellung der katholischen Religion geliefert wird und das lebendige Wort immer Anhänger findet. Denn viele Pädagogen verstehen es nicht, ihre Anschauungen in eine höhere Gemeinschaft einzuordnen und sich genügende Kenntnis über die katholische Religion zu verschaffen. Ein Protestant, der zwar Vorurteile gegen die Katholiken nicht überwandte, aber gerecht sein wollte, hat vor kurzer Zeit geschrieben: Die Unwissenheit unserer Leute in der besten katholischen Literatur ist eine Schande. Unzählige Pfarrer leben und sterben, ohne je ein katholisches Buch gelesen zu haben. Dabei stellen sie sich an, als gäbe es bei den Katholiken nur Legenden und Gebetbücher. — Was sollen wir Katholiken diesem Uebelstande entgegenhalten?

Die Katholiken müssen die falschen Darstellungen über ihre Religion in Büchern zurückweisen. Natürlich wird bei manchen Angreifern jede Belehrung ohne irgendwelchen Erfolg sein: Daher wird in solchen Fällen es klug sein, sie nicht zu versuchen, aber sehr oft wird die Zurückweisung, Belehrung Erfolg haben, wie der direkte und indirekte polemische Weg in der wissenschaftlich-polemischen Literatur dies zeigt. Auf das Vorgehen im einzelnen will ich hier nicht eingehen. Aber ich weise auf eine andere Pflicht hin, welche die Katholiken sehr leicht erfüllen können: Sie müssen die feindliche Literatur nicht selber verbreiten dadurch, daß sie dergleichen Bücher kaufen, auf Zeitungen und besonders auf Zeitschriften abonnieren, die unsere Religion angreifen. Hier kann es viel besser unter den Katholiken werden. Denn ein Akatholik findet es in der Regel ganz verständlich, daß er z. B. niemals auf eine katholische Zeitschrift abonniert, aber wie ist es mit dem Gegenteil in dieser Hinsicht unter den Katholiken bestellt? Jeder, der die tatsächlichen Verhältnisse sich ansieht, wird erkennen, daß manche Schäden von den Katholiken selbst leicht entfernt werden könnten. Daher würde Selbstbewußtsein den Katholiken vielfach nicht schaden.

Vom Büchertisch.

Adolf Innerkofler: Die Brüder von Kirchschlag. Eine romantische Mär aus der „Buckligen Welt". (Verlag Habbel, Regensburg, 1919, 2 Bände, geh. ℳ 9.—, geb. ℳ 12.—). Der Autor wirkte durch mehr als drei Jahre als Seelsorger in dem an der niederösterreichisch-ungarischen Grenze malerisch gelegenen Marktflecken Kirchschlag. An Ort und Stelle sammelte er nun die den Markt und seine Schloßruine umgebenden Sagen, teils aus alten Chroniken, teils aus den mündlichen Ueberlieferungen des Volkes und fügte sie zu einer prächtigen Heimaterzählung. Diese spielt im 16. Jahrhundert zur Zeit der Türkeneinfälle in Oesterreich und bringt lebenswahre Schilderungen von Land und Leuten, sowie der damals herrschenden Verhältnisse. Die packende Haupthandlung, der Kampf der beiden feindlichen Brüder Hans Christoph und Erasmus um die liebliche Frau Berta ist historisch und ein hohes Lied auf die Heiligkeit der Ehe. Als besonders gelungen muß die treffliche Charakterisierung der einzelnen Gestalten bezeichnet werden. — Die eingestreuten Schwarz-Weiß-Bilder fügen sich sehr nett in den Rahmen des geschmackvoll ausgestatteten Buches. Hans Wogme.

Johannes Mayrhofer: Dilettanten der Liebe, Roman. Regensburg, Friedrich Pustet. Preis geb. 4.50 ℳ. — Der mit Recht als Reiseerzähler beliebte Verfasser schildert die Fahrt eines großen Nordlandsdampfers (vor dem Weltkriege), das bunte gesellschaftliche Treiben an Bord und die Darbietung herrlicher Naturgenüsse für die hier versammelten Bevorzugten, die es sich halt „leisten können": flott gezeichnete, stark „differenziert" gehaltene Leutchen, deren Kernwesen bald in nicht eben bedeutsamen Ausschwingungen zutage tritt. Denn daß es sich da nicht um tiefe Gedanken- und Gefühlsprobleme handelt und handeln solle, zeigt schon die Aufschrift des Bandes. In vorwiegend heiter- und leicht ironisierend bewegtem Vortrag werden die Herrschaften vor uns abkonterfeit — als Gesamtbild zweifellos negativen, wenn auch — und just das ist der sinnfällig liebenswürdige Zug in der Psychologie des Buches — keineswegs pessimistisch wirkenden Charakters. Die wertvollsten Teile des Buches aber sind die nicht selten dichterisch anmutenden Wiedergaben der Naturschönheiten und -wunder, die dem fesselnden Werke voraussichtlich auch seine gewiß zahlreichen Leser sichern werden. E. M. Hamann.

Georg Sagehomme S. J.: **Der Roman eines Missionars.** Deutsch bearbeitet von Rudolf Schütz S. J. Mit Bildschmuck von Fritz Bergen. Freiburg, Herder. Preis geb. 7.80 ℳ. — Roman? Ja, aber mit der adeligsten Liebe: der heldenhaft christlichen Caritas, als Grundmotiv. Ein vornehmer Jüngling weiht sich, mit Zustimmung der edlen Eltern, in wundervollem Idealismus dem priesterlichen Missionsberufe in afrikanischer Urwaldeinöde. Nach segensreicher, überaus opfervoller Wirksamkeit erleidet er ein vollbewußtes Martyrium und stirbt, fern der Heimat und allen ihm durch Geburt und Erziehung gegebenen Lieben, noch jung als ein auserwählter Sohn der Kirche und Streiter Gottes. Die Darstellung ist packend lebendig und von eigenständigem Reiz. Der schmucke Band gehört vor allem in die Hände unserer männlichen studierenden Jugend sowie in unsere Familien- und Volksbüchereien, wo es mit starkem Nutzen, bald sehr viele Leser finden wird. E. M. Hamann.

Ludwig Heilmaier: Prüfung der Grundlagen des religionslosen Moralunterrichtes. München 1920, Verlag der J. J. Lentnerschen Buchhandlung. 24 S. Anschließend an eine Veröffentlichung der päd. Arbeitsgemeinschaft des Bayerischen Lehrervereins vom Dezember 1919, nach der die Festlegung von Lehrplan und Methode für den Moralunterricht erstrebt wird, „der entweder neben den bisherigen Religionsunterricht oder an seine Stelle treten soll," stellt H. 17 Leitsätze zum Nachdenken auf. Diese enthalten in knapper, übersichtlicher Form alles, was hochwichtigen und zeitgemäßen Thema zu sagen ist; die Ausführung rechtfertigt den Schlußsatz: „Eine reine Morallehre „an Stelle des bisherigen Religionsunterrichtes" ist ein eitles Menschenwerk und widerspricht in sich dem Ausspruch der Vernunft und der Geschichte." Das Schriftchen ist namentlich dem zu empfehlen, der sich in der Sache rasch orientieren will. Prof. Dr. J. Hoffmann.

Breviarium Romanum 4 Bände in 18°. 1919. (Brev. 7.) Ungeb. ℳ 38.40, geb. Halbleder, Rotschnitt ℳ 83.—. Regensburg, Pustet. — In gewohnt gediegener Ausführung legt der liturgische Verlag Pustet eine sehr handliche Breviersausgabe vor in der Größe 10 × 15 cm. Für die Anlage wurde als Leitstern der Grundsatz festgehalten, ein möglichst fortlaufendes Beten zu gewährleisten durch tunlichste Vermeidung jeden vermeidbaren Blätterns und Suchens. Nach ausdrücklicher römischer Weisung verblieb das Ordinarium unverändert, um namentlich Anfängern im Brevierbeten einen Einblick in die Gesamtstruktur des Breviers zu bieten. Indes ist hier das Psalterium durch Herübernahme der einschlägigen Gebetsterte aus dem Ordinarium so praktisch gestaltet, daß sich jedes Zurückblättern erübrigt. Für die Gestaltung des Proprium de tempore et Sanctorum war als Zielrichtung maßgebend, die Gebetsterte möglichst zusammengefaßt darzubieten. Zieht man dazu die Einlageheftchen und -zettel in Betracht, so darf ruhig gesagt werden, daß wir hier ein Musterbrevier, das im höchsten Grade ein ungestörtes Beten ermöglicht, vor uns haben. Als Einlageheftchen ist neben den Festpsalmen der Festoffizien von den Laudes zur Complet und dem Epitome e Communi Sanctorum hervorzuheben die praktisch kurze Uebersicht des Inhaltes der einzelnen Psalmen in dem Ueberblick „Synopses Psalmorum et Canticorum Breviarii" von Prof. A. Vanderheeren-Brügge. Als Einlagezettel ist auch eine Zusammenstellung der Orationen der Sonntage, der Ferialtage der Fastenzeit, sowie der Heiligenfeste mit eigenen Orationen beigegeben, soweit nicht an diesen Zeiten ohnehin alles ausgesetzt ist. Ein Ueberblick über die Anordnung der Gebetsterte im Brevierausgabe ergibt im Zusammenhalt mit den zahlreichen beigefügten Einlagen eine wahrhaft mustergültig durchgearbeitete Anlage. Die Ausstattung des Breviers ist dem Pustetschen liturgischen Verlag entsprechend vorzüglich. O. Heinz.

Die Kunstmuseen und das deutsche Volk. Herausgegeben vom Deutschen Museumsbund. Kurt Wolff-Verlag, München 1919. 208 S. 8°. Preis geh. ℳ 14.—, geb. ℳ 16.—. Das inhaltreiche Buch ist eine Veröffentlichung des „Deutschen Museumsbundes". Die Vereinigung, die sich während des Krieges gebildet hat, stellt sich die Aufgabe, für die Einrichtung der Museen einheitliche Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen und dafür zu sorgen, daß die Sammlungen nicht nur wissenschaftlich, sondern auch erziehlich nutzbar gemacht werden. Der Erläuterung dieser Absichten, die den Anforderungen unserer Zeit entsprechen und die ihre Berechtigung haben, so wenig abgeklärt jene Anforderungen auch sein mögen, gelten die von einer Reihe bekanntester deutscher Museumsdirektoren herrührenden 16 Aufsätze, die sich in diesem Buche vereinigt finden. Einige davon sind mehr allgemein betrachtenden Inhaltes. So erörtert G. Pauli die Frage nach den „Kunstmuseen der Zukunft". Die Vergangenheit schuf zuerst die fürstlichen, dann die Gelehrten-Museen. Das dritte, das der Zukunft ist das Volksmuseum, dessen erste, zugleich maßgebende Formen nach historischer Richtung im Nürnberger Germanischen Museum, nach naturwissenschaftlicher in Altona geschaffen wurden. Für die Zwecke der Volkserziehung hält Pauli — zweifellos mit Recht! — die Dezentralisation, die Schaffung einer Vielheit kleinerer Museen für ersprießlicher als die zentralistischen großen Sammlungen. Ueber die Frage der Erziehung des Volkes zur Kunst sprechen eingehend noch mehrere dieser Aufsätze, freilich ohne die Vorfrage zu lösen, wie sich für diese Erziehung die unbedingt zuvor notwendige Grundlage einer allgemeinen, das Verständnis und die Teilnahme für Höheres vorbereitenden Gesinnung und Gesittung schaffen läßt. Von Natur ist sie doch weitaus nicht das Eigentum aller. E. Redslob redet der „zeitgenössischen Kunst in öffentlichen Sammlungen" das Wort; R. Graul und G. E. Pazaurek sprechen über Kunstgewerbemuseen; O. Lehmann-Altona äußerst interessant über die „Vereinigung von Kunst und Natur in den Museen"; Th. Volbehr über „Museumsführung"; während K. Koetschau mit einem offenen Urteil über das Verhältnis zwischen Museumsdirektor und Museumskommission nicht zurückhält. Wertvoll und interessant in künstlerischer wie sozialer Beziehung, und zwar für jeden Gebildeten, nicht etwa nur für Fachleute, sind auch alle übrigen Teile des Buches. Dr. O. Doering.

Die Kunst dem Volke. Als das Elsaß von seinem deutschen Vaterlande Abschied nehmen mußte, hat es ihm zuletzt noch eine herrliche Gabe geschenkt, die wohl, gleich jedem solchen Andenken, zur Wehmut stimmen muß, aber auch zu Stolz und Freude. Denn dadurch, daß die Stadt Kolmar Matthias Grünewalds Isenheimer Altar lange Monate hindurch in München ausgestellt bleiben ließ, hat sie dazu verholfen, daß einer der größten, tiefsinnigsten aller deutschen Künstler, eine der wunderbarsten Persönlichkeiten der gesamten Kunstgeschichte, in der überwältigendsten aller ihrer Leistungen uns erst bekannt wurde, zu rechter Würdigung durch die Wissenschaft, zu inniger Bewunderung und Verehrung aller Menschen, die nicht bloß mit den Augen, sondern auch mit dem Herzen sehen, gelangen konnte. Hat man auch das Meisterwerk wieder in seine Heimat zurückgebracht, so ist doch Matthias Grünewald der unsrige geworden, so fest, daß niemand ihn uns wieder nehmen kann. Ihn in weitesten Kreisen bekannt, insbesondere die Schönheit und Gedankenfülle des Isenheimer Altares zum Gemeingute des deutschen Volkes zu machen, ist der Zweck zahlreicher Schriften und bildlicher Veröffentlichungen, die in letzter Zeit herausgegeben sind. Während sie teils an Beschaffenheit zu wünschen übrig lassen, teils vorzüglich, aber deshalb sehr teuer sind, zeichnet sich ein vor kurzem erschienenes Heft der bekannten Monographienreihe „Die Kunst dem Volke" durch Gediegenheit der Herstellung und des textlichen Inhaltes, wie durch Billigkeit aus, entspricht also recht der Absicht dieser trefflichen Schriften, an der Erziehung des Volkes durch Darbietung bester und schönster Kunst mitzuhelfen. Das Heft „Matthias Grünewald" ist das erste, in dem die „Kunst dem Volke" den Fortschritt wagt, farbige Bilder zu bringen — nicht weniger als neun von im ganzen 23. Es zählt deshalb in der Reihe der Monographien nicht mit, sondern ist als erste Sondernummer erschienen. Ihr werden sich hoffentlich bald weitere solche anschließen. Den wissenschaftlich bedeutenden, dabei genußreich zu lesenden Text schrieb der Kunsthistoriker Dr. Joh. Damrich. Er beschränkte seine Betrachtungen nicht auf den Isenheimer Altar, sondern gab einen Ueberblick über das gesamte, von der Wissenschaft bisher ergründete Schaffen des Meisters. Unter den Bildern fehlt man das berühmte Münchener Erasmus-Mauritiusgemälde, die Aschaffenburger Beweinung Chirsti, die Stuppacher Madonna, eine Anzahl von Handzeichnungen usf. Die Gemälde des Isenheimer Altares sind durchweg farbig wiedergegeben. Die Grünewald-Sondernummer der „Kunst dem Volke" (Preis 3.60 ℳ) verdient lebhafte Anerkennung und Empfehlung. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Schauspielhaus. Als Ursache des unzweifelhaften großen Erfolges den das Schauspielhaus mit dem „Kaufmann von Venedig" hatte, wollten übernervöse Leute die „Schmutzwelle des Antisemitismus" hinstellen, die in diesen Zeiten unser Land durchflute und die Theaterleitung glaubte sich sogar veranlaßt zu sehen, ihre Absichtslosigkeit gewissermaßen feierlich zu bekräftigen. Wenn das Schauspielhaus nun mit „Der Widerspenstigen Zähmung" eine sehr beifällige, ja fast geradezu begeisterte Aufnahme fand, so beweist es damit, daß seine Bemühungen um Shakespeare rein künstlerischer Natur sind, denn gewiß ist kein Stück dem Zeitgeiste mehr entgegen, als Petruchios brutales Erziehungswerk der Frau zu einem folgsamen Kinde, das in dem Gatten kritiklos seinen „König, Herrn, Regierer" anerkennt? Die Widerspenstige hat auf den deutschen Brettern sehr viele Bearbeitungen erlebt, insbesondere die Deinhardsteinsche hat sich von 1839 viele Jahrzehnte lang auf unseren Bühnen gehalten. Wir sind aber immer skeptischer gegen solche Verbesserungen geworden und heute ist das Ideal jeder künstlerisch geleiteten Bühne, dem Original möglichst nahezukommen. Diesen Weg beschritt auch die Spielleitung Nebelthaus. Sie gab auch das Rahmenstück, das meist fortbleibt. Max Reinhardt und später Kilian im hiesigen Residenztheater haben es zuerst wieder aufgenommen. Ein Lord findet auf der Straße einen betrunkenen Kesselflicker, läßt ihn in sein Schloß tragen, wo dem Saufbold vorgeredet wird, daß er ein großmächtiger Herr sei, bis er es glaubt. Zu seiner Belustigung wird dann die

„Zähmung der Widerspenstigen" aufgeführt. Gerh. Hauptmann hat bekanntlich in „Schluck und Jau" diese Rüpelkomödie weiterausgesponnen. Man kann diesen Auftakt entbehrlich finden, aber er schlägt doch den Ton an, der festzuhalten ist. Mit psychologischem Spürsinn wird man Petruchio nicht nahekommen, alles weist auf die Freskozeichnung grotesker Wirkungen hin. Man hat auch darin, daß Shakespeare das Stück vor einem Kesselflicker spielen ließ, ein Zeichen dafür sehen wollen, daß der Dichter auch einem unkultivierten Publikum verständlich zu werden trachtete. Die Aufführungen englischer Komödianten, die Deutschland im 17. Jahrhundert mit dem Shakespeareschen Lustspiel zuerst bekanntgemacht haben, haben zweifellos possenhaft übertrieben. Ich habe mancherlei Aufführungen gesehen, die einen feinen Lustspielton festzuhalten suchten, aber ich habe stets das Empfinden von fruchtlosen Bemühungen und etwas Antiquiertes dabei nicht ganz unterdrücken können. In München sind bei älteren Theaterbesuchern Keppler und Clara Heese als Petruchio und Katharina unvergessen. So sehr wir auch auf der heutigen Bühne die von diesen Künstlern verkörperte geistige Anmut bitter entbehren müssen, so kommt wohl die heutige Neigung der Schauspieler zum Grotesken gerade diesem Stücke wohl mehr entgegen. Kochs Petruchio war mir stellenweise zu lärmend, und wollte mir auch äußerlich mehr einem Flibustier, als einem Veroneser Edelmann des Cinquecento, gleichen, aber worauf es doch allein ankommt, die Absichten des Dichters wurden erreicht. Elsa Tiedemanns Katharina war recht fesselnd, vielleicht kam das Widerspenstige nicht immer aus eruptiv überschäumendem Temperament. Die Spielleitung erstrebte ohne viel Striche die Szenenfolge der rasch wechselnden Schauplätze beizubehalten. Die schmucklose Bühne, die dies leicht ermöglicht, wirkt bei allen ihren Vorzügen doch auf die Dauer zu nüchtern. Eine Säulenhalle mit Freitreppe und ein Straßenbild mit dem Fernblick des Rundhorizontes gaben die beiden Grundtypen für verschiedene Schauplätze, die sich durch geringe Aenderung boten und immer sich sehr reizvoll ausnahmen. Cäsar Kunz hat mit diesen Dekorationen schöne Bilder geschaffen, die raumgestaltende Phantasie zeigen. Gedämpfte Bühnenmusik unterstützte den Dekorationswechsel. Das Rahmenstück wurde im modernen Kostüme gespielt. Ewis Borkmann gab die Bianka mit freundlicher Anmut, etwas blasser in den Farben wirkten ihre Freier. Die anderen Gestalten waren auch mit Geschmack und Geschick herausgearbeitet. Das Publikum fühlte, mit wieviel künstlerischer Liebe die ganze Vorstellung einstudiert war und zeigte sich vom Herzen dankbar.

Kammerspiele. Neu einstudiert wurden Strindbergs „Gläubiger" gegeben, denen als Neuheit: „Vorm Tode", eine kleine Tragödie des gleichen Dichters folgte. Man wundert sich, daß es von dem seit Jahren so hoch- und überschätzten Strindberg noch ungespielte Stücke gibt. Es hat freilich seine Gründe, daß man diesen Einakter nicht gab. Es ist ein sehr schwaches Werk. Der bankrotte Besitzer einer Schweizer Fremdenpension steckt sein Haus an und nimmt Gift. Seine drei unversorgten Töchter sollen durch die Versicherungssumme versorgt werden. Man kann dies nicht gut als Opfertod aus väterlicher Liebe nehmen; der Mann bleibt ein Verbrecher und zwar einer aus der Atmosphäre niedrigen Schwindels, in der keine Tragödien gedeihen, die erschüttern. Der alte Herr war geborener Franzose, im militärpflichtigen Alter ist er nach der Schweiz ausgekniffen, um seine Frau gleich heiraten zu können. Die Ehe ist natürlich nicht glücklich gewesen, wie dies bei Strindberg immer ist. Durch dumme Spekulationen und Verschwendungssucht hat die Frau ihren Mann als Beamten unmöglich gemacht, weshalb sie dann die Fremdenpension gegründet hatten. Die drei Töchter, von denen die eine durch Arbeit das Unternehmen über Wasser zu halten suchte, während die anderen faulenzen, verachten ihren Vater, gönnen ihm nicht einmal das Katzenfressen und den Speck, den er sich aus der Mausefalle stiehlt. Schuld daran ist natürlich auch nur die verstorbene Mutter, die den Alten bei ihren Kindern verleumdete. Daß es in diesem gemütlichen Fremdenheim nur noch ein Gast aushielt, der mit der liederlichen Tochter liebelt, nimmt nicht wunder. Karl Ernst gab den im Grunde bemitleidenswerten Wicht mit den sentimentalen Anwandlungen recht fesselnd, aber das Publikum vermochte doch nicht warm zu werden. Der Beifall klang sehr matt. Auch in den „Gläubigern" besann sich das Publikum erst nach einiger Zeit auf das Klatschen und doch ist hier echtester, bester Strindberg. Freilich hat das Publikum nicht unrecht, wenn es dieser neurasthenischen Ehewirren müde wird, dieser Tragödien schwächlicher Männerseelen, die von einem Weibe zermürbt werden, das im Grunde gar nicht „dämonisch", sondern eigentlich eine dumme Gans ist. Man wäre blind, wenn man übersähe, daß diese Kunst nicht ohne welke Schönheiten ist, aber sie ist dekadent. Ich habe immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß der Strindbergkultus im Kriege etwas Unnatürliches war, das nur Kraft und Zuversicht schwächen konnte. Wenn heute das Publikum strindbergmüde wird, so werden wir dies sicher nicht beklagen.

Volkstheater. „Die drei Zwillinge", ein rheinischer Schwank von Toni Impekoven und K. Mathorn hatte im Volkstheater einen herzlichen Lacherfolg. Als Säugling ist der Weinreisende Knäblein aus Bonn einst in einer Klinik, in der er zur Welt kam, bei einem ausbrechenden Brande mit einem gräflichen Baby vertauscht worden. Diese Tatsache kommt ans Licht, als sie 25 Jahre alt sind. Und nun muß Herr Knäblein die feudalen Manieren und der Erbgraf das bürgerliche Geschäft erlernen, das führt zu allerhand komischen Situationen, guten und schlechten Witzen, die unbezwingbare Heiterkeit erregten. Der Kontrast zwischen gespreizter Aristokratie und überderber Bürgerlichkeit ist zwar recht verbraucht und es ist erstaunlich, daß unsere Lustspieldichter lieber nach bewährten Schablonen als ins volle Menschenleben greifen, aber das Stück ist mit Theaterinstinkt gemacht und Impekoven, ein Schauspieler, hat sich in der Hauptfigur eine Gestalt geschaffen, in der ein guter Komiker immer erfolgreich sein wird. Hier spielte den Bonner Weinreisenden ein Gast vom Nationaltheater in Mannheim, Herr Schmitz, ein echter Komiker, der vielleicht hin und wieder zu dick aufträgt, und die Einheimischen folgten ihm mit viel Frohsinn auf diesen Wegen.

Verschiedenes aus aller Welt. Gegen die Aufführung französischer Stücke auf deutschen Bühnen hat sich, solange keine Gegenseitigkeit gewährt wird, der Reichstheaterrat erklärt. — Franz Schreker, der vielgenannte Komponist des fernen Klanges, der Gezeichneten und des Schatzgräbers wurde zum Direktor der Musikhochschule in Berlin ernannt. — Gegen Max Reinhardts etwas voreilig verlautbarte amerikanische Gastspielpläne macht sich in den Vereinigten Staaten eine gegnerische Stimmung geltend. — Gerh. Hauptmanns Drama: „Der weiße Heiland" hinterließ in Berlin starken Eindruck. Die Massenszenen wirkten in dem großen Schauspielhaus imposant; psychologische Feinheiten kamen in dem Riesenraume des ehemaligen Zirkus nicht zur vollen Geltung. Die Tragödie behandelt den Untergang Montezumas. Man gewinnt aus den Berichten den Eindruck, daß es sich lohnen dürfte, sich mit Hauptmanns jüngster Dichtung eingehender zu befassen. — „Die arme Margareth", eine Oper nach dem Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege der Handel-Mazzetti gefiel in Nürnberg. Die Musik von Joh. Pfeiffer bietet leicht eingängige Melodik von volkstümlicher Schlichtheit. — „Genesius", eine christliche Tragödie von Ilse von Stach, hatte in Basel einen starken Erfolg. — „Parsifal" ist in Neuyork zum ersten Male in englischer Sprache gegeben worden. Außer der ententefreundlichen Matzenauer waren keine deutschen oder österreichischen Künstler beschäftigt. Die meisten Zeitungen gestehen, daß die Uebersetzung schlecht war und die Besetzung sich mit der früheren deutschen nicht messen konnte. — Einen starken Erfolg hatte in Darmstadt „Ritter Blaubart" von H. Eulenberg, Musik von Reznicek. Die Handlung ist nach Berichten von einem gewissen Phosphor der Verwesung; die Musik illustriert und charakterisiert nicht ohne Schärfe, wenn sie auch nicht die Plastik des Groß- und Gewaltigschöpferischen erreicht. — A. Zinns in Hamburg beifällig gespieltes Schauspiel „Schlemihl" behandelt die innere Tragik des Journalisten, den die harte Tagesfron zwingt, auf schöpferische Tätigkeit zu verzichten. — In Frankfurt a. M. wurde eine Bühnenvolksbund-Gesellschaft m. b. H. als wirtschaftliche Ergänzung des Bühnenvolksbundes gegründet. Durch diese Gesellschaft erhält die christliche Theaterbewegung eine neue Stärkung. Sie soll in den größeren Städten Theaterbesucherorganisationen schaffen, denen die Vermittlung billiger, künstlerischer Darbietungen obliegt. Ferner wird sie eine Bühnenvertriebsstelle christlicher Autoren errichten und für künstlerische Volksspiele tätig sein. Zu den Theaterstädten bildet der Bühnenvolksbund Ortsausschüsse, die eine Vertretung des christlichen Volksteils darstellen. Nach völliger Organisation der Theaterbesucher geht der Bühnenvolksbund zur Gründung von Volksbühnen über. Dr. J. Eckardt wird demnächst diese Ziele in einer Schrift eingehend erläutern. — Lautensacks Pfarrhauskomödie hat nun auch in Leipzig einen Entrüstungssturm entfacht. — Zeitungsnachrichten zufolge will man im Prager deutschen Landestheater Schnitzlers „Reigen" spielen. Das Stück hat seinerzeit bei seiner Veröffentlichung unerfreuliches Aufsehen erregt. In München führte die Vorlesung mit verteilten Rollen zur Auflösung des Akademisch-dramatischen Vereins. L. G. Oberländer, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Mit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet haben sich auch auf den Wirtschaftszweigen verschiedentliche kräftige Ansätze zur Besserung eingestellt. Hieran änderte auch nichts die widerrechtliche und eigenmächtige französische Besetzung von Frankfurt und anderen Städten im Maingau; im Gegenteil. Seitdem hat sich beispielsweise auf dem Markt der fremdländischen Valutennotizen ein für uns überaus günstiger Umschwung behauptet. Die Reichsmark hat im Auslande eine ganz bedeutende Besserung erzielt. In der Schweiz ist der Kurswert von 10, in Holland von annähernd 5 erreicht. Es ist kein Zufall, wenn Hand in Hand damit von den Ententedevisen, namentlich Auszahlung Paris, gewaltigen Kurssturz erlitten hat. Der Vormarsch der Franzosen bis an die bayerische Maingrenze erbrachte Deutschland unverkennbar Sympathien des Auslandes und in Gefolgschaft damit abfällige Kritik für Frankreich. Auch die fortgesetzte Zunahme des Arbeitswillens in Deutschland spiegelt sich in der Valutagestaltung zugunsten Deutschlands, wobei unverkennbar ist, dass spekulative Mitwirkungen, wie dies ja überall heutzutage registriert werden muss, die Marknotizen erheblich steigen liessen. Selbstverständlich sind nach solchen allzu raschen, fast impulsiven Kurshebungen Rückschläge in der Markvaluta möglich, doch kann man wohl — unvorhergesehene

Zwischenfälle in der Innenpolitik unberücksichtigt — von einer per Saldo nach oben gehenden Kurve unserer Mark sprechen.

Hand in Hand mit dem vollzogenen Valutaumschwung machte sich in den Verbraucherkreisen eine überaus starke Kaufsabneigung bei grosser Zurückhaltung in einem derart grossen Umfang bemerkbar, dass an den Produkten- und Warenmärkten bei einzelnen Stoffen oder Erzeugnissen von ganz erheblichen Preisabschlägen gesprochen werden muss. Baumwollgarne, Chemikalien, neuerdings Leder und Holz unterlagen angesichts der fortgesetzten Besserung des Markkurses im Auslande und den sich verschiedentlich erheblicher bemerkbar machenden Preisdruck auf den Rohstoffmärkten empfindsamen Preisverbilligungen. Auch Edelmetalle, Schmuckgegenstände, Luxusartikel beginnen im Werte automatisch zu sinken. So wird die Reichsbank, laut Pressemeldung den offiziellen Ankaufspreis für Silber von seither 8 Mark auf voraussichtlich um 1 bis 3 Mark herabsetzen. **Nur bei Kohle,** den wichtigsten Lebensmitteln ist von einem Preisabbau nicht nur nichts zu verspüren, sondern es sind sogar neuerliche und zwar oft empfindsame Verteuerungen zu verzeichnen. Hoffentlich kommt auch aus anderen und nicht zuletzt innerpolitischen Gründen gerade auf diesen Gebieten eine merkliche verbilligte Lebenbedingung, welche bei der Gesamtbevölkerung ein Gutteil der verschiedentlichen Verdrossenheit beseitigen könnte. Durch all diese Umstände und im Verein mit dem leichten Geldstand, dieser bedingt und vorstärkt durch die gerade zum diesjährigen Aprilzahlungstermin frei gewordenen Milliardenbeträge aus Zinszahlungen, erfuhren auch begreiflicherweise unsere Effektenbörsen eine neuerliche Belebung. Unverkennbar ist jedoch hierbei die Tatsache, dass sich infolge der Reichsmarksteigung das Interesse der Effektenbesitzer mehr und mehr den heimischen Effektengebieten zuwenden wird. Die Ententepolitik hinsichtlich Auflösung der Einwohnerwehr in Deutschland liess auf allen Gebieten nicht mit Unrecht eine gewisse Beunruhigung aufleben. Auch die fast zum vollständigen Stillstand gekommene Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiet infolge der dortigen langanhaltenden Unruhen verstimmten in Industriekreisen um so mehr, als gerade jetzt und verstärkt durch die verteuerten Generalunkosten verschiedene Industrien trotz der oft mühevoll hereinbekommenen Rohstoffbezüge zum Stillstand oder zur Einschränkung gezwungen wurden. Mit nicht minderer Besorgnis verfolgen unsere Wirtschaftler das von Woche zu Woche in starkem Umfang fortschreitende Anwachsen des deutschen Banknotenumlaufes.

Sowohl der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth, wie auch der neue Reichsernährungsminister Dr. Hermes haben in der Presse über ihre neuen Aufgaben und Programmeinzelheiten interessante Daten verlautbaren lassen. Dr. Wirth sieht das Heil u. a. in dem Neuaufbau unserer Anleihepolitik zwecks Minderung der schwebenden Schulden. Dr. Hermes will die Sicherung der Volksernährung nicht nur allein durch die Erfassung, sondern auch durch die Mehrung der Inlandsproduktion anstreben. Auf die Anerkennung der Notwendigkeit der behördlichen Bewirtschaftung legt der neue Reichsernährungsminister, dem nunmehr alle Angelegenheiten der Ernährung der Land- und Forstwirtschaft unterstellt sind, besonderen Wert.

München. M. Weber.

Von den deutschen Grossbanken. Die Deutsche Bank Berlin feierte am 9. April ihr 50jähriges Bestehen. Dieses unser erstes Bankunternehmen hat rühmlichen Anteil an der Entwicklung der wirtschaftlichen Machtentfaltung des Deutschen Reiches, namentlich an der Erschliessung der überseeischen Märkte für den deutschen Bank- und Warenverkehr. Kapital und Reserven sind seit Anbeginn in steter Zunahme gewachsen Es würde an dieser Stelle zu weit führen, all die imposanten Statistiken und Ziffern für die Grösse und Bedeutung der Deutschen Bank anzuführen; man setzt dieselben wenigstens in den Umrissen als genügend bekannt voraus.

Bei der **Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München** beträgt der Bruttogewinn für 1919 nach Abgleichung der Zinsen für Pfandbriefe und Hypotheken gleich 26,63 Millionen Mark, also um rund 4,8 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Durch die erhebliche Steigerung der Lasten um rund 8,2 Millionen Mark (Mehrausgaben für Gehälter 3,37 Millionen, für Steuer 3,27 Mill.) ergibt sich ein um rund 3,3 Millionen ermässigter Reingewinn gegenüber dem Vorjahre, aus dem der Aufsichtsrat beschloss, der Generalversammlung **eine Dividende von 10 %** gegen 14 % vorzuschlagen. M. W.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Mann, unsern treubesorgten Vater und Schwiegervater, Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Herrn Justizrat Friedrich Reisert

Rechtsanwalt und Mitglied des Stadtrates Augsburg

heute abend halb 9 Uhr plötzlich und unerwartet, jedoch wohl vorbereitet durch den Empfang der heiligen Sakramente, im Alter von 61 Jahren zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Augsburg, den 8. April 1920.

Im tiefster Trauer im Namen sämtlicher Hinterbliebenen:

Frau Marie Reisert, geb. Knobel, Gattin
Dr. iur. Franz Reisert, Rechtsanwalt
Eugen Reisert, Rechtspraktikant
Alfons Reisert, cand. med.
(Söhne)
Hete Reisert, geb. Kleestadt, Schwiegertochter.

Die Beerdigung fand am Montag, den 12. ds. Mts., vorm. 11 Uhr, auf dem kath. Friedhofe an der Hermanstr., der Trauergottesdienst am Dienstag, den 13. ds. Mts., vormittags 10 Uhr bei St. Moritz statt.

DIE MÜNCHENER ZEITUNG
MIT DER WOCHENSCHRIFT „DIE PROPYLÄEN“

empfiehlt sich für alle Familien- und Geschäftsanzeigen

TÄGLICHE AUFLAGE ÜBER 100000 EXEMPL.

Grösste Platzverbreitung

Erscheint wöchentlich 6mal und kostet monatlich Mk. 5.50

Hauptexpedition: Bayerstr. 57—59 :: Fernspr.: 50501—50509

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Gemäß der §§ 19, 20 und 21 des Statuts ergeht hiermit an die Herren Aktionäre die Einladung zur Teilnahme an der am

Donnerstag, 29. April 1920, vormittags 10 Uhr

im Bankgebäude, Theatinerstraße Nr. 11, I. Stock, dahier stattfindenden ordentlichen

Generalversammlung.

Gegenstände der Tagesordnung sind:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichtes der Direktion und des Aufsichtsrates für das Jahr 1919.
2. Bericht der Revisionskommission, in Verbindung hiermit Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz, Beschlußfassung über Verwendung des Reingewinnes und Erteilung der Entlastung.
3. Statutenänderungen, vorbehaltlich der Erteilung der erforderlichen behördlichen Genehmigungen:
   Aenderung der §§ 18 (Tantieme des Aufsichtsrates),
   20 (Frist für die Abhaltung der ordentlichen Generalversammlung),
   12 und 17b (Erweiterung der Direktionszuständigkeit hinsichtlich der Regelung von Angestelltenverhältnissen).
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
5. Wahl der Revisionskommission nach § 22 des Statuts.

Die Anmeldung zur Legitimation über den Aktienbesitz und die Abgabe der Karten zur Teilnahme an der Generalversammlung findet vom **10. April d. Js.** ab statt:

a) in **München** im Bankgebäude, Theatinerstraße 11, II. Stock, Zimmer Nr. 74,
b) in **Frankfurt** a. M. bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft.

Zur Ausübung des Stimmrechts sind nur jene Aktionäre berechtigt, welche ihren Aktienbesitz bis spätestens **9. April d. J. einschließlich** im Aktienbuche der Bank auf ihren Namen umschreiben ließen und welche bis spätestens **24. April d. Js. einschließlich** ihre Aktien unter Uebergabe eines arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses entweder vorgezeigt oder deren Besitz nachgewiesen haben, wobei bemerkt wird, daß bezüglich der Berechtigung zur Ausübung des Stimmrechtes nach § 21 Abs. 6 des Statuts folgende Anordnung getroffen ist:

„Der Besitz einer Aktie zu fl. 500. berechtigt zur Abgabe „von 6 Stimmen, der Besitz einer Aktie zu M. 1000 — zur „Abgabe von 7 Stimmen, doch kann niemand mehr als 1500 „Stimmen für den eigenen Besitz und weitere 1500 Stimmen „für Stellvertretung in sich vereinigen.“

Die für die Generalversammlung bestimmten Rechenschaftsberichte, Bilanzen und Anträge stehen den Aktionären bei den obenbezeichneten Stellen zur Verfügung.

München, 10. April 1920. **Die Direktion.**

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen

kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.





Strangtabak rein Uebersee kg Mk. 52.—

Kautabak echt Nördhauser Art 100 Rll. M. 100.-

Proben nicht unter 5 kg od. 50 Rll.

Tabakfabrik Jean Bové

Köln-Ehrenfeld, Philippstr. 26

Gegen Katarrhe



Emser Wasser

Die Not der armen Kinder

in der großen kathol. Pfarrei Annaberg im sächsischen **Erzgebirge** ist sehr groß. Nicht nur körperlich, auch geistig gehen viele zugrunde. Die Gründung einer von kath. Schwestern geleiteten Anstalt für arme Kinder ist dringend notwendig, um viele dem Glauben zu retten. Wer will dem göttlichen Kinderfreunde eine Freude machen?

Das röm. kath. Pfarramt Annaberg i. Erzgebirge.

Postscheckk. Leipzig 8832.

M. Schulz, Pfarrer.

Diese Straussfeder-Boa



kostet b. uns 10 cm dick 20 M., ca. 15 cm dick 30 M., ca. 20 cm dick 80 M., 25 cm 120 M. Echte Atama, Edelstraußfdrn., jetzt 20 cm lang nur 6 M., 25 cm 9 M., 30 cm 15 M., 40 cm 25 M., 45 cm 36 M., 50 cm 60 M., 60 cm 95 M. Echte Kronenreiher 30 M., 50 M., 100 M., 150 M., 250 M. Echte Stangenreiher, 30 cm hoch, 40 M., 80 M., 120 M., 40 cm hoch 50 M., 100 M., 150 M. Versand per Nachn. Auswahlsendung gegen Standangabe.

HERMANN HESSE, DRESDEN-A.,
Scheffelstr. 10/12, p., I—IV.

Freundschaft.

Wer würde sich an einem briefl. Gedankenaust. üb. das Problem: **„Ist das Bestehen eines von sittl. Ernste getragenenen, idealen Freundschaftsverhältnisses zwisch. Personen verschied. Geschlechtes möglich?“** beteiligen? Gefl. Zuschr. mit tunlichst ausführl. Darlegung der eigenen Stellungnahme zu d. aufgeworfenen Frage erb. unt. „Freundschaft 20244“ an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau in München.

Kirchen

sowie alle sonstigen Gebäude

heizt

die älteste deutsche Heizungsfirma:

Theod. Mahr Söhne

Aachen 7.

Verlag der Germania A.-G. für Verlag u. Druckerei
in Berlin C. 2, Stralauer Str. 25

In unserem Kommissionsverlage erschienen:

Flugschriften des Generalsekretariats der Studentischen Ortsgruppen der Deutschen Zentrumspartei

1. Heft:

Christlicher Solidarismus und soziales Arbeitssystem

von **P. Heinrich Pesch, S. J.**

31 Seiten, kl. 8° Preis einschl. Sort.-Teuerungszuschlag 90 Pfg.

2. Heft:

Einheitsstaat oder bundesstaatlicher Aufbau des Reiches?

von **Friedrich Grebe.**

19 Seiten kl. 8° Preis einschl. Sort.-Teuerungszuschlag 90 Pfg

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Jeder katholische Politiker

verlange vom Verlage Herder, Freiburg i. Br., d. neue Bücherverzeichn.: Rechts-, Staats-, u. Sozialwissenschaft, Geschichte 1920. 30 Pfennig für Porto und Verpackung erbeten.

Verlangen Sie Preisliste über

Ahrrotwein
Rheinwein
Moselwein

in besten Qualitäten von

Hermann Schäfer

Weinbau — Weinhandel

Ahrweiler, Rhld.

STEMPEL

beziehen Sie **billigst- und schnell** von der **Stempelfabrik**

JOS. UNTERBERGER

Corneliusstr. 13 am Gärtnerplatz.

Tel. 21921.

In dieser ernsten Zeit kommt das **Harmonium-Spiel** ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 M.
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hoflief., Fulda.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: [illegible] Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 9.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 375 Pfg.
Beilagen M 15.— das Tausend und Postgebühren.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 17. München, 24. April 1920. XVII. Jahrgang.

Zentrums Erwachen?

Von Dr. Hans Eisele.

Der Führer des Zentrums, Geheimer Justizrat Dr. Karl Trimborn, hat in öffentlicher Nationalversammlung Kritik an der sozialdemokratischen Regierungsweise der letzten Wochen geübt. Das ist ein Ereignis von Bedeutung, wenn damit der Anfang zu einer Umkehr von der bisherigen Politik der einseitigen Linksorientierung zur früheren Selbständigkeit des Zentrums mitten zwischen den Parteien gemacht wird. Die Rede wird wie eine Befreiung wirken, wenn sie der Beweis des entschlossenen Willens ist, nicht wie bisher einseitig links orientiert der sozialdemokratischen Politik zu folgen, einseitig der Klassenpolitik von links Konzessionen zu machen, sondern allen übrigen Klassen gleiche Berücksichtigung, gleiche Aufmerksamkeit und gleichen Einfluß zuzubilligen. Die Rede kann von Bedeutung sein, wenn sie den Entschluß zur Folge hat, künftighin wieder mehr bürgerliche, mehr mittelparteiliche Politik, als einseitige Arbeiterpolitik zu treiben. Geheimrat Trimborn hat mit seiner Rede dem Gefühl, das Millionen in Deutschland und das neun Zehntel des Zentrums beseelt, nur leisen Ausdruck verliehen. Hoffen wir, daß die Führer des Zentrums nun wieder ihr Gehör und Feingefühl für Volksstimmungen gewonnen haben.

Man hat wochen- und monatelang aneinander vorbeigeredet. Aus dem katholischen Volk heraus kamen Schmerzensrufe und bittere Klagen über die Zentrumspolitik der letzten Zeit. Die Zentrumsführer aber wehrten der Kritik mit der Antwort: „Die Koalition muß unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben". Das war falsch, darum ging der ganze Streit nicht. Das Verständnis für ein Zusammengehen mit anderen Parteien in einer Koalitionsregierung ist Gemeingut aller politisch denkenden Köpfe, auch im Zentrum. Aber keine Koalition um jeden Preis und unter allen Umständen! Die Unzufriedenheit kehrte sich gegen die dienende Magd-Rolle, welche dem Zentrum in dieser Koalition zugedacht war und welche Zentrumsführer scheinbar allzu leicht trugen. Die Stellung des Zentrums in der Koalition steht weit hinter der der Sozialdemokratie und selbst der Demokratie. Der Vorsprung der Sozialdemokratie in allen Positionen vor dem Zentrum, in den Personalien, wie in der Verwirklichung politischer Programmpunkte, das war es, was Unruhe, Zweifel und Bitterkeit in weiten katholischen Kreisen bis zu dem Entrüstungssturm anwachsen ließ, der in Bayern zur Trennung der Volkspartei vom Zentrum geführt hat und der im Rheinland kaum noch zurückzuhalten ist. Auch in Württemberg und Baden macht er sich geltend. Man lese nur den Artikel des Freiburger Professors Dr. Engelbert Krebs in Nr. 163 der „Augsburger Postzeitung".

Der sozialdemokratische Führer Dr. Braun hat auf dem sozialdemokratischen Bezirkstag für Mittelfranken geprahlt, die Sozialdemokratie habe mit der Koalition bisher verhältnismäßig sehr viel erreicht, aber die anderen Parteien hätten gar nichts erreicht. Die Koalition sei also für die Sozialdemokratie eine Notwendigkeit. Man braucht bloß auf die führenden Stellungen hinzuweisen, die sich die Sozialdemokratie erobert hat und auf die Art ihrer Besetzung. Ein Hamburger Blatt hat kürzlich an einem Beispiel nachgewiesen, wie die kleinen sozialdemokratischen Parteibeamten und Parteiagitatoren in einflußreiche Staatsstellungen erster Bedeutung vorgeschoben werden: Kürbis, Eisendreher und Arbeitersekretär, Oberpräsident von Schleswig-Holstein; Philipp, Eisendreher und Arbeitersekretär, Oberpräsident von Schlesien; Schulz, Torpedodreher, Ernährungskommissär in Schleswig-Holstein; Winnig, Maurer und Parteisekretär, Reichskommissar für den Osten; König, Fabrikarbeiter, Regierungspräsident in Arnsberg; Lübbring, Arbeiter und Parteisekretär, Polizeipräsident in Königsberg! (Ist wegen Körperverletzung, Beleidigung und Hausfriedensbruch mehrfach vorbestraft); Fruenge, Parteisekretär, Polizeipräsident in Danzig; Krüger, Arbeitersekretär, Polizeipräsident in Magdeburg; Runge, Parteisekretär, Polizeipräsident in Elberfeld; Etthöfer, Buchdrucker, Direktor der staatlichen Museen in Gotha; Wiczorowski, Arbeiter, Bürgermeister von Staßfurt; Kobbenbrink, Gastwirt, Landrat von Putzig (wegen Wucher und Unterschlagung strafrechtlich verfolgt); Daubenthaler, Parteisekretär, Landrat in Striegau; Reichard, Brauer, Landrat in Osthavelland; Fischer, Buchdrucker, Landrat in Neuhaldensleben; Hahn, Maurerpolier, Landrat in Wanzleben; Müller, Schriftsetzer, Landrat in Quedlinburg; Bergemann, Zimmerpolier, Landrat in Calde; Schröter, Geschäftsführer des Konsumvereins, Landrat in Sangerhausen; Bülow, Arbeitersekretär, Landrat in Franzburg; Hunger, Arbeitersekretär, Landrat in Usedom-Wollin; Storch, Arbeitersekretär, Landrat in Ueckermünde; Niendorff, Zigarrenarbeiter und Arbeitersekretär, Landrat in Pinneberg; Richter, Arbeitersekretär, Landrat in Süderditmarschen; Pfaff, Parteisekretär, Landrat in Rendsburg; Hausmann, Gärtner, Landrat in Hörde; Thöne, Maurer, Landrat in Witzenhausen. Die Liste enthält lange nicht alle in dieser Art beförderten sozialdemokratischen Parteifunktionäre.

Nimmt man dazu noch die Erfolge der Sozialdemokratie bei dem Verfassungsgesetz auf dem Marsch zum Einheitsstaat und in der Entwicklung zum religionslosen Staat im Sinne des bewußt religionsfeindlichen sozialdemokratischen Parteiprogramms, dann muß man verstehen, wie immer größere Sorgen die weiterblickenden Führer des katholischen Volkes, namentlich auch im Episkopat, erfaßten. Wieviel schöne Reden von Zentrumsführern in hohen Partei- und Staatsstellungen haben wir in den letzten 12 Monaten über die Errungenschaften der Revolution gehört. Aber kaum eine gegen die Haltung der Sozialdemokratie bei diesem größten Verbrechen und Unglück, die die deutsche Nation treffen konnten. Der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, sang das Loblied des sozialdemokratischen Führers Ebert mit einer Wärme, als ob er es einem Führer des katholischen Volkes, einem Ketteler oder Windthorst gesungen hätte. Schmunzelnd quittierte die Sozialdemokratie diese Reden zum Lob der Revolution und marschierte nur um so kühner ihren Weg weiter. Vergeblich wartete man im katholischen Volk auf nur wenigstens *eine* scharfe Abwehrrede eines Zentrumsführers in der Nationalversammlung gegen den sozialistischen Vormarsch auf allen Gebieten, gegen die Radikalisierung unseres ganzen politischen und wirtschaftlichen Lebens. Dabei fühlte jeder, wie diese Radikalisierung von Woche zu Woche fortschreitet, wie die Welle des Bolschewismus stärker und stärker wogt und allenthalben wieder in Deutschland die Räterepublik der Bolschewisten droht. Auch heute spricht man in Berlin nur immer vom Putsch des Militärs, von der Revolution der Rechten, und dabei erzählt in Berlin jeder dem andern, daß die Revolution von links greifbar nahe ist und man ihren Eintritt für Berlin schon mit Tag und Monat voraussagen könne. Dabei steht heute absolut fest und ist in der Nationalversammlung bezeugt, daß die Aufstände im Ruhrrevier und in anderen Gebieten Deutschlands systematisch und von langer Hand vorbereitet und nur Teilaktionen der für ganz Deutschland vorbereiteten und durch den Kapp-Putsch frühzeitig ausgelösten großen Revolution von links waren.

All das mußte Verwirrung im katholischen Lager und im Lager der Zentrumspartei anrichten. Wir begrüßen deshalb die Worte des Zentrumsführers Trimborn als den Anlauf zu einer selbständigen Zentrumspolitik innerhalb der Koalition und als die Besinnung auf die eigene Machtstärke und auf die Stimmung des katholischen Volkes in seiner großen Mehrheit. Nicht wer die Gegensätze zur Sozialdemokratie verwischt und Entschuldigungsreden für die Sozialdemokratie hält, stärkt die Position des Zentrums und des Staates, sondern wer nach wie vor die innere Haltlosigkeit der Sozialdemokratie und die aus ihrer programmatischen Lehre resultierende Unfähigkeit zu aufbauender Arbeit immer wieder an praktischen Beispielen vorzeigt, arbeitet an der Besserung und Gesundung unserer Verhältnisse im Sinne der Zentrumspartei. Der Volksverein für das katholische Deutschland ist einst in erster Linie zum Kampf gegen die Sozialdemokratie gegründet worden. In Hunderttausenden von Versammlungen, Broschüren, Artikeln hat die Zentrale des Volksvereins in München-Gladbach diesen Kampf mit großen Erfolgen geführt. In weitesten katholischen Kreisen hat man heute den Eindruck, daß München-Gladbach diesen Kampf eingestellt und seine ursprüngliche Bestimmung vergessen hat. Man hat die Empfindung, als ob vielen M.-Gladbachern und auch Führern des Zentrums die Sozialdemokratie heute näher stehe, als ein christlicher Abgeordneter einer der Parteien rechts vom Zentrum.

Im katholischen Volk und in der Partei wird eine feste Einheitsfront und die für den Wahlkampf nötige Begeisterung sofort vorhanden sein, wenn die Führer der Partei auch im Parlament den Kampf mit gleicher Schärfe gegen links führen, wie sie ihn in der Vergangenheit der letzten 12 Monate ausschließlich gegen rechts geführt haben. Der Feind steht links, der Feind aller unserer Grundsätze, auf denen wir als Zentrumsanhänger und als praktische Katholiken fußen. Je schärfer diese Gegensätze gegen den Feind von links auch von Zentrumsführern bei jeder Gelegenheit im Parlament und vor dem Volke draußen herausgearbeitet werden, um so klarer erkennen unsere Massen wieder die Richtung und um so lieber folgen sie den Führern. Es ist bezeichnend, daß schon die leise Kritik des Zentrumsführers Trimborn an der sozialistischen Regierungsweise und ihrer Ausbeutung der Koalitionsnotwendigkeit im katholischen Volk so befreiend gewirkt hat. Ein hervorragender katholischer Kirchenfürst klagte mir erst in diesen Tagen, daß die katholischen Parlamentarier allzusehr parlamentarische Augenblickserfolge überschätzen, in einer Zeit, wo der Kampf wie nie zuvor ums große Ganze gehe. Wenn nicht mehr als bisher der sozialdemokratischen Ueberflügelung im ganzen Staatswesen Einhalt geboten wird, dann geht allerdings das große Ganze für uns sehr bald verloren und die parlamentarischen Tageserfolge und Nebensächlichkeiten werden das Unglück nicht aufhalten können. Bei all den Revolutionsputschen von links hat die Sozialdemokratie schon nach kurzer Zeit die Zügel aus der Hand verloren. Kommunisten, Bolschewisten, Unabhängige und selbst Verbrecher haben sie ihr aus der Hand gerissen und haben den Regierungswagen dann in Trümmer gefahren. Das beweist, daß die Sozialdemokratie allein nicht fähig und willens ist, ein Staatswesen zu führen und in Ordnung zu halten. Eine Partei, die auf der Negierung der göttlichen, kirchlichen und jeder Staatsautorität aufgebaut ist und mit der Ablehnung jeder Autorität 40 Jahre lang ausschließlich gearbeitet hat, ist nicht im Besitz der Autorität und Macht, über Nacht Autoritäten zu schaffen und die aufgestellten Autoritäten auch bei ihren Anhängern zu fundieren. Um so nötiger ist es, daß die Grundsätze des Zentrums, die katholischen und die staatserhaltenden, bei jeder Gelegenheit scharf herausgestellt und als Quos ego der sozialdemokratischen Regierungsweise entgegengehalten werden. Nur wenn die Sozialdemokratie fühlt, daß das Zentrum künftig in jedem Augenblick rückhaltslos Kritik an der sozialistischen Regierung übt, und daß das Zentrum bereit ist, gegebenenfalls schweren Herzens, aber doch notgedrungen auch die Konsequenzen der Kritiken an der Koalition zu ziehen, nur dann wird die Sozialdemokratie in der Koalition ihre Erpresserpolitik, wie sie die „Kölnische Volkszeitung“ genannt hat, aufgeben.

Die Uebergangszeit in Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Bestände noch das Koalitionsministerium Hoffmann in Bayern, dann hätte unser Land in dieser Zeit fortlaufender schwerer Erschütterungen bei der Eigenmächtigkeit und ganzen Mentalität des früheren roten Ministerpräsidenten Hoffmann jetzt seine blauen Wunder erlebt. Sein Widerstreben gegen Reichswehr und Einwohnerwehr würde gerade gegenwärtig die besten Chancen gehabt haben, den Kampf hinter den Kulissen gegen diese Einrichtung im Sinne der linkssozialistischen Politik zu führen.

Die neue Regierung in Bayern, die bekanntlich infolge des sozialdemokratischen Widerstrebens eine rein bürgerliche geworden ist, hat bisher gezeigt, daß sie einen festen Willen besitzt und klar erkennt, daß nur das enge Einvernehmen zwischen Regierung und Volk es ermöglicht, bayerische Ziele im Rahmen der Reichspolitik mit Entschlossenheit zur Geltung zu bringen. Das Auftreten des Ministeriums Kahr entsprach bisher durchaus den programmatischen Zusagen, und der Regierungsapparat funktioniert geräuschlos wie in alter vorrevolutionärer Zeit in der Hand erfahrener Fachminister. Die Folge ist, daß eine gewisse äußere Ruhe in die Verhältnisse Bayerns gekommen ist.

Es soll dabei nicht verschwiegen werden, daß auch das Ministerium Kahr ein Element der Unbeständigkeit in sich birgt, in den demokratischen Sitzen im Ministerium.

Die Lage der demokratischen Partei im Lande ist hier zu beachten. Die Demokraten können in Bayern nicht mit der Sozialdemokratie gehen; sie würden dabei vernichtet werden. Sie können sich von den anderen bürgerlichen Parteien nicht trennen. Die Zukunftswünsche der Demokratie lassen es nicht zu. Die Stellung, welche die Demokratie in Bayern bei den Januarwahlen nach der Revolution errang, steht im Widerspruch mit der Stimmung des Bürgertums der protestantischen Kreise in der Pfalz, in Franken und Schwaben. Früher hat es in Bayern drei bis fünf demokratische Abgeordnete gegeben. Die Ziffer von zwei Dutzend demokratischen Landtagsabgeordneten bei den letzten Wahlen ist zustande gekommen durch das Ueberraschungsmoment der Revolution, welche ein allmähliges Umfatteln des liberal-konservativen Bürgertums bei völliger Desorientierung sehr erschwerte.

Nur so ist es möglich geworden, daß Politiker wie Dr. v. Casselmann und Dr. Hammerschmidt in die demokratische Partei hineingeraten sind, in welche sie ihrer ganzen Denkweise noch garnicht hineinpassen. Dr. v. Casselmann hat es auch nicht lange ausgehalten, er ist wieder ausgetreten und hat in Bayreuth eine Organisation der nationalliberalen Deutschen Volkspartei gegründet, an deren Spitze er getreten ist. Die Abwanderung aus der Demokratie, von der man allgemein im Lande hört, geht jedoch nicht bloß zugunsten der Nationalliberalen, sondern auch der Mittelpartei vor sich. Die konservativen Deutschnationalen nehmen in Mittelfranken und in Teilen Oberfrankens stark zu und zeigen in München eine rege Werbetätigkeit. Die Demokratische Partei wird bei den nächsten Wahlen, deren Zug in Bayern fast stürmisch nach rechts geht, einen schweren Stand haben.

In der demokratischen Presse spiegelt sich das wider. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ machen allerdings eine Ausnahme. Sie wandeln unverdrossen links, ihre deutsche Politik wird sogar von einem erklärten Sozialdemokraten geleitet, der es nicht tun würde, wenn er mit seiner persönlichen Ueberzeugung dadurch in Konflikt geriete. Diese Haltung der „Münchner Neueste Nachrichten“ hat in den demokratischen Reihen einen wahren Ingrimm ausgelöst. Sie treibt zahlreiche schwankende Elemente zum Tempel hinaus. Die entgegengesetzte Stellung nimmt die früher rechtsliberale „München-Augsburger Abendzeitung“ ein. Im höchsten Maße auffällig ist die Haltung des „Fränkischen Kuriers“ in Nürnberg, der, von jeher ein demokratisches Organ, heute rechts orientiert ist. Die Politik dieses weit verbreiteten Organs des fränkischen Links-Liberalismus hat zwar immer noch den alten kulturkämpferischen Einschlag, ist im übrigen jedoch von jener der Mittelpartei kaum noch zu unterscheiden. Unabläßig und mit großer Schärfe wendet sich dieses demokratische Organ gegen die Sozialdemokratie. Die politische Gangart des linksliberalen Reichswehrministers Geßler ist vom „Fränkischen Kurier“ ebenso entschieden bekämpft worden wie von der „München-Augsburger Abendzeitung“. Der „Fränk. Kurier“

(Nr. 161 vom 15. April) äußerte seine Freude darüber, daß in der Nationalversammlung Trimborn der Regierung „den Kopf nach Verdienst wusch“, und vom demokratischen Minister Blunck sagte der „Fränk. Kurier, Blunck habe „ein wenig anziehendes Gebilde“ repräsentiert. Blunck sei soweit „von seinen Ministerkollegen infiziert“, „daß er nur in der Rechten das zu bekämpfende Element sieht und dadurch eine Einseitigkeit zeigt, die nicht gerade zur Zierde eines Justizministers gereichen kann“. Diese auffallende differenzierte Behandlung einschneidender politischer Fragen in der Demokratenpresse zeigt merkbar den Zug nach rechts, weg von der Sozialdemokratie, deren Bundesbrüderschaft auch in Bayern vernichtend für jede Partei wirken wird.

Diese Verhältnisse sind natürlich bestimmend für die Haltung der demokratischen Minister in der Regierung Kahr. Justizminister Dr. Müller, von dem vielleicht manche wegen seiner früheren parteipolitischen Arbeit annehmen mochten, daß er eine gewisse Unruhe in das Kabinett brächte, hat, umgeben von einem erlesenen Stab von Beamten im Ministerium sein Ressort mit Vorbedacht und Konsequenz geleitet, und allen Anstürmen gegen Strafvollzug und für Amnestie standgehalten. Er hat durch sein Auftreten im Landtag gegen die sozialdemokratischen Versuche, so eine Art Militarisierung des Ministeriums Kahr zu konstruieren, mit dazu beigetragen, das Ministerium Kahr zu festigen. Auch der ob seiner Freundschaft zum Reichswehrminister Geßler vielleicht etwas befangene Handelsminister Hamm dürfte, von der Stimmung in Bayern gestützt, bei seinem Berliner Besuch dem Geßler-Hut nicht die gewünschte Referenz gemacht haben.

Der Schwerpunkt der Einwohnerwehrfrage liegt nicht beim Reiche. Die Einwohnerwehren sind zivile Formationen polizeilichen Schutzes, hängen mit der Reichswehr nicht zusammen und werden vom Friedensvertrag nicht berührt. Es war allzu voreilig, daß der demokratische Reichsminister des Innern Koch im Drange nach formalistischer Erfüllung der Ententeforderung bis zum 10. April noch am 9. April die Regierungen der Länder ersuchte, die Ausführung des Verlangens der Entente auf Auflösung der Einwohnerwehr alsbald in die Wege zu leiten. Daß das seitens eines demokratischen Ministers geschah, daß daneben der demokratische Reichswehrminister Dr. Geßler mit seinen Plänen für Entwaffnung und für eine fragwürdige Umgestaltung der Reichswehr steht, hat in Bayern den Demokraten die Stellung noch mehr erschwert. Inzwischen hat Reichskanzler Müller in der Einwohnerwehrfrage beigedreht, am 12. April in der Nationalversammlung die Gründung der Einwohnerwehren, namentlich auch der bayerischen, gerechtfertigt und entschuldigend bemerkt, daß allein der Druck der Entente die Reichsregierung veranlaßt habe, mit den Ländern wegen Abschaffung der Einwohnerwehren und wegen eines geeigneten Orts- und Flurschutzes in Verbindung zu treten. Die Einwohnerwehren gehören in die Zuständigkeit der deutschen Länder. Von diesem Standpunkt aus hat die Stuttgarter Ministerzusammenkunft (12. April) entsprechende Beschlüsse für die Erhaltung der Einwohnerwehr gefaßt und sie an die Reichsregierung geleitet zur Vermittlung an die Entente. Seitdem hat die Reichsregierung nichts weiteres an die Landesregierungen gelangen lassen. Man könnte annehmen, daß nun direkte Einvernahme auf besonderen Wegen zwischen der Entente und den Ländern stattfindet und daß so versucht wird, die Entente der Wirklichkeit näherzubringen. Erfreulich ist die Uebereinstimmung der Mittelstaaten, die in den Stuttgarter Verhandlungen hervorgetreten ist. Von besonderem Werte ist dabei noch die innere Festigkeit der Anschauungen zwischen Württemberg und Bayern in dieser Frage. Von Bayern weiß man, daß es nicht gewillt ist, die Einwohnerwehr preiszugeben, aus den Gründen, die Reichskanzler Müller am 12. April entwickelt hat.

Die in den Gedankengängen der Sozialdemokratie arbeitende „Reichszentrale für Heimatdienst“ (Abteilung Bayern) hat allerdings anders verfügt und die Einziehung der Einwohnerwehr in einem „Aufruf an das bayerische Volk“ begutachtet und daran noch mehrheitssozialistische Gedankengänge über die „verbrecherischen Gewalten von rechts und links“ und die Erhaltung der Reichseinheit geknüpft. Dieser Beeinflussungsversuch ist von allen bürgerlichen Parteien zurückgewiesen worden. Der Sozialdemokratie helfen alle Bemühungen nichts, dem selbst bereiteten Schicksal zu entrinnen. Bei der prekären Lage der Sozialdemokratie hat ihr Ministerpräsident Hoffmann mit seinem unzeitgemäßen Rücktritt einen bösen Streich gespielt. Die politische Mindereinschätzung, welche diesem Politiker an dieser Stelle immer zuteil geworden ist, ist auch durch diese Hoffmann-Aktion bestätigt worden. Er hatte wahrscheinlich geglaubt, den Bayern einen Militär- und Reaktionsschreck einjagen zu können. Die Begründung seines Rücktritts, daß er militärischem Druck gewichen sei, hat die sozialdemokratische Presse veranlaßt, alle Register zu ziehen, um dem Volke Angst und Schrecken einzujagen und die Regierung Kahr im Lande zu diskreditieren. Es war vergeblich. Die Losung, welche die bäuerlichen Verbände ausgegeben haben, heißt: Hie Generalstreik, hie Lieferstreik und in den Städten droht der geschlossene Bürgerstreik. So sehr haben sich die Gegensätze zugespitzt. Der Bann ist von der Sozialdemokratie nicht gewichen. Wenn sie auch ihre Reihen schließt bis zu den Wahlen, das ändert ihre Stellung im Volke nicht, welches, so vertrauen wir, in geschlossener Front der Sozialdemokratie alle Gelüste austreiben wird, herrschender oder maßgeblicher Faktor im Staate Bayern zu werden.

Der Weg zum Aufstieg.

Von Univ.-Prof. Dr. Schmittmann, Köln. M. d. P. L.

Nach dem Völkerkrieg, der Deutschland in den Abgrund stürzte, erleben wir heute das erschütternde Schauspiel des Bruderkampfes. Wir alle fühlen: so kann es nicht weitergehen; es ist etwas in unser Volksleben hineingekommen, das uns der Vernichtung entgegenführt. Wenn wir kein Mittel der inneren Renaissance finden, dann ist Deutschland rettungslos verloren.

Der Grund unseres Unglücks liegt nicht ausschließlich in dem verlorenen Krieg und der dadurch bedingten Zunahme der Unzufriedenen. Damit allein wäre keine Bewegung von solcher Stoßkraft entstanden, wie die heutige Kampftruppe der äußersten Linken sie darstellt. Der tiefere Grund liegt vielmehr in der ganz unorganischen Gestaltung, die unser Gemeinschaftsleben dadurch angenommen hat, daß ein Volksteil viel straffer und zielbewußter organisiert ist als alle anderen. Die Industrialisierung hatte ein Arbeiterproletariat geschaffen, das einerseits unter schwersten Daseinsbedingungen litt, andererseits noch eine — durch keine Ueberkultur geminderte —, elementare Kraft besaß. So schloß es sich auf den Weckruf von Karl Marx unter der roten Fahne des kommunistischen Manifestes zu gewaltigen Bataillonen zusammen. Die in ihm lebende revolutionäre Energie begnügte sich aber nicht mit dem Wirtschaftskampf; sie setzte vielmehr ihren Haupthebel an in der politischen Arbeit, um die Staatsmaschine und damit gleichzeitig das ganze Wirtschaftsleben in ihre Gewalt zu bringen.

So sahen wir in unserem staatlichen Leben in der Sozialdemokratie eine Partei, die von einheitlichen Grundgedanken beseelt ist und die durch die vorwiegende Zusammensetzung aus Arbeitern eine geschlossene Masse bildet, mit gemeinsamem Haß gegen das bestehende Wirtschafts- und Staatsleben, nur unter sich uneins in der Wahl der Mittel, wie dieses Wirtschafts- und Staatsleben in den sozialistischen Zukunftsstaat überführt werden soll. Darum ist allen sozialistischen Richtungen gemeinsam Kritik und Opposition, und ihre Uneinigkeit beginnt erst mit dem Zwang zu aufbauender Arbeit.

Das tragische Versäumnis aller anderen Parteien war es, zu verkennen, welche Kraft in der einheitlichen Zusammensetzung und dem gemeinsamen revolutionären Grundgedanken der Sozialdemokratie lag. Sie setzten ihr weder ein gleich klar umschriebenes Programm und Ziel entgegen, noch eine gleich straffe Organisation. Zum Teil ist dies darin begründet, daß die anderen Parteien nicht so einseitige Klassenpolitik treiben können und nicht treiben wollen. Und doch liegt ein schwerer Fehler darin, zu glauben die Uebermacht der Sozialdemokratie ausgleichen zu können durch Anpassung. Es mußte als inneres Armutszeugnis wirken, wenn die verschiedenen Richtungen sich bemühten nachzuweisen, wie weit ihre Forderungen mit denen des Sozialismus übereinstimmten. Besonders verwirrend drohte das Schlagwort vom „Christlichen Sozialismus“ zu werden, weil dadurch der Anschein erweckt wurde, daß das Christentum ergänzt werden müsse durch sozialistische Ideen, während doch in Wirklichkeit der Sozialismus christliche Ideen, die er übernahm, so verzerrte und mißverstand, daß sie ihrer gesellschaftbildenden Kraft entkleidet und in das Gegenteil verkehrt wurden. Es kommt also nicht darauf an, künstlich Aehnlichkeiten mit dem Sozialismus herauszuklauben; es gilt vielmehr, ihn zu

überwinden dadurch, daß man dem von ihm gepredigten Klassenegoismus entgegenstellt einen klaren Willen zur Gemeinschaft. Mit gleicher Energie, wie der Sozialismus die Massen zusammenballte unter der Parole des Klassenegoismus, müssen endlich auch die Kräfte sich zusammenfinden, denen das Glück des ganzen Volkes Zielpunkt ist.

Die größte Aufgabe hat hier das Zentrum zu leisten. Schon durch die Zusammensetzung seiner Mitglieder aus allen Ständen und Gesellschaftsklassen ist es gezwungen, eine Politik der Gerechtigkeit gegen alle zu betreiben. Es wird ihm in unserer bewegten Zeit nicht immer leicht sein, Akademiker, Bürger, Adel, Bauer, Handwerker und Arbeiter zusammenzuhalten und doch liegt gerade in dem Zwang, den Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen zu finden das Geheimnis der erfolgreichen Zentrumspolitik; sie wird dadurch immer in der goldenen Mitte gehalten oder bei Abweichungen dahin zurückgedrängt. Fiele das Zentrum je auseinander in eine Arbeiter- und Bauernpartei, dann hätte das ganze deutsche Volk den schwersten Schaden davon, weil ihm dann diese starke Mittelkraft fehlte, die schon um des eigenen Bestandes willen sich immer gleich fernzuhalten sucht von den Extremen rechts und links. Weil keine Partei in gleicher Weise durch die Kraft einer ausgleichenden Weltanschauung die verschiedensten Stände und Klassen in sich zu vereinen vermag, darum bietet auch keine Partei eine so feste Grundlage, an der das durch egoistische Sonderinteressen aus dem Gleise geworfene Volksleben immer wieder Orientierung, Halt und Koalitionsmöglichkeit findet.

Vor allem aber fällt darum dem Zentrum die größte Aufgabe zu, weil es allein der flammenden sozialistischen Parole des Zukunftsstaates die geschlossene christliche Weltanschauung entgegenstellen kann. Dadurch wächst heute in den Zeiten der sozialistischen Hochkonjunktur die Bedeutung des Zentrums ganz außerordentlich. Auf ihm beruht die Hoffnung aller, die die Diktatur des Proletariates ablehnen. Mag man sonst zum Zentrum stehen wie man will, so beginnt man doch allenthalben einzusehen, welch geistige Verarmung das ganze Volk erlitten hat durch die Ausschaltung des vom Zentrum vertretenen Prinzips der Volksgenossenschaft. Damit wächst gleichzeitig die Erkenntnis, daß das Zentrum den Kern darstellt, um den sich die übrigen Kräfte zur Abwehr gegen den Radikalismus kristallieren müssen, weil es allein eine massenverbindende, wegweisende, zukunftsfrohe Parole hat.

Die Not des Vaterlandes verlangt die Arbeitsgemeinschaft aller, die mit Hilfe der Demokratie die Volksrechte gegen die Feinde von rechts, von links und von außen verteidigen wollen. Wir würden aber dem Vaterlande einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir glaubten, daß die Arbeitsgemeinschaft auch eine Gesinnungsgemeinschaft bedinge. Im Gegenteil. Nur dann sind wir ein wertvoller Faktor in der Arbeitsgemeinschaft, wenn wir unabhängig von den anderen Richtungen die inneren Werte in unseren eigenen Reihen stärken. Nur dadurch können wir den einzelnen aus dem triebhaften Egoismus und Klassenegoismus emporheben zu einer Persönlichkeit, die bereit ist unter Zurückstellung eigensüchtiger Machtgelüste der Gemeinschaft zu dienen, der Gemeinschaft Opfer zu bringen, das Wohl des ganzen Volkes als höchstes Ziel anzuerkennen. Was also nottut, ist nicht Schwächlichkeit gegenüber den falschen Propheten von rechts und von links, sondern Selbstbesinnung auf die gemeinschaftbildenden Kräfte, die in unseren Grundüberzeugungen liegen.

Nur dann wird das innere Gleichgewicht wieder hergestellt, wenn wir vertiefte eigene Werte als Gegengewicht gegen die zerstörende Macht des Radikalismus in die Wagschale einwerfen.

Also nicht im Verschenken seiner Eigenart an einseitige Richtungen rechts oder links wird das Zentrum die Mission der Errettung unseres Volkes aus dem Chaos vollbringen können. Das Beste vielmehr, was das Zentrum heute dem Volksganzen zu bieten hat, ist die klare Betonung seiner Prinzipien; es muß seine Werte neu herausstellen und das Besondere, Ureigene, das es besitzt, pflegen als kostbarsten Schatz für die Gesundung des Volkes.

Thomas von Kempen sagt einmal, daß, wer andere emporführen will, erst in die Einsamkeit gehen muß, um seine inneren Werte so heranzubilden, daß er dann mit ihrer Kraft anderen Stütze sein kann. So wird auch das Zentrum, wenn es infolge stärkerer Herausarbeitung seiner Grundlagen zunächst weniger koalitionsfähig und vereinsamt erscheinen mag, doch gerade dann am meisten an innerer Kraft gewinnen, so daß es dadurch Wegweiser zum Aufstieg für das ganze Volk zu werden vermag. Es kann dann die Führung übernehmen zur Schaffung einer starken Front gegen die zersetzenden Kräfte des Bolschewismus, zur Schaffung einer Arbeits- und Tatgemeinschaft aller derer, denen die Volksrechte und die Verfassung als Grundlage des Reiches heilig sind.

Seine Mission wird es sein, den Genius des Gemeinschaftsideals wieder zu erwecken, damit er die ganze Nation durchdringe bis zum untersten Gliede. Denn nicht große Armeen sind die Rettung eines Volkes, sondern seine Gesinnung, sein Wille zur Gemeinschaft.

Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Reparatur der Entente auf unsere Kosten.

Während das ohnmächtige Deutschland von flammenden Protesten gegen die französische Gewalttat widerhallt, suchen die feindlichen Machthaber ihre Zwietracht zu verdecken durch eine neue, gemeinschaftliche Aktion gegen Deutschland.

Die englische Regierung hat freilich dem Bundesgenossen an der Seine eine Wunde beigebracht, aber sie hat auch schleunigst ein saftiges und duftiges Pflaster gestrichen. Auf Antrag Englands hin wollen die Alliierten einen allgemeinen Schritt bei Deutschland unternehmen, um die vollständige Ausführung des Versailler Vertrages von uns zu verlangen, insbesondere zunächst die vorgeschriebene „Entwaffnung“. Die betreffende Note, die bei der jetzt tagenden Konferenz in San Remo vereinbart wird, soll den Charakter eines Ultimatums haben, wenn es nach den triumphierenden Ankündigungen der Franzosen geht, d. h. bei Widerstreben Deutschlands soll die gesamte Lebensmittelversorgung eingestellt werden. Also in der Zeit des sog. Friedens soll die Kriegsblockade in ihrer verderblichsten Form wiederholt werden. Warum und wozu? „Um vor den Augen der Welt die Solidarität der Entente zu unterstreichen“, sagt der Pariser „Matin“. Einen sachlichen Grund gibt es ja auch nicht. Denn das bißchen Truppe, was Deutschland noch hat, braucht es dringendst zur mühseligen Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, und von einer Bedrohung der mächtig gerüsteten Nachbarn kann nur ein Narr oder ein Lügenbold phantasieren.

Das Pendel der Ententeuhr, das soeben auf der versöhnlichen Seite auszuschlagen schien, würde demnach wieder nach der Verfolgungsseite hinüberschlagen. Man würde annehmen müssen, daß Lloyd George bei seinem Einspruch gegen die französische Okkupation nicht aus Gerechtigkeit und Friedensliebe gehandelt hat, sondern einfach aus Aerger über die dreiste Eigenmächtigkeit der Franzosen. Als Schulmeister der Entente gab er den vorlauten Burschen einen Denkzettel. Dann beeilte er sich, die üblen Neben- und Nachwirkungen dieser pädagogischen Maßnahme zu verwischen durch ein gemeinsames Zwangsverfahren. Wenn die französische Eitelkeit etwas geduckt werden mußte, so wird doch die französische Gehässigkeit höflich befriedigt, indem England und Italien anscheinend solidarisch eintreten für die Querelen und Forderungen, die von Paris her schon längst erhoben worden sind.

Die Optimisten haben wieder einmal unrecht bekommen. Soll man jetzt in Pessimismus verfallen und an dem Vordringen des versöhnlichen Gedankens überhaupt verzweifeln? Dazu liegt trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten und Gefahren noch kein ausreichender Grund vor. Die psychologische und politische Entwicklung geht nicht immer auf ebener Bahn und in geraden Linien vor sich. Namentlich nicht bei einem so komplizierten Gebilde, wie es die Entente ist. Da muß man auf Seitensprünge und Rückschläge gefaßt sein. Die Echternacher Springprozession kommt doch vorwärts. Die Minister in San Remo können eine Zeitlang lavieren, aber schließlich müssen sie im Strome der öffentlichen Meinung bleiben. Eine Hungerblockade auf dem Papier androhen, ist etwas leichter, als sie tatsächlich durchführen.

Von dem neuen Zwangsverfahren, das uns zur Abwechslung in der Tortur von den drei Bütteln gleichzeitig beschert werden soll, haben wir schon ein paar Kostproben erhalten: die betreffende Kommission besteht auf der sofortigen Auslieferung der deutschen Handelsschiffe, obschon unsere Regierung überzeugend nachgewiesen hat, daß wir dann die nötigsten Rohstoffe für unsere Industrie nicht mehr beziehen können, also leistungsunfähig werden müßten,

Ferner drängen die unerbittlichen Feinde auf die Auflösung der Einwohnerwehren, obschon wir keinen Ersatz für diese schwachen, aber unentbehrlichen Ordnungskräfte haben. Diese Forderung wirkt nicht nur beunruhigend, sondern sogar zersetzend in Deutschland wegen der Verschiedenheit der Ansichten und Interessen im Süden und im Norden, zwischen Stadt und Land, sowie wegen des Vorschubes, der dadurch den Linksradikalen bei ihrem Streben nach einseitigen Arbeiterbataillonen gewährt wird. Nun soll die Pression auch noch auf die Reichswehr ausgedehnt werden, die sowieso schon dem Umfange nach zu klein, in ihrer inneren Verfassung zu schwach und mit der systematisch geschürten Abneigung großer Teile der Arbeiterschaft belastet ist. Was die feindlichen Machthaber als Entwaffnung beanspruchen, würde Deutschland zum Spielball von kleinen und großen Revolutions- und Räuberbanden machen, und das können, abgesehen von den tollen Franzosen, auch die Engländer und Italiener nicht ernstlich wollen. Darum kann man immer noch hoffen, daß die Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie man sie in San Remo des Prestiges halber kocht.

Die Aussprache in der Nationalversammlung.

Flammende Proteste wurden erhoben von der Regierung und von den Vertretern des deutschen Volkes in der Nationalversammlung, sowohl gegen die große Gewalttat der Franzosen am Main wie gegen die äußerlich kleinere, aber ebenso rechtswidrige Vergewaltigung der Abgeordneten aus dem oberschlesischen und masurischen Abstimmungsgebiet.

Zu den Vertretern des deutschen Volkes kann man die Unabhängigen nicht mehr rechnen, denn die hatten zu ihrem Unterführer einen Braß gewählt, der mit eherner Stirne erklärte, daß er lieber die Senegalneger als die deutsche Reichswehr im Ruhrgebiet sähe, und der dann in öffentlicher Sitzung des Landesverrats überführt wurde. Das macht einen traurigen Eindruck, aber es ist gut, daß Klarheit geschaffen ist. Denn viele Wähler werden doch das nationale Ehrgefühl noch nicht ganz verloren haben und trotz ihrer radikalen Gesinnung stutzig werden, wenn sie sehen, daß diese Extremen links den geschworenen Feinden und Verderbern Deutschlands Vorschub leisten.

Es darf keine Nebenregierung geben, weder eine militärische noch eine gewerkschaftliche. Dieses reichswichtige Thema kam in der Nationalversammlung auch zur Sprache, und da war es vor allem der Zentrumsführer Trimborn, der über diese und die anderen Sorgen der Gegenwart ein klares und kräftiges Wort sprach. Er warnte vor allen Berliner Maßnahmen, welche die Reichsverdrossenheit steigern könnten, er kritisierte die Versäumnisse und Fehlgriffe bei der Ordnungsaktion im Ruhrgebiet und stellte ein formuliertes Programm auf für die endliche Erlösung dieses wichtigen Reichsteils. Und das wichtigste war seine Kritik der Schwäche und Einseitigkeit gegenüber dem Ultimatum der radikalen Gewerkschaftler, deren sich auch die sozialdemokratische Parteileitung schuldig gemacht hat, obschon sie und ihre Minister doch wissen mußten, daß eine solche Verschiebung des Schwerpunkts nach links und der Ansatz zu einer radikalen Nebenregierung für die Koalition und damit für die Erhaltung des Reiches verhängnisvoll werden könnte. Die meisterhafte Rede klang aus in einer bitterernsten Warnung vor dem grassierenden „Linksoptimismus".

Niemand auf der Linken oder Rechten wird behaupten können, daß Trimborn einen Versuch zur Sprengung der Koalition gemacht habe. Er wollte durch die Bloßlegung der Gefahren die Koalition retten und die richtigen Wege weisen, wie die Einigkeit und die Sammlung aller jener Kräfte, deren das Vaterland jetzt mehr als je bedarf, zu sichern ist.

Ein offenes Wort der Kritik an der Haltung nicht bloß des sozialistischen Teils der Regierung bei den traurigen Ereignissen im Ruhrrevier war dringend nötig. Schweigen wäre nicht verstanden worden und hätte den Unwillen in den Kreisen des Bürgertums und der christlichen Arbeiterschaft nur noch gesteigert. Die Koalition muß auch die Kritik vertragen können. Wenn nicht, so müßte sie es noch lernen, denn nichts hat dem Koalitionsgedanken im Zentrum mehr geschadet als das Gefühl, daß das Zentrum zu allem Ja und Amen sagen müsse, was die Sozialdemokraten wollen und vollbringen. Man wird darum allenthalben im Zentrum die Kritik Trimborns mit Gefühlen der Erleichterung und mit der Hoffnung aufnehmen, daß dies nicht die letzte Kritik eines Zentrumsführers an der Sozialdemokratie und an der sozialistischen Regierungsweise ist.

Discite moniti! Ihr seid vom Feind und vom Freund gewarnt und gemahnt worden!

Ein alter Streiter von jugendlicher Kampfkraft.

Von Th. Brauer, Köln.

Wer in der jetzigen Zeit der politischen und sozialen Umwälzungen Ausschau hält nach Möglichkeiten und Mitteln, Gedanken und Strebungen in eine positiv aufbauende Richtung zu lenken, wird irgendwann und irgendwo auf das katholische Vereinsleben stoßen. Unwillkürlich wird sich dabei der Blick auch wohl jener Organisation zuwenden, die in ähnlich aufgeregter Zeit entstanden ist, als nämlich die Umwälzung des Jahres 1848 ihre Schatten vorauswarf. Ich meine den katholischen Gesellenverein, der mehr als sieben Jahrzehnte schon seine segensreiche Wirksamkeit entfaltet. Ist die Prüfung unvoreingenommen, so wird und muß die unverminderte Jugendlichkeit dieses Vereins, namentlich soweit seine Idee in Betracht kommt, sich geradezu aufdrängen. Man wird vielleicht überrascht sein, zu sehen, daß Kolpings Werk auch heute wieder „zeitgemäß" ist, wie es in der ersten deutschen Revolution der Fall war und seither stets. Ja, es wird sich die Notwendigkeit herausstellen, für die Wirksamkeit dieses Vereins eine bedeutend verbreiterte Grundlage zu erstreben, ihre Ausgangspunkte als Fundament für unsern Wiederaufbau überhaupt in Anspruch zu nehmen. Die Gründung des Gesellenvereins sollte dem Verkommen und Versinken eines ganzen Standes durch die Reformarbeit an dem einzelnen Standesangehörigen vorbeugen. Heute stehen wir vor der Gefahr, daß unser ganzes Volk verkommt und versinkt. Und wieder sprechen die Besten ihre Ueberzeugung dahin aus, daß der Einzelne erst „bei sich selber ordnen" müsse, wenn eine neue Ordnung als Gegensatz zu dem Chaos der heutigen Zeit zustande kommen soll. Dieses Ordnen bei dem einzelnen aber ist dringlich, und je schneller und gründlicher es durch die Arbeit in einer ideal gesinnten Gemeinschaft erfolgt, um so besser unsere Aussichten, als Volk wieder hochzukommen.

Der Gesellenverein gründet seine sozialreformerischen Bestrebungen auf die Religion. Vom Standpunkt des Katholiken aus ist es eine frohe Ueberraschung, zu sehen, wie die uralten katholischen Sozialauffassungen heute wieder allenthalben höchsten „Kurswert" erhalten. Sei es nun, daß es in bewußtem Hinweis geschieht, sei es, daß das Drängen und Sehnen, das in den Massen nach Ausdruck ringt, unbewußt katholische Auffassungen für sich „entdeckt". (Aehnliches trifft übrigens für alles das zu, was an dem modernen Sozialismus gut ist). Es kann auch schließlich gar nicht anders sein. Wie wir von einer anima naturaliter christiana reden, so könnte man ebenfalls von einer naturgemäß christlichen Sozialordnung reden — selbstverständlich den allgemeinen Grundsätzen, nicht den praktischen Einzelheiten nach —, die immer wieder der Menschenweisheit letzter Schluß sein wird. Nur, daß dann, wenn es den Menschen materiell zu gut geht, das tiefinnere Sehnen gleichsam in der Quelle verschüttet wird. Dadurch nun, daß der katholische Gesellenverein die Religion als Grundlage für seine Tätigkeit nimmt, kann er die sittlichen Triebkräfte in dem Menschen in einer Weise wachrufen und wachhalten, wie das sonst in gleicher Stärke und mit gleichem Wirkungsgrad überhaupt nicht möglich ist. Seit Ausbruch der Revolution wissen wir und erfahren es überdies von Tag zu Tag erneut, daß jede Anrufung des Pflichtgefühls unter rein rationellen Gesichtspunkten ein Fiasko erlebt. Es gibt auf diesem Boden eben keine Beweisführung, der nicht der Egoismus des einzelnen ein Schnippchen schlagen könnte. Wie hat man die Plakate verlacht, welche die Arbeit schmackhaft machen sollten, weil Sozialismus Arbeit sei! Wir sind heute soweit, daß das religiöse Pflichtgefühl zur Arbeit, als zu unserer alleinigen Rettung, aufgerufen werden muß. Nirgendwo aber tritt die innige Verbindung von Religion und Arbeit eindringlicher vor Augen wie im Programm und, was mehr ist, in der Tätigkeit des Gesellenvereins. Durch seine fachliche Erziehung und Bildung, die in besonderen Fachabteilungen gepflegt wird, stellt er seine Mitglieder mitten hinein in das Getriebe des Wirtschaftslebens, dort, wo die völkischen Notwendigkeiten am dringlichsten auftreten. Qualitätsarbeit, so sagt uns ein Gutachten der führenden deutschen Techniker und Ingenieure, ist Deutschlands einziger Freibrief in bezug auf die Wiederbeteiligung am Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Wir wissen jedoch, daß Facherziehung heute viel mehr als das bedeutet. Die Kriegsnotwendigkeiten rissen unsere erwerbstätige Jugend aus den gewohnten Gleisen heraus. Sie wuchs nicht mehr langsam und allmählich in den Arbeitsprozeß hinein. Oft wurden Jugendliche nach kürzester Frist in

bedeutende und verantwortungsreiche Stellen hineingedrängt, weil Mangel an erwachsener Arbeitskraft dazu einlud. So wuchsen diese Jugendlichen selbst nicht organisch für ihre Arbeit heran und lernten damit den Wert des organischen Wachstums überhaupt nicht kennen. Das bedeutet, daß der Jugend der Wert der Ueberlieferung nicht aufgegangen ist, mehr aber noch bedeutet es den Mangel an Respekt vor der Autorität. Erst wenn dieser Jugend der tiefere Einblick in die Verwicklungen des Arbeitsprozesses und der Volkswirtschaft vermittelt wird, wenn zugleich religiöse Erwägungen einigermaßen ausgleichen, was an wirklichem Verantwortungsgefühl fehlt, kann die heutige Jugend in die rechten Bahnen gedrängt werden. Anderes „zieht" nicht. Bleibt diese Jugend sich selbst überlassen, dann wird sie nach wie vor der Mittelpunkt aller Unruhen und Gärungen sein. Dann wird sie fernerhin, wie jetzt einsichtige Gewerkschaftsbeamte klagen, jeden niederbrüllen, der zu vernünftiger Ueberlegung und zum Maßhalten auffordert. Darum ist das Beispiel, das die Gesellenvereinspraxis bietet, so wertvoll, sein Vorgehen gerade heute vorbildlich.

Die Erziehungs- und Bildungstätigkeit des Gesellenvereins hat sodann die weitere bemerkenswerte Eigentümlichkeit, daß sich ihr von der anderen Seite eine Geselligkeitspflege anschließt, die Ersatz für früh entbehrte Familie, Vatersorge und Mutterliebe gewähren soll. Der Gesellenverein soll sein eine einzige große Familie. Der moderne Vertreter der Volksbildung könnte darin in geradezu idealer Weise die „Gemeinde" finden, nach der er sucht, jene Gemeinde von Gleichgesinnten, an die er Gemüts- und Herzensbildung vermitteln will. Ein solcher Verein muß Wurzelhaftigkeit vermitteln, muß auf die Dauer dem Radikalismus selber an die Wurzel gehen. Natürlich wird auch der Gesellenvereinler, der genau so dem Weltanschauungskampf auf der Werkstätte ausgesetzt ist wie jeder heutige Arbeiter, Zeiten haben, wo ihm Geist und Gemüt hin- und hergerissen wird von den Zweifeln und Fragen, die der brausende Sturm des Weltgeschehens aufwirbelt. Allein er findet sich immer zu dem Mittelpunkte hin, der ihm Halt bietet. Ist es nicht selbstverständlich, daß aus diesen Kreisen die überzeugten, unerschrockenen, aber auch sattelfesten Streiter hervorgehen, deren wir niemals mehr bedurften als heute?!

Darum sei der katholische Gesellenverein mit herzlicher Eindringlichkeit der Beachtung der deutschen Katholiken empfohlen. Hier ist eine der Quellen unserer Kraft. In einer Zeit, wo die Arbeiterschaft über die Macht in Staat und Gemeinde verfügt, haben wir Sorge zu tragen, daß Vertreter des Katholizismus bei der Entscheidung über die Lebensfragen von Volk und Gesellschaft ihr Wort mitsprechen. Die Unterstützung der Bestrebungen des katholischen Gesellenvereins bietet dazu eine vortreffliche und lohnende Möglichkeit.

Katholische Volkshochschulen und Bildungsausschüsse.

Von Dr. Wilh. Timmen, Eutin.

Der Volkshochschulgedanke hat mächtig gezündet, überall werden Volkshochschulen gegründet, man wendet sich dabei vor allem an die arbeitenden Klassen, und auch diese haben zunächst dem Rufe Folge geleistet; aber der Volkshochschulgedanke muß Sache des ganzen Volkes werden und muß deshalb auch noch in den Kreisen des Bürgertums sich ausbreiten. Arbeiterkreise waren und sind vielfach bildungshungriger als das Bürgertum.

So sehr Weltanschauungsfragen auch im Vordergrunde des Interesses stehen, sie haben dennoch vielfach nicht jene Aufmerksamkeit in den Kursen der Volkshochschulen gefunden, die sie verdienen, oder sie sind sogar im materialistischen Sinne gelöst worden; es ist deshalb notwendig, daß sich die katholischen Kreise auf ihre eigene Weltanschauung besinnen und dieselbe auch in den Volkshochschulen zur gebührenden Geltung bringen. Man kann dabei einen doppelten Weg einschlagen, einmal kann man in der gesamten Volkshochschulbewegung eine besondere Gruppe bilden, wie es in vorbildlicher Weise in Essen an der Ruhr geschehen ist, oder man kann auch ganz selbständig vorgehen und den Volkshochschulgedanken in katholischen Bildungsausschüssen verwirklichen.

Die Essener Volkshochschule will die Freude an geistiger Arbeit in die Gesamtbevölkerung hineintragen. Sie will zu echtem Volkstum, freudigem Gemeinsinn und edlem Menschentum erziehen, will in den Zusammenhang des Weltgeschehens einführen und dadurch die Berufsarbeit froh und wertvoll machen (§ 2 der Satzungen).

Wichtig ist sodann der § 15 der Satzungen, der die Bildung von Unterrichtsgruppen vorsieht nicht nur nach unterrichtlichen Gesichtspunkten, sondern auch vom Standpunkt der Weltanschauung selbst. Damit ist im Gesamtplane der Volkshochschule der katholischen Weltanschauung ein festes Feld eingeräumt, und deshalb hat sich auch der katholische Bücher- und Bildungsverein der städtischen Volkshochschule angeschlossen, die in ihrer Verwaltung völlig neutral und paritätisch, in der sonstigen Betätigung der Lehrer und Schüler aber völlig frei und weltanschaulich gruppiert ist. Daß man dabei im Gesamtplane Weltanschauungsfragen genügend berücksichtigt, geht hervor aus dem Leitsatze des Vorsitzenden des Bücher- und Bildungsvereins: „Die deutsche Volkshochschule wird Weltanschauungsschule sein, oder sie wird nicht sein."

Volkshochschulen nach dem Essener Muster sind vor allem für die Großstädte mit gemischter Bevölkerung angebracht, um die ganze Bewegung zu verbinden, um ihr eine breite finanzielle Grundlage zu geben. Sie leistet in der Pflege innerer Werte, in der Fach- und Berufsbildung wertvolle Dienste, stellt sich aber zugleich auch für die Arbeit der geschlossenen Weltanschauung des Christentums und des Katholizismus zur Verfügung. Für die mittleren und kleinen Städte mit geschlossener konfessioneller Bevölkerung eignen sich aber besser die katholischen Bildungsausschüsse, die deshalb auch überall ins Leben treten und sich sodann zu einem Verbande zusammenschließen müssen.

Wir sind in der glücklichen Lage, für diese Bildungsausschüsse keine neue Organisation schaffen zu müssen, wir können sie vielmehr an den ältesten katholischen Bildungsverein, den Borromäus-Verein, anschließen.

Der Borromäus-Verein hat sich bislang nur um die Verbreitung guter Bücher angenommen, er muß nunmehr auch der Mittelpunkt werden, alle Bildungsarbeit der verschiedenen katholischen Organisationen zu zentralisieren und ihnen neue Bildungsmöglichkeiten fachgemäß zu erschließen.

Mit großem Erfolge haben sich bislang die katholischen Vereine, vorab die Jugend-, Jungfrauen- und Gesellenvereine der Weiterbildung ihrer Mitglieder angenommen, noch größere Erfolge würden erzielt werden, wenn eine bessere Aufteilung und Gruppierung durch vorhergehende Verständigung erreicht würde.

Alle katholischen Vereinigungen am Orte, die sich irgendwie mit Bildungsarbeit befassen, müssen sich zu einer Arbeitszentrale für die einzelnen Vereine zusammentun, nicht nur die Bildungsarbeit verteilen, sondern auch allgemeine Bildungszweige gemeinsam vorbereiten.

Das örtliche Bildungskartell sämtlicher katholischer Vereine wählt aus seiner Mitte einen Vorstand, der Vorsitzende muß aber immer der Ortsgeschäftsführer des Borromäus-Vereins sein.

Auch die Verbindung mit interkonfessionellen und paritätischen Vereinigungen ist grundsätzlich nicht auszuschließen, jedenfalls aber tritt der katholische Bildungsausschuß immer als geschlossenes Ganzes auf. Gerade weil wir auf unsere bisherige freie Bildungsarbeit — man denke nur an die vielseitige Bildungsarbeit in den Fachabteilungen der katholischen Gesellenvereine — stolz sein dürfen, wollen wir auch innerhalb unserer geschlossenen Weltanschauung das Beste leisten.

Die örtlichen Bildungsausschüsse sind verbunden durch den Zentralbildungsausschuß der katholischen Verbände Deutschlands, der wiederum aufs engste der Zentrale des Borromäus-Vereins in Bonn angeschlossen ist. Von dort wird ständig an der Vertiefung und Förderung der Bildungsarbeit durch Anregung und Beratung gearbeitet, dorthin fließen auch die Berichte über die geleistete Arbeit der örtlichen Bildungsausschüsse zusammen, um so die Gesamtarbeit zu überschauen und auch in der Oeffentlichkeit zur Geltung zu bringen.

Deutschlands Niedergang fällt zeitlich zusammen mit dem gewaltigen Aufschwung der Volksbildungsarbeit, der wiederum Deutschlands Aufstieg fördern muß. Möge der katholische Volksteil durch seine Bildungsarbeit innerhalb seiner Weltanschauung in erster Reihe stehen für den geistigen Aufbau unseres Vaterlandes.

Laien heraus!

Von Rudolf Berger, Freiburg i. B.

Die heutige Lage der katholischen Kirche birgt überraschend viele Aehnlichkeiten mit den drei ersten Jahrhunderten in sich, Aehnlichkeiten mehr innerer als äußerer Natur. Damals tobte, wie in unseren Tagen, die große Geistesschlacht einer aufs Ueberzeitliche, Ewige gerichteten Weltanschauung gegen eine niederbrechende, rein materielle Kultur, die im Absterben noch das höchste Ausmaß erreicht. Auch heute ist die ganze zivilisierte Welt zu einem einzigen, unermeßlichen Missionsfeld geworden, in seiner Schwierigkeit und Ausdehnung ähnlich dem Wirkungskreis der ersten Sendboten und Künder des Evangeliums.

Die Aussichten und nicht minder die Gefahren sind selten zu einer Zeit für die katholische Kirche größer gewesen. Dabei haben sich gegen früher die Verhältnisse ganz verschoben. Sprach man sonst von den Gefahren der Städte im Gegensatz zum gut katholischen Land, so geht dort heute der Katholizismus vielfach neben scharfer Verteidigung zum Angriff über, während er in bäuerlichen Bezirken teilweise in gefährliche Abwehrstellung gedrängt erscheint. Die verheißungsvollsten Weinberge Christi sind jetzt, so absurd es auch klingen mag, die großen Städte. Dort zeigen sich hoffnungsvolle Ansätze frischerwachten katholischen Lebens, regt sich eine ganz neue katholische Jugend, ich brauche dabei nur an Frankfurt a. M. zu erinnern.

Die Ernte ist groß, der Arbeiter aber sind wenige! Unter diesem Mangel verstehe ich weniger den Mangel an Priestern, als die große, heute ausschlaggebende Fehlziffer von Laienaposteln, von katholischen Laien, die aus innerem Trieb, aus religiöser Begeisterung durch eigenes Leben und die Tat die Wege des Herrn bereiten helfen. Laienapostolat! Ich weiß wohl, daß dieses Wort in manchen Ohren fremd, vielleicht auch unbequem klingt, das hilft aber nicht darüber hinweg, daß in der modernen Seelsorge dieser Einrichtung eine überragende Bedeutung zukommt. Ist die wunderbare Ausbreitung des Christentums in seinen ersten Jahrhunderten nicht auch einem umfassenden Laienapostolat zu verdanken! Und was wirkt in unserer heutigen materiellen und erotischen Genüssen ergebenen Menschheit mehr als lebendige Beispiele von Entsagung, Nächstenliebe, Opferbereitschaft um überzeitlicher Ideale willen! Wo hat das „weniger Worte und mehr Taten“ größere Berechtigung, als gerade im Kampf der Weltanschauungen! Der Laienapostel soll nicht allein Helfer sein in der Vereinsarbeit, Führung der Pfarrkartothek usw., sondern vor allem persönliches Beispiel, Agitator Christi durch praktisch geübtes Christentum. Einer Zeit, die vor Massensuggestion zittert, auf Massenwirkung schwört, von leeren Zahlen sich hypnotisieren, begeistern läßt, in Massenbildung ihr Ideal sieht, müssen wir die Macht des Einzelwillens und -Gewissens, individuelle Behandlung, Charaktere entgegensetzen. Nicht von der Masse, die doch tatsächlich unvernünftig ist, sondern von der katholischen Persönlichkeit muß die religiöse Wiedergeburt ausgehen. Schaffen wir Laien beiderlei Geschlechts, aller Stände, aller Altersstufen, die mit innerer Kraft und Begeisterung überall, an der Drehbank, in der Schreibstube, in der Gewerk- und Gesellschaft unablässig in echt katholischer Liebe den Heilandsweg zeigen und gehen: Eine missionare Tätigkeit durch praktisch geübten Glauben im täglichen Umgang, in dem Vielerlei des Berufslebens.

Nicht neue Orden, neue Menschen verlangt die Zeit! Für ein derartiges Laienapostolat bedarf es auch keiner neuen Organisation. Laienapostel müssen, einmal geweckt, von selbst wachsen, ihren Beruf in sich tragen. Das einzige geistige Band, das sie zusammenhält, ist das hohe, ideale Bewußtsein ihrer Sendung, lebendiger katholischer Glaube. Aufgabe der Seelsorge wird es sein, solche Berufe zu wecken, zu fördern und religiös zu führen. Aus einem tief religiösen Innenleben allein schon sprudeln dem Laienapostel ein immer frischer Arbeitseifer, eine stets wechselnde Fülle der Aufgaben. Wie sehr kann auch dadurch dem so hart geplagten Großstadtpfarrer geholfen werden! Durch ihre verschiedene Berufstätigkeit gelangen die Laienhelfer überall dahin, wo heute dem Geistlichen nur schon seiner Kleidung wegen mit Mißtrauen, innerem Widerstreben, ja meist mit offener Ablehnung begegnet wird, wo Scheu, Ehrfurcht vor dem Priester ein gegenseitiges, inneres Näherkommen verhindern. Wie anders wirkt da oft ein unauffälliges Wort von Laien, eingestreut in die alltägliche, in die politische Unterhaltung beim zufälligen Meinungsaustausch. Ein Wort, das sich vor allem gründet auf persönliches Beispiel. Mit welch ganz anderem Erfolg wird dann der Priester ernten können!

Laienapostolat ist tatsächlich ein Beruf, aber ein Beruf rein ideeller Natur, der keine andere Vorbildung verlangt als innere Erziehung, hochgespannte Seelenkultur, lebendig erfaßtes Christentum. Ein Beruf, der sich mit jedem weltlichen verbinden läßt, politisch und materiell vollkommen unabhängig ist. Wann wird das Heer dieser stillen, unbekannten, von selbstlosem Idealismus erfüllten Streiter Christi erstehen? Wo sind die Geistlichen, die derartige Berufe wecken, religiös führen können?

Was vorstehend über die Städte gesagt ist, gilt in gleichem Maße, nur angepaßt den veränderten Verhältnissen, auch für das flache Land. Wird nicht auch dort heute vielfach infolge der Einflüsse des Krieges, der geistigen Umwälzung durch die Revolution, der politischen Anschauung dem Pfarrer mit innerm Widerstreben, ja offener Ablehnung begegnet, jedes noch so gut gemeinte Wort übel ausgelegt? Kann sich nicht auch der Landpfarrer solche Laienhelfer und -Helferinnen heranziehen, die in seinen Absichten ihn unterstützen, ihn in der seelsorgerisch oft so mißlichen politischen Betätigung ersetzen, durch persönliches Beispiel seinen Predigten Nachdruck verleihen? Kennt doch die Geschichte genug Beispiele, wie das apostolische Wirken und persönliche Beispiel einzelner ganze Gemeinden umgewandelt hat. Zweifellos sind für die Weckung des Laienapostolats die Schwierigkeiten auf dem Lande bei den oft eigenartigen örtlichen Verhältnissen größer als in der Stadt. Aber rechtfertigen nicht die Nöten und Gefahren der Zeit einen solchen Versuch? Das Laienapostolat kann ja niemals die eigentliche Seelsorge ersetzen, sondern sie nur in ihrem Wirken vorbereiten, ergänzen und unterstützen. Ihr Arbeitsfeld ist aber so groß, der Aufgaben sind so viele, daß dem Laienhelfer immer noch ein übereiches Feld zum Wirken bleibt. Nicht Massenwirkung, sondern Einzelarbeit, nicht Schablone, sondern individuelle Behandlung soll das Ziel sein. So mannigfaltig die Aufgaben, so verschieden Mittel und Wege zu ihrer Lösung. Geben wir doch dem religiösen Idealismus, der noch vielfach unter der katholischen Jugend herrscht, das vorstehend charakterisierte Betätigungsfeld, geben wir der jugendlichen Begeisterung die Aufgaben, die ihrer Eigenart entsprechen, durch das Laienapostolat, der Kerntruppe in der großen Seelenschlacht für Christus und sein Reich.

Das Deutschtum an der Donau.

Von Oberstleutnant Hugo Piffl.

In verhältnismäßig großer Nähe des französischen Sprachgebietes entspringt der Donaustrom, um bis zur Grenze Ungarns ein rein deutsches Gewässer zu bleiben. Freilich hört man schon im Regensburger Hafen slawische, ungarische und rumänische Laute und in Wien wohnen an die vierhunderttausend Tschechen und gewiß noch einhunderttausend sonstige Slawen und Ungarn, die zum Teile am Ufer der Donau selbst angesiedelt sind, doch tut dieser Umstand dem deutschen Charakter des Donaustrandes vorläufig keinen Eintrag. Wie sich die Sache in Zukunft gestalten wird, das hängt ganz von der Widerstandsfähigkeit der Donaudeutschen ab, die sich leider an vielen Orten gar nicht bewährt hat.

Theben — das an der Einmündung der March malerisch gelegene, wohlhabende Dorf, kann noch als deutsche Ortschaft betrachtet werden, obwohl man bereits ungarische Aufschriften lesen kann und die Namen Franz Müller in Müller Ferencz, Johann Mayer in Mayer János nach behördlichem Auftrag verdreht werden mußten. Seit Jahresfrist herrschen dort die Böhmen, befahlen die Namensordnung nach westländischer Sitte an und zwangen die Gewerbetreibenden auch slawische Aufschriften anzubringen; man liest also z. B. neben dem deutschen „Kaffeehaus“ das ungarische „Kávéhaz“, das tschechische „Kavárna“ und das slowakische „Kawiarenj“, wovon man sich speziell in dem bis vor wenigen Jahrzehnten noch sehr deutschen Preßburg überzeugen kann. In diesem, unstreitig freundlichsten Gemeinwesen an der Donau, hat das Deutschtum seit einem halben Jahrhundert kolossale Rückschritte gemacht. Einstens eine rein deutsche Stadt, deren urgemütliche, dem sorglosen Wohlleben sehr zugetanen Bewohner den Spitznamen „Krazelhuber“ führen, wurde sie dank dem Drucke der ungarischen Behörden und der Gleichgültigkeit der dortigen Deutschen stark magyarisiert, der deutschen Schulen gänzlich beraubt; die Zahl deutscher Theatervorstellungen wurde

sehr eingeschränkt. Immer seltener las man deutsche Firmenaufschriften, und die studierende Jugend bediente sich ausschließlich des ungarischen Idioms. Es gibt bereits viele Familien, wo bloß die Eltern deutsch verstehen, die Kinder aber kein Wort mehr, ja nicht selten sind Fälle, wo sich die Eltern mit ihren Kindern nicht mehr recht verständigen können; denn die letzteren — den Tag über entweder in der Schule oder mit den Ungarischen häuslich beschäftigt, verkehren mit ihren Erziehern in deren Muttersprache sei es gar nicht oder nur mangelhaft. Vor etwa 15 Jahren beschloß die ungarische Jugend „nur ungarisch" zu sprechen und — hat jetzt den Schaden von dieser unbedachten Maßregel, denn in den von den Slawen und Rumänen besetzten Gebieten kommen die jungen Leute mit dem Ungarischen allein nicht fort.

Eigentümlicherweise ist seit dem furchtbaren, geschichtlich einzig dastehenden Zusammenbruche Deutschlands das deutsche Volk in Ungarn zu größerem Nationalbewußtsein gelangt und aus abgelegenen Winkeln kommen Nachrichten, daß sich die dortigen Deutschen zusammenschließen und energisch die Forderungen nach eigener Schule und Amtssprache erheben. Infolge der Besetzung Preßburgs, das jetzt offiziell Bratislawa heißt, durch die Tschechen, dürften die Deutschen dieser Stadt kaum zu ihrem Rechte kommen, denn, ob ihnen die Tschechen Zugeständnisse machen werden, ist wohl sehr stark zu bezweifeln.

Auf den eleganten großen Donaudampfern sowohl, als auch auf den Frachtschiffen hört man zumeist deutsch sprechen, und zwar ist es ein eigener Dialekt, der angenehmer klingt als die näselnde Wiener Vorstadtmundart und auch verständlicher ist als letztere. Auf sämtlichen Landungsplätzen hört man deutsch sprechen und auch jene Bediensteten, die sich des Ungarischen im dienstlichen Verkehr bedienen, verstehen in der Regel sehr gut deutsch, das ja oft ihre Muttersprache ist. Die an der Donau angesiedelten Deutschen sind vortreffliche Schiffsleute und treten mit Vorliebe in die Dienste der verschiedenen Schiffahrtsgesellschaften ein. Nicht selten beherrschen sie vier verschiedene Sprachen. In jeder der Donauortschaften gibt es Deutsche oder deutsch gut verstehende Einwohner, die zum Teil noch Nachkommen der von Karl dem Großen in der Ostmark, die bis an den Raabfluß reichte, angesiedelten Schwaben sind. Es ist bedauerlich, daß ungezählte Deutsche im Laufe der Jahrhunderte ihr Volkstum außer acht ließen, ja selbst ihre Familiennamen änderten; es würden jetzt an der Donau nicht Tausende, sondern Millionen unserer Landsleute leben, denn die an Zahl geringen Magyaren sind ja während ihrer vielen Raubzüge größtenteils zugrunde gegangen und mußten auf Zuwachs durch Aufnahme anderer Volksangehöriger bedacht sein. Einen rein magyarischen Typus findet man nirgends mehr, was sogar ungarische Gelehrte zugeben. Ein ähnlicher Fall ist ja in Nordwestdeutschland zu verzeichnen, wo die Elbeslawen fast gänzlich germanisiert wurden, nur ist das Rassengemenge in Ungarn ein außerordentlich buntes.

Am rechten Donauufer, nördlich des Neusiedler-Sees, hausen die sogenannten Heidbauern, ein konservativer deutscher Volksstamm, der sich seine germanische Eigenart bewahrt hat trotz aller Bestrebungen der ungarischen Behörden, die in deutschen Gegenden ausschließlich Ungarn anstellen, die des Deutschen gar nicht oder nur mangelhaft mächtig sind, dagegen die Söhne der Heidbauern, die sich der Beamtenlaufbahn widmen, womöglich in rein ungarische Ortschaften versetzen.

Zwischen Preßburg und Budapest gibt es eine ganze Anzahl deutscher Ortschaften, darunter das schön gelegene Nagy-Máros (Groß-Marosch), und Budapest selbst ist von zahlreichen deutschen Gemeinden umgeben. Uebrigens gibt es in jedem Dorfe Deutsche und in den Städten versteht fast jeder Gebildete — namentlich die älteren Leute — deutsch. In der Hauptstadt ist vornehmlich der rechtsuferige Stadtteil, die eigentliche Residenz, zum großen Teile von Deutschen bewohnt, die den Spitznamen „Gelbfüßler" haben, weil sie in den lehmigen Boden des Ofener Weingebirges ihre Reben pflanzen.

Von Budapest stromabwärts gibt es gleichfalls zahlreiche deutsche Ansiedlungen, unter denen die Gegenden bei Mohács (spr. Mohaatsch) die zahlreichsten Deutschen beherbergen. Am linken Ufer liegt die Baatschka, jener äußerst fruchtbare Landstrich zwischen Donau, Theiß und dem Franzenskanal, die von wohlhabenden deutschen Gemeinden besät ist. Das gleiche gilt von dem gesegneten Slavonien zwischen Donau-, Drau- und Savestrom. Diese riesigen, oft eine Wegstunde langen Dörfer, sind sehr oft in Quadrat- oder Rechteckform angelegt, haben breite, sich rechtwinklig kreuzende Straßen und werden sehr rein gehalten. Viele werden ausschließlich von Deutschen bewohnt, in anderen bilden diese die Majorität oder starke Minoritäten. Manche Städte bestehen aus drei Teilen, deren jeder von einer anderen Nationalität bewohnt ist. Die Stadt Neusatz, die von drei Volksstämmen, Ungarn, Deutschen und Serben gegründet wurde, zeigt noch heute die Dreiteilung, indem die Deutschen den südlichen, die Serben den nördlichen, die Ungarn den mittleren Teil bewohnen.

Gegenüber von Belgrad liegt Semlin, das zum großen Teile von Deutschen bewohnt ist, doch auch die übrigen Bewohner, meist Serben, sprechen deutsch, wie überhaupt dieser südslavische Volksstamm sehr gern und leicht deutsch lernt. Selbst in Belgrad wird viel deutsch gesprochen, denn der Serbe — wohl der intelligenteste Slave — ist trotz glühendster Vaterlandsliebe kein Chauvinist, und da er ein bekannt rühriger Geschäftsmann ist, so weiß er den Vorteil der Kenntnis einer Weltsprache zu schätzen.

Daß sich das Deutschtum an der Donau erhalten hat, ist zum Teile der alten kaiserlichen Armee zu danken, deren Offiziere, auch wenn sie sich als dienstesmüde Pensionisten in ein ruhiges Donaustädtchen zurückzogen, dort innerhalb ihrer Familie deutsch sprachen, selbst wenn sie nicht deutscher Nationalität waren. Endlich sind fast alle Kaufleute gezwungen, deutsch zu verstehen, da sie zumeist auf den Verkehr mit deutschen Firmen angewiesen sind.

Das herrlich gelegene Orsova, das einst Grenzort gegen Rumänien war, ist wohl die letzte Ansiedlung, die man als deutsche bezeichnen kann.

Auch wenn der Donaureisende die rumänische Tiefebene erblickt, so vermißt er noch immer nicht die deutsche Sprache; denn die Angestellten der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft bedienen sich mit Vorliebe der Sprache Goethes, und sonstige österreichisch-deutsche Kolonisten haben sich in allen Uferstädten angesiedelt. In Turn-Severin hört man auf Schritt und Tritt deutsch, das auch sehr viele Rumänen fließend sprechen. Daß die halbe Million rumänischer Juden wohl ausnahmslos deutsch spricht, ist selbstverständlich und auch unter den bulgarischen Israeliten — es sind meist Spaniolen,[1]) gibt es wenige, die sich nicht recht gut deutsch ausdrücken können. In den Städten Braila und Galatz leben tausende Deutscher und auch an der Mündung des Danubius erklingt das deutsche Lied; denn nicht nur, daß dort viele Landsleute Erwerb gefunden haben, es ankern dort außer österreichischen auch bayerische Dampfschiffe, deren Bemannungen im Angesichte der Wellen des Pontus Euxinus den heimatlichen Gesang pflegen.

Was die körperlichen und geistigen Eigenschaften der Donaudeutschen anbetrifft, so herrscht bis an den Raabfluß der bayerisch-österreichische Typus vor. Man sieht in den Dörfern, namentlich von Wien abwärts, wenig schöne Männer und noch weniger schöne Frauen. Die Leute sehen sehr abgearbeitet aus und der reichliche Weingenuß wirkt nicht günstig ein. Die Deutschen an der mittleren Donau, in der Regel „Schwaben" genannt, halten mehr auf eine nette äußere Erscheinung, scheinen besser genährt zu sein und sind auch wohlhabender. Während es in Niederösterreich und Westungarn keine deutsche Nationaltracht mehr gibt und selbst die Mädchen sich völlig schmucklos kleiden, sehen die ungarischen Schwäbinnen trotz der Vorliebe für dunkle Kleidung oft recht schmuck aus. Die gebräunten Gesichter sind nicht selten sehr hübsch. Die Kleidung ist zwar einfach, doch da und dort kann man von einer Nationaltracht sprechen. Während die Oesterreicher eher gedrungene Gestalten aufweisen, sieht man an der ungarischen Donau viele hochgewachsene gesunde Männer mit offenem, ja stolzem Blick. Während an der Alpen-Donau sehr viel Blondköpfe, in der Nähe des Neusiedler Sees sogar auffallend viel Rothaarige zu sehen sind, herrscht im Tieflande der brünette Typus vor. Die Schwaben haben den Ungarn gar viele tüchtige Männer geliefert, sie sind es, die das Land zur Blüte gebracht haben, denn dort, wo sich zahlreiche Deutsche angesiedelt haben, dort ist auch auffallender Fortschritt sichtbar, sowohl in materieller als geistiger Beziehung. Ob die neuen Regierungen, unter deren Joch sich die Deutschen jetzt beugen müssen, ihnen die bis nun vorenthaltenen Schulen bewilligen werden, ist wohl fraglich, doch ist zu hoffen, daß sich die Donaudeutschen zu energischer Wahrung ihrer Rechte aufraffen; es ist nicht nötig, daß sie verzweifeln. Verzweifeln die Reichsdeutschen nicht, so können ihre Stammesgenossen an der Donau auch den Kopf hoch behalten und auf eine bessere Zukunft hoffen. Das, was sie bisher waren, bleiben sie für alle Zeiten — Kulturträger allerersten Ranges.

---

[1]) Nachkommen der im Jahre 1492 aus Spanien vertriebenen Juden, die sich vornehmlich an den von Arabern und Osmanen beherrschten Küsten des Mittelländischen Meeres niederließen. Sie sprechen untereinander ausschließlich einen verdorbenen spanischen Dialekt.

Friedrich Wilhelm Weber als Prophet unserer Zeit.

Von Heinrich Scherer, Mainz.

Bei der Erörterung der Schuldfrage am Weltkrieg wird leider der Hauptschuldige fast ganz übersehen: der modern-heidnische, materialistische Zeitgeist. Er ist die letzte Ursache dieser Katastrophe, die noch lange nicht ihr Ende erreicht hat. Die einzelnen Staatsbürger, Diplomaten und Völker sind insoweit schuld am Krieg, als sie sich in ihrem Tun und Lassen von diesem Zeitgeist beherrschen ließen. Inwieweit dies der Fall ist, läßt sich im einzelnen schwer feststellen. Ein einfacher Soldat im Lazarett hat mir diese Wahrheit also dargelegt: „Wir sind alle schuld am Kriege, denn der Krieg war eine notwendige Folge der Verhältnisse und die Verhältnisse haben wir geschaffen." Der Mann hatte es erfaßt. Ein deutscher Bischof sprach diese Wahrheit so aus: „Der Krieg ist der Bankrott der Welt ohne Gott!" Damit ist wirklich alles gesagt. Die von Gott und Christentum losgelöste moderne Kultur und Weltordnung mußte naturgemäß zur Weltkatastrophe führen. Der modern-heidnische, nur auf Diesseitskultur bedachte Zeitgeist ist auch als Ursache des Weltbolschewismus anzusprechen. Hochinteressant ist, was Friedrich Wilhelm Weber, der Dichter von „Dreizehnlinden", schon in den Siebziger Jahren (Dreizehnlinden erschien 1878) darüber sagt. Es klingt geradezu wie eine Prophezeiung, wenn er den „alten Uhu", den personifizierten Zeitgeist des Materialismus, der dem idealen Gedankenflug des Dichters öfter entgegentritt, sagen läßt:

— — — — — — — Christ und Heide,
Gottesknechte, Götterknechte,
Blöde Toren sind sie beide!

Weiland rief der Sklavenkönig,
Kämpfend mit den Romuliden:
„Keine Götter sind dort oben,
Und deshalb kein Recht hienieden!"

Und deshalb zu Schutz und Trutze
Brauche jeder seine Waffen;
Und deshalb, ihr Kleingebliebnen,
Habt ihr Recht, euch Recht zu schaffen.

Spartakus, mit Lorbeerreisern
Sei Dein Denkerhaupt umwoben;
Deine Freiheitsbotschaft lautet:
Keine Götter sind dort oben!

Glaubensballast aufzuachseln,
Sand im Sack verdrießt den Weisen;
Mit dem leichtesten Gepäcke
Läßt am leichtesten sich reisen;

Mit dem leichtesten Gepäcke
Frisch und frech, am Hut die Feder;
Allererst ein lustig Leben,
Wie er sterbe, sehe jeder.

Glauben? Wahn und blaue Dinge!
Ich, der Uhu, glaub' ausschließlich
An mich selbst; die Selbstverehrung
Deucht mir weise, weil ersprießlich.

Ich der Uhu, Oberuhu,
Ich, der Denker, seh' die Zeichen
Großer Zeit, wo meine Lehre
Siegt und herrscht in allen Reichen.

Wenn erst meine Essen schwelen,
Wenn erst meine Schlöte rauchen,
Wald an Wald, und Erd' und Himmel
Rings in Dampf und Brodem tauchen;

Wenn erst meine Mühlen mahlen,
Meine Hämmer, wenn sie hämmern,
Wird die Götterdämmerung kommen
Und das Göttliche verdämmern.

Glauben ist das Kind der Feigheit;
Doch beherztere Geschlechter,
Düstre Zweifelshelden, werben
Um des Teufels stolze Töchter.

Glück zur Brut! Die Kreuzzerbrecher
Brechen auch die Königskronen,
Und der Rauch verkohlter Tempel
Wirbelt auf verbrannten Thronen.

Ja, das sind sie, Muspels Söhne;
Reitet zu, ihr wilden Reiter! —
Zwar der Aufschwung, den ich meine,
Liegt noch ein Jahrtausend weiter.[1])

Gebet acht, ihr kleinen Eulchen,
Werdet klug und lauscht dem Alten:
Ich der Uhu, Oberuhu,
Seh' die Dinge sich gestalten.

Kleine Eulchen, euch zum Nutzen!
Wachst und wartet noch ein Weilchen;
Hurtig flattert ein Jahrtausend;
Werdet Eulen, kleine Eulchen!

Hurtig flattert ein Jahrtausend;
Seid ihr stark und klug geworden,
Geb ich euch ein großes Erbe:
All den Süden, all den Norden.

Kratzt euch drum; der schärfsten Klaue
Wird das beste Stück zuteile:
Jene Welt ist für die Katze,
Diese Welt gehört der Eule!"

Dreizehnl. XXIV, 87 ff.

Ist das nicht eine Prophetie auf unsere Tage, die zum großen Teil schon erfüllt ist und wahrscheinlich sich ganz erfüllen wird! Ja, wenn es wahr ist: „Keine Götter sind dort oben", dann ist ebenso wahr:

„Kein Recht hienieden!
Und deshalb ihr Kleingebliebenen
Habt ihr Recht, euch Recht zu schaffen."

Auffallend ist, daß der Dichter geradezu von „Spartakus" redet. Diese Bezeichnung einer radikalen Sozialistengruppe ist doch erst seit November 1918 gebräuchlich. Sicherlich hat Weber mit seinem klaren Blick die Entwicklung der Industrie und damit der Arbeiterbewegung vorausgesehen. Wie treffend ist die Wirkung des Materialismus auf die Volksmassen, ausgesprochen in der Devise „Allererst ein lustig Leben"! Man möchte weinen, wenn man heute auch diesen Satz erfüllt sieht, wenn man sieht, wie man vielfach dem Abgrund wörtlich: entgegentanzt! Armes deutsches Volk! Nicht der verlorene Krieg ist dein Unglück, sondern der Geist des Genußtaumels, der in unersättlicher Gier nur den irdischen Genüssen nachjagt. Eine Art teuflische Besessenheit hat weite Kreise unseres Volkes ergriffen, die scheinbar unheilbar ist; nur einer könnte sie heilen, der, als er noch in Manneshülle auf unserer Erde ging, auch aus seinen besessenen Volksgenossen den Teufel austrieb: Christus der Weltheiland. Wenn sein Geist wieder in die Menschheit einzieht, dann muß der Geist des modernen Heidentums weichen, der uns ins Verderben gestürzt hat. Christi Geist ist der Geist der Versöhnung, der Geist der Gottesliebe und der brüderlichen Nächstenliebe. Die Menschheit und vorab unser deutsches Volk kann nur dann genesen und glücklich werden, wenn es sich dem Geist des Christentums wieder zuwendet und in diesem Geist und mit diesem Geist den Geist des Materialismus überwindet. Diese Mahnung sollte das ceterum censeo aller sein, die unserem Volke in seiner tiefsten Erniedrigung raten und helfen wollen.

[1]) Die Handlung spielt in der Regierungszeit Ludwig des Frommen, etwa in den Jahren 822—23.

Vom Büchertisch.

Johannes Janssens Briefe. Herausgegeben von **Ludwig Freiherrn von Pastor.** Zwei Bände. Mit einem Bildnis J. Janssens. Freiburg, Herder. Preis geb. 36 M. — Nach tagelangem Studium lege ich das Werk mit tiefem Dank an den vor allen anderen berufenen Herausgeber aus der Hand: „Welch eine Fundgrube!" Leugnen will ich es nicht: Als ich zuerst das Inhaltsverzeichnis der beiden Bände überblickte und mir dann die hohe Zahl der Adressaten feststellte, überkam es mich wie leise Abwehr. Dann aber meldeten sich Gewissen und Anstand sehr vernehmlich. Doch glaubte ich meinem persönlichen Geschmack entgegenkommen zu dürfen. Und so schlug ich mir zunächst die Briefe an Janssens „Kollegen" auf, an die Universal-, Kultur-, Literarhistoriker, Politiker usw.: Arnold Ficker, Böhmer, Al. Baumgartner, Binder, Cardauns, Hertling, Laßberg, Onno Klopp, Friedr. Paulsen, L. Pastor, Aug. Reichensperger, Stumpf, de Waal, Windthorst. Darauf seine wunderbaren Familien- und Freundschaftsbriefe seit der Gymnasialzeit bis nahe zum Tode: die kindlich-liebevoll eingehenden an die Eltern, die beratenden, stützenden an die Verwandten, die vertrauten an das ihm vielteure Ehepaar Benjamin und Emilie Herder, die mit feinsinnigster Zartheit und Offenheit in das Wichtigste hell hineinleuchtenden an edle Frauen: Mutter und Tochter Fronmüller, die Damen Pastor, Frau Prof. Kleinschrod, Pflegetochter der ihm — ähnlich wie Frau Rat Schlosser — nahestehenden „ehrwürdigen Matrone" Frau Springsfeld, Frau von Laßberg, Frau von Obregon, vor allem die Konvertitin und Gattin des Bundesgesandten Frau Maria von Sydow, Empfängerin der hochinteressanten und hochwichtigen Tagebuchblätter aus Rom 1864. — Ja, und danach war mir eine jede Zeile der beiden Bände kostbar — ich „verschlang" das Ganze und weiß, daß ich noch sehr oft dazu zurückkehren werde. Wie aber war dieser Mann, dessen innere wie äußere Züge ich doch schon einigermaßen zu kennen glaubte, hier vor meinen Augen gewachsen: ganz ins Klare, Liebenswürdige, Gütige, Tiefe, kindlich und außerordentlich Fromme, Große hinein! Dieser Ehrliche, Ehrenhafte, Gründliche, genial Arbeitsgewaltige, Bescheidene, selbstlos ans Pflichtideal Hingegebene; dieser gütigst innige, durchaus überzeugte Ireniker; dieser nach eigenem und anderer Zeugnis „abgesagte Gegner aller persönlichen, insbesondere aller konfessionellen Polemik", dem es vor allem daran lag, „keine religiösen Feindschaften zu wecken, sondern treu zu pflegen mit der Kirche, was den einzelnen Parteien an Christen-

tum noch auf lebendiger Wurzel grünt"; der immer warnte, besser zu unterrichtenden Protestanten wehe zu tun; dem nur die Darstellung der Tatsachen „Tendenz war". Sein Bild ist längst auch „drüben" annähernd klargestellt worden. Aber wie verkannt, geradezu verbrecherisch geschmäht war er damals! Nur ganz wenige Andersgläubige vermochten sich durch den Wust der Lüge, der falschen Anklage zur Sachlichkeit durchzuringen (unter ihnen der bekannte Philosoph Friedr. Paulsen und einige andere höhere evangelische Geistliche). Er aber wurde der Märtyrer seines Apostolats, unter ständigem Aufringen gegen ungünstige Gesundheitsverhältnisse, gegen die einschneidend traurigen Eindrücke seiner Forschungen über eine tiefgesunkene Zeit, unter dem heldenhaften Ertragen des ihm angetanen schier unübersehbaren Unrechts. Auch sonst hatte er innerlich zu leiden und zu kämpfen: durch die politischen Vorgänge von 1866, durch die kirchlichen von 1870 und die kulturkämpferischen der folgenden Jahre. Das alles ergibt sich uns aus diesen inhaltsschweren Briefbänden, die uns auch das Werden, Wachsen und Vollenden des großartigen Geschichtswerkes hochinteressant beleuchten. Längst steht Janssens Werk und Bild wie ein Leuchtturm inmitten eines brandenden Meeres. Pastors neue Veröffentlichung trägt neues Licht hinzu, für das wir nicht dankbar genug sein können. E. M. Hamann.

Peter Bauer: Der heilige Bund, Gedichte, und **Die Gotteswiese,** Legenden aus der Natur. Essen, Büchersammlung Fredebeul & Koenen. Preis geb. je 3 M. — In diesen beiden Bändchen zeigt sich der Verfasser schon als in die Tiefe grabender wirklicher Dichter: in der lyrischen Sammlung als vielversprechender Begabter von lauterer Gesinnung und ebensolchen Mitteln, in den Legenden als ein bereits ausgereifter Könner von großer Zartheit und Innigkeit sowie von überraschender Kraft der Veranschaulichung. „Die Gotteswiese" ist ein blühendes Paradies, an dessen duftiger Schönheit sich Vieltausende erquicken und erheben können. So sorge man für die Verwirklichung. E. M. Hamann.

W. Rücker: St. Hedwig. Trilogie in 6 Aufzügen mit einem Vorspiel. Reichenbach i. Schl., Robert Walter. Preis 3 M. (Das Aufführungsrecht wird durch Ankauf von 30 Exemplaren erworben. Die Noten zu den Liedern vorrätig im Verlag.) Ort und Zeit: des Vorspiels: „Das Wort des Meisters", Burg Andechs um 1186; des ersten Teiles: „Die Weihe", Kloster Trebnitz und Burg zu Breslau Anfang des 13. Jahrhunderts; des zweiten Teiles: „Kampf und Sieg", Burg zu Breslau und Burg zu Plock 1228; des dritten Teiles: „Opfertod", Burg zu Liegnitz und Schlachtfeld von Wahlstatt 1241. — Die Gehaltenheit, mit der man an derartige Werke heranzutreten pflegt, dürfte sich hier bald in warme Anteilnahme wandeln. Denn hier spricht ein Dichter, wohl noch ein junger, aber bereits zielfester und seiner Mittel sicherer. Der Aufbau ist klar und gut, wenn er auch Straffungen erträgt, der Vortrag desgleichen, der Stoff tief erfaßt und überzeugend bewältigt, die Handlung bewegt und anschaulich, auch packend dargestellt. Es liegt kein Grund vor, das Stück, bei gesunden Verhältnissen, von größeren Bühnen auszuschließen. Zunächst werden sich seiner wohl die Vereinsbühnen bemächtigen müssen. Und zwar kommen da nur die gehobenen in Betracht, die für genügende Darstellerzahl und -art sowie für zureichende Ausstattung sorgen können. Wie bereits angedeutet: eine gelegentliche Kürzung, zumal des Vorspiels, könnte zum Vorteil dienen. E. M. Hamann.

Hochschulführer. Paulinusdruckerei G. m. b. H., Trier (Leuchtturm, illustrierte Halbmonatsschrift für Studierende, 13. Jahrg., 11. Heft des 1. Halbbandes). 1.50 M. Den angehenden Universitätsstudenten als Abschiedsgabe des Verbandes Katholischer Höherer Schüler dargereicht! Ein dankenswertes Unternehmen, doppelt wertvoll in unserer sturmbewegten Zeit, wo die Jugend mehr denn je der Führer bedarf. Erste Fachleute haben kurze orientierende Aufsätze geschrieben, Ueber Berufswahl, Studentenseelsorge, Standesvereine, Studentenverbindungen u. a. Die beigefügten Adressen erhöhen den praktischen Wert des hübsch ausgestatteten Bändchens, das in keines „Muli" Bücherei fehlen darf. Dr. Lossen.

Zehnminutenpredigten nebst einigen längeren Reden und kurzen Ansprachen. Von Dr. Franz Schellauf, inful. Propst, f.-b. Konsistorial- und Geistl. Rat. 2. verm. und verb. Auflage. 8° 456 S. Brosch. M 11.20. Graz, Moser, 1920. — Eine sehr reichhaltige Predigtsammlung! In der Hauptsache enthält das Werk eine Auslegung der sonn- und festtäglichen Evangelienabschnitte des ganzen Kirchenjahres, ebenso eine Erklärung der auf die Heiligenfeste treffenden Evangelienperikopen, dann eine Anzahl thematischer Predigten für Sonn- und Feiertage, verschiedene Gelegenheitspredigten und kurze Ansprachen. Die Anlage der meist knapp gehaltenen Predigten hat die auf kurze Frist bemessene Verkündigung des Wortes Gottes im Auge und bietet dazu eine gute Grundlage. Die Sprache ist klar und anschaulich; der Inhalt zielt vorab auf ein volles Verständnis der in den Evangelienabschnitten enthaltenen Gedanken ab. Die Neuauflage nimmt gebührend auf die dem Homileten jetzt besonders obliegenden Aufgaben Bedacht. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Hugo Wolfs „Corregidor" ist 1903 ein halbes Jahr nach dem frühen Tode des Tondichters in unserem Hoftheater gespielt worden. Es war sieben Jahre seit der erfolgreichen Uraufführung in Mannheim. Dort wie hier war es unser Hugo Röhr, der uns als musikalischer Führer in das Wunderland Wolfscher Kunst geleitete. Nur drei Bühnen, und durchaus nicht die größten, hatten sich in der Zwischenzeit der Oper angenommen und es mochte Röhr nicht leicht gefallen sein, die Aufführung durchzusetzen. Verkannt zwar hatte man den „Corregidor" weder in Mannheim, noch in Straßburg, Prag und Graz, aber man erkannte ihn nicht in seinem vollen Werte. Man hielt den Lyriker Wolf für nicht genug Dramatiker und mit dem Lyriker war man damals noch lange nicht so vertraut, wie heute, wo kein Liedersänger von Ruf auf Wolfsche Kunst verzichten kann und mag. Der Erfolg der Münchener Aufführung von 1903 war nicht groß genug, um das Werk dauernd auf der Bühne zu halten und wenn nun Bruno Walter mit der Wiederaufnahme des „Corregidor" Begeisterung weckte, so ist damit vielleicht nicht nur für München allein die Aussicht gegeben, den Spielplan der deutschen Opernbühne dauernd zu bereichern. Die Geschichte von dem scheinbar betrogenen Ehemann, die Rosa Mayreder-Obermayer einer anmutigen Novelle des Spaniers Alarcon entnommen und nicht ohne dramatisches Geschick szenisch zu gestalten wußte, entbehrt aller gröberen Mittel der Wirkung und begnügt sich mit Anmut, Geist und Humor. Lange hat Wolf nach einem Textbuche gesucht, denn seine Musik, die stets auf ein letztes Ausschöpfen des seelischen Gehaltes der Dichtung hinausging, konnte weniger als jeder andere sich mit einem Libretto begnügen, das ihm nicht völlig zusagte. In üppiger Fülle hat Wolf seine Melodien ausgegossen, so daß dieser Reichtum gelegentlich den Fluß der Handlung erschweren mag, aber dies ward uns heute weniger fühlbar als früher. Bei allem Reichtum des Symphonischen überwuchert es dennoch nie das Sangliche. Die Textdichterin hat einige Lieder aus Heyses und Geibels spanischem Liederbuch eingefügt, die dem Lyriker Wolf zu einigen schönen Eingebungen Anlaß bieten. Sie sind nicht ‚Einlagen', sondern durchaus mit dem Ganzen organisch verwoben. Das südliche Kolorit der Handlung hat den Anlaß zu leuchtenden Klangfarben geboten, die der Musik viel Reiz geben, ohne zu kaltem Prunk zu verführen. Die gewinnende Grazie, die ein Vorzug der spanischen Literatur ist, hat sich in Textbuch und Musik hinübergerettet und in Stellen, wie in dem innigen E-dur-Zwiegesang Frasquittas und ihres Gatten zeigt sich die deutsche Gemütstiefe des Komponisten. Bruno Walter hat durch geschickte Umgestaltung von Szenen den Handlungsverlauf straffer gestaltet, hierbei ist der musikalisch reizvolle, textlich entbehrliche Einzug des Bischofs fortgeblieben. Von der Besetzung von 1903 steht nur Brodersen an alter Stelle, der den eifersüchtigen Gatten mit Gemüt, Humor und Temperament spielte und sang. Delia Reinhardt gibt die Frasquitta mit gewinnender Liebenswürdigkeit und viel Klangreiz; auch im Tanze war sie sehr anmutig. Eine packende Gestaltung, vollendet in Gesang und Charakteristik, bot Erb in der Titelrolle. Gillmann, Birrenkoven, Jerger und Lohfing trafen unter Fuchs feinfühliger Regie den Stil des höheren musikalischen Lustspieles. Sehr schön sang Luise Willer die Corregidora. Das Orchester brachte unter Walters Führung alle graziösen Feinheiten, insbesondere auch in der Ouvertüre und den Zwischenspielen zur Geltung. Von den Bühnenbildern wollte uns die trauliche Stube und die Straßenszene bei aufsteigendem Tag am charakteristischsten erscheinen. — Wenige Tage vor dem „Corregidor" hat unsere Oper Julius Bittners „Musikanten" unter Kapellmeister Reichenberger mit Wolf und Brodersen in den Hauptrollen neu herausgebracht. Auch diese Wiederaufnahme verdient Lob. Bittner hat später Reiferes neu stilistisch Einheitlicheres geschaffen, aber an Humor und Gemüt echt volkstümlicher Prägung bietet das Werk doch Schönheiten, die zu unverlierbarem Besitze deutscher Kunst gehören.

Verschiedenes aus aller Welt. Calderons „Dame Kobold" hatte in Berlin Erfolg. Die reizvolle Inszenierung Reinhardts hielt sich

von parodistischen Nachhilfen nicht ganz frei. Wir haben das Lustspiel zuletzt in der Opernfassung Hugo Röhrs gesehen, der keine lange Dauer beschieden war. — Die Wiener Volksoper brachte die deutsche Uraufführung der „Lodoletta“ von Mascagni. Der Komponist der Cavalleria rusticana zeigt nach Berichten den Ehrgeiz, mit zarteren, feineren Mitteln Wirkung zu erzielen. Hübsche lyrische Einzelheiten konnten den Eindruck einer mehr konstruierten als empfundenen Musik nicht verscheuchen. — Karl Hauptmanns Spiel: „Gaukler Tod und Juwelier“ gefiel in Düsseldorf; ein loses, wirres Spiel zeigt, wie ein Phantastemensch an der Wirklichkeit zerbricht. — Sehr gerühmt wird eine Komödie „Frau Rat“ von P. Wertheimer, die in Wien mit Hansi Niese in der Titelrolle gespielt wird. Die durch ihre Briefe und die Schilderung der Zeitgenossen uns so vertraute Charakterfigur von Goethes Mutter soll in diesem Genrebild starkes Bühnenleben erhalten haben. — In Regensburg wird ein Schauspiel „Die andere Nacht“ von Borngräber gespielt, dessen Inhalt von den zahlreichen Unterzeichnern einer Protestkundgebung als das sittliche Gefühl verletzend bezeichnet wird. — Gg. Kaisers Drama: „Von Morgens bis Mitternachts“ hat trotz einer liebevollen Einführung durch die Literarische Gesellschaft dem Londoner Publikum nicht gefallen. Politische Gründe scheinen bei dieser reservierten Aufnahme des deutschen Expressionisten nicht mitgesprochen zu haben. Auch die englische Nobilitierung des Kölner Operndirektors scheint zu zeigen, daß man in England in Kunstdingen nicht in chauvinistischer Engherzigkeit verharren will. — Eine Märchenoper Pucks, Liebeslied von Lily Reiff, Text von Rud. Lothar, wurde in Coburg freundlich aufgenommen. Das Stück hat einige liebenswürdige Melodien.

Aus den Konzertsälen. Der unlängst als Dirigent des Konzertvereinsorchesters hervorgetretene Stefan Straßer verdient Beachtung, in Werken von Händel, Gluck und Mozart zeigte er viel rhythmische Feinheit und sicheres Stilgefühl. Die Ouvertüre zu Figaros Hochzeit besonders erfreute durch die leichtflüssige Eleganz der Wiedergabe. Als Solist zeigte Helge Lindberg die bekannten Vorzüge seiner sanglichen Kultur. — Ueber einen klangschönen Bariton verfügt Hans Weber, der gesangstechnisch noch der Verfeinerung bedarf. Auch im Vortrag mußte bei manchem Liede noch die Unmittelbarkeit des Empfindens vermißt werden. — Ellen Andersson bot uns einige Klavierstücke dänischer Musiker, die ohne gerade bedeutend zu sein, einen liebenswürdig gewinnenden Eindruck hinterließen und von ihrem pianistischen Können einen schönen Beweis boten. Ihre Auffassung Schumanns dagegen berührte oft fremder. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Riesenmilliarden an Banknotenumlauf — Reichsschulden — Etatdifferenz — Zur Blockadeandrohung — Zur Wirtschaftslage — Preisgestaltung der Produktenmärkte.

Wie es in der Tat mit dem wahren Stand der deutschen Wirtschaftslage ist, bekundet uns zwar ziffernmässig die neuerliche starke Belastung der Reichsbank. Wenn auch anlässlich des Quartalsabschlusses die Reichsbank aus innerpolitischen Gründen und Motiven der Nervosität, mehr als sonst üblich, belastet werden musste, so konnte im Gegensatz zu den früheren Jahren diese übergrosse Mehrbeanspruchung bis jetzt im Aprilmonat nicht wettgemacht werden. Der Umlauf an Banknoten, Darlehenskassenscheinen geht ins Enorme und bringt Woche für Woche neue Rekordziffern. Auch die Erklärungen des Reichsfinanzministers Dr. Wirth, wonach sich die ursprüngliche Hoffnung, dass sich das Defizit der Reichseisenbahn auf sieben Milliarden beschränken wird, nicht aufrechterhalten kann, verstimmten. Einschliesslich der zwei Milliarden neugeforderten Löhne und einer Milliarde für Beamtenaufbesserung sei hierbei mit zwölf Milliarden Mark Defizit zu rechnen. Ausserdem wurde bekannt gegeben, dass die Schuldenlast des Reiches gegenwärtig 197 Milliarden Mark beträgt, ferner dass der Reichsetat für die Abrechnungszeit April 1919 bis April 1920 mit einem Fehlbetrag von über sechs Milliarden Mark abschliesst. Solche Ziffern — und es handelt sich hierbei immer um gehäufte Milliarden — also immer um Tausende von Millionen Markbeträge — verstimmen und müssen verstimmen, nicht nur im Inlande, sondern diese Tatsache löst auch bei den Neutralen und bei der Entente Nervosität und neue Unsicherheit in der Bewertung der deutschen Wirtschaftszukunft aus. Dies alles und im Zusammenhang mit der internationalen Geldbewertung machte es nicht schwierig, wenn die Kurse für Reichsmark im Auslande ihre erfreuliche Besserung, mehr als voll, wieder abgeben und wiederum auf bedeutend tiefere Kurse zurückgehen mussten.

Solche Markbewertung wurde ausserdem ungünstig beeinflusst durch die französischem Rachebedürfnis fortgesetzt entspringenden Motiven der Entente, Deutschland nie zur Ruhe kommen zu lassen. Ob an einer **neuen Blockadedrohung**, mit dem Zwecke, Deutschland zur restlosen Ausführung des Friedensvertrages zu zwingen und als Druckmittel die Verweigerung von Lebensmittelzufuhren nach Deutschland vorzuschlagen viel oder wenig Wahres ist, bleibt abzuwarten. Schon ein diesbezügliches Gerücht vermag uns jedoch im Innersten

zu treffen! Im Gegensatz hierzu stehen allerdings die freundlichen Erklärungen der italienischen Politiker und Wirtschaftler, Deutschland nunmehr tatkräftig zu unterstützen und an unserem Wirtschaftsaufbau mitzuhelfen, ferner die Absicht zu der demnächst zu versendenden Einladung zu einer internationalen Konferenz über die Weltfinanzlage tunlichst auch Deutschland und Oesterreich mit herbeizuziehen und nicht zuletzt eine allerdings noch unbestätigte Meldung, dass, wenn auch auf Kosten einer weiteren militärischen Entwaffnung Deutschlands der französische Ministerpräsident Millerand erklärt haben soll, „es liege im Interesse aller Alliierten, dass sie sich zusammentun, um Deutschland den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu ermöglichen". Eine richtige Beurteilung unserer Wirtschaftslage gab Dr. Heim bei dem Regensburger Parteitag der oberpfälzischen bayerischen Volkspartei, namentlich im Punkte der hohen und überwiegend noch höher werdenden Preisgestaltung. „Nur drei Dinge könnten Besserung bringen: Erhöhung der Arbeitszeit, Akkordlohn statt Zeitlohn und Streikverbot ..... Nur ein ehrlicher Versöhnungsfrieden könne Europas Wirtschaft wieder heben ....." In der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie vernahm man ebenfalls diesbezügliche mahnende Worte, dass nur innere Ruhe und Vermeidung jeder Gewaltsamkeit von rechts und links zur Gesundung führen und nur das enge und vertrauensvolle Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern uns vorwärts bringen könne. Ueber den Wiederaufbau des deutschen Auslandskredites, über die Regelung der Ein- und Ausfuhr wurden hochwichtige Vorträge gehalten. Der Plan einer allgemeinen Kreditgenossenschaft wurde zum ersteren Thema als grundlegender Vorschlag gebracht. Dass eine Besserung nur von innen heraus erfolgen, durch ein solches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, dadurch eine erhöhte Mehrproduktion und gesteigerte Mehrausfuhr erzielt werden könne, wurde als allein richtig anerkannt.

Unsere Effektenbörsen standen unter dem Eindruck solcher Wahrnehmungen. Mehr jedoch wirkte noch die Meldung einer bevorstehenden Bekanntgabe, wonach in Ausführung des Friedensvertrages die Anmeldung und Beschlagnahme bestimmter Auslandswertpapiere zu einem den Kurs derselben vom 10. Januar 1920, dem Tage der Ratifizierung des Friedensvertrages nicht zu übersteigenden Werte bemessen werden sollte. Ein eintägiger Börsenstreik, beispiellose Tumultszenen, panikartige Kursbewegungen hin und her waren Zeichen einer allen deutschen Wirtschaftskreisen innewohnenden Nervosität. Inzwischen ist etwas Ruhe eingetreten, trotzdem die deutschen Devisennotizen sich für uns weiterhin ungünstig verschoben haben. Immerhin erfolgt an den Waren- und Produktenmärkten überwiegend eine absteigende Preispolitik, trotz solcher Unklarheit über die Weiterentwicklung des Markkurses. Dem gegenüber steht allerdings die neue Erhöhung der Mehl- und Kartoffelpreise im Reiche und Preisverteuerungen für Eisen- und Dachziegelprodukte, wie auch sonstiger Erzeugnisse. Man sieht die Unsicherheit bleibt überall gross und unberechenbar.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bad Nauheim. Von den Taunusbädern ist nur Bad Nauheim von einer Besetzung durch französische Truppen verschont geblieben und wird dies auch auf die Dauer sein, da es außerhalb der neutralen Zone liegt.

Der Zeitpunkt der kommenden technischen Messe in Leipzig. Die Technische Messe in Leipzig im kommenden Herbst wird vor die zum üblichen Zeitpunkt stattfindende Allgemeine Mustermesse verlegt werden und demnach auf die Woche vom 15. bis 21. August fallen. Die Vorverlegung erfolgt, um die Aussteller der Technischen Messe im Frühjahr einigermaßen für die Störung zu entschädigen, die sie durch die Wirren in Leipzig erfahren haben. Die zum Teil schweren Musterstücke wie Maschinen u. dergl., die sich noch vom Frühjahr einigermaßen Meßräumen befinden, können dann bis zur nächsten Technischen Messe dort belassen werden, so daß den Ausstellern Kosten für deren Beförderung erspart werden. Daß die Technische Messe im Herbst vor die Allgemeine Messe verlegt wird, dürfte auch den Besuch durch Einkäufer günstig beeinflussen.

Preiswerte Lebensmittel!

Kaffee roh . . . . . Pfund Mk. 27.50, 32.—, 35.—, 37.—
gebrannt . . „ „ 28 50, 39.—
Kaffee Hag, koffeïnfrei gebr., Paket . . . . 200 gr. Mk. 15.—
Pohl's Wiener Kaffee-Essenz
Flasche für etwa 90 Tassen . . . . Mk. 6.30
Pohl's Wiener Kaffee-Essenz
Condit, extrastark . . . . Fläschchen Mk. 2.90

Tee indische und Ceylon-Tees, offen, Pfd. . . . . . Mk. 29.—
in eigenen Packungen . . . . Mk. 31.—
Tee, verschiedene Marken, wie Marco Polo, Lamboy, Messmer, Schmidt, Grosch, Fee-Tee usw. usw.

Kakao offen . . . . Pfund Mk. 24.—
in Pckg. von Kohler, Bensdorp, Reichardt usw.
Hafer-Kakao Cenovis, ... Dose 250 gr Mk. 5.80
Nährkakao Sarotti 125 gr M. 4.45, 200 gr M. 7.30, 250 gr M. 8.70

Schokolade deutsche Marken von Hildebrand, Lobeck, Stollwerck, Sarotti, Alpursa, Bensdorp, Mauxion usw.
Schweizer Haushalt-Schokolade
Fabrikat Klaus . . . . Pfund Mk. 25.—
Condensierte Milch in Dosen.

Hülsenfrüchte und Mehle.

Gelbe Erbsen, ganze . . . . Pfund Mk 5.80
Gelbe Erbsen, halbe . . . . Pfund Mk. 6.00
Perlbohnen, weisse . . . . Pfund Mk. 4.60 u. 6.20
Linsen, indische, geschält . . . . Pfund Mk. 6.60
Vollreis, Ia weiss . . . . Pfund Mk. 9.80 u. 11.20
Tapioka-Flocken . . . . Pfund Mk. 5 20 u. 8.40
Tapioka-Perl . . . . Pfund Mk. 8 40
Tapioka-Farine, franz., . . . Paket mit 250 gr. Mk. 4.50
Reismehl . . . . Pfund Mk. 6.—
Maronenflocken . . . . Pfund Mk. 9.—
Maronengries . . . . Pfund Mk. 7.80
Maronenmehl . . . . Pfund Mk. 6.50

Kindermehl
Schweizer Kindermehl „Lacto Bebe" der Kindermehlfabrik Lacto Bebe A.-G., Murten, Schweiz. Lt. ärztlicher Analyse besonders empfohlen Dose Mk. 8.80.

Knorr's kochfertige Suppe mit Würze u. Fett
in Paketen von 10 Pfund . . . . Pfund Mk. 3.10
Suppenwürfel von Knorr, Hohenlohe usw. zu . . . 13 Pfg.
Back- und Pudding-Pulver
verschiedener Fabrikate . . . . 32 45 und 70 Pfg.
Suppen-Würzen und Suppen-Extrakte
von Cenovis. Maggi, Knorr, Rotti usw.
Fleischextrakte
Bovril. Marke Prairie, Plantox, Viandel usw.
Steinpilze, getr. . . . . Pfund Mk. 16.—
Schwarzwaldpilze, getr. . . . . Pfund Mk. 6.50
Edelpilz-Sauce . . . . Fläschchen Mk. 0.95 und 2.32

Gemüse-Konserven.

Tomaten-Purée in Weissblechdosen . . . . Dose Mk. 6.90
Gemüse-Erbsen in comb. Dosen . . . . Mk. 2 90
Weisskohl in Weissblechdosen . . . . Mk. 2 85
Rotkohl in Weissblechdosen . . . . Mk. 2.85
Essig-Gurken, offen . . . . Pfund Mk. 5.—
1-Liter-Dose Mk. 12.50, 4-Liter-Dose Mk. 27.50.
Salz-Gurken, offen . . . . Pfund Mk. 3.—
1-Liter-Dose Mk. 10.20, 4-Liter-Dose Mk. 14 30.
Picallilly . . . . 1 Liter-Dose Mk. 12.—
Mixedpickles 1-Liter-Dose Mk. 11.40, 4-Liter-Dose Mk. 18.75

Frucht-Konserven.

Birnen, ½ Frucht, weiss, Weissblechdosen, 1/1 Dose Mk. 4.05
Aepfel, geschnitten . . . . 1/1 Dose Mk. 4.20
Pflaumen . . . . 1/1 Dose Mk. 4.40
Apfelmus . . . . 1/1 Dose Mk. 4.50, 5.15, 5.70, 5.90
Apfelmus, offen, gezuckert . . . . Pfund Mk. 2.—
Apfelgelée . . . . 1/1 Dose Mk. 3 30, ½ Dose Mk. 1.80
Aprikosenpulp . . . . 10 Pfund-Dose Mk. 80.—
Heidelbeer-Marmelade, offen . . . . . . Pfund Mk. 6.20
Preisselbeeren, offen . . . . Pfund Mk. 4 20

Getrockn. Obst- u. Südfrüchte.

Apfelschnitten Pfd. 5.50 **Apfelringe** . . . Pfd. 6.90
Sauerkirschen Pfd. 9.— **Sultaninen** . . . Pfd. 23.—
bess. Pflaumen Pfd. 7.30 **Weinbeeren** . . . Pfd. 13.80
Süsse Mandeln Pfd. 29.— **Erdnusskerne** Pfd. 21.—
Haselnusskerne Pfund Mk. 28.50

Gewürze.
Pfeffer, Zimmet, Nelken, Piement, Anis, Kümmel, Fenchel, Paprika, Bourbon-Vanille usw.

Frische
See- u. Süsswasserfische
Schellfische, Cabljau, Rotzungen, Schollen usw., Forellen, Hechte, Brachsen, Aitel, je nach Fang und Zufuhr.

Geräucherte Fische.
Geräucherte Lachs, Kieler Sprotten und Bücklinge, Schellfisch, Seelachs u s. f.
Holländer Vollheringe, schottische Heringe, Sardellen.

Fisch-Konserven.

Tunfisch in Oel, **Tunfisch** in Tomaten
Ostsee-Delikatess-Heringe Ostsee Bismarckheringe
Heringsfilets in verschiedenen Saucen wie Bouillon, Senf, Wein usw. . . . . Dose Mk. 7.25 u. 13 80
Makrelenfilets mariniert . . . . Mk 5.20
Smoked Haddock . . . . Mk. 10.30
Sardinen in Tomaten . . . . Mk. 11.—
sowie sonstige Fischmarinaden und Konserven
Fischklöse . . . . 1/1 Dose Mk. 7.70
Sardellen-Paste . . . . in Tuben Mk. 1.85 und 4.—
in Dosen . . . . Mk. 3.25
Herings-Paste in Tuben . . . . Mk. 2.65

Fleisch-Konserven.

Schweizer Fleischpasteten Dose etwa 300 gr Mk. 9 80
Schweizer Leberpains . . . . Dose etwa 250 gr Mk. 8.—
Schweizer Rehpains . . . . . Dose etwa 200 gr Mk. 7.50
Schweizer Pains von Hasen, Fasan, Sardellen, Perlhuhn usw. . . . . Mk. 4.50
Pastete von Gans . . . . Dose etwa 150 gr Mk. 9.50
Pastete von Gans . . . . Dose etwa 100 gr Mk. 7.50
Gänsetrüffelwurst . . . . Dose etwa 100 gr Mk. 6.—
Strassburger getr. Leberpaste
Dose etwa 100 gr Bo. . . . . Mk. 4.60
Strassburger getr. Leberpaste
Dose 500 gr Mk. 17.20, Dose 1950 gr Mk. 39.—
Engl. Heeres-Conserven (Ochsenfleisch auf Pickelsteiner Art) . . . . Dose etwa 1,6 Pfd. Mk. 10.25
Bohnen in Speck (Pork and Beans)
Dose 250 gr 2 30, 450 gr 4.70, 550 gr Mk. 8.—

Biscuits und Keks
von Bahlsen und Feurich in hübschen Packungen verschiedener Preislagen

Ferra Schnitten . . . . Paket Mk. 4.50
Honigkuchen . . . . Stück Mk. 3.50, 3.90 und 5.80

Frisches Gemüse und Obst.

Fst. Citronen-Most . . . . ¾ l Fl. Mk. 8.20
Citronenpurol . . . . Liter-Flasche Mk. 5.20
Himbeerpurol . . . . Liter Flasche Mk. 5.—
Echten Himbeersaft, ausländ. Ware
Apfelwein echt Obernburger . . . . ¾ l Fl. Mk 5 25
Steuer Mk. 1.05, Gesamtpreis Mk 6.30
(Für leere Flaschen Mk. 1.— zurück)

Weine, Liköre, Schnäpse, Punschessenzen in grosser Auswahl

Cigarren und Tabaks.
Tabak-Pfeifen

(Sämtliche angeführten Preise sind freibleibend und gelten nur solange Vorrat.)
Am Platze Lieferung frei Haus. Zuverlässiger Versandt nach auswärts.

Telefon Nr. 22631 **ALOIS DALLMAYR,** Lebensmittel-Grosshandlg. Telegr.-Adr. Lukullus
Dienerstrasse 14/15 **MÜNCHEN** Dienerstrasse 14/15

An das bayerische Volk!

Die Auflösung der Einwohnerwehren muß auf Forderung der Entente nach den Bestimmungen des Friedensvertrages **erfolgen**; sie entspringt **keineswegs** einer **eigenen Entscheidung der Reichsregierung.**

Ein **Grund zu Unwillen und zur Beunruhigung der Bevölkerung Bayerns liegt umsoweniger vor, als die Vorbereitungen für die Schaffung eines Ersatzes der Einwohnerwehren im Gange sind.**

Der **neue Ortsschutz** wird namentlich in den größeren Städten Bayerns in engster Verbindung mit der staatlichen Sicherheitswehr stehen. Wichtiger aber und bedeutungsvoller sind die gegenwärtig von den Franzosen mit maßloser Rücksichtslosigkeit betriebenen feindlichen Bestrebungen gegen den deutschen Süden!

Bayerische Mitbürger aller Stände!

An das Verantwortungsgefühl Aller müssen in dieser neuen Schicksalsstunde des gesamten deutschen Volkes die größten Anforderungen gestellt werden!

Jede **ungezügelte Hetze** bringt uns **neues Elend, neues Verderben;** sie treibt uns totsicher zum blutigsten

Bürgerkrieg!

Die verbrecherischen Gewalten von rechts und links werden bei dieser Gelegenheit erneut zusammenprallen.

Das darf nicht geschehen!

Denn das bedeutet letzten Endes die entgültige **Zerreißung der deutschen Stämme** und die **Erschütterung der Reichseinheit** und damit den Untergang des gesamten deutschen Volkes.

Die innere verderbliche Bekämpfung der deutschen Stämme unter sich, die Lostrennung einzelner deutscher Landesteile vom Reiche bedeutet einen **neuen Sieg der französischen Imperialisten und Militärkapitalisten.**

Bayerische Mitbürger!

Keiner von Euch darf zu solch frevlem Spiel seine Hand reichen! Um seines Fortbestandes willen muß Bayern den Bayern aber auch dem Reiche erhalten bleiben.

Die Folgen des verbrecherischen Kapp-Lüttwitz-Putsches sind heute noch nicht überwunden und die deutsche Volkswirtschaft insbesondere hat durch diesen elenden Staatsstreich schwer gelitten. Jede aufbauende Arbeit wurde durch den Wahnwitz dieser Umstürzler jäh unterbrochen, das wiedererstarkende Vertrauen zu Deutschlands Wirtschaftskraft im Auslande schwer erschüttert.

Wer nun erneut verantwortungslos zu gewaltsamer Umwälzungen treibt, handelt frevelhaft und gewissenlos am gesamten Volkskörper. Bayerns Wirtschaftsentwicklung steht und fällt mit der Zugehörigkeit **Bayerns zum Deutschen Reich! Ein Bayern von Frankreichs Gnaden** ist dauernd zur **Bedeutungslosigkeit** eines Sklavenvolkes verdammt.

Das Gebot der Stunde heißt:

Zuversicht und Vertrauen zur Reichsregierung fassen! Sie steht in dieser schweren Krisis, ihrer schweren Verantwortlichkeit voll bewußt, auf ihren Posten!

Nur ein einiges geschlossenes Deutschland verbürgt unseren Wiederaufstieg!

Jede neue Erschütterung muß indessen das sichere Ende des Reiches bringen! Nur innere Geschlossenheit, Ruhe und Besonnenheit wird uns auch über diese neuen Schwierigkeiten hinweghelfen!

Bayerische Mitbürger!
Die Zeiten sind ernst! Laßt Euch darum nicht verhetzen!

Reichszentrale für Heimatdienst.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 9.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 375 Pfg. Beilagen M 15.— das Tausend und Postgebühren. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 18. München, 1. Mai 1920. XVII. Jahrgang.

Amerika und Wir!

(Eine weltpolitische Perspektive.)

Von Georg Knorr, rechtsk. Bürgermeister a. D., München.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Amerika schon während der Versuche, zu einem Verständigungsfrieden mit Deutschland und seinen Verbündeten zu gelangen, Grundsätze in den 14 Punkten Wilsons entwickelt hat, die bei restloser, praktischer Durchführung unsere Existenz gesichert hätten. Ebenso gehört es zu den weltgeschichtlichen Tatsachen, daß Wilson während der Beratungen über den Frieden von Versailles für Amerikas Ideen und weltpolitischen Ziele mannhaft gekämpft hat und nur nach ernsten Auseinandersetzungen mit den Alliierten dem Vernichtungswillen Englands und dem unersättlichen Rache- und Gloiredurst Frankreichs erlegen ist. In Versailles hat Clemenceau in blindwütigem Revanchegefühl unter der Mithilfe von Lloyd George über Wilson gesiegt und damit an die Stelle der ruhig und klug berechnenden, weitschauenden Politik Amerikas die Politik des Augenblickserfolges und des Hasses gesetzt.

Wer Haß sät, kann leicht Rache ernten. Clemenceaus und Lloyd Georges Sieg in Versailles war aber nicht bloß der Ausfluß einer selbsttäuschenden Gefühlspolitik, sondern gleichzeitig ein Wortbruch. Denn das deutsche Volk hat den Waffenstillstand mit seinen Feinden im November 1918 als unbesiegtes Volk in Waffen angeboten und zugebilligt erhalten auf der Grundlage der Wilsonschen Punkte. Diese hat der Friede von Versailles so sehr ins Gegenteil verwandelt, daß es der Urheber dieser Ideen, der Vorkämpfer des Völkerbundes und des Völkerfriedens, nicht mit seiner Ehre vereinbar hielt, das Versailler Friedensinstrument zu unterzeichnen oder unter seiner Verantwortung unterzeichnen zu lassen. Bis heute hat Amerika den Versailler Frieden nicht ratifiziert und wird, wenn es noch einen Funken von amerikanischem Selbstgefühl und Machtbewußtsein, Ritterlichkeit und Gerechtigkeitsgefühl in sich fühlt, nie die Hand zu einer solch wortbrüchigen Unterschrift geben können.

Bekanntlich ist Wilson nach den Versailler Verhandlungen schwer erkrankt. Kann sein! Es sind mir aber keine beachtlichen ärztlichen Bulletins bekannt, die fortlaufend über das Krankheitsbild, sei es in der Verschlimmerung, sei es in der Besserung Auskunft gegeben hätten. Auch entfaltet Wilson jetzt seit längerem schon eine sehr beachtliche politische Tätigkeit, die in einer außergewöhnlich kühlen Zurückhaltung und Schweigsamkeit der amerikanischen Vertreter gegen die alliierten Großmachtrepräsentanten einen merkwürdigen Ausdruck findet. Sollte Wilson an der Diplomatenkrankheit gelitten haben? Nicht übersehen darf man, daß die Gewährung eines großen amerikanischen Kredits an Deutschland und dessen Großhandel zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen gleichzeitig zusammentrifft mit einer für Uneingeweihte überraschenden Hebung der deutschen Valuta, deren letzte Gründe nur durch eine amerikanische Aktion erklärt werden können. Denn der Dollar, die beste und erstklassige Valuta der Welt, ist von 103 M auf fast 50—60 M gefallen, d. h. in einem Prozentverhältnis, das bei keiner anderen Auslandsvaluta innerhalb Deutschlands zutrifft.

Ganz abgesehen davon, hat die Haltung Amerikas gegenüber dem Deutschen Reich in der Zeit des Kapp-Putsches, in der Frage des Einmarsches der Reichswehr ins Ruhrgebiet und in der Frage der Besetzung des Maingaues durch die Franzosen eine so kühle, sachliche und korrekte Zurückhaltung gezeigt, daß sie Sympathien in Deutschland auslösen mußte. Diese aufdämmernde Freundschaft für Amerika erhält einen guten Nährboden in den völkischen, kaufmännischen und geistigen Beziehungen und Anknüpfungspunkten, die zwischen Amerikanern, insbesondere Deutsch-Amerikanern und Deutschen seit vielen Jahrzehnten bestehen. Der amerikanische Kaufmann hat sich am raschesten und günstigsten bei der deutschen Exportindustrie wieder eingeführt. Doch darüber und über die weltwirtschaftliche Perspektive unseres künftigen Verhältnisses zu Amerika werde ich in einem Artikel der nächsten Nummer beachtenswerte Einzelheiten geben.

Auch die Verhandlungen in San Remo zeigen eine für Deutschland günstig zu bewertende Zurückhaltung Amerikas, so oft immer wieder Frankreich mit der Wut eines Tobsüchtigen unsere Vernichtung fordert und die schärfsten Mittel zur Erzwingung unmöglicher Friedensbedingungen verlangt. Diesen Anhaltspunkten für Amerikas günstige Gesinnung gegenüber Deutschland ließe sich noch manche Beobachtung politischer, wirtschaftlicher und privater Vorgänge anfügen, die zu den gleichen Schlüssen berechtigen.

Trotz alledem wollen wir uns keiner Täuschung hingeben. Die Politik, läßt sich nie von Gefühlen leiten, und am allerwenigsten die hohe Politik, sondern nur von realen Berechnungen, die in letzter Linie auf den Völkeregoismus zurückgehen. So ist es auch bei Amerikas Politik: Amerika braucht uns Deutsche heute und noch mehr in Zukunft. Denn der furchtbare Völkerkrieg hat nicht das heißersehnte Glück des Völkerfriedens und des Völkerbundes gebracht, sondern für neue drohende Weltkonflikte von gigantischer Ausdehnung die Saat gelegt.

Die Welt ist heute in drei große Völkerlager gespalten. Am ungefährlichsten ist die Gruppe der Besiegten: Deutschland mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei und Rußland. In dieser Gruppe müssen wir zwischen den aufbauenden Völkern und dem vom Gift des Bolschewismus verseuchten Rußland unterscheiden, dessen destruierende Fernwirkung Asien und Indien überflutet, bis China vordringt und nicht bloß in Ungarn, Oesterreich und Deutschland zu raub- und mordlustigen Klassendiktaturen den Zünder geliefert hat, sondern auch in Frankreich, England und Amerika offen und geheim an der Wühlarbeit ist.

Die zweite Gruppe bilden die Alliierten, die Sieger im Westen: Frankreich, England und Amerika. Ob man Italien für die Zukunft zu den Siegern oder Besiegten zählen soll, ist nicht so leicht zu entscheiden. Diese Mächte haben im wesentlichen die „Opfer des Sieges" getragen, darunter verhältnismäßig am wenigsten Amerika. Diese Staaten sind mit dem Schlagwort der Bekämpfung des Militarismus in den Kampf getreten und sind heute militaristischer als je, allen voran Frankreich. Denn diese Mächte haben, abgesehen von der begründeten gegenseitigen Wachsamkeit und Interessenkollision zwei gewaltige Feinde bekommen, den Bolschewismus und die ganze dritte Gruppe der Weltmächte.

Diese dritte Gruppe wird verkörpert durch Japan und nennt sich gelbe Rasse.

Während die Kulturvölker des Westens sich zerfleischten, hat sich der gelehrigste Vertreter der gelben Rasse ausgedehnt und bis an die Zähne bewaffnet, um in Ostasien und Westamerika zum großen Schlage auszuholen, der in erster Linie Amerika und die ihm heilige und unantastbare Monroedoktrin bedroht, aber gleichzeitig in Ostasien Englands und Frankreichs kolonialen Besitz in schwerste Gefahr bringt. Amerikas Waffen in Asien und im Stillen Ozean sind durch Japans Expansionspolitik und seine Erstarkung, wirtschaftlich und militärisch, stets und sehr

empfindlich bedroht. England im Atlantischen Ozean mit der meerbeherrschenden Flotte und dem Welthandel, das Europa beherrscht, Japan im Stillen Ozean, das Asien abschließt, und dazwischen liegt die gewaltig aufstrebende dritte Welt- und Großmacht der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Erkenntnis dieser fundamentstürzenden Bedrohungen hat zuerst bei Amerika und bereits auch bei England einer Vernunftpolitik gegenüber Deutschland die Wege geebnet, im Gegensatz zur fortdauernden französischen Revanche- und Gloirepolitik, die ebenso von Haß, Vernichtungswillen und Prestigerücksichten, wie von offensichtlicher Angst vor dem wiederauflebenden Deutschland getrieben wird.

Amerika und auch England haben richtig erkannt, daß sie in Deutschland den besten und einzigen Schutzdamm gegen den russischen Bolschewismus finden und gleichzeitig einen ehrlichen Freund, Käufer und Lieferanten haben werden, wenn die unvermeidliche Abrechnung mit dem expansionistischen Japan erfolgen wird. Amerika hat noch ganz besondere Gründe, warum es Deutschland so rasch als möglich wieder emporhelfen will, sie dürften aber für die nächste Zukunftspolitik sich nicht praktisch auswirken.

Diese kleine Perspektive zeigt, wie weitschauend Wilson bei Aufstellung seiner Punkte war. Er hat nicht die Vernichtung von Kulturvölkern, sondern deren Freiheit und Selbstbestimmungsrecht und den Völkerfrieden gepredigt. Denn darin ist ihm beizupflichten: Kulturvölker haben etwas Besseres zu tun, als andere Kulturvölker zu vernichten oder an den Rand des Abgrundes zu bringen; Kulturvölker haben ihre Güter und Menschheitswerte auszutauschen und die abendländische Freiheit und Humanität vor dem verrohenden und zersetzenden Bolschewismus und vor der heidnischen Weltherrschaft der gelben Rasse gemeinsam zu schützen. Einem abgeklärten und staatsphilosophisch geschulten Politiker und Staatsmann wie dem Grafen Hertling konnte die ungeheuere Bedeutung und Tragweite der Wilsonschen Ideen nicht entgehen. Er hat die Punkte Wilsons auch zuerst erfaßt und anerkannt und erklärt, er wolle auf der Basis dieser Ideen zu einem Verständigungsfrieden gelangen. Man hat Wilson in Deutschland oft schweres Unrecht angetan und ihn als falsch hingestellt. Die letzte Vergangenheit hat vielfach schon ein günstigeres Urteil aufkommen lassen, und die Zukunft muß lehren, ob es Amerika und Wilson wirklich voller Ernst mit den aufgestellten 14 Punkten und dem Völkerbund war. Wir Deutsche aber wollen an die Spitze unserer realen Politik den Satz stellen: Wir können und wollen warten.

Die Reichseisenbahnen und Reichsposten.

Von Staatsminister a. D. von Seidlein.

Die in der Reichsverfassung bis 1. April 1921 vorgesehene und nunmehr um ein Jahr früher durchgeführte Uebernahme der deutschen Staatseisenbahnen und der bayerischen und württembergischen Posten und Telegraphen auf das Reich hat zu Ergebnissen geführt, die nur den diesen Fragen Fernstehenden überraschen konnten.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth berechnete in der Sitzung des Hauptausschusses der Nationalversammlung vom 20. April den Fehlbetrag für die Reichsposten und -Eisenbahnen auf 12,9 Milliarden Mark; dabei sind weiter zu erwartende Lohn- und Gehaltsaufbesserungen noch nicht in Anrechnung gebracht.

Es war während des Krieges von 1870/71 eine außerordentliche Erleichterung für Deutschland, daß die Aufwendungen für militärische Transporte zunächst von den einzelnen Bahnverwaltungen zu tragen waren und in der schwierigsten Zeit der ohnedies gewaltig gesteigerten Ausgaben der Kriegführung nicht zur Last fielen. Auch im letzten Krieg war es für das Reich besonders günstig, die großen Aufwendungen der Bahnen, soweit sie überhaupt vergütet wurden, zunächst gestundet zu erhalten und nur auf Grund sehr verzögerter Abrechnung bezahlen zu müssen. Die jetzige Finanznot des Reichs ist noch viel schlimmer als die in jenen Jahren und trotzdem wurde auf die beschleunigte Verreichlichung der Verkehrsanstalten gedrungen.

Die Notwendigkeit einer raschen Uebernahme auf das Reich lag — eine entsprechend sparsame Geschäftsführung vorausgesetzt — nicht unbedingt bei den deutschen Staatseisenbahnen und -Posten. Bei der großen Steigerung aller Preise und nach dem Vorgang der Gehalts- und Lohnerhöhungen im Reich arbeiten sämtliche Bahnen mit sehr beträchtlichen Fehlbeträgen. Die preußischen Staatseisenbahnen gaben ihr Defizit für 1920 mit 5646 Millionen an. Anderseits waren aber auch mit dem Sinken der Valuta die in den deutschen Posten und Bahnen angelegten Werte in hohem Maße gestiegen. Objektiv schwierig war die Finanzlage vielleicht nur für die württembergische Staatsbahn, die bereits vor dem Krieg nur mit etwa 2¾ Prozent rentierte und dazu im letzten Jahrzehnt mit großen Stationsumbauten und namentlich mit dem Neubau des Stuttgarter Bahnhofes sich finanziell übernommen hatte. Die Kosten dieses Bahnhofes, die ursprünglich mit 80, dann mit 100 Millionen anzunehmen waren, stehen bei der Fertigstellung während und nach dem Krieg außer allem Verhältnis zu dem gesamten Anlagekapital der württembergischen Bahnen. Die Finanzlage der übrigen größeren deutschen Staatsbahnen dürfte sich mit Kriegsende ziemlich gleichgestellt haben. Sachsen und Preußen waren während des Krieges zu erheblichen Schuldenaufnahmen geschritten; Bayern hatte den Krieg ohne solche durchgehalten und die Schuldentilgung fortgesetzt. Damit war der Vorsprung, den vordem diese anderen Bahnen in der Abschreibung ihres Anlagekapitals vor Bayern hatten, wohl nahezu eingeholt. Jedenfalls vertrug der tatsächliche Wert der Mehrzahl der Staatsbahnen noch eine beträchtliche weitere Belastung, die bei den Verhandlungen im Ausschuß der Nationalversammlung erhobene bewegliche Klage über den von den Ländern geforderten hohen Uebernahmepreis ist bestimmt nicht gerechtfertigt. Die Bahnanlagen sind in guter Goldwährung geschaffen worden. Bei Annahme eines Verhältnisses der Papiermark zur Goldmark wie 10:100 würde sich das Anlagekapital der bayerischen Staatsbahnen zu rund 2500 Millionen in Papiermark auf 25 Milliarden berechnen. Ebenso liegen die Verhältnisse bei den bayerischen Posten und Telegraphen, deren Finanzlage vor der Revolution mit einer den Schuldenstand weit überschreitenden Höhe ihres Ausgleichs- und Tilgungsfonds hervorragend gut war.

Bei dem Streben nach Uebernahme der Staatsbahnen auf das Reich bestand wohl die Meinung, daß sich aus der Zusammenfassung in einer Hand besonders große Einsparungen erzielen lassen. Ich bezweifle das.

Vor allem dürfte es ein Irrtum sein, daß sich durch die Vereinigung wesentliche finanzielle Vorteile für die Verwaltung der Bahnen ergeben. Die Reichseisenbahnen stellen das größte Unternehmen der Welt vor. Es ist aber schon die Verwaltung der preußischen Staatsbahnen im Verhältnis teurer gewesen als jene der mittelgroßen Bahnnetze. Die an sich die Verwaltung erschwerende Verteilung einzelner Verwaltungsgeschäfte in verschiedenen Direktionen erfordert mehr Personal, als die einheitliche Leitung bei kleineren Netzen. Unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges haben sich aus der notwendigen Geschäftsverteilung Verwicklungen ergeben, für die nur durch Schaffung von Generalbetriebsleitungen einige Abhilfe getroffen werden konnte. Gleiche Erfahrungen dürfte die Reichspost unter den erschwerten Betriebsverhältnissen während des Krieges gemacht haben. Während Bayern seinen kleineren Betrieb fest in der Hand behalten und den geänderten Verhältnissen jeweils anpassen konnte, mußte die Reichspostverwaltung die selbständige Geschäftsführung in den verschiedenen Landesteilen fortbestehen lassen und ist wohl dadurch zu den bekannten hohen Fehlbeträgen gekommen. Die größere Verwaltung ist offenkundig schwerfälliger und nur bei weitgehender Dezentralisation überhaupt durchführbar, damit aber auch kostspieliger. Die Vereinheitlichung der Finanzverwaltung im Reich zeigt das gleiche Bild; sie dürfte in Bayern dem mehrfachen Betrag des nach der früheren Organisation notwendigen Aufwandes erfordern.

In der Personalverwaltung steht das Reich vor erhöhten und noch steigenden Ausgaben, deren Abminderung um so schwieriger erscheint, als auch bei billigeren Lebensverhältnissen in einzelnen Landesteilen eine Gleichstellung mit den notwendigen Bezügen des Personals in teuereren Gebieten sich schwer umgehen läßt. Eine Abminderung des Personalstandes, der seit Kriegsende trotz der geminderten Verkehrsleistung um etwa ein Drittel gestiegen ist, dürfte dem Widerspruch der auf die Reichsregierung einflußreichen, radikal gerichteten Organisationen des Personals begegnen. Auch ist mit der Personalmehrung ein Teil der Versorgung Kriegsbeschädigter auf die Verkehrsverwaltung übernommen worden. Die einzelnen Verwaltungen haben ferner begreiflicherweise noch vor dem Uebergang auf das Reich die Beförderungsverhältnisse ihres Personals nach Möglichkeit zu verbessern gesucht, wie sie überhaupt sichtlich weniger Anlaß mehr zur Sparsamkeit gefunden haben. Die Einstufung des verschiedenartigen Personals in die Reichsbesoldungsordnung wird eine außerordentlich schwierige, kaum restlos zu lösende Aufgabe sein. Das Reich hat damit ein

schweres Erbe übernommen. Dazu kommen mit den noch immer steigenden Preisen alles Lebensbedarfs weitere Anforderungen des Personals, die nach der Mitteilung des Reichsfinanzministers in der Sitzung vom 20. April von den beteiligten Organisationen mit der Drohung vertreten werden, von deren Bewilligung ihre Dienstleistung abhängig zu machen. Der Reichsfinanzminister, der keine Möglichkeit der Deckung für diese Aufgaben sieht, wollte die Zustimmung zu diesen Anforderungen auf die Genehmigung der Nationalversammlung und des Reichsrates abschieben. Nach der bisherigen Gepflogenheit werden auch diese Forderungen bewilligt werden. Sie werden den Fehlbetrag auf über 15 Milliarden erhöhen.

Ein Irrtum scheint mir sodann zu sein, daß durch die Vereinheitlichung der Verkehrsleitung in Deutschland hohe Einsparungen erzielt werden können. Ueberflüssige Züge werden zurzeit sicher nirgends gefahren. Aber auch für die frühere Zeit größeren Zugverkehrs möchte eine solche Annahme nicht zugetroffen haben. Es wird hier vielfach auf die Verkehrsumleitungen im Wettbewerb der einzelnen deutschen Bahnen hingewiesen. Diese haben aber weitgehend in der Bedienung der wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Landesteile ihren Grund. Wenn doppelte Züge zwischen Norddeutschland und der Schweiz über Württemberg und Bayern gefahren wurden, so kam hierbei die Rücksicht auf den Verkehr von Stuttgart und anderer württembergischer Verkehrsstellen einerseits und in Bayern auf den Verkehr der beteiligten bayerischen Städte, wie Nürnberg, München, Augsburg bis Lindau anderseits in Betracht. Gleiches ist bei den von Sachsen öfter beklagten Umfahrungen durch Preußen im Nord-Süd-Verkehr der Fall oder im nördlichen Ost-West-Verkehr auf den konkurrierenden Linien durch Preußen und Sachsen und im südlichen durch Bayern und Württemberg—Baden. Auch im Güterverkehr ist die Zahl der in den einzelnen Landesteilen gefahrenen Züge, von der die Beschleunigung des Verkehrs abhängig ist, volkswirtschaftlich durchaus nicht ohne Belang. Im Wege der Vereinbarung unter den deutschen Bahnen waren seit Jahren die Umleitungen im Güterverkehr auf 20 Proz. der Mehrleistungen beschränkt und waren allgemein im letzten Jahrzehnt ganz wesentlich unter dieses Maß abgemindert worden. Im großen und ganzen möchte ich annehmen, daß hohe Einsparungen an den bisherigen Verkehrsleitungen nicht gemacht werden können, wenn man nicht große wirtschaftliche Nachteile einzelner Landesteile und die mißlichen politischen Rückwirkungen hieraus in Kauf nehmen will.

Nicht voll gewürdigt scheint mir in der Oeffentlichkeit zu werden, mit welcher Sorgfalt die Eisenbahnverwaltungen von jeher die einheimische Wirtschaft durch die Tarifgestaltung und namentlich durch zahlreiche Ausnahmetarife zu schützen und zu ermöglichen gesucht haben. Es wird eine auch politische Sorge der Zukunft sein, daß die Reichseisenbahnverwaltung diese Förderung der Lebensinteressen der einzelnen Länder nicht außer acht läßt.

Mit der Uebernahme auf das Reich erwartet man weiter finanzielle Vorteile aus der Abänderung der Personenwagenklassen auf eine Holz- und eine Polsterklasse. Hiefür möchten in erster Reihe sozialisierende Rücksichten maßgebend sein. Bei einer an sich dichteren Besetzung der Züge, wie sie gegenwärtig stattfindet und mit der beschränkten Zugzahl noch auf lange Zeit hinaus zu erwarten ist, ergibt die Durchführung einer zweiten besseren Holz- und Polsterklasse jedenfalls vermehrte Einnahmen und ihre Beseitigung sicheren Verlust.

Vielfach verspricht man sich auch von einer Elektrisierung der Eisenbahnen besondere finanzielle Erfolge. Es ist bekannt, daß vor dem Krieg die Elektrifierung im größeren Umfang dadurch behindert war, daß von militärischer Seite auch beim elektrischen Betrieb die Bereitstellung einer entsprechenden Zahl von Dampflokomotiven gefordert wurde. Aber auch hiervon abgesehen bleibt die Einführung des elektrischen Betriebes ein Rechnungsexempel. Von der öffentlichen Meinung werden hierbei zumeist die hohen Kosten der Stromzuleitung und der Streckeneinrichtung außer acht gelassen, die, solange nicht wirtschaftlich arbeitende Lokomotiven mit Akkumulatoren erfunden sind, auf nicht reichlich frequentierten Strecken den elektrischen Betrieb ausschließen. Die Kosten der Dampflokomotiven sind wohl gleichmäßig mit denen der elektrischen gestiegen, wie die Kohlenpreise mit denen der Gewinnung und Zuleitung elektrischer Kraft. Ein Hinweis auf die Elektrifierung von Bahnen in der Schweiz trifft deshalb weniger zu, weil die dortigen Bahnbetriebe auch unabhängig von der Kohlenfrage gezwungen sind, einen Teil der Bahnstrecken zu elektrifieren, da mit dem zunehmenden Zugsverkehr die großen Tunnele nicht mehr entsprechend entlüftet werden können und damit dem Personal der Dienst unmöglich wird. Die Rauchbelästigung machte auch in Newyork die Anordnung des elektrischen Betriebes in den Stadtbezirken notwendig. Allerdings könnte in Deutschland die Kohlennot dazu führen, selbst ohne Rücksicht auf die Kosten, einen Teil der Bahnen zu elektrifieren. Ein finanzieller Vorteil ist hieraus zurzeit nicht zu ersehen.

Es gibt noch mancherlei sonstige Vorschläge zu Verbesserung der Verkehrseinnahmen. Meines Erachtens werden aber kaum administrative und technische Neuerungen gegeben sein, die nicht schon durch die früheren Eisenbahnverwaltungen nach ihrer Wirtschaftlichkeit geprüft worden sind und durch die im größeren Maßstab von einer zentralen Verwaltung bessere finanzielle Ergebnisse erzielt werden könnten.

Nicht ersichtlich ist, wie unter solchen Umständen die Forderung des Art. 92 der Reichsverfassung verwirklicht werden soll, daß die Reichseisenbahnen als ein selbständiges Unternehmen zu verwalten sind, das seine Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage zu sammeln hat.

Unter die Eisenbahnschuld des Reichs fallen vor allem die an die Einzelstaaten zu entrichtenden Ablösungssummen, soviel bekannt, zu 43 Milliarden (?). Der Preis ist gegenüber dem tatsächlichen in Papiermark sich ausdrückenden Anlagewert der Bahnen sicher nicht übertrieben. Eine Ablösung nach dem Anlagekapital unter Gleichstellung von Papiermark und Goldmark wäre eine nicht zu rechtfertigende Konfiskation des Vermögens der Einzelstaaten mit Bahnbesitz. Dazu kommt die den Zinsendienst weit übersteigende Mehrung der Personalkosten. Die Last wird dem Reich schwer fallen; sie ist aber schon vor der Beschlußfassung über die Verreichlichung auch ohne besondere Sachkunde für jedermann ersichtlich gewesen. Das gleiche gilt von der Uebernahme der württembergischen und bayerischen Posten und Telegraphen. Das Reich wird auf lange Zeit hinaus mit sehr erheblichen Zuschüssen zur Verwaltung der Verkehrsanstalten rechnen müssen.

Die Bahnverwaltungen haben schon vor dem Uebergang auf das Reich Erhöhungen der Personen- und Gütertarife um weitere 100% vorgenommen und die Postverwaltung wird vom Mai und Juni ab abermalige außerordentliche Erhöhungen der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren durchführen, wobei besonders die Anforderungen von Kapitaleinzahlungen zu 1000 ℳ für Hauptanschlüsse und 200 ℳ für Nebenanschlüsse im Telephonverkehr als eine nur aus äußerster Finanznot erklärliche Maßnahme erscheint.

Bei allem steht der Ertrag dieser Tariferhöhungen nur auf dem Papier. Es kommt bei den Tarifen auf die Tragfähigkeit der Volkswirtschaft an. Bayern, dessen Industrie für den Bezug der Rohprodukte und für den Absatz auf weite Transportwege angewiesen ist, wird von hohen Beförderungskosten besonders getroffen. Durch die Rückwirkung der Eisenbahn- und Posttarife auf die Preisgestaltung ergeben sich Grenzen, die ohne größten Schaden für die Volkswirtschaft nicht überschritten werden können. Ueber diese Grenzen gehen die neuen Tariferhöhungen hinaus. — Wie durch so viele andere Maßnahmen des Reichs wird durch sie die Lebensnot des Volkes, namentlich des Mittelstandes noch weiter gesteigert. Die Tarife können in vielen Fällen überhaupt nicht getragen werden. So wird das fortschreitende Siedlungswesen in der Umgebung der Städte durch die hohen Bahntarife beeinträchtigt und wird ein großer Teil der städtischen Bevölkerung überhaupt vom Verkehr im Freien abgeschnitten. Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß ein Verkehrsrückgang infolge übermäßiger Tarife ohne Nutzen für das Reich nur erhöhten volkswirtschaftlichen Schaden bringt.

Bei den bisherigen Verhandlungen in der Nationalversammlung sind greifbare Gesichtspunkte, nach welchen das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und den ungeheuerlich gestiegenen Ausgaben gefunden werden will, nicht hervorgetreten. Ein Antrag auf Entlassung von 30—40000 überschüssiger Arbeitskräfte bei der Reichspost wurde vom Haushaltungsausschuß abgelehnt. Es geht aber doch nicht an, lediglich den aus erhöhten Anforderungen sich errechnenden Mehrbetrag auf Tariferhöhungen aufzuschlagen oder durch weitere Vermehrung der Reichsschulden zu decken.

Möglichkeiten zur Besserung der Finanzen der Reichsverkehrsverwaltung liegen auf dem Gebiete der Detailarbeit, die peinlichst jeden denkbaren Fall einer Wahrung der Einnahmen und Minderung der Ausgaben ins Auge faßt. Von der Oeffentlichkeit wird die Bedeutung dieser Kleinarbeit, die in ihrer Summe auch große Beträge ergibt, wenig gewürdigt. Die Phrase der „mangelnden Großzügigkeit“ spielt hier eine besondere Rolle. Der Verwaltung ist ebenso genaue Sachkenntnis, wie viel Rück-

grat gegen übertriebene Forderungen, Zähigkeit und kaltes Blut gegenüber widerstreitenden Interessen nötig.

Die letzte Lösung für eine Sanierung der deutschen Verkehrsanstalten ist aber nur in den bekannten täglich erörterten und so wenig geförderten Fragen der verlängerten Arbeitszeit, der allgemeinen Durchführung der Akkordarbeit und des Streikverbotes zu finden. Das sind überhaupt die Voraussetzungen für eine Besserung unserer Valuta, einer Senkung der Preise und einer Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft. Nur wenn Parlament und Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen die Kraft finden, ist eine Besserung der trostlosen Zustände auch bei den Reichsverkehrsverwaltungen denkbar.

Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die verschleierte Küche von San Remo.

Es wird dauernd gekocht in den Töpfen der Ententekonferenz, aber was? — Das bleibt ein Rätsel, bis die Mahlzeit aufgetragen wird. Was die beteiligten Machthaber gelegentlich den Berichterstattern erzählen, ist im Orakelton gehalten und zum Teil auf Stimmungsmache berechnet.

Vorläufig kann man nur den Eindruck gewinnen, daß dort hinter den Kulissen ein Ringkampf stattfindet zwischen der gemäßigten und der unversöhnlichen Richtung. Wahrscheinlich in recht höflichen Formen, aber doch mit zähem Ernst, worauf auch die Dauer der Konferenz schon hinweist. Die Schwierigkeiten in der Umgestaltung der alten Türkei sind gewiß nicht klein, aber die Hauptlast für das Kleeblatt ist doch die Frage der Behandlung Deutschlands.

Aus der Dauer der Konferenz und verschiedenen anderen Anzeichen darf man vorläufig die Hoffnung schöpfen, daß die ersten Nachrichten der Pariser Presse von einem Ultimatum an Deutschland und sonstigen scharfen Beschlüssen nicht zutreffend waren. Zum wenigsten müssen sie, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, als „den Tatsachen voraus geeilt" eingeschätzt werden. Die Franzosen sitzen freilich noch im Maingau; aber durchgesetzt haben sie ihren weiteren Verfolgungs- und Eroberungswillen noch nicht. Die Gefahr, daß Deutschland schließlich die schweren Kosten eines Versöhnungsfestes bezahlen müßte, erscheint heute weniger schlimm, als vorige Woche.

Es gibt sogar Leute, die mit einem Zusammenbruch der Entente rechnen. Dabei kann man dann tiefsinnige Betrachtungen anstellen über die Frage, was für Deutschland gefährlicher sei: die Verständigung der drei Mächte oder die eigenmächtige Gewaltpolitik des von England und Italien gelösten Frankreichs. So weit ist die Entwicklung aber noch nicht gediehen und wird auch schwerlich zu einem solchen Krach der siegreichen Genossenschaft gelangen. Wir sind ohnmächtig gegenüber der französischen Armee, aber die Franzosen sind in mehr als einer Beziehung abhängig von der Gunst und Hilfe Englands.

Die Deutsche Wehrmacht-Note.

Da die Franzosen die „Entwaffnung" des längst ohnmächtigen Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt und auch die Auflösung der harmlosen Einwohnerwehren schon gefordert haben, mußte der Entente und der übrigen Welt klarer Wein eingeschenkt werden über das Soll und Haben der deutschen Wehrkräfte. Aus der Darlegung der Verhältnisse und Bedürfnisse ergab sich die zwingende Folgerung, daß wir zur Sicherung der Ordnung, die zugleich die Möglichkeit der Erfüllung des Friedensvertrages bedingt, mindestens 200 000 Mann Reichswehr in voller Ausrüstung, auch mit schweren Kanonen und Flugzeugen, notwendig haben. Also das doppelte von dem, was uns der Friedensvertrag zugesteht. Diese Forderung ist denn auch in einer deutschen Note gestellt worden, und zwar unter umgehender Motivierung des ausgeprobten Bedürfnisses.

Darüber sind natürlich die verfolgungssüchtigen und zugleich furchtsamen Franzosen in großen Zorn geraten, und auch die Northcliffe-Hetzblätter in England waren in „Entrüstung" über die deutsche Frechheit. Aber darauf kommt es weniger an, als auf die Gesamtwirkung des deutschen Schrittes, und die geht dahin: Wir treiben keine Heimlichkeit und Hinterlist auf militärischem Gebiete, sondern sagen offen, was wir haben und was wir brauchen. Der Bedarf für die innere Ruhe ist so groß, daß auch bei der Verdoppelung des zugestandenen Heeres an einen Angriff nach außen nicht im Traume zu denken ist. Wenn man der Regierung die Erhaltung der Ordnung unmöglich macht, so geht nicht nur Deutschland zugrunde, sondern die Sieger verlieren auch das, was sie von uns sich leisten lassen wollen. Wird uns die geforderte Verstärkung der Reichswehr versagt, so wird durch unser Memorandum wenigstens den verhängnisvollen Anträgen auf weitere Entwaffnung entgegengetreten. Nebenbei ist es ganz gut, wenn überhaupt die allgemeine Abrüstung, die ebenso wie die ganzen Völkerbund-Ideale in den Hintergrund gedrängt worden ist, wieder auf die Tagesordnung kommt.

Es wurde berichtet, daß Lloyd George und Nitti die Zulassung eines deutschen Vertreters zu den Beratungen in San Remo beantragt hätten, aber vor dem Widerspruch Millerands zurückgetreten wären. Das ist wohl möglich und wäre ein gutes Zeichen für die Gesinnung der Antragsteller. Wenn nun dort über die „Entwaffnung" Deutschlands überhaupt und sachverständig und ehrlich verhandelt werden soll, so braucht man einen deutschen Vertreter, der die nötige Aufklärung bei jeder Zweifelsfrage geben kann. Viel Unheil und sogar Unsinn ist dadurch entstanden, daß man bei den Verhandlungen in Versailles das mündliche Verfahren ausschaltete. Nachdem der erste Siegesrausch ausgeschlafen und die diplomatische Vertretung wieder in Gang gebracht ist, können gegen die mündliche Information bloß diejenigen sein, die nicht von der Wahrheit und Wirklichkeit, sondern von ihren Leidenschaften und Einbildungen sich leiten lassen wollen.

Die Lebensmittelversorgung

soll für die nächsten kritischen Monate gesichert sein durch einen weitgreifenden Lieferungsvertrag mit den amerikanischen Packern, durch die Ratifikation eines ähnlichen Vertrages mit Holland und durch Ankäufe in den Tagen der lichten Valutabesserung, was optimistische Rechner in Summen auf Nahrungszufuhr für $6^1/_2$ Milliarden Mark beziffern. Hoffen wir, daß keine Störung in dieser Zufuhr eintritt. Daß die Entente nicht mit einer neuen Blockade droht, soll Lloyd George in San Remo den Berichterstattern versichert haben. Mit den Hurrarufen müssen die Hungrigen aber doch vorsichtig sein. Neue Tumulte oder Streiks in Deutschland könnten den Fortgang der Versorgung in Frage stellen. Im übrigen wolle man nicht vergessen, daß die Aufbesserung der eigenen Landwirtschaft ebenso wichtig ist, wie die kostspielige Heranziehung des Auslandes.

Wahlgesetz und Wahlarbeit.

Der frühzeitige Wahltermin machte die Beschleunigung des Wahlgesetzes notwendig. Die Sache wurde ohne heiße Kämpfe und ohne die sonst nicht ungewöhnlichen Obstruktionsversuche erledigt, da in dem vorbereitenden Ausschuß eine für alle Parteien annehmbare Ordnung gefunden war. Ideal ist die Lösung freilich nicht, aber erträglich. Es läßt sich z. B. manches dagegen einwenden, daß dieselbe Normalzahl von 60 000 Wahlstimmen für ein Mandat gleichmäßig angewendet wird auf städtische und auf ländliche Kreise, obschon die Agitation in der komprimierten Bevölkerung viel leichter und ergiebiger ist als unter den zerstreuten Ackerleuten. Wenn sich eine wechselnde Relation zwischen Stimmenzahl und Mandat nicht erreichen ließ, so muß man in der Praxis nach Ausgleich streben, d. h. diejenigen Teile der Wählerschaft, die aus äußeren Gründen oder aus Tradition zur Lässigkeit neigen, besonders mobil zu machen suchen. Das ist um so mehr zu empfehlen, als gerade in diesen Kreisen ein erwünschtes Gegengewicht gegen die sozialistische Uebermacht zu finden ist.

Ueberhaupt hat die starre Ziffer von 60 000 ihre gute Seite in dem Antrieb zur regen Wahlbeteiligung. Auch dem schwerfälligen Wähler muß es klar werden, daß es überhaupt kein „bombensicheres" Mandat mehr gibt, daß es überall auf die absolute Stimmenzahl ankommt und also nie und nirgends eine Stimme unter den Tisch fallen darf. Wer von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, ladet die Verantwortlichkeit auf sich für den Schaden, der daraus nicht allein für seine Partei, sondern mittelbar für die gesamte politische Entwicklung entstehen kann. Die radikalen Heißsporne und Abenteurer sind schon aufs eifrigste an der Arbeit; wenn die bedächtigen Volkskreise, vor allem die christlich Gesinnten, ihnen nicht unterliegen sollen, so müssen sie alle Kraft einsetzen, um die Saumseligen aufzurütteln und die Schwankenden zu halten. Die Agitation kann wirksam sein, ohne in Lärm oder unwürdige Kniffe zu verfallen. Möglichst viel anregende Versammlungen, auch im kleineren Stil, kurze und kräftige Flugblätter und Zeitungsartikel, besondere Fürsorge für die Mobilmachung von freiwilligen Helfern und Helferinnen, die sich große und entscheidende Verdienste erwerben können durch die sog. Kleinarbeit, die persönliche Einwirkung in ihrem engeren Kreise.

Russische Ernte.

Von Gulaj Borisowka.

Die Nacht hat sich auf die endlosen Felder des südlichen Don gesenkt. Der würzige Duft des Sommers erfüllt den weiten Raum. Ein Gefühl der Sättigung, seliger Befriedigung beherrscht den einsamen Wanderer auf dem Boden der freien Kosaken. Ein unsagbar schöner Himmel spannt sich über der dunkeln Landschaft, so tiefblau, so sammetweich, so sehnsüchtig fern. Und die goldenen und silbernen Sterne, die Smaragde und Rubine am Himmel. Ihr habt keinen Sternenhimmel gesehen, saht ihr ihn nicht im Kosakenland.

Ueber der Erde zittert noch die Wärme des heißen Tages. In Kraut und Stoppeln geheimnisvolles Rascheln. Grillen musizieren unermüdlich, ihr schrilles Tönen durchschneidet scharf die laue Luft und stört doch nicht, weil es zur Sommerzeit gehört.

Der einsame Wanderer steht auf der Erhöhung eines alten türkischen Massengrabes. Rings um ihn, über seinem Haupt und zu seinen Füßen das unvergleichliche Schauspiel. Ein Wunder fürs Auge, eine Wonne fürs Herz ist alles, was ihn umgibt. Gen Süden, wo das spähende Auge vergebens den Kaukasus sucht, zucken Blitze. Grelles Rot, fahles Weiß, phantastische Wolkengebirge am Horizont — dann tiefe, pechschwarze Nacht. Unbeschreiblich Weh, unfaßbare Sehnsucht überkommt ihn. Jetzt ertönen rings umher die gellenden Pfeifen der Dreschmaschinen. Eine ruft es der anderen über weite Entfernungen zu: Feierabend! Es ist schon zehn Uhr. Langsam verzischt der Dampf unter den ersterbenden Kolbenstößen; alle Maschinen ruhen. Da flammt auch schon im Osten ein Feuer auf, ihm folgt ein anderes im Norden, und in fünf Minuten ist die ganze Gegend wie besät mit mächtigen, lohenden, funkensprühenden Feuern. Die Bauern und ihre Mädchen tummeln sich im hellen Glanze; wie Gespenster heben sich ihre Gestalten vor der Helle und weit hinaus flattern die Schatten. Das täglich gewonnene Stroh wird abends zu einem großen Teile verbrannt, und im Scheine des Feuers waschen sich die staub- und spreubedeckten Arbeiter, verzehren ihr Mahl und huldigen dann vor dem vierstündigen Schlafe dem Saitenspiel und Reigentanz.

Die ernsten einfachen Klänge des russischen Volksliedes machen auf den Fremden den größten Eindruck. Die Natürlichkeit, das Suchen, Fragen und Leiden, alle Sehnsucht und Liebe spricht sich in ihnen aus ohne Phrase und Zieren: Wahrheitsliebe und Wahrheitsdurst. Der zitternde Klang einer Balaleika umschlingt die eindringlichen sicheren Grundtöne des Liedes in tausend Veränderungen. Die Feuer erlöschen, langsam verglimmen die Gluthügel. Die Lieder verstummen, das Land schläft und „die Ebene betet zu Gott" (Lermontoff). Der Wanderer hat sich auch zum Schlafe gelegt. In seinem Nachtgebete bat er den mächtigen Gott: „Herr führe dieses Volk zu Dir; es ist Dein Volk". Die Ernte auf der Donebene war eingebracht. Die „russische Ernte" aber mußte erst reifen in der Feuerglut unsäglicher Leiden.

* * *

Nach langen Fahrten, kreuz und quer durch Rußland, nach einer Reihe hochinteressanter Bekanntschaften mit Russen aller Stände, vom ärmsten Bauer und Taglöhner bis in die ersten Schichten habe ich den Eindruck, daß Rußlands Volk wie kein anderes reif ist für eine neue Segensernte des Christentums. Daß die unfähige Pastorierung durch die Popen nicht imstande war, die letzten Bande zwischen russischer Seele und Christentum zu zerreißen, spricht schon deutlich genug. Das natürliche christliche Empfinden, das starke religiöse Gefühl hält diese Menschen durch Zeiten, Not und Irrtum fest am christlichen Glauben. Daß es in Rußland mehr hartnäckige Atheisten gibt als sonstwo, ist ein Beweis für die religiöse Suchernatur des Russen. Er gibt sich, der ärmste Bauer nicht ausgeschlossen, viel mehr mit den Problemen der Weltanschauung ab, als viele unserer Arbeiter, Bauern und — Gebildeten. Der Russe ringt nach Wahrheit, insbesondere angewandter Wahrheit, und niemand hilft ihm dabei. Es ist eine Freude zu sehen, wie herzlich und natürlich dieses Volk denkt, wie sehr die einfachen logischen Sätze der Wahrheit bei ihm anklingen. Die tiefen, alles vereinenden altchristlichen Sitten in Rußland (z. B. am Osterfeste) sind bekannt.

Mancher Leser wird diese Bemerkungen nicht zusammenreimen können mit bolschewistischen Greueln, mit dem Tohuwabohu religiöser und sittlicher Anschauungen in Rußland. Und doch geht das alles gut zusammen. Das russische Problem ist ein Führerproblem. Das Volk ist einfach und dem Guten, Schönen und Wahren leicht zugänglich. Es hat hohe Ideale. Die Grundsätze unserer christlichen Volksparteien sind ihm wie aus dem Herzen gesprochen. Aber die Führer? Erben deutscher Irrphilosophie (Germania docet!) vielfach halbgebildet, oberflächlich und ohne die einem Führer geziemende Selbstbeherrschung. Sie packen das Volk bei seiner „schwachen Seite", bei seiner Gerechtigkeits- und Freiheitsliebe und wollen diese Ideale aufbauen auf gottlosem Grunde. Klar, mit welchem Erfolge. Der Russe denkt das Wort der Führer zu Ende.

Es brauchte vielleicht im Ratschlusse Gottes die gegenwärtige Leidensschule für ein ganzes Volk, diese materielle Not, diese Enttäuschungen und Verzweiflung. Sie waren nötig, um das Volk durch schwere Erfahrungen seinen Verführern zu entfremden, es kritischer zu machen, und um das Heimweh nach den Quellen der Wahrheit zu einem grenzenlosen zu machen, um die Verführer zu entlarven und in den Herzen weniger heroischer Männer und Frauen den Gedanken einer wahren Wiedergeburt Rußlands heranreifen zu lassen. Der Boden ist gepflügt, der Samen gesät. Die Ernte ist reif; wo sind die Arbeiter? Dostojewski sagt es durch seinen Staretz Sosßisma ausdrücklich, daß von Ordensleuten dem Volke Rußlands Rettung komme (s. a. „Das kommende Rußland", Verlag Keller u. Co., Dillingen a. D.) Er erkennt deutlich, daß alles Phrase und Farce sei, wenn nicht Menschen mit erlebtem und gelebtem Christentum in größerer Zahl die Bestandteile des russischen Volkes ausmachen, Bruderliebe, Aufopferung, Entsagung, der Frühjahrshauch christlichen Gemeinsinnes retten. Unausgesprochen ist das große christliche Wort. Die russischen Herzen erwarten den Erlöser.

* * *

Das Bewußtsein, daß die Trennung von der allgemeinen Kirche ein furchtbarer Schaden für Rußlands Kirche und Volk gewesen sei, dringt in den Kreisen maßgebender ernster Russen mehr und mehr durch. Man spricht in ihren Kreisen außerordentlich viel von der Union. Wenn ich ihnen von der Macht der katholischen Religion in Deutschland erzählte, staunten sie, und ihre Bewunderung für die auch ihnen so vorenthaltene katholische Kirche wuchs mit den angefangenen Studien und Beobachtungen. Eine hochstehende Persönlichkeit, die zurzeit in Berlin weilt, sagte mir sogar ohne Umschweife: „Der Abfall vom Katholizismus ward Deutschland und uns zum Unheile. Alle Kälte und Prosa, aller Materialismus und Haß geht darauf zurück. Die russische und katholische Kirche müssen und werden sich vereinigen." Aehnliche Urteile kann man auffallend häufig hören. „Ich brauche in Berlin und Mark Brandenburg und anderen protestantischen Gegenden nur einige Male in die Kirche zu gehen, so weiß ich, wohin ich mich wenden muß." So sprechen nichtkatholische Russen. Es ist eine Bewegung, noch leise und tastend, ein Rauschen in den Aehren.

Mit größter Hochachtung spricht man vom Hl. Vater. Der Chefredakteur der russischen Zeitung „Prisyw" in Berlin, Herr Oberst F. Winberg, schreibt in einem Aufsatz über die Arbeiten der „Katholischen Liga für praktische akademische Kulturarbeit"[1]) in der Schrift „Das kommende Rußland": „Auf jeden Fall muß man jeden Versuch zur Annäherung begrüßen, und deshalb muß der Anfang der Katholischen Liga ein starkes, dankbares Echo finden. Es zeigt sich der Anfang einer doppelten Annäherung, der Völker unter sich und der Christenheit . . . In diesen Jahren der Verwirrung und Not betätigte sich die katholische Kirche oft als Verteidigerin und Vertreterin des Guten, das uns allen gemein ist, unabhängig von dogmatischen Dissonanzen. Erinnern wir uns, daß 1917 und 1918, als unser Kaiser und sein hohes Haus sich in der Hand der Unmenschen, der Vergewaltiger und Zerstörer Rußlands befand, auf der ganzen Erde nur die Stimme Sr. Heiligkeit des Papstes Benedikts XV. erklang, der von den Revolutionsregierungen die Freilassung der Dulder forderte. Das Haupt der katholischen Kirche hat in dieser schwierigen Zeit seine Gewissenspflicht nicht vergessen wie alle anderen" usw. („Prisyw", Nr. 19). Solche Laute vernahm man früher selten. Aber damals war die Ernte auch noch nicht reif . . .

* * *

Versäumen wir nicht die Erntezeit! Die katholische Kirche und die Katholiken überhaupt, besonders die deutschen, sind die besten und verständigsten Freunde Rußlands. Der Protestantismus genügt Rußland nicht und hat dort keine Zukunft. Wer sind die Arbeiter in der Ernte? Die Ordensleute! Das hat

[1]) Geschäftsstelle München, Oettingenstr. 16.

Dostojewski klar erkannt, und auf Grund meiner Erfahrungen kann ich nur betonen, daß es Zeit ist, das „russische Missionsgebiet" scharf ins Auge zu fassen. Rußland braucht bestgeschulte, opferbereite, willensstarke mit Rußland wohlvertraute Ordensleute, solche, die unter das arme Volk gehen als leuchtendes Beispiel und Verkünder des Heils z. B. Kapuziner u. a., die wie die Benediktiner dem russischen Kultus und Ordensklerus so nahe stehen und im Klosterfrieden Pflanzgärten für wahre Volksfreunde anlegen. Als ein ganz hervorragendes Zeitbedürfnis möchte ich aber die Schaffung eines großrussischen Seminars in Rom angesehen wissen, einer Stätte edler russischer Wissenschaft und Kultur, und echten eifrigen Christentums. Die römischen Seminare waren schon oft der Ausgangspunkt der Wiedergeburt eines Volkes. Außerdem soll auch auf die für deutsche und katholische Interessen so hochwichtigen Arbeiten der Katholischen Liga hingewiesen werden, die mehr die Gewinnung der Laienintelligenz und den Kulturaustausch und Annäherung auf praktischer Grundlage bezwecken. Die Schwierigkeit der Zeit muß unsere Tatkraft spornen. Wir Katholiken leben für ein wirkliches Ideal und klar und schön sehen wir die guten Erfolge unserer Bemühungen. Nur jetzt nicht die Hände in den Schoß legen: Die Ernte ist reif!



Neue Studentenwege.

Von Kooperator Josef Haas, Amberg.

Der Kaiserthron ist gebrochen. Der Königsstuhl ist zusammengestürzt. Die deutschen Waffen sind im Siege stumpf geworden. Die deutsche Kunst ist schon seit Jahrzehnten tot. Kein neuer Stil ist geboren. Juden haben deutsches Theater, deutsches Zeitungswesen und deutschen Buchhandel — nach dem Ausdruck eines Juden — mechanisiert. Heute wird ein alter Leitsatz der Sozialisten zur Wirklichkeit: „Religion ist Privatsache", d. h. der deutsche Staat verzichtet auf jegliche Staatsreligion. Niedergang deutscher Kultur!

Aber noch schlägt das deutsche Herz in Deutschlands Jugend. Auf dieses junge deutsche Herz hoffen wir. Mit hoher Freude haben wir Katholiken es begrüßt, wie unsere katholischen Studentenkorporationen in allen deutschen Musenstädten ihre Burschen wieder gesammelt und neue Füchse mit vielem Erfolg gekeilt haben. Auf dem Grund des gleichen Glaubens treten sie im Leben ein für Autorität und Pflichtgefühl, für keusche Sitte und unbeugsames Recht, für Wahrheit und Liebe. So streben sie zur Höhe, so arbeiten sie in die Tiefe, so schulen sie ihre jungen Bundesbrüder im alten Geist, heute ernster als je. Dabei werden doch in der Ruhe Dämmerstunde die Lieder wieder laut, die Jugendlust zuerst gesungen hat und die junge Kehlen heute wieder singen müssen; heute mehr als je; denn die Freude darf im jungen deutschen Herzen auch heute nimmer sterben. Sonst stirbt die Hoffnung auch!

Soweit sind es alte Studentenwege, wenn auch in neuer Zeit, den Alten wohl bekannt. Aber mit heller Freude sehen wir die Jungen in neuer Zeit mit altem Glaubensgeist und alter Arbeitsfreude neue Wege gehen! Die großen katholischen Studentenverbände C. V. (farbentragend), K. V. (nicht farbentragende Vereine), U. V. (wissenschaftlich), S. K. V. (süddeutsch), H. V. (neustudentisch), V. K. St. D. (Studentinnen) und S. S. S. (soziale) haben sich endlich, endlich in neuester Zeit zusammengefunden zur „Arbeitsgemeinschaft der katholischen deutschen studentischen Verbände". Ein Beweis dafür, daß unsere katholischen Akademiker in Stürmen gereift sind und die Zeichen der Zeit zu deuten vermögen.

Nur gemeinsam werden unsere katholischen Studenten neue Wege gehen können, die sie heute gehen müssen. Heute ist der Jahrhunderte herrschende Rationalismus endlich im Unterliegen in der Wissenschaft und im Leben. Heute hat auch der Sozialismus seine größten Siege bereits errungen und geht seiner größten Niederlage entgegen. Heute wankt die antireligiöse Grundlage des Sozialismus. Endlich ist es in vielen Köpfen klar geworden: Der Sozialismus als Weltanschauung hat einfach die Gedanken des liberalen Bürgertums zu Ende gedacht. Damit ist in weiten bürgerlichen Kreisen der Grundirrtum ihrer liberalen Weltanschauung erwiesen und überwunden. Sogar in gebildeten Kreisen ist aus der Totenstille des Geistes wieder gärendes Leben geboren worden. Je mehr der Sozialismus seine Einseitigkeit und Unfruchtbarkeit im wirklichen Leben dartun muß, desto mehr Menschen werden es wieder erleben „Der Mensch lebt nicht allein vom Brot, sondern ..." Gerade unter den Arbeitern verstehen es heute viele Tausende, die äußeren Einrichtungen im Staate tun es nicht, sie sind nicht möglich und sie sind nicht haltbar ohne innere sittliche Kultur. Nicht Warenproduktion allein, sondern Menschenerziehung zuerst!

Das Ackerland ist gelockert! Unsere katholischen Studenten können und müssen die ersten Pioniere sein. Sie müssen die Gedanken christlicher Weltanschauung, christlicher Solidarität, christlicher Liebe vielen nachdenklich gewordenen Gebildeten, Bürgern und Arbeitern vermitteln, vorleben und lehren. Sie können weiten Volkskreisen wieder den lebendigen Beweis erbringen, daß auch heute noch wirklich Gebildete wirklich christlich denken und leben. Die katholischen Studenten müssen in tiefgründiger Geistesarbeit sich selbst auseinandersetzen mit dem Gedanken Christi und den Wucherungen des Stoffes in sozialistischen Gehirnen.

Pastor Georg Liebster hat es offen herausgesagt: „Nur auf Grund von ganz mangelhafter psychologischer Beobachtung kann man auf den Gedanken kommen, die Masse zu gewinnen durch Gewinnung Einzelner. Der Mensch ist in der Vereinzelung etwas ganz anderes als in der Masse. Das gilt besonders vom sozialdemokratischen Arbeiter. In der Volksversammlung kommt der Geist der Masse über ihn und erfüllt ihn mit Trotz und Standesbewußtsein. Auch dem Massengeist muß deshalb entgegengearbeitet werden. Gerade unsere katholischen Studentenkorporationen müssen das Gefühl wieder wecken, daß die Gebildeten infolge ihrer Bildung dem Volke verpflichtet sind, daß sie etwas zu geben haben. Sie sind die verantwortlichen Führer des Volkes. Die katholischen Studentenkorporationen müssen ihre Mitglieder dazu befähigen. Die katholischen Studenten müssen in großen Versammlungen mit dem Wort der Wissenschaft den Geist des Glaubens wieder entzünden in tausend deutschen Herzen.

Frz. Xaver Kiefl hat in seinem ausgezeichneten Schriftchen „Sozialismus und Religion" (Manz, Regensburg 1919) mit feurigen Worten diese neuen Wege den katholischen Studentenkorporationen gewiesen. „Die katholische, akademische Jugend, welche mit ungebrochenem Mut in die neuen Verhältnisse eintritt, muß ihrem Idealismus nicht bloß die Aufgabe stellen, das lebendige Bindeglied zwischen der Arbeiterschaft und den gebildeten Ständen zu werden und so das Band der sozialen Menschenliebe, das bisher vielfach nur in der Theorie existierte, wirklich zu knüpfen, sie hat ein noch weit höheres Ziel. Ihr obliegt ein heiliges Sühnewerk. Die gebildeten Stände waren es, die dem Arbeiterherzen das Gift der religiösen Skepsis eingeträufelt haben. Unseren katholischen Akademikern obliegt es, ihre Berührung mit dem Volke dahin auszunützen, daß sie das Feuer des Glaubens wieder in den Arbeiterseelen entzünden. Unsere mächtigen katholischen Studentenkorporationen müssen das durch den alten Liberalismus im Volk gesäte Vorurteil brechen, als ob der Glaube nur für die niederen Stände sei, um sie im Klassenstaate eindämmern zu können, als ob, wie es in „Naves Arbeiterstimmen" heißt, für die Gebildeten der Darwinismus und für das Volk die Schöpfungsgeschichte des Katechismus wäre, als ob, wie Treitschke es ausdrückte, das Licht der Erkenntnis nur für die auf den Höhen des Wissens Wandelnden sei, während das arbeitende Volk die Wahrheit nur im gebrochenen Strahl des Glaubens erkenne. Die gesteigerte Berührung mit dem Arbeiter, welche die neue Lage für unsere Akademiker bringen wird, muß fruchtbar werden im Dienste des christlichen Idealismus . . . Aber wir brauchen auch Diskussionsredner. Auch der Katholizismus muß aus dem Grundstock des katholischen Philisteriums heraus eine Elite von Männern heranbilden, welche unabhängig von der politischen Frage die Religion öffentlich verteidigen.

Das katholische Volk muß in allen seinen Schichten viel mehr als bisher die große Bedeutung der katholischen Studentenkorporationen für seine Söhne und für die deutsche Kultur und Zukunft besonders heute einsehen und werten. Noch viel mehr katholische Studenten müssen in katholische Studentenverbindungen oder -Vereine, damit sie die Reihen der Streiter stärken auf den neuen Studentenwegen und selbst dort zu gehen vermögen.

Vom katholischen Farbenstudententum.

Von Rechtsanwalt Aug. Nuß, Worms.

Im Zeitalter der Demokratie und des Proletariates müssen die katholischen Studentenverbindungen ihren Besitz, den sie seit über 60 Jahren in stolzer Liebe geführt, formulieren. Das ist gut so. Sonst laufen sie Gefahr, zu versteinern.

Der scheinbar exklusive Zusammenschluß in dem festen Gefüge einer studentischen Korporation hat überaus erzieherischen Wert und gewährleistet den Vorzug der pädagogischen Konzentration. Eine katholische Korporation will Werte schaffen und damit dem großen Ganzen dienen, als dessen Glied sie sich fühlt. Sie ist und wirkt dadurch sozial. Durch ihren Dienst am Gemeinwohl behauptet und erhärtet sie ihr Daseinsrecht.

Die katholische Korporation soll und will auch das wichtige Führerproblem lösen helfen, indem sie in den Reihen der katholischen deutschen Intelligenz für Nachwuchs sorgt. Wir brauchen geistige Führer. Dilettanten haben wir genug. Das katholische Korporationsstudententum will die notwendigen Führerkräfte im Verein mit den anderen Ständen schaffen. Wir wollen zwar nicht die alleinigen Führer sein, aber mit den anderen an führender Stelle stehen, um das Deutschtum und deutsche Volk aus der Finsternis zum Lichte führen zu helfen.

Unsere heutige glaubenslose und deshalb hoffnungsarme Zeit braucht Religion und nochmals Religion. Da die katholischen Korporationen gerade durch den engen Zusammenschluß für ihre Mitglieder, namentlich die jungen Studenten, auf religiös-sittlichem Boden Stab und Stütze sind, dienen sie einem hervorragenden Zeitbedürfnis. Solange sie das katholische Religionsprinzip als heiliges Kleinod im Wappenschilde tragen, solange sind sie immer zeitgemäß. Denn die katholische Religion kann so wenig untergehen wie die Papstkirche und der Fels, auf den sie gebaut ist.

Unsere Korporationen müssen Geist haben. Dann huldigen sie auch der Wissenschaft und dem sozialen Fortschritt und wirken schöpferisch für sich, für die civitas academica, für die Gesellschaft, für Staat, Volk und Kirche. Sie sind auf dem Treubund der Lebensfreundschaft gegründet. Das ist ein Ideal, heute noch ebenso der Nacheiferung wert wie vor dem großen Kriege.

Sie lehnen das Duell und Satisfaktionsprinzip bewußt und mit Nachdruck ab. Unzeitgemäß? Noch nie war der Begriff einer doppelten Ehre in Deutschland unpopulärer und unnationaler als heute!

Aber reizen nicht die frohen Farben, die unsere katholischen Verbindungsstudenten tragen, in der heutigen Zeit die Umwelt? Fordern Band und Mütze nicht geradezu die Proletarier der Revolutionsperiode heraus? Sind die Farben nicht eine Verhöhnung aller bitteren Wirklichkeit, nicht überlebt, nicht lächerlich? Unsere Couleur ist uns katholischen Farbenstudenten nicht Wesen und Inhalt, sondern Sinnbild und studentischer Ausdruck für das, was wir sind und wollen. Unsere Farben sind uns das leuchtende Symbol für den erobernden katholischen Gedanken auf akademischem Boden, die äußere Form für den inneren ethischen Gehalt unseres Verbindungsideals. Sie sind uns der Ausdruck unserer auf Gesinnungseinheit beruhenden Solidarität und Lebensfreundschaft. Sie sind uns das Zeichen der traditionellen deutschen Studentenromantik im guten Sinne. Wir glauben, daß unsere frohen Farben im düsteren Grau des Alltags und in der freudlosen Melancholie eine seelische Entlastung und keinen unnötigen Ballast bedeuten. Nur müssen sie ohne Ueberspanntheit und, ohne die andern Volksgenossen herauszufordern, in vornehmer Natürlichkeit getragen werden. Ein wohlerzogener Couleurstudent wird niemals anstoßen, weil er auch den anderen Ständen Freude auf ihre Art gönnt. Mit Band und Mütze des katholischen Verbindungsstudenten sind Pflichten verknüpft und nicht bloß „Vorrechte" der studierenden Jugend. Mancher ergraute Altherr, der in hohen Ehren steht, trägt heute noch bei besonderen akademischen Anlässen gerne Couleur. Und manchem jugendlichen Kämpfer für Volk und Vaterland waren seine Farben in schwerer Kriegszeit ernst genug, um mit dem Bande um die Brust in Kampf und Tod zu gehen.

Für ihre Ideale haben katholische Farbenstudenten schon vielen Angriffen getrotzt. Man denke an Sugambria in Jena und die österreichischen Korporationen! Mit dem Volke und für das Volk wollen unsere katholischen Studentenverbindungen auch fernerhin arbeiten und kämpfen. Dann erweisen sie ihre Daseinsberechtigung für die Gegenwart und Zukunft durch die Tat.

Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki) und die Religion.

Von Univ.-Prof. D. Dr. Aufhauser.

Erstes und oberstes Ziel des Bolschewismus ist die gesellschaftliche Neuordnung durch die Ueberwindung der Herrschaft des Kapitals durch die Diktatur des Proletariats. Neben der ökonomischen Befreiung soll zugleich die geistige Befreiung der werktätigen Massen Tatsache werden. Kapitel 17 des kommunistischen Programms[1]) zeichnet die Rolle, welche der Kirche in der Sowjetrepublik zugedacht ist.

Die Religion war nach der Darstellung des Programms von den herrschenden Klassen nur als Mittel zur Verdunkelung des Volksbewußtseins, mit anderen Worten als Gift jeder geistigen Unterdrückung gebraucht. Schon in der menschlichen Urgesellschaft hätten die Stammesältesten allmählich sich eine herrschende Rolle angeeignet, nach ihrem Tode wirkte diese noch nach in der Ahnenverehrung, der Grundlage der Religion; aus den Ahnen wurden allgemach Götter. Das Weltbild von der Herrschaft der Aeltesten und ihrer Helfer übertrug man auf die Geschehnisse im Weltall, das auch von einem Herrn, der groß, mächtig und streng regiert sei, von Gott; eine genaue Kopie der irdischen Macht der Stammesältesten oder späteren Fürsten. Auch die griechisch-katholische Kirche ist ein genaues Abbild des autokratischen Regimes in Byzanz, ebenso die auf ihr fußende russische Kirche. So ist der Glaube an Gott nur das Abbild der niederträchtigen irdischen Beziehungen, eines Sklaventums.[2])

Es sind die Darbietungen einer modernen religionsgeschichtlichen Schule, die sich der Bolschewismus aneignet, um sie auf die sozialen Verhältnisse der Menschheit anzuwenden und daraus Folgerungen zu ziehen, die manchem Gelehrten wenig angenehm erscheinen dürfte, der die Notwendigkeit der Religion nur für das Volk, nicht aber die Herrenkaste anerkennen will. Freilich vergessen die Bolschewiki über jenen Behauptungen, welche die sie bedrückende Atemnot der Studierstube nur wenig lebenstauglich erweist, nur allzusehr den wahren Wert der Religion. Mag auch mancher ihrer Vertreter im „Herrschen" seine Aufgabe erblicken, so haben doch Millionen von Menschen im Laufe der Jahrtausende gerade in der Religion heiligen Trost und süße Freude, in der Gottversenkung und Gotteinheit hehrste Weihe ihrer Menschlichkeit empfunden. Und selbst der Aberglaube eines russischen Bauers, über den sich das Programm lustig macht, vermag den Kern wahrer Religion und Religiosität nicht zu verwischen; aller geschichtlichen Tatsachen heißt es aber ins Gesicht schlagen, zu behaupten: „Die Religion läßt das Volk nicht allein im Zustand der Barbarei, sondern trägt auch dazu bei, daß es in Sklaverei verharrt."[3]) Ein Blick auf die Kulturentwicklung Europas in den letzten beiden Jahrtausenden wie die Erinnerung an die Bemühungen gerade der Päpste um Abschaffung der Sklaverei, straft jene hohle Phrase von selbst der Lüge.

Daß der Bolschewismus einer Staatskirche keine Sympathie entgegenbringt, ist begreiflich, zumal bei den Verhältnissen in Rußland; freilich völlig falsch und unhistorisch ist die Motivierung. Er sieht das Wesen des Unheils in der Vergiftung, die der vom Staate bezahlte Geistliche unter die Volksmassen verbreitet, verbreiten muß, und so die Macht der Bourgeoisie unterstützt. Dem mittelalterlichen Glaubensideal, aus dem ein harmloses Verhältnis zwischen Staat und Kirche, freilich nicht jenes Zerrbild der vom Staate geknechteten byzantinischen Kirche, erwachsen sollte, vermag der Bolschewismus kein Verständnis abzugewinnen. Aber seine Meinung, „ohne die ungeheuerliche, straffe und mächtige Organisation in Form des Raubstaates der Bourgeoisie, könnten die Pfaffen allein nicht standhalten. Sie wären bald bankerott"[4]) erweist sich im Lichte der Geschichte als irrig. Kaiser- und Königsthrone sind in Staub zerfallen, Staatengebilde sind zerbrochen, Völker emporgestiegen und nach machtvoller Entwicklung ins Grab gesunken, die Religion und ihre Diener haben sich über allen Wandel der Jahrtausende und allen Wechsel der Kulturen erhalten. Und trügen nicht alle Zeichen, so wird selbst die orthodoxe Kirche allem Pessimismus mancher Kreise zum Trotz ihre Entstaatlichung mit Glück und

[1]) N. Bucharin, Programm der Kommunisten (Bolschewiki), Bern-Belp 1918, S. 89—96.
[2]) Vgl. F. X. Kiefl, Sozialismus und Religion, Regensburg 1919.
[3]) A. a. O. S. 94.
[4]) A. a. O. S. 94/95.



Jugendkraft überwinden. Von Staatsfesseln und staatlicher Bevormundung befreit, durchflutet sie neue Lebenskraft. Zeuge davon war die am 29. August 1917 zum ersten Male seit Jahrhunderten erfolgte Einberufung eines allrussischen Kirchenkonzils in die altehrwürdige Himmelfahrtskathedrale auf dem Kreml zu Moskau mit der Wahl eines Patriarchen für den durch Peter d. Gr. aufgehobenen, jetzt vom Konzil neu errichteten Stuhl der rechtgläubigen griechisch-katholischen Kirche von Rußland, sowie die seitdem durch das alljährlich tagende Konzil gegebene Neuordnung der religiösen Verhältnisse der russischen Kirche und die von ihm 1918 ausgegebene Losung zur Wiedervereinigung aller christlichen Kirchen.

Die praktischen Folgerungen der Kommunisten aus ihren theoretischen Programmgrundsätzen: „Die Religion muß bekämpft werden, aber nicht mit Gewalt, sondern durch Ueberzeugung. Die Kirche aber muß vom Staate getrennt werden, — das heißt — mögen die Pfaffen da bleiben, doch sollen sie von denjenigen ausgehalten werden, die ihr Gift einnehmen wollen, oder die an ihrer Existenz interessiert sind." „Zugleich aber muß eine Freiheit des Glaubens gesichert sein. Daraus ergibt sich auch noch die Regel: Religion ist Privatsache. Das bedeutet aber nicht etwa, daß wir nicht durch Ueberzeugung die Religion bekämpfen dürfen. Das bedeutet lediglich, daß der Staat keine religiöse Institution unterstützen soll."[5]) Jedem Bürger ist die religiöse und antireligiöse Propaganda freigestellt; die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft begründet keinerlei politische Vorrechte oder Nachteile. Die Nachforschung nach dem Bekenntnis ist bei den meisten staatlichen Funktionen verboten. Der religiöse Eid ist aufgehoben, der Zeuge wird über die Verantwortung einer falschen Aussage belehrt und versichert dann die Wahrheit seiner Angaben. Bei offiziellen Staatsakten (Eröffnung von Sowjetkongressen u. ä.) ist jede kirchliche Feier ausgeschlossen.[6])

Soweit das Programm der Bolschewiki-Kommunisten für ihre religiöse Kultur-Politik. Wie die Verhältnisse in Sowjetrußland sich tatsächlich weiter entwickelt haben, vermögen wir heute nicht klar zu schauen. Wir sind nicht einmal über die ökonomisch-sozialen Verhältnisse unterrichtet bei den täglich sich widersprechenden Nachrichten. Zeugen, die wirklich in Sowjetrußland die Entwicklung miterlebt, gibt es sehr wenige in Deutschland, religiösen Dingen bringen sie zudem meist kein Verständnis und Interesse entgegen. Tendenznachrichten müssen wir nach all den Erfahrungen seit Krieg und Revolution zum mindesten größtes Mißtrauen entgegenbringen. Das Kirchenvermögen scheint in den Gegenden, wo die Bolschewisten völlig die Gewalt in Händen haben, ohne Entschädigung nationalisiert zu sein, doch bleiben die Kirchengebäude den Religionsgemeinschaften zur unentgeltlichen Benützung; die Erhebung von Kirchensteuern ist verboten.

Tatsache ist jedenfalls, was das Programm selbst berichtet: „Die Popen aller Schattierungen sind des Staatsgehaltes verlustig".[7]) Die Geistlichen gehören der nicht arbeitenden Bourgeoisie an, sind gegenrevolutionärer Gesinnung verdächtig, und darum vom Wahlrecht zu den Räten ausgeschlossen. Was indes mit den reichen Stiftungen der Kirchen und Klöster (Liegenschaften und Kunstschätzen) geschehen, darüber erhalten wir keinen Aufschluß. Wie es scheint, ist in Sowjet-Rußland Trennung von Staat und Kirche mit ihren praktischen Konsequenzen (Streichung des Staatsgehaltes der Geistlichen wie jeden Staatszuschusses für kirchliche Zwecke, Anerkennung der Gewissensfreiheit, Einführung der religionslosen Schule) durchgeführt, ein Programm, wie es in Frankreich und Portugal, Mexiko, Brasilien, Equador und Cuba, also meist von Katholiken bewohnten Ländern schon lange der Fall ist,[8]) ebenso in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, den Britischen Kolonien (Australien, Neuseeland, Kapkolonie, West- und Ostindien), Japan, China.

Ob freilich heute, wo an Stelle des Sowjetregimes längst der Absolutismus eines Lenin und Trotzki unter psychologischer Ausnützung der unaufgeklärten Masse getreten ist, noch diese mildere Form von Trennung fortbesteht oder ihr auch eine Enteignung der kirchlichen Güter gefolgt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Die intellektuellen Kräfte Rußlands scheinen völlig erschöpft zu sein, wir erhalten von ihnen kein Lebenszeichen; indes wir brauchen uns darüber nicht zu wundern, falls wir dem russischen Publizisten Dimitry Filosofof Glauben schenken dürfen: „Wenn Sie je Städte in Trümmern, Ruinen von Kirchen und Gebäuden gesehen haben, so kann ich Ihnen nur sagen, daß diese Ruinen ein treues Abbild dessen sind, was kulturell nach der Arbeit der Bolschewisten in Rußland zurückgeblieben ist". Mag auch in den einzelnen Teilen Rußlands der Bolschewismus mehr oder weniger brutal sich auswirken, so eröffnen diese Worte doch einen nur allzu klaren Fernblick in eine düstere Zukunft.

Ob die heute in allen Ländern und Erdteilen mehr und mehr sich fühlbar machenden Zuckungen der Auftakt zu einer gewaltigen Weltrevolution sind, der Tag gekommen ist, an dem die Probe aufs Exempel von den beiden großen sich gegenüberstehenden Gedankenwelten der besitzenden und der arbeitenden Klassen gemacht werden soll? Wer vermöchte das zu sagen? Prüfenden Auges müssen wir diesen Erscheinungen folgen, um gerüstet zu sein. Sind die Intellektuellen schon heute in einer wirtschaftlich recht betrüblichen Lage, so werden es speziell die geistlichen Führer des Volkes in Zukunft noch mehr sein. Und wird auch das gläubige Volk seine Priester im schlimmsten Falle wirtschaftlich stützen, so ist es doch gut, die studierende Generation auf vielleicht kommende schlimme Zeiten, die möglicherweise auch wieder Handarbeit zum Lebenserhalt vom Geistlichen, wie einst von Paulus, erfordern, vorzubereiten. Ueber die faktische Durchführung des kommunistischen Programms bezüglich der Religion im roten Ungarn soll ein weiterer Artikel unterrichten.

[5]) A. a. O. S. 93.
[6]) M. Hirschberg, Bolschewismus, eine kritische Untersuchung über die amtlichen Veröffentlichungen der russischen Sowjet-Republik, München und Leipzig 1919, S. 55.
[7]) A. a. O. S. 96.
[8]) vgl. K. Rothenbücher, Die Trennung von Staat und Kirche, München 1908.

Einen Freund weniger, einen Feind mehr.

Interessantes aus der deutschen Auslandspolitik.

Von P. Petrus Sinzig, O. F. M., Petropolis (Brasilien), zurzeit in Linz am Rhein.

Einen Strick um den Hals, und zugezogen! Da mußte Brasilien nachgeben und unter die Feinde Deutschlands gehen, das es bis dahin als erprobten Freund geschätzt hatte.

Das Halszuschnüren ist zwar immer eine kitzliche und gefährliche Sache, aber gar so leicht wäre es den Alliierten doch nicht geworden, wenn sie nicht in weitausschauender Weise und mit großen finanziellen Opfern, die sich allerdings lohnen mußten, die nötigen Vorbereitungen getroffen hätten.

Die deutschen Siege, die kein Kabelzerschneiden und Briefestehlen verheimlichen konnten, imponierten. Der Kaiser, Hindenburg und Mackensen, und andere in großer Zahl, hatten Verehrer, wie sie in Deutschland nicht stürmischer waren. Da mußte also in weit größerem Maße, als bis dahin, die Presse heran, um Stimmung zu machen.

Natürlich auch die Deutschen Brasiliens wußten, was auf dem Spiele stand und brachten bedeutende Opfer. Sie waren eins in der Abwehr, wie es immer wieder hervorleuchtete aus ihrer Presse: „Deutsche Zeitung" und „Germania" in Saõ Paulo; „Der Kompaß" und „Beobachter" in Curityba; „Das Deutsche Tageblatt" in Rio de Janeiro; „Deutsches Volksblatt", „Vaterland", „Deutsche Zeitung" und „Neue Deutsche Zeitung" in Porto Alegre; „Urwaldsbote" und „Blumenauer Zeitung" in Blumenau; „Nachrichten" in Petropolis; „Koloniezeitung" in Joinville; „Deutsche Zeitung" in Saõ Leopoldo usw.

Dazu kam die finanzielle Opferwilligkeit einzelner Häuser des deutschen Großhandels in Rio und die entschiedene und unentwegte Deutschfreundlichkeit einiger Vertreter der brasilianischen Presse, wie „O Diario" in Florianopolis, „O Diario" in Porto Alegre, „Vozes de Petropolis in Petropolis usw.

So wertvoll aber auch all dieses war, es genügte nicht. Da erhalte ich eines guten Tages (ich habe mir Datum und Einzelheiten aufgezeichnet) den Besuch eines höheren Beamten des Ministeriums des Aeußeren, der mir folgendes erzählte:

Das „Jornal do Commercio" — die größte Tageszeitung der Bundeshauptstadt, die überdies zu den offiziellen und offiziösen Bekanntmachungen benutzt wurde — bot sich dem deutschen Großkaufmann . . . zur Verteidigung Deutschlands an. Dieser verlangte genaue Unterlagen, die er der deutschen Regierung einschickte. Die Korrespondenz fiel jedoch in die Hände der Franzosen. „Da haben die Deutschen — sagte mir Dr. . . . — eine große, folgenschwere Unterlassungssünde be-

gangen. Statt sofort zuzugreifen, ohne Antwort von drüben abzuwarten, ließen sie die kostbare Zeit und die einzigartige Gelegenheit verstreichen. Herr Lafont kam aus Frankreich, mit 40 (vierzig) Millionen in der Tasche, und heute (ich zitiere wörtlich) gehört „Jornal do Commercio“ mehr der französischen Regierung als „Le Temps“ in Paris“.

Die Darstellung meines Gewährsmannes erfuhr eine offizielle Bestätigung im Abgeordnetenhause der Bundeshauptstadt, wo Ende Juli 1916 der Abgeordnete Mauricio de Lacerda in längerer Rede folgende Sätze gebrauchte: Das „Jornal do Commercio“ war unabhängig von irgendeiner der kämpfenden Gruppen, bis es vor kurzem unter die Leitung eines des Angehörigen einer der kriegführenden Nationen kam, unter die Leitung des Herrn Lafont. „Herr Lafont hatte hier große und wichtige Interessen, über die noch die nationale Administration entscheiden mußte. Seine erste Sorge bei seinem Eintritt in das „Jornal do Commercio“ war, alle Titel und Verbindlichkeiten der Zeitung bei der Bank der Republick nach seinem Credit Foncier zu übernehmen. Nachdem er auf diese Weise die Unabhängigkeit seiner Zeitung sichergestellt hatte, hielt Herr Lafont es für angebracht, die leidenschaftliche Diskussion über Prinzipien und Meinungen mit der Verteidigung seiner heiligen Geldinteressen zu verquicken.“

Die Ausführungen des Bundesabgeordneten blieben unwidersprochen. Die Artikel des nun in Frankreichs Diensten stehenden „Jornal do Commercio“ wurden nach Paris gedrahtet und dort als „brasilianische Meinung“ (!) wiedergegeben. Mit welchem Erfolg, das hat die Zeit gelehrt.

Natürlich begnügten sich die Alliierten nicht mit ihrem Bombengeschäft, der Uebernahme des größten und angesehensten Blattes Brasiliens. Eine andere große Tageszeitung „O Paiz“ — ich folge meinem Gewährsmann aus dem Ministerium des Aeußeren — erbot sich für 15 Conto monatlich (nach damaligem Gelde etwa 15,000 ℳ) Deutschland in seiner Not beizustehen. Die Deutschen (ich weiß nicht welche) fanden es zu viel, und „O Paiz“ trat für ⅔ des Preises, für 10 Contos monatlich, in den Dienst Lafonts. Ein Hetzer mehr.

„Correio de Manhã“, der bis dahin Deutschland verteidigt hatte (und es auch später wieder tat) kippte um, weil er den Verlust der portugiesischen Anzeigen fürchtete, die ihm die deutsche Kolonie nicht zu ersetzen versprach. So mein Gewährsmann.

Ist Deutschland durch Schaden klug geworden?

Arm geworden ist's, und zwar gründlich; ob auch klug, das wird die allernächste Zukunft lehren. Auch der Blinde sieht, daß vom Allerletzten noch etwas zu opfern ist, wenn der Einsatz sicheren Gewinn verbürgt und eine sorgenfreiere Zukunft verspricht.

Muß ich deutlicher werden? ...

Eine wunderbare Geschichte.

Von Luise Weber, Bonn.

In Paris, in der Vorstadt St. Jacques, besteht ein Hospital unter dem Namen Cochinsches Hospital. Dasselbe wurde im Jahre 1882 von dem Abbé Cochin gegründet, resp. von seinem väterlichen Erbteile und den gesammelten Almosen erbaut.

Von seiner Jugend an war der junge Cochin wegen seiner Mildtätigkeit gegen die Armen bekannt. Zur Zeit unserer Geschichte befand er sich im Seminar St. Sulpice und sein Vater, ein alter Staatsrat, gab ihm jeden Monat ein doppeltes Zwanzigfrancsstück für seine Privatausgaben.

Man kann sich denken, welches die Privatausgaben des Seminaristen Cochin waren. Bald auch schon hatten sich die zwei Zwanzigfrancsstücke in kleinere Münzen verwandelt, die allemal in den Taschen der Armen und Notleidenden verschwanden. Die Folge davon war, daß er um die Mitte des Monates schon keinen Centime mehr im Besitze hatte.

Der gute Seminarist war so sehr bei allen Armen des Viertels bekannt, daß sie fast ebenso gut, wie er selbst, den augenblicklichen Stand seiner Finanzen kannten. So kam es auch, daß in der zweiten Hälfte des Monates der größte Teil seiner Armen ihn ruhig vorbei gehen ließ, ohne ihn um ein Almosen anzusprechen und wenn doch einige wenige den Versuch machten, so zog Cochin recht tief vor ihnen den Hut, ein sicheres Zeichen, daß er wieder auf dem Trockenen war.

An einem freien Tage nun, der unglücklicher Weise auf den 25. fiel, stand eine Frau vor dem Tore des Seminars. Ohne Zweifel mußten sehr wichtige Gründe die Frau bewogen haben, zu einer so ungünstigen Zeit den mildtätigen jungen Mann abzuwarten. Ach, ihr Mann war ohne Arbeit, zwei Kinder krank und kein Brot im Hause.

Als der Seminarist heraustrat, eilte die arme Frau auf ihn zu und flehte ihn an: „Ach, haben Sie Mitleid, mein guter Herr Cochin, kommen Sie mir zu Hilfe“.

Cochin aufs tiefste bewegt, aber treu seinem Vorsatze, grüßte sie ehrerbietig und zog seinen Hut.

„Oh“, rief die unglückliche Frau, „hören Sie mich doch. Wir sind ganz verlassen zu Hause. Mein Mann hat keine Arbeit. Unsere beiden Kinder sind krank und seit zwei Tagen haben wir nichts mehr gegessen“.

Cochin blieb stehen. „Mein Gott!“ sagte er, „was tun? ...“ „Aber ich versichere Sie, liebe Frau, daß ich keinen Centime mehr im Besitze habe.“ „Ach“, rief die arme Frau, „ich dachte nicht daran, daß wir am Ende des Monates sind ... Aber was macht das. Sie sind doch ein halber Heiliger. Ich bin sicher, wenn Sie Ihre Taschen einmal nachsehen wollten, daß der liebe Gott etwas hineinlegen wird.“

Ganz gerührt über ihr inständiges Flehen will der brave junge Mann sie von seinen Worten überzeugen, indem er seine Rocktaschen herumdrehte, die er natürlich leer wußte. Aber, o Wunder! Kaum greift er mit der Hand in die rechte Hosentasche, als ein metallischer Ton an sein Ohr schlägt und zu seinem Schrecken gibt er drei neue, blanke Fünffrancsstücke heraus ... Sie der armen Frau in die Hand drücken, war das Werk eines Augenblicks. Aber diese schien nicht im geringsten erstaunt über ein solches Wunder. Indessen, der gute Cochin war nicht so ruhig über diese Gabe der Wunder, die ihm plötzlich verliehen schien. Den Kopf voll Gedanken verzichtete er darauf, seinen Vater zu besuchen und ging in die Kapelle der allerseligsten Jungfrau in St. Sulpice, wo er den Rest des Tages im Gebete verbrachte.

Am Abend ging er noch immer erstaunt und nachgrübelnd über das wunderbare Ereignis, das ihm am Morgen begegnet war, ins Seminar zurück. Kaum war er auf dem Korridor, als von allen Seiten der Ruf: Da ist er! Da ist er! an sein Ohr tönte. Im nächsten Augenblick stürzte auch schon sein Zimmerkollege auf ihn zu: „O, da bist Du, mein lieber Cochin, Du hast mich aber in eine fürchterliche Verlegenheit gebracht. Du hast meine Hose angezogen anstatt der deinigen und da wir nicht die gleiche Figur haben, war es mir unmöglich, mit der deinigen auszugehen.“

„Wie so“, rief Cochin aus, der, wie man sich denken kann, aus allen Himmeln fiel, „ich, ich soll Deine Hose angezogen haben!“

„Es ist, wie ich Dir sage, und zudem befanden sich noch in der rechten Tasche fünfzehn Francs in drei ganz neuen Fünffrancsstücken.“

Nun stelle man sich die Enttäuschung des armen Cochin vor! Er nahm nichtsdestoweniger die Sache von der scherzhaften Seite und erzählte demütig und wehmütig seinen Kameraden sein Abenteuer mit allen Einzelheiten. Die Sache wurde bekannt und gelangte auch zu den Ohren seines Vaters. Der alte Staatsrat ließ seinen Sohn rufen und sagte ihm: „Mein Sohn, von dem nächsten Monat an verdoppele ich Dir Dein Taschengeld, damit, wenn Du noch einmal Lust bekommst, Wunder zu wirken, Du es wenigstens mit Deinem eignen Geld tust. Inzwischen hast Du hier fünfzehn Francs, die Du schleunigst Deinem Zimmerkollegen wiedergeben wirst.“

Später, als Pfarrer von St. Jacques-du-Haut-Pas, erzählte der Abbé Cochin diese lustige Geschichte häufig in Gesellschaften.

Ich habe, im Hospital krank liegend, dieselbe aus seinem Munde gehört, als er schon ein ehrwürdiger Priestergreis war, und habe herzlich mit ihm und den übrigen Kranken darüber gelacht.

Nochmals: Ein Ausschnitt aus der jüngsten Erziehungsgeschichte in Bayern.

Von Geistl. Rat Professor Dr. J. Hoffmann, München.

In den Nrn. 20 und 28 von 1919 der „A. R." war ausgeführt, daß Herr Prof. Ludwig Gurlitt nach dem Ausbruche der Revolution eine Berufung ins Bayerische Kultusministerium anstrebte und auch der Vorstandschaft der Standesvereine an den höheren Lehranstalten seine Mitarbeit angeboten habe. Dieses habe ich einer offiziellen Notiz des 1. Vorsitzenden des B.G.L.V. („Mitteilungen des Bayer. Gymnasiallehrer-Vereins" 1919, Nr. 1 vom 4. März) entnommen. Hier war auch ausgesprochen, daß letzteres Angebot durch einen Hintermann Gurlitts gemacht worden sei. Nun veröffentlichten die „Mitteilungen" (Nr. 7 vom 1. Januar 1920) eine Berichtigung, in der G. erklärt, der 1. Vorstand des B.G.L.V. habe sich selbst davon überzeugt und ihm mitgeteilt, daß jene Notiz auf „einen Irrtum beruhe", an dem allerdings nicht ihr Verfasser, sondern Herr J. Kaiser, der an die Vorstandschaft der genannten Vereine in der Sache geschrieben habe, schuld sei. Kaiser war damals Mitglied des Soldatenrates. G. schreibt ergänzend, daß dieser sich ohne sein Wissen an die erwähnte Vorstandschaft gewandt und ihm erst später den Wortlaut des Schreibens brieflich mitgeteilt habe. Ebenso habe er (Gurlitt) eine Einberufung in das Bayerische Kultusministerium als Mitarbeiter nicht angestrebt, sondern er sei diesem ohne sein Zutun und Vorwissen von dem Arbeiter- und Soldatenrat und vom Vollzugsrat empfohlen worden.

Die Erklärung Gurlitts ist ein interessantes Dokument, welche Rolle die verschiedenen Räte in Bayerns traurigster Zeit im Unterrichts- und Erziehungswesen zu spielen trachteten und bekundet zugleich, wem sie ihr Vertrauen schenkten.

Allgemeine Kunstrundschau.

Unter jenen Künstlern, die seit dem Erscheinen unserer letzten Kunstrundschau durch den Tod abberufen worden sind, ist der bekannteste der Münchener Architekt Emanuel von Seidl. Er war geborener Münchener, am 22. August 1856 zur Welt gekommen, studierte an der Technischen Hochschule und machte sich zuerst bekannt durch seine Arbeiten an der Deutschnationalen Ausstellung zu München 1888. Seine Hauptbedeutung liegt auf dem Gebiete der stimmungsvollen, feinstens stilisierten, malerischen Innenraumkunst, des auf abgeklärter Tradition beruhenden Wohnungsbaues in Stadt und Land. Von der außerordentlichen Fruchtbarkeit seines Schaffens zeugen unzählige Schlösser und Wohnhäuser, öffentliche Gebäude (so in München u. a. das Theresiengymnasium, das Marianum), die malerische Neugestaltung seines Lieblingsaufenthaltes Murnau und vieles andere. — In Kevelaer starb der Maler Friedrich Stummel, der am 20. März 1850 in Münster i. Westf. geboren wurde. Er war in Düsseldorf Schüler E. von Gebharts, studierte auch wiederholt in Rom. Stummel hat sich besonders als Kirchenmaler bekannt gemacht. — Gestorben ist ferner der in Dachau ansässig gewesene Maler Otto Wirsching (geboren am 29. Januar 1889 zu Nürnberg), ein phantasiereicher Künstler voll Tiefe, Gemüt und Humor, ein Geistesverwandter Böcklins und Weltis. Seine farbensatten, kleinen Bilder gehörten zu den Zierden sehr vieler Ausstellungen. Als Graphiker hat er besonders durch seinen „Totentanz 1915", ein aus der Stimmung des Krieges entstandenes Werk, tiefe Eindrücke geschaffen. Eine Gedächtnisausstellung Wirschingscher Werke veranstaltete der Nürnberger Albrecht Dürer-Verein. — Der in München verstorbene Landschaftsmaler Paul Wilhelm Keller-Reutlingen wurde in der Stadt, nach der er sich nannte, am 2. Februar 1854 geboren, studierte erst in Stuttgart, dann in München, in dessen Umgebung (Dachau, Bruck) er seine stets trefflichen Bilder schuf, die nur den einen Mangel besaßen, daß sie fast durchweg das gleiche Motiv — Häuser mit roten Dächern hinter Bäumen — behandelten. — Zu den neuerdings Dahingeschiedenen gehört ferner der Düsseldorfer Maler Heinrich Commans, geboren in Köln am 2. Juli 1837, ein Nazarener aus der Schule Degers und Ittenbachs. Glasmalereien entwarf er u. a. für die Schloßkapelle in Xeroneren, den Dom zu Xanten, die Gertrudiskirche in Essen, außerdem schuf er viele religiöse Tafelgemälde, Illustrationen und andere Malereien christlichen Inhaltes. — Endlich sei des Ablebens des berühmten Pariser Malers Auguste Renoir (geboren am 25. Februar 1841 zu Limoges) gedacht. Er war erst Porzellanmaler, kam dann nach Paris, wo er zu Monet, Sisley und anderen in Beziehung trat und sich bald zum ausgezeichneten Impressionisten entwickelte. Seine Werke (Bildnisse und Szenen), deren gegenständliche Motive er dem Leben des Volkes und der Gesellschaft entnahm, fesseln durch Feinheit der Farbe und besonders der Lichtbehandlung.

Auch Gedenktage verdienen Erwähnung. In Wien erlebte der treffliche Meister christlicher Kunst Hans Zatzka seinen 60. Geburtstag, ein Schüler von Griepenkerl und K. von Blaas. Malereien von ihm gibt es in zahlreichen österreichischen Kirchen. — Sechzig Jahre alt wurde auch der als Kirchenerbauer erfolgreiche Karlsruher Baurat Johannes Schroth. Er ist gebürtig aus Jöhlingen (bei Karlsruhe). Er ist Vorstand des Erzbischöflichen Bauamtes zu Karlsruhe. — Zur Ehrung von Hans Thomas 80. Geburtstage veranstaltete der Badische Kunstverein in Karlsruhe eine Ausstellung von Werken aus den letzten zehn Jahren des Meisters. Der geistige Umfang, der edle Reiz und die unverwüstliche Jugendkraft seiner Kunst offenbarten sich in dieser Ueberficht aufs schönste. — Gelobt wird eine Ausstellung, die in Basel stattfand und der Würdigung dortiger Kunstleistungen aus der Zeit von 1900—1919 galt. Besonders hervorgehoben wird die Bedeutung der Bildnisse und Landschaften von Paul Basilius Barth. — Eine von der Künstlervereinigung Dresden veranstaltete Ausstellung brachte Leistungen von Allermodernsten zur Schau. Eine größere Anzahl von Werken Noldes erregte Aufmerksamkeit durch die diesem Maler eigene Lebhaftigkeit der Farben. Interesse wußte auch der Dresdener Stadtbaurat H. Poelzig zu erregen, der in einer Reihe von Gemälden zum Teil christliche Gegenstände behandelte.

Eine internationale Kunstausstellung wird heuer zum ersten Male seit dem Kriegsbeginn wieder in Venedig veranstaltet. Auch deutsche Künstler haben die Möglichkeit sich zu beteiligen, doch unter so ungünstigen Bedingungen, daß keiner, der etwas auf sich hält, darauf eingehen kann. — Außerordentliches Interesse bietet die von der Münchener Firma Dr. Weizinger u. Co. veranstaltete Ausstellung peruanischer Altertümer. Man sieht die Erzeugnisse einer auf ehrwürdigen Traditionen beruhenden Kunst, die in ihren in Tier- und Menschengestalten geformten, bemalten Tongebilden (Gefäßen und Figuren) mit strengster Stilisierung ein lebhaftes Naturgefühl vereinigt. Außerordentliche Kunstfertigkeit offenbart sich auch in den Holzschnitzereien, Geweben, Federarbeiten und sonstigen Erzeugnissen. — Eine überaus erfreuliche Erscheinung war die in Salzburg veranstaltete Ausstellung alter und neuer Weihnachtskrippen. Die ersteren boten in künstlerischer, kunstgewerblicher, kultur- und volkstümlicher Beziehung höchst wertvolles und anregendes Material, die letzteren bezeugten den Willen der Gegenwart, den alten Brauch und Kunstzweig nicht absterben zu lassen. — Von den Münchener Kunstausstellungen erwähnt sei die bei Thannhauser zur Schau gebrachte Gruppe von Stilleben, Bildnissen und Landschaften von Julius Heß, Werke, die weniger durch ihren geistigen Gehalt, als durch ihre malerisch-technische Auffassung — eine modernisierte impressionistische Art — zu interessieren vermochten. Ferner gedacht sei der Darbietungen des Kunstvereins, die, seiner Tradition gemäß, ohne den unsicheren Boden übermodernster Versuche zu betreten, vielseitig interessant und wertvoll waren. Herausgegriffen sei die Sondergruppe von Werken Louis Gurlitts, der 1812 in Altona geboren war und seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr zu den Lebenden gehört. Er war einer der berufensten Vertreter der großempfindenden Landschaftskunst des frühen und mittleren 19. Jahrhunderts.

Der Erfurter Museumsdirektor Dr. Edwin Redslob wurde zur Leitung des Stuttgarter Museums ausersehen, aber nach kurzer Amtstätigkeit bereits nach Berlin berufen, um die Leitung der neu geschaffenen Zentralstelle für Kunst im Reichsministerium des Innern zu übernehmen. Diese Instanz ist dazu da, gesetzgeberische und verwaltungstechnische Fragen der Kunst zur einheitlichen Lösung zu bringen. Redslob ist ausgesprochener Anhänger der allermodernsten Kunstauffassungen. Ob gerade eine solche Persönlichkeit geeignet ist, eine so weitverzweigte Verwaltung zu übernehmen (zu der u. a. die Denkmalspflege, sowie die Organisationen der Kunstausstellungen gehören), ist ebenso zweifelhaft als es abzulehnen ist, daß z. B. Münchener Kunstfragen in Berlin „gelöst" werden. Aber freilich heißt es, der „Reichskunstwart" habe nicht die Aufgabe, sich in die Angelegenheiten der Einzelstaaten zu mischen. — Der ausgezeichnete Historienmaler Prof. Albin Egger-Lienz erhielt einen Ruf an die Wiener Akademie, doch ist zu bezweifeln, daß er ihm Folge leisten wird, so wichtig dies für das Wiener Kunstleben auch wäre. So Mannigfaltiges, nicht wenig auch Bedeutendes dieses auch in letzter Zeit wieder geboten hat, so vielerlei Stilauffassung sich in ihm begegnet, so bedeutet doch gerade diese letztere Vielheit den Mangel eines großen, allgemein leitenden Gedankens. Die Wiener christliche Kunst brachte übrigens sehr tüchtige Leistungen, wenn schon gering an Zahl.

Für die katholische Pfarrkirche in Schweinfurt schuf der Bildhauer Prof. Balthasar Schmitt einen Aufsatz für den St. Josephsaltar. Das Werk, das die Form einer zweiflügeligen Retabel besitzt, besteht aus dunkelfarbigem Schiefer, dessen ernster Ton durch Vergoldung einzelner Teile gehoben wird. Die Seitenflügel sind mit kräftig und edel gezeichneten Reliefs bedeckt, die außer Schmuckteilen eine Reihe von Szenen aus dem Leben des hl. Joseph aufweisen. Der Mittelteil zeigt die Gruppe des gekreuzigten Heilandes zwischen Maria und Johannes, darüber im Giebel das Lamm Gottes mit Engeln. — Philipp Schumacher malte für die St. Ursulakirche in Neisse (Westfalen) ein Altarbild mit der Darstellung des Martyriums der Patronatsheiligen und ihrer Genossinnen. Starke Schmuckwirkung infolge edler, großzügiger Komposition und Schönheit der Farbe, Adel der Empfindung zeichnen das Werk aus. —

F. X. Dietrich setzte seine Arbeit an dem für die Dresdener Hofkirche bestimmten hl. Kreuzwege fort, indem er (als bisher zweites Bild) die vierte Station — Begegnung Christi mit seiner Mutter — malte. In allen seinen Eigenschaften, von denen das hohe und doch mit Kraft gezügelte Pathos, die Tiefe der Charakterschilderung, sowie die prachtvolle, goldig warme Färbung vor allem hervorzuheben sind, schließt sich das Werk der ersten dieser Stationen ebenbürtig an. — An Stelle der im Garten des Benediktinerklosters der St. Bonifatiuskirche in München 1916 durch einen Flieger beschädigten Figur des hl. Benedikt schuf Prof. Georg Busch eine neue, die gleichzeitig den Zweck eines Ehrendenkmals für die im Kriege gefallenen Mitglieder der Münchener und Andechser Benediktinerfamilie dient. Das aus Treuchtlinger Marmor gearbeitete Werk zeigt sich in der großartigen Schlichtheit und tiefgründigen Erfassung idealisierter Individualität, die zu den vorzüglichsten Kennzeichen der Kunst Buschs gehören. — Auf weitere neueste Beispiele aus dem Schaffensgebiete der christlichen Kunst muß des Raumes halber leider verzichtet werden. Auch das notgedrungen Wenige zeigt, daß diese Kunst nicht etwa ruht, auch nicht auf kunstfremde politische Zwecke ausgeht, wie man ihr von religionsfremder Seite vorwerfen möchte, sondern still, ihrer hohen Aufgabe bewußt, rastlos und erfolgreich am Werke ist. Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Jugendborn. Märchen und Erzählungen. Herausgegeben von Maria Köchling. Buchschmuck von Albert Reich. Mit sechs Kunstbeilagen (fünf davon nach Originalen von Moritz von Schwind). Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Pr. geb. 10.— M. — Maria Köchling hat wieder einmal ihr Sammelgeschick bewiesen. Was sie bietet, ist ein richtiges Prachtbuch, äußerlich und innerlich. Sieben Erzähler und sechs Erzählerinnen, insgesamt bekannt und weidlich beliebt, vereinigen sich hier zu einem volltönenden Chor für unsere liebe Jugend: Jon Svensson, Johanna Arntzen, Heinrich Kautz, Angelika Harten, Heinrich Zerkaulen, Alberta Jansen, Joseph Lienßberger, P. Odilo Zurkinden, Helene Pagés, Laurenz Kiesgen, Franz Faßbinder, Ilse Franke, M. M. Schenk. Ich möchte hier nicht gern nach persönlicher Wertung unterscheiden. Selbst wenn einem die eine oder andere Erzählkraft besonders viel zu sagen hatte oder gar mehr als die sämtlichen anderen: die Gesamtgabe ist so reich, daß es mir widersteht, hier kritisch daran zu wenden und zu deuteln. Aber gesagt soll sein: Das Herz geht einem gleich weit auf beim Anfang, diesem erlesenen isländischen Jugendfreunde und -darsteller, und beim Kapitel mit den wundervoll klaren und feinen Kunstblättern nach Schwindschen Märchen. — So hat auch der Verlag das Seine reichlich zu dem Ganzen getan — und wir haben warm zu danken: allen Beiträgern. E. M. Hamann.

Illemo Camelli: Vom Sozialismus zum Priestertum. Deutsch von Dr. Carl Müller. Freiburg, Herder. Preis geb. 5.40 M. — Das innerlich bedeutsame Schicksal eines Einzelnen spielt sich hier eigenpersönlichst vor uns ab und überzeugt eben dadurch von der subjektiven Wahrheit dieses Erlebens — einer Wahrheit, die sich durch logische Schlußfolgerung zu einer klar objektiven gestaltet. Der Held des selbstbiographischen Werkes hat seine Eltern: einen freundschaftlichen „Anbeter" Mazzinis und eine gläubige Mutter, früh verloren. Bald verfällt er den Einwirkungen des Sozialismus, dessen Sache er als junger, begabter Künstler begeistert vertritt und in einer Art idealistischen Apostolats unter Mühe, Not, Verfolgung und Verbannung vertritt. Mählich erkennt er den der sozialistischen und insgesamt materialistischen Weltanschauung zugrunde liegenden nackten Egoismus, und das treibt ihn, unter Aufgabe eines reinpersönlichen Glückes, endgültig zum Heiland und dessen priesterlicher Gefolgschaft. Ergreifend liest sich diese Darstellung seelischen Aufbaues und nicht zuletzt darin die der wohl jedem ernst zu nehmenden Konvertiten wohlbekannten „Wandlung" des Evangeliums aus einem erschütternd menschlichen in ein gewaltiges göttliches Offenbarungszeugnis. Das Buch ist ganz geeignet, gläubig teilnehmende sowie noch gottsuchende Gemüter zu packen, auch bislang nicht völlig verbohrte „Arbeiterseelen", deren Probleme es, wie die Verlagsanzeige treffend bemerkt, erhellend aufstellt und betrachtet. E. M. Hamann.

Unsere katholische Erziehungslehre als eine im Grundriß verfehlte, in der Praxis versagende Wissenschaft nachgewiesen von einem Katholiken. (Regensburg, Habbel.) 86 S. 1.50 M. In letzter Zeit waren die katholischen Pädagogen bemüht, unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden an dem Ausbaue der Erziehungslehre zu arbeiten und mit Berücksichtigung auch der natürlichen Gesetze des jugendlichen Geistes und Ausnützung der natürlichen Mittel die Erziehung der Heranwachsenden zu fördern. Vorliegendes Schriftchen erhebt nun die im Titel angegebene schwere Anklage. Das Verderben, das aus dieser Sachlage kommen könne, sei allerdings dadurch gemildert, daß niemand nach den Grundsätzen jener Pädagogik verfahre, die katholischen Erzieher entnähmen in Wirklichkeit ihre Gesetze aus der Religionsstunde. Sie müßten beachten, daß das einzige Ziel der Menschen Gott und der Himmel, der einzige Weg Christus und das einzige Mittel dessen Lehre seien. Nach diesen Fundamentalsätzen sei die ganze Erziehung des jungen Menschen einzurichten. Dieses sind auch die Gesichtspunkte, nach denen der Verfasser eine Reihe aktueller Fragen behandelt, nämlich die Forderung nach dem achten Schuljahre, die Erziehungsrechte der Kirche, deren Beauftragte Eltern und Lehrer seien, während der Staat der einzige im Staate wäre, der nicht erziehen könne, und der trotzdem andere, sogar Diener der Kirche, mit jener Aufgabe bevollmächtigen wolle; besprochen werden weiter Simultanschule, Erweckung. Es sind durchaus beachtenswerte Gedanken, die der Verfasser ausspricht. Einseitig ist die Darstellung indes dadurch, daß er nicht hervortreten läßt, daß der Mensch auch ein irdisches Ziel hat, das ja gewiß durchaus dem ewigen untergeordnet sein muß, sowie daß auch die natürlichen Mittel, geheiligt durch die Beziehung auf das Uebernatürliche, zur Erreichung jenes höchsten Zieles mithelfen können. Die Ausführungen dürften aber eine Mahnung sein, daß die katholische Pädagogik sich nicht mehr als notwendig ist, auf natürlichen Boden stellt. Dr. J. Hoffmann.

Arnold Janssen, der Gründer des Steyler Missionswerkes. Ein Lebensbild von Hermann Fischer, S. V. D. 8° VIII u. 493 S. M 12.—. Missionsdruckerei Steyl. Ein umfassendes, sehr anregendes Lebensbild des vor einem Jahrzehnt verewigten Gründers des Steyler Missionswerkes. Dem Verfasser standen reiche Quellen zur Abfassung dieser Arbeit zur Verfügung, unter denen er selbst als wichtigste und wertvollste jene Aufzeichnungen hervorhebt, die P. Janssen anläßlich des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums der Missionsgesellschaft auf Drängen P. Reinkes diesem zum Stenogramm gab. Als Leitstern der Arbeit schwebte dem Verfasser die Losung vor Augen: „Nur die Wahrheit ehrt Gott und seine Diener", so daß er ein durchaus lebenswahres Bild zeichnet im Zusammenwirken von Licht und Schatten. Wir verfolgen Schritt um Schritt zunächst den Werdegang P. Janssens, der sich als Priester von wahrhaft apostolischem Eifer erweist. Dann wird die Gründung und Entwicklung des Missionshauses in Steyl geschildert, ebenso das Werden der Gesellschaft des göttlichen Wortes und ihre Ausbreitung, die zahlreichen weiten, ihr unterstellten Missionsfelder. Großen Weitblick offenbarte P. Janssen auch, indem er die Steyler Schwesternkongregation ins Leben rief mit einer eigenen Abteilung Klausurschwestern. Ein eigener Abschnitt entwirft ein Charakterbild des edlen Priesters, dessen tatenreiches Leben ein glückseliger Heimgang krönte. Mit diesem Buch ist ihm und seinem Werk ein verdientes Denkmal gesetzt und was uns diese Blätter an opfermutiger, vertrauensvoller Missionsarbeit schildern, belebt gerade jetzt unsere Missionshoffnungen. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Residenztheater. Der Lyriker Richard Dehmel hat Stücke geschrieben, wie dies etwa auch der Lyriker Detlev von Liliencron tat. Ohne den auf dem eigensten Gebiete erworbenem Ruhme würde man sie kaum beachtet haben und hat sie in der Tat auch bald wieder vergessen. Immerhin die Menschenfreunde, das letzte Drama das der zu früh verstorbene Richard Dehmel geschrieben, verdient größere Beachtung. Das Residenztheater hat uns in einer sorgfältig abgestimmten Aufführung damit bekannt gemacht. Unsere Dichter zeigen uns heute des öfteren das Schicksal von Multimillionären, außer Dehmel u. a. auch Georg Kaiser, und wir erfahren die alte Wahrheit, daß Geld nicht glücklich macht, was gerade heute niemand recht glauben will. Christian Wach hat das Riesenvermögen von einer Tante geerbt. Ob er den Tod der alten bösen Dame, die ihn lange Jahre gequält hat, selbst herbeigeführt, dadurch, daß er ihr Gift gab, ob er vielleicht nur das Gift sich verschaffte und dann von dem Verbrechen zurückscheute, oder ob vielleicht nun der plötzliche Tod der Tante ihn davor bewahrte, zum Mörder zu werden, ist sein Geheimnis, das ihr der Dichter mit sich ins Grab nehmen läßt. Von einem Vetter, der aus der Rachsucht des Enterbten dem Verbrechen auf die Spur zu kommen suchte, angeklagt, wird Wach von dem Gerichte freigesprochen, allein er selbst spricht sich nicht frei, er geht an seinen Gewissensskrupeln zu Grunde. Niemals gelangt er zum Genuß seines Geldes. Durch gewaltige Stiftungen sucht er das Schicksal zu versöhnen, gönnt sich selbst nicht den geringsten Lebensgenuß und fristet so inmitten seines Reichtums ein erbärmliches Dasein. In jedem der drei Akte treten Spitzen der städtischen und staatlichen Körperschaften auf, die Christian Wach hohe Ehrungen überbringen. Der Dichter hat die Figuren mit Absicht wie Marionetten behandelt. Sie halten alle im Innern Wach für einen Mörder, aber sie haben ein Interesse daran, ihn zu immer weiteren Stiftungen anzustacheln. Die Wohltätigkeitsbestrebungen dieser Leute entspringen nur Eitelkeit und anderen niedrigen Interessen, daher der ironisch gemeinte Titel: ‚Menschenfreunde.' Das ist nun freilich alles sehr schroff einseitig gesehen. Es ist schon oft vorgekommen, daß Leute, die solch armen Reichen zu großen Stiftungen veranlaßten, lediglich im Dienst eines großen Gedankens standen. Diese dreiaktige Psychoanalyse des Tantenmörders entgeht nicht immer der Eindruckes der Einförmigkeit; das Stück ist die Spiegelung einer Seele, nicht die Spiegelung eines Weltbildes. Dieser Christian Wach ist nicht bedeutend genug, als daß uns sein Schicksal stärker berühren könnte. Lützenkirchen spielte ihn mit starker Innerlichkeit. Graumann und Frl. Hohorst als rächender Vetter und als selbstlose Pflegerin traten noch in stärkerer Profilierung hervor.

Kammerspiele. Intendant a. D. Schwanneke hat seine Sommerdirektion der Kammerspiele begonnen. Man hat vormals sehr literarisch ehrgeizige Pläne vernommen vom Urfaust u. dergl. und nun begann man mit dem „Raub der Sabinerinnen". Also „Sommertheater", wenn es auch draußen noch kalt ist, das Publikum wurde doch warm. Schwanneke spielte den Schmierendirektor Striese mit viel Humor, suchte das Ganze auf einen feineren Lustspielton zu stimmen, das gelang ihm nicht übel. Freilich manche Szene des Schönthanschen Schwankes läßt sich nicht hinaufstilisieren und so traten doch einige Stilschwankungen zutage, die übrigens der allgemeinen Heiterkeit keinen Abbruch taten. Das Stück ist jetzt 36 Jahre alt. Neue Schwänke sind zwar nicht besser, aber die Tatsache des Ueberalterns wird eben doch fühlbar. Man verzichtete deshalb auf die Mode von heute und wählte diejenige, in der die Damen den cul de Paris trugen. Dicht neben Schwanneke stand an feinhumoristischer Charakteristik Martinis Professor.

Schauspielhaus. Ein Abend, an dem Pfeifen mit Applaus kämpfte, im zweiten Stücke kam es drei- bis viermal zu Zwischenrufen und ironischem Gelächter. Das sollte nicht vorkommen; gewiß, aber die Art, wie der Autor auf uns einreden ließ, konnte schon auf die Nerven gehen. Vielleicht hat das Publikum nicht alle „Feinheiten" verstanden, möglich immerhin, aber es hat ein sicheres Instinkt für echt und unecht, für Kunstgebilde, die aus einer gewissen Notwendigkeit erwachsen sind und spitzfindigem Literatenwerk ohne Kraft und Willen zur Form. F. Kofflas „Kain" und Max Brods „Die Höhe des Gefühls" gehören zu letzterem. Lord Byrons großer Schatten hat die Dichter nicht von dem Stoffe des ersten Brudermordes abgeschreckt. Borngräber und Fuhrmann haben in den letzten Jahren uns Apologien Kains gegeben. Seb. Wieser, auf streng biblischer Grundlage den Stoff gestaltet, worüber ich an anderer Stelle demnächst zu sprechen Anlaß habe. Bei Koffka ist Kain Psychopath; ein Mensch, der schwer erziehbar war und deshalb von dem braven, rauhen Vater Adam unrichtig erzogen wurde. Phantast, Lügner, Nichtstuer haßt er den lebenstüchtigen Bruder, erst im Unterbewußtsein, das sich nur in Träumen verrät, dann auch durch Eifersucht gesteigert bewußt. Der Schauspieler Granach verstärkte noch das Krankheitsbild durch eine sentimentale Note. Man blieb kühl. Kain ist ein wissenschaftlich präparierter Homunculus in der Phiole. „Natürlichem genügt der Weltraum kaum, was künstlich ist, verlangt geschlossenen Raum" (Faust II). „Die Höhe des Gefühles", ein Akt von Max Brod zeigt uns einen jungen Künstler, der in einem Café sitzt und die Geliebte erwartet. Sie kommt gar nicht; sie existiert vielleicht nur in seiner Einbildung, es tut nichts, denn im Grunde liebt „Orosmin, ein edler Jüngling" nur seine durch die Gefühlsschwelgerei angenehm gesteigerte Persönlichkeit. Was geschieht? Eigentlich nichts. Das Wirtstöchterlein meint, sie sei die Geliebte und der Schwätzer redet unermüdlich weiter und merkt nichts. Unerwartete Zukunftsaussichten eröffnen sich ihm, doch er brüskiert sehr zum Schmerz seiner Freunde. „Klügrian" und „Kunstreich" (o, feine Symbolik) den Hofmarschall und träumt weiter. Worte, Worte, Worte, in Prosa, in Vers mit und ohne Musikbegleitung; immer wieder im Sinne dasselbe, man hatte die Befürchtung, das höre gar nicht mehr auf und so bekam das Publikum erst nervösen Husten, ward schließlich unartig und boshaft. Der Schauspieler mußte mehrmals einhalten, sprach er wieder fünf Minuten weiter, dann ging der Ulk im Publikum wieder los. Der Held auf der Bühne hatte sich einen Rostbraten bestellt, aber man wartete vergebens darauf, daß er serviert werde und der Herr beim Essen den Strom seiner Rede eindämmen müsse, aber schließlich hat alles einmal ein Ende. Herr Brod, der aus Prag gekommen war, verzichtete darauf, sich anzischen zu lassen und ließ einem Teil des Publikums durch Herrmann, der die Rolle mit Kaltblütigkeit zu Ende geredet hatte, seinen Dank sagen. Das Publikum stritt sich noch eine Weile, ob der Beifall den Schauspielern oder dem Dichter gegolten habe; dann kam der eiserne Vorhang, der unter verlorene Abende ebenso, wie unter schöne den Schlußpunkt setzt.

Aus den Konzertsälen. Im Festsaal „Hotel Bayerischer Hof" sang Irma M. Petar in ihrem II. Liederabend unter Begleitung von Michael Raucheisen am Flügel Lieder von Spohr, Lotti, Haydn, Schubert, Jos. Marx, Gustav Mahler, Richard Strauß, Leo Blech in geradezu vollendeter Gesangs- und Vortragskunst. Sie trillert mit der Lerche und klagt mit der Nachtigall: ein strahlend schönes Organ gibt Töne aller Lagen in gleicher Schönheit. Die Natürlichkeit, Innigkeit und Reinheit des Gesangs verleiht jedem Lied besonderen Reiz. Eine schöne Stimme klingt auch bei Rudolf Sollfrank, der im Konzertsaal „Hotel Vier Jahreszeiten" Lieder und Balladen von Löwe, Brahms, Hugo Wolf und R. Trunk sang, welch letzterer selbst den Sänger am Flügel begleitete. Ein schöner, weicher, nicht allzu voluminöser Baß, ein verständnisvoller, guter Vortrag brachten dem Sänger reichen Beifall. Leider stört den guten Eindruck dieser Vorzüge eine schlechte Atemtechnik. Die Lieder von Richard Trunk sind modern gehalten, aber doch allerliebst, melodiös und originell. Zu den besten deutschen Liedern wird man bald sein Liedchen: „In der Heimat" von Carl Busse zählen. Weniger gefiel sein Schnitterlied, dessen gehackter Rhythmus mit den schneidenden Dissonanzen wohl des Todes Schnitterarbeit symbolisieren soll, aber befremdend und unmelodiös wirkt.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschafts-Zuckungen — Deutscher Warenmarkt — Kreditabkommen mit Holland und amerikanischen Grossproduzenten — Ruhe und Ordnung stets obenan.

An unseren Effektenbörsen sind die Kurszuckungen so einschneidend, dass man ihnen grössere Aufmerksamkeit zuzuwenden beginnt. Selbstverständlich gaben hierzu Veranlassung die überaus trüben Ausführungen des Reichsfinanzministers im Hauptausschuss der Nationalversammlung über die wahre Finanzlage des Reiches. Die starke Reichsüberschuldung wurde hier vollkommen bestätigt. Es erübrigt sich, anhier dieses Thema eingehender zu besprechen. Auch der Hinweis, ob und wie die mehr als überreiche Quelle der Steuerabgaben dieses Defizit einigermassen beseitigen soll, ist unklar, insofern, als man heute keinesfalls, auch nur annähernd übersehen kann, ob in der Tat diese Steuerquellen richtig funktionieren werden. Sodann wirkte verstimmend auf die Tendenzgestaltung an den Börsen der Konjunkturumschwung bei den Warenmärkten. Das Angebot von Waren aller Art bleibt schon seit Wochen sehr stark, im Gegensatz hierzu ist die Kauflust nicht besser geworden. Die allgemeine Zurückhaltung der Grosskäuferschichten beginnt sich bereits unangenehmst bei den Wareninteressenten bemerkbar zu machen. Die teuren Einkaufspreise stehen fast — mit wenigen Ausnahmen — nirgendsmehr im Einklang mit den derzeitigen Tagesbewertungen. Schwächere und schwache Händlerkreise beginnen dadurch und namentlich durch die zurückhaltende Kaufsneigung finanziell zu wanken. Es kriselt in Handels- und Warensparten. Für Holzpreise, für Garne und auch für sonst rare Artikel ist fortgesetzte Flauheit am Markt. Warenhandelskreise, die noch vor kurzem Aktienposten sich zulegen konnten, sehen sich, um sich weiter liquid zu halten, zu deren gezwungenem Verkauf veranlasst. Weiter beobachtete man an den Börsen den Verlauf und die Folgen der Ergebnisse der San-Remoer Konferenz. Dass uns hieraus wiederum nichts Günstiges erblühen wird, darf wohl auf der Hand liegen. Es wird sich zeigen, ob die äusserlich versöhnlichere Taktik Englands und vor allem Italiens über die französische Hassucht endgültig siegt und ausserdem vor allem, ob nicht bloss Worte, sondern finanzielle und wirtschaftliche Taten für uns erreicht werden.

Wie sehr Deutschlands Wirtschaftslage unter den Folgen und unter dem Eindruck der politischen Unsicherheit, der zerfahrenen Führung und der Gesamtsituation steht, beweist u. a. der Hinweis des Generalversammlungsleiters der Harpener Bergbau-A.-G., dass die Kohlenförderung dieser Gesellschaft um ein Drittel der früheren Höhe zurückgegangen ist. Und es ist zu begrüssen, dass nunmehr, sowohl seitens der deutschen Landwirtschaft als auch des Gewerbestandes Mittel und Wege gesucht werden und hoffentlich gefunden werden, endlich einmal von Grund herauf für die Ordnung und Sicherheit der deutschen Wirtschaftslage zu sorgen. Eine diesbezügliche Stellungnahme auf der Münchener Tagung der Gesamtvorstandschaft des bayerischen Gewerbebundes betont, dass „zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens unbedingt auf Ruhe und Ordnung das grösste Gewicht gelegt werden müsse. Gerade der gewerbliche Mittelstand leide unter den fortwährenden politischen Wirren aufs Schlimmste und sei deshalb nicht gewillt, die einseitige Beeinflussung der Politik und des Wirtschaftslebens auch ferner hinzunehmen. Er fühle in dieser Hinsicht sich einig mit der Landwirtschaft und werde nichts unversucht lassen, um durch geschlossenes Handeln eine Besserung dieser unerträglichen Verhältnisse zu erreichen." Gerade jetzt ist solche Wiederherstellung geregelter Verhältnisse unbedingt von Nöten. Das Ausland bringt uns vielfach überraschend viel Vertrauen entgegen. Mit Holland ist das Kreditabkommen von über 25 Millionen Gulden für Nahrungsmittel ratifiziert worden. Weitere Beträge bis insgesamt 200 Millionen Gulden zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen sind in Verhandlung. Wichtiger noch ist das ebenfalls perfekte Kreditabkommen zwischen den deutschen Reichseinfuhrstellen und den amerikanischen Packerfirmen über Lieferung von Fleisch, Fett, Schmalz, Milch, Brotgetreide und anderen Produkten von ingesamt 40 Millionen Dollars, zurzeit etwa über 2 1/2 Milliarden Mark. Bei solchen grundlegenden Wiederaufbaudaten

sollte man doch hoffen, dass nunmehr Deutschlands Lage ungestört von neuen Unruhen bleibt! Schon die Gestaltung der Devisenkurse für Reichsmark bezeugen ausserdem, dass immer wieder ein Durchbruch zur Besserung möglich ist. Nach vorübergehender Abflauung der Markdevise ist eine neuerliche Besserung zu konstatieren. Die Reichsbank konnte Auslandsdevisen an deutsche Rechnung, ohne den Markt zu beeinflussen, abgeben.

Finanzielle und wirtschaftliche Daten bekunden ebenfalls das innere Bestreben der deutschen Grosswirtschaft, sich zu konsolidieren. Die Bilanzeinzelheiten der jetzt herauskommenden Grossbankabschlüsse weisen ebenfalls darauf hin. Die grosse Verschmelzung in der Elektro-Industrie: „A. E. G." — Felten & Guilleaume — Karlswerk-A.-G. bringt beispielsweise ein neuerliches Erstarken dieser deutschen Grossspezialindustrie. Auch in der Schwerbranche, wie in der Grossbankwelt bereiten sich grosse ähnliche finanzielle Massnahmen vor. Immer sei es gesagt, Ruhe und Ordnung ist hierbei, wie überall, grundsätzliche Voraussetzung. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Handelshochschule München. Die Vorlesungen für das Sommersemester beginnen am 5. Mai d. Js. Die Einschreibungen nehmen am 26. April ihren Anfang und dauern bis 15. Mai. Anmeldungen der Studierenden, Hospitanten und Hörer werden täglich in der Zeit von 10—1 Uhr und 4—6 Uhr (mit Ausnahme von Samstag Nachmittag) in der Kanzlei der Handelshochschule (1. Stock Zimmer 1) entgegengenommen.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter). Die geschäftlichen Ergebnisse des Jahres 1919, des 65. Geschäftsjahres, übertrafen in jeder Beziehung die der Vorjahre um das Mehrfache. Es wurden 29294 Anträge über 342,1 Millionen Mark eingereicht (gegen 10692 Anträge über 122,9 Millionen Mark im Vorjahre). Aufgenommen wurden 23612 Versicherungen (im Vorjahre 8985) mit 270,9 (im Vorjahre 100,8) Millionen Mark. Das sind Zahlen, die dem Gesamtergebnis in den ersten dreißig Geschäftsjahren der Bank gleichkommen. Nach Abzug des Gesamtabganges durch Todesfälle, Ablauf, Austritt usw. bleibt in der Todesfallversicherung ein Reinzuwachs von 18460 (im Vorjahre 3341) Versicherungen mit 232,4 (im Vorjahre 61,8) Millionen Mark Kapital. Einschließlich der seit 1904 nicht mehr betriebenen Altersversicherung betrug Ende 1919 der Gesamtbestand der Bank 191147 Versicherungen mit 1 Milliarde 487,1 Millionen Mark Versicherungssumme.

Nur auf diesem Wege.

Fern der Heimat und seinen Lieben starb an einer Infektionskrankheit am 18 April 1920 in Ratibor ruhig und gottergeben nach Empfang der hl. Sterbsakramente mein herzensguter Gatte, unser Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Onkel und Vetter

Herr Hans Martin

akadem. Kunstmaler, Inhaber des k. pr. Kronenordens.

Wegen Unmöglichkeit der Ueberführung musste die Beerdigung am 21. April in Ratibor (Oberschlesien) erfolgen.

München, Regensburg, den 21. April 1920.

Elisabeth Martin, geb. Degle
Hans Martin, cand. med. dent.
Margareta Hipp, geb. Martin,
Dr. Otto Hipp, II. Bürgermeister
und Enkelchen Marielies.

Der Trauergottesdienst fand am Montag, den 26. April, vorm. 9¼ Uhr in der Pfarrkirche St. Paul statt.

Aus innerster und klarster Ueberzeugung und dem Drängen des eigenen Gewissens, fühlen wir uns gezwungen, die gegenwärtige Linkspolitik der Zentrumsführer abzulehnen und mit allem Nachdruck zu versuchen, eine Neuorientierung innerhalb der Partei herbeizuführen. Gegenüber allen Entstellungen, dass wir eine neue katholische Partei gründen wollen, betonen wir aufs nachdrücklichste, dass wir vielmehr eine innere Reform des Zentrums auf dem Boden der alten Parteigrundsätze erstreben, um dadurch die vielen, die infolge der von der Parteileitung in der letzten Zeit erfolgten Opportunitätspolitik der Partei bereits untreu geworden oder wenigstens nicht mehr zur Wahlurne zu bringen sind, der Partei zurückzugewinnen und zu erhalten.

Zu diesem Zwecke fand am 13. April 1920 in der Bürgergesellschaft zu Köln eine stark besuchte Versammlung von Anhängern der Zentrumspartei des ganzen Rheinlandes statt. Die Versammlung stellte einmütig die nachstehenden Richtlinien auf. Darauf wählte sie zum weiteren Verfolg der Aktion einen engeren Ausschuss der den unten folgenden Aufruf erlässt. Aufruf und Richtlinien wurden dem Vorstande der Reichs-Zentrumspartei und der Rheinischen Zentrumspartei zugesandt. Aus Westfalen und der Bayerischen Volkspartei liefen bereits im Laufe der Versammlung Zustimmungen ein.

Aufruf!

An unsere christlichen Gesinnungsgenossen in Stadt u. Land!

In der schwersten Stunde vaterländischer Not rufen wir euch zu: Schliesst euch zusammen in Stadt und Land zu einem festen Blocke der

Christlichen Volkspartei

der Partei des Rechts, der Ordnung, der wahren Freiheit und der Kraft! Mit wachsender Sorge haben die Anhänger der Zentrumspartei in den letzten Jahren, vor allem seit der Revolution des November 1918,

die Richtung unserer Parteipolitik

verfolgt.

Es liegt uns fern, irgendwelchen sog. reaktionären Bestrebungen zu dienen oder sie zu fördern — wir können aber ebensowenig ruhig zusehen, wie im Zentrum eine

Linksrichtung

zur Herrschaft gelangt, die eine Umorientierung im Sinne

liberal-sozialistischer Tendenz

bedeutet — eine Neuorientierung, die nicht mehr den bisher im Zentrum massgebenden christlichen Grundsätzen im wahren Sinne entspricht.

Mit uns haben zahllose der treuesten Anhänger des Zentrums schwere seelische Kämpfe durchgemacht.

Die alte ruhm- und erfolgreiche Zentrumspartei ist ihnen und uns ein kostbares Erbe der Väter. An sie kettet uns die Ueberzeugung, dass durch keine Partei im deutschen Vaterland das starke, gesunde Fundament jeglicher politischer Arbeit,

die christlichen Grundsätze

so gewahrt und zur Auswirkung gebracht werden können, als durch das Zentrum. In dieser Ueberzeugung musste die Politik der letzten Jahre das christliche Volk wankend machen!

Wir erheben keine Anklagen gegen bestimmte Personen — ihr guter Glaube und ihre lauteren persönlichen Motive stehen für uns fest. Wir wenden uns gegen die

Irrungen,

die nach unserer Ueberzeugung in Wesensfragen der Politik vorgekommen sind.

Während des Krieges und insbesondere bei der Friedensfrage hat die offizielle Politik des Zentrums es an Klarheit und Folgerichtigkeit in hohem Masse fehlen lassen.

Die verhängnisvolle Politik, die das Zentrum

unter Führung des Abg. Erzberger

im Juli 1917 begann und die in der inneren Politik

zum Bündnis mit der Sozialdemokratie

und zur Aufrichtung der Parlamentsherrschaft führte, wurde damals schon von zahlreichen Anhängern der Partei im Lande gemissbilligt und tief bedauert.

In der Frage des Friedensvertrages und des Friedensschlusses zeigte sich in der Führung der Partei eine Unsicherheit, ein Hin- und Herschwanken, das nach aussen hin und auf die Parteifreunde einen verderblichen und niederdrückenden Eindruck machen musste!

In den Tagen der Novemberrevolution,

die unersetzliche Werte der Autorität und der ethisch sozialen Grundsätze im Volke auf Jahrzehnte hinaus vernichtet hat, sahen die weitesten Kreise der recht- und ordnungliebenden Bürgerschaft im Zentrum die Vertretung der unzerstörbaren christlichen Grundsätze.

Seine Kampfparole für die Nationalversammlungs-Wahlen:

Entschlossener Kampf gegen den Sozialismus in all seinen Schattierungen, weckte helle Begeisterung weit über die Kreise der Parteifreunde hinaus: hoffnungsfroh schauten Millionen zu ihr auf, dem ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht!

Wir stehen heute vor einer Kette von Enttäuschungen!

Schon vor den Wahlen war von einer Seite in der Partei als Richtlinie für die Politik der Zukunft das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie angeraten worden. Nach den Wahlen kam — für so viele ganz unbegreiflich!

die Koalitionspolitik!

Wir sehen dieselbe, so wie das Zentrum sie betrieben hat, in ihren Wirkungen für direkt verhängnisvoll, in ihren Ergebnissen heute bereits für bankrott an. Sie hat uns eine

Verfassung ohne Gott

gebracht, die dem christlichen Programm der Zentrumspartei in den wesentlichsten Punkten aufs schärfste widerspricht. Sie hat in der

Schulfrage

nicht verhindern können, dass es zu den schwersten Konflikten kam, die heute noch ungelöst sind. Für uns steht es fest, dass die Konfessionsschule in Zukunft ganz verschwinden soll — dass auch der Religionsunterricht in der Schule und die religiös-sittliche Erziehung durch die Kirche in der Schule in höchster Gefahr ist.

Die Trennung von Kirche und Staat

ist bereits eingeleitet — ihre Folgen sind heute unabsehbar! Der christentumsfeindliche Sozialismus, nach Leo XIII.

die gefährlichste Häresie unserer Zeit,

bleibt sich konsequent und wird nicht rasten und ruhen, bis er sein Ziel:

die völlige Entchristlichung der Massen

erreicht haben wird. Die Koalition leistet ihm Vorschub. Sie verwirrt die Begriffe und die Gewissen des gläubigen Volksteiles, verwischt die fundamentalen Gegensätze zwischen Christentum und Sozialismus und ist so eines der beklagenswerten Hindernisse der religiös-sittlichen Erneuerung unseres Volkes! Es ist irreführend, wenn man von Zentrumsseite immer wieder darauf hinweist, was alles „erreicht" worden sei — Klarheit schafft in diesen Dingen nur die Antwort auf die Frage: Was ist alles verloren gegangen?

Man hat geglaubt, mit Demokratie und Sozialismus gemeinsam das neue Deutschland aufbauen zu können. Das ist nicht gelungen! Dagegen ist

die Entwicklung der inneren Politik nach links

bis zu einem Grade erfolgt, der die

Aufrichtung der sozialistischen Republik

für ihre Anhänger — und dazu gehört auch ausgesprochenermassen die Mehrheitssozialdemokratie! — als aussichtsvoll erscheinen lässt. In dieser Ueberzeugung bestärken uns

die Ereignisse der letzten Wochen!

Mit Kapp und Genossen haben wir nichts zu tun. Es ist aber falsch, ihrem Putsch die nachfolgende blutige Revolution zur Last zu legen. Als äusserer Anlass zum Losschlagen der bolschewistischen Horden mag sie bezeichnet werden, aber

die entsetzliche Revolution von links

war längst beabsichtigt und aufs beste vorbereitet — trotz der Koalition! Sie hat das Chaos nicht verhindern können. Aeusserlich betrachtet, scheint der Umsturz von links halbwegs unterdrückt zu sein — der Tieferblickende weiss, dass nach der „Atempause"

die furchtbaren Greuel

aufs neue einsetzen sollen, dank der ganzen Haltung der Regierung! Mit Rebellen verhandelt man nicht: so hiess es bei Kapp und Genossen. — Mit Rebellen lässt man sich ein: so handelt man den Bolschewisten gegenüber!

Die in Berlin überreichten „Punkte", die „Punkte des Bielefelder Abkommens", endlich der neue „Friede von Münster" sind im wesentlichen

die amtliche Deklarierung eines grossen Erfolges des Radikalismus!

Die Koalitions-Regierung, also auch das Zentrum, hat diese saft- und kraftlose Haltung für nötig erachtet, um das Vaterland zu retten. Die Absicht in Ehren! — der Erfolg ist der Zusammenbruch! Die nächsten Wochen werden es zeigen. Heute schon steht alles auf dem Spiele:

Die bürgerliche Freiheit und die Gewissensfreiheit des Einzelnen;

Die Erhaltung und Wahrung des christlichen Eigentumsbegriffs;



Die Existenz der sogenannten bürgerlichen Stände;
Die Lebenskraft unserer Volkswirtschaft;
Die Selbständigkeit tausender Einzelexistenzen.

Vor allem:

Die Freiheit der Kirche und die christliche Staatsform in einer christlichen Demokratie;

Freunde! Die Diktatur des sozialistischen Proletariats klopft an die Pforten des deutschen Vaterlandes — wollen wir sie einlassen? — Es ist Zeit zur Besinnung, höchste Zeit zur Einkehr und zur Rückkehr zum wahrhaft christlichen Programm der Zentrumspartei.

Was wollen und erstreben wir?

Keine Sprengung, keine Auflösung, kein Verschwinden des Zentrums keine neue Partei — Reform und Aufbau von innen heraus!

Entschlossene Rückkehr zum alten Zentrum der Mallinckrodt und Windthorst und entschiedene christliche Prinzipien als Leitsterne für unsere gesamte politische Arbeit — energische und rückhaltlose Wahrung und Anwendung derselben!

Wir wissen, dass wir damit dem deutschen Volke das Beste bringen, das Einzige, das ihm Gesundheit, Leben und Kraft wiederschenken kann:

Wiedergeburt Deutschlands aus dem Schosse des Christentums!

Ein herrliches Ziel — ein steiler Weg zum Ziel! Wer und was uns entgegensteht wissen wir: Der Gegner Macht ist gross und stark. —

Siegreich ist die Macht des christlichen Gedankens! Nur Eins ist notwendig: Geschlossene Einheit aller, denen die christlichen Ideale heute und immerdar höher stehen als alle materiellen Interessen!

Mit dem Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des preussischen Hauses der Abgeordneten vom Jahre 1876 rufen wir euch zu: „Wir halten diese Prinzipien aufrecht, sie sind unabänderlich, weil sie wahr sind, und weil sie wahr sind, werden sie siegen, getragen von der Treue und in schwerer Zeit festbewährten Gesinnung des christlichen Volkes!

Unser Programm

folgt unten als Anhang: Prüfet es! Nehmet es auf! Und dann

An die Arbeit!

Die Reichstagswahlen stehen vor der Türe: In unserem Zeichen müssen und sollen sie getätigt werden!

In diesem Zeichen werden wir siegen!

Richtlinien einer christlichen Politik.

Als überzeugte Anhänger des positiven Christentums, fordern wir für die zukünftige Politik in Reich, Staat und Gemeinde eine wahrhaft rückhaltlose und energische Vertretung und Anwendung der echt christlichen Grundsätze.

Wir erheben folgende, kulturelle, wirtschaftliche und politische Forderungen:

I.

Verfassungsmässige Feststellung von Garantien für die religiöse Freiheit aller Glaubensbekenntnisse.

Schutz der Rechte der Religionsgesellschaften gegen jeglichen Eingriff der Gesetzgebung.

Freie Entfaltung der religiösen Liebestätigkeit.

Festhalten an dem Wesen der christlichen Ehe.

Verfassungsmässige Festlegung der Unterrichtsfreiheit sowie der religiös-sittlichen Erziehung der Jugend in konfessionellen Schulen auf Grund des Elternrechtes und der Rechte der Kirchen.

Zurückweisung aller Bestrebungen auf Ausschaltung der Religion auf dem Lehrplan der zukünftigen Schule.

Wirksamen gesetzlichen Schutz des Volkes und insbesondere der Jugend vor der Unmoral auf allen Gebieten.

II.

Der wirtschaftliche Neuaufbau muss sich gründen auf das Prinzip der christlichen Nächstenliebe und der ausgleichenden Gerechtigkeit. Dieses verlangt:

Die tatkräftigste Förderung des materiellen Wohles aller Stände und Volksklassen, unter Ausschluss jeder Bevorzugung einzelner Stände.

Ablehnung jedes den christlichen Grundsätzen widersprechenden Staatssozialismus und jeder unnötigen Beeinträchtigung der freien Privatwirtschaft.

Verständnisvolles Mit- und Nebeneinanderarbeiten aller Berufsstände zum Wohle des Ganzen.

Wiederaufbau der christlichen Berufsstände als Faktoren des öffentlichen Rechtes.

Zurückweisung aller Bestrebungen, die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der einzelnen Stände gesetzlich einzuengen oder aufzuheben.

Unentwegtes Festhalten an den christlichen Lehren über das Eigentum.

Förderung des Strebens nach Selbständigkeit und der Möglichkeit zu selbständigem Aufstieg.

III.

Die Quelle alles Rechtes und aller öffentlichen Gewalt und der Grund ihrer verpflichtenden Kraft ist Gott allein.

Wir fordern einen verfassungsrechtlichen Zustand in Reich, Staat und Gemeinde, der den wirklichen Willen des Volkes, auch der Minderheiten, ungehindert zum Ausdruck kommen lässt.

Wir sind und bleiben grundsätzliche Gegner jeglicher Staatsomnipotenz. Wir verwerfen jede willkürliche Gewaltherrschaft einer einzelnen Klasse und die schrankenlose Herrschaft einer Mehrheit des Parlaments, mag sie von dem Namen einer Monarchie oder einer Demokratie gedeckt sein.

Der Wiederaufau des Deutschen Reiches, dem wir freudig alle Kräfte zur Verfügung stellen, muss sich vollziehen auf dem Boden des bundesstaatlichen (föderalistischen) Prinzips unter Berücksichtigung der Eigenart der deutschen Stämme und der Forderungen der wirtschafts-geographischen Interessen.

Wir lehnen ab einen deutschen Einheitsstaat mit rücksichtsloser Zentralisierung aller gesetzgebenden und anordnenden Gewalt — fordern vielmehr weitgehende kulturelle, verwaltungs-politische, finanz-politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen gleichberechtigten Gliedstaaten.

Der vorläufige Vorstand. Der engere und erweiterte Ausschuss.

Msgr. W. Arrenbrecht, Geistl. Rat, Köln; C. Aschenbrücker, Kaufmann, Köln; Severin Aengenheyster, Kaufmann, Kleve; Aretz, Kpl., Köln; Kurt Altdorf, Köln; R. Baums, Kaufmann, Köln; Dr. Brauweiler, Hauptschriftleiter, Düsseldorf; J. Bergweiler, Ing., Köln: Alfred Bremer, Ober-Postass., Aachen; Wilhelm Carl, Schlebusch; Dr. B. Deermann, Oberlehrer, Köln; Frau Dr. Deermann. Köln; Dederichs, Köln; Prof. Dr. Dresemann, Köln; Dr. Alphons Enteneuer, Arzt, Köln; Dr. Albert Eutenener, Rhöndorf; Frhr. v. Eltz-Rübenach, Wahn; Engels, Oberpfarrer, Neuss; Fr. Fink, Kaplan, Köln; N. Gotzens, Kaufmann, Köln; Jos. Gesser, Kaufmann, Köln; Frhr. v. Geyr, Urft; v. Grand-Ry, Aachen; Elsa v. Grand-Ry, Aachen; Wwe v. Grand-Ry, Aachen; Frau A. v. Grand-Ry jr., Aachen; Jos. Grimbach, Betriebsleiter, Aachen; Arnold Hasselier, Werkmeister, Köln; Martin Hergarten, Rentner, Köln; Joh. Heuser, Architekt, Köln; Bez.-Präses Houben, Köln; R. Hermanns, Köln; W. Henk, Köln; Fr. Heydenreich, Kaufmann, Köln; Jos. Hamacher, Kaufmann, Aachen; Hans Hölz, Kaufmann, Köln-Mühlheim; Landrat Jansen, Brilon, Anton Jansen, Kaufmann, Kevelaer; Maria Jansen, Godesberg; Chr. Kroetsch, Lehrer, Köln; Philipp Katz, Fabrikant, Köln; Dr. Kruchen, Pfarrer, Köln; Carl Kirchner, Ing., Köln; Bertr. Kastert, Oberpfarrer, Köln; Kurth, stud. theol., Köln; Pfarrer Klee, Perscheid b. Oberwesel; Claus Kaiser, Aachen; Hrch. Kürten, Jüchen; Dr. med. Hans Krebs, Arzt, Köln; Justizrat Kleinen, Aachen; Kappler, Kaufmann, Aachen; Justizrat Krebs, Köln; Dr. Kriege. Pfarrer, Brohl; Beigeordn. Prof. Dr. Krautwig, Köln; W. Leonhardt, Prokurist, Köln; Frau W. Leonhardt, Köln; Lück, Oberpostsekretär, Köln; Ed. Lankes, Kaplan, Köln; Lud. Lorbach, stud. rer. pol., Köln; Karl Loyo, Pfarrer, Illerich b. Cochem; Michael Linden, Kaufmann, Aachen; Karl Leo, Kaufmann, Aachen; Dr. Mergentheim, Relig.-Oberlehrer, Wipperfürth; Dr. Mertens, Sanitätsrat, Köln; Pleuser, Kaufmann, Aachen; Louis Plaire, stud. cand. math., Urft; Gust. Pesch, Obermeister, Köln; Anton Prang, Kaufmann, Köln; Chr. Proenen, Handelsrichter, Köln; Dr. H. Rosenberg, Oberlehrer, Düsseldorf; Dr. Schrörs, Univ.-Prof., Bonn; Dr. Steinberg, Pfarrer, Köln; Dr. Schreiber, Justizrat, Köln; Frau W. Schmitz, Köln; Frau M. Schieren; Köln; Martin Schieren, Bahnass., Köln; Joh. Schmitz, Oberstadtsekretär, Köln; Dr. theol. Schmalohr, M.-Gladbach; Rud. Schwarz, Dipl.-Ing., Köln; Frau Dr. Schulte, Bonn; Jos. Schmitz, Kaufmann, Köln; Maria Stupp, Köln; Frz. Tochtrop, stud. med. dentist, Köln; Engelbert Thar, Werkführer, Köln; v. den Valentyn, Eisenbahn-Obersekretär, Köln; L. Verwegen, Ziviling., Godesberg; Robert Wasem, Prokurist, Köln; Hub. Wergen; Oberpostschaffner, Köln; Weschpfennig, Rektor, Köln; Frau Justizrat Wirtz, Köln; Justizrat Wirtz, Köln; H. Zimmermann, Kaplan, Aachen; Frau Dr. Zitzen, Köln; Dr. Zacherl, Redakt., Köln.

Zuschriften und Anfragen sind erbeten an: Sekretär Fink, Sekretariat Köln, Lindenstrasse 38, Telephon Nr. 8039.

Postscheckkonto zur Unterstützung der Agitation: Justizrat Wirtz, 54358 Köln.

Großstadtkaplan in der Diaspora sucht wegen Studienurlaubes auf längere Zeit unter sehr günstigen Bedingungen **Vertreter.** Mitteilungen erbet. an die Geschäftsstelle der Allgemein. Rundschau, München unter **V. 20282.**

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 9.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach
dem Ausland besonderer
Tarif, im allgemeinen
Frs. 4.— des Schweizer
Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 19 München, 8. Mai 1920. XVII. Jahrgang.

Amerika und Wir!

(Eine weltwirtschaftliche Perspektive).

Von Georg **Knorr**, rechtsk. Bürgermeister a. D., München.

Im Licht weltpolitischer Erscheinungen der Gegenwart und Möglichkeiten der Zukunft habe ich in der letzten Nummer der „Allgemeinen Rundschau" Amerikas politische Interessen an Deutschlands künftigem Schicksal betrachtet. In meinem heutigen Artikel will ich die Beurteilung dieser Interessen Amerikas an uns auf die noch realeren Grundlagen der amerikanischen Weltwirtschaftspolitik stellen.

Amerika und Deutschland: Abgesehen von den politischen Beweggründen, die Amerika und Deutschland einander näherbringen, liegen auf beiden Seiten gewichtige wirtschaftliche Interessen vor, die zu einem engen Zusammengehen alle Veranlassung bieten. Amerika ist dank seiner Ausdehnung und industriellen Entwicklung in der Lage, den Eigenbedarf im wesentlichen zu decken. Es hat aber eine so große Gütererzeugung in Bodenprodukten und Industrieerzeugnissen, daß es auf aufnahmefähige Weltmärkte und zahlungsfähige Abnehmer für Rohprodukte, sowie für Halb- und Fertigfabrikate angewiesen ist. Amerika hat stets die Gefahr der Ueberproduktion an Bodenerzeugnissen und industrieller Ware zu fürchten. Amerika braucht Länder mit gutentwickelter Verarbeitungsindustrie und kaufkräftiger Valuta. Beide Voraussetzungen hat der Kriegsausgang für Deutschland vernichtet. Der deutsche Markt war aber und ist noch für Amerikas und Englands Wirtschaftsleben von hervorragender Bedeutung.

Nur einige Zahlen sollen dafür als Beweis dienen: die Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen bei einer Gesamtfläche von 770 Millionen ha mit 193,5 Millionen ha landwirtschaftlich genutztem Boden und 220 Millionen ha Forsten nebst 162 Millionen ha ungenutztem Boden an erster Stelle in der Welt. Das Europäische Rußland folgt mit 515 Millionen ha Gesamtfläche und 210 Millionen ha landwirtschaftlich genutztem Boden sowie 168 Millionen ha Forsten und 77 Millionen sonstiger Fläche an zweiter Stelle. Auch Brittisch-Indien und Australien reichen lange nicht an diese Zahlen heran. Vergleichsweise kann man die entsprechenden Zahlen für Deutschland heranziehen: 54 Millionen ha Gesamtfläche, 35 Millionen ha Landwirtschaft, 14 Millionen ha Forsten und 5 Millionen ha sonstige Fläche. Amerika stand mit einer Weizenernte von 20 Millionen Tonnen unmittelbar hinter Rußland, das im Jahre (1913) 22,8 Millionen Tonnen aufbrachte. Für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Bedeutung Amerikas spielt aber der Viehstand (1913) eine ganz besondere Rolle.

Es wurden gezählt (Millionen) in den Vereinigten Staaten von Amerika, Europäisch-Rußland, Deutschland:

Pferde, Maultiere und Esel	Rindvieh		Schweine	Schafe und Ziegen
	überhaupt	darunter Kühe		
25,2	56,5	20,5	61,2	54,5
24,5	37,2	(unausgeschieden)	12,5	42,8
4,55	20,2	11,0	22,0	9,2

Dazu kommt Amerikas gewaltige Baumwollernte, die 1912/13 zu einer Weltbaumwollernte von 27,2 Millionen Ballen allein 14,2 Millionen, also mehr als 50% beitrug. Zu dem Gesamtweltverbrauch an Baumwolle 1912/13 mit 20,3 Millionen Ballen lieferte Amerika allein 13,8 Millionen Ballen und zwar verbrauchte es für sich selbst 5,55 Millionen Ballen und lieferte gleichzeitig 3,28 Millionen Ballen an Großbritannien und 1,90 Millionen an Deutschland und Oesterreich. Im Jahre 1913 waren am 1. März von 142 Millionen Baumwollspindeln der ganzen Welt 56 Millionen in England, 31,5 Millionen in den Vereinigten Staaten, 16,5 Millionen in Deutschland und Oesterreich vorhanden. Deutschland und Oesterreich sind für den Absatz der amerikanischen Baumwolle nach England die bedeutendsten Kunden.

Ebenso standen Amerika, England und Deutschland im gleichen Welt-Rangverhältnis auf dem Gebiete der Kohlengewinnung, so daß alle drei an einer ruhigen gesunden Entwicklung des Kohlenverbrauchs vor allem für Industrie und Verkehr interessiert sind. Es wurden 1912 gewonnen:

In den Vereinigten Staaten: 460,3 Millionen Tonnen Stein- und Braunkohlen im Werte von 2,74 Milliarden Mark.
In Großbritannien u. Irland: 264,6 Millionen Tonnen im Werte von 2,4 Milliarden Mark.
In Deutschland 257 Mill. Ton. im Werte von 2,1 Milliarden Mark.
In Oest.-Ungarn 51,5 Mill. Ton. im Werte von 0,336 Milliard. Mk.
Zusammen: 308,5 Mill. Ton. im Werte von 2,436 Milliard. Mk.

Ferner haben die Vereinigten Staaten von Amerika ein großes Interesse an dem Absatz ihrer Erdöl-(Rohöl)-Gewinnung, die im Jahre 1912 mit 29,1 Millionen metrischen Tonnen allein 62,24% der Weltproduktion (in Höhe von 46,7 Millionen metrischen Tonnen) betrug.

Den Hauptmaßstab für das Interesse an dem lebhaften Gang von Industrie, Welthandel und Verkehr gibt der Anteil ab, mit dem Amerika, Deutschland und England an der Eisen- und Metallproduktion der Welt beteiligt sind. Es betrug im Jahre 1912 in metrischen Tonnen die Produktion in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England, in Deutschland und Oesterreich-Ungarn an:

Roheisen	Zink	Blei	Kupfer
30,2 Millionen	0,814 Millionen	0,886 Millionen	0,566 Millionen
10.0 „	0,057 „	0.029 „	0,063 „
20,2 „	0,287 „	0,202 „	0,049 „

Wie schwer eine Stockung im Güterumsatz und Verkehr die Vereinigten Staaten treffen muß, beweist der Umstand, daß von den 554000 Kilometer Eisenbahnen, die ganz Amerika 1912 besaß, allein 402000 Kilometer in den Vereinigten Staaten Amerikas lagen, während ganz Europa nur 342000 Kilometer und davon Deutschland mit Oesterreich-Ungarn nur 62,7 und 45,8 = 108,5 Tausend Kilometer besaßen (das europäische Rußland hatte nur 62000 Kilometer). Die Länge der im Betrieb befindlichen Eisenbahnen betrug Ende 1912 in den sämtlichen Weltteilen 1,081 Millionen Kilometer, mehr als 1/3 davon trifft auf die Vereinigten Staaten.

Am klarsten kommt die wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Amerika, England und Deutschland durch die Außenhandelsbeziehungen zum Ausdruck. Es betrug in Milliarden Mark ausgedrückt im Jahre 1913:

	Die Gesamteinfuhr	Die Gesamtausfuhr	Der Gesamtaußenhandel
für das deutsche Zollgebiet	11,64	10,89	22,53
Großbritannien	15,688	12,956	28,544
Vereinigte Staaten . . .	7,614	10,356	17,970

Amerika hatte im Gegensatz zu England und Deutschland eine aktive Handelsbilanz, d. h. mehr Ausfuhr als Einfuhr, weil es Ueberschußland ist. Diese Tatsache ist seit vielen Jahren schon in die Erscheinung getreten; augenblicklich liegt mir das statistische Material bis 1893 vor. Die prozentuale Beteiligung am Gesamtweltaußenhandel beziffert für

	1903	1913	
das deutsche Zollgebiet . .	11,7%	12,9%	(Aufschwung),
für Großbritannien . . .	18,1%	16,6%	(Rückgang),
für die Vereinigten Staaten	10,1%	9,9%	(fast stabil).

Dazu kommt, daß gerade Deutschland ein hervorragender Abnehmer von amerikanischen Produkten war. Im Jahre 1912 importierte Deutschland um 395 Millionen Mark Weizen, während Amerika um 119 Millionen Mark Weizen und um 222 Millionen Mark Mehl, Rußland um 415 Millionen Mark Weizen exportierte. Deutschlands Einfuhrbedarf an Mais betrug 1912 143 Millionen Mark, Amerika führte um 121 Millionen aus. In Baumwolle importierte Deutschland um 579,8 Millionen, England um 1420 Millionen, während Amerika für 2376 Millionen Mark exportierte.

An Rohtabak betrug Deutschlands Einfuhr im gleichen Jahre 135,6 Millionen Mark, die Ausfuhr der Vereinigten Staaten 181 Millionen.

An Bau- und Nutzholz führte Deutschland 1912 um 350 Millionen Mark ein (England um 528 Millionen), Amerika exportierte um 278 Millionen.

An Steinkohlen hatten die drei Welthandelskonkurrenten 1912 Ausfuhrüberschuß, nämlich Deutschland um 245 Millionen, Großbritannien um 823 Millionen, Vereinigte Staaten um 206 Millionen Mark.

An Mineralölen importierte Deutschland um 164 Mill., England um 145 Millionen, während Amerika um 472 Millionen Mark ausführte. Auch hier springt wieder die große Bedeutung des deutschen Absatzmarktes gegenüber dem amerikanischen Ueberschuß in die Augen.

In **Baumwollgarnen** ist die amerikanische Ausfuhr mit 113 Millionen Mark der deutschen Einfuhr gleich gewesen.

Die Kupfereinfuhr Deutschlands mit 313 Millionen Mark steht einer amerikanischen Ausfuhr mit 457,3 Millionen Mark gegenüber.

Kurz gesagt: Deutschland ist für Amerikas Rohprodukte neben England der bedeutendste Abnehmer, weil es eine hochentwickelte Verarbeitungsindustrie und eine äußerst betriebsame Bevölkerung besitzt. In der Veredelungsproduktion aber wetteifert Deutschland mit Amerika und England als ein ehrlicher, friedlicher Konkurrent. Dies zeigt kein Gebiet besser als die Maschinenindustrie: Deutschland konnte 1912 um 630 Millionen Mark Maschinen exportieren, England im gleichen Jahre um 631,6 Millionen und Amerika um 433,8 Millionen, während Frankreich um 203 Millionen, Rußland um 305 Millionen, Oesterreich-Ungarn um 128,7 und Kanada um 124,7 Millionen einführen mußten.

Wenn deutscher Fleiß und deutsche Arbeit darniederliegen, dann muß es nicht bloß in Amerika, sondern in der ganzen zivilisierten Welt in absehbarer Zeit zu einer Stockung im Wirtschaftsleben, zu einer wirtschaftlichen Krisis kommen, die durch eine scharf absteigende Konjunktur in der Gütererzeugung, im Güterumsatz und im Verkehr zum sichtbaren Ausdruck kommt. Am Anfang dieser absteigenden Linie befindet sich jetzt Amerika.

Frühlingsmahnung.

O lass' des Frühlings goldig laut'res Licht
Dir in das tiefste Innenleben scheinen,
Wo die geheimen Gramesquellen weinen;
Sie widerstehen solchem Glanze nicht!
Ihr düst'res Raunen wird zu leisem Singen,
Allmählich regen sich der Seele Schwingen,
Und bald sie ihre schwersten Fesseln bricht.
Der leise Sang, er wird zum Jubelklange,
Zur Symphonie im Blütenwunderdrange! —
O lass' des Frühlings goldig laut'res Licht
Dir in das tiefste Innenleben scheinen,
Wo die geheimen Gramesquellen weinen . . .

Franz Josef Zlatnik.

Die Kurve des Niedergangs.

Von Gustav Stezenbach.

Wir sehen in Europa eine eigentümliche Entwicklung. Auf der einen Seite die Entwicklung zu einem noch vor wenig Jahren ganz undenkbaren demokratischen Parlamentarismus, den heute das bisher monarchisch-konstitutionell regierte Deutschland auf die Spitze getrieben hat, auf der anderen Seite aber die aus einer proletarischen Ochlokratie geborene Diktatur des Säbels, als die man Lenins neuen Zarismus ruhig ansprechen kann. Dazu noch die weitere Erscheinung der politischen Müdigkeit weiter Volkskreise, die durch eine sinkende Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommt. Die Wahlen und das Zahlen sind heute sozusagen die einzigen Funktionen, an denen sich der gewöhnliche Staatsbürger am Staatsleben beteiligen darf. Wahlen, Wahlen und wieder Wahlen in alle möglichen Parlamente, Reichstag, Landtag, Kreis, Gemeinde usw. Im Wählen liegt die Salus publica heute verankert — oder ihr Gegenteil.

Der Parlamentarismus mit seinen fortwährenden Verfassungsänderungen und seiner ewigen Unruhe, seinem politischen Versammlungswesen konnte den Völkern das erhoffte Glück nicht bringen, dagegen raubte er ihnen den inneren Frieden, die naive Freude am kulturellen Leben, ja dieses naive Kulturleben selbst, er vertiefte die Gegensätze zwischen Reich und Arm und machte den Bürgerkrieg, wenn auch nur den papierenen, den in der Presse und mit Wahlzetteln geführten, zur permanenten Einrichtung. Das Volk wurde dadurch zur unorganischen Masse, deren einzelne Teile von den Führern gegeneinander ausgespielt wurden.

Es war kein Zufall, daß mit dieser Umwälzung eine Mechanisierung und Technisierung unserer Kultur Hand in Hand ging, und daß in dieser das Prinzip des unbeschränkten, aufs Diesseits gestellten Erwerbslebens obsiegen mußte, d. h. der Materialismus war Trumpf, und zwar bei hoch und nieder. Das Christentum mußte darnach trachten, innerhalb der durch die Konstitutionen gegebenen Schranken seine Anhänger zur Wahrung des Einflusses der Kirche aufzufordern. Es entstanden daher gegenüber den rein materialistisch gerichteten Parteien die christlichen Parteien, welche in manchen Staaten ganz im Gegensatz zu den Ansichten der geistigen Väter des demokratisch-parlamentarischen Lebens sogar die Mehrheit im Parlament erlangten, so daß sie in der Lage waren, nach ihren Grundsätzen zu regieren. Hätten sie es getan, so hätten sie mit einer ständigen Unruhe, ja mit Revolution der Minderheit rechnen müssen. Auch wollten sie nicht als unmodern oder unduldsam gelten und deshalb machten sie dem Liberalismus, dessen Staatssystem sie angenommen hatten, auch in der Sache Konzessionen, d. h. sie schlossen Kompromisse. Ein solches Beispiel haben wir in Belgien, wo eine katholische Regierung 30 Jahre lang am Ruder war, aber trotz ihrer glänzenden Leistungen für den äußeren Fortschritt des Landes gestürzt werden konnte, weil sie es nicht wagen wollte, gegen den Geist des Liberalismus zu regieren. Sie praktizierte das sogenannte belgische System, das auch in Deutschland seine Vertreter hat, nämlich die Schulen des Unglaubens neben den christlichen zu dulden, ja zu unterstützen. Damit untergruben die katholischen Regierungen ihre eigene Existenz. Sie wird auch in allen Fällen untergraben, wo eine katholische Regierung z. B. in die Abschaffung der konfessionellen Schule einwilligt und deren Umwandlung in die Simultanschule billigt. Langsam aber sicher werden durch die Untergrabung des religiösen Fundaments des Staates auch die Quellen der staatlichen Autorität und Ordnung untergraben. Kommt dann ein Windstoß, wie der Krieg, so wird das auf Sand gebaute Haus zusammenstürzen. Es rächt sich also bitter, wenn eine Regierung den Unglauben dem Christentum gleichstellt. Der sogen. paritätische Staat ist nur ein Uebergangsstadium zum kirchen- und christentumsfeindlichen Laienstaat.

Diese Entwicklung hat schon der große Denker Donoso Cortes, ein spanischer Staatsmann, vorausgesehen, der in der Religion allein die Grundlage der öffentlichen Ordnung erblickte und schon am 30. Januar 1850 in der spanischen Kammer erklärte, es sei ein verderblicher Irrtum, „Wirtschaftsreformen" als Heilmittel gegen den Sozialismus und daher als dringende Aufgabe der Staatswesen zu betrachten. „Der Sozialismus", sagt er, „wird nicht durch Sozialismus bekämpft, sondern nur mit der Religion der Nächstenliebe. Er sagte den Verfall der

Staaten voraus, da die Regierten unregierbar geworden seien, weil die Idee der göttlichen und menschlichen Autorität verschwunden sei. Für unregierbar gewordene Völker sagte er, ergebe sich als Regierungsform mit Naturnotwendigkeit die Republik. Es habe gar nichts zu sagen, daß sie in ihrer Art gegen den Willen klarer Bewohner ist, denn sie sei in der Macht der Tatsachen verankert. Donoso will damit sagen, daß die Republik die Staatsform ist, welche sich autoritätslos gewordene Völker noch am ehesten gefallen lassen. Denn diese Staatsform entspringt eben den Grundsätzen des ni Dieu ni maitre der französischen Enzyklopädisten und den Theorien Rousseaus vom Central social. Es ist eine ganz verkehrte Auffassung, die man auch vielfach bei gebildeten Katholiken trifft, die Demokratie (im Sinne der Formeldemokratie als Staatsform) sei der Höhepunkt der Entwicklung eines Volkes und man begegnet da und dort der Phrase: „Das Volk ist noch nicht reif für die Republik", als ob diese gleichsam ein Ruhepunkt der staatlichen Entwicklung wäre. Die höchsten Stufen der Entwicklung haben alle Völker nur durch die Führung einzelner großer Persönlichkeiten erreicht. Wo ist z. B. die Kultur der Vereinigten Staaten? Ist sie nicht rein diesseitig, technisch-materialistisch? Dort herrscht nur ein Prinzip: Make money. Der Dollar ist König.

Donoso Cortes erklärte den Republikanismus auf politischem Gebiet als dem Pantheismus auf religiösem Gebiet entsprechend. Und hat er nicht recht? Leben wir nicht im Zeitalter des Pantheismus? Haben die Haeckel und Genossen nicht den Boden zur heutigen politischen Entwicklung vorbereitet? Hat ihn nicht der „Vorwärts" den Enzyklopädisten des 20. Jahrhunderts genannt?

Auch Rußlands kommende Rolle hat Donoso Cortes mit klarem Blick vorhergesagt mit den Worten: „Wenn Rußland auf seinem Eroberungszug bis ins Herz Europas vorgedrungen ist .... wird es mit allen seinen Adern das Gift aussaugen, mit dem Europa durchtränkt und das die Ursache seines Unterganges ist. Dann wird es nicht lange dauern, bis auch Rußland in Fäulnis übergeht. Welches durchgreifende Heilmittel sagt er, dann Gott gegen diese Verfäulung bereithält, kann ich nicht sagen". Sollte der Bolschewismus dieses Mittel sein? Er könnte vielleicht die Völker zwingen, sich wieder an die katholische Kirche zu erinnern, deren großer Papst Leo XIII. schon vor 30 Jahren in seiner Enzyklika Rerum novarum das Heilmittel für die Gesundung der Völker angab. Man hat ihn nicht gehört. Heute ist die Auflösung da. Donoso Cortes sagte es damals schon voraus. Es habe die größte Wahrscheinlichkeit für sich, daß die absoluten Regierungen überall durch Vielrederei und die Konstitutionellen durch den Bankrott zugrunde gerichtet würden. Er kennt keine Regierungsform, die teurer wäre, als die republikanische! Kein Wunder, daß sie die Auflösung noch beschleunigt. Der Parlamentarismus hatte einmal eine Zeit, da er eine gewisse Größe vortäuschte. Es waren aber die Männer, die darin eine Rolle spielten, nicht das System. Und diese Rolle spielten sie durch ihre glänzenden Reden. Reden hören wir auch heute überall und die Parlamente, vom Reichstag bis zum kleinsten Bürgerausschuß, müssen eine Flut von Reden über sich ergehen lassen. Aber hat dieses System der Redepolitik die Verhältnisse im Volke bessern können? Darauf kann sich jedermann selbst die Antwort geben. Es wurde in früheren Jahrhunderten auch regiert und wahrhaft Großartiges geleistet. Aber Reden wurden so gut wie gar keine gehalten. Die Taten waren die Hauptsache.

Daß dies richtig ist, erkennt selbst das entgegengesetzte Extrem des Christentums an, der Bolschewismus. Dort, wo er unumschränkt die Herrschaft führt, hat er das Parlament geschlossen. Lenin hält keine Reden, sondern handelt. Die „Räte" hat er abgeschafft, da sie nur Reden hielten und „les extremes se touchent", aus der Schwätzrepublik des Proletariats erstand ein neuer Absolutismus, der der Diktatur der Tat, freilich nicht der Tat im Guten, sondern im Bösen. Deshalb gilt im heiligen Rußland Lenin auch als der Antichrist. Seltsam ist es, daß die Bolschewisten in der Stadt Tambow zwischen Moskau und Saratow dem Judas Ischariot, dem Verräter Christi, ein Denkmal aus Erz gesetzt haben. Seltsam aber bezeichnend für den Geist, den sie vertreten, den Geist des Verrats und der Gottesfeindschaft — eine Menetekel für andere Völker, Stigmatisierung ihrer selbst, als Vorkämpfer der Verworfenheit. Der Geist des Bolschwismus kann es also nicht sein, von dem der Welt die Rettung kommen könnte.

Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Januskopf von San Remo.

Lloyd George ist nicht bloß ein robuster, sondern auch ein geschickter Staatsmann; das hat er schon während des Krieges zu unserem Schaden oft genug bewiesen. Er weiß mit den dirigierenden Elementen in seinem Lande, auch mit den streikenden Arbeitern, immer wieder fertig zu werden und ebenso die Divergenzen in der Entente auszugleichen, ohne den zeitweilig gelockerten Leitfaden aus der Hand zu geben. Nitti, der kluge Ministerpräsident von Italien, ist anscheinend noch versöhnlicher gestimmt, als Lloyd George, schließt sich aber in der Methode natürlich dem Häuptling der Hauptmacht an.

Es galt für die beiden, die französische Gewaltpolitik einzudämmen, ohne die empfindlichen Franzosen zu verärgern. Do ut des! Den Franzosen wurden glitzernde Zugeständnisse gemacht: Duldung ihres eigenmächtigen Vorstoßes in den Maingau, ja sogar eine verblümte nachträgliche Sanktionierung, Aufnahme aller französischen Querelen über die Rückständigkeit Deutschlands in der Vertragserfüllung, peremtorische Forderung der Vertragserfüllung unter scharfen Drohungen, die sich bis zur „Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes" steigern. Auf diese „Genugtuung" hin hat dann Millerand samt seinem Hintermann Foch eingewilligt in die Einladung der deutschen Minister „zu einer direkten Konferenz mit den Chefs der alliierten Regierungen" mit dem Versprechen, die alliierten Regierungen würden „geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen".

Nach diesem Konferenzprogramm würden gerade diejenigen Fragen, die jetzt aktuell sind, im mündlichen Verfahren zur Behandlung kommen müssen. Denn es handelt sich erstens um das Entwaffnungsverfahren, das mit der Erhaltung der Ordnung in Deutschland wesentlich zusammenhängt, und zweitens um die finanziellen Leistungen Deutschlands, die nach Maß und Modus von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands abhängig sind. Wenn diese Dinge wirklich der kommenden Konferenz in Spa vorbehalten bleiben, so kann man sagen: die Machthaber in San Remo haben die Entscheidung über die deutschen Angelegenheiten vertagt bis zur Aussprache mit den Deutschen. Insofern würde das Urteil zutreffen, das nach Berliner Berichten ein beteiligter Diplomat über das Ergebnis von San Remo gefällt haben soll: Millerand habe in der Form, Nitti dagegen in der Sache gesiegt.

Den Sieg der versöhnlichen Richtung wollen wir vorsichtshalber lieber erst dann feiern, wenn die Ergebnisse des mündlichen Meinungsaustausches sichtbar werden. Die Franzosen werden nach wie vor versuchen, ihre scharfen Forderungen durchzusetzen, um womöglich einen Vorwand für weitere Okkupation zu gewinnen. Lloyd George wird vermutlich bremsen, aber er wird von seinem Standpunkt aus mehr Wert auf die Erhaltung der Entente als auf die Schonung Deutschlands legen. Der Ringkampf zwischen der unversöhnlichen und der vernünftigen Richtung wird weitergehen. Das ersieht man auch aus den neuesten Kammerberichten von Paris und London.

Zwei Ministerreden als Kommentare.

Millerand wollte seinen eitlen und gierigen Landsleuten das Abkommen von San Remo schmackhaft machen, indem er die formellen Zugeständnisse an den französischen Standpunkt dick unterstrich und den Dorn der Einladung nach Spa möglichst zu umwickeln suchte. Er glaubt drei Bedingungen für Spa aufstellen zu können: 1. Unbedingter Ausschluß einer Revision des Friedensvertrages, 2. vorgängige Beschlußfassung der Alliierten über die Forderungen wegen Entwaffnung, Wiedergutmachung und Entschädigung, 3. Einigung der Alliierten über die Zwangsmaßnahmen.

In Nr. 2 steckt offenbar ein hinterlistiger Gedanke, den auch die Pariser Presse schon verbreitet hatte. Trotz der Einladung zu mündlichen Verhandlungen am Konferenztische möchte man die deutschen Vertreter wieder vor ein fertiges Diktat stellen, wie es bei den Zusammenkünften in Compiegne und Versailles geschehen ist. Nach den bestimmten Versprechungen in der jüngsten Note können und werden unsere Vertreter aber mehr beanspruchen. Sollten ihre Informationen und Vorschläge

auf bereits feststehende Entschlüsse stoßen, so wäre die ganze Einladung ein Possenspiel.

Beachtenswert in der Rede Millerands ist seine Erklärung, daß es nicht bloß ein Verbrechen, sondern eine Dummheit wäre, an eine Annexion deutschen Gebietes zu denken. Das harmoniert mit dem Satz, der in die doppelseitige Note von San Remo (anscheinend bei der zweiten Lesung) eingefügt worden ist: „Die Alliierten erklären übrigens, daß sie nicht die Absicht haben, irgendeinen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren." Der Verzicht des Herrn Millerand auf eine derartige „Dummheit" würde uns mehr imponieren, wenn er auch die verhüllte, indirekte Annexion bestimmt umschlösse.

Auf einen anderen Ton war die Rede gestimmt, mit der Lloyd George seinem Unterhause das Ergebnis von San Remo mitteilte. Natürlich pries auch er die Eintracht der Alliierten, wie ja stets die Eintracht um so lauter verkündet wird, je bröckliger sie ist. Aber Lloyd George schwang sich über diese Ententetaktik zum weltpolitischen Gesichtspunkte auf, indem er erklärte: „Die klaffenden Wunden Europas können nur allmählich geheilt werden, und San Remo bedeutet ein Stadium des Heilungsprozesses." Demgemäß stellte er die kommende Konferenz in den Vordergrund: „Wir haben zum ersten Male beschlossen, deutsche Minister zu einer Zusammenkunft mit alliierten Ministern einzuladen." Während Millerand die mündliche Verhandlung einzuengen sucht, will Lloyd George den deutschen Wortführern weiten Spielraum lassen, und zwar gerade hinsichtlich der beiden brennenden Fragen:

Entwaffnung und Entschädigung.

„Es besteht", sagte der englische Staatsleiter, „keine Meinungsverschiedenheit über die Entwaffnung, aber bei der Forderung auf Entwaffnung stößt man auf die große Schwierigkeit, daß vielleicht niemand in Deutschland die genügende Macht besitzt, um diesen Beschluß auszuführen". Das wirkliche Hindernis der schnelleren und weiteren Entwaffnung ist die Notwendigkeit, starke Ordnungskräfte gegen Unruhen von links, gegen alte und neue „Rote Armeen" bereitzuhalten. Ueber diesen inneren Truppenbedarf und dessen Ungefährlichkeit für unsere Nachbarn werden hoffentlich unsere Vertreter auf der Konferenz durchschlagende Ausführungen geben. Ebenso muß dort der Mißstand beseitigt werden, daß in der Militärfrage die deutschen und die französischen Fachmänner aneinander vorbei rechnen. Wir betrachten die Kopfzahl der Reichswehr als das Wesentliche, die Franzosen aber zählen die „Einheiten" auf, indem sie jede Formation als vollwichtig betrachten, auch wenn die Reihen nur halb gefüllt sind. Man muß doch über den richtigen Maßstab zur Berechnung der Heeresstärke einig werden können.

Nebenbei gab Lloyd George noch einen beachtenswerten Beitrag zu der Geschichte der jüngsten Krisis. Nach seinem Zeugnis haben die Franzosen wirklich die Absicht gehabt, die Unruhen an der Ruhr als Vorwand zu benutzen zum Einmarsch in das längst ersehnte Industriegebiet. Auf den Einspruch aller anderen Alliierten haben sie darauf verzichtet, aber zum Ersatz sich eine eigenmächtige Heldentat im Maingau geleistet. Die Frankfurter müssen also vorläufig leiden zum besten des geretteten Ruhrreviers! — Hoffentlich gelingt es, die Nester der Verschwörer und Räuber, die südlich der Ruhr noch bestehen, bald gründlich zu säubern, damit den lauernden Feinden nicht weitere Vorwände zum Eindringen in deutsches Gebiet geboten werden und Lloyd George festhalten kann an dem vernünftigen Standpunkt, den er mit dem Hinweis auf die Erfahrungen bei der Unterdrückung der Pariser Kommune von 1871 begründet: Deutschland muß selbst für die Ordnung in seinem Gebiete sorgen.

In der Entschädigungsfrage will Lloyd George das Verhandlungsprogramm recht weit ausdehnen. Er erkennt an, daß Deutschland bei seinen heutigen Zuständen nicht zahlen kann und erwartet von dem deutschen Vertreter in Spa „den einen oder andern Vorschlag" über die Höhe und über die Modalität der Geldleistung oder — so fügt er noch hinzu: Lassen wir ihn einen andern Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen Deutschlands machen".

Da eröffnet sich für unsere Diplomatie ein großes Wirkungsfeld, das zwar viel Schwierigkeiten aber auch anfeuernde Aussichten bietet.

Die Einladung nach Spa ist noch kein greifbarer Erfolg, aber sie bietet doch Mittel und Wege zur Erleichterung unserer Lage, wenn die Regierung sie klug und kräftig ausnützt.

Mobil!

Von Rechtsanwalt Nuß, Worms.

In nächster Zeit geht ein großes Wecken durchs deutsche Land. Reichstagswahl! Dann die Wahlen in den einzelnen Ländern! Es bläst Alarm. Machen wir mobil! Nicht morgen oder übermorgen, sondern heute!

Der Zentrumsturm wird diesmal mit unerhörter Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit von links und rechts berannt werden. Wird er dem konzentrischen Ansturm seiner Gegner standhalten?

Wenn wir uns nicht selbst die Köpfe einschlagen, wenn wir nicht wegen Personenfragen und aus Eigenbrötelei die Sache verlassen, dann ja.

Wir können uns in den bevorstehenden schweren Kämpfen unmöglich den Luxus der Zersplitterung gestatten, wir müssen vielmehr restlos die Reihen schließen und unsere Einigkeit nicht bloß mit dem Munde und in Flugblättern, sondern auch hinter der Front, in den Etappen, im Großen Hauptquartier und in den kleinen Hauptquartiers beweisen. Das Zentrum ist eine echte Volkspartei; es umfaßt alle Stände und Klassen des deutschen Volkes. Also müssen auch alle Stände und Klassen mitarbeiten und mitkämpfen, wenn es gilt, ihr Haus, in dem sie alle unter dem schirmenden Dache des sozialen Ausgleichs geborgen wohnten, gegen den allgemeinen Ansturm der nächsten Wahlen zu verteidigen. Ihr Arbeiter, ihr Bauern, ihr Handwerker, ihr Kaufleute, ihr freien Berufe, ihr Lehrer und ihr Beamte, ihr Männer und ihr Frauen alt und jung, ihr alle ohne Ausnahme seid gemeint wenn nächstens der Generalappell eurer Zentrumspartei an euch ergeht.

An die intellektuellen Kreise möchte ich mich heute mit besonderem Nachdruck wenden. Studenten, vor die Front! Die Biedermeierzeit der unpolitisch-farblosen Bierromantik ist vorbei. Die neue Zeit gab uns neue Rechte und neue Pflichten. Katholische, deutsche Studenten müssen wissen, wo ihr Platz im politischen Leben der Gegenwart ist. Manche scheinen es nicht zu wissen. Ist es wirklich möglich, daß in katholischen Studentenkreisen die Frage erörtert werden kann, ob ein kathol. deutscher Student Sozialdemokrat sein kann? Ein Student, der bewußt und überzeugt sich zum katholischen Volkstum bekennen möchte, muß sich frei wissen vom Radikalismus von links wie vom Chauvinismus von rechts. Unsere Studenten müssen wie alle übrigen Volksgenossen lernen, mit dem nüchternen Verstande über die zwingenden Gründe und geistigen Zusammenhänge einer durch die Not der Zeit gebotenen Realpolitik nachzudenken. Manche unserer Studenten, die nach ihrer Weltanschauung und Erziehung zur Zentrumsfahne schwören müßten, treiben eine „Politik" des Herzens und der Gefühle und wenden sich gefühlsmäßig ab von einer Politik der praktischen Vernunft, die den gegebenen — allerdings leider rauhen und wenig schönen — Verhältnissen Rechnung trägt. Unsere katholischen Kommilitonen mögen beachten, daß sie dadurch Gefahr laufen, sich selbst auszuschalten, indem sie das Führerproblem zu ihren Ungunsten noch weiter aus dem akademischen Bürgerstaate hinaus nach unten verschieben. Die ernste Stunde gebietet, daß der Zentrumsgedanke sich vertieft und nicht verflacht, daß wir in die Höhe und nicht nur in die Breite wachsen! Wenn unsere Partei in bezug auf die Führerfrage bei den ihr nahestehenden Studenten nicht mehr genügend Nachwuchs findet, dann muß sie eben zu anderen Volksschichten gehen und sich von dorther ihre Führer holen. Es wäre aber ohne Zweifel für unsere Studentenschaft und die Partei wie für die Allgemeinheit von Schaden, wenn sich die Führerschaft in Zukunft ausschließlich oder fast ausschließlich aus Nichtakademikern zusammensetzen würde, wobei anderseits festgestellt werden muß, daß natürlich auch Nichtakademiker befähigt und berufen sind, sich mit Angehörigen studierter Stände in die Führung einer großen Partei zu teilen. Wir anerkennen und bejahen den vaterländischen Gedanken unserer Akademikerjugend und haben gerade deshalb die Sehnsucht, diesen Teil der Jugend eingeschaltet zu sehen in die politische Arbeit für Volk, Vaterland und Kirche. Wir brauchen nationalen Weitblick, nationale Würde und nationalen Idealismus — den wir nicht mit nationalistischen Haßgefühlen zu verwechseln brauchen. — Deshalb rufen wir nach unserer akademischen Jugend, welcher diese Werte eigen sind.

Wir brauchen gerade in dieser kampfsdurchtosten, zerrissenen Zeit große Gedanken. Leitende und ordnende Ideen, großzügige sachliche Gesichtspunkte, die überzeugen und begeistern, müssen der Masse des Volkes voranleuchten, damit sie aufhört, immerfort nur

nach panem et circenses nach Brot und Vergnügen zu rufen. Eine Politik der großen und geraden Linie muß unser Volkstum bewußt mit sich reißen und das öffentliche Leben mit einem arbeits- und kämpfenswerten Inhalt erfüllen. So nur haben wir Hoffnung, aus der Nacht dieser Stunde zum Licht zu gelangen. Das Geistliche und Sittliche muß als Norm und begehrenswertes Ziel des politischen Strebens aufgerichtet werden, damit wir wieder aus dem Staub und Schmutz der politischen Arena, aus dem kleinlichen, zermürbenden Schützengrabenkrieg unserer Innenpolitik, aus der stumpfen Tierheit des Materialismus und aus der unmenschlichen Hast des Mammonismus und der Genußsucht herauswachsen und nach den Verirrungen der letzten Jahre wieder Mensch werden! Welche Partei kann besser und reiner diese geistig-sittlichen Hochziele vor der Wählerschaft aufrichten als die Zentrumspartei, deren Weltanschauung nicht auf dem Flugsand menschlicher Irrtümer, sondern auf dem Felsenfundament ewiger Wahrheiten aufgebaut ist, eine Partei, die sich mit innerer Berechtigung eine christliche Volkspartei nennt. — Katholische, deutsche Studenten! Der Hauptfeind steht links. Die bolschewistische Hydra ist kein Schreckgespenst, sie ist leider grausame, blutige Wirklichkeit. Positiv, schöpferisch, aufbauend müssen wir arbeiten, wenn wir nicht ganz im Chaos der Verneinung und Zersetzung untergehen wollen. Zu solcher Arbeit seid auch ihr, liebe Kommilitonen, neben allen übrigen Volksgenossen aufgerufen. Wer kann die Verantwortung tragen, sich diesem Rufe zu entziehen? Gerade unsere jungen Akademiker sind befähigt und berufen, der Partei große Richtlinien zu geben und einst Führer zu werden in der Zusammenarbeit mit den anderen Ständen, die durch ihre praktischen Erfahrungen den Akademiker befruchten können.

Freunde, wir haben guten und festen Boden unter den Füßen, wenn wir vor die Wählermassen treten. Wir brauchen uns unserer alten Partei nicht zu schämen. Wir haben Material für den Wahlkampf. Wir sind sachlich gerüstet! Ob wir es auch persönlich sind? Ob auch alle Anhänger unserer Sache im ganzen Lande mit ihrer Person dabei sind und sich persönlich für die sachlichen Ziele und Ideale einsetzen?

Mobil! So töne es wie unüberhörbarer Heroldsruf bis in die fernste Hütte, wo Zentrumsleute wohnen. Die Zeit und die Wahlschlacht ruft uns, tun wir unsere Pflicht!

Bauernschaft und deutsche Zukunft.

Von Dr. Alfred Schappacher.

Die Sozialdemokratie aller Schattierungen hofft, in absehbarer Zeit den Gedanken einer Arbeiterregierung verwirklichen zu können. Hier haben wir es zweifellos mit außerordentlich ernsten Bestrebungen zu tun, die auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen eine große Rolle spielen werden. Das Verlangen nach der Arbeiterregierung ist heute schon die Einigungsformel der deutschen Sozialisten. Es ist daher sehr zeitgemäß, sich einige Gedanken über die Sinnwidrigkeit und praktische Unmöglichkeit einer Klassenregierung der Arbeiter zu machen.

Das wirksamste Argument gegen den Gedanken der ausschließlichen Arbeiterregierung bildet der Hinweis auf die entscheidende Bedeutung der Bauernschaft für den deutschen Wiederaufbau.

Im Gegensatz zur vergangenen Friedenszeit wissen wir heute den Bauern außerordentlich hoch einzuschätzen. Früher, in den Zeiten einer ungewöhnlichen wirtschaftlichen Blüte unseres Vaterlandes, gaben wir uns im allgemeinen wohl keinerlei Rechenschaft von den Grenzen landwirtschaftlicher Bedarfsversorgung; wir hatten ja alles im Ueberfluß. Heute, nachdem der Krieg nach den verschiedensten Seiten hin verheerend auf die landwirtschaftliche Produktion des In- und Auslandes eingewirkt hat, fällt es uns wie Schuppen von den Augen und wir erkennen die unentrinnbare Abhängigkeit der Industriebevölkerung von der Bauerngrundlage.

Diese Abhängigkeit gilt nicht nur für die Nahrungsmittelbeschaffung, wie uns heute schon sehr geläufig ist, sondern auch für die Versorgung mit Bekleidungsgegenständen. Zu den Getreide- und Viehbauern gesellen sich die Flachs-, Baumwoll- und Wollbauern. Sie alle produzieren infolge des Krieges weniger, zum Teil erheblich weniger als früher, und wir spürens am eigenen Leibe. Die Preise steigen, weil die Nachfrage nach diesen lebenswichtigen Gegenständen so dringend ist.

Die in seinem wirtschaftlichen Schwergewicht begründete ausschlaggebende Bedeutung des Bauerntums für alle inner- und außenpolitischen Fragen bedarf noch einiger Erläuterung.

Zunächst: Vor dem Kriege waren wir gewohnt, die Auseinandersetzungen zwischen Arbeiter und Unternehmer (oder Kapital und Arbeit) als eine innere Angelegenheit der beiden Klassen zu beurteilen. Das hatte seine guten Gründe. Einerseits griffen die damaligen Kämpfe, die im Vergleich mit den gegenwärtigen harmlos genannt werden müssen, nur in äußerst begrenztem Maße störend in die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ein; anderseits fehlte dem bäuerlichen Selbstbewußtsein noch die scharfe Ausprägung, die ihm erst die Erfahrungen des Krieges und der Revolution verliehen haben. Heute erkennt die Bauernschaft, daß es bei den sozialen Kämpfen um ihr Lebensinteresse geht und sie nimmt daher immer tätigeren Anteil daran. Wohl will sie eine kaufkräftige Industriebevölkerung, denn sie weiß den Wert des aufnahmefähigen inneren Marktes für ihre Erzeugnisse entsprechend einzuschätzen. Sie hat daher Verständnis für vernünftige wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter. Was sie aber mit aller Leidenschaftlichkeit ablehnt, ist die wirtschaftliche und politische Alleinherrschaft des revolutionären Industrieproletariats, welche nach den bisher in Rußland, Ungarn und zum Teil auch in Deutschland gemachten Erfahrungen den Tod der Volkswirtschaft und des staatlichen Lebens bedeutet.

Die hier einschlägige Sozialisierungsfrage findet an der Bauernschaft ebenfalls einen kühleren Beurteiler als an der revolutionären Arbeiterschaft. Letztere erhofft sich von einer möglichst radikalen Lösung eine bedeutende Vergrößerung ihres Nahrungsspielraums. Sozialisierung ist ihr gleichbedeutend mit besserer Ernährung und Bekleidung. Dem gegenüber kann die Bauernschaft mit Recht betonen, daß nur die Vergrößerung der Bauerngrundlage durch eine großzügige Agrarpolitik, z. B. innere Kolonisation, Kunstdünger-, Futtermittel- und Saatgutbeschaffung, dies zu schaffen vermag, während sogenannte Sozialisierungsmaßnahmen (z. B. unverhältnismäßig hohe Entlohnung) geeignet sind, die Ansprüche der industriellen Bevölkerung an die Ernährungs- und Bekleidungsgrundlage derartig zu steigern, daß sie ihnen auch nicht mehr entfernt zu genügen vermag; und nur außerordentliche Einschränkungen auf der Verbrauchsseite werden zu einem vernünftigen Ausgleich zurückführen. Darin liegt ja auch die Kernfrage der internationalen Währungsnot. Seit dem Ausbruch des Weltkrieges ist der Konsum der Produktion zu schnell vorausgeeilt; darum die ungeheure Preissteigerung und Kaufkraftminderung des Geldes.

Für Deutschland gilt das in ganz besonderem Maße. Unser ganzes Elend besteht letzten Endes in nichts anderem als in einer vorläufig ungenügenden Bauerngrundlage. Diese bedauerliche Tatsache hat keineswegs erst der Krieg geschaffen, er hat sie nur für uns alle recht fühlbar gestaltet. Seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde im Zusammenhang mit der Großindustrialisierung unsere inländische Bauerngrundlage verhältnismäßig kleiner und kleiner. Wir stützten uns zwar hinsichtlich unserer Ernährung und Bekleidung in zunehmendem Maße auf die ausländischen Bauerngrundlagen. Die Getreidebauern Rußlands und Amerikas, die Baumwollbauern Amerikas und Indiens, die Wollbauern Australiens usw. mußten uns mehr und mehr aushelfen; mußten unseren industriellen Ueberbau in wachsendem Umfange auf fremden Boden stützen. Wie mußte das in dem Augenblick für uns verhängnisvoll werden, wo die auswärtige Bauerngrundlage unserer Verfügung auf irgendeine Weise entzogen wurde! Der Ausbruch des Weltkrieges mit dem seebeherrschenden England und dem bäuerlichen Rußland als Gegner Deutschlands hat uns darüber furchtbare Lehren erteilt. Unsere heimische Bauerngrundlage ertrug dank der bewährten Schutzzollpolitik, als deren Leitgedanken wir die Sicherung einer möglichst breiten heimischen Ernährungsgrundlage verstehen, zweifellos einen kurzen Waffengang gegen die übrigen Weltmächte, aber für einen längeren Krieg war sie viel zu klein. Wir müssen es als den Kardinalfehler unserer auswärtigen Politik bezeichnen, daß sie trotz unserer handgreiflichen Abhängigkeit von der fremden Bauerngrundlage die gefährliche weltpolitische Vereinsamung wagte und weder mit Rußland noch mit England, also den Ländern mit ungeheuren Ernährungs- und Bekleidungsgrundlagen, ein engeres Einvernehmen zu finden wußte, obwohl wir Gelegenheit dazu gehabt hätten. So wurde der Weltkrieg möglich, der uns zu der maßlosen wirtschaftlichen Erschöpfung führte.

Jetzt, nach den ungeheuren Prüfungen des Krieges, wissen wir, was wir an der Bauerngrundlage haben. Ohne sie und ihre planmäßige Stärkung gehen wir hoffnungslos zugrunde. Hierher gehört nicht zuletzt die großzügige staatliche Förderung aller privaten Bestrebungen zur Verwertung solcher Rohstoffe Deutschlands, die in unbegrenzter Menge vorhanden sind und sich auf Grund neuester Patente zu wertvollen Futtermitteln usw. verarbeiten lassen. Wir denken da vor allem an das Schilfrohr und dessen nährstoffhaltigen Wurzelstock. Leider scheint die Reichsregierung für derartige Produktionsmöglichkeiten bisher keinerlei Verständnis aufzubringen. Um so schärfer muß es gesagt werden: Was die maßgebenden Stellen hier versäumen, haben sie auf der Debetseite der deutschen Volkswirtschaft zu buchen.

Die deutsche Bauernschaft hat, so bemerkten wir oben schon, infolge der Kriegs- und Revolutionserfahrungen gewaltig an Selbstbewußtsein gewonnen. Ueberall regt und rührt es sich im bäuerlichen Lager. Die Organisationen wachsen und schließen sich enger zusammen. Das Kriegsbeil ist zwischen ihnen begraben; die deutsche Bauernschaft will nichts mehr wissen von kleinlichem, politischen Gezänk, sie kennt nur noch ein großes, gemeinsames Ziel: Wirtschaftliche und politische Gesundung Deutschlands! Dieses einzigartige Erwachen der deutschen Bauernschaft wird sich schon bei den bevorstehenden Reichstagswahlen sehr bemerkbar machen.

Es ist nach alledem begreiflich, daß besonders Bayern mit seiner (im Vergleich zu den übrigen Ländern) immer noch sehr günstigen Bauerngrundlage in der kommenden Zeit ein außerordentlich bedeutsames Wort in der deutschen Innen- und Außenpolitik wird mitreden können und müssen. Es hat schwere Gewichte in die Wagschale zu werfen. Ob und inwieweit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, hängt einzig und allein von der Entschlossenheit seiner Regierung ab. Die wirtschaftspolitische Einigung der bayerischen Bauern, die über kurz oder lang die parteipolitische Verständigung im Gefolge haben muß, hat die Tragfähigkeit einer selbständigen und entschiedenen bayerischen Politik außerordentlich verstärkt. Soviel steht fest: Ohne den bayerischen Bauern gibt es in Deutschland auf die Dauer weder eine wirksame Sozial- noch Wirtschaftspolitik.

Was vor allem die Wirtschaftspolitik anbetrifft, die ja fraglos im Vordergrund unseres Interesses steht, so muß sie in erster Linie die Erhaltung und Sicherung einer möglichst breiten inländischen Bauerngrundlage im Auge haben. Das ist die Lehre der Vergangenheit und das Gebot der Stunde. Speziell die innere Kolonisation sollte endlich einmal auch von der deutschen Regierung tatkräftig gefördert werden. In den letzten Monaten mehren sich die Nachrichten über solche Maßnahmen des Auslandes. In erster Linie ist es wohl Ungarn, das die Lösung der Bodenreformfrage durch eine planmäßige Aufteilung des Großgrundbesitzes unter zahlreiche Kleinsiedler in Angriff genommen hat. Das ist ein hervorragendes Stück sozialer Arbeit; sie kommt insbesondere auch der Intensivierung der Landwirtschaft zugute. Die Politik des überwiegenden oder gar ausschließlichen Industriestaates würde verhängnisvoll sein, nicht bloß deswegen, weil sie unsere heimische Ernährungsgrundlage immer mehr zusammenschrumpfen läßt, sondern nicht zuletzt aus dem Grunde, weil wir auf die Dauer nicht nach Belieben mit der auswärtigen Bauerngrundlage rechnen können. Deutschland als Großindustriestaat müßte Gewähr haben, daß die ausländischen Bauern ihm auf unabsehbare Zeit hinaus seine industriellen Ueberschußprodukte gegen Hingabe von Nähr- und Bekleidungsgüter abnehmen. Darauf kann es aber nicht rechnen. Ganz abgesehen von kriegerischen Ereignissen, die da störend eingreifen könnten, spricht dagegen die Erfahrung, daß die fremden Agrarländer immer mehr dazu übergehen, sich eine eigene Industrie zuzulegen, so daß die Konkurrenz der Industrien der ganzen Welt um die vorhandenen agrarischen Oasen fortwährend größer wird. Diese Entwicklung, auf die schon vor Jahren der Sozialist Gerhard Hildebrand („Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus", Verlag Gustav Fischer, Jena 1910) aufmerksam gemacht hat, wird schließlich zum Zusammenbruch des Hyperindustrialismus führen.

Der Weltkrieg hat für uns wenigstens das eine Gute gehabt, daß er uns auf die Gefahren einer einseitigen industriellen Entwicklung aufmerksam gemacht hat. Lernen wir daraus. Befreien wir uns insbesondere von dem Wahn, als ob in Deutschland die Alleinherrschaft des Industrieproletariats möglich wäre.

Ein Aktivposten des deutschen Katholizismus.

Von Geh. Hofrat Prof. Dr. Konrad Beyerle, M. d. N., München.

Die Wirtschaftsbilanz Deutschlands steht beklagenswert schlecht. Unsere Kulturbilanz droht ihr mit allen Erscheinungen der Verarmung des wissenschaftlichen Lebens zu folgen. Denn auch die kulturpolitische Außengeltung Deutschlands ist tief getroffen. Mit dem geistigen Ruhm der deutschen Wissenschaft ist fast unser letzter Besitz in Gefahr. Man hört von allerhand Boykottierungsabsichten, uns aus der Gemeinschaftsarbeit der Kulturnationen auszuschließen. Der Literaturaustausch mit dem Ausland ist schon jetzt sehr zurückgegangen. Die Valutanot macht die Beschaffung der ausländischen Literatur nicht nur für den einzelnen, sondern selbst für unsere größten Bibliotheken unerschwinglich.

Diese kurzen Striche genügen, um zu zeigen, welchen erhöhten Wert für die gesamte deutsche Kultur allen denjenigen Einrichtungen zukommt, die dieser Notlage des geistig schaffenden Deutschland in etwa steuern können. Zu diesen Einrichtungen gehört auch ein Institut des deutschen Katholizismus, die „Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland". In den Kulturkampfsjahren 1876 zu Koblenz durch G. von Hertling, den jungen damaligen Bonner Privatdozenten mit rheinischen Freunden zur Abwehr gegen die katholikenfeindliche Haltung der Regierungen und Universitäten gegründet, ist sie im Verlauf von mehr als 40 Jahren zu einer achtunggebietenden Stellung gelangt. Sie ist dem wissenschaftlichregsamen Teil des katholischen Deutschland längst vertraut durch ihre Publikationen, durch ihre jährlichen Generalversammlungen, die wiederholt wahre Höhepunkte des katholischen Lebens waren, aber auch durch ihre Unterstützungstätigkeit zugunsten wissenschaftlicher Arbeiten aufstrebender Gelehrter, denen die Gesellschaft die Erreichung ihres Zieles ermöglichte. Ihre Organisation hat sich in Sektionen für die verschiedenen Wissenschaftsgebiete immer reicher ausgebaut. Diese Sektionen wiederum haben wissenschaftliche Abhandlungsserien eröffnet, die sich allgemeiner Achtung erfreuen und wiederholt auch Arbeiten nichtkatholischer Autoren Aufnahme gewährten. Das Staatslexikon, von Dr. jur. Jul. Bachem gegründet, ist in immer fortgreifender Verbesserung ein unentbehrliches Handbuch des deutschen Politikers geworden. Wir nennen noch das historische Jahrbuch und das philosophische Jahrbuch, sowie die jährlichen Vereinsgaben mit ihrem wechselvollen allgemeinbildenden Inhalt als Marksteine der Arbeit der Gesellschaft. Ohne Staatsunterstützung, ausschließlich auf die Jahresbeiträge ihrer Mitglieder und Teilnehmer, auf den Absatz ihrer Veröffentlichung und auf hochherzige Spenden ihrer Freunde angewiesen, wuchs so die Görres-Gesellschaft zu einem der bedeutendsten privaten wissenschaftlichen Institute Deutschlands empor. Zuletzt konnte die Gesellschaft zur Verwirklichung ihrer Ziele einen Jahresetat von mehr als 60,000 ℳ aufstellen.

Eine Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland sollte und wollte die Görres-Gesellschaft von Anfang an sein. Nicht um einseitige konfessionelle Einstellung des wissenschaftlichen Betriebes ging es. Das Ziel war freie wissenschaftliche Forschungsarbeit, ausgeübt von katholischen Gelehrten, die sich auf dem Boden ihrer christlichen Weltanschauung und zur Abwehr von Zurücksetzung und Unterdrückung in der Ueberzeugung zusammenfanden, daß zwischen Offenbarungsglauben und wissenschaftlicher Wahrheit keine unüberbrückbare Kluft besteht, während die Forderung einer absoluten Voraussetzungslosigkeit der Forschungen vielfach die Außenseite einer ganz bestimmt eingestellten, dem positiven Gottesglauben abgewandten Geistesrichtung ist. Zur Wahrung des rein-wissenschaftlichen Standpunktes hat die Görres-Gesellschaft seit ihrer Gründung die der kirchlichen Lehrautorität unterliegende systematische Theologie außerhalb ihres Arbeitsgebietes gestellt, in aufrichtiger Anerkennung des für alle Katholiken verbindlichen kirchlichen Lehramts. Dagegen finden sich unter den Arbeiten der Gesellschaft zahlreiche Studien aus dem Gebiet der Kirchen- und Religionsgeschichte alter und neuer Zeit. Zu einem Ruhmestitel der Gesellschaft wurde die Ausgabe der Akten des Konzils von Trient, auf die noch kurz zurückzukommen ist. Georg von Hertling, der Gelehrte und Staatspolitiker, hat diese Arbeitsrichtung bestimmend vorgezeichnet und durchführen helfen. Seine Ansprachen, mit denen er lange Zeit hindurch die Jahresversammlungen der Gesellschaft eröffnete, gestalteten sich wiederholt zu hochbedeutsamen kulturpolitischen Kundgebungen, von denen neues Leben und neue

Anregungen in die katholischen Reihen floß. In ihrem nunmehr 44jährigen Bestande haben sich die Grundsätze der Gesellschaft immer mehr bewährt. Im freien Wettkampf der Wissenschaft hat sich die Görres-Gesellschaft, mancherlei Anfeindungen zum Trotz, einen geachteten Namen verschafft. Aber auch Bischöfe und Päpste zögerten nicht mit ihrer Anerkennung im Hinblick auf die loyale kirchliche Gesinnung und die hohe Bedeutung der Görres-Gesellschaft für die Verteidigung der katholischen Weltanschauung im modernen Geisteskampfe. Unter ihren 3700 Mitgliedern füllt heute, wie von Anbeginn ihres Bestehens, der katholische Klerus einen erheblichen Prozentsatz aus und manches Legat eines selbstlosen Priesters kam den Fonds der Gesellschaft zugute.

Von dem großen Koblenzer Denker und Politiker Joseph von Görres, der nach jahrzehntelangem geistigen Ringen zu einem Vorkämpfer des Katholizismus in Deutschland geworden war, nennt sich die Görres-Gesellschaft. An der Wende des alten Reichs erhob sich die Gestalt Görres, um den Rhein und das linksrheinische Deutschland vor den Armen Frankreichs zu retten. Sein „Rheinischer Merkur" entfesselte in den Befreiungskriegen Stürme nationaler Begeisterung, vor denen ein Napoleon bangte. Seine Forschungen auf dem Gebiet der Religionsgeschichte und des Mythus kannten keine Grenzen; und doch mündete Görres' reiches Leben in kindlich demütigem Anschluß an die Kirche Christi aus. Tiefstes deutsches Empfinden durchlebte er im Heidelberger Kreise der jungen Romantiker. Auch heute stehen wir in einer Zeit gewaltigen Umsturzes, an dessen Stelle es Neues aufzubauen gilt. Neues daheim und Neues draußen. Es gilt, Werke von der Geisteskraft eines Görres zu verrichten. Auch die Görres-Gesellschaft wird sich darauf besinnen, daß sie nicht zuletzt den Beruf hat, helfend und schaffend in Deutschlands Not einzugreifen.

Am 20. und 21. April 1920 fand soeben in Würzburg eine Versammlung des Vorstands und Beirats der Görres-Gesellschaft statt. In aller Stille zwar, aber mit nicht geringer Tragweite ihrer Beratungen und Beschlüsse. Die Verkehrsschwierigkeiten gestatteten nur einem Teile der Eingeladenen das Erscheinen. Doch waren die Träger der besten Traditionen der Gesellschaft am Platze. Die Gesamtlage der Gesellschaft wurde ausgiebig besprochen. Die durch den Tod des Grafen von Hertling seit zwei Jahren verwaiste Stelle des Präsidenten wurde durch Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Hermann von Grauert-München wieder besetzt. In einer tiefdurchdachten Ansprache würdigte dieser das Lebenswerk seines Vorgängers, dessen Persönlichkeit der Gesellschaft schon lange den Stempel des Vornehmen und die sichere Gewähr des Dauerhaften aufgeprägt, würdigte er aber auch den Ernst der Zeit und die Schwere der Aufgaben, die jetzt der Görres-Gesellschaft im neuen Deutschland harren. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Heinrich Finke-Freiburg i. Br. gewählt. Als neues Vorstandsmitglied trat in den Vorstand der Schreiber dieses ein. In sichtlicher Bewegung reichten sich Grauert und Finke die Hand zum Gelöbnis, das teuere Erbe von Hertlings in dessen Geist zum Heile des wissenschaftlichen Lebens im katholischen Deutschland zu hegen und zu pflegen. Hermann von Grauert, der angesehene Historiker der Münchener Universität, derselben Hochschule also, an der einst Görres wirkte und dessen Zierde G. von Hertling so lange war, Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Akademien und Gesellschaften des In- und Auslandes, war bisher Vorsitzender der historischen Sektion und stellvertretender Vorsitzender der Gesamtgesellschaft. Er ist von Anfang Mitarbeiter des von Georg Hüffer begründeten historischen Jahrbuchs und gehört heute zu den ältesten Mitgliedern des Vereins. Schon seit von Hertlings bayerischer Ministerpräsidentschaft führte Grauert tatsächlich die Leitung der Geschäfte. Er ist mit allen persönlichen und sachlichen Beziehungen ihres Wirkungskreises so trefflich vertraut, daß von seiner Vorstandschaft das beste für den ungestörten Weiterbestand der Gesellschaft trotz der Schwere der Zeit zu erhoffen ist. In Heinrich Finke aber gewinnt die Görres-Gesellschaft einen stellvertretenden Vorsitzenden, der durch seine allgemein anerkannten tiefen Kenntnisse der Geschichte des katholischen Geisteslebens in Mittelalter und Neuzeit, sowie durch den internationalen Ruf seines wissenschaftlichen Namens, insbesondere in Spanien und Italien, keine geringe Gewähr dafür bietet, daß auch seine Wahl eine glückverheißende genannt werden darf.

Die geistige Not Deutschlands im Innern ist groß, die tüchtigsten Arbeiten junger Gelehrter, aber selbst die reifen Früchte anerkannter Forscher sind angesichts der enorm gesteigerten Posten des Buchdrucks ohne große Zuschüsse nicht mehr herauszubringen. Auch die Görres-Gesellschaft vermochte seit einigen Jahren den früheren Stand ihrer literarischen Jahresproduktion nicht mehr aufrechtzuerhalten. Fast nur die Sektion für alte Geschichte konnte unter der rührigen Redaktion von Professor Dr. E. Drerup-Würzburg noch eine beträchtliche Zahl gediegener Hefte ihrer Serie aufweisen. Aber auch da versiegte und versagte schließlich die weitere Druckmöglichkeit. Trotz des, mit Vorkriegsmaßstäben gemessenen, nicht schlechten Vermögens- und Einnahmestandes der Görres-Gesellschaft vermag diese, angesichts des gesunkenen Geldwertes, heute nur etwa $1/5$ der früheren Bogenzahl in Druck zu geben. Auch in der Gewährung von Unterstützungen an junge Gelehrte muß sie sich in unerwünschtem Maße Einschränkungen auferlegen. Es gilt also unbedingt neue und reichliche Geldmittel zu erschließen, wenn die Görres-Gesellschaft ihren hohen Zielen wie bisher nachstreben soll. Ein Weg ist der Eintritt neuer Mitglieder und Teilnehmer, der in großer Zahl erwünscht ist. Da das sonst so zugkräftige Werbemittel eindrucksvoller Jahresversammlungen wegen der Verkehrsschwierigkeiten bis auf weiteres versagen muß, bleibt es im wesentlichen den alten Freunden der Gesellschaft überlassen, durch Gewinnung neuer Mitglieder deren Zahl zu steigern. Vielleicht ist auch diesen orientierenden Ausführungen ein kleiner Erfolg nach dieser Richtung beschieden. Anmeldungen (Mitgliedsbeitrag bisher 10 M, lebenslängliche Mitgliedschaft bisher 250 M, Teilnehmerbeitrag bisher 3 M) sind an die Geschäftsstelle (Verlag J. P. Bachem, Köln) zu richten. Als nächstes Mittel kommt die Erhöhung dieser Beiträge in Betracht. In Würzburg wurde beschlossen, für dieses Jahr 1920 die Mitglieder und Teilnehmer zu ersuchen, in Würdigung der Gesamtlage der Gesellschaft zunächst freiwillig die Beiträge zu verdoppeln. Eine für den Herbst 1920 in Aussicht genommene Mitgliederversammlung soll in dieser Beziehung endgültig beschließen. Die alsbald nach Graf Hertlings Tod angeregte Errichtung einer „Graf Hertling-Stiftung", deren Zinsfrüchte den Arbeiten der Görres-Gesellschaft zugute kommen sollen, ist bis jetzt über bescheidene Ansätze noch nicht hinausgekommen. Hier soll nun eine großzügige Propaganda eingeleitet werden, um allen Verehrern des verewigten Reichskanzlers und Vereinspräsidenten, die dazu in der Lage sind, Gelegenheit zu geben, ihrer Gesinnung pietätvoller Erinnerung einen Ausdruck zu verleihen, der Hertlings Schöpfung zugute kommt.

Auch aus dem Ausland wären Mittel für die Görres-Gesellschaft flüssig zu machen. Wir berühren damit den zweiten nicht weniger bedeutenden Aufgabenkreis, den die Gegenwart der Görres-Gesellschaft steckt. Die Görres-Gesellschaft hat sich durch die glänzenden Namen ihrer Gründer, wie durch ihre Leistungen für das katholische Geistesleben seit Jahrzehnten auch im Ausland rühmend bemerkbar gemacht. Ihr historisches Institut in Rom, zuletzt geleitet von dem unermüdlich tätigen Prälat Dr. Ehses, ist überall in der katholischen Welt bekannt geworden, seitdem der Hl. Stuhl selbst auf Empfehlung Denifles seinen Händen die Herausgabe der Akten des Konzils von Trient anvertraut hat. Es ist ein wirkliches Denkmal unbesieglicher Schaffenskraft, daß der Herdersche Verlag noch im letzten Jahre trotz aller Druck- und Papiernot einen großen Quartband dieser bedeutenden Quellenausgabe herausgeben konnte. Auch zu Jerusalem, auf dem Berge der Dormition, hatte einige Jahre vor dem Krieg die Görres-Gesellschaft mit bestem Erfolg ein orientalisches und archäologisches Institut eröffnet. Die Ungunst des Kriegsausgangs stellt seine Wiederaufnahme zunächst in Frage. Dagegen ist in Rom alles bereit, das dortige Institut der Görres-Gesellschaft alsbald wieder in Gang zu bringen. Unter tatkräftiger Mitarbeit der Görres-Gesellschaft fanden in den letzten Jahrzehnten aber auch mehrere internationale katholische Gelehrtenkongresse statt, die das weltumspannende Band des Katholizismus in den Dienst wissenschaftlicher Arbeitsgemeinschaft zwangen.

Freilich hat das erschütternde Weltdrama manche dieser Beziehungen erlöschen lassen, aber hier ist keineswegs alles verloren. Da Passivität uns Deutschen nie gelegen hat und heute am allerwenigsten angebracht ist, eröffnen sich daher von hier aus Möglichkeiten zur Anbahnung der Völkerversöhnung auf einem neutralen, dem Getriebe der Politik entrückten Boden des wissenschaftlichen Schaffens. So gut die staatlichen Akademien, wie man hört, Aussicht haben, durch eine internationale Hilfsaktion der schlimmsten Not des internationalen Buchverkehrs zu steuern, so gut ist die Görres-Gesellschaft berufen, ihre internationalen Beziehungen

wieder anzuknüpfen, nicht um sich bei übelwollenden Ausländern anzubiedern, sondern um in vornehm vorfühlender Weise das Gesichtsfeld des Auslandes abzutasten und nur da einzusetzen, wo die alten Bedingungen gegeben, die Gefühle gegenseitiger Hochschätzung nicht erstorben sind. Hier harrt aber in der Tat der Görres-Gesellschaft ein Tätigkeitsfeld, das ihr noch mehr als bisher das Interesse und Dank der deutschen Oeffentlichkeit sichern muß. Was das römische Institut der Görres-Gesellschaft für die Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Beziehungen in Italien bedeutet, ist bereits gestreift worden. Was Heinrich Finkes Namen in der spanischen Gelehrtenwelt besagt, bedarf keines näheren Hinweises. Aber auch nach Frankreich und Belgien, ferner nach den neutralen Ländern Holland und Schweiz wie nach dem aus der zertrümmerten habsburgischen Monarchie hervorgegangenen neuen Staaten führen Görres-Pfade. Aus Italien kam eine Einladung zu der im nächsten Jahre 1921 stattfindenden Dante-Säkularfeier. In der nordamerikanischen Union hat ein einziger katholischer Buchhändler, ein Auslandsdeutscher, bis jetzt schon für die Zwecke der Görres-Gesellschaft die beträchtliche Summe von 30,000 Mark gesammelt und der Geschäftsstelle der Gesellschaft zugeführt. Hoffentlich lassen sich auch andere katholische Deutsch-Amerikaner dazu überreden, bei dem heutigen Valutastand durch verhältnismäßig bescheidene Gaben der Görres-Gesellschaft erhebliche Zuwendungen zufließen zu lassen. Auch Schweizer Freunde, denen an der Erhaltung der geistigen Gemeinschaft auf katholischer Grundlage etwas gelegen ist, befinden sich heute in derselben Lage.

Möchten diese Ausführungen dazu beitragen, in unseren eigenen Reihen erneutes Interesse für die Görres-Gesellschaft zu wecken, aber auch in der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands gerechteres Verständnis für die Bedeutung zu verbreiten, die gerade heute den internationalen Beziehungen der Görres-Gesellschaft für die Wiederanknüpfung geistiger Bande mit der uns entfremdeten Welt zukommt. Sie ist in Wahrheit ein nicht zu verachtender Aktivposten unserer an Aktiven nicht reichen Weltbilanz.

Warum müssen wir zusammenhalten?

Von Kirchenrat Schiller.

„Wir Christen aller Denominationen glauben nach dem dritten Artikel unseres altehrwürdigen Apostolikums an eine Gemeinde der Heiligen." Diese setzt sich zusammen aus allen Gotteskindern. Wer dazu gehört, weiß nur der Herr der Kirche. An dieser unio mystica festzuhalten ist besonders notwendig in Zeiten der Wirren und Drangsale wie heutzutage. Wenn ein Reich mit sich selbst uneins ist, kann es auf die Dauer nicht bestehen. Warum wird dies so oft vergessen?

Als im September 1902 die konfessionelle Friedenstaube fast ängstlich und schüchtern zum erstenmal ihre Schwingen regte, da hieß es: Gottentfremdete Massen, Gebildete und Ungebildete, stürmen mit Wutgeschrei gegen die christliche Kirche vor. Aufklärung heucheln sie, Unglaube lauert dahinter. Glauben wir im Ernst, daß, wenn es gelingen sollte, die eine Kirche zu zersprengen und zu vernichten, sie alsbald mit achtungsvoller Scheu vor der anderen ihre Waffen strecken würden? Darum nicht: hie Protestantismus, hie Katholizismus! sollte die Losung sein, sondern: Glaube oder Unglaube! nach Goethe das einzige und tiefste Thema der ganzen Weltgeschichte.

Der Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte hat es zur Genüge bestätigt, wie richtig, wie begründet diese Mahnung war; denn schon im Jahre 1905 fanden sich im Deutschen Reich 17000 „Bekenner anderer Religionen und Personen ohne Angabe der Religion." Immer höher stieg deren Zahl. Am 1. Dezember waren es bereits 224000. Die Freidenker Berlins konnten sich rühmen, daß nach einem Abendvortrage 1328, nach einem anderen sogar 4209 Anwesende ihren Austritt aus der Kirche erklärt hätten. Und wie skandalös ging es schon damals in den Versammlungen zu! Augen- und Ohrenzeugen liefen entsetzt und voll Ekel weg. Wer irgend ein Wort für die Kirche zu sprechen wagte, ward niedergebrüllt. Die unflätigsten Schimpfworte lösten einander ab. Jede ideale Andeutung, jede Anspielung auf ein echtes Gefühl im Menschen begegnete stürmischem Gelächter und grausamem Spott. Gemeinste Ausdrücke aus den Reihen der Zuhälter wechselten mit Rufen wie „Verfluchte Lumpen! Schweinepriester!" ab, sobald anständig aussehende Personen, hinter denen man Geistliche vermutete, das Wort zu ergreifen versuchten. Da konnte man in Flugblättern lesen: „Unser Kampf gilt den Kirchen. Niederreißen wollen wir die alten Bauten. Außen sind sie plump, vergoldet, verziert, aber innen sind sie verfault. Der Christengott ist der aus dem Orient importierte Gott der Sklaveninstinkte. Das Christentum ist nur eine andere Spielart des Buddhismus, es ist Wehleidigkeits- und Entsagungsstimmung, die, durch Eigensinn verhärtet, zu Heuchelei und versteckter Bosheit führen muß; eine Zerfallsreligion, eine Kreuzung aus Babylonien, Aegypten und Indien, aus der Rom sein Geschäft macht. Verwüstung des Charakters und des Gemütes ist das greifbare Resultat dieser importierten Fremdreligion."

Solcher Art war die geistige Speise, die man Tausenden bot und die heißhungrig verschlungen ward, bis — der Krieg kam, der die Welt erzittern machte. Nicht wenige entdeckten jetzt auf einmal wieder ihr religiöses Gefühl und fanden die Rückkehr zu dem alten Gott. Auch der „Burgfriede" sorgte dafür, daß die Freidenker, ob sie wollten oder nicht, Ruhe halten mußten. Allein schon vor dem unglücksvollen Kriegsende hatte die religiöse Hochspannung bei vielen nachgelassen und mit der Revolution setzte der reinste Hexensabbath ein. Im August 1919 ward der „Bund der Konfessionslosen" gegründet, angeblich für Aufklärung, Humanität und Gewissensfreiheit, in Wirklichkeit zum rücksichtslosen Kampf gegen Kirche, Christentum und Religion: „Die durchdachte und begründete Religionslosigkeit und Gottfreiheit, die Lossagung von der religiösen Lüge, das muß die Idee sein, die uns fehlte, die Idee, die uns zu wahrer Freiheit, zu neuem Geist und zur sittlichen Auferstehung führen soll. Wir haben gegen das zweitausendjährige Verbrechen der Weltgeschichte anzukämpfen, gegen das Verbrechen der geistigen Unterjochung der Menschheit durch die Erfindung und zwangsmäßige Aufnötigung des Christentums. Am besten ist es, wenn wir gleich an die Kinder selber herangehen und ihnen in verständlichen kleinen Schriften aufklärend zurufen, daß und weshalb sie mit dem Religionsunterricht belogen werden, daß sie die da gegebenen Lehren nicht glauben sollten." Eine eigens geschaffene Arbeitsorganisation sorgt für die Durchführung dieses Programmes. Unabhängige und Mehrheitssozialisten unterstützen gleicherweise die ganze Bewegung. Wer die neuesten gesetzgeberischen Maßnahmen verfolgt, kann leicht beobachten, wie auch diese vielfach im Dienste derselben Sache stehen: so die Beseitigung der Angaben über Konfession und Religion aus der Statistik, die Erleichterung des Austritts aus der Kirche (in Sachsen, Reuß und Hamburg vom 14., in Bayern vom 15. Lebensjahre an), und die Begünstigung der weltlichen Schule. Sind dann die Kirchen erst zu Volkshäusern umgewandelt, prangt auf ihren Türmen statt des Christenkreuzes das Hakenkreuz als Bundeszeichen, dann kann das Triumphgeschrei losgehen.

Noch aber sind wir nicht so weit. Noch hat für die Kirche die Todesstunde nicht geschlagen. Gleichwohl wäre es sträflicher Leichtsinn, alle diese Erscheinungen auf die leichte Achsel nehmen zu wollen. Wer es mit unserem Volke gut meint, hat diese dämonischen Zeichen unserer Zeit geflissentlich zu beachten. Es hieße sich in einer gefährlichen Selbsttäuschung wiegen, wenn man den Ernst dieser Vorgänge verkennen wollte. Die ganze antireligiöse, antikirchliche Bewegung ist ohne Zweifel in aufsteigender Linie. Darum sieht sich die kirchliche Arbeit vor ganz neue Aufgaben gestellt. Es sind neue Fragen zu beantworten, neue Probleme zu lösen, neue Bahnen einzuschlagen. Soll dem Verderben gewehrt werden, dann darf die Mitwirkung von Laienkräften hierbei nicht fehlen.

Es ist dankbar zu begrüßen, daß die Stimmen derer sich mehren, welche einem Zusammenschluß der Konfessionen angesichts solcher Gefahren, welche beide Kirchen bedrohen, das Wort reden. In Vorträgen, welche Rektor lic. Lauerer von Neuendettelsau über das Thema „Was ist die Kirche?" gehalten hat, findet sich die Stelle: „Besonders erfreulich erscheint uns die Wahrnehmung, daß allenthalben die Kinder Gottes ein immer stärkeres Verlangen bekommen, sich persönlich kennen zu lernen, unter Zurückstellung ihrer berechtigten Verschiedenheiten sich ungeschieden zu wissen, sich auszusprechen, sich zu sammeln gegen den Halbglauben und Unglauben. Ich glaube an eine Gemeinschaft der Heiligen. Wir haben das Gefühl, daß dieses Wort in einer Verwirklichung sich befindet, die jener Wirklichkeit zustrebt, die in der Gemeinde Jesu Christi sich an ihrem Anfang fand und an ihrem Ende finden wird."

Völkerbundsgeist?

Schmerzliches aus dem Saargebiet.

Von Ludwig Saar.

In den §§ 16 u. 17 des Kapitels II der Anlage 50 zum Versailler Friedensvertrag ist das Saargebiet einer Regierungskommission von 5 Mitgliedern unterstellt, die „den Völkerbund vertreten wird". Wir stehen demnach hier im Saarbecken staatsrechtlich unter dem Schutze des sogenannten Völkerbundes, dessen Aufgabe es laut Artikel 50 des Friedensvertrages sein soll, die „Maßnahmen durchzuführen, die dazu bestimmt sind, die Achtung der Rechte und das Wohl der Bevölkerung zugleich mit dem der Regierung des Gebietes zu sichern". 18 Monate lang hatte die Saarbevölkerung, insbesondere die des leider verkannten Kreises Saarlouis unter der Militär-Diktatur geschmachtet. Da wurde endlich 1910 der Friede ratifiziert, die „Militärs" regierten jedoch noch kurze Zeit weiter, bis die monströse Schwergeburt des fünfköpfigen Zentauren, die Regierungskommission für das Saargebiet ihr Ende erreichte und die Saarregierung am 26. Februar 1920 mit einer pathetischen, säbelrasselnden Proklamation an die Saarbevölkerung hervortrat. In dieser gab Herr Präsident Rault kund, daß er sich nicht als Franzose, sondern als Beauftragter des Völkerbundes betrachte, in dessen Auftrag er die Regierungsgeschäfte übernehme. Bei dem offiziellen Amtsantritt der Regierungskommission für das Saargebiet zeigte Rault aber schon rein äußerlich, daß er sich trotz seiner gegenteiligen Versicherung nur als Franzose fühlte, und somit nicht als Vertreter des Völkerbundes. Bei dem Empfang der Spitzen der Behörden galt sein erstes Wort den französischen Spitzen der Militärs, den französischen Beamten des Bergamtes und der Grubenverwaltung. Es wäre Pflicht des „Völkerbündlers" Rault gewesen, zuerst die Vertreter des Landes zu hören, das er im Auftrage des Völkerbundes regieren soll.

Nach der Ansprache des Franzosen Rault an die französischen Behörden wandte sich der Völkerbündler Rault an die Vertreter des Völkerbundgebietes und betonte, daß die gesamte Regierungsgewalt in den Händen der Regierung liege, daß es nun keine Beamten der deutschen, preußischen oder bayerischen Regierung mehr gelten.

Das ist nicht demokratisch und ist nicht wohlwollend, wenn Rault diktatorisch bestimmt, daß die Kündigungsfrist von sechs Monaten für die Beamten trotz der geschlossenen Stellungnahme der gesamten Saarbevölkerung gegen sein Vorhaben beibehalten wird. Seine Forderung, die Beamten seien jetzt keine Deutschen, Preußen und Bayern mehr, steht im Widerspruch mit § 27 des Kapitels 2 der Anlage zu Artikel 50 des Friedensvertrages, wo es heißt, daß in keiner Weise die gegenwärtige Nationalität der Bewohner des Saarbeckengebietes angetastet werden darf. Aus diesem Präsidenten Rault spricht überall und bei allem der Franzose, nicht der Völkerbündler. Auch die Tatsache, daß er sich mit einem großen Stabe von französischen Beamten umgeben hat und noch zu umgeben beabsichtigt, entspricht wohl dem französischen Herzen, aber nicht den Abmachungen des Völkerbundes. Wie vereinbart er seine Handlungsweise mit seiner Proklamation vom 26. Februar 1920?

Bei dem offiziellen Empfang der Vertreter des Saarlandes erklärte Rault laut Presseberichten der Regierung, daß die gesamte Regierungsgewalt in den Händen der Regierung liege! Rault ist ein Sohn des Landes, das sich das demokratischste der Welt nennt! Er ist ein Landsmann Ribots, der am 6. Juni 1917 erklärt hat, „daß Frankreich die Ehre hätte, einen Friedensbund im Namen des demokratischen Geistes in die Welt einzuführen." Er ist ein Landsmann Pichons, der am 26. Dezember 1917 in einem Bericht an die Deputiertenkammer erklärt hat, daß das Einzige, wofür gekämpft worden ist, die allgemeinen Rechte der Menschheit sind", der Alliierte Asquiths, der am 17. Sept. 1917 verlangte, „daß nach der Rassenverwandtschaft und nach den geschichtlichen Ueberlieferungen, vor allen Dingen nach den wirklichen Wünschen und Bestrebungen der Bewohner verfahren werden muß", er ist der Alliierte Wilsons, der am 2. April 1917 erklärte: „Wir werden für die Güter kämpfen, die unserm Herzen stets am treuesten gewesen sind, für die Demokratie . . . ." und am 11. Januar 1918 sagte derselbe Alliierte: „Selbstbestimmung ist keine bloße Redensart, es ist ein dringendes Prinzip des Handelns, welches Staatsmänner hinfort nur auf ihre Gefahr hin mißachten können." Unmöglich läßt sich seine Erklärung vor der gesamten Regierungsgewalt in den Händen der Regierungskommission mit demokratischen Auffassungen vereinigen. Und ebensowenig ist seine Staatsauffassung mit der zweimaligen Wiederkehr eines Passus in der Anlage zu den Bestimmungen über das Saarbecken zu vereinbaren, da es in § 23 und § 26 des Kapitels 2 der Anlage zu Artikel 50 heißt: „Nach Anhören der gewählten Vertreter durch die Einwohner" und „vorherige Befragung der gewählten Vertreter durch die Einwohner"!?

Wir sind ein Kulturvolk, das seine ewigen, unveräußerlichen Rechte fordert, die angeborenen Menschenrechte. Das unveräußerliche Grundrecht aller Staaten ist, das Recht der Selbsterhaltung und Selbstbestimmung! Die Saarbewohner protestieren feierlich dagegen, daß sie als Zubehör der Bergwerke betrachtet werden. Sie appellieren an die ganze Welt, an die Kulturmenschheit, sie appellieren hiermit an den Völkerbund, der unser Saarland vor ausländischer Diktatur schlimmster Sorte schützen soll! Die Seele eines ganzen gequälten Volkes schreit dies hinaus in die Welt! Wir fordern als Kulturmenschen unsere ewigen unveräußerlichen Rechte, darunter das auch im Friedensvertrag verbürgte Recht, unsere deutsche Nationalität beibehalten zu können, ohne dadurch materiellen Schaden erleiden zu müssen, wie es der Verzicht auf die weitere Dienstleistung der Beamten innerhalb einer Frist von sechs Monaten mit sich bringt. Durch § 27 des Kapitels 2 der Bestimmungen über das Saarland ist die deutsche Nationalität gesichert! Rault hat darum kein Recht zu fordern, daß die Beamten keine Deutschen mehr seien und sich nicht mehr als solche betrachten dürfen. Er verlangt von der Saarbevölkerung loyale Anerkennung der Saarbestimmungen; er sabotiert aber selbst diese Paragraphen. Er hat laut Friedensvertrag das Wohl der Bevölkerung zu wahren, also die Interessen der Bewohner zu schützen. Dieses durch den Vertrag feierlichst sanktionierte „Wohlwollen" beweist er damit, daß er die Aeußerung getan hat, er hätte die Interessen der französischen Offiziere zu vertreten! Die ganze Saarbevölkerung aber ist der Ueberzeugung, daß die Interessen der französischen Offiziere niemals die des Saarlandes sind, daß Rault sich demnach eine Verletzung des Friedensvertrages schuldig gemacht hat. Die Saarbevölkerung verbittet es sich, die Interessen einiger reicher Bourgeois mit denen französischer Junker und Militärs zu indentifizieren! Die Beamten sollen ein freies Land unter der Oberaufsicht der den Völkerbund vertretenden Regierungskommission verwalten. Wenn das Saarland ein freies Land sein soll, so verlangen wir auch, daß seine Bewohner frei sind, d. h., daß seine Bewohner ohne Verkauf ihrer Nationalität ihre Stellungen innehalten können, und daß diese Stellen nicht durch Franzosen besetzt werden, die kein Wort deutsch verstehen; die Landessprache des Saarlandes ist deutsch und wird es bleiben.

Dieser Tage erschien ein aus Lothringen ausgewiesener Beamter bei mir und gab folgendes zu Protokoll: „In der letzten Woche des Februar ging ich zu dem Bureau in der Bockstraße (Saarlouis), um einen Paß für meine in der Schweiz wohnende Schwester zu erbitten. Nachdem ich meine Bitte vorgetragen hatte, erklärte mir ein Herr des Bureaus: „Wer durch unser Bureau etwas erreichen will, muß diese Formulare unterzeichnen!" Diese Formulare enthielten den Kopf: „Antrag zur Erlangung der französischen Nationalität! Ich bin bereit, diese meine Aeußerung durch Eid zu bekräftigen!" gez. Unterschrift! So arbeitet für die Verwelschung des deutschen Saargebietes das „demokratische" Frankreich, das in den Krieg eingetreten sein wollte für — Menschenrechte und — Selbstbestimmungsrechte. Grausame Ironie, blutiger Hohn! Ein Aufschrei gequälter Herzen, ein herzzerreißendes Jammern gequälter zermarterter Seelen durchbrach das Saargebiet. Verräter, Volksgeächtete klingt es überall wider! Aber auch heroische Gestalten stahlharten Charakters, nüchternen, unbeugsamen Willens mit erfrischendem Optimismus gibt es an der Saar. Auf der einen Seite leider eine würdelose Konjunkturpolitik, auf der anderen Seite dafür zum Glück ein unversiegbarer Idealismus. Es sind besonders die Jungmannen, denen die Liebe zum Mutterlande trotz der Kriegsjahre im Handgranatengetöse, Granaten- und Minenfeuer auf dem Antlitz geschrieben steht. Sie, die für Recht und Gerechtigkeit ein starkes Empfinden haben, empfinden es als eine Schmach und himmelschreiendes Unrecht, daß der Präsident der Saar-Regierungskommission ein Franzose ist. Wo steht es im Friedensvertrage geschrieben, daß der Präsident ein Franzose sein soll, also ein Landfremder, der Land und Leute nicht kennt?

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Kammerspiele. Die Kammerspiele haben uns mehrmals Shakespearesche Komödien mit so viel Humor und poetischem Duft gespielt, daß man seine ungetrübte Freude davan haben konnte und Victor Schwanneke hat im Residenz- und Künstlertheater als Darsteller in Shakespeareschen Lustspielen große Erfolge gehabt, so daß man der Einstudierung der „Lustigen Weiber von Windsor" in den Kammerspielen mit Schwanneke als Bearbeiter, Spielleiter und Hauptdarsteller mit angenehmen Erwartungen entgegensehen konnte. Diese haben sich jedoch nicht in sonderlichem Grade erfüllt. Es läßt sich nicht abstreiten, daß die lustigen Weiber in der dramatischen Architektur zu den schwächeren Spielen des großen Dichters gehören und es ist nicht ohne Grund, wenn die Opern Nicolais und Verdis weit öfters auf unseren Brettern erscheinen, als das Original. Die allzubreite Exposition hat Schwannekes Bearbeitung nicht zu beschwingen gewußt, aber vor allem: sein Falstaff vermochte nicht zu fesseln. Er ist noch nicht über seinen köstlichen Junker Bleichenwang, über seinen Bahrschen Dr. Jura hinausgewachsen, das angeschnallte Bäuchlein tut's nicht. Der Charakteristik mangelte die Lebensfülle, der Humor klang dünn. Gewiß hatte dieser Sir John Momente, die dankbar bedacht wurden, aber er ragte nie über das Milieu, in das Fallstaff hinabgesunken, hinaus. Das Bühnenbild bot bei aller Einfachheit manch Hübsches und man hatte auf die Einstudierung sicherlich alle Mühe verwendet, aber es war alles gedehnt und derb, auch Frau Fluth ohne Anmut. Ettinger hatte altenglische Motive zu einer Bühnenmusik bearbeitet, die die Zeit zum Szenenumbau kürzen sollte. Auch Albions Geniezeit war musikalisch arm. Das Publikum zeigte sich anfangs etwas zurückhaltend, spendete jedoch am Ende herzlichen Beifall.

Münchener Festspiele. Die heurigen Festspiele im Prinzregenten-, Residenz- und Nationaltheater sind wieder für die Zeit vom 1. August bis 15. September geplant. Den Spielplan werden wieder Wagner und Mozart beherrschen, doch sollen auch Musikdramen von Richard Strauß, F. Schreker, Hugo Wolfs ‚Corregidor'. Marschners ‚Hans Heiling' und neu einstudiert Webers ‚Oberon' gegeben werden. Schauspielvorstellungen werden heuer nicht stattfinden. Dr. Zeiß' zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollendete Neugestaltung läßt dies begreiflich erscheinen.

Im **Volkstheater** hat ein neuer Schwank fröhliche Aufnahme gefunden. Koutensky, Kampers, Lantzsch, die Damen Gottinger, Meingast und Gypen bilden ein allzeit flottes, gelegentlich mit etwas derben Pinsel malendes Ensemble. Da muß schon ein Schwank reichlich schlecht sein, wenn das Publikum nicht seine Rechnung finden sollte und „Die Rutschbahn" der Herren Heinz Gordon und Kurt Götz ist gar nicht ungeschickt gebaut. Das Stückchen handelt von einer jungen Frau, die den Ehrgeiz hat, ihren braven Durchschnittsmann zum Dichtergenie stempeln zu wollen und schließlich durch die Eifersucht von ihrem Spleen geheilt wird. Das alles bietet natürlich zum Anlegen literarischer Maßstäbe keinen Anlaß, gibt aber ganz angenehme Unterhaltung.

Ein goldenes Bühnenjubiläum. Lina Meittinger betrat vor einem halben Jahrhundert erstmalig die Bretter des Theaters am Gärtnerplatz, dem die Künstlerin noch heute angehört. Nur Gastspielreisen und eine kurze Direktionsperiode haben die Tätigkeit an der volkstümlichen Bühne ihrer Heimatstadt, unterbrochen. Ihre Glanzzeit fällt in die Glanzzeit dieses Theaters, da das oberbayerische Volksstück und Anzengruber dort eine in seiner Art klassische Pflegestätte hatten. Da wußte die Meittinger als Resl im „Herrgottschnitzer", als Stasie in der „Zwiderwurzen", als Loni im „Jägerblut", als Josepha im „Vierten Gebot" Gestalten zu schaffen, die heute noch unvergessen sind, obwohl der nunmehr sich seit langen Jahren auf die Operette beschränkende Spielplan der Künstlerin zu großen Rollen wenig mehr Gelegenheit gibt, aber auch solche Schablonenfiguren wie die Hofdame von Kalesch in „Hoheit tanzt Walzer" weiß Lina Meittinger mit warmem Leben zu erfüllen. In dieser Operette hatten die Kunstfreunde und die Kunstgenossen der Meittinger Gelegenheit, der Jubilarin ihre Dankbarkeit zu erweisen.

Wohltätigkeitsvorstellung. Epische Werke auf die Bühne zu verpflanzen ist immer ein heikles Unterfangen, dennoch vermochte A. Mantel die Aufgabe „Hermann und Dorothea" auf die Bretter zu stellen, mit Geschick zu lösen und die prächtigen Verse Goethes in die neue Form hinüberzuretten. Die Wohltätigkeitsvorstellung im Volkstheater zugunsten der Katholischen Kinderfürsorge war außerordentlich stark besucht und fand sehr herzliche Aufnahme. Unter Bayrhammers Regie wurde, was bekanntlich heute sehr selten ist, der Vers vorzüglich gesprochen. Neben dem Darsteller des „Hermann" Hans Dresch aus der Theaterschule Bayrhammers traten noch einige andere Schüler dieses Schauspielers mit gutem Glücke hervor, doch überwogen an Zahl namhafte Kräfte vom Nationaltheater, Schauspielhaus, Kammerspielen und Volkstheater. Die „Dorothea" verkörperte sehr anmutig Maja Reubke, die frühere Hofschauspielerin.

Münchener Musik. Eine „Gesellschaft zur Pflege des Volksliedes" in München strebt durch Sammeln, Bearbeitung, Veröffentlichung und durch gesangstechnisch einwandfreie Interpretation die Wiedererwachung des deutschen Volksliedes an, das „vor Operettenschlagern, Gassenhauern und Grammophonen verstummte". „Verstummt deshalb", so meint der Aufruf der Gesellschaft, weil man sich des Liedes schämte und mit ihm des deutschen Gemütslebens, das in den Volksliedern sich so trefflich widerspiegelt. Und wenn man heute sich darüber aufhält, daß das Gemütsleben im deutschen Volk immer stärker schwindet, so bildet einen Gradmesser für diese Annahme das Schwinden des Volksgesanges. — — — — Unter dem Zeichen „Hilfe für Tirol" veranstaltete der Andreas Hoferbund in München einen Festabend, zu dem er erste Kräfte gewonnen hatte. Den Auftakt gab eine patriotische Ansprache des Tiroler Dichters Heinrich von Schullern, der dem Leid und der Hoffnung seines zerstückelten Heimatlandes ergreifenden Ausdruck verlieh. Später kam er noch als feinsinniger Interpret eigener Dichtungen zu Wort. Zwei bewährte Gesangskünstler unseres Nationaltheaters, Dr. Schipper und Helene Hirn, boten besonders in Liedern Hugo Wolfs Vollkommenes; sie schlossen mit einer blendenden Wiedergabe von Arie und Duett aus „Aida", die wahre Beifallsstürme entfesselte. Auch Alexander Petschnikoffs Geigenspiel von süßem Klangzauber riß das Publikum zu lebhaftestem Beifall hin. So hatte der Hoferbund, der mit diesem Abend zum ersten Male an die breitere Öffentlichkeit trat, einen vollen Erfolg und es bliebe nur der Wunsch offen, daß der von Heinrich von Schullern so glücklich angeschlagene Ton einer Heimatskunst mehr festgehalten worden wäre, so wenn man sich statt Verdis und Nardinis z. B. des Tirolers Ludwig Thuille erinnert hätte, der vor einem Jahrzehnt als Haupt der „Jung-Münchener Schule" laut gepriesen, heute schon mit Unrecht zu den selten Gehörten zählt.

Verschiedenes aus aller Welt. Die berühmte Sängerin aus der großen Wagnerzeit, das erste ‚Evchen' bei der Münchener Uraufführung der Meistersinger, Mathilde Mallinger, ist 75 Jahre alt in Berlin gestorben. — Ein Rich. Wagner-Museum wurde in Leipzig eröffnet. — Lautensacks „Pfarrhauskomödie" hat nun auch in Dresden zu einem Theaterskandal geführt. — Die Hauptversammlung der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft in Weimar war wegen der Reiseschwierigkeiten nur schwach besucht. Die Inszenierungsprobleme der Shakespeareschen Lustspiele behandelte der Festvortrag des Oberregisseurs W. Jürgens. Als Festvorstellung wurde ‚Timon von Athen' in einer Bearbeitung Oldens geboten. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Unsere Finanz- und Ernährungslage — Krisen im Handel! — Deutsch-französische Wirtschaftsannäherung — Grosszügige Wirtschaftsausblicke günstiger Art.

Wie es um den tatsächlichen Stand der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage beschaffen ist, konnte man den Erklärungen der Reichsminister Dr. Wirth und Dr. Hermes in der Nationalversammlung vorbehaltlos entnehmen. Ein gerüttelt Mass von neuen finanziellen Aufgaben hat uns der Reichsfinanzminister bekannt gegeben. Von den wichtigsten hierbei seien erwähnt: Die Konsolidierung der schwebenden Schuld, die Anbahnung internationaler Kredite, Massnahmen zur Sicherung gegen den Ausverkauf nationaler Werte, namentlich auch auf dem Gebiete des Grundeigentums, Bezahlung der einzuführenden Rohstoffe lediglich durch deutsche Arbeit und durch sonst nichts anderes. „Die zwei Millionen im Krieg gefallener Arbeitskräfte müssten vom deutschen Volk ersetzt werden, das sei nur möglich durch vermehrte Arbeit. Wenn wir diese leisten können, sei kein Grund zum Verzagen!" Den Aeusserungen des Ernährungsministers kann man ergänzend die Berichte des bayerischen Ministerpräsidenten und die des Landeswirtschaftsministers über unsere Ernährungslage hinzufügen. Auch hier ist schliesslich kein Grund zum Verzagen gegeben. Günstige Ernteaussichten in Süddeutschland lassen uns hoffen, dass die jetzt ungenügende Fleisch- und Brotgetreideversorgung bald von etwas geregelteren Verhältnissen abgelöst wird. Aehnlich verhält es sich, wenn nicht noch besser, mit der allerdings in grösster Rekonvaleszenz befindlichen Situation von Grosshandel und Grossindustrie. Die jetzigen Wirtschaftsnöte dürften wohl auch hier, wenn auch ganz langsam und äusserst vorsichtig bewertbar, regulären Friedensaussichten Platz machen. Allerdings, und es sei dies ausdrücklich betont, ist strikte Voraussetzung hierbei, dass keinerlei innerpolitische Unruhen und Unsicherheiten störend wirken. Wie weit wir hier noch von normalen Verhältnissen entfernt sind, weiss wohl jeder, auch nicht politisch Eingeweihte. Es ist auch kein Geheimnis, wie sehr unsere Volkswirtschaft erschöpft bleibt, gleichgültig, ob sich unsere Markvaluta um einige Punkte bessert oder nicht. Der Raubbau während der Kriegszeit an unserem Wirtschaftskörper muss und wird noch Jahrzehnte fühlbar bleiben. Die Unklarheit über die Preispolitik am Warenmarkt verhindert beispielsweise heute schon jedweden Handel. Das Geschäftsleben stockt. Die Käuferschichten halten sich mehr oder minder mit Recht von grösseren Wareneindeckungen zurück. Zahlungsschwierigkeiten und Verlangsamung in der Zahlungsweise beherrschen die Tagesordnung in Grosshandelskreisen. Hieran ändern auch die Ministerworte nichts. Es kriselt und zwar überall derart, dass sogar die Tagesfragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues davon erheblich betroffen werden. Wenn nicht bald — das Wie bleibt das schwierigste Problem hierbei — eine grundlegende Aenderung und Umschwung

zur Klarheit kommt, erleben wir in Deutschland ernste Wirtschaftsschwierigkeiten. Es mag sein, dass durch eine solche Erschütterung der allgemeinen Kaufkraft auch ein gut Teil der durch die inzwischen erlangten Auslandskredite erhofften Wirtschaftsbesserungen verloren geht. Vielfach glaubt man, nachdem die Schliessung des Loches im Westen gelungen ist, dadurch an eine raschere Wiederkehr im Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage.

Solange die wichtigen Wirtschaftskapitel des Abbaues der Löhne und der Gestehungskosten keinesfalls geklärt bleiben, ist wohl kein Zusammenkommen auf dieser mittleren Linie zwischen Angebot und Nachfrage am offenen Wirtschaftsmarkt zu erhoffen. Jedenfalls sieht man in Grossindustriekreisen die erste Gefahr eines solchen Zusammenbruches vor allem in einem etwa sich vorzubereitenden, zu überstürzten Ausmass der deutschen Valutasteigerung. Dem kann jedoch entgegen gehalten werden, dass durch die in Bälde zu erwartende gesteigerte Wareneinfuhr aus dem neutralen Auslande und den Ententeländern, namentlich von Amerika, immer wieder die Nachfrage nach Auslandsdevisen erhalten bleibt. Von einer demnächstigen allgemeinen Aussprache über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen verspricht man sich Verschiedenes. Auch sonst haben sich die allgemeinen direkten Aussenhandelsbeziehungen zwischen Deutschland und den hierbei in Betracht kommenden verschiedenen Auslandswirtschaftsfaktoren erheblich gebessert. Wie geringfügig die derzeitige Warennachfrage ist, bestätigen die öffentlichen Warenversteigerungen in Holz, Gerbrinde und Häuteprodukten der Rückgang am Rohbaumwollmarkt, das erhöhte vergebliche Angebot von Waren jeglicher Art.

Begrüssenswert ist, wenn man trotz der jetzigen Wirtschaftskrise von grossen, weitschauenden Regierungsprojekten auf den Wirtschaftsgebieten vernimmt. Vor allem bedeutet die Errichtung der geplanten Grossschiffahrtsstrasse Aschaffenburg—Passau — ein Objekt nach dem heutigen Herstellungspreis von etwa einer halben Milliarde Mark — die Gewinnung von 37 neuen süddeutschen Kraftwerken mit rund einer Milliarde Kilowattstundenleistung. Dadurch wird auch der deutsche Süden von der Abhängigkeit der norddeutschen Kohle einigermassen befreit. Im übrigen hört man gerne von der merklichen Zunahme der Kohlenförderung im Ruhrgebiet, von neuen grossen finanziellen Massnahmen in der Elektro-Industrie — Siemens u. Halske verdoppeln ihr 63 Millionenkapital — und von der sich voraussichtlich günstig gestaltenden zweiten Frankfurter internationalen Messe, welche in der Besucherzahl, namentlich vom Auslande Rekordziffern bekannt gibt. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in München. Bei der heute stattgehabten ordentlichen Generalversammlung wurden sämtliche vom Aufsichtsrate gestellten Anträge einstimmig genehmigt und dem Vorstande und Aufsichtsrate Entlastung erteilt. Aus dem Gewinne 1919, welcher ℳ 1'014,582.22 (ℳ 991,820.22) beträgt, gelangt für die alten Aktien eine Dividende von ℳ 200.— und für die neuen Aktien, welche ab 1. Juli 1919 am Gewinn teilnehmen, eine Dividende von ℳ 100.— gegen die Dividendenabschnitte Nr. 104 zur Auszahlung.

Münchener Kunstausstellung 1920 im Glaspalast. Am 19. April fand im Bayerischen Ministerium für Unterricht und Kultus unter Vorsitz des Referenten Ministerialrates Hendschel eine Sitzung statt, an der nebst der Ausstellungsleitung Vertreter der Neuen Sezession und der Freien Ausstellung teilnahmen. Erfreulicherweise konnte zum erstenmal unter den Künstlern eine Einigung erzielt werden, so daß sämtliche Münchener Künstlerkorporationen, deren Aufgabe es ist, Ausstellungen zu veranstalten, bei der diesjährigen Ausstellung im Glaspalast in eigenen Räumen vertreten sein werden. Die Ausstellung wird voraussichtlich am 1. Juli eröffnet und bis Ende September dauern. Anmelde- und Einsendetermin für Kunstwerke 1. mit 31. Mai.

Eine Anklageschrift, die jeden Deutschen interessieren muß, ist das in 10. Auflage erschienene Buch Foß, Enthüllungen über den Zusammenbruch. Verlag Mühlmann (Grosse), Halle-Saale. Im gleichen Verlag erschien bereits in 9. Auflage der bedeutende Roman „Imperium mundi von ***". Näheres Anzeige in dieser und einer der nächsten Nummern dieser Zeitung.

Mit dem Sitz in Leipzig ist die **Hygiene-Meß-Ausstellung G. m. b. H.** gegründet worden. Sie verfolgt den Zweck, in einem hierfür besonders ermieteten Meßhaus zum ersten Male im Herbst 1920 einen Ueberblick über das gesamte Gebiet der Hygiene zu geben. Zum Geschäftsführer wurde Herr Dr. Brügmann bestellt. Alle auf diese Spezialmesse bezüglichen Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Hygiene-Meß-Ausstellung G. m. b. H., Leipzig, Bayersche Straße 8, I.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die Dividende für das

Geschäftsjahr 1919

wurde zufolge heutigen Beschlusses der Generalversammlung auf

M. 100.— für eine Aktie à M. 1000.—
M. 85.72 für eine Aktie à fl. 500.—

festgesetzt und kann gegen Einlieferung des Kupons Nr. 27 bezw. Nr. 15 erhoben werden

bei unserer Hauptkasse in München, Theatinerstr. 11, und unseren hiesigen Zweigstellen, bei unseren sämtlichen auswärtigen Niederlassungen und bei unserem Hypothekenbüro in Berlin, Kochstraße 53, ferner bei sämtlichen Niederlassungen der Bayer. Disconto- & Wechsel-Bank A.-G., bei unseren Kommanditen Karl Schmidt in Hof mit Niederlassungen und Nicolaus Stark in Abensberg, bei sämtlichen Niederlassungen der Bayer. Staatsbank, bei den Filialen der Bayer. Notenbank und ihrer Agentur in Lindau, bei den Bankhäusern Doertenbach & Cie. G. m. b. H. in Stuttgart und Anton Kohn in Nürnberg, der Dresdner Bank in Dresden, der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M. und der Deutschen Bank Filiale Leipzig.

München, den 29. April 1920.

Die Direktion.

Bilanz der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank
per 31. Dezember 1919.

Aktiva	M.	Passiva	M.
Hypotheken-Darlehen, (Register-Hypotheken M. 1'148'287,112.62) und Kommunaldarlehen (sämtliche M. 1'694,450 — registriert)	1,157'934,448.57	Aktien-Kapital	68'000,000.—
Hypotheken- und Kommunaldarlehen-Zinsen	14'384,023.18	Reserve-Fonds	73'311,793.16
Kasse, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken	7'960,718.66	Agio-Rückstellung nach § 26 des Hyp.-Bk.-G.	129,259.43
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	183'366,834.97	Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen in Umlauf	1'143'638,300.—
Lombard-Darlehen (einschl. M. 12,876.88 Zinsen)	1'829,506.68	Pfandbrief- und Kommunalschuldverschr.-Zinsen	11'866,209.09
Dauernde Beteiligungen	25'292,712.—	Unerhobene Dividenden	107,340.—
Wertpapiere und Konsortial-Beteiligungen, darunter M. 8'579,700.— eigene Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen	32'318,292.60	Geldeinlagen	35'023,492.—
Konto-Korrent-Debitoren, darunter M. 67'764,917.89 Bank-Guthaben	241'198,587.11	Konto-Korrent-Kreditoren	327'979,511.24
Immobilien	7'076,198.33	Akzepte	3'403,170.92
		Reingewinn	7'902,246.26
	1,671'361,322.10		1,671'361,322.10

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	M.	Haben	M.
Unkosten und Steuern	15'819,111.51	Uebertrag vom Jahre 1918	1'060,276.18
Pfandbriefe- und Kommunalschuldverschr.-Zinsen	43'585,090 26	Hypotheken- und Kommunaldarlehen-Erträgnisse	50'143,178.17
Statutengemäßer Beitrag z. Pfandbrief-Spezial-Reservefonds	291,716.80	Disagio-Gewinn aus Pfandbriefkäufen	127,500.—
Agio-Rückstellung nach § 26 der Hyp.-Bk.-Ges.	109,400.—	Freigewordene Quoten aus Pfandbrief-Agio-Rückstellungen	30,736.83
Beiträge zur Pensions-Kasse	436,056.30	Verdiente Abschlußprovisionen und Prolongationsprovisionen im Hypotheken- und Kommunaldarlehen-Geschäfte	229,602.90
Zinsen auf Geldeinlagen	2'071,629.38	Erträgnisse aus Dauernden Beteiligungen	2'101,262.15
	62'313,004.25	Erträgnisse aus Wertpapieren und Konsortial-Beteiligungen	1'784,162.95
Reingewinn	7'902,246.26	Wechsel-Diskonto-Erträgnisse	10'555,651 55
		Lombard-Geschäfts-Erträgnisse	78,873.33
		Konto-Korrent- und Depositen-Erträgnisse. Zinsen und Provisionen	4'084,006.45
	70'215,250 51		70'215,250.51

München, 31. Dezember 1919.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Die Direktion.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland M 9.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 375 Pfg. Beilagen: M 45.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bei Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✻ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 20 — München, 15. Mai 1920. — XVII. Jahrgang.

Vor den Wahlen.

Von Alois Fürst zu Löwenstein.

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei hat in seiner letzten Sitzung, so melden die Blätter, den Beschluß erneuert, daß die Fraktion für die Dauer der Nationalversammlung an der bisherigen Koalitionspolitik festhalte, für die Zukunft aber volle Freiheit des Entschlusses beanspruche. Das gleiche hatte der Vorsitzende der Partei, Geheimrat Trimborn, auf dem Reichsparteitag des Zentrums im Januar mit aller Entschiedenheit erklärt. In manchen Kreisen der Zentrumswählerschaft hatten aber die Ereignisse der letzten Wochen den Eindruck erweckt, als sei die Bindung zwischen Zentrum und Mehrheitssozialisten enger geworden und drohe eine dauernde zu werden. Darum war es gut, daß der Reichsausschuß der Zentrumspartei die Entschlußfreiheit für die Zukunft nochmals betont hat. Die Atmosphäre ist klarer geworden. Vom Ausgang der Wahlen wird die Zentrumsfraktion ihre taktische Haltung abhängig machen.

Es ist aber nicht zu verkennen, daß weite Kreise der Zentrumswähler damit noch nicht zufriedengestellt sind. Auch solche, die der Koalitionspolitik der Zentrumsfraktion als einem für die bisherige Uebergangszeit unvermeidlichen Notbehelf zustimmen, halten die Zeit für gekommen, der unnatürlichen Verbindung zwischen einer Partei der christlichen Weltanschauung, und einer Partei, der die Religion „Privatsache" ist, zwischen einer Volkspartei und einer Partei der Klassenherrschaft, ein für allemal ein Ende zu machen. Sie verlangen daher, daß das Zentrum seine Zukunftstaktik nicht erst von dem Ergebnis der Wahlen abhängig mache, sondern daß es die Wahlen selbst schon in entschiedenem Kampfe gegen den Sozialismus jeder Färbung führe. Die nächste Folgerung ist das Verlangen nach einem Wahlbündnis mit den bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Wie ich persönlich über diese Frage denke, ist ohne Bedeutung. Ich will aber nicht den Eindruck erwecken, als drücke ich mich um eine Stellungnahme dazu herum. Darum erkläre ich unumwunden, daß ich es aufrichtig begrüßen würde, wenn das Zentrum sich zu einem Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mit allen bürgerlichen Parteien verbinden könnte, mit denen es ein paar große Richtlinien der Weltanschauung und der Staatsauffassung gemeinsam hätte. Zurzeit muß ich mich allerdings fragen, ob ein solcher Wahlkampf die erhofften Dauererfolge brächte und deshalb verständig wäre. Und ich muß den leicht erhobenen Vorwurf der Grundsatzlosigkeit in Kauf nehmen, wenn ich bei Beantwortung dieser Frage auf den möglichen Ausgang der Wahlen und auf die Möglichkeiten der dann zu führenden Politik schaue.

Man kann annehmen, daß die bürgerlichen Parteien durch ein Wahlbündnis mehr Sitze erobern würden, als wenn sie getrennt marschieren. Ist aber jemand Prophet genug, um heute mit Sicherheit zu sagen, daß die Wahlen eine bürgerliche Mehrheit ergeben werden, stark genug, um allein regierungsfähig zu sein? Dabei darf nicht übersehen werden, daß eine Koalition aller bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen und der Demokraten — ohne eine dieser Parteien kann die Zahl der bürgerlichen Abgeordneten nicht für eine Mehrheit reichen — ein so wenig homogenes Gebilde wäre, daß sie sich nur bei großem Zahlenübergewicht gegen die geschlossene Opposition aller Sozialisten durchsetzen könnte.

Wenn es aber zweifelhaft ist, daß die Wahlen eine so große oder überhaupt eine bürgerliche Mehrheit schaffen werden, dann darf der Wahlkampf nicht taktisch so geführt werden, daß er den Linksparteien die Mehrheit und die Regierung in die Hände spielt. Denn darüber dürfte kaum ein Zweifel bestehen: ein von den bürgerlichen Parteien geschlossen geführter Wahlkampf vereinigt die sozialistischen Parteien zu einem festen Block. Siegt er, so regiert er autokratisch über Deutschland. Erreicht er annähernd die Hälfte der Mandate, so wird er alles daran setzen — und ich fürchte, nicht ohne Erfolg — die demokratische Volkspartei auf seine Seite zu ziehen. Diese Annahme gewinnt an Wahrscheinlichkeit mit dem Uebertritt älterer und früher einflußreicher Mitglieder der Demokraten zur Deutschen Volkspartei. Wohin wir in Deutschland kämen, wenn wir von einer rein sozialistischen oder einer durch linksliberale Elemente verstärkten sozialistischen Mehrheit regiert würden, das braucht nicht gesagt zu werden. Da ein Wahlkampf der durch einen geschlossenen Wahlbund massierten Bürgerfront gegen den Sozialismus mit größter Wahrscheinlichkeit den Zusammenschluß der Mehrheitssozialisten, U. S. P. und Kommunisten und die Bildung eines geschlossenen Linksblocks fördern würde, so könnte er in diesem Augenblicke nach meiner Meinung trotz innerer Berechtigung eine Gefahr für Deutschlands Zukunft werden.

Man verstehe mich nicht falsch. Ich wünsche, daß die Schuld der sozialdemokratischen Parteien an Deutschlands Zusammenbruch, an Deutschlands trostlosen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnissen klar festgestellt werde. Aber ich habe Bedenken gegen die Herstellung einer fest umschlossenen einheitlichen Kampf- und Wahlfront aller nichtsozialdemokratischen Parteien, weil sie naturgemäß die Bildung einer ebenso geschlossenen sozialistischen Front zur Folge haben muß. Getrennt marschieren und vereint schlagen dürfte die richtige taktische Lehre für die bürgerlichen Parteien in diesem Wahlkampf sein. Von keiner bürgerlichen Partei, auch nicht vom Zentrum, soll der Wahlkampf so geführt werden, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl vermehrt, daß die bürgerliche Seite geschwächt, daß der Weg zu einem Zusammenarbeiten und Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen weiteren Linksabmarsch und gegen einseitige Klassenherrschaft und Linkspolitik der eventuell sich einigenden Sozialdemokratie verbaut wird.

Das Reichsinteresse verbietet dem Zentrum, sich im Wahlkampf nach irgendeiner Seite zu binden. Daher: Wahlkampf für das Zentrum und nicht gegen eine andere bürgerliche Parteirichtung. Im Sinne einer solchen Wahltaktik liegt es aber durchaus, daß das Zentrum nur für sein eigenes Programm ficht, nur seine eigene Politik verteidigt, nicht die seiner bisherigen Bundesgenossen. Die jetzigen Zentrumsabgeordneten, die für den Reichstag kandidieren, werden natürlich die Gründe darlegen wollen, die sie zu dem Zusammengehen mit Mehrheitssozialisten und Demokraten bewogen haben. Aber sie mögen nicht in den Fehler verfallen, für die Gesamtpolitik der Koalition einzutreten. Das Zentrum hat in der Nationalversammlung und in der Regierung, der es angehörte, unter schwierigsten Verhältnissen Schlimmes verhindert, manches erreicht. Damit sollen sie vor die Wähler treten. Aber nicht zu verteidigen suchen, was der führende Sozialismus gegen den Widerstand des Zentrums durchgesetzt, oder was das Zentrum mit Widerwillen mitgemacht hat, um die Reichsmaschine nicht zusammenbrechen zu lassen. Mit anderen Worten: Das Zentrum muß einen scharfen Schnitt zwischen sich und die Sozialdemokratie ziehen. Das ist ein Erfordernis der Freiheit des Handelns, die der Reichsausschuß verkündet hat, das ist eine Notwendigkeit

für alle, in deren Augen die unüberbrückbare Trennungslinie zwischen Zentrum und Sozialismus durch die Tatsachenpolitik der letzten zwei Jahre verwischt wurde und ist die berechtigte Forderung aller alten, treuen Zentrumsanhänger, die mit Verstand und Herz die alte christliche Partei der Mitte erhalten wollen.

Eine Ausnahme von der Regel der bindungslosen Wahltaktik wird nur zugunsten der Parteien zu machen sein, mit denen das Zentrum durch Geschichte oder Wesensähnlichkeit verbunden war. Ich denke da an die alten Hospitanten der Fraktion, die Welfen, und denke besonders an die Bayerische Volkspartei.

Die Bayerische Volkspartei hat sich aus Gründen der Taktik und wegen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der bundesstaatlichen Gliederung des Reiches vom Zentrum getrennt. Aber sie ist Fleisch von seinem Fleisch, der Entstehung, den Personen und den wesentlichsten Grundsätzen nach. Es wäre unverständig und verhängnisvoll, wenn diese zwei Parteien sich bekämpfen wollten, offen oder versteckt. Mit aller Entschiedenheit trete ich für ein **Wahlbündnis zwischen Zentrum und Bayer. Volkspartei** ein, das in zwei Vereinbarungen seinen negativen Ausdruck finden soll. Das Zentrum darf in Bayern den Kandidaten der B. V. keine eigenen Kandidaten entgegenstellen. Und die B. V. darf im übrigen Gebiet des Reiches Absplitterungsgelüsten bisheriger Zentrumswählergruppen nicht dadurch Vorschub leisten, daß sie ihnen irgendwelches organische Zusammenwirken im kommenden Reichstag in Aussicht stellt. Weder dort noch hier können wir einen Kampf von Katholiken gegen Katholiken vertragen. Nur jetzt in der Stunde der Entscheidung über Deutschlands Zukunft keine Eifersucht und keine Eigenbrötelei!

Frei nach allen Seiten, aber einig in sich, so müssen Zentrum und Bayerische Volkspartei in den Wahlkampf gehen.

* * *

Anmerkung der Redaktion: Es dürfte von Interesse sein, im Zusammenhang mit diesen Ausführungen die Worte des Herrn Dr. Heim auf der großen Münchener Bauernversammlung am Donnerstag, den 6. Mai, im Kreuzbräu zu lesen. Dr. Heim beantwortete die Fragen nach der Wahlkampfparole und nach dem Verhältnis der Bayerischen Volkspartei zum Zentrum also: Im Bauernverein hat heute der Aufmarsch für die Wahlen begonnen. Da heißt es, die Stellung im Wahlkampf festzulegen. Für den Augenblick handelt es sich darum: Böcke und Schafe zu scheiden. (Sehr richtig!) Es handelt sich heute um den Kampf zwischen zwei großen Weltanschauungen, die **christlich-nationale** und die **international-wirtschaftliche**. Die Revolution mußte erfolglos sein, weil die Bauern nicht mitgeholfen haben. (Zustimmung!) Bei den Wahlen müssen wir gewissermaßen **zwei Richtbalken** festsetzen, an denen wir die Parteien und die Wahlkandidaten prüfen. Wir müssen jeden darauf prüfen, ob er ein Bekenntnis der **ausgesprochenen Gegnerschaft gegen Kommunismus und Erfurter Programm** ablegt, und weiter, ob und wieweit sie **Mitschuld haben an der Revolution** und so die Totengräber und Verräter Bayerns geworden sind. (Zustimmung!) Man wollte, daß wir der Bayerischen Volkspartei den Rücken kehren. Wir können aber einer Partei nicht den Rücken kehren, die **unsere Grundsätze** anerkennt. **Eine reine Standespartei und Standespolitik ist vom Uebel.** Wir dürfen nicht übersehen, daß nach der letzten Berufszählung im Deutschen Reich nur etwa 28 Prozent der Bevölkerung, in Bayern etwa 40 Prozent der Bevölkerung zur Landwirtschaft zählten. Niemals können die vereinigten Bauern eine Partei mit Mehrheit bei den Wahlen werden, auch nicht bei Anschluß des gewerblichen Mittelstandes. Einseitige Standespolitik bedeutet die Aufrichtung einer **Klassenherrschaft**. (Sehr richtig!) Ich habe seinerzeit nicht die Volkspartei angegriffen, sondern nur diejenigen Abgeordneten, welche im Reichstag für die Reichsverfassung gestimmt haben, die später übrigens es wieder durch ihre Stellung beim Landessteuergesetz gutgemacht haben. Was die **Frage der Trennung vom Zentrum** betrifft, so kann uns nicht genügen, was Trimborn u. a. erklären. Wir wollen erst eine längere Kontumazzeit. (Heiterkeit und Beifall!) **Wird das Zentrum wieder eine christlich-national gesinnte Partei** wie unter Windthorst und Mallinckrodt, dann wollen wir mit uns wieder reden lassen, namentlich wenn man wieder **mehr Rückgrat nach links** zeigt. (Lebhafte Zustimmung!) Die gegenwärtige Koalitionsregierung hält es mit der österreichischen Fahrordnung. Hier wird bekanntlich immer nach links ausgewichen (große Heiterkeit!) statt nach rechts, wie bei uns zu Lande.

Wir Katholiken und die Presse.

Von Dr. med. **Heinz Lossen**, Darmstadt.

In den kürzlich von v. Pastor dankenswerter Weise herausgegebenen Briefen Johannes **Janssens**[1]) findet sich gar manche Zeile, die von seinem regen journalistischen Arbeiten zeugt. Der oft durch monatelanges Kranksein zur Untätigkeit verurteilte, in gesunden Zeiten allein durch Fachstudien meist über das Maß beschäftigte Verfasser der „Geschichte des deutschen Volkes" wußte sich dennoch Zeit zu machen, in der Tagespresse, wie in der „Köln. Volkszeitung", „Germania", im „Mainzer Journal" u. a., sowie für die periodischen Erscheinungen „Der Katholik", die „Historisch-politischen Blätter" u. a. in zahlreichen namhaften Beiträgen zur Politik der Gegenwart, zu geschichtlichen wie literarischen Fragen, das Wort zu nehmen. Der Kulturkampf verdoppelte sogar seine Leistungen.

Gleichzeitig lesen wir aber auch herbe, kritische Zeilen über die zeitgenössische katholische Tagespresse. Einmal gibt ihm der gemeine Ton, der unserer Sache soviel Schaden bringe, Anlaß zu Tadel. Dann beklagt er die Armut an Korrespondenten. Auch die Haltung einzelner Blätter sagt ihm nicht immer zu. „Unsere katholische Journalistik liegt in Deutschland noch sehr im argen. Gottlob, daß nicht sie eine Stütze unserer Kirche, aber man sollte sie gleichwohl mehr berücksichtigen, und das ist es, was ich hier unaufhörlich predige."

Seitdem sind mehr als 50 Jahre vergangen. Aus der bescheidenen Anpflanzung ist dank treuer Pflege ein stattlicher Wald geworden. Nicht alle Stämme sind nach Wunsch gewachsen. Da und dort blieb sogar unbebautes Land, und wildes Gestrüpp vergaß man auszuroden. Gesunde Selbsterkenntnis hat dies auf katholischer Seite wohl kaum jemals ganz übersehen. So streift Dr. **Hans Rost** in seiner großangelegten, wertvollen Apologie „Die Kulturkraft des Katholizismus" auch das Thema: katholische Presse. „Es ist richtig, daß sich die katholischen Zeitungen vielfach nicht ganz auf der Höhe der Zeit befinden, daß sie oft, namentlich als Organe der Handels- und wirtschaftlichen Interessen, versagen. Es fehlt zum Teil an der Opferwilligkeit der Verleger, denen hohe materielle Gewinne den Ausbau so mancher mittelgroßen Zeitung leicht gestatten würden. Anderseits müssen viele Verleger um des katholischen Charakters ihres Blattes willen viele Opfer bringen, sie müssen auf die gewinnbringenden Einnahmen aus Schmutzinseraten verzichten. Was aber die katholischen Zeitungen selbst anlangt, so stehen sie durchgehends auf einem hohen geistigen und vor allem sittlichen Niveau."[2])

Aber jetzt kam das Ende des Weltkrieges. Für die Mittelmächte ein Schrecken ohne Ende, im wahrsten Sinn des Wortes. Dem Falle der Monarchie folgte ein nie geahnter wirtschaftlicher Zusammenbruch. Daß von den tiefgreifenden Erschütterungen, die in ihrer Trostlosigkeit bislang noch von den wenigsten richtig bewertet zu werden scheinen, die gesamte Presse unseres Volkes, und unter dieser in noch viel höherem Maße unsere katholischen Unternehmungen, stark in Mitleidenschaft gezogen werden, kann nicht wundernehmen.

Man lese die Erklärungen des Herausgebers der „Reichspost", Dr. Funder.[3]) Was da von der wirtschaftlichen Not der österreichischen Presse gesagt wird, das gilt heute auch für Deutschland. Wir Reichsdeutsche müssen ihm unbedingt beipflichten, wenn er als Folge der Verteuerung schon heute den Lebensnerv unserer christlichen Presse getroffen wähnt.

Im Gegensatz dazu steht eine auffallende Erscheinung. Obgleich unsere alten katholischen Blätter und Zeitschriften tatsächlich fast alle heute mit Unterbilanz arbeiten, und um ihre fernere Lebensmöglichkeit schwer ringen müssen, schießen bald da bald dort neue katholische Preßunternehmen empor oder werden angekündigt und geplant. Dazu kommt, daß eine Reihe von Ordenszeitschriften, die ja gewiß nicht auf Erwerb ausgehen wollen, an einen großzügigeren Ausbau denken.

In unserer wissenschaftlichen Literatur ist man gerade unter dem Eindruck der wahnwitzigen Teuerung ernstlich bestrebt, sich zu konzentrieren, d. h. kleinere Blätter zusammenzulegen, deren Sonderinteressen, wenn auch in bescheidenerem

[1]) „Johannes Janssens Briefe", herausgegeben von Ludwig Freiherrn v. Pastor, 2 Bände. Freiburg i. Br., Herder 1920.

[2]) Auch auf Dr. Josef Eberles verdienstvolles, eben in einer Neuauflage begriffenes Buch Großmacht-Presse, Verlag Karl Ohlinger, München-Mergentheim, muß in diesem Zusammenhang verwiesen werden. D. R.

[3]) „Das neue Reich", 1920, Nr. 28, S. 455.

Ausmaße, durch ein größeres Organ mitvertreten werden könnten. Dagegen scheint in der Presse, besonders auf dem Gebiet der Zeitschriften, das Gegenteil versucht zu werden.

Neugründungen sind gerade jetzt geeignet, bestehenden Zeitungen oder Zeitschriften das Existenzminimum zu entziehen. Gewiß ist der Eifer, die katholische Ideenwelt in den Herzen der Gläubigen zu vertiefen, ihr Verbreitung bei Andersdenkenden zu verschaffen, mit unserer Weltanschauung an die brennenden Fragen des heutigen Geisterkampfes heranzutreten, begrüßenswert. Es ist auch verständlich, daß manche Anschauungen, die bisher vielleicht nicht voll bewertet wurden, heute mehr berücksichtigt werden wollen. Daß aber der Zeitpunkt für Reformen in der gegenwärtigen geldlichen und Papiernot, im harten Ringen um Sein oder Nichtsein unserer bisherigen Presseunternehmungen günstig gewählt ist, muß aufs entschiedenste verneint werden.

Wenn die Zahl der Blätter und Zeitschriften wächst, so werden die der Abonnenten für jede einzelne Zeitschrift naturnotwendig kleiner werden. Nur wenige gibt es, die sich gerade jetzt in der Not der Teuerung mehrere Zeitungen halten könnten. Die alte Klage catholica non leguntur wird nie verstummen. Wie schwer ist es schon, begreiflich zu machen, daß das Halten etwa der „Kölnischen Volkszeitung" nur 37 Pf. und der „Allgemeinen Rundschau" gar nur 10 Pf. im Tag ausmacht; gar viele schreckt die Quartalsrechnung zurück. Wir wollen ganz absehen von dem sicher berechtigten Vorwurf, den Hoberg in dieser Rundschau[4]) erhoben hat, als er der **Pflicht des Selbstbewußtseins der katholischen Presse** gegenüber das Wort redete und forderte, daß der Katholik in erster Linie seine Presse halten müsse.

Noch ein weiterer Gedanke muß ausgesprochen werden. Die Herausgabe einer Zeitung oder Zeitschrift und die Arbeit daran ist weder für den Verleger noch für den Redakteur, noch für die Mitarbeiter ein rein caritatives Werk um Gottes Lohn, sondern eine Arbeit und ein Unternehmen wie jedes andere, das auch seinen materiellen Lohn verlangen muß und bekommen soll. Bekanntlich ist der **Inseratenteil** einer Zeitung ihre Haupteinnahmequelle (s. o. Rost). Wenn nun ein industrielles Werk einen Reklameetat von beispielsweise 60 000 M aufgestellt hat, dann verteilt es eben diese Summe. Werden von dieser Summe dann den Zeitschriften, die nicht auf Erwerb angewiesen sind, Inserate zugewiesen, dann gehen diese für die andern vorhandenen katholischen Zeitschriften verloren. Und mit der wachsenden Anzahl der Zeitungen müssen auch die Aufträge an die einzelnen Blätter geringer werden, und damit die Einnahmen. Fehlt aber die sichere finanzielle Unterlage, wachsen die Schulden und schwindet der Verdienst, dann kann kein Unternehmen der Presse bestehen, dann ist es um eine unserer schärfsten Waffen, um eine unserer besten Führerinnen geschehen.

Somit ist kein Mittel ungeeigneter, uns kampffähig zu erhalten oder gar unsere geistige Wehrmacht zu stärken und zu mehren, als die neuestens drohende Hypertrophie im katholischen Pressewesen namentlich auf dem Zeitschriftengebiet. Wir brauchen nicht mehr Zeitschriften, die sich gegenseitig Konkurrenz machen, sondern eine größere Leistungsfähigkeit und Verbreitung der vorhandenen Zeitschriften. **Was uns not tut, ist, daß immer mehr Katholiken die vorhandenen Zeitschriften abonnieren, durch ihre Mitarbeit unterstützen oder durch direkt oder indirekt geworbene Inserate finanzieren.** Nur engste Konzentration hilft uns, die Krisen überwinden.

Mit Recht führt Funder aus: „Es ist undenkbar, daß wir es dazu kommen lassen sollten, daß Zeitungen, die 20, 30, 50 Jahre lang die Stimme des christlichen Volkes gebildet haben, nun zum Schweigen gebracht werden. In einer Zeit, da wir sie notwendiger brauchen als je, da die Rettung unseres Volkes, seine sittliche Wiedergesundung von der Kraft der christlichen Volksbewegung und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel abhängt, wenn je, in dieser Krise dürfen wir nicht versagen. Der **Existenzkampf der christlichen Presse ist der Existenzkampf der christlichen Volksbewegung**, und es wäre nicht zu ermessen, welche neuen Heimsuchungen über uns hereinbrechen müßten, wenn wir uns wehr- und waffenlos machen ließen, inmitten der höchsten Entscheidungen über unsere geistige und materielle Kultur."

„Die Not der Gegenwart", so schreibt Bischof Dr. **Franz Löbmann**, Apostolischer Vikar von Sachsen[5]), an seine Diözesanen, „**bringt unser katholisches Zeitungswesen in höchste Gefahr.**" Die Bezugsgebühren schnellen in ganz außerordentlicher Weise empor, so daß es für viele nicht leicht sein wird, ihre ihnen liebgewordene Zeitung weiterzuhalten. Er bittet daher dringend trotz hoher Bezugskosten beim Vierteljahreswechsel die katholische Zeitung nicht aufzugeben. „Ihr könntet sonst dazu beitragen, daß der katholischen Presse unheilbare Wunden geschlagen werden. Wie der Leib ohne hinreichende Nahrung leicht dauerndem Siechtum entgegen geht, so würde auch dem katholischen Volk geistige Unterernährung drohen, wenn unser bisher blühendes Zeitungswesen verfiele oder unterginge."

Da gilt es für jeden einzelnen von uns aus besten Kräften, so gut er kann, mitzuwirken. Welch segensreiches Tätigkeitsfeld für die Vereine! Wer die Feder zu führen weiß, arbeite mit ihr: durch Geld, Inserate, Abonnements unterstütze der andere unsere Presse. Diese Betätigung ist nicht in das Belieben des einzelnen gestellt, sie ist heiligste Pflicht. Wie sagte doch Hedwig **Dransfeld**[6]) jüngst in ähnlichem Zusammenhang so treffend: „Wer ein einziges Unkraut jätet, eine einzige Scholle wendet, tut Zukunftsarbeit auf dem Ackerlande unserer Volksseele."

Weiteste Verbreitung dieser Erkenntnis und ihrer Folgerungen kann jedoch nur die Ausgabe eines allgemeinen Schlachtrufs bringen. Und dieser muß von höchster kirchlicher Stelle kommen. So bietet er allein Gewähr, daß alle ihn hören müssen.

Die Anregung dazu ging schon im Vorjahre von der Propagandasektion des päpstlichen Seminars zu Sevilla[7]) aus, die zu einem **Weltpressetag am Feste der Apostelfürsten Peter und Paul** aufforderte.

Nicht auf unfruchtbaren Boden ist dieser Gedanke gefallen. So haben u. a. 101 **Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe Amerikas** einen gemeinsamen Hirtenbrief[8]) unterschrieben. „Die katholische Presse", so wird darin ausgeführt, „ist eine andere Art und Weise unerläßlichen Apostolats. Sie klärt die Geister auf, korrigiert die Vorurteile, verbreitet das gesunde katholische Wissen: Sie verdient, daß man sie unterstützt und sie fördert und die bisher zerstreuten Kräfte zusammenfaßt."

Noch schöner wird die Verwirklichung dieser Anregungen durch eine andere Zeitungsnotiz[9]) beleuchtet. Die Bischöfe Apuliens (Italien) hatten auf den dritten Fastensonntag einen Pressetag ausgeschrieben: „In einem gemeinsamen Hirtenbriefe erklärten sie der Geistlichkeit und den Gläubigen die Bedeutung der Presse und zeigten, wie der katholischen Presse wirksam geholfen werden muß. Die Fastenprediger hatten am Pressetag über die Presse zu predigen. Die Bischöfe ließen ein Kirchenopfer für die Presse aufnehmen. Sie verlangen Unterstützung der katholischen Blätter durch Abonnieren, Mitarbeit, Inserieren, Uebernahme von Abonnements für Unbemittelte, Zuwendung von Schenkungen und Stiftungen."

In diesen Tagen wurde in der „Kölnischen Volkszeitung"[10]) ein sehr beachtenswerter Vorschlag gemacht. Die Zuschrift meint, auf allen Katholikentagen desselben Jahres, wie sie uns als wertvolle Neuerscheinungen das Jahr 1919 gebracht hat, erscheine dieselbe Frage als Hauptthema aller Verhandlungen. „Also straffe Zentralisation, Herstellung einer Einheitsfront, Ausgabe einer Parole, die es den verschiedensten Organisationen der Katholiken Deutschlands, Jünglings- und Jungfrauenkongregationen, Männer- und Müttervereinen, Standesverbänden usw. zur Pflicht macht, die ganze Jahrestätigkeit um dieser einen Gedanken zu gruppieren."

Der Pionier, der die Aufgabe hat, durch seine täglichen Aussprachen mit dem Volke den Boden zu beackern und aufnahmefähig zu machen für die uns vorschwebenden großen Probleme der Zukunft, wie: Neue Zeit, Arbeit, Schule, Familie, soziale und kulturelle Fragen usw., ist die Presse. Daher erscheine das Hauptthema: „Wir Katholiken und die Presse" in diesem Jahr. Soweit die Zuschrift.

Sollte das **Beispiel der italienischen Kirchenfürsten** nicht auch bei uns in Deutschland sich auswirken können? Der Anfang wäre sofort mit der Verwirklichung der „Anregungen und Winke" der „Kölnischen Volkszeitung" zu machen. Der Erfolg kann nicht ausbleiben. Die Mühe wird sich lohnen. Aber Eile tut not!

4) „Allgemeine Rundschau", 1920, Nr. 16, S. 214.
5) „Germania" 1920, Nr. 138.
6) „Kölnische Volkszeitung" 1920, Nr. 260, S. 2.
7) „Germania", 1920, Nr. 169.
8) „Germania", 1920, Nr. 158.
9) „Germania", 1920, Nr. 138.
10) „Anregungen und Winke für unsere Katholikentage". 1920, Nr. 204, S. 2.



Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Sabotage von Spa.

Die Unversöhnlichen haben die Einladung der deutschen Vertreter nach Spa nicht verhindern können; aber sie lassen nicht ab in ihrem Bestreben, die Konferenz um ihren versöhnlichen Wert und ihre friedliche Wirkung zu bringen.

Alle Tage wird in der französischen Presse und in den geistesverwandten englischen Blättern verkündet, daß die Alliierten sich vorher schlüssig machen würden und die deutschen Vertreter erst zu den vollendeten Tatsachen sich äußern dürften. Das alte System des Diktats soll dort fortgesetzt werden. Das wird so oft und in allen möglichen Tonarten wiederholt, daß schließlich die öffentliche Meinung die Bedientenrolle der Deutschen für selbstverständlich hält.

Schlimmer sind noch die sonstigen Forderungen, die da laut werden. Während Lloyd George noch soeben auf die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und dessen schonende Behandlung hingewiesen hat, verbreiten sogar Blätter, die dem englischen Minister nahestehen, die Ansicht, daß Deutschland imstande sei, das englische Budget ins Gleichgewicht zu bringen und die Steuerzahler zu entlasten. Der Appell an den kurzsichtigen Eigennutz ist nur zu geeignet, gegen milde Behandlung des niedergeworfenen Deutschlands Stimmung zu machen. Wie wird Lloyd George seine bessere Meinung durchhalten können bei diesem Kesseltreiben?

Sollen unsere Vertreter nur ad audiendum verbum nach Spa kommen, so ist die ganze Einladung, die man in San Remo beschlossen hat, ein Komödienspiel. Unsere Minister könnten mit Recht sofort den Konferenzsaal verlassen, wenn man sie vor vollendete Tatsachen stellt, ehe sie gehört sind. Aber ein solcher Ausmarsch unter Protest wäre den Unversöhnlichen nicht unangenehm. Sie würden dann den Deutschen die volle Schuld an der Störung des „Friedenswerkes" zuschieben und damit erst die schärfste Behandlung motivieren.

Deutschland muß bis auf das Aeußerste alles vermeiden, was ihm den Verdacht zuziehen könnte, daß es die „guten Absichten" von San Remo vereitelt habe. Wie vorsichtig man in dieser Hinsicht sein muß, zeigt sich schon darin, daß die gegnerischen Hetzer schon die einfache Erwähnung der Unbequemlichkeit, die sich aus dem zeitlichen Zusammenfall der Konferenz mit unserer Wahlbewegung ergeben, sofort ausnützen, um die „Nachricht" in Kurs zu bringen, daß Deutschland wegen den Wahlen die Vertagung der Konferenz beantragt habe. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Wahlfrage vor dem Auslande überhaupt nicht zu erwähnen. Unser Interesse ist, daß recht schnell und recht gründlich über die Entschädigung und die sonstigen Schicksalsfragen verhandelt und Klarheit geschaffen, vor allem auch die Höhe der Entschädigung endgültig festgelegt wird. Das ist so wichtig und wertvoll, daß die Wahlsorgen dagegen minder wichtig erscheinen. Das Vertrauen auf Deutschlands Zukunft wird gewiß am besten gefördert, wenn die Regierung ihre Außenpolitik so ruhig und zielsicher betreibt, als ob sie von dem Wahlausfall nichts zu befürchten habe.

Die Wahlbewegung.

In diesem Ausdruck wird schon anerkannt, daß in den Wahlbezirken das öffentliche Leben aus der Ruhe gebracht, von Wellengang und Strudeln heimgesucht wird. Die Zeiten sind zwar fürchterlich schlecht, aber die Aufregung überschreitet kaum das übliche Maß bei Friedenswahlen.

Das meiste Aufsehen erregen die häuslichen Auseinandersetzungen der Parteien. Bald werden Uebertritte von einer Partei zur anderen gemeldet, bald bildet sich eine Sondergruppe, die Protest erhebt oder gar eine geräuschvolle Absplitterung versucht. Das ist aber für einen alten Beobachter nicht überraschend. Wieviel Parteikrisen hat Deutschland seit 1871 durchgemacht! Ganze große Parteien zerfielen und gingen in neue Formationen über. Die Mehrheiten im Parlament verschoben sich, und als die Dauerherrschaft des eisernen Kanzlers beseitigt war, gab es auch schon richtige Regierungskrisen in der monarchischen Aera. Unter dem demokratischen System und den peinlichen Nachwirkungen der Niederlage und Revolution mußten wir die Neuwahlen im Januar 1919 sozusagen improvisieren. Die Bildung der Parteien und der Regierung hatte den Charakter des vorläufigen Behelfs. Wenn jetzt die Wähler berufen werden, um über den Versuch ihr Urteil zu fällen und aus dem Provisorium ein Definitivum zu gestalten, so hätte man wohl eine stärkere Gärung erwarten dürfen.

Im vorigen Jahre schnitt bei der Umgruppierung im Parteiwesen das Zentrum am besten ab. Es brauchte nicht einmal seinen Namen zu ändern, während die Konservativen sich in Deutschnationale, die Nationalliberalen in Deutsche Volkspartei, die Fortschrittler in Demokraten umtaufen ließen und die sozialistische Linke nach einem verunglückten Kondominium sich endgültig in Mehrheitssozialisten und Unabhängige spalten mußte. Gegenwärtig wird in der Presse besonders viel Aufhebens gemacht von den Bewegungen innerhalb der Zentrumskreise, als ob dort der Besitzstand mehr gefährdet wäre als in den anderen Parteien. Das stimmt nicht. Man darf nicht übersehen, daß aus der Deutschnationalen Partei mehrere hervorragende Männer und aus der demokratischen Fraktion sogar über anderthalb Dutzend Abgeordnete zur Deutschen Volkspartei übergegangen sind, und daß die Mehrheitssozialisten in ihrem Abwehrkampf gegen die unabhängigen und kommunistischen Radikalen sich in einer sehr schwierigen Defensive befinden. Erleichtert gehen in den Wahlkampf nur die ehemaligen Nationalliberalen wegen ihres äußerlichen Zuwachses.

Viel bedrohlicher als die neueste Gruppenbildung im Rheinlande war im Januar der impulsive Beschluß des Parteitages der Bayerischen Volkspartei, die Arbeitsgemeinschaft mit der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung zu lösen. Nördlich vom Main hatte man allgemein und südlich vom Main in sehr weiten Kreisen die Hoffnung, daß der Riß bald wieder beseitigt werde. Das Tischtuch ist freilich noch nicht wieder gestoppt, aber die Möglichkeit einer Wiederannäherung ist doch eröffnet worden durch das Wahlstatut, das der jüngste Parteitag der Bayerischen Volkspartei beschlossen hat. Da ist in Punkt 3 vorgesehen, daß mit Genehmigung des Landesausschusses oder der Landesversammlung der engere Zusammenschluß mit anderen Fraktionen erfolgen kann und die Beteiligung an einer Koalition von der Fraktion selbst zu entscheiden ist.

Die Absplitterung einer Gruppe von gekränkten „Separatisten" und Föderalisten, von alten, zum Teil „integralen" Schwärmern und Föderalisten und einer Anzahl unzufriedener und ungeduldiger Politiker aus dem Akademikertum und Bürgertum erhöht für das Zentrum im Rheinland die Schwierigkeiten des Wahlkampfes und trägt zur Zersplitterung der Wahlstimmen bei. Dadurch kann wohl einmal ein Mandat fürs Zentrum verspielt werden, wenn durch die Zersplitterung der Stimmen oder Wahlenthaltung die Normalzahl von 60 000 Wahlstimmen nicht voll erreicht wird. Aber wie die Verhältnisse liegen, dürfte die neue Parteigruppe der Christlichen Volksparteiles im Rheinland zu keinem einzigen Mandat bringen können. An eine Depossedierung des Zentrums im Rheinland durch die Sondergruppe der christlichen Volkspartei, ja nur an beachtenswerte Erfolge gegen das Zentrum, ist bei diesen Reichstagswahlen im Ernst gar nicht zu denken. Trotzdem wäre zu wünschen, daß nach der Hitze des Wahlkampfes und vielleicht unter etwas veränderten politischen Verhältnissen aufs Neue alles versucht wird, die Spaltung zu beseitigen und die alte Einigkeit wieder herzustellen. Die ganze Bewegung, die der christlichen Volkspartei Anhänger zutreiben kann, ist für die Zukunft gefährlicher als für den Augenblick, besonders da die Rede des Zentrumsführers Trimborn in der Nationalversammlung und die Rede des Abg. Gronowski in der preußischen Landesversammlung den Weg für eine weitere Annäherung der Unzufriedenen geebnet haben. Und für die Zukunft wird es, wie Dr. Heim auf der Münchener Bauerntagung schon andeutete, von der Haltung des Zentrums zur Sozialdemokratie und zur Linkspolitik abhängen, ob und wie bald die alte Einheit, Einigkeit und Festigkeit des Zentrums wiederhergestellt wird. Wenn der Wahlkampf mit aller Schärfe gegen links geführt wird — und das muß er aus Selbsterhaltungstrieb auch im Zentrum —, dann dürfte die zahlenmäßige Stärke der Linken so verändert sein, daß im nächsten Reichstag die Bedeutung der Mehrheitssozialdemokratie schwächer, die des Zentrums größer ist. Zentrum und Bayerische Volkspartei würden vereint im nächsten Reichstag wohl die stärkste Partei sein, sicherlich die stärkste bürgerliche Partei. Die Mehrheitssozialdemokratie würde dahinter an die zweite, vielleicht sogar an die dritte Stelle rücken. Auch unter diesem Gesichtspunkt muß die Wiederherstellung der Einheit und Einigkeit der Partei betrachtet und jede Absplitterung beklagt werden. Bei einer Politik des Zentrums als Partei der rechten Mitte wird das Zentrum noch immer der Konzentrationspunkt des Bürgertums sein und werden können.

Das Wirken der deutschen Jesuiten in Japans Hauptstadt Tokio.

Briefliche Mitteilungen von Pater Joseph Dahlmann, S. J.

Es wird Sie freuen, daß die katholische Hochschule hier, diese Schöpfung des verstorbenen Heiligen Vaters, sich günstig entwickelt. Sie war gerade ein Jahr im Gange als der Krieg ausbrach, und das neue Hochschulgebäude war in den Augusttagen vollendet, in dem auch Japan unserem Vaterland den Krieg erklärte. Aber dieser Kriegszustand übte keinen nachteiligen Einfluß auf das Wachstum der Schule aus. Es hielt sich zwar in kleinen Verhältnissen, aber es war ein Jahr für Jahr quantitativ und qualitativ steigender Fortschritt, niemals ein Rückschritt. Dieses zwar stete, aber noch bescheidene Wachstum erklärt sich sehr natürlich aus der einfachen Tatsache, daß die Schule erst bekannt werden und sich einen Namen machen mußte. Im Angesichte der großen, seit 38 Jahren bestehenden, mit den reichsten Mitteln ausgestatteten japanischen oder protestantisch-amerikanischen Universitäten in Tokio und Kioto, den beiden Landeshauptstädten, ist es für jede neue Hochschule im Anfang schwer, in Wettbewerb zu treten. Und der Stifter muß darauf gefaßt sein, daß aller Anfang sich langsam entwickelt. Und trotzdem haben wir den Trost gehabt, am Ende des ersten Lustrums, als die ersten Prüflinge ihr Abgangszeugnis erhielten, die Tatsache feststellen zu können, daß das fünf Jahre alte Institut sich seinen Namen in der „Zweimillionen-Weltstadt" gemacht hat. Das größte Handelshaus von Japan war sofort bereit, ein halbes Dutzend unserer geprüften Schüler aus der Handelsabteilung herüberzunehmen unter denselben günstigen Bedingungen, deren sich Studenten der anerkannt besten Privathochschulen Japans erfreuen. Das war der Fall 1918, 1919 und wird binnen kurzer Zeit wiederum der Fall sein für 1920. Ostern ist der Schlußtermin des Schuljahres.

Noch mehr, letztes Jahr hatten wir zum ersten Male so viele Anmeldungen, daß im Hinblick auf die knappe Zahl unserer Lehrkräfte nicht alle aufgenommen werden konnten. Mittlerweile ist aber eine ernste Wolke über dem glücklichen Fortgang aufgetaucht. Ein neues Statut der Regierung für die Privatuniversitäten verlangt eine Bürgschaft von — sage und schreibe — einer Million Mark für jede Privatuniversität als Kapitalsanlage, die bei der japanischen Staatsbank hinterlegt werden muß, wenn die Universität alle Vorrechte wie die Staatsuniversitäten genießen will. Für die junge katholische Hochschule ist es natürlich von der höchsten Bedeutung, sich dieser Vorrechte zu erfreuen, welche ihre Studenten mit den Studenten der Staatsuniversitäten gleichstellen. Aber „wer wagt es, Rittersmann oder Knapp, zu tauchen in diesen Schlund"? In die Tiefe zu tauchen, um den „goldenen Becher" zu finden, der die Million enthält. Da muß der Groß-Finanzier des Bankhauses „Bethlehem—Nazareth", der hl. Joseph, helfen, ut quod possibilitas nostra non obtinet, ejus nobis intercessione donetur.

Welche Bedeutung könnte hier in diesem Tokio, diesem Babel aller amerikanisch-englischen Sekten, eine nach allen Seiten hin gut organisierte katholische Hochschule gewinnen! Die Hoffnung der katholischen Kirche beruht auf dem Unterricht, einzig auf dem höheren Unterricht, ohne den die Kirche Japans ihr Katakombenleben fortsetzen muß, nicht zwar das Katakombenleben der Verfolgung: die katholische Kirche genießt eine wahre Hochachtung. Das zeigte sich beim Empfang des außerordentlichen päpstlichen Delegaten im Jahre 1916 — wohl aber das Katakombenleben eines sehr bescheidenen numerischen Daseins, das man am besten aus folgender Tatsache erkennt: die gesamte Hierarchie Japans 1 Erzbischof, 3 Bischöfe, 3 apostolische Präfekten, also sieben kirchliche Einheiten, zählen zusammen 80,000 Christen, während das benachbarte eine apostolische Vikariat von Nanking (Schanghai) auf der chinesischen Seite viermal soviele Christen zählt. Und doch, so bescheiden die Verhältnisse liegen, so glaube ich doch ein festes, auf Gott begründetes Vertrauen hegen zu dürfen und die Ueberzeugung aussprechen zu können, daß die Martyrerkirche von Japan an der Schwelle einer neuen Zeit steht, die hellere Ausblicke für die Zukunft eröffnen wird.

Und nun fragen Sie noch nach mir und meinem Befinden: Wenn Sie an einem Montagmorgen nach der nächsten elektrischen Haltestelle gehen, da sehen Sie um 7 Uhr bei Regen und Schnee eine schwarzvermumte Gestalt, die sich mit ihrer schweren Mappe unter den vielen Schulknaben und Schulmädchen, Universitätsstudenten und Arbeitern, die zum Tagewerk fahren, ein Steh- oder Sitzplätzchen erobern muß, und sich ein Billett „Kaiserliche Universität" erbittet, das ihn 10 Pfennig kostet. Diesen Weg mache ich viermal in der Woche, um als Dozent der deutschen Sprache und Literatur meine Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, 25—30 Studenten in die Schönheiten der deutschen Poesie einzuführen. Der Krieg war es, der mir diese erfreuliche Tätigkeit gleich im Anfang eröffnete. Während ringsum auf der weiten Welt die Sprache, in der ein Goethe und Schiller gedichtet, der ein Haydn und Beethoven den ganzen Zauber ihrer Töne eingehaucht hatten, in Acht und Bann getan ward, blühte sie im fernsten Osten an den Pflanzstätten japanischer Wissenschaft fort, vor allem an der Hauptuniversität des Landes, in Tokio. Die Kriegsjahre, die ich als Dozent der deutschen Sprache und Literatur im Kreise der Universitätsprofessoren von Tokio verlebte, so traurig sie für mich durch die Leiden unseres Vaterlandes waren, werde ich stets zu den schönsten Erinnerungen meines Lebens rechnen. Es wären diese Erinnerungen ja um vieles schöner, wenn mich Japan nicht als Feind, sondern als Freund hätte betrachten dürfen. Die rauhe Hand der Politik, die das englisch-japanische Bündnis geschaffen, und dem Japan nicht untreu werden wollte, wie eine gewisse Macht jenseits der Alpen ihrem 20jährigen Bündnis mit uns, ließ das nicht zu. Aber von der rauhen Hand fühlte ich nichts.

Von Anfang an fühlte ich mich im Kreise der Professoren in einer kollegialen wissenschaftlichen Atmosphäre, wie sie einer Kulturmacht würdig war. Das Wort „Hunne" existierte nicht im japanischen Gelehrten-Wörterbuch; um es zu finden, mußte man das Kriegswörterbuch der ersten Kulturvölker der alten Welt zur Hand nehmen. Im Gegensatze zu dem leidenschaftlichen Hasse, mit dem alles Deutsche, selbst auf dem Felde der Friedensarbeit, verfolgt wurde, wußte die japanische Gelehrtenwelt zwischen dem Vertreter der Wissenschaft und dem Angehörigen einer feindlichen Nation wohl zu unterscheiden. Ein Zug angeborener Ritterlichkeit verriet sich in diesem Verhalten. Ungestört konnte ich an meinen Zuhörern das große und wechselvolle Bild der deutschen Literatur seit Karls des Großen Zeit vorüberziehen lassen und das Kulturbild entfalten, das sich im Strome der elfhundertjährigen Literatur widerspiegelte.

Sie werden aber auch wohl ahnen können, wie es mir in jenen dunklen Novembertagen zumute war, als sich über unser Vaterland die furchtbare Katastrophe entlud. Am 12. November erwartete man das Telegramm mit der Nachricht vom Waffenstillstand. Ich hatte in gewohnter Weise meinen Hörsaal betreten, um meine Einleitung in die deutsche Nationalliteratur fortzusetzen. Eben hatte ich begonnen, da dringt der laute, eigentümliche Ruf der Verkäufer von Extrablättern in die friedliche Stille der heiligen Hallen. Bald hallt die Universitätsstraße von dem Schellengetöne der hier schellenumgürteten Zeitungsläufer wider. Jeder meiner Zuhörer wußte, was es bedeutete. Deutschlands Todesurteil wird verkündet. Das ehemalige Kaiserreich liegt im Staube wehrlos zu den Füßen des Siegers. Einen Augenblick hielt ich inne. Dann fuhr ich fort: „Draußen, meine Herren, verkündet man uns Waffenstillstand. Sie wissen, was das Wort bedeutet: die Waffen stehen still. Unsere Waffe ist die Wissenschaft. Diese Waffe kennt keinen Stillstand, sondern nur ein Vorwärts. Darum sei unser Losungswort das schöne Wort, das ein deutscher Dichter zum Lobe seiner Muttersprache sang vor 100 Jahren:

„Sprache, schön und wunderbar,
Ach wie klingest du so klar,
Will noch tiefer mich vertiefen,
In den Reichtum, in die Pracht.
Ist mir's doch, als ob mich riefen,
Väter aus des Grabes Nacht.
Klinge, klinge fort und fort,
Heldensprache, deutsches Wort."

Mit diesen Worten Max Schenkendorffs, an dessen Bild in den Rheinanlagen meiner Vaterstadt Koblenz ich so oft als Knabe wild vorbeigestürmt, schloß ich das Improviso an meine japanischen Studenten. Nie habe ich gedacht, daß dieses Bild mir auf einmal in Japan, im fernsten Inselreich, vor die Augen wieder treten würde, und zwar unter solchen traurigen Umständen, da sich Trauer über mein Rheinland wie ein Riesenschatten ausbreitet. Doch rheinischer Sonnenschein hat mich hier hinbegleitet. Und „die Sprache, schön und wunderbar" möge der Dolmetsch meines ehrfurchtsvollen Ostergrußes sein.

Katholische Volkshochschulen und Bildungsausschüsse.

Von Johannes Braun, vorl. Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses, Generalsekretär des Borromäusvereins.

Der Artikel unter dieser Ueberschrift in Nr. 17 der „Allgemeinen Rundschau" von Dr. W. Timmen in Eutin erfordert einige Bemerkungen und Ergänzungen. Offenbar hat dem Verfasser nicht das „Statut" des Zentralbildungsausschusses vorgelegen, worin die Frage der Bildungsausschüsse in Stadt und Land nach eingehender Beratung bereits gelöst ist oder die „Richtlinien", in denen praktische Winke für die Durchführung der Ideen gegeben werden.

Voll und ganz wird man ihm zustimmen, wenn er verlangt, „daß sich die katholischen Kreise auf ihre Weltanschauung besinnen und dieselbe . . zur gebührenden Geltung bringen" müssen. Nicht aber wird man ihm folgen können, wenn er glaubt, das könne in der Großstadt dadurch geschehen, daß man in der gesamten Volkshochschulbewegung eine besondere Gruppe bilde, in mittleren und kleineren Städten mit geschlossener konfessioneller Bevölkerung aber besser katholische Bildungsausschüsse.

Aber unbestreitbar ist u. E. in der Großstadt der Bildungsausschuß der Katholiken dringender als sonst notwendig. Er hat eine doppelte Aufgabe. Er soll zunächst die Katholiken in ihrer Gesamtheit zusammenfassen, um eine einheitliche Vertretung ihrer Interessen und Rechte in der Volkshochschule zu erreichen, dann aber noch die besondere, das Bildungsleben der Katholiken in ihren Vereinen und Verbänden zu organisieren, zu vertiefen und zu fördern. Gerade in der Großstadt wird es notwendiger sein als sonstwo, die Hindernisse zu beseitigen und die Schwierigkeiten wegzuräumen, die einer zielbewußten, großzügigen, katholischen Bildungsarbeit in den Vereinen sich entgegenstemmten. Jedem, der mit dieser Arbeit vertraut ist, ist es klar, daß in den letzten Jahren viel gearbeitet wurde, aber der Erfolg leider nicht überall den angewendeten Kosten und Mühen entsprach. Und das kam zum großen Teil daher, daß die Arbeit in den verschiedenen Vereinen nicht organisiert war. Man arbeitete nebeneinander, manchmal gegeneinander, man nahm keine Rücksicht aufeinander, machte sich die Arbeitsgebiete streitig, man hatte, kurz gesagt, kein einheitliches, umfassendes Programm.

Da muß der Bildungsausschuß eingreifen. Jedem Verein soll das ihm eigentümliche Arbeitsfeld verbleiben, er soll es fleißiger bebauen, angeregt und angefeuert durch den Ausschuß. Kein Zweig wahrer Volksbildungsarbeit darf vernachlässigt werden. Ueberall wird man danach streben müssen, das Vollkommenste zu leisten. Ein weiteres kommt noch hinzu. Nach den Erfahrungen, die man bei den großen städtischen Volkshochschulen in der letzten Zeit gemacht hat, muß man feststellen, daß die große Masse, besonders des arbeitenden Volkes, von der Volkshochschule nicht besonders angezogen wird. Hier und da sprach man von dem vollständigen Fiasko, das sie gemacht habe. Wenn man diesen tieferen Gründen nachforscht, die dazu geführt haben, wird man sich der Ansicht nicht verschließen können, daß weite Volkskreise gar nicht befähigt sind, den Vorträgen, Diskussionen und dergleichen zu folgen. Sie haben unter dem herrschenden Einfluß des Schlagwortes, der Phrase, den betäubenden und verwirrenden Eindrücken, die die Lesewut und der allzuhäufige Kinobesuch mit sich brachten, das Denken verlernt. Und die Aufgabe des Vereins ist es, dem Menschen wieder das Denken beizubringen. In stiller, zäher Kleinarbeit sind die Menschen zu erziehen und zu schulen, den Problemen, die in der Volkshochschule behandelt werden, näher zu bringen. Die Vereinsarbeit soll eine Vorschule der Volkshochschule sein. Daß auch in den mittleren und kleineren Städten, ja auch auf dem Lande solche Bildungsausschüsse sich bilden sollen, darin stimmen wir mit dem Verfasser des Artikels überein.

Daß überall der Geschäftsführer des Borromäusvereins der Vorsitzende des Bildungsvereins sein muß, das können wir nicht gutheißen. Ganz abgesehen davon, daß andere Organisationen darin eine Beeinträchtigung ihrer Rechte erblicken könnten, muß um der Sache willen verlangt werden, daß aus freier Wahl hervorgehe als Vorsitzender die Persönlichkeit, die durch ihr Organisationsvermögen, ihren Charakter und Wissen befähigt ist, die Leitung zielbewußt zu führen. Ob sie einer Organisation angehört oder nicht, darf nicht ausschlaggebend sein. Der Borromäusverein wird überall die Gründung von Bildungsausschüssen begrüßen und fördern. Er hat schon vor Monaten ein Rundschreiben an alle seine Lokalvereine erlassen, um sie mit dieser Aufgabe bekanntzumachen.

Er hat auch in seinem Generalsekretär den vorläufigen Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses gestellt und in seinem Hause diesem eine Stätte geboten, wie ja die ganze Anregung zur Gründung von Bildungsausschüssen von ihm ausgegangen ist.

Um zum Schluß zusammenzufassen, muß es heißen: Bildungsausschüsse überall in Groß-, Mittel- und Kleinstädten, und wo es geht auch auf dem Lande. Freie Wahl der befähigtsten und opferfreudigsten Persönlichkeit zum Vorsitzenden.

Die Wahlen im tschechoslowakischen Staat.

Von Adalbert Cerny, Prag.

Endlich haben die tschechischen „Sieger" den Rohbau ihres Staates fertiggestellt und laden die Gäste, die anderen Nationen, zur Mitarbeit ein.

Es hat nicht an ehrlichen Versuchen gefehlt, eine Einheitsfront aller Deutschen zu schaffen. Diese Bemühungen scheiterten jedoch von vornherein an der Sozialdemokratie, welche sich allen Einigungsbestrebungen unzugänglich erwies und lieber dem tschechischen Proletarier die Hand reichte als dem deutschen Volksgenossen. Vielleicht werden sie auch noch einmal von ihren internationalen Wahnideen geheilt. Wie die Bluttage von Kaaden[1]) beweisen, verfahren die tschechischen Proletarier gar nicht so sentimental gegen die deutschen „Brüder". Die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien zerschlug sich am Bund der Landwirte, der seinen Mandatshunger durch eine gemeinsame Liste nicht genügend befriedigt sah. Die Christlichsozialen waren redlich bemüht, im Interesse des deutschen Volkes eine Einheitsliste herzustellen, so sehr sie durch die vorausgegangenen Erfahrungen belehrt waren, daß sie nur den nationalen Parteien die Bügel halten mußten, die dann, wenn sie einmal festsaßen, ungehindert und rücksichtslos ihren Kulturkampfgelüsten fröhnten und die christlichsoziale Hilfe mit Fußtritten lohnten, so wenig sie zur Führung des Apostaten und Freimaurers Dr. Lodgman Vertrauen haben konnten.

So zogen 5 deutsche Parteien in den Wahlkampf: die christlichsoziale Volkspartei, deren Programm sich im wesentlichen mit der gleichnamigen österreichischen Partei deckt, wenn sie auch das nationale Moment schärfer betont; die deutsche Wahlgemeinschaft, eine Vereinigung der deutschen Nationalpartei und der nationalsozialistischen Partei, die im Fahrwasser des Liberalismus segeln; der Bund der Landwirte, eine Neugründung, die in ihrem ganzen Aufbau und in ihren Zielen an inneren Widersprüchen leidet. Er hat als wirtschaftliche Organisation sich großen Anhang gesichert, wird jedoch bald zersplittern, wenn seine Mitglieder merken, daß die Führung in kulturellen Fragen nach links neigt. Die deutschdemokratische Partei ist der sterbende Sprößling des Judenliberalismus. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei vertritt zum Großteil, namentlich in seinem Reichenberger Flügel, bolschewistische Tendenzen.

Die Wahl brachte trotz des denkbar ungünstigsten Wahlgesetzes einen Erfolg für die Deutschen: 1573990 Wähler haben sich zu ihrem Volke bekannt; auch in rein tschechischen Gebieten wurden deutsche Stimmen abgegeben. Eine machtvolle Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht!

Die zweite für uns sehr erfreuliche Beobachtung war das gewaltige Anwachsen der christlichsozialen Stimmen. 11 christlichsoziale Mandate in der Nationalversammlung, wenigstens 4 im Senat sind gesichert. Selbst die größten Optimisten hatten das nicht zu hoffen gewagt. Bei dem Mangel einer straffen Organisation und einer imponierenden Presse ist es sicherlich ein Erfolg. Namentlich jene Gebiete, die von der Volksbundzentrale Reichenberg, Gablonz, Friedland bearbeitet werden konnten, haben einen Stimmenzuwachs bis zu 1000% seit dem Jahre 1911 zu verzeichnen. Den Erfolg verdanken wir nicht zuletzt den Gegnern: der Sozialdemokratie, die praktisch nichts geleistet, die wirtschaftliche Lage immer unhaltbarer gestaltet hat, dafür aber um so radikaler ihre bolschewistischen Tendenzen und ihren nackten Atheismus bekannte; der Regierung mit ihren

[1]) Vgl. „Allg. Rundschau" Nr. 13/1919 „Deutschböhmens Bluttag".

übereilten Kulturkämpfereien; den nationalen Parteien mit ihren verwaschenen Kultur- und Wirtschaftsprogrammen.

Beachtenswert ist der Stimmenrückgang der Wahlgemeinschaft und der demokratischen Freiheitspartei. Erstere hat nur mehr 17 (davon 5 nationalsozialistische), letztere 2 Mandate hauptsächlich in den Städten erobert, die überdies nur durch ein lokales Kompromiß gerettet wurden. Das Volk schüttelt die faden Phrasendrescher endlich ab.

Nationalismus allein ist in einem Nationalitätenstaate kein Programm, um so weniger im Munde von Parteien, die in den Tagen nationaler Bedrängnis völlig versagten.

Die Sozialdemokratie hatte selbst mit einem größeren Stimmenrückgang gerechnet, als er tatsächlich eintrat. Sie gewann 32 Mandate, mit denen sie reichlich auch die mit eigener Liste durchgefallenen Juden versorgte.

Der Bund der Landwirte erhielt 12 Mandate. Insgesamt wurden 74 deutsche Mandate besetzt.[2]

Die tschechischen Parteien ziehen in folgender Stärke ins Parlament: 74 Sozialdemokraten, 28 Agrarier, 23 (christlichsoziale) Volksparteiler, 19 Nationalsozialisten, 19 Nationaldemokraten, 8 nationale Bauern, 6 Gewerbeparteiler, 3 Modráček-anhänger (sozialistische Separatisten). Die Slowakei hat uns mancherlei Ueberraschungen gebracht: ein Versagen der christlichsozialen Stimmen, das sich aus den gemeinsten Wahlmanövern der Regierung erklärt, und ein Anwachsen der Sozialdemokratie.

Es ist schwer und undankbar, die Leistungen des neuen Parlamentes zu prophezeien. Schwere Aufgaben sind zu bewältigen: Revision der ohne und gegen die Deutschen geschaffenen Verfassung und Gesetze, tief eingreifende wirtschaftliche Fragen, Beseitigung der Ernährungskrise usw. Man wird sich nicht zu viel erwarten dürfen. Wir werden wohl das österreichische Parlament in neuer Auflage erleben. Die Sozialdemokratie hat ohnehin in ihren Versammlungen ganz offen den Bolschewismus als einzigen Retter in Aussicht gestellt und in ihren Vertrauenskonferenzen die Räterepublik vorbereitet.

Für uns gilt es, das Erwachen im christlichen Volke nicht wie so manche andere Gelegenheit zu verschlafen, sondern rastlos Organisation und Presse auszubauen. Wir sind über Engherzigkeit und Eigenbrödelei nicht hinausgekommen und haben darüber die Sache vergessen. Zur Filigranarbeit ist später Zeit, jetzt heißt es Rohbau schaffen. Es ist tieftraurig, wenn in manchen Pfarrorten nicht eine einzige christliche Stimme abgegeben wurde. In jedem Ort eine Volksbundgruppe, dann wird es vorwärts gehen. Dem organisierten Atheismus muß das organisierte katholische Volk entgegentreten. Ausbau der Presse in letzter zwölfter Stunde! Von Reichenberg aus, das sich immer mehr als geistiges Zentrum der Deutschen im tschechischen Staate erweist und allein 11 Abgeordnete nach Prag entsendet, geht man daran, ein imponierendes katholisches Tagblatt, das uns bis heute fehlt, zu schaffen. Freunde im Reiche, helft bauen an dem schweren Werke! Es ist nationale Schutzarbeit, die ihr leistet, denn wir kämpfen für unser Volk und Volkstum auf heißem Boden. Es ist apostolische Tat, die ihr vollbringt: vielen helft ihr den Glauben bewahren, viele zur Wahrheit zurückführen. Wir warten auf euch, Freunde, allein sind wir zu arm. Beweiset eure nationale und christliche Solidarität![3]

Die Scheidung zwischen „Rot" und „Schwarz" vollzieht sich unaufhaltsam, das hat der Wahlkampf klar bewiesen. Was in der Mitte steht, jede Partei ohne Weltanschauung, wird zerrieben. Wir hoffen auf eine bessere Zukunft.

---

[2]) Interessant ist ein Vergleich der jetzigen Wahlen mit den Reichsratswahlen 1911, wo sich die Mandate für Böhmen, Mähren und Schlesien, wie folgt, verteilen:

	1911	1920
Deutsche Nationalpartei (Deutschradikal, Alldeutsche, Volksparteiler)	31	12
Deutschdemokratische Freiheitspartei (Deutschfortschrittliche)	12	2
Bund der Landwirte (Agrarier)	23	12
Nationalsozialisten	3	5
Sozialdemokraten	11	30
Christlichsoziale	1	11 (inkl. 1 deutscher Ungar (Chr.-S.)

[3]) Spenden zum Ausbau der Volksbundzentrale (auch soziale und apologetische Werke jeder Richtung zur Ausgestaltung einer wissenschaftlichen Bücherei) wie für die Schaffung eines katholischen Tagblattes sind erbeten an die Volksbundzentrale Reichenberg, Böhmen, Birgsteingasse 44, oder an das katholische Pfarramt Zittau in Sachsen.

Beethoven an die Freude.

(Schlusschor der Neunten Symphonie.)

Mit abgrundlosem, dunklem Gesicht,
Aus dem kein Leben mehr dunstet und bricht,
Dehnt sich in unabsehbare Weiten
Das stille Meer der Vergangenheiten.

Nur dort, wo in unermüdlichem Klopfen
Die Sekunden der Zeit ins Wasser tropfen,
Zeichnen und malen sich schnell und leise
In die endlose Fläche bunte Kreise.
Denn an jedem Tropfen die Farbe taut
Von dem, was auf Erden er kurz geschaut:
Bald rot von Blut und Not und Wehen;
Tiefblau, wenn ins Kinderaug er gesehen;
Weiss, wenn er über Firnen geschweift;
Totschwarz, wenn er einen Sarg gestreift.

Doch einmal eine Träne niederglüht,
Dass das Meer bis zum letzten Strande sprüht,
Dass vom jauchzenden Gold die Welle schäumt,
Im Widerschein der Himmel träumt.
„Was hast du?" raunt es von allen Seiten,
„An dir erschauern die Ewigkeiten?"

„Ich hört' den Akkord, den ein Grosser eben
Ueber „Freude!" schrieb. Da musst ich erbeben. —

Martin Mayr.

Caillaux-Prozeß? — Caillaux-Affäre.

Von Albert Dettling, z. Zt. Weimar.

Wer sich schon einige Jahrzehnte auf dieser Erde herumtreibt und Talent und Muse hat, die menschliche Komödie (die man sonst respektabler Geschichte nennt) zu beobachten, der entdeckt mitunter merkwürdige Zufälle, Ironien und Witze. Ende Juli 1914 schickte ich der „Allgemeinen Rundschau" von Paris aus als Augenzeuge eine Schilderung des politisch-psychologisch hochinteressanten Sensationsprozesses, den man gemeinhin Caillaux-Prozeß nannte. Leider ist der Post die Beförderung nicht zu Ende gelungen. Der Aufsatz hätte gerade heute noch dokumentarischen Wert. Auf der Anklagebank saß damals die Frau Caillaux, die den Hauptredakteur Calmette vom „Figaro" durch einen Revolverschuß tödlich verwundete und durch Herrn Labori, der als Anwalt in der Dreyfus-Affäre selbst mit Blei bedacht worden war, den Freispruch der Geschworenen erhielt.

Wie zu Beginn, so stand wieder am Ende des Weltkrieges ein Caillaux-Prozeß des Herrn Caillaux. Die Anklagetafel kündete nach clemencistischem Rezept Hochverrat. Tribunal: Staatsgerichtshof, d. h. die 300 Mitglieder des Senats. Auch wieder einer der zwei Verteidiger aus dem Dreyfus-Handel ist zur Stelle: Der bejahrte, ruhig wägende und sicher rechnende Maitre Demange, dem, wie seiner Zeit in Rennes, der romantisch wallende und dialektisch brausende Labori jetzt als Temperamentsergänzung Moro Giaffieri — stürmisch, hitzig, spitzig, witzig — beigegeben war. Die Vergleiche mit dem Dreyfus-Skandal ließen sich neckisch weiterspinnen. Dem damaligen ungarischen Fälscher, dem durch Selbstmord endenden Esterhazy steht als mattes Pendant der österreichische skrupellose Spionageagent Lipscher des Barons von der Lancken gegenüber. Wie eine fast anmutige Erscheinung hebt sich dagegen der jugendliche Minotto ab, der Sohn der in Berlin viel bewunderten und geliebten Auslandskünstlerin. Bankbeamter, lebensfroh, gesellschaftlich gewandt, von südlich graziösen Umgangsformen und als neugieriger Jüngling zwischenhinein sich auf das Neufeld Politik begebend, wie man auf den Tennisplatz geht, ohne die tückischen Klippen zu ahnen, über die man dabei stolpern und das Genick brechen kann. Zu Beginn des Krieges verläßt der Ausländer die Spreestadt, begibt sich nach den Vereinigten Staaten, findet in Chicago eine jener reichen Erbinnen, die am Mississippi oder Jordan so gut gedeihen und trifft in Rio de Janeiro ganz aus Zufall mit Herrn Caillaux zusammen, den eine amtliche Mission

(Kabelabkommen: Pernambuco—Frankreich) nach dort führt. Die weitere Entwicklung des Falles, der bei der richterlichen Verhandlung eine Hauptrolle gespielt hat, entzieht sich der genauen Beurteilung. Eine unvorsichtige und von der amerikanischen Regierung aufgefangene und entzifferte Drahtnachricht des deutschen Gesandten in Argentinien (Graf von Luxburg) an den Grafen von Bernsdorff in Newyork wurde zum Verräter. Aber es ist klar, daß ein Polizeibericht, besonders politischer Natur, noch lange kein einwandfreies Material darstellt. Aber ebenso klar ist es, daß Herr Caillaux, wenn er sich im Drange der Unterhaltung je zu unüberlegten Aeußerungen hinreißen ließ, das Interesse seines Landes nie aus den Augen verlor. Kurz: der frühere Finanzminister und nachherige Ministerpräsident wurde vom Senat (mit 150 Stimmen gegen 91) verurteilt, weil er mit Minotto (der kein Deutscher ist) Verkehr gepflogen, den deutschen Agenten Lipscher zwar verabschiedet, der französischen Polizei jedoch nicht angezeigt und mit einigen italienischen Kriegsgegnern gesprochen hat. Darunter Cavallini, den die französische „Justiz" in contumaciam zum Tode verurteilte.

Wer ist dieser Caillaux? Kaum mittelgroß, 58 Jahre, höchst elegant und balsamisch duftend wie der jetzige Staatspräsident Paul Deschanel. Anstatt der „schöne Paul" ist diesmal der „teure Joe" schon über manche holde Lippe der Pariser Salonwelt gegangen. Seine Kahlköpfigkeit gab zu einem gallischen Wortspiel Anlaß, das manche Deutsche, die mit der französischen Sprache auf gespanntem Fuße leben, unfreiwillig gebrauchen. Man denke an das Wort caillou, das Kieselstein bedeutet. — Ursprünglich Finanzbeamter, wurde er im Jahre 1898 in Mamers als der Sohn eines dortigen Großgrundbesitzers in die Kammer gewählt. Dreimal hatte er (1906 unter Clemenceau) den Posten eines Finanzministers inne, wurde 1911 Ministerpräsident und so der Vorgänger Poincares. Der Radikalismus seiner Finanzpolitik (die an den früheren Lloyd George erinnert), die aus der Marokkopolitik entstandenen Schwierigkeiten und seine praktisch nüchterne Haltung Deutschland gegenüber machten das in Frankreich allmächtige Großkapital, die zahlreiche Rentnerbourgeoisie und die nationalistischen Kampfhähne zu seinen geschworenen Feinden. Es ging seiner Zeit das Gerücht, daß er anläßlich der Agadirfrage dem englischen Botschafter Sir Francis Bertie gegenüber die Aeußerung getan haben soll: „Ich pfeife auf die Entente!" Jedenfalls war er mit Jaures der einzige französische Politiker von Einfluß, mit dem eine Gesundung der französisch-deutschen Verhältnisse zu erreichen gewesen wäre.

Im Herbst 1917 begann der frühere Sozialist Hervé — eine gefährliche Feder — in seinem Blatte „La Victoire" einen gehässigen Feldzug gegen Caillaux, den er am 24. November kurzer Hand als Mitschuldigen des wegen Hochverrats zum Tode verurteilten Herausgebers des „Bonnet Rouge" und des später erschossenen Bolo Pascha bezeichnete. Caillaux erhob Klage wegen Verleumdung, wurde aber selbst wegen Staatsunsicherheit und Einverständnisses mit dem Feinde (zu deutsch: Hochverrat) unter Anklage gestellt und nach Aufhebung der parlamentarischen Immunität (417 Stimmen gegen 2) im Dezember ins Zellengefängnis gesteckt. Er kann von Glück sagen, daß er nicht von einem Kriegsgericht abgeurteilt worden ist. Er wäre nicht mehr unter den Lebenden.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs hat die Presse bereits bekanntgegeben: 3 Jahre Gefängnis (das durch die Untersuchungshaft von 2 Jahren und einigen Monaten als abgebüßt betrachtet ist), 5 Jahre Halbexil (das demütigender ist als das ganze) und 10 Jahre Abschluß vom politischen Leben. Caillaux darf Elsaß-Lothringen, Marokko (französische Zone), Algier, Tunis, zwei Departements und gewisse Orte von 19 Departements (darunter Paris, Lyon, Toulon) nicht betreten. Ein derartiger Ausschluß ist sonst gegen unverbesserliche Zuhälter und Falschspieler im Gebrauch gewesen. Leichter wird er die 52000 Frcs. (von den 800000) zu tragen vermögen, die ihm aufgebürdet worden sind. Er gehört der wohlhabenden Klasse an, nicht der schwerreichen, wie schon behauptet worden ist. Für jeden objektiv Denkenden steht fest, daß der Prozeß die Unschuld des Angeklagten vollauf erwiesen hat. Es ist klar, daß hier ein Rechtsfall zum Gegenstand politischer Leidenschaften gemacht worden ist, gerade wie in der Dreyfusaffäre. Wenn die Gründe der Vernunft versagen, muß das alte Märchen von der Staatsraison herhalten. Ein Freispruch wäre nach dieser Richtung gleichbedeutend gewesen mit der Verurteilung der Regierungspolitik der letzten Jahre. Clemenceau, der immer noch ein Machtfaktor ist, wachte. Oder ist es ein Zufall, daß er gerade einen Tag vor dem richterlichen Entscheid wieder auf französischem Boden erschien?

Die Autorität des Urteils ist aber damit am schwersten erschüttert, daß Caillaux auf Grund des Artikels 78 des Strafgesetzbuches (welcher die Korrespondenz mit feindlichen Staatsangehörigen verbietet) verurteilt wurde, nachdem die Artikel 77 und 79 (Hochverrat) versagt hatten. Es wurde damit einer der elementarsten Rechtsgrundsätze verlassen. Damit wird die Parallele zum Dreyfusprozeß vollständig. Da war den Richtern im Beratungszimmer ebenfalls ein Schriftstück vorgelegt worden, das weder der Angeklagte noch die Verteidigung gekannt hatten.

Die so geschaffene Rechtslage faßte der Rechtsanwalt Demange vor dem Staatsgerichtshof mit dem Schlußwort zusammen, das eine Drohung ist und eine lange Bewegung hervorrief: „Caillaux wird getroffen für ein Verbrechen, von dem er niemals wußte, daß er deswegen angeklagt war und gegen das er niemals verteidigt worden ist. Ich nehme das vor dem Lande zu Akt."

Wie die Drahtnachrichten melden, ist die Presse der Rechten von dem Ausgang des Prozesses befriedigt. Die sozialistische „Humanité" aber kündet an: „Der Caillauxprozeß ist beendet. Die Caillauxaffäre beginnt." Das Sätzchen ist kurz, die Folgen können gewaltig sein.

Die orientalische Frage.

Von G. Nebel, Coblenz.

Meerengen haben in der Geschichte immer eine große Rolle gespielt. An der Straße von Sizilien enstand Karthago, weil es von dort beide Strecken des Mittelmeeres beherrschte. Die Straße von Gibraltar bildete die Uebergangsstelle der Araber nach Spanien, und die Eroberung Spaniens und Südfrankreichs; die herrliche Entfaltung maurischer Kultur auf der Pyrenäenhalbinsel wäre nicht erfolgt, hätte statt einer Enge ein breiter Meeresarm Europa und Afrika getrennt. Um die dritte der Meerengen des Mittelmeeres, den Bosporus, spielt sich augenblicklich ein weltgeschichtlicher Vorgang ab, der leider viel zu unbeachtet von uns vor sich geht, da wir zu sehr mit uns selbst beschäftigt sind.

Schon der Vorstoß in den Maingau, dem die Besetzung Konstantinopels durch überwiegend englische Truppen vorausging, war eine Entschädigung für Frankreich. Noch mehr wurde in San Remo Kompensationspolitik getrieben. Millerand hat zwar in Europa erreicht, was er wollte, er kann Deutschland entwaffnen, aber dafür mußte er wesentliche Zugeständnisse im Orient machen. Kurdistan, dessen südlicher Teil nach dem Vertrage vom Mai 1916 französisch werden sollte, kommt ganz unter britische Oberhoheit, da Großbritannien eine Verbindung zwischen den Oelfeldern von Kaukasus und Mesopotamien haben muß. Ebenso erhält England das Mandat über den jüdischen Nationalstaat in Palästina, so daß für Frankreich und Italien nur Südanatolien und Nordsyrien bleiben. Dazu werden ziemliche Strecken dieser Gebiete von dem syrisch-arabischen Reiche des Emir Feysal eingenommen, der sich kürzlich zum König von Syrien hat krönen lassen. Während Frankreich Kilikien, also die südöstliche Ecke Kleinasiens erhält, wird Italien mit dem Südosten abgefunden. Dies ist recht mager im Vergleich zu den Versprechungen, die Frankreich im Jahre 1916 gemacht wurden, zu einer Zeit, wo Kut el Amara und die Dardanellen die Briten in Verlegenheit gesetzt hatten, wo es galt, sich mit Frankreich gut zu stellen. Der Unterschied zwischen den Verträgen von 1916 und 1920 mag auch Lloyd George in die Augen gefallen sein, und so wurde er denn dadurch zu mindern gesucht, daß alle drei Staaten, Frankreich, Italien und England, gleiche wirtschaftliche Rechte in der Türkei erhielten. Außerdem soll das Gebiet zwischen dem Meerbusen von Edremid (Adramyt) und Konia, das ist ganz West- und Mittelanatolien zur ausschließlichen wirtschaftlichen Ausbeutung den Italienern überlassen werden.

Es ist klar, daß die Türkei, wie die Entente sie wünscht — allerdings auch nur wünscht — kein lebensfähiges Gebilde sein kann. Denn in Europa behält das Osmanenreich nichts mehr, mit Ausnahme Konstantinopels, das man dem Sultan wegen der Gärung in Indien und Aegypten gelassen hat und dessen nächste Umgebung bis zu den Tschataltschahöhen. Die Meerengen werden internationalisiert, das heißt wohl britisch. Syrien und Arabien werden zu einem großarabischen Reiche

vereinigt (wie weit dieser Staat unter englischer Oberhoheit fällt, ist noch nicht zu erkennen). Mesopotamien kommt selbstverständlich an England, während die Kaukasusgebiete von der armenischen, tatarischen und georgischen Republik eingenommen werden, die ebenfalls mehr oder minder von Großbritannien abhängen. Soweit ginge es schließlich, jetzt hat man sich aber daran gegeben, alle irgendwie brauchbaren Gebiete Anatoliens abzuschälen und sie unter die Alliierten zu verteilen. Die westliche Küste Kleinasiens fällt Griechenland anheim, denn Wenizelos hat durch seine eifrigen Reisen einen für Griechenland günstigen Frieden erreicht. So bleibt für das einst so mächtige Reich nur Mittel- und Nordanatolien übrig, ein Land, mit dem nicht viel anzufangen ist, und das man dann gnädig den Osmanen überläßt.

Vorläufig geht die Geschichte aber nicht so, wie es der Oberste Rat möchte. Noch steht in Anatolien ungebrochen das türkische Heer unter seinem Führer Mustapha Kemal Pascha, der im Weltkrieg an der Kaukasusfront eine Armee kommandierte. Er beherrscht, abgesehen von den Küsten, ganz Anatolien und knüpft Verbindungen mit Sowjetrußland und den aufständischen syrischen Arabern an. Er soll den Scheich der Senussi, jener über ganz Nordafrika und Vorderasien verbreiteten islamitischen Sekte, zum Scheich ül Islam, zum höchsten mohammedanischen Geistlichen, gemacht haben, eine Handlung, die große politische Einsicht verrät, denn dadurch ist ein Zusammengehen mit Arabern und Berbern, unter welchen die Senussi ihre Hauptanhänger zählen, gegeben. Es ist ungewiß, in welchem Maße der russische Bolschewismus hinter der nationalistischen türkischen Erhebung steckt, aber es scheint doch, daß er einen erheblichen Anteil daran hat.

Man wird enttäuscht gewesen sein, daß die Besetzung Konstantinopels außer in Kleinasien kein größeres Echo in der mohammedanischen Welt gefunden hat, aber man vergißt immer wieder, daß in Aegypten wie in Indien die Träger der erbitterten Stimmung gegen England nur die höheren Schichten sind, daß die Stellung des Bauern in beiden Ländern seit der Herrschaft der Briten eine wesentliche Besserung erfahren hat, daß demzufolge die Landleute für Erhebungen gegen England nicht zu haben sind. In diesem Zustande ist allerdings eine kleine Aenderung eingetreten. Im Jahre 1916 wurden die Fellachen von den Engländern zu Bahnbauten auf der Sinaihalbinsel und in Palästina, die indischen Bauern zu Arbeiten in Mesopotamien herangezogen und sie kamen auch gern und in Massen. Dann wurden sie in die Heimat zurücktransportiert, nachdem ihnen hohe Belohnungen versprochen waren. Was aber ausblieb, waren die Belohnungen, und infolgedessen hat unter den ägyptischen und indischen Landleuten eine etwas gereizte Stimmung Platz gegriffen. Aber Englands Stunde hat noch nicht geschlagen, und einige Entschädigungen und Versprechungen werden auch die erregten Gemüter der Fellachen und Indier zur Ruhe bringen.

Die türkische Regierung in Konstantinopel ist von den Aufständischen in Anatolien nicht mehr anerkannt worden. Vielmehr haben dieselben ein eigenes Ministerium gebildet, dessen Großwesir und Kriegsminister Kemal ist. Uebrigens ist auch in der Hauptstadt die Stimmung sehr gegen die Engländer; die Kammer selbst besteht fast nur aus dem Block zur Rettung des Vaterlandes, der kürzlich ein neues Ministerium gebildet hat, mit dem man alle Schwierigkeiten zu umgehen glaubt; aber es wird in wenigen Wochen denselben Weg gehen, den seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes acht oder neun türkische Kabinette gegangen sind. Es wird daran scheitern, daß man einerseits die Entente nicht verletzen darf, daß man sich anderseits mit Mustapha Kemal auf guten Fuß stellen muß, da die Mehrzahl der Abgeordneten und der Minister jungtürkisch orientiert ist. Auch mußten alle Versuche der Konstantinopeler Regierung, den General mit türkischen Truppen zu besiegen, aufgegeben werden, weil alle Soldaten zu ihm überliefen.

So steht England mächtiger als je da. Zwei seiner Gegner in der Orientpolitik, Deutschland und Frankreich, sind unschädlich gemacht, aber noch ist der dritte auf dem Plan, Rußland, und zwischen Rußland und Großbritannien werden wir in der nächsten Zeit einen Kampf erleben, den man mit Recht einen „Kampf um Asien" genannt hat. England ist verloren, wenn Indiern, Arabern und Aegyptern der Gedanke dämmert, daß sie nur für den britischen Kapitalismus ihr Leben in die Schanze schlugen, wenn sie sich darauf besinnen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für sie existiert. Für uns Deutsche heißt es abwarten, wenn wir unser nächstes Ziel, die Befreiung vom Versailler Vertrage, erreichen wollen.

Vom Büchertisch.

Marie Amelie von Godin: Unser Bruder Kain. Ein Roman aus der Münchener Räterepublik. Berlin SW, Askanischer Verlag. — Der große Vorzug dieses Werkes ist die klare ethische und künstlerische Ruhe des Vortrages in dessen auffallendem Gegensatze zu dem wirklichkeitsgetreu übernommenen Stoffe. Die gründliche, zielfeste Sachlichkeit beim Auf- und Ausbau der dramatisch bewegten Handlung nötigt Hochachtung ab, und zwar um so mehr, je sicherer man die intellektuell scharfsinnige Urteilskraft und die gemütstiefe Gefühlsenergie, also die zwingende Logik des Verstandes und des Herzens erkennt, die diese Sachlichkeit hält und trägt. Hier erfahren wir wieder einmal, daß die dem bildenden Künstler so notwendige „Distanz"-Gewinnung nicht unumgänglich auf weitgehender Zeitraumtrennung beruhen muß. Mit seltenem Takt schließt die Verfasserin alle und jede Tendenzmacherei aus. Ueber allem Greuel aber steigt durch die Auffassung und schöpferische Darstellung der Dichterin die Sonne der christlichen Caritas auf, der Ethik jenes aufs Göttliche weisenden Erbarmens, das — den Erbarmer wie den Erbarmten adelnd — durch Kampf und Not zumal des inneren Menschen, durch die Abgründe seelischen Getrenntseins und Widerstandes bis zum Ekel, zur Verachtung, zum Haß hindurch in vergebender, mehr: in verstehender Liebe beim irregeführten, irrenden Bruder landet und selbst für den entarteten noch die versöhnende Regung des Mitleids in sich spürt. — Für mich hat das wertvolle, bedeutende Buch eine nicht wesentlich schädigende Unzulänglichkeit: das nicht völlig Hinreichende in der Motivierung der sittlichen Schuld, die der Hauptheld ersichtlich entgegen seiner Naturveranlagung begeht, um dann in wundervoller, fruchtbarer Reue alles folgende Schwere und Schwerste als Sühne auf sich zu nehmen und endgültig sieghaft zu bestehen. Dem alles andere als bloß „sensationellen", dem echt vornehmen Werke M. A. v. Godins ist weiteste Verbreitung zu wünschen.

E. M. Hamann.

Der Bürger im Volksstaat. Eine Einführung in Staatskunde und Politik. In Verbindung mit Eugen Baumgartner, Alexander von Brandt, Eugen Knupfer, Karl Rupprecht, Otto Thissen, Simon Widmann, Johann Joseph Wolff herausgegeben von Dr. Hermann Sacher, Herausgeber des Staatslexikons in Freiburg i. Br. Freiburg, Herder. Pr. geb. ℳ 11.—. Angesichts der politischen Neuwahlen bietet sich dieses Werk dar als eine kluge, sichere Führung mit dem hell durchleuchteten und durchleuchtenden christkatholischen Prinzip als Untergrund und dem 1795 von Papst Pius VII. ausgesprochenen Wahrheitsworte als Losung: „Werdet ganze Christen, dann werdet ihr auch gute Demokraten!" Schon die Namen des Herausgebers und seiner durchgängig erstklassigen Mitarbeiter bürgen für die Güte des hier Geschaffenen. Das Buch liest sich vorzüglich für Uneingeweihte und Eingeweihte: zum Zweck der Selbstbelehrung, der Wiedereinprägung und der Inhaltsübermittlung an andere. Klarheit, Sachlichkeit, Gründlichkeit, Grundsätzlichkeit, Kraft der Erkenntnis und Ueberzeugung, Tiefblick, Weitblick, Höhenblick, Scharfsinn der Logik, des Urteils, reiches Wissen, Knappheit („Präzision"), Eindringlichkeit der Sprache, nicht zuletzt gelegentlich der zahlreichen Begriffsbestimmungen: das alles kennzeichnet den Gesamtvortrag, von dem wiederum die alte Wahrheit gilt: „Es ist der Ton, der die Musik macht." — Hier die Hauptkapitel: Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre; Einführung in die Politik; Das Deutsche Reich und seine Länder; Religion, Kirche, Kirche und Staat; Schule, Bildung, Erziehung; Recht und Rechtspflege; Gemeinde und Selbstverwaltung; Parteien und Presse; Das Ausland.

E. M. Hamann.

Die Herz-Jesu-Verehrung des deutschen Mittelalters nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt von Carl Richstaetter S. J. II. Band. Verlag der Bonifaciusdruckerei, Paderborn. Wie im ersten Band, so tut sich auch hier die längst vergessene und verschüttete Welt mittelalterlicher Innigkeit auf. Es ist ein frohes, erwartungsvolles Schauen. Mehr als hundert noch nicht benützte Handschriften des Mittelalters hat der Verfasser aus alten Klosterbibliotheken und verstaubten Kanzleien zutage gefördert und mit unermüdlichem Forschereifer ist er dem Herz-Jesu-Gedanken nachgegangen und fand die rosenfarbige Spur tief eingegraben im Herzen des deutschen Volkes. Wir danken es dem Verfasser aus ganzer Seele, daß er die in der Dürre der Reformationszeit und in der kalten Zeit der sogenannten Aufklärung vergessenen und verschütteten Beweise deutscher Innerlichkeit wieder hervorholte und sie hineinlegte in unsere arme, der religiösen Erneuerung so sehr bedürftige Zeit. Richstaetters „Herz-Jesu-Verehrung" wird besonders jedem Gebildeten eine Fülle neuer religiöser Anregungen und Aufmunterungen geben.

Abdita.

Ein Marienblümlein für jeden Tag des Maimonates. Von D. W. Mut. 50 ₰. Verlag der Waisenanstalt Kirnach-Villingen. Dieses nach Inhalt und Ausstattung anspruchslose Büchlein knüpft an den Blutenmonat Mai einige kurze Gedanken, um ihn für die Marienverehrung fruchtbar zu machen. Eine passende Sammlung von Gebeten ist beigegeben.

O. Heinz.

Der Gral. Monatsschrift für schöne Literatur. Herausgegeben von **Franz Eichart.** Heft 1/2, 14. Jahrgang, April 1920. Wien XIV, Gralverlag (Buchhandlung Canisius-Werk). Ganzjähriger Bezugspreis 12 ℳ. Nach sehr kurzer Unterbrechungsfrist durfte der „Gral" wiedererstehen: unter der alten Leitung, in neugegründetem Verlage und mit z. T. erneuertem Programm. Dieses umfaßt neben dem „ewig gültigen" Hauptziel ein neugestecktes: Ausgestaltung des „Gral" zu einem Organ für katholische Weltliteratur „oder doch" als Sammelbecken für die „zerstreuten Strahlen katholischen Geistes in der Dichtung" zu einer „alles noch brachliegende Land" belebenden und befruchtenden Leuchte. Als Zukunftswille und -weg gilt: katholisches Glauben, Denken, Leben in den Mittelpunkt der literarischen Gralsarbeit zu stellen und „die große Synthese" zwischen Gotteswerk und Menschenwerk bis zu jenem erhabenen Gipfel, wo Glauben und Wissen, Religion und Kunst, Gebet und Dichtung in eine einzige göttliche Klarheit zusammenfließen, unverändert zu behaupten. Unverändert bleiben soll auch „die positive Grundlage" des alten „Gral": katholische Grundsätzlichkeit, angewendet auf das Gebiet der Literatur. Das alles wirkt als erfreulich verheißungsvoll, um so mehr als schon das erste (Doppel-) Heft, obwohl noch notwendig unter dem Zeichen einer raschen Herstellung stehend, unverkennbar den guten Willen zur schönen, großen Kulturtat aufweist. Warm zu begrüßen ist die rege Mitbetätigung gutbewährter junger Kräfte katholischen deutschen Schrifttums.

M. Lund.

Bühnen- und Musikrundschau.

Volkstheater. Schon zu Roderich Benedix' uns heute schier patriarchalisch anmutenden Zeiten waren die „Dienstboten" ein zugkräftiges Lustspielthema, das des „aktuellen" Interesses nicht entbehrte. Um so mehr heute, da die Herrschaft, wenn diese Bezeichnung noch zu gebrauchen erlaubt ist, froh sein darf, wenn sie überhaupt noch Leute bekommt, die außer ihren Rechten noch Pflichten anerkennen. — Der Arbeit und des Kampfes mit den Betriebsräten müde, hat sich der alte Fabrikbesitzer Schwalbe vom Geschäft zurückgezogen, um seinen Lebensabend ruhig zu genießen. Wie er dazu gezwungen wird, trotz Diener und Köchin seine Stiefel selbst zu putzen und später die Hinausgeworfenen als „Zwangseinquartierung" in seine schöne Villa als obdachloses, junges Ehepaar aufzunehmen, wird in einem neuen Schwanke von F. Arnold und E. Bach, unserem Volkstheaterdirektor, sehr ergötzlich vorgeführt. Das ist alles sehr zeitgemäß und witzig aufgemacht und begegnet im Publikum verständnisvollem Schmunzeln. Die Haupthandlung ist bewährt. Der Onkel will nicht die Heirat des Neffen billigen, da wird ihm das betreffende Mädchen unter fremdem Namen in den Weg geführt, ihr Liebreiz gewinnt ihn, daß er nun seinerseits wünscht, der Neffe heirate diese oder keine. Hier kommt noch ein anderes Motiv dazu. Der Onkel hat dem Neffen erzählt, daß er vor zwanzig Jahren einmal mit einem Hotelzimmermädchen in einem plötzlich steckengebliebenen Lift eine ganze Nacht verbringen mußte. Die Braut des Neffen lügt ihm diese Erzählung ausnützend vor, sie sei die Tochter jener Hotelbediensteten, worauf dem Onkel das Gewissen schlägt und er seine Vaterschaft anerkennt. Diese unsaubere Zutat des Schwankes hätte leicht wegfallen können. Nicht daß von solch lockerem Abenteuer des Onkels die Rede ist, ist das Aergerlichste, sondern daß ein Mädchen, das wir als vollendete Dame betrachten sollen, sich solch schmutziger Herkunft bezichtigen kann, ohne daß jeder Zuschauer diese Lüge als einen Charakterisierungsfehler der Autoren peinlich empfindet. Auch insofern ist der Schwank „Zeitspiegel". Das Geheimnis des Personenaufzuges wird übrigens noch enthüllt. Die richtige Tochter ist die — Köchin. Der Onkel ist eine Komikerrolle, aus der sich viel machen läßt. Lantzsch gab sie mit echtem Humor, auch sonst wurde sehr liebenswürdig gespielt. Man mied allzu dicken Farbenauftrag und die Naiven vergaßen nicht, daß Munterkeit und Temperament sich auch in den Grenzen der Anmut ausdrücken lassen.

Lustspielhaus. „Der dumme Franzl", ein musikalisches Volksstück von Reinhard Bruck, mit Liedertexten von E. Beutl und Musik von Robert Winterberg, hatte einen hübschen Erfolg, der freilich weit hinter dem „Walzertraum" und der „Lustigen Witwe" zurückstand. Wir kannten von dem Tonsetzer eine Operette: „Die Dame in rot", die seinerzeit am Gärtnerplatz gefallen hat. Auch im „dummen Franzl" sind gefällige Melodien in Liedern und Gesängen, besonders im ersten Akt; die zwei folgenden sind auch textlich schwächer geraten. Die Geschichte von dem verträumten Bauernburschen, der auf die schiefe Ebene gerät und sich schließlich doch noch zurückfindet zu seiner Mirzl, die von Mizzi Parla flott und liebenswürdig gesungen und gespielt wurde, wirkt nicht so recht lebendig. Die Titelrolle gab Mayerhofer, der sich vorher am Gärtnerplatz bewährte.

Aus den Konzertsälen. Signe Noren ist eine Liedersängerin, die die Spannweite ihres künstlerischen Ausdrucksvermögens nicht sehr ausdehnt, aber was sie bietet, überzeugt durch die Echtheit des Gefühlsausdruckes und durch gepflegten Gesang. Eine Geigerin von schönem, reinen Ton ist Lina Daimer. Ihr Können ist bedeutend, sie spielt Mozart mit Feinheit und sicherem Stilgefühl. Durchaus erfreulich war auch der Klavierabend von Alfred Blume, ein Künstler von feinnüanciertem Klangsinn, der des starken Beifalls durchaus würdig war.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Internationales Wirtschaftsverständnis? — Streiks im Ausland, Streiks bei uns überall! — Krisen im Handel — Ueberfremdung der deutschen Arbeit — Mehrlasten für heimische Wirtschaft durch Post und Krankenversicherung.

Wie derzeit überall, so besteht auch auf den Wirtschaftsgebieten eine Fülle von Widersprüchen, von Unklarheiten, die sich in ihrer Wirkung mehr oder minder aufheben. Bei dem Frankfurter internationalen Wirtschaftskongress, woselbst Vertreter der verschiedensten Staaten in anscheinend zufriedenstellende Beratung über die vorliegende Wirtschaftsnotlage eingetreten sind, vernahm man viel Schönes und Gutes über die Rohstoffversorgung, über die Valutafrage, über die Wirtschaftsbeziehungen zu den Grenzländern. Auch ein Plan wurde angeregt, eine „internationale Vereinigung der Kaufmannschaft der ganzen Welt" herbeizuführen mit der Idee: Kampf gegen den wirtschaftlichen Imperialismus, Gleichheit und Freiheit des Handels und des dauernden Völkerfriedens. Sogar der französische allgemeine Arbeiterverband Paris erlässt ein auf fast gleichwertiger Grundlage sich aufbauendes Programm mit der Erweiterung, dass solche internationale Verständigung sich auch auf Politik, gleichmässige Ernährung der Völker und andere Dinge mehr erstreckt. Nach den bemerkenswerten Aeusserungen des französischen Ministerpräsidenten Millerand ist anscheinend auch eine Einlenkung eines grossen Teils der französischen Presse in der Betrachtung der deutsch-französischen Beziehungen zu beobachten. Den Besprechungen in Spa sieht man schon aus diesem Grunde auch bei uns mit ganz besonders grossem Interesse entgegen, um so mehr, als dortselbst neben den führenden deutschen Politikern auch ein Stab von ersten Persönlichkeiten aus Handel, Industrie und Finanz mitvertreten sein werden. Von heute bis zu diesem Wendepunkt, der jedoch mit grosser Zurückhaltung und verschiedenen Einschränkungen aufzufassen ist, ist ein grosser Schritt. Namentlich steht dem die Gesamtgestaltung unserer Wirtschaftslage gegenüber. Ist auch in Frankreich eine gross angelegte Streikbewegung über verschiedenste Wirtschaftszweige eingetreten, herrscht auch beispielsweise in Mittelitalien ähnliche Stimmung, so haben die Ententeländer in keinem Falle die schweren Lasten und Folgen der verlorenen Kriegsjahre und der Revolutionszeit zu tragen.

Bei uns dagegen verspürt man jede Stockung im Wirtschaftsbetriebe, und wenn es auch nur die geringste ist, dauernd und empfindsam, um so mehr, als in der Tat Deutschland kein Moment der Ruhe und des sich Wiedersammelns gegönnt ist! Man streikt neuerdings in Deutschland in der Industrie — aus politischen Gründen scheint man in Berlin grossangelegte Arbeiterbewegungen in den führenden Industriezweigen vorzubereiten —, man streikt im Bankgewerbe und gerade diese Arbeitsruhe bei den Finanzunternehmungen macht sich allenthalben empfindsam bemerkbar. Namentlich der Zusammenhang solcher Wirtschaftshemmungen im Zeitpunkt der Stockung im Warenhandel ergibt eine Summe von Unzulänglichkeiten, welche auf die Dauer von dem deutschen Wirtschaftskörper kaum mehr zu ertragen sind. Man ist nicht überrascht, wenn an unseren Effektenbörsen schon lediglich und allein aus diesen Gründen eine völlige Zurückhaltung und Widerstandslosigkeit vorherrscht, welche vermehrt wird durch die infolge der misslichen Lage des Warenhandels immer mehr und mehr zutage tretenden Krisen in Handel und Industrie. Durch die Preisentwicklung an den Warenmärkten stockt auch der Handel bis herunter zu den Konsumenten völlig. Die neuerlichen Auktionen und Produktenbörsen in den verschiedensten Rohstoffen ergeben eine weitere abhaltende Tendenz seitens der Käuferschichten. Ob und inwieweit ein Preisabbau angesichts der sich fortgesetzt steigernden und durch die Verteuerung der Lebensmittel zum grössten Teil gerechtfertigten Ansprüche der Arbeitnehmer einen Ausgleich findet, bleibt abzuwarten, zum Mindesten zweifelhaft. Jedenfalls erfährt die Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes durch solche andauernde Zurückhaltung der Erteilung von Neuaufträgen eine unliebsame Verschlechterung, also eine Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Der schon wiederholt erwähnte Hinweis der sich mehr und mehr ausbreitenden **finanziellen Abhängigkeit** der deutschen Wirtschaftsfaktoren vom ausländischen Kapital erfährt ebenfalls täglich neue Nahrung. Durch die grossen Millionenkredite seitens des neutralen Auslandes ist ohnehin schon eine solche Abhängigkeit gegeben. Neuerlich spricht man, allerdings sind solche Meldungen bisher noch unbestätigt, von Gewährung von Handelskrediten auch seitens der Entente zum Zwecke des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Deutschlands unter Führung von englischen Grossfinanzleuten. Die verschiedentliche Plazierung von deutschen Kommunalanleihen in Amerika ist aus gleichen Gründen ebenso bemerkenswert, wie das Festsetzen von französischem Kapital in den deutschen Grossindustriebezirken. So ist eine französische Gruppe mit namhaftem Kapital an den Mannesmann-Röhrenwerken durch Erwerb der im Saargebiet liegenden Werke hervorragend beteiligt. Eine französisch-belgische Gruppe soll laut Pressemeldungen wegen Verkauf der Donnersmarckschen Zinkhütten in Schlesien unterhandeln. Es bestätigt sich immer mehr und mehr der Hinweis des Aufsichtsratsvorsitzenden der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München, von Maffei, „dass eine der betrüblichsten Wirkungen auf unsere Wirtschaftsgebiete die Tatsache sei, dass wir ununterbrochen in stärkere Abhängigkeit vom Auslande geraten. Die Gewinne unserer Arbeit fliessen demnach zum grossen Teile nicht mehr dem eigenen Vaterlande zu, sondern kommen auf diese Weise dem Auslande zugute". Gegen die Ueberfremdung des deutschen Bodens soll durch Gesetz den deutschen Gemeinden und auch anderen hierbei in Betracht kommenden Stellen ein Vorkaufsrecht bei einem Grundstückverkauf eingeräumt werden. Eine ganz besonders schwere Belastung für Handel und Gewerbe, welche Faktoren ohnehin schon unter den bestehenden und noch zu erwartenden direkten und indirekten Lasten zusammenzubrechen scheinen, bilden die inzwischen eingetretene beträchtliche Erhöhung der neuen Postgebühren, ferner die in wenigen Wochen in Kraft tretende 100 %ige Verteuerung der Telegraphen- und Telephonsätze. Dies und im Zusammenhang damit die weitere Inanspruchnahme der Arbeitgeber durch die Forderungen an die Ortskrankenkassen — der Höchstbetrag der jetzt einbezogenen Einkommensklassen ist bekanntlich auf 15 000 Mark erhöht — wird wohl das endgültige Aeusserste sein, was Verkehr, Handel und die übrigen Wirtschaftsfaktoren Deutschlands zu ertragen in der Lage sind.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Gesamtauflage dieser Nummer liegt ein Prospekt der **Bonifacius-Druckerei, Paderborn**, bei über die beiden Verlagswerke **„Die Herz Jesu-Verehrung des deutschen Mittelalters"** von Karl Richstätter S. J. und **„Helden des Christentums"** von Konrad Kirch S. S. Die Beilage sei der besonderen Beachtung der verehrl. Leser empfohlen.

Wertvoller moderner Wandschmuck. — Moderne Graphik. Neben den Gemälden und Reproduktionen unserer alten und neueren Meister begegnen wir seit einigen Jahren auf dem Kunstmarkt dem wieder zu verdienten Ehren gekommenen Holzschnitt und der Radierung, die heute als „moderne Graphik" ihren Siegeszug durch die Kunstwelt nimmt. Namhafte Künstler haben sich der modernen Graphik zugewandt und führen heute meisterhaft die Radiernadel. Handelt es sich auch vornehmlich um sogenannte Kleinkunst, so wird doch gerade hier durchwegs wertvolle Originalarbeit in reichster Abwechslung und feinster Ausführung geboten. Wir finden da ein- und mehrfarbige Original-Radierungen, Schabblätter, daneben ein- und mehrfarbige Original-Holzschnitte wertvolle Handdrucke, alles meist signiert und vielfach numeriert. Blätter, die nicht nur ihren dauernden Wert behalten, sondern infolge ihrer kleinen Auflagen schnell vergriffen sind und später im Wert steigen. Es ist recht erfreulich, daß nicht nur Liebhaber und Sammler, sondern auch weite Kreise unserer Gebildeten heute Wert auf einen gediegenen und künstlerisch wertvollen Wandschmuck legen, wie sie die moderne Graphik bietet. Wir finden sie heute schon vielfach in Wohn- und Arbeitsräumen unserer Gebildeten. **Eine reiche Auswahl** in modernen signierten Original-Radierungen, Original-Holzschnitten und Handdrucken bietet die Verlagsanstalt **Benziger & Co., A.-G., Köln, Martinstr. 20**, die mit ausführlichen Offerten und Auskünften gerne dient. Interessenten ist die Besichtigung bereitwilligst gestattet. **Die moderne Graphik ist der Wandschmuck des kunstverständigen und auf gediegenen Geschmack Wert legenden Publikums.**

Eine Anklageschrift, die jeden Deutschen interessieren muß, ist das in 10. Auflage erschienene Buch Foß, **Enthüllungen über den Zusammenbruch.** Verlag Mühlmann (Grosse), Halle-Saale. Im gleichen Verlag erschien bereits in 9. Auflage der bedeutende Roman „Imperium mundi von *.*". Näheres Anzeige in der nächsten und einer der nächsten Nummern dieser Zeitung.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Am 3 Mai 1920 fand die

111. öffentliche Verlosung

unserer Pfandbriefe statt.

Die Erhebung des Nennwertes der gezogenen Stücke kann gegen Rückgabe der abquittierten Pfandbriefe und der nicht verfallenen Zins- und Erneuerungsscheine unter entsprechender Stückzinsausgleichung abzüglich der 10%igen Kapitalertragsteuer schon von jetzt an geschehen. **Die 4 bezw. 3½%ige Verzinsung endet mit 30. Juni dieses Jahres.** Verspäteten Erhebungen wird ein einprozentiger Depositalzins zugestanden.

Die **Nummernverzeichnisse dieser Ziehung** und der **Rückstände aus früheren Verlosungen** sind bei unseren Zahlstellen unentgeltlich zu haben.

Die Zahlung der verlosten Summen wird kosten- und spesenfrei geleistet bei unseren Kassen in München unseren sämtlichen auswärtigen Niederlassungen, den sämtlichen Niederlassungen der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G., unseren Kommanditen: Karl Schmidt in Hof a. S. mit Niederlassungen und Nicolaus Stark in Abensberg, ferner bei der Bayerischen Staatsbank in Nürnberg und ihren sämtlichen Niederlassungen, den Filialen der Bayerischen Notenbank und ihrer Agentur in Lindau, bei den Bankhäusern Doertenbach & Cie. G. m. b. H. in Stuttgart und Anton Kohn in Nürnberg, der Dresdner Bank in Dresden, der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M. und der Deutschen Bank, Filiale Leipzig.

MÜNCHEN, im Mai 1920.

Die Bank-Direktion.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland ℳ 9.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 × gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 375 Pfg. Beilagen: ℳ 45.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 21 | München, 22. Mai 1920. | XVII. Jahrgang.

Komm, Heiliger Geist!

Von Dr. **Adam Hefter**, Fürstbischof von Gurk, Klagenfurt.

Trübe erscheint uns die Zeit. Dunkel liegt die Zukunft vor uns. Wir glauben nirgends einen Lichtstrahl zu sehen! Und doch — in Mitten aller Trauer und Not kommt wieder Pfingsten, das liebliche Fest. Es tönt an unser Ohr das Heilandswort: „Ich will euch den Tröster senden, den Heiligen Geist, der euch alles lehren und euch an alles erinnern wird, was ich euch gesagt habe." Aus unseren Herzen ringt sich in Erwartung des Pfingstfestes als Gebet der alte Hymnus:

Veni Sancte Spiritus,	Komm Heiliger Geist
Et emitte coelitus	Und schick vom Himmel
Lucis tuae radium.	Deines Lichtes Strahl.

Ein armes Volk sind wir geworden, arm an irdischen Gütern. Wir müssen aber gestehen, daß wir in den letzten Zeiten vielfach allzusehr dem Gelde nachgejagt und in der Erwerbung von Reichtum und Macht das Glück gesehen haben; der Sinn unseres Volkes wurde umdüstert durch den Hunger nach Gold. Es war arm geworden an Verständnis für Gottes Gnadengaben. Jetzt müssen wir lernen, was es heißt: „Selig sind die Armen im Geiste", und in der Erleuchtung des Herzens durch den Heiligen Geist wieder das Verständnis gewinnen für die rechte Bewertung und Verwendung der irdischen und himmlischen Güter.

Veni, Pater pauperum,	Komm, Vater der Armen,
Veni, dator munerum,	Komm, Spender der Gnaden,
Veni, lumen cordium.	Komm, Lichtquell der Herzen.

Nur der göttliche Geist, der uns diese Erkenntnis vermittelt, bringt uns Labung und Trost; er kommt als Gastfreund zu uns, sonst haben wir keinen Freund auf der Welt.

Consolator optime,	Du bester Tröster,
Dulcis hospes animae,	Der Seele hochwillkommener Gast
Dulce refrigerium.	Und ihre köstliche Labung.

Er vermag uns mehr zu schenken als die **Menschheitsbeglücker**, denen wir in unserer Torheit vertraut haben. Nur er kann unserem Volke im schweren Ringen der Gegenwart, da eine neue Zeit geboren wird, Ruhe bringen und Mäßigung in der Leidenschaft des Kampfes, wenn im wirtschaftlichen und politischen Streite die Gegensätze aufeinander prallen und Trost, wenn der Jammer ob des Unglückes unseres Volkes uns niederdrücken will und wir an der Zukunft verzweifeln wollen.

In labore requies,	In Erdenmüh' bist Du die Ruh',
In aestu temperies,	In Herzensglut das rechte Maß,
In fletu solatium.	Im Herzeleid ein süßer Trost.

Diese Gnadengaben aber werden unserem Volke zuteil, wenn die einzelnen Glieder ihre Herzen von dem himmlischen Lichte des Heiligen Geistes völlig und rückhaltlos durchdringen lassen.

O lux beatissima,	Du glückbringendes Licht,
Reple cordis intima	Durchdringe mit Deinem Strahl
Tuorum fidelium.	Deiner Gläubigen Herz.

Unser Volk muß zur Erkenntnis kommen, daß sein wahres Glück nur dann zu finden ist, wenn wir wieder das Wehen des Heiligen Geistes in deutschen Landen spüren. Der Weg, der uns fernab von Gott führte, ging ins Verderben.

Sine Tuo numine	Ohne Dein heiliges Walten
Nihil est in homine,	Geht die Menschheit
Nihil est innoxium.	Verderblichen Irrweg.

Auf diesem Irrweg hat sich unser liebes deutsches Volk beschmutzt. Schauen wir hin auf unser Theater, unser Kino, unsere **Literatur**, unsere **Kunst**! Da gilt es einen Augiasstall zu reinigen! — Vergleichen wir das Glaubensleben unseres Volkes mit der Glaubensinnigkeit des Mittelalters, dann sehen wir, daß seit der Reformation der **Rationalismus** immer tiefer sich eingefressen hat. Er entzog dem Innenleben unseres Volkes die besten Säfte und so ist es vielfach dürr geworden. Ueber diesen dürren Boden nun müssen wir in der Kraft des Heiligen Geistes die lebendigen Wasser des Glaubens fließen lassen, damit wieder ein neuer Frühling erblühe. — Unser Volk ist **wundgeschlagen**, wund durch den Krieg, noch mehr aber siech und wund durch das Gift der Gottlosigkeit, das man ihm eingeimpft hat. Ueberall brechen jetzt am vergifteten Volkskörper die Wunden auf. Da heißt es nun unser Volk wieder reinigen und neue Säfte ihm zufließen lassen und Samariterwerk an ihm verrichten, indem wir Oel und Wein in seine Wunden gießen, um es zu heilen. Nur in der Kraft des Heiligen Geistes werden wir das Werk vollbringen.

Lava quod est sordidum,	Was unrein ist, mach makellos,
Riga quod est aridum,	Was ausgedörrt, laß wieder grünen,
Sana quod est saucium.	Was wund und siech, mach wieder heil.

Unser Volk ist zu einem beträchtlichen Teil starr geworden. Es will sich vielfach nicht mehr bewegen lassen, seine Knie zu beugen vor Gott dem Herrn. In starrer Feindseligkeit stehen ganze Gesellschaftsschichten sich gegenüber, um einander niederzuzwingen durch das **starre Gesetz der Macht**. Da müssen nun wir gläubige Katholiken mitarbeiten, daß unser ganzes Volk wieder in Demut vor Gott dem Herrn sich neige und die Feindseligkeit der Gesellschaftsschichten sich löse. Unser Volk hat leider in weiten Kreisen die Herzenswärme der Frömmigkeit verloren, es ist lau und selbst kalt geworden. Kalt geworden ist ein großer Teil auch in **materialistischer Habsucht** gegenüber der Not des Nächsten und gegenüber der Not des Gesamtvolkes. Einzelne Gesellschaftsschichten wollen nur mehr sich selber kennen, die Wärme der Liebe zu den übrigen Volksgenossen haben sie verloren. Da müssen wir uns nun mühen, daß die heilige Gottesflamme wieder auf dem Opferherde unseres Volkes entzündet werde und das deutsche Land durchwärme und warme Liebe zum Nächsten nach Gottes Gebot und warmes Verständnis für den **christlichen Solidarismus** aller Stände wieder erwache. Ein nicht unbeträchtlicher Teil auch unseres katholischen Volkes ist in dieser Hinsicht in die Irre gegangen. Der größte Teil unseres deutschen Volkes aber hat leider schon seit Jahrhunderten den rechten Glaubensweg verloren. Da müssen wir nun alle mutig darauf hinarbeiten, daß die Getrennten wieder heimfinden. Unser katholischer Glaube muß in den Stürmen des deutschen Volkes aus den Fluten ragen wie ein Leuchtturm! Dann werden viele unserer edel denkenden Brüder, die jetzt hilflos hin und her irren, von selbst den Weg zu ihm finden. Die lauen Katholiken wieder heimzuführen, den irrenden Brüdern den Weg zur Kirche zu zeigen und alle Gesellschaftsschichten unseres Volkes wieder zu erfüllen mit der Ehrfurcht vor Gottes Gesetz, ist ein herrliches Ziel. Ist es erreicht, dann ist unser deutsches Volk wieder neu geboren.

Flecte quod est rigidum,	Was starr ist, biege,
Fove quod est frigidum,	Was kalt ist, wärme,
Rege quod est devium.	Was abgeirrt, bring wieder auf den rechten Weg.

Es mag uns dieses Ziel, mit menschlichen Augen betrachtet, unerreichbar erscheinen, aber auf Menschenkraft dürfen wir nicht bauen. Erreichen können wir es nur in der Kraft des Heiligen Geistes, der im Sakramente der hl. Firmung mit seinen sieben

Gaben in unser Herz gekommen ist. Die Gotteskraft vermag uns mit apostolischem Bekennermut zu erfüllen und durch sie werden wir Apostelwerk verrichten. Wir müssen in Wort und Werk wieder ganze, bedingungslose Katholiken werden, in unserem Privat- und Familienleben, in unserem Handel und Wandel. Dieses unser katholisches Bekenntnis muß ausstrahlen bis in die feinsten Verzweigungen unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens; es muß sich unverhüllt offenbaren in der Presse, in unserer Literatur und Kunst, auf der Tribüne unserer politischen Vertretungskörper und im ganzen öffentlichen Leben.

Da tuis fidelibus, Gib Deinen Gläubigen,
In Te confidentibus, Die auf Dich bauen,
Sacrum Septenarium. Deiner sieben Gaben heilige Fülle.

Freilich gehört dazu ein großer Mut, aber diesen Mut bekommen wir, wenn wir die Fülle der sieben Gaben des Heiligen Geistes, die Pfingstgnade, die Firmungsgnade in unseren Herzen wieder aufleben lassen. Als Lohn für diesen Mut ist uns verheißen des Heiles Vollendung, Freude und Ewigkeit.

Da virtutis meritum, Als des Mutes Lohn
Da salutis exitum, Gib uns des Heiles Vollendung,
Da perenne gaudium. Amen. Freude in Ewigkeit. Amen.

Ueber die Apostel und Jünger des Herrn, die früher aus Furcht vor den Juden sich versteckt hatten, kam am Pfingstfeste im Brausen eines gewaltigen Sturmwindes der Heilige Geist herab. Alle Furcht war mit einem Male von ihnen gewichen. Ueberirdische Kraft erfüllte sie. Sie gingen hinaus und eroberten die Welt für Christus. Und wie oft im Laufe der Geschichte hat unsere katholische Kirche in der Kraft des Heiligen Geistes den Völkern wieder ihre Erneuerung in Christus gebracht. Die Kraft des Heiligen Geistes, das herrliche Pfingstwunder, wird auch in diesem Zusammenbruch wieder die Erneuerung bringen. Wir müssen uns nur unserer katholischen Aufgabe bewußt werden und an uns selber die Bitte sich erfüllen lassen, welche die Kirche im Versikel zu unserem Hymnus stellt: „Emitte Spiritum Tuum et creabuntur", „Sende Deinen Geist in die Herzen deiner Katholiken und sie werden neu geschaffen werden". Dann wird auch das Responsorium zur Wahrheit werden: „Et renovabis faciem terrae", „Du wirst das Antlitz der Erde erneuern"

Der Menschheit Morgenlied.

Von Kooperator Joh. Ev. Seitz, München.

Motto: „Leise, leise nur lehne Dich an's Leben".
Ernst Knodt.
„Ein jeder fällt, der sich zu weit hinauslehnt in die Welt".
Hlatky, „Weltenmorgen".

Wir haben es erlebt, was „kraftvolle" Proteste und laute Kundgebungen vermögen, wenn die innere Kraft abhanden gekommen, das Feuer der Begeisterung erloschen ist. Solange dieses glühte, sahen wir erfüllt das Wort Emersons: „Wer begeistert ist, siegt naturnotwendig über den, der es nicht ist". Solange das deutsche Volk begeistert war, solange es getragen war vom Geiste der Selbstlosigkeit, des Opfersinnes und der Bruderliebe, war es unüberwindlich. Und es war um seine Macht und sein Ansehen geschehen mit der Stunde, da es die Welt mehr liebte, als seine Seele, da der Erdgeist, der Gewinn- und Wuchergeist, anfing, seine Triumphe zu feiern.

Die deutsche Seele muß wieder heimkehren von den unseligen Irrfahrten im Dienste des Erdgeistes. Parzival, der Tor, muß heraus aus den trügerischen, lockenden Zaubergärten Klingsors, die er „kindisch jauchzend" betrat. „Laßt ab! Ihr fangt mich nicht!" Ein Held, der also spricht, der als „keuscher Ritter", „tör'ger Reiner" sein Ohr verschließt dem Sirenengesang, als ob in „Schmachlüsternheit", Geld und Müßiggang des Lebens Seligkeit zu finden wäre. Heil dem Helden, der den Speer des Glaubens ergreift und damit das Zeichen des Kreuzes formend das Zauberschloß Klingsors als eitlen Spuk erweist, der jäh ins Nichts versinkt. Das ewig alte, ewig neue Lied, der Menschheit Morgenlied, das Richard Wagner am Schluß des 1. Aufzugs seines „Parzival" unter Glockenläuten so wundervoll verklingen läßt, heißt

„Selig im Glauben"!

Die deutsche Seele muß wieder den Gral suchen gehen, wenn sie Heil und Rettung finden will. „Aus tiefster Seele Heilesbuße zu ihm muß ich gelangen".

Fünfthalb Jahre, demnach solange als der Weltkrieg dauerte, läßt der Dichter Wolfram v. Eschenbach seinen Helden, den deutschen Ritter Parzival, betend und fluchend, kämpfend und blutend durch die Welt irren. „Der Ritter, den Furcht nie machte heiß", der Tor, der harmlose, der jedem Worte, das Fremde sprachen, blindlings glaubte und es nahm, wie es gesprochen war, hat das Gralsglück verscherzt. Fünfthalb Jahre hat Parzival Kämpfe sondergleichen bestanden, und zuletzt ist ihm auch das Aergste nicht erspart geblieben, der blutige Waffengang mit dem eigenen Bruder, dem Heiden Feirefiß. Wie nahe dem Dichter das Schicksal seines Helden geht, sagen die Verse:

„Ich kann's mir wahrlich nicht versagen,
Gar sehr muß ich den Streit beklagen;
Dieweil hier doch Ein Fleisch und Blut
Sich solches Leid einander tut".

Ein gütiges Geschick hat den Brudermord hintangehalten und läßt die beiden, die blutend im Grase sitzen und Atem zu neuem Ringen schöpfen, als Brüder sich erkennen, die einem Vater entstammen. Nun erklingt aus dem Munde der versöhnten Brüder ein Duett des Lobes und Ruhmes auf Gamuret, ihren Vater, der durch makellose Treue und Christensinn den Preis vor allem verdiente. „Welch unersetzlicher Verlust, daß dieser Vater sterben mußt'", während die Mutter fern in der Wildnis von Soltane einsam weint um Gatten und Kind.

„Die Mutter, die Mutter konnt' ich vergessen!
Ha! Was alles vergaß ich wohl noch?"

Was Parzival mit der Mutter noch alles vergaß in diesen fünfthalb, schweren Kriegsjahren, muß er sich am ersten Bußtag der Christenheit, am Karfreitag, von frommen Pilgern sagen lassen. Willig hört er die Klage des Greises an: „Heut' ist Karfreitag, daß Ihr's wißt . . .", und voll reuiger Wehmut und heißer Sehnsucht entringt es sich der gepreßten Mannesbrust:

„Einst dient' ich einem, der hieß Gott".

Ja solange das war, dieser unentwegt treue und kindlich vertrauende Dienst des Allerhöchsten, war Parzival selig, selig im Glauben trotz Ungemach und Enttäuschungen. Seit er ihm den Dienst gekündigt, seit er angefangen mit dem zu hadern, von dem seine Mutter Herzeleide gesagt: „Der helle Tag ist nicht so licht wie er, der menschlich Angesicht in Gnaden angenommen hat", seitdem ist ihm die Freude „ins Grab gestoßen", und „wuchern" ihm die Sorgen, und ist es Nacht geworden in seiner Seele. O, daß er sagen muß: „Einst dient' ich einem, der hieß Gott!". „Doch die Nacht mag noch so finster sein, noch immer hat der Sonne Schein den hellen Tag herbeigebracht". Von Trevrizent, dem frommen Einsiedel, der in einsamer Felsenhöhle betend und fastend „dem Himmel sich vorbereitend lebt", bekommt Gamuretens Sohn manch ernstes Wort zu hören: „Wehe Herr, daß ich Euch sehen muß also in dieser ernsten Zeit", aber auch Worte der Beruhigung und beseligenden Hoffnung fallen, wie des Himmels Tau, in die Seele des Ritters. Er mahnt ihn, sein Glück anderswo als bisher zu suchen. Er ruft: „Weh dir, Welt, wie tust du so? Du gibst uns Trübsal und Beschwer, du gibst uns Kummers Pein viel mehr, als Freuden". Trevrizent, der Büßer und Bußprediger, erzählt dem Parzival vom Gral und weist ihm die Bahn zum Friedensreich. — Die Zeit der Buße ist um, und jubelnd ruft es dem neuerkorenen Gralskönig entgegen:

„Du hast der Seele Heil errungen,
Des Lebens Freud im Leid erzwungen".

Parzival, wie ihn uns der Dichter vor mehr als einem halben Jahrtausend hingestellt in schier unbezwinglicher Sieghaftigkeit und größtem Elend zugleich, in seiner Gottverlassenheit und Gralssehnsucht, ist er nicht ein Bild des deutschen Volkes von heute? „Einst dient' ich einem, der hieß Gott". — Welt ohne Gott! Ist sie froher, seliger, seelisch reicher geworden? Oder hat doch Goethe recht mit der Meinung, jene Epochen der Geschichte seien die glücklichsten gewesen, in denen die Religion hochgehalten wurde? Und Wieland, der Patriarch am Musenhof zu Weimar, gewiß nicht verdächtig als Reaktionär in Weltanschauungsfragen, weist in seinem Artikel „Der Gebrauch der Vernunft in Glaubenssachen" auf die Bedeutung der Religion für das öffentliche Wohl hin, sowie auf die Stellung, die die Philosophie ihr gegenüber einzunehmen hat: „Der Glaube an Gott, nicht nur als an die erste Grundursache aller Dinge,

sondern auch als unumschränkten und höchsten Gesetzgeber, Regenten und Richter der Menschen, macht nebst dem Glauben an einen künftigen Zustand nach dem Tode den ersten Grundartikel der Religion aus. Diesen Glauben auf alle mögliche Weise zu bekräftigen und zu unterstützen, ist eines der würdigsten und nützlichsten Geschäfte der Philosophie, ist in Rücksicht der Unentbehrlichkeit desselben sogar Pflicht; ihn anzufechten und durch alle Arten von Zweifeln und Scheingründen in den Gemütern der Menschen wankend zu machen oder gar umzustoßen, kann nicht nur zu gar nichts helfen, sondern ist im Grunde um gar nichts besser als ein öffentlicher Angriff auf die Grundverfassung des Staates, wovon die Religion einen wesentlichen Teil ausmacht, und auf die öffentliche Ruhe und Sicherheit, deren Stütze sie ist. Ich trage also kein Bedenken, meinem unmaßgeblichen Rat ... hinzuzusetzen, daß das ungereimte und ärgerliche Disputieren gegen das Dasein Gottes, ingleichen das öffentliche Bestreiten der Lehre von der Unsterblichkeit der Seele, für ein Attentat gegen die bürgerliche Gesellschaft erklärt und durch ein ausdrückliches Strafgesetz verboten werden sollte. Die Philosophie hat nützlichere Dinge zu tun, als die Schärfe ihrer Werkzeuge an den Grundpfeilern der moralischen Ordnung und an dem, was zu allen Zeiten der Trost und die Hoffnung der besten Menschen gewesen ist, zu probieren".

Wieland, der in seinem „Teutschen Merkur 1789" einen sehr gehäßigen Angriff des Apostaten Jagemann gegen die katholische Herz-Jesu-Verehrung widerlegte, sagt, daß die Menschen, wofern die Religion an ihnen auch den edelsten Zweck verfehlte, doch ohne den Zaum, den sie ihnen anlegt, schlimmer, oder ohne die Hoffnung, die sie ihnen gibt, unglücklicher sein würden, als sie sind. So viel steht fest. Nehmt einem Volk die Hoffnung und die Kraft der Religion und ihr habt es unfehlbar noch weit unglücklicher gemacht, als es beim größten Elend und der bittersten Schmach schon sein kann. „Es wurde mir klar, daß es doch etwas Trostvolles ist, ein ewiges Vaterland zu kennen, das in Liebe leuchtet, wenn das irdische in Haß verglüht. Ich lachte des Glaubens und hielt mich für weise. Da ward ich des Lachens nicht froh; denn ich sah mein Vaterland bluten und weinen. Atheist zu sein auf diesem Friedhof einer Nation, ich kann es nicht. Nicht die Hölle macht mir bange, aber der Gedanke drückt mich, es lebt ein Gott, und du stehst ihm ferne. Hoch juble meine Seele, daß ich die Stunde erleben durfte, wo ich knieend sagen kann: „Ich glaube, ich glaube an Gott; das Wort ist der Menschheit Morgengesang.

Dieses Glaubensbekenntnis legte der Franzose Lavredon ab in einer Zeit, als Frankreich in größter Bedrängnis war. Ihm war es ein Unding, Atheist zu sein auf dem Friedhof einer Nation. Deutschlands Totengräber, Politiker des Bankrotts sind sie alle, die Deutschland aus einem Friedhof zum Paradies machen wollen und damit beginnen, den Einfluß der Kirche zu mindern und die Religion aus dem Lehrplan der Schule zu streichen. Was Novalis vor mehr als hundert Jahren schrieb, klingt wie eine Prophetenmahnung für heute: „Nur die Religion kann Europa wieder auferwecken und die Völker versöhnen . . . und die Religion muß alle irdischen Verhältnisse, vor allem deren Gesamtausdruck, den Staat, beseelend durchdringen . . . Alle eure Stützen sind zu schwach, wenn euer Staat die Tendenz nach der Erde behält. Aber knüpft ihn durch eine höhere Sehnsucht an die Höhen des Himmels ... dann werdet ihr eure Bemühungen reichlich belohnt sehen." Letztere Worte ins Stammbuch denen, die vom „Wiederaufbau" reden und Pläne entwerfen. Der edle Romantiker Novalis begnügte sich nicht damit, zu klagen oder anzuklagen. Schaffensfroh ruft er in die morgenfrische Zukunft hinaus:

„Helft uns nur den Erdgeist binden;
Lernt den Sinn des Todes fassen
Und das Wort des Lebens finden;
Einmal kehret um".

Will dieses „einmal" nicht bald kommen? Will Deutschland, Europa, die Welt sich nicht wieder am Christentum orientieren? Ein Europa ohne Christentum kann der Seher sich nicht denken: „Religion ist der große Orient in uns". Wann wird der Glaube nach Wielands Rat oberste Staatsmaxime werden? Kommt nach den fünfthalb Jahren furchtbaren Krieges für Parzival, den herrlichen deutschen Helden, nicht endlich einmal Umkehr und Einkehr und das Suchen nach dem heiligen, himmlischen Gral? Wann erklingt der Menschheit Morgenlied: „Selig im Glauben"; „Ich glaube"; „Nun dien' ich einem, der heißt Gott?".

Die Pfingstidee.

Von Prof. Dr. Johannes Chr. Gspann, St. Florian, Oö.

Wie die Ostern sind auch die Pfingsten ursprünglich ein Hochfest der Juden gewesen. Und wie der ganze Alte Bund eine Silhouette des messianischen Reiches ist und alle Einrichtungen, Gesetze, Zeremonien nur insofern Bedeutung hatten, als sie auf den Neuen Bund verwiesen, so sind auch die Ideen der jüdischen Ostern und Pfingsten Vorbilder der messianischen Ostern und Pfingsten.

Die Ostern sind ein Frühlingsfest und zeigen nach der religiösen Seite die Errettung aus der ägyptischen Knechtschaft, das neue Leben unter dem besonderen Schutz Jahves, das Rote Meer, angefüllt mit den Soldaten und Kriegswagen des Bedrückers Pharao. Im Neuen Testament sind die Ostern wieder ein Frühlingsfest, versinnbildend die Auferstehung des Mikrokosmos, zeigen die Errettung aus der Sünde und dem Tode, den Taufbrunnen, angefüllt mit den Sünden. Die Osterliturgie ist voll von Anspielungen auf die Taufe, deren herrliche Wirkungen das deutlichste subjektive Auferstehungsbild sind.

Die Weihnachten sind das Fest des ewigen Vaters, der die Welt so sehr geliebt hat, daß er seinen eingeborenen Sohn für sie dahingab (Joh. 3, 16). Die Ostern sind das Siegesfest des Sohnes, der „unseren Tod durch sein Sterben vernichtete", wie die Kirche singt. Pfingsten sind das Fest des Heiligen Geistes. In diese goldene Trias, das erste und übernatürlichste Geheimnis der christlichen Religion, ist das farbenfrohe Gemälde des katholischen Kirchenjahres eingespannt. Das Kirchenjahr in seiner wundersam weisen Anordnung ist so ein Kunstwerk, denn nach St. Augustin und Thomas von Aquin ist jedes wahre Kunstwerk auf triadischer Grundlage aufgebaut, das Schöne auf die lichtvolle Einheit in der Mannigfaltigkeit. Hat ja Gott selber das vornehmste Kunstwerk der sichtbaren Schöpfung, den menschlichen Körper, nach dem goldenen Dreischnitt gebaut. Arnold, Zeising, Jessen und besonders G. Th. Fechner in seiner Vorschule der Aesthetik erzählen wahre Wunderdinge, wie oft am menschlichen Körper (Hand, Fuß, Arm, Finger, Gesicht usw.) die Dreizahl wiederkehrt.

Das Kirchenjahr ist aber nicht nur ein Kunstwerk, sondern entspricht auch den Anforderungen der Wissenschaft. Nach der philosophia perennis versteht man unter Wissenschaft die Zurückführung eines Ergebnisses, einer Wahrheit, einer Hypothese auf die obersten Prinzipien. Kann der vom Glauben erleuchtete Verstand noch weiter zurückgehen als auf das Geheimnis der heiligsten Dreifaltigkeit?

Wenn wir aus dem Goldrahmen das Pfingstbild herausnehmen und seine Idee zu verstehen suchen, dann müssen wir das Gemälde selber, den Inhalt, eingehend betrachten und ihn auf die Person des Geistes Gottes zurückführen. Auf das Pfingstbild mit seinem Negativ im Alten Testamente, so wie wir es eingangs von Ostern angedeutet haben, muß das übernatürliche Pfingstlicht fallen, um es verstehen zu können.

Um die Pfingsten des Alten Bundes ranken sich heilige Erinnerungen. Die Juden begingen sie zum Andenken an die feierliche Gesetzgebung auf Sinai. Sieben Wochen nach der ersten Passahfeier, 1500 Jahre vor dem ersten Ostersonntag, gab Gott unter Donner und Blitz das „Gesetz der zwei Tafeln", das Sittengesetz des ganzen Menschengeschlechtes, dem Offenbarungsvolk geoffenbart, allen übrigen in das Herz geschrieben (Rm. 2, 14 ff.). Später kam noch ein äußerer Anlaß dazu, die Pfingsten wurden fröhliches Erntedankfest. Getreu den Worten Jahves: „Das Fest der Wochen sollst du halten mit den Erstlingen der Früchte deiner Weizenernte" (2. Mſ. 34, 22).

Erntedankfest! Selbst in unserer verflachten prosaischen Zeit sind Weinlese und Erntefeiern noch Volksfeste. In den Sagen der Heiden hat Gott selber die Menschen den Weinbau und die Kultur der heiligen mütterlichen Erde gelehrt. Welch ein Volksfest mag es gewesen sein, umwoben von religiösem Schimmer, als die Juden noch tiefgläubig waren, aus der Religion heraus lebten und in Jahve ihren unendlich gütigen Vater sahen! Versetzen wir uns im Geiste 1000 Jahre vor Christus zu Pfingsten in die wunderschöne Stadt Jerusalem:

„Durch alle Tore strömt das Volk herein
Im Festgewand mit reichgefüllten Händen.
Dem Gott der Saat die Erstlingsfrucht zu spenden
Von seiner Felder fröhlichem Gedeih'n.

Und alles eilt und fliegt zur Stadt hinaus,
Wie Meeresfluten schwillt der Opf'rer Menge.
Sie ordnet sich — und zu Jehovas Haus
Wallt hin der Zug mit fröhlichem Gepränge."
Nikolaus Heilmann.

Diese beiden Pfingstgedanken des Alten Testamentes haben einen sehr innigen religiös-psychologischen Zusammenhang, ja spiegeln die ganze Heilsökonomie der Synagoge. Diese Heilsökonomie ist eine zeitliche, relative, vorbildliche. Solange die Juden am Gesetze hingen, ging es ihnen gut, verließen sie den Weg der Gebote, so kamen sie in Armut und Elend. Dieser Segen für den Gehorsam ist ergreifend zu lesen im 5. Mſ. 28, 1 ff.: „Wenn du die Stimme des Herrn, deines Gottes, hörst, daß du alle seine Gebote tust und hältst, die ich dir gebiete, so wird dich der Herr, dein Gott, höher machen denn alle Völker, die auf Erden sind. Und es werden über dich kommen alle diese Segnungen und dir zuteil werden, wenn du nur seinen Geboten gehorchst. Gesegnet wirst du sein in der Stadt und gesegnet auf dem Felde. Gesegnet die Frucht deines Leibes und die Frucht deines Landes und die Frucht deines Viehes und die Herden deiner Rinder und die Ställe deiner Schafe. Gesegnet deine Scheunen und gesegnet dein Getreide."

Wie das ganze Gesetz, Heilsökonomie und liturgischer Apparat, so fanden auch die Pfingsten ihre Erfüllung im messianischen Reich. Von der Synagoge in ihrer überreichen typischen Bedeutung gilt das Wort:

„Und der Wahrheit muß das Zeichen,
Und die Nacht dem Lichte weichen,
Nacht und Schatten hat ein End."

So verwundern wir uns nicht darüber, daß auch die Pfingsten des Neuen Bundes Feiern der Gesetzgebung und Erntefest sind.

Feier der Gesetzgebung? Ja, wie denn? Die Pfingsten sind das Hochfest der Heiligung, der Begnadigung, der Ausgießung des Heiligen Geistes. St. Paulus wird nicht müde, im Römerbrief den Unterschied zwischen Gesetz und Gnade zu erörtern. Das messianische Reich ist das Reich der Gnade, an die Stelle des Gesetzes ist die Gnade getreten. Und seit Pfingsten heiligt der Geist die Herzen der Menschen. Nicht wie das Kind gehorcht, das den Zorn der Mutter fürchtet, gehorcht der Bürger des messianischen Reiches, sondern wie das Kind gehorcht, das die heißgeliebte Mutter nicht betrüben will. Die heiligmachende Gnade verleiht uns die Uebernatur, sie ist unzertrennlich verbunden mit der göttlichen Tugend der Liebe. Und wie das Kind durch die Erzeugung nicht nur das Leben bekommt, sondern auch die Potenzen, die Lebenskräfte, um das Leben entfalten zu können, so verleiht die Gnade für das übernatürliche Leben den Kindern Gottes auch die übernatürlichen Lebenspotenzen.

So ist die Gesetzgebung zu Pfingsten zu verstehen! Der Prophet Ezechiel hat sie mit den Worten vorausverkündigt: „Ich will euch ein neues Herz geben und einen neuen Geist in euch legen — ich will meinen Geist in euch legen und machen, daß ihr nach meinen Geboten wandelt . . . Ihr sollt mein Volk sein und ich werde euer Gott sein" (36, 26).

Die Pfingsten sind das erste Erntefest der jungen katholischen Kirche. „Die nun sein (des heiligen Petrus) Wort annahmen, wurden getauft, und an diesem Tage kamen bei 3000 Seelen dazu" (Apg. 2, 41). Was bedeuten die Weizenerstlinge seit 1500 Jahren gegen diese kostbaren Erstlinge!

Noch haben wir aber die eigentliche Pfingstidee nicht erfaßt. Warum werden Gesetzgebung und Erntefest, deren Zusammenhang offensichtlich ist, dem Heiligen Geiste zugeschrieben? Sind nicht alle göttlichen Werke nach außen der Heiligsten Dreieinigkeit gemeinsam, weil es ja in Gott nur eine einzige Natur gibt? Da belehrt uns die Offenbarung darüber, daß solche Werke und Eigenschaften Gottes in besonderer Weise einer göttlichen Person zugeschrieben werden, die eine geheimnisvolle Verwandtschaft mit dem ewigen Ausgang der betreffenden göttlichen Person haben. Die Schule nennt das appropriatio. Der Geist hat seinen ewigen Ausgang durch den Willen, durch die Liebe Gottes; der Sohn, das Wort ist der ewige, persönliche Verstand Gottes. Als der Geist der Liebe ist der Heilige Geist im Reich der Uebernatur der Allbelebende und Allbefruchtende. So wird ihm die Verleihung der Gnade, des übernatürlichen Lebens, der übernatürlichen Liebe in unserer Seele zugeschrieben. Der Belebende und Befruchtende aber und Erntefest — das braucht man nur zu hören, um es gleich zu verstehen.

Draußen in Gottes wunderschöner Natur geht alles der Reife entgegen, die Sonne steigt dem Zenit zu. Durch Gottes Vorsehung, die alles lieblich ordnet, fallen die Pfingsten in eine Jahreszeit, in der die Natur den hellen Widerschein der Festidee bildet. Es blühen Blumen ohne Zahl, voll Duft und Farbenschönheit. Frau Erde prangt im Brautkleid. „Sie lacht in den sonnigen Himmel hinauf und möchte vor Lust vergeh'n."

Und wieder erinnert Frau Erde als Braut an den Geist der Liebe. Dieser schwebte einst, als Gott die Gründe der Erde legte und ihm die Engel zujauchzten (Job. 38, 7), als der Allbefruchtende über dem Universum (Gn. 1, 2), senkt sich heute ins Menschenherz, um übernatürliche Liebe und übernatürliches Leben zu bringen, Gesetz und Ernte, „weckend alle Lebenskeime, senkt er sich ins Menschenherz" und ist als Geist der Liebe und des Lebens Bräutigam der wunderschönen Erde.

„Liebend sinkt er heut' hernieder
Auf die bräutlich schöne Flur;
Seinem Hauche schlagen wider
Alle Pulse der Natur."
Nach Henriette Gottschalk.



Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Spa verschoben — Krisis in Italien.

Die Konferenz von Spa wird nun wirklich hinausgeschoben, wenigstens um einen Monat. Die Franzosen betrachten das als einen Erfolg der Sabotage-Politik, die sie seit dem unbequemen Abkommen von San Remo betrieben haben. Lloyd George hat dem Drängen Millerands nachgegeben und läßt durch seine Reuter-Agentur verkünden, das sei aus Rücksicht auf Deutschland geschehen, da es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Konferenz mitten in die deutschen Reichstagswahlen fiele, und da es für alle Teile vorteilhaft wäre, wenn die deutschen Vertreter auf der Konferenz das Vertrauen des neuen Reichstags genössen. Das sieht wie eine überraschende Zärtlichkeit aus; aber die Herren wußten schon, als sie die Einladung erließen, daß die deutschen Wahlen zu Anfang Juni angesetzt waren. Maßgebend war offenbar der heiße Wunsch der Franzosen, Zeit zu gewinnen, und den letzten Ausschlag hat wahrscheinlich die plötzlich ausbrechende Krisis in Italien gegeben. Den französischen Friedensstörern ist die Hilfe gerade von dorther gekommen, wo sie die Wurzel der versöhnlichen Richtung vermuteten.

Das italienische Parlament beschloß mit 193 gegen 112 Stimmen die sofortige Beratung einer an sich nebensächlichen Angelegenheit der Postverwaltung, obschon der Ministerpräsident widersprochen und sogar die Vertrauensfrage gestellt hatte. Dabei leitete ihn vermutlich die Absicht, die schleichende Unsicherheit in den dortigen Parteiverhältnissen, die das Ansehen der Regierung gefährdete, durch eine klärende Krisis zu beendigen. Die bei den letzten Wahlen erstarkte katholische Volkspartei gab den Ausschlag zugunsten des von Nitti verworfenen Antrags. Soweit man die Motive übersehen kann, ließ sie sich dabei einerseits von sozialpolitischen Erwägungen leiten, aber zugleich auch von dem Bestreben, die Regierung zu Zugeständnissen in der Schulfrage zu nötigen. Auf keinen Fall war es die Absicht der katholischen Volkspartei, die Friedenspolitik zu stören, die von Nitti eingeleitet worden war. Die unbeabsichtigte Wirkung des innerpolitischen Schrittes kam aber leider den französischen Haß- und Rachepolitikern zugut.

Als Nitti sein Entlassungsgesuch einreichte, verlor Lloyd George seinen Sekundanten von San Remo. Bis zum 25. Mai war vielleicht die Ernennung neuer Minister in Italien möglich; aber der Personenwechsel macht doch eine längere Frist für die Einarbeitung in die hochpolitischen Fragen notwendig. Der Oberste Rat, der durch die Zurückhaltung Amerikas schon von vier auf drei zusammengeschmolzen war, hätte in Spa gegenüber den deutschen Vertretern nur noch zwei wirkliche Machthaber aufgewiesen, und zwar zwei mit divergierenden Tendenzen. So kann man es sich wohl erklären, daß Lloyd George schließlich in die Vertagung willigte.

Die Krisis in Italien ist nicht leicht zu lösen. Das Land entbehrt noch des Hilfsmittels einer festen Koalition. Der Führer der katholischen Volkspartei hat die Bildung des neuen Ministeriums abgelehnt, und er wird wohl recht haben in der Erkenntnis, daß die neue Partei noch nicht stark genug sei, um gegen die Freimaurer, die Nationalisten und die Linksradikalen die

verantwortliche Leitung der Geschicke durchzuführen. Bezeichnend ist es, daß man den alten Giolitti, der während des Kriegstaumels als Landesverräter geächtet war, für den berufenen Staatsmann der Jetztzeit hält. Giolitti sträubt sich vorläufig, da er seine Zeit noch nicht für gekommen hält. Bleibt er bei der Weigerung, so kommt eine Umbildung des Kabinetts unter Nitti ernstlich in Betracht. Im Notfalle könnte Nitti vielleicht durch Neuwahlen sich die gesicherte Stellung verschaffen, die ihm bisher abging.

Der Aufmarsch zu den Wahlen
hat allseits mit kräftigerer Agitation eingesetzt. Die Parteien haben alle ihre Wahlaufrufe veröffentlicht. Kurz, packend und klar ist der Wahlaufruf der Bayerischen Volkspartei. In der Begründung, die Lloyd George der Verschiebung der Spaer Konferenz gegeben hat, wird gewünscht, daß die deutschen Vertreter auf der Konferenz in Spa auch das Vertrauen des neuen Reichstages genießen müßten. Darin steckt die Andeutung, daß die Entente genau so, wie weiteste Kreise Deutschlands, von den Neuwahlen eine Aenderung der bisherigen Koalitionsregierung und des Regierungskurses erwartet. Sache der Wähler ist es, dafür zu sorgen, daß auf keinen Fall eine Linksmehrheit wiederkommt. Kein Katholik darf seine Stimme einem Sozialdemokraten geben. Wer daran noch zweifelt nach dem kläglichen Versagen der Sozialdemokratie in der inneren und äußeren Politik, der lese doch die kleine Schrift des angesehensten deutschen Sozialpolitikers, des Jesuitenpaters Viktor Cathrein, die in Freiburg bei Herder erschienen ist: Sozialdemokratie und Christentum oder darf ein Katholik Sozialdemokrat sein? Noch immer hat trotz aller Koalitionsfreundschaft das Wort Bebels Geltung: „Christentum und Sozialismus stehen sich einander gegenüber wie Feuer und Wasser". Drum steht der Feind in erster, zweiter und dritter Linie links.

Die Räumung Frankfurts.
Zu der unangenehmen Nachricht von der Verschiebung der Konferenz in Spa kommt noch wenigstens eine tröstliche Tatsache. Nachdem unsere Regierung anzeigte, daß die deutsche Truppenstärke in der neutralen Zone auf das vertragsmäßige Maß zurückgeführt sei (auch nach der französischen Formationsrechnung), hat General Nollet dort kontrollieren lassen und vorläufig berichtet, daß die Richtigkeit der deutschen Angaben sich „voraussehen" lasse. Daraufhin hat Marschall Foch einen Offizier nach Kassel geschickt zu Verhandlungen über die Räumung des Maingaues, und von Paris aus wird erklärt, die Räumung werde durchgeführt werden, sobald die Ergebnisse der Kontrollarbeiten offiziell bekannt seien. Tatsächlich hat die Räumung Frankfurts und des Maingaues am Montag, den 17. Mai, früh von 4 Uhr ab begonnen. 40 Tage lang mußten deutsche Lande den schmählichen und feigen Rechtsbruch des französischen Militarismus und die Schmach der Besetzung durch farbige Franzosen aushalten. Schwarze Franzosen haben unschuldiges deutsches Bürgerblut vergossen und selbst das Goethehaus geschändet. Noch im Abzug hat die französische Soldateska Beweise des hysterischen Angsthasses der französischen Generäle sehen können. Aus Angst, es könnten deutsche Männer ob des unschuldig vergossenen Blutes und all der anderen Gemeinheiten der schwarzen Franzosen Rache an den Offizieren oder den Soldaten nehmen, forderte die französische Behörde für Montag früh die Stellung von Geiseln, und zwar: Regierungspräsident Coßmann, Oberbürgermeister Voigt, Polizeipräsident Ehrler, Stadtverordnetenvorsteher Hopf, Stadtrat Dr. Rumpf, Stadtverordneter Lion. Außerdem mußte eine Bürgschaftssumme von 1 Million Mark hinterlegt werden. Die farbigen Franzosen sind abgezogen, aber die Erinnerung an sie und die dem wehrlosen Deutschland durch sie angetane Schmach wird kein deutscher Mann und vor allem keine deutsche Frau vergessen.

Die Apostolische Nuntiatur in Berlin.
Erfreulich ist die Meldung, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der deutschen Regierung jetzt endgiltig und in der denkbar besten Weise geordnet sind. Der neue Botschafter des Deutschen Reiches beim Hl. Stuhl ist in feierlicher Weise vom Papste empfangen worden, und zwar mit besonderer Huld und Herzlichkeit. Nunmehr hat der Kardinalstaatssekretär in aller Form um das Agrément nachgesucht für die beschlossene Ernennung des Msgr. Pacelli, des bisherigen Nuntius in München, zum Nuntius in Berlin. Die Zustimmung der deutschen Regierung ist selbstverständlich, da Msgr. Pacelli schon von seiner bisherigen Wirksamkeit her und namentlich von seinen amtlichen Besuchen in Norddeutschland eine persona valde grata ist.

Laienhilfe in der Seelsorge.

Von Rechtsanwalt Schmitz-Prönen, Köln.

Wir stehen zwischen Ostern und Pfingsten. Nicht nur im Laufe des gegenwärtigen Kirchenjahres; nein, auch in der Entwickelung unseres Volkes.

Geht es unserm Volke nicht ähnlich? Haben wir nicht auch einen Karfreitag erlebt, der die Hoffnung zerschellte auf den Sieg des Deutschtums und gleichfalls auf die innere Gesundung des Volkes, aus dem Wesen des Deutschtums heraus? Lebt nicht auch in uns zwar der Glaube an Christus, an das Christentum, während wir aber vielfach die Türe geschlossen halten aus Furcht vor den Feinden?

Aber wie Christus seinen Jüngern den Hl. Geist gesandt hat, so wird er auch uns senden den Geist der Weisheit, des Verstandes und der Wissenschaft, der Gottesfurcht und Frömmigkeit, den Geist des Rates und der Stärke und uns mit Petrusgeist, mit Apostelgeist erfüllen, wenn wir guten Willens sind und um die Herabkunft des Hl. Geistes ernstlich flehen.

Und aus den Gläubigen werden Helfer erstehen, wie einst im Stande der Diakonen, der gottgeweihten Witwen und Jungfrauen, wie später in den Angehörigen des Subdiakonats, der vier niederen Weihestufen, den Orden und den immer wieder neuerstehenden Laienorganisationen.

Gewiß täte uns eine Erweckung des Laientums für Hilfe in der Seelsorge not. Etwa so, wie sie sich im Laufe des gegenwärtigen Jahrtausends ausprägte in den drei großen Bewegungen, die man bezeichnen kann als: eine franziskanische, eine ignatianische, eine vinzentinische.

Wie wichtig es ist, mit aller Macht auf eine Belebung der Laienhilfe hinzustreben, ergibt sich, wenn wir erwägen, wie weite Arbeitsfelder zu bearbeiten sind. Da es sich um Hilfe in der Seelsorge handelt, so knüpfen wir an deren dreifache Aufgabe an, wie sie bezeichnet wird mit den Worten: Priesteramt, Lehramt, Hirtenamt.

Die Aufgaben des Priesteramtes sind im wesentlichen bestimmt durch die Verwaltung der Sakramente und die Feier des Erhabensten alles Sakramentalen, des Meßopfers. Aufgabe der Laienhilfe in der Seelsorge wäre es, in jeder Weise für möglichst würdige kirchliche Feiern und peinlichste Ordnung zu sorgen. Weiterhin kommen die Dinge in Betracht, welche aus dem Gottesdienst hervorgewachsen sind. Zunächst die Mysterienspiele, welche im Mittelalter auf der Straße aufgeführt wurden, mit denen wir aber heute in die Säle gehen mußten. Nicht nur zu Vorstellungen für fromme Seelen, auch nicht nur zur Erbauung ästhetisch interessierter Gebildeten; nein, wir müssen auf die Straßen und an die Zäune gehen. Denn wir müssen der gesamten Welt, nicht nur der kirchentreuen, wieder mehr Schönheit und Freude bringen. Hierzu muß uns zumal der Gedanke führen, daß mancher die Last der Gebote leichter tragen würde, wenn seiner Seele durch Schönheit und Freude Schwingen verliehen würden. Sodann müßte man sich bemühen, durch Förderung des religiösen Dramas auch an die Kreise heranzukommen, denen das Mysterienspiel nicht zusagt. Und da kann nur gelten: Je mehr solche Aufführungen nach außen hin die kirchliche oder katholische Etikette vermeiden, desto besser ist es. Daher sind allgemein zugängliche Aufführungen im Stadttheater am wirkungsvollsten. Wir sollten uns von dem Gedanken leiten lassen, daß die dramatische Kunst aus der Liturgie herausgewachsen ist, und daß die Welt durch das religiöse Schauspiel über das Mysterienspiel wieder zur Liturgie zurückgeführt werden sollte.

Verwandt mit der dramatischen Kunst sind auch die Prozessionen, die als Bewegung einer geordneten Masse dem Wesen nach denselben Charakter aufzuweisen haben. Auch hier könnte manches würdiger sein. Ferner wäre zu wünschen, daß es wieder mehr üblich würde, sich in Haus und Feld des Kirchenliedes, der Kirchenmusik zu erinnern. Auch die Oratorien, die von kirchlicher Seite eingeführt wurden, sollten wieder mehr Beachtung finden.

Während es sich auf dem Gebiet des Priesteramtes vornehmlich um Förderung des Schönen handelt, ist es Sache des Lehramtes, der Wahrheit zu dienen. Die Kirche steht hier in weitestgehendem Maße im Wettstreit mit den weltlichen Bestrebungen zur Volksbildung und Volksaufklärung, Bestandteile der sogenannten Volkspflege. Gewiß stehen ihr vorzügliche Mittel zu Gebote, das Wort Gottes zu verbreiten:

Christenlehre, Predigt, Missionen usw. Kirchenzeitungen und Tagespresse, Standesorgane und Familien-Zeitschriften, volkstümlich und wissenschaftlich gehaltene Broschüren, Kalender und Flugschriften tragen katholischen Charakter. Für Volksbildung und Volksaufklärung dienen ferner noch besondere Vereine. Der große Borromäusverein, zu dem sich neuerdings die Bildungsausschüsse gesellen, die Sittlichkeitsvereine und das Kreuzbündnis leisten wahrhaft Großes. Aber man kann sagen, daß man doch vielfach predigt und arbeitet in Presse und Vereinen für diejenigen, die es nicht — oder doch nicht so sehr — nötig haben, während man an die anderen nicht herankommt. Um dem abzuhelfen, wäre erforderlich, daß man religiöse Vorträge auch außerhalb der Kirche abhält und zwar in Sälen, in welchen sich nicht gewöhnlich nur gläubige Katholiken einfinden. Denn sonst kommen nicht die richtigen. Auch wäre zu erwägen, ob nicht wie anderswo (London, Wien) Vorträge auf öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Anlagen in Betracht zu ziehen wären. Vermutlich kommen wir auch in die Lage, für den Unterricht der Kinder außerhalb von Kirche und Schule zu sorgen. (Laienkatechese.) Dringend notwendig wäre eine Hauskolportage, sowie eine Organisation des kleinen Händlertums auf dem Gebiet des Bücherwesens. Soweit letzteres guten Willen hat, müßte es besonders beraten und unterstützt werden. Ungemein wichtig wäre endlich die Errichtung von Volksheimen, Gemeinschaftsstuben, Räumen, in denen man einen angenehmen Aufenthalt, sowie geeignete Lektüre und zuvorkommenden Rat oder Vermittelung von Auskünften finden würde.

Darüber hinaus müßten wir uns bemühen, an die Einzelpersonen heranzukommen, an Mann und Frau, Jugend und Greis, in Haus und Werkstatt, auf der Straße und auf dem Wege zu Stätten des Vergnügens und des Verderbens. Schon im Rahmen von Priesteramt und Lehramt vermischt sich vielfach die Sorge für die Seele mit einer mehr materiellen Hilfe. Da Leib und Seele untrennbar zusammengehören, läßt sich dies nicht vermeiden. Besonders stark zeigt sich diese Vermischung im Rahmen des Hirtenamts. Hier handelt es sich um Akte der Barmherzigkeit zur Abhilfe in Einzelnot. Es hat jemand gesagt, man könne niemandem von Gott reden, so lange ihn der Hunger quäle. Daher werden die Werke der geistigen Barmherzigkeit, die hier besonders betont werden müssen, häufig zu ergänzen sein durch Leistung der Barmherzigkeit. Insbesondere sind zu erwähnen: einerseits die Familienfürsorge und andererseits die Fürsorge für Einzelpersonen. In der Familienfürsorge können die mannigfachsten Tatsachen Anlaß zum Einschreiten geben. Gewisse Ereignisse, wie Bekanntschaft und Eheschließung, Geburt, Kinderbeichte, Kommunion usw. — oder auch Ehezwist, Gefährdung der Kinder, weiterhin Krankheit und sonstiges Unglück verlangen nach mannigfacher Hilfe. In allen Fällen müssen wir neben etwaiger materieller Hilfe auch Seelenhilfe leisten und diese als das wichtigste betrachten.

In der Familienfürsorge sind vornehmlich die Vinzenz- und Elisabethenkonferenzen tätig. Sie beschränken sich jedoch vielfach nur auf die materielle Unterstützung; infolgedessen wird es sich empfehlen, unter Schonung der alten Gruppen besondere Gruppen, Apostolatsgruppen zu bilden. Doch die kürzeren Besuche, wie sie in dieser Art Familienfürsorge üblich sind, genügen in vielen Fällen nicht, weder in leiblicher noch in geistiger Beziehung. Hier schafft Abhilfe die sogenannte Haushaltsfürsorge, wie sie besonders von den Tertiaren des hl. Franziskus und des hl. Dominikus ausgeübt wird. Diese besteht darin, daß man für längere Zeit, Tage, Wochen, ja Monate die Verrichtung der häuslichen Arbeiten, wie Kochen, Putzen, Waschen, Bügeln übernimmt, und vor allem auch, soweit erforderlich, die Krankenpflege. — In ähnlicher Weise wie bei der Haushaltsfürsorge müßte eingegriffen werden, wenn etwa der Hausherr verhindert ist, der Führung seines Geschäftes nachzugehen.

Neben der Familien-Fürsorge kommt in Betracht die Fürsorge für Einzelpersonen. Es handelt sich hierbei um solche, die nicht im Familienverbande leben und in diesem Sinne heimlos sind. Daher reden wir kurz von der Heimlosenfürsorge. Heimlos im eigentlichen oder übertragenen Sinne sind Waisenkinder und alte Leute sowie alle Vereinsamten. Heimlos sind auch die, die Charakterveranlagung oder Unglück oder Sünde aus der Familie vertrieben hat — es sind die Verbitterten, Verzagten, es sind die verwahrlosten und gefährdeten Jugendlichen, die Unterlegenen im Lebenskampf, die Straffälligen und entlassenen Gefangenen, es sind die chronisch Arbeitslosen, die Obdachlosen. Heimlos sind ferner die, welche infolge des heutigen Wirtschaftslebens und der Freizügigkeit aus dem Familienverband herausgeführt werden. Vor allem handelt es sich um junge Leute, die in Familien, Gasthöfen, Gewerbebetrieben, Handelshäusern usw. Beschäftigung finden. Diese schon bei ihrer Ankunft an ihrem Arbeitsort zu erfassen, wäre die erste Aufgabe. Darum wäre eine Bahnhofsmission nicht nur für und durch weibliche Personen notwendig. Auch genügen nicht Stellennachweise von Vereinen oder die Ledigenheime des Gesellenvereins oder des Mädchenschutzvereins, sondern es müßte ein allgemeiner Stellen- und Wohnungsnachweis auf christlicher Grundlage bestehen und ausreichend für geeignete Unterbringung in Familien oder Heimen gesorgt werden.

In all diesen Fällen handelt es sich um Personen, die sich hinsichtlich ihres Alters, Standes oder auch ihrer Charakterveranlagung sowie wirtschaftlicher Verhältnisse herausheben.

Entsprechend der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Ständen und Lebensaltern bei den Hilfsbedürftigen sei auch eine besondere Standeshilfe empfohlen, ein besonderes Standesapostolat. Man kann so sagen, die Jugend soll die Jugend retten, der Kaufmann seinen Kollegen, die Jungfrau ihre gefährdete Schwester, der kraftvolle Mann den schwachen und unglücklichen Altersgenossen.

Würde es uns gelingen, nach dem eingangs erwähnten Vorbild früherer Jahrhunderte eine mächtige Bewegung für Laienhilfe in der Seelsorge, für Gemeindehilfe, ins Leben zu rufen, so würden wir die Welt davon überzeugen können, daß auch heute noch ein Wort des hl. Petrus aus einer anderen Predigt wahr ist —, daß nämlich Christus ist der Eckstein, ohne den ein Neubau der menschlichen Gesellschaft nicht möglich ist.

Zur Universitätsreform.

Von Prof. D. Dr. Aufhauser.

Die Revolution im deutschen Volke hat neben den allgemeinen staatlichen und wirtschaftlichen Erschütterungen auch im Geistesleben ihren Einfluß stark zur Geltung gebracht.

Wohl sind glücklicherweise die grundstürzenden Ideen der Räterepublik auf kommunistischer Grundlage, die eine völlige Umgestaltung der Universität mit Absetzung der bisherigen Lehrer, einen gänzlichen Neuaufbau der Lehrgegenstände und Uebertragung des Lehramtes an Dozenten, die frei vom sonst üblichen Werdegang sich zur kommunistischen Weltanschauung bekennen, durch den revolutionären Studenten- und Hochschulrat herbeiführen wollten[1]), mit dem Falle der Sowjetrepublik ins Grab gesunken.

Aber aus jenen stürmischen Tagen ist ein treffliches Gut erstanden: das Einheitsbewußtsein zwischen Lehrern, Beamten und Studierenden hat eine starke Förderung und im Aktionsausschuß zur planmäßigen Durchführung einer zeitgemäßen Universitätsreform eine praktische Auswirkung erfahren. Dozenten, Beamte und Studierende senden ihre Vertreter in diesen Ausschuß, der die lebendige Gemeinschaft aller Angehörigen der Universität darstellen soll.

Das Problem der Universitätsreform, übrigens schon seit Jahren eifrig diskutiert, ist seither an allen Universitäten, wie bei den Vertretertagungen der Rektoren, Dozenten wie Studenten besprochen worden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; sie erfordern vielfach noch Beratungen an den einzelnen Universitäten und in den Landtagen der Gliedstaaten wie eine endgültige Regelung fürs ganze Reich.

Nur einige Punkte seien heute hier herausgegriffen, zunächst die Frage des akademischen Nachwuchses. Die furchtbare Lebensverteuerung birgt die Gefahr in sich, daß die akademische Laufbahn noch mehr wie bisher nur mehr reich Begüterten zugänglich wird, also zu einer Plutokratie führt. Unser soziales, demokratisches Empfinden darf sich hier mit einem bloßen Wettern und Sträuben nicht begnügen. Positive Wege müssen das Grundgesetz sichern: Allen gut Begabten, auch dem Aermsten, muß die akademische Laufbahn offen stehen. Der heutige soziale Staat hat mehr als je die Pflicht, zu sorgen, daß dem Begabten der Aufstieg ermöglicht, daß ihm Mittel geboten werden, um die Zeit zwischen Promotion und

[1]) Vgl. den Bericht des Rektorates der Universität München „Die Universität München während der dritten Revolution 5. April bis 1. Mai 1919", mit Beilage. — Ueber die Revolutionierung der Hochschulen im Räte-Ungarn vgl. H. Eisele, Bilder aus dem kommunistischen Ungarn, Innsbruck 1920, S. 76 ff.

Habilitation, dem intensiven Studium der Vorbereitung, und nach der Habilitation der Auswirkung und Vertiefung seiner wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrtätigkeit voll und frei zu widmen, ohne den Alpdruck der Sorgen ums tägliche Leben durch zeit- und kraftraubenden Nebenverdienst mildern zu müssen. Mag der Weg Stipendien, Existenzminimum, Unterhaltsbeitrag oder Teuerungszulage, Beschaffungsbeihilfe u. ä. heißen, ist gleichgültig. Hauptsache ist, daß er soviel, aber auch nur soviel gewährt, selbstredend nur dem Bedürftigen, als zum standesmäßigen Leben nötig ist. Dabei müßte auch im Falle der Erkrankung eine Art Pension, im Falle des Ablebens eine Hinterbliebenenfürsorge eintreten, um nicht, wie es vorkam, auf private Wohltätigkeit angewiesen zu sein. Man verschärfe ruhig die Bestimmungen für die Habilitation hinsichtlich der wissenschaftlichen Durchbildung, der praktischen Ausbildung und der didaktischen Befähigung; denn die Güte des Lehrkörpers, seine wissenschaftliche und Lehrbefähigung, darf als Grundlage für die Blüte und das Ansehen einer Hochschule nie und nimmer leiden. Ein numerus clausus wie eine Befristung der „venia legendi" muß freilich unbedingt abgelehnt werden, sonst stünde allen möglichen Gründen, oft recht wenig wissenschaftlicher, wohl aber persönlicher Natur, Tür und Tor offen, um unliebe Dozenten zu entfernen, die Lehrfreiheit und die freie Dozentur, der Universität kostbarste Erbgüter, wären damit aufs ärgste gefährdet. Das gewährte Existenzminimum würde als solches keineswegs die akademische Laufbahn in besonders günstigem Licht einer dauernden und bequemen Versorgung erscheinen lassen; die wissenschaftliche Auslese, die sich freilich stets nur von sachlichen Gründen leiten lassen darf (bei dem derzeitigen Berufsverfahren durch die Fakultäten muß dies immer wieder betont werden), ließe auch weiterhin im Wettbewerbe nur die Tüchtigsten ans Ziel gelangen.

Bewährten Privatdozenten müßte mehr als bisher durch Erteilung von Lehraufträgen, die freilich dem heutigen Geldwerte entsprechend honoriert sein müßten, — das gegenwärtige Honorar von 300 oder 600 *M* für das Semester ist ungenügend, zumal für verheiratete Dozenten —, eine Förderung zuteil werden. Freilich all dies kann nur als Notbehelf dienen. Ungemein wichtig wäre im Interesse des akademischen Nachwuchses wie der Förderung wissenschaftlicher Forschung eine **Vermehrung der planmäßigen Professuren.** Nur verschwindend wenig ist hierin im Laufe der letzten Jahrzehnte, die fast alles Geld nur für militärische Zwecke forderten, geschehen selbst bei Fakultäten von so entscheidender Bedeutung für ein Volk wie dies bei der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Fall ist, ganz zu schweigen von der Geisteswissenschaft. Wohl haben die Ordinarien für ihre Institute glänzend gesorgt, an den jungen Nachwuchs hat man wenig gedacht. Hier hätte der moderne soziale Staat viele Versäumnisse nachzuholen für den weiteren Ausbau der Fakultäten. Mag dabei auch der Gedanke von Becker, alle planmäßigen Extraordinariate in Ordinariate überzuführen[2]), zunächst oder überhaupt nicht völlig realisierbar sein, so muß doch die bislang bestehende Kluft zwischen beiden schwinden. Beide sind planmäßig fest besoldete Beamte des Staates, meist mit eigenem selbständigem Lehrauftrag für sonst nicht vertretene Fächer (und nur darum kann es sich handeln), mit gleichen Pflichten, meist auch eigenen selbständigen Seminarien oder Instituten, und gleicher Verantwortung. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß sie bei den Studierenden wie der Allgemeinheit gleicher Einschätzung sich erfreuen, an der Führung der Geschäfte (Fakultäts- und Senats-Sitzungen) als vollberechtigte Mitglieder (mit Ausnahme der Berufungsfragen und persönlichen Angelegenheiten der Ordinarien) teilnehmen, deren Lehr- und Forschungstätigkeit im Rahmen des Studienbetriebes einen ganz wesentlichen Teil mitausmacht. Bei den großen Fakultäten müßten die Nichtordinarien wenigstens durch von ihnen selbst gewählte Vertreter, entsprechend ihrer Zahl, in Fakultät und Senat Sitz und Stimme haben, da eine zu große Teilnehmerzahl den Gang der Verhandlungen nicht förderte, wenige tüchtige Vertreter meist auch mehr erreichen als viele oft Uninteressierte. Diese Teilnahme an der Selbstverwaltung der Universität würde nicht bloß das Gefühl der Bevormundung und Unterdrückung nehmen, sondern noch mehr der Tatsache entsprechen, daß die Lehr- und Forschungstätigkeit der Nichtordinarien einen ganz wesentlichen Teil des Universitätsbetriebes ausmacht. Erfreulicherweise besteht auch bei manchen kleinen Fakultäten eine volle kollegiale Harmonie unter den Mitgliedern des Lehrkörpers. Dabei wäre noch zu erörtern, ob die Prüfungsordnungen nicht einer Neugestaltung bedürften mit entsprechender Einfügung neuer Disziplinen, wie dies bei der juristischen Fakultät bereits geschehen ist. Auch die theologische Abschlußprüfung verdiente eine ähnliche für sämtliche deutsche Diözesen gültige Neuordnung, die vom deutschen Gesamtepiskopat ohne allzugroße Schwierigkeiten geschaffen werden könnte wie die entsprechenden Bestimmungen des Reichsmedizinalwesens usw. Den Nichtordinarien müßte für ihr Spezialfach auch das Recht gewährt werden, an der schriftlichen und mündlichen Doktorprüfung mit denselben Rechten wie sie im gleichen Falle einem Ordinarius zustehen, teilzunehmen, wenn eine Doktordissertation unter ihrer literarischen oder experimentellen Leitung ausgeführt wurde. Auch bei Benützung der Institute müßten größere Rechte eingeräumt werden.

Noch eine Frage sei kurz gestreift, die Frage des **Kollegiengeldes:** der heutige Satz von vier Mark für die Semesterwochenstunde hat sich aus der Friedenszeit bis in die gegenwärtige völlig veränderte Geldlage erhalten, bei der allgemeinen Lebensverteuerung und Erhöhung der Löhne und Gehälter wohl ein Unikum! Die preußischen und badischen Universitäten haben denn auch eine Verdoppelung des Kolleggeldes bereits vorgenommen. Auch in Bayern wird sie in Bälde folgen müssen; in nicht zu ferner Zeit werden diese Fragen ja wohl vom Reiche einheitlich geregelt. Nicht zu verschweigen bleibt freilich, daß ein großer Teil von Universitätslehrern für völlige Abschaffung des Kolleggeldes und dafür anderweitige gerechtere Entschädigung besonderer Arbeitsmühe eintritt. In der Tat sind die oft hohen Summen aus Kolleggeldern, die besonders in der medizinischen, juristischen, staatswissenschaftlichen und bei bestimmten Fächern der philosophischen Fakultäten fließen, nicht immer im Einklang mit der persönlichen Tüchtigkeit des Dozenten. Hingegen gibt es Fälle, wo Gelehrte von internationalem Ruf kaum soviel Kolleggeld beziehen, um sich davon fürs Semester Zigaretten kaufen zu können, Vertreter jener vom breiten Berufsvorbildungswege abgelegenen Luxusfächer, die zu keiner Staatsprüfung vorgeschrieben sind, ich erinnere nur an die Lehrstühle für semitische, arische, mittelgriechische Philologie u. ä. Bei unbefangener Prüfung erscheint der Ruf nach Beseitigung solcher finanzieller Verschiedenheit im Lehrkörper um so begreiflicher, als zumeist bei der Berufung schon ein hohes Grundgehalt diesen „Nebenbezügen" ein festes Fundament bietet. Sollte indes die Mehrheit der Dozenten sich für Beibehaltung des Kolleggeldes entscheiden, dann müßte der erzielte Ueberschuß über die bei uns in Bayern mit Einführung des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 staatlich festgelegte Grenze (6000 *M*) einem Fonds zufließen, der für Lehraufträge an nichtbesoldete Dozenten Verwendung fände, oder als Ersatz der gerade bei ihnen stark fühlbaren Befreiung vom Kolleggeld, die bedürftigen Studenten auf Antrag gewährt und im Falle einer Kolleggelderhöhung wohl noch mehr als bisher erbeten werden wird. Andernfalls müßte der Staat dafür Ersatz bieten etwa in Form einer Kolleggeldgarantie bis zu einer gewissen Höhe (ca. 2000 *M*).

Denn von allen Universitätsfragen ist die Sicherung eines vollwertigen akademischen Nachwuchses die weitaus wichtigste. Der

[2]) C. H. Becker, Gedanken zur Hochschulreform, Leipzig 1919, S. 30 ff. Die in der Landesversammlung angekündigte Reform der preußischen Universitäten hat in einem an die Fakultäten gerichteten Erlaß ihren Anfang genommen. Die Neugestaltung der Organisationsform der preußischen Universitäten wird ihren Ausgangspunkt von der Schaffung einer einzigen Klasse planmäßiger Professoren nehmen. Die Klasse der planmäßigen außerordentlichen Professoren soll in Zukunft verschwinden. Nach völliger Durchführung der Reform wird es demnach nur noch planmäßige Professoren, d. h. Ordinarien, geben, ferner Honorarprofessoren (nebenamtliche Universitätslehrer, die in der Praxis stehen oder ein anderes Hauptamt innehaben), außerplanmäßige Professoren, d. h. gehobene Privatdozenten nach süddeutschem Muster mit der Bezeichnung eines außerordentlichen Professors und ohne Beamteneigenschaft, und endlich Privatdozenten. Der Minister hat den Fakultäten mitgeteilt, daß er beabsichtige, die bisherigen planmäßigen außerordentlichen Professoren und Abteilungsvorsteher, soweit sie Extraordinarien sind, zu vollberechtigten Mitgliedern der Fakultät, d. h. zu ordentlichen Professoren zu machen. Die Fakultäten sind aufgefordert worden, tunlichst bald diejenigen planmäßigen außerordentlichen Professoren und Abteilungsvorsteher namhaft zu machen, gegen deren Ernennung zu ordentlichen Professoren nach ihrer Ansicht schwerwiegende Bedenken geltend zu machen wären. Die Entscheidung behält sich der Minister von Fall zu Fall vor. Die planmäßigen Extraordinariate in Berlin werden vorerst von dieser Wandlung nicht in demselben Maße ergriffen werden wie die der übrigen Universitäten. Aber auch die Berliner Fakultäten sind angeregt worden, die wissenschaftliche Bedeutung ihrer planmäßigen Extraordinarien nachzuprüfen und namentlich unter den Vertretern selbständiger Fächer alle diejenigen namhaft zu machen, die sie für die Beförderung zum ordentlichen Professor für geeignet hielten. Gleichzeitig ist ein Erlaß zur Vorbereitung eines zeitgemäßen Studentenrechts an die Universitäten und an die Vertretung der deutschen Studentenschaft hinausgegangen. („Frankfurter Zeitung" 1920, Nr. 275.)

Bayerische Landtag vermöchte gerade hier ein Werk edelster Kulturarbeit zu verrichten und damit einen Stand zu retten, der bei seiner Selbstbescheidenheit in materiellen Forderungen infolge der Lebensverteuerung an seinem Lebensnerv tödlich verwundet ist, bei der Schwierigkeit wissenschaftlicher Publikationen infolge der ungeheueren Druckverteuerungen noch dazu seine gelehrte Befähigung mehr und mehr durch Zahlung aus eigener Tasche erweisen soll.[3] Durch Schaffung neuer planmäßiger Professuren möchte aber auch, angesichts der drohenden Verreichlichung auch des höheren Unterrichtswesens vielleicht zum letzten Male, das Ansehen unserer bayerischen Universitäten für alle Zukunft gegenüber allen Zentralisationsbestrebungen von Berlin wirksamst geschützt werden, zumal bei einer Budgetberatung, dessen Minderforderungen doch nur unsere Steuererträgnisse der Entente zufließen ließen. So vereinte ein großzügiger Hochschulhaushaltplan in bester Weise gesunde partikularistische und zugleich deutsche Interessenwahrung und vermöchte wohl auch in dieser wichtigen kulturpolitischen Frage einen Weg zu finden, der die freie Dozentur wie die finanzielle Sicherung des akademischen Nachwuchses schützte vor den Gefahren ihrer Verkümmerung oder plutokratischen Beschränkung.

[3]) Im Finanzausschuß des bayerischen Landtages am 12. Mai wurde der Antrag Dr. Eggersdorfer, Wohlmuth und Genossen den nichtetatsmäßigen a. o. Professoren und Privatdozenten nach Prüfung der Bedürftigkeit im Einzelfalle im Einvernehmen mit dem akademischen Senat Zuwendungen in der Höhe der Teuerungszulagen der Staatsbeamten in der Klasse 12 rückwirkend ab 1. Januar 1920 zu gewähren, einstimmig angenommen.

Die Jungfrau von Orleans.

Zur Heiligsprechung am 23. Mai.

Von J. Knor, Pfarrer, Thalfingen.

Seit dem 18. April 1909, dem Tage der Seligsprechung der Jungfrau Johanna d'Arc, hat sich unser Verhältnis zu Frankreich durchgreifend geändert, vielleicht weniger auf französischer als auf deutscher Seite. Denn drüben blühten ja seit langem Eifersucht und Revanchehaß, während man bei uns vielfach auf eine Annäherung hoffte. Nachdem nun aber „die Herzen offenbar" geworden sind, steht zu befürchten, es möchte das Mißtrauen noch zunehmen, das bei uns auch dem kirchlich-religiösen Leben und dessen Aeußerungen in Frankreich seit langem entgegengebracht wird. Mag es auch bis zu einem gewissen Grade berechtigt sein, der katholische Gedanke darf nicht gefährdet und die trennende Mauer zwischen Katholiken der verschiedenen Völker nicht noch höher aufgeführt werden. Wer könnte z. B. die Herz Jesu-Verehrung nur deshalb ablehnen, weil sie vor 300 Jahren in Frankreich einen neuen Aufschwung genommen hat, oder den Lourdeskult verwerfen, weil dieses Städtchen im Lande der Trikolore liegt! So haben wir auch keinen Grund, die Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans am Pfingsttage dieses Jahres mit Mißtrauen oder Stillschweigen hinzunehmen, weil Johanna eine französische Nationalheilige ist.

Es mag nicht an Stimmen gegen Rom fehlen, weil es auf die französischen Wünsche so bereitwillig eingegangen und den Heiligsprechungsprozeß so beschleunigt hat, liegen doch nur 11 Jahre zwischen Selig- und Heiligsprechung, während die beiden Akte sonst 50 und mehr Jahre voneinander getrennt sind. Wenn auch kein Katholik zweifelt, daß der Heiligsprechungsprozeß objektiv geführt wurde, und daß Johanna der Ehre der Altäre würdig ist, so werden doch viele meinen, man hätte etwas mehr Rücksicht auf die Stimmung der deutschen Katholiken nehmen müssen. Aber Rom kennt die Stimmung bei uns wohl, und es war ihm sicherlich nicht darum zu tun, die Gefühle der deutschen Katholiken oder der Deutschen überhaupt zu kränken. England hätte vielleicht noch mehr Grund als wir, die Ehrung der französischen Nationalheiligen ungnädig aufzunehmen, gerade in dem Augenblick, wo die Aspirationen dieser beider Völker so warm geworden zu sein scheinen.

Die Berufung und Aufgabe der neuen Heiligen und die Weise, wie sie ihnen gerecht worden ist, werden als bekannt vorausgesetzt. Auch eine Apologie auf Johanna soll nicht geschrieben werden, um sie und die katholische Moral rein zu waschen von allen Anwürfen, die schon auf sie gefallen sind, wobei Voltaire, der Franzose, die Wahrheit am ärgsten mißhandelt hat. Es sollen nur einige Bedenken besprochen werden, die sich denen aufdrängen könnten, welche der Heiligen und ihrer Kirche Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Religion und Nation sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sagt man. Der Himmel, vor dem alle Nationen gleich sind, kennt keine Bevorzugung; man soll ihm eine solche auch nicht zuschreiben. Daß der Himmel keine Bevorzugungen kennt, wie Menschen sie machen, aus Laune und Willkür, ist allerdings zutreffend, wohl aber macht er solche, wie unter den Individuen, unter den Nationen da, wo es gilt, höhere Zwecke zu erreichen. Wo ein Land oder Volk eine Begünstigung erfährt oder ihm eine besondere Aufgabe zugewiesen wird, da geschieht das nicht so fast dieses Volkes, sondern der Gesamtheit wegen. Oft treten die Absichten der Vorsehung erst nach Jahrhunderten zutage oder bleiben der menschlichen Einsicht auch für immer verborgen. Ein typisches Beispiel haben wir hierfür am Volke Israel, das ein Erzieher auf Christus sein sollte, und deshalb sich auch einer ganz besonderen Leitung und Begnadigung durch Gott erfreute.

Wenn wir nun auch nicht feststellen können, wie die Entwicklung Europas ohne ein wunderbares Eingreifen der Vorsehung in Frankreich im 15. Jahrhundert verlaufen wäre, dürften wir doch den durch das Eingreifen erfolgten Gang als gnädiger und weiser bezeichnen. Seit mehr als 100 Jahren herrschte erbitterter Krieg zwischen Frankreich und England. Der König von England, damals Heinrich VI., besaß seit langem als Herzogtum die Bretagne. Da er sich aber durch die französische Nachbarschaft beengt fühlte, erstrebte er, dem unsicheren Zustand eine Ende bereitend, die Alleinherrschaft über ganz Frankreich. Fast der ganze Norden des Landes mit Calais und Paris war bereits in seinen Händen, auch St. Denis mit den Königsgräbern und das Nationalheiligtum, die Oriflamme, hatte er genommen. Bereits wurde Orleans, der Schlüssel Südfrankreichs, belagert. Nach seiner Einnahme wäre das Land den englischen Truppen offen gestanden.

Die Gerechtigkeit Gottes konnte es verhindern, daß eine Nation vergewaltigt wurde — und eine Vergewaltigung Frankreichs durch England lag vor, die rohe Gewalt hätte gesiegt. Das Ende des abgelaufenen Krieges zeigt uns deutlich, daß nicht jeder Weltkonflikt in gerechter Weise zum Austrag kommen muß. Den Endaustrag, der den gerechten Sinn befriedigt, sehen vielleicht erst kommende Geschlechter; die Lösung der Rätsel kann auch auf das Endgericht aufgeschoben werden. Gleichwohl scheint uns das Eingreifen des Himmels im damaligen Konflikt schon in natürlicher Hinsicht gerechtfertigt. Was wäre aus dem katholischen Glauben in Europa und darüber hinaus geworden, wenn Frankreich der Macht Englands anheimgefallen wäre? Wäre es nicht mit in den Abfall des 16. Jahrhunderts hineingezogen worden? Und was wäre in sozialer Hinsicht aus Europa geworden, wenn auch das englische Volk dem Schwindel der französischen Revolution anheimgefallen wäre? Die Revolution hätte sicher über den Kanal hinübergeschlagen, wenn die beiden Völker nicht politisch geschieden worden wären. Auf dem Plane der Vorsehung mag also, um menschlich zu reden, nicht gestanden haben: Hie Frankreich — hie England, sondern Katholizismus und Protestantismus, europäische Revolution oder konservative Entwicklung.

Ein anderes Bedenken, das im letzten Kriege oft erhoben wurde, gipfelt in der Frage: warum werden Religion und Krieg verquickt? Wie kann es gottgewollt sein, daß die Mordwaffen von Priestern gesegnet werden? Hätte die Geschichte nicht eine andere Wendung genommen, wenn die Geistlichen ihren ganzen Einfluß zur friedlichen Schlichtung aufgeboten hätten, statt zum „Durchhalten", zur Zeichnung von Kriegsanleihe, zur Ablieferung des Goldes und der Glocken aufzufordern? Nur auf eines sei dazu verwiesen: Vor dem Kriege hat man auch in Deutschland Patriotismus, Vaterlandsliebe, Wahrung der Nation als die höchsten Tugenden gepriesen. Kaum ein anderer Vorwurf wurde gegen den katholischen Volksteil und dessen Führer so oft erhoben, wie der der vaterlandslosen Gesinnung; ultramontan war das Schlag- und Schimpfwort, mit dem man die Katholiken von allen einflußreichen Stellen zurückhielt; ultramontan verdächtigt blieb den Jesuiten ganz Deutschland und blieben anderen Ordensleuten viele Einzelstaaten verschlossen.

Wie vorher, hat sich im Krieg auch der katholische Klerus bereit gezeigt, dem Vaterland zu geben, was ihm gebührt, alles daranzusetzen, Ehre und Freiheit zu retten. Wer ihm sein Verhalten als Begünstigung des Militarismus vorwirft, muß wissen, daß der Klerus in der Tat sich nicht von einem bestimmten „System" oder von der Wahrung der eigenen Inter-

essen, vielleicht gar materieller Natur, sondern von allgemein geltenden ewigen Grundsätzen leiten ließ. Die Vaterlandsliebe ist nicht nur ein schönes Gefühl oder ein rein natürlicher Trieb, sondern Gottes Gebot, eine sittliche Tugend. Der Klerus hat um so mehr Grund gehabt, auf den Bestand des Vaterlandes hinzuarbeiten, fremde Einflüsse von ihm abzuhalten, als ja gerade vom französischen Geist in sittlicher und kirchenpolitischer Beziehung nur Schlimmes befürchtet werden mußte. Wer will es dem Geistlichen als Schuld anrechnen, wenn er beim Herannahen einer Gefahr energischer wird — man sage nicht fanatisch —, da er infolge seiner Bildung und kirchengeschichtlichen Erfahrung die Folgen religiöser Irrtümer und sittlicher Verirrungen tiefer erfaßt als das Volk? Der Geistliche erblickt in der Vaterlandsliebe etwas Uebernatürliches und wo es gilt, das Vaterland in seinem Bestand zu schützen und Uebel von ihm ferne zu halten, sieht er keine „Verquickung" von Religion und Krieg.

So umfaßte auch die Heilige von Orleans Gott und Vaterland in einer Liebe. Und mit dieser Liebe ist der Krieg gegen die Feinde des Vaterlandes wohl vereinbar. Wie schön und unanfechtbar ist das Wort, das sie bei ihrem Verhör gesprochen auf die Frage, ob denn die heilige Katharina und Margareta, auf die sie sich berief, die Engländer hassen: „Die Heiligen lieben alles, was Gott liebt und hassen alles, was Gott haßt." Gott aber haßt nur das Unrecht. Und dem Unrecht galt ihr Kampf, nicht den Menschen. Und deshalb ist auch ein Krieg, bei dem es sich um die Abwehr eines Unrechtes handelt, etwas Reines und Göttliches. Wer anders sagt, stellt den Menschen als autonom hin und erwartet das Heil von der utopistischen, internationalen Verbrüderung oder er legt einen ganz falschen Sinn in die Offenbarung hinein wie die Quäcker. Krieg aus „Religion" verbieten heißt der göttlichen Vorsehung in die Arme fallen.

Tragisch mutet uns das Ende der Heiligen von Orleans an. Sie, die so ruhmvoll begonnen und so unwiderleglich bewiesen hatte, daß ihre Berufung vom Himmel stamme, endete so schmachvoll. Aber auch dieser Konflikt löst sich in Harmonie in der christlichen Weltanschauung auf. Wie es scheint, war die Sendung Johannas vollendet mit der Befreiung von Orleans und der Krönung des Königs in Reims. Gleichwohl blieb sie, sei es von anderen beredet, sei es, daß sie die Stimmen, die sie hörte, nicht mehr recht verstand. Sie selbst bekennt, daß ihr die Stimmen, die sie früher so bestimmt und unfehlbar leiteten, weder verboten noch befohlen, die eingeschlagene Laufbahn weiter zu verfolgen. Weil Johanna einen apostolischen Beruf hatte, so durften auch die Wahrzeichen dieses Berufes bei ihr nicht fehlen, Leiden und Verfolgungen. Schon bei der Befreiung von Orleans vergoß sie Blut, gewissermaßen das Morgenrot vom blutigroten Abend ihres Lebens. Immer mußten die Heiligen etwas einsetzen, wenn sie ein großes Ziel erreichen wollten; hat doch auch der Heiland in vorbildlicher Weise sein Leben hingegeben, um seinem Volke das Leben zu geben. Die christliche Weltanschauung rechnet aber nicht mit dem Augenblick, sondern mit dem Schlußerfolg; und dieser entsprach auch bei Johanna aufs genaueste ihrer Vorhersagung: Sieben Jahre nach ihrem Tode (30. Mai 1431) zog Karl VII. siegreich in Paris ein, nach weiteren 20 Jahren gehörten Rouen und Calais wieder dem rechtmäßigen König, die englische Herrschaft war vom französischen Boden verschwunden. Auch das Bild der als „Rückfällige, Ketzerin, Apostatin und Götzendienerin" Verurteilten, das vom Rauch des Scheiterhaufens umdüstert war, hellte sich auf. 25 Jahre nach ihrem Tode wurde gerade in Rouen, das ihre Schmach gesehen, von den höchsten Vertretern der geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit die Ungültigkeit und Ungerechtigkeit des ersten Prozesses, die Unschuld der Jungfrau und die Wahrheit ihrer Erscheinungen ausgesprochen. Das Jahr 1909 brachte ihr die Seligsprechung, nachdem der Prozeß hierzu unter drei Päpsten (Pius IX., Leo XIII., Pius X.) geführt worden war. Der 23. Mai des Jahres 1430 war ihr Unglückstag, sie wurde an demselben bei Compiègne von den Burgundern gefangen; dieser selbe Tag, 490 Jahre später, bringt ihr die höchste Ehre, die einem Menschen hienieden zuteil werden kann. Vielleicht soll uns diese Wendung gerade nach dem großen Völkerringen auch die Wahrheit ins Gedächtnis zurückrufen, daß Gott es ist, der die Schicksale der Völker leitet, und daß er durch ein schwaches Weib Sieg und Frieden zu geben vermag.[1])

[1]) Vergl. Stimmen aus Maria Laach 1909, 1. u. 2. Heft, eine Abhandlung von P. Meschler S. J. u. Bd. 35 u. 36 dieser Schrift, eine solche von P. Duhr „Ueber eine Irrung der Jungfrau von Orleans".

Pfingstmorgen auf der Heide.

So weit, so kirchenstill das Heideland,
Der Frühwind betet, Goldstaub auf den Schwingen,
Und um die Birken ist ein feines Klingen,
Traumleise nur, von grosser Meisterhand.

In junger Schöne grüssen sie den Tag,
Brillantensterne in den lichten Locken,
Am Silberkleid noch feine Flaumesflocken,
Als löse sich ein dunkles Märchen zag.

Und, Gloria in excelsis deo, rauscht
In schwerem Purpursamt am Himmel droben
Die Sonne auf. Ringsum nur loben, loben,
Und meine Seele zittert, sinnt und lauscht.

Und neigt sich deiner urgewalt'gen Kraft,
Du, Geist des Pfingsten! — Und in tiefem Beten
Fühl plötzlich ich die ganze Heide reden,
Und meiner Seele Saiten goldgestrafft. —

So weit, so andachtshehr das Heideland,
Aus kleiner Vogelbrust ein Ave in den Lüften.
Und ringsum weihrauchgleiches, süsses Düften! —
Lös' deine Schuhe! Hier ist Gottes Strand! —

Sophie Nebel von Türkheim.

Vom Büchertisch.

Willi Lindner: Das Gesetz der Pflicht, Roman. Dortmund, Gebr. Lensing. Pr. geb. 11.40 M. Hier haben wir einen neuen Erzähler von schon ersichtlicher Tüchtigkeit, mit günstig gewähltem Stoff und gut geschürzter Handlung, sowie mit bereits in Tiefen schürfender Charakteristik. Der Vortrag wirkt freundlich und eindringlich, das ganze verrät Streben nach Aufstieg: ein Versprechen auf die Zukunft, das sich verwirklichen dürfte. Der Verfasser gibt sich entschieden als Träger fester christkatholischer Grundsätze, als Lebens- und vor allem Volkskenner, zugleich — in edlem Sinne — als Bejaher und Liebhaber von beidem. Einer, der sein eigenes Leben bewußt durchkämpft, sich die alten Ideale bewahrt und neue hinzu errungen hat, ist Willi Lindner, zugleich einer, der wohl in schwerem Ernst gründet, aber die Sonne des Humors mit Freuden leuchten läßt. Er versteht auch, Stoffliches zu beseelen, nicht eben leicht, aber auch nicht allzu schwer. Zutiefst: Ein Dichter ist er, weit mehr noch ein werdender als ein gewordener, aber einer, dessen weitere Entwicklung man nicht aus den Augen verlieren sollte. — Die Begebnisse spielen sich im Industriegebiet ab, unter Bergleuten, deren Beamten und einigen anderen. Der charakteristische soziale Einschlag ist geschickt aufgegriffen und eingewoben, die Streikbewegung (vor Krieg und Revolution) mit sachlicher Ruhe und doch fühlbarer innerer Anteilnahme erfaßt. Erotik spielt in sauberer, sorgfältiger Ausarbeitung, eine im ganzen fesselnde, wirksame Rolle. Alles in allem: eine entschiedene Bereicherung für die Volksbibliothek und die — wenn nicht, künstlerisch, allzu ausschließliche — Hausbücherei. Am Familien-Lesetisch wird der Roman in seiner blühenden Gesundheit voraussichtlich Glück machen. E. M. Hamann.

Alleingespräch der Seele. Von Thomas von Kempen. (Alleingespräch der Seele. Erbauungsbuch für jeden Christen. Aus dem Lateinischen übersetzt und mit vollständigem Gebetbuch versehen von Joseph Rebholz, Pfarrer und Dekan. Verlag Liter. Institut Dr. M. Huttler, M. Seitz, Augsburg. Preis zirka 8.— M geb.) Ein neues Werk von Thomas von Kempen — gewiß eine willkommene Gabe für alle Freunde der Nachfolge Christi. „Alleingespräch der Seele" ist der Titel des neuen Werkes, welches im Hinblick auf seine Gemütstiefe und nach sachverständigem Urteil neben der Nachfolge Christi das gehaltvollste und anziehendste unter den Werken des gottseligen Thomas von Kempen genannt zu werden verdient. Wenn zwar die Nachfolge Christi eine Anleitung ist zum innerlichen frommen Leben, so trägt das Alleingespräch der Seele mehr kontemplativen Charakter. Gleich einem feurigen Strome ergießt sich oft die Rede über die tief innerlichsten Geheimnisse und Wirkungen der Gnade und entfaltet zum Troste und zur Aneiferung kämpfender Seelen Schätze einer glückseligen Erfahrung, ja nicht selten beleuchtet sie im Lichte des göttlichen Geistes die Vorhallen der künftigen Seligkeit. Dieses wunderbare Buch scheint die erste unter den Schriften des gottseligen Thomas von Kempen zu sein; er verfaßte dieselbe, wie er im Prolog sich ausspricht, zu seiner eigenen Erbauung. Die zarten, tiefinnerlichen, lehr- und trostreichen Herzensergießungen sind also die ersten Akkorde auf dem Saitenspiele seines Herzens und es liegen darin die Grundtöne sowohl zu den früheren Reden als auch zur Nachfolge Christi. Jeder Christ, der die Nachfolge Christi zu seinen Lieblingsbüchern zählt, wird auch das „Alleingespräch der Seele" liebgewinnen und nicht mehr missen wollen. H. E.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Schauspielhaus. Jacinto Benavente, ein spanischer Dramatiker, genießt in seiner Heimat großen Ruf. Ein Mann in der Mitte der vierzig soll er doch schon siebzig Theaterstücke geschrieben haben, und wir wußten bis vor kurzem noch kaum etwas von ihm! Den äußeren Anstoß, sich in Deutschland mit dem Dichter zu beschäftigen, war, daß er zu den wenigen Ausländern gehörte, die sich durch die Lügensuggestion der Entente nicht von seinem Glauben an die deutsche Kultur abbringen ließ. Der neue Münchener Generalintendant hat in Frankfurt erstmalig Benavente aufgeführt und dieser erwies sich als ein „guter Wind", der da erfrischend von den Brettern herabwehte. Das Schauspielhaus hat uns nun seine Komödie: „Der tugendsame Glücksritter" vorgespielt und damit einen sehr starken Erfolg gehabt, der demjenigen der altspanischen Komödie „Don Gil von den grünen Hosen" (unlängst in den Kammerspielen) nicht nachsteht. Was dem Zuschauer zuerst auffällt, das ist der Zusammenhang mit der Tradition der großen spanischen Dramatik. Das macht nun durchaus nicht den Eindruck epigonenhafter Nachahmung und akademischer Langweiligkeit. Der Autor empfindet die Form sichtlich nicht als etwas, was ihn einengt, sondern als die ihm natürliche. Der Charakter des Spieles ist viel schärfer betont als bei unserem Theater, deshalb scheut sich Benavente nicht, die Illusion zu stören und das Publikum von den Schauspielern anreden zu lassen, ebenso wie dies Calderon und Lope taten. „Dem Deutschen", meint Grillparzer, ist die Poesie ein Haus, in dem er wohnen möchte, dem Spanier ein Garten, in dem er sich ergeht. — Zwei Glücksritter, die schon mancherlei auf dem Kerbholz haben, kehren in einer „schönen Stadt Spaniens" ohne Geld und Gut ein. Leandro ist ein im Grunde braver Jüngling, der freilich ganz unter der Herrschaft seines Dieners, eines mit allen Wassern gewaschenen Abenteurers, steht. Dieser weiß durch geschicktes Auftreten seinen Herrn in den Geruch einer hohen Persönlichkeit zu setzen, die mit einer geheimnisvoll wichtigen Mission betraut ist. So erlangen sie genug Kredit, um aus ihrer trostlosen Lage befreit zu sein. Die Hand der schönen Tochter des reichen Herrn Polichinella (so eine Art Schieber im Gewande des 17. Jahrhunderts) wäre rasch zu gewinnen und dadurch aus dem Glücksrittertum herauszukommen, aber Leandro hat sich in das Mädchen verliebt und nun sträubt sich sein besseres Selbst dagegen, den Schwindel mitzumachen. Er ist bereit zu verzichten und zu fliehen, allein Polichinellas Tochter liebt ihn wieder und außerdem weiß Crispin, der schlaue Diener, alles so zu wenden, daß alle ein Interesse daran haben, daß der Heiratsplan gelingt, eine verarmte Dame vom Stande, die einen Gewinn einstreicht, wenn die Partie zustande kommt, Herr Polichinella, der Interesse daran hat, daß das Dunkel seiner Vergangenheit nicht erhellt wird und allerhand Personen, die an Geld oder an Ansehen verlören, wenn es offenbar würde, daß sie sich so leicht übertölpeln ließen. Ueberall herrscht nackte Interessenpolitik, nur hier und da bringt die Liebe ein wenig Poesie in die sonst von Selbstsucht beherrschte Welt, so ungefähr läßt uns Benavente im Epilog die Idee seines Stückes darlegen. Die Hauptgestalten der Komödie sind nicht das Liebespaar, das nur jung, hübsch und angenehm zu sein braucht, sondern Crispin steht im Mittelpunkt. Dieser Erzschelm ist mit Humor gesehen, das macht ihn ästhetisch möglich. Ueberlegene Klugheit, die sich in den schwierigsten Lagen zu behaupten weiß, ist immer bühnenwirksam und was er an Menschenkenntnis verrät, ist oft so fein gesehen und zugleich so geschickt pointiert, daß man sich auf das Beste unterhält. Treffend charakterisiert sind auch die auf die Wahrung des alten Glanzes und der Würde versessene verarmte Donna Sirena, das Protzenpaar Polichinella, der schmarotzende Dichter u. a. m., aber das sichere Stilgefühl des Autors schützt ihn vor Uebertreibungen, gibt dem Ganzen den Duft und die Anmut einer Komödienwelt, die nur poetische Spiegelung, nicht Abbild der Wirklichkeit sein will. Der Spielleiter Erwin von Busse hatte auch die Dekorationen entworfen, die Szene vor dem Wirtshaus gab mit wenig Mitteln doch völlig den Charakter des südlichen Straßenbildes, sehr stimmungsvoll war die barocke Gartenkunst, der Schauplatz des Festes der Donna. Hier wird der Courante getanzt, von der Tanzkünstlerin Françes Metz einstudiert und von ihr und den Schauspielern mit Grazie ausgeführt. Ein Tanz, der etwa der Française entspricht, nur erfüllt von Grandezza. Auch im dritten Akte war das Repräsentative, Feierliche des Empfangsraumes ohne alle Ueberladung mit ganz wenig Requisiten angedeutet. Die Künstler des Schauspielhauses trafen das historische Kleid mit größerer Ungezwungenheit als früher; ein jeder stand gut in das Gesamtbild eingefügt an seiner Stelle, auch hielt man sich von Uebertreibungen angenehm zurück, so waren die Damen Glümer und Fischer, die gerne ihren Figuren überscharfe Konturen gaben, Muster einer diskreten Komik. Den Crispin gab Rud. Hoch mit einer frischen Natürlichkeit, die selbstverständlich wirkte. Die Musik, die anmutig einleitet, für den Tanz und einige andere Stellen gebraucht wird, hatte Wach nach Motiven Rameaus bearbeitet. Sie fügt sich angenehm zu dem spielerischen Reiz des Stückes.

Lustspielhaus. Die letzte Neuheit war nicht zugkräftig und so sah man sich wieder nach etwas Bewährtem um. Als wir s. Zt. am Gärtnerplatz mit dem „Grafen von Luxemburg" bekannt gemacht wurden, stellten wir fest, daß Lehár die Durchschlagskraft der „Lustigen Witwe" hier nicht völlig erreicht habe, aber wir haben inzwischen viel Schwächeres kennen gelernt. Lehár bringt hier wieder ein paar Lieder von einschmeichelnder Süßigkeit und flotte temperamentvolle Rhythmen, die populärer Wirkung stets sicher sind. Die Fabel handelt von einer Scheinehe, aus der sich wahres Liebesglück entwickelt. Die Textdichter haben das oft behandelte Thema von der allzu umständlichen Exposition abgesehen mit Geschick variiert. Mit Lust und und Liebe gesungen, gespielt und getanzt hinterließ die Aufführung einen recht guten Eindruck. Mizzi Parla hat diesmal sich mit einer zweiten, jedoch mit wirksamen Liedern ausgestatteten Rolle begnügt. Die Sängerin Angele gab Mädy Schulte recht liebenswürdig. König spielte die Titelrolle mit flotter Eleganz. Stimmlich überragen die Damen ihre männlichen Partner. Das ausverkaufte Haus war in bester Laune. Beifall und Blumen gab's in Hülle und Fülle.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Warenpreispolitik und Handelskrise — Reichsmarkdevise — Deutschlands Finanzlage und Wirtschaftszukunft — Unsere finanzielle Versklavung durch Ententekapital.

In der Gestaltung der **Warenpreispolitik** hat sich die ausgesprochene scharfe Krise weiterhin zugespitzt, dergestalt, dass fast in allen Handelszweigen eine völlige Stockung im Absatz und Konsum zu verzeichnen ist. Von besonderem Interesse sind die auf eine vom „Berl. Lok.-Anz." veranstaltete Rundfrage bei namhaften Berliner Geschäftsfirmen eingeholten Antworten hinsichtlich eines künftigen allgemeinen Preisabbaues. Im grossen und ganzen gehen die dabei erzielten Informationen fast einstimmig dahin, dass an einen plötzlichen Preisrückgang nicht zu denken sei, wohl aber werden die zum Teil abnorm gestiegenen Preise einem langsamen Preisabbau weichen, namentlich schon deshalb, weil infolge mangelnder Kaufkraft des Publikums Angebot und Nachfrage aus den allbekannten Gründen eine Verbilligung dieser Preise mit sich ziehen müssen. Selbstverständlich spielt hierbei die Gestaltung **unserer Markdevise** ebenfalls die ausschlaggebende Rolle. Und gerade die Zukunftsaussichten der **Kursgestaltung unserer Reichsmark** erfahren nicht überall die ausgesprochene zuversichtliche Beurteilung. Sachliche Gründe sprechen sogar für einen überwiegend starken Rückschlag, also für eine neuerliche Entwertung. Schon die ununterbrochen anwachsende Hochflut unserer papiernen Zahlungsmittel, steigend von Woche zu Woche auf nunmehr rund 63 Milliarden Mark, sollte eigentlich allein schon genügen, um jedweder Devisenbesserung bei uns die Spitze abzubrechen. Es ist ausgeschlossen, dass eine derartig unglaublich hohe Summe von Zahlungsmitteln ohne Einfluss auf unsere Wirtschaftskraft und namentlich auf deren Beurteilung im Auslande bleiben kann. Dazu die grossen Fehlbeträge in allen Ressorts der deutschen Reichsbetriebe, namentlich für die Zwecke der Ernährung. Post und Eisenbahn erbringen allein schon im laufenden Etatsjahre eine Unterbilanz von 13 Milliarden Mark. Die gesamten schwebenden Schulden Deutschlands dürften sich inzwischen auf 50 Milliarden Mark erhöht haben. Nach den Aeusserungen des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in einer Dresdener Zentrumsversammlung betragen unsere Schulden annähernd 200 Milliarden Mark; für den Zinsendienst benötigen wir allein $5^1/_2$ Milliarden Mark. Es wäre begrüssenswert, wenn die an jener Stelle zum Ausdruck gebrachten Hoffnungen des Ministers, dass Deutschland wieder gesunden könne, wenn wieder gearbeitet und gespart wird, wie vor dem Kriege, zutreffen und beherzigt würden, denn es ist höchste, wenn nicht allerhöchste Zeit, um irgendeinen Anfang einer solchen Wirtschaftsänderung zu erleben.

Schon die allgemeine Gestaltung der Lohnbewegung, die ununterbrochenen Streiks und deren Folgen, wie beispielsweise der dreiwöchentliche Bankbeamtenstreik, die Tarifkündigung für den Ruhrkohlenbergbau berechtigen nur zu geringen derartigen Hoffnungen. Und nachdem der deutsche Fabrikant aus all den Gründen der Valutaunsicherheit, des Rohstoffmangels, der unklaren Kalkulation infolge der Lohnpreispolitik zumeist nicht imstande ist, bei den Exportabschlüssen feste Verkaufspreise anzugeben oder einzuhalten, verringert sich allenthalben die Arbeitsmöglichkeit in Deutschland zusehends in erschreckender Weise. In der sächsischen Wirk-

waren-Industrie, in der Thüringer Waffensparte, in der süddeutschen Schuhmanufaktur, ferner in der Glas-, Porzellan- und Tonwaren-Erzeugung sind solche bedeutenden Auslandsaufträge annulliert worden. Durch dadurch eingetretene Arbeitslosigkeit mussten Arbeitsschichten eingelegt und ganzen Kategorien von Arbeitern gekündigt werden. Dieser Faktor wird an Bedeutung zunehmen im Verhältnis zu der bestehenden Warenkrise und der mangelnden Kaufkraft, welche noch stärker beeinflusst wird bei Eintritt der in Bälde zu erwartenden Steuerabgaben und in Gefolgschaft damit der grossen Vermögensreduktion innerhalb der deutschen Kapitalisten. Preissteigerungen für Eisenerzeugnisse und die fortgesetzten Erhöhungen in der Lebensmittelbranche verhindern ebenfalls jedwede Wirtschaftsbesserung. Hieran wird auch die — hoffentlich wirklich eintretende — günstigere Getreideversorgung mit Beginn des infolge der gebesserten Witterung, früher als sonst, zu erwartenden neuen Erntejahres nichts ändern, selbst unter dem Einfluss der preisregulierend wirkenden grossen Einfuhren von Lebensmitteln aller Art durch das Ausland. Die gedrückte Haltung unserer Effektenbörsen hat naturgemäss unter dem Eindruck solcher Ereignisse der Berichtswoche weiterhin empfindsam gelitten. Trotz dem wahl- und planlosen Abstossen selbst der besten Industriewerte konnte jedoch die Börsentendenz, weil gereinigt von schwachen Elementen, eine Erholung verzeichnen, obwohl in der Unsicherheit der politischen Lage keinerlei Klärung eingetreten ist. Die Räumung des Maingaues durch die Besatzungstruppen blieb fast eindruckslos. Mehr Beachtung fand dagegen die amerikanische Kapitalsbeteiligung bei unserer führenden Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und ferner die beherrschende finanzielle Stellungnahme Englands bei den Donau-Schiffahrtsgesellschaften. Deutschlands finanzielle Versklavung erfährt dadurch eine weitere Bestätigung!

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Stellenvermittlung des Augustinus-Vereins zur Pflege der kath. Presse.

Alle die Vermittlung betreffenden Anschreiben sind auf der Adresse mit dem Vermerk Stellen-Vermittlung zu versehen. Offerten ist das Porto zur Weiterbeförderung, desgleichen das Porto für die Beantwortung jedes ferneren Briefes beizulegen; Zeugnisse usw. nur in Abschrift, keine Originale, da für diese nicht gehaftet wird.

3819. Für ein Zentrumsblatt mit Nebenausgabe im rhein.-westf. Industriebezirk wird infolge Todesfalles zum sofortigen Eintritt **ein kath. Hauptschriftleiter** gesucht. Es wird in erster Linie auf einen Herrn (Akademiker) reflektiert, welcher eine täglich erscheinende Zeitung zeitgemäß auszustatten versteht, reiche Erfahrung auf kommunal-politischem Gebiete besitzt und sich mit Lust und Liebe dem kommunalpolitischem Teil widmet. Es ist vorzüglich Gelegenheit geboten, bei rednerischem Talent sich im öffentlichen Leben der aufblühenden Stadt zu betätigen und bietet sich ein anregendes Feld ersprießlicher Tätigkeit. Gefl. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild, Angaben von Empfehlungen und Gehaltsansprüchen an Generalsekretär Dr. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

3820. Für ein Zentrumsblatt der Pfalz wird ein tüchtiger, leitender **Redakteur** per 1. Juli gesucht. Derselbe muß in der Zentrumspolitik durchaus erfahren, Leitartikler, Kommunalpolitiker, Redner und flotter Stenograph sein. Angebote mit ausführl. Bildungsgang. Ref. und Gehaltsanspr. an Dr. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unsere lb. A. H. A. H., I. H. I. H., V. B. V. B. von dem Ableben unseres lieben V. B.

Otto Paul
stud. med.

der nach 5½ jähriger Gefangenschaft in Kansk in Sibirien einer Lungenentzündung erlegen ist, geziemend in Kenntnis zu setzen.
R. I. P.

Der kath. Studentenverein „Franko Borussia".

Für den Philisterverein:
Oberlehrer Wilde.
Für die Aktivitas:
theol. Klima XX

Der Trauergottesdienst fand Mittwoch, den 12. Mai, 7¾ Uhr, zu Breslau in der Vinzenzkirche (Ritterplatz) statt.

Wahlaufruf
der Bayerischen Volkspartei.

Wähler und Wählerinnen!

Am **6. Juni** sind die allgemeinen Wahlen zum

Reichstag und Landtag.

Was braucht das Reich?

Das Reich braucht:

Ruhe, Ordnung und Sicherheit, Herrschaft von Recht und Gesetz, Staatsautorität.

Ohne diese Grundpfeiler jedes geordneten Staatswesens gibt es keine Sicherheit von Leib, Leben und Eigentum des Staatsbürgers, keine geordnete Versorgung mit Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen täglichen Lebens, keine Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft in unserem Vaterlande.

Am 6. Juni gilt es einen unübersteigbaren Damm gegen die Flut ewiger Revolutionen aufzurichten. Der unzerbrechlichste Damm ist **der entschlossene und ungebrochene Wille einer gewaltigen Mehrheit des Volkes zur Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Gesetzmäßigkeit im Staat.**

Die Bayerische Volkspartei

hat sich in schwierigen Zeiten als stärkstes Bollwerk der Staatsordnung und des Wirtschaftsfriedens erwiesen.

Wählt darum für den Reichstag Männer und Frauen der Bayerischen Volkspartei!

Das Reich braucht: die freudige Mitarbeit aller:
an der Einrichtung und Ausgestaltung des Reiches im Innern,
an der Wiederaufrichtung seiner wirtschaftlichen Kraft,
an der Wiederherstellung seiner Würde u. Geltung nach Außen.

Diese freudige Mitarbeit wird nicht erzeugt durch Wegnahme uralter Rechte der Einzelstaaten, durch verständnislose Unterdrückung aller stämmischen Eigenart und durch die Zentralisierung aller Macht in Berlin, sondern einzig und allein durch den Aufbau des Deutschen Reiches auf föderalistischer Grundlage.

Die Weimarer Verfassung entspricht diesem Ziele nicht. Die Bayer. Volkspartei wird daher im Vereine mit gleichgesinnten Parteien trachten, daß sie auf gesetzmäßigem Wege in föderalistischem Sinne abgeändert werde.

Das Reich braucht: die politische Gleichberechtigung aller großen Berufsstände. Die Bayerische Volkspartei duldet daher keinerlei Klassenherrschaft im Reiche. Sie läßt dem Arbeiter nimmermehr die mühsam erworbenen Rechte und Freiheiten entreißen; auf der anderen Seite aber gestattet sie auch nicht, daß Bürger und Bauer zu politischen Parias herabgedrückt werden, daß die Geistesarbeiter der Not, Verelendung und Mißachtung verfallen.

Das Reich braucht: die Wiederbelebung des nationalen Gedankens und die Selbstbesinnung aller Deutschen auf ihre nationale Würde.

Das Reich braucht: die innere und äußere Einheit aller Deutschen, mögen sie nun wohnen in den Grenzen des alten Deutschen Reiches oder drüben in den deutschen Gebieten der ehemaligen Habsburger Monarchie.

Diese Zusammenfassung ist nur möglich, wenn nach innen wie nach außen eine **Politik der Verständigung** getrieben wird, nur möglich, wenn auf Grund einer solchen Politik der Gewaltfriede von Versailles revidiert wird.

Beides, Verständigung nach Innen wie nach Außen, erstrebt die

Bayerische Volkspartei.

Was braucht Bayern?

Bayern braucht: **einen Landtag und eine Regierung,** die in diesen Zeiten der Unruhe und der Gärung und der staatlichen Zersetzung mit aller Kraft Aufrechterhaltung der Staatsautorität und Herrschaft des Rechtes und Gesetzes erzwingen.

Wählt darum **Bayerische Volkspartei,** deren Bemühungen es im Monat März gelungen ist, eine kraftvolle Regierung der Ordnung aufzurichten.

Sie gibt unter keinen Umständen preis die einzigen Stützen der Ordnung, über die wir noch verfügen:

Reichswehr und Einwohnerwehr!

Bayern braucht: **einen Landtag und eine Regierung,** die, gestützt auf den unbeugsamen Willen und das Vertrauen der Mehrheit des Volkes, unerschrocken und mannhaft Front machen gegenüber allen

Versuchen Berlins,

die Rechte des bayerischen Staates, das noch gebliebene Maß von Selbstständigkeit niederzutreten zugunsten eines kulturverflachenden sozialistischen Einheitsstaates.

Bayern braucht: Aufrichtiges Zusammenhalten aller ordnungsliebenden Elemente, gegenseitiges Verständnis der einzelnen Stände für einander, friedliche, verständnisvolle Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Bürger und Bauer, Arbeiter, Lehrer und Beamten.

Die Bayerische Volkspartei will darum keine einseitige Standespartei sein, sondern eine wahre **Volkspartei,** in welcher die Interessen all dieser Stände nach den Grundsätzen der ausgleichenden Gerechtigkeit vertreten werden.

Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der großen Berufsstände soll ihre Auswirkung finden in

einer ersten berufsständischen Kammer.

Bayern braucht:

einen sparsamen Landtag und eine sparsame Regierung.

Der bayerische Staat soll nicht die Befriedigung unbedingt notwendiger Bedürfnisse seiner Beamten und Angestellten, seiner Verwaltung, seiner Schulen und der Kirchen unterlassen, er soll aber bei Erfüllung der Staatsaufgaben allenthalben weise Sparsamkeit obwalten lassen.

Bayern braucht **einen Landtag und eine Regierung,** die den Willen und die Macht haben, das Land vor der Ueberschwemmung durch stammesfremde, zersetzende Elemente aus dem Osten tatkräftig zu schützen, einen Landtag und eine Regierung, die mit dem schärfsten Nachdruck den Wucher und Schiebergeist aus dem Volke austreiben.

Bayern braucht:

Ruhe für Schule und Kirche.

Kulturkampf ist ein Verbrechen an unserem Vaterland, ein doppeltes in Zeiten, wo uns die leibliche Not bis zum Halse geht.

Die Bayerische Volkspartei wird daher getreu ihren Grundsätzen kräftig eintreten **für die religiöse Erziehung unserer Jugend nach den Grundsätzen des Christentums,** denn ohne solche gibt es keine glückliche Zukunft unseres Landes, **für die Wahrung der Rechte der Erziehungsberechtigten, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche beider Bekenntnisse von staatlicher Allgewalt,** aber ihr wird auch die Freiheit der Gewissen und die Schonung ernsthafter anderer Ueberzeugungen Herzensangelegenheit sein. Dagegen wird sie bewußte sittliche Brunnenvergiftung mit aller Macht bekämpfen.

Hierbei rechnet sie auf die besondere Mitwirkung der Frauen.

Die Frau ist jetzt politisch mündig, ihre Aufgabe ist es in erster Linie, in diesem Kampfe um die sittlichen Grundlagen des Staates von der Waffe des Stimmrechtes Gebrauch zu machen.

Darum, bayerische Frauen, wählt Bayerische Volkspartei!

Das Vaterland über die Partei!

Aber Parteien sind notwendig zur Zusammenfassung der Gleichgesinnten. Eine feste, zielbewußte Regierung von Reich und Land ist aber nur möglich, wenn nur wenige große Parteien vorhanden sind, welche bei wichtigen Entscheidungen die ganze Wucht ihres Ansehens und ihrer Stärke in die Wagschale werfen können.

Darum wählt Bayerische Volkspartei. Sie ist die stärkste Gewähr gesunder staatlicher Zustände.

Bayerische Volkspartei:

K. Speck, 1. Vorsitzender.
J. A. Bottner, 2. Vorsitzender.
C. Schirmer, 3. Vorsitzender.

Frau E. Ammann. J. Leicht. Dr. S. Schlittenbauer. L. Giehrl. F. Matt. G. Stang. H. Held. Dr. A. Pfeiffer. C. Walterbach.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr 7261.

Vierteljahrespreis:
In Deutschland ℳ 9.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 375 Pfg.
Beilagen:
ℳ 45.— das Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 22 München, 29. Mai 1920. XVII. Jahrgang.

Einiges von Alt-Oesterreichs Kultur- und Schulpolitik.

Von Dr. Max Hussarek, österreichischem Ministerpräsidenten a. D.

Das alte Kaisertum Oesterreich hat sich mehr aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen als aus dynastischen, militärischen oder politischen zu einer Einheit zusammengefügt. Während die deutsche Zivilisationsbewegung im Nordosten ihre natürlichen Grenzen fand und kein Flußsystem ihr den Weg in fernere Weiten wies, hatte das der Donau seit den ältesten Zeiten deutscher Geschichte den Weg gezeigt, auf welchem deutsche Volkskraft verschiedener Stämme kulturbringend und -fördernd vorwärtsdrang. Am nachhaltigsten ist dies der Zeit der Babenberger gelungen, die das von den Agilolfingern schon begonnene Werk nachdrücklich fortsetzten und die Grenze des Sprachtums fast schon bis in jene Linie gegen Osten vorschoben, welche sie heute inne hat.

Je weiter nördlich oder südlich von der Donau weg diese Vorrückung erfolgte, desto weniger ergiebig und durchgreifend war sie. Sie vollzog sich in diesen Gebieten teils durch die Bildung von Sprachinseln größeren oder kleineren Umfanges, teils durch die Gründung von Städten als Sitzen deutschen Handels- und Gewerbefleißes mitten in einer Umgebung fremder Sprache und Sitte; aber weder vermochte das Gebiet des böhmischen Tafellandes, welches an sich vielleicht das charakteristischste Gebilde einer geographischen Einheit in Europa darstellt, noch das der mittleren und oberen March, noch endlich das der mittleren Drau und der oberen Save dem Deutschtum gänzlich gewonnen zu werden und der Genius Stefan des Heiligen schuf den Magyaren die Kultur- und Staatsform, in der dieses politisch am höchsten begabte Volk des europäischen Ostens seine Eigenart zu behaupten und zu bewahren vermochte. Es wäre aber ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß die weiten Landstrecken im Flußsystem der mittleren Donau, in welchem sich slawische Sprache und slawisches Wesen erhielt oder in denen die gesellschaftliche und staatsbildende Leitung den Magyaren zufiel, Gebiete autochthoner Kulturentwicklung darstellen. Diese bewegt sich vielmehr in einer Mischform, an welcher das deutsche Element den nachhaltigsten Anteil hat. In ihr sind die Gegenstände, die Einrichtungen, der Stoff und Inhalt des kulturellen Lebens im großen und ganzen dasjenige, was aus dem deutschen Kulturkreise stammt, während die Rückbeziehung auf das schaffende Individuum, die Form, das Beiwerk mehr die Sphäre darstellen, in welcher die besondere nationale Eigenart sich entfaltet. Dies gilt von der Baukunst nicht minder wie von der industriellen Technik, von den wirtschaftlichen Formen nicht minder wie von der öffentlichen Verwaltung, von den militärischen Einrichtungen nicht minder wie von der Rechtsordnung.

In der Herstellung der Harmonie zwischen den Gegensätzen des Ursprunges hat sich der österreichische Genius offenbart, hat in einem zähen, allmähligen Assimilierungs- und Amalgamierungsprozeß von Jahrhunderten Gebilde hohen Wertes geschaffen und damit sich selbst hypostasiert; denn Oesterreich selbst ist eine künstlerische Schöpfung eigenster und wertvollster Art gewesen, und wenn es heute zerstört in Trümmern liegt, so wird ein gerechteres Einst nicht nur seine hohe, zivilisatorische Bedeutung für alle seine Völker, die Deutschen mitinbegriffen, die in seiner Schule gar vieles lernen konnten und vielleicht noch ein Mehr hätten lernen sollen, sondern auch sein unersetzliches Gewicht für die Ausgeglichenheit und Ruhe des europäischen Ostens anerkennen. Der Oesterreicher von echtem Schrot und Korn empfindet den erschütternden Ausgang des Weltkrieges, an dem er am wenigsten Schuld trägt, da er in keiner Epoche mehr begehrt hat, als seine Selbsterhaltung, nicht so sehr wegen der entsetzlichen Verluste an Gut und Blut, nicht so sehr wegen der unnatürlichen Zerreißung eines organisch einheitlichen Stückes Europas und der dadurch heraufbeschworenen Anlässe zu neuen kriegerischen Verwicklungen als eine tragische Ungerechtigkeit der Weltgeschichte, als deshalb, weil ihm seine Kulturmission geraubt, weil ihm sein Lebenszweck genommen worden ist.

Es ist, auch wenn dem wirtschaftlich lebensunfähigen Gebilde Deutsch-Oesterreich von außen die Möglichkeit der Existenz geboten wird, dennoch ausgeschlossen, daß es in seiner Krüppelform je zu einem sich und die Gemeinschaft der Völker befriedigenden Dasein gelange. Denn ein Staatswesen bedarf der Autarkie (der selbstgenügenden Unabhängigkeit) nicht bloß in seiner Produktion von Sachgütern, sondern, wenigstens auf die Dauer, fast mehr noch in seiner politischen Betätigung. Es muß durch sein Bestehen und sein Schaffen eine Richtung, einen Gedanken verkörpern. Seit der Napoleonischen Periode ist dies sehr überwiegend die Erfüllung des nationalen Lebens eines Volkes geworden, und der Weltkrieg scheint für Europa zunächst das Ergebnis gezeitigt zu haben, daß gerade diese Idee für alle Völker verwirklicht wird, mit Ausnahme des deutschen. Darum schien in der Zerstörung Oesterreichs eine gewisse Konsequenz zu liegen und einsichtslose Theoretiker vom Schlage Wilsons haben sie auch frivolerweise gezogen. Da aber der bisherige Wiederaufbau Europas denn doch die Durchführung des rein nationalen Gedankens der Staatsbildung ablehnt, Irland und Aegypten England, das Elsaß Frankreich, Deutsch-Südtirol und namhafte slovenische und kroatische Gebiete Italien, Deutsche und Magyaren den Rumänen, Ukrainer und Deutsche den Polen zuteilt, einen tschecho-slowakischen Staat aus sieben Nationen zu schaffen sucht usw., so liegt darin das Bekenntnis, daß das nationale Prinzip nicht restlos verwirklicht werden kann und daß noch andere Momente für die politische Autarkie eines Staates maßgebend sein können. Als ein solches mag die Gemeinsamkeit kultureller Aufgaben innerhalb einer geographischen Einheit am aussichtsvollsten sein, wie sie heute im großartigsten Maßstabe das britische Imperium — seine geographische Einheit ist das Weltmeer — und die Vereinigten Staaten Nordamerikas, in kleinem die Schweiz repräsentieren und wie sie mal nach einiger Zeit das künftige Rußland wieder darstellen wird.

Die österreichische Monarchie brauchte den Vergleich mit diesen politischen Bildungen durchaus nicht zu scheuen. Sie hat innerhalb ihres Bereiches die Schaffung einer harmonischen Kultur vortrefflich gelöst. Das Niveau derselben hat sicher das in den meisten ihrer Sukzessionsstaaten Erreichbare wesentlich übertroffen und sie unterschied sich aufs vorteilhafteste von den anderen auf dieser Grundlage zusammengefügten Großstaaten dadurch, daß ihr jede aggressive Tendenz des Hinübergreifens über ihre Grenzen und des Heraufbeschwörens von Konflikten abging. Nur die durch die Rachsucht Frankreichs, die Raubsucht Rußlands und den Neid Englands unerträglich gewordene politische Hochspannung löste im Jahre 1914 den Weltkrieg aus, nicht der sehr legitime Wunsch Oesterreichs, endlich von den steten Umtrieben Serbiens befreit zu werden, und jener wäre an irgendeinem sonstigen Anlasse binnen kurzer Frist sicher entfacht worden, wenn es nicht zur Mordtat von Serajewo gekommen wäre. Soll das Dasein der gesitteten Völkergemeinschaft überhaupt

einen Sinn haben, so ist er nicht zu verwirklichen, wenn einem wichtigen Gliede durch ungleiche und ungerechte Behandlung die Möglichkeit verkürzt wird, seine Kräfte zu entfalten. Das ist gegenwärtig beim deutschen Volke im schwersten Maße der Fall.

Früher sind die europäischen Gleichgewichtsinteressen durch den Bestand der österreichischen Monarchie gewährleistet gewesen. An Stelle der Entspannung ist durch das vorläufige Ergebnis des großen Krieges eine Quelle neuer Reizungen entstanden, verschärft durch die völkerrechtswidrige Art der Ueberwindung auf Seite der Sieger, ihre Hungerblockade, ihre Raubverträge mit Italien, Rumänien, ihre Vergewaltigung Griechenlands usw., durch die brutale Geltendmachung und Ausnützung der Niederlage der Besiegten. In all dem liegt der Hochstand, aber auch die Krise der einseitigen Nationalpolitik, die so lange die Welt zu ihrem Unglück im Banne hielt. An ihre Stelle wird die Zukunft wahre, echte Kulturpolitik setzen müssen, soll die Welt die Krankheit überwinden, die an ihr zehrt. Damit wird aber auch für ein wiedergebornes Oesterreich die Rechtfertigung seiner Existenz und das Ziel seines Wirkens gegeben sein.

Es hieße ein Buch schreiben, wenn auch nur ein dürftiger Abriß dessen gegeben werden sollte, was Oesterreich für die Hebung und Veredlung aller der Nationen geleistet hat, die auf seinem Gebiete vereint gewesen waren. So möge denn in diesem Zusammenhange ein kurzer Verweis auf ein besonders augenfälliges Gebiet kulturellen Schaffens genügen, welches mal besser als der Verbrauch von Papier oder Seife sein Maß bilden kann, auf das Schulwesen. Auch dieses ist bei uns, wie die meisten Zweige der Sachkultur, seinem Wesen nach typisch deutsch gewesen und hat in seiner Ausgestaltung die österreichische Sonderart dennoch voll entwickelt. Am stärksten war die Gleichheit in den Universitäten verkörpert, da diese in Oesterreich durch die Reform Graf Leo Thuns und durch jene Stremayrs in allen wesentlichen Stücken auf die gleiche Grundlage wie das deutsche Universitätswesen gestellt und damit das lebhafteste Gemeinschaftsleben mit ihnen und der regste Geistesverkehr ermöglicht worden ist. Dadurch sind auch die nichtdeutschen Universitäten Altösterreichs nachhaltig beeinflußt gewesen und zu einer Blüte gebracht worden, welche in den selbständigen Nachbarstaaten auch nicht annähernd gezeitigt worden ist. Ihr Schicksal in den Sukzessionsstaaten dürfte auch binnen kurzer Frist sein, daß ihr Wirken und Schaffen breit, nicht tief sich gestalten wird. Legitime Wünsche der nichtdeutschen Bevölkerung Altösterreichs auf dem Gebiete des Universitätslebens haben stets ihre Erfüllung gefunden. Es hat aber manche Postulate gegeben, welchen im Rahmen einer geordneten Staatsverwaltung kein Gehör gegeben werden konnte, und das hat die nationalen Gegensätze mit einer starken Dosis Verlogenheit ausgestattet.

Vortrefflich war das Feld der Fachhochschulen bestellt, in dem z. B. die Tschechen ganz erstklassige Leistungen erbracht haben, die sich auch wohl nur im Rahmen des alten Oesterreich auf ihrer Höhe erhalten hätten. Das Mittelschulwesen zeigte in den mehrsprachigen Ländern eine für die österreichischen Verhältnisse charakteristische Hypertrophie. Infolge des beharrlichen Wettlaufes der Nationen sind weit mehr Anstalten errichtet worden, als das reale Bedürfnis gefordert hätte. Es war keine geringe Arbeit, diese in ihren Leistungen auf der Höhe zu erhalten und dennoch ist dies bei den deutschen Mittelschulen fast restlos, aber auch sehr überwiegend bei den anderen gelungen und als der Staat zerfiel, ließ er seinen pietätlosen Erben in den Gymnasial-Einrichtungen ein Gut zurück, das den Vergleich, mit denen keines Staatswesens in Europa zu scheuen braucht, ja in manchem Stücke zweckmäßiger gestaltet ist als die Deutschlands. Im mittleren Fachschulwesen aber hatte Altösterreich geradezu die führende Rolle in der Welt und diente fast überall als Vorbild und Muster. Am stärksten in den Leistungen differenziert war sein Volksschulwesen, aber auch von diesem ließ sich sagen, daß es das seiner Nachbarstaaten, ausgenommen das Deutsche Reich und die Schweiz, weit übertroffen hat. Hier nur eine Zahl für viele, die ins Treffen zu führen wären: Die Verhältniszahl der Analphabeten unter den einst österreichischen Italienern war ein Dreißigstel jener im Königreiche!

Die Wellenbewegungen der Weltgeschichte werden an dem Bilde Europas nach den Freveln von Versailles und St. Germain wohl vieles ändern. Möge dadurch eine Linie erreicht werden, von der auch ein Bekenner zum alten Oesterreich sagen kann: sie ist gerecht.

Ein unerhörter Vorstoß.

Von Viktor Cathrein S. J., Valkenburg.

Unter obigem Titel brachte die sozialdemokratische „Münchener Post" in Nr. 99 vom 28. April 1920 einen Artikel, in dem sie heftig tobt über Mobilmachung der Kanzel und des Beichtstuhls gegen die Sozialdemokratie, über „unerhörten Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken".

Was ist denn geschehen? In dem Münsterischen Pastoralblatt (März 1920) veröffentlichte der bekannte Theologe und Sozialpolitiker P. Biederlack S. J. einen Aufsatz, in dem er die Grundsätze darlegt, nach denen die noch katholisch sein wollenden Mitglieder und Mitläufer der Sozialdemokratie im Beichtstuhl zu behandeln sind. Die „Post" teilt einige Sätze daraus mit, um „das schändliche Dokument" tiefer zu hängen Sie nennt es eine „Lehrentscheidung", fügt aber selbst bei, daß ihr „eine bindende Kraft nicht zukommt, so wenig wie den sozialistenfresserischen Schriften des Jesuiten Viktor Cathrein." Meines Wissens ist dies das erste Mal, daß mich die „Post" lobend erwähnt. Welche Schriften gemeint sind, sagt sie wohlweislich nicht, damit nicht etwa ihre Leser in Gefahr kommen, nach dem Gift zu greifen.[1])

Interessant ist die Schlußbemerkung des Artikels: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Für blind halten wir die heute an der Spitze der katholischen Kirche stehenden Personen nicht". Das ist offenbar ein Wink nach oben, sich ja nicht von P. Biederlack beeinflussen zu lassen und etwa dem Beispiel der holländischen Bischöfe zu folgen. Diese haben nämlich den Geistlichen vorgeschrieben, keinen im Beichtstuhl loszusprechen, der sich der Sozialdemokratie anschließt oder aus ihr nicht austreten will. Ich glaube aber nicht, daß die deutschen Oberhirten sich bei der „Münchener Post" über kirchliche Maßregeln Rat holen werden.

Warum nun dieser Lärm des sozialdemokratischen Blattes? Liegt etwa ein Mißbrauch der kirchlichen Gewalt zu rein politischen Zwecken vor? Nur arge Verblendung kann das behaupten. Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie handelt es sich für uns Katholiken um die Erhaltung des Glaubens und der ganzen katholischen Kirche. Die höchsten ewigen Interessen stehen auf dem Spiele. Und da sollten die kirchlichen Vorsteher ruhig zusehen, wie die sozialdemokratischen Wölfe in ihre Herde einbrechen und Seelen morden? Mir sind Fälle bekannt, wo sozialdemokratische Organisationen ihren Mitgliedern mit der Verweigerung der Kranzspende beim Begräbnis drohten, wenn sie sich kirchlich beerdigen ließen. So unduldsam sind die Sozialdemokraten, und im selben Atemzug verlangen sie von der Kirche, sie solle, wie ein Mietling, dem religionsfeindlichen Treiben der Sozialdemokraten mit verschränkten Armen zuschauen?

Freilich, wenn die Wahlen in der Nähe sind, dann spielen die Sozialdemokraten gern die Harmlosen. Sie sind dann, wenn man ihren Versicherungen glauben will, keine Feinde des Christentums, sie reden sogar von der Religion der Sozialdemokratie und einer Religion der Diesseitigkeit, verstehen aber unter Religion nur eine gehobene Gemütsstimmung, eine Schwärmerei für irgend ein Ideal, z. B. für den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Das ist Heuchelei und Betrug. Wer an kein persönliches überirdisches Wesen oder an keinen Gott und an kein Leben nach dem Tode glaubt, der kann keine Religion mehr haben, am allerwenigsten die katholische Religion, die von uns den Glauben an Gott, den allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erde fordert und ebenso den Glauben, an seinen eingeborenen Sohn, der für uns Mensch geworden ist, um uns zu erlösen und zur ewigen Seligkeit zu führen und der einst kommen wird zu richten die Lebendigen und die Toten. Es ist ein erschreckendes Wort, das der Erlöser gesprochen: „Wer nicht glaubt, der wird verdammt werden".

Wer heute noch an der Christentumsfeindlichkeit der Sozialdemokratie zweifelt, muß mit unheilbarer Blindheit geschlagen sein. Von jeher stand die Forderung der Trennung von Kirche und Staat, die Erklärung der Religion zur Privatsache, die Verweltlichung der Schule und die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen

[1]) Es kann sich nur handeln um meine Broschüre „Sozialdemokratie und Christentum, oder darf ein Katholik Sozialdemokrat sein?" 17.—21. Tausend; oder um das Buch „Der Sozialismus", das schon in 12. und 13. Auflage (26.—29. Tausend) erschienen ist.

Zwecken in ihren Programmen. Durch diese Forderungen zeigten sie zur Genüge, daß ihnen die Religion Hekuba ist. Und kaum waren sie durch die Revolution zur Macht gelangt, so gingen sie sofort daran, die Trennung von Kirche und Staat zu proklamieren, die Schule und das ganze öffentliche Leben zu verweltlichen, d. h. die Religion daraus zu beseitigen. Wenn sie nicht mit allen Forderungen durchdrangen, so ist es wahrlich nicht ihre Schuld. Wir dürfen aber sicher sein: Wenn die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Nationalversammlung und in den Landesversammlungen erlangen, dann ist es um die religiöse Erziehung unserer Jugend geschehen. Denn die Einheitsschule, der sie mit aller Macht zusteuern, läuft schließlich auf eine Monopolisierung des ganzen Schulwesens in den Händen des religionslosen Staates hinaus.

Kann nun ein Katholik so pflichtvergessen sein, daß er sozialdemokratisch wählt und dadurch die christentumsfeindliche Partei begünstigt und fördert? Es gibt freilich katholische Mitläufer der Sozialdemokratie, die sich damit entschuldigen, das sie die religionsfeindlichen Bestrebungen dieser Partei nicht billigen. Sie wollen nur wirksam ihrer Unzufriedenheit über die dermaligen wirtschaftlichen oder politischen Zustände Ausdruck verleihen oder allenfalls die rein wirtschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie begünstigen. Aber sehen sie denn nicht ein, daß sie durch ihr Verhalten eine notorisch christentumsfeindliche Partei mit allen ihren Bestrebungen fördern? Wer sozialdemokratisch wählt, fördert die Partei als solche, mag er das im Herzen wollen oder nicht.

Uebrigens ist auch die Annahme falsch, daß die wirtschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie vom katholischen Standpunkt zulässig seien und begünstigt werden dürfen. Wie sehr auch die sozialdemokratischen Parteien augenblicklich miteinander hadern, im Endziel stimmen sie alle überein. Alle wollen schließlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigen und eine große einheitliche Planwirtschaft einführen, bloß in der Methode oder der Taktik gehen sie auseinander. Nun hat aber das kirchliche Lehramt schon wiederholt und unzweideutig erklärt, daß das Privateigentum im Naturrecht begründet sei und nicht ohne Ungerechtigkeit und Schädigung der Gesellschaft aufgehoben werden könne. Auch der Klassenkampf und das Bestreben, alle Klassen- und Standesunterschiede zu beseitigen, haben die Päpste wiederholt als naturwidrig und schädlich bezeichnet.

Es zeugt von großer Unkenntnis des sozialdemokratischen Systems, wenn man erwähnt, man könne dessen wirtschaftliche Ziele von den antireligiösen trennen. Die heutige Sozialdemokratie ist eine ganze Weltanschauung geworden, sie behauptet, sich von der Utopie zur Wissenschaft emporgerungen zu haben. Es hat von jeher Menschen gegeben, die mit den vorhandenen Zuständen unzufrieden waren und sich irgendein Zukunftsparadies auf Erden erträumten, angefangen von Plato bis herab zu Cabet und dem Schneider Weitling. Aber das waren Utopien, die sich nicht auf wissenschaftliche Gründe, sondern auf das Glücksehnen des Herzens und eine fruchtbare Einbildungskraft stützten.

Erst Marx und Engels haben, so versichern ihre Anhänger in allen Tonarten, den Sozialismus auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt. Sie gingen von der Entwicklungslehre aus, die schon durch Hegel in weite Kreise gedrungen war. Wie alles in der Natur, so ist auch die menschliche Gesellschaft in einem beständigen Umwandlungsprozeß begriffen. Während man aber bisher annahm, die gesellschaftliche Entwicklung nehme ihren Ausgang von Ideen und werde von Ideen beherrscht, wurde Marx durch Feuerbach für den Materialismus gewonnen und erkannte nun — das gilt als seine große Entdeckung — daß die ganze Entwicklung der Gesellschaft sich nach den wirtschaftlichen Bedingungen richte. Alle philosophischen, religiösen, rechtlichen und sonstigen Ideen sind nur die Wiederspiegelung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Köpfen der Menschen. „Das Ideelle ist nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle“, sagt Marx, und Engels schreibt: „Außer der Natur und den Menschen existiert nichts; und die höheren Wesen, die unsere religiöse Phantasie erschuf, sind nur die phantastische Rückspiegelung unseres eigenen Wesens.“ Mit Hilfe dieser materialistischen Entwicklungstheorie versucht nun Marx auch zu beweisen, daß die heutige Gesellschaft immer mehr dem Sozialismus entgegentreibe.

Der Marxsche Sozialismus mit seinen wirtschaftlichen Zielen ruht also ganz auf seiner materialistischen Geschichtsauffassung, und wer diese Auffassung leugnet, entzieht jenem den Boden, und damit hört der „wissenschaftliche“ Sozialismus überhaupt auf. Denn einen andern „wissenschaftlichen“ Sozialismus als den Marx'schen gibt es augenblicklich nicht. Es ist also unmöglich, die wirtschaftlichen Ziele des Sozialismus von seiner materialistischen Geschichtsauffassung zu trennen. Der Sozialismus ist aus dem Materialismus hervorgegangen und von Anfang an widerchristlich gewesen. Der Haß gegen das Christentum stand an seiner Wiege, er begleitete ihn auf seinen Wegen und hat ihn auch heute nicht verlassen. Noch unlängst schrieb Fr. Stampfer, der jetzige Hauptredakteur des „Vorwärts“: „Das ganze Wesen der Sozialdemokratie verlangt es, daß sie jeden Versuch, das menschliche Denken unter geheimnisvollen Versprechungen oder Drohungen in bestimmte Formen [2]) gewaltsam hineinzupressen, mit aller Entschiedenheit bekämpft.“ „Der Sozialismus ist sich dessen bewußt, daß er nur im Streit gegen die Dogmen der Kirche werden konnte, was er ist.“ [3])

Es ist deshalb unzweifelhaft, so wie die Bischöfe der Niederrheinischen Provinz in ihrem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 8. Januar 1919 an ihre Diözesanen schrieben: „Man kann nicht überzeugter Anhänger des Sozialismus und gleichzeitig ein aufrichtiger katholischer Christ sein... Es bedeutet gar nichts, daß manche, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, dennoch vorgeben, gute Katholiken sein zu wollen. Wer den Sozialismus fördert, arbeitet gegen die Religion. Wer den Sozialismus unmittelbar oder mittelbar, durch eigenes Tun oder durch Nachlässigkeit oder durch Saumseligkeit unterstützt, versündigt sich an Christus und seiner Kirche. Wer zu Christus und seiner Kirche hält, kann es nicht mit dem Sozialismus halten. Entweder — oder! Es ist so, wie jener Sozialistenführer (Bebel) gesagt hat: „Christentum und Sozialismus stehen sich einander gegenüber wie Feuer und Wasser.“

[2]) D. h. christliche Dogmen oder Glaubenssätze.
[3]) Stampfer, Religion ist Privatsache 1919 S. 6 u. 14.

Spaltung des Zentrums in eine christlich-demokratische und katholisch-konservative Partei?

Von Dr. Franz Wetzel, München.

Je näher es an die Wahlen herangeht, um so deutlicher wird es, daß die Zentrumspartei diesesmal mit inneren Schwierigkeiten in einem Umfange zu rechnen hat, wie wohl noch bei keiner früheren Wahl. Die Vorgänge in Bayern, im Rheinland, in Westfalen, und gewisse Anzeichen ähnlicher Strömungen in Oberschlesien zeigen dem unbefangenen Politiker, daß die Frage, ob das Zentrum als die berufene politische Vertretung des deutschen Katholizismus in der bisherigen Form weiterbestehen, oder ob es einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß unterworfen werden soll, reif zur Entscheidung wird.

In diesem Zusammenhange ist ein Aufsatz des rechtsstehenden katholischen Politikers Frhr. von Lüninck im neunten Heft der Historisch-politischen Blätter „Die politische Vertretung des deutschen Katholizismus“ von besonderer Bedeutung. Frhr. von Lüninck, dessen Einfluß auf weite katholische Kreise im Rheinland und Westfalen außer Zweifel steht, untersucht in seinem Aufsatz die weltanschaulichen und die parteipolitischen Grundlagen und Zusammenhänge der Zentrumspartei in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Er geht dabei von der Tatsache aus, daß das Zentrum ursprünglich als reine Weltanschauungspartei gegründet worden sei, die in politischen und wirtschaftlichen Dingen ihren Mitgliedern Meinungsfreiheit ließ und nur in Weltanschauungsfragen ein gemeinsames Bekenntnis forderte. Allmählich aber, insbesondere nach dem berühmten Turmartikel Julius Bachems (1906), sei das rein politische Moment in der Partei immer stärker betont worden; „das eigentliche parteibildende, sie charakterisierende und von anderen Parteien unterscheidende Merkmal wurde in die politischen Grundsätze verlegt.“ Parteitaktisch aber hat das Zentrum auch fernerhin die christliche Weltanschauung als das bindende Element der Partei bezeichnet und sich dadurch die katholischen Massen zu erhalten gesucht. Frhr. von Lüninck kommt nun zu dem Schluß, daß das Zentrum sich durch die gleichmäßige Betonung der politischen

und weltanschaulichen Gemeinsamkeit in einen unlösbaren inneren Widerspruch verstrickt hat.

In der Tat leuchtet es bei einigem kritischen Nachdenken ohne weiteres ein, daß eine Partei nicht zu gleicher Zeit die nämlichen weltanschaulichen und politisch-wirtschaftlichen Programmpunkte mit der gleichen Ausschließlichkeit vertreten und ihre Anerkennung von ihren Mitgliedern fordern kann. Es kann einer ein überzeugter Katholik sein und dabei politisch auf der äußersten Rechten stehen; es kann einer aber sehr wohl demokratischen Anschauungen huldigen, ohne dabei ein minderer Katholik zu sein. Beide haben die gleiche Weltanschauung, ihre politischen Meinungen aber stehen sich diametral gegenüber. Dieses Beispiel auf das Zentrum angewandt, zeigt zur Genüge, daß der seit längeren Jahren immer wieder hartnäckig unternommene Versuch, dem Zentrum nicht nur eine weltanschauliche, sondern auch eine politisch-wirtschaftliche Einheitlichkeit des Programms unterzulegen, an der unerbittlichen Logik der Tatsachen scheitert. Und wenn wir uns nicht von Schlagwörtern und Aeußerlichkeiten blenden ließen, dann könnten wir unmöglich übersehen, daß im letzten halben Menschenalter innerhalb der Zentrumspartei, oder richtiger gesagt, innerhalb ihrer tonangebenden Kreise, die Gemeinsamkeit der politisch-wirtschaftlichen Doktrin die ursprünglich alleinige Parteigrundlage, die gemeinsame Weltanschauung, mehr und mehr überwucherte. Konkreter ausgedrückt heißt das: „Das deutsche Zentrum entwickelte sich unter der Führung bestimmter Persönlichkeiten immer mehr aus einer im Grunde ihres Wesens konservativ-katholischen Partei zu einer demokratischen bezw. christlich-sozialen Partei mit liberalen Einschlägen. Der anfangs stark ausgeprägte ständische Gedanke nahm immer offenkundiger eine gewisse staatssozialistische Färbung an, der schließlich der Partei das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie wesentlich erleichterte. War diese innere Wandlung des Zentrums vom Standpunkt der positiv christlichen Weltbetrachtung aus nicht unbedenklich, da dadurch doch recht viele positive Werte unseres Volkstums gefährdet wurden, so mußte die hartnäckige Willkür, mit der die demokratische Richtung in der Partei, insonderheit in der Parteipresse, zum Dogma der Zentrumspolitik erhoben wurde, auf die Dauer unbedingt parteistörend wirken. In einer Partei, die sich nicht bloß aus demokratisch gesinnten Arbeitern, Gewerkschaftssekretären und Angestellten zusammensetzt, und deren lebenswichtige Bestandteile mindestens in gleichem Maße zur Landwirtschaft, zum Handwerk und Gewerbe, zur Beamtenschaft und zur sonstigen „Bourgeosie" gerechnet werden müssen, war es undenkbar, daß alle diese letztgenannten Kreise sich dauernd einem „demokratisch" gerichteten Parteizwange unterwerfen würden, wo doch gleichzeitig das Band der weltanschaulichen Einigkeit immer mehr gelockert wurde. Aus diesen Tatsachen leitet Frhr. von Lüninck die Auffassung ab: „Eine Partei, welche grundsätzlich alle Angehörigen einer Weltanschauung umfassen will, kann nicht als Partei bestimmte politische Anschauungen einheitlich vertreten und ihre Mitglieder hieran binden."

Frhr. von Lüninck schlägt nun eine Lösung vor, die verblüffend wirkt und die auf den ersten Blick sehr viel für sich zu haben scheint. Er meint, da es doch ausgeschlossen sei, daß es ein gemeinsames, politisches System für alle Katholiken von Dr. Heim und Frhrn. von Loë bis zu Erzberger und Giesberts gebe, sei es am besten, die Konsequenzen aus dieser Tatsache zu ziehen und die Partei in zwei voneinander unabhängige Gruppen zu trennen, in eine christlich-demokratische Volkspartei und in eine katholisch konservative Partei. Beide Gruppen könnten dann ungescheut in voller Oeffentlichkeit und Ehrlichkeit für ihre gegensätzlichen politischen und wirtschaftlichen Ueberzeugungen eintreten, ohne befürchten zu müssen, dadurch die Parteiinteressen zu schädigen oder gegen die Parteidisziplin zu verstoßen. Behufs einmütiger Vertretung der gemeinsamen weltanschaulichen Grundsätze sollten sich diese beiden Parteien zu einem katholischen Kartell zusammenschließen. „Dadurch würden", so schließt Frhr. von Lüninck seinen hier nur andeutungsweise wiedergegebenen inhaltsreichen Aufsatz, „tatsächlich bestehende Meinungsverschiedenheiten offen erkannt, sie kämen in klaren Formen und Gruppen zum Ausdruck; sie könnten hier ehrlich und offen nach Geltung, Einfluß und Ausdehnung streben, ohne daß die erforderliche Einigkeit dadurch gestört würde, und so würde in der politischen Bewegung des deutschen Katholizismus gerade jenes Moment wieder zu Ehren kommen, das viele Katholiken in der heutigen Zentrumspolitik besonders schmerzlich vermissen: Klarheit und Wahrheit!"

Frhrn. von Lünincks kritische und noch mehr seine positiven Darlegungen erscheinen geeignet, in den politisch denkenden Kreisen des deutschen Katholizismus eine lebhafte Erörterung wachzurufen. Vor allem wird sich die Frage ergeben: Ist der von Lüninck aufgezeichnete Weg tatsächlich der einzige Ausweg aus dem Zwiespalt und der inneren Zerrissenheit der deutschen Zentrumspartei? So klar und eindeutig auch sein Gedankengang und seine Formulierung sind, bei tieferem Nachdenken wird man sich doch nicht der Einsicht verschließen können, daß die heutigen unerfreulichen Zustände in der Zentrumspartei unmöglich von Dauer sein können. Mögen die Gegensätze, die heute innerhalb der Partei als Folge verfehlter Taktik und unklarer, oberflächlicher Meinungsbildung so kraß zutage treten, auch unüberbrückbar erscheinen, in Wirklichkeit sind sie es doch nicht, sobald den führenden Geistern die Unmöglichkeit der jetzigen Doppelgestalt der Partei (weltanschauliche und politische Bindung) klar geworden sein wird. Das Eine ist richtig, und darin muß dem Frhrn. von Lüninck unbedingt beigepflichtet werden: wenn die Partei auf der eingeschlagenen Bahn weitergeführt wird, dann wird sie über kurz oder lang an ihrer inneren Zerklüftung zerbrechen. Das soll aber nicht sagen, daß ein Versuch, das Zentrum in seiner ursprünglichen Form wieder herzustellen, unter allen Umständen aussichtslos sei. Warum also nicht mit allen Mitteln zunächst diesen Weg beschreiten? Warum nicht die religiös-weltanschauliche Gemeinsamkeit aller deutschen Katholiken als parteibildendes Grundelement wieder in den Vordergrund stellen und die politische und wirtschaftliche Meinung dem einzelnen freigeben? Ist es denn so schwer, den alten guten Zentrumsgrundsatz „in necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus autem caritas", (im Notwendigen Einigkeit, in Zweifelsfällen Meinungsfreiheit, in allem aber liebevolles Sichverstehen) wieder in seiner ganzen Kraft und Schönheit aufleben zu lassen? Es gehört dazu nur eine Weile ernsthaften Nachdenkens über die treibenden Kräfte unserer Zeit, über die Menschheitsaufgabe des Katholizismus und allerdings auch ein wenig caritas, brüderliche Liebe, ehrliches Sichverstehenwollen; daran aber scheint es gerade in den katholischen Kreisen Deutschlands oft recht sehr zu fehlen. Hat aber einmal diese brüderliche Gesinnung wieder Geltung bei uns erlangt, dann wird auch die Ansicht, daß die ausgesprochene Linksorientierung der Zentrumspartei durchaus nicht der einzige Weg zum Heile ist, in manchen führenden Köpfen der Partei wohl nicht allzu schwer Eingang finden. Und die prophetischen Worte im Rundschreiben Papst Leos XIII. über die christliche Staatsordnung werden bei erneutem Nachdenken dann auch auf diese Männer nicht ohne Eindruck bleiben. „Der reine katholische Glaube kann nicht zusammengehen mit jenen Meinungen, welche dem Naturalismus oder Rationalismus beipflichten, deren Grundgedanke kein anderer ist als: die christlichen Institutionen vollständig zu stürzen, Gott aus der Gesellschaft zu verbannen und dem Menschen die oberste Gewalt zuzuerkennen." Wird dieser Grundsatz nach dem Willen des Papstes tatsächlich wieder „eine Richtschnur für alle", dann ist unseres Erachtens der Wiedergesundungsprozeß der deutschen Zentrumspartei im Gange, ohne daß zuvor eine gewaltsame Amputation nach dem Vorschlag des Frhrn. von Lüninck notwendig geworden wäre.

Leider scheint die Erkenntnis, daß die Zentrumspolitik sehr wohl eine starke Rechtsschwenkung vertragen kann, ja, daß die Beibehaltung des bisherigen Kurses zum Zusammenbruch der Partei führen muß (ungeachtet ihrer schweren Nachteile für Katholizismus und Vaterland), noch einen weiten Weg vor sich zu haben, wie auch Erzbergers Kandidatur und seine Forderung einer möglichst weitgehenden Linkspolitik beweisen.

Professor Martin Spahn „Das deutsche Zentrum und die Wahlen" in Nr. 32 der Zeitschrift „Das Neue Reich" sieht mit Recht in dem Verlangen, die Zentrumswähler hätten sich grundsätzlich zur Weimarer Verfassung zu bekennen (trotz der schwer wiegenden Bedenken, die ihr entgegenstehen), einen mit dem Gründungsprogramm der Partei unvereinbaren Widerspruch und eine erneut ausgesprochene unbedingte Festlegung auf den eingeschlagenen Linkskurs.

Mindestens ebenso bedeutungsvoll im Hinblick auf die fernere Politik der gegenwärtig führenden Zentrumskreise erscheint uns die Berufung des bekannten M.-Gladbacher Parteiführers Dr. Brauns an die Parteizentrale in Berlin. Dr. Brauns gilt als der Zentrumsführer, der heute am weitesten links steht und der außerdem gewohnt ist, seine Meinung diktatorisch

durchzusetzen. Wenn ein solcher Mann nun die geistige Leitung der Zentrumspartei und ihres gesamten publizistischen Apparats in die Hand zu nehmen beauftragt wird, so kann man daraus mit Sicherheit entnehmen, daß die offizielle Zentrumspolitik nicht bloß im bisherigen Fahrwasser, sondern womöglich noch weiter nach links gesteuert werden soll. Wir wollen den leitenden Zentrumskreisen gewiß den guten Willen nicht absprechen, aber wir können auch die Besorgnis nicht unterdrücken, daß das deutsche Zentrum und der Katholizismus an dieser geschichtslosen und in erster Linie auf Tagesbedürfnisse und Augenblickstaktik eingestellten Politik schwersten Schaden nehmen werde. Zum mindesten aber wird sie allen jenen Bestrebungen, die die starken, im guten Sinne konservativen Elemente (vor allem sind das unsere geistigen Kräfte) aus der Zentrumspartei hinausdrängen wollen, Wasser auf die Mühle leiten.



Wochenschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Nitti als Phönix.

Die italienische Ministerkrisis hat sich so gelöst, wie vor 8 Tagen an dieser Stelle angedeutet wurde: Nitti ist wieder Ministerpräsident und sein neues Kollegium ist im Stile der Koalition aufgebaut.

In die innere Politik Italiens brauchen wir uns nicht einzumischen. Aber Deutschland kann das Verbleiben des Präsidenten Nitti und zugleich seines Außenministers Scialoja begrüßen als die Gewähr, daß diese dritte Großmacht im Hohen Rat der Alliierten auch weiterhin für die versöhnliche Richtung eintreten wird. Ihr weltpolitischer Einfluß ist sogar stärker als bisher, da jetzt die Autorität Nittis weniger bestritten ist als bisher, wo man ihm und seiner Friedenspolitik den festen parlamentarischen Rückhalt absprach.

Für die deutschen Katholiken ist ferner von besonderem Interesse die Entwicklung der kirchentreuen Volkspartei in Italien in Analogie mit dem deutschen Parteileben. Die Populori haben dort einen ähnlichen außerordentlichen Erfolg bei den letzten Wahlen erzielt, wie das deutsche Zentrum bei der Begründung im Anfang der siebziger Jahre. Die verstärkte Partei hat zuerst sich organisieren müssen, und daher war es begreiflich, daß sie sich nicht sofort zu verantwortlicher Teilnahme an der Regierung drängte. Jetzt ist die Tatkraft so sehr gewachsen, daß sie die Beteiligung an dem neuen Kabinet Nitti wagen. Nitti hat ihnen offenbar auch die nötigen Zugeständnisse in der Kulturpolitik gemacht. Auch er und die anderen Mitarbeiter sind durch die Erfahrung belehrt worden, daß ohne diese starke Partei der Mitte eine stetige und feste Politik sich nicht durchführen läßt. Daß die Populori nach außenhin die Friedenspolitik unterstützen, ist selbstverständlich, nicht allein nach der eigenen Gesinnung, sondern auch gemäß der Harmonie mit der Friedenspolitik des Papstes. Der Aufschwung der katholischen Volkspartei in jenem Lande, wo die kirchenfeindliche Freimaurerei ihre Aufhetzung des Volkes mit feindseliger Zuspitzung gegen den Vatikan betrieben hat, ist ein weiterer Beweis dafür, daß bei den Schicksalsschlägen der letzten Jahre, die keinen weltlichen Machtfaktor unverschont ließen, die Kurie und ihr begnadetes Oberhaupt mit überraschendem Erfolge abgeschnitten hat.

Spa und Hythe.

Die Konferenz in Spa ist zunächst auf vier Wochen, bis zum 21. Juni, verschoben worden. Ob sie nicht allein eröffnet, sondern auch wirksam durchgeführt wird, ist noch keineswegs sicher. Von deutscher Seite will man alles tun, um jeden Vorwand für weitere Vertagung zu vermeiden. Auch der neue Reichstag soll möglichst schnell nach der Aufrechnung und Abstimmung am 6. Juni zusammentreten, um noch vor dem Konferenztermin die Beschlüsse fassen zu können, die vielleicht durch den Wechsel in den persönlichen Verhältnissen und in dem Gleichgewicht der Parteien notwendig waren, so daß eine einwandfreie Regierung zum Konferenztermin vorhanden ist.

Millerand und Lloyd George haben inzwischen in Hythe Beratung gepflogen. Ueber das Ergebnis liegen neben unbeglaubigten Zeitungsnachrichten einige Andeutungen in einer Rede des englischen Ministers Bonar Law vor. Offenbar hat Millerand den alten Versuch fortgesetzt, durch feste Abmachungen mit den Verbündeten schon vor der Aussprache mit den deutschen Vertretern vollendete Tatsachen zu schaffen, so daß in Spa nicht verhandelt, sondern wieder nach dem Muster von Versailles diktiert würde. Dieses Ziel hat er aber allem Anschein nach nicht erreicht; denn Bonar Law bezeichnet den Meinungsaustausch von Hythe als „vorläufige Unterredung". Er verweigert auch eine Nennung der Ziffern, die für die Abmessung der deutschen Kriegsentschädigung „vielleicht erwähnt worden" seien. Etwas Bestimmtes sagt er nur über den Verteilungsmaßstab, und da kommt ein Gegensatz zwischen Frankreich und England zutage. Ersteres will für sich und seinen Knappen Belgien ein Vorrecht auf die ersten Goldzahlungen Deutschlands haben; England aber will sich und seine Dominions nicht auf die lange Bank schieben lassen. Als Ausgleich wird vorgeschlagen, daß Frankreich von der Goldbeute etwas mehr als doppelt so viel bekommt wie England, nach dem Maßstab von 11 zu 5. Für uns kommt es nicht auf die Verteilung an, sondern auf die Gesamthöhe unserer Verpflichtungen. Sollte sich die Zeitungsmeldung bestätigen, daß England 100 Milliarden in dreißig Jahren ohne Verzinsung, Frankreich aber 120 Milliarden mit Zinsenlast (also fast das dreifache der Riesensumme) vorgeschlagen haben, so müssen sich freilich unsere Vertreter in Spa tüchtig ausrüsten, um durchschlagend nachzuweisen, daß unsere Zahlungsfähigkeit ihre natürlichen Grenzen hat und daß schließlich die Sieger leer ausgehen, wenn sie durch maßlose Erpressung die deutsche Volkswirtschaft ruinieren.

Die Aussichten bleiben freilich dunkel; doch wenn man alles in allem nimmt, so scheint die Verschiebung der Konferenz nicht gerade als ein Unglück, da sich mehr und mehr die Erkenntnis durchringt, daß es nicht bloß grausam, sondern geradezu töricht wäre, von Deutschland mehr zu fordern, als es wirklich leisten kann.

Die wirtschaftspolitischen Beratungen, die zwischen deutschen und französischen Fachmännern jetzt eröffnet sind, werden gewiß einen guten Beitrag liefern zu den Verhandlungen in Spa. Für uns ist alles vorteilhaft, was Klarheit schafft über die realen Verhältnisse und über die Weisheit des Spruches „Leben und leben lassen".

Das Ende der Nationalversammlung.

Eigentlich ist sie noch nicht tot; sie steht noch in Reserve, bis der neue Reichstag zusammentritt. Hoffentlich wird es aber in den nächsten Wochen keinen Zwischenfall geben, der die schlummernde Nationalversammlung zur Nothilfe veranlaßt.

Die letzten planmäßigen Sitzungen fanden am Donnerstag und Freitag vor Pfingsten statt und verliefen nicht ganz erbaulich.

Die Unabhängigen hatten wieder einmal die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragt, und die mehrheitssozialistische Fraktion zeigte zum Ueberfluß noch einmal, wie leicht sie sich von den unabhängigen Wahlkonkurrenten einschüchtern und irreführen läßt. Der radikale Antrag wurde von den beiden sozialistischen Parteien zur Annahme gebracht, als die Bänke der anderen Parteien gerade schwach besetzt waren. Das ergab einen Konflikt zwischen dem formalen, scheinbaren Parlamentsbeschluß und dem Willen der Regierung, die in gewissen bedrohten Bezirken die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht verantworten konnte. Die Unabhängigen versuchten, aus dem Zwischenfall noch eine richtige Krisis zu machen, bei der sie ihr Wahlsüppchen zu kochen gedachten. Inzwischen waren aber die unsicheren Kantonisten von der Mehrheitsfraktion zur Einsicht und Zucht gebracht worden. Der unabhängige Antrag auf ein feierliches Mißtrauensvotum fand nur 14 statt der erforderlichen 15 Unterschriften. Die übrigen Volksvertreter begnügten sich mit der Erklärung der Regierung, daß sie den Ausnahmezustand nur in einigen besonders bedrohten Gegenden bestehen lassen, aber überall für die Freiheit der Wahlarbeit sorgen werden. Es wurde besonders Rücksicht genommen auf die bayerischen Bedürfnisse und die Selbständigkeit der bayerischen Regierung.

Von den Rechtsparteien wurde Obstruktion getrieben, um die Verabschiedung des Gesetzes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu vereiteln. Die Minderheit errang in der Tat einen Zufallssieg; denn nachdem die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei den Saal verlassen hatten, ergab die Stimmenzählung einen ganzen Abgeordneten weniger, als die verfassungsmäßige Beschlußfähigkeit fordert. Der Gesetzentwurf ist also verschoben; der neue Reichstag wird die Sache zu regeln haben. Wenn die Beschlußunfähigkeit festgestellt wird, ist es jedesmal ärgerlich und schädlich für das Ansehen des Parlaments. Eins hat die Nationalversammlung vor allem nicht vermocht: Dem Volke Klarheit über unsere inneren Verhältnisse zu geben. Möge das der neue Reichstag gründlich nachholen.



Die Valutanot in ihrem Einfluß auf das deutsche Missionswesen.

Von Max Größer, P. S. M., Limburg a. d. Lahn.

Wenn man mit katholischen Priestern und Laien über die deutsche Missionsfrage spricht, erfährt man immer wieder, daß weite Kreise der deutschen Katholiken gerade die finanzielle Seite der deutschen Missionsmisere mit sorgenden Gedanken umgeben. Gegenüber dem Einwand, ob man mit Recht in diesen armseligen Zeiten deutsche Gelder an Missionen bisher feindlicher Mächte senden könne, hat man die Möglichkeit (unter Vermeidung näheren Eingehens auf diese verwickelte Angelegenheit), auf die Internationalität des Missionswerkes der katholischen Kirche hinzuweisen. Wenn aber entgegengehalten wird, daß bei dem jämmerlichen Stand der deutschen Valuta Missionszahlungen ins Ausland eine Verschleuderung deutscher Opfergaben seien, hat man die Antwort nicht so leicht. Es mag denn angebracht erscheinen, auch weiteren katholischen Kreisen einige Gedanken vorzulegen, die hierhin gehören. Wenn selbstverständlich die leitenden Missionskreise in hohem Verantwortlichkeitsgefühl bisher und in Zukunft auf diesem Gebiete die Frucht deutscher Missionsbegeisterung gewissenhaft wahren und anwenden, so haben doch anderseits die Menge der Spendenden ein berechtigtes Interesse, auf ihre Zweifel eine Antwort zu erhalten.

Man kann tatsächlich der Meinung sein, daß unser Valutaelend fast wie eine Fortsetzung des Austreibungswerkes an deutschen Missionaren wirkt. Denn sowohl in Rücksicht auf die Unterstützung der noch bestehenden deutschen Missionen als inbezug auf Neuunternehmungen in bisher nicht von Deutschen bebauten Gebieten ist die Entwertung des deutschen Geldes im Ausland ein schreckliches Hindernis. Ja, man kann sogar zweifeln, ob heute und selbst nach Freigabe der deutschen Missionstätigkeit gerade hierin nicht ein schlimmeres Missionshindernis ruht als in der abscheulichen Missionspolitik der bisher feindlichen Mächte. Nur zwei Beispiele! Die Reisekosten für einen einzigen Missionar nach dem ehemaligen Deutsch-Süd-West betragen heute mehr als 10,000 ℳ (Zeitschrift für Missionswissenschaft 1920, 49). Schon im letzten Jahre sollte eine protestantische Mission in Südafrika ihre Schulden von 75,000 Pfd. Sterling mit 5—6 Millionen Mark bezahlen![1]) Man bedenke man, daß die noch bestehenden deutschen Missionen im Kriege sich selbstverständlich nur durch Aufnahme großer Anleihen über Wasser halten konnten. Endlich werden sie ihren Kredit erschöpft sehen. Welche Unsummen sind dann von deutschen Missionsgesellschaften zu leisten! Da nun nach Ansicht von Fachleuten trotz zu erhoffender Besserung der Valuta ein wirklich erträgliches Verhältnis zwischen deutschem und ausländischem Geld zunächst nicht abzusehen ist, so kann sich das Valutaelend wirklich zu einer Katastrophe für unser blühendes deutsches Missionswesen ausbilden. Man lasse sich nicht durch die hohen Ziffern der Einnahmen an Almosen und Vereinsbeiträgen täuschen. Bei der Entwertung des Geldes, die doch auch im Inland in fürchterlichem Maße Tatsache geworden ist, kann man nur von einem starken Rückgang der Almosen sprechen. Sieht man auf die Ausgaben für das Missionswesen, dann ist es schon im Inlande kaum denkbar, daß die Missionsgesellschaften lange Zeit ihre Werke unterhalten können. Für Zahlungen ins Ausland aber wäre Bedingung, daß die deutschen Katholiken künftighin auch unter Einrechnung einer starken Besserung unserer Valuta das Sieben- bis Zehnfache der bisherigen Gaben aufbrächten! Wer mag bei den Preisen für alle Lebensbedürfnisse im Ernst solche Hoffnungen hegen! Es hilft nicht der Gedanke, daß man ruhig zuwarten solle. Auch nach der französischen Revolution habe eine starke Entwertung des Geldes geherrscht, und es seien schließlich doch wieder normale Verhältnisse gekommen. Abgesehen von der Unvergleichbarkeit der Verhältnisse von damals und heute haben wir heute ganz andere Missionsunternehmungen im In- und Auslande zu unterhalten als damals, und es wäre unverantwortlich, wenn man das mit Mühe und unendlichem Aufwand an Kapital jeder Art Aufgebaute nun jahrelang im Stich lassen wollte. So kommt man nicht herum um die Frage, wie man in solchen Nöten handeln soll.

Die Tatsache, daß unser Geld im Auslande nur einen lächerlichen Bruchteil seines Nennwertes behauptet, fordert bestimmt den Grundsatz, daß man jede irgendwie vermeidbare Zahlung ins Ausland vermeidet. Wenn also der Not deutscher bestehender Missionen abgeholfen werden soll, so muß das Kreditwesen, so lange es möglich und ohne zu starke Belastung der Zukunft denkbar ist, herhalten. In diesem Sinne suchen die Missionsleitungen seit einiger Zeit zu helfen. Sodann müßten die Katholiken des Auslandes, vor allem Spaniens und Amerikas, einmal praktisch ihren Katholizismus beweisen und die gefährdeten deutschen Missionen mit ihren Geldern retten. Nordamerika hat ja während des Krieges schon für die deutschen Chinamissionen gesorgt und so sein Verständnis für die Verpflichtungen der Gegenwart bewiesen (a. a. O. 1919, 249). In weiterer Linie müßten die ausländischen Zweige deutscher Missionsgesellschaften, soweit sie dazu fähig sind, ihren bedrängten deutschen Mitbrüdern mit ihrem bessern Geldwert zur Seite gehen. Besonders aber darf das missionseifrige Deutschland auch auf die Hilfe der großen (allerdings sehr belasteten) Missionsvereine der Glaubensverbreitung und der Kindheit Jesu rechnen. Ersterer hat in seinen Grundsätzen für die Verteilung der Missionsgaben ja auch u. a. diese, daß besondere Notlagen Extrazuschüsse verlangen (die Verschuldung der im Kriege von Deutschland abgeschnittenen Missionen ist ohne Zweifel eine Ursache von solcher Notlage), und daß andere bestehende Einkünfte einer Mission das Fixum seitens des Vereins herunterdrücken (bei der Unmöglichkeit, die alten Einkünfte aus Deutschland zu erhalten, müßte also das Fixum erhöht werden.)[2])

Und der Kindheit Jesu-Verein, der im Kriege sich so sehr korrekt benahm, wird doch umso eher der Not deutscher Missionen zu Hilfe kommen, als die deutschen Kinder ja weitaus das meiste an Beiträgen zahlen. Daß beide Vereine während des Krieges die Beiträge aus Deutschland noch nicht ausbezahlt erhielten, spielt hier keine Rolle. Schließlich denken wir auch, daß die oberste Missionsbehörde, die Propagandakongregation neben ihren Rechten auch gern ihre Pflichten bedenken wird. Bei dem Unvermögen der deutschen Katholiken, ihr Geld ins Ausland zu geben, müßte sie Mittel und Wege finden, Kredit zu erhalten und die geringen bisherigen Hilfen an deutsche Missionsgebiete um ein Bedeutendes zu erhöhen.

Was Neuunternehmungen auf dem Missionsgebiet angeht, so wächst aus der schwierigen Lage der Gegenwart der weitere Grundsatz heraus, daß man sie nach Möglichkeit zurückstellen muß. Wenn wir in dem Valutaelend eine Folge des verlorenen Krieges sehen sollen, dann ist es aber gewiß nicht einzusehen, warum den Gewinn davon nicht etwa die durch den Krieg Geschädigten, sondern die ausländischen Dampfergesellschaften und Geschäftsleute haben sollen. Wenn die Kassen der Missionsleitungen vielleicht im Augenblick auch eine einmalige starke Ausgabe gestatten sollten, so wird doch die Fortführung solcher Neuunternehmungen vielleicht gar zu bald unmöglich gemacht werden. Für die Reisekosten der Missionare, die in die Missionen abreisen müssen, ist zum Glück ja besonders der Glaubensverbreitungsverein statutengemäß eine Hilfe.[3])

Wenn somit ein Abwandern deutschen Missionsgeldes ins Ausland nach Möglichkeit verhindert wird, so ergibt sich die Frage, welchen Zwecken es in der Heimat zugeführt werden soll. Bei den zweifelhaften und dauernd unsicher bleibenden wirtschaftlichen, steuerpolitischen und sonstigen einschlägigen Verhältnissen wird das einfache Admassieren vielleicht nicht der Weisheit Inhalt sein. Für eine Verwendung des Geldes aber kann man aus allen Kreisen, die in Begeisterung der Mission anhängen, die Meinung hören, daß man sie nicht für irgendwelche caritative, sondern für heidenmissionarische Zwecke wünscht. Es entspricht das ja auch den im Recht und in der kirchlichen Moral angewandten Grundsätzen über Gebrauch und Anwendung frommer Stiftungen und Gaben. Solange der Zweck des Stifters oder Spenders ganz oder teilweise erreichbar ist, darf man andere Zwecke mit den Wohltätigkeitsgeldern nicht bedienen. Fragt man nun nach den festgelegten Zwecken der Missionsgelder, so sollen der Ludwig-Missionsverein und die Missionsvereinigung kathol. Frauen und Jungfrauen neben den Heidenmissionen auch der Diaspora helfen. Beim Xaverius-Verein ist das, wenn nicht durch Statut, so doch durch die Praxis ebenso. Bei diesen Vereinen würde man also vielleicht dem Gedanken näher treten, ob die Diaspora über den bisher satzungsgemäßen Prozentsatz hinaus

[1]) Vgl. Evangel. Missionsmagazin 1919, 303.

[2]) Vgl. Huonder S. J, Der Verein der Glaubensverbreitung, Freiburg 1912, S. 18 f.

[3]) Huonder a. a. O. S. 20.



Hilfe erhalten könnte. Bei anderen Vereinen wie Kindheit Jesu-Verein (Claver-Sodalität), Afrikaverein, Spezialvereine der Genossenschaften sowie bei den Almosen, die bei Missionsfesten oder die den Missionsgesellschaften direkt zugehen, wäre diese Fragestellung schon im Widerspruch zu der Zweckbestimmung.

Es ist der ausgemachte Wille der Kirche, in der allernächsten Zeit nach Möglichkeit alle noch nicht missionierten Gebiete der Heidenwelt aus ihrer ungeheuren religiösen Not zu befreien. Das geht sehr deutlich hervor aus den Worten, mit denen das neue Aufsehen erregende Sendschreiben des Papstes über das Missionswesen[4]) die Apostolischen Vikare strengstens auffordert, durch Gründung von neuen Stationen die Zentren neuer Missionssprengel vorzubereiten. Es ist darum unbedingt nötig, daß das heimatliche Missionswesen sich auf die zu erwartenden neuen großen Missionsaufgaben im Heidenlande vorbereite und einrichte. Es ist somit für die an erster wie vor allem für die an zweiter Stelle genannten Vereine und Missionsinstitute die natürliche Folgerung aus den Valutanöten, daß die Missionsgelder, deren Zahlung ins Ausland und weitere einfache Aufbewahrung sich verbieten, nach Möglichkeit den Aufgaben des heimatlichen Missionswesens zugeführt werden. Im Hinblick auf den päpstlichen Missionserlaß erscheint dies als die gegebenste Missionshilfe. Weiteren katholischen Kreisen ist bekannt geworden, in welche Notlage die auf alten Stiftungen beruhenden Konvikte der Diözesen gekommen sind. Aehnliches gilt auch für die Missionshäuser. Den erhöhten Gehältern entsprechen in Deutschland allzusehr die erhöhten Preise, sodaß man durch rücksichtsloses Hinaufsetzen der Pensionen der Schüler keinesfalls die ungeheuren Mehrkosten der Betriebe decken kann. Und doch muß bei der schwankenden Lage des christlichen Charakters der Mittel- und höheren Schulen unbedingt am Privatinternat der Genossenschaften festgehalten werden. Eine besondere Hilfe erheischen die Neugründungen der Missionsgenossenschaften in Deutschland, die in der letzten Zeit des Krieges in Unkenntnis der Entwicklungen noch gemacht wurden. In ganz besondere Notlage sind jene Missionshäuser und Orden versetzt worden, die ihre Gymnasien und Alumnate auf holländischem Boden haben und nicht aus Ackerbau und Viehzucht Einnahmen erzielen. Vor allem aber möchten wir auch jener Art des Missionsberufes das Wort reden, die in Deutschland bisher nicht so stark gepflegt wurde, aber durch das päpstliche Missionsschreiben und die Not der Mission in den Vordergrund gerückt wurde. Wir meinen die Frage des Weltpriestermissionars. Bei der Ueberfüllung der akademischen Berufe und der Finanzlage der Kirche ist in absehbarer Zeit wohl mit Ueberschuß an Weltgeistlichen zu rechnen. (? D. R.) Da dürften die Mahnungen Benedikts XV. an die Bischöfe, den Missionsberuf in den Seminarien zu fördern, bald um so größere Erfolge versprechen. Es wäre gewiß die denkbar beste Verwendung von Missionsgeldern, wenn man frühzeitig daran dächte, ein Vorbereitungsseminar für solche Kandidaten des Weltpriestermissionarstandes zu schaffen.[5])

Es wäre in der Tat höchst schmerzlich, wenn nach all dem Jammer, den die Vertreibung der deutschen Glaubensboten und die Verwüstung gewisser Missionen Afrikas verursacht haben, nun auch das heimatliche Missionswesen seiner herrlichen Aussicht beraubt würde. Vielleicht sind die Missionsgelder, die in Deutschland angesammelt wurden, berufen, hier einzuspringen. Man sage nicht, daß der Valutaverlust im Auslandsverkehr bei Aufwendung der Missionsgelder für inländische Zwecke ausgeglichen werde durch die überstark erhöhten Warenpreise. Denn da auch im Ausland stellenweise eine unerhörte Preissteigerung stattfand, ist ein Verwenden der Gelder im Inland immer noch rentabler, und zudem bleibt das Geld hier im Verband des Volkes, während die Verschleuderung bei Auslandszahlung nur dem fremden Spekulanten zugute kommt. Jedenfalls sind bei anzuratendem oder gar notwendig werdendem Inlandsverbrauch der Missionsgelder die großen Bedürfnisse der heimatlichen Missionsinstitute an erster und zunächst einzig berechtigter Stelle zu berücksichtigen.

[4]) Acta Apost. Sedis 1919, 440—455. — Text und Uebersetzung auch bei Herder, Freiburg, erschienen.

[5]) Die Gründung eines solchen Seminars wurde schon mit dem Namen des Prof. der Missionswissenschaft Dr. Josef Schmidlin in Verbindung gebracht, z. B. in dem Buche „Die brennendste Missionsfrage der Gegenwart" von P. Schwager, S. V. D., Steyl 1914, S. 113.

Kinderelend.

Von Freiin Marie Amelie von Godin, München.

Vor mir liegt die bestürzende Tabelle, welche die Zunahme der Kindertuberkulose in Frankfurt a. Main während des Krieges erhärtet und als bezeichnende Ergänzung die Tabelle für den in besagter Zeit stetig abnehmenden Kalorienwert der dort verteilten Nahrungsmittel (zusammengestellt durch Stadtschularzt Dr. Oschmann, Frankfurt a. Main). Durch meine eigene Arbeit am Münchener Kinderhilfswerk weiß ich nur zu bestimmt, daß von München trotz aller Bemühungen öffentlicher und privater Kinderpflege nicht weniger erschütterndes Material veröffentlicht werden könnte, denn statistisch genau festgestellt ist es leider längst. Aus Berlin und Essen, aus Leipzig und Fürth, aus Hamburg und Nürnberg — von Wien, Linz, Salzburg und Innsbruck sowie manchen Gebirgsbezirken sowohl Mitteldeutschlands wie Oesterreichs ganz zu schweigen — werden die Alarmnachrichten über das Elend immer bedrohlicher. Unter dem Elend leiden aber stets die Kinder, als am wenigsten widerstandskräftig und erst noch im Wachstum begriffen, am meisten.

Angesichts dieser bejammernswerten Tatsachen ist die trostlose Feststellung berechtigt: Scharen unserer deutschen Kinder verhungern! Sie verhungern nicht wie der, dem alle Nahrung entzogen ist, in wenigen Tagen, sondern durch die stete und stetig wachsende, stetig quälende Unterernährung langer Jahre und erliegen schließlich der Entkräftung. Dazu kommt ein Zweites: die unterernährten Körper der Kinder sind nicht mehr imstande, der Infektion und Ansteckung zu widerstehen und fallen so auch anderen als eigentlichen Entkräftungskrankheiten viel leichter als früher zum Opfer. Die zunehmenden Zahlen der Kindersterblichkeit sprechen dafür eine nur zu laute Sprache.

So traurig sind vielfach aber unsere Verhältnisse geworden, daß die Kinder, welche sterben, fast noch glücklich zu preisen sind vor jenen, die am Leben bleiben. Denn diese sind siech und zurückgeblieben, menschlich gesprochen am bedauernswertesten, volkswirtschaftlich aber bedeuten sie eine Last für unser armes Volk, die es, wird nicht in letzter Stunde durch besondere Pflege noch einigermaßen Abhilfe geschaffen, kaum wird durch die nächsten Jahrzehnte schleppen können, ohne völlig dem Untergang zu verfallen. Rachitisch und tuberkulös, vielfach minderbegabt in erschreckenden Maße und körperlich leistungsunfähig, gleichgültig und schlapp, wird das deutsche Volk, in immer weiteren Kreisen zu Siechtum und Geringwertigkeit herabgesunken, unter den Nationen Europas eine traurige Sonderstellung einnehmen — das deutsche Volk, dessen frische, frohe Kinderschar ehemals die Bewunderung und den Neid von Freund und Feind erweckte!

Neben dem Mangel an Nahrung macht der Mangel an Seife und Wäsche — Bettwäsche und Säuglingswäsche insbesondere — in Deutschland heute die Not der unteren und mittleren Klassen schier unerträglich. Während vor dem Kriege Deutschland unter allen Ländern im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl am meisten Seife konsumierte, ist heute die Unreinlichkeit zur Qual aller unglaublich groß geworden, da Seife nur zu unerschwinglichen Preisen erhältlich ist. So kommt es, daß die Kinder der mittleren und unteren Schichten nicht nur mit Gebrechen der Knochen und Krankheiten insbesondere der Atmungsorgane behaftet sind, sondern vielfach mit Krätze und Ausschlag überdeckt. Daß diese Unreinlichkeit jeder Krankheit, für die der Hunger den Boden bereitete, auch noch den Weg ebnet, braucht kaum eigens erwähnt zu werden.

Zur Nahrungsmittelnot, zur Wäsche- und Seifenot gesellt sich noch die Wohnungsnot. Was soll über die Stimmung über die Not und Gefährdung von Familien gesagt werden, die, wie deren meine Unterstützungslisten nach vielen Dutzenden aufweisen, acht bis zwölf Köpfe stark, in ein bis zwei Räumen zusammengepfercht leben; um solch große Familie bei den heutigen Preisen genügend zu ernähren, fehlt dem Vater auch bei bester Beschäftigung und Entlohnung die Möglichkeit, wie die horrenten Wäschepreise jede Nachschaffung von Wäsche vereiteln. Ist aber erst das Familienhaupt durch Krankheit arbeitsunfähig oder erwerbsbeschränkt oder auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen, so steigert sich der Mangel und die Beschränkung zum beispiellosen Jammer. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die noch so vorzüglich organisierte öffentliche Armenpflege ohne reichliche private Zuschüsse dieser schreienden Not steuern kann. Hunderte von acht- und zehnköpfigen Familien besitzen heute in jeder deutschen Stadt nur zwei bis drei Betten, Kranke liegen bei Gesunden, Lungen-

schwache bei bereits Tuberkulösen; Bettwäsche gibt es in vielen Familien überhaupt nicht mehr, vielfach reicht sie nicht für alle Betten, ein unglaublich hoher Prozentsatz der Kinder ist ohne Hemd; die mit untauglichen aber teuren Waschmitteln gereinigten Wäschereste sind nach der Reinigung grauer und schmutziger, als früher vor dem Waschen.

Dabei hat die Not den Höhenpunkt noch nicht erreicht. Soll sie nicht zur Katastrophe führen, zum Massensterben unserer Kinder im Süden, wie im Norden, muß etwas zur Rettung geschehen.

In erster Linie werde das Ausland aufgeklärt und diese Propaganda mit nimmermüdem Eifer und allen Hilfsmitteln volkswirtschaftlicher Statistik betrieben. Diese Arbeit dürfte sich als verhältnismäßig leicht erweisen, denn das Ausland ist bereits auf die drohende Gefahr aufmerksam geworden und — zu seiner Ehre seis gesagt — reicht uns schon die helfende Hand. Tausende deutscher Kinder sind in die Schweiz, nach Holland, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland geladen worden. Für unsere große Not aber ist diese Hilfe noch nicht umfassend genug. Immer wieder muß von unserer Seite darauf hingewiesen werden, wie dies Elend unserer Kinder eine Kulturschande der christlichen Gesellschaft, aus dem Unrecht der Blockade und dem sinnlos ungerechten Friedensvertrag erwuchs. Nicht um Gnade betteln wir, sondern wir fordern nur das unbestreitbare Recht zu leben, des Mitgefühles aller Menschenfreunde in jedem Volke gewiß!

Daß auch weite Kreise des ehemals feindlichen Amerika sich der großen Kindernot unseres Volkes nicht verschließen, beweisen die Quäkerspeisungen, die Nahrungsmittelpakete der Amerikahilfe. Die Größe des Uebels ist aber im Auslande noch garnicht bekannt, deshalb sollte kein Deutscher sich durch falschen Stolz zum Schweigen verleiten lassen, sondern auf gewissenhaftes Material gestützt, jeden persönlichen Bekannten im Ausland auf die Bedrohung unserer Kinder durch die Not hinweisen. Falsch und entwürdigend wäre es indes, sich ganz auf die Hilfe des Auslandes zu verlassen, es sollte sich vielmehr in jeder deutschen Stadt, in jedem bedrohten Bezirk, aus Behörden und freiwilligen Hilfskräften ein Komitee zur Rettung der deutschen Kinder bilden. Wer sich von dieser Aktion gegen Kinderelend und Kinderleid ausschließt, verdiente die öffentliche Geringschätzung. In München hat sich bereits ein Hilfskomitee organisiert. Es umfaßt Frauen aller Stände und Parteien, da die Not der Kinder unser aller gemeinsame Sorge ist. Zur Abhilfe des Elends sind vor allem zwei Mittel ins Auge gefaßt worden: Einerseits versuchen aufklärende Artikel die Unwissenden und noch Gleichgültigen von der Größe der Gefahr zu überzeugen, und zu sofortigen Gaben in Geld, Wäsche und Lebensmitteln zu veranlassen, um gleich den Fällen schreiendster Kindernot abhelfen zu können. Anderseits ist auf Anregung der amerikanischen Menschenfreundin Miß Ray Beveridge für den Herbst eine große Münchener Dult in New York in Aussicht genommen. Ausfuhr- und Einfuhrerlaubnis, Transportmöglichkeit sind schon erreicht. Auf der Dult sollen viererlei Gaben verkauft werden und durch den Valutagewinn für die Hilfstätigkeit des sonst schrecklichen nächsten Winters großen Erlös einbringen. 1. Gaben der Münchener Künstler und Kunstgewerbler, denen die Dult auch Propaganda für die eigenen Werke bedeutet. 2. Kinderarbeiten der Schulen, Horte, Anstalten und Pensionate. 3. Gaben aus Privatbesitz, die ohne das Volk an seinem Kulturgut zu berauben, Münchens Eigenart erweisen, z. B. Geräte, Porzellane, Spitzen, Schuhe, Holzrahmen, Nippes, Elfenbeinschnitzereien usw. 4. Gaben einzelner Gönner für bestimmte Anstalten, deren Erlös dann dem betreffenden Unternehmen zugute kommt. Vor der Versendung werden die Gaben in den Nibelungensälen der Residenz ausgestellt. Sehr schöne Gaben sind schon gespendet, viel mehr werden noch erhofft. Hoffentlich ist da keiner in München und Umgebung, der nicht entweder jetzt Geld, Lebensmittel, alte Kleider und Wäsche für die sofortige, dringende Hilfe, oder eine Gabe für die Dult sendet.

In allen anderen notleidenden deutschen Städten sollten auch Hilfsmittel gesucht und gefunden werden, denn es darf nicht geschehen, daß deutsche Kinder verhungern, solange in Deutschland noch ein Einziger etwas abgeben kann, ohne sich selbst zu gefährden. S. Heiligkeit der Papst hat großmütig kürzlich sechs Millionen für die darbenden Kinder Deutschlands gespendet. Folgen wir alle seinem Beispiele, des Wortes Christi eingedenk: „Was ihr dem geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan", auch dann, wenn wir in einzelnen Fällen wirklich keinen Dank finden sollten! —

Von Wegen, die wir gehen müssen.

Laacher Kartagseindrücke von Dr. Hermann Platz.

Die Stellung des Katholizismus und seine Wertung in der Gegenwart schieben uns die dringliche Aufgabe zu, das voll in uns zu verwirklichen, was wir zu sein vorgeben, Hüter des Ewigen, Darsteller des Heiligen, Künder des Notwendigen. Es treibt uns in die Einsamkeit, damit wir voll empfinden, was uns fehlt, und anfangen, unserem Sein den Stil, die Echtheit und Ganzheit zu geben, die ihm die Anziehungskraft der Zeitüberlegenheit leihen.

Es ging uns wie den Kriegern des Dänenkönigs, da sie auf schwerer Fahrt begriffen waren. Aus einem Benediktinerkloster klang friedlicher Psalmengesang an ihr Ohr, und das zog sie so mächtig an, daß sie für einen Augenblick ihres nächsten Zieles vergaßen, sich dem Kloster näherten und sich die Seele erfüllen ließen von den heiligen Klängen.

Das ist das Geheimnis der Benediktinerklöster, die abseits der Welt ganz dem heiligen Dienste leben: Wo wird die Gegenwart Gottes, der Frieden des Heiligtums, der Segen der Einsamkeit, die Freude gottgeweihten Lebens so stark empfunden wie im Kreise der vom echten Geist ihres heiligen Stifters erfüllten Benediktiner! Wer einmal das Glück gehabt hat, dort weilen zu dürfen, den zieht es immer dahin, nicht um der Welt, ihrer Arbeit und Not feige zu entfliehen, sondern um den notwendigen Abstand von der Welt und ihren Aufzügen zu gewinnen, in dieser Entfernung die Seele wieder ins Lot zu bringen und ihre Brüchigkeit zu heilen.

So war es denn ein überaus glücklicher Gedanke, daß der „Verband der Vereine katholischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung"[1]) seine Mitglieder gerade in den Kartagen zu liturgischer Erneuerung in die Benediktinerklöster Ettal, Beuron, Maria Laach und St. Joseph bei Coesfeld einlud. Widriger Umstände wegen konnte leider nicht alles in die Wirklichkeit umgesetzt werden. In Maria-Laach aber war der Andrang, wie im letzten Friedensjahr bei der ersten Tagung, so groß, daß leider wieder zahlreiche Abweisungen erfolgen mußten. Alle akademischen Berufe, Alte und Junge, fanden sich für drei Tage zu ernster seelischer Besinnung zusammen. Viele trafen alte Bekannte wieder. Aber so sehr war von vorneherein alles auf das Wesentliche abgestellt, daß ganz von selbst, auch ohne strenge äußere Bindung die Unterhaltungen von den Dingen erfüllt waren, die der Gottesdienst und die Vorträge nahelegten. Die sachliche Wucht und stille Größe des Geschauten und Gehörten packten zusehends und wirkten wohltätig vereinfachend und reinigend auf die Teilnehmer. Kaum daß man eine Zeitung entdecken konnte. Auch im Hotel nicht. Man wollte und sollte einmal ganz heraustreten aus dem zerstreuenden Alltag und die göttlichen Geheimnisse auf die zerschundene, vom Meltau der Weltlichkeit beschwerte und doch immer nach Gott lechzende Seele einströmen lassen.

In wunderbaren Worten gab der Abt Ildefons Herwegen in dem Einleitungsvortrag eine Einführung in das, was eine Benediktinerkommunität als reifste Frucht ihrer religiösgottesdienstlichen Arbeit zu bieten hat, und was gerade unserem Ich verlorenen, zerarbeiteten, zerspaltenen Menschentum die rechte Nahrung der Seele werden könne. Kaum war dieser Vortrag beendet, da zogen uns schon die Metten des Vorabends vom Gründonnerstag in ihren Bannkreis. Eindringlich klang das „Jerusalem, Jerusalem, convertere ad Dominum Deum tuum!" an die schuldbewußte Seele. Die Not von Heimat und Vaterland wurde in den Klageliedern vielfach gar lebendig und dadurch die Lebensnähe und allheilende Bedeutung des Tuns wirkungsvoll unterstrichen. In den Vorträgen nach dem Abendimbiß gab der gelehrte Pater Kunibert Mohlberg jedesmal Erklärungen der Liturgie des folgenden Tages, die wohl jeden ganz besonders entzückt haben. Unvergleichlich war am Gründonnerstag die Erinnerungsfeier an den Tag des „Herrenmahls", wo jeder widerstandslos in die Liebesgemeinschaft hineingezogen wurde, die die allgemeine Teilnahme an dem heiligen Mahl gerade an diesem Tag in besonderer Weise sein soll. Wie dabei im Verlaufe der Feiern das Verratmotiv immer wieder angeschlagen wird, wie der Schatten des elenden Krämers Judas (mercator pessimus) die Lieblichkeit der Gesamtszene lebenswahr verdüstert, wie die Rotte derer, die dem Herrn nachstellen, wächst und wächst in dem Maße, als seine Verein-

[1]) Generalsekretär Dr. theol. Frz. X. Münch, Köln, Viktoriastr. 15.



samung zunimmt, wie der gigantische Kampf zwischen Leben und Tod einsetzt, wie er sich steigert bis zu dem letzten Wort am Kreuz und wie dann im Tod der Sieg sich ankündigt und in der Auferstehung sich vollendet, wie dann am Karsamstag das „Lumen Christi, Deo gratias" aus allen Tiefen der Seele Zustimmung, Freude und Dank hervortreibt, das alles ist für den Gläubigen nicht bloß gnadenvolle, demütig nachzulebende, entschlossen in sein Leben einzuzeichnende Wirklichkeit, das ist ein Kunstwerk von unvergleichlicher Schönheit. Das ist unser ureigenstes Schicksal, das uns hier mit übernatürlichen und überpersönlichen Mitteln vorgeführt wird, in dem wir eine Läuterung und Sühnung von so grundsätzlich optimistischer Richtungsbestimmtheit und Siegesgewißheit durchmachen, daß das Karsamstag-Exultet und die Ekstase der Kirche über die wunderbare Nacht, die das zustande gebracht hat, uns wie ein selbstverständlicher Abschluß vorkommt.

Das war Leben, erfaßt in einem Brennpunkt, so wie es zu einer Vollzeit des Kirchenjahres gelebt wird. Und nicht bloß gelebt, sondern den Gästen zulieb auch erklärt, in Beziehung gesetzt und in weiteste Zusammenhänge gerückt wird. Wer von den Zeitkrankheiten, Mechanisierung und Atomisierung erfaßt war, gewann hier die Ueberzeugung, daß noch organisches Leben da ist, d. h. Leben, das nicht in kraft- und ziellose Teilwirkungen sich zersplittert, sondern in seinen Teilen hierarchisch zusammengefaßt und von einheitlichen Lebensantrieben sinnvoll durchglüht ist. Und das war die Forderung, die jeder bewußt Miterlebende an sich stellen mußte, nicht als Folge einer künstlichen Ueberhitzung, sondern einer kraftvoll und eindringlichst vor ihn hingestellten Lebens- und Weltwirklichkeit: diesem Ganzen teilnahmsvoll nahe zu bleiben, sich ihm einzugliedern, nach Kräften beizutragen, daß dieses Gotteswerk immer voller und reiner sich entfalte. Denn wir spürten und bejahten freudig, was der hochwürdige Herr Abt uns sagte, daß ein Hineinleben in das Objektive, wie es hier sich entrollt, uns selbst weiter bringe und tiefer führe, als der Versuch, aus eigenen Tiefen zu schöpfen und in eigenen Bezirken zu verharren. Gerade die sogenannten Gebildeten neigen häufig zur unfruchtbaren Kritik kirchlicher Einrichtungen, möchten die Dinge gerne bessern, aber kommen, weil sie nur von unten und außen stoßen, weil sie nur äußerliche Bewegung verursachen, Staub aufwirbeln, Abgestandenes verrücken, zu keinem echten Fortschritt. Demgegenüber zeigt die liturgische Einstellung den besseren Weg: Volles Eintauchen in das Innenleben der Kirche, Verwirklichung ihrer ewigen Hochziele und Ausstrahlenlassen des so verwirklichten auf Kirche und Welt um uns.

Das Wesentlichste nun, was uns hier vergegenwärtigt wurde, war Christus, aber kein abstrakter, philosophischer, ferner Christus, sondern der Christus der ewigen Großtat, der den Kampf zwischen Leben und Tod vor unseren Augen siegreich vollendet, der, ehe er stirbt, ein Denkmal seiner Liebe setzt, unausdenkbar groß und kraftspendend; der durch die Kirche sein geheimnisvolles Mittlerwerk nicht bloß tatsächlich vollendet, sondern auch sinnfällig darstellt, sodaß hier vor dem Altar die zerstreuten Dinge und Ereignisse sich zusammenfinden zur höchsten Einheit und wir das lebendigste Bewußtsein bekommen, im Herzen der Wirklichkeit zu stehen. Dem Alltag entwachsen, der Erde entrückt spürt man vor aller festgelegten Geborgenheit etwas von dem Taumel der gottwärts stürzenden Seelen.

Möge Gottes Segen auf der Tagung liegen und die Worte und Taten der guten, gottbegeisterten Mönche, denen alle Teilnehmer nicht innig genug danken können, reichsten Widerhall in den Herzen der Teilnehmer finden! Mögen diese die hier grundgelegte Begeisterung für der hl. Kirche herrlichstes Kleinod, die Liturgie und in deren Zentralort die Eucharistie, hegen und pflegen, ihren Angehörigen und Freunden weitergeben, damit immer mehr organisches, von Gott und Christus her durchglühtes Leben im Stil der alten, ewig jungen Kirche entstehe! Möge aber auch „der Verband der Vereine katholischer Akademiker", der die Förderung solchen echt religiösen Lebens sich zur Aufgabe stellt, immer mehr sich ausbreiten und Anerkennung finden, damit er auf der breitesten Basis und mit allseitigster Hilfe seinen hohen Zielen der Anregung, Stützung, Wegweisung dienen kann, Zielen, für die letzten Endes, dessen ist sich jeder Beteiligte bewußt, der organisatorische Apparat nur ein nebensächliches Ding ist, die „Gleichförmigkeit mit Christus" aber und die „Verkündigung in Liebe, in Freiheit, durch Beispiel und in Erweisung von Geist und Kraft"[1] die Hauptsache.

[1] Vgl. Werbeblatt des Vereins akad. geb. Katholiken Münchens „Die Idee unseres Vereins". (Aus einem Vortrag von Prof. Carl Muth.)

Oberschlesien.

Von Dr. Jakob Kisch.

Anfang Mai waren drei Monate verstrichen, seitdem die interalliierte „Commission de Gouvernement Haute-Silésie" in Ausführung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages Oberschlesien besetzte, ein Zeitraum, der genügen dürfte, um eine kritische Betrachtung der von der Kommission getroffenen Einrichtungen und Maßnahmen sowie ihre Wirkungen zu rechtfertigen.

Gewissermaßen das Debut bildete ein, Paris, 24. Januar 1920 datierter programmatischer Erlaß, in dem die Kommission ihren Zweck u. a. dahin präzisierte: „Die Alliiertentruppen kommen nach Oberschlesien, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und allen Bewohnern, ohne Unterschied, die für das Gemeinwohl des Landes notwendige Sicherheit und Ruhe zu sichern, die Kommission setzt Gehorsam seitens der Beamten und vernünftige Haltung seitens der Bevölkerung voraus und fordert alle auf, den Anordnungen des Kommandos zu folgen". Gleichzeitig hiermit erfolgte die Veröffentlichung eines Auszuges aus dem Friedensvertrag, soweit er sich auf die Besetzung Oberschlesiens bezieht, in deutscher und polnischer Sprache. Er enthält in § 3 der Anlage eine falsche Wiedergabe des Originaltextes insofern, als gesagt wird: Der interalliierte Ausschuß besitzt **außerdem** in gesetzgeberischer und steuerlicher Hinsicht alle Befugnisse der deutschen bezw. preußischen Regierung, während der Friedensvertrag im Gegenteil Gesetzgebung und Steuern von den Machtbefugnissen der Kommission ausdrücklich ausschließt. Zwar ist die Unrichtigkeit dieser Veröffentlichung seitens der Kommission zugegeben worden, wenngleich auch eine offizielle Berichtigung nicht erfolgte, in der Tat ist aber, wie wir unten sehen werden, **gerade diese Bestimmung des Friedensvertrages in flagranter Weise mißachtet** worden. Schließlich ist den Oberschlesiern durch Bekanntmachung vom 11. Februar 1920 gewissermaßen als Schlußpunkt des Programms der Genuß der vollkommenen Freiheit und der Bürgerrechte innerhalb der gesetzlichen Grenzen zugesichert worden.

Es muß mit Bedauern konstatiert werden, daß die **Aufrechterhaltung und Sicherung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit nur in unvollkommenem Maße** erreicht worden ist. Von einer starken Hand, die für Sicherheit im Innern sorgte, ist nicht viel zu spüren, eher von einer Verschlimmerung in dieser Beziehung gegenüber der Zeit vor der Besetzung, weil infolge der erzwungenen Waffenabgabe den verbrecherischen Elementen das Rückgrat gestärkt worden ist. Auch die Schwierigkeiten, die der Sicherheitswehr auf polnisches Betreiben hin im Waffengebrauch gemacht werden, mögen hierzu beigetragen haben. Man kann, wenn man die oberschlesische Tagespresse aus den letzten 3 Monaten verfolgt, fast täglich von einem Mord, Raub, Einbruchsdiebstahl oder ähnlichen Delikten berichtet finden. Was tut die Kommission dagegen? So gut wie nichts, oder sie arbeitet dafür, weil sie die Position der Sicherheitswehr nicht stärkt.

Auch das Versprechen des **Genusses der vollkommenen Freiheit** innerhalb der gesetzlichen Schranken ist nicht restlos eingelöst worden. Während in einigen Kreisen die verfassungsmäßig garantierte unbeschränkte Versammlungs- und Vereinsfreiheit geachtet wurde, sind in anderen alle politischen Versammlungen, private und öffentliche, ohne vorherige Genehmigung des Militärbefehlshabers verboten worden. Gleichzeitig wurden alle Kundgebungen, das Hissen von Fahnen und das Anlegen nationaler Abzeichen untersagt. Es handelte sich zwar nur um lokale Anordnungen, die aber genügten, um in weiteren Kreisen Unruhe und Besorgnis zu erregen, und wohl nur den nachdrücklichen Vorstellungen von Vertretern aller deutsch orientierten politischen Parteien ist es zuzuschreiben, daß das Verbot aufgehoben oder wenigstens nicht praktisch geworden ist. Neuerdings hat überdies der Präsident der Kommission erklärt, daß die frühere Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes lediglich von dem betreffenden Kontrolleur ausgegangen sei.

Eine weitere Beschränkung des Grundsatzes der Freiheit enthält die Anordnung, daß die im oberschlesischen Abstimmungsgebiet tätigen deutschen Reichs- und preußischen Staatsbeamten das Abstimmungsgebiet nur mit Genehmigung der interalliierten Kommission verlassen dürfen. (Oberschles. Kurier v. 26. 2. 20). Auch dem verfassungsmäßig gewährleisteten Freizügigkeitsrecht läuft diese Maßnahme zuwider.

Noch heute besteht Ungewißheit darüber, ob die am 9. 11. 19



gewählten Gemeindevertretungen nach Auffassung der Entente zurecht bestehen oder nicht. Der Rat der Verbündeten in Paris hatte seinerzeit die Ansicht vertreten, daß die Gemeindewahlen in Oberschlesien nicht ganz unbeeinflußt zustande gekommen und deshalb aufzulösen seien. In Oppeln wurde dann auch eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung durch den Stadtkontrolleur untersagt; nachträglich erfolgte dann die Genehmigung, aber eine definitive Entscheidung ist in der Angelegenheit noch nicht getroffen worden. Ebenso befinden sich die neu gewählten Magistrate in einem Schwebezustand. Nachdem die Entente längere Zeit ihrer Einführung Widerstand entgegengesetzt hatte, ist nunmehr die „stillschweigende" Amtseinführung zugestanden worden, ohne daß eine klare Stellungnahme erfolgt wäre. Die Gemeindevertretungen üben ihr Amt aus, ohne daß ihre Zulässigkeit anerkannt ist.

Durch eine Reihe von Eingriffen in die Rechtspflege, deren innerer Grund nicht ersichtlich ist, hat die interalliierte Kommission nicht nur starke Unzufriedenheit, sondern auch schweren wirtschaftlichen Schaden verursacht. Den Anfang dazu machte der Amnestieerlaß vom 22. 2. 1920. Durch ihn wurde hinsichtlich bestimmter auf dem Abstimmungsgebiet begangener Handlungen Straferlaß gewissen näher bezeichneten Personen zugebilligt, die wegen dieser Handlungen verurteilt worden sind oder erst abgeurteilt werden sollen. Es sollen also nicht nur rechtskräftig erkannte Strafen erlassen, sondern auch alle wegen der betr. Straftaten anhängigen Verfahren, die noch nicht durch Urteil beendigt waren, eingestellt werden. In mehrfacher Beziehung verstößt dieser Erlaß gegen deutsche Gesetze und auch gegen den Friedensvertrag.

Nach Artikel 49 der Reichsverfassung bedürfen Reichsamnestien eines Reichsgesetzes. Ebenso ist ein Gesetz wenigstens für die Niederschlagung anhängiger Untersuchungen erforderlich, soweit das Begnadigungsrecht der Pr. Staatsregierung zusteht (§ 49 der Pr. V. U.). Nach § 3 der Anlage zu Art. 88 des Friedensvertrages steht aber der interalliierten Kommission gerade die gesetzgeberische Befugnis nicht zu, weder in Reichs-, noch in preußischen Angelegenheiten; soweit also der legale Boden für den Amnestieerlaß fehlt, ist dieser nichtig. Diese Auffassung legte die Strafkammer Oppeln einer ihrer Entscheidungen zugrunde und lehnte die Einstellung eines schwebenden Verfahrens ab. Die Folge davon war die Ausweisung des Vorsitzenden der Kammer.

Eine zweite Ungesetzlichkeit der interalliierten Kommission enthält der Erlaß vom 11. 2. 20 über die Gerichtsverhältnisse in Oberschlesien. An Stelle des Reichsgerichts und des Oberlandesgerichts Breslau sollen ein Oberstes Gericht und ein Appellationsgericht in Oberschlesien treten. Die Mitglieder beider Gerichtshöfe sollen aus Juristen des Landes von der Kommission ernannt werden und ihrer Disziplinargewalt unterstehen. Da die Einrichtung von Gerichten nach preußischem Recht nur durch Gesetz erfolgen kann, und da die preußischen Justizbeamten, solange Oberschlesien über sein Schicksal noch nicht entschieden hat, lediglich den gesetzlichen Disziplinarbestimmungen unterliegen, ist auch diese Maßnahme unrechtmäßig. Sie widerspricht auch dem obersten Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit. Die deutsche Regierung hat denn auch Protest eingelegt und die Ansicht vertreten, daß es keinem deutschen Gerichte zugemutet werden kann, unter Aufsicht und Mitwirkung von fremden Staatsangehörigen Recht zu sprechen. Die Konsequenz hieraus haben in erfreulicher Solidarität alle Justizbeamten gezogen, an die ein Ruf an die neueinzurichtenden Gerichte erging. Sie haben ihn abgelehnt mit der Begründung, derartige Organisationsbestrebungen seien ungesetzlich. Die ganze Angelegenheit ist bis jetzt noch in der Schwebe.

Die neueste mit dem Friedensvertrage unvereinbare Anordnung betrifft das der oberschlesischen Bevölkerung auferlegte Verbot der Teilnahme an der Wahl des Reichspräsidenten und an den Reichstagswahlen, sowie Außerkraftsetzung der Mandate der oberschlesischen Vertreter der Nationalversammlung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Besetzung Oberschlesiens dessen staatsrechtlicher Zusammenhang mit dem preußischen Staate keinesfalls unterbrochen worden ist. Dafür spricht insbesondere das Fortbestehen der preußischen und der Reichsgesetze, sowie der Steuerhoheit, ferner der Umstand, daß Reichs- und Staatsbeamte von ihren Zentralbehörden weiter besoldet werden. Solange die staatsrechtliche Zugehörigkeit mit Oberschlesien zu Preußen besteht, bedeutet diese Maßnahme einen schweren Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Oberschlesier, ganz abgesehen davon, daß auch die unbesetzten Teile Oberschlesiens dadurch ihrer Parlamentsvertreter beraubt werden.

Alle diese Maßnahmen verbunden mit einer überaus schleppenden und wenig klaren Verwaltungstechnik haben in weiten Kreisen Unzufriedenheit, Unsicherheit und Mißstimmung hervorgerufen; insbesondere ist es der Bevölkerung unergründlich, warum gerade in die Rechtspflege so tief und ungerechtfertigt eingegriffen wurde. Ueber die Tätigkeit der Justizbeamten konnte sich auch unter dem alten Regime kaum jemand mit Recht beschwert fühlen, weder auf seiten der deutsch-, noch auf der der polnischsprechenden Bevölkerung. Sie sind auch heute noch die am genauesten arbeitenden Behörden, und es ist tief bedauerlich, daß gerade an einen intakten und vorbildlichen Zweig der Staatseinrichtungen seitens der Kommission Hand angelegt wurde. Man kann es daher auch begreifen, wenn die Justizbeamten, erregt durch die Beeinträchtigung ihrer verfassungsmäßig garantierten Unabhängigkeit und die willkürliche Ausweisung einiger ihrer Berufsgenossen, zum Streik schritten, der nun schon einige Wochen anhält und in der Geschichte des preußischen Beamtentums einzig dasteht.

Viel begreiflicher hätte man es gefunden, wenn die Kommission ihre Reformtätigkeit bei der Steuerregelung der allgemeinen Landesverwaltung hätte einsetzen lassen, die von früher her noch manche Mängel aufweist. So fühlt sich mit Recht der überwiegende Bevölkerungsteil Oberschlesiens über die auch heute noch unparitätische Besetzung, namentlich der höheren Beamtenstellen, beschwert.

Bezeichnend für das Verwaltungsgebaren der Kommission ist es auch, daß die Unzufriedenheit nicht nur im Kreise der deutschsprechenden, sondern auch unter den polnisch orientierten Oberschlesiern groß ist. Freilich bewegen sich deren Wünsche vielfach in anderer Richtung, so namentlich in dem Verlangen nach Aufhebung der Sicherheitswehr.

Es kann nicht wunder nehmen, wenn auch in der Presse die Stimmen sich mehren, die der allgemeinen Unzufriedenheit Ausdruck verleihen. Die Zeitschrift „Der Oberschlesier" enthält in einer scharfen Kritik über die Diktatur der interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien das Urteil: „Das Auftreten der interalliierten Kommission in Oberschlesien hat eine Unsicherheit des Lebens und Arbeitens in das Land hineingetragen, die nur moralisch zersetzend wirken kann. Die interalliierte Kommission für Oberschlesien ist eine gute Schrittmacherin des Bolschewismus."

Die Berechtigung dieses Satzes ist nicht von der Hand zu weisen und eröffnet dem Lande eine wenig tröstliche Aussicht.

Vom Büchertisch.

Elisabeth Reinke: Jungheit. Eine Erzählung aus dem Oldenburger Münsterlande. Vechta, Vechtaer Druckerei und Verlag. Preis 4 M. — Ein sehr gut, frisch und fein geschriebenes Buch für Erwachsene (zumal Eltern und Erzieher!) und die vorgeschrittenere Jugend beider Geschlechter aus den Händen einer echt mütterlichen und eben deshalb um das tiefste Wesentliche der Jugend „wissenden" Frau. In zarten, aber niemals weichlichen, vielmehr klar unterscheidenden und überzeugenden Zügen wird uns ein hochwichtiges Stück Seelenlebens aus der Entwicklungsgeschichte der beiden Geschlechter dargestellt. Vor allem handelt es sich um ein junges Mädchen und einen Jüngling, die beide aus ländlicher Umgebung stammen und einander in ihrer städtischen Bildungszeit kennen und lieben lernen. Der junge Mann entschließt sich aber zum Priestertum, zu dem er sich berufen fühlt. Das Mädchen, wieder ins Elternhaus zurückgekehrt, droht schwächlichem Trübsinn zu verfallen, bis eine ungesuchte Aussprache mit dem Freunde auch ihr Klarheit und innere Freudigkeit zu neuem Willens- und Lebensentschluß schafft. Die Darstellung gibt treffliche Bilder aus ländlichem Familien- und Heimat- sowie kleinstädtischem Klosterinstituts- und gesundem Gymnasiastenleben; schlicht schöne Naturstimmungen weben sich ein — also alles in allem einer der seltenen Neugewinne innerhalb der reiferen Jugenderzählliteratur. E. M. Hamann.

Emilie Trauner: Ich habe den Herrn gesehn. Legenden und Erzählungen. Regensburg, Joseph Habbel. Pr. geb. 4 M. — Ein Buch, das meine lebhafte Anteilnahme erweckte: für das Werk selbst und nicht zuletzt für die dahinter stehende, ersichtlich auf schöpferische Tiefe deutende Gestaltungskraft. Die neun Legenden aus dem Leben Jesu und die demselben Stoffkreise angehörende längere Erzählung („Die Tochter des Nikodemus") kommen an Güte Anna von Kranes berühmten Christusdichtungen nahe — ein hohes Lob an sich. Emilie Trauners Darstellungsweise ist schon so künstlerisch gereift, daß man ihr ruhig zu noch sorgsamerer Ausfeilung des stilistischen Diamantschliffs raten darf, z. B. zur strengen Vermeidung des — mir persönlich äußerst peinlichen — Durcheinanderwerfens der Verbzeitformen. — Wir haben allen Grund, hinfort auf die weitere Entwicklung dieses Talents zu achten. Der genannte Band verdient unbeschränkte Verbreitung. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Das Künstlertheater, das seit den Augusttagen des ersten Kriegsjahres geschlossen war, wird zu Pfingsten wieder eröffnet. Hermine Körner hat die Bühne gepachtet und beabsichtigt, Werke zu bieten, die dem Theateralltag fern liegen und ausschließlich aus künstlerischen Interessen gegeben werden. Als erstes wurde gewählt „Die Passion", das Mysterienspiel der Brüder Arnoul und Simon Greban. Aus dem Französischen des Jahres 1452 frei übertragen von Wilhelm Schmidtbonn. Wenn wir auch eine eingehende kritische Würdigung auf die Zeit nach der Aufführung verschieben, so dürfte es doch wünschenswert sein, schon vorher in die Dichtung eingeführt zu werden. (Erschienen bei Egon Fleischer & Co., Berlin 1919.) Wie die meisten Passionsspiele, ob wir nun das weltbekannte Oberammergauer nehmen oder die ungezählten anderen, die an den Stätten ihrer einstmaligen Aufführung längst vergessen, nur noch dem Literarhistoriker bekannt sind, umfaßt auch die Dichtung der Brüder Greban die Ereignisse von dem Einzuge Christi in Jerusalem bis zum Opfertode am Kreuze. Das erste Bild zeigt rechts den Ratsaal der Pharisäer und links das Tor der Stadt. Während man aus der Hölle undeutlich eine Weile das Wehgeheul und die Sehnsuchtsschreie der Verdammten hört (darstellerisch eine sehr schwierige Aufgabe!), tritt der Satan auf, in Wut und Sorge über den Mann mit „geheim beglänzter Stirn", der ihm sein Erdenreich entwenden will, der über alles Menschenmaß wächst hinaus! Ist er ein Mensch, Engel, Gott? Satan ruft seine ganze Höllenmacht auf gegen Jesus. Nun folgt die Szene, in der Kaiphas und die Pharisäer Jesu Tod beschließen. Am Stadttore sammelt sich das Volk, um Christi entgegenzugehen. In mächtig sich steigernder dramatischer Rede der einzelnen Sprecher werden wir von dem gewaltigen Eindruck unterrichtet, den Christus auf die Menschen ausübt. Der Ruhm seiner Größe und Güte und seiner Taten eilt seinem Wege voraus. Während sie ihm entgegengehen, hört man zugleich den Gesang derer, die sich mit Jesus nähern. Christus erscheint, auf der Eselin reitend, von den zwölf Jüngern umgeben. Es folgt Christi Klage über das Schicksal Jerusalems, dann tritt ihm ein Pharisäer entgegen, um ihn mit Worten zu versuchen. Während das Volk vor Christus die Palmzweige schwenkt, beschließen die Pharisäer, Judas zu bestechen. Wo Habgier ist, da ist Verrat nicht weit. Das zweite Bild zeigt rechts den Hof des Hauses Ucions, links eine Quelle. Petrus und Johannes kommen auf des Herren Geheiß das Ostermahl bereiten. Judas hält einen Monolog, in dem er uns dartut, wie schwer ihn die Armut bedrückt, um psychologisch seinen Abfall von Christus vorzubereiten. Christus kommt. Der Tisch ist bereitet. Wir sehen Fußwaschung und Abendmahl. In den Einsetzungsworten folgen die Dichter natürlich den Sätzen der Heiligen Schrift, aber sie erweitern sie nicht ohne sprachliche Kraft. Es schließt sich an das Gespräch mit Petrus: ehe der Hahn zweimal gekräht hat ... und die Bezeichnung des Verräters: „Siehe der ist es, der jetzt aus meiner Hand das Stück Brot nimmt." Hier tritt Satan neben Judas, während man wieder die Schreie der Verdammten in der Hölle hört. Als Judas gegangen ist, spricht Christus Worte der Mahnung und des nahenden Abschiedes an seine Jünger. 3. Bild Gethsemane. Abschied Christi von seiner Mutter, dann dichterisch weit stärker, Christi Ringen im Gebete, während die Jünger schlafen. Eine Erscheinung St. Michaels gibt Christus die Kraft, sein Werk der Menschheitserlösung zu vollenden. Dann folgt die Gefangennahme. Jesus steht im 4. Bilde vor dem Hohenpriester und Pilatus. Eine ergreifende Klage Marias folgt. Der Akt schließt mit einer Klage der fernen Seelen im Vorhimmel, die der Darstellung nicht eben leichte Probleme bieten wird. Die Musik wird an Stellen dieser Art zur Untermalung herangezogen. 5. Bild bringt Christi Geißelung; auch hier wird es die Bühne nicht leicht haben zwischen der primitiven Derbheit der alten Zeit und unserem heutigen Geschmack zu vermitteln. Oberammergau hat derlei im Laufe der Jahrhunderte allmählich ausgeschieden. Der Akt schließt mit der Verurteilung Christi durch Pilatus. Das 6. Bild bringt in der Hauptsache Christus auf dem Gange nach Golgatha und die Verzweiflung des Judas, der das Geld den Pharisäern zurückbringt. Daß die „Verzweiflung" personifiziert erscheint und ihm den Todesstrick darreicht, diese Mischung des realistischen und allegorischen ist unserem heutigen Gefühle fremd, wird vielleicht hinter der Wirkung der Pilatusszenen zurückstehen. Das Schlußbild zeigt den kahlen Kalvarienberg, Christus wird ans Kreuz geschlagen, zugleich mit den Verwünschungen des Volkes hört man den jauchzenden Gesang der Seelen im Vorhimmel. Die sieben Worte am Kreuz folgen der erhabenen Ueberlieferung. Von vielen Passionsspielen weicht die Erscheinung St. Michaels am Himmel über dem Kreuze ab: „Sohn Gottes, alle Engel seh'n zu Dir herab und vor Beglückung goldene Tränen weinend. Wenn Maria schmerzerfüllt den Anblick schildert: wie gottesschön einst Dein Antlitz ... jetzt so entstellt, mundoffen, blutgefärbt, die Fingernägel schmerzlich in das Fleisch der Hand gekerbt. Dein Mund stöhnt auf, daß mir das Herz erstirrt", denkt man an den erschütternden Realismus der Kreuzigung auf dem Isenheimer Altar. Nach Christi Tod, da der Himmel donnert und die Erde im Schmerz erbebt, erkennt der römische Hauptmann, auf die Knie sinkend, die Wahrheit, daß Jesu Gottes Sohn sei und Licht strahlt von dem Gekreuzigten. Die Verdeutschung Schmidtbonns ist von einer holzschnittartigen Herbheit und die Reime klingen meist zwanglos. Das Ganze weist auf eine Stilisierung nach dem Primitiven hin, wie dies ja auch im Künstlertheater stets Brauch gewesen ist. Es knüpft also enger an die Entstehungszeit der Passionsspiele an, während das Ammergauer sich bis zum Historizismus, den man in der Theatersprache mit dem Worte Meiningertum umschreibt, fortentwickelt hat. Zweifellos liegen starke künstlerische Möglichkeiten in dem Werke. Möge es gelingen, alle darstellerischen Probleme so zu lösen, wie es dem erhabenen Inhalt der Dichtung entspricht!

Kammerspiele. Schwannecke verabschiedete sich in den Kammerspielen als Schauspieler, seine Sommerdirektion währt weiter, aber sie endet früher, als geplant gewesen und die in Aussicht gestellten „Taten" bleiben im Rahmen des Normaltheaters. Ab 1. Juli führt Gustav Freytag, der seit der Verpachtung des Lustspielhauses kein Arbeitsgebiet mehr besaß, die sommerliche Leitung der Kammerspiele weiter. Mit großem Erfolg wurde „Taifun" von Melchior Lengyel gegeben. Wir haben vor zehn Jahren im Schauspielhaus das Stück kennen gelernt. Es hat Eigenschaften, die ihm eine gute Aufnahme sichern. Es ist mit einem großen technischen Können aufgebaut von einem Manne, der jede Szene klug auszunützen weiß und doch Geschmack genug besitzt, derbe Wirkungen zu meiden. Auch der Inhalt ist fesselnd. Er läßt uns einen Blick in die Seele der Japaner tun, die in Scharen nach Europa kommen und alles lernen und ausforschen, als Sendboten eines Volkes, das von seiner Weltmachtstellung träumt und mit nüchternem Wirklichkeitssinn alle Mittel anwendet, die den Weg bereiten können, der zum Ziele führt. Daß hier Japan unter Gesichtspunkten betrachtet wurde, die damals unserem Theaterpublikum neu waren, kann dem letzteren nicht sonderlich übel genommen werden, leider hat man aber diese „netten, höflichen Leute", wie sie der etwas beschränkte Akademieprofessor des Stückes nennt, auch an verantwortlicher Stelle immer ihre Nase in alles stecken lassen und war noch stolz auf die Schulmeistererfolge. Der Doctor Tackeromo, das heimliche Haupt der Japanerkolonie, hat eine besondere Mission zu erfüllen, all seine Kräfte konzentriert er auf das Werk und nichts kann ihn davon ablenken, auch die Liebe nicht. Wenn auch Helène — das Stück spielt in Paris — großen Einfluß auf ihn besitzt, hinter die Maske seiner wohlabgewogenen Höflichkeit vermag sie doch nicht zu dringen, was er fühlt, denkt und arbeitet, bleibt ihr ebenso Geheimnis, wie jedem Europäer. Helène betrügt ihn, deshalb bricht er mit ihr. Es ist sehr fesselnd gezeigt, wie die äußere Gelassenheit nur Maske einer großen Willenskraft ist, aber seine Energie scheitert an den Verführungskünsten dieser Frau. Als sie ihn als Sklaven zu ihren Füßen sieht, stößt sie ihn fort und verhöhnt ihn. Nun bricht die gebändigte Wildheit aus ihm hervor, er erwürgt sie. Eines steht für die Freunde fest, er darf nicht in die Hände der Justiz fallen, denn er hat die große Mission für das Vaterland zu erfüllen. Ein junger Landsmann tritt für ihn in die Bresche und bezichtigt sich des Mordes. Es folgt ein Gerichtsakt, der mehr bietet als die übliche sensationelle Spannung. Fast kommt die Wahrheit zutage, sofort ändern die schlauen Japaner ihre Taktik. Das Gericht glaubt jetzt, sie wollten es auf eine falsche Spur locken und die Gefahr der Enthüllung geht vorüber. Allein die ethischen Empfindungen des Westens haben den Japaner angesteckt. Er kann nicht gleichgültig daran vorübergehen, daß ein anderer für ihn leiden muß. In dem Augenblicke, da er sein Werk vollendet, bricht er zusammen. Was liegt an seinem Tode, nachdem er seine Mission erfüllt? Nicht das Dasein von Einzelnen ist von Wert, sondern daß die großen Aufgaben gelöst werden, die Japan seinen Zielen näher bringt, das sind die Gedanken, die die Freunde des Toten äußern. Die Aufführung war gut abgetönt. Faber hatte in der Hauptrolle etwas Ueberzeugendes, die anderen hatten in Ton und Gebärde, nicht immer gerade in der Maske viel von der fremden Rasse. Die kokette Französin war einst im Schauspielhaus viel besser, es fehlte aller Reiz; jeder Esprit, jede Eleganz. Daß solch kluger, ernster Mensch solch plumpen Künsten zum Opfer fiel, erschien nicht glaubhaft.

Konzert. Alice Ripper ist eine glänzende Pianistin von einer erstaunlichen Virtuosität der Technik. Ihr Temperament reißt hin, dessen Elan von einer feinen geistigen Kultur in den Grenzen einer reifen, geklärten Stilkunst gehalten wird. So haben die Leistungen Alice Rippers alle Eigenschaften des Blendenden, entbehren jedoch auch keineswegs des vertieften Gefühls und der Innerlichkeit. Sie ist unter den zahlreichen Pianistinnen von Bedeutung fraglos eine hervorstechende, einprägsame Erscheinung.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Konferenzen in Menge und deren Endziele? — Wird Deutschlands Wirtschaftslage gesunden? — Zuckungen in der Weltkonjunktur — Deutschlands unrentable Staatsbetriebe.

Zwischen den deutschen und französischen Regierungsvertretern — namhafte Industrielle und Finanzgrössen sind auf beiden Seiten delegiert — haben die Verhandlungen in Paris begonnen. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Ausmass die an diese Konferenz geknüpften Erwartungen, namentlich hinsichtlich eines gemeinschaftlichen Zusammenarbeitens von beiderseitigen Lieferungsverbänden, speziell der Schwerindustrie, sich erfüllen. In einer Ententezusammenkunft in Hythe einigten sich scheinbar unsere seitherigen Gegner über die Festsetzung der uns aufzuerlegenden Schuldsamme. Man brachte den Vorschlag, zur Flüssigmachung der geforderten 120 Milliarden Goldmark eine grosse Anleihe auszugeben, wofür nicht nur Deutschland und die Alliierten, sondern vielleicht auch die Neutralen haften sollen und wogegen als Pfand obige deutsche Entschädigungsschuld zu dienen habe. Die Spaaer Konferenz ist also nunmehr endgültig bis nach den neuen deutschen Wahlen vertagt. Inzwischen spricht man bereits von der demnächstigen Finanzkonferenz in Brüssel, woselbst alle möglichen geldlichen Angelegenheiten zwischen den kriegsteilnehmenden Staaten ins klare kommen sollen. Angesichts dieser Unzahl von Beratungen, Vorschlägen, Wiedergutmachungen, alles mehr oder minder auf Kosten oder zu Lasten Deutschlands häufen sich in der Beurteilung der deutschen Wirtschaftszukunft naturgemäss die widersprechendsten Meinungen! Jedenfalls kann man von einer weiteren Besserung der deutschen Reichsmark im Ausland Kenntnis nehmen. Es frägt sich freilich, ob diese an und für sich erfreuliche Tatsache reellen Gründen entspricht. Es scheint, und man wird den Gedanken nicht los, dass diese, wenn auch langsame Erhöhung der deutschen Devise doch schliesslich und endlich spekulativen Charakter, wenn auch zum Teil, trägt. Es widerstrebt dem Wirtschaftskritiker anzunehmen, dass angesichts der derzeit trostlosen Handels- und Warenkrise ein innerlicher Grund zur Kursbesserung, welche schliesslich doch eine Art Spiegelbild unserer Wirtschaftslage sein soll, gegeben sein kann! Hieran ändert auch nicht viel die anscheinend doch in Fluss kommende finanzielle Reorganisation Deutschlands. Das sind vom heutigen Standpunkt aus betrachtet noch derart langsichtige Zukunftsphantasien, dass man im derzeitigen Moment von solchen Folgen kaum eine wahrzunehmende Besserung verspüren kann. Auch die Kreditabkommen mit den Neutralen über Belieferung von Auslandslebensmitteln und Rohstoffen wird sicherlich in der Bedeutung zu hoch eingeschätzt, wenn auch ein Ventil für jedwede Preistreiberei auf diesen Gebieten dadurch geschaffen ist.

Man beachte bei solchen pessimistischen Anschauungen nur die verschiedentlichen Auslassungen des Reichsfinanzministers Dr. Wirth. Schon dessen Erklärung, dass bei Fortdauer des unrentablen Arbeitens in den Staatsbetrieben der Zeitpunkt immer näher kommt, in dem die Regierung gezwungen sein werde, diese und zwar sicherlich wertvollen Staatsbetriebe den ausländischen Kapitalsgesellschaften zu überlassen, um weitere fremde Kredite zu erhalten, bedeutet eine Art Zahlungsunfähigkeit. Auch hinsichtlich der Frage der Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag und deren vernichtende Wirkung auf jede sich belebende Wirtschaftstätigkeit bei uns sind Grund genug, um jeder anderen als kühlen und vorsichtigen Betrachtung der deutschen Wirtschaftszukunft entgegenzutreten. Selbtverständlich bleibt immer wieder grundlegende Voraussetzung, dass die Entente aus Vernunftsmomenten und mehr oder minder Selbsterhaltungstrieb die Ansicht auch zur Durchführung gelangen lässt, dass Deutschland lebensfähig gemacht und erhalten bleiben muss! Denn uns verbleibt doch nur als wichtigster Nationalfaktor unsere Arbeitskraft. Diese richtig für Deutschlands Nationalwohl einzusetzen, soll unser und in gleichem Masse das Bestreben der Alliierten sein. Solange jedoch die grosse Unsicherheit in der Innenpolitik, die scharfen Gegensätze bei den Streiks und Lohnbewegungen jeder Art andauern, solange ferner politische Umtriebe bei uns offen oder versteckt an der Tagesordnung sind, und namentlich die trostlose Gestaltung am gesamten Warenmarkt unübersehbar erscheint, kann irgendwelche begründete Hoffnung auf eine Klärung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens kaum aufrecht erhalten werden. Unsere Effektenbörsen sind, — Tendenz und Kursbewegung bestätigen dies, — der gleichen Meinung. Selbstverständlich wirkt hierbei die durch den Sturz der Auslandsdevisen hervorgerufene Effektenentwertung mit. Von grosser Bedeutung bleibt ausserdem die Wirkung hinsichtlich der Ablieferung unserer deutschen Handelsflotte auf das heimische Wirtschaftsleben. Deutschlands Abhängigkeit, namentlich von England wird dadurch auch äusserlich gekennzeichnet. Für die grossen Auslandsmärkte bedeutet der jetzige Stand der deutschen Kauflust und Zahlungsunfähigkeit naturgemäss ebenfalls eine entsprechende ungünstige Bewertung. Man meldet bereits Preisabschläge in der gesamten Weltkonjunktur und zwar auf allen Gebieten. Die Folgen machen sich auch in solchen Staaten bemerkbar, welche seither zahlungsfähig und liquid waren. Ein Keil treibt wohl auch hier den andern. Unübersehbar ist für Deutschlands Grossindustrie ausserdem, wie der ungewöhnlich starke Kapitalbedarf von Grossindustrie und Grosshandel bei uns finanziert und auf die lange Dauer durchgeführt werden soll.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Wigo-Bücherei. Unter diesem Namen ist in Augsburg eine sehr rührige katholische Buchhandlung ins Leben getreten, welche sich zum besonderen Ziele gesetzt hat, den gebildeten Katholiken beratend zur Seite zu stehen. Zu diesem Zwecke bereitet die Buchhandlung ein Bücherverzeichnis vor, welches nicht als Reklame für einzelne Verleger, sondern als ein Führer erwachsener Gebildeter gedacht ist. In der Voranzeige heißt es u. a.: „Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß wir gebildete Katholiken keine Zeit mit bloßer Unterhaltungslektüre zu verlieren haben. Auch die Stunden geistiger Erholung können zu unserer geistigen Weiterbildung ausgewertet werden. Zum wenigsten können wir auch aus der feineren Unterhaltungsliteratur neue und tiefere Kenntnis des eigenen und fremden Lebens schöpfen. Die wichtigste Lektüre, gerade für den Gebildeten, wäre die religiöse aus ernsten, nicht süßlichen Büchern, die das einst in der Schule gelernte und zum großen Teil leider wieder Vergessene auffrischt, vertieft und erweitert. Ueber nichts redet man so gern und urteilt man so leicht ab wie über religiöse Dinge. Und wie oft steht auch hier das Wissen in umgekehrtem Verhältnis zu der Kühnheit, mit der man über religiöse Fragen spricht. Aus dieser Erwägung heraus ist in dem kleinen Verzeichnis der Abschnitt über religiöse Literatur aller Art verhältnismäßig weit ausgebaut. Aehnliche Beweggründe haben auch die Feder geführt bei dem Abschnitt „Allgemein Bildendes“. Dafür sind dann umsoweniger Romane und rein literarische Werke aufgenommen. Diese sind so zusammengestellt, daß sie ein abgerundetes einheitliches Bild unserer wertvollen jüngeren Literatur geben. Mehr braucht man wirklich nicht gelesen zu haben, wenn man nicht Fachmann sein will. Fragt man uns in Gesellschaft nach diesem oder jenem Roman, den wir nicht gelesen haben, so haben wir den Mut, die Gegenfrage nach einem Werk zu stellen, das wir kennen. So können wir oft erfahren, daß gerade unsere besten und auch von ernsten Andersdenkenden anerkannten Autoren nicht nach Gebühr gewertet werden, während man jeden wertlosen Ullsteinband kennt.“ Das Bücherverzeichnis soll von Zeit zu Zeit ergänzt werden und verspricht so, für viele eine willkommene Anleitung zur Erweiterung der allgemeinen Bildung zu werden. Es empfiehlt sich, das Bücherverzeichnis schon jetzt im Voraus zu bestellen.





Soeben erschien in meinem Verlage und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Index Romanus

Verzeichnis **sämtlicher** auf dem römischen Index stehenden, in **deutscher** Sprache verfassten Bücher,
desgleich. aller wichtigen fremdsprachlichen Bücher seit dem Jahre 1750 und früher.

Zusammengestellt auf Grund der neuesten vatikanischen Ausgabe unter Berücksichtigung des neuen „Codex Juris Canonici" sowie mit **ausführlicher Einleitung** versehen von

Prof. Dr. theol. et. phil Albert Sleumer
Lyzealdirektor

Mit kirchlicher Druckgenehmigung.

Siebte vermehrte, bis auf die Gegenwart ergänzte Auflage.

Preis: Mk. 6.65 nebst Sortimentarzuschlag.

G. Pillmeyers Buchhandlung,
Jul. Jonscher, Osnabrück.

Kriegerdenkmäler,
Monumentale Christus,
gr. Pietà, Gedenktafeln.



Kunstgerechte, historische Studien.
Sebastian Osterrieder
akadem. Bildhauer
München, Georgenstrasse 113.



Bücher
von denen man spricht

Verlangen Sie kostenlose Prospekte.

Herder/Freiburg i. Br.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach schwerer Krankheit verstarb heute Nacht, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, mein vielgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager

Valentin Graf v. Ballestrem

Majoratsherr auf Plawniowitz, Ruda und Biskupitz, Herr auf Obergläsersdorf, Päpstl. Geh. Kämmerer di spada e cappa, Ehrenbailli und Grosskreuz des souveränen Malteserritterordens, Vorsitzender der Schlesischen Malteserritter, Ritter höchster Orden.

Plawniowitz, den 17. Mai 1920.

Im Namen der Hinterbliebenen

Agnes Gräfin Ballestrem
geb. Gräfin zu Stolberg-Stolberg
und Kinder:

Nicolaus, Maria-Theres, Carl-Wolfgang, Monika, Angela, Friedr.-Leopold, Hubertus, Franz, Siegfried.

Beisetzung fand statt in der Pfarrkirche zu Ruda am Freitag, 21. Mai 1920, vormittags 10 1/2 Uhr.

Anhänger und Freunde der Zentrumspartei!

Die Deutsche Nationalversammlung legt ihr Mandat in die Hände des Volkes zurück. Das deutsche Volk wird aufgerufen, den ersten Reichstag nach der neuen Verfassung zu wählen. Eine folgenschwere Schicksalsstunde für Volk und Reich! Sie erheischt zunächst

Prüfung und Rückblick.

Am 6. Februar 1919 trat die Deutsche Nationalversammlung auf einmütiges Verlangen des ganzen Volkes in Weimar zusammen. Ohne sie und ihr erfolgreiches und rasches Arbeiten wäre kein Friede mit dem Ausland zustande gekommen, wäre das Reich zerfallen, hätte der Bürgerkrieg unsere letzten Kräfte aufgerieben.

Dieses Verhängnis ist abgewandt. Schon am 10. Februar erließ die Nationalversammlung eine vorläufige Notverfassung. An die Stelle der revolutionären Gewalthaber trat sofort eine rechtmäßige Regierung, in der neuen Reichswehr erstand ein Schutz gegen Gewalt und Aufruhr, Trümmer und Zerrüttung wurden nach und nach beseitigt, Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft konnte beginnen.

Diese Neuschöpfung von entscheidender Tragweite war nur möglich

auf dem Boden der Koalition.

Eine Mehrheit des Zentrums mit den Parteien der Rechten war nicht gegeben. Diese Parteien verfügten zusammen über nur 154 Mandate. Sie blieben mit 58 Stimmen unter der Hälfte der Gesamtmandate. Rechnet man die Demokratische Partei mit 75 Mitgliedern hinzu, so ergab sich allerdings eine kleine ziffernmäßige Mehrheit der nicht sozialistischen Fraktionen. Aber auch eine solche Regierung ohne die Beteiligung der Mehrheitssozialdemokraten wäre aus äußeren und inneren Gründen unmöglich gewesen. Zur Wiederherstellung der Ordnung bedurfte es der tätigen, aufbauenden Mitwirkung der Arbeitermassen in Stadt und Land. Nur die Teilnahme der 165 Mitglieder zählenden mehrheitssozialistischen Partei konnte diese Mitarbeit gewährleisten.

Ebensowenig war die Mitarbeit derjenigen bürgerlichen Kreise zu entbehren, die sich zur Demokratie bekannten. Eine rein sozialistische Regierung mußte naturnotwendig in die Abhängigkeit der äußersten Linken geraten. Nur wer auf den völligen Zusammenbruch spekulierte, konnte das wollen. Für deutsche Verhältnisse ein unverantwortliches Wagnis!

Eine Koalition ohne Zentrum wären weder die Sozialdemokraten, noch die Demokraten eingegangen. War schon eine Koalition nötig zur Rettung Deutschlands, so zwang uns außerdem die Rücksicht auf unsere kulturellen Interessen zum Beitritt. Koalition aber bedeutet Konzession, bedeutet Verständigung auf einer mittleren Linie. Keine der beteiligten Parteien kann dabei ihr Parteiprogramm durchsetzen. Man konnte sich nur auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zwecks politischer Arbeitsgemeinschaft einigen. Heute gestehen selbst weite Kreise der Rechten die Unvermeidlichkeit der Koalition offen zu.

Am 21. Februar ward

die neue Reichsverfassung

im Entwurf der Nationalversammlung vorgelegt, am 31. Juli 1919 ward sie verabschiedet. Was nach keiner großen Revolution der Neuzeit gelang, das hat die Deutsche Nationalversammlung in fünf Monaten vollbracht: eine lebenskräftige, das Reich neugestaltende Verfassung; eine Verfassung, die zwar auch ein Kompromiß darstellt, dem wir in Einzelheiten widersprechen mußten, die aber dennoch vorbildlich ist durch ihren sozialen Geist, wertvoll auch durch den Schutz, den sie den sittlichen und religiösen Gütern gewährleistet!

Von der formalen Verfassung allein konnte das neue Deutschland nicht leben.

Es bedurfte des Friedens und der notwendigsten Existenzmittel.

Auch dafür hat die Nationalversammlung gesorgt. Wie sind Zentrum und Sozialdemokraten angefeindet worden wegen des Friedensschlusses! Heute sind diese Vorwürfe fast verstummt. Ueber die Einzelheiten des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus läßt sich streiten. Im großen und ganzen ist das Mögliche und Notwendige geschehen. Wenn je, so waren in diesen Zeiten häufig die Verhältnisse stärker als die Menschen. Erst die kommenden Geschlechter werden die Arbeit der Deutschen Nationalversammlung in ihrer ganzen Größe und Bedeutung würdigen und insbesondere die entscheidende Anteilnahme der Zentrumspartei an dieser Arbeit anerkennen.

Nach vorwärts

richten nunmehr die Wahlen unseren Blick. Die Zukunft erfordert gebieterischer noch als die Vergangenheit eine starke Zentrumspartei. Was ihre Anhänger eint, ist nach wie vor die Gemeinschaft einer Idee: die Idee der christlichen Volksgemeinschaft.

Staat, Religion und Kirche

sind uns unzertrennlich. Wir sind uns wohl bewußt, daß mit staatlichen Maßnahmen und Gesetzen allein unserem Volke nicht zu helfen ist, wenn nicht eine tiefe innerliche Erneuerung alle Glieder unseres Volkes erfaßt. Die Ueberwindung des materialistischen Geistes, die Versöhnung der Stände, den Sieg über Klassenkampf und Klassenegoismus kann nur der Geist des Christentums herbeiführen. Getreu unserer Vergangenheit treten wir deshalb ein für eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung von Religion und Kirche im Staat. Die allergrößte Bedeutung messen wir dem vom künftigen Reichstag zu schaffenden neuen Reichsschulgesetze bei. Von seiner Fassung wird die Zukunft der Schule im gesamten Deutschen Reiche in erster Linie abhängen. Wir erwarten, daß alle Anhänger einer christlichen Volksschule insbesondere die Mitglieder der Zentrumspartei, diesen Gesichtspunkt bei den Wahlen nicht aus dem Auge verlieren. An der Reichstagsfraktion des Zentrums soll es nicht fehlen. Wir werden uns mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die verfassungsmäßigen Rechte auf eine christliche Schule den Eltern nicht geschmälert werden. Wir werden uns jeder, die christliche Erziehung benachteiligenden Auslegung des Schulkompromisses mit allen Mitteln entgegenstellen. Auch in Zukunft wird es treuesten Zusammenstehens aller religiösgesinnten Kreise, gleich welcher Konfession bedürfen, um Angriffe von religionsfeindlicher Seite auf unsere christliche Weltanschauung abzuwehren.

Auch unser nationales Gemeinschaftsgefühl muß geboren sein aus dem Geiste christlicher Nächstenliebe und sozialer Gerechtigkeit nach außen wie nach innen. Darum halten wir in der Außenpolitik fest an dem

Ideal der Völkerversöhnung.

Der Versailler Friedensvertrag bildet das stärkste Hindernis für ein einträchtiges Zusammenarbeiten der christlichen Kulturvölker. Darum fordern wir seine Revision; aber nicht mit den Mitteln der Gewalt, sondern mit Hilfe einer klugen, verständigen Politik. Wir erwarten ein klares und bestimmtes Unterhandeln mit den Mächten, die bereit sind, Deutschland seine Lebensmöglichkeit wiederzugeben. Dabei muß unser wichtigstes Ziel sein, die Lage unserer Stammesbrüder in den besetzten und abgetrennten Gebieten zu erleichtern. Wir fordern noch stärkeres Interesse der Regierung und eine noch größere wirtschaftliche Fürsorge für die besetzten Gebiete als bisher.

In der inneren Politik sind unsere Ziele:

Der demokratische Staat.

Wir bekennen uns zum christlichen Volksstaat. Auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung fordern wir die lebendigste Anteilnahme jedes Volksgenossen am Staate. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für jeden! Wir verurteilen jeden Versuch, die Weimarer Verfassung gewaltsam zu stürzen, aufs schärfste und fordern unnachsichtige Bestrafung aller Verbrechen gegen die Verfassung, kommen sie von rechts oder links. Wir verwerfen jede Klassenherrschaft. Auch für die Zeit nach den Wahlen fordern wir eine starke, tragfähige Regierung. Bei ihrer Bildung müssen alle wertvollen Volksgruppen, die den ernsten Willen zum Wiederaufbau des Staates auf verfassungsmäßiger Grundlage haben, vertreten sein. Eine Regierung der Extreme halten wir nach wie vor für das größte Unglück, das Deutschland treffen könnte. Sie wäre sein Untergang.

Die Neuorganisation des Reiches.

Wir halten fest an den neu geschaffenen Fundamenten der Reichsstärke, an der Steuer-, Verkehrs-, Wehr- und Rechtseinheit. Den zentralisierten Einheitsstaat aber lehnen wir ab. Die geschichtliche Eigenart der Länder und Stämme ist durch entsprechende Machtvollkommenheit zu wahren. Jede Vorherrschaft eines Landes muß beseitigt werden. Alle Länder sollen ihren gebührenden Anteil an Recht und Wirtschaft haben. Die Regelung dieser Fragen ist sofort in Angriff zu nehmen.

Die Reform der Verwaltung.

Der Neuaufbau der gesamten staatlichen Verwaltung muß baldigst in die Wege geleitet werden. Wir verlangen eine organische Verbindung von Selbstverwaltung und staatlicher Einheit. Dem maßlosen Anwachsen des Behördenwesens muß gesteuert werden durch einen planvollen Ausgleich zwischen Reichsverwaltung und Selbstverwaltung der Länder und Provinzen. Sparsamste Wirtschaft in allen Staatsbetrieben ist unerläßlich.

Eine zuverlässige Wehr.

Der Schutz des Staates und der inneren Ordnung erfordert eine ausreichende, zuverlässige Wehrmacht. Wir verlangen die Säuberung und Reinerhaltung der Reichswehr von allen unzuverlässigen Elementen, stehen sie rechts oder links. Deshalb vertreten wir die Fernhaltung der Politik aus der Reichswehr. Um ihre Pflichten erfüllen zu können, müssen die Angehörigen der Reichswehr wirtschaftlich sichergestellt sein.

Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der früheren Armee haben Anspruch auf Versorgung und wirtschaftliche Fürsorge. Von diesem Geiste ist auch das neue Reichsversorgungsgesetz getragen.

Die Gesundung der Volkswirtschaft.

In der Bildung von Selbstverwaltungskörpern der einzelnen Wirtschaftszweige, die organisch aus dem Willen der Beteiligten erwachsen, erblicken wir das Fundament für die Neuordnung unserer Volkswirtschaft. Wir treten ein für eine organische Verbindung von Wirtschaft und Politik. Die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben müssen auf das Notwendige beschränkt werden und dürfen nur erfolgen unter weitgehender Zuziehung der Fachleute des betreffenden Wirtschaftszweiges. Deshalb fordern wir die baldigste Einführung des endgültigen Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte unter feinfühliger Schonung der besonderen wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Landesteile.

Wir bestehen auf unnachsichtigem Kampf gegen die Einführung von Luxus- und Schundwaren, auf der notwendigen Kontrolle des Ein- und Ausfuhrhandels unter weitgehender Zuziehung der Selbstverwaltungskörper der einzelnen Wirtschaftszweige. Der Luxusverbrauch des kriegsgewinnlerischen Vergnügungspöbels unserer Großstädte muß rücksichtslos bekämpft, das Schiebertum mit allen Mitteln an seinem lichtscheuen Treiben verhindert werden.

Wir sind und bleiben die Partei des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs. Wir huldigen weder einem Klassen- noch einem Standesegoismus. Wir fördern darum die Interessen jeden Standes im Rahmen des Gesamtwohls.

Die deutsche Landwirtschaft ist und bleibt das Fundament unserer Volkswirtschaft. Unsere landwirtschaftliche Eigenerzeugung wieder auf den früheren Stand zu bringen, ist darum eines unserer wichtigsten Ziele. Wir sind deshalb für den planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft. Wir fordern eine Preispolitik, die die landwirtschaftliche Erzeugung auf allen Gebieten lohnt und fördert. Die Düngemittelbeschaffung muß mit allen nur möglichen Mitteln gesteigert werden. Der bäuerliche Mittel- und Kleinbesitz ist zu schützen und zu vermehren.

Deutschlands Industrie ist uns nach dem Kriege ebenso unentbehrlich wie vorher. Von ihren Höchstleistungen für den Inlandsbedarf wie für die Ausfuhr hängt der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ab. Wir erstreben darum ihre technische Förderung und ihre organisatorische Zusammenfassung aus der Initiative der Beteiligten. Nachdem Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaften gefunden haben, fördern wir diese Verständigung zwecks friedlicher Fortentwicklung unserer Wirtschaft. Die Freiheit der wirtschaftlichen Initiative muß entsprechend der Verantwortung des Unternehmers diesem gewahrt bleiben. Von solchen Gesinnungen getragen, werden wir der deutschen Industrie jede gesetzliche Förderung zuteil werden lassen und begrüßen zu dem Ende die rege Anteilnahme der Vertreter von Industrie und Handel auch an unserem Parteileben.

Ein kräftiger Mittelstand erscheint uns volkswirtschaftlich und sozial unentbehrlich. Wir verlangen darum seinen in der Verfassung gewährleisteten Schutz durch die Gesetzgebung und weitgehendste staatliche Unterstützung der Selbsthilfebestrebungen in Handwerk und Kleinhandel, besonders zum Zwecke der Rohstoffversorgung und der Beteiligung an öffentlichen Lieferungen. Im Gegensatz zu übertriebenen Kommunalisierungsbestrebungen ist die Selbständigkeit des volkswirtschaftlich gesunden Handwerks und Handels aufrechtzuerhalten. Durch sach- und fachgemäße Ausbildung des Nachwuchses ist die Zukunft von Gewerbe und Handel zu sichern.

Dem Arbeiterstand in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe wahrt die Zentrumspartei die hergebrachte Treue. Wir bestehen auf der Fortführung der bereits in Angriff genommenen Gesetzgebung, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer — der Arbeiter wie der Angestellten — bei der Gestaltung unserer Wirtschaft ausbaut und sichert. Das Tarif- und Einigungswesen ist zu vervollkommnen und rechtlich sicherzustellen. Die Versicherungsgesetze sind den neuen Verhältnissen anzupassen. Eine unserer wichtigsten Sorgen ist die Hebung der Wohnungsnot und die Förderung des Siedlungs- und Heimstättenwesens. Wir unterstützen insbesondere die christliche Arbeiterbewegung, weil wir in ihr Ideen und Kräfte wirksam sehen, welche allein zur Gesundung unserer zerrissenen sozialen und staatlichen Zustände führen können. Im Kampfe für die wahre Demokratie, im Kampfe gegen die Sabotage unserer Wirtschaft, ist sie unserer wärmsten Sympathie und tatkräftigen Hilfe sicher.

Ein pflichttreues Beamtentum anerkennen wir als eine der wichtigsten Stützen des Staates. Darum treten wir ein für seine wirtschaftliche Sicherstellung. **Wir arbeiten mit an der Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts. Wir erstreben zeitgemäße Verjüngung des Beamtentums, Aufstieg der unteren und mittleren Beamten bei entsprechender Leistungsfähigkeit.**

Neben allen Wirtschafts- und Interessengruppen stehen

die akademischen Berufe.

Sie leiden gegenwärtig vielfach schwere wirtschaftliche Not. Wir verlangen daher vom Staate weitgehende Berücksichtigung der akademischen Berufsbewegung und großzügige Maßnahmen, um den akademischen Nachwuchs vor Verelendung zu schützen und ihm seiner Vorbildung entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Vor allem verlangen wir eine ganz andere Bewertung der geistigen Arbeit. Den wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungsinstituten sind die Mittel zur Verfügung zu stellen, durch die sie in den Stand gesetzt werden, den Ruhm der deutschen Wissenschaft wie bisher in der Welt aufrechtzuerhalten. Die Lehrfreiheit muß gesichert bleiben. Tüchtigkeit und wissenschaftliche Leistung sollen die einzige Anwartschaft auf die Lehrstühle der deutschen Hochschulen bilden.

Die Frauen

hat die neuzeitliche Entwicklung in erhöhtem Maße zur Erwerbstätigkeit gezwungen und sie in das politische Leben einbezogen. Wir anerkennen ihre Gleichberechtigung im öffentlichen Leben und verlangen die Heranziehung der Frau, insbesondere auf den Gebieten, für die sie ihrer ganzen Natur nach besonders befähigt ist, vor allem auf dem Gebiete der Volkserziehung und der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Besonderen Schutz fordern wir für die Mütter und die erwerbstätigen Frauen.

So sind und bleiben wir eine wahre christliche Volkspartei. Religion und Kirche, Volk und Staat, Demokratie und sozialer Fortschritt sind unsere Leitsterne.

Christliche Männer und christliche Frauen in deutschen Landen!

Tretet ein in den Kampf für diese erhabenen Ziele! Wir alle tragen an einem Schicksal, an der Not eines geschlagenen und verarmten Volkes. Diese Schicksalsverbundenheit ist unsere gemeinsame Last, aber auch unsere gemeinsame Ehre. Wir tragen sie mit Stolz und mit dem Treugelöbnis, zusammenzuhalten in jeder Not und Gefahr, die die Zukunft bringt. Der Glaube an die göttliche Vorsehung und die innere Kraft unserer christlichen Liebe werden die Schwere dieser Tage überwinden und uns einem Wiederaufstieg entgegenführen. Vergeßt die engen Sorgen eurer Privatinteressen und denkt ans große Ganze!

Schließt die Reihen zum Bunde christlicher, deutscher Volksgemeinschaft im Zentrum!

Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei.

Trimborn, Geheimer Justizrat und Staatssekretär a. D., Unkel a. Rh. **Fehrenbach,** Präsident der Nationalversammlung, Rechtsanwalt und Stadtrat, Freiburg i. Breisgau. **Herold,** Landesökonomierat, Haus Lövelinkloe i. W. **Dr. Hitze,** Prälat, Münster i. W. Dr. **Spahn,** Exzellenz, Justizminister a. D., Berlin. **Burlage,** Reichsgerichtsrat, Leipzig. **Hedwig Dransfeld,** Bundesvorsitzende, Köln. **Dr. Porsch,** Vize-Präsident der Preußischen Landesversammlung, Breslau. **Stegerwald,** Staatsminister, Berlin. **Albersmann,** Verbandssekretär, Düsseldorf. **Dr. Beyersdörffer,** Sanitätsrat, Neustadt i. d. Rheinpfalz. **Dr. Brauns,** Direktor, M.-Gladbach. **v. Brentano,** Exzellenz, Justizminister, Darmstadt. **Esser,** Genossenschaftsdirektor und Geschäftsführer des Rheinischen Handwerkerbundes, Euskirchen. **Graf,** Ernährungsminister, Stuttgart. **Graw,** Landesökonomierat, Wormditt i. Ostpr. **Joos,** Schriftleiter, M.-Gladbach. Freiherr **v. Kerckerinck zur Borg,** Rinkerode i. W. **Lensing,** Verleger, Vorsitzender des Augustinus-Vereins, Dortmund. Fürst **zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg,** Kleinheubach i. B. **Schofer,** Geistlicher Rat, Freiburg. **Astor,** Kaufmann, Bernkastel i. Rhld. **Beyerle,** Lehrerin, Konstanz i. B. **Otte,** Verbandsvorsitzender, Düsseldorf. **Ulitzka,** Pfarrer, Ratibor. **Dr. Cremer,** Industrieller, Dortmund. **Itschert,** Geheimer Justizrat, Berlin.

Nachruf.

Am 17. ds. Mts., vormittags 3 Uhr, verschied auf Schloss Plawniowitz O. S., nachdem sich eine längere schwere Erkrankung anscheinend schon zum Besseren gewandt hatte, unerwartet

Herr

Valentin Graf v. Ballestrem

Majoratsherr auf Plawniowitz-Ruda-Biskupitz, Herr auf Ober-Gläsersdorf, Päpstlicher Geheim-Kämmerer di spada e cappa, Ehrenbailli u. Grosskreuz des souveränen Malteserordens, Vorsitzender des Vereins der schlesischen Malteserritter, Ritter hoher und höchster Orden,

im Alter von 59½ Jahren.

Tief erschüttert stehen wir an der Bahre unseres Bergherrn, aus dessen Hand Gottes unerforschlicher Ratschluss die Führung nahm in einer Zeit voll Unruhe und Ungewissheit, in der sein Werk seiner reifen Lebenserfahrung und seines unbeirrbaren Wollens nötiger denn je bedurft hätte.

Wir verlieren in dem Verblichenen einen Arbeitgeber, der am Schicksale seiner Untergebenen persönlichen, warmen Anteil nahm, ihren Beschwerden und Bedrängnissen stets ein offenes Ohr lieh, und in wahrhaft christlicher und sozialer Gesinnung ständig darauf bedacht war, aus seinen Unternehmungen zugleich eine Quelle des Segens für seine Arbeiter und Angestellten zu machen.

Unverlöschbar fortdauern über das Grab wird in treuem Gedenken die Liebe, mit der er sich in unsere Herzen geschrieben, nicht nur durch Geburt, mehr noch im Sinnen und Sorgen ein wahrer Edelmann.

Namens der Beamten und Arbeiter
der Gräflich von Ballestrem'schen Güter-Direktion Ruda O.-S.

Pieler

Generaldirektor.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 9.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 23 München, 5. Juni 1920. XVII. Jahrgang.

Reaktion.

Von Dr. Hans Eisele.

Die Reaktion ist die Zwillingsschwester der Revolution, zur selben Stunde geboren und von gleicher Herkunft. Auch in Deutschland ist sie da, vielfach noch schwach und schüchtern, zurückgesetzt und verachtet; aber sie lebt und wird leben, um so kräftiger und zukunftsreicher, je unfähiger, je zügelloser und brutaler die Erstgeborne, die Revolution, sich gebärdet. Hätte die Reaktion nicht Leben gehabt und sich nicht mit aller Kraft an den sorglos bergabfahrenden Wagen der Revolution gehängt, dann wäre längst schon das uns noch immer drohende Unglück geschehen, der Wagen umgeschmissen und alles, was noch an Gut und Recht und Ordnung aus dem alten Obrigkeitsstaat gerettet wurde, zertrümmert worden. Die Reaktion wirkt sich bereits in allen Parteien aus, selbst in der Sozialdemokratie. Reaktion bedeutet nach dem Umsturz der Revolution mit all ihren Folgen in Deutschland Rückkehr zur Ordnung und Freiheit, zur Rechtssicherheit und Arbeit, zur Reinheit und Reinlichkeit des einstigen deutschen Obrigkeitsstaates, denn dies alles haben wir mit der Revolution im sogenannten Volksstaat, der Demokratie, verloren.

„Wir haben die Revolution noch nicht überwunden und kommen immer tiefer in sie hinein, weil wir nicht Umkehr halten. Wir kranken an den Folgen der Revolution. Was wir brauchen, ist Wirtschaft, Ordnung. Was wir haben ist Mißwirtschaft, Unordnung. Letzten Endes sind alle diese Zeiterscheinungen, Teuerung, Hunger, Sterblichkeit eine Folge dieser Revolution und es gibt noch Leute, die von den Errungenschaften der Revolution reden."

So schilderte Dr. Heim, der bayerische Bauernführer, in der volkswirtschaftlichen Beilage des „Bayerischen Kurier", Nr. 20 vom 23. Mai 1920, die ungeschminkte Wirklichkeit.

Retten kann uns aus dieser Not nicht das Phrasenlied von den Errungenschaften der Revolution und Demokratie, nicht der Volksbetrug mit Sozialismus, Kommunismus und Internationalismus, retten kann uns nur die Reaktion, die Rückkehr zur Ordnung und Freiheit, zur Rechtssicherheit und Arbeit, zur Reinheit und Reinlichkeit des einstigen Reiches. „Was wir brauchen, ist nicht Revolution, sondern Reform, nicht Klassenkampf, sondern sozialer Friede, nicht Parteiherrschaft, sondern Volksherrschaft, nicht Materialismus, sondern christlicher Idealismus, nicht Terror, sondern Freiheit, nicht Willkür, sondern Ordnung, keine Vorrechte für einen Stand, sondern Gleichberechtigung für alle" schrieb Dr. Heim im gleichen Artikel.

Die Reaktion in den Parteien muß drum noch viel kraftvoller, zielbewußter und einheitlicher einsetzen, um die rasende Linksfahrt des Staatskarrens auf allen Gebieten aufzuhalten. Gewiß! Staatssekretäre, Minister und Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, die nur vom parlamentarischen System an die Futterkrippe gesetzt worden sind, werden zu der Koalition um jeden Preis schwören, wiewohl auch unter ihnen der eine oder andere aufrichtige Mann im Herzen anders denken mag. Ein Giesberts sprach's vor dem Augustinustag in Düsseldorf ganz ohne Scheu aus, daß er nicht gegen den Lohnbolschewismus der sozialistischen Arbeiter und den linksfahrenden Wagen sich stemmen könne, weil sonst seine Stellung gefährdet sei. In den Parteien kann nur von unten herauf die nötige kraftvolle Reaktion kommen, die wir zur Gesundung unserer politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse brauchen. Sie wird zunächst nicht von der Masse ausgehen, sondern nur von denkenden, unabhängigen, patriotisch fühlenden Köpfen, die von der Massensuggestion und Massenpsychose sich freimachen. Das sind in erster Linie helle Köpfe des Bürger- und Beamtentums und Akademiker. In jeder Stadt und in jedem Parteiverein müssen sie drum nicht bloß als Mitglieder mitlaufen und die Reden irgendeines Arbeitersekretärs oder Parteiagitators anhören, sondern in eigener Rede und Widerrede, in positiver Mitarbeit, und, wenn's sein muß, in der Opposition bis zum äußersten sich zur Geltung bringen. Jetzt bietet gerade die Wahlzeit dazu hundertfach Gelegenheit.

Es genügt nicht, daß Akademiker und Bürgertum Mann für Mann wählen und mit ihrer Stimme ein Bekenntnis zu ihrer bürgerlichen Partei ablegen. Das ist bei dieser Wahl mehr als je einmal unbedingteste Pflicht. Der katholische Akademiker oder der katholische Bürger, der bei dieser Wahl, und wär's auch in berechtigtem Unmut über die Linkspolitik der Partei, abseits stehen und nicht wählen wollte, der würde schon allein durch diese Absentierung den Beweis politischer Unfähigkeit und Gedankenlosigkeit erbringen. Jeder soll und muß wählen, jeder Katholik soll in diesem Wahlkampf, ob aus Herzensgründen oder Verstandesgründen, dem Zentrum oder in Bayern der Bayerischen Volkspartei die Stimme geben. Wer sich der Stimme enthält, oder eine andere Partei wählt, hat für die Zukunft bis zum nächsten Wahlkampf das moralische Recht der Kritik und die moralische Unterlage für die Mitarbeit in der Partei preisgegeben. Das alte gute Zentrumsprogramm, allerdings ohne die neue Interpretation im Sinne der Sozialistenfreundschaft und der einseitigen Linkspolitik, ist wahrhaftig der Mitarbeit und der Sorge jedes Katholiken wert. Wenn die katholischen Akademiker und die führenden Köpfe des Bürgertums jetzt im Wahlkampf und nach den Wahlen sofort in den Parteiorganisationen bei jeder Gelegenheit sich gegen den linksfahrenden Wagen stellen, dann werden sie erreichen, daß das Zentrum in Zukunft fest auf der alten mittleren Linie bleibt, daß es sich loslöst von der allzu engen Nähe der Sozialdemokratie, des Sozialismus, der Demokratie, und mehr Grundsatz- und Weltanschauungspolitik treibt.

Die Reaktion wird dann vor allem dahinführen, daß der Trennungsstrich zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in aller Deutlichkeit gezogen wird, solange die heutige Mehrheitssozialdemokratie, die Partei des Klassenkampfes, des Generalstreiks und der internationalen Revolution bleibt. Man lasse sich doch nicht durch die Taktik und Konjunkturalpolitik der Mehrheitssozialdemokratie täuschen. Im Wesen sind alle die vier sozialistischen Parteien, die jetzt sich raufen und beschimpfen, einander gleich; nur ihre Taktik ist eine andere, ihre Form eine wechselnde. Noch vor wenigen Tagen schrieb in Nr. 216 der „Vorwärts": „Die Demokratie ist trotz allen vorübergehenden Koalitionen das Entwicklungsstadium, in dem die Arbeiterklasse ihren Endkampf um die Macht ausficht, in dem sie dem Bürgertum Position um Position entreißt. Die Demokratie ist für die Arbeiterklasse die Möglichkeit der Herrschaft, aber noch nicht die Herrschaft selber."

Die Mehrheitssozialdemokratie ist prinzipiell genau so religionslos und religionsfeindlich wie die unabhängige, deren Führer Thomas, Augsburg, in öffentlicher Versammlung im Münchener Löwenbräukeller erklärte: „Solange das Pfaffentum, der Schützer von Thron und Altar, besteht, solange diesem nicht ein Ende bereitet ist, werden die Massen dem Rufe zum Sozialismus nicht Folge leisten. Darum nicht nur Kampf dem Pfaffentum, Kampf — schärfsten Kampf der katholischen Kirche!" — Und Thomas bezeichnete das Bekenntnis des weißen Raben unter den Mehrheitssozialisten, Auer, zum Katholizismus als eine Schande. Solange ein Arbeiter Anhänger dieser Religion sei, könne er

nie ein echter Sozialist sein. Als Führer einer sozialdemokratischen Partei müsse Auer wissen, daß Religion Privatsache sei, daß er zum mindesten sofort offiziell aus der Kirche austreten müsse, dann könne er ganz nach Belieben seiner religiösen Ueberzeugung gemäß leben.

Solange Millionen deutscher Arbeiter noch Führern wie Henke, Braß, Ledebour, Eichhorn, Zietz blindlings nachlaufen, obwohl sie in öffentlicher Reichstagsversammlung das deutsche Vaterland dem Feind denunzieren, dem Erbfeind Material gegen das eigene Vaterland liefern und die Söhne deutscher Eltern auf gleiche Stufe mit den Senegalnegern und ihrer viehischen Art stellen, solange soll keiner sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft reif sei zur Herrschaft im Reich über andere Volksklassen, solange ist und bleibt der Glaube an die deutsche Arbeiterschaft Illusion. Erst wenn die sozialdemokratischen Führer, die Scheidemann und Müller und Bauer und Legien, die in jahrzehntelanger Verhetzung vaterlandsfremd gewordenen Arbeiter zurückführen zur Vaterlandsliebe, wie die ungarischen Arbeiter nach dem Blutbade des Kommunismus im Patriotismus gesundet und vom Wahn des internationalen Sozialismus geheilt worden sind, erst dann ist die Hoffnung berechtigt, daß Deutschland wieder ein Volk und mächtig und stark wird. Aber nicht durch schwache Kompromisse und sozialdemokratischen Machthunger stillende Koalitionen, nicht durch Schonung der Sozialdemokratie wird diese Reaktion gestärkt und gefördert.

Die Reaktion zwinge die kommende Regierung zunächst einmal an der Zentrale in Berlin mit eisernem Besen Aemter und Ministerien auszukehren, wo immer Druckposten politischen Günstlingen und Strebern ohne Fachkenntnisse aus Partei- und persönlicher Protektion zugeschoben sind. Es riecht in Berlin und anderswo nicht bloß nach Stellenjägerei und mangelnder Reinlichkeit bei Besetzung der Stellen. Zurück zur Sparsamkeit und Reinlichkeit der einstigen deutschen Regierungen, das ist Reaktion.

Wer, wie Wirth und Erzberger und Bolz und Giesberts und andere in der weiteren einseitigen Linkspolitik, in der möglichsten Intimität mit der Sozialdemokratie, Deutschlands Glück in der Zukunft und die Rettung der Partei erblickt, den muß die in jedem Zentrumsverein kräftig einsetzende Reaktion und Opposition der Akademiker und führenden Köpfe des Bürgertums zur Vernunft bringen. Dann wird vielleicht auch Finanzminister Wirth, ein so befähigter Kopf wie Erzberger, zu der Einsicht kommen, daß das Zentrum in der Koalition der Sozialdemokratie bis heute den Steigbügel gehalten und den Gaul geliehen hat. Die Abkehr von der Sozialdemokratie und der starken Ideenverbindung einiger Zentrumspolitiker mit ihr ist die Voraussetzung für die Gesundung unserer Politik. Die Akademiker und Vertreter des Bürgertums dürfen sich nur nicht überschreien lassen; auch in vernünftigen Arbeiterkreisen tagt es. Bis jetzt haben seit der Revolution die Thersites das große Wort, die große Schleuder geführt. Es bedarf der Ulyssesnaturen, die mit den Thersites nach Homers Brauch verfahren. Dann werden die Bekenntnisse zur unbedingten Linkspolitik, wie sie Erzberger und sein Schüler Wirth abgegeben haben, verstummen und das Zentrum wird wieder zurückfinden in die alten Bahnen einer prinzipienfesten, von Taktik nicht angekränkelten Weltanschauungspartei.

Ich weiß, es gilt jetzt in gewissen Zentrumskreisen als der politischen Weisheit Schlußsatz, daß man die Mehrheitssozialdemokratie schonen soll, um sie bei guter Laune und bei der Koalition zu erhalten. Als ob die Sozialdemokratie auch nur einen Tag länger bei der Regierungsmehrheit und bei der Regierung bliebe, als sie dabei ihre Interessen und ihren Vorteil wahrnehmen kann. Das hat Scheidemann auf dem sozialdemokratischen Parteitag ebenso deutlich ausgesprochen wie der Reichskanzler Müller in seinen Wahlreden in Bayern. Eine Zentrumspolitik aber, die die Sozialdemokratie trotz ihrem Programm und trotz ihrer Vergangenheit aus parteitaktischen Gründen schonen und stärken wollte, wäre Selbstmord. Ueberall, wo die Sozialdemokratie die Macht und Herrschaft auch nur vorübergehend gehabt hat, hat sie Macht und Herrschaft dazu mißbraucht, Volk und Staat dem Kommunismus auszuliefern. So war's in Rußland, so war's in Ungarn, so war's episodenhaft in Deutschland. Drum keine Linkspolitik, keinen Sozialismus, sondern Reaktion auf allen Gebieten und in allen Parteien, Reaktion gegen die Sozialdemokratie, gegen die Revolution, gegen den Sozialismus.

Die Anzeichen der beginnenden großen Wirtschaftskrisis mehren sich. Wenn sie nicht aufgehalten oder wenigstens abgeschwächt werden kann, dann wird sie unser wirtschaftliches Leben und die politischen Verhältnisse aufs tiefste erschüttern. Es werden Millionen Arbeitsloser auf der Straße liegen. Die große Wirtschaftskrisis wird zwar Achtstundentag, Generalstreik und andere Errungenschaften der Revolution sprengen, aber zu ungeahnten Kämpfen führen. Wenn dann eine Regierung vor den revolutionierenden Massen angsterfüllt durch Deutschland flieht wie einst die Bauersche vor den paar Männchen um Kapp, oder wie die Regierung Müller, schwächlich sich unter das Diktat des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Legien beugt, dann endet die Wirtschaftskrisis im Kommunismus und Bolschewismus. Eine Koalitionsregierung aber, die einseitige Linkspolitik treiben, die sich nur auf die links zum Radikalismus abrutschende Sozialdemokratie und Demokratie stützen würde, ohne festen Halt an allen rechtsstehenden Parteien zu suchen und zu finden, wäre unfähig und ohnmächtig, des Radikalismus in solcher Zeit Herr zu werden. Das Volk sucht und seufzt nach starken Männern, nach dem großen Führer, der mit starker Hand das Staatssteuer festhält. Ungeheuer schwer ist drum die Verantwortung des Zentrums in diesem Augenblick. Gewinnt die Linksströmung Oberwasser in der Partei nach den Wahlen, dann ist jede Rettung und Aussicht auf Besserung unmöglich, dann fährt das Staatsschiff links und immer wieder links, bis es am Kommunismus im Strudel neuer blutiger Revolutionen zerschellt. Dann würde das Zentrum die Rolle der Girondisten in der französischen Revolution spielen. Wenn aber das Zentrum unter dem Druck der Wähler und Organisation nach rechts hält, dann stellt es die Verbindung des ganzen Bürgertums und der nichtsozialistischen Arbeiterschaft in einheitlicher Front gegen Radikalismus, Sozialismus und Kommunismus her. Beim Zentrum liegt die folgenschwere Entscheidung, ob der Kurs weiter nach links geht oder nicht. Auf ihm lastet auch die schwerste Verantwortung. Wir haben die Hoffnung, daß das Zentrum den Weg nach rechts wählt gegen Radikalismus und Sozialismus, gegen Revolution und Bolschewismus. Nur im Zeichen der Reaktion („Wiedergenesung") gegen diese wird Deutschland wieder gesund, stark und einig werden können, wie es Ungarn im Stahlbad des aus dem Sozialismus entsprungenen Kommunismus geworden ist. Und wenn die Reaktion den Worten sozial und national wieder Inhalt und Ideale gibt, wenn beide innig vermählt, dem Volke, dem Arbeiter Gemeingut werden, dann wird das deutsche Volk Revolution und Sozialismus überwunden haben.

Erwecke einen Führer deinem Volke.

Das ist die Not der Zeit! Was uns vor allem fehlt:
Ein starker Führer, der das Volk beseelt,
Der es emporreisst aus den Niederungen,
Aus Fron und Fessel, die ihm aufgezwungen.
Der aus dem Felsenschachte ihm zur Labe
Die Quelle zaubert mit dem Mosesstabe,
Und das Gesetz — statt in den toten Stein —
Mit Flammenglut schreibt in die Herzen ein!

Wer schenkt den Helden uns voll schlichter Grösse,
Dass er das Volk aus dumpfer Starrheit löse,
Es sicher führt auf steilen Felsgestaden
Empor zu lichtumfloss'nen Höhenpfaden?
Wer zeigt ihm glanzbesonnt im Morgenstrahle
Den heil'gen Gral, den Hort der Ideale? —

O, dass er käme, — stark und hilfsbereit,
Nach dem das Land in tausend Nöten schreit,
Der selbstlos, — unbeirrt von Hass und Groll,
Uns eine Zukunft schüfe, licht und friedevoll?
Dass wir in zielbewusstem, hartem Ringen
Des innern Feindes Hydra niederzwingen!

Erwecke einen Führer deinem Volke,
Zieh' ihm voran, Herr, in der Wetterwolke.
Und nach der Wüste glutversengtem Brand
Führ' uns in heissersehntes Friedensland!

Josefine Moos.

Die oberschlesische Frage.

Von Pfarrer Silesius in Oberschlesien.

Die Note, die die deutsche Regierung unterm 5. Mai sowohl an den Chef der oberschlesischen internationalen Besatzung, General Le Rond, gerichtet, als auch den Kabinetten von Paris, London und Rom hat überreichen lassen, hat wieder einmal die Blicke des gesamten Deutschland nach der Südostecke des Reiches gelenkt. Die oberschlesische Frage, die von einer eminenten wirtschaftlichen Wichtigkeit für das ganze Reich ist, wird eigentlich viel zu wenig gewürdigt.

Nach den Absichten der Polen und der ursprünglichen Fassung des Schmachfriedensvertrages von Versailles, der Oberschlesien glatt dem neu erstandenen Polenreiche zusprach, müßte jeder Fernstehende und mit den Verhältnissen nicht Vertraute annehmen, Oberschlesien sei ein rein polnisches Gebiet. Wie wenig aber Polens Ansprüche auf Oberschlesien geschichtlich begründet sind, soll folgender gedrängte Rückblick auf die Geschichte dieses Landstriches zeigen.

Oberschlesien gehörte vom Jahre 1000—1163 zu dem bald auseinandergefallenen Polenreiche des Boleslaus Chrobry und stand von da an bis 1526 unter eigenen freien schlesischen Herzögen, die sich in den Streitigkeiten zwischen Polen und Böhmen rasch an letzteres anschlossen, besonders seitdem dieses Land unter den ersten zwei Luxemburgern sich weit dem deutschen Einfluß öffnete und dadurch zur Blüte kam. Der Streit zwischen Matthias Corvinus von Ungarn und dem polnischen Prinzen Wladislaus, König von Böhmen, schloß 1479 mit dem Frieden von Olmütz, der Oberschlesien vorübergehend an Ungarn brachte. Nach Corvinus Tode kam Schlesien wieder unter die Oberherrschaft Böhmens, bis es nach dem Tode seines Sohnes im Jahre 1526 zugleich mit Böhmen unter Habsburgs Szepter kam. Schließlich wurde Schlesien bis zur Oppa im Jahre 1763 endgültig durch Friedrich den Großen erobert. Aus diesem kurzen Abschnitt der Geschichte geht klar hervor, daß hieraus die Polen irgendeinen Rechtsanspruch auf die Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Polenreiche nicht herzuleiten vermögen, und daß ihre ständig gebrauchte Redensart von der „Mutter Polen" vom geschichtlichen Standpunkte aus als grobe Geschichtsfälschung bezeichnet werden muß.

Wie aber steht es mit dem nationalen Charakter Oberschlesiens? Ist vielleicht daraus irgendeine Berechtigung für die polnischen Annexionsgelüste herzuleiten? Zur Beantwortung dieser Frage sei an erste Stelle die Aeußerung einer nationalpolnischen Zeitung, der man germanophile Tendenzen doch wirklich nicht nachsagen kann, gestellt. So schreibt der „Kuryr Poznanski", ein damals führendes Posener Polenblatt, in seiner Nr. 229 vom Jahre 1892, wie folgt:

Es erscheint unberechtigt, Schlesien in den Kreis der politischen Tätigkeit, beziehungsweise der Bestrebungen der nach dem Jahre 1772 mit Preußen vereinigten Polen hereinzuziehen. Der rechtlich politische Standpunkt des Polen in der Provinz Posen ist ein anderer, als der eines Schlesiers. Schlesien ist über 700 Jahre von der führenden polnischen Monarchie tatsächlich und rechtlich abgetrennt und kann von den hiesigen Polen als ein politischer Bezirk zur Betätigung im großpolnischen Sinne nicht betrachtet werden. In Schlesien fehlt es dem Volke an jeder geschichtlichen Ueberlieferung. Wir sind auch völlig dagegen, daß aus unserer Mitte eine polnische Agitation um Schlesien nach irgendeiner Richtung hin hervorgeht.

Nicht nur der rechtlich politische Standpunkt ist ein anderer zwischen Posenern und Oberschlesiern, sondern es sind geradezu zwei verschiedene Volksstämme. Die Bewohner Oberschlesiens sind ein Mischvolk. Es ist ganz falsch, in Oberschlesien einen Unterschied zwischen Polen und Deutschen zu machen, es gibt unter der angestammten Bevölkerung eigentlich nur deutsch oder polnisch sprechende Oberschlesier. Die sogenannte polnische Frage ist erst in den letzten Jahrzehnten von Posen und Galizien her künstlich nach Oberschlesien verpflanzt worden. Polnische Agitatoren, polnische Zeitungsschreiber und polnische Rechtsanwälte versuchten den polnisch sprechenden Oberschlesiern den nationalpolnischen Geist einzuimpfen. Die dadurch hervorgerufene und dabei völlig verfehlte Polenpolitik der preußischen Regierung lieferte diesen Schürern Wasser auf ihre Mühlen, so daß sich ein großer Teil der Oberschlesier von den großpolnischen Hetzern einfangen ließ, wenn auch die Masse unserer irregeleiteten Landsleute im polnischen Lager vor dem Kriege nicht daran dachte und nicht wollte, daß Oberschlesien etwa von Preußen abgetrennt und Polen angegliedert werden mußte. Im August 1914 gingen die Wogen vaterländischer Erhebung in Oberschlesien ebenso hoch, wie im übrigen Deutschland. Zu tausenden drängten sich polnisch sprechende Oberschlesier gemeinsam mit ihren deutschen Brüdern freiwillig in die Kasernen und auf allen Kriegsschauplätzen standen die oberschlesischen Truppenteile an todesmutiger Bewährung keinem anderen deutschen Stamme nach. Die augenscheinliche Kenntnisnahme der polnischen Zustände war ebenfalls nicht dazu angetan, die Feldgrauen für Polen zu erwärmen. Der unglückliche Kriegsausgang erst und die gewaltige Erschütterung der Revolution, brachte auch hier den äußeren Umschwung, der allerdings durch die Kriegsnot im Lande innerlich vorbereitet war. Plötzlich war die bisher selbstverständliche Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Preußen in Frage gestellt, und die zum neuen Leben erwachte nationalpolnische Bewegung vermochte es unter geschicktester und bedenkenlosester Benützung des in Deutschland aufbrodelnden wirtschaftlich-politischen Höllenstrudels eine nie geahnte Geltung zu gewinnen.

Unter Benutzung der neuen Revolutionsfreiheiten zog ein Heer nationalpolnischer Agenten aus Galizien und Posen in Oberschlesien ein. Fett, Fleisch, jederlei Lebensmittel wurden in Hülle und Fülle versprochen, ja es wurden oft auch Proben dieser Herrlichkeit vorgezeigt. Die Aufteilung der großen Güter, jedem Bauern eine Kuh mehr in den Stall, keine Steuern, das waren die Aufschriften über der Pforte zum polnischen Paradiese. Neben den Wirtschaftsnöten mußte die Sprachenfrage Mittel zur Schürung des unangebrachten Nationalhasses werden. Die Erteilung des polnischen Unterrichtes in den Schulen, sowie des Religionsunterrichtes ist eine alte kulturelle Forderung unserer polnisch sprechenden Bevölkerung. Die Großpolen haben sie ebenfalls zur Verschärfung der nationalpolitischen Gegensätze nutzbar gemacht. Ein weiterer Mißbrauch zu politischen Zwecken wurde mit dem katholischen Glauben der Bevölkerung getrieben. Kanzel und Beichtstuhl wurden leider von einer Anzahl großpolnischer Seelsorger skrupellos in den Dienst der nationalpolnischen Sache gestellt. Polnisch und katholisch einerseits, deutsch und protestantisch anderseits wurden willkürlich gleichgesetzt. Auf dem Umwege über die Religion erreichte man fast immer die Aufrüttelung der national oft gleichgültigen Massen.

Zu dieser wirtschaftlichen und kulturellen Minierarbeit kommt eine bis ins kleinste gehende, rein politische und polnische organisatorische Tätigkeit. Zuerst wurde in enger Zusammenarbeit mit den durchaus anderen Zielen zustrebenden Hakatisten eine revolutionäre Tätigkeit gegen bestehende politische Ordnung betrieben. Wäre der Umsturz mit Spartakus Hilfe geglückt, sollte sofort eine bis zum Gemeindeboten vorbereitete polnische Verwaltung die Macht ergreifen. Die Leitung lag in den Händen des Unterkommissars des Nadzelna Rada Ludowa, Pod Kommissarjat dea Slaska (Oberster Volksrat, Unterkommissariat für Schlesien, des Justizrat Czapla aus Beuthen.

Bis Mitte Mai 1919 ließ die deutsche Regierung unbegreiflicherweise diesen Staat im Staate gewähren, dessen Leitung die Organisation ausbaute, in jeder Woche mehrere Male nach Form und Inhalt behördlich aufgemachte Erlasse herausgab, eine Nationalsteuer erhob und die geheime Werbung und den Waffenschmuggel förderte. Und diese Organisation sollte bald ihre blutigen Erfolge zeitigen. Als immer größere Ansammlungen der Hallerarmee an der oberschlesischen Grenze Gegenmaßnahmen unserer Reichswehrtruppen und besonders ihre Verstärkung nötig machten, flammte zum ersten Male der schon lange angekündigte große Aufstand auf. Am 10. und 11. Juli 1919 flogen die Eisenbahnbrücken bei Ratibor und bei Czarnowanz an der Strecke Oppeln, Karlsmarkt, Breslau, sowie eine Brücke bei Kosel in die Luft. In der Nacht zum Pfingstsonntag versuchte man durch einen bewaffneten wohl vorbereiteten Aufstand zunächst den Kreis Rosenberg, dann ganz Oberschlesien der Hallerarmee in die Hände zu spielen.

An der Wachsamkeit und Verläßlichkeit des Grenzschutzes waren alle Teilunternehmungen gescheitert. Trotzdem verstummten die Gerüchte von einer in allergrößtem Maßstabe geplanten Erhebung nicht, und sollten sich nur zu bald bewahrheiten. Nach einem wohlorganisierten Plane richtete sich einer der zeitlich frühesten Angriffe in der Nacht vom 16./17. August auf die Wache beim Geschützpark in Paprotzan, einem Dorfe des Kreises Pleß, wobei den Aufständischen leider die Geschütze in die Hände fielen. Der gleichzeitige Angriff auf die in Pleß befindlichen Truppen wurde abgeschlagen.

Mit dem Morgengrauen des 18. August hatten fast an der ganzen Südgrenze Angriffe auf die Feldwachen eingesetzt, teilweise unterstützt durch Minenfeuer von jenseits der Grenze. Den nächsten Tag griff der Aufstand über auf die benachbarten Kreise Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz. Dank der ausgezeichneten Haltung der Truppen säuberte der sofort einsetzende Gegenstoß unter Führung des Oberleutnants v. Tillmann in kurzer Zeit das von den Polen besetzte Gebiet, so daß am 24. August der Aufstand als beendet angesehen werden konnte. Einwandfrei waren vereinzelt reguläre Truppen der Hallerarmee bei den Kämpfen von unseren Grenzschutztruppen festgestellt worden.

Bald nach dem verunglückten Putschversuch versuchten die polnischen Blätter die Schuld von ihren Landsleuten abzuwälzen, und den Aufstand den Spartakisten in die Schuhe zu schieben. Doch so kurz ist das Gedächtnis dieser Herren, daß sie nach noch nicht 3/4 Jahren die damals Gefallenen jetzt als politische Märtyrer in ihren Zeitungen feiern.

Durch die energische Abfuhr, die die Polen durch die Gegenmaßregeln der Grenzschutztruppen erfuhren und entmutigt durch das Ausbleiben der Hallerarmee, auf deren gesamte Mitwirkung seitens der Aufständischen bestimmt gerechnet worden war, schien äußerlich die Ruhe in Oberschlesien wiederhergestellt. Dazu kam noch, daß mit der baldigen Besetzung Oberschlesiens durch die Ententemächte gerechnet wurde, und daß die großpolnischen Führer erst abwarten mußten, wie diese sich ihren geheimen Bestrebungen gegenüber verhalten würden. Schon die Wahl eines französischen Oberbefehlshabers, eines Angehörigen jener Nation, deren Zertrümmerungswille Deutschland gegenüber genugsam in der Geschichte der letzten Monate bekannt ist, ließ für die Polen das beste, für uns Deutsche das schlimmste befürchten. Die Auslegung des Grundsatzes des gleichen Rechtes für alle wurde eine rein willkürliche, doch niemals zu unseren Gunsten. So begann allmählich den großpolnischen Hetzern wieder der Kamm zu schwellen und ihre Annexionsgelüste auf Oberschlesien traten immer unzweideutiger hervor. Als ein Streik der kaufmännischen und industriellen Angestellten, deren gerechte Ansprüche von dem Arbeitgeberverbande anfänglich nicht anerkannt wurden, auszubrechen drohte, dem ein Generalstreik wegen Uebergriffen der Ententekommission sich eventuell anschließen sollte, erließ Korfanty einen öffentlichen Aufruf, der in Millionen von Exemplaren zur Verteilung kam, und drohte mit dem sofortigen Losbrechen eines Aufstandes, unterstützt durch die Hallerarmee zur sofortigen Besetzung von Oberschlesien.

Daß die Ententekommission, deren Vertreter in verschiedenen Kreisen ja nur in den Häusern der großpolnischen Führer verkehren, gegen einen solchen Versuch eines Rechtsbruches und Verstoßes gegen die Bestimmungen des Versailler Friedens irgend etwas getan, ist nirgends laut geworden. Wie weit die Vorbereitungen zur gewaltsamen Besetzung Oberschlesiens und die Nichtinnehaltung des uns garantierten Selbstbestimmungsrechtes gediehen, dafür geben uns die neuesten Enthüllungen der „Schlesischen Volkszeitung" Kenntnis und erhellen blitzartig die Schwere der Situation. Nach diesen den Ententekabinetten mit photographischen Faksimiles übersandten polnischen Geheimberichten ist der gesamte Mobilisationsplan vollständig fertig und es bedarf nur eines geheimen Winkes, um die Mine in die Luft gehen zu lassen. Die Anerkennung der illegalen Provinz Oberschlesien ist erfolgt, und zeigt das Verhalten vieler unserer Mitbürger, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung sich bereits als zu Polen zugehörig betrachtet und über Anordnungen und Verfügungen unserer Verwaltungsorgane ruhig hinwegsieht. Wie im Juli vorigen Jahres, so wird auch heute stündlich mit dem Aufflackern eines Aufstandes gerechnet, dem wir Deutsche, dank der Entfernung unserer Grenzschutztruppen fürs erste ziemlich wehrlos gegenüberstehen. Nach den gemachten Erfahrungen dürfte von der Ententekommission für uns kaum etwas zu erhoffen sein.

Polen will Oberschlesien und wählt die Gewalt, da es sich von der Volksabstimmung keinen günstigen Erfolg verspricht.

Der Verlust Oberschlesiens würde aber für Deutschland von unberechenbarem Schaden sein. Seine reichen Naturschätze an Kohlen Erzen und Holz, seine hochentwickelte Industrie, die nur ihresgleichen im westfälischen Industriegebiet findet, sind mit eine der eminentesten Lebensquellen für das Deutsche Reich, besonders seit uns die Erzeugnisse des Saargebietes auf Jahrzehnte, ja vielleicht auf immer entzogen sind. Und diese Naturschätze sind es, die die Polen locken. Nicht etwa die Liebe zu dem nicht angestammten Volke, nicht die schönen Augen des Oberschlesiers haben es den Polen von drüben angetan, reine Habsucht und Ländergier ist es, die sie Oberschlesien verlangen läßt. Auch für Oberschlesiens Zukunft würde eine Angliederung an Polen trübe Aussichten eröffnen. Die sprichwörtlich bekannte „polnische Wirtschaft" würde bald lähmend auf Handel, Industrie und Gewerbe einwirken und dieses reiche und werktätige Land auf ein tiefes Niveau herabdrücken. Nicht nur die Pflicht eines jeden Oberschlesiers ist es, für das Verbleiben dieses Landstriches mit seinen über 2 Millionen Einwohnern bei Deutschland, nach Kräften zu streben, sondern auch die Pflicht eines jeden Deutschen. Und zwar eine Ehrenpflicht vom rein deutschvölkischen Standpunkt aus, eine Pflicht ferner aus dem Selbsterhaltungstriebe. Der Friedensvertrag gestattet die Abstimmung jedes in Oberschlesien Geborenen, auch wenn er seinen Wohnsitz zurzeit auswärts hat. Möge keiner versäumen, von dem Rechte Gebrauch zu machen. Aber auch an alle anderen Deutschen ergeht der Ruf, durch Spendung von Mitteln den Abstimmungsberechtigten die Reise in die Heimat zu ermöglichen. Möchte die oberschlesische Frage als eine Existenzfrage des gesamten Deutschland mehr wie bisher in den weitesten Kreisen gewürdigt werden, damit wir reichstreuen Oberschlesier den schweren und zermürbenden Kampf, den wir gegen polnische Anmaßung und Gewalttätigkeit, gegen Beschimpfung, Verleumdung und Verhöhnung seit Monaten kämpfen, in unserem und im Interesse des gesamten Reiches zu einem glücklichen Ende führen.

Aus Elsaß-Lothringen.

Von A. Landsberg, Colmar.

Mein Situationsbericht über elsaß-lothringische Zustände in Nr. 12/13 der „Allgemeinen Rundschau" hat ein Echo im Lande gefunden und selbst in Abgeordnetenkreisen viel Zustimmung. Seitdem haben sich Dinge ereignet, die das damals entworfene Bild vervollständigen.

Einflußreiche Persönlichkeiten im Lande, u. a. der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Haegy, denen zumal die katholische Presse vieles verdankt, gedachten, die Einberufung eines elsaß-lothringischen Katholikentages vorzubereiten. Jeder einsichtige Katholik hätte diesen Gedanken begrüßt; denn es gibt der aktuellen Fragen so viele, zu denen wir Katholiken einmal öffentlich Stellung nehmen müssen, damit doch endlich gewisse Kreise uns hören. Was geschah? Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf diese uneigennützigen Vorkämpfer für die katholische Sache ein achtseitiger Brief unseres von der Regierung ernannten Bischofs, der ihnen verbot, mit diesem Gedanken sich zu befassen, ihre journalistische Tätigkeit mißbilligte und sie zu einem Veniat zitierte. Einer der Herren sollte sogar seine journalistische Tätigkeit aufgeben und zur Strafe als Dorfpfarrer seines Amtes walten. Soweit trieb es eine gewisse chauvinistische Clique. Glücklicherweise erkannte unser Oberhirte das Intrigenspiel noch in elfter Stunde und gab zu, falsch informiert gewesen zu sein. Wie steht es nun mit einem Katholikentag? Darüber herrscht noch immer Schweigen. Für Chauvinistenkreise ist er ein Dorn im Auge. Denn das steht fest: Es würden Dinge zur Sprache kommen, die von welscher Perfidie und Treulosigkeit zeugen, die also für französische Ohren nicht angenehm klingen. Es ist jedenfalls traurig, daß gewisse Persönlichkeiten, von denen man ihres Amtes wegen Besseres erwarten dürfte, außer Fassung geraten, wenn Kritik geübt wird an den zurzeit herrschenden Mißständen, wo es sich doch um die heiligsten Güter unseres Volkes handelt. „Wächter, wie weit sind wir in der Nacht?"

Unsere brennendste Frage ist wohl die konfessionelle Schule. Wenn man uns die konfessionelle Schule raubt, sollen wir schweigen, damit die „ritterliche" Nation ja nicht beleidigt wird? Unterdessen versucht welsche Perfidie alles mögliche, um den Raub am christlichen Volk zu sichern trotz aller schönen, gegenteiligen Versprechen. So ließ z. B. die Schulverwaltung in einer Bildungsanstalt für künftige Jugenderzieher eine Umfrage veranstalten, wer geneigt sei, später Religionsunterricht zu erteilen, wie es bisher üblich war. Mit welchen Mitteln der Beeinflussung da gearbeitet wurde, brauchen wir nicht anzugeben. Betrübend ist, daß nur ca. 10 Proz. dafür

waren. Aber so wird's gemacht; hinter den Kulissen wird angekämpft gegen unsere Institutionen, deren Erhaltung die „ritterliche" Nation uns zugesichert hat, als sie auf den Gimpelfang ausging. Das so gewonnene Resultat schlachtet die Regierung natürlich in ihrem Sinne aus. Und wir „dürfen" schweigen. Denn jede Kritik gilt als unpatriotisch. „Frankreich, Frankreich über alles." „Wächter, wie weit sind wir in der Nacht?"

Nicht besser steht es auf sozialwirtschaftlichem Gebiete. Wenn unser Land bis 1918 die Westmark des Deutschen Reiches war, so bildet es jetzt die Ostkolonie Frankreichs. Wir können wirklich sagen, wir sind von der Scylla in die Charybdis gefallen, oder wie der gesunde Volkswitz sagt: Die Preußen haben uns eingeseift, die Franzosen rasieren uns. Und wir müssen konstatieren: Wetterlé und Konsorten taten damals stets gewaltig den Mund auf, wenn es galt, aus Stimmungsmacherei gegen preußische Uebergriffe zu protestieren. Heute? Hie und da wagt es der „Zaunkönig", französische Brutalitäten zu tadeln aus Furcht vor seinen Wählern, aber dann immer leise, leise, um ja nicht die Gunst gewisser Kreise zu verscherzen.

Es ist geradezu toll, wie es in der „Kolonie Elsaß-Lothringen" zugeht. Der Ende April proklamierte Generalstreik der Eisenbahner und Postbeamten, Schullehrer, Industriearbeiter usw. war nur die Folge französischer Kolonialpolitik in Elsaß-Lothringen. Eine brutale Gewalt und Schreckensherrschaft hat sich bei uns eingebürgert. Frankreich ist nicht das Land der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, das wir erträumten. Kurz war der Traum, skandalös sind die ernüchternden Tatsachen. Die Söhne Elsaß-Lothringens werden von den führenden Stellen in Staat und Verwaltung systematisch ferngehalten. Einheimische Arbeiter und Angestellte werden aus Industriebetrieben entlassen; unter lächerlichen Gründen werden Familienväter brotlos gemacht und durch die Welschen ersetzt, und dies oft in geradezu empörender oder unwürdiger Weise. Das Heimatrecht wird von den Ankömmlingen mit Füßen getreten; sie stoßen Söhne des Landes hinaus, wie es ihnen gefällt, wenn sie sich ihrer Willkür nicht fügen. In einer oberelsässischen Gießerei, die unter der Leitung eines aus Aegypten zugewanderten Direktors steht, werden rücksichtslos nach und nach alle Elsässer an die Luft gesetzt. Noch viel schlimmer steht es in den lothringischen Hüttenwerken; es ist geradezu himmelschreiend, was ans Tageslicht kommt. Der Generalstreik konnte nicht ausbleiben.

Die Elsaß-Lothringer haben in ihrer großen Mehrheit die Franzosen herbeigesehnt. Nun sind sie da, „die Geister, die ich rief". Der Wahn war kurz, die Reu' ist lang. Die Vorgänge, die den Generalstreik heraufbeschworen, haben so manchem noch Blinden die Augen geöffnet, und immer lauter ertönt die Parole: Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern. „Wir verlangen, daß kein Elsaß-Lothringer bei Besetzung von Stellen in unserer Verwaltung gegenüber einem Herbeigezogenen aus dem Innern zurückgesetzt wird; wir verlangen ferner Entfernung der unfähigen, überflüssigen und unsere Verwaltung und somit unsere Heimat schädigenden Beamten aus dem Innern Frankreichs, desgleichen derjenigen, die die Sprache unseres Landes nicht verstehen. Sie können und müssen durch Landeskinder ersetzt werden. So lautete eine der Forderungen der streikenden Beamten.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, so lautet der perfide Lockruf des gallischen Hahnes. Wir haben bisher eine Verwirklichung dieser Devise vergebens erwartet. Poincaré hat seinerzeit das große Wort gesprochen: Le plébiscite le voilà. Die elsaß-lothringische Frage schien gelöst. Achtzehn Monate sind durchs Land gegangen seither. Aber kein Kenner des Volkes wird behaupten, daß Poircaré Recht behielt. Im Gegenteil, die elsaß-lothringische Frage ist nicht aus der Welt geschafft, sie bildet vielmehr für das erschöpfte Frankreich ein schweres Bleigewicht, von dem es erst dann befreit wird, wenn es uns das gibt, nach dem wir streben: die Neutralität. Denn das kann niemand in Abrede stellen: Wenn heute ein Plebiszit veranstaltet würde, so würden, mit Ausnahme der nicht zu bekehrenden Chauvinisten sowie jener, die ihre Ueberzeugung je nach Bedarf gleichwie ihr Hemd wechseln, die Elsaß-Lothringer eintreten für die Neutralität; ein Beweis für das klägliche Fiasko der französischen Verwaltung hierzulande. Mit Phrasen und Versprechungen ist uns nicht gedient; wir brauchen Männer der Tat, keine Hampelmänner.

Wetterlé hat früher immer behauptet, wir wären Bürger zweiter Klasse. Mag sein. Jeder Mann aus dem Volke wird ihm heute sagen, daß es im Lande der „egalité" nicht besser geworden ist. Jedermann, natürlich immer mit Ausnahme einer gewissen Clique, wird ihm auch das Zeugnis ausstellen, daß er seine Aufgabe als Abgeordneter besser erfüllen würde, wenn er seine ganze Kraft einsetzen würde zum Wohle seiner Wähler; statt dessen glaubt er, hie und da haßsprühende Artikel gegen den besiegten Feind veröffentlichen zu müssen. Das Scherbengericht wird einmal kommen. Bei der Kandidatenaufstellung für die Kammer ließen sich die Parteidelegierten für Wetterlé gewinnen durch eine Empfehlung Deschanels, des jetzigen Präsidenten der Republik. Fürs nächstemal wird dieser Trumpf versagen.

Resignation und Hoffnung.

Von Gustav Stezenbach, Freiburg i. B.

Es war im Januar 1920, da ging durch die Presse die Aeußerung eines bisherigen U.S.-Sozialisten, eines Rechtsanwaltes in einer kleinen Stadt Badens, eines Dr. Wieland, der, ein früherer Liberaler, sich durch verschiedene Parteien hindurch immer weiter nach links entwickelt hatte. Und dieser Mann erklärte nun eines Tages — es war anläßlich einer Leichenrede — das große politische Getue sei nichts als ein großer Schwindel. Die Klassenunterschiede würden sich nie verwischen. Er sehe mit Schaudern, daß die Menschheit im Kriege nichts gelernt habe. Er könne nicht mehr mit, er verzweifle daran. Man sollte nicht mit Schlagwörtern und Programmen kämpfen, sie seien keinen Schuß Pulver wert, sondern man solle dafür sorgen, daß die Arbeiter gute Wohnungen und ausreichenden Lohn bekommen. Es sei ein Unsinn, sich gegenseitig die Köpfe zu zerschlagen, damit die anderen den Vorteil haben. An die Weltrevolution glaube er nicht. Ein Kessel könne nur zum Springen kommen, wenn er gespannt sei. Dazu aber würde es das Ausland nie kommen lassen. Die Weltrevolution, das fürchte er, komme nicht, die deutschen Arbeiter aber müßten in dem Streben nach einer solchen, die Kastanien aus dem Feuer holen. Das zu sagen, halte er sich verpflichtet, weil niemand die Verantwortung tragen könne, wenn er über diese wichtige Erkenntnis sich ausschweige. Vertragt Euch, schloß er, überlegt Euch, es kommt der harte Wahlkampf. Ich scheide aus dem politischen Leben aus und ich gestehe, ich habe gekämpft und nichts erreicht.

Es ist bezeichnend für die geistige Entwicklung unserer Presse, die das Volk „bilden" und zum „Denken" anregen soll, daß diese Aeußerung von der Presse aller Parteien, in erster Linie der sozialdemokratischen, höchstens mit einem Achselzucken oder mit einer abfälligen Bemerkung z. B. über die politische Mauserung des Redners abgetan wurde. Ein sozialdemokratisches Blatt äußerte sich: „Man braucht natürlich die Erklärungen des Herrn Wieland nicht anders zu werten, denn als Aeußerungen eines Mannes, der mit hochgespannten Erwartungen in die Arena des politischen Kampfes trat und nun sich in mancher Hoffnung getäuscht sieht. Idealisten, die aus der reinen Ideenwelt sich plötzlich ins politische Kampfgetümmel stürzen, werden leicht persönlichen Schiffbruch erleiden. Wieland scheint uns einer der Männer zu sein, die gerne dabei mithelfen, das Volk zu lichteren Höhen emporzuführen, die aber um die scharfen Kanten der realen Verhältnisse nicht herumkommen, ohne in dem Glauben an die siegreiche Kraft ihrer Ideen erschüttert zu werden. Eng beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

Es mag sein, daß Wieland ein Idealist sei, aber gerade dies genügte, um seinen Ausspruch für nichts gelten zu lassen! Diese Leichenrede, mit der ein deutscher Idealist zugleich seinen Hoffnungen auf eine Besserung der Dinge auf Grund des jetzigen Politikbetriebs seine Grabrede hielt. Wie Faust konnte Wieland sagen: „Da steh' ich nun, ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor", nachdem er die Programme so vieler Parteien kennen gelernt, an sie geglaubt und schließlich ihre Hohlheit erkannt hatte. Vanitas vanitatum et omnia vanitas. Ein deutscher Idealist spricht offen aus gepreßtem Herzen, er findet im deutschen Volke keinen Widerhall mehr als den: Laßt ihn gehen, er ist ein Idealist. Da aber ohne Idealismus kein Volk ein geistiges Leben führen kann, am wenigsten aber ein so niedergeschmettertes

Volk sich wieder erheben kann zu neuer geistiger Blüte, so wäre es ein tiefbetrübendes Zeichen, wenn dieser Aufschrei aus dem gepreßten Herzen eines deutschen Idealisten, mag er auch einer anderen „Partei“ angehört haben, ohne jedes Echo im Meer der Vergessenheit versinken würde.

Sollte das Volk der Dichter und Denker nicht mehr fähig sein, Verständnis dafür zu haben, wenn ein Idealist ihm zuruft: „Kehre um, auf dem bisherigen Wege geht es nicht mehr weiter, sonst versinkst du in Barbarei und Finsternis!“ Am Karfreitag war es ein Jahr, seit München in den Händen der Spartakisten sich befand. Damals konnten von ihm die Worte des Propheten Jeremias aus seinen ergreifenden Klageliedern gelten: „Ist das die Stadt, der Schönheit Ausbund, die Freude der ganzen Welt? Und heute seufzt Wien unter Hungersnot und Elend, die alte Kaiserstadt und Metropole der Donauvölker, und kann die Worte des Propheten Jeremias buchstäblich auf sich anwenden: „Wie sitzet so einsam die Stadt, die so volkreiche? Wie eine Witwe ist geworden die Herrin der Völker, die Fürstin der Länder ist zinsbar geworden“. „Keiner von allen ihren Lieben tröstet sie, alle ihre Freunde verachten sie und sind ihre Feinde geworden“. Hart ruht die Hand des Herrn auf der undankbaren Donaustadt, hart auch auf unserem deutschen Vaterland. Nicht mit großen Reden und vielen Gesetzen kann es gerettet werden, sondern nur durch demütige Rückkehr zum Christentum, dem es sich zum großen Teil hat entfremden lassen. „Wir aber müssen uns rühmen im Kreuze unseres Herrn Jesu Christi, in welchem unser Heil, Leben und unsere Auferstehung ist, durch welchen wir gerettet und befreit sind“. Diese Worte des Apostels müssen das Programm nicht bloß für den Einzelnen, sondern für das ganze Volk bilden, wenn es Rettung finden will. „Jerusalem, Jerusalem, bekehre dich zu deinem Gott und Herrn“.

Damit ist gesagt, daß einer Wiedergeburt zunächst eine religiöse Erneuerung vorausgehen muß. Eine religiöse Erneuerung eines Volkes aber hängt von einem Umstand ab, der für Deutschland eine doppelt große Bedeutung besitzt, nämlich von einem religiösen Fühlen und Denken, von einem gemeinsamen Kulturideal. Ohne das gemeinsame Kulturideal ist ein Wiederaufbau der konfessionell gespaltenen Völker unmöglich. Es kann vielleicht eine vorübergehende Besserung eine zeitlang eintreten, wenn, wie in Ungarn, Katholiken und Protestanten ihre Glaubensunterschiede beim staatlichen Aufbau beiseitestellen und zusammenstehen. Aber da eine Heilung von innen heraus unmöglich ist, so wird sich allmählich die radikalisierende Tendenz weiter auswirken und neue Entzündungsherde erzeugen.

In einer Schrift: „Noch weiter aus dem Turm heraus (Verlag von G. D. Baedeker, Essen) erörtert ein katholischer Geistlicher Gegenwartsprobleme in einer Richtung und in manchmal wirklich oberflächlicher und den Tatsachen nicht gerecht werdender Weise, die zum ernstesten Widerspruch herausfordern. Dieser Geistliche meint, die Kirche solle „aus dem Turm herausgehen“, indem sie auf jeden offiziellen Einfluß im Staatsleben und in der Schule verzichtet. Was der Verfasser der Broschüre zugunsten dieser ungeheuerlichen Forderung vorbringt, atmet einen Optimismus, der einer besseren Sache würdig wäre. Es zeugt geradezu von einer verkehrten Auffassung der Aufgaben der Kirche, wenn sie selbst positiv zur Entchristlichung der Schule beitragen soll. Wie dieses „relative Uebel“ anderweitig ausgeglichen werden soll, durch etwas Besseres, das der Feind des Guten ist, darüber schweigt sich der Verfasser leider aus. Nein, so stellen wir uns das Omnia instaurare in Christo niemals vor. Das hieße etwa: Weil ohnehin nicht mehr viel Christentum im Staatsleben vorhanden ist, so werfen wir den Rest lieber gleich selbst noch hinaus! Nein der wahre christliche Standpunkt ist der, daß man die Fahne entfaltet, um die verlorenen Stellungen wiederzugewinnen. Nicht im „neutralen“ Staat, im „Laienstaat“ liegt der „Keim einer Wiedergeburt der Nation, sondern nur in dem Wiederaufbau des christlichen Staates“. „Wenn der Herr nicht baut das Haus, mühen sich erfolglos die, welche daran bauen. Wenn nicht der Herr den Staat beschützt, wachen alle seine Wächter umsonst über ihn“. Die heutige Entwicklung stellt eine Kurve des Niedergangs im Leben der Völker dar. Und diese Kurve noch als einen Fortschritt zu preisen, haben wir wahrlich keinen Anlaß. Unsere Wiederaufbauarbeit muß also in religiöser Beziehung darauf gerichtet sein, für das gemeinsame Kulturideal die getrennten Brüder zu gewinnen. Ueber die Notwendigkeit der Beseitigung des durch die Deutsche Nation gehenden Risses kann doch heute kein Zweifel mehr sein. Ob man sich aber Hoffnung machen darf, daß es aus diesem Niedergang wieder einen Aufstieg geben wird? Ob die Fahne der christlichen Staatsordnung dereinst wieder entfaltet werden kann? Ob es möglich sein wird, das gemeinsame Kulturideal, die Voraussetzung zu dieser Staatsordnung wiederzuerrichten? Ob es ferner möglich sein wird, die Zerrissenheit des deutschen Parteiwesens zu beseitigen und aus den sich bekämpfenden Wählermassen und Volksklassen der Parteien wieder ein Volk zu schaffen? Viele stehen dieser Frage skeptisch, ja völlig resigniert gegenüber. Und doch wäre Hoffnung vorhanden, wenn eines sich durchsetzen würde: der ehrliche, gute Wille. Denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Einiges über den mittleren Beamtenstand.

Von Erwin Ott, Saulgau.

Der Artikel in Nr. 17 der „Allgemeinen Rundschau“: Ein alter Streiter von jugendlicher Kampfkraft? gibt mir Anlaß, einige Gedanken über ein bisher vernachlässigtes Gebiet der Jugend- und Standesorganisation der Erwägung anheimzugeben.

Die Bedeutung der Jugend brauche ich nicht besonders zu betonen, sie ist eine genügend erörterte Tatsache. An Organisationen, welche sich mit dem Erfassen der Jugend beschäftigen, haben wir Katholiken für den Erwerbsstand den katholischen Gesellenverein, das große Werk Kolpings, der schon für viele von großem Segen war und sein wird. Katholische Eltern, deren Söhne hinaus aus dem elterlichen Kreise müssen, können beruhigt sein, daß ihre Kinder sich in guten Händen befinden, wenn sie sich dem Gesellenverein anschließen und treu bleiben. Der junge Akademiker findet Stütze und Stärkung für sein katholisches Empfinden in den katholischen Studentenorganisationen, katholische Lehrervereine sind es, die katholisches Denken und Fühlen hegen und pflegen. An einzelnen Orten bestehen wohl auch kaufmännische Vereine, die neben ihren Standesinteressen auch dem katholischen Geist Rechnung tragen. Nur ein Stand scheint vergessen worden zu sein, der mittlere Beamtenstand. (Als Grundlage für diese Ausführungen sind hier württembergische Verhältnisse genommen).

Eine große Anzahl sogenannter mittlerer Beamten sind im Finanz-, Gemeinde- und Verwaltungsdienst, bei den Verkehrsanstalten, bei der Post, Eisenbahn und dem Telegraphen tätig. Weiter gibt es eine Menge im Privatdienst und bei Banken usw. angestellter Beamten, welche außer ihren Berufsvereinigungen, die nur Standesinteressen vertreten, also materielle Bestrebungen verfolgen, keiner Organisation angehören, die sich mit höheren Zielen beschäftigt. Zu keiner der angeführten Vereinigungen passen sie, niemand nimmt sich um sie groß an. In der Presse begegnet man Artikeln über die Arbeiterjugend und die akademische Jugend, um die jungen Beamten bekümmert sich niemand. Und doch dürfte diese Gruppe nicht unterschätzt werden, schon ihrer großen Verbreitung und Zahl wegen nicht, abgesehen davon, daß auch der mittlere Beamte im Laienapostolat sehr tätig sein und unter Umständen praktisch mehr wirken kann als der höhere Beamte.

Der junge Mann, der die Beamtenlaufbahn einschlägt, hat seine Schulbildung im Allgemeinen mit Erlangung der sogenannten Einjährig.-freiw. Prüfung beendet, ist also durchschnittlich 16 Jahre alt und ist häufig gezwungen, seine berufliche Ausbildung ferne dem Elternhaus sich anzueignen. Meistens muß er noch eine bestimmte Zeit wie z. B. Teilnahme an Vorbereitungskursen usw. für die abzulegende Dienstprüfung, in der Hauptstadt des Landes oder der Provinz zubringen. Dort ist er sich in einem Alter völlig überlassen, wo ihm eine Führung und Leitung noch sehr nötig wäre. Diese frühe Selbständigkeit ist oft für das ganze Leben des jungen Mannes entscheidend. Findet er gute Freunde, gleichgesinnte ältere Kollegen, welche sich um ihn annehmen, dann gut; findet er aber anderen Umgang, so können die Folgen dieser Umgebung für ihn zum zeitigen und ewigen Schaden werden. Im Verkehr mit andersgesinnten (NB. nicht andersgläubigen) Kollegen und Freunden wird er nun zunächst damit beginnen, die religiösen Pflichten, die er als Katholik zu erfüllen hat, zu vernachlässigen, die weitere Folge ist dann die Feigheit, seinen Glauben mannhaft zu bekennen und für ihn einzutreten; er wird dem kirchlichen Leben fremd, er wird von

anderen, freigeistigen und ähnlichen Ideen, welche dem unreifen Verstand mitunter zusagen, beeinflußt und geht schließlich, wenn es nicht bei einem charakterlosen Indifferentismus bleibt, in das Lager der Gegner seiner Kirche und seines Glaubens über.

Diese Folgen gehören leider nicht zu den seltenen Erscheinungen und dürften weiter kein Erstaunen verursachen, denn woher soll der junge Mann seine Festigkeit nehmen, wo soll er entsprechende Anregung finden? In diesem Alter besitzt er noch zu wenig Menschenkenntnis um die für ihn passende Umgebung sich selbst auszuwählen, es fehlt ihm ein erfahrener Berater und väterlicher Freund. Der Volksschüler hat nach seiner Schulentlassung noch die Christenlehre, welche ihm in diesem Alter sehr zu statten kommt, der junge, angehende Akademiker genießt noch während seiner Schulzeit Religionsunterricht, nur der junge Beamte soll schon so gefestigt sein, daß er dieses alles nicht mehr bedarf.

Eine Einrichtung nach dem Muster der katholischen Gesellenvereine Deutschlands wäre von großem Wert für die katholische Kirche, für die Verbreitung der christlich-katholischen Weltanschauung und damit des Laienapostolats. Eine Vereinigung, die für die geistige Weiterbildung und Anregung sorgt, die die Glaubenswahrheiten und christlichen Grundsätze in dem jungen Mann festigt und vertieft, die für sein leibliches und geistiges Wohl Sorge trägt, ihn überwacht und leitet, würde von vielen Eltern sehr begrüßt werden. In solchen Vereinen, die von der Zentrale des Landes nach einem einheitlichen System geleitet würden, könnte viel geleistet werden auf dem Gebiete der religiösen Wissenschaft, der Kunst, Literatur und Politik. Wie viele haben z. B. auch nur eine Ahnung von der Erhabenheit der Liturgie der katholischen Kirche! Der junge Mann hätte hier eine Umgebung gleichgesinnter Freunde, die ihn ermutigen, deren Beispiel ihn mitreißt und aneifert. Wenn an allen Plätzen solche Zweigvereine errichtet würden, so würden große Verzweigungen entstehen, die überallhin Verbindungen aufnehmen könnten, so daß der den Wohnort zu wechselnde junge Mann am neuen Ort schon heimisch ist.

Eine weitere Folge davon wäre eine Vergrößerung der Zahl positiv christlicher Beamter. Ein engeres Band würde die Katholiken gebildeter Stände umschließen. Bei weiterem Ausbau könnte dadurch ein wirksamer Schutzdamm errichtet werden gegen gewisse im geheimen werbende Mächte, die in ihrem Zusammenhalten, an dem es oft bei den Katholiken kleinlicher Gründe wegen sehr fehlt, ein treffliches und sehr nachahmenswertes Beispiel geben.

Es mögen wohl da und dort ähnliche, lokale Vereinigungen bestehen, wie z. B. auf dem politischen Gebiete der Windthorstbund, auf religiösem die Marianische Jünglings- und Männerorganisation u. ä., aber dieselben sind zu wenig verbreitet und sind auf spezielle Ziele gerichtet.

Dem Ruf „Laien vor" wäre mit dem Erfassen der Jugend der Beamten- und Kaufmannschaft sehr vorgearbeitet, viel zu wenig wird an diesen Stand gedacht, der gleich anderen Ständen seine Existenzberechtigung und seine Verdienste um das Allgemeinwohl hat.

Katholischer Lebensstil im neuen Deutschland.

Von Hans Grundei, Berlin.

Es ist unbestreitbar, daß sich nach der Zeit tiefster Erniedrigung Deutschlands durch Napoleon, in unserem Vaterlande ganz neue Stilformen im gesellschaftlichen, politischen, religiösen Leben und auf künstlerischem Gebiet entwickelten. Und zwar war es Norddeutschland, Preußen, welches diese Stilbildung bestimmend beeinflußte. Seit jener Zeit können wir von einer Herrschaft des preußischen Stils in Deutschland reden. Wollten wir die einzelnen Stadien in der Entwicklungsgeschichte dieser Stileinheit, Anfang, Höhepunkt, Verfall, durch hervorragende stilbestimmende Persönlichkeiten kennzeichnen, so kämen wir etwa zu folgender Reihe: Scharnhorst, Gneisenau, Arndt, Jahn, Fichte, Hegel, Schleiermacher, Schadow, Rauch, Königin Luise von Preußen, Wilhelm I., Bismarck, Moltke, Roon, Wichern, Anton v. Werner, Wilhelm II., Stöcker, v. Bodelschwingh, Adolf v. Harnack, v. Dryander, Begas, Wallot, Uhde, Hindenburg, Ludendorff, Kapp, Lüttwitz, Helfferich. Eine scheinbar buntgewürfelte Reihe, keineswegs lückenlos, keineswegs vollständig, aber die einzelnen Stadien doch in etwa kennzeichnend. Typisch für die Reinheit, Schlichtheit und Schönheit des Stils sind Königin Luise, Wilhelm I., Moltke, Wichern, Bodelschwingh und Hindenburg, typisch für das Kraftvolle, manchmal Brutale, Otto v. Bismarck, typisch für die Umbiegung des Stils in der Zeit des Uebergangs vom Höhepunkt zum allmählichen Verfall, von äußerer Schlichtheit, Sachlichkeit, tief innerer Bescheidenheit zu imperialistischem Glanz, zu Pose und Geste, zur rhetorischen Phrase, zum Dilettantismus, zum selbstbewußten, keinen Widerspruch duldenden Gottesgnadentum ist Wilhelm II. Noch einmal gelangt dieser preußische Stil zur reinsten, edelsten Verkörperung in Hindenburg, dem in Demut und Selbstbescheidung kraftvollen, dem wahrhaft Gottesfürchtigen, dem auch im tiefsten Unglück allezeit treuen Diener seines Königs und seines Volkes, dem Mann mit eisernem, höchstem Pflichtbewußtsein ohne Dunkel und ohne Pose. In Ludendorff ist die Stilentartung schon erkennbar; es fehlt ihm Selbstbescheidung, das Bewußtsein von der Unzulänglichkeit seiner Kräfte, es fehlt ihm die Konzentrationskraft auf das ihm Eigentümliche; Ludendorff ist in gewisser Hinsicht eine tragische Figur: er versucht den Feldherrn und Staatsmann, den Strategen und Politiker in einer Person zu vereinigen und kann doch immer nur eins. In Kapp, Lüttwitz und Helfferich, dem Nichtpreußen, der aber ganz im Preußentum aufgegangen ist, können wir den Verfall dieses Stils deutlich beachten.

Diesen Lebensstil besaßen unsere altdeutschen Beamten, Offiziere und Junker; sie waren gewissenhaft, unbedingt zuverlässig und unbestechlich, treue Diener des Staates, schlicht und einfach in ihrer Lebenshaltung, gute, protestantische Christen, echte Patrioten, tüchtige und exakte Arbeiter. Es war der Lebensstil all der Männer und Frauen der Inneren Mission, der Diakonissen, der Fröbelschen Kindergärtnerinnen, der Stil Bodelschwinghs und Stöckers, schlicht, ernst, fast herb, aber gütig, selbstlos, stets opferbereit.

Es war in seiner weiteren Entwicklung der Stil der Siegesallee und der Schloßbrücke, des Nationaldenkmals Kaiser Wilhelms I. in Berlin, grad, systematisch, exakt, genau ausgerichtet, pompös, theatralisch, nicht selten byzantinisch. Es war der Stil des Berliner Doms und der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche in Charlottenburg, pompös, kolossal wirkend in den äußeren Dimensionen, aber ohne Wärme, ohne Inbrunst, Standeskirchen, Bekenntniskirchen der Beamten, Offiziere und des Junkertums, der treuesten Stützen und Vasallen des Gottesgnadenkaisertums, aber keine Volkskirchen.

Diese Stilformen zerfielen langsam in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege; die Novemberrevolution hat sie zerstört. Der preußische Stil hatte sich überlebt. Er war unpopulär geworden im höchsten Grade. Er war allmählich gefälscht worden; er hatte sich allzu laut und allzu brutal bei Gründung des deutschen Reichsverbandes zur Geltung zu bringen versucht auf Kosten anderer Stilformen, deren Entwicklung er unterdrückte, er war unvölkisch geworden, hatte keinerlei Rücksicht genommen auf deutsche Stammesart. Er war auch in seinen Hauptrepräsentanten intolerant. In der Kulturkampfszeit wurde offen und mit brutaler Gewalt, später geheim, aber desto systematischer der Versuch gemacht, diesen protestantischen Lebensstil auch den katholischen Volksteilen aufzuzwingen, und der Traum einer preußisch-protestantischen Weltmacht als gleichwertige Kampfgruppe gegen den Ultramontanismus wurde von vielen nicht nur geträumt, sondern auch ernsthaft zu verwirklichen gesucht.

Zwar waren wohl im Laufe des Jahrhunderts andere Stilformen in Deutschland neben diese protestantisch-preußischen getreten. Erinnert sei an die Zeiten der Romantik, an Görres, an die Zeit der kunstliebenden bayerischen Könige, an die Zeiten Kettelers, Kolpings, Windthorsts. Diese anders gearteten Lebensstile hatten wohl auch eine gewisse Blütezeit zu verzeichnen, aber sie hatten doch nicht die Expansionsfähigkeit, die Stoßkraft wie jene. Vor allem war es der teils offene (Kulturkampf), teils versteckte (Imparitätsverhältnisse, Jesuitengesetz) Kampf des preußischen Protestantismus gegen das katholische Deutschtum, welches diesen Teil unseres Volkes zur vollen Stilentfaltung nicht gelangen ließ. Die seitens der obersten Spitzen des Staates gestützte und geförderte Imparität, die Besetzung hoher und höchster Regierungsstellen auch in urkatholischen Landesteilen mit altpreußischen protestantischen Beamten, das systematische Ausschalten des Katholizismus in Kunst und Wissenschaft im wilhelminischen Deutschland war schuld daran, daß der Katholizismus die Konfession des Mittelstandes und der kleinen Leute

blieb, daß wir infolge des sozialen und wirtschaftlichen Kampfes, der uns aufgezwungen wurde, keinen bestimmenden und entscheidenden Einfluß auf die Gesamtentwicklung der deutschen Kultur gewinnen konnten, daß wir uns in die Lösung der sozialen Frage vertieften, uns mit den Arbeiterfragen intensiv befaßten, aber nicht für eine hinreichend große Intelligenz- und Bildungsschicht sorgen konnten, die letzten Endes doch immer ausschlaggebenden Einfluß auf Stilbildung und Kulturentwicklung übt.

Die Revolution hat den Katholizismus in Deutschland vor eine ganz neue und große Aufgabe gestellt. Die Diktatur des preußisch-protestantischen Lebensstiles ist vorbei, der Kampf um die freie Entfaltung der völkischen Stilformen ist heftig entbrannt, die Imparitätsverhältnisse sind — formell wenigstens — beseitigt. Der Katholizismus, der deutsche Katholizismus kann und muß seine kultur- und stilbildende Kraft beweisen. Der Wille dazu ist vorhanden, aber bis zum Ziel ist der Weg noch weit. Die Revolution hat uns Katholiken überrascht; wir sind noch arm an Stilformen, an lebendigem, formvollendetem Ausdruck für die Fülle von Ideen, die in uns lebt, und leiden schwer an der allgemeinen deutschen Stillosigkeit unserer Tage, weil wir selbst noch nichts Vollendetes geben können. Wir besitzen eine große und starke politische Organisation, aber wir brauchen noch mehr stilvolle Persönlichkeiten vom Schlage Windthorsts, Reichenspergers, v. Mallinckrodts; Männer mit feinem politischen Instinkt und Takt, Männer mit auserlesenen, gediegenen, parlamentarischen Umgangsformen, stilvolle Debattenredner, Männer mit einer unbeirrbaren und unwandelbaren Zielsicherheit des Wollens, Männer voll feinsten Taktes in der Auswahl der politischen Kampfmittel, der Mitarbeiter und derjenigen, deren Aufstieg sie zu fördern gedenken. Reden wie diejenigen Windthorsts sind seit langem im Parlament nicht mehr gehalten worden, auch im Zentrum nicht. Unser politisches Leben ist heute im höchsten Grade verroht und verwildert. Wann werden dem Zentrum Männer erstehen, die Kultur und Stil wieder in unsere Parlamente einführen?

Stilarm sind wir Katholiken bisher auch in der Kunst gewesen. In der letzten Zeit ist es in der schönen Literatur in dieser Hinsicht etwas besser geworden. Schriftsteller und Dichter wie Handel-Mazetti, Federer, Heinrich Lersch, Karl Muth und andere haben sich mit ihren Kunstformen bis in weiteste protestantische Kreise hinein durchgesetzt. In der bildenden Kunst liegt noch vieles, sehr vieles im argen. Man denke an manche unserer Wallfahrtsorte, an unsere faden, süßlichen Madonnen- und Herz Jesu-Bilder und Statuen, an die teilweise sehr starke Vernachlässigung unseres religiösen Volksliedes, an unsere deutschen Singmetten. München und Beuron suchen nach neuen Formen. Ob das neue Gesetz der Kunstbesteuerung diesen Bestrebungen nicht außerordentlich hinderlich sein wird?

Stilarm sind wir Katholiken heute zusammen mit den anderen Christen in unserem Gemeinschaftsleben mit Gott, in unserem Gebetsleben. Viele gebildete Kreise, so schrieb ich an einer anderen Stelle[1]) haben jeglichen Maßstab zur Bewertung des Gebetes fast ganz verloren. Die Schwungkraft des Gebetes mancher Gebildeten wird gelähmt durch Zweifel, durch ein zu wenig von inbrünstigem Glauben getragenes Denken, und die himmelstürmende Kraft des Massengebetes wird abgeschwächt durch die gedankenlos arbeitende Gewohnheit, durch den Mangel an Willenskraft, sich zu versenken in die gewaltigen Mysterien des Gemeinschaftslebens mit Gott an Hand der wundervollen kirchlichen Liturgie. Vielen gläubigen Katholiken ist heute der Sinn und das Verständnis abhanden gekommen für die Schönheiten der liturgischen Gebete, und ein Versenken in die Mysterien des eucharistischen Opfers geschieht nur selten noch an Hand der kirchlichen Gebete und Zeremonien, sondern viel häufiger durch zum Teil recht minderwertige Gebet- und Erbauungsbücher. Die hervorragendsten Kulturträger und Former eines katholischen Lebensstils im neuen Deutschland werden neben hervorragenden Parlamentariern und Künstlern unsere Liturgen und unsere großen Beter sein, Männer mit der himmelstürmenden Gewalt der Psalmisten oder eines Paulus, mit der glühenden Sehnsucht Augustins und mit der Inbrunst eines Benediktus oder Franziskus. Das Beten, wie überhaupt der ganze Gottesdienst muß in unseren Kirchen wieder mehr ein großes Kunstwerk werden.

[1]) Vgl. Mein Buch „Deutschlands Wiederaufbau und die akademische Jugend“; 4. Teil. „Jungakademiker, Religion und Kirche“. Kösel 1920.

Katholische Jungmännerbewegung.

Von Bezirkspräses Rieth, Nürnberg.

Wir erblicken das verheißungsvolle Zeichen für die Zukunft in der katholischen Jungmännerbewegung. Sie geht in ihren Anfängen zurück auf die Zeiten vor dem Kriege und vor dem Zusammenbruch. Schon damals erkannte man in den Kreisen der katholischen Jugendpfleger, daß für den heranwachsenden jungen Mann etwa vom 18. Lebensjahr an kein Platz mehr sei im Jugendverein und kein Platz im Standesverein (Arbeiterverein usw.). Auch der Gesellenverein mit seiner auf das Handwerk zugeschnittenen Vereinsform konnte nicht für alle jungen Leute in Betracht kommen. Man dachte also daran, eigene Jungmännervereine zu gründen. Die Frage war noch nicht entschieden, als der Krieg kam und bald die meisten jungen Männer zu den Fahnen rief. Ihr Verein wurde das Militär — aber was für ein Verein für die meisten! Als dann das große Abenteuer mit einer furchtbaren Enttäuschung zu Ende ging, kamen sie heim, andere Menschen als die hinausgezogen waren. Auch die in der Heimat geblieben sind, sind andere geworden. Dann kam noch der Umsturz und ließ eine neue Luft über unser Volk wehen — und unsere jungen Männer blieben auch davon nicht unberührt.

Das Wort „Schwindel“ hat in der letzten Zeit des Krieges eine große Rolle gespielt. Sein Inhalt und seine — Wahrheit ist vielleicht niemandem so sehr zum Bewußtsein gekommen als den Jungen. Sie brachten ja noch den der Jugend eigentümlichen Idealismus mit, den Glauben an Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Menschen, an die Echtheit alles dessen, was man ihnen gesagt hatte. Darum mußten sie am meisten enttäuscht sein über die Hohlheit, die sich überall offenbarte, über Unehrlichkeit und Lüge, über den ganzen „Schwindel“. Und so weit sie nicht sich selbst von dem Geist der Fäulnis anstecken ließen, reifte in ihnen der männlich feste Entschluß, für eine Neugestaltung in Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit einzutreten, alle Halbheit und Hohlheit, die sie so oft verabscheut hatten, die soviel zu unserem jetzigen Elend beigetragen hat, bis aufs Blut zu bekämpfen. Mit jugendlicher Gründlichkeit übertragen sie ihr Mißtrauen auf alles, was aus der alten Zeit sich herübergerettet hat, besonders auf den Geist des Spießertums, der im Obrigkeitsstaat gezüchtet wurde, auf den Geist, der in der beschaulichen Ruhe die erste Bürgerpflicht sah, in der Ruhe, die den Staat regieren und für sich sorgen ließ, der nicht fähig ist, die Segnungen einer wahren Demokratie sich zuzueignen oder sich zu erzwingen, wo sie ihm vorenthalten werden. Dieser Haß gegen Halbheit und Kompromiß, dieses starke Eintreten für folgerichtiges Durchführen der Grundsätze ist ein hervorstechendes Kennzeichen der Jungmännerbewegung.

Darum ist gerade der katholische Glaube mit seiner Folgerichtigkeit, mit seiner unbedingten Grundsatzfestigkeit ein idealer Boden für die Jungmännerbewegung. Ihr erster Programmpunkt ist darum das Streben, „ihre Mitglieder zu entschiedener, freudiger Betätigung des katholischen Glaubens anzuhalten“. (Satzungen des Bezirksverbands Nürnberg). Die Jungmännerbewegung soll zwar ausgesprochene Laienbewegung sein, sie will, daß die jungen Leute selbst die Vereinsgeschäfte führen, Träger der Bewegung seien, aber sie soll katholische Laienbewegung sein. Deshalb lehnt sie den Geistlichen keineswegs ab, sie wünscht vielmehr die Führung des Seelsorgers, sie sieht in ihm den Vertreter der Kirche im Verein, sie weist ihm das Amt zu „den religiös-sittlichen Geist zu überwachen, der im Verein herrschen soll. Dieser Geist soll sein der Geist jugendlicher Begeisterung für die Ideale des katholischen Glaubens, freudiger Erfüllung der aus dem Glauben hervorgehenden Pflichten gegen Gott, den Mitmenschen und die eigene Person, unerschrockenes Eintreten für die große Sache der katholischen Kirche; der männlich starke Geist der Reinheit, der gegen Schmutz in jeder Form eine tiefgehende Abneigung bekundet“. Die Jungmännerbewegung verlangt von ihren Mitgliedern, daß sie für den katholischen Glauben eintreten mit ihrer ganzen Person. Sie ist damit berufen, eine Lücke auszufüllen, deren Vorhandensein oft beklagt werden mußte: Uns wieder Männer zu geben, die wahres Interesse haben für den Glauben und das religiöse Leben und die keine Rücksicht kennen, wo es gilt, für ihre religiöse Ueberzeugung einzutreten. Das Erfreulichste an diesem Programmpunkt ist, daß er nicht von außen in die Bewegung hineingetragen wurde, sondern daß er eine Willensäußerung der jungen Leute selbst darstellt, denen

es mit ihrer Religion heiliger Ernst ist. Sie selbst haben auch darauf gedrungen, daß in allen Vereinen eucharistische Abteilungen gegründet und immer besser ausgebaut werden.

Wenn es auch stets katholischer Grundsatz war und noch ist, daß Religion und Politik nicht miteinander vermengt werden dürfen, so ist klar, daß in einer Zeit, wo die politisch Starken ihre Macht ausnützen, um die Religion zu knechten, der Katholik am politischen Leben nicht gleichgültig vorübergehen kann. Er muß nicht bloß seine staatsbürgerlichen Pflichten kennen, an die er ja auch von anderer Seite erinnert wird, sondern auch seine staatsbürgerlichen Rechte, die er zu vertreten hat. Darum sieht die Jungmännerbewegung eine sehr wichtige Aufgabe darin, ihre Mitglieder staatsbürgerlich zu schulen, sie zu politischem Denken und Urteilen zu erziehen, damit sie nicht gezwungen sind, sich von einer Zeitung oder einem Agitator ihre politische Meinung bilden zu lassen. Sie legt sich nicht auf ein bestimmtes Parteiprogramm fest, sie will aber den jungen Mann soweit bringen, daß er sich selbst das Urteil darüber bilden kann, wo vor allem seine katholischen Interessen vertreten werden.

Von der staatsbürgerlichen Aufklärung ist nur ein kleiner Schritt zur Aufklärung und Schulung für das rechte Verständnis auf wirtschaftlichem Gebiete. Gerade unsere Zeit mit ihren tiefgehenden Erschütterungen im Gesellschaftsleben hat uns gezeigt, wie sehr das Staatsleben vom Gedeihen oder Versagen des Wirtschaftslebens abhängt, und umgekehrt. Darum soll der junge Mann auch einigermaßen die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens verstehen, soll erkennen, welche Rolle ihm selbst im Wirtschaftsleben des ganzen Volkes zukommt, was er zu tun und zu lassen hat, damit er zum Wohlbefinden des ganzen Volkes beitrage. Er soll nicht auf jedes Schlagwort eines gewissenlosen Volksverhetzers hereinfallen, soll abschätzen lernen, wie weit die Erfüllung seiner Forderungen sich vereinbaren lasse mit dem Wohlbefinden anderer Volksklassen und des gesamten Volkes. Die Leichtfertigkeit unserer Welt gerade in diesem Punkt kann ja nicht mehr überboten werden, ihre Folgen sind gar nicht abzusehen. Hier soll gerade die auf katholischem Boden fußende Jungmännerbewegung verbessernd, heilend wirken, indem sie dem christlichen Gebot der Nächstenliebe im praktischen Leben zum Sieg verhilft. Voraussetzung dafür ist freilich Selbstbeherrschung und Selbstlosigkeit, Eigenschaften, die jugendlicher Idealismus und Begeisterung am ersten aufzubringen geeignet sind.

Die katholische Jungmännerbewegung steht also ihre Hauptaufgabe in der Arbeit, sie will frische, unverbrauchte Jugendkraft in den Dienst höherer Ziele stellen, in den Dienst der Kirche und des Volkswohles. Damit aber diese Jugendkraft erhalten bleibt, nicht auch im Spießergeist versande, wendet sie eifrige Pflege dem ausgesprochen Jugendlichen im jungen Manne zu. Der lebhafte Geist der Jugend hat Interesse für alles Ideale und Schöne in Kunst, Literatur, Musik. Jeder junge Mann soll es als sein Recht und seine Pflicht erkennen lernen, sich wahrhaft edle Genüsse zu verschaffen. Er soll auch lernen, in seiner Erholung stets das Edle und Schöne zu suchen, sich abzuwenden von allem Niedrigen, Gemeinen. Er soll nicht der Freude aus dem Wege gehen, weil heute ihr Name oft mißbraucht wird, um Sünde und Schmutz zu verdecken; er soll die Freude veredeln und erheben. „Für Jugendfrische und gediegene Erholung in treuer Kameradschaft" soll die Jungmännerbewegung sorgen. Dazu rechnet sie auch eine maßvolle Körperpflege.

Die katholische Jungmännerbewegung, die noch in ihren Anfängen steht, will den ganzen jungen Mann fassen und ihm ein ganz eigenes neues Gepräge geben: Sie will ihn lehren, bewußt jung zu sein, das heißt, der guten Eigenschaften seiner Jugend sich bewußt zu werden und sie zu vervollkommnen. Zu diesen Eigenschaften gehört vor allem der Tatendrang der Jugend, die Freude am Arbeiten und zwar am sebständigen Arbeiten. Dieser Drang nach selbständiger Arbeit darf, besonders von den kirchlichen Stellen, nicht mit Mißtrauen betrachtet werden; daraus könnte unabsehbarer Schaden erwachsen. Grund zu irgendwelcher Befürchtung besteht nicht, solange die Jungmännerbewegung katholisch bleibt, wie sie es jetzt ist. Und sie wird es bleiben, solange weitherziges Vertrauen der kirchlichen Kreise dem Geist der Jungmännerbewegung Verständnis entgegenbringt und den jungen Leuten die Ehre gönnt, sich als treue Kämpfer für die katholische Sache zu fühlen. Dann wird ihr Wahlspruch immer bleiben: „Vorwärts — aufwärts mit Gott!"

„Gott segne die katholische Tat!"

Vom Büchertisch.

Lorenzo von Medici und Savonarola. Roman von Kurt Delbrück. Halle, Mühlmann. 482 S. ℳ 9.50, geb. ℳ 11.—. „Der Verwalter der päpstlichen Schatulle hob ein langes Klagelied an. Seitdem Se. Heiligkeit der Papst seine Geldgeschäfte in Rom nicht mehr mit den Medicis, sondern mit den Pazzis mache, befände man sich in noch größeren Schwierigkeiten als früher. Nur die Einnahmen aus den vom Papst eingerichteten Bordellen seien in stetem Wachstum begriffen. Se. Heiligkeit lachte. Für vergnügte Augenblicke hat die Welt immer Geld zu bezahlen. Wie hoch waren die Einkünfte daraus im vorigen Jahr?" — „80 000 Dukaten." — „Nun wohl, so lassen sich wohl die Einnahmen durch Erweiterung der Häuser vergrößern." — „Dann wird ganz Rom noch ein einziges Hurenhaus werden." — „Laßt es gut sein, Bruder. Man muß der Welt Gelegenheit zur Sünde geben, sonst braucht sie die Kirche schließlich gar nicht mehr." — Der Papst lachte über seine eigene Bemerkung so herzhaft, daß sein bartloses Gesicht ganz gerötet wurde. „Also schafft Geld, lieber Bruder, gleichgültig woher, argentum non olet." So stellt der Verfasser, evangelischer Pfarrer in Berlin-Schöneberg, den Papst Sixtus IV. auf S. 103 vorliegenden Romans den Lesern vor. Kann er eine solche Verunglimpfung verantworten, oder schreibt er gewissenlos nach, was er in unsauberen Quellen vorfand, wie denen, wovon es im dritten Band der „Geschichte der Stadt Rom" (I. Abt. S. 367) von Alfr. v. Reumont heißt: „Stefano Infessura, Senatsschreiber in Rom, der echte Repräsentant der unverwüstlichen römischen Medisance, hat allen, die sich an der Skandalgeschichte vergnügen, überreichen Stoff geboten. Man muß in der Art, wie bis auf den heutigen Tag Lüge mit Wahrheit in der römischen Stadtgeschichte vermengt wird, wenig bewandert sein, um solchen Berichterstattern aufs Wort zu glauben, mag die Zeit noch so schlimm sein." Will der Verfasser dem Vorwurf der Gehässigkeit entgehen, den des kritiklosen Leichtsinns muß er sich gefallen lassen, zumal auch diese zynische Charakteristik des Papstes nicht dazu zu dienen braucht, um die aszetische Gestalt des Mönches zu relevieren. Diese erscheint in vollstem Lichte und hebt sich so glänzend von der tiefen moralischen Nacht der mediceischen Gesellschaft ab, daß es nicht nötig war, diese durch römische Schlagschatten zu verdunkeln. Savonarolas Bild, wie der Verfasser es gezeichnet, schaut den katholischen Leser durchaus vertraut und sympathisch an, wenn auch nicht alle Züge dem Original entsprechen dürften. Will man genau bestimmen, inwiefern die historische Treue gewahrt ist, so wird man den betreffenden Band von Pastors Papstgeschichte nachlesen müssen. Die romantische Einkleidung hat manche Vorzüge, aber auch Schattenseiten, wozu ich besonders die detaillierte Ausmalung des liederlichen Verhältnisses zwischen Lorenzo von Medici und der üppigen Simonette rechne. Diesem Bande soll noch ein weiterer unter dem Titel: „Savonarola und Papst Alexander VI." folgen.

Leo van Heemstede.

Der Zentrums-Wähler für 1920. 5. Jahrgang. Verlag und Buchdruckerei Unitas, G. m. b. H., Bühl in Baden. Preis 4 Mark. Das über 300 Seiten starke Buch ist wertvoll für die Bibliothek jedes Zentrumsanhängers. Der Titel „Der Zentrums-Wähler für 1920" ist eigentlich irreführend, das Buch ist mehr als bloß eine Wahlbroschüre. Es enthält Material von dauerndem Wert für jeden, der sich heute im politischen Leben betätigt. Der Friedensvertrag, seine Vorgeschichte im Wilsonschwindel, die Verfassung des Deutschen Reiches, die Steuergesetzgebung, die Stellung des Zentrums zu den verschiedenen Grundfragen des Tages, all das ist leidenschaftslos in sachlicher Weise ausführlich behandelt, mit wörtlicher Anführung der wichtigsten Gesetzesparagraphen. Die Verfassung des Deutschen Reiches ist im Wortlaut abgedruckt. Ganz besonders lesenswert ist der Aufsatz „Das Zentrum und die Zwangswirtschaft", in dem sich in beachtenswerter Weise der Landtagsabgeordnete Spang-Schönau gegen die das ganze öffentliche Leben korrumpierende Zwangswirtschaft ausspricht. Als ein Zeichen der Zeit und ein Charakteristikum für die bisherige Haltung des Zentrums sei die Tatsache erwähnt, daß nicht ein einziges Mal ein ernstes prinzipielles Wort der Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie und gegen den Sozialismus überhaupt in dem Buch ausgesprochen ist.

Dr. Hans Eisele.

F. X. Ehmcke: „Otto Speckter". Mit einer Bibliographie von Karl Hobrecker, 2 Bildnissen des Künstlers und 104 Abbildungen nach dessen Werken auf 64 Tafeln. (Furche-Kunstausgaben: I. Veröffentlichung. Berlin 1920, im Furche-Verlag. Während uns Ludwig Richter, Schwind und Graf Pocci in zahlreichen kleinen und großen Mappenausgaben leicht zugänglich sind, ist der herbere Norddeutsche Speckter heute wenig bekannt, obwohl eine Innigkeit des Naturgefühles, die Echtheit des künstlerischen Empfindens und die tiefe Verwandtehit mit dem literarischen Gegenstand der Darstellung ihn jenen vielgenannten Illustratoren wenigstens ebenbürtig erscheinen läßt. Speckters Bilder zu Kinderbüchern beginnen, in den dreißiger Jahren. Andersen, Tieck, Chamisso, Klaus Groth, Reuter, Storm hat er illustriert. Die Tierbilder seiner Fabelbücher sind nicht minder köstlich. Die Auswahl, die Ehmcke auf 64 in der Reproduktion trefflich gelungenen Tafeln getroffen hat, zeigt neben einer technischen Meisterschaft köstlichen Humor und Gemütsinnigkeit, eine Liebe zum Kleinen ohne Enge. In der Lebensbeschreibung gibt Ehmcke, der bekannte Professor der Münchener Kunstgewerbeschule, ein Bild von jenem schlichten, geistig regen deutschen Bürgertum, aus dem die Kunst Otto Speckters erwachsen ist.

L. G. O.

Bühnen- und Musikrundschau.

Theater am Gärtnerplatz. Viktor Jacobi, ein Berliner Tonsetzer, hat den „Mädchenmarkt" und einige andere Operetten geschrieben, die recht hübsch sein sollen, aber uns unbekannt geblieben sind. Mit „Sybill" hat er nun auch hier einen Erfolg gehabt, der einige Zeit andauern dürfte. Eine weiche süße Musik, die entschieden nach dem Sentimentalen neigt und in den mehr oder minder motivierten Tanzszenen von Opernallüren wieder den Ausgleich zur Operettenstimmung zurückfindet. Auch in diesen Tänzen ist das Allzuplatte vermieden. Jedenfalls ist die Partitur geschickt gemacht; auch die Instrumentierung zeigt Können und subtile Sorgfalt auf dem Gebiete, auf dem man sich sonst gerne mit weniger begnügt. Der Text von M. Brody und F. Martos, Verse und deutsche Bearbeitung von Bodansky, ist, von einigen mehr versteckten Pikanterien abgesehen, nicht schlecht. In irgendeiner russischen Stadt wird der Besuch eines Großfürstenpaares erwartet, das zu verschiedenen Stunden dort eintreffen soll. Sybill, eine große Sängerin, die dort im Hotel abgestiegen, wird für die Prinzessin gehalten, sie sieht sich genötigt, die fürstliche Rolle zu spielen, denn nur so vermag sie einen aus Liebe zu ihr desertierten Gardeoffizier vor der Verhaftung zu retten. Der ankommende Großfürst entlarvt sie nicht, das müssen wir schon glauben, sondern verliebt sich in sie, auch Sybills Gefühle werden schwankend. Die inzwischen angelangte Großfürstin spielt nun die „Sybill", flirtet mit dem Gardeleutnant und führt durch die geweckte Eifersucht den hohen Gemahl auf den Pfad der Tugend zurück. Das changez les dames stellt die gestörte Ordnung wieder her. Die Titelrolle gab stimmschön, elegant und liebenswürdig (im gesprochenen Dialog immer etwas undeutlich) Tina Hellina, aber auch die anderen Hauptrollen sangen recht schön; die komischen Figuren hielten sich von Uebertreibungen angenehm fern. Die modernen Tänze sind — Geschmackssache, selbst wenn man sie so elegant ausführt wie hier. Die neuen Dekorationen sind nicht nur glanzvoll, sondern auch geschmackvoll. In der verwegenen Damenmode spiegelt sich die Revolution. Alte Begleiterscheinungen!!

Verschiedenes aus aller Welt. Der Operettenkomponist Leo Fall hat eine Oper geschrieben, die in Stuttgart gefiel. Die Musik neigt zu süßer Sentimentalität und bringt nach Berichten wenig Eigenart. Das in München spielende Stück sucht seine Wirkung durch das kontrastierende Milieu von Bierphilistertum und Künstlerbohème. In London hat sich neuerdings eine Hetze gegen die Aufführung der symphonischen Werke von Rich. Strauß geltend gemacht, so daß die Britische Musikgesellschaft das „Heldenleben" aus ihrem Programm gestrichen hat. Auch englische Blätter sehen darin Konkurrenzneid britischer Tonsetzer. — „Dämon Schiebelbein", ein Lustspiel von W. Ziersch, fand in Stuttgart freundliche Aufnahme. Komödianten-Karikaturen bilden die Würze des Stückes. Sie sind wirksam in Gegensatz gestellt zu einer vornehm-überspannten Beamtenfamilie. Der Ulk ist jedoch zu breit ausgesponnen. — H. Johsts Drama „Der König" fand bei der Dresdener Uraufführung starken Beifall. Ein Herrscher beginnt die innere Revolution, die Revolutionierung des Menschen. Er will lehren, daß es keine niederen und keine höheren, sondern daß es nur Menschen gebe, lebendige und von Konventionen, von Gesetzesparagraphen und Machtsucht im Innersten zerstörte. Er muß erkennen, daß die Wirklichkeit stärker ist als die Idee. Dem Stück wird starke Plastik der Gestalten nachgerühmt. — Hasenclevers „Menschen" fanden in Prag Widerspruch. Die Handlung ist nach Berichten von mehr graufiger als kühner Phantasie. Die Sprache wird mit Verzicht auf Satzbildung auf einzelne Worte konzentriert, vielfach tritt die Pantomime an ihre Stelle. Die Bühne ist in drei Teile geteilt, die jeweils beleuchtet werden. — Mit einer historischen Ausstellung begann die Wiener Musikwoche, welche dazu dienen soll durch Aufführungen Wiener Meister die Stellung Wiens als unersetzliche Stätte der Kultur in Erinnerung zu bringen. — Zwei neue Opern Weingartners wurden in der Wiener Staatsoper uraufgeführt. „Die Dorfschule" ist ein nervenzerrendes Freskobild japanischen Lebens. Die grauenhaften Vorgänge hat der Tonsetzer nach Berichten lediglich untermalt. Die virtuose Orchesterbehandlung entschädigt für den Mangel an motivischer Thematik. Das Buch der Oper „Meister Andrea" ist nach Emanuel Geibels gleichnamigen Lustspiel geformt. Es erinnert an die Komödien der alten Italiener, insbesondere Goldonis, wie die Musik an Rossini und Donizetti, ein liebenswürdiges, leichtes Werkchen. — In Coburg gelangte eine burleske Oper: „Vetter Borcherinis Brautfahrt" von A. Büttner-Partier, die gefälligen Singspielcharakter trägt, zur Uraufführung. — „Salambo", eine Oper von Lukas Böttcher, hatte in Altenburg Erfolg. Die Musik trägt vorzugsweise symphonischen Charakter. Farbenpracht und Wärme des Gefühles werden ihr nachgerühmt. Der Dichtung liegt Flauberts bekannter Roman zugrunde. — „Schirin und Gertraude", eine heitere Oper von Paul Graener, wurde in Dresden gut aufgenommen. Das Sagenmotiv von den zwei Frauen des Grafen von Gleichen wird vom Tragischen ins Groteske umgebogen. Die Musik ist liebenswürdig, geschmack- und humorvoll, ohne irgendwie Neuartiges zu bieten. — Der Verband der Großberliner Frauenvereine, dem die verschiedensten Richtungen und Frauen aller Stände angehören, protestierte gegen die Zustände, die an Berliner Bühnen Platz gegriffen haben. Er wendet sich gegen die Aufführung von Stücken, die das sittliche Empfinden auf das tiefste verletzen und erwartet von den Theaterleitern und Künstlern, daß sie selbst einen Weg zur Reinigung des Theaters suchen und finden werden. — Gegen das Ueberhandnehmen der unsittlichen Literatur nahm der Börsenverein deutscher Buchhändler Stellung. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Auslandsspekulationen in Deutscher Reichsmark — Amerikas Wirtschaftspolitik hierbei — Internationale Warenpreis-Senkungen.

Wirtschaftszuckungen auf allen Gebieten! Die Kursgestaltung der Reichsmark im Auslande ergibt in ihrem Verlauf einwandfrei, dass die verhältnismässig rasche Aufbesserung derselben als kein Spiegelbild unserer derzeitigen Wirtschaftsverhältnisse und unserer Warenpolitik zu betrachten ist. Zum überwiegend grössten Teil liegen diesen Kursschwankungen der deutschen Reichsmark — die kräftige Erholung derselben konnte sich nicht aufrechterhalten — spekulativen Ursachen zugrunde. In grossen Millionenposten werden täglich, ja stündlich im Auslande, vor allem Neuyork, London, Paris, dann in den neutralen Staaten Markbeträge als Spekulationsobjekt hin- und hergehandelt. Man kann, obwohl diese Börsentaktik etwas verschleiert erscheint, ferner ohne weiteres annehmen, dass die deutsche Reichsmark aus verschiedenen Ursachen zu einem solchen Spielzweck der gesamten internationalen Börsenkreise geworden ist. Vor allem sucht Amerika, welches Land nachweisbar unter grossem Wirtschaftsniedergang zu leiden hat, Deutschland zu dem Wirtschaftskörper heranzubilden, den es notwendig braucht, um für seine enorm aufgestapelten Warenmengen vorbereitetes Absatzgebiet zu finden. Der allgemeine Warenpreisrückgang ist in erster Linie in Amerika schon deshalb von ausgesprochener Krisengefahr, weil gleichzeitig oder vielmehr vorausgehend die dortigen Grossbanken erhebliche Krediteinschränkungen vorgenommen haben. Warenspekulation, Produzentenkreise sehen sich, sowohl in Amerika, wie auch in ähnlichem Masse bei uns dadurch, und hervorgerufen durch die internationale Warendepression, zu Zwangsfinanzmassnahmen veranlasst. Das wirtschaftlich schwächste Land leidet naturgemäss am meisten und in erster Linie unter solcher Krise und Absatzstockung. Durch eine Kurshebung der Reichsmark eröffnet sich dem Auslande, namentlich Amerika, die Möglichkeit, den seither schwer verkäuflichen Warenmengen leichtere Unterkunft nach Deutschland zu verschaffen. Gleichzeitig wird anderseits durch solche Preissteigerung der deutschen Währung unsere Exporttätigkeit erheblich eingeschränkt, indem dem Interessenten für deutsche Ware der Anreiz des rechnerischen Valutazwischengewinnes genommen wird. Die Lebensverteuerung, die Lohnpreisbewegungen, die verminderte Aufnahmefähigkeit der Warenmärkte sind internationalen Charakters geworden. Was für Deutschland und seinen Warenabsatz ferner mitspielt, ist der berechtigte Hinweis, dass durch die Kriegsentwicklung nicht nur unsere Industrien, sondern in ähnlichem, wenn nicht teilweise verstärktem Masse, auch die Auslandsfabrikationskreise ihre Betriebe bedeutend erweitert und leistungsfähiger gemacht haben. Deutschlands Exportindustrie sieht sich daher verstärkter Konkurrenz gegenüber.

Die Gestaltung unserer Effektenbörsen vollzog sich selbstverständlich unter dem Eindruck dieser Sachlage und war vor allem abhängig von dem Auf- und Niedersteigen der Reichsmark. Als ernste Begleiterscheinungen der Konjunkturabflauung verfolgte man die im steigenden Masse bekannt werdenden Arbeiterentlassungen und Arbeitseinschränkungen innerhalb der verschiedensten Industriesparten. Auch die Meldung, dass unter allen möglichen Vorwänden, sowohl Deutsche, wie auch Auslandsbesteller die Abnahme von und zwar bedeutenden Warenmengen verweigern und ferner neuerliche Warenordres nur schwer oder so viel wie gar nicht hereinzubekommen sind, verstimmte erheblich. Dazu kommt noch die Unruhe innerhalb der innerpolitischen Lage zu der Zeit der Wahlvorbereitung, die verschiedensten Gerüchte und Meldungen über Putschvorgänge und die Unklarheit hinsichtlich der Zusammensetzung des neuen Reichstages. Letzteres um so mehr, als gerade in letzter Zeit für die deutsche Wirtschaftspolitik lebenswichtige Probleme — Sozialisierungsfragen, Erwerbslosenunterstützung, Finanzpläne — zu lösen sein dürften. Der jüngste Reichsbankausweis verzeichnete neuerdings eine Mehrung im Banknotenumlauf um eine weitere halbe Milliarde Mark und dies nun schon von Woche zu Woche! Streikbewegungen, Arbeiter-

ausschreitungen hier und dort verschärfen die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hält es für notwendig, an sämtliche ihr angeschlossene Arbeitgeberverbände einen Mahnruf zu richten, „jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen". Es wird darauf hingewiesen, dass die Preise der deutschen Erzeugnisse die Weltmarktpreise ungefähr zum Teil erreicht, zum Teil bereits überschritten haben. Absatzstockung und jede neuerliche Steigung der Gestehungskosten führt zur Katastrophe. Es erübrigt sich zu wiederholen, dass Deutschlands Wirtschaftsinteressenten, ob Arbeitgeber oder -nehmer jetzt mehr denn je darauf bedacht sein müssen, unsere Warenhandelsbilanz auf möglichst günstige Basis zu stellen. Trotz aller Erschwernisse müssen wir unsere Ausfuhr vergrössern. Ob die Möglichkeit einer internationalen Regulierungsanleihe Tatsache wird, bleibt abzuwarten. Ein billiger Rohstoffeinkauf als Voraussetzung zur Verbilligung der Erzeugung wäre allerdings damit gegeben. Ferner ein Abbau der Lebensmittelpreise im Inlande und damit eine, wenn auch verlangsamte Senkung in der Lohnpreispolitik. Schon jetzt machen sich solche Preisminderungen bei Warenanbietungen bemerkbar. Ein auch für deutsche Eisen- und Stahlerzeugnisse beabsichtigter Preisabschlag, wenn auch in vorsichtiger Form, wird beispielsweise den Bau- und Wohnungsmarkt beleben, dies um so mehr, als seitens des Reiches zur Beschaffung und Fertigstellung von Wohnungsbauten nunmehr insgesamt 650 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Gebesserte deutsche Eisenbahnverkehrsverhältnisse, der günstige Verlauf der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen bieten, wenn auch mit gewisser Reserve, doch Anhaltspunkte einer neuerlichen Wirtschaftsbetätigung. Alles steht und fällt jedoch mit den Absichten der Ententegewalthaber und hierüber herrscht unverändertes Dunkel der Ungewissheit. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine teure Gattin, unsere liebe Mutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Susanna Liebel

geb. Weis

im Alter von 43 Jahren nach schwerem Leiden am 24. Mai, wohlvorbereitet durch den öfteren Empfang der hl. Sakramente, zu sich in die ewige Heimat zu nehmen.

München, Mai 1920.

Dr. Robert Liebel, Forstmeister
Maria Liebel
Georg Liebel, cand. iur.
Robert Liebel, stud. ing.
Familie **Liebel**-Wiesbaden
Familie **Liebel**-Neustadt O/Schl.

Familie **Dr. Ernst**-Frankfurt a. M.
Familie **Dr. Mayer**-München-Paris
Familie **Stenger**-St. Georgen/Diessen
Familie **Simon**-München
Familie **L. Weis**-Wiesbaden
Familie **Th. Weis**-München.

Auf Wunsch der lb. Verstorbenen wird gebeten, von Kranzspenden absehen zu wollen; sie bittet um das Gebet der Gläubigen und das Memento der Priester am Altar.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Pfingstmorgen um 7 Uhr unsern ältesten Sohn

Joseph Bachem

cand. jur.

zu sich zu rufen. Er starb in Honnef am Rhein nach langem schwerem Leiden, sanft und gottergeben, wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und den rechtzeitigen Empfang der heiligen Sterbesakramente der römisch-katholischen Kirche im Alter von 26 Jahren.
Seine Seele sei dem Gebete aller Verwandten und Freunde empfohlen.

Köln, den 23. Mai 1920.

Geh. Justizrat Dr. jur. Carl Bachem und Frau Tilla geb. Du Mont.

Das Begräbnis fand statt vom Hause Kaiser-Wilhelmring 13 in Köln aus nach dem Nordfriedhof am Donnerstag, den 27. Mai, um 3½ Uhr nachmittags.
Die Exequien fanden statt in St. Gereon am Donnerstag, den 27. Mai, um 10 Uhr.
Von Beileidsbesuchen bittet man Abstand zu nehmen.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 9.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 45.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 24 München, 12. Juni 1920. XVII. Jahrgang.

Wider die Tradition ...

Von Gustav Stezenbach, Freiburg i. B.

In Spanien gibt es eine katholische politische Partei, die sich „partido tradicionalista" nennt. Sie vertritt den Standpunkt der patriarchalischen Monarchie und des Ständeparlaments; sie hieß auch nach dem legitimen Thronprätendenten die Partei der Carlisten oder Jaimisten. Ohne schon seit 50 Jahren irgendeine aktive Politik für ihren König zu betreiben, hat sie doch durch ihr bloßes Bestehen den Gedanken der alten spanischen Tradition im Volke wachgehalten, besonders im Klerus besitzt sie noch viele Anhänger. Die Traditionalisten, die auch eigene Zeitungen „Diaries tradicionalistas" besitzen, sind zugleich die eifrigsten Katholiken Spaniens und wetteifern darin nur noch mit den Anhängern der neuen katholischen sozialen Bewegung Spaniens, an deren Spitze Maura und seine Schüler stehen. Auch diese sind Gegner des heutigen Parlamentarismus, der zu einer Regierung im Volksinteresse nach ihrer Ansicht unfähig ist, und die keinen größeren Gegensatz kennen als Volksregierung und Parlamentsregierung. Der Parlamentarismus ist eine Schöpfung abstrakter Theorien. Er ist nicht organisch aus der Geschichte des Volkes herausgewachsen. Wir sehen an diesem Beispiel, wie die politische und religiöse Tradition von denselben Hütern gewahrt und verfochten wird. Dies ist kein Zufall. Denn die Ehrfurcht vor dem Heiligtum der Religion und ihrer überlieferten Güter wird nie verbunden sein mit roher Pietätlosigkeit und Verachtung völkischer Ueberlieferungen. Ebenso ist es charakteristisch für jede Revolution, daß sie weder Pietät noch Achtung vor der Ueberlieferung kennt. Das liegt aber in der Natur der modernen Revolution, die sich von den „alten" Revolutionen sehr unterscheidet. Die alten Revolutionen beseitigten kein „System", sondern höchstens einen Träger desselben. Deshalb verursachten sie auch keine tiefen Erschütterungen des Staatswesens und Staatslebens.

Schon Bischof von Ketteler hat in seinem Buche „Deutschland nach dem Kriege von 1866" warnend auf die Gefahr der Mißachtung der Tradition hingewiesen. „Ein Volk", schrieb er, „das seiner Geschichte den Rücken gedreht hat und seine geschichtlichen Rechtsverhältnisse zertritt, geht großen Stürmen entgegen". Die Abkehr von der Tradition war nun nicht erst gegeben etwa mit der französischen Revolution, wenn diese auch einen Markstein in dieser Entwickelung bedeutet. Der Traditionsbruch begann mit der kirchlichen Revolution des 16. Jahrhunderts. Dort wurde in einer Reihe europäischer Länder das Band zerschnitten, welches deren Völker mit dem Urquell der religiösen Tradition verbunden hatte, mit dem Zentrum, dem Herzen der allumfassenden römisch-katholischen Kirche, mit dem Hort der wahren Völkerfreiheit, dem Papsttum in Rom. Was war die Folge? Ein allmähliches Erkalten und Erstarren des Christentums zunächst in den losgetrennten Ländern. Denn die Prinzipien des Protestantismus lagen in der Betonung der religiösen Freiheit, im religiösen Individualismus und Subjektivismus, der sich natürlich sofort auf dem Gebiete der Moral geltend machte und verlangte, daß nur das innere Gewissen des Menschen Maßstab seines sittlichen Handelns und Wollens sei. Damit war der Mensch zum eigenen Richter über sich selbst bestellt; es gab keine Schranken für ihn, außer denen, die er sich selbst zog. Die Bahn für den Materialismus war frei. Denn es ist doch klar, daß dieser Subjektivismus sich zunächst im Wirtschaftsleben auswirken mußte. Der mittelalterliche Geist des christlichen Solidarismus wich dem Geist des Liberalismus, des Manchestertums, des freien wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes, d. h. des brutalen Egoismus, der im Kapitalismus und der Sklaverei der Enterbten seine Krönung fand. Die französische Revolution mit ihrer Erklärung der Menschenrechte und ihrem aus der Freimaurerei entsprungenen Dogma der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hat in Wirklichkeit nichts anderes als Frucht gezeitigt, denn eine nackte Selbstsucht, die zwar nach Vermehrung eigener Rechte trachtete, ohne aber zugleich auch die Pflichten gegen den Nächsten zu erweitern. Diese wurden vielmehr immer mehr ignoriert, so daß die Ausbeutung des Schwachen durch den Starken allmählich als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet wurde. Die einheitliche Linie der Entwicklung vom kirchlichen Traditionsbruch bis zur Gegenwart scheint mir damit in seiner Verderblichkeit hinreichend skizziert zu sein. Mit dem Bruch der kirchlichen Tradition ging aber Hand in Hand der Bruch mit der weltlichen Ueberlieferung. Nach außen verlor die auf dem Grunde der übernationalen christlichen Völkeridee beruhende, von allen Völkern anerkannte Würde des römischen Kaisertums deutscher Nation ihre Bedeutung. Denn die zum Protestantismus abgefallenen Völker wollten einen katholischen Imperator pacificus fürderhin ebenso wenig anerkennen, wie ein gemeinsames religiöses Oberhaupt in der Person des Pontifex Maximus. Das christliche Gemeinschaftsbewußtsein der Völker wurde gelockert und immer mehr zerstört. An seine Stelle trat ein früher nicht gekanntes Nationalbewußtsein, das sich zum Nationalegoismus entwickelte; die Politik wurde immer weniger nach christlichen, sondern nach machiavellistischen Grundsätzen betätigt, bis sich zuletzt die einzelnen Nationen kalt und fremd, mißtrauisch und feindselig wie Raubtiere gegenüberstanden. Aus den ritterlichen Fehden des Mittelalters entwickelten sich große Kriege, die ganze Völker in Mitleidenschaft zogen.

Im Innern des Deutschen Reiches brachen die Fürsten die Tradition der Treue gegen den (katholischen) Kaiser, bereicherten sich durch Raub am Kirchengut, vergewaltigten die Untertanen durch Anwendung des von den Katholiken nicht anerkannten Reformationsgrundgesetzes cujus regio, illius religio, schwächten die kaiserliche Zentralgewalt durch Verweigerung von Geld und Truppen und lösten durch eine verkehrte dynastische Hauspolitik das Reich in ein Sammelsurium von Kleinstaaten auf. Den schwersten Traditionsbruch aber beging der Kurfürst von Brandenburg, der seine Erhebung zum König in Preußen beim Kaiser durchsetzte und dessen zweiter Nachfolger, Friedrich II., der „Große", der durch die Schaffung einer Großmacht Preußen und seine Kriege gegen Oesterreich den Grund der Zerstörung des Reiches gelegt hat. Von seinen protestantischen und preußischen Gedankengängen ausgehend, konnte Bismarck die Gründung eines neuen Deutschen Reiches natürlich nur auf sogenannter kleindeutscher Grundlage sich denken; ihm fehlte jeder historische Sinn für die uralte deutsche Tradition des übernationalen universalen Berufs des deutschen Kaisertums. Traditionswidrig war daher auch sein Scheinföderalismus, der nur eine Vorherrschaft Preußens maskierte. Aber auch in anderen Ländern führte der Bruch mit der Tradition zum Unsegen. In Frankreich lähmte der Zentralismus Richelieus allmählich die kulturelle Entwicklung des Landes, die in Deutschland infolge der föderalistischen Gestaltung des Reiches noch lange weiterblühte. Als Paris Frankreich war, so hatte die Revolution gesiegt, da sie in Paris gesiegt hatte. Seither ist Frankreich ein Land, das dem Zerfall ausgeliefert ist. Vorübergehende „Restaurationen" und nationale Aufschwungsperioden können das nicht aufhalten. Die französischen Royalisten sind die Traditionalisten Frankreichs.

Trotz aller Genialität Marc Sanguiers, des Sillonführers, der in der Kammer neben den Sozialisten Platz genommen hat und trotz mancher guten Ideen, die er vertritt, wird das katholische Frankreich nicht zur Ruhe und zur neuen Blüte kommen, ehe es wieder anknüpft an seine Tradition. In England erzeugte die Abwendung von der kirchlichen Tradition schon früher als in Frankreich Umsturz und Königsmord. Heute ist das Parlament alles, der König nichts, aber auch die Herrschaft des Kapitalismus unumschränkt und seine Außenpolitik ist der skrupelloseste Imperialismus. An allen Ecken des Reiches zuckt die Flamme des Aufruhrs empor. Irland, das geknechtete und zertretene, ist ein Opfer des englischen Protestantismus. Rußland verlor durch den Bruch des Orients mit Rom die Fühlung mit dem Abendlande und erstarrte in seiner geistigen Kultur. Der russische „Zarismus" war der letzte Ueberrest jenes fürstlichen Absolutismus, wie er sich auch im Occident nach der Kirchenspaltung bei allen Monarchien entwickelt hatte und im L'Etat, c'est moi Ludwigs XIV., was im Atheisten Friedrich II., „dem ersten Diener des Staats", der es „müde wurde, über Sklaven zu herrschen", seine typischen Vertreter fand. Daß dieser Absolutismus mit einer Monarchie nach christlicher Auffassung nichts mehr zu tun hatte, also gleichfalls Traditionsbruch war, braucht nicht besonders betont zu werden. Er führte, da Druck bekanntlich Gegendruck erzeugt, zu dem Zeitpunkt zur Revolution, da unter einem ungeschickten und schwachen Vertreter dieses Absolutismus das System allein nicht mehr genügend Schutz bieten konnte: Ludwig XVI., Friedrich Wilhelm IV., Nikolaus II. Der traditionswidrige, jedes organische Leben ertötende Zentralismus, der überall mit dem Liberalismus Hand in Hand ging, erzeugte auch in Spanien den Zerfall der Kultur in den Regionalstaaten. Dort begann die Zentralisation schon mit der Vereinigung sämtlicher regionalen Einzelstaaten in einer Hand durch Ferdinand und Isabella. Doch wurde sie erst richtig durchgeführt, als die bourbonischen liberalen Minister nach französischem Muster die Regierung führten.

Die Wirkung des Zentralismus und im 19. Jahrhundert der auf Hegels Philosophie beruhenden Staatsomnipotenz war also überall zunächst Steigerung der Macht in der Hand einer absoluten Monarchie, in Wirklichkeit aber eine Bürokratie, Vernichtung der Blüte der Kultur, Verarmung des Volkes, Begünstigung der Revolution. Die Revolution vollendete den Traditionsbruch durch Abschaffung der Monarchie oder Einführung der auf einer abstrakten Staats- und Volksrechtstheorie fußenden Repräsentationsverfassung, die nur einen Uebergang zur Republik darstellte. Die Frage, ob die Republik oder die Monarchie die bessere Staatsform ist, scheidet hier völlig aus. Es gibt auch Leute, welche diese Frage für völlig gleichgültig halten oder sie unter die menschlichen Zufälligkeiten rechnen, wie sie z. B. Leo XIII. gelegentlich nennt. Wenn man sich auf diesen Papst beruft, um die Gleichgültigkeit der Staatsform für ein Volk aus seinen Enzykliken zu beweisen, so vergesse man nicht, daß Leo XIII. in seinem Breve an den französischen Klerus (1892) betont hat, daß zwar alle Regierungsformen an sich gut seien, falls sie dem Gemeinwohl dienen, daß aber mit Rücksicht auf den Charakter oder die Ueberlieferung einer Nation in diesem oder jenem Falle die eine Form vor der anderen den Vorzug verdiene. Auch Leo XIII. betont also die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die Ueberlieferung. Die beste Staatsform ist die von der Ueberlieferung gegebene. Diese Frage wird von Leo XIII. vom Standpunkt der christlichen Grundsätze aus behandelt, muß aber auch ganz unabhängig vom rein volkstümlichen Standpunkt aus betrachtet werden. Theoretisch betrachtet kann eine Republik besser sein als eine Monarchie und gerne bedient man sich des Schlagwortes: „Eine gute Republik ist besser, denn eine schlechte Monarchie" und umgekehrt. Praktisch ist stets das Ueberlieferte das beste, das aber beim Einreißen von Mißständen nur reformiert, nicht abgeschafft werden darf.

Wenn die Revolution den Sturz der Staatsform erreichen konnte, so geschah es nur, weil die Monarchie selbst die Traditionen hatte unterhöhlen helfen, wenigstens als sie noch zur Zeit des Absolutismus die Macht hatte, selbständig zu handeln. In der Zeit des Konstitutionalismus freilich war sie auf eine mehr passive Rolle beschränkt, hat aber doch das ihrige dazu beigetragen, die Bodenständigkeit des Volkes durch Förderung einer unsinnigen kapitalistischen Industrialisierung zu untergraben und die revolutionären Geister groß zu ziehen. Entwurzelt, dem Boden der Heimat entzogen, wurden diese Massen auch jeder Tradition entfremdet und stehen ihr heute ohne jedes Verständnis gegenüber. Und die Führer dieser politisierten, d. h. mit Schlagwörtern verhetzten Massen, sie haben keinen Sinn mehr für solche Imponderabilien der völkischen Ueberlieferung. Für sie haben nur noch soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte Interesse. Man findet diese Verständnislosigkeit für historische Ueberlieferung auch bei solchen katholischen Politikern, die den Arbeiterkreisen entstammen: ihr Bildungsgang entbehrt der Erlernung historischen Denkens. Sie sollten daher in solchen Fragen Zurückhaltung üben und deren öffentliche Beurteilung den Parlamentariern überlassen, die vermöge der Ueberlegenheit ihrer historischen und philosophischen Kenntnisse dazu berufen sind. Es ist keine Schande, über etwas zu schweigen, was man nicht versteht. Aber das ist gerade das Krebsübel der Gegenwart. Jeder versteht heute alles. Und, wer es wagt, das Gegenteil zu behaupten, der ist ein Volksfeind, ein Antidemokrat, ein Reaktionär.

Trotz alledem muß immer wieder von neuem betont werden: die Gesundung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas kann nicht eintreten, ehe sich dieses besinnt auf seine Traditionen, die heute sämtlich dem nackten Materialismus der nüchternen Zweckmäßigkeit geopfert sind. Wem Ketteler und Leo XIII. nichts gelten, der höre auf Goethe, der in seinen Gesprächen mit Eckermann nur das Bodenständige für ersprießlich hält, indem er sagt: „Und wiederum ist für eine Nation nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem eigenen allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen, ohne Nachäffung einer anderen. Alle Versuche, irgendeine ausländische Neuerung einzuführen, wozu das Bedürfnis nicht im tiefen Kern der eigenen Nation wurzelt, sind daher töricht und alle beabsichtigten Revolutionen solcher Art ohne Erfolg, denn sie sind ohne Gott, der sich von solchen Pfuschereien zurückhält. Ist aber ein wirkliches Bedürfnis zu einer großen Reform in einem Volke vorhanden, so ist Gott mit ihm und sie gelingt".

Also nicht die Revolution, nicht Nachäffung westlicher Muster konnte uns Hilfe bringen aus unserer Not, sondern eine große Reform, aus dem eigenen inneren Kern des deutschen Volkes erwachsen. Diese Reform mußte organisch auf die echte historische Tradition des deutschen Volkes aufgebaut sein. Der heutige „Aufbau" des deutschen Staatswesens ist davon aber weit entfernt. Er kann und wird deshalb auch nicht von Dauer sein.

Erziehung zur Pietät.

Von Kirchenrat Schiller in Nürnberg.

Noch nie, seitdem es Deutsche gibt, ward solch ein moralischer Tiefstand, solche Versumpfung erlebt als in unseren Tagen. Wie wir in das neue Jahr eintraten, da sahen offene Augen wohl schwere Wetterwolken; da und dort blitzte es auf wie fernes Wetterleuchten. Aengstliche Stimmen sprachen von Hunger, Aufruhr, Bürgerkrieg, Verwüstung, Plünderung, Mord, Barbarei, Bolschewismus, Chaos. Heute wissen wir, daß auch der schwärzeste Pessimismus nicht zu trüb gesehen hat. Was nützt es uns denn nun, daß das deutsche Volk vier Jahre lang einer Welt von Feinden Widerstand zu leisten vermocht hat? So fragt man in Trauer und Verzweiflung. Und doch darf solche Stimmung nicht übermächtig werden. Sonst sind wir verloren. Nein, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, daß unser Volk trotz der lange dauernden Psychose sich zuletzt wieder fangen und fassen wird. Mögen die moralischen Kräfte wie Funken unter der Asche verborgen, zurückgehalten sein, zuletzt werden sie sich doch durchringen und losbrechen; dies um so früher, je eher wir die letzten Ursachen der tieftraurigen Erscheinungen erkennen, welche uns bei Tag und Nacht aufregen, beunruhigen und quälen. Man rät ja wohl bei solchem Nachforschen auf dies und jenes. Und doch läge es so nahe, an die Mängel und Gebrechen in der Erziehung unserer Jugend zu denken, welche die Hauptschuld an den verfahrenen Zuständen tragen. Ueber Pietäts- und Autoritätslosigkeit bei alt und jung wird schon seit langem geklagt. Wer irgend die halbwüchsigen Rotten revolutionären Gesindels bei den letzten Unruhen unserer Großstädte gesehen hat, wird nicht lang mehr fragen, wo der Krebsschaden liegt.

Das Verhältnis der heranwachsenden Jugend, der Knaben sowohl wie der Mädchen zu den Autoritäten in Haus und Schule hat sich gegen früher ganz verschoben. Möglich, daß in den vorigen Zeiten das Vertrauensverhältnis durch den allbeherrschenden Respekt hintangehalten und verdrängt worden war, aber was will dies besagen gegenüber der Pietäts- und Respekt-

losigkeit, welche in allen Kreisen die weiteste Verbreitung gefunden hat? Pietät kommt her von pietas. Darunter versteht der Römer die Frömmigkeit. Pestalozzi hat die Pietät die Religion der Kinder genannt. Wie soll es aber in den Kindern zur pietas kommen, wenn in der einen Familie der flachste Materialismus herrscht und in anderen Häusern religiöse Gleichgültigkeit jeden Flug in die Höhe hemmt, jede ernstere Betätigung religiösen Lebens verhindert? Kinder besitzen eine scharfe Beobachtungsgabe und richten sich viel mehr nach Vorbildern als nach noch so guten Lehren. Schade, daß die an sich gesunde Individualisierungsmethode so bald Auswüchse aller Art nach sich gezogen hat: „man solle das Kind doch sich selber überlassen, es brauche keinen Gehorsam zu leisten, es dürfe über Recht und Unrecht selbständig entscheiden." Und dann wundert man sich über die Folgen und Früchte, ganz abgesehen von anderen pädagogischen Mißgriffen, welche sich ungeschickte Eltern zu schulden kommen lassen. So wenn in Gegenwart der Kinder über Schule und Lehrer in absprechendem Ton gesprochen wird. Heißt das nicht die Pietätlosigkeit mit Absicht züchten? Wird das nicht zuletzt dahin führen, daß die Kinder auch vor Vater und Mutter nicht mehr halt machen?

Zu den schwierigsten Problemen gehört wohl immer der **Uebergang vom Gehorsam zur Freundschaft** bei den herangewachsenen Kindern. Es müßte ja auch ganz eigen zugehen, wenn die geistige Luft, welche die Gegenwart erfüllt, nicht auch auf die Kinder abfärben würde. Sehnen nach Freiheit, Verlangen nach Unabhängigkeit, Emanzipationssucht, Loslösen von allem, was Zwang und Fessel heißt, ist noch zu keiner Zeit derartig in den Gliedern der Jugend gesteckt wie heutzutage. Daß die Pietät darunter leiden muß, ist eine offenkundige Tatsache. Bei unseren Söhnen bestimmen Neigung, Anlage und Befähigung, mitunter auch Not und Zwang der Verhältnisse den geistigen Entwicklungsgang und zuletzt den Beruf. Ist die Schulzeit vorüber, dann wird in der Regel das Elternhaus verlassen. Damit tritt von selbst eine Veränderung ihrer Stellung zu den Eltern ein und es ist die Probe für eine richtig geleitete Erziehung, daß dieser Uebergang ohne schwere Zwischenfälle, ohne ernstere Störungen sich vollzieht.

Wie aber steht's mit unseren Töchtern? Hier liegen die Dinge heute anders als früher und es darf ja nicht übersehen werden, daß bei den sich immer mehr häufenden Spannungen zwischen Müttern und heranwachsenden Töchtern die Schuld durchaus nicht immer bei der jüngeren Generation liegt. Wer unter uns hätte nicht schon so manche in der Zeit zurückgebliebene, jeden Fortschritt ablehnende, selbstherrliche Mutter gesehen, die es nicht vertragen kann, wenn die Tochter eine gewisse Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Freiheit, ein eigenes persönliches Leben für sich in Anspruch nimmt? Wie oft mag es vorkommen, daß solche arme junge Wesen ohne tiefere Neigung dem ersten besten Bewerber ihr Jawort geben, nur um aus der Tretmaschine des Alltages herauszukommen! Sie fühlen sich unverstanden, spinnen sich in sich selber ein und verlieren die letzten Reste der Pietät, weil den Müttern die notwendige Klugheit und Nachgiebigkeit fehlt, um der inneren Entfremdung und den schweren Konflikten vorzubeugen. Sollen unsere Mädchen dereinst auf eigenen Füßen stehen, so kann die die dazu nötige Durchbildung nicht früh genug einsetzen. Man hat nur gut daran getan, mit törichten Vorurteilen früherer Zeiten gründlich zu brechen. Oder war es nicht so, daß in sogenannten besseren Kreisen es als unfair galt, wenn ein Mädchen einer richtigen „Arbeit" sich hingab? Man hielt dafür, daß nur leichte spielende Beschäftigung sich für die Töchter des Hauses schickte. Dies alles hat sich zum Glück geändert. Volksschulen und höhere Töchterschulen haben heute ganz andere Schulprogramme und Lehrziele als vordem. Man verlangt von den Frauen eine vielseitigere und allgemeinere Bildung. Man sagt sich mit Recht, daß nur, wer als Mädchen das Arbeiten gelernt hat, als Frau etwas taugen kann, mag sie sich verheiraten oder ehelos bleiben. Es gibt keine heilsamere Arznei gegen inneres Unbefriedigtsein, Nervosität und Hysterie als Arbeit, ernste, intensive, angestrengte Arbeit. Auf diesem Wege verschwinden auch die letzten Klagen über mangelnde Pietät. Je gescheiter, je durchgebildeter ein Mädchen ist, um so pietätvoller pflegt es auch zu sein.

Dankbar sei aller Kräfte gedacht, welche seit Jahrzehnten unablässig bemüht sind, in bezug auf soziale Hilfsarbeit aber auch sonst der jugendlichen Mädchenwelt zu dienen und zu nützen. Erst dann, wenn die Mütter sich entschließen, den neuzeitlichen Forderungen auch ihrerseits gerecht zu werden, werden die unseligen Spannungen im Hause verschwinden. Man wird dann den heranwachsenden Töchtern geben, was man ihnen schuldig ist und statt der peinlichen Dissonanzen und Verstimmungen wird jene Harmonie Einkehr halten, welche zum Bestand eines wahren, dauernden Familienglückes notwendig ist. Dann wird auch die Pietät wieder auf den Thron gehoben werden zu Nutz und Frommen aller. —

Valuta und Volkswohlstand.

Von Hartwig Schubart, Salenstein, Thurgau.

Die deutsche Valuta ist binnen weniger Tage in der Schweiz von dem Höchststand von 17,50 wieder auf 13,25 zurückgegangen. Diese Abwärtsbewegung wird von einem großen Teil der deutschen Großindustrie und des Großhandels mit Freude begrüßt, da diese Kreise durch sie vor nicht unbedeutenden nominellen Verlusten bewahrt werden. Für das Gesamtvolk, dessen Interessen aber maßgebend sein sollten für die Finanzverwaltung, bedeutet sie weiterhin teuere Innenpreise, damit letzten Endes weiter die Notwendigkeit neuer, ungedeckter Notenausgabe, weiterer immer schwerer entwirrbarer Schuldenwirtschaft. Es erscheint daher angezeigt, die Gesamtfrage der deutschen Verschuldung einheitlich zu behandeln, dem Papiermangel entsprechend in mathematisch kurzen Sätzen.

Für seinen wirtschaftlichen Neuaufbau braucht Deutschland Export und zwar Export von Rohstoffen (z. B. Kohle und Kali) wie von Halb- und Fertigwaren, den Erzeugnissen seiner Arbeit. Je niedriger die deutsche Valuta bewertet wird, um so niedriger zahlt das Ausland, um so teurer muß das Inland zahlen, um die großen Kosten neuzeitlicher Arbeit aufzubringen. Allerdings gestattet die niedrige Valuta vorteilhafte Konkurrenz, soweit nicht die importierenden Staaten dieser neuen Art des „dumping" durch gesetzliche Bestimmungen entgegenzutreten wissen. Zugleich ist Deutschland aber auf Import angewiesen, auf Einfuhr von Nahrungsmitteln, auf Einfuhr von Rohstoffen für seine Industrie. Eine schlechte Valuta verteuert diesen Import, steigert damit die Preise der Ernährung ebenso wie die Preise der Fabrikate. Diese Preissteigerung der letzteren wird auf die Dauer für den Export das dumping-Element der tiefen Valuta aufheben, es wird zuletzt nur die Preissteigerung im Inland übrig bleiben, d. h. eine immer tiefer wurzelnde Entwertung des deutschen Geldes, als Folge immer größere Inflation, die ihrerseits immer größere Unterschiede der Lebensführung bedingt und eine immer unmoralischere soziale Ungleichheit herbeiführt. **Demnach braucht Deutschland dringend eine Besserung seiner Valuta**, um diesen Gefahren zu entgehen. Dann werden die Innenpreise sinken müssen — für die Ernährung wie für alle Waren. Mit diesem Sinken der Preise wird bei Fabrikation aber auch eine Erniedrigung der Herstellungskosten notwendig werden, also eine Herabsetzung der Löhne. Tatsächlich sind im allgemeinen jetzt hohe Lohnforderungen der Arbeiter nicht unberechtigt, da eben allgemeine Teuerung herrscht. Tritt allgemeines Sinken der Preise ein, so schwindet die Begründung der hohen Löhne und ihre Herabsetzung ist nicht nur gerechtfertigt, sondern sie gestattet dem Arbeiter dann durch die größere einführbare Menge an Nahrungsmitteln, durch die mögliche Vergrößerung der Fabrikation ein gegen die jetzigen Verhältnisse gehobenes Leben. Die Kaufkraft wächst stärker als die nominelle Verringerung der Einnahmen.

Diese **stärkere Kaufkraft** ist bei allgemeiner **Preissenkung** als vollständige Entschädigung anzusehen für die **Verluste**, die den **Handel** durch eine Preisherabsetzung seines bereits vorhandenen, zu viel höheren Preisen fabrizierten oder importierten Warenstocks erwächst (die Neuauffüllung kostet ja entsprechend weniger) — sie bietet auch für die nominellen, sicher großen Verluste, die durch dann notwendige Kapitalzusammenlegungen zu erwarten sind, eine völlige Entschädigung. Nun kann aber, sobald die Inflation behoben ist, die Steuerpolitik nicht mehr die großen Summen aufbringen, die augenblicklich nötig sind allein zur Verzinsung der Reichskriegsschuld, der festen wie schwebenden. Daher erklären **kurzsichtige Finanzpolitiker** eine plötzliche Valutabesserung in staatlichem Interesse für schädlich, und konstruieren sogar einen staatlichen Nutzen durch minderwertiges Geld, da der Staat lediglich Schuldner sei. Der Staat ist aber letzten Endes identisch mit der Masse seines Volkes, und diese leidet unter der Geldentwertung. Der Ausweg zeigt sich einzig in der Form einer mehr oder minder gewalt-

samen Budgeterniedrigung, durch Fortfall der Schuldenzinsen, also durch Staatsentschuldung.

Diese Entschuldung erfordert *entsprechende Abgaben der Einzelvermögen* — möglich sind dieselben, da die Gesamtsumme der Einzelvermögen in weit höherem Maße seit Kriegsbeginn gewachsen ist, als die Reichsverschuldung. Da weiterhin die Steuerlasten doch mehr und mehr den Vermögen auferlegt werden müssen, so handelt es sich bei einmaliger Entschuldung nur um die Hergabe eines Kapitals, dessen Zinsen im andern Falle in steigender Linie jährlich doch zu den für den Reichsschuldendienst nötigen Steuern eingezogen worden wären.

Eine derartige Vermögensabgabe würde zudem das wirkliche Volksvermögen nicht im geringsten berühren, sondern nur seine nominelle Bezifferung gesunden lassen, indem dem tatsächlichen, nur in Gütern bestehenden Volksvermögen eine durch die Abgaben verringerte nominelle Geldquote gegenüberstände. Die Kaufkraft des Geldes würde also entsprechend erhöht, und auch die durch die Abgabe Betroffenen würden dadurch in hohem Maße entschädigt. Zugleich träte eine soziale Ausgleichung ein. Auch diese Maßnahme würde zeigen, daß die jetzige Geldentwertung bei vielen Werken eine nominell überspannte Finanzierung erfordert hat. Die nötigen Zusammenlegungen könnten volkswirtschaftlich nur begrüßt werden — sie wirkten ausgleichend, und daher für die Gesamtheit bereichernd, sie würden ausgeglichen durch erhöhte Kaufkraft des verbleibenden Restes, sie führten die gerechte Höherbewertung der festverzinslichen Papiere herbei, höben damit den Staatskredit, auch im Ausland.

Aber es würde nicht nur die Deckung und die Kaufkraft der nominell verringerten Beteiligungen an industriellen Unternehmungen gewachsen sein, sondern der dann größere Importnutzen infolge höherer und stabilerer Valuta würde die Arbeit des Kapitals gewinnbringender gestalten.

Diese dringend notwendige vollständige Umorientierung unseres ganzen Finanzwesens muß aber eine einheitliche und rasche sein — sie muß diktatorisch durchgeführt werden, ohne den langsamen und abschwächenden Weg der Reichstagskompromisse. Die Gesetzesarbeit dieser Instanz müßte sich auf kurze Vollmachten beschränken. Als solche wären etwa folgende Ermächtigungen zu nennen:

1. Einziehung einer prozentual gestaffelten einmaligen Vermögensabgabe in Höhe der Gesamtkriegsverschuldung des Reiches zur Ablösung dieser letzteren, unter Festsetzung einer Maximalhöhe für verbleibende Vermögen, etwa 2 Millionen für Familien, 1 Million für Einzelpersonen. Dieser Vermögenshöchstsatz wäre bei Vermögen, die erst seit Kriegsbeginn entstanden sind, gerechterweise auf die Hälfte zu beziffern.

2. Eine Höchstgrenze für Privatverbrauch, bis zu endgültiger Abzahlung aller deutschen Kriegsschulden, etwa auf 50000 ℳ für die Familie, auf 30000 ℳ für die Einzelperson zu bemessen.

3. Herabsetzung sämtlicher Arbeitsentschädigungen, Löhne, Gehälter und sämtlicher Warenpreise auf das Doppelte des letzten Friedensbetrages als Höchstsatz. Bei Nahrungsmitteln würde eventuell eine Zeitlang ein staatlicher Zuschlag nicht zu umgehen sein, der ja zurzeit schon zum Teil besteht. Es ist aber anzunehmen, daß die Valutabesserung durch billigere Einfuhr diese Beihilfe bald unnötig machen würde. Mit dieser Lohn- usw. Festsetzung wäre praktisch auch eine Höchstverzinsung, insbesondere eine Höchstdividende für industrielle Unternehmen festzulegen, etwa auf 6 Prozent beziffert.

4. Der dann unter gesunden Verhältnissen arbeitenden Industrie wäre grundsätzlich Abgabenfreiheit für die Ausfuhr zu gewähren, welche lediglich durch einen Valutaausgleichszoll zu belasten wäre, in Höhe eines völligen Ausgleichs der Valutadifferenzen. Ein solcher Zoll würde eine tägliche Bezifferung durch eine Zentralstelle nach der Höhe der Valutanotierung des vorhergehenden Tages erfordern — es steht aber nichts im Wege, daß diese Zentralstelle jeden Abend den Grenzzollstellen diese Zollnormierung telephonisch oder telegraphisch für die nächsten Tage mitteilte, ebenso wie ja die Börsennotierungen auch überall hin rechtzeitig gelangen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden gewiß für viele Einzelexistenzen hart wirken, aber nur sie können das Gesamtvolk heilen. Wo Einzelexistenzen durch sie besonders hart getroffen werden, handelt es sich um schädliche Auswüchse am Volkskörper. Die kleineren Verluste werden ausgeglichen durch größere Sicherheit und Kaufkraft. Zur Durchführung gehört allerdings ein Charakter, der weder Furcht kennt, noch ein anderes Interesse als das des Gesamtvolkes.

Sorgen des deutschen Industrialismus.

Von Dr. Alfred Schappacher.

Wir sind von früher her gewohnt, unser wirtschaftliches Schicksal mit der industriellen Entwicklung zu verknüpfen. Da wir vor dem Kriege ein Industrieausfuhrstaat waren, ist es begreiflich, daß wir auch heute unser Heil vom Industrialismus erwarten. Diese *„industrielle Befangenheit"* ist aber gegenwärtig gefährlicher als früher, weil sie infolge der durch den Krieg verursachten gewaltigen Veränderungen der allgemeinen Bedingungen zu schweren Enttäuschungen führen muß.

Während die deutsche Bauernschaft heute selbständiger denn je dasteht, gilt das umgekehrte Verhältnis für die industrielle Bevölkerung: sie ist in außerordentlich hohem Maße abhängig erstens vom Ausland, zweitens von der inländischen Bauerngrundlage.[1]

Die *Abhängigkeit vom Ausland* ist die schmerzlichere. Früher konnten wir nach Belieben kaufen und verkaufen dank unserer aktiven Zahlungsbilanz. Nunmehr sind wir gebunden: wir müssen unsere Rohstoffe und Lebensmittel dort kaufen, wo wir Kredit bekommen und unsere Fertigerzeugnisse in der Hauptsache an die Gläubigerländer verkaufen. Das Ausland verfügt also heute fast restlos über die Entwicklung des deutschen Industrialismus; es kontingentiert unsere industrielle Produktion und unseren Reichtum.

Solange das Ausland unserer industriellen Entwicklung vorwärts hilft, ist es gut. Aber es wird uns nur insoweit seine Unterstützung leihen, als es dadurch *verdient*. Hat es die Möglichkeit, die von uns fertigzustellenden Waren anderswoher schneller und preiswerter zu bekommen, so wird es sie eben dort herstellen lassen bzw. kaufen. Die Auslandshilfe hängt also sehr eng zusammen mit der Frage nach unserer *Arbeitsintensität*. Industriell betrachtet, ist der Kredit Deutschlands zweifellos der Kredit des deutschen Arbeiters.

Durch eigene Anstrengung und mit Hilfe des Auslands wird sich in absehbarer Zeit fraglos ein großer Teil unserer Industrie erholen. Wir werden, wenn alles gut geht, allmählich auch wieder *Guthaben* sammeln. Allein die Wirkungen des Krieges und des Friedensvertrages, insbesondere der Verlust der früheren Auslandsguthaben, der Handelsflotte, der elsaß-lothringischen Erzgruben und Kalilager, der Saarkohle, die dauernden finanziellen Verpflichtungen u. a. m., verbieten die Wiederkehr des deutschen Industrie- und Handelsstaates von 1913. Und soweit überraschende Ereignisse der nächsten Jahrzehnte uns mehr oder minder bedeutende Erleichterungen bringen, wird die inzwischen (mit Hilfe amerikanischer und anderer Kapitalisten) immer mächtiger fortgeschrittene *Industrialisierung der fremden Bauernländer*, vor allem des subtropischen Südamerikas, Indiens, Chinas, unserer industriellen Aufwärtsentwicklung entgegenwirken. Gegenwartslage und Zukunftsaussichten nötigen also zweifellos zu einer *stärkeren Pflege der Qualitätsindustrie an Stelle der früher üblichen Massenfabrikation*; wir müssen jetzt mehr und mehr mit Industrieerzeugnissen aufwarten, die den Stempel persönlicher Tüchtigkeit an sich tragen.

Die *heimische Bauerngrundlage* wurde oben als die andere Stütze des deutschen Industrialismus bezeichnet. Wir hatten vor dem Kriege infolge der glänzenden industriellen Entwicklung fast vergessen, von welch entscheidender Bedeutung in zweierlei Hinsicht eine möglichst breite inländische Ernährungs- und Bekleidungsgrundlage ist: einmal als Lebensbedingung der Industriebevölkerung und zum anderen als Fundament des dauernden industriellen Absatzes. Seit dem Kriege wissen wir das alles besser zu schätzen. Wir haben erkannt, daß der Verbindungsweg zwischen deutschem Bauer und deutschem Industriemenschen im allgemeinen kürzer und sicherer ist als jeder andere. Sodann können wir begreiflicherweise über die heimische landwirtschaftliche Grundlage frei verfügen, während die ausländische im großen und ganzen (von zeitweisen Unterbrechungen abgesehen) zunehmend von fremden Industrievölkern und Industriemenschen umworben wird.

Die Weltmarktspreise für Nahrungs- und Bekleidungsmittel sind seit Jahrzehnten im Steigen begriffen — ein Ergebnis der Industrialisierungsbestrebungen in der ganzen Welt. *Die landwirtschaftliche Decke wird kürzer, die Industriedecke länger.* Freilich wird diese Entwicklung, wie gesagt, durch Einbeziehung neuerschlossener Gebiete in den Bereich geordneter

[1] Vgl. hierzu meinen Aufsatz „Bauernschaft und deutsche Zukunft" in Nr. 19.

wirtschaftlicher Tätigkeit, intensiveren Landbau, Industrie- und Handelskrisen usf. zeitweise unterbrochen — denken wir nur an die vorübergehende, dabei aber doch außerordentlich starke Konkurrenz des nordamerikanischen Weizens seit den siebziger Jahren! —, aber auf die Dauer stellt sich die oben erwähnte Tendenz immer wieder ein. So mag auch in Zukunft vielleicht einmal die russische oder gar chinesische Bauernkonkurrenz einige Zeit hindurch die Grundlage der deutschen Industrie verbreitern helfen. Aber nur einige Zeit hindurch; denn in Anlehnung an diese stärkere agrarische Stütze wird auch die russische und chinesische Industrie ihr Leistungsvermögen kräftigen können. Das gleiche ist zu sagen von der zunehmenden Intensivierung der gesamtamerikanischen Landwirtschaft, auf die man auch allerlei Hoffnungen setzt. Soweit sich die klimatischen Schwierigkeiten (Hitze in den tropischen Baumwollgebieten, Wassermangel in den für den Weizenbau noch in Betracht kommenden Gegenden Kanadas, Nord- und Südamerikas usw.) überhaupt einigermaßen überwinden lassen, ist eine ertragreichere Bewirtschaftung des Bodens mit steigenden Kosten (für Arbeitskräfte, Kunstdünger usw.) verbunden, so daß schon deswegen die Preise weiter anziehen müssen. Wenn man aber schon einmal höhere Preise anlegen muß, dann lieber für die eigene als für die fremde Landwirtschaft.

Deutsche Industrie und deutsche Landwirtschaft gehören nach alledem zusammen. Je kräftiger das inländische bäuerliche Fundament, desto besser für unsere Industriebevölkerung. Deswegen ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahrzehnten die Verbreiterung der Ernährungs- und Bekleidungsgrundlage durch planmäßige Aufteilung jenes bedeutenden Teiles des Großgrundbesitzes, der sich für den intensiven klein- und mittelbäuerlichen Betrieb besser eignet, ferner durch großzügige und möglichst billige Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger, Futtermitteln, Förderung des Flachsanbaus u. a. m. Die zunehmende Weltmarktpreissteigerung für agrarische Erzeugnisse wird auch die sicherlich kostspielige Moorkultivierung und die Heranziehung der allerschlechtesten Böden rentabel machen. Es muß auf jeden Fall danach getrachtet werden, die vielen Hunderttausende deutscher Landarbeiter dadurch zu verringern, daß ein großer Teil von ihnen in Bauernexistenzen verwandelt wird. Dafür sprechen nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch politische Erwägungen. Die besitzlosen Landproletarier stören die Einheitsfront der Bauernschaft im Kampf um die Sicherung ihrer berechtigten Ansprüche in Staat und Gesellschaft.

In engster Verbindung mit der Verbreiterung der Bauerngrundlage steht die Aufrichtung des Kleingewerbes. Ueberall da, wo die Bauern sich mehren und wohlhabender werden, hat nicht zuletzt das Landhandwerk Vorteil davon. Schon seit Jahrzehnten ist ein stets wachsender Teil der deutschen Huf- und Wagenschmiede, Schreiner, Installateure, Schlosser, Schuhmacher, Schneider usf. auf die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung angewiesen; zukünftig wird im Zusammenhange mit der Verbreiterung der landwirtschaftlichen Grundlage der Anteil der ländlichen Handwerker an der Gesamtzahl noch mehr wachsen.

Bedauerlich ist, daß Deutschland seine industrielle Ueberschußbevölkerung, soweit sie in der heimischen Landwirtschaft nicht untergebracht werden kann, nicht in eigenen Siedelungskolonien ansässig machen kann, sondern sie in fremde Staaten und Kolonien ziehen lassen muß. Auf diese Weise gehen unserer Volkswirtschaft wertvolle Arbeitskräfte verloren. Wir sind nicht in der glücklichen Lage wie beispielsweise England, das seine überschießende Industriebevölkerung in seinem gewaltigen Kolonialreich heimisch machen kann und sich so ihre Leistungen im Interesse des britischen Imperiums erhält, während wir Deutsche dank der Intelligenz, Organisationsgabe und Tatkraft der jetzt schon sehr zahlreich gewordenen Auswanderer die industrielle Konkurrenz des Auslandes großziehen helfen. Der Deutsche wird nach dem Zusammenbruch zunächst wieder zum Kulturdünger der ganzen Welt!

Aber wir wollen uns durch innere Kolonisation möglichst viel tüchtige Kräfte im Lande erhalten. Deutschland soll in Zukunft wieder mehr bäuerlichen Charakter erhalten. Alle Maßnahmen, die auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion abzielen, sind daher aufs freudigste zu begrüßen. Es ist von allergrößter Bedeutung, daß das wiedererrichtete Reichsernährungsministerium sich hauptsächlich eine vorausschauende Produktionspolitik zur Aufgabe macht. Denn darin erblicken wir die beste Versicherung auf die Zukunft eines geläuterten deutschen Industrialismus.

Christentum, Staat und Steuerpflicht.

Von Pfarrer Dr. Doergens, Traar-Krefeld.

Es ist eine der größten Ruhmestaten des jung aufstrebenden Christentums, der Tyrannenmacht eines Nero und Diokletian die Treue gehalten zu haben, trotz aller Bedrückung und Verfolgung, um des Gewissens willen. Auch dem modernen religionslosen Staate gegenüber wird der ethisch fein empfindende Christ viel mehr Opfer bringen als der Dissident und Atheist.

Es war, wenn ich nicht irre, im Jahre 1906, da schrieb bei Gelegenheit einer Rezension des von Prof. Dr. A. Koch (Tübingen) herausgegebenen „Lehrbuches der Moraltheologie" (Herder, Freiburg i. B.) die „Kölnische Zeitung":

„Auch mit der Lehre ‚Ein jedes menschliche Gesetz, sowohl das kirchliche als das bürgerliche, verpflichtet, wenn es die notwendigen Eigenschaften hat, nicht bloß äußerlich durch den Zwang der Strafe, sondern auch innerlich im Gewissen' unterscheidet sich Koch vorteilhaft von der ultramontan jesuitischen Anschauung auf diesem Gebiete, die mit ihrer Veräußerlichung der staatsbürgerlichen Hingabe an das weltliche Gesetz vielfach zu innerer Illoyalität des Bürgers gegenüber dem Staat erzieht. Nicht ultramontan, sondern staatstreu-katholisch ist auch Kochs Erklärung, daß ‚ein unberechtigtes Erlegen von Wild und Fangen von Fischen, Gewinn durch Schmuggel, Zoll- und Steuerdefraudation, nicht bloß die legale, sondern auch die kommutative Gerechtigkeit verletzen und deshalb im Gewissen zum Schadenersatz verpflichten'. Koch steht also in diesen Punkten in erfreulichem Gegensatz zu der jesuitischen, auch im Staatslexikon der Görresgesellschaft vertretenen Auffassung, reine Straf- oder Zwangsgesetze (leges mere poenales) seien verschiedene Gesetze auf dem rein staatlich-weltlichen Gebiet, nämlich die Steuer-, Zoll-, Jagd-, Holz-, Wasser-, Weide-, Fischerei- und Militärgesetze, sowie die gewöhnlichen Polizeiverordnungen und teilweise sogar alle Zivilgesetze des modernen, ‚ungläubigen und unchristlichen Staates'."

Gewiß, die Ansichten der Moralschriftsteller über das Wesen und die Bedeutung von Zoll und Steuer sind nicht immer einträchtig gewesen, und zwar aus wissenschaftlichen Gründen, nicht aus solchen einer a priori-Abneigung gegen die Staatsgewalt und deren Vertreter. Inzwischen ist das Werk Prof. Dr. Hamms (Trier) erschienen („Zur Grundlegung und Geschichte der Steuermoral", Paulinus Druckerei, Trier 1918), das den geschichtlichen Werdegang der steuerlichen Gesetzgebung vom christlich-ethischen und vom nationalökonomischen Standpunkt zugleich zur Darstellung bringt und die These verficht, daß jede gerechte Steuer nach Matth. 22,17—21; Röm. 13,7 im Gewissen verpflichte. „Abgaben und Steuern suchen wir überall vor allen anderen euren Beamten zu entrichten, wie wir von ihm (sc. Christus) angeleitet worden sind" (Justin, Apol. I, 17).

Trotzdem: gewisse in der Praxis des Lebens gründende Zweifel — oder waren alle während des Krieges erlassene „Polizeivorschriften" geeignet im Gewissen zu verpflichten? — bleiben bestehen und gerade sie werden durch die Entwicklung des Wirtschafts- und Rechtslebens unserer Tage neu gestärkt werden, unter allen Umständen bei der breiten Masse der Anhänger des modernen konfessions- und religionslosen Staatsgefüges. Ich bin überzeugt, daß in hunderten Herzen bereits der Gedanke erwogen worden ist: wenn der Staat bei der Verwaltung seiner Einnahmen und Ausgaben die ethischen Grundsätze vernachlässigt, wenn er als religions- und konfessionsloses Gebilde auf religiöse Motive verzichten zu können glaubt, warum soll ich mich ihm gegenüber an deren Beobachtung gebunden erachten? Ist nicht seit Jahren geklagt worden, daß das Reich, unbekümmert um das gesunde Rechtsempfinden des Volkes, der gewinnsüchtigen Preispolitik der Eisen- und Stahlwerks-Großindustrie viel zu viel Konzessionen mache? Ist nicht tatsächlich jüngsthin aus öffentlichen Mitteln eine einseitige sozialistische Propaganda getrieben worden zu Zwecken, die nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen? „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne" (Kant). Warum duldet der moderne Staat, daß Millionenwerte deutschen Geldes ins Ausland fließen, ohne seinerseits rechtzeitig und erfolgreich zur Herabsetzung des Druckes, der auf der Heimat liegt, eine steuerliche Erfassung jenes Besitztums in die Wege zu leiten? Und wie ist es mit so manch anderen Wuchergewinnen, Kaufakten und Kriegsgeschäften zum Schaden des Gemeinwohles? Besitzt der Staat als solcher eine Steuermoral? Nur gerechte Gesetze — und Gerechtigkeit

ist keine chemische Formel — verpflichten im Gewissen![1]) Dagegen hat der Kulturfortschritt als Moralprinzip auch in der Steuerfrage vollständig versagt. Je mehr sich Regierung und Volk als ein Ganzes fühlen, desto mehr wird die Gerechtigkeit auch in Finanz- und Wirtschaftsfragen verwirklicht werden und nur die Rückkehr zur praktischen Betätigung des christlichen Lebens sowohl im einzelnen wie in den Organen der Gemeinde- und Landesbehörden — nicht die Grundsätze Treitschkes und Nietzsches (keiner von ihnen war Katholik!) — wird dies Glück der Völker begründen können! Ehre aber dem Christen, der gleich seinen Vorvätern, auch einem gottlosen Staatsleben um des Gewissens willen „in Kraft und im heiligen Geiste und in reicher Fülle" (1. Thess. 1, 5) die Treue hält!

„Gib, o Herr, Eintracht und Frieden uns und allen Menschen der Erde, wie du sie gegeben hast unseren Vätern, als sie dich fromm anriefen im Glauben und in der Wahrheit, die wir untertan sind deinem allmächtigen und allgewaltigen Namen und unseren Fürsten und Obrigkeiten auf Erden . . . Verleih ihnen, o Herr, Gesundheit und Frieden, Eintracht und Wohlstand, damit sie ohne Fehl die ihnen gegebene Herrschaft führen können. Denn du gibst ja, o Herr, König des Himmels in Ewigkeit, den Menschenkindern Hoheit, Ehre und Macht über das, was auf Erden ist; lenke auch o Herr, ihren Sinn auf das, was vor dir gut und wohlgefällig ist, damit sie die ihnen von dir gegebene Macht in Frieden und Milde gottesfürchtig gebrauchen und so deine Huld erlangen." (Clemens Rom. im 1. Jahrh. n. Chr.)

[1]) In der österreichischen Zeitschrift „Das Neue Reich" (Wien, 4. IV. 1920) beginnt Universitätsprofessor Dr. Biederlack S. J. (Innsbruck) einen Artikel „Grundsätzliches zur Steuergesetzgebung" mit den Worten: „Die christliche Moral trägt keinen Augenblick Bedenken, die staatlichen Steuergesetze als im Gewissen verbindlich anzuerkennen, vorausgesetzt natürlich, daß die staatliche Autorität sie auch als Gewissenspflichten auferlegen will". Dieser Wille fehlt dem modern-religionslosen Staate vollständig, — er wäre eben sonst nicht religionslos.

Zur Organisation des Mittelstandes.

Von Dr. Heinrich Staab, Köln.

Die Arbeiterschaft war infolge ihrer durchweg um bestimmte Zentren gelagerten Masse einer stoßkräftigen Organisation (verhältnismäßig) am ersten zugänglich. Ihre rein natürlich, durch Arbeitsstätte und Berufsgliederung bedingte Geschlossenheit hatte deshalb schon früh eine Tendenz zur einheitlichen Willensbildung. Heute hat die Gewerkschaftsbewegung im Streik, Organisationszwang, Arbeitskontrolle u. a. den Gipfel organisatorischer Stärke erklommen. Gerade das Kapitel „politischer Streik" kennzeichnet eine gewisse Seite dieses ins Wilde geschossenen Uebermachtbewußtseins, welche dem sozialen Ausgleich hinderlich ist. Als logische Folge dieser einseitigen Ausbildung eines einzelnen Gliedes der Gesellschaft entsteht das Bestreben der bislang säumigen Stände, gleichfalls zu stoßkräftigem Zusammenschluß zu gelangen. Es zeigt sich hier ein soziologisches Gesetz, demzufolge die Natur selbst nach dem allen Gruppen allein förderlichen Ausgleich drängt. Wollte man diesen Gesichtspunkt immer beachten, es würden beim Organisieren und bei Anwendung organisatorischer Stoßkraft viel weniger soziale Sünden begangen. Bei Angestellten und Beamten lagen die Bedingungen ähnlich denen der Arbeiter. Arbeitszentren, naher beruflicher Zusammenhang, Ineinander-, statt Nebeneinanderarbeiten. Beide Gruppen haben organisatorische Erfahrungen verwenden können und so schnellstens Versäumtes nachgeholt.

Anders liegt die Sache bei dem bedeutendsten und zahlenmäßig ohne Frage stärksten Stande, dem Mittelstande. Der interessante Versuch einer Zusammenfassung seiner Glieder auf wirtschaftspolitischer Basis, dessen Anfänge wir in der Bewegung des „Christlichen Mittelstandes" sehen, ist in vieler Hinsicht ein organisatorisches Novum.

Schon bei der Abgrenzung des Begriffes „Mittelstand" stellen sich Schwierigkeiten ein. Während die Arbeiterschaft ein aus einheitlichen Elementen zusammengesetztes Ganzes ist, rekrutiert sich die in der Mitte des sozialen Lebens gelagerte Schicht aus verschiedenen Berufsgruppen. Die Kristallisierungspunkte unserer sozialwirtschaftlichen Theorie sind Arbeit und Besitz. Beide, in einer reinen, unwirklichen Abstraktion zu Schlagwörtern gemacht, haben so viel Gegensatz und Klassenhaß in unser öffentliches Leben gebracht. Geht man aber von der nüchternen Betrachtung aus, daß nur ganz wenige, ohne zu arbeiten, besitzen, und auch der Arbeit ihr Lohn blüht, so kommt man den wirklichen Tendenzen unserer sozialen Schichtung näher. Diese Mitte zwischen Arbeit und Besitz scheint mir die Plattform mittelständlerischer Kultur zu sein. In ihr liegt die gesunde Veranlagung und Bedeutung des Mittelstandes, in ihr ruht die Gefährlichkeit seiner drohenden Proletarisierung, in ihr finden wir letzten Endes auch die Richtlinien für seine Zusammenfassung. Bedenkt man, daß es neben der körperlichen auch eine geistige Arbeit, neben dem körperlichen auch einen geistigen Besitz gibt und beide z. B. in der kaufmännischen Berufsgruppe von Hause aus zusammengehören und geradezu typisch für die Synthese mittelständlerischer Wirtschaft geworden sind, so sind die Grenzen gezogen: Bauer, Gewerbetreibender, Kaufmann, freier Beruf, Akademiker, Beamter, (Privat-, Gemeinde-, Staatsbeamter) sind lauter mittelständlerische, d. h. durch eine eigene kulturelle Prägung zwischen die Extremen unserer sozialen Schichtung eingeschobene Berufsgruppen. Von ihnen tragen wohl Bauer und Beamter kraft ihres Arbeitsgebietes eine so eigene Färbung, daß sie bereits selbständige standeskulturelle Bewegungen ausgelöst haben. Immerhin Bauerntum und Beamtenschaft (worunter im weiteren Sinne auch die Angestellten zu begreifen wären), finden ihre ständische Orientierung nur in der Mitte des sozialen Ganzen.

Außer diesen begrifflichen hat die Organisation des Mittelstandes auch starke tatsächlich gewordene Hindernisse zu überwinden. Die Arbeiterschaft aller Fachgruppen verbinden vollständig parallellaufende Interessen, ein Nebeneinander gleichgerichteter Tendenzen. Der Mittelstand ist ein Ineinanderwirken seiner verschiedensten Berufsgruppen, welches, ehe die äußere Stoßkraft gewonnen wird, innerhalb durch starke sittliche Momente einen Ausgleich finden muß. In diesem Zusammenhang erklärt sich, weshalb gerade eine mittelständlerische Standesbewegung tiefster philosophischer Begründung bedarf und insbesondere der christliche Solidaritätsgedanke die einzig mögliche und notwendige Basis ihrer gesunden Entwicklung ist. Der Zusammenschluß der bereits bestehenden rein wirtschaftlich und lokal bestimmten Mittelstandsgruppen (Handwerkerinnungen, Einzelhändlervereine, Kaufmannschaften usw.) auf kulturgewerkschaftlicher Basis, die Ergänzung der Lücken durch besondere Ortsgruppen des Gesamtverbandes, Heranziehung aller Berufsgruppen sind jedem Schema abholde, einzig individuell zu lösende Aufgaben. Man muß vergessen, was trennt, und suchen, was eint. Diese Devise allein kittet die mittelständlerische Front zusammen.

Die Verbreitung der Mittelstandsidee, die Aufrüttelung des Bürgertums haben einen gefährlichen toten Punkt zu überwinden: Die nachgerade notorisch gewordene Saumseligkeit und Uninteressiertheit des Bürgers. Die Abkommen von Bielefeld und Münster haben zwar auch den Schläfrigsten die Augen über die Klassentendenz unserer politischen Entwicklung geöffnet. Aber ehe man in der Lage ist, das verlorene soziale Gleichgewicht durch eine großzügige Organisation des Mittelstandes wiederherzustellen, ist noch vieles zu tun.

Wie man Mittelständler aufrüttelt, ist eine besondere Sache. Im allgemeinen empfiehlt sich für den schnellsten und festest fundierten Zusammenschluß der Weg, daß ein Ausschuß interessierter Personen der verschiedenen Stände und bürgerlichen Parteien zusammentritt, mit den Organisationen des Ortes Fühlung nimmt und deren Annäherung bewirkt. Engste Fühlungnahme wäre wegen der Richtlinien für die Aktion, des Werbematerials usw. mit dem Generalsekretariat des Gesamtverbandes „Christlicher Mittelstand", Köln, Mauritius-Steinweg 18, zu halten.

Eine Bewegung, welche technisch die Zusammenfassung, geistig den Ausgleich erstrebt, muß unter allen Umständen das nötige Rückgrat in einem tief verankerten Programm haben. Neben der durchdachten kulturellen Grundlage praktischen Christentums, verstanden als die interkonfessionelle Ethik der zehn Gebote, der sich auch positiv gläubige Judenkreise unterwerfen, ist strenge parteipolitische Neutralität, abgegrenzt durch die entschiedene Stellungnahme gegen den mittelstandsfeindlichen Sozialismus aller Schattierungen, Vorbedingung einer zweckbewußten Entwicklung.

Eins darf bei Tendenzierung der Mittelstandsbewegung nicht vergessen werden. Obwohl in Reaktion gegen die machtpolitische Auswachsung eines einzelnen Standes entstanden, kann ihre Aufgabe nicht in Klassenkampf bestehen. Der Mittelstand, als reine Kampforganisation begründet, spräche nicht nur seinen Anlagen und Aufgaben Hohn, sondern würde infolge seiner Mittelstellung im sozialen Ganzen einen sinnlosen Kampf nach

zwei Seiten zu führen haben. Dem Staatsganzen frommt nur eins: Nicht Kampf und neuer Haß, mit dem verblendete Arbeiterkreise den sozialen Körper kurieren wollen, sondern Ausgleich und Versöhnung. Mittelständlers Werk am Vaterland ist nicht Klassenkampf, sondern Ständesolidarität, sein Werkzeug eigene Standeskultur und Achtung vor den berechtigten Interessen anderer Städte.

Neu-Deutschland.

Von Professor Hermann Hoffmann, Breslau.

Vor dem Umsturz war es den Schülern höherer Lehranstalten schwer, sich in Vereine zusammenzuschließen. Die verbotenen Schülerverbindungen blühten um so mehr, je weniger die Schüler Gelegenheit hatten, in erlaubter Weise sich zusammenzutun. Marianische Kongregationen waren überhaupt verboten. In den letzten Jahren wurde die Freiheit größer. Allerdings mußten religiöse Vereine katholischer Gymnasiasten unter der Flagge der Bibelkränzchen sich Schutz suchen. Der Wandervogel gedieh herrlich trotz aller Einschränkung durch die Schule. Und das geringe Maß von Freiheit, das die Schule ihren Zöglingen ließ, hat auf katholischer Seite das Aufkommen der sich Quickborn nennenden Jugendbewegung auf enthaltsamer Grundlage nicht aufhalten können. Der Umsturz brachte den Gymnasiasten unbeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit. Ob das gut war, bleibe unerörtert. Die Freiheit ist da.

Seit zehn Jahren etwa hatten sich da und dort freie katholische Studienzirkel gebildet. Im Kriege, aber namentlich seit dem Umsturz mehrte sich ihre Zahl. Im Sommer gründete man „Neu-Deutschland", d. h. den „Verband katholischer Schüler höherer Lehranstalten". Am 28. und 29. Dezember des vergangenen Jahres hielt der junge Verband seinen ersten Vertretertag in Köln. An 300 Vertreter der in 103 Gruppen zusammengeschlossenen mehr als 10 000 katholischen Gymnasiasten waren beieinander.

In meinem hier erschienenen Aufsatz „Zur Organisation der katholischen Schüler höherer Lehranstalten" hatte ich gezeigt, daß in der heutigen Jugendarbeit ein doppelter Gegensatz zu beobachten sei, je nachdem was für die Jugend, in der Jugend, vor der Jugend geschehe. Es ist einmal der Gegensatz von Jugendpflege und Jugendbewegung, und dann der andere Gegensatz von Jugendorganisation und Jugendbewegung. Das Wesen der Jugendbewegung ist Freiheit, hatte ich ausgeführt. Freideutsche Jugend und Wandervogel sind die bekanntesten Vertreter der Jugendbewegung. Ihre Auswüchse sind auch bekannt genug, ihre Freiheit treiben sie bis zur Ablehnung der Autorität, manchmal bis zum Kampf gegen Haus und Schule, manchmal bis zur Ablehnung jeder religiösen Bindung. Auf katholischer Seite sind vor allem zwei Jugendbewegungen aufgetreten: die großdeutsche Jugend, die z. B. in München glänzend arbeitet, und der Quickborn, der namentlich seit seiner Tagung auf der eignen Burg Rothenfels a. Main im August vorigen Jahres bekannt geworden ist. Beide Bewegungen wollen frei, in Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung ihr Reich sich bauen; Quickborn baut als Schutzwall um die Freiheit die Enthaltsamkeit. Beide Bewegungen erkennen ganz selbstverständlich die Autorität der Schule, der Eltern, der Kirche an. Ihre Gruppen wollen Erziehungsgemeinschaften sein, so frei wie möglich, so gebunden wie nötig. Es ist ein Segen, daß wir auf katholischer Seite solche Gruppen haben, die unsere katholischen Schüler aufnehmen und festhalten, die sonst freideutsch werden würden.

Die Jugendbewegung steht im Gegensatz zur Jugendpflege. Was der Staat, was die Schule für die Jugend tut, das ist Jugendpflege. Jungdeutschland ist Jugendpflege. Man meint es gut mit der Jugend und sorgt für sie und betreut sie und behütet sie. Es kann bei solcher Arbeit an der Jugend oder für die Jugend der Junge zur Mitarbeit herangezogen werden, in weitem Umfange vielleicht, aber ausschlaggebend ist die Leitung und Anleitung von oben her.

Der andere Gegensatz ist der von Bewegung und Organisation. Als altbewährte Jugendorganisation ist die Marianische Kongregation bekannt. Jede Bewegung, ob die christliche, ob die franziskanische, ob die sozialistische, drängt zur Form und zur Organisation. Nun meinen manche: Geist und Feuer erlöschen in der Organisation. Das braucht doch wohl nicht zu sein. Die Organisation ist ein Schutz für den Geist, ein Damm, der die Gedanken auf dem rechten Weg zum Ziele hält. Organisation kann natürlich Bindung und Behinderung sein für Feuerseelen, kann aber auch Richtung und Hemmung sein für Stürmer und Dränger. Bewegung zündet und reißt fort, Organisation trägt und hilft. Die Bewegung erfordert lebendige Kraftnaturen, die Organisation ermöglicht auch dem Langsamen den Fortschritt und dem Durchschnitt das Gehen.

Viele haben mit Spannung verfolgt, welche Stellung Neu-Deutschland einnehmen würde in diesem doppelten Gegensatz. Die ersten Veröffentlichungen sahen aus wie Jugendpflege: Bischöfe, Religionslehrer, Geistliche und Jugendfreunde aller Art wünschten und wollten die katholische Jugend erfassen. Dann kam kurz vor der Tagung der Satzungsentwurf. Der ließ die Absicht erkennen, eine Jugendbewegung zu „schaffen", wenn Bewegung überhaupt sich schaffen läßt. Da sollten Gruppen, Gaue und Verband geleitet werden von der Jugend, die nur Bei„räte" neben sich haben sollten. Dieser Entwurf wurde der Vertretertagung gar nicht mehr vorgelegt. Die Zeit war noch nicht gekommen, daß die Jugend überall diese Selbstverwaltung ertragen und leisten konnte, daß man überall der Jugend diese Freiheit zugestehen wollte.

Nach den Beschlüssen des Vertretertages ist es den Ortsgruppen freigestellt, sich Satzungen nach eigenen Bedürfnissen zu geben, nur dürfen sie den Belangen der Kirche, des Elternhauses, der Schule und des Verbandes nicht widersprechen. Was bedeutet das für den besprochenen Doppelgegensatz? Wir werden bei Neu-Deutschland also Ortsgruppen ganz verschiedener Art treffen: Gruppen reinster Jugendpflege von seiten guter, wohlmeinender Religionslehrer, Gruppen so freiheitlich wie echteste Jugendbewegung, aber die Mehrzahl der Gruppen werden Vereine sein mit haltbarer Organisation, die Arbeit verbürgt und Mitarbeit verlangt. Und der Verband? Ist eine katholische Gymnasiastenorganisation. Somit hat die studierende katholische Jugend die Wahl zwischen Bewegung und Organisation, zwischen Quickborn und Neu-Deutschland und Marianischer Kongregation und Juventus und Großdeutschen.

Neu-Deutschland will Abwehr sein! Die Zukunft des Vaterlandes ruht nicht auf der Beseitigung der Autorität, sondern auf der Achtung der Autorität. Also Abwehr gegen die „Entschieden Jugendlichen", gegen die unchristliche Jugend. Neu-Deutschland will dem Vaterlande Führer bilden, die ihre Jugendzeit ernst ausgenützt haben zur Beschäftigung mit Kunst, Literatur, Apologetik, sozialem Studium, Philosophie. Neu-Deutschland will seine Jünger zu treukatholischen Männern machen. Das war auch auf der Tagung das Erfreuliche, das Hoffnunggebende, zu sehen, wie diese Jugend sich begeistert für Religion und Kirche. Neu-Deutschland will sein der „Zusammenschluß katholischer Schüler höherer Lehranstalten, die in treuer Vereinigung mit Elternhaus und Schule sich befähigen wollen, ihre katholische Welt- und Lebensanschauung mit Verstand und Herz möglichst innig zu erfassen und in ihrem ganzen Leben durch einen Katholizismus der Tat auswirken zu lassen. Die gewissenhafte Durchführung der Grundsätze ihres heiligen Glaubens verpflichtet sie, freudig und opferfroh ihre Kraft in den Dienst des deutschen Vaterlandes zu stellen."

Den Verband leitet ein Vorsitzender, den der Erzbischof von Köln ernennt. Zum Verbandsvorstand gehören außer diesem der Generalsekretär, drei Religionslehrer, drei ältere Laien, die Schriftleiter des „Leuchtturm" und der „Burg" und 15 Vertreter der Schüler. Als Nachrichtenblatt dient der „Aufstieg".

Man kann die Jugend von heute beneiden um das, was ihr geboten ist. Die Verfassung der Jugend ist keine einheitliche, ihre Bedürfnisse ebensowenig, die örtlichen Verhältnisse sind verschieden. Bald wird dies, bald das sich empfehlen. Deswegen braucht man nicht unglücklich zu sein, daß es nicht zu einer einheitlichen Jugendorganisation gekommen ist. Die Marianischen Kongregationen sind namentlich in Bayern schon lange vorhanden, Quickborn wirkt seit zehn Jahren, andere Gruppen bestehen gleichfalls schon lange. Es war unter diesen Verhältnissen nicht zu erwarten, daß Neu-Deutschland alle diese Vereine und Gruppen sich angliedern könnte. Jeder dieser Bünde, so sehr sie auch alle im Ziel übereinstimmen, nämlich die Jugend zu treuen, tätigen Katholiken heranzubilden, geht seinen eignen Weg und hat seine eigene Art. Mag jeder der katholischen Jugend das beste geben, was er leisten kann. Alle aber mögen sich betrachten als Brüder derselben katholischen Familie und als solche sich achten und lieben. So wurde auf der Vertretertagung das Verhältnis Neudeutschlands zu den anderen Bünden ausgedrückt. Und so soll es bleiben.

Bücherelend.

Von Prof. Dr. Gottfried Hoberg, Freiburg im Breisgau.

Vor dem letzten Kriege galt Deutschland als das Land der Gelehrten, der Wissenschaft. Das war erkenntlich durch die große Masse der Schriften, die Deutschland in jedem Jahre hervorbrachte. Wenn auch Minderwertiges darunter war, so bildeten doch die Mehrzahl wissenschaftliche, wenigstens nützliche Bücher. Die Vorbedingungen für das Dasein vieler Bücher sind verschieden: Zunächst derjenige, der ein Buch verfaßt, der geistige Urheber; dann der Drucker, der technische Urheber, der häufig mit dem Verleger, der den kaufmännischen Vertrieb der Bücher in der Hand hat, identisch ist; mit ihm steht auf das innigste in der Verbindung der Sortimenter und jeder, der unmittelbar das Buch dem Publikum darbietet. All diese Vorbedingungen müssen zusammenarbeiten und auch von ethischen Zwecken verbunden sein. Daher bekam Deutschland den Vorrang in der ganzen Welt. Vergleichen wir einige Länder: Im Jahre 1905 belief sich die Bücherproduktion von Deutschland (d. h. das deutsche Sprachgebiet, also auch Oesterreich-Ungarn und die Schweiz) in runden Zahlen auf 25 000, Großbritannien auf 6000, in den Vereinigten Staaten auf 8000, in Frankreich auf 9000, in Belgien auf 2000 Drucke; also Deutschland hatte in der Bücherproduktion einen sehr wichtigen Platz; wenn man aber die Bücherherstellung nach der wissenschaftlichen Bedeutung beurteilt, so hatte Deutschland den ersten Platz in der ganzen Welt inne. Einen wesentlichen Anteil an dem Vorrang Deutschlands haben die Verleger, die das Wagnis eines Buches auf sich nehmen, trotzdem aber von hohen, ethischen Zwecken sich führen lassen, wovon die französischen und englischen Verleger sehr wenig wissen.

Der letzte Krieg hat uns die politische Ueberlegenheit genommen, die wirtschaftliche ebenfalls, sie berührte anfänglich die geistige nicht, aber die Folgen des Krieges rühren jetzt auch an den geistigen Vorrang Deutschlands. Warum? Die geistige Macht der Verfasser, die idealen Zwecke der Verleger, der Eifer der Buchhändler stehen auf derselben Höhe wie früher, aber die technische Herstellung des Buches ist auf schlimmere Wege geführt worden und zwar durch die immer steigenden großen Löhne, abgesehen von dem hohen Preise des Papiers. Denn die kostspielige Herstellung eines Buches macht es dem opferwilligsten Verleger, auch wenn der Autor ein bescheidenes oder gar kein Honorar beansprucht, nicht mehr möglich, umfangreiche Werke zu übernehmen; er muß sich auf solche Bücher allein werfen, die schließlich noch Aussicht bieten, die Herstellungskosten zu decken, z. B. Schulbücher. Deutschland besitzt sehr viele Sammelwerke, Enzyklopädien, die ein Kaufpublikum nur dann finden können, wenn sie trotz ihrer kostspieligen Herstellung für einen erträglichen Preis erworben werden können; derartige Werke können jetzt nicht gedruckt werden, denn anstatt auf einen früheren Preis von ca. 200 ℳ würde ein Sammelwerk auf mindestens 4000 ℳ sich steigern, also kein Kaufpublikum finden. *Wissenschaftliche Bücher*, auch geringen Umfanges, werden in *Zukunft immer seltener* werden. Daher läuft Deutschland Gefahr, seine Ueberlegenheit auf dem geistigen Gebiete zu verlieren. Denn der Betrieb der Wissenschaft ist auch durch gedruckte wissenschaftliche Bücher bedingt. Daher kann man jetzt schon von einem „*Bücherelend*“ sprechen, da vielen Wissensdurstigen versagt ist, sich jene Bücher zu verschaffen, die ihnen zu Gebote stehen sollten.

Die letzte Ursache des „Bücherelendes“ ist die beständige Steigerung der großen Löhne für den Druck der Bücher. Die *Unterschätzung des Geistigen, die Ueberschätzung des Materiellen* ruft das fortwährende Verlangen nach größeren Löhnen der „Handarbeiter“ hervor. Dieses Bestreben wird genährt durch eine kraftlose Regierung, die geschoben wird von den sozialdemokratischen Parteien, denen die Erkenntnis und die Wertschätzung der geistigen Güter fehlt. Es ist daher sehr notwendig, daß diejenigen, welche in der Politik führen, sich wandeln und nicht allein für materielle Zwecke, sondern auch für geistige Sorge haben. „Der Mensch lebt nicht allein vom Brote, sondern auch von dem, das aus dem Munde Gottes kommt“. Das „Bücherelend“ ist daher die Folge der Uebersättigung durch „das Brot“, das in steigender Progression die „Handarbeiter“ unter der Mithilfe der Parlamente aus unserem Vaterlande erzwingen.

Eine Eisenbahn unter dem Meere.

Von Peter Wirtz, Düsseldorf.

Der Plan eines unterseeischen Tunnels zwischen England und Frankreich, dessen Ausführung, wie Londoner Blätter kürzlich meldeten, keine militärischen Bedenken mehr entgegenstehen, ist bereits über hundert Jahre alt. Im Jahre 1802 schlug nämlich der französische Ingenieur Mathieu Napoleon vor, unter dem Kanal eine gepflasterte Straße anzulegen, und man behauptet sogar, daß der nachmalige Kaiser der Franzosen sich von Boulogne nach Sangatte begab, um den Ausgangspunkt der Straße zu besichtigen. 1835 unternahm ein anderer französischer Ingenieur, Thomé de Gamond, eine geologische Untersuchung über die Bodengestaltung im Aermelkanal. Im Jahre 1875 hatten die Untersuchungen zu folgendem Ergebnis geführt: der Untergrund besteht zunächst aus einer mächtigen Schicht von weißem oder Plänorkalk und darunter aus einer grauen Kalkschicht, welche wahrscheinlich solid auf sogenanntem paläozonischem Gestein ruht. An der engsten Stelle, südlich von Dover neben der Margarethenbucht, und nördlich von Calais wurde in der Mitte eine höchste Tiefe von 60 Meter und eine entsprechende Bodenbeschaffenheit festgestellt, so daß man nach sorgfältiger Forschung wie aus geologischer Wissenschaft mit Recht auf das günstigste Material für Durchführung eines Tunnels, nämlich eines ununterbrochenen zusammenhängenden, tiefen und mächtigen, gegen Einbruch und Einspruch der neptunischen Majestät geschützten Kalksteingrund oben darüber schließen darf. Die größte oben erwähnte Tiefe bei einer Breite von 20 englischen Meilen gestattet auch einen so sanften Abfall nach der Mitte hin, daß man auf je 2640 Fuß nur etwa einen Fuß tiefer zu bohren braucht. Von den beiden Küsten her freilich muß man, um möglichst rasch aus der Tiefe in die Eisenbahnnetze auf der Erde zu kommen, größere Steigerung gewärtigen, was aber guten Lokomotiven keine Schwierigkeit bieten dürfte.

Auf Grund der so gemachten Untersuchungen wurde im Jahre 1875 die Société française du tunnel sous la Manche gegründet und durch Gesetz vom 2. August desselben Jahres d'utilité publique erklärt. Die französische Nordbahn stellte eine Million Franken, die London—Dover Gesellschaft ebensoviel, Baron von Rotschild eine halbe Million, die Stadt Paris 50 000 Franken und die Volkswirte Michel Chevalier und Léon Say sowie Lavalley, Ingenieur des Suezkanal, je 25 000 Franken zur Verfügung. Auch eine englische Gesellschaft wurde gegründet. Sie hatte ihre Bureaus Nr. 5 Victoriastreet des Westminsterteils von London; Sekretär war Mr. Bellingham und Lord Richard Grosvenor war der Protektor des Unternehmens. Die Leitung lag in Händen der Ingenieure Sir John Hawshaw und Brunlee. Zur Bohrung bediente man sich einer von dem Engländer D. Brunton erfundenen Ausmeißlungsmaschine. Schächte wurden in Frankreich in Sangatte errichtet und eine 1840 Meter lange Galerie unter den Pas-de-Calais gegraben. Auf englischer Seite bestand 1882, am Fuße des Shakespeare-Cliff eine Galerie von etwa zwei Kilometer. Diese Galerien stehen heute unter Wasser, denn die Fortführung der Arbeiten scheiterte an dem Widerstande der damaligen britischen Regierung, Widerstand der heute nicht mehr besteht.

Heuer wurden wieder zwei Projekte zur Verwirklichung des Planes ausgearbeitet, ein französisches und ein englisches. Die Autoren des französischen Planes sind der kürzlich verstorbene Ingenieur Ludwig Breton und der frühere Betriebsingenieur der Nordbahn Albert Sartiaux. Es sollen zwei zylinderförmige Tunnels von 5—50 Meter Durchmesser, 15 Meter voneinander getrennt parallel laufen, die durch Verbindungsstollen gelüftet werden. Die Ausführung würde 6 Jahre dauern. Der Tunnel soll von Dover ausgehen, Shakespeare-Cliff passieren und in Frankreich am Bahnhof von Marquise halbwegs zwischen Calais und Boulogne auslaufen. Die Eisenbahn würde 60 Kilometer, der Tunnel 53 Kilometer lang sein, davon 39 unter dem Meere und 14 unter dem Festland zu beiden Seiten des Kanals. Das englische Projekt, dessen Vater Sir Arthur Fell ist, würde 4 „tubes“, davon eines für Automobile einrichten. Schnellzüge würden von London nach Paris 6 Stunden gebrauchen und der Fahrpreis 10 Schilling betragen. Der unterirdische Gang würde 48 Kilometer lang sein, von denen 32 unter dem Kanal. Die Ueberfahrt würde 40 Minuten dauern. In der Nähe von Dover ausgehend, würde er im Dorfe Wissant zwischen Calais und Boulogne einlaufen. Die

elektrische Zentrale soll in England, etwa 15 Kilometer von der Küste entfernt, eingerichtet werden, um den Engländern zu gestatten, bei Gefahr den Strom zu sperren und eventuell auch die Galerien unter Wasser zu stellen. Die Kosten würden etwa 7 Millionen Franken pro Kilometer betragen. Man glaubt, daß die Arbeiten von der französischen und englischen Regierung unternommen werden dürften, es sich also um ein Staatsunternehmen handelt.

Die Blätter nehmen bereits jetzt die wirtschaftlichen Ergebnisse dieses Riesenprojektes vor. Wir wollen damit warten, bis einmal Unterlagen vorhanden sind, die solche Berechnungen rechtfertigen.

Vom Büchertisch.

Prof. Dr. Otto Hellinghaus: Beethoven. Seine Persönlichkeit in den Aufzeichnungen seiner Zeitgenossen, seinen Briefen und Tagebüchern. Mit einem Titelbild. Freiburg i. Br., Herder. 5. Band der „Bibliothek wertvoller Denkwürdigkeiten". Preis geb. 9.20 ℳ. — Ich hatte gerade Romain Rollands Bändchen „Ludwig van Beethoven", die unverkürzte Vorrede (1903) zu seinem „Beethoven" geschlossen, als das oben angezeigte Werk einlief. Es zeigt gewiß für dessen Eindringlichkeit, daß ich es im unmittelbaren Anschluß an des Franzosen hervorragende Darstellung als willkommene Ergänzung in einem Zuge lesen konnte, ohne eine Abschwächung in Stimmung und Interesse zu bemerken. Hellinghaus' mit großem gründlichem Fleiß und nicht minderem Geschick aufgebautes Buch wird dem in der Beethoven-Literatur wirklich Bewanderten zwar kaum erheblich Neues bringen, aber ihm doch bald unentbehrlich bedünken durch die ungemein glückliche Art der Herzu- und Zusammenziehung des gegebenen reichen, überreichen Stoffes zur Schaffung eines tief in Beethovens düsteres und nicht zuletzt inneres Leben leuchtenden Persönlichkeitsbildes des gewaltigsten aller Tonkünstler und eines der edelsten, wenn auch gewiß nicht „diszipliniertesten" Menschen. — Das dem schmucken Bande vorangesetzte Bildnis wurde hergestellt nach J. Mählers reichlich „konventionellem" zweiten Beethoven-Porträt aus dem Jahre 1814 (Rolland setzt 1815); das erste entstand 1805, kurz vor der Verlobung des Meisters mit der Gräfin Therese von Brunswick, seiner Schülerin seit deren Kindheit. Hier sei bemerkt, daß der auch bei Hellinghaus wörtlich angeführte Brief Beethovens an sie als die „unsterbliche Geliebte" sicher vor 1812 verlegt werden muß, da das Verlöbnis schon 1810 nicht mehr bestand, wohl aber die Liebe der Verlobten bis an beider Ende, wie das auch für Beethoven festgestellt werden kann (Therese blieb gleichfalls unvermählt). — Hellinghaus' tatsächlich „wertvoller" Band gehört in alle häuslichen und öffentlichen einschlägigen Büchereien. E. M. Hamann.

Sophie Weinstock: Auf sicheren Wegen dem Glück entgegen! Freundesworte für heranreifende Schülerinnen. Mit einer Einführung von Dr. theol. Fr. Jos. Peters, Prof. am Erzbischöfl. Priesterseminar in Köln. Münster i. W., Aschendorffsche Verlagshandlung. Pr. geb. 4,80 ℳ. — Der Drang der neuzeitlichen idealer veranlagten Jugend — und Gott Dank: wir haben deren noch! — geht vielfach dahin, möglichst ernst, möglichst „für voll" genommen zu werden. Auch unter den Mädchen, nicht zuletzt unter diesen. Um so willkommener dürfte das oben angezeigte Buch sein, das sich hauptsächlich an die gebildete weibliche Jugend zwischen 13 und 17 Jahren, also innerhalb der allerwichtigsten äußeren und inneren Entwicklungszeit, wendet. Wie eine lern- und lehrerfahrene, lebens- und weltgewandte Freundin gottinniger Reifebildung spricht die Verfasserin zu den Schülerinnen, zeigt ihnen den Weg zum Guten, von diesem zum Besseren, hilft ihnen zur klaren Erkenntnis durch Vergleichungs- und Unterscheidungsurteil und läßt sie bewußt selbsttätig teilnehmen am Einsichts- und Willensaufbau fortschreitenden eigenen Lebens zum Segen für sich und andere. Eben hierauf, auf der Verantwortlichkeit liegt ein Hauptnachdruck, auf der Gewissensverpflichtung, den eigenen inneren Menschen nicht nur für uns selbst, sondern auch für die Umwelt und letzten Endes für künftige Geschlechter zu bilden: kraft der zu gewinnenden Gotteskindschaft. Dieser hohe Ernst der Einzelpflichten und Gesamtpflicht erscheint durchleuchtet und durchsonnt von jener echten Freudigkeit, die auch die reinen Segnungen der Erde dankbar genießen läßt. Möglich, daß das Buch nicht durchweg auf Zustimmung stößt; das schadet keineswegs — im Gegenteil. Besser die Anregung lebhafter Erörterung als die Stockung unbewegter Nachgiebigkeit. — Der Inhalt ergibt sich als reichhaltig und gut gegliedert.
E. M. Hamann.

Anna Freiin von Krane: Von Weltkindern, armen Sündern und Heiligen. Geschichten. Regensburg, Joseph Habbel. Pr. geb. 4 ℳ. — Hinsichtlich dieses Buches bedauere ich, daß es nicht — zwei sind. Es ließe sich vortrefflich in glatte Hälften teilen. Die erste: „Von Weltkindern", gäbe ein gutes, gehobenes Unterhaltungsbändchen mit vertieft ausgestaltetem Stoff aus dem neuzeitlichen Weltkinderleben. Die zweite: „Von armen Sündern und Heiligen", stünde als eine hervorragende Veröffentlichung da, als ein dichterisches Kunstwerk von Anfang bis Ende, als eine Kleinodienreihe, wie man ihr selten wieder begegnen mag. Welche „Geschichte" darin das Glanzstück bildet? Vielleicht gleich die erste von der seltsamen Christfeier der rohen Holzfäller im wilden Westen? Oder die folgende von der Blindenheilung zur Zeit und unter der Segensvermittlung der hl. Elisabeth von Thüringen? Oder die köstlich eingekleidete dritte von der mailich geschmückten kleinen Schloßkapelle mit dem uralten Muttergottesbilde: Maria, ihrem Jesusknaben und den diesem beigegebenen wundersam häßlichen Lämmchen? Oder, mehr noch die legendär gehaltene feiner psychologischer Ausspinnung: „Die Mütter von Bethlehem?" Die Wahl fällt schwer. Aber ich wollte, ich wollte, eine entsprechende Sonderausgabe höbe das hier entzündete Licht dorthin, wohin es gehört: auf den Leuchter. E. M. Hamann.

Ludwig Tieck, Franz Sternbalds Wanderungen, eine altdeutsche Geschichte. Verlag Parcus & Co. München 1920. 271 Seit. 8°. Preis gebunden ℳ 10.—. Der Tiecksche Künstlerroman, an dessen Plane Wackenroder mitgearbeitet hatte, ist 1798 erschienen und liegt jetzt in einer Neuausgabe des um die Wiederbelebung des Interesses für die romantische Literatur verdienten Parcus-Verlages vor. Das Werk, das (besonders in seinem 2. Teile) den Einfluß Wilhelm Meisters erkennen läßt, hat auf die romantischen Dichter der nachfolgenden Zeit starke Wirkungen geübt. Franz Sternbald ist ein junger Maler, ein von Tieck erfundener Schüler und Freund Albrecht Dürers. Dessen Haus und Werkstatt verläßt er, um die höchste Schönheit in der Ferne zu suchen. Er kommt nach Flamland und schließlich nach Rom, wo ihm der Geist der Schöpfungen Michelangelos offenbar wird. Zugleich wird aus dem manchem Leichtsinn hingegebenen Jünglinge ein ernster Mann, der sich mit wahrer innerer Begeisterung der Kunst widmet. Auch ist ihm das Glück beschieden, die längst gesuchte Geliebte seiner Kindheit und Jugend zu finden und für sich zu gewinnen. Die dünne Handlung spielt vor einem ungewiß gezeichneten, halb mittelalterlichen, halb neuzeitlichen Hintergrunde, in dessen Zeichnung und Färbung sich die unklaren Schwärmereien der Romantik spiegeln. Träumereien, Betrachtungen über das innere Wesen einer lediglich Idealen nachsinnenden, der Wirklichkeit fremden, ja absichtlich ihr sich fern haltender Kunst bilden den bei weitem überwiegenden Teil des Buches. Daß wir hier seiner gedenken, geschieht darum, weil es nicht etwa veraltet, sondern an zahlreichen Stellen geradezu überraschend modern ist. Man kann nur staunen, wie Ludwig Tieck vor mehr als einem Jahrhundert bereits jene Leitgedanken ergriffen, und wie er den Mut gefunden, jene Wege zu zeigen, auf denen unsere Modernsten ihren Zielen nachstreben — Vernachlässigung der äußeren Form, Darstellung der Stimmung des geistigen Inhaltes, des Begriffes. Zu rühmen ist die Ueberzeugungstreue, mit der Tieck an der Notwendigkeit des religiösen Gehaltes der Kunst festhält. Anerkennung verdient auch die Liebe und Wärme, mit der die Gestalt Dürers geschildert, und der interessante Gegensatz, in den dieser gegen den Maler Lukas von Leyden gebracht ist. Leider stehen der Zartheit und hohen Idealität aller dieser Dinge Stellen von schwüler Sinnlichkeit gegenüber, die das Buch für nicht durchaus gereifte Leser unmöglich machen. Die Ausstattung — auch mehrere Bilder sind beigegeben — erfüllt höhere Ansprüche, als man sie bei jetziger Zeit stellen kann. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Die Passion im Münchener Künstlertheater. Viel echte Kunst und Schönheit gelegentlich auch lediglich Farbe, Glanz und Lebensfreude verknüpfen sich uns mit der kleinen Bühne im Ausstellungspark, die uns sechs Jahre verschlossen geblieben, und die Erinnerung löscht gerne das Andenken an einzelne Verfallerscheinungen, die uns auch da draußen, wo man doch sich mit Bewußtsein in den Gegensatz zu dem Theateralltag setzt, nicht erspart geblieben sind. Indem wir die wohl vertrauten Räume wieder betreten, werden wieder die Empfindungen jenes Augustabends wach, an dem man fühlte, daß in jedem Augenblicke die Würfel fallen mußten, die uns den Krieg brachten; es war die letzte Erstaufführung, welche die dann militärischen Zwecken zugeführte Bühne gesehen hat. Man darf es dem Wagemut der Hermine Körner hoch anrechnen, daß sie sich die Last einer weiteren Direktionsführung auferlegte, ungeachtet der Ungunst der Zeiten. Daß man das Künstlertheater nicht wie eine beliebige Alltagsbühne führen kann, das weiß auch der Laie, denn unwillkürlich erhebt das Publikum dort besondere Erwartungen. Es gibt Imponderabilien zu berücksichtigen, an die man z. B. bei unserem heutigen „betriebsamen" Prinzregententheaterbetrieb viel zu wenig denkt. Frau Körner griff einen Gedanken auf von großer künstlerischer Kühnheit: die Erneuerung der Passionsspiele, ein Plan, dessen Ausführung eine gewaltige Verpflichtung in sich schließt. Ist es oft schon ärgerlich, wenn Maler ohne geistig-seelisches Bedürfnis zu dem heiligen Stoffe ihn lediglich benutzen, um Licht- und Farbenprobleme zu erproben, so würde eine alltägliche Theaterei mit Christus als Bühnenhelden mit Recht stärksten Widerspruch hervorrufen. In Berlin hat man (vor einem Jahre oder zwei) die Aufführung einer Passionstragödie versucht, mit bedeutenden Schauspielern, großem Aufwand und sicherlich viel künstlerischer Intelligenz; aber alles, was man darüber las, spiegelte mehr oder minder das Gefühl einer großen Enttäuschung wieder. So mußte man dem Versuch der Hermine Körner bei aller Freude zwar doch mit einigem Bangen entgegensehen. Vielleicht half der Genius des Ortes, in Berlin ließ der große Kurfürst Schauspieler, die sich an den heiligen Stoff wagten, einfach einsperren; in München war es erst die Zeit der Aufklärung, die die Darstellung Christi höchst undelikat fand und eine uralte Tradition unterband, die sich nur in Oberammergau durch zähen Widerstand und in einigen Tiroler Orten erhalten hat. Die Aufführung im Künstlertheater bot außerordentlich viel Schönes und Erhebendes, die Spielleitung der Frau Körner zeigte eindringliches künstlerisches Verständnis, die Darsteller der Hauptgestalten sind sehr glücklich ausgewählt, der szenische Rahmen ist meist von strenger Stilisierung in schöner Einheitlichkeit. Eine Skizzierung des Mysteriums, das Schmidtbonn nach einer französischen Vorlage des 15. Jahrhunderts geschrieben hat, habe ich in der vorletzten Nummer dieser Zeitschrift zu geben versucht. Es beginnt mit einer Ansprache des Satans. Die naive Primitivität, mit der die mittelalterliche Bühne solche Erscheinungen verkörperte, ist unserer heutigen nicht möglich; aus dem Dunkel ward nur das rotbeleuchtete Haupt des Teufels sichtbar, das den Eindruck von Uebermenschengröße machte, in der Be-

leuchtung vielleicht noch verbesserungsfähig, erschien uns die Lösung des Problems recht glücklich. Die dämmernde Helle zeigt die dreiteilige Mysterienbühne, in der Mitte ein großer Portikus, kleinere zu Seiten, rechts und links führen Stufen zu den Wohnstätten des Hohenpriesters und des Landpflegers, zwanglos ergibt sich der Zustrom der Menge durch Mitte und Seitenwege. Durch den großen Portikus zieht Christus in Jerusalem ein, mit sparsamster Veränderung bildet er den Raum, in dem das Abendmahl bereitet ist, ein Felsbau, und hier ist Gethsemane, ein eisernes Gitter, und die Veränderung genügt, um uns einen neuen Schauplatz vorzutäuschen, zu welchem das rohe Kriegsvolk den Gefangenen schleppt. Auch den Anblick von Golgatha stört nicht dieser Architekturrahmen, den wir übrigens auch bei manchen alten Gemälden sehen, auch dieses Bild war von einer Schönheit und künstlerischen Wahrheit, die ergriff. — Der Einzug Christi in Jerusalem ist in Oberammergau durch die Masse des Volkes gewaltiger, jubelnder, aber vielleicht doch mehr rein dekorativer. Diese Gruppen, die die Regie der Körner dem Einziehenden entgegensandte, waren mehr als Leute in Feiertagsstimmung, sondern Menschen, getrieben von einer inneren oder äußeren Not. Vielleicht mag der eine oder der andere tadeln, daß in einer oder der anderen Mädchenfigur ein hysterischer Unterton mitklang, aber solange dieser nicht beherrschend hervortritt, kann er nicht stören. Jesus erscheint nicht auf der Eselin, wie es das Buch vorschreibt er tritt, von seinen Jüngern umgeben, durch das Tor. Klöpfer (vom Berliner Lessingtheater) ist eine würdevolle Erscheinung von edlen Zügen, seine Stimme hat einen weichen, schönen Klang, der es indessen auch an Tönen männlicher Entschlossenheit nicht gebricht, wenn er sich gegen die Pharisäer wendet. Nesselträger spielt den Kaiphas sehr überzeugend; ganz Realpolitiker ohne Herz, aber gewandt die äußere Repräsentation wahrend. Der immer überscharf konturierende Granach und ein (mir bisher unbekannter) Herr Sahnert umgaben den Priester als Schriftgelehrte. Während Christus weiter zieht, versinkt die Bühne im Dunkel. Von dieser Art des Aktschlusses hat man noch öfter mit guter Wirkung Gebrauch gemacht. Das zweite Bild bringt das Abendmahl, dessen schöne und lebensvolle Gruppierung uns an das Gemälde unseres heimischen Meisters Gebh. Fugel erinnerte. Fußwaschung und Abendmahl vollzog der Darsteller mit einer edlen Natürlichkeit, die ohne pathetische Unterstreichung einen symbolischen Charakter gewann. Oberammergau und Erl haben uns gerade in dieser Szene außerordentlich verwöhnt; aber auch reingeistig stand Klöpfer hier sehr hoch; ganz besonders im „Vater unser". Man hatte hier förmlich das Gefühl einer gewaltigen Intuition, die sich unwillkürlich zu Worten formt. In Gethsemane treffen sich Jesus und Maria. Die herbe Innerlichkeit der Lina Lossen vom Berliner Lessingtheater (sie gehörte in besseren Tagen unserer Hofbühne) macht sie für die Gestalt der Mutter Christi sehr geeignet. Ganz wundervoll war das Zusammenspiel dieser beiden, so daß die Szene, die mir beim Lesen sprachlich etwas matt erschienen war, von dem Zauber einer Gefühlsinnigkeit umflutet wurde. Ergreifend und bedeutend gestaltete Klöpfer die Monologe im Garten von Gethsemane. Als Erzengel Michael in schimmernder Rüstung erschien Frau Körner; für spätere Vorstellungen hat man eine männliche Besetzung vorgesehen. Engelserscheinungen bleiben auf den Brettern immer hinter unserer Phantasie zurück; vermutlich hat dies Gefühl, hier nicht aus einem Darsteller das letzte herauszubringen, die Spielleiterin bewogen, die Figur selbst zu spielen. Die Gefangennahme schließt den Aufzug. Es folgen die Szenen vor Kaiphas und Pilatus, die Verleugnung des Herrn durch Petrus, der Akt endigt mit Klagen Marias, die mit Johannes und den heiligen Frauen kommt, um Wahrheit über das Schicksal des Sohnes zu erfahren. Auzingers Charakteristik des Petrus bewegt sich in den Bahnen guter Tradition, Wohlbrücks Johannes gewann im Laufe der Entwicklung an Farbe. Pilatus denkt man sich weltmännischer von der Judenschaft sich abhebend, als dies der etwas vierschrötigen Erscheinung von Wüstenhagen (Leipzig) gelang, bei der die Willensschwäche nicht sonderlich überzeugen wollte. Die Geißelung Christi wird durch die majestätische Haltung des Dulders ästhetisch möglich. Die rohen Späße der Kriegsknechte, die Szenen beim Zimmermann, der das Kreuz fertigt, beim Schmied, der die Nägel liefert, liebten die alten Passionsdichter realistisch, bisweilen burlesk auszumalen. Vermutlich empfanden ihre Zuschauer dies als eine seelische Entlastung von der tragischen Grundstimmung. Wir fühlen heute anders. Schmidtbonn und die Aufführung mildern; in Ammergau hat man diese historisch nicht uninteressanten Kanten noch mehr abgeschliffen. Im Künstlertheater könnte hier einiges fortfallen schon aus Gründen der dramatischen Oekonomie. Christus auf dem Wege nach Golgatha, das Wunder von dem Schweißtuch der Veronika schließt sich an, und mit dem Selbstmord des Judas endigt der Akt. Die psychologisch fein ausgeführte Figur des Verräters spielte Koch mit wirksamer Maske. Das siebente Bild beginnt mit der Aufrichtung des Kreuzes. Von der Schönheit des Bildes habe ich eingangs gesprochen. Der Christusdarsteller sprach die bekannten Worte mit viel Seele. Erschütternd klang: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen" und erhaben: „Vater, in deine Hände befehle ich meinen Geist." Viel Seele hatte die Szene mit der Mutter, Johannes und Magdalena. Die Verfinsterung des Himmels, Erdbeben und Gewitter beim Tode Christi blieben wohl hinter dem beabsichtigten Eindruck zurück. Das Schlußwort hat der römische Hauptmann, der Jesus als Gottes Sohn erkennt. Die Musik hatte Frau Körner bei Heinrich Kaminski bestellt, einem jungen Tonsetzer, von dem man hier einige Kammermusik weit linksstehender Richtung gehört hat. Wie die Musik die Ankunft Christi vorbereitet, wirkt sie unmittelbar packend, sonst tritt sie oft untermalend auf, begleitet Gesänge (unsichtbar bleibender) Teufel und Engel, deren Sinn wohl der Zuschauer ohne Textbuch nicht errät. Ich möchte nach einmaligem Hören nicht mehr sagen, als daß diese Töne mir nicht sehr nahe gingen. Es ist möglich, daß sich mir noch künstlerisch Interessantes erschließt, ganz entschieden fehlt ihnen aber am Ende Kraft und Fülle. E. v. Klossowski hatte Bühnenbilder und Gewänder entworfen, die verwöhntem Farbengeschmack genügen konnten. Das Publikum, das gebeten war, Kundgebungen jeder Art zu unterlassen, schien ergriffen und ich bin überzeugt, daß auch der naive Theaterbesucher so starke Eindrücke gewinnen wird, wie das bekannte Premièrengremium aus Literatur, Kunst und Gesellschaft. Nur ein Bedenken habe ich, die Preise sind zwar dem heutigen „Arbeiter" erschwinglich, kaum aber dem „geistigen" und dem ganzen Bürgertum, das doch immer noch der Träger unserer Kultur ist.

„Das Mysterium Esther." Es wurde uns mit einem stattlichen Aufwand von Reklame verkündet, daß in dem Zeltbau, in dem sonst die Zirkuskünste ihr Wesen treiben und in dem jüngst Herr Müller, der Reichskanzler, eine Wahlrede hielt, die hohe Kunst eingezogen sei. Von dem Versprechen, daß die alte Kunstart der Pantomime auf einen neuen Stil gebracht sei, haben wir nichts erfüllt gefunden. Das Stück beginnt mit Glockentönen, Gottesdienst und Chorgesang von Mönchen und Nonnen, wobei vom Geistlichen uns aus der Bibel in gedrängter Form die Geschichte der Esther vorgelesen wird. Wir merken bald, daß das Kirchliche nur Vorwand ist, um uns die kommende Pantomime zu „erklären" und das betende Mägdlein, das sich in die Rolle der schönen Jüdin hineinträumt und am Schlusse von den Mönchen tot aus der Manege getragen wird, nur da ist, um diesen Hauptzweck zu motivieren. Die Pantomime von der Esther zieht in 20 Bildern an uns vorbei. Der Stoff ist dramatisch nicht so ergiebig, wie er scheint, was schon Racine fühlte, der seine Esther nur ad usum den jungen Damen von St. Cyr schrieb und Grillparzer, der es bei einem wundervollen Torso bewenden ließ. H. H. Hartt gelingt weder Steigerung noch Spannung. Viel Zeremonien am Hofe von Susa und auch bei den Glaubensgenossen der Esther, viel orientalische Umständlichkeit der Begrüßung. Haman, der Feldherr, zeigt sich in jeder Miene als Bösewicht, Mardochai als Biedermann, Xerxes mimt Majestät. Die Esther ist weder blendend, noch sonderlich ausdrucksvoll. Man ermüdet bald. Ein abgeschlagener Kopf und der beinahe auf das Schaffot gelegte Hamans lehren ein wenig das Gruseln. Professor Zilcher schrieb und dirigierte die exotisch gefärbte Musik; ein dramatisch bewegteres Textbuch hätte seine Erfindungsgabe mehr angeregt. Er hat manches geschrieben, was ich bewundere, aber er schreibt ein bißchen viel. Nein, mit großer Kunst hat dieses „Mysterium", diese „Legende vom Leben, Traum und Tod" nichts zu tun. Ein noch ungefilmter Film, das ist alles.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschafts-Aussprachen und -Probleme — Deutschland bleibt eine begehrte Wirtschaftszentrale — Günstige Begleitwirkungen im Inland — Geschäftsstille im Handel.

In einer von zahlreichen leitenden deutschen Wirtschaftsfaktoren aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefundenen Aussprache im Reichswirtschaftsministerium über die durch die Hebung der deutschen Valuta entstandene Wirtschaftslage und über die Frage einer Aenderung der bestehenden Ausfuhrabgaben wurden bemerkenswerte Darlegungen über die drohende Wirtschaftskrise zum Ausdruck gebracht. Mit Recht betonte hierbei der bayerische Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Rohner, wie sehr unsere jetzige Wirtschaftslage als ein Element von unaufhörlicher Beweglichkeit, also Raschlebigkeit, anzusehen sei, dem sich die Regierungskreise gleichfalls mit entsprechend mitbeweglichen Massnahmen anpassen müsse. Ueberwiegend wurde die Wirtschaftsgesamtlage mit grosser Besorgnis beurteilt. Die Gefahren weiterer schwerer Lohnkrisen könnten lediglich nur in einem vertrauensvollen Zusammenwirken von Kapital und Arbeit einigermassen gemindert werden. Der bekannte Wirtschaftsführer Dr. Walter Rathenau forderte in dieser Aussprache den organischen Neuaufbau der Wirtschaft, ausgehend von einer Besserung der Transportverhältnisse, einer Beruhigung der Arbeiterschaft und einer rationellen Betriebsweise in der Urproduktion. Reichswirtschaftsstaatssekretär Professor Hirsch betonte die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Reichsmarkwährung unter Zuhilfenahme der Reichsbank, in Verbindung mit den Devisenbeschaffungsstellen, welche bereits jetzt durch Milliardenumsätze in Auslandsdevisen sich erfolgreich betätigen konnten Auch die Umgruppierung der Industrie und der Arbeitskräfteaustausch an Ueberschuss von überflüssigen Arbeitern einzelner Betriebe untereinander, namentlich zugunsten der Landwirtschaft und des Kohlenbergbaues —, ferner die Benützung der Erwerbslosenunterstützung zu solchen oder ähnlichen produktiven Zwecken wurden als wichtige Programmteile zur Abwendung der drohenden, vielmehr bereits bestehenden deutschen

Wirtschaftskrise bezeichnet. Naturgemäss wird hier, wie auch bei allen anderen Wirtschaftserörterungen grundlegende Voraussetzung bleiben, ob und wie die demnächstigen **Konferenzen mit der Entente**, namentlich zu Spa, für Deutschlands Wirtschaftszukunft günstig ausfallen werden. Die Möglichkeit einer internationalen Regelungsanleihe ist zwar vorhanden und lässt die Hoffnungen nicht verschwinden, dass dadurch die Mitarbeit des währungsstarken Auslandes an der finanziellen wie wirtschaftlichen Gesundung Europas, hierbei namentlich der besiegten Zentralstaaten als gesichert angesehen werden könne. Immerhin wird man gut tun, solche Erwartungen auf das Mindestmass des Erlaubten zurückzuschrauben. Ob der immer wieder auftauchende Hinweis des englischen Verzichtes auf die deutsche Kriegsschuld berechtigt oder zum mindesten veranlässt durch eine andere Förderung der kühl rechnenden britischen Gewalthaber zurückzuführen ist, muss nach wie vor immer wieder in den Vordergrund gestellt werden. Auch das sich in dem bisherigen Ergebnis der **deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen** — auch der bekannte deutsche Grossindustrielle Hugo Stinnes wurde nunmehr hierzu berufen — und dadurch auch in den gegenseitigen politischen Beziehungen eine leichte Besserung gezeigt hat, sogar der französische Ministerpräsident Millerand, wenn auch mit Vorbehalt zugibt, dass eine Politik des Einverständnisses mit Frankreich Lebensvoraussetzung bedeutet, muss erwähnt werden.

Von nicht ungünstiger Wirkung auf unsere Wirtschaftszukunft ist der gute Verlauf der Berliner Wirtschaftsverhandlungen zwischen **Deutschland und Ungarn**, namentlich das erzielte Ergebnis der beabsichtigten Einfuhr des ungarischen Getreides für Deutschland gegen Abgabe unserer Industrieprodukte, vor allem Maschinen. Auch die immer grösseren Umfang annehmenden **Anschlussbewegungen in Deutsch-Oesterreich** an das Deutsche Reich, welcher Frage nunmehr die Entente grössere Aufmerksamkeit zu schenken scheint, wurde vielfach kommentiert und im Zusammenhang damit eine beabsichtigte Valuta-Anleihe für Oesterreich besprochen. Bezeichnend für die Bewertung der deutschen Wirtschaftsbetätigung ist ein starker Stimmungsumschwung für Deutschland **in Japan** und das dortige Verlangen nach Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen mit uns. Namentlich Admiral Meyer-Waldeck, der berühmte Verteidiger von Tsingtau, hat bei seiner Rückkehr von dem starken Vertrauen Japans in die Zukunft Deutschlands gesprochen und solchen Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands bestätigt. — Trotz der Erfüllung des Friedensvertrages durch Abgabe von rund 5000 Lokomotiven und 150000 Eisenbahnwagen kann von einer **Besserung unserer Verkehrsverhältnisse**, wie solche der neue Sommerfahrplan deutlich ausweist, gesprochen werden. Eine ziemlich bedeutsame Hebung der **Kohlenförderung** im Ruhrgebiet ist zu verzeichnen, wenn auch bedauerlicherweise der Hauptteil dieser Förderungsmehrung für die Zwecke der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente aufgebraucht wird. Die endlich erfolgte **Einigung im Bankgewerbe** nach langen fünf Wochen, ausserdem die vielfach bekannt werdenden zufriedenstellenden Meldungen über die Durchführung der **Industrie-Umstellung** auf die Fabrikation mit reinen Friedensartikeln mit gutem Erfolg — besonders erwähnenswert sei hier die Essener Firma Krupp — sollten berechtigterweise als günstige Momente gelten. Auch die regierungsseits abgegebene Erklärung über die gänzliche **Aufhebung der Zwangswirtschaft** in diesem Jahre erfuhr entsprechende Würdigung. — Alle diese Meldungen wurden jedoch beherrscht von den unvermindert bestehenden krisenhaften Vorgängen im Warenhandel, welche namentlich unter dem Eindruck der endgültigen und zwar bedeutenden Preisherabsetzung für Eisen und andere Metalle, für Häute und Textilprodukte in Deutschland, in Nachwirkung des internationalen Preissturzes für Baumwolle und Lebensmittel die heftigsten Zuckungen erlebte. Ueberall herrscht **krisenhafte Geschäftsstille**, bedingt auch durch die ungeklärte **innerpolitische Lage**. Die Betrachtungen über den **russisch-polnischen Krieg**, ausserdem die kommende Nähe der gewaltigen **Steuerabgaben** bei uns machen solche mehrende Zurückhaltung begreiflich.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 205 20.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 9.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breit. Millimeterzeile M 5.—.
Beilagen:
M 45.— das Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 25 München, 19. Juni 1920. XVII. Jahrgang.

An unsere Leser!

Die Not des deutschen Druckschriftengewerbes ist infolge der Papier-Teuerung, der Preissteigerung aller Rohmaterialien und der notwendig gewordenen Erhöhung aller Gehälter und Löhne aufs höchste gestiegen.

Ein Quantum Zeitschriften-Textpapier, welches beispielsweise in Friedenszeiten fünfzigtausend Mark gekostet hat, kommt heute auf eine Million zweihundertzwanzigtausend Mark zu stehen. — Laut Bekanntmachung des Tarifamts der deutschen Buchdrucker vom 13. Mai 1920 werden mit Wirkung ab 1. Juni 1920 für den Druck von Zeitschriften auf die Preissätze des Friedenstarifes 900% Aufschlag berechnet. Die sonstigen Verteuerungen aller Herstellungskosten, Tarife und Gebühren dürfen als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.

Unter dem Druck solcher Verhältnisse sieht sich auch die „Allgemeine Rundschau", gleich den anderen Zeitungen und Zeitschriften aller Richtungen, genötigt, abermals eine entsprechende Erhöhung des Bezugspreises vorzunehmen. Die „Allgemeine Rundschau" kostet ab 1. Juli 1920 vierteljährlich M. 12.—. Die Mehrbelastung um monatlich eine Mark ist für den einzelnen Bezieher bei der heutigen Geringwertigkeit des Geldes verhältnismässig leicht zu tragen; sie lässt sich nicht umgehen, wenn unsere Wochenschrift über diese schwierige Zeit hinwegkommen soll. Es darf daher von der Einsicht und dem Verständnis aller Leser und Freunde erwartet werden, dass sie der „Allgemeinen Rundschau" treu bleiben.

Wir wiederholen die Bitte an unsere verehrlichen Bezieher, die „Allgemeine Rundschau" durch Empfehlung, durch Verlangen auf Bahnhöfen, in Buchhandlungen und Gasthäusern, sowie durch Zuweisung von Inseraten zu unterstützen. Die Förderung der Zeitschrift kann auch eine moralische sein durch rege Beachtung des Anzeigenteils und zahlreiche Anfragen auf die in der „Allgemeinen Rundschau" erscheinenden Inserate.

Gerade in der den Wahlen folgenden, politisch und kulturell so eminent wichtigen Zeit ist eine regelmässige Zustellung von doppeltem Wert. Es wird daher gebeten, die Bezugserneuerung so umgehend wie möglich vorzunehmen. Der Postbestellzettel für das III. Quartal 1920 liegt der Postauflage dieser Nummer bei. Diejenigen Bezieher, welche bisher die „Allgemeine Rundschau" durch Postüberweisung erhielten und ab 1. Juli direkt bei der Post zu bestellen beabsichtigen, werden zwecks Vermeidung doppelter Zustellung um rechtzeitige Benachrichtigung ersucht.

Für Angabe von Adressen, an welche sich die Versendung von Probeheften empfiehlt, ist der unterzeichnete Verlag stets dankbar.

München, im Juni 1920.

Verlag der „Allgemeinen Rundschau".

Die ersten Reichstagswahlen nach der Revolution.

Von Dr. Hans Eisele, München.

Die ersten Reichstagswahlen nach der Revolution bedeuten mit ihren Wahlziffern kein Endergebnis, keinen Abschluß einer politischen Entwicklung. Sie sind bloß ein Wegweiser auf der langen politischen Entwicklungsbahn, die das deutsche Volk noch zurücklegen muß. Deshalb wäre es falsch, nur mit dem Rechenstift in der Hand, etwa wie ein Börsenspekulant nach Schluß der Börsenstunde, die Zahlenergebnisse der Wahlen zu berechnen und zu werten. Wer der Bedeutung dieser Reichstagswahlen gerecht werden will, der darf sie nicht allein vom materialistischen Standpunkt aus betrachten; wichtiger ist es, die ethischen Momente, die großen Ideale, die geistigen Triebkräfte zu erkennen und zu werten, die zu den jetzigen Wahlergebnissen geführt haben.

Unverkennbar ist der Zug nach rechts bei diesen Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen. Er spricht sich in dem großen Mandatsgewinn der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und in dem gewaltigen Wahlerfolg der Bayerischen Volkspartei ganz unleugbar aus. Dieser Zug nach rechts entspringt nicht einer Reaktion in bestimmten politischen Einzelfragen. Das deutsche Volk ist vom Revolutionsrausch ernüchtert, fängt an zu denken und sich auf sich selbst zu besinnen. Das deutsche Volk hat erkannt, daß der bisherige Linksabmarsch wirtschaftlich und politisch im Sozialismus und Kommunismus endigen muß. Davor schrecken ab die Beispiele aus Ungarn, aus Rußland, aus München, aus dem Ruhr-Revier und wo immer in Deutschland der Segen der Revolution und die Ideale des Sozialismus sich ganz auswirken konnten. Das deutsche Volk ist sich bewußt geworden, daß eine Besserung in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nur dann eintreten kann, wenn wieder eine starke Regierung, unabhängig von den Massenstimmungen der Straße, das Staatsruder ergreifen und Ordnung, Rechtssicherheit und Freiheit wiederherstellen kann. Das ist nur möglich in einer Regierung, bei der die bürgerlichen Parteien wenigstens die starke Mehrheit und das feste Uebergewicht besitzen. Bisher war bei der Koalitionsregierung die Sozialdemokratie der Fuhrmann, der bei jeder Gelegenheit drohend die knallende Peitsche schwang. Bis jetzt diktierten in der Regierung rücksichtslos die Kräfte der Linken, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, während Zentrum und Demokraten mehr oder weniger widerwillig mitmachten. Das wird nun in der Zukunft anders werden müssen. Die Mehrheitssozialdemokratie hat eine Niederlage erlitten, die in ihrer Auswirkung den ganzen Sozialismus und die ganze äußerste Linke trifft. Die Sozialdemokratie hat den Nimbus der unüberwindlichen Macht und damit den Schrecken verloren. Sie wird bestenfalls in einer Koalitionsregierung Mitfahrer sein können, nicht mehr Fuhrmann. Der sozialdemokratische Gaul wird in Zukunft den Staatskarren mit bergauf ziehen und Arbeit leisten müssen, wenn er dabei sein will, oder er wird gründlich abgehalftert werden müssen.

Es ist eine Täuschung, wenn man von einem gleichzeitigen Ruck nach links bei diesen Wahlen spricht. Der Ruck nach links hat nicht stattgefunden! Gewiß haben die Unabhängigen zahlenmäßig zugenommen, aber sie haben doch nur den andern Bruder Sozialismus beerbt, und wo die Unabhängigen heute stehen, da stand immer schon prinzipiell die ganze Sozialdemokratie, bis schließlich Scheidemann und Genossen, ihrem ungezügelten Machthunger folgend, kurze Zeit während des Krieges und jetzt nach der Revolution, Regierungspartei spielen und deshalb folge-

richtig nach rechts gehen wollten. Jetzt sind die sozialdemokratischen Massen, die bei diesem Auszuge aus dem alten sozialistischen Lager nach rechts in süßen Hoffnungen mitgegangen waren, enttäuscht wieder ins ursprüngliche Lager zurückgekehrt. Das kann man keinen Ruck nach links im deutschen Volke nennen.

Es ist unverkennbar, daß bei diesen Wahlen jene Parteien am besten abgeschnitten haben, die dem Volke große Ideale von ewig dauerndem Werte vorhalten konnten. Den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und auch der Bayerischen Volkspartei hat das nationale Moment, das Wiedererwachen eines warmen patriotischen Gefühls große Massen von Wählern zugeführt. Das Zentrum ist mit einem blauen Auge davongekommen. Daß es nicht mehr Verluste gehabt und keine offene Niederlage erlitten hat, das verdankt das Zentrum der Treue seiner Wähler, die noch von der Vergangenheit des alten Zentrums zehren und ob dieser Vergangenheit alle Unzufriedenheit, allen Unmut über die Fehler der Gegenwart verbissen haben. Ich habe auf dem Lande und in Städten viel dutzendmal den Stoßseufzer alter Zentrumsfreunde gehört: „Was soll ich machen? Wen kann ich anders wählen als das Zentrum, so schwer es mir fällt!" So haben diesmal noch viele Tausende nur aus Gewissensnot Zentrum gewählt, weil sie es in ihrem katholischen Empfinden und in ihrer katholischen Gesinnung nicht übers Herz bringen konnten, einer anderen Partei als dem Zentrum ihre Stimme zu geben. Nur die konfessionellen katholischen Ideale haben bei diesen Reichstagswahlen dem Zentrum noch die große Masse seiner Wähler erhalten, nicht die Erfolge parlamentarischer Taktik bei der Verfassung und anderen parlamentarischen Fragen. Auch diese Tatsache muß für das Zentrum ein Wegweiser werden, daß es wieder in erster Linie Weltanschauungspartei wird und im schärfsten Kampf gegen den Todfeind von Christentum, Staat und Gesellschaft, gegen die Sozialdemokratie seine Weltanschauung bei jeder Gelegenheit vertritt. Der Traum einer Versöhnung mit dem Sozialismus muß ausgeträumt sein, nur ein politischer Phantast kann sich einen „katholischen Sozialdemokraten" nennen. Wenn die alte Begeisterung, das alte unbegrenzte Vertrauen zum Zentrum in den Kreisen des katholischen Volkes wiederkehren soll, dann müssen die Führer des Zentrums mit dem bisherigen Kurs der Linksentwicklung und Linkspolitik ein Ende machen. Weg von der ansteckenden Fäulnis erzeugenden Nähe der Sozialdemokratie! Wer dem Volke große Ziele gezeigt hat, der hat bei diesen Reichstagswahlen gesiegt und Erfolge gehabt. Das zeigt sich deutlich bei der Bayerischen Volkspartei, die Kreise an sich herangezogen hat, die bisher niemals mit dem Zentrum gegangen sind. Sie vermochte das, weil in Bayern der katholische und der nationale Gedanke, letzterer namentlich bei dem Kampfe um die Einwohnerwehren, mehr als im Reichszentrum zum Ausdruck gekommen ist. Der Volksverein für das katholische Deutschland kann aus diesen Wahlen lernen. Ich weiß, unter welch schwierigen Verhältnissen der Volksverein ein ganzes Jahr lang arbeiten mußte, ich halte ihm diese Schwierigkeiten zugute, aber trotzdem gibt jeder Kenner der Verhältnisse auch im Volksverein zu, daß viel mehr, als es geschehen ist, der Kampf gegen die Sozialdemokratie hätte geführt werden können und müssen.

Es fehlte bei diesem Wahlkampf an großen, greifbaren Forderungen im Streit der politischen Parteien. Es mangelte eine zugkräftige Parole. Gewiß, die Mehrheitssozialdemokratie und die Demokraten hatten die „große Parole" ausgegeben: „Für die Republik, für die Demokratie!" Aber gerade diese beiden Parteien haben mit dieser Parole die schwersten Niederlagen erlitten. Auch das ist immerhin ein Symptom für den Ruck nach rechts, daß die Parole für die Demokratie und Republik die Zugkraft eingebüßt, obwohl früher Führer der siegreichen Parteien offen sich für die Monarchie ausgesprochen hatten, auch der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim. Die Begeisterung für die Revolution und ihr Kind, die sozialistische Republik, ist längst verflogen. Ihre Versprechungen waren Zukunftswechsel, die bis heute uneingelöst sind. Greifbar geblieben sind bloß alle die Mißstände: Recht und Ordnung sind durchbrochen, das Privateigentum ist beim Bauer auf dem Lande wie in der städtischen Wohnung gefährdet, Wild-West ist heute im Vergleiche zu deutschen Verhältnissen — von Oesterreich gar nicht zu reden — fast ein Ideal der Sicherheit und Ordnung! Wer ist noch Herr seines Eigentums und Besitzes, seiner Wohnung, seines persönlichen Ichs? Wo ist die Freiheit, da selbst die Freizügigkeit durchbrochen, das Briefgeheimnis, das Intimste, was der einzelne Mensch an Geheimnissen hegt, das Telephon- und Telegraphengeheimnis aufgehoben ist. Nur die eine Freiheit ist geblieben, die Freiheit, mit Generalstreik zu revolutionieren und dabei Gewaltakte gegen Bürger und Offiziere zu begehen, wenn Elemente der Gasse und von links sie inszenieren. Geblieben ist das Recht, für den Lohnbolschewismus jederzeit zu streiken und diese Art Sozialismus mit unerhörten Lohnforderungen und dem Achtstundentag zu verwirklichen. Aus diesen Tatsachen heraus, nicht aus monarchistischen Putschgedanken oder reaktionären Gewaltplänen, ist der Zug nach rechts entsprungen. Er wird noch weitergehen, und wenn eine zweite Reichstagswahl in kurzer Zeit die erste ablösen solle, dann wäre der Zug nach rechts noch stärker.

Die Sozialdemokratie wird nun vielleicht in dem Schmollwinkel stehen wollen. Sie wird sich vielleicht teuer und rar zu machen suchen. Man sollte ihr nicht zu sehr nachlaufen! Das Experiment der sozialistenlosen Regierung in Bayern ist lehrreich. Die Mehrheitssozialisten können in der Opposition neben der Konkurrenz der Unabhängigen und Kommunisten viel weniger bestehen, als in der Regierung. Die Mehrheitssozialdemokratie kann auf die Dauer eine Oppositionsstellung gar nicht aushalten. Ihre ordnungliebenden Arbeiterkreise werden sonst noch weiter ernüchtert und von ihr ab nach rechts schwenken zu nichtsozialistischen Organisationen, da sie von den radikalen Phrasen einer Oppositionspolitik nicht leben können. Die beginnende Wirtschaftskrise, die neben der politischen herläuft, wird viel zu dieser Ernüchterung beitragen. Die radikalen Kreise aber in der Mehrheitssozialdemokratie, die jetzt schon die Koalitionsparteien immer wieder nach links gezogen haben, werden zu den Unabhängigen abwandern. Aber auch dort werden die Ereignisse der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung ernüchtern.

Schwere, vielleicht verhängnisvolle Monate stehen bevor. Die Entscheidung liegt beim Zentrum und bei den Demokraten. Die Demokraten haben wegen ihrer schwankenden Haltung, wegen ihrem Hang nach links und vor allem wegen ihrer fast ausschließlich jüdischen Presse, die schwersten Schläge bekommen. Der Reichswehrminister Geßler hat den nationalen Gedanken mit seiner Zerstörungsarbeit an den Einwohnerwehren schmerzlich getroffen. Das hatte die Demokraten vollends unmöglich gemacht, namentlich in Bayern. Deutlich erkennbar ist in der Stimmung gegen die Demokratie auch das antisemitische Gefühl, das im Volke immer stärker wird. Wenn die Demokraten deshalb Realpolitiker sind, dann werden sie sich nicht an der Seite der Sozialdemokraten in den Schmollwinkel stellen, sondern den Anschluß an die bürgerlichen Parteien suchen müssen. Sonst ist für die Demokraten kein Platz mehr da. Den einzigen Platz in der Mitte des politischen Schaukelbrettes hat die Mehrheitssozialdemokratie besetzt. Die Demokraten müssen schon auf der linken oder rechten Seite des Brettes sitzen. Die bürgerlichen Parteien haben eine Mehrheit, die nicht groß, aber immerhin ausreichend ist zu einer Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokratie sich in den Schmollwinkel stellt, dann mögen die bürgerlichen Parteien nur herzhaft zugreifen, eine Regierung ohne Sozialdemokraten bilden und wie in Bayern mit kraftvoller Hand regieren, verwalten, Ordnung, Recht und Freiheit wiederherstellen, die unselige Zwangswirtschaft mit all den Dutzenden von Schmarotzerposten beseitigen. Dann werden sie bald die Kraft fühlen, die vom deutschen Volke ausströmen und sie tragen wird. Nur keine Halbheit, nur keine Schwachheit! Große Ideale werden immer über taktische Augenblicksbedenken und sogenannte parlamentarische Erfolge siegen.

Nachschrift: In diesem Augenblick ist die Entscheidung, wer die kommende Reichsregierung bilden soll, noch nicht gefallen. Wie oben vorausgesagt, sucht die mehrheitssozialdemokratische Fraktion sich von der Regierung zu drücken, weil ihr offenbar graut vor den Früchten der bisherigen sozialdemokratischen Politik im Reich und in den Einzelstaaten. Aus diesem Grund will sie sich an keiner Koalition beteiligen, in der die Elemente der Ordnung und der Autorität stärker als in der bisherigen Koalition vertreten sind. Sie lehnt es durch Parteibeschlüsse ab, an der Regierung mit den bürgerlichen Parteien, namentlich mit den am meisten siegreichen ehemaligen Nationalliberalen teilzunehmen. Der Führer der deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, ein kluger, sachlich und ruhig denkender Politiker, der sich seit dem Blockreichstag von 1907 stark nach rechts entwickelt hat und vor der Revolution wohl der tüchtigste Kopf im sächsischen Ministerium war, hat mit Recht den Auftrag der Regierungsbildung schnell wieder zurückgegeben, als er den Beschluß der Sozialdemokraten hörte. Eine bürgerliche Regierung kann nur die Mittelpartei des Zentrums zugleich mit der Bayerischen Volkspartei bilden. Jetzt ist der Führer des Zentrums Trimborn dazu berufen.

Bayern nach den Wahlen.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Als erste unter den Parteien Bayerns hat die Bayerische Volkspartei Stellung zu der neuen Lage des Landes genommen. Ministerpräsident Dr. v. Kahr wird wiederum von der Bayerischen Volkspartei als Regierungschef vorgeschlagen und mit der Neubildung der bayerischen Regierung betraut werden. Dr. v. Kahr hat sich seinerzeit als „Treuhänder des souveränen Volkes für die Uebergangszeit", d. h. bis zu Neuwahlen bezeichnet und sich seither mit dem Gedanken getragen, das Ministerpräsidium wieder abzugeben. Angesichts des festen Vertrauens, das seine Amtsführung und das Ministerium Kahr im Lande, wie die Wahlen beweisen, gefunden hat, das in Wahlversammlungen in München wiederholt unter dröhnendem Beifall kundgegeben worden ist, kann Dr. v. Kahr sich einer abermaligen Wahl zum Ministerpräsidenten nicht entziehen. Als auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei am 11. Juni während der Beratung Dr. von Kahr erschien und der Vorsitzende Speck in seiner Begrüßung die Hoffnung aussprach, daß, wenn demnächst der Ruf an ihn ergehen werde, die Ministerpräsidentschaft weiterzuführen, er diesem Rufe folgen werde, erhob sich stürmischer Beifall. Man steht also vor der vollendeten Tatsache des Entschlusses der Bayerischen Volkspartei, der in den anderen Parteien Zustimmung finden wird. Sie ist im Interesse der Stabilität der Regierung nur zu begrüßen.

Die Besetzung der Ministerien im einzelnen hängt von der Uebereinkunft der Parteien ab. Es ist zu erwarten, daß die Bayerische Volkspartei zum Präsidium die vier Ministerien des Aeußern, Innern, Kultus und der Sozialfürsorge beansprucht, so daß die anderen vier Ministerien für Justiz, Finanzen, Landwirtschaft und Handel den übrigen Parteien zufielen. Es sollen ein Mindestprogramm festgesetzt und die Richtlinien so gelegt werden, daß auch die Rechtssozialisten noch mittun können. Wollen sie es nicht, so ist das ihre Sache. Der Zug der Zeit geht dann über sie hinweg.

Die Wahlen in Bayern haben das vorausgesehene Ergebnis gebracht. Daß bei Wahlen über die Sozialdemokratie und Demokratie ein Wettersturz niedergehen würde, war jedermann klar, der mit der Volksstimmung vertraut ist. Landauf, landab hatte sich gegen diese Parteien eine Erbitterung ohnegleichen angesammelt, von welcher auch der in der gleichen Kiellinie einhersegelnde Bayerische Bauernbund einen Teil abbekommen hat.

Die Reichstagswahlen in Bayern fallen für die Mehrheitsbildung im Reichstag stark ins Gewicht. Sie sind in einer Hinsicht, soweit die bisherige Koalition in Betracht kommt, sogar von entscheidender Bedeutung. Bekanntlich ist die Konstellation im Reiche dadurch schwierig geworden, daß die seitherige Koalition (Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie) infolge des starken Rückgangs der Demokratie und der Rechtssozialdemokratie zur Mehrheitsbildung nicht mehr ausreicht: sie bringen 222 Mandate zusammen. Mit Hinzutritt der 20 Mandate der Bayerischen Volkspartei (davon 18 aus Bayern und 2 infolge Listenverbindung) ist die Mehrheit (231 Mandate) sofort gegeben. Diese Kombination umfaßt 242 Mandate, wozu dann noch 4 Bayerische Bauernbündler und 4 Deutschhannoveraner zu rechnen wären. Eine Mehrheit von 250 Mandaten könnte als durchaus tragfähig und gesichert erachtet werden. Schwierigkeiten könnten durch die Art der Regelung des Verhältnisses des Abg. Erzberger zum Zentrum entstehen. Informatorisch sei hier eingefügt, daß auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei am 11. Juni in München vom Reichstagsabgeordneten Domkapitular Leicht in Bamberg zum Ausdruck gebracht wurde, für die Frage eines Zusammenwirkens mit dem Zentrum sei Voraussetzung, daß Erzberger keine Stelle in der Regierung bekomme, worauf der Vorsitzende der Landesversammlung Abg. Speck verschärfend hinzufügte, daß seiner Ansicht nach ein näheres Zusammenarbeiten mit dem Zentrum ausgeschlossen sei, wenn Erzberger in die Zentrumsfraktion aufgenommen werde. Auch der Abg. Held sprach sich in letzterem Sinne aus. Auf eine nähere Prüfung der hier angeführten Kombinationsmöglichkeit kann verzichtet werden, da in diesem Rahmen lediglich die Beleuchtung des Wahlergebnisses zu geschehen hat. Nach der rechten Seite im Reichstag fallen die 20 Mandate der Bayerischen Volkspartei nicht entscheidend ins Gewicht, denn alle bürgerlichen Parteien zusammen haben 268 Mandate, so daß auch ohne die Bayerische Volkspartei eine ausreichende Mehrheit gegeben wäre, vorausgesetzt, daß die Demokraten bei derselben sind; aber für die innere Stärkung einer solchen Mehrheit ist die Bayerische Volkspartei unentbehrlich. Das bedarf unter Zentrumsleuten keiner weiteren Erörterung.

Die Landtagswahlen in Bayern bieten die Möglichkeit einer Erneuerung des politischen Lebens, sie schufen die Garantie für Ruhe, Ordnung und Sicherheit und bahnen endgültig die Wiedergenesung des Landes von der Revolution an. In der letzten Münchener Versammlung der Bayerischen Volkspartei vor den Wahlen nannte Ministerpräsident Dr. v. Kahr Bayern die „Gesundungszelle" für Deutschland. Die Wahlen haben diese Voraussage in der Tat bestätigt.

Vor allem ist die Sozialdemokratie aus ihren Positionen geworfen. Sie ist nicht mehr in der Lage, eine Mehrheit nach links zu bilden. Sie konnte im vorigen Landtag mit den Demokraten eine hinreichende und mit Hinzurechnung des Bayerischen Bauernbundes sogar eine starke Mehrheit bilden. Diese Kombination reicht zur Mehrheit fürderhin nicht mehr hin, selbst wenn die Nationalliberalen hinzukämen. Dabei ist noch die innere Umwandlung der genannten Parteien in Betracht zu ziehen, welche selbst die Versuche einer solchen Koalition ausschließt; denn die bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten sind alle rechts gerichtet aus den Wahlen zurückgekehrt. Die Rechtssozialdemokraten haben 637,524 Stimmen verloren, die Linkssozialisten 400 706 Stimmen gewonnen, die erstmals auftretenden Kommunisten 51 174 Stimmen erhalten. Alle drei Richtungen zusammen haben trotz des Gewinnes der zwei letztgenannten einen Verlust von 283 991 Stimmen und von 17 Mandaten. Die Erbitterung, welche gegen die Sozialdemokratie im ganzen Lande herrscht, kommt in diesen schweren Verlusten drastisch zum Ausdruck.

Ebenso schlimm ist es den Demokraten ergangen, sie haben mit einem Rückgang von 242,557 Stimmen erheblich über die Hälfte ihres Bestandes verloren und sind von 25 auf 12 Mandate gesunken. Auffallend ist das nicht. Die Demokratie in Bayern ist eine Treibhauspflanze der Revolution gewesen, ein Produkt des Zufalls, das keine Dauer haben konnte, zumal bei der miserablen Führung.

Der Liberalismus in Bayern ist stets ein rechts gerichteter Nationalliberalismus gewesen, der infolge der Ueberrumpelung durch die Revolution von den Demokraten überrannt wurde und dadurch zu Fall kam. Man gehe nur die Namensliste durch: statt vieler seien als typisch Dr. v. Casselmann und Dr. Hammerschmidt genannt — sie sind alles eher als Demokraten. Auf der Gründungsversammlung haben Ende 1918 führende Demokraten bestimmt, es werde jetzt links gefahren, von der Sozialdemokratie sei die Demokratie nur durch eine dünne Linie getrennt. Das war das Todesurteil für die nächsten Wahlen. Die in die Demokratie verirrten Nationalliberalen sind rasch wieder ausgewandert, nachdem Dr. v. Casselmann durch seine Austrittserklärung das Zeichen der Erhebung gegeben hatte. Dr. Hammerschmidt, eine ruhigere Natur und nicht sprunghaft in seinen Entschlüssen, ist im demokratischen Verband geblieben, er kommt als einziger Demokrat aus der Pfalz, er ist — gar kein Demokrat. Für die Demokratie derer um Hohmann-Quidde, die in Bayern nicht bodenständig geworden sind, ist im Lande kein Raum, selbst nicht in den Enklaven, welche die Demokraten vereinzelt in München, Franken und in der Pfalz besitzen.

Mit den Landtagswahlen ist ein Umwandlungsprozeß im bayerischen Liberalismus eingeleitet, der Beachtung verdient. Sehr bemerkenswert sind die Vorgänge in der liberalen Presse. Die „München-Augsburger Abendzeitung", ein altes rechtsnationalliberales Blatt, hatte sich nach der Revolution der Demokratie in die Arme geworfen. Am Vorabend der Wahlen von 1919 geriet sie jedoch ins Schlettern und brachte einen Artikel für die Monarchie und die Nationalliberalen. Als in den Wahlen die Demokraten hoch gekommen waren, streifte sie alles ab und plätscherte munter im demokratischen Fahrwasser. Es ist anzuerkennen, daß sie die Revolution und die Sozialdemokratie bekämpfte, allein das war kein Unterscheidungsmerkmal, denn der demokratische „Fränkische Kurier" in Nürnberg hat das noch weit schärfer getan. Man erzählt, daß der Leiter der „Abendzeitung" die demokratischen Fraktionssitzungen bis zum Ankauf seines Blattes durch den Konzern, an dessen Spitze der konservative Professor Otto steht, besuchte. Wenn die „M. Augsb. Abendztg." in einer Abwehr gegen die „Münch. Neuest. Nachrichten" sich auf ihre konsequente Haltung und Prinzipienfestigkeit

beruft, so gehört das in das Gebiet der Sprüche. Auch die „Münchener Neuesten Nachrichten", welche seit anderthalb Jahren unausgesetzt an der scharfen publizistischen Vertretung der Linksdemokratie festgehalten, welche sogar einen erklärten Rechtssozialisten als Stellvertreter ihres Chefredakteurs hatten, verlassen jetzt die eingeengten demokratischen Gefilde, in denen geschäftlich nichts zu holen ist. Der Verlag ist ohnehin von nationalliberalem Geiste erfüllt, jetzt sind die Anteile des verstorbenen Verlegers Dr. Hirth, der sich selbst einmal als einen politisch unsicheren Kantonisten bezeichnet hat, aufgekauft worden, und nun soll das Blatt „rechtsdemokratisch" werden, was eine schamvolle Bedeckung der künftigen links-nationalliberalen Haltung des Blattes ist. Endlich ist in der demokratischen Provinzpresse eine geschlossene Fahnenflucht eingerissen. Diese Blätter waren vordem alle nationalliberal, wurden dann zwangsweise demokratisch und gehen jetzt wieder zum Vorzustand zurück. Das demokratische Blatt Köhls in Würzburg hat vor einigen Jahren das Zeitliche gesegnet, und jetzt gibt es außer dem demokratischen Organ in Kaiserslautern, soweit wir es übersehen, keine einzige demokratische Provinzzeitung in Bayern mehr. Bloß der „Fränkische Kurier" in Nürnberg, den man nicht zur Provinzpresse rechnen kann, weil er eine Zeitung großen Stiles ist, ist der Demokratie treu geblieben. Allein er vertritt eine geläuterte Demokratie, die von der Sozialdemokratie weit abrückt.

Auf diese Verhältnisse nachdrücklich hinzuweisen, ist nötig. Ob es je wieder zu einer Renaissance des Liberalismus in Bayern kommt, sei dahingestellt, sein Terrain ist klein, er war ja früher auch nur das Ergebnis der Wahlkreisgeometrie liberaler Regierungen und klappte zusammen, als diese wegfiel. Daß jedoch Versuche unternommen werden, ihn in nationalliberaler Orientierung zu restaurieren, ist außer allem Zweifel. Der „Fränkische Kurier" tritt unumwunden für die Vereinigung der Demokraten und Nationalliberalen vorerst in einer Arbeitsgemeinschaft ein. Die „München-Augsburger Abendzeitung", welche bei den Wahlen den Konservativen und Nationalliberalen den Schild hielt und mehr mittelparteilich-konservativ war, schwenkt schon die nationalliberale Fahne und preist die Vorzüge der nationalliberalen Deutschen Volkspartei. Wie lange wird es dauern, bis die Provinzpresse wieder nationalliberal „bis auf die Knochen" ist? Dann ist die Zeit für die Reunionswünsche, die Dr. v. Casselmann in einer Wahlversammlung ausgesprochen hat, da.

Die Gestaltung der Dinge im Liberalismus ist von Bedeutung für die Mittelpartei, in der für die Wahlen Nationalliberale und Konservative vereinigt waren und es noch sind. Die Mittelpartei hat bei den Wahlen gute Geschäfte gemacht, sie hat ihre Stimmen um 207,798 vermehrt und zählt 20 Landtagsmandate (+ 11). Die Wahlstatistik gibt bloß 5 nationalliberale Mandate an. Das ist schwerlich richtig. Vermutlich sind es mehr; man muß abwarten, wie der Personalstand im Landtag sich gestaltet. Die mittelparteiliche Agitation, welche in München sehr geräuschvoll, sehr kostspielig und nicht gerade schön war, hatte sich gegen die Demokratie unter sehr günstigen Umständen eingesetzt. Ob ihr Erfolg in der Landeshauptstadt ein dauernder für die konservativen Deutschnationalen sein wird, kann bezweifelt werden. Die Offiziere und Hochschulstudenten waren ihr Hauptkontingent, die Teile des Bürgertums, welche in München mittelparteilich gewählt haben, sind nicht deutschnational d. h. preußisch-konservativ, sondern nationalliberal. Das Studententum wechselt mit jedem Jahre, ja Semester. Daraus ist auch die Hoffnung abzuleiten, daß die katholischen Studentenkorporationen, welche in gewissem Umfange deutschnational gewählt haben, von ihrem Irrtum wieder abkommen werden. Wer aus katholischen Kreisen mittelparteilich wählt, ist offenbar politisch unzureichend unterrichtet, kennt die Geschichte seit 1870 nicht genügend und ist allzu nachsichtig für die Unterdrückung gerade der katholischen Akademiker durch die Mittelpartei beider Richtungen, welche jetzt ein besseres Gesicht haben, weil sie die Macht nicht mehr besitzen, alte Tendenzen zu verfolgen. Es sollte eigentlich schon genügen, daran zu erinnern, was führende nationalliberale Mittelparteiler wie Dr. v. Bürklin und Dr. v. Casselmann über die katholischen Studentenkorporationen jeweils geäußert haben.

Der Bayerische Bauernbund, welcher eine Einbuße von 84 671 Stimmen und 4 Mandaten zu verzeichnen hat, ist in Ober- und Niederbayern schwer mitgenommen worden und dürfte trotz der Wahl Gandorfers seinen Radikalismus verloren haben. Die Zeit wird wohl in diesem Sinne weiterwirken, und die Bauernvereinigung herbeiführen, zumal angesehene Bauernbundsführer Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei geworden sind.

Die Bayerische Volkspartei ist jetzt die Partei Bayerns, sie ist die starke Partei, um die sich alles sammelt! Sie hat ihre alte Mandatsziffer, sie hat 64, nach neuerer Zählung 65 Mandate. Man darf dabei nicht übersehen, daß die Landtagsmandate um 25 (von 180 auf 155) verringert wurden und daß die Mehrheit, die früher 91 Mandate bedingte, jetzt durch 78 Mandate gebildet wird. Die Bayerische Volkspartei steht also mit ihrer gleichen Mandatszahl stärker im Vordergrund, zumal die Linke als mehrheitsbildender Faktor ausgeschieden ist. Die verschiedenen Möglichkeiten der Mehrheitsbildung bewegen sich nach rechts und links; mit der Rechten kann die Bayerische Volkspartei sogar Mehrheiten in zweifacher Richtung bilden. Die Bayerische Volkspartei hat 38 000 Stimmen verloren. Die Wahlen in München, wo die Bayerische Volkspartei über 20000 Stimmen gewann und weitaus die stärkste Partei geworden ist, ferner in Ober- und Niederbayern, sind glänzend verlaufen. Es ist ein überwältigendes Bild. Dagegen hat es in anderen Regierungskreisen gefehlt. Das an der Hand der künftigen Wahlstatistik zu untersuchen und den Dingen nachzugehen, wird Aufgabe einer nahen Zukunft sein.

Abg. Dr. Heim hat ein vom Abg. Dr. Schädler vor 21 Jahren geprägtes Wort in Erinnerung gebracht: Eines Tages wird es heißen: Hie Christus, hie Belial! Darauf spitzt sich die ganze Lage zu. Dieser Zeit vorzubauen durch eine vollendete Rüstung des christlichen Volkes, das möge das politische Streben in Bayern sein. An der Bayerischen Volkspartei wird es nicht fehlen.

Das Ende der zweiten Koalition in Oesterreich.

Von Dr. Friedrich Funder, Chefredakteur der „Reichspost", Wien.

Während diese Zeilen geschrieben werden, ziehen durch die nächste Straße Soldaten nach dem Wiener Rathaus, zu einer großen, von der Sozialdemokratie zusammenberufenen Soldatendemonstration, die sich gegen die „Burschoas" im allgemeinen und gegen die Christlichsozialen im besonderen richtet. Nämlich, weil die Christlichsozialen, — wie es in dem sozialdemokratischen Aufruf in einer reizenden Stilblüte hieß — „unser Vertrauensmännersystem der republikanischen Wehrmacht durch einen Dolchstoß von hinten erwürgen wollen". Der Redner dabei ist neben einigen Soldatenräten aus den Reihen der Linkssozialisten der sozialdemokratische Staatssekretär für Heerwesen, Dr. Deutsch. Wieder die alten Drohungen, wieder das Herumfuchteln mit der Waffe, wenn sich die anderen nicht fügen.

Das kennzeichnet völlig, wie wir in die heutige Lage geraten sind. Die Koalitionsregierung, aufgebaut auf einer von Sozialdemokraten und Christlichsozialen zusammengeschlossenen parlamentarischen Mehrheit, ist gestürzt. Der Mißbrauch der Militärmacht zu parteipolitischen Zwecken durch die Sozialdemokratie hat ihr den Rest gegeben. Die nächste Veranlassung war die Durchführung des neuen Wehrgesetzes. Die Christlichsozialen hatten sich bemüht, das neue Söldnerheer, diese Schöpfung des Friedensvertrages, gegen parteipolitischen Mißbrauch sicher zu stellen. Oesterreich hat es teuer genug bezahlt, daß es sich in den Tagen des Kriegsschlusses durch eine Handvoll Hinterlandsschreier, die sich plötzlich aus glühenden Antimilitaristen zu ebenso glühenden Verfechtern eines klassenkämpferischen Militarismus umgehäutet hatten, seine braven deutschen Regimenter, den Stolz unseres Volkes, hatte zerschlagen lassen. In tadelloser Ordnung waren damals die 84er und andere Regimenter vom Schlachtfelde an der Wiener Stadtgrenze eingetroffen. Hier haben sie sozialistische Agitatoren empfangen: Jetzt in der Republik gäbe es keinen „militärischen Kadavergehorsam" mehr, die Offiziere hätten nichts mehr zu befehlen. Mit Prügeln bewaffnete Banden überfielen die Offiziere und rissen ihnen die Rangabzeichen herunter. In der namenlosen Verwirrung jener Tage gelang der Plan. Ruhmvolle Regimenter, die auf eine bis in den 30jährigen Krieg zurückreichende Heldengeschichte blickten, verschwanden, ihrer Führung beraubt, innerhalb weniger Tage in dem Wirbelstrudel der einbrechenden Anarchie. Damit war der Triumph der Sozialdemokratie vollendet. Sie brauchte vor keiner Ordnungsmacht mehr zu bangen. Was sie an die leergewordene Stelle setzte, war eine sozialistische Prätorianer-

truppe, mit der sie ihre weiteren Siege bestritt. Gestützt auf die „Volkswehr", die Waffe des „revolutionären Proletariats", richtete sie die Rätewirtschaft ein und beugte das eingeschüchterte Land unter ihr Gebot. Wer nicht parierte, hatte am nächsten Tage die Maschinengewehre vor dem Haus. Obwohl nur auf Wien und einige Industriezentren mit ihren politischen Organisationen gestützt, eroberte die Sozialdemokratie den Staat mit der Waffengewalt der Volkswehr. Erst langsam organisierte sich der Widerstand der Länder gegen die Diktatur, die in Wien die gesetzgebende Versammlung immer wieder unter Waffendrohung stellte.

Solange diese Zustände andauern, kann es in Oesterreich keine geordnete Entwicklung geben. Solange ist dieses Land keine freie Republik, sondern das Exerzierfeld halbbolschewistischer Kondottieri aus östlichen Ghettos, solange bildet jede österreichische Regierung nur den heiter bemalten Vorhang, der über einer Tragödie des Absolutismus niedergeht. Die Befreiung aus diesem Widerspruche ist die Kardinalfrage Oesterreichs. Das Land hat im Zeichen der Koalition viel erlebt: Der sozialdemokratischen Staatskunst — alle politisch wichtigen Aemter waren bisher in ihrer Hand — ist es gelungen, innerhalb eines Jahres das Staatsdefizit von 3½ auf 10½ Milliarden zu steigern. Die Rätewirtschaft hat alle Staatsbetriebe rettungslos ruiniert. Die Verwaltung des übernommenen kaiserlichen Besitzes verschlingt dreimal soviel, als früher die Zivilliste des kaiserlichen Hofhaltes in dem damaligen Großstaate ausmachte. Die sozialdemokratische Personalwirtschaft in den Spitälern, die zu jedem Kranken einen Wärter bestellt hat, ohne daß es dabei den Kranken besser ginge, droht den Spitalsbetrieb nach einer öffentlichen Erklärung des Gremiums der Direktoren und Primarärzte der Wiener staatlich verwalteten Krankenanstalten unmöglich zu machen. Alle sozialdemokratisch verwalteten Staatsämter ersticken in einer Vetternwirtschaft, die die Aemter mit mehr Angestellten füllt, als sie je der Großstaat Oesterreichs gebraucht hat. Auf Staatskosten wird trotz christlichsozialem Protest eine sozialistische Betriebsräteschule errichtet, eine Parteischule des Klassenkampfes. In der Volksschule aber rast die Experimentierwut größenwahnsinnig gewordener Unterlehrer, die schon gegen die Freiheit der Universitäten zum Schlage ausholen. Durch ein System kleinlicher Bosheiten gegen die Nachbarn ist der Staat wirtschaftlich und politisch isoliert. Die auswärtige Politik bildet so sehr sozialdemokratisches Privileg, daß die letzte Note der Pariser Reparationskommission, welche die Vormundschaft über Oesterreich aufs neue einschärft, aber die Pfandbedingungen des Friedensvertrages mildert, im offenen Hause beantwortet wurde, ohne daß vorher die christlichsozialen Kabinettsmitglieder die Note gesehen und von der Art ihrer Beantwortung etwas gehört hatten. Ehedem haben die Sozialdemokraten über die Vielseitigkeit Kaiser Wilhelms mit Vorliebe die Lauge ihres Spottes ausgegossen. Der Staatskanzler Dr. Renner macht Verordnungen, Gesetze, diplomatische Noten, historische Aufsätze für Schulbücher, Gedichte und Staatshymnen. Dabei geht im Staate alles drunter und drüber. Es ist ein Hexensabath, der den Getreuesten der Getreuen in der Sozialdemokratie schon auf die Nerven geht. Alles aber wäre in diesem Oesterreich, das so voll Geduld und Langmut ist, noch erträglich. Aber unerträglich ist, daß es keine Hoffnung geben soll, aus dieser dicken Melasse von Unfähigkeit, Dilettantismus und Demagogie herauszukommen, weil die Drohung mit der Gewalt jede freie Regung verhindert.

Es kam deshalb alles darauf an, daß die Durchführung des neuen Wehrgesetzes das Land von dem lastenden Drucke einer sozialistischen Militärherrschaft befreie. Das Wehrgesetz war mit Mühe so ziemlich erträglich gestaltet worden. Da erschien eines Tages — am 29. Mai — in dem Verordnungsblatt des österreichischen Staatsamtes für Heerwesen zwischen der Mitteilung, daß der Oberstleutnant Pawlowsky Rudolf in den Ruhestand versetzt und die Eisenbahnlegitimation Nr. 991,074 des gewesenen Unteroffiziers Franz Hasenbradl für ungültig erklärt wird, ein „Amtsleitungserlaß", der die soldatische Rätewirtschaft in neue Herrlichkeit einsetzt. Unter den 28,500 Soldaten der neuen Wehrmacht soll es rund 1000 Soldatenräte (1700 d. R.) geben. Amtslokale sind ihnen zuzuweisen. Sie dürfen auf Staatskosten telegraphieren und korrespondieren und Dienstreisen machen, sie sind unabsetzbar. Eine neue Behörde, ein neues Richteramt im Verordnungswege geschaffen. Im Verordnungswege wird ihnen auch Immunität verliehen, eine Ausnahmsstellung gegenüber dem Gesetz. Zwar heißt es, daß sie „die Kommandogewalt nicht beeinträchtigen" dürfen, doch was eine Beeinträchtigung ist, wie weit das Recht der Räte gegenüber den Kommandanten geht, wird nicht gesagt. Damit es aber keinen Zweifel gäbe, was mit den Soldatenräten gemeint sei, erklärt das sozialistische Organ, „Der freie Soldat", Aufgabe der Uebermacht des österreichischen klassenbewußten Proletariates, sei es, die Armeen der anderen Länder mit ihrem Geiste zu revolutionieren; eine sozialistische Soldatengewerkschaft wird gegründet, in die alle Söldner mit Lockungen und Drohungen hineingepreßt werden und die offen das Heer zu einem Organ des Klassenkampfes stempelt. Die Steuerzahler aber sollen für diese Wohlfahrtseinrichtung jährlich eine halbe Milliarde bezahlen, weil der Staat, der heuer allein 4 Milliarden neuer Steuern- und Abgabenerhöhungen aus seinen Bürgern herausholt, ohne damit sein Defizit auch nur annähernd bestreiten zu können, ohnehin so viel überflüssiges Geld hat.

Die Christlich-sozialen haben gegen diese Permanenzerklärung der Drohung mit einer staatlich bezahlten Parteigarde sofort Front gemacht. Der christlich-soziale Unterstaatssekretär für Heerwesen Dr. Waiß protestierte gegen den Erlaß vor dessen Erscheinen. In dem christlich-sozialen Hauptorgan erschien zugleich mit der Verordnung mit Vorwissen des Unterstaatssekretärs ein Artikel, der die Konsequenzen der Verordnung mit nachdrucksvollem Ernste darlegte. Die Sozialdemokraten ließen sich nicht beirren. So brach die Krise aus, noch verschärft durch die Erklärung des sozialdemokratischen Abg. Leuthner, daß man den Christlich-sozialen gelegentlich drohen müsse, um sie zum „Einknicken" zu bringen.

Die Koalition der Sozialdemokraten und Christlichsozialen ist gewesen. Was an ihre Stelle treten wird? Die Mißstimmung, die Enttäuschung, welche die praktische Anwendung des Marxismus in der Staatskunst über die österreichische Bevölkerung gebracht hat, ist so groß, hat so sehr auch die Anhängerschaft der Sozialdemokratie ergriffen, daß die sozialistischen Führer mit einer höhnischen Geste von der Koalition Abschied genommen haben und ihre Presse erklärt, nun sollten einmal die „Bürgerlichen" es mit dem Regieren probieren. Trotzdem erstarb den Spöttern das Wort auf den Lippen, als ihrem hohen Rate der christlich-soziale Vizekanzler Fink mit seiner kühlen unbewegten Sachlichkeit erklärte, die Christlichsozialen seien auf keinen Fall mehr willens, sich mit Staatssekretär Dr. Deutsch, der das Gesetz gebrochen, an einen Regierungstisch zu setzen. Das heißt also, daß die Christlichsozialen als Bedingung einer weiteren Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten verlangen, die Soldatenratsverordnung hätte ebenso zu verschwinden, wie ihr Urheber aus dem Staatsamte.

Was für die Christlichsozialen das Ergebnis grundsätzlicher Auffassung ist, ist für die anderen eine Sache selbstbewußter Allmacht. Hier führt kaum mehr eine Brücke von einem zum anderen. Aber auch eine Mehrheit der nichtsozialistischen Parteien, der Christlichsozialen und Großdeutschen, ist nicht möglich. Die beiden Gruppen haben nicht Lust, Schornsteinfeger in der verrußten sozialdemokratischen Esse zu sein. Solange die sozialdemokratische Partei und ihre bewaffnete Garde die Ordnung des Staates sabotieren kann, hat es auch keinen Sinn, der Sozialdemokratie das Vergnügen der Opposition zu gönnen. Es wird schwerlich etwas anderes übrig bleiben, als ein Uebergangskabinett zu bilden, das möglichst neutral ist und nur die vereinbarte Aufgabe hat, nach Erledigung eines kurzfristigen Arbeitsprogrammes die Neuwahlen einzuleiten. Die Vermögensabgabe, auf die ja auch die Christlichsozialen drängen, ist noch nicht erledigt, die bundesstaatliche Verfassung noch nicht begründet, noch nicht einmal ein Wahlgesetz für die nächsten Wahlen ist vorhanden. Es wird selbst für ein Uebergangskabinett schwierig sein, auch nur diese Aufgaben zu lösen. Es hat in den christlichsozialen Reihen viele gegeben, die schon lange zur Beendigung der Koalition drängten. Die jetzige Lage zeigt, wie begründet es war, daß die Christlichsozialen solange ausharrten als möglich, und erst dann es auf den Bruch ankommen ließen, als sie diesen und die nun erwachsende schwierige Lage mit den ernstesten Gründen verantworten konnten. Gelänge jetzt keine Vereinbarung, welche die Ordnung bis zu den Wahlen sicher stellt, so zittert das mühsam zusammengehaltene Staatsgefüge in den Nieten. Jetzt gibt es nur die Wahl mehr: Entweder hat die Sozialdemokratie die Einsicht, auf ihre Gewaltmittel zu verzichten und Oesterreich in die Bahn der demokratischen Freiheit

zurückzulenken zu helfen, oder der Staat zerbröckelt binnen kurzer Frist. Dann aber möge man auf dem von den Wiener Waldräubern kahl geschlagenen Satzberg ein Grabmal für Oesterreich errichten mit der Inschrift: „Von der Sozialdemokratie begründet und von ihr zu Tode regiert".

Magyarien.

Ein Epilog zur Unterzeichnung des Friedens von Neuilly durch Ungarn.

Von Theodor von Sosnosky.

Magyarien, nicht mehr Ungarn. Denn von dem weiten, reichen, gottgesegneten Lande, das einst Ungarn geheißen hat, ist nur mehr ein kümmerlicher Rest vorhanden, ein armseliger Rumpf, dem man mit grausamer und unkundiger Hand die Gliedmassen abgehauen hat, und den man zur Not Magyarien nennen kann, aber nicht mehr Ungarn. Zur Not nur, denn was man vom ehemaligen Ungarn übriggelassen hat, ist nicht einmal das ganze Magyarenland. Weite Strecken, ganz oder vornehmlich von Magyaren bewohnt, sind unter krasser Verletzung des angeblich so hochgehaltenen und für die vorgenommene Amputation maßgebenden Nationalitätenprinzips den Tschechen, Serben, Ukrainern und Rumänen zugewiesen worden. In Siebenbürgen allein hat man nahezu eine Million Magyaren den Rumänen ausgeliefert; in Oberungarn über eine Million den Tschechen, im Süden etwa eine halbe Million den Jugoslawen, kurz: die Beisitzer des hohen Rates von Neuilly sind mit Ungarn verfahren, als wären sie Schlächter und nicht Diplomaten. Allein, kaum hatten sie ihr unglückliches Opfer zerstückelt, als ihnen, ganz so wie in St. Germain, die Erkenntnis aufdämmerte, daß sie da eine große Torheit begangen hatten. Wenigstens die englischen Staatsmänner erkannten das, und wie sie eine Revision und Korrektur des Friedensvertrages von St. Germain beantragt haben, so werden sie vielleicht später auch eine solche des Vertrages von Neuilly beantragen und wohl auch durchführen. Aber selbst wenn die Einsicht und der Weitblick der Engländer derzeit noch an der Kurzsichtigkeit seiner Verbündeten und besonders an dem Hasse und Größenwahne, der Rachgier und Habsucht der — vermeintlich — glücklichen Erben der Magyaren scheitern sollte, darf man getrost behaupten, daß das heutige „Ungarn" auf die Dauer nicht der hilflose Rumpf bleiben wird, der es zurzeit ist; daß die starke Lebenskraft des magyarischen Volkes aus diesem Rumpfe vielmehr neue Gliedmassen treiben wird, und daß dieselben Nationen, die ihm heute noch in grimmigem Triumphe den Fuß auf den Nacken gesetzt haben, ihm dereinst selber die Hand reichen werden, wenn es sich wieder aufrichten will. Schon heute können die Slowaken ihres Triumphes über die Magyaren gar nicht froh werden, denn sie haben dabei ein schlechtes Geschäft gemacht und das magyarische Joch mit dem tschechischen vertauscht, das sich noch als viel drückender und schon durch seine Fremdartigkeit unerträglicher erweist. Und wie die Slowaken die Gemeinschaft mit den Tschechen bald satt haben dürften, so die Kroaten mit den ihnen so verhaßten Serben. Selbst die Rumänen in Siebenbürgen würden ein mit Ungarn verbundenes aber autonomes Siebenbürgen der Angliederung an Rumänien zweifellos vorziehen. Auch in der Politik läßt sich die Natur auf die Dauer eben nicht vergewaltigen. So haben die Magyaren in ihrem gegenwärtigen Elend immerhin den Trost, einer besseren Zukunft entgegenzugehen.

Ihre frühere Hegemonie freilich werden sie wohl nie wieder erlangen, aber das wäre für sie ganz und gar kein Unglück, denn eben diese Hegemonie ist es, die sie dahin gebracht hat, wo sie heute sind. Durch diese Hegemonie oder vielmehr durch deren schranken- und rücksichtslose Betätigung haben sie, von der fixen Idee besessen, aus Ungarn einen magyarischen Nationalstaat und die Rumänen, Serben, Slowaken, Ruthenen und Deutschen Ungarns zu Magyaren machen zu können, die nationale Entwicklung dieser Nationen gewaltsam unterdrückt und sich hierdurch deren Haß zugezogen. Es war vorauszusehen, daß, sobald Oesterreich zerfallen sollte, dieses Schicksal auch Ungarn nicht erspart bleiben werde, weil die unterdrückten Nationen daselbst dann den Tag ihrer Befreiung gekommen sehen würden. Es hat auch keineswegs an Warnungen gefehlt, aber in ihrem hypertrophischen Selbstbewußtsein haben die Magyaren nicht hören wollen, und so müssen sie jetzt eben fühlen. Es ist eine furchtbare Lehre für sie, und man sollte glauben, keine vergebliche, um so mehr, als es nicht die einzige ist. Denn wie ein Unglück selten allein zu kommen pflegt, so ist das schwergeprüfte Magyarenvolk außer von der Zerstückelung seines Landes noch von einem zweiten Unheile heimgesucht: vom Bolschewismus.

Eben jetzt sind einige Werke erschienen, die geradezu grauenerregende Details aus den Tagen der blutroten Bolschewikenherrlichkeit zu berichten wissen.[1]) Eingedrückte Augäpfel, herausgerissene Finger- und Zehennägel, Massenhinrichtungen durch Galgen und Kugel waren an der Tagesordnung; völlige Knebelung jeglicher persönlicher Freiheit, Unterbindung jedes Verkehrs mit dem Auslande, Einstellung aller Zeitungen mit Ausnahme der bolschewistischen, barbarische Hausdurchsuchungen, drakonische Zwangsrekrutierungen zur roten Armee und — last not least — ungeheuerliche Plünderungen: das sind die Leidensstationen, die das magyarische Volk (und mit ihm auch viele Deutsche) unter der roten Herrschaft durchzumachen hatte. Es hat sich von diesem furchtbarem Joche aber bald befreit und zwar aus eigener Kraft, und damit einen glänzenden Beweis dafür erbracht, daß es trotz aller erduldeten Leiden, trotz seiner Niederwerfung durch seine äußeren Feinde noch lange nicht gebrochen ist. Und nicht genug, daß es sich der Bolschewiken entledigte, hat es im Anschlusse daran eine zweite, noch erstaunlichere Kraftleistung vollbracht: seine Emanzipierung von der jüdischen Vorherrschaft, unter der Ungarn mehr als ein halbes Jahrhundert lang gestanden ist. Im Auslande, wo man die ungarischen Verhältnisse nicht kennt, vermag man die Größe und Bedeutung dieser Leistung gar nicht recht einzuschätzen; wer aber weiß, welche dominierende Rolle die Juden bisher in Ungarn gespielt haben, wie völlig das gesamte wirtschaftliche und politische Leben von jüdischem Geiste durchsetzt und zersetzt gewesen ist, dem muß das gegenwärtige christliche Ungarn nachgerade als Wunder erscheinen, als ein Wunder, das er nicht für möglich gehalten hätte, zumal in so kurzer Zeit, und er wird dessen Zustandekommen als eine Kraftleistung ersten Ranges betrachten. Daß die Juden selber den Magyaren dadurch in die Hände gearbeitet haben, daß die ganze bolschewistische Bewegung ausschließlich von ihnen geleitet worden war — alle die Bluthunde des roten Terrors, die Kun, Kunffy, Szamuely, Pogány, Grünfeld usw. waren Juden — das vermag dem Werte dieser Leistung keinen Abbruch zu tun, denn sonst wäre die Emanzipierung überhaupt unmöglich gewesen. Ein Volk aber, das dieses Wunder zuwege gebracht hat, das wird sich auch, wenn man in Neuilly nicht zur Einsicht kommen sollte, nicht verloren geben und wird sich eine Zukunft erringen, die besser ist als seine Gegenwart. Vermag es ebenso, wie es die Judenherrschaft überwunden hat, auch sich selber zu überwinden, das heißt den eigenen nationalen Hochmut; vermag es die anderen Völker Ungarns als durchaus gleichberechtigt anzusehen und zu behandeln, dann könnte das Ungarn, das ein Traum seiner großen Söhne Széchényi, Eötvös und Deák gewesen ist, zur Wirklichkeit werden. Dann, aber auch nur dann könnten für Ungarn wieder Zeiten kommen, von denen das alte Wort gilt: Extra Hungariam non est vita, et si vita, non est ita.

[1]) Vgl. Dr. Hans Eisele, Bilder aus dem kommunistischen Ungarn. Tyrolia-Verlag, München-Innsbruck.

Was man von dem Gesetz über das Reichsnotopfer wissen muß.

Von Justizrat Dr. Schürmann, Münster i. W.

Abgabepflichtig sind nicht nur natürliche, sondern auch juristische Personen, insbesondere Gesellschaften und Vereine jeder Art, ferner Vermögensmassen und Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit. Nur gewisse juristische Personen des öffentlichen Rechts, auch gewisse Klassen, Stiftungen und Anstalten sowie politische Parteien und Vereine unterliegen nicht der Abgabe. Dazu gehören auch die Kirchen sowie die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften.

Als steuerbares Vermögen, das heißt Vermögen, von dem die Abgabe zu entrichten ist, gilt das Grund-, Betriebs- und Kapitalvermögen. Zu letzterem gehört auch der Kapitalwert der Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Nutzungen

und Leistungen, sowie der einer Lebens-, Kapital- und Rentenversicherung. Ausgenommen sind jedoch: Ansprüche an Witwen-, Waisen-, Pensionskassen, aus einer Kranken- und Unfallversicherung, sowie Renten und ähnliche Bezüge, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gewährt werden. Zum steuerbaren Vermögen gehören auch gewisse nach dem 31. Juli 1914 entgeltlich erworbenen Gegenstände und ferner ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Erwerbs, Edelsteine, Perlen oder bewegliche körperliche Gegenstände aus edlem Metall, soweit ihr Gesamtwert den Betrag von 20000 M übersteigt.

Bei der Bewertung von Grundstücken, einerlei ob bebaut oder unbebaut, ist regelmäßig der Ertragswert zugrunde zu legen. Als Ertragswert, und zwar ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Erwerbes des Grundstückes, gilt:

bei Land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken das Zwanzigfache des Reinertrages mit der Maßgabe, daß die der Land- und Forstwirtschaft oder der Gärtnerei dienenden Gebäude und Betriebsmitteln nicht besonders bewertet, sondern bei der Ermittlung des Ertragwertes miteinbegriffen sind,

bei bebauten Grundstücken, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken dienen, das Fünfundzwanzigfache des Miet- oder Pachtertrages, der in den letzten drei Jahren im Durchschnitt erzielt worden ist, oder hätte erzielt werden können, jedoch nach Abzug von einem Fünftel für Nebenleistungen und Instandhaltungskosten.

Diese Regel gilt jedoch nicht für Grundstücke, deren Wert bereits durch ihre Lage als Bauland oder als Land zu Verkehrszwecken bestimmt wird oder bei denen nach sonstigen Umständen anzunehmen ist, daß sie in absehbarer Zeit anderen als land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen werden. Grundstücke dieser Art sind mit dem gemeinen Wert einzusetzen.

In allen Fällen kann der Steuerpflichtige verlangen, daß statt des Ertragswertes der gemeine Wert der Bewertung zugrunde gelegt wird. Das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines Gewerbes dienende Vermögen — Betriebsvermögen — ist regelmäßig nach Abzug der Betriebsschulden nur mit 80 Proz. seines Wertes einzusetzen. Dies gilt jedoch nicht in den Fällen, wo der Eigentümer des Vermögens keine natürliche Person, sondern eine Gesellschaft irgendwelcher Art, eine juristische Person oder eine Vermögensmasse ist. Hier bleibt stets der volle Wert des Betriebsvermögens einzusetzen.

Als nichtsteuerbares Vermögen gelten der Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände, soweit sie nicht zum Kapitalvermögen gehören, und sofern sie nicht als Zubehör eines Grundstückes oder als Bestandteil eines Betriebsvermögens anzusehen sind.

Hinzuzurechnen dem Vermögen sind Schenkungen oder freigebige Zuwendungen, die der Abgabepflichtige oder seine Ehefrau nach dem 31. Dezember 1916 an Verwandte in gerader Linie gemacht oder zu einer bzw. für eine Stiftung verwandt hat, insoweit deren Erträge ihm selbst, seiner Ehefrau oder seinen Abkömmlingen ganz oder teilweise zugutekommen sollen. Ausgenommen von der Hinzurechnung sind jedoch Zuwendungen gewisser Art, so zum Zwecke des angemessenen Unterhalts und der Ausbildung des Bedachten, oder auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs des Bedachten, übliche Gelegenheitsgeschenke im Werte von weniger als 1000 M.

Abzuziehen vom Vermögen sind insbesondere die Kriegsabgaben, auch die vom Vermögenszuwachse, die Steuer für das Jahr 1919, beide, soweit sie am 31.12.19 noch nicht gezahlt waren, die zur Bestreitung der laufenden Haushaltskosten für 3 Monate erforderlichen Beträge, sowie der Betrag einer Kapitalabfindung für den durch Körperverletzung oder Krankheit herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit des Abgabepflichtigen.

Abgabepflichtige mit einem steuerbarem Vermögen von nicht über 150000 M, die keinen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge haben, können ferner abziehen: ein Viertel von den ersten und ein Fünftel von den zweiten 50000 M des steuerbaren Vermögens, wenn sie in einem Alter von 45 bis 60 Jahren stehen; im Alter von über 60 Jahren dagegen ein Drittel von den ersten und ein Viertel von den zweiten 50000 M.

Bei den Gesellschaften aller Art kommt vom Gesellschaftsvermögen noch in Abzug: der Betrag des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals, die Rücklagen für ausschließlich gemeinnützige oder Wohlfahrtszwecke sowie bei Versicherungsgesellschaften die Rücklage für die Versicherungssumme. An Stelle des Grund oder Stammkapitals tritt bei eingetragenen Genossenschaften die doppelte Summe des Gesellschaftsguthabens der Genossen.

Als Stichtag für die Ermittelung des Vermögenswertes ist der 31. Dezember 1919 maßgebend, für Betriebe mit jährlichen Abschlüssen kann der Vermögensstand am Schlusse des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, dessen Ende in die Zeit zwischen 1. 4. 19 bis 31. 3. 20 fällt.

Abgabefrei ist ein Betrag von 5000 M, jedoch nur bei natürlichen Personen. Ehegatten, deren Vermögen zusammenzurechnen ist, haben 10,000 M abgabefrei. Besitzen sie zwei oder mehrere Kinder, so bleiben für das zweite und jedes weitere Kind je 5000 M abgabefrei. Für das erste Kind besteht demnach keine Abgabefreiheit.

Die abgabefreien Beträge werden vom Gesamtvermögen zunächst in Abzug gebracht. Der Rest bildet das abgabepflichtige Vermögen. Die Abgabe hiervon beträgt:

für die ersten	50,000 M	10 %
für die nächsten	50,000 M	12 %
" " "	100,000 M	15 %
" " "	200,000 M	20 %
" " "	200,000 M	25 %
" " "	200,000 M	30 %
" " "	200,000 M	35 %
" " "	500,000 M	40 %
" " "	500,000 M	45 %
" " "	1'000,000 M	50 %
" " "	2'000,000 M	55 %
" " "	2'000,000 M	60 %
für die weiteren Beträge		65 %

Bei Gesellschaften und Vereinen jeder Art, bei sonstigen juristischen Personen, Vermögensmassen und Stiftungen ist die Abgabe auf den festen Satz von 10 % beschränkt. Derselbe Satz wird auch nur erhoben von dem der Zahl der Kinder entsprechenden vielfachen von 50,000 M, so daß also z. B. bei sechs Kindern ein abgabepflichtiges Vermögen von 300,000 M nur mit 10 % zu versteuern ist. Von dem Reste des Vermögens wird aber die Abgabe nach dem Prozentsatze erhoben, der sich nach obiger Skala für das gesamte Vermögen ergibt. Beträgt demnach im vorerwähnten Falle von sechs Kindern das abgabepflichtige Vermögen 400,000 M, so sind von den letzten 100,000 M 20 % zu zahlen.

Die Abgabe ist vom 1. Januar 1920 ab mit 5% zu verzinsen. Sie kann in einem Betrage entrichtet werden oder durch eine jährliche Tilgungsrente in der Höhe von 6½% der Abgabe. Durch 100 M teilbare Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe sind statthaft. Werden sie bis 30. Juni 1920 in bar gemacht, so erhält man eine Vergütung von 8%, werden sie in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 in bar gemacht, so beträgt die Vergütung 4%. Die Abgabe kann außer in bar auch durch Hingabe anderer Vermögenswerte entrichtet werden. So werden selbstgezeichnete Kriegsanleihen bis 31. Dezember 1920 an Zahlungsstatt angenommen, und zwar die 5%igen zum Nennwert, die 4½%igen zu einem noch bekanntzugebenden Kurse. Nicht selbst gezeichnete Kriegsanleihen und sonstige Reichsanleihen werden zum festgestellten Steuerkurse bis 30. Dezember 1920 in Zahlung genommen.

Zinslose Stundung der Abgabe kann bei Vorliegen besonderer Härte gewährt werden, sie muß auf Antrag ganz oder teilweise bewilligt werden, wenn der Pflichtige bei einem Vermögen von nicht über 100000 M und einem Einkommen von nicht über 5000 M zur Entrichtung der Abgabe ohne Gefährdung des Lebensunterhaltes nicht im Stande ist.

Jeder Abgabepflichtige hat eine Steuererklärung abzugeben, natürliche Personen aber nur dann, wenn das Vermögen am Stichtag 5000 M oder darüber betrug.

Sicherheit für die gestundete Abgabe oder die noch nicht fälligen Tilgungsrenten kann nur unter besonderen Umständen verlangt werden.

Als Reichsnotzins kann eine jährliche Tilgungsrente in Höhe von 5½% der Abgabe zum Grundbuche eingetragen werden für den Teil der Abgabe, der auf den Grundbesitz nach Abzug der darauf haftenden Schulden entfällt.

Die Tilgungsrenten können zum ersten Tage eines jeden Kalender-Vierteljahres ganz oder teilweise abgelöst werden.

Berichtigungen können bei einer zu hohen oder zu niedrigen Veranlagung noch innerhalb dreier Jahre erfolgen. Auch gelten

die auf den 31. Dezember 1919 festgesetzten Steuerkurse nur als einstweilige. Sie können innerhalb des gleichen Zeitraums nachgeprüft und neu festgesetzt werden. Auf Grund der neuen Festsetzung kann alsdann eine neue Veranlagung erfolgen nach Abgabe einer neuen Steuererklärung.

Wer nachweist, daß sich sein Vermögen gegenüber dem Stande vom 31. Dez. 1919 durch Verluste, Entwertung, Unglücksfälle usw. um mehr als den fünften Teil vermindert hat, kann Neuveranlagung zum 31. Dez. 1920, 1921 oder 1922 verlangen.

Hinterziehungen der Abgabe werden mit einer Geldstrafe bis zum dreifachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Neben der Geldstrafe kann auch auf Gefängnis erkannt werden.

Jugendmasse und Führerjugend.

Gedanken zum bayerischen Jugendsonntag.

Von Verbandsvorsitzenden Dr. Ludwig Schiela, München.

Im demokratischen Zeitalter gilt eigentlich nur die Masse. Die Wucht der Zahlen scheint die höchste Autorität zu sein, und nur von ihr läßt sich die Masse wieder imponieren. In der Jugendbewegung ist vorläufig noch auf seiten der deutschen Katholiken die größere Masse der Organisierten, zumal es der Verbände und Vereine so viele gibt, daß sie nicht mehr zu überschauen sind. (Vgl. Die deutschen Jugendpflegeverbände von Dr. Hertha Siemering, Berlin 1918.) Aber eben dieses Moment der Zersplitterung bedeutet eine Loslösung von der Masse, um selbst nicht in der Masse unterzugehen. Wohl nur aus Ehrgeiz streben Jugendliche darnach, lieber eine kleine Schar zu führen als im großen Haufen anderen zu gehorchen — auch die Jugendideale und das Bedürfnis der Jugend machen jugendliches Führertum notwendig, das nun einmal Erwachsene nicht bieten können. So gilt es auch in der katholischen Jugendbewegung den Augenblick nicht zu verpassen, in welchem die Massen Jugendlicher in ihren eigenen Reihen Führer gewinnen müssen, welche sowohl die Massenbewegung sicherstellen und doch die Richtung der Bewegung in katholischen Bahnen halten.

Masse ist notwendig, am meisten in der Jugendbewegung. Kleine Zirkel, bescheidene Gruppen mögen im stillen recht gut arbeiten, dem einzelnen Jungen manche liebe, frohe Stunde bereiten, viele junge Leute werden sich von dieser Klein- und Feinarbeit zurückziehen mit dem Gedanken: es ist nichts los. Vereine von Jugendlichen mit 50 Mitgliedern sind ja gewiß eher zu leiten und erzieherisch zu behandeln als Versammlungen mit 200 und 300 jungen Menschen; ja man wird die Unmöglichkeit einer persönlichen Führung ohne weiteres bei diesen großen Vereinen zugeben müssen. Indes sollte beides untereinander vereinbart werden können: kleine Gruppen und große Bewegungen; durchs erste werden jugendliche Führer erzogen, in der großen Bewegung werden die Massen mitgerissen. Wer hat es erlebt — diesmal ist das Wort in seiner tiefsten Bedeutung zu verstehen —, daß ein junger Redner oder ein begeisterter Wanderer die Seinigen angefeuert durch Wort oder Lied, und diese nicht so sehr durch logische Gedankengänge, sondern vielmehr im Gemüt durch Innigkeit, Wärme, Temperament, Idealismus einfach gepackt und willenlos an sich gekettet? Da kommt Bewegung in die Masse und die Massenbewegung elektrisiert jeden, verblendet und reißt auch den Widerstrebenden noch mit fort. Solche Erlebnisse sind für die Jugendbewegung wesentlich, sie sind der Motor der Bewegung überhaupt, notwendiger als Programm und Statuten und Beiträge. So werden auch die Außenstehenden fasziniert, mit den Ideen bekannt und von ihnen erfaßt; so entstehen Massenbewegungen, so entsteht die öffentliche Meinung, so entsteht Volkskultur.

Massen aber sind nur Quantitäten, sind nur Summen von Menschen; wir brauchen Persönlichkeiten und das am meisten in der Jugendbewegung. Warum schließen sich die Jugendlichen der katholischen Bewegung an? „Mein Freund tut auch dort mit; der Beitrag ist nicht so hoch wie im Fußballklub; hier wird Theater gespielt, ist für Unterhaltung gesorgt, hat man Vorteile bei Stellenwechsel, Wohnungsnot usw., hier sind die mehreren ..." So entstehen Mitläufer, Mitglieder auf dem Papier, Leute, die dann und wann sich sehen lassen, aber bei wichtigen und entschiedenen Anlässen zum Bekenntnis ihres Glaubens, in Vertretung der christlichen Auffassung im Beruf usw. sich ducken und verschwinden. Solche Leute sind der Bewegung nur ein Hemmschuh, wenn sie auch zahlenmäßig einen Erfolg bedeuten. Aber wir Katholiken sollten den Mut zur Minderheit besitzen, schrieb vor kurzem der Führer der Schweizer Jugendbewegung; nicht gerade in diesem exklusiven Sinn wollen wir uns den Satz zu eigen machen — aber lieber auf die Masse verzichten, als Massenmenschen unsicheren Charakters in der Bewegung mitschleppen. Qualitäten, nicht Quantitäten ist die Forderung für die Zukunft.

Jugendliche Führer sind uns notwendig, welche die Verantwortung für die Führerschaft und auch die Fähigkeit zum Führertum in sich tragen. Hier kommt die stille, persönliche Kleinarbeit, insbesondere auch des Seelsorgers, voll und ganz zur Geltung; hier ist Jugendpflege im tiefsten Sinn des Wortes Seelsorge: Sorge für eine bestimmte Jugendseele der intensivsten Art. Die Masse ist nur mit Massenaktionen zu bewegen, der Einzelseele muß Aktivismus, Initiative geboten werden, sie zuerst in bezug auf sich selbst (Selbsterziehung, Ueberflüssigmachung des Seelenführers, Selbständigkeit als Erziehungsziel); dann in der Idee der Jugendbewegung, der katholischen Aktion, Klarheit, Ueberzeugung, Urteilskraft und schließlich für die Beeinflussung der Jugend jugendliche Art, freudiges Temperament, Unverdrossenheit, liebevolles Verständnis, Bestimmtheit, Konsequenz — katholische Tugenden und tiefes, inneres Leben. Was könnten solche Führer bei der Jugend erreichen! Wie so manchmal den Herrn Präses im Vereinsleben und in der Massenbewegung ersetzen bzw. seinen Geist oder vielmehr die katholische Gesinnung tief und ehrlich vom Seelsorger weitergeben und an andere vermitteln! Gebet unserer Jugendbewegung solche jugendliche Führer!

Der Jugendsonntag in Bayern dient zunächst und äußerlich der Kirchensammlung für Zwecke der Jugendpflege und Jugendfürsorge. Im Volksbewußtsein soll der Gedanke der Verantwortung für das kommende Geschlecht gestärkt werden. Möge auch die Führerfrage unserer katholischen Jugendbewegung im kleineren Kreise der Seelsorger und der erwachsenen Freunde unserer Jugend beachtet werden — es müssen auch für später neue Führer im katholischen Leben uns erstehen.

Das Webergärtlein.

Von F. Schrönghamer-Heimdal.

Hinter dem Weberhause, jedoch auf der Sonnenseite, liegt das Webergärtlein. Der Zaun ist schon zottig vom Moos und windschief vor Alter. Und weil es schon Sommer ist, steht auf den grasigen Beeten nichts mehr als da und dort eine ausgewachsene Mutterrübe, in deren gelben Blütendolden die Dorfimmen summen. Ein Bauerngärtlein ist kein Lustgarten; wenn die Kraut- und Rübenpflanzen darin gezogen und ins Feld gesetzt sind, hat es Feierabend den ganzen lieben Sommer lang. Ich weiß wohl, daß die Weberin gern ein Ziergärtlein hätte, mit Duftblumen und Heilkräutern wohlgepflegt, wenn sie Zeit zum Hegen hätte. Aber sie muß der Blümlein warten, die ihr unter dem Herzen erwuchsen und die ihr in der Stube blühen, Büblein und Dirnlein, ein blondes Dutzend.

Vor Jahren zehn oder fünfzehn hat sie wohl ein Blümlein auch in ihrem Hausgärtlein gepflanzt, das sie aus der Heimat mitgenommen. Und das Pflänzlein hat sich die Jahre her vermehrt und seine Triebe umziehen jetzt den ganzen Zaun.

Wie das Blümlein heißt, weiß ich nicht. Aber ich fühle mich seltsam zu ihm hingezogen. Aber weil es Form und Farbe eines Herzleins hat und weil es sich so sittig und ergeben der Sonne neigt, nannte ich es Frauenherzlein.

Die Weberin und meine Mutter sind an Sonntagnachmittagen oft vor dem Gärtlein auf dem Anger gesessen und die Frauenherzlein neigten sich über sie, als lauschten sie ihren Reden und als wollten sie teilhaben an ihrem Mutterglück. Denn die Weberin und meine Mutter haben immer ein Kindlein auf dem Schoße getragen und ein werdendes Wunder unter dem Herzen, wenn sie an Sonntagnachmittagen beim Gärtlein saßen in lieben, leisen Reden. Da ist's oft wie ein Schauer über die Frauenherzlein im Garten hingelaufen und von den tausend und mehr Blümlein hat es eines dem andern zugeraunt, den ganzen Zaun entlang, das liebe Wort vom Wunder unterm Herzen. — Und den Kleinen auf dem Schoße der Mütter, den halbjährigen Blasenglein, haben sie zugelächelt und zugefächelt, als wollten sie sich an die butterweichen Rosenwänglein der holden Unschuld schmiegen.

Wie lang ist es her, seit die Mütter so saßen? Ich mag nicht sinnen. Aber so oft ich am Webergärtlein vorüberkomme, sehe ich das Bild der heiligen Mutter auf dem Anger beim Gärtlein mit den Frauenherzen, ein Bild, wie es im Himmel und auf Erden nicht holdseliger zu schauen sein mag.

Und wenn gerade niemand um die Wege ist, dann lege ich mich an sonnigem Sonntagnachmittag gern auf den Platz, wo die Mütter einst saßen, die meine und die Webermutter. Denn das Gärtlein mit den Frauenherzen steht immer noch am selben Fleck, weil es ja so treue Herzlein sind. Heute bilden die Blümlein schon eine ganze Wildnis; das ganze Gärtlein ist von sinnenden, wiegenden, zartseligen Herzen erfüllt. Und die Bienen, die überall sind, wo es Köstliches zu naschen gibt, summen einen Feiergesang über das versunkene Bild der heiligen Mütter.

Draußen vergeistert der Sonntagnachmittag bei Mädchenkichern, bei Kegelspiel und anderer Kurzweil. Zu Zeiten bimmelt ein Uhrenschlag von fernen Kirchtürmen über die Stille her. Der Postknecht unten auf der Waldstraße bläst den „Jäger aus der Kurpfalz" zum Zeitvertreib, die gelbe Postkutsche schimmert kurz durch die Talmulde herauf. Weit über den Höhen, über Wald und Strom braust das Leben der großen Welt und wirft eine Schaumwelle in die Stille meiner Frauenherzen und meines Müttergedenkens.

Kein Bild mag seliger sein als mein Erinnern, an dieser Stätte. Mütter, wo seid ihr? Versunken, verschollen? Nein — was im Herzen steht, hat ewiges Leben. Nur die Welt des Scheines schwindet und wechselt schemengleich. Das heilig Mütterliche, das unsäglich Frauliche ist das Unwandelbare, das Leben selbst. Ist das nicht die Wahrheit? Ei ja, die Frauenherzlein nicken über den uralten Zaun und die Immen summen mit feinen Seidenflügeln ein tausendtöniges Ja.

Blühet, Herzlein, blühet!
Summet, Immlein, summet!

Vom Büchertisch.

Ich liebe die Schrott-Fiechtl-Romane und den neuesten zähle ich nach Form und Inhalt zu den besten: **Die Magd der Enkelin** von Hans Schrott-Fiechtl. Köln. Verlag und Druck von J. P. Bachem. Dante nennt irgendwo in seiner Göttlichen Komödie die Kunst die Enkelin Gottes. Schrott-Fiechtl aber singt in seinem neuen Buch der Frau des Künstlers, der Gattin und Gefährtin auf der dornenvollen Bahn zum Künstlererfolg, der „Magd der Enkelin" Kunst ein hohes Lied. Wie sie treu sorgend und klugverstehend mit dem werdenden Künstler, dem Schriftsteller und Dichter süße Hoffnungen und Enttäuschungen, Lichtblicke des Erfolges und Sorgen teilt, wie sie den Aufsteigenden mit liebender Hand stützt, den zermürbt Augenblicke lang Zagenden ermutigt, wie sie vor allem in allen Stürmen das eigene Ich und der kritischen Umwelt den Glauben an sich, an sein Können und sein Ideal im Gatten-Künstler wachhält, das ist in Schrott-Fiechtls neuem Roman in lebensfrischen Bildern aus der Künstlerwerkstatt liebevoll ausgemalt. Und wer tiefer greift, der fühlt's, wieviel eigenes Herzweh die Worte mitempfunden, wie sehr wärmstes Herzblut vom eigenen Herzen die Gestalt der Martha Maria, der Magd der Enkelin, beseelt hat. Hans Schrott-Fiechtl selber ist's, der wie in verklärter Erinnerung auf mancher Seite des Buches eigenes Erleben in den geistreichen Zwiesprachen mit gar manchem durch Tränen lachenden originellen Kraftspruch gewürzt entrollt. Die Sprache ist frisch und edel, poesievoll und plastisch, sorgfältiger gepflegt und mehr als bisher dem Umgangston des werktägigen Alltags entrückt. Ermüdende Längen fehlen und gerade in den vielfältigen, lebhaft geführten Auseinandersetzungen des Künstlers und Schriftstellers Dr. Pechl mit der Welt des Publikums steckt soviel Lebensweisheit, soviel ehrlicher Optimismus, Idealismus und Humor, daß ich besonders jene Szenen mit steigendem Interesse gelesen habe. Ueber dem Ganzen lacht soviel Liebe und sonniges Gemüt, daß ich auch diesen echten Schrott-Fiechtl in jede Familie hineintragen möchte. Es ist, richtig verstanden, nicht bloß das Hohelied der Künstlersgattin, 's ist das Bild jeder treusorgenden, liebenden Frau jedes schaffenden Mannes. Schrott-Fiechtl hat viel gerungen und sich durchgesetzt. Möge sein neuer Roman ein Beitrag zu neuen Erfolgen werden.
Dr. Hans Eisele.

Dr. **Paul Keinelt: Eine Handvoll junger Märchen aus dem Glatzer Lande.** Preis geb. 4.50 *M*. — Dieses gesegnete schlesische Dichterland! Da spendet es wieder eine wertvolle Gabe. Mir ist in der letzten Zeit mancherlei Märchendichtung durch Hand und Herz gegangen, aber kaum eine hat es mir angetan wie diese. Es ist so schön, aus tiefer Dichterseele heraus Märchenpoesie voll Würzhauch, Farbenglanz und -duft entgegennehmen zu dürfen. Und hier, man denke nur: Gleich wird man mitten hineingestellt in ein „vollkommenstes" Märchenwunderland, wie es ein zuerst über dies feiner harrende Werk tränentrauriges Engelein unter dem Schutze der Gottesmutter aufs herrlichste ausgestaltete. Wo? Im Herzen der Glatzer Berge! Nun ja, den möchte ich sehen, der nicht alsbald an diesem ganz eingesponnen würde in Märchenzauber, „jungen" zumal, von bleibender Wirkung! Ein Dichter aber wie Reinelt, von Zartheit und nicht selten wuchtiger Kraft, ist berufen, des weiteren aus dem Wunderborn zu schöpfen, und froh dürfen wir allem Kommenden aus seiner Spenderhand entgegenschauen.
E. M. Hamann.

Elisabeth Hoffmann: Glückssterne. Ein Lebensführer für junge Mädchen. Steyl, Missionsdruckerei. Pr. geb. 5 *M*. — Die bewährte Verfasserin hat den Ton der Unmittelbarkeit für die Mädchenjugend, zumal unseres Mittelstandes, vorzüglich zu treffen gewußt. Jene Sprache des Herzens, die an das noch weiche, aber schon wache Gemüt mit gewinnendem Eigenlaut redet und es sanft, doch nachhaltig herüberzieht in die gehobene Sphäre seelischer Ergriffenheit inmitten des Tageserlebens. Mütterlich-freundschaftliche Führung in eigenem und fremdem Wort — hier zumeist in solchem erlesener Dichtung —, gegliedert in 46 knappe Kapitel unter sechs zusammenfassenden Hauptaufschriften: Wo wohnt das Glück? Ein Stückchen Welt. Mitten im Leben. Licht- und Schattenseiten. Tugendgarten. Himmelwärts. Halt! Steh' still. — Das ist der Inhalt. Ein reiches, bereicherndes Schatzkästlein für hoffentlich Ungezählte unserer Jungmädchenschar.
E. M. Hamann.

Alte Heiligenlegenden. Aus dem (bei Ludewich van Renschen in Köln gedruckten) Kölner Passional vom Jahre 1485. Der erste Teil. Uebersetzt von Rosa Breuer. Eingeleitet von Dr. Heinr. Saedler. Mit Zeichnungen von Karl Koester. — M.Gladbach, Volksvereinsverlag. Pr. geb. 8 *M*. — Eine Kostbarkeit: das unschätzbare Vermächtnis des um 1230 geborenen gelehrten, heiligmäßigen und späterhin selig gesprochenen Dominikanermönches Jakobus aus Virago bei Genua, der uns die Goldene Legende schenkte: die Legenda aurea. Nach denkbar schnellster Verbreitung ging das herrliche Werk während der zersetzend kritiksüchtigen Reformations- und der öden, dürren Aufklärungszeit dem Geiste und der Art nach verloren, bis Herder und die Romantiker zur Neuentdeckung der unvergleichlichen Legendenpoesie gelangten und erst die neuesten Forschungen (s. Severin Rüttgers und Rich. Benz) die alten reichen Goldadern der Legenda aurea wieder aufschürften. Aber die sich darbietenden Ergebnisse verschlangen zu große materielle Opfer, um eine abermalige schnelle und weite Verbreitung zuzulassen. Da kommt nun das oben angezeigte Werk in seiner Fülle, seiner inneren und äußeren Schönheit eben diesem Zwecke auf das sozusagen vollkommenste entgegen: ein Schatz, der sich bald, bei nur einigermaßen zureichender Unterstützung, in fast jeder Haus-, Schul-, Vereins- und Volksbibliothek eingebürgert haben könnte als das anerkannt „schönste und tiefste deutsche Volksbuch" nach der Heiligen Schrift. 23 der erlesensten Legenden sind hier vereinigt zu einem schon das Auge köstlich anmutenden Bande, dessen Wortlaut sich nicht auf das lateinische Urstück gründet, sondern auf eine und dieselbe deutsche Uebertragung, der verschiedene nieder- und oberdeutsche Ausgaben als Wurzelboden dienten. — Rosa Breuers taktsichere Bearbeitung darf nach jeder Richtung: der sprachlichen, zusammenschließenden und ergänzenden, als hervorragend bezeichnet werden. So möge denn der hier neu erschlossene Born heiliger Freude und Förderung ungezählte gottsuchende und gottinnige Seelen mit dem Wasser des Lebens erquicken!
E. M. Hamann.

Anton Schiegg, Allgemeine Schule der Stimmerziehung. München, Bayerische Druckerei und Verlagsanstalt. — Langjährige, persönliche Erfahrung und eine vollkommene Beherrschung der weitverzweigten Literatur machen den Verfasser geeignet, allen, welche sich mit der Bildung und Pflege der menschlichen Stimme befassen, ein Berater zu sein. Schiegg beschäftigt sich mit der Sing- und Sprechstimme, weil ohne rationelle Schulung der letzteren eine Gesangsausbildung unmöglich ist und, davon abgesehen, wie viel Berufsredner (Lehrer, Prediger, Anwälte und Politiker) leiden unter der falschen Behandlung ihrer Stimme! Was die Ausbildung der Gesangsstimme betrifft, so vermag der Schüler aus dem Buche vieles zu ersehen, wessen er bedarf und gar mancher Lehrer wird vielleicht zu einer Schärfung des Gewissens gelangen, was auf diesem Gebiete immer noch bei vielen nottut.
L. G. O.

„Sexuelle Aufklärung".

Seitdem man in den sogenannten „Aufklärungs"films eine ganz erbärmlich schamlose Spekulation auf die niedrigsten Instinkte betreibt, gar nicht zu reden von der unter ähnlichem Deckmantel vor sich gehenden Entwürdigung der Literatur und des Theaters, haben wir wohl reichlich Ursache, die Bedeutung und die Folgen gewisser ins Volk geworfener Schlagworte grell zu beleuchten. Man will unsere Jugend durch Schulärzte „sexuell aufklären" lassen, angeblich deshalb, damit sie vor der scheußlichen Lustseuche bewahrt bleibe. Nun frage ich: ist keiner der zahllos vielen, die sich bereits eine Ansteckung zugezogen hatten, also gewiß bereits hinlänglich „aufgeklärt" waren, später neuerlich aus ähnlicher Ursache erkrankt? Die Wahrheit ist, daß viele, viele Fälle wiederholter Verseuchung, sei es in dieser oder jener Form, sich bereits ergaben und weiterhin ergeben, wo bereits Ausheilung eingetreten war. Also die „Aufklärung" schützt keineswegs vor gesundheitlichem Schaden, das beweisen übrigens auch gewisse andere Laster zur Genüge. — Gerade hinsichtlich dieses heikelsten aller Probleme ergibt sich die Notwendigkeit, zu individualisieren am allerdringendsten. Und dieses Individualisieren kann in zweckdienlicher Weise nur seitens der Eltern erfolgen, vornehmlich ist es das heiligste Recht der Mutter, in der ihr geeignet erscheinenden Weise die Anlagen, Gedanken, Empfindungen, überhaupt die seelisch-geistig-sittliche Entwicklung ihres Kindes zu überwachen, zu fördern. Der Mutter geziemt es da, gegebenenfalls vorsichtig zu forschen, zu raten und bis zu dem eventuell als richtig erkannten Punkte aufklärend zu wirken. Außenstehende aber können niemals der Individualität des Kindes im Hinblicke auf das hier in Rede stehende Thema vollkommen gerecht werden, dagegen besteht die eminente Gefahr, durch derartige „Belehrung" eine Art geistiger Ansteckung zu bewirken, zumal bei Jugendlichen mit bereits erhitzter Phantasie. Religiös-sittliche Erziehung ist das zuverlässigste Schutz- und Vorbeugungsmittel gegen „Ansteckung" verschiedenster Art und — das Individualisieren

ist hierbei ein Hauptfaktor, wie im Wirken jedes guten Pädagogen. Wir müssen energisch ankämpfen gegen die krankhafte Schablonisierungssucht unserer Zeit, gegen ihre zynische Sucht, den Schleier von allem Häßlichen, wie von allem Verehrungswürdigen herabzureißen, an das Schönste, Zarteste das Zerfaserungsmesser anzulegen. Freuen wir uns an dem herrlichen Farbenschmelz des im Sonnenscheine gaukelnden Schmetterlings. Nehmen wir ihn nicht in die Hand um grüblerisch die Anordnung und Art seiner Farben zu erforschen, wenn wir nicht zu den Lepidopterologen gehören. Auch die weichste Hand ist zu rauh für jenes wundersame Gebilde. Ihr Eltern, wahrt den Schmetterlingsstaub auf den Gedankenflügeln eurer Kinder! Franz Josef Zlatnik, Wien.

Bühnen- und Musikrundschau.

Residenztheater. Ueber eine Neueinstudierung der „Jüdin von Toledo“ im Prinzregententheater glaubte ich weggehen zu sollen, der kommende, neue Intendant wird wissen, daß die Besetzung der Titelrolle von dem Stil so weit getrennt ist, wie Grillparzer von Bernard Shaw. Allerhand Gastspiele zeigen die neue Leitung vorbereitend bemüht, Lücken auszufüllen. Im Residenztheater hat man „Viel Lärm um nichts“ neu einstudiert, eine Aufführung, die in ihrer Art nicht ohne Wirkung war. Max Reinhardt hat die Mode aufgebracht, durch allerhand Regieeinfälle und Uebertreibungen mit dem Dichter zu spielen, statt den Dichter zu spielen und dadurch viele Vorzüge seiner großen Begabung problematisch gemacht. Liebscher folgte hier diesen Wegen, auf denen wir ihm schwer folgen können. Der Uebermut auf der Bühne erhielt etwas Forciertes. Die komischen Nebenrollen der Herren Basil und Wohlmuth unterhielten das Publikum am meisten, gerade weil sie das Komische nicht mit jedem Satze unterstrichen. Die Damen Bierkowski und Pregler, die Herren Stieler und Graumann boten von dem Standpunkt, den der Spielleiter nun einmal angenommen hat, recht Ansehnliches. In den Dekorationen und Kostümen tobte sich ein sich genial gebärdender Expressionismus aus. Auch hier mag der neue Intendant darüber wachen, daß man mangelnden Geschmack und fehlendes Stilgefühl nicht mit Fortschritt verwechsle. Eine neue Bühnenmusik schrieb Erich Wolfgang Korngold. Der Wunderknabe kommt allmählich in die Jahre, in denen nur die Leistung an sich Bewunderung erregen kann. Sein technisches Können ist immer erstaunlich gewesen, seine Musik ist anmutig und gefällig, ohne sich künstlerisch gerade als notwendig zu erweisen.

Schauspielhaus. Die Absicht des Münchener Schauspielhauses, die seit 1914 mit Fug von seinen Brettern vertriebenen französischen Autoren in Gnaden wieder aufzunehmen, hat Befremden erregt, insbesonders in den Kreisen unserer akademischen Jugend hat, wie man hört, die Flamme der Entrüstung sehr hoch geschlagen. Die Theaterleitung veröffentlichte eine Entschuldigung, die Verpflichtung das Stück zu spielen stamme schon aus der Zeit vor dem Kriege, die Verfasser hätten sich nicht durch feindliche Aeußerungen hervorgetan und das Lustspiel sei schon auf deutschen Brettern erfolgreich gegeben. Trotzdem munkelte man, daß es zu Kundgebungen kommen werde. Bekanntlich pflegen aber im Voraus angekündigte Unruhen nicht immer einzutreffen und so bereitete ein harmloses Publikum, das sich gut unterhielt, der „Fahrt ins Blaue“ eine sehr herzliche Aufnahme. Soll man sich darüber freuen oder nicht? Daß ein deutscher Autor auf einer Pariser Bühne unmöglich wäre, ist kein Grund gleiches mit gleichem zu vergelten. Der Mangel an Engherzigkeit gehört eben zu den „Bocherien“, die von den schönen Eigentümlichkeiten des deutschen Geistes nicht zu trennen sind. Wir haben vor einiger Zeit in den Kammerspielen Claudels „Verkündigung“ mit dem Respekt, der der Dichtung gebührt, aufgenommen und ignorierten die Tatsache, daß Claudel, der Schriftsteller, uns weiterhin schmäht und Claudel, der französische Diplomat, sich in Dänemark in der gleichen Gesinnung betätigt. Unbedingt aber ablehnen sollten wir alle Werke, die unseren Spielplan geistig nicht bereichern, die zu den entbehrlichen Luxuswaren gehören oder gar durch ihre ethische Minderwertigkeit uns Giftstoffe zuführen. Wir haben im eigenen Hause gegen moralische Unreinlichkeit zu kämpfen. Es darf nicht wieder einreißen, daß sich alle Frivolitäten der Pariser Bühnen auf unseren Brettern breitmachen. Auch sind wir zu arm geworden, Luxuswaren aus dem Auslande zu beziehen. Zu diesen rechne ich „die Fahrt ins Blaue“, Lustspiel von Edmond de Caillavet, R. de Flers und E. Rey. Das Lustspiel hat uns nicht übel unterhalten, aber der Verzicht wäre keine harte Entsagung. Die Lustspielfirma oder wenigstens einige dieses Triumvirates haben uns schon bedenklichere Pikanterien geboten, das sei gerne anerkannt und rein technisch genommen zeigt insbesondere der zweite Akt ein meisterhaftes Geschick. Im ersten Aufzug sehen wir Hochzeitsgäste auf einem Schlosse. Witzige Gesellschaftskritik mit Sentimentalität in wirksamer Mischung. Die hübsche Helene v. Trevillac soll einen trockenen, pedantischen Zahlenmenschen vom Obersten Rechnungshof heiraten, sie hat in die Partie gewilligt, weil sie sich von ihrem geliebten Vetter verlassen glaubt. Dem ist aber nicht so. Die böse Tante hat durch Kabalen und Unterschlagung von Briefen die Liebenden getäuscht. In der letzten Minute erscheint der junge, liebenswürdige Mann, der so viel verführerischer ist, als der hohle Zahlentrottel; Helene wirft den Schleier ab und entflieht. Die Fahrt geht eigentlich nicht ins Blaue, sondern zur Großmutter, einer alten Dame von viel Humor und Herzenstiefe. Der Frau Glümer ist hier gelungen, eine Prachtgestalt auf die Bretter zu stellen, die dicht neben ihrer Mutter der „Fünf Frankfurter“ steht. Die Liebenden getrauen sich nicht der alten Dame die Wahrheit zu sagen und verschieben das auf den nächsten Tag. Sie sind bestrebt, die gute Sitte zu wahren. Der junge Kavalier, von Günther mit viel Liebenswürdigkeit gespielt, nächtigt auf einem schmalen Sofa in sehr primitiver Weise, aber durch die nochmals zurückkehrende Großmutter werden die beiden zum Bruch der Sitte gleichsam wider Willen verführt. Ohne die pikante Note tun es die Franzosen eben nicht. Der dritte Akt führt die Angelegenheit der Legitimierung entgegen. Die Autoren haben noch Trümpfe genug, um den Akt nicht „abfallen“ zu lassen. Elsa Tiedemann spielt die Helene sehr anmutig. Dysing gibt den gefoppten Bräutigam mit einem unaufdringlichen Humor und die zahlreichen kleineren Rollen waren auch gut besetzt. Die Franzosen können zufrieden sein.

Kammerspiele. Lautensack, den Freund Wedekinds, hat man uns im Schauspielhaus mit seinem Mönchsstück „Das Gelübde“ vorgestellt. In Norddeutschland hat — keineswegs nur in katholischen Kreisen — seine üble Pfarrhauskomödie lebhaften Unwillen erregt. Die Sommerdirektion Schwannecke machte uns nun mit dem „Hahnenkampf“ des verstorbenen Dichters bekannt. Hätte die Zensur seinerzeit allerdings sehr begreiflicherweise die Stücke Hrch. Lautensacks nicht verboten, sie wären längst abgetan. Die Bemühungen, ihm jetzt zu einem posthumen Ruhm zu verhelfen, werden vergeblich sein. Schon ist die Fühlung zu den führenden Persönlichkeiten des Naturalismus eine sehr lose geworden, was sollen uns da die Talentchen der Mitläufer bedeuten? Den öffentlichen Vorstellungen ging eine „geschlossene“ vor „Geladenen“ voraus, die wegen der phantastisch hinaufgesetzten Eintrittspreise eine Sensation erwarteten und im Laufe des Abends immer enttäuschter wurden. Der dünne Beifall, der bald erstarb, ward durch keinen Widerspruch angefacht. Grund genug zu letzterem wäre in moralischer und religiöser Hinsicht allerdings vorhanden gewesen. Wenn sich die Leute auf der Bühne recht gemein und niederträchtig benehmen, dann läßt der Autor ein Glöcklein erklingen und flugs wandeln sich alle in fromme Christen. Die Verteidiger Lautensacks werden sagen, das habe lediglich den Zweck, die Volkstypen aus dem bayerischen Wald zu „charakterisieren“, aber Lautensack tut es ein bißchen oft und es sind immer die einzigen Momente, in denen die derbnaturalistische Schilderung eine Beimischung von Satire erhält. Man merkt die Absicht und man ist verstimmt. Im übrigen: eine psychologische Studie ohne sonderliche Entwicklung, ohne Spannung, ohne dramatische Steigerung, schließlich einem brutalen Knalleffekt zusteuernd. Die Heldin heißt „Innocentia“ und hat sechs Liebhaber, von denen sie „nur“ zwei wirklich liebt, unter diesen beiden spielt sich der „Hahnenkampf“ ab. Die Honoratioren des Marktfleckens haben der Innocentia in einem verödeten Kupferhammer so eine Art „Schloß Wetterstein“ eingerichtet, da gesellt sich zu ihnen der neue Gendarm, welcher das Frauenzimmer für sich allein haben möchte. In seiner dumpfen Eifersucht will er die Herren anzeigen. Strafrechtlich kann dem Apotheker, dem Hauptmann der freiwilligen Feuerwehr, dem Bräumeister, dem Lehrer und dem Kommandanten wohl nichts geschehen, aber es geht um Ehre und Lebensstellung. Der greise Feuerwehrhauptmann stirbt aus Angst. Der Apotheker und Innocentia suchen mit allen Mitteln den Gendarmen abzuhalten von seinem bösen Vorhaben. Eine große Szene zwischen dem Apotheker und dem letzteren leidet an Unlogik. Der Gendarm ist dem Dichter plötzlich nicht mehr der aus Privathaß handelnde, sondern zugleich der Vertreter einer dumpfen Staatsgewalt, die nach veralteten Paragraphen handelt und sich um die Begleiterscheinung — die Vernichtung ganzer Familien — nicht kümmert. Wenig überzeugt auch die Szene zwischen dem liebestollen Gendarm und Innocentia. Er faßt plötzlich den Gedanken, die Widerstrebende erst zu vergewaltigen und dann als Dirne zu verhaften. Auf ihr Geschrei kommt der Apotheker und der Kommandant gestürzt; da der erstere, den Sonntagsjäger markierend, immer ein Gewehr spazieren trägt, kommt es zu einer Schießerei und der Gendarm stürzt tot zu Boden. Mitten durch die Stirn ging der Schuß. Dem Mörder kommt der Gedanke, daß die Tat als Selbstmord gelten könnte. Er legt einen Zettel der Innocentia zu dem Toten, der das Selbstmordmotiv: Liebeskummer wahrscheinlich macht. Der Apotheker aber dankt dem lieben Gott und allen Heiligen, daß sie ihm diesen famosen Plan eingegeben. Das wirkt ärgerlich, peinlich sogar. Im Schlußbild sehen wir ein Marterl an der Mordstelle und Passanten rühmen die liebende Fürsorge der Freunde des Selbstmörders, die ihm das schöne und immer gut gepflegte Erinnerungszeichen gesetzt hätten, dann fällt der Vorhang. Der Zettel behauptet, das Stück spiele 1895 zur Zeit der letzten offiziellen Sedanfeier. Wohl ist einmal flüchtig die Rede von der Wirkung der Festlichkeit auf Käse- und Schnittwarenhandel, im übrigen ist aber die Geschichte der Innocentia und ihrer sechs Liebhaber nicht an Zeit und Ort gebunden. Gespielt wurden die meist nur skizzenhaft gezeichneten Figuren gut. Fabers Gendarm — ein in seine Idee fanatisch verbohrter Mensch ohne Geist — überzeugte. Die Aulinger brauchte nur Weibsteufelreminiszenzen anklingen zu lassen. Die naturalistisch gedachte Moritat ließ man zwischen schwarzen, von Zugluft bewegten Vorhängen und zwei oder drei expressionistischen Baumstämmen geschehen, während man bei den anderen Bildern zwischen Stilisierung und Naturalismus Kompromisse schloß.

München. L. G. Oberaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Wirtschaftskrankheit — Unsere Handelsflagge an Amerika verkauft — Deutsches Ueberseegeschäft ist dadurch neuerdings erschwert — Innenpolitik bedingt vor allem Ruhe und Sicherheit

Deutschlands Finanz- und Handelslage hat nach dem erledigten, beispiellos heftigen Wahlkampf seine unverändert triste Gestaltung beibehalten. Unsere Not in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung wird sicherlich gesteigert durch die Unklarheit und Ungewissheit hinsichtlich der Wahlfolgen, namentlich in bezug auf die parlamentarischen Machtverhältnisse und hier wiederum, ob und inwieweit die leitenden Politiker ein lebensfähiges Reichsministerium auf längere Zeit anhaltend zu bilden in der Lage sind. Die Stimmung des Auslandes, sowohl der neutralen Presse wie auch aus Ententekreisen, bestätigt diese Lage gleichfalls äusserst zurückhaltend. Besonders die trüben Wirtschaftsaussichten Deutschlands und die Unsicherheit hinsichtlich der Möglichkeit in der Einhaltung der drakonischen Versailler Friedensbedingungen werden vielfach unterstrichen. Jedenfalls hat die von den Unzuträglichkeiten auf dem Warenmarkt ausgehende deutsche Handelskrisis inzwischen keine Milderung erfahren, wenn auch hie und da, bedingt durch den Inlandsverbrauch, bei einzelnen Warengebieten eine, wenn auch unbedeutende Mehrung im Warenbezug verzeichnet werden kann. Feststehend bleibt die Notwendigkeit des auch von Regierungsseite empfohlenen, unbedingten **Preisabbaues**. Es frägt sich jedoch immer wieder, wo derselbe einzusetzen hat und gerade diese Lösung verursacht bei allen hierbei in Betracht kommenden Wirtschaftsfaktoren die grösste, um nicht zu sagen die einzige Schwierigkeit. Fraglich bleibt ferner, ob die durch die geplante bedeutende Minderung der Zwangsbewirtschaftung beabsichtigte Erleichterung in der Lebensmittelversorgung auch in der Tat erreicht wird. Es sprechen zu viel Momente dagegen. Schon die Erfahrungen, welche man bei uns hinsichtlich des Schiebertums und bei den Auswüchsen des Freihandels gemacht hat, lassen jede uneingeschränkte Hoffnung hierwegen vermissen. Auf die Schäden der verkürzten Arbeitszeit bei der Landwirtschaft hat vor Wochen die von Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer herausgegebene volkswirtschaftliche Beilage des „Bayerischen Kurier" hingewiesen. Auch dieser Faktor darf im Zusammenhang mit der Gestaltung der innerpolitischen Lage bei uns nicht zu gering eingeschätzt werden.

Und während sich Deutschland mit diesen und anderen innerpolitischen Fragen beschäftigt hatte, während der Wahlkampf alles beanspruchte, vollzog sich auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet ein Vorgang, der in seiner Bedeutung auffallend geringfügige Erwähnung erfuhr. Nach langen Verhandlungen zwischen amerikanischen Schiffsgesellschaften mit Vertretern der deutschen Reedereien, namentlich der Hamburg-Amerikalinie, wurde es amerikanischen Trustunternehmungen ermöglicht, für eine Reihe von zwanzig Jahren die Ausnützung der deutschen Rechte hinsichtlich der Dampferlinien zwischen Hamburg bezw. Bremen und Amerika zu erhalten. Die grössten deutschen Schiffahrtsunternehmungen geraten dadurch nicht nur unter vollständige amerikanische Kontrolle, sondern auch **die deutsche Handelsflagge verschwindet!** Das amerikanische Sternenbanner wird deren Platz einnehmen, und was dieser Vorgang für den Werdegang des zukünftigen deutschen Handels bedeutet, was dieses Aufhören der einst so gewaltigen und stolzen deutschen Handelsflagge vor allem auch auf allen anderen Gebieten zu sagen hat, das glauben auch wir Süddeutsche voll und ganz würdigen zu können. — Deutschland ohne Handelsflotte! Der Versailler Vertrag gibt der Entente hierzu das Recht. Unsere Gegner haben aus begreiflichen Gründen in diesem Punkte keinerlei Entgegenkommen uns gegenüber gezeigt. Der deutsche Import, der deutsche Aussenhandel ist nunmehr vollkommen abhängig und beeinflusst von dem — guten oder bösen — Willen unserer Gegner und der ausländischen Schiffahrtsunternehmungen. Deutscher Unternehmungsgeist und deutsche Anpassungsfähigkeit an das Auslandstum und an den Ueberseehandel werden kaum in absehbarer Zeit in die Lage kommen, sich wie vor dem Kriege restlos zu betätigen. Für die Alliierten frägt es sich freilich, ob angesichts solcher Verhinderung Deutschland zur Verbesserung der heimischen Wirtschaftsfaktoren in die Lage kommt, die Versailler Friedensbedingungen, wenn solche überhaupt zur Durchführung gelangen, auch ernstlich einzuhalten. Unsere Lebensmöglichkeit ist im derzeitigen Augenblick wenigstens äussert dünn gesät. Der wirtschaftliche Wiederaufbau — und dieser ist unbedingt in Bälde in Angriff zu nehmen — steht und fällt mit einer durchgreifenden Aenderung der Ententepolitik hinsichtlich Deutschlands und den übrigen mitteleuropäischen Staaten. Die politischen Zuckungen in Deutsch-Oesterreich, die innerpolitischen Schwierigkeiten in Italien, die Wirtschaftskrankheiten in Frankreich, die Gesamtgestaltung der Lage im östlichen Europa — Russland, Polen-Bolschewismus — sollten im Zusammenhang damit Gründe genug bieten zu einer durchaus vorsichtigen Beurteilung der allernächsten Zukunft. Ueberraschungen bleiben auf all diesen Gebieten im Bereiche der Möglichkeit. Unsere Wirtschaftslage erheischt allein schon grosse Bedenken und restlose Zurückhaltung. Sicherheit und Ruhe zu erhalten, bleiben nach wie vor Stützpunkte der künftigen deutschen Regierungskreise, mögen solche auch zusammengesetzt sein wie sie wollen. Auf solcher breiter Plattform für den Dienst des Vaterlandes ist es vielleicht nicht ausgeschlossen, dass es, wenn auch nach langwierigen, jedoch nicht vergeblichen Bemühungen, Deutschland gelingen wird, sich auch wirtschaftlich wieder aufzurichten.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Prümmer, D. M., O. Pr., Manuale iuris ecclesiastici. In usum clericorum praesertim illorum, qui ad ordines religiosos, pertinent. 2. Aufl. Gr. 8°. (LII u. 700 S.) M 35.—, geb. M 40.—. — **Evangelium und Arbeit.** Eine Apologie der Arbeitslehre des Neuen Testamentes. Von Dr. Simon Weber. 2. Aufl. 8°. (VIII u. 364 S.) M 12.80, geb. M 15.80. — **Beethoven.** Seine Persönlichkeit in den Aufzeichnungen seiner Zeitgenossen, seinen Briefen und Tagebüchern. (Bibliothek wertvoller Denkwürdigkeiten. Herausgegeben von Prof. Dr. Otto Hellinghaus. (V. Band.) 12°. (XXII u. 270 S.) M 7.20, geb. M 9.20. — **Mein Meister Rupertus.** Ein Mönchsleben aus dem zwölften Jahrhundert. Von Odilo Wolff O. S. B. Mit 19 Bildern. 8°. (VIII u. 202 S.) M 6.80, geb. M 8.80. — **Leidensschule.** Von Bischof Dr. Paul Wilhelm von Keppler. M 3.20, geb. M 4.80. — **Das Dasein Gottes.** Von Otto Zimmermann S. J. 1. Bändchen: Der immergleiche Gott. 8°. (VIII u. 186 S.) M 5.20, geb. M 7.20. — **Was Jesus predigte.** Eine Erklärung des Vaterunsers. Von Joh. Peter van Kasteren S. J. Deutsch von Johannes Spendel S. J. 8°. (VIII u. 164 S.) Kart. M 5.80. — **Fastenbetrachtungen.** Von Mutter Klara Fey, Stifterin der Genossenschaft vom armen Kinde Jesus. Herausgegeben von ihren Töchtern. 8°. (XII u. 258 S.) M 6.40, geb. M 8.80. — **Der Christ im betrachtenden Gebet.** Anleitung zur täglichen Betrachtung, besonders für Priester und Ordensleute. Von Augustin Lehmkuhl S. J. 3. u. 4. Aufl. von Konrad Kirch S. J.

2. Band: Fasten- und Osterzeit von Septuagesima bis Dreifaltigkeit. 12°. (XII u. 668 S.) M 12.60, geb. M 16.60. — **Klerus und Volksmission.** Vorträge. Herausgegeben von Heinrich Bockel. (Hirt und Herde. 5. u. 6. Heft.) 8°. (VIII u. 302 S.) M 14.—. — **Sozialdemokratie und Christentum** oder darf ein Katholik Sozialdemokrat sein? Von Viktor Cathrein S J. — **Kongregationsbüchlein für Jünglinge und Jungmänner.** Von Albert Bickel. 5. Aufl. 24°. (IV u. 150 S.) Geb. M 2.—. (Freiburg i. Br., Herder.)

Die Junggesellenfrage. Ein Beitrag zur Sozialethik und Bevölkerungspolitik. Von Valmar Cramer. (Köln, J. P. Bachem.)

Das Buch der Wahr- und Weissagungen. 5. Aufl. Von Wilhelm Clerikus. Gebd. M 10.80. — **Die Ethik des Aristoteles.** Von Prof. Dr. Michael Wittmann. 8°. (XX, 355 S.) brosch. M 10.—, geb. M 14. — **Die Kulturarbeit der katholischen Kirche in Bayern.** Von Generalvikar Dr. M. Buchberger. Geb. M 18.—. — **Die Urzeit des deutschen Volkes.** Von Direktor Johannes Franz Thöne. Mit 20 Illustr. 8°. (XII, 178 S.) brosch. M 2.40, geb. M 3.40. — **Die Pestsalbe.** Eine Florentiner Geschichte aus dem 16. Jahrhundert. **Hans im Glück.** Eine Geschichte aus alter Zeit. 3. Aufl. — **Der ewige Jude.** Eine Geschichte aus den Bergen. 4. Aufl. 8°. (160 S.) — **Auf Rußlands Eisfeldern.** Vaterländische Geschichtserzählung aus dem Jahre 1812. 8. Aufl. Von Otto von Schaching. Brosch. je M 2.—, geb. je M 2.70. — **Julius Payers Bergfahrten.** Erschließungsfahrten in den Ortler-, Adamello- und Presanella-Alpen. Herausgeg. von Wilh. Lehner. gr. Lex. 8. (VIII, 190 S.) Brosch. M 16.—, geb. M 20.—. (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz.)

Geschichte des deutschen Mittelalters. Von Hubert Rausse. (384 S.) M 7.50, geb. M 10.—. — **Friedensbote.** Heimatjahrbuch Von P. Harrasser S. J. und Franz Eichert. 3. Jahrg. (112 S.) M 5.—, geb. M 7.50. (Regensburg, J. Habbel.)

Geschichte der deutschen Dominikanerinnen. Von P. Hieronymus Wilms, O. P. Brosch. M 13.50, geb. M 22.50. (Dülmen, A. Laumann)



Bayerischer Kurier

& Münchner Fremdenblatt

mit Handels-Industrie-und Gewerbe-Zeitung

Führendes Organ der Bayerischen Volkspartei.

Ein hochstehender bayerischer Beamter schreibt uns am 11. Juni: Als die Revolutionsereignisse uns in unserem christlich-konservativen Bayernland überraschten, war es der „B. K.“, der unentwegt und unter persönlichen Fährlichkeiten die Fahne christlicher Weltanschauung und ordnungsliebender Staatsgesinnung hochhielt. Er hat damals und in der Folgezeit bis jetzt weite Kreise unseres Volkes — katholische und protestantische — aufgerüttelt; er sammelte sie und wurde ein Bahnbrecher für den Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes, der jetzt von Bayern ausgeht und der bei uns nun in Ordnung und Arbeit eingesetzt hat. Dem Blatte und seiner Leitung kann dafür nicht genug gedankt werden.

Ein Oberbürgermeister: Ich warte täglich mit wirklicher Sehnsucht auf den „B. K.“. Gerade der „B. K.“ gibt in seinen Leitartikeln die Richtlinien für die weitere und engere Politik unserer Heimat korrekt, gründlich und freimütig. Daß er sich in schärfster Weise gegen jede Unitarisierung auf politischem und namentlich auf kulturellem Gebiete wendet, findet allgemeinen Beifall... Er versteht über die jeweils aktuellsten Fragen und über alle Probleme raschest und bestens aufzuklären.

Ein Universitätsprofessor: Sie wissen, meine Herren, ich stehe nicht auf den politischen Standpunkt des „B. K.“ Aber wenn Sie ein gut geschriebenes Blatt von Charakter und konsequenter Haltung lesen wollen, dann empfehle ich Ihnen den „B. K.“ ...

Ein bekannter Kulturpolitiker: Gestatten Sie mir die dankbare Anerkennung Ihres sympathischen und erfolgreichen Strebens, den Lesern durch die geistigen Strömungen der Gegenwart allezeit ein verlässiger Führer zu sein. Sie haben sich mit Ihren tiefschürfenden und belehrenden Untersuchungen der auftauchenden staats-, wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme den Dank Ihrer Leser in reichem Maße verdient und errungen.

Ein hoher Geistlicher, früher Univ.-Prof.: Es freut mich Gelegenheit zu haben meine herzlichste, aufrichtigste Anerkennung auszusprechen für die großartige wahrhaft führende Bedeutung, die sich der „B. K.“ verschafft hat. In dieser furchtbaren Zeit müssen wir Katholiken alle Gott danken, daß wir eine geistige Führung haben, wie sie jetzt unbestritten der „B. K.“ besitzt.

Ein H. H. Bischof: ...Gott sei Dank, daß der „B. K.“ in Vertretung unserer katholischen Grundsätze jederzeit führend vorangeht. Speziell die Artikel über die Schulpolitik in Bayern und im Reich sind vorbildlich und haben bei aller weitherzigen Auffassung den katholischen Standpunkt jederzeit voll gewahrt....

Der Bayerische Kurier ist eine der billigsten großstädtischen Tageszeitungen, und kostet

monatlich bei der Post Mk. 6.—

bei uns bestellt Mk. 6.50 frei ins Haus.

Musik-Instrumente

für Orchester, Kirche, Schule und Haus



Harmoniums, Pianinos,

Violinen, Guitarren, Lauten, Mandolinen in unübertroffener Qualität kauft man sehr vorteilhaft bei

Gebrüder Voigt, Markneukirchen I. Schliessfach 40.

Eigene Werkstätte, Reparaturwerkst.

Alle Geigen und Cellos kaufen wir stets zu höchsten Preisen.

Mess- und Kommunion-Hostien

empfiehlt genau den kirchlichen Vorschriften entsprechend und in vorzüglichster haltbarer Qualität. Kunstvolle Prägungen, auch die Kommunionhostien haben eig. Prägungen. Muster und Prospekte gratis u. franko.

Franz Hoch Kgl. Bayer. Hoflieferant

Hostienbäckerei

Bischöfl. genehmigt u. beeidigt. Pfarramtlich überwacht.

Miltenberg am Main (Bayern) Diözese Würzburg.

Es ist Vorsorge getroffen, dass in der Hostienbäckerei Franz Hoch in Miltenberg nur reinstes Weizenmehl zur Bereitung der Hostien verwendet wird.

Miltenberg, 27. Nov. 1914.

Bischöfl. Dekanat und Stadtpfarramt. E. Roth, Geistl. Rat. Dekanats- u. Pfarrsiegel.

Briefmarken-Sammler

sucht eine mittlere oder grössere Sammlung als Stock z. Weitersammeln **direkt aus Privathand zu kaufen.**

Angeb. unt. **M. S. 20205** an die Geschäftsstelle der Allg. Rundschau, München.

München am Hauptbahnhof

Hotel Stadt Wien

Neubau ersten Ranges mit allen Bequemlichkeiten. Fliessendes warmes und kaltes Wasser. Telephon im Zimmer.

In dieser ernsten Zeit kommt das **Harmoniumspiel** ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM

d. König d. Hausinstrument

ARMONIUM

sollte i. jed. Haus z. find. sein

ARMONIUM

m. edl. Orgelton v. 66-2400 M.

ARMONIUM

auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar. Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hofl., **Fulda.**

Druckarbeiten in jeder Art und Ausführung

vom feinsten Buntdruck bis zur billigsten Massenauflage liefert schnell und billig die

Buchdruckerei „Unitas“ Bühl (Baden)

Schnellpressen-, Rotations- und Setzmaschinenbetrieb

Geld auf Schuldschein, Wechsel, Hypoth. bis 5 Jahre, schnell, diskr. u. bar. West-Lützow, Berlin W 635, Potsdamerstr. 90 a. Gegr. 1900. Taus. Dankschreiben.

Marke:

„Saludo“



(natürliche Grösse)

Hergestellt aus garantiert reinen überseeischen Sumatra mit St. Felix-Tabak zum Preise von **Mk. 120.– pro 100 Stück,** hat eine leichte, milde Qualität, angenehmen Geschmack und tadellosen Brand, womit jeder Raucher zufrieden sein wird. Bestellungen von 300 Stück und mehr portofrei. Unter den heutigen unsicheren Verhältnissen liefere Postsendungen nur gegen Wertnachnahme.

Bremer Zigarren-Fabrik Hermann Klatte, Bremen.



beziehen Sie billigst- und schnell von der Stempelfabrik

JOS. UNTERBERGER

Corneliusstr. 13 am Gärtnerplatz

Tel. 21921.

Deutsche Bank.

Geschäftsbericht für das Jahr 1919.

Wir beehren uns, den Bericht über das fünfzigste Geschäftsjahr unserer Bank vorzulegen, deren Betrieb am 9. April 1870 eröffnet wurde.

In Rücksicht auf die durch den unglücklichen Ausgang des Krieges entstandene traurige Lage unseres Vaterlandes haben wir davon abgesehen, diesen Tag festlich zu begehen. Wir haben zur Erinnerung unseren Angestellten, ferner den pensionierten Beamten und Pension beziehenden Witwen und Waisen eine Jubiläumsgabe gewährt und unseren Beamten davon Kenntnis gegeben, daß wir im Einvernehmen mit unserem Aufsichtsrat bei der Generalversammlung die Errichtung eines Jubiläumsfonds beantragen werden, der bis zur Höhe von zehn Millionen Mark engesammelt werden soll. Der Antrag steht auf der Tagesordnung unserer Generalversammlung vom 30. Juni d. J.

Unserem Institut war im verflossenen halben Jahrhundert eine glückliche Entwicklung beschieden. Der Sonderaufgabe, die unserer Bank bei ihrer Gründung gestellt wurde, den geldlichen Verkehr der deutschen Heimat mit überseeischen Ländern zu pflegen, ist sie in weitgehendem Umfang gerecht geworden. Im Zusammenwirken mit führenden Unternehmungen der Industrie hat sie die Bahnen schaffen helfen, die der Ausbreitung unserer wirtschaftlichen Betätigung im Auslande zugute kamen.

Zu gleicher Zeit wuchs ihre Stellung und Bedeutung dadurch, daß es ihr gelang, auch für den Geld- und Kreditverkehr des Inlandes neue Wege zu finden. Das deutsche Bankwesen hat durch die organische Verbindung des Wertpapier- und Kontokorrentgeschäfts mit dem Betrieb der Depositenkassen eine Gestaltung erfahren, die sich in den letzten Jahrzehnten und ganz besonders in den Stürmen der Kriegszeit voll bewährt hat. Wenn es eines Beweises bedürfte, daß der zurückgelegte Weg richtig und nützlich gewesen ist, so liegt er in der Tatsache, daß die Organisation unseres Bankwesens auch bei unseren früheren Feinden vielfach als mustergültig anerkannt wird.

Während der fünf Jahrzehnte des Bestehens der Deutschen Bank hat es nicht an Krisen gefehlt, die das wirtschaftliche Leben unserer Heimat und des Auslandes auf das schwerste schädigten. Erwähnt seien der Börsenkrach im Jahre 1873, die Pariser Börsenkrisis in der Wende der Jahre 1881/1882, die russisch-englischen Wirren in der Afghanistan-Frage im Jahre 1885, die Zahlungseinstellung verschiedener Staaten 1892/1893, die Börsenderoute in Deutschland 1900 mit ihren tiefgreifenden Nachwirkungen im Jahre 1901, die Welthandelskrisis 1907. Alle diese Ereignisse mit ihren verhängnisvollen Folgen vermochten das Vorankommen unserer Bank nicht zu hemmen. Einzelne Merkmale ihrer Entwicklung seien in Erinnerung gebracht:

Es betrugen die Umsätze		in Millionen Mark
am Ende des 1. Jahrzehnts	1879	8,834
„ „ „ 2. „	1889	28,125
„ „ „ 3. „	1899	50,770
„ „ „ 4. „	1909	101,780
„ „ „ Jahres	1913	129,201
„ „ „ „	1918	242,952
„ „ „ „	1919	428,878

An diesen Umsätzen waren beteiligt

	das Kontokorrentgeschäft		das Wertpapiergeschäft	
1879	mit 3,373	Millionen Mark	mit 1,397	Millionen Mark
1889	„ 11,608	„ „	„ 4,262	„ „
1899	„ 21,231	„ „	„ 4,529	„ „
1909	„ 46,654	„ „	„ 6,366	„ „
1913	„ 61,068	„ „	„ 4,655	„ „
1918	„ 120,401	„ „	„ 7,522	„ „
1919	„ 212,932	„ „	„ 6,546	„ „

Die alle Ziffern des letzten vollen Friedensjahres weit übersteigenden Umsätze der Jahre 1918 und 1919 sind allerdings stark durch die Wertminderung der Reichsmark beeinflußt.

Die Summe der der Bank anvertrauten fremden Gelder stellte sich

Ende 1879	auf rund	68,5 Millionen Mark
„ 1889	„ „	217,3 „ „
„ 1899	„ „	479,9 „ „
„ 1909	„ „	1 294,8 „ „
„ 1913	„ „	1 580,0 „ „
„ 1918	„ „	6 740,1 „ „
„ 1919	„ „	13 822,0 „ „

Im laufenden Jahre haben die fremden Gelder einen weiteren Zuwachs erfahren.

Für den Geschäftsumfang der Deutschen Bank gibt die folgende Uebersicht einen Anhalt. Es betrugen die fremden Gelder:

	bei der Deutschen Bank	bei allen deutschen Banken mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark und darüber	also in Prozenten für die Deutsche Bank:
	in Millionen Mark:		
1913	1,580	9,642	16,39
1918	6,740	29,981	22,48

Die Zahl der bei der Bank geführten Konten ist von der bescheidenen Ziffer im ersten vollen Betriebsjahr (1871). 472 gestiegen

1889	auf	20,428
1899	„	64,612
1909	„	227,985
1913	„	289,709
1918	„	573,367
1919	„	601,921

Die Bank hat gegenwärtig außerhalb Berlins 108 Niederlassungen. Sie hat außer ihren Berliner Gebäuden, die eine Bodenfläche von 22 844 qm umfassen, eigene Gebäude in 62 Städten.

Der Krieg hat den geregelten Gang unseres Wirtschaftslebens unterbrochen und Handel und Gewerbe unseres Landes bis in ihre Fundamente erschüttert. In die Organisation unserer Bank hat er auch unter anderem dadurch empfindlich eingegriffen, daß er die Tätigkeit unserer ausländischen Niederlassungen lahmlegte. Anderseits haben sich nach Friedensschluß die Umsätze mit dem Auslande außerordentlich vermehrt, indem fremde Unternehmer und Kapitalisten im Vertrauen auf die deutsche Arbeitskraft große Beträge von Reichsmark kauften und für diese Gelder Betätigung in Deutschland suchten. Ein Teil ist zum Erwerb von Wertpapieren verwendet worden, die Guthaben sind jedoch immer noch außergewöhnlich hoch. Es ist dies von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft; denn die neu geschaffenen Verbindungen rechtfertigen die Hoffnung, daß der Wert der deutschen Mitwirkung in der Weltwirtschaft allmählich wieder Anerkennung findet. Es wird um so eher geschehen, je schneller sich die Verhältnisse des Arbeitsmarktes bessern.

Das hervorstechendste Kennzeichen der bankgeschäftlichen Tätigkeit im vergangenen Jahre war ein ungewöhnlich großer Umfang des Börsengeschäftes. Als sich nach der Unterzeichnung des unheilvollen Friedens und nach Aufhebung der Blockade unsere Valuta täglich verschlechterte, weil es unmöglich war, die großen Mengen notwendiger und überflüssiger Einfuhrwaren anders als mit deutschem Gelde zu bezahlen, nahmen die Umsätze an der Börse eine Ausdehnung an, der gegenüber die vorhandenen Einrichtungen und die verfügbaren Arbeitskräfte versagten. Die gesteigerte Inflation wurde die Ursache einer Effektenspielwut, die in den ersten Monaten des laufenden Jahres jedes Maß überstieg. Die Börsenbehörden sahen sich genötigt, vorübergehend den Verkehr auf nur drei Tage der Woche zu beschränken.

In den vorangegangenen Kriegsjahren hatten die regelmäßig ausgegebenen Kriegsanleihen das beliebteste Anlagepapier gebildet. Seit der Revolution jedoch übte das Publikum den Anleihen des Reiches gegenüber Zurückhaltung. Die im November v. J. aufgelegte, mit großen Vorteilen ausgestattete Spar-Prämienanleihe hatte nur einen mäßigen Erfolg; ihr Ergebnis wäre entschieden größer gewesen, wenn nicht zur Zeit der Emission in der Nationalversammlung die unheilvollen, die Sparkraft und Kapitalbildung schädigenden Steuergesetze zur Verhandlung gestanden hätten. Als im September auch für die festverzinslichen Werte die amtliche Notierung wieder eingeführt werden sollte, war daher eine Stütze für die Kursnotierung der Reichsanleihe nötig. Es tat sich die gesamte deutsche Bankwelt zur Gründung der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft zusammen, die den Kurs der Anleihen stabil halten konnte.

Da der Staat die Arbeit der Notenpresse durch die Aufnahme großer langfristiger Anleihen nicht mehr in erträglichen Grenzen halten konnte und die Einziehung der verschiedenen neuen Steuern wegen technischer Mängel noch nicht vor sich ging, wurde der gesteigerte Geldumlauf nicht abgeschöpft und wirkte auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens preisverteuernd. Die Folge war die fortgesetzte Steigerung der Lohnforderungen, denen die Unternehmer nachgaben, weil es ihnen angesichts des großen Warenhungers möglich war, die Mehrausgaben durch Hinaufsetzen ihrer Verkaufspreise auszugleichen. Die Industrieaktien, von denen das Kapital, verängstigt durch die Ansprüche der Arbeiter und durch die drohende Sozialisierung in den ersten Monaten nach der Revolution, sich abgewendet hatte, wurden zu beliebten Anlagepapieren und im weiteren Verlauf zum Gegenstand zügelloser Spekulation, da die unheimlich wachsende Teuerung, der die bisherigen Einkommen nicht gerecht werden konnten, immer weitere Kreise des Volkes zu Spielern machte. Die Beteiligung am Erwerb von Industrieaktien wurde auch dadurch gefördert, daß die Enteignung der ausländischen Wertpapiere und die erzwungenen Verkäufe großer Industrieunternehmungen in dem besetzten Gebiet große Geldbeträge in Bewegung setzten, die in erster Linie dem Effektenmarkt zuströmten.

Durch das Schwanken unserer Währung ist ein unsicherer Faktor in die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage gekommen. Gesichtspunkte, wie die Preisentwicklung der Rohmaterialien, der Ausfall der Ernte, die Verkehrsverhältnisse, die Steuerlasten, der Wettbewerb anderer Unternehmungen, die früher einen Anhalt für die Kursbewertung boten, haben an Bedeutung verloren, weil die nicht übersehbare Entwicklung der Valuta jede Schätzung unmöglich macht. So niedrig die Mark noch immer bewertet wird, so hat doch die ziemlich unerwartete Besserung im Monat März dieses Jahres einen großen Umschwung in der allgemeinen Wirtschaftslage hervorgerufen. Für die in den Vormonaten zu jedem Preis angefüllten Läger der Warenhändler fehlt gegenwärtig der Absatz, weil das Publikum in Erwartung billigerer Preise mit seinen Einkäufen zurückhält. Auf die stellenweise zügellosen, für unsere Währung und Wirtschaft gleicherweise schädlichen Einkäufe ausländischer Waren während der Periode des scharfen Niederganges unserer Valuta haben wir — unter Mißbilligung mancher Kunden — im Interesse der Allgemeinheit und im wohlverstandenen Interesse der Kunden selbst nach Möglichkeit eindämmend einzuwirken versucht.

Die Größe des wirtschaftlichen Chaos in Europa hat anscheinend die Auffassung unserer bisherigen Gegner gegenüber den Verhältnissen unseres Landes geändert. Wäre nach dem Waffenstillstand die Blockade gefallen, wären zur Bezahlung von Nahrungsmitteln die in Deutschland beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere angenommen worden, wäre nicht für uns der Zwang entstanden, diese Einfuhren unter großen Opfern mit Gold und durch Reichsmark-Verkäufe zu begleichen, so hätte man schon früher mit einer Hebung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit rechnen können.

Immer fühlbarer wird es, daß wegen der gestiegenen Löhne, der hohen Preise für Rohmaterialien, der verteuerten Kosten für Anlagen jeder Art die verfügbaren Mittel unserer Industrie nach und nach erschöpft worden sind und aufgefüllt werden müssen. In der Mitte vorigen Jahres wurde zunächst die Beschaffung neuer Mittel durch die Ausgabe von Obligationen bewirkt, seit der Jahreswende und weiterhin durch Erhöhungen, zum Teil durch die Verdoppelung des bisherigen Grundkapitals. Dadurch werden an den Kapitalmarkt große Anforderungen gestellt. Die Erscheinung ist international. Im Auslande hat sie bereits ihren Ausdruck in einer Steigerung der Diskontsätze der großen Noteninstitute gefunden. Daß nicht durch schroffes Eingreifen des Staates in das gewerbliche Leben das deutsche Kapital abgeschreckt wird, seine Mitwirkung zu leihen in einer Zeit, in der es sich darum handelt, unserer Industrie diejenigen Mittel zuzuführen, die sie zur Steigerung ihrer Produktion und zur Erhaltung ihrer Kraft im Wettbewerb auf dem Weltmarkte befähigen, ist die Sorge der nächsten Zukunft.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten:

Wie im vorangegangenen Geschäftsjahre haben wir die Bilanzzahlen unserer ausländischen Filialen nach deren letzten an uns gelangten Ausweisen in unseren Abschluß unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven eingestellt. Die Bearbeitung ihrer Geschäfte, soweit sie durch den Friedensvertrag unserer Mitwirkung nicht entzogen ist, erfolgt in besonderen Abteilungen innerhalb des Betriebes unserer Zentrale.

Die von uns für Rechnung des Deutschen Reiches und der Reichsbank im Ausland übernommenen Verpflichtungen sind infolge der Steigerung der Wechselkurse erheblich größer als im Vorjahre; auch die Avalverpflichtungen haben sich aus dem gleichen Grunde vermehrt. Doch ist hervorzuheben, daß sich in beiden Fällen die Beträge in fremder Währung durch Abdeckungen stark ermäßigt haben. Die Verminderung hat sich im laufenden Jahr fortgesetzt, so daß Ende April noch 674 Millionen Mark Verpflichtungen für Rechnung des Deutschen Reiches und der Reichsbank und 950 Millionen Mark Verpflichtungen aus Avalen vorhanden waren.

Unser Akzeptkonto ist durch das Wiederaufleben des Handelsverkehrs und besonders wegen des vermehrten Außenhandels höher als im Vorjahr. Besonders ist dies für einige unserer Filialen der Fall.

Unsere Niederlassungen haben befriedigend gearbeitet.

Das Konto Bankgebäude ist unverändert geblieben, da die Aufwendungen für die besonders durch die Ausdehnung unserer Filialen bedingten Neuerwerbungen und Neubauten durch die vorgenommenen Abschreibungen ausgeglichen wurden.

Im Geschäftsjahr hat sich die Unruhe der Bankangestellten noch gesteigert. Verhandlungen des Verbandes Berliner Bankleitungen über den Abschluß eines örtlichen Tarifvertrages, welche im Verfolg des Schiedsspruchs vom 20. April 1919 geführt wurden, verliefen ergebnislos. Um indes der steigenden Teuerung Rechnung zu tragen, bewilligten die Verbandsbanken den Angestellten anstatt der von ihnen vom Tarif erhofften Einkommenserhöhung eine Abgeltungssumme und ließen außerdem für die Zeit vom 1. Oktober 1919 ab eine Erhöhung der Teuerungszulage eintreten, welche mit Beginn des laufenden Jahres eine weitere Steigerung erfuhr.

Inzwischen war auf seiten der Angestelltenorganisationen das Verlangen nach Zusammenschluß der örtlichen Verbände der Bankleitungen zu einem Reichsverbande und Abschluß eines Reichstarifs verschärft hervorgetreten. Dem Verlangen ist durch die Errichtung des Reichsverbandes der Bankleitungen entsprochen worden. Auch die Verhandlungen dieses Verbandes führten zu keiner Einigung. Der Reichsverband hat indes, ohne den am 3. März 1920 ergangenen Schiedsspruch anzunehmen, den Angestellten die darin festgesetzten Einkommensbezüge mit Wirkung vom 1. Februar dieses Jahres ab in Form einer Neuregelung gewährt. Seine Erwartung, dadurch Ruhe in der Angestelltenschaft zu schaffen, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Nachdem schon früher in Hamburg und an einzelnen anderen Plätzen gestreikt worden war, brachen an zahlreichen Orten im Rheinland, in Westfalen, Bayern, Sachsen, Schlesien und Ostpreußen hartnäckige Streiks aus, bei denen es vielfach, zum Teil unter Zuziehung von nicht zu den Bankangestellten zählenden Elementen, zu gewaltsamem Vorgehen gegen die Arbeitswilligen und zu sonstigen bedauerlichen Ausschreitungen gekommen ist. Nachdem die Streiks teils zusammengebrochen, teils beigelegt waren, wurde die Arbeitseinstellung, soweit sie noch bei Aufnahme von Einigungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium bestand, durch ein Abkommen beendet, in welchem der Reichsverband für die Zeit vom 1. April dieses Jahres ab eine neue Erhöhung der Teuerungszulage auf sich nahm.

Die persönlichen Aufwendungen für die Angestellten, welche sich für das Jahr 1917 auf 41,9 Millionen, für 1918 auf 60,7 Millionen beliefen, erhöhten sich für das Jahr 1919 auf 90,6 Millionen und dürften sich für das laufende Geschäftsjahr schätzungsweise auf etwa 180 Millionen Mark steigern.

Die Zahl der Angestellten am Ende des Geschäftsjahres hat gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1918 eine Erhöhung nicht erfahren.

Der rege Geschäftsverkehr und der erweiterte Geschäftsumfang brachten im Berichtsjahre eine außerordentlich große Arbeitslast mit sich. Hierzu trat die völlig unproduktive Arbeit, die den Banken durch immer neue Gesetze und Verordnungen insbesondere auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung und der Maßnahmen zur Verhütung der Kapitalabwanderung auferlegt wurden. An die Arbeitskraft der Angestelltenschaft mußten ganz ungewöhnliche Anforderungen gestellt werden. Wir erkennen gern an, daß mit Eifer, zum großen Teil mit vollem Einsatz aller Kräfte gearbeitet worden ist.

Das Konto der Handlungsunkosten zeigt ohne Berücksichtigung der Steuern und Abgaben eine Erhöhung auf ℳ 117,437,473.31. Die andauernde und auch im laufenden Jahr wieder in erheblichem Umfang vorhandene Steigerung dieses Kontos ist für uns ein Gegenstand großer Sorge.

Für Steuern und Abgaben hatten wir einschließlich der Rücklage für Zinsbogensteuer und der Geldumsatzsteuer ℳ 25,059,847.20 zu erlegen gegen ℳ 14,203,502.69 im Vorjahre.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen" und Kommanditen enthält die für 1918 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien

der Deutschen Vereinsbank (6%)	(für 1919 6%)
der Essener Credit-Anstalt (9%)	(„ 9%)
der Hannoverschen Bank (8%)	(„ 8%)
der Mecklenburg. Hypotheken- und Wechselbank 15%	(„ 15%)
der Oldenburgischen Spar- und Leih-Bank (10%)	(„ 10%)
der Pfälzischen Bank (6%)	(„ 7%)
der Privatbank zu Gotha (6½%)	(„ 7½%)
der Rheinischen Creditbank (5%)	(„ 7%)
der Württembergischen Vereinsbank (7%)	(„ 7%)
u. der Deutschen Treuhand-Gesellschaft (15%)	(„ 15%)

Das Anwachsen unserer „Dauernden Beteiligungen" erklärt sich aus unserem Besitz an Aktien der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft.

Die Deutsche Ueberseeische Bank hat die Bilanz für 1919 bis jetzt noch nicht fertigstellen können. Es ist jedoch ein gutes Ergebnis zu erwarten, da nicht nur bei der hiesigen Zentrale der Geschäftsumfang erheblich zugenommen hat, sondern auch die überseeischen Niederlassungen mit dem Eintritt des Friedenszustandes ihre Tätigkeit auf allen Gebieten mit Erfolg wieder aufnehmen konnten.

Die Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft wird für 1919 wiederum nur eine Dividende von 6% auf die Vorzugsaktien verteilen, während auf die Stammaktien eine Dividende nicht ausgezahlt werden kann. Im Jahre 1919 erreichten die Kosten der Brennstoffbeschaffung ihren Höhepunkt. Seit Friedensschluß ist hierin eine Besserung eingetreten, so daß jetzt auch in Buenos-Aires wieder Ueberschüsse erzielt werden. Anderseits macht sich jetzt aber auch die Notwendigkeit geltend, in der Unterhaltung und Ausgestaltung der Werte vieles nachzuholen, was während der Kriegsjahre unterbleiben mußte, und den wachsenden Bedürfnissen der in steter und rascher Entwicklung begriffenen südamerikanischen Arbeitsgebiete der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Die gegenüber der Vorkriegszeit stark erhöhten Weltmarktpreise einerseits, die katastrophale Entwertung der Mark anderseits stellten die Gesellschaft hinsichtlich der künftigen Kapitalbeschaffung vor ein Problem, das unlösbar schien. Die Verwaltung hat sich daher schweren Herzens entschlossen, den Aktionären das Angebot einer spanischen Bankengruppe zur Annahme zu empfehlen, das die Ueberführung der Aktiva der Gesellschaft auf eine zu bildende spanische Aktiengesellschaft zum Ziele hat. Die Aktionäre erhalten danach im Umtausch für ihre Aktien Werte der neuen spanischen Gesellschaft, teils in Form von 6%igen Rentenbons, teils in Form von Aktien, so daß sie auch an der weiteren Entwicklung des Unternehmens beteiligt bleiben. Durch die Vereinbarungen mit der spanischen Bankengruppe sind die deutschen Interessen sowohl in materieller wie auch in sonstiger Hinsicht derart gewahrt, daß die geplante Umwandlung als ein unter den gegebenen Verhältnissen für alle Teile befriedigender Ausweg aus einer leider unhaltbar gewordenen Situation betrachtet werden darf, so schmerzlich es auch an und für sich ist, ein so bedeutendes überseeisches Unternehmen, das deutscher Initiative seine Entstehung verdankt, in fremde Hände übergehen zu sehen.

Ueber das Schicksal verschiedener anderer uns nahestehender Auslandsunternehmungen ist noch nicht entschieden.

Die Deutsche Petroleum-Aktien-Gesellschaft verteilte wiederum 8% Dividende. Die noch unter Zwangsverwaltung stehende Steaua Romana Aktien-Gesellschaft für Petroleum-Industrie, Bukarest, hat für das Jahr 1918 eine Dividende von 16% (wie für die Vorjahre) erklärt.

Der Bayerische Lloyd-Schiffahrts-Aktiengesellschaft hat seinen Verkehr im laufenden Jahr, zunächst allerdings in beschränktem Umfange, wieder aufgenommen.

Die Bayerischen Stickstoffwerke A.-G. befinden sich in erfreulicher Entwicklung und haben neuerdings ihr Kapital auf 18 Millionen Mark erhöht.

Von Gemeinschaftsgeschäften erwähnen wir:

Gründung
der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft,

Kapitalerhöhungen
der Hubertus Braunkohlen A.-G. 6% Vorzugs-Aktien,
der Braunschweigischen Bank & Kreditanstalt A.-G.,
der Aktien-Gesellschaft vorm. Seidel & Naumann,
der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei & Weberei Bamberg,
der F. H. Hammersen Akt.-Ges.,
der Schubert & Salzer Maschinenfabrik A.-G.,
der Deutschen Vereinsbank,
der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G.,
der Hirsch, Kupfer- & Messingwerke, Aktiengesellschaft,
der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken vorm. Max Brust — vorm. B. Berneis,
der Lübecker Privatbank,
der R. Wolf Aktiengesellschaft,
der Maschinenfabrik Eßlingen,

Einführung von Aktien
des Siegen-Solinger Gußstahl-Aktien-Vereins.

Von abgewickelten Geschäften erwähnen wir: Obligationen der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik, der Anhaltischen Kohlenwerke der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G., der Gesellschaft für Teerverwertung m. b. H., der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Act.-Ges., der Siemens & Halske A.-G., der R. Wolf A.-G., der Sächsischen Kammgarn-Spinnerei zu Harthau, der Lingner-Werke A.-G., der Gewerkschaft Carlsfund, der Gewerkschaft Wilhelma Braunkohlenwerk & Brikettfabrik, der Donnersmarckhütte, Oberschles. Eisen- und Kohlenwerke A.-G., Anleihe der Firma E. Merck Chemische Fabrik und Aktien der R. Wolf A.-G., der Schultheiß' Brauerei A.-G., Fusion Brauerei Pfefferberg A.-G. vorm. Schneider & Hillig; ferner von Obligationen der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft, des Bochumer Vereins für Bergbau- und Gußstahlfabrikation, der Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning, des Steinkohlenbergwerks Graf Bismarck, der Phönix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, der Rütgerswerke A.-G., der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, der Linke-Hofmann-Werke A.-G., der Oberschlesischen Eisen-Industrie, Aktien-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb, die 4% Anleihe der Stadt Dresden von 1918, der 4% Sächsischen Staats-Anleihe von 1919 und Aktien der Buderus'schen Eisenwerke Akt.-Ges., der Akt.-Ges. für Anilin-Fabrikation, der Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning und der Anhaltischen Kohlenwerke.

Unsere **Konsortial-Rechnung** enthielt am Jahresschlusse

Beteiligungen an festverzinslichen Werten	ℳ	1,841,760.80
„ an Aktien von Banken, sowie Eisenbahnen und anderen Transportunternehmungen	„	1,557,040.20
„ an Grundstückgeschäften	„	1,846,931.56
„ an industriellen und verschiedenen anderen Unternehmungen	„	16,990,423.06
„ an Kriegskreditbanken und Kriegsgesellschaften	„	1,592,242.87
im Buchwerte von	ℳ	23,828,398.49

Unsere Abteilung für Zahlungen an Kriegsgefangene und Zivilinternierte wird wegen der inzwischen fast restlos erfolgten Rückkehr der Gefangenen demnächst ihre Arbeit beendet haben. Es war von vornherein beabsichtigt, aus eigenen Mitteln die Unkosten der Abteilung zu tragen. Der Zuschuß dürfte recht erheblich sein. Zur Linderung des Elends der aus den früher feindlichen Ländern sowie aus Elsaß-Lothringen und den Ostmarken vertriebenen Deutschen haben wir in Gemeinschaft mit anderen Banken unter Beihilfe des Reiches eine Reihe von Darlehnskassen ins Leben gerufen, deren Geschäftsführung wir trotz der damit verbundenen Arbeit unentgeltlich besorgen. Diese Kassen haben bis jetzt große Beträge an Hilfsbedürftige ausgezahlt und dadurch beigetragen, vielen Tausenden die Not der Uebergangszeit und die Errichtung einer neuen Existenz zu erleichtern.

Zu dem **Reingewinn** des Jahres von	ℳ	62,527,128.76
tritt der Vortrag aus 1918 mit	„	1,937,693.—
zusammen	ℳ	64,464,821.76

Wir beantragen:

1. der freien Rücklage zu überweisen	ℳ	5,000,000.—
2. für Abschluß-Zuwendungen an die Angestellten zu bewilligen	„	9,000,000.—
3. dem aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der Bank neu zu bildenden „Jubiläums-Fonds" zu überweisen	„	5,000,000.—
4. eine **Dividende von 12%** auf ℳ 275,000,000 Grundkapital an die Aktionäre zu verteilen	„	33,000,000.—
5. dem Aufsichtsrat den satzungsgemäßen Gewinnanteil (7 vom Hundert nach 6½% Dividende und allen Rücklagen und Zuwendungen) zu überweisen	„	1,138,440.86
6. und den Rest von auf neue Rechnung vorzutragen.	„	11,326,380.90
zusammen	ℳ	64,464,821.76

Das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Rücklagen beträgt somit ℳ **510,000,000.**

Berlin, im Juni 1920.

Der Vorstand der Deutschen Bank.

E. Heinemann P. M. Herrmann P. Mankiewitz C. Michalowsky
O. Schlitter G. Schröter Dr. E. G. v. Stauß O. Wassermann

Bayerische Versicherungsbank, Aktiengesellschaft, vormals Versicherungsanstalten der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank.

Bilanz per 31. Dezember 1919.

A. Aktiva.

	ℳ	₰	ℳ	₰
I. Forderung auf nicht eingezahltes Aktienkapital			7'500,000	—
II. Grundbesitz und Hypotheken			67'838,686	55
III. Wertpapiere			22'300,740	17
IV. Vorauszahlungen und Darlehen auf Policen sowie Kautionsdarlehen an versicherte Beamte			4'183,877	97
V. Guthaben bei Bankhäusern und bei anderen Versicherungsunternehmungen			21'621,334	78
VI. Gestundete Prämien, rückständige Zinsen und Mieten			3'141,486	05
VII. Ausstände bei Generalagenten bzw. Agenten und Rückstände der Versicherten			3'940,152	24
VIII. Barer Kassenbestand			195,603	08
IX. Inventar und Drucksachen			1	—
X. Sonstige Aktiva			49'989,021	66
Gesamtbetrag			180'710,903	45

B. Passiva.

	ℳ	₰	ℳ	₰
I. Aktienkapital			10'000,000	—
II. Gesetzl. Rücklage (§ 37 V.A.G., § 262 H.G.B.)			1'000,000	—
III. Prämienrücklagen u. Prämienüberträge für:				
1. Feuer- u. Einbruchdiebstahlversicherungen	8'890,877	97		
2. Lebensversicherungen	125'600,881	33		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherungen	621,021	27	135'112,780	57
IV. Rücklage f. schwebende Versicherungsfälle für:				
1. Feuer- u. Einbruchdiebstahlversicherungen	4'616,794	46		
2. Lebensversicherungen	906,196	26		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherungen	461,463	20	5'984,453	92
V. Gewinnrücklage der mit Gewinnanteil Versicherten der Lebensversicherung			7'980,098	71
VI. Steuer-Rücklage			200,000	—
VII. Sonstige Rücklagen und zwar:				
1. Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung	4'090,000	—		
2. Lebensversicherung	551,802	52		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherung	762,000	—		
4. Fond für Wohlfahrtszwecke	158,637	58	5'562,440	10
VIII. Sonstige Passiva			13'705,063	94
IX. Gewinn			1'166,066	21
Gesamtbetrag			180'710,903	45

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. [illegible] Buch- und Kunstdruckerei [illegible]

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5X gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 45.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 26 München, 26. Juni 1920. XVII. Jahrgang.

Zur österreichischen Regierungskrise.

Von Dr. Max Frhr. v. Hussarek, österreichischer Ministerpräsident a. D., Wien.

Das Ueberraschendste an der österreichischen Regierungskrise ist, daß sie so spät eingetreten ist. Der äußere Anschein wies in den letzten Wochen wieder auf die hierzulande so beliebte und so vielfach geübte Versumpfung der Verhältnisse hin. Ueber ihre Unhaltbarkeit, über die allgemeine Mißstimmung der Bevölkerung, über die Sehnsucht nach einer gründlichen Aenderung der Dinge bestand von der ganzen breiten Masse bis hinauf zu den geistig regsamen Schichten nur eine Stimme. Aber alle jetzt im Vordergrunde stehenden Persönlichkeiten antworteten auf die Mahnung nach einem Wandel der politischen Richtung mit der Gegenfrage: „Was dann?" Und so schien es, als sollte eben der problematische Charakter der Zustände zur Grundlage ihres Beharrungsvermögens werden. Nur wenige wagten es, den Termin der Wahlen im Deutschen Reich als einen kritischen Tag auch bei uns zu prognostizieren und gerade für diesen Zeitpunkt den Beginn einer Periode wechselnder Bewegungen im staatlichen Leben anzunehmen.

Diese wenigen, zu welchen, ohne sich dessen rühmen zu wollen, auch der Verfasser dieses Beitrages gehörte, behielten Recht. Am Donnerstag, den 10. Juni, platzten die bis dahin beiseite geschobenen oder überbrückten Gegensätze der beiden koalierten Parteien der österreichischen konstituierenden Nationalversammlung, der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen, in einer Frage der Durchführung des vor kurzer Zeit unter vielfachen Wehen geborenen Wehrgesetzes mit solcher Heftigkeit aufeinander, daß darüber die zur Ausübung der Regierung geschaffene und im Laufe der Begebenheiten unter vielen Mühen und Winkelzügen, aber doch immer wieder aufrechterhaltene Verbindung der beiden zahlreichsten politischen Gruppen in die Brüche ging, die Regierung demissionierte und der seit geraumer Zeit schleichende Wirrwarr der Politik offenkundig an den Tag trat. Bei der Debatte im Hause ging der Anlaß dazu formell von der außerhalb der Koalition stehenden großdeutschen Vereinigung aus, welche die Verordnung des sozialistischen Staatssekretärs für Heerwesen Dr. Deutsch über die Soldatenräte in der Wehrmacht zum Gegenstande einer dringlichen Anfrage an die Regierung machte und dabei den Sukkurs der christlichsozialen Partei fand. Aber es war weder dem Kabinett noch der sozialdemokratischen Partei ein Geheimnis gewesen, daß die einschlägigen Bestimmungen auf christlichsozialer Seite als schlechthin unannehmbar angesehen wurden. Wenn diese Partei ihren Einspruch in die zurückhaltende Form gekleidet hatte, die vorherige Beratung der Verordnung im Kabinettsrate zu fordern, so war sie in dem Bestreben, den Bruch der Koalition nicht auf sich zu laden, bis an die äußersten Grenzen des Möglichen gegangen, falls sie sie nicht schon überschritt. Es ist eitle Spiegelfechterei, wenn die sozialistische Presse die Märe von einer Ueberrumpelung, von einer Verschwörung der Christlichsozialen mit den Großdeutschen u. dgl. in die Welt hinausschreit. Noch weniger begründet wäre die Annahme, daß die noch unausgeglichenen Gegensätze in den Anschauungen der verbündeten Parteien über einzelne Punkte der Vermögensabgabe oder der Bundesverfassung zur Auflösung der Wegegemeinschaft unter ihnen geführt hätten. Was da noch umstritten war, ist herzlich wenig im Vergleiche zu dem Grundlegenden gewesen, worüber man sich bereits geeinigt hatte, und bei einigem guten Willen, bei einsichtsvollem Urteilen über das überhaupt Erreichbare und an sich Mögliche und bei einigem Geschick und etwas Zähigkeit im Verhandeln hätte die Verständigung sicher erreicht werden müssen. Nicht diese oder jene Einzelfrage hat sie vereitelt, sondern die Gegensätzlichkeit der Weltanschauungen selbst und der von ihnen bestimmten politischen und rechtlichen Ueberzeugungen ist aus der Hülle, unter der sie bisher verborgen war, herausgetreten und daran ist die Koalition in die Brüche gegangen.

Es ist kein Zufall, daß dies sich zeitlich in so unmittelbarer Nähe zu den deutschen Wahlen ereignete, ebenso wie die Krisen in Ungarn, in der Tschecho-Slowakei, in Polen, in Italien, im jugoslawischen Staate des Zusammenhanges untereinander nicht entbehren. Das vorläufige Ende des Weltkrieges und die Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain und Neuilly haben ein System des Hasses und der Lüge, der Verkehrtheit und der Unordnung im größten Teile Europas aufgerichtet, welches jetzt sich in seiner Haltlosigkeit und Unbeständigkeit zu offenbaren beginnt. In den einzelnen Staaten ist der Versuch gemacht worden, durch ganz widernatürliche Parteibündnisse tragfähige Regierungen zu schaffen, die die Neueinrichtung der Dinge auf der durch die Revolution und die Friedensschlüsse geschaffenen Grundlage ins Werk setzen sollten, und unsägliche Mühe und Arbeit ist dazu fruchtlos vergeudet worden. Dauernde Ruhe und feste Ordnung sind aber nirgends auch nur äußerlich zustande gebracht worden. Von der tiefeingewurzelten Rechtsüberzeugung aber, daß die geschaffenen Zustände richtig und in sich gegründet seien, ist Europa weiter denn je entfernt. Der deutsche Wahltag am 6. Juni hat die Nebelschwaden zerrissen und, mitten durch die Gewitterdünste wie ein Blitz leuchtend, gezeigt, daß das Volk Wahrheit und nicht Trug, Ueberzeugung und nicht Staatskünstelei, Festigkeit und Treue und nicht Winkelzüge und Gewissensbeugungen heischt. Nur wer die Seele des Volkes so zu erfassen und zu erfüllen vermag, daß sich jeder seinem Gebote aus innerer Nötigung unterordnet, wird herrschen können. Koalitionen ist dies versagt, die Welt fordert aber heute mehr denn je die Wiederherstellung der Autorität.

Das spiegeln im kleinen und kleinsten die heutigen österreichischen Verhältnisse wider. Wie kein anderes Gemeinwesen Europas ist der deutschösterreichische Rest der einst blühenden und dann verbrecherisch zerrissenen Donaumonarchie zum Krüppel, ja zu weniger als einem solchen, verstümmelt worden. Weder wirtschaftlich, noch politisch, noch administrativ ist dieser Homunkulus, oder wie man die Spottgeburt von St. Germain sonst benamsen mag, lebensfähig und die Politiker der österreichischen National-Versammlung haben kein geeignet Maß von Einsicht, Takt, Ueberwindung und Selbstverleugnung bewiesen, wenn sie die Koalition eingingen, um über die ersten Zeiten derselben nach dem verübten Verbrechen an Staat und Volk mit halbwegs heiler Haut hinwegzugelangen und so den Beweis zu erbringen, daß auch bei vollkommen ruhigem Verhalten der Einwohner eine Existenz derselben in der ihnen aufgezwungenen staatlichen Form und innerhalb der ihnen gesetzten staatlichen Grenzen ein Ding der Unmöglichkeit sei. Aber diese Selbstentmannung kann weder einem Staate noch politischen Parteien auf die Dauer zugemutet werden, selbst wenn jener Kredite, Aushilfen und sonstige Unterstützungen vom Auslande erhält oder diese sich vollkommen ehrlich in die übernommenen Lasten teilen würden. Letzteres war, nebenhin bemerkt, in Oesterreich nicht ganz der Fall, da bei der Ausführung des Koalitionspaktes

die christlichsoziale Partei mehrmals stark ins Hintertreffen geraten ist und zusehen mußte, wie die Sozialdemokraten den weit überwiegenden Anteil an der Macht im Staate sich aneigneten und diese dann schwer mißbrauchten. Wenn sie dabei ihre vollkommene Unfähigkeit zu einer halbwegs geordneten Verwaltung erwiesen, wenn sie die vollendetste Satire auf ein organisch geregeltes Ineinandergreifen von Staat, Land und Gemeinde zur Förderung des Gemeinwohls geschaffen, wenn sie aus völlig unzeitgemäßen Anordnungen den Willen zur Arbeit in der Bevölkerung, der ohnedies nicht die stärkste Seite des deutschösterreichischen Nationalcharakters bildet, geradezu gelähmt und durch eine sinnlose Aemterpolitik überall eine unheilvolle finanzielle Zerrüttung angerichtet haben, gehört dies auf eine andere Seite im Kapitel der Leidensgeschichte Oesterreichs. Aber diese selber strebt mit raschen Schritten der Katastrophe zu und die jetzige Regierungskrise ist im höchsten Maße auch eine Staatskrise.

Wie sie sich abwickeln wird, ist heute ebensowenig sicher vorherzusagen, als es im einzelnen das Ausland interessieren wird. Am unwahrscheinlichsten ist die Lösung durch eine Konzentration der drei großen Parteien in der National-Versammlung, der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen und der Großdeutschen, zur raschen Schaffung der Verfassung und der Vermögensabgabe sowie der sonstigen Steuern und Lasten, über deren Unvermeidlichkeit alle einig sind. Eine solche Konzentration wäre nur denkbar als eine Tat kräftig hervortretenden Staatsgefühls und dieses gebricht dem in St. Germain unter Haß und Mißgunst geschaffenen Torso. Eine Parteikombination ohne und gegen die Sozialdemokraten wäre jetzt kaum tragfähig. Keineswegs ausgeschlossen ist dagegen eine Erneuerung der Koalition der beiden erstgenannten Parteien unter genauer Umgrenzung ihrer Aufgaben und unter erhöhten persönlichen und sachlichen Bürgschaften für die Vertragstreue bei der Erfüllung der Abmachungen.

Die Entente hat jüngst den ersten Schritt zur Anbahnung einer Art politischer und finanzieller Zwangsverwaltung Oesterreichs gemacht und wird sich dabei am liebsten auf eine solche Koalition stützen wollen. Staatskanzler Dr. Renner aber ist mit seinem unruhigen und flatterhaften, überall herumtastenden und nirgends fest zugreifenden politischen Wesen, in welchem er unter den Staatsmännern Alt-Oesterreichs am meisten an den Grafen Beust unseligen Angedenkens gemahnt, ganz der Mann, um in solchen Halbheiten eine Zeitlang ein Falterdasein fortzufristen. Man spricht auch von einer Beamtenregierung, für welche jedoch die fachmännischen Persönlichkeiten dermalen noch unsichtbar sind. Denn die tüchtigsten Kräfte sind dem Raubbau der ersten anderthalb Jahre unserer glorreichen Republik zum Opfer gefallen und auch unter den verbliebenen wird die Neigung, die Kohlen aus dem Herdfeuer zu holen, keine sehr große sein. Ein Beamtenkabinett wäre darauf beschränkt, alsbald Neuwahlen durchzuführen, wofür aber erst eine gesetzmäßige Auflösung der jetzigen Nationalversammlung und ein neues Wahlgesetz für die künftige geschaffen werden müßten, Aufgaben, welche wohl über die Kräfte einer solchen Regierung gingen, auch wenn ihr unvorhersehbare Zwischenfälle, z. B. in Ernährungssachen oder Beamten- oder Arbeiterausständen, erspart blieben.

Aber sei die nächste Lösung diese oder jene, keine von ihnen vermag das Uebel, an dem der Staat dahinsiecht, an der Wurzel zu erfassen und zu heilen. Was Oesterreich nottut und was zugleich die einzige sichere Bürgschaft der friedlichen Entwicklung des Ostens Europas bildet, ist die Wiederherstellung der geographischen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge auf dem Gebiete der zerstörten einstigen Monarchie. Die politischen Formen dieses Zusammenschlusses werden erneute sein müssen, aber im Wesen hat die Geschichte doch das Richtige geschaffen gehabt, wenn sie in zäher Entwicklung das Donaureich der Habsburger bildete, und keinem der auf seinem Boden jetzt entstandenen Teilstaaten wird Blüte und Gedeihen, ja auch nur der sichere Bestand verbürgt sein, solange nicht ein Band der Einung wieder um sie geschlungen ist. Erst dann werden die reichen Schätze der geographischen Lage, des Bodens, des Geistes und der Kraft der Bewohner wieder nutzbar sein zu ihrer aller Wohle und zugleich zu dem der Menschheit. Das ist der Kernpunkt des österreichischen Problems und wenn die jetzige Regierungskrise dazu drängt, es herzhaft anzufassen und seiner Lösung näherzubringen, dann ist sie ein Geschenk der Vorsehung, das nicht zurückgewiesen werden darf.

Der Ausbau der Gewerkschaften zu Kampf-Organisationen.

Von Wirkl. Rat Otto Hartmann, Regensburg.

Die „freien" oder besser roten Gewerkschaftsverbände, die bislang immer unter dem Zeichen der Neutralität segelten, werden jetzt vielfach von radikalen Mitgliedern gedrängt, einen Ausbau zu Kampforganisationen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes vorzunehmen. Der alte „neutrale" Gewerkschaftsgeist, das Fundament der freien Gewerkschaften, wackelt ja schon lange bedenklich. Es muß sich auch hier eine Scheidung der Geister vollziehen, weil viele Verbandsmitglieder mit den Maßnahmen der Gewerkschaftsleitungen im großen und ganzen längst nicht mehr einverstanden sind. Eine erhebliche Anzahl würde ausgetreten sein, wenn die Unzufriedenen nicht den Verlust der jahrelangen Leistungen und den Entgang der erworbenen Rechte fürchteten. Es widerstreitet dem Zweck der Gewerkschaft, wenn durch die Hineintragung der Parteipolitik, die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Arbeiters in den Hintergrund gedrängt und dieser als ein willenloses Werkzeug politischer Partei- und Umsturzbestrebungen in seinen Rechtsbeziehungen zum Arbeitgeber durch Ausschaltung jedes persönlichen Einflusses eingeschränkt wird. —

Wird der wirtschaftliche Charakter der freien Gewerkschaften durch Terrorismus und gewalttätigen Druck aufgehoben und dadurch die Organisation der Arbeiter ihres Zweckes entkleidet, dann ist ihr der Rechtsboden entzogen und es kann keine Rechtsverbindlichkeit mehr bestehen, zum eigenen Nachteile die weitere Zugehörigkeit aufrechtzuerhalten. Bei einer solchen veränderten Rechtslage aber könnte das Ausscheiden keine materiellen Nachteile im Gefolge haben, sondern es wäre die Organisation zum Schadenersatz verpflichtet. —

Wohl knüpfen die einschlägigen Statuten an den Austritt eines Mitgliedes den Verlust der erworbenen Rechte, ohne der durch die Haltung gewisser Parteiführer herbeigeführten Umgestaltung der Verhältnisse Rechnung zu tragen. Vor Beschreitung des Rechtsweges aber schrecken die meisten wegen der allzu hohen Prozeßkosten ab. — Um jedoch brutaler Vergewaltigung und Knechtung eines großen Teiles der Arbeiter in den für wirtschaftliche Zwecke geschaffenen, aber zu parteipolitischen Bestrebungen mißbräuchlich herangezogenen Organisationen zu begegnen, wäre es wohl angezeigt, wenn von seiten der christlichen Arbeiter- und Volksvertreter im Parlamente die entsprechenden Anträge eingebracht und auf gesetzliche Festlegung hingearbeitet würde, daß kein Arbeiter zum Eintritt in eine seiner Weltanschauung nicht entsprechende Organisation gezwungen werden kann und daß solche Mitglieder, welche in der Organisation durch deren Haltung eine Schädigung ihrer ideellen und materiellen Interessen erblicken, zum Austritt ohne alle Nachteile für berechtigt erklärt werden. Natürlich müßte einer etwaigen Umgehung oder Annullierung dieser Bestimmungen durch die absolute Festlegung, daß alle gegenteiligen Abmachungen und Beredungen als rechtlich wirkungslos erklärt werden, begegnet werden.

Mir scheint die Verwirklichung dieses Gedankens ist für alle Kreise, die nicht auf dem Boden des Umsturzes stehen, ungemein wichtig, denn es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß viele mit der Haltung ihrer zuständigen „freien" Organisation längst nicht mehr einverstanden sind, daß sie aber nur um deswillen dabei bleiben und fortzahlen, weil sie bei einem Austritt all ihrer Ansprüche verlustig gehen. Hierin ist der Hauptgrund zu suchen, warum sich eine gründliche Ausscheidung der christlich- und nationalgesinnten, aber angeblich „neutral" organisierten Arbeiter nicht schon längst vollzogen hat. Zu ihrer Verwirklichung beizutragen, ist das Gebot der Stunde, weil es mit zur Abwehr des revolutionären Klassenkampfes beiträgt. Deshalb sollten auch alle jene Parteien des Reichstags, die ein Interesse daran haben, daß christlich- und nationalgesinnte Arbeiter von Organisationsleitungen, die teilweise zur Verwirklichung radikaler Bestrebungen dienen, befreit werden, einmütig sich zusammenfinden und ein Gesetz schaffen, das in finanzieller Hinsicht nachteilige Organisationsaustritte für die Folge ausschließt oder jedem Austretenden wenigstens die Möglichkeit gibt, auf alle Fälle die eingezahlten Beiträge zurückzubekommen. Man zahlt doch nicht Jahrzehnte Beiträge, um schließlich einer Sache zu dienen, die man womöglich unter Einsatz seines Lebens bekämpfen muß, weil sie alles, was Ordnung und Sitte heißt, auf den Kopf stellt.

Katholische Pflicht!

Die Schicksalsuhr naht der zwölften Stunde. Noch in diesem Jahr wird, wenn nicht alles trügt, die Entscheidung darüber fallen, ob das deutsche Volk aus den Revolutionsirrungen zurück zur Ordnung- und Arbeit und die Kraft zum Aufstieg findet. Wir stehen vor ernsten Ereignissen. Eine Wirtschaftskrisis von ungeahnter Grösse und Schärfe droht den Wirtschaftskörper Deutschlands in den Grundfesten zu erschüttern und zugleich das politische Gefüge zu sprengen. Die Ereignisse des Tages überstürzen sich und jeden Morgen wächst ein neues Ereignis an Bedeutung über die gestern geborene Ueberraschung hinaus.

Es wird starker Charaktere, zielbewusster Willenskräfte aller positiv schaffenden Geister bedürfen, um in diesem Strudel der Ereignisse und Gefahren das Schicksal des deutschen Volkes aufzubauen. In erster Linie sind dazu wir Katholiken und das Zentrum berufen. Jeder Katholik muss darum Rüstzeug und Waffen für die Stunde der Entscheidung bereithalten. Das ist katholische und vaterländische Pflicht, denn wir alle und jeder an seinem Platz muss mitarbeiten an der Gesundung des deutschen Volkes, am Wiederaufbau des wirtschaftlichen und politischen Lebens. Aus Idealismus bin ich, wie so mancher junge Katholik, zur Zentrumspartei gegangen und aus Ueberzeugung bin ich der Partei treu geblieben, trotz allen Irrungen und Wirrungen, die in letzter Zeit auch Kreise unserer Partei gepackt haben. Gerade eine Zeit, wie die heutige, stellt an Glauben und Treue besondere Anforderungen. Wir Katholiken wollen uns nicht von den anderen beschämen lassen. „Die ‚Allgemeine Rundschau' vertritt korrekt und mutig die katholischen Grundsätze", wie erst in diesen Tagen wieder mehrfach von Mitgliedern des hochwürdigen Episkopats uns gnädigst bestätigt worden ist. Gewiss, wir warnen und tadeln, wir üben Kritik und zeigen Wege, wo das katholische Gewissen dazu drängt. Im Zeitalter der ungebändigten Demokratie ist das freie Wort auch bei uns nicht eingeschränkt. Nichts wäre falscher, als eine mimosenhafte Empfindlichkeit und Gereiztheit dem freien Wort der Kritik gegenüber. Im Zentrum hat man niemals das Bonzentum gekannt und gewünscht. Es ist katholische Pflicht, den Nöten des katholischen Gewissens in so bewegten Zeiten, wie heute, freies Wort zu geben.

Wenn sich die Ereignisse in einer Massenflut, wie heute, anhäufen, wenn die Gemüter ob den drängenden Geschehnissen sich leicht verwirren, dann ist es Pflicht einer katholischen Zeitschrift, immer wieder die Ereignisse, Taten und Entschlüsse der politischen Partei einzustellen auf die unverrückbaren Grundsätze der Religion, an ihnen sie zu messen und zu werten. Kein Katholik, der im öffentlichen Leben und in politischen Aussprachen mitreden will, kann heute ohne eine in diesem Sinne arbeitende katholische Zeitschrift sein. Der Tagespresse ist es ob der Fülle des Stoffes nicht möglich, immer wieder prinzipiell, weiter rück- und vorwärtsschauend jedes Ereignis zu würdigen und einzustellen. Das ist Aufgabe einer katholischen Zeitschrift, die deshalb heute zur unentbehrlichen Waffe für jeden gebildeten Katholiken im politischen Tageskampf wird.

Katholik und vor allem du, gebildeter Katholik, der du im öffentlichen Leben stehst und berufen bist, in der Politik am Wiederaufbau des politischen und wirtschaftlichen Lebens mitzuarbeiten, du hast die katholische Pflicht, eine solche katholische Zeitschrift zu lesen, zu unterstützen und zu verbreiten! Die „Allgemeine Rundschau" ist anerkanntermassen die Zeitschrift der führenden katholischen Intelligenz Deutschlands. Wir appellieren deshalb ebenso stark an das katholische wie an das vaterländische Empfinden der deutschen Katholiken, die „Allgemeine Rundschau" zu lesen, zu unterstützen und von Haus zu Haus zu empfehlen. Drum bringe jeder zum nächsten Vierteljahr wenigstens einen neuen Abonnenten mit, damit wir in der „Allgemeinen Rundschau" unsere katholische Pflicht erfüllen, der katholischen Sache dienen und die katholischen Interessen mehren können.

Dr. Hans Eisele.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Deutschland sitzt im Rigorosum für die Fähigkeit, ob es sich parlamentarisch regieren kann. Die Weimarer Verfassung verlangt es von ihm. Aber die erste Station, die **Reichstagswahlen** am 6. Juni, ist ungenügend ausgefallen. Die alte Mehrheit konnte sich nicht behaupten, eine neue trat noch nicht klar hervor. In Berlin begann unter den Parteien ein Spiel gleich dem Dritten-Abschlagen der Kinder, wo keiner sich erwischen lassen will, daß er mit zwei anderen zusammensteht. Die USP will zwar mit anderen Sozialisten, aber nicht mit ihnen und irgendwelchen Bürgerlichen regieren, die Bürgerlichen wohl mit der alten, aber nicht mit der unabhängigen Sozialdemokratie. Das Zentrum war bei dem Spiel zumeist der zweite oder mittlere, und an ihm blieb die Aufgabe der **Regierungsbildung** hängen. Die andern wurden „abgeschlagen", Hermann Müller, der bisherige Reichskanzler und als solcher der unbekümmerte sozialdemokratische Parteimann, nach ihm Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei. Müller und seine Fraktion zogen sich gleich nach der Absage der USP zurück, aber auch Heinze hat es sich etwas leicht gemacht. Mancher springt eben nicht gern vor, sondern läßt sich lieber „als Dritten abschlagen". Ganz anders ist es zu beurteilen, wenn das Zentrum, nachdem Fehrenbach zuerst abgelehnt, ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei für den Kanzlerposten vorschlug: Dr. M a y e r - Kaufbeuren, den deutschen Geschäftsträger in Paris und vormaligen Reichsschatzminister. Seine Kenntnis auswärtiger Politik, der Wiedergutmachungsfragen und Frankreichs könnte uns in Spa viel nützen. Daß die Bayerische Volkspartei, der Dr. Mayer angehört, willens ist, in einer bürgerlichen Koalition an der Seite des Zentrums mitzuarbeiten, galt als feststehend. Freilich müßte das Zentrum Bürgschaften geben, daß es die Neigung nach links und zum Einheitsstaat überwunden hat. Inzwischen ist die Kanzlerschaft Dr. Mayers durch seine Ablehnung gegenstandslos geworden, und F e h r e n b a c h erklärte sich nun bereit, ein Kabinett zu bilden. Er versuchte es noch einmal, die Sozialdemokraten zur Mitarbeit zu gewinnen. Eine Erklärung der Gewerkschaften, die mangels einer Linkskoalition die Aufrechterhaltung der alten Koalition wünschten und das Verantwortlichkeitsgefühl ihrer Abgeordneten anriefen, gab neuer Hoffnung Raum. Sie ward enttäuscht. Ob die Gewerkschaften den Einschluß der Deutschen oder Bayerischen Volkspartei in die Koalition ertragen hätten oder nicht, das wäre zu wissen von Belang. Ihre Erklärung schweigt darüber. Die sozialdemokratische Fraktion selbst hält es für vorteilhafter, nicht mitzuregieren; sie will aber einer Regierung der bürgerlichen Mitte keine Schwierigkeiten machen. Ob Fehrenbach damit viel Freude erlebt, ist fraglich. Bürgerliche Einigung oder alte Koalition mit Bayerischer Volkspartei und Föderalisten hätten sichere Mehrheiten gebracht. E s i s t u n v e r s t ä n d l i c h, w e s h a l b n i c h t n a c h A b l e h n u n g d e r S o z i a l d e m o k r a t i e s o f o r t e n e r g i s c h d e r V e r s u c h z u r B i l d u n g e i n e r r e i n b ü r g e r l i c h e n R e g i e r u n g m i t a l l e n b ü r g e r l i c h e n P a r t e i e n v o n d e r ä u ß e r s t e n R e c h t e n b i s z u d e n D e m o k r a t e n g e m a c h t w o r d e n i s t. D a s w a r d e r e i n z i g r i c h t i g e W e g e i n e r p a r l a m e n t a r i s c h e n R e g i e r u n g s b i l d u n g, denn die Reichstagswahlen haben unverkennbar den Zug nach rechts gezeigt. Allerdings hätte diese bürgerliche Regierung mit allen Konsequenzen geführt werden müssen. Das wäre keine Regierung ohne und gegen die Arbeiter gewesen, denn Arbeitervertreter sitzen in allen bürgerlichen Parteien, nicht bloß in der Sozialdemokratie.

Ein glänzendes Zeugnis seiner B e f ä h i g u n g z u m P a r l a m e n t a r i s m u s hat sich das deutsche Volk auf keinen Fall geholt. Selbst sein Fleiß war nicht übermäßig, fast 18 von je hundert Wählern blieben der Urne fern. Mögen die verschiedensten Köpfe und Sinne darunter sein, als Ganzes bilden sie eine Partei, die nicht ans Parlament als das wirksame Organ des Volkswillens glaubt. Rechnet man die dazu, die „im Parlament gegen das Parlament" arbeiten wollen, die Kommunisten, ferner die Unabhängigen, deren 80 Vertreter sich fast ohne Vorbehalt zur reinen Räteherrschaft bekennen, biegt man dann um die alte Koalition herum zur Bayerischen, Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei, wo alles von Berufskammer und Fachministern spricht, so muß ein Verfechter des reinen parlamentarischen Systems verzweifeln. Wir verzweifeln nicht mit, hoffen vielmehr, daß die Erfahrungen bei den Wahlen

und der schweren Geburt des Reichskabinetts recht viele überzeugen, daß eins sich nicht für alle schickt. Der Parlamentarismus Westeuropas verlangt Völker, bei denen die Parteigegensätze sich auf Unterfragen beschränken, die Einheit des Volkes und Staates jedoch, und was beiden wohl tut, außer aller Erörterung stehen. Deutschland ist nicht so glücklich. Die Spaltung des Glaubens: katholisch, protestantisch, sozialistisch-materialistisch, und der Gegensatz der Klassen: Bürger und Arbeiter, zerreißen unser Volk in geistige und soziale Teile, die nichts als gemeinsam erkennen. Daran scheiterte unsere Weltpolitik. Wir hatten kein Kulturideal, mit dem das ganze Deutschtum im Glauben an sich selbst die Welt unterwerfen und erneuern konnte. Was im Rausch des Krieges viele dafür hielten, war nur das Hochziel derer, die eben die Macht besaßen, und konnte das Volk im Unglück nicht halten. Kenner der Masse empfahlen deshalb als einzig allbewegendes Kriegsziel die Verteidigung des Vaterlandes. Die war so gemeinsam wie seine Not. Die Not eint uns auch jetzt. Wir stehen, nicht förmlich, jedoch tatsächlich unter Fremdherrschaft wie die Inder und Iren oder wie bisher die Polen. Frankreich will unser Volkstum zerteilen oder wenigstens das abgetrennte Deutschösterreich nie wieder dem Ganzen sich einen lassen. So ist heute das Volk schlechthin unser höchstes politisches Gut und Ziel. Mit der Weltpolitik ist's vorbei, die Not zwingt uns, Volkspolitik zu treiben. Der neue Reichstag und die Regierung haben hier große Aufgaben. Noch vielzuviele wissen nichts von der deutschen Not. Die Regierung selbst verdeckte sie bisher mit ihrem Papiergeld. Die Stände und Klassen wälzten sie von sich auf andere ab, durch Wuchern mit Arbeitskraft, mit Waren, mit Gesinnungen. Keiner ist hier unschuldig, auch nicht einer. Wenn diese Zeilen erscheinen, tritt der Reichstag zusammen und die Regierung hat sich ihm vorzustellen. Sie darf keinen Zweifel lassen, daß sie zwar alle Unvollkommenheiten, die sie erbt, nach Kräften beheben will, daß sie aber die Last des verlorenen Krieges und des törichten Umsturzes nicht wegnehmen kann. Sie muß uns reinen Wein einschenken und die Gewähr geben, daß ihren Worten Taten folgen. Sie mag Erzbergers großes Steuersaugwerk scharf prüfen und nach Möglichkeit verbessern, dann soll sie aber die hohen Steuern unerbittlich eintreiben, ohne sich von links oder rechts in und außer dem Reichstag einschüchtern zu lassen. So spüren erst alle die Not. Die Stimmung, die daraus entstehen muß, wird sich leider in Spa noch nicht nützen lassen, aber wir sehnen sie herbei und wünschen Deutschland Staatsmänner, die sie im Innern zu lenken und draußen auszuspielen verstehen.

Im Innern lenken; das ist sehr nötig, denn Taten der Verzweiflung liegen nahe. An der Straße, die wir zeigen, gähnt der Abgrund des **nationalen Bolschewismus**. Das Ausland beachtet ihn mehr als wir selbst, überschätzt ihn gewiß, aber wir sind in Gefahr, ihn zu unterschätzen. Weite Volkskreise denken verächtlich vom Parlamentarismus, glauben an Räte oder Stände, leichter noch an die Gewalt. Hier begegnen sich Rechts und Links. Die Zinsknechtschaft drückt, wir arbeiten für andere, unsere Feinde sind Kapitalisten. Rußland geht es wie uns. Wenn man sich verbände?! Anzeichen sind zu beachten: Jede Niederlage des heldenhaft kämpfenden Polen gegen Rußland wird befriedigt vermerkt. Nicht dies Gespenst hilft uns, sondern der deutsche Geist, der die alte und ewig junge Kultur der Süd- und Weststämme erzeugt hat. Und nicht Rache, sondern Gerechtigkeit muß Deutschland in die Welt hineinrufen.

Der andere Bolschewismus, der **Klassenbolschewismus** wird mehr genannt als gefürchtet. Die Putschgerüchte vor den Wahlen fanden keine Bestätigung. Bei der Wahl erhielten die Kommunisten weniger als eine halbe Million Stimmen. Gleichwohl ist es gewiß, daß an vielen Orten in Nord- und Mitteldeutschland der Umsturz sich dauernd organisiert. In Bayern neigt man dazu, die Lage sehr ernst zu betrachten und sieht mindestens für Berlin, Leipzig und das Ruhrgebiet in kurzer Zeit die Rätewirtschaft voraus. So schnell wird es kaum gehen. Wohl befindet sich Norddeutschland in schleichender politischer, zum Teil sogar völkischer Zersetzung. Aber die Natur leistet Widerstand und sei es Gesundheit oder Schwäche, norddeutsche Art schreckt vor dem äußersten meistens zurück, schlägt nicht um der Grundsätze willen nutzlos alles entzwei, selbst Hölz, der Räuberhauptmann des Vogtlandes, hütete sich, Fabriken und Banken zu zerstören, nur die Villen der Reichen ließ er, erst ganz zuletzt, niederbrennen. In seinem Wirkungskreis wie im Ruhrgebiet wird zudem eine merkliche Ernüchterung der Arbeiter festgestellt. Neuen Zündstoff kann der Steuerabzug vom 25. Juni hergeben. Bei allen Unruhen wird eine rein bürgerliche Regierung fester und freier dastehen als eine, in der Sozialisten sich halb auf seiten der verhetzten Masse fühlen.

In **Bayern** ist für einen festen Gang der Politik gesorgt. Volkspartei, Mittelpartei und Bauernbund arbeiten leicht zusammen. Die Demokraten sind willkommen, wenn sie mittun wollen, doch ist eine Mehrheit ohne sie möglich. Wenn sie, durch ihre Schlappe belehrt, sich mehr nach rechts entwickeln, zur Nationaldemokratie, wie es schon recht glücklich bezeichnet wurde, kann ein bayerischer Bürgerblock Vorbild für ganz Deutschland werden. Außerhalb Bayerns wird es immer besser verstanden, daß das Land auf seiner Selbständigkeit beharrt und nicht leiden will unter Maßregeln, die aus dem ungesunden Berliner Boden wachsen. Ueberall im Reich erstarkt der Stammesgedanke. Nur die Stämme und Länder sind bei uns Kultureinheiten und können Kulturpolitik treiben. In diesem Betracht ist nicht viel zu hoffen von der Berliner Reichsschulkonferenz, einer Spätblüte der zentralistischen Jahreszeit von Weimar (dem nicht-klassischen!). Ihre Versuche, eine Einheit deutscher Kultur mittels der Schule herzustellen, können in Wahrheit nur dazu führen, Weltanschauung, Ueberlieferung und Religion aus der Schule zu verdrängen, gerade die Güter, die die Schule pflegen soll. Unser Reichsschulprogramm kann nur sein, daß das Reich über die Schule nichts zu bestimmen hat als deren Freiheit.

Das **Ausland** haben wir über unseren innern Krisen fast vergessen. Es sah ihnen ziemlich ruhig zu, denn der deutsche Geldwert blieb überall bemerkenswert fest. Französische Versuche, die Zusammenkunft in Spa zu hintertreiben, scheitern an dem nüchternen Sinn der Angelsachsen. In **Italien** hat Giolitti, der von Kriegsschuld unbelastete, die Zügel in die Hand genommen. Sein Vorgänger Nitti stürzte über die Erhöhung des Brotpreises und mußte sie zurücknehmen. Aehnliche Nöte wie bei uns. Für Spa ist Giolitti ein gutes Vorzeichen. Einst als Deutschenfreund verfehmt, findet er heute mit seiner Politik der Versöhnung und Beruhigung Europas die Gefolgschaft fast ganz Italiens. Was wir im ganzen von unsern Gegnern, vom Obersten Rat, dem Herrn der Welt, in Spa zu erwarten haben, sollte nicht so sehr in der Presse beredet werden, als wie wir uns selbst dort darstellen und was wir mit unserm eigenen Verhalten erreichen oder verscherzen können.

Regierungskrisen in **Deutsch-Oesterreich**, wo von Tag zu Tag das politische Wetter wechselt, in Polen, Böhmen, Norwegen, ein drohender Staatsstreich in Griechenland, zeugen von der unerquicklichen Lage allerorten.

Das Angesicht der Erde wird nur erneuert, wenn die Menschen neu werden in Gesinnungen und Taten. Die einzige Stimme des reinen Geistes, stark genug, daß die Völker ihr lauschen, das Lehramt unsrer hl. Kirche, wird nicht müde, diese Wahrheit zu verkünden. **Benedikt XV.** mahnt in seinem neuesten Rundschreiben „Pacem, Dei munus pulcherrimum“, den Haß aus den Herzen zu bannen und die wechselseitige Liebe und Eintracht zu pflegen. Bischöfe, Priester und die Schriftsteller aller Völker sollen dazu beitragen. Die Grundsätze eines wahren, christlichen Völkerbundes werden dargelegt. Zu förderlicher Aussprache mit dem Statthalter Christi dürfen künftig katholische Staatshäupter nach Rom kommen, unbeschadet der Rechte, die der Hl. Stuhl nach wie vor gegen das Quirinal geltend macht. So arbeitet das Papsttum an der Wiederaufrichtung eines christlichen Europa, das nach Gottes Willen mit Rom, seinem Herzen, die Mitte der christlichen Welt sein und bleiben soll. In dem Satz des päpstlichen Friedensgebets: „Erbarm dich, Herr, über das unglückliche Europa“, ist der Name unseres Erdteils liturgisch geworden. Europa zu erhalten und zu verteidigen, zunächst gegen den roten Feind im Osten, ist die heilige Sache aller seiner Völker. Sie muß Sieger und Besiegte zusammenführen, daß sie sich als Brüder erkennen und aus dem schlechten Frieden einen guten Frieden machen.

„K. V."

Von Dr. Hans Eisele, München.

Die „Kölnische Volkszeitung" ist am 27. Mai 1920 aus dem alleinigen Besitz der Familie J. P. Bachem in andere Hände übergegangen. Katholiken merkt euch dieses Datum, denn das Ereignis zählt zu den bedeutungsvollsten für das katholische Deutschland. 60 Jahre lang war die „K. V." Eigentum der Familie Bachem und ein Mittelpunkt des katholischen Lebens in Deutschland. Als sie 1910 ihr 50jähriges Jubiläum feierte, war es schier ein Festtag für das ganze katholische Deutschland. 60 Jahre lang liefen die Fäden der Geschichte der Katholiken Deutschlands in der „K. V." zusammen. 50 Jahre lang sahen die Führer des katholischen Volkes im Inlande und draußen in allen Ländern der Welt in der „K. V." das führende katholische Organ deutscher Sprache. Von Windthorst bis Trimborn standen alle Führer des Zentrums und der Katholiken in engster Verbindung mit der „K. V.". An höchster kirchlicher Stelle achtete man auf ihr Wort nicht minder als in den Parlamenten und Regierungen. Vieltausendfach sind die Anregungen gewesen, die von der „K. V." fruchtbringend ausgestreut zu bedeutungsvollen Ereignissen für die Geschicke Deutschlands und namentlich der Katholiken wurden. War's nicht so, daß jeder deutsche Katholik stolz auf die „K. V." war und doppelt stolz, so oft man über den Grenzen des Vaterlandes draußen das Lob der „K. V." und damit das der Katholiken Deutschlands sang? Wieviel dutzendmal ist draußen in der Welt und in Deutschland das große Beispiel der „K. V." nachgeahmt worden! Wieviel hundert Mal haben Katholiken des In- und Auslandes am Beispiel der „K. V." zu lernen und sich zu ermutigen versucht! In Deutschland war es fast Mode, bei jeder katholischen Zeitungsgründung die „K. V." als Vorbild zu nehmen. Eine „K. V." machen zu wollen, galt als das höchste. „K. V." war eine Weltmarke geworden. Doch ich will nicht die „K. V." in ihrer 60jährigen Wirksamkeit und Größe schildern. Das ist vor zehn Jahren beim Halbhundertjubiläum der „K. V." in der vorzüglichen Jubiläumsschrift und dann noch systematischer und gründlicher in dem mehrbändigen Werk der Geschichte der „K. V." geschehen, die Herr Geh. Justizrat Dr. Karl Bachem in den letzten Jahren bei J. P. Bachem herausgegeben hat.

Eine Dynastie aber ist mit dem Verkauf der „K. V." entthront worden. Eine Dynastie im besten Sinne des Wortes. Ich weiß, daß auch viel Neid den Aufstieg der „K. V." begleitet hat. Darum möchte ich **eins** feststellen: Wohl kaum in **einem** Hause, wohl kaum in **einer** Redaktion ist mehr, ist großzügiger, zielbewußter und weitblickender gearbeitet worden, als in der Redaktion der „K. V." Wohl kaum in einer Redaktion liefen soviel Fäden des wirtschaftlichen, des politischen und des religiösen Lebens zusammen, wie bei der „K. V." Sie aber alle zusammenzufassen, alle verschiedenen Willen eines großen und gutgegliederten Redaktionsstabes, alle Meinungen und Absichten eines allerersten Mitarbeiterkreises so zielsicher immer wieder auf ein großes Ziel einzustellen, allen Bedürfnissen des Augenblicks gerecht zu werden, das war das Werk Bachems. Man darf von einem Haus Bachem, einer Dynastie Bachem reden. Die „K. V." bildete eine Herrschaft des Geistes, eine Macht von ungeheurer Tragweite auch in der Hand der Familie Bachem. Und was für eine alte Dynastie ein Schloß, ein in Jahrhunderten ererbter Familienbesitz war, das war für die Familie Bachem die „K. V." Ich habe auch in Adelsfamilien selten so viel Familiensinn, so viel Familieninteresse, so innigen Familienzusammenhalt und ein so treues, auch im Kleinsten für das gemeinsame Werk bereicherndes Zusammenarbeiten gefunden, wie im Hause Bachem. Da geschah nichts ohne den Blick auf das große Ganze der „K. V.", da geschah alles in ihrem Dienste. Da war der kleine Junge aus einer Bachem-Familie, der schon als Schüler bei Katholikenversammlungen Botendienste tat, ebenso erzogen für diesen Familiensinn, für dieses Familiengut, die „K. V." wie die Väter.

Der alte J. P. Bachem hat die „K. V." der Witwe und seinen fünf Kindern Franz Xaver, Karl, Robert, Fridolin Bachem und Frau Marie Meyer-Bachem hinterlassen. So wurde die „K. V." Familienbesitz. Das ist in früheren Zeiten ihre Stärke gewesen und wurde jetzt in der Zeit der großen Not des Zeitungswesens ihr Verhängnis. In Zeiten des Gewinnstes verteilten sich die Ueberschüsse auf sechs Hände, die, vielleicht mit **einer** Ausnahme, nicht allzusehr mit Glücksgütern gesegnet waren. So verkrümelten sich die Ueberschüsse; umsomehr, als die „Bachems", wie sie kurz in Köln genannt waren, nicht knauserig waren, immer für Freunde ein offenes Haus und für gute Zwecke eine offene Hand hatten. Auch für die Angestellten und namentlich die Redaktion, waren sie großzügig. Die „K. V." zahlte den Redakteuren bereits Minimalgehälter von ℳ 5000 und darüber, zu einer Zeit, als eine Statistik der Zentrumsredakteure über die Gehälter in der katholischen Presse aus Schamgefühl nicht veröffentlicht werden konnte. Ich weiß, böse und neidische Zungen haben so oft von den reichen Bachems und ihren Millionen geflüstert, namentlich in Köln. Der jetzige Verkauf der „K. V." wird sie eines Besseren belehren, denn er ist nur erfolgt, weil die Familie Bachem finanziell die Last des ungeheuren Defizits nicht mehr tragen konnte. Wenn es galt, das Ansehen der „K. V." zu heben, sie inhaltlich auszubauen und der Konkurrenz der gegnerischen Presse ebenbürtig zu machen, dann war den Bachems nichts zu viel. Ich kann das um so ehrlicher anerkennen, als ich nach 14jähriger Tätigkeit an verantwortlicher Stelle der „K. V." heute vollständig unabhängig der „K. V." gegenüberstehe.

Die Seele des ganzen großzügigen Betriebes der Zeitung „K. V." war in den letzten Jahren mehr und mehr **Franz Xaver Bachem** geworden. Was dieser schlichte, bescheidene Mann in unermüdlicher Arbeit und Aufopferung für die „K. V." und durch die „K. V." für das katholische Deutschland geleistet hat, das übersteigt weit die gewöhnlichen Leistungen und Kräfte eines Menschen. Was überhaupt an finanzieller Unterstützung, an geistigen und idealen Werten aus dem Hause J. P. Bachem und der „K. V." für das katholische Leben Deutschlands geflossen ist, das vermögen nur die wenigsten ganz zu würdigen, denn nur wenige können diese Leistungen von bleibendem Wert überblicken. Gewiß die „K. V." und die Bachems verstanden es, auch Reklame zu machen; die „K. V." war eine moderne Zeitung, ein durch und durch modernes Unternehmen. Der Familienbesitz, das Familieninteresse jedes einzelnen Gliedes dieser heute weitverzweigten Familie an der „K. V.", die Konzentrierung dieses großen Interesses auf das **eine** große Gebiet und die Zusammenfassung aller nur erreichbaren Kräfte im Dienste dieses Unternehmens, das bildete bisher die Größe der „K. V." und die Größe der Dynastie Bachem. Sie ist heute durch die Not der Zeit entthront.

Wie mir versichert wird, treten zuverläßige Zentrumsleute und Katholiken an die Stelle der Familie Bachem. Es wird den neuen Besitzern schwer werden, die Vorzüge des einstigen Familienbesitzes zu ersetzen und der Zeitung das zu erhalten, was in diesem Familiensinn ausgeprägt war, der Zeitung den Mann und den Kopf zu geben, der wie **Franz Xaver Bachem** unermüdlich tätig und unerschöpflich daran interessiert ist, die Fäden zusammenleitet und zusammenhält, die aus allen Kreisen des wirtschaftlichen, des politischen und des kulturellen Lebens in dem Weltblatt „K. V." zusammenlaufen. Es ist ja nicht so, daß mit Geld allein eine Zeitung zu machen ist. Eine Zeitung und namentlich eine Zeitung von der Größe und Bedeutung der „K. V." ist die Summe jahrzehntelanger Arbeit, sorgfältiger Auswahl von Mitarbeitern und Redakteuren, ist die Summe von jahrzehntelangen Erfahrungen und Lehren, von Selbsterziehung und Talent, die sich nicht verkaufen lassen. Möge es zum Besten des katholischen Volkes den neuen Besitzern gelingen, die große Tradition der „K. V." zu erhalten und das große Werk der „K. V." nicht bloß finanziell, sondern auf allen Gebieten noch zu kräftigen. Deutschland, das katholische Deutschland wäre ohne „K. V." in der Vergangenheit schwer zu denken gewesen, in der Zukunft bedarf es ihrer erst recht. Dem katholischen Volk aber geziemt es in diesem Augenblick eines so bedeutungsvollen Ereignisses mit einem wehmütigen und dankbaren Gedenken auch der „Bachems" sich zu erinnern, die in ihrer Opferbereitschaft und Großzügigkeit, in ihrem unermüdlich schaffenden Optimismus für das katholische Volk, ja für das ganze deutsche Volk Unermeßliches geleistet haben. Darüber hinaus aber ist der Besitzwechsel der „K. V." ein gellender Warnungsruf für die Katholiken. Wie der Verlag J. P. Bachem und der „K. V.", so ist heute der Bestand noch gar manch anderer katholischen Presseunternehmung schwer gefährdet. Nur die äußerste Opferwilligkeit der Katholiken vermag es, der katholischen Presse über diese Zeit der Not hinwegzuhelfen und die Zukunft zu sichern. Seid gewarnt am Beispiel der „Kölnischen Volkszeitung"!

Katholiken, helft eurer Presse im Kampf um die Existenz.
Werbet mit uns für die „Allgemeine Rundschau".

Die Umwandlung des Bolschewismus.

Von Dr. O. Färber, München.

Man redet so viel von ihr, haltloses Zeug zum Teil, und Leute, die keine Ahnung vom Bolschewismus haben, ihn jedenfalls in Wesen und Wirkung an Ort und Stelle nie erfuhren, machen viele Worte und halten lange Reden über den neuen Bolschewismus in Rußland, der schon „ganz ordentlich und brav" sei. Von diesen Leuten müssen wir als durchaus haltlos von vornherein einige ausschließen: es sind Pseudoindustrielle und Pseudokaufleute, die zur Zeit der Denikinschen Erfolge diesem zujubelten, um sich dann in Berliner Luxushotels unter rätselhaften Einwirkungen zu Bewunderern Trotzkys (Bronsteins), ja selbst des Bluthundes Rakowski (Krebser), Diktators von Kiew, durchzuringen. Auch München wurde vor nicht allzulanger Zeit durch den Vortrag eines Herrn beglückt, der im Mathildensaal eine Lobeshymne auf den 12-Stunden-Arbeitsbolschewismus und das „neue Reich" sang, nachdem er drei Wochen zuvor in seinem Privatzimmer jubelnd ausgerufen hatte: „In einem Monat ist Denikin in Moskau!"

Der Leser wird am besten auf historischem Wege dem gegenwärtigen „umgewandelten Bolschewismus" nähergebracht. Versetzen wir uns also in das Jahr 1917. — Der Krieg, das aussichtslose Schlachten und Bluten, die Mängel in der Verpflegung, die allgemeine Ungerechtigkeit des Krieges hatten eine weitverbreitete Stimmung geschaffen. Es war eine Stimmung einmal antimilitaristischer Natur, die besonders den echten Russen zur Verbrüderung mit dem äußeren Feinde zog, eine Stimmung und ein Gefühl, das ungemein viel echt christliche Momente in sich barg. Es war aber auch die Stimmung, die der kaltrechnende bolschewistische Politiker brauchte.

War im natürlichen Bolschewismus, wenn wir die vorhandene Anlage im russischen Volke im Jahre 1917 so nennen wollen, die Menschenliebe, eine gewisse Sehnsucht nach Gerechtigkeit, das Maßgebende, dann war es der Haß, den die Trotzky und ihre Helfershelfer säen mußten, um ihr Ziel zu erreichen. So setzten sich die Kämpfer für die bolschewistischen Ziele, für die neuen Machthaber vom Oktober zusammen aus verführten Idealisten, die das Beste wollten, fanatischen Feinden der bestehenden Gesellschaft, solchen, die sonst keine Lebensmöglichkeit fanden (planlose, eigenmächtige Massendemobilisation) und endlich aus den Nichtswürdigen, den Söldnern, die die Aussicht auf Raub und hohen „Verdienst" anlockte. Abgesehen von diesen letzteren lebten alle einer Hoffnung, der Erwartung eines ungewissen Besseren und die Hoffnung hielt die Scharen zusammen, ließ sie mit mehr oder weniger Mut in die verschiedenen für das Bestehen und das Prestige der Sowjetmacht nötigen Kriege ziehen. Die russische Beamtenschaft freilich war an jenem Anfangstag nur zum allerkleinsten Teil Lenin-Trotzky nachgefolgt. Sie versuchte es zunächst in monatelangem Streik, bis Aussichtslosigkeit, Gewalt und Hunger sie zwang.

Die Lage der Sowjetmacht während jener ersten Monate war keine besonders günstige. Der einzige Umstand, der damals wie später sie rettete, war die Schwäche der Gegner, der Hunger und die Not des Volkes. Das mag verwunderlich klingen, ist aber so. Die Not ließ die Macht an und für sich in einem magischen Lichte erscheinen, die angeblich gegen die (doch durch sie verschuldete und herbeigeführte) Not des Volkes kämpfte und die Tausende, welche mit den vorhandenen Staatsgeldern und Vorräten auf Kosten anderer unterstützt wurden, die als Soldaten, Kommissäre und Räte sich ziemlich gut durchhalfen, waren sozusagen die geborenen Trabanten des neuen Machtgestirnes. Sie mußten miteinander durch dick und dünn. Die Not der Bevölkerung war so groß, daß die entrechteten Stände und Parteien sich mehrfach zu riesigen, leider zu wenig energischen Demonstrationen aufrafften. Der religiöse Instinkt brachte noch im Januar 1918 beinahe eine Million Petersburger auf die Straße, Verwünschungen gellten den Kommissaren überall in die Ohren, aber sie hielten sich durch diese Periode durch ihre Garde und ihren beispiellosen Terror. Der Zusammenbruch des roten Finnland wurde überstanden, der Brester Friede ging vorüber und die Versuche zu organisiertem Widerstand durch Alexejeff, Korniloff, Kaledin und viele andere ausgezeichnete Männer, die meist im Dongebiet sich sammelten, wurden durch fanatische Matrosen und Rote Garde liquidiert, dank der Unberechenbarkeit der Russen und der mangelnden moralischen und materiellen Unterstützung seitens der Intelligenz, die Rußland wohl mit Worten, aber wenig mit der Tat liebte. Also nicht innere Stärke ließ die Sowjets über den Erstzustand der Pogrome, des völligen Chaos, der äußeren strategischen und diplomatischen Niederlagen hinwegkommen, sondern nur die Schwäche der Gegner, die politische Dummheit des damaligen Deutschland und die Zwangsergebenheit der Roten Garde.

Deutschland, das mit den Bolschewistenführern Frieden schloß, gab ihnen Zeit zur Organisation und durch die Besetzung der Ukraine und des Baltikums Zielpunkt und Richtung für die notwendige Expansion.

Die Organisation begann bei der Roten Armee und der Gendarmerie. In der Armee war es die viel zu wenig beachtete Geheiminstitution der Jaitscheiki (Eichen, Zelle), Gruppen überzeugter Kommunistenspitzel in allen Truppenteilen, welche den Trümmern der ehemaligen Armee Halt gaben. Bei der Gendarmerie aber tat man einen großen Wurf. Es gelang dem Organisator Trotzky in der außerordentlichen Kommission mit ihren in die kleinsten Dörfer verzweigten Abteilungen die ehemalige kaiserliche Polizei, besonders die rühmlichst bekannte Geheimpolizei sozusagen in Bausch und Bogen zu übernehmen, wozu die drohende Brotlosigkeit diese liebenswürdige Menschenklasse mitbewog. Damit Hand in Hand ging eine großzügige Propaganda nach innen und außen, die nichts in der Welt ihresgleichen besitzt. Ungeheure Massen an Druckschriften wurden kostenlos verbreitet, Propagandazüge mit Typographien und Rednern fuhren auf allen Bahnen, das Kino diente ganz der Verherrlichung der bolschewistischen Revolution, Funksprüche und Sensationsnachrichten versetzten das ausgehungerte, immer noch hoffende Volk in eine eigenartige nervöse Stimmung. Dem stellten die Gegner nichts an die Seite, auch nicht Deutschland, das schlecht geleitet wurde.

Die deutsche Revolution, der Zusammenbruch der Okkupationsherrschaft in der Ukraine kamen dem Bolschewismus zur rechten Zeit. Die Hungersnot war ungeheuer groß und die Bauern revoltierten gegen die unvernünftige Gewalt der Kommissare. Wieder war die Not ein Plus für diese geworden. Das Paradies der Ukraine mußte wieder die Truppen in Marsch bringen und die Zuversicht stärken. Die ausgehungerten, durch die Not zu Hause fanatisierten Soldaten stürzten wie „Löwen" auf die wehrlose Ukraine und das Baltikum. Die Ereignisse im Winter 1918/19 waren nichts anderes als die notwendige Ausdehnung des zugrunde gewirtschafteten Großrußland nach den besser situierten Randstaaten. Die konnten noch etwas bieten. Man erinnert sich, daß das Baltikum dreimal nach der Ernte von den schwärmenden Bolschewikenhorden heimgesucht wurde.

Propaganda und Raubzüge verschlangen ungeheures Geld. Die Diener des Bolschewismus wollten befriedigt sein und die gemachten Versprechungen erfüllt werden. Auch auf diesem Gebiete waren die Zentralsowjets konkurrenzlos und die Not für sie ein Plus. Ohne Schwierigkeit konnten sie Geld hinauswerfen, Gehälter und Belohnungen bezahlen, wie niemand vor ihnen. Alles Gold gehörte ihnen, Staatsgold, Kirchengold, das Gold in den Privathäusern und unter der Erde. Ebenso alle übrigen Schätze und Kostbarkeiten. Durch Gefangene wurde das Edelmetall unentgeltlich herausgeholt. Die Notenpresse arbeitete gleichfalls nur für die Roten und aus Moskau kam „echtes Zarengeld" in unerhörten Massen. Wer konnte da widerstehen? Denikin und Koltschak wurden im Verlaufe des Jahres 1919 ebenso geschlagen wie Judenitsch, Dutoff, die Ententetruppen u. a. m. Das ist aber nur ein Zeichen der Schwäche der Bolschewikengegner und der Verkehrtheit ihrer Methoden. Konnte ein Mann, der wie Denikin mit der Kälte des Freimaurers dem christlichen Volke Rußlands gegenüber stand, die erlösende Parole bringen oder Koltschak, bei dem es nicht viel besser stand? Trotz aller sonstigen Vorteile mußten diese Männer Schiffbruch leiden, da sie mit materiellen Mitteln allein das grausame materialistische System des Bolschewismus niemals zerschlagen konnten.

Während der erfolgreichen Expansionszüge der Bolschewiken geht im Innern die Organisation weiter. Wir dürfen aber beileibe nicht an aufbauende Tätigkeit denken. Tausendmal stärker als das Positive ist das Negative. Die Fabriken waren entsetzlich zurückgegangen, das Transportwesen völlig zerrüttet, kein Betrieb eigentlich mehr produktiv außer den mit Gewalt betriebenen „kulturellen" Patronen-, Geschütz- und Geschoßfabriken. Die organisatorische Tätigkeit richtete sich auch jetzt einzig auf die Fundamentierung und möglichste Sicherung

der Sowjetmacht, auf das möglichste Aufhalten des überall drohenden Niederganges.

Die Bauern bekamen mehr Freiheit, d. h. man überließ das Land unter Aufgabe des bolschewistischen Programmes sich selbst, froh gegen Geld und Ware das Nötigste von Zeit zu Zeit in die Städte zu bekommen. Die Intelligenz wurde weiterhin gekauft, damit sie in etwa an den herrlichen Kulturzielen der bolschewistischen Schule mitarbeite. Der Hunger zwang sie mitzutun, und Rußland vor einem zu raschen Rückfall in trostloseste geistige Nacht zu bewahren. Die Offiziere der kaiserlichen Armee brachten zu einem großen Teil Furcht und Geld in bolschewistische Dienste. So charakterlos das scheinen mag, so ist doch die Erwägung manches russischen Offiziers begreiflich, daß sie bei ihrem Schritt wenigstens zur Einigung Rußlands, sei es auch als eines bolschewistischen „Gemeinwesens“ beitragen. Diese Einigung ist denn auch in der Tat das einzige Verdienst des Bolschewismus um Rußland, und ein Umstand, der in etwa über die vorhergehende Vernichtung der Freiwilligenheere hinwegtrösten kann.

Auf allen Gebieten merken wir seit etwa Mitte 1919 ein Rückschreiten der Bolschewiken von ihrem Programm. Die Verhältnisse, die Liebe zur Macht zwingt sie zu Schritten, die einer Verleugnung des eigentlichen Bolschewismus gleichkommen. Das Fehlen ernsthafter Gegner, die sicheren gekauften Anhänger erlauben es den phantasiereichen oder gierigen Herrschern, am Leibe des gequälten Rußland allerhand Experimente vorzunehmen, die sich anderswo kein Land und kein Machthaber erlauben dürfte oder könnte.

Man schaffte die Räte im Heere wegen „Entbehrlichkeit“ ab und führte im Heere die Disziplinargewalt der Offiziere wieder ein; man konnte es und man mußte es. Die Zeit lehrt und das ist gut — für uns alle. Sie bewies in Rußland, daß der Bolschewismus unendliche Verluste bringt, ja das Chaos, welches dann nur unter gewaltiger Anstrengung mit der Verzweiflung des Selbsterhaltungstriebes eingedämmt werden kann. Lassen wir das Gerede vom umgewandelten Bolschewismus. Die Welt kennt wohl das Programm, mit dem so unerhörte Schandtaten verknüpft sind. Es hat zur Ruinierung Rußlands geführt, wie es Ungarn an den Rand des Ruins brachte.[1]) Warum holt man die Fabrikdirektoren zurück und zwingt durch spartanische Strafen die Arbeiter zur Arbeit? Warum wendet man alle Methoden an, die man früher verfluchte? Weil die Knochenhand des Hungertodes allen im Nacken liegt, und Rußland einem ungepflegten Friedhof ähnlich zu werden droht.

Einst war die Not ein Plus für die bolschewistischen Machthaber. Aber es kommen andere Zeiten. Die Ukraine, das Don-Kubangebiet, Sibirien, alles ist in ihrem Besitze und wird in Bälde durch ihre Methoden nichts mehr abwerfen. Es zwang die Not zu einem Zug gegen Westen. Dort trafen sie auf polnische Bajonette, die sie lange nicht überwinden konnten, weil Raubinstinkt gegen Vaterlandsliebe nicht aufkommt. Jetzt kommt der Todeskampf des Bolschewismus ohne jeden äußeren Feind. Japan z. B. zieht schon jetzt mit sehr gutem Erfolg die Konsequenzen aus der inneren Schwäche des Bolschewismus. Anderseits ist es auch gar nicht ausgeschlossen, daß ein energischer russischer „Herr“ die Erbschaft des Bolschewismus übernimmt und da wieder landet, von wo man ausgegangen war. Den Beweis für die Notwendigkeit einer Diktatur haben ja die Bolschewiken selbst geliefert. Der letzte allrussische Rätekongreß — er war vielleicht wirklich der letzte — brachte nichts anderes heraus als eine völlige Versklavung des russischen Volkes. Die russischen Arbeiter werden nach den neuen Dekreten, die ihnen die stabilitas loci (Gebundenheit an den Aufenthaltsort) furchtbare Strafandrohungen u. a. m. verkünden, mit Wehmut und Erbitterung an die „Fleischtöpfe Aegyptens“ unter der Zarenzeit zurückdenken, da sie satt waren und Arbeit hatten. Abgesehen aber von der Belehrung und dem historischen Interesse, das der Kongreß bietet, müssen wir uns darüber klar sein, daß es sich nur um letzte, verzweifelte Anstrengungen einer Herrscherkaste handelt, die auf unterminiertem Boden steht, heute ist und morgen nicht ist. Während die Unabhängigen usw. dem staunenden Westeuropa noch Märchen erzählen vom Roten Reich, bahnt sich dort eine furchtbare Götterdämmerung an, die aufräumt mit den Usurpatoren. Jedermann wird es deutlich werden, daß es sich nicht um den umgewandelten Bolschewismus, sondern um den vor aller Welt bankerotten Bolschewismus handelt, das Ende einer wahnwitzigen, aber doch lehrreichen Periode und mit diesem Bankerott wird sehr wahrscheinlich ein die Welt überraschender System- und Personenwechsel verbunden sein, eine Entfernung aller jener Elemente, die das russische Volk verführten und entehrten.

Jedenfalls kommt dann in Rußland eine Zeit, in der die Saat der Leiden aufgehen und das Christentum eine herrliche Mission erfüllen kann durch die Einung der Gegner, Heilung der Wunden und Verkündigung der Wahrheit. Dann werden sich die Staatsmänner nicht mehr länger der Ueberzeugung verschließen können, daß es unmöglich ist, politische Probleme zu lösen, ohne eine hohe Auffassung von dem Wert der Menschenseelen, ihrer Gewinnung und von den daraus sich ergebenden Erziehungsaufgaben. Jede materialistische Geschichtsmacherei bricht zusammen in Theorie und in Praxis.

Anm.: Der Aufsatz mußte infolge der Wahlen zurückgestellt werden. Inzwischen begingen die Polen den großen Fehler, offensiv vorzugehen. Das beschleunigte die Entwicklung der Dinge in Rußland und bedeutete für Polen den Anfang vom Ende. Vor den Augen der Welt taucht jetzt immer mehr Großrußland auf, das Ziel der im Osten wirksamen historischen Kräfte. Dorthin muß sich Deutschlands politischer Blick richten.

[1]) Vgl. Dr. Eisele Bilder aus dem kommunistischen Ungarn Tyrolia-Verlag München-Innsbruck.

Einiges über den mittleren Beamtenstand.

Von Dr. Hartmann, Domprediger, Augsburg.

In Nr. 23 der „Allgemeinen Rundschau“ stand der zweifellos richtige Satz zu lesen: „In der Presse begegnet man Artikeln über die Arbeiterjugend und die akademische Jugend, um die jungen Beamten bekümmert sich niemand.“ In Augsburg haben wir bereits den Anfang gemacht, allerdings zunächst nur einen ganz bescheidenen. Wir haben eine solche Vereinigung gegründet (für Herren mit Einjährigen-Berechtigung) in Form eines „Studienzirkels“. Der Name ist nicht gerade glücklich gewählt. Derselbe hat den Zweck, die Mitglieder über alle Fragen der Gegenwart, religiöser, sozialer Natur usw. zu unterrichten und sie zu gemeinnütziger Arbeit in den katholischen Vereinen hiesiger Stadt heranzubilden (Gedanke des Laienapostolates!). Zur Erreichung dieses Zweckes dienen Versammlungen mit Vorträgen und Diskussionen — in der Regel alle 14 Tage —, die Lektüre verschiedener Zeitschriften und eine Bibliothek, zu der schon mancher edle Wohltäter seinen Beitrag beigesteuert hat. Letztere wird fleißig benützt. Die Mitglieder, ca. 60 an der Zahl, rekrutieren sich zumeist aus Angehörigen des Finanzamtes, des Stadtmagistrates sowie der staatlichen und privaten Banken und aus Praktikanten fürs Technikum. Die Mitglieder des Studienzirkels treten zugleich dem Volksverein für das katholische Deutschland bei. — Merkwürdig ist, wie gerade in jüngster Zeit in hiesiger Stadt mehrere „Studiengenossenschaften“ gegründet wurden, die nach kurzer Frist einen hohen Mitgliederstand aufweisen. Sie ahmen die Verbindungsstudenten der Universitäten nach, halten ihre Veranstaltungen plenis coloribus usw. Einzelne betonen ausdrücklich ihren christlichen Charakter, während andere sehr weit nach links schauen.

Aus dem Gesagten geht unstreitig hervor, daß ein direktes Bedürfnis zu einem engeren Zusammenschluß vorhanden ist, zumal heutzutage, wo Organisation das mächtige Schlagwort bildet, wo der einzelne nichts, die Masse aber alles gilt. — Darum dürfte es bei der großen Zahl und ausgedehnten Verbreitung der mittleren Beamten gewiß in allen größeren Orten (nicht bloß in den Städten) möglich sein, eine Vereinigung zur Pflege und Vertiefung der katholischen Welt- und Lebensauffassung zu gründen. Was für ein Vorteil, wenn der junge Mann bei einer Versetzung am neuen Orte sofort wieder Anschluß finden kann bei gleichgesinnten Freunden! Vielleicht ließe sich — ganz ähnlich wie bei den Akademiker-Vereinigungen — ein Zusammenschluß all der lokalen Vereinigungen in einem Verbande bewerkstelligen. Gerade heute im Zeitalter der Demokratie und Demagogie ist es doppelt notwendig, sich der „Gebildeten“ zu erinnern, hauptsächlich aus dem Grunde, weil infolge der neuen Ereignisse sich der Schwerpunkt der Dinge sehr zu ungunsten der „besseren“ Stände nach unten verschoben hat. Wenn nur ein Geistlicher und ein Laie allenthalben die Sache energisch in die Hand nehmen, so ist dieselbe so ziemlich gewonnen. Deshalb setze ich an den Schluß das Herrenwort: „Geht hinaus auf die Straßen .... und nötiget sie hereinzukommen“.

Zur Foerster-Kontroverse.

Von Domdekan Dr. Kiefl, Regensburg.

Wiederholt ist in diesen Blättern von meiner Stellung zur Foersterkontroverse die Rede gewesen, zuletzt in einem Artikel von Prof. Göttler in Nr. 5 dieses Jahrganges. Eine wissenschaftliche Kontroverse kann zweckdienlich nur in Fachzeitschriften ausgetragen werden, weil sie ohne Heranziehung des ausgedehnten Quellenmaterials wertlos ist. Ich will deshalb zur Richtigstellung der Behauptungen des letztgenannten Artikels auf meine soeben bei Manz in Regensburg erschienene Schrift „Christentum und Pädagogik" verweisen; hier an dieser Stelle beschränke ich mich darauf, zur Auswirkung den Kernpunkt der Kontroverse herauszuheben. Es handelt sich darum, ob folgende prinzipielle Aufstellungen des Foersterschen Erziehungsprogramms, welche auch in den neuesten Auflagen seiner Unterrichtswerke mit einer jeden Zweifel ausschließenden Klarheit enthalten sind, normgebend für den christlichen Erzieher sein können:

1. Foerster geht aus von dem Grundsatz Schopenhauers, daß der angeborene Charakter des Menschen unabänderlich sei und erklärt Erziehung nur für möglich nach dem biologischen Prinzip der Auslese durch Gebrauch oder Nichtgebrauch der physischen Organe (Jugendlehre allenthalben, Erziehung 18 u. a.). Dieses Prinzip ist mit der christlichen Lebensauffassung unvereinbar.

2. Foerster erklärt es mit Pestalozzi für einen falschen Weg, durch die Liebe zu Gott zur Erfüllung der Kindespflichten anregen zu wollen, und es findet sich deshalb in seinem durch 27 Jahre sich hinziehenden Schrifttum keine Stelle, wo er das Gebot Gottes oder die Liebe zu Gott in die Moralbegründung eingestellt hätte. Ja, er erklärt ausdrücklich, indem er die Methode des Katechismus als abstrakt bekämpft, die zehn Gebote durch „Lebenskunde", ohne Gott mit einem Wörtlein zu nennen (Jugendlehre 1917, S. 41 ff). Es ist aber sonnenklar, daß es der christlichen Moral wesentlich ist, die sittlichen Pflichten mit der Liebe zu Gott zu motivieren.

3. Foerster begründet diese biologische Methode damit, daß er nach Haeckels biogenetischem Grundgesetz behauptet, die Erziehung des Einzelnen müsse die Erziehung des Menschengeschlechtes rekapitulieren, und in der Geschichte der Menschheit sei die Religion aus den sittlichen Erlebnissen und Bedürfnissen der Menschen entstanden; sie sei aus roher Naturvergötterung hervorgegangen und habe allmählich durch Verfeinerung der sozialen und ethischen Kultur bis zum Christentum sich emporgearbeitet (Jugendlehre 146). Die Enzyklika Pascendi hat diese Auffassung als grundstürzend verworfen.

4. Die Dogmen erklärt Foerster an Hunderten von Stellen als Symbole, entstanden aus dem Erleben und Erleiden der Grundkräfte des Lebens durch geniale Menschen; die Offenbarung auch in der Hl. Schrift ist ihm das innere Schauen des religiösen Genius, Religion ist ihm die „Deutung des Lebens durch geniale Menschen und die Erfahrung von Generationen." Himmel, Hölle und jüngstes Gericht sind ihm Bilder, in welche der Mensch die Erlebnisse seines Gewissens kleidet. Die Enzyklika Pascendi hat diese Auffassung als unvereinbar mit dem Christentum erklärt.

5. Das, was wir Moral nennen, ist nach Foerster nur die kristallisierte Erfahrung von Generationen über die Folgen menschlichen Tuns (Jugendlehre 72, 386).

6. Als höchste Autorität in religiös-sittlichen Grundfragen des Lebens bezeichnet Foerster in seinen Unterrichtswerken die Uebereinstimmung der Weisesten aller Völker und Zeiten und stellt es dem Lehrer anheim, ob er den Begriff „Heil der Seele" nach Plato, Buddha oder Jesus motivieren wolle (Jugendlehre 659 u. a.).

Mit dieser Auffassung, welche bis in alle Einzelheiten der amerikanischen Religionspsychologie entnommen ist, glaubt Foerster das Problem der ethischen Bewegung gelöst und eine gemeinsame Basis für den in unseren staatlichen Schulen an Stelle des Religionsunterrichtes einzuführenden neutralen Moralunterricht gefunden zu haben, indem der Ungläubige auf dieser Stufe stehen bleiben und der Gläubige darüber hinaus seinen Sonderglauben aufbauen könne (Jugendlehre 106).

Wenn Foerster jetzt erklärt, auch die neueste Auflage der Jugendlehre 1917 entspreche nicht mehr seiner persönlichen Ueberzeugung, so ist darauf zu erwidern, daß nicht seine persönliche Ueberzeugung die Oeffentlichkeit interessiert, sondern das Erziehungsprogramm, das er in seinen Schriften aufstellt, und das er, wenn er den philosophischen Unterbau seiner Unterrichtswerke nicht mehr anerkennt, in den letzten Neuauflagen diese höchst wichtige Tatsache irgendwie hätte zum Ausdruck bringen müssen, da man annimmt, daß ein Autor in seinen Schriften seine Ueberzeugung ausspricht.

Foerster entrüstet sich in seiner neuesten Schrift darüber, daß man ihn als einen Gegner der Konfessionsschule bezeichnet; er erklärt es zwar nach wie vor als elementarste Forderung der Gerechtigkeit, den Religionsunterricht aus der gemeinsamen, staatlichen Schule zu entfernen, hält sich aber für einen Freund der christlichen Schule, weil er den Konfessionen gestatten will, Privatschulen zu errichten. Das haben aber auch viele radikale Gegner des Christentums in Frankreich getan. Es handelt sich in der ganzen Frage doch nur um die öffentliche Schule; mit ihr wird die nationale Erziehung verwirklicht.

Foersters Schriften entwerfen ein geradezu häßliches Bild von der angeblichen Rückständigkeit der Kirche in Pädagogik und Seelsorge. Die Kirche selbst soll durch diese Rückständigkeit schuld sein an dem angeblichen Massenabfall ihrer Mitglieder. Diesem Vorwurf ist bisher seitens der katholischen Bewunderer Foersters nicht widersprochen worden. Wie muß ein solches Zerrbild der katholischen Glaubensinterpretation und Seelsorge auf moderne Pädagogen in einer Zeit wirken, da die Kirche um ihr Recht in der Erziehung ringt? Mit Recht hat Homscheid im „Katholik" betont, wenn Foersters Vorwürfe berechtigt wären, hätte die Kirche ihr Recht auf die Erziehung verloren.

Auch Foersters neueste Schrift wirft den deutschen Katholiken vor, sie trügen durch die falschen Methoden ihrer inneren Mission einen guten Teil der Schuld an der Fortdauer der Kirchenspaltung; die meisten Vertreter des deutschen Katholizismus seien unfähig, eine richtige Seelsorge zu treiben (22, 28). Besonders aber wendet sich Foerster auf das heftigste dagegen, daß trotz des Gutachtens, welches er seinerzeit beim Ministerium für die Zulassung des freireligiösen Moralunterrichtes abgegeben habe, kirchliche Kreise ihre Macht dazu mißbraucht hätten, um die unbedingt berechtigten Forderungen der Freidenker zu vergewaltigen und die Logik des konstitutionellen Staates mit Füßen zu treten. Wie in Frankreich die Intoleranz der Radikalen nur die begreifliche Reaktion auf die vorausgegangene kirchliche Intoleranz gewesen sei, so würde nach Foerster in Deutschland die Revolution die ganze Schulfrage vielleicht gar nicht aufgeworfen haben, wenn die kirchlichen Kreise nicht vorher die Freidenker unterdrückt hätten! Sogar als unchristlich wird von Foerster das Vorgehen der Kirche gegen das Freidenkertum charakterisiert. Nun hat die Rechtswissenschaft (z. B. Hohn in seiner gründlichen Monographie über die Bedeutung der vollkommenen Gewissensfreiheit nach Bayerischem Verfassungsrecht, Paderborn 1919) den Nachweis geliefert, daß Minister von Knilling mit seinem Erlaß vom 17. Juli 1914 sich völlig korrekt auf verfassungsmäßigem Boden bewegt hat und auf Grund der Verfassung und Rechtsprechung gar nicht anders handeln konnte. Das Oberste Landesgericht stellte sich durch Entscheid vom 11. März 1915 ausdrücklich auf den Standpunkt des Ministerialerlasses und berief sich dafür auf die Autorität Seydels, der doch wohl besser als Foerster die bayerische Verfassung kannte. Daß aber das Vorgehen der Kirche kein mutwilliger Machtmißbrauch, sondern eine aus heiligstem Lebensinteresse ihr aufgedrängte Notwehr war, hat der Bischof von Speyer in geradezu glänzender Weise in seinem Fastenhirtenbriefe 1914 und ebenso der Erzbischof von Freiburg in einer eigenen Denkschrift ausgeführt. Foerster erklärt die Freidenker als „überzeugte Männer und Frauen, welche durch ihr geistiges Schicksal mit den herrschenden religiösen Institutionen zerfallen sind, jedoch der Jugend aus einem gewissen gemeinsamen sittlichen Besitz der Menschheit eine Sittenlehre übermitteln wollen". Würde Foerster die Verhältnisse, über welche er ein so scharfes Verdikt fällt, auch nur einigermaßen kennen, so müßte er wissen, daß nach dem erwähnten Ministerialerlaß ausdrücklich die leidenschaftlich aggressive Haltung der Freidenker gegen Religion und Christentum den Staat veranlaßt hatte, seine eigene Existenzgrundlage zu schützen. Ausdrücklich wird im Erlasse angeführt, wie die betreffenden Freidenker den Gottesglauben als das größte Unglück der Menschheit und jeden, der an Offenbarung glaubt, als niedriger Herkunft bezeichnet hatten. Wie ein wahrhaft christlicher Pädagoge in der Frage urteilt, der auch die bayerische Rechtsfrage kennt, bewies Stölzle, welcher ebenfalls gegen jede Vergewaltigung der Gewissensfreiheit ist. Foerster hätte auch in Erfahrung bringen können, daß in Bayern schon seit 1861 freireligiöse Kinder vom Religionsunterricht dispensiert waren.

Als Foersters Unterrichtsbücher erschienen, brach in der Berliner Gesellschaft für ethische Kultur und im „Freien Wort", wo man zuerst über Foersters Bekehrung sich entsetzt hatte, heller Jubel aus und der Freidenker Bruno Meyer konstatierte, Foerster habe die kirchliche Konfession so tief und so geistreich umgedeutet, daß sie kaum selbst in diesem Spiegel sich wieder erkennen werde. Nachdem protestantischerseits eine gründliche Kritik durch Pastor Büchsel erfolgt ist, mußte es als Ehrensache für den deutschen Katholizismus erscheinen, einmal die tieferen philosophischen Grundlagen des Foersterschen Erziehungssystems zu untersuchen. In seiner neuesten Schrift erklärt Foerster den Protest der französischen Katholiken gegen die Entfernung der Kruzifixe aus den Gerichtsälen als gänzlich unberechtigt. Soll das eine Vorbereitung für die Forderung sein, daß auch aus unseren Schulen das Kruzifix entfernt wird?

Eisenbetonschiffe, ein Schritt zum beschleunigten Wiederaufbau unserer Handelsflotte.

Von Geh. Regierungsrat Dr. Karl Forch, Berlin.

Durch lange Jahrhunderte hindurch war Holz der einzige Baustoff für Schiffe. Erst von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an kann man sagen, daß die Herrschaft des Holzes im Schiffsbau erschüttert sei. Von einem weiteren Mitbewerber hörte man in der breiten Oeffentlichkeit nichts, obwohl der Historiker des Schiffsbaues wußte, daß auf einem kleinen See in Frankreich ein Kahn seit dem Jahre 1854 ein verträumtes Leben führt, der aus Zement gefertigt war.

Mit dem Jahre 1896 setzen zielbewußte Bestrebungen ein, die darauf hinauslaufen, den Eisenbeton beim Schiffsbau einzuführen, und es ist bedeutungsvoll, daß sie gerade in Italien auftraten, in dem Lande, dem die Natur das Eisen als Bodenschatz versagt und ein seit Jahrhunderten anhaltender Raubbau auf dem Gebiet der Forstwirtschaft das Bauholz weggenommen hatte. Zunächst handelte es sich dort um kleinere Schiffe, um Pontons für Schiffbrücken und um Leichter für den Hafenverkehr. Aber man sammelte Erfahrungen und die Erfolge reizten zum Weitergehen auf diesem Weg. Die Frachtraumnot des Weltkrieges drängte dazu, Vorteile zu verwerten, mochten sie wo immer liegen. So hat denn Nordamerika, was die alte Welt im kleinen begonnen, ins große übersetzt und drüben schwimmen Eisenbetonschiffe bis zu 8000 Tonnen Wasserverdrängung, eine Größe, bei der für die heutigen Verhältnisse jedenfalls die Grenze erreicht ist, jenseits deren der neue Baustoff unvorteilhaft werden dürfte.

Der Eisenbetonbau beruht auf der Eigentümlichkeit, daß ein Eisendraht, der mit Zementbrei umgossen wird, in diesem so fest haftet, daß er sich nicht mehr herausziehen läßt. Umkleidet man ein Netzreck aus Eisendraht oder ein Geflecht aus dünnen Eisenstäben mit Zement, so erhält man eine Platte, die gegen Stoß überraschend elastisch, gegen Druck widerstandsfähig ist und der durch das eingebettete Eisengerüst auch eine große Zerreißfestigkeit innewohnt. Wählt man nun noch die Zusammensetzung der Zementmischung so, daß sie wasserundurchlässig wird und nicht zu schwer ist, so hat man einen Baustoff, der alle Eigenschaften hat, die der Schiffsbaumeister fordern muß, wenn er einen neuen Stoff in Wettbewerb mit erprobten alten Stoffen einführen will. Für den deutschen Schiffsbau ist die Frage, ob der Eisenbeton auf der Werft Verwendung finden kann, von einer überaus großen Bedeutung. Hatten wir früher Eisen und Stahl in Fülle, so sind diese beiden Werkstoffe jetzt gar selten und kostbar geworden. Ein Arbeitsverfahren, das uns verspricht, den Eisenverbrauch für den Rumpf langsam fahrender Frachtschiffe auf 1/3 bis 1/4 herabzusetzen, das von der Verwendung des Stahles ganz absieht und diesen für den Bau von schnellfahrenden Schiffen frei läßt, und das, was an Eisen erspart wird oder jedenfalls nur wenig mehr, durch Beton ersetzt, ein solches Verfahren muß neue Aufmerksamkeit erwecken und dies ganz besonders dann, wenn es in der Hälfte der Zeit zum erstrebten Ziele führt.

Häuser aus Eisenbeton werden in folgender Weise hergestellt: ein Netzwerk aus Eisenstäben wird vorn und hinten durch eine Bretterverschalung umgeben und der Hohlraum zwischen beiden Verschalungen wird mit Zement vollgestampft. Zunächst arbeitete man auch nach diesem System beim Schiffsbau. Aber da die Formen hier nicht einfach sind, zerbrachen die Bretter der Verschalung beim Herausnehmen zum großen Teil, so daß sich kaum ein Drittel davon mehr als einmal benützen ließ. Und Holz ist zurzeit ein teures Ding. Für kleinere Schiffe kam der Norweger Alffen auf den Gedanken, das Modell kieloben zu legen und über dieses den Zementbrei aufzutragen, also mit nur einer Verschalung auszukommen. Ist das Schiff in dieser Lage fertig gestellt, so muß es zu Wasser gebracht und umgedreht werden. Dies gelingt auch meistens unter Verwendung bestimmter mit Wasser zu füllender Teile des Schiffes, aber die Frage: „Kippt es oder kippt es nicht?" ist immer eine Rätselfrage. Außerdem ist zum Umdrehen eine Wassertiefe gleich der Schiffsbreite erforderlich und diese ist schon bei mittleren Schiffen in der Regel vor der Werft nicht vorhanden. Für den Aufbau der Handelsflotte kommt aber nur ein Verfahren in Betracht, das mindestens Schiffe von 1000—5000 Tonnen Wasserverdrängung unter möglichst geringem Verschleiß an Verschalungsmaterial sicher herzustellen gestattet. Diese Aufgabe ist durch ein neues Verfahren gelöst, das Otto Wilhelmi angegeben hat und die Kieler Eisenbetonwert-A.-G. ausführt. Hier ist die Schwierigkeit des Stapellaufes dadurch vermieden, daß das Schiff nicht auf Land, sondern im Schwimmdock gebaut wird. Allerdings ist ein solches unerläßliche Voraussetzung. Da es aber auch zum Ausbessern späterhin Verwendung finden kann und weil ferner die Not der Zeit den Bau von Reihenschiffen also von einer größeren Zahl gleich großer Schiffe erfordert, so werden die Kosten des Docks sehr bald abgeschrieben sein. Die Gefahren des Stapellaufes waren nämlich für Eisenbetonschiffe besonders groß. Im Augenblick, in dem das Schiff zur Hälfte ins Wasser taucht und zur andern Hälfte noch auf Land liegt, wird seine Längsachse einer Knickung unterworfen, wie es einer solchen späterhin niemals ausgesetzt ist. Nun nimmt aber Beton bekanntlich erst nach mehreren Monaten seine größte Festigkeit an; will man also den Stapellauf nicht gar zu lange hinausschieben, so läßt man das Schiff zu Wasser, ehe es seine vollständige Festigkeit erreicht hat. Man muß also dem ganzen Bau, damit er dieser einen nur wenige Sekunden dauernden Beanspruchung gewachsen ist, weit stärkere Abmessungen geben, ihn also schwerer machen, als es der Seegang späterhin erfordert. Der Bau im Dock vermeidet den Stapellauf, da hier das Wasser allmählich von unten hereindringt, die so bedenkliche Knickung also nicht auftritt. Außerdem fällt hier der Verlust an Verschalungsbrettern ganz weg.

Das Baudock stellt gleichsam die äußere Form des zu bauenden Schiffes dar. Um dessen Boden herzustellen, wird der Boden des Docks so mit Sand ausgekleidet, daß dessen Oberfläche genau der Form des Schiffsbodens entspricht. Damit der feuchte Sand seine Lage nicht verändern kann, ist er durch aufrechtstehende Bretter, sog. Lehrspanten, unterteilt. Sand und Spanten werden mittels starker geteerter Pappe überdeckt. Auf diese Unterlage wird das ganze Eisennetzwerk eingeflochten und nun die Zementschicht von 4 Zentimeter Dicke und wenig mehr einbetoniert. Darüber kommt eine mehrere Zentimeter starke Sandschicht und nun wird eine zweite Betonschicht aufgebracht, die mit der unteren durch gleichfalls aus Beton hergestellte Querstreben verbunden ist. Sobald der Beton hinreichend abgebunden hat, wird der zwischen beiden Schichten befindliche Sand durch einen mittels besonderer Löcher zu- und abgeführten Wasserstrom herausgespült. Es ist so ein doppelter Boden entstanden. Um in ähnlicher Weise die Seitenwände herstellen zu können, wird das Dock um seine Längsachse um 45° geneigt. Zu diesem Zweck hat es in seinen Seitenwänden Hohlräume. Werden die auf einer Seite befindlichen Räume mit Wasser gefüllt, so neigt es sich nach dieser über. Jetzt wird ähnlich, wie dies zuvor beim Boden geschehen ist, die Seitenwand aus Beton aufgebaut, mit einer Sandschicht abgedeckt und alsdann die innere Betonwand aufgeführt. Auch hier sind Innen- und Außenhaut durch Querwände verbunden; ist der Sand herausgespült, so besteht die Seitenwand aus einer großen Anzahl voneinander getrennter Hohlräume. Bei einer Verletzung kann dann immer nur in den beschädigten Hohlraum Wasser eindringen, so daß die Schwimmfähigkeit des ganzen Schiffskörpers weitgehend sichergestellt ist. Ist die eine Seitenwand vollendet, so wird das Dock durch Leerpumpen der Schwimmkörper dieser Seite aufgerichtet und das Spiel wiederholt sich auf der andern Seite.

Nun gilt es das Schiff vom Dock zu lösen. Zu diesem Zwecke wird zwischen Schiffsrumpf und Dock Wasser eingelassen. Um diesem Zutritt zu gewähren, hat man an den Stellen, an denen die den Rumpf umkleidende Pappe auf Brettern aufruht, diese an ihrer Oberfläche mit Riefen versehen, so daß feine Kanäle zum Durchtritt von Wasser geblieben sind. Entsprechend der zunehmenden Belastung sinkt das Dock, während der Schiffs-

rumpf vom Wasser Auftrieb erfährt; liegt der Wasserspiegel im Dock mit dem im Freien in gleicher Höhe, so wird das Docktor geöffnet und das Schiff abgeschleppt. Es ist keineswegs nötig, für jede Schiffsgröße ein besonderes Dock bereit zu halten; durch passende Einsatzwände an den Längsseiten und dadurch, daß man das Docktor in der Längsrichtung des Dockes verschiebbar macht, kann man das Dock auch für den Bau kleinerer Schiffe benützen und so seine Verwendbarkeit erhöhen. Diese kleineren Schiffe kann das Baudock dann späterhin aufnehmen, wenn an ihnen Ausbesserungen vorgenommen werden müssen. Bei Holz- und Eisenschiffen spielt das Docken übrigens eine weit größere Rolle als bei Betonschiffen. Es hat sich nämlich ergeben, daß an Beton die Meerespflanzen sich auch nicht entfernt so stark ansetzen als an allen anderen Schiffen. Während diese in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen für mehrere Tage aus dem Verkehr gezogen und einer gründlichen Reinigung ihrer Außenhaut unterworfen werden müssen, erübrigt sich diese bei dem Betonschiff, dessen wirtschaftliche Ausnützung sich somit um die Zeit der Reinigung erhöht. Abnützung durch das Seewasser tritt beim Eisenbeton, wenn die Eiseneinlagen überall gut mit Zement überdeckt sind, so gut wie gar nicht auf, während auch der beste Anstrich das Eisenschiff nicht auf die Dauer vor dem Anrosten schützt. Die normale Abschreibung kann deshalb beim Betonschiff mit einem weit geringeren Betrag eingesetzt werden. Außerdem ist der Reibungswiderstand gegenüber dem Wasser bei der glatt bleibenden Betonhaut geringer als bei der dem Bewachsen und Anrosten ausgesetzten Haut des Eisenschiffes, so daß die Betriebskosten für das Betonschiff sich entsprechend verringern.

Ein abschließendes Urteil über die Kosten des Betonschiffes schon jetzt zu fällen, dürfte recht schwierig sein. Auf die Vorteile, die der Ersatz von Eisen durch Zement für unsere derzeitige Wirtschaftslage bietet, ist oben schon verwiesen worden. Außerdem können die Arbeiten des Betonierens mindestens zum großen Teil durch ungelernte Arbeiter ausgeführt werden, und es erübrigen sich bei ihnen eine große Zahl von Hilfsmaschinen, die der Eisenschiffsbau erfordert. Die Kosten für das bei dem Wilhelmischen Verfahren notwendige Schwimmdock sind nicht größer als die eines mit einem solchen herzustellenden Betonschiffes, sie verteilen sich, wenn das Dock auf Jahre hinaus zum Herstellen von Reihenbauten benutzt wird, auf eine so große Zahl von Schiffen, daß auf jedes einzelne nur ein geringer Anteil kommt. So wie die Rohstoffpreise und die Arbeitslöhne jetzt sind, ist das Betonschiff mittlerer Größe bei dem neuen Arbeitsverfahren bestimmt nicht teuerer als das gleich große Eisenschiff, wahrscheinlich wird sich der Preis um 5—10 v. H. niederer stellen und zwar selbst dann, wenn man dem Hersteller für die Einführung des neuen Verfahrens einen höheren Gewinn zubilligt.

Auf einen Vorteil, den die Doppelwandung des Wilhelmischen Eisenbetonschiffes bietet, sei noch aufmerksam gemacht. Die Doppelwand und die zwischen dieser eingeschlossene ruhende Luft bietet einen ausgezeichneten Wärmeschutz und läßt deshalb diese Schiffe als besonders geeignet für den Transport von Fleisch und solche Waren erscheinen, die kühl aufbewahrt werden müssen.

Alles in allem betrachtet, wird man sagen müssen, daß das neue Verfahren aussichtsreiche Ausblicke für den so dringend notwendigen raschen, sparsamen und doch wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer Handelsflotte bietet, von dem für das Aufleben unseres aus tausend Wunden blutenden Wirtschaftslebens so vieles, vielleicht fast alles abhängt. Denn allen fremden Gewalten zum Trotz: Navigare necesse est!

Vom Büchertisch.

Bernhart Jos.: Der Kaplan. 217 S. München, Musarion-Verlag. Preis 5 M, geb. 7 M. Titel und Verlag ließen mich nicht viel Gutes hoffen, doch schon nach kurzem Blättern fand ich mich angenehm überrascht, denn von Wielandscher Frivolität keine Spur und statt des erwarteten Zerrbildes eine ernste psychologische Studie. Man ist geneigt, an eine Autobiographie zu denken. Läßt sich auch bisweilen ein etwas unfrommer Unterton vernehmen, so ist der auf Rechnung der Jugend des mit Dispens geweihten Priesters zu setzen, der in seinen Glossen über das Hohelied und den Ursprung des Bösen sich als unreif und von modernem Mehltau angekränkelt erweist. Man muß nur zugunsten des Autors zwischen objektiv und subjektiv unterscheiden, wie bei der von dem jungen Franziskanerpater postulierten janusköpfigen Wahrheit. Die von dem Kaplan gezeichneten geistlichen Charakterköpfe tragen durchweg lebenswahre Züge, wenn auch hie und da etwas Uebertreibung mit unterlaufen mag. Es stecken eben Menschen und keine Engel in Soutane und Kutte. Aber weder Gehässiges noch Erotisches verdirbt dem Leser den Genuß, den ihm der Autor durch seine feinen poetischen Exkursionen und den in allen schlimmen Lagen sich bewährenden Humor bereitet.

L. van Heemstede.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Die Sommerdirektion Schwannecke, die am 1. Juli durch eine Sommerdirektion Freytag abgelöst wird, bot uns den „Sommernachtstraum". Nun ist Herr Schwannecke längst in Berlin und Otto Falckenberg, der Direktor der Kammerspiele in der regelmäßigen Spielzeit, erschien als Spielleiter gewissermaßen als Gast im eigenen Hause. Eine etwas verwickelte Geschichte, aber ein Modus, den man sich wohl gefallen lassen kann, denn Falckenberg hat uns schon öfters Shakespearesche Lustspiele in einer so reizvollen Verlebendigung geboten, daß man Gutes erwarten durfte. Das ausverkaufte Haus ist nicht enttäuscht worden. Seit Reinhardt in den ersten Jahren des Münchener Künstlertheaters den Sommernachtstraum gab, haben wir hier eine so einprägsame Darstellung der Menschen-, Elfen- und Rüpelkomödie nicht gesehen. Reinhardt hatte stärkere Schauspielerindividualitäten. Falckenberg hat heimische Kräfte durch auswärtige aus Berlin, Wien und Frankfurt ergänzt. Ich bin nicht mit jeder Besetzung einverstanden, insbesondere will mir die Darstellung des Oberon durch die begabte Sybille Binder als ein nicht ganz überzeugender Versuch erscheinen. Ganz abgesehen vom Organ hat diese Künstlerin im Rhythmus der Bewegung so viel zarte Anmut und ausgesprochen Weibliches. Ich konnte sie mir als eine bessere Titania denken, als die uns vorgestellte, aber als Mann, als Elfenkönig, fehlt es an Kontrastwirkung zu Titania; indessen die einzelne Besetzung ist nicht das wichtigste bei Falckenberg. Die Hauptsache ist, wie fein er die Grundstimmung anzuschlagen und festzuhalten weiß, wie die Szenen am Hofe des Herzogs, das Waldweben der Elfenszenen und die spaßhaft beziehungsreichen, in der Komödie agierenden Handwerker ineinander fließen und von Märchenduft umspielt werden. Die Waldbilder mieden gleichermaßen einen pedantischen Naturalismus, wie einen naturfernen Expressionismus; recht glücklich ward der Anschein der Tiefe erweckt und so die kleine Bühne gleichsam erweitert. Die Beleuchtung war immer reizvoll, sehr schön auch der Sonnenaufgang. Die vier Akte wurden ohne Unterbrechung gespielt, rein künstlerisch ließe sich auch die pausenlose Anreihung des letzten empfehlen, aber das Recht des Publikums auf einen Augenblick des Ausschnaufens läßt sich auch begründen. Man hatte wieder die Musik Felix Mendelssohn-Bartholdys gewählt, die ja ein uns fast unlöslicher Bestandteil des Shakespeareschen Werkes geworden ist, und unter der Leitung des Herrn Dr. Reich vom Nationaltheater ihre ewig jungen romantischen Reize wieder offenbarte. Die Elfenszenen waren recht anmutig, freilich die Schwindschen Gestalten, mit denen einst Reinhardt den Wald bevölkert hatte, waren von stärkerer Poesie. In der Umwelt des Herzogs von Athen, in der Shakespeares von historischer Bindung ungehemmte Phantasie sich antikes und zeitgenössisches Wesen bunt mischen läßt, lassen die von Klossowski unterworfenen Bühnenbilder Barockmotive anklingen. Den Theseus repräsentierte nicht ohne Innerlichkeit Framer, eine anmutige Amazonenkönigin Hilde Wall war aus Frankfurt gekommen. Hermia und Helena und ihre Freier boten unverkünstelte Jugend. Martinis Zettel, Mombec (Squenz) und die übrigen Rüpel zeigten viel Komik, ohne Aufdringlichkeit; ein oder zwei Derbheiten könnten wegfallen. „Puck" hat man schon bedeutender gesehen; alles in allem eine sehr verdienstliche Aufführung.

Lustspielhaus. „Die keusche Susanne", eine Operette von Jean Gilbert, hat das Publikum in die beste Stimmung versetzt. Mir hat sie, das soll ungeschminkt gesagt sein, die gute Laune verdorben. Ort der Handlung dieser Operette ist Paris, auf dessen Reize begeisterte Loblieder gesungen werden und der jugendliche Held ist ein französischer Leutnant. Könnte man sich vorstellen, daß auf einer Pariser Bühne ein deutscher Offizier spazieren geht und sich vor Begeisterung über Berliner Nachtlokale nicht zu fassen weiß? Es wäre nicht möglich, solch ein Stück dort zu Ende zu spielen. Wir Deutsche sind aber „großzügiger" oder reden wir uns dies nur ein und ist diese Großzügigkeit am Ende Charakterschwäche? Weiter: der Komponist, der so erfüllt von den Schönheiten der Lichtstadt, ist außerdem ein Deutscher. 1914 hatte Jean Gilbert sich erinnert, daß er eigentlich Max Winterfeld heiße, jetzt hat er es wieder vergessen. Wir sind überhaupt ein wenig vergeßlich in Deutschland und man achtet uns nicht besonders ob dieser „Tugend". Den Text zur „keuschen Susanne" schrieb Herr Georg Okonkowski. Ich vermag seine Nationalität nicht festzustellen, jedoch mit Seinewasser dürfte er kaum getauft sein, aber er mimt den Vollblutpariser; seine Operettenfiguren besuchen im zweiten Akte das Ballokal „Moulin Rouge". Das tun in Paris alle Fremden, die den Pariser Lebemann mimen. Bei den Einheimischen war die „rote Mühle" schon vor dreißig Jahren eine belächelte Amüsierbude für fremde Spießbürger, die einmal den Durchgänger spielen wollen. Daß sich in dem Ballokal alle treffen, die dies nicht wünschen, der Vater und der Sohn, die galanten Ehefrauen und ihre Männer, sogar eine junge Tochter und der Papa, läßt sich erraten. Das ist zwar alles schon öfter und geistreicher „erfunden" worden und Okonkowski hat wirklich nichts Neues hinzugetan, aber wenn da im benachbarten Chambre séparées Pärchen dinieren, die sich gegenseitig nicht sehen dürfen, so wirkt die Situationskomik immer. Natürlich wird viel getanzt — auch Cancan. Die „keusche Susanne", die ihr Epitheton ornans dem Tugendpreis verdankt, den ein Trottel von der „Akademie" ihr verschafft hat, spielt Mizzi Parla sanglich und darstellerisch gewandt und flott, dem ‚Geiste' dieser Operette sehr ent-

gegenkommend. Die Musik des „Puppchenkomponisten" ist geschickt gemacht, flott, fesch und sie ist wenigstens ehrlich, indem sie kein Gemüt vortäuscht. Das Publikum störten weder die roten Hosen, noch das Talmi-Paris, weder die Manieren der „Lebewelt" noch die Flachheit des Geistes.

Russisches Ballett. Das von Ellen Fels geführte Ballett aus Moskau hat uns sehr schöne Eindrücke geboten. Standen einzelne Nummern auf dem Niveau des bewährt Tüchtigen, so waren mehrere sehr ursprünglich in der Idee, so ein Tanz mit wallenden großen Schleiern, bei dem uns wirklich der Gedanke an Erlkönigs Töchter aufsteigen konnte, die Fahnenpolonaise u. a. m. war schon in der Bildwirkung von außerordentlicher Schönheit. Der Rhythmus der Bewegung und die durch eine raffinierte Beleuchtung gesteigerte Harmonie der Farbennüancen bieten Reize, die über das Alltägliche weit hinausgehen; dabei geht das künstlerische Streben nach rein plastischer Wirkung, das Kokette oder gar an das Pikante Anklingende liegt dieser Tanzkunst fern. Das reintechnische Können der Truppe ist bedeutend. Bei der Führerin tritt in Name und Art nichts Russisches zutage, während in ihrem Ensemble das slavische Element sich scharf ausprägt. Auch deutsche Tondichter — vor allem Schumann und Schubert — standen auf der Vortragsfolge. Die von dem Gewohnten am meisten abweichendsten Nummern boten Musik von Chopin, Dalcroze und Debussy. Viel Reizvolles in der Farbenzusammenstellung zeigten die Kostüme. Die hier bei unseren einheimischen Tänzerinnen herrschende Neigung zum Grotesken und Exzentrischen fehlt ganz. Viel natürliches Talent und eine große Sicherheit des Geschmackes sind in angenehmer Weise verbunden. Die schöne Darbietung fand mit Recht ungewöhnlich herzlichen Beifall.

Musikalische Uraufführung. Bruno Walter machte uns im Odeon mit dem „69. Psalm" Heinrich Kaminskis bekannt. Der Tonsetzer, der uns erst kürzlich durch seine Musik zur „Passion" im Künstlertheater nähergetreten ist, ist — das steht fest — keine alltägliche Erscheinung. Es fehlt nicht an einzelnen Stimmen, die ihn mit Gustav Mahler vergleichen und meinen, die Häufung großer Mittel vermöge beim ersten Hören zu verblüffen, vielleicht auch hinzureißen, aber bei näherer Bekanntschaft vermöge sich der Eindruck nicht zu vertiefen, er lasse vielmehr nach. Was den im äußerlichen richtig erscheinenden Vergleich mit Mahler abzulehnen zwingt, ist das innige künstlerische Verhältnis zu Bach. Die Musik ist durchaus deutschen Geistes. Der in München ansässige Tonsetzer mit dem polnischen Namen stammt aus dem Schwarzwald; wenn auch, wie Unterrichtete sagen, frühere Familienspuren nach Schlesien weisen, so treten außerdeutsche Elemente in dem Werke nicht hervor. Die Not der Bedrängten, die Bitte um Erlösung und der monumentale Lobgesang auf die Gnade Gottes könnten aus der Tragödie unserer Tage hervorgewachsen sein, doch soll das Werk schon im Jahre 14 abgeschlossen vorgelegen haben. Mit den Mitteln modernster Tonmalerei sind die Nöte geschildert, in den ständig wechselnden Rhythmen kündet sich die Unrast. Der Doppelchor beginnt mit dem flehenden Anruf: „Gott hilf", der in eine Fuge übergeht. Die Tenorstimme — von Depser sehr schön gesungen — singt: „Ich habe mich müde geschrien", wozu ein um Erhörung flehender Chor tritt; eine Steigerung der gewaltigen Mittel ist hier nicht mehr möglich. In feierlichem Gegensatz erklingt die Botschaft: „Die Gott suchen, deren Herz wird leben". ein frohes Halleluja ertönt und aus dem Orchester wächst, bei aller Selbständigkeit an Bruckner gemahnend, ein Choral heraus. Von hinreißendem Zauber ist der gewaltig angelegte Schluß, vierstimmig beginnend, vom Doppelchor und dem Kinderchor weitergeführt. Kaminskis polyphone Schreibweise zeigt Stellen von glücklichster Eingebung, in vielem tritt auch eine starke Innerlichkeit des Gefühles zutage; es ist ein groß angelegtes Werk von zweifellos nicht alltäglicher Bedeutung. Der Eindruck war ein sehr starker. Bruno Walter hatte das Werk mit sichtlicher Liebe einstudiert. Den außerordentlich schweren Chören, die sehr hoch gehalten sind, hatten der Lehrergesangverein und die Zentralsingschule viel Mühe zugewendet. Die Bewältigung der Riesenaufgabe verdient Anerkennung; auch das Orchester leistete treffliches. Der bedeutsamen Uraufführung folgte noch die Brahmsche Rhapsodie mit Luise Willer als prächtig disponierte Solistin.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Banknoten-Mehrung und Warenpreisabbau — Internationale Kreditanleihe gleichbedeutend mit Deutschlands Finanzkontrolle? — Unsere Grossbanken — Deutschlands Einigkeit als Grundlage der Wirtschaftszukunft.

Nach dem jüngsten Wochenausweis der Deutschen Reichsbank zeigt die Beanspruchung an papierenen Zahlungsmitteln eine neuerliche Banknoten-Mehrung um über 631 Millionen Mark; nunmehr insgesamt über 64 1/3 Milliarden Mark. Vergleichsweise sei erwähnt, dass in den Parallelwochen der vorhergegangenen Jahre die Zunahme an Banknoten „nur" 168,3 beziehungsweise 44,3 vor zwei Jahren betrug. Es erübrigt sich, hier die Folgen dieser neuerlichen und ununterbrochenen Flut von Papiergeld nochmals erläutern zu sollen. Für das Inland, wie auch an die Adresse der Entente mit ihren unentwegten finanziellen Problemen gerichtet, bedeutet solche Wirtschaftsverelendung Deutschlands — und dieser Ausdruck ist sicherlich nicht zu scharf — ein nicht wegzuleugnendes Moment der ernsten Gefahr der möglichst baldigen Hilfe aus solchen Zuständen heraus. Durch die über Gebühr, jedoch nicht unerwartet lang andauernde Unklarheit der innerpolitischen Lage bei uns hat sich naturgemäss solche Reorganisation auf wirtschaftlichem, namentlich finanziellem Gebiet verzögert. Versäumt ist allerdings nichts dabei! Hilfe von innen heraus — das ist und bleibt ja doch der springende Punkt — kommt so schnell ja doch nicht. Hier hängt vieles, um nicht zu sagen alles, von der weiteren **Gestaltung des Preisabbaues** auf den Warenmärkten ab. Und da sehen wir vorerst das ungleichheitliche Problem: Preissenkung auf fast allen Rohstoff- und Halbfertigfabrikaten einerseits — Preisteuerung und zwar wiederum in scharfer Art bei den Lebensmitteln, und letzteres zeitweise auch trotz vermehrten Angebotes. Kein Wunder, wenn hinsichtlich Forderung von Lohnzuschlägen oder Teuerungszulagen — jetzt vielfach in Form von verbilligteren Lebensmitteln — wiederum sich Ansprüche mehren und solche begründet werden. Die Politik des Preisabbaues lässt sich mit Fug und Recht anscheinend nur dann auf die Dauer durchführen und aufrechterhalten, wenn er gleichzeitig und gleichwertig überall eintritt. Schon mehren sich anderseits Anzeichen von einem Anziehen der Preise, wenn auch nur geringfügiger Art, wie bei Häuten. Auch am Garnmarkt ist der Preisrückgang zum Stillstand gekommen, Herbst und Winter mit den vermehrten Warenbedürfnissen werden ohnehin kaum eine weitere Senkung der Warenpreise begünstigen. Naturgemäss hängt fast ausschliesslich viel hierbei von der Bewertung der deutschen Währung im Auslande ab. Zeitweise schien in den letzten Tagen hierin eine merkliche Minderung wahrzunehmen sein. Neben der durchaus ungeklärten finanziellen Lage der Gesamtentwicklung bei uns verweist man neuerdings vielfach auf die Schwierigkeiten der Steuerpolitik hin, auf die hierbei sicherlich zu erwartenden verschiedenen technischen und sonstigen Schwierigkeiten, ferner auf die Lage der Gemeinden und Städte, welche fast durchwegs finanziell schwer anzukämpfen haben. Man denke nur an die Millionen Plusforderungen des zumeist sehr erheblichen Stabes an Beamten, Angestellten und Arbeitern der grossen Kommunalverwaltungen, trotz der hierwegen aufgestellten Steuerdeckungen. Ungedekte Defizite von vielen Millionen Mark mehren sich trotz alledem.

Von besonderer Bedeutung für Deutschlands finanzielle Zukunftslage bleibt das nun schon lange akute Kapitel der Gewährung einer grossen **internationalen Kreditanleihe.** Wenn die holländischen Meldungen über die nunmehrige Beendigung der Entente-Beratungen über diesen seither fraglich erscheinenden Punkt auch nur einigermassen zutreffen, soll es sich um 5 bis 15 Milliarden Franken Gold handeln; auch grosse Rohstoffmengen sollen zur Verfügung gestellt werden. Der gesamte Kredit solle mit der von Deutschland zu zahlenden Schadenvergütung verrechnet werden. Diese, wenn auch noch sehr allgemein gehaltenen prinzipiellen Grundlagen wären an und für sich diskutabel, vorausgesetzt, dass die Entente nicht aus-

schliesslich die Bedingungen hierbei zugunsten oder nach Angaben des unversöhnlichen Frankreichs stellt. Jedoch vollständig und gleich anfänglich strikte abzulehnen ist der gleichzeitig zum Ausdruck gekommene Gedanke, zur besseren Sicherung einer solchen Anleihe, die deutsche Finanz- und Steuerverwaltung unter die Kontrolle einer Berliner Entente-Kommission zu stellen! Auch dass wir uns nach dem Muster Deutsch-Oesterreichs sonstwie kontrollieren oder bevormunden lassen, soll und darf gar nicht in Frage kommen.

Der neuen deutschen Reichsregierung werden sicherlich Wege und Mittel zur Verfügung stehen, um fest und unerschüttert solchen Anforderungen entgegentreten zu können!

Wenn unsere Effektenbörsen trotz dieser undurchsichtigen, auch unkontrollierbaren Meldungen von ihrer Gesamtstimmung eine fast fest zu nennende Haltung bekundeten, so geschah dies eigentlich mehr aus technischen Gründen. Die Aktienmärkte gelten nach den grossen Kursrückgängen für ziemlich gereinigt. Ausserdem stimulieren hier die glanzvoll imponierenden Abschlussziffern bei den Bilanzergebnissen der grossen Berliner Bankinstitute: Zumeist erhöhte Dividenden, bei grösseren sichtbaren und wahrlich mehr noch internen Rückstellungen und sonstigen Reserven. Unsere Grossbanken gelten als wohl gerüstet, auch für die ernsten Zeiten der nahen Zukunft und das mag kein geringer Faktor bei der deutschen Wirtschaftsbeurteilung bleiben. Schon hört man von grosszügigen Finanzplänen der deutschen Grossbankwelt am östlichen Montangebiet, in den besetzten Industriedistrikten. Ob natürlich hier und dort, ebenso wie bei den Vereinbarungen mit den deutschen Reedereien teilweise oder ausschlaggebend auch Auslandskapital, namentlich amerikanischer Herkunft eine Hauptrolle spielen wird, kann füglich bejaht werden. Immerhin werden solche Finanzpläne, ebensowenig wie die Finanzierung der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung sowohl für die Bankkreise Deutschlands, wie auch für die heimische Geschäftswelt fruchtbringend wirken müssen. Aehnlich, wenn nicht in der Auswirkung viel deutlicher liegt die Sachlage im benachbarten Deutsch-Oesterreich. Nur wollen wir nicht hoffen, dass eine solche Auslandsmitarbeit am heimischen Wiederaufbau, wie es dort der Fall ist, gleichkommt einer buchstäblichen finanziellen Unterjochung oder Versklavung. Es liegt an uns, durch Geschlossenheit auf allen, nicht zuletzt politischen Gebieten, durch Einigkeit, also Stärke, den Auslandsbegierden erfolgreich entgegenzutreten. Möge uns dies in den jetzt so schicksalsschweren Stunden mehr als nötig, restlos gelingen. Verpasste Gelegenheiten waren es schon zu viele!

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Dritte Frankfurter Messe.

Das Meßamt Frankfurt a. M. beginnt in diesen Tagen mit der Versendung der definitiven Anmeldungsformulare und zwar auf Grund der bei ihm eingelaufenen Voranmeldungen. Es liegt im Interesse der Aussteller, die Formulare möglichst postwendend ausgefüllt zurückzuschicken, da, wie bekannt, nach dem für die inländischen Aussteller festgesetzten Schlußtermin für Anmeldungen am 15. Juli die Berücksichtigung weiterer inländischer Beschicker unmöglich ist. In allen Fragen, die sich auf Beschickung und Besuch der Frankfurter Messen beziehen, erteilt das Meßamt Frankfurt a. M. bereitwilligst Auskunft.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Neu-Italien und die päpstliche Souveränität. Von Dr. Jos. Massarette. M 2.25. — **Aus der Mappe eines alten Jugendfreundes.** Von Dr. Anton David S. J. M 6.—. — **Schule und Elternrecht.** Von Domkapitular und Dompfarrer Martin Hartl. M 2.50. (Regensburg, Friedrich Pustet.)

Wiedergeburt in Christo. Ein Weckruf und Trosteswort an alle katholischen Christen. Von P. Dröder O. M. I. (384 S.) M 5.40 u. M 6.75. — **Eucharistisches Liebesopfer.** Von P. Dröder. Ein vollständiges Gebet- und Erbauungsbuch zur Verehrung des allerheiligsten Altarssakramentes. 4. Aufl. (555 S.) Geb. M 9.—. (Kevelaer, Butzon & Bercker, G. m. b. H.)

Mehr Priester für das Heil der Welt! Ein Aufruf zur Mehrung und Förderung der Priesterberufe für Heimat und Mission. Von Hermann Fischer S. V. D. (160 S.) Brosch. M 3 50, geb. M 4.20. (Steyl, Missionsdruckerei.)

Der Antichrist. Von Karl Wagenfeld. 3 Aufl. Geb. M 6.—. (Warendorf, J. Schnell.)

Der Dom zu Hildesheim. Von Geh. Baurat R. Herzig. 2. Aufl. — **Mechanische Wärmetheorie.** Von Dr. A. Deckert. (100 S.), geb. M 6.—. (Hildesheim, Aug. Lax.)

Im Atem der Sonne. Tessiner Novellen. Von Maja Matthey. — **Kalender-Geschichten.** Von Gottfried Keller. Geb. M 1.80. (Heilbronn, Eugen Salzer.)

Eine Erstkommunion im Urwald. Von Dr. theol. P. J. Louis. Geb. M 5.—. — **Die altpersische Missionskirche.** Von Prof. Dr. Konrad Lübeck. (182 S.) M 5.—. — **Die Entscheidungsstunde der katholischen Weltmission.** Von Alfons Väth S. J. M 1 20. — **Emilie Buch.** Ein Frauenbildnis aus dem 19. Jahrhundert. Von Friedrich Schwager. 8°. M 7.50. (Aachen, Xaverius-Verlag.)

Die heilige Eucharistie als Opfer. Von Dr. Johann Nicolussi S. S. 8. gr. 8°. (306 S.) M 7.—. (Bozen, Verlag Emmanuel.)

Das Buch Ekklesiastes oder der Prediger. Von Professor Dr. Karl A. Leimbach. (Bibl. Volksbücher, Ausgewählte Teile des A. T., 11. Heft.) (XXIV u. 72 S) M 1.50. (Fulda, Aktiendruckerei.)

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. Von Philipp Zorn. Geh. M 5.— (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.)

Wilhelm II. periodisch geisteskrank! Von Herm. Lutz. (Leipzig, O. Hillmann Verlag.)

Carl von Clausewitz, Politik und Krieg. Von Hans Rothfels. M 18.—, geb. M 21.—. (Berlin, Ferd. Dümmler.)

Untersuchungen über das Endliche und das Unendliche. Von Prof. Dr. C. Isenkrahe M 16.—. (Bonn, A. Marcus & E. Webers Verlag.)

Vier Jahre Leben und Leiden der Auslandsdeutschen in den Gefangenenlagern Englands. Von Karl von Scheidt und Fritz Meyer. M 5.—. — **Papst, Weltkrieg und Völkerfriede.** Von Friedrich Ritter von Lama. M 1.—. (Hagen, Hagener Verlagshandlung.)

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bayerischen Volkspartei. Von Dr. phil. Fr. X. Zahnbrecher. M 7 20. (München, Verlag der Politischen Zeitfragen.)

Einführung in die Landarbeiterfrage. Von Dr. H. K. Zeßner-Spitzenberg. 1. Band der Sammlung „Landarbeiterfrage und Landarbeitsrecht". 2. Aufl. 8°. (S. VI und 172.) Brosch. Kr. 12.—. (Wien, Volksbund-Verlag.)

Der Umsturz 1918 in Baden. Von W E. Oeftering. M 10.—. (Konstanz, Reuß & Itta.)

Aus dem Grüßauer Klosterlande. Von Konrad Urban. Geb. M 3.30. (Liegnitz, Saat-Verlag.)

Schlesischer Musenalmanach. Von Wilhelm Wirbitzky. M 12.—. (Myslowitz, Schlesischer Musenalmanach-Verlag.)

Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft. Von Prof. Dr. Adolf Wahrmund. 2. Aufl. M 6 50. (München, Deutscher Volks-Verlag.)

Kontorbock und Weltluft Von Konsul R. Cornelsen. (120 S.) 8°. Geb. M 6.—. (Leipzig, Verlag der Modernen kaufmännischen Bibliothek, G. m. b. H.)

Aus Oesterreichs Vormärz. Von Hans Schlitter. Band 1 Galizien und Krakau. Band 2 Böhmen. Band 3 Ungarn. Band 4 Niederösterreich. Je M 7.—. (Amalthea-Verlag, Zürich—Leipzig—Wien.)

Drum prüfe, wer sich ewig bindet! Von A. Hessenbach. M 2 40. (Illertissen, Martinus-Buchhandlg.)

Ein Familienbuch. Von Augustin Wibbelt. M 15. — **Vom Expressionismus.** Von K. Ziesche. (Leipzig, Vier Quellen-Verlag.)

Kerndeutsch. Gedichte. M 2.50. Verlag des Verfassers Aloys Müller, Lehrer der Sp. H. S. in Calw.

Die Kastellanin. Roman von Felix Hollaender. M 1.80. (Berlin, Ullstein & Co.)

Die Königsmörder. Von Waclew Gasiorowski (323 S.) brosch. M 12.—, geb. M 16.—. (Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H.)

Licht und Finsternis. Ein optisches Experimentierbuch für die Jugend. Von Prof. Dr Karl Horn. 1. Teil: Blendenbilder. M 5.—. (München, Heßstr. 58, Bruno Kuehn.)

Das Weltall — Das Mittelsystem. Schöpfungshypothese in schematischer Darstellung. 2 Blatt in orange Steindruck. Gr. 4°. Nebst einem Beiblatt: „Zwei Querschnitte" und „Ergänzungsblatt III". M 12.—. (Görlitz, Jakob-Böhmestr. 4, A. Paeschel.)

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Rut-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 45.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 27 München, [illegible]. Juli 1920. XVII. Jahrgang.

Regierungsbildung und Zentrum.

Von Alois Fürst zu Löwenstein, Kleinheubach.

Die Wahlen zum ersten Reichstag der deutschen Republik haben das Kräfteverhältnis der politischen Parteien nicht unwesentlich verschoben. Die Deutschnationale Partei hat einen Zuwachs von 22 Mandaten errungen (66 Sitze gegen vorher 44) die Deutsche Volkspartei ist fast aus der Versenkung von 19 auf 62 angewachsen, wohl überwiegend auf Kosten der Demokratischen Volkspartei, die von 75 auf 45 zurückging. Die Mehrheitssozialisten, die in der Nationalversammlung über 163 Sitze verfügten, haben nicht weniger als 51 eingebüßt, während ihre unabhängigen Nachbarn sich von 22 auf 81 Mandate hinaufarbeiten konnten. Das Zentrum verfügt über 68 Sitze, hat also nicht unerhebliche Verluste erlitten, da es in der Nationalversammlung durch 76 Abgeordnete vertreten war. Die Bayerische Volkspartei kann mit 20 Mandaten einen hübschen Zuwachs verzeichnen, ihrer Fraktion ist ein Mandat der Christlichen Volkspartei zuzurechnen. Fünf Welfen, zwei Kommunisten und 4 Bayerische Bauernbündler vervollständigen das bunte Bild. Zu bemerken ist, daß die Abstimmungsgebiete vorderhand durch ihre früheren Abgeordneten vertreten bleiben, was eine leichte Bevorzugung der bisherigen Koalitionsparteien bedeuten dürfte.

Dieser Ausfall der Wahlen ist verschieden bewertet worden. Die einen sprechen von einem Ruck nach links wegen der starken Stimmenzunahme der Unabhängigen, die anderen von einem Ruck nach rechts, weil Demokraten und wohl auch Zentrum Sitze an die Deutsche Volkspartei verloren haben. Die Nationalliberalen wurden früher zu den Parteien der Linken gerechnet, während sie jetzt zu den Rechtsparteien gezählt werden. Der Grübler kann Schlüsse daraus ziehen. Beide Ansichten sind rein zahlenmäßig richtig. Es hat einen Ruck nach rechts und nach links gleichzeitig gegeben. Die Gesamtzahl der alt- und neusozialistischen Abgeordneten ist aber ungefähr die gleiche geblieben, während Deutschnationale und Deutsche Volkspartei zusammen 65 Mandate erobert haben, und zwar überwiegend auf Kosten einer ausgesprochenen Linkspartei, der Demokraten.

So schien das Pendel des Volksurteils im großen und ganzen nach der rechten Seite ausgeschlagen zu haben und man konnte erwarten, daß dies bei der Bildung der neuen Regierung zum Ausdruck kommen werde. Ganz korrekterweise hat der Reichspräsident zunächst der immer noch stärksten Partei des Parlaments, den Mehrheitssozialisten die Regierungsbildung angetragen. Dieser Versuch war bald erledigt, da die Mehrheitssozialisten nicht ohne die Unabhängigen regieren wollten, und die Unabhängigen die Teilnahme an jeder Regierung höhnend ablehnten, die nicht gleichbedeutend war mit der Diktatur des Proletariats. Nun berief das Reichsoberhaupt den Führer der Nationalliberalen, Dr. Heinze, in richtiger Bewertung des Wahlausganges, der unter den bürgerlichen Parteien die Deutsche Volkspartei besonders gefördert hatte. Im Sinne der politischen Anschauungen dieser Partei und insbesondere ihrer Haltung im Wahlkampf wäre es nun gelegen gewesen, daß Dr. Heinze versucht hätte, ein rein bürgerliches Ministerium zustande zu bringen. Eine solche Regierung hätte über rund 270 von 466 Mandaten des Reichstages verfügt. Dieser Versuch ist nicht gemacht worden. Dr. Heinze verhandelte mit Zentrum und Demokraten und mit — den Mehrheitssozialisten. An die Deutschnationale Partei scheint er nicht einmal mit dem Versuch einer Annäherung herangetreten zu sein. Das ist außerordentlich interessant. Der Führer der Partei, welche das letzte Jahr hindurch und bis zum Wahlkampf die Koalitionspolitik des Zentrums heftig angegriffen hatte, die den Hauptstoß des Kampfes gegen die sozialdemokratische Partei gerichtet hat, und die noch nach dem 6. Juni an allen Litfaßsäulen Berlins Plakate anschlug, in denen sie verkündete, daß allein die Deutsche Volkspartei Deutschland von den Roten frei mache — der Führer derselben Partei forderte die Mehrheitssozialisten zu gemeinsamer Regierungsbildung auf, ohne die Bildung einer bürgerlichen Regierung auch nur zu versuchen.

Der Fall ist zu bedeutungsvoll, als daß man nicht versuchen sollte, seinem inneren Grund nachzuspüren. Der naheliegende Wunsch, zu den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Ausland eine Regierung zu schaffen, die eine möglichst breite Grundlage im Volksganzen besitze, kann wohl nicht allein ausschlaggebend gewesen sein. Denn dann hätte Dr. Heinze die Deutschnationale Partei nicht von vornherein beiseite schieben dürfen, die mit ihren 65 Mandaten doch auch eine sehr große Wählerzahl vertritt, die dem Programm der Deutschen Volkspartei erwünschte Stärkung bringen mußte und die über eine beträchtliche Zahl regierungsgeübter Männer verfügt. Vielleicht hat folgende Erwägung die Taktik der Nationalliberalen bestimmt: Eine rein bürgerliche, ohne Fühlung mit der Sozialdemokratie entstandene Mehrheitsregierung würde den außerparlamentarischen Widerstand der sozialistischen Arbeitermassen jeder Färbung hervorrufen. Streiks, Unruhen, blutige Kämpfe könnten die Folge sein. Nun muß es einmal — so mag der Gedankengang sich fortgesponnen haben — zum Machtaustrag zwischen Bürgertum und Sozialismus kommen. Und eine zielbewußte starke Regierung wird den Kampf zu gewinnen wissen. Aber, was mit der Waffe in der Hand nicht erzwungen werden kann, das ist der Arbeitswille des arbeitenden Volkes. Der kann nur entfacht und erhalten werden, wenn diejenigen, denen die Mehrzahl der Arbeiter nun einmal ihr Vertrauen geschenkt hat, ihre Anhänger von der Notwendigkeit der Arbeit im eigensten Interesse überzeugt haben. Ohne höchstgesteigerte Leistung auf allen Gebieten der Erzeugung aber ist der Untergang Deutschlands besiegelt. Solange wir also noch eine große Arbeiterpartei haben, die bei aller Verkehrtheit ihrer weltverbessernden Ideen doch noch ein geordnetes und in Arbeit vorwärtsstrebendes Deutschland will, solange konnte versucht werden, die Mitwirkung dieser Arbeiterpartei am Wiederaufbau des Reiches zu gewinnen. Aus diesem Grunde mag der Deutschen Volkspartei die Teilnahme der Mehrheitssozialisten an der Regierung wichtiger erschienen sein als die der Deutschnationalen. Und weil ein Zusammenarbeiten beider Parteien von vornherein als aussichtslos gelten konnte, deshalb hat sich Dr. Heinze nur an die Mehrheitssozialisten gewandt, nicht an die Konservativen.

Die Antwort der Mehrheitssozialisten war ein glattes Nein und schon nach wenigen Stunden legte der nationalliberale Führer sein Mandat in die Hände des Reichspräsidenten zurück. Nun wurde der Führer des Zentrums, Trimborn, berufen. Ihm muß man von vornherein Anerkennung dafür spenden, daß er die Aufgabe nicht so leicht aufgefaßt hat wie seine Vorgänger, sondern in vieltägigem und wohl auch vielnächtigem Bemühen bestrebt war, Deutschland aus der sehr ernsten Krise herauszuführen, in der es sich befand. Oder soll ich gerade hier das große Fragezeichen setzen? Mußte das Zentrum nicht aus dem Wahlergebnis die Lehre ziehen, daß es schon allzuviel Opfer auf dem Altar der Taktik gebracht habe,

daß es nun endlich Zeit sei, schöne, reine Zentrumspolitik zu treiben, die ein Zusammenwirken mit anders gesinnten Parteien von vornherein ausschloß? Die Redensart vom „Das Vaterland über die Parteien stellen" ist so oft abgeleiert worden, daß ich mich fast scheue, sie hier wieder anklingen zu lassen. Und doch kommt es darauf hinaus. Das Zentrum als Partei hatte eine glänzende Gelegenheit, den Parteien der Rechten, die es seit einem Jahr so bitter befehdet haben, zu sagen: nun seht ihr zu, wie ihrs besser macht. Oder sich nach links zu wenden und den zwei sozialistischen Parteien mit den Demokraten Macht und Verantwortung zu überlassen. Es wäre nicht ein Jahr vergangen, so hätte das gesamte Bürgertum, hätten wohl auch die Mehrheitssozialisten nach dem rettenden Zentrum geschrien. Aber konnte eine Partei so handeln, die deutsch fühlt? Die Rechtsparteien allein waren schlechterdings nicht in der Lage, die Regierung zu bilden. Unter den Linksparteien hätten unfehlbar die Unabhängigen die Führung ergriffen und es genügt, in einer bayerischen Zeitschrift an die Eisnerwirtschaft zu erinnern, um zu beweisen, daß das Zentrum eine Herrschaft der Linken nicht zulassen durfte. Blieb die Möglichkeit, daß die Rechte wie die Linke versagten und der Reichspräsident gezwungen war, ein Beamtenministerium zu bilden. Als Trimborns Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen wollten, waren wir einer solchen Lösung sehr nahe. Ein unpolitisches Beamtenministerium hat auch in monarchischen Staaten — ich weiß nicht, ob es in einer Republik je ein solches gegeben hat — stets nur kurze Lebensdauer gehabt. Im alten Oesterreich manchmal eine etwas längere, aber das waren dann die Glanzzeiten des fruchtlosen Fortwurstelns. Es kann Sinn haben, wenn kurz vor Neuwahlen ein Ministerium gestürzt ward oder wenn es galt, eine ganz bestimmte Einzelaufgabe zu lösen. Nun haben wir eine bestimmte Einzelaufgabe vor uns: Spa. Aber wenn die deutsche Regierung dort irgend etwas erreichen, wenn das deutsche Volk nicht noch tiefer ins Elend gedrückt werden soll, als es in Versailles geschah, dann muß sie einen so festen und so breiten Rückhalt im Volke haben, als er nur irgend zu erreichen ist. Und nichtswürdig die Partei, die aus Parteiinteresse der Regierung diesen Rückhalt verschmälert, um nicht die Verantwortung tragen zu müssen für das, was in Spa erreicht oder nicht erreicht wird.

Das Zentrum mußte daher mitmachen, wenn es vaterländisch handeln wollte. Und da die zunächst berufenen großen Parteien, Mehrheitssozialisten und Deutsche Volkspartei versagt hatten, blieb dem Zentrum nichts anderes übrig, als die Führung zu übernehmen und daher leider auch das Aushängeschild der neuen Regierung zu werden. Die stärkere oder geringere Beteiligung der Regierungsparteien mit Ministerposten ist dann eine Frage zweiten Ranges. Die einzelnen Phasen der Trimbornschen Verhandlungen sind aus der Presse bekannt. Alte Mehrheit, verstärkt durch Deutsche Volkspartei oder alte Mehrheit mit wohlwollender Neutralität der Deutschen Volkspartei scheiterten am Widerspruch der Mehrheitssozialisten. Auch deren Haltung gibt Anlaß zur Betrachtung. Man kann verstehen, daß die Mehrheitssozialisten auf die Deutsche Volkspartei besonders schlecht zu sprechen sind. Aber darf diese Abneigung so weit gehen, das Urteil des deutschen Volkes zu mißachten, das gerade hier klar gesprochen hatte, das die Deutsche Volkspartei zur Mitregierung förmlich erwählt hat? Die Mehrheitssozialisten haben sich doch viel auf ihre Achtung vor der Demokratie zugute getan. Noch viel weniger durften sie die Regierungsbildung mit ihren alten Verbündeten ausschlagen, auch wenn die bisherige Koalition nicht ganz, bei Beitritt der Bayer. Volkspartei nur knapp, die Mehrheit im Reichstag hatte. Denn keine andere mögliche Kombination verfügte über so starke Kräfte. Entweder sie beugten sich vor der Volksentscheidung, dann mußten sie den Ruck nach rechts mitmachen und die Nationalliberalen zulassen oder sie beugten sich nicht, dann mußten sie an der alten Koalition festhalten. Wenn sie keins von beiden taten, so kann das nicht anders erklärt werden, als daß die bisher führende sozialistische Partei die Verantwortung für das nicht tragen will, was sie selbst in erster Linie herbeigeführt, daß sie vor allem die Verantwortung für Spa nicht tragen will und sich vor dem Konkurrenzkampf ihrer radikaleren Brüder, der Unabhängigen, fürchtet. Entwickeln sich die Dinge günstig, so dürften die Mehrheitssozialisten bereit sein, in einigen Monaten ganz sacht wieder in die Regierung hinein zu rutschen; hat die neugebildete Regierung Mißerfolge, so wollen sie als führende Oppositionspartei Neuwahlen erzwingen. So stellt sich dem Beschauer die Lage dar. Ich nenne das, die Partei unzweideutig über das Vaterland stellen.

Aus dem weiteren Verlauf der von Geheimrat Trimborn geführten Verhandlungen ist die Episode bemerkenswert, in der einem Mitglied der Bayer. Volkspartei, unserem Vertreter in Paris, Dr. Meyer-Kaufbeuren der Reichskanzlerposten angeboten wurde. Ich verstehe, aber bedauere, daß er ihn abgelehnt hat. Dieser Mann von weiten wirtschaftlichen Kenntnissen hätte dem Reich in Spa und im inneren Aufbau große Dienste leisten können. Er wäre auch der Träger aufrichtig engen Zusammenwirkens zwischen Zentrum und Bayer. Volkspartei geworden.

Eben, da diese Zeilen geschrieben werden, bringen die Zeitungen die Nachricht, daß Deutsche Volkspartei, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei sich unter Leitung Fehrenbachs zur Bildung einer gemeinsamen Reichsregierung zusammengefunden haben. Es darf wohl angenommen werden, daß die Bayerische Volkspartei und einige kleinere Gruppen sich dieser Kombination anschließen werden, die dann auf ungefähr 205 Mandate im Reichstag verfügen wird. Eine Minderheit also. Die ideale Lösung ist das gewiß nicht. Aber man darf hoffen, daß diese Minderheit regierungsfähig sein und für eine genügende Zeitspanne bleiben wird, wenn die beiden übrigen großen Parteien, die den Fortbestand Deutschlands wollen, der Regierung das Leben ermöglichen. Es heißt, daß die Mehrheitssozialisten jedenfalls über Spa hinaus der Regierung keine Schwierigkeiten machen werden. Von der Deutschnationalen Partei aber darf man die vaterländische Gesinnung erwarten, daß sie alle Parteidifferenzen zurückstelle, um der neuen Regierung den Einsatz aller Kraft zum Wiederaufbau Deutschlands nicht unmöglich zu machen.

Dem Zentrum bleibt das Verdienst, das deutsche Staatsleben aus einer schweren Krise herausgeführt zu haben, es hat jetzt die verantwortungsvolle Aufgabe, mit anderen Parteien zusammen aber in führender Stellung Deutschland über die schwerste Zeit seiner Geschichte hinüberzuleiten, Lorbeeren darf es dafür nicht erwarten.

Deutschland und Spa.

Von Karl Graf von Hertling, Augsburg.

Binnen kurzem sollen die Verhandlungen des Feindbundes mit Deutschland beginnen, die für dessen Zukunft, für die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des deutschen Volkes, weiter zu leben, entscheidend sein werden.

Nach dem Ausfall der Wahlen und der dadurch notwendig gewordenen Umbildung der Reichsregierung haben es die beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt, sich an einer neuen Koalitionsregierung zu beteiligen. Schon allein durch diese Tatsache ist das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland ad absurdum geführt worden. Das fremde Reis westlicher Demokratie, das im Jahre 1918 mit brutaler Gewalt dem deutschen Lebensbaume aufgepfropft wurde, droht nach zwei Jahren tollster politischer Gärtnerkunst abzusterben, weil diejenigen, die in diesem Fremdkörper das Heil und die Rettung Deutschlands erblickten, — oder aus Gründen eines einseitigen Klassenhasses zu erblicken vorgaben — sich weigern, der eigenen Schöpfung ihre Wart und Pflege fernerhin angedeihen zu lassen.

So hat die neue Regierung, die nach qualvollen Bemühungen und sicher unter dem mitleidigen Lächeln der Entente geboren wurde, die undankbare Pflicht, ihre Vertreter nach Spa zu entsenden, während die Parteien der Linken, den Tagesblättern zufolge, der „Regierung der Mitte" eine wohlwollende Neutralität — auf wie lange —?? — zusichern. Im folgenden ist ein Unterschied zwischen M.S.P. und U.S.P. nicht gemacht. Beide Parteien unterscheiden sich ja nicht durch Grundsätze, sondern einzig durch das Tempo, in dem sie der Verwirklichung ihres Zukunftsstaates entgegeneilen. — Der Gedanke liegt nahe, anzunehmen, die deutsche Sozialdemokratie habe eingesehen, daß der Traum einer internationalen Verbrüderung nur auf deutschsozialistischer Seite geträumt wird und daß weder der französische noch der englische oder italienische Arbeiter von seinem deutschen Kollegen jetzt und in Zukunft etwas wissen will. Der sozialdemokratische Außenminister Köster hat ja in einem lichten Augenblicke derartige Gedanken auszusprechen gewagt.

Ich halte indessen diese Hoffnung nicht für gegeben. Es liegt nun leider einmal im Charakter des deutschen Volkes, daß es die Parteidoktrin mit größter Hartnäckigkeit über alles stellt und selbst dem feindlichen übermächtigen Auslande gegenüber noch auf Erfolge in der Verfechtung seiner Doktrinen hofft. Weit eher scheint mir dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung die stille Erwartung zugrunde zu liegen, daß die Verhandlungen in Spa nicht zu einer Gesundung Deutschlands und ihre voraussichtlichen Ergebnisse daher letzten Endes dazu führen werden, die revolutionären Arbeitermassen erneut für eine *gewaltsame Aufrichtung der „Diktatur des Proletariats"* zu gewinnen.

Doch sei dem, wie ihm wolle. Der neue Reichskanzler wird dafür zu sorgen wissen, daß an den Verhandlungen in Spa nur solche Männer teilnehmen, die nach allgemeiner Bildung, Wissen und Erfahrung geeignet erscheinen, *wahre Verfechter der deutschen Sache* zu sein; ihre parteipolitische Zugehörigkeit wird jedenfalls keinerlei Rolle zu spielen haben.

Es hieße Binsenwahrheiten erzählen, wollte man die großen Schwierigkeiten besonders betonen, denen unsere Vertreter in Spa begegnen werden. Eines aber muß ausgesprochen werden: Helfen kann uns in Spa einmal nur größte Offenheit der Sprache, rücksichtsloses Bekennen der eigenen, vor allem der trostlosen finanziellen Lage und zum andernmale *hartnäckigstes Bestehen auf einer gründlichen Revision des Friedens von Versailles*. In den zwei Stunden, in denen einmal ein deutscher Reichstagsabgeordneter im Gespräch mit Lloyd George den „Verständigungsfrieden" herbeiführen wollte, wird das allerdings nicht zu machen sein. Aber der Erfolg, den Holland in der Auslieferungsfrage des deutschen Kaisers der Entente gegenüber davongetragen hat, das Nachgeben des Feindbundes gegenüber unserer eigenen Weigerung, deutsche Heerführer, deutsche Offiziere und Soldaten als sogenannte „Kriegsverbrecher" vor ein fremdes Gericht zu stellen, beides hat uns bewiesen, daß da, wo ein Wille ist, auch ein Weg gefunden wird.

Wenn nicht alles täuscht, werden die deutschen Vertreter in Spa *nicht* einer Einheitsfront der Feinde gegenüberstehen. England und Italien haben kein Interesse an einer dauernden Verarmung und Verelendung von Deutschland, wie sie vielleicht Frankreich in immerwährender Angst vor deutscher Rache am liebsten sehen möchte. Hier kann also den Diplomaten der deutschen Republik Gelegenheit werden, zu zeigen, daß sie gegebene Verhältnisse besser zu nützen verstehen, als es ihren Vorgängern im kaiserlichen Deutschland vergönnt gewesen ist. Uebertriebener Optimismus ist freilich auch da nicht am Platze. Aber die Aeußerungen des „Messagero" vom 3. und 4. Juni, nach denen Italien selbst erwartet, daß Deutschland bei der Behandlung der Schadenersatzfrage seine Kolonien, Schiffe usw. in Gegenrechnung stellen wird, geben doch zu denken.

Zu der Gegenrechnung gehört m. E. auch die *Ueberreichung einer Gegenliste*, auf der urkundlich erhärtet alle diejenigen Militär- und Zivilpersonen des Feindbundes verzeichnet sind, die sich während des Krieges und als Angehörige der feindlichen Besatzungsarmee gegen die allgemeinen Gesetze der Menschlichkeit vergangen haben. Die gleichzeitige Ueberreichung dieser Liste bei sämtlichen neutralen Staaten wird diesen Schritt zu unterstützen haben, der zu der in aller Bestimmtheit gestellten Anfrage an die Entente zu führen hat, in welcher Weise sie gegen die genannten Personen einzuschreiten und verursachte Schäden wieder gutzumachen gedenkt. Sind auch die Hoffnungen auf den tatsächlichen Erfolg dieses Vorgehens nicht übermäßig groß, so entspricht es doch dem berechtigten Verlangen eines Volkes, das die *Selbstachtung* noch nicht ganz verloren hat, und das während der langen Jahre des Krieges unter den fortgesetzten verleumderischen Schmähungen und Beleidigungen seiner Feinde zu leiden hatte.

Ein Wort noch zu dem nach den Meldungen der Tagesblätter ausgesprochenen Wunsch der Entente, bei den Verhandlungen in Spa *einen besonderen Vertreter Bayerns* vorzufinden. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, um so weniger, als süddeutscher Art im Gegensatze zu der manchmal überheblichen Weise unserer norddeutschen Brüder vielleicht ein und der andere Erfolg beim Feindbunde beschert sein könnte. Dem Vertreter Bayerns wird es ja ein leichtes sein, bei dieser Gelegenheit die Hoffnung Frankreichs auf ein Auseinanderfallen Deutschlands zu zerstören, und damit, auch abgesehen von Beweggründen nationaler Art, dem alten Grundsatze der Strategie zu folgen: Nie das zu tun, was der Feind sich wünscht.

Amerikanische Ausblicke.

Von Dr. Gallus Thomann, Neuyork, z. Zt. München.

Die Häufung der Deutschen Probleme in der Folge des 6. Juni hat die Aufmerksamkeit von den gleichzeitigen politischen *Vorgängen in der nordamerikanischen Union* abgelenkt. Sie sind jedoch außerordentlich bedeutsam. Die Entscheidung, welcher Mann und welche Partei vom 4. März 1921 auf 4 Jahre die ausführende Gewalt dieser zurzeit mächtigsten und wirtschaftlich stärksten Volksgemeinschaft in Händen haben wird, birgt zugleich die Entscheidung über die Richtlinien weltpolitischer und speziell deutscher Zukunft in sich. Die Stellung zum Friedensvertrag und Völkerbund bildet die große außenpolitische Streitfrage der Wahlkampagne, die in diesem Monat in ihrer zeitlichen Mitte und auf ihrem sachlichen Höhepunkt sich befindet.

Aus der republikanischen Partei wird der neue Präsident nach aller Wahrscheinlichkeit politischer Tradition hervorgehen. Denn eine mit dem achtjährigen demokratischen Regime mannigfach unzufriedene Wählerschaft hat bereits in den Wahlen des November 1918 eine republikanische Mehrheit im Hause der Repräsentanten dem demokratischen Präsidenten an die Seite gesetzt.

Die Konvention der Delegierten der republikanischen Partei des ganzen Landes hat vom 8. bis 13. Juni in Chicago getagt. Ihre Wahl ist auf Harding, Senator von Ohio, gefallen. Ein reines Parteikompromiß, da, wie häufig, sich die notwendige absolute Majorität sämtlicher Drahtzieher — an die Tausend — auf einem bevorzugten Kandidaten nicht vereinigen ließ. Weil Bevorzugung aus Gründen des Parteiinteresses und tatsächliche Eignung im Gemeininteresse aber zweierlei sind, so haben die Kompromißkandidaten häufig vorteilhaft enttäuscht.

Legen wir den normalen Verlauf üblichen politischen Herkommens zugrunde, so ist *Harding* als *der neue Präsident* anzusprechen, denn der verfassungsmäßigen Wahl im November kommt hiernach nur mehr die formelle Bestätigung der Bestimmung durch die unverantwortliche Versammlung der Politiker zu.

In der Tat ist Harding so gut oder schlecht wie ein anderer Mann, ob Vorzugs- oder Kompromiß-Kandidat, der von einer so beschaffenen Versammlung hätte gewählt werden können. In der inneren Politik dasselbe leere Schweigen oder Ausweichen zu den nicht fortzuleugnenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen, dieselben Phrasen zu den gewohnten kleinen Streitfragen der Zoll-, Handels- und Verkehrs-Politik, die wir aus dem letzten halben Jahr und früheren Jahren kennen. Ob sich die Nation endgültig so wird abspeisen lassen, oder ob trotz des normalen ungestörten Verlaufs der Konvention das *elementare Streben weiter Schichten zur dritten Partei* zur politischen Geltung kommen wird, muß bei der großen kapitalgestützten Macht der engmaschigen Parteimaschine für diesen Wahlfeldzug sehr zweifelhaft sein. Von der demokratischen Konvention, die am 28. Juni in San Franzisko zusammentritt, ist aber für die Bildung einer neuen Partei aus der alten demokratischen nichts zu hoffen. Es muß also, wenn überhaupt eine „dritte" Partei, eine Partei sein, die den ehrlichen Willen zur Geltung brächte, die Probleme, deren Heranreifen ein jeder fühlt, mit voller Kraft der Lösung näher zu bringen.

Wenn die Scheidung hinsichtlich des Friedensvertrages und des Völkerbundes sich auch nicht ganz streng an Parteilinien hält, so steht doch das demokratische Programm für Annahme beider, das republikanische dagegen. In welcher Form auch immer die letztere Partei den Friedenszustand mit Deutschland herbeiführen mag, sie muß auf alle Fälle günstiger sein als die Fortdauer der engen Beziehungen zur Entente, zunächst unter Ausschluß Deutschlands, wie sie die Völkerbundsallianz voraussetzt. Sonderfrieden, Friedensresolution oder Annahme des Vertragsinstruments mit Vorbehalten sind die Möglichkeiten.

Von diesen wäre die letzte die ungünstigste, wie sie glücklicherweise die unwahrscheinliche ist. Zwar spricht auf keiner Seite freundliche oder auch nur gerechte Gesinnung gegenüber Deutschland bei den Gegnern des Vertrages mit — und das ist der zweite Punkt, den jede deutsche Betrachtung unverrückbar festhalten muß —, aber die Einsicht in die wirtschaftliche Undurchführbarkeit des Versailler Instrumentes wächst und wirkt automatisch zu Deutschlands Gunsten. In demselben Sinne wirkt die zu neuer Kraft erwachte Monroe Doktrin, die den einzigen Wunsch hat, die Vereinigten Staaten aus europäischen

Händeln heraus und von europäischen Verpflichtungen frei zu halten. Die einzige Ausnahme unter den Vertragsgegnern bilden die Amerikaner deutscher Abstammung. Für sie allein kommen Gründe freundlicher Gesinnung, die ihr Hilfswerk zurzeit so glänzend beweist, und Streben nach Gerechtigkeit in Betracht. Kurz vor und im Kriege der Union mußten sie manche überspannte Erwartung auf die Geltendmachung ihres Einflusses für die deutsche Sache enttäuschen. Sie konnten, rein technisch gesprochen, behaftet mit dem alten Erbübel mangelnder einheitlicher Organisation, und auch im staatsrechtlich korrekten Sinne nicht viel anders handeln, als sie es getan. Die Verfolgung und Beargwöhnung von Seiten einer ungeheuren, feindselig gesinnten Mehrheit ihrer Mitbürger war jedoch eine letzten Endes vorteilhafte Lehre, und ihre gegenwärtige politische Betätigung muß auch vom rein deutschen Standpunkt aus mit Befriedigung angesehen werden.

Es wird dabei nicht in erster Linie an eine „deutsche" Partei im nationalen Sinne gedacht, die die Stimme des Blutes den tatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen voranstellt. Je mehr dem amerikanischen Volke die Augen aufgehen, wie unheilvoll die „englische" Partei in den letzten 5 Jahren für das Land und seine wahren Interessen gewesen ist, um so stärker wird auf allen Seiten die Einsicht in das innerpolitisch Selbstverständliche: Erst Amerika, nur Amerika. — Auch im Hinblick auf die auswärtige Politik der amerikanischen Union und ihr Verhältnis zu Deutschland ist der Einfluß von Amerikanern deutscher Abkunft in jeder anderen Form zweckmäßiger als durch eine mit Recht stets beargwöhnte deutsche Partei.

Dieser Einfluß ist bereits im Entstehen und wird früher oder später in Verbindung mit und parallel der Entwicklung der oben erwähnten dritten Partei zur vollen Wirkung gelangen. Daß sie unaufhaltsam wächst, wird niemand bestreiten können; noch weniger, daß sie einem nationalen Bedürfnis entspricht. Kommt sie auch in diesem Wahlgang noch nicht zur vollen Kraft, ihre natürliche Entwicklung wird nichts aufhalten können. In ihr spielen deutsche Namen schon für den oberflächlichsten Betrachter eine Rolle, die über Einfluß und Bedeutung keinen Zweifel lassen.

Schon einmal hat der unerträgliche Druck und die Unfähigkeit der korrupten Parteiorganisationen, aus der selbstgeschaffenen Scheinwelt herauszutreten und die wirklichen Lebensfragen der Nation in starke Hand zu nehmen, zur spontanen Bildung einer neuen Partei geführt. Vor 60 Jahren in demselben Chicago, wo heuer die Republikaner alter Tradition gemäß ihre unbefriedigende Tagung hielten, wuchs damals zwischen Whigs und Demokraten die neue republikanische Partei unter Lincolns Führung empor und eroberte sich das Land. Amerikaner deutscher Abkunft waren die treibenden Kräfte erster Ordnung. Deutscher Idealismus gegen die Institution der Sklaverei, deutscher Ordnungs- und Staatsgedanke gegen eine verlotterte Parteiregierung haben damals gesiegt und ihrem Adoptivvaterlande, man kann sagen, zu neuem Leben verholfen. Auch Deutsche in Deutschland sollten diese Dinge nicht vergessen. Daß Deutsche wiederum heute ihre volle Kraft einer wahren Vaterlandspartei widmen, ist nach der Kriegserfahrung doppelt bezeichnend für ihre unbeugsame Staatstreue.

Seiner Zeit ist die neue Partei unter Lincoln in Anlehnung an die Organisation der alten entstanden. Wenn der überragende Führer fehlt, hat diese Methode lediglich die Spaltung der einen Partei und folglich den Sieg der anderen zur Folge. So ist auch der Rooseveltsche Versuch 1912 zu ähnlicher Neubildung nur ein Grund zum Sieg für die Maschine der anderen Partei geworden. H. C. Hoover und H. Johnson, die beide heuer für eine solche Sezession in Betracht gekommen wären, haben ihre Grenzen hier offenbar erkannt und sich zudem von dem Rooseveltschen Beispiel abschrecken lassen. Aber wenn auch der große Führer fehlt und die kleinen Männer in vielleicht weiser Selbstbeschränkung in die Parteihürde und ihre Disziplin zurückkehren, die neue Partei, die seit Jahren in der Luft liegt und jetzt nach dem Kriege zur nationalen Notwendigkeit geworden, wird dadurch aufgehalten, aber nicht hintangehalten.

Bei dem heutigen raschen Wandel in politischen Verhältnissen überall, kann zwischen heute und November eine unabhängig sich erhebende Partei noch Ueberraschungen bringen und die Novemberwahl zu mehr als einer Farce und Form machen. Von der radikalen Richtung aber in der demokratischen Partei unter des alten Bryan Führung ist am 28. Juni voraussichtlich nichts in dieser Richtung zu erwarten.

Deutschlands Verfassung und seine auswärtige Politik.

Von Graf Casimir von Leyden, Gesandter a. D., München.

Als George Washington dem Kongreß die heute noch bestehende Verfassung der Vereinigten Staaten vorlegte, tat er es mit den Worten: „Wenn wir, um dem Volke zu gefallen, ihm dasjenige bieten, was wir selbst mißbilligen, wie könnten wir in der Folge für dieses unser Werk einstehen? Laßt uns daher einen Zustand schaffen, zu dem die Weisen und Ehrlichen unter uns sich bekennen können. Das Uebrige liegt in Gottes Hand."

Diese, nach beendigtem Freiheitskampfe, mit vollendeter Umsicht ausgearbeitete Verfassung hatte Hamilton, einen der Größten seines Landes und Vertreter des Föderalismus, zum geistigen Urheber; sie legte die ausübende Gewalt in die Hände des Präsidenten — bis zu welchem Grade, das haben wir jüngst am eigenen Fleische gekostet. Ebenso liegt die Führung der auswärtigen Angelegenheiten in der Hand des Staatsoberhauptes, dem ein mächtiger Senat zur Seite steht, während das Repräsentantenhaus die zweite Violine spielt.

Die Geschichte der deutschen Revolution des Jahres 1918 ist noch nicht geschrieben. Nur das eine liegt klar vor Augen, daß sie das Werk eines im Dunkeln vorbereiteten, durch erschütternde Ereignisse plötzlich ausgebrochenen Kollapses war. Wenn einmal die Rechnungen abgeschlossen sind, wird erkannt werden, daß die deutsche Revolution wohl das teuerste Experiment war, das sich ein modernes Volk geleistet. Teuer nicht nur nach den Milliarden gerechnet, die Volksgemeinschaft und Staatssäckel belasten, teuer nicht nur nach den moralischen Werten, die einem Volke verloren gingen, das in der Achtung der Welt eine hohe Stelle einnahm, am teuersten vielleicht durch die Desorganisation aller Dienste, das Erlahmen und schließlich Erlöschen jeder Disziplin auf allen Gebieten, von deren regelmäßiger Funktion das Wohl der Gesamtheit abhängt, was immer die Staatsform sein möge.

Mit allen demokratischen Ländern verglichen, seien es die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien, sogar Rumänien oder Griechenland, das die Diktatur eines Venizelos erträgt, hat sich Deutschland die weitgehendste Verfassung in einem Augenblicke gegeben, in welchem alle Grenzen offen lagen, sein Heer zersplittert war, die Habgier und Rachsucht der Feinde, bis zu den kleinsten herab, willkommene Beute in ihm erblickte und fand. Aber nicht nach außen war der Blick in diesen tragischen Stunden gerichtet, sondern man wollte vorbildlich arbeiten, der Welt ein Beispiel geben, bis zu welchem Grade Deutschland im Büßergewande den Kelch der Niederlage zu leeren versteht. Etwa 30 Frauen thronen im deutschen Reichstagsgebäude, während in dem bedächtigen England die einzige Lady Astor, mit herablassender Höflichkeit behandelt, ihr Geschlecht vertritt. Dies möge keine unritterliche Bemerkung sein, — aber wie verhält sich, diese beiden Länder miteinander verglichen, die politische Erfahrung der weiblichen Welt? Und wo in den lateinischen Ländern denken die Frauen ernstlich daran, der politischen Arena ihre Weiblichkeit zu opfern? Die Schicksale der Länder werden von Gesetzen beherrscht, welche die Menschen ebensowenig ändern können als die geographischen und geschichtlichen Tatsachen aus dem Wege geschafft werden können. So sind alle Versuche, aus Deutschland einen Einheitsstaat zu bilden, im Jahre 1920 ebenso verurteilt, als sie im Jahre 1848 zur Blamage der deutschen Demokratie geführt haben; jedoch sind sie heute doppelt gefährlich.

Da die Phrase von der „Abschaffung der Geheimdiplomatie" einen besonders anziehenden Klang hatte, wurde sofort jenes Atmungs-Organ unterbunden, das dem Herkommen gemäß die von außen wehenden Lüfte zu verarbeiten hatte, dem als nächste Aufgabe oblag, die abgerissenen Fäden mit Feinden und Neutralen wieder herzustellen, das Auswärtige Amt und der diplomatische Dienst.

Schon während des Krieges war darin vorgearbeitet worden. Unberufene Elemente aller Art hatten in diese subtile Maschine, die schon genug an anderen Schwierigkeiten krankte, hineingearbeitet. So erklärt es sich, welche Rolle z. B. Scheidemann und Erzberger in der Behandlung der auswärtigen Politik spielen konnten, namentlich letzterer bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Unsere Unterhändler standen dem Besten gegenüber, das die Gegner uns bieten konnten. Die Führer der Gegenpartei



sicherten sich, vom Erfolge getragen, die Unterstützung ihres erprobtesten politischen Personals, das auch in der völligen Ueberrumpelung der deutschen Vertreter seine Aufgabe erfüllte. Wenn dann in Versailles erschreckende Arbeit verrichtet wurde, wenn Länderteile sinnlos gespalten und zerrissen wurden, die über kurz oder lang nach ihrem historischen Ausgang zurückfluten müssen, so war Deutschland gegenüber nichts außeracht gelassen worden, was den Endsieg bedeuten konnte. Das Erlebte hätte deutsche Staatsleiter dahin belehren müssen, daß Tradition, historisches und fachmännisches Wissen, Vertrautheit im weltmännischen Verkehr und sogar Sprachenkenntnisse, Leiter und Vertreter der auswärtigen Beziehungen nicht geradezu verunzieren.

Vor 50 Jahren hatte Frankreich einer empfindlichen Niederlage ins Auge zu blicken und veränderte seine Staatsform. In richtiger Würdigung der Lage sammelte man alle vorhandenen Kräfte zu einem Wiederaufbau, dem die größte Anerkennung nicht versagt werden konnte. Der greise Thiers prägte das entscheidende Wort „La République sera conservatrice ou elle ne sera pas". „Die Republik wird konservativ sein oder sie wird nicht sein." Man zögerte nicht, bald darauf denselben Marschall, der im Empfinden vieler Franzosen die Niederlage repräsentierte, zum Präsidenten zu ernennen. Niemand rührte an das Ministerium des Aeußern, dem die Aufgabe zufiel, dem Lande wieder Freunde zu werben und seine politischen Traditionen zu pflegen. Man scheute sich z. B. nicht, in psychologischer Bewertung der Petersburger Verhältnisse einen Lebemann und Generaladjutanten Napoleons III., General Leflô, als Botschafter daselbst zu bestellen, nach Berlin aus ähnlichen Gründen einen alten Royalisten zu schicken, der am Kaiserhofe mit rührender Aufmerksamkeit empfangen wurde, wie Vicomte de Gontoud-Biron selbst in seinen Aufzeichnungen schildert.

Diese wenig bedeutenden Vorgänge charakterisieren aber eine Politik, welche in der Stunde größter Not das Interesse des Landes über jenes der Parteien stellte und sich der Tatsache nicht verschloß, daß das Heraustreten aus einer mit einem verlorenen Kriege verbundenen Isolierung das nächste Gebot der Stunde ist.

In zehnmal verstärktem Maße befand sich Deutschland gegenüber einer analogen Aufgabe, als die Waffen vornehmlich deshalb gegen uns entschieden hatten, weil die innere Front nicht nur erlahmt war, sondern alle Kräfte des Umsturzes grausamen Gegnern in die Hände arbeiteten. Diejenigen, welche die Revolution emporgetragen hatte, hatten vor ihrem Volke die überwältigende Aufgabe, nächst dem unvermeidlichen Zugeständnisse eingetretener Verfehlungen, die Flagge hochzuhalten, und wenn sie auch noch so zerrissen im Sturme wehte, die Lage bei Ausbruch des Krieges zu entwickeln, die wirkliche deutsche „Kriegsschuld" zur Diskussion zu stellen. Kein uns angelegter Maulkorb dürfte uns daran verhindern; denn es gab auch andere Sprachzentren als die Sitzungssäle von Versailles, wenn man sie nur aufzufinden wußte und sich nicht selbst zur Wesenlosigkeit verurteilte. Das Material lag im Auswärtigen Amte, dessen beste Kräfte aus der Zeit vor der Revolution an die Arbeit gesetzt werden konnten, wie ja auch fast alle seitherigen Veröffentlichungen aus dessen Archiven ein ganz anderes Bild der Vorgänge entwerfen, als es jenes ist, auf Grund dessen Deutschlands Verurteilung vor der ganzen Welt mühelos erfolgte.

Da aber ein solches Vorgehen in vieler Hinsicht eine Entlastung des Kaiserlichen Regimes in sich geschlossen hätte, so wollten es die neuen Machthaber zum Teil aus Parteirücksichten nicht ergreifen, zum andern Teil gewährte die überhastete Bestellung des neuen Hauses, unter der noch heute alle Klassen der Bevölkerung in zunehmendem Maße leiden, hiezu keine Zeit. Die Stimme des Auswärtigen Amtes wurde überhaupt nicht mehr vernehmbar; es wurde der Tummelplatz von Abgeordneten, Journalisten und stellensuchenden Dilettanten, die jeder überlegten Arbeit im Wege standen, welche die aufs höchste gespannte äußere politische Lage erforderte. Seine Führung wurde Händen anvertraut, welche dazu ebenso geeignet erschienen, als wollte man einem Trambahnschaffner plötzlich einen Viererzug zu lenken geben.

Wenn in England ein Parlamentarier die Leitung des „Foreign Office" übernimmt, so hat er sich darauf in langer politischer Tätigkeit vorbereitet, sein Name ist längst in Aller Munde gewesen. Er arbeitet mit einem Stabe erprobter Berufsbeamter und läßt sich durch eine Tradition bestimmen, die das Land durch Generationen aufwärts geführt hat. Und möchten im Parlament auch über die Abschaffung der Geheim-Diplomatie tönende Reden gehalten werden, es dauert lange, bis die stillen Räume von Dorning Street ihr Echo vernehmen.

Am 2. Dezember 1919 wurde Herrn Jules Cambon, dem früheren Botschafter der Republik in Berlin, die Ehre der Aufnahme in die französische Akademie zuteil. In seiner Rede vor derselben sagte er: „Man würde aus der Gesellschaft der Menschen einen toten Mechanismus schaffen und ihr Leben und ihre Leidenschaften unterdrücken wollen, wenn man sich einbildete, daß die Verhältnisse unter den Nationen der persönlichen Beziehungen ihrer Vertreter entraten könnten, und ihr Verkehr sich auf einen reinen Austausch diplomatischer Noten beschränken ließe." Und weiter: „Die Diplomatie ist vornehmlich die Kunst der Unterhandlung. Aus diesem Grunde ist sie für absolute Geister unverständlich, die immer nur die eine Seite der Dinge sehen und das Suchen nach einem Ausgleich zwischen dem Möglichen und dem Erwünschten nur als Schwäche ansehen."

Wie Herr Cambon diese schönen Theorien mit dem Werk von Versailles in Einklang bringt, müssen wir ihm überlassen. Für uns aber hieße es Eulen nach Athen tragen, wenn wir wiederholen müßten, daß, angesichts der erneuten Krise in unserem Staatsleben, die Ernennung eines bewährten Fachmannes für das auswärtige Amt mit geschulten Kräften nicht nur eine dringende Notwendigkeit ist, sondern daß im Verneinungsfalle Einzelstaaten, wie Bayern, in denen wieder frisches Blut zirkuliert, sich zu eigenen Maßregeln gezwungen sehen würden.

Die Bedeutung unserer Kalierzeugung für die internationalen Beziehungen.

Von Geh. Regierungsrat Dr. Karl Forch, Berlin.

Der Rohstoff, in dem vor dem Krieg Deutschland eine Monopolstellung einnahm, ist das Kalium, für dessen Salze die Landwirtschaft überall dort, wo sie intensiv betrieben wird, Massenabnehmer ist. Neben dem bei Staßfurt gelegenen, seit Jahrzehnten im Abbau stehenden Kaligebiet verfügten wir bis zum November 1918 über ein zweites erst später in Betrieb genommenes im Oberelsaß. Durch dessen Verlust ist unsere Monopolstellung durchbrochen. Es ist nun die große Frage entstanden, wie sich hiedurch unsere Lage verändert hat. Daß die Wertzahlen, die man dem elsässischen Kalivorkommen in der deutschfeindlichen Welt beigelegt hat, stark übertrieben sind, dies geben jetzt selbst in Frankreich kritische Stimmen zu. Für die nächste Zeit ist jedenfalls zu berücksichtigen, daß es noch gewaltiger Aufwendungen bedürfen wird, ehe die Förderzahlen im Elsaß an die des Staßfurter Gebietes heranreichen werden, und ehe dies der Fall ist, beherrscht Deutschland nach wie vor den Kalimarkt. Immerhin wird man daran festhalten müssen, daß durch die Grenzverschiebung des Versailler Vertrages Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Kalierzeugung Konkurrenten geworden sind, deren Interessen gegenüber der übrigen Welt allerdings parallel laufen, so daß dies eine Stelle ist, wo die beiden historischen Feinde eigentlich die geborenen Verbündeten sein sollten. Denn wenn es gelingt, bezüglich der Preisbildung für Kali zwischen beiden ein Uebereinkommen zu schließen, so können sie allen anderen Abnehmern den Preis vorschreiben.

Im letzten Friedensjahre 1913 betrug die ganze deutsche Kalierzeugung umgerechnet auf Kaliumoxyd (K_2O) etwa 1,100,000 Tonnen, der Verbrauch der Vereinigten Staaten von Amerika, des größten geschlossenen Absatzgebietes, machte hiervon etwa ein Viertel aus. Heute bedarf Amerika, um seiner durch die Zeitumstände sehr Kali-hungerig gewordenen Landwirtschaft Genüge zu leisten, weit größerer Mengen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß Amerika die doppelte Menge aufnehmen würde, wenn diese zur Verfügung stünde. Wie die elsässischen Werke jetzt ausgebaut sind und so, wie sie infolge des Kohlenmangels und der mißlichen Arbeiterverhältnisse jetzt fördern können, ist nicht daran zu denken, daß sie im ganzen mehr als etwa 350000 Tonnen fördern können. Zieht man den eigenen Bedarf der französischen Landwirtschaft ab, so erkennt man, daß aus dem Elsaß der amerikanische Markt nicht befriedigt werden kann. Nun hat zwar Amerika gewaltige Anstrengungen gemacht, sich vom Ausland unabhängig zu machen. Während 1915 nur

ganze 900 Tonnen erzeugt wurden, wuchs die Ziffer bis 1918 sprunghaft auf 60000 Tonnen an und für 1919 wird sie von 100000 Tonnen nicht mehr weit entfernt gewesen sein. Was aber zu einer Zeit, als aus Deutschland nichts herbeigeschafft werden konnte, wirtschaftlich sein mochte, nämlich die Ausbeutung der wenig günstigen amerikanischen Kalivorkommen, das kann für wieder einigermaßen normal gewordene Zeiten vollständig unrentabel sein. Dasselbe Kaliquantum, das vor dem Krieg im amerikanischen Hafen aus Deutschland eingeführt mit 78,5 Dollar bezahlt wurde, kostete 1919 in Amerika erzeugt 400—500 Dollar! Und Amerika bedarf dringend des Kalidüngers, will es seine Erzeugung an so wichtigen Dingen wie Kartoffeln, Tabak, Baumwolle, Apfelsinen auf der früheren Höhe erhalten. Das Staßfurter Kali kann ebenso gut wie das elsässische in Amerika dauernden und lohnenden Absatz finden, wenn es zu einer Verständigung über die Preisbildung kommt und wenn die Förderung in beiden Ländern flott vonstatten geht. Stockt diese aber, dann muß Amerika um der einheimischen landwirtschaftlichen Interessen willen im eigenen Lande die Kalierzeugung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln stärken und dann könnte es allerdings dazu kommen, daß drüben das lang erstrebte Ziel der Befreiung vom europäischen Kali erreicht würde.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet steht nicht nur der deutsche sondern auch der elsässische Kalibergbau an einem bedeutungsvollen Wendepunkt. Wir müssen — und zwar womöglich in beiden Ländern — alles daransetzen, den Weltbedarf an Kali für die nächste Zeit vollauf zu befriedigen, nur dann können wir die Bestrebungen in Amerika, eine lebenskräftige Kalierzeugung ins Leben zu rufen, hintanhalten. Günstig für uns spricht hier unter allen Umständen die Tatsache, daß die deutschen Rohsalze einen besonders hohen Kaligehalt aufweisen, so daß ihre Verarbeitung einfach und nicht nur zu Düngemitteln, sondern auch zu anderen chemisch-technischen Endprodukten vorteilhaft ist. Nicht nur in Amerika sondern auch in England hat man während des Krieges nach Kaliquellen Ausschau gehalten und nicht aussichtslose neue Wege eingeschlagen. Die Hochofengase und der Flugstaub der englischen Eisenwerke weisen einen zwar geringen, aber trotzdem nutzbaren Gehalt an Kali auf. Vielleicht gelingt es hier, ein wirtschaftlich wertvolles Abscheideverfahren zu finden; ist die Wahrscheinlichkeit des Erfolges auch gering, so darf man die uns von dieser Seite drohende Gefahr gleichwohl nicht vollkommen außer acht lassen.

Gelegentlich einer Erörterung über die Bestrebungen des Auslandes, sich von der deutschen Kaliindustrie unabhäng zu machen, hat im Verein zur Förderung des Gewerbefleißes Professor Großmann auf die wirtschaftspolitische Seite dieser Frage hingewiesen. Die elsässischen Kaliwerke wurden von Frankreich in einem Zwangssyndikat zusammengeschlossen, in dem die staatliche Verwaltung ausschlaggebend ist. Man ist dort also von einer Art Staatsmonopol nicht mehr allzuweit entfernt. Solange die deutsche Kaliindustrie von Sozialisierungsversuchen unbehelligt bleibt, wird sie dem französischen Quasi-Staatsbetrieb gegenüber freier sein und somit wirtschaftlicher arbeiten können. Denn der Privatbetrieb war bisher überall anpassungsfähiger an die Schwankungen des Weltmarktes als jeglicher Staatsbetrieb. Außerdem wurde bisher dem Inlandsmarkt das Kali zu wesentlich niedrigeren Preisen überlassen, als sie vom Auslandsmarkt gefordert wurden. Der Inlandspreis konnte nur dadurch niedrig gehalten werden, daß die Kaliwerke für einen beträchtlichen Teil ihres Absatzes die höheren Auslandspreise erhielten. Ein Privatkonzern kann dies stets tun, wenn sich ihm die Möglichkeit dazu bietet. Wären die deutschen Kaliwerke aber im Besitze des Reiches, so würde das Ausland es versuchen, derartige Unterschiede in der Preisstellung auf dem Wege des Staatsvertrages unmöglich zu machen und bei der derzeitigen politischen Schwäche des deutschen Reiches würde dieses kaum in der Lage sein, sich einem mehr oder minder milden Druck zu entziehen. Die Sozialisierung des Kalibergbaues oder auch nur die Verstaatlichung des Kalivertriebes würde also höchstwahrscheinlich die Inlandspreise höher festsetzen müssen, als dies die reine Privatbewirtschaftung tun kann.

Alles in allem betrachtet, stellt das Kali einen überaus wichtigen Aktivposten in unseren Beziehungen zum Auslande dar. Die deutsche Industrie und in ihr ihr wichtigster Teilhaber, die deutsche Arbeiterschaft, wird alles daran setzen müssen, die größtmöglichen Mengen an Kali zu fördern und gleichzeitig den Betrieb zuhause und den Vertrieb an das Ausland so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten.

Das Kabinett Giolitti.

Von Friedrich Ritter von Lama, Füssen.

Noch vor wenigen Monaten von allen Parteien auf das schärfste bekämpft und daher auch für eine politische Unmöglichkeit gehalten, ist das Ministerium Giolitti heute schon zur Tatsache geworden. Vergegenwärtigt man sich, daß es in Italien nahezu widerspruchslos aufgenommen wurde und daß die ablehnende Begrüßung seitens der Sozialdemokraten sichtlich nicht ganz ernst gemeint ist, so vermag man den inneren Wandel zu ahnen, der sich dort drüben jenseits der Alpen in letzter Zeit vollzogen hat. Diese Art der Aufnahme des greisen Staatsmannes wurde dadurch möglich, daß alle irgendwie aussichtsvollen Versuche zur Regierungsbildung ausprobiert worden sind und versagt haben. So verblieb nur mehr die einzige Möglichkeit, das anscheinend Unmögliche zu wagen. Giolitti mag diesen Ausgang längst vorausgesehen haben, denn als er nach über fünfjährigem Schweigen am 12. Oktober des vorigen Jahres zu Dronero in Piemont mit einer großen programmatischen Rede hervortrat und damit im Beisein einer stattlichen Zahl Abgeordneter seine Absicht kundtat, wieder aktiven Anteil an der Politik seines Landes zu nehmen, da schien nach allgemeinem Urteile auf unabsehbare Zeit hinaus die Bahn für diesen Staatsmann noch versperrt. Es gehörte zweifellos auch zu den Vorbereitungen Giolittis auf seinen Wiedereintritt ins politische Leben, daß er damals mit einer verächtlichen Handbewegung den letzten Rest seiner alten Anhänger preisgab, jene, die am 24. Mai 1914 sich beeilt hatten, zum Zeichen ihrer Zustimmung zu seiner Politik ihre Karte bei ihm abzugeben, um ihn am nächsten Tage in der Kammer im Stiche zu lassen und für den Krieg zu stimmen. Die sich ankündende Umwälzung in der Zusammensetzung der italienischen Kammer verlangte freie Hand, Loslösung von dem, was zum Sturze reif war. Und nun hat die Stunde geschlagen, da alles im Lande auf denjenigen als den einzigen und letzten Retter blickt, der noch vor wenigen Jahren mit Salandras Genehmigung auf allen Variétébühnen der Halbinsel unter dem Beifallsgejohle der fanatisierten Menge als Vaterlandsverräter dem Spotte und der Verachtung überantwortet wurde. Wir wissen keinen anderen Ausweg mehr, dies ist heute der Tenor aller jener, die von Krieg und Sieg sich herrliche Zeiten für Italien versprachen. Wenn es Giolitti nicht gelingt, das Land zu retten, dann gibt es kein Mittel mehr, den Zusammenbruch aufzuhalten, gestand in diesen Tagen die „Tribuna“.

Mit welchen Mitteln Giolitti der verzweifelten Lage im Innern begegnen will, ist für uns von geringerem Belange; es genüge, zu erwähnen, daß die Ueberprüfung aller Lieferungsverträge aus den Kriegsjahren und die Einziehung aller übermäßigen Gewinne zu seinen ersten Maßnahmen zählt. Um so größere Aufmerksamkeit aber werden wir jenen Aeußerungen zuwenden, die sich mit dem künftigen Verhältnisse zum Auslande befassen. Denn auch hier rechnet man — und nicht zuletzt in den Verbandsländern — mit großen Ueberraschungen. Die englische Presse hat sich rascher von der ersten Verblüffung über das Wiederauftauchen Giolittis erholt und auf sein künftiges Verhalten sofort starke Hypotheken gelegt. Sie hat sich beeilt, zu versichern, daß die Finanzabmachungen zwischen England und Frankreich auf der Konferenz zu Hythe noch gar nicht endgültig seien, daß es natürlich sei, man würde Italien und seiner mißlichen Wirtschaftslage Rechnung tragen. Am größten aber sind die Befürchtungen in Frankreich und sie bewegen sich naturgemäß in der Richtung, daß Giolitti den Spuren Nittis folgen würde. Es hat sich zwar die „Agence Havas“ beeilt, eine Unterredung zu verbreiten, die in ihrer Aufmachung beruhigend wirkt, aber bei genauem Zusehen entdeckt man, daß gerade die entscheidende Stelle deutungsfähig ist. Giolitti versprach, sich in seiner Politik von dem leiten zu lassen, was das Interesse Frankreichs und Italiens erheischt.

In der vorerwähnten Programmrede von Dronero hat der Staatsmann sich mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zu dem großen Probleme der künftigen internationalen Völkerbeziehungen ausgesprochen und ich glaube, am besten zu tun, wenn ich die bedeutsamsten Stellen selbst sprechen lasse:

„In den internationalen Beziehungen müßte als Friedensbürgschaft in erster Reihe der Völkerbund stehen. Leider verhinderte der imperialistische Geist, der auf der Friedenskonferenz vorherrschte, daß diesem Bunde ein Aufbau und eine Grundlage gegeben wurde, die eine hinreichende Bürgschaft für einen end-

gültigen Frieden darstellt, wie sie in den ersten Vorschlägen des Präsidenten Wilson enthalten war. Der Grundsatz ist nun jedoch einmal aufgestellt und auf viele Jahrzehnte hinaus werden die Völker die furchtbaren Folgen des Krieges und damit auch die Notwendigkeit fühlen, ihrerseits das zu tun, was die Diplomatie nicht zu tun wußte und nicht tat, indem sie die Regierungen zwingen werden, jenen Grundsatz in so weitgehendem Maße anzuwenden, daß sie alle Nationen zum Beitritte berufen werden. Italien, dem ein endgültiger Friede unerläßliche Lebensbedingung ist, wird sicher der eifrigste Vorkämpfer dieses Glaubens werden. Und es muß dies zeigen, indem es nicht nur die Beziehungen der Solidarität zu den gegenwärtigen verbündeten und befreundeten Mächten aufrecht erhält, sondern auch dadurch, daß es sofort Beziehungen herzlicher Freundschaft zu allen Völkern und insbesondere zu den besiegten aufnimmt und damit jede Erinnerung an vergangene Feindschaft austilgt."

Ueber den Weg, den Giolitti dabei zu gehen gedenkt, spricht er sich gleichfalls durchaus unzweideutig aus und er hat diesen Gedanken noch vor wenigen Tagen mit besonderem Nachdrucke wiederholt. Es müssen nämlich „dem Parlamente hinsichtlich der auswärtigen Politik die gleichen Befugnisse eingeräumt werden, die es bereits bezüglich der inneren und der Finanzpolitik besitzt und es muß der Regierung vorgeschrieben werden, daß kein internationales Abkommen getroffen, keine Verpflichtung eingegangen werden darf ohne die Zustimmung des Parlaments". Zu diesem Zwecke wird die Schaffung einer parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten angekündigt, so daß künftighin die Regierung selbst nur mehr die Vollstreckerin des Willens der Volksvertretung sein wird. „Es ist daher in der Tat eine historische Notwendigkeit, daß die internationalen Beziehungen von nun an von der Volksvertretung geregelt werden und es ist nur recht und billig, daß auf sie die furchtbare Verantwortung übertragen werde... Es wäre eine große Friedensbürgschaft, wenn es in allen Ländern die Volksvertretungen wären, die die äußere Politik leiten, denn damit wäre die Möglichkeit beseitigt, daß kühne Minderheiten oder Regierungen ohne Verständnis und Gewissen in die Lage kommen, ein Volk gegen seinen Willen in einen Krieg zu verwickeln. ...Eine Politik zu befolgen, die zu neuen Kriegen führen könnte, hieße schon jetzt mindestens zwei Millionen Söhne oder Enkel unseres Volkes dem Tode weihen und selbst im Falle des Sieges Italien auf ein weiteres halbes Jahrhundert zu wirtschaftlicher Erschöpfung verurteilen, nur um eine weitere Spekulantengeneration zu bereichern; im Falle der Niederlage aber wäre Italien schlimmer daran, als die heute Besiegten." Bedenkt man, daß, als diese Worte gesprochen wurden, das Parteienverhältnis in der Kammer solchen Gedankengängen noch keineswegs so günstig war, daß aber heute auf dem Montecitorio eine aus Italienischer Volkspartei und Sozialisten bestehende Mehrheit sitzt, deren Programm sich mit diesen Forderungen Giolittis durchaus deckt, daß ferner die Volkspartei ihren Eintritt in die Regierung geradezu von der Annahme des Mindestprogramms abhängig gemacht hat, so bedarf es keiner besonderen Prophetengabe, um annähernd den Kurs zu bestimmen, den Italien unter seiner neuen Führung steuern wird. Seine Bedrängnis in Nordafrika und Albanien und die soeben von Lloyd George zugegebene seiner Verbündeten zwingt außerdem noch dazu, das Heil nicht dort zu suchen, wohin man an der Seine in wahnwitziger Verblendung immer noch drängt, sondern auf jenen Wegen, wie sie bereits Nitti gegangen ist, nachdem ihm in der Rede Dronero Giolitti selbst den Weg gewiesen hatte. Der Unterschied dürfte vielleicht nur darin bestehen, daß Giolitti als viel energischer und rücksichtsloser bekannt ist, als Nitti es gewesen ist.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Peter und Paul! In seinem berühmten Roman Quo vadis? beschreibt Sienkiewicz den Märtyrertod der beiden Apostelfürsten in Rom und erzählt, wie St. Peter sich vor seiner Kreuzigung der Stadt zuwandte und urbi et orbi den Segen erteilte. Und als er ans Kreuz gegürtet war, wurde das Zeichen des Erlösers, das vor Jahren in Asien aufgerichtet stand, umgekehrt und mit dem Hauptstück in Europas Erde gepflanzt. Das Kreuz wird stehen bleiben und der Segen des Apostelfürsten nicht verwehen. Zwar senkte sich vor sechs Jahren an seinem Fest eine Fluchwolke über Europa, als ein christlicher Fürst, Franz Ferdinand von Oesterreich, durch Mörderhand fiel. Der Fluch ist noch nicht gewichen. Krieg, Umsturz und Neid der Völker zerfleischen den christlichen Weltteil. Aber wir erneuern in der Oktav von Peter und Paul die feste Hoffnung, daß Europa nicht untergehen kann, schon weil es das ewige Rom in seiner Mitte hat, die Hauptstadt der christlichen Welt.

In diesen Tagen sahen wir sie wieder zusammensitzen, die der leitende Wille und das Gewissen Europas sein wollen, die Obersten der Siegerstaaten. Nach ein paar Vorbesprechungen auf englischem Boden tagten sie in Boulogne. Verhandelten über die russische und türkische Frage, vor allem jedoch über die Entwaffnung Deutschlands und die Höhe der deutschen Schuldigkeit zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden. Sie nennen es: Durchführung des Friedens von Versailles. In Wahrheit sind alle diese Aussprachen der Staatsmänner ein Zeugnis der Undurchführbarkeit jenes Friedens. Wie will man Europa Frieden geben ohne Uebereinstimmung über Idee und Ziel Europas? Aber die wohnt nicht am grünen Tisch des Obersten Rates. England gehört, wie geistreiche Leute schon sagten, überhaupt nicht zu Europa. Sein überseeisches Reich ist am sichersten, wenn auf dem nahen Festlande Zwietracht herrscht. Frankreich hat sich seit 1000 Jahren in engem Nationalismus verhärtet und hält sich allein für Europa. Dabei fühlt es sich schwach und fürchtet das volksstarke Deutschland. Italien ist nicht bösartig, aber habgierig. Daß Deutschland nicht nur eine Beute, sondern ein unentbehrliches Glied des europäischen Leibes ist, wurde in Boulogne noch nicht erkannt. Sonst könnte die Note nicht ergangen sein, die darauf besteht, daß wir die Reichswehr ab 10. Juli auf 100000 Mann beschränken, die Einwohnerwehren auflösen und statt der Sicherheitswehr eine unmilitärische Ordnungspolizei von höchstens 150000 Mann halten. Sollen wir damit die Ruhe im Innern und womöglich noch unsere Ostgrenze schützen? Ueber die Wiedergutmachung soll uns erst in Spa Gewißheit werden. Was bisher darüber bekannt wurde, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Der Tag der Zusammenkunft steht endlich fest, der englische Geschäftsträger in Berlin teilte amtlich mit, es werde der 5. Juli sein.

Wollten wir uns nur selbst als unentbehrliches, wertvolles und zielbewußtes Volk erweisen. Wir konnten es nach den Wahlen. Aber die Regierungsbildung war kein erhebendes Schauspiel. Mit Mühe und Not hält sich ein Kabinett der Mitte gegen rechts und links, da die reine tatsächliche bürgerliche Mehrheit nicht gesucht und die Deutschnationalen übergangen wurden. Als am 22. Juni das ganze Kabinett an etwas hohen Ministerforderungen der Deutschen Volkspartei und an der nicht sehr wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokratie zu scheitern drohte, trat das Zentrum förmlich auch an die Bayer. Volkspartei heran. Sie ist zur Mitarbeit bereit. Die ganze Ministerliste ohne den Wiederaufbauminister lautet nun: Reichskanzler: Fehrenbach, Reichsjustizminister (betraut mit der Vertretung des Reichskanzlers): Dr. Heinze (Deutsche Volksp.), Reichsministerium des Innern: Koch (Dem.), Reichsminister des Auswärtigen: v. Simons (D. D.), Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Zentrum), Reichsernährungsminister: Hermes (Zentrum), Reichspostminister: Giesberts (Zentrum), Reichsverkehrsminister: Gröner (parteilos), Reichswehrminister: Dr. Geßler (D. D.), Reichswirtschaftsminister: Scholz (D. Volksp.), Reichsschatzminister: v. Raumer (D. Volksp.), Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (Zentrum).

Am Montag, den 28. Juni, trat Fehrenbach mit seiner Regierung vor den Reichstag, dessen Präsidentenstuhl jetzt der Sozialdemokrat Löbe einnimmt. Sein oder Nichtsein jeder deutschen Regierung ist in diesem Augenblick abhängig von den Ergebnissen der Spaer Konferenz. Dem Gang nach Spa sehen wir mit großer Sorge entgegen. Die uns dort vertreten, können

sich leider infolge des parteiegoistischen Verhaltens der Sozialdemokratie nicht auf Willen und Vertrauen des ganzen Volkes stützen. Und das mißtrauische Ausland fragt bereits: Wer wird morgen in Deutschland regieren? Schon flammen allenthalben wieder Putsche auf, in Württemberg, in Mitteldeutschland, in Bremen, in Oldenburg. Lebensmittelteuerung und Steuerabzug vom Lohn werden von der U.S.P. und K.P.D. eifrig dazu ausgenutzt. Wie die Münchner Radikalen einen neuen Generalstreik vorbereiten, brachte der „Bayer. Kurier" kürzlich an den Tag. In Berlin arbeitet Viktor Kopp, Lenins Gesandter, weniger am Gefangenenaustausch als an einer neuen Revolution, womit Deutschland dem bedrängten Räterußland Luft schaffen soll. Daneben droht der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch. Ein Fehlbetrag von 14,7 Milliarden wartet schon auf die Bewilligungslust des neuen Reichstages.

Die Ereignisse der Woche lehrten wieder, wie recht Bayern tat, als es an seiner Einwohnerwehr festhielt. In Württemberg hat man den Sozialdemokraten zulieb bürokratisch gewissenhaft die Waffen eingesammelt, damit — die Kommunisten sie gleich auf Lager fanden.

Eine gemeinsame europäische Angelegenheit ist der Wirtschafts- und Verkehrs-Boykott gegen Ungarn. Er wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam verhängt und ist seit 20. Juni in Kraft. Anlaß gab ein angeblicher „weißer Terror" in Ungarn, in Wahrheit sollte das christliche Land die Rache der dritten (kommunistischen) Internationale fühlen, weil es die Rätewirtschaft überwunden und das bolschewistische Unkraut entschlossen ausgerottet hat. Zugleich sollte die Aufmerksamkeit der Welt abgelenkt werden von den großen Prozessen, die eben jetzt gegen die Rädelsführer der ungarischen Räterepublik begonnen haben und haarsträubende Dinge enthüllen. Die enge Verbindung zwischen Studententum, Loge, Sozialdemokratie und Kommunismus kommt darin zur Darstellung. Begeistert trat darum die Sozialdemokratie, voran die deutsch-österreichische, niederträchtig und dumm wie keine, dem Boykottbeschluß bei. Es ist eine unglaubliche Heuchelei, denn als der rote Terror Bela Kuns wütete, rührte sich kein Proletarier. Ungarn mit seiner reichen Ernte braucht den Boykott nicht zu fürchten, Rumänien und Jugoslawien machen ihn nicht mit. Dafür strafen die Ungarn Deutschösterreich mit dem schärfsten Gegenboykott. Man spürt ihn schon empfindlich. Die Gemeinbürgschaft des Umsturzes aber, die der Beschluß von Amsterdam zeigt, sollte den Staatslenkern in Spa zu denken geben, daß sie selbst die gemeinsamen Belange der Völker, Gerechtigkeit und Frieden, über Habsucht und Rachsucht stellen.

Weiter in der Ferne liegen die stark gewachsenen Unruhen in Irland, die immer neu aufflackern, und der türkische Freiheitskrieg. England mit seiner Erbweisheit wird dieser Schwierigkeiten wohl Herr werden, zumal es, wie so oft in der Geschichte, willige Helfer fand, diesmal in Kleinasien an den Griechen. Die englische Weltherrschaft steht nach dem Sieg über Deutschland zunächst fest und sicher. Auch gegen Amerika baut es vor und stärkt Japan. Lloyd George sitzt fest im Sattel. Selbst die Arbeiter sind in England vernünftig, eben lehnten sie in Scarborough den Eintritt in die 3. Internationale, also den Bund mit Räterußland, ab. — Ein noch besserer Beweis, daß durchaus nicht alle Arbeiter nach Moskau blicken, ist der Internationale Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Haag. Vertreter von 3½ Millionen Arbeitern waren dort beisammen, darunter Deutsche mit Franzosen, Belgiern und Tschechen einträchtig im gleichen Saal. Der Kongreß wandte sich einstimmig wider den Bolschewismus und den Boykott gegen Ungarn. — Wir brauchen Arbeitervertreter, die den verderblichen Marxismus abgeschworen haben und begrüßen hieraus die Zusammenkunft im Haag aufrichtig und herzlich.

Sehr gespannt ist das Verhältnis zwischen Italien und den Südslaven. Aus Albanien sind die Italiener vertrieben, nur Valona hält sich noch unter den Kanonen der italienischen Schiffe. Die italienische Balkanpolitik auf den Schultern der Entente ist heute schon zusammengebrochen. Die nationaltürkische Bewegung wächst und bedroht die ganze Orientpolitik der Entente. Ihre Macht reicht in der Türkei nicht mehr viel weiter als die Schiffsgeschütze ihrer Kriegsflotten. Mustafa Kemal Pascha ist mit seinen Truppen bis zum Golf von Ismid vorgedrungen und zieht durch die bythinische Halbinsel gegen den Bosporus. Kleinasien ist von den Ententetruppen bis auf die Hafenstädte vollständig gesäubert. Dasselbe gilt von Syrien, und in Mesopotamien rücken die Nationalisten immer weiter gegen Bagdad vor. Die ganze englische Tigrisflotte soll versenkt worden sein.

E. v. Handel-Mazzetti: Der deutsche Held.

Von Dr. Anton Dörrer, Innsbruck.

Im Aprilheft des Münchener „Hochland" spricht der Romanschriftsteller Franz Herwig als kritischer Referent der Monatsschrift ein hartes Urteil über den jüngsten Roman „Der deutsche Held" der Linzer Dichterin aus und findet ein ernsthaftes Echo in einem Artikel „Enrica von Handel-Mazzetti auf dem Scheidewege" von Hans Steiger, dem Lyrik-Referenten des „Hochland", im „Allgem. Tiroler Anzeiger", Nr. 97 A. Diese Auslassungen rufen die kritischen Kämpfe um „Jesse und Maria", Handel-Mazzettis zweitem, großen, historischen Roman in Erinnerung, die lange Zeiten währten und wesentlich zur Festlegung des künstlerischen Rufes der Dichterin beitrugen. Die Stellungnahme der Kritiker ist aber diesmal ganz anders. Freunde von ehedem, man müßte im Hinblick auf Zeitschrift und Verlag fast sagen, Hausfreunde erheben laute Warnungen und eindringliche Bitten, die schon früher vereinzelt und verblümt zu hören waren (wie in Dr. Johannes Eckardts Zeitschrift „Ueber den Wassern"), die aber jetzt sich geradezu zu einem vernichtenden Urteil über die weitere Wirksamkeit Handel-Mazzettis verdichteten: „Eine stolze Kraft, die keine Entwicklung kennt — oder nur nach unten . . . In die Bewußtheit dieses Talentes spielt das Unbewußte ungesunder persönlicher Regungen grauenvoll hinein . . ." Herwig betont, es sei bitter, dies zu sagen, aber es sei eine Notwendigkeit, dies zu sagen. Mir aber deucht, Herwigs Kritik sei voreilig gefaßt worden, daher nicht zutreffend und schädlich, und ich will auch die Beweise meiner Kritik der Kritik vorbringen. Die Entscheidung über ihr Zutreffen hängt freilich von der Aufnahme des Publikums und letzten Endes von dem Weiterwirken E. v. Handel-Mazzettis ab, das uns allen sehr am Herzen liegt. Infolgedessen mögen diese Darlegungen nicht als müßiges Literatengezänk hingenommen werden. Denen „für" und „wider" handelt es sich um ein großes Werk und um die Fortentwicklung der größten lebenden Epikerin des deutschen Volkes.

Womit begründet Franz Herwig sein absprechendes Urteil über Handel-Mazzetti? Er sagt einfach:

„Ihr neuer Roman ‚Der deutsche Held' zeigt zunächst die alten Vorzüge der Dichterin: Vergegenwärtigungskraft, unbedingtes Beherrschen der Umwelt (diesmal die Zeit um 1821), seelischen Blick für Zusammenhänge. Dann aber zeigen sich auch ihre Schwächen deutlicher, ihre Schwächen, die man bisher mit in den Kauf nahm, denen aber jetzt die Vorzüge kaum noch das Gleichgewicht halten. Zunächst ist das Motiv das alte, schon sechsmal gewendete: himmlische Frauenliebe verwandelt den irdischen Mann — ein Motiv, schön und gewiß unerschöpflich, dem aber seit „Jesse und Maria" keine neue Seite abgewonnen ist. Die Nachtigall singt auch immer das gleiche, aber die Handel-Mazzetti ist kein Naturwesen, sondern ein sehr bewußter Mensch, dem es ebenso um die verwandelnde Liebe wie darum geht, daß der starke, irdisch leuchtende Mann geduckt, erniedrigt und gemartert wird — nun wohl, damit die Seele leichter der himmlischen Höhe zufliegen kann. Die Geschehnisse des umfangreichen Romans umfassen zwei Tage. Der Ulanenleutnant ist bereits verurteilt. 500 Seiten sind diesen zwei Tagen gewidmet, die bis zu seiner Hinrichtung vergehen. Man kann sich denken, daß dem Leser nichts erspart bleibt; der Mann, die Frau, die zwei Kinder — alle erheben ihre jammernden, flehenden, hilflosen, trotzigen Stimmen, immer wieder wird das Gefühl in die Marter der Darstellung hineingesetzt, bis die Dichterin noch einmal alle Kraft zusammennimmt und an die Schilderung des Grausamsten geht: der kleine Sohn des Verurteilten muß die Hinrichtung mitansehen und sich mit dem Herzblut des Vaters besudeln. Und daß immer die künstlerische Kraft hinter diesen Vorgängen steht, macht sie doppelt und bis zur Unerträglichkeit furchtbar. Furchtbar, ohne zu erschüttern! Der Erfolg ist Widerwillen. In die Bewußtheit dieses Talentes spielt das Unbewußte ungesunder persönlicher Regungen grauenvoll hinein; der Pathologe allein könnte dieses Gewirr deutend lösen. Er allein könnte auch jene Vorliebe mit Namen nennen, die die Dichterin für das Abnorme in ihren Liebes- und Eheverhältnissen hat."

Nehmen wir nun einmal an, daß Handel-Mazzettis neuer Roman tatsächlich nur die alten Vorzüge der Künstlerin aufwiese, so hätten wir sogleich dem Vorwurf der Schwächen zu begegnen, denen „jetzt die Vorzüge kaum noch das Gleichgewicht halten". Herwig erwähnt vor allem das alte, ewig gleiche Motiv. Gemach! Der Kritiker hat über dem Ulanenrittmeister Tessenburg (nicht: Leutnant! Herwig ist wohl der Leutnant Herliberg der „Armen Margaret" allzustark im Gedächtnis geblieben!) die Hauptgestalt, den Titelhelden, den Erzherzog Karl ganz übersehen. Und nun ist es klar, daß ihm auch das Hauptmotiv nicht zum Bewußtsein gekommen ist; denn sonst hätte er nicht

behaupten können, daß in diesem Roman wieder ein zu irdischer Mann durch eine himmlische Frau geläutert werde. Im Gegenteil, die Frau ist hier die erdhaftere, wenngleich sie zart und lieblich an Gestalt ist; in der Abschiedsszene tritt die weltlichere Gesinnung so stark hervor, daß es keiner weiteren Ausführung bedarf; und daß Sophie sich mit dem Tode ihres Mannes nicht abfindet, sondern daran selbst zerbricht, ist ein weiteres klares Zeugnis, wie irdisch ihre Liebe gesinnt ist, was ja auch an mehreren anderen Stellen deutlich ausgesprochen wird.

Erzherzog Karl, das vorbildliche Ideal: Apostel, Richter und Krieger zugleich, hat den tiefgefallenen Offizier seines Regimentes zu sich emporgehoben, zum Büßer, Helden und Martyrer der Entscheidungsstunde gemacht.

So ist Handel-Mazzettis Dichtung eine Symphonie vom Heldentum des deutschen Mannes, Karl, der vollendete, Tessenburg, der gefallene und erhöhte, Willy, der kleine Tessenburg, der werdende Held. Fraglos, auch die Frau ist eine Heldin, Heldin leidender Liebe, aber sie ist im Gemälde von untergeordneter Bedeutung, sie ist, wie Eckardt sagte, der blutige Heiligenschein, der das Heldenbild Tessenburgs umzittert. An seiner Bekehrung hat sie nur geringen Anteil, an seinem Heldentode keinen.

Herwig hat all das übersehen, vielleicht weil ihn das Buch quälte und weil er es deshalb vorzeitig weglegte. Es ist nicht zu leugnen, der Roman wirkt in einzelnen Abschnitten ohne die erschütternden und — befreienden Schlußkapitel wie ein Alp. Das fühlt auch Steiger und beklagt Eckardt und das ergeht uns allen so, die wir mit der Dichterin in ihren Gedanken und Welten wandeln. Steiger wünscht, daß die Künstlerin den belebenden Blick wiederum der Gegenwart nähere. Das wird gerade im Hinblick auf ihre Gegenwartswerke wie „Brüderlein und Schwesterlein" wohl nicht verhindern können, daß wir fürderhin noch tiefer durch Handels Werke ins Herz getroffen werden; auch in einem Gegenwartsroman würde höchstwahrscheinlich ein ähnliches Motiv wiederkehren, wie das „Düstere" des Märtyrertodes eines sündigen und geläuterten Menschen in allen wirklich künstlerisch vollendeten Werken Handel-Mazzetis hervorgetreten ist.

Ist die Wahrheit, daß jeder Dichter eigentlich nur einen Roman schreibt, nicht älter als Handel-Mazzettis Schaffen? Hat man nicht auch Dostojewsky, Dickens, G. Sand denselben Vorwurf gemacht, den Herwigs Kritik und Steigers Bitte ausspricht?! Daß Handel-Mazzetti obiges Motiv anderen vorzieht, verrät schon ihr erster Roman „Meinrad Helmpergers denkwürdiges Jahr": daß nämlich vor allem das religiöse Empfinden bei ihr mitspielt. Ist doch Handel-Mazzettis ganze Kunst im Religiösen verankert! Das Kreuzesgeheimnis, der Opfertod ist der Hauptpunkt ihres, des katholischen Glaubens. An die Tragödie aller Tragödien an das Gottesdrama die Hand zu legen, dazu fühlt sich die Künstlerin zu schwach; denn nach ihrer Anschauung muß an dieser Aufgabe jede menschliche Kunst versagen. Sie schafft also Parallelen im menschlichen Leben, in der Ueberzeugung, daß sie mit keinem anderen Stoffe die Herzen ihrer vielen Leser werde so rühren und erschüttern können, wie mit diesem. Darum kehrte Handel-Mazzetti auch fünfmal zu ihm (nicht zum Motiv der himmlischen Frauenliebe) zurück. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, werden wir unwillkürlich auch zu den Schöpfungen und Uebertragungen Handel-Mazzettis aus ihren Werdejahren mit größerer Anteilnahme Stellung nehmen und sie in Beziehung zu ihrer Entwicklung bringen können.

Hier muß ich mich angesichts der Kritik Herwigs auf den Hinweis beschränken, daß es Handel-Mazzetti bisher gelungen ist, in jedem ihrer Werke den Stoff reiner und künstlerischer zu gestalten. „Meinrad" ist noch kraß, „Jesse und Maria" geläuterter, „Margaret" und „Stephana Schwertner" im Kreuzmotiv noch mehrfach unkörperlich. Im „Deutschen Helden" trachtet die Dichterin augenfichtlich die Schönheitslinie nicht zu überschreiten, zugleich aber das Motiv zur vollendetsten Darstellung zu bringen. Daß trotzdem der Eindruck ein so schwerer und düsterer bleibt, macht meines Erachtens vor allem die Modernität der dargestellten Zeit und Menschen, die uns, wie überhaupt der ganze Geschichtsabschnitt Napoleons und der deutschen Befreiungskriege zeitlich und stofflich sehr nahe stehen und durch die verwandten Verhältnisse der Gegenwart und die erlebten Kriegsereignisse noch wieder näher gebracht worden sind. Deshalb kommt uns die Dichtung auch ungleich wirklicher, uns näher gerückter als die Darstellungen aus den Religionskämpfen vor, um so mehr als die künstlerische Reproduktion durch die gesteigerte persönliche Anteilnahme der Dichterin noch lebendiger und packender als bisher werden mußte. Das ist weiters einer der bedeutenden Vorzüge des „Deutschen Helden", daß er aus der Zeit für unsere Zeit geschrieben, mit Blut und Tränen niedergeschrieben ist, ein Weltbild, das aus unseren Wirrnissen der Gewalt und Verwilderung emporreißt zum Idealismus und Autorität, Opfersinn und wahrem Heldengeist der traurigen Nachkriegszeit. Steiger ruft der Dichterin zu: „Wir wollen mehr Freude in Ihren Werken!" Diese aber geben zur Antwort: wir verherrlichen die seelisch-sittliche Kultur der harten Lebensnotwendigkeit, die erste Forderung unserer Zeit aus dem Munde einer religiösen Tragödie. Dem Wiederaufbau, dem großen Werk nationaler Restauration gilt ihr deutscher Held.

Ich weiß nicht, ob der Kritiker diese Hinweise auch als Beweise hinnimmt, daß sein Urteil sich auf zu geringer Kenntnis des Romans aufbaut und daher nicht zutreffend geworden ist. Andernfalls müßte ich auf all die weiteren Vorzüge eingehen, die „Der deutsche Held" vor den früheren Werken Handel-Mazzettis besitzt: die tiefverankerte Darstellung des vorbildlichen deutschen Helden in Oesterreich, der für die nationale Wiederaufrichtung unseres Volkes heute im zusammengebrochenen Oesterreich zum mindesten ebensoviel bedeutet als zu Zeiten Karls von Aspern; die glänzende Darstellung und Belebung einer neuen Zeit, die auch im sprachlichen Ausdrucke gegenüber den Romanen Handel-Mazzettis aus der Gegenreformation eine meisterliche Neuerung darstellt; die tiefgehende weltgeschichtliche und kulturhistorische Durchtränkung eines zeitgemäßen Symbols; die weit fortgeschrittene Verwirklichung, Verinnerlichung und Vermenschlichung des sittlichen Ideals; das aufs reichste ausgestaltete Innenleben der Personen; die trotz der Zahl der Geschehnisse, trotz der Episodenfälle erreichte Konzentration; die poetischreiche Ausstattung, so die Uebertragung des Todesrittes der Lenore, Napoleons Ring — im Ganzen wie im Einzelnen ist das neue Werk Handel-Mazzettis eine reiche, fast übervolle Gabe, von welcher Seite man sie auch besieht. Nur ganz und ohne Vorurteil möge man sie betrachten und genießen, um nicht ungerecht über das Werk zu urteilen und damit sein Ansehen und seine Wirkung zu beeinträchtigen oder vielleicht gar die Schaffenslust und die Kraft der Künstlerin zu beirren, nachdem man sie doch nicht auf andere Wege zu zwingen vermag, vielleicht aber durch ein sachliches Eindringen die bittersten Konsequenzen ihrer Eigenart sich zugänglicher machen und mildern könnte.

Und damit komme ich zum Schlußsatz in Herwigs Kritik, den auch Steiger als unnötig „deutlich" bezeichnet. Steiger will nicht haben, daß man deute, Handel-Mazzettis Kraft wäre von einem dunkeln, krankhaften Gefühl unterströmt. Mit ihm stehe auch ich auf dem Standpunkte, daß hoffentlich die gemachte „Anspielung" nicht wiederkehrt; denn nichts könnte nachgerade für die Entwicklung der Künstlerin und auf die Person der Autorin nachträglicher wirken, als eine solche Mißdeutung ihrer Eigenart. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, ihre Absichten klarzulegen und festzustellen, daß in deren Verwirklichung gerade „Der deutsche Held" einen bedeutenden künstlerischen Fortschritt darstellt.

Eine Bemerkung Steigers, der Hinweis auf das Ersterscheinen des „Deutschen Helden" im „Deutschen Hausschatz", ist wohl nicht recht ernst zu nehmen; denn auch ihm dürfte bekannt geworden sein, wie sehr sich die Redaktionen angesehenster deutscher Zeitschriften und Zeitungen um den Vor- und Erstabdruck ihrer Romane bemühen, von der Dichterin eine Zusage zu erhaschen trachten und manchmal eben auch erhalten, ohne schließlich den Roman selbst erwerben zu können. Das ist bei der Gemüts- und Schaffensart der Dichterin erklärlich. Sie aber mag sich bei solchen Unterhandlungen und Zusagen eben auch manche Feindschaft zuziehen. „Der deutsche Held" ist tatsächlich zuerst gleichzeitig im „Hausschatz" und in der Wiener „Reichspost" erschienen. Der St. Gallener Zeitung „Die Ostschweiz" ist er versprochen und als „Honorar" nehmen Schweizer die von der Dichterin ausgewählten armen Kinder aus Wien und Linz zur Erholung auf, auch ein neuer Erfolg ihres neuen Werkes und eine neue Seite ihres caritativen Lebenswerkes.

Schon heute zählt „Der deutsche Held" zu den gelesensten Büchern des deutschen Volkes. Freuen wir uns dessen in der Erwartung, daß sich der sittliche Wille des Werkes in unserem Volke durchsetze, daß sich dieses Heldenlied deutscher Tugend und Treue, dieses Hohelied auf Heimatliebe und Opfersinn sich einsinge in unsere deutsche Jugend und in unser deutsches Volk; denn es ist zugleich ein reiches Kunstwerk, wie es zeitgemäßer und menschlich erschütternder unsere Meisterin bisher noch nicht geschaffen hat: ein Zeitbuch von dauerndem Werte.

Die Nachtigall.

In der Maiennacht
ist mir ein Wunder gescheh'n;
in der Maiennacht
stand einsam ich im Schatten
von jungem Laub und keuscher Blüte,
und bräutlich umschlang mich
die heilige Stille und küsste mich,
dass von mir niederfiel
der Sterblichkeit drückende Last,
und meine Seele
in lieblichem Gewinde
von Wunderblumen hinschwebte.
Und sie weckte
im tiefsten Schatten eine zweite Seele.
Aufklang es in der Nacht —
so klingt kein sterblicher Ton —
und Philomeles Brautgesang
machte erglühen
ringsum das nächtliche Dunkel
mit ihrem Maienpsalme.
Jauchzen und Schmerz,
Keuschheit und Liebe,
zärtliche Inbrunst,
Sturm und Zagen,
Schweben über
heiligen Wassern,
Tauchen in die
Tiefen des Abgrunds,
Schimmern von Augen,
Die gross und heiss,
schmerzliches Rinnen
verhauchenden Herzbluts —
o kleine, süsse Nachtigall,
du standest mit brennenden Füsslein
auf meinem Herzen
und sangest mir
das unsterbliche Lied
des ewigen Schöpfers
im blühenden Dunkel
seliger Maiennacht.

Seb. Wieser.

Vom Büchertisch.

Hermann Martin: Die Schuld am Weltkriege. Gr. 8°. 440 S., gedruckt auf holzfreies Papier. Geheftet 29 M, gebunden 36 M (zuzüglich Sortimentszuschlag). Leipzig 1920, Verlag von Fr. Wilh. Grunow. Jeder Deutsche sollte dieses Werk des Leipziger Juristen Martin lesen, namentlich jeder Auslandsdeutsche. Es ist soviel Schmutz auf den deutschen Namen geworfen worden; es ist das Bild über die Ursachen des Krieges nicht zuletzt durch deutsche Hände so verzerrt gezeichnet worden, daß jedem Deutschen beim Lesen dieses so ruhig, sachlich und wahrheitsliebend geschriebenen Buches ein Gefühl der Befreiung im Herzen aufsteigt. Der Jurist Martin tritt nur mit dem kühl abwägenden Verstand an seine Aufgabe heran. Die Ergebnisse seiner bedeutenden Arbeit, die sich auf den gesamten Sachkomplex der Frage ausdehnt, dürfen den Anspruch einer endgültigen Klärung erheben! Sie sind unantastbare Tatsachen, die keine Ententepropaganda aus der Welt räumen kann: die unmittelbare Schuld am Weltkriege tragen Rußland mit seiner vorzeitigen Mobilisierung und Oesterreich-Ungarn mit seinen übersteigerten Forderungen an Serbien; Deutschland, England, Frankreich sind freizusprechen, wenn sie auch nicht in gleichem Maße zur Verhütung des Krieges beigetragen haben. Auch der ehrliche Feind und Gegner von gestern müßte Martins Buch studieren und er würde, wenn er Tatsachen zugänglich ist, anders denken lernen. Vor allem aber möchte ich das Buch in die Hände jener Neutralen legen, die unter dem Drucke einer erschreckend gewissenlosen, teuflischen Propaganda an Deutschlands Schuld am Weltkriege zu glauben anfingen. Martins Werk mit seinen bereits vielfach historisch gewordenen Tatsachen kann mithelfen, den vergiftenden Pesthauch des Völkerhasses zu zerstreuen, den unser Feind schon vor dem Kriege und vor allem während des Krieges gegen uns erzeugt hat. Wer Martins Buch als Deutscher gelesen hat, wird es mit einem Gefühl der Dankbarkeit weiter empfehlen, selbst wenn er über Einzelheiten anders denkt.

Dr. Hans Eisele.

Dr. **Friedrich Oldenbourg, Laiengedanken zur Einheitsschule.** München und Berlin 1920. 15 S. 1.50 M. Der Verfasser würdigt die Einheitsschule von dem Gesichtspunkte aus, ob wir durch sie zur Einheit unseres Volkes kommen können. Dieses vermag er nicht zu behaupten. Er nennt andere Faktoren, denen er größere Wirksamkeit zuschreiben möchte, nämlich zunächst die Familie, in ihrer Weiterentwicklung die Großfamilie und dann die Männerbünde, die vorzüglich zur körperlichen Ertüchtigung und Wehrhaftmachung bestehen sollen, sie führen zur Staatenbildung. Eine wichtige Stellung hat naturgemäß auch die Schule. Zur Erreichung der völkischen Einheit haben die höchste innere Kraft die Religion und das Heer. Die Forderung, die wir in unserer Not erheben müssen, lautet demnach weniger: Einheitsschule als vielmehr Einheitschule. Die vorgetragenen Gedanken verdienen Beachtung.

Prof. Dr. J. Hoffmann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Theaterferien. Die drei staatlichen Münchener Bühnen sind in in den Ferienmonat getreten, während die Privattheater, altem Gebrauch gemäß, eine Unterbrechung der Spielzeit nicht eintreten lassen.

Neues Operettentheater. Die stilleren Theaterwochen haben uns Zeit gegeben, auch einmal das „Neue Operettentheater" aufzusuchen, das sich seit einigen Monaten in einem vormals für Vereinsfestlichkeiten benützten Saal in der Holzstraße aufgetan hat. Ein Theater mit Rauchfreiheit und Wirtschaftsbetrieb, der indessen das Spiel nicht störte. Man gibt daselbst zurzeit: „Durchgegangene Weiber", Gesangsposse von Alois Berla, Musik von Millöcker. Die Fabel ist viel harmloser, als der Titel vermuten läßt. Eine ältere Dame glaubt es bei ihrem Gatten nicht mehr aushalten zu können und begibt sich in den Schutz ihres Neffen. Dessen junge Frau wittert in der Reise ihres Mannes nach Wien fälschlich ein galantes Abenteuer und reist nach. Nach den üblichen Verwechslungen und der Verhaftung durch einen komischen Polizeikommissar finden sich die Herrschaften auf einem Bauernball, der zu einem urwüchsigen Schuhplattlertanz Anlaß bietet, wieder zusammen und die Irrtümer finden eine angenehme Aufklärung. Millöcker hat in die Posse ein paar nette Melodien mit leichter Hand eingestreut. Gesungen und gespielt wurde die alte „Neuheit" mit guter Laune. Wonger, vormals am Gärtnerplatz, der Leiter der Bühne, gab einen Böhmen mit gutem Humor, aber auch seine Truppe hält sich wacker. Das Publikum zeigte sich sehr freundlich und dankbar.

Verschiedenes aus aller Welt. Zur 800. Jahrfeier der Stadt Freiburg i. B. begannen Festspiele, die aus Konzerten, sowie Mozart- und Wagneraufführungen unter Mitwirkung namhafter Gäste, bestehen. — In Basel wurde mit starkem künstlerischen Erfolg ein Händelfest veranstaltet, in dessen Mittelpunkt das im Münster gebotene Oratorium „Saul" stand. — Eine einaktige Tragödie „Der kranke König" von Burte hatte in Karlsruhe gute Aufnahme. Die Tendenz des Stückes ist antisemitisch. — Eine komische Oper von A. Winternitz „Meister Grob'an" hatte in Cassel guten Erfolg. Die Musik wird als einschmeichelnd, aber ohne persönliche Eigenart bezeichnet. Das geschickte Textbuch ist nach W. H. Riehls Novelle: „Ovid bei Hofe" gestaltet. — Als leichte Unterhaltungsware erwies sich R. Lothars in Berlin gegebenes Journalistenstück „Das Morgenblatt". Es biegt den Fall Caillaux—Calmette, das Eintretens einer Frau für den Gatten, der dem Preßangriff eines politischen Gegners zu erliegen droht, ins Humoristische um. — Auf der Wartburg wurde der Erinnerung an den 700. Todestag Wolfram von Eschenbachs eine Feier gewidmet, die die Bedeutung des Parsifaldichters für die deutsche Kultur und Dichtung eindrucksvoll hervorhob. Altdeutscher Minnesang umrahmte anmutig das Fest. — In Bozen spielt ein aus Münchener und Koburger Sängern zusammengefügtes Opernensemble. Auf die Begrüßung durch den Bürgermeister antwortete ein Spielleiter, der sich hierbei eine nicht durch Notwendigkeiten gebotene Artigkeit gegen Italien nicht versagen zu können glaubte und damit den wunden Tiroler Herzen Schmerz bereitete. Eine vornehme Zurückhaltung dem Auslande gegenüber ist den Deutschen aber nicht genug anzuempfehlen. — Sehr gelobt wird Lehars neue Operette: „Die blaue Mazur", die in Wien dank reizvoller Melodien und einem von der Schablone ein wenig abweichenden Textbuch mit Jubel aufgenommen wurde. — Sternheims Komödie: „Die Kassette" führte im Wiener Burgtheater zu einem wüsten Theaterskandal. Man hätte sich die Erfahrungen, die man vor zehn Jahren etwa auf der Münchener Hofbühne mit diesem Stücke gemacht hat, zu Nutzen machen können. Auch in diesem Theater war das Publikum empört gewesen. — „François Villon" nennt sich die Erstlingsoper des bekannten Kritikers A. Nölte, die in Karlsruhe einen schönen Erfolg hatte. Nur durch intensivstes Miterleben dieser dramatisch geschwungenen Melodienkurven, farbig bunten Untermalungen und erstaunlichen Abkehrungen aus einer Tonart in heterogene Klangwellen kann die komplizierte Seelendramatik des französischen Lyrikers erfaßt werden, dessen Lebensroman der Musiker in seinem selbstverfaßten Textbuch nicht sehr dramatisch zu gestalten vermochte. — Dem nach München übersiedelnden Intendanten der Frankfurter Bühnen widmen die Frankfurter Blätter sehr anerkennende Nachrufe. „Jede Premiere war", so lesen wir, „nicht ein Erfolg, aber ein Ereignis. Jede fast wurde vom Regisseur, vom Schauspieler verantwortungsbewußt in letzte, eindringlichste Formung gestoßen, vom Zuschauer verantwortungsbewußt aufgenommen und leidenschaftlich diskutiert. Hin und wieder; aber immer diskutiert. Frankfurt bekam, was vorher nur zum Teil vorhanden war, so etwas wie ein innerlich interessiertes Premierenpublikum, das Haus bekam jene undefinierbare Premierenstimmung und fand Resonanz nach außen; aber auch die Klassikeraufführungen zeigten, daß „der alte, frohe und schöne Idealismus auf den Brettern nicht ausgestorben ist." L. G. Oberlaender, München.

140 000 Einladungen an ausländische Firmen hat das Meßamt in Leipzig zur diesjährigen Leipziger Herbstmesse versandt. Die Einladungen gingen außer an alle europäischen Staaten auch nach dem fernsten Osten und nach Amerika. Mit den süd- und mittelamerikanischen Staaten sind in weitestem Umfange die Beziehungen wieder aufgenommen worden, nach China, Japan und Niederländisch-Indien, selbst nach Abessinien sind die Aufforderungen zum Besuch der Messe ergangen.

Lehrer-Exerzitien finden vom 26.—30. Juli 1920 im Antoniusheim Vierzehnheiligen, Post Lichtenfels, Obfr., statt. Darauf bezügliche Mitteilungen können dorthin gerichtet werden.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Innenpolitik bleibt grundlegend für die Wirtschaftslage — Gebesserte Kohlenversorgung Süddeutschlands — Wird Deutschlands Markvaluta hochkommen? — Bankenbilanzen — Preisabbau-Politik.

Was Deutschlands Wirtschaftsentwicklung während des jetzt einjährigen Bestehens des „Friedensvertrages" von Versailles auszukosten hatte, kann als beispiellos bezeichnet werden. Wenn schon nach kurzer Frist seine Revision sogar von Ententeseite, namentlich von Englands Politikern, als dringende Lebensaufgabe gefordert werden musste, so besagt dies genug. Und wenn schon seit Monaten in den unmöglichsten Konferenzen von den verschiedensten Ententekommissionen an diesem Monstrum herumgedoktort wird, wie an einem siechen Krankheitskörper, ist dies ein weiteres Schulbeispiel, wie sehr ganz Europa infolge der Wirkungen des Weltkrieges zusammenbrechen kann. Für Deutschland im besonderen hat sich die Wirtschaftslage seit den Besprechungen in Hythe und in Boulogne sicherlich verschlechtert. Hieran ändern auch die bei der Pariser Wirtschaftskonferenz neuerdings bekundeten Verständigungspunkte soviel wie nichts. Wenn Deutschland tatsächlich die anscheinend von den Ententebeteiligten akzeptierte Entschädigungssumme von drei Milliarden Mark — in Gold — zur Zahlung pro Jahr und auf die Dauer von 35 Jahren auferlegt wird, ferner nach wie vor an Kohlen und sonstigen lebenserhaltenden Produkten alles nur irgendwie fassbare Plus abzuliefern hat, bedeuten solche „Friedens"-Massnahmen unerbittlich unseren Ruin. Man muss naturgemäss bei solchen Betrachtungen immer wieder unsere Gesamtlage berücksichtigen und sie ist ernst und trostlos.

Schon die Ententeforderung hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands mit ihren Einzelheiten bietet solchen Grund zur Beunruhigung. Die innerpolitischen Meldungen — neue Putschgerüchte — bestätigen dies. Die lange Dauer der latenten Regierungskrise, die zurzeit wieder ausgebrochenen Teuerungsunruhen im ganzen Lande geben ebenfalls ein Bild unserer unsicheren Lage. Neue Lohnforderungen von Arbeitnehmern werden bekannt. Die Frage der Lohnabzüge zu Steuerzwecken erzeugte eine ausserodentlich erregte Stimmung in den Arbeiterkreisen. Dies alles aber geschieht im Zeichen einer besonders scharf ausgeprägten Wirtschaftskrise, wie sie durch die alles lähmende Kaufunlust und den Mangel an Kaufkraft des werktätigen Konsumenten-Publikums fortgesetzt zugespitzt erscheint. Die Zahl der Arbeitslosen wird — mit und ohne der 100,000 eventuell frei werdenden Reichswehrteile — von Tag zu Tag grösser und bedenklicher. Deutschlands innerpolitische Lage verursacht daher berechtigtes Bedenken für den Wirtschaftsbeobachter. Jedenfalls erleidet die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des deutschen Exportverkehrs dadurch unliebsame Verzögerung, schon deshalb, weil ein grosser Teil des schwer zu erringenden Vertrauens an Deutschlands wirtschaftliche Wiedergeburt bei ausländischen Wareneinkäufen doch immer wieder ins Schwanken gerät. Und gerade dieses Vertrauen benötigen unsere Exportstellen jetzt mehr denn je! Einige Wahrnehmungen günstiger Art werden zwar dabei fördernd wirken. So wurde die Möglichkeit einer Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands durch dankenswerte Leistung von täglich zwei Stunden Ueberarbeit seitens der Arbeitnehmer der Rheinschiffartsgesellschaften viel beachtet. Der Zusammenschluss der gesamten Unternehmerschaft Deutschlands — Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Finanzwelt, Industrie, Handwerk — in einen gewaltigen Reichsverband mit dem Zwecke einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, dient sicherlich ebenfalls zur Beseitigung mancher Gefahren der demnächstigen Wirtschaftszukunft. Hoffentlich kann zum mindesten die von Regierungsseite vor einiger Zeit zum Ausdruck gebrachte Befürchtung, dass zur Beschaffung weiterer Auslandskredite und bei Fortdauer des unrentablen Arbeitens der deutschen Staatsbetriebe die Reichsregierung schliesslich gezwungen sei, diese Staatsunternehmungen ausländischen Kapitalgenossenschaften zu überlassen, restlos unterbleiben. Unter Beteiligung der grossen Industriewerke und anderen tragfähigen wirtschaftlichen Organisationen hat der frühere Reichsfinanzminister Wirth seinerzeit die Gründung einer Reichstreuhandgesellschaft für ausländische Kredite in Aussicht gestellt. Eine solche Organisation im Zusammenhang mit dem neugebildeten Reichsamt für Arbeitsvermittlung könnte für Deutschlands Wiederaufbau viel anbahnen, fraglich bleibt jedoch trotzdem, ob die sich zeitweise langsame Kursbesserung der deutschen Reichsmark im Ausland auf die Dauer Stand halten kann. Abgesehen von zumeist rein spekulativen Beweggründen amerikanischer Herkunft liegt irgendein Grund zu einer bejahenden Annahme leider soviel wie nicht vor. Jedenfalls bleibt zum mindesten abzuwarten, ob und bis zu welchem Umfange sich die jetzige **Steuerpolitik Deutschlands** hierbei bemerkbar machen wird. Namentlich müsste es uns gelingen, der Hochflut an papierenem Geldverkehr wirksam entgegenzutreten. Der Forderung einer ausgesprochen produktiven, sichtbaren Arbeitsleistung auf allen Gebieten muss in gleichem Zusammenhang immer wieder in erster Linie das grundlegende Wort gesprochen werden.

Unsere Grossbankwelt konnte im abgelaufenen Bilanzjahr zum Teil glänzende Rekord-Gewinnergebnisse erzielen. Vielfach erhöhte Dividendenerträgnisse, ganz gewaltige Rückstellungen und Abschreibungen belegen dies. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus bedeutet dieses Jahr einer solchen **Bankenhochkonjunktur** sicherlich keinen Glanzpunkt. Scheinkonjunktur, Auswirkungen der total ruinierten Geldpolitik und von Krankheiten aller Art am heimischen Wirtschaftskörper werden solche Symptome bleiben! Dazu der innige Zusammenhang des Geldverkehrs mit den ungeheuerlichen Milliarden im Staatskredit. Man denke nur an die bei den Banken und der Depositenkundschaft untergebrachten Reichsschatzwechsel und die sonstigen Staatsverpflichtungen. Ein gut Teil solcher vielfach beschäftigungslosen Milliarden wird über kurz oder lang zur Deckung und Bezahlung der Lieferungen von Rohstoffen aller Art, Lebensmitteln, wie Getreide, aus dem Auslande dienen. Hoffentlich gelangen sodann Gelder hiervon bei der Realisierung solcher Verpflichtungen in die Kanäle der praktisch arbeitenden Wirtschaft. Fabrikprodukte, Abdeckung von Bankkrediten, Minderung von Gemeinde- und Staatsverschuldung. — Das Sinken des allgemeinen Preisniveaus spielt hierbei mit und dieser Faktor soll und darf nicht durch künstliche Halbheiten in seinem Werdegang aufgehalten werden. Sonder-Interessen können hierbei niemals wirksame und ausschlaggebende Gegengründe bilden.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Günstiges Angebot in Rauchwaren!

Offeriere Qualitäts-Zigaretten bekannte Marken von nur ersten Firmen wie folgt: Zuban' Batschari, Salem, Arabantinos, Waldorf, Astoria' Delta u. s. w. in Sortimenten von **300 Stück zu 30 u. 40 Pfg., o. M. zu Mk. 95.–**

Höhere Preislagen von 50 Pfg. aufwärts nur auf besonderem Wunsch.

Billige Zigarren: Uebersee mit Inland **60, 70, 80** Pfg.
Qualitäts-Zigarren: rein Uebersee zu **90, 100, 120, 130, 150** Pfg. usw
Schweizer Virginia zu **1.50**; Deutsche zu 1.—; Schweizer Stumpen zu **65, 70, 75** Pfg.
Kleinere Zigarren und **Zigarillos** zu **50, 60, 65, 70, 75** Pfg.
Rauchtabake: Grobschnitt von **26.**—; Feinschnitt von **32.**— aufwärts p. Pfd.; Mittelschnitt, Uebersee, Blattware ohne Rippen, sehr preiswert, zu **27.**— p. Pfd. (Ladenpreis 32 — bis 35.—).
Zigarettentabake: von **8.**— Mk. aufwärts per 50 g.

Lieferung erfolgt unter Wertnachnahme; bei Vorauszahlung Franko-Lieferung.
Postscheck-Konto 5253 München.
Für Wiederverkäufer Spezialpreise.

Franz Steffens, Zigarrengroßhandlung, München
Großhandelserl. v. 21. Aug. 17. Elvirastraße 4/0, Telephon 61208.

Wormser Kreditanstalt A.-G.

Worms a. Rh.

Drahtadresse: Kreditanstalt. Fernsprecher 2105.

Neuemissionen.

Ausführung aller Bankgeschäfte.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.

ALTE STUTTGARTER

Grösste europäische Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit

Versicherungsbestand Ende 1919 .. 1 Milliarde 487 Millionen Mark
Bankvermögen „ 1919 .. 611 Millionen Mark

DER MITTELPUNKT

für die wichtigsten Ereignisse des religiösen und kirchlichen Lebens



des In- und Auslandes für alle Katholiken deutscher Zunge ist die

DEUTSCHE KATHOLIKEN-ZEITUNG

Wollen Sie eine wirklich vornehme Umschau über sämtliche Fragen religiöser, kirchlicher und politisch-sozialer Art kennen lernen, dann verlangen Sie sofort kostenfreie Zusendung von Probenummern.

Katholische Presse-Union München
Geschäftsstelle Dillingen a. D. Bayern.

---

5 Grosse Preise: Paris St. Louis Roubaix Turin Leipzig

Schiedmayer-



Flügel
Pianinos
Harmonium

Meisterharmonium Dominator & Scheola.
Schiedmayer, Pianofortefabrik v. J. & P. Schiedmayer.
Stammhaus: Stuttgart, Nekarstr. 12, Eckhaus. Zweigfabr.: Altbach Plochingen. Zweiggeschäft: Berlin, Potsdamerstrasse 27 B
Niederlagen überall.

Diese Straussfeder-Boa



kostet b. uns 10 cm dick 20 M., ca. 15 cm dick 30 M., ca 20 cm dick 80 M., 25 cm 120 M. Echte Atama, Edelstraußfdrn., jetzt 20 cm lang nur 6 M., 25 cm 9 M., 30 cm 15 M., 40 cm 25 M., 45 cm 36 M., 50 cm 60 M., 60 cm 95 M. Echte Kronenreiher 30 M., 50 M., 100 M., 150 M., 250 M. Echte Stangenreiher, 30 cm hoch, 40 M., 80 M., 120 M., 40 cm hoch 50 M., 100 M., 150 M. Versand per Nachn. Auswahlsendung gegen Standangabe.

HERMANN HESSE, DRESDEN-A.,
Scheffelstr. 10/12, p., I—IV.

Die Buch- und Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 u. 6

übernimmt die Herstellung von Werken jeder Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen u. s. w. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Nebenverdienst

bis 1000 M. monatlich, leicht zuhause, ohne Vorkenntnisse. Dauernde Existenz. Näheres auf briefliche Anfrage durch:
S. Woehrel & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichterfelde, Postfach 618.

Shoddy, Effilochées, Fettabfälle, Garne

Polsterwolle

Kunstwollwerke Werner & Pick, G. m. b. H.
Kleinsteinbach, Baden. Telegr.-Adr.: Piwer.

Briefmarken-sammler

sucht eine mittlere oder grössere Sammlung als Stock z. Weitersammeln **direkt aus Privathand zu kaufen.**

Angeb. unt. **M. S. 20205** an die Geschäftsstelle der Allg. Rundschau, München.

In dieser ernsten Zeit kommt das **Harmoniumspiel** ganz besonders zur Geltung Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstrument.
HARMONIUM sollte i. jed. Hause z find. sein
HARMONIUM m. edl Orgelton v. 66-2400 M.
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hofl., **Fulda.**

Bei allen Anfragen beziehe man sich auf die „Allgem. Rundschau".

Speise- u. Herrenzimmer

nach eingesandten Zeichnungen fertigt in guter solider Arbeit bei billigster Preisberechnung an

Paul Andre, Gassen N.-L.

Sitz-Auflagen

aus Filz

Filztuche

Cölner Filzwarenfabrik Ferd. Müller, Köln a. Rh.
Friesenwall 67.



Musik instrumente.
Preisliste Nr. 594 umsonst.
Edmund Paulus
Markneukirchen No. 594.
Welches Instrument interessiert?



Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland ℳ 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 28 München, 10. Juli 1920. XVII. Jahrgang.

Der Block der Mitte.

Von Dr. Hans Eisele, München.

Die Regierung Fehrenbachs, gebildet aus den Parteien Zentrum, Deutsche Volkspartei, Christliche Volkspartei und Demokraten ist gar nicht so schwach, falls sie nur sich stark zu machen und auf eigenen Füßen zu stehen weiß. Die Regierung Fehrenbachs muß so sich halten, daß sie jeden Augenblick ebenso gut durch den Anschluß der Deutschnationalen Volkspartei sich erweitern und verstärken kann, wie bisher der Mehrheitssozialdemokratie die Möglichkeit eines Eintritts in diese Regierung offen gehalten wurde. Je weniger Schwäche die Regierung Fehrenbachs gegen die äußerste Linke und gegen die Kräfte des Umsturzes und der Straße zeigt, um so mehr Autorität wird sie finden. Fehrenbach soll nur nicht vergessen, daß das ganze Volk, mit Ausnahme der zerstörenden Kräfte des Bolschewismus, nach einer starken Autorität, nach einer festen Hand und Regierung förmlich schreit. Die Haltung der Reichsregierung zu der Frage des Steuerabzuges, zum Landarbeiterstreik und zu den Vorbereitungen des Generalstreikes, zum Boykott Ungarns u. a. wird ein Maßstab werden für die Beurteilung dessen, was man an Macht und Autoritätsbewußtsein von der Regierung Fehrenbachs erwarten darf.

Fehrenbachs Bedeutung und Stärke in der Partei und im Parlament lag stets weniger in der mühseligen Kleinarbeit der Ausschüsse, als in der Gabe, Verhandlungen zu führen und zu präsidieren. Für Verhandlungen in der Fraktion und mit gegnerischen Parteien, brachte Fehrenbach außer einer ungewöhnlichen Rednergabe diplomatisches Talent und die Fähigkeit mit, auch den Gegner zu packen, zu überzeugen, zu blenden, namentlich da, wo nicht bloß kalter Verstand die Rechnung stellte. Diese Gewandtheit im Verhandeln wird Fehrenbach in seiner Regierung und auch in Spa wohl nützen können. Es wird einer geschickten Hand bedürfen, die Gegensätze innerhalb der Regierungsparteien, aber noch mehr die Stellung der Regierung zwischen links und rechts richtig auszubalanzieren. Wenn Fehrenbach das richtig versteht, so wird gerade darin die Stärke der jetzigen Reichsregierung liegen, daß sie eine wirkliche Regierung der Mitte, ohne das radikale Bleigewicht der Linken und Rechten, geworden ist. Je weniger die Regierung Furcht vor der Sozialdemokratie zeigt, je bestimmter Fehrenbach sich auch die Erweiterung seiner Regierung nach rechts offen hält, die von der Sozialdemokratie eingestandenermaßen gefürchtet wird, um so mehr Bewegungsfreiheit, Autorität und Stärke wird die Regierung Fehrenbachs finden, da auch die Rechte sich hüten wird, die Koalition nach links zu treiben. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie lieber diese Regierung ohne äußerste Rechte und ohne geschlossene Bürgerfront sieht, und daß die Rechte ebenfalls dieser Regierung den Vorzug vor einer Koalition mit der Sozialdemokratie geben muß. In dieser Situation der beiderseitigen Eifersucht und der Rechnung mit dem kleineren Uebel liegt die Stärke des Kabinetts Fehrenbach, wenn diese Faktoren richtig ausgenützt werden. Als bedeutender Kopf neben Fehrenbach steht ohne Frage sein Parteifreund Brauns, der Reichsarbeitsminister, der erste Geistliche auf einem Ministersessel des Deutschen Reiches. Er hat die Vorzüge Fehrenbachs, besitzt eine ungewöhnliche Rednergabe, starken Ehrgeiz, eine gewaltige Arbeitskraft, Organisations- und Verhandlungsgabe und vor allem ein großes wirtschaftspolitisches Wissen, dabei Energie und Kraftbewußtsein. In der Vergangenheit galt Brauns in Wirtschaftsfragen als ziemlich weit rechtsstehend. In der letzten Zeit sah man allerdings in weiten Kreisen in ihm einen der am meisten links gehenden Führer des Zentrums, dessen Einfluß besonders durch seine Berufung an die Spitze der ganzen Reichspartei nach Berlin bedeutsam geworden ist. Herr Dr. Wetzel hat bereits in Nr. 22 der „Allgemeinen Rundschau“ vom 29. Mai auf diese Tatsachen und Stimmungen hingewiesen. Herr Reichsminister Dr. Brauns teilt uns dazu mit, daß die Oberleitung der Parteizentrale nicht ihm allein, sondern einem Kuratorium untersteht, das sich zusammensetzt aus den Herren Geheimrat Trimborn, Reichsgerichtsrat Burlage, Geheimrat Itschert und Dr. Brauns. Daneben führt die Arbeit ein Generalsekretär, der nicht Dr. Brauns ist. Die vorläufige Mitarbeit des Herrn Dr. Brauns im Generalsekretariat sollte nach seiner eigenen Auffassung lediglich organisatorischen Zwecken dienen. Von einer Uebertragung der ganzen geistigen Leitung der Zentrumspartei und ihres gesamten publizistischen Apparates an Dr. Brauns könne nicht die Rede sein. In der Nationalversammlung hat Dr. Brauns bei den Arbeitsbienen des Zentrums gestanden, namentlich in der Verfassungskommission, im Betriebsrätegesetz und beim Wirtschaftsausschuß. Er selbst verweist gegenüber der Tatsache, daß er als der am weitesten linksstehende Zentrumsführer angesehen würde, auf seine dort gehaltenen Reden und Vorträge.

Reichspostminister Giesberts ist auch in die Regierung Fehrenbachs übernommen worden. Giesberts, einst der Vater der christlichen Arbeiterbewegung, ist seit der Revolution immer mehr nach links gegangen. Er hat sich im Bielefelder Abkommen unter das Diktat der sozialdemokratischen Gewerkschaften gebeugt und den Beschlüssen der Partei und der Nationalversammlung zuwider sogar den roten 1. Mai zum Feiertag erklärt. Giesberts war einst in der alten Reichstagsfraktion von den Arbeitervertretern der nüchternste Beurteiler der Verhältnisse und gerade deshalb so angesehen. Mehr als einmal hatte er sich in der Vergangenheit, besonders in den seinerzeitigen Wirtschaftskämpfen der Zolltarifverhandlungen und bei Steuerfragen, gegen radikale Strömungen im Lager der christlichen Arbeiterorganisationen zu stemmen gewagt. Es wäre ein Gewinn für die christlichnationalen Arbeiterorganisationen, wie für das Zentrum und seine Einigkeit, wenn ein Mann wie Giesberts wieder zurückfinden würde zu seiner früheren Selbständigkeit des Urteils und zu seiner früheren Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie das deutsche Volk und auch die christliche Arbeiterbewegung zugrunde richtet. Man kann eine schwache Hoffnung dafür hegen, denn eben noch schrieb mir Reichspostminister Giesberts, daß er sich bei seiner viel angefochtenen Rede in Düsseldorf nicht in dem von der Presse wiedergegebenen Sinne ausgesprochen, sondern nur folgende Prophezeiung gegeben habe:

> Mit dem gewalttätigen Bolschewismus, der nach russischem Muster mit Hilfe blutigen Terrors seine Ziele zu erreichen sucht, haben wir ernsthaft wohl in Deutschland nicht mehr zu rechnen (?). Selbst die Unabhängigen lehnen ihn ab (?). Wohl aber scheint sich bei uns ein gewisser Lohnbolschewismus anzubahnen, d. h. die radikalsten linken Elemente (nur sie?) mischen sich unter die Gewerkschaften und treiben die Arbeiter zu immer höheren Forderungen, trotzdem sie wissen, daß dadurch das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert wird Hier liegt eines der schwersten Probleme der Zeit. Es kann hierbei nicht die Rede sein, daß die Löhne bei den heutigen Preisverhältnissen nicht entsprechend gesteigert werden müssen, aber die Grenze ist schließlich die Wirtschaftlichkeit des Betriebs und die Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft. Wir müssen uns mit den Gewerkschaften gemeinsam gegen jene Elemente wenden, die einen solchen Lohnbolschewismus propagieren, um die deutsche Wirtschaft durcheinander zu bringen.

Das Programm Fehrenbachs, das er im Reichstag verkündet hat, läßt Raum für eine Politik der Mitte, die ebenso frei ist von einseitiger Linksentwicklung wie von „reaktionären“ Forderungen. Allenthalben, aber besonders in der deutschen Jugend, hätte man wohl einen Ton wärmerer nationaler Gefühle in Fehrenbachs Programmrede erwartet, denn kaum einer verstand es früher so wie Fehrenbach, an Festen der Monarchie, auf Katholikenversammlungen oder bei Studententagen Töne wärmsten, begeisterten Patriotismus für Kaiser und Vaterland anzuschlagen. Warum scheut man sich denn gar so sehr vor nationalen Worten und patriotischen Tönen, wo uns nationale patriotische Begeisterung gepaart mit patriotischem Opfersinn doch heute so bitter nottun?

Aber all die inneren politischen Sorgen und Streitfragen stehen unter dem Bann von Spa. Wenn es der Regierung Fehrenbachs gelingt, aus den Verhandlungen in Spa ein lebensfähiges Deutschland mit Machtmitteln für die innere Ordnung und Sicherheit und mit Möglichkeiten eines politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu retten, dann wird die Regierung Fehrenbachs allen inneren Kämpfen standhalten und absehbare Zeiten überdauern können. Wichtiger als Versailles ist Spa, denn in Spa ist es zum erstenmal möglich, daß neben dem französischen blinden Haß sehender und wägender Verstand mitentscheidet. Des Engländers John Maynard Keynes Buch über die Friedensverhandlungen in Versailles sollte jeder der nach Spa geht und den Frieden von Versailles beurteilen will, vorher genau studieren. Das Buch John Maynard Keynes: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, Verlag Duncker und Humblot, München-Leipzig, schildert in wunderbaren psychologischen Feinheiten, wie es der diplomatischen und sachlichen Ueberlegenheit von Lloyd George und Clemenceau gelungen ist, den Ignoranten Wilson in eine Situation hinein zu bugsieren, daß er seine eigenen früheren Grundsätze bekämpfen und Befürworter des Gewaltfriedens werden mußte. In dem neuen Minister der äußeren Politik Simons hat die Regierung Fehrenbachs eine starke Kraft. Simons ist in der auswärtigen Politik einer vom Bau; er galt schon unter der alten kaiserlichen Regierung im auswärtigen Amt als einer der besten Kenner des Völkerrechtes und der Völkerbeziehungen, überhaupt als einer der besten Köpfe des ganzen Auswärtigen Amtes. Vor allem ist Simons ein eigener Kopf mit eigenen Ansichten, ein Charakter und eine Persönlichkeit, kein Müller oder Scheidemann, Bauer, ein Mann von großem Wissen, zäher Energie und kluger Verhandlungsart. Er mit seiner Charakterfestigkeit, seinem großen Fachwissen, und Fehrenbach mit seinem Verhandlungsgeschick und seiner Ueberzeugungskraft können wohl Wortführer in Spa werden. Aber man höre auf mit den ewigen Schuldbekenntnissen und demütig wimmernden Versprechungen, daß wir den Friedensvertrag von Versailles mit allen seinen Bestimmungen gewissenhaft erfüllen wollen. Nein, und tausendmal nein! Wir wollen diesen Gewaltfrieden nicht ausführen, weil wir seine Bedingungen nicht erfüllen können. Nein, wir wollen nicht, denn wir können nicht. Das muß der ganzen zivilisierten Welt tagtäglich eingehämmert werden. Ueber unsere wehleidigen Versprechungen zuckt man die Achseln.

Im Innern aber muß jetzt unter dem Zeichen von Spa der Streit und Hader der Parteien ruhen. Es ist ein Verbrechen am Vaterland, wenn gerade in diesen Tagen sozialdemokratische Blätter in immer neuen Denunziationen über militärische Rüstungen das eigene Vaterland beim Feinde verraten und verklagen. Es ist ein Verbrechen am Vaterland, wenn in diesen Tagen revolutionierende Elemente des Bolschewismus zum Generalstreik rüsten und in zahlreichen örtlichen Putschen und Kämpfen sozusagen die Generalproben dafür arrangieren. Die Sozialdemokratie mag die Lebensmittelkrawalle jetzt hinterher als unbequem abschütteln, sie sind und bleiben Geist von ihrem Geiste, die Folgen ihrer Verhetzung und ihre Leute sind's, die sie arrangieren.

Die Deutschnationalen mögen Heißsporne wie Helfferich und Gräfe zur dritten Garnitur zurückstellen. Alle Parteien müssen beim schweren Kampf in Spa der Regierung den Rücken decken und sie stärken. Das Parteiinteresse der Sozialdemokratie und das Revolutionsinteresse darf in Spa keine Rolle spielen, sonst sind wir wie beim Waffenstillstand verkauft. Wir haben eben jetzt in der europäischen Lage des Ostens und in unserer eigenen geographischen Lage zwischen Ost und West starke Trümpfe. Spielen wir sie aus. Fragen wir nicht, wie die Entente handeln wird; das mag deren erste und nicht leichte Sorge sein. Fragen wir bloß: Was dürfen und können wir als Deutsche tun, um eben noch den Untergang des Vaterlandes und Volkes in letzter Stunde zu verhüten. Hinter einem Nein unserer Regierung muß ein gleich denkendes, geschlossen handelndes Volk frei vom Parteiegoismus und Parteihader stehen. Dann wird das Nein endlich wieder zur ersten kraftkündenden Lebensbejahung nach der Lebensverneinung der ganzen Revolutionspolitik und ihren Verzweiflungstaten.

Im Zentrum aber mag man in dieser schweren Zeit auf allen Seiten Einkehr halten und Mittel und Wege ersinnen, wie es möglich ist, wieder die alte Einheit und Einigkeit, die alte Parteifreudigkeit und Begeisterung bei den Alten und Jungen zu wecken, die abgesprengten Teile im Rheinland und in anderen Orten, die Partei- und Wahlmüden wieder heranzuholen, damit das Zentrum, wie bei dieser Regierungsbildung, für die schwere Zukunft unseres Vaterlandes der feste granitene Block der Mitte bleibt, an den alles, was staatserhaltend und aufbauend für unser Vaterland ist, rechts und links anwachsen kann. Nur blinde Fanatiker könnten nach den letzten Reichstagswahlen die Zersetzungssymptome im Zentrum leugnen. Wer sie damit unterdrücken will, daß er die schmäht, mit Boykott und materieller Vernichtung bedroht, welche diese bedauerlichen und beklagenswerten Erscheinungen aufdecken und Mittel zur Besserung zeigen, der gleicht dem kranken Neurastheniker, der den Arzt erschlagen will, weil er ihm die Symptome seiner Krankheit nennt. Wer so denkt und handelt, soll nicht sagen, daß er katholisch denkt und christlich handelt. Es sind uns in den letzten Tagen und Wochen Beweise solcher Gesinnung zu Augen gekommen, — nicht viele, aber doch einige — die einen erschreckenden Einblick in die Mentalität gewisser Katholiken gestatten. Wir schämen uns für die Verfasser, sie hier abzudrucken. Auf solche Weise, mit geistigem Terror, schaffen wir keine einige und begeisterte Parteiarmee, nur mit offenem Eingeständnis begangener Fehler, mit konsequenter, grundsatztreuer Politik. In diesem Sinne bauen wir mit am Block der Mitte.

Der belgisch-holländische Streit, die Flamen und Deutschland.

Von Ver Hees, a. o. Professor an der Universität, Berlin.

Die belgische Regierung nimmt gegen Holland eine Haltung ein, deren Folgen unabsehbar sind und die der Anfang für die Verwirklichung der jahrhundertealten Gelüste Frankreichs auf das gesamte linke Rheinufer werden können. Schon im April ds. Jrs. hatte der Rechtsanwalt August van Cauwelaert, ein nicht aktivistischer, „gemäßigter“ Flame und Bruder des vielgenannten Abgeordneten, in seiner Wochenschrift: „Het Vlaamsche Land“, die französelnde Politik der belgischen Regierung aus Anlaß der Mitwirkung belgischer Truppenteile bei der widerrechtlichen Besetzung Frankfurts wie folgt bekämpft:

„Diese sklavische Politik hatte schon begonnen in Le Havre, unter der Regierung von Minister de Broqueville, dem Präsidenten der Amitiés Françaises (der bekanntlich 1919 keine Kandidatur mehr in seinem flämischen Wahlkreise Turnhout bekam, den er seit 27 Jahren in der Kammer vertreten hatte). Es war die Zeit, wo Minister Segers (ein Antwerpener) nach Lyon zog, um Belgiens bewundernde Liebe für die große ältere Schwester zu besingen: ein Loblied, das zu seiner bleibenden Schande an allen Mauern der Stadt Antwerpen angeschlagen werden sollte. Es war die Zeit, wo flämische Jungens aus dem Heere ins Gefängnis geschleppt wurden, weil sie in aller Würde den 11. Juli, das Erinnerungsfest des Sieges der Flamen über die Franzosen bei Groeninghe-Kortrijk im Jahre 1302, auf französischem Boden zu feiern gewagt hatten.... Damals meinten wir: einmal kommt doch die Befreiung des Landes und mit ihr die große Säuberung in unserer Regierung. Wir haben geirrt: denn anstatt de Broqueville bekamen wir den unselbständigen Delacroix und die Herren Renkin und Hymans blieben im Sattel. Diese Lakaienpolitik hat uns bisher nur Schaden gebracht. Die Taue, welche uns an Frankreich fesseln, müssen darum durchgehackt werden.“

Herr A. van Cauwelaert sieht nicht ein, daß die Versklavung des sogenannten neutralen Belgien an wirtschaftliche, politische und strategische Ziele Frankreichs schon viel früher begonnen hat: Der Aufstand von 1830 gegen den großniederländischen Staat, der lange unter den burgundischen Herzögen,

mit den Kaisern Maximilian und Karl V. bestanden hatte und leider unter dem einseitigen König Philipp II. von Spanien auseinandergerissen wurde, war schon großenteils französische Mache, und die Errichtung eines Königreichs Belgien, das noch 1785 von Oesterreich den Wittelsbachern im Tausch für Altbayern unter dem damals bekannteren Namen eines Königreichs Burgund angeboten wurde, war eine Revanche für Waterloo. Später ließ die belgische Regierung zu, daß ihre Banken für die französisch-russischen strategischen Bahnen und für die russischen Kriegsvorbereitungsindustrien unter der belgischen Kundschaft Milliarden warben; ja, die ehemaligen belgischen Minister wurden zu Mitgliedern der Verwaltungsräte solcher unneutralen Unternehmungen. Sie hatten 1906 die Hälfte der neuen Kohlenbergwerke im flämischen Kempenlande, den französischen Kriegsvorbereitungsgesellschaften, wie Le Creusot, verschenkt. Sie hatten die gewichtigsten kriegsstrategischen Eisenbahnen der Sambre- und Maastäler den französischen, unter der Aufsicht der französischen Heeresverwaltung arbeitenden Gesellschaften zugeschoben und sie später bei der Verstaatlichung aller anderen belgischen Eisenbahnen in diesen französischen Händen gelassen. Warum hatte Deutschland als Beschützer der belgischen Neutralität gegen die Französelei in Belgien niemals protestiert? Diese Neutralität, als Fortsetzung der alten „Barrière", als Bollwerk gegen Frankreich zum Schutze Deutschlands gedacht, wurde durch die belgische Regierung in ihr Gegenteil, in eine Operationsbasis gegen Deutschland umgekehrt.

Jetzt wieder aufs neue! Während des Krieges und erst recht seit seinem unseligen Ausgang hatten die chauvinistischen französischen und belgischen Kreise die Forderung nach der Rheingrenze wieder laut aufgestellt, wobei Belgien höchstens als französischer Handlanger oder als französische Ostmark, als französisches Protektorat gedacht wird. Das bedeutet aber für Holland den Raub der Provinzen Seeland, Nordbrabant und Limburg; für Deutschland die endgültige Knechtung Rheinlands, Rheinhessens und der bayerischen Pfalz.

Was man in Versailles nicht erreicht hat, hofft man auf Umwegen zu bekommen. Man hat bisher auf die Beschränkung des holländischen Besitzes verzichten müssen, sich aber wirtschaftliche Vorteile sichern können, auch die freie Durchfahrt durch die Westerschelde in der holländischen Provinz Seeland für Handelsschiffe, als Bestätigung der Freiheit des Hafens Antwerpen, und das Recht der Errichtung eines Großschiffahrtsweges von Antwerpen nach Ruhrort über holländisches Gebiet. Der Vertragsentwurf war im März zwischen den holländischen und belgischen Regierungen vereinbart und harrte nur mehr der formellen Gutheißung durch die Parlamente der beiden Länder.

Da entstand in Belgien ein Kesseltreiben gegen diese „nichtssagenden" holländischen Zugeständnisse. Was man eigentlich will, das ist die Beherrschung der Strommündung, auch militärisch, und die Erweiterung der vorerwähnten Operationsbasis durch Einverleibung des holländischen Limburg, das durch den Vertrag von 1839 der belgischen Herrschaft und der Französierung entgangen ist. Plötzlich erklärte die belgische Regierung am 21. Mai, daß sie ihre Zustimmung zu dem Vertragsentwurf vom März zurückziehe, wenn Holland die Hoheit über den Wielingenpaß an der Mündung der Westerschelde nicht zugunsten Belgiens aufgebe. Das Brüsseler Ministerium gab darüber eine Darstellung, als ob Holland mit neuen Ansprüchen in diesem Punkt aufgetreten wäre. Der holländische Minister des Aeußern, van Karnebeek, hat aber bewiesen, daß Holland überhaupt nichts gefordert hat, und daß es sich um eine ganz neue Forderung Belgiens handelt.

Belgien stützt sich auf die Tatsache, daß die Fahrrinne von Wielingen an der belgischen Küste entlang innerhalb der Drei Meilenzone sich befindet, und also völkerrechtlich an Belgien gehören müsse; übrigens brauche sie der neue Hafen Zeebrügge. Aber dieser Paß ist seit Jahrhunderten der Ein- und Ausgang des holländischen Hafens Vlissingen, was auch völkerrechtlich ein Eigentumstitel ist. Zur glücklichen Zeit, wo Großniederland einig war, vor etwa vier Jahrhunderten, entstand einmal ein Rechtsstreit zwischen der Grafschaft Flandern und der Grafschaft Holland-Seeland über die Hoheitsrechte auf Wielingen: Der gemeinsame oberste Gerichtshof von damals, der „große Rat von Mecheln", traf seine Entscheidung zugunsten Hollands, das seitdem fortgefahren hat, seine Fahrrinne auf seine Kosten zu unterhalten, die Seepolizei dort zu üben, die Leuchtschiffe „Wandelaar" und „Wielingen" zu hüten, und in dem Paß durch Tonnen und „Baken" die fahrbare Richtung zwischen den Sandbänken zu zeigen.

Bei der letzten Trennung Hollands und Flanderns wurden durch die Verträge von 1831 und 1839 der Tatsachenbestand und die Frage überhaupt nicht berührt. Anfangs August 1914 bat die belgische Regierung die holländische, im Interesse der Belieferung Belgiens durch die Alliierten, die Schiffahrt auf der Schelde und den Zugang nach dem belgischen Zeebrügge, durch Minen nicht zu unterbinden. Holland konnte in diesem Ersuchen eine Anerkennung seines übrigens bisher nicht in Zweifel gezogenen Besitzstandes sehen und zeigte seine wohlwollende Neutralität, indem es jede militärische Maßnahme in der Fahrrinne unterließ. Der belgische Minister dankte damals.

Als aber die flandrische Küste durch die Deutschen besetzt wurde, da zeigte Holland dieselbe Neutralität und unterließ auch jede Maßregel zur Unterbindung der deutschen friedlichen Schiffahrt von Zeebrügge nach der Scheldemündung. Nun behauptet Belgien, daß Holland durch diese, vom Brüsseler Ministerium selbst beantragte Unterlassung, die Neutralität zugunsten Deutschlands gebrochen und gezeigt habe, daß es auf seine Hoheitsrechte über die Wielinger Fahrrinne verzichtet habe. Belgien möchte sich also durch eine einseitige, eigene Forderung einen Eigentumstitel verschaffen. Holland antwortete, ruhig wie immer, daß diese Frage keine Beziehungen zu dem Vertragsentwurf hätte und im März beiseite gelassen wurde; wenn Belgien auf einer Regelung bestehe, schlug Herr van Karnebeek ein Schiedsgericht vor. Sonst zeigte er sich geneigt, die Frage in der Schwebe zu lassen. Belgien verweigerte jede andere Lösung als das Zugeständnis Hollands, daß Wielingen Belgien zugesprochen würde und erklärte gegenüber dem ablehnenden Standpunkt Hollands, daß es die Unterhandlungen über den Handelsvertrag fallen lasse.

So viel Lärm für einige Kubikmeter Wasser! wird man sagen. Aber die Fahrrinne beherrscht die Ein- und Ausfahrt Vlissingens, das der günstigst gelegene Hafen ist für die Handelsbeziehungen West- und Süddeutschlands mit London und mit südenglischen Häfen. Durch den Besitz dieses Punktes in der See käme die Schiffahrt über diese Stelle unter belgische, d. h. französische Aufsicht, und die holländische Provinz Seeland, der Ausgang sämtlicher Gegenden des linken Rheinufers, würde bedroht. Angesichts der andauernden Gewaltmaßnahmen der französischen Besatzungsbehörden, besonders in der Pfalz, ist äußerste Vorsicht geboten. Der Zusammenhang der belgisch-französischen Rheingelüste ist so klar, daß eine freie Regierung, wie Holland, im allgemein europäischen Interesse seine Gebiete Nordbrabant und Limburg in Seeland verteidigen muß durch ein entschiedenes Principiis obsta.

Das Interesse Frankreichs an diesem belgischen Vorstoß wird beleuchtet durch eine belgisch-französische Kundgebung, welche unmittelbar darauf in Brüssel stattfand, und wo hervorragende Politiker der beiden Staaten das Wort führten; unter den Franzosen Paul Doumer, ehemaliger Präsident der französischen Kammer und jetzt des Heeresausschusses des Senats; auch der damalige Ministerpräsident Barthou und, wenn wir nicht irren, der ehemalige Kriegsminister General Messimy. Man hörte Reden, welche die neuen Ansprüche Belgiens auf Seeland und Limburg unterstützten, und Barthou sprach sich im allgemeinen für die belgischen Großmachtansprüche aus: gemischte parlamentarische Ausschüsse von Franzosen und Belgiern werden praktische Vorschläge ausarbeiten.

Der langjährige belgische Minister Renkin ist inzwischen zurückgetreten, weil das Ministerium noch nicht scharf genug gegen Holland auftrat. Derselbe Herr beteuerte schon 1913 gegenüber jedermann auf der Straße, daß die ihm vorgelegten Berichte der belgischen Gesandten die kriegerischen Absichten Deutschlands und die Friedensliebe Frankreichs und Rußlands bewiesen! 1915 erinnerten sich Flamen daran.

Die Lage ist ernst. Auch viele holländische und flämische Stimmen verurteilen aufs entschiedenste diese französische Politik; sie behaupten, daß Belgien und Frankreich nur darum das Maingebiet geräumt haben, weil England es gefordert und finanzielle Drohungen ausgesprochen hatte, und daß Holland in Uebereinstimmung, ja im Einverständnis mit England, eine abwartende Haltung einnimmt; man will zuerst sehen, wie weit die belgischen Heißsporne sich als französische Vorposten hinauswagen werden. Der belgisch-französische Militärvertrag scheint

ohne Mitwirkung, wahrscheinlich ohne Zustimmung Englands geschlossen zu sein.

Wir schrieben eben den 18. Juni, den Waterloo-Tag, wo ich vor 30 Jahren als Präsident des damaligen flämischen Festausschusses vor dem Denkmal der gefallenen Deutschen den „schönen Bund“ für unsere deutschen Gäste auf deutsch hochleben ließ, die Belle Alliance, wodurch Niederländer (Flamen und Holländer wiedervereint), Deutsche und Engländer dem ewigen Ziele der französischen Politik und Gewalt gemeinsam eine Schranke gesetzt hatten, in Anlehnung an das Gedicht, wo Walter Scott die Namen von Azincourt, Crécy und Blenheim, die Orte wo England früher über Frankreich siegte, der Vergessenheit preisgab: „aber stets in Sage und Gesang, in manchem Zeitalter wieder in der Erinnerung, wird leben dein Name, schönes Hougoumont und Feld von Waterloo!“

Es möge England auf diese stolzeste Erinnerung sich besinnen und wieder einsehen, daß die unersättliche Gier und Eitelkeit der Gallier sich nicht mit dem deutschen Elsaß begnügt, sondern die freien Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und dem germanischen Festlande, die wertvollste Aussicht auf Hebung des flämischen wie des deutschen Volkes und auf die Wohlfahrt von England selbst, dadurch zu unterbinden sucht, daß die Mündungen der Ströme, Schelde, Maas, Rhein, Antwerpen, das Rheinland mit der bayerischen Pfalz, dauernd einverleibt werden oder wenigstens unter französischer Aufsicht bleiben.

Die Folge wäre, daß bald, wie zur Zeit Napoleons, der größte Teil Deutschlands und die Schweiz unter dem Protektorate Frankreichs verdörren, Holland und die Mündungen der Ems, der Weser und der Elbe wieder erobert und Frankreich angegliedert würden. Eine kontinentale Vorherrschaft hat England weder jetzt von Deutschland, noch 1854 von Rußland, noch jemals von Frankreich dulden wollen. Die Herabsetzung anderer Völker zu Arbeitssklaven und Kanonenfutter, zu wirtschaftlichen und militärischen Fremdenlegionen für die französische Ueberhebung und Ueberlegenheit im Ueberlisten widerspricht, wie schon 1785 Johannes von Müller schrieb, allen englischen Ueberlieferungen.

Die Sprache der französischen Zeitungen und ihrer französlerischen Nachbeter in Belgien wird immer erregter gegen England. Schon malt man das Gespenst eines englisch-italienischen Feldzuges gegen Frankreich an die Wand, und sucht für eine sogenannte Kontinentalpolitik in Deutschland Stimmung zu machen, damit der gute Michel die Rettungsplanke nicht einmal ergreift. Solang England, das offizielle wenigstens, noch franzosenfreundlich zu bleiben scheint, will man sich beeilen, Pfänder zu ergreifen, um sich wenn möglich die Rheingrenze zu sichern, oder die Deutschen, wie seit 1830 die Flamen, zu weißen Senegalesen herabzudrücken. Durch den französisch-belgischen Besitz der Strömemündungen würde dieses Los wirtschaftlich doch teilweise besiegelt, da die freie Ausfuhr und Durchfuhr Deutschlands dadurch großenteils unter französischer Aufsicht bliebe.

Nachdem er im vorhin erwähnten Artikel die Blindheit der öffentlichen Meinung und der amtlichen Stellen in Belgien gegen die französische Gefahr bedauert hat, beschließt Dr. A. van Cauwelaert seine Ausführungen mit dem Rufe: „Bald stürzt sich der verzweifelnde Judas auf die Szene und ruft: es ist zu spät; ich hab' ihn ausgeliefert!“

Die wachsende Erbitterung der Flamen, auch der Nichtaktivistischen, gegen die französlerischen Anmaßungen und gegen die holland- und deutschlandfeindlichen Bestrebungen der Gegner, bricht aber vielleicht einmal die Einkreisung im Nord-Westen. Die Rohstoffdurchfuhr von Ruhrort nach Antwerpen wird in absehbarer Zeit vom Rhein und von Rotterdam nicht abgelenkt werden durch einen kostspieligen, ja phantastischen Seekanal über die sumpfigen Gründe Nord-Limburgs und über die Maas bei Venlo, und dann wird Deutschland, wenn es frei wird, doch für diese Zufuhren den Vorzug dem dafür ausgestatteten Hafen Rotterdam geben. Aber die Niederlande, auch die flämischen, England und Amerika sehnen sich nach dem deutschen Stückgut, das seit Jahrzehnten seinen Weg über Antwerpen genommen hat. Bestellte deutschfeindliche Kundgebungen in dieser Stadt werden daran nichts ändern, daß für diese Waren West- und Süddeutschland das notwendige Hinterland der Niederlande ist. Und wird England lange gutheißen können, daß die Veredelungsindustrie Deutschlands unterbunden wird, daß die Menschen, welche „Nur-Deutsche“ oder „Nur-Flamen“ sind, wirtschaftlich unterlegen bleiben?

Der Boykott Ungarns und die Anarchie in Oesterreich.

Von Th. v. Sosnosky.

Wenn es noch eines Beweises für die Anarchie in Oesterreich bedurft hätte, so hätte ihn die Boykotterklärung gegen Ungarn zum Zweck der wirtschaftlichen Erwürgung Ungarns erbracht. Der internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam verhängt über Ungarn den Boykott, weil ihm das dort herrschende monarchische und antisemitische Regime ein Dorn im Auge ist. Es handelt sich also bloß um einen Haß- und Racheakt der internationalen Sozialdemokratie und seiner jüdischen Hintermänner (keineswegs des gesamten Judentums!). Zur Befriedigung dieser Rachsucht wird in Oesterreich ein Volk von 10 Millionen dem Hunger und wirtschaftlichen Ruine preisgegeben, eine schwere Verkehrsstörung heraufbeschworen, die keineswegs auf Ungarn allein beschränkt bleiben, sondern allen Ländern fühlbar werden wird, die mit Ungarn in wirtschaftlichem Verkehre stehen. Die Sozialdemokratie hat damit wieder einmal einen glänzenden Beweis ihrer „Brüderlichkeit“ und Menschenliebe gegeben und gezeigt, was man noch alles von ihrem Terrorismus erwarten darf.

Was diesen Boykott aber besonders bemerkenswert macht, ist die einzigartige Tatsache, daß eine Regierung sich diesem Amsterdamer Ukas fügt und ihm zur Verwirklichung verhilft, ja diese überhaupt erst ermöglicht. Ohne die Mitwirkung der österreichischen Regierung wäre der terroristische Befehl der roten Gewerkschaftsinternationale einfach eine ohnmächtige Bramarbassache ohne Wirksamkeit geblieben. Da nun aber Oesterreich sich mit Ungarn keineswegs im Kriegszustande befindet, der allein ein solches Beginnen rechtfertigen könnte, so liegt in ihrem Verhalten eine krasse Verletzung der internationalen Gesetze, Rechte, Gebräuche und Verpflichtungen. Aus Parteihaß gibt die österreichische Regierung die eigene Bevölkerung den wirtschaftlichen Schädigungen dieses Boykotts preis, und gefährdet die Zukunft der Lebensmittelversorgung Oesterreichs zumal Wiens, für das Ungarn bei seiner der österreichischen gleichstehenden Valuta der Hauptlieferant ist und bleibt. Und das wagt die Regierung einer Bevölkerung gegenüber, die dank ihrer Mißwirtschaft, angesichts der üppigsten Lebensmittelfülle in den Schaufenstern, Hunger leiden muß, weil sie die wahnwitzigen Preise nicht mehr erschwingen kann! Sie wagt es, diese ausgehungerte, erschöpfte, mißhandelte Bevölkerung der Lebensmittel zu berauben, die von Ungarn her im Anzuge begriffen waren! Sie setzt diese Aermsten den Repressivmaßnahmen Ungarns aus! Und an solchen wird es die ungarische Regierung nicht fehlen lassen. Schon hat sie die Sperrung der Kohlenzufuhren für das Elektrizitätswerk in Zillingsdorf (Niederösterreich) angeordnet, das auf ungarische Kohle angewiesen ist, und das, Eigentum der Gemeinde Wien, für die Versorgung dieser Stadt mit Elektrizität sehr in Betracht kommt.

Was ist das für eine Regierung, die sich, ohne auch nur den Versuch einer Gegenmaßnahme zu machen, demütig dem Gebote einer Körperschaft unterwirft, die auch nicht die fernste Spur irgendwelchen Rechtes für ihre Vorschriften hat? Eine österreichische Regierung, die sich von einer fremden, mit keiner rechtmäßigen Autorität versehenen Körperschaft in Amsterdam Vorschriften machen läßt, hat auf den Titel Regierung jedes Anrecht verwirkt. Aber die österreichische Regierung ist in geradezu raffinierter Weise darauf bedacht gewesen — und ist es noch —, das Instrument der Exekutivgewalt, das Heer, zu einem ausschließlichen Werkzeuge der Revolution zu machen. Sie könnte demnach, selbst wenn sie wollte, nicht Ordnung schaffen und mit Hilfe dieses Heeres den Boykott verhindern, denn es würde ihr einfach nicht gehorchen. Tatsächlich will sie jedoch gar nicht, sondern ist im Gegenteile mit dem Boykott ganz einverstanden, ja es könnten die recht haben, die behaupten, der Anstoß zu diesem Boykott sei nicht von Amsterdam ausgegangen, sondern von Wien, dessen herrschende Partei von fanatischem Hasse gegen Ungarn erfüllt ist, weil man dort mit dem Bolschewismus aufgeräumt und die Sozialdemokratie zur Kapitulation genötigt hat.

In jedem Fall wirft dieser Boykott ein grelles Streiflicht auf die anarchischen Zustände, die in Oesterreich herrschen, seit die Sozialdemokraten die Regierungsgewalt an sich gerissen haben; ein Streiflicht, das diese Anarchie auch im Auslande

erkennen lassen wird, wo man ihren Umfang bisher offenbar noch nicht entfernt geahnt hat.

Für uns in Oesterreich freilich hat es dieses Streiflichts wahrlich nicht bedurft, denn wir werden Tag für Tag durch das Wetterleuchten des kommunistischen Gewitters, das sich über unseren Köpfen zusammenzieht, daran erinnert, daß wir in einem Staate leben, in dem wüste Faustgewalt vor Recht geht, in dem die Korruption in tropischer Fülle wuchert und der Raub zur endemischen Seuche geworden ist; in einem Staate also, der kein Rechtsstaat mehr ist. Kein Geringerer als der österreichische Staatskanzler Dr. Renner selber hat anläßlich der Mißhandlung eines Schweizer Staatsbürgers durch sozialdemokratische Arbeiter den Ausspruch getan, Oesterreich müsse erst ein Rechtsstaat werden. Und Dr. Renner muß es doch wissen, denn unter seiner und seiner Parteigenossen Leitung hat Oesterreich aufgehört einer zu sein. . . .

Auslandsstudium im Reich und in Bayern.

Von Univ.-Prof. D. Dr. Aufhauser, München.

Bis zu Beginn des Weltkrieges konnte sich in Deutschland das Interesse an den Auslandsstudien im Sinne der wissenschaftlichen Erforschung des Auslandes trotz aller reichen, vielgestalteten Bildungsarbeit keineswegs messen mit der hohen Wertschätzung, deren sich diese in Frankreich und England, selbst in Rußland dank der straffen Zentralisation der Kulturpolitik dieser Länder rühmen durften. Dort verstand man nur zu gut, daß mit der friedlichen Eroberung durch die Diplomatie und mit den Erfolgen der Waffen sich die geistige Eroberung durch wissenschaftliche Erforschung verbinden müsse, um das neugewonnene Gebiet sich leichter assimilieren und behaupten zu können. Mochten auch in Deutschland schon früher namhafte Gelehrte der verschiedenen Wissenszweige, ich erinnere nur an Wilh. v. Humboldt, Bopp, Laßen, Pott, Benefey, Max Müller, Leberecht, Fleischer, Ewald, Spiegel u. a., sich der Auslandskunde gewidmet haben, so fehlte es doch an einheitlicher zielbewußter Zusammenfassung dieser Taten des deutschen Geistes im Bereiche der Auslandswissenschaft. Außer dem im Jahre 1887 bei der Berliner Universität begründeten Seminar für orientalische Sprachen zur Vorbereitung für den Dolmetscherdienst bei den Gesandtschaften und Konsulaten im nahen und fernen Orient, sowie für den deutschen Kolonialdienst in sprachlicher und realistischer Ausbildung (mit einem Jahresvoranschlag von rund 227000 ℳ vor dem Kriege) und dem 1908 geschaffenen Hamburger Kolonialinstitut, für fast alle Kulturgebiete der Erde, besonders für Afrika und die Südsee (mit einem jährlichen Budget von 225000 ℳ), hatten wir in unserem großen deutschen Vaterland mit seinen blühenden Universitäten und Handelshochschulen keine weitere Pflegestätte für die der Weltmachtstellung eines Volkes ungemein dienenden Auslandsstudien.

In Erkenntnis dieses Mangels sowie der Notwendigkeit, daß unser Bildungsleben mit unserer staatspolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten müsse, erörterte der Reichstag bereits seit 1913, dann besonders die preußische Unterrichtsverwaltung 1917 gelegentlich der Frage des Ausbaues des Berliner Seminars für orientalische Sprachen in einer Denkschrift für den preußischen Landtag über die Förderung der Auslandsstudien an den preußischen Universitäten drei Aufgaben:

1. die wissenschaftliche Auslandskunde,

2. die praktische Schulung für Beamte und Private, die ins Ausland gehen wollten,

3. die Weckung außenpolitischen Interesses und Verständnisses in der Heimat.[1])

Im preußischen Staatshaushalte für 1917 und 1918 wurden denn auch an verschiedenen Universitäten des Reiches in Anknüpfung an bereits bestehende Traditionen oder an die geographische Lage Auslandsinstitute ins Leben gerufen. So ein nordisches Institut in Greifswald[2]), ein ungarisches in Berlin[3]), Lehrstuhl für nordische Philologie und ein osteuropäisches in Breslau[4]), ein Institut für ostdeutsche Wirtschaft und für die Kunde Rußlands in Königsberg[5]); hier wurde auch ein ordentlicher Lehrstuhl für slavische Sprachen[6]) und Landeskunde geschaffen, noch jüngst ein außerordentlicher Lehrstuhl für russische Wirtschaftspolitik dort errichtet, in Breslau ein Extraordinariat für slavisches Recht, in Bonn ein solches für Wirtschafts-Geographie, desgleichen in Berlin für orientalische Hilfswissenschaften, an der sich allen modernen Bestrebungen sofort öffnenden katholisch-theologischen Fakultät in Münster ein Extraordinariat für die Kunde des christlichen Orients, ein orientalisches Seminar in Halle und Münster, in Kiel ein orientalisches Seminar für türkische Literatur, ein slavisches Seminar in Königsberg, dazu Lektorate für Ungarisch und Bulgarisch in Berlin, für Schwedisch in Greifswald, für Türkisch in Kiel. Beträchtliche Summen wurden genehmigt zur Heranziehung sprach- und ortskundiger Personen, zur Erteilung von Lehraufträgen über spezielle Geographie und Auslandskunde einzelner Länder mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsgeographie, über ausländisches Recht, Wirtschaftskunde des Auslandes, weltwirtschaftliche Beziehungen, Geschichte, Religions- und Kulturgeschichte fremder Völker, wie über außenpolitische Zeitgeschichte an Männer der Theorie und Praxis, die in den betreffenden Ländern selber länger gelebt und genaue Kenntnis davon besitzen. Bonn war als Zentrum für die besonderen Studien über den romanischen und niederländischen, Greifswald für den skandinavischen, Göttingen für den englisch-amerikanischen Sprach- und Kulturkreis, Königsberg für den nördlichen Osten (Baltikum und Finnland), Breslau für den südlichen Osten (Südrußland und Balkan), Münster für den christlichen Orient, Köln für die südamerikanische Welt, Kiel für Seeverkehr und Weltwirtschaft gedacht. An der Marburger Universität wurde ein Institut für Deutschtum im Ausland gegründet. Für Straßburg war eine Studienanstalt für Auslandspolitik geplant. Die während des Krieges errichtete Hamburger Universität will besonders die islamische Welt in den Auslandsstudien berücksichtigen; das dortige Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten dient gleichfalls den Auslandsstudien, hält auch speziell Kurse für Missionare und Schwestern.

An französischen Universitäten ist eine ähnliche Spezialisierung schon lange durchgeführt. So findet die keltische Sprache und das keltische Altertum besondere Pflege in Rennes, spanische Geschichte und Sprachwissenschaft in Bordeaux und Toulouse, italienische in Aix und Grenoble. Neuestens soll Straßburg für das Studium der deutschen Sprache und Kultur ausgestaltet werden und damit eine besondere Anziehungskraft für Ausländer erhalten.

Daneben war auch die Gründung von deutschen Instituten im Auslande vorgeschlagen,[7]) wie die Franzosen ein solches in Hanoé (Hinterindien) besitzen, für die wissenschaftliche Bearbeitung von Hinter- und Vorderindien wie China durch junge Gelehrte. Deutscherseits war ein China-Institut in Peking geplant, das den Chinesen deutsche Art und deutschen Geist erschließen und zugleich unsere Kenntnis über China bereichern sollte als wertvolles Gegenstück zur Deutsch-Chinesischen Hochschule in Tsingtau.

Natürlich ward für die Ausgestaltung der Bibliotheken und Institute der einzelnen Universitäten entsprechend ihrem speziellen Fachcharakter Sorge getragen, während die kurz vor Kriegsbeginn gegründete Deutsche Auslandsbibliothek in Berlin

[1]) Vgl. Die Denkschrift des preußischen Kultusministeriums über die Förderung der Auslandsstudien („Internationale Monatsschrift“ 11 [1917] 513—532); die Auslandsstudien im preußischen Landtag (ebenda 769—820); Denkschrift über die Einrichtung von Auslandsstudien an den deutschen Universitäten von E. Sprenger (ebenda 1025—64); K. Helffrich, Hochschulbildung und Auslandsinteressen (ebenda 12 [1918], 1—16); A. Harnack, Ueber die Zukunft des orientalischen Seminars und den Plan einer Auslandshochschule (ebenda 181—206); H. Schumacher, Zur Frage der Errichtung einer Auslandshochschule (ebenda 257—282). Das Auslandsstudienwesen auf deutschen Hochschulen und praktische Kulturarbeit im Ausland herausgegeben von der Nachrichten- und Auskunftsstelle für akademische und praktische Auslandsarbeit. München, Halbjahrs-Bericht f. S.S. 1918 und W.S. 1918/19.

[2]) S. Dalman, Die Entstehung des nordischen Instituts an der Universität Greifswald („Internat. Monatsschrift“ 13 [1918/19] 203 bis 07). Das zweite Jahr des Nordischen Instituts der Universität Greifswald (ebenda 14 [1919/20] 277—81).

[3]) R. Gragger, Die Auslandsstudien und Ungarn. Nord und Süd 42 (1918) 61—67.

[4]) Dies gliedert sich in folgende Forschungsabteilungen: Recht und Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Hüttenkunde, Geographie und Landeskunde, Religionswissenschaft, Sprachwissenschaft, gibt „Quellen und Studien“ und ein „Osteuropäisches Archiv“ heraus.

[5]) Vgl. A. Hesse, Das Institut für ostdeutsche Wirtschaft („Internationale Monatsschrift“ 10 [1916] 1499—1502).

[6]) M. Munko, Die slavische Philologie in Deutschland (ebenda 12 [1918] 225—52, 295—320).

[7]) Von Prof. Adolf Hillebrandt in der Sitzung des Preuß. Herrenhauses vom 8. Juni 1916.

so umfassend als möglich alle Literatur für die Auslandsgebiete nachweisen und die Forscher beraten will.[8])

Vielfach wurden die Bestrebungen der Staatsregierung in willkommenster Weise durch Zuwendungen wirtschaftlicher Interessenvertretung und von privater Seite gefördert, so in Bonn durch die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn, das Kieler Institut für Seeverkehr, das Königsberger für ostdeutsche Wirtschaft, in Breslau durch die Werbetätigkeit und Förderung des Oberbefehlshaber Ost, Prinz Leopold von Bayern, Generalgouverneur v. Beseler, Generalfeldmarschall v. Woyrsch, des Fürstbischofs Bertram von Breslau (ein Vermögen von rund 750000 *M*), in Rostock ein Lehrstuhl für schwedische Sprache durch den Verein für Erhaltung des Schwedentums im Ausland gestiftet.

Das Beispiel Preußens rief auch andere Bundesstaaten zur Nachahmung. Die königliche sächsische Unterrichtsverwaltung wies der Universität Leipzig, die ohnehin in der Gründung Karl Lamprechts, dem Kgl. Sächs. Institut für Kultur- und Universalgeschichte,[9]) und dessen Krönung, dem Kgl. Sächsischen Forschungsinstitut mit 12 Abteilungen, eine weltumspannende Forschungsstätte ersten Ranges besaß, seit 1906 auch eine deutsche Vorderasiatische Gesellschaft mit eigenem Institut beherbergte, das Studium der osteuropäischen Völker und des islamischen Orients zu mit der Gründung eines Universitäts-Institutes, das den Namen „Südosteuropa- und Islaminstitut" tragen soll. Außerdem waren neue Lehrstühle vorgesehen für Islamkunde, osteuropäische Geschichte und südosteuropäische Wirtschaftspolitik. Die dortige kulturpolitische Gesellschaft schuf außerdem am 18. November 1917 ein Institut für Auslandskunde und Auslandsdeutschtum. Jüngst wurde in Leipzig noch das kolonialgeographische Seminar eröffnet, das neben anderen Aufgaben die jetzt brennend gewordenen Fragen der Auswanderung und des Deutschtums in überseeischen Ländern behandeln und so nach seinem Teil an dem Wiederaufbau Deutschlands mithelfen soll. In Dresden wurde April 1918 an der Technischen Hochschule ein Auslandsseminar begründet (besonders berücksichtigtder iberisch-südamerikanische Kulturkreis) und ein russisches Lektorat geschaffen.

In Frankfurt a. M. gründete sich ein Verein zur Bildung eines allgemein zugänglichen „wissenschaftlichen Institutes für die Kultur und Wirtschaft des modernen Orients" in Verbindung mit den Einrichtungen der Universität mit eigener Fachbibliothek. Das Institut, dem die islamische Welt als besonderes Arbeitsgebiet zugedacht ist, konnte noch vom 23. September bis 2. Oktober 1918 seinen ersten Auslandskursus über die Türkei abhalten, der freilich unter dem alarmierend ungünstigen Sympton der damaligen Weltkriegslage, dem Sonderfriedensangebot Bulgariens, enden mußte. Mit ähnlichen Kursen waren schon andere Hochschulen vorangegangen, so Köln im April 1918 mit einem Orientkurs, Bonn Mai und Juni 1918 mit romanischen Vorlesungen (Spanien), Marburg vom 4. Mai bis 29. Juni 1918 mit Vorträgen über Frankreich vor dem Kriege (1885—1914).[10])

In Stuttgart wurde als Sammelpunkt für unsere kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslandsdeutschtum ein Museum und Institut für die Kunde des Auslandsdeutschtums und zur Förderung deutscher Interessen im Ausland Juli 1917 gegründet.[11]) Tübingen besitzt seit 1909 ein „Deutsches Institut für ärztliche Mission" als zentrale Ausbildungsstätte für Missionsmediziner und Missionäre, damit ist seit 1916 ein Tropengenesungsheim verbunden; beide Anstalten sind freie Schöpfungen.

Ein analoges Museum und Institut war für Aachen Oktober 1917 von der dortigen Zentrale des Franziskus-Xaverius-Vereins geplant zur Förderung katholischer Glaubensinteressen sowie als Beratungsstelle und Sammelpunkt wirtschaftlicher und kultureller Auslandsfragen der deutschen Katholiken, mit eigener Zentralbibliothek für die Gebiete des missionarischen und kolonialen Wissens im Sinne der katholischen Weltanschauung.[12])

[8]) Hier sei auch die Theologische Amerika-Bibliothek (Leiter Professor K. Bornhausen) an der Universität Marburg erwähnt (vgl. „Internationale Monatsschrift" 12 [1918] 732—736).

[9]) Vgl. Das Kgl. Sächsische Institut für Kultur- und Universalgeschichte bei der Universität Leipzig; K. Lamprecht, Rektoratserinnerungen. Gotha 1917. S. 64—76.

[10]) Vgl. E. Wechsler, Das moderne Frankreich, Marburger Auslandsvorträge im Sommerhalbjahr 1918 („Internationale Monatsschrift" 13 [1919] 486—504). — Auslandsstudien an der Universität Halle-Wittenberg, öffentliche Vorträge über Fragen der Politik der Gegenwart, Halle 1918.

[11]) T. Kellen, Das Deutsche Ausland-Museum und Institut. „Nord und Süd" 42 (1918), 290—297.

[12]) Vgl. „Augsburger Postzeitung". 1917. Nr. 533 vom 20. Nov.

In diesem Zusammenhang darf noch hingewiesen werden auf die Fülle von Vereinigungen, die mehr praktische und handelspolitische Zwecke verfolgen wie das Institut für Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien in Berlin, das Deutsch-südamerikanische Institut in Köln, das Ibero-amerikanische Institut in Hamburg, die Deutsch-türkische Vereinigung in Berlin, die Arbeitsgemeinschaft der deutsch-spanischen Gesellschaft[13]), die Gesellschaft der Freunde für das ungarische Institut in Berlin, der Deutsche Levante-Verband, 1916 gegründet in Berlin, der Deutsch-chinesische Verband in Berlin, die Zentralauskunftsstelle für das Ausland, gegründet von der deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin, die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Berlin, Deutsch-flämische Gesellschaft (Düsseldorf-Berlin), Deutsch-bulgarische Gesellschaft, Deutsch-asiatische Gesellschaft (Berlin), Bund der Freunde Indiens (Berlin seit 1918), Deutscher Uebersee-Dienst (Berlin), Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland, Verband deutsch-ausländischer Wirtschafts-Vereine (Berlin), Wirtschaftsinstitut für den Orient, Deutscher Balkanverein, Deutsch-griechische Gesellschaft (1914 mit dem Sitz in München), Deutsch-amerikanische Gesellschaft, Deutsch-irische Gesellschaft, Institut für den Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien (Berlin), Deutsch-evangelische Missionshilfe, Verband der deutschen Vereine für ärztliche Mission, der Verein für das Deutschtum im Ausland ebendort, zu denen noch eine Menge von Vereinen und Zweigstellen an anderen Orten des Reiches kommen.

Auch unsere Verbündeten machten sich den Gedanken der Auslandsstudien zu eigen. Ungarn schuf sich ein eigenes Institut in Konstantinopel. In Wien, das bereits eine k. u. k. Konsulars-Akademie, eine k. u. k. öffentliche Lehranstalt für orientalische Sprachen und eine k. u. k. Exportakademie[14]) besaß, ward März 1916 ein Forschungsinstitut für den Osten und Orient gegründet, in Graz soll ein Balkaninstitut, in Szegedin eine „Balkanakademie" eingerichtet werden.

Es lag bei der eminenten Bedeutung sowohl der Vertiefung des politischen Denkens als der Weiterung des weltpolitischen Blickes und der staatswirtschaftlichen Erkenntnis der Gegenwart nahe, daß auch Bayern, durch den Großschiffahrtsweg der Donau mit dem nahen Orient verbunden, der Frage der Auslandsstudien nähertrat. Bereits während der ersten Kriegsjahre hatte die Hochkonjunktur unserer Beziehungen zum Balkan und zur Türkei reges Interesse für die dortigen Länder gezeitigt, das sich in gut besuchten türkischen Sprachkursen zu München, Regensburg, Nürnberg, Erlangen und Würzburg wie in der Gründung einer Deutsch-bulgarischen Gesellschaft mit Sprachkursen und Vortragsabenden (1916), eines Deutsch-türkischen Vereins, einer eigenen Sektion für den Orient bei der Gesellschaft für Anthropologie, Ethnographie und Urgeschichte in der Landeshauptstadt (1916) zeigte. Auf Anregung dieser Orientsektion war dann die Frage des Auslandsstudiums in München in engere Bahnen geleitet. Die Beratungen mit dem Kultusministerium zeitigten den Plan, eine Vereinigung der drei Münchener Hochschulen (Universität, Technische und Handels-Hochschule) zur Förderung der Auslandsstudien zu begründen. Südosteuropa und Vorderasien, sowie Oesterreich-Ungarn, eventuell später auch andere Mittelmeerländer sollten nach Sprach- und Religionsgeschichte, Völkerkunde, Recht, Staatswissenschaft und Wirtschaftspolitik, nach naturwissenschaftlicher, technischer und landwirtschaftlicher Seite hin das Ziel der wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrarbeit des geplanten Balkaninstitutes bilden, Rußland vorerst nicht in den Bereich miteingezogen werden. Eigene Lektorate für Ungarisch, Rumänisch, Serbokroatisch, Bulgarisch, Neugriechisch, Türkisch und Arabisch sollten den bereits bestehenden Seminarien für slavische, bzw. neugriechische, romanische und semitische Philologie angegliedert, neben den Dozenten der drei Hochschulen auch landeskundige Männer der Praxis mit Lehraufträgen betraut werden. Für die Hof- und Staatsbibliothek waren beträchtliche Mittel vorgesehen, zur Beschaffung der einschlägigischen Literatur (30,000 *M*), für das Balkaninstitut selbst ein jährliches Budget von rund 85,000 *M* und eine einmalige Ausgabe von 15000 *M* genehmigt.[15]) Die für Müncheu gedachten Auslandsstudien sollten neben den sieben Lektoraten 21 Lehraufträge (1 für Religionskunde des christlichen Orients, 3 für Völkerkunde und Geographie,

[13]) Deutschland—Spanien (ebenda 12 [1918] 126 f.).

[14]) Sie soll jetzt in eine Hochschule für Welthandel umgewandelt werden.

[15]) Vgl. Verhandlungen der Bayerischen Kammer der Abgeordneten. 1918. Stenograph. Bericht 18; S. 87—91, 153 usw.



2 für rechtswissenschaftliche Gebiete, 5 für das Gebiet der Staatswissenschaften, 2 für Handelswissenschaften, 8 für Naturwissenschaften, Technik und Landwirtschaft) umfassen. Im Rahmen dieser Auslandsstudien wurde damals für die Universität München auch ein außerordentlicher Lehrstuhl für Missionswissenschaft geschaffen.

Doch all diese weitschauenden Pläne sind mit der nicht auf wirklichen Tatsachen ruhenden damaligen Kriegsauffassung einstweilen jäh zusammengebrochen. Durch den unglücklichen Ausgang des unseligen Weltkrieges wurden wir nicht bloß unseres überseeischen Besitzes beraubt, dem der Verachtung überantworteten Deutschtum soll der Weg ins Ausland versperrt, sogar den deutschen Missionären durch den beschlossenen Boykott die Ausübung ihres gottgegebenen Berufes in der Welt unmöglich gemacht werden.[16]

Indes wir alle, die wir auch in den Zeiten tiefster Schmach und Erniedrigung mit ganzer Seele die Hoffnung auf eine bessere Zukunft uns wahren, glauben, daß unserem Volke und dem deutschen Reiche trotz der Ungunst der Gegenwart in späteren Tagen wieder ein günstigerer Stern im Auslande leuchten wird. Von gleicher Hoffnung beseelt, wird wohl auch die neue Reichs- und Landesvertretung durch Bewilligung der nötigen Kredite ihr Interesse den Auslandsstudien schenken, um so mehr als gerade von ihnen die brennende Gegenwartsfrage der Auswanderung manch erwünschte Beleuchtung finden dürfte, mag das Ziel der Auswanderung ein Uebersee- oder Ueberlandgebiet sein.

Diese Dezentralisierung der speziellen Auslandsforschungsgebiete über verschiedene Universitäten des Reiches entspricht in bester Weise dem förderativen Charakter des Deutschen Reiches und schiebt einer ungesunden partikularistisch-preußischen Monopolisierung auf wissenschaftlichem Unterrichtsgebiete einen festen Riegel vor. Bei der gegenwärtigen Finanzlage unseres deutschen Volkes wird freilich auch hier weiseste Sparsamkeit obwalten, zumal infolge der Belastung des Bibliothekenbudgets bei Beschaffung ausländischer Literatur infolge des Tiefstandes unserer Valuta, zugleich aber auch Zersplitterung und Kräftevergeudung vermieden werden müssen. Stärker besuchte Universitäten erfahren durch Zuweisung eines besonderen Unterrichts- und Forschungsgebietes, für das kleinere Hochschulen ja doch nicht in Frage kommen, zugleich eine Festigung gegenüber allzu leicht auftretenden Bestrebungen, Berlin allein in immer noch steigendem Maß als Monopol wissenschaftlichen deutschen Strebens auszubauen. Durch die Auslandsstudien wird zugleich eine engere Verbindung zwischen Geisteswissenschaften und praktischer Tätigkeit, Handel und Industrie geschaffen, was nur dem Besten unseres Volkes und der Wiedergewinnung unserer Weltstellung dienen möchte.

Dürften doch gerade diese Studien auch beitragen, den Reichsgedanken und den Glauben an Wiederkehr deutscher Arbeit und deutschen Erfolges in der weiten Welt an den Brennpunkten deutscher Geistesarbeit, den Universitäten, zu erhalten auch in Tagen unseres beklagenswerten völkischen Tiefstandes von heute.

[16]) Vgl. Meine Aufsätze in der „Allgemeinen Rundschau" 16 [1919] S. 319 und 401.

Sommerschwüle.

Die Mittagsschwüle lastet schwer
über dem reglosen Aehrenmeer.
Nur ganz zuweilen weht und wellt
ein Windhauch übers gelbe Feld,
dann wogt es schwer, dann wogt es tief,
als ob durchs Feld ein Bangen lief — —
Nun schläft, in Stille eingewiegt,
das Land. Und über den Halmen liegt
die heisse, dumpfe Sommerluft
voll herbem Ackerblumenduft . . .
In der Ferne blitzen des Kirchturms Knauf
und des Dorfes weisse Häuser auf.
Und aus den weissen Häusern tritt
ein stummer Gesell mit schwerem Schritt,
trägt über der Schulter den Sensenstahl . . .
Und ringsumher wirds bleich und fahl.
Ein Beben wie vor grosser Not,
ein Flüstern im Korn: „Der Tod, der Tod!"
Der aber schreitet stolz durchs Feld:
Der Tod, der ist der Herr der Welt!

Franz Weitzel.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Zu Beginn der Woche stellte Fehrenbach, der neue Kanzler, sich und sein Kabinett dem Reichstag vor und entwickelte das Programm der Regierung. Er betonte, daß es auf lückenloser Uebereinstimmung sämtlicher Minister beruhe, und rief damit die Schwierigkeiten der Regierungsbildung wieder ins Gedächtnis zurück. — Die auswärtige Politik stellte er voran. Spa steht bevor. Die neue Regierung ist wie die bisherige entschlossen, den Friedensvertrag zu erfüllen, soweit das möglich ist. Gut, aber hier mußte ein schärferes Wort fallen gegen das unsinnige Verlangen unserer Selbstentwaffnung in den neuen Noten über das Heer von 100000 Mann und die Auflösung der Sicherheits- und Einwohnerwehr. Die innere Politik trägt der Satz: Wiederaufbau des Vaterlandes auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform. Von ihm machten die Demokraten ihre Mitarbeit abhängig. An eine andere Staatsform ist auf absehbare Zeit im Reich nicht zu denken, deshalb konnten alle damit einverstanden sein. Verfassungskämpfe müssen jetzt zurücktreten, die Regierung will versöhnen und ausgleichen, jeden Versuch einer Klassenherrschaft, allen Klassen- und Rassenhaß, soziale und religiöse Vergewaltigung lehnt sie ab. War's ein schüchternes Zugeständnis an die Föderalisten, als Fehrenbach für den inneren Ausbau des Staatswesens versprach, den Ländern solle freie Entwicklung gewährt und überspannte Zentralisation bekämpft werden? Zum Schluß nahm der Reichstag die Erklärung der Regierung zur Kenntnis und erwartet, daß sie nach dieser Erklärung ihre Politik führt. Für diese Formel stimmten alle außer den Unabhängigen. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme. Vorher ließen sie Helfferich sprechen, der es nicht lassen konnte, Zwietracht zu säen.

Neben der Rede des Reichskanzlers lenkt die größte Aufmerksamkeit auf sich der Bericht des Reichsfinanzministers Wirth. Er kam zur rechten Zeit vor Spa, um draußen und drinnen unsere trostlose Finanzlage aufzudecken. 209 Milliarden Mark betragen die Schulden des Reichs. Dazu übernimmt es den Kriegsaufwand der Länder und Gemeinden mit 15—16 Milliarden und für Uebernahme der Eisenbahnen 39 Milliarden Schulden der Einzelstaaten. Das ergibt eine Last von rund 265 Milliarden. Rechnet man die Ansprüche der Feinde hinzu, so darf man sagen, daß eigentlich kein Deutscher mehr das Geringste zu eigen besitzt. All unser Vermögen ist überschuldet, gehört Fremden und wir müssen die Zinsen aufbringen durch Arbeit.

Als eine Hoffnung für den Wiederaufbau begrüßen wir den Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats: Ein Ansatz zur Ständevertretung, wie sie von allen ersehnt wird, die mit dem Parlamentarismus unzufrieden sind. Freilich muß der Reichswirtschaftsrat sich noch größere Rechte erobern, als die Verfassung von Weimar ihm zugesteht. Er wird sich nur durchsetzen, wenn er die Mahnung des Führers der Deutschen Volkspartei im Reichstag beherzigt und sich nicht in politische Fraktionen spaltet. An Stelle des Partei- und Klassenkampfes soll er sachliche Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Erzeugern und Verbrauchern, Stadt und Land herbeiführen.

Einstweilen wird der innere Wirtschaftskrieg noch mit Lärm und Gewalt auf der Straße ausgefochten. Der Ruf nach Preisabbau pflanzt sich fort von Stadt zu Stadt. Wieder gab es Umzüge und Plünderungen, so in Hamburg, Würzburg, Darmstadt. Berlin blieb verhältnismäßig ruhig. Im allgemeinen sind diese Unruhen Vorübungen der Umsturzmächte für die ersehnte Weltrevolution, wenn auch die Unzufriedenheit über die Teuerung selbst wohl berechtigt ist. Von den Berliner Reichsstellen wurden für Getreide, Kartoffeln und Fleisch Preise festgesetzt, die von den Landwirten selbst viel zu hoch befunden sind. Bayern brachte im Reichsrat andere Vorschläge ein, die bedeutend billigere Preise vorsehen und von den andern süddeutschen Staaten unterstützt werden. Gibt hier die Obrigkeit der Volksstimme mit Recht nach, so handelt sie ebenso recht, wenn sie auf Durchführung des Steuerabzugs von Lohn und Gehalt besteht. Denn anderswo als an der Quelle bekommt das Reich die hohen Steuern nie zu fassen, und je eher das Volk unsere wirkliche Armut zu spüren kriegt, desto besser.

Deutschlands Verkehr mit dem Ausland gewinnt wieder die festen Formen des Friedens. Frankreich und England haben statt der vorläufigen Geschäftsträger Botschafter nach Berlin gesandt, die dem Reichspräsidenten ihr Beglaubigungs-

schreiben überreichten. Die französische Republik vertritt Laurent, dem man Fachkenntnisse im Geldwesen und Wirtschaft nachrühmt, das britische Reich Lord Abernon. In der Presse wurde vermerkt, der Lord habe vorher überall da gewirkt, wo England als heimlicher Oberherr Regierung und Finanzen überwacht, besonders in der Türkei als Vorsitzender der Dette Publique Ottomane. Wir wollen das nicht gerade als Vorzeichen auffassen, aber ebensowenig aus der Bestellung von Botschaftern auf größeres Wohlwollen unserer Kriegsgegner schließen.

Aufrichtig freuen dürfen wir uns jedoch, daß der Hl. Stuhl jetzt durch einen Nuntius in Berlin vertreten ist. Als solcher wurde Msgr. Pacelli vom Reichspräsidenten empfangen. Die Worte, die dabei gewechselt wurden, bezeugen von neuem die warme Teilnahme des Heiligen Vaters an Deutschlands Not und sein Streben nach Versöhnung der Völker, nach Gerechtigkeit und Wahrheit. Präsident Ebert brachte den Willen zum Ausdruck, mit dem Nuntius das Verhältnis von Kirche und Staat im Reiche neu zu regeln auf Grund der Verfassung, die volle Gewissensfreiheit verbürge. Schade nur, daß ein solcher Empfang in Berlin nicht schon 40 Jahre früher stattgefunden hat.

Die Politik der Einzelstaaten tritt einstweilen zurück. Bayern verfolgt klug und maßvoll sein Ziel: gesunde Selbständigkeit der Glieder im Rahmen des Reichs. Vor ihrem Eintritt in die Regierung stellte die Bayerische Volkspartei in dieser Hinsicht sehr klare Bedingungen, die Fehrenbach annahm. Ausführung der Reichsgesetze möglichst durch die Landesbehörden, schnellere Möglichkeit der Bildung neuer Länder auf verfassungsmäßigem Weg (Rheinland, Hannover), Verschwinden der Kriegsgesellschaften sind die Hauptpunkte. Nach Spa sendet Bayern einen eigenen Vertreter, natürlich innerhalb der Körperschaft von Vertretern des Reichs. Die Umbildung der Regierung erfolgt nach dem Zusammentritt des Landtags. Württemberg hat eine neue Regierung aus Zentrum und Demokraten. Ihr Haupt ist Dr. Hieber, Staatspräsident und Kultusminister. Leider ist auch dort die bürgerliche Einheitsfront nicht verwirklicht. Während Bayern und Württemberg am 6. Juni schon zum zweiten Male ihren Landtag wählten, beraten Preußen und Sachsen noch über ihre endgültige Verfassung.

In schweren Wehen lag Deutschösterreich. Die Regierungskrise ist erst jetzt mit großer Mühe beigelegt. Das Kabinett soll aus Christlichsozialen und Sozialdemokraten bestehen. Renner bleibt Staatssekretär des Aeußeren, tritt aber den Vorsitz an den Christlichsozialen Dr. Mayr ab. Der Staatskanzlerposten als solcher wird aufgehoben. Die Nationalversammlung hat noch das Wahlgesetz, das Gesetz über eine Vermögensabgabe und die Verfassung, freilich nur im Umriß, zu verabschieden, dann sollen im Oktober Neuwahlen stattfinden. Daß die Alpen- und Donaudeutschen noch lange in diesem unmöglichen Staatsgebilde leben — halb Portugal, halb Räterußland — kann wohl selbst die Entente weder glauben noch wünschen. — Italien gibt den Krieg in Albanien auf, nicht weil in Ancona Truppen meuterten, sondern weil Giolitti vernünftiger ist als seine Vorgänger.

Ernst scheint die Lage bei den Polen zu sein. Ihre Front zieht sich vor den roten Heeren Rußlands zurück. Im Norden räumten sie das Ostufer der Beresina, im Süden die Ukraine. Ein allgemeiner Angriff der Russen wird erwartet. In Warschau wurde ein Rat der Landesverteidigung gebildet, der diktatorische Gewalt hat. An seiner Spitze steht Pilsudski. Wie es scheint, wollen sich aber die Polen für ihre Schlappen im Osten an Deutschland schadlos halten. Wider alles Recht suchen sie Danzig in ihre Gewalt zu bringen. Der Abstimmung in Ost- und Westpreußen bereiten sie allerlei Hindernisse, halten die Züge mit Stimmberechtigten auf und beschießen deutsche Flugzeuge, die den polnischen Korridor überqueren! Rußland bleibt in Nebel gehüllt. Von Zeit zu Zeit dringen Gerüchte von Staatsstreichplänen oder gegenrevolutionären Truppenbildungen hindurch. Die Neuwahlen zu den Räten sind abgesagt. Wir müssen mehr daran denken, daß Europa seit dem Weltkrieg und dem Zusammenbruch Deutschlands und Rußlands viel kleiner geworden ist gegen die Welt. Das britische Reich, Nordamerika, Japan sind heute die Großmächte, Südamerika und China Länder der Zukunft. Nur ein Zusammenschluß, der in freier Form das einstige Römerreich oder wenigstens das Reich Karls des Großen nachbildet, kann dem alten Europa seine politische Geltung wiedergeben. Mittelpunkt der Kirche und Kultur wird es ja bleiben, aber soll es sich damit begnügen und ein Land der Geschichte und der Vergangenheit werden, das von Pilgerzügen und vom Fremdenverkehr lebt?

Eine bedeutsame Kundgebung des Hl. Vaters.

Der „Osservatore Romano" veröffentlichte am 22. Juni ein Rundschreiben des Hl. Vaters an die Bischöfe Venetiens, das auch für uns bedeutsam ist. Wenn der Hl. Vater darin auch zunächst nur die italienischen Verhältnisse und das christlich-soziale Programm der italienischen Volkspartei im Auge hat, so treffen die Anweisungen, Mahnungen und Gebote des Hl. Vaters doch auch uns und unsere Politik mit deutlicher Schärfe. Das Rundschreiben lautet nach einer Wiedergabe der „Schlesischen Volkszeitung" vom 27. Juni 1920:

Unseren geliebten Söhnen und ehrw. Brüdern, Gruß und Apostolischer Segen! Wir haben aus Eurer jüngsten Bekanntmachung ersehen, in welcher Seelenqual Ihr Euch wegen der Agitationen befindet, die in diesen Tagen die Ruhe Eures Landstriches bedrohen; eine Seelenqual, die hervorgerufen wurde, nicht nur durch die Schwierigkeit, derartigen Zwist wieder zu schlichten, sondern auch, weil der Glaube Gefahr läuft. Wir nehmen von Herzen Anteil an diesen Euren Aengsten, und zwar aus den gleichen Gründen, um so mehr es Unsere heilige Pflicht ist, die Seelen auf die christliche Wiederversöhnung hinzuweisen und das ewige Heil den Völkern auszuwirken.

Vor allen Dingen habt ihr gut daran getan, Arbeitskammern einzurichten, um die verschiedenen Streitfragen zwischen Kapital und Arbeit im Lichte der christlichen Prinzipien zu lösen. Und sicherlich können diese Einrichtungen, wie Wir dies noch jüngst den Bischof von Bergamo wissen ließen, von großem Nutzen sein, immer vorausgesetzt, daß sie ihre Inspiration den katholischen Grundsätzen entlehnen, und daß sie, was Religion, Sitte und Lehre angeht, den kirchlichen Behörden gegenüber Ergebenheit an den Tag legen. Und wahrhaftig, um dem mit solchen Problemen verknüpften Uebelstand entgegenzutreten, bietet nur die Kirche Mittel der Sicherheit und Beständigkeit, nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit, die in Unseren Tagen mit lauter Stimme von der Menschheit allerorts erfleht wird. Diese Gesetze müssen angewendet, aber in ihren eigenen Grenzen gehalten werden, damit sie gerecht bleiben und von Dauer sind. Während Wir einerseits den Reichen sagen: seid weitherzig im Geben, ja laßt Euch mehr von dem Rechtlichkeitsgefühl und von der Caritas leiten, als von der strengen Gerechtigkeit, rufen Wir deshalb anderseits dem Proletariat zu: habt Obacht auf Euren Glauben, der Gefahr läuft, wenn Ihr in Euren Forderungen zu weit geht. Hierin liegt gerade der Fallstrick, den die Gegner gelegt haben: zuviel zu verlangen, auch von der Kirche; und wenn ihnen das nicht zufällt, was sie verlangen, dann wird das Volk aufgewiegelt und zur Fahnenflucht veranlaßt. Deshalb erscheint es geboten, sich von Maßlosigkeiten fernzuhalten, und Maßlosigkeit ist sicherlich immer vorhanden, sei es, wenn Gewalt ausgeübt, sei es, wenn Klassenhaß gepredigt wird, sei es, daß die verschiedenen sozialen Mißverhältnisse verkannt werden, die von Natur aus bei aller menschlichen Gleichheit und Brüderlichkeit zu finden sind, und sei es schließlich, daß der ganze Lebenszweck nur darin besteht, irdische Güter zu sammeln. Den Proletariern dürfte es wohl bewußt sein, welche besondere Liebe Wir ihnen, die sie dem Bilde Jesu Christi am meisten gleichen, entgegenbringen. Immerhin befürchten Wir, daß sie manchmal bei Geltendmachung ihrer eigenen Rechte nicht der Pflichten eingedenk sind, und daß sie dann die Rechte anderer angreifen, die aber, wie die Vorschriften der Kirche lauten, nicht anders als wie die eigenen Rechte betrachtet werden sollen, nämlich als heilig und unantastbar. Wohl ist es wahr, daß die Gegner lehren, diese Gerechtigkeit sei in den Wind zu schlagen, wobei sich alle die als Freunde einfinden, die das ganze Glück des Menschen nur für dieses sterbliche Leben beanspruchen, aber die mißachtete Gerechtigkeit wird ewiglich ihre Stimme erheben.

Mögen daher die Proletarier der Kirche treu bleiben, wenn sie auch weniger zu bieten scheint als die Gegner; denn während sie nicht Hoffnung auf übertriebene oder trügerische Dinge erweckt, stellt sie nur das in Aussicht, was gerecht und von Dauer ist. Auch daran mögen sie denken, daß die Kirche, obwohl sie Mutter aller ist, doch eine Vorliebe für die Armen hegt, und selbst in den Fällen, wo sie die Verteidigung der Reichen übernehmen muß, wirft sie sich nicht zu deren Beschützerin auf, weil jene wohlhabend sind, sondern weil sie ungerecht angegriffen wurden. Somit sei auch der Reiche der Kirche ergeben im Vertrauen auf ihre mütterliche Liebe und auf ihre volle Unparteilichkeit.

Und Ihr geliebten Söhne und ehrw. Brüder, geht mit allen Euren Kräften ans Werk, damit das Volk in seinen Streitigkeiten nicht die friedlichen Pfade verlasse. Und da zur Erreichung eines solchen Zweckes die katholischen Organisationen eine wirksame Hilfe bieten, so möge es der Gegenstand Eurer ganz besonderen Sorge sein, daß selbige allerwegs festen Fuß fassen, und immer mehr erblühen. Mögen sich daran vornehmlich die Besten aus dem Laienstande beteiligen; mögen die Jünglinge mit ihrer rührigen Geschäftigkeit, und die älteren mit weisem Rat und mit der Frucht der Erfahrung mitwirken. Die Geistlichkeit aber soll nicht teilnehmen an den Agitationen, und noch viel weniger an den Aufständen; vielmehr möge sie darauf bedacht sein, die Massen durch das Beispiel und durch

Worte auf verständige Gedanken zu bringen, auch möge sie die erhitzten Gemüter in zweckentsprechender Weise zur Ruhe zu ermahnen trachten. Wir Unsererseits empfehlen diesen Vereinen aufs wärmste hingebende Liebe an, gegenüber den Arbeitern wie den Arbeitgebern, und Wir hegen das Vertrauen, daß sie mit Hilfe Gottes zum höchsten Nutzen für das allgemeine Wohl tätig sein werden, insonderheit, wenn nie von den Richtlinien der kirchlichen Behörde und vom Gebot der brüderlichen Liebe abgewichen wird.

Als Förderung der göttlichen Gnade und als Unterpfand Unseres väterlichen Wohlwollens erteilen Wir Euch geliebten Söhnen und ehrw. Brüdern, dem Eurer Obhut anvertrauten Klerus und Volke, den Apostolischen Segen.

Gegeben in Rom, bei Sankt Peter, am 17. Juni 1920 im sechsten Jahre Unseres Pontifikates.

(gez.) Papst Benedikt XV.

Der Orden der Sonnenbrüder.

Von P. Hartmann Eberl, O. S. B., St. Ottilien.

Ein Neues will werden. Aus protestantischen Tintenfässern sind seit Luthers Zeiten unzählige schwarze Gewitter aufgestiegen und losgegangen über katholisches Land. Am übermütigsten zuckten ihre Blitze herab auf die Klöster und verbrannten und verdammten sie grundsätzlich als faule Möncherei, als nichtsnutziges Kutten- und Plattenwerk. Die Wolken dieser selbstbewußten Donnerer durchstieß zuerst mit Macht die Feder des evangelischen Professors Adolf von Harnack. Er stellte die Frage, ob nicht doch eine Wahrheit liege im Mönchtum, und ob nicht etwa sogar die Protestanten selbst heutzutage Klöster haben sollten.

Daraufhin begaben sich zwei Schüler Harnacks ans Klosterstudium. Der eine (Pastor Parpert) verfaßte bald ein Schriftchen mit dem Titel: „Evangelisches Mönchtum. Ein Beitrag zur Reform der evangelischen Kirche der Gegenwart.“ (Leipzig, Deichert.) Sein Schlußwort war der Satz: „Proficiens nemo erubescit“ d. h. „Fortschritte zu machen rechnet sich keiner zur Schande.“ Der zweite (D. David Koch) erdachte kurz entschlossen gleich einen sechshundertsechzehn Seiten starken Roman von einem evangelischen „Orden der Sonnenbrüder“, den es in Wirklichkeit noch nirgends gibt. (Stuttgart, Keutel.) Dem Helden des Romans entfährt schon auf den ersten Seiten der Ruf: „Protestantisches Klostertum! Himmel! Wer das machen könnte!“

Nun, dieser Romanheld ist ein Glückskind, und sein Kloster macht sich wie ein Sonnenaufgang auf kurze Zeit fast ganz von selbst. Er, mit seinem vollen Titel geheißen: Doktor der Philosophie und Aesthetik Johannes Markgraff, ist Stadtjunge gewesen, war dann Pfarrverweser am Bodensee, kommt aber bald in Zerwürfnis mit den Bauern — und geht. Die kirchliche Behörde nimmt den Doktor hinein in eine Vorstadtpfarrei. Johannes wirkt aus allen Kräften sozial; auch ein Theaterstück verfaßt er, es heißt „Der neue Pfarrer“ und spricht dem Volk der Fabrikarbeiter aus dem Herzen. Allerlei gute und böse Erlebnisse hängen sich an die Theatergeschichte — und Johannes geht ganz, er zieht den Rock der staatskirchlichen Pfarrer aus und vertieft sich in sein altes Ideal von einem protestantischen Kloster. Aus Bekanntenkreisen kommen Geld und Leute zu Hauf. Ein Männerkloster und ein Frauenkloster stehen eben unter Dach; da bricht der Krieg aus, und Johannes wird mit Todesgesichtern erfüllt. Der Roman ist zu Ende, statt zu beginnen.

Das ist aber alles mit so viel dichterischem Oberflächenglanz erzählt, daß ein unkritischer Romanfreund die Meinung bekommen muß, es werde der neue „Orden der Sonnenbrüder“ demnächst irgendwo leibhaftig auftauchen.

Interessant ist uns immerhin, daß die Johannes-Mönche und -Nonnen einmal ein violettes Mantelgewand und ein weißes Kreuz auf der linken Brustseite aufgenäht tragen werden, daß Jesus wie die Sonne des Klosters sein wird, daß die Brüder und Schwestern „Gelobt sei Jesus Christus“ grüßen, das Kreuzzeichen machen, zum Beten niederknien werden, daß sie täglich viermal gemeinsamen Gottesdienst haben werden, daß sie zum Ordensmeister einzeln beichten gehen, daß Brüder und Schwestern heiraten, aber nicht im gleichen Hause wohnen werden. Und andere Brüder und Schwestern werden ohne sichtbare Ordensabzeichen verheiratet in der Welt bleiben bei ihrem Berufe wie katholische Dritt-Ordensleute und werden wie katholische Exerzitienbesucher nur alle Jahre auf Pfingsten in ihr Kloster heimkehren zur geistlichen Stärkung. Und vieles, vieles ist schon ausgedacht. Es ist nicht anders möglich, als daß, wie Johannes öfter eifrig versichert, in seinem Kopfe die Gedanken sich jagen wie Wolken im Sturmwind.

Wenn wir Katholiken den Roman lesen und die groben Abschwenkungen auf katholische Beicht, auf Marienverehrung und andere Herzensangelegenheiten finden, so erinnern wir uns unwillkürlich an die Zeichnungen an Bretterzäunen, die hämische Unterschriften tragen wie: „das bist du!“ Solche Mißgestalten stehen weit und breit durch den Sonnenbrüderroman.

Harmlos erscheinen uns dagegen die kleinen Irrtümer, die dem Pfarrer Johannes z. B. in Beuron zustoßen. In später Nachtstunde will er bescheiden in der Fastenandacht in der Kirche gesessen sein und dann den Priester in goldgestickten Gewändern an den Altar treten gesehen haben — zur „Messe“. (Auch später liest ein junger Kapuziner einmal nach dem Abendläuten die „Messe“, weil der alte Pater bei seiner Maß Bier und bei seinem schönen Jugendfreund Hans sitzen bleiben mag!) Und wie der gescheite Hund des Johannes einst im Allgäu mit seiner leichten Gebieterin alltäglich um sechs Uhr morgens zur „Frühmette“ gelaufen sein soll, so geht auch Johannes in Beuron in die 6 Uhr-„Frühmette“, später zur „Mauritiuskapelle“, noch später zum jungen „bärtigen“ Benediktiner an die Klosterpforte! Da sind dem Johannes wirklich einige Bilder in große stimmungssatte Farbenreihen zerflossen.

Glauben wir dem neuen Ordensstifter, daß es ihm in seiner Jugend ein Hauptspaß gewesen sei, alle Weihnachten aus Modellbogen eine Burg, eine Kirche oder Krippe zusammenzuleimen! Aber hartnäckig ist unser Zweifel, ob je aus den vierzig Romankapiteln ein lebendiges Klösterlein gemacht werden könnte. Ich habe einmal einem Manne, der Menschen klösterlich zur Arbeit versammelte, zehn Jahre lang genau auf die Finger gesehen. Gewiß, der war auch ein Kind dieser Erde, wie der Romanpfarrer Johannes, war ebenso wie er stark veranlagt nach der künstlerischen Seite hin, aber seine ganze Geistesart drang den Dingen weit mehr auf den ewigen Grund; er hätte sich wohl auch die Gunst von goldenen Kommerzienräten und geistreichen Herren und Frauen gefallen lassen, aber Zukunftshoffnungen auf sie zu bauen —, dafür war der Mann mit seinen Gedanken zu sehr beim himmlischen Vater! Und diese Tiefe und Höhe, diese religiöse Innerlichkeit mangelte dem Tun unseres Mannes, obwohl er sein Klosterwerk niederzusetzen gedachte auf die längst geheiligte und erprobte Grundfeste der „evangelischen Räte“ und mit Sicherheit auf die Seelen rechnen konnte, die Gott regelmäßig für Werke dieser Art aus dem katholischen Volk herausholt und heldenmütig macht.

Diese Worte sollen aber nicht gegen den Zweck des neuen Romans gerichtet sein. Wir Katholiken freuen uns über jede Stimme, die nach Mönchen und Nonnen ruft, denn viele, die davon hören, werden einst auch über katholische Klöster gerechter urteilen. Wir wünschen überdies, daß auf solche rufende Stimmen nun möglichst bald Männer kommen, die wiederum einen Schritt vorwärts tun, die nicht wie Harnack bloß Blätter und Früchte der katholischen Orden loben, sondern die auch ihre religiösen Wurzeln kennen lernen. Pfarrer Johannes kennt sie noch nicht, er ist auch erst knapp dreißig Jahre alt.

Unter der Peterskuppel in Rom kam die Frage über Johannes: Wenn dieses Mysterium des Lichtes und der Töne in protestantische Formen zu fassen wäre? Sofort aber fügt er die weise Unweisheit bei: „Ohne Dogma. Wozu ein Dogma? Die Sonne ist, was sie ist für die Welt, auch ohne Dogma!“

Herr Pfarrer Johannes, gewiß wäre Christus sich ohne Dogma, was er ist in Wirklichkeit. Aber ist nicht das Dogma das geistige Kleid von Christus, das alle erfreut, die einheitlich von Christus denken und einheitlich zu ihm beten? Und ist nicht das Dogma gerade für Christen ein Bruderzeichen, welche zur ernsthaftesten Nachfolge Christi sich begegnen wollen?

Aber mag jemand versuchen, das protestantische Kloster auf festen Glaubensgrund zu bauen, oder auf Vorzüge einer Person, auf erklärtes Dogma oder auf stille Vereinbarung, jedenfalls möchte ich dem jungen Ordensmeister, Doktor der Philosophie und Aesthetik Johannes Markgraff, eine so nüchterne und dabei doch so mystisch durchwehte Seele an die Seite geben können, wie sie Heinrich Federer im Roman von der „Jungfer Therese“ dem Herrn Kaplan verschrieben hat.

Vom Büchertisch.

Borkowski, S. J.: **Reifendes Leben.** Ein Buch der Selbstzucht für die Jugend. Berlin und Bonn, Ferd. Dümmlers Verlagshandlung, 1920. 362 S. G. 9 M. Der Verfasser will kein erzieherisches Fachbuch, keine lückenlose Anleitung zur Charakterbildung geben; er bietet eine beschränkte Auswahl Seelenbilder, die als Einzelstücke und in ihrem gegliederten Verband einen Anstoß zur Selbsterkenntnis geben und das Schöne und Gute liebenswürdig machen wollen. Die Ausführungen bekunden eine tiefe Erkenntnis der jugendlichen Psyche und sind in durchaus schöner und vornehmer Form gehalten. Namentlich ist die Sprache bilderreich; hier aber erscheint das Schöne zum Nachteil zu werden. Die Gedanken werden dadurch so sehr umkleidet und verhüllt, und so fürchten wir, daß viele Jugendliche sich nicht die Mühe geben werden, andere auch nicht die Fähigkeit haben, den Sinn herauszulösen, muß ja selbst der reife Erwachsene manche Stellen wiederholt lesen und überdenken. Wenn sich B. vorzüglich an den Verstand wendet, dann dürfte er dieses wohl in der Erkenntnis tun, daß die Heranwachsenden eine Neigung zum Intellektualismus haben; ob nicht aber doch die direkte und indirekte Willensgymnastik mehr verwendet sein dürfte? Jedenfalls hat die doch etwas fernliegende theoretische Erörterung über die indirekte Aszese (S. 271 ff.) nur belehrenden Wert und möchte wenig auf die praktische Willensbildung der jugendlichen Leser einwirken. Für ernste und gut veranlagte Studierende ist das Buch B.s als eine wertvolle Gabe wohl zu empfehlen.

Prof. Dr. J. Hoffmann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Passionsspiele im Herzogpark. Schon im vorigen Sommer waren im Münchener Herzogpark Passionsspiele geplant, die dann nicht zustande kamen, weil die umfangreichen Vorbereitungen sich in der schon vorgeschrittenen Sommerzeit nicht mehr hatten bewältigen lassen. Heuer werden sie Mitte Juli beginnen. Die vierzig Meter breite, terrassenförmig ansteigende Bühne besteht aus einem stilisierten Mittelbau, an den sich zu beiden Seiten orientalische Straßenbilder anschließen. Wie in Oberammergau steht das Theater unter freiem Himmel. Die Leitung hat Geheimrat Martersteig, der früher in Köln und Leipzig den städtischen Bühnen mit großem künstlerischem Erfolge vorstand. Die Dichtung schrieb der durch biblische Stücke bewährte Dr. Hermann Dimmler, die Komposition und musikalische Leitung hat G. Rüdinger übernommen. Die Aufführung ist als eine Wiederaufnahme der alten Volkspassion unter Beteiligung von 500 Mitwirkenden gedacht. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Künstlern der Münchener Bühnen (Nationaltheater, Kammerspiele, Schauspielhaus und Volkstheater). Der Kunstmaler Phil. Schumacher hat die Kostüme entworfen.

Lustspielhaus. Leo Falls Operette: „Die geschiedene Frau", hatte im Lustspielhaus einen sehr starken Erfolg. Wir kennen das Stück vom Gärtnerplatz, das war noch zu Zeiten der Gisela Fischer, ist also schon reichlich zehn Jahre oder mehr her. Viele Nummern mußten wiederholt werden und nach dem zweiten Aktschlusse gab es ganze Berge von Blumen. Leo Falls Musik hat hübsche Einfälle, weiche, sichere Melodien, die im Ohre haften und flotte Tanzrhythmen. Ganz, wie es das Publikum liebt, nur mit mehr Feinheit der Instrumentierung, als es der üblichen Operettenmache entspricht. Mizzi Parla sang und spielte die Gonda mit Anmut und Temperament. Forster gibt den unschuldig Geschiedenen mit gewinnender Liebenswürdigkeit. Aus der Rolle der jungen Frau ließe sich mehr herausholen; die weiteren größeren Rollen waren recht angemessen besetzt; auch die musikalische Leitung Wetzelsbergers verdient Dank.

Faust-Ausstellung. Das Theatermuseum der Klara Ziegler-Stiftung besteht nun zehn Jahre. In letzter Zeit hat man nicht gerade Angenehmes gehört. Schwannecke, der frühere Leiter des Nationaltheaters, hatte als solcher die Leitung des Museums beibehalten und so waren Aemter, die nach dem Willen der Stifterin verschiedene Instanzen darstellen sollten, in eine Hand gekommen. Verkäufe und allerhand Maßnahmen stellten sich dadurch als Eigenmächtigkeiten dar, die auch im Landtage zur Sprache gekommen sind. Ulmer, unser Heldendarsteller vom Nationaltheater, ist nun zum geschäftsführenden Direktor bestellt worden. Die neue Verwaltung ist an eine Katalogisierung und Neuordnung der Bestände gegangen. Die Gelegenheit, daß einige Räume hiedurch zeitweise frei sind, hat Dr. Rapp, der Konservator des Museums, benützt, eine Ausstellung „Goethes Faust auf der Bühne" zu veranstalten. Aus ganz Deutschland hat er sein Material zusammengetragen; vielfach fand er für seinen Plan eifrige Unterstützung, doch stieß er mitunter auch auf unerwartete Gleichgültigkeit. Es ist ungefähr ein Jahrhundert verflossen, seit die weltumspannende Dichtung zuerst in den Bühnenrahmen gezwängt wurde. Der Schinkelsche Entwurf von Fausts Studienzimmer und die Aufnahmen verschiedener Bühnenszenen erinnern an die erste Berliner Faustaufführung von 1819, zu der Fürst Radziwill die Musik geschrieben hat. Es war eine Veranstaltung des kgl. Hofes im Schloß Monbijou. — Goethe selbst, der zeitweise den Aufführungsversuchen seines Faust skeptisch gegenüberstand, hat doch auch selbst Skizzen entworfen zu einigen Szenen. Die mit Bleistift und Tusche ausgeführten Bildchen behandeln gerade solche Szenen, die, wie der Prolog im Himmel, die Erscheinung des Erdgeistes, auch heute noch zu den schwierigen Problemen der Faustdarstellung gehören. Schon 1790 hat die Faustillustration eingesetzt. Die ersten Blätter der Ausstellung rühren von Carstens her, es folgen Kaulbach, Moritz von Schwind, Cornelius, Spitzweg, Delacroix und viele andere mehr. Die erste Faustaufführung in München war 1830. Friedrich und Constanze Dahn als Faust und Gretchen sehen wir auf einer kolorierten Lithographie. Der später traditionell (und konventionell) gewordene blonde Gretchentypus zeigt sich hier noch nicht. Ludwig Devrient (1810) war als erster als Rezitator an die Faustdichtung herangetreten; mit seiner Mysterienbühne (Leipzig 1876) strebte Otto Devrient, der selbst den Mephisto spielte, die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Szene erstmalig an, auf welchem Wege man heute noch versucht, der Lösung des Problems näher zu kommen. Von der einst vieldiskutierten Wiener Aufführung durch Wilbrandt ist nur weniges erhalten geblieben; gut werden uns diejenigen die von Possart und Savits unternommen, verdeutlicht. (München 1895.) Die Aufführung im Münchener Künstlertheater 1908 („Reliefbühne") mit den Bühnenbildern Fritz Erlers wirkt als Anregung noch heute fort. Weiser in Weimar, Martersteig in Köln, Reinhardt in Berlin haben im letzten Jahrzehnt Inszenierungen geboten, die in ihren Entwürfen der Nachwelt zu bewahren wertvoll ist. Der Münchener Maler Pasetti schuf Bühnenbilder für eine Leipziger Aufführung, die die beiden Teile des Faust unter starken Streichungen zu einem einheitlichen Theaterabend zusammenzufassen sucht. Interessant sind auch die Entwürfe zur Frankfurter Aufführung des „Urfaust", den Dr. Zeiß, wie man hört, jetzt auch in München geben will. Berühmte Darsteller sehen wir viele im Bilde, eine Vollständigkeit ist hier heute nicht mehr zu erreichen. Es ist fesselnd an den Kostümbildern die Wandlung des künstlerischen Geschmackes zu studieren, die Entwicklungslinie der bildenden Künste aber auch literarische Einflüsse lassen sich hier unschwer ablesen. Freilich das Wichtigste, das Wort, all jener Künstler der Vergangenheit ist verhallt. Heute besitzen wir in dem Phonographen ein Mittel, es für die Nachwelt zu bewahren. Die Theaterwissenschaft vermöchte hieraus großen Nutzen zu ziehen. — Das Museum will aufhören Raritätenkammer der Eitelkeit zu sein, es strebt ein Zusammengehen mit anderen wissenschaftlichen Instituten, auch mit unserer Universität an, die theaterwissenschaftliche Vorlesungen aufzunehmen gedenkt.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Was bringt uns Spa? — Günstigere Wirtschaftsmeldungen — Neuerliche Banknoten-Mehrung steht derselben entgegen.

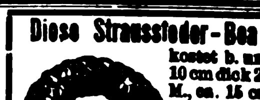
Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat in seinen Mitteilungen im Haushaltausschuss des Reichstages den furchtbaren Ernst unserer trostlosen finanziellen Lage, frei von jedem Optimismus und ohne Schwarzseherei geschildert. Was er über die Einzelheiten der 265 Milliarden Reichsschulden, der 55 Milliarden Jahresausgaben, der grossen Defizite aus den Reichsinstituten — Post, Eisenbahn — und hauptsächlich über das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit und nicht zuletzt über die Steuersabotage dargelegt hat, erweckt überall Interesse. Es ist gut, dass derartige Darlegungen kurz vor der **Konferenz in Spa** an die Oeffentlichkeit kamen. Die Entente muss von all den belegmässigen Ziffern unseres finanziellen Elends gebührend Kenntnis nehmen.

Der durch den Preissturz auf den meisten Warenmärkten klar zum Ausdruck gekommene Wirtschaftsniedergang hat anscheinend an Schärfe, im Augenblick wenigstens, verloren. Hoffentlich kommt der Exportbetätigung unserer Industrie die endlich in letzter Stunde amtlich erfolgte Ermässigung des hemmenden Ausfuhrabgabetarifes noch zustatten. Die Festigkeit der verschiedenen Leder- und Häutebörsen, gebesserte Meldungen aus der Schwerindustrie und die Einzelheiten über die anscheinend vorteilhaften Abmachungen der Hapaglinie mit dem Neuyorker Harriman-Konzern — die deutsche Flagge wird nunmehr trotzdem weiter fortleben —, auch die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen, wie beispielsweise in Argentinien und nicht für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes in Nordfrankreich und Belgien, solche im Werte von mehreren Milliarden Mark boten verschiedenen Wirtschaftsfaktoren günstigeren Stimulus in der Betrachtung der deutschen Wirtschaftslage. — Die neuerliche Mehrung des deutschen Banknotenumlaufes um weitere 800 Millionen Mark in der dritten Juniwoche lässt hinsichtlich der finanziellen Gesundung ohne Vornahme von einschneidenden Sanierungsoperationen allerdings keine Hoffnung zu.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.







Todes-  Anzeige.

Nach Gottes heiligem Willen verschied gestern, wiederholt versehen mit den heiligen Sterbsakramenten, unser hochwürdiger Mitbruder

P. Arsacius Landgraf, O. M. Cap.

im Alter von 71 Jahren, von denen er 47 im Ordensstande verlebte.

Die Seele des lieben Verstorbenen empfiehlt dem Memento der hochwürdigen Priester und dem frommen Gebete der Gläubigen.

ALTŒTTING, 26. Juni 1920.

Das Kapuzinerkloster „St. Magdalena".

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren guten Bruder,

Hochwürden Herrn

Ignaz Scheuermann

Prof. a. D.

nach längerem Leiden, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, wohlvorbereitet im 63. Lebens- und 38. Priesterjahre, heute in Neuburg a. D. zu sich in die Ewigkeit abzuberufen. Wir bitten, seiner Seele im Gebete gedenken zu wollen.

Freiburg (Schiffstr. 3) und Hof-Marstatt, 27. Juni 1920.

Die trauernden Geschwister:

Julie und Joseph Scheuermann.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland ℳ 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach
dem Ausland besonderer
Tarif, im allgemeinen
Frs. 4.50 des Schweizer
Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile ℳ 1.—, Anzeigen
auf Textseite d. 95 mm breite
Millimeterzeile ℳ 5.—.
Beilagen:
ℳ 45.— das Tausend.
Platzvorschriften
ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung
werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden
nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig
durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 29 München, 17. Juli 1920. XVII. Jahrgang.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Die bedeutsamste Entscheidung ist in Spa bereits in der ersten Woche der Konferenz gefallen. Was der brutale Versklavungsfriede in Versailles begonnen hatte, wurde in Spa in nur mäßig sanfterer Form fortgesetzt. Nichts ist bis heute an Erleichterungen erreicht. Im Gegenteil! Der Feind hat erneut mit brutaler Gewalt und Erpressungen dem wehrlosen deutschen Volke den Stiefel auf den Nacken gesetzt. Schon der Anfang der Konferenz war kennzeichnend für die Art, wie man mit Deutschland in Spa umspringen wollte. Unsere Regierung hatte dem Obersten Rat Denkschriften zugehen lassen über die Zahlungsfähigkeit und die Steuerbelastung Deutschlands, dazu ein Gutachten der deutschen Sachverständigen über unsere wirtschaftliche Lage. In Spa würde, so mußte man glauben, zunächst von der Entschädigung und Wiedergutmachung die Rede sein. Aber die Tagesordnung, die in der ersten Sitzung am 5. Juli der belgische Minister De la Croix, der gewissermaßen als Gastgeber den Vorsitz führte, verlas, enthielt als ersten Punkt: Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages. Dann sollten Entschädigung, Kohlenfrage und Bestrafung der Kriegsverbrechen verhandelt werden. Hierauf war die deutsche Abordnung nicht vorbereitet, unsere militärischen Vertreter fehlten noch. Lloyd George zeigte sich ungehalten, und die feindliche Presse schrieb am nächsten Morgen von deutschen Verschleppungsversuchen. Dienstag, den 6. Juli, trafen dann Reichswehrminister Geßler und General von Seeckt ein. — Die zweite Ueberraschung war, daß Lloyd George gegen uns das Wort führte. Die Franzosen schwiegen meist.

Auch diese Tatsache muß für jene Phantasten festgehalten werden, die ihre Hoffnungen auf Englands Gunst gesetzt hatten. Englands Staatsmänner von heute sind vom nämlichen Vernichtungswillen gegen Deutschland beseelt, wie die französischen, wenn auch die Form ihrer Betätigung verschieden sein mag. Bei der Kohlenfrage führte wohl nach genau verteilten Rollen Millerand das Wort. Ein eigentliches Verhandeln und Beraten fand auch in Spa nicht statt. Trotzdem war es dem gewandten deutschen Außenminister Simons möglich, die Heuchelei Lloyd Georges in der Entwaffungsfrage an den Pranger zu stellen. Aber auch in dieser Frage diktierte einfach die Gewalt mit Mitteln brutaler Erpressungen.

Lloyd George hielt den Deutschen vor, sie hätten noch 12000 Geschütze und 3 Millionen Gewehre im Lande, letztere meist unüberwacht in den Händen der Bevölkerung. Und die Reichswehr zähle immer noch 200000 Mann. Unser Abrüstungsplan, der fünfviertel Jahr für den Abbau der Reichswehr auf 100000 Mann vorsah, ward nur zum Schein an einen Sachkennerausschuß verwiesen. Der änderte die deutschen Vorschläge dahin, daß schon am 1. Januar 1921 der Stand von 100000 Mann erreicht sein müsse. Außerdem sei die Sicherheits- und die Einwohnerwehr sofort zu entwaffnen und die Eintreibung der Waffen aus Privatbesitz wirksam zu gestalten. Die Frist zur Annahme lief Freitag, den 9. Juli, vormittags ab. Und die deutsche Abordnung — unterschrieb. Wohl machte sie einen förmlichen, aber in der Wirklichkeit wirkungslosen Einspruch gegen die bei Nichtausführung des ungeheuren Ansinnens angedrohte Besetzung des Ruhrgebiets.

Niemand werfe einen Stein auf unsere Unterhändler, auf Simons und Fehrenbach. Konnten sie den ungeheuerlichen Forderungen des Feindes ein Nein entgegensetzen, indessen tatsächlich ein großer Teil des deutschen Volkes, die ganze Sozialdemokratie in allen ihren drei Schattierungen, in dieser Entwaffnungsfrage mit dem Feind sympathisierte, fraternisierte, ja ihm das Material für seine Forderungen lieferte? Man brauchte nur die sozialdemokratische Presse, auch der ehemals mitregierenden Partei, in den letzten Wochen zu verfolgen. Was da von der Wirkung eines waffenlosen Deutschlands auf die Herzen der Völker, vom Ortsschutz mit Schrotflinten und Gummiknüppeln und vom Revanchegeist der Reichswehr zu lesen stand, das mußte die Feinde zu ihren ungeheuerlichen Forderungen geradezu herausfordern. In der sozialdemokratischen Presse stand alles hundertfach gedruckt, was Lloyd George für die vollständige Hilf- und Wehrlosmachung Deutschlands unsern Vertretern vorhielt. In der „Münchener Post“, genau so wie im „Kampf“ oder in der „Freiheit“. Noch geht der tiefe Riß durchs deutsche Volk wie vor dem Krieg. Noch hat die Sozialdemokratie nicht gelernt, das Vaterland über die Partei zu setzen. Wie sie einst in der Monarchie diesem System keinen Mann und keinen Groschen für Deutschlands Wehr und Rüstung bewilligte und so die furchtbare Schuld an Deutschlands mangelnder Rüstung und Bereitschaft bei Ausbruch des Weltkrieges trägt, so hat sie auch jetzt in blindem Militärkoller und jedes Verständnisses für Deutschlands Wehr und Waffen bar die größte Mitschuld an der völligen Wehrlosmachung und damit Versklavung des deutschen Volkes auf sich geladen. Das mögen sich auch die Arbeitermassen merken, die, nicht von internationalen Phantasien genarrt, nationalen Sinn sich erhalten haben. Die Haltung der Sozialdemokratie ist Schuld daran, daß unsere Unterhändler in der Entwaffnungsfrage alles unterschreiben mußten, was der Feind diktierte. Wäre die deutsche Arbeiterschaft so national und geeinigt wie in Frankreich und England und ginge nicht der rote Riß durchs deutsche Volk, dann wäre ein Nein möglich gewesen.

Wie wenig Sinn und Verständnis für nationale Einheit vor dem Feind die sozialdemokratischen Massen heute noch zeigen, beweisen alle die Putsche, Streiks- und Generalstreiksversuche in denselben Stunden, da die deutsche Regierung den schweren Gang nach Spa gehen und vor dem Feind um Deutschlands Schicksal streiten mußte. Auch andere Kreise haben leider nicht immer den nötigen Sinn für Gemeinsamkeitsarbeit und nationale Würde. Unmittelbar vor der Konferenz von Spa versuchte ein ehrgeiziger Offizier auf seine Art das Reich zu retten, indem er Enthüllungen gegen Dr. Heim brachte. Dieser sollte in San Remo mit Engländern und Franzosen verhandelt, Frankreich mit einem Rheinbund gegen Englands Uebermacht, England mit einem Großdeutschland unter Bayerns Führung gegen den Einfluß Frankreichs zu ködern versucht haben. Norddeutschland sei nach Heims Ansicht dem Bolschewismus verfallen, Süddeutschland müsse sich zunächst von ihm trennen und einen neuen deutschen Zusammenschluß von sich aus herbeiführen. Dr. Heim konnte jedoch beweisen, daß er gar nicht in San Remo war und auch sonst nicht in diesem Sinn gewirkt hat. Es ist sehr bedauerlich, daß auch einige Zentrumsblätter diesen Fall in einer Art behandelt haben, die nicht auf der Linie der Zusammenarbeit und Wiederannäherung von Zentrum und Bayer. Volkspartei liegt und der Eintracht unter den deutschen Katholiken unmöglich förderlich sein kann.

In der Frage der Kohlenlieferungen hat in Spa Frankreich ebenso vollkommen gesiegt wie in der Entwaffnungs-

frage. Millerand verlas eine Erklärung, die hauptsächlich vier Forderungen enthält: 1. Unbedingte Priorität Frankreichs für die gesamte deutsche Kohlenausfuhr; 2. Einsetzung einer Ueberwachungskommission in Berlin; 3. jeweilige Vorlegung des Programms für die deutsche Kohlenwirtschaft, welches der Genehmigung der Alliierten bedarf; 4. Befugnis der Kontrollkommission zu Strafmaßnahmen. Im Anschluß an die Verlesung dieses Schriftstücks forderte Millerand die deutsche Delegation auf, diese Erklärung, die er ausdrücklich als „Entscheidung" bezeichnete, zu unterschreiben. Der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simons erklärte, daß dies nicht möglich sei, da die Delegation erst eingehend mit ihren Sachverständigen beraten müsse.

Einen Lichtblick in diesen traurigen Tagen bietet der deutsche Sieg bei den Abstimmungen in Ost- und Westpreußen. Nach vorläufigen Ergebnissen sind folgende Stimmzahlen bekannt: Westpreußen: 99 316 abgegebene Stimmen, davon 91 634 deutsch, 7 682 polnisch, demnach 92 Prozent deutsch. Ostpreußen: 361 063 abgegebene Stimmen, davon deutsch 353 655, polnisch 7 408. Also 97,9 Prozent deutsch.

Der Reichstag verabschiedete inzwischen den Nothaushalt, ein Gesetz über Aenderung des Steuerabzuges, der durch Staffelung und Freilassung eines Teils vom Lohn gemildert wird, sowie einige andere Vorlagen. Dann vertagte er sich auf unbestimmte Zeit, da fast alle Mitglieder der Regierung in Spa benötigt werden. In einer Ausschußsitzung des Reichsrats wurde die Vorlage angenommen, als erste Rate für den Bau des bayerischen Großschiffahrtsweges Main—Donau 10 Mill. Mark zu bewilligen.

In Bayern tritt am 15. Juli der Landtag zusammen. Ueber die Regierungsbildung haben sich die Fraktionen vorläufig geeinigt. Alle bürgerlichen Parteien werden im Kabinett vertreten sein. Die Sozialdemokraten wurden zur Teilnahme aufgefordert, lehnten jedoch ab. Ministerpräsident bleibt voraussichtlich Dr. von Kahr. Zur Entscheidung des Reichs über die Entwaffnung der Sicherheits- und Einwohnerwehr erklärte Bayern, daß es auf beide Schutzmittel nicht verzichten könne und auch nach der Unterzeichnung seinen Standpunkt nicht ändere. Die Regierung Kahr findet hier den Beifall aller Freunde des Vaterlandes und der Ordnung. Wir haben die Zuversicht, daß sie ihren guten Weg einhält. Auch Württemberg scheint nach einer Rede seines Staatspräsidenten diesen Standpunkt einzunehmen.

In Deutsch-Oesterreich hat die Nationalversammlung das neue Ministerium gewählt: je vier Christlichsoziale und Sozialdemokraten, einen Großdeutschen und drei Beamte. Das Land, besonders aber Wien, leidet schwer unter der Ausfuhrsperre, die Ungarn dem sozialistischen Boykott gegenüber anwendet. Obst und Kartoffeln sind vom Wiener Markt verschwunden. Dagegen sind im boykottierten Budapest die Preise für Lebensmittel gefallen, da eine Menge Waren zum Verkauf stehen, die ursprünglich fürs Ausland bestimmt waren. Daß das ungarische Kabinett um seine Entlassung einkam, hängt nicht mit dem Boykott zusammen, sondern mit den Wahlergebnissen im Theißgebiet, wo die rumänische Besetzung die Wahlen verzögert hatte.

Von schweren Folgen für die europäische Gesamtlage kann der Zusammenbruch der polnischen Ostfront werden. Die Russen haben die Beresina überschritten, rücken von Pinsk gegen Brest-Litowsk und im Süden über Rowno gegen Tarnopol und Lemberg vor. Dabei soll in Weißrußland ein Aufstand im Rücken des polnischen Heeres ausgebrochen sein. Der Eroberungszug, den Polen, heimlich angetrieben von Frankreich, gegen Osten unternahm, um seine Grenzen von 1772 wiederherzustellen, rächt sich schwer. Von den Großmächten, besonders England, hat es keine Hilfe zu erwarten, das hat Lloyd George unmißverständlich bekundet. Die polnischen Sozialdemokraten, die im übrigen den diktatorisch regierenden Rat der Landesverteidigung unterstützen, dringen auf ein Friedensangebot. Jetzt hat Polen seine Friedensbereitschaft erklärt und einen Ruf um materielle und moralische Hilfe nach Spa gerichtet. Deutlich empfahl es sich dabei als Schutzwall gegen den Bolschewismus.

Die Deutschen in Böhmen haben gegen den fortgesetzten Druck der Tschechen den Generalstreik erklärt. Er richtet sich gegen die Aushungerung des deutschen Gebiets und das ungerechte Kriegsanleihegesetz. Nach diesem wird nämlich die österreichische Kriegsanleihe nur bis 75 Proz. und bei gleichzeitiger Zeichnung tschechischer Staatsanleihe eingelöst. Kriegsanleihe aber haben in Böhmen fast nur die Deutschen gezeichnet.

An den Grenzen Europas und in Asien ist die türkische Frage noch nicht gelöst. Eine Milderung des türkischen Friedensvertrags wird von der Entente abgelehnt. Dabei sind die Kämpfe in Kleinasien noch unentschieden.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika ziehen sich mehr und mehr von den europäischen Wirren zurück. Besonders rückt die republikanische Partei mit dieser Losung in den Wahlkampf zur Präsidentschaft. Ihr Bewerber ist Harding. Er hat schon nach dem amerikanischen Grundsatz des Parteiwechsels gute Aussichten. Die Demokraten wählen James M. Cox, Gouverneur von Ohio, der in der Partei die Politik Wilsons und den Frieden von Versailles bekämpft. Auch die Sozialisten stellen einen Bewerber auf: Eugen Viktor Debs, einen bekannten Kriegsgegner. Der Neuyorker Parteitag, der seine Wahl beschloß, erklärte sich zugleich für den Parlamentarismus und gegen die russische Form der Diktatur des Proletariats. Neben den Sozialisten gibt es auch in Nordamerika Kommunisten und Syndikalisten, doch geht die Staatsgewalt gegen sie mit einer Schärfe vor, wie es bei keiner europäischen Regierung erhört ist. Man wagt in Amerika im Namen der bürgerlichen Freiheit selbst unduldsam zu sein. In Spa ist Amerika schon nicht mehr vertreten, Englands und Frankreichs Diktatpolitik kann nicht nach dem Geschmack der Amerikaner sein. Ihre Neigung, in Europa Geld anzulegen, muß unter diesen Umständen erkalten. Denn dauernde Unruhe und neue Kriege können allein aus der verkehrten Praxis eines Lloyd George und Millerand entspringen.

Aus der Reichsschulkonferenz.

Von Univ.-Prof. Göttler, München.

Als ein Ereignis von historischer, von nationalgeschichtlicher Bedeutung wurde das Zustandekommen dieser „Konferenz" von vielen, besonders in der Stunde der Eröffnung, es war am 11. Juni vormittags nach 10 Uhr, empfunden. Die nächsten Monate werden uns belehren, ob sie wirklich ein solches, eine neue Aera der Schulgeschichte begründendes Ereignis war oder bloß der Anlauf zu einem solchen. Als ein Erfolg der Sozialdemokratie auf kulturpolitischem und kulturgeschichtlichem Gebiete erschien sie und erscheint sie vielen, ein Schein, der seitens der Leitung der Konferenz bei Eröffnung und im ganzen Verlauf zwar nicht erweckt oder verstärkt, aber auch nicht zerstreut wurde. Nur Kerschensteiner hat einleitend bei seinem ersten Auftreten darauf hingewiesen, daß auch schon in der Zeit vor der Revolution Forderungen dieser Art, und zwar nicht bloß aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion heraus, gestellt wurden. (Die alte „Reichsschulkommission" und der „Reichsschulausschuß" können freilich nicht einmal als Andeutung, geschweige Keimzelle der Reichsschulkonferenz angesehen werden.) Die Geschichte des Gedankens reicht bekanntlich noch viel weiter zurück, in das Jahr 1848. Immerhin, daß der Gedanke Tat wurde, und die nähere Vorbereitung dieser Tat mag die Sozialdemokratie für sich buchen.

Die nähere Vorgeschichte der Reichsschulkonferenz beginnt mit der neuen Reichsverfassung und deren Vorarbeiten. Art. 10 derselben: „Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen für . . . 2. das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens und das wissenschaftliche Büchereiwesen," dann Art. 143 bis 149, welche die Fundamente oder doch gewisse Eckteine eines Reichsschulrechtes darstellen, gaben der neuen Reichsregierung das Recht, eine Vorlage für ein Reichsschulgesetz auszuarbeiten. Es mußte entschieden gewinnend wirken, wenn die Reichsregierung, hier Reichsministerium des Innern, diese Gesetzesvorlage nicht fertigen wollte, ohne den Rat eines aus allen Teilen des Reiches zusammengerufenen, den verschiedenen Weltanschauungen und pädagogischen Richtungen angehörenden Kollegiums von Sachverständigen, sozusagen einer Erziehungskammer. Freilich hörte man dann, daß die Gesetzesvorlage nun doch schon wenigstens in manchen Teilen fertig war, als die Berater zusammenkamen. (So z. B. der Gesetzentwurf über die Grundschule.) Aber das hat vielleicht seinen Grund darin, daß die Konferenz nach der Vereitelung des zuerst in Aussicht genommenen Termines (Mitte April) durch den Kapp-Putsch ungewiß wurde und lange ungewiß blieb. Ein anderes „freilich" trifft ja nicht die veranstaltende Regierung, sondern die verfassunggebende Nationalversammlung. Die in der Verfassung liegenden Grund- und Ecksteine sind viel zahlreicher gesetzt worden, als es nötig gewesen wäre. Solche zu verrücken oder ganz

aus dem Baubereich hinauszuwerfen, konnte einer erst nachträglich einberufenen Fachmännertagung nicht mehr gestattet werden. „Revisionen“, „Auslegungen“ solcher Art wurden ja wohl da und dort beantragt, insbesondere wo man sich auf andere Stellen der nämlichen Verfassung berufen oder doch stützen konnte.

Der wichtigste Punkt der Vorgeschichte ist natürlich die Auswahl der Konferenzmitglieder. Es sind drei Arten von Teilnehmern zu unterscheiden: 1. Regierungsvertreter, d. h. Abgeordnete der Reichsregierung und der Regierungen der „Länder“, natürlich in erster Linie den Kultusministerien angehörend, daneben aber doch auch Mitglieder der Volksvertretungen dieser Länder. Das Mitgliederverzeichnis weist 91 Namen dieser Gruppe auf. Eine zweite Kategorie stellen dar die Vertreter der Verbände, natürlich in erster Linie der pädagogischen Verbände, also der verschiedenen Lehrer- und Lehrerinnenvereine, nach Schularten, Konfessionen, politischer und pädagogischer Ueberzeugung organisiert, darunter eine ganze Reihe von Reformverbänden allerneuesten Datums, z. B., der Reichsbund entschiedener Schulreformer, der Verein „Neue Erziehung“, die Vereinigung der Freunde kollegialer Schulverfassung, Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen. Aber auch wesentlich andere „Verbände“ durften Vertreter stellen, so z. B. um nur einige herauszugreifen, die Fraktionen des Reichstages, der „Deutsche Städtetag“, der „Reichsstädtebund“, der „Verband rheinisch-westfälischer Gemeinden“, der Verband der größeren deutschen Landgemeinden“, der deutsche Buchhandel, die Frauenvereine der verschiedenen Richtung, der „Gewerkschaftsbund der Angestellten“, der „Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten“, der „Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund“, der „Reichsbund akademisch gebildeter Landwirte“, „Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter“; unter den Weltanschauungsverbänden: der „Deutsche Freidenkerbund“, der „Bund freier religiöser Gemeinden“, der „Deutsche Monistenbund“; dann mußte natürlich auch der deutsche Episkopatals Vertretung der katholischen Kirche und Vertreter der protestantischen Kirche zugelassen werden. Es waren der ersteren ganze zwei, der Erzbischof von Bamberg und der Bischof von Osnabrück, der letzteren, wenn ich recht sah, drei. Aber nicht nur die Verbände der Erwachsenen, sondern auch die der Jugend- und Schülervereine durften ihre Vertreter senden. Wer nicht weiß, was alles in Deutschland pädagogisch interessiert ist und zu den „berufenen Vertretern pädagogischer Interessen“ gehört, der kann es aus dem Studium des Teilnehmerverzeichnisses lernen. Natürlich durften alle diese Verbände je nach dem Verhältnis der hinter ihnen stehenden Zahl von Mitgliedern Vertreter senden. Oder doch auch nach der Bedeutung ihrer Sache? Ein vergleichendes Studium des Teilnehmerverzeichnisses nach diesem Gesichtspunkt wäre interessant. Sicher ist, daß das einberufende Reichsministerium des Innern es war, welches letztlich bestimmte, ob und wieviel Vertreter jeder Verband senden dürfe. Es wurde festgestellt, daß die Zahl der Vertreter katholischer Organisationen einschließlich der Vertreter des Zentrums und des Episkopates etwa ein Zehntel der Gesamtzahl ausmachte. Dieses nämliche Reichsministerium des Innern berief aber außerdem nach vollkommen freier Auswahl noch eine dritte Gruppe von Teilnehmern, Pädagogen ihres Vertrauens, nach Angabe Wychgroms (im „Tag“ Nr. 125) etwa hundert, darunter eine löbliche Anzahl von Vertretern der Pädagogik an den Universitäten und anderen Hochschulen, aber auch eine mindestens ebenso große Anzahl von radikalen Reformern, z. B. Gurlitt, Hierl, Wyneken. Außerdem lag die Auswahl der Referenten für die einzelnen Themen, die Bestellung der Vorsitzenden und Mitglieder der Ausschüsse ganz im freien Ermessen der Regierung. Gewiß sind nachträgliche Wünsche in letztgenannter Beziehung in entgegenkommender Weise erfüllt worden. Aber es stand auch nichts im Wege, daß jeder gewünschten Aufnahme eines Gewichtes sofort von seiten der Regierung ein Gegengewicht in ihrem Sinne hinzugegeben wurde.

So wurde denn aus der geplanten Konferenz schließlich eine Riesenversammlung von mehr als 600 Teilnehmern (das nicht absolut vollständige Teilnehmerverzeichnis weist 91 „Regierungsvertreter“ und 549 „Mitglieder“ auf), so daß die Abgeordnetenplätze des Reichstags-Plenarversammlungsraumes für die zweite und dritte Gruppe der Teilnehmer nicht ausreichten und Tribünenplätze hinzugenommen werden mußten. Man versteht aber auch, daß bei einer solchen Zahl und Zusammensetzung das Vertrauen in die Arbeitsfähigkeit, in die Berufenheit, in die Stimmberechtigtheit noch vor dem Zusammentritt arg ins Wanken kommen mußte. Es verwundert nach all dem Gesagten nicht mehr, daß der Vorsitzende der Tagung nicht von der Versammlung gewählt oder durch eine Art Zustimmung von ihr erholt wurde. In dieser (und anderer) Beziehung ist die Bezeichnung Reichsschulparlament jedenfalls nicht zutreffend, der Ausdruck „Konferenz“ näherliegend.

Ich gehe kaum fehl, wenn ich sage, daß hinter dem Gedanken und seiner Ausführung mit höchstpersönlicher Aktivität und mit der zähen Kraft einer lang gehegten und vertretenen Idee der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Heinrich Schulz steht, der bekannte Verfasser der „Schulreform der Sozialdemokratie“, der in einer während der Tagung erschienenen neuen Schrift „Weg zum Reichsschulgesetz“ [1]) uns genaueren Einblick in die gegangenen und noch zu gehenden Wege gewährt. Mit einer jedenfalls dem parlamentarischen Laien imponierenden organisatorischen Klugheit und mit nur selten etwas aus dem Gleichgewicht kommender Ruhe hat er das gewaltige Unternehmen gewagt, in Gang gesetzt und in Gang erhalten trotz allerlei äußerer und innerer Widerstände. Wenn der Chef des zuständigen Ministeriums, Dr. Koch, die Tagung eröffnete und schloß mit Worten, die innere Teilnahme für die Angelegenheit bekundeten, auch während der Tagung ab und zu Schulz im Präsidium ablöste, so ändert das kaum etwas an dem Gesagten. Leider — das Wort in rein menschlich-persönlichem Mitgefühl gebraucht — blieb Schulz der erhoffte volle Erfolg versagt.

Der äußere Gang der Tagung war folgender: Den sämtlichen Teilnehmern wurden im Laufe der letzten Wochen vor Beginn der Konferenz gedruckte Referate und Leitsätze über die Hauptgegenstände zum Studium zugestellt. Vier Tage waren für eine Art Generaldebatte in Vollversammlungen bestimmt, in welcher nach einer kurzen, auf 20 Minuten bemessenen Einleitung der Verfasser der gedruckten Referate über die drei Hauptthemen (Einheitsschule, Arbeitsschule und Lehrerbildung) und damit zusammenhängende Fragen diskutiert wurde. Es erfolgten trotz frühzeitig angesetztem Schluß der Rednerliste jeweils so zahlreiche Anmeldungen (beim ersten Thema etwa 80), daß die anfänglich in Aussicht genommene Redezeit von zehn Minuten auf fünf verkürzt und die angemeldeten Redner durch eine Kommission auf die einzelnen „Parteien“ rationiert werden mußten. Interessant war dann noch, wie abwechslungsvoll die Reihenfolge gestaltet wurde: Nicht nach der Ordnung in der Anmeldung, sondern in freier Disposition seitens des Präsidiums, schön gemischt abwechselnd das pro und contra von Vertretern der Linken und Rechten. Anfänglich waren die oft recht affektvollen Formulierungen der Forderungen, von Großen und Kleinen, Bekannten und Unbekannten, die meist „im Namen“ und „als Vertreter“ vorgetragen, oft abgelesen wurden, von Affektäußerungen zustimmender und ablehnender Art begleitet. Später leerte sich der Saal, nachdem die Referenten ihre Einleitungsreden beendigt hatten, sehr schnell und man überließ die Debatter dem kleinen Kreis der Beifall spendenden Anhänger.

Die eigentliche Arbeit der Konferenz war den Ausschüssen zugedacht, die für ganz spezielle Gebiete sich auf Thesen vereinbaren sollten, über die dann zum Schluß in der Vollversammlung abzustimmen gewesen wäre. Dieser Arbeit waren nur zwei Tage zugemessen. Es waren 17 Ausschüsse vorgesehen, die sich auf 20 vermehrten, nämlich für 1. Unterricht und Erziehung im vorschulpflichtigen Alter, 2. Schulaufbau (Einheitsschule), 3. Berufs- (d. i. Fortbildungs-) und Fachschule, 4. Volkshochschule und freies Volksbildungswesen, 5. Arbeitsunterricht, 6. Staatsbürgerkunde, 7. Kunsterziehung, 8. Schule und Heimat, 9. Lehrerbildung, 10. Schulleitung und Schulverwaltung, 11a Schülerfragen, 11b körperliche Erziehung, 11c Schularzt und Schulhygiene, 12. Eltern und Elternbeiräte, 13. technische Vereinheitlichung des Schulwesens, 14. Verwaltung des öffentlichen Schulwesens im Reich, 15. Privatschulen, 16. Auslandsschulen, 17. Jugendwohlfahrt und -Schule. Ein eigener Ausschuß für Mädchenbildung war merkwürdigerweise nicht vorgesehen, wurde aus der Versammlung heraus noch in den ersten Tagen beantragt, von Schulz auch zugestanden, aber dann doch von anderer Seite wieder hintertrieben. Die Zahl der Ausschußmitglieder war verschieden, etwa zwischen 15 und 80 schwankend. Ganz ebenso die Arbeitsweise und deren Ergebnisse. Da und dort wurden beinahe direkte Gesetzesvorlagen erarbeitet, während andere Ausschüsse mit Mühe gewisse Mehrheits-Thesen, oft mit ganz geringer Majorität, zustande brachten, denen sie dann die Minderheitsanträge beifügten. Die Ergebnisse dieser Ausschußberatungen wurden sofort nach Fertigstellung in Druck

[1]) Leipzig (Quelle und Meyer) 1920.

gegeben und in der Mehrzahl wohl schon am nächsten Morgen, manche viel später, allen Konferenzteilnehmern zur Verfügung gestellt.

Und nun sollte, so war es geplant und vorbereitet, sofort an den unmittelbar folgenden drei Tagen in Plenarsitzungen über diese von den Ausschüssen vorgelegten und von Berichterstattern erläuterte Thesen von allen Teilnehmern abgestimmt werden und zwar größtenteils namentlich. Zu diesem Zwecke hatte jeder Teilnehmer mit den Drucksachen eine Anzahl (40) von mit seinem Namen bedruckten Stimmzetteln zugesandt erhalten. Aber es kam anders. Schon zu Anfang der Konferenz hatten gewisse Gruppen dagegen Einspruch erhoben, durch Abstimmungen derartige wissenschaftliche und weltanschauliche Fragen erledigen zu wollen und dann mit solchen Mehrheitsvoten nach außen hin zu operieren. Dies ganz besonders auch im Hinblick auf die gänzlich unkontrollierbare Zusammensetzung der Konferenz. Das bewirkte zunächst eine Einschränkung des Planes. Es sollte nur über einige ausgewählte Thesen betreff Schulaufbau und Lehrerbildung abgestimmt werden. Denn bezüglich des dritten Hauptthemas, Arbeitsschule, sei man schon im Ausschusse ganz einig geworden, meinte Schulz. Aber auch hiegegen wurde von den Vertretern mehrerer Gruppen der konfessionellen Verbände unter Führung des Vorsitzenden der „katholischen Schulorganisation", Geheimrates Marx, des Vereins akademisch gebildeter Lehrer u. a. nochmals Einspruch erhoben unter starkem Widerhall, freilich auch unter lebhaften Kundgebungen einer Gegenseite. So entschloß sich der Vorsitzende nach mancherlei Verhandlungen mit einer erweiterten Geschäftsordnungskommission, die Versammlung selbst diese Abstimmungsfrage entscheiden zu lassen und zwar durch Erheben von den Sitzen nebst Gegenprobe. Es war das wohl der hochgespannteste Augenblick der ganzen Tagung, zu dem von den Parteien alle Teilnehmer nochmals heranzuschleppen versucht wurden. Der Vorsitzende, Staatssekretär Schulz, mußte zu seinem Leidwesen konstatieren, daß die Mehrheit eine Abstimmung über die Thesen ablehne. Als die Richtigkeit dieser Konstatierung von der unterlegenen Partei angezweifelt wurde, fand eine neue Abstimmung durch den sogenannten Hammelsprung (Abzählung der Für- und Gegenstimmen an zwei Saaleingängen) statt, welche ergab, daß die Konferenz mit 256 gegen 203 Stimmen — bei Stimmenthaltung seitens der Regierungsvertreter und auch mancher Teilnehmer — die Abstimmung über die Thesen ablehne. Nun beantragte der Führer des Bundes der „entschiedenen Schulreformer" erst noch namentliche Abstimmung und wollte, als das abgelehnt wurde, der Mehrheit es als Feigheit deuten, die sich scheue, vor aller Welt mit dem Namen für diese ablehnende Haltung einzutreten. Er forderte alle jene, welche für die Abstimmung eingetreten, auf, ihre Namen in eine Liste einzutragen, um so doch die Feiglinge herauszubekommen. Es waren die unerquicklichsten Augenblicke der Tagung, die noch am nächsten Tage ein Nachspiel in Erklärungen und Gegenerklärungen hatten.

Der Leiter der Konferenz selbst hatte sich längst mit Würde ins Unvermeidliche geschickt und die Aufgabe dieses letzten Abschnittes dahin abgeändert, daß die Konferenz in Plenarsitzungen lediglich die Berichte der Ausschüsse entgegenzunehmen habe und zwar, wie schon von Anfang an festgelegt war, debattelos; nur kurze „Erklärungen", die vorher vorzulegen waren, durften zu Protokoll gegeben werden. Die sachlichen Ergebnisse wird ein zweiter Artikel in nächster Nummer besprechen.

In freund- und freudloser Zeit.

Heil dem, der einen treuen Freund gefunden,
Mit dem er Liebe, Leid und Freuden teilt,
Dem er sich ganz ergibt, der bei ihm weilt,
Der ihn nicht einsam lässt in bösen Stunden!

Doch wenn die schwerste naht — wenn was verbunden
Auf ewig schien, gleich einem Traum enteilt,
Wer nimmt sich des Verlassenen an und heilt
Des gramverstörten Herzens tiefe Wunden?

Kennst du Ihn nicht, den göttlichen, den Einen,
Der reich an aller Liebe Schätzen ist, —
An dessen Herzen du dich aus darfst weinen?

Dass Er dein Freund, so wird zur längsten Frist
Der Nacht dir seines Herzbluts Sonne scheinen —
Ermessen kannst du nicht, wie reich du bist!

Leo van Heemstede.

Der Bolschewismus im Orient.

Von G. Nebel, Coblenz.

Auf den ersten Blick erscheint es erstaunlich, daß der Bolschewismus in Vorderasien, unter Mohammedanern, einen solchen Einfluß gewinnen konnte, wie er sich seit geraumer Zeit dort zeigt. Aber abgesehen davon, daß in der Türkei, in Iran und in Indien kein Aufstand ausbrechen kann, ohne daß er, schon allein wegen der geringen Entfernung, Anlehnung an Rußland als der gegebenen revolutionären Macht sucht und findet, sind Bolschewismus und Islam in vielen wesentlichen Zielen und in den Mitteln, die sie zur Erreichung ihrer Ziele anwenden, einander sehr verwandt. Beide sind echt orientalisch, beide suchen ihre Ansichten mit Feuer und Schwert gegen jeden Andersgläubigen durchzusetzen. Unduldsam und fanatisch nach außen, keinen Widerspruch duldend im Innern, reißen beide ihre Anhänger mit sich fort. Wie es ehemals die Kalifen antrieb, die Erde zu erobern, so ruft jetzt Lenin zur Weltrevolution auf. Und dazu verbindet beide eine Idee, die alle sonst vorhandenen Gegensätze überbrücken kann, Kampf gegen den britischen Kapitalismus.

Noch sind Indern und Aegyptern die Augen nicht aufgegangen, daß Großbritannien sie letzten Endes doch nur ausbeuten will, — und das ist der englischen Geschicklichkeit zu verdanken, die die wirtschaftliche Stellung der Bauern beider Länder wesentlich gebessert hat — aber schon streckt Lenin seine Fühler bis Aegypten und Indien, den Säulen des britischen Imperiums, aus und Trotzkis Behauptung: „Man werde den Engländern zeigen, daß auch die Russen Indisch verstehen", beweist, daß man in Moskau an ein aggressives Vorgehen gegen Indien denkt. Wer anders als Rußland hat Afghanistan im vergangenen Jahre in seinem siegreichen Kampfe gegen Indien unterstützt! Niemand anders als die Bolschewisten helfen jetzt den türkischen Nationalisten in Anatolien, die Erfolge über die Alliierten errungen haben.

Drei russische Armeen sollen nach Trotzkis Absichten gegen Vorderasien aufmarschieren. Die erste Armee steht nördlich vom Kaukasus, die zweite in Westturan bei Krasnodowsk, die dritte unmittelbar anschließend in Ferghana. Die Kaukasusarmee hat vorläufig noch viel Arbeit vor sich, ehe sie eine Verbindung zwischen Erzerum und Moskau geschaffen hat. Denn mächtiger als je ist Großbritannien in Transkaukasien. Es braucht Georgien, Armenien und Aserbeidschan als Glacis für seinen mesopotamischen Besitz, der wiederum der Kopf Indiens ist. Es braucht Kaukasien um so mehr, als der stets angriffslustige Bolschewismus gerade dort das englische Weltreich bedroht; Lenin erklärte: „Ueber Baku und Mossul geht der Weg nach Indien". Und Baku hat die rote Armee schon besetzt, während Lloyd George der Hoffnung ist, in der tatarischen, armenischen und georgischen Republik, die sich neulich unter Vermittlung des britischen Gesandten geeint haben, einen festen Wall gegen die bolschewistische Flut gefunden zu haben.

Um Indien zu schützen, wurden Gibraltar, Malta, Cypern und Aegypten gewonnen. Um das Nilland mit Indien zu verbinden, errichtete man ein arabisches Gegenkalifat, man übernahm die persische Verwaltung und das mesopotamische Mandat, man eroberte Beludschistan und geht jetzt nach Tibet und Kaukasien. Afghanistans Unterwerfung ist gescheitert, und das ist der wunde Punkt der englischen Stellung. Alle Befestigungen der Induslinie, auch das Sichern Indiens durch Festsetzung in Tibet, können an der Tatsache nichts ändern, daß Afghanistan das Tor für die Infektion Indiens mit revolutionären Ideen ist. Daß zwischen Indern und Afghanen recht lebhafte Beziehungen bestehen, beweist schon die Tatsache, daß der afghanische Gesandte bei der Sowjetregierung ein Inder ist.

Freilich darf man nicht etwa annehmen, daß die roten Armeen wirklich Indien erobern können. Afghanistan bietet keine Gelegenheit für den Durchmarsch eines Millionenheeres, wie es zu diesem Zwecke nötig wäre. Als Operationsbasis käme nur Westturkestan in Betracht, und von da ist die Entfernung zu groß, um mit einigem Erfolg gegen Gilgit und Peschaur operieren zu können. Außerdem bliebe immer noch eine Bedrohung von der Flanke, von Persien aus, das in der Hand der Briten bleiben wird, da seine Bewohner an Zahl viel zu gering und uneinig sind. Aber man wird von Kabul aus die Revolutionierung Indiens beginnen, man wird versuchen, Hindu und Mohammedaner zu einen, die England nur dadurch in Ruhe

hielt, daß es die einen gegen die anderen ausspielte. „Und diese Einigung," sagt Endres, „ist auf dem Boden des Bolschewismus, in der Form, zu der er sich durchgerungen hat, möglich." Geschieht aber das, dann ist Indien für England verloren, dann fehlt dem englischen Weltreiche die wichtigste Stütze und es bricht zusammen, wie die Donaumonarchie zusammenbrechen mußte, als Magyaren, Tschechen und Slovenen nur noch auf ihre Nationalität sahen.

Ein anderer Beweis, daß der Islam dem Bolschewismus freundlich gegenübersteht, ist der Umstand, daß zur Zeit, als Koltschak seine Truppen bis zum Ural vorgeschoben hatte und Denikin Südrußland besetzt hielt, wo also die Sowjetarmee in Turan so gut wie abgeschnitten war, diese dennoch sich gehalten hat und teilweise sogar aggressiv vorgegangen ist. Es ist das nur dadurch zu erklären, daß die Bevölkerung Zentralasiens — und diese besteht aus 9 Millionen Mohammedanern, Kirgisen, Turkmenen, Sarten und Iraniern und 3 Millionen Russen — mit den Bolschewisten sympathisiert hat; denn hätten die Moslems sich gegen Rußland erhoben, dann wären die roten Truppen bei Samarkand verloren gewesen.

So zeigt sich, daß Bolschewismus und Islam, in ihrem organischen Aufbau so sehr verschieden, durch gleiche Ziele zum gemeinsamen Vorgehen gezwungen, sich immer enger aneinanderschließen. Wir Deutsche wünschen die Anwendung des vom Obersten Rate in Europa so entschieden betonten Selbstbestimmungsrechtes der Völker auch für den Orient. Im Ziel sind wir mit Rußland einig und stehen im Gegensatz zu England und Frankreich. Der Türke weiß, daß nur Rußland und Deutschland ihm augenblicklich wohlwollen, und er hält sich deshalb an den Staat, der ihm die wirksamste Hilfe bringen kann: an Rußland.

Die demokratische Parteitagung in San Francisco.

Von Dr. jur. Gallus Thomann, Newyork, z. Zt. München.

Der Verlauf der Landesversammlung der demokratischen Partei hat nicht enttäuscht. Man hat nicht viel von ihr erwartet. Nachdem auf der republikanischen Konvention alles nach den Spielregeln der Freunde politischen Sports und der Berufsdrahtzieher und ungestört durch unbequeme Fortschrittliche und Unabhängige (progressives und independents) ebenso programmäßig wie ideenlos verlaufen war, konnten die Demokraten Mut fassen. Wußten jene die einzigen wirklichen Probleme der Gegenwart, die wirtschaftlichen, mit der altbewährten politischen Phraseologie elegant einzuwickeln, so konnten diese sie beruhigt ignorieren. Vorbehaltlose Ratifizierung des Friedensvertrages mit Völkerbund, kein Staatssozialismus (Eisenbahnen), Freihandel nach altem Rezept mit Modifikationen, Bedauern über die Teuerung, ohne die ernstliche Absicht, Gegenmaßnahmen zu treffen, Prohibition in strengster Durchführung und mit dem Wunsche der Erstreckung auf Tabak — diese Fragen stehen an der Spitze; angehängt ein paar freundliche Worte über unbedingte Gerechtigkeit gegenüber Kapital und Arbeit.

Und die Männer hinter diesen Richtlinien? In der republikanischen Konvention ist sogar in Hiram Johnson und seinem getreuen Knappen, Senator Borah, kein leisestes Echo der Rooseveltschen Unabhängigkeits- und Fortschrittsgedanken der Campagne von 1912 mehr erklungen, wie könnte da der allzeit getreue Demokrat W. J. Bryan einen Mißton in die schöne Einigkeit der Maschine bringen? Er ist vor allem ein viel zu eingefleischter Parteimann und als solcher der Ansicht, daß einzig die rückhaltlose Unterstützung der Ergebnisse Wilsonscher Politik der demokratischen Partei über die Krise weghelfen kann, die ihr naturgemäß bei Abgabe der Regierung an die Republikaner nach acht inhaltschweren Jahren bevorsteht. (Die Legislatur ist bereits seit 1918 republikanisch.) Bryan hatte ursprünglich andere Gedanken im Sinn; auf dem Konvent aber unterstützte er Wilson seine innere und äußere Politik restlos mit theatralischer Leidenschaft. Damit hat er für sich selbst auch klug gespielt. Die Demokraten erringen diesesmal die Präsidentschaft nicht, also würde seine Benennung als Kandidat der Demokraten seinem schon dreimal vergebens erstrebten Ziel, ins Weiße Haus einzuziehen, nicht gedient haben. Seinen großen persönlichen Einfluß aber, tatsächlich nur mit dem des Volkstribunen der römischen Politik vergleichbar, bewahrt er sich durch den eingeschlagenen Kurs am sichersten. Schon vor dem Zusammentritt der Versammlung war übrigens sein ursprünglicher Plan gescheitert, die „Radikalen und Liberalen", die mit keiner der alten Parteien Zufriedenen, durch Einlenken der Demokratie ins sozial-sozialistische Fahrwasser zu seiner Partei herüberzuziehen und mit diesem nicht unbeträchtlichen Zuwachs sich und damit die Demokraten zum Siege zu führen. Weder seine alten Parteifreunde noch jene Liberalen und Radikalen bissen an. Die letzteren umfassen nach gegenwärtigem politischen Sprachgebrauch sämtliche kritischen Geister, die sich in keine Maschine fügen wollen und eine neue Partei suchen. Von den Kommunisten bis zu jener äußersten rechten Grenze — die alten Parteien als konservativ angesehen — wo die Fortschrittlichen und Unabhängigen innerhalb des Rahmens der bestehenden Organisationen Reformen und Anpassung der Institutionen an den gesunden Kern neuer wirtschaftlicher und politischer Ideen forderten und fordern, so als erster und bedeutendster Theodor Roosevelt, dann Hiram Johnson, Borah, H. C. Hoover und viele andere. Der Mann, der führen könnte, aber fehlt; Roosevelt ist noch nicht ersetzt; nicht an Problemen, an Männern fehlt es.

W. J. Bryan hat sich weder in den Parteiversammlungen der Einzelstaaten noch in den neuen einzelstaatlichen Partei- und Vorzugswahlen als Kandidat aufstellen lassen. Er aber ist die markanteste, wenn nicht größte Figur in der demokratischen Partei. — Um die offiziellen Kandidaten, von denen zuletzt vier als kampfumtobte Kämpen das Feld behaupteten (28.—30. Juni), wogte ein wild aufgeregter Abstimmungskampf fünf Tage, bis endlich am 6. Juli die Entscheidung fiel. Diese vier waren:

W. G. Mc. Adoo, Schatzsekretär 1913—19, war zu diesem Posten, in dem er immerhin nicht versagt hat, wie zur Kandidatur als Schwiegersohn Wilsons per se qualifiziert. A. M. Palmer hat sich als Treuhänder für das feindliche Vermögen (Alien Property Custodian) zweifelhafte Lorbeeren geholt, ehe er ins Kabinett Wilson als Attorney General (Justiz) eintretend durch organisatorisch feste, leider moralisch anfechtbare Bolschewistensuche mit Lockspitzeln u. dgl. sich bei einem Teil der Nation beliebt machen konnte.[1]) Die sympatischste Gestalt in diesem engeren Kreise von Kandidaten war J. W. Davis, amerikanischer Gesandter in London, ein ruhiger, aller Demagogie ferner Mann und offenbar fähiger Diplomat. Der Gouverneur des Staates Ohio, Coy, hat die gewöhnliche Laufbahn des Journalisten, Politikers und politischen Beamten hinter sich. Seine Administratur des Staates Ohio zeigt keine besonderen Merkmale weder in reformatorischer noch in reaktionärer Richtung. Ein Kompromißkandidat wie sein republikanischer Gegenfüßler Harding. Auf ihn ist die Wahl gefallen. Im großen ganzen unzweifelhaft ein Mann der älteren Schule, der sich in der Zeit vor 1916 sicherer und wohler in verantwortungsreicher Stelle gefühlt hätte.

Obwohl W. J. Bryan konstruktive Ideen, weiten Blick, Organisationsgabe bewiesen hat, obwohl er einer der in breiten Massen volkstümlichsten und bekanntesten politischen Führer ist, scheint die Erfolglosigkeit seines Strebens zur Präsidentschaft nicht ohne tieferen Grund zu sein. Es fehlt ihm ein gewisses Etwas so sehr, daß man sich ihn kaum im Präsidentensessel als Haupt einer großen Nation denken kann. Was es unmittelbar und wesentlich sei, ist schwer zu sagen. Die Meinung, er sei eben ein bloßer Politiker der Maschine, aber kein Staatsmann, würde die Sache zu einfach abtun wollen; denn er hat unanfechtbare staatsmännische Gaben. Vielleicht kommt man der Wahrheit am nächsten, wenn man nicht zu tief schürft und sich zunächst an die dem äußeren Blick sich darbietende Würdelosigkeit und Inkonsequenz des Handelns hält, die unmittelbar und instinktiv auf innere Unausgeglichenheit schließen läßt. Bryan ist insofern tatsächlich nur Politiker, als er rein opportunistisch oder nach dem, was seine Stimmung jeweils dafür hält, handelt. Die Beobachtung, daß er selbst auf der Höhe seiner Volkstümlichkeit, trotz seiner erfolgreichen Demagogie im erträglichen wie im schlimmsten Sinne niemals ganz ernst genommen worden ist, scheint mir unwiderleglich und sie führt meines Erachtens zur Wurzel der Frage. Teils bewußt, teils unbewußt steht das mangelnde Vertrauen in den Charakter des Mannes bei den breiten Massen wie im engeren Kreis der Politiker in seinem Weg zur Erlangung der Präsidentschaft.

Welche der bestehenden Ansätze sich als Kern der jetzt oder in nächster Zukunft unausbleiblichen Neubildungen einer

[1]) Vgl. Urteil des Bundesrichters Anderson vom 17. April 1920.

dritten Partei nationaler Bedeutung mit Reformprogramm erweisen wird, ist nicht abzusehen. Eine der alten Parteien wird es kaum sein. Und welche auch immer es sein mag, sie wird nicht auf J. W. Bryan als Führer zurückgreifen. Die meiste Aussicht eine solche Partei zu werden, scheinen vorläufig die gemäßigten Sozialisten zu haben, die seit 1912 wenigstens einen ganzen Vertreter im Bundesrepräsentantenhaus haben; der immer wieder vom Hause wegen seiner politischen Gesinnung ausgeschlossene und immer wieder von seiner Gefolgschaft in Wisconsin wiedergewählte Viktor L. Berger. Wenn diese Partei nicht ihrer tatsächlichen numerischen Stärke entsprechend vertreten ist, so liegt das neben dem Fehlen jedes Verhältniswahlsystems an vielen Gründen, die es hier darzulegen, zu weit führen würde. Daß aber Ausschließung von Sozialisten aus Legislaturen, wie es, außer im Bund im Falle Berger, diesen Winter in der Neuyorker Legislative mit fünf Sozialisten geschehen ist, in Kürze den Amerikanern selbst als ein beinahe unglaubhaftes Stück Geschichte erscheinen wird, ist nicht wohl zu bezweifeln. Denn der außerordentlich junge politische Sozialismus in der Union marschiert.

Neue Wege zur Bekämpfung der Gefahren des Lichtspieltheaters.

Von Dr. rer. polit. Julia Dünner, Köln.

Am 29. Mai ds. Js. ist ein Gesetz in Kraft getreten, das für die Volkswohlfahrt im allgemeinen und für die Jugendpflege im besonderen von großer Bedeutung ist. Es ist das Reichslichtspielgesetz, das auf dem Gebiet des Kinowesens endlich die dringend notwendige Reform anbahnen soll. Die Vergiftung unseres Volkes und insbesondere unserer Jugend hatte seit den Revolutionstagen im November 1918, die die Zensur in Fortfall brachten, in geradezu erschreckender Weise überhandgenommen. Die Auswüchse trugen vielfach so schamlosen Charakter, daß weite Kreise des Publikums zur Selbsthilfe griffen. Auch aus den Reihen der Jugend stammen erfreulicherweise scharfe Proteste gegen den Schmutz und Schund der Lichtspieltheater.

Das neue Gesetz unterwirft zunächst jeden Film, der öffentlich vorgeführt oder zu diesem Zweck in den Verkehr gebracht wird, einer Prüfung, die die Zulassung nur aussprechen darf, wenn die Vorführung des Films ergibt, daß weder die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet, noch das religiöse Empfinden verletzt, noch eine verrohende oder entsittlichende Wirkung zu besorgen ist, noch das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten gefährdet werden.

Außer diesen allgemeinen Kriterien bedürfen Bildstreifen, die Jugendlichen unter 18 Jahren zugängig gemacht werden, besonderer Zulassung, die sich außer den oben angegebenen Grundsätzen darauf gründet, daß eine schädliche Einwirkung auf die sittliche, geistige oder gesundheitliche Entwicklung oder eine Ueberreizung der Phantasie der Jugendlichen nicht zu befürchten ist.

Die Prüfung umfaßt ebenfalls den Filmtitel, sowie den verbindenden Text in Wort und Schrift. Desgleichen die entsprechende Reklame an Geschäftsräumen und öffentlichen Anschlagstellen, wie auch die Reklame durch Verteilung von Druckschriften. Die besondere örtliche Reklame unterliegt der Genehmigung der Ortspolizeibehörde.

Diese Maßnahmen sind ganz besonders zu begrüßen, denn Filmtitel, Reklame und Drucksachen übten eine weitgehende verderbliche Wirkung aus, da sie vielfach noch anstößiger waren als die eigentlichen Bildstreifen, wie auch die „Erklärer" erfahrungsgemäß sich schwerer Verstöße zuschulden kommen ließen.

Von ganz besonderer Bedeutung sind die Bestimmungen, die der Gemeinde oder dem Gemeindeverband (Kreis, Provinz) weitere Kompetenzen im Interesse der Jugendlichen geben.

Auf Antrag des Gemeinde- oder Bezirksjugendamtes oder beim Fehlen dieser Einrichtung auf Antrag der Schulbehörde können die Kommunen oder Kommunalverbände nach Anhörung der Vertreter der Organisationen für Jugendpflege zum Schutze der Gesundheit und Sittlichkeit für die Zulassung der Jugendlichen weitgehende Bestimmungen treffen, zu deren Innehaltung die Unternehmer der Lichtspiele verpflichtet sind. Auf Grund dieser Ermächtigung kann eine Beschränkung der Jugendvorstellungen vorgenommen werden, indem bestimmt wird, daß solche Vorführungen nur an festgesetzten Wochentagen und Tagesstunden stattfinden dürfen. Auch kann zur Verhütung besonderer Gefahren der Besuch der Kinos durch Jugendliche nach 8 Uhr abends für unzulässig erklärt werden. Ferner können Kontrollmaßnahmen getroffen werden, um einen wirksamen Ausschluß der Jugendlichen aus den Vorstellungen, die nur für Erwachsene bestimmt sind, zu gewährleisten, in der Weise, daß Mädchen und Knaben, die an der Grenze des jugendlichen Alters stehen und Vorstellungen für Erwachsene besuchen wollen, gehalten sind, einen polizeilichen Ausweis (Photographie mit Altersangabe) vorzuzeigen.

Jugendamt, Schulbehörde und Jugendpflegeorganisationen müssen nunmehr die Initiative ergreifen und mit entsprechenden Anträgen an die Gemeinde herantreten. Fruchtbringende kommunale Maßnahmen sind aber nur dann durchführbar, wenn namentlich aus den Reihen der Jugendpflegeorganisationen genügend Hilfskräfte sich bereitfinden, die Behörden in der fortlaufenden Kontrollarbeit zu unterstützen. Anderseits ist es notwendig, daß die Gemeinden gerade hier der ehrenamtlichen Mitarbeit großzügig ein Wirkungsfeld einräumen.

Die Filmzensur wird an einigen wenigen Orten im Reich, die zugleich Hauptsitz der Filmindustrie sind, ausgeübt werden, und zwar sollen zunächst Prüfungsstellen in Berlin und München eingerichtet werden. Gegen diese Zentralisation der Zensur lassen sich mancherlei Bedenken vorbringen. Wenn auch der Grundsatz aufgestellt werden muß, daß die Moral unserer Großstädte nicht laxer sein soll als die der Mittel- und Kleinstadt, ja des Dorfes, so liegt doch in der Praxis die Gefahr nahe, daß für die Prüfung Ansichten maßgebend sein werden, die sich allzusehr den beiden genannten Großstädten anpassen werden. Gerade die Berliner Zensur vor dem Kriege hat gezeigt, daß dortige Auffassungen vielfach Anstoß und Aergernis erregten. Leider ist der Wunsch nach Ortsprüfungsstellen an heftigen Widerständen gescheitert.

Den Prüfungsstellen gehören an: ein Beamter als Vorsitzender und sachverständige Beisitzer, die den verschiedenen Interessenten: dem Lichtspielgewerbe, den Vertretern künstlerischer literarischer Bestrebungen und den in der Jugendwohlfahrt kundigen Kreisen entnommen werden. Gegen die Zuziehung der Kinonutznießer hat sich unter dem Gesichtspunkt zu starker geschäftlicher Verknüpfung scharfer Einspruch erhoben — leider erfolglos. Dagegen ist erreicht, daß die Hälfte der Beisitzer den auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt erfahrenen Personen angehören muß.

Sowohl als Beamte wie als Beisitzer sollen auch Frauen herangezogen werden. Diese gesetzliche Bestimmung gründet sich auf die Erkenntnis, daß gerade die Frau vermöge ihres sicheren Taktes und ihres feinen Gefühls für alles Schickliche auf diesem Gebiet mit Erfolg arbeiten wird.

Die Strafbestimmungen sind, der Bedeutung der Sache entsprechend, scharf. Sie sehen für vorsätzliche Gesetzesverletzungen Geldstrafen bis zu 100 000 M, daneben Freiheitsstrafe oder eine dieser Strafen vor. Auch kann auf Einziehung des Films und auf Schließung des Gewerbebetriebs bis zu drei Monaten oder dauernd erkannt werden. Machen unsere Gerichte von diesen Befugnissen nötigenfalls umfassenden Gebrauch, so werden die Wirkungen bald zutage treten.

Die Uebergangsbestimmungen statuieren die Verpflichtung, alle vor Inkrafttretung des Gesetzes hergestellten und im Verkehr befindlichen Films innerhalb eines Jahres der Prüfungsstelle vorzuführen. Bis zur Prüfung der Bildstreifen durch die Prüfungsstellen ist ihre Zulassung an die Genehmigung der einzelnen Ortspolizeibehörden bzw. der bisher zuständigen Landesstelle gebunden. Auf diese Bestimmung wird im gegenwärtigen Moment besonderes Augenmerk zu richten sein.

Diese kurze Skizzierung des Reichslichtspielgesetzes läßt erkennen, daß hier ein ernstlicher Versuch vorliegt, tief eingerissenen schweren Schäden zu begegnen und auch auf diesem Gebiet den Wiederaufstieg anzubahnen. Es ist festzuhalten, daß alle Abwehrmaßnahmen letzten Endes den Zweck haben, allen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, den Film bildend und erzieherisch einwandfrei zu entwickeln, die Bahn frei zu machen, damit auch das Lichtspieltheater ein Faktor des Wiederemporkommens und der sittlich gesunden Weiterentwicklung wird.

Eine alle Einzelheiten berücksichtigende kritische Darstellung des Gesetzes ist als Heft 5 der „Schriften zur staatsbürgerlichen Schulung" im Verlag des Katholischen Frauenbundes Deutschlands, Köln, Roonstraße 36, zum Preise von 1.50 M erschienen und von dort oder im Buchhandel zu beziehen. Der Broschüre ist der Gesetzestext beigegeben.

Die Frau am Pflug.

Gedanken über die heutige Frauenbewegung.

Von Ina Neundörfer, München.

Wenn es sich bei der Frauenbewegung der letzten Jahrzehnte einzig nur darum gehandelt hätte, den Frauen ein Recht auf Arbeit, auf Verdienstmöglichkeit außer dem Hause, ein Recht auf geistige und verantwortliche Betätigung in der Oeffentlichkeit zu erkämpfen, dann hätte der Abschluß des Weltkrieges einen Tag leichten und lückenlosen Sieges für diese Bewegung gebracht. Heute steht die Mehrzahl der deutschen Frauen in der Arbeit und in der Oeffentlichkeit. Die wirtschaftliche Not allüberall zwingt jetzt auch die Frauen des Mittelstandes und der höchsten Kreise, ihre Hände und Talente zur Sicherung ihrer Existenz zu verwenden. Die Stimmen der Tradition und der Weltanschauung werden von der lauten Not überschrien. Die Revolution des Vorjahres hat mit radikaler Geste alle Schranken gesellschaftlicher und geschlechtlicher Bevorzugungen gestürzt, jegliche Hemmungen für das Ausleben und den Aufstieg des Individuums wie der Geschlechter beiseite geschoben. Im Prinzip stehen also den Frauen alle Wege offen.

Was jedoch von harter Not als ein Muß auf die Schultern gelastet oder als billige Konsequenz einer Zufallsautorität in den Schoß geworfen wird, was nicht durch ehrlichen Kampf erworben ist, durch ein Zwingen des Gegners auf Grund von Ueberzeugungen der Logik, der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit, das ist kein Sieg und kein Ereignis, über das man befriedigte Worte verliert. Es ist einfach eine Tatsache, deren Folgerungen für das eigene Leben sowie für das Wohl der Gesamtheit man selbstverständlich zieht, deren Pflichten man schweigend auf sich nimmt.

Was uns heute jenen Frauen, die durch des Vaterlandes Niedergang in Erwerbsnotwendigkeit hineingezwungen worden sind, besonders nahe bringt, ist weniger die wirtschaftliche Not, unter der wir ja alle mehr oder minder leiden, es ist vor allem ihre seelische Not. Ungeachtet aller Einwände, Hemmungen, Widerstände und noch mehr der Schwierigkeiten, die ihnen gerade aus Tradition und Weltanschauung naturgemäß erwachsen würden, müssen sie sich mit Art und Umständen der Arbeit abfinden, zu der nicht Neigung und Beruf sie hingeführt, sondern die ihnen am Schluß der Woche die Lebensnotdurft in die Hand drückt. All das Erweckende, Beseelende, das Ueberzeugende und Mitreißende, das ein Wirken wärmen, für die Schutzbefohlenen wohltuend und selbst für die Gegner achtunggebietend machen kann, geht einem solchen nüchternen Broterwerb vielfach verloren. Es sei denn, die Frau verstände es, ihre „Notstandsarbeit“ unter einen höheren Gesichtspunkt zu stellen, irgendein Motiv der Liebe hineinzutragen, ihrer Berufstätigkeit den Charakter eines Gottesdienstes zu geben. Und danach verlangt auch das innerste Wesen der Frau. Wo nicht Neigung die große Freudenspenderin bei der Arbeit ist, da muß das Motiv die große Versöhnerin sein. Sich hier zu einer Läuterung und Veredlung durchzuringen, das scheint mir das größte und höchste Ziel aller heutigen Frauenarbeit zu sein.

Das Bild der deutschen Bauersfrau steht mir vor der Seele, wie sie während des Kriegsdienstes von Mann und Sohn und Knecht auf dem heimatlichen Ackerfelde hinter dem Pfluge daherschreitet, unter Sturm und Sonnenbrand, oft in Ueberbürdung ihrer physischen Kräfte, in Vergewaltigung ihrer seelischen Eigenart, die sie an die Wiege und an den Herd und an den Spinnrocken drängt. Aber sie geht trotzdem hinter dem Pflug, mit gesenkten Augen, mit geschlossenem Munde und mit betendem Herzen. Sie furcht die Ackerscholle um und legt den Keim der neuen Ernte in die Erde, — aber nicht pochend auf ihrer Arme Kraft, die diese Männerarbeit zwingen, sondern in Gedanken und treuer Sorge für die Ihren, die leben und ihren Hunger stillen wollen. In den Umständen und der Not der Gegenwart sieht sie Gottes Willen. — So wird sie zur Idealgestalt der heutigen Frauenarbeit.

Diese Gesinnung und Auffassung der Arbeit müssen sich alle berufstätigen Frauen erringen, ob sie nun aus Neigung gewählte oder wesensfremde Arbeit zu leisten haben, — wesensfremd nicht dem Geschlechte an und für sich, aber doch der persönlichen Eignung und Neigung; sie schreiten in Wahrheit hinter dem Pflug. Sei es nun, daß sie die eigene Häuslichkeit haben aufgeben und in fremde Dienste treten müssen; sei es, daß sie hinter kaufmännischen Büchern rechnen, die Schreibmaschine bedienen, Listen und Formulare ausfüllen und Kartotheken führen. Ganz besonders aber jene Frauen, die der Zeitensturm auf einen Neugrund des Frauenwirkens hingetrieben: in Politik und Kommunalverwaltung und auf staatliche Posten. In der Stille ihrer Kammer, in freiwilligem Gehorsam unter einer selbstgewählten Autorität, in demütigem, verborgenem Dienen für die Nächsten müssen diese Frauen der Oeffentlichkeit sich selber ein reines, großes Frauentum erkämpfen, auf daß die geschärften Augen und die gespannten Ohren von Freund und Gegner keinen Makel und keine Trübheit an ihren Motiven entdecken können.

Am empfindsamsten für das Motiv der Arbeit sind aber wir Frauen selber gegenüber jenen, die die Hilfe am notleidenden Mitmenschen, also die sozial-caritative Arbeit, sich zum Lebens- und Existenzberuf gewählt haben. Es will uns unwürdig und abstoßend erscheinen, daß all diese Fürsorge und Guttat, die man sich nur aus reinster Menschen- und Gottesliebe geboren denken möchte, nur aus kaltem Pflichtgefühl als Tagesarbeit erledigt und aus Gründen des Erwerbs gewählt worden ist. Und doch drängen sich gerade unter die Sozialarbeiterinnen eine so große Zahl Frauen und Mädchen aus den gebildeten Ständen, von denen man nicht ohne weiteres annehmen kann, daß sie alle diese notwendig idealen Motive schon von Anfang an in die Arbeit mitbringen, wenn auch anderes Wertvolle ihre Arbeit charakterisiert. Ihr Wesen verlangt im Grunde nach der fraulich-verborgenen Arbeit in Heim und Familie. Sie haben den Hauch der gesicherten und behüteten Familienatmosphäre noch nicht abgestreift und tragen unbewußt in jede Arbeit, auch wenn sie dieselbe in erster Linie um des Erwerbs willen tun, den Zauber des Mutterseins, des Nur-Frauseins. Und danach ruft jede Frauenarbeit, zumeist aber die sozial-caritative. Wird diese Arbeit nicht aus hohen und reinen Motiven getan, so bleibt nicht nur der Arbeitende selbst leer und unbefriedigt, sondern auch der Notleidende wird dadurch geschädigt und beleidigt, denn er sinkt einfachhin zu einem „Objekt“, zu einem „Fall“ herab. Und das ist eine Beleidigung für den Menschen, denn er hat nicht nur Hunger oder ist krank, sondern er hat eine Seele, die der Seele des Besitzenden gleichsteht.

Arbeit führt immer aufwärts. Wenn sie nicht den Kassenschrank füllt, bereichert sie um so mehr die Seele. Kampf und Streben um Läuterung und Veredlung des Motives der Arbeit wird erleichtert, wenn die vorausgehende Berufsschulung[1]) schon ganz von dem Geist jener idealen Motive durchweht ist. Es stehen ja nicht alle Frauen und Mädchen vor der Notwendigkeit, von heute auf morgen ohne Wahl in eine Arbeit hineinspringen zu müssen. Sie haben noch die Möglichkeit einer wohlüberlegten Berufswahl und einer gründlichen Berufsausbildung. Für diejenigen, die sich der sozial-caritativen Arbeit widmen wollen, stehen eigene katholische Berufsschulen offen. All die wertvollen Frauentugenden, die bereits in behüteter Häuslichkeit geweckt und gepflegt worden sind: Familiendienst, geschwisterliche Hilfsbereitschaft, Unterordnung und Opfergeist, sollen hier durch den Aufbau des notwendigen theoretischen Wissens und der Einführung in die vereinliche und behördliche Arbeitspraxis die Krönung all der Anforderungen und Voraussetzungen erfahren, die ein erfolgreiches und befriedigendes Wirken als Sozialarbeiterin verlangen muß.

Die öffentliche und private Wohlfahrtspflege, die Fürsorge jeglicher Art, die Gärtnerdienste an Schulkindern und Jugendlichen, die staatlichen und kommunalen Frauenreferate, der an Umfang und Tiefe wachsende Wirkungskreis sozialer und caritativer Vereine, alle verlangen nach berufenen und geschulten Kräften. Und der Apostolatsgeist, der während der letzten schweren Jahre als ein Funke aus dem Herzen Gottes sich entzündet und leise, aber wirksam von Seele zu Seele übergesprungen ist, so daß es mitunter scheint, als glühe eine Feuerwelle aus der katholischen Welt auf, wird viele Frauen zu der sozial caritativen Hilfsarbeit hinleiten. Mögen diese alle die Vollendung jenes notwendigen seelischen Läuterungsprozesses erreichen. Vorher ist Kampfzeit. Ist aber der Sieg errungen, dann entfällt der Pflug, der harte, schwere, ihrer Hand. Sie schreiten weiter über die Ackerfelder, Samen streuend. Dazu braucht es eine weiche Hand mit sicherer Zielrichtung, die sich von dem Schlag des Herzens weisen läßt.

---

[1]) Ausbildungsstätten für soziale und caritative Arbeit nach den Grundsätzen katholischer Weltanschauung sind: Soziale und caritative Frauenschule des Kath. Frauenbundes in Bayern, München, Theresienstraße 25/I Gg. Soziale Frauenschule Heidelberg Kornmarkt 5. Soziale Frauenschule des Kath. Frauenbundes Deutschlands, Aachen, Marienheim Bergdriesch. Soziale Frauenschule des Kath. Frauenbundes, Zweigverein Berlin, Berlin W 57, Winterfeldstr. 5—6. Kath. Soziale Frauenschule für das oberschlesische Industriegebiet, Beuthen O.-Sch., im Kloster der Armen Schulschwestern, Piekarerstr. 20.

Wie's in Schleswig-Holstein war.

Bilder zur Ermunterung für alle Abstimmungsberechtigten in der Abstimmungszone von E. Meins, Eberswalde.

Motto für Schleswig war: Wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Deutsche bleiben. Allen denen, die als Stimmberechtigte mithelfen können, die gefährdeten deutschen Gebiete im Osten zu retten, will ich als Augenzeuge erzählen, wie's droben in Schleswig-Holstein in jenen denkwürdigen Tagen der Abstimmung war.

Als geborener Flensburger war ich berechtigt, am Sonntag, 14. März, an der Abstimmung teilzunehmen. Um rechtzeitig einzutreffen, fuhr ich schon am Freitag früh 6 Uhr ab. Der Klatschschnee und die herrschende Kühle beeinträchtigten die hoffnungsfreudige Stimmung nicht und auch nicht die Fahrt im kalten Eisenbahnwagen bis Berlin. Auf dem Lehrter Bahnhof, wo eine nochmalige polizeiliche Paßabstempelung erfolgte, trafen sich bereits viele Landsleute in schön geheizten D-Zugwagen. Wohl war anfangs die Unterhaltung etwas gedämpft, aber schon nach dem ersten Frühstück und bei aufklärendem Himmel wurden Heimatserinnerungen zwischen den Damen und Herren aller Stände und jeden Alters ausgetauscht. Die richtige Weihe bekam das Ganze aber erst, als wir in **Hamburg** auf dem reich geschmückten Hauptbahnhof mit einer Musikkapelle und den Klängen des alten Schleswig-Holstein-Liedes von einer jubelnden Menschenmenge begrüßt wurden. Die Herren des „Deutschen Ausschusses" überwiesen ihre Gäste nach der Unterkunftshalle, wo wir reichlich mit der berühmten Hamburger Erbsensuppe gestärkt und durch nachfolgenden Kaffee erfrischt wurden. Die Damen sowie die älteren Herren erhielten Unterkunft im Hotel, die jüngeren schliefen in der mit Tausenden von Betten ausgerüsteten Blumenhalle. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herren und Damen vom „**Deutschen Ausschuß**" Dank und volle Anerkennung für ihre wochenlange, Tag und Nacht ausgeübte aufopfernde Tätigkeit aussprechen. Ich bin überzeugt, daß ich damit allen meinen Landsleuten aus der Seele spreche.

Die Besichtigung Hamburgs beschloß eine Dampferfahrt über die Binnen- und Außenalster nach der Uhlenhorst.

Am nächsten Morgen wurde die **Fahrt nach Flensburg** fortgesetzt. Wenn schon der Hamburger Empfang ein glänzender zu nennen war, so glich diese Eisenbahnfahrt einem **Triumphzug**. In allen an der Bahn gelegenen Dörfern wehten im schönsten Sonnenschein die blau-weiß-roten Farben. Jubelnde Kinderstimmen und Gesang drangen bis ins Abteil hinein. Auf den größeren Bahnhöfen wurden wir mit Blumen und Papierfähnchen von der Schuljugend überschüttet und mit heißem Kaffee und frischen Brötchen von zarter Hand gelabt.

Einige Stationen vor Flensburg wurde ein vereinzelter Danebrog mit nicht gerade schmeichelhaften Bemerkungen begrüßt. Auf dem reich geschmückten **Flensburger Bahnhof** empfing uns eine riesige Menschenmenge mit Musik und Hochrufen. Einen eigentümlichen Eindruck machte allerdings die aus Engländern und Franzosen bestehende Wache vor dem Bahnhof. Die ersteren sind im allgemeinen nicht unbeliebt, dagegen sieht man dem Franzosen den „Sieger" auf 20 Schritt an. Ein unbeschreiblich stolz-höhnisches Lächeln auf den Gesichtern beehrt den ankommenden Fremden.

Einen erhebenden Eindruck machten in allen Straßen fast aus allen Fenstern wehende schleswig-holsteinische Fahnen und die mit Grün geschmückten Häuser. Ein Massenverkehr entwickelte sich auf den Hauptstraßen, deren Pflaster buchstäblich mit Agitationszetteln besät war. Die Läden waren schon drei Tage vor dem Abstimmungstage geschlossen worden, um es den von Dänemark kommenden Stimm- und Nichtstimmberechtigten nicht zu ermöglichen, unter Ausnutzung der Valuta die Stadt leer zu kaufen. Das war die erste Enttäuschung, welche den Dänen zuteil wurde. Es sollten deren aber noch größere folgen.

Von einem kleinen Kofferträger wurde ich nach meinem Quartier gebracht. Schon der Anblick der kleinen schmucken Villa, über deren Schwelle ich trat, erfreute mich. Aber noch größer war die Freude über den aufrichtig herzlichen Empfang ihrer Bewohner. In richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß ein armer Reisender stets Hunger hat, wurde ich von dem liebenswürdigen Ehepaar zu Tisch geführt und wahrhaft fürstlich bewirtet.

Der Festzug am Nachmittag bot ein großartiges Schauspiel patriotischer Erhebung. Dreißigtausend Männer und Frauen nahmen daran teil. Die Dänen sollen schon beim Vorbeimarsch des endlosen Zuges geklagt haben: „Jetzt halten wir unsern Sieg für aussichtslos". Es wurden unter Begleitung zahlreicher Musikchöre Vaterlandslieder gesungen, die beim Anblick eines Danebrogs doppelt kräftig einsetzten. Dann ertönten auch wohl Rufe: Speck! Speck! Auf Befragen nach der Bedeutung wurde mir folgende Erklärung: Die Dänen hatten einige Zeit vor der Abstimmung Pakete mit mehreren Pfund Speck an die ärmere Bevölkerung verteilt mit der Bedingung, den Danebrog herauszustecken und ihre Stimme für Dänemark abzugeben. Ersteres ist geschehen, d. h. bis zum Sonntagabend, am Montag sah man an Stelle des Danebrogs bereits mehrfach die blau-weiß-roten Fahnen, und ob die Stimmabgabe nach Wunsch der Dänen ausgefallen ist, dürfte mindestens fraglich sein. Beim Vorbeimarsch an der Kaserne der Alpenjäger, welche für diesen Tag ihrer Freiheit beraubt waren, um durch ihr bekanntes lebhaftes Temperament die Ruhe nicht zu stören, wurde zufällig „Die Wacht am Rhein" gesungen, was einen vor dem Tore der Kaserne stehenden französischen Alpenjägerkapitän veranlaßte, unter recht albernen Bewegungen und höhnischem Lachen auf seine Brust zu deuten, als wollte er sagen: die Wacht am Rhein halten jetzt wir. Am Abend führte mich mein Wirt an einen hochgelegenen Punkt der Stadt, wo Flensburg, nach unseren Verhältnissen bemessen, in verschwenderischer Lichtfülle zu unseren Füßen lag. Ein wunderbarer Anblick. Der Einheimische nennt seine Stadt das nordische Heidelberg. Ich habe früher auch einmal vom Heidelberger Schloß ins Neckartal geschaut und kann wohl sagen, daß dieser Vergleich nicht allzusehr übertreibt.

Am Samstag früh ging es zur Abstimmung. Für die Auswärtigen fand sie in der Oberrealschule statt. Es beteiligten sich etwa 7000 auswärtige Deutsche und 1000 Dänen daran. Die Stimmen der Deutschen wären sogar auf 9000 gestiegen, wenn nicht 2000 Süddeutsche **an der Reise durch die inzwischen eingetretenen politischen Wirren** verhindert gewesen wären. Dieses Resultat ist sicher ein Beweis dafür, wie treu der Schleswig-Holsteiner an seiner Heimat hängt. Am Abend begaben wir uns in ein Lokal, um das Abstimmungsresultat zu erfahren. Gesang und Reden füllten die Zeit bis zu seiner Bekanntgabe aus. Die Abstimmungsergebnisse der einzelnen Ortschaften wurden oft recht humoristisch in plattdeutscher Sprache von einem in Flensburg sehr beliebten Geistlichen verlesen. Als das Schlußergebnis 75% Deutsche und 25% dänische Stimmen gegen 1 Uhr nachts bekannt wurde, war der Jubel grenzenlos und pflanzte sich auf die Straßen fort. Unter feierlichem Glockengeläute und dem Gesang eines Chorals endigte dieser so denkwürdige Tag.

Da meine Quartierleute mich gebeten hatten, noch einen Tag zu bleiben, nahm ich das freundliche Anerbieten gerne an, um noch eine Dampferfahrt nach Glücksburg zu machen. Trotz Wind und Regen war es doch ein beglückendes Gefühl, den so lang entbehrten Hauch der See zu empfinden.

Am nächsten Morgen trat ich, von der fürsorglichen Hausfrau mit vielen belegten Butterbrötchen ausgerüstet und zur baldigen Wiederkehr aufgefordert, meine Rückreise an. Alle, die wir uns im Zuge befanden, waren darin einig, daß wir herrliche Tage verlebt und die Stadt Flensburg und ihre Bewohner in hervorragender Weise ihre Gäste bewirtet hatten.

Zum Schluß möchte ich noch den Abstimmungsberechtigten im heiß umstrittenen Oberschlesien zurufen: Macht es ebenso wie wir Nordschleswiger es gemacht haben. **Reist zur Abstimmung. Alle, Weib und Mann, jung und alt.** Laßt euch von keinem anders Gesinnten etwas vorreden, damit ihr mit dem erhebenden Bewußtsein: Auch ich habe durch die Abgabe meiner Stimme dazu beigetragen, ein schönes Stück Heimaterde dem deutschen Vaterland gerettet, wieder zur Stätte eures jetzigen Wirkungskreises zurückkehren könnt. Darum sei euer Wahlspruch:

Wir wollen keine Polen sein,
Wir wollen Deutsche bleiben.

Wissenschaft und Kunst.

An der Universität Köln a. Rh. hielt am 31. Mai der Jesuitenpater Dr. phil. **Johannes Lindworsky** seine Habilitationsvorlesung über die „Vorzüge und Nachteile des Denkerlebnisses". Dieses Ereignis erweckte das Interesse der Oeffentlichkeit in einem so hohen Grade, daß die Habilitation im Auditorium Maximum erfolgen mußte. Man darf wohl annehmen, daß es wohl in zweiter Linie erst das Interesse an dem wissenschaftlichen Gegenstand gewesen ist, das so viele Zuhörer herbeiführte, in erster Linie war es sicher die Tatsache, daß nach über 100 Jahren wieder ein Jesuit an einer deutschen Universität als wissenschaftlicher Lehrer hat seine Laufbahn beginnen können. Lindworsky ist als Privatdozent für experimentelle Psychologie und Pädagogik zugelassen. Er ist der wissenschaftlichen Welt schon lange bestens bekannt. Seine psychologischen Interessen dürfte er von dem bekannten Psychologen P. Fröbes S. J. übernommen haben, dessen Schüler er in Valkenburg gewesen ist. Während aber Fröbes bei G. E. Müller-Göttingen studiert hat, ist Lindworsky ein Schüler Külpes geworden, zunächst in Bonn, dann in München, wo Lindworsky 1915 mit der Arbeit „Ueber das schlußfolgernde Denken" promoviert hat. Er gilt als einer der Hauptvertreter der von Külpe gegründeten Richtung der Denkpsychologie. Neben seinem auf dem Gebiete der Religionspsychologie geleisteten Arbeiten ragen besonders hervor sein Buch über den „Willen", Leipzig 1919. Neuestens veröffentlichte er im Philosophischen Jahrbuch der Görres-Gesellschaft eine neue Theorie zur Erklärung des Gedächtnisses. Die Kölner Lehrerschaft wird mit dem neuen Dozenten sehr zufrieden sein dürfen. Schimikowski.

In der Thulegesellschaft in München las am 10. Juli Dr. Leopold **Weber** aus seinem neuen Buch: Die Götter der Edda (München 1919, Musarionverlag). Seine formschöne Nachdichtung ist vielleicht die beste und ansprechendste Wiedergabe altnordischer Eddalieder und Sagen. Die Vorlesung fand großen Anklang. Dr. Kunze.

Der erste Schritt in der Frage der Universitätsreform.[1])

Von Prof. Dr. Aufhauser.

Der Senat der Ludwigs-Maximilians-Universität München legte in einer Denkschrift vom 31. August 1919 dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Grundzüge für eine Reform der Universitäten im Sinne der neuen Zeit vor. Die Selbstverwaltung, die Verfassung für Senat und Fakultäten, die Stellung der außerordentlichen Professoren und Privatdozenten waren ihr Hauptinhalt.

Die Nichtordinarien (planmäßigen a. o. Professoren, Honorar- und Titulaturprofessoren und Privatdozenten) faßten ihre von der Senatsdenkschrift abweichenden Gesichtspunkte in einem eigenen Memorandum vom 13. Februar 1920 an Senat und Unterrichtsministerium zusammen, desgleichen der Beamten- und Studentenausschuß in ihren Denkschriften vom 24. Januar 1920.

Diese vier Denkschriften bilden für das Staatsministerium die Grundlage für die Durchführung der Neugestaltung. Da diese die drei bayerischen Landesuniversitäten berührt, zudem in vielen Fragen nur eine einheitliche Regelung für alle deutschen Universitäten sich empfiehlt, kann sie nur die Frucht reiflicher, historisch begründete, gegenwärtig geltende Sonder-Rechte respektierender Arbeit sein.

Um so erfreulicher ist es, daß das bayerische Staatsministerium sich mit Entschließung vom 3. Juli 1920 Nr. 9270 schon jetzt zu einem ersten Schritt der Reform entschloß: für die Neuwahlen pro 1920/21 (Senats- und Rektorswahl) der Universität München wurden folgende neue Grundsätze entsprechend den genannten Denkschriften aufgestellt: Der Rektor wird von der Gesamtheit des Lehrkörpers mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Es tritt also auch die Gruppe der nichtplanmäßigen Dozenten (Honorar- und Titulaturprofessoren und Privatdozenten) als Wählerschaft auf; sie wählt mittelbar durch ihre selbstgewählten Vertreter (je eins für die Fakultät, je zwei, wenn eine Fakultät mehr als zehn außeretatsmäßige Dozenten zählt); die Wahl der Vertreter leitet der Dekan; für die Titulaturprofessoren und Privatdozenten besteht Anwesenheitszwang.

Im neuen Senat treten zu den bisherigen Mitgliedern (Rektor, Prorektor, je zwei Mitglieder der einzelnen Fakultäten, ein Mitglied des Verwaltungs-Ausschusses) noch drei Vertreter der planmäßigen a. o. Professoren, vier der nichtplanmäßigen Dozenten, drei der Beamten und sieben der Studentenschaft. Die beiden Gruppen der Dozenten wählen je ihre Vertreter selbst unter dem Vorsitz des Rektors. Auch hier besteht Anwesenheitszwang. Die Senatoren bekleiden ihr Amt zwei Jahre lang, nur die den Studenten entnommenen Mitglieder werden auf ein Semester gewählt. Die rein persönlichen Angelegenheiten der Ordinarien wie die Berufungs-, Besetzungs- und Beförderungsangelegenheiten bleiben den aus der Gruppe der o. Professoren bestehenden Senatoren vorbehalten, die Vertreter der Beamten und Studenten haben nur in den sie berührenden Fragen Sitz und Stimme.

Der in der Senatsdenkschrift vorgesehene „Senats-Ausschuß“ wurde vom Senat selbst noch infolge der Einsprüche der verschiedenen Gruppen aufgegeben.

Möge dieser erste Schritt ein glückliches Beginnen einleiten, um die Lehrer der verschiedenen Kategorien, die Beamten und Studierenden der Universität zu einer wirklich lebendigen Gemeinschaft zusammenzufassen, ihr gemeinschaftliches Interessen-Bewußtsein zu stärken und vorhandene Gegensätze auszugleichen oder völlig aus der Welt zu schaffen. Die weiteren Fragen der Reform der Fakultätsverfassung usw. geben hiefür noch viel der Möglichkeiten.

[1]) Vgl. „Allgem. Rundschau“ Nr. 21 (1920) 280 ff.

Vom Büchertisch.

Dr. **Georg Möbius: Gotik.** Gedichte. Bamberg, Görres-Verlag (Dr. J. Kirsch). Preis 6 *M.* — Die Herrlichkeit der Gotik, dargestellt in ragenden Bauten Bambergs und Nürnbergs, zumal in deren hehrsten Gotteshäusern, waren der Anschauungsboden, dem die vorliegende lyrische Sammlung würdig entsproß. Dem begabten Dichter ist die bewunderte Kunst zum tiefen, inneren Erlebnis, sind die stofflichen Denkmale Teile eines organischen Ganzen geworden, die mit menschlichen Stimmen zu ihm und durch ihn reden. Kühne Schönheit, auch Größe atmet in dem räumlich bescheidenen, trefflich ausgestatteten Bändchen. Eine Persönlichkeit, eine Dichter- und Menschenseele schaut uns aus den eigenständigen Versen an, ein warm schlagendes Herz pocht in der kraftvollen Sprache. In Höhen und Tiefen der Andacht weiten Sinnes greift die Darstellung und hinterläßt dem Empfänglichen die reine Freude einer Zukunftshoffnung auf bedeutende künstlerische Entwicklung.

E. M. Hamann.

Fr. Fandel: Kieselsteine. Erlebtes und Erlauschtes in Märchen erzählt für die reifere Jugend; **Neue Märchen.** Zur Belehrung und Unterhaltung für Kinder mittleren Alters. Buchschmuck für beide Bände von Albert Seewald-Herz. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Preis je geb. 5 *M.* — Hier haben wir einen guten Fischzug für das Netz der Jugendliteratur zu verzeichnen. Die Aufschrift der erstgenannten Sammlung erfährt eine liebe und für das Ganze verheißungsvolle Deutung in einem kurzgefaßten „Vorwort“. Auch den beiden ersten Stücken dieses Bandes fügt die Verfasserin eine Auslegung bei, um von da ab sich einer solchen zu begeben — für die künstlerische Fassung zum entschiedenen Vorteil. Ersichtlich neigt sie zur Parabeldichtung, und zwar auch zur novellistischen mit Problemaufstellungen; doch trägt eine ganze Reihe, zumal im zweitgenannten Bändchen, den Charakter des ausgesprochenen Kunstmärchens. Je rückhaltloser man sich in den Inhalt des jeweilig Gegebenen vertieft, je unmittelbarer fühlt man sich angezogen, je dankbarer und freudiger bewegt kraft der sich auftuenden leuchtenden Reinheit, Tiefe, Anmut, Lieblichkeit, auch wirklichen holden Kindlichkeit. Kein Zweifel, diese Gabe verdient reiche Verbreitung — und wird sie finden. Dichterisch empfängliche Mütter und mütterliche Freundinnen der kindlichen und etwas vorgeschritteneren Jugend werden Fr. Fandels Gabe hoch zu schätzen wissen.

E. M. Hamann.

Deutschlands allmählicher Wiederaufstieg ist nur möglich, wenn das ganze deutsche Volk zum nationalen Denken erzogen wird, wenn jeder einzelne im deutschen Volk, der Arbeiter wie der Gelehrte, nicht persönliche und parteipolitische Interessen den nationalen Pflichten voranstellt. Was heißt national denken? Was ist nationale Pflicht? Dr. Wendelin Haidegger, Professor an der theologischen Lehranstalt zu Brixen, gibt auf diese Fragen in seinem soeben in zweiter vermehrter Auflage in der Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck-München, erschienenen Buch **„Der nationale Gedanke im Lichte des Christentums“** theologisch und patriotisch begründete Antworten. Gerade die führenden Kreise des Volkes werden das Buch dankbar begrüßen, in einer Zeit, wo es für manchen schwer wird, sich in seinem nationalen Denken und Handeln bei all dem Zusammenbruch ringsum zurechtzufinden. Mit besonderem Interesse wird der geborene Führer des Volkes, der katholische Geistliche, das Buch lesen. „Der Priester soll auch in nationalen Dingen dem ihm anvertrauten Volke durch Wort und Beispiel zeigen, was erlaubt, und was nicht erlaubt ist, was das Christentum diesbezüglich befiehlt, erlaubt und verbietet. Der Priester darf über diesen Gegenstand nicht schweigen; er darf die nationalen Wirren nicht einfach ignorieren und ihnen aus dem Wege gehen wollen; er muß vielmehr sein wachsames Auge auch dieser Frage zuwenden. Als Seelsorger hat er auch die nationalen Fragen im Lichte der Religion zu beurteilen und zu entscheiden, und darum muß er wissen, welche Pflichten ihm und dem Volke bezüglich der Nation obliegen, was in nationalen Dingen die Religion erlaubt und verbietet, und wie die Betätigung der nationalen Pflichten mit der Erfüllung aller anderen Pflichten in Einklang zu bringen ist.“ Mit diesen Worten wendet sich der Verfasser vor allem an die katholischen Geistlichen. Das Buch ist klar und fesselnd geschrieben. Wenn auch die angewandten Beispiele zum Teil durch die Ereignisse überholt sind, so zeigen sie doch gerade wieder, wie überspannter Nationalismus die Wirklichkeit verzerrt hat. Das Buch kann wärmstens empfohlen werden.

Dr. Hans Eisele.

Das Eherecht im neuen kirchlichen Gesetzbuch. Mit einer Einführung in den Kodex. Kurz dargestellt von Dr. Emil Göller, Professor an der Universität zu Freiburg i. Br. gr. 8°. (VIII u. 80 S.) Freiburg 1918. Herdersche Verlagshandlung. 2 *M.*

Das Eherecht nach dem Codex Juris Canonici nebst einleitenden Vorbemerkungen über Entstehungsgeschichte und Anlage des Kodex. Von P. Timotheus Schäfer O. M. Cap. Dr. iur. can. und Lektor der Theologie. gr. 8°. (VIII u. 123 S.) Münster i. W. 1918. Aschendorff. 2.50 *M.* Die beiden angeführten Schriften dienen zur Einführung in das Eherecht des neuen kirchlichen Gesetzbuches und sind zunächst für den praktischen Gebrauch des Seelsorgeklerus bestimmt. Göller hält sich genau an die Ordnung des Kodex, so daß sein Buch eine Art von Kommentar zu den betreffenden Kanones ist; Schäfer ordnet den Stoff mehr systematisch, ist etwas ausführlicher und hat auch ein Sachregister.

K. Neundörfer.

Das neue kirchliche Gesetzbuch. Eine Einführung mit besonderer Berücksichtigung des bayerischen Rechtes. Von Dr. A. Scharnagl, k. Hochschulprofessor. gr. 8°. (IV u. 136 S.) Regensburg 1918. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Im steifen Umschlag geheftet und beschnitten 2 *M.* — Eigenart und Wert dieser Schrift besteht darin, daß es in Art von Vorträgen in das neue kirchliche Recht einführt und dabei die wichtigsten Aenderungen besonders hervorhebt. In den Anmerkungen ist manche interessante Literatur zusammengestellt.

K. Neundörfer.

Handbuch des kath. Kirchenrechtes auf Grund des neuen Kodex vom 28. Juni 1917. Herausgegeben von Prälat Dr. Martin Leitner, o. Hochschulprofessor in Passau. Zweite Lieferung. Fr. Pustet, Regensburg und Rom. Diese zweite Lieferung des früher schon empfohlenen Werkes bietet insofern für weitere Kreise besonderes Interesse, als es die Rechte und Pflichten der Laien, das kirchliche Vereinsleben und die Rechtsverhältnisse der katholischen Geistlichen behandelt.

K. Neundörfer.

Eucharistische Funken. Blütenlese frommer Gedanken und Gespräche zu Füßen Jesu im allerheiligsten Altarssakrament. Aus dem Italienischen übersetzt von Ottilie Bödiker. Drittes Bändchen. Erste bis achte Auflage. (1.—25. Tausend.) kl. 12° (VIII u. 142 S.) Freiburg i. Br. 1920, Herder. *M* 3.60; geb. *M* 6.60 und Zuschläge. Die beiden ersten in dieser Zeitschrift empfohlenen Bändchen der „Eucharistischen Funken“ haben bei den deutschen Katholiken eine so begeisterte Aufnahme gefunden, daß sie im Verlaufe von 18 Monaten in 100 000 Exemplaren herausgegeben werden mußten. Man darf auf dieses Urteil des christlichen Publikums wohl das Sprichwort anwenden: Vox populi vox Dei. Das dritte Bändchen stimmt nach Anlage und Inhalt mit den früheren überein. Es will den Lesern zeigen, wie sie an der Hand des eucharistischen Heilands den Weg der christlichen Vollkommenheit wandeln sollen.

N. Hilling.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Dr. Gustav Freytag ist Sommerdirektor der Kammerspiele geworden und hat mit einer feindurchdachten Aufführung des „Hamlet" begonnen. Er wählte eine schmucklose Bühne, die abgesehen von den nächtlichen Szenen der Geistererscheinung nahezu unverändert blieb und somit gestattete, ohne Zwischenvorhang auszukommen und nach wenigen Minuten der Verdunkelung das Spiel wieder aufzunehmen. Wenn man einmal doch eine Pause macht, so geschah dies nicht aus dramaturgischen Notwendigkeiten, sondern um Schauspieler und Publikum sich ausschnaufen zu lassen. Zweifellos ist dies nötig; die Vorstellung währte trotz der raschen Abwicklung und trotz einiger Abstriche vier Stunden. Eine längere Spielzeit ist nicht zu empfehlen; man kommt also um einige Kürzungen nicht herum und man muß sagen, daß sie Freytag mit tunlichster Pietät angebracht hat. Die Titelrolle spielte Janssen; er ist der junge Künstler, der vor wenigen Jahren von Frankfurt als große Hoffnung an unser Hoftheater kam, dann, als Schwannecke Intendant war, eines schönen Tages sein Bündel schnürte und ohne Abschied das ihm sehr gewogene Publikum verließ. Jetzt ist er von den Bühnen Reinhardts zu uns als Gast gekommen. Was er gab, war beifallswürdig. Ob er die Rolle erschöpfte, ist eine müßige Frage. Zu viel haben wir aus ihr herausgeholt, zu viel hineingelegt. Mit wieviel Tiefsinn haben wir uns seit Goethes „Wilhelm Meister" immer und immer wieder in diese Gestalt versenkt, in der wir immer mehr Geist von unserem Geiste erkannten. Janssen erschien in der Maske etwas jung. Dieser am Hofe zu Helsingör beiseite stehende Jüngling erschien auf den ersten Blick mit seinem weißen „Schillerkragen" als ein schmollender Schüler, dieser erste Eindruck ließ sich nicht so leicht verwischen. Nein, dieser Prinz muß uns sofort als feiner, reicher Geist gegenübertreten. In Janssens Darstellung blieb mir nicht immer fühlbar, wie sehr hier ein Mensch leidet unter der Notwendigkeit, sich zu einem Tun aufzuraffen, das seiner Natur zuwider ist. Der Zufall, daß sich Schauspieler einfinden, bringt ihn auf den Gedanken, wie der König zu entlarven sei und mit Genialität führt er ihn durch. Hier stand Janssen voll auf der Höhe. Der Einzug des Fortinbras kommt nicht zur vollen Geltung, so auch hier. Man muß für ihn eine starke Schauspielerindividualität wählen, soll er voll wirken, als das, als was er gedacht ist, der volle Gegensatz zu Hamlet, der Mann der Tat, der ohne Skepsis seine Rechtstitel verteidigt und dem durch die Fügungen des Zufalles alles übrige zufällt. In den Szenen scheinbarer Aktivität, die doch nur Ueberreiztheit ist, war der Hamletdarsteller zu robust heldenhaft. Mombers König hatte sehr feine Momente, das Schurkenhafte klug versteckend; sehr überzeugte mich auch Anna Ernsts Königin. Koch vom Burgtheater, der vormals unserem Schauspielhaus angehörte, war ein fesselnder Polonius, wenn man sich an den Riesenbart, der zur alten Hamletsage, aber nicht zu Shakespeares Drama passen mag und an die moderne Aktenmappe als ständiges Attribut gewöhnt hatte. Kulisch (Darmstadt) als Horatio, Fricke (Berlin) als Laertes, Frl. Wagner (Düsseldorf) als etwas farbenmatte Ophelia und Martinis kräftig gezeichneter Totengräber standen auf guter Höhe.

Neues Operettentheater. „Die Liebesprobe", eine Posse mit Gesang von Fischer-Ohmann, bringt allerhand lustige Situationen, über die man harmlos lachen kann. Die Musik von Hartmann ist leichtester Art. Frisch, munter, ohne eigene Note. Hauptsache ist, daß solche Stückchen mit frischer Laune gespielt werden. Direktor Wonger gibt mit viel Liebenswürdigkeit einen jungenfertigen Tausendsasa. Ein Gast, Lilli von Döring, ist eine niedliche Naive und bei Th. Kaspars altem Spießbürger läßt sich bisweilen an Konr. Dreher denken.

Konzert. Marie Möhl-Knabl, die treffliche Sängerin, führte uns mit vollem Erfolge ihre Gesangsschule vor. Man gewann von neuem den Eindruck, daß die Künstlerin mit gutem Gelingen bemüht ist, ihren Schülerinnen die Vorzüge ihrer hohen sanglichen Kultur zu übermitteln. Daß man nicht Stimmen hören muß, bei denen keine Hoffnung besteht, daß sie etwas werden könnten, ist angenehm. Eine sehr schöne, weiche, dunkel gefärbte Stimme besitzt Eugenie Stephanová. Vor einem Jahre hatte die Dame Widerspruch gefunden, weil sie französisch gesungen hat, heuer hat sie — Brahms gesungen und damit einen deutschen Tondichter gewählt, dessen Empfindungswelt sich nur schwer oder gar nicht Ausländern erschließen kann. Allen Respekt für die künstlerische Feinfühligkeit, mit der sich die Bulgarin mit ihrer Aufgabe abfand. Daß sie mit Meyerbeer und Verdi noch stärker wirkte, ist natürlich. Mimmi Walter-Steinharter, wie wir hören eine Tochter des unvergessenen Kammersängers Raoul Walter, sang sehr schön, in manchem sogar glänzend, die Hallenarie aus „Tannhäuser". Ueber schöne Mittel, eine wohlausgebildete Technik und gewinnendes Vortragstalent verfügt auch Frl. Seemüller, welche die Pagenarie aus „Figaro" mit starker Wirkung sang. Als Mozartsängerinnen hörten wir noch die Damen Gebhardt und Naumova, die lebhaften Beifall hatten. Anerkennung fanden auch A. Hartmann-Huber (besonders in der Arie aus der „Matthäus-Passion"), Erna Schöpfer in einer Arie aus den „Lustigen Weibern", die Liedersängerinnen Haselbeck, Minderer und Zolz, sowie Martha Mayer für die stilschön gesungene Arie aus dem Mendelssohnschen „Elias". Der ausverkaufte Saal zeigte sich sehr befriedigt. Am Schlusse wurde auch die hochverdiente Gesangspädagogin mehrmals hervorgerufen.

Theater am Gärtnerplatz. „Die Csikosbaroneß", eine ihre Motive dem ungarischen Pferdesport entnehmende Operette von F. Grünbaum hatte lauten Erfolg. Die Musik schrieb Jarno. Nur eine sentimentale süße Weise erinnert an den Tonsetzer der „Förster-Christl", im übrigen gibt er sich diesmal ungarisch-fesch mit viel scharf pointierten Rhythmen, von denen der etwas derb gesüßte Kußwalzer dem Publikum ganz besonders gut gefiel. Die Aufführung war flott und gut. Außer Tanzen und Springen werden gelegentlich Anforderungen an die Künstler gestellt, die eigentlich ins Variétéfach gehören. Einige Singstimmen bedürfen Sommerfrischenruhe. Es wäre Unrecht, dies zu überhören. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Spa, was nun? — Wird Amerikas Wirtschaftstaktik jetzt eingreifen? — Unsere heimischen Börsen in erneuter Festigkeit — Mehr Selbstbesinnung im Innern.

Internationale Handels- und Finanz-Beziehungen, die gerade in jüngster Zeit, schon seit der Wiederaufnahme des brieflichen und mehr noch des persönlichen Verkehrs gepflogen worden sind, werden Arbeit genug haben, die Reibungen, die sich in Versailles und Spa gezeigt hatten, allmählich abzubauen. Dass dies bis zu einem gewissen Grad gelingen wird, kann erhofft werden. Denn Deutschland wird und kann als Wirtschaftsfaktor nicht ausgeschaltet werden. Das wissen auch Millerand und Lloyd George. Mehr noch wissen dies die **amerikanischen Handels- und Finanz-Grössen**, die in kühler, abwägender Kalkulation — naturgemäss in reinstem egoistischem Sinne — gegebenenfalls als Retter Deutschlands auf dem Plane erscheinen werden. Die relative Festigkeit des deutschen Wechselkurses im Ausland — 7 in Holland, 14 3/4 in der Schweiz, in den Tagen der Spaer gewitterschwülen Konferenz — ist darauf zurückzuführen. Amerikanische Stützungskäufe in der Markwährung konnten neuerdings beobachtet und vom neutralen Ausland bestätigt werden. Auch die Gestaltung der Börsentendenzen in Berlin und Frankfurt ist beachtenswert. Auf den verschiedensten Aktiengebieten beherrschen starke Kurssteigerungen, lebhafte Spekulationsbeteiligung und vermehrtes Geschäft die Stimmung. Freilich sind bei diesen teilweise zu unliebsamen Erörterungen geführten Börsenstimmungen die verschiedenen Grundlagen bekannt. In der Spezialbewegung von Petroleumwerten, von Schantungaktien und dergleichen mehr liegen ausgesprochen spekulative Erwägungen vor. Jedenfalls hält sich die deutsche Börse schon seit langem frei von abhängiger Beeinflussung. Günstige Ernteberichte, vor allem die Einzelheiten aus den jüngsten Warenmärkten bewirkten ebenfalls gebesserte Stimmungen. Die zuletzt bekannt gewordene feste Haltung bei den deutschen Häuteaktionen und bei der Notierung von strammeren Metallpreisen lassen vielleicht die Hoffnung zu, dass der Tiefpunkt bei der niedergehenden Wirtschaftskonjunktur, bedingt durch die Warenpreis-Unsicherheit, einigermassen in Sicht ist. Freilich unterschätzen wir nie und nimmer die Unzuverlässigkeit der Ententetaktik, Beunruhigung und damit Unklarheit bei uns zu züchten. — Wenn die in Spa vorgelegten **Gutachten der deutschen Sachverständigen**, namentlich über unsere Zahlungsfähigkeit und über die derzeitige und künftige Steuerbelastung auch bei unseren Volkskreisen gebührende Achtung finden werden, wenn die bei den wöchentlichen Reichsbankausweisen immer wieder zu Tage tretende anwachsende Reichsverschuldung durch Anschwellung von Schatzanweisungen und Banknoten — immer wieder unsere wirtschaftliche Verarmung darlegen. Es wird und muss das Echo hierauf nicht ausbleiben. Wirtschaftliche Daten günstigerer Art, wie die durch den Reichstag erfolgte Genehmigung der ersten Baurate für den Kanalbau bis Bamberg und damit für die nunmehr gesicherte Bayerische Grossschiffahrtsstrasse, ferner die verschiedenen Fusionspläne in der Bank- und Industriewelt, gelangten dadurch ebenfalls ins Hintertreffen. Gerade diese fortgesetzten finanziellen Massnahmen der deutschen Grossbanken werden sich jedoch über kurz oder lang in ihrer Wirkung bemerkbar machen. Zum mindesten verdienen sie als Bollwerk gegenüber der von Entente- und neutraler Seite unverblümt vorgenommenen Ueberfremdung unseres Nationalvermögens angesprochen zu werden. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter). Nach dem Rechenschaftsberichte brachte das Jahr 1919, das 65. Geschäftsjahr, in der Todesfall-Versicherung einen Reinzuwachs von 18,460 (i. V. 3341) Versicherungen mit M. 232,372,332 (i. V. M. 61,754,609). Mit Einschluß der Altersversicherung belief sich Ende 1919 der Gesamtversicherungsbestand der Bank auf 191,147 Versicherungen mit 1 Milliarde 487,122,422 Mark (i. V. 1,255,467,090) Kapital. Die Bank hat aus besonderer Vorsicht in früheren Jahren Rücklagen gemacht, die bei dem heutigen großen Versicherungsbestand entbehrlich geworden sind. Diese Rücklagen wurden zur Bildung einer Valutareserve in Höhe von 8 Millionen Mark verwendet. Von einer Kürzung der rechnungsmäßigen Prämienreserven nach der Zillmerschen oder ähnlichen Methode konnte wie seither Abstand genommen werden. Der Ueberschuß, geschmälert durch die hohen Verwaltungskosten, Steuern und außerordentlichen Abschreibungen, betrug in der Todesfallversicherung, einschließlich M. 885,334 den Dividendenreserven vorweg zugeschriebener Zinsen, M. 7,120,042. Davon sollen M. 5,934,708 den Sicherheitsfonds I und II, und M. 300,000 dem Pensionsfonds der Beamten zugewiesen werden. Das Bankvermögen ist von M. 542,016,116 auf M. 610,924,849 gestiegen, einschließlich eines Sicherheitsfonds von M. 46,459,456, aus dem im Laufe der nächsten Jahre die Grunddividenden nach Plan AI an die Todesfallversicherten fließen.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben Vater, Schwiegervater und Grossvater

Herrn Professor

Dr. Otto Willmann

in Leitmeritz

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Der Heimgegangene verschied sanft infolge eines Schlaganfalles am 1. Juli 1920 im zweiundachtzigsten Jahre seines arbeitsreichen Lebens. Wir empfehlen den teueren Verstorbenen dem frommen Andenken seiner Freunde.

Dresden, Freiburg i. Br., Deutsch-Gabel (Nordböhmen), Juli 1920.

In tiefer Trauer:

Katharina Wagener, geb. Willmann
Charlotte Herder, geb. Willmann
Maria Bitterlich, geb. Willmann
Hermann Herder
und die Enkel
Elisabeth Herder
Otto, Hans, Heinrich Bitterlich.

Glocken und deren Läutevorrichtung.

Wer Gelegenheit hatte, die Glockentürme zu besteigen, sich Glocken und deren Läuteeinrichtung anzusehen. wird immer wieder die Feststellung gemacht haben, daß gerade die Glocken, deren Befestigung und Lagerung sehr vernachlässigt werden. Wieviel Glocken hängen bereits Jahrhunderte, ohne daß auch nur das Geringste an der Läuteeinrichtung oder Lagerung ausgebessert oder geändert wurde. Einmal geht es aber zu Ende und irgend etwas versagt seinen Dienst, sei es das Lager oder der Lagerzapfen, oder die Befestigung der Glocke oder des Klöppels. Weshalb werden jährlich so viele Glocken unbrauchbar? Es heißt dann: „Die Glocke ist gesprungen, weil sie schon zu alt war“, und doch, sie hätte noch gerettet werden können, wenn rechtzeitig von sachkundiger Hand eingegriffen wäre. Wie oft sieht man, daß die Glockenlager völlig ausgelaufen, die Zapfen bis zur Hälfte abgenutzt sind. Die höchstzulässige Beanspruchung ist längst überschritten und einmal wird der Zapfen das Gewicht der Glocke nicht mehr halten können. Bei vielen Glocken sind die Hängeeisen noch mit Nägeln oder Splinten an den Jochen befestigt. Nach und nach ist das Holz des Joches ausgetrocknet und die Glocke hängt lose in ihrem Gehänge. Sehen wir genauer zu, so finden wir, daß die Ohren der Krone schon über die Hälfte durchgeschlissen sind. Wird es da nicht die höchste Zeit, Abhilfe zu schaffen? Irgendwo läutet sich eine Glocke schwer; der Läuter hängt den Klöppel etwas tiefer, läßt ihn oft sogar noch schwerer machen. Die Glocke braucht nun nicht mehr so hoch geschwungen zu werden, sondern sie wird an den langsamer gehenden Klöppel gepreßt. Gewiß, sie läutet sich leichter, aber die unausbleibliche Folge ist, daß eines schönen Tages die Glocke gesprungen ist. Abgesehen von Vorstehendem zahlt die Kirchenkasse für das Läuten der schwer gehenden Glocken stets zu hohe Läutekosten. Die Glockengießerei der Firma Petit & Gebr. Edelbrock in Gescher hat vor längerer Zeit ein Spezial-Glocken-Kugellager auf den Markt gebracht, was wohl das Vollkommenste auf diesen Gebieten bedeuten dürfte. Glocken, die bisher durch 2 Personen kaum geläutet werden konnten, werden nach Anwendung des Lagers durch eine Person ganz bequem bedient. Mit Rücksicht auf vorstehenden Ausführungen dürfte es besonders jetzt an der Zeit sein, die Glocken und Läuteeinrichtung nachsehen zu lassen, um die im Turm befindlichen hohen Werte zu erhalten.

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva.

Posten		M. Pf.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine u. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken		560 129 043.80
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		4 390 865 845.55
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 4 390 865 845.55	
b) eigene Akzepte	M. —	
c) eigene Ziehungen	M. —	
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	M. —	
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		778 789 362.85
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		538 677 316.15
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		381 711 755.—
davon am Bilanztage gedeckt		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	M. 119 552 463.65	
b) durch andere Sicherheiten	M. 205 333 253.50	
Eigene Wertpapiere		122 001 799.10
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 55 499 274 85	
(davon M. 44 154 138.65 verzinsliche Schatzanweisungen)		
b) sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	M. 6 210 657.35	
c) sonstig. börsengängige Wertpapiere	M. 54 420 313 40	
d) sonstige Wertpapiere	M. 5 871 553 50	
Konsortialbeteiligungen		53 347 357.90
Dauernde Beteiligungen bei andern Banken und Bankfirmen		53 718 053.15
Schuldner in laufender Rechnung		1 868 926 300.50
a) gedeckte	M. 1 230 196 822 60	
b) ungedeckte	M. 638 729 477.90	
ausserdem Aval- und Bürgschaftsschuldner	M. 2 262 903 334 75	
hierunter Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank	M. 418 810 700.—	
Bankgebäude		46 164 280.35
Sonstige Immobilien		2 830 245 25
Mobilien-Konto		2 218 501 90
Pensions-Fonds-Effekten-Konto		3 714 752.60
Effekten-Konto d. König Friedrich-Aug.-Stiftung		95 205.—
Effekten-Konto der Georg Arnstaedt-Stiftung		122 250.—
Saldo d. Zentrale u. auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London		20 720 536.85
		8 824 032 605.95

Passiva.

Posten		M. Pf.
Aktien-Kapital-Konto		260 000 000.—
Rücklage A		51 000 000.—
Rücklage B		29 000 000.—
Talonsteuer-Rücklage-Konto		944 536.—
Gläubiger		
a) Nostroverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen)		159 046 052.60
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		4 674 883.20
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		330 763 434.85
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung		1 615 173 918.75
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 1 016 174 084 40	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	M. 327 471 854 30	
3. nach 3 Monaten fällig	M. 271 527 980 05	
e) sonstige Gläubiger		6 016 538 234.70
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 4 859 470 546 50	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	M. 995 798 176 50	
3. nach 3 Monaten fällig	M. 161 269 511 70	
Akzepte		107 582 778.95
Noch nicht eingelöste Schecks		190 286 273.30
Ausserdem Aval u. Bürgschaftsverpflichtungen (einschl. d. f. Reich und Reichsbank übernommenen)	M. 2 262 903 334 75	
Eigene Ziehungen	„ —	
dav. f. Rechn. Dritter	„ —	
Weiterbegebene Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank	„ —	
Dividenden-Konto		746 272.—
Pensions-Fonds-Konto		6 841 459.60
König-Friedrich-August-Stiftung		114 759.90
Georg Arnstaedt-Stiftung		153 722.35
Uebergangsposten der Zentrale u. Filialen untereinander		508 240.35
Reingewinn		50 658 039 40
		8 824 032 605 95

Dresden, den 31. Dezember 1919. **DRESDNER BANK.**

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann. Ritscher. Frisch.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 30 München, 24. Juli 1920. XVII. Jahrgang.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Der Ausgang von Spa hat bewiesen, daß die feindlichen Staatslenker nicht fähig sind, die großen europäischen Fragen zu lösen. So boshaft und beschränkt ist weder Lloyd George noch Millerand, daß sie es gar nicht wollten, aber sie sind verstrickt in die Schuld von Versailles. Dort mußten Frankreich und England ihre Pflicht als Sieger fühlen, neben und über dem eigenen Vorteil Gerechtigkeit und Klugheit zu wahren. Doch sie hörten auf die tolle Straße und die feile Presse ihrer Völker und schlugen ein Volk von 60 Millionen in Fesseln, die es keinesfalls lange tragen wird. Der Rachegreis Clemenceau saß nicht mehr mit am Tisch, aber sein Nachfolger wagt sich nicht nach Paris zurück ohne die Beute, die jener den Franzosen versprach. So verlangten sie in Spa Unmögliches wie in Versailles, und die zweite Woche der Beratungen glich der ersten vollkommen. Deutschland soll Kohlen an Frankreich liefern. Unsere Regierung hat einen glücklichen Einfall und läßt statt der Diplomaten die Sachverständigen reden: Hugo Stinnes und den Bergarbeiterführer Hue. Da hört der Oberste Rat neue Töne aus deutschem Mund, Stinnes wie Hue sagen rund heraus, daß es bei den Kohlen zuerst auf den guten Willen der deutschen Unternehmer und Arbeiter ankommt, und daß ein Vormarsch ins Ruhrgebiet nur Streik und Aufruhr zeitigen kann. Millerand wird recht umgänglich, Lloyd George in der Teepause fast gemütlich. Winkt ein deutscher Erfolg? Die das hofften, sahen sich enttäuscht. In den Ausschußsitzungen schöpfte die Entente schnell wieder Mut. Sie verlangte zwar „nur" 2 Mill. Tonnen Kohlen im Monat statt 2,5 Mill., ließ sich aber nicht überzeugen, daß auch dies noch viel zu viel und unmöglich zu leisten sei. Deutschland schlug statt dessen vor, 1,1 Mill. Tonnen monatlich zu liefern, später 1,4 und ab 1. Oktober 1921 etwa 1,7 Mill. Tonnen. Es half nichts. Was Stinnes und Hue fast erreicht, war zu nichte, als die deutsche Regierung gar zu eifrig zu verstehen gab, sie sei für die freimütige Sprache der beiden nicht verantwortlich. Nach der früheren Haltung durfte ihr das jeder glauben. Und zum Schluß unterschrieb man wieder. Schon unser letzter Gegenvorschlag gestand der Entente fast alles zu, was sie wollte. Trotzdem fand er keine Gnade. Deutschland behält weder die Verfügung über die Verteilung seiner Kohle, noch zahlt ihm die Entente für die gelieferten den Weltmarktpreis. Eine bestimmte Kohlenmenge aus Oberschlesien wird uns nicht sichergestellt, darüber befindet vielmehr ein Ausschuß, in dem Deutschland vertreten sein soll. Vertreten war es bekanntlich überall, wo es nichts zu sagen hatte. Das alles aber ist nicht so schlimm wie der Satz des Diktats, daß in Berlin eine ständige Abordnung des Wiedergutmachungsausschusses niedergesetzt wird und die Ausführung des Kohlenabkommens überwacht. Ihr muß Deutschland die Pläne über die allgemeine Verteilung seiner Kohlen vorlegen und um deren Genehmigung nachsuchen, ehe es sie durchführen darf. Nichts darf an den Plänen dann geändert werden, wodurch die Lieferungen an die Entente vermindert würden, ohne Erlaubnis dieses Berliner Ausschusses.

England und Frankreich haben damit diktatorische Gewalt über das innere deutsche Wirtschaftsleben erhalten. Sie können nach Gutdünken Industrien fördern oder lahmlegen, indem sie ihnen Kohlen gestatten oder nicht. Die deutschen Arbeiter werden ihre neuen Herren bald kennen lernen. Auch im Kohlengebiet selbst, in Essen, soll eine Abordnung der Verbündeten tagen, (Deutschland ist wieder dabei „vertreten"), um Mittel und Wege für bessere Lebensweise der Bergleute und bessere Ausbeutung der Gruben zu finden. Wieviel wird dabei vom Arbeiterschutz und Achtstundentag übrig bleiben? Schon während der Beratungen in Spa kamen aus dem Ruhrgebiet Nachrichten von lebhafter Sorge und Unruhe der Bergarbeiter. Ihre Verbände erklärte sich ausdrücklich mit dem festen Auftreten von Hue einverstanden. Das sind erfreuliche Zeichen. Vielleicht lernt der sozialistische Arbeiter jetzt, wo er den Druck der Feinde am eignen Leibe spürt, deutsch und völkisch empfinden und die internationalen Phrasen seiner sozialistischen Führer verachten. Aus dem Unglück von Spa könnte uns dann noch ein Glück erwachsen. Denn stehen die Arbeiter zu Volk und Vaterland, so ist Deutschland einig und unüberwindlich. Die Zeit arbeitet für uns. Darum ist es immerhin ein Gewinn, daß die Absicht eines Einmarsches ins Ruhrgebiet zwar nicht aufgegeben, aber erst nach dem 15. November ins Auge gefaßt ist, falls die deutschen Kohlenlieferungen der ersten drei Monate nicht 6 Millionen Tonnen erreichen. Inzwischen dürfen wir es nicht den Tatsachen allein überlassen, das deutsche Volk aufzuklären.

Die Zeit kann auch draußen für uns arbeiten. Unter welchem Zeichen werden Verbündete und Deutsche in Genf zusammenkommen, wo einige Wochen später die Wiedergutmachungsfragen erörtert werden sollen. Polen ist besiegt, Pilsudski war selbst in Spa, um die Hilfe der Großmächte gegen Rußlands Vordringen anzurufen. Lloyd George will vermitteln, wenn Polen seiner Ausdehnungspolitik entsagt und mit dem Bug als Grenze fürlieb nimmt. Jetzt sind die Russen bereits in Wilna. Ob sie den englischen Vorschlag annehmen und an der Buglinie stehen bleiben, ist noch nicht gewiß, obgleich es aus London gemeldet wurde. Und wenn sie stehen bleiben, fragt sich, wie lange. Der polnische Angriff hat den altrussischen Gedanken neu belebt. Das rote Rußland fühlt sich stark, seine neuen Ideen überallhin zu verbreiten, ganz wie vor 130 Jahren das revolutionäre Frankreich. Vielleicht läßt ein russischer Napoleon nicht lange mehr auf sich warten. Er wird es leicht haben, Europa auf seine Weise zu ordnen, nachdem die zunächst dazu berufenen Sieger des Weltkrieges sich unfähig gezeigt. Nach der Enttäuschung von Spa wird keine Macht der Welt, keine Propaganda von Northcliffe die Deutschen von der äußersten Linken bis zur stark preußischen Rechten, ausgenommen höchstens ein paar demokratische Börsenmänner, davon abhalten können, sich mit Rußland zu verbinden, wenn es zur Befreiung der Welt vom Versailler Frieden und vom westlichen Kapitalismus aufruft. Vom wirtschaftlichen Bolschewismus hat es ja schon viel abgelegt. Niemand weiß das besser als Lloyd George aus seinen Verhandlungen mit Krassin. Bald rauchen in Rußland wieder die Schlote privateigner Fabriken. Betriebsräte gibt es dort längst nicht mehr. England spürt den russischen Druck schon in Persien und Indien.

Noch leichtsinniger spielt Frankreich in Deutschland mit dem Feuer. Wie konnte sonst am 14. Juli vor der französischen Botschaft in Berlin auf offenem Platz eine Feier mit Hissung der Trikolore stattfinden? Damit war es geradezu herausgefordert, daß unbesonnene Burschen die Fahne gewaltsam herunterholten. Niemand verteidigt das, aber das Betragen der Franzosen in Deutschland, das sie allein nie besiegt hätten, muß gerechten Zorn auflodern lassen. Es ist nicht das erste Mal. Schon bei Lettow-Vorbecks Einzug in Berlin gaben französische Offiziere vom Balkon ihrer Botschaft Aergernis. Und vom

besetzten Gebiet gäbe es tausend Fälle zu berichten. — Aber auch Deutsche tun Deutschland Schimpf an.

Ein Mordanschlag auf Hindenburg, wobei der Feldmarschall zum Glück unverletzt blieb, löste allgemeine Teilnahme und Entrüstung aus.

In Bayern trat am 15. Juli der neue Landtag zusammen. Soweit es die traurige Lage ganz Deutschlands gestattet, verheißt er eine Zeit der Ordnung und des inneren Wiederaufbaues in Bayern. Das Ministerium ist neugebildet unter dem Vorsitz Dr. von Kahrs. Er wurde mit 100 von 143 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Außer ihm stellt die Bayerische Volkspartei noch die Minister Dr. Matt (Kultus), Dr. Krausneck (Finanzen), Oswald (Soziales), die vereinigte Rechte Dr. Roth (Justiz), die Demokraten Hamm (Handel), der Bauernbund Wutzelhofer (Landwirtschaft). Staatssekretär Dr. Schweyer, der den Ministerpräsidenten im Bereich des Innern vertritt, gehört zur Bayerischen Volkspartei. In der Vereinbarung der Regierungsparteien wie in der Programmrede Dr. von Kahrs kommt der feste Wille zum Ausdruck, treu zum Reich, aber fest auf der rechtmäßigen inneren Selbständigkeit Bayerns den Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft zu fördern. Die Machtmittel des Staates, Reichswehr, Sicherheits- und Einwohnerwehr, müssen ungeschmälert erhalten bleiben. Die Finanzen müssen durch Vereinfachung der Staatsverwaltung und strengste Sparsamkeit geheilt werden. Wirtschaftlich ist gesteigerte Erzeugung in Landwirtschaft und Industrie sowie Abbau der Zwangswirtschaft anzustreben. Verbraucher, Festbesoldete und Rentner sollen kräftig geschützt werden gegen Wucherer und Schieber. Der Preisabbau ist eine Hauptaufgabe. — In der Kulturpolitik wird eine wohlwollende Stellung des Staates gegen Kirche und Religion betont, Freiheit des Glaubens und der Wissenschaft versprochen. In der Schule muß der Wille der Erziehungsberechtigten Richtschnur sein für die Wahl der durch die Reichsverfassung ermöglichten Schularten. Danach soll das Recht der Bekenntnisschule unangetastet bleiben. Dr. v. Kahr betonte, daß er Staatspolitik, nicht Parteipolitik zu treiben habe, daß die Staatsautorität wieder aufgerichtet werde und die Revolution ihr Ende finden müsse. — In der Vereinbarung der Regierungsparteien ist wichtig, daß bei der Politik gegenüber dem Reich auf dem Boden der Reichsverfassung die Gesichtspunkte maßgebend sind, die vom Kabinett Fehrenbach für das Verhältnis des Reiches zu den Ländern angenommen wurden. Hiervon machte bekanntlich die Bayerische Volkspartei ihre Mitarbeit bei der Reichsregierung abhängig. Die Gesichtspunkte (vgl. Nr. 28 S. 374) bewegen sich durchaus auf der Linie des bundesstaatlichen Reichsgedankens. Daß in Bayern auch die Demokraten dafür eintreten, verdient angemerkt zu werden. Der Zug der bayerischen Demokraten nach rechts, zur sog. Nationaldemokratie, hat seit dem Ausgang der Wahl zweifellos Fortschritte gemacht. Desto mehr gefällt sich die alte Sozialdemokratie in der Opposition und sucht die Regierung Kahr im Reich wie im Ausland als separatistisch, rückschrittlich und militaristisch anzuschwärzen. Bayern wird sich dadurch so wenig beirren lassen wie durch die Kritik, die ein badischer Minister an Bayerns Haltung gegenüber der Entwaffnung der Einwohnerwehr übte. Er fand nur den Beifall des Vorwärts. Bayern aber weiß sich der Zustimmung aller guter Deutschen in Nord und Süd gewiß.

In ihrer spanischen Heimat starb 94 Jahre alt Kaiserin Eugenie, die Witwe Napoleons III. Den Ausgang des Weltkrieges mit dem Sturz Deutschlands und der Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich hat sie als Genugtuung ihres Alters erlebt und, wie berichtet wird, noch stark empfunden. — Der englische Admiral Lord Fisher, persönlicher Freund und ehrlicher Feind unseres deutschen Tirpitz, starb nach einer Operation. Er hat schon unter Eduard VII. den Seekrieg gegen Deutschland vorbereitet, wurde 1914 aus dem Ruhestand wieder in den Dienst gerufen und gewann u. a. die Schlacht bei den Falklandinseln. Den Angriff auf die Dardanellen konnte er nicht verhindern und nahm nach dessen Scheitern seinen Abschied. Deutschlands Recht auf den U-Bootkrieg gestand er in einem urwüchsigen Seemannsbrief an Tirpitz unumwunden ein. — Der Präsident von Frankreich, Deschanel, ist amtsmüde, seitdem er unter seltsamen Umständen bei voller Fahrt aus dem Salonwagen seines Sonderzugs fiel. Um sein Amt soll sich neben Millerand, Bourgeois und andere auch Clemenceau bewerben.

Der Boykott gegen Ungarn geht weiter, eine Verschärfung desselben wird von der Amsterdamer Gewerkschaftskommission den Wiener Arbeitern anheimgestellt. Das heißt, man sucht langsam die Verantwortung auf die abzuschieben, die offenbar den Anstoß zu der ganzen Maßregel gaben. Ungarn selbst leidet nicht unter der Sperre. Bei den Gemeindewahlen in Budapest haben die christlichen Parteien 167, die Liberalen und Demokraten, fast durchweg Juden, 73 Sitze gewonnen. Damit ist die jüdische Stadtherrschaft gebrochen. Das neue Ministerium wird gebildet unter dem Vorsitz des Grafen Teleky, nachdem die Kabinettsbildung unter Graf Bethlen gescheitert ist. Teleky war bisher Außenminister. Auf seinem Programm steht die Bodenreform und das unbeschränkte Recht der Parlamentsauflösung durch den Reichsverweser. Alle Gerüchte von einem weißen Schrecken in Ungarn sind durch einen amtlichen englischen Bericht und durch einen Aufsatz des päpstlichen „Osservatore Romano“ vom 9. Juli entkräftet. Das gleiche gilt von Nachrichten der Wiener sozialdemokratischen Arbeiterzeitung, wonach eine Offiziersversammlung in Budapest die Ermordung politischer Gefangener und Ausrottung möglichst vieler Juden beschlossen hätte.

Weiter südlich steht Jugoslawien dicht vor einem Krieg mit Italien. In Triest und Spalato wurden die Slawen von Italienern verfolgt, ihre Geschäfte, Banken und Druckereien zerstört. Die Erregung darüber ist in Belgrad und Agram sehr groß. Man ruft nach dem Krieg mit Italien, das unterdessen für alle Fälle seine Truppen an der Grenze erheblich verstärkt hat.

Das österreichische Proporzkabinett.

Von Dr. Max Freiherr von Hussarek, österreichischem Ministerpräsidenten a. D., Wien.

Vor mehr als fünfzig Jahren hat Johann N. Berger, der Witzbold des damaligen „Bürgerministeriums“, auf dieses den Satz geprägt: „Wie sollen wir für einander einstehen, da wir einander nicht ausstehen können?“ Was damals launige Kritik eines unhaltbaren Zustandes war, ist nun zum leitenden Gedanken befristeter Bundesverwaltung erhoben worden. Die Koalition der sozialdemokratischen und der christlich-sozialen Partei war endlich ihrer inneren Unwahrheit erlegen. Der Mangel an Gemeinsinn verhinderte eine Konzentration der drei parlamentarischen Parteien zur gemeinsamen Geschäftsführung bis zu den für Mitte Oktober geplanten Neuwahlen. Wollte sich doch eine jede die schrankenlose Ellenbogenfreiheit für den Wahlbetrieb und alle damit zusammenhängenden Umtriebe wahren! Die beiden bürgerlichen Parteien waren bereit und gewillt, daraus den Schluß zu ziehen, daß ein Beamtenkabinett mit der Regierung zu betrauen wäre. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Ablehnung, welche dieser Vorschlag bei der Sozialdemokratie erfuhr, nicht bloß vom Standpunkte ihrer Auffassung der momentan angenommenen Staatseinrichtungen nicht der Folgerichtigkeit ermangelte. Denn die Existenzgrundlage eines solchen Kabinetts müßte eine allgemein anerkannte Autorität im Staate sein, wie sie früher der Monarch dargestellt hatte, welcher dann, wenn im Schoße der Reichsvertretung und aus ihr heraus eine Regierung nicht gebildet werden konnte, Beamte berief, um durch sie seine eigene Machtvollkommenheit auszuüben. Eine analoge Instanz, und wäre sie noch so schattenhaft, besteht aber in der gesegneten Republik Oesterreich überhaupt nicht, nicht im Präsidenten der Nationalversammlung, nicht in deren Hauptausschuß und schon gar nicht in deren Plenum oder sonst wo.

Der Wunsch nach einer Beamtenregierung, wie ihn die bürgerlichen Parteien vertraten, war nichts anderes als ein Stoßseufzer nach Wiederherstellung überhaupt einer, wenn auch noch so mangelhaften und unzulänglichen Autorität im staatlichen Leben. Aber nachdem sie selbst im Herbste 1918 redlich das ihrige beigetragen hatten, um diese zu beseitigen, besaß ihr Hauch nicht die schöpferische Kraft, die zur Wiederbelebung nötig ist, und sie mußten sich der an sich konsequenten Verneinung der Sozialdemokratie fügen. Es ist aber auch nicht gerade schade darum. Nicht bloß deshalb, weil unser Beamtenkörper bei allen glänzenden und gediegenen Eigenschaften, die er sich aus früheren Tagen, wenn auch mit Mühe, noch bewahrt, in einer Kunst zu wenig geschult und geübt ist, in jener, um ein Wort der Annalen des Tacitus zu brauchen, „mit der Natur des großen Haufens und mit der rechten Art, ihn in den

Schranken der Mäßigung zu erhalten", vertraut zu sein. Vielmehr deshalb, weil eine Beamtenregierung nach außen vielfach doch als eine bürgerliche gegolten hätte, und für ihre Fehler oder Unterlassungen die bürgerlichen Parteien darum mehr als die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht würden. An solchen Schachzügen hätte es aber bei den schweren und vielfachen Aufgaben, die noch vor den nächsten Wahlen zu lösen sind, sicher nicht gefehlt. So kam man dann nach manchen mühevollen fehlgeschlagenen Versuchen auf die in sich widerspruchsvolle Idee, überhaupt keine homogene Regierung zu bilden, sondern auf die Einheitlichkeit in der Leitung der Staatsgeschäfte überhaupt zu verzichten und nur Ressortchefs zu bestellen, die dann mit einander schlecht und recht auszukommen trachten sollen und sich für jede einzelne Vorlage die Majorität von Fall zu Fall sichern müssen. Der Vorsitzende im Kabinettsrate hat nicht die Aufgaben eines Regierungschefs, sondern ist nur Verhandlungsleiter der Sitzungen.

Die Verteilung der einzelnen Stellen aber erfolgte nach der Verhältniszahl der Parteien, wobei die sozialdemokratische auf das diesmal — eben im Hinblick auf die künftigen Wahlen — besonders heiß umstrittene Portefeuille des Innern verzichten mußte und die christlich-soziale das Opfer auf sich nahm, den Kandidaten für dieses Staatsamt zwar auf ihre Liste sich anrechnen zu lassen, aber einen Beamten zu wählen. Der Auserlesene, Sektionschef Dr. **Walter Breisky**, ein Deutschböhme, vereint in der Tat so reiches Wissen, so geschulte Erfahrung, so oftbewährte Geschicklichkeit und so vielfach geübte Verwaltungskunst in seiner Person, daß Parlament und Regierung zu dieser Wahl mehr als er selbst zu seinen dornenvollen Aufgaben zu beglückwünschen sind. Für die gegenwärtige Ausgeglichenheit der konfessionellen Verhältnisse in Oesterreich spricht es übrigens, daß von keiner Seite auf das protestantische Glaubensbekenntnis dieses Staatssekretärs hingewiesen wurde. Der großdeutschen Partei fiel es zu, das Justizamt zu besetzen und sie übertrug es dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Dr. Roller, einem Parlamentarier des alten österreichischen Reichsrates, der sich durch ruhig-freundliche und beharrliche Vertretung der Wünsche seiner deutsch-böhmischen Heimat hervorgetan und unmittelbar nach dem Umsturze bereits sein jetziges Portefeuille verwaltet hatte. Die so überaus wünschenswerte Verringerung der Zahl der Reichsratsmitglieder konnte nicht in zulänglichem Maße durchgeführt werden. Nur der geradezu frivole sozialistische Antrag, sie noch zu vermehren, ist abgelehnt worden. Die übrigen Personalveränderungen sind insofern bezeichnend für die neue Lage, als auf sozialdemokratischer Seite bis zum höchstmöglichen Grade entwickelter Klebeeifer und Beharrungsstreben erwiesen wurden, während auf christlich-sozialer Seite ein mehrfacher Personenwechsel stattfand. Wenn den ausgetretenen Funktionären dieser Partei meist nachgerühmt werden kann, daß sie ihren Wirkungskreis vollkommen entsprechend und mit manchem Erfolge und wertvollen Ergebnissen verwaltet haben, sind unter den sozialdemokratischen Staatssekretären gerade diejenigen von ihren Parteigenossen am nachdrücklichsten im Amte erhalten worden, welche in der Führung desselben auch von einem ganz unvoreingenommenen Standpunkte aus am heftigsten und aus bestem Grunde angefochten wurden. Am merkwürdigsten aber und nur aus der Entwicklung der innerpolitischen Lage in den letzten anderthalb Jahren zu erklären ist das Verbleiben Dr. Karl Renners im Staatsamte des Aeußern, während er die Funktionen eines Staatskanzlers abgegeben hat.

Als nach dem Umsturze im Jahre 1918 die Beute verteilt wurde, bemächtigte sich der Machthunger der Sozialdemokratie so ziemlich aller wirklich bedeutungsvollen Ressorts und Dr. **Victor Adler**, der aus dem Holze eines echten Staatsmannes geschnitten war und nur das Unglück gehabt hat, nie als solcher wirken zu können, wurde für wenige Tage der Nachfolger von Kaunitz und von Metternich auf dem Ballhausplatze. Als ihn der Tod hinwegraffte, erkor ihm die Partei **Otto Bauer** als Nachfolger, einen fanatischen Agitator von einigem journalistischen Witze und einiger parteitaktischer Gewandtheit. Binnen kürzester Frist erwies sich diese Wahl als ein Mißgriff allergröbster Art. Aber erst als seine Stellung gänzlich unhaltbar geworden, zog sich Dr. Bauer aus dem Amte zurück, welches aber nach dem Willen der Partei ihrer Machtsphäre erhalten bleiben sollte. So mußte denn wohl oder übel Dr. Renner sich den Funktionen eines Außenministers unterziehen. Denn er ragt nicht bloß geistig wirklich um weit mehr als um Hauptеslänge über die übrigen Myrmidonen seiner Truppe hervor, sondern verzagt auch nicht, wenn er einmal vor eine Aufgabe gestellt wird, die er nicht trifft, weil er ihr nicht gewachsen ist. Und der Chor der Parteipresse hat bisher nicht die Gewandtheit Racines aufgebracht, der Ludwig XIV. sagte: „Dem Könige ist nichts unmöglich. Eure Majestät wollten ein paar schlechte Verse machen und es ist Ihnen vortrefflich gelungen". Nun hatte Dr. Renner sich früher als nicht ungeschickter und mit einigem historischen und politischen Rüstzeuge gewappneter Kritiker des Nationalitätenstaates Alt-Oesterreich betätigt. Gerade dieser Wirkungskreis war ihm aber durch das Werk seiner eigenen Partei, den Umsturz und die Zerreißung der Monarchie verloren gegangen, als ihn die Welle der Bewegung erhob und an die Spitze der Regierungsgeschäfte brachte. Dafür entfaltete er alsbald als Staatskanzler — warum er sich gerade den Titel Metternichs beigelegt hat, weiß ich nicht — eine rege, klug vermittelnde, scheinbar sachgemäße, aber dabei doch stets die Parteiinteressen und einseitig nur sie wahrende Tätigkeit, so daß mit Recht gesagt werden kann, die unglückselige Koalition hätte nicht vierzehn Tage lang gehalten, wenn er es nicht verstanden hätte, die Sprünge und Risse immer wieder zu verkleistern und bürgerliche Mitläufer dieser oder jener Richtung aufs Eis zu führen und nach seiner Pfeife tanzen zu lassen. Wegen dieser nicht anzuzweifelnden Ueberlegenheit galt er eines Tages auch für fähig, die äußeren Angelegenheiten der Republik Oesterreich zu leiten und er hielt sich wohl auch dafür. Das Krüppelwesen von St. Germain schien ja gar nicht in der Lage zu sein, außenpolitische Entschließungen fassen und außenpolitische Meinungen hegen zu dürfen. Die Sprachkenntnisse eines Oberkellners reichen nach der bekannten Aeußerung Bismarcks noch nicht hin, damit Jemand ein Diplomat sei, und fehlende Tischsitten mögen als angeborene Genialität gelten. So kam man über verschiedene Mängel an Befähigungsnachweis hinweg und Dr. Karl Renner reiste nach den verschiedenen Richtungen der Windrose herum, häufiger als einst Kaiser Wilhelm II., und mag vielleicht selbst am meisten erstaunt gewesen sein, daß er nirgends irgend einen greifbaren Erfolg erzielte. Seine unruhige, überall herumtastende, niemals fest zugreifende Art Beziehungen zu pflegen, stellten auch in diesem Amte überall das Parteiinteresse vor jenes des Staates und hat schon schweren Schaden angerichtet, der nur deshalb nicht so deutlich zutage tritt, weil Deutsch-Oesterreich überhaupt nur aus Schäden zusammengesetzt ist. Aber dennoch ist gerade nicht wenigen klar, wie viel an Einsätzen Renner schon verloren hat. Deshalb erklärte, als die Koalition in die Brüche ging, ein vielbemerktes Kommunique der eigenen Parteileitung, es würde keine Einwendung erhoben, ihn im äußeren Amte zu belassen, wenn die anderen Parteien dies für zweckdienlich erachteten. Man belastete damit diese mit der Verantwortung für seine Wiederwahl und ihn selbst bei seinen Genossen mit dem Odium bürgerlichen Vertrauens. Jedenfalls ist er nicht mehr Chef des Kabinetts und somit gerade aus jenem Wirkungskreise entfernt, für den er sich nach seiner Vergangenheit und Betätigung noch am ehesten eignete.

Das ganze Proporzkabinett ist auf Wahlvorbereitungen abgestellt. Was es jetzt in raschem Anlaufe zu leisten haben wird, Verabschiedung der Vermögensabgabe, Festlegung der Grundzüge der künftigen Verfassung, Finanzvorlagen, Wahlgesetz usw., das wird nicht nach seinem sachlichen Inhalte zu beurteilen sein und von den Politikern beurteilt werden, sondern vielmehr nach seiner Bedeutung für die Wahlen im Herbste. Keine Partei und kein einzelner Parteimann will sich mehr auch nur mit einem Quentchen Verantwortung belasten, das nicht alle anderen zugleich auf sich nehmen, und Alles hat lediglich Sehnsucht, sich irgendwie oppositionell zu betätigen, d. h. in die **bequeme Rolle des Kritikers** zu gelangen und sich nach althergebrachter österreichischer Art im Nörgeln und Raunzen an der Regierung auszulassen. Freilich wäre das gegenüber einem Beamtenkabinett noch leichter möglich gewesen. Vielleicht liegt gerade darin ein Fortschritt, daß es den politischen Parteien denn doch nicht gelang, gänzlich aus der Sphäre des Handelns auf eigene Gefahr auszuscheiden, daß sie, welche die altgewohnte monarchische Führung abgeschüttelt haben, nun auch restlos die Last der Selbstbestimmung und die Bürde des Regierens auf sich nehmen mußten. Hat Chamisso in seiner herrlichen „Kreuzschau" auch ihren Leidensweg vorhergeschaut? **Im Oktober fallen die Würfel über Oesterreichs Zukunft**, mögen sie für jene entscheiden, welche sich im Denken und im Fühlen, aber auch im Dulden und im Handeln am treuesten als echte Oesterreicher bewähren!

Der russische Patriotismus.

Von Dr. Otto Färber, München.

Während Westeuropa, durch Brudermord, Materialismus und eifersüchtige Gier entnervt, menschenunwürdig dahinvegetiert, kommt vom Osten Kanonendonner näher. Die alten Kriegsgäule spitzen ihre Ohren. Der Klang ist bekannt und nicht fremd sind alle die Namen: Rowno, Kowel, Lemberg, Warschau, Wilna, Minsk.

Es ist beinahe ein Wunder! Waren nicht die Russen die ersten gewesen, die die Gewehre weglegten und Kriegssabotage betrieben? War nicht Rußland das erste Land, das sich in Feuer und Rauch der Revolution hüllte und schrie: Hoch der Bürgerkrieg! Nieder mit dem kapitalistischen Krieg!?

An welche Zeiten erinnert Brussilows Aufruf an die russischen Offiziere: „Kommt alle und schart Euch um die Fahne des Vaterlands, des einigen, freien, großen Mütterchens Rußland?“ Ist uns Brussilow nicht bekannt, der den verbündeten österreichisch-deutschen Armeen 1916 eine so schwere Niederlage beibrachte und der als Nationalheld in Rußland gefeiert wurde.

Wie soll man das alles zusammenreimen: Bolschewismus, flammende Begeisterung, Offensivkraft? Wir müssen uns in allem Ernst darüber klar werden, daß wir in eine entscheidende Phase russischer und deutscher Geschichte eingetreten sind.

Mögen die Zügel in Deutschland in den rechten Händen ruhen: es kommen Zeiten ernsten Handelns — ohne Phrase; eine Zeit, voll von Möglichkeiten für unser Vaterland, die es unter allen Umständen wahrzunehmen gilt.

Die Tatsache, daß die Russen planmäßig, diszipliniert und erfolgreich nach Westen marschieren, ist nicht allein mehr mit dem bolschewistischen Expansionsbedürfnis zu erklären, sondern mit der unleugbaren Durchentwickelung Rußlands zu neuem Staatsleben und dem Neuerwachen des totgeglaubten russischen Patriotismus.

Es war ein weiter Umweg, auf dem Rußland von dem Umsturz 1917, der Zerstückelung 1918 und der furchtbaren Not all der letzten Jahre zur Einigung kam und zur neuen Form kommt. Die Patrioten erlebten im letzten Kriegsjahre Furchtbares, alle ihre Träume waren in nichts zerstoben, Verzweiflung ging durch ihre Reihen, als sie sahen, wie ihr Vaterland zerfiel. Viele starben aus Verzweiflung. In dem Hause, das ich eine Zeitlang in Moskau bewohnte, erschoß sich damals z. B. ein Neffe des Dichters Tschechoff, „weil er den Untergang des Vaterlandes nicht überleben könne“. Und, entsprechend einem Grundzug russischen Wesens, dem Nicht-sich-widersetzen, taten viele es dem Unglücklichen gleich oder aber beschränkten sich auf tatenloses Jammern. Aber es war auch eine stattliche Zahl aktiver Patrioten und viele starben in Denikins, Koltschaks und anderen Freiwilligenheeren den Heldentod für Rußlands Einheit und Größe. Ist nicht Koltschak ein ausgezeichneter Vertreter des aktiven Patriotismus, als er — ein Opfer ententistischer Zwiespaltigkeit, Feigheit und Eigensucht —, mit unverbundenen Augen sich mannhaft den Gewehrläufen der Irkutsker Sozialrevolutionäre entgegenstellte? Auch ihr Heldentum ist ein Baustein am neuen Rußland. Die Geschichte, d. h. die Vorsehung wählte allerdings einen anderen Weg als ihn die Freiwilligen sich ausgesucht hatten, den Weg über die Greuel des Bolschewismus. Heute hat sich der russische Patriotismus mit dem Bolschewismus verbunden.

Zu diesem Bund sahen sich auch die Bolschewisten selbst gedrängt. Sie mußten die Aussichtslosigkeit ihrer antivaterländischen Arbeit einsehen und gewahren, daß sie ohne die Fachleute von ehedem nicht auskommen können. Ihre Armee, ursprünglich das Werk Trotzkis, wurde mit der Uebernahme der bewährten Generäle, Männer von Ansehen und größter Wertschätzung, zur russischen Armee; und, abgesehen davon, daß Moskau das Lebenszentrum dieses Heeresapparates war, verlieh der Wegfall aller „weißen“ Heere der roten Armee mehr und mehr den Charakter der russischen Armee. Und dazu wurde sie immer mehr, je mehr infolge technischer Notwendigkeit die Handlungsfreiheit auf das Offizierskorps überging. Und der russische Soldat wird wieder, was er war. Das ist das Allerinteressanteste.

Daß der Russe patriotisch sein kann, wissen wir aus der Geschichte. Man lese nur L. Tolstojs Werke, z. B. „Krieg und Frieden“ oder seine Erinnerungen an die Tage von Sewastopol, oder man greife Szenen aus der jüngsten Geschichte auf.

Von der Fähigkeit des Russen aber, antipatriotisch zu sein, haben wir ebenfalls eine Menge von Beispielen. Ich konnte zur Zeit der Kerenskioffensive die beiden russischen Naturen überaus anschaulich einander gegenüber sehen anläßlich der „Meetings“, welche die Rostower Garnison im Stadtgarten zu Rostow für und gegen die Offensive abhielt. Das Auffallende aber ist, daß nicht etwa die Russen glatt in ein patriotisches und antipatriotisches Lager zerfallen, sondern daß in ein und derselben Brust beides wohnt, die Liebe zum Mütterchen Rußland, das Verlangen zur heldenhaften Tat für dasselbe, und der durchaus anarchistische Trieb, den die Staatsleugnung bringt. Man lese nur die sehr charakteristische Stelle bei A. Tolstoj in seinem ausgezeichneten historischen Roman: „Fürst Serébranji“, wo die anarchistischen, keinen Zar und keinen Staat anerkennenden Räuber sich von dem wackeren Fürsten wieder für den Kampf gegen Tartaren, Polen und Litauer gewinnen lassen und dem Zaren ihre treuen Dienste widmen, man vergesse auch nicht, daß der kühne Eroberer Sibiriens, der das unermeßliche Land Iwan IV., dem Schrecklichen, zu Füßen legte, der Kosak Jermak, nichts war als ein Räuberhauptmann, den eines Tags wieder der Patriotismus ergriff.

Die Entwicklung des Bolschewismus, die Verbindung maßgebender Persönlichkeiten mit ihm, brachte das heroische Werk zustande, aus einer wilden, zentrifugalen Bewegung etwas Geschlossenes, Zielbewußtes zu machen. Es gelang, die anarchistische Volksleidenschaft zu bändigen. Bolschewismus und russische Kraft, russischer Gemeinwille verbanden sich in eins. Das innerste Wesen des russischen Patriotismus ist das Bewußtsein junger, unverbrauchter Kraft, das übermächtig zum Ausdruck kommende Kraftgefühl eines Volkes von 160 Millionen, das sich seiner Größe, der endlosen Heimat erinnert. Diesem Volk eine gewaltige Zukunft abzusprechen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Siege und Erinnerungen an Siege, der Blick auf das entzweite, phrasenliebende Europa tragen natürlich wesentlich dazu bei, das Kraftgefühl ins Bewußtsein zu rücken. Als einen weiteren Bestandteil des russischen Patriotismus haben wir die Abneigung des Volkes gegen die fremde Ausbeutung zu verstehen. Ruhm und das stolze Bewußtsein einer außerordentlichen Rolle in der Welt beleben die Massen ebenfalls. Das Lob russischer Sonderheit und russischer Mission erfüllt die Sinne der Soldaten, die mit einer gewissen Verachtung auf unsere Ordnung und Einengung herunterschauen. Alle Leistungen wären aber undenkbar ohne die große Begeisterungsfähigkeit und Ausdauer des Russen, die ein Führer dort nur zu benützen verstehen muß. Das religiöse Moment gegen die Polen spielt sicherlich eine, wenn auch untergeordnete Rolle. Tatsache ist und sie wurde mir durch russische Autoritäten bestätigt, daß die neuen Soldaten, die schon seit geraumer Zeit wieder nach dem alten System ausgehoben werden, mehr russisch-patriotische Ziele haben, als ursprünglich bolschewistische. Das wird immer mehr der Fall sein, je fester die national-russischen militärischen Oberkommandierenden das Heft in die Hand bekommen.

Ist das Führerproblem in Rußland gelöst, kann man Erstaunliches erleben. Polen ist in Gefahr, vom neuen russischen Heer bedroht. Ob Polen jetzt schon, d. h. im Juli—August, untergeht, hängt sehr ab von dem Gang der Dinge, die man zurzeit in Rußland vorbereitet. Später wird ja Polen, von allem Zwang abgesehen, unter allen Umständen so oder so Rußland einverleibt werden — zu seinem eigenen Vorteil und unter besseren Bedingungen als vor 1914.

Bedroht ist Polen und wir, nicht, wie man so oft liest, von asiatischen Barbaren, sondern von der Kraftwelle des gärenden russischen Bewußtseins. Das letztere muß und wird seine gesteckten Ziele erreichen, die uns um so weniger gefährlich sind, je mehr die für bald zu erwartende politische Umstellung in Rußland vollzogen ist. Auf das kommende Rußland den Blick fest gerichtet, dürfen wir vor Einzelgeschehnissen bis dahin nicht zittern. Die Hauptsache ist, daß wir einsehen, daß innere Gesetze dieses neue große, einige Reich zusammenführen, an das uns anzulehnen Ziel unserer Politik und Wirtschaftsführung sein muß. Daß dieses Rußland wie so viele andere Staaten nach und nach eine neue Blüte christlich-nationalen Charakters erleben wird, ist unsere besondere Hoffnung.[1]

[1] Vgl. auch Dr. Färber, „Das kommende Rußland“. Grundsätzliches. Verlag Keller u. Co., Dillingen.

Zur Psychologie Oberschlesiens.

Von einem oberschlesischen Geistlichen.

Ganz Deutschland schaut in diesen Tagen nach Spa und erwartet gespannt das Resultat der Verhandlungen, weil damit unser nationaler und wirtschaftlicher Aufstieg oder Niederstieg aufs engste verknüpft ist. Besonders lebhaft sind diesmal auch die Oberschlesier interessiert und in den Augen aller kann man hier die bange Frage lesen: „Wie wird man über uns beschließen?" Beide Parteien, Deutsche und Polen, hoffen einen für sich günstigen Ausfall der Beratungen. Die Deutschen erklären, ohne das oberschlesische Kohlengebiet ihren Vertragspflichten nicht nachkommen zu können, die Polen halten ohne Oberschlesien den Aufbau eines lebensfähigen polnischen Staates für unmöglich. Die Deutschen würden sich freuen, wenn die Abstimmung möglichst bald stattfinden würde, denn die heutige Stimmung spricht für sie, während die Polen mit Korfanty an der Spitze alles tun werden, um den Abstimmungstermin möglichst hinauszuschieben, bis sich Kongreßpolen in günstigerer Lage befindet.

Der Bolschewismus, das Schreckgespenst Europas, droht nicht nur Polen zu erwürgen, sondern wird auch für Oberschlesien eine furchtbare Gefahr. Niemand ist sich dessen so bewußt als der Oberschlesier selbst. Lemberg und Brest-Litowsk werden von den Polen geräumt. Wenn der Vorstoß des Bolschewistenheeres nicht auf irgendeine Weise aufgehalten wird, oder die Polen nicht Frieden schließen, dann wird Polen überrannt und die bolschewistische Flut ergießt sich über Oberschlesien, das so zu einem Tummelplatz nationaler Leidenschaften wird. Zwischen Spa im Westen und der Bolschewistengefahr im Osten pendelt Oberschlesien hin und her. Beides sind Faktoren, die maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung seiner Zukunft gewinnen können.

Wirtschaftlich herrscht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Ruhe. Die neugewählten Betriebsräte, die zunächst gern über die Grenzen ihrer Kompetenz hinausgegangen waren, wie z. B. in der Julienhütte zu Bobrek, wo sie die höheren Beamten einfach absetzen wollten, lernen mit der Zeit sich auf ihr eigenes Arbeitsfeld zu beschränken und im Rahmen des Reichsgesetzes zu bleiben. Mit Lebensmitteln ist Oberschlesien im Vergleich zum übrigen Norddeutschland verhältnismäßig gut versorgt. Denn Berlin und Warschau wollen sich die Stimmung der Oberschlesier günstig erhalten, aus diesem Grund werden sie reichlicher beliefert. Daher ist wohl alles billiger als im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Oberschlesier, die aus der Rhein- und Maingegend heimkehren und dort in Hotels und Restaurationen die hohen Preise bezahlen mußten, fühlen sich dann zu Hause fast wie in einem Eldorado. Trotz alledem sind den Oberschlesiern die Lebensmittel- und Warenpreise zu hoch und sie verlangen eine Preissenkung, welche die Städte in die Hand nehmen, um Boykotte und Plünderungen zu verhüten.

Von Tag zu Tag werden die Franzosen wegen ihrer provokatorischen Haltung gegenüber der deutschen Bevölkerung verhaßter und unbeliebter, während sie von den Polen als gute Freunde angesehen werden. Man sehnt den Tag herbei, wo sie Oberschlesien verlassen. Im Industriegebiet wünscht man eine Ablösung der Franzosen durch Engländer oder Italiener herbei, die sich wirklich neutral verhalten. Die interalliierte Kommission will die Sicherheitswehr auflösen, die letzte Stütze der Deutschen, von den Polen gehaßt als eine Neuauflage der Reichswehr. Sie soll ersetzt werden durch eine Polizei, die zusammengesetzt ist aus einheimischen, im Felde gedienten, deutschen und polnischen Mannschaften und Offizieren. Die Mannschaften wären da, aber an Offizieren fehlt es. Man will warten, bis die in den polnischen Truppenverbänden dienenden Oberschlesier heimkehren, um dann eine Sicherheitspolizei zu konstruieren. Die Deutschen weisen diesen Gedanken entschieden zurück, weil sie mit Recht befürchten, daß diese Polizei ganz im Dienste polnischer Agitation stehen würde.

Viel unruhiges Blut schafft die neue Verfügung der Oppelner Kommission. Um den deutschen Einfluß in Schule und Verwaltungskörpern zu paralysieren, soll jedem Seminardirektor, jedem Kreisschulinspektor ein polnischer kontrollierender Seminardirektor, bzw. Kreisschulinspektor zur Seite gestellt werden. Die polnischen Beiräte werden Sorge tragen müssen für die Durchführung des polnischen Unterrichtes und die Klagen der polnischen Schüler entgegenzunehmen haben. Ferner erhält jeder Landrat und jeder Bürgermeister einer kreisfreien Stadt einen kontrollierenden polnischen Landrat oder Bürgermeister, um den polnischen Einfluß zur Geltung zu bringen — alles im Interesse einer gerechten Abstimmung!

Der Klerus in seiner überwiegenden Majorität verhält sich politisch neutral, um die Gemüter nicht noch mehr zu erhitzen. Einige von Haus aus polnische Geistliche betätigen sich mit der Begründung, das Volk dürfe nicht führerlos sich selbst überlassen werden und die polnische Laienintelligenz sei noch zu gering, stark politisch und setzen sich Angriffen deutscherseits aus. Auf der anderen Seite stellen sich einige deutsche Geistliche — die beiden Exponenten sind Pfarrer Ulitzka aus Ratibor und der ehemalige Pfarrer von Reichtal (bereits an Polen abgetreten) Nieborowski, beseelt von starkem Nationalgefühl, in den Dienst der deutschen Sache.

Unklar ist die Frage der geistlichen Jurisdiktion. Der Warschauer Nuntius, Monsignore Ratti, der päpstlicher Delegat im Abstimmungsbezirke ist, erklärte, die Jurisdiktion des Breslauer Fürstbischofs bleibe in Oberschlesien unangetastet, trotzdem wurde eine Reise Sr. Eminenz des Herrn Kardinals Bertram in das Abstimmungsgebiet zum Zwecke der Firmung und der Einweihung von Gotteshäusern plötzlich abgesagt. Man kennt die Zusammenhänge nicht, aber man ahnt sie.

Die Agitations- und Werbetätigkeit wird auf beiden Seiten eifrig betrieben. Nachdem die Polen Plebiszitkommissariate gegründet haben, sind solche in allen größeren Orten auch von deutscher Seite geschaffen worden mit der Zentrale in Kattowitz. Hervorragend hat sich daran das Zentrum beteiligt. Rat und Auskunft wird in allen Abstimmungsfragen erteilt und die Vorbereitungen zur Aufnahme der Abstimmungsberechtigten getroffen. Die Arbeiter, soweit sie nicht direkt im nationalpolnischen Fahrwasser schwimmen, neigen, auch wenn sie polnisch sprechen, nach der deutschen Seite hin, so daß die Deutschen für die Abstimmung das Beste hoffen. Die Polen halten den Industriebezirk für sich als gesichert, halten aber Teile in der Oppelner, Koseler und Neustädter Gegend für stark gefährdet. Alles wird abhängig sein von der Form der Abstimmung. Diese ist trotz aller Friedensvertragsparagraphen höchst unsicher. Man weiß nicht, ob jede Gemeinde ohne Rücksicht auf die Bevölkerungszahl nur mit einer Stimme bewertet wird oder ob die Stimmen in jedem Kreise zusammengezählt werden und danach die Entscheidung gefällt wird.

Unsicherheit, Ungewißheit, Gereiztheit, Spannung und Schwüle, das sind die Merkmale der Psyche des oberschlesischen Volkes. Das Schifflein „Oberschlesien" muß ins Ungewisse hinausfahren, hoffentlich zerschellt es nicht, sondern läuft ein im Hafen der Ruhe, der Ordnung, des Friedens.

Kulturfragen, Bayerische Volkspartei und Zentrum.

Von Chefredakteur Paul Heßlein, Dresden.

In seiner bekannten Kölner Rede hat der Abgeordnete Dr. Heim nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" Nr. 419 vom 2. Juni 1920 erklärt, die Regelung der Schulfrage hätte den Ländern überlassen bleiben müssen. Diese Erklärung des Herrn Dr. Heim hat bei den Katholiken des Freistaates Sachsen große Beunruhigung hervorgerufen. Ein eifriges Mitglied der katholischen Gemeinde Dresdens und ein begeisterter Anhänger der Zentrumspartei, der vom Eichsfelde stammende Kantor der Dresdener Herz-Jesu-Kirche, Herr Lehrer Josef Schröter, hat sich zum Dolmetsch der Gefühle der sächsischen Katholiken gemacht und sich an Herrn Dr. Heim gewandt. In seinem Schreiben führt er aus, daß die Katholiken in Sachsen diese Ansicht Dr. Heims außerordentlich bedauern. Die sozialistische Regierung des Freistaates Sachsen und die sozialistische Kammermehrheit hätten, unterstützt von den uns in der monarchistischen Zeit schon keineswegs gewogenen Liberalen aller Schattierungen (und unter stiller Zustimmung anderer Katholikenfeinde) die mit großen Opfern errichteten katholischen Schulen Sachsens (mit über 350 Lehrern) samt dem einzigen katholischen Lehrerseminar in Bautzen glatt beseitigt und die religionslose Schule eingeführt, wenn nicht Reichsrecht über Landesrecht ginge. Gerade die Zentrumspartei und die durch sie gesicherte Regelung der Schulfrage von Reichswegen

habe unser katholisches Schulwesen in Sachsen bisher gerettet und auf sie allein, die Zentrumspartei nämlich, können wir bei den dauernden Vorstößen der sächsischen Regierung unsere Hoffnung setzen. Herr Kantor Schröter wies in seinem Schreiben weiter darauf hin, daß sich Gotha, Weimar, Mecklenburg, Braunschweig usw. in ähnlicher Lage befinden und er appellierte an Herrn Geheimrat Dr. Heim, im Gegensatz zu seiner in Köln ausgesprochenen Ansicht, bei der zukünftigen Beratung des Reichsschulgesetzes mit der Macht seines Wortes und seiner Persönlichkeit sich für die bedrängten Katholiken der Diaspora einzusetzen und für sie zu retten, was zu retten ist. Daraufhin hat Herr Dr. Heim folgendes Schreiben an Herrn Schröter gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Lehrer! Ich bin Föderalist und nirgends ist der Zentralismus verhängnisvoller wie auf kulturellem Gebiet. Er hat öde Gleichmacherei zur Folge. Es ist richtig, daß in manchen deutschen Ländern eine Reichsregelung 5% Katholiken eine Besserung bringt, dafür aber 95% eine wesentliche Verschlechterung. Das Reichsschulgesetz wird es lehren, daß ich recht habe. Ich freue mich über ihre Begeisterung für unsere Sache und Sie dürfen überzeugt sein, daß wir sachlich übereinstimmen.

Hochachtungsvollst
(gez.) Dr. Georg Heim."

Dieses Schreiben hat leider nicht beruhigend wirken können. Es muß zugegeben werden, daß auf dem Gebiete des Zentralismus große Fehler gemacht worden sind und daß die Berliner Gefahr noch keineswegs als beseitigt angesehen werden kann. Ich freue mich daher, daß der jetzige Reichskanzler Fehrenbach die Bedingungen der bayerischen Volkspartei zum Eintritt in die Regierungskoalition angenommen hat und besonders sympathisch ist mir der fünfte Punkt dieser Bedingungen:

„Rückkehr zur Ordnung, Reinhaltung des Staatsbetriebes von aller Stellenjagd und Korruption, Besetzung der Aemter und Stellen unter Berücksichtigung von Tüchtigkeit und Fachbildung, Aufhebung der sogen. Kriegsgesellschaften und aller seit November 1918 neu geschaffenen Aemter und Stellen, soweit deren Fortbestand nicht unabweisbar ist."

In den Bedingungen ist von den kulturellen Fragen nicht die Rede. Ich weiß, daß es in der bayerischen Volkspartei eine Reihe von Persönlichkeiten gibt, welche das Bestreben des Herrn Dr. Heim die kulturelle Gesetzgebung einzig und allein den Ländern zu überlassen, nicht im vollen Umfange billigen. Ich bin ganz mit Herrn Dr. Heim der Ansicht, daß die Reichsregelung für die Katholiken in Bayern, im Rheinland, in Westfalen usw. keine Verschlechterung bringen darf. Der Kampf des bayerischen Ministeriums Hoffmann gegen die christliche Schule, der vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung getobt hat, beweist jedoch, daß eine wesentliche Verschlechterung dort auch möglich ist ohne die Reichsregelung. Die Diasporakatholiken, aber nicht nur sie allein, sondern auch die gläubigen Protestanten im Freistaate Sachsen zum Beispiel sind jedoch ohne Reichsregelung vollständig und für immer der sozialistischen Willkür preisgegeben. Bereits vor einigen Monaten habe ich an dieser Stelle Einzelheiten über diesen Kulturkampf mitgeteilt, aber gerade in den letzten Wochen hatte ich Gelegenheit, mich mehr als einmal davon zu überzeugen, daß bei unseren Freunden im Reiche vielfach noch nicht genügend Aufklärung über unsere furchtbaren Verhältnisse geschaffen ist. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt eine Meldung aus Neustadt i. d. Pfalz vom 6. Juli („Bayerischer Kurier" Nr. 189 vom 7. Juli) besondere Bedeutung. Nach dieser Meldung soll das pfälzische Zentrum den strikten Anschluß an die Bayerische Volkspartei beschlossen haben und dem Abgeordneten Hofmann-Ludwigshafen, der sich dem Reichszentrum angeschlossen hat, dringend nahe gelegt worden sein, dort auszutreten und den Anschluß an die Bayerische Volkspartei im Reichstag zu vollziehen. Daß die Stimmung für einen rückhaltlosen Anschluß an die rechtsrheinische Bayerische Volkspartei in der Pfalz im Wachsen begriffen sei, war auch uns in Sachsen schon seit längerem bekannt. Damit haben die Bestrebungen des pfälzischen Pfarrers Martin Walzer ihren Abschluß gefunden. Auch mein lieber und von mir hochverehrter Freund, Herr Pfarrer Walzer, — mit dem ich gemeinsam 1913/14 in der Pfalz so manchen Kampf um kulturelle Güter erfolgreich durchfechten durfte — teilt die Ansichten des Herrn Dr. Heim auf kulturellem Gebiet. Eine Unterredung anläßlich der Verhandlungen des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei im Juni, dessen Mitglied Pfarrer Walzer ist, hat mir gezeigt, daß über unsere Verhältnisse noch recht wenig Klarheit besteht. Herr Pfarrer Walzer hat in dieser Unterredung den Standpunkt vertreten, daß, wenn wir unsere katholischen Schulen verlieren würden, die reichsdeutschen Katholiken uns schon finanziell helfen und auf diese Weise für die Errichtung katholischer Privatschulen Sorge tragen würden. Man darf es füglich als zweifelhaft bezeichnen, ob es unseren Glaubensgenossen im Reiche bei ihrer sonstigen starken Inanspruchnahme in der jetzigen Zeit möglich sein würde, solch große Beträge aufzubringen. Aber selbst wenn diese Möglichkeit bestände, wäre sie nicht durchführbar. Denn das sächsische Uebergangsschulgesetz vom Juli 1919 verbietet nicht nur die Abhaltung des Religionsunterrichtes, hebt nicht nur die konfessionellen Schulen auf, sondern beseitigt auch radikal die Privatschulen. Hätten wir nicht durch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 die grundsätzliche reichsgesetzliche Regelung bekommen, dann dürften in Sachsen nicht nur unsere jetzigen konfessionellen Schulen nicht weiterbestehen, sondern wir dürften auch keine katholischen Privatschulen errichten.

Das Uebergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 nebst Verordnung vom 23. Juli 1919 zur Ausführung des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 sagt in § 6 Absatz 1: „Zur Errichtung von Privatschulen für solche Kinder, die nach ihrer körperlichen und geistigen Anlage und Beschaffenheit unbedenklich am Unterricht der allgemeinen Volksschule teilnehmen können, soll künftig in der Regel keine Genehmigung erteilt werden", und in Absatz 2 „An den bestehenden Privatschulen dürfen keine neuen Klassenzüge gebildet werden". Ohne reichsgesetzliche Regelung wäre dadurch also die Errichtung von katholischen Privatschulen unmöglich und ohne diese reichsgesetzliche Regelung wäre durch den Absatz 2 des § 6 des Uebergangsgesetzes auch den bereits bestehenden Privatschulen das Lebenslicht ausgeblasen worden. Aus diesen Paragraphen schon allein spricht der ganze Ernst der Lage. Herr Dr. Heim meint in seinem Schreiben, daß wir sachlich übereinstimmen würden. Gewiß tun wir das, soweit eine Ueberspannung des Zentralismus in Frage kommt. Eine solche Ueberspannung auf kulturellem Gebiete ist aber nach unserer Ansicht ausgeschlossen, wenn die reichsgesetzliche Regelung im Rahmen der Bestimmungen der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 fortgesetzt wird. Diese Regelung wird den einzelnen Ländern wie Bayern usw. die Freiheit lassen, die sie brauchen, und sie wird zu gleicher Zeit uns die Möglichkeit geben, unsere Kinder in unserer Weltanschauung erziehen zu lassen. Wir setzen unsere ganze Hoffnung auf die Deutsche Zentrumspartei, wir hoffen aber auch, daß die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei Verständnis für unsere ernste Lage haben werden. Unermüdlich haben unsere Freunde in Sachsen im abgelaufenen Jahre für die Zentrumspartei gearbeitet, unermüdlich werden sie weiterarbeiten. Wir kämpfen in Sachsen um alles, wir kämpfen um unsere Existenz auf kulturellem Gebiet, wir kämpfen um die Seelen unserer Kinder und darum appellieren wir an die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei: Vergeßt uns nicht, schreitet nicht über uns hinweg, wir wollen mit euch keine Ueberspannung des Zentralismus, wir würden aber ebenso eine Ueberspannung des Föderalismus — und auch eine solche gibt es — aufs tiefste beklagen.

Am Sonntag, den 25. Mai 1919, hat der Vorsitzende der bayerischen Volkspartei im Reichstag, Herr Abgeordneter Leicht, Bamberg, in einer von 2000 Katholiken besuchten Versammlung der Stadt Dresden zum Schulkampf gesprochen und er hat dabei folgendes ausgeführt:

„Die katholischen Bischöfe und Priester Deutschlands haben blutenden Herzens zugestimmt, daß man die Pfeifen von den Orgeln unserer Gotteshäuser beschlagnahmte und die Glocken von den Türmen holte für das Vaterland, eins aber darf dieses Vaterland von uns nicht verlangen, daß wir die Kinderseelen uns enteignen lassen. Nein, diese Kinderseelen sind und bleiben das Eigentum Christi, das er sich erkaufte mit seinem Blut und Tod und wie ein heiliges Gelöbnis, wie ein unverbrüchlicher Treuschwur soll es in diesem Augenblicke in unseren Herzen sich erheben: Die Seelen der katholischen Kinder, wir wollen sie Christi und seiner Kirche und seinem Himmel erhalten durch die Forderung katholischer Erziehung in katholischen Schulen durch katholische Lehrer!"

Ja, darum kämpfen wir in Sachsen. Darum haben wir schwer und heiß bis jetzt gekämpft und wir sind gewillt, weiterzukämpfen und in diesem Kampfe wissen wir uns unterstützt von der Deutschen Zentrumspartei, aber wir rechnen auch letzten Endes auf die Bayerische Volkspartei. Denn wir glauben annehmen zu dürfen, daß auch die bayerischen Freunde nicht nur um die Erhaltung der christlichen Kultur in Bayern, sondern darüber hinaus auch fürs Reich besorgt sind, und darum appellieren wir an sie!

Aus der Reichsschulkonferenz.

Von Univ.-Prof. Dr. Göttler, München.

Welches sind die Ergebnisse dieser mit einem so bedeutenden Aufwand von Zeit und Kraft so vieler Menschen, und mit einem in dieser teuren Zeit ganz bedeutenden Aufwand an Fahrt- und Tagegeldern veranstalteten Tagung? Es sei zunächst versucht, vor allem an Hand der Ausschußberichte über die wichtigsten Beratungsgegenstände zu referieren, um dann einige zusammenfassende Werturteile zu wagen. Ich nehme die Hauptthemen in der von der Reichsschulkonferenz eingehaltenen Reihenfolge vor und schließe jeweils die verwandten Materien an.

Das wichtigste Thema war unstreitig das Problem des Schulaufbaues — eine entschieden bessere Formulierung der Sache, die mehr und mehr das Schlagwort Einheitsschule verdrängt. Die Reichsverfassung (in Art. 145 bis 147) hat, wenigstens in allgemeinen Umrissen, schon eine Lösung gegeben: Allgemeine Grundschule (ohne Angabe der Zahl der Jahre), darüber ein mittleres und höheres Schulwesen, allen Kindern ohne Unterschied der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung und des Religionsbekenntnisses, ausschließlich nach Maßgabe der Anlagen und Neigungen offen stehend — aber doch nicht so ganz ausschließlich; unter gewissen Bedingungen dürfen auch die öffentlichen Schulen bekenntnismäßig organisiert werden, dürfen auch Privatschulen, selbst private Volksschulen zugelassen werden. Ueber die Dauer der Grundschule und über die Zahl und Art der darüber aufzubauenden Ober- und Aufbauschulen war also zu beraten und der Reichsregierung ein Gutachten zu liefern. Allerdings bezüglich der Dauer der Grundschule hatte die Regierung in einem Gesetzentwurf schon Stellung genommen und zwar im Sinne einer mindestens vierjährigen Grundschule.[1]) Vier Referenten (Gymnasialprofessor Dr. Binder in Stuttgart, Vertreter des Verbandes akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands, Oberlehrer im norddeutschen Sinn Dr. Karsen in Berlin als Vertreter des Reichsbundes entschiedener Schulreformer, Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner und Lyzealdirektor Dr. Voß in Köln) waren von der Regierung bestellt, gedruckte Referate und Leitsätze auszuarbeiten und die Verhandlungen in je 20 Minuten einzuleiten. Als fünfter kam dann (zur Ueberraschung der Teilnehmer, aber von Schulz unter Betonung des Rechtes der in freiem Ermessen berufenden Reichsregierung eingeführt) Generalsekretär Tews hinzu, der bekannte Führer des deutschen Lehrervereins. Fünf Referenten, fünf Baupläne, Binder, Kerschensteiner und Voß einander und den bisherigen Zuständen näher bleibend als die beiden anderen, in der durchschnittlich vierjährigen Dauer der Grundschule alle mit Ausnahme Tews übereinkommend. Dazu dann die Auslese aus den gemeldeten 60 Diskussionsrednern, die nun freilich in den wenigsten Fällen etwas Neues mehr zu sagen hatten.

Was wußte der Ausschuß II aus diesem reichen Material zu gestalten? Er mußte sich beschränken, es zu ordnen, so gut es ging und alles irgendwie Gangbare für einen Versuch zu empfehlen, auch das nur mit allerlei Verklausulierungen und Vorsichtsmaßregeln durch Zusatzanträge. Indessen fanden auch solche Anträge (nur solche, keine Thesen des Ausschusses kennt der Bericht) oft nur mit geringer Mehrheit Annahme. Man hat deshalb neben den Mehrheitsbeschlüssen auch eine fast ebenso große Zahl von Minderheitsbeschlüssen beigedruckt. So wurde neben der vierjährigen Grundschule, über deren Berechtigung sich alle eins waren, weil man durch die Hintertüre der Versetzungsbeschleunigung deren Erledigung in einer kürzeren Zeit möglich machte, auch die sechs- und selbst die achtjährige Grundschule zum vorsichtigen Versuch empfohlen, je eine in jedem Staat bzw. in jeder Provinz und nur an Orten, wo die bestehenden Schularten dadurch nicht in ihrem Bestand gefährdet werden. Also eine recht konservative Majorität. Die „entschiedenen Schulreformer" mit ihrer allgemein durchzuführenden, mindestens sechsjährigen Grundschule (falls ihre eigenartige Einheitsschule mit ihrer mindestens vierjährigen Grundlage abgelehnt würde) blieben in der Minderheit.

Was nun den Aufbau betrifft, so hat das Reformgymnasialprinzip vor dem alten System der selbständigen neunklassigen Anstalten einen gewissen idealen Vorsprung gewonnen, insofern zuerst dieses (als das Normale) erwähnt wird, dann erst ausgesprochen wird, daß es „Ländern und Gemeinden unbenommen bleibt, bewährte Schulen alten Stils ... zu erhalten." Die neue Norm wäre also: Auf die vierjährige Grundschule folgt, abgesehen von dem Volksschuloberbau mit eigenen Begabungsklassen, zunächst ein allen höheren Schulen gemeinsamer Mittelbau von drei Jahren mit einer lebenden Fremdsprache; darüber dann sechsjährige „Oberschulen" und zwar neben den bisherigen (hum. Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule) auch die „deutsche Oberschule". Diese letztere kann auch als neunjährige Vollanstalt wie die anderen organisiert werden, kann aber auch als „deutsche Aufbauschule" (von 4 Jahren) auf die vollendete Volksschule aufgesetzt werden, alles versuchsweise. Man hielt nicht für überflüssig, auch etwas über den Inhalt dieser neuen bis heute nur in allgemeinsten Umrissen in den Köpfen ihrer Vertreter geisternden Schulart zu sagen. „Sie wird wesentlich auf die deutschkundlichen Fächer gestellt; als Gegenbeispiel zur deutschen Sprache und Kultur dient eine gründlich betriebene lebende Sprache. Gelegenheit zu wahlfreiem Lateinunterricht muß in drei oder vier oberen Klassen gegeben werden."

Sehr erfreulich ist, daß man auch an die besonderen Bedürfnisse des flachen Landes und der Kleinstädte dachte und „zur Erhaltung und Förderung der ländlichen Kultur" für die Voranstalten (Progymnasien, Latein- und Realschulen, im Westfälischen Rektoratschulen genannt) eintrat, ja auch die Neueinrichtung von solchen Schulen empfahl, die älteren Volksschülern des flachen Landes die Möglichkeit geben sollen, in einem abgekürzten Lehrgang die Hochschulreife zu erlangen. Mit einem Toleranzedikt wurden übrigens auch die „Gemeinschaftsschulen" der „entschiedenen Schulreformer" bedacht — es sei ihnen reichlich Raum zu gewähren. Die genauere Formel ihrer wirklichen Einheitsschule blieb wohl wegen der noch allzu wenig weggebadeten radikalen Säfte und Häute in der Minderheit. Ich komme wohl kaum in den Verdacht eines Anhängers dieser Reformpädagogik nach ihrer weltanschaulichen Grundlage und methodischen Innenseite, wenn ich deren organisatorische Außenseite mit einigen Abstrichen für zukunftsreich und beachtenswert bezeichne. Sie sieht so aus: Nach vier Schuljahren setzt innerhalb der einen Schule des Volkes die erste Differenzierung ein, indem durch Einrichtung eines nach örtlicher Möglichkeit reichen Systems wahlfreier Kurse um eine Kern-(Minimal-)Schulung die Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder aller Klassen in Stadt und Land gleichmäßig weit geöffnet werden. Mindestens ist in allen Orten, die bisher nur eine „höhere" Schule aufweisen, so zu verfahren.

Das Mädchenschulwesen kam in diesem Ausschuß kurz, und — deshalb nicht gut weg. Ein eigener Ausschuß wurde ja hintertrieben. Zwar blieben radikale Koedukationsanträge in der Minderheit, aber die Majorität wußte auch nicht mehr zu sagen als: „Das Mädchenschulwesen ist nach denselben Grundsätzen zu regeln wie das Knabenschulwesen. Sogenannte Frauenschulen werden nach Bedarf angegliedert."

Hier sei das Wichtigste von den Ergebnissen anderer mit Schularten sich beschäftigenden Ausschüsse angeschlossen. Die Privatschulen fanden schon in mehreren der gedruckten Referate warme und trefflich argumentierende Befürworter. Das Studium dieser sei unseren Parlamentariern als ein recht gutes Arsenal empfohlen; dazu ein auf diese aufbauendes Flugblatt, das ein Konferenzteilnehmer, Dr. Adrian, Rektor des Erfurter Ursulinenklosters, bearbeitete und auf der Konferenz verteilen ließ.[2]) In den Leitsätzen des hier zuständigen Ausschusses 15 wird nicht etwa bloß um Duldung der bestehenden Privatschulen gebeten, sondern Schutz und Pflege, ja finanzielle Unterstützung des Staates gefordert wegen der vielfachen Verdienste, die sie sich um die Allgemeinheit erworben und zwar nicht bloß Schulen für Gebiete, die durch öffentliche Schulen noch nicht bedacht sind, sondern auch Schulen mit Aufgaben, für welche öffentliche Schulen vorhanden sind. Eines wird allerdings dem neuen Volksstaat zugestanden, nämlich darüber zu wachen, daß die privaten Schulen nicht zur verschleierten Einführung von gesonderten Vorschulen oder Vorschulklassen für das höhere Schulwesen benutzt werden. Man geht nicht fehl, wenn man diesen Erfolg nicht zum letzten der rührigen Organisationsarbeit zuschreibt, die angesichts der Reichsschulkonferenz alle bisher so still und ungekannt nebeneinander arbeitenden, weltlichen und klösterlichen Unternehmungen zusammenführte und ihnen eine entsprechende Vertretung sicherte.

[1]) Schulz Heinrich, „Der Weg zum Reichsschulgesetz". S. 185 ff. (Dort auch der Wortlaut des Entwurfes betreffend die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen.)

[2]) Unsere freien [privaten] Schulen, Verlag Ursulinenkloster Erfurt.



Die Fortbildungsschule ist vom 3. Ausschuß umgetauft worden. Sie bilde nämlich nicht fort, sondern in ihr hebe etwas ganz Neues an: Die Berufsschule, so lautet ihr neuer Name, hat die Aufgabe, „die Schüler durch Ergänzung und Vertiefung ihrer beruflichen Ausbildung in der leistungsfähigen Teilnahme am Arbeitsleben des Volkes zu fördern, durch staatsbürgerliche Belehrung und Pflege des staatsbürgerlichen Gefühles für die Erfüllung ihrer späteren Aufgaben innerhalb des staatlichen Lebens vorzubereiten durch Weckung (!) und Pflege des allgemeinen Bildungsdranges zur Freude an geistiger Beschäftigung jeglicher Art zu erziehen und an ihrer körperlichen Ertüchtigung mitzuwirken". Von einem Einspruch der Volksschullehrer gegen diese offensichtliche Ignorierung ihrer Arbeit habe ich nichts gehört. Der Berichterstatter bemerkte übrigens ausdrücklich, daß der Ausschuß sich zur Auffassung dieser Schule als Erziehungsschule bekannte. Aber daß man die Konsequenz dieser Auffassung in der Richtung auf Einbeziehung der Religion gezogen hätte, davon verlautete nichts. Der Unterricht dieser Schule wird als „notwendiger Bestandteil der Berufsausbildung" erklärt und deshalb „eine den Bedürfnissen der Schule Rechnung tragende Regelung der Arbeitszeit und der Lohnzahlung" gefordert. Ich entsinne mich nicht mehr mit Sicherheit der Interpretation der letztgenannten Bestimmung (Regelung der Lohnzahlung) und muß deshalb auf den Druckbericht verweisen. Jedenfalls wollte man den Herren Lehrlingen nicht weh tun. Im übrigen kam es dem Ausschuß nur noch auf möglichst baldige Durchführung der schon in der Reichsverfassung ausgesprochenen Schulpflicht an. Er hat zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf über Berufsschulpflicht vorgelegt. In demselben wird als Mindest-Jahresstundenzahl 320 angesetzt, unter welche nur in besonderen Fällen herabgegangen werden dürfte.

Die Fachschulen unterscheiden sich nach den Leitsätzen dieses nämlichen Ausschusses nur graduell von den „Berufsschulen". Als Unterscheidungsmerkmal wird eigentlich nur die höhere Zahl von Stunden (mindestens 1000) angeführt. Sie bauen entweder auf die Volksschule oder auf das Realschulbildungsziel auf. Außer, d. h. über diese Fachschulen hinaus, werden dann noch „Wirtschaftsschulen" vorgeschlagen. Sie „haben die Aufgabe, jungen Leuten beiderlei Geschlechts, die eine abgeschlossene Volksschulbildung genossen und bereits längere Zeit im Berufsleben gestanden haben, eine grundlegende wirtschaftliche, rechtliche und soziale Ausbildung zu vermitteln und sie für gehobene Stellen im öffentlichen und privaten Dienst vorzubereiten". Bei der Aufzählung der Fächer wird unter dem Namen Lebenskunde auch „Einführung in die Fragen der Weltanschauung" erwähnt. „Das Lehrverfahren (dieser Schulen) ist in Arbeitsgemeinschaften einzelner Versuchsschulen neu zu entwickeln."

Das führt zu dem Kapitel Volkshochschulen und freies Volksbildungswesen, für welches ebenfalls ein eigener Ausschuß vorgesehen war, ohne daß in den Vorverhandlungen oder Drucksachen dessen irgendwie Erwähnung geschah. Als Ziel der Volksbildungsarbeit wird bezeichnet „die Vorbereitung für das Entstehen einer wirklichen Volksgemeinschaft"; nicht Kenntnisse sollen vermittelt, sondern Hilfe zu geistiger Selbständigkeit geboten werden. Diese Volksbildungsarbeit „setzt die Verschiedenartigkeit der Strömungen innerhalb der geistigen Grundanschauungen im deutschen Volk als eine Tatsache voraus ... und glaubt, daß durch Einsicht in das Wesen und die Entstehung dieser Verschiedenartigkeit aus dem Neben- und Gegeneinander ein gegenseitiges Verständnis erwächst, dessen Frucht das Werden einer starken geistigen Einheit in unserem Volke sein kann". Das ist gewiß eine kluge und vorsichtige Formulierung des Zieles und der Möglichkeit seiner Erreichung. Als Mittel wurden im einzelnen aufgeführt und näher erörtert: 1. Die Volkshochschule (der nicht einwandfreie Name wurde, nachdem einmal verbreitet, festgehalten), 2. die Volksbücherei mit Vortragswesen, 3. Massenveranstaltungen (Volkskonzerte, Volksbühnen, Lichtbildvorführungen, Volksfeste), 4. Volksbildungsgemeinschaften (-Heime). Der wichtigste Satz, auf den es im Rahmen einer Regierungsveranstaltung ankam, war die letzte im Ausschuß ganz einstimmig angenommene These, wichtig besonders in ihrer zweiten Hälfte: „Staat und Gemeinde sollen die Volksbildungsarbeit mit finanziellen und sonstigen Mitteln (Hergabe von Schulräumen und ähnlichem) unterstützen, ohne Einfluß auf den Geist der Arbeit zu beanspruchen." Bemerkenswert ist außerdem noch, daß es einige Mühe kostete, auch den auf einer ausgesprochenen weltanschaulichen Grundlage („auf dem Boden einer bestimmten Gesinnungsgemeinschaft") stehenden Unternehmungen das Prädikat Volkshochschule zu wahren. Hier war der Vertreter der U. S. P. Bundesgenosse des Vertreters katholischer Weltanschauung.

Auch der Gegenpol zum ebenbesprochenen Punkt „die Kleinkindererziehung" war Verhandlungsgegenstand der Reichsschulkonferenz. Seit Fröbels Zeiten gibt es bekanntlich Menschen, welche den Kindergarten zu einer Vorschule der Schule machen möchten und kein Einheitsschulfanatiker vergißt den Kindergarten zu erwähnen, nicht erst am Schluß, sondern am Anfang der Rede. So war denn auch Ausschuß I für diese Materie bestellt. Mit den Ergebnissen dieses Ausschusses kann man sich fast restlos einverstanden erklären. Kein Kindergartenzwang außer den Fall häuslicher Vernachlässigung; keine uneingeschränkte Verstaatlichung oder Verstadtlichung, sondern Anerkennung der freien (kirchlichen und weltlichen) Liebestätigkeit auf diesem Gebiete; keine Verstaatlichung der Vorbildung der Kleinkindererzieherinnen, trotz vielseitiger Neigung für all diese Dinge. Daß dem Staat ein Recht der Ueberwachung der Kleinkinderanstalten und in etwa auch der Vorbildung der Erzieherinnen zugestanden wurde, war in der Ordnung. (Schluß folgt.)

Robespierre.

Eine Revolutionsstudie zum 18. Juli.

Von Dr. Erich Klein, Allenstein.

Es ist stets eine umstrittene Frage gewesen, inwieweit Revolutionen als Naturereignisse zu betrachten sind. Bekannt ist Carlyles Ansicht, wonach alle Umwälzungen aus dem Mangel an „großen Männern" zu verstehen sind, oder daraus, daß letztere nicht diejenige Stellung einnehmen, die ihnen, den geborenen Führern der Masse, von Natur wegen zukommt. Daraus entquellen nach ihm alle Mißstände, alle Fehler des politischen Lebens, und wann diese endlich so offenkundig, so greifbar und so drückend geworden sind, daß sie unerträglich erscheinen, dann bricht das Volk mit Gewalt den unnatürlichen Zustand entzwei.

Mit dieser Ansicht ist die Revolution vollständig als Naturereignis aufgefaßt. Die Unzufriedenheit Einzelner und alles, was daraus folgt, wie z. B. Aufwiegelung, Agitation, sind dann nicht treibende Kräfte, sondern sind nur Aeußerungen der allgemeinen Stimmung, sind vergleichbar mit den Blasen, die sich auf dem Wasser bilden, und einzelne Persönlichkeiten kommen dann über den Rang von ausführenden Organen nicht hinaus. „Man glaubt zu schieben, und man wird geschoben."

Wie dem auch sei, eines ist jedenfalls sicher: die Revolution will niemals ein völliger Willkürakt oder ein Ablauf solcher Akte sein, im Gegenteil, es wohnt jeder Revolution das Bedürfnis inne, sich als einen unter Normen und Gesetzen stehenden Prozeß hinzustellen, allerdings unter Normen anderer Art, als bisher gültig waren. Es ist als ob das Bewußtsein vollständiger Willkürlichkeit von Menschen gar nicht recht ertragen werden kann, daher sucht sich jeder Umsturz nicht nur äußerlich durchzusetzen, sondern auch innerlich zu rechtfertigen und zu begründen. Und das hat nun eine merkwürdige Erscheinung im Gefolge: daß nämlich fast alle Revolutionen unter der Herrschaft von Theoretikern stehen.

Diese Herrschaft der Theoretiker ist die Selbstbeschwichtigung einer jeden Revolution. Man hat nicht Blut gewollt, nicht Mord, nicht Totschlag, nicht Raub und Plünderung, man hat eine Neuordnung der Welt gewollt, ein Zurechtbiegen des Verbogenen, einen Neubau auf einem Trümmerfeld, — so raunt die innere Stimme der Revolution und beugt sich dem, der Pläne und Systeme macht. Und so kommen Literaten, Utopisten, Schwärmer ans Ruder. Der gewöhnlichste Typus aber, der berufen ist, die Revolution zu beherrschen, ist der „Doktrinär".

Der „Doktrinär" hat manches, was ihn zu solcher Rolle besonders befähigt macht. Zunächst fehlt ihm das Schwärmerische und Haltlose des Utopisten; statt an Phantasien, hält er sich an „Lehren"; statt auf schöngeistige Ideen, deren Lebensunfähigkeit gar zu leicht durchschaut wird, stützt er sich auf vermeintlich Beweiskräftiges. Er hüllt sich in das Gewand der Wissenschaftlichkeit, er umgibt sich mit einem Rüstzeug, das aus Zahlen, Tatsachen und Statistiken zusammengesetzt ist. Und was ihm die überragende Sicherheit verleiht, das ist der Umstand, daß er sich dieses Rüstzeug nicht selber erarbeitet hat, sondern er

hat es von Leuten, die für ihn „Autorität" sind, übernommen. Was man sich selber erarbeitet hat, das kann man auch auf dem Wege der Kritik wieder selber zerstören. Nichts aber verleiht nach alter Erfahrung eine so blinde Sicherheit wie der Autoritätsglaube in der Wissenschaft. So ist der Doktrinär bis in die letzte Fiber durchdrungen von der Richtigkeit seiner Anschauungen, durchdrungen aber auch von dem bösen Willen der Welt, die diese Erkenntnisse ignoriert. Selber kritiklos, vermag er sich die Nichtanerkennung seiner Lehre nicht durch ehrliche Kritik zu erklären.

So kommt bei ihm ein ethisches Moment dazu, das Bewußtsein einer Berufung, die Ueberzeugung, daß er bestimmt ist, einer verkehrten und ungerechten Welt auf den rechten Weg zu weisen, — und von dem Standpunkt dieser Berufung aus werden nun bei ihm Bluttaten, Todesurteile, der Terror verständlich. Er ist für den Doktrinär das letzte Mittel, die Welt zu zwingen.

So einer war der Advokat von Arras, Robespierre der „klassische Revolutionär". Es ist falsch, wenn man auf französischer Seite versucht hat, ihn zu einem Geistgroßen zu machen, zu einem tiefsinnigen Weltverbesserer, der endlich an dem Unverstand der Masse scheiterte. Ein solcher, also ein Genie, hätte nie und nimmer ein Führer einer Revolution werden können. Ein Genie kann eine Revolution entfesseln, aber niemals eine leiten. Denn das Genie würde im ersten Augenblick an der Masse zerbrechen. Eine Revolution leiten kann nur einer, der nicht die vielfache Verantwortlichkeit eines Genies kennt, der im Gegenteil nur eine einzige einfache Verantwortlichkeit nach der Richtung einer für ihn feststehenden Doktrin kennt. Die Kritik gegenüber der Doktrin muß ausgeschaltet sein. Und deshalb kann Robespierre kein großer Geist gewesen sein, sondern er war der Typus des einseitigen, und infolge dieser Einseitigkeit starken Doktrinärs.

Im Jahre 1794 stand er auf dem Gipfel seiner Macht. Der Konvent war nichts als sein Werkzeug, mit dem er schaltete und waltete. Seine Gegner waren dahin, und das Volk kannte ihn als den „Unbestechlichen" und ließ durch diesen Mann sein Gewissen beschwichtigen. Ja Robespierre war das moralische Aushängeschild der französischen Revolution, — umsomehr als er nie ein Hehl daraus machte, daß ihm der Aufstand mit bewaffneter Hand zuwider war.

Im selben Jahre noch geschah etwas Eigenartiges. Robespierre zog sich von den Staatsgeschäften zurück, er besuchte nicht mehr den Konvent, er ließ die Dinge laufen — ein Akt, den man viel besprochen, aber wenig zu erklären gewußt hat.

Robespierre ließ die Dinge laufen, — er wartete darauf, daß sich die Entwickelung selber ad absurdum führen sollte! Solange die Guillotine herrschte, konnte nicht das System und die Lehre herrschen. Er ließ den Terror sich austoben! Und dann, als die Entwickelung ihm reif schien, da trat er hervor. Er brachte unvermittelt einen Gesetzentwurf ein, durch den die Zuständigkeit der Revolutionsgerichte noch erweitert wurde. Man war erstaunt, man stutzte, man wurde mißtrauisch, und man durchschaute endlich den ganzen Plan. Der Gesetzentwurf hatte keinen andern Zweck, als eine Reihe von Persönlichkeiten, die bei der Ausübung des Terrors obenauf gewesen waren, die sechs Kommissare des Konvents, Robespierre in die Hand zu geben. Der Revolutionär aus Doktrin haßte die Revolutionäre aus niederem Instinkt!

Und das wurde sein Verderben. Denn seine Gegner waren skrupelloser als er, und es war leicht, die Menge gegen ihn, den Fürsprecher der Ordnung, einzunehmen. Er aber war maßlos in seinem Selbstgefühl. Als wäre er so unverwundbar wie seine Lehre, ja, als wäre er die unangreifbare, unverletzliche Lehre von der Volksbeglückung selbst, so sicher wähnte er sich. Er trat wiederum vor den Konvent, auf die Macht seines Wortes vertrauend; er führte dem Konvent die Unersetzlichkeit seines Wirkens vor Augen, er führte aus, was die Revolution ohne ihn geworden wäre. Aber seine Worte fanden kein Echo mehr. Ein Attentat, das ihn verwundete, beraubte ihn der Möglichkeit, die Macht seiner Persönlichkeit weiter ins Feld zu führen, in absentia wurde er geächtet und verurteilt, und am 28. Juli fiel er durch die Guillotine.

Er war kein Märtyrer der Masse, wozu man ihn unverdienterweise auf französischer Seite stempeln will, sondern er fiel als Opfer seiner Feinde. Trotzdem ist er auch in seinem Ende der „klassische" Revolutionär. Denn seine Feinde waren die Feinde der Doktrin, die Feinde seiner Art, Revolutionär zu sein. Wie vielfach sind die Analogien mit Revolutionsführern der Gegenwart!

Der Kampf um die neue Kunst.

Von Präfekt Martin Mayr, München.

Name des Gemäldes: „Arbeiterbild". Fabrikant: Malerjüngling der Berliner „Sturm-Gruppe". Genre: Krampfige, konkurrenzlose Sensation. Bestandteile: Leere Leinwand; daraufgeklebt Zeitungsfetzen, Trambahnbillets, morsche Bretter, verrostete Blechdeckel, ein Stück Drahtgeflecht, ein Rad von einem Kinderwägelchen, ein Stück Rupfen... Preis: ein paar tausend Mark!

Dieses Bild hängt zurzeit in einer von der Darmstädter Sezession veranstalteten Ausstellung. Es gehört zur Familie des Expressionismus. Mag das Ding auch ein ganz entarteter Sprößling sein, es ist doch blutsverwandt der neuen und neuesten Kunst. Von 100 Bildern einer expressionistischen Ausstellung gaffen uns 90 wie stiere Sphinxe an, die den Sterblichen jeden Blick in ihren Sinn versperren. Ja selbst dann, wenn sie getauft sind und irdische Namen tragen wie „Herbst", „Knabenbildnis", „Am Bau", „Möbelwagen", „Anbeißende Fische", bleiben sie Vexierbilder, die es dem Beschauer recht schwer, manchmal unmöglich machen, den „Park" als solchen zu erkennen und nicht für ein eingelegtes Servierbrett zu halten, oder „Abstürzende Vögel" zu agnoszieren und zu finden, obwohl ein dicker, roter Pfeil die Richtung des havarierten Federviehes uns angibt.

Trotzdem wäre es unzutreffend, die neue Kunst ausschließlich als snobistische Verrücktheit, Bluff oder äußere Geschäftsmache zu brandmarken. Es ist ein kulturgeschichtliches Verdienst Joseph Kreitmaiers S. J., die tieferen Ursachen der hysterischen Zuckungen am Kunstkörper aufgedeckt und den expressionistischen Bazillus gefunden zu haben in der gedankentiefen Broschüre „Der Kampf um die neue Kunst".[1])

Mit ruhiger Hand schüttelt Kreitmaier alles Drum und Dran, allen Flitter, das große vertuschelnde Getue, die Reklamesprüche eines ergebenen Literatentums ab, bis von der neuen Kultur nichts mehr übrig bleibt als das nackte Skelett: Die spirituelle, nervöse, traditionsentwurzelte, unfruchtbare Weltanschauung. Revolution, Abfall von allem Ueberkommenen, arrogante, anwidernde Verdächtigung alles Früheren, Emanzipation von den geistigen, religiösen, moralischen und Naturgesetzen, Titanismus unbändiger, unbeholfener Zügellosigkeit! Und das in der Philosophie, deren einziges Erkenntnisprinzip die Intuition sei, in den Naturwissenschaften der Okkultisten, in der Theosophie Steiners, vor allem aber in der Kunst. Daher die Sünden gegen jede Wirklichkeit und Realität, die grünen Himmel und gelben Wasser, die Anatomielosigkeit der Körper und Figuren. „Was die Modernen lockt, ist nicht die Erscheinung des Gegenstandes, sondern sein Charakter als Symbol des Geistigen" (S. 6).

Man kann's begreifen, daß die sozialdemokratische Presse, die übrigens die „sorgfältigste ästhetische und philosophische Gedankenarbeit ... des gründlich unterrichteten und wahrhaft kunstverständigen Jesuitenpaters" bedingungslos anerkennt, unter diese Detektiv- und Entfädungsarbeit manche zornige Striche macht und aus dem Kasten den alten Säbel des Vorwurfs einer allzu kindlichen Angstmeierei und der zu engen Verquickung von Kunst, Politik und Religion wiederholt. Aber schon diese Art der Presserеaktion beweist die verschleierte, aber sichere Tatsache erst recht, daß der Kampf um die neue Kunst der Kampf um die Weltanschauung ist. Harmlose Belustigungen der Künstlerschaft lagen vor uns? Abgesehen von dem zweifelhaften Kompliment gegen die „tragischen Ringer" ist diese Auffassung völlig unvereinbar mit den krampfhaften „Hoffnungen" der gleichen Kreise, auf diesem Weg „die echten sinnlichen Kunstinstinkte beim Volk zu erwecken", auf gut Deutsch: Diese moderne Kunst der tändelnden Nichtsereien, anderseits der Satanismen und Wüstheiten der farbigen Anarchie zur Volkskunst zu machen. Diesen Plan durchkritzelt Pater Kreitmaiers klare und tapfere Feder, und zugleich einen andern, unsere „blutleere, christliche Kunst" zu erdrosseln und expressionistisch zu ersetzen. Christliche Kunst ist mehr als ein gemalter Christus am Kreuz, im Abendmahlsaal oder bei der Predigt. Sonst wären Fahrenkrog und Emil und Nolde auch christliche Künstler. Mit der christlichen Kunst geht's wie mit einem Beethoven-Adagio; Musikalien, Instrumente, gepflegte Finger tun es nicht, sondern die Seele, der Glaube! Putzt eure Paletten ab, sperrt ein die Pinsel, laßt uns in Ruh und predigt nicht, was ihr nicht versteht und malt doch nicht, was ihr noch nie mit dem Auge der Seele und des Erlebens geschaut!

So verhältnismäßig ungefährlich die neue Richtung immerhin scheinen mag, die den Weg vielleicht nicht einmal auf „Seifenkartons und Zündholzschachteln findet", so muß doch die Tendenz unsere ganze Wachsamkeit, unser ästhetisches und sittliches Gewissen wecken. Wir dürfen nicht mehr länger dulden, daß man die Unsicherheit unserer Zeit in Kunstfragen ausbeutet zu Allgemeinsuggestionen im Interesse einzelner Künstler, einzelner Gruppen und profitierender Kunsthändlerkonsortien oder exotischer Weltanschauungen. Lest die Schrift Kreitmaiers! Lest die Hefte der christlichen Kunst! (Karlstr. 6). Hin zur deutschen Gesellschaft für christliche Kunst, die augenblicklich gefährdet ist und die in der von unseren politischen und religiösen Gegnern mit vollem Bedacht geförderten Kunst und Kunstliteratur ihren zielbewußtesten und erfolgreichsten Feind erkennt!

[1]) Der Kampf um die neue Kunst. Jos. Kreitmaier S. J. Freiburg i. B. Herder 1920. M 1.50.

Zum 500jährigen Sterbejubiläum der sel. Guten Betha von Reute (1420—1920).

Von Pfarrer **Baier**, Reute bei Waldsee (Württ.).

Die Diözese Rottenburg feiert in diesem Jahr die 500jährige Wiederkehr des Todestages der sel. Guten Betha von Reute. Dieselbe wurde geboren am 25. November des Jahres 1386 und ist gestorben wieder am 25. November des Jahres 1420. Ihr verdankt das hiesige Frauenkloster der barmherzigen Schwestern vom III. Orden des hl. Franziskus seine Entstehung. Reute war eine dem Augustinerchorherrnstift im nahen Waldsee inkorporierte Pfarrei und wurde von dort versehen. Da entdeckte Pater Konrad Kugelin in seinem Beichtkinde, der 14jährigen Weberstochter Elisabeth Achler von Waldsee, eine ganz ungewöhnliche Begnadigung und brachte sie vom Vaterhaus, das der Pflege des inneren Lebens ungünstig war, zu einer Beguine in Waldsee. Es waren das nach Art von Klosterleuten nach der Regel des hl. Franziskus einzeln oder mit mehreren zusammenlebende weibliche Personen, deren es damals viele gab. Bei dieser lernte Elisabeth das Weben, hatte aber schon damals unter den Anfechtungen des bösen Feindes schrecklich zu leiden. Der Gedanke, für diese und noch einige andere unter seiner Leitung stehenden Jungfrauen in Waldsee eine für ihren geistlichen Fortschritt geeignete Stätte zu schaffen, brachte in Kugelin den Entschluß zur Reife, in dem nahen Reute neben der auf schöner Anhöhe stehenden Pfarrkirche ein Klösterlein zu gründen.

In diesem Klösterlein nun reifte die Heilige heran, die durch ganz ungewöhnliche Gnadenvorzüge ausgezeichnet war und in der sich alle jene Blüten und Früchte wunderbarer Begnadigung, wie sie gerade die Blütezeit der mittelalterlichen Mystik aufweist, in seltener Fülle vereinigt finden. Sie trug an ihrem Leibe die Wundmale des Heilandes, bedurfte über 12 Jahre keiner leiblichen Speise und auch keines Schlafes, sie besaß die Gabe der Weissagung und öfter trat auch die Verklärung ihres Leibes in einem wunderbaren Glanz desselben zutage.

Pater Konrad Kugelin, der über 20 Jahre ihr Seelenleiter und Beichtvater war, hat uns in kurzem ihr Leben beschrieben. An der unbedingten Glaubwürdigkeit dieses Zeugen, der in der praktischen Mystik sich auskannte und von Zeitgenossen als ein heiligmäßiger Mann gerühmt wird, kann nicht gezweifelt werden. Er wurde später Propst des Chorherrnstifts und wurde in der dortigen Klosterkirche, jetzigen Stadtpfarrkirche in Waldsee, begraben.

Das wahre Leben bei den Heiligen beginnt erst mit ihrem Tode. Das hat sich auch bei der sel. Elisabeth, im Munde des Volkes nur die „Gute Betha" genannt, wunderbar bewährt. Im Rufe der Heiligkeit gestorben, wurde sie in der Kirche begraben und lebte fort im Andenken der Zeitgenossen. Als dann 200 Jahre später, im Jahre 1623 während des 30jährigen Krieges, da die Glaubenskämpfe aufs heftigste entbrannt waren, ihr Grab geöffnet, ihr Leib noch ziemlich unversehrt vorgefunden und der Seligsprechungsprozeß in Rom eingeleitet wurde, da war es eine förmliche Völkerwanderung hieher an ihr Grab. Es erhob sich bald an der Stelle der kleinen Pfarrkirche die große herrliche Wallfahrtskirche, die jetzt noch steht. Durch die Macht ihrer Fürbitte geschahen an ihrem Grabe viele und große Wunder: Krankenheilungen und Bekehrung großer Sünder. Ihr Name war weithin gepriesen nicht bloß im alten Oesterreich, wohin wir politisch damals gehörten (Vorderösterreich) und in der großen Diözese Konstanz, der unser Oberschwaben zugeteilt war, sondern auch in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus. Es wurde ihr allgemein der Titel „Wundertäterin Schwabens" beigelegt. Als dann endlich im Jahre 1766 der Seligsprechungsprozeß zum glücklichen Ende geführt war, wurde hier unter der Teilnahme von mehreren Hunderttausenden ihrer Verehrer die Seligsprechung in großartiger Weise begangen. Aber bald brachen jetzt jene Zeiten herein, die dem katholischen Leben unheilbare Wunden schlugen: die Aufhebung der Klöster, auch des hiesigen Frauenklosters von der Augustinerchorherrnabtei in Waldsee unter Kaiser Josef II., dann die französische Revolution und die Zeit der Aufklärung. Diese Ereignisse haben auch dieser allgemeinen Verehrung der sel. Guten Betha in der Oeffentlichkeit ein Ende bereitet und dieselbe mehr in die Herzen einzelner verdrängt. Ganz ist sie nie aus den Herzen des katholischen Volkes geschwunden, bis sie dann mit der Neubelebung des kirchlichen Geistes in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu neuem Leben erwachte, besonders auch durch die großartige Jahrhundertfeier ihrer Seligsprechung im Jahre 1867. In neuester Zeit wurden die im vorigen Jahrhundert übertünchten Bilder der Kirche, in denen das Leben der Seligen genau nach der Beschreibung ihres Lebens durch Kugelin dargestellt ist, wieder aufgedeckt und kunstgerecht hergestellt. All das, wie besonders auch die im Jahre 1870 erfolgte Ansiedelung des hiesigen Klosters durch die barmherzigen Schwestern vom Orden des hl. Franziskus hat zur Erneuerung des Andenkens an die Selige, wie zu ihrer Verehrung wesentlich beigetragen. Groß war wieder der Andrang zu ihrem Grabe, als der großen Nothelferin während des Krieges.

Unsere Zeit bringt der Mystik und dem mystischen Leben wieder großes Interesse entgegen. Da könnte eben die Not der Zeit einen Anknüpfungspunkt bilden, um jenes tief gehende innere Leben und Streben, wie es uns in der Blütezeit der mittelalterlichen Mystik und so auch noch in der sel. Guten Betha entgegentritt, zu neuem Leben zu erwecken. So war es auch in der Zeit des Mittelalters: schwere Heimsuchungen und Nöten, an denen es damals so wenig und noch weniger, als in unseren Tagen gefehlt hat, haben mächtig dazu beigetragen, die Zahl jener Gottesfreunde zu mehren, die von dem irdischen Treiben angeekelt, sich in ihr Inneres kehrten und in diesem inneren Leben und Streben, das sie Gott immer näher brachte, überreichen Ersatz fanden für das, was das Ungemach der Zeit Hartes und Bitteres ihnen bescherte. So hat gerade dieses gottinnige mystische Leben, wie es vor allem in den Klöstern und ganz besonders in den Frauenklöstern des Dominikaner- und Franziskanerordens zu Hause war und von da auch hinausdrang in die Welt, dem Mittelalter in der besten Periode sein tiefreligiöses Gepräge gegeben. Als eine der edelsten dieser gottinnigen Seelen haben wir auch die sel. Gute Betha anzusehen.

Wird unsere Zeit noch zu etwas Ähnlichem fähig sein? Wir wissen es nur zu gut, wie die religiöse Verflachung überhandgenommen und allgemein geworden ist. Es kann darum nichts Besseres und Heilsameres geben, als dieses mystische Leben und Streben kennen zu lernen, was uns die Chroniken jener Frauenklöster ermöglichen, aus denen das Buch von P. Wilms „Das Beten der Mystikerinnen", geschöpft hat. Der Blick in diese Welt der kindlich-gläubigen Frömmigkeit, des sich Versenkens in Gott, mutet an, wie ein Gang durch die Katakomben Roms, wo uns das tiefgehende Glaubensleben der ersten Christen lebendig entgegentritt. Ganz diesen Geist atmet auch die Lebensbeschreibung der sel. Guten Betha durch Kugelin. Was könnte es für unsere Zeit Besseres geben, als aus diesen Quellen wieder wahres, echtes Christentum zu schöpfen? Diesen Zwecken soll auch die Feier des 500jährigen Sterbejubiläums der Guten Betha dienen, die hier vom 18.—22. Juli begangen wird.[1]) Unser Hochw. Oberhirte, Se. Exzellenz Bischof Paul Wilhelm v. Keppler, wird dieselbe mit Predigt und Pontifikalamt einleiten und es wird täglich morgens und abends eine Predigt gehalten, deren Mittelpunkt die Selige bildet. Wer sich näher hiefür interessiert, der sei verwiesen auf das von mir herausgegebene Wallfahrtsbuch zum Grabe der Seligen, in dem auch die Lebensbeschreibung der Seligen durch Kugelin sich findet, sowie die Bilder der hiesigen Kirche, und die Jubiläumsschrift „Die sel. Gute Betha von Reute und ihre Bedeutung für Vergangenheit und Gegenwart", beide erschienen bei Bader in Rottenburg a. N.

[1]) Soeben erfahren wir, daß das Fest wegen der im ganzen Land wütenden Maul- und Klauenseuche und wegen der neuerdings verschärften Ernährungsschwierigkeiten auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußte.

Vom Büchertisch.

Einführung in die Psychiatrie für weitere Kreise von Dr. Heinrich Schlöß, ehem. Direktor der n.-ö. Landesanstalten „am Steinhof" in Wien. 2. Aufl. Herder, Freiburg 1919, 185 S. Preis 6.50, gebd. 8.50 M. Nach einer Darstellung der Ursachen der Geistesstörungen, besonders der Trunksucht, spricht der Verfasser ziemlich ausführlich über die allgemeinen Symptome der Geisteskrankheiten. Die psychischen Krankheitsformen selbst nehmen in der Behandlung den Hauptteil der Arbeit ein. Verfasser widmet auch eingehendere Ausführungen den nervösen Störungen und Geisteskrankheiten der Kinder und Jugendlichen. Ein besonderes Kapitel widmet Schlöß nach kurzer Behandlung der Vorbeugungsmaßregeln der Psychosen, dem „Selbstmord", besonders dessen Aetiologie. Den Schluß bilden Ratschläge für die Pflege Geisteskranker. Den ersten Vorzug dieses Büchleins, das in kaum 1½ Jahren die 2. Auflage erforderte, bildet die übersichtliche erschöpfende Darstellung aller Geisteskrankheiten, die in der Gegenwart besonders begrüßt werden muß. Ein zweiter Vorzug ist die leicht verständliche Darstellung, die, frei von allem fachmännischen Theoretisieren, das Wesentliche und Sichere hervorzuheben versteht. Als dritter und vielleicht höchster Vorzug ist die tendenzlose Darstellung zu werten: Verfasser will sein Werkchen nicht für diesen oder jenen Stand schreiben und zustutzen, sondern widmet sein Buch allen Interessenten. Und das gerade dürfte es zu einer wertvollen Orientierungsquelle für Erzieher, vielmehr aber noch für den Moral- und Pastoraltheologen machen. Wenn der Verfasser bei seinem tiefen Einblick in das Elend der Geschlechtskranken kategorisch die Aufnahme der Aufklärung über die Geschlechtskrankheiten in den Lehr- und Erziehungsplan der Jugend fordert, so bedaure ich, ihm nicht zustimmen zu können. Schon Neumann sagt in der Pädagogischen Psychologie, Bd. XIII., S. 208, daß nach Ergebnissen einer von ihm angestellten Enquete die Folgen einer in der Jugend erhaltenen Aufklärung nicht günstig gewesen seien. Die Hauptursache der sexuellen Immoralität ist der Einfluß der biologisch-evolutionistischen Ethik, die seit Darwin, Spencer, Feuerbach und Haeckel die Gegenwart beherrscht und jedes Verantwortlichkeitsgefühl vor Gott und damit den wichtigsten Grund der vom Autor geforderten Selbstbeherrschung ertötet hat.

Schimikowski.

Das neue kirchliche Gesetzbuch, Codex Juris Canonici, seine Geschichte und Eigenart. Mit einem Anhang: Sammlung einschlägiger Aktenstücke. Von August Knecht. gr. 8° 71 S. Straßburg 1918. Verlag Karl J. Trübner. Preis 3 M. -- Diese Abhandlung ist die Wiedergabe eines Vortrags, den der bekannte Kanonist in der „Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg" gehalten und nun als Heft 35 der Schriften dieser Gesellschaft veröffentlicht hat. Sie unterrichtet vor allem mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und Genauigkeit über die Entstehung des neuen Codex. Aus dem, was über seine Eigenart gesagt wird, seien besonders die Ausführungen über das Verhältnis von Staat und Kirche nach dem neuen Recht (S. 46—48) hervorgehoben.

K. Neundörfer.

Bühnen- und Musikrundschau.

Schauspielhaus. „Den Leibgardisten" von Franz Molnar haben wir schon an anderer Stelle gesehen. Die Geschichte von dem Schauspieler, der seiner Frau mißtraut und sie deshalb in der Uniform eines eleganten Grafen versucht, ist reichlich unwahrscheinlich. Die Frau erkennt ihn nicht und besteht die Treueprobe schlecht, indem sie sich in den schmucken Verehrer verliebt. Am Ende weiß sie sich heil aus der Affäre zu ziehen. Sie behauptet, den Gatten sofort erkannt und nur die Rolle weiter gespielt zu haben, um ihm den Spaß nicht zu verderben. Der Ehemann muß ihr es glauben. Man kann das Stück ob seiner laxen, „bequemen" Weltanschauung tadeln. Wie die absurde Idee ausgeführt ist, zeigt viel Witz, Folgerichtigkeit und Bühnensinn. Insbesondere der zweite in einer Opernloge spielende Akt mit den Konflikten zwischen „Spiel" und „Wirklichkeit" sind von einem — sagen wir ruhig das Fremdwort — Raffinement, daß die Darstellungskunst diese „Rollen" immer gerne aufgreifen wird. Da handelt es sich nicht um Menschen darstellen, sondern um spielen, virtuoses Spiel, das dadurch noch besonders betont ist, daß die beiden Gatten von Beruf Schauspieler sind. Günther und Hermine Körner gaben die Rollen brillant, alle ihre Vorzüge kamen schönstens zur Geltung. Schade, daß glänzend gespielte Stücke meist künstlerisch belanglos sind, aber es ist nur natürlich, daß „Rollen" besser geraten, als „Charaktere".

Kammerspiele. Rößlers und Hellers Lustspiel „Im Klubsessel" hat schon vor elf Jahren im Schauspielhaus vergnügliche Stunden bereitet. Dieser Graf, der die Welt von seinem Sitz im Klubsessel betrachtet und die peinlichen Realitäten einfach vornehm ignoriert, ist zwar mit den Jahren noch unzeitgemäßer geworden, aber die Persönlichkeit, die sich allen Zufällen und Wechselfällen des Lebens gegenüber kaltblütig behauptet, ist immer eine beliebte, auf den Zuschauer erfrischend wirkende Bühnenfigur gewesen und wird sie auch bleiben. Kommt dann noch hinzu, daß sie von einem Schauspieler gegeben wird, der durch gewinnende Liebenswürdigkeit für sich einnimmt, so ist der Erfolg sicher. Gustav Waldau vom Nationaltheater, der in dieser Rolle in den Kammerspielen gastierte, gibt den Grafen Lannatsch mit viel feinem Humor und weltmännischen Schliff. Die Rolle liegt ihm in jeder Linie. Als sein Sohn stellte Herr Fricke von der Berliner Volksbühne einen recht hübsch gesehenen Typus hin. Lore Wagner vom Düsseldorfer Schauspielhaus als von Spleen ergriffene, aber rasch geheilte Tochter des Grafen erschien mir hier besser, wie jüngst als des Polonius Tochter. Die komischen Gestalten, die das Natursanatorium des Kolumbus Vogelsang, den Romber sehr humorvoll gab, bevölkern, wurden mit erheiternder Drastik auf die Bühne gestellt. So war das Stückchen ganz geeignet, die an schwülen Juliabenden sinkende Theaterlust neu zu beleben.

Verschiedenes aus aller Welt. Der Verband deutscher Bühnenschriftsteller und deutscher Bühnenkomponisten protestiert gegen die Aufführung des französischen Schwankes „Die Notbrücke" in Berlin. Ganz davon abgesehen, daß diese Aufführung den zwischen ihm und dem deutschen Bühnenverein getroffenen und bis zur paritätischen Behandlung Deutscher in Frankreich gültigen Vereinbarungen widersprechen würde, erhebt der Verband aus Gründen nationaler Selbstachtung Protest gegen die zurzeit beabsichtigte Darbietung. — Nach Zeitungsmeldungen, die unwidersprochen geblieben sind, ist bei den Staatstheatern in München mit einer Mindereinnahme von über sieben Millionen zu rechnen. Mit ungefähr dem gleichen Fehlbetrage schließen die Berliner Staatsbühnen ab, dann folgt Frankfurt a. M. mit 6 Millionen, Leipzig mit $3^1/_2$, Dresden und Stuttgart mit $2^1/_2$, Mannheim und Karlsruhe mit 2 Millionen, auch bei Köln, Halle, Saarbrücken ist die Million überschritten; lediglich Hamburg erfordert nur 700,000 ℳ Zuschuß. In kleineren Städten, deren Theater nicht ohne kulturelle Bedeutung war, ist der Bühnenbetrieb überhaupt schon in Frage gestellt; aber auch in den genannten Großstädten besteht die Unmöglichkeit, diese Fehlbeträge auf die Dauer auszugleichen und dies muß die Kunstfreunde mit schwerer Besorgnis erfüllen. In München ist eine abermalige Erhöhung der Eintrittspreise um mindestens 30 Prozent geplant. — Etwa 90 Prozent der Aktien des Prinzregententheaters in München sind in die Hände eines früheren Opernsängers namens Scheid übergegangen. Da dieses Festspielhaus an das Nationaltheater verpachtet ist, kann vorerst keinerlei Aenderung eintreten und man ist über die Absichten des neuen Besitzers, der auch andere große Münchener Bauten gekauft hat, nur auf Mutmaßungen angewiesen. — Auf der Hauptversammlung der Buchhändler und Verleger in Leipzig wurde festgestellt, daß seit der Revolution eine betrübliche Zunahme unsittlicher Literatur bestehe. Ueber die in dem offiziellen Organ aufgenommenen Anzeigen und Bilder sind auch aus dem Auslande lebhafte Beschwerden eingetroffen. Die Schweizer Postbehörde hat die Weiterbeförderung der aus Deutschland kommenden schlüpfrigen Prospekte verboten. — In Kassel wurden Festspiele veranstaltet, die den Wagnerschen Ringzyklus, „Minna von Barnhelm, Hebbels „Judith" und Ibsens „Gespenster" in sorgfältigster Wiedergabe mit bedeutenden Gästen brachten. — In Frankfurt a. M. wurde die einzige Oper eines im Kriege gefallenen jungen Tonsetzers gegeben. Rudi Stephan hat Otto Borngräbers erotisches Mysterium „Die ersten Menschen" als Textbildung benützt. Wir haben seinerzeit das Drama, das sich schon wegen seiner künstlerischen Unzulänglichkeit auf der Bühne nicht hätte halten können, wenn ihm die Zensur keine Schwierigkeiten gemacht hätte, an dieser Stelle besprochen. Das Motiv des Brudermordes ist bei Borngräber das rein Sexuelle in peinlichster Gestalt. Kain erschlägt seinen Bruder aus Eifersucht in flagranti, da beide die eigene Mutter lieben und Vater Adam nimmt das lediglich zum Anlaß zu einigen Sentenzen. Abels Religion ist ein aus willkürlichen Lesefrüchten von Spinoza, Hegel und Schoppenhauer geformter Pantheismus, dem gegenüber ein Brandopfer unsinnig wirkt. Eva hadert mit Gott, weil er ihr Gebet um Verjüngung des alternden Adam nicht erfüllte. Kains ganzes Trachten geht nach dem „wilden, wilden Weibe". Nach Berichten malt die Musik die fortschreitende Vertierung mit naturalistischen Mitteln. Abel steht musikalisch im Schatten Siegfrieds. Die lyrischen Ruhepunkte haben mehr Stimmung und Glanz als die tragischen Augenblicke der Oper Kraft. Hier arbeitet sie mit lärmenden Behelfen. Die sehr sorgfältig vorbereitete Aufführung fand geteilte Aufnahme. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutsche Kohlen-Not und Spa — Wirtschaftsunklarheiten — Fortgesetzte Entfremdung deutscher Wirtschaftsteile — Ententekapitalien beherrschen ausschlaggebend heimische Stimmung unserer Warengebiete.

Dass die Kohlennot international ist, bestätigen schon seit den Versailler Friedensbedingungen englische Wirtschaftspolitiker — Henderson und Keynes ebenso deutlich, wie deutsche Kohlenfachleute — Stinnes, Hué, Arbeitgeber und -nehmer. Dass lediglich und allein solche internationale Not auch nur durch gleichmässigen internationalen Plan in Produktion und Verteilung behoben werden kann, ist ohnehin jedem Wirtschaftler, der auch nicht in Spa dem neuerlichen Diktat in dieser Frage angewohnt hatte, klar gewesen. Wenn nun Deutschland wiederum nur einseitig „zahlen und leisten, wiedergutmachen und ersetzen" muss — die Rückerstattung von Ueberpreis in Goldmark zur Lebensmittelbeschaffung an die Bergarbeiter spielt keine nennenswerte Gegenleistung — so sind eben die Aussichten auf die nahe Zukunft, gleichviel auf welchem Gebiete, erneut düster, unklar, öde geworden. Der bereits erwähnte und wohl bekannte britische Schriftsteller sagte schon zu den Versailler Bedingungen ungefähr: „Jede von Deutschland in solchen Zwangszeiten ausgeführte Million Tonne seiner Kohle bedeutet die Stillegung eines Industriezweiges." Reichskanzler Fehrenbach, Minister Dr. Simon, Hué, die neutrale Auslandspresse, zum Teil bitter enttäuscht über den harten Tenor der Entente zu Spa Deutschland gegenüber, verlautbarten so ziemlich das gleiche Urteil.

Deutschland — an Land, Leute und Kraft entblösst und geschwächt — hat neuerliche Mehrleistungen zu erfüllen. Gerade bei dieser vertraglichen Zusage ist das Land völlig abhängig von dem guten und ernsten Willen der hierbei in Betracht kommenden Arbeitsfaktoren. Ungenügende Lebensmittelversorgung, verminderte Arbeitskraft, die Unsicherheit hinsichtlich der Innenpolitik und die fortgesetzte Gefahr einer Entente-Einmengung in innerdeutsche Wirtschaftsprobleme — die oberschlesische Frage wird hierzu neue Belege bieten — verhindern den ernstesten deutschen Willen zur restlosen Betätigung im Wollen und Können bei der Vertragserfüllung. Spa hatte für Deutschlands Wirtschaftszukunft keinen positiven Sinn. Unmögliches zu erfüllen, wurde uns erneut unter dem Zwang der gegebenen Verhältnisse wiederum diktiert. Die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage wird — darüber sind sich unsere finanziellen Führer jetzt erst recht klar — gleichfalls niemals nach den Geboten der ökonomischen Möglichkeiten und Voraussetzungen — seinerzeit in Genf erledigt werden. Deutschlands untrügliche Gutachten von Sachverständigen sind der Entente mit ihren Machtgelüsten Material — für den Papierkorb! Ob solche Kohlen-Anforderungen für Deutschlands Industriebedarf von verheerender Wirkung sein werden, die Hausbrand-Erfordernisse vor neuen unlösbaren Rätseln gestellt sind, dadurch Keime zu grosser Unsicherheit für den Herbst und Winter in den Bereich der sicheren Möglichkeit gelegt wurden — das beachtet der Feindbund als nichts oder als nur ganz nebensächlich. Unsere Lebensfragen sind ihm höchst wichtig, wenn es gilt, immer noch eine Möglichkeit für seine Ansprüche herauszuholen.

Trotz solcher neuerlicher Vergewaltigungs-Politik von Deutschlands Lebensinteressen verhält sich unsere heimische Volkswirtschaft in unveränderter Tendenz. Begründet ist solche vorherrschende Gleichgültigkeit in dem stummen Versagen unseres Willens, der gegnerischen Seite Vernunft und Sachlichkeit beizubringen. In der Kursgestaltung der Reichsmark hat das Ausland keinerlei nennenswerte Einbusse eintreten lassen. Das Verhalten war auch hier völlig abwartend und wird so bleiben, bis die letzte Station der Wiedergutmachung entschieden ist. Unsere Börsen sind ebenfalls in ihrer Stimmungsentwicklung unverändert und zwar überwiegend fest gestimmt. Weder Spa, noch Polens Zusammenbruch, noch das bolschewistische Menetekel änderten oder minderten das grosse Interesse an diesem spekulativen Effektengeschäft. Auch

die Tatsache, dass in der Warenbranche die verminderte Inlands-Kaufskraft und die Weltmarkt-Preisgestaltung fast unverändert als Krisengefahren weiter bestehen, hat an Wirkung hierbei verloren. Günstigste Ernte-Aussichten, endlich ernste Massnahmen gegen die Zwangsbewirtschaftung, und zwar nicht nur bei der Lebensmittelversorgung, sind ausschlaggebend für die Widerstandsfähigkeit der Börsen. Zufriedenstellende Meldungen über die Geschäftslage aus Rheinland, Westfalen und Oberschlesien, namentlich seitens der Schwerindustrie, liegen vor. Wiederholt vernahm man auch von grossen Millionen-Auslandsaufträgen für die mitteldeutsche Industrie durch französische und belgische Privatfirmen. Die Verhandlungen der Ludwigshafener Anilin- und Sodafabriken mit einem französischen Finanzkonsortium über Bildung von eigenen Tochtergesellschaften zur Ausbeute deutscher chemischer Erfindungen wurden ebenso sehr und zwar vielseitig kommentiert, wie die Abmachung des Norddeutschen Lloyd mit amerikanischen Reedereien über Schiffahrt und Ueberseeabkommen von deutschem Besitz. Wird zwar hierbei überall die Wirtschaftshörigkeit Deutschlands immer wieder bestätigt, so bieten sich doch bei solchen grossangelegten Wirtschaftsabmachungen „von Privat zu Privat" auch für die heimische Beteiligung: **Geschäftsleben und Erwerbsmöglichkeiten!** Und das bedeutet in der Jetztzeit sowohl für Arbeitgeber, wie auch mindestens für den Arbeitnehmer vieles, vielleicht alles. Auch die starke Nachfrage nach einzelnen deutschen Spezialerzeugnissen seitens des Auslandes, das lebhafte Auslandsinteresse für die kommenden deutschen Messen, namentlich für die Leipziger technische Messe gehören in dieses Kapitel, das immer wieder Lebensmut und Schaffensbetätigung bei uns hochhält. Und damit ist uns in der deutschen Volkswirtschaft am meisten gedient!

München. M. Weber,

Schluß des redaktionellen Teiles.



Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Eell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—.
Beilagen:
M 45.— das Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 31 München, 31. Juli 1920. XVII. Jahrgang.

Zur Lage des deutschen Staatshaushaltes.

Von Staatsminister a. D. von Seidlein.

Der deutsche Optimismus, der unser Volk so oft schon in die Irre führte, hat von den Verhandlungen in Spa Erleichterungen der unerfüllbaren Friedensbedingungen erwartet. Diese Hoffnung war eitel. Obwohl wir unseren Feinden mit gebundenen Händen wehrlos gegenüberstehen, wurde von uns die Entwaffnung selbst der Einwohnerwehren gefordert, die uns allen inneren Aufständen hilflos preisgeben würde. Die zu Spa weiter unter mißlichsten Zahlungs- und Kontrollbedingungen uns auferlegte Höhe der Kohlenablieferung schnürt die Produktion unserer Industrie ab. Dabei wurde die Summe der deutschen Verpflichtungen für die im Friedensvertrag von uns verlangte Wiedergutmachung noch immer nicht festgesetzt, so daß uns jede sichere Berechnung der kommenden Belastung unseres Staatshaushaltes unmöglich ist.

Dem Vorgehen unserer Feinde liegt der Wunsch des „Germaniam esse delendam" zugrunde. Amerika stellt sich zu uns gleichgültig und zuwartend; England läßt nach alter Tradition Konkurrenten nicht hochkommen; Frankreich strebt von je die möglichste Ohnmacht des deutschen Nachbarvolkes an. Die Sicherung für das Leben und die Wiederaufrichtung unseres Volkes liegt einzig in der Unmöglichkeit, das deutsche Volk aus der Welt zu vertilgen.

Nicht nur die von uns geforderte Wiedergutmachung, schon die inneren deutschen Verhältnisse machen die Lage unseres Staatshaushaltes trostlos. Es ist nicht zu ersehen, wie wir ohne opferwilligste Zusammenarbeit aller Kräfte über weitere furchtbare Katastrophen hinwegkommen können. Die Darlegungen von Stinnes und Hué bei den Verhandlungen zu Spa über die Kohlenablieferung geben einen drastischen Beleg für das einheitliche Interesse der deutschen Unternehmer und Arbeiter überhaupt und sollten wohl der Mehrheit der Arbeiterschaft endlich die Augen öffnen, daß mit dem deutschen Unternehmer und noch vor ihm der deutsche Arbeiter zugrunde geht.

Der Reichsfinanzminister hat seinerzeit den voraussichtlichen Schuldenstand des Reiches für den 1. April 1920 mit 212 Milliarden berechnet. Seitdem ist diese Ziffer noch fortgesetzt im Steigen begriffen. Schon mit der Uebernahme der deutschen Verkehrsanstalten hat das Reich seine Schulden um 30 Milliarden erhöht — übrigens eine durchaus mäßige Summe, da der Wert des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes mit allem rollenden Material und allen Anlagen vor dem Krieg auf mindestens 20 Milliarden Goldwährung zu schätzen war. Dazu kommen die Schulden der Einzelstaaten, der Kreise und Gemeinden. Man kann zurzeit die Verschuldung Deutschlands wohl mit 300 Milliarden annehmen. Zum Vergleich ist darauf hinzuweisen, daß die Staatsschulden im Jahre 1913/14 für das Reich und die Bundesstaaten zusammen 21,094 Milliarden betragen haben. Dabei läßt sich die Höhe der uns auferlegten Kriegsentschädigung noch nicht ermessen. Es wurde zu St. Remo von 100—150 Milliarden Goldmark gesprochen, bei dem gegenwärtigen Kursstand der Papiermark ein ganz ungeheuerlicher Betrag.

Dr. Helfferich hat 1913 das deutsche Volksvermögen auf etwas mehr als 300 Milliarden eingeschätzt; andere sind damals in der Schätzung bis auf 390 Milliarden gegangen. Feststeht aber jedenfalls, daß der überwiegende Teil dieses Vermögens nicht mehr vorhanden ist. Die Kriegskosten wurden offiziell mit 126 Milliarden angegeben. Als sicherer Verlust ist unser Kriegsmaterial und unsere Flotte, dann ein wertvoller Teil des Fahrparkes unserer Eisenbahnen, die zahlreichen Maschinen, das Vieh, Holz und Kohlen, die wir an unsere Gegner ausliefern mußten, in Rechnung zu setzen. Die Einwertung des in unserem Grund- und Hausbesitz und in den industriellen Anlagen noch vorhandenen Sachkapitals hängt von der Möglichkeit der daraus erzielbaren Rente ab und ist schon durch die Steuerbelastung im hohen Grade abgemindert.

Das deutsche Volkseinkommen nahm Dr. Helfferich 1913 mit rund 40 Milliarden im Jahr an, von denen 25 Milliarden privat verbraucht, 7 Milliarden für öffentliche Zwecke aufgewendet werden und 8 als Mehrung dem Volksvermögen jährlich zugewachsen seien. Sicher bringt das deutsche Volk ein solches Einkommen zurzeit nicht mehr auf. Die Fülle von Papiergeld, die unsere Assignatenwirtschaft ausstreut, kann nicht darüber täuschen. Die bisherigen großen Einkommen werden weitgehend wegversteuert. Das Einkommen des Mittelstandes liegt in hohem Maße unterhalb der bescheidensten Grenzen. Es zehrt dieser Stand unter dem Druck der Preissteigerung und der Steuerlast von seinen früheren Ersparnissen und verliert seine lebenswichtige Funktion für unser Volk. Die Arbeiter erzielen ein nominell höheres Einkommen; sie haben aber bei gesteigerten Lohnforderungen durch den Achtstundentag, die umfangreiche Aufhebung der Akkordarbeit und durch vielfache Arbeitsausstände die Unternehmungen, von deren Ertrag sie leben müssen, weitgehend selbst geschwächt und zum Teil schon unmöglich gemacht. Auch die Beamten haben ein höheres Einkommen erreicht; dieses hängt aber davon ab, inwieweit künftig dem Volk die Steuerleistung hiefür möglich ist. Für eine wirkliche Steigerung des Volkseinkommens und damit der Steuerkraft ist nur die vermehrte Gütererzeugung maßgebend.

Das Reich hält seine Zahlungsfähigkeit durch Druck von Papiergeld und Kreditnahme bei der Reichsbank aufrecht. Den feierlich eingegangenen Verpflichtungen für die Verzinsung der Kriegsanleihen entzieht es sich zum Teil durch die auch auf diese Volksanleihen gelegte Kapitalertragssteuer. Man kann hiernach wohl davon sprechen, daß wir uns bereits mitten im Staatsbankrott befinden. Die Reichsleitung erwartet, durch Steuern das finanzielle Gleichgewicht im Reichshaushalt aufrechterhalten zu können. Bei der fortschreitenden Verarmung unseres Volkes ist aber der von den Reichssteuern erwartete Ertrag außerordentlich gefährdet.

Zunächst wird die Hauptschwierigkeit in den bei den Verkehrsanstalten hervorgetretenen Fehlbeträgen erblickt. Der Reichskanzler Fehrenbach erklärte in seiner Einführungsrede vom 28. Juni ds. Jrs.:

„Kaum ist auf dem Gebiete des Steuerwesens eine Besserung erzielt, so tut sich ein neuer Abgrund bei den Betriebsverwaltungen des Reiches auf. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden, was eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstags ist."

Die Verkehrsanstalten sind damit in den Mittelpunkt des finanziellen Interesses gerückt. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 5. Oktober 1919 gab seinerzeit der Reichsverkehrsminister Dr. Bell der Meinung Ausdruck, daß sich für die Gesamtwirtschaft zweifellos aus der Vereinheitlichung der Eisenbahnen erhebliche Vorteile ergeben werden. Die früheren Fachminister der einzelstaatlichen Bahnverwaltungen haben dies stets bestritten. Auch bei Abfassung der Reichsverfassung war im Art. 92 angenommen worden, daß die Reichseisenbahnen

als selbständiges wirtschaftliches Unternehmen verwaltet werden können, daß seine Ausgaben einschließlich der Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage anzusammeln hat.

Die erhofften Vorteile aus der Verreichlichung der Verkehrsanstalten sind bis jetzt in keiner Weise ersichtlich geworden. Alsbald schon wurde der Fehlbetrag aus ihrem Betrieb mit 7 Milliarden berechnet. Später gaben in der Sitzung des Hauptausschusses der Nationalversammlung vom 20. April 1920 die Reichsminister Dr. Wirth und Dr. Bell diesen Fehlbetrag mit 12 Milliarden an. In der Sitzung des Reichstags vom 1. Juli 1920 wurde vom Reichsfinanzminister das Defizit der Reichseisenbahnen mit 15 Milliarden angenommen. Ich fürchte, daß sich auch diese Berechnung als zu niedrig erweisen wird.

Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der Reichspost, die in ihrer Finanznot zudem zu einem Zwangsdarlehen von den Telephonteilnehmern schreitet. Der Fehlbetrag der Reichspost wurde zunächst mit 970 Millionen angegeben. In der Ausschußsitzung der Nationalversammlung vom 20. April 1920 sprach der Reichspostminister Giesberts von einem Fehlbetrag zu 1¼ Milliarden. Wie bei der Reichseisenbahn wird sich aber auch dieser Betrag wohl noch wesentlich erhöhen. Es sind bei beiden Verwaltungen die Verkehrsminderungen infolge der übergroßen Steigerung der Tarife und die noch bevorstehenden Erhöhungen der Personalkosten kaum entsprechend berücksichtigt.

Die Ursachen für diese Fehlbeträge liegen nach Dr. Wirth im Raubbau, der mit unserem Verkehrswesen während des Krieges getrieben wurde, dann in den großen Schädigungen des Waffenstillstandes, durch den uns das beste Material weggenommen wurde; hauptsächlich aber in den riesenhaft steigenden Personalaufwendungen.

Der erste Grund trifft zu, wie auch die Verluste infolge des Waffenstillstandes. Für Eisenbahn- und Postverwaltung war aber wenigstens in Bayern anzunehmen, daß die einheimischen Kriegsschäden in dem Ausgleichs- und Tilgungsfonds, deren Rücklagen sich noch im September 1918 auf über 53 Millionen für die bayerischen Eisenbahnen und über 80 Millionen für die bayerischen Posten berechnet haben, mit Deckung finden könnten. Für die Waffenstillstandsverluste darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß nur eine mäßig höhere Anzahl von Maschinen und Wagen an unsere Feinde abzugeben war, als im Felde verwendet und damit schon vor Kriegsende dem einheimischen Bahnbetriebe entzogen war; und doch konnte noch im Herbst 1918 mit dem verminderten Fahrpark ein ganz wesentlich größerer Verkehr aufrechterhalten werden, als dies nunmehr der Fall ist. Als ausschlaggebend für die unhaltbar gewordene Lage der Reichseisenbahnen gibt Dr. Wirth mit Recht die riesenhaft gewachsenen Personalausgaben an. Der Personalstand der deutschen Bahnen dürfte sich zurzeit trotz des geminderten Verkehrs um mehr als ein Drittel höher als vor der Revolution stellen. Dazu sind die Gehalts- und Lohnforderungen des Personals außerordentlich gestiegen. Ich habe schon in Nr. 18 der „Allgemeinen Rundschau" als Möglichkeiten zur Verbesserung der Finanzlage der Reichsverkehrsverwaltung neben einer peinlichen Kleinarbeit zur Mehrung der Einnahmen und Einschränkung der Ausgaben die Verlängerung der Arbeitszeit, die allgemeine Durchführung der Akkordarbeit und das Streikverbot erwähnt. Die unterschiedslose Durchführung des Achtstundentags ist für den Eisenbahnbetrieb unhaltbar; neben Dienstverrichtungen, bei denen auch ein siebenstündiger Dienst schon die Arbeitskraft erschöpft, kommen zahlreiche Dienstleistungen vor, die stundenlang wenig mehr als die dienstliche Anwesenheit erfordern und sicher einen längeren Dienst rechtfertigen. Die Aufhebung der Akkordarbeit, mit der jeder Grad von Fleiß und Fertigkeit gleich entlohnt wurde, hatte eine überaus große Senkung der Arbeitsleistung überhaupt zur Folge. Arbeitsausstände bei den Verkehrsanstalten schädigen nicht nur die Verwaltung, sondern greifen in die Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung ein; es kann von dem im Reichsdienst ohnedies durch den parlamentarischen Einfluß gesicherten Verkehrspersonal ohne Unbilligkeit die Unterwerfung unter eine entsprechende Schlichtungsordnung mit Ausschluß des Streiks gefordert werden.

Es ist sicher Anlaß gegeben, alle Mittel anzuwenden, durch die irgendeine Besserung der Finanzlage der Verkehrsanstalten erreicht werden kann. Zeitungsnachrichten zufolge soll der Reichsfinanzminister Dr. Wirth die Notwendigkeit der Ueberlassung der Reichseisenbahnen an eine ausländische Betriebsgesellschaft in Aussicht gestellt haben, wenn es der deutschen Verwaltung nicht gelingt, das finanzielle Gleichgewicht herzustellen. In Oesterreich und Ungarn sind bekanntlich Verhandlungen über die Abgabe der dortigen Eisenbahnen im Gang. Daß eine nicht von Rücksichten auf das Parlament und das Volksinteresse beeinflußte Betriebsführung aus den deutschen Bahnen entsprechende Renten herauswirtschaften könnte, steht wohl außer Frage. Eine solche Unternehmung wäre vor allem in der Lage, sich auf sicher rentierende Bauten zu beschränken und den Betrieb nur so weit zu führen, als er einen sicheren Gewinn abwirft. Sie würde die Tarife ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Interessen nach der individuellen Tragfähigkeit der einzelnen Industrien abstufen, den gesamten Bahnbedarf im internationalen Wettbewerb beschaffen und sich Preisreduktionen wie für Kohle und Eisen durch ihren Einfluß auf die Wagengestellung erzwingen können. Namentlich würde eine ausländische Unternehmung wohl entschieden versuchen, die übergroß angewachsenen Personalkosten durch Herabsetzung der Gehälter und Löhne und durch Erzwingung stärkerer Arbeitsleistungen abzumindern. Einen Streik des Bahnpersonals, der mit der Abschneidung des Lebensbedarfs das Personal selbst mit in Not bringt und nach allen Erfahrungen in ausländischen Staaten nirgends längere Zeit über durchzuführen war, würde eine kapitalkräftige auswärtige Gesellschaft kaum scheuen. Sie würde den Arbeitsausstand vielleicht nicht ungern benützen, um bei der Wiederaufnahme durch entsprechende Auslese den Personalstand zu reduzieren. Für alles bieten Vorgänge in anderen Staaten, namentlich in Amerika, Beispiele.

Daß solche Möglichkeiten zu dem schon vorhandenen Elend noch weiteres Unglück für Deutschland hinzufügen würden, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Auch das Verkehrspersonal hat Anlaß, derlei Möglichkeiten nicht leicht zu nehmen.

Anderseits können Fehlbeträge der Verkehrsanstalten in der Höhe von 16 Milliarden und mehr bestimmt nicht auch noch auf Steuern übernommen, aber auch nicht bei der Eisenbahn und Post selbst ohne schärfste Eingriffe beseitigt werden. Zunächst haben hierüber die Reichsregierung und der Reichstag das Wort!

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Unsere Reichsregierung hatte im Laufe der Woche die wenig angenehme Aufgabe, über das Ergebnis von Spa Rechenschaft abzulegen. Es geschah zuerst durch einen amtlichen Bericht in der Presse, dann durch Erklärungen von Fehrenbach und Dr. Simons im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Die Reichsleitung findet die Bedingungen von Spa über die Entwaffnung und die Kohlenlieferungen außerordentlich schwer, jedoch nicht unerfüllbar. Sie glaubt, mit Anfuhr oberschlesischer Kohle und richtiger Ausnutzung der Braunkohlengruben die monatlich fälligen zwei Millionen Tonnen für die Entente frei machen zu können, ohne unser Wirtschaftsleben dadurch zu unterbinden. Die Rettung des Ruhrgebiets vor dem Einmarsch ist einstweilen erzielt.

Der Reichstagsausschuß hat der Regierung die Rechtfertigung nicht schwer gemacht. Die Sozialdemokraten Bernstein (SDP.) und Ledebour (USP.) knüpften an das Kohlenabkommen die Forderung, schleunigst die Bergwerke zu sozialisieren. Dann sprach Helfferich und bezeichnete die Entwaffnung als unmöglich. — Der Reichstag ist für den 26. Juli einberufen. Er wird sich alsbald mit dem Ergebnis von Spa beschäftigen. Dasselbe tat noch eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder sowie der Reichswirtschaftsrat. An beiden Stellen wurde die Lage sehr ernst beurteilt. Die Entwaffnung wird es uns kaum ermöglichen, Ruhe und Ordnung zu schützen, das Kohlenabkommen verursacht große Besorgnis und Mißstimmung bei Unternehmern wie bei Arbeitern.

Aufs neue wird Deutschland vor eine schwere Frage gestellt durch den russisch-polnischen Krieg. Er spielt sich bereits unmittelbar an der deutschen Grenze ab. In Ostpreußen hört man den Geschützdonner. Die deutsche Regierung hat ausdrücklich ihre Neutralität nach beiden Seiten erklärt und damit die Zustimmung des ganzen Volkes einschließlich der USP. gefunden. Nur die Kommunisten erklären in der Roten Fahne ihre Sympathien für die russischen Brüder. Die Gefahr ist



groß, daß Deutschland in den Krieg hineingezogen wird. Polnische Truppen können auf deutsches Gebiet abgedrängt werden. Die Russen rücken dann nach, wenn wir nicht die Polen entwaffnen. Bereits hat der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, bei Millerand Vorstellungen erhoben, daß Deutschland im Osten den Grenzschutz verstärken müsse. Wie soll es damit im Abstimmungsraum gehalten werden, wo die Entente die Staatshoheit ausübt? Die Sache leidet keinen Aufschub, Millerand aber wollte sich erst mit den anderen Instanzen beraten. Ohne Zweifel wäre es Frankreich nicht unerwünscht, Deutschland mit Rußland zu verfeinden. Augenblicklich müßte das eintreten, sobald wir den Ententetruppen die Durchfahrt nach Polen öffneten. Man weiß drüben ganz genau, daß der Versailler Vertrag uns hier nicht verpflichtet, denn nur zur Ausführung eben dieses Vertrags bestimmte Truppen muß Deutschland durchlassen. Freilich deuten 3 Züge mit angeblichen tschechischen Kriegsgefangenen, die tadellos neu eingekleidet und voll bewaffnet von Hamburg über Dresden nach Böhmen reisten, auf englischen oder französischen Truppenschmuggel. Rußland dagegen hat zweimal amtlich erklärt, es werde deutschen Boden nicht betreten.

Wir sehen die Großmächtigen von Spa in arger Verlegenheit. Rußland hat die Vermittlung Lloyd Georges in einem Ton abgelehnt, der es England geraten erscheinen ließ, die russische Note gar nicht zu veröffentlichen. Dafür bittet Polen jetzt in Moskau selbst um Frieden. Vorher trat das Kabinett Grabski zurück, da Rußland mit ihm nicht verhandeln wollte. An seine Stelle trat ein Kabinett Witos, gebildet aus allen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten, dieses richtete sofort ein dringendes Angebot um Waffenstillstand nach Moskau. Rußlands Ziel ist aber offenbar ein bolschewistisches Polen und eine gemeinsame Grenze mit Deutschland. Daneben verfolgt es seinen Plan in Asien, die Mohammedaner, Perser und Inder gegen England aufzubringen. Denn in weitschauender Politik sehen die Russen in dem britischen Weltreich ihren größten Feind. Sie erkennen auch seine empfindlichste Stelle: Indien. Dazu ist es gar nicht ausgeschlossen, daß selbst nach Irland geheime Drähte von Moskau führen. Gegen die Sinn-Feiner-Bewegung, die für eine irische Republik kämpft, vermag England kaum mehr mit dem Standrecht anzukommen. Die Diktatur eines englischen Generals soll Ordnung schaffen. — Deutschland kann aus dieser Weltlage großen Nutzen ziehen, wenn es nur kluge, feste Staatsmänner hat und ein einiges Volk.

Die sächsische Volkskammer nahm das neue Wahlgesetz einstimmig an. Es sieht einen Landtag von 96 Abgeordneten vor. Nach verlässigen Meldungen aus Sachsen nehmen dort die Uebungen roter Truppenteile einen bedrohlichen Umfang an. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Buck bringt es fertig, sie als „harmlose Waffenspielerei" zu bezeichnen.

Für die bayerische und zugleich für die deutsche und auswärtige Politik ist höchst belangreich die Ernennung eines französischen Gesandten in München. Er ist bereits eingetroffen in der Person des Herrn Dard und hat beim Ministerpräsidenten v. Kahr Besuch gemacht. Frankreich hat Bayern vor eine vollendete Tatsache gestellt und anscheinend auch nicht das sog. „Agrement" der bayerischen Regierung über die Person des Gesandten eingeholt. Daß gegen Herrn Dard nachträglich nichts einzuwenden ist, ändert nichts an dem peinlichen Eindruck, daß ein deutscher Staat dadurch behandelt wird wie Annam oder Aegypten, Vasallen, denen England und Frankreich ihre Residenten schicken. Als Zweck der Gesandtschaft hat Millerand fast zynisch in der französischen Kammer bezeichnet, daß man alles tun müsse, die Deutschen von der preußischen Vorherrschaft freizumachen. Das ist die Quittung auf den Berliner Zentralismus. Solange er wirkt, weiß das Ausland, wo es in Deutschland einzuhaken hat. Bayern kann aus dem Empfang des Gesandten kein Vorwurf gemacht werden. Das passive Gesandtschaftsrecht nimmt ihm die Reichsverfassung nicht. Wie Dr. v. Kahr im Landtag erklärte, hat er sich in dieser Sache außerdem vorher mit dem Reichsminister des Auswärtigen verständigt. Dieser bat ihn, Herrn Dard zu empfangen, damit keine Weiterungen entständen. Der bayerische Landtag besprach das Regierungsprogramm. Für die Bayerische Volkspartei beleuchtete es Dr. von Knilling, der einstige Kultusminister, in großangelegter Rede. Er befürwortete u. a. die Schaffung eines bayerischen Staatspräsidenten und wandte sich gegen die Zentralisierung der Kulturpolitik von Reichs wegen. Das Recht auf Bekenntnisschulen darf nicht eingeschränkt werden, die Trennung von Staat und Kirche ist ein verhängnisvoller Fehlgriff der Reichsverfassung. Für die Sozialdemokratie sprach Timm. Sie verweigert der Regierung Kahr das Vertrauen und will sie bekämpfen, soweit sie sich den Forderungen der sozialistischen Parteien entgegenstellt. Noch schärfere Töne schlug der Unabhängige Blumtritt an. Die übrigen bürgerlichen Redner sprachen für positive Zusammenarbeit. Für die Regierung antwortete Dr. v. Kahr und nahm Gelegenheit, gegen Timm seine Verfassungstreue zu betonen.

In Deutschösterreich hatte die schwache Uebergangsregierung, von ihrer Zusammensetzung nach dem Verhältnis der Stärke der Parteien die Proporzregierung genannt, zu allem noch einen Aufruhr der Landarbeiter zu bekämpfen. Diese haben in Niederösterreich die Ernte beschlagnahmt, zum Teil sogar Gutsherren und Verwalter vertrieben, um ihre Lohnforderungen durchzudrücken. Ein Landarbeiter soll danach jährlich 70 000 Kronen beziehen (bisher 40 000). Der Streit ward durch eine Lohnerhöhung von 40—50% beigelegt. Die Nationalversammlung verabschiedete die Vermögensabgabe, was die Wiener Börse sichtlich verstimmte. Ein sonderbarer Fall ist die Entlassung Bela Kuns auf dem Weg über Deutschland nach Rußland, angeblich weil davon die Rückkehr österreichischer Kriegsgefangener abhing. Die deutsche Regierung sah sich genötigt, Kun auf einem Ostseedampfer zu verhaften und bis zur österreichischen Grenze zurückzubringen. Dort wird er einstweilen verwahrt, bis ihn Oesterreich zurücknimmt. Ungarn hat in Wien gegen die Entlassung dieses gefährlichen Schutzhäftlings scharfen Einspruch erhoben.

Die Spannung zwischen Italien und Jugoslawien hat nachgelassen. Nichts kann auch Italien verderblicher sein als ein neuer Krieg. Es hat genug mit inneren Unruhen zu schaffen, zunächst mit einem Generalstreik in Rom, womit die Sozialisten die Zerstörung der Druckerei ihres Blattes „Avanti" erwiderten.

Frankreich gedenkt die zweijährige Dienstzeit an Stelle der dreijährigen wieder einzuführen und ein Militärabkommen mit Belgien zu schließen. Letzteres ist insofern beachtlich, als Belgien mit heimlicher Unterstützung Frankreichs seine Hand nach holländischem Gebiet ausstreckt, zumal nach dem linken Scheldeufer (vgl. Ver Hees, der belgisch holländische Streit usw., Allg. Rundschau Nr. 28 dieses Jahrgangs). Die Beziehungen Frankreichs zum Vatikan dürften bald wieder aufgenommen werden. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde im Finanzausschuß der Kammer mit 19 gegen 15 Stimmen genehmigt.

In Syrien trug Frankreich den Erfolg davon, daß der aufständische Emir Feissal ein Ultimatum annahm und das Mandat Frankreichs über Syrien anerkannte. Der König von Hedschas hat dagegen England um sein Einschreiten ersucht. Palästina erhielt einen englischen Statthalter in Sir Herbert Samuel.

Die Türkei hat sich nach langem Hin und Her, wobei ein Regierungswechsel und selbst der Rücktritt des Sultans in Aussicht standen, zur Unterschrift unter den Friedensvertrag bereit erklärt, der ihr in Europa nur Konstantinopel läßt und sie sonst auf die türkisch besiedelten Teile von Kleinasien beschränkt. In Thrazien sind bereits die Griechen eingerückt. Mustafa Kemal Pascha, der Führer der türkischen Nationalisten, ließ dem Sultan erklären, bei Unterzeichnung des Friedens werde er abgesetzt und das Kalifat auf den arabischen König von Hedschas übertragen.

In den Vereinigten Staaten hat sich eine dritte Partei aus Bauern und Arbeitern gebildet und zur Präsidentenwahl einen Rechtsanwalt Christensen vorgeschlagen, nachdem Senator Lafolette, der aussichtsreichere Bewerber, abgelehnt. Bisher haben sog. dritte Parteien in Amerika keinen Bestand gehabt, wenn es ihnen nicht gelang, eine der beiden großen Parteien aufzusaugen und sich an ihre Stelle zu setzen. — Auch Wilson lebt noch und hat die Hauptversammlung des Völkerbundes auf den 15. November nach Genf einberufen.

Feierabend.

Einsam in der Linde Schatten
Steht im Felde die Kapelle.
Ringsherum noch lärmt die Arbeit
In des Abends Dämmerhelle.
Feierabend tönt die Glocke
Und der Klang zur Ferne weht,
Wo sich all die müden Hände
Stille falten zum Gebet.

Sichelschlag und Sensenklingen
Und des Pflügers herbes Stöhnen
Und der Knaben lautes Singen
Und das Lachen hell der Schönen:
Alles schweigt. Der Feierabend
Weht wie Sonntagsluft durchs Feld,
Und ein Hauch von Himmelsfrieden
Labt die Herzen und die Welt.

Heinrich Helmanns.

Bayerische Politik.

Von Landtagsabgeordneten *Vielberth*, Pfarrer in Mitterteich.

Kann es eine substantielle Politik Bayerns noch geben, nachdem die Reichsverfassung der bayerischen Eigenbetätigung nur geringwertige Bruchstücke überlassen hat, nachdem auf dem Weg zum völligen Einheitsstaat Berlin sämtliche politische Fäden in seine Hand genommen hat? Der vom Revolutionsreichstag, genannt Nationalversammlung, eingeschlagene Verfassungsweg führt zweifellos nicht nur zur Degradierung, sondern zur Ausschaltung des Bayerischen Landtages und seiner Regierung. Beide werden Faktoren zur Bildung von Ausführungsbestimmungen der Reichsgesetze und sofort erhebt sich die Frage, ob man zu dieser untergeordneten Funktion den kostspieligen Apparat des Landtages und einer aus acht Ministern bestehenden Regierung bedürfe oder ob man nicht besser diese Repräsentation einer ohnmächtigen Eigenpolitik durch einige von Berlin dotierte Beamte ersetze.

Und doch liegen die Dinge anders als das Endresultat des von Berlin eingeschlagenen Verfassungsweges aufzeigt. *Letzten Endes entscheidet über die Frage nicht die Weimarer Verfassung des jetzigen Deutschen Reiches, sondern die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes und die Weiterentwicklung der großen treibenden und gestaltenden Ideen, die gegenwärtig im Endkampf miteinander ringen.* Wir stehen am Abschluß eines vierhundertjährigen Zeitabschnittes. Die Schlußidee, der moderne Sozialismus, ist keineswegs entwicklungsfähiges Kind, wie Somberg meint, er ist Greis mit allen greisenhaften Qualitäten. Der *Sozialismus* hat der Weimarer Verfassung seinen Stempel aufgedrückt, hat sie zu einem vorläufigen Schlußprotokoll jener Entwicklung gemacht, die Deutschland im Rahmen der Weltkultur vom Humanismus über „Reformation“, Rationalismus, Idealismus und Liberalismus gegangen ist. Immer schärfer, immer bewußter schob sich die menschliche Einzelpersönlichkeit in den Vordergrund der Weltbetrachtung, bis der Liberalismus wirtschaftlich im Manchestertum und auf dem Boden der Geisteskultur in jener bis zur abgeschmacktesten inneren Unwahrheit proponierten Forderung der „Voraussetzungslosigkeit“ sich erschöpfte. Den Egoismus des Denkens, den Individualismus, der die Menschheit in so viele gleichberechtigte Erkenntniszentren auflöst als es Menschen gibt, der konsequent zum Agnostizismus führt und zur Anarchie des Denkens, begleitete der Egoismus des Handelns. Was ist der liberale Wirtschaftsgrundsatz vom „freien Spiel der Kräfte“ anderes als der Egoismus ins System gebracht? Daß der Mensch nicht nur eine *Persönlichkeit*, sondern auch ein *Gesellschaftswesen* seiner ganzen Wesenheit nach ist, verleugnete der Liberalismus. Die Reaktion gegen diesen Verstoß an dem Grundelement der Menschheit bildet der Sozialismus. Er nimmt nun seinerseits das bisher vernachlässigte *Gesellschaftsmoment* zum Grundstein seiner Weltordnung. Genau wie der Liberalismus geht auch der Sozialismus sofort ins *Extrem* und das ist sein Untergang. Er kann nicht Bestand haben, weil er sich an dem Wesenskonstitutiv des Menschen versündigt, indem er die Persönlichkeit ausschaltet. War der deutsche Idealismus zu dem Resultat gekommen, daß im Ich, in der *Einzelpersönlichkeit*, sich das höchste Wesen, der unpersönlich gedachte Gott, manifestiere, so schlug Hegel insofern ins Gegenteil um, als er die höchste Erscheinungsweise dieses pantheistischen Gottes in die *Gesellschaft*, den Staat, verlegte. Der Staat wird der Gott. Und Hegel ist der intellektuelle Vater des sozialistischen Grunddogmas.

Und das ist in der Konsequenz eine furchtbare Lehre, verkörpert durch den modernen Sozialismus. Die Gesellschaft ist Vater und Mutter aller Lebendigen, ist Ursprung und Norm alles Rechtes, aller Sittlichkeit, aller Wahrheit und Schönheit. Der Gesellschaftswille, ausgedrückt durch das Mittel der Demokratie, bestimmt als erste und letzte Instanz über den Inhalt dieser Begriffe souverän, absolut. Es ist grundfalsch, leicht über diese Konstatierungen hinwegzulesen; der Gedanke von der göttlichen, absoluten Staatsomnipotenz muß zu Ende gedacht werden, um in seiner weltenstürzenden Furchtbarkeit erfaßt zu werden. *Wie eine weltumspannende schwarze Wolkenbank schiebt sich über die Kulturnationen eine Gefahr, eine Tyrannis herauf, im Vergleich zu der die asiatischen Despotien und der Zarismus Kinderspiel waren.* Die Persönlichkeit wird in ihrem ganzen Umfang ausgelöscht, sie hat in der Gesellschaft aufzugehen. Der sozialistische Staatsgott greift nicht nur nach den wirtschaftlich produktiven und konsumptiven Eigenschaften seiner Glieder und bestimmt sie autokratisch, *er legt seine Hand auf die Seelen.* Wer will vom sozialistischen Gesichtspunkt aus dem bewußt sozialistischen Lehrer entgegentreten, der sich über den Willen der „Erziehungsberechtigten“ hinwegsetzt? Erziehungsberechtigt und zwar ausschließlich im sozialistischen Erziehungssinn ist er allein; *er* ist Beauftragter des Staates, der Gesellschaft; die Persönlichkeit der Eltern hat nichts zu sagen, wo die Gesellschaft spricht. Hören wir sie durchklingen aus dem scheinbaren Stimmengewirr der modernsten Schulgesetze, die führende Melodie, das große Leitmotiv des furchtbarsten Gewissenszwanges, den die Welt je gesehen? Die Gesellschaft, der Staat ist Gott. Er macht seine Rechte geltend auf die Seelen.

Täuschen wir uns doch nicht! Der Sozialismus hat sein Kulturprogramm fertig in der Tasche. Er ist eine Wissenschaft, er ist eine Weltanschauung und darum muß er konsequent bleiben, will er sich nicht selbst aufgeben. Er wartet auf den Tag, der ihm die Macht gibt, sein Programm zu verwirklichen. Dann wird der Zentralismus und Unitarismus sein Zerstörungswerk am Volk, das jetzt begonnen ist, vollenden können.

Zentralismus, Unitarismus, Uniformismus sind direkte Wesensbestandteile des sozialistischen Staatsgedankens; sie ergeben sich ohne weiteres aus dem Hegel-Marxistischen Gesellschaftsprinzip. Die Sozialdemokratie aller Schattierungen hat in der Verfassung des Deutsches Reiches nach dieser grundlegenden Richtung den Sieg davongetragen; sie mußte sich nur zu einigen Zugeständnissen bequemen, die mit Hilfe der materialistisch-mechanischen Zahlenmethode der modernen Demokratie morgen wieder aufgehoben werden können. Die Zukunft liegt klar vor uns. Der geographische und wirtschaftliche Unitarismus ist nur das Sekundäre, das Ephemere, obwohl es augenblicklich am drückendsten in die Erscheinung tritt. Die ungeheure Gefahr des sozialistischen Staates liegt auf dem Kulturgebiet. Die *Macht*, den Zentralismus, mag er seinen Sitz nun in Berlin, in Weimar oder in einer anderen Stadt haben, auf den Boden der Gesamtkultur auszuweiten, wird durch den politischen Unitarismus gegeben. Das ist kurzgefaßt der Sinn der Entwicklung, die Deutschland durchmachen wird, wenn nicht Einhalt und zwar *grundsätzlich* geboten wird. Aus diesen Gesichtspunkten heraus ist es verständlich, wenn der Unmut darüber, daß das Reichstagszentrum der Weimarer Verfassung zugestimmt hat, immer noch nicht stirbt. Die Augenblickserwägungen siegten über die grundsätzlichen Bedenken, die zweifellos auch bei den zustimmenden Katholiken nicht in Vergessenheit geraten waren.

Aus dem föderalistischen Gedanken, den die bayerische Volkspartei in scharf ausgesprochener Weise vertritt, Separationsbestrebungen vom Reich herzuleiten, ist Unsinn, der höchstens zu einer unwahren Agitation brauchbar ist. Aber jedem ruhigen Beobachter ist es klar, daß augenblicklich der Reichsgedanke im Volk sehr starken Widerhall findet, um so schärferen Widerspruch und steigendes Mißtrauen aber die zentralistische Reichsspitze in Berlin. Es liegt gesunder, wahrhaftiger Sinn in dieser durchgreifenden Volkserkenntnis, der aber von Berlin aus keine Rechnung getragen werden kann, weil die sozialistische Idee auf Zentralismus und Unitarismus gebieterisch hindrängt, weil jede Konzession in dieser Richtung Rückschritt auf dem sozialistischen Zukunftsweg bedeutet. Ueberall im Reich macht sich das Unbehagen mit der Berlinerei in steigendem Maß bemerkbar; man vergißt aber, daß im Berliner System der moderne Sozialismus verkörpert ist. Unverständlich in diesem Zusammenhang ist die *Haltung Württembergs und Badens*, die zwar über den Berliner Zentralismus lebhafte Klage führen, aber jede diesem Unitarismus entgegenstehende selbständige Regung Bayerns eifersüchtig bekämpfen.

Wir wollen nicht die Auflösung des Deutschen Reiches, wohl aber ein anders geartetes Deutsches Reich, frei vom sozialistischen Zentralismus, der mittels einer mechanistischen Demokratie Kultur und Volkswirtschaft uniformiert und jede selbständige Lebensäußerung der „Länder“ totschlägt. Gegen den unsittlichen Barbarismus der Zentralwirtschaft wehren wir uns in Bayern. Und dafür sollten uns die nichtsozialistischen Kreise in ganz Deutschland Dank wissen. Wenn wir mittels der Einwohnerwehren uns die gewaltsame Betätigung des konsequenten Marxismus, den Bolschewismus, vom Hals halten wollen, so ist das eine Selbstverständlichkeit, um so mehr als uns das Reich nicht zu schützen vermag. Und wenn wir unsere uralte Eigenkultur nicht dem roten Berliner Zentralismus zu

opfern gesonnen sind, dann mag uns der schelten, der keine Ahnung vom wahren Wesen des Sozialismus hat. Das ist ja eben der Fluch, der unserer armseligen Zeit anhaftet wie dem Verbrecher das böse Gewissen, daß wir auf allen Gebieten von der Hand in den Mund leben. Die bürgerliche Gesellschaft ist in die Defensive gedrängt und erschöpft im allgemeinen ihre Tätigkeit in der negativen Arbeit, indem sie sich darauf beschränkt, die Angriffe auf ihren Bestand einfach abzuwehren, von den größeren Uebeln das kleinere zu wählen. Daher das ewige Kompromisseln, das schwächliche Aufgeben einer Position um die andere. Und schließlich ist man froh, sagen zu können, es wäre ohne unsern Protest und unser Nachgeben noch schlimmer geworden. Die deutsche Politik steht unter dem Zeichen der Proletarisierung. Nicht als ob sie von Proletariern im gewöhnlichen Sinn des Wortes gemacht würde, aber sie hat keine weitausschauenden Grundsätze und Ziele. Gerade in der gegenwärtigen Zeit des Uebergangs zu einem neuen Zeitalter dürfen in der roten Sintflut die großen Ideen, die Deutschland einst mächtig und glücklich gemacht, unserem Volk nicht verloren gehen. Sie müssen die Grundlage bleiben für den wirtschaftlichen, um so mehr aber den religiös-sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes und Reiches.

Es muß in Deutschland wenigstens einen Staat geben, der den Rummel nicht mitmacht, der mächtig genug und fähig ist, die staatsbildenden und staatserhaltenden Ideen festzuhalten auf den Tag, an dem der sozialistische Wahn zerronnen ist. Es muß im Deutschen Reich ein Land sein, das die Kulturgüter des deutschen Volkes hinüberrettet in eine bessere Zeit, das damit die Grundlage schafft für den Wiederaufbau. Nur das Christentum vermag uns zu retten, nicht ein verschwommenes, verwaschenes, das sich jeder selbst zusammenzimmert nach eigenem Gutdünken.

Ein sittlich noch immer starkes, ein immer noch praktisch christliches Volk muß hier vorgehen trotz der unitaristischen Fesseln der Weimarer Verfassung. Man darf Bayern nicht nach der literarischen Oberschicht, die nach außen das Gepräge gibt, beurteilen. Man muß ins Volk selber gehen, um die ungeheure wirkende Kraft des katholischen Glaubens zu spüren, trotz aller Verhetzung, die unablässig auf dies Volk niederprasselt. In sehr großen, in ausschlaggebenden Teilen Norddeutschlands (namentlich in nichtkatholischen) ist die religiöse Zersetzung so weit fortgeschritten, daß kein Boden mehr besteht für den Wiederaufbau. Naturnotwendig, nach inneren Gesetzen, muß dort die Unruhe anhalten, selbst wenn die Magenfrage einmal erledigt ist. Der Sozialismus ist in erster Linie **Weltanschauung**, erst in zweiter sozialer Kampf. Die Ideen gehen ihren Weg. Sie gehen ihn konsequent.

Der katholische Volksteil ist beiseite gestanden, hat den Weg nicht mitgemacht. Der konservative Protestantismus, der heute noch den übernatürlichen Charakter des Christentums anerkennt, ist zurückgeblieben, als die rationalistische Richtung der „Reformation" ihre Straße zu bauen begann und immer weitere Kreise in den Bann zog. Warum sollen nicht Katholiken und offenbarungsgläubige Protestanten in Bayern zusammenstehen, um für die kommende Zeit Deutschland zu retten, was zu retten ist; denn wir betonen noch einmal: Nur die kulturzusammenfassende, konzentrische Macht des Christentums kann Deutschland retten vor der Anarchie in jeder Beziehung.

Weil Bayern die **aufbauenden Qualitäten** in der großen Masse seiner Bevölkerung besitzt, muß es Staat bleiben. Sobald es Provinz ist, verliert es alle Macht, aufbauend zu wirken. Es verschwindet in der Masse, kann seine Fähigkeiten nach den Grundsätzen der „Demokratie" nicht mehr geltend machen, weil die Zahlenmechanik ihre nivellierende Sprache spricht. Was will die bayerische Regierung dem Berliner Zentralismus gegenüber ausrichten, wie will die kompakte Masse der bayerisch-konservativen Kultur ihr Gewicht in die Wagschale werfen, wenn der Landtag nur Dekoration ist und die Handvoll bayerischer Reichstagsabgeordneter die einzige Repräsentanz des bayerischen Volkes bedeutet?

Bayerische Politik muß nach großen Gesichtspunkten gemacht werden heute mehr denn je. Die Zukunft wartet auf uns. Eine neue Zeit bricht unweigerlich an. Sie wird nicht das Zeitalter des Sozialismus sein; denn der ist Schlußerscheinung der sogenannten „neuen Zeit", unter der wir die verflossenen vier Jahrhunderte verstehen. Die neueste Zeit wird jene Völker hochbringen, die das gesunde Neue aufnehmen und organisch verwerten können in den alten Kulturwerten der Menschheit. Hier bahnbrechend zu wirken in Weisheit und Kraft, in unnachgiebiger Zähigkeit, ist Sache der bayerischen Politik.

Nationalbolschewismus.

Von Graf Theodor Montgelas, München.

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, so dachten im November 1918 viele der Betörten, welche glaubten, durch eine gewaltsame Umwälzung der deutschen Verfassungen dem Vaterlande einen guten Frieden zu bringen. Reumütig schlagen wohl heute manche im stillen Kämmerlein an die Brust, wenn sie sehen und fühlen, was sie taten, als sie das Vaterland wehrlos machten. Aehnliche Gedanken mutatis mutandis scheinen diejenigen zu bewegen, welche in ihrem gewiß begreiflichen Haß gegen unsere Feinde von der notwendigen Verbrüderung mit Rußland sprechen und hiebei in manchen leider oft leichtgläubigen Mitbürgern die Hoffnung auf dasselbe erwecken, was die Revolution versprach aber nicht einbrachte: Freiheit, Arbeit und Brot.

Wenn die Nachricht sich bewahrheiten sollte, daß neuerdings auch in Offizierskreisen der Gedanke Platz gegriffen hat, daß nur eine Verbindung mit dem bolschewistischen Rußland uns die Möglichkeit gebe, Vergeltung zu üben für all die Schmach und Erniedrigung, die wir seit jenen unglücklichen Novembertagen erdulden müssen, so scheinen mir abermals betörte Toren neues Unheil über unser unglückliches Vaterland bringen zu wollen. Sie träumen vom Nationalbolschewismus und meinen, ein Bolschewismus deutscher Marke werde nicht so schlimm sein. Die früheren Offiziere fühlen sich mit Recht schwer gekränkt; denn selten in der Weltgeschichte hat ein Volk einem Stande, der mehr als vier Jahre das Vaterland verteidigte und mit seinem Blute den Feind vom deutschen Boden fernhielt, nicht nur in den Stürmen der Revolution sondern auch in der ruhigeren Zeit parlamentarischer Arbeit unter der Aegide des Herrn Erzberger so schweres Unrecht getan. Wenngleich zugegeben werden kann, daß unter den zahlreichen, meist nicht dem alten aktiven Offiziers-Korps angehörigen Offizieren des mobilen Heeres einzelne Persönlichkeiten waren, gegen die vielleicht manche Klagen der Untergegebenen gerechtfertigt waren, und zugestanden werden muß, daß nicht immer und überall in der alten Armee wahre Tüchtigkeit und Charakter mehr galt als die Gunst dieses oder jenes Vorgesetzten, so scheint es doch über die Maßen ungerecht, der Gesamtheit entgelten zu lassen, was einzelne gefehlt haben mögen. Diese schwere Kränkung, welche dem Gesamt-Offiziersstande angetan worden ist im Zusammenhang mit der Schwierigkeit einer neuen Berufswahl, erklärt vielleicht, daß Ideologen, die in sich strategisches Talent verspüren, sich gerne in der Rolle manches jungen Armeeführers der russischen roten Armee sähen und manche meinen, ein frischer Krieg sei besser als der faule Friede, seien auch die äußeren und inneren Bundesgenossen die bisher erbittertsten Feinde gewesen.

Ein **rein außenpolitisches Bündnis** mit den Moskauer Machthabern ist aber weder nach dem Gedankengange des deutschen noch auch des russischen Arbeiters möglich. Schon kündet Lenin die Einleitung einer **neuen Periode der Weltgeschichte** an. Trotzkis Versprechen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, wird ebenso Lüge bleiben wie das Versprechen, die deutsche Grenze zu respektieren. Es wäre auch nicht zu verstehen, daß die russischen Bolschewisten seit den unseligen Tagen des Gesandten Joffe, bei welchem der kaiserliche Staatssekretär des Auswärtigen mit roter Nelke im Knopfloch diniert haben soll, Milliarden roter Rubel den deutschen Revolutionären zugesandt hätten, wenn nicht der Gedanke des Weltumsturzes in den Köpfen einiger russischer Ideologen sich festgesetzt hätte, denen ein Stab von Verbrechern willig Gefolgschaft leistet, um im Trüben zu fischen. Wie kann man glauben, daß die Arbeiterklasse, wenn man ihr alle bestimmende und ausführende Gewalt verschafft hat, ein Staatswesen aufbauen würde, in welchem der Grundsatz gelten wird: Gleiches Recht für alle?

Die Herrschaft der Arbeiterklasse über das Bürgertum ist und bleibt das Endziel jener Elemente, welche mit Sowjet-Rußland zusammen kämpfen wollen. Sie gebärden sich als Vertreter der Gesamtarbeiterschaft; aber zahlreiche Arbeiter des Geistes, der Landwirtschaft, viele Handwerker und Geschäftsleute des Mittelstandes, ältere und christliche Arbeiter sehnen sich nach Ruhe. Der bayerische Bauer hat nicht das Bedürfnis nach Landaufteilung, aber er hält fest an seiner ererbten Scholle und lehnt den Gedanken ab, daß sein Grund und Boden jetzt Kriegsschauplatz werde, um das Abenteuerbedürfnis moderner Kondottiere zu befriedigen, derselbe Grund und Boden,

von dessen Fluren den Feind ferngehalten zu haben das Verdienst der Bauernsöhne ist, deren Tod die Gemeinde-Erinnerungstafel kündet.

Die große arbeitende Masse soll nach dem Programm des Spartakus-Bundes das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leben und in bewußter freier Selbstbestimmung lenken. So lautet die Botschaft, aber die Tat besteht darin, daß die Führer sich und ihrem weiblichen Anhang ein Leben „in Schönheit und Würde“ auf Kosten der Verführten zu verschaffen suchen. Sie bekämpfen den Kapitalismus, jedoch mit der Klausel, daß er für ihre Person in verschärfter Form wieder eingeführt wird, nachdem sie unsägliche Grausamkeiten und Verbrechen verübt haben. Wenn nur die Hälfte aller Taten wahr ist, die aus der Tätigkeit der roten russischen Armee und ihrer mit chinesischen Banden entsandten Kommissare bekannt wurden, dann erscheint es unfaßlich, daß gebildete Menschen den Gedanken fassen können, mit Sowjet-Rußland ein Bündnis einzugehen und somit den Untergang des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen Kultur zu beschleunigen.

Also Hände weg vom Nationalbolschewismus! Solange Bolschewisten in Rußland regieren, sei die Parole gegen die Entente:

nulla salus bello; pacem te poscimus omnes.

Kultur und Zivilisation.[1]

Von Gustav Stezenbach, Freiburg i. Br.

„Kultur“ ist ein Wort, das in den letzten Jahren so viel im Munde geführt wird, vom Unterlehrer und Handlungsgehilfen bis hinauf zum Universitätsprofessor, Kultusminister und Kommerzienrat, so daß man meinen sollte, es habe nie mehr Kultur gegeben, denn gerade heute. Aber sie verwechseln dabei „Kultur“ mit „Zivilisation“, der sogenannten technischen äußerlichen Kultur, zu der unsere frühere körperliche und geistige Kultur, unsere wirkliche Kultur, allmählich erstarrt ist. Das ist aber nicht bloß bei uns Deutschen der Fall. Es ist eine Erscheinung, die allen Nationen gemeinsam ist. Sie wächst im Verhältnis zu der Industrialisierung der Völker und hat ihren Ausgangspunkt von den Großstädten. **Je mehr Großstädte, desto rapider der Rückgang der völkischen Kultur.** Die moderne Industrie ist geradezu der Todfeind der Kultur, denn diese, die ein bodenständiges, konservatives und völkisch eigenartiges Element ist, steht der Industrialisierung mit ihrer rein materialistischen, mammonistischen, nivellierenden Tendenz hemmend im Wege. Für die „Zivilisation“ ist es im Grunde gleichgültig, ob die Maschinen, die beispielsweise in Brasilien eingeführt werden, in England oder Deutschland hergestellt sind. Man kann dieselbe Konstruktion in jedem Lande herstellen. Die Industrie bringt dieselben Formen und Muster in Kapstadt wie in Edinburg, in San Franzisko wie in Konstantinopel auf den Markt. Sie ist international in ihrem Stil, wenn man bei ihr überhaupt von Stil reden kann. Sie nivelliert den Stil und ändert ihn jedes Jahr nicht nur in der Bekleidungs-„Branche“, sondern überall. Sie erzeugt deshalb die „Mode“. Sie uniformiert alles, und wenn es nach ihr ginge, so hätten wir nicht bloß eine einheitlich regierte internationale Weltrepublik, sondern auch eine Einheitssprache, Einheitsschule, Einheitskunst usw. Denn das Merkwürdige an den Wirkungen der Industrialisierung ist eben, daß sie die geistigen Gebiete mit ihrem mechanisierenden Wesen zu erfassen sucht, während sie innerhalb der eigentlichen industriellen und merkantilistischen Wirkungssphäre eine ständige Unruhe und einen steten Wechsel begünstigt, um stets neue Bedürfnisse hervorzurufen und neue Güter zu erzeugen, d. h. an den Mann bringen zu können. Wir können im Zeitalter der Zivilisation und Industrie in Punta Arenas dieselben Operetten hören wie in Berlin, dieselben kurzen Röcke der „Damenmode“ sehen wie in Paris. Das ist die **Kultur der Industrie.**

Die **wahre und wirkliche Kultur ist einheitlich** nur in bezug auf den **metaphysischen Gedanken.** Im übrigen ist sie völkisch eigenartig, d. h. national und darüber hinaus religiös. Nur eine Kultur, deren höchste Ziele im Religiösen gipfeln, wird wirklich schöpferisch, künstlerisch gestalten. Die äußere, materialistische Zivilisationskultur gestaltet nicht, sie produziert und fabriziert, sie ist selbst ein Produkt des Händlergeistes. „Kultur“ kommt von „Kultus“. Der Begriff hängt zusammen mit dem des Landbaues, ein deutlicher Hinweis darauf, daß nur im bodenständigen Geist der Scholle die Wurzeln der Kultur eines Volkes zu suchen sind. „Kultus“ bedeutet aber auch Verehrung, die Kultur eines Volkes äußert sich also in dem, **was** es als Ideal verehrt, **wie** es das Ideal verehrt, wie es dasselbe verherrlicht und in dem, was es fördert und pflegt in seinen künstlerischen Formen. Die Kultur bezieht sich sowohl auf die Pflege der religiösen als auch der politischen Ideale. Die Kultur erfordert die Einheitlichkeit seines Volkes in seinen Idealen. Diese Einheitlichkeit entspringt der Solidarität der Volksgenossen, sie ist nicht mechanisch, sondern geistig. Die mechanische Gleichmacherei der industriellen Zivilisation entspringt nicht der Solidarität, sondern dem „Interesse“, nämlich der **Selbstsucht** des Individualismus. Der **Solidarismus** drängt zur Einheit von innen heraus im Fühlen und Denken, der **Individualismus**, der aus dem religiösen und moralischen Subjektivismus herausgewachsen ist, treibt zur Gleichmacherei von außen. Es ist seltsam, daß beide Strömungen auf verschiedenen Wegen demselben Ziele zustreben: Dieses Ziel ist die geistige Einheit des Volkes und im erweiterten Sinne der Menschheit.

Die Zahl der Völker, welche noch ein selbständiges kulturelles Leben führen, wird immer geringer. In Europa besaßen bis in die letzte Zeit nur noch Rußland und allenfalls Spanien, Ungarn, ferner die Balkanvölker eine ausgeprägte nationale Kultur. In Deutschland etwa noch Oberbayern und Tirol. Doch war auch diese schon von der Zivilisation durchlöchert. In den übrigen Staaten war die Volksseele längst in einer Weise zerklüftet und zerspalten, daß von einem gemeinsamen Kulturideal nirgendsmehr die Rede sein konnte, in England und Deutschland so wenig wie in Italien und Frankreich. In Nordamerika bestand ein solches überhaupt nie. Dort gibt es wohl Reste einer Kultur, aber die stammen von den Indianern. Nordamerika selbst ist der ausgesprochenste Zivilisationsstaat. Die europäischen Länder und Völker weisen noch Reste ihrer Kultur auf, besonders ihrer weltlichen Kultur in Formen, Volksgebräuchen, Spielen, Liedern, Trachten usw. Doch dem alten politischen Kulturideal stehen in allen europäischen Ländern weite Volkskreise verständnislos gegenüber, besonders die der Sozialdemokratie, jener aus dem kapitalistischen Egoismus der Industrie herausgeborenen Arbeitnehmerbewegung.

In Asien erblicken wir noch Völker mit ausgesprochener kultureller Eigenart, besonders China, während Japan schon von der äußerlichen Zivilisation angefressen ist und sofern es nicht versteht, seine völkische Kultur mit christlichem Geist zu erfüllen und dem Industrialismus zu entsagen, mit Riesenschritten der Revolution entgegentreibt.

Die europäischen Völker können ihre Kultur nur fortentwickeln, wenn sie dort wieder anknüpfen, wo der Kulturbruch stattfand. Der religiöse Kulturbruch begann mit der Reformation, der den zum Protestantismus übergetretenen Volksteil kulturell unfruchtbar machte. Der Protestantismus erzeugte keinen Baustil, keinen Malereistil, keinen Skulptur-, keinen Musikstil — Bach und Händel komponierten Messen, Baukunst und Malerei hielten an den katholischen Stilformen fest. Der Katholizismus schuf den Barockstil (den sog. Jesuitenstil), den Rokokostil auch in der kirchlichen Kunst (Malerei, Musik, Skulptur und Baukunst). Die Kunst ist der Gipfel der Kultur. Sie erzeugt Schönheitswerte zur Verherrlichung des religiösen Ideals, aber auch zur Verherrlichung des nationalen Symbols. Und dieses Symbol war bis zum Ausbruch der französischen Revolution das Königtum, das in seinen vielerlei Gestalten weltliche Kunst hervorrief. Denn das freischaffende Königtum war auch in seinen moralischen schlechtesten Vertretern schöpferisch tätig. Es gibt einen Stil Louis XIV., XV., XVI., aber keinen der Republik. Es konnte ein Mäzenatentum ausüben, das der nachrevolutionären Monarchie unmöglich war, da es darin durch die Parlamente meist beschränkt wurde. Napoleon I. (Empire) und die Wittelsbacher vor 1848 machten darin eine Ausnahme. Doch war auch ihr Stil nicht organische Fortbildung, sondern schon archaisierend.

Heute hat die **Demokratie**, welche das heroische, halbmystische Staatssymbol des Königtums zuerst verwässert, mit materialistischem Geiste unterhöhlt und dann fast überall beseitigt hat, den Staat zur nüchternen, wirtschaftlichen Nützlichkeits-

---

[1] Anmerkung: Der Verfasser dieses Aufsatzes hat, ohne Tönnies Theorie vom Unterschied zwischen Kultur und Zivilisation und ihrem organischen Nacheinander zu kennen, und ehe O. Spengler mit derselben Anschauung an die Oeffentlichkeit trat, die gleiche Ansicht schon 1916 in der „A. Postztg.“ vertreten.

einrichtung, d. h. zur Maschine gemacht und ihm mit dem in seinen repräsentativen und anderen Lebensäußerungen künstlerischen Stil aufweisenden Königtum jegliche Schönheit und Poesie genommen. Der letzte Rest von Aeußerung eines organischen staatlichen Volkslebens wurde damit beseitigt. An seine Stelle trat die potenzierte Wahlbetätigung, die neben dem Steuerzahlen und der Versammlungs- und Pressefreiheit heute, abgesehen von Polizei und Gericht, die einzige „Freude" des Bürgers ist, die er an seinem Staatsleben erlebt und genießt. Das sind aber keine kulturellen Berührungspunkte mit der Volksgemeinschaft. Kulturell muß ein solches Staatswesen natürlich unproduktiv sein, wenn auch der einzelne innerhalb desselben noch sporadisch Kulturgüter schaffen kann. Wo ist z. B. der Kulturstil der französischen Republik seit 1871? Die Demokratie und Republik hat keinen solchen geschaffen und trachtet überall den noch von früher vorhandenen durch Zerstörung jeder Erinnerung an die Vergangenheit zu zerstören. Richard v. Kralik nennt diese Kultur des nüchternen Materialismus eine „Philisterkultur" im Gegensatz zur „Gralskultur" des deutschen Idealismus. Nun gibt es auch Idealisten der Demokratie und des Republikanismus, die ernstlich glauben, deutscher Kultur zu dienen, indem sie ihren Idealismus in den Dienst einer materialistisch gerichteten Institution stellen. Das heißt man Pegasus mit einer Kuh in ein Joch spannen. Diese Idealisten werden scheitern, weil sie das Schwergewicht der materialistisch gerichteten Institution herunterziehen wird. Die moderne Demokratie ist der bewußte, gewollte achristliche, areligiöse Laienstaat. So wollen ihn seine geistigen Väter und dahin gravitiert er, soweit er noch nicht ganz am Ziele ist.

Ein religiös gerichtetes Staatswesen, aufgebaut auf einer areligiösen Theorie, kann natürlich keine Kulturformen erzeugen, selbst dann nicht, wenn in einem solchen Staatswesen zeitweilig religiös gesinnte Persönlichkeiten die Regierung in Händen haben, wie dies z. B. neuerdings von Kolumbien und auch von Brasilien gerühmt wird. Auch sie unterliegen der „Philisterkultur" im Gegensatz zur „Gralskultur". Die Gralskultur ist eo ipso romantisch-religiös und national zugleich, die „Philisterkultur" ist nur neutral und zivilisatorisch.

Wenn also die wahre Kultur, die Gralskultur, aufgebaut auf dem christlichen Ideal, in Kirche und Staat wieder erstehen soll, organisch aufgebaut auf Familie, Volk, Kirche, Königtum (Thron und Altar), Geschichte und Tradition, dann bedarf es der völligen Erneuerung der Geister, es bedarf der Wiederherstellung des gemeinsamen christlichen Kulturideals bei allen Nationen und ihre Vereinigung in dem Glauben, der allein der Hort der Tradition und der Urquell aller Schönheit und Poesie ist, in der weltumspannenden katholischen Kirche.

Aus der Reichsschulkonferenz.

Von Univ.-Prof. Dr. Göttler, München.

(3. Fortsetzung.)

Wenden wir uns den Verhandlungen über die Innenseite der Schule zu und sehen wir, was man von dieser als paragraphierungsfähig und -bedürftig erachtete. Es gehören hierher vor allem die Themen: Arbeitsschule und Staatsbürgerkunde, dann Kunsterziehung, Schule und Heimat.

Arbeitsunterricht sagte man auf der Reichsschulkonferenz im Anschluß an die Reichsverfassung (Art. 148 A. 3), nicht mehr Arbeitsschule. Es war die Hauptfrage: Arbeit als Unterrichtsprinzip oder als Unterrichtsfach im höchsten Grade präjudiziert dadurch, daß die Verfassung a. a. O. sagt, daß neben Staatsbürgerkunde Arbeitsunterricht Lehrfach der Schulen (nicht bloß der Volksschule) sein müsse. Das Thema wurde von drei Referenten (Prof. Dr. Kühnel, Seminaroberlehrer in Leipzig, Universitätsprofessor Dr. Natorp in Marburg und Privatdozent Dr. Seidel an der Technischen Hochschule in Zürich) in gedruckten Referaten, dann am Samstag nachmittag und Sonntag in der Generaldebatte in arbeitsunterricht-begeistertem Sinne schon ausgiebig behandelt. Der Ausschuß V war in seiner großen Mehrheit von ebenso optimistischen Anhängern der Idee zusammengesetzt. Er lieferte eine begeisterte Abhandlung, die höchstens in ihren letzten Sätzen Unterlagen für Paragraphierung in einem Schulgesetz bieten kann.

„Die Möglichkeit des Bestandes einer Volkseinheit hängt ab von der festen Begründung der Arbeitsfreude in allen Volksschichten. Dies hat zur Voraussetzung, daß wieder sich die Arbeit zum Geist, der Geist zur Arbeit findet. Das aber erwächst nur aus der Unmittelbarkeit des Zusammenarbeitens in unmittelbarer Gemeinschaft. Darum muß Arbeit, und zwar die am sinnlichen Stoffe geübte Arbeit, Grundlage der Erziehung sein. Und auf allen Stufen muß die Erziehung zu ihr lebendig erhalten werden. Sie müßte sein der Nährboden der Volksschule als der Schule zum Volke, der Einheitsschule als der Schule zur Einheit."

So das Leitmotiv! Wer bisher sich als Anhänger des Arbeitsschulgedankens gefühlt hat, wie Schreiber dieser Zeilen, der überlegt es sich angesichts dieser geschwollenen Worte, dieser Uebertreibungen, sich fernerhin als solchen zu bekennen. Gewiß Arbeit, aber nicht nur das und nicht zuerst in der Schule; gewiß auch Arbeit am sinnlichen Stoffe als eine der Grundlagen der Bildung, aber deshalb noch lange nicht Werkunterricht in allen, also auch allen höheren Schulen. Gewiß auch Gemeinschaftsarbeit, aber vor allem in der natürlichen Gemeinschaft, in der Familie. Aber neben der Gemeinschaftsarbeit auch die Einzelnarbeit als die Grundlage eines selbstständigen und selbstsichereren Menschen. Es war unerläßlich, daß gegen solche Uebertreibungen Einspruch erhoben wurde, sowohl in der Generaldebatte, wie dann nochmals am Schlusse im Anschluß an den Bericht über die Ausschußverhandlungen, erhoben auch von seiten der Vertretung der katholischen Weltanschauung. Es wurde hierbei u. a. erklärt, daß uns Grundlage aller Erziehung nach wie vor die christliche Religion sei, daß sie vor allem den Geist zur bis dahin verachteteten Arbeit gebracht habe, und daß sie auch für die Zukunft unerläßlich sei, um der Arbeit den Geist zu erhalten. Die Arbeitsschule als Unterrichtsprinzip (Lehrgrundsatz und auch im Sinne von Arbeitsgemeinschaft) kam in den folgenden Leitsätzen zu ihrem Recht, freilich auch wieder ohne die gebotene Einschränkung. Aber der Werkunterricht, sowohl als den Unterricht begleitende Klassenzimmerarbeit wie als Werkstattunterricht, wird für alle Schulen der beiden Geschlechter gefordert, nach der Unterstufe als selbständiges Fach, dessen Inhalt freilich „in sachlichem Zusammenhang mit dem übrigen Unterricht bleiben" soll. In einem einzigen, erst nach der Mitte auftauchendem Satze geschieht auch der außerschulischen Arbeit Erwähnung: „Neben die Arbeit des Kindes im Hause und in der Schule soll eine erziehliche soziale Kinderarbeit für Knaben und Mädchen treten." Es folgen die Forderungen bezüglich Schulausstattung (wie Schulwerkstatt und Schulküche), bezüglich Lehrerbildung, Fortbildung und Beratung der schon im Amte stehenden Lehrer (durch eigene Beratungsstellen!), Einrichtung von Versuchsschulen und Untersuchung der Ergebnisse, Sammlung und Verarbeitung derselben in einer einzurichtenden Reichsstelle (!)

Schon dieser Ausschuß hatte als Arten der Werktätigkeit in der Schule (!) neben den schon bekannten Formen der Handbetätigung, neben Papp-, Holz- und Metallarbeiten, neben Nadel-, Koch- und Hauswirtschaftsarbeit, Säuglings- und Kleinkinderpflege — auch letzteres nach glaubwürdiger Versicherung des Berichterstatters für alle Schulen und beide Geschlechter — auch Garten- und Feldarbeit genannt. Das genügt für Gurlitt und andere Freunde „neuer Erziehung" nicht; sie taten sich zu einem Ausschuß für Schulfarmen zusammen und gaben als Unterabteilung des 5. Ausschusses eigene Leitsätze heraus. Zunächst als eine Versuchsschule für Arbeitsunterricht soll die Schulfarm in allen Großstädten eingerichtet werden, sei es als Sonderschule, sei es in Verbindung mit bestehenden Schulkörpern. Sie verfolgt als „Neubau einer Arbeits- und Lebensgemeinschaft" die Aufgabe, die gesamten körperlichen und geistigen Kräfte an der Arbeit des ihr zugewiesenen Bodens (des an der Peripherie unserer Großstädte brachliegenden Bauterrain-Spekulationsgrundes) und der daraus erforderlichen Handwerksgemeinschaft einzustellen und zu schulen." „Lehrer und Lernende sollen Aufbauer-Schöpfer eines neuen sozialen Verhältnisses der Menschen untereinander werden."

„Die Farm wird gleichsam die engere Heimat der Farmschüler, auf die Lehrer und Schüler, Lehrerinnen und Schülerinnen in gemeinsamer Arbeit ihre körperliche und geistige Kraft richten." „Die Kinder nehmen grundsätzlich die Mahlzeiten in der Farm ein". „Die Schulfarm erarbeitet sich möglichst alles das selbst, was sie zu ihrem Betrieb nötig hat." „Der Ertrag der gärtnerischen und sonstigen Arbeit darf nur zugunsten der Farm verwendet werden" usw.

Mag sein, daß die Großstädte noch zu ähnlichen Maßnahmen schreiten müssen, aber aus anderen als pädagogischen Erwägungen. Kleinstadt und Land mögen sorgen, daß ihre Jugend recht bald wieder rüstige Arbeit für ihre Eltern und anderen

Erwachsenen leisten und besonders bei den Halbwüchsigen zu sehen bekomme und vor lauter Schule noch Zeit finde, sich daran nach ihren Kräften zu beteiligen. Ich rate den Volksvertretern gegenüber solchen und ähnlichen Robinsonaden zu appellieren an Art. 119 der Reichsverfassung: „Die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden."

Der Ausschuß VI für Staatsbürgerkunde hatte sich nach der ganzen Aufgabenstellung nur mit staatsbürgerlicher Belehrung zu befassen. Es darf ihm also nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß er auf die ebenso notwendigen Maßnahmen staatsbürgerlicher Erziehung vergessen habe. Die hauptsächlichste Streitfrage dieses Betreffs: ob eigenes Fach oder immanente Behandlung in anderen Fächern (besonders Geschichte), wird m. E. zutreffend dahin gelöst, daß eine planvolle Verteilung der staatskundlichen Teilwissensgebiete auf die einzelnen Fächer und Klassenstufen die Grundlage, Staatsbürgerkunde als gesondertes Fach in normal zwei Stunden den Abschluß bilden soll; ob auch schon in der letzten Klasse der Volksschule, wenn noch Fortbildungsschule folgt, ist mir zweifelhaft. Als Lehrstoff wird bezeichnet „Grundtatsachen und Grundgedanken der Verfassung, der Wirtschaft, der Verwaltung — im steten Hinblick auf die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers". Fünf Sätze beschäftigen sich dann mit Anforderungen bezüglich der Bildung und Prüfung der Lehrer, und zwar für Klassenlehrer und für soche besondere facultas in Staatsbürgerkunde.

Mit derartigen Forderungen werden (nach kurzer Zielbestimmung) eröffnet die Leitsätze des Ausschusses VII für Kunsterziehung. Gedacht ist bei diesem Worte ebenso an Wort- und Tonkunst wie an bildende Kunst und „Körperkultur". Eigener Unterricht wird vom dritten Schuljahr an nur für Kunstfächer gefordert, zur Einführung in Werke der Kunst ist solcher nicht vorzusehen. Im übrigen wird für die Fachlehrer und für die besonders begabten Schüler nur Gleichberechtigung der Kunstfächer mit den Wissensfächern gefordert.

Der Ausschuß für „Schule und Heimat" forderte „aus kulturellen, pädagogischen und sozialen Gründen neben der Einstellung allen Unterrichtes auf das heimatkundliche Prinzip, und nach dem heimatkundlichen Gesamtunterricht in den ersten zwei bis drei Schuljahren auch noch heimatlichen Fachunterricht in mindestens sechs Wochenstunden. Für die richtige Interpretation dieser kaum faßlichen Forderung muß ich auf den Druckbericht verweisen. Eine Ahnung von dem, was so viel Zeit für sich in Anspruch nehmen möchte, gibt der dritte Leitsatz über „Heimatschultechnik"; als zu ihr gehörig werden erwähnt: Unterricht im Freien, Schulgärten und Gartenschulunterricht, Wanderunterricht, Besichtigungen; Heimatbuch und Heimatkarte, Heimatbilder (als Anschauungs- und Schmuckbild), Modelle, Lichtbild und Film gehören dazu. „Die künftigen Lehr- und Lernbücher sind heimatlich zu gestalten." „Dem Gesichtspunkt der Bodenständigkeit der Lehrer und Schulverwaltungsbeamten ist Beachtung zuzuwenden." Das hörte sich gut an auf einer Reichsschulkonferenz zur Vorbereitung eines Reichsschulgesetzes und im Zusammenhang mit den Forderungen bezüglich der Volksschullehrerbildung (auf den wenigen Universitäten oder anderen Hochschulen). Mögen sich unsere Parlamentarier dieses Gegensatzes der Forderungen erinnern und die rechte Mitte finden.

Das dritte der Hauptthemen, denen in den Plenarverhandlungen der ersten drei Tage Raum gegeben war, war die Lehrerbildung. Im subjektiven Interesse der meisten Teilnehmer stand diese Frage an erster Stelle. Eigentlich lautete das Thema „Lehrer (Lehrerinnen)". Alles, was den Lehrstand als solchen betraf, durfte hier vorgebracht werden. Es waren aber nur die Lehrerbildung und die Teilnahme der Lehrer an der Schulleitung und Schulverwaltung, die in den gedruckten Vorberichten und in den Leitsätzen für die Schlußverhandlungen berücksichtigt wurden. Von allem Anfang an waren hier fünf Berichterstatter in Aussicht genommen, ein Oberlehrer (Dr. Louis, Realgymnasialdirektor in Berlin), ein Vertreter der bisherigen Lehrerbildung (Seminardirektor Muthesius-Weimar), eine Vertreterin der höheren Mädchenschule (Oberlehrerin Pfennings-Berlin), ein Volksschullehrer (Rektor Pretzel-Berlin, 1. Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins), endlich ein Vertreter der von vielen gewünschten neuen Lehrerbildungsstätte, der Universität (Dr. Eduard Spranger, der vor kurzem von Leipzig nach Berlin berufene Vertreter der Pädagogik in der philosophischen Fakultät). Es verdient vermerkt zu werden, daß auch eine Vertretung katholischer Weltanschauung vorgesehen war; denn Fräulein Pfennings war der einberufenden Behörde als Katholikin wohlbekannt, da sie zurzeit ins preußische Kultusministerium als wissenschaftliche Hilfsarbeiterin einberufen ist. Für die Spezialberatung in den Ausschüssen wurden die beiden vorerwähnten, gewiß nicht untrennbaren Fragen geteilt und zwei verschiedenen Ausschüssen zugewiesen.

Wer die der Reichsschulkonferenz vorausgehenden Erörterungen über Lehrerbildung verfolgt hat, der weiß, daß es fast nur die Volksschullehrer sind, die, mit den bisherigen Wegen unzufrieden, einen neuen Bildungsweg fordern. Indessen war bei allen Instanzen das Problem in allen Teilfragen so gestellt, daß die Beantwortung die Volksschullehrer mit den übrigen Arten von Lehrern (Mittelschul-, Fach- und Hochschullehrern) zusammenspannte. Der Kern der Argumentation auf seiten der Betreiber der Reform war ja immer schon gewesen: Alle Lehrer bilden einen gemeinsamen einheitlichen Berufsstand. Also auch gemeinsame und möglichst gleiche Vorbildung und damit auch gleiche Rechte, gleiches Gehalt, gleiche Geltung. Der der ganzen Beratung zugrunde liegende Satz der Reichsverfassung wies die Richtung; Art. 143 Abs. 2: „Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln." Der eine der beiden Obersätze: Alle Lehrer bilden einen gemeinsamen Berufsstand, ist ja unbestreitbar richtig, ist aber auch schon immer, gerade auch auf katholischer Seite, unter Willmanns Führung betont und gepflegt worden. Pflegen sage ich, weil es sich hier um eine Gesinnung, ein Gefühl, eben das Zusammengehörigkeitsgefühl handelt. Der andere der beiden Obersätze: Alles was zum gleichen Berufsstand gehört, muß die gleiche Vorbildung haben, konnte natürlich in seiner Nacktheit nicht ausgesprochen werden, weil er zu offenkundig falsch ist. Die Vertreter der höheren Schulen und der Hochschulen haben aber sehr nachdrücklich immer wieder daraufhingewiesen, daß die Verschiedenheit der Aufgaben der verschiedenen Schulgattungen auch eine Verschiedenheit der Vorbildung bedinge. Immerhin der erste Schritt war auch hier schon durch die Reichsverfassung getan. Und so begegnete die erste Teilthese keinem besonderen Widerspruch. Alle Arten von Lehrern erhalten ihre grundlegende Vorbildung auf den zur Hochschule führenden allgemeinbildenden Schulen. Freilich war sie auch nicht ganz einschränkungslos gefaßt worden: den Vertretern des Fachschulwesens wurden ihre „künstlerischen, technischen, gewerblichen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Berufsschulen" als Wege der Vorbildung für das Lehramt zugestanden.

Die Hauptfrage: Universität oder nicht, wurde folgendermaßen entschieden: Die Berufsbildung aller Arten von Lehrern erfolgt auf einer Hochschule. Die Volksschullehrer setzten durch, daß die ihrige auf mindestens drei Jahre (die praktische Seite der Berufsbildung eingeschlossen) sich erstrecken muß. Auch für die Volksschullehrer wird neben dem allgemeinen, d. i. pädagogischen, ein fachwissenschaftliches Studium gefordert, aber ganz nach freier Wahl — ein Beweis der Notwendigkeit eines solchen Studiums. Daß ohne ein solches Wahlfach, bloß durch das Studium der pädagogischen Fächer — Psychologie, Anthropologie, systematische und historische Pädagogik — die formal schulende Kraft des Hochschulbetriebes nicht wirksam würde, ist ein kränkendes Mißtrauensvotum der Vertreter dieser Fächer.

Viel verhandelt wurde die Frage, ob eigene pädagogische Fakultäten oder die bestehend philosophischen Fakultäten bzw. allgemeinen Abteilungen an technischen Hochschulen? Weder das eine noch das andere, lautet die Antwort der Mehrheit, sondern pädagogische Institute sollen eingerichtet werden, in denen Dozenten aller Fakultäten zusammenwirken. Ausdrücklich abgelehnt, freilich mit ganz geringer Majorität, wurden eigene pädagogische Akademien ausschließlich für Volksschullehrer. Man fürchtete, die Akademien könnten nur Titelneuauflagen der alten Lehrerseminare werden und die Isolierung der Volksschullehrerbildung könnte die vor allen erstrebte Anerkennung des vollakademischen Charakters und der vollen Gleichwertigkeit beeinträchtigen. Aus diesem Grunde hatte man es ja auch sorgfältig vermieden, das sog. deutsche Gymnasium (die deutsche Ober- und Aufbauschule) im Zusammenhang mit der Lehrerbildung auch nur als beste Art der in Betracht kommenden Vorschulen zu nennen. Darum auch Ablehnung von bloß zwei Jahren. Ob drei Jahre die gewünschte Anerkennung garantieren werden? Zur Hauptfrage: Universität oder nicht, hatten die Vertreter dieser, so besonders markant Spranger und v. Harnack, wie schon lange vor der Reichsschulkonferenz, auch während derselben versichert, die Universitäten in ihren philosophischen Fakultäten seien

ihrer ganzen Entwicklung zufolge nicht geeignet, die Aufgabe zum Segen der Volksschule zu lösen; es war auch von seiten der Vertreter der Volksschule den Universitäten wie auch den von ihnen am meisten gehegten humanistischen Gymnasien gehörig am Zeuge geflickt worden. Trotzdem der Schrei nach der Universität! Auch die Lehrerinnen werden auf den gleichen Weg der Ausbildung verwiesen. Nur daß sie „für die spezifisch weiblichen Bildungsfächer in besonderen fachlichen und pädagogischen Lehrgängen" ausgebildet werden sollen, und daß „die besonderen Aufgaben der Mädchenerziehung in den Bildungsgütern wie in den pädagogischen Methoden zur vollen Geltung kommen" sollen. Wie und wo, in oder neben der Hochschule, das wurde nicht weiter erläutert. Daß es dem Ausschuß wirklich Ernst ist mit seinen Vorschlägen, das besagt Leitsatz 10: „Die bestehenden besonderen Lehrerbildungsanstalten (einschließlich der entsprechenden Einrichtungen an Oberlyzeen und dergleichen) sind vom Frühjahr 1921 an aufzuheben oder schrittweise abzubauen, doch so, daß dieser Abbau spätestens im Jahre 1927 abgeschlossen sein muß." Der Berichterstatter über die Ausschußverhandlungen sprach in bewegten Worten schon von dem Grabgeläute, das für die Lehrerseminare mit diesen Beschlüssen der Reichsschulkonferenz anhebe. Auch eine schöne Grabrede mit Hervorhebung der Verdienste hat er ihnen schon gewidmet.

Was die Durchführung dieser Forderungen für die Sache der Konfessionsschule, für die Ordensschulen, für die Ausrüstung des Volksschullehrers zur Mitwirkung am Religionsunterricht, aber auch für die allgemeine und didaktische Durchbildung bedeutet, läßt sich mit wenigen Worten nicht sagen, auch noch gar nicht in allen Einzelheiten überschauen. Auf einiges nur sei hingewiesen. Ein Antrag des Univ.-Professors Frischeisen-Köhler rät, bezüglich Organisation der Berufsbildung zunächst doch nur versuchsweise vorzugehen und die drei vorgeschlagenen Wege (päd. Institut, päd. Fakultät und eigene päd. Akademie) zuzulassen. Der Antrag fand allgemeine Zustimmung, wurde bei der Drucklegung der Leitsätze angeblich nur übersehen. Ein Antrag von katholischen Vertreterinnen des höheren Mädchenschulwesens fordert für die Vorbildung der Lehrerinnen eigene höhere Mädchenschulen als Regel und für die pädagogisch-praktische Einführung aller weiblichen Lehrkräfte besondere Einrichtungen. Er blieb in der Minderheit. Ebenso ein Antrag des kath. Lehrerverbands Deutschlands und des Vereins kath. deutscher Lehrerinnen, der in Voraussicht eines gleichen Schicksals von vornherein nur als Erklärung zu Protokoll gegeben wurde: „Sowohl die praktische Erziehertätigkeit als auch die pädagogisch-philosophischen Wissenschaften sind innerlich aufs engste mit Fragen der Weltanschauung verknüpft. Daher muß die berufliche Ausbildung der Lehrer für Bekenntnisschulen nach den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft erfolgen". Der Vordersatz wurde von Univ.-Prof. Spranger auch glatt zugegeben. Er meinte aber, es widerspreche dem Wesen der Universität, nun eigene Professuren für die Konfessionen oder Weltanschauungen einzurichten. Die Weltanschauungen müßten sich im freien Spiel der Kräfte durchsetzen. Wer die Freiheit dieses Spieles kennt, wenn ein einziger Ordinarius mit Privatdozenten oder auch mit Extraordinarien spielen darf, wenigstens nach der gegenwärtigen Verfassung der Universitäten, wo eben der Ordinarius das Fach in der Fakultät und mittelbar auch im Senat vertritt, bei den Prüfungen, bei der Zulassung und Berufung von neuen Dozenten allein oder doch entscheidend maßgibt, der wird doch auch für die Pädagogik fordern, was für Philosophie, für Geschichte an vielen deutschen Universitäten bereits vorhanden ist, nämlich sogenannte Weltanschauungsprofessuren. Das ist das Minimum, wofür unsere Volksvertreter zu kämpfen haben werden, und zwar bis aufs äußerste. Daß aber auch für eigene pädagogische Akademien sich viele und sehr triftige Gründe anführen lassen (Entlastung der Universitäten, leichtere Organisation der psychologischen und pädagogischen Praktika und besonders Einführung in die Praxis, endlich Berücksichtigung der Forderungen, welche vom Ausschuß „Schule und Heimat" aufgestellt wurden), das läßt sich hier nur eben andeuten. Ebenso, daß die „besonderen Aufgaben der Mädchenerziehung in den Bildungsgütern wie in den pädagogischen Methoden zur vollen Geltung kommen" nur in eigenen pädagogischen Hochschulen für Lehrerinnen, sei es mit, sei es ohne Anlehnung an Frauenhochschulen. Daß mit Preisgabe der bisherigen eigenen Lehrerberufsschule ein gutes Stück didaktischer Schulung (durch das Vorbild der in den unteren Seminarklassen [Präparandenschulen] wirkenden Lehrkräfte) und ein mindestens ebenso großes und wichtiges Stück pädagogischer Einstellung der ganzen Persönlichkeit verloren geht, das wird man wohl erst würdigen, wenn eine ganze Lehrergeneration dahingegangen sein wird. Kerschensteiner hat in seiner Terminologie auf letzteres Moment hingewiesen, da er in einer Erklärung zum Schlusse der Verhandlungen dieses Punktes sagte: Wenn bei der Neuordnung der Lehrerbildung nicht auch Vorsorge getroffen würde, daß der soziale Typus (dessen Wesenskern die aufopfernde Hingabe an andere ist, den neben anderen besonders auch der Lehrer- und Erzieherberuf zur Voraussetzung habe) hinreichende Pflege von Jugend auf finde, dann würden die neuen Wege uns vielleicht bessere Unterrichter, aber keine besseren Erzieher liefern als die alten. Ich möchte unsere Parlamentarier auf diese und manche andere Ausführungen des auch auf der Gegenseite noch immer Ansehen genießenden Pädagogikers aufmerksam machen.

(Schluß folgt.)

Ordensleute, wohin?

Von Pater Petrus Sinzig O. F. M., Petropolis, z. Zt. Linz a. Rh.

Die Presse berichtete dieser Tage, daß die Franziskanerprovinz Saxonia Ende Juli wieder einige Dutzend Ordensleute nach Brasilien schickt, wohin sie vor etwa 30 Jahren die ersten Missionäre sandte, deren Zahl heute einige hundert beträgt, und die zwei blühende Provinzen bilden. Auch die „Katholischen Missionen" nennen in ihrer neuesten Nummer Brasilien ein Zukunftsland, was jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse nur bestätigen kann.

Statt hier zu wiederholen, was ich in der deutschen Presse und in Vorträgen gesagt habe, weise ich nur darauf hin, daß infolge der vorbildlichen Arbeit deutscher Welt- und Ordenspriester, denen die religiöse Entwicklung Basiliens ungewöhnlich viel verdankt, auch heute noch, trotz des Krieges, in Brasilien sich dem deutschen Klerus ein großes dankbares Betätigungsfeld bietet. Dom Octaviano, Bischof von Espirito Santo, ist eigens nach Europa gereist, um sich Ordensleute zu holen. Die deutschen Provinzteile in Brasilien können auch beim besten Willen nicht alle Anerbieten von Neugründungen von Klöstern, Schulen und Wohltätigkeitsanstalten, sowie Uebernahme von Pfarreien annehmen; dazu reicht ihr Personal nicht. Die beiden Franziskanerprovinziale sind mit derartigen Bitten geradezu bestürmt worden und ähnliches können wohl alle Ordensobern berichten; nicht minder — auf ihren Gebieten — die Oberinnen weiblicher Kongregationen.

Soll ich Namen nennen und Einzelangaben machen? Man schreibe doch nur einmal beispielsweise an den Hochwst. Herrn Erzbischof von Ceará, Dom Manoel Gomes. Es wird kaum einen Bischof geben, der nicht neue Niederlassungen von Ordensgenossenschaften gerne sähe und begünstigte. Allerdings wird jede Kongregation ihr Lehrgeld zahlen müssen, wovon alle Ordenschroniken zu erzählen wissen. Das schreckt aber gewöhnlich nicht ab, vermehrt vielmehr den religiösen Eifer dort — und hier. Wahrer apostolischer Geist wird dann, experientia teste, um so schönere Früchte sehen. An manchen Orten wäre der Bischof froh, wenn er Ordensleuten bereits bestehende Krankenhäuser übertragen könnte. Die Irren- und Schwachsinnigenfürsorge liegt noch im argen und bietet dankbare Betätigungsmöglichkeiten.

In Rio de Janeiro schreit man seit Jahren nach einem großen, von Ordensleuten geleiteten Studentenheim, in dem besorgte Eltern ihre Söhne unterbringen können, und wo diese außer den Schutz vor moralischen Gefahren, gute Pflege, anheimelnde Wohnung und Nachhilfe in den Studien finden.

Eine ähnliche Anstalt kommt auch für Saõ Paulo in Frage, vielleicht auch für Recife, Bahia, Porto Alegre usw.

Landwirtschaftliche Schulen, Ausbildung und Erziehung von Handwerkern usw., sind ebenso viele weitere Felder, die dem apostolischen Eifer offenstehen.

Es wird sich meistens lohnen, einen persönlichen Einblick in die dortigen Verhältnisse zu gewinnen durch direkte Verhandlungen mit hochwürdigsten Bischöfen, Besprechungen mit deutschen Ordensleuten usw. Da werden dann auch am leichtesten die vielen Fragen erledigt nach Klima, sozialen Einrichtungen, Arbeits- und Existenzmöglichkeiten, ersten Anfängen usw.

Sollte es nicht der Mühe wert sein, der Sache nachzugehen? Wir deutsche Ordensleute in Brasilien werden uns am meisten freuen, wenn Hilfe kommt und neuer Segen sich auf das schöne Land ergießt, und damit auch wieder der alten, lieben Heimat zugute kommt.

Der Münchener Glaspalast 1920.

Die Zeit ist hart und die Verkehrsverhältnisse sind schwierig und teuer. Darum bietet die heurige Ausstellung im Glaspalaste fast ausschließlich Kunst aus dem engeren und weiteren München. Was nicht zu verwechseln ist mit Münchener Kunst. Denn sie ruft mit ihren äußeren und inneren Eigenschaften nur noch in einer Anzahl von Fällen Erinnerungen an die Bedeutung jener Kunst wach, die in ihren beiden großen Entwicklungszeiten, unter Ludwig I. und in den Jahren des neuen Aufschwunges um 1890 herum mit Art und Wesen der Münchener Bevölkerung eine für beide Teile ersprießliche Wechselbeziehung einging. Wer nicht wüßte, daß es fast alle wirklich bedeutenden Künstler auch heuer wie im Vorjahre für richtig gehalten haben, der Ausstellung fern zu bleiben, der könnte beim Anblick dieser Darbietung nur einen jähen Niedergang der Kunst Münchens vermuten. Daß dieser Schein erregt wird, ist überaus schädlich schon in der Profankunst, viel mehr aber noch in der religiösen. Weil Unkenntnis und Voreingenommenheit ihre größten Feinde sind, ist es bedauerlich, daß so viele unserer bedeutendsten christlichen Künstler der Ausstellung ferngeblieben sind. Die christliche Kunst vor allen ist imstande, auf die Dauer Neues, Lebenskräftiges zu schaffen. Was die Profankunst Neues bringt, sind meist nur Moden, „Richtungen“, denen ein letztes höchstes Ziel fehlt, interessante oder uninteressante technische Künsteleien, Ueberschätzung des Mittels gegenüber dem Zwecke, Aeußerlichkeiten, Kopien der Wirklichkeit oder auch wieder die Bevorzugung eines übernatürlichen Zweckes mit untauglichen Mitteln und unzureichendem, nachlässigem Können.

Der Expressionismus, der sich in dieser Ausstellung breit macht samt seinen Abarten, lebt von Theorien, vom Schalle von Schlagworten, berauscht sich daran und verfehlt den Zweck, um dessen willen er zu leben vorgibt. Daher sein unfruchtbares Sich-selbst-kopieren, das offenkundige Stocken seiner Entwicklung, das ihn als Mode kennzeichnet und seine baldige Ablösung durch neue Moden zur logischen Notwendigkeit macht. Die Größe einzelner, die ihn geschaffen haben, ist geschwunden oder im Abflauen begriffen. Was man uns zeigt, ist Epigonentum. Die „Neue Sezession“, bekannt als Sammelstelle weitestgehender expressionistischer Malerei, Graphik und Bildnerei, hat sich von der eigentlichen Ausstellung abgesondert in eigene Räume mit eigenem Eingang. Aristokratische Gebärden! In welchen Punkten die Leistungen der „Neuen Sezession“ sich bisher von denen der sonst in Menge vorhandenen Expressionisten unterschieden haben, dürfte schwer zu sagen sein. Diese Expressionisten gehören nur zum sehr kleinen Teile der „Münchener Künstlergenossenschaft“ samt den mit dieser gehenden Vereinigungen „Luitpoldgruppe“ und „Bund“ an, um so reichlicher der alten „Sezession“, deren Charakter durch sie durchaus geändert wird, und ebenso massenhaft und unumschränkt der juryslosen „Freien Kunstausstellung“. In der letzteren leben allerlei Arten von Kunstübungen friedlich nebeneinander, verbunden durch eine nur vereinzelt erfreulich unterbrochene Mangelhaftigkeit. Wer etwas kann, sollte sich einen anderen Kreis suchen, wie dies manche Tüchtige auch schon getan haben. Es entsteht sonst leicht der Eindruck, als wolle man sich auf billige Weise bemerkbar machen. Es ist auch bei dieser „Freien Kunstausstellung“. oder wie man vordem sagte, den „Juryfreien“, wie überall Stillstand, Rückschritt!

Durchmustert man die übrigen Säle, so liegt der Gedanke sehr nahe, bei den stärkeren Künstlerkräften Zeichen einer inneren Anteilnahme an den großen sozialen und politischen Bewegungen unserer Zeit zu suchen. Mit besonderem Interesse wird man nach Werken fahnden, die Kunde davon geben könnten, welche Kräfte die „Neue Freiheit“ anzufeuern, zu welchen großartigen Leistungen sie zu begeistern vermögen. Wer sie sucht, bemüht sich vergebens. Schon der Krieg förderte die Kunst wenig. Im ganzen wurden nur Illustrationen geschaffen. Er wirkt aber noch nach in der christlichen Kunst. Eine Fülle von Grabmälern, Kriegserinnerungszeichen in Form von Glasmalereien, Kirchenschmuck, Gedächtnistafeln, Altären und dergleichen Dingen ist entstanden und entsteht noch, zum rühmlichen Beweise, daß die christliche Kunst allein dergleichen Aufgaben in berufener Art zu lösen versteht. Sie ist auch Monumentalschöpferin auf dem Gebiete der Baukunst, woselbst sie sich jetzt gleichbefähigt an die Seite der großen Profanbauten stellt. Von dem allen zeigt die Ausstellung freilich nur sehr wenig, schöne Glasmalereien von A. Figel, Kirchenbauentwürfe von Fuchsenberger usf. Die christliche Kunst hat auch die einzige monumentale bildhauerische Leistung im heurigen Glaspalast aufzuweisen: die prachtvollen geschnitzten Evangelistenfiguren von M. Heilmaier. Die Revolution hat noch nicht einmal illustrative Kunst irgendwie nennenswert in Gang zu setzen vermocht, von verinnerlichter, etwa gar monumentaler, überhaupt nicht zu reden. Auch auf solche Art und recht augenfällig wird damit bewiesen, daß große ideale Gedanken und Anregungen ihr überhaupt fehlen, daß ein Aufstieg zu höheren geistigen Zielen von ihr nicht zu erhoffen ist. Das entspricht ja auch durchaus ihrer materialistischen Natur und den Quellen ihrer Entstehung. — So bleibt denn für die bedeutenderen Teile der Glaspalastausstellung die Feststellung einer beträchtlichen Zahl von recht tüchtigen Arbeiten, teils guter Zimmerschmuck, teils zu groß dafür. Ferner Werke von freilich sehr starken künstlerischen Eigenschaften, Früchte eindringlicher Naturbeobachtung. Vorzügliche, groß empfundene, teils naturalistische, teils stilisierte Landschaften mit interessanten Lösungen von Farben-, Licht- und Luftproblemen. Zum Teil tiefgründig erfaßte Bildnisse, wie die von L. Samberger, von F. Rhein, auch das meiste dabei von dem, was die Plastik bietet, Werke von U. Janssen, F. Liebermann und anderen. Eine Gruppe allerfeinster Radierungen voll zarter, überquellender Phantasie, von F. Staeger. Eine Sammlung älterer, verdienstvoller Tier-, Menschen- und Landschaftsmalereien von A. von Wagner. Schön geformte, technisch wertvolle, vergeistigte Kleinplastiken, so die Nationalversammlungs-Medaille von H. Wadere. — Von der Profanarchitektur sind einige Wohnhausbauten weniger interessant als das umfangreiche Modell einer recht zeitgemäßen Kleinhaus-Siedlungsanlage. — Das Kunstgewerbe bringt nicht viel, vor allem keinen Umriß der allgemeinen Bedeutung dieses Kunstzweiges in München, interessiert aber durch die Vorzüglichkeit vieler Einzelheiten: Stickereien, Gläser und Glasmalereien, Schmucksachen und anderes mehr.

Gegenstände kirchlicher Bestimmung sind in dieser Abteilung nur wenige zu finden und somit stimmt sie zu dem Gesamtbilde der Ausstellung. Mit Werken christlicher Kunst ist sie nicht ausreichend beschickt, das wenige von der Leitung mit mangelndem Interesse behandelt. Ja, die Gleichgültigkeit geht so weit, daß z. B. eine große Grablegung Christi (von Thalheimer) von zwei gröblich anstößigen Nuditäten flankiert wird, wobei diese drei Bilder auf ihrer Wand die einzigen sind! Aehnliche Verstöße finden sich leider alljährlich immer und immer wieder. Weshalb entschließt man sich nicht endlich einmal, die Werke christlichen Inhaltes in gesonderten Räumen zu vereinigen, statt sich dauernd mit dem Odium mangelnden Taktes zu belasten? Unter den Werken, diechristliche Themata behandeln, gibt es verfehlte; bei der Plastik erfreulicherweise nicht. Hier halten Werke von Negretti, V. Kraus, F. Thuma und einigen anderen auch neben den Heilmaierschen Evangelisten stand. Nicht ebenso gut steht es bei der Malerei und Graphik. Hier fehlt es nicht an Arbeiten, die dem hohen Gegenstande innerlich und äußerlich das Notwendigste schuldig bleiben. Expressionistische Auffassungen, wie bei der aller Hoheit baren, in der Schilderung fast unverkennbaren Darstellung des letzten Abendmahles von C. Schwalbach sind unbedingt abzulehnen. Entschädigung schafft eine Anzahl tüchtiger, formvollendeter, geistig vertiefter Werke. Auf der Grenze zum Genrebilde steht ein entzückend poetisches Stücklein von M. Schiestl „Wintermärchen“. Dieselbe Grenze streift seine „Verkündigung auf Greideregg“. Eine Radierung und ein Gemälde von C. Graf-Pfaff schildert den hl. Franziskus mit den Vöglein, ein jetzt sehr beliebtes Thema, das einzige, das viele bei diesen Heiligen zu interessieren scheint. Das religiöse Gebiet berührt auch der schon genannte F. Staeger in verschiedenen seiner Radierungen, auch in einer genrehaften „Rast auf der Flucht nach Aegypten“. Starke religiöse Vertiefung zeigen, bei großer künstlerischer Auffassung Gemälde von Th. Baierl, zwei Madonnenbilder von A. Rausch, eine Verkündigung von W. Orth. Biblische und kirchliche Themata behandelt in bekannter charakteristischer und gemütvoller Art Ph. Schumacher. Mosaiken kirchlicher Bestimmung zeigt M. Kurreck. Zu allen diesen Leistungen der Originalmalerei gesellt sich wie alljährlich eine Anzahl gut gelungener Kopien nach Werken alter Meister. Auch sie sollten möglichst ganz für sich bleiben, wie es früher auch der Fall war.

Inzwischen hat auch die „Neue Sezession“ eine Anzahl von Sälen des Glaspalastes mit ihrer Ausstellung angefüllt. Eine Verwandtschaft zeigt diese Darbietung mit der großen des Glaspalastes insofern, als auch bei ihr mehrere der beachtenswertesten Maler diesmal fehlen. Unter den wenigen, die trotz aller durch Auffassung und Technik gerechtfertigten Einwände bedeutenderes Interesse erwecken, ist Karl Caspar, von dem besonders zwei Sibyllen und eine „Madonna“ (die freilich weder eine solche noch eine Muttergottes ist) Erwähnung verdienen. Ferner M. Caspar-Filser mit ein paar Landschaften, die weniger interessieren, als verschieden farbig wirksame Blumenstücke; H. R. Lichtenberger, von dessen zahlreichen Werken eine Rötelzeichnung „Mutter“ als schön und ernst hervorzuheben ist; K. Albiker mit einer gut bewegten bronzenen Mädchenfigur; H. Gött mit tüchtigen Graphiken; O. Stein mit einem farbig äußerst feinen, zart empfundenen Blumenstück. Von den allermeisten übrigen zu reden, kann unterlassen werden, weil sie nicht einmal äußerlich, geschweige denn innerlich etwas bieten, was irgendeinen Fortschritt zeigte. Die Wahl der Motive ist vielfach uninteressant und unbedeutend. Großen Vorwürfen steht man rat- und hilflos gegenüber (Beispiele: Lassers „Auferstehung“, Fritschs „Bergpredigt“). Dies alles beweist, daß es den Theorien von der Verinnerlichung und Vergeistigung des Expressionismus an Schwungkraft und Leben, also an Wahrheit gebricht. Man könnte meinen — und die gegenwärtige Expressionisten-Ausstellung in Darmstadt würde es nur bestätigen helfen — daß diese Art von Kunst keiner weiteren Entwicklung mehr fähig sei. Das ist jedoch leider nur der Fall, wenn man dabei an Abklärung und Aufstieg denkt. Nicht nur, daß die Art P. Klees Nachfolger gefunden hat, die das, was bei diesem immerhin begreiflich ist, willkürlich zur Manier machen. Wer bisher der Meinung war, hiermit sei der Endpunkt des Möglichen erreicht, befand sich im Irrtum. Den Beweis, daß es noch schlimmere Irrtümer gibt, in die Fehlgänger sich verlieren können, liefert J. Molzahn mit einer umfangreichen Darbietung, die innerhalb einer Anhäufung grellbunter Farbenflecke allerlei, nicht etwa gemalte, sondern in natura aufgeklebte Gegenstände zeigt: Stücke von Landkarten aus einem Schulatlas, Etiketten von Zündholzschachteln, einen Stern aus Pappe, mit dem Aufdruck „Nähseide“ u. dgl. Das Ganze nennt sich „Gesichtsdimensionen“!

Dr. O. Doering.

Wissenschaft und Kunst.

Zeichnungen-Ausstellung der „Fliegenden Blätter". Die Verlagsanstalt Braun & Schneider veranstaltet seit geraumer Zeit in ihrem Heim an der Briennerstraße zu München wechselnde Ausstellungen der Originalzeichnungen, deren Nachbildungen in den „Fliegenden Blättern" erschienen sind. Die über die ganze Erdkugel verbreitete Zeitschrift besteht jetzt seit 76 Jahren und seitdem verfolgt sie unbeirrt und mit immer gleichem Erfolge ihr Ziel, echten, von aller Bitterkeit freien, reinen Frohsinn in Menschenherzen zu tragen, zugleich aber auch Kunst und Künstler zu fördern, und somit an der Hebung des Geschmackes und der geistigen Kultur des deutschen Volkes mitzuarbeiten. So mancher Künstler ersten Ranges verdankt den Ruhm seines Namens dem Umstande, daß die „Fliegenden" seine Bedeutung erkannten und Leistungen von ihm an die Oeffentlichkeit brachten. Schwind, Spitzweg, Pocci, Wilhelm Busch und andere Allbekannte haben einst zu den Zeichnern der „Fliegenden Blätter" gehört. Die gegenwärtige Ausstellung zeigt neuere Mitarbeiter. Unter ihnen Käte Olshausen mit ihren fein satirischen Tier-Menschenbildern, Harburger mit seinen urkräftigen Bauerngestalten, Schlittgen mit seinen Leutnantsbildern, Oberländer mit köstlichen Humoresken, René Reinicke mit seinen Scherzen aus der Gesellschaft. Stockmann erfreut durch seine Schilderungen aus dem Kleinstadtleben alter Zeit, Hermann Vogel entzückt mit dem Zauber deutscher Märchenbilder. Zu den Höhen ernster moderner Kunst führen Werke von C. von Marr, Becker-Gundahl und andere. Es kann hier auf weitere Einzelheiten nicht eingegangen werden. Wer's kann, gehe selbst hin, schaue und freue sich, daß es auch heute noch urgesunde, fröhliche, deutsche Kunst gibt, die etwas kann und weder sich noch uns mit verzwickten Grübeleien und Theorien plagt. Dr. O. Doering.

Verleihung der Doktorwürde. Am Schluß des in der Universitäts-Aula stattgefundenen Festaktes der Universität Freiburg i. B. aus Anlaß des 800jährigen Stadtjubiläums wurde von der philosophischen Fakultät Herrn Verlagsbuchhändler Geh. Kommerzienrat Hermann Herder die Würde des Ehrendoktors verliehen.

Vom Büchertisch.

Leo Weismantel: Das Perlenwunder. Legenden und Märchen. Essen-Ruhr, Büchersammlung Fredebeul & Koenen. Preis geb. 3 *M*. — Heinrich Zerkaulen hat dem von ihm geleiteten Unternehmen in diesem Bändchen einen bedeutsamen Zuwachs erworben. Die neun Stücke der Reihe, bemerkt er zu deren Anfang, seien größeren Werken des Verfassers — er sagt leider nicht, welchen — als Ruhepunkte der Handlung, aber als in inniger Beziehung zu ihr stehend, eingestreut, und sämtlich dürften sie, für sich gesondert, den Anspruch auf künstlerische Feinarbeit erheben. Dies wird in der Tat kein urteilsfähiger Leser bestreiten können noch wollen, wie streng er für sich selbst noch eine Auslese treffen mag. Mich persönlich haben das 1. (titelgebende), 4., 6. und 7. Stück am meisten angesprochen. Das 2., die an sich sehr schön dichterisch erzählte Alexislegende, entbehrt der mich am tiefsten berührenden zwei Szenen: der Zustimmung der Braut zur Entsagung und der Uebermittlung der Schriftrolle aus des Toten Hand in die der treuen Geliebten. Das 4. und 7., „Der Einsame" und „Der heilige Baum und seine Freunde", stehen unter dem gleichen Zeichen düsterer Weltbetrachtung, mehr noch wie dies das 9., das von grimmem Humor durchsättigte „Nachtstück". Warmer Sonnenglanz liegt auf der mitten aus goldener Romantik in grobkörnige Naturalistik purzelnde „Geschichte vom schlauen Schäfer, der schönen Prinzessin und dem dummen Prinzen" — eine „Rolandlegende" selbsteigenster Art. Kraft und Tiefe, auch Zartheit und Innigkeit der Erfindung und Ausführung kennzeichnet das Ganze, das nicht weniger als „Perlenwunder" jüngster romantischer Dichtung erscheinen wird.
E. M. Hamann.

Dr. **Jakob Hoffmann, Der kath. Akademiker und die neue Zeit.** Geleitsbrief für Studierende zur Fahrt an die Hochschule. Freiburg 1920. 117 S. 4.40 *M*, verst. 6.60 *M*. — Der durch seine in den letzten Jahren erschienenen Werke: „Werde ein ganzer Mann" und „Handbuch der Jugendkunde und Jugenderziehung" als Schriftsteller für Erziehungsfragen hochgeschätzte Verfasser widmet sein neuestes Werk dem Absolventen, der stolz der Universität zueilt, um dort seines Lebens Glück zu gründen, dabei aber nur zu leicht der Gefahren vergißt, die die akademische Freiheit für ihn birgt. Der erfahrene Seelenkenner redet dem jungen Mann ins Herz, daß er das Wichtigste und Schwierigste nicht vergesse, den Bau des eigenen Ich, auf daß er zu einer wirklichen Persönlichkeit reife, die weiß, was sie will und auch mit stahlharter Kraft will, was sie weiß. Hoffmann zeigt dem Jüngling den Weg zum Edelmenschentum wahrer Geistes- und Willensbildung in prinzipiellen Erörterungen und praktischen Ratschlägen. Die Universitätszeit darf nicht — wie es leider nur zu oft der Fall ist — die Periode religiöser Verflachung und sittlicher Entnervung sein, sondern muß die Bauzeit sein für Charaktere, die durch ihre Eigenpersönlichkeit, durch Berufstüchtigkeit, durch ihr öffentliches soziales Wirken und nicht zuletzt durch Gründung einer christlichen Familie ein Glück für die Menschheit bedeuten. Durch solche Gedankengänge wird Hoffmanns Buch zugleich ein ernstes Mahnwort an die akademisch gebildeten Kreise überhaupt, daß sie nicht mehr durch ihre falsche philosophische Einstellung, ihre religiöse Indolenz und ethische Schwäche die große Masse des Volkes schädlich beeinflussen, sondern der Pflicht bewußt werden, durch ihr Wirken und Beispiel die Gesundung des ganzen Volkskörpers in seiner sittlichen Gestaltung fördern zu müssen. Das kostbare Büchlein ist das wertvollste Geschenk, das ein Vater seinem Sohn als Lohn für glücklich überstandenes Absolutorium geben kann. Prof. J. Schmitzberger.

Bühnen- und Musikrundschau.

Das Passionsspiel im Münchener Herzogpark. Der Gedanke eines Passionsspieles unter freiem Himmel im Herzogpark ist älter, als derjenige, den Hermine Körner im Künstlertheater hat zur Tat werden lassen. Schon im vorigen Sommer hatte man mit Vorbereitungen begonnen und dabei noch an die Mitwirkung des damals noch scheinbar ewig jungen Possart gedacht, aber die Zeit rückte unter allerhand Hemmnissen vor und Spätsommertage sind in den Witterungsverhältnissen unsicher. So hat man heuer frühzeitig begonnen und ist nach langen, ernsthaften Vorbereitungen jetzt zu einem sehr schönen Ergebnis gelangt. Wenn nun heute im Westen und Osten Münchens das erhabene Drama der Welterlösung gespielt wird, so darf man darin doch vielleicht den Vorboten einer Abkehr von dem ungeistigen Materialismus, der unsere Tage beherrscht, erblicken. Es läge nahe, die beiden künstlerischen Darbietungen gegeneinander abzuwägen; allein dies hätte wenig Wert. Die künstlerischen Voraussetzungen sind zu verschieden. Ich teile nicht die Anschauung, daß nur außerhalb der Scheinwelt von Holz, Pappe und bemalter Leinwand das peinliche Gefühl der Profanierung vermieden werde, ausschlaggebend ist weder Pappe noch echter Sonnenschein, sondern lediglich der Geist, welcher die künstlerischen Unternehmungen beherrscht. Die gewaltigen Ausmaße der Freilichtbühne ermöglichen eine Monumentalisierung, welche diesem Stoffe gemäß ist. Wie in Oberammergau wird die Herkunft der dramatischen Kunst aus dem Gottesdienst wieder fühlbar. Das Künstlertheater bietet mehr Kunstdrama.

Zwischen Bogenhausen und St. Emmeram ziehen sich die Auen des Herzogparkes, von der Isar auf der einen, von einem mäßigen Höhenrücken auf der anderen begrenzt. Bis vor einem Jahrzehnt etwa eine romantische Wildnis von Baumgruppen und Waldwiesen ist sie später eine Villenkolonie geworden, die freilich noch genug Parkflächen und unberührte Natur besitzt. Hier hat man die Passionsbühne aufgeschlagen, im Ausmaße von 40 Meter Breite ein wuchtiger Treppenbau, dessen breite Podestas in den Handlungsraum einbezogen werden können. Die Bühne ist dreiteilig, im Grundgedanken der Ammergauer gleich. Die Bauten der Flanken sind gegliederter. Das Ganze ist schmucklos, verzichtet auf Farbe und Andeutung des morgenländischen Charakters. Das mag auf den ersten Anblick nüchtern erscheinen, beim Spiel entbehrt man nicht eine stärkere Betonung der Oertlichkeit. Der Hügelrücken zur Seite mit seinen Laubbäumen gibt einen reizvollen Abschluß, der auch auf die sehr günstige Akustik vorteilhaft einwirken mag. Während der Vorhang der Mittelbühne geschlossen bleibt, drängen zu beiden Seiten Volksmassen hervor. Martersteigs Regie verzichtet hier anfangs wenigstens auf eine rhythmische Stilisierung, der Zusammenlauf der Menge, die den Einzug Christi erwartet, vollzieht sich mehr realistisch, aber man fühlt bald Spannung und dramatisches Leben; die Mitwirkung der Musik, die Rüdinger mit Benutzung alter frommer Weisen geschrieben, gibt dem Eindruck Steigerung. Die Töne dringen nicht so durch, wie das gesprochene Wort. Man hat den Standort der Musik zuweit hinter die Szene verlegt. Es mag auch Absicht dabei sein, die Scheu vor Veroperung; immerhin könnte man mitunter sich ein wuchtigeres Eingreifen der Musik denken; vielleicht auch könnte ihr am Ende mit größerem Nachdruck zu sprechen vergönnt sein. Den Passionstext schrieb „nach dem Wortlaut der vier Evangelien" Dr. Hermann Dimmler, der verdienstvolle Gründer der „Volksbühne". Er hat Christus kein Wort in den Mund gelegt, das nicht durch die hl. Schrift bezeugt ist. In dem Programmheft hat Dimmler die Ansicht ausgesprochen, daß in der Gestaltung Christi der Passionsspieldichter sich streng an die Ueberlieferung zu halten habe. Es gibt freilich auch individuell gesehene Christusdramen, aber abgesehen davon, daß solche von hohem künstlerischem Werte nie gelungen, würde der Subjektivismus die Einheit der Zuschauer als ideale Gemeinde stören, in manchen Fällen sogar aufheben. Oberammergau gibt Christi Einzug imposanter. Hier löst sich Jesus ganz schlicht aus dem Haufen der ihn umdrängenden Volksmassen. Natürliche Hoheit, Milde und Würde sprechen aus der Gestalt. Ich habe Scharwenka, den wir ein paar Jahre auf unserem Schauspielhaus sahen, besonders geschätzt als einen Darsteller, der den Frack mit weltmännischer Eleganz zu tragen weiß. Sein Christus war für mich also fast eine künstlerische Entdeckung. Sehr schön klang sein Organ. Man verstand jedes Wort und es klang ungezwungen, ebenso fern einer altmodischen Pathetik, wie einer (in der Theorie wenigstens) heute nicht mehr neumodischen, schlampigen Alltagssprache. Ueberhaupt wurde sehr gut gesprochen. Martersteigs Spielleitung hat hier gute Arbeit getan und sehr große Bühnen können sich hier ein Exempel nehmen von diesem Ensemble, in dem Künstler von vier Bühnen und solche, bei denen es nicht bekannt ist, woher der Fahrt, wirken. Die Gefahr für Freilichtschauspieler, — aus Besorgnis nicht verstanden zu werden, zu schreien, wurde fast von allen immer vermieden. . . . — Die um ihr Ansehen besorgten Priester traten Christus in den Weg. Die Gestalten sind sehr charakteristisch gezeichnet, mit kluger Zurückhaltung wissen die Darsteller zwischen scharfer Konturierung und Uebertreibung die Grenze zu ziehen. Sehr glücklich wies Dimmler das Gespräch dramatisch zu bewegen dadurch, daß das Volk in seiner Parteinahme für Christus in die Handlung eingreift. Während Jesus weiterschreitet, erfolgt die Begegnung mit Maria Magdalena, die Szene mit den Kindern, das Gespräch mit dem reichen Jüngling und die Blindenheilung.

Diese auf dem Weg von einer Bühnenseite zur anderen zusammengedrängte Handlung ergibt sich mit schöner Ungezwungenheit, was bei jedem anderen Theater gesucht erscheinen müßte. Unmittelbar anschließend ist die Ueberredung des Judas durch die Priesterschaft. Die verschiedenen Fassungen der Passionsspiele nehmen als Motiv des Verrates meist zügellose Geldgier, hier ist es mehr die Autorität des Priestertums, der es gelingt, Judas glauben zu machen, daß Jesus sich gegen die heiligen Satzungen vergangen habe; in diesem Sinne beschwört Judas beim Abendmahle Christus, als er als Verräter bezeichnet wird, sich dem Gesetze zu unterwerfen. Zur Abendmahlszene öffnet sich der Vorhang der Mittelbühne zum ersten Male; ein ovaler Raum von wuchtiger Größe mit Ausblick auf den natürlichen „Rundhorizont" der Unendlichkeit. Die Anordnung der Gestalten an der Tafel ist von schöner Harmonie. Die Apostel wirken sehr charakteristisch in der Erscheinung, auch Johannes, der oft etwas weichlich gerät. Scharwenka war auch hier auf der Höhe. Vom Mahle aufstehend, trifft Jesus auf der Vorderbühne mit seiner Mutter zusammen. Die Darstellerin hat mich einigermaßen enttäuscht, freilich muß ich gestehen, daß außer der Lossen im Künstlertheater auch die Marien Ammergaus und Erls hinter meinen Erwartungen trotz oft sehr glücklicher äußerer Repräsentation zurückgeblieben sind. Erst in der Pietaszene des Schlusses wirkte die Darstellerin unmittelbar. Die Oelbergszene vollzieht sich wieder auf der Mittelbühne. Eine düstere Wolke, die vorübergehend das lachende Blau des Himmels trübte, kam der Szene zu statten. Das seelische Ringen war ergreifend. Die Engelserscheinung wurde von Maja Reubke (einer früheren Naiven unserer Hofbühne) sehr licht und hoheitsvoll repräsentiert. Bei dieser und anderen Engelsszenen, die mit sublimer Poesie geschrieben sind, hat die Darstellung, auf die doch immer an Kindermärchenvorstellungen erinnernde Flügel verzichtet. Dramatisch bewegt durch lebhaften Anteil der umgestimmten Volksmenge sind die Szenen vor dem Hohen Rat und die beiden Szenen vor Pilatus, den Mehrinŧ mit der Geste des Herrschers auch da zu spielen wußte, wo er sich, dem Drucke beugend, dem Unrecht seinen Lauf läßt. Größeren Raum läßt dieses Spiel der Beschwörung von des Landpflegers Gattin, deren Ahnung der Wahrheit Emma Berndl (vom Nationaltheater) packenden Ausdruck verlieh. Christi Geißelung verlegt Dimmler hinter die Szene, wie er auch bei der Brutalität der Kriegsknechte auf die in den alten Passionsspielen üblichen Naturalismen verzichtet; wie wir meinen mit vollem Rechte. Wir sehen Christus auf dem Wege nach Golgatha, wir sehen aber nicht die Aufrichtung des Kreuzes, sondern der sich öffnende Vorhang zeigt uns den Gekreuzigten zwischen den Schächern, Maria und Johannes zu seinen Füßen stehend; auch hier war bildhaft hohe Schönheit erreicht. Mit Christi Tod senkt sich der Vorhang. Der römische Hauptmann erkennt Christus als Sohn Gottes. Wie ein lyrischer Ausklang folgt der gewaltigen Katastrophe die schon erwähnte Pietaszene; dann folgt Maria der Leiche auf dem Wege zum Grabe; der Mutterschmerz verklärt sich in der Gewißheit, daß Jesus der Sohn Gottes. — Das Spiel, das in Oberammergau einen ganzen Tag in Anspruch nimmt, vollzieht sich hier in nicht ganz drei Stunden, mit einer kurzen Pause, deren Ende durch Fanfaren angekündigt wird. Das Wetter ist den beiden ersten Vorstellungen sehr günstig gewesen. Der Zuschauerraum ist von einem Gerüst überdacht, dessen Velarien vor plötzlichen Unbilden der Witterung schützen sollen. Die Schönheit der Umgebung hebt den Eindruck des Ganzen und daß der Zuschauer sich nicht sofort in einen profanen Trambahnwagen setzen kann, sondern zu einem kleinen Spaziergang im Grünen gezwungen ist, läßt die gewonnenen, erhabenen Eindrücke langsam verklingen.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Russisch-polnische Gefahren und unser Wirtschaftsleben. — Kursentwertung der Markvaluta. — Spaer Nachklänge. — Wirtschaftszuckungen.

Rasch und unvermittelt vollzieht sich fast im gesamten Europa ein Umschwung der seither überwiegenden Gleichgültigkeit in der **bolschewistischen Frage.** Durch den Zusammenbruch Polens erfährt namentlich Deutschlands Stellung zum russisch-polnischen Konflikt jene krisenhafte Wendung, welche die Entente in ihrer Hass- und Furchtpolitik heraufbeschworen hat. Die Effektenmärkte beginnen drum in ihrer Festigkeit schwankend zu werden, wenngleich die Spekulationsbeteiligung immer noch gross, die Kursbewegung überwiegend nach oben gerichtet bleibt. Namentlich wurde solche Tendenzeinschränkung veranlasst durch die überaus starken Schwankungen am Devisenmarkt. Durch die Unsicherheit der Lage im Osten glaubte man der Bewertung der Reichsmark im Auslande mit grösster Vorsicht entgegentreten zu sollen. Ein scharfer Rückgang war die Folge, wenngleich nicht zu verkennen ist, dass auch hierin nicht nur die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, sondern vor allem das Einwirken amerikanischer Spekulationsmanöver am Werke ist. Amerika sucht anscheinend seine grossen Bestände an Reichsmark durch Plazieren in deutschen Werten festzulegen. Grosse Markbeträge werden somit angeboten and verursachen in Gemeinschaft mit der scharfen Kurserhöhung in fremdländischen Zahlungsmitteln aufsehenerregende Zickzackbewertungen. Ob wirklich Deutschland wieder der Schauplatz für fremde Heere, in diesem Falle zwischen dem Imperialismus der Entente und dem Bolschewismus Russlands, werden soll, wird in deutschen Finanz- und Handelskreisen zwar vielfach besprochen, doch vorerst noch wenig ernst genommen.

Immerhin bewirkten diese Verhältnisse in Gemeinschaft mit den Nachklängen von Spa eine weitere Zurückhaltung im deutschen Wirtschaftsleben. Das ist schon um deswillen bedauerlich, weil gerade in jüngster Zeit Anfänge von verstärktem Vertrauen in eine baldige Besserung unserer Wirtschaftslage beobachtet werden konnten. Wenn auch die Auslassungen von Reichsminister Simons über Spa verschärft ungünstig lauteten, so vernahm man doch aus dessen Mitteilungen, dass auf Beschluss des Reichskabinettsrates für die Erfassung der deutschen Steinkohle eine volle Neuorganisierung erfolgen werde. Namentlich soll die Produktion und Verteilung der deutschen Kohle auf neue Grundlagen gestellt werden. Schärfere Erfassung von Braunkohle und anderen ähnlichen Produkten, welche seither in gewissen Mengen noch nicht genügend ausgebeutet worden sind, wird geplant. Landwirtschaft, Handel, Transportarbeiterschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, namentlich im Kohlenbergbau selbst, werden wohl oder übel durch unbedingte Zusammengehörigkeit, jeder für sich und alle gemeinsam, auf allen Gebieten beitragen müssen, um die Erfüllung unserer Verpflichtungen zu versuchen. Jedenfalls ist die weitere und wohl erste Frage, dass unser nationales Bewusstsein nicht durch neue Entente-Demütigungen ins Wanken kommt. Die einstimmige Erklärung der Ruhrbergleute, dass sie „freie deutsche, unabhängige Arbeiter und keine Sklaven" sein wollen, kann. wenn es der Entente um Deutschlands Existenzmöglichkeit ernst ist, Richtlinien hierzu genügend geben.

Inzwischen vollziehen sich auf den einzelnen heimischen Wirtschaftsgebieten weitere Kapitalbeteiligungen seitens des Auslandes. Wie bei der Hapaglinie sind nunmehr beim Norddeutschen Lloyd die Vorbereitungen für die Uebernahme der von dieser Bremer Reederei innegehabten Schiffahrtslinien durch die amerikanischen Trusts, als rein amerikanisches Unternehmen, abgeschlossen worden. — In dem Punkt der deutschen Wirtschaftskrise ist kennzeichnend eine weitere erhebliche Herabsetzung der verschiedensten Eisenpreise. Zu dem Punkt des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien interessiert eine Meldung der „Holzwelt", dass von Frankreich erhebliche Anforderungen von Bauholz bei der deutschen Regierung eingegangen sind. Wenn auch dadurch und durch Geschäftsbelebung in den verschiedensten Spezialgebieten, Grundlagen für festere Anschauungen vorliegen, so wird doch die Unsicherheit über die demnächstige Genfer Konferenz, woselbst die schicksalsschwere Frage der deutschen Entschädigungsleistungen zur Entscheidung kommen soll, hemmend und drückend die weitere heimische Wirtschaftsentwicklung beeinflussen.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag.
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 32 München, 7. August 1920. XVII. Jahrgang.

Die Beschaffung der Farbstoffe

für das Umschlagpapier ist heute derart erschwert und verteuert, dass sich auch die „Allgemeine Rundschau" genötigt sieht, den ziegelroten Umschlag bis auf weiteres durch einen weissen zu ersetzen. Fast alle anderen angesehenen Wochenschriften sahen sich schon seit über Jahresfrist zu diesem Schritt gezwungen. Wir bitten daher unsere Leser, uns diese Massnahme mit Rücksicht auf die Not der Zeit nachsehen zu wollen. Der Umfang des textlichen Teils erfährt keine Einschränkung.

München, 1. August 1920.

Verlag der „Allgemeinen Rundschau".

Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland.

Von Staatssekretär a. D. Dr. Heinrich Mataja, Mitglied der Nationalversammlung, Wien.

Wir Oesterreicher können es nur mit Freuden begrüßen, daß sich beim ganzen deutschen Volk seit dem Zusammenbruch der alten habsburgischen Monarchie ein weit stärkeres Interesse für Oesterreich kund gibt als früher. Wir dürfen dann auch eine intensivere Beschäftigung mit den österreichischen Verhältnissen und daraus ein besseres Verständnis für österreichische Eigenart erwarten. Wir Oesterreicher aber haben deshalb die Verpflichtung, jede Gelegenheit zur Aufklärung über Oesterreichs Besonderheiten und Zustände zu ergreifen. Nur wenige haben Kenntnis von den außerordentlichen Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage und deren Ursachen. Wer aber sich die Struktur des alten zerfallenen Oesterreich-Ungarn und des neuen übrig gebliebenen verstümmelten Torso Deutsch-Oesterreichs vergegenwärtigt, dem sind die ungeheuren Schwierigkeiten, ja die Unmöglichkeiten unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht verwunderlich.

Der wirtschaftliche Wohlstand des alten Oesterreich und vor allem Wiens floß aus 4 Quellen: Aus der Industrie der Sudetengebiete (der böhmisch-mährischen, außerordentlich hochentwickelten Industrie), aus dem Agrar- und Rohölgebiet von Galizien, aus der fruchtbaren ungarischen Tiefebene und schließlich aus dem Triestiner Hafen. Zwischen diesen 4 Hauptquellen der wirtschaftlichen Kraft Oesterreichs und Wiens lagen Gebiete, die mehr oder weniger über den Umweg von Wien aus diesen Ueberschußquellen zehrten, z. B. Dalmatien und die meisten Gebiete des heutigen Deutsch-Oesterreich. Alle die Gebiete von Tirol, Vorarlberg, Steiermark, sind zwar reich an außerordentlichen Schönheiten der Natur, aber die Erträgnisse ihres Bodens bleiben weit hinter den Bedürfnissen zurück. Das Gebiet des heutigen neuen Oesterreich bedurfte drum schon in der alten Monarchie der verschiedensten Unterstützungen des Reiches. Das Reichsbudget mußte wie für viele andere Zwecke auch z. B. für Straßenbauten, für Bahnbauten, im heutigen Deutsch-Oesterreich gewaltige Zuschüsse leisten. Im ganzen aber vollzog sich der wirtschaftliche Prozeß im alten Oesterreich zentralistisch. All die größeren Unternehmungen, die in Galizien oder in den Sudeten oder im Süden im Hafen von Triest oder Pola ihren Sitz hatten, legten ihre Zentralen nach Wien, während ihre erträgnisliefernden Güter nicht im Rahmen des heutigen Oesterreichs liegen, seien es nun Bergwerke, Kohlengruben, Oelquellen, Grundstücke, Handels- und Industrieanlagen usw. Sie befinden sich in anderen Teilen der alten Monarchie. Die Wiener Zentralen waren nur dazu bestimmt, diese Güter zu verwalten. An diese Zentraltätigkeit knüpften die Verkehrsinstitute, Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften usw. an, die alle wieder ihre Zentralen, ihre Verwaltungsinstitute mit einem gewaltigen Apparat von Beamten, Angestellten und Arbeitern nach Wien und Deutsch-Oesterreich brachten. Damit zusammen hing auch, daß eine ungewöhnliche Zahl von Personen mit starkem Einkommen und größerem Vermögen, die ihren Reichtum aus jenen, außerhalb Deutsch-Oesterreich gelegenen Gebieten bezogen, in Wien sich ansässig machten und dort ihre Gelder verzehrten.

Mit dem Zusammenbruch der alten Monarchie und mit dem Frieden von Saint Germain, der an Wien den reinsten Mord verübt und dieser Hauptstadt mehr geschadet hat, als allen anderen Gebieten im alten Oesterreich, ist Wien von all jenen Quellen seines Wohlstandes, seiner Kraft und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit jäh abgeschnitten worden. Gewiß auch Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, Graz, alle, alle Länder Deutsch-Oesterreichs haben durch diesen Gewaltfrieden schwer gelitten, aber ihre Schäden können wirtschaftlich nicht verglichen werden mit dem Unglück, das Wien getroffen hat. Wien ist von all seinen Subsistenzmitteln abgeschnitten, deshalb ist es in die ungeheuer prekäre Lage gekommen. Entscheidend ist nicht, daß Oesterreich heute weniger an Nahrungsmitteln hervorbringt als früher; die Wurzel des Uebels liegt für uns darin, daß Wien diese Nahrungsmittel nicht mehr kaufen kann. Kaufen mußte Wien auch früher all das, was es zum Leben brauchte, aber heute hat es keine Aequivalente mehr, die es dafür bieten könnte. Das Geld von Böhmen, Galizien, Ungarn und Triest fließt nicht mehr nach Wien ab, die Bevölkerung aber ist die gleiche geblieben, bis auf die gewichtige Zahl der früher mit hohem Einkommen und größerem Vermögen beglückten Personen, die einst das herrliche Wien als Wohnsitz gewählt, das Wien der Revolution aber fluchtartig verlassen haben. Ein Teil ist abgeströmt nach Polen, Tschechien, nach Böhmen, nach Jugoslawien, andere ins Ausland, wieder andere, namentlich vom Landes- und Hochadel, haben sich auf ihre Güter zurückgezogen, da ihnen das Wien der Revolution zu unsicher war. Viele sind durch die Sozialdemokraten und die revolutionierenden Krakeler mit allen möglichen Maßnahmen geradezu hinausgeekelt worden. So ist der ruhige, reiche Besitz zum großen Teil aus Wien verschwunden.

Wien ist nicht mehr die Hauptstadt eines großen Reiches, nur mehr eine Großstadt von 2 Millionen in einem Gebiet von 6½ Millionen Menschen. Diese 2 Millionenstadt soll heute erhalten werden, und zwar von einem Gebiete, das früher fast gar nichts zu seinem Unterhalte beigetragen hat. Jede Wiener Politik, die vernünftig und zeitgemäß ist, muß alle anderen Fragen zurücktreten lassen hinter die Frage: „Was ist noch aus den alten Beziehungen und Verhältnissen herauszuholen?" Die Erhaltung des physischen und natürlichen Lebens ist in Wien das große Problem, das sich in den Vordergrund drängt und das vorläufig vor unübersteigbaren Hindernissen steht. Die sozialdemokratische Mehrheit, die in Wien eine absolute ist, hat für die heutigen Notwendigkeiten kein Verständnis gezeigt. Sie will nur internationale Ideen verwirklichen in einer Stadt, welche kein anderes Interesse hat, als sich selbst zu erhalten. Aus diesem sozialdemokratischen Ideengang waren Vorkommnisse

möglich, wie die Proklamierung des Weltfeiertags im Angesichte des Friedens von Saint Germain, des Boykotts gegen Ungarn in einem Augenblicke, wo dies Land uns am billigsten hätte Lebensmittel liefern können. Wenn eine Stadt wie Wien in solcher Lage wirtschaftlich wieder aufgebaut werden soll, dann kann dies nicht mit Zwangsneuerungen, sondern nur mit unendlicher Klugheit und Vorsicht geschehen, um alle Möglichkeiten auszunützen. Man mußte, um Wien nur am Leben zu erhalten, nicht bloß keine international-sozialistische und kommunistische Politik machen, sondern eine kapitalistischere, als sie auch nach unseren christlich-sozialen Grundsätzen angenehm und angemessen wäre. Es bliebe uns gar nichts anderes übrig, als Wien für die internationale Kapitalistenschicht so angenehm, so ruhig und verlockend zu machen als nur möglich. Nur dann würde dieses internationale Kapital zum Aufblühen von Wien beitragen. Und es würde das um so eher können, weil doch mancherlei auch für das heutige Wien an Vorzügen übrig geblieben ist, was nicht so rasch getilgt werden kann. Ich erinnere nur an die geographische Lage, die Wien zum Kreuzungs- und Knotenpunkt der verschiedenen Verkehrswege zu Wasser und zu Lande macht. Auch seine alten gefestigten Beziehungen nach dem Osten kann eine andere Stadt Wien nicht so leicht nehmen. Der Osten ist ja weit konservativer als der Westen. Er vertauscht Beziehungen, die er einmal gewöhnt ist, nicht so leicht. Es wird darum unmöglich sein, den Balkanverkehr nach Prag abzulenken oder den Mittelpunkt dieses Verkehrs von Osten nach dem Westen, nach Preßburg oder Budapest oder gar nach Prag, zu verlegen. Der Kaufmann des Balkans geht nicht nach Preßburg oder Prag, selbst wenn die Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei anders und besser wären als sie tatsächlich sind. Alle diese natürlichen und historischen Vorzüge galt es für Wien auszunützen. Das ist der Sozialdemokratie nicht gelungen.

Der Wiener Sozialdemokratie fehlte der Verstand, um die große Aufgabe zu bewältigen, der bürgerlichen Schicht aber fehlt die Kraft, die Einsicht und Geschlossenheit, der politische Sinn, der ihr leider im großen und ganzen abgeht. Die ganze Bevölkerung ist revolutionsmüde geworden. Man hatte ihr so außerordentlich viel Hoffnungen gemacht und sie hatte so viel von der Revolution erwartet. Dieser Revolutionsglaube ist vorüber, der Glaube aber, daß die Gegner des Umsturzes stark genug seien, etwas Positives zu schaffen, ist noch nicht allgemein geworden.

In dieser Stimmung schauen die Menschen je nach der Denkart nach drei verschiedenen Auswegen aus. Die einen hoffen auf den Bolschewismus, die andern auf die Restauration, und die allermeisten auf den Anschluß an Deutschland. Jeder hat sein eigenes „Sesam öffne dich". Aber der Berg öffnet sich nicht auf ein Zauberwort. Der Berg muß durchgegraben werden. All die drei genannten Heilmittel werden nicht von selber helfen, und man darf auch nicht glauben, daß am Tage des Anschlusses alle Nöten und Sorgen verschwinden. Es ist viel vom Anschlußverbot der Entente geredet worden. Namentlich die französische und englische Presse kommt immer wieder darauf zurück. Zweifelsohne ist es heute noch Englands und Frankreichs Politik, den Anschluß zu verhindern. Zugleich aber wird von diesen Mächten jedes Mittel unterlassen, das Oesterreich oder Wien praktisch helfen könnte. Die Lebensmittelaushilfe, die Kinderbeihilfe, die Kinderaktion, all das sind Almosen. Von Almosen kann man jemand zur Not am Leben erhalten, aber Almosen können ein Volk und ein Land nicht in den Zustand der Selbsterhaltung hineinführen. Was jedes Land und was wir vor allem brauchen, das ist die Wiederbelebung der produktiven Tätigkeit. Es sind große Investierungen nötig, Rohstoffe, Kohlen, Lebensmittel. Die Politik Frankreichs hat es dahin gebracht, daß heute in Oesterreich und in Wien jede andere Politik als die Anschlußpolitik praktisch unmöglich geworden ist. Das ist erst in jüngster Zeit wieder bei der Behandlung der Vorkriegsschuldenfrage erkennbar geworden.

Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland aber ist eine wirtschaftlich und politisch außerordentlich delikate und schwierige Angelegenheit, die zunächst überhaupt erst vorbereitet werden müßte. Tatsächlich wurde bis jetzt und wird heute noch an den Vorarbeiten für den Anschluß gar nicht gearbeitet. Statt einer Propaganda, die in Oesterreich nicht mehr nötig ist, wäre nötiger praktische Vorarbeit zu leisten.

Die Idee der Donau-Konföderation ist so ganz eine französische Idee. Frankreich ist mit seiner Politik zunächst ganz ins Schlepptau der Tschechoslowakei und der Jugoslawen geraten. Ihnen zuliebe hat es die Zertrümmerung Oesterreichs durchgeführt. Jetzt hinten nach sieht man in Paris ein, wie notwendig Oesterreich für Europa war und noch ist. Weil dies die heutigen Verhältnisse immer deutlicher beweisen, so ist man in Frankreich nach einem halben Jahr endlich darauf gekommen, daß dieses Oesterreich notwendig sei. Aber so unnotwendig die Zerschlagung Oesterreichs war, so unmöglich ist die Restauration in der Donaukonföderation. Um sie zu verwirklichen, wäre die Zusammenschweißung von vier Völkern nötig. Keines dieser vier Völker aber wird sich mit einer Donaukonförderation heute noch einverstanden erklären, denn in jedem dieser Länder sind heute die Gegner eines solchen Zusammenschlusses weit in der Mehrzahl. In dieser und in der nächsten Generation werden sie keinen Zusammenschluß dulden. Bei der dritten Generation aber ist bereits die Tradition verloren. Es wäre dann nur noch die schwache Möglichkeit gegeben, daß einmal in der 3. oder 4. Generation die Einsicht von der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses zum Durchbruch käme. Aber das ist eine ganz unsichere und irrevelante Frage. Die Tschecho-Slowakei wird sich in der heutigen Form wohl kaum erhalten können. Die Slowaken wollen und werden sich mit Ungarn zusammenschließen. Die slowakische Bewegung ist sehr ernst zu nehmen. Das übrig bleibende Tschechien aber wird unmöglich die 3½ Millionen Sudetendeutschen dauernd knechten können, umsoweniger als zwischen dem märkischen und böhmischen Flügel der Tschechen eine Kluft klafft.

Es bleibt nun nur noch der einzige Ausweg für uns übrig, zu arbeiten für den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich; nicht mit Proklamationen, sondern mit praktischen Vorarbeiten, damit Oesterreich und Wien ein Bestandteil des großen Deutschen Reiches werden. Man fragt in welcher Form der Anschluß erfolgen soll. Der Kampf zwischen föderalistischen und zentralistischen Gedanken in Deutschland ist uns bekannt. Der Streit um Zentralismus und Föderalismus ist auch für uns eine Streitfrage. Gar nicht zu reden ist bei der Verwirklichung des Anschlußgedankens über die Idee einer Mainlinie, die das Deutsche Reich in einen katholischen Süden und in einen preußischen Norden zerreißen würde. Daran denkt kein Oesterreicher und kann meiner Meinung nach auch kein Deutscher denken. Wenn das deutsche Volk sich noch einmal durch welsche List in zwei Teile zerschlagen ließe, dann wäre dem deutschen Volk nicht mehr zu helfen.

Bei uns liegen die Gedankengänge des Föderalismus etwas anders. Wenn Tirol föderalistisch auftritt, so will es von Wien und Oesterreich weg; wenn aber Bayern föderalistisch auftritt, so will es sicher nicht von Deutschland weg. Alle die Behauptungen, daß wir an einen selbständigen süddeutschen katholischen Staat denken, sind Ausgeburten eines Wahlkampfes, der mit allen Mitteln geführt wird. Niemals werden von uns Oesterreichern Gedanken unterstützt, die das Deutsche Reich zerreißen und zerspalten wollen. Unser aller Wunsch bleibt allerdings auch bei einem Anschluß an Deutschland ein recht gutes und herzliches Verhältnis zwischen dem bayerischen und österreichischen Volke herzustellen.

Aus der Reichsschulkonferenz.

Von Univ.-Prof. Dr. Göttler, München.

(Schluß.)

Bevor wir uns dem Thema Schulleitung und Schulverwaltung zuwenden, muß wenigstens in Kürze berichtet werden, welche Rolle im neuen Schulwesen den Eltern und den Schülern nach Ansicht der hierfür bestellten Ausschüsse zugedacht ist. Der Ausschuß 12 für Eltern und Schule war einig in der grundlegenden Forderung, daß den Eltern der schulpflichtigen Kinder ein „Einfluß" auf das ganze Schulleben gesetzlich zu sichern sei, war und blieb gespalten in zwei fast gleichstarke Gruppen bezüglich der Form, ob reine „Elternbeiräte" oder „Schulpflegschaften", in welchen außer den Elternvertretern auch Vertreter der Lehrerschaft, der Religionsgemeinschaften, der Gemeinde und des Staates als stimmberechtigte, nicht etwa bloß beratende Mitglieder sitzen. Der „Einfluß" ist nun freilich nicht allzu schlimm. Sie dürfen zwar alle das Schulleben berührenden Fragen „zum Gegenstand der Beratung" machen und die Ergebnisse solcher Beratungen an den Lehrkörper übermitteln, und wenn dieser nicht hört,



es der Schulbehörde sagen, wörtlich „die erforderlichen Anträge bei der Schulbehörde stellen". Ob diese darauf hört, ist ihre Sache. Für Bayern, Sachsen und vielleicht auch andere Länder bedeuten diese Dinge nichts Neues mehr.

Nicht so harmlos ist, was im Ausschuß 11a für Schüler zumeist von Schülern gefordert wurde. Schulrektor Götze-Hamburg, der Berichterstatter über die Verhandlungen dieses Ausschusses, hat das, was in ihm und dessen Leitsätzen Ausdruck gefunden, verglichen mit der Umwälzung, die Luther vor 400 Jahren auf kirchlichem Gebiete inauguriert habe: Eine ganz neue Auffassung von Erziehung und Schule, nach welcher die Jugend nicht bloß Objekt, sondern Subjekt, allermindestens mitbestimmendes Subjekt der Erziehung sei — los von der alten Autoritätspädagogik! In den vom Ausschuß als solchen gezeichneten Leitsätzen wird die Schule der Zukunft, für welche Gesetzgebung und Verwaltung wenigstens Bahnfreiheit lassen müßten, als „Lebens-, Arbeits- und Berufsgemeinschaft der Jugend mit ihren Lehrern und Führern" charakterisiert; darin herrscht nicht mehr die bisherige starre Vielheit von Pflichtfächern, sondern bei einem kleinen Mindestmaß von solchen größte Mannigfaltigkeit individueller Betätigungsmöglichkeiten. Dadurch werden die Begabungen offenbar (Selbstauslese), auf die sich, neben den Kriterien der zur Pflege empfohlenen wissenschaftlichen Jugendkunde die Berufsberatung zu stützen habe. Als Einzelmittel der „sich selbst erziehenden Lebensgemeinschaft" werden bezeichnet: Schulgemeinde (Versammlung aller Lehrer und Schüler, allenfalls unter Einbeziehung der Eltern), Selbstregierung (für alle Gebiete des Schullebens), Schülerausschüsse und solange Schulgemeindesystem fehlt, Schülervereine. Als Wege zu diesem Ideal werden jetzt schon gefordert: a) Freiheit des Zusammenschlusses innerhalb und außerhalb der Schule; b) freies Versammlungsrecht auch außerhalb der Schule; c) völlige Freiheit der religiösen Entscheidung; d) Mitbestimmungsrecht bei Konferenzen in Schülerfragen; e) freier Verkehr zwischen Lehrern (Lehrerinnen) und Schülern (Schülerinnen); f) Aufhebung der Haftpflicht der Lehrerschaft. Natürlich muß auch Koedukation dabei sein. „Die Gemeinschaftsschule für beide Geschlechter muß auch als Schultypus mit eigenen Erziehungswerten von den dazu berufenen Pädagogen entfaltet werden können." Das alles war aber für Wyneken und seine Gefolgschaft, die in diesem Ausschuß den Ton angaben, noch nicht genug. Abgesehen davon, daß Wyneken Einspruch erhob gegen Zulassung der Eltern zur Schulgemeinde — das sei ein Abfall vom Wesen dieser Einrichtung —, kam noch ein Separatantrag vor die Reichsschulkonferenz, der unterzeichnet ist außer von Wyneken noch von je einem Vertreter des „Bundes für freie Schulgemeinden", des „Bundes für Schulreform", der „Gesellschaft für neue Erziehung", des „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes" und von Vertretern von neuen Jugendvereinsverbänden älteren, neueren und neuesten Datums, darunter auch zwei Vertreter des „Verbandes der katholischen Jünglingsvereine" und ein Vertreter des „Verbandes preußischer Seminaristen". Diese stellten also folgenden Sonderantrag, der ein ganz einzigartiges Dokument unserer Zeit darstellt:

„Die Reichsschulkonferenz fordert: I. Die Berufung Jugendlicher in die Reichsschulkommission zur Vertretung und Wahrung der eigentümlichen Interessen der Jugend bei der Neuordnung und Neugestaltung des Schulwesens. II. Die sofortige Schaffung eines Reichsjugendgesetzes, das 1. die staatsbürgerlichen Rechte der Jugend sichert vor Eingriffen in ihre Gewissensfreiheit und ihre Koalitions- und Versammlungsfreiheit; 2. die Jugend vor disziplinaren Eingriffen der Schulbehörden in ihr Privatleben schützt; 3. das die wirtschaftliche Arbeit Jugendlicher vorwiegend nach pädagogischen und nicht nach Rentabilitäts-Gesichtspunkten gesetzlich ordnet; 4. das die körperliche Entwicklung fördert. III. Schaffung von Jugendschutzstellen bei den Jugendämtern, Landesregierungen usw. zur Ermöglichung der heute noch fehlenden Rechtswahrung der Jugend. Diese Jugendschutzstellen sollen unter Zuziehung Jugendlicher die Aufgabe haben: 1. Beschwerdeausschüsse zu bestellen, welche die Jugend vor jeglicher Vergewaltigung durch Schule und Haus schützen; 2. besondere Prüfungsausschüsse einzurichten, die solchen Jugendlichen, die sich durch die Prüfungskommission ihrer Schule ungerecht beurteilt fühlen, eventuell durch eine Nachprüfung beistehen".

Wie unter diesen Antrag, der ja freilich wie alle anderen auch, Antrag blieb, die Unterschriften der zwei Vertreter des „Verbandes der katholischen Jünglingsvereine" gerieten, frug man sich allgemein. Die beiden Wackeren haben allerdings nachträglich eine restringierende Erklärung abgegeben, deren Wortlaut mir nicht mehr gegenwärtig ist. Charakteristisch ist für die Arbeit dieses Ausschusses noch, daß der Begriff „Jugend" niemals zeitlich näher umgrenzt wurde. Der Witz Kerschensteiners von den Säuglingsausschüssen war wirklich berechtigt.

Diesen Forderungen der Jugend gegenüber kommen einem die im Ausschuß 10 für Schulleitung und Schulverwaltung formulierten Leitsätze beinahe mittelalterlich-naiv vor. Sie gehen nicht ganz soweit wie der bayerische Volksschulminister Hoffmann mit seinen Verordnungen über „Lehrerräte", über „Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht" schon längst gegangen ist. Der „Schulleiter" handelt zwar auch nach diesen Leitsätzen nur im Auftrage des „Lehrerrates", dem die Ueberwachung des inneren Schulbetriebes zusteht und dem jener allein verantwortlich ist. Nur in äußeren Schulangelegenheiten ist er der zuständigen Behörde verantwortlich. Außerdem ist jeder festangestellte Lehrer für seine Arbeit selbst verantwortlich. Dieser Schulleiter wird, indessen doch nicht so ausschließlich wie nach Hoffmann, vom Lehrerkollegium gewählt; er wird vielmehr von den Schulunterhaltungspflichtigen auf Grund eines Wahlvorschlages des betreffenden Lehrkörpers, auf dem drei zur Leitung Geeignete angegeben sein müssen, gewählt und zwar auf sechs Jahre. Natürlich kann der Schulleiter auch weiblichen Geschlechtes sein. Ueber die Verfassung hinausgehend wird gefordert, daß die Lehrer an öffentlichen Schulen unmittelbare Staatsbeamte sein sollen. Für die Schulaufsicht dürfen natürlich nur mehr Fachleute, die aus der Zahl der Lehrenden unter Mitwirkung der Lehrerschaft berufen werden, verwendet werden. Jede Mitwirkung der Kirche scheint ausgeschlossen werden zu sollen mit dem Satze: „Keiner nichtstaatlichen Behörde kommen Aufsichtsbefugnisse über die Schule zu". Das konnte natürlich nicht ohne Einspruch seitens der auf kirchlichem Boden stehenden Teilnehmer bleiben. Es ist übrigens zu betonen, daß die Mehrheit für diese Sätze oft nur eine recht geringe war.

So war es auch in den Ausschüssen 13 und 14, welche sich mit der Vereinheitlichung des Schulwesens im Reich und mit der Umgrenzung der Zuständigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden zu beschäftigen hatten, zum Teil in Konkurrenz miteinander. Der Ausschuß 14 hatte es mit drei auseinandergehenden Gruppen zu tun, einer zentralistischen, einer föderalistischen und einer gemeindefreundlichen, welche den Gemeinden, natürlich in erster Linie den großen Stadtgemeinden, Selbstbestimmungsrecht oder doch maßgebenden Einfluß erhalten will auf ihr altüberkommenes, oft berühmt gewesenes oder erst in den letzten Jahrzehnten durch eigene Anstrengungen berühmt gewordenes Schulwesen, das unter der nivellierenden Verwaltung des Staates oder Reiches keine Hoffnung hat, auf solcher Höhe zu bleiben. Immerhin fand sich eine kleine Majorität dafür, daß das Reich einheitliche und für die Länder verbindliche Grundsätze aufstellen soll für Lehrerbildung, dann bezüglich der Ziele der einzelnen Schulgattungen, ferner bezüglich der Uebergangsmöglichkeiten von einer Schulart zur andern, weiter für einheitliche Bezeichnungen der Schulen und Klassen, einheitlichen Schuljahrbeginn, für wechselseitige Gültigkeit der Zeugnisse, einheitliche Schulstatistik. Zu diesem Zweck ist die Schulabteilung im Reichsministerium des Innern auszubauen zu einem selbständigen Reichsschulamt, dem ein ständiger Reichsschulrat an die Seite zu geben ist. Ausschuß 13 fügte noch die Forderung einheitlicher Amtsbezeichnungen der Lehre hinzu, ohne hier oder in anderen Punkten zu konkreten Vorschlägen zu gelangen, allein ausgenommen den Schuljahrbeginn, der für den Herbst gewünscht wurde (aber nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit) und die Sommerferien, die nicht über sechs Wochen dauern sollten, die aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht im ganzen Reich zeitlich zusammenfallen brauchen. Das sind gewiß harmlose Dinge; aber selbst diese kosteten Mühe. Bezüglich der Durchführung der Schulaufbauvorschläge wurde im Ausschuß 2 von beachtenswerter Seite (Kerschensteiner, Binder, zwei Süddeutsche!) unter Beifall der Mehrheit betont, daß die Organisationsformen Sache der Länder, ja noch dezentralistischer der innerstaatlichen Selbstverwaltungskörper bleiben oder erst wieder werden müßten. Auch schon ein bloßes Bestätigungsrecht des Reiches wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Bezüglich des Schulunterhaltes sollen Reich, Länder und Gemeinden sich teilen, wie schon die Verfassung andeute. Die Uebernahme des persönlichen Schulbedarfes wird den Ländern anheimgegeben, ganz gegen den Willen der Majorität der Lehrer — der preußische Lehrerverband erhob ausdrücklich Einspruch dagegen.

Noch habe ich mit keinem Worte der Anträge betr. körperliche Erziehung, Schularzt und Schulhygiene und betr. Jugendwohlfahrt Erwähnung getan, die ebenfalls des allgemein Interessanten genug enthielten. Aber es ist nun doch

dem Nichtteilnehmer soviel Einblick gewährt in den Tatsachenverlauf, daß er die abschließenden Werturteile in ihrer Berechtigung etwas bemessen kann.

Wenn man Antwort geben soll auf die Frage, ob die Ergebnisse den aufgewendeten Mühen und Mitteln entsprochen haben, so kommt es natürlich sehr darauf an, was man als Ergebnis, d. h. als Erfüllung einer gehegten Erwartung ansieht, und so auf das, was man sich erwartet hat. Darüber wäre natürlich in erster Linie die Regierung, d. h. das Reichsamt des Innern, Abteilung Schulwesen, vertreten durch Staatssekretär Schulz, zu hören. Denn diese und dieser haben sich die Konferenz bestellt. Ich habe nun schon im ersten Artikel dargelegt, daß jedenfalls in einem Punkte die jenseits gehegten Erwartungen nicht voll erfüllt wurden, indem die Konferenz es ablehnte, per maiora votierte Gutachten, mit denen man auf die Volksvertretung bei Vorlage und Verhandlung der Entwürfe für Reichsschulgesetze — denn das geplante Reichsschulgesetz wird vermutlich in Teilen nach und nach erscheinen — imponieren könnte. Aber tun nicht die Leitsätze der Ausschüsse denselben Dienst? Gewiß wird man nun diese, jedenfalls soweit sie in der gewünschten Richtung laufen, in ähnlicher Weise zu verwerten suchen. Grundlage für diese Vermutung ist mir eine Aeußerung des Herrn Schulz zu Beginn des letzten Abschnittes der Tagung, in jener entscheidenden Stunde am Donnerstag, den 17. Juni: Es bräuchte nur über die Thesen betreff Schulaufbau und Lehrerbildung abgestimmt werden; denn über Arbeitsschule sei man sich schon im Ausschuß einig geworden. Diesem Gedankengang liegt die Auffassung zugrunde, daß in den Ausschüssen — oder bloß in jenem einzigen für Arbeitsschule? — nur berufene Fachleute und zwar von der Konferenz anerkannte Fachleute beisammen gewesen seien. Das muß mit Entschiedenheit bestritten werden, wie es ja auch auf der Reichsschulkonferenz selbst mit Angabe der Gründe bestritten wurde.

Reichsminister Koch hatte schon bei der Eröffnung die Segel ziemlich tief gesetzt, hatte, wohl auf Grund der schon vor Eröffnung schriftlich eingelegten Proteste, Entscheidung solcher Fragen durch Stimmenmehrheit für nicht angängig erklärt, hatte die Unmöglichkeit zugegeben, bei einer solchen Zahl von Teilnehmern zu fertigen Plänen oder Gesetzesentwürfen zu gelangen. Er war zufrieden mit Anregungen, welche die Aussprachen auf der Konferenz der Regierung geben würden und mit dem Ausgleich der Meinungen, die oft nur auf dem Papier einander entgegenstehen würden. In der Schlußrede glaubte der nämliche konstatieren zu können: Es sei doch vieles erreicht worden. Alle hätten einsehen gelernt, daß es gewisse Grenzen des Möglichen gebe, hätten einsehen gelernt, daß hinter den den eigenen Standpunkt nicht entsprechenden Formulierungen nicht immer bloß Bosheit oder Torheit des Gegners oder auch der jeweiligen Regierung stehe, daß der Kampf versöhnlichere Formen annehmen werde, indem die Schwierigkeiten eines alle befriedigenden Reichsgesetzes von allen eingesehen worden wären. Kurzum, wir seien uns näher gekommen. Ich kann diese Hoffnung nicht in wünschenswertem Grade hegen. Ich fürchte, daß, wenn reichsgesetzliche Regelung in so weitgehendem Maße versucht wird, im Parlament so ziemlich alle die Forderungen und Standpunktwahrungen sich wiederholen werden. Der nächstliegende Schluß wäre, den Versuch eines Reichsschulgesetzes überhaupt aufzugeben oder auf ein Minimum von Außendingen zu reduzieren.

Es ist richtig, daß manche gegnerische Ansicht ernster genommen wird, wenn sie von Personen mit dem ganzen Ernst einer tiefen Ueberzeugung vertreten werden, besonders dann, wenn sie solid begründet werden. Man kann nicht sagen, daß in den Plenarverhandlungen ersteres immer geschehen; es war oft recht viel Leidenschaftlichkeit bei der Vertretung der Meinungen. Zur Begründung aber fehlte durchweg die Zeit. Die Referenten verwiesen auf ihre Druckberichte. Bezüglich der Ausschüsse möchte ich mir kein generelles Urteil erlauben. In dem Ausschuß 4, dessen Verhandlungen ich allein vollständig anwohnte, ging es ja durchaus sachlich und offenherzig, wenn auch nicht ohne vorübergehende Temperaturerhöhungen her. Hier hat man sich gewiß zusammen- nicht auseinandergeredet. Daß es nicht in allen anderen auch so gemütlich abging, wurde mir berichtet.

Schulz hat ja geglaubt, durch Ausscheidung weltanschaulicher (konfessioneller) und politischer Fragen das Trennende ausschalten zu können. Er konnte aber nicht immer bei parteipolitischen Ansätzen der Redner schnell und laut genug die Präsidentenglocke schwingen. Und was die Weltanschauungsfragen betrifft, so mußte er sich überzeugen, daß solche sich nicht links und rechts beiseite legen lassen wie Nußschalen und -Kerne.

Er mußte sich schließlich doch dazu verstehen, fast bei allen Hauptfragen wenigstens Erklärungen zuzulassen, welche vom Standpunkte der Gewissensfreiheit, des Elternrechtes und des Rechtes der Kirche Einschränkungen und Ergänzungen der Leitsätze brachten und zwar erhoben und vorgebracht nicht bloß von katholischer, sondern ganz ähnlich, mehrmals ganz übereinstimmend formuliert auch von gläubig-protestantischer Seite. Die von Geheimrat Marx in vorschauender Weise vorbereitete Sammlung der überzeugten Vertreter katholischer Weltanschauung zu einer der mehreren Fraktionen, mit der sich im Verlaufe der Tagung die Anhänger evangelisch-kirchlicher Erziehung und Schularbeit mehrmals räumlich zusammenfanden, hat sich trefflich bewährt. In ihr wurden die Formulierungen jener Erklärungen beraten, festgesetzt und mit Unterschriften versehen. Eine Zeitlang hieß es, zur Behandlung dieser Weltanschauungsfragen werde noch eine eigene Konferenz einberufen. Man beschloß, Schulz zu einer bezüglichen Aeußerung in öffentlicher Sitzung zu bestimmen. Nachdem eine solche schließlich im negativen Sinne erfolgte, war der Zeitpunkt gegeben, mit einer zusammenfassenden Wahrung der Rechte der Kirche herauszutreten. Sie wurde vom Bamberger Erzbischof, Exzellenz von Hauck, in der Plenarversammlung gegen Schluß der ganzen Tagung vorgetragen und verdient im ganzen Wortlaut auch hier wiedergegeben zu werden.

„Die auf der Reichsschulkonferenz über die Einheitsschule aufgestellten Leitsätze sind geeignet, den Eindruck zu erwecken, als ob die Schule der Zukunft im Deutschen Reich die rein weltliche Schule sein werde, in der für die Religion kein Platz mehr sei. Wir sind daher zu folgender Erklärung genötigt:

1. Die Religion ist und muß bleiben die Grundlage aller Erziehung; von ihrem Geiste muß der ganze Schulunterricht durchdrungen sein. Deshalb muß die Beibehaltung des religiösen Bekenntnisunterrichtes wenigstens in dem bisherigen Umfange verlangt werden. Er muß Haupt- und Pflichtfach sein in allen Volksschulen, Fortbildungsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten.

2. Die notwendige Einheit der Erziehung in Familie und Schule und deren Wirksamkeit erscheint nur gesichert in den konfessionellen Schulen, in denen Lehrer und Schüler auf demselben Glaubensgrunde stehen. Daher muß die Einrichtung konfessioneller Schulen von Staats wegen gewährleistet werden. Nach Möglichkeit ist auch der Aufbau der konfessionellen Grundschule konfessionell zu gestalten, ebenso die etwa einzurichtenden Hilfs-, Förder- und Begabtenklassen.

3. Wirklich konfessionelle Schulen sind nur denkbar unter Leitung von Lehrern, die kirchlich gläubig sind. Der Staat hat daher Gewähr dafür zu bieten, daß nur solche Lehrer in den Bekenntnisschulen angestellt werden.

4. Katholischen Schülern, die durch örtliche Verhältnisse genötigt sind, rein weltliche Schulen oder Schulen eines anderen Bekenntnisses zu besuchen, ist wenigstens die Möglichkeit zu bieten, den kirchlich eingerichteten und durch öffentliche Beihilfen zu unterstützenden Religionsunterricht zu besuchen. Dieser Besuch ist in wohlwollender Weise zu erleichtern."

Kann die Lehrerschaft mit den Ergebnissen der Reichsschulkonferenz zufrieden sein — ich meine — die Lehrerschaft als solche, als Stand mit ihren Standesinteressen? Zunächst die vielberufene Einheit des gesamten Lehrerstandes. Ich fürchte, sie ist nicht gekräftigt worden. Es herrschte ein unverkennbarer Gegensatz zwischen der Mehrzahl der Volksschullehrer und der Mehrzahl der Lehrer an höheren Schulen und Hochschulen in allen drei Hauptfragen (Schulaufbau, Arbeitsschule und Lehrerbildung), der das Gefühl der Gemeinsamkeit kaum erstarken ließ, ganz abgesehen von den Weltanschauungsfragen, die eine etwas anders laufende Scheidegrenze zogen. So ist es nur die Mehrheit der auf der Reichsschulkonferenz anwesenden Volksschullehrerschaft, die in der Erledigung der Schulaufbau- und Lehrerbildungsfrage einen gewissen Erfolg erblicken wird.

Zweckdienlich war es gewiß, eine Konferenz aus Vertretern all der verschiedenen Richtungen zusammenzuberufen und anzuhören in einem, freilich gewiß nicht schmächtig bleibendem Bande „Berichte und Verhandlungen der ersten deutschen Reichsschulkonferenz" die Quintessenz der Verhandlungen auch für die Volksvertretungen zusammenzufassen und darüber hinaus eine Angleichung der auseinandergehenden Meinungen als Unterlage einer einheitlichen Regelung des Schulwesens anzubahnen. Wenn die Angleichung nach unserer Ansicht nicht so recht zustandegekommen ist, so ist doch der Versuch löblich. Denn allermindestens hat in jenem Berichtsband der Historiker der Schulgeschichte einmal ein seine Arbeit erleichterndes Dokument für die Produktivität deutschen Denkens auf dem Gebiete des Schulwesens.



Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Sinn-Fein, dies seltsame Wort lesen wir fast jeden Tag unter Irland. Es ist das Schlagwort der neuen irischen Bewegung, die nicht Selbstverwaltung, sondern Trennung von England will, eine irische Republik. Sinn-Fein ist nicht englisch, sondern irisch, entstammt der halberloschenen Sprache der Kelten, die wieder belebt werden soll. Sinn-Fein heißt: Wir selbst. Es ist ein Wort der Freiheit und Eigenart. In seinem Namen haben die Iren bereits eine eigene Regierung mit Ministern, ein Parlament, einen Dail Eireann, eigene Gerichte und ein Freiwilligenheer von 200 000 Mann. So erzählte der Vizepräsident des neuen Irland, Griffith, einem französischen Berichterstatter. — Ist das nicht ein Vorbild für uns Deutsche? Wollen wir nicht endlich Sinn-Fein ins Deutsche übersetzen und wir selbst sein? Was in Irland 3 Millionen können, die den eigenen Acker an englische Grundherren verloren und seit sechsmal 50 Jahren Hunger leiden, sollten 60 Millionen bei uns nach einfachen sechs Hungerjahren auch zustande bringen. Wir selbst sein gegen Westen und Osten. 1918 warfen wir uns dem Westen in die Arme, wurden westlich in Staatsform und Verfassung; es hat uns nichts genützt. Die Quittung war Versailles und Spa. Jetzt lockt uns der Osten, das Vordringen Räterußlands. Unsere Linksradikalen und Rechtsbolschewisten sehen dort das Heil. Die Versuchung ist sehr groß. Und Rußland streckt die Hand aus. Führer der deutschen Linken, Levi und Hilferding, sollen von dem Russen Joffe einen genauen Plan erhalten haben, wie der Einmarsch russischer Truppen mit der Gründung einer deutschen Räterepublik zu vereinigen sei. Die „Magdeburger Zeitung", die es brachte, verbürgt sich dafür gegen alle amtlichen Leugnungskünste. Dazu die Uebungen roter Truppen in Ostpreußen, Sachsen und Thüringen, wahrlich, es gibt Kräfte genug in Deutschland, die die Heimat wieder einmal an die Fremde verkaufen möchten. Echt deutsch und unpolitisch ist dies Wegwerfen an eine Macht, mit der wirkliche Politiker früher oder später ein Bündnis für möglich halten. Bündnis ist aber Geschäft, Interessengemeinschaft, d. h. eine Gemeinschaft, wo man selbst Interessen hat, nicht bloß der Verbündete. Hätte nur das alte Deutschland sein Bündnis mit Oesterreich so aufgepaßt. Wir können warten, bis Rußland uns ein Bündnis anträgt. Dann müssen wir erst fragen, was es bietet. Keinesfalls dürfen wir den Bolschewismus ins Land lassen noch die Hand dazu reichen, daß Rußland ein anderes Volk gegen dessen Willen bolschewistisch macht. Wir wollen wir selbst bleiben. Beharrt die Reichsregierung auf diesem Weg, so wird sie Deutschland am besten dienen und sich selbst befestigen. Als Dr. Simons im Reichstag über Spa und die auswärtige Lage berichtete, hat er den deutschen Standpunkt im allgemeinen glücklich umschrieben. Aber daß er zur freudigen Ueberraschung der USP die erfolgreiche, aufbauende Arbeit der Räte lobte, war ein unnötiges Werben um russische Gunst. Immerhin dürfte der Reichstag dem Kabinett auch für die nächste Zukunft sein Vertrauen damit bekunden, daß er auf Antrag der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten erklärte, er würdige die Gründe für die Unterschriften in Spa und erwarte von allen Beteiligten, daß sie das Reich in Erfüllung der Bedingungen unterstützen. Deutschnationale und Unabhängige stimmten dagegen. Ein Antrag der letzteren auf sofortige Sozialisierung der Kohlenbergwerke wurde gegen beide sozialistischen Parteien abgelehnt. Ein Gesetzentwurf über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, begründet aus der Reichsverfassung, fand nach sehr aufgeregter Aussprache seine Annahme gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien. — Gerade am Todestag Bismarcks genehmigte der Reichstag die Kleine Wehrvorlage, welche die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht enthält. Unsre Kriegsgegner, die ihrerseits an Abrüstung nicht denken, zwingen uns dazu. — Daß uns wirklich nichts weiter bleibt als wir selbst und unsre Kraft, lehrt eine neue Denkschrift, die der Reichsfinanzminister Dr. Wirth dem Reichstag zugehen ließ. Sie handelt von der Finanzlage des Reichs und belegt für das laufende Rechnungsjahr einen Fehlbetrag von 36—40 Milliarden Mark. Neue Einnahmequellen sollen durch Ueberführung der Kohlenbergwerke und anderer Bodenschätze in Staatsbetrieb erschlossen werden. Der Vorschlag ist eine schwere Probe für die Regierungskoalition.

Wenn es so nötig ist, zu deutschem Selbstbewußtsein aufzurufen, so muß es doch erst im kleineren Bereich gelernt werden. Kein Selbstbewußtsein ohne Stammesbewußtsein. Wo klingt das deutsche „Wir selbst" voller, im rötlich-demokratischen Berliner Einheitstopf oder bei den angeblichen Reichsfeinden in Bayern, Hannover und am Rhein? Gibt das Reich, wie bei der Entwaffnung zu befürchten, unser Schicksal dem inneren Feind und der Willkür von Westen und Osten preis, so tut Bayern ganz Deutschland einen Dienst, wenn es an seiner Einwohnerwehr festhält. Dagegen kann dem Preußen eines Herrn Severing kein Recht gegen die Selbstbestimmung seiner Stämme im Rahmen des Reichs zugebilligt werden. Preußen will eine Aenderung der Reichsverfassung dahin beantragen, daß es mehr Vertreter im Reichsrat erhält, während ihm nach Erlöschen von 8 Stimmen thüringischer Kleinstaaten nur 22 statt 25 gebühren. Außerdem will es die am 11. August ablaufende Frist verlängert sehen, nach welcher die Hälfte der preußischen Stimmen von den Provinzen bestellt werden muß.

Der Bayerische Landtag beschäftigte sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen und nahm den Bericht des Finanzministers Dr. Krausneck über den Staatshaushaltplan für 1920 entgegen. Der ordentliche Haushalt beläuft sich in Einnahmen und Ausgaben auf fast 2 Milliarden Mark. Im außerordentlichen Budget müssen 722 Millionen durch Anleihen aufgebracht werden. Da aber Bayern mit seinen Verkehrsanstalten fast alle alten Schulden an das Reich abgetreten hat und den neuen Anleihen ein Staatsvermögen von Milliarden, namentlich in Forsten, gegenübersteht, konnte der Finanzminister die Geldlage des Staates als fest und gut bezeichnen.

In Großthüringen ist die Regierungsbildung gescheitert, da weder mit noch ohne Sozialdemokraten eine Koalition zustande kam. Dagegen erhält Mecklenburg-Schwerin eine reine Rechtsregierung. — Ein deutscher Kirchenfürst ist gestorben, Erzbischof Dr. Thomas Nörber von Freiburg i. B. Er regierte seit 1898.

Die außerdeutsche Politik steht ebenfalls im Zeichen des russisch-polnischen Krieges. England wie Frankreich versuchen ihre Kunst daran. Lloyd George hat seinem Spitznamen „der Zauberer von Wales" Ehre gemacht und Rußlands Zusage erlangt, den Frieden mit Polen auf einer Zusammenkunft in London zu machen. Durch Teilnahme der Verbündeten, der russischen Randstaaten, der Vereinigten Staaten von Nordamerika (vielleicht sogar Deutschlands?) soll es eine Weltkonferenz werden. Alle schwebenden Fragen, vor allem die Beziehungen Rußlands zum Ausland, soll sie behandeln. Wenn nur Lloyd George nicht vor den Hexenmeistern von Moskau zuletzt als Zauberlehrling dasteht. Den Franzosen ist bei der Sache nicht ganz wohl. Zwar hat Lloyd George auf einer Besprechung in Boulogne Millerand für seine Pläne gewonnen. Frankreich aber fühlt den Gegensatz zum russischen Bolschewismus tiefer, es ist eben europäischer als England. Es verlangt nicht allein Anerkennung der russischen Schuld an Frankreich durch die Räteregierung, sondern anscheinend ein Befragen des russischen Volkes über seine Staatsform. Zudem erlangte Millerand finanzielle Zusagen über die Durchführung des Kohlenabkommens mit Deutschland, die Frankreich große Vorteile bringen. Der Zusammenbruch Polens verursacht Frankreich natürlich große Sorge. Polen sollte Deutschland von Osten her in Schach halten. Sein Ende, hieß es im französischen Ministerrat dieser Tage, bedeute die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit im eignen Land. Im Anschluß hieran wird gemeldet, das französische Kabinett habe ein großes militärisches Unternehmen zugunsten Polens beschlossen, selbst wenn dies für Frankreichs äußere Politik ungünstige Folgen haben könne. Foch habe Pläne für die Landung eines Hilfsheeres der Verbündeten vorgelegt. Bis zu endgültigen Schritten werde nur die Antwort Englands und Italiens erwartet. Zu den Nachrichten aus Boulogne stimmt das nicht recht. Vielleicht sollen es nur Schreckmittel für Rußland sein. Dessen Heere haben die Tage zwischen der Einladung an Polen zu Waffenstillstandsverhandlungen und dem Beginn der Verhandlungen selbst am 30. Juli abends dazu benutzt, ihre strategische Lage noch bedeutend zu verbessern. Sie umklammerten Ende der Woche die polnische Front in weitem Bogen. Im Norden nahmen sie Ossowiec und greifen tief nach Kongreßpolen hinein. Die polnische Nordarmee scheint vernichtet. Vereinzelt sind polnische Abteilungen auf deutsches Gebiet übergetreten und entwaffnet worden. In der Mitte scheint Brest-Litowsk noch in der Hand der Polen zu sein, in Galizien jedoch dringen die Russen immer weiter vor. Auch der russische Nachrichtendienst arbeitete meisterhaft. Erst wurden

über Kiew vernichtende Bedingungen für den Waffenstillstand bekannt: Abgabe des Kriegsgeräts und Errichtung einer Räteregierung in Polen. Im Gegensatz dazu erklärte Litwinow, Rußland wolle Polen durchaus nicht hart behandeln und keinesfalls seine innere Selbstbestimmung antasten. Jedenfalls konnten weder Polen noch seine hochmögenden Gönner im Westen sich auf die Verhandlungen vorher einstellen. Rußlands nächste Absichten sicher zu bestimmen, ist unmöglich. Vielleicht will es nur Zeit gewinnen und während des Waffenstillstands neue Kräfte sammeln. Denn seine innere Lage macht ihm den Feldzug nicht leicht. Vielleicht will es überhaupt Frieden oder es will einen Schlag nach Osten führen. Manches deutet darauf, daß den bolschewistischen Machthabern der Siegeslauf des Heeres unheimlich wird. Er weckt den vaterländischen Geist und kann neue Männer auf den Schild heben. Eine Rede, die Lenin nach der Einnahme von Wilna im Nationaltheater in Moskau hielt, warnte vor zu schnellem, nicht dauerhaftem Sieg. Man müsse bis Herbst Zeit gewinnen, ehe die Entente sich einmische. Sie könne nur Kolonialtruppen schicken und deshalb im Winter nicht eingreifen. Dann sei wieder ein Jahr Zeit zur weiteren Vorbereitung der Weltrevolution. Neben Polen bedrohen die Russen auch Rumänien. Den Bulgaren sollen sie ein Bündnis angeboten haben. Das deutet Absichten auf Konstantinopel an. Wie ganz anders stände Deutschland zu dem nahen großen Kampf zwischen russischem und englischen Weltmachtstreben, wenn es Bismarcks Politik treu geblieben wäre und sich die gute Nachbarschaft des mächtigen Reiches im Osten gesichert hätte. Der Weltkrieg von 1914 wäre nicht gekommen.

Falls Polen ausscheidet, sucht sich Frankreich in der Tschechei einen neuen Stützpunkt gegen Deutschland. Transporte von Truppen und Waffen dorthin finden bereits statt. — Oesterreich ist durch eine scharfe Drohnote der Entente gezwungen, den Kriegsgefangenenaustausch mit Rußland abzubrechen. Leider ist Bela Kun noch durchgeschlüpft. Deutschland hat ihn jetzt nach seiner Wahl ins Ausland reisen lassen, obgleich Ungarn seine Auslieferung auf Grund gerichtlich festgestellter gemeiner Verbrechen verlangt.

Eine gewisse Spannung ist zwischen Italien und Griechenland entstanden über einige Inseln des Dodekanos. Ein Abkommen zwischen Tittoni und Venizelos vom Juli 1919 erklärt die Bereitschaft Italiens, die 12 kleinsten Inseln des Dodekanos an Griechenland abzutreten und auf Rhodos eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen, wenn England den Anschluß Cyperns an Griechenland gestatte. Nun scheint aber Italien nicht geneigt, das Abkommen zu halten, unter dem Vorwand, es habe in Kleinasien nicht alle ihm versprochenen Vorteile erlangt. Zudem sind die Bestimmungen des türkischen Friedensvertrags über die Inseln nicht mit dem Abkommen in Einklang zu bringen. — Mit Albanien verträgt sich Italien durch Verzicht auf Valona, behält aber ein paar Inseln, welche die Stadt und den Hafen beherrschen, mit dem Recht, sie zu befestigen. — Die Katholiken Italiens führen einen gewaltigen Kampf gegen die Einführung der Ehescheidung durch Staatsgesetz. Sie verlangen Zurückziehung des Gesetzentwurfs oder Volksabstimmung.

Erntehoffnung.

Wohl liegt in Trümmern schier eine Welt
Und doch auf Wegen und Stegen
Grüsst uns in Wiese und Wald und Feld
Des himmlischen Vaters Segen.

Er sandte aus Wolken erfrischende Flut,
Und Tau und Winde hernieder,
Er weckte mit strahlender Sonne Glut
Die Erde zum Leben wieder.

Welch Trost zu der trauernden Heimat Bild
Jn wogenden Aehren und Garben
Erkennt sie: der Vater liebend und mild
Lässt seine Kinder nicht darben.

Doch in den Blättern der Windhauch pries
Des ewigen Schöpfers Willen:
Die Erde wäre ein Paradies,
Möcht' ihn der Mensch auch erfüllen

W. Scherer.

Kulturgefahr.

Von Dr. H. Lechtape, Münster i. W.

Die seit langem in unserem Volk sich vollziehende Umschichtung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen wird von wachsendem Einfluß auf unser Geistesleben. Hier der „neue Reichtum“, Kriegsgewinnler, Revolutionsgewinnler, Schieber, „les nouveaux riches“, — dort das unaufhörliche Sinken weitester Schichten des Mittelstandes, der Beamten und Festbesoldeten, weiter Kreise der geistigen Arbeiter und der sog. freien Berufe. Die Worte vom „Stehkragenproletariat“ und vom „glänzenden Elend“ sind oft genug genannt worden. Es ist kein Zweifel mehr; diejenigen Schichten, diejenigen intellektuellen Kreise, die bisher vorzugsweise das deutsche geistige Leben getragen und weitergebildet haben, drohen im Wirtschaftskampf völlig zerrieben zu werden. Aus den satten Genießerschichten sind in der Vorkriegszeit nur selten Männer des Geistes hervorgegangen.

Die Arbeiterschaft war vor dem Kriege zur höheren geistigen Fortbildung materiell großenteils nicht in der Lage. Diejenige Bildungsschicht, die bisher in erster Linie Träger der deutschen Kulturtradition war, aus der sich das Hauptkontingent unserer geistigen Arbeiter rekrutierte, ist jetzt in Gefahr, zwischen den Rädern der wirtschaftlichen Entwicklung völlig zu zerbröckeln. Und es ist keine andere Schicht sichtbar, welche die Aufgabe eines Weitertragens und Fortbildens der Kulturtradition ohne weiteres übernehmen kann. Von dem „neuen Reichtum“, der unsere bisherige geistige Gesellschaft wie mit einer materialistischen Schlammschicht zu ersticken droht, wollen wir hier nicht sprechen. Und die Arbeiterschaft erschöpft sich im sozialen Ringen und hat ihre Kräfte kaum für andere, sie in ihrem Kampfe nicht unmittelbar berührenden Aufgaben bereit. Hierin liegt die Kulturgefahr. Die ganze Entwicklung vollzieht sich langsam, lautlos, schleichend, aber darum nicht minder radikal und gefahrvoll.

Andere Momente ergänzen das Bild der Gefährdung unseres Geisteslebens. Es mehren sich die Nachrichten über das Versagen der Geldmittel bei wissenschaftlichen Instituten und Bibliotheken, über die finanziellen Krisen großer und kleiner Theater. Die Preußische Akademie der Wissenschaften sieht sich gezwungen, das Erscheinen großer wissenschaftlicher Werke einzustellen, die Universitäten können manche notwendigen wissenschaftlichen Anschaffungen kaum noch machen, der Bezug von Büchern und Zeitschriften aus dem Ausland ist wegen des Valutastandes schon längst zur Seltenheit geworden. Auch die Entwicklung auf dem deutschen Büchermarkt gehört hierher. In einem Aufsatz über das „Gesicht des Buchhandels“ schrieb vor kurzem die „Frankfurter Zeitung“ treffend: (Nr. 444 19. Juni 1920)

> „Bei einem Vergleich mit den Vorkriegszeiten stellt der Bücherliebhaber im „Buchhändler“ mit Trauer und Zorn fest, wie sich das Gesicht des Buchhandels ändert. Wer kaufte früher Bücher? Der gute, gebildete Mittelstand hatte aus innerem Drang und aus Interesse an der geistigen Bewegung einen bestimmten und nicht ganz geringen Posten in seinem Ausgabeetat für Bücher. Aus seinen Kreisen stammte in entschwundenen Zeiten das gute, gediegene und auch gewinnbringende Stammpublikum einer Buchhandlung, deren geschäftliches Rückgrat seine Zuverlässigkeit war.“

Dies hat sich geändert. „Die ständig wachsende Verteuerung auch der allerbescheidensten Lebenshaltung ermöglicht es dem Festbesoldeten und den freien Berufen nicht mehr, auch nur einen kleinen Teil des Einkommens für Bücher anzuwenden. Zudem sie ja immer teurer werden.“ Und wer kauft denn heute die Bücher? Der Schieber und Gewinnler. „Er kauft sie in großem Stil, er kauft reihenweise, meterlange Reihen, er kauft nach Gewicht (10 kg Hebbel, 20 kg Goethe), er kauft kistenweise, nach Kubikmetern, vielleicht sogar — es ist alles schon dagewesen! — nach . . . Wänden!“ „Eine Klassikerbibliothek, aber mit Lederrücken, versteht sich, zwei normale Zimmerwände umfassend!“ Genug davon! Das Gesamtbild ist dunkel und ernst. Ueber die Not der geistigen Arbeiter ist genügend geredet und geschrieben worden. Es hat heute keinen Zweck mehr, an den berühmten Idealismus der geistigen Führerschaft zu appellieren. Man schaffe zuerst einmal die Müßiggänger von der Straße, die Schlemmer und Schieber aus den Cafés und Vergnügungsstätten! Dann wird darüber weiter zu reden sein. Und auf der anderen Seite: Erwarten die Kopfarbeiter eine Besserung ihrer Lage durch Kampf, dann werden sie in dem Wettlauf mit den Handarbeitern immer unterliegen, weil ihnen eines fehlt: die Wucht

der Zahl. Es sind ihrer zu wenig, als daß sie sich zu anmarschierenden, machtvollen „Bataillonen" formieren könnten.

Nicht die Alternative „Kopf" oder „Hand" kann retten, sondern die Vereinigung „Kopf" und „Hand". Dreimal Schmach über den, auch über den Intellektuellen, der es heute noch wagt, das verbrannte Antlitz eines Arbeiters zu mißachten und sich scheut seine rauhe Rechte zu drücken. Aber mit demselben Nachdruck ist dann auch vom Arbeiter zu verlangen, daß er Achtung habe vor dem bleichen Gesicht und vor der gefurchten Stirn, daß er jedem das Seine gebe. Auf den Schultern der Arbeiterschaft ruht im neuen Staat eine große, aber auch verantwortungsschwere Macht. Sie darf nicht mit unbekümmertem Sinn über die Gefahr, die unserem Geistesleben droht, hinwegsehen, sonst wird sie das Fundament unser aller Hoffnungen im neuen Staate untergraben. Es ist uns seit der Revolution oft genug gesagt worden: Deutschland würde in Zukunft nicht mehr führend sein in der Zahl seiner Kasernen, in dem Kaliber seiner Geschütze, noch auch — für absehbare Zeit — in den Milliarden des Handels, aber es würde Führer sein im Reiche des Geistes. Dort liege die Zukunftsmission unseres Volkes. Mögen daher die in Gesetzgebung und Verwaltung dazu berufenen Männer die sich vollziehende Entwicklung klar erkennen, damit unserem äußeren Zusammenbruch nicht auch noch der Zusammenbruch der geistigen Arbeit, der Wissenschaft, folge. Sie ist die einzige Waffe, die man uns in Versailles noch gelassen hat, mit der wir dem Ausland gegenüber auftreten können und müssen.

Frankreich und der Vatikan.

Von P. H. J. Terhünte, S. J., Sittard.

Augenblicklich beschäftigt wohl kaum eine Frage die französischen Katholiken mehr als die: Wie steht es mit den Beziehungen unserer Regierung zum Vatikan? Nicht als ob die Frage seit dem Bruch des Konkordates 1905 je geruht hätte, aber es blieben bis zum Kriege doch müßige Erörterungen, da bei dem übermächtigen Antiklerikalismus an erfolgreiche Bemühungen in dieser Richtung nicht zu denken war. Erst als der Krieg die Nationen enger aneinander schloß und das Wort Union Sacrée Losungswort wurde, als England und Holland in offizielle Verbindung mit dem Vatikan traten, wagten es auch die Katholiken Frankreichs kühner mit ihren Forderungen aufzutreten, ohne daß jedoch in den ersten Kriegsjahren etwas erreicht wurde.

Großes Aufsehen erregte erst ein Artikel des „Journal" vom 31. August 1916, welcher die Unterredung des Redakteurs Helsey mit dem Kardinalstaatssekretär Gasparri wiedergab. Gasparri hatte die Hoffnung und den Wunsch ausgesprochen, auch Frankreich möge seine Beziehungen zu dem Vatikan wieder regeln. Seit dieser Zeit wurde die Frage immer häufiger und dringender besprochen und so langsam eine Strömung geschaffen, welche der Regelung dieser Angelegenheit günstig war, zumal auch viele Stimmen aus dem nichtkatholischen Lager sich entschieden für eine Vertretung Frankreichs beim Vatikan aussprachen. So wies im „Journal des Débats" (27. und 28. April 1917) der freisinnige jüdische Abgeordnete Lazare Weiller besonders auf die Möglichkeit hin, die Frage des französischen Protektorates in Palästina, Syrien und der Türkei neu regeln zu müssen. Als dann die Ententetruppen am 8. Dezember 1917 in Jerusalem eingerückt waren, schrieb der protestantische Professor Maurice Verne in derselben Zeitung (3. Januar 1918): „Wie soll man mit dem Vatikan die Einzelheiten des Protektorates über die Katholiken Jerusalems, Palästinas und Syriens besprechen, wenn wir nicht einen offiziellen Vertreter beim Papste haben?" Im Mai des Jahres 1918 erschien dann das Buch „Rome sans Canossa" des Radikalsozialisten de Monzie, der alle Gründe beibrachte, die eine Vertretung Frankreichs beim Vatikan gebieterisch heischten. Und selbst ein Marcel Prévost betonte bei der Aufnahme Baudrillarts in die Academie française am 10. April 1919: „Knüpfen wir wieder Bande an, die unklugerweise zerrissen wurden."

Eine viel eindringlichere Sprache jedoch als die Artikel in Zeitungen und Zeitschriften redeten die Umwälzungen seit Ende des Jahres 1917. Nicht nur mußte das Protektorat über die Katholiken Jerusalems, Palästinas, Syriens und der Türkei fester umrissen werden, da galt es die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, da tauchten Schwierigkeiten über die Lage der Missionen in Kamerun und Togo auf, da war es endlich wünschenswert, über die kirchliche Jurisdiktion in Marokko zu verhandeln. Noch aber stand die Regierung zu sehr unter dem Druck der antiklerikalen Vergangenheit und in Unkenntnis der Volksstimmung; daher die krampfhaften Versuche Pichons in der Kammersitzung vom 2. Juli 1919 zu beweisen, daß die Regierung während des Krieges weder offizielle noch offiziöse Beziehungen zum Vatikan unterhalten habe. Und doch war auch ihm bekannt, was Painlevé am 28. Juli 1919 im „Echo de Paris" veröffentlichte: daß der englische Gesandte Howard beauftragt war: „in gewissen Fällen auch die französischen Interessen zu vertreten", daß dem außerordentlichen Gesandtschaftsrat beim Quirinal Loiseau die Weisung zugegangen war, neben den Wirtschaftsfragen die religiösen nicht aus dem Auge zu verlieren und daß endlich sowohl Diplomaten als auch kirchliche Würdenträger zwischen Rom und Paris vermittelt hatten.

Entscheidend waren die Kammerwahlen vom November 1919. Die antiklerikale Mehrheit erlitt einen gewaltigen Stoß, während der nationale Block, von den Katholiken unterstützt, maßgebenden Einfluß gewann; im Februar wurde Paul Deschanel Präsident der Republik, damit war ganz von selbst ein großes Stück Weg nach Rom freigelegt. Als daher am 5. Februar 1920 der protestantische Pfarrer Soulier den Antrag einbrachte, die vatikanische Frage zu regeln, konnte es niemanden mehr wundern, daß Millerand in der Aussprache bestimmtere Hoffnungen machte, wenn sie auch keine direkte Zusage bildeten. Dennoch war wohl für die meisten der 11. März eine Ueberraschung. Die Regierung unterbreitete der Kammer eine Kreditvorlage in Höhe von 236,812 Frs. für Wiedererrichtung der Gesandtschaft beim Hl. Stuhle. Die Begründung war:

„Die französische Diplomatie muß dort vertreten sein, wo Fragen verhandelt werden, die Frankreich angehen. Wir dürfen nicht länger am Sitze einer geistlichen Macht fehlen, wo die meisten Staaten vertreten sind. Das Inkrafttreten der Friedensverträge, die dem Weltkrieg ein Ende bereiteten, machen eine Wiederaufnahme der Beziehungen zum Hl. Stuhle besonders wünschenswert. In unserer beständigen Sorge, neue Konfliktskeime zu entfernen, in unserm andauernden Bemühen zu einem internationalen, festen und dauernden Frieden zu gelangen, dürfen wir keine Stütze unbenützt lassen, und müssen wir jede Hilfe in Anspruch nehmen." („Etudes," 5. Mai 1920, S. 356).

Ein ungewöhnlicher Weg! Der wird wohl nicht fehl gehen, der in Baudrillart den Wegweiser sieht, den Mann, der in kirchlichen, diplomatischen wie hohen Gesellschaftskreisen gleich mächtig, schon am 30. Januar 1920 einem Redakteur des „Journal" gegenüber sich äußerte:

Wir verlangen weder eine Interpellation noch große Reden. Es dürfte wohl genügen, daß ein Vertreter des Ministeriums des Aeußern, der dem nationalen Mehrheitsblock nahesteht, um Kreditbewilligung für die wiederzuerrichtende vatikanische Gesandtschaft ersucht. Man wird ihn fragen und er wird dartun, daß es sich um Frankreichs Interessen handelt, und ich glaube kaum, daß nennenswerte Schwierigkeiten auftauchen werden. Man ernennt dann einen unabhängigen und ehrenwerten Gesandten, der mit dem Hl. Stuhle die religiös-politischen Sachen verhandelt, die Frankreich betreffen, und zugleich die Wünsche und Forderungen Roms betreffs geregelter hierarchischer Verhältnisse in Frankreich selbst ruhig und sorgfältig prüft. Es bedarf dann nur mehr einigen guten Willens der Regierung und der Kammern, um die Kirche aus der Parias stellung herauszuheben, in der sie sich augenblicklich noch nach dem Gesetze befindet. („Revue pratique", 1. März 1920, S. 684).

Gegen Ende März schon fuhr Doulcet mit zwei Sekretären, vorläufig als Geschäftsträger, nach Rom und nahm Wohnung in der Nationalstiftung Saint-Louis des Français.

Langsam erholt sich die beträchtlich zusammengeschmolzene antiklerikale Gruppe, unterstützt von den Logen und einem Teil der Presse, von ihrem Schrecken und tobt wie früher gegen die klerikale Gefahr. Vorsichtiger, aber deshalb auch wohl um so gefährlicher, warnt eine Gruppe um Briand in der Kammer und um Ribot im Senat vor übereilten Beschlüssen; sie erklären sich im Prinzip mit der Lösung der Regierung einverstanden, bedauern aber sehr, daß man sich nicht vorerst einer Reihe Zugeständnisse versichert, so vor allem Anerkennung der Kultusvereine und der Schul- und Ordensgesetze. Man malt Schwierigkeiten mit dem Quirinal und der Konsulta an die Wand und sieht im Geiste schon den Pariser Nuntius als Beherrscher der katholischen Kirche in Frankreich.

Die französische Regierung kümmert sich anscheinend nicht allzuviel um diese Kreise, denn für den Tag der Heiligsprechung der Jeanne d'Arce am 16. Mai schickte sie eine außerordentliche Gesandtschaft in der Person Hanotaux' mit drei Diplomaten nach Rom, was de la Brière veranlaßte, in den Etudes folgendes zu schreiben:



„Ich trage gar keine Bedenken, von der Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Vatikan als von einer vollendeten Tatsache zu reden, wenn auch der Antrag auf Wiederherstellung der Gesandtschaft noch die verschlungenen Pfade der parlamentarischen Verhandlungen durchlaufen muß . . . . Die Tatsachen sind den Texten vorausgeeilt. Unter der parlamentarischen Verantwortlichkeit Millerands sendet der Präsident Paul Deschanel eine außerordentliche Gesandtschaft für den 16. Mai nach Rom und stellt durch diese glückliche Initiative die diplomatischen Beziehungen in Wirklichkeit so auffällig wieder her, wie dies sonst kaum der Fall gewesen wäre." („Etudes", 20. Juni 1920, S. 625.)

Die letzten Kammerverhandlungen haben de la Brière recht gegeben. Immerhin versuchten die antiklerikalen Gruppen in der Kammer und vor allem im Senat jeden Zoll breit ihrer mühsam errungenen Stellungen zu verteidigen.

Eine Beamten-Vereinigung in der Bayerischen Volkspartei.

Von Professor Steindl, Nürnberg.

Der deutsche Beamte war von jeher ein Bild großer Gewissenhaftigkeit und Genügsamkeit. Er war zufrieden mit dem, was ihm der Vater Staat gab und dachte nie daran, daß sein bescheidenes, aber ruhiges Dasein einmal anders werden könnte. Da wurde er in den letzten Jahren grausam aus seiner Beschaulichkeit aufgeschreckt und gewaltsam wurde ihm das beigebracht, was andere längst vor ihm erkannt hatten: Die Bedeutung einer großen Organisation. Denn die bestehenden Fachvereine waren im allgemeinen über die Theorie nicht weit hinausgekommen. Wie anders wären die Beamten in der Zeit der Not dagestanden, wenn sie wenigstens den B. B. B. nicht erst hätten gründen müssen. Er ist allerdings heute noch kein kräftiger Junge; das liegt an dem Mangel einer ruhigen Entwicklung, bedingt durch die Zeitverhältnisse. Auch fehlt ihm, da er politisch neutral ist, die parlamentarische Stoßkraft. Und wenn es sich heute im Landtag um Standesfragen handelt, so blickt der Beamte immer noch hilfesuchend in den Reihen der einzelnen Parteien umher, wo ihm ein Nothelfer erstehen würde.

Damit soll nicht die bisherige Tätigkeit der Parteien verurteilt werden, es soll nur gezeigt werden, wie sehr dem Beamten — im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen — das beruhigende Bewußtsein fehlt, eine politische Organisation und damit eine geregelte Vertretung seiner Ehre und seiner Interessen innerhalb einer einflußreichen politischen Partei zu besitzen. Freilich hat die Beamtenschaft ihren bisherigen Mangel an politischem Einfluß selbst verschuldet. „Politisch Lied — ein garstig Lied", diese Ansicht kam bei keiner Berufsgruppe mehr zur Geltung als bei unseren Beamten. Und doch muß eine rege innere Beziehung zwischen unserer Volksvertretung und den mitten im öffentlichen Leben stehenden und tätigen Beamten bestehen; das ist nötig nicht nur in deren eigenem Interesse, sondern auch im Interesse des Staates.

Die Grundpfeiler unserer größten politischen Partei in Bayern sind die Vereinigungen der christlichen Bauern, Arbeiter und Mittelständler. Alle anderen Berufe hatten bisher in ihr keine Vertretung durch Organisationen. Das mag wohl auch einer der Hauptgründe sein, warum dem alten Zentrum — ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt — das Odium anhaftet, es habe für die Beamten nicht viel übrig gehabt, eine Ansicht, welche man auch bei den letzten Wahlbewegungen häufig zu hören bekommen hat.

Alle diese schwerwiegenden Gründe haben nun vor kurzem in Nürnberg eine Anzahl von unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, sowie von Kirchenbeamten zu einer Besprechung zusammengeführt, deren Ergebnis die Gründung einer „Beamten-Vereinigung in der Bayerischen Volkspartei, Kreis Mittelfranken" war. Zweck dieser Vereinigung ist die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder (Staats-, Gemeinde-, Kirchenbeamten, auch Beamtinnen, Pensionisten) innerhalb der Bayerischen Volkspartei und durch sie, sowie die Förderung des Parteilebens. Gerade der letztere Punkt soll in besonderem Maße gepflegt werden; denn „sich in der Partei zusammenschließen, aber sich nicht ausschließen", das wollen die Mitglieder der B. V. in der B. V. P. Die Beamten-Vereinigung will darum auch nicht als ein Konkurrenz-Unternehmen gegenüber dem Bayerischen Beamtenbund auftreten.

Aus der jüngsten Entwicklung der Demokratie in der nordamerikanischen Union.

Von Dr. jur. Gallus Thomann, Neuyork, z. Zt. München.

Immer bereit von fremden Mustern zu lernen, greift der deutsche Demokrat, wenn er von den amerikanischen Wahlkämpfen hört, zur Verfassung der Vereinigten Staaten. Das bedeutsamste Amt, das die Demokratie auf der Erde zu vergeben hat, der Präsidentenposten, steht zur Entscheidung. Doch das Orakel der Verfassung schweigt von allen den Vorgängen, deren Ablauf in rascher Folge der Draht meldet. In dem 2. Artikel und 12. Zusatzartikel findet sich nichts als die knappe Erwähnung einer indirekten Wahl und der allernötigsten ergänzenden Einzelheiten über die Art ihrer Vornahme. Alles Weitere muß lediglich aus der politischen Praxis eines Jahrhunderts entnommen werden. Erst mit dem Jahre 1912 setzt eine ganz neue Richtung ein, deren Grundlage sonderbarerweise nicht Bundesrecht bildet, sondern die auf gesetzgebender Tätigkeit der Einzelstaaten in Ergänzung föderaler Zwecke beruht.

Die oben genannten Verfassungsbestimmungen bilden seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts nun mehr den Abschluß, und zwar den wesentlich und lediglich formellen Abschluß der sich über Monate, neuerdings offiziell über ein volles Jahr erstreckenden fortgesetzten Wahlhandlung. Die Bestimmung der Wahlmänner, die ihrerseits Präsidenten und Vizepräsidenten wählen, findet laut Bundesgesetz am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November des dem Amtsantritt vorangehenden Jahres statt. Die Art der Bestimmung ist den Einzelstaaten überlassen. Sie findet überall durch direkte allgemeine Wahl demokratischen Ausdruck, während früher, zuletzt 1876 in Colorado, die Ernennung durch die Legislaturen der Einzelstaaten erfolgte. Es entfallen auf jeden Bundesstaat so viele Wahlmänner als die Summe seiner Vertreter in beiden Häusern der Bundeslegislative beträgt. Die Wahlmänner treten zur Wahl in den Staaten am zweiten Montag im Januar des auf ihre Bestimmung folgenden Jahres zusammen. Der Bundeskongreß hält am zweiten Mittwoch im Februar gemeinsame Sitzung beider Häuser zur Zählung der versiegelt eingesandten Stimmlisten. Beim Fehlen einer absoluten Majorität geht die Wahl unter den drei mit der höchsten Stimmenzahl versehenen Kandidaten auf das Bundesrepräsentantenhaus über; ebenso für den Kandidaten zur Vizepräsidentschaft unter den zwei mit der höchsten Zahl Versehenen auf den Bundessenat.

Hier so wenig wie in anderen Fällen ging die Absicht dahin, Demokratie im mechanischen Sinne möglichst umfassender Beteiligung aller an allen wichtigen Staatshandlungen zu schaffen. Das natürliche Streben jeder Demokratie zur Verbreiterung ihrer volktümlichen Basis hat bis in die ersten Jahre unseres Jahrhunderts sich ausschließlich durch die politischen Organisationen betätigt. Statt der vergeblichen Absicht zu dienen, bewirkte dies bald bewußter und unvermeidlicher Weise das Gegenteil.

Bei dem von der Verfassung vorausgesetzten unabhängigen Wählen jedes Wahlmännerkollegiums war Stimmenzersplitterung das Natürliche. In diesem Fall ging die Auswahl an die Häuser der Bundeslegislative. Um diesem vermeintlich undemokratischen Mangel vorzubeugen, nahm sich ursprünglich die Parteipolitik der einheitlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung an und entwickelte so das System, das heute noch, zwar in 21 der 48 Bundesglieder jüngst in etwa modifiziert, gilt. Durch das Bestehen jeweils nur zweier großer Parteien unterstützt, konnten diese je eine nebenstaatliche Organisation aufbauen, die ihrerseits die Neubildung von Parteien fast unmöglich machte. Von der Gemeinde und Grafschaft (county) aufsteigend zur Delegiertenversammlung des Distrikts, von den Distriktskonventionen zur Staatskonvention, von dieser zur Landesversammlung des ganzen Bundesgebiets hat jede Partei ihre Wählerschaft umso fester in der Hand, als die volkstümliche Basis sich nach oben progressiv verengert: Denn die Delegierten zu den Landesversammlungen beider Parteien, den so viel genannten National Konventions, werden von den Staatskonventionen, diese wieder von den Distriktskonventen bestimmt. Unmittelbarer Einfluß der Wählerschaft hat daher nur in den örtlichen Versammlungen soweit Raum, als es lokale Drahtzieher gestatten.[1]) Solche Nationalkonvente stellen ihre Kandi-

[1]) Auf das gänzliche Fehlen von Wahllisten wird unten noch hingewiesen werden.



daten mit absoluter Stimmenmehrheit auf[2]) und kraft der Parteidisziplin muß im November die Wählerschaft auf diesen Kandidaten verpflichtete Wahlmänner wählen. Es ist ersichtlich, daß die eigentliche Bestimmung von Präsident und Vizepräsident in diesen, im Laufe des Sommers gehaltenen Konventionen statt hat. Es bedarf keiner Ausführung, wie weit ein solches System allem Volkstümlichen entrückt ist; wie diese Versammlungen dem Volke dreifach entzogen sich kaum mehr als dessen Vertreter fühlen und infolge solcher, dazu unverantwortlicher Entfernung allen Einflüssen der Selbstsucht, von der Aemterjagd bis zur krassen Bestechung, zugänglich sind. Geschäftsordnung, Abstimmung, ja die Legitimation als Delegierter — alles ein Wust undurchdringlicher, unkontrollierbarer Machenschaften.

In der richtigen Erkenntnis, daß politische Institutionen, die einem empfundenen, wirklichen oder eingebildeten Bedürfnis entspringen, nicht ohne weiteres durch gesetzliche Maßnahmen abgeschafft oder zurückentwickelt werden können, hat die neueste Gesetzgebung der Einzelstaaten mit der politischen Organisation als gegebener Größe gerechnet. Ihre Richtung geht lediglich darauf hinaus, die politischen Gebilde unlauteren Einflüssen zu entziehen und damit der Wählerschaft den Weg natürlicher Geltendmachung zu eröffnen.

Zu diesem Zweck sind mit und seit der Wahlcampagne von 1912 (1. Administration Wilson 4. 3. 1913—1917) in 21 der 48 Bundesstaaten der Union officielle Parteiwahlen eingeführt worden, die sog. Direct Primaries und Presidential Preference Primaries. Sie werden zwischen Januar und Mai als Vorläufer der Konventionen gehalten und bewegen sich in drei Formen. Entweder, so in New-Hampshire und North-Dakota, werden die Parteidelegierten zur Distrikts- und teilweise zur Staatskonvention in allgemeiner, direkter Wahl bestimmt; oder, wie z. B. in Maryland, es werden die Delegierten zwar auf dem bisherigen Wege durch Organe der Parteimaschine ernannt, aber die Wählerschaft drückt in Parteiwahlen ihren Wunsch inbezug auf genehme Kandidaten aus. Auf die so vom Volk Benannten werden die Delegierten dann verpflichtet. In der dritten Form sind die beiden ersten Arten vereinigt, wie es in Pennsylvanien und Ohio der Fall ist. Auch dieser letzte Versuch, an sich der vollkommenste von den drei, kann seinen Zweck nicht erfüllen. Die normale Lage ist die, daß keiner der vorliegenden Namen per se die absolute Mehrheit auf sich vereinigt. Wenn anders eine Wahl überhaupt zustande kommen soll, wird die Verpflichtung hinfällig und der Delegierte ist so ledig jeder Rücksicht auf den Volkswillen wie je in früherer Zeit.

Die Wahl W. G. Hardings bezw. J. M. Cox' ist ohne jede Rücksicht auf vom Volke ausgesprochene Vorzugswünsche nach genau derselben Praxis wie auf allen früheren Konventen zustande gekommen. Und hätten auch sämtliche 48 Staaten bereits Parteiwahlen, der innewohnende essentielle Mangel des Systems bliebe der gleiche. Man kompliziere, wie man will, setze z. B. eine Reihenfolge bevorzugter Kandidaten oder was an dergleichen die politische Phantasie sonst noch erdenken könnte, immer bleiben gewandten Delegierten reichliche Hintertüren, um zu tun, was *sie* wollen.[3]) Der Fehler liegt tiefer. Der ganze Komplex der Verfassung vorgebauten Maßnahmen, ob politischer oder rechtlicher Art ist grundsätzlich zu verwerfen. Die Parteiorganisation aus eigener Kraft zur willkürlichen Beherrscherin der öffentlichen Meinung und des Volkswillens geworden, wird in dieser neuen Gesetzgebung durch unmittelbare Nutzbarmachung für staatliche Zwecke gleichsam gekrönt. Zudem kommt die Stärkung in erster Linie lediglich den schon bestehenden Parteien zugute, während sie ein neues Hemmnis für selbständige Regungen bildet.

Jedoch hat vielleicht außer den in der Folge des Krieges auftauchenden Problemen, an die heranzutreten die Parteimaschinen zögern, nichts so sehr zur Verbreitung der Erkenntnis der Schädlichkeit überentwickelter Parteiorganisation beigetragen als gerade die Ueberspannung des Bogens in politisch-technischer Beziehung. Um so stärker muß die unausbleibliche Reaktion sein.

Von höherer Warte ist es daher zu begrüßen, daß Erwartungen diesjähriger Spaltungen im Schoß der Parteien und Geltendmachung fortschrittlicher Richtung in den Konventionen enttäuscht wurden. Die neue Partei muß unabhängig, ja in vollem Widerspruch zu allem, was Konvente verkörpern, entstehen. Denn wächst sie im Anschluß an die Organisation einer der alten empor, wie es bisher stets der Fall war, so ist sie zu einem alsbaldigen Zurückgleiten in die gleiche Bahn prädestiniert. Wie aus früherer Zeit das Herauswachsen der Republikaner aus den Whigs und aus der jüngsten Vergangenheit die ergebnislose Bewegung von 1912 beweisen.

Das Experiment der Vorzugswahlen ist ein Musterbeispiel für die größte, alle Demokratie bedrohende Gefahr:

Die gesunde Idee der Demokratie durch mechanistischen Ausbau des Systems der Volkssouveränität praktisch untauglich und tatsächlich undemokratisch zu machen; vor lauter Furcht einzelnen oder Körperschaften (hier dem Kongreß) positive Machtbefugnisse anzuvertrauen, das zweckmäßige Funktionieren der Staatsgewalt zu behindern, indem immer neue aus Mißtrauen geborene und doch ergebnislose direkte Volksbeteiligungen geschaffen werden, bis endlich der unverhältnismäßig angeschwollene Apparat gerade das unmöglich macht, was er bezweckte.

Der verfassungsmäßige Modus der Präsidentenwahl entspricht der demokratischen Idee aufs vollkommenste. Sowohl die Wahlmänner als auch der Kongreß, auf den die Wahl eventuell devolviert, gehen aus direkter, allgemeiner Wahl des Bundesvolkes hervor.[4])

Der gegenwärtige Modus widerspricht nach allen Richtungen dem demokratischen Gedanken. Der einzige Ausweg aus dem Dilemma liegt entweder in einer Verfassungsänderung im Sinne allgemeiner direkter Wahl zu dem Amt des Präsidenten und Vizepräsidenten oder in einer Rückkehr zu den würdigen und einfachen Bestimmungen der Verfassung, wie sie heute steht. Auch in dieser Richtung kann eine unabhängige dritte Partei mit einem Schlag zu gesunden staatsrechtlichen Verhältnissen, zur vollen Geltung der zureichenden Verfassungsbestimmungen führen. Und das wäre nicht der mindeste Vorteil.

[2]) Soweit nicht 2/3 Majorität gefordert wird, wie regelmäßig auf den demokratischen Versammlungen.

[3]) Man denke, daß es sich um eine ziemlich ungeordnete Versammlung von rund 1000 Köpfen aus 48 Staaten handelt.

[4]) Auch der Senat, der bisher von den Staatslegislaturen ernannt wurde, durch den verfassungsändernden Artikel XVII vom 31. Mai 1913. Das Repräsentantenhaus ging stets aus Volkswahl hervor. (Verf Art. I sec. 2.)

Irland.

Von Fritz Hansen, Berlin.

Die Flutwelle der Revolution, die über Europa dahinrollt, hat der nationalen Frage in Irland jetzt eine Beantwortung gegeben, die ganz allgemein in der Forderung gipfelt: Die Republik! In den Pennyheften von Dublin leben die Lieder der jahrhunderte langen Kämpfe wieder auf und auf dem Lande sitzen die Bauern und singen die überlieferten irischen Lieder. Das ganze Volk ist für die Republik und richtet dabei seine Blicke auf Amerika, das die große Hoffnung der irischen Republikaner ist.

Die Irisch-Amerikaner spielen eine bedeutende Rolle in den Vereinigten Staaten und sie haben in letzter Zeit die Stimmung sehr in anti-englischer Richtung beeinflußt. Namentlich seit der oberste Repräsentant der Sinn-Feiner, „der Präsident der irischen Republik" De Valera, nach Amerika kam und mit seiner Propaganda begann, hat der Unwille der Amerikaner über Englands Verfahren mit Irland schärfer und schärfer Ausdruck gefunden. „Die englische Regierung behandelt die Irländer, wie die französische Regierung seinerzeit die Hugenotten behandelte", sagt De Valera, und seine gewaltigen Proteste gegen die englische Zwangsherrschaft haben Widerklang in Amerika gefunden. Es verlautet, daß die Opposition des Senats gegen den Völkerbund zum großen Teil von der englischfeindlichen irischen Agitation herrührt. Aber wie dem auch sein mag, sicher ist, daß der englisch-amerikanische Allianzebund, auf den man in England so großen Wert legt, nur eine schwache Grundlage in der amerikanischen öffentlichen Meinung hat, wenn nicht Irlands Forderung nach Selbstverwaltung schnell erfüllt wird. Wie berechtigt aber diese Forderung ist, zeigt das Ergebnis der letzten Wahlen, bei denen rund 74 Proz. der irischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit von England gestimmt haben.

Seit Jahrhunderten herrscht der Kampf des Volkes auf der grünen Insel, die eine weite, wellige Ebene, umkränzt von malerischen Randgebirgen bildet, gegen die Gewalttätigkeit der englischen Herrschaft, die ungeachtet der früheren Größe des Landes die Bewohner in Knechtschaft hielt, ihnen fast den ganzen Grundbesitz entriß und in großen Massen an Fremde verkaufte. Vom 12. Jahrhundert an haben die Engländer ihre Unterdrückungspolitik Irland gegenüber in der rücksichtslosesten



Weise ausgeübt und alle Maßregeln der Gesetzgebung, die getroffen wurden, um die Aufständischen niederzuhalten, haben nicht vermocht, eine wirkliche Besserung zu schaffen. Nach jedem Aufstand, der im Laufe der Jahrhunderte sich erhob, wurden immer neue Konfiskationen an Grund und Boden vorgenommen, so daß der Grundbesitz Eigentum weniger Großgrundbesitzer ist, während die Landbevölkerung im Elend lebt, das durch Hungersnot und Mißernten hervorgerufen wurde. Der Landraub und die Gewaltherrschaft durch England begann unter Heinrich VIII., nachdem bereits Heinrich II. in den Jahren 1169—1171 die unter den irischen Fürsten ausgebrochenen Parteikämpfe dazu benutzte, um die reiche, fruchtbare Insel mit ihrem blühenden Handel unter seine Oberherrschaft zu bringen. Heinrich II. ließ sich von den Normannen und einigen irischen Oberkönigen den Treueid schwören, die irische Kirche wurde zu einer mächtigen Waffe in der Hand der englischen Könige und die Engländer sahen schon damals die Insel als ihr Eigentum an, mit dem sie nach Belieben schalten konnten. Das Parlament, das unter Heinrich VII. 1495 errichtet wurde, durfte sich nur mit Genehmigung des Statthalters versammeln und mußte seine Gesetzesvorschläge vorher dem englischen Geheimen Rat zur Einsicht vorlegen. Zu den bisherigen Gegensätzen zwischen den Eroberern und den Einwohnern Irlands kamen noch konfessionelle. Denn die in England eingeführte Kirchenreform sollte auch zwangsweise auf Irland ausgedehnt werden und die Tochter Heinrichs VIII., die Königin Elisabeth, ging mit rücksichtsloser Strenge gegen Irland vor. Sämtliche Güter der katholischen Kirche wurden für die protestantische Geistlichkeit eingezogen, der Grundbesitz der gegen die englischen Maßnahmen aufständischen Bevölkerung konfisziert und den Einwohnern nur pachtweise verliehen, teils aber auch an englische Lords verschenkt. Die englischen Könige und Beamten zogen ungeheure Summen aus dem Lande und allein in den letzten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts betrugen die irischen Einkünfte des Königs von England 6—7000 Pfund im Jahre.

Der Haß, der sich gegen die englischen Eroberer damals geltend machte, führte zu einem Aufstand, den der Graf von Tyrone organisierte, der aber blutig niedergeworfen wurde. Der Königin Elisabeth war dadurch die Gelegenheit gegeben, mehr als 60000 Morgen Land zu konfiszieren. Auch unter der Regierung der Stuarts versuchten diese, die Macht der irischen Häuptlinge dadurch zu brechen, daß sie ihre Güter konfiszierten und unter Jakob I. kamen weitere 800 Morgen teils in Ulster, teils zwischen Dublin und Waterford in den Besitz der englischen Könige, die sie dann an Spekulanten und Schotten verkauften.

Als Karl I. in heftigen Kampf mit dem englischen Parlament verwickelt wurde, glaubten die Irländer ihre Zeit gekommen und organisierten im Oktober 1641 einen großen Aufstand in Ulster und den englischen Kolonisten erging es schlecht; sie wurden ermordet oder mußten nach England flüchten. Die schottischen Kolonisten, deren Sprache vom Irischen nur dialektisch verschieden war, blieben unbehelligt, weil man sie als keltische Blutsbrüder ansah. Die Irländer, deren Rache in den zwei Jahren des Aufstandes an 5000 Engländer (nach anderen Angaben 2000) zum Opfer fielen, wollten nun die politischen und religiösen Freiheiten wiedererlangen. Die Autorität des Königs erkannten sie an, ja, sie erklärten sogar in seinem Namen gegen die englischen Puritaner zu kämpfen. Als 1649 der Statthalter Graf Ormand den Friedensvertrag abschloß, war mit Ausnahme von Dublin und ein paar anderen Städten die ganze Insel in der Gewalt der Aufständischen. Das englische Parlament schickte Oliver Cromwell, der zum Vizekönig von Irland ernannt worden war, mit einem wohlausgerüsteten Heere dorthin. Cromwell wandte sich zuerst gegen die Stadt Drugheda, die er einnahm und deren Verteidiger und Einwohner er niedermachen ließ. Dasselbe Schicksal erlitt die Stadt Wexford, wo Cromwell gleichfalls mit ausgesuchter Grausamkeit wütete. Als Cromwell den größten Teil Irlands unterworfen hatte, kehrte er nach England zurück und überließ es seinem Schwiegersohn Ireton und dessen Nachfolger Ludlow, sein Werk der Unterwerfung des Landes zu vollenden. Der Aufstand war 1653 vollständig erstickt und Irland eine eroberte rechtlose Provinz Englands. Es begann eine Zeit der Verfolgung und Unterdrückung, wie sie blutiger die Geschichte Irlands weder vorher noch nachher zu verzeichnen hatte. Nicht nur die Gefangenen, sondern auch 20000 andere Einwohner wurden auf Beschluß des englischen Parlaments als Sklaven nach Westindien deportiert, der Grundbesitz der Führer im Aufstande konfisziert und das Land an die Parlamentssoldaten und englischen Kolonisten verteilt oder als Eigentum der Krone erklärt. Den Irländern war es verboten, Waffen zu tragen oder zu besitzen. Die Ausübung des katholischen Kultus wurde streng verboten und die katholischen Priester mußten binnen 20 Tagen Irland verlassen.

Das ganze Bestreben der englischen Eroberer ging dahin, die gesamte irische Kultur zu unterdrücken. Diese Maßnahmen schufen zwar Ruhe, aber es war die Ruhe des Friedhofes, der bald von neuem eine Empörung folgte. Als 1689 der aus England vertriebene König Jakob II. mit einer französischen Flotte und Mannschaft in Irland landete, erkannte das irische Parlament Jakob als rechtmäßigen König an. Doch als Jakobs Heer von der Armee Wilhelms III. besiegt war und König Ludwig XIV. seine Truppen wieder nach Frankreich zurückgerufen hatte, stand die Insel wieder den Engländern offen. Das englische Parlament verfügte von neuem die Konfiskation von einer Million Morgen Land und die Verteilung an die Protestanten. Die Cromwellschen Dekrete wurden wieder in Kraft gesetzt. Seitdem aber ist das Land unter der Knechtschaft Englands niemals wieder zur Ruhe gekommen.

Ein Geheimbund nach dem anderen wurde gegründet, und alle hatten den Zweck Irland zu befreien, das Land seinen Eigentümern wieder zurückzugeben. Von den Tagen des „Bundes der weißen Burschen" bis zu den Feniern und Homerulern neuerer Zeit hat die Geheimbündelei, der versteckte und offene Aufruhr in Irland, niemals aufgehört. Selbst die Vereinigung des irischen Parlaments mit dem irisch-schottischen konnte daran nichts ändern. Denn das hauptsächlichste Verlangen der Irländer, ihnen den Raub früherer Jahrhunderte zurückzugeben, blieb unberücksichtigt. Wenn auch einzelne englische Ministerien, so z. B. das von Gladstone, bemüht waren, in kirchlicher und sozialer Beziehung Verbesserungen einzuführen, wurde die Lage der Irländer in sozialer und rechtlicher Beziehung nicht besser, ihr Haß nicht geringer. Die Unmöglichkeit, das geraubte Land auf friedlichem Wege wieder in die Hände der Irländer gelangen zu lassen, mußte naturgemäß dahin führen, die revolutionäre Bewegung bis auf unsere Tage wachzuerhalten.

In wirtschaftlicher Beziehung hat allerdings Irland in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften kamen auf und konnten eine umfangreiche Wirksamkeit entfalten, und auch in der Industrie ist ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen gewesen. Aber viele der eingeführten Erzeugnisse kamen aus England, fast alle aber auf dem Wege über England, und dahin wird auch nahezu die gesamte Ausfuhr Irlands geleitet.

Irland ist ein von der Natur reich gesegnetes Land, das schon im Altertum wegen seines Reichtums an edlen Metallen und wegen der Fruchtbarkeit seines Bodens berühmt war. Die alte Kultur zeigt sich auch noch in den zahlreichen Baudenkmälern, und wenn Irland die „grüne Insel" genannt wird, so verdankt es diesen Beinamen der wunderbaren Fruchtbarkeit des Landes. Prächtige alte Wälder, weit ausgedehnte Torfmoore und Kohlenfelder bilden neben wertvollen Granit- und Marmorsteinbrüchen große Schätze, die es verständlich machen, daß England mit allen Mitteln bestrebt ist, sich Irland auf ewige Zeiten tributpflichtig zu machen.



Vom Büchertisch.

Das deutsche Kommersbuch, bearbeitet von Karl Reisert. Herder, Freiburg. 12. Auflage. Ein Kommersbuch in heutiger Zeit zu empfehlen, ist's nicht Anachronismus? Wollen und dürfen die Studenten überhaupt noch Kommerse feiern? Es gibt Leute, die ihnen das Recht an dieser studentischen Jugendlust absprechen. Vielleicht meinen sie, es wäre besser, wenn sich die Studenten bloß in politischen Tageskämpfen, parteipolitischen Zirkeln und Versammlungen ausleben. Rußland hat ja eine solche Studentenschaft gehabt, die keine Kommerse gefeiert und nur politisiert hat. Schon im alten, zaristischen Rußland war dieses Studentum der Sumpf, aus dem alle Miasmen der Zersetzung aufstiegen. Sittlich, politisch, geistig und wissenschaftlich stand dieses russische Studententum wahrlich nicht über dem kommersefeiernden deutschen Studententum. Man lasse dem Studenten doch sein studentisches Leben, seine Eigenart, seine Jugendlust. Man hüte sich, schon 17- und 20jährige Greise aus jungen Leuten machen zu wollen. Lieber einen Studenten, der Kommerse feiert und Farben schwingt, als einen innerlich unzufriedenen, zerfahrenen, ewig kritisierenden, politisierenden, streitenden, frühreifen jungen Mann von altem Herzen und überspanntem Kopf. Wenn die studentische Jugend aber fröhlich ist und Kommerse feiert, dann wird sie gerne auch zum deutschen Kommersbuch von Herder greifen, das in seiner reichhaltigen und geschmackvollen Ausstattung jedem Studenten freudige Stunden bereiten wird. Leider ist es dem Verlag scheinbar nicht gelungen, das Abdrucksrecht einiger der beliebtesten und poesievollsten neuen Studenten-

lieder zu erwerben. Ich denke nur an die schönen Sänge „Bin durch die Alpen gezogen" . . . „Student sein, wenn die Veilchen blüh'n" . . . „Mit der Fiedel auf dem Rücken" . . . „Zieht der Bursch die Straß' entlang" usw. Dr. Hans Eisele.

Ludwig Freiherr von Pastor: Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters. Mit Benutzung des Päpstlichen Geheim-Archives und vieler anderer Archive bearbeitet. Siebter Band: **Geschichte der Päpste im Zeitalter der katholischen Reformation und Restauration: Pius IV. (1559—1565).** Erste bis vierte Auflage. gr. 8° XL u. 706 S. Freiburg i. Br., Herder. Preis geb. 44 M. — Ein neuer Band der Papstgeschichte Ludwig v. Pastors bedeutet für Gegenwart und Zukunft ein nicht nur ausgesprochen kirchengeschichtliches, sondern vor allem ein kulturhistorisches Ereignis. Seit Beginn dieses sich stetig fortsetzenden Folgewerkes hat sich die Stellungnahme der einschlägigen nichtkatholischen Wissenschaft zur richtigen Auffassung der allgemeinen kulturellen Einwirkung des Heiligen Stuhles und der einzelnen Persönlichkeiten auf dem päpstlichen Throne stark und günstig verändert. Denn wo Wahrheit gleich Sonnenlicht sich durchsetzt wie im Wirken dieses großen Forschers; wo absolute Sachlichkeit sich selbst und ihre Ergebnisse so unwiderleglich dokumentiert wie bei ihm, da muß herrschender Irrtum, ob gewollter oder ungewollter, mählich in den Schatten zurückweichen, um endgültig zu verschwinden. Bei diesem ruhig, bis zur Kühle in sich gefestigten Beobachter kann man sicher sein, nie auf eine auch nur geringste Neigung zu konzessionierender oder idealisierender oder gar verhüllender und entstellender Beurteilung zu stoßen. Im Lichte seiner mit allen ihm innewohnenden Kräften erworbenen Erkenntnis geht er den Weg seiner Wahrheit; daß diese, wie selten bei einem Menschen, zugleich die objektive Wahrheit zu sein pflegt, macht eben die Größe des Charakter- und Forscherbildes v. Pastors aus — eine Größe, die sich auf dem Boden einer gewaltigen Weltanschauung von unüberwindlicher Sieghaftigkeit aufbaute. v. Pastor besticht niemals, er blendet keineswegs: er überzeugt und tut dies mit — genau besehen — äußerst einfachen sprachlichen Mitteln, aber mit einer Ausrüstung von universalem und speziellem, zumal sachlichem Wissen, von Logik und Seelenkunde, die das von ihm immer aus der Tiefe Gehobene in den Schutz der Unverletzlichkeit stellt. Bei aller Gründlichkeit aber bleibt er ermüdender Breite fern, dank jener Art des Eindringens, die innerhalb der Darstellung nichts als an sich geringfügig, sondern alles und jedes als notwendigen Bestandteil des organischen Zusammenhanges erachtet. Eben dadurch gestaltet sich dem Leser auch das auf den ersten Blick Unbedeutendere in Begebnis und Persönlichkeit als interessant, so daß es geschehen kann, daß gerade ein rein menschlich und historisch weniger hervorragender Charakter besonders fesselt. So der Held des vorliegenden Bandes: Pius IV., der, vor seiner Papstwahl in keiner Weise hervortretend, während der wenigen Jahre seiner Regierung hochbedeutsame Akte und Probleme zu vollziehen und zu handhaben hatte, in erster Linie die glückliche Beendigung des Trientiner Konzils, in zweiter und dritter die Frage des Laienkelches und der Inquisition. Welche seinem Einfluß und seiner Gegenempfänglichkeit unentrückbare Gestalten aber um ihn, neben ihm! Im kirchlichen Leben vor allem sein Neffe Karl Borromäus, einer der vollkommensten Charaktere, Priester, Menschenfreunde, Kirchenfürsten und Staatsmänner; ferner ein Petrus Canisius und eine heilige Theresia, beide im päpstlichen Auftrage einschneidend, vermittelnd und reformatorisch tätig. Im Kunstleben ein Michelangelo und Palestrina, jener von Pius, dem betonten Förderer bildender Kunst, der weitaus bevorzugtere. Im weltgeschichtlichen Leben eine Katharina von Medici in ihrer damaligen unbesonnenen Verquickung mit der hugenottischen Bewegung; eine Maria Stuart in ihrem infolge ihrer katholischen Treue doppelt gefährlichen Verhältnis zum schottischen Volke; eine Elisabeth von England in ihrer schlangengleichen Doppelzüngigkeit; insbesondere ein Philipp II. in seiner für die Kirche außerordentlich schwierigen herrschsüchtigen Stellungnahme zu dieser. Immer und überall aber erwies sich Pius IV. — „abgesehen von einigen, bei einem so beweglichen Geiste nicht überraschenden Schwankungen — als ein Mann, der mit großer Klugheit und staatsmännischem Geschick den Erfordernissen der Weltlage Rechnung trug, aber bei aller Mäßigung doch stets die Rechte des Heiligen Stuhles wahrte." Klipp und klar schlußfolgert v. Pastor: „Anderseits verliert Pius IV., wenn man ihn seinem heiligen Nachfolger" (Pius V.) „gegenüberstellt, der die katholische Reformation in ihrer idealsten Gestalt verkörperte. Wie wenig aber auch Pius IV. von diesem neuen kirchlichen Geiste erfüllt war, und wieviele Fehler ihm auch anhafteten . . ., so hat dennoch sein Pontifikat für die katholische Restauration eine hohe Bedeutung." Wir haben da einen Beweis für den haarscharfen Gerechtigkeitssinn der v. Pastorschen Darstellung. Möge diese Fundgrube tief und tiefst dringender sachlicher und innerpersönlicher Bereicherung uns noch lange offen stehen! E. M. Hamann.

Prof. Dr. Jak. Hoffmann: Handbuch der Jugendkunde und Jugenderziehung. — Das hochwichtige Werk ist die völlig neu bearbeite und stark erweiterte 4. Auflage von des Verfassers „Erziehung der Jugend in den Entwicklungsjahren" (1. Aufl. 1913). Als richtunggebend gilt das scharf ins Auge zu fassende, durch die Jugendkunde zu erforschende „Leben des Jugendlichen nach allen Seiten" unter dem Zeichen der allemal tief in Sein und Wesen einschneidenden Pubertät. Und zwar hinsichtlich beider Geschlechter. Hauptthemen sind die Sphäre des leiblichen Lebens, das rationale Leben und seine Vorbedingungen, die emotionale Lebenssphäre, das religiöse Leben, besondere Formen der Jugenderziehung, Lektüre und Besuch szenischer Darstellungen, Störungen und Krisen in der Entwicklung, Heilpädagogik. Mit gewissenhaftestem Fleiße wurden die Ergebnisse neuerer und neuester Forschung gesichtet und verwertet. Universale und individuelle Menschenkenntnis, auf dem Grunde der Lebenserfahrung durchleuchtet und durchsonnt vom Lichte der Liebe, der größten und endgültig sieghaften aller Tugendkräfte, führt das Wort: mit der Beweiseswucht jener Erkenntnisklarheit, die christkatholische Wahrheit umsetzt in zusammenhängend fortschreitende unvergängliche Liebestat. Einfachheit, Zielsicherheit, Ueberzeugungskraft sind die Grundakkorde der hier gewobenen großen Harmonie, die alle wichtigsten Erziehungsmotive in sich zu einen und aufzulösen vermag. — Einsprüche, Einwendungen? Gewiß gibt es Raum auch dafür und eben deshalb zu logischen inneren Auseinandersetzungen und Weiterführungen —, tieferste Anregung bildet die Lebensluft höherentwickelnder Schlußfolgerung.

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Ludwig Ganghofer †. Ein sanfter Tod hat den Poeten hinweggenommen, der zwar 65 Jahre alt geworden, aber ein Junger, Lebensfrischer geblieben war. Es bestand zwischen Persönlichkeit und Schaffen Ganghofers eine schöne Harmonie, die war seine Stärke auch da, wo er künstlerisch weniger anspricht. Der Optimismus, der ihn in Widerspruch setzte mit den literarischen Strömungen seiner Zeit, war der Ausfluß seiner lebensbejahenden, kernigen Natur; mochte man vielleicht die metaphysische Vertiefung entbehren, so war seine lichte Weltanschauung durchaus echt empfunden und somit von künstlerischer Wahrheit. Auch die Ueberschätzung des Psychologischen, durch die die herrschende Literatur längere Zeit die Dichtkunst fast wissenschaftlich zu behandeln suchte, lag Ganghofer nicht. Gerade das, was Ganghofer bei der hohen Kritik herabsetzte, hat ihn zum Liebling der naiv genießenden Leserwelt gemacht. Sie fand in ihm jene humordurchsonnte Frohnatur, die gerade in den Zeiten unseres äußeren Glanzes so selten gewesen ist und Charaktere von ungebrochener Gradlinigkeit, die im Gegensatz zu den problematischen Naturen so vieler Zeitgenossen sympathisch berühren mußten. Ganghofer gewann jungen Ruhm, als er den „Herrgottschnitzer von Ammergau" schrieb, an dem der Schauspieler Neuert bühnentechnisch einigen Anteil hatte und das mit dem damals das oberbayerische Volksstück mit so viel Geschmack und Begabung pflegenden Gärtnerplatztheater-Ensemble in München und auf zahlreichen Gastspielen das Publikum entzückte. Die liebenswürdige Mischung von Humor und Sentimentalität sprach die damalige Zeitneigung sehr an; sie war übrigens durchaus nicht so unrealistisch, wie man in den Zeiten des Naturalismus behauptete. Durch den Erfolg dieses Stückes hat Ganghofer eine Berufung an das Ringtheater als Dramaturg erhalten. Die Dramaturgentätigkeit hatte durch die Brandkatastrophe, die diese Wiener Bühne in Asche legte, rasch ein Ende. Der Lebensweg führte Ganghofer dadurch mehr vom Theater fort und dies war der äußere Anlaß, daß der Erzähler über den Dramatiker das Uebergewicht erhielt. So kam er zu dem Schaffensgebiet, auf dem seine überragende Bedeutung liegt. Zwar hat Ganghofer nicht aufgehört, für das Theater zu schaffen. „Der Prozeßhansl" und „Der Geigenmacher von Mittenwald" führten die im „Herrgottschnitzer" eingeschlagene Richtung mit gutem Glücke weiter. Noch um die Jahrhundertwende hat er im „heiligen Rat" freilich etwas derber wie früher, dieses Genre gepflegt und Beifall gefunden. Verschiedene Lustspiele und Schauspiele aus den 80er Jahren sind heute vergessen. Sie schöpfen ihre Stoffe nicht aus dem bäuerlichen Milieu und vermochten deshalb die Eigenart des Dichters nicht so stark zur Geltung zu bringen. Die mit dem Rumänen Marco Brociner zusammen geschriebene „Hochzeit von Valeri" ist ein Schauspiel von packenden Rollen. Erfolg hatte auch das Schauspiel „Meeresleuchten", das nicht ohne Stimmung ist, wiewohl an den Figuren etwas Romanhaftes bleibt. Ein Schauspiel: Der Wille zum Leben, das die Vererbungstheorie ad absurdum führen will, hatte nur einen persönlichen Erfolg, der über München nicht hinausging. Die gute Absicht führt nicht immer zu gerade geschmackvoll gewählten Mitteln. Die künstlerisch reiferen Dorfkomödien „Tod und Leben" zeigen eine Hinneigung zu der (damals noch) schärferen Tonart Ludwig Thomas. Ganghofer als Erzähler: was seine Bücher so viel stärker macht, als seine Theaterstücke, das sind seine Schilderungen der Bergwelt, mit der der Dichter aufs innigste verwachsen war. Schon die frühesten Jahre der Kindheit haben den in Kaufbeuren als Sohn eines Forstmeisters geborenen Dichter in ein einsames Walddorf geführt; hier hat er die entscheidenden Natureindrücke empfangen, zu den Bergen ist er immer wieder zurückgekehrt und jetzt im Alter hatte er der Großstadt dauernd den Rücken gekehrt, in Tegernsee ist er gestorben. Von der Erhabenheit der Bergeinsamkeit, vom ‚Schweigen im Walde', wie eines seiner besten Bücher heißt, von den tosenden Wassern und dem zwischen den zerklüfteten Felsenwänden durchblinkenden blauen Himmel hat er in seinen Romanen Schilderungen entworfen, die von einer zwingenden Poesie sind, um so mehr noch, als sie nicht nur Staffage sind, sondern die Gestalten seiner Dichtungen mit der Großartigkeit der Bergwelt auf das innigste verwachsen sind. Es ist kaum möglich und auch nicht nötig, alle die Bücher, die sehr zahlreiche Auflagen erlebten, einzeln aufzuzählen. Romane, wie der „Klosterjäger", die „Martinsklause", „Schloß Hubertus", „Der laufende Berg", „der hohe Schein" haben tausende von Lesern gefunden und werden wohl noch lange gelesen werden. Seine Schilderungen sind lebensstrotzend und spannend. Auch da wo Ganghofer seine Gestalten in das Gewand längst vergangener Zeiten steckt, steht es ihnen wie angegossen. Seine Lebensgeschichte hat er uns im „Lebenslauf eines Optimisten", ein Buch von köstlichem Humor und echt deutschem Gemüt beschrieben. Auch moderne Märchen und Operntexte hat Ganghofer verfaßt. Gedichte schrieb der Dreißigjährige, der Sechzigjährige griff zur „Eisernen Zither" und sang Lieder von Deutschlands Recht und Sieg, Verse voll Hoffnung, die den Ruhm deutscher Kriegerhelden feiern. Seine Reisen an die Front fielen in die Zeit, da die Zuversicht im Innern noch nicht unterhöhlt war und werden so als Zeitdokument ihren Wert behalten. Ob all das Schwere, was wir späterhin erlebt haben, in Ganghofers Schaffen einen literarischen Niederschlag gefunden hat, wird man wohl aus dem Nachlasse ersehen. Wir dürfen annehmen, daß der „Optimist" seinen Glauben an Deutsch-

lands Zukunft bewahrt hatte. Und dieser Glauben an den Endsieg alles Guten und Schönen ist für uns heute nötiger, als die dekadenten Finessen wurzelloser Literatur, und so darf man überzeugt sein und wünschen, daß sich noch lange Tausende erquicken mögen an den Schriften dieses kernigen deutschen Mannes!

Festspielbeginn. Mit „Parsifal" beginnt draußen im Prinzregententheater die alljährliche Zeit der Festspiele. Es folgen in der ersten Woche „Tristan" und „Die Meistersinger". Im Residenztheater beginnt der Mozartzyklus mit der „Entführung aus dem Serail", im Nationaltheater wird „Hans Heiling" geboten, Werke, die auf bedeutsamer Höhe seit langem im Spielplan unserer Oper stehen; während nach einer viel zu langen Pause von zwanzig Jahren in neuer Einstudierung und Ausstattung Webers „Oberon" folgen wird. Nicht alle Jahrgänge unserer Festspiele in den langen Dezennien sind gleich gut geraten gewesen. Möge heuer der Festspielgedanke Richard Wagners, der in dem Streben nach der Erreichung möglichster Vollendung gipfelt, wieder in hohem Maße seine Verwirklichung finden. Die Eintrittspreise des Prinzregententheaters betragen hundert Mark, für den Reichsdeutschen jedoch, der sich unter Beobachtung besonderer Formalitäten legitimieren muß, „nur" die Hälfte; auch das ist freilich für viele nicht wenig!

Lustspielhaus. Wieder ein glücklicher Griff ins Theaterarchiv. „Wiener Blut", Musik von Johann Strauß. Wer kennt nicht diesen zündenden Walzer, dessen Temperament und schmeichelnde Melodie immer wieder hinzureißen vermag. A. Müller jr. hat diese und andere Weisen des Walzerkönigs mit Geschick und Geschmack zu einer Operette verbunden, zu der Victor Leon und Leo Stein eine recht brauchbare Textunterlage schrieben. Das Stück hat vor Zeiten am Gärtnerplatz volle Häuser gemacht und der Erfolg ist den reizvollen Rhythmen und der flotten Handlung, die in der alten, einst so lebensfrohen Kaiserstadt an der blauen Donau spielt, auch im Lustspielhause treu geblieben. Die Aufführung war sehr frisch und munter. Gesungen und gespielt wurde mit Begabung und Laune. Neben Mizzi Parla kam auch Frl. Schulte zu schöner Geltung und Herr Forster ist wieder von gewinnender Liebenswürdigkeit. Man freut sich, daß an der kleinen Bühne so ernst gearbeitet wird.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Kohlenversorgung, unsere Hauptsorge — Die Wetterwolken im bolschewistischen Osten — Preisabbau und Zwangswirtschaft — Börsen und Wirtschaftszukunft.

Unter den Nachwirkungen von Spa beginnt sich unser deutsches Wirtschaftsleben einzuschränken. In der hauptsächlichsten Frage, der **Kohlenversorgung**, erfolgt durch den „Reichskohlenrat" die Aufstellung eines Lieferungsplanes; auch sonst wird vom „grünen Tisch und durch papierne Erlasse" eingeteilt und ausgezirkelt, wieviel oder richtiger wie wenig Hausbrand, Industrie und Hüttenwerke selbst, beliefert werden sollen. In Wirklichkeit bedeutet die Unterschrift zu Spa das Todesurteil von Wirtschaftszweigen und die drohende Krisis für die Bevölkerung in der Zeit der Wintermonate! Die Entschliessung der Ruhrbergleute zur Bereitwilligkeit der Mehrförderung „unter Ablehnung eines Zwanges mit allen körperlichen und geistigen Kräften die Kohlenförderung so zu steigern, dass die von der Entente verlangten Kohlenmengen, sowie ausserdem der Kohlenbedarf der Heimat und die für Holland und die Schweiz bestimmten Kohlenmengen geliefert werden können, wozu eine kräftigere Ernährung der Bergleute, ferner baldige Sozialisierung verlangt wird, ist erfreulich. Reichswirtschaftsrat und sogar — Stinnes rufen auf zur höchsten Anspannung. Letzterer hat belegmässig erklärt und bewiesen, dass durch die jetzige Kohlenabgabe die Hälfte des ohnehin schon bekanntlich reduzierten deutschen Warenexportes in Frage gestellt sei. Die deutsche Grossindustrie beginnt sich, ebenfalls jetzt schon auf diese gekürzte Kohlenlieferung einzurichten. Nachdem durch die geringere Kohlenzuweisung die Industrieanlagen künftighin nur mit 43—44 % der Leistungsfähigkeit ausgenützt werden können, treffen namentlich die Hüttenwerke im Industriegebiet laut „Köln. Zeitung" bereits Anstalten, sich der Erzeugung der verminderten Kohlenzufuhr anzupassen. Betriebseinschränkungen, Ausserbetriebssetzungen von Hochöfen und Stahlwerken, jedenfalls aber Arbeiterentlassungen und zwar sicherlich in stärkerem Masse sind die Folgen. **Und was dann?** Die statistischen Ziffern der Arbeitslosigkeit sind ohnehin schon seit Wochen im zunehmenden Anwachsen begriffen.

Ein anderes Problem des Tages in der deutschen Volkswirtschaft, das **Kapital im Preisabbau**, erbrachte in letzter Zeit, namentlich durch die wenn auch gezwungener Massen erfolgte Preisermässigung von Eisen, Braunkohlen, für die Industriekreise neuerliche Unsicherheit und Unklarheit. Beeinflusst wird die Gesamtgestaltung der jetzigen Lage durch das trotz Waffenstillstandsverhandlungen unvermindert Gefahr drohende, alles beherrschende **Problem des Ostens**: Kommt ein neuer Weltkrieg, wird Deutschland, als Zentrale zwischen „Spa und Moskau", den künftigen Schauplatz solcher Austragungen bilden, wird der Bolschewismus Polen, Rumänien, Ungarn umfassend, in dieser oder anderen Form Deutschland zersetzend überfluten? Gemessen am Werdegang unserer Effektenbörsen, woselbst die Spekulation und Spielwut mitunter Orgien hochgehender Leidenschaft feiern, sieht man zwar in diesen sonst feinfühlenden Kreisen der Börseninterressenten nur wenig hemmende Fesseln solcher Betrachtungen. Vielfach wird jedoch gerade diese in grossem Umfang einsetzende Börsenbetätigung sehr skeptisch angesehen. Ein Teil derselben ist zurückzuführen auf die zunehmende Interessenahme des Auslandes gerade an unseren besten Industriekonzernen. Auch in Bayerns Industriebezirken und Wirtschaftsverhältnissen verspürt man solche Entente-Beteiligung unverkennbar. An der Münchener Börse spricht man von belgisch-rheinischen Käufen der Maxhütte-Aktien. Gleichzeitig mit solchen Abwanderungen von heimischen Wirtschaftswerten erfuhr die Bewertung der Reichsmark im Ausland eine weitere ungünstige Note. Das Auslandsinteresse für unsere Valuta hat erheblich nachgelassen. Auch die vor Monaten wahrgenommene „Flucht vor der Mark" wird neuerdings vielfach gehandhabt. Anlagekäufe in Gold, Waren, Auslandsdevisen bestätigen solche Zeichen der allgemeinen Nervosität und der hilflosen Situation grosser Teile unserer Bevölkerung, welche sich aus den jetzigen Zeiten mit bestem Willen kein klares, umfassendes Bild der Beurteilung für die kommende Zukunft machen kann. Was ist beispielsweise nur hinsichtlich Aufhebung der noch bestehenden Zwangswirtschaft nicht alles beschlossen, geschrieben, gesprochen worden! Hoffentlich bewirken die Debatten und Erklärungen im bayerischen Landtag und im Reichstag endlich auf allen Gebieten die von der konsumierenden Gesamtbevölkerung geforderte Lösung aller restlichen Ueberbleibsel dieser kriegszeitlichen Zwangsmassnahmen. Hoffentlich wird Hand in Hand damit auch nunmehr Wucher, Schiebertum tunlichst rasch verschwinden!

Der Verkehr an den deutschen Warenbörsen ergibt zwar innerhalb der meisten Sparten eine gewisse Geschäftsbelebung, um so mehr, als Grosshandel und Detaillistenkreise ihren Winterbedarf jetzt notgedrungen eindecken. Immerhin dürfte auch hierin kein Rückschluss auf eine Konjunkturbesserung gezogen werden. Von grosser Bedeutung ist jedoch die unter Beihilfe des Reichswirtschaftsministeriums von den organisierten Erwerbsständen beabsichtigte Bildung der „Deutschen Wirtschafts-A.-G." mit 100 Millionen Mark Kapital als Zentrale zur Beschaffung von Rohstoff-Krediten. Ein Ausbau dieser Kreditpläne ist vorgesehen. Von sonstigen Lichtblicken günstiger Wirtschaftsnotizen sind neben den zufriedenstellenden Ernteresultaten in und ausserhalb Deutschlands erwähnenswert die Meldungen von Verbandlungen mehrerer ausländischer Staatsbahnverwaltungen über deutsche Lieferungen von Eisenbahnwaggons und anderem Material. Die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen, welche schon manche begrüssenswerte Besserung erfahren haben, werden ausgebaut durch Bildung von deutschen Handelskammern in allen grösseren Städten Italiens. Bekanntlich versucht Italien mit Hochdruck, zu unseren führenden Wirtschaftlern auch sonstige wertvolle und freundschaftlich nachbarliche Beziehungen zu nrhalten. Und wir sind ja im Zustande des Fehlens sonstiger anderer Sympathiebeweise gerade für solche Tendenzen dankbar und derselben sehr bedürftig. Der Stolz der deutschen Selbständigkeit hat auch im Wirtschaftsverkehr durch die Wellen des Weltkrieges und mehr noch der Revolutionsfolgen ohnehin schwer Schiffbruch erlitten. Der Wiederaufbau durch innere Eigenkraft lässt dabei fast noch alles zu wünschen übrig. Wir sind und bleiben auf den guten Auslandswillen angewiesen. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Ell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlag[illegible] vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland ℳ 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile ℳ 5.—.
Beilagen:
ℳ 45.— das Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 33 — München, 14. August 1920. — XVII. Jahrgang.

Vor der Flut.

Von Dr. Hans Eisele.

Wieder ist's wie im Hochsommer und Herbst 1918. Wieder liegt über Vielen im deutschen Volk eine Stimmung, gepaart aus nationalem Schmerz und Verzweiflung, aus Fatalismus und Fanatismus, aus Schadenfreude und phantastischer Zukunftshoffnung. Wieder stehen wie im Sommer 1918 unmittelbar vor uns ernste, furchtbare Gefahren. Schon naht die entsetzliche Flut des Bolschewismus, die für uns alle zur Sintflut wird, wenn nicht im letzten Augenblick noch das ganze Bürgertum sich aufrafft und wenn nicht die Regierung statt Worten Taten findet.

Wieder ist's wie 1918. Als ich damals im September nach Berlin zurückkam, empfing mich ein angesehener preußischer Minister und versicherte mir auf meine ernsten Warnungen hin, die Regierung sei ganz genau unterrichtet darüber, daß von der radikalen Sozialdemokratie die Revolution mit allen Mitteln vorbereitet würde, daß sich bereits Revolutionskomitees in ganz Deutschland gebildet hätten, daß russisches Geld und russische Waffen, russische Agitatoren und russische Einflüsse sich überall fühlbar machten, daß wir vor der Revolution stünden. Das war im September 1918 und ich frug entsetzt den preußischen Minister: „Warum greift die Regierung nicht zu mit rücksichtslosen Maßnahmen?" Der Minister schüttelte traurig den Kopf. „Wir können nichts machen, denn die Sozialdemokratie will nicht." So kam 1918 der Zusammenbruch und die Revolution, welche die Sozialdemokratie in langer Zerstörungsarbeit vorbereitet hatte. Der Führer der unabhängigen Sozialisten in Magdeburg, Vater, hat in seiner bekannten Rede dieser Revolutionstätigkeit der Sozialdemokratie ein Denkmal gesetzt mit den Worten:

„Seit dem 25. Januar 1918 haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Wir haben unsere Leute, die zur Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen."

Wieder ist's wie 1918, nur ist die Flut, die uns droht, heute viel größer, stärker, furchtbarer. Was wir 1918 erlebt haben wird ein Kinderspiel sein gegen das, was uns heute bevorsteht. Mit Beklemmung erklärte im Reichstag bei Beratung der Amnestievorlage der Zentrumsredner Reichsgerichtsrat Dr. Burlage: „Sprechen wir es aus: das revolutionäre Erleben ist noch nicht vorüber und wir fühlen, daß der Boden wankt, auf dem wir aufzubauen suchen." In der vorletzten Woche tagten in München zwei Massenversammlungen der Kommunisten. „Vor der Entscheidung" hieß das Thema der Reden in beiden Versammlungen, die die großen Säle des Löwenbräukellers und Münchnerkindlkellers füllten. Der Führer der Münchener Kommunisten, Eisenberger, erklärte:

Keine Versöhnung! Ueber die Niederlage des Bürgertums hinweg zum Siege! Mit eigener Faust muß sich das Proletariat sein „gutes Recht" nehmen und wenn die Welt darüber zugrunde geht! Möchten doch Rußlands rote Garden hereinkommen und uns befreien, ein für allemale! Indes werde kein russischer Arbeiter deutschen Boden betreten, bevor nicht das deutsche Bürgertum geknebelt am Boden liegt. Im bevorstehenden Kampf mit dem internationalen Kapitalismus will man auch die Dienste der deutschen Offiziere in Anspruch nehmen; wir denken nicht daran, die Kenntnisse und Fähigkeiten der Offiziere unbenützt zu lassen; aber wir werden uns hüten, den Leuten irgendwelchen Einfluß zu lassen, wir werden sie zwingen unter unsere eigene Diktatur...! Wir begleiten den Genossen Liening auf seinem schweren Gang in die Festung und geloben, daß wir ihn mit diesen unseren revolutionären Händen herausholen werden, ihn und die anderen revolutionären Genossen... —

Die „Frankfurter Zeitung" nannte in ihrer Nr. 575 vom 6. August die Episode von Zittau, wo ein paar Tage lang die Sowjetherrschaft und die Diktatur des Proletariats errichtet wurde, des Nachdenkens wert, weil sich in dieser sächsischen Stadt für Tage der ganze latente Krisenzustand Deutschlands verdichtet hätte.

„Im Grunde steht hinter dieser Torheit einer Minderheit die wirtschaftlich ernste Lage des Landes, von der man nicht weiß, wie weit sie sich noch verschärfen wird. Und das Bedenklichste an diesen Symtomen ist, daß sie den Eindruck erwecken, von einem psychischen Zustand der Massen, der wenig geeignet erscheint, ein so schweres Schicksal wie es das deutsche ist, stark und sicher zu tragen.... Und daß der Wagen auf der schiefen Ebene der Gewalt ins Rollen kommt, beweist wiederum der Verlauf der Zittauer Vorgänge, wobei die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft nicht in der Lage waren, ihn aufzuhalten."

Die „Schlesische Volkszeitung" stellte in der vorletzten Woche fest, daß die nationalbolschewistische Idee in Offiziers- und anderen Kreisen breiten Boden gefaßt habe. Der deutsche sozialdemokratische Delegierte auf dem Kongreß der 3. Internationale, Stöcker, stellte nach einem Bericht im „Kampf" fest, daß im Augenblick in Deutschland keine Entscheidung gegen die Unabhängigen unternommen werden könne. Triumphierend rief er den Russen zu: „Wir haben, was man in Rußland nicht hat, eine Armee von intellektuellen Proletariern, von Technikern, Handelsangestellten usw. und diese Armee verteidigt mit aller Gewissenhaftigkeit die Diktatur des Proletariats und wird die Entwicklung in Deutschland erleichtern". Man kennt die Berichte über die Felddienstübungen der roten Armeen in Sachsen und im ganzen übrigen Norddeutschland, man weiß, daß man in Kreisen der unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten schon die Tage zählt, bis wann die neue Revolution des Bolschewismus zum Ausbruch kommt. Man weiß, daß die Ableugnungen in der roten Presse an Worte sich klammern oder bewußte Unwahrheiten sind. Es gibt eine revolutionäre Armee in Deutschland. Man kennt ihre Stärke von nahezu einer halben Million, ihre Ausrüstung mit mehr als 10000 Maschinengewehren, mit Hunderten von Flammenwerfern, Geschützen und anderem Material, man kennt ihre Einteilung in 7 Armeen, deren jeder ein russischer Emissär heute schon beigegeben ist. Man weiß, daß die unabhängigen Arbeiterräte sich auch in Bayern in den letzten Wochen wieder aufgetan haben und tagen. Der deutsche Vertreter der Unabhängigen auf der 3. Internationale, Stöcker, der von einer revolutionären Armee von Millionen Bauern und Arbeitern in Deutschland sprach, gab die Versicherung für die unabhängige Sozialdemokratie ab: „Was auch die Konferenz hinsichtlich der deutschen Unabhängigen beschließen möge, sie würden in ihrer revolutionären Haltung beharren und in der deutschen Revolution mit der kommunistischen Partei gehen. Lenin aber hat den deutschen und auch den englischen Arbeitervertretern zugerufen, daß eine Politik, die vor Gewalt und Terror zurückschrecke, nicht existenzfähig sei. „Eine Diktatur des Proletariats ist ohne Terrorismus und ohne Gewalt ... nicht denkbar."

Die 3. Internationale in Moskau hat für alle Länder zur Herstellung der Diktatur des Proletariats als einziges Mittel den Sieg durch schweren Bürgerkrieg mit Terror und Gewalt

verkündet. Der große Sowjet in Moskau hat am 22. Juli einen neuen Militärkredit von 9 Milliarden Rubel und einen Propagandakredit von 5 Milliarden Rubel für die bolschewistische Auslandspropaganda dem Rat der Volksbeauftragten bewilligt. Unter den Ländern der kommunistischen Propaganda steht an erster Stelle Deutschland und Oesterreich, „wo die Revolution bereits begonnen habe und wo der proletarische Umsturz unter besonders qualvollen Schwierigkeiten geboren würde."

Wieder ist's wie 1918. Alle die Dinge, die ich hier gestreift habe, weiß die Regierung, muß sie wissen. Hat irgendein Deutscher heute das Gefühl, daß alles geschehen ist, um das Furchtbare zu verhindern? Hat nicht eben der Reichstag ohne äußeren Zwang den Schutz des Staatsganzen und des Bürgertums gegen den Bolschewismus in der Endfassung der Entwaffnungsvorlage unmöglich gemacht? Ist das Bürgertum sich der drohenden Sintflut bewußt, aus seiner Träumerei oder fatalistischen Gleichgültigkeit aufgeschreckt und zur Gegenwehr mit Taten bereit? Wir haben unter 60 Millionen Deutschen doch noch einige Millionen von Männern, von Katholiken und Protestanten, die nicht an den Bolschewismus glauben, die nicht willenlos in der Sintflut untergehen wollen. Sind sie gesammelt, sind sie gerüstet für den Bürgerkrieg, den die 3. Internationale in Moskau mit Gewalt und Terror auch für Deutschland angekündigt hat? Hat man nicht in Württemberg und Baden mit geflissentlicher Eile das Bürgertum entwaffnet und die Waffen, wie sich in Aalen und anderen Städten gezeigt hat, für die Bolschewisten hübsch geordnet bereitgelegt? Hat nicht der deutsche Außenminister selber dem Bolschewismus Worte der Freundlichkeit und Aufmunterung gewidmet, die nur zu verstehen sind unter der Annahme, daß er die Partie bereits verloren gibt?

Wer vom Bolschewismus Heil und Rettung hofft, wer glaubt, der Bolschewismus sei anders geworden, als er in Ungarn[1]) und Rußland war, der täuscht sich und andere. In Rußland ist die Intelligenz vernichtet, sind Zehntausende, ja Hunderttausende hingeschlachtet worden, Männer, Frauen, Kinder, sind ganze Geschlechter und Familien des Bürgertums und der Intelligenz ausgerottet worden. Es gibt keine Scheußlichkeit, nichts Furchtbares, was der Bolschewismus in Rußland nicht verübt hätte. Man sage nicht, der deutsche Bolschewismus hat von Rußland gelernt und wird die russische Methode nicht mehr anwenden. Noch in den letzten zwei Monaten sind in Rußland 600 Todesurteile vollstreckt worden und das sind nur die amtlich vollzogenen. Blut, Terror und Greuel sind das Wesen des Bolschewismus, nicht eine zufällige Begleiterscheinung. Lenin fordert sie auch auf der 3. Internationale in jeder seiner Reden. Wer den Bolschewismus verstehen will, der kann ihn in seinem ganzen Wirken nur dann erfassen, wenn er seine Grundlage kennt. Bis jetzt war jedes Staatswesen aufgebaut auf der Bejahung und dem Schutz der guten Triebe im Menschen; Arbeit, Eigentum, Moral, alles stützt sich auf diesen Grundsatz, das Gute im Menschen zu pflegen, zu erhalten und zu schützen. Der Bolschewismus baut sich im Gegensatz dazu auf der Grundtendenz auf, daß die schlechten Triebe im Individuum und damit im Staatsganzen bis zur äußersten Konsequenz sich entwickeln sollen. Deshalb stürzt er alle Begriffe von Moral, Recht, Eigentum, Kultur um, sanktioniert Diebstahl, Raub, Plünderung, Mord, Terror, Gewalt, Blutrausch, sprengt alle Gesetze der Moral und machte in einzelnen Orten die Dirnen der Straße zu Führerinnen des Frauentums. So betrachtet, ist alles, was der Bolschewismus tut, logisch in der Verwirklichung und vollen Auswirkung der satanischen Triebe im Menschen und im Volksganzen.

Der Hl. Vater Papst Benedikt XV. sagt in seinem jüngsten Motu proprio zur Feier des 50. Jahrestages der Proklamierung des heiligen Patriarchen Joseph zum Schutzherrn der ganzen Kirche:

In den Köpfen und in den Herzen aller revolutionären Klassen spukt der Gedanke an das Nahen einer gewissen Weltrepublik, welche auf den Fundamenten absoluter Gleichheit der Menschen und der Gemeinschaft der Güter beruhen und in der es keinen Unterschied der Nationalität mehr geben soll noch auch weiterhin die Autorität des Vaters über die Kinder, noch auch eines Staates über die Bürger, noch auch eines Gottes über die Menschheit, die in dieser bürgerlichen Gemeinschaft verbunden ist, mehr anerkennt werden wird. Lauter Dinge, die bei ihrer Verwirklichung zu schrecklichen sozialen Zuckungen führen müßten, wie man es schon bei jener sozialen Zuckung wahrnehmen kann, die gegenwärtig einen nicht kleinen Teil Europas heimsucht. Und man möchte auch gar zu gern bei den übrigen Völkern eine ähnliche Situation herbeiführen, wie wir sie dort sehen, wo die Völker von der blinden Wut einiger weniger (Terroristen) erregt werden und da und dort möchte man unausgesetzte schwere Erschütterungen hervorrufen.

Wir indessen haben, mehr als alle anderen bekümmert um diese Wendung der Dinge, keine Gelegenheit, die sich uns bot, vorübergehen lassen, um den Kindern der Kirche ihre Pflicht einzuschärfen, wie wir es schon neulich in den beiden Briefen an den Bischof von Bergamo und an die Bischöfe des Veneto getan haben. Und wiederum aus dem gleichen Grunde, um diejenigen, die nur immer und überall auf unserer Seite stehen, und die sich durch ihre Arbeit ihr Brot verdienen müssen, an ihre Pflicht zu erinnern, und um sie von der Ansteckung des Sozialismus, des bittersten Feindes der christlichen Grundsätze, heil und unversehrt zu bewahren, stellen wir ihnen jetzt mit großer Eindringlichkeit und in ganz besonderer Weise den hl. Joseph vor Augen, damit sie ihm als ihrem besonderen Führer folgen und ihn als himmlischen Schutzpatron ehren mögen.

Wieder ist's wie 1918. Die rote Sintflut naht und spritzt ihre Wogen bereits über die Dämme. Das Beispiel von Zittau war eine solche vorzeitig über den Damm geschlagene Woge. Geben wir uns keiner Täuschung hin. Man kann, wenn nicht alles täuscht, die Zeit bis zum Eintritt der furchtbaren Ereignisse nach Tagen zählen. Polen ist erledigt und ist zusammengebrochen. Es ist gleichgültig, ob die russische Armee zunächst an der deutschen Grenze stehen bleibt oder nicht. Wenn die Russen in Warschau liegen und wenn der Bolschewismus in Polen über Nacht zur Herrschaft gekommen ist, dann wird auch in Deutschland die Sintflut über die Ufer treten, dann wird auch in Deutschland die Sowjetherrschaft beginnen, wenn nicht das Bürgertum und die Regierung noch in der zwölften Stunde sich aufraffen und die Entente in ihrem eigenen Interesse zur Einsicht kommt, daß nur Deutschland das Entsetzliche von Westeuropa abhalten kann. Die englische und französische Regierung müßte aus Narren bestehen, wenn sie glauben würde, daß die Sintflut am Rhein Halt mache. Vielleicht ein Jahr lang, vielleicht bloß ein halbes Jahr, aber dauernd niemals. Der Bolschewismus will die Weltrevolution und wenn er Deutschland dafür gewonnen hat, dann hat er mehr als Zweidrittel Europas, dann hat er alles erreicht. Wir stehen vor der Sintflut, wer wird uns retten?

Die Sozialdemokratie will und kann Volk und Staat nicht retten. Ihre Oberpräsidenten und Regierungen in Sachsen und Norddeutschland verbieten jede Organisation zum Schutz des Bürgertums. Aber sie sehen lächelnd zu, wie als Ballspiele gespielte Handgranatenübungen, oder als Turnersport gekleidete Felddienstübungen der roten Armeen abgehalten werden. In Ungarn war, wie es die letzten Prozesse so deutlich beweisen, die Sozialdemokratie die Schrittmacherin des Kommunismus und Bolschewismus. Auch in Deutschland scheitert wieder wie 1918 an der Schwäche und Verblendung der Sozialdemokratie der Schutz und die Rettung des Vaterlandes. Der Führer der Kommunisten, Eisenberger, schrie in der letzten Löwenbräukellerversammlung in den Schlußsätzen seiner Rede: „Nieder mit dem Kreuz! Es ist eine Schmach für die Kirche, dieses Kreuz zu verehren!" Christen, setzt dem Ruf „Nieder mit dem Kreuz" entgegen den Ruf „Hoch das Kreuz!"

In einer Reisebeschreibung des Pater Augustin Galen O. S. B. über Holland lese ich die beachtenswerten Sätze in der „Wiener Reichspost":

Wie die Arbeiter, so sind auch die Arbeitgeber in Holland zu einer katholischen Organisation zusammengeschlossen, und sowohl sie als die Arbeiter haben in ihrem Verein einen geistlichen Beirat, welchem bei den Versammlungen eine gewichtige Stimme zukommt. Die Zahl der katholisch organisierten Großarbeitgeber beträgt zurzeit 2500. Wie sehr sich der katholische Einfluß in dem Gewerkschaftsleben Hollands zum Heil des Wirtschaftslebens geltend macht, zeigte sich vor kurzem, als die sozialistischen Eisenbahner, vereint mit den Dockarbeitern von Amsterdam und Rotterdam, in den Generalstreik treten und dadurch den ganzen Handelsverkehr des Landes brachlegen wollten. Die organisierten katholischen Eisenbahner, 17000 an der Zahl, weigerten sich, den Streik mitzumachen, und wenngleich sie sich nicht in der Majorität befanden, waren ihre sozialdemokratischen Kollegen dennoch genötigt, auch ihrerseits den Plan aufzugeben.

Man sieht auch hier wieder — und alle führenden katholischen Männer, mit denen ich sprach, wurden nicht müde, es zu wiederholen: die Kraft der holländischen Katholiken beruht in der rückhaltlosen Betonung ihrer katholischen Grundsätze. Nach diesen organisieren sie sich, diese verkünden sie immer wieder in ihren Versammlungen, in ihrem Verkehr mit der Außenwelt, nach diesen richten sie ihr Leben ein in der Oeffentlichkeit und zu Hause. Das aber gibt eine unüberwindliche Stoßkraft, da keine andere Organisation ähnliche Ideale und eine ähnliche Einigkeit einzusetzen vermag.

[1]) Wer darüber Tatsachen lesen will, nehme mein Buch in die Hand: „Bilder aus dem kommunistischen Ungarn" von Dr. Hans Eisele, Tyrolia, Innsbruck und München.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Entwaffnung! Während von Osten ein Kriegsgewitter drohend näher zieht, Frankreich Anschläge auf unsere Neutralität sinnt und innere Feinde sich regen, beschließt der Deutsche Reichstag ein Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung. Gewiß, er fügt sich dem Zwang von Spa, aber er tut noch ein übriges. Ja, manchem Volksvertreter scheint es leid zu sein, daß wir die 10 Millionen waffengeübter deutscher Männer nicht gesetzlich abschaffen können. Nach der Regierungsvorlage und der zweiten Lesung erschien das Gesetz zur Not annehmbar. Es ließ wenigstens die Möglichkeit, daß ordnungsliebende Staatsbürger sich einen anerkannten Selbstschutz schufen, wie es die „Orgesch" (Organisation Escherisch) als Nachfolgerin der bewährten Einwohnerwehren sein sollte. Es gab auch dem Reichskommissar für Entwaffnung keine unerträglichen diktatorischen und inquisitorischen Vollmachten. Deshalb war die bayerische Regierung mit dem Gesetzentwurf einverstanden. Zur dritten Lesung aber wurde er auf Drängen der Linken so schwer belastet, daß die Bayerische Volkspartei geschlossen dagegen stimmte, mochte sie gleich damit an der Seite der Unabhängigen erscheinen. Ein Entwaffnungsdiktator von Berlin, der das Briefgeheimnis brechen, eidesstattliche Versicherungen erpressen und über die Streitkräfte des Reiches fast frei verfügen kann, dem aber verboten ist, notwendigen Selbstschutz, ein Naturrecht des freien Mannes, zu bewilligen, kann nicht als ein Organ der Ordnung und Freiheit betrachtet werden. Soviel hat selbst die Entente nicht verlangt. Erstaunlich ist die große Mehrheit für das Gesetz in der dritten Lesung. Sogar die Deutschnationalen stimmten, allerdings mit Ausnahmen, dafür. Man wird den Eindruck nicht los, daß hier ein vielleicht unbewußter, preußisch-zentralistischer Instinkt wirkte und eine gewisse Eifersucht gegen Bayern. Von Bayern geht die „Orgesch" aus, die Heimatwehren Oesterreichs haben sich ihr angeschlossen, auch in Norddeutschland hat sie Freunde. Deutsche Ordnung und Gesundung von Süden her paßt aber nicht allen. Es gibt Kreise auf der Rechten, denen Spenglers „Preußentum und Sozialismus" näher liegt. Und wie gerufen stellt sich Noske ein, jetzt Oberpräsident von Hannover, und verbietet in klassischem Polizeistil alles, was nach Einwohnerwehr aussieht.

Immerhin mag der gewichtigste Grund für die glatte Annahme und große Mehrheit beim Entwaffnungsgesetz die Rede von Dr. Simons gewesen sein, worin er auf die schwierige äußere Lage hinwies. Unsere Neutralität im russisch-polnischen Krieg ist aufs schwerste bedroht. Schon daß im deutschen besetzten Gebiet Truppen und Kriegsgerät für Polen bereitstehen („wenn es richtig ist" sagte der Minister, aber daß er es sagte, ist ein Beweis), verletzt unsere Neutralität. Darüber hinaus will Frankreich den Durchmarsch oder die Durchfuhr von Hilfsmitteln nach dem Kriegsschauplatz erzwingen. Der Reichstag nahm den Nothaushalt und ein Amnestiegesetz für die Straftaten des Kapp- und Ruhraufstands an und ging auf Urlaub. Rußland hat angeblich seinen Soldaten bei Todesstrafe verboten, die deutsche Grenze zu überschreiten. Wie wir freilich nach durchgeführter Entwaffnung unsere äußere und innere Lage beherrschen sollen, hat noch kein Minister verraten. Zittau in Sachsen konnte eine Räterepublik auftun und mehrere Tage ihr Unwesen treiben lassen. Waffen gab es natürlich genug, sie waren gewiß vom Himmel gefallen. Denn die Arbeiter besitzen ja längst keine mehr, das haben Führer der USP, die es wissen, heilig bezeugt. Auch die Regierung im Reich und Land hat ja keine roten Truppen gesehen.

Oesterreich wünscht gleich Deutschland im russisch-polnischen Streit neutral zu bleiben. Dr. Renner erklärte es in der „Wiener Arbeiterzeitung" und fand damit die Zustimmung aller Parteien. Dagegen verschlechterte sich das ohnehin gespannte Verhältnis zu Ungarn dadurch, daß angeblich eine ungarische Freischar das Waffenlager Fürstenfeld in Steiermark ausraubte. Ihr Führer soll, wie ein Augenzeuge in den „Wiener Stimmen" berichtet, der bekannte Abenteurer Leutnant Hojas sein. Oesterreich erhob scharfen Einspruch in Budapest, wo man schleunige Untersuchung zusagte.

Der sozialistische Boykott gegen Ungarn ist am 8. August eingestellt worden, obwohl der „Internationale Gewerkschaftsbund" erklärt, daß die Lage in Ungarn noch unbefriedigend sei. Er gibt damit seinen Rückzug offen zu. Zurzeit wird Ungarn stark umworben von Frankreich. Es soll sein Heer in den Kampf für Polen führen. Gerüchte von einem Militärabkommen zwischen Frankreich und Ungarn vom 27. Juli werden von durchaus ernsthaften Blättern weitergegeben. Zum Lohn soll Ungarn Preßburg und andere Teile der Slowakei sowie ein Stück des jetzt rumänischen Gebiets zurückerhalten. Hoffentlich folgt Budapest diesen Lockungen nicht und bleibt defensiv.

Der Siegeslauf der roten Heere in Polen dauerte die ganze Woche unvermindert an. Von Nordost nähern sie sich Warschau, ihre Reiterei schwärmte schon am 7. August im Vorgelände der Hauptstadt. Die polnische Regierung ist nach Krakau abgereist, doch soll Warschau verteidigt werden. Der Waffenstillstand von Baranowitschi trat nicht in Kraft. Die Russen verlangten vielmehr, daß gleich über den Frieden verhandelt werden solle. Dazu waren die polnischen Unterhändler nicht ermächtigt. Sie reisten nach Warschau zurück, um sich Vollmachten zu holen. Dort erklärte sich die polnische Regierung zur Friedensbesprechung bereit, wenn Rußland Polen seine Unabhängigkeit lasse und sich nicht in dessen innere Angelegenheiten mische. Außerdem verlangte sie Bürgschaft für freien Verkehr der polnischen Abordnung mit ihrer Regierung. Rußland aber deutete das polnische Verhalten, besonders die Rückreise der Unterhändler, als List. Polen wolle keinen Frieden, sondern nur eine Atempause, um einen neuen Angriff vorzubereiten. So lautete auch die Antwort Tschitscherins nach London. In der gleichen Note wird versichert, Rußland wolle Polen die Unabhängigkeit und bessere Grenzen gewähren als der Oberste Rat. Nur in London will es den Frieden mit Polen nicht machen, sondern ungestört in Minsk. Die Londoner Zusammenkunft sollte dann nur die Streitsachen zwischen Rußland und den Westmächten regeln. Zunächst hat Lloyd George, der sich nur schwer noch zu helfen weiß, die Zusammenkunft in London abgesagt. Trotzdem empfing er schließlich Kamenew und Krassin. Im Unterhaus aber ließ er dunkle Drohungen hören. Falls Rußlands Antwort unbefriedigend ausfalle, könne er nicht versprechen, auf die Tschechen oder andere kleine Bundesgenossen keinen Druck auszuüben, daß sie Polen beistehen sollten. — Beide, England wie Frankreich verspielen heute mit ihrer offenkundigen Schwäche gegen Rußland Achtung und Prestige vor der Welt des Orients, vor Amerika und ihren eigenen Arbeitermassen, da es den Siegern England und Frankreich nicht möglich ist, gegen dieses von Deutschland sozusagen mit dem linken Arm besiegte Rußland das eigene Schwert in die Wagschale zu werfen. England hat außerdem die Iren und seine asiatischen Untertanen in Schach zu halten. Bei der endgültigen Lösung der polnischen Frage wird man Deutschland nicht außer acht lassen dürfen. Ueber Westpreußen darf nicht das letzte Wort gesprochen sein. Aber selbst in Posen rufen Deutsche und Polen nach dem Anschluß an den alten Heimatstaat.

Italien, dessen Beziehungen zu Deutschland sich zusehends verbessern, hat einen Botschafter in Berlin beglaubigt, de Martino. Japan wird, wie es heißt, bald nachfolgen. In den russisch-polnischen Streit will sich Italien, wie Graf Sforza erklärte, nicht einmischen.

Zwei internationale Kongresse in Genf wurden allerseits aufmerksam verfolgt: Die Zusammenkunft der sozialistischen Zweiten Internationale und der Kongreß der Bergarbeiter. Die Zweite Internationale verficht den demokratischen Sozialismus und verwirft die Rätediktatur. Aus Deutschland wurde sie nur von der alten Sozialdemokratie beschickt. Es war der Kanossagang unsrer Scheidemänner. Als reuige Sünder sollten sie nach dem Krieg in die Internationale wieder aufgenommen werden. Mit einer Denkschrift des Parteigelehrten Dr. David bekannten sie sich schuldig. Die deutsche Revolution sei zum Unglück für Deutschland und die Welt 5 Jahre zu spät ausgebrochen. Engländer, Franzosen und andere, die doch auch Krieg führten, brauchten nicht an ihre Brust zu schlagen. Nur ein paar Phrasen vom Kapitalismus als der tiefsten Ursache des Krieges und eine platonische Erklärung gegen den Gewaltfrieden von Versailles warfen sie den Deutschen hin. Deren Vertreter hätten fragen können, was die Zweite Internationale ohne sie wäre. Doch sie zogen den Kürzeren gegen die Franzosen, die nur 4 Stimmen von 120 hatten, und deren Vollmacht sogar zweifelhaft war. Man tut gut, weder die deutsche Sozialdemokratie noch die Zweite Internationale zu überschätzen. Sie tritt immer mehr in den Schatten vor der Dritten Internationale in Moskau. Die tagte zu gleicher Zeit, d. h. Lenin hielt Befehlsausgabe. Die deutsche U. S. P. war vertreten und versprach treue Gefolgschaft, nachdem ihr Lenin eine mächtige Strafpredigt gehalten.

Diktatur und Terror erklärte er für unbedingt notwendig. — Der Bergarbeiterkongreß besprach sich über die Sechsstundenschicht, die besonders die Deutschen wünschen. Widerstand der Franzosen verhinderte jedoch eine Entschließung dafür. Einhellig forderte man die umgehende Vergesellschaftung der Bergwerke, die nötigenfalls durch einen Weltstreik zu erzwingen sei, und die Verhinderung neuer Kriege durch jedesmaligen Generalstreik der Bergarbeiter. Die erste Probe auf diesen Beschluß findet vielleicht bald statt. Vielleicht werden sich die Führer der Bergarbeiter in England schlüssig, ob es Krieg ist, daß die britische Admiralität die Wiederaufnahme der Seesperre gegen Rußland befohlen hat.

Wohin wir blicken, überall erweist sich der Friede von Versailles als ein falscher Friede. Ein Friede, der dauern soll, muß auf christlichen Grundsätzen von Recht und Billigkeit aufgebaut sein. Sehr zeitgemäß erinnert der päpstliche „Osservatore Romano" in einem Leitaufsatz „Siegfrieden und Ausgleichfrieden" an den Vermittlungsversuch des Hl. Vaters vom 1. August 1917. Seine Vorschläge seien in Wilsons 14 Punkten nur verschlechtert und verwässert worden. Keine Rede von Volksabstimmung und Abrüstung. Die Gebietsfragen, schreibt das päpstliche Blatt, wurden nicht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und den berechtigten Ansprüchen der Völker gelöst. Der Verfasser schließt mit der Frage, wo denn eigentlich der Friede sei. Er bestehe weder unter den Feinden von gestern, noch unter den großen, noch unter den kleinen Völkern, er sei weder in sozialer Hinsicht hergestellt, noch herrsche er unter den neuen Nationen, die alte erbliche Belastungen in ihre junge Existenz hinübergenommen haben.

Inmitten dieser entsetzlichen Wirklichkeit voll Enttäuschungen, Uebelwollens und Drohungen ertönt das Wort des Papstes, das dem wahren Heil, sozialer Ordnung und Zusammenarbeit zustrebt.

Die Vertreibung der Deutschen aus Afrika.

Von J. Friederich, früher Plantagenbesitzer in Deutsch-Ostafrika, jetzt Bad Mergentheim (Württemberg).

Neuere Zeitungsmeldungen besagen, daß die deutschen Staatsangehörigen aus den ehemaligen deutschen Schutzgebieten Ostafrika, Kamerun und Togo endgültig vertrieben und ihre Besitztümer „liquidiert" werden. Diese gewaltsame Ausrottung des Deutschtums in Afrika läßt ein Gefühl bitterer Erniedrigung und brennender Ungerechtigkeit in der deutschen Seele entstehen. Der Anteil, den Deutschland bei der Entdeckung und wissenschaftlichen Erforschung des dunklen Erdteils gehabt hat, ist, wie ganz allgemein — auch von englischer und französischer Seite — zugegeben werden muß, hervorragend. Was die wissenschaftliche Erforschung betrifft, so hat man vor dem Kriege rückhaltslos anerkannt, daß Deutschlands Leistungen alle anderen übertrafen. Obwohl mehr als 60 Jahre vergangen sind, seitdem Heinrich Barth nach der Durchquerung der Sahara von Tripolis aus seine ausgedehnten und erfolgreichen Reisen im westlichen Sudan von Timbuktu bis zum Tschadsee ausgeführt hat, und obwohl seit jener Zeit viele Aenderungen in jenen Gegenden eingetreten sind, bilden beispielsweise doch die fünf Monumentalbände, in denen er seine Erfahrungen niedergeschrieben hat, heute noch das Standardwerk über diese Teile von Afrika.

Selbst wenn man an der wissenschaftlichen, mühevollen Kleinarbeit vieler Dutzend deutscher Missionen beider Konfessionen hochmütig vorüberschreitet, die Tätigkeit und Kulturarbeit vieler deutscher Lehrer und Laien ohne „Ruf" unbeachtet läßt, so können doch Namen wie Nachtigall, Schweinfurth, Rohlfs, Krapf, v. d. Decken, Reichardt, Mauch, Wißmann, Stuhlmann und viele andere einfach nicht übergangen werden. Die Kenntnisse in afrikanischer Ethnologie und Philologie verdankt die Welt in hohem Maße gerade diesen Männern. Den Engländern Mungo Park, Clapperton und Lander kommt allerdings die Priorität der geographischen Entwicklung im westlichen Afrika zu und sie haben auch allerhand wissenschaftliches Material über Afrika zusammengetragen. Doch ihr Anteil an der allgemeinen Erkundung Afrikas verhält sich zu dem Anteil der genannten deutschen Forscher wie ein Tagebuch zu einer Enzyklopädie. Der Engländer E. D. Morel sagt das in seiner im Jahre 1917 erschienenen Schrift „Africa and the peace of Europe" selbst und meint, die Vorstellung, daß Deutschland ohne Schaden für den Frieden Europas von Afrika vertrieben werden könnte, welchen Erdteil so viele seiner Söhne mit ihrer Aufopferung, ihrem Verstande und ihrem Blute erfüllt haben, lasse die tiefsten und besten Triebfedern der menschlichen Natur und des Nationalgefühls gänzlich beiseite.

Wenn man von den ideellen zu den wirtschaftlichen Gesichtspunkten übergeht, so beruht der deutsche Anspruch auf Berücksichtigung bei der Verteilung des afrikanischen Ländergebiets auf seiner inneren Lage, die durch sein Bevölkerungsproblem und die daraus entspringenden nationalökonomischen Notwendigkeiten geschaffen worden ist. Das innere Problem Deutschlands ist das Problem einer fruchtbaren Nation, die, da sie kein Siedlungsland in Uebersee zur Verfügung hat, wo sie sich ihres Ueberschusses an Menschen entledigen kann, ihre Bevölkerung beschäftigen und ernähren, oder durch inneren Zusammenbruch untergehen lassen muß. Um der Bevölkerung Arbeit und Brot zu verschaffen, müssen die Männer, die für das Schicksal der Nation verantwortlich sind, Deutschlands auswärtige Politik so führen, daß sie der deutschen Industrie und dem deutschen Konsumenten einen ununterbrochenen Zufluß von Rohstoffen aus überseeischen Ländern, einen offenen Markt für die Erzeugnisse der deutschen Industrie und die Möglichkeit der Anlage deutschen Kapitals in den weiten unentwickelten oder halbentwickelten Ländern der Welt sicherstellen. Keine andere Nation ist einem solchen Problem gegenübergestellt. Deutschland allein ist eingesperrt und eingezwängt. Die übrigen drei großen weißen Expansionsvölker (Russen, Amerikaner und Briten) sind unvergleichlich besser daran. Den Russen stehen enorme Länderstrecken in Europa und Asien zur Verfügung. Die Vereinigten Staaten haben für sehr viele künftige Generationen weiten Raum zur Ausbreitung und allenfalls sogar noch in Südamerika eine Reserve für die Zukunft. Die britische Nation besitzt in Kanada, Australien und Neuseeland, in gewissem Grade auch noch in der Südafrikanischen Union und andern Gebieten, ein ungeheueres Feld der Betätigung.

Frankreich dehnt sich rassenmäßig überhaupt nicht aus, seine Bevölkerung ist viel geringer als die Deutschlands, und dennoch besitzt Frankreich ein überseeisches Reich, das größer ist als ganz Europa. Deutschland allein hat von den vier weißen Ausdehnungsmächten keinen Raum, seine Rasse auszubreiten, weder in der Nachbarschaft seiner eigenen Grenzen, noch in überseeischen Ländern. Und dabei übertrifft die Bevölkerung Deutschlands diejenige Englands um viele Millionen und wächst mit einem Prozentsatz, der mehr als doppelt so groß ist. Auf sich selbst angewiesen, eingeengt auf einem kleinen Gebiet, ist Deutschland durch die Wucht der Tatsachen gezwungen, ein in hohem Grade zentralisierter und organisierter Staat zu sein, und seine Staatsmänner werden durch die reine Notwendigkeit dazu getrieben, ihre unaufhörlichen Anstrengungen darauf zu richten, dem deutschen Volke unbehinderte wirtschaftliche Betätigung, unbehinderte Wege für die deutsche wirtschaftliche Ausbreitung in Uebersee und unbehinderte Gelegenheit zur Erfassung der Rohstoffe der tropischen und subtropischen Länder der Erde zu sichern.

Dieses drückende Problem ist die treibende Kraft, die Deutschland zum Erwerb von Kolonien mit elementarer Gewalt zwingt. Daß Deutschland mit seiner ständig wachsenden Uebervölkerung, mit seiner hochentwickelten Industrie entwicklungspolitisch ein zwingendes Recht auf den Besitz von Kolonien zur Beschaffung seiner benötigten Rohstoffe hat, ist von den jetzigen Verbündeten vor dem Kriege nicht nur nicht bestritten, sondern sogar stets anerkannt worden. Diese offene Anerkennung ist auch in verschiedenen Wilsonschen Erklärungen enthalten und schließlich sogar in den „berühmten" 14 Punkten, die als Grundlage des Waffenstillstands- und damit auch des Friedensvertrags dienen sollten, zum Ausdruck gebracht. Dieses Recht kann daher dem deutschen Volke nicht durch das einseitige Friedensdiktat siegesberauschter Gegner genommen werden. Ein dauerhafter europäischer Friede ist unvereinbar mit der Austreibung Deutschlands aus der größten natürlichen Reserve der Welt an tropischen und subtropischen Stoffen, nicht nur als Souveränitätsmacht, sondern auch als Teilhaber an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Wer glaubt, daß Deutschland sich darein fügen will oder kann, ist schwer im Irrtum. Gerade auch wir vom christlichen Lager müssen immer wieder darauf hinweisen, daß Deutschlands Kolonialforderungen solange als trennender Keil zwischen den nach Ruhe und Frieden, Ausgleich und Versöhnung ringenden Völkern bestehen bleiben, bis sie in gerechter Weise erfüllt sind.

Danzig.

Von Studienrat Dr. Rink, Danzig.

Tausende von Jahren bewohnten Germanen das Weichselgebiet in vorgeschichtlicher und geschichtlicher Zeit. Ihr letzter Stamm, die Goten, wanderte von 250 n. Chr. an nach Südrußland ab. Während der Völkerwanderung ließen sich dann slavische Völker im menschenleeren Weichselgebiete nieder. Danzig wird zuerst bei Gelegenheit der Bekehrungsreise des hl. Adalbert von Prag erwähnt. Es war damals ein slavisches Fischerdorf, bei dem sich die pommerellischen Herzöge eine Burg errichtet hatten. Diese Kassubenfürsten zogen wie nach dem Hinterland Pommerellen, so nach Danzig deutsche Ansiedler. 1308 kam die Stadt in den Besitz des deutschen Ritterordens; 1454 fiel sie vom Orden ab und gehörte bis 1793 zum polnischen Reiche, in dem sie sich ihre deutsche Eigenart und eine gewisse Freiheit bewahrte. Von 1793—1807 gehörte Danzig zu Preußen, von 1807—1814 war es Freistaat, um 1814 wieder zu Preußen zu kommen und 1920 zum zweitenmale Freistaat zu werden.

Im vergangenen Jahre wurden in Danzig Massenkundgebungen auf den öffentlichen Plätzen veranstaltet, die Bevölkerung wollte beim Deutschen Reiche bleiben. Unsere ehemaligen Feinde hatten es aber anders bestimmt. Im Januar d. J. mußte die deutsche Besatzung die Stadt verlassen. Aber solchen feierlichen Abschied haben wir selten erlebt. Die dichtgefüllten Straßen, die beflaggten Häuser, der Blumenregen im Januar, die winkenden und grüßenden Menschen mit ihrem steten: „Auf baldiges Wiedersehen!" kennzeichneten den Geist der Danziger Einwohner. Dieser herzliche Abschied war um so bemerkenswerter, als sich der Westpreuße nicht so leicht in Wallung bringen läßt. Wo andere vor Begeisterung oder Aufregung schon lichterloh brennen, bleiben wir noch ruhig und kalt. So verlief auch die Revolution ruhig, eine unbedeutende spätere Schießerei abgerechnet. Aber je ruhiger, um so tiefer arbeitet es im Innern. Wir schweigen, aber wir denken um so mehr an das, was uns unsere ehemaligen Feinde zugefügt haben.

Als Besatzung haben wir im Freistaat Danzig Engländer und Franzosen. Die englischen Truppen liegen in Danzig und Langfuhr, die Franzosen haten sie in das einsame Neufahrwasser abgeschoben. Die Bevölkerung ist ihnen gegenüber „kalt wie eine Hundeschnauze". Sie beklagen sich auch, vermissen den üppigen, lebenslustigen Zug des Westens und sehnen sich fort. Sonst sieht man noch gelegentlich italienische und japanische Offiziere, die beim Bestimmen der Grenze ihr Geld verdienen. Ausländer richten sich in Danzig häuslich ein, besonders die Engländer. So bringt eine einzige Baugesellschaft die Aufträge englischer Firmen für über 60 Millionen Mark zur Ausführung.

Mehr als alles andere haben die **Wahlen zum Danziger Volkstag** am 16. Mai den wahren Grundzug der Stadt gekennzeichnet. Neben 84 144 **deutschen** Stimmen sind nur 5 807 **polnische** Stimmen abgegeben worden. Die 120 Abgeordneten des Volkstags verteilen sich folgendermaßen auf die politischen Parteien: Deutschnationale 34, Unabhängige 21, Mehrheitssozialisten 19, Zentrum 17, Freie Wirtschaftliche Vereinigung 12, Demokraten 10, Polen 7. Die Parteien haben sich entsprechend ihrer Stärke an der Besetzung des Präsidiums beteiligt. Den Vorsitz führte Generalsuperintendent Dr. Reinhard (Deutschnat.); das Zentrum hat den ersten Schriftführerposten inne. In den nächsten Tagen tritt der Volkstag in die Beratung über die Verfassung für die „Freie und Hansastadt Danzig" ein. Nach dem polnischen Entwurfe, der scheinbar unter Vertrauensbruch in die Oeffentlichkeit geraten war, sollte Danzig nichts weiter als ein Glied der polnischen Republik werden. Das erregte die größte Aufregung und Beunruhigung in der Danziger Bevölkerung. Dagegen wehrten sich alle Parteien, die polnische allerdings ausgenommen. Diese treibt keine Danziger Politik, sie hat sich in den Dienst der Warschauer Regierung gestellt und verficht deren Ziele. Bei der baldigen Beratung über die Danziger Verfassung, die im Entwurf von einem Verfassungsausschuß vorbereitet ist, wird es zu Meinungsverschiedenheiten kommen über Abschaffung der Todesstrafe, Senatoren, Zahl der Abgeordneten, Wahlprüfungsfrage, Untersuchungsausschüsse und ganz besonders über Schule und Betriebsräte. **Schon in den Beschlüssen des Verfassungsausschusses ist der Forderung des kath. Volksteiles auf Einführung der konfessionellen Schule nicht entsprochen worden.** Die Vorschläge des Verfassungsausschusses lauten vielmehr; Art. 101: „Das öffentliche Schulwesen ist auf **simultaner** Grundlage organisch auszugestalten. Vorhandene Schulen anderer Art bleiben bestehen. Berechtigten Wünschen der Erziehungsberechtigten ist auch hinsichtlich von Neueinrichtungen solcher Schulen Rechnung zu tragen, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird" und Artikel 103: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schule. Er wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaften unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt. Die Erteilung religiösen Unterrichtes und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, das Fernbleiben von religiösen Unterrichtsfächern und kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung derjenigen überlassen, die über die religiöse Erziehung der Kinder zu bestimmen haben."

Soweit die Vorschläge, das Ergebnis der Beratung im Volkstag ist abzuwarten. Der Zahl nach sind bisher mehr konfessionelle Schulen im Freistaatbezirk, als simultane, da das Land durchgehens konfessionelle Schulen hat, während die Städte meist simultane Schulen besitzen.

Was die Stadt und den Freistaatbezirk angeht, so haben die Wahlen vom 16. Mai eine deutliche Sprache geredet. Wir sind mit überwältigender Mehrheit deutscher Muttersprache, **wir sind und bleiben unserer Gesinnung nach deutsch** und denken gar nicht daran, uns unser Deutschtum nehmen zu lassen. Ein Beispiel dafür: Danzig hat das **deutsche Recht** übernommen. Die Gerichte arbeiten in altgewohnter Weise und richten nach deutschem Recht. An Stelle des Oberlandgerichts in Marienwerder ist das Obergericht in Danzig getreten, das in einer Besetzung von fünf Richtern entscheidet. Vier von ihnen gehören dem Danziger Richterstande an, ein Beisitzer ist Rechtsanwalt aus der Danziger Rechtsanwaltschaft. Das Obergericht arbeitet nach den bisherigen Erfahrungen in Uebereinstimmung mit den **Reichsgerichtsentscheidungen** ziemlich genau. Nur ein Unterschied besteht gegen den früheren Zustand, das Reichsgericht kann nicht mehr angerufen werden, das Obergericht ist die letzte Instanz. Danzigs Schicksal liegt in guten Händen. Oberbürgermeister Sahm ist ein geschickter Diplomat, der den deutschen Standpunkt der Bevölkerung und ihre Selbständigkeit mit Nachdruck zur Geltung zu bringen weiß. Der **alliierte Oberkommissar Tower ist Engländer; er verfolgt natürlich die englischen Ziele.** Zwischen Deutschen und Polen sucht er gerecht zu sein, was ihm die Unzufriedenheit der Polen eingetragen hat.

Eine wenig erfreuliche Erscheinung im Danziger Straßenbild ist die stets wachsende Zahl der polnischen Juden. Judengesichter bevölkern hauptsächlich die offen betriebene Schieberbörse auf dem Langenmarkt. Mit den Schiebergeschäften hängen die beiden diesjährigen Morde zusammen. In einem Falle handelt es sich um die Ermordung eines polnischen Juden, der hier 4 Jahre als russischer Kriegsgefangener geweilt hat, dann bei Ausbruch der Revolution seine Freiheit erlangt, an der hiesigen Hochschule belegte und vor seiner Ermordung über 70,000 ℳ deutsches Geld besaß.

Wichtig ist für Danzig sein **Verhältnis zu Polen**, zu dem das Danziger Hinterland augenblicklich gehört. Dieses Verhältnis ist aber sehr unerfreulich. Polen wollte Danzig als Hafen haben, Versailles hat anders bestimmt, daher die Verstimmung. Polen versuchte, Danzig zunächst auf dem Hungerwege an sich zu ziehen. Das entfremdete noch um so mehr. Plakereien beim Grenzverkehr, genaueste Leibesuntersuchung, Fortnahme auch der kleinsten Lebensmittelmengen, selbst jener, die von den obersten Behörden mitzunehmen gestattet waren, verbitterten erst recht. Wir haben unsere Verwandten in Neupolen, wir haben die engsten Beziehungen dorthin, Geld auf Hypotheken, vielleicht die Heimat dort, und nun mit einemmale so ziemlich abgeschnitten von dort, das wurmte auf beiden Seiten. Aber was wir nicht erwartet hatten so schnell, das ist schon jetzt zur Wirklichkeit geworden. Mußte doch Korfanty im polnischen Sejm offen aussprechen: Was Preußen nicht in 150 Jahren vermocht hat, das hat die polnische Regierung in wenigen Monaten zustande gebracht: es hat den Polen ihr Polentum verekelt. Die polnische Mark wurde im besetzten Gebiet gleich der deutschen gesetzt, die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse heruntergedrückt, die Grenzen für Einfuhr geschlossen, so daß Warenknappheit auf allen Gebieten einsetzte, während das Aufkaufen der Warschauer unerhörte Preissteigerungen für solche Waren herbeiführte. Zu der wirtschaftlichen Unterbindung des Landes kam die Abschiebung der eingearbeiteten Beamten, an deren Stelle galizische Beamte traten, welche sich durch gesetzwidrige Einsperrungen der Bewohner

zu Ungerechtigkeiten verleiten ließen und mit hohen Geldstrafen um sich warfen; dazu gesellte sich das polnische Militär, das vielfach auf eigene Faust Fuhrwerke beitrieb, ohne zu zahlen, das die Leute selbst mit der russischen Knute bearbeitete. Bei Pferdemusterungen wurden die Leute mit Schecks abgefunden, deren Einlösung unsicher ist. Was Wunder, daß die Stimmung in Neupolen umgeschlagen ist. Während der Kassube früher in ein przeklety niemiec (verfluchter Deutscher) ausbrach, schimpft er heute nur noch przeklety polak (verfluchter Pole). Die Bevölkerung ist verführt, ist wirtschaftlich zu Grunde gerichtet, sie will nicht mehr zu Polen gehören. Mit Ausnahme der wenigen verbohrten Polen wollen sie nichts von der polnischen Republik wissen, sie wollen ihr Recht haben, sie beanspruchen die Selbstbestimmung. Es ist keine vorübergehende Erscheinung, daß aus dem Putziger Kreise, der zu Neupolen gehört, schon dreimal Abordnungen der Kassuben bei Tower gewesen sind mit der Bitte „um Befreiung vom polnischen Joch". Die Entente hat in Neupolen eine furchtbare Verbitterung und Rache groß gezogen.

In kirchlicher Hinsicht gehört Danzig zur Kulmer Diözese. Diese Diözese ist durch den Versailler Zwangsspruch in drei Teile zerrissen. Der Hauptteil mit dem Sitz des Bischofs ist Polen zugesprochen worden. Aus politischen Gründen forderten die polnischen Patrioten, daß Danzig kirchlich bei Polen bleibe, forderten viele Deutsche, daß es der Diözese Ermland zugeteilt würde. Jetzt hat sich das Feld geklärt. Es ist danach besser, daß Danzig mit seiner erdrückenden Zahl von deutschen Katholiken bei der Diözese Kulm verbleibt. Im polnischen Teile sind viele deutsche Katholiken in Gemeinden verstreut und in ganzen Ortschaften. Sie brauchen einen moralischen Rückhalt und den finden sie am besten bei den deutschen Katholiken der übrigen Teile der Kulmer Diözese. Der Bischof und ein großer Teil des Domkapitels ist deutsch. Wohl haben die Polen schon wiederholt versucht, dagegen Sturm zu laufen, bisher vergeblich, hoffentlich für immer umsonst, wenn die deutschen Katholiken aus den beiden anderen Teilen der Diözese auch fernerhin ihr angehören. Den deutschen Katholiken Westpreußens fällt eine große Aufgabe zu. Westpreußen ist deutsch und polnisch, katholisch und protestantisch. Das gibt naturgemäß Anlaß zu vielen Verwechslungen, selbst absichtlichen Täuschungen, worunter die deutschen Katholiken viel zu leiden hatten. Die deutschen Katholiken haben sich aber glänzend gehalten. Ihr Organ, das „Westpreußische Volksblatt", jetzt „Danziger Volksblatt" genannt, hat den deutschen Standpunkt der Katholiken würdig und sachgemäß vertreten. Freilich ist es infolgedessen gegenwärtig in Polen verboten. Die stärksten Verfechter des polnischen Nationalgedankens sind die polnischen Geistlichen. Die Eifrigsten von ihnen haben schon unter der preußischen Regierung im Verborgenen gewühlt, sie warfen die Maske gänzlich ab, als Preußen zusammengebrochen war. Sie haben damals aber in den Volksversammlungen in echt polnischer Ueberhebung und mit lebhafter Ueberschwenglichkeit dem Volke das Blaue vom Himmel versprochen. Nichts ist davon in Erfüllung gegangen, nur die polnische Wirtschaft in ihrer nackten Wirklichkeit ist gekommen. Darum heute die große Verstimmung unter dem polnischen Volke gegen die polnischen Geistlichen als Ueberpatrioten und anderseits die steigende Wertschätzung der deutschen Geistlichen auch in polnischen Kreisen. Ein Gesinnungsumschwung zugunsten des arbeitsamen, gerechten Deutschtums bahnt sich auch bereits in Neupolen an.

Ob ich Deutscher sei.

Fragt einer zweifelnd, ob ich Deutscher sei,
Weil ich so gar nicht schwinge scharfe Wehr und Waffen,
Ihm gebe schlichte Antwort nur mein ehrlich Schaffen;
Ich schau dem Frager in das Auge frei.

Da wird er inne: Nur ein deutscher Mann
Um Ideale ringt so treu, wie der gerungen,
Solch Höhenjubel ist nur deutschem Mund entklungen,
Und — nur ein deutsches Herz so bluten kann . . .

Franz Josef Zlatnik.

John Henry Kardinal Newman.

Zur 30. Wiederkehr seines Todestages am 11. August 1920.

Von Hans Stelzenberger, Geisenhausen.

Ex umbris et imaginibus in veritatem.
Grabschrift Newmans.

Selber hat er sich diese Inschrift bestimmt und damit in kürzesten Worten den Inhalt seines inhaltsreichen Lebens ausgedrückt. Dem Andenken dieses bedeutendsten Konvertiten des 19. Jahrhunderts mögen diese Zeilen gelten!

Newman wurde geboren am 21. August 1801 in London als ältestes von sechs Kindern. Sein Vater stammte aus einer holländischen, jüdischen Familie und war Mitinhaber eines Bankgeschäftes, die Mutter war eine tief religiöse hugenottische Kaufmannstochter und kam aus Frankreich. In der Familie erwuchs der Knabe, von Eltern und Hauslehrern unterrichtet, bis er 1817 nach Oxford kam, wo er erst der juristischen, dann der theologischen Laufbahn sich zuwandte. 1822 wurde er „Fellow of Oriel", 1825 erhielt er die anglikanischen Weihen, 1845 erfolgte sein Uebertritt zur katholischen Kirche, 1847 wurde er Priester, 1879 Kardinal.

Das ist das äußere Gerippe eines Lebens, das so vielgestaltig war, wie nur das eines überragenden Menschen sein kann. Wenigen Größen ist es gestattet, wie Newman in höchstem Greisenalter auf eine Laufbahn zurückblicken zu können mit dem Bewußtsein, nach schwerster Arbeit seine Aufgabe voll und ganz erfüllt zu haben. In eine Zeit schärfster religiöser Krisen geworfen, rang er sich selbst durch zur Wahrheit, schwang sich auf zum Führer für viele und heute noch wirkt er fort, weit über die Grenzen seines Heimatlandes hinaus. Wie selten einer kannte Newman sich selber, das Leben und die Menschen, und so weiß er zu ihnen zu sprechen, sie fassend in tiefster Seele, die schwierigsten Probleme mit sicherm Griffe lösend.

Mehr und mehr hatte Newman erkannt, daß die anglikanische Kirche seinerzeit immer mehr in liberal-zersetzendes Fahrwasser kam. Zu tief wurzelte die Wahrheitsliebe in der Brust des damals 30-Jährigen, als daß er tatlos zugesehen hätte. Mit Freunden vereint, warf er sich in den Kampf. Die alte Kirche der ersten christlichen Jahrhunderte war die Ausgangsbasis, hier war ja noch ursprüngliche Reinheit. Nach ernster Forschungsarbeit erschienen von 1833 ab die „Tracts for the times", die dem Liberalismus die Spitze boten, indem sie altchristliches Leben und Lehre und die Distanz zwischen dieser und der anglikanischen Kirche beleuchteten. Newman wurde immer klarer, daß das Erbgut der alten Kirche sich am reinsten in der römischen erhalten habe. Schon 1841 im letzten Tract, den Newman selber schrieb und der von der Regierung verboten wurde, tritt er uns als Katholik entgegen und noch deutlicher 1844 in einem seiner weitverbreitetsten Werke: „An Essay on the Development of Christian Doctrin". Dieser Schrift liegt der Gedanke zugrunde: „Keine Lehre — und wir fügen hinzu, keine Institution — ist zu nennen, die gleich anfangs vollendet aufträte und später nichts mehr durch die Untersuchungen des Glaubens und die Angriffe der Irrlehren gewänne."[1]) Im ganzen eine herrliche Apologie.

Nimmermüde in Wort und Schrift war die Kanzel dem glänzenden Redner eines seiner Hauptarbeitsgebiete und seine Schriften füllen heute 37 Bände, ganz abgesehen von der stets neu erscheinenden Brief- und Predigtliteratur. Stets leiteten ihn höchste Ideale, als Lehrer sowohl wie als Seelsorger, besonders als er 1851—1858 das schwierige Amt des Rektors der gegründeten Universität Dublin bekleidete. Hier wie in Oxford war ihm die akademische Jugend tief ans Herz gewachsen.

Das Jahr 1865 brachte Newmans eigenstes, bedeutendstes Werk: „Apologia pro vita sua, being a history of his religious opinions." London.[2]) Ein Meisterwerk der Psychologie, eine glänzende Rechtfertigung seiner selbst und der katholischen Kirche. Er schilderte seine Vergangenheit, seine Seelenkämpfe, sein schrittweises Vordringen zur Wahrheit und tritt uns hier besonders entgegen als der „spezifisch religiöse Genius der modernen Welt."[3])

Den Abend seines Lebens weihte Newman ganz seinem Gotte. Im Oratorium in Edgbaston bei Birmingham, das er selbst gegründet, wechselte bei ihm Gebet mit Arbeit und Erholung. Noch einmal sollte seine Stille unterbrochen werden. Papst Pius IX. starb 1877, und damit war der Einfluß des englischen Kardinals Manning bei der Kurie gebrochen, der, vielleicht falsch unterrichtet, ein Intrigenspiel gegen Newman betrieb. Auf Anregung der Katholiken Englands, die für Newman Genugtuung und Anerkennung forderten, überreichte Leo XIII. ihm 1879 den Purpur. Nach wie vor lebte er in seinem Oratorium, bis er in später Abendstunde des 11. August 1890 seine Augen für immer schloß. Tief trauerte ganz England, und stolz, diesen überragenden Geist zu den Seinen rechnen zu dürfen, feiert es heute noch den Toten als einen seiner Größten. Möge auch Deutschland Newman mehr kennen und schätzen lernen!

[1]) John Henry Kardinal Newman. Von Charlotte Lady Blennerhasset. Berlin, Paetel 1904, S. 134.
[2]) Deutsch bearbeitet von M. Laros. Saarlouis, Hausen-Verlag 1913.
[3]) Gott und die Seele, Gebete und Betrachtungen von Kardinal Newman. Mit einer Einführung von Dr. M. Laros. Matthias-Grünewald-Verlag Richard Knies, Mainz 1919, S. 11.



Der Katholizismus — ein Synkretismus?

Von Kurat L. Heilmaier, München.

Friedrich Heiler, Professor der vergleichenden Religionsgeschichte zu Marburg, hat ein eigenartiges Buch veröffentlicht: Das Wesen des Katholizismus, München 1920, Reinhardt (6 Vorträge, gehalten 1919 in Schweden). Wir Katholiken dürfen an diesem Buch nicht gleichgültig vorübergehen. Herrliche Worte zum Preis des Katholizismus stehen darin, wie sie nur ein Mann findet, der einst selbst von Herzen katholisch dachte und fühlte. Der mächtigen Bewegung unserer Tage, die zurückführt zur alten Mutterkirche, wird offen und aufrichtig gedacht, davon einige Sätze (S. 68):

„Wer genau hinhorcht auf den religiösen Pulsschlag der Gegenwart, der wird Geijers Worte wiederholen: „Es geht ein katholischer Zug durch die Welt" (Geijer großer schwedischer Historiker vor 100 Jahren) ... Ein großer Teil der evangelischen Christenheit ist von aufrichtiger Bewunderung für den Katholizismus erfüllt, ja in vielen regt sich die stille oder laute Sehnsucht nach katholischem Geist und katholischen Formen; selbst bei evangelischen Theologen lassen sich katholische Neigungen feststellen. In England begannen die katholisierenden Tendenzen schon vor Jahrzehnten und setzten sich unvermindert fort bis zur Gegenwart; zwei von den genialsten Männern des neueren Katholizismus, Newmann und Tyrrell, sind englische Konvertiten, die beredten Wortführer des neuerwachten katholischen Geistes. In Dänemark ist die katholische Bewegung innerhalb des Protestantismus in stetem Wachsen, auch im evangelischen Deutschland hat sie nun Fuß gefaßt. Der Zusammenbruch des Staatskirchentums hat hier an verschiedenen Orten katholisierende Kirchenpläne aufleben lassen. Auch in Schweden sind die Neigungen zum Katholizismus viel stärker als der äußere Beobachter sieht und ahnt ..., auch durch das erzlutherische Schweden geht ein katholischer Zug ...; hinter der Begeisterung für den Katholizismus verbirgt sich das tiefe und klare Gefühl, daß der Katholizismus religiöse Werte besitzt, die sich in der evangelischen Kirche nicht oder nur in unvollkommenen Rudimenten finden ... Wer unbefangen die Kirchengeschichte beobachtet, der wird erkennen, daß dem Katholizismus unvergängliche Lebenskraft eignet; der Katholizismus ist nicht untergegangen und kann nicht untergehen, weil er religiöse Schätze in seinem Innern birgt, die unzerstörbar und unverlierbar sind, die zum Christentum gehören und die das Christentum nicht entbehren kann". Oder, lesen wir S. 96: „Es wäre eine verhängnisvolle Illusion zu glauben, als wäre er (der Katholizismus) in gleicher Weise durch die Zeitverhältnisse bedroht, wie der Protestantismus. Im Gegenteil, der Katholizismus ist im Fortschreiten begriffen, die Konversionen gebildeter Protestanten zum Katholizismus sind nicht seltener als in früheren Zeiten, und viele stehen wirklich einer Konversion sehr nahe. Es geht ein katholischer Zug durch die heutige Geisteswelt, eine stille Sehnsucht nach Katholizität, nach einem universellen Kirchenideal. „Wir müssen doch alle einmal katholisch werden", hat der große deutsche Feldherr Moltke gesprochen, und dieses Wort drückt heute die Stimmung nicht weniger evangelischer Christen aus usw."

Solche Worte hat doch ein Katholik geschrieben? Nein, ein Abtrünniger schrieb jenes Buch zum Zwecke, dem Strom der Konvertiten ein warnendes Halt zu gebieten und eine evangelische Katholizität zu errichten. Denn unsere Katholizität ist nichts weiteres als „ein grandioser Synkretismus. Paganismus, Judaismus, Romanismus, Hellenismus und Evangelium, — sie zusammen bilden den Katholizismus" (S. 15). Unsere Kirche ist lediglich ein buntes Sammelsurium aller möglichen Religionen, von der primitivsten Volksreligion bis zur hellenistischen Mystik, dazu etwas Evangelium. Als Schüler von Prof. Schnitzer lernte Heiler das religionsgeschichtliche Seziermesser handhaben und, indem er säuberlich alles zerlegte, was an dem mystischen Leibe Christi, der katholischen Kirche sichtbar ist, — dabei ist manches nur allzumenschlich, — ging ihm der Blick für die Seele, das Wesen der Kirche verloren.

Alles, was dem katholischen Christentum solche Schönheit, Kraft und Dauer verleiht, ist „urheidnisch": Unser hl. Opfer und die Sakramente mit ihrem Gnadenzauber, ihrer magischen Aeußerlichkeit sind nichts als ein Gegenstück zu den hellenistisch-synkretistischen Mysterienkulten, wie die katholische Mystik überhaupt einfach der Antike entnommen wurde. Und wenn die Katholiken Maria verehren, so meinen sie „nicht die uns unbekannte Mutter des geschichtlichen Jesus, sondern eine Naturgottheit, die im ganzen Mittelmeergebiet verehrt wurde." Wenn sie analog die Heiligen verehren, so sind diese naturgemäß die Nachfolger der Götter des alten Olymp, und Gewährsmann für diese Errungenschaft der Wissenschaft ist Heiler, „das gelehrte Werk" (lies Machwerk) eines französischen Apostaten: Les saints successeurs des dieux (Die Heiligen als Nachfolger der Götter) von Saintyves, Pseudonym für Nourry, 1907.

Also das ganze Wesen des Katholizismus nur ein entwicklungsgeschichtliches Gemisch aus „fünf Religionstypen", keineswegs die eine von dem göttlichen Erlöser für die ganze Menschheit gestiftete Heilsanstalt; wissen das all die nicht, die gerade aus dem Kreise der Intelligenz zu unserer Kirche zurückkehren unter den 30000 jährlichen amerikanischen und den 10000 jährlichen englischen Konvertiten. Sehr viele jener Männer kehren zurück nach jahrzehntelangen Studien über das Wesen des Katholizismus, — entweder haben sich die Zehntausende von edlen Männern und Frauen geirrt, die, von heiliger Sehnsucht und unbezwingbarem Heimweh erfaßt, in die Arme der alten Mutterkirche zurückeilten oder es irrt sich Heiler, der seiner Kirche den Rücken kehrte!

Was uns Heiler von dem magischen Zaubergedanken in unserem hl. Opfer, von den Zauberformeln unserer Sakramente sagt, konnte man längst bei Kant, Chamberlain u. a. lesen, denen das Wesen des Katholizismus noch unbekannter war. Gewiß wirken die von Christus eingesetzten Heiligungsmittel ex opere operato, doch Heiler müßte sich erinnern, welch ernste sittliche Vorbereitung erforderlich ist, auf daß der Hl. Geist wirke als Geist des Leibes, in dem Christus das Haupt ist, wie dies zumal bei Beichte und Kommunion der Fall ist, und wie auch dem Kind die Taufe nichts nützet, wenn es später das schimmernde Taufkleid vertauscht mit dem schillernden Kleid der Sünde. Und Maria! Kennt Heiler die lange, lange Reihe von edlen protestantischen Männern und Frauen nicht, die, seit Luther seine schöne „Auslegung des Magnifikat" geschrieben, Maria verehrt und besungen haben? Meinten die und meinen sie auch nur eine Fruchtbarkeitsgöttin von versunkenen Religionen des Mittelmeergebietes? Wie ergreifend hat z. B. Jungnickel am 19. November 1919 (am preußischen Buß- und Bettag!) in der Berliner „Post" das protestantische Heimweh nach der Marienverehrung ausgedrückt: „Was fehlt der evangelischen Kirche? Sie ist kalt. Wir müssen unsere Kirche warm machen. Was macht sie warm? Wir müssen die Mutter Maria zurückholen".

Doch zu unserer Hauptfrage: ist der Katholizismus ein Synkretismus? Ja, er ist ein Synkretismus, — freilich nicht gesehen von dem Standpunkt eines unerbittlichen Entwicklungsprozesses, sondern vom Standpunkt einer göttlichen Vorsehung, welche väterlich und weise die Menschheit führt durch ihre Geschichte. Der Wille dieser Vorsehung war es, wenn, wie Heiler schreibt, „die kostbarsten Geistesschätze der außerchristlichen Welt im Katholizismus eine Heimstätte fanden". Gottes Wille war es, wenn, wie Harnack in seinem „Wesen des Christentums" von der katholischen Kirche sagt, „alle Kräfte des menschlichen Geistes und der Seele, alle elementarsten Kräfte, über welche die Menschheit verfügte, an diesem Bau zusammengearbeitet haben". „Das Christentum hat die religiösen Schätze des Heidentums aufgenommen" (S. 128). Diese Worte Heilers, recht verstanden, dürfen wir voll und ganz unterstreichen. Alles wahrhaft Katholische, das in den Religionen verstreut war, sollte eine Heimat finden in der unter den Völkern aufgerichteten christlichen Heilsanstalt. Ist ja jede Menschenseele von Natur aus christlich, das Wort Tertullians von der anima naturaliter christiana kann Heiler nicht mehr verstehen. Viel Entheiligtes, viel Verzerrtes liegt durch den Sündenfall in den Mysterien der alten Heiden und in ihrer Opferidee, aber auch viel wahrhaft Christkatholisches und all dies echte Gold und Silber, diese schimmernden Perlen hat der mystische Christus, unsere Kirche, sich in die strahlende Krone eingefügt. Wohl kennt Heiler die tiefsinnige Spekulation der altchristlichen Väter von dem λόγος σπερματικός, der zerstreuten Offenbarung in der Heidenwelt, doch er betrachtet dies Geheimnis nur mit der religionsgeschichtlichen Lupe, er glaubt nicht mehr an die Gottheit dessen, der als der präexistente Logos in den alttestamentlichen Theophanien erscheint, der unsichtbar längst durch die Heidenvölker wandelte, die sehnsüchtig auf sein Kommen im Fleische warteten. Nur ein gläubiger Christ kann darum mit vollem Recht sprechen von der „Absolutheit des Christentums", und in diesem Glauben schrieb der große Augustin: „Was jetzt christliche Religion genannt wird, war schon bei den Alten vorhanden, es fehlte nie vom Anfang des Christentums, bis daß Christus im Fleische kam. Seitdem fing man an, die wahre Religion, die schon vorhanden war, die christliche zu nennen." (retract. 113). So konnte auch der gläubige Sepp unbedenklich erklären: „Die gesamte Vergangenheit ist in ihrem innersten

Wesen nur eine Vorerscheinung der Zukunft; darum gibt es kaum eine im Christentum ausgesprochene Wahrheit, die nicht schon in der vorchristlichen Zeit, also auch im Heidentum sich gefunden." In echt katholischer Weitherzigkeit knüpfte darum schon Paulus, vom Hl. Geiste inspiriert, an in seinen Reden am Areopag und zu Lystra an die Reste des wahren Gottesglaubens und des Opferbegriffes in der hellenistischen Welt. Und ohne Zaudern nahm die Kirche mit dem Johannessatz „im Anfang war der Logos" dies Wort in sich auf, um so besser den hellenistischen Geistern den von ihnen nur dunkel geahnten und nun fleischgewordenen Logos jubelnd zu verkünden. Wenn dann der Brief an Diognet besagt: „die Christen sind weder nach ihrer Heimat, noch durch Sprache und Lebensgewohnheit von den übrigen Menschen verschieden" (c. 5, 1), so hätte er hinzufügen können, daß eine breite Basis religiösen Empfindens den Christen verbinde mit dem um den „unbekannten Gott", um Vergeistigung ringenden Heidentum: die Sehnsucht nach wahrer Erlösung, nach einem Erlöser, der wahrhaft die Seele zum ewigen Leben rettet. (Schluß folgt.)

Entlarvung Foersters?

Von Univ.-Prof. Dr. Göttler, München.

Durch die Entlarvung Foersters, des auch auf katholischer Seite „da und dort schwärmerisch verehrten modernen Pädagogen, welchen man nach seiner eigenen Erklärung lange Zeit als zu den Grundsätzen des Christentums bekehrt wähnte, ist sein Charakterbild schwankend geworden. Wir haben in dem Pädagogen Foerster keinen Anhänger des Christentums, sondern einen Freund und Förderer der ethischen Kultur vor uns usw." So hebt eine Besprechung der (den Lesern der „A. R." in Nr. 26 S. 350 vom Autor selbst angezeigten) Kiefl'schen Schrift „Christentum und Pädagogik" an. Nach dem Erscheinen der Foersterschen Rechtfertigung mit der bestimmten Erklärung, daß er von seinen ehemals in der „Ethischen Kultur" vertretenen Anschauungen und von den Zielen der Gesellschaft sich losgemacht habe, daß er christliche Dogmen, insbesondere die Lehre von der Gottheit Christi, nicht bloß in einer symbolisierenden und psychologisierenden Auffassung, sondern im Sinne der kirchlichen Lehre festhalte (Foersters „Christentum und Päd.", Christentum und Pädagogik S. 36), daß er James'schen Pragmatismus mit aller Entschiedenheit ablehne, daß er prinzipiell ein Anhänger der Konfessionsschule sei, konnte die Kontroverse nur mehr darum sich drehen: Ist es Foerster mit diesen Versicherungen Ernst oder ist er — — „ein Charakterbildner, der alle seine Einwirkungen auf einen großen Schwindel aufbaut, . . ein Cagliostro" (a. a. O. S. 8), ein Leo Taxil feinerer Auflage. Veranlaßt durch die lange vor Erscheinen der Kieflschen Schrift in der katholischen Presse inserierte Ankündigung mit den schwersten Anklagen gegen Foerster (er habe es sich zur Lebensaufgabe gestellt, den konfessionellen Religionsunterricht aus unseren Staatsschulen zu entfernen und durch einen religionslosen Moralunterricht zu ersetzen, er sei offen an der Seite des Revolutionshelden Eisner aufgetreten, er stürze die Fundamente des Christentums um, verbinde aber damit geflissentlich den Anspruch als stehe er auf christlichen Boden) nahm ich an, es sei Kiefls Gründlichkeit wirklich gelungen, neue und überzeugendere Beweise zu bringen. Ich fand tatsächlich ein Argument, das wesentlich über die früher gebrachten hinausging, das seinen Eindruck selbst auf Kenner Foersterschen Schriften einschließlich seines „Christentum und Pädagogik" nicht verfehlen wird, wie es ihn auch bei mir nicht verfehlte. Foerster habe nach Ausweis der „Ethischen Kultur" noch 1909 und neuerdings 1910 die Gesellschaft für ethische Kultur (deren internationale Zentrale in London) mit seinem Gelde unterstützt (Kiefls Christentum und Päd. S. 17). Wie verhält es sich mit dieser finanziellen Unterstützung einer Sache, von der sich Foerster losgesagt haben will?

„Die Ethiker hatten mir in meiner Jugend ein Stipendium gezahlt, damit ich mich ganz für ihre Zwecke ausbilden und betätigen könne. Als ich nun plötzlich begann, die Unzulänglichkeit der religionslosen Moral und die Unersetzlichkeit des Christentums zu behaupten und aus der ethischen Bewegung ausschied, war die Enttäuschung begreiflicherweise groß. Ich fühlte daher die Verpflichtung, jene Summe, die mir unter Voraussetzungen gegeben war, die nicht mehr zutrafen, ratenweise zurückzuzahlen. Aus der Erfüllung dieser Anstandspflicht wird mir wohl niemand einen Vorwurf machen können."

So Foerster in seinem „Schlußwort an Herrn Domdekan Dr. Kiefl."[1]) Wäre Foerster wirklich der . . . als der er durch die Kieflsche Broschüre entlarvt worden sein soll, so wäre doch wohl anzunehmen, daß er auch so schlau gewesen, diesen Gegenbeweis nicht an die Oeffentlichkeit kommen zu lassen. Ist es aber so, wie Foerster von sich behauptet, dann mußte er freilich darauf halten, daß seinen einstigen Gesinnungsgenossen bekannt würde, daß er die zu bestimmten Zwecken gegebene Summe nicht behalten wolle, nachdem die Zwecke für ihn unerfüllbar geworden. So sagt man sich hinterher. Aber wer in diesem Punkte nur Kiefl hört und nicht mehr es für notwendig erachtet, auch Foerster zu hören, der wird ja von Entlarvung Foersters sprechen. Er wird darin bestärkt werden, wenn er in der Kieflschen Broschüre weiterliest und zu den früher gebrachten neue Zitate aus Foersterschen Büchern und aus der „Ethischen Kultur" liest und sich der Mühe enthebt, die Zitate aufzuschlagen und im ganzen Zusammenhang, auch unter Beachtung des Zweckes der Bücher, wie er aus Untertiteln und Vorworten zu ersehen ist, nachzulesen, bei den ohne Jahreszahl (bloß mit Angabe des Bandes, Jahrganges und der Seite angeführten Stellen aus der „Ethischen Kultur" auch noch die Jahreszahl auszurechnen [erster Jahrg. 1893. Warum gibt K. nur bei Zitaten ab 1903 auch die Jahreszahl an?]). Wer sich aber diese Mühe nimmt, der verlangt nicht, daß ich hier auf alle, von Kiefl in „A. R." 1920 S. 350 erhobenen Anklagen im einzelnen eingehe. Bezüglich der Frage des Religionsunterrichtes in den Staatsschulen sind gewiß auch noch andere Wege der Lösung möglich als Foerster unter den heutigen Verhältnissen für politisch klug und staatsethisch zulässig hält (nämlich der Weg der Privatschulen). Das ist aber für mich noch kein Anlaß, Foersters Versicherung, daß er aus pädagogischen Prinzipien die Konfessionsschule für das Ideal betrachte, als einen hinterlistigen Täuschungsversuch anzusehen (vergl. Kiefls Christentum und Pädagogik S. 66 ff.). Ferner, daß nach dem Buchstaben der alten bayerischen Verfassung ein religionsloser Moralunterricht nicht zulässig war, bestritt auch Foerster nicht in seinem Gutachten. Er hat wohl auch nicht einen solchen religionslosen (in Wahrheit kirchenfeindlichen) Moral-Unterricht wie er damals propagiert wurde (von Schneider, Wolfsdorf, E. Horneffer u. a.), befürwortet, sondern einen, wie er ihm selbst vorschwebte. Ist nicht vielleicht auch Kiefl der Meinung, daß in diesem und in einigen anderen Punkten auch die alte bayerische Verfassung hätte umgeändert werden können, ungefähr so, wie es die neue Reichsverfassung in Art. 146 Abs. 2 u. Art. 147 Abs. 2 (das Wort „Weltanschauung" ist in unserm Falle das unterstrichene) tut. Schulpolitisches Denken und schultheoretisches (ausschließlich aus pädagogischen Prinzipien schlußfolgerndes) Denken sind eben verschiedene Dinge.

Einer anderen von Foersters politischem Verhalten (Uebernahme der Gesandtschaft in Bern unter Eisner) herübergenommenen Argumentation will Foerster nach Andeutungen in seinem „Schlußwort an H. D. Dr. Kiefl" den Boden entziehen durch ausführliche Darlegung des Sachverhaltes und der Motive seines Verhaltens in einer für Ende Juli angekündigten Schrift: „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland".

Kiefl verübelt es Foerster noch besonders, daß er Kritik übe an den Methoden der Kirche. „Ein geradezu häßliches Bild von der angeblichen Rückständigkeit der Kirche in Pädagogik und Seelsorge" entwerfe er. Wer Foersters einschlägige Aeußerungen kennt, wird jedenfalls den Ausdruck „häßlich" zurückgeben. Und wer Kiefls Verteidigung der Kirche liest, der muß auf den Glauben kommen, daß Kiefl keine Fühlung habe mit den Religionslehrern besonders an unseren höheren Schulen der Großstädte, keine Kenntnis von den Wünschen derselben hinsichtlich Lehrpläne und Lehrbücher. (Ich selbst weiß wohl, daß K. jetzt Fühlung hat.)

Für einen letzten Punkt, eine Frage, die auch vielen Freunden Foersters auf der Lippe sitzt, warum er, wenn er ein so aufrichtiger Verehrer katholischer Lehren und Institutionen ist, wie er versichert, nicht in sie eintrete, sei wieder auf Foersters eigene Antwort verwiesen, die sich im Nachwort der Neuauflage von „Autorität und Freiheit" (auch als Sonderabdruck bei Kösel, Kempten, zu beziehen) findet.

[1]) Katechetische Blätter 1920 Heft 6—8. Sonderabdrücke dieses Schlußwortes sind zu beziehen durch die Redaktion der Katech. Bl., München, Pfandhausstr. 1, gegen den Betrag von ℳ 0.90.

Seltsame Worte und ihr Ursprung.

Eine sprachwissenschaftliche Plauderei.

Von Dr. E. Rademacher, Faulenbach bei Füssen.

Es existieren in unserer deutschen Muttersprache gar viele gebräuchliche und trotzdem immer wieder seltsam anmutende Worte, denen der Nichtphilologe gänzlich ratlos gegenübersteht. Wohl ist ihm die Bedeutung solcher Worte und Namen durchaus geläufig, aber ihre Zusammensetzung, ihr wunderlicher Klang und ihre Herkunft sind ihm ein Rätsel. Hund, Wald, Baum, Stein — gut, das sind einfache lautliche Bezeichnungen für bekannte konkrete Dinge, die nun mal in der deutschen Sprache so heißen, vielleicht auch eine Verwandtschaft in dieser oder jener andern Sprache haben, aber doch immerhin für den Laien kein Problem darstellen. Aber ein Wort wie „Heirat" oder „Bräutigam" oder gar „Eidam" und ähnliche Ungetüme — wo kommen die her, sind denn die überhaupt deutsch?

Bekanntlich hat man im Deutschen zu unterscheiden zwischen allgemein germanischen und rein deutschen Wörtern (gotisch und skandinavisch z. B. sind germanische, aber keine deutschen Sprachen), ferner kommt hinzu die Gruppe derer, die dem großen indogermanischen Sprachstamme angehören und somit nicht nur Privateigentum unserer Muttersprache, sondern Gemeingut sämtlicher germanischen, romanischen, slavischen und sonstiger indogermanischen Sprachen sind. Solche Wörter sind z. B. die meisten Bezeichnungen für menschliche Verwandtschaftsgrade, wie Vater, Mutter u. a., für welche Formen im Sanskrit, im Griechischen und Lateinischen, in den germanischen und neueren romanischen Sprachen zu finden sind. Ein indogermanisches Wort ist, um noch ein einfaches Beispiel willkürlich herauszugreifen, auch die Bezeichnung Maus, in der mittelhochdeutschen Form mûs genau mit dem lateinischen übereinstimmend, griechisch μῦς, englisch mouse usw. usw. Ueberhaupt werden wir im allgemeinen, wenn es natürlich auch Ausnahmen von der Regel gibt, sagen können, daß die sprachlichen Beziehungen für Elementarerscheinungen, Gegenstände und Lebewesen, die bei allen Völkern Europas und zum Teil auch Asiens ohne Unterschied auftreten und wahrnehmbar sind, in einer indogermanischen Grundform wurzeln, von der sie mit entsprechenden Veränderungen in Betonung und Flexion, mit gewissen, oft gesetzmäßig verlaufenden Verschiebungen und mundartlichen Entstellungen in die allmählich entstandenen Völkerverzweigungen übergegangen sind. Leicht ist man dabei natürlich Irrtümern ausgesetzt: es wäre falsch, wollte man in diesem Zusammenhange beispielsweise auch eine Verwandtschaft des deutschen „Fenster" mit dem lateinischen „fenestra" konstruieren — hier sind beide Formen schlechthin identisch, ein und dasselbe, und zwar darum, weil Fenster ein lediglich lateinisches Wort ist, das es früher im Deutschen nicht gegeben hat und welches erst aus der fremden Sprache entlehnt worden ist. In diesem Falle sprechen wir also nicht von Verwandtschaft, sondern vom Lehnwort.

Unser heimischer Wortschatz enthält demnach, indogermanische, germanische, deutsche und Lehnworte — abgesehen vielleicht noch von den wirklichen Fremdwörtern, die im Gegensatz zu den entlehnten auch heute noch als undeutsch empfunden werden.

Warum kann nun, um bei unserm Exempel zu bleiben, Fenster nur ein Lehnwort sein, warum hat es im Deutschen keine ursprüngliche Selbständigkeit wie das lateinische „fenestra"? Der Grund liegt in der kulturhistorischen Tatsache, daß die einfachen Behausungen unserer alten Vorfahren nicht die Art von Licht- und Luftöffnungen besaßen wie die Prunkpaläste des kulturell damals sehr viel höher stehenden Römervolkes, und daß erst mit dem Eindringen der fremden Baukunst und der ganzen ausländischen Bildung, Feinheit und leider auch Raffiniertheit eine große Zahl neuer Worte von den Germanen aufgenommen wurden, die wir heute als urdeutsch zu betrachten gewöhnt sind. So ist es mit dem Wort Ziegel aus lat. tegula, mit Teufel aus griech. lat. diabolus, Teppich aus lat. tapetum, Meister aus magister, Tisch aus discus, das auch dem Laien in der Form des griechischen Diskos, einer Würfelscheibe bei Wettspielen, bekannt ist usw. usw. Sehr früh entlehnt erscheint Esel aus asinus oder besser wohl aus der anderen, ebenso gebräuchlichen Form asellus, doch gibt die arabische Bezeichnung für dieses edle Tier, asra, hier schon wieder ein etwaiges Verwandtschaftsproblem.

Als eines der unzähligen Worte auf indogermanischer Grundlage, an denen viel herumgedeutet worden ist, nennen wir wehen, mit welchem Wind und Wedel verwandt sind; man hat Wodan (Wuotan) und die nordische Form Odin damit in Beziehung gebracht, dann in weiterem Verfolg auf jenes geheimnisvolle Od, die elektrischen Ausstrahlungen, welche manche Personen an Gegenständen in dunklen Räumen wahrgenommen haben wollen. Interessant ist auch das Verbum wissen, das in anderen Sprachen (lat. videre, auch im Sanskrit und Griechischen vorkommend) „sehen" bedeutet und im Deutschen daher als „Einsicht oder Kenntnis haben durch Sehen" aufzufassen ist. Nicht ganz einwandfrei ist die Herkunft des Wortes Giebel, das in seiner gotischen Form gibla „Zinne" bedeutet und wohl auch Verwandtschaft im Arabischen hat. In „Gibraltar" (arabisch dschebel al tarek — Berg oder Gipfel, Spitze des Tarek) tritt es uns verstümmelt entgegen. Ein ähnliches seltsames Wort ist Mär oder Märe, ursprünglich „Kunde" oder Nachricht" bedeutend (vgl. „der guten Mär bring ich so viel" in Luthers Weihnachtslied oder „mich sendet mit der frohen Märe dein treuer Feldherr" in Schillers „Ring des Polykrates"). Das Wort ist in dieser Form und Bedeutung nur deutsch, gehört aber verwandtschaftlich zu einem altgermanischen Adjektiv, das „berühmt" bedeutet und im Gotischen als mêrs erscheint; gewisse innere Beziehungen zu dem deutschen Hauptwort bestehen also doch, und diese sind ja auch unschwer daraus zu erkennen, daß eine Mär eigentlich immer eine wundersame, eine seltene, ausnahmsweise Kunde bedeutet, deren Inhalt Berühmtheit erlangen wird. Das alte Adjektiv ist später vielfach in Eigennamen übergegangen, wie in Dietmar, „der beim Volk Berühmte" (diet = Volk, diutisk = völkisch, einheimisch, das heutige deutlich und deutsch, welches also eigentlich „volksmäßig" bedeutet). Ob auch eine Verwandtschaft zwischen jenem gotischen mêrs und dem lateinischen meritus (= verdient) besteht? Ein verdienter Mann ist ja gleichzeitig auch zumeist ein berühmter Mann.

„Bräutigam" ist eine Entstellung aus dem mittelhochdeutschen briute-gome, d. h. eigentlich „der zu der Braut gehörende Mann", der Brautsmann; briute ist dabei eine alte Genitivform des gemeingermanischen Wortes brût, dessen Grundbedeutung „die Neuvermählte" ist. Gome heißt Mann und ist verwandt mit lat. homo (die Laute g, h und w werden in den verschiedenen Sprachen oft gleichbedeutend für einander gesetzt und gelten daher als verwandt, wie auch s und r usw.; z. B. deutsch Eisen, englisch iron, deutsch Garten, lateinisch hortus, wovon auch Hort, verwandt damit warten in der Bedeutung pflegen, betreuen, französisch garder und das davon abgeleitete Substantiv Garde).

In seinem Verhältnis zu den Schwiegereltern ist der Bräutigam ein Eidam; man leitet dieses Wort von dem germanisch-keltischen „Eid", welches Schwur bedeutet, ab und denkt dabei an die feierlichen Versprechungen der alten Vermählungssitten und dergleichen. Schwieger dagegen ist wieder ein indogermanisches Wort, lat. socrus, deutsch auch Schwäher oder Schwager, und drückt verschiedene Verwandtschaftsgrade aus.

Das Wörtchen Heirat ist ein ganz komplizierter Fall; es heißt mittelhochdeutsch hirât, der erste Bestandteil stammt von hiwe = „der Hausgenosse", der zweite ist das heute noch lebende Wort „Rat" in seiner ursprünglichen Bedeutung von „Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse", wie in Hausrat, Geräte usw.; in dieser Bedeutung kommt es auch in andern indogermanischen Sprachen vor, wie das altindische râdhas beweist. Man sagte früher auch „zu Rate halten", d. h. sparsam mit etwas umgehen, woraus dann leicht die Bedeutung der Abhilfe, der Fürsorge, des Ausweges entstehen konnte. Dies führte zu der jüngeren Ausdrucksweise „einen Rat erteilen", „etwas beraten" usw. So ist Heirat denn wohl eigentlich „die ökonomische Verwaltung eines Hauswesens" oder „das Familienleben, welches Hausgenossen miteinander führen"; noch im Mittelalter bezeichnete es, damals ganz richtig als Maskulinum gebraucht, den „Ehestand" überhaupt und wurde dann erst allmählich auf die „Schließung der Ehe" spezialisiert.

Eine Familie setzt sich zusammen aus Menschen, d. h. aus „denkenden Geschöpfen", welches die Grundbedeutung dieses Wortes ist. Mensch ist verwandt mit „meinen", d. h. denken, wollen, Ansichten und Absichten haben. Minnen, die heute nur noch poetisch gebrauchte Form für lieben, bedeutet daher auch „an jemand denken", und die Minne ist eigentlich „das Gedenken".

Die Minne oder Liebe stellt einen der Hauptfaktoren dar in dieser Welt — halt, da haben wir schon wieder so ein seltsames Wort! Was bedeutet Welt? Niemand sieht diesem kurzen Wörtchen wohl an, daß es die Bedeutung von „Menschenalter"

hat und auch tatsächlich aus zwei Wörtern zusammengesetzt ist: es heißt althochdeutsch wëralt, wobei wër, verwandt mit lateinischem vir, eine alte Bezeichnung für „Mann" ist, während „alt" das Alter, die Generation bedeutet. Im Mittelhochdeutschen, wie z. B. bei Walter v. d. Vogelweide, heißt Welt noch werlt und wird teilweise auch noch als „Menschenalter" oder „Zeitalter" begriffen (englisch world). In diesem Zusammenhang erwähnen wir auch „Werwolf", nach dem früher allgemein verbreiteten Aberglauben ein Mensch, der sich vermittelst geheimer Kräfte zeitweilig in einen Wolf verwandeln konnte; Werwolf heißt also nichts anderes als Menschwolf oder „Mannwolf", andere Erklärungen wie durch gotisches wajan = „bekleiden" oder sonstige werden heutzutage von der Wissenschaft abgelehnt.

Die Erfahrungen dieser Welt und tiefgreifende Schicksale bringen manche, leider nicht viele Menschen, zur Demut. Dieses Wort überrascht in Anbetracht der Silbe „mut" durch sein weibliches Geschlecht. Es handelt sich aber hier nicht um eine Zusammensetzung mit dem Substantivum „Mut", vielmehr ist der ganze Ausdruck eine Ableitung aus einem mittelhochdeutschen Adjektiv diemüete, welches bedeutet das Gemüt eines Knechtes, eines Dienenden (gotisch thiūs) habend. Abgeleitet von diesem gotischen Wort ist auch Dirne, mittelhochdeutsch dierne, eigentlich Dienerin, dann durch den damit häufig verbundenen Ausdruck der Geringschätzung auf Frauenspersonen von schlechtem Ruf bezogen. Es wird aber sowohl in Nord- wie auch in Süddeutschland häufig als harmlose Schmeichelform für Kinder und junge Mädchen gebraucht (kleine Deern, ein fesches Dirndl), bezeichnet auch noch in der ursprünglichen Bedeutung Mädchen dienenden Standes, wie Stalldirne u. ä. Auffallend ist überhaupt die Tatsache, daß Ausdrücke für dienende Personen später meist eine üble Nebenbedeutung erlangt haben, wie Schalk, was ursprünglich nur „Knecht" bedeutet, während Luther schon einen schlechten und hinterlistigen Knecht einen „Schalksknecht" nennt, einen Begriff also durch zwei eigentlich sich deckende Bezeichnungen wiedergibt und auch sonst unter Schalk einen Menschen von niedriger Gesinnungsart versteht. Heutzutage hat Schalk einen milderen Sinn, es wird gleich Schelm, das ursprünglich „Aas" bedeutet, auf neckische, scherzhaft und zu lustigen Streichen veranlagte Personen bezogen. Sonst ist Schalk nur noch erhalten in einigen Familiennamen, wie Gottschalk oder Gottschaller, dann auch in Marschall (eigentlich „Pferdeknecht") und Seneschall, im Mittelalter die Bezeichnung eines hohen militärischen Führers und Würdenträgers, wobei der erste Bestandteil „Sene" aus dem gotischen sinista (lateinisch senex?) zu stammen scheint, welches „Aeltester" bedeutet. Der Seneschall ist eigentlich der Aelteste, der Anführer der Knechte, vor allem natürlich der Kriegsknechte.

Unter sonstigen militärischen Bezeichnungen dürfte manchem das Wort „Feldwebel" als nicht recht erklärlich aufgefallen sein. Die Ansichten über die Herkunft des zweiten Bestandteils sind verschieden, jedenfalls bezeichnete „Weibel" früher einen untergeordneten Beamten, im Militärwesen eine Art von Profoß, und gerade in der Organisation der Landsknechtheere hatte der Weibel oder eine höhere Rangstufe, der Feldweibel, den Troß der mitziehenden Weiber, der Soldatenfrauen und Markadenterinnen, auf dem Marsche und im Lager zu beaufsichtigen, so daß eine Ableitung des Wortes „Weibel" aus „Weib" nicht unmöglich erscheint.

Wie viele Worte übrigens ihre Bedeutung im Laufe der Jahrhunderte ändern können, beweist das kleine unbestimmte Zeitadverb „bald"; es war ursprünglich ein Adjektiv mit der Bedeutung kühn, frisch, schnell, die das verwandte englische „bold" besitzt. Innere Beziehung ist noch erkennbar. — Auch dem Wörtchen wenig merkt man heute seine Grundbedeutung nicht mehr an; es gehört zu „weinen" und bedeutet also „beweinens- oder bejammernswert", woher dann der Begriff „klein, unbedeutend, gering an Quantität" gekommen ist. Wer davon spricht, daß sich etwas ereignet habe, ist sicher eher geneigt an eine Verwandtschaft dieses Verbums mit „eigen" zu denken als mit „Auge" — und doch ist ereignen nur eine volksethymologische Entstellung aus eräugnen oder eräugen. Es bedeutet also eigentlich „vor die Augen bringen".

Ein seltsames Wort ist der Hagestolz! Man ist versucht, an hager und stolz, verschlossen, bitter und hochmütig dabei zu denken, und doch haben diese Eigenschaften mit dem Wort an sich nichts zu tun. Dieses heißt vielmehr ursprünglich hagestalt, d. h. „der in einen Hag, eine Umhegung Gestellte, der Besitzer eines kleinen Nebengutes"; mit einem solchen wurden wohl die unverheiratet gebliebenen Söhne eines Bauerngutes vom Vater oder dem ältesten verheirateten Erben bedacht, wodurch dann allmählich dieser eigentliche Besitztitel auf hartnäckige Junggesellen überhaupt angewandt wurde. Schon im Mittelalter bildete der Volksmund die heute noch lebendige Form „Hagestolz".

Die bunte Reihe könnte schier ins Unendliche fortgesetzt werden, aber man unternimmt ja im allgemeinenen eine Reise nicht deshalb, um gleich die ganze Welt zu sehen, sondern um sich an einem kleinen Stückchen Neuland zu erfreuen und auch aus bescheidenen Erlebnissen anregende Eindrücke mit heim zu nehmen. Und in diesem Sinne möchte auch unser kleiner wissenschenschaftlicher Ausflug wirken und fördern!

Vom Büchertisch.

„Vor dem Erwachen." Roman von Nanny Lambrecht. A. Scherl, Berlin, 1920. Mit wieviel Hoffnungen haben, namentlich wir Jungen, einst Nanny Lambrecht begrüßt, als ihre „Armsünderin" im „Hochland" erschien. Wenig ist von diesen Erwartungen erfüllt worden; nur weniges von dem, was nachher von Nanny Lambrecht erschienen ist, hat Zeichen besserer Reife und stärkerer Vertiefung geboten. Auch der jetzt vorliegende Roman liest sich interessant und spannend, aber es ist kein einheitlich und gleichwertig komponiertes Ganzes, das sind Stimmungsbilder, das sind in Augenblicksstimmungen gezeichnete Skizzen, das sind fesselnd geschriebene Feuilletons, aber das Ganze ist kein Werk, das von einer großen Idee getragen sich über den Charakter einer Augenblicksstimmungen schildernden Tagesarbeit erhebt. Gewiß, Nanny Lambrecht stellt auch in diesen Roman Gestalten von scharfen Umrissen, Typen und Charakterbilder hinein, wirft Vorgänge so frisch und packend dazwischen, daß man mit innerer Lust sie liest. Aber dann wieder liegen oberflächliche Banalitäten und Stellen geistiger Leere dazwischen, die den Leser schmerzen, der Nanny Lambrechts Talent schätzt und an Besserem kennen gelernt hat. Ganz impressionistisch und packend sind die Schilderungen der Rheinlandsstimmungen, wie sie nach dem Zusammenbruch und unter dem Drucke der feindlichen Besatzung geworden sind. Aber man fühlt es zu sehr, daß Nanny Lambrecht sich Stimmungen von der Seele schreibt, die sie zwar tief bewegen, die sie aber noch nicht zu meistern und zu klären versteht, weil sie noch zu jung, zu frisch dem eigenen wunden Herzen entquellen. Wann werden wir doch noch das große Buch von Nanny Lambrecht erhalten, auf das wir hofften und uns freuten, denn einem Talent wie Nanny Lambrecht bloß sagen zu können, daß sie schön, interessant und spannend schreibt, das genügt auf die Dauer nicht.
Dr. Hans Eisele.

Dr. **Joseph Massarette: Neu-Italien und die päpstliche Souveränität.** Regensburg, Friedrich Pustet. Bücher der Stunde. Preis 2.25 M. — Dieses von einer autoritativen Persönlichkeit klar und fest eingegründete, aufgebaute und durchgeführte Büchlein verdient den weiten interessierten Leserkreis, den es voraussetzt. Wer sich über die zu den heute mehr denn je brennendsten Geschichts-, Kultur- und Weltfragen zählende „Kirchenstaatsfrage" hinsichtlich der päpstlichen Souveränität und der internationalen Bedeutung des Kirchenstaates zu unterrichten wünscht und darüber unterrichtet sein sollte, greife zu dem knapp und zielsicher zusammengeschlossenen Bändchen. Es beleuchtet zunächst das obengenannte Thema, um dann die ganze Ungerechtigkeit und darum Wertlosigkeit des im Wortlaute wiedergegebenen Garantiegesetzes, eines Gesetzes schmählicher Vergewaltigung und nationaler Einseitigkeit, darzutun. Die demnächst folgenden Kapitel überschreiben sich: „Das Oberhaupt der katholischen Kirche ein Gefangener in fremdem Hause" und „Gegen den Papst ist alles erlaubt". Darauf wird die Stellungnahme der vier letzten Päpste zur „römischen Frage" untersucht und festgestellt, auch eine Reihe anderer wichtiger „Stimmen" herzugezogen, darunter nicht zuletzt Bismarcks, der schon 1867 dem englischen Botschafter erklärte, der Papst müsse ein unabhängiger Souverän bleiben, auch wenn sein Landbesitz nur zehn oder hundert Morgen umfasse, und volle 20 Jahre später Msgr. Galimberti gegenüber betonte, für den Papst könne es ohne Territorium keine wahre Unabhängigkeit geben. Das „Schlußwort" des Buches erklärt: Der Heilige Stuhl werde im geeigneten Augenblicke seinen Standpunkt in voller Klarheit kundgeben. Auf dem tatkräftigen Glauben der Katholiken und ihrem bekenntnistreuen Eintreten für die Rechte des Papstes aber beruhe dessen weltliche Stellung. Zu der für diese einmütige Geschlossenheit notwendigen Einsicht bietet Dr. J. Massarettes wertvolles Werkchen eine kräftige Handhabe.
E. M. Hamann.

Prof. Dr. **Freiherr von Kleist: „Auffallende Ereignisse an dem Christusbilde von Limpias im Jahre 1919."** Mit 6 Bildern. Pr. 6.50 M. 1920. Verlag der Waisenanstalt (Schulbrüder) Kirnach-Villingen, Baden. Mit kirchlicher Druckerlaubnis. — „Halb Spanien" und ein gut Teil des Auslandes wallfahrtet heute zu dem obengenannten wundertätigen Bilde. Wie das kam und sich weiter gestaltete, schildert eine berufene Hand in dem vorliegenden, durch seine sachliche Gründlichkeit doppelt wirkungsvollen Bändchen.
E. M. Hamann.

Index Romanus. Von Dr. theol. et phil. Albert Sleumer. 7. verm. u. verb. Auflage. 8° 116 S. Osnabrück, Pillmeyer. 1920. Eine willkommene Einführung in die Eigenart des Index Romanus begründet in wirksamer Darstellung seine Notwendigkeit. Dr. Sleumer berücksichtigt die einschlägigen Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches und antwortet in der Einleitung auch auf eine Reihe von Fragen, die ihm aus dem Leserkreise der bisherigen Auflagen dieses Werkes zugingen. Seine Bearbeitung legt die neueste vatikanische Ausgabe des Index zugrunde und bietet ein Verzeichnis sämtlicher auf dem römischen Index stehenden deutschen Bücher, sowie aller wichtigen fremdsprachigen Bücher seit dem Jahre 1750. Diese Ausgabe ist auch sehr für unsere Volks- und Vereinsbüchereien zu empfehlen.
O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Ueber den kulturellen Stand der Sommerdirektionen wird vielfach Klage geführt, besonders heuer wieder in Berlin. Diese Herren, die in der Ferienzeit Theater pachten, suchen meist einen „Schlager", je törichter, desto besser; denn in der heißen Zeit will das Publikum doch nicht seinen Kopf anstrengen. Dr. Freytag ist unter den Sommerdirektoren eine löbliche Ausnahme. Sein künstlerischer Ehrgeiz sinkt nicht mit steigendem Thermometer. Nachdem er uns auf seiner schmucklosen Kreisbühne eine im manchen bemerkenswerte und im ganzen eindrucksvolle Aufführung des „Hamlet" geboten hatte, brachte er uns jetzt den „Faust". Ich wollte, ich könnte die Ausführung so loben, wie die gute Absicht. Ob der „Faust" überhaupt für die Stilbühne sich eignet, ist die Frage. Man erinnere sich an die Faust-Inszene durch Fritz Erler im Künstlertheater, die viel interessante Anregungen bot, aber doch viel Verunglücktes oder, besser gesagt, solches, das notwendigerweise verunglücken mußte, weil wir z. B. im „Spaziergang vor dem Tor" die Natur, die neu erwachte, sehen wollen. Ein unwirtliches dumpfes Kellergewölbe mag für Auerbachs Keller, für das Gefängnis genügen, wir wollen auch auf den Urväter-Hausrat verzichten und diesen Raum als Studierzimmer hinnehmen, aber als freie, ländliche Gegend, als Gretchens Zimmer, als Frau Marta Schwerdtleins Garten, als Kirche können wir diesen einförmigen Halbkreis nicht nehmen. Nein, Goethe hatte sicherlich nicht an solch schmucklose Inszenierung gedacht; nicht grundlos stehen im „Vorspiel", das ebenso wegfiel, wie der „Prolog im Himmel" die mahnenden Worte des Theaterdirektors „schonet mir Prospekte nicht und nicht Maschinen". Auch unter einer bestreitbaren Kunsttheorie, die, was bei Shakespeare gut ist, auf die ganz andere Kunstform Goethes übertragen möchte, wären immerhin noch packende Eindrücke möglich gewesen, wenn die Besetzung besser gewesen wäre. Frl. Seibel vom Berliner Staatstheater ist hier in den Kammerspielen groß geworden. Als sie vor etwa einem Jahre hier eine Strindbergsche Märchenfigur und im Prinzregententheater das „Kätchen von Heilbronn" spielte, freute ich mich feststellen zu können, daß „Frühlingserwachen" in der Wedekind-Art der Künstlerin nicht die Fähigkeit der Darstellung frühlingshafter Unschuld geraubt habe. Auch ihr Gretchen war naiv, frisch und lieb, aber so die volle Poesie, die in den Szenen in ihrem Zimmer und in Frau Martens Garten liegen, kam nicht voll zum Erklingen; die tragischen Akzente dagegen packten unmittelbar. Moderne Schauspieler, die zu klassischen Rollen gelangen, verfallen oft dem von ihnen so verachteten Pathos der „alten" Schule in geradezu hilfloser Weise. Momber — für den Mephisto wohl besser geeignet — spielte den Faust, in der Maske alt und verjüngt nicht sonderlich günstig. Was er sprach, war alles mehr rhetorisch glatt, als durchlebt und empfunden; deshalb war auch die Betonung mehr nach dem Versmaß als nach dem Gedanken. Auch der Mephistopheles des Herrn Ernst war von etwas kleinerem Kaliber; wenn er stumm im Hintergrunde stand, konnte er etwas Dämonisches haben, aber das vollbrachte — der Beleuchtungsinspektor. Was sollen solche Scherze, daß in der Schülerszene der in Fausts Mantel Gehüllte fortwährend schnüffelt und sich die Nase reibt? Warum nicht gleich die — Schnupftabaksdose nehmen? Die übrige Besetzung zeigte viel guten Willen, aber daß die Kammerspiele ihre Berufung zum „Faust" erwiesen hätten, können nur Schmeichler behaupten.

Schauspielhaus. Paul Egers Komödie „Adam, Eva und die Schlange" haben wir vor ein paar Jahren im Kammerspielhaus gesehen; dort gab man ihr eine Strindberg-Note, hier im Hause der Hermine Körner ist sie ein wirksames Theaterstück mit „schönen" Rollen. Man wird hier dem Konstruierten der Fabel gegenüber milder gestimmt als in literarischer Vermummung. Ein junger Baron ist im Begriffe, seiner Frau untreu zu werden und ein Inder liebt die Baronin. Der letztere wird also die Situation ausnützen? Nein, der Buddhist ist besser als die verdorbenen Europäer. Er versetzt seinen Freund in hypnotischen Schlaf und läßt ihn die Untreue seiner Frau erleben, ja sogar, wie der Freund ihn auf Verlangen der Frau erschießt. Diese Kur ist so heilsam, daß alles wieder ins rechte Gleis kommt. Der selbstlose Freund verläßt das venetianische Hotel und kehrt an das Ufer des Ganges zurück. Die Psychologie ist etwas filmmäßig. Hermine Körner spielte die Baronin als modernes Nervenweib mit sicherer Virtuosität, in Carla Holm hatte sie eine passende Rivalin. Günther gab dem Baron seine angenehme Persönlichkeit und Wüstenhagen spielte den unheimlichen Fremdling mit erfreulicher Dämpfung des „Theatralischen".

Verschiedenes aus aller Welt. In Berlin hatte ein mit Bühnengeschick gemachtes, sentimentale Wirkungen klug nutzendes Schauspiel „Elise Lensing" von Günther Branden einen Darstellungserfolg. Die Heldin ist jene Freundin Hebbels, die sich für den Dichter aufopferte und von ihm kaltherzig verlassen wurde. Die Gegnerschaft zwischen der bescheidenen Schneiderin und Christine Enghaus, der großen Schauspielerin, gibt dem Stücke die Triebkraft. Hebbel wirkt nach Berichten nicht echt. Er war bedeutender als diese Theaterfigur, so wenig schön er sich auch der unglücklichen Elise gegenüber benommen hat. — In Parma ist ein Verdi-Denkmal von riesigem Maße enthüllt worden; eine kreisförmige Bogenhalle ist mit Figuren aus Verdis bekanntesten Opern geschmückt. Ein Bronzerelief zeigt den Meister durch den Genius der Musik gekrönt. Das Monument gipfelt in einer Quadriga: Löwen vor dem Wagen der Kunst. — Die große Oper in Paris brachte die Uraufführung eines neuen Werkes „Die Legende des heiligen Christophorus" von Vincent d'Indy. Es ist mehr ein Oratorium als eine Oper. Auf der Vorderbühne vor einem schlichten Vorhang steht ein Benediktiner, umgeben von einem Chor, um die Ereignisse zu deuten, wir sehen den Riesen Auferus im Dienst der Königin Wollust, die er verläßt, um des stärkeren Königs Gold willen. Von diesem gelangt er zum Fürsten des Unheiles, um dort langsam die Ahnung vom König des Himmels zu erlangen. Ein Eremit wird ihm Führer zu Gott. Auf den Rat des heiligen Mannes begibt er sich an das Ufer eines Sturzbaches, um Schwache, die das Wasser nicht allein durchschreiten können, hinüberzutragen. Der erste, der seine Hilfe anruft, ein kleines Kind in armseliger Kleidung, erweist sich als das Jesuskind, das den Riesen — Christophorus tauft. D'Indy hat die Handlung seiner frommen Dichtung selbst geschrieben. Die Musik hinterließ sehr starke Eindrücke. Die Ursprünglichkeit und Empfindungstiefe des Werkes begegnen hoher Schätzung.

Die Münchener Akademie der Tonkunst gibt bekannt: An der Akademie der Tonkunst treten mit Beginn des Schuljahres 1920/21 und der Direktionstätigkeit Professor Siegmund von Hauseggers eine Anzahl von Neueinrichtungen in Kraft. Um weiteren musikalischen Kreisen den Lehrstoff zugänglich zu machen, werden künftig in zahlreichen Klassen, soweit Raum vorhanden ist, Hospitanten zugelassen. Zulässig ist der Besuch der Vorlesungen über Musikgeschichte (Professor Hermann Wolfgang von Waltershausen), Operndramaturgie und Einführung in die gesamte Opernliteratur (Professor Hermann Wolfgang von Waltershausen), Einführung in die Klavierliteratur (Professor Eduard Bach), Einführung in die Instrumentenkunde mit praktischen Vorführungen (Professor Dr. Walter Courvoisier), Einführung in die allgemeine Musiklehre (Dr. Karl Blessinger), sowie der Klassen für Darstellungskunst (Kammersängerin Anna Bahr-Mildenburg), Kammermusikspiel (Professor Felix Berber, Professor Johannes Hegar, Professor Heinrich Schwartz), für Harmonielehre (Professor Dr. Walter Courvoisier, Professor Heinrich K. Schmid) und in dem operndramaturgischen Seminar. In den Meisterklassen können Hospitanten in besonderen Fällen und beschränkter Anzahl ebenfalls zugelassen werden. Die bisherige Klasse für Chorgesang wird zu einem vorbildlichen Madrigalchor (Professor Eberhard Schwickerath) auf breiterer Basis ausgebaut. Stimmbegabte Hospitanten mit genügender Musikalität sind hier besonders erwünscht, müssen sich jedoch zum regelmäßigen Besuch der Uebungen verpflichten. Die Opernschule (Leitung Professor Hermann Wolfgang von Waltershausen) wird ausgebaut. Die Schüler erhalten eine umfassende Ausbildung in der dramatischen Darstellungskunst in den Klassen von Frau Kammersängerin Bahr-Mildenburg, sowie die zur Bühnenpraxis erforderliche gymnastische Erziehung. Das operndramaturgische Seminar für Kapellmeister, Regisseure und Opernsänger umfaßt das gesamte Gebiet der Opernbühnentechnik und praktische Anleitungen im Ausarbeiten von Regiebüchern. Die Ausbildung von Solorepetitoren wird besonders gepflegt. Die Gesamtheit der Studierenden der Opernschule wird zu praktischen Uebungen in reichlichem Umfang zusammengefaßt, in denen auch Gelegenheit zu ersten öffentlichen Versuchen gegeben ist. Die Leitung der Orchesterklassen übernimmt Direktor von Hausegger mit Professor Berber gemeinsam. Für die Fortgeschrittenen im eigentlichen Sinne, vor allem auch für Musiker, die bereits im praktischen Berufsleben stehen, werden Meisterklassen eingerichtet. Diese sollen nur außerordentlichen Begabungen zugänglich gemacht werden, daher sind besondere Aufnahmebedingungen festgesetzt. Die Teilnahme ist für jedermann zulässig, der diese zu erfüllen vermag; auch die Schüler der Akademie sind nicht ausgeschlossen. Den Teilnehmern an den Meisterklassen steht der Besuch sämtlicher Nebenfächer nach freier Wahl offen. Meisterklassen werden eingerichtet für Dirigieren (Direktor von Hausegger), dramatische Komposition (Professor von Waltershausen), Klavier (Professor Berthold Kellermann, Professor Walter Lampe, Professor August Schmid-Lindner, Professor Heinrich Schwartz), für Violine (Professor Berber), Violoncello (Professor Hegar), Chordirektion (Professor Schwickerath), dramatische Darstellungskunst (Kammersängerin Bahr-Mildenburg), Kompositionslehre (Kontrapunkt Professor Beer-Walbrunn, Formenlehre (Professor Dr. Courvoisier). Für weiteste Kreise der Musikfreunde werden volkstümliche Vorlesungen eingerichtet. Die Einzelheiten werden später bekanntgegeben. Auskunft über die Aufnahmebedingungen erteilt das Sekretariat der Akademie der Tonkunst, Odeonsplatz 3. Sämtliche Anmeldungen haben bis zum 10. September zu erfolgen. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Finanzzukunft — Die Entente-Auspressung Deutschlands — Bei all dem kein Preisabbau möglich.

Deutschlands Wirtschaftszukunft bleibt durchaus unklar und düster. Spa, die drakonischen Verpflichtungen über Kohlenlieferungen, dann alles, was mit den Fragen der „Wiedergutmachung" zusammenhängt, der Komplex der inneren Wirtschaftskrise, Zwangswirtschaftsprobleme, interne Politik, dies und manches andere von Bedeutung verhindern ohnehin jedweden klaren Ausblick. Und vor allem spielt die von Tag zu Tag verschärfte Gefahr vom Osten vabanque mit dem Wirtschaftsschicksal Zentraleuropas. Reichsfinanzminister Dr. Wirth war es nicht schwer, erst neuerlich im Reichstag

„**unsere Finanzen in ihrer Entwicklung als katastrophal**“ zu bezeichnen. Neben den auf zirka 120 Milliarden „emporgeschnellten“ umlaufenden Schatzanweisungen sind 11 Milliarden weitere ähnliche Zahlungsverpflichtungen, 16 Milliarden aus anlässlich der Erledigung des Landessteuer-Gesetzes von den Bundesländern übernommen, 92 Milliarden schwebende Schuld zu berücksichtigen, so dass wir heute eine Reichsschuld von 238 Milliarden haben. Dazu kommen 39 Milliarden für Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich. Reichsfinanzminister Dr. Wirth betont hierbei, dass alles, „auch die Sorge, wie lange die jetzigen Gehälter und Löhne überhaupt noch bezahlt werden können, sehr wesentlich abhängig ist von unserer Wirtschafts- und Preispolitik.“

Bei den Verhandlungen zu Hythe, Boulogne, Spa, späterhin in Genf, bildet nach wie vor das alleinige grundlegende Prinzip, wie die finanzielle Auspressung Deutschlands mehr noch als seither weiterhin fortgesetzt werden kann. Bleibt es bei der vorgeschlagenen und in Einzelheiten bereits niedergelegten Höhe der Wiedergutmachungs-Summe — 42 Jahresraten von je 3 Milliarden, ab 1926 weitere 37 Jahresraten, staffelweise erhöht von 4 zu 4 Jahren, alles in Goldmark, so beläuft sich diese Summe bis zum Jahre 1963 auf 270 Milliarden Goldfranken. Um diese Schuld zu tilgen, müsste Deutschland während dieses angegebenen Zeitraumes durchschnittlich jährlich 6 Milliarden Goldmark bezahlen. Im Zusammenhang mit Betrachtungen über Deutschlands Finanzlage kommt eine gewisse Presse des Entente-Auslandes auf den Geldzufluss zu den deutschen Sparkassen zu sprechen. Derselbe hat im Juni mit 1600 Millionen Mark — 1100 Millionen im Mai, 150 bezw. 350 Millionen Mark im gleichen Monat der beiden Vorjahre — zwar einen Rekord erbracht. Dass jedoch ein solcher Zuwachs nicht aus Ersparnissen, sondern in der Hauptsache nach aus brachgelegten Kapitalien aus Handel- und Gewerbekreisen stammt, also Deutschlands wirtschaftlichen Niedergang erst recht bestätigt, weiss bei uns fast jedermann. Die Ententepresse beliebt jedoch in ihrer Verbohrtheit keine Notiz von solchen wahrheitsgetreuen Argumenten zu nehmen. Interessant und bezeichnend für die Unklarheit in finanziellen wie auch in steuerlichen Dingen bei uns ist das immer wieder auch jetzt vermehrt auftauchende Gerücht von einer baldigen Abstempelung der Reichsbanknoten „und zwar mit Wirkung der Inkrafttretung über Nacht“.

Nicht weniger wichtig und bedeutsam für Deutschlands Zukunftsschicksal sind die Vorkommnisse in der **heimischen Innenpolitik**. Die Ereignisse in der Oberlausitz — Räteregierung in Zittau — Die aufsehenerregenden Versammlungen der Radikalen in München und das dortselbst bekannt gewordene Programm der Kommunistischen Partei, die gewalttätigen Vorgänge in einzelnen Industrieunternehmungen, woselbst Arbeitergruppen wie bei den Frankfurter Adlerwerken, bei den Höchster chemischen Fabriken, durch Zwang und Gewalt gegen Fabrikleitungen die Bewilligung der gestellten Forderungen zu erreichen versuchten — dies alles sind Sturmzeichen. Unsere Leistungskraft wird dadurch geschwächt, dass von irgendwelcher Besserung, gleichgültig auf welchem Gebiet, im Ernste niemals gesprochen werden kann.

Unsere geschäftliche Krisis soll, wie vielfach geäussert wird, durch den **Preisabbau** gemildert werden. Wie, in welchem Umfang und innerhalb welcher Zeit ein solcher jedoch durchgreifend und bestimmend sich bemerkbar machen wird, das bleibt ungewiss und wird sich auch in den kommenden Wochen nur geringfügig ändern! Es ist dies auch nicht gut anders möglich. Man betrachte nur die gewaltig hohen Steuerauflagen, die durch Lohn- und Gehaltsbewilligung, sowie andere enorm gesteigerte Generalunkosten den Handels- und Industriekreisen fortgesetzt vermehrte Auslagen bringen, man erinnere sich an die für Herbst und Winter mit Gewissheit zu erwartenden Ueberpreise für Lebensmittel — statt Preisabbau! — und Heizmaterial, man denke an die internationale Geldentwertung, an die unermüdlich arbeitenden Notenpressen fast aller Länder — man wird das Problem des Preisabbaues wohl oder übel skeptisch betrachten müssen. Ein Beispiel: Der Neuabschluss eines Tarifvertrages der städtischen Arbeiterschaft in München erfordert 9 Millionen Mark. Dieser Mehraufwand soll durch Erhöhung der Steuern und Gebühren gedeckt werden. Eine Verteuerung, vor allem auch der Wohnungen, ist doch dadurch in neuerliche Nähe gerückt. Und so treibt ein Keil wiederum den andern, im kleinen wie im grossen. Nur **Ordnung, Ruhe und bürgerlicher Schaffensdrang** — Eigenschaften, die bisher urdeutscher Güte waren — können mildernd und abflachend wirken.

München. **M. Weber.**

Schluß des redaktionellen Teiles.

Die Lebensversicherung im Jahre 1919. Infolge der Geldflüssigkeit, die sich im Jahre 1919 allenthalben fühlbar machte, hatte sich die Lebensversicherung eines Zuspruchs zu erfreuen wie in keinem der vorhergegangenen Jahre. Bei der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit betrug der Zugang an neuen Versicherungen im Jahre 1919 rund 170 Millionen Mark, das Mehrfache selbst der besten Friedensjahre. Die Sterblichkeit unter den Versicherten ist nach dem Aufhören der täglichen Kriegsverluste günstig verlaufen, so daß der Abgang gegenüber dem Vorjahre sich vermindert hat. Der Bestand an Kapitalversicherungen stieg auf mehr als 960 Millionen Mark. Der starke Zugang an neuen Versicherungen hält auch im laufenden Jahre an. Er hat bei der Karlsruher die gewaltigen Zahlen des Vorjahres schon wesentlich überschritten, so daß sie schon Mitte März einen Bestand von einer Milliarde Mark erreicht hatte.

Die Veranlagung zum Reichsnotopfer wird manchem Pflichtigen Schwierigkeiten bereiten. Regierungsrat Karl Ebmeier, Leiter des Finanzamtes Coesfeld, zurzeit am Landesfinanzamt Münster i. W., hat eine in knapper, allen verständlicher Form gehaltene Anleitung herausgegeben, welche bereits nach 3 Wochen in 2. Auflage erschienen ist. Ein schlagender Beweis für die Brauchbarkeit der Broschüre; dieselbe ist durch Aschendorff in Münster i. W. zu beziehen. (S. Inserat.) F.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag.
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach
dem Ausland besonderer
Tarif, im allgemeinen
Frs. 4.50 des Schweizer
Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen
auf Textseite d. 95 mm breite
Millimeterzeile M 5.—.
Beilagen:
M 45.— das Tausend.
Platzvorschriften
ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung
werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden
nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig
durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 34 München, 21. August 1920. XVII. Jahrgang.

Das andere Gesicht des Bolschewismus.

Von Dr. F. Wetzel, München.

„Ich bin ausgezogen, die Idee Gottes zu töten."
Bakunin.

Wir müssen uns mit dem Bolschewismus auseinandersetzen. Wir kommen so wenig an ihm vorbei, wie er an uns. Die Zeit, da optimistische Gemüter wähnen konnten, Lenins Reich werde durch innere oder äußere Feinde aus den Angeln gehoben, ist vorbei, seitdem der russische Bolschewismus sich in die allrussische Toga gehüllt hat. Dieser panslawistische Bolschewismus ist schlechterdings unbesiegbar, wenigstens solange er keine andere Gegnerschaft findet als die gegenwärtige.

Rußland ist heute kein Chaos mehr wie in der Revolution. Das ist richtig. Die Staatsform des bolschewistischen Machtbereichs scheint sogar an Geschlossenheit zu gewinnen. Man merkt wenigstens im weiteren Umkreis von Moskau eine ziemlich straffe Staatsordnung. Was widerspenstig und „konterrevolutionär" war, ist (soweit ihm nicht die Möglichkeit zur Flucht ins Ausland blieb) durch Zwang und Elend auf die eine oder die andere Weise stumm gemacht worden. Und doch dünkt es Vielen wie ein staatspolitisches Rätsel, daß die Partei der Bolschewiki, die auch heute noch nicht mehr als 600000 gesiebte und gewürfelte „Genossen" umfaßt, über 150 Millionen Menschen fast ohne Widerspruch die Herrschaft ausübt. Die Tatsache, daß dies zutrifft, ist die glänzendste Widerlegung der modernen Phrase von der „Masse", die zur Selbstregierung reif und berufen sei, und der schlagendste Beweis für die Wahrheit der „altmodischen" Behauptung, daß in jedem Staatswesen, falls es Bestand haben solle, die Intelligenz, d. h. eine Auslese von Wenigen, herrschen müsse. Im bolschewistischen Rußland regiert tatsächlich eine solche, auf ganz wenige Köpfe beschränkte Auslese bolschewistischer Intelligenzen, nämlich Lenin, der große politische Organisator und unbeschränkte Diktator, Trotzki, der Aufpeitscher und Theoretiker, Stünkel, der kühl rechnende Wirtschaftsorganisator und kaufmännische Geschäftsleiter Sowjetrußlands, Krzyzanowski, der intime Freund Lenins und der Großtechniker, der Oberingenieur Rußlands, Plawnik, der Textilfachmann; vielleicht noch die Leiter des Obersten Wirtschaftsrats und des Ingenieurverbandes und schließlich, wenn man so will, als Dekorationsfiguren die Sowjetreklamechefs Landa (wahrscheinlich Landauer) und Radek-Sobelsohn. Bezeichnenderweise fast lauter Juden, gewiß intelligente Juden. So fügt sich heute ein 150-Millionenvolk willenlos dem Machtgebot, der rücksichtslosen Staatsautorität von vielleicht einem Dutzend Angehörigen der russisch-jüdischen Intelligenz. Was dann in Deutschland als „Diktatur des russischen Proletariats" den Massen schmackhaft gemacht wird. Allerdings wäre Rußland ohne den Uebergang der staatlichen Macht in die Hände nichtproletarischer Intelligenzen im Chaos der Revolution erstickt, das darf man nicht vergessen, das dürften vor allem unsere deutschen „Proletarier" nicht außer acht lassen. Durch den Radikalismus, mit dem sie mit allen Ueberresten des alten Rußlands aufräumten, haben Lenin und Trotzki in der Tat das Kunststück fertig gebracht, sich schlechthin unentbehrlich gemacht zu haben.

Im übrigen darf der Begriff „Staatsautorität" im heutigen Rußland nur ganz äußerlich in Rechnung gestellt werden. Ein innerliches Verwachsensein des Volkes mit dem Sowjetstaat, die Grundvoraussetzung jedes organischen Staatswesens und jeder Dauer verheißenden Staatsentwicklung, vermögen wir nicht wahrzunehmen. Man fügt sich der faktischen Gewalt, die in der Roten Armee und in den Exekutivausschüssen ihren handgreiflichsten Ausdruck findet; man sucht irgend einen modus vivendi mit dem noch sehr rudimentären Staatsmechanismus und Verwaltungsbureaukratismus der Sowjetregierung sich zurechtzulegen, umgeht aber im übrigen die Gesetze, wo man immer kann; was um so leichter zu bewerkstelligen ist, als das korrupte untere und mittlere Beamtentum des zaristischen Regimes auch unter den Sowjets in gleicher Korruption die Verwaltungsgeschäfte besorgt. Die bolschewistische Staatsform ist ein rein mechanistisch bezwungenes und daher (wenn sie bleiben sollte) der Erstarrung überantwortetes Revolutionschaos, das heute nur deswegen ein staatspolitisches Scheinleben lebt, weil die allrussische Idee künstlich hineingetragen worden ist.

Wesentlich anders ist die Frage der bolschewistischen Wirtschaftsform gelagert. Auch hier ist dank der rastlosen und zähen Organisationsarbeit der von Lenin beauftragten Ingenieure und Wirtschaftsfachmänner und dank dem natürlichen Selbsterhaltungstrieb, der auch das herabgekommenste Volk wieder zur Arbeit zwingt, das Revolutionschaos überwunden und unter Anwendung bei uns undenkbar scharfer Eingriffe in die persönliche Freiheit aller (auch der proletarischen) Staatsbürger der Anfang einer Wirtschaftsordnung geschaffen worden. Nur ist diese „bolschewistische" Wirtschaftsordnung entfernt nicht das, was sich der deutsche Proletarier in seinen Zukunftsträumen darunter vorstellt. Von irgendwelcher „Regelung der Produktion und der Konsumtion", d. h. der Gütererzeugung und des Warenumlaufes durch die Arbeiter ist so wenig mehr die Rede wie von irgendwelcher Befehlsbefugnis der (längst abgeschafften) Soldatenräte in der Armee. Es gibt überhaupt keine Arbeiterräte im modernen Sowjetstaat!

Dieser Sowjetstaat ist — und darin liegt das in staatspolitischer Hinsicht vermißte Charakteristikum dieses Staatswesens — in erster Linie, ja, fast ausschließlich ein Wirtschaftsstaat, eine ungeheuere Rohstoffbeschaffungs-, Gütererzeugungs- und Güterverteilungsorganisation, die auf rein mechanistischen Formeln aufgebaut ist (die aber bereits in der Güterverteilung versagt!). Der Sowjetstaat ist, wenn man so will, ein vollkommen zentralistisch geleitetes Warenhaus mit Einschluß der Warenerzeugung. Er ist in dieser seiner Daseinsform, in der Art, wie er alle natürlichen Lebensbedürfnisse der ihm angehörenden Menschen erkalkuliert, kontrolliert, klassifiziert und zu befriedigen sucht, das auf die Spitze getriebene, ins Absurde projizierte Denkerzeugnis des jüdischen Gehirns; das unglaublich kühne, ja, verwegene Unterfangen, die beseelte Vielgestalt des Lebens in das Prokrustesbett einer restlos zu Ende durchkalkulierten, schematisierten materialistischen Weltauffassung einzuzwängen und darin gewissermaßen zu mumifizieren. (Wie undeutsch nebenbei diese Lebensanschauung ist, zeigt schon der Umstand, daß man sie nur mit Hilfe von Fremdwörtern sinngemäß verständlich machen kann!) Aus der Theorie in die Praxis übertragen, stellt sich die bolschewistische Wirtschaftsform heute schon als gar nichts anderes dar, denn als die über ganz Rußland ausgedehnte Kopie des amerikanischen Trusts.

Von ausschlaggebendem Belang ist für uns die Feststellung: Hat die bolschewistische Wirtschaftsordnung außer einer gewissen Stabilisierung des russischen Wirtschaftslebens nach dem Chaos der Revolution irgendwie „beglückender" gewirkt als die vernichtete private kapitalistische Ordnung? Ist das nunmehr an den

Wirtschaftsorganismus gebundene Leben des Volkes bereichert worden, hat es sich angenehmer gestaltet, werden die Güter und Waren nunmehr gerechter verteilt? Darauf gibt es nur die eine Antwort: Aeußerlich ist mit der Schematisierung der Gesellschaft und mit der Reglementierung und Rationierung aller Lebensbedürfnisse, selbst der Vergnügungen, auch eine gewisse Gleichheit in der Verteilung der Güter erreicht worden; doch hält sich diese Gleichheit beträchtlich unter jener Linie, die das Existenzminimum darstellt. Alles was darüber zur Befriedigung der Lebensnotdurft oder der Genußfreude gebraucht wird, muß auf dem Wege des Schleichhandels, also unter Umgehung und Durchbrechung der bolschewistischen Wirtschaftsordnung, zu Wucherpreisen beschafft werden. In dieser ungewollten, aber aus der Logik der Tatsachen unerbittlich erwachsenen Konsequenz der auf die Spitze getriebenen Unehrlichkeit und Gesetzlosigkeit hat der Bolschewismus als Wirtschaftsform sich selber ad absurdum geführt. Die Natur läßt sich nun einmal nicht reglementieren, sie strebt immer und überall nach freigewähltem Ausgleich.

So offenbart sich der Bolschewismus, selbst wenn man ihn von allem bewußt Verbrecherischen losgelöst betrachtet, als ein frevles Spiel machtlüsterner oder verblendeter Ideologen mit dem Lebensschicksal von Millionen und Abermillionen Menschen. Zur Vervollständigung dieser Charakteristik trägt noch bei der Hinweis auf die zwar aus einer nicht ungesunden Wurzel geborene, aber krankhaft entartete „Wirtschaftsethik" der russischen Sowjetregierung, die ihren krassesten Ausdruck findet in der systematischen Entwertung des Geldes. Die Ausschaltung des Begriffes „Geld" aus dem Leben des Volkes erstreben die Bolschewiki. An seine Statt wollen sie den Wertmesser „Arbeit" setzen. Gut! Aber mit Arbeit, bezw. mit dem Gutschein, den ich vom „Staat" für die von mir geleistete Arbeit bekomme, kann ich stets nur unter bestimmten Voraussetzungen (und dann nur in einem engen Umkreis) meine Lebensbedürfnisse befriedigen; die erste jener Voraussetzungen aber ist, daß der Staat tatsächlich über alle Rohstoffe und Fertigwaren, über alle Lebensmittel, über alle Erzeugnisse und Vermittlungsmöglichkeiten von Kunst, Wissenschaft, Kultur usw. restlos gebietet, um sie als Gegenwert anbieten zu können. Das aber kann kein Staat, auch nicht der Sowjetstaat. Eines aber hat er zuwege gebracht: eine sklavische Gebundenheit des Arbeiters an den „Standort" seiner Industrie, die Aufhebung jener einfachsten Verfügungsfreiheit über die eigene Person und jener für uns selbstverständlichen Bewegungsfreiheit, ohne die uns das Leben kaum lebenswert erscheint.

Diese Beseitigung der elementarsten persönlichen Freiheit liegt aber im bolschewistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Wird doch neuerdings wieder eine Ansprache Lenins verbreitet, in der es heißt: „Die Freiheit ist eine Erfindung der Bourgeoisie, welche das ökonomische Sklaventum maskiert. Rußland muß sich von dieser Ansicht freimachen, daß man das Glück durch die persönliche Freiheit erlangt." Nur straffste Unterordnung unter den zwangsläufig in Gang gebrachten Mechanismus des sowjetistischen Riesentrusts wird zugelassen. Jeder Tadel, jedes Aufbegehren ist ein Verbrechen gegen den heiligen Sowjet und wird bestraft.

Wie in einem solchen Staat, der nur noch materialistisch-mechanistische Daseinsformen und Zwecksetzungen kennt, das ebenfalls bis ins kleinste reglementierte Kulturleben sich darbietet, liegt eigentlich nach dem Gesagten klar auf der Hand.

Neuerdings ist die Sowjetregierung unter dem Druck der stark einsetzenden religiösen Welle im russischen Volke wohl in ihrer Stellungnahme zu den Religionsgemeinschaften, d. h. vornehmlich zur russischen Kirche, etwas zurückhaltender geworden; irgendwelchen Schutz läßt sie ihnen selbstredend nicht angedeihen und ihre staatspolizeilichen Maßnahmen sorgen schon dafür, daß es den kirchlichen Organisationen in Rußland nicht zu wohl wird. Im allgemeinen scheint freilich die trügerische Selbstüberschätzung der bolschewistischen Gewalthaber, die Religion „überflüssig" gemacht und (um mit Bakunin zu sprechen) die Idee Gottes getötet zu haben, der tiefere Beweggrund ihrer gegenwärtigen religiösen „Toleranz" zu sein.

Statt Religion erhält das russische Volk vom Sowjetstaat jetzt bolschewistisch aufgemachte Literatur und Kunst in streng rationierten Dosen zugemessen. Aber nur als Dreingabe zum täglichen Arbeitsdienst, lediglich um den „Willen zur Produktivität" zu steigern. Produktion ist alles, ist das A und O, ist die Thora und der Weisheit letzter Schluß der Bolschewikireligion. Daher auch die seltsame Einrichtung der „kommunistischen Samstage" (Sabbat der Juden), die an die Stelle des der Ruhe und der Gottesverehrung geweihten christlichen Sonntags getreten sind. An diesen „kommunistischen Samstagen" arbeitet alles, was sich zum Bolschewismus bekennt, vom letzten Taglöhner bis zum obersten Diktator. Auch Lenin greift am Sabbat zum Besen und fegt seinen Hof im Moskauer Kreml! Die Samstagsarbeit ist das Gebet zum heiligen Sowjet, das Glaubensbekenntnis des Bolschewiken, das demonstrative Festtagsopfer auf dem Altar des Obergötzen Karl Marx die Apotheose des „ökonomischen Prinzips", die Demonstration gegen den Ruhetag des heiligen Sabbat oder Sonntag.

Wen erschüttert der Anblick des anderen Gesichts des Bolschewismus nicht im Innersten seiner Seele? Kalt und herzlos, das fleischgewordene wirtschaftsorganisatorische Kalkül, sucht der russische Bolschewismus ein ganzes Volk von 150 Millionen lebendiger Menschen in eine einzige Riesenmaschinerie, in einen gigantischen Produktionsapparat umzuwandeln, in dem jedes Individuum als mechanisiertes, örtlich gebundenes, seiner elementarsten Bewegungsfreiheit beraubtes Rädchen seine Umdrehungen vollführt, widerspruchslos der leitenden Hand des Oberingenieurs gehorchend. Mag sein, daß diese Maschine eine Zeitlang läuft — aber sie weiß nicht wozu; ein sinnloses Riesenspielzeug in den Händen einiger weniger Ideologen, die sich zum Ziel gesetzt, den Materialismus, die ganze Stofflichkeit der Erde in ein System zu bringen.

Oder liegt in dieser Durchgestaltung des bolschewistischen Ideals am Ende doch ein tieferer Sinn? Ist diese bewußte Entseelung, diese gewollte Entgöttlichung des ganzen Lebens, diese restlos angestrebte Verstofflichung alles Menschendaseins nicht die Religion des Antichrist, die Atmosphäre seines Reichs, das er nach Prophetenwort vor dem Ende der Zeiten unter den Menschen errichten wird?

Dem Katholizismus als der einzigen Weltidee, die der Weltidee des Boschewismus gegenüber Macht und Kraft und — Gnadenwirkung hat, ist im Osten eine gewaltige Missionsaufgabe vorbehalten: die Wiedervergöttlichung des Lebens von 150 Millionen Menschen. Nur so wird der Bolschewismus überwunden werden.

Das deutsche Volk möge gewarnt sein. Oeffnet es dem Bolschewismus die Tore (und Lenin wird nach seiner Rede auf der jüngsten Tagung der Dritten Internationale mit allen Mitteln Einlaß suchen), dann bricht das Chaos jedes bolschewistischen Anfangsstadiums hundertmal schrecklicher über Deutschland, das bereits glänzend organisierte Industrieland herein als über das unendlich einfacher geschichtete Rußland. Denn nur auf den Trümmern der alten Ordnung vermag der Bolschewismus seinen entgöttlichten, seelenlosen Lebens- und Wirtschaftsmechanismus aufzubauen. Gewiß, Herr von Simons hat recht, auch das ist dann „Aufbauarbeit": die Aufbauarbeit des Antichrist.

Innen- und außenpolitische Probleme.

Von Hauptmann a. D. Karl Schwend.

An die Spitze seiner Ausführungen in der bekannten Versammlung der Bayerischen Königspartei in München am 28. Juli stellte Graf Bothmer das Wort Föderalismus. Bothmer hat dem Bekenntnis zum Föderalismus auch noch das Bekenntnis zur Monarchie hinzugefügt. Das war eine Privatsache des Redners. An sich haben beide Begriffe nichts miteinander zu tun. Die Beseitigung der Dynastien durch die Revolution hat tatsächlich dem deutschen föderativen System den schwersten Schlag versetzt. Doch kann keine Kausalverbindung zwischen dem föderalistischen Gedanken und der Monarchie hergestellt werden. Die föderalistischen Bestrebungen drängen heute in Deutschland mit Macht zu einer praktischen Lösung und diese Entwicklung darf unter keinen Umständen gestört werden durch Hereinziehung von Problemen, die heute noch nicht spruchreif sind.

Es gibt Leute, die sich Föderalisten nennen, weil sie für die einzelnen deutschen Länder weiter nichts verlangen, als weitgehende Selbstverwaltungsrechte. Es liegt auf der Hand, daß man das nicht Föderalismus nennen darf. Rein theoretisch versteht man unter einem föderalistischen Reichsgebilde eine staatliche Organisation, zu der sich die einzelnen Staatspersönlich-

keiten aus eigenem Recht, die Bundesstaaten auf Grund eines freiwilligen Bundesvertrages zusammenschließen. Die Souveränität liegt hier primär bei den Bundesstaaten und das Reich besitzt nur so viel abgeleitete Souveränität, als ihm durch Vertrag zugestanden wird. Graf Bothmer vertritt den Föderalismus in dieser staatsrechtlichen Reinkultur.

Ein föderalistisches Reich im Bothmerschen Sinne könnte nur durch eine völlige Auflösung des gegenwärtigen Rechtszustandes zwischen Ländern und Reich verwirklicht werden. Auf dem Wege einer Verfassungsänderung des neuen deutschen Staatsrechtes läßt sich dieses Ziel nicht erreichen. Soweit läßt sich die Weimarer Verfassung nicht vor- oder rückwärts entwickeln, daß das Reich seine primäre Souveränität aufgäbe. Es genügt, wenn das Reich, eingedenk der historischen Entwicklung Deutschlands, den Ländern möglichst viele bundesstaatliche Rechte zurückgibt und ihnen dadurch wieder den Charakter eigener Staatspersönlichkeiten verleiht. Wer diesen Weg der möglichen Evolution ablehnt, muß zur Gewalt und zum Kampfe greifen. Graf Bothmer spricht es auch ganz offen aus, daß sein Föderalismus niemals durch die Reichsregierung und über die Reichsregierung, sondern nur auf dem Wege des **Kompetenzkonfliktes** von Landesregierungen mit der Reichsregierung durchzusetzen ist. Eine solche Politik der Kompetenzverwicklungen darf, wenn sie konsequent durchgeführt wird, im Bedarfsfall auch vor dem völligen Bruche mit dem Reiche nicht zurückschrecken. Ein ganz gefährliches Experiment mit dem deutschen Vaterlande, das auch einen Ausgang nehmen könnte jenseits jeglichen Föderalismus. Das ist auch der Grund, warum wir es **ablehnen**, **wenn sich französische Kräfte aktiv in die deutsche föderalistische Bewegung einmischen wollen**.

Die geistigen Voraussetzungen für die Neuorganisation des Deutschen Reiches im föderalistischen Sinne sind durchwegs beim deutschen Volke vorhanden, — der Ueberdruß gegen den Berliner Zentralismus ist täglich im Wachsen. Aber das deutsche Volk in seiner Mehrheit ist nicht geneigt zur Verwirklichung seiner föderalistischen Wünsche Wege einzuschlagen, wie sie in Verfolgung der Bothmerschen Vorschläge konsequenterweise beschritten werden müßten. Wenn auch nicht viel gesunder politischer Instinkt in Deutschland vorhanden ist, soviel Gefühl für seine Lebensnotwendigkeiten hat das deutsche Volk doch, daß jetzt keine Zeit zu irgendwelcher Form eines **Verfassungskrieges** ist, der in einen Bürgerkrieg der deutschen Stämme untereinander ausarten müßte. Eine Lösung der föderalistischen Frage, welche die unverletzliche **Einheit des Reiches** und die so notwendige Ruhe des deutschen Volkes im Auge hat, kann nur auf dem Wege des rechtmäßigen Ausgleiches zwischen den Rechten des Reiches und den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Länder gefunden werden. So wie die Dinge zurzeit liegen, kann die Verwirklichung des föderalistischen Gedankens **nur durch die parlamentarischen Mittel** erfolgen.

Die föderalistische Frage kann als ein innenpolitisches Problem nur unter dem Gesichtspunkte der innendeutschen Interessen und Bedürfnisse gelöst werden. Wenn sich dabei auch Vorteile auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen ergeben, so kann das nur begrüßt werden. Nur dürfen diese außenpolitischen Erwägungen nicht zum Ausgangspunkte von Maßnahmen im Innern gemacht werden. Politiker wie Graf Bothmer betrachten die föderalistische Frage zu sehr vom Standpunkte unseres Verhältnisses zum Auslande, in erster Linie zu Frankreich aus. Für sie ist die Neugliederung Deutschlands in einen von Berlin und Preußen möglichst unabhängigen Staatenbund, der vor allem ein aufgelöstes Preußen zur Voraussetzung haben muß, die Bedingung, nach deren Erfüllung Frankreich den Ausgleich der Interessen mit uns vollziehen wird. An diesen guten Willen Frankreichs, sich mit uns zu verständigen, wenn wir uns nur ein bißchen entgegenkommend anstellen, wird in diesen Kreisen mit warmer Inbrunst geglaubt. Graf Bothmer hat es auch ganz offen in seiner Königsparteirede ausgesprochen, daß der Mißerfolg der Reichsregierung in Spa einzig und allein auf das Schuldkonto der Deutschen zu rechnen sei. Man mag mit dem, was in Spa von deutscher Seite getan worden ist, gar nicht einverstanden sein. Aber tatsächlich sind auch die Verhandlungen in Spa geführt worden einzig und allein im Zeichen des Machtgefühles des Siegers über die Schwäche des Besiegten, der immer noch mehr zu schwächen ist. Alles andere, was darüber gesagt wird, sind, mit Verlaub gesagt, Phrasen, auch wenn sie noch so sehr in das Kleid der Weisheit und Erkenntnis gehüllt werden. Frankreich hat bis heute nicht die Spur einer irgendwie ernst zu nehmenden Absicht gezeigt, die Clemenceausche Politik der **Vernichtung Deutschlands** um jeden Preis aufzugeben.

Nun soll die föderalistische Gliederung Deutschlands Frankreich zu einem Gesinnungswechsel veranlassen. Diese Töne kennen wir in Deutschland zur Genüge. Man hatte uns vom Auslande her auch im Krieg den Glauben suggeriert, nur der Militarismus, die Monarchie und die mangelnde Demokratie seien schuld daran, daß wir nicht für europafähig gehalten würden. Wir entwaffneten uns, jagten die Könige davon, wurden republikanisch und parlamentarisch. Nun wundern sich die damals gläubigen Deutschen, daß sie trotz allem noch nicht geliebt und geachtet werden. So ist es auch mit dem Worte Föderalismus, das die Franzosen jetzt lockend über den Rhein herüberrufen. Ich glaube, daß die entschiedensten Föderalisten an diesem Rufe keine Freude haben können, denn Frankreich will etwas ganz anderes, als das, was wir unter Föderalismus verstehen. **Frankreichs Ziel ist das zur Ohnmacht verdammte auseinandergefallene, in Haß und Bruderzwist liegende Deutsche Reich.** Frankreich befindet sich unentwegt in dem Wahne, daß es nur so lange ruhig leben könne, als Deutschland völlig darniederliege: Den Franzosen von heute geht die europäische Denkweise völlig ab. Solange man sich jenseits des Rheins in einer solchen Geistesverfassung befindet, werden alle Bemühungen unserseits um Frankreich aus dem Stadium frommer Wünsche nicht heraustreten können. Die Gefahr jener Politik, die Graf Bothmer treibt und in deren Mittelpunkt Dr. Dorten in Wiesbaden steht, liegt in dem grenzenlosen Optimismus gegenüber Frankreich. Die Franzosen haben es meisterlich verstanden, in diesem Kreise eine Atmosphäre des Vertrauens zu Frankreich zu schaffen, die durch gar keine Wirklichkeit begründet ist.

Solange nicht Dr. Dorten im öffentlichen Gerichtsverfahren sich von den gegen ihn auch im Rheinland erhobenen Anklagen zu reinigen vermag, kann man seiner Politik nur mit größtem Mißtrauen begegnen. Solange kann auch die christliche Volkspartei im Rheinland nichts mit dieser Politik Dortens und seiner Freunde gemein haben. Wie die persönlichen und lokalen Verhältnisse liegen, dank einer Anzahl von Mißgriffen der Berliner Regierung, wäre es nicht undenkbar, daß die Kreise um Dorten und Bothmer eines Tags sich auch die Hilfe Frankreichs gefallen ließen, wenn es dem rheinischen Lande das Glück **aufzwingen** wollte. Für eine solche Art von Einvernehmen mit Frankreich wäre in Deutschland kein Verständnis vorhanden. Etwas ganz anderes als diese eben geschilderte Art „westlicher Orientierung" ist es, wenn deutsche Politiker den Versuch machen, die scheinbare Parallelität deutscher innenpolitischer Bedürfnisse mit den angeblichen Wünschen eines fremden Staates zur Erleichterung der außenpolitischen Situation Deutschlands zu nutzen. Die verschiedenen Reden Dr. Heims über unser Verhältnis zu Frankreich atmen einen ganz anderen Geist als die neuesten Reden des Grafen Bothmer.

Aus der Bothmerschen Rede klang auch die Drohung heraus: „Je mehr in Deutschland selbst die Haltung gegenüber Rußland unklar ist, um so mehr verdichtet sich die Absicht Frankreichs, den Kampf mit Moskau auf deutschem Boden zum Austrag zu bringen."

Es ist richtig, daß die verhängnisvolle geographische Lage Deutschlands als des Landes der Mitte uns wieder einmal der unheilvollen Gefahr nahegerückt hat, der Tummelplatz europäischer Heere zu werden. Diese Gefahr zu bannen, ist die Hauptaufgabe der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik. Das Wort **strikte Neutralität nach beiden Seiten** ist die Formel für diese Lage. Ihre Befolgung ist die beste und aussichtsreichste Wehr gegen Einmarschgelüste von Ost oder West. Die Franzosen sind nicht imstande, einen Krieg gegen Rußland zu führen, der Deutschland als Durchmarsch- und Etappenland benötigt. Frankreich weiß das und darum fordert es die restlose Entwaffnung Deutschlands. Erst wenn das letzte Gewehr den deutschen Händen entwunden ist, kann Frankreich völlig ungehindert in Deutschland schalten und walten. Würde Deutschland zugunsten Frankreichs seine Neutralität aufgeben, so würden wir in demselben Augenblicke den Russen unsere Tore öffnen. Ein bewaffnetes Einschreiten Frankreichs über Deutschland hinweg gegen Rußland zieht unweigerlich den Krieg nach Deutschland herein.

Ebenso wie Frankreich könnte auch Rußland, unsere Neutralität mißachtend, unsere Grenzen überschreiten. Auch in diesem Falle müssen wir zur Abwehr schreiten. Das Gelingen würde wesentlich von der inneren Haltung des deutschen Volkes ab-

hängen. Hier greifen innen- und außenpolitische Probleme eng ineinander und schaffen eine Situation, die heute niemand völlig durchschauen kann. Die wahren Absichten und die tatsächlichen Kräfte Rußlands sind unbekannt. Es ist gut, sich auf das Schlimmste gefaßt zu machen. Frankreich, so wie es heute und wohl auch morgen ist, wird uns im Kampfe gegen den Bolschewismus nicht helfen. Wir sind in diesem Entscheidungskampfe der Geister ganz auf uns allein gestellt. Unsere innere Verfassung und unser Wille, die asiatisch-tatarische Flut abzudämmen, werden den Ausschlag in diesem Entscheidungskampfe geben, der ja nicht erst zu beginnen braucht, sondern schon längst begonnen hat. Die Entwicklung im Osten beschleunigt nur die Krise.

Eine Politik, die den Weg nach dem Osten freihält, braucht ihr Gesicht noch lange nicht gegen den Westen zu kehren oder sich gar in utopistische Revanchegedanken zu verfangen. Wir bedürfen dringend der Ruhe auch an unserer Westgrenze, um allmählich wieder auf die Beine zu kommen. Frankreich wird nur in dem Maße mit uns schiedlich und friedlich zu leben wünschen, als wir wieder anfangen ein europäischer Machtfaktor zu werden. Ein Ausgleich im Osten, wie er im Sinne der deutschen und russischen Interessen gelegen ist, wird ernüchternd auf die überhitzten Siegerträume der Franzosen einwirken und die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes herbeiführen helfen. In unserem Verhältnisse gegen England machen sich ähnliche Gesichtspunkte geltend. Auch England schürt den Gegensatz Deutschland—Rußland, um Rußland von Asien abzulenken, wo die Achillesferse Englands liegt.

So sind es rein nüchterne Erwägungen, die Deutschland abhalten müssen, irgendwie in den Dienst Englands oder Frankreichs zu treten, um auf diese Weise vielleicht Zugeständnisse zur Revision des Friedensvertrages zu erbetteln.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Reichstag und Landtag sind in den Ferien. In Deutschland wird das Entwaffnungsgesetz, das die Reichsregierung nur deshalb einbringen mußte, weil ein Teil des Volkes, die politische Linke, in den Tagen von Spa und vorher das Verlangen der Feinde nach Entwaffnung Deutschlands unterstützte, von derselben Linken gegen die gleiche Reichsregierung ausgebeutet. Das wäre ganz unverständlich, wenn die Unabhängigen und Kommunisten wirklich keine Gewehre hätten, wie sie vorgeben. Denn ein besseres Mittel, den verhaßten Bürgerlichen die Waffen zum Selbstschutz zu entwinden, können sie sich gar nicht wünschen. Die Freunde der Ordnung wieder können angesichts des waffenstarrenden Umsturzes nur den Weg einhalten, den der bayerische Forstrat Escherich mit seiner „Orgesch" gewiesen hat. Ihre Grundsätze: Sicherung der Verfassung, Schutz von Person, Arbeit und Eigentum, Erhaltung des Deutschen Reichs und Ablehnung aller Abtrennungsbestrebungen, endlich Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- oder Linksputsches, brauchen das Licht nicht zu scheuen. Sie entziehen jedem Gerede von Rechtsputsch und bayerischer Absonderung den Boden. — Hörsing, der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Sachsen hat trotzdem die Orgesch verboten. Er hat in Magdeburg eine Hauptstelle des Spitzelwesens entdeckt, von der allerlei Nachrichten über Linksputsche, z. B. der deutsch-russische Plan einer Räterepublik (vgl. Nr. 32 S. 419) ausgingen. Die Stelle, welche die Entdeckung machte, ist allerdings selbst Partei. Ein Versuch, das Spitzelnest der Orgesch anzuhängen, ist von dieser zurückgewiesen. Zudem bedarf es keiner Spitzel, um die rote Gefahr aufzuzeigen. In dem Anrücken der Heersäulen Rußlands begrüßen unsere Umstürzler ihr Morgenrot. Fast von selber vollzieht sich dabei die ersehnte Einigung des Proletariats. Ein großer Aufruf, unterzeichnet von allen drei sozialistischen Parteien und vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, wirbt unter dem Schein, die deutsche Neutralität gegen westliche Anschläge zu schützen, für den Anschluß an Rußland. Stehen aber die Russen erst an der deutsche Grenze und wollen sie die Weltrevolution weitertragen, so nützt selbst die Entwaffnung des deutschen Proletariats gar nichts. Rußland wird neue Waffen liefern. Das tat es schon 1918. Wie geschickt Moskau die Weltrevolution vorbereitet, zeigen die neuen Anweisungen der 3. Internationale. Amtliche Vertreter, z. B. Herr Kopp in Berlin, sollen Aussöhnung mit den bürgerlichen Regierungen suchen und die kommunistische Werbearbeit den Geheimagenten überlassen. Um die bürgerlichen Staatsgewalten zu schwächen, sollen neue Streitfälle und Kriege erzeugt werden. Dann erhebt sich vielleicht auf den Trümmern Europas die Weltrepublik, auf die das neue Motuproprio Papst Benedikts XV. vom 25. Juli hinweist. Die Weltrepublik des Sozialismus „des erbittersten Feindes der christlichen Grundsätze", aufgebaut auf Gütergemeinschaft und völliger Gleichheit der Menschen, ohne Autorität des Vaters über die Kinder, der Obrigkeit über die Bürger oder Gottes über die menschliche Gesellschaft.

Ist die innere Lage im Reich schon gespannt, so ist sie doch ganz unhaltbar im deutschen Nachbarstaat Oesterreich. Es hat endlich statt der Volkswehrhorden eine Wehrmacht, aber sie droht mit Streik. Denn die Soldaten sind sämtlich in einem Militärverband gewerkschaftlich organisiert. Christliche oder großdeutsche Einflüsse sind dabei ausgeschaltet, der Verband dient einzig der Wiener regierenden Sozialdemokratie. Eben erst wurde ein Streik der Verkehrsbeamten mühsam beigelegt und der Wiener Mittelstand wehrt sich verzweifelt gegen die rote Steuerpolitik der Stadt, die ihm unerträgliche Lasten aufbürdet. — Nach außen lehnt sich Deutsch-Oesterreich neuestens an die Tschechoslowakei an. Staatskanzler Renner fuhr nach Prag und verhandelte dort mit Benesch, dem Minister des Auswärtigen. Als gemeinsame Gefahr gilt Ungarn. Von dort befürchtet man Rückkehr der Habsburger, Krieg gegen Rußland und Wegnahme der Slowakei. Die Kirchenverfolgung der tschechischen Hussiten hat bei den gut katholischen Slowaken große Erbitterung erzeugt und den Wunsch nach Heimkehr zu Ungarn wieder laut gemacht. In Ungarn ist die Ordnung aufs neue gefestigt durch Ausdehnung der Befugnisse des Reichsverwesers. Der Landtag nahm ein Gesetz an, das dem Staatsoberhaupt unbeschränktes Auflösungsrecht des Abgeordnetenhauses zuspricht. Eine Mobilmachung gegen Rußland führt Ungarn nach den letzten Erklärungen seiner Regierung nicht im Schild.

Der polnisch-russische Krieg ging bis Ende der Woche unvermindert weiter. Warschau fiel noch nicht. Der Entschluß, die Hauptstadt zu retten, kommt in Erklärungen der Regierung, wie im Verhalten von Heer und Volk unzweifelhaft zum Ausdruck. Die Russen aber haben Pultusk und Mlawa besetzt und somit die ganze Narewlinie genommen. Auch im westpreußischen Korridor haben sie Fuß gefaßt. Die gerade Verbindung Danzig—Warschau, für Zufuhren von der Entente höchst wichtig, ist abgeschnitten. Bald wird sich zeigen, ob Rußland die deutsch polnische Grenze des Vertrages von Versailles erhalten sehen will. Lloyd George wollte es erfahren haben, aber der Friede wird fern von London, in Minsk, gemacht. Am 14. August haben dort endlich die Verhandlungen begonnen. Für den Einzug in Warschau hält Rußland eine polnische Räteregierung unter Michalski bereit, die gleichfalls in Minsk wartet. Zu Beginn der Woche traf Lloyd George mit Millerand in Hythe zusammen. Wie er im Unterhaus erklärte, wurde dort vereinbart, Polens Selbständigkeit unter keinen Umständen antasten zu lassen, sonst aber in die Friedensverhandlungen nicht einzugreifen. Scheiterten sie, so würden die Verbündeten keine Truppen senden (Englands Arbeiter dulden es ja nicht), sondern Polen nur durch Lieferungen und wirtschaftlichen Druck auf Rußland unterstützen. Im übrigen sei Polens Angriff auf Rußland ungerecht gewesen, und wenn Moskau Frieden wolle, sei man geneigt, mit ihm in Beziehung zu treten. Kamenew und Krassin hörten auf der Diplomatentribüne zu, wie Lloyd George in glänzendem Rückzugsgefecht die ganze ursprüngliche Ostpolitik der Entente preisgab. Wenn Millerand in Hythe wirklich dem zugestimmt hat, was Lloyd George erzählte, so muß es ihn bald gereut haben, oder er faßte manches anders auf. Denn zwei Tage nach der Rede des englischen Ministerpräsidenten erkannte Frankreich die russische Gegenregierung des Generals Wrangel an und schickte ihr einen Gesandten nach Sebastopol. General Wrangel ist ein junger Offizier der alten kaiserlich russischen Armee und baltischer Edelmann. Er befehligt auf der Krim die Reste des Heeres von Denikin nach einem sachkundigen Bericht der „Deutschen Allg. Ztg." kaum mehr als 15000 Mann ohne Artillerie. Letzthin soll er einige Erfolge errungen haben. Trotzdem kann man es nur als eine Gebärde des Aergers betrachten, wenn Frankreich dies Häuflein für das wahre Rußland in Waffen erklärt und sich von Wrangel die Verzinsung der in Rußland verlorenen Milliarden versprechen läßt. England nahm den Fall bisher nicht tragisch. Italien steht ganz auf Englands Seite. Frankreich wieder sucht sich mindestens die moralische Zustimmung der Vereinigten Staaten zu sichern, die von einer Aner

kennung des bolschewistischen Rußlands nichts wissen wollen. Millerand ließ Wilson eine Note überreichen, die sich den Standpunkt Amerikas, den Washington in einer Note an Italien dargelegt hatte, ausdrücklich zu eigen macht. — Wir in Deutschland dürfen auf diesen Zwischenfall innerhalb der Entente keine kühnen Hoffnungen bauen. Gegen uns werden England und Frankreich einig bleiben. Die Zusammenkunft in Genf rückt näher. Dort soll die Höhe der deutschen Wiedergutmachung festgesetzt werden. Wenn wir nicht endlich ein einiges, starkes und besonnenes Volk werden, erleben wir in Genf nur eine Fortsetzung von Spa. Frankreich hat sich nicht geändert. Im besetzten Gebiet haust es nach alter Weise. Eben hat es im Saarland einen langen Streik der deutschen Beamten und Staatsarbeiter zu bezwingen, die gegen die Entziehung ihrer alten Rechte und die Einstellung von Franzosen in Aemter sich auflehnten. — Am 11. August wurde das französisch-belgische Militärabkommen unterzeichnet (vgl. Nr. 31 S. 405).

Die italienische Kammer ratifizierte den Frieden von St. Germain mit Oesterreich. Es stimmten 170 Abgeordnete dafür, 48 dagegen. Einem Privatbrief eines angesehenen Prälaten in Rom vom 12. August 1920 entnehmen wir die interessanten Darlegungen über die gegenwärtige innerpolitische Lage Italiens: Die Berichterstattung über eine mögliche und bevorstehende Revolution in Italien, die namentlich in der englischen und französischen Presse gepflegt wird, ist zurzeit völlig falsch. Solange die Regierung das Heer in der Hand hat, — und das hat sie noch — ist an eine Revolution im Ernst nicht zu denken. Die Krisis zwischen Kommunisten und Sozialisten wird meines Erachtens voll in Erscheinung treten, wenn es sich demnächst darum handeln wird, daß die italienischen Abgesandten zum Sowjet-Kongreß dem italienischen Proletariat Rechenschaft über ihre Reise nach Moskau werden ablegen müssen. Die meisten der Abgesandten sind entweder sehr ernüchtert oder mit einem ausgesprochenen Katzenjammer zurückgekehrt. Drei Mann sind noch in Moskau und das sind die Unentwegten, die jede Fahne hochhalten, auf der die Vernichtung, nicht etwa nur die Unterdrückung der bürgerlichen Gesellschaft geschrieben steht. Wie die Herren Unabhängigen in Berlin ihren Paul Cassirer, ihre Tilla Durieux und ihren Bankier Simons haben, so haben die italienischen „estremisti" ihren Millionär Mattcotti, der in einem Kraftwagen Fiat von 150000 Lire umherfährt, sich mit Juwelen behängt, sehr gut lebt, den großen Herrn spielt und dabei auf jeden Fall auf seine Rechnung kommt. Die bürgerliche Regierung wird ihm nichts tun und eine Genossenregierung erst recht nicht, weil er einer der wenigen ist, die eine regelrechte bürgerliche Erziehung auf den höheren Schulen genossen haben. Der Millionär imponiert den Herren Genossen ganz ungemein, so daß gerade die lautesten und wüstesten Schreier mit Ehrfurcht zu ihm aufblicken und bereit sind, ihm jeden Hausknechtsdienst zu leisten. Giovanni Giolitti hat durch seine „Revolution" von oben die Sozialisten gezwungen, für seine wichtigsten Gesetzentwürfe zu stimmen. Das ist von ungeheurer Tragweite. Bei den ständig aufflackernden kleinen Erhebungen und Auflehnungen greift er vorläufig nur sanft ein, um die Sozialisten nicht von der Bahn der positiven Mitarbeit in der Kammer abzuschrecken. Dadurch erweitert er den Riß, der durch die Partei geht und schwächt sie ungeheuer. Giolitti ist sich darüber klar, daß die Einziehung der Kriegsgewinne in der Hauptsache ein Agitationsmittel ist, dem nur bescheidener finanzieller Erfolg beschieden sein wird. Gerade wie in Deutschland.

Am 10. August wurde in Sevres der türkische Friedensvertrag unterzeichnet. Zerbrechlich wie Sevres-Porzellan ist dieser Friede, denn das Kabinett Ferid Pascha, das ihn verbürgt, regiert nur in Konstantinopel unter englischen und griechischen Bajonetten. Die wirkliche Türkei kämpft in Kleinasien, geführt von Kemal Pascha und unterstützt von Rußland, mannhaft um ihre Freiheit. — Der griechische Ministerpräsident Venizelos wurde in Lyon von zwei Griechen überfallen und durch Schüsse verletzt. Der Anschlag hat politische Gründe. Venizelos hat sein Vaterland völlig der Entente ausgeliefert und bekanntlich König Konstantin vertrieben. Die Gebiete, die Venizelos für Griechenlands Teilnahme am Krieg erwarb, müssen die Griechen sich erst erobern.

Der Papst erlitt einen Unfall. Als er sich am 13. August zur Erteilung von Audienzen begab, stürzte er und zog sich eine Verletzung am Knie zu. Alle treuen Söhne der Kirche wünschen und hoffen, daß der Heilige Vater bald wieder hergestellt sei und sein erhabenes Amt im Dienst des Reiches Gottes und zur Wohlfahrt aller Völker unbehindert versehen möge.

Bemerkungen zum Antisemitismus.

Von Oberst a. D. Karl v. Wachter, Kempten.

Die Judenfrage zählt zu jenen Gegenwartsfragen, deren Behandlung besonders heikel und schwierig ist. Sie deswegen zu übersehen und zu übergehen, wäre falsch. Wenn die Judenfrage nicht in gegenseitiger Verständigung auf nationalem Boden gelöst wird, dann besteht die Gefahr, daß eines Tages Explosionen unter dem Zwang der Verhältnisse zu radikalen und gewaltsamen Lösungen führen, wie in Ungarn unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Räterepublik. Die Judenfrage ist umso brennender, als auch bei uns das neue Judentum und ungläubige Namenjudentum, sei es durch Wucher und Luxus, sei es durch Radikalismus und Umsturztätigkeit, berechtigtes Aergernis bei allen staatserhaltenden, christlichen Politikern erregen muß. Der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes ist gläubiger Protestant. Wenn wir auch nicht mit jedem einzelnen Gedanken und Wort der Abhandlung uns identifizieren, so glauben wir doch die Ausführungen unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, umsoweniger als sie in vornehmer Sachlichkeit und leidenschaftsloser Ruhe die einschlägigen Fragen behandeln. D. R.

Rassenhaß müssen wir als Deutsche wie als Christen ablehnen. Für den Deutschen ist der Haß ein schlechter Schwertführer, der deutsche Soldat hat seine Feinde nie gehaßt und doch überall besiegt, wo es auf ihn allein ankam. Als Christen aber wissen wir, daß auf dem jüdischen Volke zugleich ein Segen und ein Fluch ruht, weshalb es sich gleichermaßen rächt, wenn man es verfolgt und wenn man sich mit ihm anfreundet. Ob es berechtigt ist, für den ersten Fall Rußland, für den zweiten Deutschland als Beispiel anzuführen, mag dahingestellt bleiben.

Gleichwohl gibt es einen berechtigten Antisemitismus als Abwehr eines an sich oder durch sein Uebermaß unberechtigten jüdischen Einflusses auf Gebieten, wo die Herrschaft oder Führung nach der natürlichen und sittlich geforderten Ordnung dem Deutschtum oder dem Christentum vorbehalten bleiben muß, so auf dem des deutschen Staatswesens, aber auch der deutschen Kultur und Volkswirtschaft. Als Angehörige eines fremden Volkes besaßen die Juden von Hause aus natürlich keine staatsbürgerlichen Rechte in Deutschland und können einen Anspruch darauf auch heute nur damit begründen, daß ihnen diese Rechte schon vor längerer Zeit tatsächlich eingeräumt wurden, ihre Wiederentziehung also eine Härte bedeuten würde. Wenn aber die Gleichberechtigung zu einem Uebermaß jüdischen Einflusses führt, so bedeutet diese innere Fremdherrschaft für das deutsche Volk nicht mehr eine bloße Härte, sondern einen Zustand, den es um seiner Selbsterhaltung willen mit allen Mitteln zu bekämpfen berechtigt und verpflichtet ist. Die Tatsache, daß der Einfluß des Judentums in allen zivilisierten Staaten ein weitgehender oder beherrschender ist, kann daran nichts ändern, und wenn man ihn für Deutschland und seine heutige Aufgabe durch den Hinweis auf die Vortrefflichkeit und den Idealismus der mosaischen Sozialgesetzgebung zu rechtfertigen versucht hat, wie es von jüdischer Seite geschah, so könnten uns diese Vorzüge vielleicht zu ihrer Nachahmung Anlaß geben, aber doch niemals zur Duldung eines unverhältnismäßigen Einflusses des jüdischen Elements auf die Regierung überhaupt.

Nun gibt ja auch die demokratische Staatsverfassung die Mittel an die Hand, um einer Fremdherrschaft, wie wir sie hier im Auge haben, vorzubeugen oder ihr Joch ohne Gewaltanwendung wieder abzuwerfen. Am leichtesten gelingt es auf rein politischem Gebiete, schwieriger ist es auf kulturellem, am schwierigsten auf dem der Volkswirtschaft, weil diese mit der Weltwirtschaft verflochten ist. Aber mit der Zeit kann ernster Wille selbst eine wirtschaftliche Vorherrschaft, wenigstens soweit sie rein inländischer Natur ist, brechen oder doch merklich zurückdämmen. Nur ist in der Demokratie die Gegenwirkung auf allen Gebieten an die Voraussetzung geknüpft, daß auch die Masse des Volkes die nötige Erkenntnis besitzt. Unserem Volke fehlt es aber vielfach an der Einsicht in die Tatsache und mehr noch in die Verderblichkeit einer inneren Fremdherrschaft von der genannten Art, weil ihm der Sinn für den Wert des eigenen Volkstums mangelt und damit auch der Sinn für die Pflicht, dieses Volkstum als seinen kostbarsten Besitz und das höchste ihm anvertraute Gut zu bewahren und zu verteidigen. In der Notwendigkeit, unser Volk hierüber zu belehren, liegt die Berechtigung wie die Aufgabe des deutschen Antisemitismus, soweit er zulässig und geboten ist.

Das bekannte Wort, daß jedes Volk die Juden habe, die es verdiene, enthält eine Anmaßung, die dadurch nicht geringer wird, daß sie vielen unbewußt bleibt. Als ob es überhaupt Völker geben müsse, die Juden verdienen! Aber noch schlimmer steht es mit der Logik des Beispiels, das man zum Beweis der Richtigkeit des Satzes anzuführen liebt. Das englische Imperium sei durch den Juden Disraeli geschaffen, das deutsche Kaiserreich unter Beihilfe vieler Juden zerstört worden. Wir meinen, es kann für das verschiedene Verhalten der Juden doch auch noch andere Beweggründe geben als ihre verschiedene Behandlung. Sie konnten aus irgend einem Grunde ein englisches Weltreich wünschen, ein deutsches aber nicht. Ja es genügte der erste Wunsch allein, um sich veranlaßt zu sehen, die englischen Bestrebungen zu fördern, die deutschen zu bekämpfen. Die verschiedene Behandlung aber erklärt sich in der Hauptsache einfach daraus, daß die Juden Handelsleute waren, die Engländer auch; deshalb waren und sind die Juden in England angesehener als bei uns. Aber wichtiger ist: Disraeli, den Carlyle einen jüdischen Gaukler nannte, war ein durchaus zielbewußter Jude und hat sich nicht nur in seinen Romanen, aus denen man, wie nebenbei erwähnt sei, die ganze Unersättlichkeit des auf Religion und Rasse begründeten jüdischen Hasses kennen lernen kann, zur jüdischen Nationalität bekannt. Auch unsere deutschen Juden sind zuerst Juden — Ausnahmen bestätigen die Regel — und ihr Internationalismus ist jüdischer Nationalismus. Das ehrt sie und sollte uns ein Vorbild sein.

Aber in diesem Zusammenfallen des internationalen mit dem nationalen Gedanken liegt zugleich die eigentümliche Stärke des Judentums. Es ist allein imstande, aus den beiden Geistes- und Willensrichtungen, die sich für jedes andere Volk gegenseitig ausschließen, gleichzeitig Kräfte zu ziehen, und durch die Pflege internationalen Geistes fördert es im gleichen Maße den eigenen nationalen Zusammenschluß, in dem es das Nationalbewußtsein der anderen Völker schwächt und lockert. Hierin liegt die Gefahr, auf die Fichte mit folgenden Worten hingewiesen hat:

„Fällt euch denn hier nicht der begreifliche Gedanke ein, daß die Juden, welche ohne euch Bürger eines Staates sind, der fester und gewaltiger ist als die eurigen alle, wenn ihr ihnen auch noch das Bürgerrecht in eueren Staaten gebt, euere übrigen Bürger völlig unter die Füße treten werden."

Gleichwohl — wenn behauptet wird, Deutschland sei am Judentum zugrunde gegangen, so wollen wir doch lieber sagen: am Antichristentum. Nur daß an diesem den Juden ein bedeutender Anteil zukommt, das führt uns zu dem Punkt, den merkwürdigerweise gerade einzelne deutsche Christen nicht berührt wissen wollen, zum religiösen Gegensatz zwischen Christentum und Judentum. Obwohl doch die Juden sozusagen die natürlichen, im wahrsten Sinne des Wortes geborenen Feinde des Christentums sind und auch dann bleiben, wenn sie als Freidenker mit den deutschen Freidenkern zusammengehen. Die gläubigen und die ungläubigen Juden verbindet der gemeinsame, wenn auch verschiedenen Quellen entspringende Haß gegen das positive Christentum. Natürlich gibt es Juden — und sie sind unter den Gläubigen vielleicht zahlreicher als unter den Ungläubigen —, die vom Haß gegen die Christen frei sind, wenn sie auch den christlichen Glauben ablehnen. Wir dürfen aber an der religiösen Gegensätzlichkeit nicht vorbeigehen um des Verständnisses willen. Gedanken an Haß und Verfolgung liegen uns ferne, Angriffe auf das religiöse Judentum überlassen wir der Mission. Aber um uns als Christen und Deutsche gegen die vom Judentum drohende Gefahr zur Wehr setzen zu können, müssen wir sie verstehen und zwar von allen Seiten und in allen ihren Wurzeln. Es ist etwas Ungereimtes, das Judentum ohne seine historisch begründete Gegensätzlichkeit zum Christentum, ohne die Fortsetzung der seinem Begründer entgegengebrachten Todfeindschaft begreifen zu wollen und in der Judenfrage nur die Rassenfrage zu sehen.

Und hier fehlt es nun freilich noch weit mehr als bei den erwähnten deutschen Christen beim deutschen Antisemitismus selbst. Um jedoch mit seinen kleinen Schwächen zu beginnen: die antisemitische Literatur und zumal die Presse ermangelt in bemerkenswertem Maße der Gründlichkeit und des Ernstes. Aber schwerer wiegt die Tatsache, daß der deutsche Antisemitismus seinen Standpunkt in der Hauptsache neben und außer dem positiven Christentum hat. Umgekehrt freilich verschließen viele deutsche Christen ihre Augen den antisemitischen Feststellungen mit dem Erfolg, daß das Bild, das sie sich von der Weltlage machen, lückenhaft bleibt. Und doch sind diese Feststellungen nicht nur von heute, und Männer, wie Friedrich der Große, Freiherr von Stein, Kant, Arndt und Fichte, Goethe, Treitschke, Lagarde und Bismark haben sich daran beteiligt. Aber von Goethe ist auch das Wort: „Das eigentliche, einzige und tiefste Thema der Welt- und Menschengeschichte, dem alle übrigen untergeordnet sind, bleibt der Konflikt des Glaubens und Unglaubens". Wohl möglich, ja wahrscheinlich, daß Goethe nicht den Kirchenglauben damit gemeint hat. Trotzdem, auf welchen Kampf sollte sich sein Wort mit mehr Recht anwenden lassen, als auf den zwischen Christentum und Antichristentum?

Die Religion übt nicht weniger, ja vielleicht noch mehr als Blut und Rasse eine einigende Kraft auf Denkart und Weltanschauung, auf Hoffen, Wünschen und Begehren aus, und wenn es sich um eine völkische Religion, dazu um eine solche in denkbar schärfster Ausprägung handelt, ganz besonders auf alles Denken und Erwarten, das die Zukunft der Volksgemeinschaft zum Gegenstand hat. Das unbewußte Zusammen-Denken, -Fühlen und -Wollen ist in dem zerstreuten Judenvolke mit seiner einzigartigen Geschichte auf die Spitze getrieben, und dieses Unbewußte, Instinktmäßige des Zusammenhaltens ist es, was vom Antisemitismus als erstes und in beträchtlichem Umfange übersehen wird. Er sieht allzu oft absichtliches Handeln, statt instinktives, planmäßiges Zusammenwirken, statt Tatsächliches. Freilich entspringt das Zusammenwirken nicht nur der innerlichen Zusammengehörigkeit, sondern öfters auch den äußeren Verhältnissen, so beispielsweise, wenn die Glieder einer Familie zugleich die Inhaber eines Weltgeschäftes mit den Sitzen London, Neuyork, Paris und Petersburg sind. Und daneben gibt es mindestens zwei große Gesellschaften oder Weltbünde, die planmäßig den Zusammenhang innerhalb der ganzen jüdischen Volksgemeinschaft herstellen und die Vertretung gemeinsamer Interessen zum Zweck haben. Es wird nur in Abrede gestellt, daß es sich dabei, wie die Antisemiten behaupten, auch um politische Interessen handle, oder überhaupt um Interessen, die eine Gegensätzlichkeit zur nichtsemitischen Welt bedeuten. Und nun das Bemerkenswerte: Die andere antisemitische Behauptung, die viel weiter geht, daß nämlich das jüdische Volk die Weltherrschaft anstrebe, wird keineswegs mit der gleichen entschiedenen Einmütigkeit zurückgewiesen. Das geschieht nur in ziemlich matter Weise, nur von einem Teil der Judenschaft und — man kann sich des Eindruckes nicht erwehren — lediglich aus Gründen der Vorsicht und der Klugheit. Dagegen wird das Weltherrschaftsstreben — und hier zeigt sich nun eben doch auch ein Mangel an einheitlicher Leitung — von einer großen Zahl höchst autoritativer jüdischer Persönlichkeiten unumwunden zugegeben mit dem einzigen Unterschied, daß die einen uns versichern, das jüdische Volk habe nicht allein den Willen, sondern auch die allerbegründetsten Aussichten in absehbarer Zeit zu dieser Herrschaft zu gelangen, während die anderen von ihr als von einer bereits vollzogenen Tatsache reden; Reiche, wie Rußland, Deutschland und Oesterreich würden schon offen von Juden regiert, und Juden seien die Führer der Völker. Bald würden auch andere Länder folgen und das Judentum werde über die ganze Welt sein Banner wehen sehen. So äußerte sich im März 1920 der Rabbi von Jerusalem, Kuk, nach seiner Rückkehr aus England, wobei er den jüdischen Einfluß auf die Ententestaaten bezeichnenderweise unerwähnt ließ. Ein bayerischer Oberrabbiner hatte schon ein Jahr früher ähnliche Gedanken vertreten.

Wenn Weltherrschaft in diesem Sinne aufgefaßt wird, kann allerdings mit manchem Recht schon heute von einer jüdischen Weltherrschaft gesprochen werden. Und „Weltherrschaft" ist ja tatsächlich ein dehnbarer Begriff. Man kann schon den unbestreitbaren wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß so nennen, den sich das Judentum durch die Mittel des Geldes und der Literatur, zumal der Presse, in den letzten hundert Jahren auf der ganzen Welt errungen hat. Aber selbst, wenn man Weltherrschaft im strengen Sinn, das jüdische Streben danach aber als gegebene Tatsache nimmt — wir dürfen auch nicht ganz vergessen, daß sich mit dem jüdischen Messiasgedanken der Gedanke an die Weltherrschaft verbindet — gibt es für die Verwirklichung dieser Absicht keinen anderen Weg als zuerst einer anderen Weltmacht oder Mächtegruppe zur Erlangung der Alleinherrschaft behilflich zu sein und sich dann mit ihr zu verschmelzen oder an ihre Stelle zu setzen. Die Möglichkeit einer Verschmelzung mit der angelsächsisch-keltischen Welt wird nicht nur durch das angeführte Beispiel der Persönlichkeit Disraelis, der zugleich ein ganzer Jude und ein ganzer Engländer war, sondern auch durch die Tatsache

beleuchtet, daß es in England eine Gesellschaft gibt, deren Mitglieder, zum größeren Teil Briten, zum kleineren Juden, an die Identität der beiden Völker glauben und sich auch als die „Gläubigen der Identität" bezeichnen.[1]) Jedenfalls aber wird man von einer Geistesverwandtschaft zwischen den beiden machtgierigen Handelsvölkern reden können, die sich ja auch beide für auserwählte Völker Gottes halten. (Was man gelegentlich in den „Times" und anderen englischen Blättern über antisemitische Strömungen dort liest, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Die Juden wie die Engländer können den Wunsch haben, die Außenwelt über ihre stille Harmonie zu täuschen, und dann ist beiden zuzutrauen, daß sie zu diesem Zweck in breitester Oeffentlichkeit und mit lautester Stimme ihre Gegnerschaft verkünden lassen). Die andere Möglichkeit wäre die, daß das Judentum — vielleicht noch richtiger das Antichristentum, dessen Ferment das Judentum bildet, zwar vorerst den herrschenden Weltmächten dient, aber, wenn seine Zeit gekommen ist, aus dieser Stellung des Dienenden, wie Mephisto aus dem Pudel, auch äußerlich zu der des Herren sich erheben wird. Hiemit wäre zugleich eine weitere Unterlage gewonnen für den Nachweis der Bedeutung, die in allen diesen Fragen neben anderem auch der religiösen Gegensätzlichkeit zukommt.

(Schluß folgt.)

---

[1]) Bei der Eröffnung des britisch-israelitischen Kongresses, der Prinzessin Alice, Gräfin von Athlone, beiwohnte, führte der Vorsitzende, Generalmajor C. A. Hadfield, Präsident der britisch-israelitischen Welt-Föderation, aus, der Glaube sei im Wachsen, daß die Briten das dem Volke Israel übertragene Werk ausführten, und daß das Volk der britischen oder sächsischen Rasse von Israel abstamme. Der Generalsekretär der Föderation, Herbert Garrison, erklärte, er sei fest überzeugt, daß die Britisch-Israeliten jetzt nach Hunderttausenden zählten. Sehr wunderbare Dinge würden sich in kurzer Zeit ereignen. — „Wir sind im Besitz des rechten Schlüssels zur Bibel und wir stehen zum Könige, weil wir wissen, daß er in direkter Linie von David abstammt. Wir können dies beweisen. Der Beweis befindet sich in einem Londoner Hause, das ich nicht nennen darf. Wir haben den Krieg nur gewonnen, weil wir Gottes Israel sind, und aus keinem anderen Grunde." („Schlesische Volkszeitung", Nr. 339, 12. VII. 1920.)

Die bayerischen Bauernkammern.

Von Dr. Michael Horlacher, Mitglied des Landtags und der Landesbauernkammer.

Am 4. Juli 1920 fanden die Wahlen zu den bayerischen Bezirks- und Kreisbauernkammern statt. Die Konstituierung der Bauernkammern ging so rasch von statten, daß bereits am 9. August die bayerischen Bauernkammern ihre oberste Spitze mit der Schaffung der bayerischen Landesbauernkammern erhalten konnten. Ein längst ersehnter Wunsch der bayerischen Landwirtschaft, ja ein Jahrzehnte dauerndes Ringen nach einer gesetzlichen, auf breiter Grundlage aufgebauten Berufsvertretung ist damit in Erfüllung gegangen. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes für die land- und forstwirtschaftliche Berufsvertretung hat man längere Zeit über die Namen, die für die Vertretungskörper der Landwirtschaft zu wählen sind, hin und her überlegt. Schließlich einigte man sich auf die Bezeichnung „Bauernkammern". Der Name „Bauernrat" unterlag, er hatte zu üble Erinnerungen an die erste Revolutionszeit an sich. Der echte Bauernstand ist und bleibt das beste Bollwerk gegenüber dem von rassefremden Elementen des Ostens gezüchteten Rätegedanken. Bauernkammer ist eine treffliche Bezeichnung für Bayern, sie bringt in ihrem ersten Teil zum Ausdruck, daß die Grundlage der bayerischen Landwirtschaft der bäuerliche Besitz ist, der zweite Teil deutet auf die wahrhaft nicht zu knappe Arbeit, die in eingehenden Beratungen, Entschließungen, Vorschlägen, Anträgen und Gesetzentwürfen gegenüber der Regierung zu bewältigen ist.

Der Aufbau der bayerischen Bauernkammern ist ein durchaus gesunder, von unten nach oben; Bezirksbauernkammern für jeden Bezirk und jede unmittelbare Stadt, Kreisbauernkammern für jeden Kreis; dieser wohlgebaute Unterbau findet sodann seine oberste Spitze in der Landesbauernkammer mit ihrem Wirkungsbereich für das ganze Land. Die Wahlen zu den Bezirks- und Kreisbauernkammern gehen in geheimer direkter Abstimmung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vor sich. Das Wahlrecht ist grundsätzlich gebunden an den Besitz ohne Unterschied der Betriebsgröße mit gewissen Ausnahmen gegenüber den mit der Landwirtschaft eng verwachsenen Personen (Gutsverwalter, die hauptberuflich landwirtschaftliche Betriebe leiten, Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer landwirtschaftlicher Körperschaften, Lehrkräfte landwirtschaftlicher Hochschulen). In gut demokratischer Art ist hier die Zusammengehörigkeit und unterschiedslose Zusammenarbeit aller landwirtschaftlichen Besitzgrößen zum Ausdruck gebracht. Ob Klein-, Mittel- oder Großbesitz, auf jeden Betrieb entfällt eine Stimme. Die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe haben Wahlrecht, wenn ihre Grundstücke mindestens die Steuerverhältniszahl 40 erreichen, die sich aus Fläche mal Bonität errechnet. Also schon Betriebe von 3 Tagwerk an können das Wahlrecht haben. Die Bezirksbauernkammern bestehen aus 15 bezw. 20, die Kreisbauernkammern aus 30 Mitgliedern. Die Wählbarkeit der Mitglieder der Kammern unterliegt den gleichen Voraussetzungen, wobei aber auch ausnahmsweise solche Personen gewählt werden können, die zwar keinen landwirtschaftlichen Grundbesitz haben, aber auf Grund sonstiger Erfahrung und Tätigkeit, ihrer wissenschaftlichen und agrarpolitischen Fähigkeiten das besondere Vertrauen landwirtschaftlicher Kreise sich erworben haben oder als Vertreter der Fachwissenschaft als wertvolle und unentbehrliche Sachverständige gelten können (vgl. H. v. Jan, Die bayerischen Bauernkammern, Schweitzer Verlag, 1920).

Für die Landesbauernkammer ist von dem Grundsatz der allgemeinen direkten Wahl abgegangen, ihre Wahl erfolgt indirekt durch die Kreisbauernkammern und zwar 6 Mitglieder von jedem Kreis, benannt durch die Kreisbauernkammern ohne Rücksicht auf etwaige Zugehörigkeit zu dieser. Von den 6 Mitgliedern müssen mindestens 5 ausübende Landwirte sein. Die Landesbauernkammer hat also 48 gewählte Mitglieder. Für das indirekte Wahlverfahren war der richtige Gesichtspunkt maßgebend, der Landesbauernkammer, bei der ja doch die Führung sich zu befinden hat, die besten und arbeitsfähigsten Vertreter der Landwirtschaft zu sichern. Alle Kammern können sich durch Zuwahl um höchstens ein Fünftel der Zahl der gewählten Mitglieder verstärken, die Landesbauernkammer besteht daher einschließlich der Zugewählten aus 57 Mitgliedern. Die Bauernkammern werden immer auf die Dauer von 5 Jahren gewählt.

Der Aufgabenkreis der Bauernkammern ist ein weitumrissener. Forstwirtschaft mit Ausnahme der Staatsforsten und der Gartenbau ist einbezogen. Es wäre zweckmäßig gewesen, auch die Staatsforsten mit hereinzunehmen. Der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns ist in diesem Sinne wiederholt rechtzeitig vorstellig geworden. Die mannigfachen regen Beziehungen zwischen Staatsforstwirtschaft und Landwirtschaft in Fragen der Regelung der Arbeitszeit, des Arbeitsentgeltes, der sonstigen Arbeitsbedingungen und in Fragen der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung des Volkes, insbesondere der Landwirte, mit Brenn- und Nutzholz, hätten dies erfordert. Recht bedeutsame Aufgaben erwarten die Bauernkammern.

Die Hauptaufgabe der Bauernkammern ergibt sich aus dem Willen des gesamten Volkes, das nach einer Verbesserung seiner Ernährung ruft, das besseres Brot und freie Wirtschaft nach dem Grundsatz der Selbstverantwortlichkeit der Wirtschaftsgruppen unter Ausschaltung der verteuernden bürokratischen Zwangswirtschaft, Beseitigung der Kriegsgesellschaften, Feststellung ihrer Gewinne und deren Verwendung für allgemeine öffentliche Zwecke verlangt. Die jetzt wieder im Vordergrund stehende Frage des Preisabbaues hängt mit all dem enge zusammen. Diese Frage muß aus der parteipolitischen Agitation herausgenommen werden, als wirtschaftliche Frage im Zusammenhange mit dem gesamten volkswirtschaftlichen Organismus ihre Behandlung finden. Krieg, Revolution und Friedensvertrag haben unsere Wirtschaft erschüttert. Preisabbau ist auch keine nationale, sondern eine internationale Frage. Preisabbau ist eine Frage der Erhöhung der Produktion, der Arbeitslust, der Arbeitsleistung, der Wiederaufnahme geregelter Handelsbeziehungen, der Herstellung von staatlicher Autorität und Ordnung, der Reinigung unseres Deutschtums von allen undeutschen Einflüssen, der sittlichen Erneuerung jedes einzelnen, der Einschaltung des christlichen Gewissens in die Wirtschaft. Produktionsförderung unter dem Schutze staatlicher Autorität muß im Vordergrunde der gesamten Wirtschaft stehen, dann können auch die landwirtschaftlichen Vertretungen auf dem Gebiete der Förderung der Lebensmittelerzeugung fruchtbare Arbeit leisten. Und diese ist in der Tat eine riesenhafte. Die Kriegsverluste der deutschen Landwirtschaft infolge Werminderung des Bodens durch Fehlen von Arbeitskräften und Kunstdünger, infolge Verminderung der

Stalldüngererzeugung, infolge des Produktionsausfalles, der durch all diese Dinge für lange Zeit noch bedingt wird, wurden von dem ehemaligen sozialdemokratischen Reichsernährungsminister Robert Schmidt mit nicht weniger als rund 80 Milliarden errechnet. Größte Sorge muß gelten dem landwirtschaftlichen Meliorationswesen, der Flurbereinigung, der Gewinnung von Neuland, der besseren und billigeren Kunstdüngerversorgung, der Verbesserung der Saatzucht, der Hebung der Milchwirtschaft usw., kurz es handelt sich um die Wiederaufrichtung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft auf dem gesamten Gebiete des Ackerbaus und der Viehwirtschaft. Die Behandlung all dieser einschneidenden Fragen ist beeinflußt von unserer gesamten wirtschaftspolitischen Führung, von der Ertüchtigung aller Industriezweige die für die Landwirtschaft zu arbeiten haben, von der Aufstellung eines gesunden agrarpolitischen Programms. Schon für die Zwecke besonderer bayerischer Wirtschaftspolitik hat vornehmlich die bayerische Landesbauernkammer wichtige Aufgaben zu erfüllen. Hierher gehört, daß auf die Bedürfnisse der bäuerlichen Wirtschaftsweise die gebührende Rücksicht genommen wird, hierher gehört auch, daß Bayern als dem Lieferungsgebiet für norddeutsche Industriegegenden, im Interesse der Gesunderhaltung der gesamten deutschen Ernährungswirtschaft die notwendigen Schutzmaßnahmen gegen Uebergriffe zugebilligt werden. Erwähnen möchte ich dann noch, daß auch die Bayerische Landesbauernkammer in der Richtung tätig sein muß, daß Bayern die berechtigte Vorzugsstellung im Verkehr mit den ihm nahegelegenen Ost- und Südstaaten, so besonders mit Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Italien eingeräumt erhält. Der Warenaustausch mit diesen Gebieten ist mit Rücksicht auf den niedrigen Stand der dortigen Valuta besonders begehrenswert. Die Regelung der Außenhandelsbeziehungen mit diesen Staaten, der Erlaß notwendiger Bestimmungen über Ein- und Ausfuhr, sollte da dem besonderen bayerischen und süddeutschen Einfluß unterstellt werden. Eine Dezentralisierung von der Berliner Zentrale hinweg ist da dringend notwendig. Ueberhaupt muß einmal gesagt werden, daß die mehr beliebte bayerische und süddeutsche Art gerade in dem Verkehr nach dem Osten und Süden segenbringend für das ganze Reich wirken könnte.

Die Landesbauernkammer im zweitgrößten deutschen Land wird nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung eigener Angelegenheiten der Landwirtschaft mit der Arbeit rüstig vorwärtsschreiten und bei allen ihren Arbeiten auch enge und gute Beziehungen mit den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen der übrigen deutschen Lande und besonders freundschaftliche Beziehungen mit den süddeutschen Landwirtschaftskammern von Württemberg, Baden und Hessen unterhalten. Die Bayerische Landesbauernkammer wird sich dabei als ein wichtiges und führendes Glied unter den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen der deutschen Länder erachten, sie wird auch ein gewichtiges Wort mitreden bei der Führung unserer gesamten deutschen Wirtschaftspolitik. Hier gilt es bayerische und süddeutsche Auffassungen, Anträge und Forderungen mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Die Bayerische Landesbauernkammer wird zweifellos ihren ganzen Einfluß dem öden, leblosen und alles gleichmachenden Zentralismus Berlins entgegensetzen müssen. Die Berliner zentralistische Art und das Diktieren von oben herab, hat ein vollgerütteltes Maß von Unmut während des Krieges und der Revolution aller schaffenden Stände Bayerns erzeugt. Wo es sich um grundlegende wirtschafts-, handels- und steuerpolitische Maßnahmen handelt, wird das Reich nunmehr die bayerische landwirtschaftliche Berufsvertretung gebührend hören müssen. Die im Süden und Osten des Reiches maßgebende Bauernwirtschaft und kleinbäuerliche Wirtschaftsweise verlangt durchschlagende Berücksichtigung in der gesamten Landwirtschaftspolitik. Ein Uebermaß von Arbeit erwartet die Landesbauernkammer mit ihrem Unterbau in den Kreisen und Bezirken auf dem Gebiete der Steuerpolitik, der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Preispolitik, der Wirtschaftsstatistik, der sozialpolitischen Angelegenheiten, der Arbeitsvermittlung, des Arbeitsrechtes, des Siedlungswesens usw. und vielleicht in nicht allzuweiter Ferne des Produktionsschutzes unserer heimischen Landwirtschaft.

Ein besonderes Augenmerk werden die bayerischen Bauernkammern auf die Fragen des Arbeitsrechtes und Arbeitsverhältnisses zu richten haben. In kurzer Zeit ist in Deutschland die Landarbeiterbewegung groß geworden; im Deutschen Landarbeiterverband sozialistischer Richtung und in dem Zentralverband der Landarbeiter sind heute nicht weniger als gegen 800000 Landarbeiter vereinigt; in Bayern beträgt die Zahl der organisierten Landarbeiter, Forstarbeiter und Dienstboten gegen 100000. Die Landwirtschaft hat heute tarifliche Regelungen, wie es schon seit langem bei Industrie und Gewerbe der Fall ist. Was das enge Gebiet der tariflichen Regelungen betrifft, so sind hier nach wie vor die freien Organisationen der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuständig. Das war auch der Wille des Gesetzgebers bei der Schaffung des bayerischen Bauernkammergesetzes; das Gesetz sagt daher ausdrücklich, daß die Bauernkammern „hier mitwirken sollen im Benehmen mit den freien Vertretungen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. In Bayern hat als Uebergangsstadium bis zur Schaffung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung auf breitester Grundlage der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns, in dem die gesamte organisierte bayerische Landwirtschaft vereinigt ist, die wertvollsten Dienste geleistet. Er hat seinen Einfluß gegenüber dem Reiche gebührend geltend gemacht, mit den übrigen Wirtschaftsgruppen enge Fühlung gehalten und er hat den nicht mehr zu umgehenden Landesverband land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber Bayerns im November vorigen Jahres als oberste Spitze für die bestehenden landwirtschaftlichen Kreisarbeitgeberverbände ins Leben gerufen. Unter Führung des Landesverbandes entstand die Landesarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer Bayerns, entstanden der Landesmanteltarif für die Land- und Forstwirtschaft, die Kreisarbeitsgemeinschaften und schließlich die Lohntarife für die einzelnen Kreise. Die Arbeitsgemeinschaft mit den Angestellten der Land- und Forstwirtschaft und der Angestelltentarif kamen gleichfalls zustande. Dem Landesverband gehören auch an der Staat mit seinen Forsten, Gütern und Gärten sowie die landwirtschaftlichen Nebengewerbe und die mit der Landwirtschaft eng zusammenhängenden Wirtschaftszweige. Das Bauernkammerngesetz sieht bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Berufsvertreter der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer Arbeitsgemeinschaften für das Land, in den Kreisen und in den Bezirken [1]) mit den Vertretungen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer vor, das sind Deutscher Landarbeiterverband, Zentralverband der Landarbeiter, Katholischer ländlicher Dienstbotenverein, Reichsverband der landwirtschaftlichen Fach- und Körperschaftsbeamten Gruppe Bayern. Diese Arbeitsgemeinschaften haben sich nach dem Willen des Gesetzgebers mit den mehr allgemeinen gemeinsamen Angelegenheiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie Arbeitsvermittlung, Wohnungsfrage, Siedlungswesen, Arbeitsrecht, Vertretung der Arbeitnehmer in den Wirtschaftsräten zu befassen, für das engere Gebiet der Regelung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere durch Tarif, bleiben die Arbeitsgemeinschaften der freien Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuständig. Doch werden auch hier die Bauernkammern als vermittelnde Instanz bei Anrufung durch die freien Organisationen willkommene Dienste leisten.

Die Bauernkammern stellen also die auf breitester Grundlage gewählte Vertretung der bayerischen Landwirtschaft dar. Die Vertreter sind indes bestimmt aus den Reihen der landwirtschaftlichen Körperschaften. Daraus ergibt sich schon von selbst die Stellung der Bauernkammern zu diesen Körperschaften. Ein paar gewählte Vertreter würden nichts nützen, wenn nicht hinter ihnen gute Organisationen stehen würden. Wohl ausgebaute landwirtschaftliche Körperschaften werden daher auch in Zukunft das Rückgrat für eine zielbewußte landwirtschaftliche Vertretung bilden müssen. Die Massen der in Organisationen befindlichen Landwirte müssen sich heute mehr denn je des Wertes einer guten und starken Organisation bewußt sein. Dann wird es auch schwer halten, daß einige radikale Gruppen des Arbeiterstandes die große Zahl der Landbevölkerung von ein paar Städten aus terrorisieren können. Nicht mehr mit Kleinigkeiten sich aufhalten, sondern mit ganzer Kraft der Sache dienen, muß meines Erachtens der Grundton für die schwere Arbeit sein.

---

[1]) Arbeitsgemeinschaften in den Bezirken werden die Vertretungen der Arbeitnehmer in Rücksicht auf die Kosten ablehnen.



Der Katholizismus — ein Synkretismus?

Von Kurat L. Heilmaier, München.

(Schluß.)

Um den „katholischen Synkretismus“, wenn man überhaupt diesen Ausdruck gebrauchen kann, recht zu verstehen, muß man die Tatsache der natürlichen Religion sehr wohl beachten; im Gebiet des Kultes und der Riten gibt es Worte und Gebärden, Symbole, die durchaus der religiösen Anlage des Menschen entsprechen. Kann man eine Analogie nachweisen, so liegt darum noch lange keine Entlehnung aus dem Heidentum vor, sondern eine Uebernahme naturgemäßer religiöser Erscheinungen in das Christentum. Ein klares Beispiel ist das Auftreten des allgemeinen Symboles des Nimbus in der altchristlichen Kunst zum Ausdruck göttlichen Wesens. So drangen zweifellos heidnische Sitten, mit christlichen Gedanken erfüllt, in den christlichen Kult ein (siehe Dölger, ΙΧΘΥΣ I, 19). Ohne dieses Vorgehen kann man sich eine Bekehrung großer Heidenvölker kaum vorstellen. Die Religionsgeschichtler besitzen im Banne ihrer Wissenschaft kein Verständnis für die pädagogische Weisheit, für die feine Psychologie, mit der die katholische Kirche, die große Erzieherin der Völker, nach dem Vorbild ihres göttlichen Stifters, das Menschenherz zu behandeln wußte. Wie ihre Missionäre im Auftrag der Päpste vielfach die liebgewordenen Göttertempel schonten, um sie zu segnen und in christliche Heiligtümer umzuwandeln, so haben sie und ihre modernen Nachfolger auch eine Menge von Aeußerlichkeiten bestehen lassen, und sie mit christlichem Geist erfüllt, um die Heidenseele nicht abzuschrecken. Mit starrer Durchführung eines Ideals wäre da nichts erreicht worden. Die Kirche ging gleich hinweg über das mosaische Bilderverbot, den einseitigen Spiritualismus ablehnend, wie er sich in den Sekten äußerte.

Warum handelte die Kirche so? Welches ist der Kern dieser Psychologie? Damit berühren wir einen weiteren wichtigen Punkt, dessen Außerachtlassung Heiler in solchen Irrtum führte. Die Kirche hatte von ihrem Stifter, dem göttlichen Pädagogen, einen tiefen Einblick in das Wesen der menschlichen Doppelnatur, in das Verhältnis von Sinnlichem und Uebersinnlichem überkommen. Bedürfnis und Anlage der Menschenseele forderten einen religiösen Symbolismus, eine Harmonie des Materiellen und Geistigen in den Kultformen, wie sie in allen Religionen versucht wurde, aber in der katholischen Kirche einen so erhabenen und erhebenden Ausdruck fand, daß er vollkommener nicht mehr gedacht werden kann, so daß sie durch ihre Schönheit, Wärme und Poesie das Herz mit Allgewalt zum Herzen der Gottheit führt. Mag man uns immer Synkretismus vorwerfen, hier offenbart sich so recht eine Eigenschaft, welche die wahre Kirche Christi haben muß, und deren Fehlen infolge der ungeheuren Reduktion durch Luther die evangelische Kirche nach Aussagen ihrer eigenen Kinder spröde, hart und kalt gemacht hat. Darin liegt für viele Außenstehende die „Anziehungskraft des Katholizismus“, über welche die zwei Brüder Auer, evangelische Geistliche in Berlin, September letzten Jahres in der Herbergegesellschaft so viel Wahres und so viel Falsches sprachen. Gegenüber dem Vorwurf der Ueberschwenglichkeit erklärte damals selbst die „Frankfurter Zeitung“: Der Ueberschwang braucht nicht hohl zu sein, er kann vom Lebens- und Liebesatem eines heiligen Lebens getrieben werden: und für solche Fülle der Liebe und des Glaubens enthält der katholische Kranz tiefsinniger Kulthandlungen, das ganze Menschenleben schmückend, ordnend, heiligend, erhebend, läuternd, verklärend, wohl einen durch nichts zu ersetzenden Ausdruck“. Wir kennen die vielfachen Bemühungen der evangelischen Kirchen, katholischen „Synkretismus“, wie dies Heiler nennt, in sich aufzunehmen, um so die evangelische Kirche wärmer zu machen, der ungeheuren Austrittsbewegung zu begegnen, wir kennen aber auch das Urteil der Konvertiten über diese Bemühungen. Hören wir nur eine Stimme, die edle Konvertitin Louise Hoffmann, gest. Nov. 1896:

„Von Jahr zu Jahr fängt man mehr und mehr an, Katholisches in die protestantische Kirche aufzunehmen. Ich hatte Gelegenheit, dies seit ungefähr 15 Jahren zu verfolgen. All dies wird aber auf protestantischem Boden nie das werden, was es sein soll. Wer dies erst fühlt, muß ohne Verzug katholisch werden. Viele katholische Gebräuche, übertragen in die protestantische Kirche, rufen sofort bei den empfänglicheren Leuten Wärme hervor, das Erstarrte taut auf, es fängt an, im Herzen Frühling zu werden. Der starre, tote und eisige Winter des Luthertums muß weichen vor diesen einzelnen schwachen Strahlen einer katholischen Frömmigkeit . . . Es macht dies alles, wie gesagt, entweder einen lächerlichen oder kläglichen Eindruck, und zwar deshalb, weil es außerhalb der katholischen Kirche geschieht. In der katholischen Kirche ist dies alles Natur, in der protestantischen Kirche wird es zur Unnatur usw.“ (Huch, Im Schatten der Kirche, Innsbruck, Kinderfreundanstalt, 29.)

Auch der Versuch Heilers, dem sein ganzes Buch gilt, „evangelische Katholizität“, kann nicht gelingen. Er will nicht etwa den kühnen Traum eines Leibniz verwirklichen, eine Union, eine Synthese beider Konfessionen, er träumt einen viel kühneren Traum, er will die katholische Kirche verdrängen, indem er der evangelischen all das bringt, was der katholischen Kirche so geheimnisvolle Dauer und Anziehungskraft verleiht. Ein Traum! Nur einer, der glaubt, daß die katholische Weltkirche eitles Menschenwerk ist, kann einer solchen Illusion sein Leben opfern. Im 20. Jahrhundert will er die wahrhaft katholische Kirche gründen. Es muß zur Unnatur werden, wie Louise Hoffmann sagt, denn nur in unserer Kirche ist dies alles „Natur“, organisches Wachstum.

Heiler hat das, was er Synkretismus nennt, nicht verstanden. Einerseits bot das katholische Christentum in unerschöpflicher Anpassung der Heidenseele allzeit und überall Anknüpfungspunkte und nahm hinwiederum alle Offenbarungsreminiszenzen, alles Gute und Edle aus der Heidenwelt als mittelbare göttliche Kundgebung in sich auf, anderseits hat die katholische Kirche, wie jeder sieht, der ohne Vorurteile ihre Geschichte studiert, von Anfang an im Namen ihrer Einheit, Unveränderlichkeit und alleinigen göttlichen Sendung gegen die Irrlehrer und besonders gegen die Gnostiker, diese Hauptvertreter des eigentlichen Synkretismus, der das Christentum den Zeitverhältnissen anpassen wollte, einen riesenhaften und siegreichen Kampf gekämpft. Sonst die weitherzigste Spannweite aufweisend in der Verwendung griechischer Philosophie und Kunst oder römischen Rechtes, hielt die katholische Kirche allein mitten in der Flut synkretistischer Schriften fest an ihren echten Evangelien und an ihrem apostolischen Symbolum. Sie hielt zumal fest an ihrem Christusbild, allzeit und überall, so wie es Christus selbst durch Wort und Tat vor seinen Aposteln gezeichnet und von diesen getreu aufgefaßt und überliefert worden ist. Und Christus, dieser siegreiche König seines Gottesreiches auf Erden, überwand nicht nur alle alten Götter, er überwand auch den allmächtigen Mithras, welcher zuletzt als Gipfel des falschen Synkretismus das religiöse Leben des ganzen Heidentums sich assimilierte. Doch welches ist Heilers Christusbild? „Das Bild, das uns die historische Kritik entwirft, trägt zeitgeschichtlich-antike Farbe“ (S. 136). Es gewinnt allerdings „überzeitlich-ewigen Charakter im Lichte der großen religionsgeschichtlichen Zusammenhänge“. Und so ist Jesus ein „Wunder, einzigartig, die absolute religiöse Persönlichkeit, der eine religiöse Genius“. Ist dieser Jesus also nicht die zweite Person in der Gottheit? Heiler antwortet: Jesus bedeutet den „Gipfelpunkt des religiösen Entwicklungsganges“ (S. 136), er ist wohl, wie ihn D. Strauß nennt, „das unerreichbare, nie zu übertreffende Ideal sittlicher Größe“, doch er ist ein Mensch wie wir, nicht der ewige Sohn des ewigen Vaters, sondern ein armseliges Produkt der religionsgeschichtlichen Gottheit, — des Entwicklungsprozesses. Für einen Mann, der zuletzt doch Jesus und die Inkarnationen des indischen Wischnu in den einen religionsgeschichtlichen Topf wirft, ist freilich alles Synkretismus und „das Heidentum bildet die Unterströmung auch im evangelischen Christentum“ (S. 15). Wird er der Reformator der evangelischen Kirche werden? Nein, vor der grausamen Gottheit des blinden Entwicklungsganges aus Himmelshöhen in den Abgrund der Verzweiflung gestürzt, werden neue Zehntausende suchender Protestanten aus den zerklüfteten und wankenden Wohnungen mit ihrem Gewirr so vieler religiöser und irreligiöser Stimmen fluchtartig in den katholischen Dom eilen, aus dessen Tabernakel eine göttliche Stimme einladet: „Kommet her zu mir, ihr alle, und ihr werdet Ruhe finden für eure Seelen“, die Stimme des ewigen Logos, „des Friedensfürsten, auf dessen Schultern die Herrschaft ruht“ (Isaias 9, 6), der, unsere Knechtsgestalt annehmend, die gefallene Menschheit mit Gott versöhnte und durch Gründung seines Gottesreiches, der katholischen Kirche, eine neue Weltordnung begründete.

Heiler bildet ein neues klassisches Beispiel für die ungeheure Gefahr der religionsgeschichtlichen Forschung. So-

bald sich ihre Vertreter mit dem Christentum beschäftigen, setzen sie nur zu gern äußere Analogien, die sie in Indien oder Babylon finden, in Abhängigkeitsverhältnisse um, nehmen Entlehnungen an, wo ganz natürliche parallele Entwicklungen vorliegen, vernachlässigen überall über der äußeren Form den Inhalt, und schließlich verkünden sie es als Dogma, das Christentum sei nichts als eine synkretistische Mischung aus hellenistischer Philosophie, orientalischen Geheimkulten mit dem Evangelium Jesu. Und die Folge dieser Lehre? Heiler selbst muß gestehen: „Jener Parallelismus christlicher und außerchristlicher Erfahrung bedroht den Absolutheitsanspruch der christlichen Religion“ (S. 121). Er bedroht sie nicht nur, jene Wissenschaft, soweit ihre Vertreter in verhängnisvoller Befangenheit arbeiten, zerstören die christliche Kirche von Grund aus; in Frankreichs Laienschulen wird das angebliche Ergebnis der Wissenschaft, das Christentum sei nur ein Entwicklungsprodukt, als Hauptwaffe im Kampf gegen das Christentum mißbraucht. Der böse Geist Pfleiderers wütet im Bau der evangelischen Kirche und von ihm sehen wir besonders auffallend deren christliche Archäologen beherrscht, Schultze, Usener, Sybel, Heisenberg, Otto und Oskar Wulff, Schönwolf, Poulsen usw. Der „katholische Synkretismus“ und die protestantische Archäologie wäre für sich ein großes, ein trauriges Kapitel.

Heiler kennt das Wesen des Katholizismus nicht mehr, seit er, durch Prof. Schnitzer belehrt, überall verführerische zauberische Magie wittert, seitdem er den Glauben verloren hat an den Mittelpunkt der katholischen Kirche, den in ihr fortlebenden, fortopfernden, fortwirkenden Gottessohn Jesus Christus. Mit seinem Wort vom grandiosen Synkretismus der katholischen Kirche wird er leider manch arglose Seele in beiden Konfessionen in Zweifel und Verwirrung versetzen, doch der Synkretismus, recht verstanden, ist keine Waffe, um den Katholizismus zu zertrümmern, sondern deren großartigste Apologie. Der Strom derer, die da heimkehren an die warme Brust der Mutter, die einst von ihren Vätern verlassen wurde, wird sich durch Heilers Buch nicht aufhalten lassen, auf daß ein Hirt und eine Herde werde.

Der erste slovenische Katholikentag in Marburg (Südslawien).

Von Dr. Otto Färber, München.

Vom 29. Juli bis 3. August hat in Marburg, der ehemaligen steirischen Stadt, eine gewaltige slovenische Katholikentagung stattgefunden, zu der über 80000 Teilnehmer aus fast allen Ländern slawischer Zunge herbeigeeilt waren. Die schöngelegene alte deutsche Stadt Marburg, (Maribor lautet jetzt die offizielle slawische Bezeichnung) scheint zu einer Hochburg des Slovenentums gemacht zu werden. In allen Straßen und auf allen Plätzen drängen sich die Gäste, die großenteils ihre malerischen Kostüme tragen. Die Stimmung ist freudig, zuversichtlich, ein wohltuendes Gefühl sozialen Ausgleichs im religiösen und nationalen Bewußtsein erfüllt die Slovenen. — Der Tag gilt eigentlich den „Orli“, der jugendkräftigen Gegenorganisation gegen die liberalen und antiklerikalen „Sokoli“, die in den westslawischen Ländern eine so schädliche Rolle spielten und noch immer spielen. — Prächtige Gestalten waren diese Orli (= Adler), die uns Gäste am Bahnhof begrüßten. Gesundes, zuversichtliches Volkstum um und um.

Bis zum Sonntage trafen fortwährend mit Sonderzügen neue Gäste ein, die alle mit festlichen Klängen empfangen und in die vorbereiteten Quartiere geleitet wurden. Trotz der großen Masse klappte alles vorzüglich. Die Scharen, die in geschlossenen Zügen durch die flaggengeschmückten Straßen zogen, waren aufs genaueste eingeteilt. Besonders ausgezeichnet war die Disziplin und Haltung der Turner und Turnerinnen, d. h. der eigentlichen „Orli“. Auf der Straße marschierten sie in Gruppenkolonnen. Die Turner, unter denen alle Klassen vertreten waren, in langen feldgrauen Hosen, scharlachrotem (bei den Tschechen blauem) Russenhemd und über die linke Schulter gehängtem feldgrauen Jackett, auf dem Kopf die runde schwarze Krimermütze mit rotem Einsatz und koketter Adlerfeder. Die Turnerinnen trugen die gleichen Mützen, scharlachrote Bluse mit Matrosenkragen und fußfreien dunkelblauen Röckchen, die entschieden besser wirken als die Pumphosen, in denen man so viele Turnerinnen und Sportlerinnen bei uns sieht. Man wußte nicht, was man mehr bewundern sollte: Kraft, schöne Form und Elastizität, oder die Würde und Unversehrtheit, die aus den jugendlichen Gesichtern sprachen. Geistliche und Ordensleute waren zahlreich herbeigeeilt. Durch die Einteilung in Gruppen unter umsichtigen Führern und Führerinnen, durch die Zuteilung von Ordensschwestern zu den wackern Turnerinnen waren tadellose Disziplin und anstandslose Verpflegung der Massen sichergestellt. Es war auf dem ganzen gewaltigen Kongreß keine Ausschreitung festzustellen.

Die Tagung trug einen ausgesprochen christlich-sozialen Charakter. Sie war die erste große Heerschau des organisierten katholischen Slovenentums und offenbarte die Durchdringung des slovenischen Volkes mit echtem sozialem Geist. Hoch und Nieder, Geistliche und Volk gingen einmütig zusammen wie Brüder. Es war kein Kastengeist zu spüren, kein Titel zu hören. Katholische Liebe, Begeisterung für das katholische Volks- und Kulturideal wogte in den Herzen. Das sah man so recht beim Kommers zu Ehren der Gäste. Wir Deutsche mußten es zwar hinnehmen, daß bei dieser Feier, an der Vertreter des serbischen Regenten, viele hohe serbische Offiziere und Würdenträger, dann sechs Erzbischöfe und Bischöfe und auch noch zahlreiche Ententevertreter teilnahmen, die Deutschen ignoriert wurden. Wir teilten unser Los mit den Italienern. Am zweiten Tage in der Akademikerversammlung, wo diplomatische Rücksichten wegfielen, wurden wir dann durch begeisterte Begrüßung entschädigt. In Licht und Farben prangte der Versammlungssaal. Die Volkstrachten aller Stämme, buntfarbige Uniformen und Kleider brachten Reiz und Abwechselung. Die wunderbaren, melodischen Hymnen und Volkslieder entzückten das Ohr und die Freude der jugendfrischen südslawischen Nation, ihr starker Glaube, ihre Begeisterung für Episkopat und Kirche rissen mit. Nicht endender Beifall begrüßte die erschienenen Gäste aus der Tschechoslowakei, ferner die Slovenen in Kärnten, Krain und ganz besonders die unzertrennlichen Brüder aus den durch Italien besetzten Gebieten. Dröhnender Beifall kündete das Erscheinen des Erzbischofs Jeglič (Laibach), den die Slovenen über alles lieben und die übrigen Bischöfe, unter denen sich auch ein griechisch-unierter befand.

Der Vorsitzende mußte seine Rede unterbrechen, als die Franzosen erschienen, kleine, untersetzte, aber sehnige Gestalten, Deputierte der „Fédération gymnastique et sportive des Patronages de France“. Die Trikolore voran, zogen diese Leute ein, die bei der Hochspannung der Begeisterung und unter dem Eindruck der etwas theatralischen Begrüßung der Delegation und der Trikolore durch Erzbischof Jeglič über Gebühr gefeiert wurden. Die Reden auf dem Kommers, die meist sehr gut waren, betonten neben dem slawischen Gedanken noch den der südslawischen Staatsidee, der Ententefreundschaft, die Ansprüche gegen das „treulose“ Italien, hervorragend den sozialen Gedanken und endlich in der ausgezeichneten Rede des Professors Smarek (Olmütz) den des solidarischen Katholizismus auf nationaler Basis. Diesem Gedanken war auch die am dritten Tage stattfindende Akademikerversammlung gewidmet. Im Prinzip war man sich einig. Wegen der internationalen Organisation der katholischen Studentenschaft wurden weitere Grundgedanken herausgearbeitet und der „edle Nationalismus“ als bester Weg zu einem gottgewollten Uebernationalismus anerkannt. Ich selbst hatte die Genugtuung freudiger Aufnahme der von mir gemachten praktischen Vorschläge zur Zusammenarbeit, wie sie u. a. im Programm der Katholischen Liga enthalten sind. Hier konnten wir Deutsche fühlen, daß man uns namentlich über den Katholizismus hinweg hochschätzt und daß wir, gerade auch zum Osten und Südosten richtig eingestellt, noch lange nicht Pessimisten zu sein brauchen. Man muß sich nur gegenseitig in das nationale Denken und Wollen richtig einfühlen, sich in Gedanken als Brüder, mehr mit gleichen als mit getrennten Zielen, fühlen. — Der Höhepunkt der Tagung war ganz entschieden der Gottesdienst auf dem großen Marburger Marktplatz, gehalten vom Oberhirten der Stadt. Zwei Stunden dauerte der Aufmarsch der Vereine in festlichem Zuge, unterbrochen von Wagen mit Volkstrachtengruppen und von Musikkapellen. Das endlose Zivio-Rufen verstummte, als der Hochwürdigste Herr im grüngoldenen Ornat durch die dichtgedrängten Massen zum Altar an der Mariensäule schritt, ehrfürchtig begrüßt von den Massen und den hohen Gästen auf der Tribüne. Lautlos schauten Tausende aus den Fenstern der umliegenden Häuser. Der Eindruck dieser Messe, gesungen von einem Riesenchor, ist unauslöschlich. Ein Erleben ging

vom kleinem Altar auf die Zehntausende über, das keinen auch im letzten Winkel unberührt ließ.

Der Gottesdienst wie der ganze Kongreß mit seinen trefflichen Sektionsberatungen und Versammlungen für die verschiedenen Stände ließ uns den Eindruck festhalten: Dieses slovenische Volk hat eine Zukunft. Es ist gesund, begabt und strebsam. Es ist religiös, treukatholisch und vor allem — es ist sozial gesund und organisiert. Christlicher Sozialismus, vom katholischen Deutschland übernommen, innerlich verarbeitet und lernfreudig weiterschaffend ist in dieses Volk eingedrungen und hat Wirkungen hervorgebracht, die vielfach größer sind als bei uns. Ein solches Volk von Brüdern wird kein Opfer des Bolschewismus! Ein solches Volk fällt verführerischen Phrasen nicht leicht zum Opfer. Noch ist die Wunde an der Sprachengrenze nicht zugeheilt. Die Abhaltung des Kongresses in der ehedem deutschen Stadt hat sie erst recht wieder schmerzen lassen. Ist es denn nicht z. B. traurig im Kernstockstüberl des Schwarzen Adler nur mehr slawische Laute zu hören?

Der Tag von Marburg, das eine Sprachinsel mit allen Nachteilen ist, mußte es jedem klar machen, daß eine restlose Lösung aller solcher Grenzfragen nur möglich ist durch strenge Solidarität und Gerechtigkeit im katholischen Sinne. Mag nun der eine die großösterreichische Idee als Heilmittel empfehlen oder die Anschlußidee: Immer müssen christliche Liebe und Verständniswille herrschen und nicht Haß. Nach meiner Wahrnehmung ist die südslawische Idee ungemein stark und das Volk von größter Zukunftskraft. Die Liebe zum Regenten ist groß und ebenso die Dankbarkeit für die erhaltene volle Autonomie. Es ist für uns deutsche Katholiken eine große Zukunftsaufgabe im ganzen großen Stammproblem, mit diesen Völkern, die so erfreulich gesund und von uns weniger entfernt sind als manche glauben mehr in Fühlung und Kulturaustausch einzutreten. Den südslavischen Katholiken unsern herzlichen Glückwunsch zu der hervorragenden Tagung und herzlichen Dank für die liebenswürdige Aufnahme. Die Tage waren entschieden ein Markstein in der Geschichte Südslawens. Der Wahlspruch der Orli aber soll auch unser Wahlspruch sein: Zur Sonne!

Vom Büchertisch.

F. Schrönghamer-Heimdal: 1. Waldsegen. Geschichten aus der Heimat. 2. **Das große Glück.** Geschichten von allerhand Lebenskünstlern. Augsburg, Haas & Grabherr. Pr. je 4 M. — Das erstgenannte Buch ist das eines echten Heimatdichters: stimmungsreich und weich, voll Heimatsehnsucht zu Gott, Mensch und Natur, von treuherziger Wahrhaftigkeit und feinsinniger Versteherliebe; eines, der dem hohen Ernst niemals aus dem Wege geht, der Lust und Schmerz rein und kraftvoll in sich aufnimmt und, andere aufrichtend mit der Anteilnahme warmen Mitgefühls und goldenen Humors, Segen auszuwirken vermag, wohin er Wort und Gemüt wendet. So kommt es, daß ein wesensfreundlicher Leser, wie gehalten er zunächst an die bunte Mosaikreihe herangetreten sein mag, sich bald darin „vergraben" findet: dankbar, gehoben, ergriffen, frohgemut. — Der zweite Band zeigt einen „anderen" Schrönghamer-Heimdal: jenen, wie er etwa in der „Sommerfrische" lacht und tollt, den ausgelassenen, hie und da satyrisch angehauchten Spaßmacher, dem freilich auch der Bruder Dichter aus den übermütigen Schelmenaugen gucken kann — bisweilen, nicht oft. Dennoch mag es geschehen, daß das Schabernakspiel eingebildeten „Großen Glücks" mehr Liebhaber anzieht als der weit tiefere Sinn des seinen Namen bewahrheitenden „Waldsegens". Geleugnet sei solche Möglichkeit nicht, aber selbstverständlich keineswegs gewünscht.

E. M. Hamann.

Helene Pagés: Komm, Heiliger Geist! Eine Festgabe für Firmlinge. Mit fünf Bildern. Freiburg, Herder. Preis eleg. brosch. 10.50 M. geb. 13.50 M. — Einband und Titelblatt tragen den Vermerk: „Zusammengestellt" usw. Dies ist dahin zu berichtigen, daß die bewährte Jugendschriftstellerin Helene Pagés neben dem mannigfachen Erlesenen anderer Autorschaft mindestens ebensoviel Eigenes herzugebracht hat, sei es in selbständiger Bearbeitung, sei in freier Erfindung. Auf alle Fälle befand sich das sorgsamst aufgebaute Buch während seiner Entstehung bei H. P. in den denkbarst besten Händen. Das erste Hauptkapitel: **„Komm, Heiliger Geist!"** umschließt erlesene Gebete. Das zweite: „Die sieben Gaben", beleuchtet sein Thema in trefflich geordneter Darbietung. Das dritte und vierte: „Streiter Christi" und „Licht von oben", enthalten Briefliches, Biographisches und Prosaepisches aus dem Leben großer Heilandsjünger und -jüngerinnen. Das fünfte: „Entzünde in uns das Feuer deiner Liebe", bringt neun eindringliche Erzählstücke, darunter sieben von der Herausgeberin selbst und zwei von unserm berühmten Peter Dörfler. — Das gesamte Buch bedeutet in seiner frischen Gesundheit, Tiefe, Knappheit, Klarheit, Uebersichtlichkeit und warmen Unmittelbarkeit eine wirkliche Bereicherung unserer religiös-ethischen Jugendliteratur, um so wertvoller, als diese gerade nach der hier eingeschlagenen hochwichtigen Richtung: „unter dem Gesichtspunkt der Firmung und ihrer besonderen Gnaden", noch recht wenig ausgebaut war. Unsere Kinder werden sich mit Genuß und Gewinn in das auch äußerlich schöne Buch versenken; unsere Erwachsenen, bis ins reife und reifste Alter, können es auch — ich spreche da aus Erfahrung und Dankbarkeit und fühle mich angetrieben, dieser hier öffentlich Zeugnis zu geben.

E. M. Hamann.

Seele und Glaube. Psychologie des christlichen Glaubens nach der Darstellung der Hl. Schrift. Von Dr. theol. Adrian. 2. Aufl. F. 8°. XVI und 132 S. Brosch. M 8.20, geb. M 10.80. Mergentheim, Karl Ohlinger. Die Arbeit beruht auf intensiver Beschäftigung mit der Hl. Schrift und auf spekulativer und wie es scheint kontemplativer Bearbeitung der einschlägiger Gedanken, verrät eine edle Begeisterung für die Sache des Glaubens und der Kirche und ist reich an wertvollen Ausblicken und tiefen Einblicken in die Harmonie von Glauben und Wissen sowohl wie auch an apologetischen Gedanken in modernster Fassung. Wer sie zugleich mit asketischem Interesse liest, wird dem Verfasser auch für die gesunde Nahrung, welche die Studie dem Glaubensleben bietet, Dank zollen.

Univ.-Prof. A. Rademacher.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. In der Reihe der Festspiele, die sich in allen drei staatlichen Bühnen auf stattlicher Höhe halten, erschien neueinstudiert „Oberon". Man weiß, daß C. M. v. Weber die auf einen schlechten Text eines Engländers für den englischen Geschmack geschriebene Oper für die deutsche Bühne umarbeiten wollte; er starb und andere haben sich vielfach versucht, an seiner Stelle das Nötige zu tun. Diesmal versuchte man es mit einer Bearbeitung Mahlers, die auch musikalisch manches geändert hat, ohne die Pietät zu verletzen. Der gesprochene Text ist auf das Notwendigste beschränkt. Die von Engels' entworfenen neuen Dekorationen bieten viel Schönes, ohne durch übermäßigen Prunk abzuziehen. Man sah sehr schöne Kostüme, freilich im Ballett des öfteren eine Sparsamkeit an Verwendung von Stoff, wie sie im „Hoftheater" unmöglich gewesen wäre. Ganz herrlich klang das von Bruno Walter geleitete Orchester. Eine Besetzung des Oberon durch einen Tenor, wie wir ihn einst in Raoul Walter hatten, ist den weiblichen Gestaltungen vorzuziehen, auch wenn sie an Gesang und Figur repräsentativer sind, als Frl. Betz. Glänzend waren Erb (Hüon), Frl. Merz (Rezia), Frl. Willer (Fatime) und Schützendorf (Scherasmin), den Puck gab Frl. Fichtmüller mit einem merkwürdig derben Naturalismus, alles in allem aber waren die Eindrücke des Abends sehr stark.

Schauspielhaus. Ein Stück von romantischem Ueberschwang, der zweifellos echt empfunden ist, bietet uns Robert Prechtl — wohl ein junger Dichter — in der „Nacht der Jenny Lind". Der Dreiakter, wie wohl mehr lyrischer, als dramatischer Natur und nicht ohne einige tote Punkte, fand starken Beifall, aber auch Widerspruch. Hermine Körner hat die Rolle der Jenny Lind glänzend gespielt. Aber das Stück enthält eine erotische Szene widerlichster Art, die aus moralischen und Schicklichkeitsgründen auf das entschiedenste abgelehnt werden muß. Selbst das Publikum von heute empfand das Unmögliche dieser Szene und begleitete das „brünstige Liebespaar im Mondenschein" mit peinlichem Kichern. — Jenny Lind, die große Sängerin, hat der Studentenschaft Göttingens ein Konzert gegeben, als Dankbarkeit für einen Lehrer ihrer Jugend, der nun alt und grau geworden, aber das Feuer der Begeisterung in seinem Herzen bewahrt hat. Wir erfahren, daß die in zwei Weltteilen gefeierte, vielbewunderte Frau, die alle Herzen in ihren Bann zu zwingen vermag, im Grunde doch einsam und heimatlos ist und auf der Höhe ihrer Kunst befällt sie eine leise Angst vor dem Alter. Sie, die immer gleichgültig blieb allen Werbungen gegenüber, verliebt sich in einen Studenten, dessen wundervolles Klavierspiel sie berauscht hat. Beim Morgengrauen kommt ihr die Besinnung, daß er für den Prinzgemahl einer Künstlerin zu gut sei und so kommt am Schlusse das Auseinandergehen. Eine Sehnsucht wird immer in ihnen bleiben. Er ist der einzige gewesen, den Jenny Lind geliebt hat. Ist es eigentlich nötig und gut, solchen Bühnengestalten historische Namen zu geben? Dem Wissenden fällt dabei nun ein, daß die Lind doch noch geheiratet hat, was auf das Pathos ihrer schönen Worte etwas erkältend wirkt. Der Student wird uns als eine Doppelnatur geschildert, in der wissenschaftliches Genie und Künstlertum nebeneinander wohnen. Auch ohne daß es der Theaterzettel verriete, würde man an Billroth denken, den späteren großen Chirurgen. Er ist erst 26 Jahre tot. Es mag Personen geben, die diese theatralische Verherrlichung mit gemischten Gefühlen betrachten. In diesem „fröhlich-ernsten Spiel" sind manch hübsche Episoden eingeflochten und es fällt manch feingeprägtes Wort. Wohlbrück hat für den Jüngling echte Jugendlichkeit. Die Damen Borkmann und Glümer, die Herren Gerhard, König und Riewe fügten sich dem Ganzen glücklich ein. Die Körner habe ich schon gerühmt. Sie fand Töne der Innerlichkeit, die ihrer virtuosen Kunst nicht alle Tage erklingen.

Kammerspiele. „Therese Raquin" von Zola. Es ist nicht so lange her, seit sich die Gemüter in lebhaftem Für und Wider um diese Kunst erhitzten und doch scheint es uns noch viel länger. Der exakte Naturalismus gehört der Vergangenheit an. Wir sehen mit einem gewissen kühlen Respekt, wie Zug für Zug hier psychologisch echt ist, wie in Therese und ihrem Liebhaber der Gedanke reift, ihren Gatten zu töten, wie das Gewissen sie dann beide nicht in den Genuß ihrer Freiheit kommen läßt, wie sie schließlich sich gegenseitig anklagen, wodurch die Mutter die Wahrheit erfährt und gelähmt und stumm wird. So gesellt sich noch zu der Gewissensangst die Furcht, die Alte

könnte die Sprache wieder gewinnen und sie verraten; Szenen, die uns quälen, an den Nerven reißen, aber nicht tragisch erschüttern. Schließlich hassen sich die Menschen, die aus Liebe Verbrecher wurden, trachten sich ans Leben und nehmen am Ende Gift. Ida Roland und Scharwenka gaben die beiden mit einer Plastik, die voll überzeugte. Was naturwissenschaftliche Erkenntnis vermag, um diese schlimmen Dinge aufzuklären, hat Zola hier fraglos erreicht, aber das seelische ist nur erfaßt, soweit es meßbar. Das dichterische fehlt und so bleibt unser Mitleid ferne, das wir selbst den schlechtesten Charakteren der Weltliteratur nicht versagen.

Volkstheater. Um Lisa Weise, diesen Liebling des Publikums in einer neuen Rolle zu zeigen, hat das Volkstheater „Die kleine Hoheit", ein Singspiel von H. Gaus, Musik von M. Knopf gewählt, das vor ausverkauftem Hause mit starkem Beifall in Szene ging. Die Rolle ist der Weise nicht so sehr auf den Leib geschrieben wie Frl. Buck, aber die hinter Schlobderigkeit versteckte Gefühlswärme, die Anmut der süßen, kleinen Racker, die sie so allerliebst spielt, kommt auch hier bestens zur Geltung, wenn auch das Prinzeßchen über die Backfischjahre, die die Weise so überzeugend vorzutäuschen weiß, hinaus ist. Die Hoheit erbt im zweiten Akte ein Thrönchen und bei so viel Temperament und schöner Menschlichkeit läßt sich mit viel humoristischen Wirkungen regieren; die Hauptsache, die Fürstin verliebt sich unstandesgemäß, aber nur scheinbar, denn der Fremde ist ein Prinz, den sie sich als Freier anzusehen geweigert hatte. Die Musik ist nicht immer aus erster Hand, aber sie findet für jede Situation den richtigen Ton. Die Tanzkouplets mußten wiederholt werden. In Nebenrollen wird gelegentlich übertrieben; aber das Ganze ist hübsch und nicht ohne Geschmack. Das Publikum ist sehr befriedigt und man kann ihm nicht unrecht geben. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Finanzelend — Was wird uns Genf bringen? — Markentwertung, neue Steuern und Lasten bleiben Hindernisse im Preisabbau — Neuerliche „Markflucht".

Reichsfinanzminister Dr. Wirth sah sich veranlasst, beim Parteitag der Frankfurter Zentrumspartei in einer längeren Rede neuerdings festzustellen, wie **bettelarm** Deutschland geworden ist. Wie Dr. Wirth darlegte, sind bis einschliesslich 9. August 122 Milliarden undiskontierbare Schatzanleihen, 92 Milliarden unfundierte Schuld- und Kriegsanleihen, 39 Milliarden Eisenbahnschulden im Umlauf, ferner 11 Milliarden verschiedene Zahlungsverpflichtungen, 16 Milliarden für Abgabe an Kriegswohlfahrtsausgaben, zahlbar in London, vorhanden, also rund 300 Milliarden Schulden. Zur Herstellung und zum Ausbau von 1 Million neuen Wohnungen sind 50 Milliarden flüssig zu machen. Der Juli-Schluss brachte für die Reichsbank eine ganz aussergewöhnliche Belastung. Im Zusammenhang mit starken Kreditansprüchen musste der Umlauf an Banknoten um 1,8 Milliarden auf 55¾ Milliarden, der von Darlehenskassenscheinen um 163 Millionen auf 13⅓ Milliarden Mark, also zusammen zirka rund 70 Milliarden Mark Papiergeld — eine bisher unerreichte Höhe! — gesteigert werden. Es mag zugegeben werden, dass Bedürfnisse der Landwirtschaft für die Ernteeinbringung, oder auch Geldhamsterei — wie immer in politisch hochernsten Zeiten — an solcher Noten-Anschwellung hauptsächlich mit schuld sind. Für die Deckung der Anleiheschulden, für die Zahlung des überall zu stark angewachsenen Beamtenkörpers und zur Aufbringung des überall viel zu teueren Verwaltungsapparates, für Erwerbslosen-Unterstützungen, für weitere Ausgaben für Reich und Land sind ununterbrochen derart ungebührlich hohe dauernde Ausgaben vonnöten, dass von einer Aenderung dieser Papier-Misswirtschaft — ohne Anwendung von Gewaltmassnahmen — keine Rede sein kann.

Nun soll zu Genf beraten werden, wie Deutschland angesichts dieser aussichtslosen finanziellen Lage alles „wiedergutmachen" kann. Vorstehende Ziffern und Daten im Verein mit dem leider neuerdings zu verzeichnenden **Sinken der deutschen Reichsmark** liefern unwiderlegbar und dabei jederzeit nachweisbares Material für Deutschlands finanzielle Notlage und Unfähigkeit, den namentlich von Frankreich erwarteten Milliarden- und Goldsegen zu bringen. Auch der Hinweis auf die verstärkt ungünstige Lage des heimischen Arbeitsmarktes wird hierbei erwähnenswert. Vom 15. Juni bis 1. Juli sind an 614 000 erwerbslose Personen gegen 573 000 vorher — am 15. Juli erhöhte sich die Ziffer auf 686 000 — 31 Millionen Mark Unterstützungen zur Auszahlung gelangt. Seitens des bayerischen Justizministers ist schon vor einiger Zeit zur **Vermeidung der Konkurs- und Zahlungsschwierigkeiten** in grösserem Umfange angeordnet worden, dass die Gerichte unter Ansehung der durch die konjunkturrückläufige Zeit hervorgerufenen Härten und Lasten möglichst durch die Art der gerichtlichen Geschäftsaufsicht in solchen Fällen der Gefahr des völligen Geschäftszusammenbruches vorzubeugen haben. Die immer noch drohende bolschewistische Gefahr im Osten verhindert jede Neubelebung des Geschäftslebens. Auch der **Preisabbau** stockt, solange unsere Reichsmark im Ausland neuerdings unterwertet wird. Schuld an dieser rückläufigen Kursbewegung der deutschen Valuta ist neben den oben geschilderten wirtschaftlichen Verhältnissen nach wie vor in erster Linie die Lage der Innenpolitik. Solange von gewissen politischen Quellen und Parteien immer wieder Radikalismus, dadurch Unsicherheit und Nervosität gepredigt und genährt werden, so lange wird das politische Vertrauen zu Deutschlands Zukunft und der notwendige Auslandskredit zur heimischen Wirtschaft gewaltsam unterbunden. **Amerika verkauft** in Anbetracht dieser sorgenvollen Entwicklung der politischen Zustände in Europa seine namhaften Millionen an Markguthaben und Markwerten aller Art. Neuyork gibt deutsche Valuta ab. Goldmetall und ähnliche Werte beginnen automatisch hiermit im Kurse anzuziehen. Auch an der Börse hält diese **Markflucht** an, wenngleich nur in ganz zuckender Folge, immerhin aber bisweilen mit erheblichen Hausse-Begleiterscheinungen.

Und dann **das Kapitel der Steuern!** Dass viele derselben in jüngster Zeit, vielleicht wohl die meisten seit Kriegsausbruch und vor allem seit dem Revolutionsabschnitt überstürzt, unvorbereitet und teilweise direkt mangelhaft gemacht und der Oeffentlichkeit übergeben worden sind, kann ruhig ausgesprochen werden, deshalb muss die Terminabgabe für das Reichsnotopfer und (in Bayern) für die Besitzer wegen Mangel an restlosen Vorbereitungen verschiedener Art neuerdings um 5 Wochen, 30. September, hinausgeschoben werden. Die **drohende „Mietssteuer"** wird aufgebaut, von bureaukratischer Seite wenigstens, als ob die jetzige Geldentwertung unabänderlich sein soll! Ueberall der Ruf nach Preisabbau! Und gerade diese neueste „Steuermissgeburt" wird unabänderlich Mieten, wie auch Grund und Boden unnötig verteuern. Ein Preisabbau ist nur dann ernstlich möglich, wenn durch erhöhte Produktion Güter in einem Umfange erzeugt werden können, dass Angebot und Nachfrage sich nähern. Grund und Boden, Häuser und Mietgelegenheiten werden jedoch durch solches Steuermonstrum — teurer. Durch Lohnerhöhungen auf den Industriegebieten — wie z. B. bei der Maschinenfabrikation — ist laut Zusammenstellung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten — ebenfalls **ein Erzeugungsrückgang** nachweisbar. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bad Nauheim. Nach siebenjähriger Pause findet vom 19.—25. September 1920 die 86. Versammlung der deutschen Naturforscher und Aerzte in Bad-Nauheim statt. Folgende Vorträge von allgemeinem Interesse sind vorgesehen: Professor Dr. C. Bosch, Ludwigshafen: „Der Stickstoff in Wirtschaft und Technik." Professor Dr. Ehrenberg, Göttingen: „Der Stickstoffbedarf unserer Kulturpflanzen und seine Deckung." Professor Dr. Max Rubner, Berlin: „Die Bedeutung des Stickstoffes und Eiweißes in der Ernährung der Tiere und des Menschen." Professor Dr. Max Gruber, München: „Die Ernährungslage des deutschen Volkes." Ueber den Bau der Moleküle und Atome sprechen: Professor Dr. Debye, Zürich, Professor Dr. J. Franck, Berlin, Dr. Walter Kossel, München. Ferner Professor Dr. Sudhoff, Leipzig, über: Andreas Vesalius, der Begründer der modernen Anatomie. Professor Dr. Steuer, Darmstadt: Die Bad-Nauheimer Quellen und die Geologie der Wetterau. Professor Dr. von Zumbusch, München: Probleme der Syphilis. Professor Dr. Timerding, Braunschweig: Die Reichsschulkonferenz und der mathematische und naturwissenschaftliche Unterricht an den höheren Schulen. Zahlreiche weitere Vorträge sind gemeldet.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland ℳ 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile ℳ 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile ℳ 5.—. Beilagen: ℳ 45.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 36 München, 4. September 1920. XVII. Jahrgang.

Eine Ehrenpflicht ::

der deutschen Katholiken ist es, diejenigen katholischen Zeitungen und Zeitschriften, welche seit Jahrzehnten mit unsäglichen Opfern auf ihre jetzige Höhe gebracht worden sind, durch Rat und Tat, durch eigenes Abonnement und Weiterempfehlung zu unterstützen und ihnen so über die gegenwärtige schwere Krisis hinwegzuhelfen. **Der Untergang eines einzigen Organs bedeutet den uneinbringlichen Verlust einer vorgeschobenen Position der deutschen Katholiken im öffentlichen Leben und gegenüber dem drohenden religionsfeindlichen Bolschewismus.** :::

Es ergeht daher an jeden Leser der „Allgemeinen Rundschau“ der dringende Mahnruf, den roten Zettel, welcher dieser Nummer beiliegt, ungesäumt auszufüllen und zur Post zu geben. Keiner scheue diese geringe Mühe und die Ausgabe einer 10 Pf.-Marke. Die gütigen Einsender dürfen des herzlichsten Dankes der Redaktion und des Verlages der „Allgemeinen Rundschau“ versichert sein. :::

Die bolschewistische Gefahr in der tschecho-slowakischen Republik.

Von Dr. Kirsch, Reichsparteisekretär der Deutschen christlich-sozialen Volkspartei (Prag).

Nach der Absicht der Ententemächte sollte die im Oktober 1918 durch den Umsturz geschaffene tschecho-slowakische Republik als bürgerlich-demokratisches Staatswesen im Verein mit Polen den Gendarmendienst in Mitteleuropa für ihre Interessen versehen.

Aber dieses national-absolutistische Staatsgebilde ist während seines fast zweijährigen Bestandes derart in sozialdemokratisches Fahrwasser geführt worden, daß von seiner ursprünglichen Bedeutung als Bollwerk des freisinnigen Staatsgedankens im Sinne der Wilsonschen Demokratie fast nichts übrig geblieben ist. Der katholische Brünner „Den“ (Tag) übertreibt nicht, wenn er neulich die Zustände in der Republik dahin schilderte: „Unsere neuzeitlichen Sadduzäer haben durch ihre allseitige Wühlarbeit im Staate eine wahre Hölle geschaffen. Ein Narrentum und Sodoma zugleich. Wohin man schaut, sieht man nur Uebel: Unzufriedenheit, Neid, Niederträchtigkeit, Mittelmäßigkeit, Dummheit, Korruption.“ Die Pechkränze, die auf religiösen Boden geworfen wurden, haben nunmehr das Feuer auf das soziale Gebiet getragen, das zur bolschewistischen Hölle zu werden droht. Mag Präsident Masaryk den Vertretern auswärtiger Presse noch so oft seine Zuversicht auf eine herrliche Zukunft der Republik ausdrücken, das Regierungsblatt „Cechoslovanska Republika“ und die zur Einseifung des Auslandes vom Ministerium des Auswärtigen gegründete „Gazette de Prague“ die politische Lage in der Tschecho-Slowakei im rosigsten Lichte darstellen; über die Tatsache, daß in der Sudetenrepublik der russische Bolschewismus über eine sehr zahlreiche, zielbewußte Anhängerschaft verfügt, vermögen sie den aufmerksamen Beobachter der bedenklichen Entwicklung, welche die Dinge seit den Wahlen im April genommen, nicht hinwegzutäuschen.

Es besteht kein Zweifel, daß die Kommunisten als der tätigere Teil in der Republik gegenüber den bisherigen Sozialdemokraten die Vormacht erlangt haben. Zwar noch nicht unter den Abgeordneten und innerhalb der sozialdemokratischen Intelligenz. Im Mai bereits hat sich immerhin von den 74 tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten ein gutes Drittel unterschriftlich zu einem kommunistischen Manifest bekannt. Wohl aber unter jenen Arbeiterschichten, die am meisten zu terroristischen Handlungen geneigt sind.

Der politische Wetterwinkel Böhmens, das Bergarbeiterviertel um Kladno, stellte von Anfang an einen Hauptherd bolschewistischer Agitation dar. Der aus Rußland zurückgekommene Bolschewik Muna, Vertrauter Bela Kuns, und der aus der Schweiz heimgekehrte frühere Führer der tschechischen Sozialdemokraten, Dr. Smeral, können auf diese Gefolgschaft unbedingt zählen. Ihr sehr radikales Wochenblatt, die „Swoboda“ (Freiheit), ist inzwischen zu einer Tageszeitung ausgebaut worden. Der gleiche Scheidungsprozeß zeigte sich alsbald unter der deutschen Sozialdemokratie Nordböhmens. Ihren Mittelpunkt haben die deutschen Kommunisten im Brüx-Duxer Bergarbeitergebiet und in der Reichenberger Gegend. Ihr Preßorgan ist das Reichenberger sozialistische Tagblatt „Vorwärts“. Die Führung haben der junge jüdische Abgeordnete Dr. Otto Hahn und Abgeordneter Kreibich übernommen. Diese, sowie die Kladnoer Kommunisten, scharfe Verfechter des Rätesystems, begrüßten in einer Zuschrift an die tschechischen bolschewistischen Abgeordneten „mit Freude und Genugtuung“ die Erklärung, die diese als kommunistisches Manifest beim Eintritt in die Nationalversammlung abgegeben hatten. Diesem Schreiben schloß sich auch der Prager deutsch-sozialdemokratische Abgeordnete, Fachlehrer Warmbrunn, an.

Führer des linken radikalen Flügels der Prager tschechischen Sozialdemokraten war bis zur Eröffnung der neuen Nationalversammlung der Redakteur des „Pravo Lidu“ (Volksrecht), Abgeordneter Stivin. Seitdem dieser mit Beginn des neuen Parlaments eine auffallende Rechtsschwenkung — wohl auf Grund bestimmter Zusagen aus dem rechtsstehenden Kabinett Tusar — vollzogen, hat die Führung der Prager tschechischen Kommunisten der ehedem rechtssozialistische Parteitheoretiker, gleichfalls Redakteur am „Pravo Lidu“, Abgeordneter Skalak, in Händen. An Preßorganen verfügen sie über den in Prag erscheinenden „Socialni Demokrat“ und den „Cerven“.

Für Mähren-Schlesien sind die Hauptagitationsherde der Bolschewisten in Brünn und Mährisch-Ostrau. Ihr Hauptblatt ist die Brünner „Rovnost“ (Gleichheit). In letzter Zeit ist es ihnen gelungen, in ungefähr einem Halbdutzend Stadtgemeinden die Oberhand über die Rechtssozialisten zu gewinnen.

Am schlimmsten und bedenklichsten ist die Lage augenblicklich in der Slowakei. Beim Nachbar brennt es und die vielen Funken können sehr leicht das Dach der tschecho-slowakischen Republik ergreifen. Bezeichnend war ein auf dem letzten Kongreß der internationalen Sozialdemokraten in der Slowakei anfangs Juli verlesenes Telegramm des russischen Agitators Radek, worin Lenin die tschechischen und slowakischen Anhänger des Bolschewismus zur Ausdauer aufrief. Die kommunistische Bewegung,

die immer weiter in der Slowakei um sich griff, hat schließlich die Verkündigung des Standrechtes in einem Teil der Slowakei durch den sozialdemokratischen Landesminister Dr. Derer notwendig gemacht. Diese Maßnahme wurde zwar regierungsseitig als nötige Sicherung zur Einbringung der Ernte hingestellt. In Wirklichkeit war sie eine unvermeidliche Vorkehrung gegen die bedenklichen kommunistischen Umtriebe. Diese haben nicht zuletzt ihren Grund in der wachsenden allseitigen Unzufriedenheit wegen Nichterfüllung des Pittsburger Vertrags vom 30. Mai 1918.

Dieser Vertrag, von Masaryk auf einer Versammlung des tschechisch-slowakischen Nationalrates in Amerika Mai 1918 eigenhändig verfaßt und im Monat November des gleichen Jahres in Washington, wo er damals als bereits erkorener Präsident der Republik weilte, eigenhändig unterschrieben, sollte der Slowakei einen eigenen Landtag, eigene Verwaltung und eigene Gerichte sichern. Die von Masaryk der Slowakei feierlich garantierte Autonomie wurde von ihm jedoch schnöde dem Prager Zentralismus preisgegeben und damit der fruchtbare Nährboden allgemeiner Unzufriedenheit und aller staatsfeindlichen Umtriebe geschaffen. Dies in solchem Maße, daß die bürgerliche tschechische Presse unlängst feststellte, die Prager Regierung und der sozialdemokratische Landesminister für die Slowakei, Dr. Derer, hätten schon nicht mehr die Macht, das Diktat der Kommunisten in der östlichen Slowakei abzuweisen. Wie weit die Dinge dort bereits gediehen sind, verriet in der Prager „Narodni Politika“ ein in der Slowakei wirkender tschechischer Staatsbeamter uns am 10. August mit den Worten: „Das Werk der Zerstörung ist schon so weit fortgeschritten, daß wir heute auf einem uns feindlichen Boden ohne Vertrauen, ohne Autorität und auch verlassen vom Volk stehen.“ Die tschechischen Bolschewiken verfügen in der Slowakei über drei Preßorgane. Zudem ist das deutschsozialdemokratische Blatt, das in Preßburg erscheint, ausgesprochen kommunistisch.

Mit den kommunistischen Putschen in der Slowakei gingen eine Reihe von anarcho-kommunistischen Ueberfällen Böhmens, z. B. in Melnik, Reichenau, Bydschow usw., auch im Brüxer Gebiet Hand in Hand und lieferten den deutlichen Beweis, daß der Republik in entscheidenden Augenblicken eine nicht zurückweichende und feste Staatsmacht fehlt, die mit allen Mitteln und ohne Gnade sich gegen jede Gewalt zu stellen bereit ist.

Bei dieser Sachlage wurden in der bürgerlichen tschechischen Presse auch die Ursachen für die rasche Verbreitung des Bolschewismus in der tschecho-slowakischen Republik besprochen und allgemein das schwächliche Verhalten der rotgrünen Koalitionsregierung, die den Namen des Sozialdemokraten Tusar trägt, gegenüber Muna, dem Idol der tschechischen Kommunisten, und der radikalen Sozialdemokratie als einer der Hauptgründe bezeichnet.

Die sich mehrenden kommunistischen Ueberfälle und Plünderungen veranlaßten in verschiedenen Städten die Gründung von Bürger- oder Einwohnerwehren gegen die drohende Gewalt der Bolschewiken, da die Staatsmacht die bürgerliche Freiheit nicht mehr sichern wollte oder konnte. Natürlich erscholl auch hier von sozialistischer Seite sofort der Alarmruf: Weiße Garden! Die eben genannte Tribuna meinte dazu:

„Solche Alarmrufe sind gar nicht am Platze; denn das sind Bürgerwehren, die niemand vergewaltigen wollen. Sie wollen Schutz sein und sonst nichts . . . Sie zeugen davon, daß ein Teil unseres Volkes nicht so geduldig das Haupt auf den Klotz legen will, wenn der andere Volksteil es fordert, wie es in Rußland geschehen ist. Fremde Elemente sind an der Arbeit und die organisierte Bewegung gegenüber den politischen Behörden beweist, daß die Lage ernst ist. Der Staat muß nun seine erste Pflicht ausüben: den Bürgern beweisen, daß er die ruhigen Bürger vor Gewalt schützt und zu schützen versteht. Es ist eine schwere Probe, weil man bisher ohne Schutz die Wurzeln der staatlichen Autorität untergraben ließ. In der Slowakei haben wir den besten Beweis dafür.“

Als die Führer des rechten Flügels der Sozialdemokratie in einer öffentlichen Erklärung von den Kommunisten abrücken wollten, traten im Prager sozialdemokratischen Volkshause mehrere Hundert Vertrauensmänner Großprags und Vertreter politischer und gewerkschaftlicher Organisationen am 30. Juli zusammen, an deren Versammlung u. a. auch der gewesene Arbeitsminister Hampl teilnahm. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche es als unbedingte Notwendigkeit erklärte, einen planmäßig organisierten politischen Generalstoß zur Expropriation der Gutsbesitzer, großer Vermögen und Fabriksunternehmungen zu unternehmen. Die bisherige Koalition mit den bürgerlichen Parteien (?) habe ihre Unfähigkeit erwiesen und könne daher in diesem Kampfe nicht in Betracht kommen. Die Versammlung stehe auf dem Boden der alten marxistischen Grundsätze, daß die volle Befreiung des Proletariats nur dann verwirklicht werden könne, wenn eine kommunistische Gesellschaft aufgebaut werde. Der Aktionsausschuß für Großprag erhielt die Vollmacht, alle sich bis zum Parteitag (26. Sept.) als nötig erweisenden Maßnahmen zu treffen. Dem russischen revolutionären Proletariat wurden die wärmsten Sympathien ausgesprochen.

Und einige Tage darauf, am 5. August, veröffentlichte das Prager kommunistische Organ, der „Sozialni Demokrat“ ein dementsprechendes Aktionsprogramm der Kommunisten, das von 232 Prager Fabrikvertrauensmännern und 102 politischen Vertretern angenommen worden war.

Das Bedenklichste an der Lage ist die starke Verseuchung des Militärs durch kommunistische Elemente, die sich im Verband (svaz) der Legionäre zusammengeschlossen haben. Schon vor Wochen erregte es starkes Aufsehen, als Präsident Masaryk in der Kaserne der russischen Legionäre auf dem Hradschin erscheinen mußte, um durch den damals noch starken Einfluß seiner Persönlichkeit eine gefährliche Gärung unter denselben zu beschwören.

Nun veröffentlichte das sozialdemokratische „Pravo Lidu“ letzter Tage zwei Kundgebungen, die ihm vom 20. Transporte der sibirischen Armee zugegangen sind. In der ersten, die von 2120 Legionären unterschrieben ist, wird die Sozialisierung aller Industriebetriebe, Gruben, Enteignung des Großgrundbesitzes ohne Ablösung, Konfiskation des Vermögens der „toten Hand“, Trennung von Kirche und Staat und der Schule von der Kirche, konsequente sozialistische Schulreform, radikale Aenderung in der ganzen Verwaltung usw. gefordert. In der zweiten, die an die gesamte Arbeiterbevölkerung der Republik gerichtet ist und 1201 Unterschriften trägt, wird eine direkte Hinarbeit auf den Ausbau eines wirklich sozialistischen Staates und die Uebergabe der Staatsgewalt in die Hände der Arbeiterschaft verlangt. Als Folgerung aus dieser Ueberzeugung wird das Programm der kommunistischen Internationale angenommen.

Wie das „Pravo Lidu“ gleichzeitig melden konnte, war das dritte Regiment der russischen Legionäre, das in dem mährischen Kremsier garnisoniert, bei der Durchreise durch Brünn mit roten Nelken geschmückt, der Eisenbahnzug mit roten Fahnen, und es trug eine Standarte mit der Aufschrift: „Drittes kommunistisches tschecho-slowakisches Regiment.“

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die kommunistischen Blätter der Tschecho-Slowakei unumwunden erklären, daß die wahre und endgültige Staats- und Gesellschaftsumwälzung für die Republik erst kommen werde. Die jetzige Regierung müsse vom organisierten Proletariat mit Gewalt gestürzt werden; der kommunistische Umsturz sei für Herbst 1920 in der Tschecho Slowakei zu erwarten.

Nicht mit Unrecht bezeichnete daher unlängst der tschechisch-volksparteiliche „Den“ die rechtssozialistischen Mahner und Warner gegenüber den Exzessen des Kommunismus als verspätete Feuerwehrleute. Trotz allen Leugnens ist in der Sozialdemokratie der Tschecho-Slowakei die noch zahlenmäßige Mehrheit tatsächlich die Minderheit, über kurz oder lang werden die kommunistisch-bolschewistischen Genossen das Heft in der Hand haben, in der deutschen, viel mehr aber noch in der tschechischen Sozialdemokratie der Republik, die ihrer Zersetzung unaufhaltsam entgegengeht. Wer aus den inneren Kämpfen zwischen den revisionistisch-sozialistischen und kommunistisch-bolschewistischen Richtungen innerhalb der nach außen immer noch einheitlichen sozialdemokratischen Partei als Sieger auf dem demnächstigen Parteitag hervorgehen wird, ist niemand, der politisch zu sehen versteht, zweifelhaft. Auch die gemeinsame Kundgebung der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten im Aktionsausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Partei am 11. August, in der die Wahrung der Neutralität in dem Kriege Sowjetrußlands mit Polen gefordert, zugleich die Solidarität mit Sowjetrußland betont wird, wird daran nichts ändern. Die scharfe Hervorhebung, daß der Sieg Sowjetrußlands im Interesse des internationalen Sozialismus liege, beweist geradezu, wessen Diktat bei der Abfassung ausschlaggebend war.



Am Grabe Windthorsts.

Von Dr. Hans Eisele.

Am kommenden Sonntag versammeln sich in Hannover am Grabe Windthorsts die Katholiken der Diözese Hildesheim und Mitteldeutschlands zum Katholikentag in Hannover. Die Vorbereitungen lassen einen Massenbesuch und glänzenden Verlauf dieser Katholikentagung in der Diaspora erwarten. Es war ein sinniger Gedanke, sich zum Katholikentag am Grabe Windthorsts zu versammeln. In Ungarn ist die furchtbare Flut der Revolution, des Sozialismus und Bolschewismus gebrochen am Katholizismus. So hat es der blutgierige Revolutionär Oskar Faber selbst eingestanden. Auch in Deutschland können Sozialismus, Bolschewismus und Revolution nur am Felsen der Religion zerschellen. Wo aber könnten Katholiken und Katholikenführer bessere Gedanken, mehr Idealismus und Kraft zum religiösen und politischen Wiederaufbau unseres arg zerschlagenen Vaterlandes finden als am Grab des großen Führers der deutschen Katholiken und der deutschen Zentrumspartei? Vom Föderalisten Windthorst klingen aus seinem Grab die alten guten Lehren von der deutschen Selbstständigkeit und Lebenskraft der Bundesstaaten, die er so sehr gestärkt und gehütet hat, vom Föderalismus und föderativen Charakter des Reiches, auf dessen Boden Bismarck das Reich und Windthorst die deutschen Katholiken geeinigt, die Bayern zu den Rheinländern und Preußen geführt hat. Vom Monarchisten und Welfen Windthorst leuchtet aus seinem Grabe die Treue, die er noch in schwerer Not seinem blinden, vertriebenen König und Herrscherhaus auch unter der eisernen Faust Bismarcks gehalten hat. Vom klugen Zentrumsführer Windthorst erhebt sich noch aus seinem Grabe die unbeugsame Grundsatztreue, die nie Augenblickserfolge mit der Preisgabe von Grundsätzen und nie parlamentarische Siege mit der Gefährdung des großen Endzweckes erkauft hat. Er, der große Taktiker, hat in taktischen Erfolgen des Parlamentarismus stets nur Mittel zum Siege der Grundsätze gesehen. Und vom Katholikenführer Windthorst spricht an seinem Grabe in der Marienkirche zu Hannover die gläubige Stärke, die religiöse Ueberzeugungskraft, die unbedingte Grundsatzfestigkeit und Treue zur katholischen Kirche, zu Bischöfen und dem Papst, die ihm nie Konzessionen an Umsturz und Revolution gestatteten. Windthorst, der grundsatzfeste Staatsmann und gläubige Politiker, Windthorst, der bedingunglos gläubige, romtreue Katholikenführer und Windthorst, der aufrechte Hüter der Volksrechte und Staatsautorität, Windthorst aber auch der Feind der Demagogie und Volksbuhlerschaft, könnte er an seinem Grabe die Heerschau über seine Katholiken und ihre Führer halten! Wer immer an seinem Grabe betet, wird gestärkt und mit klarerem Blicke von dannen gehen. Möge vom Grabe Windthorsts viel Segen ausströmen auch auf die Tagung der Katholiken der Diözese Hildesheim und Mitteldeutschlands!

Festtage der Seele.

Das waren Tage, reich an Glück und Gnaden,
Fern allem Lärm der leiderfüllten Zeit,
Die Seele wandelte auf Höhenpfaden
In Harmonie mit der Unendlichkeit.
Und badete die Schwingen, wie die Taube,
In Höhenluft und klarem Himmelslicht,
Der Welt entrückt, hoch überm Erdenstaube,
Und war voll Trost und war voll Zuversicht.

Und immer wieder trank sie aus der Quelle
Des Heils, daraus lebend'ges Wasser fliesst,
Das mild befruchtend seine Segenswelle
Auf das verdorrte Ackerland ergiesst.
Da sprosste neu des Glaubens lichte Blüte,
Der Hoffnung Grün, es rankte froh empor,
Und flammend brannte wieder im Gemüte
Der Gottesliebe roter Rosenflor.

Es ruhten feiernd Erdenwunsch und Wille
Vor dem, der alles Lebens Quell und Kern,
Und meine Seele neigte fromm und stille
Sich demutvoll vor ihrem höchsten Herrn.
Und hehre Ruhe, heil'ger Sabbatfriede
Durchdrang wie Gotteshauch mein tiefstes Sein. —
Ich stimmte jauchzend zu dem Hohenliede
Der Engel in das Dreimalheilig ein. —

Martha Braunfels.

Weltkonferenz über Glauben und Kirchenordnung.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. J. Hoffmann.

Mannigfach ist das Kleid Christi zerrissen, d. h. von seiner Kirche haben sich viele Teile losgelöst, teils größere, teils kleinere, die einen bereits in früherer Zeit, die anderen in der neueren. Doch herrscht auch allenthalben fast instinktiv das Bewußtsein, daß dieses ein unnatürlicher Zustand ist, zugleich rüttelt das so erhabene und eindringliche hohepriesterliche Gebet des Heilandes, ut omnes unum sint, daß alle eins seien, die Gewissen auf. Darum sind die Versuche, die Getrennten zu einigen, so alt wie die Sekten selbst; auch in der jüngst vergangenen Zeit ruhten diese Bestrebungen nicht. So ging im Jahre 1910 eine sehr beachtenswerte Kundgebung von Nordamerika aus. Die Generalversammlung der amerikanischen bischöflichen Kirche faßte den einmütigen Beschluß:

„Wir glauben, daß die Zeit da ist, wo Vertreter der ganzen Familie Christi, vom Heiligen Geiste geleitet, wohl geneigt sein dürften, sich zur Erwägung von Fragen des Glaubens und der Verfassung der Kirche Christi zu versammeln." Die Generalversammlung ernannte eine Kommission, die aus 7 Bischöfen, 7 Geistlichen und 7 Laien besteht. Eine außerordentliche Tätigkeit, um das Werk vorwärts zu bringen, entfaltete insbesondere Dr. Robert H. Gardiner im Staate Maine. Gerade als die Idee verwirklicht werden sollte, brach der Weltkrieg aus. Sobald der Verkehr wieder frei war, ging man an die Ausführung. Die Einladung war erfolgt an alle Kirchen der Welt, welche die Tatsache und den Glaubenssatz der Menschwerdung Christi anerkennen. Die meisten haben denn auch ihre Teilnahme zugesichert, so die Anglikaner in den verschiedenen Ländern und Weltteilen, die Baptisten, Kongregationalisten, Jünger Christi, die Kirche des Orients, die Freunde, Methodisten, Mährische Kirche, Altkatholiken, Presbyterianer und Reformierte sowie Unierte (die vereinigte Kirche von Südindien). Als der uns vorliegende Prospekt ausging, hatten die Teilnahme noch nicht versprochen, die russische Kirche, deren Patriarch den Kongreß aber freundlichst begrüßte, sowie die Kirchen Mitteleuropas. Der Grund, weshalb Rußland und Mitteleuropa noch fernstehen, liegt nicht nur in den allgemein-politischen Verhältnissen jener Länder, sondern auch in den inneren Zuständen dieser Kirchen selbst. Der Papst lehnte die Teilnahme an dem Weltkirchenkongresse ab.

Das oben erwähnte Schriftstück gibt Aufschluß über die Gründe, aus denen der Plan hervorreifte, belehrt über das Ziel, das erreicht werden soll, über Mittel und Wege, die man einschlagen möchte, und über andere Einzelheiten.

Die Ursache, welche die Weltkonferenzbewegung ins Dasein rief, wird u. a. also dargestellt:

Diejenigen, die zuerst dafür eintraten, seien von der Ueberzeugung tief durchdrungen, „daß die Zerstückelung der Christenheit, soweit Glaubenslehre und Verwaltung dabei in Betracht kommen, allen christlichen Kirchen und Glaubensgenossenschaften zum Nachteil gereiche. Bei den einen hat sie religiöse Gleichgültigkeit gesät und genährt, bei den anderen hat sie den Einfluß der christlichen Religion auf das Menschenleben verringert. Unter heidnischen Völkern hat sie den Fortschritt der christlichen Wahrheit gehemmt und verlangsamt. Im sozialen Leben der Völker hat sie die Isolierung der Kirche zur Folge gehabt. Das soziale Ansehen der christlichen Kirche hat man unfruchtbaren Streitigkeiten geopfert. Wir waren in endlose Erörterungen vertieft, während die Menge von Christo wich. Die Trennung der Kirchen ist die offene Wunde, die es zu heilen gilt, wenn der Christenheit nicht nur die Schönheit, welche aus ihrer sichtbaren Einheit hervorleuchten würde, sondern auch ihre apostolische Kraft und das volle Leben wieder zuteil werden soll".

Die genannte Kommission stellt über die Veranlassung der Trennung der Kirche fest:

„Die Unwissenheit und der Mangel an wohlwollender Nachsicht haben zum Bruche geführt." Diesem Uebel abzuhelfen, hat man „den falschen Weg betreten, als man versuchte, Christen durch religiösen Streit einander näher zu bringen. Indem man umfangreiche Bücher verfaßte und den Bannstrahl schleuderte, vermeinte man Ueberzeugungen ändern zu können, die der Seele durch jahrhundertelange Erziehung eingepflanzt waren." Dementsprechend will die Konferenz einen anderen Weg einschlagen: „Ueberdies denkt man nicht im entferntesten daran, die Ansprüche irgendwelcher Kirche der Weltkonferenz zur Entscheidung vorzulegen. Ueber das Feststellen der von jeder Gemeinschaft vertretenen Ansichten geht ihre Befugnis wie ihr Ziel nicht hinaus. Von jeder Kirche verlangt man die klare, lebendige, aufrichtige Darstellung ihrer Glaubenslehren und insbesondere die Auseinandersetzung derjenigen Punkte, welche andere christliche Gemeinschaften bisher nicht als richtig

haben anerkennen können." „Es wird niemand dabei Gefahr laufen, die Glaubenslehren, die sein christliches Gedankenleben nähren, angreifen zu hören. Auch wird die Konferenz kein neues Glaubensbekenntnis abfassen. Die Tatsachen des christlichen Glaubens sind ewig unwandelbar."

Als **Grundsätze für die Verhandlungen** auf der Konferenz stellt die Generalversammlung der amerikanischen bischöflichen Kirche auf:

„Wir bedauern unser bisheriges Fernhalten, wie auch andere Fehler der Ueberhebung und Selbstgenügsamkeit, die der Kirchenspaltung dienen; der Wahrheit getreu, wie wir sie erkennen, achten wir doch die Ueberzeugung derer, die anderer Meinung sind." Die Generalversammlung hofft, daß „alle christlichen Gemeinschaften beistimmen in dem Bestreben, unseren eigenen Willen zu verleugnen und gesinnt zu sein, wie Jesus Christus unser Herr auch war — —. Wir wollen uns unseren Mitchristen anschließen, indem ein jeglicher nicht nur auf das seine sieht, sondern auch auf das, was das andere ist."

Diese Töne sind dementsprechend auch vorherrschend in dem Schreiben der Kommission zur Vorbereitung der Konferenz: Aufforderung zur Demut, zur Liebe und Nachsicht, die Mahnung, den Balken aus dem eigenen Auge zu ziehen, damit dann der Splitter aus dem des Nächsten von selbst falle, die Aufforderung, die Vorzüge der Schwesterkirchen anzuerkennen und zu achten.

„Alle tragen sie die Schuld an der Entfremdung. Wie wir alle gesündigt und bisher die Ratschläge der Demut wie auch die Milde der Liebe verachtet haben, so wollen wir nun alle an dem Versöhnungswerke teilnehmen." „Warum sollte man nicht durch christliche Nächstenliebe, Demut und gemeinschaftliche Bestrebungen das Fest der endgültigen Aussöhnung der Christenheit vorbereiten?"

Gebet, Ideenaustausch und gegenseitige Unterstützung bei den guten Werken, welche die Verbesserung sozialer und internationaler Zustände bezwecken, seien geeignete Mittel.

Wie werden wir uns als Katholiken zu diesen Bestrebungen stellen? Wir erkennen ohne weiteres die hohe Bedeutung der Sache an. Es wäre damit von selbst eine gegenseitige Annäherung der Menschheit gegeben, die ja der Welt nie nötiger war als in unseren Tagen, da der sog. Völkerbund, diese Rückversicherung der Sieger im Weltkriege, versagen wird; diese Einheit ist zudem gerade der Inhalt des hohepriesterlichen Gebetes des Heilandes; seiner Verwirklichung haben neben den Päpsten allezeit die Edelsten aller Religionsgenossenschaften Mühen und Sorgen geweiht. Das Ziel, das man erreichen will, ist demnach sehr zu begrüßen; dennoch dürfte es eine Verwirklichung kaum finden, der Erfolg wird den staunenswerten Bemühungen und Arbeiten nicht gleichkommen. **Der Grund liegt darin, daß der Standpunkt, auf dem man steht, und die Mittel und Wege, die in Anwendung kommen sollen, sich nicht entsprechen.**

Es wird wohl gefordert, daß die Teilnehmer an der Weltkonferenz die Menschwerdung des Sohnes Gottes anerkennen, dennoch möchten die Namen mancher Kirchengemeinden, die zugesagt haben, den Zweifel nahelegen, ob man diese Lehre durchaus im Sinne des alten Christentums festhält. Nirgends begegnen wir außerdem in den Kundgebungen dem Glauben an eine übernatürlich geoffenbarte Wahrheit, die unter Verlust der Seligkeit festzuhalten sei. Es wird zwar in dem Aufrufe der Kommission gesagt: „Die Tatsachen des christlichen Glaubens sind ewig unwandelbar". Doch das Ganze ist von dem Grundton durchklungen, „daß die sichtbare Wiedervereinigung aller Christen sich nicht durch die Untergrabung oder die teilweise oder gänzliche Aufgabe irgendeiner Ueberzeugung herbeiführen lasse". Sind nun die einander widersprechenden Lehren der einzelnen Kirchen auch „ewig unwandelbar", oder ist es gleichgültig: ob man gerade die ewig unwandelbaren Tatsachen festhält oder sich zu entgegengesetzten bekennt? Man scheint letzterem zustimmen zu wollen. Hiermit aber kann nicht bloß nicht ein überzeugter Christ übereinstimmen, sondern nicht einmal ein vernünftig denkender Heide, außer er steht auf dem Standpunkte des Agnostizismus oder des Indifferentismus.

Unter diesem **fundamentalen Irrtum** steht auch der Glaube der Kommission über den **Zweck und die Bestimmung der Kirche.** „Um dieses Gesetz (der Liebe im Dienste der Nebenmenschen) zu verkünden und Gelegenheit zu diesem Dienste zu bieten, gründete Christus seine Kirche." Man habe aber bisher vergessen, „daß die anfängliche Einheit der Kirche sich weniger auf die Lehre als auf die Liebe gründete und daß bei den Kirchenvätern die Ausdrücke Bruderschaft und Kirche als gleichbedeutend galten." Hierin liegt ein großes Mißverständnis. Gewiß erschien dem Herrn und der Kirche die gegenseitige Liebe der Christen als die Blüte des kirchlichen und christlichen Lebens, der **gemeinsame Glaube** war indes die Grundlage und das Band der Einigung, und diese wurde aufs strengste gefordert, gibt ja doch der Heiland dem Landpfleger Pilatus als den Grund, weshalb er in diese Welt gekommen sei, an, „um der Wahrheit Zeugnis zu geben".

Es mußte darum der Konferenz vor allem darum zu tun sein, die Wahrheit festzustellen. Dieses scheint sie indes für nicht möglich zu halten oder sie betrachtet es prinzipiell als nicht vordringlich. Zu einer solchen Zwecksetzung würden allerdings auch die ins Auge gefaßten Mittel nicht ausreichen. Demut, Liebe und Anerkennung eigener Fehler und Schwächen sowie der Vorzüge anderer sind menschlich außerordentlich edle Empfindungen und tragen bei Verhandlungen zur Verständigung bei.

Doch bei der Weltkonferenz müßte es sich in erster Linie um die Erforschung der von Gott gegebenen Wahrheiten handeln. Und hierfür reichen jene Mittel nicht aus, dazu ist auch „theologisches Gezänk" und „Bemängelung" von der eigenen Ueberzeugung abweichender Meinungen anderer notwendig. Zu diesen menschlich natürlichen Mitteln muß hier außerdem noch der Beistand des Heiligen Geistes kommen, auf den ja auch die Kommission hofft. Doch dieser Beistand ist einzig den Aposteln und ihren Nachfolgern bei der Feststellung von Glaubens- und Sittenlehre in vollem Umfange gegeben.

So wird, dessen sind wir völlig überzeugt, das große und edle Unternehmen direkt zur Einigung der Christenheit nichts Wesentliches beitragen, doch hoffen wir gewiß indirekt. Die Verhandlungen werden den Teilnehmern und damit der christlichen Welt in hellem Lichte dartun, welch grundlegende Verschiedenheiten zwischen den einzelnen christlichen Kirchengemeinden bestehen, es müßte denn sein, daß man sich auf der Konferenz darüber absichtlich hinwegtäuscht. Die Erkenntnis der tiefgehenden Abweichungen aber dürfte den schon vorhandenen Zug nach Einigung stärken und auch den Blick hinwenden auf denjenigen, dem der Stifter des Christentums den Auftrag gegeben hat, seine Brüder zu stärken.

Es mußte der vorbereitenden Kommission viel daran gelegen sein, das **Oberhaupt der großen katholischen Weltkirche**, den Papst in Rom zu gewinnen. Eine Abordnung von Bischöfen der amerikanischen Episkopalkirche und Pastoren wurde vom Papste empfangen. Msgr. Ceretti, Titular-Erzbischof von Korinth und Sekretär für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, übernahm die Führung der Kommission. Ihr Bericht verkündigt über die Haltung Benedikts: „Ehe man die offizielle Einladung an den Papst überbrachte, hatte er das wärmste Interesse an der Bewegung bekundet und versprochen, diese in sein Gebet einzuschließen, daß Gott sie leiten möge, und diese seine Gesinnung hatte er der Abteilung auch persönlich versichert. **Die offizielle Einladung lehnte er aber ab, weil die Einheit nur in der römisch-katholischen Kirche bestehe und bestehen könne**".

Eine andere Stellungnahme war für den Papst nicht möglich; er kann ja die Grundsätze, die für die Verhandlung aufgestellt sind, nicht in allweg anerkennen. Die katholische Kirche, die sich im Besitze der vollen Wahrheit weiß, wird zudem niemals mit jenen, welche die Mutter verlassen haben, in gleicher Reihe um gegenseitige Anerkennung und Billigung ihrer Lehren und Einrichtungen sich bewerben; dabei wird sie gewiß mit Liebe und Gebet die Wege verfolgen, welche die Getrennten einschlagen. Konsequent ist es demnach auch, wenn den **Katholiken die Teilnahme an den Verhandlungen untersagt wird.** Schon vor dem Empfang der Kommission hatte Benedikt ihren Mitgliedern die Enzyklika Leos XIII. über die Einheit der Kirche überreichen lassen; nach der Audienz brachte die Kongregation des hl. Offiziums ein Dekret aus dem Jahre 1864 an den englischen Episkopat in Erinnerung, der die Beteiligung an einer heute noch in London bestehenden Vereinigung zur Herbeiführung der kirchlichen Einheit den Katholiken verbot.

Für den 12. August 1920, wurde für die Einzelkommissionen der Kirchen, die an der Konferenz teilnehmen wollen, eine Sitzung nach Genf ausgeschrieben, welche die Einzelheiten des weiteren Verfahrens, ferner Zeit und Ort des Zusammentretens der eigentlichen Weltkonferenz bestimmen soll. Nach Zeitungsberichten war diese Versammlung von Abgesandten aus 80 Kirchengenossenschaften besucht, die 40 Nationen angehörten. Mit vollem Interesse werden wir die Sache weiter verfolgen.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Es rächt sich, daß nach den Wahlen versäumt wurde, eine Regierung der tatsächlich vorhandenen bürgerlichen Mehrheit zu bilden. Das Kabinett Fehrenbach muß von der Gnade der Sozialdemokratie leben. Und sie hat nicht weniger, sondern mehr Macht im Reich verlangt. Darum wagt die Reichsregierung nicht, gegen das ungesetzliche Verbot der Orgesch in Preußen und Sachsen einzuschreiten. Sie verschanzt sich hinter dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs, der die Vereinspolizei den Ländern vorbehält. Also kann auch Bayern auf seinem Standpunkt in der Frage des Selbstschutzes beharren. Der wilde Kampf der Sozialdemokratie gegen die Orgesch in München und Nürnberg ist nicht zur Rettung des Reiches, sondern aus Angst vor der radikalen Konkurrenz der Unabhängigen unternommen worden und dient nur der Vorbereitung der zweiten Revolution des Bolschewismus. Sehr bedenklich ist drum die Nachgiebigkeit des Reichskabinetts gegen den Anspruch der Arbeiterverbände und der sozialistischen Parteien, eine Aufsicht über die Eisenbahnbetriebe, speziell über Militär- und Munitionszüge auszuüben. Die Neutralität im russisch-polnischen Krieg auf der Reichseisenbahn zu wahren, ist einzig Sache der zuständigen Behörden. Daß aber gar Transporte der Reichs- und Sicherheitswehr von der Erlaubnis eines Ausschusses abhängen sollen, in dem die Vertreter der Arbeiter mitentscheiden, darf eine Regierung, die noch Autorität und Selbständigkeit für sich beansprucht, niemals zugestehen. Die jetzige Reichsregierung hat es leider getan. Ein Schritt weiter zur Rätewirtschaft. Daß wir zur Aufsicht über den Staatsbetrieb die Volksvertretung haben, scheint weder den Ministern noch den Arbeitern bewußt zu sein. Von den Eisenbahnern selbst wird der Regierung erklärt, daß sie sich ein Hineinreden derartiger Ausschüsse in ihren Bereich nicht bieten lassen. Eine wohlverdiente Zurechtweisung, die aber die Schwäche des Reiches und seiner Regierung noch mehr offenbart.

Die Sehnsucht nach einer wirklichen und unabhängigen Staatsgewalt wächst. Das bezeugt ein „Offener Brief an den König" zum Namenstag Ludwigs III., den der Pfälzer Pfarrer und angesehene Politiker Martin Walzer im „Bayer. Königsboten" veröffentlicht. Er erklärt, daß das christlich gesinnte Volk zum allergrößten Teil treu zur Person und Sache des Königs stehe und der monarchische Gedanke gute Fortschritte mache.

Ein paar kleine Putsche in Norddeutschland hinkten stark hinter den russischen Siegen her. Im Ruhrgebiet gab es Unruhen und sogar eine Räterepublik in Velbert, eine zweite tat sich für einige Stunden in Köthen auf. Ueberall war es die kommunistische Arbeiterpartei, unterstützt von einzelnen Nationalbolschewisten. Die Räterepublik endete in beiden Städten mit einem Raubzug für die Taschen der Revolutionshelden.

Württemberg will den Widerstand der Arbeiter gegen den Steuerabzug brechen. Im Einvernehmen mit der Regierung wurden einige große Betriebe wegen Gewalttaten der Arbeiter geschlossen und von der Sicherheitspolizei besetzt. Die Arbeiterschaft von Groß-Stuttgart und Eßlingen beschloß darauf den verschärften Generalstreik mit Einschluß der lebenswichtigen Betriebe. Württemberg ist ein typisches Beispiel dafür, wie eine halbsozialistische schwächliche Regierung die Anmaßung der Arbeiter stärkt und wohin sie führt.

In Oberschlesien breitet sich der polnische Aufstand aus, dank dem Verhalten der französischen Besatzung, die kurzsichtig und haßerfüllt sich mit den Polen verbrüderte, statt sie zu entwaffnen. Die italienischen Truppen haben dagegen in ehrlicher Objektivität in ihrem Bereich schnell Ordnung geschaffen. Jedenfalls zeigte sich der interalliierte Verwaltungsausschuß unfähig, die Ruhe des Landes und die Freiheit der kommenden Abstimmung zu gewährleisten. Deshalb leiteten die Vertreter der deutschen politischen Parteien, Gewerkschaften und Abstimmungsbehörden selbständig Verhandlungen mit den Polen und deren Führer Korfanty ein. Man vereinbarte, die Sicherheitspolizei durch eine halb deutsche, halb polnische Hilfspolizei zu ersetzen, alle auszuweisen, die nach dem 1. August 1914 nach Oberschlesien zugezogen seien, die Waffen einzusammeln und einen Aufruf an die Bevölkerung mit der Mahnung zum Frieden und zur Arbeit zu richten. Korfanty aber gab diesen Aufruf an seine Leute in der Form heraus, daß die Einigung mit den Deutschen als ein voller Sieg der Polen erscheint. — Die Unruhen zogen ihre Kreise bis nach Breslau. Dort wurde durch die zahlreichen Flüchtlinge aus Oberschlesien und das Aussprengen wilder Gerüchte die Stimmung so erregt, daß das französische und polnische Konsulat gestürmt und zerstört wurden. So spielt deutscher Unverstand den Feinden neue Druckmittel in die Hände.

Daß unsere äußere Politik nun besser wird, weil man endlich den Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einberief, ist nicht anzunehmen. Dr. Simons ist von seinem Urlaub zurückgekehrt. In der Schweiz hatte er, entgegen allen Erwartungen, keine Zusammenkunft mit Lloyd George. Daß die Presse wochenlang davon als von einer sicher in Aussicht stehenden Tatsache schreiben konnte und die Regierung das gerne geschehen ließ, reiht sich würdig den zahlreichen Dummheiten unserer amtlichen Berichterstattung an.

Auch Oesterreich strebt seinen Umbau in einen Bundesstaat an. Im übrigen wird der Wahlkampf täglich heftiger. Gegen die herrschende Sozialdemokratie kann eine wichtige Tatsache ins Feld geführt werden, die die „Reichspost" (Nr. 235) aus den Akten des Tiroler Nationalrats feststellt. Vor dem Waffenstillstand 1918 gab der soz.-dem. Abgeordnete Abram als Ansicht der Wiener politischen Kreise den Rat nach Innsbruck, es sei unter Umständen vorteilhaft, Teile des zurückflutenden Heeres, von denen man Exzesse befürchte, durch die Italiener gefangen nehmen zu lassen. Die Exzesse waren Abstimmungen der Soldaten, besonders Tiroler, zugunsten der monarchistischen Staatsform. Das macht das Schuldmaß der österreichischen Sozialdemokratie voll. Es wäre ein unbezahlbarer Schaden, wenn die Bürgerlichen und besonders Christlich-Sozialen die Gelegenheit zur Abrechnung bei den Wahlen nicht voll ausnützten. Leider hat man den Eindruck, daß es bei den Christlich-Sozialen in diesem Wahlkampf noch an der einheitlichen Führung für die Organisation und für den taktischen Aufmarsch fehlt. Der vortreffliche Kunschak kann nicht alles machen.

Polen hat unter der Führung Pilsudskis und mit reichlicher Unterstützung der Franzosen weitere Siege errungen. Zehntausende von Russen sind gefangen, 30—40000 nach Ostpreußen abgedrängt, wo sie trotz ihrer Entwaffnung eine große Gefahr bilden. Kongreßpolen ist wieder frei vom Feind, auch in Galizien weichen die Russen zurück. Doch mehren sich die Anzeichen, daß sich jenseits des Bug ihr Widerstand versteift. Den Polen selbst ist von Amerika und Frankreich Mäßigung empfohlen worden. Millerand unterschätzt die russische Gefahr auch jetzt nicht und wünscht vor allem den Frieden Europas. Die Friedensverhandlungen in Minsk wurden angesichts der völlig veränderten Lage abgebrochen.

Interessant ist die Haltung Englands. Als Lloyd George in Luzern mit Giolitti zusammentraf, hatte sich die Lage eben zuungunsten Rußlands verändert. Die beiden Staatsmänner veröffentlichten das Ergebnis ihrer Besprechungen in einer Kundgebung an die Presse. Sie betont die Notwendigkeit, baldigst den allgemeinen Weltfrieden herzustellen. Die russische Antwort, von Tschitscherin gezeichnet, zieht die Forderung nach einer Arbeitermiliz zurück, zeigt aber in ihrem ganzen Ton, daß Moskau trotz seiner Niederlage vor einem Stirnrunzeln Englands nicht zittert. Ja, Kamenew und Krassin steckten sich hinter die englischen Arbeiter, und deren Ausschuß erklärte die Luzerner Kundgebung für einen Schritt in der Richtung kriegerischer und rückschrittlicher Politik. Die russischen Vertreter bleiben nach wie vor in London. Anderseits unterstützen Frankreich und auch England Polen jetzt ganz offen. Danzigs Wunsch, neutral zu bleiben, ist durch eine schroffe Erklärung des dortigen Oberkommissars Sir Reginald Tower abgeschlagen worden. Danzig sei noch nicht Freistaat; ob es das würde, hänge von den nächsten Tagen ab. Gleichzeitig ging ein englisches Geschwader bei Danzig vor Anker.

Außerhalb Europas ist England bestrebt, durch kluges Lockern drückender Bande die Völker seinem Weltreich angeschlossen zu halten. Aegypten soll für unabhängig erklärt werden. Jedoch bleibt eine englische Besetzung am Suezkanal, und mehr braucht England nicht. Ist Aegypten erst Mitglied des Völkerbundes, was ihm gleichfalls in Aussicht gestellt wird, so steht es wieder unter englischer Leitung. Unlängst tagte in Genf ein Kongreß christlicher Kirchen zur Wiedervereinigung aller Bekenntnisse. Selbst auf diesem Kongreß versuchten Franzosen und Belgier, von den erschienenen Deutschen ein Bekenntnis der Schuld am Weltkrieg zu erpressen. Die entschiedene Weigerung der deutschen Vertreter bewirkte, daß auf Vorschlag der Amerikaner dieser Punkt nicht verhandelt ward. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hatte von vornherein die Einladung nach Genf abgelehnt. Die deutschen Protestanten zeigten sich also viel charaktervoller, als seinerzeit die Sozialdemokraten bei der Zweiten Internationale.

Die religiös-sittliche Schulaufsicht der Kirche.

Von Pfarrer Dr. Timmen, Eutin (Holstein).

Die geistliche Schulaufsicht in der bisherigen Form ist endgültig zu Grabe getragen, der Staat hat die Aufsicht in den weltlichen Fächern weltlichen Lehrern und Schulaufsichtsbeamten übertragen. Die neue Reichsverfassung sieht aber sowohl simultane als auch konfessionelle Schulen vor; und für beide Schularten muß die Kirche kraft göttlichen und kirchlichen Rechtes die Aufsicht über den konfessionellen Religionsunterricht und über die religiös-sittliche Erziehung der Kinder beanspruchen.

Die kirchlichen Bestimmungen über die Schulaufsicht nach dem neuen kirchlichen Gesetzbuch sind ganz klar und feststehend.

Die Verkündigung der von Gott geoffenbarten Wahrheiten ist die Aufgabe des kirchlichen Lehramtes (can. 1322 u. ff.). Der Papst ist der Träger dieses Lehramtes für die ganze Kirche can. 1329 § 2), der Bischof für die Diözese (can. 1326, 1327 § 1). Die Ausübung des kirchlichen Lehramtes ist ein Ausfluß der Leitungsgewalt der Kirche, sie darf deshalb auch nicht ohne die kirchliche Sendung (missio canonica) ausgeübt werden (can. 109). Wer deshalb in Ausübung des kirchlichen Lehramtes predigen oder Religionsunterricht erteilen will, bedarf dazu der missio canonica. Letztere liegt entweder in einem Amte als solchem, z. B. in der Pfarrstelle, die einem Geistlichen übertragen wird, oder sie wird für einen bestimmten Zweck — z. B. auswärtigen Predigern oder Lehrern behufs Erteilung des Relionsunterrichtes — eigens übertragen (can. 1328), und zwar vom Diözesanbischof (can. 1327 f und 1381 § 3). Bedarf so einerseits jeder Lehrer zur Erteilung des Relionsunterrichtes der missio canonica, so steht anderseits der gesamte Religionsunterricht unter Leitung und Aufsicht des Pfarrers, der kraft seines Amtes in erster Linie mit dessen Erteilung beauftragt ist (can. 1329 ff). Werden zur Erteilung des Religionsunterrichtes andere Personen, seien es Geistliche oder Laien, herangezogen, so untersteht deren Lehrtätigkeit ohne weiteres der Leitung und Aufsicht des Pfarrers. Dabei bleibt selbstverständlich die Oberaufsicht des Bischofs bestehen (can. 1381), die er füglicherweise durch die Dechanten wahrnehmen läßt (can. 447).

Das sind im wesentlichen die kirchlichen Rechtsbestimmungen über die Erteilung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes, sie bedeuten göttliches und kirchliches Recht für die ganze Welt und müssen deshalb auch richtunggebend bleiben bei der Neuordnung des deutschen Schulwesens.

Ueber den Umfang der religiös-sittlichen Schulaufsicht der Kirche ist zu sagen: die Schulaufsicht der Kirche muß sich zunächst auf die Beaufsichtigung des gesamten Glaubensgutes erstrecken. Jede Religionsgemeinschaft, die sich nicht selbst aufgeben will, muß verlangen, daß in den simultanen und konfessionellen Schulen rein und unverfälscht, ohne Zutat und ohne Verkümmerung, die gesamten Glaubens- und Sittenlehren der betreffenden Konfession den Kindern verkündet werden. Wenn deshalb Lehrpersonen diesen Religionsunterricht erteilen sollen, so müssen sie von vornherein durch ihre ganze Persönlichkeit die Gewähr bieten, daß sie sich diesem Unterricht mit Treue und peinlicher Gewissenhaftigkeit hingeben werden. Außerdem verpflichtet sie die kirchliche Oberbehörde, d. i. der Bischof als Vertreter des kirchlichen Lehramtes in der missio canonica ausdrücklich, daß sie den Religionsunterricht nur gemäß der kirchlichen Lehre erteilen wollen.

Die religiös-sittliche Schulaufsicht hat sich im Laufe des Schuljahres auch davon zu überzeugen, ob auch die reine unverfälschte Kirchenlehre den Kindern verkündet wird. Der Religionsunterricht ist zu erteilen an der Hand der von der kirchlichen Behörde vorgeschriebenen Lehrbücher. Maßgebender, leitender Einfluß ist dabei der Kirche einzuräumen bezüglich der Lehrpläne und der Pausenverteilung, ja auch bezüglich der Methodik. So sehr es zu wünschen ist, daß der Religionsunterricht ganz im Geiste der heutigen Pädagogik und Methodik, soweit darin gesicherte wissenschaftliche Ergebnisse zutage liegen, gegeben wird, ebenso muß doch auch Vorsorge getroffen werden, daß der Religionsunterricht nicht zum Expermentierobjekt für Liebhabereien und Spielereien „moderner fortschrittlicher Pädagogen" herabgewürdigt wird. Die religiös- sittliche Schulaufsicht kann deshalb auch nicht darauf verzichten, die Methodik des Religionsunterrichtes zu beaufsichtigen und gegebenenfalls dieselbe auch zu berichtigen und zum Geiste der Kirche zurückzuführen.

Im gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesen hängt unendlich viel von der Erzieherpersönlichkeit ab. An den Bekenntnisschulen genügt es deshalb auch nicht, daß die Lehrpersonen das Glaubensgut unverfälscht darbieten, sondern sie müssen demselben auch nachleben, um diese Ueberzeugung auch im gesamten Unterricht zum Ausdruck zu bringen. In welch schiefe Stellung kommt ein Lehrer der Bekenntnisschule, der selber zwar die Lehren vorträgt, aber in seinem praktischen Leben denselben ins Gesicht schlägt (Erfüllung der Sonntagspflicht, der Osterpflicht). Wie unglückliche Verhältnisse müssen sich bei Lehrern und Schülern herausbilden, wenn der Religionsunterricht nicht mit dem andern Unterricht in Einklang steht. „In der Naturgeschichtsstunde lernen wir das anders ...."

Die kirchliche Schulaufsicht darf sich deshalb nicht auf den Religionsunterricht als solchen beschränken, sondern muß das gesamte religiös-sittliche Leben der Schule umfassen und dabei auch auf alle Aeußerungen dieses Lebens achten. Mag die Form und die Art noch so rücksichtsvoll und zurückhaltend sein, in der Sache muß daran festgehalten werden, daß das gesamte Schulwirken vom religiös-sittlichen Geiste in den Bekenntnisschulen durchdrungen sein muß und daß die kirchlichen Organe die von Gott verordneten Träger dieser religiös-sittlichen Schulaufsicht sein müssen.

Träger der kirchlichen Schulaufsicht sind: In den einzelnen Gemeinden und Seelsorgsstellen ist der Ortspfarrer für die religiös-sittliche Erziehung der Schuljugend verantwortlich, ihm steht somit auch kraft seines Amtes das Recht zu, die religiös-sittliche Schulaufsicht auszuüben. Die Zahl seiner Besuche in der Schule ist an sich unbeschränkt, wenn dabei auch eine gewisse vorherige Verständigung mit den Lehrpersonen im Dienste eines harmonischen Zusammenwirkens zum besten der Kinder sich leicht in der Praxis ergeben wird.

Das neue kirchliche Gesetzbuch betont die Oberaufsicht des Bischofs. Diese Oberaufsicht üben die Bischöfe anläßlich der Firmungs- und Visitationsreisen in regelmäßigen Zwischenräumen aus, unbeschadet des Rechtes, auch besondere Revisionen abzuhalten. Als besondere Vertreter sind zu diesem Zwecke auch die Dechanten im kirchlichen Rechte vorgesehen. Damit hat die Kirche also geistliche Kreisschulinspektoren im Nebenamt für die religiös-sittliche Erziehung angestellt. Dem Geiste des kirchlichen Gesetzes würde es aber auch entsprechen, wenn an die Stelle der nebenamtlichen Dechanten hauptamtliche Diözesanschulräte berufen würden. Die Anstellung würde allein Sache der hochwürdigsten Ordinariate sein, denen diese auch regelmäßige Berichte über den religiös sittlichen Stand und die Religionsleistungen der einzelnen Schulen einzuliefern hätten. Mit dem Staate müßte nur eine Dienstanweisung vereinbart werden, um damit ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den staatlichen Aufsichtsorganen zu ermöglichen.

Ein Zusammenwirken zwischen staatlicher und kirchlicher Schulaufsicht ist notwendig. Die Lehrpersonen sind Angestellte des Staates, der ihnen auch den besonderen Wirkungskreis zuweist. Es können sich Konfliktskämpfe ergeben, die eine Versetzung oder bei den Bekenntnisschulen auch gar eine Absetzung notwendig machen. Schon mehrfach haben die katholischen Elternvereinigungen Schulstreiks beginnen müssen, weil sie für die konfessionellen Schulen auch gläubige Lehrer verlangten. Am bekanntesten ist in jüngster Zeit der Streik in Herne geworden, wo etwa 90—95% der Schulkinder, im ganzen etwa 8000, seit Pfingsten vom Unterricht ferngehalten wurden; ja am 21. Juni ist dort seitens des katholischen Elternverbandes der Generalstreik für das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet erklärt worden. Konflikte, welche sich aus der Forderung der religiös-sittlichen Erziehung ergeben, werden auch in Zukunft nicht ausgeschlossen bleiben. und deshalb ist es besser, wenn durch gegenseitige Verständigung zwischen Staat und Kirche Ausgleichsmöglichkeiten angebahnt werden, welche dem Schulstreik der Elternvereinigungen vorbeugen. Jedenfalls können sich die Eltern ihre Rechte an ihren Kindern nicht nehmen lassen, sie haben verbriefte Rechte, nach denen sie für ihre katholischen Kinder auch katholische Lehrkräfte verlangen müssen, nicht nur Taufschein-Katholiken, sondern Katholiken praktischer Glaubensüberzeugung und Betätigung. Aus diesem Grunde kann auch die Kirche auf die Beaufsichtigung der religiös-sittlichen Erziehung nicht verzichten.

Der katholische Freistudent.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Es gibt zahlreiche katholische Studenten, die keiner Korporation beitreten können oder wollen. Auch sie müssen dem katholischen akademischen Leben erhalten oder neugewonnen werden. Dies versuchten bereits vor dem Krieg die „Freien Vereinigungen katholischer Studenten". Die erste wurde von Dr. Ruby in Freiburg i. B. gegründet. Ursprünglich arbeitete die Freie Vereinigung katholischer Studenten (F. V. K. St.) innerhalb der allgemeinen Freistudentenschaft und suchte den katholischen Hochschülern in deren Rahmen Geltung und Einfluß zu sichern. Aber die Freistudentenschaft geriet immer mehr ins Schlepptau liberaler und sozialistischer Mächte. Die ursprüngliche Neutralität verschwand. Die Freie Vereinigung katholischer Studenten (F. V. K. St.) machte sich daher ganz selbständig. Sie suchte den katholischen Freistudenten in ihren Veranstaltungen alles zu bieten, was Vereine oder Korporationen für ihre Mitglieder haben, aber ohne jeden Zwang für den einzelnen. Die F. V. K. St. hat Vorträge, gesellige, literarische und musikalische Abende. Für Mitglieder, die ein Gebiet besonders pflegen wollen, bestehen engere Zirkel und Kurse unter fachmännischer Leitung. Daneben gibt es Ausflüge, Wanderungen und Besichtigungen. Die Vereinigung vermittelt auch Arbeit in katholischen Vereinen, christlichen Gewerkschaften, in Vinzenzkonferenzen, im Bonifatius- und Missionsverein. Im ganzen teilt sie ihr Arbeitsprogramm in Pflege der katholischen Weltanschauung, soziale Arbeit und Selbsterziehung. Letztere ist ihr eigentümlich, da sie als freistudentisch den Zwang der Korporationen und ihr Fuchsenwesen nicht kennt. Teilnahme an Versammlungen, Gesellschaften und Arbeiten ist frei, auch kein Mitgliedsbeitrag wird verlangt, ist j doch willkommen von 3 M aufwärts. Beitritt erfolgt durch Anmeldung beim Vorstand und Eintrag in die Mitgliederliste. Die Satzungen geben Schutz gegen das Eindringen ungeeigneter Elemente und machen auch deren Ausschluß möglich. In der F. V. K. St. sind Student und Studentin gleichberechtigt zusammen. Im allgemeinen hat man damit gute Erfahrungen gemacht und möchte die gegenseitige Ergänzung und Erziehung nicht missen. Der vornehme Ton der geselligen Veranstaltungen wird durch die Anwesenheit der weiblichen Studierenden gewährleistet.

Die F. V. K. St. kam einem Bedürfnis entgegen. Schon 1911 bestand eine Vereinigung in München. Auch in Bonn, Münster, Breslau, Würzburg, Berlin blühte die F. V. K. St., so daß sie bei Kriegsausbruch an allen deutschen Universitäten mit einer größeren katholischen Studentenschaft vertreten war. Der Krieg hat ihr natürlich viel Abbruch getan. Die meisten männlichen Mitglieder zogen ins Feld, zahlreiche, darunter manche der besten, sind gefallen. An fast allen Hochschulen ging die F. V. K. St. ein. Aber trotz der schweren Umstände, die der unglückliche Ausgang des Krieges und der staatliche Umsturz zeitigte, gelang es, an den meisten Universitäten die Vereinigung neu zu beleben und auf die ganz veränderten Bedürfnisse der heutigen Studierenden einzustellen. Die F. V. K. St. kommt diesen vielleicht insofern entgegen, als sie keine hohen Ansprüche an Zeit und Geld ihrer Mitglieder stellt. Billiges Studium, baldige Abschlußprüfung und Anstellung verlangt der Student zunächst. Für Kultur und soziale Arbeit bleibt wenig übrig. Daß dem Hochschüler doch etwas davon zugut komme, daß er Anschluß an Gleichgesinnte und edle Geselligkeit finde, auch wenn er nicht aktiv werden kann, gibt der F. V. K. St. ihr Recht auf Dasein. Um den Zusammenhalt der Mitglieder auch nach der Studienzeit zu fördern und ihnen wie den noch Studierenden zu nützen, vielleicht auch wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, ist der **Altfreundebund** gegründet worden. Leider hat er noch nicht alle Altfreunde erreicht und bittet sie auch hierdurch um Anmeldung. (Geschäftsstelle bei Rechtsanwalt Hans Weber, München, Dienerstraße 6).

Vom 18. bis 20. Juli hielt die F. V. K. St. ihren heurigen Verbandstag in München. Dabei waren außer dem derzeitigen Vorort München die Vereinigungen von Freiburg i. B., Köln, Frankfurt, Münster, Berlin vertreten, ebenso die Akademia, Freie Vereinigung katholischer deutscher Hochschüler in Wien. Diese, sowie die jungen Vereinigungen von Köln und Frankfurt wurden in den Verband aufgenommen. Durch gründliche Aussprache und gegenseitiges Kennenlernen wurde die Sache der F. V. K. St. ungemein gefördert und gute Hoffnung für ein neues Aufblühen nach den schweren Kriegsjahren erweckt.

Die 40. Hauptversammlung des Verbandes kath. kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands.

Von Generalsekretär Dr. Göhling, Essen.

Wenn noch ein Beweis dafür erforderlich war, daß der katholischen Standes- und Berufsvereinsbewegung in unseren Tagen eine ganz besondere Bedeutung innewohnt, so ist er durch den eindrucksvollen Verlauf der 40. Hauptversammlung der Standesorganisation der katholischen Kaufleute und Angestellten in Handel und Industrie, die in den Tagen des 5.—7. August cr. in Bochum stattgefunden hat, in glänzender Weise erbracht worden. Die Bochumer Tagung verdient eine besondere Beachtung durch die gesamte katholische deutsche Welt. Wiederholt und noch in den letzten Monaten hat der deutsche Episkopat Veranlassung genommen, auf die Notwendigkeit der Erhaltung und Förderung der **katholischen** Standesvereine hinzuweisen, und noch jüngst bezeichnete eine hohe kirchliche Stelle die Erhaltung der **katholischen** Standesvereine als ein „Lebensinteresse" der katholischen Kirche in Deutschland. Erfreulich ist deshalb zunächst die Feststellung, daß der Verband kath. kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands die ungezählten Hindernisse der Kriegs- und Nachkriegszeit glücklich überwunden hat. Sie waren geradezu eine Belastungsprobe allerschwerster Art. Die überaus harte wirtschaftliche Not der Angehörigen des Kaufmanns- und Angestelltenstandes lenkte ihr Interesse naturgemäß von der vorwiegend auf idealer und religiöser Grundlage aufgebauten Organisation ab zu den nur wirtschaftlich orientierten Verbänden hinüber. Der **Gewerkschaftsgedanke** faßte mit den Tagen der Revolution erstmalig auch in den Kreisen der Angestellten festen Fuß. Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Orientierung der Standesangehörigen ging die religiöse Verflachung und ein bedauerliches Verblassen idealer Gesinnung nicht zum wenigsten gerade in den Kreisen des Kaufmannsstandes. Um so erfreulicher ist es, daß der Gedanke der **katholischen** Standesbewegung im Kaufmannsstande dennoch lebendig geblieben ist und sich trotz der großen Hemmungen energisch durchgesetzt hat.

Die diesjährige Tagung hat die Bedeutung der Standesvereinsbewegung und des kath. kaufmännischen Verbandes insbesondere für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens klar gekennzeichnet. Universitätsprofessor Abgeordneter Dr. **Schmittmann** legte sie zunächst grundsätzlich klar in seinem Referat: „**Der konfessionelle Berufsverein als Führer zum Aufstieg**", indem er kennzeichnete, wie im Gegensatz zum Individualismus und Sozialismus in erster Linie der Standesorganisationsgedanke geeignet ist, Gemeinschaftssinn und Solidarismus — die Voraussetzungen für den Wiederaufbau — zu entwickeln.

„Am Anfange aller Reform steht die Gesinnungserneuerung. Damit stehen wir vor der Tatsache, daß auch die **gewerkschaftliche Organisation allein nicht** genügt. Sie vermag zwar die wirtschaftlichen Fragen zu fördern, aber das auf Ethos und Gesinnung angewiesene Gemeinschaftsleben nicht zu erneuern. Hier muß die **konfessionelle Organisation** ergänzend eintreten. Als solche steht Ihr Verband nicht unter den rein wirtschaftlichen Organisationen als anders gerichteter Fremdkörper, auch nicht geduldet daneben als gleichartiges Glied, sondern hoch darüber kündend ein neues Deutschland der sozialen Versöhnung und Bruderliebe."

Aus diesen grundsätzlichen Ausführungen folgerte der bisherige 1. Vorsitzende des Verbandes, Abgeordneter Dr. **Tewes**, in seinem Referat: „**Der K. K. V. und die neue Zeit**" die praktischen Aufgaben der katholischen kaufmännischen Vereine und gab damit ein bedeutsames Kulturprogramm, dessen einzelne Gebiete sich auf religiöse, wirtschaftliche, politische und gesellige Aufgaben erstreckt. Danach stellen sich die katholischen kaufmännischen Vereine folgende Aufgaben:

A) Auf dem Gebiete der Weltanschauung:

1. Die Vertiefung und Förderung des religiösen Lebens der Mitglieder, insbesondere der kaufmännischen Jugend;
2. die Vertretung und Verteidigung der katholischen Weltanschauung im öffentlichen Leben.

B) Auf wirtschaftlichem Gebiet:

1. Die Verbindung des Wirtschafts- und Soziallebens mit den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes;
2. die Vertretung der Standesinteressen im Sinne eines christlichen Solidarismus;

3. Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Mitglieder durch
   a) wirtschaftliche Einrichtungen: Wirtschaftsdienst und Hansabanken;
   b) Bildungsbestrebungen
   c) Wohlfahrtseinrichtungen.

C) **Auf politischem Gebiet**

1. Staatsbürgerliche Erziehung der Mitglieder, namentlich der kaufmännischen Jugend;
2. Sicherung einer ausreichenden parlamentarischen Vertretung der Kaufmannschaft und der Angestellten.

D) **Auf geselligem Gebiet:**

Förderung und Pflege der deutschen Volks- und Familiengemeinschaft im Geiste christlicher Volkskultur.

In allen Einzelheiten ist demnach der Kernpunkt des Programms: Die Mitglieder des Standes in ihrer gesamten Lebensführung privater wie beruflicher Art und den ganzen Stand in seiner berufsständischen Arbeit zurückzuführen zu den Quellen der christlichen Welt- und Lebensauffassung. Auf diesem Fundament stehend soll der katholische Kaufmannsstand im neuen Deutschland mit Nachdruck auch seine wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen, deshalb **Kampf gegen die „wirtschaftliche Inferiorität der deutschen Katholiken“** und besonders des katholischen Kaufmannsstandes mit praktischen Mitteln. Als solche betrachtet der Verband einmal seine **Wirtschaftsstelle**, welche sich mit der Vermittlung von Warenangebot und Nachfrage, mit dem Nachweis von günstigen Gesellschaftsmöglichkeiten, Geschäftsübertragungen, Erwerbsmöglichkeiten, Stellennachweis und Stellenvermittlung befaßt, und dadurch dem Solidaritätsgedanken unter den Katholiken Auswirkungsmöglichkeit bietet. Ein zweites überaus bedeutsames Mittel ist in der Errichtung von „**Hansabanken**“ zu erblicken, denen die Hauptversammlung folgende Ziele zugrunde gelegt hat:

„Konzentrierung von Kapital zum Zwecke einer produktiv nutzbringenden Förderung des im Wirtschaftsleben auffallend benachteiligten christlichen Volksteils, damit dieser in die Lage versetzt wird, möglichst finanziell gesunde mittelständische Existenzen zu erhalten und hervorzubringen. Das Vorhandensein eines großen, wirtschaftlich gut **fundierten christlichen Mittelstandes** ist eine unerläßliche Voraussetzung zur Neubelebung von Treu und Glauben in Handel und Wandel, sowie zur Erhaltung staatlicher Ordnung und christlicher Kultur.

Die Hansabanken stellen sich mit diesen Prinzipien in den Dienst der Allgemeinheit auf den Boden des Programms einer Wirtschaftsverfassung, die mit der christlichen Weltanschauung im Einklang steht. Sie wenden sich damit praktisch gegen eine lediglich großkapitalistischen Interessen dienende Geldpolitik, machen sich die Lehren des christlichen Solidarismus zu eigen und geben durch die Form des genossenschaftlichen Zusammenschlusses allen denjenigen, welche die vorerwähnten Grundsätze anerkennen, Gelegenheit, in das Unternehmen mitbestimmend einzutreten.

Daß daneben erfolgreiche praktische Mitarbeit der Verbands- und Vereinsleitungen auf wirtschaftspolitischem Gebiete geleistet wird, beweisen die Referate von **Generalsekretär Dr. Söhling** über „**Angestelltenfragen**“ und **Abgeordneten Dr. Tewes** über „**Wirtschaftsfragen des deutschen Handels**“, auf die hier nicht des näheren eingegangen werden soll, da die Tageszeitungen bereits ausführlich darüber berichtet haben.

Bemerkenswert ist die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes auch aus dem Grunde, weil sie zum ersten Male seit 40 Jahren einen **starken politischen Einschlag** aufzuweisen hatte. Der Wille zur politischen Mitarbeit ist in den Kreisen des katholischen Kaufmanns- und Angestelltenstandes lebendiger denn je; verständlich ist es daher, wenn sich die Unzufriedenheit über die ungenügende Vertretung des Standes in den Parlamenten in zum Teil sehr harten Worten Luft machte. In Zukunft wird politische Schulung und Aufklärungsarbeit einen größeren Raum im Tätigkeitsgebiete der katholischen kaufmännischen Vereine einnehmen, und es ist zu erwarten, daß spätere politische Wahlen dem katholischen Mittelstand Gelegenheit geben werden, seine Wünsche auf eine stärkere parlamentarische Vertretung erfüllt zu sehen.

Die Versammlung war indessen auch großer politischer Momente nicht bar. Sie wurde geradezu zu einem erhebenden **Bekenntnis zum Reichsgedanken**, als ein Vertreter der **oberschlesischen Vereine**, die trotz erheblicher Reise- und Paßschwierigkeiten in außerordentlich großer Zahl nach Bochum geeilt waren, ein **Treuegelöbnis zum Deutschtum** ablegte, das stürmischen Widerhall in den Herzen mehrerer Hundert Deutscher aller Stämme erweckte. Angesichts der gewaltigen polnischen Propaganda in Oberschlesien, die selbst vor einem Mißbrauch religiöser Momente bei der Wahlpropaganda nicht zurückschreckt, und der gerade die katholischen Bevölkerungsteile des Landes in erster Linie ausgesetzt sind, war der aus katholischen Herzen sich auslösende Treuschwur „Wir sind Deutsche und wollen deutsch bleiben“, ein besonders bemerkenswertes und erfreuliches Dokument.

Für die **äußere Entwicklung des Verbandes** ist die 40. Hauptversammlung ebenso bedeutungsvoll geworden wie für die innere programmatische. Eine erhebliche Beitragserhöhung läßt den Willen der Mitglieder erkennen, der Idee zur praktischen Verwirklichung zu verhelfen und die Opfer zu tragen, die der Sache entsprechen. Den bestehenden Landesgeschäftsstellen in Bayern, Schlesien, Mitteldeutschland und im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet werden demnächst weitere für Südwestdeutschland, Norddeutschland und Oberschlesien angegliedert werden. Der Ausdehnung des Verbandes und damit der Auswirkung der Verbandsidee ist damit der Weg frei gemacht.

Die 40. Hauptversammlung war sich bewußt, daß nur unvollkommene Aufbauarbeit geleistet würde, wenn sie sich nicht ausdehnte auf die **kaufmännische Jugend**, die nicht weniger gesinnungserneuerungsbedürftig ist, als diejenige anderer Stände. Der Ausbau und die Förderung des **Jugendbundes** im Verband kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands war deshalb notwendigerweise besonderer Punkt eingehender Aussprache, die durch ein umfassendes Referat des **Herrn Studienrats Hoischen** (Bochum) eingeleitet wurde und zu erfreulichen Ergebnissen führte.

Wir sehen von der Wiedergabe weiterer einzelner Beratungen ab. Sie alle standen im Dienste des einen großen Gedankens, **daß die sittlichen Kräfte des Standes nicht weniger als seine wirtschaftlichen zu lebendigem Wirken im Dienste der Volksgemeinschaft zu sammeln, zu schulen und einzusetzen seien.** Einzel- und Klassen-Egoismus sind die Ursachen unseres Elends, **christlicher Solidarismus ist einziger Rettungsanker.** Ihn hat die 40. Hauptversammlung des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands erneut ausgeworfen; wir hoffen, daß das deutsche Volk in letzter Stunde beherzt zugreift.

Vom Büchertisch.

Isabelle Kaiser: Rahels Liebe. Preisgekrönte Novelle. 1.—6. Tausend. Köln, J. P. Bachem. Die erstmalig gedruckte deutsche Fassung eines gleich durch das Genfer Institut preisgekrönten Erstlingswerkes und jugendlichen Selbstbekenntnisses: „Coeur de femme“, der hervorragenden „zweisprachigen“ Schweizer Erzählerin. Insofern literarisch-persönlich interessant, dem Gesamtbilde dieser liebenswürdigen und edlen Dichterin gegenüber. Rein sachlich genommen, läßt sich feststellen: Das Buch hat, trotz reichlichen jugendlichen Ueberschwanges, viele feine Züge auch für den reiferen Leser und, in seiner lichten Reinheit, Wahrhaftigkeit und unaufdringlichen Frommheit, gewiß viel lautere Anziehungskraft für eine — noch? — idealstrebende Jugend. Isabelle Kaisers „Vorwort zur deutschen Ausgabe“ verdient aufmerksame Lesung. E. M. Hamann.

Johannes Mayrhofer: Tagebücher eines Weltenbummlers. Mit Bildnis. Regensburg, Friedrich Pustet. Pr. brosch. 8 *M*, geb. 12.50 *M*. — Nicht um Tage„bücher“ handelt es sich hier, sondern um ein Tagebuch aus dem Gesamtjahre 1919. Auch ist es, begreiflicherweise, nicht der Weltreisende, sondern der Heimatfahrer Mayrhofer, der in seiner gewandten, liebenswürdig gewinnenden Weise zu uns plaudernd spricht: hauptsächlich von seinen Vortragsreisen in Nord und Süd, Ost und West des geliebten deutschen Vaterlandes, mit Wiedergabe des bunten Trum und Tran gelegentlich sich bietender Eindrücke aus dem sozialen, staatlichen, geselligen und auch literarischen Leben hier und dort, desgleichen mit Einblicken ins Reinpersönliche und individuell Innerliche, das sich bei Mayrhofer selbst bekanntlich als von reiner Gesinnung getragen erweist. Möge denn das schlicht-freundliche Büchlein seinen Weg und Freude wie Freunde machen! E. M. Hamann.

Mehr Priester für das Heil der Welt. Ein Aufruf zur Mehrung und Förderung der Priesterberufe für Heimat und Mission. Von Hermann Fischer S. V. D. 8° 157 S. 3.50 *M*. Missionsverlag Steyl. 1920. Eine wirklich brennende Gegenwartsfrage wird hier weiteren Kreisen zum Bewußtsein gebracht. In seiner zündenden Sprache zeigt uns der bekannte Missionsschriftsteller die Segnungen des von Christus gestifteten Priestertums, seine Unentbehrlichkeit für die tiefgreifenden sittlichen Schäden der Menschheit. Ueberraschend wird vielen der Nachweis sein, wie groß der Priestermangel vielerorts ist, nicht etwa nur im Neuland des Reiches Christi, in den Missionsländern, sondern auch in weiten Strecken Deutschlands. Fischer gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß selbst gut katholische Kreise es kaum ahnen, wie z. B. die Katholiken Norddeutschlands unter den Katholiken aller Länder Europas (ausgenommen nur Rußland!) verhältnismäßig die wenigsten Priester haben. Sehr groß ist dann der Priestermangel in Mittel- und Südamerika. Der Verfasser gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten an, wie zur Behebung dieses bitteren Mangels überall beigetragen werden kann. Dabei können die moralischen Hilfsmöglichkeiten nicht nachdrücklich genug betont werden. Dieser Weckruf verdient einen allseitigen kräftigen Widerhall; er betrifft ein ausschlaggebendes Anliegen der hl. Kirche. O. Heinz.

„Jedermanns" Tod am Domplatz in Salzburg.

Von D. Dr. Otto *Drinkwelder*, Privatdozent in Salzburg.

Schlau und vorsichtig begann die Reklame für Reinhardts „Jedermann"-Inszenierung am Salzburger Domplatz. Man wolle ein mittelalterliches Mysterienspiel erneuern. In köstlichem Mißverständnisse erging sich noch die sozialdemokratische „Salzburger Wacht" vom 23. August in einer Gegenüberstellung von Mysterienspiel und Mystik. Nun freilich für ein Mysterienspiel paßt der Salzburger Dom nicht. Dazu gehörte vor allem ein mittelalterlicher Dom und nicht die Barockfassade des Italieners Solari aus den Jahren 1614—1628. Es gehörten dazu auch einheitliche Kostüme, nicht solche aus zwei verschiedenen Theatern und nicht um etliche hundert Jahre stilistisch differierende. Es gehörte dazu auch eine mittelalterliche Musik und vor allem die mittelalterliche Pietät gegen Gottes Haus. Gestärkt am Tische des Herrn, vereint und erhoben in heiliger Liturgie mag man im Mittelalter auf den Domplatz gezogen sein, um da in volkstümlich naivem Spiel sich zu erbauen. Im Kriege hätte Reinhardt in rumänischen Kirchen noch genug solcher naiven Spiele sehen können. Mit Freude erinnere ich mich noch an ein Festspiel, das die „Ministranten"-buben am großen Epiphaniefeste nach der Liturgie in der Kirche gaben. Wie sie da mit Stolz ihre Papierkronen trugen und klirrend ihre Säbel zogen. Das war ursprüngliches Volkstum. Davon war am Domplatz nichts zu sehen. Dagegen eine raffinierte Entfaltung moderner Theaterkunst, verbunden mit lüsterner, unter dem Namen des „Mittelalters" eingeschmuggelter Roheit in den Buhlszenen und eine Verbindung von beiden mit Effekten, die ein Mann zu nehmen versteht, der von der „Massenstrategie im Riesenrund des Zirkus" („Salzburger Volksblatt" vom 23. Aug.) kommt und sich auf neue Engagements in Amerika vorbereitet.

Es ist ein billiger „amerikanischer" Erfolg, auf Buhlszenen hinauf plötzlich die Kirchenorgel spielen und die Domglocken läuten zu lassen, um die frommen Zuschauer zu erschüttern und die Nerven der weniger Frommen, dafür an Kulisseneffekten Satten an einer ungewohnten Stelle zu kitzeln. Also sind die Kirchenglocken doch auch für diese nicht umsonst da. Wozu denn immer zur öden Messe und zum Gebete läuten? Kunst! das ist deine Religion! Ein Richard Wagner hat auch so gedacht. Aber er war feinfühliger Künstler genug, sich sein Festspielhaus ferne der Welt zu erbauen. Salzburg möchte auch ein Festspielhaus. Die Generalversammlung am Vorabend des ersten Spieles hat es ja ausgesprochen. Warum nicht? Aber noch steht es nicht. Sollte nicht die Domfassade wenigstens einen Festspielhaus-„Ersatz" bieten. „Nie war Reinhardt größer als bei diesem Werke", schrieb das „Salzburger Volksblatt" vom 23. August. Gewiß. Denn in einem Werke war ihm Kunst- und Religionsersatz zugleich gelungen. Kunstersatz, weil er die Mittel der Kunst beiseite ließ, *wirkliche* Kirchenglocken läuten, eine *wirkliche* Kirchenorgel spielen ließ. In Kienzls unschuldigem „Evangelimann" wirkt die Kirchenkulisse als Hintergrund und das aus der Kirche erklingende „Salve Regina" künstlerisch, weil auf dem Boden der dramatischen Ausdrucksmittel stehend. Domglocken und Domorgel für Bühneneffekte sind das Armutszeugnis für das Versagen rein dramatischer Mittel.

Wichtiger war das Mißverhältnis zwischen dem profanen Spiele und dem Mißbrauch der Kirche zur Erhöhung der Bühnenwirkung. Und wenn es das heiligste Spiel gewesen wäre, so wäre dieses Mißverhältnis geblieben. Wie tief und sinnig ist der Ritus der Glockenweihe! Mit heiligem Wasser werden sie gewaschen, damit sie nichts von dieser Erde in ihre hohe lichte Wohnung mithinaufnehmen. Mit Oel und Chrisam werden sie gesalbt, daß sie als mutige Kämpen hoch droben Wache halten und in Sturm und Wetter immer nur wieder das eine Wort sprechen: Brüder betet! Weihrauch- und Myrrhenduft haben sie aufgesogen, um die Gebete der Heiligen vor Gottes Thron zu bringen. Und diese Glocken läuten nun beim Begräbnis des Jedermann auf der Bühne! „Das Requisit der Kirche diente dem Theater. Wo hätte man Aehnliches schon vernommen? Wo hätten je die Glocken einer alten Bischofstadt ihre Stimme erhoben, weil es eine dramatische Schaustellung galt?" So fragt triumphierend das „S. Volksbl." vom 23. August. Doch dieses Glockenläuten war kein Triumph. In seinem künstlerischen Empfinden äußerte einer der Hauptdarsteller gelegentlich, er komme sich beim Buhlermahle am Domplatz vor wie weiland König Belsazar beim Mahle mit den heiligen Gefäßen aus dem Tempelschatz. Sein Empfinden hat ihn recht beraten. Und wenn man recht hinhorchte, so konnte man es aus der Stimme der Glocken heraushören jenes: Mane, Thekel, Phares, das keiner Tempelschändung erspart bleibt.

Man brauchte nur einen Blick ins Dominnere „hinter die Kulissen" zu werfen, um sich über die dem alten Dome angetane Unbill klar zu sein. Da gegenüber vom Sakramentsaltar — es ist 23. August 1920, zirka 6 Uhr abends und Schreiber dieses Augenzeuge — da steht neben den Gräbern der alten geistlichen Fürsten eine Schauspielerin in blauem Kostüm, die ihre Toilette vollendet, während ihre Zofe ihr den Spiegel hält. Dort gegenüber vom Grabe Katschthalers und Kaltners sitzt in den Kirchenstühlen eine zwanglos plaudernde Gruppe kostümierter und unkostümierter Schauspieler. Stürmischen Schrittes durcheilt eine kostümierte Schar, die meisten den Hut auf dem Kopf, den Dom, ohne den Sakramentsaltar eines Blickes, geschweige denn eines Grußes zu würdigen. Zarte Damenhände nesteln am Gitter herum, das das Presbyterium gegen das Kirchenschiff absperrt. Man hat ihnen gesagt, der Weg zu ihrer Garderobe führe gerade durch die Kirche hinter den Hochaltar, durch jenen kleinen rückwärtigen Eingang, der sonst eifersüchtig als Privileg des Klerus gehütet wird. Ein Palais hinter dem Dom ist ihre Garderobe. Von draußen tönt der wüste „mittelalterliche" Lärm der Buhlszenen herein. Von der Orgeltribüne erklingt wieder ein Stück Theatermusik für die Zuschauer vor dem Dom. Hat vielleicht das Mittelalter auch Orgelemporen gehabt, von denen aus man auf den Domplatz „hinausspielte"?

Der sozialdemokratische Unterstaatssekretär für Unterricht, Glöckel, wohnte der Erstaufführung bei: mannhaft und tapfer hat die katholische Presse seine kirchenfeindlichen Erlasse bekämpft. Aber ich hätte gewünscht, daß sie jetzt in Salzburg auch ein gewaltiges „Hand weg von unsern Kirchen und Glocken!" dem vor Glöckels Augen operierenden Theater-Regisseur zugerufen hätte. Nur die rührend humanitären Zwecke wurden in allen Tonarten gepriesen. Von einem katholisch-karitativen Zweck verlautete aber nichts. Ebensowenig von den riesigen Auslagen der Regie, des Bühnenaufbaus am Domplatz, des Transportes und der Versicherung der Kostüme und der Honorare jener Künstler zweiten und dritten Ranges, die nur um des lieben Geldes willen mittaten und lieber ungestörte Ferien gehabt hätten, wenn der Winter nicht so lang und kalt und das Holz nicht so teuer wäre... Die Eintrittspreise von 300 Kronen abwärts führten natürlich ein „erlesenes" Publikum verschiedener abend- und morgenländischer Nationalitäten aus Gastein und anderwärts zusammen. Der Entschluß, nach Abspeisung der Reichen noch eine Volksvorstellung zu mäßigen Preisen zu geben, sollte in letzter Stunde den Unwillen der armen Klassen beschwichtigen. Auch die Proletarier in der „Salzburger Wacht" vom 23. August haben den Wunsch geäußert, den „Jedermann" zu sehen, obwohl die „Tendenz der Moralität des Mysteriendramas heute jeder Proletarier, der die rührselige Geschichte von Jedermanns Glück und Ende, Reue und Tod liest, entschieden wird ablehnen müssen; solcher Moralität und deren Lohn vermag nur den Beifall satter Bourgeoisie zu erringen", wie derselbe Artikel der „Wacht" das Proletariat belehrt. Nur der Enterbte des Mittelalters „schöpfte in seinem düsteren Erdenwallen aus dem Spiele den uns heute allerdings banal scheinenden Trost, daß der Tod niemanden verschont usw." Die „Wacht" ist also noch nicht bekehrt. Das katholische Volk dagegen ist in seinen heiligsten Gefühlen verletzt. Das Wimmern der Domglocke bei der Todesbotschaft an „Jedermann" bedeutet Sturm! Nicht den Sturm offener Feldschlacht des Kulturkampfes, sondern die Ueberrumpelung aus dem Hinterhalt. Das Volk, das seine Glocken auch nur ein einzigesmal fürs Theater läuten hörte, wird dieses Totengeläute freien stolzen kirchlichen Lebens niemals vergessen. Um 1/4 8 läutete es zum Begräbnis des „Jedermann" um 8 Uhr zum Engel des Herrn. Es waren dieselben Glocken wie einst und doch nicht mehr dieselben. Es war als hätten sie die Unschuld verloren, wie sich des Kindes Auge trübt, wenn es gefallen. Die Wirkung war erschütternd, gewiß, aber weder künstlerisch noch religiös. Auch der lustige Zecher wird erschüttert, wenn ihm sein witziger Freund beim nächtlichen Heimgang an der Friedhofsmauer ein Gespenst erscheinen läßt. Das ist physiologische Notwendigkeit. Ebenso können die Orgeltöne und Domglocken niemanden „kalt lassen", der vorher in breiter Ausführlichkeit mit den Buhlszenen übersättigt und von der Buhlermusik so ermüdet ist, daß er den Klang der Glocken und der Orgel als „Erlösung" empfindet.

Ob sich Salzburg für die Erneuerung mittelalterlicher Mysterienspiele eignet, ist eine Frage für sich. Näher läge die Erneuerung des barocken Hoftheaters der fürstlichen Erzbischöfe und des Schultheaters der alten Benediktineruniversität. Da kann man nach Herzenslust erneuern, wenn man schon keine Kraft zu eigener Produktion in sich fühlt. Dafür hat man noch die Originalbühnen in Mirabell, Hellbrunn und der alten Universitätsaula. Vom Mittelalter hat man nichts als ein bißchen Architektur in der Franziskanerkirche und den unvergleichlichen Nonnberg. Dort wäre das gerechte Milieu für „Jedermann" gewesen. Dort hätte die Entweihung der Kirche durch das Spiel selbst einem Reinhardt eingeleuchtet, wenn er während eines mittelalterlichen Choralamtes auch nur ein einziges Mal *kommuniziert* und dann am Nachmittage mit dem Chore die Vesper *mitgebetet* hätte.

Bühnen- und Musikrundschau.

Uraufführung im Residenztheater. Die Idee, welche dem „*schwachen Geschlechte*", einem Spiel von Frank *Stayton* (deutsch von Else Otten) zugrunde liegt, ist ganz hübsch. Irgend ein junger Engländer hat sich auf seine Yacht zurückgezogen, die kein Frauenfuß betreten darf, um ohne Störung und Ablenkung sein weiberfeindliches Buch über das schwache Geschlecht zu schreiben. Da muß er auf hoher See ein junges Mädchen an Bord nehmen, das schon sechsunddreißig Stunden in steuerlosem Kahn, der Erschöpfung nahe, treibt. Das Weitere läßt sich erraten. Die Bekehrung des Weiberfeindes vollzieht sich bühnentechnisch nicht ohne ermüdende Stockungen. „Ich habe keine Phantasie; ich bin ein Engländer", läßt der Autor eine seiner Figuren einsichtsvoll sagen. Der von Eva angezettelte Streik der Schiffsmannschaft wirkt keineswegs so humoristisch, wie der Verfasser gedacht haben mag. Ueberhaupt ist die Dame viel zu viel Kratzbürste und zu wenig liebenswürdig, als daß der Uebergang zu weicherer Tonart glaubhaft werden könnte. Frl. *Ritscher*, die sehr

undeutlich sprach, verstärkte noch den Eindruck des Schroffen, so daß nicht recht wahrscheinlich wurde, wie bis herunter zum chinesischen Schiffskoch alle unter die Herrschaft des „schwachen Geschlechtes" geraten. Waldau gab den aus seiner Behaglichkeit Vertriebenen mit trockenem Humor; wenn manches doch etwas blaß blieb, so lag dies daran, daß der Künstler den Briten nicht in das ihm gemäße Münchnerisch-Wienerische transformieren konnte. In den Beifall mischte sich am Ende scharfes Zischen. Es galt wohl weniger dem harmlosen Autor, als dem Engländer. Es ist auch nicht ersichtlich, warum wir Goethes Geburtstag mit einer britischen Bagatelle begehen mußten.

Münchener Kammerspiele. „360 Frauen", Lustspiel von Hans und Johanna von Wentzel. Eine Leporelloliste? Von einer Frauenrechtlerin verhetzt, quält eine junge Frau am Hochzeitsabend ihren Gatten, ihr den Namen seiner ersten Liebe einzugestehen. Der in die Enge Getriebene behauptet, gar keinen Roman erlebt, sondern nur als loser Schmetterling allerhand Frauenschönheit umgaukelt zu haben; aus diesem Geständnis berechnet die eifersüchtige Frau 360 Lieben in 10 Junggesellenjahren, und so kommt es zum Zerwürfnis; der junge Ehemann wird ins Fremdenzimmer einlogiert, woraus dann allerhand billige, aber zum Lachen reizende Komik erwächst. Ein Freund des Gatten und das männerfeindliche Fräulein Doktor mußten als Rechtsanwälte die beiden statt zur Scheidung zur Versöhnung führen; was auch gelingt, wobei sich die beiden Juristen als Verlobte empfehlen. Also freundliches „Sommertheater", das von Koch, der sich mit dieser Rolle von München verabschiedet, von den Damen Jacobsen und Wagner sehr flott und nett gespielt wird. Reichlich seicht ist, was über die doppelte Moral der Geschlechter, die Frauenrechte, Friedrich Nietzsche und dergleichen in witzigem Redegeplätscher durch die drei Akte rieselt; worauf dann der sogen. gesunde Menschenverstand zu billigem Triumphe gelangt.

Verschiedenes aus aller Welt. Dr. Zeiß, der neue Münchener Generalintendant verabschiedete sich mit einer Ansprache vom Frankfurter Publikum und in internen Feiern vom Aufsichtsrat und den Künstlern. Der Oberbürgermeister rühmte in seiner Rede, daß Zeiß in den denkbar schwierigsten Zeiten im Laufe von drei Jahren Frankfurt wieder zu einer lebendig bewegten und führenden Theaterstadt gemacht habe. Die städtischen Behörden und der Aufsichtsrat ließen dem Scheidenden eine künstlerisch ausgestattete Adresse überreichen. — Bei unserer Besprechung der Münchener Uraufführung der „Nacht der Jenny Lind" wurde die Mutmaßung ausgesprochen, daß dieses Stück sowohl von denen, die der Sängerin, als auch von denen, die Billroth näher gestanden, peinlich berühren werde. Inzwischen sind auch Proteste erfolgt. Die Art dieses Liebesverhältnisses erscheint aus psychologischen Gründen historisch unglaubhaft.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschaftsstörungen überall — Oberschlesische Gefahren — Folgen des heimischen Währungselendes.

In der Kursbewertung der deutschen Reichsmark-Devise ist zwar eine immerhin erhebliche Besserung zu verzeichnen, doch scheint dieselbe überwiegend auf Spekulationstaktik zurückzuführen zu sein. Die gesamte Sachlage unserer Wirtschaftsfaktoren hat sich soviel wie nicht zum Günstigeren gewendet. Schon die scharfe Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und -nehmern in dem immer noch unausgetragenen Kampfe um den gesetzlich festgelegten Steuerabzug beim Arbeitslohn verhindert teilweise jede Arbeitsförderung. Diese Steuersabotage hat sogar vielfach, wie z. B. in Württemberg, bei den dortigen bedeutenden Industrieunternehmungen regierungs- und verwaltungsseits zur Sperrung dieser viele Tausende von Personen umfassenden Werke geführt. Die ohnehin ganz gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit, die Möglichkeit und Gelegenheit zu neuerlichen und grösseren Umtrieben und politischen störenden Zwischenfällen ist dadurch wahrscheinlich zum Teil bereits eingetreten. Eine weitere Folge solcher, alle feinmaschigen Zweige unseres Wirtschaftsbetriebes hindernden Störungen ist eine unvermeidliche Hemmung der Industrieentfaltung und der Konkurrenzbetätigung der werktätig schaffenden Handels- und Gewerbekreise. Kurz, die Entwicklung deutscher Unternehmerschaft wird wiederum empfindsam zurückgeworfen. Auch die Vorkommnisse bei den gesetzwidrigen Eingriffen in die Eisenbahnbetriebs-Kontrolle von Truppen- und Waffentransporten durch unmassgebende Kreise mehren die Unsicherheit im wirtschaftlichen Leben und Treiben. Diese Tatsachen, im jetzigen Augenblicke der militärischen Uebergriffe polnisch-französischer Kreise in **Oberschlesien**, wodurch jede sachgemässe Kohlenbelieferung und Industriebetätigung in diesem für Gesamtdeutschland so ungeheuer wichtigen Industriezentralbezirk schlechterdings gestört werden müssen, wirken naturgewäss niederdrückend.

Nach wie vor verbleibt unseren Wirtschaftsfaktoren **nur** die Sammlung im eigenen Lande mit dem Programm einer ungestörten Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, eines Wiederaufbaues der jetzt überall zerstreuten, dadurch unwirksamen Kräfte der Innenwirtschaft. Reichsminister Koch hat jüngst in Ludwigshafen ein solches Programm klargelegt. Der Zerfall und Rückgang der Leistungsfähigkeit der deutschen Finanzen macht naturgemäss ungehindert Fortschritte. Ob dadurch die derzeit noch dementierte Uebernahme der deutschen Eisenbahnen durch eine Auslandsgesellschaft nicht doch noch Tatsache werden muss, ob fernerhin als nächste Folge jede Selbständigkeit der deutschen Volkswirtschaft samt und sonders schwinden wird, ist nicht mehr unwahrscheinlich! An den heimischen Effektenbörsen herrscht zwar — und zwar ähnlich wie in den Katastrophenmonaten Januar—März — wiederum enorm getriebenes Geschäft. Jeder Beteiligte fühlt jedoch ohne weiteres, dass lediglich, wie damals nur die Flucht vor Deutschlands Währungselend die Ursache derartig fieberhaften Spekulationsmanöver ist. Dass die Preise für Gold, Silber, anderem Edelmetall neuerdings bei uns sowohl, wie auch auswärts, ebenso wie für Diamanten und sonstige Werte erheblich angezogen haben, ist eine Folge dieser Zustände. Vom **Preisabbau** hört man weniger. An den einzelnen Warenbörsen herrschte sogar in einzelnen Sparten und Artikeln — Textilgewerbe, Elektrotechnik, Drogen-, Chemikalienmarkt, Feinmechanik schon wegen der verschlechterten Markvaluta Warenmangel, der Preiserhöhungen mit sich bringt. Die Leipziger technische Messe war ein ausgesprochener Misserfolg, vielleicht auch hervorgerufen durch gleichzeitliche politische und sonstige Störungen. Die jetzt einsetzende grosse Leipziger Herbstmesse steht ebenfalls unter keinem günstigen Stern. Das ist um so bedauerlicher, als gerade jetzt Anzeichen eines Handelsausbaues sich mehren. So sind beispielsweise die Wiederaufnahme des direkten Telegraphenverkehrs mit Amerika und darüber hinaus — drahtloses Radiofunkwesen durch stattliche Finanzunternehmen — ferner der Ausbau des deutschen Fernsprechverkehrs mit Holland — zehn neue Linien —, mit Italien, Verbesserung desselben mit der Schweiz, wichtige Etappen solcher grundlegenden, aufbauenden Tätigkeit. Handelfördernd ist ausserdem die geplante Wiederaufnahme der vor dem Krieg bestandenen Schiffahrtsbeziehungen der belgischen Interessenten zwischen Antwerpen und dem Deutschen Reich. Wie den Tagesblättern endlich zu entnehmen ist, wird die Hamburg—Amerika-Linie anfangs 1921 zwischen Hamburg und Neuyork ihren eigenen Passagierdienst wieder beginnen, in voraussichtlich von Monat **zu Monat** steigendem Verkehr. Solche programmatischen Hinweise müssen schliesslich doch den Einfluss ausüben, der es unseren Wirtschaftskreisen mit der Zeit möglich macht, langsam aber vom Grund auf aufzubauen. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.








STEMPEL



Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die tieferschütternde Nachricht, dass mein heissgeliebter, herzensguter Gatte, unser herzensguter Vater, Grossvater, Bruder, Schwager, Onkel und Pate

Herr Gg. Taubenberger

Guts- und Sägewerks-Besitzer

schnell und unerwartet infolge eines Herzschlages im 60. Lebensjahre heute nachmittag 2 Uhr für immer von uns gegangen ist.

Sauerlach, den 27. August 1920.

In tiefstem Schmerze

Familie Taubenberger.

Die Beerdigung mit darauffolgendem Seelengottesdienste fand am Montag, den 30. August, vormittags 10 Uhr, in Sauerlach statt.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in München.

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am

Mittwoch, den 29. September 1920
vormittags 11 1/2 Uhr

im Sitzungssaale des Notariats München II, Neuhauserstr. 6/2 dahier stattfindenden

ausserordentlichen Generalversammlung

ein.

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Grundkapitals von M. 2'000,000.— auf M. 4'000,000.— durch Ausgabe von 2000 neuen auf Namen lautenden Aktien zu je M. 1000.—.
2. Festsetzung der Begebung der neuen Aktien und Bestimmung über die Einräumung des Bezugsrechtes der Aktionäre auf die neuen Aktien.
3. Aenderung des § 3 des Statutes (Höhe des Grundkapitals).

In der am 26. August 1920 stattgefundenen Generalversammlung mit der gleichen Tagesordnung war die Beschlussfassung nicht möglich, da die nach § 15 Abs III der Satzung erforderliche Vertretung von dreiviertel der emittierten Aktien nicht vorhanden war.

Es wird darauf hingewiesen, dass die neu einberufene Generalversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Aktien in der Art beschlussfähig ist, dass die Beschlüsse nur durch dreiviertel Mehrheit gefasst werden können.

München, 27. August 1920.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation

Der Vorstand: Kullen. Kaula.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Tel.-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland ℳ 12.— ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 4.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile ℳ 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile ℳ 5.—.
Beilagen: ℳ 45.— das Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 37 | München, 11. September 1920. | XVII. Jahrgang.

Bayerische Politik einst und jetzt.

Von Theodor Graf von Montgelas, München.

„Bayerische Politik muß nach großen Gesichtspunkten gemacht werden, heute mehr denn je." Diese treffenden Worte des Herrn Landtagsabgeordneten Vielberth (vgl. „Allgem. Rundschau" Nr. 31 v. 31. 7. 20) veranlassen mich die Frage zu stellen, ob diese Forderung in der stürmischen Zeit der Gegenwart von denjenigen befolgt wurde, von welchen die Anhänger der Bayerischen Volkspartei es bestimmt erwartet hatten, als sie ihnen das Mandat zur Nationalversammlung und zum 1. Reichstag übertrugen. „Voraussetzung des Zusammenschlusses der deutschen Staaten ist, daß die Grundlagen, welche das Wesen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit Bayerns bilden, Bayern verfassungsgemäß gewährleistet und gegen Verfassungsänderungen, die wider den Willen Bayerns erfolgen könnten, sichergestellt werden", so lautete die Parole, unter welcher die Bayerische Volkspartei ihre Anhänger sammelte. In Befolgung dieses Grundsatzes hat aber nur Dr. Heim als einziger Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei gegen die jetzt bestehende deutsche Reichsverfassung gestimmt, während ihr alle übrigen, manche vielleicht als einem ihnen notwendig erscheinenden Uebel, ihre Zustimmung nicht versagten.

Es dürfen dabei nicht vergessen werden die chaotischen Zustände in Bayern unter Eisner, der mit Absicht die Berufung des Landtags verzögerte und die Revolutionierung der Massen als sicherste Stütze des ergaunerten Ministersessels betrachtete, der als landfremder jüdischer Ideologe kein Verständnis haben konnte für bayerisches Volksempfinden. Die Hauptstadt des Landes war in der Hand landfremder Verbrecher. Die Minister mehr oder minder mit einem Fuße bereit, den Sprung in das Chaos der Räterepublik mitzumachen. Unter diesen Verhältnissen boten die Bestimmungen der Reichsverfassung über Religion, Bildung und Schule einen sicheren Schutz gegen unerhörte Möglichkeiten in Bayern. Die Durchführung der oben angeführten programmatischen Punkte hätte erfordert, daß das bayerische Volk sich rechtzeitig sein neues Haus gezimmert hätte, nachdem es infolge der Münchener Indolenz am 7. November 1918 um sein altes Heim gebracht worden war, das die überwiegende Mehrzahl der Bayern mit einigen Verbesserungen immer noch lieber bewohnt hätte als den traurigen Neubau.

In ähnlicher Weise hat die Bayerische Volkspartei in Berlin die Parole „Bayern den Bayern" nicht in den Vordergrund gestellt, als Abgeordnete der Partei durch den gegenwärtigen Reichskanzler aufgefordert wurden, in das Reichskabinett einzutreten. Mir schien hier der gegebene Augenblick zu sein, wo es sich nicht darum handeln konnte, einen Ministerposten zu erhalten, sondern es galt, unzweideutig die Stellung bekannt zu geben, welche die überwiegende Mehrheit des bayerischen Volkes einnimmt: „Berlin darf nicht Deutschland werden und Deutschland nicht Berlin".

Der Satz, daß Bayerns Geschichte reich sei an versäumten Gelegenheiten, hat eine neue Bestätigung erhalten. Wenn man dagegen geltendmachen will, die Not des Reichs habe erfordert, daß man dem einstigen Zentrumsfreunde Fehrenbach am 19. Juni nur keine Schwierigkeiten bereiten durfte, so möchte ich dem gegenüber anführen, daß bei Bekanntgabe von programmatischen Forderungen, die vom föderativem Standpunkte notwendig sind (in erster Linie „Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches unter Wiedereinführung des dem Reichstag gleichberechtigten Bundesrates und Recht der einzelnen Staaten, ihre Staatsform und Staatsverfassung selbst zu bestimmen"), es sich weder darum handeln konnte, einen sofortigen Erfolg zu erzielen, noch auch darum bei der zunächst zu erwartenden Ablehnung in Opposition zu treten; aber es mußte erstens deutlich gezeigt werden, daß die Bayerische Volkspartei im Verein mit den übrigen Föderalisten gewillt sei, ihre Politik tatkräftig zu vertreten, zweitens die Trennung vom Zentrum, solange es im unitarischen Fahrwasser schwimmt, unterstrichen werden.

Wenn ich in Vorliegendem mich als Bayer verpflichtet gefühlt habe den bayerischen Abgeordneten zum Reichstage, die durch kein Koalitionsprogramm verpflichtet waren, irgend etwas von dem preiszugeben, was sie uns während des Wahlkampfes versprochen hatten, das Gewissen zu schärfen, so will ich anderseits als Montgelas nicht etwa die Bestrebungen unterstützen, welche in einer neuen Rheinbundpolitik Bayerns Rettung sehen. Kürzlich hörte ich beim Verlassen einer Versammlung der Bayerischen Königspartei von Frauen den Ruf: „Lieber bayerisch sterben als preußisch verderben!" und schon vor längerer Zeit hatte ich mit einem Manne aus dem Landarbeiterstand ein Gespräch, in welchem er mir versicherte, daß bei einer Abstimmung in Bayern sehr viele für Trennung von Preußen seien. Als ich ihm auseinanderzusetzen suchte, daß Bayerns wirtschaftliches Gedeihen nur innerhalb des einigen Deutschen Reiches möglich sei und ihn zu überzeugen suchte, es sei nicht nur ein Unglück für Bayern, wenn in der Stunde der Not die mit Blut gewonnene und durch Blut und Leiden neu befestigte Einigkeit um der leeren Phrasen unserer Feinde willen gefährdet werde, sondern auch Schmach und Verrat an den Bayern, die in West und Ost nicht für Frankreichs Machtstellung ihr Leben gelassen hätten, erwiderte er, der mich ebensowenig kannte, wie ich ihn: „Ist denn Bayern nicht erst groß geworden, als es sich Frankreich angeschlossen hatte?"

Die Verhältnisse, welche 1805 zur Trennung von Oesterreich und 1806 zur Unterzeichnung der Rheinbundakte führten, sollen der Raumersparnis halber nicht ausführlich erörtert werden. Aber so viel muß gesagt werden, daß der deutsche Gedanke in Preußen damals nicht vorhanden war im Gegensatz zum Jahre 1785. Preußens König Friedrich dem Großen (im Gegensatz zur Verfügung der preußischen Regierung, welche den Potsdamer Schloßkastellanen diesen Beinamen zu nennen verbietet, will ich ihn hier ausdrücklich so nennen) verdanken die Wittelsbacher der pfälzischen Linie, daß seinerzeit der Ländergier des Hauses Habsburg ein Riegel vorgeschoben wurde durch den deutschen Fürstenbund. Friedrich der Große und Bismarck handelten deutsch, Friedrich Wilhelm III. aber war 1806 keineswegs der allein deutsche Fürst, als welchen ihn oberflächliche Geschichtskenner jetzt mitunter im Gegensatz zum ersten Bayern-König hinzustellen belieben.

Am 22. Juli 1806 ließ Tayllerau die Rheinbund-Akte in Berlin mitteilen und machte den Vorschlag, die Staaten, die noch zum Deutschen Reiche gehörten, unter einer Kaiserkrone des Hauses Hohenzollern zu vereinigen. „Der König", sagte Haugwitz zum französischen Gesandten Laforest, „sieht sich in seinem Freudentaumel nicht nur als den Bundesgenossen Frankreichs, sondern als den persönlichen Freund des Kaisers Napoleon an; und als solcher wird er eifrig zu allem beitragen, was dessen Dynastie befestigen kann."

War also im Jahre 1806 Bayerns Rheinbundpolitik gerechtfertigt, nachdem weder in Wien noch in Berlin der deutsche Gedanke fruchtbaren Boden gefunden hatte, so kann heutzutage die Idee eines neuen Rheinbundes nur in jenen Köpfen spuken, welche die Not der Zeit oder fremdes Geld vollständig verwirrt hat.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Fast spurlos ging der 2. September, der 50. Jahrestag von Sedan, in Deutschland vorüber. Keine Fahne wehte, nur ein Aufruf des Generals von Seeckt an die Reichswehr gedachte des großen Sieges unserer Väter. Vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten war kein Wort des Gedenkens zu erwarten. Und die bürgerliche Reichsregierung nahm vielleicht Rücksicht auf das sozialdemokratische Empfinden vieler Kreise. Vaterländische Vereine haben vielfach den Tag in ernster Einkehr begangen. Er lehrt, was uns fehlt und was wir wieder erringen müssen. Der Weg dazu ist noch dunkel. Jedenfalls kann es jetzt kein Rachekrieg gegen Frankreich sein. Gerade die wirklichen Kriegsverständigen, wie eben Lettow-Vorbeck in München, raten dringend davon ab. Als Dr. Simons im Reichstagsausschuß für Auswärtiges über die politische Lage sprach, konnte er nicht offen sagen, was sich jedem Beobachter immer deutlicher aufdrängt, nämlich, daß der Einfluß Frankreichs in Europa von Tag zu Tag wächst. Der ganz unerwartete Umschwung auf dem östlichen Kriegsschauplatz, sowie die inneren und kolonialen Schwierigkeiten, welche England die Hände fesseln, machen Millerand, dem zielbewußtesten Staatsmann der Siegermächte, die Bahn frei zur Vorherrschaft auf dem Festland, die er für Frankreich erstrebt. Wir werden in Genf sehr damit rechnen müssen. Dort soll Ende Oktober die Besprechung der deutschen Wiedergutmachungspflicht eröffnet werden. Fortsetzung von Spa. Dr. Simons sprach auch von den Vorbereitungen für Genf; mögen sie sich als nützlich erweisen. Die klare Erkenntnis von Frankreichs Macht und innerer Stärke — kein Land ist so wenig verseucht vom Bolschewismus — könnte Ausschreitungen, wie neulich in Breslau, wohl verhindern. Man soll einem solchen Feind nicht noch selber die Waffen schleifen. Millerand stellte sehr harte Sühneforderungen an Deutschland. Einige davon, besonders der verlangte Entschuldigungsbesuch des Reichskanzlers in Person, gehen über alles hinaus, was in solchen Fällen üblich ist. Nach langen Verhandlungen hat es auch den Anschein, als wollte Frankreich auf diesem Punkt nicht bestehen.

Die USP hat sich vor kurzem in Moskau lebhaft um Aufnahme in die dritte Internationale beworben. Lenin aber verlangte volle Unterwerfung unter das kommunistische Programm und Ausschluß der führenden deutschen Genossen aus der Partei. Ledebour, Dittmann, Crispien, Hilferding und gar Kautsky sind für Moskau elende Kompromißler. Die Folge war, daß die Genannten plötzlich den gepriesenen russischen Zuständen gegenüber recht kritisch wurden. Und ehe am 1. September die Reichskonferenz der USP in Berlin zusammentrat, brachte Dittmann in der „Freiheit" Enthüllungen über das bolschewistische Paradies und die Behandlung deutscher, nach Rußland ausgewanderter Arbeiter, die ein vernichtendes Urteil über den roten Musterstaat aussprechen. Die Reichskonferenz selbst hatte nichts zu beschließen, sondern nur den Parteitag vorzubereiten. Es wurde für und gegen den Anschluß an Moskau gesprochen. Dagegen sprach selbst Ledebour. Es ist ein begreiflicher Selbsterhaltungstrieb der USP, daß sie nicht durch Anschluß an die 3. Internationale spurlos in der Kommunistischen Partei verschwinden will.

Die auswärtige Politik unserer Linksparteien will dem bedrängten Räterußland zu Hilfe kommen, denn das Schicksal der Weltrevolution entscheidet sich vielleicht auf den Schlachtfeldern Polens. Man hilft Rußland durch Anhalten aller kriegerischen Durchfuhren für Polen und durch Vorbereitung der Räteherrschaft im eigenen Vaterland. Nie würden unsere Arbeiter für einen rein deutschen Umsturz soviel Kraft opfern, aber das russische Vorbild nachzuahmen, ist deutsche Fremdtümelei gern bereit. Die Ueberwachung der militärischen Transporte, von der Reichsregierung schwächlich zugestanden, soll die Diktatur des Proletariats wirksam einführen. Der Reichsverkehrsminister Gröner erließ eine Verordnung dagegen und bestimmte, daß Eingriffe Dritter in die Befugnisse der Behörden unter allen Umständen zurückzuweisen seien. Die radikalen Berliner Eisenbahnbetriebsräte und die sozialistischen Parteien bekämpfen diese Verordnung und suchen die Arbeiterschaft im Reich für ihre Zwecke einzuspannen. Nachdem die Reichsregierung sich einmal auf die schiefe Ebene hat drängen lassen, können aus diesem Streit sehr ernste Dinge erwachsen.

Der Generalstreik in Stuttgart, der vom Volk mit großer Unlust durchgeführt wurde, endete mit einer vollen Niederlage der streikenden Arbeiter. Sie erkennen den Steuerabzug an, die Streiktage werden nicht bezahlt. Arbeitslosen- und Lebensmittelunruhen in Frankfurt und Augsburg, in deren Gefolge die Radikalen einen Generalstreik in Szene zu setzen suchten, wurden verhältnismäßig leicht unterdrückt. Die deutschen Arbeiter sind streikmüde. Wann bringen sie aber endlich den Mut auf, sich von skandalsüchtigen Parteiführern und Betriebsräten nicht mehr in der lohnenden Arbeit stören zu lassen?

In Oberschlesien ist eine gewisse Ruhe eingetreten. Die Polen haben erreicht, was sie zur kommenden Abstimmung brauchen, einen bedeutenden Zuwachs an Macht und eine Einschüchterung des deutschen Volksteils. Statt der gemischten Ortswehren sind an vielen Orten rein polnische errichtet. Mehrfach wurden Leichen von ermordeten Deutschen entdeckt. Zum Ueberfluß drohen die polnischen Bergarbeiter mit neuem Streik, wenn die italienischen Besatzungstruppen, die ihre Pflicht zum Schutz der Ordnung taten, nicht allerorts von Franzosen abgelöst werden. Der Ausfall an oberschlesischer Kohle beträgt schon 700000 Tonnen. Die deutsche Lieferung an Frankreich, die bis jetzt die verlangten 2 Millionen Tonnen im Monat erreichte, ist dadurch für Oktober schwer gefährdet. Trotzdem oder gerade deshalb haben die Franzosen nichts für die Ruhe in Oberschlesien getan. Denn sie wollen mit allen Mitteln den Einmarsch ins Ruhrgebiet erzwingen.

Polen ist weiter vom Glück begünstigt. Im Norden sind seine Truppen bis nach Litauen vorgedrungen, das bereits militärisch gegen die eingedrungenen Polen vorgegangen ist. In Galizien hatte der russische Reiterführer Budjeni zuerst noch Erfolge, wurde aber in den letzten Tagen entscheidend besiegt. Die Friedensverhandlungen sollen nun in Riga stattfinden. Es ist zu hoffen, daß bald die Waffen im Osten zur Ruhe kommen.

England hat sich mit leidlichem Anstand von den östlichen Wirren ferngehalten, kämpft aber gerade jetzt mit den großen inneren Schwierigkeiten. In Irland herrscht völlige Anarchie. Die Gewalttaten der Sinn-Feiner werden von Polizei und Militär mit dem Niederbrennen ganzer Ortschaften erwidert. Und der Hungerstreik des gefangenen Bürgermeisters von Cork dürfte den Iren einen Märtyrer schenken, der selbst Roger Casement in den Schatten stellt. Die englischen Bergarbeiter haben beschlossen, in den Streik zu treten. Seit dem Krieg werden die Bergwerke von Staatswegen betrieben. Aus den gewaltigen Ueberschüssen verlangen die Arbeiter eine Lohnerhöhung. Auch soll aus der vorläufigen staatlichen Betriebsführung eine dauernde Sozialisierung der Gruben werden. Die Regierung will das nicht erfüllen. Der Streik ist angesagt für den 25. September. Diese lange Frist werden die klugen Engländer, und solche sind auch die Arbeiterführer, nicht unbenützt lassen. Es wird sich schon ein Ausweg finden, der den Streik mit seiner schweren Erschütterung des Wirtschaftslebens vermeiden läßt. Auf Umsturz und Bolschewismus in England dürfen wir nicht rechnen.

Frankreich hat das Glück, mit einem innerlich einigen Volk große politische Ziele zu betreiben. Vielleicht wird ihm einmal das Verdienst zuerkannt werden müssen, mit seiner ununterbrochenen Unterstützung Polens Europa vom Bolschewismus gerettet zu haben. Eigentlich wäre das die Aufgabe Deutschlands gewesen. Aber wir haben keinen einheitlichen Kultur- und politischen Willen und müssen darum gesta Dei per Francos geschehen lassen. — In dem bekannten Abkommen mit Belgien will sich Frankreich am Rhein sichern, wie der belgische Kriegsminister unverblümt erklärte. Das Abkommen enthält mehrere Geheimklauseln.

In Italien sind kommunistische Unruhen ausgebrochen. Als die Bewegung der Metallarbeiter von den Fabrikanten mit Aussperrungen bekämpft wurde, besetzten die Arbeiter in Mailand, Rom und anderen Orten zahlreiche Fabriken und erklärten, sie auf eigene Rechnung gegen eine Miete an die Besitzer weiterführen zu wollen. Der Verband der Metallindustriellen beschloß darauf die Aussperrung der Metallarbeiter für ganz Italien.

Nach einer Meldung des „Osservatore Romano" sind griechische Truppen in Konstantinopel eingerückt. Die Bedeutung dieser Tatsache wird von dem päpstlichen Blatt gleich hervorgehoben durch die Bemerkung, daß sie den Katholiken der ganzen Welt nicht gleichgültig sein könne. England und Frankreich würden hoffentlich nicht zustimmen, daß Konstantinopel in den Händen der Griechen bleibe. Die nächsten Tage werden erweisen, was an der Nachricht ist. Eine Neuerstehung des byzantinischen Reiches müßte eine große Stärkung der schismatischen Kirche des Ostens zur Folge haben.

In Würzburg.

Von Dr. Hans Eisele, München.

Vom 25. bis 29. August 1907 tagte in Würzburg die 54. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Es war einer der interessantesten, schönsten und bedeutungsvollsten Katholikentage. Ein Massenbesuch, wider Erwarten groß, füllte die alte Bahnhofshalle bei jeder neuen Versammlung. 300 Arbeitervereine traten zum glänzenden Festzug an. 6000 Mann pilgerten mit dem Rosenkranz in der Hand und mit dem Salve Reginalied auf den Lippen zum alten ehrwürdigen Käpele hinauf, wo Erzbischof Abert in ergreifenden Worten zu den frommen Wallfahrern sprach. Fehrenbach, der heutige Reichskanzler, feierte als Präsident, namentlich in seiner unvergeßlichen Schlußrede, Triumphe rhetorischer Meisterschaft, wie kaum ein Präsident zuvor oder nachher. Prinz Alois zu Löwenstein, Professor Meyers-Luxemburg, Professor Spahn, der Löwe von Zähringen: Pfarrer Wacker, erreichten mit ihren Reden Höhepunkte der Begeisterung und rednerischen Glanzes. Die Rede des Herrn Professor Meyers von Luxemburg über Literatur und Kunst ist an Höhenflug der Gedanken, an Schönheit der Form seitdem wohl nie mehr erreicht worden. Der Redner ist heute längst tot. Auch einen anderen wird man bei dem kleinen Katholikentag, der am 14. und 15. September in Würzburg tagen wird, und der sich Vertretertag der Vorsitzenden katholischer Verbände nennt, vermissen, einen Mann und Katholikenführer, der nie auf einem Katholikentag fehlte, der zu einem besonderen Typus der deutschen Katholikentage geworden war, den unvergeßlichen Abgeordneten Gröber.

Das war Würzburg 1907. Präsident Fehrenbach erklärte im Schlußwort mit einem Gefühl der Erleichterung:

„Die Verhältnisse lagen bis wenige Tage vor der Versammlung so, daß mancher mit beklommenem Herzen und stiller Sorge dem Verlauf der Tagung entgegensah. Aber der allseitige gute Wille, der echte katholische Geist und Gottes Gnade haben die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt.“

Mit Sorgen war man tatsächlich 1907 zum Katholikentag nach Würzburg gekommen. Die Schellfrage und alles, was damit zusammenhing, erregte und spaltete die Geister. Der große Streit des Modernismus warf sein Wetterleuchten voraus. Heute denkt man kaum noch an jene der inneren Einheit des deutschen Katholizismus drohende Gefahr. Das Wort der Kirche hat sie gebannt und die Einigkeit der Katholiken in diesem Punkte schnell hergestellt. Der Kampf um den Modernismus ist abgetan und vergessen.

Mit gleich großen Sorgen, in noch schwereren Zeiten sammeln sich die Führer der deutschen Katholiken und ihrer Organisationen in der kommenden Woche in Würzburg zu ernsten Beratungen. Nicht so sehr die innere als die äußere Einigkeit und Einheit der deutschen Katholiken zeigt heute Risse und gefahrdrohende Erscheinungen. Der Sozialismus ist es, der unser Vaterland und unsere katholische Einheit bedroht. Seien wir ehrlich und sagen es offen: An der Stellung zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie krankt unser öffentliches Leben, unser soziales und wirtschaftliches Leben, krankt auch unser katholisches Leben, von ihr droht unserer Einheit und Einigkeit Gefahr. Auch diese werden wir deutsche Katholiken überwinden. Auch ihr gegenüber werden wir uns in einheitlicher und geschlossener Front zusammenfinden, wenn wir nur diese Gefahr rücksichtslos und offenen Auges sehen wollen und wenn wir sie bekämpfen vom unverrückbaren Boden der katholischen Grundsätze aus. Der heilige Vater Benedikt XV. hat in seinem Rundschreiben an die Bischöfe Venetiens vom 22. Juni ebenso wie in seinem Motu proprio zur Feier der 50. Jahrestagung der Proklamation des hl. Patriarchen Joseph zum Schutzpatron der ganzen Kirche das Urteil über Sozialismus und Sozialdemokratie gesprochen. Er hat den Sozialismus ohne Unterschied seiner äußeren Erscheinung den bittersten Feind der christlichen Grundsätze genannt. Wenn wir deutsche Katholiken alle uns nach diesen Kundgebungen des heiligen Vaters richten, wenn wir mehr den Katholiken Hollands und ihrem glänzenden Beispiel in der Abwehr des Sozialismus und der Revolution folgen, dann wird auch unsere alte Einigkeit, Geschlossenheit, Kampffreudigkeit, unser alter Idealismus im öffentlichen Leben und die Kraft zum Wiederaufbau unseres staatlichen, wirtschaftlichen und religiösen Lebens im Katholizismus wiederkehren. Nur im reinen Idealismus des Katholizismus, nur an seinen Grundsätzen und Ideen kann die Welt und kann Deutschland gesunden, nicht im Egoismus, Materialismus und korrumpierten Lohnbolschewismus des Sozialismus.

Landwirtschaft und Preisabbau.

Von Pfarrer Dr. Joh. Bumüller, 1. Vorstand des Bezirksackerbauverbandes Aichach, Aufhausen bei Aichach.

Ein Herabschrauben der Produktionskosten — soweit dies überhaupt in der Macht unseres Volkes liegt — und somit ein allgemeiner Preisabbau ist nur möglich bei Verbilligung der Lebenshaltung der Einzelnen, denn je höher die Kosten der Lebenshaltung sind, desto höher müssen auch die Ansprüche auf Gewinn oder Entlohnung sein, da sonst die ersteren nicht mehr bestritten werden können. Die natürliche Grundlage hiefür ist aber die Verbilligung jener Lebensbedürfnisse, die wir tagtäglich brauchen und bezahlen müssen und das sind in erster Linie die Lebensmittel. Deshalb muß beim allgemeinen Preisabbau mit dem Preisabbau der Lebensmittel begonnen werden. Ich kann die Forderung, daß der Preisabbau überall zu gleicher Zeit beginnen müsse, nicht als richtig anerkennen, sondern erblicke in ihr eine theoretische Utopie oder vielmehr die schlecht verschleierte Tatsache, daß es eigentlich keinem recht ernst ist, und jeder auf den andern warten möchte, um ja selbst nichts tun zu müssen.

Die Landwirtschaft, deren Produkte die breite Grundlage für die Höhe der Lebenskosten bilden, muß im Preisabbau vorausgehen und muß Industrie und Handel eine bestimmte Zeit zum Nachfolgen lassen, damit durch Verluste infolge billiger Abgabe sehr teuer produzierter Produkte nicht ein zu großer Schaden entsteht. Gemeint ist damit natürlich nicht jener Teil der Industrie, welcher fast wucherische Dividenden ausschüttet und der gerade die Landwirtschaft am empfindlichsten bedrückt wie z. B. die Kunstdüngerfabrikation. Da müßte es natürlich unerbittlich heißen: sofort zurück oder — an den Laternenpfahl. Auch ist zu betonen: Abbau, nicht bloß Stillstand der Preise, wie ein solcher letzthin von den christlichen Bauernvereinen proklamiert wurde! Wenn man z. B. die Weizenpreise seit einem Jahr um rund das dreifache erhöht hat, dann kann man allerdings hintennach leicht von „Stillstand“ reden. Aber dieses Wort klingt dann doch im Ohr der verbrauchenden Bevölkerung, die nicht mehr weiß, wie sie die Mittel hierzu aufbringen kann, wie ein Hohn und scheint zu verraten, daß man an und für sich noch höhere Preise lieber hätte, denn sonst könnte man im Stillstand kein Entgegenkommen finden. (In Norddeutschland wurde auch tatsächlich letzthin bereits eine weitere Steigerung der Getreidepreise verlangt!)

Wenn wir die Forderung erheben, daß die Landwirtschaft mit dem Preisabbau beginnen soll und zwar in allererster Linie mit dem Abbau der Hamstererpreise, die zweifellos vielfach zu Wuchererpreisen geworden sind, so müssen wir natürlich vor allem die praktische Frage aufwerfen, ob der Landwirt so gestellt ist, daß er im Interesse der Zukunft des ganzen Volkes das Opfer des Beginnes des Preisabbaues überhaupt auf sich nehmen kann. Sind seine wirtschaftlichen Schultern so stark? Ich beantworte diese Frage mit einem ganz energischen Ja. Dem Landwirt wird zwar von gewisser Seite sehr viel von seiner schlechten Lage vorgeredet, diese wird ihm geradezu suggeriert, allein diese schlechte Lage besteht für die große Mehrzahl unserer gewöhnlichen Landwirte tatsächlich nicht. Diese Musik machen die allerdings teurer arbeitenden Großgrundbesitzer, der Agrargroßkapitalismus und seine Organisationen, zu denen ich vor allem den sog. „Zweckverband“ rechne. Der Stand der Landwirte ist im allgemeinen derjenige, der heute wirtschaftlich am kräftigsten dasteht. Man soll das nicht leugnen wollen; die übrigen Volksteile haben doch auch nicht Augen, um nicht zu sehen, Ohren, um nicht zu hören. Allerdings erscheint auch der wirtschaftliche Stand der Arbeiter heute als gut, aber die wirtschaftliche Kraft des Landwirtes fußt auf dem festen Grund und Boden, auf dem eigenen Besitz, jene der Industriearbeiter nur auf dem Boden der Industrie und Arbeitsgelegenheit und dieser Boden schwankt jetzt schon sehr bedenklich unter ihren Füßen. Und außerdem gibt es eben nicht bloß einen Arbeiter- und Bauernstand, es gibt auch noch andere zu berücksichtigende Stände, deren Not immer größer und unerträglicher wird. Ich erinnere nur an den Mittelstand, der jetzt schon zum Teil wegen der hohen Löhne Arbeits- und Hilfskräfte gar nicht mehr einstellen kann.

Ich sage also: die Landwirte können im Interesse der Allgemeinheit und des Seins oder Nichtseins der Wirtschaftskraft

unseres Volkes noch am ehesten das Opfer des Beginnes des Preisabbaues auf sich nehmen und sie können das um so eher, als dieses Opfer nicht in allem ein eigentliches Opfer, sondern vielfach nur ein Verzicht auf einen nicht absolut notwendigen und durch seinen Verlust den Bestand der Landwirtschaft nicht bedrohenden Gewinn wäre. Ich will dabei, um ja nicht ungerecht und einseitig der Landwirtschaft gegenüber zu erscheinen, den Unterschied zwischen Hamstererpreisen und offiziellen Preisen nicht außeracht lassen. Die allererste Notwendigkeit ist ein gründlicher Abbau der Hamstererpreise. Die Hamstererpreise sind großenteils — leider vielleicht größerenteils — zu nackten Wucherpreisen geworden, die durch die Erhöhung der offiziellen Preise erfahrungs- und naturgemäß nur noch fortwährend gesteigert werden. Das war immer der Haupterfolg der offiziellen Preiserhöhungen. Ueber die Frage, ob man Wucherpreise abbauen kann, will ich kein Wort verlieren; Wucherpreise müssen abgebaut werden. Man hat bisher gerne von katholischen, von christlichen Bauern Bayerns geredet. Die Wucherpreise, welche vielfach den Hamsterern skrupellos abgeknüpft werden, beweisen uns leider, daß eine solche Bezeichnung heutzutage zu sehr großem Teil mit Unrecht angewendet wurde. Denn wo Wuchergeist sich eingefressen hat, darf man von Katholizismus, von Christentum und Religion nicht mehr reden. Ich möchte wünschen, daß die christlichen Organisationen der Bauern noch viel mehr als bisher geschehen, ihre Mitglieder von diesem auch religiös ganz verwerflichen Weg abzudrängen versuchen mögen und dabei nicht bloß mit Worten, sondern auch mit praktischen Vorschlägen operieren möchten.

Auch bezüglich der offiziellen Preise könnte die Landwirtschaft — vorausgesetzt, daß sich nachher auch bei anderen Ständen ein guter Wille praktisch zeigt — den übrigen Volksteilen entgegenkommen, weil die Landwirtschaft den anderen Ständen gegenüber in verschiedenen Punkten sehr im Vorteil ist. Dem Landwirt fehlen die täglichen Ausgaben für Lebensmittel. Nicht als ob er sie umsonst hätte, wie manche naiv meinen; sie kommen ihm annähernd so hoch, wie der Verkaufspreis. Aber dieser Verkaufspreis ist geringer als der Kaufpreis für die städtische Bevölkerung, welcher durch die enormen Zwischenkosten eine bedeutende Erhöhung erfährt. Und dadurch, daß er jene täglichen Ausgaben nicht hat, steht er wirtschaftlich so kräftig da, daß er am ehesten eine zeitlang den Abbau der übrigen Preise abwarten kann. Der Landwirt hat auch gewisse Vorteile bezüglich der andere Stände so bedrückenden Einkommensteuer, durch die er sich bei den meist üblichen Einschätzungen durch die Rentämter im Verhältnis zu anderen fürwahr nicht allzusehr bedrückt fühlen kann. Es könnten da krasse Beispiele angeführt werden. Auch kenne ich wenigstens keinen Bauern, der die oft enormen Einnahmen aus Hamstererpreisen versteuern würde. Vor allem aber wäre ein Entgegenkommen der Landwirtschaft möglich, weil auch die offiziellen Preise zum Teil höher sind, als notwendig wäre. Man darf dabei auf gewisse Preiskalkulationen nicht allzuviel geben; es ist da ähnlich wie bei den Bilanzen der Industriebetriebe, die auch niemand ins apostolische Credo wird aufnehmen wollen; am allerwenigsten die heutigen mit ihren Abschreibungen usw.

Betrachten wir zunächst die Getreidepreise. Weizen kostete am 1. Juli 1919 noch 30 M (zu wenig), jetzt 79,95 M bis 89,25 M (Druschprämie; schwarz 150—300 M), Roggen jetzt 72,25—82,25 M, Gerste 69,75 M—79,75 M, Hafer 69,75 M. Der hohe Preis für Gerste z. B. erhöht infolge der geringeren Ausmahlungsfähigkeit der Gerste den Preis des Brotes, dem Gerstenmehl beigemischt werden muß, bedeutend und wirkt zugleich auf die Bierpreise; diese aber wirken wieder auf den Milchpreis, da bei weiterer Steigerung der Bierpreise auf dem Land immer mehr Milch selbst, auch von den Dienstboten, konsumiert wird; das Nachlassen des Angebotes an Milch treibt aber einer Preissteigerung derselben von selbst entgegen. Auch die wesentlich höheren Haferpreise wirken verteuernd auf die allgemeinen Lebenskosten ein (Fuhrwerkpreise, die für Müllen und Geschäftsleute, von den Lebensmittelaufkäufern angefangen, in Betracht kommen!) Bezüglich des Weizens und Roggens liegt die Folge für die Brot- und Haushaltungsmehle auf der Hand. Am 5. März 1920 wurden im Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft unter Ablehnung weitergehender deutschnationaler und demokratischer Anträge der Zentrumsantrag angenommen, für Weizen zunächst 55 M festzusetzen und eine endgültige Preisfestsetzung bei Beginn der Ernte vorzunehmen. Die Weizenernte ist nicht schlecht ausgefallen — um mich ganz vorsichtig auszudrücken — und wird sich unter allen Getreidesorten voraussichtlich als die weitaus beste herausstellen. Und die Folge! Trotzdem hat man den in Aussicht genommenen Preis um 44 — 62 % (mit Druschprämie) hinaufgesetzt. Man sieht, der Agrargroßkapitalismus hat hinter den Kulissen einstweilen gut und mit Erfolg gearbeitet — der Ernte und dem zahlenden Volke zum Trotz! Man wird einwenden: Die Roggenernte ist geringer und da der Roggenpreis unter dem Weizenpreis sein muß, so hätte sich für die schlechtere Roggenernte ein zu niederer Preis ergeben. Dem wäre leicht abzuhelfen gewesen. Mit Rücksicht auf den geringeren Anfall an Roggen hätte man nur Roggen zu dem gleichen Preis wie Weizen aufkaufen dürfen, und wir hätten immer noch viel niedrigere Brotpreise, als wir sie jetzt bekommen. Die Gleichstellung ließe sich überhaupt damit begründen, daß der Körnerertrag eines Tagwerkes bei Roggen im Durchschnitt 3—4 Zentner geringer ist als bei Weizen.

Daß die jetzigen Preise die absolut notwendige Höhe überschreiten, wolle der Leser aus den folgenden Zusammenstellungen ersehen, welche uns das Rohertrāgnis eines bayerischen Tagwerkes veranschaulichen, von dem also die Produktionskosten noch in Abzug kommen. Die Zahlen ergeben sich bei voller Druschprämie; jene, die sich ohne jegliche Druschprämie ergeben, sind in Klammern beigesetzt.

1. Weizen Höchstpreis rund 79—89 M pro Zentner; Stroh pro Zentner zu 5 M (im Mai 1920 in Bayern 18—20 M, im August 1920 in Berlin 7—8 M). Verhältnis der Körner zum Stroh = 1 : 2.

Mittlere Erträge pro Tagwerk:

	bei 10 Ztr.:	bei 12 Ztr.:	bei 14 Ztr.:
Körner	890 (790) M	1068 (948) M	1246 (1106) M
Stroh	100 M	120 M	140 M
Gesamt:	990 (890) M	1188 (1068) M	1386 (1246) M

Mittel aus rund 900 — 1400 M = 1150 M

Steigerung bis 2000 M und darüber bei sehr guter Ernte, namentlich bei Großgrundbesitzern möglich (bei 20 Ztr. Ernte und darüber).

Bei Roggen ergibt sich in ähnlicher Weise ein Mittel aus rund 600—1000 M = 800 M mit einer Steigerung bis mindestens 1300 M (Höchstpreis rund 72—82 M; Strohpreis = 5 M; Körner: Stroh = 1:2,25; mittlere Erträge pro Tagwerk nur 7—9—11 Zentner, bei Steigerung nur 14 Zentner berechnet).

Bei Gerste ist das Mittel aus rund 800—1200 M = 1000 M mit einer Steigerung bis 1500 M (Höchstpreis rund 70—80 M berechnet; Strohpreis = 5 M; Körner: Stroh = 1:1,4; mittlere Erträge pro Tagwerk 10—12—14 Zentner; bei Steigerung 18 Zentner berechnet; auch 20 Zentner sind auf guten Gerstenböden erreichbar, bei Wintergerste noch mehr!)

Bei Hafer ergibt sich ein Mittel aus rund 800—1100 M = 950 M mit einer Steigerung bis 1400 M und einer Abminderung bis 460 M bei nur 6 Zentner Ernte in einem sehr trockenen Frühjahr, was heuer nicht zutraf (Höchstpreis mit rund 70 M berechnet; Strohpreis = 5 M; Körner: Stroh = 1:1,4; mittlere Erträge pro Tagwerk 10—12—14 Zentner, bei Steigerung 18 Zentner, wobei ich bemerken möchte, daß ich selbst schon ohne Musterbetrieb 21 Zentner von Lochows Gelbhafer erzielt habe).

Was diese Zahlen bedeuten, ergibt sich am besten aus zwei Beispielen. Ein Bauer mit 100 Tagwerk Grundbesitz ohne Wald soll 66 Tagwerk mit Ackerfrüchten bebaut haben (das übrige Wiesen, Klee und Futterrüben, die wir hier nicht einmal mitberechnen wollen, weil sie ausschließlich für den Viehstand in Rechnung kommen). Er kann wie folgt angebaut haben:

10 Tagwerk	Weizen	= 11,500 M	
15 „	Roggen	= 12,000 M	
5 „	Gerste	= 5,000 M	
25 „	Hafer	= 23,750 M	
5 „	Kartoffel	= 10,000 M	(1 Ztr. = 25 M, Ernte = 80 Ztr. pro Tagwerk)
1 „	Flachs	= 1200 M	(20 Ztr. Strohflachs, 4 Ztr. Samen)
2 „	Ackerbohnen	= 2800 M	(pro Tagwerk 14 Ztr. à 100 M)
3 „	Wicken	= 2100 M	
66 Tagwerk		= 67,000 M	

Dieses Rohertrāgnis kann sich bei besserer Ernte ohne Druschprämie auf rund 78 000 M steigern (bei 14 Ztr. Weizen, 11 Ztr. Roggen, 14 Ztr. Gerste, 14 Ztr. Hafer, 100 Ztr. Kartoffel, 25 Ztr. Flachsstroh, 6 Ztr. Leinsamen und 16 Ztr. Ackerbohnen pro Tagwerk), ja es kann bei einem gut bewirtschafteten Großgrundbesitz 100 000 M übersteigen (bei 20 Ztr. Weizen,

14 Ztr. Roggen, 18 Ztr. Gerste und Hafer, 120 Ztr. Kartoffel, das übrige wie vorher, aber mit Druschprämie). Von Pächtern von Großgrundbesitz ist dieser Ertrag natürlich nicht erreichbar, weil hier der Pacht abgeht.

Von diesem Roherträgnis gehen ab die Betriebskosten und der Selbstverbrauch für Vieh, es kommen aber noch dazu die unter Umständen sehr beträchtlichen Einnahmen aus Viehverkauf und Milch resp. Milchprodukten und Geflügelhaltung. Der Selbstverbrauch für die Familie gehört zu den Einnahmen, wenn dies auch viele Landwirte in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit immer noch nicht recht gelten lassen wollen.

Geht auch viel ab, so bleibt doch nicht wenig. Ein mittlerer Wert für die Betriebskosten ist wegen der großen Verschiedenheiten nicht leicht festzustellen.

Noch das Beispiel eines kleineren „Gütlers“ mit etwa 25 Tagwerk. Bei 17 Tagwerk hier in Betracht kommendem Ackeranbau ergeben sich etwa bei einer mittelmäßigen Ernte:

3	Tagwerk	Weizen	= 3,450 ℳ
5	„	Roggen	= 4,000 ℳ
2	„	Gerste	= 2,000 ℳ
5	„	Hafer	= 4,750 ℳ
1½	„	Kartoffel	= 3,000 ℳ
½	„	Flachs	= 700 ℳ
17	Tagwerk		17,900 ℳ

oder etwas mehr oder weniger. Hierzu kommen noch die Einkünfte aus Viehhaltung. Der Abgang an Betriebskosten ist in vielen Fällen relativ geringer als bei einem größeren Landwirt, wenn nämlich die Arbeit mit eigenen Kräften geschieht.

Man sieht aus diesen Roherträgnissen, die vorwiegend mit den Getreidepreisen aufbauen, ohne weiteres, daß die jetzige Preishöhe dieser landwirtschaftlichen Produkte nicht eine für die Existenz der Landwirtschaft absolut notwendige ist und daß es nicht zu den Unmöglichkeiten gehören würde, wenn in der Hauptsache die Landwirtschaft im Preisabbau einen Schritt vorausgehen würde. Was von den Getreidepreisen gilt, gilt z. B. ebenso von anderen Preisen. Wenn man den Erzeugerpreis für Kartoffel auf 25—30 ℳ hinaufschraubte — was für den Konsumenten namentlich auch unter dem Einfluß der riesigen Frachten noch viel mehr bedeutet —, so hat man den Preis für das „Brot der Armen“ fast um das Doppelte zu hoch gegriffen. 15—18 ℳ wären ebenfalls noch eine recht auskömmliche Bezahlung gewesen für ein Produkt, dessen Nährwert so weit unter dem des Getreides steht. Bei einem Höchstpreis von 25 ℳ ergeben sich als Roherträgnis bei einer Ernte pro Tagwerk

von 60 Ztr.: 1500 ℳ
„ 80 Ztr.: 2000 ℳ
„ 100 Ztr.: 2500 ℳ,

was also einem Mittel von 2000 ℳ pro Tagwerk entspricht. Bei 120 Ztr. ergeben sich sogar 3000 ℳ, bei 150 Ztr. 3750 ℳ, bei 180 Ztr. (und auch solche Zahlen finden sich in Statistiken) 4500 ℳ. Man sage uns nicht, daß solche Roherträge, die eine furchtbare Belastung des kleinen und mittleren konsumierenden Publikums sind, zur Existenzerhaltung der Landwirtschaft notwendig seien; bei einer guten Ernte kann man hier eher von einem „übermäßigen“, fast unter das Wuchergesetz fallenden Gewinn reden. Bei 15 ℳ Höchstpreis ergäbe sich aus einem Tagwerk ein Roherträgnis von 1200 ℳ im Mittel, was vollauf genügen würde. Es ist ja möglich, daß die heurige Kartoffelernte wesentlich geringer ausfällt, als man anfangs hoffen durfte, aber sollen denn diesen Ausfall die Konsumenten allein zu begleichen haben? Das wäre doch höchst ungerecht. Auch die Eier-Preise mit 60 Pf. pro Stück als Erzeugerpreis sind höher als notwendig. Man muß hier bedenken, daß die Geflügelzucht fast ausschließlich landwirtschaftlicher Nebenbetrieb ist, so daß also im allgemeinen auf diesen Betrieb nicht eine Existenz aufgebaut ist und daß die Einnahmen hieraus mehr als Zugabe zum Haupteinkommen erscheinen. Also könnte man gerade hierin dem verbrauchenden Publikum entgegenkommen, wenn auch letzteres Wort heute aus dem Sprachgebrauch verschwunden zu sein scheint. 40 Pf. pro Stück wäre mehr als genug. Es gibt verhältnismäßig nur wenige Fälle, wo Geflügelzucht Hauptbetrieb ist und nach diesen wenigen kann nicht die Allgemeinheit eingestellt werden. Außerdem tritt dort die Fleischproduktion, die bekanntlich hauptsächlich auf schwarzem Wege also zu unkontrollierbaren Preisen zum Absatz gekommen ist, helfend dazwischen und nicht zum wenigsten der Bruteier-Verkauf, der z. T. mit geradezu schamlosen Preisen gearbeitet hat.

(Schluß folgt.)

Hermann v. Grauert zum 70. Geburtstag.

7. September 1920.

Von Geheimen Hofrat Dr. Konrad Beyerle, M. d. R.

Hermann von Grauert, der Geschichtsforscher, der Lehrer, der Katholik, der Mensch, sie formen eine der markantesten Persönlichkeiten der Universität München. Am 7. September ds. Jrs. überschreitet er die Schranke des 70. Lebensjahres. Ein Anlaß für alle, die Hermann von Grauert kennen, schätzen und lieben, seines vorbildlichen Wirkens zu gedenken und dem Jubilar die Wünsche ihres Herzens darzubringen. Die „Allgemeine Rundschau“ zählt Professor von Grauert nicht nur zu ihren Mitarbeitern und Lesern von Anbeginn. Sie hatte wiederholt schon Gelegenheit, auf sein reiches Wirken hinzuweisen. Als er im April 1918 auf 40 Jahre seiner Münchner Tätigkeit zurückschauen konnte, widmete ihm einer seiner treuesten Schüler und jüngeren Kollegen, Dr. M. Buchner, ein biographisches Erinnerungsblatt (vgl. „Allgemeine Rundschau“ 1917 Nr. 35, S. 582 f.). Ich selbst durfte noch unlängst dem Leserkreis der „Allgemeinen Rundschau“ von der Wahl Hermann v. Grauerts als Nachfolger G. v. Hertlings in die Präsidentschaft unserer ersten katholischen Gelehrtenvereinigung, der Görresgesellschaft, berichten und von seiner Eignung, Hertlings Erbe zu hüten und zu mehren, sprechen. (Vgl. „Allgemeine Rundschau“ 1920, Nr. 19, S. 256 f.) So ist v. Grauert, wenn es zu seinem Ruhm überhaupt noch dessen bedurft hätte, im Kreise dieser Zeitschrift kein Fremder und kein Neuling.

Unsere Zeit ist hart und nüchtern geworden. Für Lobeserhebungen hat sie kein Ohr, aber Führer und Vorbilder männlichsittlichen Wirkens auf allen Gebieten tun ihr bitter not. Ein solcher Führer und Steuermann ist H. v. Grauert. Er ist es für zahlreiche Schüler aller Parteirichtungen und Weltanschauungen geworden, ganz besonders aber für das katholische Studententum, inkorporiert und nichtinkorporiert, dem er die reine Fackel der wissenschaftlichen Begeisterung voranträgt und dem er den unerschrockenen katholischen Mann im Geisteskampf unserer Zeit vorlebt. Aber H. v. Grauert ist mehr als das. Er ist ein reicher Teil der Führerschaft der katholischen Intelligenz Deutschlands überhaupt und ist ein katholischer Historiker von internationalem Ruf, der dem deutschen Namen für alle Zeit zur Zierde gereichen wird. Mag auch seine bedächtige und besonnene Art sich gerne im Stillen auswirken, nie hat er doch in kritischen Augenblicken Geist und Mund verschlossen, wo es galt, auf die großen Fragen der Zeit eine Antwort zu geben und Schwankenden die Richtung zu weisen. Kein Politiker von Beruf, ist er doch ohne Zweifel ein politisch starkbegabter Kopf. Mittelalterlicher Verfassungshistoriker und gründlicher Kenner der geistigen und politischen Bewegungen in alter und neuer Zeit, bringt er für unsere gewaltige Zeit des Umsturzes und Wiederaufbaus Klarheit und Sicherheit des Urteils mit, wie wenige. In abgeklärter Ruhe und von dem umfassenden Hintergrund einer erstaunlichen Geschichtskenntnis leitet er heute in München den Kreis der Intelligenz der führenden christlichen Volkspartei. Von westfälischer Abstammung, doch ein Sohn des märkischen Sandes, ist H. v. Grauert Preuße und Bayer zugleich. Ueber allem aber ist er Deutscher und allzeit ein begeisterter und begeisternder Verkünder von des Reiches Herrlichkeit und seiner weltgeschichtlichen Mission. Das hindert nicht, daß ihn gerade seine reichen Erlebnisse am Mittelpunkte Bayerns zu einem der wärmsten und überzeugtesten Verfechter des bundesstaatlichen Reichsgedankens werden ließen, in dem er aus geschichtlichem Wissen und politischem Betrachten den Lebensodem für Deutschlands Glück und Zukunft erkennt. In Treue fest schlägt sein Herz für die Wittelsbacher und begründet ihre Leistungen für die Kultur ihrer Lande. H. v. Grauert eignet der Janusblick jedes wahren Historikers, der nicht im Historismus sich vergräbt, sondern in dem und mit dem die Geschichte lebt, und der darum aus der Geschichte den lebendigen Blick für die Gegenwart, ihr Licht und ihre Schatten schöpft, aber auch ihre reichen, unabsehbaren Entwicklungskeime da erkennt und deutet, wo andere sie nur ahnen können.

Möchte es Hermann v. Grauert beschieden sein, noch lange Jahre an der hervorragenden Stätte wissenschaftlicher Arbeit zu wirken, an der sich nunmehr bald seit fünf Jahrzehnten sein Lebenslauf erfüllt. So wird sich den großen Namen v. Görres, v. Hertling und so vielen anderen der seinige würdig anreihen, zum Ruhme seiner Persönlichkeit, zum Wohle des Ganzen!

Der Göttinger Studententag und die Sorge um die körperliche Ertüchtigung unserer akademischen Jugend.

Von Hans Grundei, Berlin.

Eine Unsumme von Arbeit hochschulpolitischer, standespolitischer und sozialpolitischer Art ist in diesem Jahre von der deutschen Hochschuljugend auf dem zweiten Deutschen Studententag in Göttingen geleistet worden. Es ist ein Mangel der periodischen und Tagespresse, daß sie bisher so wenig über die Fülle von Einzelarbeit auf allen Gebieten öffentlichen Lebens berichtet hat, die dort in fünftägigen, bis in die späte Nacht hinein dauernden Beratungen geleistet wurde. Das vor kurzem veröffentlichte zwölfte Nachrichtenblatt der Göttinger Geschäftsstelle der deutschen Studentenschaft gibt einen kurzen und gedrängten Bericht über die Beschlüsse und Entschließungen. Es ist unmöglich, im Rahmen eines eng begrenzten Aufsatzes alle Arbeitsgebiete der Göttinger Tagung zu behandeln, es soll hier nur näher eingegangen werden auf das, was die deutsche Studentenschaft in ernster Sorge um die körperliche Ertüchtigung des gebildeten Nachwuchses an Anregungen, Vorschlägen und Wünschen für die Regierungen, Behörden, Unterrichtsverwaltungen und schließlich für das ganze deutsche Volk ausgearbeitet und veröffentlicht hat.

Der klassenbewußteste Proletarier radikalster Richtung gibt heute zu, wenn man ihn mit seinem Arbeitskollegen auf der Arbeitsstätte unbeobachtet über seine Militärzeit reden hört, daß die zweijährige militärische Dienstpflicht viel zu seiner körperlichen Ertüchtigung beigetragen hat. Man muß ihn nur manchmal unbemerkt hören, wie er mit einem gewissen Stolz und innerem Behagen erzählt, daß er der strammste Kerl im Zug oder gar in der Kompagnie gewesen sei, daß er die schwersten körperlichen Anstrengungen mit erstaunlicher Widerstandskraft ertragen habe. Niemals hätte ein Volk diesen unbezähmbaren Willen zum Leben aufbringen, die Ueberwindung der schwersten materiellen Widerstände erzwingen und gegen eine Welt von Feinden sich bis zum letzten Augenblick militärisch unbezwungen behaupten können, wenn es nicht durch eine jahrhundertelange Schule körperlicher Ertüchtigung gegangen wäre.

Das deutsche Volk steht heute am Ende seiner physischen und geistigen Kraft; es hat nicht nur einen ungeheuren Blutverlust erlitten, es ist auch entartet, entkräftet, widerstandslos, apathisch. Einst das arbeitstüchtigste und arbeitsfroheste Volk der Welt, und darum so gefürchtet, ist es heute stumpf und träge und genußsüchtig. Und dennoch wird dies Volk heute noch gefürchtet von jenen, die ihr böses und belastetes Gewissen nicht zum Frieden kommen läßt, und geachtet von allen jenen, die erkennen, daß ohne deutsche Kultur, ohne deutsche Bildung, ohne deutsche Tiefe, Innigkeit und Religiosität Europa zugrunde gehen muß. Gefürchtet und geachtet zugleich, weil man weiß, daß unserer Nation langsam aber stetig eine neue Jugend erwächst mit dem Willen, herauszukommen aus diesem entsetzlichen und zersetzenden Zustand der Lethargie, eine Jugend mit der starken Sehnsucht nach neuer sittlicher Kraft, nach Verinnerlichung und Vertiefung, nach neuen Persönlichkeitswerten, eine Jugend, die einem neuen Menschheitsideal zustrebt, welches in sich vereint griechische Schönheit, christliche Reinheit und seelische Tiefe und germanische Kraft, gebändigte, gestählte, von gewaltigen Willensenergien bewegte Kraft. Wer die Göttinger Beratungen und so manche andere herrliche Jugendtagung der letzen Monate miterlebt hat, der müßte ein Narr sein oder ein unheilbarer Pessimist oder ein Desperadopolitiker, wenn er nicht aus allen diesen Eindrücken den heiligen, unerschütterlich festen Glauben mitgenommen hat, daß Deutschland lebt und leben wird ein neues, hohes, reineres, volleres Leben in seiner Jugend, die mühsame Wege wandelt zur Gesundung an Leib und Seele.

Unsere Leiber sollen wieder stark und rein und fruchtbar werden, gefügige und willige Werkzeuge eines neuen Geistes, der in uns lebt, eines Geistes, der nicht von brutalen Macht-, Haß- und Racheinstinkten gelenkt wird, sondern eines Geistes, der auf den Trümmern einer völlig heidnisch gewordenen entsittlichten Weltordnung mit gesunden Volkskräften eine neue, höhere, das Leben der Nation und das Leben der Völker in gleicher Weise bestimmende Weltordnung aufbaut, in welcher der Atem Gottes weht. Von diesem hohen Gesichtspunkte aus sind letzten Endes die Entschließungen und Beschlüsse über Leibesübungen an den deutschen Hochschulen zu verstehen, wie sie der zweite Deutsche Studententag formuliert hat.

Die deutsche Studentenschaft verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß alle vorgeschlagenen Wünsche und Neuerungen bezüglich der körperlichen Ertüchtigung illusorisch sind, wenn ihre Bestrebungen nicht sanktioniert werden vom ganzen deutschen Volke auf dem Wege der Reichs- und Landesgesetzgebung. Die in Göttingen angenommenen Richtlinien für die dringend erforderliche körperliche Erziehung an den Hochschulen, die als Mindestforderung der deutschen Studentenschaft zu gelten haben, sind, so lautet ein Beschluß der Göttinger Tagung, als „Entwurf einer staatlichen Verordnung über die Pflege der Leibesübungen an deutschen Hochschulen" der Reichsregierung mit der Erklärung vorzulegen, daß die deutsche Studentenschaft von den Landesregierungen eine entsprechende gesetzliche Regelung erwartet. „Die deutsche Studentenschaft stellt sich auf den Standpunkt, daß der akademischen Jugend mit allen Mitteln durch körperliche Ertüchtigung zu weitestgehender geistiger Leistungsfähigkeit verholfen werden muß." Um aber bis zur gesetzlichen Regelung der Angelegenheit keine nutzlos vertane Zeit verstreichen zu lassen, legt die deutsche Studentenschaft schon jetzt durch ihre Göttinger Hauptgeschäftsstelle und durch Vermittlung der örtlichen Studentenausschüsse den Landesregierungen folgende Wünsche und Forderungen vor:

„Die deutsche Studentenschaft sieht in der Hochschule nicht nur die geistige, sondern auch die körperliche Bildungsstätte der akademischen Jugend. Sie fordert daher die Bereitstellung von Geldmitteln und die Einrichtung aller zur körperlichen Erziehung notwendigen Institute. Insbesondere fordert sie bis zur gesetzlichen Regelung im Sinne des vorgeschlagenen Entwurfs schon jetzt tatkräftigste Unterstützung ihrer Wünsche, die Anstellung von Turn- und Sportlehrern, die Bereitstellung von Turnhallen, Spielplätzen und -geräten und die Errichtung von Lehrstellen zur wissenschaftlichen Erforschung der Beziehungen zwischen Körper und Geist. Die Bearbeitung und Lehre dieser Fragen würde zu einer wesentlichen und wissenschaftlichen Beurteilung der Leibesübungen besonders wertvoll sein."

Wesentlich und richtunggebend für die spätere Gesetzgebung sind die vom Ausschuß für Leibesübungen aufgestellten und bereits kurz erwähnten Richtlinien oder Leitsätze. Sie knüpfen in mehreren wichtigen Punkten an das an, was in den Leitsätzen der Reichsschulkonferenz über die Einführung von Leibesübungen an den deutschen Hochschulen unter Ziffer 10 gefordert wird. An jeder Hochschule soll ein Amt für Leibesübungen eingerichtet werden, dem die Aufsicht und Durchführung der an der Anstalt getriebenen Leibesübungen obliegt. Jeder Studierende ist verpflichtet, während seiner Studienzeit Leibesübungen zu treiben. Er hat sich darüber in einem zu diesem Zweck angelegten, für alle Hochschulen einheitlichen Sportbuch auszuweisen. § 5 der Richtlinien besagt:

„Innerhalb der ersten beiden an einer deutschen Hochschule verbrachten Schuljahre hat jeder Studierende zwei Leistungsprüfungen im wesentlichen nach den Grundsätzen für den Erwerb des deutschen Turn- und Sportabzeichens abzulegen. Die Prüfungen haben in einem Abstand von mindestens einem Jahre zu erfolgen."

Der Prüfungsnachweis kann ersetzt werden durch Erwerb des deutschen Sportabzeichens oder einer Hochschulmeisterschaft oder durch einen Sieg im deutsch-akademischen Olympia. Von diesen Leistungsprüfungen und von der Teilnahme an den Leibesübungen kann nur ein für jede Hochschule zu bestellender Sportarzt vorübergehend oder dauernd befreien, wenn durch die Teilnahme nachteilige Folgen für die Gesundheit des Studierenden zu befürchten sind.

Diese Forderungen sind sehr weitgehend und radikal, greifen tief in die persönliche Freiheit der Studierenden ein, ja, durchbrechen gewissermaßen den bisher so hoch und heilig gehaltenen Grundsatz der akademischen Freiheit. Aus diesen und anderen Gründen erhebt sich gegen sie ernsthafte Kritik. Auch unter den gebildeten Schichten unseres Volkes sind weite Kreise des staatlichen Zwanges müde und wir würden nicht zu der Freude am Sportleben gelangen, wenn wir durch den äußeren Zwang die innere Freiheit der Entschließung einengen. Auch liegt die Gefahr nahe, daß sich aus diesem staatlichen Sportzwang ein unangenehmes Sportfexen- und Kraftmeiertum entwickelt, das den deutschen Geist und die deutsche Seele zu beherrschen sucht. Schließlich ist noch zu verhüten, daß die ganze ideale Bewegung durch allzu starke Betonung des Organisatorischen verknöchert und bürokratisiert wird. Es wird der ganzen kraftvollen Zielstrebigkeit unserer akademischen Jugend bedürfen, um diese nicht gering einzuschätzenden Gefahren einzudämmen und aus dem sportlichen Pflichtjahr die Früchte zu ernten, die wir daraus erhoffen, nämlich ein willensstarkes, körperlich und geistig gesundes und kräftiges Geschlecht.

Neu-Deutschland.

Verband katholischer Schüler höherer Lehranstalten.

Rückblick auf die Fulda-Tagung. 7.—10. August 1920.

Von Joseph Schröteler S. J., München.

Wenn ich heute auf die herrlichen Tage in Fulda zurückschaue, dann jubelt mein Herz auf im Gedanken an unsere prachtvolle katholische Jugend. Unsere Zeit bringt so viel Niederdrückendes. Da braucht man eine Aufmunterung. Wer den herrlichen Idealismus unserer Jungen miterlebt, wer ihren Opfermut und ihre Bekenntnisfreudigkeit gesehen, dem ist der Pessimismus vergangen. Bei solchem Nachwuchs steht es wahrhaftig nicht schlecht um die katholische Sache in Deutschland. Schon daß die jungen Menschen aus allen Teilen Deutschlands z. T. unter großen materiellen Opfern herbeigeeilt, zeigt von dem Geist der Entsagung, den N. D. beherrscht. Es waren drei Tage angestrengtester Arbeit. Ein solches Jugendparlament ist etwas Einzigartiges.

Neu-Deutschland ist Jugendbewegung. Die Jugend will selbst schaffen, sie will auch aus ihren Reihen Führer haben; aber sie will das nicht schlechthin auf allen Gebieten. In allen religiös-sittlichen Fragen sind die Bischöfe die berufenen Führer der Jugend. Die großen Ziele des katholischen Lebens sind für jeden Katholiken unverrückbare Grenzpfähle. Die Autorität der Eltern und der Schule muß auf jeden Fall gestützt werden. Aber daneben gibt es noch sehr viele Dinge im jugendlichen Leben, in denen die Jugend sich unter dem Rat erfahrener, weitherziger älterer Freunde, selbst führen kann. Und das Führerproblem heischt gebieterisch, daß wir Katholiken allen Ernstes der Heranschulung führender Menschen uns widmen. Man schreibt so viel über die Führerfrage. Der einzig mögliche Weg scheint mir der der Praxis: geben wir unseren Jungen Gelegenheit, Führereigenschaften zu entwickeln. Daß unsere Jungen sich nicht alles vormachen lassen, daß die Zentrale nicht alles schiebt, dafür hat manche lebhafte Aussprache in Fulda Zeugnis abgelegt. Es war wirklich ein Genuß, so die schlagfertigen Antworten vieler Jungen zu hören, die prächtigen Anregungen, die sie boten, die neuen Wege, die sie wiesen. Da lag ein Antrag vor, einen neudeutschen Wandervogel zu gründen. Klar wurde die Gefahr erkannt, die ein Verband im großen Verband bedeutet; man war sich bewußt, die katholische Jugend darf nicht bloß Abklatsch gegnerischer Bewegungen sein, sie muß Eigenes schaffen. Die gleiche Stellung nahm man zur Gründung eines eigenen Sportverbandes ein. Gewiß, die Ortsgruppe soll wandern, soll Sport treiben — sie muß das schon tun, um die gefährdeten Kameraden zu bewahren — aber das sind doch Dreingaben, die Hauptsache ist der Katholizismus der Tat.

Die Spitze an Neu-Deutschland ist nicht demokratisch. Verbandsvorsitzender und Generalsekretär werden von dem jeweiligen Erzbischof von Köln im Einverständnis mit den übrigen deutschen Bischöfen bestimmt. Damit wird der Verband in die große katholische Hierarchie eingegliedert. Die Ortsgruppen können sich ihre Verfassung selber geben. Und so finden wir die verschiedensten Typen. Die meisten Gruppen haben das demokratische Prinzip gewählt. Dem Vorstand, der aus Jungen besteht und den die Gruppe selber wählt, steht ein erfahrener Jugendfreund als geistlicher Beirat zur Seite. Andere Gruppen haben streng monarchische Verfassung, es sind vor allem die Marianischen Kongregationen, die in immer größerer Zahl sich dem Verband anschließen. Eine dritte Klasse verbindet in idealer Weise beides. Die große Gruppe ist demokratisch organisiert. In ihr aber schließen sich die besten Jungen zu einer Marianischen Kongregation zusammen. Diese Kongregation, die strenges Elitesystem befolgt und selbstverständlich monarchistisch aufgebaut ist, bildet den Kern der Gruppe. In ihr werden Neu-Deutschlands Ideale am entschiedensten ausgeprägt.

Neu-Deutschland will Massenverband sein. Alle katholischen Schüler höherer Lehranstalten sollen in ihm Platz finden. Neu-Deutschland will Schutz bieten gegenüber der Werbearbeit, die von so manchen modernen Bewegungen ausgeht und die leider so viele unserer katholischen Jungen unserer Sache entfremden. Es will mitarbeiten, daß der Katholizismus an unseren höheren Schulen geachtet wird, daß aus dem Leben unserer Schüler all die Halbheit und Oberflächlichkeit, die Seichtheit und Verwaschenheit herauskommt, daß der aufrechte, fröhliche, hilfsbereite katholische Junge mittonangebend ist.

Herzergreifend war, die Liebe unserer Jugend zur hl. Kirche mitzuerleben. Die gewaltige Generalkommunion am Sonntagmorgen im Dom, das Treugelöbnis vor dem bischöflichen Palais, wo der Münchener Neu-Deutsche August Elsen hinreißend sprach, die Aussprachen über Laienapostolat, religiöse Betätigung, Exerzitien, Verhältnis zu den Marianischen Kongregationen, der immer wieder elementar hervortretende Beifall, wenn eine echt katholische Forderung gestellt wurde, zeigten aller Welt, wes Geisteskind N.-D. ist. Und es war das nicht bloß eine Hurrastimmung, nein, hinter all dem steckte ernstes Wollen. Die wertvollste Anerkennung, die dem Verband zuteil werden konnte, waren die herrlichen Worte, die der Hochwürdigste Herr Bischof von Fulda, Joseph Damian, zweimal ihm widmete, waren die warmen Anerkennungsschreiben, die von so vielen deutschen Bischöfen eingetroffen, war vor allem der prachtvolle Brief, in dem Se. Eminenz der Hochwürdigste Herr Kardinalstaatssekretär Gasparri Segen und Anerkennung des Hl. Vaters übermittelte.

Als Tatkatholiken schaffen die Neudeutschen für ihr Vaterland. Keine Parteipolitik, kein Chauvinismus, aber heiße Liebe zu Vaterland und Volk. Darum ans Werk überall, wo es gilt sich für das Arbeiten an den großen Aufgaben der Zeit zu schulen. Soziales Wissen und Verstehen, Ueberbrücken der Gegensätze nicht durch Reden, sondern durch die Tat. Darum Anschluß des Verbandes an die „Deutsche Jugendkraft", die große Sportorganisation der katholischen Jünglingsvereine. Mit ihren jungen Brüdern aus dem handarbeitenden Stande zusammen, will die neudeutsche Jugend ihre Leibesübungen pflegen. Verständnis für das Volk und die köstlichen Schätze, die in seiner Seele schlummern, Liebe zur engeren Heimat und ihren Schönheiten, Kampf gegen alles, was das Volk verseucht, gegen Schund und Schmutz, selbst bis zur Einführung der völligen Kinoabstinenz, wo das nötig ist. Sorge für unbemittelte Mitschüler, durch großzügige Vermittlung gebrauchter Schulbücher um billigen Preis, durch Schaffung von Landaufenthalten und Ferienheimen, durch Ausbau des Herbergewesens über ganz Deutschland. In dankenswertester Weise hat der Hochwürdigste Herr Generalpräses der Gesellenvereine alle Gesellenhäuser gegen geringes Entgelt auf Vorweis einer vom Generalsekretariat ausgestellten Karte zur Verfügung gestellt. In Köln soll die Berufsberatungsstelle weiter ausgebaut, der Erfassung der zahlreichen Stipendien besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden und vieles andere mehr.

Vor etwa einem Jahre durch den hochseligen Herrn Kardinal von Hartmann (Köln) gegründet, ist das kleine Senfkörnlein zu einem gewaltigen Baum geworden. 183 Ortsgruppen mit über 15 000 Mitgliedern zählt der Verband heute. Die Gruppen haben 16 Gaue gebildet, deren Leitungen für die Ausdehnung und die Vertiefung des Verbandes arbeiten. Auch Bayern ist erwacht. Die Münchener 26 Neu-Deutschen haben nicht bloß durch ihre Nationaltracht Aufsehen erregt, sondern auch in den Verhandlungen überall wacker ihren Mann gestellt. Und die Anerkennung, die dem Verband ausgesprochen durch den offiziellen Vertretern des preußischen Kultusministers, Herrn Staatssekretär Wildermann, zeigt, daß Neu-Deutschland sich Achtung auch an den höchsten staatlichen Stellen errungen hat. Von Fulda ging ich nach Burg Rothenfels, der Zentrale unserer Schwesterbewegung „Quickborn".

So war Fulda ein voller Erfolg. Was Staatssekretär Wildermann in die Worte faßte „ich bin in Fulda um 10 Jahre jünger geworden", war unser aller, die wir als Freunde Neu-Deutschlands zugegen waren, tiefer Eindruck.

„Grüß Gott! Neu-Deutschland!" das ist unser Segenswunsch für das kommende Jahr.

Unsterblichkeit.

Unsterblichen Ruhm zu erlangen
Wäre nie mein Traum,
Hätt' ich nicht geträumt,
Als säh ich mein Bild umsäumt
Mit Lorbeer, ein Bildchen aus Stein
Irgendwo im Schatten von wildem Wein . . .
Und du drücktest deine Lippen
Auf meine Wangen.
Um dieser Lippen willen
Möcht ich unsterblich sein.

S. Weris.

Polens Sieg.

Von Hartwig Schubart, z. Zt. Siena.

Die russisch-polnischen Kämpfe haben in Deutschland, insbesondere im deutschen Osten, starke Erregung hervorgerufen. Die Ueberlegung scheint für viele einfach: Ein russischer Sieg über Polen würde kaum die Gefahr weiteren Vordringens russischer Armeen nach Deutschland bedeuten können, da die Entfernung der deutschen Grenze von der russischen Basis eine zu große ist, jede Offensive aber mit zunehmender Entfernung von ihrer Basis in sich selbst schwächer wird und zum Schluß zum Stillstand kommen muß. Das stark verwüstete und russenfeindliche Polen könnte für die russischen Armeen keine neue Basis bieten. Die von Haß und Angst ungerecht diktierten Bestimmungen des Versailler Friedens würden durch die Macht der Tatsachen für den Osten aufgehoben werden. Deutschland könnte seine alten Grenzen wieder erhalten, es behielte die für seine industrielle Betätigung so außerordentlich wichtigen oberschlesischen Kohlen- und Industriegebiete, und die direkte Berührung mit Rußland würde nicht nur keine militärische Gefahr bedeuten, sondern die Neuaufnahme geordneter Handelsbeziehungen, die unmittelbare Ausfuhrmöglichkeit in ein aufnahmefähiges und bedürftiges Hinterland; Arbeit, Export, Brot, finanzielle Gesundung. Also — der Schluß liegt nahe — müssen wir wünschen, daß Rußland wieder von neuem vorstoße und über Polen siege. Diese sicherlich logische undan sich klare Folgerung würde auch tatsächlich richtig sein, wenn Deutschland selbst in geordneten Verhältnissen sich befände und wenn die Ideen ebenso sich in ihrem Vordringen an den Grenzen erschöpfen müßten wie der militärische Vormarsch.

Aber Deutschland befindet sich nicht in geordneten Verhältnissen — im Gegenteil gewinnen die anarchistischen Tendenzen immer mehr Boden, auch unter den Intellektuellen. Das Leben wird für die Gebildeten immer schwerer, immer unerträglicher in pekuniärer Hinsicht, die Kraft zur rettenden Tat fehlt — die Negation alles Bestehenden, die Hoffnung auf allgemeinen Umsturz, der wenigstens die jetzigen Verhältnisse ändern muß, unter denen man nicht mehr zu leben vermag, gewinnt täglich an Boden. Geschickte Propaganda verwirrt weiter das Denken der unterernährten blutleeren Gehirne, und in Berlin leistet dann ein großes Kunstinstitut das letzte, um durch seine aufpeitschenden und aufreizenden Darstellungen und Darsteller den letzten Rest der Besonnenheit zu vertreiben. Für dieses Deutschland würde ein russischer Sieg über Polen, würde eine direkte Berührung mit dem Rußland der Sowjets den inneren Umsturz bedeuten, den offenen Sieg des vielfach bereits latent herrschenden Anarchismus. So muß der besonnene Blick eines erhoffen: den Sieg Polens, mag er auch zunächst die Bestätigung erduldeter Unbill für uns Deutsche bedeuten. Ein zweites Mal steht jetzt Polen zur Rettung des Abendlandes unter Waffen, wie einst unter Johann Sobiesky — das in Rom vom Heiligen Vater angeordnete Tedeum für die Siege Polens entspringt dieser Erkenntnis.

Wenn wir uns so identifizieren müssen mit Wünschen, die an sich rein mechanisch den deutschen Interessen entgegenstehen, so liegt die innere Schuld an uns selbst. Gewiß, wir stehen unter dem Zeichen des Reichsnotopfers. Gewiß, die Abgaben desselben treffen viele einzelne sehr, sehr hart. Werden sie aber helfen? Nein! Sie können nicht helfen, da sie an die Folgen rühren, nicht an die Ursachen. Nicht darin kann die Aufgabe unserer Finanzgesundung bestehen, für die immer steigenden Staatsausgaben immer neue Mittel zu schaffen — es kann dadurch nur immer neue, größere Teuerung, nur immer größere soziale Diffidenz, sozialer Haß entstehen — unsere Finanzaufgabe heißt, an die Wurzeln zu gehen und durch Staatsentschuldung die jährlichen Steuerabgaben dauernd herabzusetzen, die Inflation zu heben, dem Geld seinen Wert wieder zu geben.

Nicht nur die Gegenwerte der Staatsverschuldung, die verschiedenen Anleihestücke und Geldzertifikate befinden sich in Händen des Publikums, sondern sämtliche öffentlichen Anlagewerte haben sich verdoppelt, verdreifacht, verzehnfacht. Es ist möglich, den Besitzenden einmalige Abgaben in nomineller Höhe der Gesamtkriegsverschuldung aufzuerlegen, ohne dem wirtschaftlichen Leben das Blut zu entziehen — speziell die staatlich wichtigen großen Unternehmungen werden gar nicht dadurch berührt, wenn ihre Anteilscheine und Aktien den Besitzer wechseln. Dann ist innere Gesundung möglich. Polens Sieg wird uns äußerlich retten — die innere Rettung liegt uns selbst ob.

Die sechsklassige Mittelschule für Mädchen.

Ein Beitrag zur Neuordnung des Mädchenschulwesens.

Von M. Charitas Schiml, Mitgl. des Engl. Instituts, Nürnberg.

Das höhere Mädchenschulwesen erfuhr erst vor etwa 10 Jahren eine durchgreifende Umgestaltung. An die Stelle der früheren „Höheren Töchterschule" trat die „Höhere Mädchenschule", welche eine wissenschaftliche Ausbildung der Mädchen anbahnen und die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne auch auf geistigem Gebiete ermöglichen sollte. Die neue Schule hat bereits Früchte gezeitigt. Nicht wenige Mädchen haben mit gutem Erfolg das Gymnasium absolviert, an den Universitäten finden sich weibliche Studierende in stets wachsender Zahl. Immerhin ist es nur ein kleiner Prozentsatz von Schülerinnen — vielleicht 5% —, welche die akademischen Studien anstreben. Die große Mehrzahl der Mädchen betätigt sich nach Erledigung der Schulpflicht entweder im Hauswesen oder in praktischen Berufen. Daran wird die neue Zeit nichts ändern, im Gegenteil.

Ich möchte nun behaupten, daß unsere höhere Mädchenschule nicht das bietet, was die Mehrzahl unserer Mädchen braucht. Der Durchschnitt der Schülerinnen ist den Forderungen des Lehrplans im einzelnen gewachsen, aber in ihrer Gesamtheit übersteigen diese das Maß, welches ein normal begabtes Mädchen geistig verarbeiten kann. Alle erfahrenen Lehrkräfte an höheren Mädchenschulen stimmen darin überein, daß durch den Betrieb, wie er an höheren Mädchenschulen gehandhabt werden muß, nicht ein gediegenes Können, sondern bloß oberflächliche Vielwisserei erreicht werden kann. Die Mädchen haben nach zehnjährigem Schulbesuch gewiß viel gelernt, d. h. sie haben vielerlei in sich hineinstopfen müssen, aber die Klarheit und Sicherheit des Denkens, die Selbständigkeit im Urteil mußten darunter leiden.

Ein guter Teil der Kinder erreicht aber nicht einmal das Abgangszeugnis der höheren Mädchenschule. Viele Mädchen, die zwar recht fleißig und strebsam, aber mehr praktisch begabt sind, kommen über das siebente oder achte Schuljahr nicht hinaus. Um die Kenntnisse solcher Kinder ist es beim Austritt aus der Schule schlecht bestellt. Von der Geschichte kennen sie bloß das Altertum, in der Erdkunde haben sie noch nichts über fremde Erdteile, in der Physik überhaupt nichts gelernt. Daß sie im bürgerlichen Rechnen oder im Deutschen eine große Gewandheit haben, ist nach Lage der Verhältnisse auch nicht zu erwarten. Können die Anfänge der Geometrie oder die Kenntnis der Feinheiten der französischen Aussprache einen Ersatz bieten für die Lücken in ihrer Schulbildung? Deshalb muß es als eine weitschauende und sehr wohltätige Anordnung betrachtet werden, daß schon vor zehn Jahren die Einrichtung von Mittelschulen für Mädchen in die Wege geleitet wurde. Es mag in den Verhältnissen begründet sein, daß diese Schulgattung im nördlichen Bayern bis jetzt wenig bekannt war und zum Teil mit schweren Vorurteilen kämpfen muß, während sie im südlichen Bayern eine ziemliche Verbreitung und großen Anklang gefunden hat. Und doch wird man allgemein die Mittelschule mehr in den Vordergrund des Interesses rücken müssen, denn sie scheint die Schule der Zukunft zu werden. An der Erneuerung unseres Volkes kann und muß jedes Mädchen und jede Frau teilnehmen. Denn die tüchtigen Frauen sind die Trägerinnen und Hüterinnen, die berufenen Erzieherinnen des heranreifenden Geschlechts und zugleich die treuesten Stützen für den Mann, der, mitten im Kampfe des Lebens stehend, in Gefahr ist, seinen idealen Sinn einzubüßen. Wenn wir recht viele gesunde, vernünftige Frauen haben mit einfacher, aber sehr gründlicher Schulbildung, nüchtern und objektiv im Denken, klar und kurz im Reden, zielbewußt und folgerichtig im Handeln, dann ist ein neues Aufblühen unseres Vaterlandes zu erwarten. Den Weg zu dieser praktischen Bildung weist die Mittelschule. Zeitgemäß durchgeführt und von einer vernünftigen Familienerziehung gestützt und getragen, kann sie von segensreichem Einfluß auf die Zukunft unseres Volkes werden.

Was den Lehrplan der Mittelschule nach dem Ministerialblatt vom 17. Juni 1916 anlangt, so ist Stundenzahl, Lehrstoff und Einteilung desselben fast in allen Unterrichtsfächern wie an der höheren Mädchenschule. Ein wesentlicher Unterschied liegt nur im Französischen und in der Mathematik vor. Erfahrungsgemäß sind ja gerade diese Fächer die Klippen, an welchen so manches Schifflein im Schulleben scheitert. Die Mittelschule bietet in allen Klassen französischen Unterricht. Die Teilnahme an dem

selben ist aber den Schülerinnen insoferne freigestellt, als sie sich am Beginne des Schuljahres für oder gegen dieselbe entscheiden können. In den eigentlichen Wissensfächern ist bei gleichem Lehrstoff die Methode an beiden Schulen sehr verschieden. Der Betrieb an der höheren Mädchenschule hat mehr einen wissenschaftlichen Charakter. Stoffauswahl und Lehrmethode an der Mittelschule werden durchaus von praktischen, auf den späteren Bedarf der Frau in Familie und Beruf eingestellten Gesichtspunkten bestimmt. Die Schule beschränkt sich auf das, was die Mädchen auf der entsprechenden Altersstufe bei ernstem Fleiß erfassen und gründlich verarbeiten können. Der Unterricht sucht weniger in die Breite als in die Tiefe zu gehen, so daß die Bildungsgrundlage möglichst solid und klar wird.

Noch deutlicher tritt der Unterschied zwischen beiden Schulen bei den mathematischen Fächern in die Erscheinung. Die höhere Mädchenschule ersetzt in den ersten drei Klassen das Realgymnasium. Deshalb verwendet sie viel Zeit und Kraft für Geometrie und später auch für Algebra und Stereometrie. Diese Unterrichtsgebiete sind unstreitbar von größtem Nutzen für die allgemeine Geistesbildung der Kinder, wenn sie mit der nötigen Gründlichkeit gepflegt werden können. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß bei der Anhäufung verschiedenster Interessengebiete die Geisteskraft der Kinder so zersplittert wird, daß nicht bei allen Schülerinnen der gewünschte Erfolg reift. Daher verlassen auch viele Mädchen nach der 3. oder 4. Klasse die höhere Mädchenschule. Die Mittelschule sieht von vornherein von diesen Unterrichtsfächern ab und pflegt unter Verzicht auf arithmetische Spitzfindigkeiten alle Arten des bürgerlichen Rechnens, ebenso die verschiedenen Zweige der häuslichen und einfachen Geschäftsbuchführung. Die doppelte Buchführung und das Maschinenschreiben treten als Wahlfächer hinzu.

Naturgemäß ist das Deutsche das bevorzugte Unterrichtsfach und es kann ihm nach Lage der Verhältnisse viel Zeit und Sorgfalt gewidmet werden. Sprachlehre, Aufsatz, alle Arten des schriftlichen Verkehrs finden innerhalb der durch den Zweck der Mittelschule gezogenen Grenzen eingehende Pflege. Für Literatur und Lektüre bleibt hinreichend Zeit. Es ist ein ruhiges, durchgreifendes und freudiges Arbeiten an der Mittelschule, das zwar die Kräfte der Kinder tüchtig in Anspruch nimmt, sie aber nicht überanstrengt und zersplittert. Die Kinder werden ohne Hast und Aufregung, aber gründlich und nachhaltig in alle Gebiete des praktischen Wissens eingeführt und bleiben vor Ueberladung mit unverdaulichem, im Leben nicht verwendbarem Lernstoff verschont.

Dieser Vorteil erfährt noch eine wertvolle Unterstreichung dadurch, daß in der Mittelschule das Fachlehrersystem fällt. Denn die Forderung akademisch gebildeter Lehrkräfte gilt nur für die höhere Mädchenschule. Was das in pädagogischer und hygienischer Hinsicht, was es für die gleichmäßige Förderung und gegenseitige Verkettung aller Unterrichtsfächer zu bedeuten hat, ist unschwer zu ermessen.

Die Verhältnisse für den Uebertritt von der Volksschule liegen bei der Mittelschule viel günstiger als bei der höheren Mädchenschule. Mädchen aus der 5., 6., 7., 8. Klasse der Volksschule können in die Mittelschule übertreten. Deshalb eignet sich diese Schule vorzüglich für die breiten Mittelschichten der Bevölkerung. Daß der Aufwand für Bücher, Hefte, mathematisches und physikalisches Rüstzeug erheblich geringer ist als an der höheren Mädchenschule, dürfte bei den heutigen Preisen auch nicht ohne Bedeutung sein.

Allerdings, ans Gymnasium oder an die höhere Mädchenschule ist der Uebertritt von der Mittelschule aus nicht so einfach. Aber für begabte und gesunde Mädchen — und nur solche kommen hier in Betracht — läßt sich wohl ein gangbarer Weg finden. Sie müßten eben eine Zeit lang ergänzenden Unterricht im Französischen und in Mathematik nehmen; denn die Aufnahme ins Gymnasium ist ja, ohne Rücksicht auf die vorher besuchte Schule, vom Bestehen der Aufnahmeprüfung abhängig.

Alles in allem dürfte die Mädchenmittelschule eine schätzenswerte Bildungsgelegenheit darstellen, welche innerhalb der ihr gegebenen Grenzen unsere Mädchen vom Wissen zum Können führen und auf die Anforderungen des praktischen Lebens wohl vorbereiten kann. Daß der Gedanke der Mittelschule an sich gesund und den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt ist, mag der Umstand beweisen, daß in Nürnberg bereits die Bildung der dritten sechsklassigen Mittelschule für Mädchen im Gange ist.

Der 10. Würzburger schulgesangpädagogische Fortbildungskurs.

Von Matthias Huber, Chorregent, Olching.

Vom 16. bis 18. Juli 1920 tagte in Würzburg ein schulgesangpädagogischer Fortbildungskurs. Kursleiter waren Volksschullehrer und Gesangspädagoge Raim und Heuler. Mit ihnen teilten sich sein Bruder Felix Heuler und Anton Schiegg, München in die Referate. Das Teilnehmerverzeichnis weist 106 Namen auf; Norddeutschland, besonders Hessen war stark vertreten, aus Südbayern waren nur drei Herren gekommen.

Der landläufige Gesangsunterricht an den Volksschulen will nicht viel besagen, die Gesangsstunde bleibt im wesentlichen Liederübungsstunde. Es ist das nicht zum Verwundern; denn die bisher übliche Intervalltreffiehrmethode hat im Mittelschulbetrieb versagt und ist daher für die Volksschule überhaupt nicht in Betracht gekommen. Sobald aber eine Gesangsmethode gefunden wird, die sich eignet, auch Kinder der Volksschule zum selbständigen Notensingen zu führen, muß die Volksschule den primitiven Standpunkt der Vogelgesangsmethode aufgeben.

Eine solche Gesangsmethode ist gefunden, nicht erst seit gestern oder heute, vielmehr seit einer Reihe von Jahren. Nicht für eine neue noch unerprobte Sache soll die große Glocke geläutet werden, die neue Methode hat sich in der Praxis bereits bewährt. In Würzburg wurde eine Volksschulklasse von 12jährigen Knaben vorgeführt, die 3 1/2 Jahre den neuen Gesangsunterricht genossen hatten. Ein Kursteilnehmer schrieb nun folgende Treffübung an die Tafel: c e d g c d h g d c e g d h d c e f h c usw., die von den Schülern ohne weiteres richtig abgesungen wurde. Es folgten dann auch chromatische Aufgaben. Intervalle wie his des, fisis ges, b fis sangen die Jungen ohne langes Besinnen ab. Einzeln in den Saal gelassen, mußte jeder Knabe den Ton h frei intonieren, nur wenige versagten, weiter als eine kleine Terz kam keiner daneben. Einige Schüler leisteten auch im Musikdiktat, das sich viel in Chromatik bewegte, Erstaunliches. Mag von diesen hervorragenden Leistungen manches dem außergewöhnlichen Unterrichtstalent R. Heulers gut zu schreiben sein, so fällt der Löwenanteil doch dem neuen Unterrichtsverfahren zu. Bei der Beurteilung dieser Leistungen darf man den Umstand nicht vergessen, daß kaum einer dieser Knaben ein Instrument spielt, ihr Können stammt also von Gesangs- und nicht vom Instrumentalunterricht.

Nun noch einiges über diesen neuen Unterrichtsweg. Unsere gewöhnlichen Tonnamen (c, d, e usw.) eignen sich für den Gesangsunterricht schon deswegen nicht, weil sie nicht sangbar sind, die Guidonischen Tonsilben (do, re, mi usw.) sind sangbar, reichen aber für unsere modernen Tonarten nicht aus. Verschiedentlich suchte man diesem Mangel abzuhelfen, kam aber über Flickarbeit nicht hinaus. Erst Karl Eitz gelang es, ein Tonwortsystem zu erfinden, das allen Anforderungen, welche an ein vollkommenes Solmisationsmittel gestellt werden müssen, in kaum zu überbietender Weise entspricht. Seine pädagogische Kraft wächst mit den Schwierigkeiten der zu lösenden Aufgaben. Dabei ist allerdings die Art der methodischen Anwendung für den Erfolg wesentlich (R. Heuler, „Neue Aufgaben des Gesangunterrichts", Korn, Nürnberg 1918, S. 21).

Bei der methodischen Anwendung seines Systems versagte Eitz. Da sprang R. Heuler in die Bresche. Er weist im Gegensatz zu Eitz dem Tonwort im Kreis der methodischen Faktoren, den er durch eine Anzahl neuer wirksamer Lernhilfen erweitert hat, eine kordinierte Stellung zu mit der Aufgabe, in harmonischem Zusammenwirken mit den übrigen Mitteln von allem Anfang an auf durchgreifende Ausbildung des musikalischen Intellekts hinzuarbeiten. Heuler hat zuerst gezeigt, daß die früheste Erziehung zum musikalischen Denken am natürlichsten an den Parallelismus der elementaren musikalisch-akustischen Tatsachen anschließt und hat in diesem Sinne einen Kanon von musikalischen Grundformeln aufgestellt. Weiterhin steht ihm das geistige Vorrecht zu, hinsichtlich des frühesten Eintritts der Harmonie im ersten Gesangsunterricht, hinsichtlich des folgerichtigen Aufbaues der tonalen Schulung durch systematische melodische Veränderung der Tonalitätsübungen, hinsichtlich der zentralen Stellung des Dreiklangs im Treffsingen, hinsichtlich der summarischen Behandlung des ganzen Tonsystems nach eingehend behandelter erster Tonart und hinsichtlich der methodischen Ausnützung der Sprachbewegungsenergie und Sprachbewegungsempfindungen zugunsten des Treffiernens. So ist Heulers Unterrichtsweg nicht etwa bloß eine Abart der Eitzschen Tonwortmethode, er ist eine selbständige Weiter- und Höherführung der Schulgesangmethode auf der festen Grundlage neuer wissenschaftlicher Tatsachen (l. c. S. 25 f.)

Wer der Sache tieferes Interesse entgegenbringt oder entgegen bringen soll, den verweise ich auf das oben zitierte Schriftchen, worin auch weitere Literaturangaben zu finden sind. Kirchenchorleitern, die sich mit Ausbildung von Chorsängern befassen müssen, sei noch mitgeteilt, daß in einigen Monaten in der Kirchenmusikalischen Sammlung bei Pustet in Regensburg eine Didaktik und Methodik von Heulers neuem Unterrichtswege erscheinen wird.

Allen Zweiflern und zaghaften Seelen gilt die Aufmunterung eines Kursteilnehmers aus Ulm, der bereits 10 Jahre den neuen Unterrichtsweg geht: „Lassen Sie alle Bedenken beiseite, machen Sie einen praktischen Versuch, Sie werden es nicht bereuen!"

Generalversammlung der Präsides der katholischen Jünglings-Vereinigungen Deutschlands.

Von A. Mahlberg, Düsseldorf.

Im Anschluß an die Tagung der Vorstände der katholischen Verbände Deutschlands zu Würzburg findet am Donnerstag, den 16. und Freitag, den 17. September die infolge des Krieges seit mehreren Jahren verschobene IX. Generalversammlung der Präsides der katholischen Jünglings-Vereinigungen Deutschlands statt. Am Mittwoch den 15. vorm. 9 Uhr geht die Jahressitzung der Diözesanpräsides (Zentralkomitee der K. J. V. D.) und die des Verwaltungsrates voraus. Die Generalversammlung wird eröffnet mit einem Pontifikalgottesdienst am Donnerstag den 16. um 8 Uhr im Dome zu Würzburg. Um 9¼ Uhr beginnt die Generalversammlung im Galeriesaale des Huttenschen Gartens. Zur Beratung steht zunächst eine Reihe von Anträgen zur Aenderung und Anpassung der Verbandssatzungen an den nunmehrigen Stand der Entwicklung des Verbandes, insbesondere zur zukünftigen Gestaltung der Generalversammlung, zur Eingliederung der in vielen Bezirken eingeführten Vorstände- und Delegiertentage in die Verbandsorganisation und zur Regelung der Vereins- und Verbandsbeiträge. Sodann wird die Generalversammlung an Hand von vorliegenden Leitsätzen die wichtigsten erziehlichen und sozialen Forderungen, welche für die erwerbstätige Jugend an die Gesetzgebung zu stellen sind, besprechen und hierbei zu dem geplanten Reichsschulgesetz, Jugendwohlfahrtsgesetz, und zu dem vorliegenden Kinogesetz Stellung nehmen. Im Anschluß hieran soll die Hebung der durch den Krieg, besonders bei der erwerbstätigen Jugend sehr geschwächten körperlichen Gesundheit besprochen und die zukünftige Organisierung der Turn-, Spiel- und Wanderbestrebungen in den katholischen Jugend- und Jünglingsvereinen festgelegt werden. Zu dem Zwecke findet am Mittwoch den 15. September nachm. 5 Uhr eine Sondersitzung der Kreisvorsitzenden und Kreisleiter der Turn-, Spiel- und Wanderabteilungen statt. Nach Annahme der vorzulegenden Satzungen durch die Generalversammlung soll am 16. Sept., abends 7 Uhr, in einer Sondersitzung die endgültige Gründung der Organisation für Turnen, Spiel und Wandern „Deutsche Jugendkraft" erfolgen. Es steht zu erwarten, daß sich derselben auch die gleichartigen Abteilungen der anderen katholischen männlichen Vereine anschließen werden. — Der zweite Tag, Freitag, den 17. Sept. ist der Besprechung der seelsorglichen und erziehlichen Fragen, insbesondere der Jungmännerseelsorge im engeren Sinne, sowie der Erfassung der älteren Jugendlichen und deren Erziehung zum öffentlichen Leben und zum Führertum gewidmet. Während der erste Tag außer der Beratung der inneren Verbandsangelegenheiten Gelegenheit gibt, zur Aussprache über die bevorstehenden gesetzlichen Maßnahmen für die heranwachsende Jugend, so wird der zweite Tag die inneren Probleme zur Erörterung stellen. — Anmeldungen zur Besorgung der Unterkunft sind mit genauer Angabe der in betracht kommenden Tage baldigst an Herrn Kaufmann Schubert, Würzburg, Stefansstraße 1, zu richten.

Vom Büchertisch.

Bildotabuloj por la instruado de Esperanto de T. Goldschmidt. 104 Seiten. Verlag Ferd. Hirt u. Sohn, Leipzig 1919. Preis 5.60 M und 10 %. — Ein vorzügliches Mittel, um die Welthilfssprache Esperanto perfekt zu lernen. Bis jetzt bestanden Ausgaben der Methode Goldschmidt nur in französischer, deutscher, englischer und italienischer Sprache. Der Direktor des staatlichen Esperanto-Instituts in Leipzig, Studienrat Prof. Dr. Dietterle, überträgt nun diese Methode auch auf Esperanto. Das Buch enthält auf den linken Seiten 35 Bilder (Bahnhof, Markt usw.), deren Gegenstände mit Ziffern bezeichnet sind. Unter dem Bilde findet man neben den Ziffern die Wörter. Auf diese Weise lernt man nicht nur nach dem Gedächtnis, sondern vor allem auch durch die Augen, was das Behalten der Wörter erleichtert. Das Buch ist den fortgeschrittenen Esperantisten nur zu empfehlen, Autor und Verlag verdienen volle Anerkennung. Sappl.

Juliana von Stockhausen: Brennendes Land. Der Roman des Barock in der Pfalz. Kempten, Jos. Köselsche Buchhandlung. Preis geh. 14.40 M, geb. 19.20 M. — Da hätten wir das zweite Buch dieses — auch in seinen Auswirkungen — noch sehr jugendlichen, bemerkenswerten Talents, hätten es als „Probe" der Standhaltung gegenüber den im ersten Buche beschlossenen Verheißungen. Es hält stand, bezeichnet sogar einen Fortschritt in der Harmonie künstlerischer Behandlung. Die stoffliche Verschiedenheit der beiden Romane drängt sich alsbald auf. „Das große Leuchten" verlegte seine Begebnisse in die Zeit Luthers: die schwäbischen Bauernkriege. Wucht schöpferischer Kraft und Tiefe seelischen Ausgleichs waren also hier die Hauptbedingungen zur Ausgestaltung der stürmisch bewegten Handlung. „Brennendes Land" spielt in der badischen Pfalz während der Regierung des unglücklichen Kurfürsten Karl 1680—85. Schon die Buchaufschrift zeigt, daß es sich auch hier um wildes Geschehnis handelt, war es doch die Zeit des brennenden Heidelberger Schlosses, der brennenden Pfalz unter den Mörder- und Räuberhänden des französischen Ludwig. Aber Kampf und Unterliegen in historischem Sinne bildet den Hintergrund erst des letzten Teiles des Romanes, der sich in drei „Bücher" scheidet: Das Buch des Schäferspiels; Das Buch der Leidenschaft; Das brennende Land. Der Gesamttitel geht vor allem auf die innere Handlung, auf das „brennende Land" einer schwer bedrohten jugendlichen Liebesleidenschaft, deren scheinbaren Abschluß bereits das zweite „Buch" bringt, während erst das dritte sie einer überraschenden befreienden Lösung zuführt. „Zarter und reiner ist das Mysterium der Mutterschaft wohl nie geschildert worden," urteilt Dr. H. André. Ich kann da nicht unbedingt zustimmen, aber ergriffen, erschüttert beuge auch ich mich vor der Kraft und Tiefe, die hier das noch so junge Talent eine der eigenartigsten Wendungen zur Richtung ethisch-dichterischer Vollendung finden ließ. Was der Roman sonst bringt, bedeutet — neben einiger „Enttäuschung" durch Uebersteigerung — reichen, mannigfachen Genuß. Mit Genialität, die in erster Linie wohl auf dichterische Eingebung weist, gleich in zweiter aber auf einen in seiner Gewissenhaftigkeit bewundernswerten Arbeitsfleiß, wird das höfische Leben jener Zeit mit seinen gefährlich berückenden, verschwenderischen Reizen sowie das verderbte Staatsleben, beide mit ihren „barocken" Menschen und Gepflogenheiten, vor uns aufgerufen; gegenüber dem abgrundtief von ihnen geschiedenen Volks-, Bürger- und Kriegerleben. Mit Genialität auch ist das von fremder Leidenschaft umbrandete Herzensleben der zwei Hauptpersonen abgespiegelt, deren gemeinsames Glück am Schicksal und nicht minder an ihrem eigenen Fehltum zerbricht. Erstaunlich klar und überzeugend wirkt die gesamte übrige Charakteristik: Kurfürst und Kurfürstin, der calvinistische Hofprediger und diktatorische Kanzler Langhanns; des Helden gewaltiger Gegenspieler Raban Graf von Hochstett-Obristfeldmarschall, und neben ihnen, um sie das ganze adelige und politische Hofgetriebe. Zu näherem Eingehen fehlt hier der Raum. So sehe man selber zu — es lohnt sich. E. M. Hamann.

Hans Steiger: Die Zauberbrille. Grotesken, Satiren und lustige Skizzen. Regensburg, Friedrich Pustet. Pr. geb. 13.50 M. — Beim Klange dieses österreichischen Dichternamens pflegt man jetzt aufzuhorchen. Steiger ist fraglos eine nach der Richtung der Höhe und Tiefe veranlagte Künstlernatur, ein Träger seelischen Ernstes und einer darstellerischen Kraft, die der zeitgenössischen Wirklichkeit unter Verantwortlichkeit und mit scharfem, blankem Witze nachzugehen und gerecht zu werden versteht. Seelisches Gemüt und farbensprühender Geist sprechen aus ihm, jenes vorwiegend unmittelbar, dieser öfters mit der Geste und dem Klange der Selbstbetonung. Das vorliegende Buch, dessen Aufschrift als Kennzeichnung einer ausgleichend vereinheitlichenden Lebensauffassung dienen soll und mag, bekundet des Verfassers bemerkenswerte Veranlagung zum gestaltenden zeitspiegelnden Humor, und zwar zu dessen Auszweigungen: schwerer und leichter Satire, tollköpfiger Groteske und übermütiger Schelmerei, auch Spaßmacherei. Mein persönlicher Geschmack hätte aus den 16 Kapiteln gern einige als von gar zu leichtem Gewicht ausgeschieden gesehen; Freunde, Liebhaber werden auch sie finden, und immerhin lockt eine stattliche Reihe von starkem Gesamt- und Einzelreiz auch für verwöhnte Lachlustige und Kenner, Bewunderer echten Humors im Gewande scharfsinnigen Witzes, der nicht nur zu leuchten, zu packen, sondern auch führend mitzureißen weiß. Als nicht dieser Sammlung wesenszugehörig empfand ich das letzte, vierteilige Kapitel in seiner lastenden Stoffschwere und tragischen Eindrucksgewalt. E. M. Hamann.

Die Bücher Samuel. Uebersetzt und erklärt von Dr. Alfons Schulz, ord. Prof. der Theologie an der Akademie zu Braunsberg. 2. Band: Das zweite Buch Samuel. Mit einem Anhang: Die Samuelbücher. 8°. VIII u. 378 S. 24 M. Münster, Aschendorff, 1920. — Als zweiter Halbband des 8. Bandes des exegetischen Handbuches zum Alten Testament beschließt vorliegendes Werk die Erklärung der Samuelbücher. Der Verfasser bietet vorab eine möglichst wortgetreue Wiedergabe des hebräischen Urtextes in guter Verdeutschung. Der Text ist dabei sinngemäß abgeteilt mit Ueberschriften für die Einzelabschnitte, die den Inhalt kurz umschreiben; sie bewegen sich fast durchweg um die Person des Königs David, dem das zweite Buch Samuel hauptsächlich gewidmet ist. So wird eine klare Uebersicht über Inhalt und Aufbau dieses Offenbarungsbuches gewonnen. An die Einzelstücke der Uebersetzung reiht sich eine einläßliche Erklärung, ebenso Verbesserungsvorschläge neben dem überlieferten hebräischen Wortlaut. Die Einleitungsfragen sind zusammenfassend an den Schluß gestellt. Eingehende Verzeichnisse bekunden den umfassenden Inhalt des Werkes. O. Heinz.

Das Jahrhundertgedächtnis des Geburtstages von Domkapitular Dr. Wilhelm Molitor in Speyer (1819—1880) hat neuerdings die Aufmerksamkeit auf die Werke dieses großen Dichters und Schriftstellers gelenkt. Hier sei auf eine zu Unrecht in Vergessenheit geratene Schrift desselben, seine Uebersetzung der **Nachfolge Christi** hingewiesen, die seinerzeit in der Dr. Jägerschen Buchhandlung in Speyer erschienen ist. Sie entstammt dem literarischen Nachlasse Molitors, ist offenbar ein Werk seiner letzten Lebensjahre und konnte wohl von dem schwer Leidenden nicht mehr selbst in den Druck gegeben werden. Erstmals erschien sie 1895 und trägt unverkennbar in jeder Hinsicht das Gepräge des Molitorschen Geistes an sich. Ein beliebiges Kapitel dieser Nachfolge Christi, verglichen einerseits mit dem betreffenden der lateinischen Urschrift, anderseits mit dem irgendeiner anderen neudeutschen Uebersetzung läßt sofort die hohe Ueberlegenheit der Molitorschen Arbeit erkennen. Der große feinfühlige Meister der Sprache, der scharfsinnige gelehrte Theologe, der auf dem Gebiete des inneren Lebens erfahrene Geistesmann, treten dem aufmerksamen Beobachter in jeder Zeile entgegen. Der Wortlaut ist so flüssig und so ansprechend, daß man vergißt, eine Uebersetzung vor sich zu haben. Ein Kapitel vom Leben des gottseligen Thomas von Kempen ist vorausgeschickt, ein kleines Gebetbuch reiht sich an. Die Druckausstattung ist geschmackvoll, das kleine Format des Büchleins recht handlich; der Preis recht angemessen, ja bescheiden: 6.50 M, mit Goldschnitt 9.60 M. Domkapitular Schwind.

Diejenigen Bezieher, welche bisher die „Allgemeine Rundschau" durch Postüberweisung oder unter Streifband erhielten und ab 1. Oktober direkt bei der Post zu bestellen beabsichtigen, werden zwecks Vermeidung doppelter Zusendung um rechtzeitige Benachrichtigung ersucht.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Bei seinem Amtsantritte hat der Generalintendant der Bayerischen Staatstheater Dr. Karl Zeiß eine Kundgabe an die Mitglieder des Nationaltheaters gerichtet, die in ihrer klaren Sachlichkeit und Folgerichtigkeit einen sehr angenehmen Eindruck macht. Von dem naiven Optimismus, der in den letzten zwei Jahren hier zur Schau gestellt wurde, hört man glücklicherweise nichts mehr. Zeiß ist sich bewußt, daß er „in allerschwerster Zeit" sein Amt antritt und er sagt: Nur so, von der Richtigkeit und Notwendigkeit seiner noch näher zu schildernden Grundauffassung überzeugt und im gegenseitigen Vertrauen, können wir den Versuch unternehmen in einer Zeit, die die Pflege der für den geistigen Wiederaufbau so dringend notwendigen Kunst durch zahllose Hemmungen und Schwierigkeiten fast unmöglich zu machen scheint, mit aller Unvollkommenheit menschlicher Natur behaftet, dem hohen Ziel, das uns gesetzt ist, zuzustreben. Der Intendant hofft, daß es gelingen möge, das Nationaltheater seiner großen Tradition getreu als eine der ersten Stätten deutscher Kunst, als den Mittelpunkt süddeutscher Theaterkultur zu erhalten, zu festigen und weiter auszubauen. Ueber die Tradition hinaus wird es sein Bestreben sein, da wo es nötig erscheint, die Errungenschaften der neuen Bühnenkunst in allmählichem Fortschreiten stärker nutzbar zu machen. Neben der Wahrung und Neubelebung (ein Ziel auf's innigste zu wünschen!!) der klassischen Kunst will er auch das geistig-künstlerische Schaffen der Zeit weitherzig pflegen, doch „der Kunst zu dienen sei unser Gesetz" ohne irgendwelche außerkünstlerische Erwägungen. So glaubt er, am besten dem Staatsganzen, dem das Nationaltheater als wichtiges Glied eingeordnet ist, zu dienen und eine Stätte zu schaffen geistiger Diskussion, eine Stätte der Sammlung, der Erhebung über die schmerzvolle Gegenwart hinaus, eine Stätte der tragischen Erschütterung, wie der Freude. — „Sicherheit und Ruhe! Ordnung und Freiheit, dieses Goethewort aus dem Egmont möchte ich an den Beginn unserer Arbeit setzen." Und nun berührt Dr. Zeiß einen Krebsschaden, der sich seit den Novembertagen 1918 eingeschlichen hatte. Er spricht mit zarten Worten suaviter in modo, aber glücklicherweise fortiter in re. Ueber das Betriebsrätegesetz hinaus soll den Mitgliedern der Bühne Gelegenheit gegeben werden, Wünsche und Darlegungen zu äußern und zu formulieren und Zeiß wird bestrebt sein, im Wege der Verständigung berechtigten Einwendungen zu begegnen. An Stelle der Mitbestimmung tritt aber in gewissem Sinne die Mitberatung, der oberste Leiter, der die heute nicht eben beneidenswerte Last der Verantwortung trägt, muß auch die Freiheit des Entschlusses haben.

Schauspielhaus. Zum ersten Male: „Eine Frau ohne Bedeutung." In 4 Aufzügen von Oskar Wilde. „Zum ersten Male?" Diese Bezeichnung kann sich nur auf die Direktion Hermine Körner beziehen, denn an gleicher Stelle haben wir 1916 das Stück des Engländers gesehen und die Titelrolle spielte damals — Hermine Körner. Es war das erste Jahr ihrer hiesigen Tätigkeit. Mit ihr zusammen war als weiterer Gast Ferdinand Bonn gekommen, dessen Rolle heute Scharwenka mit viel Geschmack inne hat. Frau Körner begnügt sich heuer mit der geschmackvoll geführten Regie. Die Rolle hat sie an Gertrud Weber-Waldegg abgegeben, welche die Figur sehr wirksam hinstellte, so daß man den weiteren Gestaltungen dieser uns neuen Künstlerin mit angenehmer Erwartung entgegensehen kann. Wilde's Technik zeigt französische Schulung, sein Eigentum ist die ironische Dialogfärbung. Der englischen „Gesellschaft" sagt Wilde einige bittere Wahrheiten, freilich innerhalb der Grenzen, in denen der Liebling eben dieser Gesellschaft dies tun durfte. Lord Illingworth hat an einem jungen Mann Gefallen gefunden und will ihn mit sich als Sekretär nach Indien nehmen. Das bedeutet den Anfang einer großen Karriere. Nun stellt sich heraus, daß der junge Gentleman der Sohn des Lords ist. Natürlich widerstrebt die Frau dem Plane, daß ihr Sohn dem Manne etwas verdanken soll, den sie verachtet. Als der Lord erfährt, wer sein Schützling ist, bleibt er bei seinem Plane, wenn nur das Geheimnis gewahrt bleibt. Der Sohn wirft sich zum Richter über seine Mutter auf und will den Lord zwingen, sie zu heiraten. Die Verlassene, die den Sohn in Not und Sorgen aufgezogen, verachtet den Wortbrüchigen zu sehr, als daß sie seine Gattin sein möchte. Aus einer Art Liebe zu seinem Sohne wäre der Lord schließlich einer rein äußerlichen Verbindung mit der Mutter nicht ganz entgegen. Daß er die Geliebte verlassen hatte, beschwerte niemals sein Gewissen, denn seine Familie hat der „Frau ohne Bedeutung" seinerzeit doch eine sehr hohe Entschädigung geboten. Daß sie das Geld verschmähte, geht über den Horizont Seiner Lordschaft und ganz naiv äußert dieser Repräsentant des angeblich so demokratischen Englands sein Erstaunen darüber, daß er einer Frau, wie der Verlassenen, in „seinen" hohen Kreisen wieder begegnen konnte. Da lodert in ihr der Zorn auf und sie schlägt ihn ins Gesicht. Den Typen englischer Korrektheit mit ihrer heuchlerischen Moral ist eine Amerikanerin als Vertreterin freien Menschentums kontrastierend gegenübergestellt. Sie liebt den jungen Mann und hat ungeheuer viel Geld. Rolf Wohlbrück spielte ihn angenehm und elegant. Die Nebenfiguren hatten genug Schliff, um diese äußere Form zu wahren, auf welche die englische Gesellschaft so stolz ist. Das Publikum war mit dem Gebotenen sehr zufrieden und rief mit der Darstellerin auch Frau Körner, die Spielleiterin.

Marie Conrad-Ramlo, die große Schauspielerin, begeht am 8. September ihren siebzigsten Geburtstag. Das Jahr 1868 ist für unser Hof- und Nationaltheater ein sonniges gewesen. Es war das Jahr der Uraufführung der Meistersinger und es fügte anderseits auch unserem damals an künstlerischen Individualitäten so reichen Schauspielensemble eine Künstlerin ein, die heute nach 52 Jahren dem Hause noch wertvoller Besitz ist, Marie Ramlo. Ihre große Begabung und die wundervolle Spannkraft, die es ihr ermöglicht, den Jahren zu trotzen, sind ein Geschenk des Himmels. Vorbildlich ist die Treue, mit der sie an ihrer Kunst und der Bühne, die sie mit 18 Jahren aufgenommen hatte, festgehalten hat. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Zunehmendes Börsenspiel — Anzeichen von Wirtschaftsbesserung?

An den deutschen Effektenbörsen herrscht seit geraumer Zeit ein derart stürmisches und unruhiges Spekulationsspiel, dass wiederholt Fachpresse und amtliche Stellen sich zu Warnungen ernstester Art veranlasst sahen. Bei der ununterbrochen vermehrten Hochflut unseres Papiergeldes — der Banknotenumlauf hat in den letzten vierzehn Tagen neuerdings erheblich zugenommen; — eine Zwangsanleihe soll hier Remedur schaffen — und bei dem Fehlen einer ausreichenden Umsatz- und Ertragsmöglichkeit ist zwar die Vorliebe für das Börsenspiel begreiflich, aber keinesfalls gerechtfertigt. Vielfach suchen die Spekulationskreise in der bei manchen Industriesparten vorherrschenden Konzentrationsbewegung — Ausbau der bereits bestehenden Konzerne zur zweckmässigeren Beschaffung von Rohmaterialien und einheitlichen Preispolitik — einen weiteren Grund zu der fortgesetzten Kurserhöhung von Aktienwerten. Dem gegenüber bedeuten jedoch die Arbeitsbelastungen, die Rohstoff- und Kohlennot, Betriebseinschränkungen und Schwierigkeiten in der Arbeitsversorgung auf Jahre hinaus allein schon solche Belastungsmomente, dass es fast unbegreiflich erscheint, dass das ganze Börsengebäude nicht schon längst am Zusammenbrechen steht. Dazu noch die schweren politischen und sozialen Kämpfe im Inlande, die Ungewissheit über das Schicksal Oberschlesiens, die bekannten Schwierigkeiten beim Steuereinzug, die gesamte Geschäftskrisis, welche sich kund tut in der vorherrschenden Absatzstockung und im fast gänzlichen Darniederliegen des deutschen Handels. Die oberschlesische Kohlenförderung und damit die ganze Wirtschaftslage des Reiches wurden durch den mehrtägigen Generalstreik der polnischen Arbeiter ausserordentlich beeinträchtigt.

Der vereinigte Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Wirtschafts- und Sozialpolitik erklärte in der Sitzung über die Ursachen der Produktionsstockungen, der Preissteigerung und über die Mittel zur Verhinderung derselben: „Ein durchgreifender Abbau kann nur durch eine nach den Gesichtspunkten höchster Wirtschaftlichkeit zu erhebende Mehrproduktion insbesonders in der Landwirtschaft erfolgen". Im Zusammenhang damit ist jedenfalls erfreulich die Tatsache einer fortschreitenden Steigerung in der Kohlenerzeugung, wenn auch die ungeheure Ablieferungssumme an die Entente diesen Faktor für den Inlandsbedarf in seiner Wirkung fast gänzlich ausschliesst. Ein Zeichen günstigerer Art ist ausserdem das schon seit Wochen bestehende Ueberschichtenabkommen in Oberschlesien. Doch auch hier bringt die Entente mit ihren Eingriffen in den Kohlenversand eine erhebliche Wirtschaftsstörung für die heimischen Bedürfnisse. Erbrachte auch, was vorauszusehen war, der Verlauf der Leipziger Herbstmesse eine im Vergleich zu den Vorjahren erhebliche Minderung in den betätigten Kaufsabschlüssen, so wurden doch dortselbst weitere neue Geschäftsbeziehungen zu den Ueberseeabnehmern angeknüpft und ausgebaut. Ein gewisser Aufschwung zeigt sich in einzelnen Industriesparten, so in den Mitteldeutschen Maschinen- und Porzellanfabriken, in der Waggonbausparte, in der Textilindustrie, am Metall-, Häute- und Ledermarkt. Die Kursgestaltung der Reichsmark im Auslande erfuhr angesichts der verschiedenen politischen Zwischenfälle zwar eine erneute Verschlechterung, doch glaubt man verschiedentlich, dass unter dem Eindruck der am 24. September stattfindenden Genfer Finanzkonferenz, deren Programm inzwischen veröffentlicht wurde, in der Kurspolitik der Devisenmärkte mit der Zeit eine verlangsamte Bewegung eintreten wird. Ein solcher Faktor wäre auch für unsere Industrie, welche bei dem unsicheren Hin- und Herflackern der Auslandsdevisen in der Kalkulation ihrer Exportwaren fast gänzlich behindert ist, von grossem Vorteil. Auch in den zur Veröffentlichung gelangenden Börsenprospekten einzelner Industriegesellschaften vernimmt man über Produktion, Auftragsbestände und Zukunftsaussichten nach und nach Worte von Besserung und Hoffnungsmehrung. Vielfach zeigen grosszügige industrielle Gründungen unverminderten regen Geist. So wurde zwecks Sicherstellung der deutschen Fettversorgung mit Zuhilfenahme holländischen Kapitals in Hamburg eine A.-G. mit 100 Millionen Mark Grundkapital ins Leben gerufen. Vielleicht kann, wenn Ruhe und Ordnung bei uns vorherrschen, auch angesichts einer zu erwartenden gebesserten Ernährungspolitik doch manches in Deutschlands schlummernder Wirtschaftskraft, eher als vielfach geglaubt, zur Erweckung gelangen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Christliche Kunst. Die Anstalt des Hofkunstschmiedemeisters Joseph Frohnsbeck in München hat nach dem Entwurfe des Professors Berndl den großen Kronleuchter der Münchener St. Ludwigskirche geschaffen. Das Stück gehört zu den bedeutendsten, die es gibt. Einen zweiten reizvollen, fast ebenso großen Kronleuchter lieferte Frohnsbeck für die Wallfahrtskirche in Aufkirchen. Schwierigkeiten der Technik gibt es für diesen Künstler nicht. Das Eisen fügt sich willig jedem seiner Gedanken. Sehr schöne kleinere Kronleuchter, Ampeln, Wand- und Hängeleuchter lieferte er für die Kirchen von Birkenstein, Viersen, Wallerstein, St. Ottilien. Die eben genannte Wallfahrtskirche in Birkenstein besitzt ein prachtvoll geschmiedetes Speisegitter. Andere Frohnsbeckſche Werke wurden ins Ausland geliefert, so z. B. nach Padua, Daressalam usw. Der Entwurf zu dem Aufkirchner Kronleuchter, sowie zu den meisten aufgeführten Arbeiten stammt von Franz A. Frohnsbeck jun., in dessen Händen auch die Leitung der jeweiligen Arbeiten lag. Gegenwärtig fertigt die rührige Firma speziell diebessichere Tabernakel und Opferstöcke nach eigenen Entwürfen an und bringt die ständig einlaufenden Aufträge trotz der Materialschwierigkeiten.

Marienheim in Speyer. Noch viel zu wenigen bekannt ist der Beruf einer Hauswirtschaftslehrerin. Nach zweijährigem Studium an einem Wirtschaftslehrerinnenseminar findet eine staatliche Prüfung statt. Das Wirtschaftslehrerinnenseminar im Marienheim zu Speyer ist das einzige in der Pfalz und hat bereits 806 Lehrerinnen ausgebildet. Dadurch, daß es auch landwirtschaftlichen Charakter hat, hat es mehr Anstellungsmöglichkeiten, denn neben den gleichen Fächern wie in rein hauswirtschaftlichen Seminaren wird auch Unterricht im Gartenbau, Geflügelzucht und Milchwirtschaft gegeben. Der nächste Kurs beginnt 1. September. Vorbedingung zur Aufnahme sind der Besuch einer höheren Töchterschule oder die 3. Klasse einer Lehrerinnenbildungsanstalt, oder einer Mittelschule und dann noch zweijährige Betätigung im Haushalt, oder Besuch einer wirtschaftlichen Frauenschule, eines Handarbeitsseminars oder Kindergartenseminars. Der Besuch eines Hauswirtschaftslehrerinnenseminars gibt auch die Garantie, daß die ausgebildeten Lehrerinnen sehr gute Hausfrauen werden können. Im Marienheim befindet sich auch eine wirtschaftliche Frauenschule und Haushaltungsschule.

Aufruf!

Der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt findet in einigen Betrieben Widerstand bei den Arbeitnehmern. Diese übersehen, daß der von der Nationalversammlung beschlossene und vom Reichstage fast einhellig bestätigte Steuerabzug eine Lebensnotwendigkeit des Reiches wie auch der Länder und Gemeinden ist. Die Arbeitgeber sind durch das Gesetz gezwungen, den Abzug bei der Lohnzahlung vorzunehmen und nur auf diesem Wege ist es möglich, die Besteuerung des Einkommens zu sichern, ohne durch zwangsweise Beitreibung rückständiger Steuerschulden die Existenz des Arbeiters zu gefährden. Wer sich dem Steuerabzug widersetzt, schädigt das Interesse der Arbeiter und gefährdet zugleich die Durchführung der Steuergesetze, von denen der Wiederaufbau abhängt; denn eine erfolgreiche Verweigerung dieser Steuer würde von anderen Steuerpflichtigen nachgeahmt werden.

Die Reichsregierung muß das Gesetz ebenso durchführen, wie sie die Erhebung der zehnprozentigen Kapitalertragsteuer durchgeführt hat und die weiteren Gesetze zur Besteuerung des Vermögens durchführen wird. Die Reichsregierung ist entschlossen, jedem Versuch zu gesetzwidriger Ablehnung des Steuerabzugs mit allen Kräften entgegenzutreten und die zu seiner Durchführung verpflichteten Arbeitgeber und Beamten zu schützen; sie vertraut auf die Einsicht und Mäßigung der Arbeiterschaft, die sich fast überall im Reiche bereits bewährt hat.

Berlin, den 13. August 1920.

Reichsfinanzministerium.

Fünf neue Autorenbücher der „DVG“

Englands nächster Feind? / **Die Isolierung Japans** Eine Darstellung der politischen Lage Japans nach dem Kriege. Von einem früheren Legationsrat im Fernen Osten. Aus dem Englischen übertragen von Prof. J. A. Sauter am Englischen Seminar der Universität Berlin.

Der Verfasser dieser Schrift, ein früherer amerikanischer Diplomat und sehr genauer Kenner der Verhältnisse im Fernen Osten, sieht die Auseinandersetzung zwischen den jetzigen Vormächten der weißen und der gelben Rasse, zwischen Angelsachsen und Japanern, als unabwendbar an und rechnet mit einer Niederlage Japans. — Für deutsche Leser ist von besonderer Wichtigkeit die Stellung, die der Verfasser dem nachrevolutionären Deutschland in der künftigen Weltkonstellation zuweist. Er bezeichnet Deutschland als den natürlichen Verbündeten der großen Demokratien des Westens, Englands und Amerikas. Die Republik Deutschland sei bestimmt, beim zukünftigen Wiederaufbau und bei der Wiederehrlichmachung der Weltpolitik eine wichtige Rolle zu spielen. — **Die Schrift gehört zu den Büchern, an denen kein Politiker und kein politisch Interessierter vorübergehen kann.** | Ladenpreis 15 Mark |

Der Historiker Helmolt gegen den „Historiker“ Kautsky / **Kautsky der Historiker** Das Grünbuch Karl Kautskys, „Wie der Weltkrieg entstand“ im Lichte der „Kautsky-Akten“. Eine kritische Untersuchung von Prof. Dr. Hans F. Helmolt.

Der Geschichtsschreiber Helmolt, ausgestattet mit dem Rüstzeug der historischen Methode und mit gut fundierten Kenntnissen in der Geschichte der jüngsten Vergangenheit, erteilt dem so viel gerühmten linkssozialistischen Historiker Kautsky eine glänzende Abfuhr. Als zeitgenössischer Geschichtskritiker, der berufen wäre, über die Ursachen des Weltkrieges zu Gericht zu sitzen, kann Kautsky fortan als erledigt gelten. Daß neben der Polemik gegen Kautsky die Beleuchtung der Probleme, die die sogenannte Schuld Deutschlands ausmachen, nicht zu kurz kommt, bedarf keiner besonderen Versicherung. Gerade wegen ihrer positiven Ergebnisse gehört die scharfe Kritik Helmolts, der es sich nicht verdrießen läßt, auf Kautskys eigene Plattform hinabzusteigen und ihn dort mit Waffen zu bekämpfen, die er dem Kautskyschen Arsenal entnommen hat, zu den erfreulichsten Erscheinungen der Literatur über die Schuld am Kriege. — **Jeder belehrbare Käufer des Kautskyschen Grünbuches sollte diese Antwort eines berufenen Sachverständigen lesen!** | Ladenpreis 12 Mark |

Die Selbstkritik der „Dreiundneunzig“ von 1914 / **Wider den Aufruf der 93!** Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld. Von Dr. Hans Wehberg.

Diese Schrift des bekannten Vorkämpfers der Völkerversöhnung liefert einen wichtigen Beitrag zur Psychologie der Diskussion der Schuldfrage in Deutschland. Wehberg hat 4½ Jahre nach der Veröffentlichung jenes denkwürdigen Aufrufs der deutschen Gelehrten und Künstler, der mit den hauptsächlichsten Anlaß zu den Angriffen der Intellektuellen in den feindlichen Ländern gegen Deutschland gab, an die Unterzeichner dieses Aufrufs eine Rundfrage gerichtet, um ihren nachträglichen Standpunkt zu dem Manifest zu erfahren. Das in vielen Zusammenhängen bedeutsame Ergebnis der Rundfrage ist in der vorliegenden Schrift zusammengestellt. Da zu den „93“ die ersten Namen des geistigen Lebens Deutschlands, wie Harnack, Schmoller, Dehmel, Ernst Haeckel, Naumann, Max Lenz, Wilamowitz-Möllendorf, Planck, Waldeyer usw. gehörten, so kommt der Wehbergschen Schrift eine nicht geringe Bedeutung zu. Der Politiker jeder Parteifärbung wird in ihr ein wertvolles Mittel für den politischen Kampf erblicken, der außerhalb der Tagespolitik Stehende und die Dinge unter psychologischem Gesichtswinkel betrachtende objektive Beobachter einen **wichtigen Beitrag zur Geschichte der menschlichen Irrungen.** | Ladenpreis 5 Mark |

Die großen Gemeinsamkeiten — Die großen Gegensätze / **Persönlichkeit, Volk, Weltbürgertum** Entwicklungsstufen zum Weltfrieden. Von Siegfried Dyck.

Der „Völkerbund“, der Gegner Deutschlands, ist keine Organisation der Macht des Rechts. Für diese gilt es noch weiter zu kämpfen. Das tut der Verfasser, indem er, ausgehend von der geschichtlichen Entwicklung, darauf hinweist, wie der stufenförmige organische Aufbau der menschlichen Gesellschaft sich bisher vollzog und innerhalb dieser Organisationen Rechtsgarantien schuf. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der „Völkerbund“ Wilsons nicht lebensfähig ist, da den in ihm vertretenen Völkern die Gleichartigkeit der Anschauung in allen kulturellen und zum großen Teil auch in wirtschaftlichen Dingen fehlt. Deshalb sieht der Verf. nur in dem Zusammenschluß einander an Blut, Anschauung und wirtschaftlichen Interessen möglichst nahestehender Völker zu neuen Organisationen eine gedeihliche Entwicklung, die sich organisch dem bisherigen Entwicklungsgange anschließt, dann weiter zur Rassengemeinschaft wird und schließlich, wenn sich Blut, Denken und Fühlen, Rechtsempfinden und wirtschaftliche Verknüpfungen in den Rassen einander soweit genähert haben, zum Weltbürgertum führt. **Die Dycksche Schrift zeigt zugleich die Möglichkeit und die Grenzen des Völkerbundgedankens.** | Ladenpreis ca. 5 Mk. |

Der Widerstreit zwischen Humanität u. Kriegszwang / **Kunstschutz an der Westfront** Kritische Betrachtungen und Erinnerungen. Von Dr. Hermann Burg.

Der Verfasser dieses Buches gehörte während des Krieges zu den deutschen Kunstgelehrten, die von der Heeresverwaltung mit den Maßnahmen zum Schutze und zur Bergung der Kunstwerte im nordfranzösischen Kriegsgebiet beauftragt waren. Er rückt in seiner Schrift die Angriffe und Verdächtigungen, die von französischer Seite erhoben wurden und die den deutschen Kunstschutz als versuchten Raub, die Kunstsachverständigen als Mitschuldige der öffentlichen Meinung denunzieren wollen, in richtige Beleuchtung. Er weist darauf hin, daß die Kriegführung der Entente unter dem Druck gleichartiger Verhältnisse, falls der Krieg sich in Deutschland abgespielt hätte, die gleichen Wirkungen auf Land und Volk geäußert haben würde; er nennt dies eine Selbstverständlichkeit, die sich aus der Aehnlichkeit der menschlichen Naturen untereinander ergibt. Auf der anderen Seite polemisiert er gegen die deutsche amtliche Berichterstattung über die Frage des Kunstschutzes im Westen, in der nach seiner Ansicht Licht und Schatten nicht gleichmäßig verteilt worden sind. Er wertet die durch fortwährende Konflikte mit kriegsmäßigen Notwendigkeiten und mit kunstfremden militärischen Stellen beirrten deutschen Bemühungen, trotz zweifelloser Erfolge der deutschen Bestrebungen auf der einen Seite, im großen und ganzen doch als einen Mißerfolg. Die Burgsche Schrift ist ein interessanter und aufschlußreicher Beitrag zu der Literatur über die „Schuldfragen“, deren fortgesetzte Erörterung infolge des Verlustes des Weltkrieges durch Deutschland und des Friedens von Versailles die gesamte Kulturwelt voraussichtlich noch recht lange Zeit beschäftigen wird. | Ladenpreis 4 Mark |

Vorrätig in jeder guten Buchhandlung — Zu den Ladenpreisen treten die ortsüblichen Teuerungszuschläge

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8



Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

№ 38 München, 18. September 1920. XVII. Jahrgang.

Zum Quartalswechsel

werden die verehrlichen Leser gebeten, die Bezugserneuerung rechtzeitig vorzunehmen. Postbestellzettel liegt der heutigen Nummer bei. :::
Unsere Freunde und Bezieher finden ausserdem in diesem Hefte einen Werbeprospekt für die „Allgemeine Rundschau". **Jeder einzelne Abonnent** möge denselben in seinem Bekanntenkreise zirkulieren lassen und wenigstens **einen neuen Abonnenten** für unsere Wochenschrift gewinnen. Nur durch die tätige Mithilfe aller treuen Katholiken wird es möglich sein, der altverdienten katholischen Presse über die gegenwärtige schwere Krisis hinwegzuhelfen und ihre Position im Brennpunkt der geistigen Gegenwartskämpfe zu stärken und zu erhalten. Nicht Eigenbrötelei und Zersplitterung, nur Einigkeit vermag den Katholiken Deutschlands Geltung in der Oeffentlichkeit und in der Neugestaltung der Dinge zu sichern. Deshalb ergeht an die Katholiken Deutschlands erneut der Mahnruf, ihre seit 17 Jahren mit hingebender Arbeit und schweren Opfern im Sinne christkatholischer Politik und Kultur geleitete Wochenschrift, die „Allgemeine Rundschau", durch eigenes Abonnement und durch Empfehlung zu fördern und zu unterstützen. :::

Deutschsüdtirol.

Von Tirolensis, Meran.[1])

In Bälde wird Italien die formelle Annexion des deutschen Landes jenseits des Brenner vollziehen. Damit wird die Zerreißung Tirols von kurzsichtigen Menschen „rechtskräftig", dem deutschen Volke eines seiner ältesten und wertvollsten Kulturgebiete entrissen. Welche Anstrengungen hat das kleine Tirol nicht unternommen, um die Anwendung des Londoner Vertrages auf die Brennergrenze abzuwehren, die deutschen Schmuckstädte Bozen, Meran, Klausen, Brixen dem Rachen des italienischen Imperialismus zu entreißen! Trotzdem wurde dem biederen Alpenvolk, das an eine der wichtigsten Stellen Europas gesetzt ist, das Recht der Selbstbestimmung verweigert. 250 000 Deutsche und Ladiner wurden von den Pariser Friedensmachern unter das italienische Joch gezwungen.

In reichsdeutschen Blättern sind in jüngster Zeit wiederholt Berichte erschienen, die das Los Deutschsüdtirols unter italienischer Herrschaft in rosigen Farben schilderten. Der äußere Schein, insbesondere die günstigen Ernährungsverhältnisse mögen einem oberflächlichen Beobachter ein solches Urteil aufdrängen. In Wahrheit liegt die Sache anders. Das an Agrarprodukten von Natur aus reiche, der Industrialisierung ermangelnde Land hat, nachdem es aufhörte, Kriegsgebiet zu sein, sich rasch aus eigener Kraft von den Leiden der fünfjährigen Requirierungen erholt. Mit zähem Fleiße ist die Bevölkerung nach Beendigung des Krieges wieder an die Arbeit geschritten. Die entvölkerten Dörfer füllten sich wieder mit kräftigen Männern. Während des Krieges war ja schon deshalb ein bedeutender Produktionsrückgang eingetreten, weil die landwirtschaftlichen Arbeiten von den Frauen und Mädchen besorgt werden mußten. Was nur irgendwie dienstfähig war, stand an der Front. Das Allerwichtigste aber war, daß die durchwegs gesunden Besitzverhältnisse an Grund und Boden, die echte alttirolische Art und Sitte, bei dem schwergeprüften Volke keinerlei Bolschewismus aufkommen ließen. Einsichtige italienische Schriftsteller bezeugen, daß Südtirol in Wahrheit den ruhigsten Punkt des von Streiks und Unruhen zerwühlten Italien bildet. Die Rückkehr zum normalen Leben, durch die der auswärtige Besucher Südtirols so sehr überrascht wird, ist also wohl keineswegs das Verdienst der italienischen Herrschaft.

Diese selbst ist in den Formen vielleicht weniger brutal, als die der Franzosen in den besetzten Gebieten; sie ist aber nicht weniger drückend. Trotz aller Zusicherungen der italienischen Staatsmänner von Nitti bis Giolitti, daß das deutsche Volkstum gewahrt bleibe, streben die Maßnahmen des derzeit in Südtirol herrschenden Systems mit aufdringlicher und zäher Folgerichtigkeit darauf hin, alles Land bis zum Brenner zu verwelschen. Schon sind trotz des heftigsten Widerspruches die deutschen Ortsnamen italienisiert worden. Der Reisende sieht auf den Bahnhöfen in den zweisprachigen Aufschriften die deutlichsten Beweise dessen, was die italienische Regierung mit Südtirol beabsichtigt. Man hat sogar die Lächerlichkeit nicht gescheut, die deutschen Namen mit den unmöglichsten Ausdrücken zu übersetzen. So ist aus dem berühmten Gossensaß ein Col d'Isarco, zu deutsch Eisackhügel, geworden. Ist es da noch zu verwundern, daß die deutschen Beamten aus den Aemtern verdrängt werden? Den größten Teil von ihnen hat man, als in Südtirol nicht zuständig, über den Brenner gewiesen. Nicht nur die leitenden sondern auch untergeordnete Stellen werden mit ganz ungeeignetem italienischem Personal besetzt. Die Ausfertigungen der Verwaltungsbehörden erscheinen bereits doppelsprachig. Ja manche Aemter stellen den deutschen Parteien nur mehr italienische Bescheide zu. Mehrere italienische Vereine, denen reiche Geldmittel zur Verfügung stehen und die der Regierungsbeihilfe sicher sind, arbeiten an der Italienisierung des Landes. Scharen von Italienern werden durch diese Propaganda in die deutschen Städte gezogen, um Bozen und Meran von außen die italienische Marke aufzuprägen. Im Dienste dieser Bestrebungen aber wirkt vor allem das italienische Kapital. Im April 1919 hat die italienische Regierung die Lirewährung in Südtirol eingeführt. Damals honorierte sie die Krone mit 40 Centesimi und gab das weitere Versprechen, 20 Centesimi Nachzahlung im Frühjahr 1920 zu leisten. Tatsächlich ist diese 60%-Umwechslung nunmehr beendet. Da aber nur die zu jener Zeit in Südtirol selbst vorhandenen Kronenbeträge zur Umwechslung gelangen durften, ist der Bevölkerung ein großer Teil ihres Vermögens mit einem Federstrich geraubt worden. Denn die Südtiroler hatten kraft ihrer alten Beziehungen einen großen Teil ihrer Gelder in österreichischen Banken und bei Privaten jenseits des Brenner liegen. Die Einbringung dieser Beträge war aber durch die seit Mitte November 1918 verhängte Absperrung ganz unmöglich gemacht. Nicht honoriert wurden die Wertpapiere. Nicht einmal der Zinsendienst wird für die vorkriegszeitlichen Staatspapiere geleistet. Dazu kommen die

[1]) Aus begreiflichen Gründen muß der Verfasser seinen Namen verschweigen.

326 Millionen österreichische Kriegsanleihe, deren Schicksal ganz ungewiß ist. Die deutschen Rentner sind so in der brutalsten Weise plötzlich mittellos geworden. *Der Aderlaß am Volksvermögen Südtirols* war der Bevölkerung überaus empfindlich. Die nächste Folge war der Eintritt einer ausgedehnten Geldknappheit. Diesen Augenblick hatten die mit reichen Mitteln ausgestatteten italienischen Banken erwartet. Sie traten nunmehr auf den Plan, um die Führung im südtirolischen Wirtschaftsleben an sich zu reißen und die deutschen Banken und Sparanstalten an die Wand zu drücken. Die bekannten Kurorte hatten durch den Entgang des Fremdenverkehrs durch so viele Jahre schwer gelitten. Viele Pensionsbesitzer und Hoteliers befanden sich schon vor der Umwechslung in bedrängter Lage. Die Ungunst der Verhältnisse zwang sie zum Verkauf ihres Besitzes. Die Geldknappheit bei den Deutschen bewirkte, daß nur Italiener als Käufer in Betracht kamen. So ist bereits jetzt erschreckend viel städtischer Grund und Boden in Bozen und Meran in die Hände der Italiener gefallen, die jede deutsche Konkurrenz kraft ihrer Geldstärke niederschlagen. Schon sind Anzeichen vorhanden, daß sich die italienische Expansion auch auf den ländlichen Boden ausdehnt. So werden die Deutschen mit den raffiniertesten Mitteln allmählich von der Scholle ihrer Väter vertrieben.

Es ist wohl nur zu selbstverständlich, daß bei dem Drange nach Italienisierung, der die neuen Herren beseelt, *die Schule* ihre besondere Aufmerksamkeit erregt. Bald wird der Unterricht in der italienischen Sprache auch in den Volksschulen eingeführt sein. Dadurch wird man es glücklich so weit bringen, daß die Kinder weder ihre Muttersprache noch das Italienische ordentlich lernen werden. In den Mittelschulen muß das Italienische sogar schon in den untersten Klassen gelehrt werden. Würde es sich hier nicht um Verwelschungsbestrebungen handeln, so hätte man ganz ruhig das alte System belassen können, nachdem die italienische Sprache in den oberen Klassen der Mittelschulen ohnedies gelehrt wurde. Ein hochgestellter Beamter des Trientner Generalkommissariates hat denn auch ganz offenherzig einer Deputation erklärt: *Gott hat die Grenzen Italiens am Brenner festgesetzt.* Was infolge Einwanderung noch nicht italienisch ist, muß italienisch gemacht werden. Eure Kinder werden es in einigen Jahren gar nicht mehr merken, daß ihre Eltern nicht Italiener gewesen sind. In allen Städten und auch in größeren Landgemeinden wurden neben der deutschen Schule italienische eröffnet. Die deutschen Eltern sollten unter Vorspiegelung großer materieller Vorteile bewogen werden, ihre Kinder in diese Anstalten zu schicken. Nur wenige haben den Verrat an ihrem Volkstum begangen.

Ist es notwendig hinzuzufügen, daß dieser *hartnäckige und grausame Kampf gegen das deutsche Volkstum von den italienischen Behörden lebhaft gefördert wird?* Vielfach sind die Zivilkommissäre zugleich die Oberhäupter der italienischen Entnationalisierungsvereine, die sich verschiedene Namen beigelegt haben. Von der guten alten österreichischen Verwaltung, welche Objektivität mit Geschäftsgewandtheit verband, sind nur mehr Wracks übriggeblieben. Es herrscht im Grunde genommen die unverhüllteste Willkür. Die noch geltenden Staatsgrundgesetze, welche die elementarsten Freiheits- und Staatsbürgerrechte sichern, werden von den Behörden gründlich mißachtet. Karabinieri, die die Sprache der Bevölkerung nicht verstehen und die kaum ihre eigene Muttersprache lesen und schreiben können, dürfen sich die größten Uebergriffe erlauben.

Von den deutschen Parteien haben die *Sozialdemokraten* sich sofort an die bolschewistisch orientierte Sozialistenpartei Italiens angeschlossen und spielen die „Internationalen“. Der Klassenkampf geht ihnen über das Volkstum. Der Haß gegen das Bürgertum und gegen den „Klerikalismus“ läßt sie den Wunsch aussprechen, daß die „freiheitlichen Institutionen Italiens“ in bezug auf Schule und Ehe mögen baldigst auch in Südtirol eingeführt werden. Den mutigen Widerstand, den die übrigen deutschen Parteien der Willkür der Behörden entgegensetzen, ist ihnen „Hetze“! Die mächtigste der Südtiroler Parteien ist die *Tiroler Volkspartei*, mit der sich bald nach dem Zusammenbruch die Katholischkonservativen und die Christlichsozialen vereint haben. In den Städten ist daneben noch die deutschfreiheitliche Partei von Bedeutung. Die Tiroler Volkspartei und die Deutschfreiheitlichen haben sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm geeint, um den Kampf für das schwer bedrohte Volkstum zu führen. Die Organisationen beider Parteien sind getrennt; aber sie arbeiten zusammen im sogenannten Deutschen Verband, in dem sie sich ein über den Parteien stehendes Organ zu kräftigem Handeln schufen. Der Deutsche Verband hat bisher Energie und Geschicklichkeit bewiesen. Im zermürbenden Kampfe gegen eine deutschfeindliche Bureaukratie ist es ihm gelungen, viel Schlimmes zu verhüten. Seine wichtigste politische Aktion ist bisher das Ringen um eine Autonomie innerhalb des italienischen Staatsverbandes. Die Vertreter des Verbandes, welche mit der römischen Regierung in Fühlung traten, haben in entschiedener Weise den Protest gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes vorgebracht, aber im Gefühle der hohen Verantwortlichkeit für ihr Volk zugleich dargelegt, daß sie von einer unfruchtbaren Abstinenzpolitik abstehen, wenn die Regierung den Deutschen eine solche politische Stellung gewährt, die ihnen die Erhaltung ihres Volkstums möglich macht. Bereits vor Jahresfrist ist der italienischen Regierung diesbezüglich ein genauer Vorschlag zugegangen. Das Wesentlichste in ihm sind folgende auch von den Ladinern unterstützte Forderungen: Südtirol bildet eine eigene vom Trentino getrennte Provinz. Es erhält einen Landtag in Bozen, dem nicht nur verwaltende, sondern auch gesetzgebende Befugnisse in jenen kulturellen und wirtschaftlichen Fragen zustehen, die sich darauf beziehen, das Volkstum im fremden Staate zu erhalten. Die österreichische Gesetzgebung, die durchwegs der italienischen überlegen ist, soll durch eine bestimmte Zeit von Jahren in Südtirol aufrecht bleiben. Ebenso wird Militärfreiheit gefordert.

Dieses Programm hat den Beifall ganz Südtirols gefunden. Auch die Ladiner stehen zu ihm und haben den Deutschen Verband gebeten, sie zu vertreten. Auch die erlösten Trentiner verlangen dasselbe; auch sie wollen vom italienischen Zentralismus nichts wissen. Nur möchten sie mit den Südtirolern den Landtag und die Landesverwaltung gemeinsam haben, damit die Steuererträge Südtirols ihnen zugute kämen und damit sie über die Südtiroler die Knute ihres alten Hasses schwingen könnten. Es ist leicht begreiflich, daß die Südtiroler eine solche ihnen verderbliche Zumutung ablehnen müssen.

Die Nachkommen Andreas Hofers, dessen Denkmal zu Meran verunehrt und dessen Fahne sogar Gefahr lief, von Karabinieri aus einer Prozession weggezerrt zu werden, steht im schwersten Ringen und bedarf dringend der Unterstützung seiner Stammesgenossen, um nicht zu erliegen. *Vom Oesterreich Renners ist nichts zu hoffen.* Südtirol ist für die Sozialdemokratie kein günstiger Boden, darum haben die sozialistischen Wiener Staatslenker kein Interesse an dem Lande. Eine Zeitlang schien es, als ob *Deutschland zum Schutze Südtirols* bereit wäre. In Tirol wurde die Anschlußbewegung mit dem Schlagworte geführt: Deutschland wird nicht nur den Südtirolern ein erträgliches Dasein in Italien schaffen, sondern auch die Rückgabe Südtirols von Italien verlangen. Nur durch Deutschland kann Südtirol aus der Fremdherrschaft befreit werden. Manche offiziöse Aeußerungen von Berliner Stellen lauteten ebenfalls in diesem Sinn. Jetzt aber schreiben führende reichsdeutsche Blätter ziemlich unverhüllt davon, man solle Südtirol seinem Geschicke überlassen. Herr von Simons aber erklärte sich bereit, intime Beziehungen mit Italien anzuknüpfen, wenn Italien die Deutschen Südtirols „gut behandle“. Das klingt ganz anders, als man nach den für die Anschlußpropaganda von Berlin gegebenen Verheißungen erwarten durfte. Damals hieß es, Deutschland werde als Preis intimer Beziehungen zu Italien die Herausgabe Südtirols verlangen. Die Aeußerungen Herrn von Simons klingen umsoweniger vertrauenerweckend, als der Generalkommissär von Trient, Exzellenz Credaro, der die Italienisierungsbestrebungen großzügig fördert und sich ganz zum willenlosen Werkzeug der Trientiner Nationalisten hergegeben hat, mitteilte, der *deutsche Geschäftsträger in Rom habe ihm gegenüber die volle Anerkennung darüber ausgedrückt, wie gut die Deutschen in Südtirol von Italien behandelt werden!* Als anläßlich des Herz-Jesu-Festes, das von den Tirolern seit mehr als 100 Jahren zum Danke für die Errettung aus Feindesgefahr im Jahre 1796 feierlich begangen wird, die Behörden mit brutalsten Anordnungen dieses Fest störten, als die Karabinieri die tirolischen Landesfahnen herunterrissen, das Böllerschießen verboten und Leute, die auch nur im Verdachte standen, an einem dieser „Delikte“ mitgewirkt zu haben, wie gefährliche Verbrecher in Ketten schlossen und in die Gefängnisse schleppten, haben zufällig in Südtirol anwesende Reichsdeutsche ihr Entsetzen über die Behandlung der Südtiroler ausgesprochen. Der deutsche Geschäftsträger aber ist voll des Lobes darüber!

Landwirtschaft und Preisabbau.

Von Pfarrer Dr. Joh. Bumüller, 1. Vorstand des Bezirksackerbauverbandes Aichach, Aufhausen bei Aichach.

II.

Was die Milch- und Butterpreise betrifft, so werden die Verbraucher zunächst froh sein müssen, wenn es gelingt, vorerst eine weitere Steigerung der offiziellen Preise hintanzuhalten. Was hier so verteuernd einwirkt, sind ja auch hauptsächlich die Hamstererpreise. Die ungeheueren, durch die Maul- und Klauenseuche verursachten Schäden können naturgemäß nicht spurlos vorübergehen. Wir dürfen zwar keineswegs außerordentliche Unglücksfälle in die allgemeine Preisbildung hineinkalkulieren, aber hier finkt eben infolge derselben das Angebot und das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ist ein nie ganz auszuschaltender Preisregulator des Wirtschaftslebens. Auch wirken hier die Bierpreise unheilvoll, wie schon oben kurz auseinandergesetzt wurde. Es ist auch aus dem Grunde schwierig, einen mittleren Milch- und Butterpreis festzusetzen, weil die Milchwirtschaft bei den einen Nebenbetrieb, bei anderen gleichwertiger Teilbetrieb, wieder bei anderen Hauptbetrieb ist. Auf die zahlreichen Hauptbetriebe (z. B. Allgäu) muß ausreichende Rücksicht genommen werden; dies ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Es wurde hier in der Oeffentlichkeit darauf hingewiesen, daß jene Landwirte, bei welchen die Milchwirtschaft Hauptbetrieb ist, das teuere Getreide kaufen müssen (z. B. Allgäu), daß ihnen also entsprechende Einnahmen aus der Milch gewährleistet sein müssen. Ganz richtig. Ebenso richtig wäre es aber, wenn man, auch mit Rücksicht darauf, die hohen Getreidepreise einfach senken würde, dann wäre den Milchbauern wie den Konsumenten geholfen. Uebrigens ist nicht zu vergessen, daß den Milchpreiskalkulationen ein gewisser Fehler innewohnt, der nie beachtet wird. Die Milchpreise stützen sich hauptsächlich auf die Heupreise. Der Landwirt sagt: wenn ich das verfütterte Heu verkaufen würde, so würde ich pro Zentner 20—30, ja bis 60 ℳ lösen, also muß ich es bei Berechnung der Gestehungskosten der Milch zum laufenden Preis in Rechnung setzen. Dies ist eigentlich nicht ganz richtig. Das Heu hat die hohen Preise nur deshalb, weil es größtenteils verfüttert wird, also auf dem Markt nicht zu haben ist. Gingen alle die Landwirte, die so kalkulieren, heute zur viehlosen Wirtschaft über, so würde der Markt so mit Heu überschwemmt werden, daß der Preis desselben fast auf Null sinken würde! Das muß bei den Preiskalkulationen auch miteinbezogen werden und die Heupreise dürfen daher nicht allzu hoch eingesetzt werden, sondern unter dem laufenden Preis.

Die die Fleischpreise bedingenden Viehpreise schwankten zunächst zwischen 120—420 ℳ, jetzt, nach der Zurücksetzung, zwischen 150—380 ℳ. Der Anfang des Abbaues wäre vielleicht mit 300 ℳ als Höchstgrenze zu machen. Es ist ja richtig, daß durch die Verringerung des Viehbestandes infolge der Maul- und Klauenseuche eine natürliche Tendenz zur Preissteigerung gegeben ist, da sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sehr zugunsten der letzteren verschoben hat. Allein gerade die Seuche sollte die Landwirte zur Besinnung bringen. Die hohen Viehpreise haben dieses Unglück verdoppelt und verdreifacht! Gar mancher Landwirt, dem die Seuche den ganzen oder fast den ganzen Viehstand geraubt hat, könnte sich bei niederen Viehpreisen eher wieder erholen, während er jetzt vor der Unmöglichkeit steht, seinen Betrieb überhaupt weiterzuführen. Die Kosten für Neuanschaffung sind ihm unerschwinglich und wenn er sich der Gefahr hoher Schuldbelastung unterzieht, unterzieht er sich zugleich der Gefahr, durch neu angeschafftes Vieh seinen Stall nochmals mit der Seuche zu infizieren und damit vor dem rettungslosen Untergang zu stehen. Deshalb liegt ein möglichster Abbau der Viehpreise im Interesse der Landwirtschaft selbst.

Ich möchte hier noch auf eine Tatsache hinweisen, welche den Landwirten zu denken geben sollte. Unlängst kostete in Augsburg 1 Pfund qualitativ sehr hochwertigen argentinischen Gefrierfleisches 9 ℳ, während zu gleicher Zeit dort das inländische Rindfleisch 7.20 ℳ pro Pfund kostete, das gibt zu denken! Wenn schon bei unserer jetzigen, ganz schlechten Valuta eine so geringe Preisspannung zwischen in- und ausländischem Fleisch besteht, was wird dann werden, wenn einmal unsere Valuta rasch, etwa auf das Doppelte von heute steigt, was wir doch alle einmal hoffen? Dann käme, wie jenes Beispiel zeigt, ein Riesenpreissturz für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der nicht ein organischer Abbau, sondern ein plötzlicher Riesenverlust für die Landwirtschaft wäre.

Wer all das überblickt, wird zugeben, daß es der Landwirtschaft nicht unmöglich wäre, mit einem Preisabbau den Anfang zu machen. Soll aber der Landwirtschaft zugemutet werden, daß sie der Hauptsache nach im Preisabbau vorangehen soll, so muß sie anderseits verlangen, daß ihr gewisse Bedingungen erfüllt und Sicherungen gegeben werden. Es sollten deshalb die Preise staffelförmig abgebaut werden (beispielsweise: Weizen 60 ℳ, nach 3 Monaten 50 ℳ, wieder nach 3 Monaten 40 ℳ pro Zentner). Damit wäre zwei Parteien geholfen. Treten von einer Staffelung zur andern Preisrückgänge in den Gebrauchsgegenständen der Landwirte nicht ein, so tritt auch die weitere Staffelung der landwirtschaftlichen Produkte nicht ein, und die Landwirtschaft hat eine Sicherung, daß sie nicht hintergangen wird. Zugleich hat die Industrie und vor allem die Geschäftswelt Zeit, sich auf einen Preisabbau einzurichten. Das ist besonders im Interesse der kleineren Geschäftsleute erwünscht, die bei plötzlicher Preissenkung teuer eingekaufte Industrieprodukte unter großen, manchmal ihre Existenz bedrohenden Verlusten abgeben müßten.

Eine zweite Voraussetzung ist, daß zum mindesten keine Steigerung, in manchen Gegenden sogar bereits ein Abbau der Löhne der Landarbeiter eintritt. Die Landarbeiter genießen in ihrer großen Mehrzahl für die täglichen Lebensbedürfnisse dieselben Vorteile wie die selbständigen Landwirte (keine täglichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung, Heizung und Licht) und beziehen außerdem noch vielfach einen Teil der Kleidungsmittel (Schuhe, Kleider, Hemden, Schürzen). Die Kosten der Invaliden- und Krankenversicherung wälzen sie ganz auf die Arbeitgeber ab und seit der Einführung des Steuerabzuges vielfach auch die Steuern. Arbeitersekretäre, welche rein um des parteipolitischen Fischfanges willen in allzu „fördernder" Weise auf die Landarbeiter einwirken, versündigen sich schwer an den berechtigten Interessen der Konsumenten, ganz gleich, ob jene sozialdemokratischer oder christlicher Richtung sind. Diese leidige Konkurrenz muß das konsumierende Volk bezahlen. Natürlich müssen auch die Landwirte bedenken, daß Preissteigerungen für ihre Produkte, wie sie im heurigen Jahre vorgenommen worden sind, auf die Landarbeiter direkt anreizend wirken müssen. Die Dienstboten haben doch auch die Einnahmen ihrer Dienstherren vor Augen. Bei Preissteigerungen kann daher der Landwirt seinen Dienstboten den Wunsch nach Lohnsteigerung billigerweise nicht verargen.

Zur Ermöglichung eines Preisabbaues in der Landwirtschaft könnten zum Teil auch die auf dem Lande wohnenden und selbst im Besitz einer Oekonomie befindlichen Handwerker beitragen (z. B. Maurer, Zimmerleute usw.). Es ist doch gewiß keine Notwendigkeit, daß Handwerksleute, die sich ihren täglichen Lebensmittelbedarf aus eigener Oekonomie decken, ganz die gleichen Arbeitslöhne beanspruchen, wie derselbe Arbeiter in der Stadt, der alles kaufen muß. Wenn hier den gegebenen Verhältnissen einigermaßen Rechnung getragen würde, so könnten die Auslagen des Landwirtes bedeutend reduziert werden. Hier sind besonders noch die Brauereien in den vom Lande lebenden kleineren Städten zu nennen. Die hohen Bierpreise verteuern die Produktion der Landwirte, die viele Dienstboten und Erntearbeiter haben, beträchtlich. Nun haben die genannten Brauereien meistens auch noch ausgedehnte Oekonomie, also doppeltes reichliches Einkommen. Sie könnten daher recht wohl die Landwirtschaft mit billigerem Bier bedienen und so den Preisabbau fördern. Leider fehlt meistens jeder gute Wille!

Eine Hauptbedingung für Preisabbau ist die Möglichkeit der Produktionssteigerung. Die Gefahr, daß die landwirtschaftliche Produktion zurückgeht, wird von Tag zu Tag größer. Unter dem Krieg wurden die Aecker teils durch Raubbau, teils durch ungenügende Bewirtschaftung stark mitgenommen. Wir brauchen vor allem gesteigerte Ackerkultur in engerem Sinne und Steigerung der Dungkraft des Bodens. Denn wenn die Produktion zurückgeht und somit die Nachfrage das Angebot noch weiter übersteigt als schon bisher, so ist ein Preisabbau ein nicht leicht lösbares Problem. Hier sind nun die ungeheuren Kohlen-, Eisen- und Kunstdüngerpreise die allerernsteste Bedrohung der landwirtschaftlichen Produktion und damit auch des Preisabbaues. Der Ankauf der notwendigen landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen ist namentlich für den Kleineren durch die horrenden Preise außerordentlich erschwert und ein Teil der Kunstdüngerpreise ist nahezu unerschwinglich. Gerade zu den unheimlich teuren Kunstdüngern will sich der Landwirt nicht

mehr entschließen, nicht nur, weil er die sachgemäße Anwendung derselben vielfach noch nicht versteht, sondern weil auch bei sachgemäßer Anwendung bei ungünstiger Witterung — namentlich bei Sommerfrucht — das große im Kunstdünger angelegte Kapital nicht nur keine Zinsen tragen, sondern sogar Schädigung des Ertrages herbeiführen kann. Speziell in Bayern wäre eine Mehrproduktion von durchschnittlich 3–4 Zentner an Getreide pro Tagwerk sehr wohl möglich und absolut erstrebenswert: statt dessen treiben wir infolge der hohen Kohlen-, Eisen- und Kunstdüngerpreise mit unheimlicher Raschheit einer Katastrophe in der landwirtschaftlichen Produktion entgegen. Hier müßte sofort eingegriffen werden und die Dividenden lehren uns, daß es möglich wäre. Ich entnehme einzelne Belege dem Artikel „Vernunft oder Katastrophe“ von Dr. Hans Pfeiffer in der „Augsburger Postzeitung“ (Nr. 361 u. 363 vom 14. und 15. August 1920). a) Kohlenmarkt. Die Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbau und Brikettfabrikation in Köln schüttete 1915: 9%, 1920: 20% Dividende aus bei einem Reingewinn (!) von über 19 1/2 Millionen Mark, der über die Hälfte des Stammaktienkapitals von 1919 = 35 Mill. Mark ausmacht (1920: 55 Millionen). Woher diese Gewinne kommen, verraten die maßlosen Preissteigerungen. Die Braunkohlen-Briketts des Niederlausitzer Gebietes kosteten im Großhandelpreis ohne Fracht pro Tonne: 1913/14: 86.50 ℳ; 1. Januar 1919: 357 ℳ; 1. Januar 1920: 945 ℳ; 1. April 1920: 2050 ℳ! b) Metallmarkt. Die Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. hatte im verflossenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von über 6 1/2 Millionen bei 24% Dividende (gegen 8% im Vorjahr) und über 2 1/4 Millionen Tantiemen- und Gratifikationenverteilung. Beim Beroper Walzwerk soll für 1919/20 eine Dividende einschließlich Bonus von 50% ausgeschüttet werden (Vorjahr 6%!). Und die Preise? Z. B. Stabeisen pro Tonne: vor dem Krieg 98—100 ℳ; 1. Januar 1919: 335 ℳ; 1. Dezember 1919: 1745 ℳ; 1. April 1920: 2802 ℳ; Ende April 1920: 3650 ℳ!! c) Kunstdüngermarkt. Die Dividenden, die mir bisher zu Gesicht gekommen, sind 18% (Stickstoffindustrie) und 25% (Kaliindustrie). Dabei hat z. B. das Thomasmehl seit der Zeit vor dem Kriege eine Preissteigerung von 1752% erreicht. Wenn wir obige Zahlen betrachten, so können wir zu keinem anderen Schlusse kommen, als daß das Unmaß der Preissteigerungen auf dem Kohlen-, Eisen- und Kunstdüngermarkt nicht in erster Linie durch die Erhöhung der Produktionskosten inkl. Löhne, sondern durch die Höhe der erstrebten und erzielten Gewinne unserer Großkapitalisten „notwendig“ geworden ist. Die Lohnsteigerungen wurden in höchst unsozialer Weise als Deckmantel benutzt für Gewinnsteigerungen, die ein Hohn auf die Not unserer Zeit sind und welche das gesamte konsumierende Volk bezahlen muß. Selbstverständlich kann man der Landwirtschaft nicht zumuten, daß sie zugunsten gewisser Industrie-Raubritter mit dem Preisabbau beginne. Ein seiner sozialen Pflichten auch nur einigermaßen bewußter Staat müßte hier mit eiserner Hand eingreifen und eine sofortige Senkung erzwingen, um der Landwirtschaft einen ausreichenden Preisabbau und damit eine allgemeine Verbilligung der Lebenshaltung des Volkes zu ermöglichen.

Zu einem Preisabbau in der Landwirtschaft scheint mir endlich noch unbedingt notwendig zu sein die Aufrechterhaltung der öffentlichen Bewirtschaftung solange, als Angebot und Nachfrage nicht auf gleicher Stufe stehen und Lebens- und Futtermittelverschiebungen ins Ausland nicht unmöglich sind; aber einer öffentlichen Bewirtschaftung auf gesünderer Grundlage als bisher und unter Gewährung genügender Lebensmittelrationen, welche das Hamstern unnötig machen und damit auch das Schiebertum am besten unterbinden. Die jetzige offizielle Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ist nichts anderes als eine papierene Hanswursterei und ein klassisches Bürokratenstücklein! Ich weiß wohl, es ist unmodern, Beibehaltung der Zwangswirtschaft zu fordern und auch die letzte Konferenz der süddeutschen Minister scheint sich viel mehr mit Abbau der Zwangswirtschaft als mit Abbau der Preise beschäftigt zu haben.

Die Zwangswirtschaft verlangt unvernünftiger Weise absolut unmögliche Dinge (z. B. die absolut unmöglichen Rationen der Selbstversorger, ungenügende Belassung von Futtermitteln, besonders für die Hühnerzucht usw.). Das führt zu Schikanen und notwendigen Uebertretungen unmöglicher Vorschriften. Kein Wunder, daß die Landwirtschaft dadurch verärgert wird und den „Kommunalverband“ im höchsten Maß satt bekommt. Dann der Unverstand des Publikums, namentlich in den Städten. Weil trotz der Zwangswirtschaft unerträgliche Lebensmittelverhältnisse herrschen, kommt das oberflächliche Urteil der Massen zu der Anschauung, als ob diese Schäden nicht etwa durch Verbesserung, sondern durch radikale Aufhebung der Zwangswirtschaft beseitigt werden könnten.

Soll aber eine Zwangswirtschaft beibehalten werden, so muß ihr Aufbau ein ganz anderer sein. Die Bemessung der Lebensmittelrationen geschieht nicht auf Grund der Wirklichkeit, sondern nur nach dem, was nach unrichtigen — man könnte auch sagen grundverlogenen — Erhebungen und Schätzungen vorhanden ist. Infolgedessen erhält der Selbstversorger wie der Verbraucher offiziell so wenig zugeteilt, daß er damit einfach nicht auskommen kann. Er ist gezwungen, schwarz zu mahlen, schwarz zu schlachten, oder soweit es sich um den Verbraucher handelt, zu hamstern. Diese Dinge, zusammen mit den vielfach an das Hamstertum anknüpfenden Schiebereien, verhindern von Jahr zu Jahr eine Erfassung sämtlicher Vorräte und damit eine ausreichende offizielle Belieferung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Ordnung in die Zwangsbewirtschaftung kommt erst bei genügender Erfassung der Lebensmittel und bei genügender Belieferung der Verbraucher. Diese Erfassung ist nur durchführbar, wenn man dem Produzenten auch offiziell die genügenden Lebensmittel beläßt; vorher kann man mit richtiger Erfassung nicht vollen, unnachgiebigen Ernst machen, da sich dies der Landwirt gar nicht gefallen lassen könnte. Und sie ist erst möglich, wenn das Hamstern, durch welches bisher die über die offiziellen Mengen hinaus vorhandenen Vorräte erfaßt werden, gründlich und energisch unterbunden wird. Die erste Bedingung hiefür ist aber, daß man das Hamstern unnötig macht, eben durch Erhöhung der Ration. Kann man das? Erst letzthin wurde in der Landesbauernkammer gesagt: „Was wir anfangs zu viel geben, würde am Ende des Wirtschaftsjahres fehlen“. Das ist richtig, aber nur unter der Voraussetzung, daß man bei der jetzigen chaotischen Art der Zwangsbewirtschaftung, die eigentlich nichts als eine Riesenschlamperei ist, bleibt.

Jedes Kind weiß, daß unendlich mehr an Lebensmitteln vorhanden ist, als zur offiziellen Verteilung kommt, da man nun einmal nur das verhamstern und verschieben kann, was da ist. Negative Werte sind doch nicht in den Hamsterer-Rucksäcken! Warum also nicht endlich einmal „mit der Katze durch den Bach fahren“ und diese Dinge ordnungsgemäß erfassen und verteilen. Natürlich müßte das absolute und effektive Verbot des Hamsterns zugleich mit der Gewährung ausreichender Rationen — unter Herbeiziehung ausländischer Lebensmittel — erfolgen. Da heute jeder hamstert, könnte dies sicherlich ohne alle Gefahr für die Lebensmittelversorgung geschehen. Es handelt sich ja nicht um einen Mehrverbrauch von Lebensmitteln, sondern nur um eine Aenderung in der Erfassungsart, wobei die Erfassung vom Staat dem Privaten abgenommen, der Preis wesentlich verbilligt und das Vorhandene und sowieso Verbrauchte gleichmäßiger und gerechter verteilt wird. Ich habe den Großteil des Nachweises, daß in Stadt und Land auch offiziell mehr gegeben werden könnte, in einer kleineren Broschüre „Mehr Lebensmittel für Stadt und Land und den Bauern ihre eigene Scholle!“ (Verlag von Haas & Grabherr, Augsburg), wie ich meine, hinlänglich erbracht, und will mich hier nicht des näheren darüber äußern. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß heute wohl jeder Landwirt nach den mir von Landwirten selbst gemachten Mitteilungen, mit einem Mahlschein zwei- bis dreimal auf die Mühle fährt, ohne daß dabei das wirkliche Gewicht mit dem auf dem Mahlschein angegebenen gerade stimmen muß. Der Städter braucht sich aber darüber nicht aufzuregen: es ist ja nicht für den Landwirt allein, sondern nicht zum mindesten für ihn selbst — den Hamsterer. Oder: im November 1918 wurden im Kreis Niederbayern an Molkereibutter (mit Milchlieferungszwang) 6952 Zentner abgeliefert. Diese Molkereibutter stammte nur von 10% des niederbayerischen Kuhbestandes. Die übrigen 90% des Kuhbestandes sollten ungefähr — nicht ganz wegen der teilweise geringeren Ausbeute im Privatbetrieb — das Neunfache liefern, sagen wir rund 60 000 Zentner. Statt diesen 60 000 Zentnern wurden aber nur 6952 Zentner Landbutter abgeliefert, also im ganzen statt zirka 67 000 Zentner — 7000 Zentner! Man mache uns also nicht weis, daß wir nicht viel mehr zur Verteilung hätten! Einen noch krasseren Fall habe ich in meiner Broschüre aus dem Bezirk Aichach angeführt.

Ich möchte noch auf eine dringend wünschenswerte Aende-

rung in der Zwangswirtschaft behufs besserer Erfassung kurz hinweisen. Man mache reinen Tisch mit den Kommunalverbandsausschüssen, wenigstens mit den ländlichen, die sich ihrer Aufgabe — wie auch ganz natürlich! — nicht gewachsen zeigten, die entweder nur Strohpuppen resp. Blitzableiter des Volksodiums zugunsten der oberen Behörden waren oder aber nur Störung und Unordnung in die allgemeine Volksernährung durch illegale und egoistische Beschlüsse hineinbrachten. Man trenne besonders auch die Erfassungsorganisation vollständig von den Bezirksämtern. „Die Bezirksämter sind im Gegensatz zu deren Anhängseln, den Kommunalverbänden, integrale Teile des Verwaltungsapparates. Es ist menschlich leicht erklärlich, daß deren Beamte bestrebt sind, mit dem Gros der Bevölkerung ihrer Verwaltungsbezirke auf gutem Fuße zu stehen. Das Gros der Bevölkerung bilden aber gerade die Bauern, gegen die sie vorzugehen gezwungen sind, wenn sie eine glatte Ablieferung erzielen wollen ... Es war ein großer Fehler, die von ihrer Bezirksbevölkerung abhängigen Bezirksamtmänner zu Leitern der Kommunalverbände zu machen. An diese Stelle hätten von den Erzeugern unabhängige Beamte neben tüchtigen Kaufleuten gehört, welche, auskömmlich bezahlt, keine Rücksicht auf die Bevölkerung eines Bezirkes zu nehmen gehabt hätten ... Eine Neuorganisation der Erfassungsfaktoren muß erfolgen", so schreibt in Nr. 188 der „Bayerischen Staatszeitung" vom 14. August 1920 ein Kommunalverbandsbeamter Hans Faumann.

Es könnte durch bessere Erfassung unter gleichzeitiger Gewährung genügender Rationen für Selbstversorger und Verbraucher ein sehr großer Schritt im Preisabbau gemacht werden, weil dadurch die immer wucherischer werdenden Hamstererpreise in Wegfall kämen, was allein schon eine kolossale finanzielle Entlastung des zahlenden Publikums wäre. Dies ist nur möglich bei Beibehaltung der Zwangswirtschaft. Dabei werfe man aber ruhig das jetzige morsche Gebäude über den Haufen und baue auf vernünftigerer Grundlage neu auf!

Alle Stände müssen alle Kräfte ehrlich anstrengen, um sobald wie möglich zu einem Preisabbau zu kommen, der uns den Auslandsmarkt und damit den Weiterbestand unserer Industrie und Millionen von Existenzen sichert. Wohl ist letzthin das Wort vom „Schindluder treiben" mit „Preisabbau" geprägt worden. Besser wird es sein, auch nur den Schein zu vermeiden, als ob es irgendeinem Stande mit der Mithilfe zum Preisabbau nicht ernst sei und als ob man mit dem unter einem furchtbaren Drucke stehenden deutschen Volke Schindluder treiben wolle!

Spätsommertage.

Wie leise Wehmut rührt's an diese Tage,
Die farbensprühend und voll Sonne sind,
Von Silberfäden blitzt es auf im Hage,
Die wehen leichtbeschwingt im Sommerwind.

Noch prangt der Park in zauberhaften Farben,
Und auf den Beeten schimmert Asternpracht,
Die Scheuer birgt das satte Gold der Garben,
Heiss ist der Tag, erquickend kühl die Nacht,

In bleicher Frühe spinnt die Nebelfraue
Den zarten Schleierflor um Berg und Tal,
Und spiegelt sich die Sonnenfee im Taue,
Dann blinkt der Strom im jungen Morgenstrahl.

Noch einmal ruht der Schönheit höchste Fülle,
Verschwenderisch auf der verklärten Welt,
Bevor der Herbst die nebelgraue Hülle,
Herniedersenkt auf Strom und Wald und Feld.

Und dennoch liegt ein Hauch von leiser Trauer
Auf diesen Tagen, die voll Sonne sind,
Als ahnten sie der nahen Trennung Schauer,
Die wehmutsvoll des Sommers Pracht umspinnt.

Josefine Moos.

Innen- und außenpolitische Probleme. [1]

Von Dr. H. A. Dorten, Wiesbaden.

Hauptmann a. D. Schwend hat in einem Artikel „Innen- und außenpolitische Probleme" („Allgemeine Rundschau" Nr. 34 vom 21. August 1920) meine politische Tätigkeit gestreift. Ich habe es seither vermieden, auf die zahlreichen gegen mich gerichteten Angriffe öffentlich zu erwidern. Die Angriffe überschritten meist jene Grenzen, innerhalb deren eine vernünftige Diskussion möglich ist. Wenn ich jetzt die „Allgemeine Rundschau" bitte, einige Zeilen von mir aufzunehmen, so geschieht es aus sachlichen Gründen. Drei Punkte greife ich heraus:

1. Hauptmann Schwend stellt fest, daß die föderalistischen Bestrebungen heute in Deutschland mit Macht zu einer Lösung drängen. Dem ist in der Tat so. Wer aus der deutschen Geschichte gelernt hat, wem der baldige kulturelle und wirtschaftliche Neuaufbau Deutschlands am Herzen liegt, der muß den Zentralismus bekämpfen und für den Föderalismus eintreten. Nach meiner Auffassung wird die föderalistische Neugestaltung bereits innerhalb ganz kurzer Frist in Angriff genommen werden müssen. Das wird gerade von denjenigen anerkannt, deren Urteil nicht durch parteipolitische Voreingenommenheit getrübt ist. Zu ihnen gehört der deutsche Außenminister Dr. Simons, der sich als „entschiedenen Föderalisten" bezeichnet. Wenn er „lieber sein Amt aufgeben, als auf den Föderalismus verzichten will", dann müssen für den offiziellen Vertreter der Außenpolitik Deutschlands nicht nur innerpolitische, sondern auch außenpolitische Erwägungen von ausschlaggebendem Einfluß sein.

Nun erhebt sich die Frage, wie die Rückbildung zur bundesstaatlichen Verfassung geschehen soll? Graf Bothmer will den Föderalismus auf dem Wege des Kompetenzkonfliktes von Landesregierungen mit der Reichsregierung durchgesetzt wissen. Vom Standpunkte des Bayern mag diese Auffassung verständlich sein. Die Anhänger des Föderalismus im übrigen Deutschland konnten es nicht begreifen, wie die zuständigen Stellen Bayerns ohne ernstlichen Widerspruch Rechte preisgaben, die Bayern vor 50 Jahren durch die grundlegenden Staatsverträge, auf denen die Bildung des deutschen Bundesstaates beruhte, feierlich gewährleistet worden sind. Sicherlich entsprach die Preisgabe der bayerischen Reservatrechte nicht dem Willen der Mehrheit des bayerischen Volkes, sonst hätte Bayern den Anspruch verwirkt, heute die Rückbildung zum Föderalismus zu fordern. So sehr wir uns nun im Westen Deutschlands über Bayerns Energie im Kampfe gegen die Machtgelüste Berlins freuen, die Entschlossenheit, es auf den Kompetenzkonflikt mit der zentralistischen Reichsregierung ankommen zu lassen, trauen wir auch der heutigen bayerischen Regierung nicht zu. Im übrigen dürfte die Auffassung, der Kompetenzkonflikt sei „ein ganz gefährliches Experiment mit dem deutschen Vaterlande" zweifellos irrig sein, man würde es in Berlin kaum zum äußersten kommen lassen, um so weniger, als die einsichtigen deutschen Politiker den Einheitsstaat innerlich längst überwunden haben. Der Kompetenzkonflikt würde also wahrscheinlich nur die notwendige Entwicklung beschleunigen.

Wenn bisher alle ernstlichen Anregungen einer staatlichen Neuordnung im Keime unterdrückt wurden, so haben wir das Preußen zu verdanken. Die altpreußischen Kreise, deren Anschauung sich die heutige Regierung, trotz ihrer stark sozialistischen Durchsetzung, zu eigen gemacht hat, huldigen einem Föderalismus Bismarckscher Prägung. Sie wollen Preußen erhalten und durch Preußen das Reich beherrschen. Mit einer wirklichen föderalistischen Neugestaltung Deutschlands wird aber das alte Preußen verschwinden müssen. Preußischer und sozialistischer Widerstand werden an der rauhen Wirklichkeit zerschellen. Ein Jahr hat bereits genügt, um die Unhaltbarkeit der neuen Reichsverfassung darzutun. Man kann von einer Verfassung, die hinter Drahtverhauen und Maschinengewehren mitten in den Zuckungen der Revolution zustande kam, keine Ewigkeitswerte erwarten. Durch diese Verfassung ist den Ländern und Kommunen die Steuerhoheit genommen worden. Sie sollen einen bestimmten Anteil an der Reichseinkommensteuer erhalten. Dieser Anteil ist so geringfügig, daß Länder und Kommunen

[1] Das Streben nach Objektivität, Wahrheitsliebe und Gerechtigkeitsgefühl veranlassen uns, dem in der „A. R." angegriffenen Dr. Dorten auch das Wort zur Erwiderung zu geben, ohne daß wir unsere Ansicht für oder gegen seine Ausführungen damit festlegen wollen. Wenn wir durch diese Aussprache etwas zur Wiedervereinigung der zurzeit getrennt marschierenden Katholiken im Rheinland beitragen können, werden wir dies freudig begrüßen.

die ihnen zugewiesenen Aufgaben — zu den alten sind noch neue gekommen — nicht erfüllen können. Eine Reihe von Regierungen der Einzelstaaten stehen vor leeren Kassen, während die großen Stadtgemeinden in Preußen innerhalb weniger Monate ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen werden, da ihr Kredit erschöpft ist. Dann wird ganz von selbst und zwar schleunigst eine Reform unserer Steuergesetzgebung erfolgen müssen.

Als unmöglich erweist sich auch die reichsgesetzliche Regelung der Schulfrage. Man kann nicht von einer Zentralstelle aus das so wichtige Gebiet der Schule einheitlich organisieren. Der „Segen" der reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage bestand für die Katholiken darin, daß zahlreiche katholische Schulen zwangsweise in Simultanschulen umgewandelt wurden. Auch wirtschaftliche Gründe werden bald die Dezentralisation erzwingen. Die Reichsfinanzverwaltung versagt infolge ihres riesigen Apparates schon heute gründlich. Bei Post und Eisenbahn wird man die gleichen Erfahrungen machen, falls man sie nicht schon inzwischen gemacht hat. Darum werden die Befürworter des Zentralismus, soweit sie nicht parteipolitisch völlig verrannt sind, sich demnächst eines Besseren besinnen. Und dann wird nach meiner Auffassung das eintreten, was Hauptmann Schwend sagt: Die Lösung der föderalistischen Frage wird auf dem Wege des rechtmäßigen Ausgleiches zwischen den Rechten des Reiches und den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Länder gefunden werden.

Bei dieser Lösung der Frage wird naturgemäß Preußen in seine natürlichen Bestandteile zerlegt werden müssen. Durch den Fortfall des monarchischen Bandes ist der Zusammenhang zwischen dem alten Preußen und den westlichen Provinzen: Hannover, Westfalen, Rheinland und Nassau gelöst. Dieser Tatsache hat ja auch die Reichsverfassung Rechnung getragen, indem sie es dem Willen der Bevölkerung anheimstellt, bei Preußen zu bleiben oder nicht. Preußens Auflösung ist unvermeidlich. Die politischen Parteien und die Regierungen im Reich und in Preußen haben Oberschlesien bereits die Autonomie zugesichert. Für Hannover wird die deutsch-hannoversche Partei die Volksabstimmung verlangen und ihr Ziel erreichen. Westfalen, Rheinland und Nassau sind dann vor die Schicksalsfrage gestellt. Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Insbesondere die rheinische Bevölkerung, die wider ihren Willen und — seltsam genug — auch gegen den Willen Preußens zu Preußen gekommen ist, wird sich ihr Recht auf bundesstaatliche Selbständigkeit nicht verkümmern lassen. Wäre ich nicht dieser Ueberzeugung, wo sollte ich den Mut zu meinem unentwegten Auftreten hernehmen. Görres kannte seine Rheinländer.

2. Hauptmann Schwend sieht in der föderalistischen Frage ein innerpolitisches Problem, das nur unter dem Gesichtspunkte der innendeutschen Interessen und Bedürfnisse gelöst werden dürfe. Er wendet sich infolgedessen gegen den von mir vertretenen Standpunkt, daß mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu den Alliierten, insbesondere zu Frankreich, die Neuordnung auf bundesstaatlicher Grundlage notwendig sei. Wenn er es so darstellt, als ob es die Franzosen meisterlich verstanden hätten, in dem Kreise, in dessen Mittelpunkt Dr. Dorten in Wiesbaden steht, eine Atmosphäre des Vertrauens zu Frankreich zu schaffen, die durch gar keine Wirklichkeit begründet ist, so trifft das keineswegs zu. Mir sind die verschiedenen Strömungen in Frankreich und deren Stärke durchaus bekannt. Es ist mir in diesem engen Rahmen natürlich unmöglich, die Absichten der französischen Politik gegenüber Deutschland, die Stellung Frankreichs in der Weltpolitik überhaupt, zu erörtern. Ich stütze mich bei meinem Urteil nicht auf Vermutungen, wie andere das bei der Beurteilung der Außenpolitik tun. Ich stütze mich naturgemäß noch viel weniger auf Berichte der deutschen Presse. Nach dem, was in den letzten Monaten beispielsweise über die Tätigkeit des staatlichen Heimatdienstes bekannt geworden ist, muß ich die Haltung mancher amtlichen Stellen und der von ihnen beeinflußten deutschen Presse als einen öffentlichen Skandal bezeichnen. Durch ein vertrauliches Schreiben der Reichszentrale für Heimatdienst wird auf die „Notwendigkeit hingewiesen, im besetzten Gebiet alle Streiks in politischem Sinne auszunutzen". Wörtlich heißt es dann: „Es ist dringend nötig, daß die Spannung zwischen der Bevölkerung und den französischen Behörden erhalten bleibt . . . Es wäre dringend nötig, zu berücksichtigen, daß die gesamte Propagandaarbeit keinerlei Schärfen gegen England und Amerika enthält".

Die deutsche Presse hat die Oeffentlichkeit seit mehr als einem Jahre über die Zustände im französisch besetzten Gebiete irregeführt und dadurch, wie auch alle Behörden zugeben, das besetzte Gebiet enorm geschädigt. Auf Grund der falschen Darstellungen ist natürlich kein zutreffendes Urteil möglich. Maßgebend sind für mich auch nicht die Artikel chauvinistischer französischer Heißsporne. Ich habe die feste Auffassung, daß wir durch den föderalistischen Aufbau unseres Reiches der Aussöhnung mit Frankreich die Wege ebnen. Für meine Auffassung habe ich wirkliche Unterlagen, während sich Hauptmann Schwend für seine entgegengesetzte Behauptung kaum auf einwandfreies Material stützen kann. Ich befinde mich in voller Uebereinstimmung mit Dr. Heim, der in der Kölner Versammlung erklärte: „Frankreich verlangt Sicherung gegen Militarismus und Revanche und sieht die Hauptgefahr in dem Bestehen Preußens. Wir haben entweder jahrelangen Druck und Verelendung zu erwarten oder wir verständigen uns mit den Franzosen, die sagen: Wenn ihr euch föderalistisch einrichtet, habt ihr das Haupthindernis für die Verständigung hinweggeräumt". Es geht meines Erachtens heute nicht mehr an, Innenpolitik ohne Rücksicht auf Außenpolitik zu treiben. Das gesteht in der föderalistischen und rheinischen Frage sogar die „Deutsche Tageszeitung" zu, die am 13. August 1920 schrieb: „Sicherlich würde man schwerwiegende innerpolitische Bedenken, die gegen die Aufteilung Preußens sprechen, zurückzustellen haben, wenn wichtige außenpolitische Vorteile für Gesamtdeutschland winken".

3. Hauptmann Schwend spricht von „Anklagen", die gegen mich auch im Rheinlande erhoben würden. Ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei sollte mit Vorwürfen vorsichtig sein. Denn jene Kreise im Rheinland, die mich als „Hochverräter" und „Französling" hinstellen, verdammen in mindestens gleich scharfer Form die Bayerische Volkspartei und insbesondere Dr. Heim. Wird ihnen doch gleichfalls Hochverrat und französische Liebedienerei vorgeworfen. Um welche Anklagen handelt es sich nun? Einmal soll es mein Bestreben sein, die Rheinlande an Frankreich auszuliefern. Ich halte es hier unter meiner Würde, einem solchen Vorwurfe ernstliches Gewicht beizulegen. Der Vorwurf wird mir von Leuten gemacht, die aus parteipolitischen, konfessionellen oder sonstigen Gründen das Verbleiben der Rheinlande bei Preußen wünschen und denen zur Erreichung dieses Zieles kein Mittel schlecht genug ist. Alle, die mich kennen, und das sind Tausende aus allen Ständen, wissen, daß es sich um eine infame Verleumdung handelt. Kein Beweis liegt auch vor für die zweite Behauptung, daß ich für meine Propagandatätigkeit von französischer Seite Geld bekommen hätte. Gerade weil man keine Beweise besitzt, sucht man die Beweislast umzukehren und verlangt von mir, daß ich mich in öffentlichem Gerichtsverfahren von diesen Anklagen reinigen soll. Ich war bereit, in einem Beleidigungsprozeß vor dem Schöffengericht in Bonn unter Eid als Zeuge das Gegenteil zu bekunden. Ist es Herrn Hauptmann Schwend nicht bekannt, daß der rheinische Zentrumsabgeordnete Geh. Justizrat Marx auf der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei als Referent erklärt hat, daß für die gegen mich erhobenen Anklagen keinerlei Beweis vorliege. Und wenn er weiter sagt, daß die Christliche Volkspartei im Rheinland nichts mit meiner Politik gemein haben könne, so verweise ich ihn auf den entgegengesetzten Beschluß der Delegiertenversammlung für den Wahlkreis Coblenz-Trier, an der auch die Delegierten aus Aachen und Nassau teilnahmen. Die systematischen Verleumdungen gegen mich gingen in der Hauptsache von dem Heimatdienst aus. Ueber dieses Institut wird die Oeffentlichkeit demnächst allerlei Interessantes erfahren.

Mein Ziel ist dasselbe, das die Bayerische Volkspartei vertritt, nämlich der föderalistische Aufbau Deutschlands. Ich müßte ein Narr sein, wenn ich glaubte, dem Wohle der Rheinlande sei durch eine Loslösung von Deutschland gedient. Die Rheinlande haben aber das gleiche Recht auf bundesstaatliche Selbständigkeit wie Bayern. Für diese Selbständigkeit kämpfen ich und meine Freunde. Die Mehrheit des rheinischen Volkes steht hinter uns. Am 16. Juli 1919 schrieb die „Kölnische Volkszeitung" in einem eigenen redaktionellen Artikel: „In den grundsätzlichen Forderungen stehen „Köln" und „Wiesbaden" in geschlossener einheitlicher Front gegenüber „Berlin". Die „Kölnische Volkszeitung" faßte dann ihr Urteil in die Sätze zusammen: „Unsere Stellungnahme gegenüber der von Dr. Dorten geleiteten Bewegung mag durch die Richtlinie gekennzeichnet sein: Getrennt marschieren, aber vereint schlagen! Der Augenblick ist wohl nicht mehr fern, wo die von zwingenden Ereignissen gepeitschte Entwicklung ganz von selbst die beiden nebeneinander laufenden Strömungen in ein Flußbett einlenken läßt."

Am Grabe Windthorsts.

Von Chefredakteur Vogedes, Hannover.

Nun hat auch Hannover, die Großstadt der Diaspora, ihren Katholikentag gehabt. Was in dem Artikel: „Am Grabe Windthorsts“ in der letzten Nummer der „Allg. Rundschau“ zu lesen war, ist in Erfüllung gegangen. Windthorsts Geist beherrschte die ganze Veranstaltung. Ich hörte Veteranen der Zentrumspartei, die hier in Hannover mit Windthorst zusammengearbeitet und gekämpft haben, immer wieder ausrufen: „Wenn das unser Windthorst erlebt hätte! Wie wird er sich dort oben über seine Hannoveraner freuen.“ Am Grabe Windthorsts in der Marienkirche, deren Pfarrer der bekannte Zentrumsabgeordnete Dr. Maxen ist, hatte das Festkomitee des Katholikentages einen prachtvollen Kranz mit weißblauer Schleife niederlegen lassen. Als der Präsident der Tagung, Geheimrat Dr. Rintelen, in seiner Begrüßungsansprache davon Mitteilung machte, antworteten ihm die von über 12000 Personen besuchten Massenversammlungen mit langanhaltendem, stürmischem Beifall. Immer wieder klang der Name Windthorst an unser Ohr. Sein Andenken wurde bei den feierlichen Festgottesdiensten, die am Vormittag in allen Pfarrkirchen bei einem Massenandrang der Gläubigen stattfanden, von den auswärtigen Festpredigern und vom Hochw. Bischof von Hildesheim, Dr. Ernst, der in der altehrwürdigen Propsteikirche St. Clemens ein feierliches Pontifikalamt zelebrierte und selbst die Festpredigt hielt, gefeiert. Aufmunternde und ermahnende, inhaltsreiche Windthorstworte hatten die Festredner der Hauptversammlungen im gewaltigen Kuppelsaal der Stadthalle, der über 6000 Sitzplätze faßt und jedesmal bis auf den letzten Platz gefüllt war, in ihre Reden verflochten. Wenn sein Name genannt wurde, dann leuchteten aller Augen und stürmischer Beifall bekundete, daß man seine Worte auch heute noch zu werten weiß. Ja, die Katholiken Hannovers und der Diaspora haben die letzten Worte ihres Vorkämpfers und Führers Windthorst, die er bei der Einweihung der Marienkirche im Jahre 1890 sprach, als ein teures Vermächtnis bewahrt:

„Seien Sie versichert, daß meine letzte Kraft der katholischen Sache in Hannover und der Freiheit der Kirche in ganz Deutschland gewidmet sein wird. Wie lange Gott mir noch die Kraft verleiht, steht in seiner Hand; lange kann es nicht mehr sein. Dann bitte ich um die Fortdauer im Gedächtnis und Gebet. Kann ich hier nicht mehr wirken, dann werde ich es dort oben tun, wenn Gott mir gnädig ist. Gott schütze und erhalte die katholische Gemeinde in Hannover, erhalte den Frieden unter den Mitbürgern. Eifern wir nur darin, daß jeder versucht, in der Liebe zu Gott und den Nächsten andere zu übertreffen. Ich sage Ihnen Lebewohl. Vergessen Sie mich nicht!“

Die Katholiken Hannovers und der Diaspora haben ihren Windthorst nicht vergessen. Der Katholikentag am 5. September 1920 hat es bewiesen. Zu Tausenden waren sie auch von auswärts mit ihrem Bischof Joseph Ernst an der Spitze nach Hannover gekommen, um sich hier am Grabe Windthorsts neue Begeisterung, Mut und Ausdauer zu holen. Der imposante Männerfestzug mit mehr als 10000 Teilnehmern bewegte sich in den ersten Nachmittagsstunden von der Herrenhäuserallee durch die Hauptstraßen der Stadt; über 100 Vereine mit ihren Fahnen beteiligten sich daran. Seinen Höhepunkt bildete die Huldigung vor dem Bischof am Vinzenzstift in der Nähe des Neuen Hauses. Alle Stände waren im Festzug vertreten: die Geistlichkeit, die katholischen Männer- und Arbeitervereine, die Gesellen- und Handwerkervereine, die Lehrervereine, die kaufmännischen Vereine und nicht zuletzt auch die studierende Jugend, von der außer „Neudeutschland“ 8 Korporationen in Wichs und mit Fahnen teilnahmen. Die Katholiken der Diaspora wissen und fühlen, daß auch heute noch, ja heute mehr als früher, die Worte Windthorsts für sie gelten, die der greise Führer im Jahre 1889 auf dem Heiligenstadter Katholikentag sprach:

„Es genügt für die Katholiken nicht, daß sie ebenso tüchtig sind im Wissen und Können, wie die Andersdenkenden, sie müssen in der Tat sich bemühen, überall im Leben mehr zu wissen, mehr zu lernen und mehr zu arbeiten als sie. Wir Katholiken finden nicht auf der Welt diejenige Förderung, welche Andersdenkenden so vielfach zuteil wird, und wenn wir nicht durch energischen Fleiß, durch Tüchtigkeit nach allen Richtungen dieselben übertreffen, werden wir mehr und mehr zurückgehen in allen unseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Es können darum die Katholiken nicht oft und ernstlich genug ermahnt werden, für den Unterricht ihrer Kinder auf allen Gebieten, sowohl auf dem Gebiete der Religion, als denen des weltlichen Wissens, alles aufzuwenden, um eine vollendete Bildung herbeizuführen. Das gleiche gilt auch für die Erwachsenen, auch sie müssen fortfahren, sich auszubilden und zu lernen. Jedes, was uns in dieser Hinsicht geboten wird, müssen wir recht gründlich aufnehmen. Nur dann, wenn wir auf allen Gebieten ganz Vorzügliches leisten, können wir die Konkurrenz bestehen; eine anderweite Förderung haben wir nicht zu erwarten.“

Mit Staunen und Bewunderung haben Zehntausende Andersgläubiger den Festzug als Zuschauer an sich vorüberziehen lassen, im Bewußtsein, daß es auch in der Diaspora Katholiken gibt, die mutig ihren Glauben auch nach außen bekennen und die den festen Willen haben, den katholischen Gedanken, den christlichen Grundsätzen zum Siege zu verhelfen. Und sie alle, die vielleicht nur die Neugier auf die Straßen und freien Plätze getrieben, waren ergriffen und erschüttert von der siegverheißenden Macht der katholischen Idee, wie sie sich im Festzug und in den Festversammlungen in der zu 90% evangelischen Großstadt Hannover offenbart hat. Kein Mißklang hat die gewaltige Kundgebung gestört, denn es lag nichts Herausforderndes in ihr. Auch in dieser Beziehung war Windthorst uns Vorbild, der die Worte prägte:

„Wir wollen in Werken der Barmherzigkeit Euch zur Seite stehen, wir wollen keinen Unterschied kennen bei der christlichen Caritas zwischen Katholiken und Protestanten. Aber laßt uns in Ruhe, tut, was Ihr wollt, aber gönnt uns auch, was wir wollen. Wir wollen erhobenen Hauptes unseren Glauben bekennen, denn das ist unser Recht. Wir halten uns gerade soviel wert wie Ihr und stehen an Wissen und Können Euch nichts nach. Wir stören Eure Zirkel nicht. Angreifen werden wir Euch nicht. — Das sind die Grundsätze, nach denen wir in Deutschland in Frieden leben können. Der Zwiespalt besteht nun leider einmal, Gott allein kann eine Ordnung herbeiführen. Unser Vaterland ist groß genug um friedlich nebeneinander leben zu können.“

So ist der erste Katholikentag von Großhannover und Umgegend für die Katholiken der Diaspora nach innen zur Befruchtung und Bereicherung des Glaubenslebens geworden, nach außen zu einem jubelnden Bekenntnis echt katholischer Glaubenstreue. Das kam auch in den Huldigungstelegrammen zum Ausdruck, die an Se. Heiligkeit Papst Benedikt XV. und Se. Eminenz Kardinal Fürstbischof Dr. Bertram-Breslau abgesandt wurden. Das war der Inhalt der packenden Festreden des Benediktinerpaters Korbinian Wirz und des 1. Staatsanwaltes Dr. Lammers-Berlin, die beide nicht endenwollenden Beifall ernteten. Ich schließe mit den Versen Friedrich Wilhelm Webers, womit Pater Korbinian Wirz seine Festrede einleitete:

Andere Zeiten, andere Menschen,
Andere Menschen, andere Götter,
Einer bleibt, der Ewig-Stille
Unentwegt im Zeitenwetter.

Gedankensplitter.

Von Dr. Rademacher, Füssen.

Auch in flachen Seelen kann es Abgründe geben.

Der Beifall ist die gefälligste Maske des Neides.

Menschliches, Allzumenschliches: Unmenschlichkeit.

Oft ist ein Steckenpferd kostspieliger als ein wirkliches Reitpferd.

Auch in der Totenklage liegt Egoismus.

Mancher listige Hohlkopf hat sich schon mit seinem Stroh die Grütze eines unpraktischen Weisen gekocht.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Man spricht neuerdings wieder vom Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung. Den Sozialdemokraten selbst scheint es damit nicht ernst zu sein. Kein Wunder, sie genießen die Vorteile der Opposition, und das bürgerliche Minderheitskabinett lebt von ihrer Gnade. Am sichersten aber ist ihre Macht dadurch verbürgt, daß sie nach wie vor in der preußischen Regierung dominieren. Und das ist wie im Kaisertum die zweite Reichsregierung. Denn Preußen umfaßt immer noch zwei Drittel des ganzen Reichs. So war es ein Sinnbild, daß neben Dr. Simons zum Bußgang in die französische Botschaft Herr Severing antrat. Der ist der unabtrennliche Schatten der Reichsgewalt und der Geist des **neuen Preußen**, das überall, wo es wirkt, das Schlagwort „Preußen dem Sozialismus" wahrzumachen sucht. Eben hat sich Herr Severing einen wackeren Gehilfen zugelegt. Sein Ministerium erhielt als neuen Referenten für die Sicherheitspolizei den Ministerialrat Abegg, vormals die rechte Hand des berüchtigten Polizeipräsidenten Eichhorn aus der Berliner Putschzeit. Abegg soll die Sicherheitspolizei entmilitarisieren. Wie es heißt, sollen zahlreiche organisierte Arbeiter aufgenommen werden. So fällt nach der Einwohnerwehr die zweite Schutzmauer der Ordnung in Preußen. Und das in den Tagen, wo die radikalen Arbeiter wegen ihrer angemaßten Verkehrskontrolle über militärische Transporte in scharfem Kampf mit der Reichsregierung stehen. Die schlimmsten von allen, die Berliner Betriebsräte, spielen schon wieder mit dem Feuer des Generalstreiks, und die Munition für Polen, welche die Erfurter Eisenbahner in die Luft sprengten, wird uns eine neue Buße an Frankreich kosten.

Wie das **neue sozialistiche Preußen** moralische Eroberungen macht, konnte man an **Oberschlesien** sehen. Kenner des Landes haben längst betont, daß es Bundesstaat werden will. Die Sozialdemokratie hat es bis jetzt verhindert. Erst in den letzten Tagen beriet die Reichsregierung, wie Oberschlesien eine gewisse Selbständigkeit im Rahmen des Reichs und Preußens (wieder der Schatten!) zu gewähren sei. Geht Oberschlesien verloren, so trifft die Sozialdemokratie ein Teil der Schuld. — Das Verhalten der Franzosen, besonders des Generals Le Rond, der an der Spitze der interalliierten Kommission steht, zeigt deutlich, daß sie unter allen Umständen das Land polnisch machen wollen. Alle Rufe der Deutschen um Gerechtigkeit verhallen nutzlos. Deutsche Zeitungen, die sie wiedergeben, werden in Oberschlesien verboten. Ob es etwas helfen wird, daß das Reich sich mit einer genauen Darlegung der Mißstände an die Ententemächte und die neutralen Staaten gewandt hat, bleibt abzuwarten. Viele Anzeichen deuten auf einen neuen Polenaufstand für Mitte September. In Schoppinitz an der Grenze sind bereits Unruhen ausgebrochen.

Ein deutsches Ersuchen, besondere Wachtruppen in Ostpreußen aufzustellen, um die übergetretenen Russen in Ordnung zu halten, wurde von der Entente abgelehnt. Desgleichen die Entsendung eines neutralen Untersuchungsausschusses nach Oberschlesien. Alles kleine Züge, die erkennen lassen, welcher Behandlung sich Deutschland von seinem siegestollen Feind Frankreich zu versehen hat. Der belgische Ministerpräsident schlug Frankreich vor, die deutsche Abordnung für Genf vorher vom Wiedergutmachungsausschuß in Paris anhören zu lassen. Der Ausschuß würde danach Vorschläge für Genf ausarbeiten. Millerand soll einverstanden sein, Lloyd George und Giolitti sind noch zu befragen. Man brauchte nicht gleich anzunehmen, daß darin eine Sabotierung von Genf liegen sollte. Auch Dr. Simons hat ja Schritte getan, daß die Sachverständigen vorher Fühlung nehmen. Aber nur ein wenig später meldete das „Echo de Paris", die französischen Vertreter im Wiedergutmachungsausschuß hätten um ihre Entlassung nachgesucht, weil sie einstimmig der Ansicht seien, daß durch Ermäßigung der Wiedergutmachungsansprüche der Friede von Versailles durchbrochen werde. Hier kommt der Widerwille Frankreichs gegen die Zusammenkunft in Genf deutlich zum Vorschein. Und wir müssen damit rechnen, daß es ihm gelingt, sie zu **hintertreiben** oder zur leeren Pose zu machen. Millerand wird wohl am 12. September, wo er in Aix les Bains mit Giolitti zusammentraf, in diesem Sinne gesprochen haben. Und England hat Wichtigeres zu tun, als sich um Deutschlands willen mit den Franzosen zu überwerfen. Nach der Ansicht englischer Geldmänner soll Deutschland fähig sein, alle Kriegskosten zu zahlen. In den „Financial News" wird vorgeschlagen, es unter Finanzaufsicht zu nehmen, wie einst die Türkei. Die deutsche Regierung treibe ungeheure Verschwendung und bezahle Hunderttausende von unnötigen Beamten, z. B. mit Weiterführung der Zwangswirtschaft; das System der Sozialdemokratie, ihre Leute an der Staatskrippe zu füttern, sei noch nicht überwunden. — Leider ist von dem, was das englische Blatt über diese skandalöse Wirtschaft sagt, fast jedes Wort wahr.

In Bayern hat sich von der Bayerischen Volkspartei eine christlich-soziale Partei abgezweigt. Es sind zum Teil Kreise, die zum Zentrum neigen. Vorläufig ist kein politisch führender Mann darunter. Der nahe Parteitag in Bamberg wird das Seine tun müssen, um die Spannungen innerhalb der Partei zu lösen und wieder Klarheit und Ordnung in der Partei zu schaffen.

Oesterreich erlebte den Parteitag der Großdeutschen Volkspartei in Salzburg. Er schloß mit einer gewaltigen Kundgebung für den Anschluß an das Deutsche Reich. Um so bedauerlicher ist es, daß noch immer gewisse christlich soziale Kreise in Wien in dieser Frage des Anschlusses eine höchst zweideutige Rolle spielen.

Italien wird durch Erdbeben vielleicht mehr heimgesucht als durch die Bewegung der Metallarbeiter. Letztere müssen erkennen, daß der Betrieb der Fabriken ohne den Kredit des verruchten Kapitalismus auf die Dauer unmöglich ist. So ist eine Verständigung mit den Unternehmern auf dem Wege. Die Regierung verhielt sich im allgemeinen neutral. Giolitti gönnte den Großindustriellen, den Gegnern seiner Kriegssteuern, ihre Bedrängnis. Freilich setzte er damit den Ruf des Staates als Beschützer des Privateigentums einer schweren Belastung aus. — In Fiume wurde von d'Annunzio, der dort nach der Weise altitalienischer Stadttyrannen herrscht, die Regentschaft Italiens öffentlich verkündet. In Jugoslawien, das Fiume als seinen natürlichen Hafen betrachtet, wird solches sehr übel vermerkt.

England steht unter dem Bann des drohenden Streiks seiner Grubenarbeiter. Verhandlungen mit der Regierung sind zunächst gescheitert. Doch ist anzunehmen, daß vor dem 25. September, dem vorbezeichneten Streikbeginn, eine Verständigung erzielt wird. Politisch nicht bedeutungslos ist die Ernennung des Lords Hardinge zum britischen Botschafter in Paris. Er war Vizekönig von Indien, später im Auswärtigen Amt und gilt als warmer Freund Frankreichs. England legt also auf gute Beziehungen zu seinem Bundesgenossen auf dem Festland nach wie vor Wert. Demgegenüber ist die Absage von Lloyd George, an der Zusammenkunft in Aix le Bains teilzunehmen, nichts mehr als ein Winkelzug.

Ueber dem **Osten** hängt noch drohend die Kriegswolke. Der polnische Vormarsch ist zum Stehen gekommen. Am Nordende der Front fanden mehrfach Kämpfe mit den Litauern statt. Die litauische Regierung schlug der polnischen vor, alle Streitfragen auf einer Zusammenkunft in Kalwarja zu besprechen. Verschiedentlich hört man von neuen Angriffsabsichten und Truppenverstärkungen der Russen. Bei Brest-Litowsk sollen sie nach einer Moskauer Meldung sogar wieder vorgegangen sein. Es ist klar, daß die Russen vor Beginn der Friedensverhandlungen ihre Front noch nach Möglichkeit zu verbessern trachten und die öffentliche Meinung von ihrer ungebrochenen Stärke überzeugen wollen. So geben sie sich auch den Anschein, als sei es ihnen mit der Beschickung der Friedenskonferenz in Riga durchaus nicht eilig. Sie verlangen feste Bürgschaften für die Freiheit ihrer Unterhändler, während die Regierung von Lettland berechtigte Furcht hat, daß die Herren aus Moskau auf ihrem Gebiet eine bolschewistische Werbetätigkeit entfalten.

Um Eindruck auf England zu machen und vielleicht mehr, um in Deutschland neue Hoffnungen zu erwecken, ließen die Bolschewisten einiges über ihre Pläne im fernen Osten bekannt werden. Man hörte von einer großen bolschewistisch-mohamedanischen Tagung im Kaukasus, und dieser Tage wurde ernsthaft von Moskau verbreitet, Enver Pascha sei zum Oberbefehlshaber der bolschewistischen Truppen ernannt, die gegen **Indien** marschieren sollten. Die roten Truppen bis Afghanistan seien ihm unterstellt worden, sein Hauptquartier sei Smolensk (mehr als 2000 km von der indischen Grenze). Wir denken dabei am besten an unsere getäuschten Hoffnungen auf den heiligen Krieg, in denen der gleiche Enver Pascha eine gewisse Rolle spielte. Die unnatürliche Gemeinschaft mit dem unchristlichen Osten, sei er mohammedanisch oder neurussisch-nihilistisch, kann uns nie Glück bringen. Das Bündnis mit der Türkei hat es bewiesen.

Jassy Torrund.

Skizze von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

Am 20. September des Jahres begeht eine unserer feinsinnigsten Erzählerinnen ihren 60. Geburtstag: Jassy Torrund, im staatsbürgerlichen Leben Josefa Mose genannt. Sie gehört, ihrer ganzen Veranlagung nach, zu den Stillen im Lande, hat aber doch einen weiten Leserkreis gefunden, der sie ehrend zu schätzen weiß Nicht wenige darunter stellen sie in die erste Reihe ihrer literarischen Lieblinge. Nicht nur Frauen, o nein, auch Männer. Ich erinnere mich u. a. eines Gespräches mit einem klugen, weitblickenden Ordenspriester. Der war vor ein paar Jahren „extra" in unser Steigerwaldstädtchen gereist, um durch mich persönlich mit Jassy Torrund bekannt zu werden und sie für seine redaktionellen Zwecke zu gewinnen. „Sie ist mir da lieber als alle", erklärte er kurz und bündig und wußte, warum. Jassy Torrund ist zwar keine „betont-katholische" Schriftstellerin. Wie jede unkünstlerische Aufdringlichkeit, so scheut sie auch die einseitig konfessionelle. In ihrer feinen Weise wirkt sie eben dadurch auch nach der religiösen Richtung besonders günstig. Denn sie hängt treu und liebend an ihrem Glauben, verleugnet nie ihre religiöse Ueberzeugung, stellt sie vielmehr, wo sich die Gelegenheit ungezwungen und erst recht zwingend ergibt, hell ins Licht, tut dies aber stets mit dem Ausdruck harmonischer Güte. Die hat sie sich durch ein vielseitig reiches Leben errungen, und eine Jugend mit leuchtender Sonnenwärme im edlen, tiefgläubigen Elternheim und mit viel kaltem Dunkel im kindlichen Erfahrungskreise „draußen", zumal in der Diaspora-Schule, legte den Grund dazu.

Josefa Mose wurde als Tochter des in ganz Schleswig-Holstein wohlbekannten schlesischen Architekten Mose in dem lieblich unfern Kiels gelegenen Städtchen Preetz geboren. Bald wählte der Vater die nahe Universitäts- und Hafenstadt als einen für seinen Wirkungs- und Familienkreis günstigeren Wohnort. Früh schon zeigte Josefa eine auf den künftigen Beruf deutende reiche Begabung. Immer war sie es, die den „besten" Schulaufsatz schrieb, meist in zweierlei Fassung: eine für die Lehrerin, eine „für sich selbst". Daheim fabulierte sie eine Menge „Geschichten" und Märchen zur Lust und Wonne der Geschwister und nicht zuletzt zur eigenen Freude. Weise hielt die herrliche Mutter sie zurück. Nach deren allzufrühem Tode und nach der Heirat der älteren Schwester drängten sich an das nunmehr regierende Hausmütterchen so viele Pflichten, daß sie diesem alle Musen auszuschließen drohten. Dennoch schlüpfte, anerkannt und geduldet, die der Malerei herein und ganz im Verborgenen auch die der Poesie. 1890 wagte es die zumeist nächtlich dichterisch Schaffende, der „Kölnischen Volkszeitung" ihre zweite Novelle — die erste drang nie in die Oeffentlichkeit — anzubieten. Das „Angenommen" öffnete, zumal nach der 1893 vollzogenen Uebersiedelung in die schlesische Elternheimat (Breslau) und trotz der Abgeneigtheit des aller „Blaustrumpfelei" feindlichen Vaters, weitere Wege zu einer Reihe angesehener Zeitschriften, darunter vor allem Reclams „Universum". Ein zufälliger Traum hatte den väterlicherseits streng geforderten „undurchsichtigen" Decknamen gespendet, dem Jassy Torrund denn auch bis auf den heutigen Tag treu geblieben ist.

Jassy Torrunds Erzählkunst ist eine ausgeprägt novellistische von zart gewissenhafter Durchbildung, von sowohl klar veranschaulichender wie verinnerlichender Gestaltungskraft, von feiner, sicherer Psychologie, die aus Tiefe und Höhe zur Tiefe und Höhe dringt, von reich gebildetem, Stimmung schaffendem und weckendem Natur- und Schönheitssinn und einer warmen, vermittelnden Liebe zu den Brüdern auf dem Wurzelboden überzeugter Gottzugehörigkeit. Jassy Torrund hat scharfen, aber gütigen Beobachterblick. Sie begegnet bewußt dem Leben, wie es ist, auf Schritt und Tritt, schaut ihm fest ins Auge, auch wo es unschöne Wege einschlägt. Sie selbst hält den Gewandsaum ihrer Dichtung unbefleckt und deckt doch Abgründe auf, wo es sein muß. Immer aber strebt sie, durch Wahrheit und Liebe zu seelischer und künstlerischer Befreiung zu führen, und fast ausnahmslos gelingt es ihr. Ihre einfache, edle Art der Auffassung, der Sprache und des Stils, ihre feinsinnig tapfere Seelenschilderung und Problemlösung, ihr echter, sonniger Humor von oft witziger Treffsicherheit und jenem immer wieder durchbrechenden goldenen Kindersinn, wie er jedem wahren Dichter erhalten bleiben sollte: das alles reiht sie unter unsere vornehmsten Erzählerinnen, wie ihre ganze Persönlichkeit sie zu den liebenswertesten, liebenswürdigsten Menschen und Künstlern stellt.

Von Jassy Torrunds Novellenbänden sind wohl die der Reclamschen Universal-Bibliothek am verbreitetsten und beliebtesten geworden: „Sein Herzenskind", „Weiße Narzissen", „Spätsommer", „Wenn Landsleute sich begegnen", „Die Gipskatze und andere lustige Geschichten". Unter den übrigen ragen hervor: die bei Fredebeul und Koenen, Essen a. Ruhr erschienenen drei stattlichen Bände: „Die Krone der Königin", „Ein Kuß aus Versehen" und „Mit Gott und gutem Wind", ferner das zum Teil autobiographische „Ein dunkler Punkt" und nicht zuletzt das in seiner anmutigen Vertiefung rasch sich durchsetzende „Hannas Lehrjahre" (Tyrolia-Innsbruck) mit seiner Aufweisung neuer lebenstüchtiger Reformwege für die Jungmädchenliteratur; Benzigers Brachlandbücher brachten drei treffliche Hefte: „Die graue Frau", „Dinge zwischen Himmel und Erde", „Aufgestoßene Tore", „Die Brücke".

Der 20. September d. J. findet unsere Dichterin auf der Höhe ihrer Künstlerkraft im mittelfränkischen Städtchen Scheinfeld, wo sie, die vielerfahrene, große Naturfreundin, sich kurz vor Kriegsausbruch gemeinsam mit einer Lebensfreundin am Fuße des idyllischen Steigerwaldes ein trauliches Heim erbaut hat. Dankbarkeit, Liebe und Wertschätzung werden sie dort zu grüßen, werden ihr von dem Segen zu sagen wissen, den sie durch ihre lautere, lichte Dichtung und durch ihre reinpersönlich verwirklichte Wesenheit hat verbreiten dürfen. Möge ihr denn auch ein langer goldener Lebensabend in Lebens- und Schaffensfreudigkeit blühen! Manch edles Material liegt noch zur Buchausprägung bei ihr bereit, möge es bald in diese Erscheinung treten.

Wissenschaft und Kunst.

Einem für gelehrte Kreise berechneten Berichte aus Rom entnehmen wir die folgenden allgemein interessierenden Angaben:

Also das corpus der Werke von Pierluigi Palestrina, das wir in der großen Hauptsache der gewaltigen Tatkraft eines Musikgelehrten erster Ordnung, wie Franz Xaver Haberl von Regensburg einer war, und dem Unternehmungsgeiste des Welthauses von Breitkopf & Härtel in Leipzig verdanken, also dieses corpus in 34 Foliobänden soll nicht mehr genügen! Unter dem Vorsitze von Rosadi, Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium, haben sich eine Reihe von Musikgelehrten und gelehrten Dilettanten zusammengeschlossen, um eine neue kritische Ausgabe der Werke Palestrinas vorzubereiten. Daneben soll eine Volksausgabe herlaufen, die für den praktischen Gebrauch bestimmt ist. Ich denke, daß wir vorläufig noch keine zu großen Besorgnisse für das anerkannte Meisterwerk Haberls zu hegen brauchen. Die Vielköpfigkeit des hiesigen Arbeitsausschusses bietet an sich noch keine Gewähr für schnelles, methodisch richtiges, kritisches Arbeiten. Warten wir also die Ergebnisse ab, deren Wichtigkeit von der hiesigen Presse schon vielfach vorweggenommen worden ist, obschon noch keine vorliegen.

Anders liegen die Dinge beim corpus Vincianum. Der große Lionardo da Vinci, den die meisten Menschen nur von seinem jetzt zerstörten Abendmahlsbilde in Florenz kennen, gehört zu den gewaltigsten Geistern der Renaissance. Man kann leichter sagen, was er nicht war, als was er war. Im Britisch-Museum ist eine seiner Handschriften aufbewahrt und darin handelt Lionardo von Mathematik, Mechanik, Physik, Optik, Wasserkunde, Wasserbaukunde, Geologie, Topographie, Astronomie, Physiologie, Medizin, Baukunst und manchen anderen Dingen. Der berühmte Maler war auch der hervorragendste Feldzeugmeister seiner Zeit und ein Baumeister von feinstem Geschmack. Seine Schriften sind alle in Spiegelschrift, so daß sie dem Laien unlesbar sind. Das wenigste seiner Werke ist veröffentlicht. Italien hat lange genug dieses Erbe eines seiner größten Söhne vernachlässigt, so daß die jetzt in die Wege geleitete Wiedergutmachung nicht zu spät kommt. Eine kgl. Vinci-Kommission ist mit der Vorbereitung der Gesamtausgabe der übrig gebliebenen Werke des großen Meisters beauftragt und leistet, wie berichtet wird, glänzende Arbeit. Mario Cermenati führt den Vorsitz und zwei Bände des corpus sind im Manuskript fertig. Die Firma Danesi in Rom hat die Herausgabe des Facsimile-Werkes auf eigene Rechnung unternommen. Jeder Band (Tafeln, Umschrift, Kommentar) wird 800 Lire kosten. Neben diesem kgl. Ausschusse besteht ein privates Istituto di Studii Vinciani, der die „Schnitzel und Späne", die vom Arbeitstische der Herausgeber fallen, in Monographien und Aufsätzen veröffentlicht. Dafür hat man den Archivio Vinciano geschaffen, an dem ein Jeder mitarbeiten kann, der etwas Neues und Wichtiges über Lionardo zu sagen haben wird. Dieses Riesenunternehmen gereicht den Italienern zu höchster Ehre und verdient weiteste Beachtung.

Im nächsten Jahre soll der Jahrhunderttodestag des Dichters der Menschheit gefeiert werden. Dante Aleghieri ruht in Ravenna und diese Stadt will naturgemäß den „VI. centenario dantesco" mit besonderem Nachdruck feiern. Florenz macht Revenna den Rang streitig und plant noch größere Feierlichkeiten und Rom als Hauptstadt Italiens wünscht dem Sänger der Göttlichen Komödie auch ein würdiges Fest zu richten. Die Mittel für die verschiedenartigsten Festespläne können nur zum kleinsten Teile von den Stadtverwaltungen und Privaten bestritten werden. Der Staat soll also mehrere Millionen hergeben. Der Vorgänger von Benedetto Croce, dem jetzigen Unterrichtsminister, wäre bereit gewesen, zwei Millionen Lire auszuwerfen; aber Croce will davon absehen, weil die Finanzlage das nicht erlaube. Nun ist große Verlegenheit entstanden, da man sich schon auf die Staatshilfe eingerichtet hatte, und es ist noch nicht abzusehen, was schließlich zustande kommen wird. Die Aufregung in Florenz und Ravenna ist sehr tiefgehend und der Unterrichtsminister muß sich allerlei Dinge sagen lassen, die noch unzweideutiger wären, wenn das außerordentlich große Ansehen Croces den Verärgerten nicht Zurückhaltung auferlegte.

Im Werden ist ein Werk, das gute Erfolge verspricht. Professor D. Monti hat ein „nationales Zentrum für Kultur" gegründet, das die katholischen, auf wissenschaftlichem und sozialem Gebiete arbeitenden Kräfte zusammenfassen und unterstützen soll. In sehr methodischer Weise hat Monti zunächst die wichtigsten, erreichbaren Ziele ins Auge gefaßt, indem er das Handwerkszeug für die soziale Arbeit in geordneter Weise bereitlegte. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel soll dann der Aufgabenkreis erweitert werden. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß Monti nichts anfaßt, von dem er nicht sicher weiß, daß Kräfte und Mittel zur Vollendung ausreichen. Man muß diese Gründung im Auge behalten.

Vom Büchertisch.

Emil Mazis: Tiefengold. Kulturroman aus Oberschlesien. 1. bis 20. Auflage. Breslau. Bergstadtverlag. Pr. brosch. 10 M. — Die ungewöhnlich hohe Auflage deutet auf eine sichere Voraussetzung raschester Verbreitung. Die darin beschlossene Hoffnung dürfte sich schon des Stoffes halber erfüllen. Die saubere, frische, naiv-lebendige Darstellung leuchtet tief in Leben und Charakter des oberschlesischen Bergarbeitervolkes, in die Gründe der dortigen sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse, schildert auch die reizvolle Natur und vor allem lichte deutsche Eigenart gegenüber einem dunkle Wege nicht verschmähenden Polentum. Das Buch liest sich leicht und angenehm, wie vorbestimmt für weite Kreise und doch so geprägt, daß es auch verwöhnte Leser anzuregen vermag, vor allem in seiner aus edlem Herzen quellenden Volksauffassung, in seiner kraftvollen Bodenständigkeit, in seinem klaren, scharfen, gerechten und zugleich (mit Ausschluß einiger katholischem Empfinden nicht ganz entgegenkommenden Wendungen) aufs Harmonische eingestellten Wirklichkeitsblick, in seiner gesunden, kernigen Sprache. Es kann helfen, die Heimatliebe zur hochgewichtigen Abstimmungsstat werden zu lassen in dieser schweren Verantwortungs- und Entscheidungszeit. E. M. Hamann.

Ein neuer Kalender. Ich erinnere mich heute noch so gut, welche Freude für mich in jedem Herbst das Erscheinen des neuen Kalenders war, denn als Bauernjunge war mir der Kalender fast die einzige Lektüre außer der Tageszeitung. Ich muß gestehen, daß meine Leselust und spätere Lesewut wesentlich durch die alten, guten Volkskalender aus Regensburg, Einsiedeln, Stuttgart geweckt worden ist, die alljährlich in mein elterliches Haus kamen. In diesem Jahre ist unter dem Titel: „Bayerischer Volks- und Hauskalender 1921" im Verlag von Haas u. Grabherr in Augsburg zum erstenmal ein neuer Kalender erschienen. Kein Geringerer als Peter Dörfler gibt ihn heraus und schenkt ihm ebenso spannende wie unterhaltliche Geschichten. Ludwig Anzengruber, Schrönghamer-Heimdal, Gottfried Keller, Hofmüller haben Beiträge geliefert. Alles Wissenswerte von Mond- und Sonnenfinsternissen, von Postgebühren, von Maß, Gewicht und Zins, von Märkten und Messen steht darin verzeichnet und der ganze „Bayerische Volks- und Hauskalender" kostet nur 4.50 M. Dr. Hans Eisele.

Bühnen- und Musikrundschau.

Residenztheater. Ohne vorzeitige Posaunenstöße, ohne Hast brachte der erste Erstaufführungsabend der Aera Zeiß lediglich „Heitere Spiele". „Gepflegtes Theater" heißt ein von dem neuen Intendanten vor ein paar Jahren geprägtes Wort, mit diesem kann man den Eindruck dieser sehr beifällig aufgenommenen Vorstellung bezeichnen. „Hanns Frei", ein Lustspiel von Otto Ludwig und „Absurda comica" oder Herr Peter Squenz, ein Schimpfspiel von Andreas Gryphius passen nicht schlecht zueinander. Das Lustspiel des Dichters des „Erbförsters" und der „Makkabäer" ist wenig bekannt; es dürfte hier noch nie gespielt worden sein. Eine schlichte Fabel in frischen Versen ohne grübelnde Problematik. Man fühlt Otto Ludwigs inniges Verhältnis zu Shakespeare, von dem er viel empfing, aber nichts davon, wie er von der Größe des Titanen niedergedrückt wurde. So ist die Figur des komischen Freiers, den Gustav Waldau freilich ganz köstlich spielte, in ihrer Plastik und Lebensfülle durchaus ein Nachfahre aus Shakespeares Komödienwelt. — Die Gärten zweier Nürnberger Ratsherren grenzen nebeneinander und die trennende Mauer unterbricht eine verbindende Türe, denn beide sind innige Freunde von Jugend auf. Diese Seelenharmonie wünschen sie auch ihren Nachkommen und nichts wäre ihnen angenehmer, als wenn des alten Pirkheimers Sohn des alten Moskirchs Enkelin freien würde; aber man hat wohl allzu früh und ungestüm auf dies schöne Ziel hingewiesen und zur Liebe läßt sich niemand zwingen. So ist es denn gekommen, daß die jungen Leutchen sich hassen, ohne im Grunde zu wissen warum. Die Väter sind überzeugt, ihren Plan aufgeben zu müssen. Zuversicht hat nur noch Hanns Frei, ein Verwandter beider Häuser, der als Kriegsmann die Welt durchzog und nun an Ehren und Erfahrung reich in die Heimat zurückgekehrt ist. Auf seinen Rat bricht scheinbar zwischen den beiden alten Herren ein unheilbarer Zwist aus, die Gartentüre wird verschlossen, ja man plant, sie zu vermauern und was die Jungen sich wünschten wird zum strengen, väterlichen Gebot. Sie sollen sich meiden und nun — beginnen sich die Getrennten für einander zu erwärmen. Der Gedanke ist wie gesagt einfach, aber fünf anmutig beschwingte Akte aus dem Nichts zu holen, zeigt gestaltende Phantasie und Humor. Liebscher, der Spielleiter beider Stücke, hatte das Ganze gut abgetönt. Das Bühnenbild war von primitiver Vereinfachung. Die Bezeichnung Ludwigs: Nürnberg, 16. Jahrhundert, ist auch für das Stück ohne großen Belang und eine starke Betonung des Milieus wäre nichts weiter, als dekorativer Schnörkel. Die gütigen Greise fanden in Höfer und Putscher gewinnende Verkörperung. Mit frischer Laune spielte F. W. Schröder (nicht zu verwechseln mit unserem alten Schröder) die Titelrolle. Benofsky und Erika Burgin boten ungekünstelte naive Jugend. Käthe Bierkowski gab die Zungenfertige, die zweifellos eine Erweiterung ihres sonst mehr sentimentalen Rollengebietes ist, sehr überzeugend und Frl. Hohorst milderte ihre gelegentlich überscharfe Charakterisierung mit schöner Wirkung. Auch die Aufführung des „Squenz" war von viel Humor getragen. Gryphius, den seine die schmückenden Beiworte liebenden Zeitgenossen den „Unsterblichen" nannten, ist in seinen Trauerspielen tot, nur hier im Peter Squenz, in dem er die Rüpelszenen aus dem „Sommernachtstraum" nachzeichnete, wirkt dieser Dichter, auf dessen Entwicklung der Dreißigjährige Krieg lastete. Vorbereitung und Aufführung der Tragödie von Piramus und Thisbe durch die biederen Handwerksleute vollziehen sich ganz ähnlich, wie bei Shakespeare. Die drolligen Darstellungen des Löwen, der Wand und des Mondes gleichen sich fast. Squenz bei Gryphius zum Schulmeister und Schreiber zu Rumpelskirchen geworden, ein Typus verschrobenen Halbwissens, ist doch in der Charakteristik ganz selbständig gesehen, auch die Sucht nach gespreiztem Ausdruck und Titelwesen gibt dem Stücke durchaus das Kolorit der damaligen Zeit und in der ganzen Art dieses so ungemein komischen Bühnendilettantismus mochte Gryphius, so sehr er auch selbst befangen war in den Anschauungen von Opitz' „deutscher Poeterey" etwas von der Kunstpflege seiner Tage erblicken. Wir haben den „Peter Squenz" zuletzt im Künstlertheater gesehen. Es war im ersten Jahre, als es seine Stilreform am schärfsten ausprägte. Auch im Residenztheater hat man richtigerweise an dieser Primitivität festgehalten, die dem naiven Grundton am besten entspricht. Waldau als Thisbe war von überwältigender Komik, obwohl er ganz im Rahmen blieb, in dem Zäpfel in der Titelrolle, Keller, Höfer, Poschko, Haller und Kellerhals ihre Figuren mit einem unaufdringlichen Humor hinstellten. Den König spielte Putscher, mit leiser karikaturistischer Untermalung wurde auch im Kostüm der Hofgesellschaft die Neigung der Zeit zu pomphafter Repräsentation hervorgehoben, wie sie u. a. auch das Bildnis des Dichters dartut. Durch die malende Wirkung des Lichtes gab es auch rein bildmäßig manch reizvollen Eindruck. Das Publikum zeigte sich sehr befriedigt.

Theatergemeinde München. Der Volksbund für Kunst und Theater, der sich nun „Theatergemeinde München" nennt, und seinen Mitgliedern gute Darbietungen zu erträglichen Preisen bietet, hat jetzt sein Programm dahingehend erweitert, daß er nicht nur aus dem von Bühnen und Konzertveranstaltern Gebotenen eine Auswahl trifft, sondern nun selbst programmbildend vorgeht. In der Festnummer der von der Theatergemeinde herausgegebenen Hefte liest man, daß das erste „Fest des Volksbundes" neben bedeutsamen Bühnenwerken auch zwei geistliche und zwei weltliche Festkonzerte umfaßt. Es sei nur selbstverständlich, daß das größte Genie der germanischen Kirchenmusik, J. S. Bach und mit ihm Reger, den die vorläufige Geschichtsschreibung bereits den nachgeborenen Bach nennt, die Festkonzerte weihen. Es hat sich glücklich gefügt, daß die Feste mit der Tagung des Diözesancäcilienvereins zusammenfallen und die Theatergemeinde dadurch Bruckners C-moll-Messe in das Programm aufnehmen konnte. „Es ist ja nicht bloß, um unsere Feste zu bereichern und zu runden, sondern um durch die Tat, besser als durch Worte zu zeigen, wie eng und wie weit wir den Kreis dessen ziehen, der das umspannt, was wir christlich-deutsche Kunst nennen und was wir daher laut unseren Grundsätzen unseren Mitgliedern zu bieten haben."

Lustspielhaus. Das Lustspielhaus setzt sein Repetitorium erfolgreicher Operetten fort. Es ist jetzt zu Leo Falls „Dollarprinzessin" gelangt, in der einige Melodien noch ganz frisch wirken und von Frl. Parla, Frl. Petty und Forstner flott gesungen, nicht ohne Eindruck bleiben. Der Text mit seiner leisen Verspottung der amerikanischen Plutokratie gehört nicht zu den schlechtesten. Die Keckheit und Verschrobenheit des Beinewerfens nimmt, von der Gunst des Publikums angespornt, auf allen Operettentheatern zu und Freunde geschichtlicher Parallelen mögen in der „Freiheit" der Toiletten das Directoire wieder erkennen.

Das Neue Operettentheater hat den Neubau mit der Operette in drei Akten „Die Kinokönigin" eröffnet. Es ist ein kleines, heimliches Theaterchen geworden. Die Qualität des Gebotenen hat sich wesentlich gehoben. Die Aufführung der Kinokönigin ist gut, namentlich Lilly v. Döring, Paul Fritsch und Cleo Hoffmann zeichnen sich im Gesang und in der Darstellung aus. Curt Wonger, der zugleich die Regie führt, weckt als Darsteller Beifallsstürme. Ein guter Komiker ist Theo Kaspar. Die Operette ist ja alte Ware, hat aber einige recht hübsche Melodien und singbare Weisen und findet im Neuen Operettentheater erneut ein dankbares Publikum.

Verschiedenes aus aller Welt. Die vom Theaterkulturverband einberufene Wandertheaterkonferenz in Heidelberg erklärte in einstimmig gefaßter Erklärung für erforderlich: 1. ein Reichstheatergesetz, durch das die planmäßige Ordnung des Theaters geschaffen und die Interessen der gemeinnützigen Wandertheater geschützt werden; 2. Gewährung von Unterstützungen von seiten des Reiches, der Länder und Gemeinden zur Gründung und Führung gemeinnütziger Wandertheater; 3. Befreiung von Vergnügungs-, Umsatz- und Körperschaftssteuern, sowie Gewährung von Verkehrsvergünstigungen; 4. den Ausbau des Kommunalisierungsgesetzes nach der Richtung, daß die Gemeinden nicht nur berechtigt, sondern auch von der Regierung verpflichtet werden können, Wandertheater in Gemeinschaft zu übernehmen und zu führen oder zu solchen Beiträge zu zahlen. — In Buenos-Aires ist eine Aktiengesellschaft „Deutsches Theater für Südamerika" mit einem vorläufigen Kapital von 150,000 Pesos gegründet worden. Die Bühne plant, in Argentinien, Brasilien und Chile künstlerisch wertvolle Aufführungen in deutscher Sprache zu bieten. — Eine in München unter dem Vorsitz des Präsidenten der Künstlergewerkschaft gegründete „Deutsche Kammerbühne" will dem Auslande bedeutende künstlerische Darbietungen unter Mitwirkung bekannter Bühnengrößen vermitteln.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Zwangsanleihe, das neue Hemmnis der Wirtschaftsentwicklung — Wir müssen mehr arbeiten! — Was bringt uns Genf?

Das neueste Steuerprojekt — **Ausgabe einer Deutschen Zwangsanleihe** — bedeutet für das Gesamtkapital, namentlich für Handel und Industrie, eine noch nicht übersehbare Hemmung der beginnenden neuen Lebenskraft. War man auch bei diesen opferbereiten Wirtschaftsfaktoren auf irgendeine weitere Versteuerung des mobilen Kapitales gefasst, so verhehlt man sich doch nicht, dass bei der jetzt in Deutschland so üblichen Schnellfabrikation von Steuergesetzen und -Plänen, die nicht genügend ausgereift sind, gerade eine Zwangsanleihe unseren morschen Wirtschaftskörper bis ins innerste Mark treffen wird. Selbst wenn diese Anleihe in „neuartiger Form und in Verbindung mit besonderen Formalitäten kommen soll, welche der Zwangsanleihe einen Teil ihrer Härte nehmen würde", wird man wiederum Industrie, Handel, Gewerbe und vor allem das Spargeld treffen. Vermögenszuwachssteuer, Kriegssteuer sonstiger Art, Reichsnotopfer sind in ihrer Endwirkung auch „ratenweise Zwangsanleihen" auf das Kapital. Vor allem wird die werktätige Wirtschaftserzeugung getroffen. Grossindustrielle sehen, falls die Zwangsanleihe auch das in den Betrieben, in Fabriken, Zechen, Grosswerkstätten, ferner das bei der Grosskaufmannschaft festgelegte Milliardenkapital treffen sollte, einen völligen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens voraus. Deutschlands Kreditnot und anderseits die Ueberschwemmung an papierenen Zahlungsmitteln müssen durch andere Mittel beseitigt oder verkleinert werden. Die Besserung unseres Marktkurses hat schon seit einiger Zeit einer abbröckelnden Tendenz Platz gemacht. Deutschlands Exporttätigkeit ist derzeit fast völlig ausgeschaltet. Dagegen mehren sich Defizit in den Staatsbetrieben, neue Schulden. **Sparsinn** und **Arbeitsfreudigkeit** müssen wieder gehoben werden. Das ansehnliche Plus im Eingang der Sparkassengelder — im Juli 1920 wiederum 1200 Millionen Mark gegen 900 bzw. 650 Millionen Mark im Juli der beiden Vorjahre — bedeutet in der Hauptsache ein Symptom unserer Wirtschaftskrankheit. Denn diese Millionen sind mit den Milliarden bei den Depositenbanken doch zumeist lediglich der Gegenwert der Mittel, welche mangels Beschäftigung, Absatz, Nachfrage ihrem eigentlichen werbenden, also nutzbringenden Zweck nicht nachkommen können. Das deutsche Volk muss **mehr arbeiten.** Arbeitsmöglichkeit ist jedoch nur gegeben, wenn durch Ruhe und Ordnung, durch Aufrechterhaltung von Recht, Gesetz und Moral, durch Treue und Glauben in Deutschland das Vertrauen des sehr argwöhnischen Auslandes in unser Wirtschaftsleben wiedergewonnen wird! Wie wenig Klang hat leider heute der früher so gute Name des „deutschen Kaufmannes". Die Enttäuschung auf der diesjährigen Leipziger Herbstmesse ist dafür nur ein neuer Beleg. Das Ausland vergab nur verhältnismässig geringe Aufträge an die deutsche Industrie.

Die derzeitige wahre Situation unserer Grossindustrien ist überwiegend ungünstig. Zugegeben, dass am deutschen Eisenmarkte eine leichte Besserung im Absatz und Verkauf zu melden, von einzelnen Warenauktionen — Fette, Baumwolle, Garne — eine Preissteigerung zu verzeichnen ist, so darf hierbei nicht vergessen werden, dass daran fast ausschliesslich die neuerliche scharfe Verschlechterung der Reichsmarkbewertung schuld ist. Allerdings bringen Herbst und Winter in manchen Erzeugnissen eine vermehrte Nachfrage mit sich. Durch das Spaer Ententeabkommen erhalten unsere Industrien nur mehr derart eingeschränkte Kohlenmengen, dass schon aus diesem Grunde die Gesamttätigkeit von Deutschlands Wirtschaftsorganen samt und sonders auf lange Zeiten hinaus — Ersatz von elektrischem Strom kann jedoch viel ausgleichend wirken! — brach gelegt ist. Einzelne Industrien sind direkt besorgniserregend gestellt. Die grossen Rheinmetallwerke haben, wie andere Betriebe, infolge Kohlenmangel einen Teil stillegen müssen. Auftragsmangel, namentlich bei den einst führenden Autowerken — Daimler u. a. m. — hatte die Herabsetzung der Arbeiterzahl bereits zur Folge. Aehnliches ist auch anderwärts zu erwarten. Der mehr und mehr zunehmende Arbeitseifer im Ruhrkohlengebiet hat seit kurzem eine, wenn auch vorerst nur geringe Mehrförderung erzielt. Die vom Reichsrat auf Antrag Bayerns beschlossene Herabsetzung der Ausmahlung des Brotgetreides auf 85%, sowie die eigentlich schon tatsächlich bestandene — Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch zum 1. Oktober liessen im Verein mit den relativ günstigen Ernteergebnissen an Bodenerzeugnissen aller Art eine Besserung der Lebensmittelversorgung erhoffen. Dies jedoch nur dann, wenn Verteilung und Konsum im Rahmen des soliden Handels verbleiben. Wie wenige Aussichten zu solchen geregelten Verhältnissen jedoch bei uns bestehen, zeigen die Kämpfe der Verbraucherorganisationen gegen die meist unrationelle derzeitige Bewirtschaftung durch einzelne Kommunalverwaltungen, sowie gegen Wucher- und Schiebertum.

Die Niederlage der politischen Drahtzieher bei dem völlig missglückten Generalstreik in Württemberg ist ein Anzeichen dafür, dass doch im Volk das Streben zunimmt, Arbeitswillen, Gesetzesautorität, Respektierung des Ordnungssinns wiederum hochkommen zu lassen. Durch geregelte Wirtschaftsabkommen mit Deutsch-Oesterreich, Wirtschaftsverhandlungen mit Italien gelangt unser Handel ebenfalls langsam auf bessere Wege. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 39 | München, 25. September 1920. | XVII. Jahrgang.

Zur politischen Lage im fernen Osten.

Von P. A. Klaus, Schantung.[1]

Die Wiederherstellung der nationalen Einheit zwischen Nord- und Süd-China erscheint gegenwärtig schwieriger denn je. Im letzten Grunde handelt es sich weniger um endgültige Vorherrschaft des militärischen Nordens oder des republikanischen Südens als vielmehr um die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes einer Reihe von Männern hüben wie drüben. Zwar gab den Vorwand für die Trennung der Südprovinzen vom Norden im Jahre 1916 die Verteidigung der verletzten Verfassung; doch praktisch hat man diesen Punkt längst fallen gelassen und ist bereit zu einer Verständigung mit Peking, wenn nur eine entsprechende Genugtuung in Form von Geld und Aemtern zugestanden würde. Doch da Peking selbst kein Geld besitzt, ist es ihm unmöglich, die südlichen Führer mittelst reicher Spenden auszusöhnen. Ueberdies ist Peking sehr wenig gewillt, einflußreiche Aemter abzutreten; das hieße nur, die eigene Seite schwächen. Indes hat Peking in den letzten Monaten versucht, wenigstens einige der Südführer zu sich herüberzuziehen. Diese diplomatischen Manöver haben bisher den Erfolg gehabt, die Oppositionspartei in mehrere Lager zu spalten, die sich ihrerseits jetzt feindlich gegenüberstehen. Die Generäle Tsen und Lu bilden mit ihrer Gruppe von Parteigängern die alte Oppositionsregierung von Kanton, während General Tang, Sunyatsen und Wulingfang ihr Hauptquartier nach Schanghai verlegt haben; von beiden gesondert und mit beiden überworfen, geht der Militärgouverneur von Yynnan als dritter seine eigenen Wege.

Ihrer eigenen Schwäche sich wohl bewußt, versucht nun jede der drei Parteien, gesondert mit Peking zu verhandeln. Peking seinerseits, ängstlich besorgt, niemanden zu beleidigen, sitzt nun sozusagen zwischen drei Stühlen. Jedes etwaige Uebereinkommen mit einer der Parteien würde nur zur Verschärfung der Gesamtlage beitragen; so muß denn Peking vorläufig abwarten, bis sich jene einigen und einen gemeinsamen Unterhändler abschicken. Was übrigens die politische Lage Chinas noch besonders erschwert, ist die auch im Norden bestehende Uneinigkeit. Die sogenannte Anfupartei besitzt den größten Einfluß in der Regierung und hat die wichtigsten Posten inne. Alle mit ihr befreundeten Militärgouverneure erhalten ohne Schwierigkeit reiche Summen zur Löhnung der Soldaten, während eine ganze Reihe von Generälen, die jener Partei abgeneigt sind, fortgesetzt hintangehalten werden, derart, daß einige bereits seit neun Monaten keine Löhnung mehr auszahlen konnten. Daß sich infolgedessen unter den Truppen starke Erbitterung geltend macht, erscheint nur zu natürlich. Damit ist die Erklärung gegeben für die kürzlichen Unruhen, die ihren Anfang nahmen mit dem Abmarsch der Truppen des Generals Wu aus Hunnan. Dieser stand seit Monaten in Hunnan, um ein Vordringen der Südtruppen zu verhindern; da ihm jedoch seit langem keine Gelder zur Entlöhnung der Truppen geschickt worden waren, zog er sich nach dem Norden zurück, um mehr in der Nähe Pekings zu sein und einen Druck auf Peking auszuüben. Den Rückzug des Generals Wu benutzte der Militärgouverneur von Hunnan, Dchang, zu einem sofortigen Vorstoß; er besetzte mehrere Städte, darunter auch Hankau, wobei die plündernde Soldateska auch die amerikanische Mission angriff und einen amerikanischen Prediger ermordete. (Um einer Intervention Amerikas vorzubeugen, soll General Dchang bereits eine Entschädigungssumme von 45000 Dollar der Familie des Getöteten angeboten haben.)

Aus Besorgnis vor weiteren, größeren inneren Unruhen, die man von den unbezahlten Truppen General Wus befürchtete, suchte die Pekinger Regierung Verstärkungen aus Tsinanfu heranzuziehen. Diesen Bemühungen widersetzte sich der Militärgouverneur von Chili, der Vorgesetzte General Wus; er besetzte mit seinen Truppen die Eisenbahnlinie in der Nähe von Tenchow, ließ Schützengräben auswerfen und sah der kommenden Dinge mit Kanonen und Maschinengewehren entgegen. Es zeigte sich bald, daß der Zug des Generals Wu nach dem Norden ein Teil des im stillen geplanten Vorstoßes einer Reihe Militärgouverneure war, der Kliquenwirtschaft zu Peking, die sich des besonderen Schutzes des „Marschalls von China" Tuan erfreute, ein Ende zu bereiten. Tsau-kuen, der Gouverneur von Chili, machte seine sämtlichen Streitkräfte mobil, ihm stellte der Mukdener General Dchang seine besten Truppen zur Verfügung, von denen ein Teil mit der Bahn nach Süden fuhr, um den Parteigänger Tuans, den Tsinanfuer General Malian, von einem Vorrücken nach dem Norden aufzuhalten. Inzwischen kam es im Norden westlich von Tientsin und nördlich von Peking zu kurzen, aber erbitterten Kämpfen, die damit endeten, daß Tuan sich auf Peking zurückzog und gezwungen wurde, seine Streitkräfte aufzulösen und seine sämtlichen Soldaten in ihre Heimatdörfer zurückzuschicken. Dieser Tage kamen Tausende dieser Söldner hier durch die Stadt Tenchow (an der Nordwestgrenze Schantungs) ohne Gewehr und militärische Abzeichen, ihr Bündel Kleider auf dem Rücken tragend und von Soldaten des Tsau-kuen beaufsichtigt und geleitet. Den Truppen Malians gelang es wohl, die auf der Bahnstrecke verteilten, Widerstand leistenden kleineren Abteilungen der Chilitruppen zu vertreiben und bis auf etwa 100 Kilometer südlich Tientsin vorzurücken. Allein dort stellten sich ihm größere Streitkräfte entgegen; nach eintägigem Kampf wurde das Feuern eingestellt und Malians Rückzug vorbereitet, der an den folgenden Tagen in großer Hast erfolgte. In kurzem waren die Nordtruppen heran, den Fliehenden auf den Fersen. Es sollte zwar jedes weitere Blutvergießen vermieden, aber die Entwaffnung der zurückgehenden Soldaten durchgeführt werden. Damit wäre dann dieser Teil des Dramas zu Ende.

Dem unbefangenen Beobachter erscheint Tuans Kaltstellung und Niederlage wie eine Art rächender Nemesis. Tuan war während des Weltkrieges der treibende Faktor, China gegen den Willen des Präsidenten und des Parlaments in den Krieg mit Deutschland zu verwickeln. De facto hat er allein den Krieg erklärt, ohne irgendwelche zutreffende Begründung zu finden, ohne den geringsten Anlaß zu haben. Er hat der Entente die Hand geboten bei der längst geplanten Ausweisung aller hier wohnenden Deutschen und hat trotz des Widerstandes weiter Volkskreise die „Repatriation" fast schonungslos durchgesetzt. Tuan war es, der vor etwa 3 Jahren verräterischerweise seinen Freund, den alten Haudegen Dchang Chuin erst seiner Beihilfe zur Wiederherstellung des Mandschukaisertums versicherte, und ihn dann bei Ausführung des Putsches nicht nur allein ließ, sondern mit starker Truppenmacht aus der Hauptstadt Peking vertrieb! Tuan, der sich offen der Freundschaft des militaristischen Japan rühmt, der bisher trotz aller jeweiligen Mißerfolge, die seine machiavellistische Politik oft genug davongetragen hat, stets sich wieder zu großem Einfluß emporzuschwingen wußte, dem der Präsident die höchste

[1] Der Bericht ist bereits im Juli von China abgesandt worden, was an einigen Stellen zu berücksichtigen ist.

militärische Auszeichnung eines „Marschalls von China" verliehen hat, dieser Mann wird späteren Generationen ohne Zweifel als Verderber Chinas erscheinen, als den ihn schon jetzt weite Kreise des Volkes, zumal die Kaufmann- und Studentenschaft bezeichnen.

Ob jetzt mit der neuerlichen politischen Kaltstellung Tuans auch die so notwendige Eintracht im Norden Chinas gesichert sein wird, steht sehr dahin. Dafür wird schon Japan sorgen, das in dieser Phase des Bürgerkrieges offenkundig auf Tuans Seite gestanden hat, ihn mit reichen Geldmitteln ausgestattet und ihm sogar japanische Kanoniere zur Verfügung gestellt hat, da der Chinese mit den Mordwerkzeugen der Kanonen nicht recht umzugehen weiß.

Neben diesen Ereignissen im Innern sind für England, Japan und Deutschland gleicherweise beachtenswert die Bemühungen Frankreichs, seinen Einfluß hierselbst zu stärken. Der französische Expremier Painlevé ist in Peking eingetroffen, wo ein feierlicher offizieller Empfang stattfand. Audienzen bei dem Präsidenten und verschiedenen Ministern folgten. Am 20. Juni hielt die französisch-chinesische Verständigungsliga ihre jährliche Versammlung ab, der die hervorragendsten Mitglieder der Regierung und sonstiger Berufskreise anwohnten. Der französische Gesandte Boppe bemerkte in seiner Ansprache mit Genugtuung die neuerliche Aufnahme der französischen Sprache in den Studienplan der Schulen zu Pautingfu und Peking sowie das Anwachsen chinesischer Industrie in Frankreich. Der Vertreter des Präsidenten gab dem Wunsch nach engster Zusammenarbeit beider Länder Ausdruck; der Industriekommissar erwähnte die auf sein Betreiben erfolgte Einführung chinesischer Sprachkurse an der Pariser Universität. In den weiteren Verhandlungen wurde hervorgehoben, daß während der letzten 12 Monate mehr als tausend chinesische Studenten nach Frankreich gegangen seien zur weiteren Ausbildung, und daß künftighin jährlich eine gleich große Zahl geschickt würde. Zu dauernder Stärkung des wechselseitigen freundschaftlichen Verhältnisses wurde die Gründung einer chinesisch-französischen Universität in Lyon beschlossen, zu deren Errichtung der Kanzler der Pekinger Universität Tsai in kurzem abreisen wird. Von den Südwestprovinzen und der Amoy-Universität sind bereits über 300,000 Dollar zu diesem Zweck bereitgestellt, auch der Präsident der Republik Chü hat eine persönliche Spende von 10,000 Frs. ausgesetzt.

Die offenkundige Absicht Frankreichs, China mit den Errungenschaften seiner Kultur zu beglücken, scheint hier auf günstigen Boden zu fallen. Mit welchen Hintergedanken China sich dabei trägt, kann einem Kenner der Lage indes nicht verborgen sein. Der frühere Ministerpräsident Painlevé will vorläufig Ratgeber bei dem Verkehrsministerium sein und auf die Verbesserung des Eisenbahnsystems in China seine besondere Aufmerksamkeit richten. Auch den Unterrichtsanstalten Chinas sollen eine Reihe Besuche gewidmet sein. Es dürfte von Interesse sein, einige persönliche Aeußerungen Painlevés hier wiederzugeben, die einem Leitartikel des Tientsiner „North China Star" (5. Juli 1920) entnommen sind:

„Die jungen chinesischen Republikaner, so heißt es, sympathisieren mit ihren älteren republikanischen Schwestern Frankreich und Amerika. Wir kennen den Einfluß und die Anziehungskraft, die das angelsächsische Amerika auf die Vorstellungen der Chinesen ausübt. Alle Großmächte, deren Regierungen die Wichtigkeit friedlicher Erschließung Chinas verstehen, suchen Sympathien zu erwecken. Frankreich darf in dieser Zeit nicht fehlen, wo China sich zu modernisieren wünscht und nach geistigen Führern und technischen Ratgebern ruft. (!) Wenn wir es unterlassen, China französische Kultur zu bringen, so bleibt der Weg offen für Deutschland, jede Kultur zu ersticken. (!) Der Weltfriede hat nichts zu gewinnen von einem amerikanisierten oder englisierten China. Ohne irgendwie unsere Freunde oder Verbündeten beleidigen zu wollen, fühlen wir, daß Frankreich die moralische Verpflichtung (!) obliegt, die geistigen, wissenschaftlichen und technischen Beziehungen, die bereits zwischen China und Frankreich bestehen, weiter zu entwickeln und auszubauen. Meine Reise nach China hat keinen anderen Zweck. Ich bin vom Präsidenten der Republik Chü eingeladen, sein Gast zu sein, und ich gehe nach Hause zurück mit der Zustimmung und den Anweisungen des chinesischen Volkes, das ich meinen Landsleuten besser bekannt machen werde."

Ohne Zweifel wird dieser Vorstoß Frankreichs die anderen Großmächte ebenfalls wieder nachdrücklicher auf den Plan rufen. So entsendet denn auch Amerika gerade in diesen Tagen 133 Senatoren, an ihrer Spitze den früheren amerikanischen Gesandten Reinsch, um China einen Besuch abzustatten. Für Ende Juli ist der Besuch in Peking angesagt.

Möge auch die „jüngste republikanische Schwester" Deutschland recht bald sich wieder auf dem Weltmarkte zeigen. Man trägt hier in vielen chinesischen Kreisen ein wirkliches Verlangen nach der soliden deutschen Ware, wie man öfters in großen Kaufläden hören kann. Seit dem Kriege ist der chinesische Markt hauptsächlich mit japanischer Ware überschwemmt, indes viele lobende Stimmen über die Qualität der Waren sind nicht zu hören.

Mit Japan steht China offiziell noch auf dem Kriegsfuß, wenn auch Japan sich verschiedentlich Mühe gegeben hat, mit China zu einer Einigung in der Schantungfrage zu kommen. Vor etwa einem Monat unterbreitete Japan der chinesischen Regierung einen Vorschlag, betreffs der Rückgabe Tsingtaus in Verhandlungen einzutreten und zeigte weitgehendes Entgegenkommen bezüglich Ablösung der japanischen Eisenbahnwache und Ersetzung durch chinesische Polizei. Indes China teilte nach einigen Wochen reiflicher Ueberlegung mit, da es den Friedensvertrag ja nicht unterzeichnet und das ganze Schantungabkommen nicht gebilligt habe, könne es nicht in Verhandlungen eintreten. Der Boykott japanischer Waren hat in letzter Zeit etwas nachgelassen; China sieht ein, daß es sich selbst mehr schadet und Japan auf solche Weise doch nicht zum Aufgeben seiner aggressiven Politik zu bewegen vermag. Der versöhnliche Ton der oben erwähnten Note an China mag auch seine Ursache in anderweitigen Schwierigkeiten haben, die auf Japan lasten. Die japanischen Staatsmänner haben alle Hände voll Arbeit! Abgesehen von der Schantungfrage und einer ganzen Reihe sonstiger chinesisch-japanischer Probleme macht gegenwärtig die antijapanische Gesetzgebung in Kalifornien der Regierung zu Tokio schwere Sorge. Sie hat bereits einen Protest bei der amerikanischen Regierung eingelegt, indes ist an eine günstige Wendung kaum zu denken. Das bedeutet aber nichts anderes als eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Amerika. In Australien und Kanada stehen zurzeit ebenfalls eine Reihe antijapanischer Gesetze auf der Tagesordnung. Proteste werden wohl den gleichen negativen Erfolg haben wie die bei der Washingtoner Regierung vorgebrachten.

Die sibirische Expedition, die sich bis an den Baikalsee erstreckt, hat Japan in einen scharfen Gegensatz zu Rußland gebracht, der in der Niedermetzelung von über 700 japanischen Soldaten und Residenten zu Nikolaewsk seinen grausigen Ausdruck fand. Mit einer gewissen Schadenfreude haben die Alliierten Japan dort in der Patsche sitzen lassen. Japans Isolierung scheint ziemlich vollständig zu sein. Dazu gesellt sich der nationale Kampf Koreas gegen Japan: dieses „japanische Irland" birgt schwere Gefahren für seinen Vergewaltiger. Endlich hat sich im japanischen Mutterland selbst seit dem Kriege eine liberale Strömung breit gemacht, die Japan aus dem militaristischen Gleise herausdrängen will. Aus gewissen Anzeichen scheint aber hervorzugehen, daß Japan tatsächlich mit Vorbedacht und kluger Weitsicht sich die Mittel verschafft, einen baldigen längeren Krieg rücksichtslos durchzuführen. Die Einfuhr von Kohle, Eisen, Getreide hat in erstaunlichem Maße zugenommen, die Besetzung der sibirischen Bahn, die Errichtung militärischer Stützpunkte in Sibirien, die ebenfalls geplante Verlegung des Yokohama-Hafens u. a. deuten auf ganz bestimmte Absichten, die in naher Zukunft sich wohl enthüllen dürften.

Herbst.

Im kühlen Herbstwind schon falben
Die Rosen, die der Garten trug.
Am alten Turm der Schwarm der Schwalben
Rauscht schon empor zum Südlandsflug.
Weithingedehnt auf kahlen Feldern
Steh'n jetzt die Stoppeln arm und leer,
Und über gelben Buchenwäldern
Schiesst dunkel hin ein Kranichheer.

Nun ist es Zeit, o Herz, besinne
Dich deiner jetzt in Stunden mild!
Vorbei ist deiner Jugend Minne,
Vorbei, was du geträumt, gespielt.
Von Korn gebeugt die Speicher fragen
Nach deines Lebens Arbeit dich:
Wo ist die Frucht von deinen Tagen?
Wo deine Ernte? Seele, sprich! Dr. Lorenz Krapp.

Bayerische Politik.

Von Graf Theodor Montgelas, München.

„Wenn man den Zustand fingierte, daß sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde, auch nicht in der Form föderierter Hansastädte und Reichsdörfer."

Diese Mahnworte des ersten Reichskanzlers (I 291 Ged. u. Er.) stellen die politischen Parteien vor die Frage, in welcher Weise sie trachten müssen, den Deutschen aller Länder das Nationalgefühl nicht nur zu erhalten, sondern, nachdem menschlicher Voraussicht nach in absehbarer Zeit an die Wiederherstellung monarchischer Staatseinrichtungen innerhalb des Deutschen Reiches nicht zu denken ist, den Stolz, Deutscher zu heißen, auch tunlichst zu steigern.

Die Mehrheit der zur Nationalversammlung gewählten Vertreter hat geglaubt, durch möglichst starke Erweiterung der Reichsgewalt in Gesetzgebung und Verwaltung das Eigenleben der Einzelstaaten beschränken zu müssen und auf diese Weise das Nationalgefühl zu stärken. Die etwas mehr als einjährige Dauer der Verfassung hat bewiesen, daß der Druck der Reichsgewalt einen starken Gegendruck auslöste und nicht nur in Bayern, sondern auch in den Rheinlanden, Hannover und Schlesien hat die Parole „Los von Berlin" immer stärkere Werbekraft erhalten.

Die demokratische Geschichtsauffassung, daß Entrechtung der Einzelstaaten notwendige historische Entwicklung sei, und daß die Beseitigung der altangestammten Dynastien nichts anderes bedeute als die seinerzeitige Mediatisierung der reichsunmittelbaren Grafen und Fürsten, mag in bezug auf Reuß und Lippe ja zutreffen, sie scheint mir jedoch die Volkspsyche der Deutschen weniger richtig zu beurteilen als Fürst Bismarck, welcher in seinen zur Belehrung der Staatsmänner hinterlassenen Erinnerungen (I 290) schreibt: „Als Preuße, Hannoveraner, Württemberger, Bayer, Hesse ist der Deutsche früher bereit, seinen Patriotismus zu dokumentieren wie als Deutscher." Die Bewohner der oben erwähnten preußischen Provinzen fühlen sich nicht als Preußen, wenn schon die Rheinprovinz und Schlesien treue Anhänger des Hauses Hohenzollern waren.

Das Reich muß seinen Bewohnern ein angenehmes Heim bieten, es darf nicht bloß eine Zwangsanstalt sein, in welcher notwendige und überflüssige Zentralbehörden den Geschäftsmann schikanieren und dem Verbraucher das Leben verteuern. Aufgabe der Bayerischen Volkspartei im Reichstage scheint mir zu sein, nicht nur die föderalistischen Bestrebungen für Bayern tatkräftig zu fördern, sondern in planmäßiger Arbeit den nach Selbständigkeit ringenden preußischen Provinzen zu helfen. Die Bayerische Volkspartei kann nicht eine Politik des bayerischen Föderalismus, sondern nur des deutschen Föderalismus aller deutschen Länder treiben, keine weißblaue Dorfpolitik, sondern Reichspolitik im besten Sinn des Wortes. Nicht für Bayern sollen neue Reservatrechte geschaffen werden, sondern das Reich muß von der Vorherrschaft eines übermächtigen Preußen, dessen Regierung sehr wenig Sinn für Ordnung zeigt, befreit, allen Gliedern ein erstrebenswerter Hort sein, unter dessen Schutz und Schirm jeder Deutsche, trotz Not und Elend und ungeachtet aller fremden Verlockungen gerne verbleibt. In erster Linie muß den Ländern und den nach Selbständigkeit strebenden preußischen Provinzen im Reichsrat eine Vertretung gesichert sein, welche nicht nur den politischen Willen der Länder darstellt, sondern welche auch neben dem Reichstag verfassungsmäßig gleichberechtigt zu handeln befugt ist.

Möge es nicht zu spät sein, auch hier von unseren Feinden zu lernen! Die Polen locken Oberschlesien durch möglichste Ausgestaltung der Autonomie. Schlesien soll eine besondere Wojewodschaft mit besonderer schlesischer Gesetzgebung und mit besonderem oberstem Gericht bilden. Dem schlesischen Landtage soll die Gesetzgebung verbleiben über das Sanitätswesen, Polizei und Gendarmerie, Bauwesen, Straßen, Konfessionsangelegenheiten, Armenfürsorge, Landwirtschaft, Wasser, elektrische Energie, Lokal-Eisenbahnen und last not least Steuern. Jährlich würde ein besonderes schlesisches Budget festgesetzt, die Verwendung der polnischen und deutschen Sprache durch Landtagsgesetz geregelt werden. Möge ein gütiges Geschick uns Bayern Oberschlesien im Reichsverband erhalten und in Oberschlesien nicht mutatis mutandis zum Ausdruck kommen, was man im Elsaß hören konnte:

„Gott sei Dank, daß mer d'Schwowe los sin,
met der Franzose werde mer schun vun allein fertig."

„Sozialismus und Landwirtschaft".

Von Dr. Eugen Mack, Wolfegg.

So betitelt sich die 1919 erschienene Schrift von Konrad Adelmann. Die 24 Oktavseiten starke Broschüre in grünem Gewand verrät weder Druckort, noch Druckerei, ist aber in ungezählten Exemplaren kostenlos als Reichsdienstsache aufs platte Land gesandt worden. Der Geschäftsführer beim Westfälischen Bauernverein, Dr. Robert Obermeyer, hat in seiner ausgezeichneten Schrift: „Landwirtschaft und Sozialismus", Heft 4 der Veröffentlichungen des Westfälischen Bauernvereins, Münster 1919, zu Adelmann Stellung genommen. Er hielt das für um so wichtiger, als ja die deutsche Regierung derselben eine besondere Bedeutung beigelegt hat.

Adelmann sieht im Sozialismus eine Weltanschauung, die ganz in den Fluß der Entwicklung hineingestellt ist und sie durchlaufen muß. Adelmann bekennt sich damit ganz zur materialistischen Geschichtsauffassung. Er hätte seiner Schrift das Motto geben können, unter das schon der alte Heraklit seine ganze Philosophie gestellt hat: „Alles ist im Fluß". Die Weltanschauung des Sozialismus müsse mit vielen Ammenmärchen, die über ihn verbreitet und geglaubt wurden, aufräumen, besonders dem, daß er das bäuerliche Eigentum an Grund und Boden und den dazu gehörigen Produktionsmitteln aufräumen wolle. Es ist ganz bezeichnend, daß Adelmann gleich zu Beginn seiner Broschüre ein Bekenntnis der ganzen Schaukel- und Seiltänzerpolitik der ans Ruder gekommenen Sozialdemokratie ablegen muß, indem er wörtlich schreibt:

„Nun hat ohne Zweifel der Sozialismus manches zu den Gerüchten beigetragen, hat früher manches gesagt, gefordert und getan, was man heute gegen ihn deuten könnte, wenn, ja, wenn er sich nicht fortentwickelt hätte. Der Sozialismus hat aber an den Dingen und Verhältnissen gelernt und nimmt heute zu vielem eine andere Stellung ein. Wer will und kann ihm das verargen? Hat nicht der Mann das Recht, mit zunehmender Kenntnis der Welt und ihres Getriebes reifer und klarer zu werden, hat er nicht das Recht, seine ins Unbestimmte und Grenzenlose gesandten Jugendträume an das Leben und seine Forderungen anzupassen? Hat er nicht das Recht, aus den Erfahrungen mancher Jahre zu lernen? Darf man ihm dann, wenn er handeln will, kommen und vorhalten, was er nicht gewollt und dabei übersehen, was er heute will? Was so für den einzelnen Menschen gilt, das gilt auch für eine Weltanschauung, die gerade wie dieser, ihre Entwicklungsstufen durchlaufen muß. Wenn der Sozialismus heute manches nicht gleich durchführen kann, wenn er manches Zugeständnis an die Dinge und Verhältnisse machen muß, so ist das kein Verrat an seinen Grundsätzen, denn es ist ja nun einmal so, daß die Gedanken über das Leben und die Dinge, wenn sie Wirklichkeit werden wollen, mit den praktischen Dingen und dem Leben in Einklang gebracht werden müssen."

Der Vergleich zwischen Mensch und Weltanschauung hinkt ganz ungemein[1]) und dann ist es eine eigenartige Sache, einerseits von Grundsätzen und anderseits von grenzenloser Entwicklung zu reden. Obermeyer hat auch ganz recht: „Es ist wirklich kein schmeichelhaftes Zugeständnis für die Anhänger des Sozialismus. Es ist doch wirklich keine Kleinigkeit, wenn man als Anhänger und Vertreter einer Weltanschauung sich sagen lassen muß — in einem Augenblick, in welchem man glaubt, diese Weltanschauung nun auch verwirklichen zu können, daß sie heute zu vielem eine andere Stellung einnimmt. Unseres Erachtens bedeutet das die Bankrotterklärung des Sozialismus in dieser Frage".[2]) Statt daß Adelmann in seiner „zur Reichsdienstsache gestempelten Schrift" mit einem festen Programm des Sozialismus gegenüber der Landwirtschaft aufgetreten wäre, muß er den Grundirrtum eingestehen, daß man in der Sozialdemokratie die Haupterfahrungen in der Industrie gesammelt hat, und daß der Partei und ihren Theoretikern Karl Marx und Friedrich Engels die Dinge und Zustände in der Landwirtschaft nicht aus eigener Anschauung bekannt waren.[3]) Man hat die agrarischen Verhältnisse „durch die Brille des industriellen Proletariats betrachtet", „die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse nach den Entwicklungsgesetzen der Industrie" beurteilt.[4]) Auf diesen Grundirrtum ist aber die Sozialdemokratie und der Liberalismus in allen seinen Zweigen schon seit Jahrzehnten aufmerksam gemacht worden. Ich erinnere nur an die ausgezeichneten Ausführungen Georg Ratzingers, daß der Boden keine

[1]) Vgl. auch Obermeyer a. a. O. S. 44 f.
[2]) Ebenda S. 44.
[3]) Adelmann a. a. O. S. 4.
[4]) Obermeyer S. 16.



Ware ist, welche man beliebig produzieren kann.[5]) Darauf ruht auch das Reformprogramm, wie es Graf Ludwig zu Arco-Zinneberg über die Erhaltung des Bauernstandes gab.[6])

Die Folgerungen der neuen Einsicht des Sozialismus, wie sie wenigstens Adelmann gibt, sind nun ganz außerordentlich und man darf sich gar nicht wundern, wenn ein Extrem das andere ablöst. Während man vorher nur dem Großbetrieb, der Lehre der Vergesellschaftung, der Sozialisierung der Produktionsmittel und dem Untergang des Bauernstandes als Schicksal das Wort redete, will man jetzt alles Heil in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben sehen, die, das ist, scheint es etwas ganz Neues, nach Kilometern abgemessen werden[7]). Nicht mehr „der Großbetrieb im Besitz der Arbeitenden, der Hand- wie der Geistesarbeiter" ist jetzt das Schlagwort, sondern die „Familienwirtschaft" und warum? Adelmann sagt:

„Unterdessen haben dieselben Männer, die den Umschwung in den sozialistischen Anschauungen in bezug auf die Landwirtschaft herbeigeführt haben, nämlich vor allem von Vollmar, Eduard David, Artur Schulz, Max Schippel und andere, auch gezeigt und bewiesen, daß der Klein- und Mittelbauernbetrieb, der ja in erster Linie vom Eigentümer und seinen Angehörigen selbst bearbeitet wird, sich mit dem Sozialismus sehr wohl verträgt. Denn diese Familienwirtschaften sicherten dasselbe, was der Sozialismus im ganzen erreichen wollte, nämlich daß dem Arbeitenden sein ganzer Arbeitsertrag zugute komme einschließlich des sog. Mehrwerts, der heute zum Teil den Kapitalisten arbeitslos in die Tasche fließt . . Die Familienwirtschaft des Klein- und Mittelbauern ist die Hauptform des Sozialismus in der Landwirtschaft, der natürlich zu seinem vollen Ausbau eines sehr entwickelten Genossenschaftswesens bedarf".[8])

Einen größeren Rückzug, aber auch einen größeren Widerspruch kann man sich nicht denken. Es ist eine Verleugnung der Prinzipien und doch wieder eine Aufrechterhaltung des Prinzips, eine Bankrotterklärung der bisherigen Anschauung und doch kein Verlassen des Bodens, auf dem man zu ihnen gekommen ist. Es zeigt sich eben wieder, daß der Sozialismus die größte Häresie ist in allen Fragen, eine schauerliche Verblendung, die im Wahn ins Dunkle tappt und in uferlosen Plänen sich ergeht. Während er früher den Boden als Ware für die Gesellschaft behandeln wollte, nimmt er jetzt diejenigen, welche die Gesellschaft bilden, die Menschen, als Ware für den Boden. Der Sozialismus hat die Siedlung in den Vordergrund gestellt und zwar in einer Weise, daß er davon absolutes Heil verlangt, während ihr jeder ruhig Denkende doch nur relative Berechtigung zugestehen kann. Ungemein idealistisch sind die Erwartungen, die man auf sie baut, bezüglich Zufriedenheit, Steigerung der Erträge aus Ackerbau und Tierhaltung. Während man nach so und so vielen Irrgängen in kürzester Zeit doch auch das deutsche Sprichwort wohl erwägen dürfte: „Schuster, bleib bei deinem Leisten", sieht man in Umänderung von Grund aus geradezu den Aufstieg des deutschen Volkes und versteigt sich zum Urteil:

„Auf diesem Weg der denkbar starken Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse kommen wir dazu, daß wir die Schäden und Wunden, die der Krieg unserm Volks- und Wirtschaftsleben geschlagen hat, möglichst schnell überwinden. Einen andern Weg dazu haben wir nicht. Darum müssen wir ihn gehen, darum ist die sozialistische Regierung ihn gegangen".[9])

Wenn aber gerade dieses Ziel in seiner Ueberspannung zur vollen Katastrophe führte? Man darf diese Frage sehr wohl stellen, zumal die Landwirtschaft von der sozialistischen Wirtschaft bis jetzt manchen Wermutstropfen zu kosten bekam und das Gespenst Zwangswirtschaft bis zum Ende an ihr noch nicht vorübergegangen ist. Und doch war gerade die Landwirtschaft, Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb der einzige Sieger, der stets durchgehalten hat, war gerade sie es, die nicht streikte in des Vaterlandes Not, war wieder sie es, die wohl die Revolution, unser größtes nationales Unglück, hinnahm, aber sie nicht mitmachte. Hätte sie es getan, dann hätte das unsern sichern und schauderhaftesten Untergang bedeutet. Und da will gerade die Sozialdemokratie, diese mit gemachten Fehlern gegen die Landwirtschaft allerschwerstbelastete Partei, die schon vor Jahrzehnten den Bauern am liebsten zum Lohnsklaven herabgedrückt hätte, jetzt kommen und die Stadt aufs Land hinaustragen und vom Land aus Deutschland wieder aufbauen. Sie mag den allerbesten Willen haben, aber sie ist am allerwenigsten geeignet, ihn zu vollbringen. Das weiß jetzt so ziemlich jeder vernünftige Bauer, und er traut den uferlosen Plänen der Sozialdemokratie nicht, die schließlich so alt ist wie Kain und Abel, so alt, als es ein Privateigentum einerseits und einen Menschenneid anderseits gibt, die aber immer noch nicht gelernt hat, daß an Gottes Segen alles gelegen ist.

Der Sozialdemokratie müssen wir bei ihrem Verhalten gegenüber der Landwirtschaft zurufen: „Schuster, bleib bei deinem Leisten!" Es ist nicht wahr, was Adelmann schreibt, „Das Geschrei vom Lebensmittelwucher wird um so eher verstummen, je mehr wir Bauern sozialistisch denken."[10]) Bis jetzt, Gott sei Dank, sind die Bauern keine Sozialisten. Wo noch heute Landvolk ist, herrscht Gottesfurcht und Religion, die sich vom Sozialismus haarscharf unterscheiden.[11]) Wenn aber die vielfach sozialistisch denkende Großstadt aufs Land kommt mit ihrer ungemessenen Boden-, Schul- und Allerwelts-, nur nicht Glaubenspolitik, dann wirds ganz anders und das Geschrei vom Lebensmittelwucher wird dann noch weniger verstummen, wenn städtische Schieber und Wucherer wucherische Bauern geworden sind und wenn Stadt und Land für den Sozialismus reif sind.

Sie mag sich winden und drehen wie sie will, an die Verwirklichung des Erfurter Programms glaubt die Sozialdemokratie heute noch und erst in den jüngsten Tagen haben ihre Zeitungen große Artikel gebracht, daß sie ihm grundsätzlich nicht untreu geworden ist und sich nur für die Uebergangszeit zu taktischen Abweichungen verstehen mußte.[12]) Politik treiben heiße ja, das Mögliche zu erreichen suchen.[13])

Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die ganze Adelmannsche Broschüre lesen. Sie enthält Vorschläge des Uebergangs und ist eine Wegbahnerin für den Sozialismus, welcher der Tod unserer Landwirtschaft von heute ist. Man hat ihm in der Gesetzgebung leider schon zu große Zugeständnisse gemacht. Vom Achtstundentag braucht gar nicht geredet zu werden. Wie steht es aber mit dem staatlichen Vorkaufsrecht, vor allem dann, wenn unser Beamtenstand mehr und mehr vom Sozialismus durchfressen wird? Bisher galt, was Dr. Philipp Zorn schrieb: „In den Stürmen, die über unser armes deutsches Vaterland dahinbrausen, sind zwei Stände im wesentlichen fest und unerschüttert geblieben, die wilden Wogen der Zeitbewegung sind auch gegen ihre Grundlagen gebrandet, aber sie sind an ihrer Stärke zerschellt. Daß dadurch Deutschland vor unabsehbaren und unerhörten Greueln bewahrt wurde, wird einst die unparteiische Richterin Geschichte künden. Diese beiden Stände sind der Beamtenstand und der Bauernstand".[14]) Mögen sie auch fürderhin ein Bollwerk sein gegen die Gefahren, die Deutschland vom Sozialismus drohen. Die Landwirtschaft würde Selbstmord begehen, wenn sie sich ihm in die Arme werfen würde. Vom Gegenteil wird keine Broschüre den Bauern überzeugen. Alle Windungen und Drehungen nützen nichts. Nicht genug kann man es sagen: Der Sozialismus segelt unter der roten Flagge der Internationale, so versteht man auch seine bisherige Haltung in der Frage des Schutzzolls. Drum, Bauer, schütze dich vor deinem Todfeind!

---

[5]) G. Ratzinger, Die Erhaltung des Bauernstandes. Ein Reformprogramm des hochseligen Grafen Ludwig zu Arco-Zinneberg (Freiburg i. Br. 1883.) S. 4 ff.

[6]) Ebenda S. 1 ff.

[7]) Siehe Adelmann a. a. O. S. 5 u. 6; Obermeyer S. 21: „Es zeigen die Schriften, die von seiten der sozialistischen Regierung kostenlos versandt werden, geradezu horrende Unkenntnis über die betriebstechnischen Verhältnisse in der Landwirtschaft. Spricht doch die kleine Broschüre von Adelmann „Sozialismus und Landwirtschaft" an zwei Stellen und zwar einmal im Text und dann in einer Statistik von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben von 2—20 km und von 0,5—100 und mehr km. Derartige Unwissenheiten (um bloße Druckfehler kann es sich hier nicht handeln) sind keineswegs dazu angetan, allzu große Sachkenntnis von seiten des sozialistischen Teiles der Regierung unserer Landwirtschaft gegenüber zu erwarten!

[8]) Adelmann S. 6 f.

[9]) Ebenda S. 10.

[10]) Ebenda S. 15.

[11]) Das gilt auch vom Landedelmann; vgl. Johannes Wolf, Die pommerschen Junker, „Allgem. Rundschau", begr. v. Armin Kausen, München, 17. Jahrgang, Nr. 16, S. 213 f.: „Der pommersche Junker ist religiös. In den pommerschen Gutshäusern herrscht strenge, sittliche Zucht und auch manche katholische Familie kann sich an dem religiösen Leben dieser Adelsfamilien ein Beispiel nehmen. Da wird morgens die gemeinschaftliche Morgenandacht gehalten, da geht man nicht zu Tisch, ohne zu beten. Der religiöse Mensch aber ist zur Treue verpflichtet . . . und hier oben hält man sie".

[12]) Vgl. „Donauwacht", Ulm 1920, 28. Mai, Nr. 121: „So sieht der Verrat aus". „Schwäbische Tagwacht", Stuttgart 1920, 27. u. 28. Mai, Nr. 120 u. 121.

[13]) Wilhelm Blos, siehe „Schwäbische Tagwacht", 1920, Nr. 121.

[14]) Philipp Zorn, Der deutsche Bauernstand und die Aufgaben der Gegenwart, „Der Tag", Berlin, 1920, 7. Januar, Nr. 5.

Beiträge zur oberschlesischen Frage.

Von Jos. Mosler, Ratibor.

Es verlohnt sich schon für jeden Deutschen, sich näher mit dem oberschlesischen Problem zu befassen. Denn es will etwas bedeuten, ob das Reich die 2 Millionen zum Teil sehr wohlhabenden Oberschlesier, Leute kernigen Geblüts, nach der Abstimmung behält oder nicht. Und volkswirtschaftlich kann es Deutschland auch nicht gleichgültig sein, ob man nach einem etwaigen Verlust Oberschlesiens die 24 Millionen Tonnen Kohle aus dem Ausland für schweres Geld bezieht und so in dauernder Abhängigkeit von uns feindlich gesinnten Staaten sich weiß; oder ob man die Kohle aus den deutschen Bergwerken Oberschlesiens herholt. Ein drittes Moment scheint mir für uns Katholiken von allergrößter Wichtigkeit: die 2 Millionen Oberschlesier sind zum überwiegenden Teile Katholiken. Hier in Oberschlesien hat die kirchliche Idee stets feste Wurzeln gefaßt. Es würde also einen nicht zu unterschätzenden Verlust für die deutschen Katholiken bedeuten, wenn 2 Millionen ihrer getreuesten Mitkämpfer im Ringen der Weltanschauungen ausfallen würden.

Nicht die preußische Ostmarkenpolitik war das primäre Uebel für Oberschlesien — wie leider vielfach in Verkennung der geschichtlichen Tatsachen behauptet wird —, sondern der allpolnische Radikalismus (vergl. „Schles. Volkszeitung", 51. Jahrg., Nr. 205 v. 23. April 1919), der aus Galizien und Posen künstlich die sog. „polnische Frage" auch bei uns in Oberschlesien inszenierte. Leider leistete die preußische Regierung diesen unzweideutigen großpolnischen Tendenzen dadurch Vorschub, daß eine große Anzahl polnischer billiger Arbeitskräfte aus Galizien und Polen übernommen und diese gerade an dem ungeeignetsten Orte, hier im gefährdeten Osten, angesiedelt wurden. Die deutschen Arbeiter mußten vielfach ihre Arbeitsstätten räumen und nach dem Innern des Reiches wandern. So polonisierte Preußen selbst kurzsichtig Oberschlesien und schuf die Grundlagen für die heutige Situation. Allerdings fehlte Berlin auch schwer. Mit seiner ganz verkehrten, den Verhältnissen des Landes und der Bevölkerung strakš zuwiderlaufenden Ostmarkenpolitik, die auch die kerndeutsch gesinnten Elemente vor den Kopf stoßen mußte, suchte es den deutschfeindlichen Tendenzen zu begegnen und goß so Wasser auf die Mühlen.

Die hochgehende Flut echt deutscher Vaterlandsliebe und deutschen Fühlens und Denkens, wie sie sich in den unvergeßlichen Augusttagen von 1914 über ganz Deutschland ergoß, hat auch in dem einfachen oberschlesischen Volke alle Unebenheiten geglättet. Damals erbrachte Oberschlesien den welthistorischen Beweis aus den tiefsten Tiefen seiner Volksseele heraus, daß unser schönes, reiches Land deutsch bis in die äußersten Winkel seiner Grenzen ist, einen Beweis, den viele Tausende der Bravsten und Edelsten mit ihrem Herzblut besiegelten. Und diese Einigkeit dauerte bis zu den Herbsttagen des Unglücksjahres von 1918. Unsere oberschlesischen Krieger dachten nicht im entferntesten an das schmutzige Polen, das sie zur Genüge „schätzen" lernten. Es war mir vergönnt, in meiner Felddienstzeit gerade unter meinen Landsleuten zu weilen, und ich muß sagen, daß sie sich brav für unser deutsches Vaterland geschlagen haben.

Da kam Wilson mit seinen 14 Punkten, mit seiner Idee von der freien Selbstbestimmung der Völker. Mit Leidenschaft griffen großpolnische Agitatoren diese Hirngespinste eines amerikanischen Professorenschädels auf und suchten diese für ihre Sonderinteressen zu verwerten. In ganz unverantwortlicher Weise säten diese Elemente zweifelhaften Charakters Haß und Zwietracht aus nichtigen Gründen in unser friedliches Land. Das Nationalitätenprinzip wurde zur Norm erhoben und Oberschlesien als polnisches Gebiet erklärt. Der sattsam berüchtigte, wetterwendische Pfarrer Kapitza-Tichau — einstens überzeugter Pole, dann ebenso überzeugter Zentrumsmitläufer und zurzeit großpolnischer, gut fundierter Agitator — schrieb noch 1917 in seinem im „Katolik"-Verlag, Beuthen, erschienenen Buche „Die deutsche Kulturmission, der Katholizismus und die nationale Versöhnung":

> „Die Durchführung des Nationalitätenprinzips müßte die Zertrümmerung der meisten europäischen Staaten zur Folge haben, ohne dadurch den Nationen einen dauernden Frieden zu bringen, weil die nationale Einheit ohne Berücksichtigung der übrigen staatsbildenden Faktoren, wie natürliche Grenzen, volkswirtschaftliche Zusammengehörigkeit usw. den Bestand und die Entwicklung nicht sichern kann. Die nationale Basis ist für die meisten Staaten zu klein; darum ist der reine Nationalstaat ein Ideal, dessen Verwirklichung kaum die Anerkennung der Geschichte finden wird."

Gegen die polnischen Machtgelüste war damals, kurz vor der unglücklichen Revolution, das gesamte deutsche Volk einig wie ein Mann. Der nationalliberale Abgeordnete Schlee konnte daher in der Reichstagssitzung vom 25. Oktober 1918 den Polen zurufen:

> Wenn Ihr deutsche Provinzen haben wollt, so kommt her und holt sie Euch! Wir werden Euch mit blutigen Köpfen heimschicken!" (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den dichtbesetzten Tribünen.)

Da brach die Revolution aus, und mit ihr riß auch hier eine würdelose Unordnung und Schrankenlosigkeit ein. In Mengen kamen jetzt die fanatisiertesten polnischen Großagitatoren, landfremde Elemente nach Oberschlesien und wühlten die häßlichsten Instinkte des Volkes auf. Nationalitätenhaß und grenzenlose Feindschaft war die Folge. Die „neue" Regierung verhielt sich bei diesen Treibereien wie der Greis, der am Dache sitzt und sich nicht zu helfen weiß. In unglaublicher Schlafmützigkeit ließ man die großpolnischen Hetzer ganz ruhig ihr ruchloses Werk vollführen. Bis Mai 1919 (!) ließ man den „Obersten polnischen Rat" unter Leitung des „ehrenwerten" Justizrates Czapla aus Beuthen bestehen, der ein Hauptherd der allpolnischen Bestrebungen bildete. In Berlin war man anscheinend zu sehr mit der Befestigung des sozialistischen Regierungsblockes beschäftigt, so daß man für Fragen, die das ganze Volk betrafen, nicht viel übrig hatte. Die Früchte dieses passiven Verhaltens wurden in dem polnischen Augustaufstand 1919 offenbar. Nur unserer wackeren Reichswehr ist es zu verdanken, daß dieser damals nicht größere Dimensionen annahm.

Schließlich kam die Besetzung. Unsere Soldaten verließen uns. Der Deutsche war schutzlos polnischer Volkswut preisgegeben. Die Entente-Truppen kamen. Von den Franzosen konnte man ja nicht gerade Sympathie erwarten. Wer doch noch optimistisch gewesen war, den belehrte gleich zu Anfang das herrische, maßlose Auftreten der französischen Truppen eines Besseren. Die Welschen von jenseits der Vogesen sind eben unsere Erbfeinde, die es auf unsere völlige Vernichtung abgesehen haben. Wie verkehrt war es daher, daß man zum Oberbefehlshaber einen französischen General wählte, überdies noch eine Persönlichkeit, die von vornherein schon kein Hehl aus ihrem Deutschenhaß machte und wohl am ungeeignetsten war, das Vertrauen des weitaus größten Teils der oberschlesischen Bevölkerung zu gewinnen. Wenn man trotz aller Versicherungen dieses Herrn — Le Rond heißt er, „der Walzenförmige"!! — sich strictissime neutral zu verhalten, ihm doch alle Schuld an all dem Elend und dem bisher vergossenen Blut überträgt, so ist dieses Vorgehen durchaus eine Folge der Tatsachen, die Herr Le Rond durch seine einseitige „Neutralität" geschaffen hat. Einen anderen besseren Eindruck haben bisher die italienischen Besatzungstruppen durch ihre vorbildliche Haltung hervorgerufen. Das sei zu ihrer Ehre hier gern eingestanden. Schon an dem verschiedenen Verhalten der Franzosen und Italiener kann man die Stellungnahme der Entente zu dem oberschlesischen Problem mit ziemlicher Sicherheit erkennen. Italien scheint uninteressiert Polen gegenüber zu stehen. Ueber die Haltung Englands sprach sich, dem „Dziennik Poznanski" vom 24. 7. 1920 zufolge, Fürst Sapieha folgendermaßen aus:

> „In England herrscht die Ueberzeugung, daß die wirtschaftliche Hebung Deutschlands die Grundlage des Wiederaufbaues Zentraleuropas ist. Das ist die typische Ansicht über unser Vaterland, die in der Heimat Lloyd Georges allgemein verbreitet ist ... Die Engländer behaupten, daß die Kohlengruben in Oberschlesien von den Polen nicht so ergiebig ausgenutzt werden wie von den Deutschen.

In dieser Geringschätzung wird dem Engländer jeder beipflichten, der auch nur ganz oberflächlich die polnischen Verhältnisse kennt. Das Wort von der „polnischen Wirtschaft" hat auch heute noch nichts an Daseinsberechtigung eingebüßt. Wir brauchen nur einen Blick in die polnischen Tageszeitungen zu werfen und wir werden diese Behauptung auf jeder Zeile bestätigt finden. Nur ein eklatantes Beispiel hierfür will ich anführen: Der „Przeglad Wieczorny" aus Warschau berichtet in Nr. 239 unterm 20. Oktober 1919:

> „In Lemberg selbst sitzen 1300 Offiziere und 5000 Soldaten in Haft. So sind auch die Militäretappen wirklich die Herde der verschiedensten Affären, die so ineinandergreifen, daß es geradezu schwer ist, eine genaue Untersuchung durchzuführen ... Die Summe, durch die der Staat geschädigt wurde, beträgt angeblich 3 Millionen Kronen ... Trotz der Haft aller Mitglieder der Bande ... wird der Unfug in demselben Maße weiter betrieben." (Schluß folgt.)

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Ein empfindliches Mißtrauensvotum erhielt das Deutsche Reich in diesen Tagen vom Ausland: den reißenden Sturz des deutschen Geldes. Trotz einer gewissen Stille, die wir nach so viel Aufständen und Streiks schon als einen Fortschritt empfinden, erscheint die politische wie die Finanzlage Deutschlands fast hoffnungslos. Der Umlauf an Papiergeld beträgt 71 Milliarden, 10 Milliarden sind wieder von Staats wegen nötig, um Getreide von Amerika einzukaufen, ohne den Brotpreis zu erhöhen. Zwangsanleihe und Notenabstempelung werden erörtert. Der Reichsfinanzminister Wirth hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er sieht sich außerstande, seine Reformen durchzuführen und wirksame Mittel zur Gesundung unserer Geldwirtschaft ausfindig zu machen. Preußen denkt auf neue Landessteuern, denn den Ländern geht es noch schlechter als dem Reich. — Politisch droht der Verlust Oberschlesiens. Wenn auch die Unruhen in Schoppinitz nichts weiter im Gefolge hatten, so ist doch für die nächste Zeit ein neuer Aufstand zu befürchten. Ein ganzer Aufmarschplan der Polen wurde entdeckt und dem Vorsitzenden des Interalliierten Ausschusses, General Le Rond, überreicht. Die Ableugnungsversuche Korfantys werden ihn nicht entkräften. Jetzt ist General Le Rond zur Berichterstattung nach Paris berufen. Das parteiische Verhalten der Franzosen hat u. a. Mitglieder der englischen Kontrollkommission veranlaßt, ihren Abschied einzureichen.

In all den trüben Erscheinungen des politischen Lebens muß uns der Gedanke trösten, daß des deutschen Volkes Dasein und seine Kultur von Form und Zustand des Staatsgebäudes nicht allein abhängen. Wir können wie andere unterdrückte Völker in der Pflege geistiger Güter uns entschädigen. So knüpfte der katholische Volksteil an seine großen Katholikentage an und hielt vom 13. bis 18. Sept. eine Katholische Woche in Würzburg. Die Vertreter aller katholischen Verbände fanden sich zahlreich ein und konnten reiche Anregungen wieder mit in ihre Heimat nehmen.

Bayern sah den Parteitag der Bayerischen Volkspartei in Bamberg. Ministerpräsident Dr. v. Kahr hielt dort eine Rede, die über den Rahmen der Partei hinaus ein klares Programm des sittlichen und staatlichen Wiederaufbaues verkündete. Seine Warnung vor dem Bolschewismus als gemeinsamer Gefahr für Europa, die nicht ohne ein politisch und wirtschaftlich gesundes Deutschland abgewehrt werden könne, sollte auch im Ausland gehört werden, wo man ja so genau jede Aeußerung der bayerischen Regierung verzeichnet. Ebenso die Worte über das gute Verhältnis Bayerns zum Reich. Dr. v. Kahr ist aber zugleich überzeugt, daß das Reich nur föderalistisch sein kann oder überhaupt nicht. Als Lebensnotwendigkeit für das Reich verlangt Bayern dessen föderalistischen Ausbau. Der Parteitag beschäftigte sich dann zunächst mit der Sozialpolitik und der neugegründeten Christlich-sozialen Partei. — Gleich vielen anderen Verbänden der USP. sprach sich auch deren bayerischer Landesvorstand gegen den Anschluß an Moskau aus, ebenso gegen die Wahl politischer Arbeiterräte. Nicht anders als lächerlich wirkte ein zweistündiger Generalstreik, den die Münchener Kommunisten den Arbeitern aufzwingen wollten, weil der Landtagsabgeordnete Eisenberger (KPD.) wegen Aufreizung zum Klassenhaß auf frischer Tat verhaftet worden war. Die Streiklosung wurde fast nirgends befolgt. Der Generalstreik als Kampfmittel hat viel von seinem Schrecken eingebüßt. Es ist angebracht, hierbei dankbar und rühmend der Technischen Nothilfe zu gedenken, die am 30. September den Jahrestag ihrer Gründung begeht. Sie begann mit 865 Nothelfern und zählt jetzt 120000.

An Stelle des nach Berlin versetzten Nuntius Pacelli ist Msgr. Marchetti zum apostolischen Nuntius in München ernannt worden. Er ist hier kein Unbekannter, sondern war unter Kardinal Frühwirth von 1907—15 Uditore. Später wirkte er in der Schweiz viel Gutes für die deutschen Gefangenen. Bayern und München begrüßen den neuen Vertreter des Hl. Stuhles ebenso herzlich wie ehrfurchtsvoll und freuen sich, daß die Nuntiatur auch künftig erhalten bleibt.

In Württemberg ist politisch immerhin beachtlich das Eingehen des demokratischen Blattes „Der Beobachter“. Er war in der Hochburg süddeutscher Demokratie einst deren gefürchtetes Organ. Sein Einfluß schwand mit dem der Partei, die bei den letzten Wahlen die Hälfte ihrer Stimmen verlor. Heute hat die jüdisch-international gefärbte Demokratie nur noch zwei Blätter von Ruf: „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“. Auch deren Einfluß geht zurück, während sie im Ausland leider noch allzusehr als die öffentliche Meinung Deutschlands angesehen werden.

Millerand war in jüngster Zeit ungemein beschäftigt. Er reiste am Rhein und in der Schweiz umher. In Aix-les-Bains sollte er nach dem Havasbericht Giolitti ganz auf seine Seite gebracht haben. Die Durchführung der Friedensverträge als Grundlage der Wiederherstellung Europas schien von Italien anerkannt, die französische Politik gegen Rußland mindestens gewürdigt zu sein. Gleichzeitig konnte Havas verbreiten, Deutschland, sowie Oesterreich und Bulgarien sollten auf der Finanzkonferenz in Brüssel nur beratende Stimme haben. In diesen französischen Wein wurde freilich viel Wasser gegossen. Englische und italienische Meldungen lassen keinen Zweifel, daß die Zusammenkunft in Genf stattfinden wird. Und von Beschränkungen für die Deutschen in Brüssel ist nichts bekannt. Trotzdem dürfen wir nicht viel von beiden Veranstaltungen hoffen. Der Friede von Versailles ist entweder durchführbar und durchzuführen, dann braucht er nicht immer wieder am grünen Tisch ergänzt und verbessert zu werden, oder er ist undurchführbar, dann bedarf es einer neuen Weltfriedenskonferenz. Herrschte überall Verstand und Mäßigung, so könnte eine solche Konferenz gleich an die polnisch-russischen Friedensverhandlungen in Riga angeknüpft werden. Es ist aber fraglich, ob diese den Frieden im Osten bringen. Denn Frankreich geht ohne Zweifel damit um, das Kriegsglück Polens weiter auszubeuten und vielleicht einen großen Vernichtungsfeldzug gegen die Räterepublik in Moskau einzuleiten. Denn es kann die Milliarden nicht verschmerzen, die es dem alten Rußland so vertrauensselig borgte. Gelingt der französische Plan, so kann es ein Segen für die europäische Kultur sein. Aber die Gefahr ist groß, daß er nochmals ganz Rußland zur Verteidigung des Heimatbodens unter der roten Fahne eint. Ungestört von außen würde es vielleicht selbst den Bolschewismus überwinden. Das wirtschaftliche Elend des Winters kann den Sturz der Moskauer Gewalthaber beschleunigen.

Immer noch zweideutig ist die englische Ostpolitik. Der russische Unterhändler Kamenew mußte aus London abreisen, aber sein Kollege Krassin bleibt. Daß Kamenew unmöglich wurde, kam von seiner unverhüllten bolschewistischen Werbetätigkeit unter den englischen Arbeitern. Er verschaffte deren Blatt, dem „Daily Herald“, 75000 Pfund, die er hauptsächlich aus dem Verkauf russischer Kronjuwelen löste. Englische Sauberkeit duldete aber nicht, daß der „Daily Herald“ das Geld behielt. Der Schriftleiter, der es angenommen, wurde entlassen. Dies Beispiel beschämt die deutschen Linkssozialisten, deren Führer ohne Scham russisches Geld nahmen und trotzdem nicht das Vertrauen und die Achtung ihrer Anhänger verlieren. — Der Bergarbeiterstreik in England wird allem Anschein nach glücklich vermieden. Zwar sah es zeitweise sehr bedrohlich aus, und besorgte Kreise verlangten die Einberufung des Parlaments. Die Arbeiterführer erkannten jedoch, daß sie den Bogen nicht überspannen dürften. England würde sich die Diktatur einer noch so großen Minderheit nie gefallen lassen.

Auch in Italien scheint die Beilegung des wirtschaftlichen Kampfes möglich. Giolitti hörte in Turin die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter und sagte zu, einen gemischten Ausschuß einzusetzen, der den Entwurf eines Betriebsrätegesetzes ausarbeiten soll. Eine königliche Verfügung darüber erschien alsbald. Giolitti kommt den Arbeitern sehr weit entgegen. Wenn es ihm gelingt, auf diese Art die soziale Revolution in eine ruhige Entwicklung zu verwandeln, so ist Italien zu beglückwünschen.

Der Präsident von Frankreich, Paul Deschanel, hat sich entschlossen, zurückzutreten. Merkwürdige Anfälle nervöser Störungen sind wohl kein politischer Vorwand, sondern bei diesem eleganten Lebemann durchaus begreiflich. Er war stets ein Mann der Repräsentation und sehr beliebt als Präsident der Kammer. Mit dem wichtigen Posten des Kabinettchefs betraut man — in Frankreich — andere Leute. Eine große politische Bedeutung hat also der Präsidentenwechsel nicht, wenn nicht zugleich der Ministerpräsident wechselt. Letzteres ist aber nicht wahrscheinlich, denn Millerand hat es abgelehnt, sich selbst zum Präsidenten wählen zu lassen. Die Wahl soll am 23. September stattfinden.

Der Genfer internationale Bergarbeiter-Kongreß.

Von J. Mattes, Landtagsabgeordneter, Amberg.

Zum erstenmal nach dem fürchterlichen Weltkrieg kamen die Bergarbeiter der Welt zu einer für die Zukunft hochbedeutsamen Tagung zusammen. Vertreten waren die Staaten: England, Amerika, Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Tschechien, Slowakei und Kroatien. Die Spannung, die in den ersten Stunden auf dem Kongreß lag und sich durch die verhältnismäßige Stille und Zurückgezogenheit ausprägte, legte sich allmählich, als der englische Bergarbeiterführer Semilie erklärte, daß die Schuldfrage am Krieg, wie sie seitens der Belgier und Franzosen verlangt wurde, nicht zur Erörterung kommen solle. In den Vorbesprechungen wurde bereits darauf hingewiesen, daß diese Angelegenheit auf dem Kongreß, auf dem wirtschaftliche und gewerkschaftliche Angelegenheiten besprochen werden, nicht erörtert werden könne, weil dadurch neue Leidenschaften aufgepeitscht würden. Trotzdem konnte es sich der belgische Vertreter Dejardin nicht verkneifen, sehr massive Anklagen in der ihm eigenen Art gegen die Deutschen zu erheben. Schon der dem Kongreß eingesandte belgische Bericht hob sich in seiner Leidenschaftlichkeit von allen übrigen Berichten ab. Der Ueberlegenheit Semilies war es gelungen, die schwüle Atmosphäre, die auf dem Kongreß lag, zu entspannen. In den wichtigsten Fragen wurden die Deutschen von den Engländern immer unterstützt, was anscheinend den Franzosen und Belgiern nicht ganz gefiel. Denn auch der französische Delegierte Bartuell ließ keine Gelegenheit vorübergehen, den Deutschen sein Mißtrauen auszudrücken, er begründete dies damit, daß es die Deutschen in der Bergarbeiter-Internationale immer an entsprechenden Taten fehlen ließen.

Mit all diesen Erörterungen und Anspielungen war nichts gedient, infolgedessen ließ man die Belgier und Franzosen Ideen spinnen, währenddem Deutsche und Engländer der praktischen Arbeit zum Durchbruch verhalfen. Die Engländer und Deutschen bildeten auch die Mehrheit des Kongresses. Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission waren auf dem Kongreß insgesamt 2 606 000 Organisierte durch 126 stimmberechtigte Abgesandte vertreten. Davon entfallen auf: Großbritannien 900 000, Deutschland 768 675, Amerika 500 000, Frankreich 130 000, Belgien 123 540, Tschecho-Slowakei 120 000, Deutsch-Oesterreich 22 000, Jugoslawien 10 000, Ungarn 25 000, Holland 4 000.

Im Vordergrund der praktischen Arbeit stand die Frage der Sozialisierung des Bergbaues. Die Vertreter aller Länder waren sich in dieser Frage grundsätzlich einig. Dieser von den Engländern eingebrachte Antrag wurde durch die Ausführungen des Vorsitzenden des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands und Reichstagsabgeordneten Heinrich Imbusch nachhaltigst unterstützt.

Der amerikanische Vertreter gab ausdrücklich die Erklärung ab, daß er der Sozialisierung mit dem Vorbehalt zustimme, daß dieselbe im Sinne des von dem dargelegten Beschlusse des amerikanischen Verbandes aufzufassen sei. Die übrigen Delegierten waren alle mit den grundsätzlichen Ausführungen Imbusch' einverstanden. Der englische Generalsekretär Hodges erklärte namens der englischen Bergarbeiter, daß sich ihre Ansicht mit den deutschen Wünschen durchaus decke. Die fürchterliche Kohlennot werde am besten veranschaulicht durch die Tatsache, daß in Europa die jährliche Kohlenförderung um 400 Millionen Tonnen zurückgegangen sei. Voraussetzung für die Bedeutung des von den Deutschen verlangten internationalen Kohlenrates sei die internationale Durchführung des Sozialisierungs- (Nationalisierungs-) Gedankens, deren Anwendung in den Einzelheiten man den einzelnen Nationen überlassen könne. Der Franzose Bartuell erklärte, daß auch in Frankreich der Regierung ein Sozialisierungsentwurf vorgelegt wurde, er müsse aber bedauern, daß die Arbeiter in Frankreich noch nicht den gewünschten Einfluß auf die Regierung haben. Der Amerikaner sprach sich für staatliche Aufsicht aus, um einer Verschwendung der Kohlen vorzubeugen. In Holland hat der Sozialisierungsgedanke noch wenig Boden gefaßt, die Regierung sei noch nicht dafür gewonnen. Eine Kommission zur Prüfung der Frage sei eingesetzt.

Die Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau war ebenfalls eine der Hauptforderungen. Der französische Delegierte Bartuell (auch französischer Vertreter in der Bergbaukommission des Saargebietes) wandte seine ganze Beredsamkeit auf, um den Kongreß für seine Forderung zu gewinnen, wonach die Einführung des Sechsstundentages für sie nicht annehmbar sei. Die französische Delegation sei der Meinung, bei der deutschen Forderung handle es sich um eine Spezialfrage, die auch besonders behandelt werden müsse. Die Franzosen seien der Meinung, daß ein Maximum der Arbeitszeit festgesetzt wird, während das Minimum den besonderen Verhältnissen in jedem Land angepaßt werden müsse. Dieser Wink mit dem Zaunpfahl galt den Deutschen, denn in dem Moment sprach nicht der Gewerkschaftler Bartuell, sondern der an dem Spaer Abkommen zäh festhaltende Nationalfranzose. Der Kongreß beschloß eine Untersuchung über die Berechtigung und Durchführbarkeit dieser Frage, die durch das internationale Arbeitsamt des Völkerbundes vorgenommen wird, dessen Vorsitzender der frühere französische Munitionsminister Thomas ist. Die Engländer gingen für die Sechsstundenschicht scharf zu Werke, und der Generalsekretär Hodges lehnte die Verschleppung der Erledigung dieser Frage ab. Eigentümlich berührte der Vorwurf der Belgier, als machten die Deutschen die Forderung der Sechsstundenschicht selbst illusorisch, indem sie Ueberschichten leisten. Es erfolgte darauf die prompte deutsche Antwort, daß die deutschen Bergarbeiter dies nicht aus Freude an der Mehrarbeit, sondern infolge des Druckes der Entente machen müssen. Die Belgier und Franzosen haben es ja in Händen, dies zu ändern. In einer am 5. Oktober in London tagenden Ausschußsitzung des internationalen Komitees wird diese Frage nochmals behandelt, um sie einer definitiven Beschlußfassung auf den nächstjährigen internationalen Kongreß (der jedenfalls in London stattfinden wird) vorzulegen. Gleichzeitig soll auch die Schaffung eines internationalen Kohlenrates besprochen werden.

Eine ungemein wichtige Frage bildet der Generalstreik im Falle eines Krieges. Bei der Frage eines internationalen Generalstreiks im Kriegsfall drängten vor allem die Vertreter des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter darauf, daß es sich dabei nicht um eine einseitige Maßnahme zuungunsten Deutschlands handeln dürfe, daß also die ganze Angelegenheit nicht darauf hinauslaufen dürfe, den Siegern des Weltkrieges recht hübsch ihren jetzigen Besitzstand zu sichern; es müsse mindestens auch das etwaige Einrücken der Alliierten in das Ruhrgebiet als Kriegsfall angesehen werden. Es wurde schließlich eine Fassung gefunden, die diesen Anforderungen Rechnung trägt. Nach Proklamierung des Generalstreiksbeschlusses stimmten die Franzosen und Belgier das Lied der Internationale an, jenen leidenschaftlichen Aufruf zum Endkampfe gegen den Krieg. Auch sonst verlief der letzte Tag sehr bewegt, da nach den einfachen, aber sehr eindringlichen Schlußworten Semilies, der insbesondere die Regierungen zur Nachahmung des völkerversöhnenden Beispiels der Bergarbeiter-Internationale aufforderte, sowohl die Romanen, wie die Engländer und schließlich auch die Deutschen je einen gemeinsamen Gesang anstimmten. Die ganze Szene hinterließ einen tiefen Eindruck. Bei der Beratung dieser Frage sparten die Franzosen und Belgier nicht mit Hinweisen und Andeutungen, daß sie vor allem die Deutschen im Hinblick auf Geschehenes doch nicht gut mit ihrem vollen Vertrauen „beehren" könnten. Im übrigen gelang der Kongreß wesentlich deshalb, weil sich Engländer und Deutsche immer wieder auf den Boden der praktischen Tat zusammenfanden. Die englischen Führer zeigten den Willen zu versöhnen und boten so, wie der Vorsitzende Semilie in seinem Schlußwort hervorhob, den Regierenden ein wirkliches Vorbild dar.

Die Delegierten des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter traten als Gesamtdelegation mit den übrigen Berufsverbänden im Bergbau auf. (Hirsch-Dunker und Polen.) Es entspricht dies den internationalen Komitees, da sich einstweilen die Engländer von den Gründen für die grundsätzliche Teilung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung noch kein ausreichendes Bild machen können. Die Wahl des Reichstagsabgeordneten und christlichen Gewerkvereinsvorsitzenden Imbusch in das internationale Komitee bürgt dafür, daß die Anschauungen und Bestrebungen der christlichen Bergarbeiter in der Bergarbeiter-Internationale langsam aber sicher zur Geltung gelangen werden.

Durch ihre Beteiligung an der Bergarbeiter-Internationale glauben die christlichen Bergarbeiter praktisch mehr zu erreichen als durch eine Absonderung, die diese Internationale, was sie in Wirklichkeit nicht ist, zu einer sozialistischen stempeln würde. Gerade die Genfer Tagung hat bewiesen, daß der Einfluß der christlichen Bergarbeiter innerhalb der Internationale zu wirklich positiven Ergebnissen führen kann und wird.

Der neue italienische Sozialistenruhm.

Von Dr. Pamaba, Rom.

Ohne an die Folgen zu denken, haben die Sozialisten viele Hunderte von Fabriken besetzt, indem die Führer ihnen einredeten, sie seien imstande, die gesamte Arbeit allein zu leisten. Der Vorsitzende des roten Verbandes, der Abgeordnete Buozzi, gehört noch dem gemäßigten Flügel der Turati und Treves an! Kaum daß die Leiter und Techniker die Herren Genossen ihrem eigenen Schicksal in den Fabriken überlassen hatten, stellte sich die Tatsache heraus, daß das Gehirnschmalz der Herren Genossen bei weitem nicht ausreichte, um die Arbeit in Gang zu halten. Die Folge war, daß kaum noch gearbeitet wurde, wenn man von ganz wenigen Unternehmungen absieht. Um die Zeit auszufüllen, fertigte man Waffen aller Art an, um sich gegen „räuberische Ueberfälle" der Karabinieri zu schützen!

Der erste Zahltag kam und die Führer wurden ganz klein: Sie konnten die Arbeiter nicht bezahlen! Darob größte Enttäuschung, namentlich bei den Frauen der Arbeiter. Der zweite Zahltag kam und wieder war kein Geld da. Die Arbeiter wurden mit Anweisungen auf Lebensmittel abgefunden. Die Unzufriedenheit war gewaltig gestiegen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden Fabrikräte eingesetzt, die gleich eine „Rote Garde" einrichteten. Der ganze von den Herren Genossen so oft verdammte Militarismus trat hier mit Trotzkyscher Brutalität in die Erscheinung. Sogar die Strafe des Anbindens an einen Pfahl wurde eingeführt, eine Kriegsübung, die die Herren Unabhängigen in Deutschland gelegentlich eines Prozesses in so fürchterlicher Weise verurteilt haben. Die Wachen an den Toren treten ins Gewehr, wenn einer der Herren Fabrikräte kommt, und sie präsentieren Knüppel, Eisenstangen, Stöcke usw., bis der Herr Fabrikrat gnädiglich abwinkt.

Von Tag zu Tag mehren sich die Entweichungen der Arbeiter aus den Fabriken, die den Schwindel satt haben, so daß in manchen Fabriken nur noch etwa 10 vom Hundert „ganz Unentwegte" die Wache beziehen. Bis zum 15. September hatte sich Giolitti nicht um die Sache gekümmert. Er sagte, daß es ihm viel lieber sei, wenn die Arbeiter in den Fabriken Tag und Nacht festsäßen, als wenn sie durch Aussperrung oder Ausstand auf den Straßen herumliefen und Unruhen und Blutvergießen veranstalteten. Nach seiner Rückkehr aus Aix-les-Bains hat sich Giolitti der Sache aber angenommen, indem er in einer Unterredung mit den streitenden Parteien in seiner rauhen, fast brutalen Art erklärte, daß die Sache sofort zu einem Ende kommen müsse, sonst werde er eingreifen.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Fabriken ist das Ziel der gemäßigteren Sozialisten; die Maximalisten verlangen aber vollständige Besitznahme und Ausschaltung aller Interessen und Menschen, die in bürgerlichem Geruche stehen. Trotz der verzweifelten und bis zu einem gewissen Grade unvernünftigen Gegenwehr der Industriellen wird es wohl zu einer erzwungenen Einigung kommen, die ein Mitbestimmungsrecht irgendwelcher Art der Arbeiterschaft vorzieht. Dieser Erfolg der Arbeiterschaft darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sich eine ganz erschreckende geistige Armut in diesen Kämpfen auf seiten der Arbeiterführer gezeigt hat. Der Oberbefehlshaber, der schon genannte Abgeordnete Buozzi, hat sich in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter von „Il Tempo" in Rom als ein Mann entpuppt, dem auch die einfachsten wirtschaftlichen Probleme ein Buch mit sieben Siegeln sind.

Wenn Giolitti aus Gründen der äußeren und der inneren Politik den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht fast in den Schoß wirft, so weiß er, warum er es tut. Und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß er damit eine riesige Bloßstellung der Arbeiterführer und der Arbeiterschaft anstrebt, wenn sie sich als unfähig erweisen sollten, die ihnen überlassenen Funktionen sachgemäß auszufüllen.

Die Maximalisten haben innerhalb der Arbeiterorganisationen eine bedeutsame Niederlage erlitten, indem sie mit 182000 Stimmen Mehrheit heimgeschickt wurden. In der Arbeiterschaft haben die entbehrungsreichen Wochen unter der Fuchtel der Roten Garde und der Fabrikräte sehr ernüchternd gewirkt. Die allgemeine Folge davon wird sein, daß Herr Lenin demnächst wohl die excommunicatio major gegen die italienischen Sozialisten aussprechen wird. Die sozialistische Partei der italienischen Kammer, in der die radikalen Maximalisten den Ton angeben, kann sich als geschlagen betrachten. Der Weiterentwicklung kann man mit großem Interesse entgegensehen.

Aus der bayerischen Denkmalpflege.

Nur von einigen der wichtigsten neueren Arbeiten des rührigen bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege kann kurz gesprochen werden.

Die Kirche des nahe bei Würzburg gelegenen Heidingsfeld zeigt Basilika-Anlage, stammt im wesentlichen Teile aus romanischer Zeit, Chor und Querhaus sind gotisch. Das gesamte Innere war bis zur jetzigen Herstellung mit einer häßlichen grauen Tünche überzogen, die dem Raum etwas Trauriges gab. Jetzt hat sie einer wirkungsvollen grauen und roten Quaderung der romanischen Pfeiler weichen müssen, die Wand- und Deckenflecken sind weiß geworden. Im gotischen Teile heben sich die rot gefärbten Gewölberippen kräftig hiervon ab. Grundriß und Konstruktion treten klar vor Augen, die historische Entstehung des jetzigen Baues offenbart sich mit schöner Deutlichkeit. In dem so geschaffenen Rahmen fügen sich die reichen und wertvollen Ausstattungsstücke zu einem Bilde von harmonischer Pracht zusammen. Die schöne, angeblich von dem berühmten Hans Böblinger, dem Meister des herrlichen gotischen Turmes der Liebfrauenkirche zu Eßlingen, stammende Kanzel ist steingrau, die Figürchen daran vergoldet. Dazu hat sie einen ganz neu entworfenen achteckigen Schalldeckel erhalten, dessen Rokokostil sich dem so ganz anders gearteten Stil der Kanzel glücklich anpaßt. Das Werk ist aus braunem Holz mit vergoldeten Zierden; als Bekrönung dient eine alte Figur des guten Hirten. Eine „Vierzehnheiligentafel" wirkt gesäubert und mit ihrem Gold und Silber gegen blauen Grund prächtig. Von schlechtem Anstriche befreit und neu gefärbt wurden zwei von Tilman Riemenschneider herrührende Schnitzfiguren. Die Heidingsfelder Kirche ist übrigens berühmt durch ein herrliches Riemenschneidersches Steinrelief, das in ergreifender Schönheit die Beweinung Christi darstellt. Es ist, wie die meisten Werke jenes Künstlers, ungefärbt. Von den alten Grabsteinen sind die wertvollsten aus der Renaissancezeit ins Innere der Kirche überführt worden. Das Bild des Innenraumes erhält seinen Abschluß durch den reich geschmückten Hochaltar.

Gleichfalls nicht weit von Würzburg, schon nahe der badischen Grenze, liegt das Dorf Kirchheim. Die dortige einschiffige Kirche wurde unter Erhaltung des frühgotischen Turmes 1701 erbaut und erhielt 1785 eine in vornehmen Formen des Klassizismus gehaltene neue Inneneinrichtung. Sie war durch verständnislose Behandlung um den besten Teil ihrer Wirkung gebracht worden. Die jetzige Wiederherstellung hat den einzelnen Stücken ihren vollen Reiz, dem Innenraume sein heiteres, festliches Ansehen zurückgegeben. Hell und zart sind die aufs feinste zusammengestimmten, durch die großen Fenster mit Licht durchtränkten Farben. Von dem zartgetönten gelblichen, bläulichen, rosa Grund der Wandflächen heben sich die weißen, flach stuckierten Figuren und Ornamente in der Art ab, die man beim Wedgwood-Porzellan bewundert. Sehr schön wirkt der Blick gegen den Chor hin. Hier füllt der Hauptaltar das halbe Sechseck der Chornische. Seine Säulen sind aus grauem Stuckmarmor, die Kapitäle vergoldet. Rötliche Füllungen steigern die Wirkung. Oben ist der Altar bekrönt mit einem freien Aufbau, den eine zierliche grüne und goldene Draperie schmückt. Aus der Mitte des Altares leuchtet eine weiße Gruppe mit Christus und Magdalena, umgeben von goldenen Strahlen. Kräftig stehen hiergegen und vereinigen sich mit dem Gesamtbilde zu schönster Harmonie, die mit feinem Takte in die Ecken vor dem Chore komponierten, entzückend gezeichneten Seitenaltäre mit ihrem Grau, Rot, Gold und dem Weiß ihrer Figuren. Auch die Kanzel paßt aufs feinste zu allem übrigen. Drei Kristallüster sorgen für Beleuchtung. Wenn erst noch die Beichtstühle, das Gestühl, das Speisgitter hergestellt sein werden, so wird kein fremder Ton sich mehr in die Harmonie des Stils mischen.

Auch aus Oberbayern sind zwei hervorragend bedeutende Werke der Denkmalpflege zu verzeichnen. Das eine ist die Herstellung der Kirche von Siegsdorf bei Traunstein. Die ursprünglich gotische Kirche erlangte Bedeutung seit 1715 durch die hierher erfolgte Ueberführung des „Heiligen Hauptes" (des wunderbar erhaltenen Restes eines beim Brande von Traunstein untergegangenen Kruzifixes), wodurch die Siegsdorfer Kirche zu einer vielbesuchten Wallfahrtsstätte geworden war. Sie wurde 1779 umgebaut und erhielt eine reiche Rokoko-Ausmalung 1781 durch den Maler Soll aus Trostberg. In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dieser Schmuck teils übertüncht, teils übermalt. Nach Zeichnungen, die zum Glück kurz zuvor angefertigt waren, konnte um 1918—19 der einstige Zustand mit voller Sicherheit wiederhergestellt werden. Die Arbeiten betreffen das Aeußere, wie namentlich das Innere des Gotteshauses.

Der dekorative Gedanke, nach dem Soll gearbeitet hat, ist nun wieder in voller Klarheit erkennbar. Von dem durchgängig weißen Grunde hebt sich eine Anzahl größerer Gemälde ab, an der Decke des Kirchenschiffes, im Gewölbe und an den Wänden des Chores. Eine Fülle von Kleinschmuck in jenem großen, zeichnerischen und farbigen Reize, der den Dekorationsmalereien des Rokoko eigen ist, umkleidet sie. Hergestellt wurde auch der bildnerische und malerische Schmuck der Altäre. Das Ganze bietet das fesselnde Bild einer Kirche, in der ländliche Schlichtheit sich zu den Höhen der Monumentalität erhebt, ohne dabei an Unbefangenheit und Natürlichkeit zu verlieren.

Das großartigste Unternehmen, das die bayerische Denkmalpflege jetzt zum Abschlusse bringt, ist die Herstellung des Innern des Domes von Freising. Wer jetzt den Dom von Freising betritt, findet den pracht-

vollen Raum im neu wiederhergestellten Glanze der Schönheit, die vor zwei Jahrhunderten die Kunst der Brüder Asam ihm verliehen hatte. Das herrliche Gotteshaus sollte seine Jubelfeier in wahrhaft würdigem Gewande erleben. Ist doch der Freisinger Dom die Hauptkirche desjenigen Bistums, von dem seit der Zeit des hl. Korbinian († 724) und zumal seit der Bistumsgründung durch den hl. Bonifaz, das kirchliche und geistige Leben Bayerns seinen Ausgang nahm, um ein Jahrtausend hindurch dessen Mittelpunkt zu bleiben. Erst das unselige Jahr der Säkularisation machte diesem segensreichen Zustande ein Ende. Ruhmreich ist Freising auch als Stätte und als Gegenstand der Geschichtsschreibung. Bayerns erster Historiograph, Bischof Aribo († 784), der Verfasser der Vita Corbiniani, lebte hier; später der berühmte Bischof Otto I., der Geschichtsschreiber des mit ihm verwandten Barbarossa; der Freisinger Geschichtsforschung widmete sich der Landshuter Priester Veit Arnpeck († nach 1505); im 18. Jahrhundert endlich verfaßte der Benediktinermönch Karl Meichelbeck († 1734) seine Historia Frisingensis, die ihren Wert noch heute behauptet. — Als neuestes Erzeugnis der Freisinger örtlichen Geschichts- und Kunstforschung ist ein kleines, aber überaus wertvolles Buch erschienen, das den dortigen HH. Subregens Eugen Abele zum Verfasser hat. (Der Dom zu Freising. Ein Führer durch seine Monumente und Kunstschätze, nebst Abriß der Baugeschichte. Von Eugen Abele, Subregens des Erzbischöfl. Priesterseminars Freising. München und Freising 1919. Mit 48 Abbildungen. 96 S. 8°. Preis M 3.50.) Es ist als eine ausgezeichnete Einführung in die Kenntnis eines unserer herrlichsten Bau- und Kunstdenkmäler zu bewerten und darf gleichzeitig als eine schöne Vorbereitung auf das Bistumsjubiläum begrüßt werden. — Nur eine auf geschichtlichem, wie besonders auch auf kunstgeschichtlichem Gebiete bestens erfahrene Persönlichkeit konnte es wagen, ein Thema von solchem Umfange zu bearbeiten und seine Ergebnisse weitblickend in die vorliegende gedrängte Form zu bringen, die doch durchaus genügt, um Laien gründlich zu belehren und der weiteren Forschung Grundlage und reiche Anregung zu geben. Den ersten Teil des Buches bildet eine eingehende Beschreibung des Domes, der nicht der erste, sondern der dritte ist, welchen Freising sein eigen nennt. Er besteht seit 1161. Seine Baugeschichte reicht also bis in die Blütezeit des romanischen Stiles zurück. Seitdem hat jede Kunstepoche an der Ausgestaltung des Domes teilgenommen. Mit kritischer Schärfe verfolgt der Verfasser diese Entwicklung und bringt dabei neue Auffassungen vor, die unbedingt beachtenswert sind. Ich denke dabei z. B. an seine Vermutung von dem beim Freisinger Dom fühlbaren Einflusse der Kirche S. Michele zu Pavia. Auf Einzelheiten näher einzugehen, wie z. B. auf die in hohem Grade interessante Frage nach der Entstehungszeit der über den Seitenschiffen sich hinziehenden „Letternemporen", oder nach der angeblichen (von mir noch jetzt aus grundsätzlichen Erwägungen bezweifelten) Porträtähnlichkeit der Bildnisse Barbarossas und der Beatrix muß ich mir aus Rücksicht auf den Raum hier leider versagen. Vortreffliche Geltung verschafft das Buch der herrlichen, durch die Brüder Asam geschaffenen Barockausschmückung der Kirche. Die vorzüglichen Abbildungen zeigen das Bauwerk nebst seinen Einzelheiten, ferner die wichtigsten der auch im Text ausführlich behandelten Nebenbauten, die Bildnisse wichtiger Persönlichkeiten. — Das Abelesche Werk ist eine Jubiläumsgabe von bedeutendem wissenschaftlichen Werte, zumal aber auch erfreulich als eine der besten bisher existierenden Schriften zur bayerischen Heimats- und Denkmälerkunde. Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

„Die Barke." Mitteilungen aus der schlesischen Literatur und Künstlerwelt, katholischer Weltanschauung. Herausgegeben von Hubertus-Kraft Graf Strachwitz. Monatsschrift. Viel Wert legt scheinbar diese Zeitschrift auf kritische Bücherbesprechungen. „Die Barke" will ja vor allem die Literatur und Kunst des schlesischen Heimatlandes fördern und mit kritischen Augen begleiten. Politik soll aus der Zeitschrift ausgeschlossen sein. Man wird vor einem abschließenden Urteil die nächsten Nummern abwarten müssen. Viel guter Wille und eine gewisse persönliche Herzlichkeit sprechen aus den beiden vorliegenden Nummern zu den Lesern.
Dr. Hans Eisele.

Untergang des Abendlandes. Christentum und Sozialismus. Eine Auseinandersetzung mit Oswald Spengler. Von Dr. Goetz Briefs, Prof. an der Universität Freiburg i. Br. 8° VIII und 111 S. 7.50 M. Herder, Freiburg. Der Verfasser gibt zunächst einen kurzen Ueberblick über die Sozialismuslehre und Sozialismuskritik in den viel beachteten Werken von Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte; Preußentum und Sozialismus. Ohne ein Urteil über die Geschichtsphilosophie Spenglers abgeben zu wollen, stellt Briefs heraus, was an den Ergebnissen der Sozialismuslehre Spenglers wertvoll ist, insofern sie eine wesentliche Vertiefung dieses Problems bedeutet. Dabei werden die Quellen der Spenglerschen Aufstellungen offengelegt und in gründlicher Erörterung ihre wunden Stellen dargetan. Die Darstellung fördert die Wurzeln des deutschen Sozialismus zutage, zeigt den inneren Zusammenhang zwischen Christentum und Sozialismus und legt nach Auflösung der Aufstellungen Spenglers den Nachdruck auf die wirklichen Quellen des Heils (S. 105): Die Revolution des Herzens und der Gesinnung. die Abkehr vom endlichen Idol gleich welcher Art, die Heimkehr des abendländischen Menschen zu jenen Symbolen, die die Kultur des Abendlandes getragen haben.
O. Heinz.

Heilmaier L.: Die Gottheit in der älteren christlichen Kunst. München, 1920. Selbstverlag, 118 S., 17 Abbild., 7.50 M. Eine überaus reiche, den meisten, auch gebildeten Katholiken ungeahnte Seite des religiösen Lebens im christlichen Altertume führt diese Schrift vor in den drei Teilen: 1. Der eine Gott. Der Schöpferlogos in Literatur und Kunst. 2. Christus, der göttliche Erlöser. 3. Der Heilige Geist und die Trinität. Der Verfasser, der sich bescheiden als Nichtfachmann bezeichnet, hat durch Besuche von Kirchen, Archiven und Museen Italiens das so mannigfache Material selbst in Augenschein genommen und geprüft,dazu die Literaturquellen, primäre und sekundäre, eingehend zu Rate gezogen. Den Hauptteil der Arbeit machen die Erörterungen über die Darstellungen der zweiten Person der Gottheit aus; er zeigt insbesondere, wie die Abbildungen Gottes durch die ganze alte Zeit hindurch nur den präexistenten Schöpferlogos zu ihrem Gegenstande haben. Ein hervorragendes Verdienst des Buches liegt in der entschiedenen Auseinandersetzung des Verfassers mit dem in der Neuzeit überwuchernden Synkretismus, der überall im Christentum nur eine Sammlung verschiedener heidnischer Anschauungen und Gebräuche finden will, und der sich auch auf dem Gebiete der altchristlichen Kunstgeschichte geltend macht. So liefert die Schrift eine, und zwar nicht mindere apologetische Seite zur altchristlichen Kirchengeschichte. Die Anschauungen des Verfassers in den vielen behandelten Einzelheiten sind reiflich durchdacht und scheinen wohlbegründet. Die Darstellung liest sich trotz mancher schwierigen Partien leicht, die lateinischen und griechischen Namen und Sätze sind genügend verdeutscht. Mit dem Büchlein wird ein interessantes, bisher dem größeren Publikum schwer erreichbares Gebiet leicht zugänglich; namentlich werden Religionslehrer, Prediger, selbst wissenschaftlich tätige Theologen und christliche Künstler aus dem verdienstvollen Werke reichliche Anregungen schöpfen; auch gebildete Laien können aus demselben Freude und Förderung für ihr religiöses Leben finden Wir empfehlen dasselbe bestens.
Dr. J. Hoffmann.

C. J. A. van Bruggen: Das Reich Gottes in Sibirien. Max Rascher Verlag, Zürich 1919. 5.50 Frs. Im Verlage M. Rascher sind schon bessere Bücher erschienen als das seltsame „Reich Gottes" ohne Gott. Wir erinnern nur an Henri Barbusse, le feu. Wie kann auch ein Holländer, der keine Ahnung hat vom wirklichen Krieg, über den Krieg schreiben!? Inhaltlich strotzt das Buch von Unmöglichkeiten und Lächerlichkeiten. Es ist eine in futuristischem, stümperhaftem Stile geschriebene Utopie. Die bolschewistisch-pazifistische Tendenz hat in dem Verfasser einen ungewandten, schwerfälligen Vertreter. Das Buch lohnt die Lesung nicht und der Verlag sollte sich hüten, nur um des Titels willen solche „Werke" über Kriegsprobleme zu verlegen. Denn Verleger haben doch Kulturaufgaben!
Dr. O. Faerber.

Bühnen- und Musikrundschau.

Festspiel-Ende und Konzertbeginn. Die Festspiele in unseren drei staatlichen Theatern verliefen zur allgemeinen künstlerischen Befriedigung. Vorstellungen, die lediglich auf dem Stande des guten Durchschnittes standen, wie solche auch dem Prinzregententheater nicht immer fern geblieben sind, sind heuer, so weit wir die Aufführungen besuchen konnten, nicht bemerkbar gewesen. Auf Gastspiele von Sängern wurde ganz verzichtet mit der Ausnahme, daß für die in der ersten Festspielwoche kranke Marie Ivogün die Wiener Koloratursängerin Kiurina mit recht schönem Erfolge eingesprungen ist. Die lange währende Krankheit unseres Otto Heß hatte es zur Folge, daß neben Bruno Walter und Hugo Röhr noch verschiedene Gastdirigenten auf den Plan traten. Der berühmteste von ihnen, Muck, war für München neu. Seine ausgeprägte Individualität, verbunden mit bester Bayreuther Tradition, sicherte starke Eindrücke. Die Wiener Kapellmeister Schalk und Leo Blech von der Berliner Staatsoper begrüßte man mit Befriedigung. Zu ihnen gesellte sich noch Pfitzner, der als Interpret seines „Palestrina" zu Worte kam, welches Werk als einzige zeitgenössische Schöpfung neben den Musikdramen Richard Wagners im Prinzregententheater dargeboten wurde. Im Nationaltheater hörte man noch die Oper eines anderen zeitgenössischen Meisters unter dessen eigener Führung die „Gezeichneten" von Frz. Schreker. Der jetzt zum Direktor der Hochschule für Musik nach Berlin berufene Wiener Tondichter und Pfitzner stellen die beiden Höhepunkte und Gegensätze der letzten Jahre dar und es gewinnt den Anschein, als werde man — verbunden mit einem neuerdings forcierten Mahlerkultus — bald einer kritiklosen Ueberschätzung anheimfallen. Ich empfinde stark den Zauber der Klangwunder Schrekers und habe nichts von dem, was ich zu seinen Gunsten gesagt, zurückzunehmen; allein diese Schönheit hat etwas Schwelendes, die Farbenglut ist diejenige des Herbstes, dem kein Frühling folgt. Das Zerrissene, Widerspruchsvolle einer gärenden Zeit spielt aus Wort und Ton. Schrekers Kunst ist so zeitgemäß, daß sie den Zeitgenossen nicht gleichgültig bleiben kann; aber der „unzeitgemäße" oder besser „zeitlose" Pfitzner erscheint uns doch als der höhere; dem Genius der deutschen Seele näher, als das müde Europäertum Schrekers. — Im Prinzregententheater hat man „Parsifal" fünfmal, dreimal „Meistersinger", zweimal „Tristan" und merkwürdigerweise nur einmal den „Nibelungenring" gegeben. Das Nationaltheater brachte im Rahmen der Festspiele den neueinstudierten „Oberon", von dem unlängst die Rede gewesen ist, ferner „Hans Heiling", „Die Frau ohne Schatten" und Wolfs „Corregidor". Die Strauß-Oper scheint mir bei aller blendenden technischen Meisterschaft die „sterblichste" unter diesen Meisterwerken zu sein. Textlich genommen fühlt man sich bei ihr zu Vergleichen mit der „Zauberflöte" veranlaßt, die den Mozartzyklus eröffnete, wobei dann Schikaneders robustere theatralische Durchschlagskraft über die auf der Bühne nicht zur Geltung kommende Verskultur Hofmannsthals

liegt. Die weiteren Mozartaufführungen „Don Giovanni“ und „Cosi fan tutte“ (je einmal), zweimal „Figaro“ und „Entführung“ kamen im Residenztheater zur Aufführung, das immer der ideale Rahmen für dieselben bleiben wird, wie die alte Possart-Levische Inszenierung in ihrer Art vollkommen ist. Ich lese in auswärtigen Blättern, sie sei veraltet. Ich bestreite es. Das köstliche Rokokohaus, das Bühnenbild und die Musik bilden eine ideale Einheit, somit besteht zu Aenderungen keine künstlerische Notwendigkeit, wobei gar nicht bestritten werden soll, daß auch stilisierte Bühnenbilder in Mozartopern reizvoll sein können. Im Wagnerschen Musikdrama werden wir wohl allmählich zur Umgestaltung der Szene kommen. Die Forderungen der Zeit sind eben stärker als die Tradition. Nur wird man nicht vergessen dürfen, daß diese Dramen aus dem Geiste der Illusionsbühne heraus geschaffen worden sind und die äußere Form bei einem Kunstwerk nicht eine beliebig veränderliche „Toilette“ ist.

Das Münchener Musikleben hat drei hervorstechende Persönlichkeiten verloren. So sehr man an die Berufung Hauseggers schöne Hoffnungen knüpfen mag, so sehr ist zu bedauern, daß eine starke Persönlichkeit, wie Hans Pfitzner München wieder verlassen hat. Hermann Zilcher, der in 12 Jahren als Tonsetzer, Pianist, Dirigent und Lehrer unser Musikleben vielfach befruchtete, hat einem Rufe als Direktor der Würzburger Musikschule Folge geleistet. Auch Paul Graener, der erfolgreiche Tondichter von „Don Juans letztem Abenteuer“, in Leipzig zum Nachfolger Regers berufen, hat unsere Kunststadt verlassen. — Den Auftakt der Konzertzeit gaben einige Größen, die ihren Ruhm der Bühne verdanken und auch im Konzertsaal durch die Schönheit ihrer Stimmen hinzureißen wissen, dann kamen in kurzer Frist Männergesangvereine aus Mainz und aus Berlin. Stellt man alle Imponderabilien nationaler Art außer Rechnung, die bei der Pflege des deutschen Liedes stimmungsfördernd mitwirken, so mußte man über die Schönheit des Materials und die hohe künstlerische Schulung der Sänger geradezu erstaunt sein. Solche Sängerfahrten mögen auch zum Ansporn der künstlerischen Energien beitragen, wo solch hohe Leistungen noch nicht erzielt worden. Ueberfüllt war das Konzert, das Fritz Kreisler zugunsten der notleidenden Kinder im Odeon darbot. Lebhafte Ovationen begrüßten den Künstler schon bei seinem Auftreten. Sie galten nicht nur dem großen Geiger, den wir seit der Zeit vor dem Weltkriege nicht mehr gehört hatten, sie galten auch dem Manne mit dem warmen Herzen, das oftmals im Weltkriege die Not der deutschen und österreichischen Großstadtkinder durch reiche Geldspenden aus Amerika zu lindern gesucht und im Gegensatz zu gewissen „deutschen“ Sängerinnen, die im Dollarlande ihr Deutschtum abschwören, charaktervoll für seine Heimat eingetreten ist. Seine Vortragskunst ist blendend; er liebt Anmut und Eleganz, ohne deshalb Tiefe und Innerlichkeit vermissen zu lassen. An Frische und Feinheit haben die Jahre an Kreislers Spiel nichts verändert, wie beseelt spielte er das Vivaldische Violinkonzert C-Dur, die Grazie der alten italienischen Musik voll zum Ausdruck bringend. Nicht minder schön gab er die große schottische Fantasie des heute so unterschätzten Max Bruch, deren wechselnde Stimmungen Kreisler mit einer technischen Bravour und voller Ausschöpfung ihres romantischen Gefühlsinhaltes spielte. Die „Hymne an die Sonne“ von Rimsky-Korsakow ist von apartem Reiz. Den Schluß bildeten Kreisleriana, um mit dieser berühmten Bezeichnung des Geigers eigene Tonstücke zu nennen, die meist ein Motiv aufgreifen und in seiner Art verarbeiten, so wenn er in einem köstlichen Rondino ein Thema des jungen Beethoven mit Arabesken umkleidet, ein arabisch-spanisches Zigeunerlied (18. Jahrhundert) reizvoll variiert oder in der Caprice Viennois in rhythmischer Verfeinerung ein Walzermotiv anklingen läßt. Das wurde alles ganz hinreißend gespielt und Rauch-eisen begleitete ihn mit Feinheit und beschwingter Grazie.

Zur Frage der Kirchenmusik nahm die Hauptversammlung des Diözesan-Cäcilienvereins in München Stellung, welcher seit neun Jahren nicht mehr getagt hatte, aber nunmehr durch einen Beschluß der diesjährigen Diözesansynode wieder seine Aufgaben zur Pflege und Förderung der katholischen Kirchenmusik übernehmen soll. Die Versammlung wies einen sehr großen Besuch auf und die sehr lebhafte Aussprache zeigte allseitig starkes Interesse. Nach einer Begrüßung durch Domkapellmeister Berberich erstattete Geistl. Rat Ramlo einen knapp gefaßten, übersichtlichen Bericht über die Tätigkeit des Vereins. Hierauf hielt Berberich einen Vortrag über den Stand der katholischen Kirchenmusik von heute. Er trat dafür ein, daß die Kirchenmusik die Forderungen der Kirche berücksichtige, anderseits möchte er gegenüber wertvollen Werken, auch wenn sie nicht ganz den Vorschriften des Cäcilianismus und der Liturgie entsprechen, Nachsicht geübt wissen. Dringend notwendig sei eine bessere Ausbildung der Kirchenmusiker; auf den Lehrerseminaren und Lyzeen müsse der musikalischen Schulung größere Beachtung zugewendet werden. Er erbat Unterstützung der Bestrebungen durch die Presse und die Akademie der Tonkunst. Hofkapellmeister Becht stellte mit Genugtuung fest, daß die Klassiker nicht aus der Kirchenmusik verdrängt werden sollen und trat insbesondere für die oft verkannte Bedeutung Rheinbergers auf diesem Gebiete ein. Als Vertreter der Musikkritik sicherte Dr. J. L. Fischer die Unterstützung aller auf Hebung und Pflege der Kirchenmusik abzielenden Bestrebungen zu und machte darauf aufmerksam, daß die in Neuordnung begriffene Münchener Akademie eine kirchenmusikalische Abteilung zu errichten gedenke. In der weiteren Aussprache bekannte sich Dekan Ramlo mehr zur cäcilianischen Richtung, während Stadtpfarrer Greißl und Domkapitular Fischer sich neuen Bestrebungen nicht verschließen wollen. Auch seitens der Herren Gleitsmann, Keller, Dr. Ursprung und Zisterer wurden wertvolle Anregungen gegeben. Es wurde die Schaffung einer Diözesan-Kirchenmusikschule beschlossen. Die Wahl der neuen Vorstandschaft ergab: Vorsitzende: Domkapellmeister Berberich und Chordirektor Hörschel, Schatzmeister: Chordirektor Ritzinger, Schriftleiter: Chordirektor Schubert. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Kurssturz der Markvaluta — Neue Preissteigerungen sind die Folgen — Markflucht an den Börsen.

Unsere Markvaluta hat dieser Tage eine neue Katastrophe erlebt, in ihrer Wirkung gleich der zu Jahresbeginn. Ausgehend von offensichtlichen Spekulationsmanövern des Auslandes, Amerika voran, ist an den auswärtigen Börsenplätzen eine ungeheure Markverkaufspanik entstanden. Bedauerlicherweise und mitbestimmend trug zu dieser vermehrten Markflucht vor allem auch die Devisenhamsterei im Inlande bei. Neben grossen Ankäufen von Auslandsdevisen seitens der Regierung zum Zwecke der Regulierung für die Einfuhr von Getreide- und Futtermitteln sind es in erster Linie die Hamsterkäufe in Auslands-Noten und -Guthaben seitens der Geschäftswelt, sogar der Privatkapitalisten. Teils die Furcht vor den Wirkungen der Zwangsanleihe, teils aus Steuergründen und nicht zuletzt, weil dies eben zurzeit von der überwiegenden Zahl der Börseninteressenten „getippt“ wird, erfolgte jene scharfe Aufwärtsbewegung, in der Kurskurve der Devisen zuungunsten der ohnehin arg bedrängten Reichsmark. — **Was liegt sachlich vor?**

Tatsache ist, dass bei der demnächstigen Abrechnung im sogenannten „Clearing-Verkehr der gegenseitigen Auslandsforderungen“, Deutschland stark passiv bleiben wird. Hierfür sind auf alle Fälle bedeutende Milliardensummen von Auslandsvaluten erforderlich. Der höchst ungünstige Stand unserer Reichsfinanzen, die Unklarheit der Innenpolitik, die Zickzacktendenz der Steuerpläne, das Anschwellen der Papiergeldhochflut, dies und so manch anderes haben begreiflicherweise dazu beigetragen, das Vertrauen des Auslandes zur Wiedergeburt der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu erschüttern. Im internationalen Güteraustausch herrscht allgemeine Stockung. Deutschland exportiert zurzeit nur verhältnismässig geringe Mengen. Bedauerlicherweise ist als nächste Folge der derzeitigen neuen Entwertung der Mark — dem Friedenswert gegenüber ist der Wert der Mark auf derzeit 6 Pfennige gesunken — eine vollkommene Stockung im Preisabbau. Jede Hoffnung auf Verbilligung von Artikeln des täglichen Bedarfs kann — aller Voraussicht nach — für den Rest dieses Jahres als geschwunden betrachtet werden. Verschärft wird diese Preisgestaltung bei uns vornehmlich durch Massnahmen der ausländischen Handelskreise, vor allem in Holland und England, wegen des Kursrückganges der deutschen Valuta, Warenabschlüsse mit Deutschland nur noch in fremdländischer Valuta zu betätigen. Dadurch ist die Unsicherheit bei der Preiskalkulation der einzuführenden Waren vermehrt. Die gedrückten Hoffnungen Deutschlands auf eine einsichtsvolle Festsetzung in der Frage der Wiedergutmachungsschuld durch unsere Gegner spielen ebenfalls hierbei mit. In der Tat registrieren die deutschen Warenbörsen bereits Preissteigerungen von Lebensmitteln und sonstigen Produkten. Die Notiz für 20 Mark in Gold ist ebenfalls innerhalb Monatsfrist von ℳ 160 auf ℳ 300 gestiegen. Neben einer, Börseninteressenten, Angestelltenkreise, Kleinkapitalisten umfassenden wüsten Devisenspekulation verzeichnet die Berichtswoche auch ähnliche Orgien an den Effektenbörsen. Tägliche Kurssteigerungen von Hunderten von Prozenten sind an der Tagesordnung. Sachliche Momente, wie die Rentabilität der betreffenden Papiere, die trüben Aussichten der Gesamtindustrie, Arbeiterunruhen, Stillegungen von Betrieben, die Steuerschraube!, vermochte jenen Haussetaumel an den Effektenbörsen nicht zu vermindern.

Unvermeidlich sind bei einem Rückfall solcher Börsentendenzen Katastrophen von unangenehmster Art. Dies, im Verein mit der immer noch akuten, wenn auch hier und da verminderten Warenkrisis bildet für die nächste Zeit den Keim zu ernsten Erschütterungen innerhalb unserer Volkswirtschaft. Das schwierige Problem der Kohlenversorgung, namentlich zur Winterszeit, die Ungewissheit des Schicksals der deutschen Brüder in Oberschlesien, dann die gesamte Innenpolitik, verschärft durch den Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Wirth, bedeuten dauernde Belastungen unserer Wirtschaftszukunft. Und gerade die Länge dieses krankhaften latenten Zustandes der Wirtschaftslage bedingt Stillstand, also Rückschritt!

In jüngster Zeit konnten bei einzelnen Industriesparten belebterer Geschäftsgang, vermehrter Auftragsbestand und erhöhte Arbeitsleistung, bei einzelnen Arbeiterkategorien gebesserte Arbeitslust verzeichnet werden. Angesichts der jetzigen Stimmung jedoch müssen solche Ansätze von Belebung verschwinden und neuer Lähmung Platz machen. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.



Durch die **neue Sektsteuer** ist insbesondere der Traubensekt so außerordentlich verteuert worden, daß nur noch eine ganz geringe Anzahl Sektverbraucher in der Lage ist, sich den Traubensektgenuß zu leisten. Der von der Firma **Joseph Finck & Co., Mainz,** bereits vor dem Kriege auf Grund langjähriger Erfahrung hergestellte und allseits als hervorragend anerkannte Flaschengaer-Obstschaumwein Finck Cabinet (zuckergesüßt ohne Sacharin- oder künstlichen Kohlensäurezusatz) bietet für das halbe Geld einen sektebenbürtigen Ersatz in weinähnlicher Qualität und von außerordentlicher Bekömmlichkeit und unbegrenzter Haltbarkeit. Finck Cabinet wird wegen seines geringen Alkoholgehalts insbesondere all denen ärztlich empfohlen, deren Nerven, Herz usw. durch die Anstrengungen und Entbehrungen der Kriegszeit gelitten haben und denen der Arzt den alkoholschweren Traubensekt verbieten mußte. Dadurch wird der gewohnte Sektgenuß sowohl gesundheitlich, wie auch finanziell allen Sektverbrauchern ermöglicht. Die Firma Joseph Finck & Co., Hofl., Sektkellerei, Mainz a. Rh. übersendet auf Anfrage gerne ihren ausführlichen Prospekt über die Herstellungsweise und Vorzüge ihres Schaumweins.

Spezial-Torföfen. Für den kommenden Winter wird die Verwendung von Torf zu Heizzwecken eine große Rolle spielen. Um jedoch einen möglichst großen Nutzeffekt zu erzielen, ist vor allem ein geeigneter Ofen notwendig, denn der beste Torf wird in einem veralteten Ofen schlecht brennen. — Eine zweckmäßige Neuerung ist der Spezial-Torfofen der Wamsler-Werke, welcher in der Barerstr. 58 jederzeit vorgeführt wird.

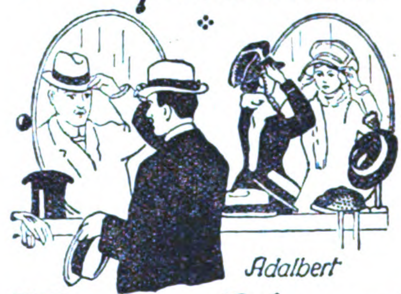




Familien-Anzeigen aus den gebildeten kath. Kreisen gehören in die „Allgem. Rdsch.".









Auf allen Bahnhöfen und in allen Hotels verlange man die „Allg. Rdsch."



Todes-  Anzeige.

Gott dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, seinen treuen Diener

den hochw. Herrn

Anton Kühbeck

Pfarrer von Bruckberg und früher Distriktsschulinspektor

nach langer Krankheit und Empfang der hl. Sterbsakramente am 15. Septbr. zu sich in die Ewigkeit abzurufen.
Um frommes Fürbittgebet wird gebeten.

Margarethenried, September 1920.

Das Landkapitel Gündlkofen.
Lor. Rottmüller, Dekan
Leop. Auchter, Kammerer.

Die letzten hl. Seelengottesdienste sind am 27. und 28. September, jedesmal um $^1/_2$ 9 Uhr in der Pfarrkirche zu Bruckberg.

Neuerscheinung!!

„Die Gottheit in der älteren christlichen Kunst."

Von **L. Heilmaier,** Kurat, München, Thalkirchnerstr. 11/II, Selbstverlag, illustr. 118 Seiten. — Preis **M. 7.50.**

Der reiche Inhalt der eben erscheinenden Monographie über diesen schwierigen Gegenstand wurde, wie die Einleitung andeutet, in den Archiven und Museen Italiens erarbeitet. Ihr Studium bringt dem Theologen, selbst dem praktischen Katecheten, wie dem christlichen Künstler grossen Gewinn. Die ungeheuere angezogene Literatur mehrerer Sprachen zeigt, wie sich schon Jahrhunderte an den besprochenen Problemen abmühten. Unter den beigegebenen Bildern sind mehrere wenig bekannt. Ist schon die gründliche Auseinandersetzung des Verfassers mit den von der Entwicklungstheorie befangenen Archäologen hochinteressant, sowie der literarische Beweis, dass fast im ganzen 1. Jahrtausend innerhalb der kirchlichen Kunst eine Darstellung der Gottheit an sich unmöglich war, so erregen unser grösstes Interesse die Kapitel über den präexistenten Schöpfer-Christus, der erst mit dem Aufhören des symbolischen Denkens in der Renaissance aus der Kunst entschwindet. Heilmaier ist der erste, der sich mit dem Problem ausführlich beschäftigt, uns einen Einblick gewährt in die grossartige christozentrische Kunstauffassung des christlichen Altertums und Mittelalters und hat damit offenbar, Wilpert und Kaufmann mehrfach entgegentretend, einen Weg gewiesen zur Lösung mancher ikonographischer Rätsel. Dann lässt die Schrift nach dem neuesten Stand der Forschung die Darstellungen des Erlösers an uns vorüberziehen, die Symbole (Fisch, Hirt, Lamm, Eucharistie, Lichtsymbolik), einen Zyklus des Lebens Jesu, sowie die verschiedenen Christustypen, wobei das grosse Kapitel vom erhöhten Christus den Formenreichtum der nachkonstantinischen, besonders der byzantinischen Kunst offenbart. Jedes Kapitel wird dabei ungezwungen zu einer Apologie und zeigt uns den lebendigen Glauben jener Jahrhunderte, der uns heute wieder so nottut. Sehr wertvoll sind auch die Kapitel über den Hl. Geist und die Trinität. Ein grosses Wagnis hat der Verfasser unternommen bei den gegenwärtigen ungeheuren Druckkosten. Der Klerus, die christlichen Künstler, die gebildeten Laien werden ihn nicht im Stiche lassen, die Beschaffung des Werkes wird sie nicht gereuen.

Vom gleichen Verfasser:

„Die Kirche St. Zeno in Isen und die Geschichte der dortigen ehem. Stiftsschule." M. 2.50, 68 Seiten, 18 Illustr. — „Die billige, reich illustr., mit grosser Sachkenntnis und Wärme verfasste Schrift ist für den Klerus eine wertvolle Anregung und Anleitung zur Beschreibung von Heimatkirche und Heimatschule, sie verdient alle Anerkennung und weiteste Verbreitung." (Amtsblatt der Erzdiözese München-Freising, 1920, Nr. 15, 5. August.)

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 205 20. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland ℳ 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile ℳ 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile ℳ 5.—.
Beilagen: ℳ 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 40 München, 2. Oktober 1920. XVII. Jahrgang.

Der Würzburger Vertretertag der katholischen Verbände Deutschlands.

Von Alois Fürst zu Löwenstein, Kleinheubach.

Der Wunsch vieler deutscher Katholiken nach einer Generalversammlung alten Stils konnte auch in diesem Jahre nicht erfüllt werden. Keine Stadt Deutschlands kann heute Tausende Zugereister aufnehmen und tagelang ernähren. Wenn aber die Verteuerung des Verkehrs die Zahl der auswärtigen Teilnehmer so beschränkt hätte, daß ihre Versammlung an einem Orte wohl möglich gewesen wäre, so wäre eben eine richtige große Generalversammlung, wie wir sie vor dem Kriege gewohnt waren, nicht zustande gekommen. Die Massenbeteiligung gehörte zur Erscheinung jener Veranstaltungen und war mitbestimmend für ihren Erfolg. Diese Erwägungen bewogen das Zentralkomitee, von der Einberufung einer „Generalversammlung" abzusehen und dafür alle katholischen Verbände Deutschlands einzuladen, Vertreter zu gemeinsamer Beratung zu entsenden. Für die Wahl Würzburgs war die zentrale Lage bestimmend und die herzliche Bereitwilligkeit der geistlichen und weltlichen Behörden dieser schönen Stadt, dem Vertretertag Gastfreundschaft zu bieten.

Die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands hatten jeweils ihr reich bemessenes Arbeitsprogramm. Aber dessen Erledigung mußte naturgemäß zurücktreten hinter dem augenfälligen Charakter einer öffentlichen Glaubenskundgebung, einer „Heerschau" der deutschen Katholiken. In Würzburg sollte die Arbeit die Hauptsache sein und nur eine öffentliche Schlußversammlung den Stempel der Kundgebung tragen. Dabei mußte es der Sachlichkeit der Arbeit zugute kommen, daß ausgewählte Vertreter der die praktische Arbeit leistenden Verbände zur Beratung zusammenkamen, während bei den früheren Katholikentagen jedem mit einer Mitgliederkarte versehenen Besucher die Teilnahme an den Beratungen der Kommissionen und sog. geschlossenen Versammlungen frei stand. War dort die Zusammensetzung der beratenden und beschließenden Versammlungen oft eine recht zufällige, so kann der Würzburger Tag als ein Kongreß von Fachmännern bezeichnet werden. Eine ähnliche Beratung hat während des Krieges im Herbst 1916 in Frankfurt stattgefunden. Doch war damals die Vertretung aller Verbände nicht so grundsätzlich durchgeführt, es war mehr eine Sitzung des ad hoc erweiterten Zentralkomitees.

Würzburg hat also etwas Neues geboten. Und um es gleich zu sagen: wie jeder erste Versuch hatte auch dieser seine Mängel. Obwohl das Zentralkomitee nur einige der wichtigsten Zeitprobleme herausgriff, hat es deren doch noch zu viele zur Beratung gestellt. Auch haben einzelne Berichterstatter — das sei ihnen wahrhaftig nicht zum Vorwurf gemacht — ihren Vortrag etwas zu erschöpfend und rednerisch reich gestaltet. So kam es, daß für die Aussprache über das Gehörte nicht immer genug Zeit übrig blieb. Sollten künftig wieder Vertretertage abgehalten werden, so muß entweder die Zahl der Vortragsgegenstände noch mehr beschränkt oder es müssen drei Tage der Arbeit gewidmet werden.

Mit dieser kleinen Einschränkung darf Würzburg als guter Erfolg gebucht werden. Von einem „äußeren Bild" der Tagung ist nicht zu reden — kein Fahnenschmuck, kein Menschengetriebe. Das war gut so. Festliches Gepränge paßt nicht für uns. Aber die katholische Arbeit Deutschlands war durch ihre Führer und besten Köpfe, auch zahlenmäßig, sehr gut vertreten. Und als erfreuliches Zeichen konnte es begrüßt werden, daß Glaubensbrüder aus dem Ausland nach Würzburg geeilt waren. Daß sie nur aus Staaten kamen, die sich in gerechter Neutralität dem Völkerringen und dem Völkerhaß ferngehalten haben — Spanien, Holland, Schweiz — das kann leider nicht verwundern. Aber nein, auch ein Deutschamerikaner aus den Vereinigten Staaten hat den Mut gehabt, zu uns zu kommen. Sie alle werden nicht den Eindruck heimgetragen haben, unter Barbaren gewesen zu sein.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen ergreifenden Vortrag des Prälaten Dr. Pieper über den christlichen Gemeinschaftsgedanken. Für alle alten Bekannten und Freunde dieses ehemaligen Generaldirektors des katholischen Volksvereins war es eine Ueberraschung, zu hören, wie aus dem kritisch-nüchternen Sozialpolitiker ein heißfühlender, begeisterter Verehrer der Caritas geworden ist, der in einer Wiedergeburt der kindlichen Menschenliebe eines hl. Franz von Assisi die Rettung der Menschheit aus dem intellektuellen Materialismus unserer Zeit zu suchen gelernt hat. Ein ähnlicher Gedankengang zeigte sich in mehreren Vorträgen der beiden Tage. So besonders in der Rede des Stadtpfarrers Knebel (Freiburg i. B.) über Fragen der inneren Mission und in den Vorträgen der Herren Gymnasialdirektor Dr. Kortz (Cöln-Nippes) und Generaldirektor Dr. Kreutz (Berlin) über die Bestrebungen nach Verweltlichung der Caritas, aber auch in den besonders zu Herzen gehenden Ausführungen von Frl. Eikeboom (Paderborn) und Frl. Marie Buczkowska (München) über Erneuerung und Schutz der Jugend.

Gottesliebe und aus ihr entspringende Nächstenliebe können allein die Wunden der Menschheit heilen, nicht ein Caritas-Ersatz intellektuell ausgeklügelter Wohlfahrtseinrichtungen — das war der Ton, der in diesen Reden und wiederholt auch in der Aussprache anklang. So sehr, daß der Altmeister christlicher Sozialpolitik, Prälat Dr. Hitze, im Laufe der Diskussion einmal bat, man möge doch des Wertes und der Erfolge der Sozialpolitik nicht ganz vergessen.

Im Anschluß an den wirkungsvollen Vortrag des Erzabtes Norbert Weber von St. Ottilien verkündete der Vorsitzende unter demonstrativem Beifall der Versammlung einen Beschluß des Missionsausschusses, der in ernsten Worten Verwahrung einlegte gegen eine Rede des Kardinal-Erzbischofs Bourne von Westminster, in der dieser hohe Kirchenfürst am 31. Juli zu Liverpool das Vorgehen der britischen Behörden gegen die deutschen Missionare gebilligt hat.

Besonders lebhaft und von praktischem Werte war die Aussprache, die sich an das Referat des hochverdienten Geheimrats Dr. Marx über Elternvereinigungen und Schulstreik anschloß. Die vom Redner aufgestellten Leitsätze über den Umfang der Zulässigkeit des Schulstreiks wurden im großen und ganzen gebilligt und werden für die Zukunft wertvolle Richtlinien bieten.

Ueber die bei den bisherigen Einzelkatholikentagen gemachten Erfahrungen, und was wir für deren fernere Gestaltung daraus lernen können, hat Chefredakteur Dr. Höber von der K. V. in formvollendeter Rede ausführlich berichtet. Auch hier brachte die Aussprache ein nutzbares Ergebnis.

Den ersten Abend füllte ein der Oeffentlichkeit zugänglicher Lichtbildervortrag des Professors Dr. Reiners (Bonn) über Probleme moderner christlicher Kunst. Die von tiefer Religiosität getragenen, hochinteressanten Ausführungen begegneten stellenweise Widerspruch der Zuhörerschaft, was bei diesem schwierigen Thema nicht verwundern kann. Allgemeine Zustimmung fand gewiß der Leitgedanke, daß vollendetste Können

des Künstlers noch kein Werk christlicher Kunst schaffen kann, wenn es nicht aus gläubigem und frommem Gemüt geboren wurde.

Ein für den gleichen Abend vorgesehener Vortrag des Geh. Reg.-Rats Dr. Dyroff (Bonn) über das Verhältnis der Katholiken zur Neuentwicklung der Literatur mußte in die öffentliche Versammlung verlegt werden, mit der die Tagung ihren Abschluß fand. Die glänzende Rede hat dort ein ebenso dankbares Publikum gefunden wie die des Prof. Dr. Wunderle (Würzburg) über Katholizismus und Erneuerung unseres Volkes, in ihrer Art ein Gegenstück zu Piepers einleitendem Vortrag.

Dieser öffentlichen Versammlung wollte das Zentralkomitee einen Vorsitzenden geben, dessen Person und Namen schon die Ueberlieferung der großen Generalversammlungen verkörperte. Keiner unserer katholischen Volksgenossen war dazu besser geeignet als Geheimrat Dr. Porsch, der sich mit Recht als Veteran der Generalversammlungen bezeichnen durfte. In seiner auch die politische Lage Deutschlands streifenden Rede richtete er den Blick der Versammlung zunächst auf die Geschichte der Katholikentage, um dann auf die Entwicklung der römischen Frage überzugehen und mit einer begeisterten Apotheose der Kirche und mit Worten der Huldigung an Papst Benedikt zu schließen. Durch den Mund ihres Präsidenten, wie schon in einem Ferngruß an den hl. Vater hat der Würzburger Vertretertag auch zu der Forderung nach Völkerversöhnung und nach Zusammenschluß der Katholiken aller Länder in der für uns Deutsche würdigsten Form Stellung genommen, indem er sich rückhaltlos zu der päpstlichen Enzyklika vom Pfingstfest dieses Jahres bekannte.

Die Beratungen des Vertretertages haben in einem zusammenfassenden Beschluß ihren Niederschlag gefunden. Er verdient es, auch an dieser Stelle veröffentlicht zu werden:

„Der in Würzburg am 14. u. 15. September 1920 zum ersten Male nach dem Weltkrieg versammelte Vertretertag der katholischen Organisationen Deutschlands gedenkt in innerster Teilnahme an dem schweren Geschick unseres Volkes der zahllosen Toten, die für Volk und Vaterland ihr Leben dahingaben. Scheinen auch jetzt vorerst diese ungewöhnlich großen Opfer zurückzutreten vor der Wucht der Ereignisse seit der Revolution, so hoffen wir in unbeugsamem Gottvertrauen, daß sie dennoch nicht umsonst gebracht worden sind, sondern in späterer Zeit uns zum Heil und Segen gereichen werden. Wir erkennen es als erstes und dringendstes Gebot der Stunde, den organischen Gemeinschaftsgedanken aus dem tiefsten Geiste des Christentums heraus heute wieder zu verkündigen und den rechten Gemeinschaftsgeist der Bruderliebe, wie Christus sie verkündigt und vorgelebt hat, mit allen Mitteln im privaten und öffentlichen Gemeinschaftsleben zu pflegen, weil nur davon die Heilung der Not unseres Volkes und die Anbahnung einer besseren Zukunft erwartet werden kann.

Im einzelnen betont der Vertretertag besonders die Notwendigkeit eines ausgedehnten Laien-Apostolates bei den ungemein schweren Aufgaben der heutigen Seelsorge, damit der Klerus durch die Mithilfe der Laien in der Vereinsarbeit Arbeitskräfte erhält und dadurch für viele Arbeiten eigentlicher Seelsorge freier wird. Der Bonifatiusverein hat angesichts der großen Notlage der Katholiken in der Diaspora heutzutage eine erhöhte Bedeutung erlangt, darum folgt der Vertretertag freudigst der eindringlichen Mahnung der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands und empfiehlt aufs wärmste die Förderung des Bonifatiusvereins als höchste Pflicht des katholischen Deutschlands. Unsere vom Kriegsschicksal aufs schwerste betroffene und für ihre Zukunft aufs höchste gefährdeten auswärtigen Missionen bedürfen nächst einer dauernden Unterstützung der Missionshäuser und der Sorge für die Missionen zumeist und zuerst eines gewaltigen Appells, in dem das gesamte katholische Volk die Rückgabe der deutschen Missionsgebiete und die Rückkehr der vertriebenen Missionäre im Namen der Gesamtheit verlangt. Der Vertretertag fordert die katholischen Väter und Mütter auf, sich im Rahmen der katholischen Schulorganisation, in den Pfarreien zu Elternvereinigungen ohne Beitragspflicht zusammenzuschließen, die ihre Aufgaben darin erblicken, im Verein mit der Geistlichkeit und der Lehrerschaft ihre Rechte auf die katholischen Schule zu wahren, zur Förderung des Schulwesens aufbauende Arbeit in allen Schul- und Erziehungsfragen zu leisten und dafür zu sorgen, daß katholische tüchtige Eltern in die amtlichen Elternvereinigungen hineingewählt werden.

Der Vertretertag anerkennt das Recht und die Pflicht des Staates und der Gemeinde zur Pflege der Volkswohlfahrt. Wir fordern aber ebensosehr mit unseren hochwürdigsten Bischöfen für jeden einzelnen wie für die Vereine und religiösen Genossenschaften die uneingeschränkte Freiheit der caritativen Betätigung. Wir fordern dies umsomehr, als durch die wirtschaftliche Umschichtung die Träger und Geber der Caritas zum großen Teile andere geworden sind. Als Gegenwartsaufgabe ist ein starker Ausbau der Caritas (Caritasverband) notwendig und hieran anschließend eine eingehende Fachschulung von Caritaspflegern und -pflegerinnen. Vor allem weist der Vertretertag auf das Neuland des verarmten Mittelstandes hin und wünscht eine Vertretung und Verankerung der Caritas auch in der Arbeiterschaft. Er empfiehlt nicht an letzter Stelle eine innigere Verbindung in der Caritasarbeit mit unseren Glaubens- und Volksgenossen außerhalb des Vaterlandes, insbesondere auch in der Betreuung der katholischen Auswanderer.

Der Vertretertag nimmt mit freudiger Anerkennung der geleisteten Arbeit Kenntnis von den zahlreichen Einzelkatholikentagen, die auf die Anregung des Zentralkomitees hin während der letzten zwei Jahre überall im ganzen Lande gehalten worden sind. Er bittet deren Leiter, sich nach Möglichkeit zu Diözesankomitees zusammenzuschließen und in dieser die Zeit, den Ort und die Reden der einzelnen Tagungen nach einem Gesamtplan zu ordnen.

Vom gegenwärtigen Würzburger Vertretertag mögen insbesondere die Anregungen bezüglich des Laienapostolats, der sittlichen Erneuerung von Familie und Volk, der Verbindung von Schule und Elternhaus in einheitlicher Arbeit auf den Einzelkatholikentagen weiter erörtert und zum Gegenstand ihrer Reden und Beratungen gemacht werden."

Eine katholische Tageszeitung schreibt über den Abschluß der Würzburger Tagung: „In allen Teilnehmern erwachte bei den herrlichen Reden die Sehnsucht nach baldiger Wiederkehr der großen allgemeinen Katholikentage, und am Schluß der Versammlung waren Optimisten der Auffassung, daß diese Abschlußversammlung der Würzburger Tagung als die Ouvertüre zu einer großen Generalversammlung im alten Stile betrachtet werden könne."

Möge dieser Wunsch bald in Erfüllung gehen. Erlauben es die Verhältnisse im nächsten Jahre noch nicht, so werden wir, so Gott will, wieder einen Vertretertag der katholischen Verbände abhalten. Würzburg hat gelehrt, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind. Der Wunsch, den ich selbst bei Eröffnung des Vertretertages ausgesprochen: die Würzburger Tagung, so klein und bescheiden sie in ihrer äußeren Form erscheine, möge zum Ausgangspunkt der geistigen Gesundung des deutschen Volkes werden — dieser Wunsch kann in Erfüllung gehen, wenn alle Teilnehmer und alle, zu denen der Würzburger Geist dringt, mit Gott weiterbauen auf dem Grunde, der in Würzburg gelegt wurde.

Beiträge zur oberschlesischen Frage.

Von Jos. Mosler, Ratibor.

(Schluß.)

Unstreitig ist die oberschlesische Frage nichts anderes als ein Beweis für den großpolnischen Imperialismus, der unersättlich einen fetten Bissen nach dem anderen verschlingen will.

Das reiche Land mit seiner erstklassigen Industrie, mit seinen großartigen Kohlenförderungen, seinen hochmodernen Städten, seiner trotz aller industriellen Anlagen nicht vernachlässigten Landwirtschaft, es soll nun der Retter in Polens höchster Not werden; es soll ausgesaugt werden bis zum letzten Tropfen Blut, um wesensfremden Elementen, einem verwahrlosten, Daseins unfähigen Volke die Existenzmöglichkeit zu bieten. Das freie oberschlesische Volk soll seinen Nacken beugen, um die Schulden und Lasten einer ganzen Nation zu tragen, soll mit seiner schwieligen Hände Fleiß und Schweiß imperialistischen Machthunger eines fremden Volksstammes stillen. Nie und nimmer werden wir das, solange es ein Oberschlesien gibt, solange unser Oderstrom seine Wasser frei und stolz durch deutsche Lande zu deutschen Landen führt!

Großpolnische Agitatoren lügen, in Oberschlesien unterdrücke man polnische Sitte, polnische Sprache. Jeder Schlesier weiß, daß das hierzulande geredete Jargon kein rechtes Polnisch mehr ist, daher die Bezeichnung „Wasser-

polnisch". Wie stolz aber jeder Bauer war, daß sein „sczynek", sein Junge Deutsch lernte, Deutsch sprach, auf ein deutsches „Gymnaseo" ging, dort etwas Tüchtiges, vor allem deutsche Kultur lernte, das kennt jeder Vertraute aus Erfahrung! Und der junge Mann fühlte sich als guter Deutscher und hatte für den „Polacken" von jenseits der Grenze nichts übrig. Ich werde es nie vergessen, wie meine wackeren oberschlesischen, zum großen Teil polnisch sprechenden Kameraden noch auf dem Rückmarsch durch die von den Rumänen besetzten Dörfer und Städte — sogar nach der Revolte am 9. November 1918 — begeistert „Die Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über alles" anstimmten, so daß die uns feindlich gesinnten Rumänen uns ruhig und mit sichtlicher Rührung vorbeiziehen ließen. Und das sind die gleichen Leute gewesen, deren „Sprache unterdrückt", die „geknechtet und geknebelt" wurden!

Wie es nun mit der von den Polen geforderten „polnischen Schule" bestellt gewesen ist, lehrt die Tatsache, daß die Bauern, als sie voriges Jahr vor die Wahl gestellt wurden, ihren Kindern Unterricht in deutscher oder polnischer Sprache erteilen zu lassen, zum großen Teile sich sofort, der Rest einige Zeit später gleichfalls für die deutsche Sprache entschieden.

Auch aus dem Sprachenproblem können wir also die Unverantwortlichkeit erkennen, mit denen gewissenlose Elemente die Köpfe verwirrten und blutigen Haß in die sonst friedsame oberschlesische Bevölkerung säeten. Leider müssen wir zu jenen Elementen auch einen Teil der oberschlesischen Geistlichkeit rechnen, die in blindem Fanatismus ihr von Gott verliehenes Amt in den Dienst nationalistischer Verhetzung stellt. Man mißbraucht selbst die Religion und die kirchlichen Lehren zu Agitationszwecken, indem man zwischen einer deutschen Kirche, die ketzerisch wäre, und einer polnischen, einzig wahren Kirche unterscheidet. Ein während des Krieges gut deutscher Pfarrer mit einem schön klingenden deutschen Namen — in einem Dorfe des Kreises Kosel — verstieg sich sogar zu der Behauptung: die Lourdes-Muttergottes, die ihm zu „deutsch" (!) aussah, wäre nicht die rechte, die Parochie sollte fortan zu der polnischen hl. Maria von Czenstochau beten (vgl. „Schwarzer Adler", 2. Jahrg. Nr. 51).

Eine ganz üble Rolle spielt der schon vorhin erwähnte Pfarrer Kapitza-Tichau. Im „Tag" schrieb derselbe Herr noch 1916:

„Die Oberschlesier .... wissen, daß auch die Errichtung des Königreichs Polen an dieser Zugehörigkeit (Oberschlesiens zu Preußen) nichts ändern kann, weil Oberschlesien rechtlich, wirtschaftlich und kulturell unzerreißbar mit Preußen verbunden ist."

Heute ist Erzpriester Kapitza einer der fanatischsten Allpolen und eine der unrühmlichsten Erscheinungen im Priesterrock. Wir wollen nun durchaus nicht leugnen, daß es unter jenen polnischen Schwärmern, ob Theologe oder Nichttheologe, auch Idealisten gibt. Man glaubt eben, nur im Polentum verkörpere sich wahrer Katholizismus, der Deutsche sei höchstens ein besserer Protestant oder gar ein Atheist. In dieser hohen Meinung, die man vom polnischen Katholizismus besitzt, werden jene Kreise durch die rege Anteilnahme des Papstes an den Geschicken der Polen noch bestärkt. Von jenen Fanatikern wird jedes Wort des Hl. Vaters, das er für Polen spricht, gegen das Deutschtum und für den polnischen Imperialismus in empörender Weise ausgenützt. Es wird von ihnen so dargestellt, als ob der Papst nur von der Güte des polnischen Katholizismus überzeugt sei und nur für ihn Worte des Lobes habe. Das vom Hl. Vater angeordnete Tedeum für den Sieg Polens wird nicht als Dank für den Sieg über den Bolschewismus, sondern als Ausdruck der päpstlichen Freude über den Sieg des allpolnischen Nationalismus gedeutet. Darum ist in deutschen katholischen Kreisen Oberschlesiens vielfach der Eindruck entstanden, daß Rom von polnischer Seite ganz einseitig informiert sei, um so mehr als auch gegen den Ausschluß des Kardinalfürstbischofs Dr. Bertram-Breslau aus dem oberschlesischen Teil seiner Diözese, den er gar nicht betreten darf, von Rom aus kein Wort des Tadels oder Einspruchs erfolgt ist. Unleugbar ist jedenfalls die Tatsache, daß die Polen die Teilnahme des Papstes für ihre Sonderzwecke ausnützen. Frohlockend berichtete die Wochenschrift „Polen" in Nr. 18 des 1. Jahrganges unterm 30. April 1915:

„Der Papst will, daß seine Wünsche und Gebete als neuer Beweis seiner tiefgefühlten Liebe dem gesamten Polentum, mag es zu Oesterreich, Deutschland oder Rußland gehören, zum Segen gereichen ..... Der Hl. Vater erfleht für das ganze vielgeliebte Polen die Fülle der himmlischen Hilfe und erteilt allen jenen, die durch Gebet und Gaben das Los der Polen erleichtern werden, ... seinen besonderen Segen."

Wir wollen uns durchaus nicht unterfangen, an der Politik der Kurie irgendwelche Kritik zu üben. Trotzdem müssen wir konstatieren, daß die Haltung des Papstes hier auf ängstliche Gemüter großen schmerzlichen Eindruck gemacht hat.

All den Quertreibereien, der systematischen Verhetzung und der mit Geld gutgelohnten Agitation steht der deutsch denkende Teil der Bevölkerung leider nur zu oft recht passiv gegenüber. Der „deutsche Michel" zeigt sich auch bei uns in vollster Einfalt. Zu unserem größten Bedauern aber müssen wir es konstatieren, daß gewisse Elemente, die früher nicht laut genug „Hurra" brüllen konnten, jetzt gänzlich versagen. Hotels, Banken, große Häuser werden an die Polen verschachert, ganze Zeitungen an polnische findige Köpfe verkauft. Ich erinnere nur an die „Kreuzburger Zeitung" und ganz besonders an die „Oberschlesische Grenzzeitung", die jetzt als eines der gehässigsten Polenblätter den Kampf nicht ohne Erfolg gegen Deutschland aufgenommen hat.

Die deutschfühlende Geistlichkeit trägt zwar ein untadelhaft korrektes Verhalten zur Schau, es wäre jedoch hier und da angebracht, aus dieser Passivität herauszutreten. Einige beherzte Männer haben es auch schließlich getan und gegen allzu weitgehende Anmaßungen der polnischgesinnten Elemente, insbesondere gegen die jedem religiösen Empfinden hohnlachende Tätigkeit gewisser landfremder und auch einheimischer Priester energischen Protest erhoben. Ich erinnere nur an Pfarrer Rassek-Tarnowitz, der als ehrlicher begeisterter Deutscher sein deutsches Vaterland energisch gegen maßlosen Polonismus verteidigt. Vor mir liegt Nr. 445 der katholischen „Schles. Volkszeitung" vom 7. September 1920. Da schreibt „ein erfahrener älterer Landpfarrer ... aus einem der ärgsten Aufstandsbezirke Oberschlesiens" einen Artikel: „Wild-West in Oberschlesien", in dem er die grauenvollen Zustände, die insbesondere durch den letzten polnischen Augustaufstand geschaffen wurden, schildert; sie zeugen von einer grenzenlosen Verwilderung von Religion und Sitte, und diese Verwilderung fällt größtenteils aufs Konto der polnischen Priester, vielfach fremde Geistliche, mitunter moralisch tiefgesunkene Menschen."

Angesichts der geschaffenen Lage und des planmäßigen Mißbrauchs des Priesterstandes durch polnische Geistliche wird der Herr Kardinal schließlich gezwungen, aus dem passiven Verhalten zu energischer Abwehr hervorzutreten. Die Gefahr, die aus jener durchaus unchristlichen Tätigkeit gewisser polnischer Priester für das Ansehen und die Existenz unserer hl. Kirche droht, darf nicht unterschätzt werden. Solchen Hetzern müßte im religiösen Interesse jede verhetzende Agitation selbst unter Androhung der schärfsten kirchlichen Strafmittel untersagt werden.

Wir wollen uns gleichfalls nicht erkühnen, an dem Verhalten unseres Breslauer Oberhirten Kritik zu üben, aber wir müssen doch auf gewisse verderbliche Umstände hinweisen, um eventuell ihre Beseitigung zu erreichen. Wir tun das mit um so ruhigerem Gewissen, als an der treudeutschen Gesinnung seiner Eminenz nicht zu zweifeln ist. So führte Generalvikar, Domherr Blaeschke-Breslau, in einer Versammlung aus:

„Der Herr Fürstbischof hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er davon überzeugt ist, Oberschlesien ist für Deutschland notwendig, Oberschlesien ist für Schlesien unentbehrlich, und die Verbindung von Oberschlesien mit Schlesien und Deutschland ist für Oberschlesien selbst Lebensbedingung. Der Herr Fürstbischof wird dafür eintreten, daß Oberschlesien bei Schlesien bleibt und ganz Schlesien ungeteilt beim alten lieben deutschen Vaterlande, an das wir in dieser Stunde der Not und in seinem Elende uns fester anschließen wollen als je."

So beurteilt die deutschgesinnte katholische Geistlichkeit die oberschlesische Frage. Es ist also eine arge Verdrehung der Tatsachen, wenn von gewissen Seiten gegen die ganze katholische Priesterschaft in Oberschlesien polemisiert und über jeden Mann im katholischen Priesterkleid der Stab gebrochen wird.

Einer Annexion Oberschlesiens durch Polen widerspricht auch der „Freistaatgedanke", der als dritte Möglichkeit zur Lösung des polnischen Problems auftaucht. In der Propagierung der Erkenntnis, daß Oberschlesien kein polnisches Land ist, liegt das große, aber auch einzige Verdienst dieser Idee, die freilich jeder historischen, politischen wie ökonomischen Grundlage entbehrt. Es würde einen gewaltsamen Bruch der geschichtlichen Entwicklung bedeuten, wollte man Oberschlesien jetzt zum autonomen Staat erheben. Oberschlesien war während der gesamten europäischen Geschichte nie ein Freistaat, gehörte entweder, und

zwar die längste Zeit, zum alten Deutschen Reiche oder zu Polen. Es verrät ferner den Mangel an politischem Weitblick und eine völlige Verkennung der gegenwärtigen Völkerpolitik, wenn man immer noch weiter in der Balkanisierung des Ostens fortfährt und hier immer noch neue Staatengebilde schafft, welche nach dem berüchtigten Muster der Balkanstaaten in gegenseitigem Neid und Haß sich verzehren würden. Ist man wirklich von dem etwas allzu kindlichen Glauben befangen, daß Polen oder Deutschland nach Konsolidierung der augenblicklichen Verhältnisse einen in der Luft schwebenden Freistaat Oberschlesien dulden werden oder auch nur können? Will man den Freistaatgedanken gar noch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte kritisieren, so erleidet er das ärgste Fiasko. Wir haben wohl eine reiche Industrie, aber keine genügend große Landwirtschaft. Wir wären daher in jeder Hinsicht vom Auslande abhängig und fremder Knebelung ausgesetzt. Zudem steht der weitaus größte Teil der Bevölkerung dieser Idee völlig fremd gegenüber. Erstrebt der „Bund der Oberschlesier" einen ganz unabhängigen Freistaat, so will die „oberschlesische Volkspartei", die Korfanty zur Sprengung der Zentrumspartei in Oberschlesien gründete, ein autonomes Oberschlesien unter polnischer Oberhoheit. Daß eine solche Lösung gleichfalls nicht im Sinne deutschgesinnter Oberschlesier liegen kann, braucht erst nicht gesagt zu werden. In Polen steht man dem Freistaatsgedanken, wie ihn der „Bund" vertritt, völlig skeptisch gegenüber. Man brüste sich daher im „Bunde" nicht mit der „zahlreichen" Gefolgschaft bei Deutschen und Polen.

Im übrigen ist dieser „Bund der Oberschlesier" geradezu ein Verbrechen am oberschlesischen Volke. In all den Haß wird noch ein neuer Gegensatz getragen und der Entente und den Polen die Politik leichter gemacht. Ich bin überzeugt, daß recht wenige polnisch sprechende Oberschlesier dem „Bunde" angehören, um so mehr die zur Eigenbrötelei neigenden bezipfelmützten Deutschen. Den Deutschen wird hierdurch eine vielleicht ausschlaggebende Stimmenzahl geraubt, und so müssen im Verhältnis die Aussichten der Polen steigen. Dem „Bunde" aber ist damit gar nicht gedient, da er nie eine Stimmenzahl erreichen wird, die zur Durchführung seiner Ideen führen kann. Uns in Oberschlesien kann jetzt keine Standes- und Parteipolitik retten, uns hilft nur das Zusammengehörigkeitsgefühl, das uns mit unseren deutschen Brüdern im Reich umschlingt.

Anders verhält es sich mit der **Autonomie Oberschlesiens** im Verbande des Deutschen Reiches. Diese Bewegung findet vor allem im katholischen Lager weitesten Anhang. Es wäre politisch sehr klug, wenn man von Berlin aus irgendwelche praktische Zugeständnisse machte, man scheint aber dort den Ernst der Lage total zu verkennen. Freilich ist es verurteilenswert, wenn einzelne ihre deutsche Gesinnung von der Erteilung der Autonomie abhängig machen. Im übrigen aber widerspricht die Autonomiepolitik des Zentrums in Oberschlesien den unitarischen Bestrebungen des Zentrums im Reiche.

Noch steht ganz Deutschland unter dem Eindrucke der letzten Polenunruhen in Oberschlesien. Noch erinnern wir uns mit Schrecken an die wahnsinnigen Mord- und Schandtaten fanatisierter Buben und Räuber. Mit deren Anführern wurde verhandelt! In ehrlicher Friedensliebe um „jeden Preis", die uns in den Weltkrieg und in das jetzige Elend hineingestoßen hat, suchen wir auch hier in Oberschlesien eine „Verständigung" mit Elementen, die das Kainszeichen an der Stirn tragen, mit denen zu verhandeln von vornherein aussichtslos sein muß. Der Erfolg konnte auch nicht ausbleiben. Zunächst haben die Polen alles erreicht, was sie wollten: sie haben die deutsche Bevölkerung eingeschüchtert, sie haben die Macht in den Händen, sie haben die sogenannte „Blaue Polizei" zum größten Teil mit polnischen Elementen durchsetzt, sie haben sogar erreicht, daß die loyalen italienischen Truppen zum Teil zurückgezogen wurden. Der Deutsche ist schutzlos den Polen preisgegeben. Mit welchem Raffinement diese ihre Erfolge z. B. die „Blaue Polizei" als Kampftruppe gegen die Deutschen ausnützen, dafür legt das Verhalten der „Blauen" fast täglich Beweise ab. So wurde in meiner zum überwiegenden Teil deutsch gesinnten Heimatstadt die „Sipo" zurückgezogen. Um diese Hochburg des Deutschtums listig niederzulegen, kam vor etlichen Tagen eine Hundertschaft der „Blauen" an, 60% Polen, nur 40% Deutsche.

Das ist der Erfolg unserer Verhandlungstaktik! Michel, schlafe weiter!

Die deutschen Aussichten auf Erfolg bei der Abstimmung waren vor dem großen letzten Polenputsch von Tag zu Tag gestiegen. Die Polen, auch jenseits der Grenze, waren bereits in ernster Besorgnis. Aus dieser Erkenntnis heraus haben nun die Polen durch einen Gewaltakt das Abstimmungsresultat in ihrem Sinne sicherstellen wollen. Indem man hier alle Leidenschaften, Raub und Mord entfesselt, will man den Oberschlesiern im Reiche die Lust zur Abstimmungsreise verderben. Denn man weiß genau — man hat es ja in Ostpreußen erleben müssen —, daß **die abstimmungsberechtigten Oberschlesier im Reiche kein zu unterschätzendes Kontingent darstellen und in der Lage sind, den deutschen Erfolg zu sichern.**

Auf diese kommt es in der polnischen Frage hauptsächlich an. „Das **oberschlesische Volk ist in Wahrheit ein Volk in Not**, eine Not, die um so schwerer drückt, als es sich **wehr- und hilflos dem Toben nationaler Leidenschaften** und **dunkler Gewalten ausgeliefert** sieht." Deutsche im Reiche, **oberschlesische Landsleute** in Ost und West, in Süd und Nord unseres gemeinsamen Vaterlandes! Helft uns, unser Land rein zu erhalten vor polnischer Tyrannei, helft uns, Oberschlesien für Deutschland wieder zu erringen. **Es geht nicht bloß um die Zukunft unserer engeren Heimat, es handelt sich um die Zukunft unseres ganzen deutschen Reiches.** Abstimmung bedeutet Kampf, vor allem hier in Oberschlesien. Aber nur durch Kampf zum Sieg. Macht das schöne Dichterwort in echter deutscher Treue wahr:

„**Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!**"

Bayern und das Deutsche Reich.

Von Wolfgang **Aschenbrenner**.

Die Bedeutung des am 17. und 18. September in Bamberg abgehaltenen **Parteitags der Bayerischen Volkspartei** geht über die innerbayerischen Verhältnisse weit hinaus. Was dort besprochen und beschlossen worden ist, berührte das Reich und die Parteien im Reich unmittelbar.

Die **Parteipolitik** stand auf der Bamberger Tagung zurück. Die Erörterungen in der Parteipresse **vor** dem Parteitag haben gezeigt, daß man über die Lage in Bayern nicht überall im klaren ist. Die mittelparteiliche Presse in Bayern hat gewisser, der Reklame bedürftigen Gernegröße, die vom dürr gewordenen geschäftlichen Boden auf den politischen hinüber zu voltigieren sich anschickte, das Ohr geliehen und mit großem Eifer eine Krisis in die Bayerische Volkspartei hineinzureden gesucht. Als „Morgengabe" für den Bamberger Parteitag war es gedacht, wie ein mittelparteiliches bayerisches Preßorgan bemerkte. Das hat ansteckend gewirkt, demokratische Blätter, auch solche der Zentrumspartei brachten Erörterungen über eine Krise in der Bayerischen Volkspartei, die keine war. Grundsätzlich ist zu bemerken, daß sich die Bayerische Volkspartei vom Reichszentrum getrennt hat nicht aus Motiven der Feindschaft, sondern um freie Hand zu bekommen und stark zu bleiben für den **Wiederaufbau Bayerns auf seiner alten historischen Grundlage** im Rahmen des geeinten Deutschen Reiches. Das erfordert besondere Aktionen und Rücksichtnahme, die in anderen deutschen Staaten vielleicht anders beurteilt werden. Hierin ist der Grund zur Trennung zu suchen. Die Bayerische Volkspartei gibt nicht die Ideale des Zentrums für die christliche Staatspolitik preis sondern stellt sie allen voran. Die Bayerische Volkspartei ist daher so zu beurteilen, daß sie, indem sie durch ihre autochthone Haltung **sich selbst erhält und stark macht**, zur Vertretung des christlichen Staates wesentliche Kräfte mobil hält. Das ist ein starkes Band für alle Parteien mit denselben Grundsätzen, insbesondere für Zentrum und Bayerische Volkpartei. Die Ideenassoziation auf diesem Gebiet erzeugt und erhält, wenn man auch nicht mehr im gleichen Hause wohnt, **freundnachbarliche Gesinnung**. Ob die beiden Parteien je wieder sich vereinigen werden, sind Zukunftsfragen, für die es, da die Entwicklung das Deutschen Reiches nicht in sichtbaren Linien vorangeht, keinen Schlüssel gibt. Man sollte sich daher nicht abmühen, einen solchen zu finden.

Auch in Bayern nicht. Stimmung und Lage im Lande, ob man Altbayern, Schwaben oder Franken durchwandert, bieten dafür keine Anhaltspunkte. Das Volk will die starke, unabhängige Volkspartei und diese wird werbend vorwärts schreiten. Die organisierten **katholischen Arbeiter**, das sollte man in

anderen Lagern längst kennen, trennen sich in Bayern nicht von den übrigen Ständen, denn die Bayerische Volkspartei widmet sich ihren Interessen in gleicher Hingebung. Von der Notwendigkeit, in Bayern eine starke bürgerliche Partei zu bilden, um die sich die übrigen bürgerlichen Parteien zur Regierungs-Solidarität gruppieren, sind Adel und Bürgertum, Beamtentum und Klerus, Bauern und Gewerbetreibende, Kaufleute, Industrielle und Arbeiter so tief durchdrungen, daß gelegentliche dissentierende politische Erörterungen daran nichts ändern. Darum sind alle die Krisenerörterungen und anderes dieser Art ins Wasser gefallen. Der Bamberger Parteitag der Bayerischen Volkspartei ist über all diese Geschichten zur Tagesordnung übergegangen. Ein Arbeiterdelegierter hat ganz richtig bemerkt, man solle nicht mit Kanonen nach Spatzen schießen! Man hat, und das ist für die Lage Bayerns von großer Bedeutung, den christlichen Solidarismus in das Parteiprogramm der Bayerischen Volkspartei eingesetzt und damit die Plattform für das politische Zusammenwirken der erwerbenden Stände geschaffen, mit der man sich außerhalb Bayerns zu beschäftigen haben wird, wie wir hoffen im zustimmenden Sinne. In Bayern handelt es sich bei dieser Frage nicht mehr um akademische Erörterungen, sondern um einen Beschluß des Parteitags der größten Partei des Landes.

Noch viel weiter greifen die Ausführungen des Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr über die Beteiligung Bayerns an der auswärtigen Politik und die Festlegung eines in zwölf Teile gegliederten föderalistischen Grundprogramms der Bayerischen Volkspartei. Das sind Grundfragen, mit welchen das ganze Deutsche Reich und alle Parteien ohne Ausnahme sich zu beschäftigen haben werden.

„Auch mit der Außenpolitik muß sich heute die Bayerische Staatsregierung — unbeschadet der Zuständigkeit des Reiches — befassen, ob sie will oder nicht, und zwar noch mehr im Interesse des Reiches selbst als zur Wahrung der eigentlichen Landesinteressen" — so sprach Ministerpräsident Dr. von Kahr am 17. September in Bamberg. Dieser Satz ist scharf ins Auge zu fassen. Er ist ein Programm für sich. Man denke sich, in der Aera des Bismarck hätte ein mittelstaatlicher Minister einen solchen Ausspruch getan! Der hätte politisch sofort ausgespielt gehabt, unter dem Donner der nationalistischen Geschütze von ganz Deutschland. Heute spricht kein Mensch dagegen: Man hält es also wohl für selbstverständlich. Und doch überragt der in Kahrs Worten liegende Anspruch die im föderalistischen Grundprogramm erhobene Forderung einzelstaatlicher Vertretungen im Ausland erheblich. Die bayerische Regierung wird sich bei der Behandlung von Auslandsfragen an die Zuständigkeit des Reiches halten, die Leitung der Außenpolitik wird darum einheitlich vom Auswärtigen Amt geführt. Allein daneben entstehen Einflüsse, die auf diese Leitung einzuwirken suchen werden. Man höre nur die Begründung, die Dr. von Kahr seinen Programmsatz gab: „Wie ich aus der an mich herankommenden Fühlungnahme weiter politischer Kreise erkenne, darf sich Bayern und seine Regierung innerhalb und außerhalb des Reiches dabei eines gewissen Vertrauens erfreuen, das wir in deutschvaterländischem Sinne zu rechtfertigen bestrebt sein werden."

Die Notwendigkeit, sich mit der Auslandspolitik zu beschäftigen, entnimmt also Dr. von Kahr nicht bloß aus dem seiner Regierung im Inlande, sondern auch im Auslande entgegengebrachten Vertrauen, die bayerische Regierung betrachtet sich also als eine Instanz, mit der das Ausland gerne Beziehungen anknüpfte. Das ist von großer Wichtigkeit. Bayern und seine Regierung werden, das sagt Dr. v. Kahr und es versteht sich von selbst, in deutschvaterländischem Sinne dabei vorgehen; man hat nach gewissen Wahrnehmungen das Recht, zu sagen, daß damit schon Nutzen gestiftet worden ist. Immerhin haben wir hier wenigstens eine doppelte Instruierung von Auslandfragen vor uns und damit eine gewisse Doppelbehandlung, mit der man offenbar in Berlin einverstanden ist. Warum auch nicht? Wenn damit, daß Bayern sein Ansehen im Auslande ausnützen kann für Deutschland, die Berliner Leitung gute Geschäfte macht, wer wollte etwas dagegen haben? Jedoch ergibt sich daraus, daß die Berliner Zentralstelle für das Ausland nicht den einzigen Anknüpfspunkt bildet, daß ihr Ansehen also nicht exklusiv ist, so daß auf diese Weise Berlin allein keine autoritative Auslandspolitik betreiben kann in jenen Fragen, mit denen das Ausland auch an Bayern geht. Die Behandlung bayerischer Auslandsinteressen dabei noch im Besonderen genommen. Ueber diese Sachlage muß man sich klar sein.

Hiervon sei aus dem föderalistischen Programm die allenthalben unvollständig zitierte Forderung des Abschlusses von Verträgen mit auswärtigen Staaten und der Bestellung von Vertretern bei denselben zu nennen. Das liest sich allerdings für Einheitsstaatliche sehr schlimm. Allein diese Forderung führt nicht ins Uferlose. Denn es ist nur von einem Recht der Einzelstaaten die Rede, „in Angelegenheiten ihrer eigenen, durch die Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeit". Das Recht würde also durch die Reichsverfassung zu begrenzen sein. Im wesentlichen handelt es sich um Spezialinteressen des Wirtschaftslebens durch Konsulate, deren Wegfall 1870 in der Reichsratskammer bei der Beratung der Reichsverfassung durch Frhrn. v. Franckenstein sehr umgrenzt wurde. Die Nürnberger Spielwarenindustrie, die bayerische Brauerei, die Weinproduktion in Franken und in der Pfalz, die Hopfenproduktion, die bayerische Holzproduktion seien als solche Beispiele genannt; sie sind nicht die einzigen, denn es gravitieren auch wirtschaftliche Auslandsinteressen nach Bayern.

Das Recht der einzelnen Staaten, ihre Staatsform und Staatsverfassung selbst zu bestimmen, wird ebenfalls gefordert. Diese Forderung wird sonderbarer Weise nicht allein von der sozialdemokratischen, sondern auch von der mittelparteilichen Presse bekämpft. Es handelt sich vornehmlich um Beseitigung der ersten Vorschrift in Artikel 17 der Reichsverfassung: „Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben." Auch an die Eliminierung des ersten Satzes in Artikel 1 wird zu denken sein: „Das Deutsche Reich ist eine Republik". Das Deutsche Reich Bismarckscher Konstruktion vereinigte Monarchien und Republiken und war nach dem ganzen Aufbau keine Monarchie. Die Behauptung, es gehe nicht an, verschiedene Staatsformen im Reiche nebeneinander zu haben, wird erledigt durch den Hinweis auf Hamburg, Bremen und Lübeck. Universitätsprofessor Dr. Rothenbucher entgegnet, es bestehe doch ein großer Unterschied zwischen Städten und Staaten an sich schon. Indes wird man sagen können, der gewaltige Einfluß Hamburgs wiege alle Kleinstaaten und gar manchen Mittelstaat auf.

Föderalistische Hauptforderungen sind: die Einführung der bundesstaatlichen Form des Reiches, die Einführung eines dem früheren Bundesstaat ähnlichen Organs. Darin wird der Bruch mit dem Einheitsstaat vollzogen.

Das Programm wird eingeleitet mit der Versicherung, „die Bayerische Volkspartei hält am Deutschen Reich unverbrüchlich fest". Der ganze Parteitag war durchglüht von diesem Bekenntnis, das von dem Ministerpräsident Dr. v. Kahr, dem Programmreferenten, Staatsminister a. D. Dr. v. Seidlein, den Abgeordneten Dr. Heim, Held, Speck und anderen in entschiedenen Worten bekräftigt wurde. Dabei erklärte der bayerische Ministerpräsident als seine Ueberzeugung, „daß das Deutsche Reich nur föderalistisch sein kann oder es ist überhaupt nicht". Selbstverständlich sollen, wie der Programmreferent Staatsminister v. Seidlein feststellte, die föderalistischen Forderungen nur auf legalem Wege, das heißt also auf dem Wege der Verfassungsrevision erreicht werden. Aber aus dem eben angeführten Diktum des Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr geht hervor, welch gesamtpolitische Bedeutung dieses föderalistische Programm der Bayerischen Volkspartei für Bayern hat. Wenn sich den Hauptforderungen dieses Programms, wie es den Anschein hat — sicher ist es ja doch noch nicht! — die Demokraten und Mittelparteiler, die durch starken Zuzug aus Norddeutschland einen Einschlag von integrierender Bedeutung hat, dann mögen sie sehen, wo sie bei den nächsten Wahlen bleiben. Das föderalistische Programm der Bayerischen Volkspartei ist ein alles in seinen Bann ziehendes Reichsföderalismusprogramm, das in allen Gauen des Vaterlandes beherrschenden Einfluß nehmen wird und seine universelle Tragweite im ganzen Reiche haben wird. „Es ist nicht bloß eine bayerische Frage", sagte der „Badische Beobachter".

Diejenigen Bezieher, welche bisher die „Allgemeine Rundschau" durch Postüberweisung oder unter Streifband erhielten und ab 1. Oktober direkt bei der Post zu bestellen beabsichtigen, werden zwecks Vermeidung doppelter Zusendung um rechtzeitige Benachrichtigung ersucht.

Der 18. „Welt"-Kongreß des „Freien Gedankens".

Von Dr. Kirsch, Prag.

Von Anfang an waltete über dem Stelldichein des international organisierten Freidenkertums, das für 1920 in Prag vorgesehen war, ein Unstern. Bereits um die Jahreswende wurde in der tschechischen Presse mit Ueberschwenglichkeit auf das große Glück hingewiesen, das der Landeshauptstadt durch die Zusammenkunft der internationalen Kirchenfeinde in Prags Mauern Ende August zuteil werden solle. In echt tchechischer Schlamperei hatte es das Sekretariat der tchechischen „volna myslenka" (Freien Gedankens) jedoch verabsäumt, rechtzeitig sich die nötigen Versammlungsräumlichkeiten zu sichern. Als man sich endlich im Frühjahr daran erinnerte, waren dieselben bereits zu Zwecken eines großen tschechischen Katholikenkongresses für die ganze Republik erworben. So mußte der Freidenker-„Welt"-Kongreß nachträglich zur Blamage seiner Veranstalter um 14 Tage verschoben werden.

Riesenhaft war der Aufwand an Reklame, womit die „antiklerikale Manifestation" vorbereitet wurde. An allen Straßenecken, in vielen Geschäftsauslagen, in sämtlichen Straßenbahnwagen prangten Plakate in den grellsten Farben, welche zur Teilnahme an der „herrlichen Kundgebung des menschlichen Geistes" aufforderten. In hohen Tönen konnten die Tschechenblätter aller politischen Parteien mit Ausnahme der tschechischen katholischen Volkspartei nicht genug „die besten Köpfe aller Völker" anpreisen, die nach Hussens alter Stadt zur Aufrichtung der zusammengebrochenen Welt in den Tagen des 4. bis 9. September ihre Schritte lenken würden. Der Kongreß werde „der Menschheit den Weg, den sie gehen müsse, wenn sie gesunden wolle, räumen". Und das Resultat? „Wir sind wenige", ertönte der Klageruf aus der Tagung. Genau wie bei dem 14. „Welt"-Kongreß, der 1907 vom 8. bis 12. September in Prag tagte. Auch damals schwelgte die „freisinnige" Presse deutscher und tschechischer Zunge im voraus in eitel Wonne ob des kommenden „Weltereignisses". Aber schon während des Kongresses hielt sich das freidenkerische, sozialistische „Pravo Lidu" darüber auf, wie schlecht es um die Qualität der tschechischen Vertreter auf der Tagung bestellt sei. Und die judenliberale „Bohemia", die sich rühmte, längst „den Kampf gegen die Finsterlinge geführt" zu haben, mußte bereits in den ersten Tagen die betrübliche Wahrnehmung machen, „daß es dem Kongresse an überragenden Köpfen fehle".

Die Note, die der zweiten in der Hus-Stadt veranstalteten „Welt"-Tagung der internationalen Kirchenfeinde zu geben ist, ist noch um einige Nummern tiefer zu setzen, der äußeren Beteiligung und dem innern Gehalt nach. Was war das doch etwas anderes um die glänzenden Kundgebungen des katholischen Gedankens im deutschen Sprachgebiet der tschechoslowakischen Republik: in Mährisch-Schönberg, Reichenberg, Mariaschein! Zehntausende haben da während der letzten Wochen für ihren katholischen Glauben in Massenversammlungen öffentliches Zeugnis begeistert abgelegt. In den letzten Augusttagen waren die tschechischen Katholiken aus allen Teilen der Republik zu einem glanz- und eindrucksvollen Kongreß zusammengetreten. Der Aufmarsch der Zwanzigtausend hat selbst dem freizionistisch-sozialdemokratischen „Prager Tagblatt" gewaltigen Respekt eingeflößt.

Der Kongreß von 1907 brachte immerhin anfangs noch Versammlungen von 2000 Teilnehmern auf. Beim „Festzug" am Eröffnungstage zur Huldigung vor dem Husdenkmal im Jahre 1920 war kein Halbtausend zusammenzuzählen, der Heerbann von Fanatikern des „Freien Gedankens" um den Prager tschechischen Advokaten Dr. Bartosek und den bekannten deutschen Professor Wahrmund, verstärkt, um die Firma „Welt"-Kongreß zu retten, durch ein paar Dutzend freidenkerischer Agitatoren aus dem Ausland, darunter der Portugiese Magelhaes Lima. Die Begrüßungsversammlung hatte das Parterre des Smetana-Saales im städtischen Repräsentationshause noch gefüllt. Logen und Galerien wiesen jedoch schon gähnende Lücken auf. In den folgenden Sitzungen zeigte sich ein „fortlaufender" Erfolg. Zeitweilig waren auf dem Podium mehr Vorstandsmitglieder als im Saale Zuhörer versammelt.

Um so mehr Glanz wurde dem „Welt"-Kongreß durch die Anwesenheit einer Reihe von Ministern verliehen, aus den 21 — siebzehn, darunter der Schul- und Kultusminister, der Sozialdemokrat Habermann. Sein Staatssekretär Prof. Drtina hatte ein langes Entschuldigungsschreiben geschickt. Der Minister des Aeußern Benes war durch einen Ministerialrat vertreten. Wenige Tage später waren diese Ministerherrlichkeiten in der bolschewistischen Sturzwelle, die die Einheit der tschechischen Sozialdemokratie und mit ihr das Regierungskabinett zerschlug, jählings verschwunden. Diese Regierung, die den Freidenkerkongreß in jeder Weise förderte und sich in Aufmerksamkeiten dem Häuflein international organisierter Kirchenfeinde gegenüber überbot, hat auch neulich einen Sondervertreter zur Begrüßung des in Preßburg tagenden orthodoxen Judentums entsandt. Von der mächtigen tschechischen Katholikenkundgebung in den letzten Augusttagen glaubte sie keine Notiz nehmen zu müssen.

Selbstredend erachtete Präsident Masaryk, der seit mehr als 1½ Jahren zur Beantwortung von Huldigungstelegrammen tschechischer Katholikentagungen — die deutschen Katholiken sahen keinen Grund, sich dem jetzigen Staat und seiner Regierung anzubiedern — keine Zeit gefunden, eine tiefe Verbeugung vor dem „Welt"kongreß der Freidenker für eine Notwendigkeit. Er verließ seine Sommerfrische, um in der Prager Burg die Huldigung des Generalrates des internationalen Freidenkertums entgegenzunehmen. Und der Ehrenpräsident des Kongresses, der Prager Univ.-Prof. Krejci, hat darum bei dieser Gelegenheit an die Adresse des Präsidenten ausdrücklich hervorgehoben, daß die Freidenker die Bemühungen des Lebenswerkes Masaryks vollenden wollten! Dieser aber versicherte in seiner Antwort, daß die Regierung der Freidenkertagung für jede Belehrung (!) und für jedes Wort, wodurch ihre verantwortungsvollen Arbeiten gefördert (!) werden könnten, danken werde.

Wie das gemeint ist, darüber ließ der Präsident der Tagung, der tschechische Freidenkerführer Dr. Bartosek, in all seinen Verlautbarungen keinen Zweifel. Sie alle waren nur Begleitmusik zu seinem im Parlament eingebrachten Antrag auf Trennung von Kirche und Staat, dessen Forderungen selbst das in Frankreich Verwirklichte weit in Schatten stellen. Schon bei dem Huldigungsakte vor dem Husdenkmal auf dem Altstädter Ring betonte er: Tschechien müsse „zur unzerstörbaren Bastei des Fortschrittes im Herzen Europas, zum festen Stützpunkt des Weltfortschrittes in Ost- und Mitteleuropa gemacht werden ... Nach dem Sturze der reaktionären Mächte Deutschland, Oesterreich, Türkei bleibe nur übrig, das Haupt der Reaktion, das Papsttum zu stürzen. Das sei heute Aufgabe des „Freien Gedankens der Welt und vor allem der Freunde in Italien ... Den tscheschischen Freidenkern gehe es bei der Trennung von Kirche und Staat um mehr als um Wiedergutmachung der Gegenreformation; das tschechische Volk müsse völlig entkatholisiert werden. Aufgabe der Freidenker sei es, das römische Gift aus den Adern des Volkes zu entfernen" usw.

Im Verlaufe der Verhandlungen aber sprach Bartosek die versteckte Drohung an die Regierung aus, sein Antrag müsse ohne Veränderung angenommen werden. Das Referat über „Trennung von Kirche und Staat" hatte der Sektionschef im Außenministerium Univ.-Prof. Hobza übernommen. Charakteristisch sind seine Ausführungen, ein Ausgleich mit der Kirche sei unmöglich; es wäre „reaktionär", für einen solchen einzutreten. Die Demokratie könne sich ihrem Wesen nach mit der Kirche nicht befreunden, da diese die ganze Kultur bedrohe! Trennung nach amerikanischem Muster sei ausgeschlossen; nur das französische System könne zum Vorbild dienen. Dabei gab er gleichzeitig der „tschechoslowakischen Kirche", für die das sozialdemokratische Unterrichtsministerium so viel Geld hinausgeworfen, einen Fußtritt. Man hat offenbar auch in Freidenkerkreisen bereits erkannt, daß sich auf diesem Wege die Zertrümmerung der katholischen Kirche nicht erreichen lasse. Und deshalb erklärte Hobza ausdrücklich, daß der Gegensatz zwischen Staat und Kirche auch durch ihre Nationalisierung nicht beseitigt werden könne. Der Franzose Hubbart unterstrich dies, daß man weder internationale noch Staatskirchen brauche, sondern allein nur die Humanität!

Neben den Richtlinien, die der Kongreß für die künftige Gesetzgebung in Tschechien zu geben sich herausnahm, wurde besondere Aufmerksamkeit den Fragen der Erziehung der Jugend und der Frauenfrage geschenkt. Bemerkenswert war die Aufforderung des Lehrers Colek, die Lehrerschaft dürfe sich nicht mit der Einführung der Laienmoral und neuer Lehrbücher zufrieden geben. Sie müsse auch außer der Schule mit den Schülern Kontakt finden. Was das im

Sinne religionsloser Pädagogen bedeuten soll, verstehen wir. Der Freidenkertag hat auch klar bewiesen, warum die von Masaryk gegründete Republik die katholische Slowakei in ihr Gebiet einbezogen und gleichzeitig das von ihm feierlich gegebene Autonomieversprechen des Vertrages von Pittsburg (30. Mai 1918) gebrochen hat. Das katholische Schulwesen in der Slowakei soll nach der Andeutung des daselbst tätigen, bei der Tagung anwesenden tchechischen Schulinspektors Storch beseitigt werden, und diesem Zweck soll namentlich der im Parlament gestellte Antrag Bartošek dienen.

Alles in allem, es war nur **antiklerikale Hetzarbeit** im Sinne der üblichen Brand- und Agitationsreden gegen Kirche und Christentum, verbrämt mit viel salbungsvollen Phrasen von Freiheit, Demokratie, Völkerversöhnung. Dabei scheint es den Veranstaltern der Tagung nicht einmal zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß dieser „Welt"kongreß eine **Persiflage des Begriffes „Freier Gedanke"** darstellte. Er hatte sich nämlich, so wollten es die Belgier und Franzosen, die Karikatur des Versailler und St. Germainer Kongresses zum Vorbild genommen und die deutschen Freidenker von der Teilnahme — ausgeschlossen. Nur durch inständigste Bitte war es den deutschsprechenden Tschechoslowaken noch in letzter Stunde gelungen, sich auch ein Plätzchen am gemeinsamen Beratungstisch der unduldsamen Gesellschaft von verbohrtesten nationalen Fanatikern, die sich „Freidenker" nennen, zu erbetteln.

Tschechischerseits wagte man, diese **Hetzveranstaltung in Parallele** zu setzen mit dem von dem deutschen Professor Leonhardi für das Jahr 1868 nach Prag einberufenen **Philosophenkongreß**. Vernichtend zerpflückte ein „Nichtklerikaler", der Professor der Philosophie an der Prager deutschen Universität, Dr. **Oskar Kraus**, diese dreiste Behauptung in der „Bohemia" durch einen längeren Artikel:

„Der Philosophenkongreß i. J. 1868 war ein Denkerkongreß, dem das Denken, die Förderung der Erkenntnis, die Hauptsache war, der **Freidenkerkongreß aus d. J. 1920 ist ein Kongreß, dem das Denken und die Erkenntnis in zweiter Linie steht**... Leonhardi war Gegner des Materialismus und Atheismus. Der (Philosophen-)Kongreß sollte ein neutraler Boden sein, auf dem die Genossen verschiedener Religionsbekenntnisse sich die Hand reichen können **zur Pflege des religiösen Sinnes und zur Bekämpfung des Materialismus.. Den Einberufern des Kongresses von 1920 liegt nichts ferner als ein solches Ziel**... Eines der Hauptziele des Kongresses von 1868 war die nationale und politische Versöhnung der Völker... Der Grundgedanke aller (von ihm geforderten) Kulturverbände war das „Recht auf Selbstbestimmung", die Autonomie. **Wird der Freidenkerkongreß i. J. 1920 die Autonomie des Erziehungswesens befürworten, wie sein angeblicher Vorgänger 1868?**.. Die „**Freidenker**" von 1920 haben sich nicht bis zu jener Freiheit des Denkens erhoben, die den Weltkrieg als eine Gesamtschuld aller Völker zu erkennen gestattet. Das Volk der „Boches" ist ausgeschlossen. Die Zulassung deutschredender Tschechoslowaken verstärkt viel mehr den Eindruck gehässiger Unversöhnlichkeit, als daß sie ihn mildert. **Wessen Denken in solcher nationalen Engherzigkeit** befangen ist, mag ein „Freidenker" sein; aber er ist weder frei — noch ist er ein Denker."

„Wir sind wenige!" Um so voller nahm das Häuflein antichristlicher Hetzer den Mund. „Wir Freidenker!" erscholl es immer wieder; drohend, selbstüberhebend, selbstverherrlichend! Phrasensalven gegen Petri Felsen.



Weltrundschau.

Von Dr. Otto **Kunze**, München.

Wenn ein paar Deutsche über die Steuern schimpfen, die Papiergeldwirtschaft und das ganze Finanzelend des Reiches, so fällt dabei meist der Name **Erzberger**. Der Reichsfinanzminister aber heißt seit langem Dr. **Wirth**. Er wandelte streng auf Erzbergers Pfaden. Nur durchzusetzen verstand er sich nicht so wie Erzberger. Als ihm endlich die unaufhörlichen Ansprüche seiner Ministerkollegen an die Reichskasse über den Kopf wuchsen, gab er um seinen Rücktritt ein. Das Reichskabinett ließ sich zu einer gründlichen Beratung der Finanzen herbei. Wirth hatte den Augenblick nicht schlecht gewählt. Der deutsche Geldwert sank bedrohlich und die Finanzkonferenz in Brüssel stand vor der Tür. Was die Regierung zu hören bekam, war niederschmetternd. Dr. Wirth wies nach, daß im außerordentlichen Reichshaushalt ein Fehlbetrag von 37,7 Milliarden, bei der Eisenbahn von 16, bei der Post von 2 Milliarden steht. Insgesamt 55,7 Milliarden Fehlbetrag. Dazu kommen 131 Milliarden für Entschädigungen an Reichsangehörige infolge des Krieges, 14,9 Milliarden für das feindliche Besatzungsheer, den Wiedergutmachungs- und andere Ententeausschüsse. Die Gesamtschuld des Reiches beträgt 242,7 Milliarden. Die Entschädigung an die Entente ist hierbei unberücksichtigt, da sie noch nicht feststeht. Daß nur ganz einschneidende Maßnahmen helfen, ist gewiß. Zum 29. September sind die deutschen Finanzminister nach Berlin berufen. Auch das feindliche Ausland, unser Gläubiger, nimmt Anteil an der deutschen Finanzgebarung. Es verlangt Auflösung der kostspieligen Abwicklungsstellen bis 30. September und hat die Ueberwachungskommission in Berlin um Bericht ersucht über die Arbeitslosenunterstützung, die bekanntlich 5 bis 6 Milliarden jährlich verschlingt. Die Verschwendung im Reichshaushalt erzeugte die Ansicht von großer Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Kriegsentschädigung.

Es war in der Tat höchste Zeit, daß Deutschland etwas von Selbsterkenntnis und Willen zur Sparsamkeit zeigte, wollte es bei der **Finanzkonferenz** in **Brüssel**, die am 24. September begann, als würdiger und bedürftiger Bittsteller erscheinen. Gleichberechtigt ist es ja wieder nicht. Die Alliierten beraten erst unter sich, ehe sie mit den Deutschen Sitzung halten. Es handelt sich um eine internationale Anleihe an Deutschland, wobei aber Amerika nicht mittut, um Festigung der Wechselkurse und den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt. Den Vorsitz führt der vormalige Schweizer Bundespräsident Ador, vom Krieg her als Ententefreund bekannt. Er betonte in seiner Eröffnungsrede, alle Kriegführenden und Neutralen müßten einander helfen, die Einigung setze aber volle Ausführung der bei Friedensschluß unterzeichneten Verpflichtungen und klare Einsicht in die Erholungsmöglichkeiten aller Länder voraus.

Als Dr. Wirth sein Rücktrittsgesuch machte, fürchtete man eine Krise der ganzen Reichsregierung. Die Haltung der Sozialdemokratie wurde unsicher. Inzwischen stellte sie weitere wohlwollende Neutralität bis zum Frühjahr in Aussicht, wenn bis dahin Ebert als Reichspräsident verbleibt und die sozialdemokratischen Beamten ihre Stellen behalten. In weiteren Kreisen arbeitet man auf **neue Reichstagswahlen** im Frühjahr hin. Die Sozialdemokraten erhoffen sich Gewinn von der Spaltung der USP, die ziemlich sicher zu erwarten ist.

Eine unerträgliche Tyrannei üben die beiden sozialistischen Parteien in der **Berliner** Stadtvertretung aus. Sie gedenken durch Schaffung eines Großberlin ihre Macht noch auszudehnen. Bei der Neuwahl von Magistratsmitgliedern haben sie die Bürgerlichen ganz ausgeschaltet. Zum Stadtschulrat wurde der Unabhängige und bekenntnislose Jude Dr. Löwenstein gewählt. Seine Ernennung wird wahrscheinlich mit einem Schulstreik der bürgerlichen Kreise beantwortet.

Vielerorts im Reich gab es Kundgebungen gegen die hohen Kartoffelpreise, die mit Aufhebung der Zwangswirtschaft einsetzen. Zu ihrem Abbau kann die Landwirtschaft sich sehr wohl herbeilassen, doch trägt auch der Zwischenhandel viel Schuld.

Der Völkerbundsrat sprach **Eupen** und **Malmedy**, trotz des deutschen Einspruchs gegen das Verfahren bei der dortigen Volksabstimmung, Belgien zu. Am 10. Oktober hat wieder ein deutscher Gau, das **südliche Kärnten**, über sein Schicksal zu entscheiden: ob österreichisch oder jugoslawisch. Auch von dort wird viel über rechtswidrige Beeinflussung der Abstimmung berichtet.

Der Parteitag der **Bayerischen Volkspartei** in Bamberg genehmigte fast einstimmig ein föderalistisches Grundprogramm. Zum erstenmal macht hier eine deutsche Partei positive Vorschläge für die verfassungsmäßige Rückkehr vom Einheitsstaat zum Bundesstaat. Die Länder sollen ihre Staatsform und Verfassung selbst bestimmen, die Steuerhoheit zurückerhalten und die Reichsgesetze durch ihre eigenen Behörden ausführen. Ein klares Bekenntnis der Treue zum Reich steht voran und beugt jedem Mißverständnis vor. Die Partei vollzog ferner in Bamberg eine scharfe Abgrenzung gegen den Sozialismus und schrieb den christlichen Solidarismus auf ihre Fahne.

Am 23. September wurde in **Frankreich** Millerand mit 695 von 892 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Alexander Millerand, geb. 1859, ist von Haus aus Rechtsanwalt und politisch ursprünglich — man sieht es ihm wirklich nicht mehr an — Sozialdemokrat. Er entwickelte sich nach rechts, seitdem er 1899 als Handelsminister des Kabinetts Waldeck-Rousseau zum erstenmal in die Regierung kam. Schon vor dem Weltkrieg war er durchaus nationalistisch. Ehe er

Clemenceaus Nachfolger ward, verwaltete er bekanntlich das neugewonnene Elsaß-Lothringen. Als Präsident wird er sich kaum wie Deschanel mit einer rein repräsentativen Rolle begnügen. Schon in einer Wahlrede 1919 sprach er für eine Verfassungsänderung im Sinn größerer Befugnisse des Staatsoberhauptes und einer Wahl desselben auf breiterer Grundlage. Wenn er jetzt auch diese Ziele zurückstellt, so wird er sie doch im Auge behalten. Die äußere Politik Frankreichs wird sich nicht verändern. Millerand erklärte bei Uebernahme der Präsidentschaft ausdrücklich, daß siegreiche Frankreich müsse seine Ruinen aufbauen und seine Wunden verbinden, dazu müsse es vollständige Durchführung aller auf Grund des Friedens von Versailles ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen verlangen. Die Außenpolitik müsse der Toten würdig sein. Zum Ministerpräsidenten berief er Georg Leygues, früheren Marineminister. Er ist kein bedeutender Politiker, Millerand wird sein eigner Kanzler sein. Sonst bleibt das Kabinett unverändert, der politische Kurs desgleichen.

Die Reichstagswahl in Schweden brachte große Verluste der Sozialdemokraten und Liberalen und eine Zunahme der Konservativen und Bauernvertreter. Die Tage des sozialistischen Ministeriums Branting sind gezählt.

Hermann Löns.

Zur Wiederkehr seines Todestages (27. Sept. 1914).

Von Aloys Müller.

„Auf meinem Grabe soll stehen kein Stein,
kein Hügel soll dorten geschüttet sein,
kein Kranz soll liegen, da wo ich starb,
keine Träne fallen, wo ich verdarb!
Spurlos will ich vergangen sein!"
(Löns: Abendsprache.)

Ergreifend ist dieser Wunsch des Dichters. Er will nicht zu den „modernen" Größen gerechnet werden, will sein Lebenswerk nicht anders gedeutet wissen als „Pflicht". Aber gerade deshalb müssen wir ihm ein Denkmal setzen, nicht nur von Holz und Stein, sondern ein lebendiges in unseren Herzen. Eigentlich hat er's sich selbst schon errichtet:

„Wer mutig für sein Vaterland gefallen,
der baut sich selbst ein Monument
im treuen Herzen seiner Landesbrüder —
und dies Gebäude reißt kein Sturmwind nieder." (Körner.)

Was einen „deutschen" Dichter kennzeichnet, ist vor allem Naturgefühl und Heimatliebe. Wie der leichte Pariser in der Halbwelt, im flirtenden Salon- und dumpfen Lasterleben, so muß der „deutsche" Dichter in der unerschöpflich-schönen und unentweiht-reinen Natur wurzeln, vor allem in der heimischen Walther von der Vogelweide und Goethe sahen und priesen und schöpften schon am klaren Quickborn der Natur, auch in den Wäldern der Romantik plätscherte er. Der Naturalismus mußte hier beginnen und auch der Expressionismus holt neuerdings von dort die Kraft seiner glutvollen Bilder. „In dieser großen Linie steht Löns als ein Eigener, weder Modegott noch mit dem Strome schwimmend" (Lingens), sondern fest und unbeugsam gleich der deutschen Eiche, die Wurzeln tief in den heimatlichen Boden gesenkt.

Das Aufgehen in der Natur war für Löns eine Lebensbedingung. Zwischen den Seen und Wäldern und auf den weiten Heiden Westpreußens (Kulm, Deutsch-Krone) aufgewachsen, durchstreifte er schon als Knabe meilenweit Moore, Heiden und Wälder; denn unter seinen Altersgenossen fand er wohl manchen Spielgesellen, aber keine verwandte Seele, mit der er in jugendlichem Feuer Freundschaft geschlossen hätte. Dadurch bekam sein Wesen schon das bestimmte Gepräge, welches sich in der Folgezeit immer mehr verschärfte und vertiefte, das Gepräge des „Wald- und Heideläufers", als welcher er dem großen Kreise zumeist bekannt ist. Die Stadt mit ihrem lauten Treiben, ihrem Asphaltpflaster und -leben, mit ihren modernen Menschen hatte ihn oft und bitter enttäuscht, so daß er ihr mit den „Gespenstern der Vergangenheit" möglichst entfloh. Nur der reinen und kernigen Natur fühlte er sich als Niedersachse (Eltern waren Westfalen) stammesverwandt; wie ein Magnet zog sie ihn an und er empfing sie mit Liebe und Zärtlichkeit. Sie war die Quelle seiner Lebensfreude und die Vertraute seines Herzens. „Ihr hatte er sich zugewandt, als die Enttäuschungen des Lebens ihn betroffen, zu ihr flüchtete er, wenn ein Leid ihn bedrückte, wenn eine Freude ihn durchbebte" (Alberti). Bei Regen und Sonnenschein, Hitze und Kälte, Sturm und Stille, Tag und Nacht, stets war Löns draußen in Wald und Heide zu finden. Feste wurden ihm diese einsamen Naturstreifereien. Auf Du und Du steht er mit jedem Strauch und Stein, mit allem, was da kreucht und fleucht. Fast jedes seiner Bücher gibt Zeugnis davon: „Mein buntes Buch", „Da draußen vor dem Tore", „Das grüne Buch", „Auf der Wildbahn", „Aus Wald und Heide", „Kraut und Lot", „Das braune Buch", „Heidebilder", „Aus Forst und Flur", „Widu", „Goldhals", „Mümmelmann". Drum war er mit jeder Faser seines Herzens nicht Journalist —, sein Erwerb! —, sondern Fischer und Jäger. Diesbezüglich schreibt er selbst: „Ich glaube, ich habe meinen Beruf verfehlt. Zigeuner, Indianer, Trapper oder so etwas Aehnliches, das wäre das richtige gewesen. Schade, daß ich meinen Stammbaum nur auf zweihundert Jahre zurück verfolgen kann. Ich bin überzeugt, ich stamme von einem altniedersächsischen Jäger oder Fischer ab." Sportjäger wurde er niemals; die Natur und ihre Beobachtung blieb ihm stets die Hauptsache; drum hatte er für alle Massenjagden nur sehr wenig Neigung. Die einsame und stille Pürsch, wo er jedes Tier und jede Pflanze mit Muße beobachten konnte, war sein Ideal.

So wurde und war denn für Löns die Natur der Ausgangspunkt alles Schaffens. „Alles, was ihm begegnete, gewann Inhalt: er beseelte Bäume und Steine, vertiefte sich verständnisvoll in das Leben und Treiben der Tiere, studierte ihre Eigentümlichkeiten und Gewohnheiten und hatte ein aufmerksames Auge für ihre Lebensäußerungen." Auch das Unscheinbarste war für ihn von Bedeutung. Man müßte ein Buch schreiben, um nur gruppenweise anzudeuten, was er im großen und kleinen, auch der scheinbar einfachsten Naturerscheinung, alles erblickte, und das einem profanen Auge ewig verborgen bleibt, wenn es nicht von einem Hellsehenden oder Begnadeten hingelenkt wird. Infolge dieser innigen Vertrautheit wußte er über alles einen bezaubernden Hauch zu legen, seine Empfindungen und Erlebnisse mit eindringlicher Schilderungskraft und wunderbarem Stimmungsreiz darzustellen.

Der Inhalt seines Lebenswerkes war aber nun keineswegs die Natur in ihrer Allgemeinheit oder Abstraktheit, sondern die begrenzte und konkrete Natur: die Heide, die Heimat eigener Wahl. Er war einer der ersten, der die Schönheit dieses stillen Landes entdeckte, sie durch seine Plaudereien der Vergangenheit entriß und volkstümlich machte. Die ärmste Landschaft ist für ihn die prächtigste geworden. Die Heide begleitete ihn sein Leben lang. Dort wurzelte sein Volkstum. So wurde er ihr Dichter. „Das ganze Land Niedersachsens hat daran Anteil. Vom Teutoburger Walde bis zur Elbe, vom Harz bis zu den friesischen Inseln sitzen die hellen, harten Friesensöhne seit grauen Zeiten, Kern und Ursitz des Deutschtums. Aber seit dem Sänger des Heliand fehlte hier im Norden der Dichter. Er saß an den Randländern und schöpfte dort seine Kraft. Die Droste und Weber in Westfalen, die Lübecker Falke und Geibel, die Hamburger Liliencron und Frenssen, die Mecklenburger, in weiterem Sinne Klaus Groth und im engeren Sinne Fritz Reuter, endlich die Holsteiner und Thüringer. Nur im Mittelpunkte dieses lebendig pulsierenden Kunstschaffens fehlte der Dichter. Das aber wurde Hermann Löns. Und er widmete diesem Lande sein Lebenswerk, sich beschränkend und so als Meister des gesamten deutschen Volkstums sich erweisend." (Lingens.) Der Dichter war ein Heidegänger und der beste Heidekenner im Lüneburgischen weit und breit. Als „Fritz von der Leine" unternahm er von Hannover aus seine Streifereien — einsam und unerkannt, und lebte oft wochenlang unter seinen Heidjern. Diese stillen und starken, flachsblonden und blauäugigen, stahlharten und beschaulichen Menschen, die unverdrossen mit dem Oedland um des Lebens Notdurft ringen, waren seine besten Freunde. Ihnen war er wesensverwandt, zu ihnen fühlte er sich hingezogen. Und wohin er kam, selbst der verschlossenste Bauer nahm ihn auf. Keiner seit Menschengedenken hat darum so wie Löns das nordhannoversche Tiefland mit seinen Heiden und Mooren, seinen blau in der Ferne verdämmernden Kiefernwäldern, mit seinem Pflanzenwuchs und seinem Getier, seinen Heidjern und Moorbauern, keiner die Geschicke und Schicksale des ganzen Sachsenlandes so gekannt wie Hermann Löns, keiner wie er sich versenkt in die schwermütige Natur dieser Heide mit ihren tausendfach wechselnden Stimmungen. „Auf ihn darf man, ohne lächerlich zu werden, das viel mißbrauchte Bild anwenden, daß er mit der Landschaft "verwachsen" war, wie denn auch nichts so die stets unruhige Sehnsucht seines armen Herzens

stillen konnte, wie die Berührung mit der Heide, die in jeder Linie und in jedem zartesten Hauche zu ihm sprach, und deren Sprache er restlos verstand." (Mumbauer.) Die Ferne mit ihrer leuchtenden Pracht gab ihm nichts und konnte ihn nicht fesseln. Magnetisch zog es ihn stets zurück zu den deutschen Landen, zu der Heide mit ihrer beruhigenden Stille. Nach Reisen in den Alpen, in Ungarn, Italien, Frankreich und Holland kehrte er unbefriedigt heim, ihn trieb das Sehnen heimatwärts.

Aus dieser seiner Stellung zur Natur und Heimat ergibt sich seine Weltanschauung. Sie ist in einem ganz naturhaft, rassehaft aufgefaßten Deutschtum verankert. Kerndeutsch, stolzdeutsch war seine Seele. Undeutsche Menschen und undeutsches Wesen waren Löns verhaßt. Er konnte es nicht verwinden, daß Kaiser Karl bei Verden das Sachsenblut in Strömen vergossen, daß Ludwig der Fromme unsere alte deutsche Dichtung vernichtet habe, daß römisches Recht unser völkisches Eigenleben „zerwalzte". Kurz, sein erstes Gebot in jeder Hinsicht war: „Das Vaterland über alles!" All seine Werke sind darum ein einziges großes Loblied auf die deutsche Heimat.

„Ich hab mich ergeben
Mit Herz und mit Hand
Dir, Land voll Lieb und Leben,
Mein herrlich Hermanns-Land!"

So hat er ein gut Teil mitgewirkt zur Besinnung auf unsere Deutschheit. Der „Werwolf" mit seinen wuchtigen Gestalten, mit seinem natürlichen Recht: „Besser fremdes Blut am eigenen Messer, als fremdes Messer im eignen Blut!" mit seiner Anmut und Zartheit, Schöne und Herzlichkeit, so rücksichtslos und blutrünstig und doch so echt deutsch und gemütreich — verkörpert so ganz „das deutsche Werk des Hermann Löns." —

Im Dienste der Heimat stand sein Lebensende; da hat er durch die Tat bewiesen, was er immer gepredigt. Obschon man ihn überall abwies, gelang es ihm endlich am 24. Aug. 1914 als kriegsfreiwilliger Landstürmer eingestellt zu werden. „Ich freue mich von Herzen", so schrieb er an einen Freund, „lange habe ich mir eine solche Beschäftigung, neben dem Ackern die einzig manneswerte, gewünscht." Mannesart, deutsche Art! Für ihn war der Krieg das große Erlebnis; er sah in ihm ein reinigendes Gewitter und da wollte er dabei sein! Sein Volk, seine Niedersachsen wollte er im Kampfe sehen und verteidigen, mit ihnen wollte er als Deutscher Freude und Gefahr teilen. Vaterlandsliebe und Volksliebe, Kampfbegeisterung und Heldensinn waren seine Beweggründe. Und was er sich gewünscht: „Nur kein geruhiges Leben, sondern einen Abschluß unter Donner und Blitz" ist ihm am 27. Sept. 1914 gewährt worden, wo ihn der Heldentod von den Enttäuschungen und Mühen dieses Lebens erlöste und vor dem Jammer der Gegenwart bewahrte.

Möge Löns das ferne Land erreicht haben, von dem er singt:

„Ich weiß ein Land, in dem ich niemals war;
Da fließt ein Wasser, das ist silberklar,
Da blühen Blumen, deren Duft ist rein
Und ihre Farben sind so zart und fein,
So zart und fein, wie sonst am Himmel nur
Der Abendröte allerletzte Spur
An hellen Abenden im jungen Mai
Beim allerersten fernen Eulenschrei.

Auch singt ein Vogel in dem fernen Land,
Er singt ein Lied, das ist mir unbekannt,
Ich hört' es nie und weiß doch, wie es klingt,
Und weiß es auch, was mir der Vogel singt:
Das Leben singt er, und er singt den Tod,
Die höchste Wonne und die tiefste Not,
Jedwede Lust und jeglich Herzeleid,
Die Lust der Zeit, das Weh der Ewigkeit.

Erreiche ich das ferne Land,
Dann blüht das Lebensmal in meiner Hand."

„Wer aber ergreift den Speer, den der Sänger hinterließ und schleudert ihn weiter den zersetzenden und vernichtenden Mächten außer und in unserem Volke entgegen?" (Lingens) Wir alle, jung und alt, groß und klein, arm und reich. Fort mit allem undeutschen Wesen in unserer Literatur, auf unserem Schreib- und Arbeitstisch, im Lesezimmer und in der Bücherei! Das ist der Ruf, den Löns heute an uns richtet.

Anm. der Redaktion! So tiefgefühlt und herrlich Löns Lyrik klingt, so urdeutsch sein Wesen und so heldenhaft auch sein Tod ist, so begeisternd er für die deutsche Jugend in seinen Liedern singt, — seine Werke, namentlich seine **Romane** sind doch nur mit Auswahl und Einschränkungen zu empfehlen.

Zum 1500. Todestage des hl. Hieronymus.

Von Dr. Wilh. Scherer.

Am 30. September sind 1500 Jahre verflossen, seit im Jahre 420 der hl. Hieronymus zu Bethlehem seine Augen schloß, um sie zur ewigen Anschauung zu öffnen. Raphael Sanzio hat mit seinem unvergleichlichen Pinsel in einem vatikanischen Gemälde die letzte Kommunion des Heiligen dargestellt, wodurch dieser noch heute dem Beschauer eine lebendige Predigt über Weltverachtung und Glaubensglück und Sehnsucht nach dem Brot des Starken hält, welches der Vorgeschmack himmlischer Seligkeit ist.

Aber damit ist St. Hieronymus Lehre für unsere Zeit noch nicht erschöpft. Er ist zunächst der Lehrer des Humanismus und seiner Bedeutung für die christliche Religion. Zu Stridon in Dalmatien um 340 geboren, war der junge Mann mit 18 Jahren nach Rom übergesiedelt, um hier von Männern der Wissenschaft, namentlich vom Grammatiker Donatus in die damalige Bildung eingeführt zu werden. Seitdem gab er sich dem Lesen, Sammeln, Abschreiben und Studium der klassischen Literatur derart hin, daß ihn der Herr in einem nächtlichen Gesichte mahnte: „Du bist ein Jünger Ciceros und nicht Christi". Seine lateinische und griechische Wissenschaft ergänzte Hieronymus später durch das Studium der hebräischen und aramäischen Sprache. Dadurch wurde er instand gesetzt, nicht nur das wissenschaftliche Streben in der Kirche überhaupt, in der von ihm gegründeten Klosterschule zu Bethlehem insbesondere, mächtig zu fördern, sondern vor allem, sein größtes und bedeutsamstes Werk der Kirche zu hinterlassen, die lateinische Bibelübersetzung, seit dem siebenten Jahrhundert Vulgata, d. i. die allgemein verbreitete, allgemein anerkannte, genannt, welche er in zwanzigjähriger Arbeit teils als Verbesserung der früheren altchristlichen Uebertragung der sog. Itala, teils als völlig neue Wiedergabe aus dem Urtext, namentlich fast aller Bücher des Alten Testamentes, vollendete. Zu diesem Werke trat eine erstaunliche Fülle von klassisch geschriebenen Schriften, exegetischen, historischen, asketischen, dogmatisch-polemischen Inhalts, sowie von Homilien und Briefen, die ihn den Zeitgenossen als den größten Polyhistor erscheinen ließen, dem sich niemand an Wissenschaft gleichzustellen wagte (Sulpicius Severus), und auf dessen Wort das ganze Abendland harrte, wie Gedeons Vließ auf den Tau des Himmels (Orosius).

Bei aller Gelehrsamkeit war Hieronymus ein begeisterter, treuer Sohn seiner Kirche und ein gewaltiger Kämpfer für deren Wahrheit und Auktorität. Johannes Cassian nannte ihn einen Mann von umfassendsten Wissen und reiner Lehre". Als höchste Norm für die Schriftauslegung galt ihm der von der Kirche festgehaltene Sinn; denn dies sei der Sinn, den der heilige Geist hineingelegt hat. Wer die Schrift im entgegengesetzten Sinn erklärt, gilt ihm als Häretiker. (Brief a. d. Gal. I, 11. 12.) Die Kirche ist die alleinseligmachende, in der Arche Noa vorgebildet. Wer sich in ihr befindet, wird in der herrschenden Sündflut nicht umkommen. Wer aber außerhalb der Kirche das Lamm genießt, ist ein Unheiliger. (Zu Joel 3, 1 ff.) Wer außerhalb dieses Hauses der Kirche des Herrn steht, kann nicht rein sein. (Zu Ezech. 7, 19.)

Die Kirche ist unzerstörbar. Auf einen Felsen gegründet, kann sie kein Sturm erschüttern, kein Wirbelwind vernichten, weil Gott es ihr verheißen hat, dessen Verheißung ein Naturgesetz ist. (Zu Isaias 4, 6; Amos 9, 14. 15.) Der Fels aber ist der Stuhl Petri in Rom. „Indem ich an erster Stelle niemand anderen als Christus folge, halte ich Gemeinschaft mit Deiner Heiligkeit, d. i. mit dem Stuhle Petri. Auf diesem Felsen weiß ich die Kirche gegründet." (An Papst Damasus, Brief 15 u. 16.) Solche und ähnliche Zeugnisse des Heiligen sind um so bedeutungsvoller, als er nach dem Urteil des hl. Augustin wohl die ganze christliche Literatur beherrscht und mit seiner eigenen Glaubensanschauung verglichen hat, die er sodann in praktischer Uebung und Lehre sowie in beständiger Selbstzucht, wie sie der gezähmte Löwe an seiner Seite versinnbildet, vertieft und besiegelt hat.

Bei aller Hingabe an die Auktorität und Wahrheit der Kirche gewahren wir am hl. Hieronymus auch ein reiches persönliches Innenleben, gepaart mit hohem Freimut des Urteils. Letzteres tritt besonders in seiner Stellung zu Origenes hervor, die seine Rechtgläubigkeit eine Zeitlang in ein schiefes Licht zu setzen drohte, während er sich beharrlich verteidigte: Non laudo eius vitia sed eius virtutes. (Vgl. Brief 89.) Seinen Gegnern antwortete er in temperamentvoller Polemik, besonders dem Zolvidius, der sich anmaßte, die immerwährende Jungfräulichkeit Mariens in Zweifel zu ziehen, so daß der Heilige auch als begeisterter Marienverehrer sich offenbart. Am schönsten und liebenswürdigsten zeigt sich seine Individualität in den vielen (gegen 120) uns erhaltenen Briefen an Freunde, Schüler und Schülerinnen, worin das christliche, besonders asketische und jungfräuliche Lebensideal verherrlicht wird. Auch uns Deutschen ist der hl. Hieronymus nahe getreten. Hat er doch auch längere Zeit an den „halbbarbarischen Ufern des Rheins" geweilt und an der Hochschule zu Trier den Entschluß gefaßt, sich Christus zu weihen", d. h. ein Mönch zu werden. (3. Brief.) Als die Wogen der Völkerwanderung unter Alarich sich über Rom ergossen und selbst bis Kleinasien sich fortpflanzten, tröstete er sich in seinem „Tusculum" zu Bethlehem mit dem Vertrauen auf eine bessere Zukunft und den Endsieg der Kirche, ohne den Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart zu verlieren, welche obendrein durch die Irrlehren des Pelagius erschüttert war.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Schauspielhaus. Die Woche brachte zwei Neueinstudierungen, eine erfreuliche und eine unerfreuliche, den „Kaufmann von Venedig“ und „Hidalla oder die Moral der Schönheit“ von Wedekind. Die Shakespearesche Komödie, in der Hermine Körner die Rolle der Porzia abgegeben hat, machte wieder einen recht angenehmen Eindruck; man betont das Lustspielmäßige oft mit Poesie und Geschmack, gelegentlich freilich, wie in der Kästchenszene gelangt man hart an das Karikaturistische, hier wäre weniger weit mehr. Als Shylock zeigte Granach seine wachsende Kunst; sehr erfreulich war Frl. Holms Porzia. Von den Herren gaben sich die meisten im modernen Stück freier, als im Kostüm; das gibt der Beschwingtheit eine leise Hemmung; zähe Regiearbeit vermag sie mit der Zeit zu bannen. Das stilisierte Bühnenbild entbehrt nicht der Farbe. Das Publikum hatte an dem Spiel seine Freude. Antisemitische Nutzanwendungen aus der Komödie zu ziehen, daran hat sicherlich kein Mensch gedacht und so wird hoffentlich die Direktorin heuer nicht wieder ihre parteipolitische Unschuld öffentlich beteuern müssen. — Nun zu Wedekind. Aus den sittlichen Verfallserscheinungen, die zu unserem Niedergang führten, ist dieser Dichter nicht wegzudenken. Leider haben gar viele, die heute mit uns die ethische Verwahrlosung beklagen, aus borniertem Aesthetentum diese Entartungsdramatik gefördert. Wedekinds Schmähung der Jungfräulichkeit — die Frau stände durch die hohe Einschätzung derselben unter den Haustieren — hat für gewisse „sittliche“ Zustände etwas Sympathisches und der Kommunismus der Weiber soll ja in Rußland in der Praxis erprobt worden sein, so daß der internationale „Verein zur Züchtung schöner Menschenrassen“, wie sie der traurige Held von „Hidalla“ gründet, dagegen das reinste Kinderspiel bleibt. Wedekind hat also seinen höchsten Triumph nicht erlebt, dafür auch nicht die sicherlich nahe Zeit, die seine Werke in den Giftschrank stellen wird. Granach bot als der Gründer der neuen Moral eine ganz glänzende Leistung, freilich entsprach sie nicht der Auffassung Wedekinds. Dieser hat uns die Rolle ja oft gespielt. Sein Ziel ging immer dahin, einen Lichtbringer auf die Bühne zu stellen, der an dem dumpfen Widerstand der Welt zugrunde geht. Er trompetete seine „Moral“ auf das Publikum hinein, die Szene ward zur Lehrkanzel für „Moral“ und wenn am Ende sich der Held aufhängte, so sollte gewissermaßen das Publikum beschämt werden, das gleich dem Zirkusdirektor im letzten Akt einen Führer der Menschheit für einen „dummen August“ hielt. Granach ging von der Betonung des verwachsenen Menschen aus, dessen abstoßendes Aeußere zu dem „Schönheits“ideal seines Innern in so groteskem Widerspruch steht. Inzwischen hat uns Frz. Schreker in Wort und Ton die Psyche des Gezeichneten geschildert, so erhielt der Wedekindsche Held bei Granach von vorneherein einen pathologischen Zug, ward zum Fanatiker seiner Idee. Ich weiß nicht, ob es Absicht oder Zufall gewesen, der Figur eine semitische Note zu geben; jedenfalls paßte sie nicht übel zu der sentimental-weinerlichen Selbstberäucherung. Man denkt an das Heinesche: „Ich unglückseliger Atlas, eine Welt, die ganze Welt der Schmerzen muß ich tragen“. Jedenfalls bot Granach eine sehr bedeutende Leistung. Mit dem schönen, in das Scheusal vernarrten Mädchen gab sich Frl. Hüch viel Mühe, ohne uns diese Figur glaubwürdiger machen zu können, als frühere Darstellerinnen. Weydner als schwindelhafter Verleger hatte noch einen eigenen Ton, die hysterische Amerikanerin Frl. Tschaffons und der „schöne Mann“ und Großmeister des Züchtungsvereines, Herr Mahring jun., vermochten ihre unsympathischen Gestalten durch eine Dosis von Humor zu mildern; was sich sonst in dem hysterischen Hühnerstall bewegt, geriet nicht lebendiger, als es Wedekind im Buche gelungen ist. Die Spielleitung war sorgfältig, die Bühnenbilder, besonders für die intimen Szenen, waren nicht ohne Reiz.

Kammerspiele. Gute Stücke mag man immerhin schlecht spielen, unsere Phantasie ist reich genug, uns ein besseres Bild zu machen. Schlechte Stücke schlecht gespielt bedeuten verlorene Abendstunden. Die „Gefährliche Liebe“ von Wilh. v. Scholz ist kein gutes Stück und die Schauspieler vermochten nicht das auszumalen, was der Dichter ihnen nur in bläßlicher Vorzeichnung zu geben vermocht hatte. Von Scholz und den Kammerspielen ist man mehr gewöhnt. Der Dichter hat den Roman „les liaisons dangereuses“ von Laclos als Unterlage gewählt, ein Buch, das die sittliche Fäulnis der Zeit vor der französischen Revolution schilderte und außerordentliches Aufsehen erregte. Die Marquise v. Mertenil und der Vicomte v. Valmont sind ein Liebespaar, das selbst aus ihren Treulosigkeiten neuen Reiz zieht. Einen jungen Kavalier und seine Schwester, eine junge Witwe, die außerhalb der Verderbtheit der großen Welt standen, suchen sie ins Verderben zu reißen. Sie stachelt den Vicomte an, die junge Frau zu verführen und ihr dann sofort einen Brief auszuhändigen, daß ihre Liebe ihn langweile. Durch diese Brutalität gibt sich die Verführte den Tod. Die Marquise ist, kurz gesagt, aus Lullus-Geschlecht; widerlich pervers. Sie findet ihre Strafe, in dem sie bei Ausbruch der Revolution von ihrem Spitzel — so eine Art Privatdetektiv oder Mohr Fieskos — als Dirne genommen wird. Der Bruder rächt die Schwester, in dem er den Verführer ersticht und sucht mit einem Mädchen, das zwar auch verführt, aber sonst rein geblieben ist, das Weite. Die Figuren lassen uns kalt. Ihre verruchte Erotik ist uns widerlich, vermag uns aber kaum zu überzeugen. Frl. Unda als Gast an die Kammerspiele zurückgekehrt, mochte wohl in Einzelzügen seelische Abgründe aufzuzeigen, aber sie war doch mehr eine Modedame, als eine männerbetörende Erscheinung. Die Don Juanfigur des Herrn Framer war ein wenig steif. Man dachte bei ihm weniger an das Champagnerlied Mozarts, als an einen seriösen Kontratanz. Die sauberen Figuren wurden von den Damen Rauscher und Berns sowie Herrn Donath mit angenehmer Jugendlichkeit, aber ohne viel Persönlichkeit dargestellt. Die Figuren kommen und gehen, wie sie der Dichter braucht, das verstärkt das Puppenhafte. Die Räume betonten genügend und mit Geschmack das Zeitalter des fünfzehnten und sechzehnten Ludwig. Der ungenannte Spielleiter schien sich mit der Lösung dieses kleineren Teiles seiner Aufgabe begnügt zu haben. Widerspruch wurde nicht laut, aber von einem Erfolg läßt sich kaum reden.

Konzert. Lina Daimer ist eine Geigerin von Rang. Sie besitzt viel Technik, einen schönen, weichen Ton und musikalisches Verständnis. Das Violinkonzert G-moll von Max Bruch brachte ihre Vorzüge zu schöner Geltung. Die Wiedergabe der Romanze in F-dur von Beethoven entbehrte nicht der Poesie, das Scherzo Dittersdorf-Kreisler geriet sehr anmutig-graziös. Sarasates Carmen-Fantasie bot einen wirksamen Ausklang. Clement unterstützte die Geigerin mit Einfühlung am Flügel.

„Das Liebesverbot“, ein Jugendwerk Richard Wagners, soll von der Berliner Staatsoper aufgeführt werden. Der Tondichter hat 1866, 30 Jahre nach der Niederschrift, das Manuskript seinem Schutzherrn Ludwig II. geschenkt; er betrachtete die Oper als eine Jugendsünde, die er einer Aufführung nicht für würdig hielt. Will man nun dem Wunsche des Meisters entgegenhandeln, so bedarf dies einer Erlaubnis König Ludwigs III., als dem Besitzer der Handschrift, während die gedruckt vorliegenden Werke heute für jedes Theater frei sind. Den Text gewann Wagner aus Shakespeares „Maß für Maß“. In seinem „Leben“ gibt er eine sehr eingehende Analyse seiner Umarbeitung.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Finanznot. — Vermehrtes Börsenspiel. — Zunehmendes Vertrauen innerhalb einzelner Wirtschaftsfaktoren.

Deutschlands Wirtschaftsnot ist gross. Erschreckend deutlich beweisen dies die Ziffern in der Etatrede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth, dessen Stellung innerhalb der Reichsregierung in punkto Wirtschaftsführung der Reichsgelder hoffentlich gestärkt bleibt. 242¾ Milliarden Schulden ohne Berücksichtigung des Zahlungsbetrages für die Wiedergutmachung an die Entente; 55¾ Milliarden Mark Fehlbetrag im Reichsetat für 1920; 16 Milliarden Defizit bei der Reichseisenbahnverwaltung, 2 Milliarden bei der Post, 75 Milliarden Papiergeldausgabe! Die deutschen Finanzminister beraten wiederholt über solche ernste Finanzlage. Im Programm obenan besteht Einmütigkeit über die Notwendigkeit äusserster Sparsamkeit, beschleunigte Mobilisierung eines erheblichen Teiles des Reichsnotopfers, Abbau der Kriegsgesellschaften und der übrigen noch bestehenden zahlreichen Abwicklungsstellen, Sozialisierung des Bergbaues, Aenderung in der Politik der Besoldungsfragen unter möglichster Verringerung des übergrossen Beamtenkörpers. Ueber die hochbedeutsame Wichtigkeit unserer jetzigen Gesamtsituation sind sich wohl alle politischen Parteien einig. Der Berliner „Vorwärts“ schreibt hierzu, „es handelt sich um letzte Schicksalsfragen unseres Volkes, bei deren Lösung sich keine Partei der sachlichen Mitverantwortung entziehen kann“. Man erwartet ferner in gewissen Finanzkreisen die Bekanntgabe von neuen Steuerplänen und nicht zuletzt die Notwendigkeit einer nicht zu umgehenden deutschen Zwangsanleihe. Grundlegend für diese Tendenz ist, die ungeheure Banknotenüberschwemmung durch solche Zwangsfinanzreformen zurückzukapitalisieren. Man versucht also durch Gewaltkuren Deutschlands Finanzreformen auf normalere Wege zurückzuführen. Wenn solche und sicherlich unbedingt erforderliche Regierungsschritte angebahnt sind, so berührt es den sachlichen Berichterstatter eigenartig, dass an den deutschen Börsen derzeit eine ausgesprochene Markfluchtbewegung in grossem Umfang Stand hält. Es handelt sich wohl hauptsächlich hierbei um steuertechnische Rettungsversuche, Teilen von Kapitalien irgendwie Unterschlupf zu geben. Wie wenig erfolgreich jedoch solche Absichten seitens des Spekulationspublikums bleiben, wird wohl das Resultat der kommenden Steuerabzapfungen zeigen. Immerhin hat die Finanzpresse, welche es an Warnungen hierbei nicht fehlen lässt, Recht, wenn sie, wie jüngst die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Es ist Verrat am Staatsganzen, was hier vielfach betrieben wird“.

Dankbar empfinden unsere Grossindustrie und Finanzkreise die Pläne des deutschen Reichswirtschaftsministeriums, öffentliche Kredite für die Industrie zu gewähren, um Fabrikstilllegungen und zunehmende Arbeitslosigkeit tunlichst zu verhindern. Bemerkenswert ist im Zusammenhang damit die Tatsache der günstigeren Meldungen über den Wiederaufbau im Verkehr. Bis Mitte September sind 2500 Lokomotiven mehr im Betriebe als im Vorjahr. Ein weiteres gutes Zeichen ist die befriedigende Durchführung der deutschen Kohlenlieferung an die Entente. Bedauerlich ist nur die Wahrnehmung, dass, während Deutschlands Industrie unter der drückenden Sorge der Kohlenknappheit leidet, dagegen Frankreich Deutschlands Kohle in überschiessendem Masse unbenützt aufstapeln kann! Den Misshelligkeiten verschiedener Eisen-

bahnerstellen bei Transportschwierigkeiten stehen die mehr und mehr wahrzunehmende **Arbeitsfreudigkeit** bei den deutschen Schwerindustriearbeitern gegenüber. Wiederholt registriert man zunehmende Mehrförderung, Vermehrung der Belegschaften und Abneigung von Arbeitergruppen gegen jegliche Streikbewegung. Auch die übrigen Industrien melden mehr und mehr von Arbeitsförderung und von zunehmender Exportbetätigung. Innerhalb einzelner Industriekonzerne sind grosszügige Zusammenschlüsse geplant. In Süddeutschland gewinnt die Bedeutung der Wasserkraftausnützung und der Elektrizitätswirtschaft an Boden. Vielleicht kommt doch von Innen heraus, wenn auch allmählich, eine Wendung zum Besseren! M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Christ. Lud. Poehlmann, Wie werde ich wahrhaft glücklich? Verlagsbuchhandlung Ch. Ludwig Poehlmann, Hamburg 1919. 210 S. 8°. Der durch seine leichtfaßlichen Sprachlehren, seine Anleitung zur Gedächtnislehre, zur Geistesschulung usw. bekannte Verfasser tritt neuerdings mit einem Buche an die Oeffentlichkeit, das nicht verfehlen wird, die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zu ziehen. Ging er in früheren Werken darauf aus, seinen Schülern zur Ausbildung aller ihrer geistigen Fähigkeiten, einschließlich des Willens und Charakters, zu verhelfen, so nimmt er sich nunmehr auch ihrer durch die Ereignisse des Krieges und der nachfolgenden Zeit gesteigerten seelischen Not an, macht es sich zur Aufgabe, auch solche, die bereits glauben, am Leben verzagen zu sollen, mit neuem Mute zu beseelen. Er zeigt, wie das Ich wieder Wert erhalten kann im festen, von der Pflicht geleiteten Verhältnisse zu dem „Großen Gesetze", das die Welt nach ewigem Willen lenkt. Er erläutert die Wirkungen dieses Verhältnisses am Lebenslaufe der Kinder, der Heranwachsenden, sowie einiger wichtigster Berufsstände und beweist, wie es dazu dient, demjenigen, der sich dem „Großen Gesetze" mit Liebe und Besonnenheit unterwirft, ein Paradies auf Erden zu schaffen. Die Allgemeingültigkeit und der Wert der in dem Buche ausgesprochenen Lehren ist unbestreitbar. An der Charakterfestigkeit und dem guten Willen des Schülers wird es liegen, sich durch Nachdenken diese Lehren zu eigen zu machen. Im christlichen Sinne erfaßt, werden sie ihn zweifellos zu dem gewünschten Ziele bringen. Die Ausstattung des Buches ist bei Anbetracht der jetzigen Verhältnisse überraschend gut.

Dr. F. Isberner.







Deutschlands führender Qualitäts-Obstschaumwein

Preisgekrönt:
Internationale Ausstellung Aachen 1912
Weltausstellung Gent 1913

Mit Zucker durch Flaschengärung auf langem Lager hergestellt. Ohne künstlichen Kohlensäure- oder Sacharinzusatz — Dem Traubensekt ebenbürtig — Mehr als die Hälfte billiger — Weinähnliche Qualität, ausserordentliche Bekömmlichkeit, unbegrenzte Haltbarkeit — Nervösen und Herzleidenden als Ersatz für verbotenen Traubensektgenuss aerztlich empfohlen.

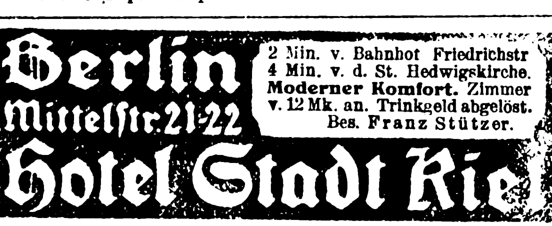
Josef Finck & Co., Mainz a. Rh., M 22 Hoflieferanten

Telegr.-Adr.: Sektkellerei Finck, Mainz. Fernsprech-Verbind.: Nr. 4005



Als vereidigter Messweinlieferant u. Hoflieferant Sr. Heiligkeit des Papstes empfehle ich besonders **Messweine.**





2 Min. v. Bahnhof Friedrichstr
4 Min. v. d. St. Hedwigskirche.
Moderner Komfort. Zimmer v. 12 Mk. an. Trinkgeld abgelöst.
Bes. Franz Stützer.

J. Pfeiffer's
religiöse Kunst-, Buch- und Verlagshandlung [D. Hafner]
in **München**
Herzogspitalstrasse 5 u. 6
empfiehlt ihr grosses Lager in
Statuen, Kruzifixen, Kreuzwegen
[in Hartgussmasse und in Holz geschnitzt.]
Alle Devotionalien als:
Rosenkränze, Medaillen, Sterbekreuze, Skapuliere usw. Heiligenbilder mit und ohne Rahmen. Andenkenbilder für Verstorbene. Alle guten Bücher u. Zeitschriften.



Kruzifixe
Kreuzwege, Heiligenstatuen, Gedenktafeln u. -Kreuze usw.
empfiehlt
Fr. Schmidt,
Bildhauer
Zittau / Sachsen.
Anerkannt künstlerische Ausführung.

Mess- Kommunion-Hostien
in bekannter Qualität empfiehlt
Franz Hoch
Kgl. bayer. Hofliefer.
Hostienbäckerei
Miltenberg a. Main
Bischöfl. genehmigt und beeidigt, pfarramtlich überwacht.

Blumen Gottes

Erzählungen für jung u. alt von **Odilo Zurkinden.** kl. 8. (IV, 376 Seiten.) Broschiert Mk. 10.—. In hübschem Originaleinband gebunden Mk. 14.—. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg. Es handelt sich hier um eine neue, aber durchaus vorzügliche Gabe trefflicher Erzählungen für unsere Jugend und für unser Volk. P. Odilo Zurkinden, O. S. B., bietet einen überaus ergreifenden Lesestoff, der gerade für unsere Zeit besonders gut paßt. Tiefes Empfinden und glühende Begeisterung zeichnen den reichhaltigen, prächtigen Geschenkband aus. Es sind meist Begebenheiten aus dem katholischen Klosterleben, die in feiner psychologischer Ausarbeitung dargeboten werden. So bilden sie vor allem für religiös-gestimmte Seelen eine sehr ergreifende Lektüre.

Zum Feste d. hl. Elisabeth
(19. November)

Die heilige Elisabeth
Ein Buch für Christen
Von **Alban Stolz.**

Feine Ausgabe. 18. Aufl. Mit 16 Bildern. gr. 8⁰ (VIII u. 436 S.) ℳ 12.—; geb ℳ 18.80
Oktavausgabe. 24. Aufl. Mit 16 Bildern. (XII u. 414 S.; 1 Tafel) ℳ 8.80; geb. ℳ 13.80 und ℳ 15.—
Billige Volksausgabe. 22. u. 23. Aufl. 12⁰ (XII und 392 S.) ℳ 3.40; geb. ℳ 6.80

Das Kennzeichen seiner Jünger
Ein Büchlein von der christlichen Caritas
Von Dr. **E. Krebs.**
(Im Druck.)

Das Liebesgebet Jesu wird hier warmherzig und werbestark dargelegt. Ein Buch für alle, die Christi Jünger sein wollen!

Die Preise erhöhen sich um die im Buchhandel üblichen Zuschläge.

Herder & Co. / Freiburg i. Br.

Ueberall elektrisches Ewiglicht
mit pat. elektr. Sparlämpchen.
Bei Anfragen ist Spannung und Stromarts-Angabe erforderlich.
Alois Nagel, elektrotechn. Erzeugnisse,
Stuttgart, Friedensstr. 14

Halle S. Dr. Harang's Anstalt.
Vorb. zur Abit.-u. Einj.-Prüf. sowie für alle Schulklassen.



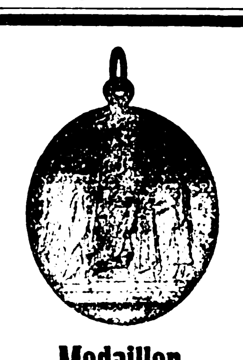
Kunstgerechte, historische Studien.
Sebastian Osterrieder
akadem. Bildhauer
München, Georgenstrasse 113.

In dieser ernsten Zeit kommt das **Harmoniumspiel** ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstrumente.
HARMONIUM sollte i. jed. Haus z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 ℳ.
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.
Alois Maier, Hofl., **Fulda.**

Zu Neu- und Umbauten von
Kirchen- und Konzert-Orgeln
in jeder Größe, bei künstlerisch durchgeführter Intonation, in anerkannt solidester Ausführung empfehlen sich
Gebrüder Hindelang,
Orgelbauanstalt,
Ebenhofen, bayer. Algäu.
Ia. Referenzen stehen zur Verfügung.



Medaillen für Congregationen
in reicher Auswahl empfiehlt die Devotionalienfabrik von
Heinr. Kissing
Menden
(Kreis Iserlohn).

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.

Redaktion und Verlag:
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland ℳ 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Millimeterzeile ℳ 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile ℳ 5.—.
Beilagen:
ℳ 60.— das Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 41 — München, 9. Oktober 1920. — XVII. Jahrgang.

Stehen wir wirklich am Grabe der Deutschen Zentrumspartei?

Von Dr. Eugen Jaeger, Speyer.[1])

Die Partei, welche sich einst das katholische Deutschland in schweren Stunden geschaffen hatte, der feste Turm, dessen Bau und Besatzung stets den Stürmen siegreich widerstand und selbst den eisernen Kanzler Bismarck zur Abkehr vom Kulturkampf zwang, die Partei, auf welche die Katholiken der ganzen Welt mit Begeisterung, mit Stolz und mit dem Bedauern blickten, sie nicht nachahmen zu können, soll diese Partei jetzt dahinschwinden, soll das bisher in dieser Partei vereinigte katholische Volk in Uneinigkeit auseinanderfallen ohne Verständnis für die großen Aufgaben, die ihm gerade Deutschlands tiefste Not gestellt hat!

Die Zentrumspartei erwuchs aus dem Grundgedanken, alle Teile des deutschen Volkes zusammenzufassen, welche die schaffenden, erhaltenden und fortschrittlichen Kräfte des Christentums, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft als Grundlage des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens haben wollen. Das konnte nur geschehen auf dem Boden einer politischen Partei, die ihrerseits wieder ruhte auf dem Grundgedanken der modernen Verfassung, Gleichberechtigung der Staatsbürger und des Bekenntnisses. Kernpunkt und treibende Kraft dieser Partei war das katholische Volk, denn in ihm lebten und wirkten die christlichen Kräfte am innigsten und tatkräftigsten. Auch in unseren protestantischen Volksteilen bestand damals, vor 50 Jahren, noch eine starke christliche Ueberzeugung, die inzwischen zum großen Teil zerstört worden ist durch Liberalismus und Sozialdemokratie, noch mehr aber durch den Kulturkampf, den auch der konservative Protestantismus leider mitmachte im Luthergeist des 16. und 17. Jahrhunderts. Daher hat der Protestantismus von jeher nur sehr wenig Zentrumsmitglieder gestellt; alle, von den Welfen abgesehen, wurden in katholischen Wahlkreisen gewählt. Die erfolgreiche Abwehr des Bismarckschen Kampfes gegen die katholische Kirche, gegen die Rechte und Freiheiten des katholischen Volkes sah die hohe und Ehrenzeit des Zentrums. Aber mitten in diesem heißen Ringen gedachte das Zentrum seiner weiteren Aufgabe, auch das soziale und wirtschaftliche Wohl des deutschen Volkes zu erstreben, wie es der Antrag Galen kundgab, der 1877 das Zentrum auf die Bahn der Sozialreform hinwies. Zwei Jahre darauf unterbrach das Zentrum seine Opposition gegen Bismarck und half diesem unter dem Widerstand des Liberalismus eine Mehrheit für den Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll zu schaffen. Das wirtschaftliche Aufblühen des deutschen Volkes, das damals begann, ist der Zentrumspartei mitzuverdanken. Stets hat sie die Opposition nicht der Opposition wegen, sondern der Sache wegen betrieben und dabei immer dem Volke zu dienen gesucht. Windthorsts große Sorge wurde allmählich, die wirtschaftlichen Fragen und Streitigkeiten der Stände möchten die Einheit der deutschen Katholiken zerstören. Die große Aufgabe der Zentrumspartei konnte nur erfüllt werden, wenn sich sämtliche Stände auf dem allgemeinen Boden der christlichen Weltanschauung vereinigten, ihre Streitigkeiten schiedlich friedlich unter sich austrugen, was dem Zentrum auf der mittleren Linie auch stets gelungen war. Zeuge dessen ist der vielumstrittene Zolltarif von 1902, die Reform der Sozial-Versicherung von 1911 und vieles andere. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß allmählich der Mittel- und Handwerkerstand sich zurückgesetzt fühlte, obwohl das Zentrum stets auch beider Forderungen eifrig angeregt und unterstützt hat. Das Aufsteigen der Großbetriebe konnte es aber unmöglich verhindern und die Genossenschaftsbildung als wichtigstes Mittel der Abhilfe fand im Handwerkerstand selbst wenig Unterstützung. In weiten Kreisen der Großindustrie und des Mittelstandes empfand man das Aufsteigen der Arbeiterschaft, das die Partei begünstigte und das viele Betriebe in Anpassungs- und Uebergangsschwierigkeiten brachte, höchst peinlich und machte es der Partei zum Vorwurf.

Mit dem Aufhören des amtlichen Kulturkampfes lockerte sich allmählich das Band, das die Partei bisher fest zusammenhielt. Der weit über Land und Volk hinschallende Kampfesruf hatte Wähler und Abgeordnete stets von neuem zum Widerstand gegen die religions- und volksfeindliche Politik Bismarcks begeistert. Als Bischöfe und Priester eingesperrt, die Klöster geschlossen, die Spendung der Sakramente, selbst auf dem Sterbebette, mit Strafe belegt war, erkannte das ganze katholische Volk die Gefahr, die ihm und seiner Religion drohte. Bismarck brach 1886 den Kulturkampf ab, die giftigsten Gesetze wurden beseitigt oder unwirksam gemacht. An Stelle des Kampfes mit Polizei und Staatsbüttel trat jetzt eine andere Form des Kampfes, geführt vom Evangelischen Bund und der liberalen Presse, eine Kampfweise, die überall Haß und Verachtung gegen die Katholiken aussäte und den Abbau der unduldsamen Gesetze verhinderte, die in Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig und anderen Staaten die freie Religionsübung der Katholiken unterbanden. Gegen diesen Zustand richtete sich der Toleranzantrag des Zentrums von 1899 ab in Verbindung mit dem ebenso stets wiederholten Antrag, die Verbannung der Jesuiten zurückzunehmen. Aber der Kampf in Preußen und im Reich gegen das System, die Katholiken auszuhungern und den Protestantismus in allem zu begünstigen, wurde mehr mit Worten als mit Taten geführt. Die parlamentarische Waffe, die Geldverweigerung, wurde nicht benutzt. Das hätte die Wähler wieder für das Zentrum begeistert. Aber das Bestreben, den formellen Frieden aufrecht zu erhalten, überwog. Der Dank dafür war die Kriegserklärung Bülows am 13. Dezember 1906, der Versuch, mit den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen einen zentrumsfeindlichen Block zu bilden und die Katholiken dauernd im Reichstage davon auszuschließen. Das brachte wieder die frühere Begeisterung im Volk, aber das Zentrum alterte doch zusehends. Seine Sozialpolitik beschränkte sich fast nur auf die Arbeiterfragen. Der Versuch, die Partei zu einer großzügigen Boden- und Wohnungspolitik als Grundlage einer weitschauenden Sozialpolitik zu bewegen, scheiterte. Das hätte Hunderttausende von Verelendeten in zufriedene Staatsbürger verwandeln können, hätte ihnen Liebe zur heimischen Scholle und die Möglichkeit eines christlichen Familienlebens gebracht. Das fast unheilbare Wohnungselend, von dem unser Volk jetzt gepeitscht wird, wurzelt in jener jahrelangen Versäumnis. Ein leidenschaftlicher Widerstand der Interessenten gegen die so notwendige Wohnungs- und Bodenreform setzte hier ein, ebenso zähe wie der Widerstand weiter Volkskreise gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen, obwohl die Zeichen der Zeit

[1]) Im Interesse der Einigung der deutschen Katholiken geben wir gerne auch diesen Ausführungen des alten verdienstvollen Parlamentariers Raum, der bei Meinungsverschiedenheiten im Zentrum immer einen vermittelnden Standpunkt eingenommen hat.

deutlich sagten, daß hier die Schicksalsfrage liege, ob die Zukunft Revolution oder Reform bringen werde. Die Reichstagsfraktion hatte sich schon längst für Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten erklärt mit der Begründung, daß dieses Wahlrecht als Gegenleistung für die allgemeine Wehrpflicht auf die Dauer nicht umgangen werden könne. Aber die Mehrheit der preußischen Zentrumsfraktion wollte mit den Konservativen und Nationalliberalen das Dreiklassenwahlrecht um jeden Preis beibehalten, — ein Fehler, der sich am deutschen Volke und seinen Fürsten schwer gerächt hat. Noch größer waren die Fehler des Reichstages und der Zentrumspartei in der äußeren Politik. Die Vorgänge vom November 1908 hatten mit Blitzlicht die große Gefahr beleuchtet. Der Reichstag mußte unbedingt mehr Einfluß auf die auswärtige Politik, das Recht der Mitentscheidung über die wichtigsten Fragen, besonders über Krieg und Frieden, sich verschaffen. Nicht einmal über die für den Weltkrieg bedeutsamen Verhandlungen mit Lord Haldane 1912 wurde der Reichstag unterrichtet, obwohl es sich damals doch um des ganzen deutschen Volkes Zukunft, sein Blut und seinen Wohlstand handelte. Was unter Bismarck zu ertragen war, mußte unter Kaiser Wilhelms Eigenart dem Volke zum Verderben ausschlagen. Aber ein gewisser anerzogener Byzantinismus vereitelte jeden ernsten Versuch, nach dieser Richtung hin die Verfassung auszubauen, jedes Wort, das höher hinaufzielte, als der Reichskanzler stand, war in der Partei unbeliebt, obwohl doch unter Kaiser Wilhelm die Katholiken immer noch Staatsbürger zweiter Klasse blieben und das obenerwähnte protestantische System in seiner ganzen Schärfe auch in Preußen weiterbestand. Dieses Versagen des damaligen Zentrums gegenüber so großen Notständen hat die Sympathie für die Partei in weiten Kreisen geschädigt.

* * *

Der Weltkrieg fand die Partei zunächst einig in dem festen Entschluß, der das gesamte deutsche Volk erfüllte, alles daranzusetzen, um zu siegen. Aber der Juli 1917 brachte eine schwere Erschütterung. Damals wurde es immer wahrscheinlicher, daß der U-Boot-Krieg nicht die erwarteten Erfolge und darum nicht allein die von ihm erwartete Entscheidung bringen werde, daß Oesterreich und mit ihm Bulgarien dem Zusammenbruch entgegentrieben, während die Türkei schon von Anfang an versagt hatte, und das deutsche Volk durch Hunger und ungenügende Ernten mehr und mehr der Erschöpfung anheimfiel, der Nachschub an Soldaten die Riesenverluste gegenüber den wachsenden feindlichen Heeren nicht mehr decken konnte. Die Gegensätze der Anschauungen führten zu schweren Auseinandersetzungen. Die Fraktion stellte sich mit allen gegen 7 Stimmen auf Seite der Friedensbestrebungen, selbstverständlich unter Wahrung der deutschen Interessen. Der Deutsche trennt sich schwer von liebgewordenen Vorstellungen, besonders nachdem die Erfolge der ersten Kriegsjahre uns ein siegreiches größeres Deutschland als Endergebnis versprochen hatten. Die Minderheit machte die ursprünglich gut gemeinten, aber später zu zerstörendem Defaitismus gemachte Friedensresolutionspolitik nicht mit, ebenso nicht die angesehensten Teile der Parteipresse, und in Verbindung mit der nationalistischen Richtung entstand eine lärmende Bewegung gegen jene Friedenskundgebung. Auch die Parteitage, die sich ohne Defaitismus sämtlich auf den Boden jener Fraktions-Erklärung stellten, führten zu keiner Einigung. Die Autorität der Partei war schwer erschüttert, um so mehr, je höher die Kreise standen, die nach außen gegen die „amtliche" Fraktions- und Parteipolitik verstießen. Die Parteileitung vermochte nicht die Leidenschaften zu beruhigen, welche durch jene Friedenskundgebung, noch mehr aber durch die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht entbunden waren.

Man muß diese Vorgänge erwähnen, um zu verstehen, wie sich die heutigen Auflösungsbestrebungen vorbereiteten. Die Revolution vom November 1918 hat dann alles zusammengeschlagen, weil Monarchie und Bürgertum alle Warnungen zu rechtzeitiger Reform verachtet hatten. Nach dem Zusammensturz aller Verhältnisse hat die Zentrumspartei sich auf den Boden der vollendeten Tatsachen gestellt, aber ihr altes Ansehen konnte so rasch nicht wiederkehren. Der große Gedanke, das katholische Volk ohne Unterschied der Stände zu einer geschlossenen politischen Partei zusammenzufassen, war in weiten Kreisen verdunkelt, die große Bedeutung dieser Zusammenfassung für Religion, Kirche, Staat und Kultur vergessen worden. Ist doch im Deutschen der weitschauende politische Sinn auch bei den Gebildeten noch zu schwach entwickelt.

Vor allem beging die Fraktion bei Schaffung der Reichsverfassung den schweren Fehler, den bundesstaatlichen, föderalistischen Gedanken, den sie seit ihrer Gründung, also seit 50 Jahren vertreten hatte, fast ganz aufzugeben. Noch am 8. Februar 1919 hatte der Reichsausschuß der Partei beschlossen: „Die Partei ruht nach Gründung und Geschichte auf dem Boden der deutschen Verfassungen. Damit ergibt sich ihr vaterlands- und staatserhaltender, ihr monarchischer und föderalistischer Charakter." Daß das neue demokratische Reich seine politische Kraft straffer zusammenhalten mußte, daß die Kleinstaaterei sich überlebt hatte, fand keine ernste Gegnerschaft. Die Partei schuf mit den Demokraten und Sozialdemokraten gemeinsam die neue Reichsverfassung, die Mitwirkung des Zentrums war jenen Parteien hochwillkommen, um so leichter hätte es dem bundesstaatlichen Gedanken ernsthafte Zugeständnisse verschaffen können, etwa in dem Sinne: die politischen Kräfte dem Reiche, die kulturellen den Einzelstaaten. Ein Weg dazu wäre auch gewesen, die Ausführung bedeutsamer Reichsgesetze den Landesregierungen zu übertragen und ihnen überhaupt in allen Kulturfragen die Selbstverwaltung zu gewähren. Aber die Führer des Zentrums und besonders seiner Arbeiterschaft wollten den Zentralismus. Später wurde verkündet, die Wähler hätten am 12. Januar 1919 den Abgeordneten unbeschränkte Vollmacht gegeben, die neue Reichsverfassung aufzubauen. Das ist aber nicht richtig. Die Zentrumsanhänger wählten auf Grund des alten Programms, das nicht den Einheits-, sondern den Bundesstaat erstrebte. Die Fraktion fiel von diesem Programm ab, ohne daß die Wählerschaft oder wenigstens der Reichsausschuß der Partei und die Fraktionen der einzelnen Länder gefragt wurden. Das mußte den Zusammenhang der Partei bei Beginn der neuen republikanisch-demokratischen Zeit schwer erschüttern. Sofort erhob sich in Bayern als Bayerische Volkspartei eine bundesstaatliche Gruppe, die sich vom Zentrum trennte und nach der Neuwahl von 1920, als sie um Eintritt in die Koalition ersucht wurde, Bedingungen stellte, die in bundesstaatlicher Richtung liefen und vom Reichskanzler angenommen wurden. Eine der wichtigsten Aufgaben des Zentrums muß sein, nach Kräften zu verhüten, daß Berlin der Wasserkopf Deutschlands werde, daß es durch den Pesthauch, der von ihm ausgeht, unser Volk sittlich vergifte. Im Rheinland führte das Bestreben, endlich einmal von der preußischen und Berliner Fremdherrschaft loszukommen und der völkischen Eigenart entsprechend, sich selbst verwalten zu können, zum schärfsten Widerspruch gegen den Einheitsstaat und zeitigte Erscheinungen, wie die „Rheinische Republik" und die „Rheinische Volksvereinigung", die vom deutschnationalen Standpunkt aus allmählich bedenklich wurden, allerdings auch den schärfsten Widerstand hervorriefen. Durch die Not gezwungen, hat die preußische Regierung Oberschlesien nun weitgehende Selbstverwaltung und vielleicht sogar die Ausgestaltung als eigenen Bundesstaat in Aussicht gestellt, damit die Bevölkerung dem Deutschen Reiche treu bleibe. Daß dieses Versprechen, auch wenn die Abstimmung gut ausgefallen ist, wirklich gehalten wird, dafür müssen Garantien geboten werden. Wenn das geschieht, dann kann dem Rheinland das gleiche Recht nicht vorenthalten werden. (Schluß folgt.)

Neue wirtschaftliche Probleme.

Von Staatsminister a. D. von Seidlein.

Die Lage des Reichshaushaltes wird immer unhaltbarer. Nach den Berichten über die Kabinettsitzung vom 22. September gab der Reichsfinanzminister den Fehlbetrag im außerordentlichen Etat mit 37 Milliarden an. Dabei bleibt fraglich, ob die Voranschläge des ordentlichen Etats nicht gleichfalls zu überaus hohen Ausfällen führen. Bei der Steuerunlust, die namentlich auch unter der Arbeiterschaft herrscht, und bei der fortschreitenden Verarmung unseres Volkes ist es sehr zweifelhaft, ob die Reichssteuer den berechneten Ertrag einbringen wird. Hierzu kommen die Fehlbeträge bei den Reichseisenbahnen und -posten, die zunächst noch mit 18 Milliarden angegeben wurden, nach ihrer bisherigen fortgesetzten Steigerung aber wohl auf 24 Milliarden zu veranschlagen sein dürften. Derartige Fehlbeträge im Steuerweg oder durch Tariferhöhungen bei den Verkehrsanstalten einzubringen, ist ohne Vernichtung unseres wirtschaftlichen Lebens unmöglich. Es muß daher alles ins Auge gefaßt werden, was

die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichtes nicht nur bei den Verkehrsanstalten, sondern auch im Reichshaushalt überhaupt erleichtern kann.

Wie in so vielen Fällen sucht man bei dem Schlagwort „Sozialisierung", unter dem sich Beliebiges denken läßt, eine Hilfe. So wird als solche Sozialisierung auch die Durchführung gemein- oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen bezeichnet, an denen verschiedene öffentliche Körperschaften allein oder zusammen mit Privaten beteiligt sind. Das gemischtwirtschaftliche Unternehmen bietet, wo es anwendbar ist, den Vorteil, daß es die Formen der privatwirtschaftlichen Unternehmungen in den öffentlichen Dienst stellt. Der Staatsdienst ist auf eine genau geregelte Bureaukratie, die nach der Dienstaltersfolge vorrückt, auf den Instanzenzug und schon in Rücksicht auf die parlamentarische Kontrolle auf eine umständliche Rechnungsstellung angewiesen; er ist von der Kritik und Billigung des Parlaments abhängig und arbeitet unter diesen Umständen auch bei einer vorzüglich geschulten Beamtenschaft schwerfällig. Wenn auch die großen privatwirtschaftlichen Unternehmungen auf einen mehr- oder minder ähnlichen Verwaltungsapparat angewiesen sind, so haben sie doch freiere Beweglichkeit in der Auswahl und Verwendung des Personals, in der Finanzierung des Unternehmens und überhaupt in der gesamten kaufmännischen Geschäftsgebarung. Dadurch wird die Führung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen an Stelle eines staatlichen Betriebes nahegelegt.

Der Gedanke ist auch für Bayern nicht neu. Es ist bekannt, daß von der bayerischen Regierung die Ausführung des Schiffahrtsweges über den Main zur Donau als solches gemeinwirtschaftliches Unternehmen gedacht wurde. Die Interessenten an der Wasserstraße wurden in dem 1917 gegründeten Main—Donau-Stromverband zusammengefaßt, an dem das Reich, Bayern, Baden, sowie die anliegenden bayerischen und außerbayerischen Städte und Großindustrien beteiligt sind. Auf Grund eines Abkommens mit dem Stromverband, der gemeinsam die Kosten aufbrachte, wurden die erforderlichen Entwürfe und wirtschaftlichen Untersuchungen von der bayerischen Regierung bearbeitet. Es war beabsichtigt, daß auch für den Ausbau und den Betrieb der Wasserstraße der Stromverband eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung bilden soll, denn es erschien von vornherein klar, daß ein solcher Verband als Aktiengesellschaft oder G. m. b. H. leichter Kredit finden würde, als das schon während des Krieges notleidende Deutsche Reich. Das ist nun noch viel mehr der Fall. Die Geldbeschaffung kann auf der Grundlage der die Rentabilität sichernden, am Laufe der Schiffahrtsstraße liegenden Wasserkräfte und bei Zinsgarantie der beteiligten öffentlichen Körperschaften durch den Stromverband jedenfalls leichter erfolgen, als durch das mit der Gefahr des Zusammenbruches ringende Deutsche Reich.

Auch für den Ausbau der bayerischen Wasserkräfte, in erster Reihe des Walchenseewerkes, wurde seinerzeit eine gemischt wirtschaftliche Unternehmung ins Auge gefaßt. Für die Elektrifizierung der Bahnen, für die das Werk in erster Reihe bestimmt war, ergab sich seinerzeit die Schwierigkeit, daß militärischerseits die Bereithaltung einer entsprechenden Anzahl von Dampfmaschinen verlangt werden mußte und daß für den Großbahn-Verkehr den Dampfmaschinen gleichwertige elektrische Lokomotiven noch nicht vorhanden waren. Die bayerische Bahnverwaltung mußte sich zunächst unter diesen Umständen auf Versuchsstrecken: Garmisch—Innsbruck und Freilassing—Berchtesgaden beschränken. Die Verhandlungen über die Verwertung der hiernach dem Staat verbleibenden Wasserkräfte ergaben aber eine starke Zurückhaltung der Interessenten. Zur Vermeidung von Verlusten wurde unter diesen Umständen der Ausbau und Betrieb der Wasserkräfte im gemischt wirtschaftlichen Unternehmen ins Auge gefaßt; nur bei Beteiligung der an der Stromabnahme interessierten Kreise schien das Unternehmen finanziell gesichert. In der entscheidenden Sitzung vom Sommer 1913 kam aber eine Einigung nicht zustande, weshalb unter Sicherung des künftigen Strombedarfes der Eisenbahnen der Ausbau des Walchenseewerkes dem Ministerium des Innern überlassen wurde, das die Landesversorgung mit Elektrizität, für seinen Geschäftsbereich in Anspruch nahm.

Ein gemischt wirtschaftliches Unternehmen stellt in Bayern auch die längst projektierte Mainsiedlungsanlage bei Aschaffenburg dar, deren Ausführungen von der Stadt und dem bayerischen Staat eingeleitet sind. Seit längerer Zeit wurde auch die Durchführung des Luft- und Kraftfahrwesens nach dem gemischt wirtschaftlichen System von Bayern angestrebt. Ein gemeinschaftliches Unternehmen von Staat und Privaten ist in dem rheinischen Schiffahrtskonzern zum Schutze der bayerischen Rhein- und Maininteressen begründet worden, an dem sich außer dem bayerischen Staat eine Anzahl von Reedereien mit Erfolg beteiligten.

Soviel ich sehe, ist für die Eisenbahn der gleiche Gedanke zuerst in einer Broschüre: „Tariferhöhung oder Selbstkostenminderung" von Regierungs- und Baurat Kloevekorn in Hannover 1919 näher entwickelt worden. Dieser geht von der Unwirtschaftlichkeit und Schwerfälligkeit der preußischen Staatsbahnen aus und sucht die Organisation des reinen Staatsbetriebes durch ein gemischtes System zu ersetzen. Er schlägt dazu die Leitung des Betriebes und etwa auch des Baues in Form einer Gesellschaft mit starker Beteiligung und Aufsicht durch das Reich vor. Die gemeinsame Arbeit von Staats- und privatem Kapital unter staatlicher Aufsicht sollte die Vorteile des Staatskapitals mit denen des privaten Vertrages tunlichst ausgleichen; die Gesellschaftsform erleichtere die Beweglichkeit der Verwaltung, die Personalsgewinnung und Verwendung, die günstige Tätigung von Einkäufen, die gewandtere Handhabung der Tarife und Baupolitik und die Finanzgebarung in jeder Hinsicht. Diese Form biete auch die Möglichkeit, nach Art privater Betriebe die besten Kräfte durch Gehälter und Gewinnanteile heranzuziehen und dem mittleren und unteren Personal ohne Rücksicht auf die übrigen Staatsdiener, einen Anteil am Gewinn zukommen zu lassen und dadurch das Interesse an der Unternehmung zu heben und zu stärken.

Einer solchen Lösung der tatsächlich gegebenen Unmöglichkeit, die Reichsverkehrsanstalten in der bisherigen Art weiterzuführen, scheint auch der Reichsfinanzminister Dr. Wirth nicht abgeneigt zu sein. Er äußerte sich schon in der Sitzung der Nationalversammlung vom 26. April lfd. Jrs. wörtlich: „Der schrecklichste der Schrecken wäre nicht etwa eine Art Kapitalisierung im schlimmsten Sinne des Wortes der Eisenbahn und Post durch inneres Kapital, sondern der schrecklichste der Schrecken, wenn wir nicht weiterkommen würden, wäre die Verpfändung dieser großen Verwaltungen etwa an auswärtiges Kapital." Es ist selbstverständlich, daß der Reichsfinanzminister der Ueberlassung des Betriebes der Verkehrsanstalten an ausländisches Kapital mit allen Mitteln widerstreben muß.

Noch weiter als Kloevekorn geht ein Projekt, das von großindustrieller Seite befürwortet wird. Dieses nimmt die nach Artikel 165 der Reichsverfassung zu schaffende Organisation der Bezirkswirtschaftsräte zur Grundlage und will unter Aufteilung Deutschlands in 5—7 Wirtschaftsbezirke die selbständige Verwaltung aller Reichsverkehrsunternehmungen des Wirtschaftsgebietes, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen, Posten und Telegraphen-, dann die Energie- und Wärmewirtschaft, überhaupt alle wirtschaftlichen Beziehungen des Bezirkes zusammenfassend und ineinandergreifend regeln. Nach einem Vorschlag hierzu sollen die Bezirkswirtschaftsräte auch diese Selbstverwaltung bestimmter Wirtschaftszweige wahrnehmen, die in einem Reichsrahmengesetz zu bezeichnende Unternehmungen betreiben oder sich an ihnen beteiligen.

Eine für das Eisenbahnwesen vorliegende Ausarbeitung sieht Landeseisenbahngesellschaften vor, denen das Reich die Bahnen des Bezirks gegen eine jährliche Pachtsumme zur Verfügung stellen soll. In der Finanzierung soll das Reich mit mindestens 51 Proz. und sollen weitere große Verkehrs- und wirtschaftliche Unternehmungen sowie mit kleinen Anteilen das Personal beteiligt werden. Eine Beteiligung der Länder ist angesichts der Aufteilung der Verwaltung unter die Wirtschaftsgebiete nicht in Aussicht genommen. Für die Durchführung ist ein reichlicher Apparat gedacht: Die Landeseisenbahngesellschaften arbeiten mit einem Landeseisenbahnverwaltungsrat, einem Direktorium, einer Generaldirektion in den Eisenbahndirektionen und den übrigen Dienststellen. Dabei soll für die Begutachtung in Verkehrsfragen ein Landeseisenbahnrat bestehen. Diese Landeseisenbahngesellschaften sollen in einer Reichseisenbahngesellschaft zusammengefaßt werden, die wiederum mit einem Reichseisenbahnverwaltungsrat, einem Generaldirektorium, einem Reichseisenbahnpräsidenten und anderen Reichseisenbahngeschäftsstellen, sowie mit gemeinsamen organisatorischen Einrichtungen und geschäftsführenden Direktionen arbeitet. Ueber dem Ganzen steht dann noch der Reichsverkehrsminister und ein unabhängiger Eisenbahnrechnungshof.

Nachdem die Fiktion in Artikel 92 der Reichsverfassung, daß die Reichseisenbahnen als selbständiges Unternehmen verwaltet werden können, das seine Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage anzusammeln habe, bisher so gründlich gescheitert ist, steht die Frage im Vordergrund, in welcher Weise der angegebene neue Verwaltungsapparat billiger wirtschaften wird als die gegenwärtige Eisenbahnverwaltung. Einsparungen an den hauptsächlich ins Gewicht fallenden Personalkosten sind zunächst nicht ersichtlich. Dann ergibt sich allgemein die Frage, wer bei den sonstige Betriebe übernehmenden Wirtschaftsräten das Risiko der Unternehmung tragen wird. Werden hiefür Mittel vom Reich oder den einzelnen Staaten in Anspruch genommen, so muß sich die Unternehmung auch dem parlamentarischen Einfluß unterwerfen. Zu beachten ist auch die Gefahr, daß sich die in Frage stehende Unternehmung zu einer rein kapitalistischen Betätigung ausgestaltet. In Frage steht ferner, wie sich die gedachten Einrichtungen mit den im Ausbau des Artikels 165 der Reichsverfassung angestrebten berufständigen Kammern im Reich und den einzelnen Staaten abfinden. Bei der gedachten Aufteilung in wirtschaftliche Bezirke müßte sodann einer Zerreißung bisher geschlossener Wirtschaftsgebiete wie des bayerischen entgegengetreten werden. Auch die Vertretung der bayerischen Handelskammern und des wirtschaftlichen Beirates der Bayerischen Volkspartei hat sich hiegegen ausgesprochen. Schärferem Widerspruch wird auch die vorgeschlagene völlige Ausschaltung der einzelnen staatlichen Regierungen und Parlamente bei der Verwaltung der in Frage stehenden Unternehmung begegnen.

Die einschlägigen Fragen erscheinen sohin noch weitestgehend ungeklärt, so daß ein abschließendes Urteil darüber nicht möglich ist. Der jüngste Bamberger Parteitag der Bayer. Volkspartei hat zunächst die entscheidende Mitwirkung der einzelnen Staaten bei der Verwaltung der Eisenbahnen, Posten und Wasserstraßen in seinem föderalistischen Programm vorgesehen und damit auch gegenüber den vorerörterten Projekten eine zuwartende Stellung eingenommen. Der weiteren Entwicklung wird mit Interesse entgegenzusehen sein.



Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Als Deutschland vor hundert Jahren schon einmal darniederlag, ein ohnmächtiger Staatenbund ohne Einheit und Macht, betrogen um die Hoffnungen der Befreiungskriege, da rettete sich der völkische Wille in die vaterländischen Vereine: Turner, Schützen und Burschenschaften. Sie wurden verfolgt von den Regierungen und verspottet von den liberalen Freigeistern und Internationalisten des jungen Deutschland: Vereinssimpel, Kraftmeier, Bierbankpolitiker. Wenn aber das Hochziel deutscher Einheit nicht ganz vergessen ward und Bismarck sein Werk fast gegen den eigenen König durchsetzen konnte, so haben diese Kreise ein großes Verdienst darum. Erleben wir heute nicht Aehnliches? Die Zeit ist härter als vor hundert Jahren. Deutschland ist tiefer gefallen, und im Innern droht ein Feind, vor dessen Wildheit und Waffenstärke das Biedermeiertum erstarrt wäre. Statt der Turner und Schützen haben wir (oder hatten) die Zeitfreiwilligen und die Einwohnerwehr. Wenn wir sie nur noch überall hätten. Leider können wir bloß bayerische Chronik schreiben, so oft wir von der Einwohnerwehr berichten. Vom 26. September bis 1. Oktober fand in München das Landesschießen der bayerischen Einwohnerwehren statt. Es war durchaus keine politische Kundgebung, wofern nicht Liebe zum Vaterland, zu Gerechtigkeit und Ordnung im Staat schon politische Streitpunkte sind. Nur das Bekenntnis zu diesen hohen Gütern sprach aus den Reden Dr. v. Kahrs und Escherichs, wie aus den 40000 Gewehren, die zur Bekräftigung ihrer Worte von nervigen Männerarmen emporgestreckt wurden. Eine übelwollende Presse suchte aus dem Landesschießen ein politisches Ereignis zu machen. Schon Wochen vorher kündigte der „Vorwärts" einen bayerischen Königsputsch an, der dabei stattfinden sollte. Mit Behagen wurde die Lüge des englischen Daily Herald angeführt, daß Frankreich die bayerische Einwohnerwehr mit Geld unterstütze. Ja, vereinzelte bürgerliche Blätter schrieben mit den sozialistischen um die Wette von Vereinsmeierei und Auftrumpfen gegen das Reichsgesetz über Entwaffnung. Sie erreichten damit, daß ganz Deutschland, ja die Welt auf Bayern blickte, nicht, um sich über Vereinsmeier und Bierbankpolitiker lustig zu machen, sondern um zu sehen, wie ein deutsches Land sich wieder aufrichtet und festigt. In Bayern hat das Bürgertum ohne ängstliche Rücksicht auf die Sozialdemokratie seine tatsächliche Mehrheit benützt, um eine innerlich einige und darum starke Regierung zu schaffen. Nicht die Laune der Masse, sondern der Wille des freien Mannes ist hier die Gewalt, die vom Volk ausgeht. Das ist das ganze Geheimnis und muß auch anderswo in Deutschland möglich sein.

Bayern will weder den Schwerpunkt der Reichspolitik noch abseits vom Reich Politik treiben. Es strebt nur danach, ungestört an seiner Gesundung zu arbeiten und glaubt, daß es damit auf der Bahn gemeinsamer deutscher Erneuerung wandelt. Kürzlich weilten verschiedene Reichsminister, zuletzt der Reichskanzler selbst in München. Wir nehmen an, daß diese Besuche dem Föderationsgedanken und damit dem Reich wie Bayern förderlich gewesen sind. Zu gleicher Zeit war die Rede von der Errichtung einer besonderen Reichsvertretung in München, vielleicht durch Umwandlung der preußischen Gesandtschaft. Der Plan begegnet schon um seiner Mehrdeutigkeit willen mancherlei Bedenken in politischen Kreisen Münchens.

Die preußische Landesversammlung, die längst nicht mehr das politische Bild des Landes widerspiegelt, wird voraussichtlich bald aufgelöst. Vorher ist die Verfassung zu verabschieden, worüber sich die drei Mehrheitsparteien geeinigt haben. Besonders wichtig ist die Verständigung über die Selbstverwaltung der Provinzen. Diese erhalten eine erweiterte Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt durch eigene Organe. Nach Auflösung der Landesversammlung sollen im Frühjahr Neuwahlen stattfinden.

Eine freie und fruchtbare Außenpolitik wird Deutschland solange nicht treiben können, als es alle Augenblicke an die Schranken des Versailler Friedens stößt. Leider bekennen sich die Vertreter der jetzt allein herrschenden Großmächte wieder einmal ganz klar zu der Ansicht, daß gerade auf dem Versailler Frieden der Neubau Europas errichtet werden solle. Millerand hat es in seiner Botschaft an das französische Volk kundgetan und ebenso dem deutschen Botschafter Dr. Mayer, als er dessen Beglaubigungsschreiben entgegennahm. Auf Dr. Mayers Worte vom Streben nach günstiger Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen sprach Millerand schroff von ernsten Schwierigkeiten zwischen den beiden Völkern, die ihnen noch nicht gestatteten, aus freiem Herzen an dem großen Werk des Friedens zu arbeiten. Nur ehrliche Ausführung des Friedensvertrags können diese Schwierigkeiten lösen.

Auch die Finanzberatung in Brüssel klammert sich ängstlich an den Pakt von Versailles. Ueber Amerika kam die Kunde, Deutschlands Vertreter hätten sich verpflichtet, in Brüssel nicht über den Friedensvertrag zu sprechen. Den dort versammelten Geldleuten aller Länder ist zugute zu halten, daß ihnen der Friedenszustand nach 5 Kriegsjahren so wichtig und kostbar ist, daß sie nicht gern an seinem Unterbau rühren lassen, trotzdem oder weil dieser Unterbau schwach ist. Aber in den Finanzberichten der Sieger und Besiegten sowie der neuen Staaten treten die Folgen von Versailles zutage. Für Deutschland sprach Staatssekretär Bergmann. Er erläuterte die bekannten 240 Milliarden Schulden des Reichs, den Sturz des Geldwertes und die passive Handelsbilanz. Letztere können wir nur durch gesteigerte Erzeugung und Ausfuhr beheben, dazu brauchen wir aber Kohlen und Lebensmittel, Rohstoffe und Kredit. Einen großen Teil davon kann Deutschland nicht allein beschaffen, es braucht die wirtschaftliche Hilfe des Auslands. Und nur mit Waren kann es ja seine Wiedergutmachungsschulden abtragen. Wenn Frankreich diese Summen braucht — auch sein Bericht zeigt ja ein ernstes Bild — muß es Deutschland die Hände frei machen. Und es muß sich so uns erweisen, daß die deutschen Hände sich zur Arbeit öffnen und nicht zur Rache ballen. — Englands Finanzlage ist günstiger dank seiner strengen Kriegssteuerpolitik. Aufsehen erregte die Rede des Amerikaners Boyden. Sie macht die Hoffnung auf amerikanische Kredite fast zunichte, solang nicht Sicherheit und Friede in Europa eingekehrt sind.

Deutschlands gute Beziehungen zu Spanien kamen zu herzlichem Ausdruck beim Empfang des neuen spanischen Botschafters Don Pablo Soler y Guardiola durch den Reichspräsidenten. Es ist eine Ehrenpflicht der deutschen Katholiken, die Fäden zu dieser katholischen Macht und dem ganzen Kulturkreis spanischer Zunge fester zu knüpfen. Geister wie Jakob Balmes haben uns in der Philosophie und Donoso Cortes hat uns in der Politik viel zu geben.

Die Einverleibung Deutschsüdtirols in Italien wurde durch königlichen Erlaß vollzogen. Trotzdem halten die Tiroler an ihrer Losung „Bis Salurn" für alle Zukunft fest.

Die neue Gesetzgebung der katholischen Kirche über die gemischten Ehen.

Von Prälat Dr. v. Pichler, Dompropst in Passau.

Die verfassunggebende protestantische Generalsynode für Bayern hat in der Sitzung vom 6. September über einen Antrag des Kirchenrates Pachelbel von Würzburg verhandelt, welcher „nach dem Vorgang der preußischen Generalsynode und der Landeskirchenversammlungen in Württemberg und Baden eine kraftvolle Kundgebung gegen das unchristliche und lieblose Vorgehen der katholischen Kirche in der Frage der Mischehen" verlangte. Der Ausschuß stellte hierzu den Antrag, es solle „unter ernster und würdiger Verwahrung gegenüber der in der neuesten römisch-katholischen Gesetzgebung hervortretenden Verunglimpfung der evangelischen Kirche den evangelischen Glaubensgenossen Treue auch auf diesem Gebiete besonders ans Herz" gelegt werden. In der Schlußsitzung vom 12. September hat die Generalsynode eine Kundgebung „an das evangelische Kirchenvolk" beschlossen, in welcher gegen die katholische Kirche der Vorwurf erhoben wird, daß sie durch ihre neue Stellungnahme gegenüber der Mischehe den konfessionellen Frieden gestört habe, der dem deutschen Volke jetzt nötiger sei als je. Es wird gesagt:

„Die milderen Grundsätze des Papstes Pius X. von 1906 sind gefallen. Die Vorschriften des neugestalteten kirchlichen Gesetzbuches von 1918 bedeuten eine Kampfansage . . . Unerträglich wird die Ehre unserer Kirche verletzt, ernstlicher als seit langer Zeit wird ihre Zukunft bedroht . . . An die deutschen Bischöfe aber richtet die Synode die ernste Frage, ob es wirklich wohlgetan ist, wenn der Kampf gegen die Mischehe in einem Geiste und in Formen geführt wird, in welchen er zum erbitterten Kampfe der christlichen Bekenntnisse untereinander werden muß."

Nachdem diese Frage auf verschiedenen protestantischen Kirchenversammlungen Gegenstand solcher Kundgebungen geworden ist, erscheint es angezeigt, die Vorschriften des Codex juris canonici über die gemischten Ehen darzulegen zur Aufklärung für die Angehörigen beider Konfessionen.

Die grundsätzliche Stellung der katholischen Kirche zu den gemischten Ehen ist ausgesprochen im Canon 1060: „Severissime Ecclesia ubique prohibet ne matrimonium ineatur inter duas personas baptizatas, quarum altera sit catholica, altera vero sectae haereticae seu schismaticae adscripta." (Die katholische Kirche verbietet überall auf das strengste, daß nicht eine Ehe eingegangen werde zwischen zwei getauften Personen, von denen die eine katholisch ist, die andere aber einer häretischen oder schismatischen Gemeinschaft angehört.) Dieser Satz enthält keine Neuerung, die katholische Kirche hat von jeher ihre entschiedene Mißbilligung über die gemischten Ehen ausgesprochen, weil die größten Gefahren für die hohen Zwecke des Ehestandes, namentlich bezüglich der Kinder bestehen, wenn die Eheleute in den heiligsten Angelegenheiten nicht übereinstimmen. Auch der von der Generalsynode für die „milderen Grundsätze" angerufene Papst Pius X. hat im Dekrete „Provida" vom 18. Januar 1906 die alte Auffassung der katholischen Kirche mit Entschiedenheit betont: „Matrimonia mixta, quae a catholicis cum haereticis vel schismaticis contrahuntur, graviter sunt manentque prohibita." (Gemischte Ehen, welche von Katholiken mit Häretikern oder Schismatikern geschlossen werden, sind und bleiben strenge untersagt.) Auch er hat die katholischen Brautleute unter schwerer Sünde verpflichtet, eine gemischte Ehe nur vor dem katholischen Pfarrer abzuschließen: „quae quidem matrimonia omnino in facie ecclesiae coram parocho ac duobus tribusve testibus celebranda sunt." (Solche Ehen sind unter allen Umständen im Angesichte der Kirche vor dem Pfarrer und zwei oder drei Zeugen abzuschließen.)

Auf protestantischer Seite besteht dieselbe Auffassung, auch da werden die gemischten Ehen mißbilligt, weil sie eine Glaubensgefahr für den protestantischen Eheteil in sich schließen. Auf der Generalsynode wurde die Anwendung der Kirchenzucht gegen protestantische Brautleute gefordert, welche die Vorschriften der eigenen Kirche nicht achten, „Kirchenzucht sei nicht unevangelisch, sondern biblisch und apostolisch". Besonders nachdrücklich hat der einstimmig als „Präsident der evangelisch-lutherischen Kirche Bayerns" gewählte Dr. Veit dies betont:

„Es gibt einen Ehrenstandpunkt für die Kirche und dem, der diesen nicht achtet, sollen auch die von ihr zu verleihenden Ehrenrechte entzogen werden." („Bayer. Staatszeitung", Nr. 210 vom 9. Sept.)

In der grundsätzlichen Würdigung und Mißbilligung der gemischten Ehen stimmen also beide Konfessionen überein. Aus dieser grundsätzlichen Mißbilligung ergibt sich katholischerseits von selbst die Mahnung an alle Seelsorger im Canon 1064: „Fideles a mixtis nuptiis, quantum possunt, absterreant." (Sie sollen die Gläubigen von gemischten Ehen möglichst abhalten.) Dieselbe Mahnung hat die Generalsynode erhoben.

Die Anklagen der Generalsynode richten sich gegen Canon 1094 und 1099. Canon 1094 bestimmt:

„Ea tantum matrimonia valida sunt, quae contrahuntur coram parocho . . . et duobus saltem testibus." (Gültig sind nur diejenigen Ehen, welche geschlossen werden vor dem Pfarrer und wenigstens zwei Zeugen.)

In Canon 1099 ist bestimmt, welche Ehen von dieser Vorschrift in Canon 1094 betroffen werden. Es heißt:

„§ 1. Ad statutam superius formam servandam tenentur: 1° Omnes in Ecclesia catholica baptizati et ad eam ex haeresi aut schismate conversi . . . 2° Iidem, de quibus supra, si cum acatholicis sive baptizatis sive non baptizatis etiam post obtentam dispensationem ab impedimento mixtae religionis vel disparitatis cultus matrimonium contrahant." (An die oben (Canon 1094) vorgeschriebene Form sind gebunden: 1. alle, welche in der katholischen Kirche getauft sind und von der Häresie oder dem Schisma sich zu ihr bekehrt haben; 2. dieselben, wie oben, wenn sie mit Akatholiken — seien sie getauft oder nicht getauft — eine Ehe eingehen auch nach erlangter Dispense über das Ehehindernis der Verschiedenheit des Bekenntnisses oder der Religion.)

Um jeden Zweifel bestimmt auszuschließen über die Tragweite dieser Gesetzesbestimmung ist in § 2 ausdrücklich beigefügt:

„Acatholici sive baptizati sive non baptizati, si inter se contrahant, nullibi tenentur ad catholicam matrimonii formam servandam." (Akatholiken, sie seien getauft oder nicht, sind an keinem Orte an die Einhaltung der katholischen Eheform gebunden, wenn sie unter sich die Ehe schließen.)

Als „Kampfansage" gilt Ziff. 2 in § 1 des Canon 1099 in Zusammenhalt mit Canon 1094, wonach gemischte Ehen zwischen Katholiken und Andersgläubigen nur dann als gültig anerkannt werden, wenn sie nach katholischer Form vor dem katholischen Pfarrer und zwei Zeugen geschlossen werden.

Es besteht die Frage: Können diese Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches mit Recht als „unchristlich" erklärt, als eine „Verunglimpfung der evangelischen Kirche" bezeichnet werden? Ich frage, ist es wirklich eine unabweisbare Forderung des konfessionellen Friedens, daß die katholische Kirche die vor dem protestantischen Prediger geschlossene Verbindung als Sakrament anerkenne — jede gültige Ehe eines katholischen Christen ist Sakrament! — und als ein unauflösliches Band, sie also wesentlich höher einschätzte, als dies von protestantischer Seite selbst geschieht? Kann es mit Recht als eine „Verunglimpfung der evangelischen Kirche", als eine „Kampfansage" angerechnet werden, wenn sie dies nicht tut?

Der innere Grund, aus welchem die Bestimmungen des kirchlichen Rechtes sich ergeben, ist die dogmatische Lehre der katholischen Kirche über die Unauflöslichkeit der Ehe. Diese ist ausgesprochen im Canon 1110:

„Ex valido matrimonio enascitur inter conjuges vinculum natura sua perpetuum et exclusivum." (Aus einer gültigen Ehe erwächst zwischen den Ehegatten ein seiner Natur nach immerdauerndes und ausschließendes Band.)

Noch schärfer ist die Unauflöslichkeit der Ehe betont in Canon 1118:

„Matrimonium validum ratum et consummatum nulla humana potestate nullaque causa, praeterquam morte, dissolvi potest." (Eine gültige und vollzogene Ehe kann durch keine menschliche Gewalt und aus keinem Grunde, sondern nur durch den Tod gelöst werden.)

Die katholische Kirche steht in unentwegter Treue im Bekenntnis zum Worte des Herrn bei Lukas 16, 18:

„Ein jeder, der sein Weib entläßt und eine andere heiratet, bricht die Ehe, und wer eine vom Manne Geschiedene heiratet, bricht die Ehe".

Der klare Sinn dieser Worte ist bestätigt durch Matthäus 19, 3—9, Markus 10, 2—12, Römer 7, 2, I. Corinther 7, 10.

Auf protestantischer Seite wird im Anschluß an die Lehre Luthers und der Reformatoren aus gewissen Gründen die Ehescheidung und die Wiederverheiratung der Geschiedenen erlaubt. Es bestehen also in einer gemischten Ehe zwischen Katholiken und Protestanten ganz ungleiche Rechtsverhältnisse. Der katholische Eheteil ist durch das unauflösliche Band an seinen Gatten gebunden, bis ihn der Tod scheidet; er muß also nach der Ehescheidung ehelos bleiben für sein ganzes Leben, während der

protestantische Gatte durch die Vorschriften seiner Kirche in keiner Weise gehindert ist, eine neue Ehe einzugehen. Wer schon einmal Gelegenheit gehabt hat, den verzweifelten Jammer eines so verlassenen Gatten, dem die so notwendige Stütze für eine Schar kleiner Kinder fehlt, anzuhören, der wird es sicher nicht als eine lieblose und unchristliche Verunglimpfung der evangelischen Kirche ansehen, wenn die katholische Kirche ihren Angehörigen bei einer gemischten Ehe möglichst dieselbe Freiheit zu wahren sucht, deren der protestantische Eheteil sich erfreut, wenn sie die vor dem protestantischen Pfarrer abgeschlossene Mischehe als eine Verbindung betrachtet, welche wieder gelöst werden kann mit der Freiheit, eine neue Ehe einzugehen. Diese Lösung ist aber nach katholischen Grundsätzen nur dann möglich, wenn von Anfang an ein „vinculum natura sua perpetuum“ (ein seiner Natur nach immerdauerndes Band) nicht gegeben war.

Aus welchen Gründen ist die durch Papst Pius X. im oben genannten Dekret „Provida“ vom 18. Januar 1906 gegebene Entscheidung, welche gemischte Ehen für gültig erklärte, auch wenn sie nicht vor dem katholischen Pfarrer abgeschlossen waren, wieder aufgehoben worden? Diese Tatsache bedarf der Klarstellung. Das Dekret „Provida“ hatte nur für Deutschland Geltung; es war veranlaßt durch die große Unsicherheit, welche in Bezug auf den rechtlichen Bestand der nicht vor dem katholischen Pfarrer geschlossenen Ehen in vielen deutschen Gegenden sich ergeben hatte. Das Konzil von Trient hat im bekannten Caput „Tametsi“ vorgeschrieben, daß die Ehe vor dem zuständigen Pfarrer (parochus proprius) und zwei Zeugen geschlossen werden müsse, die nicht in dieser Form geschlossenen Ehen wurden für ungültig erklärt. Dabei war aber ausdrücklich vorgesehen, daß diese Bestimmung nur für diejenigen Pfarreien gelte, in welchen das genannte Kapitel „Tametsi“ ausdrücklich als kirchliches Gesetz verkündet war. Bekanntlich wurde im 16. Jahrhundert durch den von protestantischen Fürsten eingeführten und dann auch von katholischen Fürsten geübten Glaubenszwang — „cujus regio ejus religio“ (der Landesherr ist auch Herr der Religion) — das Volk häufig zum Religionswechsel gezwungen, so daß in vielen Bezirken später sich Zweifel ergaben, ob zurzeit der Verkündigung des tridentinischen Ehedekretes an einem Orte eine katholische Pfarrei bestand und ob eine nicht kirchlich geschlossene Ehe gültig sei. Der im tridentinischen Dekret in bezug auf die spezielle Promulgation enthaltene Vorbehalt ist im neuen kirchlichen Gesetzbuch nicht enthalten, der oben zitierte Canon 1094 verpflichtet ausnahmslos alle Katholiken aller Orten, und damit ist der Grund für die Sondergesetzgebung des Dekretes „Provida“ weggefallen. Dabei ist im neuen „Codex“ ausdrücklich erklärt, was vorher nicht ausdrücklich der Fall war, daß Nichtkatholiken von diesem kirchlichen Ehegesetz nicht berührt werden (siehe Canon 1099 § 2).

Der religiöse Friede zwischen den Konfessionen kann nur bestehen, wenn keine versucht, der anderen das Recht zu schmälern, sich nach ihren Lehren und Grundsätzen auf ihrem eigenen Boden einzurichten und wenn bei Grenzfällen, die beide Teile berühren und bei deren Beurteilung kein Teil seine Grundsätze aufgeben kann ohne sich selbst aufzugeben, Angriffe und beleidigende Ausdrücke in der Beurteilung vermieden werden. Das gilt auch bezüglich der gemischten Ehen. Der Codex juris canonici enthält bezüglich dieser Materie kein beleidigendes Wort. Auch hier gilt es, das Einigende zu betonen. Beide Konfessionen sind einig, daß die gemischten Ehen grundsätzlich zu mißbilligen sind; beide sind einig darin, daß die Seelsorger sich alle Mühe geben müssen, die Angehörigen ihrer Gemeinde von der Eingehung einer gemischten Ehe mit Nachdruck abzuhalten und, wenn sie eine solche Ehe eingegangen haben, sie in der Festhaltung ihrer religiösen Ueberzeugung möglichst zu bestärken. Wir stimmen vom katholischen Standpunkt aus vollständig dem bei, was das protestantische Oberkonsistorium München im Jahre 1856 ausgesprochen hat in einem Erlaß an die Konsistorien, wo es heißt: 1. „Da in einer gemischten Ehe zwischen den Ehegatten gerade in den höchsten und heiligsten Dingen keine volle Gemeinschaft zu bestehen vermag, die Gefahr der Erkaltung gegen den eigenen Glauben, ja des gänzlichen Abfalles hievon mehr oder minder nahegelegt ist, und die konfessionelle Geschiedenheit der Eltern unter allen Umständen einen nachteiligen Einfluß auf die religiöse Erziehung der Kinder ausüben muß, so kann die Eingehung gemischter Ehen vom kirchlichen Standpunkt aus überhaupt nicht gebilligt werden. Die einzelnen Geistlichen haben daher vor der Eingehung solcher Ehen im seelsorglichen Wege in jeder geeigneten Weise zu warnen und unter Vorhalt der hieraus erwachsenden Mißstände bei vorkommender Gelegenheit allenthalben davon abzuraten. 2. Soll gleichwohl eine solche Ehe geschlossen werden, so wird sich der betreffende Geistliche pflichtmäßig angelegen sein lassen, dem protestantischen Teile eindringlichst nahezulegen, daß er zum mindesten bezüglich der Bestimmung über die religiöse Erziehung der zu hoffenden Kinder den Pflichten gegen seine Kirche genüge“.

Diese Pflichterfüllung kann keine Konfession der andern verargen.

Das Teuerungs-Karussell.

Ein Stimmungsbild aus Oesterreich von Theodor Sosnosky, Wien.

Abbau der Preise! Das war auch eines der sozialdemokratischen Schlagworte, als es für sie galt, die Herrschaft über Oesterreich zu erringen. Seit der Verkündigung dieser sozialdemokratischen Heilsbotschaft sind ungefähr anderthalb Jahre verstrichen, Zeit genug, um diesen Abbau nicht nur in Angriff zu nehmen, sondern auch bis zu einem gewissen Grade durchzuführen. Statt dessen vollführt das Teuerungs-Karussell seinen tollen Kreislauf weiter. Die Löhne steigen, weil die Preise wachsen, und die Preise steigen, weil die Löhne wachsen. Das ist der Kreislauf des österreichischen Wirtschaftslebens.

Von einigen wenigen Artikeln abgesehen, die relativ billiger geworden sind, haben die Preise der meisten Bedarfsartikel eine fabelhafte Höhe erklommen, ganz besonders in den Bekleidungsbranchen. So kosten Anzüge bis zu 16,000 Kronen, auch mehr, Schuhe bis zu 3000, Hüte 5—600, Hemdkragen 40, Schürzen, die früher 2—10 Kronen gekostet haben, sind jetzt nur mehr um 200—500 Kronen zu haben! Noch krasser zeigt sich diese wahnsinnige Preissteigerung bei solchen Artikeln, die früher selbst für bescheidene Börsen kaum der Rede wert gewesen sind. So kostet eine Zahnbürste bescheidenster Qualität heute 50 Kronen, statt 1,50—2 Kronen; eine Schreibfeder 1 Krone und mehr statt zwei Heller; von Papier gar nicht zu reden. Fünfzigfache Preissteigerungen sind — nicht etwa seit dem Kriege — sondern seit dem Beginne der gegenwärtigen Herrschaft an der Tagesordnung. Manche Artikel haben Preise erreicht, die Neuanschaffungen fast nur mehr für Millionäre oder Kriegswucherer möglich machen. Das gilt besonders von der Wäsche.

An eine Ergänzung des geschwundenen Wäschevorrats kann der Mensch mit einem Durchschnittseinkommen garnicht denken: kostet doch das minderwertigste Paar Strümpfe, das früher für 70 Heller zu haben war, heute 70 Kronen ... Aber auch die, welche noch einen ausreichenden Wäschevorrat ihr eigen nennen, wissen nicht, wie sie waschen lassen. Lassen sie zu Hause waschen, so verschlingen Seife, Feuerung und das „Honorar“ der Wäscherin abenteuerliche Summen — ein Waschtag in einem Haushalte mit mittlerer Kopfzahl, etwa 4 Personen, erfordert rund 100 Kronen —; geben sie die Wäsche aber außerhause zum Waschen, so riskiren sie, abgesehen von den ebenfalls beträchtlichen Kosten, den Verlust wertvoller Stücke, ja selbst den der gesamten Wäsche durch Diebstahl.

Es ist zu einem Gemeinplatze geworden, für die herrschende Teuerung den schlechten Kurs der österreichischen Krone im Auslande verantwortlich zu machen. Daß dies nicht allein die Ursache ist, beweist die Tatsache, daß das Steigen des Kronenwertes im Auslande, von einigen Artikeln abgesehen, keine Preissenkung bewirkt hat. Dieser Einfluß könnte sich unmittelbar auch nur bei den aus dem Ausland eingeführten Artikeln zeigen, nicht aber bei solchen, die aus Oesterreich selbst bezogen werden, wie z. B. Milch, Eier, Obst, Gemüse. Ein charakteristisches Beispiel bietet der Zucker. Er hat in der Tschechoslowakei, dem Lande seiner Herkunft, noch vor kurzem ungefähr 3 Kronen (das Kilo) gekostet. Das gäbe, von tschechischer Währung auf österreichische umgerechnet, etwa 12 Kronen. Er kostet aber nahezu 50 Kronen und so ähnlich geht es mehr oder weniger mit allen Artikeln.

Nein, nicht der schlechte Kronenkurs ist die wahre Ursache der Teuerung, sondern diese ist das empörende Ergebnis der Habsucht unserer Händler und des Erpressersystems unserer Arbeiter und Angestellten. Wenn Leute, die ihren Beruf auch dann ausüben könnten, wenn sie Analphabeten wären, wie z. B. Laternenanzünder und Kanalräumer, Löhne beziehen, wie sie vor dem Umsturze nur hohe Staatsfunktionäre bezogen; wenn

Schustergehilfen weit höher bezahlt werden, als früher unsere Statthalter und Gesandte, dann ist es kein Wunder, daß die Unternehmer, die ihnen diese Unsummen ausfolgen müssen, sich am konsumierenden Publikum dafür schadlos zu halten suchen; und da sie, von dem allgemeinen Profitfieber erfaßt, noch ihr Sonderprofitchen herausschlagen wollen, so wachsen ihre Forderungen dem Publikum gegenüber ins Abenteuerliche, ja ins Unendliche, denn die Arbeiter und Angestellten bleiben bei ihren Ansprüchen nicht stehen und berufen sich bei ihren neuerlichen Erpressungen immer auf die wachsende Teuerung, wiewohl sie selber es in erster Linie sind, die diese verschuldet haben. Die Unternehmer aber müssen die neuen Forderungen ebenso erfüllen, wie sie die alten erfüllt haben, und berufen sich nun ihrerseits bei ihren neuen Preiserhöhungen auf die hohen Löhne.

Die Arbeiter pflegen, wenn man ihnen ihre hohen Löhne vorhält, zu erwidern, sie hätten genau denselben Magen wie die Beamten und sonstigen höheren Funktionäre, brauchten also dieselben Summen für ihren Lebensunterhalt. Ein dreister Trugschluß, denn es handelt sich ja nicht um die zu diesem Zwecke notwendigen Summen, die ihnen natürlich jedermann gönnen wird, sondern um das Mehr über diesen Betrag hinaus und um ihre wirtschaftliche Bevorzugung gegenüber den bürgerlichen Berufen, die für ihre Lehrzeit um so viel mehr Jahre und Geld opfern mußten als sie. Ganz zu schweigen von den Vertretern der Wissenschaft und Kunst, die namentlich, soweit sie einem freien Beruf angehören und nicht über besonders gute Verbindungen verfügen, dem Hungertode preisgegeben sind, wenn sie von ihrer Feder, ihrem Pinsel, Meißel oder Stifte leben wollen. Wie übel Pensionisten selbst hoher Rangklassen gegenüber den Arbeitern daran sind, beweist folgender Vorfall: Zu einem pensionierten Oberst kam unlängst ein Arbeiter, der während des Krieges in einer Werkstätte des Unternehmens, das der Oberst geleitet hatte, als Schmied angestellt gewesen war. Er bat den Oberst um abgelegte Kleider, denn er könne sich bei seinem geringen Verdienste keine kaufen. Als der Oberst hierauf sich nach dem „geringen Verdienste" erkundigte, erfuhr er, daß der „arme Mann" wöchentlich 600 Kronen Lohn erhielt, also über 30 000 im Jahre. Der Oberst aber bezieht eine Pension von 560 Kronen im Monat! In den Augen der heutigen Machthaber gilt nur der Arbeiter, der Proletarier etwas und bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen wird in erster Linie auf ihn Rücksicht genommen oder eigentlich nur auf ihn. Infolgedessen geht es ihm wirtschaftlich unverhältnismäßig gut und er kann sich alle Vergnügungen und alle Aufbesserungen der Lebensführung gestatten, die der Mittelstand bis hoch hinauf entbehren muß. Regelmäßig oder auch nur mehrmals in der Woche Fleisch zu essen, dazu Wein oder Bier zu trinken, ins Gasthaus, ins Theater oder Kino zu gehen, Ausflüge zu machen, das sind für die Mehrheit des Mittelstandes unerschwingliche Vergnügen, für den Arbeiter sind diese Dinge heute schon Alltägliches, zumindest Allsonntägliches. Freilich spürt er auch die Teuerung, aber er fordert einfach mehr Lohn, droht mit Streik und Faustrecht und erhält schließlich, was er haben will. Die Teuerungsschraube wird wieder um einige Grade hinaufgedreht.

In diesem Zusammenhang sei die Gehaltsliste erwähnt, wie sie anfangs 1920 in Oesterreich bestanden hat. Heute ist sie schon wieder weit überholt, was die Löhne der Arbeiter anlangt.

5000—10 000 Kronen: Hausgehilfinnen, Advokatursbeamtinnen, Rechtspraktikantinnen, Sekundarärzte.

10 000—15 000 Kronen: Toilettefrauen in einem großen Etablissement, Telephonistinnen, Assistenzärzte, Richter, Polizeikommissäre, IX. Rangklasse der Staatsbeamten.

15 000—20 000 Kronen; Probierfräulein im Modesalon, Landesgerichtsrat, Finanzrat, Professoren, VII. Rangklasse der Staatsbeamten.

20 000—25 000 Kronen: Ungelernte Hilfsarbeiter in einer Fabrik, technische Bühnenarbeiter, Choristinnen, Chorsänger, Oberlandesgerichtsräte, Sektionsräte, VI. Rangklasse der Staatsbeamten.

25 000—30 000 Kronen: Kanalräumergehilfen, Zeitungssetzer (Nachtarbeit), Theatermusiker, Straßenbahnbeamte, Magistratsdirektoren.

30 000—35 000 Kronen: Goldarbeiter, Beamte einer Großbank, Hofräte, V. Rangklasse der Staatsbeamten.

35 000—40 000 Kronen: Kesselschmiede, bessere Schlosser in den Fabriken, Ingenieure in Motorfabriken, Präsident des Landesgerichts, IV. Rangklasse der Staatsbeamten.

40 000—45 000 Kronen: Möbelpacker, Schneider- und Schuhmachergehilfen, Modelltischler, Sektionschefs, III. Rangklasse der Staatsbeamten.

45 000—70 000 Kronen: Chauffeure, Stückmeister in der Bekleidungsanstalt, Monteure, Staatskanzler, Staatssekretäre.

75 000—100 000 Kronen: Zahlkellner in Nachtlokalen.

100 000 Kronen und mehr: Portiers eines erstklassigen Hotels, Bankdirektoren, Operettenstars.

Wie lange noch? Wie lange? Diese bange, verzweifelte Frage schwebt auf den Lippen Hunderttausender von nagender Sorge und peitschender Ungeduld verfolgter Menschen, von Menschen, die es ahnen, ja wissen, daß, wenn das furchtbare Karussell nicht endlich stillehält, auch für sie der Tag kommen wird, an dem sie nicht mehr weiter können und zu Tode geschleift werden. Man mache nicht die falsche Rechnung mit Kronen und Mark und Lire und sage: Aber ihr Wiener lebt ja billig, denn beim Kursstand von 5:1 kostet ein Mittagessen im Hotel uns Deutsche, die mit Mark zahlen, „nur" 14 Mark, euch allerdings 70 Kronen. Mit demselben Recht könnte ein Schweizer oder Amerikaner lachend feststellen, wie billig man in Deutschland lebe. Wir Oesterreicher müssen mit Kronen rechnen und zahlen und wir spüren die Teuerung, denn für uns sind schließlich 70 Kronen das, was für den Deutschen 70 Mark sind.

Die erste Tagung für christliche Kunst.

Der Würzburger Katholikentag bot am Dienstag, den 14. September, als einen besonders wichtigen Teil seiner Verhandlungen zum ersten Male eine Tagung für christliche Kunst. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung stand unter der stellvertretenden Leitung des H. H. Domprobstes Mitterdorf aus Köln. In einleitenden Worten legte er die Ziele und Zwecke der Tagung dar. Sie ist als eine dauernde Organisation gedacht, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, alle auf dem Gebiete der christlichen Kunst tätigen, für sie begeisterten Persönlichkeiten, Aemter, Körperschaften usw. einander nahe zu führen, um auf solche Art Aussprache, Abklärung, Einigung und Anregungen zur Förderung und Verbreitung christlicher Kunst herbeizuführen. Um allen, die dieser großen Sache dienen wollen, die für gedeihliches Wirken notwendige völlige Freiheit zu lassen, kennt die Organisation der „Tagungen für christliche Kunst" keinen Verwaltungsapparat, keine festen Beiträge, keine eigentliche Mitgliedschaft. Mehrere Ausschüsse besorgen die Arbeiten der Organisation; der Hauptausschuß besteht aus elf Personen, zu denen auch Künstler gehören. Bindende Beschlüsse werden nicht gefaßt. Der Meinungsaustausch erfolgt auf Grund von Vorträgen, an die sich Besprechungen anknüpfen. Beides hat sich in Würzburg als ersprießlich und förderlich erwiesen. Fünf Vorträge standen auf der Tagesordnung, ein sechster war fakultativ und gut besucht.

Der erste Vortrag der Tagung bot Ausführungen von Dr. Waitz über „Die christliche Kunst und die Trennung von Kirche und Staat." Eine solche Trennung muß für die christliche Kunst schwere Folgen haben, die sich zunächst noch gar nicht übersehen lassen. Bei schroffer Haltung des Staates haben alle seine Zahlungen für kirchliche, also auch für damit zusammenhängende künstlerische Zwecke ein Ende. Der Unterricht auf dem Gebiete christlicher Kunst unterbleibt, der Schutz der nicht in staatlichen Besitz übergehenden kirchlichen Denkmäler hört auf. Ist dann die Kirche nicht in sorgfältigster Art darauf bedacht, ihr Eigentum selbst zu schützen und zu versorgen, so kann der Staat sich zum Pfleger aufwerfen. Bewegliche Kunstgegenstände werden alsdann wie in Frankreich in Massen aus den Kirchen in die Museen des Staates verschleppt, dort zum Range von Sammlungsobjekten herabsinken, aber auch als solche nicht sicher sein, weil unsere schlimme Finanzlage unseren Feinden Anlaß geben kann, ihre Hände nach diesen Gegenständen auszustrecken. Vor allem gilt es also, die Kunstdenkmäler nicht zum Nationaleigentum werden zu lassen. Die Kirche wird im Kampfe um ihre Selbständigkeit gute Hilfe an den Künstlern finden, wenn sie sich dieser tatkräftig und förderlich annimmt und nicht nur für die Sicherung ihrer künstlerischen Besitztümer aus alten Zeiten bedacht ist. So mancher Künstler würde der Kirche näher stehen oder näher kommen, schon aus dem materiellen Grunde, daß die Kirche andauernd Aufträge vergeben kann, während dem sozialistischen Staate Antrieb und Mittel dazu fehlen. Die Besprechung des Vortrages wies Einzelbeispiele nach, in denen das Aufhören der Staatszahlungen zum unfehlbaren Untergange höchst kostbarer alter Bauwerke führen müßte. Eine Aussprache fand ferner statt über die neuerdings sich häufenden Diebstähle in Kirchen. Die Schuld daran trägt zum großen Teil der Glaube an den vermeintlichen ungeheuren Materialwert der Kirchenschätze. So liest man immer wieder von goldenen Kelchen, goldenen Leuchtern, während derlei Dinge in Wirklichkeit zu den größten Seltenheiten gehören.

Als zweiter Redner der Tagung sprach Prof. Dr. theol. A. Fuchs-Paderborn über „Diözesanmuseen." Solche Anstalten gibt es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihre Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß außer Gebrauch gestellte kirchliche Kunstwerke nicht frei verkauft werden dürfen, aber doch auch nicht zugrunde gehen, sondern unter kirchlicher Verwaltung bleiben sollen. Bis jetzt

besitzen 12 Diözesen solche Museen, 3 eine Art Ersatz, 8 haben nichts dergleichen. Die bloße Erhaltung und Rettung der Gegenstände kann nicht der alleinige Zweck dieser Sammlungen sein, sie müssen auch fruchtbar der kunstwissenschaftlichen Forschung, der künstlerischen Erziehung der Theologen wie des Volkes nutzbar gemacht werden. Ganz besonders soll die Vorbildlichkeit der in diesen Sammlungen befindlichen Kunstwerke auch zur Anregung für die bildenden Künstler dienen. Es wird für die Förderung der christlichen Kunst von großer Wichtigkeit sein, wenn sich solche Künstler auch an kleineren Orten niederlassen. Es ist ferner von größter Bedeutung, daß der Klerus mit ihnen in persönlichem Zusammenhange bleibt. Das Sammeln soll nicht nur unter dem Gesichtspunkte des Erhaltens geschehen, sondern auch unter dem eines möglichst vollständigen Ueberblickes über das künstlerische und religiös-kulturelle Schaffen in der Diözese, und zwar mit Einschluß des 19. Jahrhunderts. Gegenstände der Hauskunst, der religiösen Volksgebräuche sind mitaufzunehmen. Leihgaben sind besonders bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage erwünscht. Eine technische Lehrsammlung, ein Kunstarchiv, eine Sammlung von Reproduktionen und Gebrauchsgraphiken, eine brauchbare, den Studierenden zugängliche Bibliothek dürfen nicht fehlen. Vorträge, praktische Führungen kommen hinzu. Die Leitung der Diözesanmuseen muß in Händen sachverständiger Personen liegen. Zur Erhaltung des Museums sind Eintrittsgelder, sowie Beisteuern eines Museumsvereines nötig. Bei der großen Wichtigkeit der Diözesanmuseen wird ihre Gründung angeraten. Bei der Besprechung wies besonders der Direktor des Kölner Schnütgen-Museums, Prof. Witte, darauf hin, daß in Pfarrhäusern noch außerordentlich vieles, höchst wertvolles unbekannt und unbeachtet herumstehe, was zur Bereicherung und Vervollständigung solcher Sammlungen willkommen wäre. — Endlich wurde die Einrichtung einer beständigen Ausstellung für christliche Kunst dringend gewünscht.

An dritter Stelle sprach der Kölner Diözesanbaumeister H. Renard über den „Einfluß der wirtschaftlichen Lage auf die christliche Kunst“. In ausführlicher Darlegung zeigte er wie von jeher die Höhe der christlichen Kunst zu jener des wirtschaftlichen Zustandes im umgekehrten Verhältnisse gestanden sei. Größer als bisher muß die Sorge um die Erhaltung des Vermögensbestandes, die Genauigkeit in der Beaufsichtigung der Bauten und Ausstattungsstücke werden. Statt an Neubauten, denke man an Erweiterungen, an Emporeneinbauten usw. Bei der Ausstattung beschränke man sich auf das unbedingt Nötigste. Aber es muß Grundsatz bleiben, nur den Künstler heranzuziehen, nicht den Handwerker. Fabrikarbeit ist nur zuzulassen, wenn sie aus künstlerischer Eingebung hervorgegangen ist. Die Besprechung berührte besonders den Mangel eines künstlerischen Nachwuchses und die daraus zu erwartenden Gefahren. Es wurde der Gedanke aufgeworfen, ob nicht die Orden, wie in alten Zeiten, ihre geeigneten Angehörigen zur künstlerischen Betätigung veranlassen, Werkstätten in den Klöstern einrichten könnten.

Ueber „Katholische Bildungsausschüsse und christliche Kunst“ sprach P. Teves O.F.M. aus Essen. Anknüpfend an die vielseitige, erfolgreiche Tätigkeit des in Essen gegründeten katholischen Bildungsausschusses, bewies der Redner die Notwendigkeit und den Nutzen dieser Einrichtung auch für die Behandlung und Lösung christlich-künstlerischer Fragen. In diesem Zusammenhange empfahl der Vortragende die Pflege einer Künstlerseelsorge. In die Besprechungen griff der Vertreter des Berliner Kultusministeriums, Geh.-Rat Prof. Dr. Waetzold ein, indem er auf das Problem des Verhältnisses der Kirche zur modernsten Kunst hinwies, das unbedingt Klärung erheischt. Durch eine praktische Künstler-Seelsorge kann die Kirche die Verbindungsfäden knüpfen.

Ein Vortrag des Bonner Professors Dr. Neuß über „Die Erziehung der Theologen zur christlichen Kunst“ umfaßte zwei Teile: einen für die Kunstwissenschaft und einen für die Pflichten der Gegenwart auf dem Gebiete der Kunst. Die Kunstgeschichte lehrt künstlerische Werke kennen, die als unmittelbare Zeugen des katholischen Geisteslebens in die Gegenwart hineinragen. So wird die Kunstgeschichte, wiewohl an sich selbständig, zugleich eine unentbehrliche Hilfswissenschaft für die Kirchengeschichte, die Dogmatik, Liturgik usw. Der zweite Teil der Erziehung betrifft zunächst die Pflichten zum Schutze der alten Kunst, also die Denkmalspflege. Mit der Denkmalspflege muß der Geistliche vertraut sein, nicht um sie persönlich praktisch auszuüben, aber um als kluger Verwalter der ihm anvertrauten Reste der künstlerischen Vergangenheit, dem Konservator und dem Künstler ein verständnisvoller Helfer zu sein. Der Ausbau des Kunststudiums ist ins Auge gefaßt und wird an einzelnen Anstalten betrieben. Am eifrigsten an den italienischen päpstlichen, wo man nach Verordnung Pius X. von 1907 in allen vier Studienjahren je eine Wochenstunde, im ganzen also ihrer 160, diesem Fache widmet. Auch an einzelnen deutschen Universitäten wendet man dem theologischen Kunststudium neuerdings größere Aufmerksamkeit zu. Viel wird noch zu tun sein: eigene Professuren für diesen Gegenstand, die Gründung von Bibliotheken, Uebungen, Besichtigungen von Kunstwerken und Werkstätten, ergänzende Kurse für bereits Abgegangene.

Am Abend hielt der Bonner Professor Dr. H. Reiners vor sehr zahlreicher Zuhörerschaft, zu der auch der Hochwürdigste Herr Bischof von Würzburg gehörte, einen Lichtbildervortrag über „Probleme moderner christlicher Kunst“, wobei er sich, größtenteils im Widerspruch mit den Rednern der Tagung, auf die Seite des Expressionismus stellte.

Dr. O. Doering.

Dr. Hermann von Ihering.

40 Jahre deutscher Gelehrtenarbeit in Brasilien.

Von M. Lucena, Petropolis (Brasilien).

Am 8. Oktober vollendet ein Mann sein 70. Lebensjahr, dem die deutsche Wissenschaft zu tiefem Danke verpflichtet ist: Hermann von Ihering, ein Vorkämpfer und Pionier für deutsche Kultur und deutsche Geistesarbeit im Ausland.

Geboren am 9. Oktober 1850 zu Kiel als Sohn des berühmten Rechtsgelehrten Rudolph von Jhering, fühlte sich Hermann von Ihering schon früh zur Zoologie hingezogen. Um sich später auf diesem Gebiete betätigen zu können, betrat der Achtzehnjährige zunächst den Weg des medizinischen Studiums, dem er an den Hochschulen von Gießen, Leipzig, Berlin und Göttingen mit Eifer oblag. In der zuletzt genannten Musenstadt erwarb er schon im Jahre 1872 den medizinischen Doktorgrad. 1874 und 1875 treffen wir ihn, mit naturwissenschaftlichen Studien beschäftigt, auf der deutschen zoologischen Station in Neapel. Nachdem er 1876 auch die philosophische Doktorwürde erworben hatte, ließ er sich im selben Jahre als Privatdozent der Zoologie in Erlangen, und 1879 in gleicher Eigenschaft in Leipzig nieder.

Doch das Dozieren vom Katheder herab bot seinem zu persönlicher Forschung geneigtem Geiste wenig Befriedigung, weshalb er sich entschloß, die Tropen aufzusuchen. Seine Wahl fiel auf Brasilien, dessen reiche Fauna und Flora schon so manchen deutschen Naturforscher vor ihm angezogen hatte. Nach Ausübung der ärztlichen Tätigkeit in Taquara do Mundo Novo und Porto Alegre, wo er nebenbei auch Redakteur der Deutschen Zeitung war und mit Koseritz für die politischen Interessen des Riograndenser Deutschtums eintrat, erhielt er schließlich im Jahre 1883 eine Anstellung am National-Museum in Rio de Janeiro mit Wohnsitz in Rio Grande do Sul und konnte sich von nun an ganz der Erforschung des Landes widmen.

Schon 1894 war sein Ruf als Naturforscher so begründet, daß die Regierung des Staates Saõ Paulo ihm die Leitung des eben erst geschaffenen Staatsmuseums auf dem Ypiranga-Hügel übertrug, dem er bis November 1916 als Direktor vorstand. Was Hermann von Ihering dort in 22 Jahren geleistet hat, davon kann nur der sich einen Begriff machen, der Gelegenheit hatte, die prachtvollen wissenschaftlichen Sammlungen des Museums selbst zu besichtigen. Es ist geradezu erstaunlich, was der Gelehrte dort in wenigen Jahren, mit verhältnismäßig nur wenigen Mitarbeitern, an geschichtlichen, ethnographischen und naturwissenschaftlichen Schätzen aufgehäuft hat, von denen noch der größte Teil der wissenschaftlichen Bearbeitung harrt. Das Museum in Saõ Paulo wurde zu einem Mittelpunkt deutscher Geistesarbeit in Brasilien, und zahlreiche deutsche Forscher, wie Hussak, Friedenreich, Hummel, von Königswald, Hempel, Fischer u. a. haben in Ypiranga gearbeitet und sich neue Begeisterung für ihre wissenschaftlichen Forschungen geholt.

Kein Wunder, daß 1916, als Brasilien in den Krieg eintrat, kurzsichtige Geister darin eine Gefahr witterten. Hermann von Ihering wurde das Opfer politischer Intrigen und am 6. November 1916 seines Amtes als Museumsdirektor enthoben. Tiefgebeugt von diesem schweren Schlage, zog sich der an der Schwelle des Greisenalters stehende Gelehrte nach Santa Catharina zurück, wo er in botanischen Studien seinen Schmerz zu vergessen suchte. Im vorigen Jahre unternahm er eine längere Reise nach Chile, Argentinien und Uruguay. Die ihm in Santiago, Buenos-Ayres und Montevideo erwiesenen Ehrungen waren dazu angetan, seinen Mut wieder von neuem zu beleben. Mittlerweile mehrten sich auch in Brasilien die sympathischen Stimmen, so daß von Ihering bei seiner Rückkehr die Leitung des Staatsmuseums in Florianopolis übernehmen konnte, dem er noch zurzeit als Direktor vorsteht. Bei seinem Amtsantritt schrieb das einflußreiche Blatt „Correio da Manhã“ (5. Dezember 1919): „Es ist ein Trost, zu wissen, daß die brasilianische Kultur die kostbare Mitarbeit dieses Gelehrten nicht verloren hat, der mehr als 40 Jahre unter uns lebt und sich mit Leib und Seele der Hebung und Vervollkommnung unserer Naturwissenschaft widmet.“ — Die Regierung von Saõ Paulo aber blieb die Satisfaktion bis auf den heutigen Tag schuldig.

Es kann hier nicht der Ort sein, die Lebensarbeit Hermann von Iherings im einzelnen zu würdigen. Es genügt, einen Blick zu werfen in die neun ersten Bände der Revista do Musen Paulista, um sich zu überzeugen, welche Fülle ernster Geistesarbeit hier geleistet ist. Was ich an Hermann von Ihering besonders bewundere, ist seine Vielseitigkeit, gepaart mit seltener Gründlichkeit. Spezialist in der Konchyologie, hat er auch auf fast allen übrigen Gebieten der Zoologie Bedeutendes geleistet, und selbst in der Anthropologie, Ethnographie, Paläogeographie usw. bleibende Erfolge errungen. Dazu kommt seine außerordentliche Fruchtbarkeit; das Verzeichnis seiner von 1872—1911 veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten weist nicht weniger als 270 Nummern aus all den erwähnten Gebieten und vielen andern der Forschung auf.

Ein gerütteltes Maß von Enttäuschungen ist auch Hermann von Ihering nicht erspart geblieben, aber er ist schließlich aus allen Schwierigkeiten als Sieger hervorgegangen und hat der Welt wieder einmal gezeigt, was deutscher Idealismus und deutsche Energie zu leisten vermögen. Dem greisen Gelehrten auch an dieser Stelle zu seinem 70. Geburtstag viel Glück und Segen zu weiterer Arbeit: Ad multos annos!

Die Messe als wirtschaftliche Möglichkeit.

Von Ingenieur Heinrich Müller, Offenbach a. M.

Die Absatzstockung, unter der das wirtschaftliche Leben seit Monaten zu leiden hat, hat noch nicht ihr Ende erreicht. Der Verlauf der Technischen und der Allgemeinen Herbstmustermesse in Leipzig hat ebenso wie derjenige der Breslauer Herbstmesse gezeigt, dass trotz der ausgesprochenen „Geschäftsstille", die auf diesen Messen herrschte und an der auch die besten „Messberichte" nichts zu ändern vermochten, die Messe als solche immer noch als die wirksamste wirtschaftliche Möglichkeit angesprochen werden muss, deren wir uns zurzeit bedienen können. Gewiss war das Geschäft auf der Technischen Herbstmesse in Leipzig geradezu beängstigend ruhig, aber es muss demgegenüber doch darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche Aussteller nach der Messe belangreiche Aufträge erhalten haben, zu deren Erteilung das auf der Messe Gesehene unmittelbar den Anlass gegeben hat. Dasselbe ist von der Allgemeinen Herbstmustermesse in Leipzig zu sagen. Hier war das Messgeschäft ebenfalls ungemein ruhig; nur einzelne Geschäftszweige berichteten über wesentlichere Geschäftsabschlüsse. Aber auch diese Messe hat ihre Nachwirkungen gehabt und diese dürfen unter den gegenwärtigen Verhältnissen keineswegs übersehen werden. Um die Messe als wirtschaftliche Möglichkeit in diesem Sinne klar beurteilen zu können, muss man sich zunächst klar machen, zu welchem Zwecke die Aussteller die Messe überhaupt besuchen. Gewiss gilt es in erster Linie zu verkaufen, aber neben diesem Hauptzweck dürfen doch eine Reihe anderer Auswirkungen, die die Beteiligung an der Messe mit sich bringt, nicht übersehen werden. Zahlreiche Einkäufer besuchen die Messe, nicht um zu kaufen, sondern um sich über die letzte Entwicklung ihres Einkaufsgebiets zu unterrichten. Zweifellos sind diese Einkäufer, die die Messe als eine grosszügig organisierte Informationsgelegenheit ansehen, in der Lage, sich ebensogut auch durch die Fachpresse zu unterrichten, aber es scheint, dass der Augenschein doch vielfach dem geschriebenen Wort oder der häufig mehr oder minder korrigierten Abbildung vorgezogen wird. Die Messe ist somit unter den heutigen Verhältnissen nicht nur eine Absatzorganisation grossen Stiles, sondern auch eine Informationsgelegenheit, wie sie sich sonst überhaupt nicht bietet. Jeder Messaussteller weiss, dass auf allen Messen nicht nur ernsthafte Reflektanten, sondern auch mehr oder weniger zahlreiche Sehleute vorhanden sind, die die Messe lediglich zu dem Zweck besuchen, um sich zu informieren. Gegen diese Sehleute ist bisher in durchaus unberechtigter Weise Front gemacht worden; es sei hier nur daran erinnert, wie masslos grob zuweilen die Aussteller auf den vorherigen Herbstmessen gegen die Sehleute waren. Damals war freilich noch Hochkonjunktur. Heute haben sich die Aussteller unter dem Einfluss der geschäftsstillen Monate wieder auf sich selbst besonnen und darum waren auf den diesjährigen Herbstmessen, soweit sie bisher stattgefunden haben und soweit ein Urteil darüber zulässig ist, auch wieder die sonst verpönten Sehleute willkommen. Es wäre ohne diese an den Messeständen doch zu ruhig und eintönig gewesen.

Eine einfache Ueberlegung lässt erkennen, dass neben den ernsthaften, d. h. sofort entschlossenen Käufern auch die Sehleute, d. h. die Einkäufer, die die Messen nur zum Zwecke der Information besuchen und ihre Aufträge später auf Grund des Gesehenen nach reiflicher Erwägung zu Hause erteilen, durchaus zum Messebild gehören. Die Messe würde als solche ohne die Sehleute lange nicht die wirtschaftliche Möglichkeit darstellen, als die sie heute zweifellos angesehen werden muss. Die Auswirkungen der Messe als Handelsinstrument unterteilen sich somit in solche, die unmittelbar in die Erscheinung treten, und solche, die erst später ausgelöst werden. Während auf den Messen des Jahres 1919 und teilweise auch auf den diesjährigen Frühjahrsmessen die ersteren überwogen, traten auf den verflossenen Herbstmessen die letzteren mehr hervor. Der oberflächliche Beurteiler, der meist nur nach dem wirklich Gesehenen urteilt und sich auf Ueberlegungen über spätere Auswirkungen nicht einlässt, gelangt auf Grund der bekannten nichtssagenden Messeberichterstattung vielfach zu einem völlig falschen Bilde. So ist es erklärlich, dass das wenig befriedigende geschäftliche Ergebnis der letzten Leipziger Messen Anlass zu kritischen Betrachtungen gegeben hat, die weder mit den tatsächlichen Aufgaben der Messe als Mittler zwischen Industrie und Handel in Einklang zu bringen sind, noch ein wahres Bild der Auswirkungen geben, die diese Veranstaltungen zweifellos gehabt haben, auch wenn sie nicht sofort sichtbar in die Erscheinung getreten sind. Ganz und gar verkehrt ist es aber, wie dies vielfach geschieht, die Messe als solche zu verurteilen und sie nicht als wirtschaftliche Möglichkeit gelten zu lassen. Die so urteilen, vergessen, dass unsere Messen vor dem Kriege vorzugsweise nur Informationsschauen waren. Dass dies in mehr oder minder ausgeprägtem Masse auch heute wieder der Fall zu werden beginnt, beweist somit lediglich, dass sich der Messhandel am ehesten wieder auf die vorkriegszeitliche Art zurückbildet. Die gegenwärtige Entwicklung des Messhandels dürfte durchaus im Interesse der Gesundung unserer Wirtschaft liegen. Sachliche Ueberlegungen und reife Erwägungen gewinnen im Handel langsam wieder die Oberhand. Der Schieber ist auf Messen, die Friedenscharakter haben, durchaus unmöglich. Und schon allein aus diesem Grunde sollten wir uns mit der Neuorientierung des Messewesens, wie sie zurzeit im Gange ist, abfinden.

Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, ist der Verlauf der Leipziger Herbstmessen durchaus nicht so ungünstig zu werten, wie dies vielfach geschehen ist. Wie die Geschäftsstille auf Sitten und Gebräuche des Handels reinigend und läuternd gewirkt hat, so wird die in der Entwicklung befindliche Neuorientierung unseres Messewesens zweifellos auch die Elemente von den deutschen Zentralmärkten verdrängen, die alles andere als ehrliche Kaufleute sind. Es hat sich auch im Messhandel wieder einmal erwiesen, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Das Schiebergesindel, das die Messen bisher als Tummelplätze des unehrlichen Handels ansah, hat sich gründlich verrechnet. So wenig erfreulich das stille Messgeschäft der letzten Messen an sich ist, so sehr werden jedem Deutschen, dem am Wiederaufbau unserer Wirtschaft etwas gelegen ist, die reinigenden und läuternden Auswirkungen der Absatzstockung willkommen sein. Es kann nicht die Aufgabe der vorliegenden knappen Betrachtung sein, die Richtigkeit des Gesagten an einzelnen Beispielen zu erhärten oder etwa auf den Verlauf der letzten Messen im einzelnen einzugehen. Wohl aber sei darauf hingewiesen, dass die Umbildung der Messewerte in Zukunft bei der Beurteilung der Messe als volkswirtschaftliche Möglichkeit zu berücksichtigen sein wird. Nicht das Messegeschäft allein darf als Bewertungsfaktor in Frage kommen, sondern auch der Komplex der späteren Auswirkungen ist zu berücksichtigen, denn die Messe ist nicht nur eine Absatzorganisation, sondern sie will auch als wirtschaftliche Möglichkeit gewertet werden. Dies dürfte vor allem für den Verlauf der Frankfurter Herbstmesse gelten.

Vom Büchertisch.

Karl Freiherr von Freyberg: Aus des Urzeitriesen Lebenserinnerungen. Kunstbeilagen von Andreas Untersberger. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Groß-Quartformat XVI, 264 Textseiten. In Prachtband mit Futteral 300 *M*. — Diese vor Jahren unter der Aufschrift „Thorund" veröffentlichte und in der damaligen Presse schon als originell und bedeutsam gekennzeichnete Dichtung erscheint hier „in einer gänzlich umgearbeiteten Form, auch äußerlich nunmehr künstlerisch gewandelt", als ein sinnfällig mit schweren Opfern ermöglichtes Prachtwerk, das nicht zuletzt Freunde der Liebhaber- und Vorzugsausgaben auf dem Gebiete der Buchherstellung und Illustrationskunst anziehen wird. — Der textliche Inhalt gliedert sich in 70 Kapitel. Der Held erlebt: die Sündflut; Cham als den ersten ihm danach begegnenden Menschen; Abraham; das Judenvolk unter Moses; die Hexe von Endor, die ihn, den Riesen, in einen Menschen verwandelt; Daniel im Exil; das ptolemäische Aegypten; Hellas; das antike Rom; die Zimbern und ihren Todeskampf unter König Horand; Nazareth mit dem Jesusknaben, der Thorund in einen Menschen zurückverwandelt; Josephs Bestattung; die Bergpredigt; die Verklärung; Golgatha; die weitgreifenden Folgen der Auferstehung; Paulus und Petrus, durch die Thorund Christ wird; den hl. Antonius in der lybischen Wüste; Konstantin, dem Thorund bei Einführung des Christentums als Berater dient; den hl. Benedikt, dessen Jünger und hinfort reformatorischer Apostel er wird; die Hunnen Attilas; die Goten unter Totila; Karl Martell; Karl den Großen; Widukind; die Staufen; die tiefe Einwirkung der Heiligen Franziskus von Assisi und Thomas von Aquin einerseits, Luthers anderseits; Karl V.; das Tridentinum; den Dreißigjährigen Krieg; Kurfürst Maximilian I. von Bayern; die „Aufklärung" vom Ausland her; den Einfluß Kants; die Machtpolitik der Zollern; die Französische Revolution; den Aufstieg und den Niedergang des Korsen; die Freiheitskriege; das zwistige deutsche Bürgertum; das Vatikanum; das Jahr 70; Deutschlands Aufschwung und ferneres Geschick über den Weltkrieg hinein in die Revolution von 1918.

Durch 4000 Jahre führt der Dichter den Helden — ein Riesenplan! Und immer sehen wir Thorund inmitten des jeweiligen Bildes oder doch innerhalb dessen Geschehniskreises; immer wieder erfahren wir, wie er durch Rat und Tat in den Gang der Dinge eingreift oder doch das jeweilig Ganze und auch in Einzelnem, in sich aufnimmt zum eigenen inneren Aufbau und zur Segenswirkung auf andere. Das Judenvolk in seiner Entwicklung und seinem kulturellen Einfluß steht im Vordergrunde des ersten Abschnittes; an seine Stelle tritt dann in der Anteilnahme des Verfassers wie des Lesers das deutsche Volk, dem der Held sich seit seiner Berührung mit den Zimbern und Goten und seit seiner Christnachtvision in einer Höhle des Harzes im Beisein des jungen Hermann innerlich immer mehr eint, bis er sich völlig „eindeutscht", als Mönch einem rheinischen Kloster zugehört, schließlich für seine Klause dort eine dem Niederwalddenkmal nachgebildete Germania gegen sein ihm sehr teures Kriegshorn aus der Araberstürmzeit eintauscht und noch auf dem Sterbelager inmitten der Deutschland durchtobenden Wirren den mutigen Glauben an Deutschlands Zukunft wahrt.

K. v. Freyberg ist ein geschulter, tüchtiger Denker und Patriot, beides von klarem, weitem, auch warmem Blick für Ursachen und Zusammenhänge, Geschichte und Leben, Menschen und Menschentum. „Auch Dichter?" Ja, auch das. Nur wird man sich erst bei ihm in etwa „eingewöhnen" müssen, um ihm wirklich gerecht zu werden. Daß er durchgängig den vierfüßigen Trochäus mit dem Reim im je zweiten Verse wählte, kommt der Vortragsweise dieses Ganzen zustatten. Aber die dichterische Freiheit verwandelt sich häufig in Willkür gegenüber der angewendeten Sprache: einer durchaus neuzeitlichen, mit modernen Schlagwörtern gespickten. Vor allem fällt der übermäßige Gebrauch des ungebeugten Beiwortes und ersten Mittelwortes auf, sowie die häufigen „Füllsel": ja, wohl, denn usw., desgleichen Härten und Schwerfälligkeiten, gewollte, da sie sehr leicht hätten vermieden werden können. In dem Verlangen, mit der Sprache unserer unmittelbaren Gegenwart zu uns zu reden, überschritt der Dichter nicht selten die Schranken des sprachlich oder doch

dichterisch Zulässigen. Der Stil wechselt zwischen denkbarster Schlichtheit, sogar Alltäglichkeit, und hoher dichterischer Schönheit. Die innere Größe der Anschauung aber bleibt immer, auch dort, wo der Humor sich einmischt. So gewinnt man den Dichter in seiner Dichtung lieb, und umgekehrt. Stößt er hie und da ab: er fesselt immer wieder von neuem, bis zu herzlichster Anteilnahme, bis zu dauerndem innerem Gewinn. Der christkatholisch-germanische Standpunkt, den er bis ans Ende in Gerechtigkeit und wahrer Duldung festhält, zieht um so mehr an, als er sich einem edlen Optimismus mit unerschütterlichem Vertrauen auf Gottes Gnade und echten Deutschtums Wesenskern verbindet. — Die technische und künstlerische Ausstattung des Werkes verdient besondere Anerkennung. 20 prachtvolle Heliogravüren stellen die hauptsächlichen „Entwicklungsmomente" der Handlung in schönes Licht. Untersbergers Stil ist bekannt; hier gibt er sich so ansprechend und kraftvoll eindringend, daß man sagen darf: der Künstler übertraf sich selbst. Möge denn das mit so tapferem Mut ins Leben gerufene Prachtwerk raschen Umsatz finden. Bemerkt sei, daß es sich hier um eine *kleinere Auflage* handelt, weshalb eine umgehende Bestellung geboten sein dürfte.

E. M. Hamann.

Erzbischof Dr. Thomas Nörber von Freiburg. Sein Leben und seine Zeit. Mit zwei Abbildungen und einer Zeittabelle. Von G. *Stezenbach*, Redakteur, Freiburg i. Br., Preßverein G. m. b. H. (Verlagsabteilung). 72 Seiten, brosch. ℳ 4.—. Zu haben beim Verlag und in allen Buchhandlungen. G. Stezenbach hat dem verstorbenen Erzbischof Badens mit dem kleinen hübsch ausgestatteten Buche ein ehrendes Denkmal gesetzt. Geistliche und Laien werden aus dem Lebensbild des Erzbischofs von Freiburg auch zu Vorträgen manch interessanten Beitrag finden. Die einzelnen Kapitel behandeln des Erzbischofs Jugend- und Studienjahre, seine Kaplan- und Pfarrerzeit, seine Wahl und Inthronisation, seine kirchl. Verwaltungstätigkeit, seine Kirchenpolitik, sein soziales und caritatives Wirken, seine Funktionen als Metropolit, die kirchliche Bautätigkeit unter ihm, sein Wirken während des Krieges, sein goldenes Priesterjubiläum, sein Ableben und seine Charakteristik. Der Anhang enthält eine Zeittabelle-Zusammenstellung von bemerkenswerten Persönlichkeiten (Geistliche und kirchl. Laien-Beamte), die unter seiner Regierung verstarben.

Der Frohsinn ist knapp geworden in der Welt. Dafür um so allgemeiner Unlust, Verdruß, Bedrücktheit, erregte Stimmung. Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns, die nun schon seit langen Jahren fließt, ohne nachzulassen oder an ihrer Frische zu verlieren, sind die allbekannten, überall gern gesehenen **Meggendorfer Blätter** (Verlag München, Perusastraße 5). Zu ihrem Lobe braucht man eigentlich nur ihren Namen zu nennen. Wer ihn hört, dessen Mienen erheitern sich, er denkt an so manche Stunde, die er, von den Sorgen des Tages ausruhend, beim Lesen und Betrachten dieses trefflichen Blattes in stiller Fröhlichkeit zugebracht hat. Humorvolle Erzählungen, formvollendete Gedichte, treffliche und dabei doch niemals bittere Anspielungen auf die Zeitereignisse, dazu hochkünstlerische Bilder, bei denen auch die Farbe eine wichtige, stets von bestem Geschmack geleitete Rolle spielt, und bei denen Scherz und Ernst sich begegnen, das alles macht die Meggendorfer Blätter zu einer der bedeutendsten Erscheinungen ihrer Art. Dazu kommt noch, daß, wenn auch die gute Laune teuer geworden ist, doch der Preis der sie vermittelnden Meggendorfer Blätter sich auf anerkennenswert niederer Stufe hält.

Dr. B. Steinicke.

Bühnen- und Musikrundschau.

Die Pläne des Intendanten. Der neue Leiter des Nationaltheaters legt eine lange Liste derjenigen Werke vor, die er auf dem Gebiete des *Schauspieles* in der Spielzeit 1920/21 herauszubringen gedenkt, wobei er natürlich nicht zu versprechen vermag, daß alle Stücke bis auf das letzte bis zum nächsten Herbst auch wirklich gespielt sein werden. Dr. *Zeiß* geht von dem klugen Grundsatze seines Kollegen im Faust-Vorspiel aus: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen". Mit besonderer Freude sehen wir, daß die *Klassiker* im Spielplan einen breiten Raum einnehmen werden. Ist es auch bei uns nie so schlecht bestellt gewesen, wie in Berlin, dessen *zehn* große tonangebende Bühnen sich, wie unlängst ein Kritiker mit Schmerz festgestellt hat, bei Klassikern im ganzen Winter auf „Stella", eine Zufallsvorstellung von „Kabale und Liebe" und einen mißglückten „Tell" beschränkt haben, so kann doch hierin nicht leicht zu viel geschehen. Ist doch das Staatstheater für die *deutschen Klassiker* die *einzige Stätte*, denn Sonntagnachmittagsvorstellungen im Volkstheater kommen nicht ernstlich in Betracht. So „konkurrenzlos" in der Pflege unserer großen Dramatiker wie heute, ist die ehemalige Hofbühne in hundert Jahren nicht gewesen, ja, noch weiter zurück bis ins 18. Jahrhundert haben Privatbühnen (in der damals so kleinen Stadt!) für die große Kunst nicht Geringes geleistet, ja oft Pionierdienste getan. Daß wir zum geistigen Wiederaufbau auch *Schillers* bedürfen, anerkennt Zeiß mit Vorbereitung von „Don Carlos", „Kabale und Liebe", „Braut von Messina" und „Demetrius" (hoffentlich als Fragment, ohne die Flickarbeit Laubes oder anderer braver Leute), von *Goethe* wird der „Urfaust", den Zeiß in Frankfurt für die Bühne eroberte, „Iphigenie", „Stella" und „Die Mitschuldigen" geplant. Hebbels „Nibelungen" haben uns schon zwei oder drei Intendanten versprochen, möge Zeiß diese alte Schuld einlösen. Kleists „Zerbrochener Krug" kommt in *Zeiß'* Bearbeitung zur Aufführung. *Shakespeares* „Wintermärchen" hat Eugen Kilian, unser früherer verdienter Oberspielleiter, dem man den blauen Brief ins Feld geschickt hat, szenisch bearbeitet, auch die Wiederaufnahme des „Timon von Athen" erinnert an dessen unvergessenes Wirken. Lange entbehrten wir „Richard II.", auch der „Sommernachtstraum" und „Maß für Maß" werden wieder erscheinen. *Molière* fand mit dem „Eingebildeten Kranken", dem „Geizigen" und den „Gezierten", *Calderon* mit dem „Richter von Zalamea" Berücksichtigung. An *Uraufführungen* sind vorgesehen: Hch. *Mann*: „Der Weg zur Macht", B. *Shaw*: „Haus Herzenstod", *Goldoni*: „Der Impresario von Smyrna", bearbeitet von *Stieler*, dem Mitglied des *Nationaltheaters*, dessen Dramaturg *Gutherz* „Altchinesische Spiele" verdeutscht hat; endlich „Morgenrot" von *Geisenheyner*; wegen weiterer Uraufführungen schweben Verhandlungen mit *Schmidtborn* und Karl *Hauptmann*. Wenig gerne sehen wir *Wedekind* im Spielplan. Man hat mit „König Nicolo" („Das Leben ist eine Rutschbahn") und dem „Kammersänger" die anständigsten herausgesucht. *Sternheim*, dem das Residenztheater einen seiner schlimmsten Skandale „verdankt", soll mit der „Marquise von Arcis" und dem „Kandidaten" zu Worte kommen, dann sollen wir *Beer-Hofmanns* als Glorifizirung des Judentums empfundene Dichtung „Jakobs Traum" kennen lernen. Von Gerh. *Hauptmann* wird neben „Hannele" auch „Florian Geyer" erscheinen. Zeiß mag hoffen, das Drama des Bauernführers durch seine dramaturgische Hilfe schließlich doch noch einmal zu einem Bühnensieg zu führen. *Strindberg* wird mit der „Folkungersage" vertreten sein. Von *Shaw* wird man noch „Blanco Posnet" sehen, O. *Wildes* „Ernst sein" (Bumburg) hat der Intendant bearbeitet. *Ibsen* ist mit „Rosmersholm" und dem „Bund der Jugend" vertreten. „Der Strom" und „Jugend" von *Halbe* sind am Schauspielhaus oft gespielt, weniger ausgenützt ist hier der an Hauptmanns Biberpelz entzündete Humor von *Rosenows* „Kater Lampe". Für die Weihnachtszeit ist ein mittelalterliches Spiel von *Hermann* „Das Götterkind" geplant. Eine besondere Pflege soll dem süddeutsch-österreichischen Volksstück und Lustspiel zugewendet werden. Es ist ein *Anzengruber-Zyklus* geplant, ferner werden „Kämpl" und „Titus Feuerfuchs" von *Nestroy*, sowie der „Verschwender" *Raimunds* im Spielplan erscheinen. Der *klassischen Travestie* soll (vermutlich zum Fasching) ein von Zeiß eingerichteter Abend gewidmet werden, der Szenen aus *Nestroys* „Judith und Holofernes" und *Vischers* „Faust 3. Teil" enthält. Für die nächstjährigen *Festspiele* ist eine Reihe von großen deutschen und antiken *Stildramen* geplant, zum Teil mit Gästen, wie Ludwig Wüllner und Hedwig Bleibtreu. Hierzu sind bautechnische Veränderungen im Prinzregententheater nötig, worüber zurzeit Vorbesprechungen im Gange sind.

Lustspielhaus. Der Pachtvertrag mit der *Olfers*schen Operettentruppe, die sich in den Dreivierteljahren ihres Gastspieles bei wachsenden künstlerischen Leistungen großer Beliebtheit erfreute, ist gelöst worden und Dr. G. *Freytag* hat wieder die Leitung der Bühne selbst in die Hand genommen. Mit dem literarischen Wagemut, den wir an ihm schätzen, hat er zum Beginn der neuen Spielzeit eine weniger bekannte Komödie von *Calderon*: „*Das laute Geheimnis*" gewählt. Die wenigen Calderonaufführungen, die wir in dem letzten Jahrzehnt hier gesehen haben, waren, so viel Anregungen sie auch boten, mehr oder minder freie Bearbeitungen. Freytag ging auch auf die strengere Verdeutschung von *Gries*, dem verdienten Uebersetzer aus dem Jena Schillers, A. W. v. Schlegels und Schellings zurück. „Bis in die tiefe Nacht," schrieb ihm Goethe, „hat mich Ihr Calderon festgehalten. Ich bewundere aufs neue dieses außerordentliche Talent ... In ein herrliches, meerumschlossenes, blumen- und fruchtreiches, von klaren Gestirnen beschienenes Land versetzen uns diese Werke und zugleich in die Bildungsepoche einer Nation, von der wir uns kaum einen Begriff machen können." Die Fabel des Lustspieles ist kurz: Eine Herzogin liebt ihren Geheimschreiber und läßt sich durch ihre Eifersucht durch allerhand Kabalen gegen die ihr lange unbekannte Geliebte Federigos hinreißen, bis sie sich zur Resignation durchkämpft, die Liebenden zueinander führt und sie selbst einem ebenbürtigen Freier, der sich in romantischem Inkognito an ihrem Hofe aufhält, ihre Hand reicht. Die Nebenhandlungen sind Schmuck, Anlaß zu beschwingter Grazie, Geist und Farbenreiz. „Herrlich ist der Orient — Uebers Mittelmeer gedrungen — Nur wer Hafis liebt und kennt — Weiß, was Calderon gesungen", meint Goethe im „Westöstlichen Divan". Von diesen dichterischen Schönheiten vermochte die Aufführung wenig oder nichts zu verwirklichen. Die sympathischen Bestrebungen Herrn *Freytags* erkennen wir gerne an, aber das kann, darf uns nicht abhalten, unverblümt zu sagen, daß hier ein Versuch mit untauglichen Mitteln unternommen wurde. Von den Herrschaften, die da auf der Bühne standen, war mir nur ein Name bekannt; ich will sie alle nicht nennen, ich hatte das Gefühl, mich Anfängern, schlimmer, einer Liebhaberbühne gegenüber zu finden. Außer der komischen Dienerrolle ist keiner der Darsteller ernstlich zu beurteilen.

Verschiedenes aus aller Welt. Der Tondichter Max Bruch ist 83 Jahre alt gestorben. Seine Chorwerke „Frithjof", „Odysseus", das „Lied von der Glocke" werden noch gerne gesungen, während seine Opern schon der Vergessenheit anheimgefallen sind. Er schrieb auch Kammermusik- und Violinkonzerte. Vor wenigen Wochen erst hat uns Kreisler eines derselben zu reichem Genusse vorgespielt. Bruchs Talent war vielseitig und echt. Als Leiter einer Meisterschule für Komponisten an der Berliner Akademie hat er ein reiches Wirken entfaltet und an Anerkennung hat es ihm in seinem langen Leben nicht gefehlt. Da freilich die musikalische Entwicklung seit Jahrzehnten eine Richtung nahm, die von der seinen weit abwich, so hat es nicht an mancher Unterschätzung gefehlt, die vor der historischen Gerechtigkeit nicht Bestand haben kann.

L. G. *Oberlaender*, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Gebesserte Industrielage, erhöhte Dividenden-Ausschüttungen — Trotz alledem Widersprüche innerhalb unserer Wirtschaft — Amerikanische Preisstürze auf den Warenmärkten.

An den deutschen Effektenmärkten herrscht unveränderte Spekulationswut und Spielerbetätigung. Solche Lebhaftigkeit des Börsengeschäftes macht sogar neuerdings die Einschaltung von Börsenruhetagen notwendig, nur um die grossen bankmässigen Rückstände besser erledigen zu können. Weitere kräftige Kurserhöhungen, planlos drängende Nachfrage nach allen Papieren, besonders bei Neuemissionen sind zu beobachten. Auch an der Münchener Effektenbörse herrscht gleiche Tendenz. Neben dem Grundsatz, einen Teil der Banknotenflut und des beschäftigungslosen Kapitals auf diese Weise festzulegen, wird die jetzige Börsenbewegung auch durch sachliche Gründe veranlasst. Grosszügige Finanzprojekte, wie neuerdings in der Petroleumindustrie, ferner Zusammenschlussbestrebungen im Bergbau — „Bochumer", „Deutsch-Luxemburger", „Essener Steinkohlen A.-G." — werden genannt. Kapitalerhöhungen in anderen Industriesparten, Gerüchte über grosse Auslandsprojekte durch die deutschen Grossbankinstitute, die Meldung von der Freigabe von 500 Millionen Dollars deutschen Vermögens in Amerika boten gleichfalls Gründe solch erweiterter Börsentätigkeit. Einschränkende Hinweise, wie die Folgen der demnächstigen Steuereinziehung, die Zwangsanleihe, wie auch andere Bedenken wirtschaftlicher Art, kamen nirgends zur Geltung. Zugegeben ist, dass verschiedene Industrieunternehmungen — Metall-, Spiegel-, Textilindustrie und andere mehr — neuerdings von günstiger Beschäftigung und Belebung ihrer Fabrikation sprechen. Die glänzenden Abschlussziffern in der Schwerindustrie, wie Bochumer Guss, Harpener Bergbau, Laurahütte mit erheblich vergrösserten Dividendenausschüttungen fanden gleichfalls Beachtung. Jeder Hinweis, wie sehr unsere Gesamtwirtschaft durch die Wirkungen des Abkommens zu Spa in punkto Kohlenversorgung in direkte Gefahr gekommen ist, dass ferner dadurch auch unsere verkümmerte Schiffahrt, also die ersten Grundlagen zu Deutschlands Wiederaufrichtung im Ueberseehandel ebenfalls durch Kohlennot äusserst eingeschränkt bleibt, wird an den Börsen so viel wie nicht beachtet. Von der **Brüsseler Finanzkonferenz** hört man vielfach verfrühte Hoffnungen und günstige Kalkulationen zu Deutschlands Finanzrettung. Dabei hat Amerika unverblümt jede Finanzhilfe abgelehnt. Der Reichsbankausweis zeigt wiederum eine Banknotenvermehrung von 335 Millionen Mark!

So ergeben sich **Widersprüche in der Wirtschaftsbeurteilung**, Unklarheiten über die Zukunftsbetrachtung! Neue Bestellungen an die deutsche Industrie, wie seitens des belgischen Eisenbahnministeriums von 3000 Güterwagen, von holländischen Aufträgen an Lokomotiven für die Kolonien sind ebenso erwähnenswert, wie die Anbahnungen von Wirtschaftsaustauschmöglichkeiten mit Belgrad und Bukarest. Die deutsche Ostmesse in Königsberg berichtet von günstigem Geschäftsgang und grossen Bestellungen. Auch die diesmalige Frankfurter Messe scheint einen befriedigenden Verlauf zu nehmen. Die deutschen Warenmärkte wie in Frankfurt, Köln, Mannheim bedeuten für die Textilsparte und für andere Branchen gleichfalls Geschäftsbelebungen. Sächsische Maschinenfabriken und Berliner Elektrogesellschaften melden ebenfalls grosse Exportaufträge. Auch süddeutsche, namentlich bayerische Fabriken von landwirtschaftlichen Maschinen und verwandten Zweigen haben in letzter Zeit ansehnliche Warenordres verbuchen können. Durch die nunmehr erfolgte Wiederöffnung der Grenzen für den direkten Güterverkehr zwischen Belgien, Frankreich, Luxemburg, sowie den besetzten und unbesetzten Gebieten Deutschlands ist wiederum ein Teil der Kriegshärten geschwunden.

Unter dem Eindruck der Brüsseler Finanzkonferenz ist in dem Kursfall der deutschen Markdevise ein Stillstand eingetreten. Man beachtet auch hierbei die grösste Zurückhaltung. Dabei verkennt man nicht die grossen Schwierigkeiten der deutschen Finanznot, die Unklarheiten über die nächste Gestaltung der deutschen Innenpolitik und die unausbleiblichen Folgen der fortgesetzten Banknotenvermehrung. Auch die schwerwiegenden Finanzlasten Deutschlands, durch die sich bereits auf über 7¾ Milliarden Mark in bar ohne Berücksichtigung der Sachleistungen bezifferndenBesatzungskosten im Rheinlande bilden Wirtschaftshemmnisse für uns.

Die grosse internationale Warenkrise wird durch die vielfach günstigere Gestaltung innerhalb einzelner deutscher Industriesparten nur vorübergehend gemildert. Die aufsehenerregenden Preisstürze für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in den Vereinigten Staaten Amerikas sind solche Wetterzeichen. Die Neuyorker Handelsblätter verkünden erhebliche Preisabschläge von Textilwaren auf allen Märkten, auch in Europa. Man wird gut tun, für die nächste Zeit auch im Kleinkonsum beim Wareneinkauf und bei der Warenkalkulation unverminderte Vorsicht obwalten zu lassen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bad Nauheim. Mit dem 30. September schließt die offizielle Sommerkurzeit, jedoch geht der Kurbetrieb während des ganzen Winters weiter. Für die Winterkurzeit ist die Kurabgabe bedeutend ermäßigt. Bad Nauheim bietet auch im Herbst und Winter schöne landschaftliche Reize und angenehme Unterhaltungen, sodaß eine Herbst- oder Winterkur jedem Heilungs- und Erholungsbedürftigen zu empfehlen ist.

Exerzitien. Seit einigen Jahren werden von Hochw. Patres der bayerischen Franziskanerprovinz Standesexerzitien im Antoniusheim Vierzehnheiligen, Post Lichtenfels, Oberfranken, abgehalten. Sie erfreuten sich stets eines regen Besuches und gewiß haben sie viel dazu beigetragen, daß gar manche die Erinnerung an den wunderschönen trauten Wallfahrtsort des Frankenlandes zu den schönsten ihres Lebens rechnen. Seelisch und körperlich erfrischt stiegen sie stets vom heiligen Berg hernieder und nahmen mit neuer Freude die oft schweren Berufsarbeiten und Berufssorgen auf ihre Schultern. Allen katholischen Christen möchten wir raten, solche Heilstage der Exerzitien öfters zu halten. Der Exerzitienplan ist so reichhaltig, daß wohl jeder auf seine Rechnung kommen kann. In diesem Jahre sind noch Exerzitien 1. für Jungfrauen vom 18.-22. und 25.-29. Oktober; 2. für Frauen vom 15.—19. und 22.-26 November; 3. für Arbeiterinnen vom 23.-27. Dezember; 4. für Männer und Jünglinge vom 6.—10. November. Weil die Anmeldungen stets zahlreich einlaufen und oft viele zurückgewiesen werden müssen, möchten wir unsern Lesern die Möglichkeit verschaffen, sich rechtzeitig ein Plätzchen zu sichern, indem wir ihnen gleich die Exerzitientermine für 1921 zur Kenntnis bringen. Es finden Exerzitien statt:

1. Für Jungfrauen vom 18.—22. und 25.—29. Januar, vom 10.—14. und 17. bis 21. Mai, vom 18.—22. und 25.—29. Oktober; 2. für Frauen vom 1.—5. und 8. bis 12. Februar; vom 15.—19. und 22.-26. November; 3. für Jünglinge vom 22. bis 26. Februar, für Männer vom 8.—12. März; für Männer und Jünglinge vom 8. bis 12 November; 4. für Arbeiterinnen vom 15.—19. März; 5. für Arbeiter und Gesellen vom 23.—27. März; 6. für Priester vom 6.—10. Juni, 4.—8. Juli, 1.—5. und 22. bis 26. August, 19.-23. September; 7. für Handlungsgehilfinnen und Beamtinnen vom 14.—18. Juni; 8. für gebildete Damen vom 21.—25. Juni; 9. für Pfarrhaushälterinnen vom 12.-16. Juli; 10. für Herren aus gebildeten Ständen vom 19.—23. Juli; 11. für Lehrer vom 25.—29. Juli; 12. für Lehrerinnen vom 9.—13. und 16. 20. August; 13. für Studenten (Mittelschüler) vom 30. August bis 3. September; 14. für Tertiarinnen vom 27. September bis 1. Oktober und 4-8. Oktober. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an die Frau Obe in des Antoniusheims in Vierzehnheiligen, Post Lichtenfels, Oberfranken.

Bekanntmachung.

In der außerordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre vom 29. September 1920 ist beschlossen worden, das Aktienkapital der Gesellschaft von Mk. 2'000,000.— auf Mk. 4'000,000.— durch Ausgabe von 2000 auf Namen lautenden und durch Indossement übertragbaren Aktien zu je Mk. 1000.— zu erhöhen.

Diese 2000 Aktien sind von dem Bankhause Merck Finck & Co. in München zum Kurs von 120% mit der Verpflichtung übernommen worden, sie unseren alten Aktionären zum gleichen Kurs, demnach zu 120%, derart zum Bezug anzubieten, daß auf je eine alte Aktie unserer Gesellschaft eine neue entfällt.

Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1920 ab am Jahresertrágnis teil.

Auf jede neue Aktie ist der Betrag von Mk 1200.— samt 5% Zinsen hieraus vom 1. Januar 1920 bis zum Zahltag einzuzahlen.

Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Verlustes desselben bis **einschließlich 20. Oktober 1920** bei dem

Bankhause Merck Finck & Co.

in **München** auszuüben.

Bei Geltendmachung des Bezugsrechtes sind die alten Aktien — ohne Dividendenscheine — mit zwei gleichlautenden, vom Inhaber vollzogenen Zeichnungsscheinen (Muster hiezu sind bei den Herren Merck Finck & Co. erhältlich) zur Abstempelung einzureichen und gleichzeitig die oben erwähnten Mk. 1200.— für jede neue Aktie samt den 5% Zinsen ab 1. Januar 1920 einzuzahlen.

Die Bezugsrechtsausübung ist spesenfrei, wenn die Mäntel bei der Bezugstelle am Schalter eingereicht werden.

Der Schlußnotenstempel wird von der Gesellschaft getragen.

Die Rückgabe der alten Aktien (Mäntel) erfolgt nach Abstempelung.

Ueber die Einzahlungen werden Quittungen ausgestellt, gegen deren Rückgabe nach Eintragung der durchgeführten Kapitalserhöhung in das Handelsregister die auf den Namen lautenden neuen Aktien ausgefolgt werden.

München, 29. September 1920.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Kullen. **Kaula.**

Vor und nach dem Wahnwitz von Versailles.

Graf Brockdorff-Rantzau **Dokumente.**

In diesem Buche hat der Führer der Deutschen Friedensdelegation in Versailles, Graf Brockdorff-Rantzau, alle jene vertraulichen und öffentlichen Kundgebungen vereinigt, in denen er während seiner Amtsdauer bis zur Niederlegung seines Amtes infolge der für ihn eingetretenen Unmöglichkeit, den Friedensvertrag von Versailles zu unterzeichnen, zu den Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere des Friedensschlusses, Stellung genommen hat. Neben den im Laufe jener Monate in der Presse veröffentlichten Reden, Erklärungen und Unterredungen, die hier zum erstenmal in einwandfrei authentischer Form festgelegt sind, enthält das Buch des Grafen Brockdorff-Rantzau **eine Reihe von vorher der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt gewordenen Kundgebungen, die mit zu den wichtigsten geschichtlichen und politischen Dokumenten des neuen Deutschlands** nach dem Kriege gehören. Besonders bedeutsam ist das **noch nicht veröffentlicht gewesene Gutachten der Deutschen Friedensdelegation vom 17. Juni 1919,** in dem die vom Grafen Brockdorff geführte Delegation die Unannehmbarkeit des Friedens von Versailles erklärte. **Ladenpreis: 18 Mark.**

Nach Keynes Norman Angell: „Der Weltkrieg war ein schlechtes Geschäft!"

Der Friedensvertrag und das wirtschaftliche Chaos in Europa.

Von **Norman Angell.** Aus dem Englischen übertragen von A. du Bois-Reymond.

Norman Angell hat sich im Jahre 1909 durch sein Buch **„The great Illusion"**, in deutscher Uebersetzung herausgegeben unter dem Titel: **„Die falsche Rechnung"**, in der ganzen angelsächsischen Welt und auch in Deutschland mit einem Schlage bekannt gemacht. Seine These lautete: „Der Krieg ist kein Geschäft; die kriegerische Beraubung eines Staates muss notwendig eine nahezu ebenso grosse wirtschaftliche Schädigung des Siegers wie des Besiegten zur Folge haben." Nun hat der Weltkrieg und der ihn beschliessende Frieden die Voraussagen dieses Propheten, der tauben Ohren gepredigt hat, in einer, man könnte sagen: „glänzenden Weise" bestätigt. Aber dennoch ist die Vernunftlosigkeit der Gegner nicht an ihrem Ende angelangt. Deshalb unternimmt es Norman Angell nunmehr, aus dem Vorgehen der Entente die Folgerungen zu ziehen. Sein gegenwärtiges Buch ist ein mit unerschütterlicher Geduld und Sachlichkeit, mit furchtlosem Eintreten gegen Lüge, Heuchelei und Verleumdung vorgetragener Appell an den Verstand seiner Landsleute, **mit dem widersinnigen Vertrag von Versailles so schnell als möglich aufzuräumen** und der neuen Zeit eines **wahren** Völkerfriedens ehrlich ins Gesicht zu sehen, die, mit zwingender Gewalt über die Beschlüsse der Diplomaten hinwegschreitend, doch schliesslich kommen wird. **Ladenpreis: 15 Mark.**

Das doppelte Gesicht des Pariser „Völkerbundes"

Vom Wesen des Völkerbundes.

Von **Dr. Herbert Kraus,** Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Königsberg i. Pr.

In der vorliegenden Schrift unternimmt der Schriftleiter des von der **Deutschen Liga für Völkerbund** vorbereiteten grossen **Kommentars zum Friedensvertrage,** der zur Zeit der Friedensverhandlungen an hervorragender Stelle im Auswärtigen Amte tätig war und zum Stabe der Deutschen Friedensdelegation in Versailles gehörte, zum ersten Male den Versuch einer Beantwortung der Frage: **„Was der Völkerbund eigentlich ist".** Professor Kraus gelangt, unter sorgfältiger Benutzung des bis jetzt vorliegenden in- und ausländischen Materials, insbesondere der Protokolle des Völkerbundrates, zu einer vernichtenden Kritik der Pariser Missgeburt, dieses Wesens mit dem Janus-Kopf, aus dessen einem Gesicht uns der Friede anlächelt, während die verzerrten Züge des andern Siegerhochmut und Kriegsschrecken grinsen. — Er zeigt, wie lediglich alter Wein in neue Schläuche gefüllt worden ist, und wie mit dieser Schöpfung, die in erster Linie eine Oligarchie zur Knebelung der Besiegten ist, frivol die grösste Gelegenheit verspielt worden ist, die je der Menschheit zur Erlösung von ihren alten Uebeln geboten wurde. Das stärkste Interesse beansprucht die Behandlung der **Frage nach der Stellung Deutschlands zum Völkerbunde,** der ein besonderes Kapitel gewidmet ist. Die Kraussche Schrift wird im Hinblick auf die zwingende Logik ihrer Ausführungen und auf die Persönlichkeit des Verfassers, im Inlande und nicht minder im Auslande starke Beachtung finden; sie ist für jeden, der am Problem des Völkerbundes interessiert ist, **der zukünftige Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit der Völkerbundfrage.** **Ladenpreis: —.— Mark.**

Der amtliche Schlussbericht der Waffenstillstandskommisson.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Bericht über ihre Tätigkeit vom Abschluss des Waffenstillstandes bis zum Inkrafttreten des Friedens.

Im Auftrage der Deutschen Waffenstillstandskommission („Wako").

In diesem umfangreichen Bande hat die nunmehr aufgelöste Deutsche Waffenstillstandskommission die Ergebnisse ihrer Arbeiten auf den zahlreichen Teilgebieten des ihr zugewiesenen Wirkungsfeldes übersichtlich zusammengestellt. Die grosse Oeffentlichkeit hat über den Umfang dieser riesenhaften organisatorischen Arbeitsmasse bisher keine auch nur annähernde Vorstellung. Diese Lücke füllt der vorliegende Bericht aus, und da die in ihm zusammengestellten Endzahlen und Ergebnisse bisher nur den eingeweihten Kreisen bekannt waren, so ist der Schlussbericht der „Wako" für die Industrie, die Landwirtschaft, die Finanzkreise, die Politiker usw., sowie für die ganze grosse politisch und historisch interessierte Mehrheit des Volkes **eine Fundgrube wichtigsten Aufklärungsstoffes. Er zeigt, wie kaum ein anderes Buch, die ganze Schwere des auf Deutschland lastenden Schicksals.** **Ladenpreis: 27 Mark.**

Der historische Kampf um die „Tiedje-Linie".

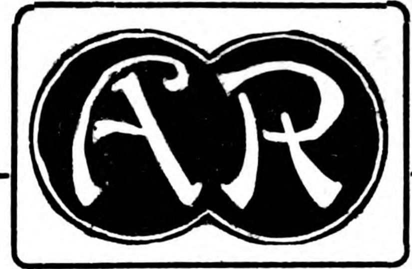
Die deutsche Note über Schleswig.

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Tiedje.

Die Erfahrungen eines halben Jahrhunderts im Schatten einer völker-psychologischen Belastung der Ostseestaatengemeinschaft mit einer verhältnismässig so geringen Territorialfrage, die aus der Not der Weltkatastrophe gewonnene Reife vollendeter Demokratie, nicht zuletzt das geistige Erwachen der jungschleswigschen Bewegung ermöglichten es der deutschen Reichsregierung, dem dänischen Nachbarstaate durch die Internationale Kommission in Flensburg als einmütigen Ausdruck des deutschen Volkswillens und als verantwortliche Mindestforderung der deutschen Republik in dem hier vorgelegten Vorschlage zur Teilung Schleswigs eine bleibende Verständigung und einen endgültigen Ausgleich anzubieten. Die ausgestreckte Hand nachbarlichen Entgegenkommens wurde von Dänemark ausgeschlagen. Die deutsche Note bietet in ihren gutachtlichen nationalen und wirtschaftlichen Darlegungen und in ihren mit grosser Sorgfalt errechneten bevölkerungsstatistischen Tabellen für jedes künftige Studium der schleswigschen Frage die unentbehrliche Grundlage. Sie ist der Schlüssel zum Verständnis des völkischen Kampfes der Deutschen in Dänemark sowie **ein bleibendes Zeugnis grundsätzlicher deutscher Friedensliebe!** **Ladenpreis: —.— Mark.**

Zu den Preisen treten die ortsüblichen Teuerungszuschläge.

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8.



Importierende und exportierende Firmen.

Für Export: Wasserdichte Asphalt- und Oelpapiere, Walter Strebelow, Berlin-Pankow, Wollankstrasse 127.

Bergwerksmaschinen, Förderanlagen, Fördermaschinen, Förderhaspel: Emil Wolff, Essen-Ruhr, Maschinenfabrik.

Briefmarken-Raritäten, Faksimiles Johann Christmann, Kempten (Bayern).

Bücher religiösen, wissenschaftl. und belletristischen Inhalts liefert einschliesslich Besorgung der Ausfuhrbewilligung Verlagsbuchhandlung Friedrich Pustet Regensburg.

Etuis und Kartonnagen für Uhren und Bijouterie. Paul Stierle, Pforzheim.

Falzmaschinen für Werkdruck und Zeitung. A. Gutberlet & Co., Maschinen-Fabrik, Leipzig.

Gas-Selbstentzünder! Deutsche Gasindustrie Giessen.

Goldene Uhrketten, Armbänder etc. Jos. Kast, Pforzheim, Kettenfabrik, Export-genre.

Harmoniums für alle Klimate. Alois Maier, Kgl. und päpstl. Hofl., Fulda.

Für Export: Holzbearbeitungsmaschinen aller Art in erstklassiger Ausführung. S. Lang-Stoll, München, Karlsplatz 24.

Masse aller Art wie Zollstöcke, Bandmasse, Wasserwagen, Schieblehren, Mikrometer usw. C. A. Schietrumpf Co. Komm.-Ges. a. A. Jena, Masswerkzeugfabrik.

Transmissionen F. W. Zimmermann, Magdeburg 15a Moltkestr. 12 b.

Für Export: „Unos" Familien-Motorboote, „Unos" Motor-Kreissägen. Dauer-Durchschreibfeder A.M.15, F. A. Müller, München, Goethestrasse 12

Uhrketten u. Bijouterie, Spezialität Doubléketten in allen Qual. für alle Länder. Verkauf nur an Grossisten u. Exporteure. Stockert & Co., Uhrketten- u. Bijouterie-Fabrik, Pforzheim 74.

Waffen aller Konstruktionen Deutsche Waffenfabr. G. Knaak, Berlin SW48.

Zigarren-Import: Max Zechbauer, München.

Speditions-Tafel.

Aachen: C. Clermont, internat. Transporte.

Berlin: Cohrs & Ammé Nachfolger, C 2, Burgstr. 27.

Hagen i. Westf.: Allgemeine Transport-Ges. m. b. H. vorm. Gondrand & Mangili m. b. H.

Kehl a. Rh.: Oscar Rehmann & Co. Internationale Transporte, Zollagentur.

Lübeck-Hamburg. Franz Heinrich.

Magdeburg Paul Siebert, Schiffahrt, Spedition, Lagerung, Internationale- und Ueberseetransporte, Sammelladungsverkehr.

Mainz: J. F. Hillebrand G. m. b. H. Spedition, Schiffahrt, Lagerung, Sammelwagenverkehr, Internation. Transporte, Versicherg.

München: Johann Fischer Erben, Möbeltransport, Spedition, Verpackg., Lagerung, Rollfuhrwerk, Sammelladungen nach dem In- u. Auslande, München-Ost, Berg am Laimstrasse 22. Telephon 41636, 40939.

Offenburg i. Baden: Becht & Gehringer, Spedition

Perl a. d. Mosel, deutsch-französ. Grenze: Lénard & Cie., internat. Transporte.

Saargebiet: Saarbrücker Speditions- u. Lagerhaus-Gesellschaft m. b. H. Stammhaus: Saarbrücken 3. Grenzfilialen: Homburg (Saar), Merzig (Saar), St. Wendel (Saar).

Die „Allgemeine Rundschau"

ist heute verbreitet in

Argentinien
Belgien
Brasilien
Chile
China
Dänemark
Dalmatien
Deutschland
Deutsch-Oesterreich
England einschliessl. Irland
Finnland
Frankreich einschl. Elsass-Lothringen
Holland
Illyrisches Küstenland
Italien
Japan
Jugoslavien
Korea
Litauen
Luxemburg
Ostafrika
Palästina
Polen einschl. Galizien
Rumänien
Schweden
Schweiz
Spanien
Südafrika
Südseeinseln
Tschechoslowakei
Ungarn einschl. Böhmen
Ver. Staat. v. Nordamer. einschl. Philippinnen
Westafrika

Die „Allgemeine Rundschau" ist daher vorzüglich geeignet als

Anzeigenorgan für Ein- und Ausfuhr.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 42 München, 16. Oktober 1920. XVII. Jahrgang.

Stehen wir wirklich am Grabe der Deutschen Zentrumspartei?

Von Dr. Eugen Jaeger, Speyer.

(Schluß.)

Noch bedenklicher sind die Bestrebungen, die von der äußersten Rechten des Zentrums ausgingen. Hier ist die überkatholische Richtung wieder erstanden, die aus der bisher politischen Partei des Zentrums eine rein konfessionell-katholische machen wollte, wie dies in der sogenannten Osterdienstagkonferenz seinen Ausdruck gefunden hatte. Jetzt tadelte diese Richtung zunächst am Zentrum, daß es einer Reichsverfassung zugestimmt hatte, die das Wort Gott nicht enthalte und daß es in dieser Verfassung sage, „die Staatsgewalt geht vom Volke aus; das sei eine Verletzung der christlichen Grundsätze, wonach alle Gewalt von Gott komme. Aber auch die neue bayerische Verfassung sagt im § 2: „Die höchste Gewalt des bayerischen Staates liegt beim Volke;" die württembergische sagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus"; die badische sagt: „Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk", ähnlich lauten alle neuen Verfassungen der deutschen Länder. Damit sollte der Unterschied zwischen dem demokratischen und monarchischen Staate ausgesprochen werden und die Zentrumsabgeordneten haben gewiß nicht beabsichtigt, dabei Gott abzusetzen. Auch die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die 1787 von sehr gottesfürchtigen Männern abgefaßt wurde, erwähnt Gott nicht. Auch hier ist die alleinige Quelle aller öffentlichen Rechte und Pflichten das Volk. Soweit eine bewußte Absetzung Gottes in den deutschen Verfassungen liegen soll, vergessen jene Tadler, daß die Mehrheit des deutschen Volkes leider durch die Linksentwicklung im Protestantismus und die ununterbrochene Arbeit des Liberalismus und der Sozialdemokratie den Gott des Christentums nicht mehr kennen will. Soll das wieder besser werden, so ist dazu die Spaltung der deutschen Katholiken jedenfalls der verkehrteste Weg.

Eng verwandt mit dieser Richtung ist der Versuch, im Rheinland eine christliche Volkspartei zu gründen. Am 24. April 1920 erließ diese Richtung einen Aufruf, in welchem die Männer der „Rheinischen Republik" und der „Deutschen Volksvereinigung", sowie der Osterdienstagkonferenz teilweise vertreten waren. Der Aufruf beklagte, daß die „Linksentwicklung der Zentrumspartei" unter Führung Erzbergers die Oberhand gewonnen habe; das sei eine Neuorientierung der Partei im Sinne liberal-sozialistischer Gesinnung, ein Abfall der Partei von den christlichen Grundsätzen habe zum Bündnis mit der Sozialdemokratie, zur Aufrichtung der Parlamentsherrschaft, zur Koalitionspolitik und zur „Verfassung ohne Gott" geführt und müsse mit dem Bankerott endigen. Der Aufruf sagte noch, man wolle keine Sprengung, keine neue Partei, wolle aber die Reform der Partei von ihnen heraus und die Rückkehr zum alten christlichen Zentrum der Windthorst und Mallinckrodt.

Die Besorgnisse dieses Aufrufes sind an sich begründet, wenn sie auch über das Ziel hinausschießen. Aber der Grund dieser Besorgnisse liegt nicht allein in der Haltung des Zentrums, sondern zunächst darin, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes der christlichen Weltanschauung gleichgültig oder feindlich gegenübersteht. Die unheilvolle Wirkung dieser Zustände müssen wir zurzeit ertragen. Jedenfalls hat die erdrückende Mehrheit der rheinischen Wählerschaft bei der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 dem Aufruf keine Folge gegeben. Die „Christliche Volkspartei" erhielt im Rheinland noch nicht 70,000 Stimmen. Allerdings erlitt das Zentrum große Stimmverluste, an einzelnen Orten bis zu 80,000. Aber das katholische Volk im ganzen will auch im Rheinland bei dem bisherigen Zentrum bleiben. Die Koalitionspolitik wurde vom Zentrum mitgemacht, weil es darin die einzige Möglichkeit erblickte, den Frieden mit der Entente zu schließen und im Frühjahr 1919 im Bürgerkrieg, im Kampf gegen die Räteherrschaft, gegen Streik, Verwüstungsfieber und sozialdemokratische Umsturzbestrebungen der Staatssouveränität eine breitere Grundlage zu geben, welche die demokratisch-sozialdemokratische Regierung niemals gebracht hätte. Das hat der christlichen Weltanschauung wenigstens die formale Gleichberechtigung gesichert. Darin, daß gerade die Rechte des Reichstages versagt hat, als die Volksvertretung gezwungen war, wegen gänzlicher Unfähigkeit der Regierung, den Gang der Politik selbst zu bestimmen, liegt die Wurzel des Uebels. Durch das Mitgehen bei der Koalition hat das Zentrum dem katholischen Volksteil immerhin Freiheiten verschafft, die er unter der Monarchie niemals erhalten hatte. Die Zulassung der Katholiken zu den höchsten Staats- und Reichsämtern als Reichskanzler, Minister, Staatssekretär usw. ist eine Tatsache von großer Tragweite. Die Schmollwinkelpolitik, die der rheinische Aufruf vom April 1920 zur Folge haben müßte, würde die Katholiken aus all diesen einflußreichen Stellen wieder hinaustreiben und auch die kaum gewonnene Religionsfreiheit in schwerste Gefahr bringen. Selbstverständlich — auch das scheinen viele immer noch nicht zu wissen — war die Koalition nicht Selbstzweck, sondern ein Werkzeug für die Partei, dessen Beibehaltung oder Aenderung von den Umständen abhängt.

* * *

Zu diesen, von höheren Gesichtspunkten getragenen Trennungsbestrebungen kommen die weit gefährlicheren Standeskämpfe, die vorwiegend wirtschaftlicher Art sind. Eine eigene Bauern-, eine eigene Arbeiterpartei soll gebildet werden. Auch der Mittel-, der Kaufmann- und Handwerkerstand, die Angestellten und Beamten der verschiedenen Berufs- und Dienstzweige werden sich dann melden — alle im Kampf gegeneinander ohne Rücksicht auf die gemeinsame christliche Weltanschauung, die bisher alle Stände im Zentrum zusammenhielt. Alle diese Standesorganisationen würden aus dem Zentrum hinausdrängen, würden sich dadurch der christlichen Auffassung mehr oder weniger entziehen, diese aber auch jeder Einflußnahme auf den öffentlichen Geist berauben. Sie würden sich mit den gleichgestellten Wirtschaftsgruppen der anderen Weltanschauungen ohne Rücksicht auf Glaube oder Unglaube vereinigen. Zu dem Kampf um Deutschlands politische Existenz, zu den schweren blutigen bolschewistischen Wirren im Innern, die vielleicht noch nach Jahren nicht überwunden sind, soll Deutschland nun noch den inneren Krieg aller gegen alle erhalten. Jeder vergißt das gemeinsame Vaterland und dessen hohe Bedeutung für sein eigenes Wohl, sorgt nur für sein wirtschaftliches Interesse als Einzelperson oder als Stand. Was bleibt da noch für das Zentrum übrig? Bisher sind alle diese Volksklassen unter des Zentrums Schutz und Führung in der starken Vereinigung ebenfalls stark und groß geworden. Die Gründung einer christlichen Volks- bzw. Arbeiterpartei, der sofort die einer Bauernpartei nachfolgen würde, müßte der Tod des Zentrums werden. Den Kampf dieser beiden Stände, den das alte Zentrum mit so

großem Erfolg stets auf der mittleren Linie ausgeglichen hat, müßte geradezu unser Wirtschaftsleben unheilbar stören und wir könnten dann unmöglich unsere Pflichten gegen das Ausland erfüllen. Das bedeutet aber den Vormarsch Frankreichs über den Rhein. Einstweilen sehen wir als Wirkung dieser Kämpfe innerhalb der Partei den Rückgang der Zentrumsstimmen bei der Reichstagswahl vom 6. Juni. Zieht man auch in Betracht, daß die besetzten Gebiete nicht alle abstimmen durften, daß die Deutsch-hannoversche und Bayerische Volkspartei sich vom Zentrum trennten, wodurch der Verlust von 40 Prozent der Wähler gegenüber der Wahl vom 19. Januar 1919 zum guten Teil erklärt wird, so sind immer noch viele Wähler, etwa 10 Prozent, zu Hause geblieben oder haben anderen Parteien sich zugewendet. Für Bauern locken Bund der Landwirte, Bauernbund und Freie Bauernschaft. Sehr bald würden die katholischen Bauern dann unter vorwiegend radikale Führung kommen. Die gebildeten Elemente sind dadurch gefährdet, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei sich den Interessen der Katholiken neuerdings mit besonderem Eifer anzunehmen suchen und Werbeprogramme dazu ausgeben.

Die Aufgabe des katholischen Volkes, in einer geschlossenen politischen Partei für Deutschlands Wohl zu wirken, ist bedeutsamer und wichtiger als jemals. Alles ist zusammengebrochen. Der alte Obrigkeitsstaat hat durch seine schweren Fehler die Revolution mit herbeigeführt. Diese selbst hat den Schaden ins Unendliche vergrößert. Sie war um so frivoler und unnötiger, als das allgemeine Wahlrecht und die parlamentarische Regierung im Oktober 1918 bereits gesichert waren. Damit war die Bahn eröffnet, um in friedlicher Weise eine Reformpolitik durchzuführen, das bewährte Alte beizubehalten und das berechtigte Neue mit ihm zu verschmelzen. Daß dies nicht möglich war, danken wir dem doktrinären, idealistischen und revolutionären Eigensinn der Sozialdemokratie. Sie hat Jahrzehnte hindurch die Massen aufgehetzt, ihnen den Sinn für Autorität, für Ordnung und Disziplin, für die Notwendigkeit des Kapitals im Wirtschaftsleben untergraben, ihnen Haß gegen die Arbeit beigebracht und so zu dem Unglück des Kriegsendes das noch weit größere innere Unglück herbeigeführt. Jetzt ist die Autorität in Staat und Gemeinde, im Wirtschaftsleben verschwunden. Schieber und Wucherer beherrschen das Erwerbsleben. In der gewissenlosesten Weise werden die lebenswichtigen Betriebe bei dem geringsten Anlaß stillgelegt, gleichgültig ob dadurch ganze Städte ihrer Ernährung beraubt, Kranke und Kinder hingemordet werden! Wegen Meinungsverschiedenheiten werden sofort Bomben geworfen, dabei ohne jedes Gewissensbedenken auch ganz Unschuldige getötet. Fremdes Eigentum wird nicht geachtet, das gegebene Wort ist nicht mehr heilig, die materialistische Gesinnung hat fast die ganze Nation durchseucht. Jeder denkt nur an sich, sucht mit möglichst wenig, noch dazu vielfach schlechter Arbeit recht viel zu erwerben, um sich dann ohne Rücksicht auf Moral und Sitte auszuleben. Jeder höhere und edlere Gedanke ist dabei ausgeschaltet, dank der jahrzehntelangen Wühlarbeit des Linksliberalismus und der Sozialdemokratie, die durch ihre Presse und die vom Staate dafür bezahlten Hochschullehrer den religiösen Nihilismus in die Volksmassen getragen haben. So ist eine unendliche sittliche Verwilderung eingerissen. Geringe Meinungsverschiedenheiten werden bei der Verpöbelung aller Sitten mit moralischen Handgranaten beantwortet, selbst in Kreisen, wo man es bisher nicht für möglich gehalten hätte. Ununterbrochen sind die Mächte der Finsternis an der Arbeit, durch Verbreitung der Unsittlichkeit die innerste Kraft unseres Volkes ganz zu zerstören. Dadurch, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger ohne Rücksicht auf Charakter und Befähigungen in den öffentlichen Stellungen versorgt hat, angeblich um dem Tüchtigen die Bahn freizumachen, in Wahrheit um die Gesinnungstüchtigen in die hohen Einkommen zu bringen, ist eine ungeheure Korruption, dazu eine Unfähigkeit in allen Kreisen der Verwaltung eingerissen, die, wenn auch schon viel gesäubert worden ist, immer noch eine schwere Belastung bleibt. Das Gemeinschaftsgefühl ist seines sittlichen Inhalts beraubt und hinfällig geworden. Dadurch, daß die privaten und öffentlichen Betriebe keine Ueberschüsse mehr abwerfen, steht neben dem sittlichen Bankerott auch der wirtschaftliche in sicherer Aussicht. Einstweilen täuschen wir uns mit der Notenpresse darüber hinweg, daß wir auch finanziell vor dem Abgrund stehen.

Woher soll die Rettung kommen, wenn nicht der katholische Volksteil, in einer politischen Partei zusammengeschlossen, auf den öffentlichen Geist einzuwirken sucht, Autorität, Ehe und Familie wieder heiligen und festigen hilft, die Liebe zur Arbeitsamkeit, Mäßigkeit, der Pflicht der Treue und Ehrlichkeit im ganzen Leben wieder zu Ansehen verhilft, die sittlichen Werte und Pflichten des Gemeinschaftslebens wieder zur Geltung bringt!

* * *

Die Lage ist ähnlich wie zu Beginn des 4. Jahrhunderts, als Konstantin der Kirche die Freiheit gab, öffentlich zu wirken. Sie trat hinaus, gestützt auf kaum 8 Millionen Menschen, unter den 100 Millionen des Weltreichs, in eine Gesellschaft voll Aberglaube und heidnischen Greueln, voll Unzucht, Arbeitsscheu, Sklaverei, Wucher, in eine Welt, wo eine dünne Oberschicht prunkender, in Aberglauben, Laster und Hochmut versunkener reicher Familien einer gänzlich verarmten und verelendeten Volksmasse gegenüberstand. Die Christen sagten nicht in Selbstgerechtigkeit: wir haben die Verheißung, was kümmert uns das Volk! Wenn sie auch die unmittelbare Berührung mit der heidnischen Verderbnis zu meiden suchten, so traten sie doch unter Führung der Kirche in die großen Geisteskämpfe der Zeit mitten hinein. Die Christen wußten, was der Weltgeist niemals glauben will, daß die tiefste Ursache des menschlichen Elends in dem Menschen selbst liegt, daß die Heilung nicht kommen kann durch Umgestaltung der gesellschaftlichen Form, sondern durch die Einwirkung der Religion auf Verstand und Herz, durch sittliche Erneuerung der Menschheit.

Die Lage ist aber heute schwieriger noch, weil damals die Fürsten allein herrschten und ihren Einfluß für die Ausbreitung des Christentums verwendeten, während heute die ganze öffentliche Gewalt bei der Masse liegt. Der Toleranzantrag des Zentrums, den die Fürsten und die andern bürgerlichen Parteien in ihrer Verblendung immer wieder abgewiesen hatten, die Revolution hat ihn erfüllt! Das gleiche Recht aller Staatsbürger, die Freiheit der religiösen Vereinigungen, erlaubt nun überall Seelsorge einzurichten, die Jesuiten und die übrigen katholischen Orden können überall frei sich niederlassen, predigen, unterrichten und missionieren. Ueber dem allem aber muß die geschlossene Einigkeit der deutschen Katholiken in einer politischen Partei stehen. In ihr müssen die großen Streitfragen ausgetragen werden, die Frage ob Bundes- oder Einheitsstaat, die Interessen der einzelnen Stände usw. Denn sie sind zurzeit Nebenfragen gegenüber der alles überragenden Pflicht, die Gesellschaft religiös und sittlich zu erneuern. Nur in der Gemeinsamkeit dieses Feldzugs ruht die Bürgschaft des Erfolges. Mit uns kämpfen werden alle, die, wenn auch im Glauben getrennt, doch im Wesen mit uns einig und guten Willens sind. Der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau, von dem alle Welt redet, läßt sich nicht mit Worten, sondern nur mit Taten erreichen. Das Christentum ist nicht Wort, sondern Tat. Wer möchte jetzt in Deutschlands schwerster Zeit die Verantwortung auf sich nehmen, die große Partei des Wiederaufbaues zu schwächen und zu zerstören durch kleine Absplitterungs- und Trennungsversuche, durch Eigenbrötelei, durch kurzsichtiges Festhalten an der eigenen unbelehrbaren Meinung, durch doktrinäre Rechthaberei, durch selbstsüchtiges Bestreben, eine Sonderrolle zu spielen, durch Bildung von kleinen und Winkelparteien die Stoßkraft der Gesamtpartei schwächen oder im Schmollwinkel verharren und dadurch das Christentum erst recht jedes Einflusses berauben.

Wenn auch der alte Kulturkampf uns zusammenschweißte, der Geisteskampf der Zukunft stellt noch größere Ansprüche an die Partei als damals. Die verfassungsmäßige Freiheit der Religion muß lange noch geschützt werden gegen die Versuche, den Katholiken diese Freiheit zu beschneiden oder wegzunehmen. Dazu kommt die Schulfrage, die wichtigste im Kampf um die Seele unseres Volkes. Die Zentrumspartei hat hier die große Aufgabe, das unverjährbare Recht der Eltern auf ihre Kinder, die Unterrichtsfreiheit, die Errichtung von Privatschulen durchzusetzen und zu verlangen, daß zur Durchführung konfessioneller Schulen auch die konfessionelle Lehrerbildung gewährt wird und der Religionsunterricht Pflichtfach sei.

* * *

Mitten in dem allgemeinen Nihilismus, der den Glauben an Gott und seine Offenbarung, die Unsterblichkeit der Seele, die verpflichtende Kraft der Sittengesetze und die Verantwortung im Jenseits verwirft, sammeln sich langsam die Kräfte der Er-

neuerung. Die materialistische Weltanschauung hat sich von den höheren Ständen und den Hochschulen im Laufe der letzten 50 Jahre tief in die Volksmasse gesenkt, aber die Umkehr in der Naturwissenschaft und Philosophie ergreift allmählich die besseren Kreise. Immer mehr erkennt man, daß der Geist über der Materie steht, daß in all den großen Fragen die Vorherrschaft, das Primat des Geistes bestehen muß. Das Verlangen unserer Nation, aus dem Sumpf des Materialismus in reinere und höhere Gefilde zu kommen, ergreift immer weitere Kreise. Selbst der große ungläubige Goethe mußte in den Noten zum west-östlichen Divan sagen:

„Alle Epochen, in welchen der Glaube herrscht, unter welcher Gestalt er auch wolle, sind glänzend, herzerhebend und fruchtbar für Mit- und Nachwelt; alle Epochen dagegen, in welchen der Unglaube, in welcher Form es auch sei, einen kümmerlichen Sieg behauptet, sollen verschwinden vor der Nachwelt, weil sich niemand gern mit der Erkenntnis des Unfruchtbaren abgeben möchte."

In weiten Kreisen fühlt man die Notwendigkeit zur Umkehr, aber es fehlt die Kraft. Daher spricht Marr in dem kürzlich erschienen Buche „Das Gesetz der Masse" die erschütternden Worte:

„Auch wir haben nur eine Erkenntnis von der psychologischen Notwendigkeit religiöser Gegengewichtsbildung, nicht jedoch eine Kraft dazu."

Diese Kraft muß wiederkommen und das kann nur geschehen, wenn sich diejenigen, welche die Vertreter dieser Kraft sind, sammeln, wie es z. B. die katholischen Künstler soeben getan haben in dem Bund „Der weiße Reiter" und mit dem Motto: Weltuntergang oder christliche Erneuerung.

Als Bismarck 1887 durch das Septenatsgesetz und die Hereinziehung des Papstes in eine innere deutsche Frage dem Zentrum eine raffiniert gefährliche Falle gelegt hatte, hielt Windhorst im Gürzenich zu Köln seine berühmte Rede, die er mit den Worten schloß: Gehen Sie hin und zerstören Sie das Zentrum, dann setzen Sie ihm einen Leichenstein und schreiben darauf: Hier liegt das Zentrum, von den Feinden nicht besiegt, von den Freunden verlassen! Diese Worte ruft der klügste und größte Führer des Zentrums heute wieder aus dem Grabe den deutschen Katholiken zu.

Landwirtschaft und Preisabbau.

Von H. Böhm, Verbandssekretär, Nürnberg.

Unter diesem Titel veröffentlicht Herr Pfarrer Dr. Bumüller, Vorsitzender des Bezirksackerbauvereins Aichach, in Nr. 37 und 38 der „Allgemeinen Rundschau" einen Artikel, der sich mit der so viel erörterten Frage des Preisabbaues beschäftigt. Im Gegensatz zu dem, was man in letzter Zeit über diesen Gegenstand hat lesen und hören können, macht der Verfasser feste Vorschläge. Daß ein Preisabbau kommen muß, darüber sind sich also alle Gruppen, Berufe und Stände einig. Es ist darum erfreulich, daß der 1. Vorstand des Bezirksackerbauvereins Aichach verlangt, daß die Landwirtschaft mit dem Abbau beginnen soll. Er weist an der Hand von Ziffern nach, daß die Landwirtschaft nicht nur anfangen soll, sondern auch kann und muß.

Pfarrer Dr. Bumüller beschäftigt sich dabei auch mit der Landarbeiterfrage. Zunächst bemerkt er in einem kleinen Ausfall gegen die Arbeitersekretäre beider Richtungen, sozialdemokratische und christliche, daß um des parteipolitischen Fischfangs willen allzu „fördernd" auf die Landarbeiter durch diese Arbeitersekretäre eingewirkt werde. Dieses Tun komme einer Versündigung an den berechtigten Interessen des Konsumenten gleich. Eine solche Auffassung der Landarbeiterbewegung ist falsch. Der Landarbeiter strebt heute, aufgerüttelt durch den Krieg und die Revolution, dem Ziele der Gleichberechtigung zu. Und zwar ohne jedes Zutun. Tatsache ist, daß überall da, wo die Landarbeiter gewerkschaftlich erfaßt sind, ihr Streben als gleichberechtigte und freie Menschen zu gelten, in gesetzmäßige Bahnen gelenkt wird. Das beweisen die wilden Dienstbotenstreiks in jenen bayerischen Gegenden, wo eine gewerkschaftliche Organisation, also auch deren „allzufördernder" Einfluß nicht bestanden hat. Die Not und der Drang, aus ihrem Aschenbrödeldasein heraus zu kommen, zwingt sie, die bisher gewohnte Passivität abzulegen.

Der Verfasser behauptet, daß die Landarbeiter in ihrer großen Mehrzahl tägliche Ausgaben für Nahrung, Wohnung usw. nicht haben und daß deshalb mit Rücksicht auf diesen Vorteil, und um den Preisabbau in der Landwirtschaft zu erleichtern oder zu ermöglichen, eine weitere Steigerung der Landarbeiterlöhne verhindert, ja vielmehr ein Lohnabbau eintreten müsse. Selbst die Bekleidung werde ihnen teilweise vom Arbeitgeber beschafft, die Beiträge für Versicherungen müsse der Arbeitgeber tragen und auch die Steuer werde auf diese abzuwälzen versucht. Das ist nicht oder nur bedingt richtig! Es muß unterschieden werden zwischen den eigentlichen Landarbeitern, den sog. Taglöhnern, und den landwirtschaftlichen Dienstboten. Was die ersteren anbelangt, so haben diese von all den aufgeführten Vorteilen nur den einen, daß ihnen da, wo eine tarifliche Lohnregelung in Betracht kommt, freie Gutswohnung oder ein bescheidenes Wohnungsgeld gewährt wird. Wir lassen hier die Tariflöhne folgen, die aber in der Regel gar nicht bezahlt werden.

In Unterfranken betragen dieselben z. B.:

Taglöhner unter 16 Jahren	in Ortsklasse I	50 Pf.	Ortsklasse II	45 Pf.
„ von 16—18 „	„ „	80 „	„	75 „
„ „ 18—20 „	„ „	90 „	„	85 „
„ über 20 Jahre	„ „	110 „	„	105 „
„ verheiratet	„ „	130 „	„	125 „

Dazu kommen ab 12. April Teuerungszulagen in Form eines 20prozentigen Zuschlages. (Die nicht immer gewährt werden.) Beiträge zur Arbeiterversicherung werden vom Arbeitgeber nur zu dem auf ihn entfallenden Pflichtteil bezahlt, Steuern selbstverständlich ebenfalls nicht. Alle Nahrungsmittel müssen sich dort die Landarbeiter kaufen und wird ihnen sogar noch für Getreide die Frühdruschprämie abverlangt! Kleider und Schuhe müssen sie sich, das ist ganz selbstverständlich, selbst kaufen. (Wenn sie dazu in der Lage sind!) Diese minimalen Lohnsätze abbauen, heißt die landwirtschaftliche Produktion noch mehr mindern, denn zu einer produktiven Arbeit gehört als Vorbedingung Arbeitslust, Berufsfreudigkeit, und diese ganz besonders in der Landwirtschaft, wo der Arbeiter mit lebenden Wesen umzugehen hat. Werden die Voraussetzungen hiezu nicht erfüllt, dann helfen alle Zwangsvorschriften einer Regierung nichts. Der Aufstieg der Landarbeiter zu gleichberechtigten Menschen kann und darf nicht unterbunden werden. Er kann nicht, weil der Landarbeiter sich heute seiner Bedeutung bewußt ist. Der Landarbeiterstand, der seinen gesunden Sinn noch nicht verloren hat, der im engsten Verhältnis mit der Natur lebt, hat aber auch die Kraft, seine Emanzipation aus seiner bisherigen Abhängigkeitsstellung durchzuführen. Es werden alle Versuche, die gegen die Landarbeiterbewegung beider Richtungen unternommen werden (Lokalabtreibungen bei geplanten Versammlungen, Drohungen beim Anschluß an eine gewerkschaftliche Organisation usw.) nichts nützen, vielmehr werden alle diese Dinge dazu beitragen, das Standesbewußtsein zu heben, die Erkenntnis, von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zur Ueberwindung der gemeinsamen Gefahr zu fördern.

Scheinbar hat aber der Verfasser mehr die landwirtschaftlichen Dienstboten bzw. deren Verhältnisse erwähnen wollen und nicht die der Landarbeiter. Aber auch hier treffen die erwähnten „Vorzüge" nicht zu. Nach dem mittelfränkischen Tarifvertrag erhalten Dienstboten folgende Löhne, die aber nicht überall bezahlt werden:

In der 2. Zone erhält ein Großknecht einen Jahreslohn von 1248—1352 M. In der 3. Zone von 1144—1248 M. Ein Kleinknecht von 988—1040 M, bezw. 702—754 M. Eine Großmagd 832—936 M in der 2. und 702—754 M in der 3. Zone. Eine Kleinmagd 650—702 M, bzw. 546—598 M. Jugendliche erhalten in beiden Fällen selbstverständlich weniger. Bemerkt sei, daß die erste Zone in ganz kleinen Gebieten und zwar in Gemeinden, die zu Großstädten gehören, in Betracht kommt. Zu diesen Löhnen kommen ab 12. April 25 Proz. Zuschlag. Werden „Reichnisse", also Kleider und dergleichen gewährt, so werden sie auf den Lohn angerechnet. Den Pflichtteil zur Versicherung und die Steuer müssen die Dienstboten tragen. Diesen Einnahmen stellen wir eine Aufstellung über notwendige Ausgaben gegenüber: Ein Knecht gibt heute aus oder sollte wenigstens ausgeben können: Anzug 300 M, 1 Paar Schuhe 180 M, 2 Schürzen 60 M, 2 Werktagshosen 200 M, 3 Paar Strümpfe 45 M, 2 Paar Handschuhe 24 M, Schuhreparatur 100 M, 2 Hemden 120 M, 2 Paar Unterhosen 110 M, Kragen und Zubehör 40 M, 1 Arbeitsbluse 40 M, 1 Paar Holzschuhe oder Hausschuhe 30 M, für Kopfbedeckung 40 M, Summa 1289 M. Ausgaben für Instandsetzung der Bekleidung und

Wäsche sind hier nicht enthalten. Zu berücksichtigen ist aber auch, daß laut Tarifvertrag Bier nicht zur Verpflegung gehört! Dieses muß vom Lohn gekauft werden! Unser Ausgabenbudget ist sicher nicht zu hoch gegriffen. Sollte ein Artikel trotzdem zu teuer angesetzt sein, d. h. würde sich bei einem Artikel nicht dieser Betrag ergeben, so sind andere, z. B. Fußbekleidung, zu niedrig gegriffen. Jedenfalls können wir mit unserer Aufstellung nur insofern in Verlegenheit gebracht werden, daß man uns fragt, wo man diese Sachen, die ein Jahr lang halten sollen, um diesen Preis kaufen kann — und nun fragen wir, ob hier der rechte Platz zum Lohnabbau ist bei den am längsten arbeitenden und am schlechtesten bezahlten landwirtschaftlichen Dienstboten? Bei denen, die mit größter Selbstverleugnung zu einer Zeit, wo fast alle Stände sich der Teuerung angepaßt haben, durch ihren unermüdlichen Fleiß ohne Eigengewinn dazu beigetragen haben, daß das deutsche Volk in den letzten schwersten Jahren das Notwendigste hatte? Das wäre weder gerecht, noch ist es möglich, und es ist auch gar nicht notwendig, denn wenn die von Herrn Pfarrer Dr. Bumüller angeführten Ziffern stimmen, dann kann die Landwirtschaft noch höhere Löhne bezahlen und doch im Preis abbauen! Es wäre aber auch volkswirtschaftlich gar nicht gut, die landwirtschaftlichen Löhne abzubauen, denn wenn die Ziffern stimmen, und der letzte Rechenschaftsbericht der Zentraldarlehenskassa neigt dieser Annahme zu, dann wäre es im Interesse der arbeitslosen und infolge Geschäftsstockung leidenden Kreise der gewerblichen Berufe nur zu wünschen, die Dienstboten und Landarbeiter hätten etwas mehr von dem von ihnen mitverdienten brachliegenden Geld und könnten es durch Anschaffung notwendigster Bedarfsartikel wieder dem Gewerbe zuführen!

Man wird aber sicher im Zusammenhang mit unserer Erwiderung an die „Vorzüge" der Wohnungsfreiheit der Dienstboten denken. Dazu wäre zu sagen, daß diese Wohnungen eigentümlich beschaffen sind. Immer noch schlafen in einzelnen Gegenden die Knechte im Stall. Sie sind frei der täglichen Ausgaben für Heizung und Licht und Wohnung, weil sie das alles gar nicht haben. Und hinsichtlich der Kost klagen viele Dienstboten darüber, daß infolge des Umstandes, daß alles so teuer verkauft werden kann und von den Hamsterern täglich begehrt wird, die Verpflegung nicht besser wird. Und einwandfrei werden wohl auch die Wohnungen der Landarbeiter nicht immer befunden werden. — Aber man kann einwenden, wir hätten die für die landwirtschaftlichen Arbeiter ungünstigsten Verhältnisse angeführt. Das ist uns vollständig fern gelegen! Eine Notiz der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 25. Mai 1920 berichtet aus R. in Niederbayern, daß beim Oekonomen Z. alle Dienstboten streiken, sie verlangen den Tariflohn, was ungefähr das Doppelte ihres jetzigen Lohnes ausmacht!

Die landwirtschaftlichen Arbeiter verlangen heute mehr Beachtung für ihren Stand, für ihre Interessen und ihre Bestrebungen als früher. Man ist gewohnt, die Landarbeiterfrage nur von dem Gesichtspunkt der Fürsorge und des Wohlwollens zu betrachten. Der Landarbeiter will als Persönlichkeit gelten, er will mit den anderen Ständen gleichberechtigt sein, er will selbst mitwirken an der Verbesserung seiner sozialen Verhältnisse in jeder Beziehung und das Mittel dazu ist ihm die Berufsorganisation. Er will teilhaben an den sozialen und kulturellen Errungenschaften seines Volkes, dem er treue und selbstlose Dienste leistet! Erreicht die Landarbeiterschaft dieses Ziel, dann werden Leutenot, Landflucht und soziale Zurücksetzung der landwirtschaftlichen Arbeiter der Vergangenheit angehören. Der Landarbeiter wird Freude an seinem Beruf haben, er wird Freude an seiner schweren Arbeit und volkswirtschaftlich wertvollen Arbeit haben. Die zahllosen Heimatlosen, die vom Land in die Stadt flüchteten und dort nie eine Heimat gefunden haben, weil sie ihre schöne ländliche Heimat nicht vergessen konnten, werden nicht mehr als um ein wenig Existenz Ringenden die Unzufriedenen in den Städten vermehren. Die landwirtschaftliche Produktion wird sich heben und alle jene, die von diesen Gesichtspunkten aus „fördernd" in der Landarbeiterbewegung mitgewirkt haben, werden ihr Tun vor der konsumierenden Bevölkerung verantworten können. Sie werden sich mit dem Bewußtsein abfinden, daß ihr Tun eine vaterländische Tat war, denn durch die vermehrte Arbeitslust, durch bessere Verhältnisse der Landarbeiter, durch freiwilliges Festhalten der Landarbeiter auf dem Lande wird die landwirtschaftliche Erzeugung gefördert und der Preisabbau Tatsache! Tatsache ohne jeden Zwang!

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel wurde am 8. Oktober geschlossen. Als unpolitische Zusammenkunft von Sachverständigen konnte sie nichts Verbindliches festsetzen, sondern nur Gutachten abgeben und Richtlinien aufstellen zur Behebung der Geld- und Wirtschaftsnot. Aus ihren Aeußerungen spricht der Geist des Freihandels. Die Zwangswirtschaft in Deutschland mit künstlicher Verbilligung der Nahrungsmittel sowie die Arbeitslosenunterstützung bekämpft sie, weil solche Maßregeln die wahre Lage verschleiern. Die Fehlbeträge im Staatshaushalt sollen durch Steuern, nicht durch die Notenpresse gedeckt werden. Zu sparen sei besonders an den militärischen Rüstungen. Dem Völkerbund wird empfohlen, hierbei auf die Mächte einzuwirken. Auch des internationalen Kreditwesens soll sich der Rat des Völkerbundes annehmen. Er soll überhaupt das Werk von Brüssel fortsetzen und seine Arbeit auf die Finanzfragen ausdehnen.

Das ist das Ergebnis von Brüssel. Die offene Aussprache der Sachverständigen wird immerhin nicht ganz fruchtlos bleiben. Besonders laufen von Brüssel die Fäden zu den letzthin angebahnten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich. Das erste Gerücht über solche Verhandlungen knüpfte an eine Reise des Berliner französischen Botschafters Laurent und des deutschen Bevollmächtigten für Brüssel, Staatssekretärs Bergmann, nach Paris. Einstweilen sind es aber nur Vorbesprechungen für den Fall einer neuen Konferenz, wie sie in Spa nach Genf in Aussicht genommen wurde. England hält an diesem Plan fest und möchte die Höhe der deutschen Wiedergutmachung begrenzen. Frankreich sträubte sich dagegen, scheint sich aber jetzt dem englischen Verlangen gefügt zu haben, daß die Genfer Zusammenkunft am 12. Dezember stattfinden soll. Zum Ersatz wünscht Frankreich freie Hand für Zwangsmittel gegen Deutschland.

Es muß verlangt werden, daß mit der Wiedergutmachungsschuld auch die Kosten für die feindliche Besatzung am Rhein genau festgelegt werden. Sie waren im Entwurf des Reichshaushalts mit 3 Milliarden angesetzt. Jetzt erst wird bekannt, daß sie 15 Milliarden, vielleicht noch mehr betragen. Frankreich besonders baut im Rheinland Kasernen, Arsenale und Flugplätze, als wollte es von hier aus ganz Europa unterwerfen. Dazu stapelt es seit Spa die deutschen Kohlen bergehoch. Bisher aber sehen die anderen Großmächte ruhig zu, wie die Vorherrschaft Frankreichs auf dem Festland mit deutschem Geld aufgerichtet wird. Der deutsche Reichsrat (man hört sonst recht wenig von ihm) stellt in einem Beschluß vom 7. Oktober diese neue schwere Belastung der Finanzen fest. Im gleichen Beschluß erteilt er dem Reichsfinanzminister die erbetene größere Vollmacht. Neuforderungen einzelner Verwaltungszweige sollen im Kabinett nie gegen die Stimme des Finanzministers durchgehen. — Leider ist die Zusammenkunft der deutschen Finanzminister vom 29. September ohne Angabe eines neuen Termins verschoben worden. — Am 19. Oktober soll sich der Reichstag wieder versammeln.

In Berlin, wo ein Zeitungsstreik und andere Ausstände an die schönsten Zeiten der Revolution gemahnen, gab es einen Betriebsrätetag. Es waren nur gewerkschaftlich organisierte, sozialistische Betriebsräte zugelassen. Man sprach sich für organische Verbindung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften aus, was gegen die anders organisierten Arbeiter, aber auch gegen das politische Rätesystem der Kommunisten gerichtet ist. Auch wurde verlangt, alle Macht der Arbeiterklasse auf die Sozialisierung, besonders des Bergbaus, zu vereinigen. Im Zeichen der Sozialisierung will sich überhaupt die alte Sozialdemokratie mit der USP versöhnen, im Reichstag in diesem Sinne Opposition treiben und einen Sturz der Regierung sowie baldige Neuwahlen erreichen.

In Bayern nahm der Landtag am 5. Oktober seine Sitzungen wieder auf. Vorher schon ergriffen Demokraten, Mittelpartei und Bauernbund die Gelegenheit, das föderalistische Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei als eine Schwierigkeit für den Fortbestand der Regierungskoalition hinzustellen. In zwei Erklärungen hat die Bayerische Volkspartei die Bedenken zerstreut. Es war den anderen Parteien kaum um eine ernstliche Gefährdung der Koalition zu tun, deren hoher Wert für die Ordnung im Staat ihnen ohne Zweifel bewußt ist.

In Sachsen finden am 14. November endlich die ordentlichen Landtagswahlen statt. Der Verfassungsausschuß der Volkskammer leitete die Aufhebung der Sonderrechte des Provinziallandtags der Oberlausitz ein. Das ist von geschichtlichem Interesse. Seit die böhmische Krone im Prager Frieden von 1635 die Lausitz an Sachsen verpfändete, waren die Provinzialstände der Hort der Lausitzer Selbstverwaltung und der Freiheit der katholischen Kirche im Land. Selbst zwei Klöster überdauerten so die sächsische Verfassung von 1831. — Ende September fand in Leipzig der zweite sächsische Katholikentag statt.

Deutsch-Oesterreich steht unmittelbar vor den Wahlen. Der 17. Oktober wird das Gericht über die Mißwirtschaft der Wiener Sozialdemokraten halten, wenn die Bürgerlichen, Christlichsoziale und Großdeutsche ihre Wähler einigermaßen vollzählig an die Urne bringen. Die Nationalversammlung genehmigte vor ihrem Abschluß den Bundesgesetzentwurf, der Oesterreich das Gepräge eines Länderstaates gibt. Sie forderte auch einstimmig die Regierung auf, innerhalb sechs Monaten eine Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich vorzunehmen.

Eine gute Vorbedeutung für die kommenden Reichsratswahlen mag der Wahlsieg der christlich-sozialen Lehrer in Wien sein. Die Lehrerkurie des Angestelltenverbandes der Gemeinde Wien wählte trotz dem von der sozialdemokratischen Stadtherrschaft ausgeübten Terror und trotz einer Stimmenzersplitterung auf 25 Listen, die Liste des deutsch-christlichen Blocks. Es entfielen von den 7757 abgegebenen Stimmen 3330 auf die Christlich-sozialen, 1280 auf den „Wiener Lehrerverein“ (deutschnational), nur 1103 auf den sozialdemokratischen Zentrallehrerverein und 530 auf die sogenannten „Unpolitischen“. Das katholische Tirol verlor am 29. Sept. mit Joseph Eduard Wackernell einen Mann, der gleichgroß als Gelehrter, als Pädagoge und Volksmann war. 1882 hatte er sich als Privatdozent in Innsbruck habilitiert und seitdem wirkt er für die deutsche Sache und die deutsche Sprache an der Universität Innsbruck. Seine Ausgabe „Altdeutsche Passionsspiele aus Tirol“ war und blieb ein bahnbrechendes Werk über die geistlichen Volksspiele Tirols aus dem 15. und 16. Jahrhundert, „das mit einem Schlage der deutschen Literaturgeschichte jener Jahrhunderte eine neue Beleuchtung brachte.“

Die Tschechen haben ihre Not mit der Slowakei. Dies gewaltsam von Ungarn getrennte Land und sein gut katholisches Volk will sich die Fremdherrschaft und Kirchenverfolgung durch die Prager Hussiten und Freimaurer nicht bieten lassen. Die Erbitterung macht sich in Streiks und Aufständen Luft. In Böhmen selbst läßt die Wühlarbeit der Kommunisten Schlimmes befürchten.

Nach langem Hin und Her gediehen die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland in Riga zu einem Vorfrieden, der am 5. Oktober unterzeichnet wurde. Ihm folgte schon am 8. Oktober der Waffenstillstand und endgültige Frieden. Polen erhält als Grenze die sogenannte Curzonlinie mit ein paar Erweiterungen nach Osten, soll aber die Unabhängigkeit von Litauen, Weißrußland und der Ukraine anerkennen, auch in Ostgalizien eine Volksabstimmung zulassen. Diese Bedingungen stehen noch nicht ganz fest. Zwischen Rußland und Litauen erhält Polen einen Korridor, durch den es Lettland und die Düna berührt. Der Korridor ist eigens dazu erfunden, um den deutsch-russischen Durchgangsverkehr über Litauen abzuschneiden. Das rote Rußland muß vor dem Zusammenbruch stehen, sonst nähme es diese Bedingungen nicht an. Für später aber beschwört Polen durch seine Unersättlichkeit einen russischen Rachekrieg herauf. General Wrangel soll von der Krim aus immer mehr Boden gewinnen. Vielleicht bildet sich von dort her ein neues Rußland.

Der englische Bergarbeiterstreik wurde bis 16. Oktober verschoben. Inzwischen ist Lloyd George äußerst geschäftig, die Gefahr abzuwenden. Er hielt eine große politische Rede in seiner Heimat Wales, wobei er zur Einigkeit mahnte und alle Parteien aufforderte, die Koalitionsregierung, d. h. ihn, Lloyd George, zu stützen. Er rief die Vernunft der Bergarbeiter an, sich mit den Grubenbesitzern zu vertragen. Die Regierung werde jeder Störung des Wirtschaftslebens mit wirksamen Mitteln begegnen. England kämpft mit großen Schwierigkeiten — es kommt noch die irische Frage hinzu —, doch darf es nach wie vor auf die Vaterlandsliebe und Vernunft aller Klassen eines Volkes bauen.

„La grande Nation.“

Von Dr. Eberhard Rademacher, Füssen.

Die Tatsachen, welche die amerikanische Schriftstellerin Miß Kay Beveridge aus dem besetzten Gebiet über die dort herrschende „schwarze Pest“ der Oeffentlichkeit mitgeteilt hat, sind heute in aller Munde. Sie werden dazu beitragen, der Welt die Augen zu öffnen über die sogenannte „grande nation“, welche für „civilisation“ und „humanité“ gekämpft zu haben vorgibt.

Die Dreistigkeit, mit welcher der im Durchschnitt moralisch minderwertige Franzose — hier wie überall natürlich von einer Reihe Ausnahmen abgesehen — sich in den Vordergrund des Welttheaters zu schieben wagt, muß in besonderem Grade überraschen, wenn man nur flüchtig die Geschichte seines Landes durchblättert: Greuel auf Greuel in jeder Epoche, Verrat, Heimtücke, Lüge, Heuchelei, barbarische Grausamkeit bei dirnenhafter Sentimentalität, Bigotterie statt echter Frömmigkeit, fanatischer Chauvinismus statt warmer Vaterlandsliebe, Laster und Ausschweifung, wohin man blickt! Blutdurst und blinde, fast kindisch zu nennende Rachsucht aber sind die vorherrschenden Eigenschaften des französischen Nationalcharakters. Was der Krieg seit 1914 in dieser Beziehung zeitigte, war nur eine getreue Wiederholung und Bestätigung dessen, was die Geschichte uns seit fast zwei Jahrtausenden von Cäsars Beschreibung der gallischen Grausamkeit angefangen bis zum Kriege 1870/71, zu berichten weiß.

Was Frankreich von jeher unter Kriegsführung verstanden hat, lehren zur Genüge französische Aktenstücke seit Ausbruch des Krieges von 1674, wonach die Heere Ludwigs XIV., des „Sonnenkönigs“, in den Rheinlanden nicht nur Häuser und ganze Dörfer, sondern absichtlich auch Menschen und Vieh verbrannten. Der Gouverneur des eroberten Philippsburg, Dufay, berichtete (wie Dr. Henne am Rhyn in seiner „Kulturgeschichte des deutschen Volkes“ zitiert) an den Kriegsminister Louvois wörtlich: „Ich habe seit 14 Tagen 13 kleine Städte, Flecken und Dörfer verbrennen lassen, und es befindet sich in keinem dieser Orte mehr eine Seele.“ Welch ein Menschenfreund Louvois selber war, erhellt mit furchtbarer Deutlichkeit aus seinem Briefe an den General de Montcleir vom Jahre 1688:

> „Seine Majestät empfiehlt Ihnen, ja alle Ortschaften zerstören zu lassen, welche Sie verlassen werden, sowohl am oberen wie am unteren Neckar, damit die Feinde, welche dort weder Fourage noch Lebensmittel finden, nicht in Versuchung kommen, sich ihnen zu nähern.“ Und im folgenden Jahre: „Der König will, daß man den Einwohnern von Mannheim aufgebe, sich nach dem Elsaß zurückzuziehen, daß alle Gebäude der Stadt niedergerissen werden, so daß kein Stein auf dem andern bleibe.“

Der Befehl wurde ausgeführt und seine Anwendung in barbarischer Weise sogar noch dahin verschärft, daß die unglücklichen Einwohner mit eigener Hand ihre Häuser in Brand setzen mußten. Alle Orte zwischen Heidelberg und Mannheim haben die Franzosen damals dem Erdboden gleichgemacht, wobei der Mordbrenner Mélac und die ihm unterstellten Truppen sich an Roheit, Zynismus und Verletzung aller Menschenrechte ganz besonders hervortaten. Für diese Bestien in Menschengestalt war der satanische Befehl ihres Kriegsministers, alle diejenigen auf der Stelle zu töten, die bei der Gründung einer neuen Niederlassung betroffen würden, ein wahres Vergnügen, und wehe den armen Verzweifelten, welche es wagten, sich zur Wehr zu setzen! Die Zerstörung Heidelbergs, das an allen Ecken angezündet wurde, die sinnlose Vernichtung seines prächtigen Schlosses, die brutale Vergewaltigung und Abschlachtung seiner Bewohner krönten das Werk der „westlichen Türken“.

Hand in Hand mit den Verwüstungen der französischen Soldateska gingen die gewalttätigen Aneignungen der „Reunionskammern“ ihres Königs. Dauernd erweiterte, willkürliche Grenzlinien annektierten ein deutsches Gebiet nach dem andern, jeder Rechtsgang wurde den Geschädigten verweigert. An dem Bau der Festungswerke, welche diese „Erwerbungen“ sicherstellen sollten, mußten die deutschen Bürger sich gezwungenermaßen beteiligen, so z. B. die Elsässer an der Errichtung der Straßburger Zitadelle.

Der französische Verfasser des damals erschienenen Buches „Soupirs de la France“ — eine der wenigen humanen Ausnahmen — schrieb zu alledem:

> „Mitten im Frieden beginnt man den Krieg, man nimmt Philippsburg, man bemächtigt sich der Städte Heidelberg und Mannheim, der ganzen Pfalz . . . und des ganzen Rheinlandes. Man verhandelt mit den Städten, empfängt sie auf dem Wege der Kapitulation,

und dann rasiert man sie und legt sie in Asche und Einöde, ohne weder auf die Gesetze Gottes, noch des Krieges, noch auf Versprechungen und feierliche Eide Rücksicht zu nehmen. Die Franzosen galten sonst für eine ehrliche, menschliche, zivilisierte Nation — aber heute ist ein Franzose und ein Kannibale bei unseren Nachbarn ungefähr dasselbe."

Diese Worte eines aufrichtigen Franzosen galten dem Frankreich des 17. Jahrhunderts. Wie trefflich passen sie auch auf die heutigen Verhältnisse!

Die Saat, welche der Räuber Ludwig XIV. und sein würdiger Nachfolger, der im Sumpfe seiner Maitressenwirtschaft erstickende Ludwig XV., gesät hatten, ging herrlich auf! Die Sittenlosigkeit, die sich unter der äußerlich steifen Etikette des Versailler Hofes vergebens zu verstecken bemühte, drang natürlich auch in die bürgerlichen Kreise und machte aus der so vorbedingten Revolution eines verelendeten Volkes jene jahrelangen wahnsinnigen Metzeleien, von denen man nur mit Abscheu und Entsetzen Kenntnis nimmt. Fürwahr, eine Nation, die solcher Greueltaten fähig ist, hat mit wahrer Kultur keine Berührungspunkte, eine Nation, deren Weiber auf offener Straße ihre Opfer zerrissen und sich buchstäblich in Menschenblut badeten, jede öffentliche Hinrichtung mit wildem Eifer verfolgten und beim Fallen der adligen Häupter in hysterisches Beifallsgebrüll ausbrachen, eine solche Nation stellt sich durch ihre Taten selbst an den Pranger.

Es ist bekannt, welch namenloses Elend die Soldaten der Revolutionsarmee, die „Sansculottes", wieder über deutsche Lande brachten — alle schamlose Willkür aber kulminierte in ihrem ebenso genialen wie herzlosen Repräsentanten Napoleon Bonaparte. Die Mitglieder der deutschen Gemeindebehörden am linken Rheinufer, das damals wieder einmal zu Frankreich gehörte, waren nichts als Strohpuppen, die sämtlich von der französischen Regierung gewählt wurden; diese nahm auch nach Belieben Verhaftungen vor, deportierte deutsche Bürger nach der Sträflingskolonie Cayenne, sperrte sie in eine der acht neuen „Bastillen", welche wie zum Hohn statt der einen alten errichtet waren, oder ließ sie einfach niederknallen, wenn sie sich Unbequemlichkeiten ersparen wollte. Das Schicksal des Buchhändlers Palm aus Nürnberg, der wegen Verbreitung der Schrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" am 26. August 1806 ohne Recht und Gesetz füsiliert wurde, schreckte von weiteren Verkündigungen freier Meinung ab. Französische Spione hielten Ehre, Eigentum, Freiheit und Leben deutscher Männer und Frauen in Händen und nützten ihre Macht, mit der sie auch ganz unschuldigen Personen ein sofortiges Ende bereiten konnten, dazu aus, die schamlosesten Erpressungen zu betreiben. Durch das „Großherzogtum Berg", unter dem Schankwirtssohn Murat, faßte das unersättliche Frankreich auch auf dem rechten Rheinufer Fuß, durch das künstlich geschaffene „Königreich Westfalen" selbst im Herzen des Deutschen Reiches, dessen Name mit dem Jahre 1806 überhaupt getilgt wurde. Die Tyrannei des Kaisers steigerte sich bis zum ausgesprochenen Cäsarenwahnsinn, er ließ sich als Gott anbeten und das „aufgeklärte" Franzosenvolk jubelte ihm zu für diese Gnade. Der historische Beweis für eine solche unerhörte Blasphemie, die wir noch von notorischen Schwachköpfen wie Caligula und Nero und zu einer Zeit, in der die Gottesbegriffe noch nicht geläutert waren, zur Not verstehen können, liegt in dem damals auf Napoleons Befehl herausgekommenen „Katechismus", in welchem es wörtlich heißt:

„Warum sind wir zu allen diesen Pflichten gegen unsern Kaiser angehalten? Antwort: Weil Gott . . . ihn zum Diener seiner Macht (!) und zu seinem Bilde auf Erden gemacht hat. Unsern Kaiser ehren und ihm dienen, heißt daher Gott ehren und ihm dienen." (!)

Selber hochgebildet, mit einem enormen Wissen und reichem Kunstverständnis ausgerüstet, scheute diese so groß angelegte Natur nicht vor dem Verbrechen zurück, durch Unterdrückung aller geistigen Bestrebungen Verdummung und damit blinden Gehorsam im Volke zu züchten, die niederen Schulen wurden vernachlässigt, die höheren in militärische Uniformität gepreßt, und der Militarismus trieb seine üppigsten Blüten. Noch im Jahre 1857 war fast ein Drittel der französischen Soldaten des Lesens und Schreibens unkundig — wie es da ein halbes Jahrhundert früher ausgesehen haben mag, kann man sich ungefähr vorstellen!

Trotzdem sind die Franzosen derart durchdrungen von ihrer Berufung, die „Zivilisation" bei allen „Barbaren" verbreiten zu müssen, daß sie auch nach der Strafe der Befreiungskriege es nicht unterlassen konnten, sich fortwährend in die Angelegenheiten anderer Mächte hineinzumengen. Preußen und Oesterreich hatten eine Auseinandersetzung — sie mußten „Revanche pour Sadowa" schreien! Ein Hohenzoller kandidierte für den spanischen Königsthron — ganz Frankreich bekam epileptische Zustände und befahl unter den gemeinsten Beschimpfungen seiner Presse dem greisen König von Preußen, die Kandidatur des Prinzen für null und nichtig zu erklären. Der darauffolgende Krieg mit der Begleiterscheinung einer wohlorganisierten Franktireur-Guerilla, mit der Verwendung der zartbesaiteten Turkos im Nahkampf; der Aufstand der Kommune in Paris, wobei es zu ähnlichen Massenmorden kam wie bei der ersten Revolution; das geheimnisvolle Verschwinden einer erschreckend großen Zahl von einquartierten deutschen Soldaten; die widerlichen Pöbeleien der Regierung und ihrer offiziellen Organe: das alles zeigte der ganzen Welt damals zur Genüge, was man von dem „ersten Kulturvolk Europas" zu halten hatte!

Wir wären Banausen und einseitige Kritiker, wollten wir bei alledem die Bedeutung übersehen, welche französische Kunst, Literatur und Wissenschaft für die ganze gebildete Welt hatten — in unserer heutigen Auseinandersetzung aber haben wir uns nicht auf den ästhetischen, sondern lediglich auf den ethischen Standpunkt zu stellen, und von diesem aus vermögen auch die hervorragendsten Köpfe der „grande nation" nur wenig an unserm harten, aber gerechten Urteil über das gesamte Volk zu mildern. Der Franzose ist im allgemeinen reich begabt, aber der Charakter verdirbt alles, und so war selbst das, was wir von ihm auf friedlichem Wege übernahmen, von jeher ein Danaergeschenk, eine schillernde Blume, unter der die Schlange sich barg. Die Modetorheiten in Tracht und Baustil, die aalglatte heuchlerische Höflichkeit mit ihren tausenderlei ausgeklügelten Anstandsregeln, die doch nur ein fadenscheiniges Mäntelchen für Hohlheit, Lüsternheit und alle andern Laster darstellten, das hat unser früher so schlichtes, aufrechtes Deutschtum zersetzt, wie die Syphilis, die typische „Franzosenkrankheit", seit dem 30jährigen Krieg das Mark deutscher Männer und Frauen zu zersetzen begann. Welche grellen Schlaglichter wirft der große zeitgenössische Kulturroman des damaligen Kriegselends, Grimmelshausens „Simplizissimus", auf das unsittliche Familienleben der Franzosen, von welchen Perversitäten erzählen uns heute die Statistiken über die ständige Abnahme der Geburten, erzählen uns vorurteilslos forschende Mediziner und Volkswirtschaftler. Und auf dies lockende, äußerlich glänzende Laster fiel der dumme deutsche Michel herein wie ein Kind, das noch nichts von Gift weiß und die Tollkirsche ißt ihres schönen Anblicks halber! Er begnügte sich nicht damit, sich von diesem Volk vergewaltigen und mit Füßen treten zu lassen, sondern er ließ sich auch von ihm imponieren und suchte es nachzuahmen, wo und wie er nur konnte, ungeachtet aller Abmahnungen einsichtiger Männer, unter denen damals, im 17. Jahrhundert, der Epigrammatiker Logau am treffendsten tadelt:
„Diener tragen insgemein ihrer Herren Liverei;
Soll's denn sein, daß Frankreich Herr, Deutschland aber Diener sei?
Freies Deutschland, schäm' dich doch dieser schnöden Kriecherei!"

. . . Auch der große Friedrich wußte ganz genau, was er von Frankreich und den Franzosen zu halten hatte, wiewohl er ihre Sprache besser beherrschte als die deutsche, und außer französischer Kunst und Literatur keine andere gelten ließ. Seine Bewunderung und gleichzeitige Verachtung des geistreichen, aber unmoralischen Voltaire kennzeichnet seine Stellungnahme dem gesamten Volk gegenüber, dessen „welsche Tücke" im Gegensatz zur „deutschen Treue" schon sprichwörtlich geworden war. Und wie äußert sich doch unser Goethe, dem man zu Unrecht Gleichgültigkeit an der Befreiung des deutschen Volkes, dem man seine Vorliebe für das Genie Napoleon und für manche ihn innerlich fördernden Richtungen und Vertreter französischer Kunst und Literatur so oft zum Vorwurf macht macht, in seinem „Wilhelm Meister" über das Französische?:

„Zu Reservationen, Halbheiten und Lügen ist es eine treffliche Sprache; sie ist eine perfide Sprache! Ich finde, Gott sei Dank, kein deutsches Wort, um perfid in seinem ganzen Umfange auszudrücken. Unser armseliges „Treulos" ist ein unschuldiges Kind dagegen. Perfid ist treulos mit Genuß, mit Uebermut und Schadenfreude. O, die Ausbildung einer Nation ist zu beneiden, die so feine Schattierungen in einem Worte auszudrücken weiß! Französisch ist recht die Sprache der Welt, wert, die allgemeine Sprache zu sein, damit sie sich nur alle untereinander recht betrügen und belügen können."

Hätte Goethe den großen Krieg unserer Zeit miterleben können, er würde nicht nur über französische Perfidie, sondern

auch über unverhüllten französischen Kanibalismus zu reden gehabt haben! Bedeutende Gelehrte und Staatsmänner schrien während des Krieges wie besessen nach Blut, deutsche Offiziere solle man hängen, rädern und vierteilen, wo man sie erwische, französische Dichter „dichteten“ die ungeheuersten Roheiten und brachten Dramen auf die Bühne, in denen deutsche Soldaten auf glühenden Eisenplatten gleich Dankopfern in majorem Francogalliae gloriam geröstet wurden, und der zuschauende Pöbel kreischte dazu in brünstiger Ekstase und verlangte, man solle das Bühnenspiel in die Wirklichkeit umsetzen. Von den Marterungen unserer armen Gefangenen durch französische Offiziere, welche den Wehrlosen die Augen ausstechen ließen oder sie als Zielscheiben für ihre Schießübungen benutzten, brauchen wir nicht weiter zu reden, sie leben noch in frischem Gedächtnis und werden weder vergeben noch vergessen werden.

Seit Jahrhunderten behandelt der Franzose den Deutschen wie ein Vieh, schindet ihn in der Fremdenlegion, zu der er den Unerfahrenen preßt, knebelt ihn im eigenen Lande. Und jetzt, um das Maß seiner Schandtaten voll zu machen, legt er seine afrikanischen Sittlichkeitsverbrecher in das besetzte Gebiet und duldet nicht nur, sondern befiehlt sogar die furchtbarsten Greuel, um seinem unersättlichen Rachedurst für die allzugelinde Züchtigung von 1871 Genüge zu tun!

Das ist die Humanität und Zivilisation dieser „grande nation“. Menschheit aller Weltteile lies, was die Amerikanerin euch berichtet, was der ehrliche, nicht käufliche Teil der deutschen Presse tagtäglich in spaltenlangen Artikeln über die „schwarze Pest“ zu melden hat.

Zum Präsidentenwechsel in Frankreich.

Von Albert Dettling, z. Zt. Jena.

In Nr. 8 der „Allgem. Rundschau“ schrieben wir: „Der zehnte Präsident der dritten Republik (Deschanel) wird sich auf dem elysäischen Hintergrunde als der Idealtypus des französischen Gesellschaftslebens abspiegeln.“ Alle Bedingungen zur Erfüllung dieser Voraussage waren sozusagen mit mathematischer Sicherheit gegeben. In Brüssel geboren als der Sohn des Literaturprofessors Emil Deschanel, den das zweite napoleonische Kaiserreich über die Grenze gebannt, lächelte der vom Volke fast göttlich verehrte Musensohn Victor Hugo als Patenfee mit poetischem Wortgefunkel über seiner Wiege. Konnte der nach dem Sedanstag an die Seine Zurückgekehrte beim künftigen politischen Aufstieg im wiedergeborenen Freistaat eine bessere Empfehlung heischen als die Gloriole, die das Doppelexil um seine Stirne wand? Eine sorgfältige Erziehung, gute Begabung, zäher Fleiß, behutsam ehrgeiziges Streben, eine gewandte Feder, beredte Zunge und eine elegante Geschmeidigkeit, im Pariser Salon und hinter der politischen Kulisse erworben, taten das Weitere. Die Académie Française, deren 40 Mitglieder sich mit einiger Waghalsigkeit die 40 Unsterblichen nennen, nahm ihn später unter ihre gesellschaftlich schützende Kuppel auf. Damit sind in Frankreich mit seinen fast krankhaft literarischen Empfindungen bekanntlich dann auch die Türen der verschlossensten Salone mit einem Schlage geöffnet. Und als der grundehrliche und unendlich langweilige republikanische Puritaner Brisson mit dem gurkensauren Asketengesicht das Kammerpräsidium, das für ihn zum Monopol gemünzt schien, niederlegte, schlug die Stunde des „schönen Paul“ (wie die Salondamen recht hörbar hinter ihren Fächern flüsterten). Eine bedeutende Mehrheit hob ihn auf den verwaisten Präsidialsitz im Palais Bourbon. Er behielt diesen Posten ununterbrochen während mehrerer Legislaturperioden inne. Wenn dann da unten in der manchmal wild tobenden Arena die Kämpen in den Nachwehen des Dreyfushandels und des Kulturkampfes mit gallischem Temperament aneinander gerieten, griff er mit pathetischer Geste nach der Glocke und goß das Oel seiner schöngeistigen, von Patriotismus durchtränkten Rhetorik glättend auf die Wogen. Er war Psychologe, kannte die schwache Seite seiner Pappenheimer, den Kitzel, den der Zauber fein gedrechselter Perioden auf das südliche Ohr übt, und wußte die verletzenden Spitzen in den meisten Fällen geschickt zu biegen. An großen Tagen, die an die Taktik des Präsidenten besondere Anforderungen stellten oder eine dialektische Leistung von ihm erwarten ließen, füllten sich die Tribünen mit jenen diskret rauschenden, entzückenden Damentoiletten, für die Paris das Geheimnis besitzt. Gar manche Diamanten und Glutaugen schienen aus den Logen nur für den schönen, selbst in Eleganz gehüllten Paul zu funkeln, und manch zarte, weiße Hände in anmutiger Bewegung sich nur für ihn zum Beifall zu erheben, bis sich der schon bejahrte und viel begehrte Junggeselle endlich entschloß, mit einer dieser reizenden Feen, der Tochter eines Bodenkreditbankdirektors, die Wanderung an den Altar anzutreten.

Im Gegensatz zu Clemenceau, der im tollsten Gewühl der parlamentarischen Kampfstatt stets an führender Stelle stand, mit stoischer Ruhe krallte und biß und sich so eine Masse furchtsamer Feinde schuf, befand sich Deschanel als Vorsitzender im gefahrlosen Neutralland, konnte der menschlichen Eitelkeit manchen Samariterdienst leisten und sich zahlreiche Freundschaften nach rechts und selbst nach links erwerben. Ist das nicht die gerade Linie, die das Palais Bourbon mit dem letzten Ziel des politischen Ehrgeizes, dem Elysee, verbindet? Deschanel hatte neben der Frauengunst und umfassenden Sympathien noch einen anderen Erfolgpfeil in seinem Köcher stecken. Um die soziale Gesetzgebung hatte er sich wie Lloyd George in England entschiedene Verdienste erworben. Bei der Tagung der großen Genossenschaftsverbände und freien Hilfskassen bekleidete er Ehrenposten. Auch auf dem außenpolitischen und kolonialpolitischen Gebiete war er wie kaum einer zu Hause. Sein bedeutsamstes historisches Buch ist eine vergleichende Abhandlung über Friedrich den Großen und Bismarck. So konnte der 63jährige, für den schon lange vorher das Wort „Dauphin der Republik“ geprägt wurde, mit leichter Mühe seinen Triumphzug ins Elysee halten, nachdem Clemenceau am 17. Januar mit einem scheelen Blick auf den Rivalen seine von der nationalistischen Kammer ihm aufgezwungene Kandidatur flugs zurückgezogen und der poincaristische Ehrgeiz mit mageren 17 Stimmen abgelehnt worden war. Nun aber erschien mit verblüffender Geschwindigkeit tragisch und komisch zugleich jene verborgene Gewalt auf dem Plan, die mitunter ironisch, höhnend oder dämonisch zerstörend in die Menschen- und Völkerschicksale greift. Sah man den von der Eleganz gefeierten schönen Paul, einen der 40 Unsterblichen, den schöngeistigen Redner und Staatspräsidenten des siegberauschten Frankreich nicht eines Morgens höchst unelegant, mit dürftigen Unterhosen bekleidet, schweigsam auf dem Geleise einer Provinzbahn sitzen? Und wurde er nicht in das Bett eines Bahnwärters gelegt und mitleidig belächelt, als er vorgab, der Staatspräsident in persona zu sein? Der elysäische Stern schien nur wenige Monde. Schien er überhaupt? Tatsache ist, daß Herr Deschanel schon längere Zeit an einer Nervenkrankheit litt, welche die Ursache und nicht die Folge jenes anfänglich höchst rätselhaften Unfalls war, der sich inzwischen in anderen Formen wiederholt hat. Das „Journal du Peuple“ gibt eine Darstellung darüber, die um so wahrscheinlicher klingt, als sie noch kein Dementi erfuhr, das in Frankreich sonst flinker zur Hand ist als in Deutschland, wo der offiziöse Preßapparat, scheint es, immer noch auf Krücken hinkt. Deschanel hat nach dem obigen Blatt bereits bei der Uebersiedlung ins Elysee an Zwangsvorstellungen gelitten. Die Gemütskrankheit ist infolge eines Gewissenskonflikts offen zum Ausbruch gelangt. Dem Präsidenten lag der Entscheid über ein Gnadengesuch eines vom Kriegsgericht wegen angeblicher Mitarbeit an der Gazette des Ardennes zum Tode verurteilten Unteroffiziers vor. Er hatte aus der Denkschrift des Verteidigers die Ueberzeugung gewonnen, daß ein Rechtsirrtum vorlag, mußte sich aber dem Gutachten des zuständigen Ministeriums fügen, das auf der Ablehnung des Gesuches bestand.

Inzwischen ist Millerand, der Exgouverneur von Elsaß-Lothringen und nachherige Ministerpräsident von der rasch zusammenberufenen Versailler Nationalversammlung in das höchste Staatsamt berufen worden. Ein Siebziger, kalt berechnender Jurist, hochbegabt, beredt, von robuster Arbeitskraft, trotz seines Pariser Ursprungs provinzzäh, im Gegensatz zu seinem Vorgänger derb wie seine behäbige Figur und sein breites Gesicht, und in der Kleidung gerade nicht elegant wie der nach unten hängende Schnauzer.

Obwohl selbst stark persönlich, verdankt er die letzten Aufstiege der Gönnerschaft Clemenceaus und für ihn glücklichen Zufällen. Wie sein bekannter Berufskollege des Südens Aristide Briand begann er seine parlamentarische Laufbahn im sozialistischen Lager, um nachher die an der Seine übliche Schwenkung nach rechts zu vollziehen. Nur Jaurès, der am 31. Juli 1914 den Mordkugeln eines fanatischen Tölpels zum Opfer fiel, machte eine rühmliche Ausnahme, als er sich vom mageren Philosophieprofessor politisch gemäßigter Richtung zum wuchtigen Sozialistenchef entwickelte, seinen Idealen getreu blieb und erlag. Millerand war es, der mit Jaurès die parteizersplitterten Kollektivisten in

der großen Gruppe der „Unifizierten" unter einem Dach zu Paaren trieb und disziplinierte. Als er aber unter Waldeck-Rousseau trotz Parteibeschluß, wonach ein Sozialist an einem bürgerlichen Kabinett nicht teilnehmen dürfe, das Handelsministerium übernahm und damit der Weltausstellung 1900 präsidierte, war der Bruch mit seiner früheren Partei vollständig. Im Jahre 1912 führte er unter Poincarés Regierung als Kriegsminister den Zapfenstreich wieder ein, der sich jeden Sonnabend in einem Pariser Viertel abspielte und nicht wenig dazu beitrug, den um jene Zeit wieder erwachenden Chauvinismus anzufachen. Unter dem Kulturkampfministerium Combes wurde er in der Liquidation des Kongregationsvermögens zum staatlichen Vertreter ernannt.

Die Wahl Millerands zum Staatspräsidenten ist in der französischen Presse im allgemeinen mit Wohlgefallen aufgenommen worden. Die Stimmen der Begeisterung, die Deschanel seinerzeit begrüßten, fehlen. Die Provinzpresse ergeht sich hinsichtlich der Innenpolitik fast durchweg in Vorbehalten. Die linksrepublikanische Presse fürchtet, daß es der Rechten gelingen könnte, ihren gegenwärtigen Einfluß zu verstärken und schließlich selbst die Verfassung zuungunsten des parlamentarischen Systems zu ändern. Nationalistische Organe weisen auf den sozialistischen Ursprung Millerands hin und bezweifeln seine Widerstandskraft, sollte die öffentliche Meinung wechseln. Die armen Nimmersatte! Tatsächlich ist es der Kunst Millerands gelungen, sowohl in San Remo als auch in Spa der französischen Zwangspolitik zum Durchbruch zu verhelfen (Eventualbesetzung) und die Entwicklung aus der Richtung der Verständigung herauszubringen.

Es ist unmöglich, die Entwicklung der politischen Dinge in Frankreich vorauszusehen. Herr Millerand ist für sieben Jahre gewählt. Die noch unter der Kriegspsychose gewählte nationalistische Kammer dauert noch drei Jahre. Man wird also die Neuwahlen abwarten müssen. Eines nur ist sicher, auf die Außenpolitik wird der Präsidentenwechsel, der Wechsel des Ministerpräsidenten mitinbegriffen, kaum einen Einfluß haben. Jeder Erwählte muß die Politik verfolgen, die die Kammermehrheit wünscht.

Zigeunerdank.

(Nach dem Leben.)

Spät abends klopft's an das Pfarrhoftor;
Ein brauner Geselle steht wartend davor.

„Herr Pfarrer, mein Vater schickt mich in Eil';
Er stirbt und sorgt um sein Seelenheil!"

Der Priester holt schnell aus dem Gotteshaus
Das Sakrament und geht mit hinaus.

Weit draussen ein Wagen am Wegessaum,
Von Lumpen ein Lager im ärmlichen Raum.

„Habt Dank, dass so bald Ihr gekommen seid,
Helft mir auf der Fahrt in die Ewigkeit!"

Ein reuig Bekenntnis aus Schuld und Not
Versöhnt nun die Seele mit ihrem Gott.

Als liebliche Labung in letzter Pein
Zieht milde der Heiland beim Menschenkind ein. —

„Herr Pfarrer, ich bin jetzt ein seliger Mann,
Nur drückt es mich, dass ich nicht danken kann.

Und möcht's doch so gern. — Bub', die Geige zur Hand
Und reich' mir mein Saitenspiel von der Wand!"

Und zauberhaft webt durch den engen Raum
Ein fremdartig Lied wie ein Märchentraum.

Wie Mondsilberfluten der Geige Sang,
Wie Windesraunen der Harfe Klang.

Es wächst und schwillt an zu bebender Wucht,
Wie brennendes Sehnen die Heimat sucht.

Des Alten Auge glänzt auf und glüht. —
Im letzten Flackern die Flamme versprüht.

Ein jäher Ruck. — Das Leid ist aus;
Eine Künstlerseele fand sich nach Haus. —

Heinrich Winter.

Englische Missionspolitik.

Von Universitätsprofessor D. Dr. Aufhauser.

Der Schmachfriede von Versailles hat mit den brutalen Artikeln 438 und 122 die deutschen Glaubensprediger gewaltsam aus ihren bisherigen Arbeitsgebieten ausgeschlossen. Neueren Nachrichten zufolge dürfen von allen bereits vor dem Kriege in unseren früheren Kolonialländern tätigen deutschen Missionären nur die Hünfelder Oblaten vom hl. Franz von Sales und von der Unbefleckten Jungfrau Maria im ehemaligen Südwestafrika ihre Herde weiter betreuen. Frischen Kräften aus der deutschen Heimat ist aber der Weg in die Fremde, mit Ausnahme der wenigen holländischen Ueberseegebiete, versperrt.

Ja England maßt sich das Recht an, nicht bloß die deutsche, sondern jegliche Missionsarbeit in seinen Besitzungen zu autorisieren und zu überwachen, und so dem Prinzipe des übervölkischen Charakters der christlichen Mission Hohn zu sprechen. Der Beweis hiefür liegt in den Denkschriften der britischen Regierung über die Missionen in Indien;[1]) gegen einen früheren Plan, für alle nichtbritischen Missionäre den Lizenzzwang aufzustellen, war vom Standing Comité der Edinburger Weltmissionskonfererenz schon im Dezember 1917 mit Erfolg ernstlich protestiert worden.

Die Regierung Sr. Majestät — so der Wortlaut der Denkschrift — erkennt den Wert der in der Vergangenheit durch Missions- und andere philanthropische Gesellschaften und -Vereine geleisteten Arbeit voll und ganz an und heißt ihre Mitarbeit an der Förderung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der Völker Indiens auch in Zukunft herzlich willkommen.

Bezüglich der deutschen Missionäre sagt das Memorandum:

„Sr. Majestät Regierung hat entschieden, daß Gesellschaften oder Organisationen von feindlicher Nationalität und ihre einzelnen Mitglieder von feindlicher Nationalität oder Geburt, gleichgültig welcher religiösen Richtung sie angehören, bis zu einem später zu bestimmenden Zeitraum[2]) in Indien nicht zugelassen werden können. Diese Bestimmung erstreckt sich auf die Häuser und Zweige aller internationalen Orden und Gesellschaften auf fremden feindlichen Gebiete und auf alle ihre Mitglieder".

Für die Missionsmitglieder der Vereinigten Königreiche, Kanada und der Vereinigten Staaten sollen keine Beschränkungen, wohl aber folgende Bedingungen gelten:

Die britische Regierung verhandelt nur mit der „Conference of Missions Societies" in Großbritannien und der „Foreign Missions Conference" in den Vereinigten Staaten, die indische Regierung nur mit dem dortigen „National missionary council".

Die erwähnten Konferenzen legen Listen derjenigen Missionsgesellschaften vor, für deren Wohlverhalten sie sich verbürgen. Diese werden von der Regierung anerkannt. Bevor sie eine Missionsgesellschaft empfehlen, haben sie sich von ihr eine Erklärung zu erwirken, daß der gesetzmäßigen Regierung aller schuldige Gehorsam und alle Achtung erwiesen werden soll, daß sie bei Enthaltung von jeder politischen Tätigkeit ihren Einfluß, soweit sie einen solchen ausüben können, in loyaler Mitarbeit mit der Regierung des betreffenden Landes geltend machen wollen, daß sie schließlich nur Männer anstellen werden, die in diesem Geiste wirken.

Will eine anerkannte Gesellschaft einen Missionär oder Angestellten oder ein Mitglied berufen, der nicht geborener Brite oder Amerikaner ist, so hat sie der beteiligten Missionskonferenz die persönlichen Akten desselben vorzulegen. Die Konferenz muß dann eine spezielle Untersuchung veranstalten, die bei Personen feindlicher Abstammung oder solchen, die unter irgendeinem Verdacht feindlicher Beziehungen stehen, besonders genau sein muß, um ihre politische Zuverlässigkeit festzustellen.

Jeder Missionär oder Missionsangestellte, der nicht britischer Untertan ist, hat sich ein von seiner Konferenz ordnungsgemäß ausgestelltes Zeugnis zu verschaffen; das Dokument dient als die von der Konferenz übernommene Bürgschaft.

Entsteht irgendeine Streitfrage zwischen der Regierung S. Majestät und einer anerkannten Gesellschaft oder einem ihrer Mitglieder, so wird sich die Regierung zur Erledigung des Falles an die beteiligte Konferenz wenden. Erscheint diese Erledigung nicht befriedigend, so behält sich die Regierung das Recht vor, der Gesellschaft alle ihr gewährten Privilegien zu ent-

[1]) Vgl. J. H. Ritson, The british Governement and missions of alien nationality. International Review of Missions 8 (1919) 331—40.

[2]) Für die nächsten fünf Jahre seit Einstellung der Feindseligkeiten gerechnet.

ziehen, im äußersten Falle den beteiligten Missionär zu deportieren und die Gesellschaft von der Liste der anerkannten zu streichen. Die Regierung behält sich weiterhin das Recht vor, die Schulen und anderen Anstalten christlicher Missionen zu inspizieren und sich von dem in ihnen herrschenden Geiste zu überzeugen.

Von den Missionen neutraler Länder fordert die britische Regierung, daß sie sich einen Permit verschaffen, der sie berechtigt, ihren Beruf auszuüben. Jeder solcher Permit kann von der Regierung nach ihrem Ermessen jederzeit eingezogen oder abgeändert werden. Auf dem amtlichen Instanzenweg hat man ein Gesuch einzureichen, das nach Rücksprache mit der indischen Regierung entschieden wird. Sollte eine Gesellschaft den Versuch machen, diese Permitforderung zu umgehen, so würden ihr alle Schulsubsidien und sonstigen Regierungsvergünstigungen nach Ermessen der Regierung entzogen werden. Folgende Erklärung ist für den Permit nötig:

„Ich verbürge mich hiemit, der Regierung von .... alle schuldige Unterwürfigkeit und Ehrfurcht zu beweisen und während ich mich sorgfältig von der Teilnahme an politischen Dingen fernhalte, wünsche und beabsichtige ich ex animo, mit der genannten Regierung freundlich zusammenzuarbeiten in allen Dingen, auf die sich mein Einfluß schicklicherweise erstreckt; besonders verbürge ich mich, daß ich, falls ich mich dem Erziehungswerk widme, meinen Einfluß so geltend mache, daß ich die Loyalität gegen die Regierung von ... in den Herzen meiner Zöglinge fördere und sie zu guten Bürgern des britischen Reiches mache."

Für britische, alliierte Gesellschaften, Vereine und Personen in Gemeinschaft mit der Kirche von Rom wird verlangt, daß sie vom Bischof von Westminster empfohlen sind und der Obere des Hauses der Gesellschaft oder Vereinigung im Vereinigten Königreiche die Bürgschaft für die Einzelpersonen übernimmt. Der Kardinal-Erzbischof wird der Regierung Sr. Majestät eine Liste solcher Körperschaften vorlegen; sie werden als „anerkannte Gesellschaften" bezeichnet. Bevor der Kardinal eine Gesellschaft empfiehlt, soll er vom Generaloberen die gleiche Erklärung erhalten wie oben. Für die Entsendung eines nichtbritischen Missionärs, Angestellten oder Mitgliedes muß die anerkannte Gesellschaft seinen Namen und die genauen Personalien dem Oberen des Hauses im Vereinigten Königreich, der durch Geburt britischer Untertan sein muß, vorlegen, der dann die nötigen Erkundigungen (wie oben) einziehen muß und im Falle der Zuverlässigkeit ihm ein Zeugnis als Personalsausweis ausstellt. Alle diese Ausweise müssen von einer vom Kardinal-Erzbischof hierzu amtlich bevollmächtigten Persönlichkeit gegengezeichnet sein. Die Regierung Sr. Majestät kann indes durch ihre Vertreter im Ausland noch andere Erkundigungen einziehen, die sie für nötig hält, um Gewißheit zu erlangen. Im Falle eines Streites wird der Kardinal-Erzbischof seine Dienste anbieten, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen.

Nichts in dieser Denkschrift soll fremde anerkannte Gesellschaften oder ihre Mitglieder von der Wirksamkeit irgendwelcher Gesetze oder Verfügungen, die Ausländer in Indien überhaupt betreffen, ausnehmen.

Zur Begründung dieser rigorosen, alle bisherige Missionsfreiheit zerstörenden Verordnungen erklärt die Denkschrift:

„Bei aller Anerkennung der ihm durch die christliche Zivilisation auferlegten Verpflichtungen muß der Staat jede Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit hinreichende Maßnahmen treffen. Wie nun die Erfahrung im Kriege gezeigt hat, konnten gewisse ausländische Gesellschaften und Einzelpersonen ihre nationalen Gefühle so wenig zügeln, daß sie diese Sicherheit gefährdeten. Es ist deshalb ein gewisser Grad von Beaufsichtigung notwendig geworden."

Die englische Regierung hat bis heute noch keine Beweise für letztere Behauptung gebracht, es wäre denn, sie verstünde darunter ein mutiges und offenes Eintreten unserer Missionäre in unseren Kolonien für unsere deutsche Sache, die natürliche Betätigung eines wahren Patriotismus, den niemand dem Glaubensprediger versagen wird. Daß unsere deutschen katholischen Missionäre in Indien (die Jesuiten in Bombay, die Salvatorianer in Assam, die Tiroler Kapuziner in Nepal) während des Krieges englandfeindlich sich betätigt hätten, hat weder die indische noch die englische Regierung zu beweisen vermocht. Jeder rechtlich denkende Mensch wird aber feierlichen Protest dagegen erheben, daß auf grund von Berichten überreizter Nervosität und Empfindlichkeit die gottgegebene Freiheitsurkunde der christlichen Mission zerrissen wird. Und glaubt heute England von deutschen Intriguen für das ohnehin gärende Indien alles mögliche Unheil fürchten zu müssen, so bürgen die Lehren der Geschichte dafür, daß katholische deutsche Missionäre vor nationalen Machenschaften ihre Hände in Unschuld bewahren. Leider läßt sich das gleich rühmliche Zeugnis nicht immer über die französischen Glaubensprediger ablegen; es sei nur erinnert an die Missionsgeschichte Hinterindiens im 19. Jahrhundert.

Vergebens warten die deutschen Missionäre seit mehr als Jahresfrist auf eine Milderung dieser englischen Missionspolitik; weder das mutige Eintreten der Neutralen für die Freiheit der christlichen Mission, noch die Verhandlungen des hl. Stuhles haben bis heute eine wesentliche Besserung erzielt; nur Frankreich gab auf die Bitten des hl. Stuhles hin drei deutschen Franziskanern die Einreiseerlaubnis nach Palästina. Während südamerikanische Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Chile), Niederländisch Indien (Timor und Flores), Neu-Guinea (unter Australien) und die Vereinigten Staaten (Philippinen), ja selbst China und Japan wieder deutsche Franziskaner, Dominikaner und Missionäre des göttlichen Wortes von Steyl mit deutschen Schwestern der Vorsehung, Klarissinnen und Benediktus Missionsschwestern (aus Tutzing) gerne in ihrem Gebiete aufnehmen, hält England an einer Politik fest, wie einst Spanien und Portugal im 16. und 17. Jahrhundert, die zum schweren Nachteil des Missionswerkes in Indien ein exklusives Missionsmonopolrecht nur für Spanier und Portugiesen von Geburt oder wenigstens durch Nationalisierung in Madrid und Lissabon schufen. Ein solches Vorgehen mochte in den damaligen Verhältnissen der kolonialen Neugründungen und Entdeckungen sich ein Jahrhundert lang aufrecht erhalten lassen, heute im Zeitalter der Weltöffnung mit seinen brennenden Missionsproblemen gerade in Ostasien widerspricht es den fundamentalsten Begriffen von Freiheit und Gleichheit, zu schweigen vom sittlichen Prinzip der christlichen Missionsfreiheit. Die englische Missionspolitik beraubt aber auch das Missionswerk seiner Anziehungskraft auf die großen Massen, denn es bedarf eines hohen, allzu idealen Sinnes, finanzielle Opfer zu bringen, um „Loyalität gegen die Regierung" zu fördern und die Zöglinge im Erziehungswerk „zu guten Bürgern des britischen Reiches zu machen". Um so bedauerlicher bleibt es, daß alle Hoffnung auf Milderung auch in Spa kläglich zu Schanden wurden.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Kröllers Neugestaltung unseres Balletts ist durchaus erfreulich. Es ist erstaunlich, was dieser phantasiereiche Künstler in kurzer Zeit erreicht hat. Die virtuose Technik der alten Schule ist uns gleichgültig geworden und bei vielen unserer Reformtänzerinnen tritt zu viel intellektuelle Spekulation an die Stelle unmittelbarer Empfindung. Man muß Seele, Phantasie, Empfinden verkörpern können, sagt Kröller in einem Aufsatze in der Theaterzeitung. Zu diesen gesellt sich bei ihm ein ungewöhnliches musikalisches Feingefühl. Das trat in glücklichster Weise zutage, als er es unternahm, ein Tanzspiel zu Kloses Elfenreigen zu schreiben. Wer kennt nicht aus dem Konzertsaal das köstliche Jugendwerk des Tondichters, das ursprünglich als ein Zwischenspiel der Arielszene im Faust gedacht, sich zu einem selbständigen Tonwerk formte! Indem diese Musik nun Kröller zu einem Tanzspiel inspirierte, hat sie nun noch nachträglich unter Billigung Friedrich Kloses den Weg zur Bühne gefunden. Das künstlerisch Wertvolle ist, daß dieser Allegorie von der Unveränderlichkeit der Naturgesetze alle lehrhafte Trockenheit fehlt; wir bedürfen keines Textbuches; Ton und Rhythmus, Gefühl und Bildhaftigkeit sagen uns alles. Pasetti hatte eine terrassenförmige, phantastische Landschaft aufgebaut, um die drei getrennten Gebiete der Elfen, Tal, Berg und Wolken sinnkräftig zu machen. Die Beleuchtung gab Bilder von feinstem Reiz. Das Lichte, Schwebende der Wolkenelfen überwand die Erdenschwere; alles war aus dem Geiste dieser zarten Musik herausempfunden, der keine Vergröberung von ihrem Duft nahm. Der Elfenreigen fand starken Beifall, noch stärkeren freilich die spanischen, ungarischen, orientalischen, deutschen und grotesken Tänze zu Rubinsteins Bal costumé, die doch mehr im Hergebrachten fußen. Man muß hieraus schließen, daß das größere Publikum das Außerordentliche des Elfenreigens doch wohl nicht oder noch nicht voll erfaßt hat. Freilich getanzt wurde auch hier sehr reizvoll und die Schaulust ward durch verfeinerten Farbenreiz befriedigt. Kröller, die Damen Bosthardt, Frost, Tölzer, Ornelli und manch andere boten beseelte Tanzkunst. Zwischen den beiden Balletts spielte das von Reich geführte Orchester Webers „Aufforderung zum Tanz" in der Instrumentierung von Berlioz, deren unzerstörbare, sonnige Jugendkraft zündete. Den Abend leitete Bittners Singspiel: „Das höllisch Gold" ein, das von Luise Willer, Schützendorf, Gruber und Seydel famos gesungen, seine treffliche, echt volkstümliche Wirkung von neuem bewährte.

Kammerspiele. Hanns Johst ist durch sein Grabbedrama bekannt geworden. Auch sein „König" ist ein „Einsamer", der mißverstanden seinen Weg geht. In der Form ist der Dichter sich gleichgeblieben. Zehn Bilder steigen aus der Dunkelheit auf und versinken

wieder in dieser. Oft treten einzelne Situationen und Charakterzüge in eindringlicher Plastik vor unser Auge, aber aus diesen genialisch hingeworfenen Skizzen formt sich kein Ganzes. Der Weg dieser jungen expressionistischen Dichter kommt von Büchner und Grabbe. Von allen Romantikern auf den Thronen hat dieser König einen Zug und sogar etwas von U. S. P. Ein Träumer, der das Rezept zu haben glaubt, die Menschheit glücklich zu machen, ohne die Menschen zu kennen. Er hält selbst Gericht, spricht die meineidige Magd und die syphilitische Dirne frei. Sein Recht der Zukunft, das er dem Richter vorhält, ist im Grunde sentimentale Zersetzung und die Nächstenliebe, die er bei dem Geistlichen vermißt, ist bei ihm eine Schwächlichkeit, die keine Grenzen zwischen Gut und Böse anerkennt. Daß dieser König vom Anfang an dem Untergang geweiht ist, wird auf den ersten Blick sichtbar. Es gelang Johst, diesen Charakter fesselnd zu gestalten, weich, träumerisch, von glitzernden Einfällen, vorurteilslos und doch befangen im Glauben an seinen Herrscherberuf, gütig und hochfahrend, durch Bauten der Schönheit dienend, ohne Rücksicht auf die finanziellen Grenzen seiner Mittel. Wir vermöchten an seinem Schicksal stärkeren Anteil zu nehmen, wenn der Dichter ihn im Konflikt mit der Menschheit an großen Gegenständen scheitern ließe. So zerbricht sein Königtum sichtbar aber an einem Narrenstreich. Durch eine Kabale wird ihm jene Dirne wieder in den Weg geführt. Er erhebt sie zur Gräfin und sein Volk soll in all seinen Taten das Symbol seiner Güte sehen. Volk und Hof sind aber von seinem Regiment allmählich vor den Kopf gestoßen; um die Monarchie zu retten, läßt die Königin-Mutter ihn für krank erklären und übernimmt selbst die Regierung. Es ist zu spät, vor dem Schlosse, in dem der König in ärztlicher Bewachung gefangen gehalten wird, tobt die Revolution, da besteigt der Entthronte einen Turm und stürzt sich in die Tiefe. Das Publikum bereitete dem Stücke eine begeisterte Aufnahme. Nach dem im Theater ungewohnten akademischen Füßelrampeln zu schließen, war es vorwiegend die Jugend, die sich für das Drama so stark ins Zeug legte. Der Applaus war immer da am stärksten, wo der König seine haltlosen moralischen und rechtlichen Phantastereien in geschickter Rhetorik zum besten gibt. Der Dichter steht nicht über seinem Werke; er scheint von der Richtigkeit der königlichen Ansichten überzeugter, als von der Notwendigkeit des Unterganges dieses Herrschers. Kaiser, repräsentativ mehr zu Figuren Strindbergscher Prägung, als zum Herrscher geeignet, hatte einen sehr überzeugenden Ton. Bei den Hofleuten trat eine Neigung zum Uebertreiben hervor; auch die Bühnenbilder und Kostüme Reigberts schwankten zwischen zeitloser Architektur, karikiertem Rokoko, Biedermeierbiergarten mit kubistischen Häusern, moderner Kunst im Handwerk und einem wildexpressionistischen Park. Die Regie Falckenbergs wußte die 33 Mitspieler zu plastischer Wirkung zu bringen. Frl. Unda als Königin-Mutter, Sybille Binders Prinzessin, etwas weniger die anrüchige Gräfin Magda Simons sind besonders zu nennen.

Theater am Gärtnerplatz. Das war einmal etwas ganz anderes, als die übliche Operette mit ihren mehr oder minder feschen Tanzeinlagen. „Das Dorf ohne Glocke" ist ein Singspiel von Poesie und guter Volkstümlichkeit. Arpad Paßtor hat das Stück nach einer Legende mit guter Bühnenwirksamkeit geschrieben und Ed. Künnecke erweist sich als ein feinsinniger Musiker, der manch frisches Lied von zarter Empfindung schrieb. — Durch seine Herzensgüte läßt sich der Geistliche bewegen, das Geld, das man ihm für die Glocke seiner des Geläutes entbehrenden Kirche geschenkt hatte, einem armen jungen Pärchen zu schenken, damit es sich sein Glück zimmere. Da wendet sich alles von ihm ab. All die Liebe, die er sich in fünfzig langen Jahren in seiner Gemeinde erworben, welkt dahin. Im Traume sieht er schließlich die Glocke doch noch im Turme hängen und durch einen gütigen Menschenfreund wird aus dem Traume freundliche Wirklichkeit. Die anspruchslose, musikalisch liebenswürdige Neuheit wurde hübsch gespielt und gesungen, wenn auch nicht alle sich so restlos in den der gewohnten Operettenart fernen Stil einfügen konnten.

Volkstheater. Franz Arnold und E. Bach sind bewährte Lustspieldichter, die ihre Typen mit so viel technischem Geschick auf die Bühne zu stellen und durch geschickt herbeigeführte komische Situationen zu lenken wissen. Im „Jubiläum" gibt ein Universitätsfest Stimmung und Anlaß zur Zusammenkunft alter Korpsbrüder, wobei sich dann ein kleiner Konflikt ergibt, den ein Fürstenwort schlichtet. Unter den flotten Darstellern sahen wir eine neue Naive von Talent, Ruth Oberländer, die guten Erfolg hatte. Da ich die Künstlerin beurteile, möge man daraus schließen, daß die Dame mir fremd ist und freundlichen Briefschreibern sei erwidert, der Referent kann seiner Tochter nichts ausrichten, dieweil er keine Tochter besitzt.

Prinzregententheater. Mit dem „G'wissenswurm" begann der Anzengruber-Zyklus. Eine kluge Regie hatte die Riesenbühne den intimeren Vorgängen des Volksstückes angepaßt. Das Wort kommt ja in unserem Festspielhaus immer etwas gewichtig und zur und andere verhallen gelegentlich nicht voll verstanden, aber es gelang doch gar bald, den Kontakt zwischen Zuschauer und Bühne inniger zu gestalten und die schönen Leistungen zu guter Geltung zu bringen. Frl. Wimplinger war rasch als Horlacherlies eingesprungen; sie gab eine liebenswerte, frische Leistung. Man hatte die sonst meist gestrichene, volkstümliche Musik (von Ad. Müller sen.) wieder in ihre Rechte gesetzt. Schauspieler dürfen schließlich auch einmal in G'stanzeln daneben singen, wenn nur sonst nichts falsch ist. Narler spielt jetzt den Grillhofer an Stelle Höfers, der den falschen Frömmler in diskreter Zeichnung gab.

Im **Konzertsaal „Vier Jahreszeiten"** sang Irma M. Petar mit Michael Raucheisen am Klavier, Lieder von Mozart, Richard Strauß, Busoni, Siegfried Kallenberg und Max Reger. Man nennt Irma M. Petar mit Recht unter den begnadetsten Koloratursängerinnen der Jetztzeit. Und dabei ist ihre Kunst noch im Werden. Am Donnerstag abends allerdings klang ihre wundervolle Stimme anfangs etwas umschleiert und beengt. Erst bei den Kallenberg-liedern wurde sie so richtig warm und wieder frisch in glockenhellem Schmelz. Vielleicht hatte sie auch ihr Programm nicht glücklich gewählt. Acht Schlummer- und Wiegenlieder sind für einen Abend reichlich viel. Ein bißchen mehr Abwechselung hätte die Wirkung des Konzertes erhöht. Stürmischen Beifall erntete die Künstlerin mit Minnelied, „Der Wächter", „Traum", „Wiegenlied Marias", „Stiefmutter" von Siegfried Kallenberg, Lieder, die in klar fließenden Melodien den Ton des Volksliedes klangschön treffen. Auch der Komponist selbst konnte sich mehrfach für warmherzigen Beifall bedanken. Das Beste aber vom Abend waren doch wieder Lieder von Max Reger. Ein sehr zahlreiches Publikum dankte der Künstlerin zum Schluß mit wahren Beifallsstürmen. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Was zeitigte Brüssel? — Bei uns neue Streiks und Preissteuerungen in Sicht? — Die Entente und Deutschlands Wiederaufbau.

Wenn die nunmehr beendigte Brüsseler Finanzkonferenz für Deutschlands Wirtschaftszukunft nur wenig oder gar nichts an positiven Grundlagen gebracht hat, so wird das wohl nirgends sonderlich überraschen. Viele und lange, volkswirtschaftlich und banktechnisch hervorragende Reden vernahm man zwar, doch wird, gelinde gesagt, geraume Zeit und Arbeit notwendig sein, um diesen oder jenen Gedanken in die Praxis umzusetzen. Dass Sparsamkeit und strengste, rücksichtsloseste Einschränkung der Ausgaben in allen Ländern, vor allem auch bei uns oberstes Prinzip sein muss, ist allgemein bekannt. Wie bettelarm wir geworden sind, bekundet von neuem der dem Reichsrat vorgelegte Reichshaushaltentwurf für 1920. Derselbe zeigt Gesamtausgaben von $79\frac{1}{2}$ Milliarden Mark gegen $3\frac{1}{2}$ Milliarden Mark im Jahre 1914. Hierzu kommen noch die Defizite von Post und Eisenbahn, die gesteigerten Aufwendungen zur Unterhaltung der Besatzung in den Rheinlanden. Ein weiteres Spiegelbild unseres Finanzelendes: zum Quartalschluss bezifferte sich der Umlauf an Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen zusammen auf rund 75 Milliarden Mark gegen $41\frac{1}{2}$ Milliarden zur gleichen Vorjahrszeit. Die Notendeckung durch Metall und Gold beträgt nunmehr zirka 2 % gegenüber 68 % bei Kriegsausbruch! In einer Woche sind fast 3 Milliarden Mark Banknoten neu in den Verkehr gebracht worden! Dass schon aus diesen Gründen im Auslande die Kursgestaltung der Reichsmark rückläufig werden musste, ist ohne weiteres klar. An ungünstigen Momenten wirtschaftlicher Art sind ausserdem zu verzeichnen die neuauflebenden Streikmeldungen im Reich, namentlich in Berlin in der Elektrizität, Zeitungswesen. Auch die von steigender Erregung begleitete Lohnbewegung im rheinisch-westfälischen Bergbau verdient erhöhte Beachtung. Hier spielt die auch im übrigen Teil des Reiches schwer empfundene besondere Verteuerung der Lebensmittel eine Hauptrolle. Vom Preisabbau hörte man neuerdings viel durch Handelskammerbeschlüsse, durch statistische Erhebungen, durch Verbandstagungen — in der Praxis beantwortete man solche mehr oder minder theoretische Massnahmen durch Preiserhöhungen von Tagesbedarfsartikeln! Immerhin sei im Zusammenhang mit der Frage des Preisabbaues nicht zu verkennen, dass in einzelnen Sparten, wie dies neuerlich auch bei der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Warenkaufhäuser vernommen werden konnte, doch in der Tat mit einem Preisabschlag gerechnet wird. Man erwartet sogar einen solchen mit weit schlimmeren Folgen, als dies seit dem Entstehen der jüngsten Warenkrisis bei uns wahrzunehmen war.

Immer wieder bleibt für jede, auch für die geringste Phase unseres Wirtschaftslebens massgebend, ob und inwieweit die Entente sich bemüssigt fühlt, dem deutschen Wirtschaftsleben aufzuhelfen. Ob die — vielleicht ernst zu nehmende — Wirtschaftsannäherung zwischen Deutschland und Frankreich und die vorausgehenden direkten Verhandlungen irgend etwas Positives zuwege bringen, bleibt dahingestellt. Die ganze Art und Weise der unverträglich und drakonischen Wirtschaftsmassnahmen der Entente uns gegenüber deutet auf eine gegenteilige Sprache. Die grossen Schwierigkeiten bei dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, die Unerbittlichkeit der Behandlung der Kohlenablieferung angesichts der Kohlennot innerhalb unserer Industrie und des Hausbrandes, nicht zuletzt die schikanöse Art in der Zerstörungswut aller erdenklichen Artikel — so neuerdings die geplante Vernichtung der für uns so hochwichtigen Dieselmotoren bei „Manag", Augsburg, sind Blitzlichter solcher Ententewillkür!

Um so höher muss man es dem deutschen Grosshandel und der deutschen Grossindustrie anrechnen, wenn, wie dies bei der Frankfurter Messe wiederum belegt wurde, neuerliche Zeichen von Lebensmut und gesundem Optimismus seitens Deutschlands Handel und Industrie klargelegt wurden. Auch die vielseitigen Anbahnungen in der Wiederaufnahme der deutschen Exporttätigkeit, so nach

Italien — Triester Mustermesse —, nach den Oststaaten und sogar bei den Ententeländern selbst bekräftigen die Lebensexistenz von Deutschlands Wirtschaftsmacht. Trotz aller Ententeschwierigkeiten dringt immer wieder neuer Lebensmut bei jenen deutschen Wirtschaftsfaktoren durch. Die wiederum bekannt gewordenen Bilanzziffern der führenden Industrieunternehmungen bringen mit Gewinnziffern und Dividendenerhöhungen ebenfalls und zwar zahlenmässig eine Fülle von Schaffensbetätigung in die Oeffentlichkeit. Ueberall werden Kapitalerhöhungen bekannt, man spricht von grosszügigen Finanzoperationen. Zusammenschlussbewegungen werden laut.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Ludwig Ganghofers gesammelte Schriften. Von den Werken des Meisters der Fabulierkunst und des Stils Ludwig Ganghofer ist soeben eine neue Auflage der Volksausgabe erschienen. Ganghofer ist ein Volksdichter im wahrsten Sinne des Wortes, denn was er schuf ist für das Volk geschaffen. Bereits über eine Million Bände seiner Werke sind über die ganze Welt. Wir machen unsere Leser auf das Inserat in heutiger Nummer aufmerksam, in welchem die Buchhandlung **Karl Block, Berlin S. W. 68**, Kochstr. 9, durch Gewährung von Teilzahlungen die Anschaffung erleichtert. Im übrigen verweisen wir u. a. auf die eingehende Ganghofer-Würdigung in Nr. 44/1912, S. 881 der „Allgemeinen Rundschau" aus der Feder von E. M. Hamann.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Bekanntmachung.

Unsere 4⁰/₀igen **Pfandbriefe der Serien XX–XXVII** einschliesslich vom Jahre 1883 bis 1890 **kündigen** wir hiemit den Inhabern zur Heimzahlung und Erhebung **am 15. April 1921.**

Die Pfandbriefe der Serien XX—XXVII sind eingeteilt in:

Lit. E à M 2,000.— per Stück und laufen von **Nr. 81501 — 107251**
Lit. F à M 1,000.— per Stück und laufen von **Nr. 200001 — 241000**
Lit. G à M 500.— per Stück und laufen von **Nr. 44001 — 60797**
Lit. H à M 200.— per Stück und laufen von **Nr. 208001 — 229998**
Lit. J à M 100.— per Stück und laufen von **Nr. 106497 — 128095**

Der Nennwert der gekündigten Pfandbriefe kann gegen Rücklieferung der betreffenden Stücke nebst Zins- und Erneuerungsscheinen sowohl bei unserer Hauptkasse als bei unseren sämtlichen Einlösungsstellen **vom 15. April 1921** an erhoben werden.

Am 16. April 1921 treten die gekündigten Pfandbriefe ausser Verzinsung.

Auf Namen umgeschriebene Pfandbriefe können nur gegen vollständig genügende Abquittierung durch den in unseren Büchern eingetragenen Eigentümer zur Auszahlung gelangen.

MÜNCHEN, 11. Oktober 1920.

Die Bank-Direktion.

Unter allen Revuen gleicher Richtung weist die Allgemeine Rundschau die höchste Abonnentenzahl auf.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Bekanntmachung

Dienstag, den 2. November 1920,

vormittags 8 Uhr, findet im Bankgebäude, Promenadestrasse Nr. 10, Zimmer 37, in Gegenwart des Notars Herrn Justizrats Joseph Hellmaier in München die

112. öffentliche Verlosung

unserer Pfandbriefe statt.

Die Verlosungsliste wird im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht, ausserdem bei allen unseren Zahlstellen an Interessenten unentgeltlich abgegeben.

MÜNCHEN, im Oktober 1920.

Die Bank-Direktion.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.

Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 43 München, 23. Oktober 1920. XVII. Jahrgang.

Idealisten.

Von Graf Casimir von Leyden, Gesandter a. D., München.

Nie hatte man bisher mit diesem Begriffe blutige Gewalttat, brutale Niederwerfung, Moral, Raub, Vernichtung aller kulturellen Güter, Verrat am eigenen Lande — oder auch nur die Aufzwingungen eigener Ueberzeugungen durch herrisches Niedertreten anders Denkender zusammengeworfen. Weder einem Alba noch einem Xerxes, Alexander dem Großen, oder Napoleon, oder Peter dem Großen würden wir heute noch idealistische Motive zusprechen. Viel eher einem Marc Aurel, Karl dem Großen, Michel Angelo, Schiller und mit ihnen tausende, die uns Genius oder die Güte der Menschheit verkörpern.

Es ist mir vor einigen Jahren ein Buch zu lesen gegeben worden, das einen zur katholischen Kirche übergetretenen anglikanischen Geistlichen zum Verfasser hat, „Lord of the World" „der Herr der Welt", von Monsignore Benson. Vor dem Jahre 1914 in London erschienen, verrät es, wenn nicht einen direkten prophetischen Blick, so doch eine erstaunliche Sicherheit in der Erfassung eines sich vorbereitenden Umsturzes aller Dinge. Der Held, ein Deutsch-Amerikaner, der von London aus die Weltrevolution leitet, deren letzter Schritt die Niederwerfung Roms ist, entfaltet Züge sowohl von Wilson als von Lenin, gemahnt namentlich an den letzteren, was Grausamkeit und unerbittliches Erringen seiner Machtziele betrifft. Seine zu jeder Freveltat bereite Gemeinde erblickt aber in ihm, der ihren Blicken möglichst weit entrückt wird, einen von hohen Idealen erfüllten Regenerator der Welt.

So ungefähr ist mir das Buch mit seinem schwer verständlichen mystischen Ausgang — der letzte der Päpste zieht sich nach Kleinasien zurück — in Erinnerung geblieben.

Lenin aber und die entmenschten Horden seiner Paladine halten heute das wie die Fliege in das Spinnengewebe verirrte russische Volk mit eiserner Faust, und stehen mit dem Schlagwort Weltrevolution an den Toren der westlichen Welt, die Alexander Herzen schon im Jahre 1855 dahin charakterisierte:

„Allem modernen Europäertum liegen zwei reichliche Momente zugrunde, die ihren Ursprung im Krämertum haben. Einerseits Heuchelei und Verschlossenheit und anderseits, was der Franzose Etalage nennt, offenes Zurschaustellen. Eine Ware anpreisen und möglichst gut verkaufen, sie um den halben Preis einkaufen; Schund für solide Waren, die Form für das Wesen ausgeben, scheinen statt sein, die äußere Respektabilität bewahren, statt der inneren Würde."

Wie Alexander Herzen, so ist Uljanow-Lenin dem russischen Kleinadel entsprossen. Beide haßten den Zarismus und wanderten ins Exil. Beide verbindet ein rücksichtsloser Zynismus und eine geringe Einschätzung des eigenen Volkes. Auch ist der Haß, den sie der westlichen Kultur entgegenbringen, der gleiche, obwohl sie beide von dem ihnen dargebotenen Asyl gerne Gebrauch gemacht haben. Die blutdürstige Grausamkeit Lenins würde der feingebildete Herzen verabscheut haben, der unter den erlesensten Geistern zu verkehren liebte. Das organisatorische Vernichtungstalent des Epigonen hätte jenem altmodischen Revolutionär gemangelt; wenn sie sich aber heute begegneten, würden sie sich in gleichem Atemzuge als Russen fühlen in gemeinsamer Verachtung alles dessen, was nicht ist wie sie, in einem slawischen Uebermenschentum, dessen Ansprüche um so grotesker sind, als sie von geschichtlichen oder moralischen Leistungen nicht aufgewogen werden.

Ein serbischer Kritiker, Dr. Milovan Gebà, weist die ganzen Legenden, die sich um den Idealismus Lenins gebildet haben, als offenbaren Schwindel zurück, der dem Urteil der Geschichte nicht einen Augenblick standhalten werde:

Einerseits könne man in Rußland Ideen jeder Art leicht in Umlauf setzen, und die absurdesten finden immer die größte Zahl von Anhängern. Anderseits sei in Rußland seit längerer Zeit eine Atrophie, ein Schwinden aller Ehrbegriffe eingetreten, welche Dostojewski schon seit 1870 konstatierte, und welche allen moralischen Epidemien freies Feld gewähre. Dort habe man sich gewöhnt, die Ehre als veraltetes Vorurteil anzusehen, und gegenüber der fortgesetzten Wiederholung anarchistischer und kommunistischer Formeln sei das urteillose Publikum in einen Zustand versetzt worden, der Heuchler und Apachen in die Lage gesetzt habe, mit den Theorien Tolstois, Krapotkins oder Pleshanows das willkürlichste Spiel zu treiben, um zu ihren Zielen, der Expropriation anderer zum eignen Vorteil, zu gelangen. Die schlimmsten Verbrecher unter ihnen verstünden es, ihre eigene Person aus der Schlinge zu ziehen, und Lenins Meisterschaft bestünde in der Kunst, die schlummernden Laster des russischen Volkes erweckt und entfesselt zu haben.

Wenn man demnach mehr als berechtigt ist, an der Aufrichtigkeit jener zu zweifeln, die dem Bolschewismus Kränze winden, so ist der „Idealismus" des Präsidenten Wilson ein kompliziertes Problem. Wer immer längere Zeit in den Vereinigten Staaten gewohnt hat, ihre Geschichte gekannt hat, wußte, daß es einer ungewöhnlichen Triebkraft bedurfte, um dieses Land zur vollsten Kraftentfaltung in einem europäischen Konflikte zu bringen, obgleich der äußere Anlaß dazu in der Erklärung des Unterseebootskrieges seitens Deutschlands gefunden werden konnte. Jedenfalls war es des Präsidenten Bestreben, den letzteren Tatbestand möglichst zu verdunkeln und dafür eine idealistische Atmosphäre herzustellen, die ein kriegerisches Eingreifen auf Grund der Wiedererweckung alten puritanischen Geistes rechtfertigen sollte. Eine raffinierte englische Propaganda wußte dieses Moment aufzugreifen, ihm in die Hände zu arbeiten, und die Monopolisierung der unterseeischen Kabel erstickte jeden Widerstand im Keime. Fortan durfte im freien Amerika kein Wort geschrieben oder geäußert werden, das dieser Stimmung Eintrag hätte bringen können, und es wurde im Grunde ein ähnlicher Zustand geschaffen, wie ihn der Bolschewismus in Rußland, oder anderswo die Räterepubliken nur im Wege der völligen Unterdrückung der Presse und öffentlichen Meinung herzustellen vermochten.

In dieser ihm zuerkannten Gottähnlichkeit, über welche selbst Lloyd George und Clemenceau nicht in gleichem Maße verfügten, breitete sich der Herrscher des Weißen Hauses, Wilson, auf seine weitere Mission vor, welche im Laufe der Ereignisse in der Aufstellung der 14 Punkte gipfelte, und, wären sie zur Annahme und Durchführung gelangt, vielleicht den Namen Wilson künftigen Geschlechtern unsterblich gemacht hätten. Wie dünn aber muß der Schleier gewesen sein, den ein kurzer Aufenthalt in Paris schon so jäh zerriß! Es haben sich alle möglichen Legenden gebildet, die den Präsidenten, gleich einem naiven Jüngling, das Opfer der dieser Stadt eigentlichen Verführungen werden ließen; es genügt die Tatsache, daß er sich nicht einmal den Schmeichelreden zu entwinden vermochte, mit denen ihm seine hochtönenden Grundsätze Punkt für Punkt abgerungen wurden, bis er als gefallene Größe schmollend den Staub von seinen Füßen schüttelte und in Siechtum verfiel.

Ein während des Krieges mehrfach genannter in Genf lebender Amerikaner, auch er ein entschiedener Gegner Deutschlands und früherer Parteigänger des Präsidenten Wilson, Prof. Herron, erspart ihm heute nicht die herbste Kritik und reißt ihm die Larve des Idealismus vom Antlitz.

Die Front gegen die Mittelmächte gerichtet, erinnerte das Gebaren des Kriegspazifismus an den bekannten russischen Volksspruch „Der Deutsche ist eigentlich ein guter Mensch, aber es ist doch einfacher, man hängt ihn". Hinter einem theatralischen Aufbau, der manchen rechtschaffenen Idealisten zum Eintritt veranlaßte, war der Galgen aufgerichtet, das Urteil war längst gesprochen, und der Zeitpunkt seiner Vollstreckung von dem Eintritt zu erwartender Ereignisse abhängig gemacht. Der Ort der Handlung war in die Schweiz verlegt, die auch der Vorort des Völkerbundes sein sollte, ganz wie sie ohne jede eigene Schuld, infolge ihrer Neutralität und geographischen Lage der Tummelplatz der Propaganda aller kriegführenden Länder geworden war. Sie wurde auch der Sammelpunkt einer Anzahl von Deutschen die — zum Teil waren es wirklich Idealisten — durch ihr dortiges Auftreten die Bewunderung der freien und patriotischen Schweizer nicht zu gewinnen verstanden. Ihnen träumte von Weltverbrüderung und Internationalismus, ihr Kuß galt der ganzen Welt, einer Welt, die ihr Antlitz von ihnen abgewandt hatte, was immer ihre individuellen Tugenden sein mochten. So arbeiteten sie ahnungslos haßerfüllten Feinden in die Hände, einem Ziele, zustrebend, dessen Unerreichbarkeit sie scheinbar heute noch nicht erkannt haben, das überhaupt nur auf Kosten der inneren Festigkeit ihres eigenen Landes zu erreichen gewesen wäre. Unerwähnt sollen jene Deutsche bleiben, die auch im Auslande in verbrecherischer Absicht Landesverrat geübt haben und die mit Fluch belastet bleiben.

Der Idealismus ist im Weltkriege merkwürdige Wege gegangen, weil er sich anmaßte, ein neues Evangelium zu verkünden, sei es des gewaltsamen Umsturzes jeder gesellschaftlichen Ordnung, sei es der Umwandlung der traditionellen zwischenstaatlichen Beziehungen, sei es endlich der Bekämpfung des nur immer schärfer hervortretenden nationalen Bewußtseins.

Der einzige, der einen zweitausendjährigen sicheren Boden unter sich fühlte, war der Papst Benedikt, der, so oft er seine Stimme erhob, die verirrte Menschheit auf die Bahnen zurückzuweisen suchte, in denen er selbst den Ausfluß seines hohen Priesteramtes erblickte. Gegen blinde Eroberungssucht wie gegen gewaltsamen sozialen Umsturz waren seine Pfeile gleichmäßig gerichtet, in ihm verkörperte sich jener Idealismus, dessen erhabene Einfachheit die Zeiten überdauert.

Die Waffe aber erwies sich als stumpf gegenüber den giftigen Gasen, die den Geist umnachtet hatten, gegenüber einem Materialismus, der so unausrottbar zu sein scheint, daß eine Katastrophe die andere überholt.

„Die kleine Entente."

Von Dr. Kirsch, Reichssekretär der Deutschen christlichsozialen Volkspartei (Prag).

Ende August wurden Mitteilungen der tschechischen Presse laut, wonach ein Vertrag, den der tschechische Außenminister Benesch kürzlich mit der südslawischen und rumänischen Regierung abgeschlossen habe, demnächst dem internationalen Rumpfparlament, genannt Völkerbund, zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Einige Tage darauf, am 1. September, benutzte Minister Benesch eine Sitzung des altösterreichischen § 14 Ersatzes für die tschechoslowakische Republik, des „Staly Vybor" (Ständigen Ausschusses), um Bericht über die Ergebnisse seiner Reise nach Belgrad und Bukarest zu erstatten. Kein übler Scherz war es, daß er zu Beginn seiner Rede den von den „Friedens"-verträgen geschaffenen Zustand Europas also schilderte:

> Ueberall Unruhe, Ungewißheit, Konflikte der Staaten untereinander, revolutionäre Bewegung im Innern. „Es ist klar, daß weder die einzelnen, noch ein ganzes Volk längere Zeit in einem derartigen geistigen Zustand leben können. Das würde schließlich zur völligen sittlichen Auflösung und zur Vernichtung der ganzen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung führen."

Hierin liegt nach Beneschs Behauptung einer der Gründe, die ihn dazu geführt haben, um jeden Preis ein Zentrum zu schaffen, das diese geistige Verfassung in Tschechien und um Tschechien herum beseitige. Für den Vertrag seien tatsächlich die wirtschaftlichen Bedürfnisse an erster Stelle maßgebend gewesen. Sofort fügte Minister Benesch aber hinzu:

> „Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die drei Staaten ein Interesse daran haben, daß der Trianon-Frieden, der von Ungarn unterschrieben ist, tatsächlich durchgeführt wird und für sie keine gefährlichen Ueberraschungen bringen kann."... Soll Zentraleuropa vor einem Umsturz bewahrt werden, wie er jetzt in Polen und Rußland vor sich geht, so müssen wir mit Südslawien und Rumänien ein gemeinsames Ganzes bilden ... Wir haben gemeinsam gewisse (!) mitteleuropäische Interessen, wir bilden auch geographisch (!) eine gewisse Gemeinschaft, und der Friedensvertrag bringt uns infolge dieser Interessen nahe ... Diese drei Staaten repräsentieren politisch und wirtschaftlich eine bedeutende Macht von 45 Millionen Menschen ... haben gemeinsam materielle und moralische Kraft genug, um ihre Interessen zu verteidigen und so dem tatsächlichen europäischen Frieden nützen zu können."

Was dieser Vertrag alles bringen kann, welche Verpflichtungen für die Tschechoslowakei sich aus ihm ergäben, ging aus den Ausführungen des Ministers nicht hervor. Nur das eine war klar: Die Ententille verfolgt zunächst keinen anderen Zweck, als einen Frieden zu verewigen, dessen Ungerechtigkeit und Wahrheitswidrigkeit zu einer möglichst raschen Revision hindrängten. Sie gibt damit dem neuen Bündnis den Anstrich einer wenn auch nicht unmittelbar aggressiven, so doch feindseligen, beuteschernden Abmachung: Schutz gegen Ungarn, gegenseitige Versicherung für den Fall, daß es den Magyaren einfallen sollte, die ihnen weggenommenen Provinzen wiedergewinnen zu wollen. Und zwar durch Geltendmachung militärischer Mittel. In seinen Ausführungen war Minister Benesch allerdings überaus friedfertig. Damit ist freilich noch lange nicht gesagt, daß der der tschechisch-südslawisch-rumänischen Militärkonvention — um etwas anderes dürfte es sich schwerlich handeln — zugrundliegende Gedanke auch so friedlich ist, wie Dr. Benesch glauben machen wollte. Gevatterin des ganzen neuen Bundes ist Frankreich. Würden wirklich „wirtschaftliche Bedürfnisse an erster Stelle" seinem Abschlusse zugrunde liegen, so wäre Tschechien in erster Reihe auf Deutschland und Oesterreich angewiesen, jedenfalls mehr als auf Südslawien und gar auf Rumänien. So aber enthält der Vertrag eine Tendenz und Spitze gegen Deutschland.

Frankreichs Interesse in der kleinen Entente verriet am Tage nach der Rede des tschechischen Außenministers der Pariser „Temps".

Auffallend ist aber der Eifer, mit dem das Preßorgan des tschechischen Außenministers zur „Aufklärung" der Auslandsöffentlichkeit, die „Gazette de Prague" immer wieder auf das Thema „Die kleine Entente und die europäische öffentliche Meinung" in spaltenlangen Ausführungen zurückkommt und behauptet, „die kleine Entente habe als unmittelbaren (!) Zweck die Garantie einer genauen Ausführung des Vertrages von Trianon und demnach die Verhinderung einer völligen Wiederherstellung des alten Ungarn". Dabei muß jedoch das Blatt „zu seinem großen Schmerz" zugestehen, daß ein Teil der polnischen Presse „die Tendenzen unserer Aktion nicht zu begreifen scheint und ihr Mißtrauen, ja Feindlichkeit dagegen bekundet". Die italienische Presse sei sehr geteilter Ansicht. Manche Blätter verträten den irrigen Standpunkt, als ob die kleine Entente gegen die französische Politik in Mitteleuropa oder gegen die italienischen Interessen in der Adria gerichtet sei. Andere sähen glücklicherweise sehr richtig in der kleinen Entente das festeste Bollwerk gegen jede Wiederaufrichtung des alten Oesterreich-Ungarn. Die französische Presse stehe im allgemeinen (!) dem Bündnis zwischen Belgrad und Bukarest sympathisch gegenüber. Die royalistische „Action Française", die sich noch nicht mit dem Verschwinden der habsburgischen Herrschaft habe abfinden können, stehe natürlich der kleinen Entente feindselig gegenüber. Sie sei eine Ausnahme unter der französischen Presse, von einigen Pariser Blättern ohne Einfluß der Leser abgesehen. Von der englischen Presse schließlich behauptet das tschechische außenministerielle Organ, daß sie samt und sonders die Ententille als Friedensgarantie begrüße.

Also selbst in einem Teil der alliierten und assoziierten Presse war man davon überzeugt, daß Benesch mit seiner wahren Absicht beim Zusammenschweißen der Ententille Versteck spiele. Am meisten die polnische. Sie behauptete geradezu, die Ententille sei gegen die Entente, vornehmlich gegen Frankreich, gerichtet. Sie spalte die Nationen Mitteleuropas in zwei feindliche Lager und bringe dadurch den europäischen Frieden in Gefahr, den sie aufrecht erhalten zu wollen, behaupte.

Nun hat sich letzter Tage auch der rumänische Minister Take Jonescu bei seiner Anwesenheit in Rom über die kleine Entente ausgesprochen. Hierbei erklärte er, eine Allianz zwischen Südslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien wäre unvollkommen; es müßten auch noch

Polen und Griechenland diesem Bündnis zugezogen werden. Dieser Staatenblock, dem sich Oesterreich notgedrungen anfügen müßte, würde „ein idealer Verbündeter Frankreichs und Italiens (?) sein, wenn Deutschland sich mit Rußland verbündete, um den Vertrag von Versailles zunichte zu machen". Take Jonescu bezeichnete hierbei diese erweiterte kleine Entente als Balkanentente, deren Aufgabe es sei, Deutschland von der Revanche abhalten zu helfen.

Die französischen Geburtshelfer jener neuen, größtenteils auf Kosten und in gröblichster Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes hervorgegangenen Staaten der kleinen Entente wollten sich in Mitteleuropa eine Gruppe unbedingt gefügiger Vasallenstaaten, ein verläßliches Gendarmenkorps zunächst gegen Deutschland schaffen. Sie sollten aber auch sonst willig der französischen Politik Gefolgschaft leisten. Bei der russischen Frage versagten sie jedoch bereits. Die mitteleuropäischen Vasallenstaaten Frankreichs, weder Rumänien, noch Südslawien, noch die Tschechoslowakei bezeugten Lust, sich Frankreich zuliebe in ein kriegerisches Abenteuer mit Rußland einzulassen. Solche Unbotmäßigkeit gegen das französische Diktat ist den Vasallenstaaten, insbesondere der Tschechoslowakei, am Quai d'Orsay übel vermerkt worden.

Die nächste Folge davon war ein Erkalten des Interesses Frankreichs an diesen „assoziierten" Nationen, eine Annäherung zwischen den Pariser und Budapester Kabinetten. Diese Annäherung bedeutete zweifellos eine Gefahr für die Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien. Man wußte in Prag, Belgrad und Bukarest sehr wohl, daß Ungarn niemals seine Ansprüche auf die entrissenen Komitate aufgeben würde. Man wußte insbesondere in Belgrad, daß Italien ein starkes Ungarn als Gegengewicht gegen die südslawische Macht an der Adria nicht ungern sehen würde. Man gab sich in Prag keiner Täuschung darüber hin, daß Frankreich mehr Interesse an der Niederwerfung der Sowjetmacht als z. B. an der Zugehörigkeit dieser oder jener oberungarischen Stadt zur Tschechoslowakei besitze. Man wußte in Prag und Belgrad genau, daß bestimmte Ententemächte gewisser Korrekturen des Friedens von St. Germain und Trianon nicht abgeneigt seien, wenn damit ihren außenpolitischen Zwecken besser gedient wäre.

Ob solche Gesichtspunkte für das Zustandekommen der kleinen Entente nicht maßgebend waren? Die Furcht weniger vor einer Korrektur des Friedens von St. Germain seitens derjenigen, denen er diktiert wurde, als seitens jener, die ihn diktiert haben? Zumal da beim Ausbau des gegenseitigen Ueberwachungsdienstes, den die kleinen Staaten den großen nicht nur abgeguckt, sondern zu noch weit höherer Vollendung gebracht haben, man in Prag, wie in Belgrad und Bukarest über das Wesen des angeblich nur wirtschaftliche Abmachungen enthaltenden, letztlich bekanntgewordenen Vertrages von Gödöllö zwischen Frankreich und Ungarn genau unterrichtet gewesen sein dürfte.

Sonach hätte Benesch die Ententille ins Leben gerufen, weil er von diesem Geheimbündnis bereits wußte. Mithin wäre die kleine Entente von vornherein gegen die große Entente oder wenigstens gegen jene Ententemächte geschaffen, die etwa die Friedensschlüsse von St. Germain und Trianon korrigieren möchten. Oder Minister Benesch hatte wirklich keine Ahnung von dem franko-ungarischen Vertrag, wie behauptet wird, als er mit Wesnitsch in Belgrad paktierte, dann erhält die kleine Entente nunmehr ihren ausgesprochenen Defensivcharakter gegen eine Korrektur der Friedensverträge seitens Frankreichs. Benesch und Take Jonescu können noch so geheimdiplomatische Worte über den Zweck der kleinen Entente prägen, noch so oft versichern, daß „diese Entente keinerlei Spitze gegen Frankreich und andere Alliierten trage". Der Hauptzweck der kleinen Entente ist, St. Germain gegen St. Germain, Trianon gegen Trianon zu schützen. Beneschs immer wiederholter Orakelspruch: Die kleine Entente dient ausschließlich dem Zweck, einen festen Block zur Sicherung der unterschriebenen Friedensverträge und damit des Friedens im mittleren Europa überhaupt zu schaffen läßt sich nur so auslegen. Um so mehr, als behauptet wird, daß das Instrument dieser Ententille aus zwei Teilen besteht. Aus einem Notenwechsel zwischen der tschechoslowakischen, der jugoslawischen und der rumänischen Regierung, in welchem sich diese Regierungen über gewisse Grundsätze zwecks Sicherung der geschlossenen Verträge geeinigt haben. Und aus einem Vertrag zwischen der tschechoslowakischen Republik und Jugoslawien, in dem diese allgemeinen Grundsätze zu einer regelrechten militärischen und politischen Konvention verdichtet sind. Benesch selbst erklärte solche Behauptung „nicht ganz richtig, aber in gewissem Maße doch als wahr". Ein Sonderbündnis bleibt immer eine Gefahr für den Frieden, selbst wenn es wirklich zu dem Zwecke abgeschlossen sein sollte, dem Frieden zu dienen.

Ganz besonders, falls die Ententille zu einem Balkanbund erweitert wird, wie er unter dem Patronat Frankreichs geplant ist. Wohl in der Absicht, einer ungarnfeindlichen Politik des einen oder anderen Bundesmitgliedes die Spitze abzubrechen und eine Verbindung Oesterreichs mit Deutschland zu verhindern.

Merkwürdige Stimmen werden dazu in letzter Zeit laut. Zunächst aus Polen. Der polnische Außenminister Fürst Sapieha erklärte polnischen Pressevertretern gegenüber, seine Regierung verfolge die Schaffung der kleinen Entente mit größter Aufmerksamkeit. Dabei spiele das freundschaftliche Verhältnis Polens zu Rumänien die größte Rolle. Mit Ungarn unterhalte Polen die besten Beziehungen. In Kürze erwarte man in Warschau das Eintreffen Take Jonescus, mit dem auch Verhandlungen hinsichtlich der kleinen Entente gepflogen werden sollen.

Deutlicher wurde General Haller dem Warschauer Berichterstatter des „Az Est" gegenüber. Er meinte: Ungarn und Polen sind in den russisch-deutschen Koloß eingekeilt. Das Zustandekommen einer Allianz, die die beiden Kräfte im Gleichgewicht hält, liegt im beiderseitigen Interesse. Diese Allianz muß aus Polen und den nördlichen kleinen Staaten und im Süden aus Rumänien, Bulgarien, der Türkei und vornehmlich Ungarn bestehen. Das Protektorat dieses Bündnisses hätte Frankreich zu übernehmen, so es wirklich zu einem europäischen Machtfaktor werden würde. Polen wird sich niemals zu einer ungarnfeindlichen Politik herbeilassen. Die Vorbedingung eines Zusammenwirkens zwischen Polen und Ungarn ist aber das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen Ungarn und Rumänien.

Das Echo hierauf ließ sich alsbald in Ungarn vernehmen. Durch den Minister des Aeußern Graf Csaky im „Magyar Kil Politika". Ungarn müsse aus der gegenwärtigen Lage der Abgeschlossenheit einen Ausweg suchen. Der erste Schritt hierzu sei die Aufnahme der Beziehungen zum Ausland, vor allem zu den westlichen Großmächten und mit den unmittelbaren Nachbarn. Und sofort überreichten 84 Abgeordnete der Regierungspartei eine Erklärung, in der sie ihre Zustimmung zu einer Reise magyarischer Abgeordneter nach Belgrad erteilen. Diese Reise soll zu einer Annäherung zwischen Jugoslawien und Ungarn und zur Anbahnung eines freundschaftlichen Einvernehmens führen. Mit Rumänien sei bereits ein Freundschaftsverhältnis angeknüpft, und auch Polen stehe Ungarn wohlwollend gegenüber. Der Plan der tschechoslowakischen Republik, einen eisernen Ring um Ungarn zu schmieden, wäre damit durchkreuzt. Französische politische Schachzüge, Geheimdiplomatie. Auch im „demokratischen" Zeitalter ganz die Gebräuche des ancien regime. Vorarbeiten für neue elektrische Entladung. Die Verträge gelangten bislang nicht zur Veröffentlichung. Ueber ihren Inhalt und ihre Absicht sind sonach nur Vermutungen möglich. Ob sie überhaupt in ihrem ganzen Wortlaut zur öffentlichen Kenntnis gestellt werden? Minister Benesch hat dem Parlamentsextrakt, dem 24gliedrigen ständigen Ausschuß, bereits am 1. September als Beruhigungsmittel die Veröffentlichung des Vertrages mit Südslawien „für die nächsten Tage" versprochen. Am 10. Oktober war die Erfüllung dieses Versprechens noch unerledigt. Am 26. Oktober tritt das Parlament zur Herbsttagung zusammen. Wenn die Nationalitätenversammlung der tschechoslowakischen Republik nicht vollends zu einer Farce herabsinken und nicht die diplomatischen Gepflogenheiten des ancien regime in Bausch und Bogen segnen will, wird der tschechische Außenminister wohl verhalten werden, einen so wichtigen und heiklen Pakt bis in die kleinsten Einzelheiten vorzulegen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Anschauungen vieler verkehrt sind, ruhiges, klares Denken und feste Grundsätze fehlen. Die katholische Presse soll Führerin und Wegweiserin in den Fragen der Zeit sein und am Aufstieg der Geister und wahrer Volksbildung eine wichtige Mitarbeit leisten.
H. H. Bischof Leo von Eichstätt.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

In der Arbeiterbewegung aller Länder vollzieht sich gegenwärtig die große Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, europäischer und asiatischer Gesellschaftslehre. Gegen die 2. Internationale von Genf hat sich die 3. Internationale von Moskau erhoben. Von dort verkündet Lenin 21 Glaubenssätze, denen sich die Sozialisten des Westens unterwerfen müssen, um als Mitkämpfer für die kommunistische Weltrevolution anerkannt zu sein. Dabei wird kaum verschleiert, daß Weltrevolution nur ein neuer Name ist für die eigentümlich russische Gleichsetzung von Welterlösung und Welteroberung. Gerade jetzt, wo die russische Bolschewistenherrschaft in allen Fugen kracht, entfalten ihre Sendlinge eine riesige Tätigkeit im Ausland.

Bei den deutschen Sozialisten scheiden sich in diesen Tagen wohl endgültig die Geister für und gegen Moskau. In der alten Sozialdemokratischen Partei gibt es darüber keinen Kampf mehr. Während der letzten Woche hielt sie ihren Parteitag in Kassel. Er faßte einstimmig eine Entschließung, die sich zur 2. Internationale von Genf bekennt. Also Demokratie, Mitarbeit im Parlament. Es wurde offen ausgesprochen, daß mit einer rein sozialistischen Regierung noch lange nicht zu rechnen sei. In Koalitionen müsse man möglichst viel zu erreichen suchen. Trotzdem wurde der Austritt der Partei aus der Reichsregierung nach den Wahlen vom 6. Juni gebilligt. Der Parteitag hält die nach rechts erweiterte Koalition nicht mehr für vereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse. Mit einer monarchistischen Partei (Deutsche Volkspartei) will man nicht zusammenarbeiten. Die schärfere Tonart Scheidemanns hat also gesiegt. Auch in der Sozialisierung verlangte man ziemlich viel und ging weit über die Gutachten der Berichterstatter Wissell und Schmidt hinaus. Wissell mit seiner Planwirtschaft ward fast allgemein abgelehnt. Aehnlich erging es bei der Aussprache über äußere Politik Cohen (Reuß), der für eine Verständigung mit Frankreich eintrat und die englische Einstellung kritisierte. — Die Partei fühlt sich stark. Sie hatte 31. März 1920: 1 180 208 Mitglieder. Die Zahl der Zeitungen hat sich fast verdoppelt. Man hofft auf starken Zuzug aus der zerfallenden USP.

Die USP. hielt zu gleicher Zeit ihren Parteitag in Halle. Er stand im Zeichen des Kampfes um den Anschluß an Moskau. Von dort war Sinowjew als Vertreter erschienen. Er sprach ziemlich gemäßigt, ließ aber von den 21 Bedingungen nichts nach. Alle kommunistischen Bestandteile der USP., KPD. und KAPD. (Syndikalisten) müßten sich in einer Partei vereinigen. Von den deutschen Führern sprachen Crispien, Dittmann und Hilferding gegen, Däumig und Stöcker für den Anschluß an Moskau. Nach Däumig haben wir uns einzustellen auf den Bürgerkrieg mit allen Folgerungen. Er fand den Beifall der Mehrheit. Mit 209 gegen 144 Stimmen wurde eine Resolution für die Annahme der Moskauer 21 Bedingungen angenommen. Die Minderheit verließ den Parteitag unter großem Lärm und konstituierte sich in einem andern Saal als Parteitag der USP. aufs neue. Däumig und Adolf Hoffmann wurden Vorsitzende der 3. Internationale. Die Spaltung der USP. ist damit vollzogen.

Auch im Ausland haben die Sozialisten kürzlich fast überall Stellung zur 3. Internationale genommen. Die Schweizer haben sich gegen sie erklärt, ebenso der Kongreß der französischen Gewerkschaften und der Parteitag der deutschböhmischen Sozialdemokraten in Karlsbad. Unklar ist die Haltung der Italiener. Auch sie hatten Genossen zum Studium des kommunistischen Paradieses nach Rußland geschickt. Deren Reisebericht war niederschmetternd. Trotzdem erklärte sich die Parteileitung für Moskau. Demgegenüber betonte eine Versammlung in Reggio nell' Emilia unter Führung von Turati und Serrati, dem einflußreichen Leiter des „Avanti", die Selbständigkeit der italienischen Sozialdemokratie gegen Moskau und verlangte den Ausschluß der sog. Extremisten. Die Entscheidung fällt erst der Parteitag, der im Winter in Florenz zusammentritt. Bis dahin wollen die Parlamentarier in der Parteileitung den Extremisten entgegenkommen, damit diese nicht vorher die Partei spalten und einen großen Teil der Wähler mitreißen.

In England ist der Streik der Bergarbeiter mit großer Mehrheit beschlossen worden. Er begann am 16. Oktober. Andere Arbeitergruppen, besonders die Eisenbahner, sind geneigt, sich anzuschließen. Die Regierung setzt ihre Bemühungen fort, Unternehmer und Arbeiter baldigst zu versöhnen. Daß der Streik bolschewistische Formen annimmt, ist nicht zu befürchten. Er wird den Widerwillen der Engländer gegen die Diktatur einer Minderheit erheblich verstärken.

Bei den kleineren Völkern des Ostens findet dagegen nur die Losung von Moskau Anklang. Das bezeugte ein bulgarischer Kommunist auf dem USP-Tag in Halle. Sinowjew wies auf die unentbehrliche Mithilfe der Asiaten hin. In Vorderasien sucht Enver Pascha mit Lenins Auftrag die Mohammedaner für einen Heiligen Krieg zu gewinnen, und aus Indien kommen unbestimmte Nachrichten über Aufstände gegen die englische Herrschaft. Es ist möglich, daß der Bolschewismus nach dem Mißerfolg im Westen sich vorerst nach Osten zurückzieht und sein asiatisches Wesen noch entschiedener ausprägt.

In der deutschen Politik ist zunächst wieder die trostlose Geldlage des Reichs der allgemeinen Aufmerksamkeit teilhaft geworden. Im Anschluß an den in Nr. 42 erwähnten Beschluß des Reichsrats wurde ein Finanzkommissar zur Unterstützung des Reichsfinanzministers ernannt. Es ist der Präsident des Landesfinanzamts, Unterweser Dr. Carl. Leitsätze, die zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgestellt wurden, bestimmen die erweiterte Vollmacht des Reichsfinanzministers und entwickeln einen Plan der Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen. Der Aufgabenkreis des Reichs soll innerhalb der Grenzen der Verfassung so eng wie möglich gehalten, neue wie angefangene Aufgaben tunlichst auf Länder und Gemeinden abgewälzt werden. Das ist der erklärte Bankrott der überstürzten Verreichlichung, besonders im Verkehrs- und Steuerwesen. Weiter wird beschleunigter Abbau der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften verlangt. Davon war schon oft die Rede. Vom beschleunigten und rücksichtslosen Eintreiben der Steuern, zumal des Reichsnotopfers, steht leider nichts in den Leitsätzen. Aber vielleicht plant der neue Finanzdiktator hier Ueberraschungen. Die Notenpresse wird vorläufig nicht zertrümmert. Auf Befehl der Entente werden Flugzeuge und Schiffsmaschinen zerschlagen, die kostbaren Dieselmotore werden wir nur mit größter Entschlossenheit retten können. In den Großstädten Sachsens legte ein langwieriger Streik der Gemeindearbeiter Verkehr und Arbeit lahm. Er wurde am 15. Oktober beigelegt. Der Berliner Zeitungsstreik ging Mitte der Woche zu Ende. Die Verleger gaben nach.

Die Gesandtschaft des Reichs in München (vgl. Nr. 41 S. 530) soll nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten v. Kahr die Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich fördern. Als Gegenstück verwandelt Bayern seine Berliner Gesandtschaft bei Preußen in eine solche beim Reich. Der Staatshaushaltausschuß des bayer. Landtags genehmigte Mittel für eine Pressestelle beim Ministerium des Aeußern. Sie soll mit einem Zeitungsfachmann besetzt werden.

An den Grenzen des Deutschtums haben sich die Kärntner trefflich geschlagen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von 59% für Deutsch-Oesterreich. Jugoslawien suchte das Ergebnis durch einen gewaltsamen Einmarsch seiner Truppen auszuschalten. Trotzdem Frankreich diesem Schritt wohl nicht ganz fernsteht, wird die Entente den Serbenstaat zur Ordnung rufen und die Abstimmungszone an Oesterreich übergeben müssen. — Die französische Politik in Mitteleuropa soll durch eine Nachrichtenstelle in Paris gefördert werden, die Agence générale telegraphique. Frankreich, das sich so heiß bemühte, das alte Oesterreich zu zerschlagen, sucht jetzt aus den Nachfolgerstaaten einen neuen Donaubund zu bilden, der Deutschland und Italien die Wage halten soll.

Bei den Neuwahlen zur Nationalversammlung in Oesterreich erlitt nach den bisherigen Mitteilungen die Sozialdemokratie eine empfindliche Niederlage. In Wien allein bekamen die Sozialdemokraten insgesamt 434 824 Stimmen gegen 513 145 Stimmen im Vorjahre, die Christlichsozialen 281 946 Stimmen gegen 210 548 im Vorjahre, die Großdeutschen 88 076 Stimmen gegen 63 983 Stimmen im Vorjahre. Bisher gewannen die Christlichsozialen mindestens 15 Sitze, während die Sozialdemokraten etwa 6 verlieren. Auch die Großdeutschen haben Mißerfolge erzielt. Für sie ist auch Graf Czernin, der ehemalige Außenminister gewählt worden.

Polnischer Siegesrausch verleitete den General Szelegerski, mit seinen Truppen Wilna zu besetzen. Die litauische Regierung floh nach Kowno. Szelegerski handelte auf eigne Faust, möglicherweise aber im geheimen Einverständnis mit der Warschauer Regierung. Die Vertreter der Westmächte in Litauen haben gegen seinen Handstreich scharfen Einspruch erhoben, von einem Druck auf Polen ist jedoch nichts zu merken. Das sind die vorgeblichen Beschützer der kleinen Völker.

Allerseelen.

Ich schritt vorbei an Gräbern und Hütten:
In jenen schlief mancher tote Held;
In diesen begrub man die alten Sitten
Und tanzte am Abgrund einer Welt.

Dann frug ich die Toten: Ob sie wohl kehrten
Zu ihren Taten und Leiden zurück? —
O dass ihre Antwort wir alle hörten!
Sie riefen: Wir eilen zum ewigen Glück.

Und weiter frug ich: Wie habt Ihr erworben
So seliger Hoffnung sich'ren Bestand?
Da klang es: Wir glaubten und sind gestorben
Für unsere Pflicht, für das Vaterland.

Nun pries ich selig die teueren Toten
Und stärkte der eigenen Hoffnung Sinn,
Und legte Blumen, des Lebens Boten,
Und heissen Dankes Gebete hin. W. Scherer.

Der Entscheidungskampf der Freimaurerei um die französische Botschaft beim Heiligen Stuhle.

Von Friedrich Ritter von Lama, Füssen.

Das zähe Ringen des Entente-Imperialismus mit der von ihm geschaffenen, täglich sich widriger gestaltenden Wirklichkeit all des Unzuträglichen, was der Gewaltfriede geboren hat, vollzieht sich in immer rascher einander folgenden Rucken, die durch allerhand geographische Namen wie San Remo, Boulogne-sur-Mer, Hythe, Folkestone, Spa, Aix usw. gekennzeichnet sind. Ueber dem Getümmel dieses Kampfes, in dem sich die Sieger immer von neuem der üblen Folgen ihres Sieges zu erwehren suchen, ist die Aufmerksamkeit von dem Entscheidungskampfe stark abgelenkt worden, den z. B. die Freimaurerei um die Errichtung der französischen diplomatischen Vertretung beim Vatikan, bzw. ihre Verhinderung führt und von dem im allgemeinen nur Bruchstücke in Form von Zeitungsmeldungen zu unserer Kenntnis gelangt sind.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die Vorlage von der Kammer den beiden Kommissionen zur Durchberatung und Beschlußfassung überwiesen worden ist, ehe die Zustimmung erforderlich ist, ehe die Vorlage zur entscheidenden Abstimmung in der Kammer zurückkehrt, der Kommission für auswärtige Angelegenheiten und der der Finanzen. Ohne nähere Kenntnis der Verhältnisse würde man geneigt sein, einen möglichen Widerspruch weniger in der letzten als in der ersteren zu erwarten, denn die verhältnismäßig geringfügige Summe von 236'812,500 Franken spielt in einem Milliardenbudget keine so bedeutende Rolle, um ein Hindernis bilden zu können, und dennoch hat sich gerade hier, in der Finanzkommission der ganze Widerstand konzentriert. Darüber verbreitet sich in seiner Nummer vom 14 Juli, also vom französischen Nationalfeiertage das Tagesorgan des Heiligen Stuhles an leitender Stelle, indem es die Bedeutung der Vertagung der Beschlußfassung eingehend beleuchtet.

Es ist wohl durchaus verständlich, daß es gerade die Finanzkommission ist, in der das Juden- und Freimaurertum dominiert. Klotz, Jude und Freimaurer, führt den Vorsitz und neben ihm finden wir Namen von alten Parlamentariern, von erfahrenen Praktikern und jungen Strebern, zumeist Vertreter des Geldsackes von geringem Verständnis für höhere Güter, jedoch um so größerem Ehrgeize, möglichst rasch eine politische Rolle zu spielen. Führt doch bekanntlich durch diese Kommission der kürzeste Weg zu einem Portefeuille.

In der Kommission für Aeußeres war rasche Arbeit gemacht worden. Mit 25 gegen 9 Stimmen wurde in der entscheidenden Sitzung die Wiederherstellung der Botschaft beschlossen, obwohl fünf bekannte Freimaurer, getreu dem erhaltenen Befehle, alles aufgeboten hatten, die Beschlußfassung zu verschleppen; es waren die Br.·. Br.·. Raynaud, Escudier, Sembat und Margaine, während der fünfte, Vinet, wenigstens zugab, die Kammer habe ein Recht eine Entscheidung zu erwarten.

Gegenüber dem von Escudier vorgebrachten Argumente, die Wiedererrichtung gefährde die guten Beziehungen zum Quirinal bemerkt das dem Vatikan gewiß nicht günstig gesinnte „Giornale d'Italia“, es wäre das erstemal in der Geschichte seit geraumer Zeit, wenn Frankreich aus Rücksicht auf Italien auf einen politischen Schritt verzichten würde. „Ob Frankreich sich einen Botschafter zum Vatikan entsendet oder nicht, läßt uns weder kalt noch warm. Unsere Beziehungen zum Vatikan bestehen vor allem in Fragen der inneren Politik, auf welche gute oder schlechte Beziehungen anderer Regierungen zum Hl. Stuhle nicht den geringsten Einfluß besitzen. Und überdies — möge der verehrte Vertreter der französischen Freimaurerei überzeugt sein, daß die Freimaurerei in Italien auf dem Gebiete der äußeren Politik nachgerade nichts mehr zu bedeuten hat. Nämlich seit dem Volke die Augen über den eigenartigen Internationalismus aufgegangen sind, der die französischen und italienischen Sektionen der Freimaurerei beseelt, wobei diese nur geben und nichts nehmen und jene nur nehmen und nichts geben.“ Das sind bittere Worte eines der Loge stets ergebenen Blattes.

Die Taktik der Sekte in der Finanzkommission besteht darin, vorerst möglichst Zeit zu gewinnen, um diese dann dazu zu benützen, alle Einflüsse spielen zu lassen und im Senate die geringe Mehrheit der Regierung möglichst in eine Minderheit zu verwandeln. Hier waren die beiden führenden Männer die Sozialisten Herriot und Varenne. Alle so oft wiederholten und schon von ihrem Parteigenossen De Mozie wiederholten Beweisgründe würden von neuem in den Kampf geworfen und insbesondere die Stellung des Hl. Stuhles während des Weltkrieges zum Gegenstande der schärfsten Kritik gemacht. Und auf Antrag des Abg. Caray de Lamazière lehnte die Kommission mit 20 gegen 17 Stimmen die sofortige Genehmigung der Kredite ab. Triumphierend verkündeten die Logenblätter diesen Erfolg, so daß es scheinen mochte, als sei das Projekt bereits überhaupt gefallen. Der Berichterstatter Noblemaire legte sein Amt nieder, ließ sich aber schließlich, da seine Demission einstimmig abgelehnt wurde, bestimmen, es zu behalten. Im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentsferien schien die Weiterberatung auf November verschoben, eine lange Zeit, in der noch allerhand dem Projekte Abträgliches geschehen oder — angezettelt werden konnte.

Am 22. Juli nahm sich Millerand, von Spa zurückgekehrt, der Sache an, indem er selbst in der Finanzkommission erschien und Noblemaire einlud, seinen Bericht während der Ferien vorzulegen, so daß die Beschlußfassung während der außerordentlichen Parlamentssession im Oktober erfolgen könne. Unter dem Eindrucke der Bemühungen des Ministerpräsidenten beschloß die Kommission nunmehr, in der nächsten Sitzung in die Besprechung der Artikel einzutreten, die Kredite im Prinzipe zu genehmigen und den Vorschlag Klotz, sich an Stelle eines Botschafters mit einem Geschäftsträger zu begnügen, abzulehnen. Herriot stürzte sich hauptsächlich auf zwei Punkte, von denen das Logenblatt „Secolo“ bereits zu melden weiß, daß es wahrscheinlich jene sein werden, deren sich die Opposition in ihrem künftigen Kampfe bedienen werde: die italienische Regierung sei um ihr Gutachten nicht befragt worden, wie aus einem Briefe des Botschafters Barrère hervorgehe, und Noblemaire sei intim mit Msgr. Montagnini befreundet gewesen, dem seinerzeit ausgewiesenen vatikanischen Geschäftsträger.

Obschon nun die Opposition ihren Willen nicht ganz durchzusetzen vermocht hat, muß dennoch zugegeben werden, daß es ihr gelungen ist, eine Verschleppung herbeizuführen. Inzwischen ist das gehaßte Deutschland im Vatikan mit einem Botschafter erschienen, hinter dem natürlich der derzeitige halbamtliche Geschäftsträger oder diplomatische Agent Mr. Doulcet im Range zurückzustehen hat, ein für Franzosen unerträglicher Gedanke.

Die Tatsache, daß sich in der ganzen Angelegenheit neben den französischen auch ausländische Freimaurereinflüsse fühlbar zu machen begonnen haben, wird übrigens bei dieser Gelegenheit vom „Osservatore Romano“ ausdrücklich bestätigt.

In der Kammer selbst dürfte jedoch mit Ueberraschungen nicht zu rechnen sein, da der demokratisch-republikanische Verband, der die gewaltige Mehrheit der Abgeordneten umfaßt, entschieden hinter der Vorlage steht. Auch hat sich ihm gegenüber die Regierung verpflichtet, diese an die erste Stelle der Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und zum Gegenstand der Vertrauensfrage zu machen.

Die ganzen Vorgänge beweisen jedenfalls das eine, daß es heute in Frankreich nur mehr die Freimaurerei ist, die sich der Wiederanknüpfung der amtlichen Beziehungen widersetzt, daß also sachliche Gesichtspunkte in dieser Frage überhaupt nicht mehr im Wege stehen.

Die letzte Phase der Wahlkampagne in den Vereinigten Staaten.

Das Völkerbundsproblem.

Von Dr. jur. Gallus Thomann, Neuyork, z. Zt. München.

Die Kandidaten sind bestimmt, die Parteiprogramme dem Volke ausgelegt und schon — durchbrochen! — Das Heer der kleinen und großen Redner überschwemmt das Land, an der Spitze die Kandidaten selbst: J. M. Cox, Gouverneur des Staates Ohio, und Frank D. Roosevelt[1]), Unterstaatssekretär der Marine, die demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft und die Vizepräsidentschaft; W. G. Harding, Senator für Ohio, und Calvin Coolidge, Gouverneur von Massachussets, die republikanischen Kandidaten für beide Aemter. Dazu die Mitglieder und die Mitglieder in spe beider Häuser des neu zu wählenden, des 67. Kongresses[2]) innerhalb und außerhalb ihrer Wahlbezirke; und endlich das Groß der Parteiorgane, der Aemterjäger und der politischen Sportfreunde. — Alles ist unterwegs „auf der Seifenkiste“[3]). Die leidenschaftliche Redeflut hat nicht etwa abgenommen und der Aufklärung der Wähler durch den Druck Raum gegeben, wie Senator Nathan B. Scott, Bundessenator für West-Virginien, im Jahre 1904 zu prophezeien unternahm, wo sich solch ein Abflauen allerdings bemerkbar machte. Im Gegenteil, das hinreißende Wort, die tobende politische Versammlung liegen dem Naturell des Bürgers der großen Union viel zu gut, als daß er darauf verzichten oder die Drahtzieher dieses stärkste Mittel, auf das Volk einzuwirken, aus der Hand geben würden. — Cox hat sich voll und ganz in den Wahlkampf gestürzt, Harding seinem Charakter entsprechend und in bewußtem Gegensatz zu jenem und der Wilsonschen Selbstherrlichkeit hält sich im Rahmen seiner Partei zurück.

Wir stehen in den ein politisches Jahr beschließenden, letzten großen Anstrengungen aller Parteien für den wichtigsten Tag: Der erste Dienstag nach dem ersten Montag im November! Er entscheidet alles. Denn wie die an diesem Tage gewählten Wahlmänner ihrerseits wieder am zweiten Montag im Januar 1921 stimmen werden, ist verpflichtende Vorbedingung der Wahl; es kommt nie vor, daß ein Wahlmann dieser Verpflichtung entgegen handelt. Die Zählung der abgegebenen Wahlmännerstimmen im Kongreß am zweiten Mittwoch im Februar 1921 ist regelmäßig Formsache. Nur in den zwei Fällen, (die in diesem Jahr nicht zu erwarten sind, wohl aber in politisch besonders leidenschaftlichen Zeiten nicht selten vorkommen)[4]), daß Zweifel über die Gültigkeit einzelner Wahlmännerstimmen oder daß gar verschiedene Wahlmännerkollegien derselben Partei im selben Staate bestehen, tritt der Kongreß in eine tatsächliche Wahl ein. Der Fall endlich, daß kein Kandidat eine absolute Majorität gewinnt, worauf dann der Kongreß den Präsidenten bestimmt, liegt bei der bisherigen straffen Zusammenfassung in zwei Parteien ziemlich fern.

Die Wahrscheinlichkeitsrechnung treibt in diesen Wochen kräftige Blüten. Aber keine Fata Morgana der Selbsttäuschung hilft dieses Jahr über die unumstößliche Tatsache hinweg, daß der Sieg, wenn kein Wunder geschieht, bei Harding und den Republikanern liegt.

Die vorsichtig formulierten und modifizierten Programmäußerungen beider Parteien zum Völkerbund sind gleich in der ersten Hitze des Wahlkampfes über Bord geworfen worden; diese Frage ist von beiden Seiten unter Beiseitesetzung aller wirtschaftlichen Probleme der inneren Politik, von der Verstaatlichung der Transportmittel bis zu der Wohnungsnot und der Preisbildung für Lebensnotwendigkeiten[5]), zum Mittelpunkt des ganzen Wahlganges gemacht worden. Daß dies eine künstliche Mache ist, geht schon daraus hervor, daß von allen kompetenten Seiten trotz der geräuschvollen Aufmachung eine gewisse Gleichgültigkeit der Wählermassen festgestellt wird. Keine große, wahrhaft beherrschende Frage steht am politischen Himmel der alten Parteien, die die Nation in ihren Tiefen bewegte, wie etwa die Währungsfrage 1896 (W. J. Bryans politischer Höhepunkt), die Sklavenfrage und Sezession 1861, Freihandel und Schutzzoll zu den verschiedensten Zeiten.

Die dritte Partei, die sich im Juli zu Chicago als Farmer-Labor-Party (Landarbeiter, Bauer und Farmer) konstituiert hat und die vorhandenen oben angedeuteten Probleme in konstruktiver Politik zu lösen versucht, die Sozialisten, die ihre starken Remeduren bei der Hand zu haben glauben, sind aber doch bereits in solchem Maße die kommenden Mächte, daß die alten Parteien Koalitionen gegen die eine oder andere zu schließen genötigt sind. Woraus wiederum der Mangel eines wirklichen politischen Gegensatzes zwischen ihnen ersichtlich wird, der sich praktisch dann in dem künstlichen Versuche, den Völkerbund zum Angelpunkt zu machen, kundgibt. — In den offiziellen Parteiprogrammen war der Weg des Kompromisses offen gelassen, insofern die Demokraten wie die Republikaner das Prinzip des Völkerbundes gelten ließen, die ersteren jedoch für die Annahme des Versailler Vertrages ohne wesentliche Aenderungen, die letzteren für „einen“ Völkerbund, jedoch unter voller Wahrung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der politischen Tradition der Vereinigten Staaten eintraten.

Cox hat alsbald unter dem persönlichen Einflusse Wilsons auch die unwesentlichste Aenderung an dem Wilsonschen Dokument abgelehnt und sich ganz auf den Standpunkt des letzteren: „Diesen Völkerbund oder keinen“, gestellt.

W. G. Harding, zurückhaltend, aber klug, stellt sich zunächst völlig auf den Wortlaut seines Programms, d. h. wohl ein Völkerbund, jedoch im Sinne amerikanischer Verfassung und Politik, und vor allem Friede mit Deutschland so bald als möglich. Die Friedensfrage mit Mitteleuropa und der Völkerbundsgedanke werden hier richtiger und verständigerweise ganz getrennt behandelt.

Während die mit der Präsidentenwahl zeitlich zusammenfallende Wahl des neuen, des 67. Kongresses[6]), in einzelnen Bezirken des Nordwestens (North und South Dakota, Montana) gegen die Farmer-Labor-Party, im Osten, besonders in New-Jersey, Neuyork und Pennsylvanien, gegen die Sozialisten es selbst einer Koalition der alten Parteien nicht leicht machen wird obzusiegen, wird in dem großen Einsatz um die Präsidentschaft diese gesamte Stimmenzahl sich auf Harding vereinigen. Weder P. P. Christensen, der Kandidat der Bauern- und Arbeiterpartei, noch der Sozialist Eugen V. Debs werden mehr als Oppositionsstimmen auf sich vereinigen. Denn zu nahe liegt das Beispiel des Jahres 1912, und niemand, außer dem immerhin noch starken Cox-Wilson-Flügel der Demokraten, will die Demokraten wieder auf 4 Jahre in der Regierung haben, besonders nachdem der Kongreß schon seit 1918 republikanisch ist und es mit den Farmer-Labor-Leuten und Sozialisten (bisher Einer) noch mehr werden wird. Kongreß und Verwaltung müssen gedeihlicherweise einer Partei angehören.

Hardings Regierung wird entweder auf dem Wege der Resolution oder dem des Separatfriedens höchstwahrscheinlich die normalen Beziehungen mit Mitteleuropa wiederherstellen. Für den ersten Weg liegen bereits die von Wilson mit dem Veto belegten verschiedenen Resolutionen des Kongresses im Laufe des Frühjahres und Sommers vor. Der zweite Weg aber ist der wahrscheinlichere, weil Harding sich bereits auf wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau Zentraleuropas festgelegt hat. Eine solche läßt sich konkret am besten in einem Friedensdokument fassen. Daß hierbei die Vereinigten Staaten sich vom wirtschaftlichen Eigeninteresse allein leiten lassen, ist selbstverständlich. Es wird an uns liegen, hier die beiderseits günstigen Grenzen zu finden und zu ziehen. Denn Geschäft ist Geschäft, und so lange der Gegenseite ein nur erträglicher Vorteil bleibt, werden Zugeständnisse lieber gemacht, als das Ganze ins Wasser fallen zu lassen. Wie immer die Form sein mag, für den Geist solcher Wiederaufnahme ist eine von vielen möglichen Formen zurzeit schon, und zwar mit Erfolg im Begriffe, praktisch erprobt zu werden in dem Schiffahrtsabkommen der Hapag mit der Amerik. Ship & Commerce Corp.

[1]) Frank Delano Roosevelt ist der Vetter des verstorbenen republikanischen Präsidenten Theodor Roosevelt.

[2]) Der 67. Kongreß vom 4. März 1921—23.

[3]) „On the soapbox“, ein für die improvisierte Tribüne des städtischen Agitations- und Wahlredners und damit für seine Tätigkeit ebenso bezeichnender Ausdruck politischen Jargons wie „on the stump“ für noch primitivere (urspr. westliche) Verhältnisse.

[4]) Vgl. besonders den großen Hayes-Tilden-Konflikt 1876.

[5]) Die allmählich auf Deutschland übergreifende Abkürzungswut nennt diesen Tatbestand nur mehr H. C. of L. (High Cost of Living).

[6]) Der Senat wird immer jedes zweite Jahr nur um 1/3 ergänzt.

Ohne gute Presse und gute Volksbüchereien kommt die Seelsorge heute nicht mehr durch und namentlich in den Grossstädten wird ohne die Mitarbeit dieser Apostel das Angesicht der Erde nicht erneuert. Mit tausend Goliathzungen lästert die schlechte Presse über alles, was uns heilig ist, mit tausend Davidzungen muss darum die gute Presse unser Heiligtum verteidigen. H. H. Erzbischof Michael v. Faulhaber, München.

„Deutsche Jugendkraft".

Von Kaplan Kalthoff, Dortmund.

Was wir viele Jahre sehnlich erwartet: die Zusammenfassung aller Bestrebungen auf dem Gebiete der Leibesübungen in katholischen Vereinen, ist Tatsache geworden. Die Würzburger Tagung brachte unlängst die Gründung des Reichsverbandes „Deutsche Jugendkraft, Verband für Leibesübungen in katholischen Vereinen". Seit vielen Jahren haben katholische Jugend-, Gesellen-, kaufmännische und andere Vereine sich auf dem Gebiete der Leibesübungen betätigt, seit mehr als einem Jahrzehnt waren diese betr. Abteilungen zu kleineren und größeren Gruppen zusammengeschlossen. So hatte z. B. die „Kolpingsturnerschaft" der Gesellenvereine schon eine hübsche Organisation, die Jugendvereine hatten sich zu Bezirksverbänden zusammengeschlossen, welche durch Einrichtung von regelmäßigen Vorturnerstunden und Festlegung von Spielen sich unterstützten. Es war auch bereits 1919 der Anfang zur Bildung eines größeren Verbandes in Westfalen-Rheinland gemacht worden. Dank der Mitarbeit aller katholischen Verbände ist nunmehr etwas Ganzes ins Leben gerufen, das eigentlich vor Jahrzehnten schon hätte geschaffen werden müssen, ein Reichsverband. Die Gliederung ist in der Weise durchgeführt, daß etwa 15 Abteilungen, die leicht einander erreichen können, einen Bezirk, mehrere Bezirke einen Gau, 2—4 Gaue einen Kreis bilden, die dann zusammengefaßt werden zum Reichsverband. Die „Deutsche Jugendkraft" betreibt alle Zweige der Leibesübungen im Gegensatz zu den andern großen Verbänden, die aber längst eingesehen haben, daß auch sie Turnen **und** Sport usw. betreiben müssen. Turnen, volkstümliche Uebungen und Turnspiele sind den Bezirken und Gauen unterstellt, wogegen das Wandern in der Hauptsache und die Spielorganisation (durch Vermittlung von sog. Spielriegen, die je nach der Verkehrslage mehrere Bezirke umfassen können), dem Kreise unterstellt sind. Die „Deutsche Jugendkraft" ist ein katholischer Verband; daher ist den Geistlichen in der Leitung der gebührende Platz eingeräumt in der Weise, daß den Präsides der angeschlossenen Abteilungen im Bezirk es obliegt, einen aus ihren Reihen zum Bezirksvorsitzenden zu wählen. Neben dem Vorsitzenden steht der Fachmann, Leiter benannt. Sache des Vorsitzenden ist es, den Bezirk zu vertreten, die Verbindung mit den Präsides zu erhalten, für gewöhnlich auch die Bezirkskassengeschäfte zu führen usw.; Aufgabe des Leiters ist, in allem, was die Technik angeht, seinen Mann zu stellen. Ihm sind unterstellt Turnwart, Spielwart, Wanderwart. Diese Gliederung ist durchgeführt im Bezirk, im Gau, im Kreis, im Verband. Jahrelanges Ausprobieren in Westfalen und Rheinland, wie auch in Baden hat die Brauchbarkeit dieses Systems dargetan. Der Vorwurf, daß der Geistliche in die Sachen sich einmische, von denen er nichts verstehe, ist daher gegenstandslos, die Bemerkung, daß die Präsides in der Vereinssache ausgeschaltet, ist auf der andern Seite ebenso hinfällig. Um dem Ganzen ein echt demokratisches Gepräge zu geben, tritt neben den Vorstand in Bezirk, Gau, Kreis, Verband ein Ausschuß sowie ein Vertretertag, der von allen Abteilungen jeweils beschickt wird. Auf der grundlegenden Versammlung waren die Vertreter der einzelnen Verbände einstimmig der Ansicht, daß eine neue selbständige Verbandsgründung nicht erwünscht sei, sondern daß es das Gegebene wäre, das Ganze an den größten der angeschlossenen Verbände, das ist der Verband der katholischen Jünglings- und Jungmännervereine (Sitz Düsseldorf), organisatorisch anzulehnen. So ist denn der große Bau unter Dach gebracht; nun gilt es, auf der ganzen Linie zu arbeiten, daß er weiter ausgebaut wird. Bei der Gründung waren alle Verbände zugegen, alle Gegenden Deutschlands vertreten, eine weihevolle Stunde war's am 16. September abends gegen 8 Uhr, als Herr Generalpräses Mosterts, der erste Vorsitzende des Reichsverbandes „Deutsche Jugendkraft", die Gründung als vollzogen erklärte. Spontaner Jubel brach aus aller Herzen. Möge diese jugendfrische Begeisterung anhalten und der guten Sache weiter helfen. Wir werden Schwierigkeiten haben. Besonders wird man uns entgegenhalten, warum wir denn wieder auch auf diesem Gebiete konfessionell gesondert marschieren. Nur eine oberflächliche Beurteilung der Dinge kann diesen Vorwurf aufbringen. Um was handelt es sich denn? Unsere großen Verbände: Jugend und Jungmänner, Gesellen, Arbeiter, Kaufleute, Gymnasiasten, sie haben ein hohes religiös-sittliches Ziel neben all den andern Aufgaben, ein sittlich-erziehliches im Lichte katholischer Weltanschauung. Die Jugend braucht die reiferen, die Gesellen, zur Erziehung, alle aber werden lernen von den noch älteren und sich bilden und erziehen lassen von den Männern aus den anderen katholischen Verbänden, die gestählt im Lebens- und Wirtschaftskampfe nun auf dem schönen Gebiete der Leibesübungen herabsteigen zur Jugend und diese zu sich heraufziehen in turnerischer, sportlerischer Hinsicht, aber nicht zuletzt auch als katholische **Männer**. Das ist der Zweck der „Deutschen Jugendkraft", daß sie ganze deutsche Männer schafft. Ein namhafter Herr, der in der deutschen Turnerschaft bekannt ist, machte dem Schreiber dieser Zeilen die Bemerkung: „Ich kann es eigentlich nicht billigen, daß Sie diese Sache ins konfessionelle Fahrwasser bringen, so sehr ich Ihre Jugendarbeit schätze". „Erlauben Sie," war meine Antwort „geben Sie zu, daß wir für eine allumfassende Jugendarbeit das Gebiet der Leibesübungen zur Bearbeitung brauchen?" — „Allerdings". — „Können wir da etwas Vollwertiges leisten ohne einen technisch gut arbeitenden Verband?" war meine weitere Frage. „Das geht allerdings auch nicht". „Nun," so bedeutete ich ihm „dann haben Sie Ihren Einwand selbst entkräftet". — Es wird auch schwerlich dagegen sonst etwas zu sagen sein. Hoffen wir, daß das nötige Interesse in allen deutschen Landen der „Deutschen Jugendkraft" zuteil wird, dann schaffen wir etwas Großes zum Segen von Vaterland und Kirche.

Gebhard Fugel.

Ein Gedenkblatt zum 23. Oktober von Pfarrer J. Weiger, Mooshausen.[1]

Man kann sich keinen größeren Gegensatz denken als die neue Sezession und Fugel. Dort alles geschwängert vom triebhaften, noch ungeläuterten Lebensgefühl des Expressionismus, hier ängstliches Vermeiden jeder einseitigen und zudringlich wirkenden Betonung von Wertmomenten und Formqualitäten; dort alles in auffallender Ausschließlichkeit der Landschaft zugewandt, hier das Landschaftliche nur Mittel zum Zweck und ganz in den Dienst der Komposition gestellt; dort willensbestimmter, formenbrechender, naturgebundener Mystizismus, hier ungebrochenes katholisches Lebensgefühl, Vorherrschaft des Geistigen, Bedürfnis nach klarer Gestaltung einer klar umschriebenen religiösen Gedankenwelt; dort rücksichtslose Betonung des Wesentlichen oft bis zur völligen Zerstörung des inneren Verhältnisses von „Form und Formen", hier die ganze Arbeit des künstlerischen Verstandes darauf gerichtet, dieses Verhältnis über die bloße Naturkopie hinaus zu steigern ohne Einbuße am Natürlichen zu erleiden; mit den Kubisten freilich und Dadaisten verbindet Fugel gar nichts mehr, nicht einmal der Gegensatz.

So findet den Altmeister christlicher Kunst das vierte Jahrzehnt seiner Dienstpflicht am katholischen Volk in ziemlicher Vereinsamung. Die Welt ist seit den achtziger und neunziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts unverkennbar eine andere geworden und was im Drang der großen Dinge, die unter uns geschehen sind, noch sein und werden wird, das ist nicht abzusehen. Aber die Lebensarbeit Fugels wird dauernd wertvoll bleiben. Der häufige Wechsel des Geschmacks ist eine notwendige Folge der einseitig formalen Einstellung der heutigen Kunst. Wo ein tiefer Inhalt die Seele füllt, geht die Entwicklung und der Wechsel der Formen ungleich langsamer vor sich; und hier ist der Ort, einiges über die Stellung Gebhard Fugels im Kunstleben der Gegenwart zu sprechen.

Gebhard Fugel ist von katholischen Eltern geboren und in einer nur katholischen Luft aufgewachsen. Er trägt Bauernblut in seinen Adern, was beinahe gleichbedeutend ist mit Respekt vor der Vergangenheit und werterhaltendem Instinkt; Fugel ist kein Freund ständig wechselnder Methoden und Geschmacksrichtungen. Seine aristokratische Natur — auch sie ist in der Wurzel bäuerliches Erbe — läßt ihn kein inneres Verhältnis zum draufgängerischen, überlieferungsfeindlichen, ehrfurchtslosen Wesen der neuesten Zeit gewinnen. Fugel mußte sich im Erstarken dieser Tage einsam vorkommen, umsomehr, da auch seine Kunst Bekenntnischarakter trägt. Die neue

[1] Kunstmaler Professor Gebhard Fugel, geb. 14. August 1863 in Oberblöcken, OA. Ravensburg, feiert mit seiner Gemahlin Maria geb. Rumpf am 23. Oktober in Solln bei München die silberne Hochzeit. Der Künstler hat erst in diesen Tagen wieder mit den Kreuzwegbildern für die Stadtpfarrkirche in Ravensburg ein monumentales Kunstwerk von ergreifender Schönheit vollendet, das seine berühmten Kreuzwegstationen und Altarbilder in der Josefskirche in München noch übertragen dürfte.

Kunst hat, von wenigen, inhaltlich starken Ausnahmen abgesehen, keine große Teilnahme für die religiöse Kunst im allgemeinen, die katholische im besonderen. Es liegt nicht bloß daran, daß der Künstler, der für das katholische Volk arbeitet, bei der von ihm geforderten Rücksichtnahme auf die soziale Umwelt seines Tätigkeitsbereiches sich mancherlei Beschränkung gefallen lassen muß, die ihn an der vollen Auswirkung seiner künstlerischen Kraft und Eigenart behindern und von denen der Mann frei werbender künstlerischer Tätigkeit keine Ahnung hat. Der Offenbarungsinhalt des katholischen Glaubens ist dem Großteil der Menschen von heute fremd, um nicht zu sagen unzugänglich. Darum begibt sich jeder in die Gefahr der Selbstisolierung, der sich ausschließlich ihrem Stoffkreis zuwendet. Nun hat sich Fugel nie zu den Männern expressionistischer Observanz gerechnet, und auch das hat seine psychologischen Gründe. Die breite, tragende Schicht des katholischen Volkes ist schwer zur Preisgabe liebgewordener Formen zu bewegen; das katholische Volk ist stolz auf seinen konservativen Sinn, stolz bis zur hochmütigen und kurzsichtigen Ablehnung auch des Wertvollen, was jede Zeit und Kultur in ihrem Schoße trägt. Der Künstler, der aus dem katholischen Volk stammt und für die Masse des bekenntnistüchtigen katholischen Volkes arbeitet, darf sich nicht bloß der Vorzüge freuen, die ihm eine große Tradition in Geist und Hände legt. Er muß sich auf den Kampf mit der menschlichen Schwerfälligkeit gefaßt machen, die bisweilen an Trägheit grenzt. Und wenn es wahr ist, daß ein tiefer, seelenerfüllender Inhalt den menschlichen Geist weniger tüchtig zur wechselreichen Annahme und Abstoßung künstlerischer Formen macht, dann ist nicht weniger wahr, daß eben der große Inhalt seines Lebens dem katholischen Volk zur Gefahr werden kann, wenn es sich nicht daran erinnert, daß der große Inhalt erworben werden muß, und daß es seine führenden Männer, dazu gehören auch die Künstler, nicht hindern darf, den großen Inhalt seines Glaubens in *würdigen, der Zeit entsprechenden Formen* auszudrücken. Widrigenfalls hat es sich selbst die Schuld zu geben, wenn seiner Weltanschauung jede menschlich werbende Kraft verloren geht.

Als Fugel — ich glaube es war Ende der achtziger Jahre — seinen kreuztragenden Christus malte, waren wenige, die sich an dem kräftigen Wirklichkeitssinn des jungen Künstlers nicht stießen. So groß war die durch das schwächliche Nachnazarenertum erzogene Abneigung gegen den Wirklichkeitssinn Fugels. Ueberdenkt man die Entwicklung, welche das Lebensgefühl seitdem genommen hat, wird es selbst dem Theoretiker und Psychologen schwer, das Urteil von damals zu begreifen. Der starke Realismus Fugels — er ist übrigens nur ein Realismus der Form — entspringt dem Volkstum seiner Heimat. Der Schwabe neigt gerade nicht zur Anbetung der Form; sein tiefes, zur religiösen Spekulation neigendes Gemüt genügt sich am Inhalt. Das religiöse Gemüt ist in Fugel so stark, daß es ihn stets nur ausnahmsweise und vorübergehend auf profanem Gebiet gelitten hat, obwohl Fugel im *Genre* und als *Landschafter* Vorzügliches hätte leisten und sich eine glänzende soziale Stellung hätte schaffen können. Die Versuchung lag nahe, aber Fugel hat tapferen Widerstand geleistet. Wohin kämen wir auch, wenn alle begabten katholischen Künstler vor den praktischen Schwierigkeiten zurückweichen würden, mit denen der Vertreter der religiösen Volkskunst zu kämpfen hat? Der Zustand hätte Aehnlichkeit mit dem einer geistigen Hungerblockade. Das sittliche Verantwortungsgefühl hat Fugel bei seiner Arbeit festgehalten und ihn immer wieder an die Lösung praktischer künstlerisch-sozialer Aufgaben herangetrieben, ihn durch Jahrzehnte festgehalten, bis er heute, auf den Höhen des Lebens und der Meisterschaft, auf eine reiche und gesegnete Ernte zurückblicken kann.

Wenigemal hat das Schicksal Fugel gegönnt, die Wege des freien Mannes zu wandeln, so als er den Kreis der *Bibelbilder* zu schaffen begann. Ohne Auftrag und Stoffbegrenzung, ganz aus sich selbst und zunächst ohne bestimmte Absichten über die Zahl der künftigen Bilder hat Fugel vor rund einem Jahrzehnt sich dem biblischen Schulbild zugewandt. Aus kleinen Anfängen ist ein großes Werk erwachsen, das an Umfang nur noch einen Vergleich im Ablauf eines Jahrhunderts aufzuweisen hat. Die Liebe des Künstlers zur Bibel, seine Ehrfurcht vor der Persönlichkeit des Kindes hat sich im Schulbild ein Denkmal gesetzt, auf dem die Blicke des Meisters am heutigen Tag mit besonderer Genugtuung ruhen dürfen. Die Bilder haben ihrem Zweck entsprechend wesentlich lehrhafte Züge und viele Bilder sind unter dem Gesichtspunkt der Verwendbarkeit für den religiösen Anschauungsunterricht bedachtsam ausgewählt. Aber überall, wo es ihm gestattet war, hat der Künstler den Künstler sprechen lassen und das religiöse Schulbild mit Eigenschaften ausgestattet, die es weit über seinen unmittelbaren Gebrauchswert hinausrücken und ihm den Platz an der Seite von Kunstwerken anweisen.

Was den stillen, abseits der Heerstraße wandernden Mann besonders für das religiöse Schulbild befähigte, war neben seiner *ganz hervorragenden Kompositionsgabe*, die seinem Volksstamm eigentümliche Vorliebe für Geschichte und Geschichtliches, eine Vorliebe freilich, durch welche die Kluft zwischen der Welt von gestern und heute eher vergrößert als verringert wurde. Denn zum Wesensmerkmal des neuen Menschen gehört ein gut Teil Verachtung der Geschichte, auch ein starker Wille, sich von allen Hemmungen steingewordener Geschichte in den Formen des schlechthin Herkömmlichen endgültig und von der Wurzel her loszulösen. Man kann nicht sagen, daß die Loslösung vom Geschichtlichen *nur* Unheil angerichtet hätte und ein *unbedingter* Mißbrauch gewesen sei. Sie war ein Mißbrauch, aber kein unbedingter; sie war auf ihre psychologischen Voraussetzungen hin besehen *Reaktion*, und so einseitig und mißverständlich, daß sie als solche festgehalten wurde und nicht nach den ersten kräftigen Aushieben zur Selbstbescheidung und damit zur künstlerischen Synthese kam, beweist, daß Gefühle und Wallungen mehr als Ideen und Ueberlegung den Gang der letzten künstlerischen Entwicklung bestimmt haben. Fugel ist von der starken Woge geschichtsfeindlicher Instinkte, die der Expressionismus vor sich hertrieb, nicht berührt worden. Durch Arbeit und Absicht allzusehr mit dem Bildungsgut der Vergangenheit beschäftigt, hielt ihn die dem katholischen Volksteil angeborene Zurückhaltung gegen alles Neuauftauchende, noch Unfertige, noch Stillose, noch Fragwürdige zurück, sichere und von verblühten Geschlechtern gesegnete Errungenschaften den problematischen Wertungen einer wenn auch starken, so doch in sich unklaren und im Ziel schwankenden Bewegung preiszugeben. Nicht als ob Fugel das wertvolle Strandgut einfachhin verachtet hätte, das die heftige geistige Bewegung der letzten Dezennien ausgeworfen hat. Der Hilferuf der zehn Aussätzigen an Christus, eines der neueren Bibelbilder Fugels, darf als Musterbeispiel eines vornehmen Impressionismus gelten und wäre als sprechendes Exempel unserer heutigen katholischen religiösen Volkskunst des Ehrenplatzes in einer öffentlichen Galerie wohl wert.

Nur zum Expressionismus aller Schattierungen konnte Fugel kein inneres Verhältnis finden. Das geschah um der angriffslustigen Tendenzen willen, mit denen die neue Bewegung auftrat, geschah, und hier berühren wir ein bedeutsames Moment in der Psychologie Fugels, um der *grundsätzlichen* Bedeutung willen, mit der die neue Kunstrichtung sich gab und ihre Leistungen vielfach in den Dienst einer nicht christlich orientierten Weltanschauung stellte. Den unfaßbaren Mystizismus der neuen Kunst, der im Kubismus zur Zahlenmythik wird und im Dadaismus die Stufe äußerster Reaktion gegen alle Form und Kultur angenommen und sich der Gefahr eines infantilen Kretinismus ausgesetzt hat, hat Fugel nicht mitgemacht. Wie das philosophische Denken vom Gegenstand her bestimmt wird, so die künstlerische Gestaltung. Der klar gegebene Glaubensinhalt, Wert und Würde der Person Jesu Christi, die Geschichtlichkeit seines Wesens und Wirkens, Tradition und volksmäßige Anschauung, örtliche Forderungen und Begrenzungen, dies alles und mehr hat auf den künstlerischen *Stil* Fugels eingewirkt und ihm das Gepräge verliehen. Fugel schreibt den Stil des ehrlichen *Erzählers*, er spricht die *Sprache des Volkes*, er zeichnet den *Christus der Synoptiker*. Wenn heute der vielfach schwankende Geschmack einer beinahe ausschließlich formalen Einstellung auf die Kunst das *unzweifelhaft große, bedeutsame Lebenswerk des Altmeisters christlicher Kunst* noch nicht voll zu würdigen imstande ist, so wird eine spätere Zeit, die den Kinderkrankheiten eines sich von Grund auf ändernden Zeitalters entronnen ist, über Fugel und sein Werk anders urteilen. Sie wird besonders *den aus dem Kreis der zeitgenössischen Künstler hochaufragenden Komponisten* nicht vergessen, der in schier unerschöpflicher Phantasie die altvertrauten heiligen Themate stets neu gestaltet und den stummen ehrwürdigen Blättern des heiligen Buches Bild um Bild entlockt. Vor soviel aufbauender Arbeit und soviel Reichtum muß kleinliche Kritik verstummen. Das katholische Volk Schwabens hat denn auch Fugel viel Verehrung und Liebe entgegengetragen; und das ist großer Lohn. Denn so hoch auch die Wertsetzungen der richtenden Vernunft stehen mögen, *die feinste Huldigung bleibt doch stets die Huldigung des Herzens.*

Ernst M. Roloffs „In zwei Welten".[1])

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

Hier lohnt es, das selbstbiographische Werk eines ungemein tüchtigen Charakters und weithin anerkannten führenden Berufsträgers etwas näher zu beleuchten. Eines Mannes, der Bedeutendes zu sagen hat, weil in sein Leben viel Wichtiges an Menschen, Menschentum und Begebnis getreten ist, das er mit tiefgründigem Unterscheidungssinn aufzufassen, auszuwerten und nun mit den rechten, spannend fesselnden Ausdrucksmitteln darzustellen verstand. Selten las ich ein derartiges Buch, das mich so unbedingt an der Hand des Verfassers mitnahm, das mich in allen Einzelheiten und zumal in seiner Gesamtheit so tief in die Seele hinein befriedigte wie dieses. Ein reiner, starker Ton, der hier durchaus die Musik macht, durchschwingt den Vortrag, der große, tapfere Klarheit der Logik, des Urteils überhaupt, edle Mannhaftigkeit, warme Liebe zu Heimat, Vaterland und Volk, echte, weil tief- und weitblickende Duldsamkeit, feste Geschlossenheit und einen immer bereiten Heroismus der Ueberzeugung bekundet: Eigenschaften, die sowohl vererbt als errungen wurden.

Das erste Kapitel: „Kinder- und Schülerjahre", erzählt von der skandinavischen Abstammung und sächsischen Heimat (Provinz Sachsen) des 1867 geborenen Verfassers. Dessen bekanntester Ahne, Propst an der Berliner Marienkirche, war jener kernhafte Seelsorger, den sich König Friedrich Wilhelm I. als Vorbereiter auf den Tod bestellte. Rege und tief war auch das religiöse Leben in den Familien seiner Nachkommen, vor allem in der elterlichen unseres Autors. Dieser selbst, früh auf Gottinnigkeit, Wissenschaft und Kunst (Musik!) eingestellt, entschied sich für das theologische Studium. Das zweite Kapitel: „Studienzeit", führt in hochinteressanter Weise zunächst nach Leipzig mit den einflußreichen Theologen und Pädagogen Luthardt und Delitzsch, Baur und Strümpell, dann nach Berlin mit den von Kampf und Leben pulsierenden Reichstagssitzungen (Bismarck, Windthorst, Bebel, Richter usw.!), den herrlichen Philharmoniekonzerten unter Hans v. Bülows Leitung und, was die Hauptsache war, mit seinem gerade damals weithin greifenden Universitätsleben. Aus dem Kranze leuchtender Berühmtheiten gewann für Roloff eine Vierheit einschneidende Bedeutung: Treitschke, Curtius, Paulsen, Harnack. Diesem war es vorbehalten, dem gewissenhaft Strebenden, den er zeitweise „auf die höchste Höhe innerer Befriedigung" führen konnte, die Unterlage seines Glaubens: seine dogmatischen Ueberzeugungen, zu zerstören. Hinzu kam anderes Schweres: Bismarcks jähe Entlassung, die damit verbundene „schlaffe Haltung der meisten Deutschen und die ausgesprochene Knechtsseligkeit, die gerade damals so abstoßend hervortrat", ließen Roloff „zum ersten Male mit Mißtrauen in die Zukunft Deutschlands blicken." — Das dritte Kapitel: „Hauslehrer-Erinnerungen aus der Berliner Hofgesellschaft", zeigt uns den Verfasser als noch sehr jungen, aber ersichtlich schon sehr tüchtigen, von sich verwirklichendem Idealismus und der heißen Liebe zum Erzieherberuf erfüllten Pädagogen in selbstgeschaffener edelstolzer Unabhängigkeit auf dem Boden preußischen Junkertums, dessen Kreise, Vertreter und Gipfel — bis zur höchsten Spitze — er auf das anschaulichste und anregendste zu schildern weiß. Hier fallen, als von einem so klaräugigen wie gerechten Beurteiler, weithin erhellende Schlaglichter nicht zuletzt persönlichen und (des Autors „stark entwickeltes soziales Empfinden" dartuenden) sozialen Charakters.

Das vierte Kapitel: „Im Staatsdienst", zeichnet den Autor als Schulleiter: in seiner damaligen Berufstätigkeit und vor allem in deren Auffassung. Ein hochwichtiges Kapitel für den Lehrerstand, für alle! In die Mitte stellt es die Lehrerpersönlichkeit: aus Roloffs gesammelten Erfahrungen heraus, die hier gleich vereinheitlichenden Zusammenschluß erhalten. Lichte Wege werden aufgetan und zahlreiche Wahrheiten geschöpft, die man alle in Gold fassen möchte. Ich hebe nur eine heraus: „Auch das unharmonischste Gebiet kann in wahre Harmonien ausklingen, wenn eine geeignete Persönlichkeit es angreift, die alles Feine und Leise in der Seele des Schülers zu wecken versteht. Und umgekehrt kann das innerlichste Gesinnungsfach zum ödesten Formelkram werden, wenn ein schlechter Lehrer es handhabt, der wohl vom Feuer redet, aber selbst nicht brennt. Erziehungskraft und Bildungswert eines Faches hängt durchaus vom Menschen ab." In die Darstellung klingen berühmte Namen, mit deren Trägern der Verfasser zum Teil persönlich verkehrte, so mit Heinrich Steinhausen und Hermann Oeser. — In jene Zeit fallen auch Roloffs religiöse Kämpfe auf Grund seiner fortgesetzten theologischen Studien, die ihn schließlich zum Glaubensübertritt führen sollten. Aber das Buch ist keine Konversionsgeschichte und berührt das Thema einer solchen daher nur im Zusammenhange der biographischen Gesamtdarstellung. Das fünfte Kapitel: „In Aegypten und Palästina", führt den Verfasser vor unseren Augen Herbst 1898 nach Kairo als Direktor der dortigen Deutschen Schule. Auch hier für deutsche Erziehung, Deutschtum im Auslande hochwichtige Beleuchtungen, dazu lebhafte, schöne ethnographische Schilderungen, die sich bei Wiederaufrufung der Fahrt ins Heilige Land aufs spannendste und eindringlichste fortsetzen.

„Rom" überschreibt sich in vielsagender Kürze das sechste Kapitel mit seiner vielseitigen packenden Tiefschürfung und klaren, lebendigen Herausarbeitung der Darstellung. Hier setzt der Verfasser seinem väterlichen Seelenführer zur Konversion (Juli 1899), dem späteren Bischof Döbbing, ein Denkmal liebender Dankbarkeit. Unvergeßlichen Eindruck erhielt er von Leo XIII., der ihn in Privataudienz empfing und an ihn die mit entschiedener Bejahung beantwortete Frage richtete: „ob Harnacks fast dogmenlose Richtung vereinbar sei mit echter, aufrichtiger Frömmigkeit". — Im siebenten Kapitel: „Irland", schildert Roloff in seiner anziehenden, vertieften Weise die Reise nach und seinen Aufenthalt auf der grünen Insel als Leiter eines katholischen „College"; im achten: „Wieder in Italien", die Rückkehr nach dem Lande deutscher Sehnsucht, über das er viel Interessantes, und zwar mannigfachst Eingehendes zu sagen hat. Franz Xaver Kraus trat ihm näher, desgleichen in Montecassino der greise P. Desiderius Lenz und in Rom zu edelster Freundschaft die gerade dort weilende Dichterin Antonie Jüngst, die ihm den Weg nach Münster zur Habilitierung bahnte, Frühjahr 1903. Das neunte Kapitel: „Der Uebergang in Münster", erzählt von Roloffs Verkehr mit der Jugend des katholischen Studentenvereins „Unitas", mit Antonie Jüngst und Prälat Hülskamp, dessen Vermittlung ihn Herbst 1903 nach Freiburg zu Herder brachte: in die Redaktion von Herders Konversationslexikon. Der hier geleisteten, unübersehbar verantwortungsvollen Arbeit schloß sich für ihn eine noch bedeutsamere an: die Schaffung des großen „Pädagogischen Lexikons", dessen Wert auf die ausgesprochen höchste Stufe weist. Ueber dies „Lebenswerk" berichtet eindringendst das zehnte Kapitel. Wir gewinnen Einblick in die Riesenmechanik einer derartig komplizierten Schöpfung und stehen staunend vor der mit tausend Hindernissen (Kriegszeit!) beschwerten Riesentätigkeit des das Ganze bewältigenden und endgültig krönenden Geistes. Das elfte Kapitel: „Der literarische Handweiser und anderes", erinnert uns schon in seiner Benennung an Roloffs verdienstvolle, aufsteigende Wiedererweckung der wichtigen Literaturzeitschrift Hülskamps. Das zwölfte Kapitel: „Nachlese und Ausklang", umschließt interessante Einzelheiten aus des Verfassers jetzigem Leben sowie einen nachdrücklichen ausführlichen Hinweis auf den „Rembrandtdeutschen" Dr. Langbehn und dessen von dem heutigen Malermönche Momme Nissen zu erwartende zweibändige Biographie.

Der „Ausklang" des Buches, dessen Aufschrift mit Recht vieldeutig ist, gestaltet sich folgerichtig zu einem harmonischen, ermutigenden, erhebenden. Ich habe nur einen knappen Ueberblick bieten können. Indem ich es tat, erstand in mir die Vollerinnerung an den durch dies Werk übermittelten hohen und segensreichen Genuß, den ich auch weitesten Kreisen gönnen möchte. Eben deshalb dieser Hinweis, der zugleich Ausdruck der Dankbarkeit für das überreich Gegebene sein soll.

[1]) In zwei Welten. Aus den Erinnerungen und Wanderungen eines deutschen Schulmannes und Lexikographen von Professor Ernst M. Roloff, Herausgeber des „Lexikons der Pädagogik". Berlin und Bonn, Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung. Pr. kart. 22.— M.

Vom Büchertisch.

F. Asanger und K. d'Ester: Um Main und Donau. Ein Heimatbuch. Mit vielen Federzeichnungen von Hans Oertle. Leipzig, Verlag von Friedrich Brandstetter. Preis geb. 12 M. — Ein Sammelwerk stattlich gediegener Art. Für Natur- und Volksliebhaber auf Wander- und Bootswegen ein klug beratender, traulicher Kamerad, ein sicherer Führer auf den Gebieten heimatlicher Geschichts- und Kulturüberlieferung sowie einschlägiger Dichtung. Den Text haben ältere und neuere Berufene gestellt. Unter jenen ein Hans Sachs, Joh. Peter Uz, ein Goethe, Wackenroder, M. v. Schenkendorf, Friedrich Schlegel, Jean Paul, Immermann, Rückert, Simrock, Franz Trautmann, Adalb. Stifter, Eyth, Lingg, Scheffel, Grübel, Melchior Meyr, Hansjakob, Maximilian Schmid, Oettinger, R. Wagner, W. Raabe, Christ. v. Schmid, Raithel, Schaumberger, A. Stoiber, O. v. Redwitz, A. Träger, Heinr. v. Reder usw. Unter diesen außer den Herausgebern, um nur einige zu nennen: Dr. Petzold, Dr. Heuß, Dr. Zimmerer, Dr. Heigel, Dr. Leitschuh, M. H. Conrad, M. Herbert, Max und Elisabeth Dauthendey, Sofie Hoechstetter, August Sperl, Schrönghamer-Heimdal, Marie v. Hutten, L. Weismantel usw. Und das alles zu einem liebenswürdig anregenden, wertvollen Ganzen verwebt, das Erinnerung und Freudigkeit weckt, das der Hoffnung auf kommenden Genuß und dem Edelstolz auf Besitz, der uns nicht genommen werden kann, Tür und Tor öffnet, das Heimat und Heimatvolk nahebringt und teuer macht — ein warmer, befruchtender Lichtsegen also in unserer dessen so bedürftigen Zeit. E. M. Hamann.

Der Bauernsegen. Ein Tiroler Roman aus der Gegenwart von Hans Schrott-Fiechtl. Verlag C. A. Groß, Berlin SW. 68. Es wäre eine Kulturtat, wenn die großen christlichen Bauernorganisationen oder wenigstens einige von den reich gewordenen Bauern und Bauernfreunden Hunderttausende von den Schrott-Fiechtl Romanen unter das Landvolk werfen und in ländliche Bibliotheken stellen würden. Schrott-Fiechtls Romane vom „Bauernprofessor", „Federl am Hut", „Sonnseitige Menschen", „Wettertanne" bis zum „Bauernsegen" sind Bauernspiegel von lieblich strahlender Reinheit und Klarheit. Man hat Schrott-Fiechtl zum Vorwurf gemacht, daß er Idealfiguren aus seinem Tiroler Heimatland heraushebe und sie zu Helden seiner Romane forme. Ich möchte Schrott-Fiechtl deshalb nicht tadeln. Hat denn nur der Verismus und Expressionismus ein Lebensrecht, der mit Raufen und Saufen, Fensterln und unehelichen Kindern Bilder vom Bauernleben zeichnet? Schrott-Fiechtl will in seinen Romanen lehren und belehren, will Vorbilder und Idealgestalten von unbezwingbarem Optimismus schaffen und zur Nacheiferung anspornen. Und so viel sonnigen Optimismus, so viel Liebe zur Heimat und Natur, so viel strahlende Schönheit der Berge und ihrer Menschen kann nur ein Dichter in seines Herzens goldener

Einfalt erfinden, wie Schrott-Fiechtl sie in verschiedenen Romanen den Lesern geschenkt hat. Auch der Gebildete, und wenn er noch so hoch steht, wird sich an diesen Frauen- und Männergestalten der Schrott-Fiechtl-Romane ehrlich und herzlich freuen. Er wird mehr als einmal danach greifen in Stunden pessimistischer Erdenschwere, wo ihm Figuren des Verismus und Expressionismus nichts zu sagen haben. Wie die Menschen sind, sehen wir gerade heute in so unmittelbar aufdringlicher Nähe, daß wir gerne im Buche wieder Menschenbilder suchen, wie sie sein sollen und wie sie einmal waren. Der neueste Roman Schrott-Fiechtls „Der Bauernsegen" gehört nicht zu seinen besten. Die Anlage ist zu breit, die Tendenz zu lehrhaft, das Romanhafte, Erzählende zu sehr vom Lehrzweck des Buches verdrängt. Die Heldin des Romans ist zu sehr idealisiert, bis zum unwahrscheinlichen, unglaubhaften Idealbild hinaufgeschraubt. Etwas mehr Wirklichkeitsfarben, etwas mehr Schatten und weniger Rosarot würde das Buch interessanter und wirksamer gestalten. Immerhin wird man auch diesen Tiroler Roman des sehr produktiven Dichters seiner Heimatschönheiten mit viel Freude lesen. Wenn Schrott-Fiechtl wenigstens die Hälfte des Jahres unter seinen Tiroler Bauern leben könnte, würden vielleicht etwas mehr Wirklichkeitsfarben die Gestalten schmücken! So sieht Schrott-Fiechtl von Berlin aus durch das rosarot gefärbte Heimwehfenster nach den Tiroler Bergen sein Land Tirol und dessen Leute selber zu rosarot, bisweilen wirklichkeitsfremd wie im Bauernsegen.

Dr. Hans Eisele.

Willibrord Verkade O. S. B.: **Die Unruhe zu Gott.** Erinnerungen eines Maler-Mönches. Freiburg, Herder. Pr. kart. 5.80 ℳ und Zuschläge. — Wer Hermann Bahrs „Tagebücher" kennt, wird mit verdoppeltem Interesse nach dem obengenannten Werke greifen. Im Herbst 1917 sah und „las" Bahr Pater Willibrord in Beuron und hielt in seinen Aufzeichnungen die empfangenen außergewöhnlichen Eindrücke fest. Als „urgesunder, lebensfroher, fast lebenstoller, von der Schönheit der Erde dankbar erfüllter Jüngling" hatte dieser „kraftstrotzende" Hüne und stark begabte Maler den Weg vom rationalistisch erzogenen Wiedertäufer zum vollbewußten Gliede der Kirche und zum tiefgläubigen Sohne des hl. Benediktus gefunden: so selbstverständlich und unumgänglich, wie sich die Knospe zur Blüte erschließt. Ein wundervolles Buch, diese „Erinnerungen" eines durchaus Wahren von hinreißender Natürlichkeit, die sich zunächst in Wiedergabe der an tollen Streichen überreichen Knabenzeit, sowie nach den ersten Jünglingsjahren als denkbarst anspruchslose Schlichtheit der Darstellung ausprägt. Nichts kann in der Tat einfacher sein als Ton und Mittel dieser zuerst urwüchsig hervorquellenden, dann immer mehr sich bereichernden, weil ständig sich vertiefenden Schilderung, die unaufhörlich fesselt, unaufhörlich auch zu anregenden, packenden Einblicken und Ueberraschungen führt. Denn dieses Buch ist nicht nur Konversions-, es ist vor allem auch Lebens- und Kunstgeschichte, ein Zug um Zug sich vor uns in Klarheit, Reinheit, eingeborenem Frohsinn und errungener Güte aufbauendes Charakterbild von — in seiner Art — erstklassigem Werte, von einer Markigkeit, Innigkeit und Beseeltheit, die — so vereint — Schönheit an sich bedeuten. Zur Kennzeichnung dieses seltenen Entwicklungsganges seien die Hauptstationen genannt. Verkades Heimatland Holland mit seinen immerhin grundlegenden Einflüssen; Paris mit den idealstrebenden Symbolisten- und „Nabisten"-Kreisen; die Bretagne, Verkades idyllischer Konversionsboden; Italien: Florenz, Rom und nicht zuletzt Fiesole, dessen gastfreundliches Franziskanerkloster dem Sehnsüchtigen fördernden Aufenthalt, auch Arbeit bot; das kunst- und freisinnige Kopenhagen; Beuron endlich mit seinen diesen Erwählten, Berufenen mehr noch als Glaubens- denn als Kunststätte für immer ergreifenden und bestimmenden Einwirkungen, denen er nun für Zeit und Ewigkeit den beseligend umfriedeten Ankerplatz seines Lebensschiffes dankt.

E. M. Hamann.

Modernes ABC. Von Fr. X. Brors S. J. Verlag Butzon & Bercker, Kevelaer. — **Klipp und klar.** Von demselben Verfasser. Verlag Joseph Bercker, Kevelaer. Diese beiden handlichen Büchlein von je 500 und 600 Seiten in Reclam-Format sind von eigener Prägung. Das erste führt den Untertitel: Kurze Antworten auf die zahlreichen Angriffe gegen die katholische Kirche; das zweite hat den Untertitel: Apologetisches Taschenlexikon für jedermann. Damit ist ihr Inhalt hinreichend beleuchtet. Die ältere der beiden Schriften trägt als Ziffer der neuesten Auflage von 1920 das 159. bis 166. Tausend: eine derartige Auflagenhöhe macht im Grunde jede besondere Empfehlung überflüssig. Diese Zeilen sollen daher auch lediglich ein Hinweis auf die zeitgemäßen Taschenbücher sein, denen zu wünschen wäre, daß sie im katholischen Süden eine gleiche Lesergemeinde erwerben, wie sie einer solchen sich namentlich in Rheinland und Westfalen erfreuen, wo sie richtige Volksbücher wurden. Beide Bände sind in Ausstattung, Druck und alphabetischer Inhaltsordnung von gleicher Art. Die rund 200 Aufsätze des „ABC" sind allerdings ausführlicher behandelt, dafür weist „Klipp und klar" deren mehr auf. Für jeden Katholiken bedeutet es sowohl Gewinn als Genuß, in diesen gehaltvollen Aufsätzen zu blättern. Wo man sie aufschlägt, sind sie nicht nur interessant, sondern lehrreich in vorbildlicher Form, d. i. knapp und sachlich, gemeinverständlich und erschöpfend. Der Gebildete wie der einfache Mann aus dem Volke können von dem erstaunlich belesenen Verfasser überaus vieles lernen, was ihnen als geistiges Rüstzeug im Wortstreit mit Andersdenkenden dient: ihnen zur Wehr, jenen zur Lehr. Der Verfasser betont mit Recht, daß seine Antworten dem Frieden dienen sollen — er tut dies, indem er die Wahrheit mit ruhiger Sachlichkeit verteidigt.

Dr. W. R.

Herders Wochenkalender 1921. Mit gegen 150 Bildern und farbigem Umschlag. Pr. 8 ℳ. — Gegenüber der früheren Aufmachung als Abreiß-Wandkalender bietet sich diese neue Ausgabe als schmuckes Heft dar mit durchlaufender Wochenzählung, deren einzelne Blätter man nach Belieben leicht ablöst. Was ein derartig gehobenes Kalendarium umschließen kann, finden wir hier. Vor allem seien genannt die vielen interessanten, den verschiedensten Wissensgebieten entnommenen Textzitate sowie die zahlreichen bibliographischen hinweisenden Zusammenfassungen, wie: „Von den großen Gegenwartsfragen", „Seelenkultur", „Aus des Dichters Welt und Seele" usw. usw. Die Bebilderung in wechselndem farbigem Druck ist vollständig erneut und sehr eindrucksvoll in ihrem edlen Reichtum. Eine in ihrer Art bedeutende Veröffentlichung.

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Im Schauspielhaus bot am Samstag-Nachmittag die Gesellschaft Münchener Bühnenverlag und Uraufführungstheater mit Künstlern verschiedener Bühnen den neuen Midas von Rich. Euringer. Diese Gesellschaft wurde gegründet, um die zeitgenössische dramatische Dichtkunst zu pflegen und Werke von besonders hervorragendem Wert der Oeffentlichkeit zu bieten. Aus dem „neuen Midas" habe ich nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß hier wirklich eine Kraft zur Bühne dränge, die ihr goldene Früchte bringe. Was dieser junge Dichter anfaßt, verwandelt sich keineswegs in blühendes Bühnenleben, es bleibt abstrakter Gedanke, kühle Allegorie. Ich vermag diejenigen, die auf ihrem 45 Mark-Platz nicht bis zum Ende aushielten, nicht ohne weiteres Philister zu schelten, das Theater ist kein Ort, um Rätsel aufzugeben. Wer das Buch (Stuttgart-Heilbronn, W. Seifert-Verlag) in Händen gehabt hat, konnte aus einer Schlußbemerkung ersehen, daß der Midas das dritte Stück einer Trilogie: „Erstarrung, Ersäufung der Dinge, Erweckung" ist. Vermutlich erhellt sich dem Leser des ganzen Manuskriptes manches, was dem Zuschauer dunkel blieb und auch durch die Lektüre des vorliegenden Buches in vagem Lichte bleibt. Also das Land, in dem Midas König ist, ist ein Steinhaufen geworden durch Kriegsnöte. In der Geliebten des Königs darf man etwa ein Symbol der Lebenskraft erkennen, durch sie gelangt er zu dem Willen zu neuer Saat, die aus der Asche hervorsprießen soll. Ein Träumer, der Kämmerer, ein Weiser, ein Narr und der Jude Pherkeles, ein Realpolitiker, der überall seinen Nutzen sieht und findet, haben abwechselnd Einfluß auf die Entschließungen des Königs. Es gelingt, die Handwerker zu bestimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber in der sengenden Sonnenglut ermattet das Leben. Erst als es dem Tode nahe, erhält das Leben die Kraft, Wasser aus dem Felsen zu schlagen. Indem dem König dieses Wunder gelingt, bringt er seinem Volke Erquickung und der Erde die Möglichkeit, daß neue Saat aufsprieße. Allein aus der Quelle wird ein Bach, ein Strom, Wassermassen, die die von den Arbeitern aufgerichteten Dämme aufreißen und die Hände, die schon nach Gold zu greifen glaubten, greifen in nichts. So ist die Wohltat bald vergessen und ungestüm fordern sie von ihrem König Gold. Wodurch Midas hier die ihm aus der alten Sage verbürgte Fähigkeit erlangt, ist trotz der vielen Worte des Dichters schwer zu sagen. Es schlägt nicht zum Glücke aus. „Gebt nie den Vielen ihre Zukunft in die Hand, eh' sie sich auch erfüllt! Gebt ihnen Licht und Wärme, doch nie die Fackel selbst! Sie brennen sich die Hand und löschen, was sie blasen", mahnt an einer anderen Stelle „der Weise". Der Dichter führt Midas zum „Ewigen Tag". In dieser Erlösungsszene kündet er uns als seiner Weisheit letzten Schluß. Die Schauspieler standen meist reliefartig vor dem Rundhorizont; die stilistische Verwandschaft mit der Filmwand ist nicht abzuweisen. Soweit Dekorationen — die Felsen, aus denen Midas die Quelle schlägt — verwendet wurden, waren sie von jenem Expressionismus, der nahezu lächerlich wirkt, nicht deswegen, weil er antinaturalistisch, sondern weil er nüchtern und kleinlich ist. In den Volksszenen wurde eine Art Hodlersche Rhythmisierung angestrebt. Die Schauspieler gelangten, wie dies in den Rollen liegt, über Ansätze zu Individualisierung nicht hinaus. Es besteht kein Anlaß, einzelne Namen herauszuheben. Die Verse sprachen alle nicht sonderlich gut. Es gab ein wenig Widerspruch und eine Dichterehrung mittleren Grades. — Im regelmäßigen Spielplan des Schauspielhauses erschien „die rote Robe" von Brien. Wir haben das Stück vor Jahren gleich nach seinem Pariser Erfolg im Residenztheater gesehen; es war schon damals nicht nötig, denn Brien ist weniger Dichter, als Mahner. Wenn er eine Justiz geiselt, die weniger nach Recht strebt, als einflußreichen Parlamentariern zu gefallen, so ist dies eine fremdländische Angelegenheit, die uns glücklicherweise nicht berührt, trotzdem wir inzwischen den Parlamentarismus bekommen haben. Dies müssen wir festhalten, sonst könnte das Stück auf naive Gemüter etwas Aufreizendes haben! Künstlerisch ist die „rote Robe" ein Kulissenreißer. Solche Stücke werden immer „gut" gespielt. Frau Aulinger wußte die Seelennöte der Frau, die als Opfer der Justiz zur Mörderin wird, zu verinnerlichen, dagegen ward Granach ganz zum Virtuosen. Auzinger spielte die sympathische Rolle des Sprachrohres des Autors.

Prinzregententheater. Gerhard Hauptmanns Traumdichtung: „Hanneles Himmelfahrt" erschien neu einstudiert im Spielplan des Nationaltheaters und zum ersten Male im Festspielhause. Das Werk machte wieder starken Eindruck. Die Bilder des Armenhauses und der kindliche Erlösungstraum, mit welchem das sterbende Hannele aus seinem freudearmen Leben hinüberschläft, fanden unter Basils Leitung eine Gestaltung von starker Wirkung. Den Naturalismus der Armenhäusler hat man ein wenig gedämpft; vielleicht lag das nur an dem großen Hause, das das Gekeife der Streitsüchtigen mehr verschlang. Zu voller Geltung kamen (auch akustisch) die Traumszenen. Das Hannele gab Antonie Klischat, eine Schauspielerin, die wir zum ersten Male sahen. In Ton und Aussehen traf sie gut die Vierzehnjährige, die Angst vor dem Stiefvater wirkte elementar, die Schwärmerei für den guten Lehrer behielt die kindliche Naivetät. Vielleicht hätte im Tempo der Sprechweise öfters das Fiebernde zum Bewußtsein gebracht werden sollen. Faber gab den Lehrer als solchen vorzüglich, das war in der Tat eine liebenswerte, kleinbürgerliche Gestalt, wie wir sie uns auf dem Dorfe vorstellen. Die Schauspieler posieren hier nur allzu leicht den „schönen" Mann; freilich wenn in Hanneles Traum die Gestalten Christi und des Lehrers ineinanderfließen, da gelang



diese Verwandlung nicht so unmittelbar, wenn auch hier von Faber Momente von starker Innerlichkeit erreicht wurden. Die Erscheinungen des Traumes, die erschreckenden wie die lieblichen, hatten starke Poesie und wahrten zugleich die Grenzen des kindlichen Vorstellungskreises. Daß man auf die den Traum zerreißende Pause Verzicht leistete, ist ästhethisch sehr begrüßenswert. Marschalks musikalisches Vorspiel litt unter dem versenkten Orchester, für das es nicht geschrieben ist und unter allzu starkem Hustenreiz unter dem Publikum. Der Beifall war sehr stark.

Neues Operettentheater. Heubergers „Opernball" gehört zu den Wiener Operetten aus besserer Zeit. Die Musik hat Einfälle, Temperament und Geschmack. Gespielt wurde durchgängig recht hübsch. Die Truppe hat durch einige Mitglieder der Olfersschen Operettengesellschaft, die durch die Wiederaufnahme des Schauspieles im Lustspielhaus frei geworden sind, eine sehr willkommene Ergänzung erfahren. Die Aufnahme war eine recht herzliche.

Lustspielhaus. Nach Calderon Herr Friedmann-Frederich. Das ist gewiß literarisch kein Aufstieg, aber man sah doch wenigstens eine Aufführung, die kritisch standhält. Einige, die bei dem spanischen Klassiker geradezu versagt hatten, erfüllten ihre kleineren Aufgaben recht hübsch und sonst lernten wir einige neue Kräfte kennen. Angenehm war das Wiedersehen mit Schwartze, der vor Jahren dem Schauspielhaus eine treffliche Stütze gewesen ist. Er gab einen leichtsinnigen Lebenskünstler mit so viel Liebenswürdigkeit, die Sympathie weckt. Ein kleines Unglück, das ihm mit dem schlecht geklebten Barte widerfuhr, schädigte nicht den Eindruck der Leistung, zumal er mit Geistesgegenwart die fatale Situation meisterte. — Die beiden Leutchen, die in dem Schwanke: „Das Familienkind" heiraten sollen, sind heimlicherweise schon vier Jahre verehelicht, ja, sie haben schon ein Kindchen, das mit einem Schlage alle Herzen gewinnt und dadurch die Familienunstimmigkeiten austilgt. Wie diese gerade nicht wahrscheinlichen Dinge gekommen sind, brauche ich nicht zu erzählen, genug, daß der Schwank unterhält, obwohl man von vornherein auf den Ausgang nicht gespannt sein kann. Das unterhaltsame Stückchen hatte sehr lebhaften Beifall.

Münchener Musik. Jos. Pembauer, der ausgezeichnete Pianist, tritt im nächsten Herbste in das Lehrerkollegium der Akademie der Tonkunst, bereits im Frühjahre eröffnet er seine Meisterklasse. Es ist erfreulich, daß dieser ungewöhnliche Künstler gewonnen wurde. Erinnert man sich doch, daß in den ersten Jahren nach der Revolution der Anreiz für namhafte Persönlichkeiten nach München zu kommen in einer für die Kunststadt beschämenden Weise gering war. — Ferdinand Löwe als Dirigenten an der Stelle wiederzusehen, wo er so lange erfolgreich gewirkt, ist immer eine Freude und sie ist doppelt groß, wenn er uns Bruckner bietet. In der „romantischen Symphonie" gelang es ihm wieder, uns die tiefen Schönheiten der Brucknerschen Empfindungswelt zu enthüllen. Hier stand das Konzertvereinsorchester ganz im Banne des großen Dirigenten, etwas matter klang die Wiedergabe der Pastorale. Löwe wurde stürmisch gefeiert. Wie er im Rahmen der Philharmonischen Konzerte erschien Lola Artôt de Padilla von der Berliner Staatsoper, eine Sängerin von sehr schönen und dabei höchst kultivierten Mitteln und einem warmen und wirkungssicheren Vortrage. Sie führte uns von Mozart zu Trunk, der ihr am Flügel ein idealer Begleiter war. Erfreut hat mich auch Eida Lau, eine in unseren Konzertsälen bis jetzt unbekannte, junge Künstlerin, die eine schöne Stimme von reinem Glockenklang und zartem Schmelze besitzt und im Vortrag Einfühlung und Geschmack zeigt. — Max Jaffé ist ein Pianist von Rang; ein starkes Temperament und ein glänzender Techniker weiß er dem Flügel Töne von Kraft und Schönheit abzulocken.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Zunehmende Streiklust — Wirtschaftsunklarheiten — Kursrückgang der Reichsmark trotz geplanter deutscher Finanzreform.

Unsre deutsche Valuta befindet sich wiederum in abgleitender Tendenz — in der Schweiz notierte die Mark, scharf zurückgehend, zirka $8^1/_2$. Was geht neuerdings vor? Warum betrachtet namentlich das neutrale Ausland unsre Wirtschaftszukunft von neuem kritischer denn je? Mitbestimmend für diese Entwertung der deutschen Valuta war sicherlich in erster Linie die derzeitige Verschärfung der innerpolitischen Lage, vor allem das Aufflackern der Streiklust im ganzen Reich. Der Gemeindearbeiterstreik in Sachsen mit den schweren Sabotageausschreitungen, die Unruhe in der Handelsangestelltenbewegung wurden viel beachtet. Man bemerkt mit grosser Sorge das Vorhandensein eines gewissen Faustrechts bei einzelnen Angestelltenorganisationen. Auch die Entdeckung des neuen Anschlags auf die deutsche Industrie, des versuchten Riesendiebstahls deutscher Patente und Geheimverfahren innerhalb der chemischen Industrie zwecks Verkauf an das Ausland, erregte berechtigtes Aufsehen. Anschliessend hieran scheint eine Welle von Schiebungen, Diebstählen und Fällen von Landesverrat an die Oeffentlichkeit gelangen zu sollen. Veruntreuungen, zunehmende Gesinnungslosigkeit sind zu registrieren. Auch die ungünstige Gestaltung der Lebensmittelpreispolitik verstimmte. Man kann nicht begreifen, dass trotz aller vielseitigen und fortgesetzt die Oeffentlichkeit beschäftigenden Regierungsmassnahmen immer wieder Preiserhöhungen der wichtigsten Bedarfsartikel — wie neuerdings Milch, Fleisch, Kartoffeln, Zucker — eintreten können. Ob zu laues Verhalten der Regierung hieran nicht doch ein gut Teil der Schuld trägt? Jedenfalls herrscht hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung grosser Wirrwarr bei unsern massgebenden Stellen.

Naturgemäss bewirkt die Markentwertung im Ausland ein sofortiges Preisanziehen auf den Produktenbörsen. Auch die Auslandsrohstoffe wie Baumwolle, Metalle und Kolonialwaren wurden hievon betroffen. Und dabei vernimmt man andauernd von bevorstehenden grossen Preisrückgängen in Amerika, namentlich von einer Verflauung der dortigen Getreidemärkte und Textilerzeugnisse! Lähmend, geradezu eine Verkehrsstockung erzeugend wirkt auf die deutsche Wirtschaftsentwicklung begreiflicherweise die immer noch vorhandene völlige Unsicherheit hinsichtlich der **Wiedergutmachungsfrage.** Eine sowohl von den Regierungsstellen wie innerhalb der Grossfinanz versuchte planmässige Sanierung der deutschen Wirtschaft, ausgehend von einer gründlichen Finanzreform, versagt unter dem Eindruck solcher Unsicherheit und Unklarheit. Dazu kommen die einstweilen vorliegenden umfangreichen, vernichtenden Forderungen der Wiedergutmachungskommission hinsichtlich Lieferung von Gegenständen aller Art. Die Entente, vor allem Frankreich, ist unverändert bestrebt, Deutschlands Wirtschaftskraft **bis aufs Mark auszusaugen.** Kein Mittel bleibt unversucht. Nach dem auf klare ziffernmässige Belege sich stützenden Telegramm der Grossindustriellen Kirdorf, Stinnes und Vögler an das deutsche Reichswirtschafsministerium und das Reichsministerium des Innern sind nunmehr infolge Kohlenmangels sechs Hochöfen stillgelegt und weitere Arbeitseinstellungen unvermeidlich. Ferner wird dabei betont, dass durch das Spaer Kohlenabkommen und die prompte Kohlenlieferung an Frankreich dortselbst grosser Ueberfluss an Koks und Kohle herrscht, während unsre Wirtschaft durch diesen Kohlenentgang dem Zusammenbruch nahesteht. Dem ungerechtfertigten Ententeansinnen zur Zerstörung der für unsere gesamte Industrie und Landwirtschaft so hochwichtigen Dieselmotoren soll anscheinend die Forderung der Auslieferung der neuen deutschen

Riesenluftschiffe folgen, welche für einen geplanten Luftschiffdienst zwischen Deutschland und Amerika bestimmt wären. Der Abtransport der deutschen Schwimmdocks nach England und Frankreich im Sinne des Versailler Friedens hat gleichfalls bei uns Erregung verursacht.

Zu all diesen Erscheinungen unangenehmster Art gesellen sich auf dem Gebiet der inneren Politik die Erörterungen über Massnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, zur Herbeiführung des Preisabbaues und zur Besserung der Lebensmittelversorgung. Hinsichtlich der **Sanierung unsrer Finanzen** — Richtlinien des Reichskabinetts nach streng einzuhaltenden Leitsätzen für die gesamte Finanzgestaltung und Wirtschaftsführung des Reichs — vernahm man gerade in letzter Zeit mehr als genug. Es bleibt abzuwarten, ob die in Aussicht genommene Vereinfachung der Steuereinziehung, die Deckung der ordentlichen Ausgaben des Reichs ohne Inanspruchnahme der Notenpresse von dem neugebildeten Währungs- und Steuerausschuss im Reichswirtschaftsrat in die Tat umgesetzt werden kann. Es erscheint unwahrscheinlich, dass die jetzige fortschreitende Zerrüttung der deutschen Währung durch die andauernde systemlose Papiergeldwirtschaft mit oder ohne Steuerreform, mit oder ohne Reichsfinanzdiktator in absehbarer Zeit eine Aenderung erfährt. Die von Geheimrat Dr. Heim im „Regensburger Anzeiger" gebrachten Ausführungen über Papiergeldhamsterei und Kapitalsanlage bekräftigen solche Gedanken. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Literatur.

Der Weltkrieg. Von dem unseren Lesern bereits angezeigten „Handbuch der Politik" ist soeben der zweite Band „Der Weltkrieg" erschienen und schildert in umfassender Darstellung Werden und Geschehen dieses die Staaten der Erde umgestaltenden ungeheuren Ereignisses. Von der Behandlung der politischen Machtverhältnisse der Staaten vor dem Kriege ausgehend, wird der militärische Verlauf des Krieges selbst in allen seinen Phasen von Angehörigen des Generalstabes und der Admiralität geschildert. Die Darstellung der entscheidend gewordenen wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges leitet über zu Ursachen und Verlauf der politischen Umwälzung in Deutschland und führt zur Darlegung der Friedensbedingungen. Der Schlußteil des Werkes geht wieder auf die weltpolitische Lage ein und schließt mit einer Betrachtung der neuen Weltreiche und ihrer Machtverhältnisse. Ihre besondere Eigenart erhält diese Geschichte des Weltkrieges durch das Zusammenwirken der 47 namhaften Gelehrten und Politiker, Staatsrechtler, wie Professor Dietrich Schäfer, Graf Bernstorff, Professor Hoetzsch, General v. Freytag-Loringhoven, Oberpräsident v. Batocki, Staatssekretär Roth, Minister Hänisch und viele andere verbürgen in ihrer Gesamtheit eine von einseitigen politischen Gesichtspunkten unabhängige Darstellung, welche die Zeit überdauern und späteren Geschlechtern überliefert werden wird. Wir machen unsere Abonnenten auf das Inserat über dieses Werk aufmerksam, laut welchem die Anschaffung gegen bequeme Monatszahlungen durch die **Buchhandlung Karl Block, Berlin S. W. 68.** Kochstr. 9, erleichtert wird.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland ℳ 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile ℳ 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile ℳ 5.—. Beilagen: ℳ 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 44 | München, 30. Oktober 1920. | XVII. Jahrgang.

Nach den österreichischen Wahlen.

Von Dr. Max Freiherr von Hussarek, österreichischer Ministerpräsident a. D.

Es wäre verfehlt, die Wahlen vom 17. Oktober in Oesterreich lediglich nach den ziffernmäßigen Ergebnissen zu beurteilen. Gewiß ist der Sieg der Christlichsozialen, welche künftig im ganzen — sobald die sogenannten Reststimmenmandate im zweiten Ermittlungsverfahren zugeteilt sein werden — 82 Sitze im Hause einnehmen werden, auch der Zahl nach sehr schön. Die Sozialdemokratie aber hat nach dieser gerechnet einmal eine harte Schlappe, aber doch keine entscheidende Niederlage erlitten und zieht noch immer als zweitstärkste Partei mit etwa 66 Vertretern auf den Franzensring. Sie behauptet von den 48 auf Wien entfallenden Mandaten 28 und wenn sie hier fast 90000 Stimmen eingebüßt hat, so haben noch immer 435042 Wähler dem Diktate ihrer Führer gehorcht, während die Christlichsozialen es in der Hauptstadt bei einem Zuwachse von 68079 Stimmen doch nur auf 278816 im ganzen brachten. Für die parlamentarische Vertretung Wiens ist also nach wie vor die Fahne der österreichischen Republik, welche einen weißen zwischen zwei roten Streifen aufweist, wahr. Das gilt auch für das sogenannte Viertel unter dem Wienerwald mit dem Vorort Wiener-Neustadt. In diesem an der Südbahnstrecke gelegenen Industriegebiete sind 7 Sozialdemokraten gegen 4 Christlichsoziale und 1 Großdeutschen gewählt worden. Sonst sind die roten Brennpunkte in unserem Staatswesen zwar schütter verteilt, aber das Gefüge der Partei ist doch eigentlich an keinem derselben aufgelöst. Ihr Stimmenrückgang ist allerdings überall relativ beträchtlich, auch ihre rein dynamische Entwicklung hat den Höhepunkt überschritten und neigt dem Niedergange zu.

Aber nicht die Zahlen allein oder auch nur in erster Reihe sind es, welche den Ausgang der Wahl recht günstig erscheinen lassen. Ungleich mehr ist es die Art, wie dieses Ergebnis erzielt worden ist, und die Erwartungen, welche die geänderte Sachlage auslöst. An Scharfsinn und Arbeit, Mühe und Rücksichtslosigkeit hat es die Sozialdemokratie bei der Vorbereitung der Wahlen und der Bewerbung um Stimmen wahrlich nicht fehlen lassen. Niemals ist früher in Oesterreich in einem ähnlichen Umfange verleumdet und gelogen, gegeifert und beschmutzt worden. Niemals ist eine solche Fülle von Gewaltdrohungen gegen die anderen Parteien und gegen Einzelne in Anwendung gekommen. Niemals hat ein Wahlgang auch nur annähernd solche Kosten verursacht. Seit Monaten wurden bei der organisierten Arbeiterschaft Beiträge zwangsweise eingehoben, die für jede Woche ungefähr den Arbeitslohn einer Ueberstunde und mehr ausmachten. In vielen Werken sind solche Mehrleistungen eigens zu diesem Zwecke erbracht worden. Wo immer sich eine Möglichkeit bot, sind die Arbeitgeber zu beträchtlichen Opfern genötigt worden. Die Parteisteuerschraube wurde aufs rücksichtsloseste gedreht und der sozialdemokratische Wahlfond schwoll zur Höhe von 42 Millionen Kronen an. Die Reklame stellte alle Künste Barnums in den Schatten und überbot an Aufdringlichkeit und Zähigkeit das östliche Hausierertum noch ganz bedeutend. Gewaltschritte zur Verhinderung oder Störung gegnerischer Versammlungen ereigneten sich ununterbrochen.

Aber all dieses Getümmel verriet dem Kenner seit langem, daß sich die sozialdemokratische Partei bewußt war, in die Defensive gedrängt zu sein, und daß sie mit dem Mute der Verzweiflung um die Stellung rang, welche sie vor ein dreiviertel Jahren mit so überlegener Leichtigkeit erlangt hatte. Auch die übrigen Parteien haben weder Kosten noch Mühe in dem Ringen gespart. Die Kommunisten scheinen ebenfalls über recht bedeutende Geldmittel verfügt zu haben und die Trommelwirbel, die sie schlugen, täuschten durch ihren Lärm selbst sehr erfahrene Kenner des heimischen wahlpolitischen Getriebes. Die christlichsoziale Partei hat bei ihrer Bildreklame einen nicht unbedeutenden und in diesem Zusammenhang doppelt anerkennenswerten Geschmack betätigt. Das größte Gewicht legte sie aber auf die Versammlungstätigkeit, also auf die Gewinnung der Geister, und erzielte damit in der Tat schöne Erfolge. Ihre Redner verstanden es, dem Publikum auch sachlich Darlegungen zu bieten, welche anregten, fesselten und viele Schwankende gewannen. Wer in den letzten Wochen die Wählerversammlungen halbwegs aufmerksam beobachtete, mußte wahrnehmen, wie sehr die von den Christlichsozialen veranstalteten alle anderen an Schwung und hinreißender Kraft übertrafen. Gar mancher Parteiveteran fühlte sich an die Zeiten des Aufstieges unter Lueger gemahnt. Die an sich nicht schwere Kritik unserer öffentlichen Zustände, der Mißgriffe unserer sozialistischen Staatsregierer, der Zerfahrenheit, in die sie unsere Wirtschaft und unseren politischen und moralischen Kredit gebracht hatten, wurde mit treffsicherer Schneidigkeit, aber auch mit gutlaunigem, in Oesterreich immer so wirksamem Humor vorgebracht. Der beste Beweis für die hohe politische Schulung und Geschicklichkeit dieser Werbetätigkeit liegt darin, daß ein so routinierter Debatter, wie Graf Ottokar Czernin, als er verhältnismäßig spät auf freisinniger Seite in den Wahlkampf eintrat, lauter Reden hielt, die sich eigentlich wie solche christlichsozialer Färbung anhörten. Nur mußte er überall eine Verbeugung vor der Gleichberechtigung der Konfessionen einfließen lassen, um seine fast ausschließlich jüdischen Wähler bei Laune zu erhalten. Wenn er durch Aussendung von Visitenkarten, auf denen in faksimilierter Handschrift um die Stimme gebeten wurde, ein bei uns bisher nicht gebräuchliches Agitationsmittel anwendete, so stimmte das zu der auch sonst sehr persönlichen Note seines Auftretens, errang aber den Beifall jener Gesellschaftskreise nicht, in denen er sich früher bewegte und auch künftig zu bewegen Willens ist.

An dem Wahlergebnis sind zwei Momente für das Ausland besonders bedeutungsvoll. Oesterreich hat sich mit einer stattlichen Mehrheit für eine Gesellschaftsordnung ausgesprochen, welche auf dem Privateigentum fußt, und es hat mit einer ganz überwältigenden Mehrheit sich gegen den Bolschewismus erklärt. Die Kommunisten errangen überhaupt kein Mandat und die Gesamtzahl der von ihnen aufgebrachten Stimmen steht sogar hinter jener der jüdischen Zionisten zurück. Das war keine geringe Ueberraschung. Selbst sehr genaue Kenner der Wahlbewegung hatten darauf gerechnet, daß den Kommunisten je ein Mandat in den Wahlkreisen Floridsdorf, Favoriten-Simmering (Wien Nordost und Südost), in Wiener-Neustadt und ein Reststimmenmandat zufallen, sie also als Viermännerpartei in die künftige Nationalversammlung einziehen werden. Deutlicher als am 17. Oktober konnte der Bolschewismus nicht abgelehnt werden. Wien und Oesterreich haben sich wieder einmal als Hort der Zivilisation in Mitteleuropa, als Bollwerk der Kultur gegen die gegenwärtige Form östlicher Barbarei glänzend bewährt. Aber auch der schleichende Bolschewismus, dessen verschämte Anhänger die Mehrzahl unserer sozialistischen Volksvertreter und — man muß es zugeben — gerade jene sind, welche auf die Massen am mächtigsten wirken, ist ganz gründlich unterlegen. Von den 175 Sitzen des Parlaments werden 108 oder 109 mit Vertretern des Ge-

dankens der bürgerlichen Ordnung besetzt sein. Für Oesterreich ist mit dem Wahltage die Aera der sozialen Revolution geschlossen und die Arbeit des friedlichen Wiederaufbaues von Recht und Gesellschaft beginnt.

Das andere, besonders auch im Verhältnisse zu Deutschland kennzeichnende Moment des Wahlergebnisses ist, daß die werbende Kraft der Wahlparole des Anschlusses versagt hat. Die Großdeutschen haben gegenüber dem letzten Wahlgange 119,653 Stimmen eingebüßt. Sie hatten auf 50 Mandate gerechnet und werden mit 19 oder 20 auf den Franzensring kommen. Das bedeutet selbstverständlich nicht ein Votum gegen die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland. Nie in der Geschichte ist das Bewußtsein der Kultureinheit beider so fest und tief und unerschütterlich in der Seele des ganzen österreichischen Volkes lebendig gewesen wie in der Gegenwart und alle Parteien, ohne jede Ausnahme, vertreten den Gedanken, diese Einheit auch auf politischem Gebiete mehr und mehr zu verwirklichen. Während jedoch die Großdeutschen das volle Um und Auf ihres Wirkens auf diese eine Karte setzen, die Sozialdemokraten aber die Erhabenheit der Einheitsidee schnöde mißbrauchen wollen, um die Wässer zu trüben und darin nach antinationalen Zielen zu fischen, ist bei den anderen Parteien die Erkenntnis gereift, daß, so wie Rom nicht an einem Tage gebaut wurde, die großdeutsche Frage auch nur in langer Zeit, harter Arbeit und mühevollem Ringen gelöst werden kann. Während die bürgerliche Arbeitspartei sich mit dieser etwas entsagungsvollen Erkenntnis bescheidet und sich darauf beschränkt, die Devise der Ordnung und Arbeit zu proklamieren, um damit gewissermaßen von selbst an ihr Ziel zu gelangen, erkennt die christlichsoziale Partei immer klarer, daß dieses erst von einer vollen inneren Erneuerung des deutschen Volkes zu erhoffen ist, daß dessen Einheit nicht mechanisch, durch Blut und Eisen, sondern energisch, im Geiste und in der Wahrheit großer sittlicher Ideen und organisch, aus der Kraft eigener Wiedergeburt der Volksseele heraus, aufgebaut werden muß, um bleibenden Bestand zu erlangen. Der christlichsoziale Gedanke erfaßt immer bestimmter, daß Geschichte und geographische Lage Oesterreichs ihm seine Aufgaben nicht bloß in der Richtung auf Deutschland, sondern auch in jener nach dem Osten hin gestellt haben, und daß über den Pflichten gegen das eigene Volkstum die gegen die Kulturgemeinschaft Europas und der Menschheit überhaupt nicht zu kurz zu kommen brauchen. Das große Problem der deutschen Einheit muß nach den sich immer vertiefenden Ueberzeugungen des echten Oesterreichertums nicht aus dem an sich heidnischen Gedankenkreise der Nationaliät, sondern aus der ganzen Tiefe und Fülle christlicher Weltanschauung heraus zur Verwirklichung geführt werden. Einen bedeutungsvollen Markstein auf dem Wege dieser Entwicklung der politischen und moralischen Gedanken bildet der Wahltag am 17. Oktober 1920.

Von seinen Einzelheiten könnte noch manch interessanter Zug erwähnt werden. Hier sei nur eines, wie mir scheint, besonders sympatischen Vorfalles gedacht, der Wahl im Kreise Lienz, dem einzigen bei Oesterreich verbliebenen Teile Deutschsüdtirols. Dort unterlag die unter der Parole des Anschlusses betriebene Bauerndemagogie des Landeshauptmanns Schraffl gegen die treu erprobte altösterreichische Gesinnungstüchtigkeit Professor Schöpfers, eines Mannes, der für sich eine ganze Partei wert ist und dessen Verdienste um die Aussaat und Propagierung des christlichsozialen Gedankens eine Gegenkandidatur aus dem eigenen Lager zur Frivolität stempeln. Diese Wahl ist ein Triumph der Ueberzeugungstreue und des Bekennertums über die niedrigen Triebe epigonenhafter Nutznießer politischer Konjunkturen, die sich in ihren Kreisen gestört fühlen, wenn das Banner echter Gesinnungen entfaltet wird. Die Lienzer Wahl war bestes Tirol vom Jahre 1809 und zugleich edelstes Wesen Oesterreichs. Sie allein wäre einen hellen Jubelruf über Berg und Tal wert gewesen, auch wenn es sonst nicht gut gegangen wäre. Nun aber ist sie ein Wahrzeichen, daß die düsteren Nebel vom Geschicke Oesterreichs zu fallen beginnen und ihm bald die Morgenröte einer lichten Zukunft leuchten wird.

* * *

Was wird in Oesterreich nach diesem Wahlausgang nun werden? Man kann sich drei Möglichkeiten denken. Die nächstliegende wäre eine Koalitionsregierung der beiden stärksten Parteien. Aehnlich wie in Deutschland hat die Sozialdemokratie in Oesterreich im ersten Aerger über die Wahlniederlage jede Beteiligung an der Koalitionsregierung von sich gewiesen. Man hatte sie von christlichsozialer Seite noch garnicht darum gebeten, man wird ihr auch garnicht nachlaufen. Der Verantwortung und Kritik kann sich die Sozialdemokratie durch ein Kneifen vor der Koalition nicht entziehen, denn nach wie vor herrscht die Sozialdemokratie ähnlich wie in Deutschland über die Hauptstadt des Landes, über Wien, und damit über ein Drittel des ganzen österreichischen Volkes. Sie bietet dort mit ihrer Regierungskunst genug Bilder jämmerlichster Unfähigkeit zur Kritik. Die österreichische Sozialdemokratie wird darum auch niemals bei einer Nichtkoalitionsregierung sich ausreden können, daß sie unschuldig am Werden und Geschehenlassen in Oesterreich sei, denn die Verhältnisse in Wien bleiben nach wie vor in ihren Rückwirkungen von großer Bedeutung für ganz Oesterreich. Die Sozialdemokratie in Oesterreich wird ebenso, wie die deutsche, in der Opposition es nicht lange aushalten können. Alle die vielen Parteiführer und Parteiangestellten, die bereits an der Regierungskrippe gesessen und sich daran sehr wohl befunden haben, werden bald, sehr bald wieder recht laut nach dieser Regierungskrippe schreien. Der Zersetzungsprozeß wird auch in der österreichischen Sozialdemokratie weiter gehen, gerade dann am schnellsten, wenn sie ohne Einfluß tatenlos in der Opposition stehen muß. Es ist übrigens charakteristisch, daß die österreichische Sozialdemokratie den ganzen Wahlkampf nicht auf dem Boden des marxistischen Programms, sondern ganz ausschließlich mit politischen Argumenten, mit religiösen und konfessionellen Motiven geführt hat. Auf einige ganz unglaubliche Blasphemien der Sozialdemokratie bei diesem Wahlkampf werden wir noch zurückkommen.

Die Wahrscheinlichkeit einer Koalitionsregierung zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokratie ist also ganz gering, wenn nicht überhaupt ausgeschlossen. Die zweite Möglichkeit wäre eine Koalitionsregierung der bürgerlichen Parteien. Zunächst muß betont werden, daß das endgültige Wahlergebnis heute noch nicht feststeht. Schon die ersten Nachprüfungen haben ergeben, daß unglaubliche Schlampereien und Mogeleien sozialistischer Wahlkommissäre vorgekommen sind. Bei einzelnen Kommissionen fehlen die Wahlprotokolle, bei anderen stimmen die Zahlen der Stimmzettel nicht mit den Wählerverzeichnissen überein. Sehr häufig sind falsche Zählungen festgestellt. Bereits steht heute fest, daß z. B. die Christlichsozialen in Salzburg 4 Mandate gewonnen haben. Außer der Sozialdemokratie sind im Hause vertreten die Christlichsozialen mit etwa 8 Mandaten, die Großdeutschen mit etwa 13 Mandaten, die deutsche Bauernpartei mit etwa 3 oder 4 Mandaten und die bürgerliche Arbeitspartei mit 1 oder 2 Mandaten. Durch die Verteilung der Reststimmen werden die Christlichsozialen noch 3—4, die Großdeutschen noch 5—6, die deutsche Bauernpartei zwei, die bürgerliche Arbeiterpartei ein Reststimmenmandat erhalten. Leider geht den christlichsozialen ein Mandat dadurch verloren, daß die oberösterreichischen Christlichsozialen eine eigene Reststimmenliste angelegt haben, um kein anderes Land von ihren Reststimmen profitieren zu lassen. So fallen für die Christlichsozialen die oberösterreichischen Reststimmen unter den Tisch. Die Christlichsozialen sind weitaus die stärkste Partei des Hauses, aber sie bilden allein keine Mehrheit. Anders könnte sich das Verhältnis gestalten, wenn die deutsche Bauernpartei in ein innigeres Verhältnis zu den Christlichsozialen treten würde, wovon schon öfters die Rede war. Diese Annäherung der Bauernpartei wäre umso leichter, als die Bauernpartei in kulturellen Fragen ohnehin auf dem Standpunkt der Christlichsozialen steht. Bei einer solchen Verbindung dieser beiden Parteien wäre eine Mehrheit gegen Sozialdemokratie, Großdeutsche und Arbeiterpartei möglich. Während bei den Christlichsozialen keine Neigung zu einer Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie besteht, würde eine Koalition mit der deutschen Bauernpartei im christlichsozialen Lager großer Sympathie begegnen. Ansätze zu einer Koalition der Christlichsozialen mit den Großdeutschen sind bisher nicht wahrnehmbar. Eine Erfahrung haben die Großdeutschen allerdings während des Wahlkampfes und durch den Wahlausgang gemacht: ihre Abstinenzpolitik hat ihnen keinen Erfolg gebracht. Die Christlichsozialen dagegen haben auffallender Weise gerade in den Proletarierbezirken infolge ihrer positiven Arbeit beachtenswerte und bedeutende Erfolge errungen. Weil die Arbeiterschaft im Wahlausfall so deutlich den Willen zur Ruhe und zur Ablehnung weiterer Radikalisierung kundgetan hat, darf man wohl annehmen, daß auch die sozial-

demokratische Partei kaum mit ernstlichen Gewalttaten und Sabotageakten die Regierungsbildung und Regierungsführung stören wird. Trotzdem und obgleich im Bürgentum ein starkes Erwachen fühlbar wird, ist es fraglich, ob überhaupt zunächst ein parlamentarisches Kabinett gebildet werden wird. Vielfach wird wieder die dritte Möglichkeit ins Auge gefaßt: Die **Bildung eines Beamtenkabinetts**, die natürlich unter voller Verantwortung der parlamentarischen Mehrheitsparteien erfolgen müßte. Ein solches Beamtenkabinett würde voraussichtlich eine weniger leidenschaftliche Opposition der Sozialdemokratie finden und es könnte, wie man vielfach annimmt, die Aufgaben, die heute in Oesterreich jedermann als die vordringlichsten ansieht, leichter lösen. Jedermann ist sich in Oesterreich darüber klar, daß nunmehr endlich die Wirtschaftsfragen bereinigt und eine geordnete Verwaltung wieder aufgebaut werden muß. Es wird sich dann auch bald zeigen müssen, ob die Ententemächte überhaupt etwas für Oesterreich zu tun gewillt sind. Man hat nicht allzu viel Hoffnung dafür in Oesterreich, was nach den Erfahrungen Deutschlands mit der Entente begreiflich ist.

Der vielgenannte Graf Czernin dürfte kaum die Rolle spielen, die ihm in gewissen liberalen Zeitungen Oesterreichs und Deutschlands zugeschrieben wird. Er wird weder im Bundespräsidium, noch im Kabinett erscheinen. Er wird Mühe genug haben, in irgend einem Ausschuß einen Sitz zu bekommen, da seiner Partei überhaupt kein Ausschußmandat zusteht. Das falsche Bild, das man auch in Deutschland noch immer von diesem Grafen Czernin hat, ist den wirklichkeitsfremden Ausbrüchen eines Teils der Wiener Presse zuzuschreiben. In Wiener parlamentarischen Kreisen begegnet die Frage Czernin überhaupt keinem Interesse.

Dr. Hans **Eisele**.

Dies irae.

In weit aufschreienden Bogen gebannt,
Ist der Kirche Riesengewölbe gespannt
Ueber die Wände mit trauerndem Flor,
Ueber den schwindelnd hohen Chor,
Und drunten über die schwarzen Mengen,
Ihre Bitten, die sich zur Decke drängen,
Ueber die Mönche, den Katafalk,
Unzählbare Kerzen, bleich wie Kalk,
Und den Weihrauch, der das Diadem
Des Kreuzes küsst beim Requiem.

Pietro, der Beter an der Mauer,
Wird plötzlich fahl vor rieselndem Schauer,
Da durch die gähnenden Kirchenhallen
Die Schrecken des „Dies irae" schallen.
Horcht! Hört ihr den schmetternden Ton, den langen,
Aus abgrundtiefen Posaunen, den bangen,
Den Ton, der verfärbt ein jedes Gesicht?
Hört ihr das Posaunen zum letzten Gericht?
Und ins Chaos von Pauken und Singen und Dröhnen
Muss erbarmungslos die Fanfare tönen.
Was kein Sarg mit seinen düstersten Brettern,
Kein Buch vermocht mit erschütterndsten Lettern,
Und keines Predigers donnerndste Kehle,
Die Posaune zerwühlt ihm die sündige Seele.

Schon löscht der Küster die Kerzen aus.
Der Gerichtete wankt zum Tor hinaus.
Doch trägt im Herzen mit jedem Schritt
Er das langhinheulende Motto mit.
In der buntsprachigen Strasse draussen,
In des Wassersturzes weißschäumenden Brausen,
In den letzten Firnen, in der Berges Stille,
Im Träumen der Nacht, in des Tages Schrille,
Bald ferner, bald nahe, mit dämonischer Laune
Hört Pietro da drinnen die lange Posaune.

. . . Bis einst er gebeichtet die tönende Not —
Seitdem ist die Posaune tot.

Martin Mayr.

Sozialisierungen im Ausland.

Von Hartwig Schubart, Florenz.

Die gesamte Industrie aller Länder steht Sozialisierungsbestrebungen gegenüber. Es ist nicht uninteressant, die bisher erreichten Resultate und das verschiedene Vorgehen in den verschiedenen Ländern zu beobachten.

Die rein kommunistischen Bestrebungen in Rußland, die nur die körperliche Arbeit hoch bewerteten, haben zum Ruin geführt. Die russische Industrie dürfte als vernichtet gelten und wird sich in absehbarer Zeit wohl kaum erneuern.

In Deutschland sind derartige Tendenzen wohl überwunden. Dagegen wird noch eine ausgedehnte Verstaatlichung erstrebt, besonders bei der elektrischen Industrie und dem Bergbau. Namentlich bei letzterem soll sie eine vermehrte Förderung und billigere Preise erzielen. Hier darf man mit Recht skeptisch sein, — billig hat der Staat noch nirgends gearbeitet, und Vermehrung der Erzeugung wird am besten durch freie Konkurrenz erzielt. Aber der Staat mag vielleicht trotz an sich teuerer Arbeit billiger abzugeben vermögen, weil er keine Dividendenpolitik zu treiben genötigt ist. Zudem mag vielleicht die absolute Verstaatlichung aus anderen Gründen angezeigt erscheinen — **rein wirtschaftlich betrachtet** wird sie **keinen Vorteil** bedeuten.

In **England** steht man ebenfalls vor der Frage der **Bergbau-Verstaatlichung**, und diese Maßnahme müßte aufs tiefste einschneiden in die bisherige englische Wirtschaftsstruktur. Der englische Arbeiter gibt sich nicht der Phantasie billigeren Arbeitens und größerer Ausbeute hin, aber die Kohle soll durch Fortfall privaten Nutzens verbilligt werden. Der Ausdruck „Sozialisierung" paßt daher auf die englischen Bestrebungen besser als auf die deutschen.

Von **Amerika** sind die Nachrichten trübe. Es scheint sich ein **großer Kampf zwischen Kapital und Arbeiterschaft** vorzubereiten, auf beiden Seiten ohne Schonung. Bereits soll eine Anzahl von Kapitalisten spurlos verschwunden sein und ebenso werden Attentate gegen Etablissements gemeldet.

Am weitesten vorgeschritten und wohl am interessantesten ist die Bewegung in Italien. Hier wurden aus Anlaß geringfügiger Streitigkeiten von den Arbeitern die Werke besetzt, die Unternehmer ausgeschlossen, und es wurde versucht, ohne diese weiterzuarbeiten. Die Regierung erklärte diese Besetzung als ein zwar neues und ungewöhnliches, aber nicht ungesetzliches Mittel im wirtschaftlichen Kampf. So waren die Unternehmer gezwungen, nachzugeben, aber auch die Arbeiterschaften hatten eingesehen, daß fördernde Arbeit einer Leitung von oben bedarf. Es kam zu einem Kompromiß, das seinerseits zu einem Gesetzentwurf führte. Dieser gibt der Arbeiterschaft weitgehende Aufsichtsrechte, so bei der Beschaffung des Rohmaterials, bei der Frage des Maschinenersatzes, der Anstellung der Arbeiter, der Preisnormierung für das Fertigfabrikat, der Gewinnverteilung. Vor allen Dingen soll aber alljährlich eine bestimmte Quote des Gewinns dazu Verwendung finden, Aktien abzulösen und in den Besitz der Arbeiterschaft überzuführen, bestimmte Sicherheiten sollen für die Erhaltung dieses Besitzstandes geboten werden. Auf diese Weise würde in einer Anzahl von Jahren die gesamte italienische Industrie aufgekauft und in den Besitz der Arbeiter übergegangen sein — eine Parallele könnte man in Deutschland etwa in der Zeißstiftung in Jena sehen. Die Regierung hat erklärt, die Tendenz der Zeit gehe nun einmal auf Sozialisierung, und keine Regierung vermöge sich den Tendenzen einer Wirtschaftsepoche entgegenzustellen. Man muß annehmen, daß das ausgedehnte Aufsichtsrecht eine große Gefahr für den Unternehmungsgeist und damit für die Gesamtentwicklung der Industrie bedeutet — allerdings verfügt der Italiener im allgemeinen über einen sehr gesunden Wirklichkeitssinn, der ihn leicht das richtige Maß finden läßt. Vielleicht glaubt sogar die Regierung, Utopien auf diese Weise am leichtesten ad absurdum führen zu können. Bemerkenswert ist, daß sich im allgemeinen diese ganze Entwicklung äußerst ruhig und diszipliniert vollzog, auch die „Ausschreitungen" in Turin hatten verhältnismäßig wenig zu bedeuten. Von bolschewistischen Tendenzen ist übrigens Italien in seiner Gesamtheit wohl frei — eine Ausnahme bildet nur Triest, der Sitz einer bolschewistischen Propaganda, die **nicht ohne die Mithilfe ausländischer kommunistischer Führer eingerichtet ist**; in Triest aber spielen andere Fragen eine bedeutendere Rolle, als rein wirtschaftliche.

Kardinal Dubois.

Der neue Erzbischof von Paris.

Von Paul Münstermann, Metz.

Am 30. September ds. Js. ist Kardinal Dubois von Rouen zum Erzbischof von Paris ernannt worden. Nur vier Wochen ist der erste Bischofsitz Frankreichs verwaist geblieben. Rom hat in weiser Erkenntnis der aktuellen Lage der französischen Katholiken ohne Säumen gehandelt. Kardinal Dubois wird als der 20. Träger den erzbischöflichen Stuhl von Paris besteigen. Bei Gelegenheit der Ernennung hat ein Zwischenfall das Publikum ziemlich berührt. Die halbamtliche Havasagentur posaunte in die Welt hinaus, die Ernennung sei ohne Einverständnis der französischen Regierung erfolgt. Anderseits hat aber der Staat durch den Bruch des Konkordats das Recht auf Approbierung der bischöflichen Nominationen verloren. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die Havasmeldung eine Ente war und einen freimaurerischen Beamten im Außenministerium zum Urheber hatte. Rom hatte wohl in Paris angefragt, ob sein Kandidat der Regierung genehm war. Dessen war der Vatikan schon im voraus versichert, da ja Kardinal Dubois im letzten Winter in besonderer Mission als Diplomat eine Syrienreise unternommen hatte.

Kardinal Dubois ist geboren am 1. September 1856 in Saint-Calais. Zum Priester geweiht im Jahre 1879, verbrachte er lange Jahre in der Seelsorge, bis er 1898 Generalvikar wurde. Zwei Jahre später wurde er auf den bischöflichen Stuhl zu Verdun berufen, 1901 Metropolit von Burges, übertrug ihm Rom im Jahre 1916 die Erzdiözese von Rouen. Ueberall zeichnete der Kirchenfürst sich aus durch seine aufopfernde Liebe und seinen apostolischen Seeleneifer.

In den schweren Zeiten der Trennung von Kirche und Staat wußte er mit mannhaftem Mute den Frevlern entgegenzutreten. Doch die rohe Faust siegte äußerlich über den Widerstand des Bischofs. Seinen Diözesanen war er in dieser Leidensstunde ein liebevoller Vater. Sein Genie entfaltete sich nun auf dem Gebiete der Schule und des Vereinswesens. Hier suchte Kardinal Dubois einen Damm zu bauen gegen die eindringenden Fluten des Atheismus, unter den größten Opfern richtete er allerorts katholische Schulen ein und errichtete selber Vereine und Liguen zur Verteidigung des katholischen Glaubens. Auch der Presse weihte er seine Kraft, denn mehrere Jahre war er selber Schriftleiter einer katholischen Zeitschrift. Rom erkannte bald die überragende Tätigkeit des unermüdlichen Bischofs. Denn 1916 verlieh ihm Papst Benedikt XV. die Kardinalswürde.

Der neue Erzbischof von Paris hat in ganz Frankreich einen ausgezeichneten Namen. Die Presse aller Parteien hat seine Ernennung lebhaft begrüßt. Denn die Orientreise hat den Kirchenfürsten als ersten Diplomaten dem ganzen Lande bekannt gemacht. Und mehr denn je bedürfen die französischen Katholiken eines diplomatisch geschulten geistlichen Führers. Die Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Vatikan ist immer noch ein leises Tasten, aber die Verhältnisse mit Elsaß-Lothringen und die Orientpolitik erheischen unbedingt die baldige Lösung dieser Frage. Ein Beweis, wie sehr der neue Erzbischof von Paris von der Verantwortung des neuen Amtes durchdrungen ist, sind einige Aeußerungen, die der Neuerwählte den Vertretern der „Libre Parole" gemacht hat:

„Das große Uebel, sagte der Kardinal, „ist die religiöse Unwissenheit. Die praktizierenden Katholiken, die gebildeten Stände nicht ausgenommen, sind ungenügend unterrichtet in den Grundwahrheiten der Religion. Die Folgen hiervon sind auf allen Gebieten fühlbar. Man baut allzusehr auf die menschlichen Fähigkeiten, die doch nur zu oft auf Irrpfade führen. Wir Katholiken müssen mit allen Mitteln an der sozialen Frage mitarbeiten. Ich begrüße alle christlichen Syndikate, die hier die Hände rühren, aber sie müssen bis ins innerste von christlichen Grundsätzen durchdrungen sein. ... Neben den Priester und den katholischen Lehrer muß der Laie sich stellen als Laienapostel. Hier liegt ein unermeßliches Feld noch brach. In erster Linie arbeitet in diesem Apostolat die katholische Presse, deren Pflicht es ist, der Religion zu dienen im öffentlichen Leben. Betone, daß jegliche Autorität auf der Basis der Religion beruht und daß die Erschütterung der Autorität nur die Konsequenz des Religionsmangels ist. Ja, in der Kirche selbst schwindet vielfach das wahre Autoritätsprinzip. Im Hl. Vater, dem Stellvertreter Christi auf Erden, sieht man nur allzuoft einen hohen Geistesmann, dessen Aeußerungen jeder kritisieren darf, dessen Befehle man nicht mehr gehorchen will. Lehren wir die Gläubigen die wahre Bedeutung des Papsttums."

Dies sind einige Aeußerungen des Pariser Kirchenfürsten. Sie haben zwar mehr Sinn für die französischen Katholiken, zeugen aber von der apostolischen Liebe und edlen Gesinnung des Kardinals.

Die Amerikanisierung Europas.

Von Ingenieur Heinrich Müller, Offenbach a. M.

Unter der Amerikanisierung Europas ist die einheitliche Zusammenfassung und ökonomischste Ausnutzung aller Kräfte und Stoffe auf großzügiger Basis zu verstehen. Die Amerikanisierung eines großen Teiles der europäischen Industrie ist gegenwärtig in vollstem Gange. Als Vorläufer dieses wirtschaftlich-industriellen Intensivierungsprozesses ist die Industrialisierung anzusehen, die in den Jahren vor dem Kriege besonders stark in die Erscheinung trat. Gerade im zweiten Jahrzehnt des gegenwärtigen Jahrhunderts setzte, dem Einzelnen meist unbewußt und nur den Wenigsten erkennbar, eine allmähliche Amerikanisierung unserer Sitten und Gebräuche ein. Dieser „Zug ins Amerikanische" hat für das europäische und insbesondere das deutsche Wirtschaftsleben angesichts der in ihrer Schwere kaum vorausgesehenen Folgen des Krieges und der Revolution heute die allergrößte Bedeutung gewonnen. Die Amerikanisierung Europas ist eine Lebensfrage geworden, an deren Lösung alle Kulturstaaten in gleicher Weise interessiert sind; es ist nicht angängig, daß sich einzelne Staaten, wie namentlich Frankreich, den aus dem wirtschaftlich-industriellen Intensivierungsprozeß entspringenden Pflichten zu entziehen versuchen. Staaten, die ihre Wirtschaftspolitik auf die Verwirklichung wirtschaftlich-industrieller Sonderbestrebungen einstellen, schädigen und hemmen nicht nur die Entwicklung Europas, sondern letzten Endes auch ihre eigene Entwicklung.

Ihren sichtbaren Ausdruck findet die Amerikanisierung Europas gegenwärtig in der ungewöhnlich starken Beteiligung amerikanischen Kapitals an europäischen und insbesondere deutschen wirtschaftlich industriellen Unternehmungen. Viel besprochen wurde seinerzeit die Beteiligung amerikanischen Kapitals an der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft; eine amerikanische Gruppe übernahm neue Aktien der Gesellschaft im Gesamtbetrage von 25 Mill. Mark. Bekannt ist auch die Gründung der American Steel Engineering and Automotive Products Co. in Berlin, die als Tochterunternehmen der American Steel Export Co. in Neuyork ins Leben gerufen wurde. Weiter beabsichtigt nach dem Deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverband die National Cash Register Co. in Deutschland eine große Fabrik zu erbauen. Auch verschiedene andere amerikanische Großfirmen beabsichtigen den Bau von Fabriken in Deutschland. In Düsseldorf soll mit Hilfe amerikanischen Kapitals ein Riesenausstellungsgebäude erbaut werden, das wohl als erster Wolkenkratzer in Deutschland zu gelten hätte. Eine Anzahl weiterer Beispiele amerikanischer Kapitalsbetätigung in Deutschland führt Ingenieur Gustav W. Meyer in seiner lesenswerten Broschüre „Die Amerikanisierung Europas"[1]) an, in der er insbesondere darauf hinweist, daß die Elektrifizierung der schweizerischen und italienischen Vollbahnen unter Beteiligung amerikanischer Unternehmen erfolgen wird. Bemerkenswert ist auch die Bildung der German-Austrian Co. in Neuyork mit einem Kapital von angeblich 100 Mill. Dollars, die zunächst die Wiener öffentlichen Werke, Gaswerke und Straßenbahnen aufkaufen will. In der gleichen Richtung bewegen sich die Vorschläge der Verpachtung der deutschösterreichischen und tschechoslowakischen Tabakmonopole an internationale Aktiengesellschaften der Gläubigerstaaten und der Uebergabe der österreichischen Staatsbahnen an eine aus Vertretern der Gläubigerstaaten gebildete internationale Aktiengesellschaft. Kennzeichnend für die gegenwärtige Lage ist das Vorwort, das Meyer seiner Broschüre, die eine Aufklärungsschrift im besten Sinne des Wortes sein will und der man schon aus diesem Grunde die weiteste Verbreitung wünschen möchte, vorausschickt und in der er u. a. sagt: „Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, wird auch unserer Privatindustrie nichts anderes übrig bleiben, als sich dem mächtigen ausländischen Einfluß unterzuordnen. Ist ja z. B. Amerika allein imstande, unserer Industrie durch Ueberlassung der uns fehlenden Rohstoffe wieder auf die Beine zu helfen. Unserer Industrie bleibt dann allerdings nichts anderes übrig, als für das Ausland Lohnarbeit zu verrichten und sich mit einem der unselbständigen Arbeit entsprechenden geringeren Gewinne zu begnügen." Auf Rußland bzw. Sibirien, mit dessen Hilfe wir uns von der Einfuhr amerikanischer Rohstoffe unabhängig zu machen in der Lage wären, können wir uns vorderhand nicht verlassen. Aehnliche Erfahrungen wie Deutschland und Oester-

[1]) Ing. Gustav W. Meyer, „Die Amerikanisierung Europas". Technischer Verlag, Bodenbach (Elbe), 1920. Preis geh. M 10.—.

reich-Ungarn macht auch die Tschechoslowakei; die hochentwickelte Textilindustrie der Tschechoslowakei leistet für das Ausland heute größtenteils Lohnarbeit. Ausländische Unternehmen finden es infolge des niederen Wertes der tschechischen Krone für vorteilhafter, Wolle nach der Tschechoslowakei zu exportieren und dort verarbeiten zu lassen. Die tschechoslowakische Textilindustrie besorgt somit lediglich den Veredelungsprozeß.

Die Amerikanisierung unserer Industrie ist in vollstem Gange. Wir stehen mitten in einer starken Annäherung der deutschen bzw. europäischen Entwicklung an diejenige der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Annäherung der beiderseitigen Interessen kommt am treffendsten in den Schiffahrtsabkommen zum Ausdruck, die kürzlich zwischen deutschen und amerikanischen Linien zum Abschluß gekommen sind. Einsichtige Wirtschaftspolitiker haben diese Politik schon seit der Revolution empfohlen, ohne freilich mehr als einem Lächeln zu begegnen. Deutschland braucht eine kräftige Stütze, um wieder emporzukommen. Die europäischen Staaten, einschließlich England, sind durch den Krieg zu sehr geschwächt, um uns die Unterstützung gewähren zu können, deren wir dringend bedürfen, ganz abgesehen davon, daß vielfach auch gar nicht der ehrliche Wille dazu vorliegt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind zweifellos das Land, das sich verhältnismäßig am wenigsten von Haßgefühlen gegen uns leiten läßt. Mit ihm wird sich daher noch am leichtesten eine Verständigung erzielen lassen.

Meyer geht in seiner Broschüre von dem Gesichtspunkt aus, daß die Amerikanisierung Europas zwar eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung Mitteleuropas ist, daß sie aber angesichts der Notlage, in der wir uns befinden, nicht umgangen werden kann. Aus unserem gegenwärtigen Elend kann uns nur die einheitliche Zusammenfassung und ökonomischste Ausnutzung aller uns noch übrig gebliebenen Kräfte und Stoffe auf großzügiger Basis retten. Erfolg versprechende Anfänge nach dieser Richtung sind bereits allenthalben gemacht worden. Die Taylorsche Arbeitsmethode hat namentlich in der Maschinen- und Elektroindustrie weitgehende Beachtung und Verbreitung gefunden. Der Niedergang der Arbeitsleistungen der Angestellten- und Arbeiterschaft tritt immer erschreckender zutage, aber die Zeit scheint nicht mehr allzu ferne zu sein, in der auch die Angestellten und Arbeiter einsehen lernen, daß das Schlagwort vom Mehrverdienen und Wenigerarbeiten ein verhängnisvoller Irrtum ist, und daß der wirtschaftliche Zusammenbruch Europas nur durch intensive Arbeit aufgehalten werden kann. Die Arbeiter von heute werden eines Tages von selbst auf das Taylorsystem kommen, das ihnen vielleicht noch gestattet, die seit der Revolution begangenen Fehler und vor allem diejenigen ihrer Führer wieder gut zu machen. Mit der großzügigen Ausnutzung der „weißen Kohle" zur Speisung der Hochspannungssammelschienen der Länder wird endlich Ernst gemacht werden müssen. Nur mit Hilfe der „weißen Kohle" werden wir in der Lage sein, die wachsende Kohlennot zu bekämpfen und das Problem der Elektrifizierung der Vollbahnen der Lösung einen Schritt näher zu bringen.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Vor einigen Tagen deutete der Reichswehrminister Geßler in einer Rede an, daß Frankreich Anschläge auf die deutsche Einheit mache und mahnte zu festem Zusammenhalt. In der Tat beschäftigte sich die französische Presse in einer Weise mit den Verhältnissen in Deutschland, die solche Vermutungen aufkommen läßt. Man vernahm wieder die Rufe nach baldiger Besetzung des Ruhrgebiets. Merkwürdig war auch, was verschiedene Blätter über Bayern wissen wollten. Der „Matin" schrieb, drei Viertel des Bayernvolkes wollten von Preußen los und strebten, katholisch und konservativ, wie sie seien, die Rückkehr der Wittelsbacher an. Das letzte Viertel, die Sozialisten, käme nicht dagegen auf. Bayern habe immer noch eine Art atavistische Neigung zu Frankreich. Es ist nicht gut möglich, daß der „Matin" das von Herrn Dard, dem französischen Gesandten in München, hat, der zurzeit in Paris weilt. Umsoweniger, als im gleichen Bericht von großen Erfolgen Dards in Bayern gesprochen wird. Wir möchten dem Gesandten weder eine solche Eitelkeit, noch eine so schlechte Beobachtungsgabe zutrauen. Der „Petit Parisien" weiß gerade das Gegenteil zu berichten. Ihm mißfällt Kahrs Bekenntnis zur Reichseinheit und noch weniger gefällt ihm die Orgesch. Sie scheint ihm von starkem Haß gegen Frankreich beseelt und zu einem Staatsstreich fähig, der wohl besser gelingen dürfte als der von Kapp. Der „Matin" also glaubt, daß man Deutschland zerschlagen kann, weil es schwach sei durch die Selbständigkeitsgelüste eines erstarkenden Bayern, der „Petit Parisien" meint, daß Deutschland zerschlagen werden muß, weil er in Bayerns Erstarkung den Keim zu einem neuen kraftvollen Deutschland wittert. England sind durch den Grubenstreik und den irischen Aufstand die Hände gebunden. Diese Lage will Frankreich nützen. Deutschland hat von dort mehr als Zeitungslärm, hat vielleicht Gewalttat zu erwarten. Frankreichs Hoffnungen auf Bayern sind Trug, wären jedoch nicht so hoch geschossen, wenn sie nicht von sozialistischer und unitaristischer Seite, die mißgünstig nach Bayern blicken, geradezu genährt würden. In gewissen Berliner Blättern steht mehr vom bayerischen Separatismus als im „Matin". Doch könnte man auch im Süden gern etwas vorsichtiger sein. Namentlich die immer neuen Reden vom baldigen Ausbruch des Bolschewismus in Norddeutschland und die naiven Folgerungen, die mancher daran knüpft, werden von Frankreich ausgebeutet.

Als der Reichstag zusammentrat, erwartete wohl das ganze deutsche Volk, seine Vertreter würden zunächst einstimmig schärfsten Einspruch erheben gegen die Zerstörung der Dieselmotore, welche uns die Entente, diesmal besonders England, ansinnt. Wie beim Kohlendiktat von Spa stehen Linkssozialisten und Kommunisten hier an der Seite aller anderen Parteien. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie zu Tausenden brotlos werden, wenn diese kostbaren und durchaus friedlichen Maschinen unbrauchbar sind. Die sächsische Volkskammer hat sich bereits mit Einschluß der USP. dagegen erklärt, desgleichen die bayerischen Handelskammern und viele andere wirtschaftliche Verbände. Der Reichstag aber mußte sich zuerst mit einem schleunigen Antrag der zum letzten Mal einigen USP. befassen. Der Antrag verlangte Einspruch gegen die Ausweisung der Russen Sinowjew und Losowski. Für die Regierung rechtfertigte der Außenminister Dr. Simons die Ausweisung. Er ging sehr zart mit den Russen um, die das Gastrecht mit größter Frechheit zu politischen Umtrieben mißbraucht haben. Es war beschämend, daß ein Massenmörder wie Sinowjew, dieser bluttriefende, echt asiatische Tyrann, der im hungernden Petersburg nur damals hungerte, als er eine Entfettungskur brauchte, sich breit machen durfte in deutschen Hotels und auf einem deutschen Parteitag feierlich empfangen wurde. Der Reichstag erklärte sich mit der Ausweisung einverstanden, selbst die Mehrheitssozialisten lehnten den Antrag der Unabhängigen ab.

Die Spaltung der USP. hat sich vom Parteitag in die Volksvertretungen fortgesetzt. Im Reichstag sind 59 Abgeordnete gegen, 22 für Moskau. Im allgemeinen überwiegt in den Fraktionen die Rechte, in der Wählerschaft die Linke der Partei. Die rechte USP. hat einen scharfen Gesetzentwurf zur Sozialisierung der Bergwerke und anderer Großbetriebe ausgearbeitet und will mit allen Kräften dafür kämpfen. Wie schädlich eine völlige Sozialisierung der Gruben mit ihrer zentralistischen und bürokratischen Wirtschaft wäre, hat der bayerische Finanzminister Dr. Krausneck soeben im Staatshaushaltsausschuß des Landtages dargetan.

In Deutschösterreich sind die Sozialdemokraten gleich nach den Wahlen aus der Regierung ausgetreten. Der roten Arbeiterbewegung muß eine christliche entgegengesetzt werden. Die christlichen Arbeiter in Deutschland können dabei helfen. — Der Anschlußgedanke erwies bei den Wahlen seine Zugkraft. In Oberösterreich hatten die Christlich-Sozialen darum so großen Erfolg, weil sie dort am lautesten für den Anschluß an Deutschland sprachen. Das wird auch in Zukunft die beste Politik sein. Im Reich und draußen muß es allen Deutschen bewußt sein, daß sie zusammengehören, und daß es heut ums Dasein des deutschen Volkes geht. Selbstsucht, die z. B. in schwarz-gelben Kreisen Oesterreichs, aber auch anderswo gegen den Anschluß arbeitet, wird ihren eigenen Herrn schlagen.

Kärnten wurde auf Befehl der Großmächte von den Serben geräumt, wenigstens berichten dies Meldungen aus Belgrad.

Danzig ist von der Pariser Botschafterkonferenz zur Freistadt erklärt worden. Es führt seine eigene Flagge und bleibt im Besitz der Hafenanlagen und der Zolleinnahmen, nur die auswärtige Vertretung der Stadt versieht Polen. In Warschau ist man damit nicht zufrieden und will die Unterschrift des Vertrags über Danzig verweigern. Auch Wilna wollen die Polen

nicht räumen. Sie erklären, das könnte zu Aufständen unter den Truppen führen. Die Feindseligkeiten mit Rußland sind am 18. Oktober eingestellt worden. In seine Verfassung führt Polen das Zweikammersystem ein, die Berufung eines Senats wurde vom Warschauer Reichstag mit 195 gegen 189 Stimmen beschlossen. Es ist mit starkem Widerstand der Arbeiter gegen das Zweikammersystem zu rechnen.

Der englische Bergarbeiterstreik hielt die ganze Woche hindurch an und führte hie und da zu Unruhen und Plünderungen. Im Parlament wurde der Streik sehr ruhig und sachlich besprochen. Die Regierung will den Bergleuten eine Lohnerhöhung zugestehen, wenn die Kohlenförderung bis zu einem bestimmten Höchstmaß gesteigert wird. Hierauf aber wollen sich die Bergleute nicht festlegen. Die Lage wurde verschärft durch ein am Sonntag, 24., ablaufendes Ultimatum der Eisenbahn- und Transportarbeiter, die mit Sympathiestreik drohten. Die Regierung traf für alle Fälle scharfe Maßregeln, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Freundliche Anerkennung verdient ein Aufruf zahlreicher Professoren der Universität Oxford. Sie laden ihre Kollegen in Deutschland und Oesterreich ein, mit den Feindseligkeiten aufzuräumen, die unterm Einfluß des Nationalismus bestanden. Auf dem Boden der Wissenschaft wollen sie eine Versöhnung erreichen, damit ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Völkern entstehe, wie es für die Zivilisation notwendig sei.

Politische Irrwege des Mittelstandes.

Von Rfdr. W. Czwoydzinski, Syndikus des Gesamtverbandes Christlicher Mittelstand, Köln.

Durch die Presse geht die Notiz, daß sich in Berlin eine neue Partei unter dem Namen: „Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes" gebildet habe. Vornehmlich sollen östliche Kreise Deutschlands bei dieser Geburt Pate gestanden haben. Die Idee der „Wirtschaftspartei" ist nicht neu und spukt gerade seit den Tagen der Revolution und der darauffolgenden Ereignisse im Wirtschaftsleben in manchen Köpfen. Neben vielen wirtschaftlichen Vereinigungen tauchte z. B. in Königsberg die „Deutsche Mittelstandspartei" auf, die sich damals in ihrem Aufruf scharf gegen die bürgerlichen Parteien wandte. Man hat von den Erfolgen dieser Partei nichts vernommen. Auch das Wort der „Entpolitisierung des Wirtschaftslebens" hat manchem den Gedanken von eigenen Mittelstandskandidaten in den Parlamenten des Reiches, der Länder und der Gemeinden wach werden lassen. Es gibt sogar Leute, die das Ende der politischen Parteien und ihre Ablösung durch wirtschaftliche Vereinigungen voraussehen.

Von vornherein sei hierzu bemerkt, daß der Gesamtverband „Christlicher Mittelstand" sowohl der neuen Partei wie überhaupt den Ideen von besonderen Mittelstandskandidaten durchaus fern steht. Er hat stets und insbesondere bei seiner letzten Werbereise durch Westfalen, Bayern, Baden und Hessen immer wieder betont, daß der „Christliche Mittelstand" parteipolitisch neutral ist und seine wirtschaftlichen Ziele nur durch die bürgerlichen Parteien zu erreichen sucht. Er hält eine Partei, die sich lediglich auf wirtschaftlichen oder berufsständischen Boden stellt, für eine politische Utopie. Er sucht das Einigende, nicht das Trennende unter den bürgerlichen Parteien hervorzuheben. Er will ähnlich wie die Gewerkschaften als eine wirtschaftliche Spitzenorganisation aller den Mittelstand bildenden Berufsständen der Machtfaktor sein, den die bürgerlichen Parteien in ihrem eigenen Interesse nicht übersehen können und dürfen. Dazu kommt die weitere Notwendigkeit, daß die Mitglieder dieser wirtschaftlichen Organisation auch tüchtige Kräfte der Parteien sind, die ihnen nach ihrer Anschauung am nächsten stehen. Das ist gerade das gewaltige Schuldkonto der Mittelständler, daß sie sich in ihren Parteien zu wenig betätigt haben. Wer sich nicht regt, wird sich auch nicht durchsetzen.

Die neue Wirtschaftspartei bildet nur ein weiteres Beispiel für die Selbstzerfleischung des Mittelstandes. Die bürgerlichen Stimmen werden immer mehr zersplittert. Dem größten Gegner aber, dem Sozialismus aller Färbungen wird dadurch der Beweis geliefert, daß das Bürgertum aus diesen Zeiten noch immer recht wenig gelernt hat und sich durch diese Zersplitterung immer ohnmächtiger macht. Der Parlamentarismus sollte doch endlich in seinem Wesen erfaßt werden. In den westlichen außerdeutschen Staaten mit parlamentarischem System wird die Zahl der Parteien höchstens kleiner. In Deutschland ist gerade das Gegenteil der Fall. In Bayern taucht neuerdings die „christlichsoziale Partei", in Berlin die „Wirtschaftspartei" auf.

Was wird der praktische Erfolg einer solchen Partei sein? Sie wird, eine gewisse Lebenszeit vorausgesetzt, bei einer kommenden Wahl vielleicht einige Abgeordnete erhalten. Man irrt aber gewaltig, wenn man mit einer Handvoll Abgeordneter die Interessen des Mittelstandes wahren zu können glaubt. Die Sozialdemokratie wird sich mit der geschlossenen Masse ihrer Vertreter in ihrer Mittelstandsfeindlichkeit dadurch nicht beirren lassen und die bürgerlichen Parteien werden aus ihrem Geiste heraus einer solchen Partei nicht gerade wohlwollend gegenüber stehen. Aber erst durch das Zusammengehen mehrerer bürgerlicher Parteien werden die Mittelstandsforderungen Erfüllung finden. So schreibt auch Dr. Lübbering in seinem Buche: „Selbstverwaltung des Handwerks im Volksstaate": „Eigene Mittelstandsparteien setzen sich selbst auf den Isolierschemel ihrer kleinen Minderheit, stellen sich selbst als im Wettbewerb gegen die anderen Parteien laufende und kämpfende Parteien in Gegensatz zu diesen". Das Auftauchen von Wirtschaftsparteien, wie der immer lauter werdende Ruf der Ständebewegung sollte allerdings den bürgerlichen Parteien eine erneute Mahnung sein, gerade für die berechtigten Mittelstandsinteressen im sozialen Geiste mit aller Kraft einzutreten. Es handelt sich hier um ein Symptom für die bedrückte Lage und Stimmung innerhalb des Mittelstandes, die sich eben in solchen Dingen Luft macht. Anderseits soll auch nicht verkannt werden, daß eine große Zersplitterung des Parteiwesens stets ein Zeichen für die politische Erkrankung, ja die politische Unreife eines Volkes gewesen ist.

Die neue Wirtschaftspartei hat die Beamten ausgeschlossen, um „ein Zurückdrängen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes innerhalb der Partei durch Beamte und Angestellte zu verhindern". Letztere werden also wie Mittelständler zweiter Klasse behandelt. Darin liegt ein direktes Verkennen der neuen Zeit; es scheint mir wenig zu dem stolzen Namen der Partei als der Vertreterin des deutschen Mittelstandes zu passen. Der „Christliche Mittelstand" legt im Gegensatz hierzu und zu anderen wirtschaftlichen Organisationen des Mittelstandes einen großen Wert darauf, den Begriff des Mittelstandes möglichst weit zu fassen. Er sieht seine Aufgabe darin, den „alten" wie den „neuen" Mittelstand zur machtvollen Organisation zusammenzufassen.

Und wie will es eine Wirtschaftspartei mit den allgemeinen politischen Zielen halten? Außer der Wirtschaftspolitik muß sie doch auch noch andere wie z. B. die Kulturpolitik von sich aus behandeln. Nach welchen Grundsätzen will sie da vorgehen? Es ist nicht zu verkennen, daß die Gliederung der Parteien im tiefsten Kern auf Gegensätzen der Weltanschauung beruht. Wie werden aber in einer solchen Wirtschaftspartei bei Weltanschauungsfragen die Gegensätze aufeinander platzen! Auch hier scheint mir eine Ursache der Unmöglichkeit einer rein ständischen Partei zu liegen. Das hat der „Christliche Mittelstand" bei seiner Gründung sofort erfaßt. Neben den gemeinsamen Wirtschaftszielen läuft die gemeinsame Anschauung, daß nur dann der Wiederaufbau Deutschlands und seiner Wirtschaft denkbar ist, wenn er von sittlichen, christlichen Grundsätzen getragen wird. Das bedeutet gerade den schärfsten Gegensatz zur sozialistischen Welt- und Wirtschaftsanschauung. In diesem Kampfe muß aber ein Parteigebilde wie das neue letzten Endes versagen.

Nüchterne praktische Erwägungen führen dazu, daß die Interessen des Mittelstandes am besten in einer parteipolitisch neutralen Organisation, die ihre Ziele durch die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien zu erreichen sucht, aufgehoben sind. Vom allgemein mittelständlerischen wie auch vom politischen Standpunkt des deutschen Bürgertums aus ist daher die Gründung der „Wirtschaftspartei" auf das äußerste zu bedauern. Insbesondere stellt sich der „Christliche Mittelstand" bewußt in den schärfsten Gegensatz hierzu. Zwar tritt auch er für die Entpolitisierung des Wirtschaftslebens ein, aber zunächst in dem Sinne, daß neben das politische Parlament das Wirtschaftsparlament treten soll. Dafür mag sich der Mittelstand bereit halten, daß er in diesem Parlament in dem Maße, wie es ihm nach seiner Zahl und Bedeutung zukommt, vertreten ist. Hier soll nicht der Parteigeist, sondern trotz aller Verdrossenheit der Geist deutschen Könnens und Wagens eine neue Wirtschaft aufbauen. Dazu braucht es wohl einer starken wirtschaftlichen Mittelstandsorganisation, aber keiner Partei.

Die katholische Preßzentrale von Brasilien.

Lichtblicke aus Brasilien.

Von P. Petrus Sinzig, O. F. M., Schriftleiter der „Vozes de Petropolis", zurzeit in Linz am Rhein.

Das Samenkörnchen von 1910 ist zum Baume geworden. Die Pressevereinsmitglieder schließen sich zu kleinen Gruppen zusammen, von denen jede einen bestimmten Monatsbeitrag garantiert. Das Gründungsjahr brachte es auf 50 Gruppen. Heute ist das halbe Tausend überschritten und die Mitgliederzahl fünfstellig geworden.

Zeitungen und Zeitschriften. „A União" ist das Lieblingskind des Centro da Boa Imprensa (Preßzentrale). Die Zeitung, die damals alle 8 Tage erschien, wurde ihm samt der Druckerei geschenkt und erscheint seit langem schon zweimal wöchentlich mit verdoppelter Abonnentenzahl. Die letzte Nummer erzählt, daß ein Pfarrer wieder mal mit einer neuen Abonnentenliste kam: 200 Namen auf einmal! Vivant sequentes! auch hier.

„O Beija-Flor" („Der Kolibri") ist die illustrierte Kinderzeitschrift des Centro, die alle 14 Tage erscheint; „A Resposta", ein Monatsorgan, das alle Mitglieder des Preßvereins gratis erhalten und das die größte Auflage hat; „A Tela" ist der Benjamin, erst zwei Jahre alt, aber ein mutiger Kämpe auf seinem Gebiete, der Kinoreform. „A Tela" erscheint jede Woche illustriert und bespricht die neuen Films vom moralischen Standpunkte aus.

Das zukünftige Tageblatt. Das katholische Brasilien hat immer noch keine großzügige katholische Tageszeitung in der Bundeshauptstadt. Frühere Versuche schlugen fehl. Centro da Boa Imprensa hat darum eine bereits mehrjährige Propaganda gemacht und Gaben gesammelt, an denen sich die brasilianischen Kirchenfürsten, Gelehrte, hohe Beamte, wie auch Dienstmädchen, Arbeiter, ja Indianer beteiligt haben. Das Vertrauen auf die Preßzentrale ist so groß, daß mir als einem seiner Mitglieder vor 2½ Jahren eine große Tageszeitung mit Druckerei und allen Zeitschriften des betr. Hauses zur kostenlosen Uebernahme angeboten wurde. Nach Rücksprache mit Mitgliedern des Episkopates wurde das Angebot abgelehnt, aber heute ist das Centro da Boa Imprensa so erstarkt, daß es mich nach Deutschland sandte, die Rotationsmaschine usw. zu erwerben und den Telegraphendienst zu vereinbaren. Es dürfte auch in Deutschland wertvoll sein, zu wissen, daß sich der Gesamtepiskopat Brasiliens, also mehr als 50 Bischöfe, für „O Diario" (die Tageszeitung) interessieren und damit seinen Einfluß im ganzen Lande sicherstellen. Rückschlüsse für Handel, Industrie — und andere Kreise — ergeben sich von selbst.

Der Pressetag. Die katholische Bevölkerung Brasiliens verlangt in ihrer Gesamtheit nach einer würdigen und zielbewußten Vertretung durch eine modern eingerichtete Tageszeitung. Um die Existenz dieser noch sorgenfreier zu gestalten, hat Se. Eminenz Dom J. Arcoverde, der einzige Kardinal Südamerikas, einen eigenen Pressetag mit religiösen und weltlichen Feierlichkeiten eingesetzt, der jedes Jahr begangen wird. Fast alle Bischöfe sind dem Beispiele Sr. Eminenz gefolgt. In Petropolis, dem Sitze der Preßzentrale, hat die Frau des Präsidenten der Republik den Ehrenvorsitz des letzten Pressetages übernommen. Der Bundespräsident selbst nahm an Feierlichkeiten teil.

Herausgabe von Büchern. Der Preßverein unterstützt nicht nur katholische Bibliotheken, sondern gibt jedem seiner Mitglieder jährlich ein gutes Buch nach freier Wahl aus vorgelegter Liste. So hat er nicht nur eine große Anzahl von Büchern verbreitet, sondern ist auch zur Herausgabe eigener Werke geschritten, die schon eine stattliche Reihe ausmachen und teils vollständig vergriffen sind. Eigene Serien von Kunstpostkarten und Schriftstellerporträts dienen für fortgesetzte und zielbewußte Werbetätigkeit.

Kinoreform. Die Auswüchse des Kinos zwangen zur Selbsthilfe. Die Preßzentrale ließ die Vorführungen besuchen und besprach die Films in der „União". Es dauerte nicht lange, da wurde die Redaktion mündlich, schriftlich und telephonisch mit Anfragen überlaufen und mußte sich ein eigenes Kartenregister der Titel anlegen. Nun wurde den Filmagenturen, die von den Fabriken kaufen und an die Kinos vermieten, der Antrag gestellt, dem Vertreter der Preßzentrale alle Films vor ihrer Erstaufführung zu zeigen. Für die guten wurde Propaganda versprochen; von den schlechten konnten einzelne durch Herausschneiden von kleinen Stücken in einwandfreie verwandelt und damit für die Vorführung gerettet werden. Die Agenturen (mit einer Ausnahme) nahmen an, und der Einfluß der Preßzentrale stieg weiter. Da machte diese noch einen letzten Schritt, richtete selbst einen Vorführungsraum ein mit eigenem Apparat und Bedienung und gründete die illustrierte Kino-Wochenschrift „A Tela". Erfolge: Kinos gingen ein, weil sie sich an keine Zensur störten; — ein reicher Katholik kaufte sämtliche Kinos seines Heimatstaates, um sie in einwandfreie zu verwandeln; — die Polizei schritt zur Einrichtung einer Zensur, zog den Vertreter der Preßzentrale hinzu zur Ausarbeitung der Grundsätze und überließ mir bei meiner Europareise als Beweismaterial alle von ihr herausgeschnittenen Stücke.

Buchabteilung. Der Bücherumsatz zwingt zum Ausbau der betr. Abteilung. Mehrere der größten katholischen Verlagsanstalten Deutschlands haben beschlossen, dem Centro da Boa Imprensa ihre Werke in Kommission zu geben. So sparen sie Reisende und Propagandakosten und erschließen sich doch neue Absatzgebiete. Einige der bedeutendsten Kunsthandlungen Deutschlands stehen in Unterhandlungen zu demselben Zwecke. Es mag manchem Verleger wertvoll sein zu wissen, daß A União und Vozes de Petropolis die ihnen gesandten Bücher besprochen und daß beide sehr gewählten Leserkreis haben.

Anzeigen in der brasilianischen Presse. Verleger, Industrielle, Stellungsuchende usw. würden in der brasilianischen Presse Anzeigen veröffentlicht haben, wenn dem nicht die Unkenntnis der Verhältnisse und der Sprache, die Schwierigkeit der Zahlung und vor allem der sehr bedeutende Valutazuschlag im Wege ständen. Auf letzteren wird die dortige Tagespresse nicht verzichten. Ich habe jedoch soeben mit J. P. Bachem, Köln und dem „Südamerikanischen Institut" in Köln (Universitätsgebäude) vereinbart, daß beide Anzeigen für „Vozes de Petropolis" und alle oben genannten Veröffentlichungen annehmen können zu den in der deutschen Presse (besonders K. V.) üblichen Preisen. Die betreffenden Zeitungen und Zeitschriften sind zwar in der Bundeshauptstadt nicht so verbreitet, wie etwa die Tagespresse, gehen aber dafür in alle Teile Brasiliens, was von den Tageszeitungen nicht behauptet werden kann.

Christliche Kunstausstellung. Zum besten der katholischen Tageszeitung war für Ende 1918 eine große Ausstellung der christlichen Kunst und katholische Betätigung angesagt und in die Wege geleitet. Die Regierung stellte den Ehrensaal und die anschließenden Räumlichkeiten der National-Künstlerakademie zur Verfügung und der Eigentümer eines anderen Palastes, des Lyceo de Artes e Officios, bot weitere Räume an. Der Herr Kardinal und die Gemahlin des Präsidenten der Republik hatten den Vorsitz übernommen. Der Katalog lag gedruckt vor mit 2876 Nummern. Die Aufstellung der Gegenstände begann. Da kam die Kriegserklärung Brasiliens an Deutschland und alles fiel ins Wasser, weil ein Deutscher, Schreiber dieses, an der Ausstellung wesentlich beteiligt war. Immerhin verzichteten verschiedene Aussteller auf ihre Sachen und überließen sie zugunsten der Tageszeitung.

Ein Lichtblick für unsere Künstler. Brasilien rüstet sich zu seiner Unabhängigkeitsfeier. Der Staat hat dafür bedeutende Mittel ausgeworfen. Da ist der Plan aufgetaucht, eine neue Ausstellung christlicher, besonders liturgischer Kunst zu veranstalten, die vielleicht abwechselnd in mehreren Städten tagen wird. Selbstverständlich beschränkt sie sich nicht auf deutsche Künstler und deutsches Kunstgewerbe, sondern zieht andere Länder hinzu. Herr H. Karp (Düsseldorf, Gartenstr. 61), der frühere Leiter der brasilianischen Filialen von Fr. Bayer, Farbwarenfabrik in Leverkusen, ein erprobter Organisator, hat die Sache in die Hand genommen. Eine bedeutende Zahl von Beteiligungen ist ihm bereits zugesagt, ebenso die Propagandaarbeit des Centro da Boa Imprensa. Uebrigens kann sich jeder Aussteller die Unterstützung der katholischen Presse sichern: er braucht nur dem gemeinsamen Ziele des Volkes und seiner Bischöfe, der katholischen Tageszeitung, einen kleinen Prozentsatz der Verkaufssumme oder Nachbestellungen zu versprechen, dann ist ihm die Sympathie aller gewiß.

Qualität geht vor Quantität. Für Expressionismus ist sehr wenig Verständnis in Brasilien; Kitsch bleibt liegen; Kunstverständnis ist geweckt, teilweise groß. Ich bin gern bereit, an der Werbearbeit in der Presse aktiv teilzunehmen, wenn mir von den Künstlern biographische Notizen und scharfe Abbildungen zur Verfügung gestellt werden (bis Ende November: Linz am Rhein; dann: Petropolis, Staat Rio de Janeiro). Die Organisation bleibt jedoch dem genannten Herrn. (Näheres in „Köln. Volksztg." Nr. 734 — 21. IX. 20).

Lebt sie noch, die Preßzentrale in Brasilien? Die Antwort läßt mit Wehmut an die Notlage der katholischen Presse in Deutschland denken, wird aber vielleicht ein Ansporn sein, für ihre Sicherstellung den letzten Groschen zu opfern.

Natur und Kultur.

Von P. Engelbert Hoh, O. S. B., Augsburg (St. Stephan).

Es ist eine sehr betrübende Tatsache, auf die schon oft hingewiesen wurde, daß unser gesamtes Schrifttum unter den gegenwärtigen außerordentlichen Zeitläuften furchtbar leidet. Es will wahrlich viel sagen, wenn selbst die doch reich ausgestatteten Akademien der Wissenschaften ihre Veröffentlichungen einstellen müssen.

Braucht man sich dann zu verwundern, wenn Zeitschriften, denen solche Mittel nicht zur Verfügung stehen, aufs schwerste gefährdet sind und eine nach der andern für immer verschwindet? Es ist ja wahr: bei einer ganzen Reihe von Zeitschriften ist es wahrlich nicht schade, wenn sie keine fröhliche Urständ mehr erleben und es ist gewiß wahr, daß es noch eine ganze Menge gibt, die besser nie erschienen wären, darunter eine ganze Reihe von Mißgeburten des freiheitlichen Revolutionsgeistes.

Aber daß unter den ernstlich gefährdeten Zeitschriften auch **„Natur und Kultur"** sich befindet, das ist doppelt und dreifach tief bedauerlich.

Viele der sehr verehrten Leser der „A. R." werden wahrscheinlich gar nicht oder nur recht ungenau wissen, was das ist. „Natur und Kultur" verfügt eben nicht über die nötigen Mittel, wie sie eine großzügige moderne Propaganda erfordert und mußte darum so ein richtiges Aschenbrödeldasein fristen.

Dabei ist aber „Natur und Kultur" die einzige naturwissenschaftliche Zeitschrift in Deutschland, die auf dem Boden katholischer Weltanschauung steht.

Zum Beweise dafür, wie überaus notwendig in der Vergangenheit eine weite Verbreitung gerade einer solchen Zeitschrift gewesen wäre, sei hier nur andeutungsweise hingewiesen auf den unheilvollen Einfluß gerade der modernen, in ihrem Grunde atheistischen Naturwissenschaft. Wer bei Beurteilung unserer gesamten Gegenwartslage die Herren des modernen Materialismus und vorab Haeckel und seine „Welträtsel" nicht in Rechnung stellt, gewinnt kein richtiges Bild. (Wer sich für diese Zusammenhänge interessiert, sei verwiesen auf eine rückschauende Skizze in den „Historisch-politischen Blättern: 163. Band, 1919, 10. Heft, Seite 616—628). Damals schon hätte „Natur und Kultur" eine Mission zu erfüllen gehabt. Und wie steht es jetzt?

Charakteristisch im allgemeinen ist der **Zug vom Materialismus weg — hin zum Geistigen.** Ist jetzt deswegen „Natur und Kultur" überflüssig? Nein! Die Mächte der Hölle werden sich mit aller Gewalt dem Zug zum Metaphysischen entgegenstemmen; sie werden immer wieder von neuem ihr ganzes naturwissenschaftliches Rüstzeug aufbieten — in neuer Form, in Anpassung an die Gegenwartsströmungen. Und jetzt hat „Natur und Kultur" erst recht eine Mission zu erfüllen! Man hat gesagt, dem Jahrhundert der Technik solle ein Jahrhundert der Seele folgen. Gut! Ganz damit einverstanden. Wenn diese Zeit bereits angebrochen ist — und fast sieht es so aus — dann ist auch die Zeit gekommen für eine großartige idealistische Naturbetrachtung und Naturauffassung. Für eine solche muß „Natur und Kultur" die mutige Vorkämpferin werden.

Also ich bleibe dabei: „Natur und Kultur" hat eine große Mission zu erfüllen! Was folgt daraus? Da braucht es keine lange Ueberlegung. Diese Zeitschrift, die mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten kämpft, muß erhalten bleiben, muß so unterstützt werden, daß sie fortbestehen kann. Die beste, weil dauernde Unterstützung ist das Abonnement!

Allein außergewöhnliche Zeiten verlangen außerordentliche Maßnahmen. Ich habe unlängst in der „Augsb. Postzeitung" (Nr. 432 vom 24. Sept.) die Zeitschrift empfohlen und dabei hingewiesen auf den Opfersinn der Monisten. Das Bundesorgan hatte auch mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Eine Aufforderung zur Unterstützung durch freiwillige Spenden hatte den großartigen Erfolg, daß binnen weniger Wochen 39 000 ℳ zur Verfügung standen. — Daraufhin ging mir aus dem Leserkreis der „Postzeitung" die Aufforderung zu, nicht bei der Anregung stehen zu bleiben, sondern die Sache in die Hand zu nehmen. Mit Erlaubnis meines zuständigen Oberen wage ich es nun, an die Oeffentlichkeit zu treten mit folgendem

Aufruf!

Eine wichtige Zeitschrift — wichtig als Vorkämpferin für eine christlich-idealistische Naturauffassung, wichtig im Dienste der so sehr im Vordergrunde des Interesses stehenden Volkshochschule — kämpft um ihre Existenz.

Katholiken deutscher Zunge! Eure einzige katholische Zeitschrift auf naturwissenschaftlichem Gebiete droht dem Moloch der Zeit zum Opfer zu fallen. Es ergeht an euch der Ruf: Helfet!

Bereits ist ein kleiner Grundstock vorhanden — gespendet von einem kleinen Kreis edler Freunde. Helfet mehren! Laßt euch nicht übertreffen von dem Opfersinn der Feinde unserer Weltanschauung!

Zeiget, daß euch Idealismus mehr ist als ein Schwall von leeren Phrasen, daß euch Idealismus bedeutet Tat und Leben!

Wer nur immer dazu in der Lage ist, ermanne sich zu einem freiwilligen Notopfer für „Natur und Kultur" und sende sein Scherflein an den verdienten Herausgeber Dr. Frz. Jos. Völler in München (Herzogstr. 5) oder an den Schreiber dieser Zeilen.

„Einen fröhlichen Geber hat Gott lieb."

Allerseelen.

Novelle von Marie Amelie Freiin v. Godin.

Frau Ager stieß Frau Gründner, mit der sie auf der Dorfstraße eben die Tagesneuigkeiten austauschte, leise an: „Die Frau Doktor", flüsterte sie, „die geht schon wieder auf's Grab".

Frau Gründner folgte daraufhin dem Mitleid und der Neugier ihres Herzens, und sprach die junge blonde Frau an, die, in Trauergewändern, völlig in sich versunken, an den beiden Nachbarinnen vorüberwollte. „Nun, Frau Doktor, wie gehts? Das Büble wird alle Tage netter!"

Die Angesprochene richtete die rotumränderten Augen ganz verloren auf die Sprecherin, als sei sie eben gewaltsam geweckt worden. Dann lächelte sie unsagbar bitter. „Wie soll es mir gehen? Der kleine Luitpold? Ich seh ihn gar nicht." Ihre Stimme war schwach und stets einem Faden gleich, der reißen will. Ich muß nur immer an den Edi denken".

Nun ereiferte sich Frau Ager, der kleine Luitpold tat ihr leid. „Aber der Kleine entwickelt sich doch prachtvoll".

Die Doktorin unterbrach sie: „So — finden sie?" fragte sie fast mit Widerwillen, „ich finde, daß er in nichts an den Edi heranreicht — in gar nichts." Fanatisch preßte sie ihre Lippen aufeinander, vor rasendem tränenlosen Schmerz dem Sterben nahe.

Mit Schrecken bemerkten die Frauen, daß die Locke seidigen blonden Haares, die ihr in die Stirne fiel, grau geworden war.

„So dürfen wir aber doch nicht trauern, Frau Doktor", sagte Frau Ager entsetzt, „wie solche, die keinen Glauben haben. Denken Sie doch an den armen Kleinen . . ." sie stockte und erschrak über die eigenen Worte, denn das Antlitz der Frau Doktor wurde in Abwehr steinern.

Frau Gründner kam ihr zu Hilfe „Der Herr Doktor ist, meine ich, auch zum Friedhof" bemerkte sie ablenkend.

„So". Die junge Frau wandte sich rasch und ging ihres Wegs. Daß ihr Mann auf dem Grabe sein sollte war ein Schlag für sie. Sie würde also nicht allein bei Edi sein; morgen, an Allerseelen auch nicht; da versammelte sich das ganze Dorf auf dem Friedhof.

Ohne die beiden beobachtenden Frauen wäre Elisa Prell umgekehrt, denn wenn ihr Mann zugegen war, dann fühlte sie sich dem Knaben, wonach sich jede Fiber ihres Herzens, als nach dem einzigen Troste sehnte, nicht nahe und verbunden. Dann war Wilhelm zwischen ihr und dem Kinde, wie in der Sterbestunde, da er bis zuletzt des Kindes Hand hielt, so daß Edis letzter Blick ihn traf.

Der Groll gegen ihren Mann, der das Kind nicht gerettet hatte, obschon er im Gau auf und ab für seine Geschicklichkeit berühmt war, war bereit, in ihrem Herzen aufzukeimen, aber er hatte nicht recht Raum in ihr durch die ungeheure Sehnsucht nach dem lieben Knaben, die jede andere Regung verkümmern ließ, noch ehe sie erwuchs . . . Hätten die Leute gewußt — ging es jetzt Elisa Prell doch durch den Sinn, wie ratlos er vor den Krämpfen des kleinen Edi war — der berühmte Arzt — wie er nicht einmal die fürchterlichen Schmerzen lindern konnte — dann wäre dieser Leute Respekt erstorben — wie ihre eigene Bewunderung!

Da es nun aber nicht möglich war, vor den zwei Frauen umzukehren, ohne die Bitternis, die seit dem Tode des Kindes ihre Ehe vergiftete, den Zungen des Dorfes preiszugeben, schritt die junge Frau weiter dem Friedhof zu.

Der dunkelblaue Himmel, der sich wolkenlos über den Bergen wölbte, lastete auf ihr. Hatte Edi sich doch daran gefreut, „Lauter lautere Sonne" sagte er an solchen Tagen voll Seligkeit. Ein jäher Schmerz fuhr ihr durch die Seele, als sie auf den Hängen das Rot der Buchen sah. Hatte Edi sie nicht im letzten Herbst gefragt: „Mutti, warum malt das der liebe Gott jetzt anders?" Nichts Schönes sah sie mehr ohne Schmerz, seit das frohe Kind nicht mehr an ihrer Seite lief, selbst nicht die lachende, burgumsäumte Trift, auf der breit und behäbig um die hohe Kirche das Dorf im Sonnenscheine lag. Ueberall hatte der liebe tote Knabe sich getummelt. Ein Knecht trieb ein paar Kühe an der jungen Frau vorüber. Sie schloß die Augen, um die Tiere nicht zu sehen. Wie gerne hatte Edi des Abends geholfen, das Vieh heimzutreiben, wie glückselig lag er des Morgens schon bei Sonnenaufgang im Fenster, daß ihm keine ungezählt vorübergehe von den Kühen, die im frohen Geläute ihre Glocken auch zur Weide stapften. „Mutti — gell — die Kühe kommen

doch auch in den Himmel? Ohne Kuh wär's im Himmel doch nicht schön!" — Ach — jetzt — ohne das Kind eine Kuh zu sehen, brach ihr immer neu das Herz! —

Die junge Frau kam zum Friedhof, schritt mit gesenkter Stirn die zwei Stufen zur Mauerpforte hinauf — trat ein. Ihr flüchtiger Blick ging in der Runde, denn sie hörte einige Frauen und Männer, die noch zum Fest die Gräber schmückten. Unzählige Astern, grellfarbene Georginen blickten aus dem Grün.

Elisa Prell wandte sich ihrem Grabe zu. Wie diese schmückenden Frauen und Männer gleichgültig plauderten! Nur sie allein wußte, was Trauer um einen Toten ist. Auch ihr Mann wußte es nicht. Ging er nicht etwa längst schon wieder seiner Arbeit nach? Sie konnte nicht arbeiten, überließ seit ihrem Unglück alles den Mägden. Sie dachte nur an das tote Kind.

Nun trat sie in Edis Gruft, eine Kapelle, die an die Kirchenwand angebaut war. Schon gestern hatte sie dieser Kapelle Schmuck, wie in jeder Woche, erneut. Lauter gepflanzte Blumen in ihren Töpfen. Epheu dazwischen, viel Epheu. Denn Edi liebte nur Blumen an ihren Stöcken und Epheu. Edi goß mit winziger Gießkanne die Pflanzen im Garten täglich selber, und geriet in Zorn und weinte, wenn jemand eine Blume brach. Im September, zwei Wochen vor seinem Ende, grämte er sich sogar, weil die vielhundert schönroten Früchte vom Apfelbaume hinter seinem Vaterhause gepflückt wurden. . . .

Nachdenklich stand Elisas Mann am Grabe; als er ihren Schritt hörte, sagte er leise: „Grüß dich Gott". Sie nickte nur und schritt an ihm vorüber.

So nahe ging sie zu dem Grabsteine, dem schönen, schlafenden Kinde aus Marmor, an dem Elisas Bruder rastlos gearbeitet hatte, weil sie den Anblick des unfertigen Grabes nicht ertrug — daß sie ihren Mann nicht sah und wähnen konnte, sie sei allein mit Edi.

Neben dem Grabstein standen rechts und links je zwei hohe weiße Kerzen. Morgen an Allerseelen sollten sie brennen so plante Elisa als Sinnbild ihrer nie endenden Mutterliebe.

Plötzlich überkam die junge Frau aber das Verlangen, die Kerzen jetzt schon anzuzünden. Warum morgen? Ihre Mutterliebe war wach, heute, wie morgen. Heute sehnte sich ihr ganzes Wesen maßlos nach der Totenfeier, heute war für sie Allerseelen. Mochten morgen jene, die um ihre Toten trauern, weil es so Brauch ist, den Totentag begehen. . . .

Sie zündete die Kerze an. „Elisa!" rief ihr Mann sie leise, aber sie hörte nicht auf ihn. Nichts galt ihr seine Besorgnis seit des Kindes Tode.

Sie setzte sich nieder, die Hand auf dem Stein, der ihren Knaben bedeckte. Wie er wohl dort unten lag?

Ihr schauderte. Was war aus der lachenden, kräftigen Schönheit des Kindes geworden! Sie hätte schreien mögen vor Qual.

In diesem Augenblick flackerte die eine Kerze auf und ihr Schein spielte auf der Inschrift unter dem Namen des Kindes „Er ruht in Frieden."

„Was heißt das" — sagte sich Elisa „nichts bedeutet mir das — nichts!" Sie konnte nicht beten, — sie wollte auch nicht beten. Was half es ihr auch, zu denken, daß die Seele des Kindes irgendwo im Jenseits ihr unerreichbar weiterlebe. Sie wollte ihren Knaben sehen, wie er sie anlächelte, wie er immer nach ihr rief, wie er heimkehrend sie im Hause suchte, treppauf, treppab: „Mutti, Mutti!" Ueber jedes Wort hinaus sehnte sie sich nach seiner Gegenwart. — Sie war stets so obenhin kirchengläubig gewesen. Jetzt meinte sie erfahren zu haben, daß ihr dieser Glauben nichts half. — Aber nun hatte ihr, durch den Schein des Lichtes, diese Inschrift doch Leben bekommen „Er ruht in Frieden." Wie eine Botschaft war ihr das, in ihre Verzweiflung von geheimnisreicher Stimme gesprochen.

Sie sah das Kind — wie es keuchend um den letzten Atem rang. Jetzt war es im Frieden. Eine Entspannung sänftigte ihre Bitternis. Sie fühlte unversehens, wie süß dieser Friede für alle Kreatur sein kann — wie dieser Friede des Todes ihr Kind einordnete ins All . . . in den Frieden der Ewigkeit, den Frieden Gottes.

Sie wollte aber nicht, daß ihr Schmerz zerging und wollte weinen . . .

Nun aber flackerte die hochflammende Kerze neuerdings. Der Docht neigte sich und bildete zischend eine Wunde im Kerzenleibe, durch die die mächtige Kerze sich rasch verblutete.

Elisa sah auf; diese Kerze sollte doch viele Stunden währen, aber nun vertropfte sie schon, zerrann vor den weitoffenen Augen der jungen Frau — knisternd — mit unheimlicher Schnelligkeit.

Und sonderbar — plötzlich war sie Elisa ein Sinnbild. So verbrennt das Leben, so zerrinnt alle Kreatur — so verzehrt sie sich bis sie eingeht in den ewigen Frieden. So war Edi; so auch sie. Nur eine Spanne Zeit, nur kurz dann war sie aufgezehrt; auch der Mann; das kleine Kind. Edi verbrannte rascher; sie etwas später. Wie wenig später! Dann war ihr Leib dahin. Sicher kam das mit jedem Atemholen näher — unentrinnbar. Oft hatte sie Aehnliches gedacht — heute erschütterte es sie bis zum Tiefsten — heute erlebte sie diese Wahrheit. Nur noch ganz kurz — ob ein Jahr — ob sechzig Jahre — mit der Ewigkeit verglichen — ganz kurz — konnte sie an dieses Grab kommen — ihr Mann auch — das Kind auch.

Sonderbar — dieser Gedanke war ihr tröstlich, löste ihre so widerspenstigen Tränen. Warum sich für diese kleine Spanne Zeit so übermäßig grämen — sie bedeutet nichts — nur daß sie der Weg ist zum Frieden. Dem einen ein Augenblick — dem andern zwei Augenblicke. Nein — nichts Wesentliches ist diese Spanne Zeit — nur der Weg zum Frieden, zu Gott. Nie hatte sie das so sicher, so überzeugt gewußt, wie jetzt — da sich die Kerze, schneller als die drei anderen, vor ihrem Blick verzehrte.

Ein Strom von Tröstung überflutete ihre Seele — nur eine kurze Spanne — dann erst brach der Tag an — mit dem lieben toten Knaben — mit ihrem Manne; mit allen Weggenossen, die uns so nahe sind, weil sie unentrinnbar denselben Pfad gehen müssen. Sie erhob sich, um ihrem Mann zu sagen, was sie gewonnen hatte, denn sie war wieder voll Liebe. In diesem Augenblicke aber kam ihr kleines Bübchen angerannt. „Mutti — Muttilein", rief auch er, wie der tote Knabe, und hing sich an ihren Hals.

„Er hat sich plötzlich so nach Ihnen gesehnt, gnädige Frau, ich konnte ihn nicht halten, das arme Kind!" sagte hinter ihm das Mädchen, das den Kleinen zu bewachen hatte.

Elisa schloß das Bübchen eng in ihre Arme und hob es weinend, aber ergeben und gütig zu dem Manne auf, der neben ihr stand und an den sie sich lehnte.

Vom Büchertisch.

Von Kiel bis Kapp. Gustav Noske läßt seine Erinnerungen erscheinen (Von Kiel bis Kapp, zur Geschichte der deutschen Revolution, 1920. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35). Wenn der Umsturz von 1918 einmal ferne Geschichte geworden ist, wird dies Buch des populärsten Mannes unter den damals regierenden Sozialdemokraten eine wichtige Quelle sein. Dem späteren Leser wird aber vielleicht mehr als uns auffallen, wie wenig revolutionär es eigentlich ist. Keine Marseillaise oder Internationale klingt aus den Zeilen, kein Triumph der neuen Freiheit und kein Haß gegen den alten, überwundenen Staat. Hatte die deutsche Revolution, so wird der Leser der Zukunft fragen, denn gar keine Ideen, keinen Geist? Oder er wird wissen, daß die deutsche Revolution nichts als ein Ausläufer der russischen war. Als solcher vermochte sie zwar das wankende Alte umzustoßen, aber nichts Neues in eigenem Stil zu bauen. Sie redet keine Sprache. Ihre meist jüdischen Führer beherrschen nicht das echt deutsche revolutionäre Pathos, das in den Flugblättern des Bauernkriegs und noch in Georg Büchners „Hessischem Landboten" zittert. Die russische Revolution hat ein Reich verbrannt, die deutsche hat nur eins verlauft. Ihr fehlen auch die großen Führer. Liebknecht reicht nicht an Thomas Münzer und Eisner war kein Deutscher. Der Mann aus der deutschen Revolution, der das Buch „Von Kiel bis Kapp" schrieb, ist gewiß nicht klein. Doch er ist kein Revolutionär. Darin haben seine Feinde von der USP und KPD vollkommen recht. Anerkennung aber verdient, daß er so zu sein wagte, während seine ganze Partei vom Schießverbot des 9. November 1918 bis zur Verkehrskontrolle 1920 mit dem gewaltsamen Umsturz unwürdige Geschäfte machte. Noske ist unzweifelhaft Sozialdemokrat und Republikaner. Aber er ist ein Mann der Ordnung. Aus seiner Einleitung klingt es fast wie Bedauern, daß die Demokratisierung Deutschlands nicht auf dem Weg der Verfassung kam. Der unheilvollen Verblendung der alten Machthaber gibt er die Schuld. Was seine Partei tat, um den Sinn für Staat und Gesetz zu erschüttern, sagt er nicht. — Noske saß nicht im Kabinett des Prinzen Max und teilt nicht dessen Schuld am überschnellen Zusammenbruch der Staatsgewalt. Er wurde am 4. November nach Kiel gesandt, wo die Matrosen die Macht an sich gerissen hatten. Wie er dort Ordnung schuf, erzählt der erste Abschnitt. Es folgten die Weihnachtskämpfe in Berlin, Noskes Eintritt in die Regierung und seine Arbeit an einer neuen Wehrmacht. Alles schlicht und sachlich geschildert, in kurzen, fast militärischen Sätzen. Wie er Soldatenräte und unverschämte Arbeiterführer mit ihren tollen Forderungen und Streikdrohungen zur Vernunft bringt, berichtet er ohne Selbstgefälligkeit. Die Bezwingung von Hamburg, Bremen, Leipzig und Braunschweig, der siegreiche Kampf gegen die Räterepublik München bewährten Noskes Schöpfung, die neue Reichswehr. Bei seiner Partei fand er wenig Unterstützung. Daß kein sozialistischer und republikanischer Geist in die Truppe kam, schiebt Noske mit Recht auf den Antimilitarismus seiner Genossen. Ihm selbst war wohl eine zuverlässige Truppe wichtiger als eine politisierende. — Es gab Bestrebungen, Noske zum Diktator zu machen. Viel-

leicht hat seinen Sturz beschleunigt, daß er es nicht werden wollte. Es macht einen tiefen und merkwürdigen Eindruck, wie er in der Nacht vor dem Kapp-Putsch seiner eigenen Truppenführer nicht mehr sicher ist. „Mit einem Gefühl tiefsten Ekels brach ich die Verhandlung ab.“ — Das Wort Ekel kommt noch ein paarmal vor. Noske gebraucht es bei der nationalen Verlumpung, die er an den Helden des Umsturzes wahrnimmt. So bei der Auslieferung deutscher Kriegsschiffe an England, wo die Matrosen um Prämien feilschen und lustige Musik zur Ausfahrt machen. Furchtbar traf den deutschfühlenden Mann der Friede von Versailles. Er war zuerst gegen die Unterzeichnung, dann dafür, weil besonders angesichts der Quertreibereien der Unabhängigen ein geschlossener Widerstand aussichtslos war. Als der Unwille gegen die schmachvollen Bedingungen die Reichswehr zu sprengen drohte, sprach sich Noske nochmals für Verweigerung der Unterschrift aus. Er gab jedoch nach, als die Generale erklärten, unter allen Umständen auf ihrem Posten zu bleiben.

Dr. Otto Kunze.

M. Herbert: Vittoria Colonna. Ein Lebensbild aus der Zeit der Hochrenaissance. 7.—12. verbessertes Tausend. Mit Titelbild. Ravensburg. Friedrich Alber. Hocherfreulich, weil wesenkennzeichnend ist diese Neuauflegung einer Charakter- und Zeitdarstellung mit der „Kraft des Emporziehens in die reine Luft des Ideals“, mit der tief durchhellenden Ergründung jener „stillen Frau“, der großen Freundin des größten Künstlers, deren „steiler Altersaufstieg zu Gott und Vergehen in der ewigen Liebe die Menschen festgehalten hat bis zum heutigen Tag, durch den schweren Barbarismus der heutigen Zeit“. Wir dürfen sicher auf eine stetig weitere Verbreitung des anerkannt bedeutenden und innigen Werkes rechnen.

E. M. Hamann.

M. Mages: Franziskus. Ein Friedenssang. Freiburg i. Br., Herder. Pr. geb. 20 ℳ. Gleich einer Sonne leuchtet das Bild des seraphischen Heiligen von Assisi, der sich in heißer Liebe der Armut vermählte, in unsere scheinbar dem Moloch des Mammonismus und Materialismus völlig unterstellte Zeit. Und doch: wer es versteht, sich dieses Bildes in tiefseelischer Auffassung und reiner Dichterkraft schöpferisch zu bemächtigen; wer den strahlenden Gotteshelden neu aufzuwecken und im Lichte der Liebe und Wahrheit auf den dunklen Hintergrund unserer so sehr dem Argen verfallenen Welt zu stellen vermag: der wird auch heute noch, vielleicht erst recht heute, Anerkennung und Verständnis finden, wird den gar nicht so wenigen Begeisterungsfähigen das Herz mit jubelndem Dank und Glück erfüllen können. — Ein berufenes Talent, eine seltene Kraft der Sichversenkung und der hingegebenen Einfühlung hat hier das Leben des wundersamen Poverello in tiefem Begreifen und Miterleben, mit zartem Farbenschmelz und reicher Farbenpracht dargestellt, mit einer Sprachschönheit in Reim und Rhythmus, die Aufsehen erregen dürfte. Ein musikalischer Puls trägt das Ganze. Zuerst, bei Aufrufung des vom Helden geführten Weltlebens, mit seinen Schwankungen vor der endgültigen Entscheidung, klingt es oft wie begleitender Lautenschlag zu uns herüber, dann, nach St. Franziskus' Abkehr vom Aeußerlichen zum Innerlichen, da er gepackt, entzündet wird vom und zum Heile, wie Harfen- und brausender Orgelton. Ein wohltuender Wechsel der Bilder und Szenen hält die Spannung in uns wach und zwar mit bemerkenswerter, ja merkwürdiger poetischer Gewalt, wozu die spielende Leichtigkeit in Meisterung der Technik erheblich beiträgt. Hier und da, aber nur selten, mag sich eine leise Hemmung als Unebenheit finden, die eine neue Auflage mühelos beseitigen wird. Sonst aber blüht es vor uns auf wie ein junger Frühling, quillt, sprudelt es vom Wasser des Lebens. Man staunt ob der sich so stark bekundenden Neigung und Begabung, Brunnen und Gärten innerer Anschauung zu öffnen. Einer formen- und farbenreichen Phantasie tritt eine ebenbürtige Gestaltungskraft zur Seite. Und über allem wölbt sich der lichte Himmel einer großen, klaren Gottinnigkeit. — Wahrlich, wir haben Grund, uns dieses neuen, echten Dichters zu freuen.

E. M. Hamann.

Im Verlage der Missionsdruckerei in Steyl (Post Kaldenkirchen) ist erschienen: **Der beichtende Christ.** Ein Führer durch die Gewissenszweifel und Schwierigkeiten des christlichen Lebens von P. Fruktuosus Hockenmaier, Franziskanerordenspriester. 776 Seiten in Taschenformat. Bis 170. Tausend. Preis geb. 10.50 ℳ. „Der beichtende Christ“ hat bislang beim katholischen Volke, und zwar bei hoch und niedrig, jung und alt, großen Anklang gefunden und auch äußerlich einen fast unglaublichen Erfolg erzielt: es existiert zurzeit in 323 000 Exemplaren und hat in wenigstens 13 Sprachen seinen Weg weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus gefunden. Inhaltlich weist „Der beichtende Christ“ im Vergleich zu den letzten Ausgaben eine Zunahme von zirka 75 Seiten auf. Auch sonst sind verschiedene Partien des Buches neu durchgearbeitet. Das neue kirchliche Gesetz kommt in der vorliegenden Ausgabe in denkbar ausgiebigster Weise zur Geltung.

Dr. E.

Bühnen- und Musikrundschau.

Uraufführung im Residenztheater. Heinrich Manns Drama: „Der Weg zur Macht“ hatte einen Erfolg, der jedenfalls größer war, als derjenige, den er im Vorjahre mit seinem expressionistisch verschwommenen Bankkassier „Brabach“ erzielt hatte. Aber es schien mir aus dem Beifall ein leises Gefühl der Enttäuschung mitzuklingen. Der Aufstieg Napoleons ist ein dankbarer Stoff, der immer eines gewissen Bühneninteresses sicher ist. Aber die Leugnung des Heldentums und der genialen Persönlichkeit muß das Bühneninteresse töten, denn wenn diese mehr oder minder anrüchigen Männer, die da ihren egoistischen Zielen nachlaufen, von gleich fragwürdigem Niveau sind, so kann es uns im Grunde ganz gleichgültig sein, wer zuerst ankommt. Wie hier Bonaparte geschildert ist, mit all' den Kleinheiten und Flecken, etwa wie sie Barras mit dem Zorn über den Undankbaren in seinen Memoiren zusammengetragen, reicht die Persönlichkeit dazu aus zum Sieger in den Straßen von Paris am 13. Vendemiaire zu werden, aber wie dieser Mann zu seiner weltumspannenden Bedeutung gelangen konnte, weiß uns der Dichter nicht zu sagen. Gewiß kann der Zufall in revolutionären Zeiten irgend einen nach oben treiben — wir haben alle derlei erlebt — aber solch ein irgendwer kann doch nur historische Episode bleiben, wenn der Zufallsmann sich nicht als Persönlichkeit zu legitimieren vermag. — Das Stück spielt 1795 kurz nach dem Sturze Robespierres. Die Gedanken der Revolution wurden mehr und mehr zur Phrase; es macht sich viel Geschäftsgeist breit. Der Konvent beschränkte die Wahlen, das erregte eine gewisse Putschstimmung. Die Royalisten benützen diese, um die Bürgerschaft zu erregen. Der erste Akt führt uns unter Konventsmitglieder, die einander bedauern. In ihren Gesprächen malt sich das Milieu. Es ist ein sehr gepflegter Dialog, sehr gedrängt, sehr beziehungsreich, sehr klug. Bewußte Kunst, ach leider nur zu sehr bewußt; artistisch. Unter den Mitgliedern des Konvents bewegt sich Bonaparte, der seit Robespierres Sturz seines Kommandos enthoben, beschäftigungslos in Paris lebt. Anscheinend bescheiden, unbeholfen, vorsichtig, in Weiberaffären verstrickt, von der Geliebten gefüttert, bei Talma Theaterkarten schnorrend. Das ist im Grunde alles langatmige Exposition. Der zweite Akt bringt die stürmische Konventssitzung mit dem Eindringen der Bürgerschaft und der Soldaten. In seiner Not überträgt der Konvent die militärische Macht dem General Bonaparte, der mit rücksichtslosem Vorgehen sein Amt antritt. Paris lacht noch über diesen Besieger des Aufstandes, der im dritten Akt das ersehnte Oberkommando in Italien erhält, rücksichtslos seine Freunde zur Seite setzt, auch Barras, der ihn in den Sattel gehoben, den Rivalen zu zeigen beginnt, seine Beziehungen zu der etwas anrüchigen Josephine Beauharnais legitimiert, obwohl die Welt die Nase darüber rümpfen wird. Beim Fallen des Vorhanges tritt Bonaparte an die Tafel mit dem symbolischen Aperçu: „Wir haben Hunger, die anderen haben schon gegessen.“ — Der gepflegte Dialog hätte noch die Regiefeile vertragen. Dem Publikum mag manche beziehungsreiche Anerkennung entschlüpfen. Stieler, zwar älter aussehend als 26 Jahre, hatte dennoch eine glänzende Napoleonsmaske; der äußere Bonaparte war in vielen Einzelheiten lebendig, der innere weniger (durch Verschulden des Dichters). Daß Josephine älter als Napoleon ist, trat bei Helene Ritscher, die einige Schattierungen zu sehr Halbwelt betonte, nicht in die Erscheinung, gut waren die Damen Herterich und Lena, Frl. Bierkowski (Madame Tallien) und Graumann (Barras) fanden sich als tüchtige Schauspieler in Rollen, die ihnen nicht völlig liegen. Unter den Mitgliedern des Konventes sah man manch fesselnde Erscheinung, die sich bemühte, was bei Hch. Mann nicht zu voller Plastik geriet, schärfer zu profilieren. Henrich gab ergötzlich den Größenwahn eines Schmierenkomödianten. So sah Heinrich Mann den Schauspieler Talma. Napoleon sah ihn anders.

Aus den Konzertsälen. In diesen Tagen sind es 25 Jahre gewesen, daß die Tonhalle mit einem Musikfest, dem Mottl und Hermann Zumpe die musikalischen Führer gewesen, eröffnet wurde. München erhielt ein zweites Konzertorchester, während es vordem auf die Musikalische Akademie angewiesen war, also auf die geringe Zahl von Konzertabenden, die das Hoforchester seinem Theaterdienst absparen konnte. Der große Konzertsaal hat zwar nicht völlig die akustischen Vorzüge des Odeon, aber er ist aus unserem Konzertleben nicht mehr fortzudenken. Dr. Franz Kaim hat das alles geschaffen, nach ersten künstlerisch sehr hochstehenden Jahren kamen minder ergiebige; sie führten schließlich zu einem Zusammenbruch. Hier alle Schuld Kaim aufzuladen, wie es einige Zeit Mode gewesen, ist ungerecht. Der neugegründete Konzertverein trat an Kaims Stelle. Auch er hatte mit der Passivität des zahlungskräftigen Publikums zu kämpfen und ist natürlich auch in diesen schwierigen Zeitläuften der Sorge nicht enthoben. Nun hat der Konzertverein den neuen Akademiedirektor Siegmund von Hausegger an die Spitze des Institutes berufen und das erste Abonnementskonzert bedeutete einen Triumph des neuen Dirigenten. Er ist dem Haus kein Fremder; vor 20 Jahren leitete er die Volkssymphoniekonzerte, deren Einrichtung man auch Kaim verdankt. Ist doch soziale Kunstpflege nicht erst eine Errungenschaft der letzten Jahre. Der Kapellmeister begann mit dem Meistersingervorspiel, gleichsam der Weihe deutscher Kunst und ließ dann die siebente Symphonie Bruckners folgen. Es war eine hinreißende Interpretation, die die Hörer mit sich fortriß. Die ganze Leidenschaft der Künstlerseele Bruckners offenbarte sich in ihrer Größe, Tiefe und Schönheit. Wieder einmal stand da ein Dirigent am Pult, der das Orchester über das gewohnte Maß seiner Leistung zu Höherem anspornen konnte. Das Publikum, welches Hausegger schon mit größter Herzlichkeit begrüßt hatte, brach am Schlusse in einmütigen Jubel aus. Im gleichen Saale boten uns Nelly Merz und Otto Wolf einen Lieder- und Duettenabend mit Ruoff als Begleiter von Feinheit und Diskretion. Eine anfängliche Ueberakustik des nicht besetzten Saales besserte sich, als nach den ersten Liedern Nachzügler Platz genommen. Die beiden beliebten Mitglieder unseres Nationaltheaters, die Inhaber der tragenden Rollen der bevorstehenden Schrecker-Uraufführung, waren ganz glänzend bei Stimme. Vieles mußte wiederholt werden. Zu Liedern von Brahms, Wolf, Schumann und Strauß gesellten sich neue, uns seither unbekannte von Rudo Ritter, aus dessen Tönen sehr starkes Empfinden nach fast dramatischer Entladung drängt. Hier hatte Wolfs strahlendes Organ hinreißende Wirkungen, während Frl. Merz vielleicht in R. Straußens Ständchen am unmittelbarsten wirkte. — Der dänische Pianist Viktor Schiöler ist ein junger Künstler von schöner



Technik und feiner, vornehmer Auffassung. Manche Einzelheit läßt von der Zukunft vieles erhoffen. Die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. — Die deutsche Konzertvereinigung bot einen Pfitzner-Kammermusikabend, der glanzvoll verlief. Obwohl der große Saal der Tonhalle für „Kammer"musik zu groß ist, gelang es Schmid-Lindner und dem Münchener Streichquartett (Szánto, Saupe, Haas, Disclez) durch ihr Spiel die Hörer in ihren Bann zu zwingen. Das tiefinnerliche Klavierquintett op. 28 und die Violoncelloncello-Sonate op. 1 brachten besonders das glänzende Klavierspiel Schmid-Lindners und Disclez schönen, vollen Geigenton zu starker Geltung. Anna Erler-Schnaudt sang Lieder mit ihrem reichen Stilempfinden und schönen Mitteln. — Eine blutjunge Tänzerin Senta Maria von Talent und Anmut erfreute das Publikum durch ihre liebenswürdige Kindlichkeit, für die Chopin und Schubert sich noch nicht recht eignen. Senta Maria erhielt sogar Lorbeer; abwarten liegt nun einmal nicht in dem Kunstbetriebe unserer Zeit. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Börsenausschreitungen — Frankreichs ungestillte Rachsucht — Zunehmende Unmoral im Wirtschaftsleben.

Unsicherheit und Unklarheit beherrschen immer noch und mehr denn je die gesamte Wirtschaftslage. Die wilden Kurstreibereien und Ausschreitungen an den Effektenbörsen bedeuten keineswegs das Spiegelbild einer etwa geklärten Situation. Im Gegenteil! Man ist in Finanzkreisen durchaus der einheitlichen Meinung, dass das jetzige hochgeschraubte Kursgebäude an den Börsen ohne jede solide Grundlage, also von nicht mehr zu langer Dauer ist. Die Entwicklung unserer Wirtschaft kann auch nicht im geringsten als Grund für eine derartige beispiellose Börsenhausse herhalten. Ein in wenigen Geschäftssparten seit kurzem zu verzeichnender Geschäftsumschwung ist, wie dies auch früher schon der Fall war, lediglich auf unsere neuerliche Markentwertung zurückzuführen; die, wenn auch geringe, Exportmehrung ist auf Kosten unserer Markverschlechterung zu buchen. Auch die bedeutende Geschäftsmehrung und Entwicklung der deutschen Grossbankwelt kann nicht restlos begrüsst werden. Die völlige Unklarheit über die Gestaltung der Reichsfinanzen, selbst für die allernächste Zeit, müsste sogar auch innerhalb der Grossbankwelt Stockungen hervorrufen. Man weiss ja zur Genüge, in welchem Umfang die Wechselportefeuilles der Grossbanken von den Milliarden Reichsschatzwechseln belastet sind. Niemals vermag über das Schicksal der Kriegsanleihen, die unveränderte Weiterzahlung von deren Zinsdienstleistung irgenwelche genaue Angaben zu machen; niemand weiss, ob und in welchem Umfang Steuern und Lasten vermehrt werden durch die Wiedergutmachungsfrage; niemand vermag Auskunft zu geben, wie es um Deutschlands Einheit und Deutschlands Wirschaftszukunft bestellt sein wird, wenn es wirklich, wie dies mehr und mehr verlautbart, zur Besetzung des Ruhrgebiets kommt! Jedermann aber kennt zur Genüge den unversöhnlichen Hass und die ins Krankhafte gesteigerte Neigung Frankreichs, Deutschland als seinen Schuldner alles nur irgend Denkbare auskosten zu lassen. Der französische Finanzminister Marshal hat dies in seiner jüngsten Strassburger Rede hinreichend veranschaulicht. Die immer neuen Erpresserforderungen der Entente — Dieselmotoren, Lieferungen an Holz, Kohle, Vieh —, das Deutschlands Finanzen ungeheuer belastende Schlemmerleben der Besatzungstruppen — ein französischer Leutnant erhält fast den vierfachen Gehalt des Reichswehrministers — all dies wird und muss auf die Dauer Deutschland nach jeder Richtung hin aussaugen und niederdrücken!

Lichtblicke, wie die Steigerung der Arbeitsleistung in Württemberg, die glänzenden Abschlussziffern der führenden Montanunternehmungen, die neuerdings bekannt werdenden Auslandsbestrebungen der deutschen Industrie, wie Sowjetrusslands an Lokomotiven im Werte von 600 Millionen Goldmark, ferner Japans bei der oberschlesischen Zinkindustrie, weiterhin der zufriedenstellende Verlauf der Triester internationalen Mustermesse mit umfangreichen Aufträgen an deutsche Aussteller — alle solche gewiss nicht zu verachtenden Momente versagen derzeit in ihrer Wirkung. Mit Schrecken und Bedauern verfolgt man die Vorkommnisse in Deutschland, welche deutliches Zeugnis geben vom **Tiefstand von Moral und Gesinnung**. Im Zusammenhang damit sollen auch nicht unerwähnt bleiben die Auslassungen über die Kosten der noch vorhandenen Zwangswirtschaft mit den beispiellosen, unglaublichen Milliardensummen — hingewiesen sei beispielsweise auf die an die Oeffentlichkeit gelangten diesbezüglichen Einzelheiten bei der Reichsgetreidestelle; 85 Millionen Mark im Jahre an Gesamtspesen, 4912 Angestellte, auf jeden Zentner Getreide 1.35 M. Unkosten. — Von Preisabbau hört man angesichts der Valutaentwertung nichts, wenn auch bei einzelnen Industrieerzeugnissen, wie bei Stabeisen, aus Gründen der Konjunkturabflauung, Preisabschläge vorgekommen sind. Für Konsum und Lebenshaltung wird der Rest dieses Jahres sicherlich keinerlei Entlastung bringen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

„Der Gral“

Monatsschrift für schöne Literatur.

Herausgeber:

Franz Eichert und P. Friedr. Muckermann, S. J.

„Der Gral“ ist die **einzige katholische Zeitschrift für schöne Literatur** Deutschlands. Das Organ der katholischen Bildung unserer Tage. Wer die Literaturströmungen unserer Zeit im katholischen Lichte beurteilen will, wer die mächtige Aufwärtsbewegung der katholischen Literatur verfolgen will, findet im „Gral“ einen zuverlässigen :: und unentbehrlichen Führer. ::

Propaganda kostenlos.

Preis jährlich: 6 Doppelhefte (96 Seiten Umfang) **24 Mark.**

Verlag: Fredebeul & Koenen, Essen.

LANGENSCHEIDTSCHE BIBLIOTHEK



Diese Bibliothek bietet die neuesten u. besten Uebersetzungen der antiken Literatur. Sie verschafft dem gereiften Mann, den sein Beruf fernab von den klassischen Studien geführt hat, Gelegenheit, das, was er in der Schule bruchstückweise gelesen hat, im ganzen zu lesen und Werke, die in der Schullektüre nicht berührt werden, neu kennen zu lernen.

Und dem, der in der Jugend keine Gelegenheit hatte, sich die unermesslichen Geistesschätze der Griechen und Römer anzueignen, gibt sie das Mittel in die Hand, dieses nachzuholen, um seiner Bildung und seinem Wissen jene Tiefe und Vollkommenheit zu geben, die in der heutigen Zeit jeder wirklich Gebildete haben muss.

Vollständig in 110 Bänden zu je 12 M., oder in 1125 Lieferungen zu je 1 M. Hierzu 20 Prozent Sortimentszuschlag. Jeder Band und jede Lieferung wird einzeln abgegeben. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unseres ausführlichen Prospektes Kl. 51 über Klassiker-Bibliothek

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandl. (Prof. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg

Berlin Mittelstr. 21-22

2 Min. v. Bahnhof Friedrichstr. 4 Min. v. d. St. Hedwigskirche. Moderner Komfort. Zimmer v. 12 Mk. an. Trinkgeld abgelöst. Bes. Franz Stützer.

Hotel Stadt Kiel

Schreib-Maschinen

Adler, Torpedo, Urania, Erika, Kappel, Smith-Premier, Hammond. Rechen-, Diktier- und Copiermaschinen, Typendruck- u. Wachsvervielfältiger.

Büromaschinen-Fachgeschäft **KOSMOS**

München, Frauenstr. 2, Telef. 23190

Kenner bevorzugen meinen

Rauchtabak

das Pfd. zu Mk. 15.—, 20.— und 25.— versteuert, bei Abnahme von 8 Pfd. frei Haus und Nachnahme.

Alfred Breining, Tabakfabrik, Bruchsal.

Viele Anerkennungen und große Nachbestellungen, z. B.:

Senden Sie mir gefl. wieder für den hies. Lehrerverein 32 Pfd. Tabak, Marke: **„Landmanns-Freude“** à 15.— Mk.

N .... Lehrer H .....

Sind Sie noch in der Lage, mir von dem zuletzt gelieferten Tabak (15.— Mk. p. Pfd.) zu liefern? In diesem Fall bitte ich um Nachnahmezusendung von 8 Pfd.

J .... Pastor S ....

Die Buch- und Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 u. 6

übernimmt die Herstellung von Werken jeder Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen u. s. w. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.



Holzblasinstrumente aller Systeme in anerkannt erstklassiger Ausführung. — Prämiiert auf allen beschickten Ausstellungen, zuletzt Goldene Medaille St. Louis 1904. J. Mollenhauer & Söhne, Fulda. Gegründet 1822.

Das Geheimnis

des Erfolges der Anzeigen in der „Allgemeinen Rundschau“ liegt in dem durchwegs kaufkräftigen ausgedehnten Abonnentenkreis. Die Leser beziehen sich bei Bestellungen und Anfragen regelmäßig auf die „Allgemeine Rundschau“ und veranlassen so den Inserenten zu dauernder Wiederholung der Anzeigen.

Kruzifixe

Kreuzwege, Heiligenstatuen, Gedenktafeln u. -Kreuze usw.

empfiehlt

Fr. Schmidt,

Bildhauer

Zittau / Sachsen.

Anerkannt künstlerische Ausführung.

Briefmarken-sammler

sucht eine mittlere oder grössere Sammlung als Stock z. Weitersammeln **direkt aus Privathand zu kaufen.** Angeb. unt. **M. S. 20205** an die Geschäftsstelle der Allg. Rundschau, München.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag. München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

№ 45 | München, 6. November 1920. | XVII. Jahrgang.

Ein teures Vätererbe.

Gedanken zur goldenen Jubelfeier des Soester Programms.

Von Dr. Hans Eisele.

Bismarcks Geschichte kann nicht geschrieben werden ohne die Geschichte Windthorsts; die Geschichte des Deutschen Reiches von 1870 bis zur Revolution kann nicht geschrieben werden, ohne die Geschichte des Zentrums auf gar mancher Seite mitzuschreiben. In dieser Tatsache spiegelt sich am besten die Bedeutung des Zentrums für das Deutsche Reich und die deutsche Politik wieder. Am 28. Oktober feierte das Zentrum den Gedenktag, wo vor 50 Jahren das Soester Programm und damit die Grundlage für die Entstehung der Zentrumspartei gelegt wurde. Es war zwar nie das eigentliche offizielle Zentrumsprogramm, aber es war die Vorbereitung dafür. Eine Versammlung westfälischer Katholiken hatte in Soest für die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen ihre Kandidaten auf gewisse programmatische Grundsätze verpflichtet und 43 Abgeordnete wurden am 16. November dann auf dieses Programm hin gewählt. Diese 43 schlossen sich zur Fraktion des Zentrums zusammen. Und so ist das Soester Programm das erste Blatt und erste Programm zur Zentrumsgeschichte geworden. Am Sonntag, den 24. Oktober begingen in Soest die Katholiken diesen Gedenktag mit einer Jubelfeier, bei der Geheimrat Dr. Porsch die Festrede hielt. Wie wenige in der heutigen Zentrumspartei war gerade Dr. Porsch dazu berufen, denn neben Spahn und Hitze ist dieser Führer der preußischen Katholiken und des preußischen Zentrums einer der wenigen Zentrumsveteranen aus der Schule Windthorsts, ein den *Traditionen Windthorsts* treubleibender Schüler und Interpret der Zentrumstraditionen.

Keine Partei im Reich kann nach 50 Jahren auf ein so *unberührtes, ungeändertes Programm* zurückblicken wie das Zentrum. Die Sozialdemokratie hat eben erst in Halle ihr Erfurter Programm in die Mottenkiste zurückgelegt, denn man kann es für absehbare Zeit nicht mehr brauchen. Auch die Nationalliberalen, der Freisinn und selbst die Konservativen haben Namen und Programm umgießen lassen, zum Teil nicht erst nach der Revolution und mehr als einmal. Das Zentrum konnte sein altes Programm bis heute im wesentlichen unverändert beibehalten und auf gleicher Linie von Windthorst bis Spahn an seiner Verwirklichung arbeiten. Selbst die Revolution hat aus dem Zentrumsprogramm keinen seiner Leitsätze herausreißen können. Das Zentrum hatte es nicht nötig, nach der Revolution und nach dem Zusammenbruch der Monarchien sein Programm zu verlassen. Wenige Wochen vor Ausbruch der Revolution war es noch mit altem Inhalt in neue Formen gegossen worden und an seiner Spitze stand, genau wie früher, der Leitsatz: *Stärkung und Erhaltung der Monarchie und der Religion, Stütze für Thron und Altar.* Das Zentrum hat sich nach der Revolution mit den gegebenen Verhältnissen und den durch die Revolution geschaffenen Tatsachen abgefunden und sich im Parlament verfassungsmäßig auf den Boden der Republik gestellt. Aber auch heute ist's *keinem Zentrumsmitglied verwehrt, Anhänger und Bekenner des monarchischen Gedankens zu sein und zu bleiben.* Kein Zentrumsprogramm und keine Parteientscheidung verbietet das. Für die *Bayerische Volkspartei* wurde erst in diesen Tagen von maßgebender Stelle die Erklärung festgelegt, daß es keinem Mitglied der Volkspartei verboten ist, zugleich Mitglied der Königspartei zu sein. Was das Zentrum in 50jähriger Geschichte mit seinen sozialpolitischen, kirchlichen, wirtschaftlichen Programmforderungen errungen und verfochten hat, das hat heute noch Bedeutung und Gültigkeit für den politischen Tageskampf. Recht verstanden, stecken darum Ewigkeitswerte im Programm dieser politischen Partei.

Es gab eine Zeit, wo das Zentrum mit dem häßlichen Flecken der Reichsfeindschaft beschmutzt wurde. Selbst Bismarck, der große Mann und kleinherzige Politiker im Tageskampf, hat daran Anteil gehabt. Und doch ist das Verdienst des Zentrums an der *Popularisierung und Vertiefung des Reichsgedankens* vielleicht sein größtes. Daß Windthorst, dieser kluge Taktiker, es verstand, die bayerischen katholischen Abgeordneten zum Zentrumsprogramm herüberzuziehen und mit dem Schild des Föderalismus in die Zentrumsfraktion hineinzuführen, das ist für die *Entwicklung des Reichsgedankens im Süden* ohne Zweifel von allergrößter Bedeutung gewesen. Man braucht rückschauend bloß die Verhältnisse umzukonstruieren in die Vorstellung, daß das katholische Bayern nicht in der Reichspartei des Zentrums, sondern in einer eigenen partikularistisch gerichteten, einseitig bayerischen Partei, wie etwa im bayerischen Bauernbund, zusammengeschlossen und im Reichstag vertreten gewesen wäre. Dadurch daß die katholischen Abgeordneten Bayerns und damit dreiviertel von Bayern in die Reichspartei des Zentrums sich einfügten, wurde der Reichsgedanke in ihnen selber lebendiger, tiefer verankert und in der Reichstagspolitik in jeder neuen Session aufs neue praktisch betätigt. Die bayerischen Abgeordneten, die im Reichstag mit dem Reichszentrum Reichspolitik trieben, waren gezwungen, draußen in den bayerischen Städten und Dörfern zur Verteidigung ihrer Politik immer wieder für den Reichsgedanken einzutreten. Man weiß ja, wie wenig warm und tief nach 1866 und 1870 in den Massen des bayrischen Volkes und namentlich des Landvolkes die Gefühle für das Reich unter preußischer Führung waren. Der in den achtziger und neunziger Jahren neu und stark aufflammende Partikularismus des bayerischen Bauernbundes der Sigl, Ratzinger, Wieland und Genossen konnte nur vom bayerischen Zentrum gelöscht werden. So ist das Zentrum in Verbindung mit dem Süden von größter Bedeutung für den Reichsgedanken geworden.

So ist aber auch durch den Einfluß des Südens und Bayerns im Zentrum der föderalistische Gedanke stark und wach im Zentrum geblieben, denn nur als Föderalisten auf Grund des föderalistischen Programms sind die Abgeordneten der bayerischen Patriotenpartei Abgeordnete des Zentrums geworden.

Im Norden hat man oft beklagen hören, daß durch die *Gründung des Zentrums die Katholiken wie in einem Turm eingeschlossen* worden seien. Das katholische Volk habe sich dadurch abgeschlossen und einen Fremdkörper im Staate gebildet. Man kann rückschauend wohl Möglichkeiten sich denken, daß die Katholiken nicht so abgeschlossen in einer Partei zusammengehalten worden wären. Man kann sich vorstellen, daß es vielleicht für die Entwicklung der Verhältnisse im Reiche und der Katholiken besser gewesen wäre, wenn ein starker Bruchteil der konservativen und nationalliberalen Abgeordneten oder der Demokraten überzeugte, tätige, bekenntnisfreudige Katholiken gewesen wären. Aber nicht der Wille der Zentrumsführer, sondern Bismarcks eiserne Faust und der kurzsichtig begonnene Kulturkampf haben die Katholiken abgesondert und ausgeschlossen von den anderen Parteien und Konfessionen. Der gläubige Protestantismus hat eine große tragische Schuld auf sich geladen, daß er nicht damals schon

in den Zeiten des Kulturkampfes mehr Weitblick und Voraussicht bekundet und zur Abwehr sich an die Seite der gläubigen Katholiken gestellt hat. Er büßt heute am meisten selber für diese Schuld und zahlt sie mit der Gefahr des Zusammenbruchs nach langsamer innerer Aushöhlung. Nie wäre die rote Flut so stark geworden, wenn der Protestantismus mit dem Katholizismus vereinigt von Anbeginn an sich dagegen gestemmt hätte, wenn nicht die positiven religiösen Kräfte im deutschen Reiche sich im gegenseitigen Kampfe zwei Jahrzehnte lang zersplittert hätten. Wie ganz anders müßte die innerpolitische Entwicklung im deutschen Reiche geworden sein. Wie viel schneller müßte sich der Reichsgedanke zur Reichsfreudigkeit entwickelt und zum selbstverständlichen Grundsatz im letzten Bauernhaus geworden sein! Wie ganz anders wäre vielleicht die nationale Entwicklung gelaufen! Bis heute sind die Katholiken im Staate nicht zur selbstverständlichen Parität durchgedrungen. Auch Bismarcks Nachfolger haben die schreiende Imparität in Deutschland nicht aufheben können und die Revolution hat sie nicht beseitigt trotz den paar Ministerposten, die notgedrungen Katholiken überlassen werden mußten. Geh.-Rat Trimborn hat erst am 28. Oktober darüber im Reichstag wieder Klagen anstimmen müssen. Wie unsagbar viel Bitterkeit und Abneigung ist durch jene, aus dem Kulturkampf gewordene Politik in katholischen Herzen gegen Preußen und gegen das Reich gezüchtet worden.

Und trotzdem ist es Windthorst und später namentlich Lieber, Hertling, Spahn, Porsch usw. gelungen, sozusagen mit einem Ruck das Steuer der Zentrumspolitik herumzuwerfen, trotz der Plackereien und Quälereien, Zurücksetzungen und Kränkungen der Katholiken, die Zentrumswählerschaft verhältnismäßig leicht und schnell zur positiven Mitarbeit bei der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung und selbst bei den großen Armee- und Marinevorlagen in einem Maße zu führen, daß alle diese großen nationalen Werke ohne die Mitarbeit des Zentrums gar nicht denkbar wären. Darin liegt eine bewundernswerte politische Selbstüberwindung, politische Autorität und Vaterlandsliebe der Zentrumsführer und ihrer Wähler. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen ist die Bedeutung des Zentrums für das neue Reich gar nicht hoch genug einzuschätzen und deshalb kann einer nur Reichsgeschichte schreiben, wenn er Zentrumsgeschichte studiert hat.

Bedeutungsvoll war des Zentrums Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nur mit ihr allein waren Bismarck und seine Nachfolger imstande, die Schutzzollpolitik für Industrie und Landwirtschaft aufzubauen und mit Männern wie Hitze das der Welt zum leuchtenden Vorbild gewordene System der Sozialpolitik für die deutsche Arbeit aufzurichten. Heute ist das Deutsche Reich niedergeschmettert durch die Revolution und den Gewaltfrieden von Versailles, ist arm, versklavt und ausgepowert bis zur letzten Unternehmungskraft. Das Werk der Sozialpolitik mag drum für absehbare Zeit abgeschlossen und neuer Mittel nicht gewärtig sein. Der vierte Stand ist wahrlich heute frei, gleichberechtigt, emanzipiert. Der Wirtschaftspolitik des Zentrums verdanken Industrie und Landwirtschaft ihre Blüte und Kraft zu ungeheuren, ungeahnten Leistungen während des Weltkrieges. Die Landwirtschaft ist heute gesättigt, ist entschuldet und reich geworden. Die Industrie bedarf anderer Hilfen als bloß der Zollschranken. Das Zentrum hat neue Aufgaben. Es gilt, das deutsche Volk und das deutsche Staatswesen mit christlichem Geist zu erfüllen, es gilt, der deutschen Reichsverfassung christlichen Inhalt zu geben. Und vor allem gilt es, den Sozialismus und die Sozialdemokratie, die Urheber des deutschen Zusammenbruchs und die Bringer der Revolution mit allen ihren Folgen, überall und mit allen Kräften noch ganz anders zu bekämpfen als es in der besten Vergangenheit des Zentrums einst in allen Organisationen des deutschen Katholizismus geschehen ist. Wenn das Zentrum und der Katholizismus in starker Einheitsfront auf allen Gebieten und mit allen Führern dem Sozialismus und der Sozialdemokratie als unentwegter Feind gegenüberstehen und dem heidnisch materiellen Sozialismus künftig konsequent und unerschrocken den christlichen Solidarismus entgegenstellen, dann wird das Zentrum seine größte Aufgabe wiedervereint in Einigkeit und Geschlossenheit erfüllen. Schon hört man den Lärm der Vorfeldkämpfe gegen die Sozialdemokratie im Kampf um die christliche Schule. In diesem Kampf wird das Zentrum Mittelpunkt und Sammelbecken aller Christen sein können. Manches spricht dafür, daß man auch in Kreisen des Protestantismus und bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei mehr als in der Vergangenheit Verständnis und Unterstützung christlichen und katholischen Interessen bei diesem Kampf entgegenbringen wird. Das wird des Zentrums bedeutungsvollstes Ringen werden: Der Kampf gegen die Kulturbarbarei des Sozialismus, gegen die Sozialdemokratie der materiellen Welt- und Geschichtsauffassung und für die christliche.

Das Programm der Zentrumspartei, das aus dem Soester Entwurf hervorgegangen ist, war so weitschauend, daß es der Zeiten Wechsel und Schicksale im Wesen unverändert überdauern konnte. Es war aber auch so eng zugeschnitten, daß sofort der Partei Gefahr drohte, wann immer von diesem Programm abgewichen wurde. Zweimal stand das Zentrum vor ernsten Krisen. Die „National“-Katholiken konnten mit ihren politischen Versuchen einem Zentrum wenig antun, namentlich da ja das Zentrum Heeres- und Marinevorlagen im Interesse der Reichssicherheit restlos bewilligte. Aber als zu Anfang dieses Jahrhunderts im Gegendruck gegen den Drang, aus dem Zentrumsturm herauszukommen, einflußreiche Männer dem Zentrum den einseitig konfessionellen, katholischen Stempel aufdrücken wollten, bestand Gefahr, daß die Zentrumspartei gesprengt würde. Nie war der innere Zwiespalt im Zentrum tiefer, nie der Streit erregter und gehässiger, nie die Gefahr größer, als in diesen Jahren, wo der Kampf für und gegen die Kölner Richtung ausgekämpft wurde. Und wieder krachte das Zentrum in seinen Fugen, als nach der Revolution Führer, die nur vom mageren Ergebnis der Tagespolitik ihr politisches Programm bezogen, oder die, Augenblicksstimmungen folgend, vielleicht auch unter dem schweren Druck der durch die Revolution gewordenen Verhältnisse die bedeutungsvollen, historisch gewordenen Grundsätze des föderativen Reichsaufbaues im Zentrumsprogramm verließen und in der Reichsverfassung ein Programm der Verreichlichung und des unitaristischen Reichsaufbaues verwirklichen halfen. Da sprang die Bayerische Volkspartei vom Zentrum ab, im Rheinland erhob sich eine christliche Volkspartei, selbst in Hessen und Oberschlesien regten sich Gedanken der Zersplitterung. Das Zentrum ist leider seit jenen Tagen gesprengt. Seitdem sind Wochen und Monate der Ernüchterung gekommen. Wenn nicht alles trügt, ist die Erinnerung an die föderalistische Vergangenheit wieder lebendiger geworden und aus dieser Erinnerung werden die Gedanken der Wiedervereinigung aufsteigen. Die Einigung der deutschen Katholiken im Zentrum, wie ehedem unter Windthorst, Lieber, Spahn, Hertling und Porsch, ist der Arbeit und der Opfer aller Führer wert. Ihr zu dienen war seit 17 Jahren Programm der „Allgemeinen Rundschau“, dem sie bis zum heutigen Tag unentwegt treu geblieben ist.

Seid einig!

Von Pater Diodor Henniges, Gronau.

Es haßt der Herr den, der Zwietracht sät zwischen Brüdern. (Spr. 6, 19.)

Durch die Presse ging die Mitteilung: In der Deutschnationalen Volkspartei hat sich ein Reichsausschuß deutscher Katholiken gebildet, der, wie es heißt, in jedem Wahlkreis einen eigenen Ausschuß bilden will. Unterzeichnet haben Vertreter der verschiedensten Stände, Geistliche, Adelige, Professoren und Soldaten. So findet man u. a. den verdienten General v. Gallwitz, Freiherrn v. Landsberg (Drensteinfurt), Freiherrn v. Schorlemer-Lieser. Daß auch der tüchtige General seinen Namen hergegeben hat, wird seinem Ansehen als Politiker wenig nützen.

Es ist eine sehr böse Zeit. Absplitterungen schwerwiegendster Art häufen sich. Wie ein lähmender Schrecken ging es durch die Gauen des katholischen Deutschland, als das bayerische Zentrum seine 50jährige Zugehörigkeit zum Reichszentrum löste. Damit ist ein Weg beschritten worden, dessen Ende sich nicht übersehen läßt. Schon hat sich vom bayerischen Zentrum eine christlichsoziale Arbeiterpartei getrennt, die gewaltig lärmt. Im Reichszentrum haben wir die Absplitterung der christlichen Volkspartei zu beklagen. Jetzt munkelt man von einer christlichen Arbeiterpartei. Dem würde dann eine christliche Bauernpartei von selbst folgen; schwer genug hat es ja gehalten, sie bei der letzten Wahl zufriedenzustellen. Jetzt versuchen es hochgebildete Herren, das katholische Volk zu einer Partei herüberzuziehen, die den Kampf gegen links vor allem auf ihre Fahne geschrieben hat. Daß dieses Programm viele verlocken könnte, dem alten Zentrum den Rücken zu kehren, liegt auf der Hand. Es sind nicht die schlechtesten, die verdrossen fortgehen. Solch eine Fluchtgefahr aus dem Zentrum muß in ihren Gründen

untersucht werden. Es ist die Abneigung gegen die radikale Linke, die mit aller Wucht sich geltend macht. Das Zentrum nennt sich eine christlichdemokratische Partei. Sein erster Grundsatz ist also Erhaltung des Christentums. Nun aber stehen sich Christentum und Sozialismus gegenüber wie Feuer und Wasser (Bebel) oder wie Tag und Nacht (Dietzgen). Die holländischen Bischöfe haben mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit den Trennungsstrich zwischen Katholiken und Sozialisten aller Schattierungen gezogen. Die preußischen Bischöfe haben auch betont, daß man nicht Sozialist und Katholik zugleich sein könne. Wenn nun andauernd einige Zentrumsführer mit der Linken liebäugeln, dann kann man es verstehen, daß viele verärgert werden. Alles Unterhandeln mit der Linken in Kulturfragen wird den endgültigen Entscheidungskampf wohl hinausschieben, ihn aber nicht verhindern. Nicht Kompromisse hat die alte Kirche mit dem verlotterten Heidentum geschlossen, sondern den Kampf mit aller Entschiedenheit aufgegriffen. Dadurch hat sie eine heidnische Welt aus den Angeln gehoben. Wenn das Liebäugeln mit der Linken so weiter geht, dann wird bis dahin viel Tatkraft vergeudet sein. Der Kampf, der doch geführt werden muß, wird dann ausgefochten von einer innerlich zermürbten und äußerlich sehr geschwächten Zahl. Wer sich das Verhalten der Unabhängigen näher ansieht, wie sie in jeder Beziehung eine Diktatur errichten wollen; wer damit vergleicht die pflaumenweiche Haltung der Mehrheitssozialisten, der wird sich sagen, auf die Dauer kommen wir an dem Entscheidungskampf zwischen Atheismus und Christentum nicht vorbei.

Man kann sehr gut die Gründe der Unterzeichner verstehen und sieht sich doch gezwungen, ihr Vorgehen als unklug zurückzuweisen. Nicht Spaltung kann uns retten, sondern nur noch geschlossene Einigkeit. Mögen die Deutschnationalen in ihren Reihen vereinigen alle, die als Protestanten noch gut christlich bleiben wollen; für die deutschen Katholiken gab es seit den Kulturkampfesjahren keine andere Partei, die sich auch ihrer religiösen Interessen annahm, als das Zentrum. Wohl war es zahlenmäßig schwach, aber an innerer Kraft war es stärker als alle Kulturkämpfer aus dem liberalen und konservativen Lager. Damals traten nur wenige Konservative für die Rechte der Kirche ein, so Stroffer und v. Gottberg, im Herrenhaus v. Kleist-Retzow und von Manteuffel, der die Seherworte sprach: „Es kann einmal der Moment eintreten, wo die königliche Gewalt in Frage kommt . . . aber dann wird es nicht heißen: Priesterherrschaft oder Königtum, sondern Proletariat oder Königtum." Damals freuten sich viele Konservative über die „jakobinischen" Maigesetze. Wenn sie seitdem gelernt haben, der katholischen Kirche vorurteilsloser und gerechter gegenüber zu treten, so soll uns das sehr freuen, ist aber noch kein Grund, uns ihnen anzuschließen. Was uns not tut, das ist geschlossene Einigkeit; sonst könnte in unseren Zeitläuften eintreten, was einst Windthorst in der Gürzenichrede vorausgeahnt: Wenn man einst dem Zentrum den Leichenstein setzte, dann müßte man drauf schreiben: Von den Feinden nie besiegt, aber von den Freunden verlassen. Damals tönte ihm ein wuchtiges Niemals entgegen. Durch Eintracht wächst das Kleinste, durch Zwietracht geht das Größte zugrunde. Der Heiland hat noch im Abendmahlssaal um die Eintracht seiner Jünger gebetet, hat die Liebe als das Kennzeichen seiner Jünger hingestellt; und nach den Worten der Schrift haßt der Herrgott den, der Zwietracht unter Brüdern sät.

Man hat am Zentrum, zumal dem neueren, viel getadelt, nicht immer zu Unrecht. Wenn ein Minister den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag festlegt, ohne die Abstimmung abzuwarten, wenn er Karfreitag als gesetzlichen Festtag bestehen läßt, aber dafür den Fronleichnamstag beschneidet, dann ist das mehr, als dem katholische Volk von einem Zentrumsminister zugemutet werden kann. Auch solche Erscheinungen begründen noch nicht das Recht, sich vom Zentrum zu trennen. Man hat in Essen kräftig dahin gearbeitet, den Postminister als Spitzenkandidaten zu verdrängen; aber die Mehrheit der aus Arbeitern bestehenden Vertrauensleute hat ihn doch wieder aufgestellt. Man muß arbeiten im Rahmen der Partei; muß ohne Ansehen der Person hinweisen auf die schweren Folgen, die in gewissen Fällen eintreten müssen. Dann wird sich wohl ein Weg finden lassen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Immer wieder muß es betont werden: Nur die Einigkeit kann uns retten. Wir können auch so viel Tugend bei den Männern voraussetzen, daß sie freiwillig zurücktreten, wenn sie sehen, daß ihre Person der Grund der Zersplitterung ist. Vom Zentrum muß das katholische Volk erwarten, daß es eine reinliche Trennung vornimmt zwischen sich und der Linken. Wenn die Not des Vaterlandes ein gelegentliches Zusammenarbeiten mit ihr erfordert, darf das nie dazu führen, die Grundsätze zu verwischen. In kultureller Beziehung stehen wir den Deutschnationalen weit näher als den Sozialisten. Mit ihnen zusammen zu arbeiten, soweit sie sich auf den Boden der Verfassung stellen, wird doch nicht schwer sein, allerdings ist es jetzt unmöglich, mit ihnen allein die Regierung zu bilden.

Wohl haben die Deutschnationalen uns dies Arbeiten sehr schwer gemacht durch ihre Angriffe auf die Koalitionsparteien, durch ihre Verweigerung der Steuern, durch ihre nicht selten rätselhaften Angriffe auf gewisse Persönlichkeiten. Wie z. B. ein rechtes Blatt Erzberger bekämpft hat, dafür ist kein Wort der Verurteilung zu scharf, man mag sonst zu ihm stehen wie man will. Nein, Verrat am Zentrum begehen wir nicht, darf auch das deutsche Volk nicht begehen. Was wir Katholiken erreicht haben, haben wir einzig und allein dem Zentrum zu verdanken. Da verbietet uns schon die einfachste Pflicht der Dankbarkeit, ihm den Rücken zu kehren und uns einer Partei anzuschließen, die erst jetzt in den Zeiten der Not ihr katholikenfreundliches Herz entdeckt hat. Unsere Gegner wissen ganz genau, wo unsere verwundbarste Stelle ist. Haben sie uns erst auseinandergerissen, daß wir uns selbst gegenseitig verketzern, dann ist das Zentrum tödlich getroffen, damit die Widerstandskraft des katholischen Volkes gegen offenbare Ungerechtigkeiten. Auch heute gönnen uns Deutschnationale nicht einflußreiche Stellungen, unter Umständen haben sie sich sogar mit der Linken vereinigt, um Zentrumsleute aus der Provinzialvertretung Rheinlands auszuscheiden. Wohl droht uns zurzeit von der Rechten kein Kulturkampf; den werden uns die Anhänger Hoffmanns und Hänischs und Löwensteins schon früh genug besorgen, wollte sagen: sie haben ihn uns bereits besorgt, nur daß uns die entschlossene Führung der Kulturkampfjahre zur Abwehr fehlt. Aber die einstigen Konservativen, die doch hauptsächlich sich zur deutschnationalen Partei bekannt haben, sind zu sehr Protestanten, als daß wir in Preußen bei ihnen auf Liebe rechnen könnten.

Wir müssen selbst stark bleiben, uns nicht verzetteln in den verschiedensten Parteigrüppchen; dann wird man unsere Rechte uns nicht vorenthalten, die z. B. in Rheinland und Westfalen und Polen unter einer vorwiegend konservativen Regierung gänzlich sind mit Füßen getreten worden. Wer hat denn im Rheinland dafür gesorgt, daß alle höheren Stellen mit Ostelbiern besetzt wurden? Herr von Schorlemer-Lieser war eine Ausnahme, und die war nur dadurch möglich, daß das Zentrum ganz entschieden Berücksichtigung seiner Wünsche verlangt hat. Nein, wir wollen den Herrschaften die Steigbügel nicht halten, daß sie durch die Stimmen des katholischen Volksteiles noch mehr Einfluß gewinnen. Wir wollen zusammenhalten in guten wie in bösen Zeiten. Die Liebe, die katholische Liebe muß alle Hindernisse aus dem Wege räumen können. Die Liebe ist stark wie der Tod. Möchte unsre gut katholische Bevölkerung einsehen lernen, daß es immer ein Verhängnis ist, wenn man die alte Einigkeit zerreißt. Ich kann es verstehen, daß manche katholischen Adeligen verschnupft sind, weil man sie aus der Nationalversammlung ganz hinausgedrängt hat. Das war ein Fehler, der wieder gut gemacht werden muß. Aber auch das ist noch kein Grund, das Tischtuch zu zerschneiden. Landrat Ign. von Landsberg-Steinfurt ließ sich lieber vom Landratsposten verdrängen, als daß er dem Zentrum den Rücken gekehrt hätte. Ist es nicht eine sonderbare Erscheinung, daß alle, die die katholische Kirche und das Zentrum bekämpfen, Unterschlupf finden in gegnerischen Blättern, nicht aus Liebe zur katholischen Sache, sondern aus der stillen Hoffnung heraus, dadurch am sichersten den verhaßten Ultramontanismus tödlich zu treffen. Möge sich das katholische Volk nicht blenden lassen von den Deutschnationalen, deren Vergangenheit uns keine Bürgschaft gibt, daß sie unseren berechtigten Klagen geneigtes Ohr leihen werden, wenn sie wieder zur Macht gelangen; Traub als Kappscher Kultusminister gibt zu denken. Wir hoffen, daß obige Herren, die den Aufruf unterschrieben, sich wieder mit der Masse des katholischen Volkes zusammen finden werden; wenn nicht, dann wollen wir es wiederum geloben: Wir bleiben treu dem Zentrum trotz seiner Schwächen; die es ablegen wird. Daß es bei den Umsturzwahlen so glänzend abschnitt, erschien selbst der „Zukunft" als das größte Wunder des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Einheitsfront, die wir uns geschaffen unter unendlichen Mühen, die wollen wir nicht zerschlagen, weil zweifelhafte Freunde uns locken. Nein der Zentrumsturm soll nicht zerschmettert werden: Fester nach jedem Sturm stehet der Zentrumsturm. Das walte Gott.

Neue Wege.

Von Johannes Wolf, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes, Stettin.

Unser Wirtschaftsleben wird seit den Revolutionstagen beherrscht von dem rücksichtslosen Kampf aller Volksschichten um die Reste unseres Volksvermögens. Wir sehen den rücksichtslosen Wucher des Schieber- und Zwischenhandels, die Kampfstellung zwischen Produzenten und Konsumenten, die die Massen gar nicht zur Erkenntnis kommen läßt, daß letzten Endes jeder einzelne Produzent und Konsument zugleich ist, daß er sich also durch einseitige Betonung des einen Standpunktes schädigt, da er die Wechselwirkungen des Wirtschaftslebens dabei außer acht läßt. Besonders beeinflußt aber wird unser Wirtschaftsleben von der heftigen Kampfstellung, mit der sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüberstehen.

Nach der Revolution hat sich der Kreis der organisierten Arbeiter nicht nur zahlenmäßig erweitert, sondern auch der Kampfcharakter der Gewerkschaften trat noch mehr hervor. Die Lohnkämpfe wurden häufiger und nahmen an Heftigkeit gegen die Vorkriegszeit bedeutend zu. Arbeitsniederlegungen ereigneten sich auch nicht nur bei Lohnstreitigkeiten, sondern erfolgten eben so oft, oder noch mehr aus politischen und sonstigen Gründen. Zum Teil erfolgten sie einfach aus einem undefinierbaren Machtgefühl der Arbeitermassen heraus.

Welche Folgen haben diese Kämpfe für unser Wirtschaftsleben? Diese Frage muß sich jeder Arbeiterführer, der es ernst mit seinem Berufe und ehrlich mit seinem Volke meint, vorlegen. Der große wirtschaftliche Unterschied zwischen der Zeit von 1913 und 1920 liegt darin, daß wir 1913 in allen Gewerbezweigen einen gewaltigen Ueberschuß an Waren hatten. Dieser Ueberschuß an Waren begründete die billigen Preise der Vorkriegszeit. Nun hat ein vierjähriger Krieg und die nachfolgende Revolution alle Warenbestände aufgezehrt, an Stelle des Warenüberschusses ist der Warenmangel getreten. Warenmangel bedeutet Warenteuerung. Die überall beklagten Warenpreise sind also nur der Ausfluß der Warenknappheit. Was uns also allein helfen kann, ist vermehrte Warenerzeugung.

Wir haben den Warenüberfluß der Vorkriegszeit herbeigeführt durch eine tägliche Arbeitsleistung von durchschnittlich 10 Stunden Arbeitszeit für die Person, diese Tatsache dürfte ein gewichtiger Fingerzeig sein. Wir haben sofort nach der Revolution den Achtstundentag eingeführt. Daneben aber haben wir uns in einer Anzahl von Arbeitsniederlegungen wirtschaftlich erschöpft. Jede verlorene Arbeitsstunde vermindert unseren Warenbestand, da in jeder Stunde Waren verbraucht werden. Wenn von 15 Millionen Arbeitern ein jeder im Jahre 1919 nur 30 Tage gestreikt hat, so ergibt das einen Verlust von 3600 Millionen Arbeitsstunden. Wenn wir diese Summe in Betracht ziehen, dann erst begreifen wir die ungeheure Schädigung, die durch die Kämpfe in der Industrie hervorgerufen wird. Würden in der Landwirtschaft ähnliche Kämpfe ausbrechen, dann würde dies tatsächlich den Untergang Deutschlands bedeuten.

Es kommt auch für unsere Industrie nicht nur darauf an, das zu erzeugen, was wir in Deutschland gebrauchen, sondern auch so viel mehr zu erzeugen, daß für die Mehrerzeugung Lebensmittel aus den Ueberschußländern bezogen werden können. Solange das nicht möglich ist, bleibt die Lebensmittelkalamität bestehen. Jeder Wirtschaftskampf aber, der durch Arbeitsniederlegung ausgekämpft wird, hindert die notwendige Warenerzeugung, wirft uns also wirtschaftlich weiter zurück, vergrößert unsere Armut. Armut aber macht unfrei, Wohlstand macht frei, je ärmer wir uns selbst machen, um so unfreier werden wir, um so tiefer geraten wir in die Knechtschaft des internationalen Kapitals.

Wir müssen darum also die Wirtschaftskämpfe zu vermeiden suchen. Der Streik war vor dem Kriege das Kampfmittel der Gewerkschaften. Damals war es am Platze, es schädigte nicht so wie heute die Gesamtheit. Als 1905 im Ruhrgebiet 270 000 Bergarbeiter einen ganzen Monat streikten, brauchte nicht ein Kessel ausgelöscht zu werden. Heute würde es den Stillstand unseres ganzen Wirtschaftslebens bedeuten. Das wird das Machtgefühl des Nurgewerkschaftlers heben, die Gewerkschaften sind aber nicht ihrer selbst wegen da, sondern sie sollen ein Teil im Volksorganismus sein, nicht um diesen Organismus lahmzulegen, sondern ihn zu kräftigen. Der Streik ist also unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen ein ungeeignetes Kampfmittel, ein Mittel, das auch den Sieger schädigt, ein Kampfmittel, das Sieger und Besiegte in gleicher Weise schädigt. Die Kampfmittel müssen sich immer den Umständen anpassen. Aus dem blutigen Kriege haben Millionen die Erkenntnis gezogen, daß eine friedliche Verständigung unter den Völkern segensreicher sei. Die Millionen, die im Kriege ihre Angehörigen einbüßten, ihre Gesundheit, Eigentum, Existenz verloren haben, würden heute einen neuen Krieg nicht beginnen wollen. Gerade in der Arbeiterschaft und ihrer Führung sind die Vertreter der internationalen Friedensidee besonders stark vertreten. Wenn sie den Frieden nach außen wünschen, müssen sie erst recht den Frieden im Innern wollen. Und es kommt nur darauf an, ob eine Bewegung im Prinzip klassenkämpferisch ist oder nicht. Der Arbeiter ist nicht im Prinzip klassenkämpferisch, im Gegenteil, er ist von Natur aus friedlich gesinnt. Die sozialistischen Gewerkschaften freilich sind im Prinzip klassenkämpferisch. Ihr Ziel ist die Vernichtung der Privatwirtschaft. Anders aber die christliche Arbeiterschaft. Sie kämpft doch immer nur des zu erreichenden Zwecks wegen. Für sie kommt es also darauf an, ob ohne Kampf gleichfalls eine Sicherstellung der Arbeiterrechte erreicht werden kann. Ist das möglich, dann muß für sie der Wirtschaftsfriede höchstes Ideal sein.

Der starken christlichen Arbeiterbewegung erwächst also eine besonders hohe Aufgabe. Mit ihrer starken organisatorischen Kraft muß sie das Steuer herumreißen und die Friedensflagge hissen. Um das zu können, muß freilich der Gegenkontrahent gleichfalls zum Frieden geneigt sein. Ich bin immer Gegner unseres Friedensgewinsels den äußeren Feinden gegenüber gewesen, weil ich nirgends bei den Feinden den Willen zum Frieden sah. Anders aber ist es im Innern. Unsere äußeren Feinde hatten nur Interesse an unserer gänzlichen Niederlage, unsere Gegenkontrahenten, die Arbeitgeber aber haben gar kein Interesse am Erliegen der Arbeiterschaft, sondern das größte Interesse an einer geordneten Wirtschaft. Sie werden also gleichfalls den Frieden begrüßen. Sie haben auch die Macht der organisierten Arbeiterschaft kennen gelernt, so daß sie es nicht wagen werden, durch kurzsichtige Maßnahmen die Organisationen herauszufordern. Es muß nicht so sein, daß jede Differenz durch eine Stillegung des Betriebes ausgefochten und damit die Warenherstellung gehindert wird, es muß sogar ganz anders sein. Wenn man sich im Kampf verständigt, dann muß es auch vorher gehen. Es kommt ja nur darauf an, bei Lohnfragen festzustellen, was hat der Arbeiter notwendig und was kann der Arbeitgeber leisten. Auf dem Wege der friedlichen Verständigung kann auch über die Frage der Gewinnbeteiligung leicht eine Einigung erzielt werden. Soll das geschehen und sollen nachhaltige Erfolge aus einer solchen wirtschaftsfriedlichen Auffassung erzielt werden, dann müssen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit vollem Bewußtsein und allen Gegnern zum Trotz nebeneinander stellen, dann müssen sie sich offen als Verbündete bekennen, die gemeinsam einen kostbaren Schatz hüten, unsere Industrie. Mit Halbheiten ist nichts getan, und wer vor einem dummen Schimpfwort „gelb“ zittert, dem fehlt es an Mannesmut.

Man glaube auch nicht, daß eine solche Verständigungsparole keinen Boden im Volke fände. Im Gegenteil, weite Kreise unseres Volkes, sowohl in der Arbeiterschaft wie in Arbeitgeberkreisen lechzen nach friedlicher Verständigung. Wenn es uns in Pommern gelang, unbekannt mit Menschen und Verhältnissen, ohne organisatorische Unterlage, direkt nach den Aufruhrzeiten der Revolution eine solche Organisation aus dem Boden zu stampfen, wenn es uns gelang, sämtliche ländliche Arbeitgeber der Provinz für den wirtschaftsfriedlichen Gedanken zu gewinnen, und eine ebensolche Organisation von 30 000 Arbeitern aufzustellen, und wenn es gelang, für die Arbeiter die höchsten Löhne Preußens zu erringen, so muß es der starken Organisation der christlichen Arbeiterschaft möglich sein, mit festem Willen die Führung aller derer zu übernehmen, die längst den Frieden wollen und nur auf die starke Führung warten.

Auch im Wirtschaftsleben gilt das Wort: „Frieden ernährt, Unfrieden verzehrt.“ Die Kämpfe gefährden unsere Industrie direkt, und wir dürfen nicht viel mehr riskieren. In unseren Händen halten wir das Schicksal unserer Urenkel. Sie werden über unserm Grabe fluchen, wenn es uns nicht gelingt, durch Bemeisterung unseres Mißtrauens zueinander uns selbst zu retten. Wir müssen uns von unserem alten Erbübel, der Streitsucht, befreien, einig müssen wir werden als Volk. Vergangenes muß vergessen und verziehen werden, die Zukunft gilt es zu sichern!

Der Held von Cork.

In englischen Ketten drei Wochen schon
Hungert Swiney, Irlands herrlicher Sohn.
Mit klappерndem Fuss und beinerner Lippe
Steht vor der Zelle des Todes Gerippe.
Ihn rief eine harte Stimme her.
Wie wird ihm heut das Amt so schwer!
Nein! Wenn selbst dem Tode die Knochen bleichen,
Muss sich auch das Herz eines Lords erweichen.
„Heda! hier drinnen!" die Wächter winken,
„Muss er dir in die fleischlosen Arme sinken".
— Justizia deutet mit süsser Hand:
„Töt' den Verräter an Engelland!"
— Aus dickem Buch liest ein Arzt: „Zwanzig Tage
Währt sonst beim Menschen die Hungerplage;
Längst abgelaufen ist die Zeit.
Erlös ihn aus Barmherzigkeit!"
Doch wie sie auch alle in ihn dringen,
Es lässt der Tod sich nicht bezwingen.
Er wartet vor der Tür des Armen.
Der grosse Lord muss sich erbarmen!
Der aber täglich zum Zauderer spricht:
„Ich kann nicht anders; das ist die Pflicht."
„Was hat", fleht der Tod, „jener denn verübt,
Als dass er sein Meer und sein Irland geliebt,
Und die Freiheit, für welche seit tausend Jahren
Seine Ahnen gepeitscht und geschlachtet waren?
Horch! Die Iren! Sie beten. Uebe Huld!
Swineys Treue ist Swineys grösste Schuld."
Die Achseln heucheln: „Es steht und stand
Höher als ein Leben das Vaterland."

Dreiundsiebzig Tage liess er so leben
Den Helden, dann hat sich der Tod ergeben.
Tritt hinein und nimmt von der morschen Schnur
Das müde Gewicht der Lebensuhr.
Oeffnet weit die Tore, dass jeder hört
Den Eid, den er an der Leiche schwört:
„Wenn einst die Irenmörder, die harten,
Röcheln, werd' ich nicht so lange warten!"

Martin Mayr.

Hapag und Harriman.

Von Dr. Gallus Thomann, Neuyork, z. Zt. München.

Ob im Staats- oder Wirtschaftsleben, ob bei Demokraten oder Republikanern, das Haus Roosevelt bleibt den Traditionen des Begründers seines Ruhms getreu. — Theodor Roosevelt, der rep. Expräsident und Exfreund des Deutschen Kaisers, war neben Wilson zweifellos der stärkste persönliche Faktor, dessen moralischer und politischer Einfluß die Vereinigten Staaten in den Krieg geführt hat. — Sein Vetter Frank Delano Roosevelt ist demokratischer Kandidat für die Vizepräsidentschaft und was heute von einer demokratischen Regierung 1921—25 Deutschland zu erwarten hätte, wissen wir. — Kermit Roosevelt aber, der Sohn Theodors, hat seine Stellung als Sekretär der American Ship & Commerce Corporation niedergelegt, — weil in der Gesellschaft seit und mit dem Vertrag Hapag—Harriman allzuviele Elemente in diese gekommen seien, deren amerikanische „Loyalität zweifelhaft sei". Das geht vor allem auf W. G. Sickel, weiland Generalvertreter der Hamburger Linie in den Vereinigten Staaten, heute rechte Hand des jungen Harriman.

Dieser Austritt ist das sensationelle Folio, — auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung berechnet — zu der Spaltung in der Harrimangesellschaft. Wie der Draht lakonisch meldet ist Ende vergangener Woche zwischen W. A. Harriman einerseits und A. E. Clegg und F. Kerr anderseits ein Vergleich zustande gekommen. Das Wesentliche: Die deutschen Beuteschiffe verbleiben bei Harriman.

Daß die deutschfeindlichen Elemente alle Anstrengungen machen würden, der Durchführung des Abkommens Schwierigkeiten in den Weg zu legen, war naheliegend. Nachdem jedoch der zuständige Senatausschuß mit 10 gegen 4 Stimmen sich für die Sanktionierung des Abkommens ausgesprochen hatte, war ein endgültiges Obsiegen feindseliger Einflüsse in der Bundesschiffahrtskommission kaum mehr zu befürchten; besonders da die gesunden weltwirtschaftlichen Anschauungen des Vorsitzenden, des Admiral Benson, als „Haben" in Rechnung zu setzen waren.

Daß das Hamburger Abkommen, wie auch das zurzeit im Abschluß befindliche ähnliche mit dem Bremer Lloyd, trotz aller widrigen Umstände in praktische Wirksamkeit gesetzt werden wird, ist nicht zweifelhaft. Daß dauernde vorteilhafte Geschäftsbeziehung einem Herumreiten auf Versailler Undurchführbarkeiten vorzuziehen sei, läßt sich einem praktischen Volke durch keine Machenschaften politischer Extremisten und wirtschaftlicher Sonderinteressenten auf die Dauer vorenthalten.

Auch außerpolitisch hat das Abkommen — keineswegs überraschend — Staub aufgewirbelt. Ein haßblindes Frankreich, das der Geste wegen bis hart an den Konflikt herantritt, verwundert heute niemanden mehr. Bei aller sentimentalen Liebe zu der französischen Schwesterrepublik beginnen weite amerikanische Kreise doch klarer zu sehen; man hat das Empfinden, daß Frankreich und seine pathetischen Wortführer drüben nicht mehr ganz ernst genommen werden. Artikel, wie die Stefan Lauzannes, des Chefredakteurs des Pariser „Temps", in den Juni- und Oktobernummern der „North American Rev" zum Beispiel können unmöglich verlangen, ernst genommen zu werden, es sei denn wegen des für einen Franzosen ausgezeichneten Englisch. Der sterbende Gallier auf dem Schilde malerisch hingestreckt, dem staunenden Volke seine Wunden zur Schau stellend, ist seit den Zeiten Cäsars ein allzubekanntes theatralisches Bild, das nicht mehr recht zieht. Frankreichs Protest, daß Deutschland unter dem Abkommen zu große Vorteile gewährt seien, steht ganz im Einklang mit seiner in Deutschland ja sattsam bekannten kurzsichtigen Politik und wird keine als eine formale Wirkung in Amerika haben. Höchstens wird er für Frankreich ungünstig wirken.

Bei England liegt der Fall schon interessanter und praktisch bedeutsamer. Keine politische Geste, sondern bitterernste wirtschaftliche Enttäuschung! — Es steht fest, daß England selbst die Absicht hatte, ein Schiffahrtsabkommen mit Deutschland zu schließen. Die Vereinigten Staaten sind ihm zuvorgekommen und England, um für sich zu retten, was irgend zu retten wäre, hat der Hapag außerordentlich günstige Angebote als Köder hingehalten. England ist so weit gegangen, die bedingungslose Rückgabe eines großen Teils der Beuteflotte in Aussicht zu stellen, während nach dem Harrimanabkommen die deutsche Selbstständigkeit — allerdings auf Gegenseitigkeit — stark beschränkt bleibt. Das Abkommen soll mit beiderseitiger Kündigungsmöglichkeit auf zunächst 20 Jahre gelten. Es sollen nach gemeinsamer Beschlußfassung auch die früheren deutschen Linien nach der Levante, nach Indien und Ostasien aufgenommen werden. Die neuerlichen harten englischen Prisengerichtsurteile (21./22. Okt.) treten erst in diesem Zusammenhang ins rechte Licht! — Mag Mißtrauen gegen englische Hintergedanken, mögen weitblickende Zukunftsgedanken bestimmend gewesen sein, das Abkommen mit den Vereinigten Staaten entspricht den besten Interessen beider Länder. Und wir sind überzeugt, daß keine anglo-französische „Beunruhigung" hier oder dort zu einer Aenderung des richtigen Kurses führen wird. Wie ja auch die Vereinigten Staaten und Holland in der Frage der deutschen Kabel den ihnen wie Deutschland allein zuträglichen Weg gegen Englands und Frankreichs Bestrebungen beschritten haben.

Dicke Kopfleisten amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften verkündeten Ende September und Anfang Oktober „No war with England" mit oder ohne Fragezeichen. Schreitet die Vergeltung schon? Es ist nötig, daß Deutschland in einem solchen Falle, den Gott verhüten möge, wenigstens nicht auf der falschen Seite stehe! Die Zuspitzung der irischen Frage; die diesbezügliche öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten; das amerikanische Komité der 100 zur Untersuchung irischer Greuel, zu dem die angesehensten Senatoren und Repräsentanten gehören, all das verdient ein besonderes Kapitel.

Doch erst die Wahlen am 4. November werden dem Bild die Konturen geben, innerhalb deren Rahmen sich der Inhalt der Beziehungen im einzelnen zwanglos entwickeln wird. Ihre Ergebnisse werden dem Blick in die Zukunft die Anhaltspunkte geben, von denen aus die politische Kalkulation aus dem Meer

der Unsicherheit endlich wieder festumrissenen Zielen zusteuern kann. — Aber schon jetzt kann man unbesorgt das Wort von den Federfuchsern der Diplomatie, die verderben, was das Schwert gut gemacht, dahin variieren, daß Weltwirtschaft und Weltverkehr gut machen müssen, was die Diplomatie von Versailles verfiebt hat. Ohne eine grundlegende Erneuerung aber des Individuums und durch die Summe der Individuen der Staatsverbände im christlichen Sinne ist das Tun des Kriegers, wie des Kaufmanns und des Diplomaten eitel!

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Seit wir in Deutschland parlamentarisch regiert sind, ruht unser Schicksal in den Händen der großen politischen Parteien. Ihr Verhalten und ihre Wandlungen sind viel wichtiger als früher Darum dürfen die Parteitage, die jetzt einer dem anderen folgen, das größte Interesse beanspruchen. Nach den Sozialdemokraten beider Richtungen hielten die Deutschnationalen ihren Parteitag, und zwar in Hannover, der Stadt „Hindenburgs". Helfferich spielte fast die größte Rolle auf dem Parteitag und ward überschwenglich gefeiert. Die Studenten spannten ihm die Pferde aus. In den Reden kehrte neben schärfster Kritik der jetzigen Reichsregierung beständig wieder das Bekenntnis zur Monarchie und zum alten, starken ungeteilten Preußen. Weder Oberschlesien noch Hannover, noch die Rheinlande sollten selbständig werden. Von Preußen muß die Gesundung des Reichs ausgehen. Nur um Preußens willen sind die Deutschnationalen Föderalisten. Falsche Schätzung der eigenen und fremden Kräfte war immer ein preußischer Fehler. Die hoffnungslose Schwäche des alten Preußens trat im Kapp-Putsch zutage. Und vom übrigen Deutschland wußten die Herren in Hannover wenig. Das kennt wohl die Verdienste Preußens um die deutsche Einheit, will aber kein Preußen-Deutschland, sondern ein deutsches Deutschland mit wirklichen Stammesstaaten. Die Monarchie kann uns nicht aus der Tiefe führen, sie ist erst nach einem neuen Aufstieg möglich. Dann wird sie sich als notwendiger Ausdruck eines würdigen Staatswesens und starken Volkstums von selbst einstellen. Zunächst ist es viel wichtiger, daß sich alle schaffenden und bewahrenden Mächte in Volk und Volksvertretung zusammenschließen und einen Block bilden zur Erhaltung des Deutschtums und der christlichen Gesellschaftsordnung. Sei es auch auf dem Boden der Republik. Opposition ist nötig und gut, aber sie darf nicht Selbstzweck werden wie einst bei der Sozialdemokratie. Die Deutschnationalen sollten nicht in deren Fehler verfallen. Der Parteitag erklärte sich scharf gegen den Frieden von Versailles. Große Aufmerksamkeit wandte er den Arbeiterfragen zu. Eine besondere deutschnationale Arbeitertagung schloß sich an. Man verlangt Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

Im Reichstag gaben Reichskanzler und Reichsfinanzminister einen Ueberblick über die allgemeine Lage. Das Bild, das sie entwarfen, war sehr trübe. Wir sind, sprach Fehrenbach, militärisch gebrochen, politisch stillgelegt und ringen wirtschaftlich um das Leben. Daher dürfen wir uns in keine Abenteuer einlassen. Die Neutralität im polnisch-russischen Krieg war das einzig Mögliche. Es war gut, daß der Reichskanzler Frankreichs Rüstungen und sein Streben nach Vorherrschaft auf dem Festland in aller Welt bloßstellte. Gegen das schwache Deutschland ist ein solches Aufgebot zwecklos. Die Hoffnung, daß andere Mächte uns in der Abrüstung folgen, war nur eine schamhafte Verhüllung unserer Ohnmacht. Beifall fanden die scharfen Worte gegen Putschversuche der Kommunisten und gegen russische Agitatoren in Deutschland. Sie kamen nur etwas spät. Im ganzen erweckte die Rede kein starkes Echo. Die Parteien vertraten ihren Standpunkt in altbekannter Weise. Der Bericht des Reichsfinanzministers verbesserte die Stimmung auch nicht. Die Hoffnungen auf Brüssel sind gescheitert. Der Etat des Friedensvertrages beläuft sich allein auf 41 Milliarden Mark, die verzinsbaren Reichsschulden betragen 263 Milliarden, dazu kommen 25 Milliarden Eisenbahnschulden und 30 Milliarden Ausfallbeträge. Dem allen steht ein Steuerertrag von vielleicht 30,5 Milliarden gegenüber. Um die schwebende Schuld wenigstens etwas zu mindern, ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf über schleunige Erhebung des Reichsnotopfers zugestellt worden.

Man sprach auch von der Sozialiserung der Bergwerke. Der Reichskanzler vermied es, sich festzulegen. Es finden zurzeit Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter statt, doch ist man sich noch nicht nahe gekommen. Der Unwille gegen den Privatkapitalismus der Großbetriebe ist angesichts des heutigen Dividendenwuchers wohl verständlich. Ein zentralistischer Staatsbetrieb, wie ihn die Arbeitnehmer fordern, ist aber nicht besser und legt der Gesamtheit nur Lasten auf. Die gemischte Wirtschaft, die z. B. Stinnes empfiehlt, wäre vielleicht der beste Weg.

Die bayerische Regierung hat sich zur tatkräftigen Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels entschlossen. Eine neue Verordnung setzt Zuchthaus bis zu 15 Jahren fest, zugleich Geldstrafe von 100000 bis 1 Million Mark, Ehrenverlust, Einziehung des Ueberpreises, des Vermögens und der Beförderungsmittel, selbst wenn sie dem Täter nicht gehören. Ein gleichzeitiger Aufruf der Regierung besagt, daß Anträge Bayerns beim Reich auf zeitgemäße Umgestaltung der Wuchervorschriften seit Monaten Gegenstand von Verhandlungen sind. Aber angesichts der bedrohlichen Zustände kann die bayerische Regierung nicht länger zuwarten und trifft deshalb einstweilige Anordnungen. Diese trockenen Zeilen sprechen Bände über die lässige Behandlung der Frage durch Berlin.

In Oesterreich machen sich schon günstige Folgen des Wahlausfalls geltend. Das Zutrauen des Auslands wächst in Erwartung einer rein bürgerlichen Regierung. Auch die Beziehungen zu Ungarn gestalten sich freundlicher. Kunschak, der Obmann der Christlichsozialen, erklärte dem Vertreter der „Neuen Post" des sehr empfehlenswerten deutschen katholischen Blattes in Budapest:

> Das Ergebnis der Neuwahlen muß und wird auf die Haltung Oesterreichs gegenüber Ungarn bestimmend einwirken. Oesterreich hat ein lebhaftes Interesse daran, auch mit Ungarn in freundnachbarliche Beziehungen zu gelangen. Die Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens wird zudem beiden Staaten den Aufbau ihres eigenen Wirtschaftslebens durch Wiederaufnahme der Verkehrs- und Handelsbeziehungen außerordentlich erleichtern.

Zum ersten Male wieder seit sechs Jahren fand in Budapest ein ungarischer Katholikentag statt. Er verlief glänzend. Auch die deutschen Katholiken Ungarns hielten dabei eine Versammlung ab. Sie stehen treu zur Krone St. Stephans, verlangen aber ungehinderte Pflege ihrer Muttersprache in Kirche und Schule.

Das christliche Ungarn führt bekanntlich einen scharfen Kampf gegen die Freimaurer. Wohin ein Staat unter deren Leitung kommt, zeigt Griechenland. Dort hat Venizelos, ein führender Mann der Loge, Schritt für Schritt das Land unters Joch des in der Entente verkörperten Weltkapitalismus gezwungen. Jetzt ist der junge König Alexander auf geheimnisvolle Weise gestorben. Sein Tod ist für Venizelos ein Mittel, die unbequeme Dynastie König Konstantins zu untergraben und Platz für das Freimaurerideal der Republik zu schaffen. Zunächst soll vielleicht noch Alexanders Bruder, Paul, einen neuen Schattenkönig stellen.

Der Friede zwischen Polen und Rußland wurde ratifiziert. In Litauen führen die polnischen Truppen Szeligowskis eine Schreckensherrschaft. Vom Verzicht auf Wilna ist Polen weit entfernt. Deutschland kann auch in diesem Streit nichts Besseres tun als neutral bleiben.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und England ist etwas gespannt, weil England, ohne seine Verbündeten zu fragen, auf Beschlagnahme deutschen Eigentums als Zwangsmaßnahme gegen Deutschland verzichtet. Ebenso würde die Besetzung des Ruhrgebiets von England nicht gern gesehen werden. Ueber die Wiedergutmachung besteht nach wie vor Meinungsverschiedenheit.

Der englische Kohlenstreik steht vor dem Ende. Regierung und Arbeitervertreter haben sich geeinigt. Die Arbeiter erhalten ihre Lohnerhöhung, verpflichten sich aber zu gesteigerter Kohlenförderung. Das Ergebnis unterliegt noch einer Abstimmung der Bergleute am 2. November.

Nach mehr als 70 Tagen Hungerstreik starb der Bürgermeister der irischen Stadt Cork im Gefängnis zu London. Das Heldentum dieses Mannes, der sich dem Unrecht seiner Verhaftung so wunderbar standhaft widersetzte, muß überall Teilnahme und Begeisterung erregen, wo Menschen und Völker unter der Faust mächtiger Bedrücker seufzen. Deutschland geht es heute wie Irland. Aber das irische Beispiel stolzen Leidens wirbt besser als das deutsche Schwanken zwischen prahlerischer Rachsucht und sklavischer Unterwürfigkeit.

Aufgaben und Rechte der Auslanddeutschen.

Von Wilh. Müller, Berlin-Birkenwerder.

Solange Menschen auf Erden wohnen, hat es Völkerverschiebungen gegeben und nicht zum letztenmal werden sich unsere Schulkinder mit neuen geographischen Begriffen befreunden müssen. Mit der Schaffung neuer Landkarten ergeben sich von selbst auch neue staatspolitische Interessen, und schließlich werden auch die Interessen jedes einzelnen Volksgliedes irgendwie berührt und verändert. In ganz besonderem Maße ist dies heute bei unseren Auslanddeutschen der Fall. Zählten wir schon vor dem Kriege 30 Millionen Auslanddeutsche, so werden es in kurzer Zeit noch erheblich mehr sein. Alle unsere Volksgenossen in den abgetretenen Teilen des Deutschen Reiches werden dann für uns Ausländer geworden sein. Es liegt in der Natur der Sache, daß das Deutschtum als solches nicht ohne großen Verlust für seine Wesenheit aus dieser Feuertaufe hervorgehen wird, andererseits steht doch zu hoffen, daß auch aus dieser Asche ein neuer Phönix erstehen und seine Schwingen machtvoll entfalten wird. Tatsachen, die sich nicht ändern lassen, muß man hinnehmen, aber keine auch noch so harte Prüfung kann uns als Deutsche veranlassen, den Glauben an unsere Aufgabe in der Welt und damit an uns selber aufzugeben. Je mehr sich also feindliche Berechnungskünste auf unsere dauernde Lahmlegung und Ausschaltung festgelegt haben, um so entschlossener und energischer muß in uns selber der Wille zum Leben erwachen und sich bekunden.

Es war immer das größte Uebel unserer Auslandspolitik, daß Menschen zu unserer politischen und wirtschaftlichen Vertretung hinausgesandt wurden, die zuhause vom grünen Tisch kamen und nicht das erforderliche Rüstzeug mitbrachten. Nur die Kaufmannschaft hat eigentlich nie diesen Fehler begangen, um so mehr die Diplomatie. Andererseits war es stets die große Masse der Auswanderer, denen von Staats- und Volks wegen keinerlei Ausrüstung geboten wurde, und die deshalb auch in der Ferne in keinem lebendigen, organischen Zusammenhang mit dem Reich geblieben sind.

Aber auch jetzt haben die Auslanddeutschen Wichtigeres zu tun, als unfruchtbare Klagen zu führen. Dagegen sind sie — und das liegt wohl auf der Hand — die Berufensten, uns zu sagen, wie es auf diesem Gebiete in Zukunft besser werden soll. Darum erscheint kein Ruf dringender als derjenige nach silbernen Schalen für goldene Aepfel, d. h. Schaffung solcher Organe, die als dauernde Träger des Auslanddeutschtums alles das zusammenfassen, was zu diesen Belängen gehört und es an den richtigen Stellen nicht nur vertreten, sondern es auch verstehen, soviel Interessen dafür freizumachen, daß alle die Verwirklichung hindernden Widerstände überwunden werden. Wenn wir also von Aufgaben der Auslanddeutschen sprechen, so ist dies das erste Erfordernis. Fordert Professor Bergsträsser hierfür die Schaffung eines *Reichsamtes für Auslanddeutsche*, so hat er sicherlich gleiche Ziele im Auge. Die Frage ist nur, ob in unseren Reichsämtern bereits ein derartig beweglicher Geist Heimatsrecht erhalten würde, wie ihn die richtige Behandlung aller Fragen des Auslanddeutschtums erfordert. Hoffen wir aber, daß ein Weg gefunden wird, ein solches Reichsamt zu schaffen und es lebensfähig und existenzberechtigt zu erhalten. Nicht wenige Stimmen unter uns Auslanddeutschen sind allerdings vernehmlich, die eine *freie Entfaltung des Betätigungswillens des Auslanddeutschen statt einen schwerfälligen behördlichen Apparat* fordern. Träger für eine solche Aufgabe haben wir in unseren bewährten Organisationen, dem Ausland-Institut, dem Verein für das Deutschtum im Auslande, der Kolonialgesellschaft, dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer und dem aus den verschiedensten Schutzvereinigungen zusammengeschlossenen Bund der Auslanddeutschen. Eine einheitliche Leitung ist trotz der Vielheit denkbar und wird bedeutend gewinnen durch die Schaffung eines *Presse-Organs*, das schon lange von allen Seiten der Auslanddeutschen gefordert wird. Ebenso begründet ist das Verlangen nach der Einberufung eines umfassenden und groß angelegten *„Tages der Auslanddeutschen"*. Wenn dieser Tag eine Woche lang dauert, wird es nicht zuviel sein, denn genug der allerernstesten Gegenstände gilt es zu behandeln und es würde sich vielleicht sogar die Notwendigkeit herausstellen, derartige Konferenzen zu einer ständigen Einrichtung im Interesse sowohl des Auslanddeutschtums wie der Heimat zu machen. Auf kaum eine bessere Weise könnten Reichstag und Reichsbehörden fortlaufend auf die Pflege des Auslanddeutschtums aufmerksam gemacht werden. Auch was die zurzeit brennend gewordene *Entschädigung für die Verluste der Auslanddeutschen* infolge des Krieges anbetrifft, gäbe es in dieser Hinsicht genug zu tun. Sodann hätten diese Konferenzen die weiteren Linien herauszuarbeiten, nach denen die praktische Anwendung der *Auslandkunde* einzusetzen hätte. Insbesondere müßte unter ihrer Leitung und Vorarbeit ein Institut geschaffen werden, welches allen in das Ausland zu entsendenden Reichsbeamten ebensowohl als auch jedem Auswanderer die Möglichkeit bietet, das Ausland so zu sehen, wie es wirklich ist und nicht wie er es sich vorstellt. Zu einer solchen Aufklärungsarbeit brauchen wir weniger Universitätsprofessoren und Regierungs-Assessoren als bewährte Auslandspraktiker. Es sind genug unter uns, die nicht beabsichtigen, erneut in die Ferne zu ziehen; sie müssen gewonnen werden, ihre Kräfte diesem wichtigen Werke zur Verfügung zu stellen.

Erst wenn wir in der Heimat so alles tun, um dem Hinausziehenden ein starkes Gefühl seiner Wertung daheim und seiner Verantwortlichkeit für das Deutschtum mitzugeben, wird es uns gelingen, mit unserer Auslandspolitik ähnliche Erfolge zu erzielen, wie die Engländer. Selbst dann noch bleibt uns der Engländer in verschiedener Hinsicht im Vorsprung, so besonders vermöge seiner speziellen religiösen und durch das ganze Volk gedrungenen *Auffassung „von dem Volke des Herrn"*, den Briten. Die englische Hochkirche sowohl als auch die nach Millionen zählenden starken Denominationen, wie Methodisten, Quäcker, Baptisten, Presbyterianer, Menoniten, Puritaner usw. lassen es sich alle angelegen sein, den Gedanken der Völkerbekehrung zu dem englischen Ideal zu pflegen, und nächst dem Freimaurertum gibt es keine ähnliche Gewalt von gleich dämonischer Wirkung. Hier einen nicht minder vertieften und im Leben verankerten religiösen Gedanken in die Tat umzusetzen, wird Aufgabe der deutschen Religionsträger sein. Die Welt wird eben nicht nur von Ausflüssen der nüchternen Realpolitik geleitet und umgebildet, sondern in weit erheblicherem Umfange als der Alltagsmensch sich davon Rechenschaft gibt, durch die Ausflüsse jener Dimensionen, die Gemüt und Gefühl für sich einzuspannen wissen. Auch darin können uns unsere Auslanddeutschen gute Schulmeister sein. Die Religiosität der Auslanddeutschen ist erfahrungsgemäß heute noch gehaltvoller und gefestigter als die im Inlande, die so manche Stürme und nivellierende Einflüsse mit ihren, das Gemütsleben schwer schädigenden Einflüssen über sich hat ergehen lassen müssen.

Auch was den Wiederaufbau einer gesunden Moral unter uns anbetrifft — und dazu gehören auch feste Begriffe über Treue und Glauben im Handelsverkehr — bringen unsere Auslanddeutschen noch gesündere Normen mit, als sie leider im alten Vaterlande gang und gäbe geworden sind. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, daß es der Auffassung von Leistung und Pflicht unserer Auslanddeutschen, die mittellos zurückgekehrt sind, widerspricht, die ihnen durch die behördlicherseits eingerichteten Darlehen in Anspruch zu nehmen, unter dem Gesichtspunkte, daß sie neben Sicherheitsleistung eine *Wechselverbindlichkeit* eingehen, wonach sie ein solches Darlehen nach Jahresfrist zurückzahlen müßten. Sie wissen, daß sie eine derartige Verpflichtung nicht werden einlösen können und darben daher lieber weiter, als sich zu leichtfertigen Abmachungen bereit zu finden. Daß sie sich damit allerdings um so eher der Gefahr aussetzen, von versteckten englischen Angeboten erfaßt zu werden, durch welche ihnen Erwerbs- und Gewinnmöglichkeiten aus einem fleißigen Wirken geboten werden, ist unleugbar. Englische Firmen suchen zurzeit durch Inserate deutsche Ausländer für ihre Betriebe zu gewinnen, natürlich unter der Voraussetzung, daß diese ihr Deutschtum so restlos wie möglich aufgeben. Diese Gefahr abzuwenden, wird Aufgabe der weitsichtigen Kräfte der Auslanddeutschen in Verbindung mit der Heimat sein. Soweit dies durch Abwendung äußerer Notlagen geschehen kann, muß eine großangelegte freie Liebestätigkeit einsetzen. Dies geschieht dankenswerterweise auch bereits auf dem Wege einer großen Sammlung durch eine mit staatlicher Bewilligung organisierten *„Rückwandererhilfe"*. An dieser Arbeit nehmen neben den schon erwähnten Organisationen aus den Kreisen der Auslanddeutschen selbst verschiedene andere große Verbände und religiöse Vereine in der Heimat teil.

Unter den persönlichen Aufgaben des Auslanddeutschen

steht in erster Linie die Pflicht, an dem nationalen Charakter festzuhalten. Es darf trotz aller Augenblickserscheinungen nicht vergessen werden, daß der eigentliche Grund für unsere wirtschaftliche Ueberlegenheit in der Welt in unserem Deutschtum zu suchen war. Der Chinese kaufte unsere Ware auf Grund reichlicher Erfahrungen mit uns, weil sie deutschen Ursprungs war. Kommen wieder deutsche Kaufleute zu ihm, so wird er ihnen ohne allen Zweifel mit demselben Vertrauen seine Aufträge geben, so sehr sich auch Engländer und Amerikaner bemühen, uns das Wasser abzugraben. Wird dagegen der deutsche Kaufmann seinen nationalen Charakter verleugnen und seine Ware nicht als deutschen Ursprungs bezeichnen, so wird das alte Vertrauen der Kundschaft nicht wieder erweckt und neu belebt werden. Darum heißt Glauben an uns selber auch Glauben in der Welt an uns erwecken. Unsere Ueberlegenheit liegt in der Lieferung guter Artikel und entgegenkommender Handelsbeziehungen. Das Ausland war gewohnt, uns in dieser Hinsicht auf der Höhe zu finden und es wird sich dessen wieder erinnern. Bleiben wir also in jeder Hinsicht Deutsche.

So wenig wir im Interesse des Wiederaufbaus unserer inneren wirtschaftlichen Beziehungen einer großzügigen Auswanderung das Wort reden können, so müssen wir doch anderseits fordern, daß unsere besten Auslandskräfte, die die Ungunst der Verhältnisse zu uns zurückgetrieben hat, wieder zum Wanderstabe greifen und vergessen, was sie Trübes im Auslande erlebt haben. Ihr starkes Verantwortlichkeitsgefühl wird und muß ihnen sagen, daß das Vaterland sie als Pioniere dringender denn je braucht. Schon sendet das uns feindliche Ausland seine Handelsvorposten in reichlicher Zahl in die Welt hinaus und wenn es uns vorläufig auch noch so sehr erschwert ist, an dieselben Plätze zu gelangen, so müssen unsere Pioniere doch jetzt schon ihr Felleisen bereit halten, um bei der nächsten Gelegenheit für die ihrer harrenden Aufgaben frei zu sein. Sie nur können uns behilflich sein, wieder die Rohmaterialien zu bekommen, die wir zur Beschäftigung unserer inländischen Arbeiterschaft nötig haben und sie sollen uns auch sagen, was von den anderen Völkern an Artikeln gebraucht wird, die wir zu liefern imstande sind. In der Zwischenzeit können unsere erfahrenen und bewährten Auslanddeutschen eine unschätzbare Arbeit dadurch leisten, daß sie sich für Beratung aller derjenigen zur Verfügung stellen, die den ernsten Entschluß gefaßt haben, ihre Heimat mit der Fremde zu vertauschen. Die Auslanddeutschen müssen es sich gesagt sein lassen, daß es ihre Pflicht gegen das große gemeinsame Vaterland erfordert, daß sie vielmehr aus der von ihnen beobachteten Zurückhaltung heraustreten.

Das Vaterland wird aber nicht umhin können, aus dieser Erkenntnis der Aufgaben des Auslanddeutschtums auch eine ganz bestimmt umrissene Stellung zu dessen Rechten einzunehmen. Nach dem wahren Wort, daß jeder so genommen wird, wie er sich gibt, wird man auch dem Auslanddeutschtum eine ganz andere Bedeutung im öffentlichen und gesetzgeberischen Leben und Wirken einräumen müssen. Vor allen Dingen muß mit größtmöglichster Beschleunigung eine endliche Klärung der Entschädigungsfrage erzielt werden. Auf den Linien der Zukunft liegt alsdann die Schaffung von Sicherheit, die den Auslanddeutschen ermöglichen, auch von der Ferne ihre Stimme im Reiche vernehmen zu lassen. Eine alte Erfahrung sagt: „Wer spricht, hat Recht!“ — Und nach diesem Grundsatz müssen die Auslanddeutschen selbst dafür sorgen, daß die Heimat immer ein klares Bild von ihrem Schaffen in der Welt bekommt. Die Hauptsache ist und bleibt die Wiederherstellung eines gesunden und lebensfähigen Verhältnisses zum Mutterlande, und daran mitzuhelfen hat jeder Auslanddeutsche das Recht und die Pflicht vermöge seines ihm in der Vergangenheit zuteil gewordenen Weitblicks. Ein Recht, auf das er sich schon zufolge seiner Anlage nicht allzuviel zugute tun wird, das er aber auch nicht unter den Scheffel stellen darf.

Vom Weihnachtbüchermarkt.

Streiflichtanzeigen von M. Rast.

I.

Der **Herder-Verlag**, Freiburg i. Br., hält für den Weihnachtbüchertisch 1920 eine reiche Auswahl bereit, die wir, soweit sie uns vorliegt, im folgenden berücksichtigen. Eine erstklassige Gabe ist Ludwig Frhr. von Pastors siebter Band der Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters: Geschichte der Päpste im Zeitalter der katholischen Reformation und Restauration: Pius IV. (1559—1565). Pr. geb. 44 M. — Nr. 32 der „A. R.“ des Jahres brachte unter „Vom Büchertisch“ eine eingehendere Wertschätzung dieser universal bedeutenden zeit- und personengeschichtlichen, kirchen-, welt- und kulturhistorischen Beleuchtung aus bewährtester Meisterhand. — Hier sei gleich nochmals die durch v. Pastor besorgte hochinteressante zweibändige Sammlung, die vielfarbige Spiegelung eines genialen Edelcharakters, genannt: „Johannes Janssens Briefe“. Pr. geb. 36 M (s. „A. R.“ Nr. 17). — Jetzt ein abermaliger Hinweis auf das für den Politiker, Historiker und gebildeten Patrioten fast unumgängliche Werk des Grafen Karl v. Hertling: „Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters.“ Pr. kart. 12 M (s. „A. R.“ Nr. 50/1919). — Ich fahre fort mit Ausführung neuester, bereits unter „Vom Büchertisch“ angezeigter oder noch anzuzeigender Lebensbilder des Verlages: „Franziskus. Ein Friedenssang“ von M. Mages, das gewiß vielen willkommene hervorragend dichterische sowie religiös vertiefte lyrische Epos einer neuen Kraft. Pr. geb. 8.80 M. „Die Unruhe zu Gott, Erinnerungen eines Maler-Mönches von Willibrord Verkade O. S. B. Pr. kart. 5.80 M. Das mit Recht in seiner kraftvollen, mehr und mehr durchgeistigten Natürlichkeit und zugleich Kulturständigkeit Aufsehen erregende Buch, die Darstellung einer Heimkehr zur hl. Kirche, fand warme Beleuchtung in Nr. 43; „Mein Meister Rupertus“, ein von Odilo Wolff O. S. B. meisterhaft veranschaulichtes und religiös-ethisch beseeltes „Mönchsleben aus dem 12. Jahrh.“ Mit 19 Bildern der Beuroner Schule. Pr. geb. 8.80 M; „Theoktista von Byzanz, die Mutter zweier Heiligen“ von Basilius Hermann O. S. B. Mit 5 Bildern. Pr. kart. 4.60 M. Diese sorgfältigst angelegte und durchgeführte Darstellung aus östlichem mittelalterlichem Familienleben hat Beispielskraft für unsere Zeit; „Das Tagebuch meiner Mutter.“ Herausgegeben von Sebastian von Oer O. S. B. Mit 3 Bildnissen. Pr. kart. 3.60 M. Das inhaltlich kostbare Bändchen, die ergreifende Geschichte einer ganz im Stillen als Gattin und kinderreiche Mutter zur Urkirche sich findenden wahrheitdürstenden, zartsinnigen Seele findet erfreulicherweise einen weiteren Leserkreis (s. Nr. 20); „Gott und die Wahrheit. Lebensbild der Konvertitin und Benediktiner-Oblatin Agnes Freifrau von Hermann von Maria Stanisla O. S. B. Mit 3 Bildern Pr. kart. 5 M. Das von Laurentius Zeller, Abt von Seckau, eingeleitete Büchlein bedeutet einen Griff tief ins äußere und noch mehr ins innere Leben einer Wahrheitsuchenden, auf der in ihrem Stande als Familienmutter schwerste Bürden lasteten. — Erwähnt sei, daß M. Scharlaus (Magda Albertis) außerordentlich anziehende eigene Konversionsgeschichten „Erinnerungen und Bekenntnisse: Kämpfe“, schon wieder in rascher Folge neu aufgelegt erschienen (9.—13. Tausend).

Einen Platz für sich fordert der in Nr. 24 d. J. empfohlene V. Band der von Prof. Dr. Otto Hellinghaus veröffentlichten „Bibliothek wertvoller Denkwürdigkeiten“: „Beethoven. Seine Persönlichkeit in den Aufzeichnungen seiner Zeitgenossen, seinen Briefen und Tagebüchern.“ Pr. geb. 9.20 M. — Kein dankbarer Beethovenliebhaber sollte das gewissenhaft eingegründete, den großen Künstler und ragenden Menschen in helles Erkenntnislicht stellende Werk außerhalb seines Besitzes lassen.

Wiederholt ist die Verschiedenheit der Verdeutschungen des Psalters beklagt worden. Endlich wird uns eine Sinn und Zusammenhang vorzüglich sichernde rhythmische Parallel-Uebertragung geschenkt im 4. u. 5. Bändchen der vom Abt Ildefons Herwegen herausgegebenen sehr verdienstvollen Sammlung Ecclesia Orans: „Die Psalmen I u. II.“ Uebersetzt und kurz erläutert von Athanasius Miller O. S. B. Mit einer Einführung in die Psalmen. „Vom Büchertisch“ bringt bald ein ausführlicheres Urteil über das kostbare Werk. (Pr. je geb. 15 u. 13.20 M. In einem Bande geb. 26 M.) — Eine warm zu begrüßende Gabe ist Dr. Alfons Heilmanns in seiner geplanten Reihe „Bücher der Einkehr“ als erster Band herausgegebenes „Seelenbuch der Gottesfreunde. Perlen deutscher Mystik.“ Pr. geb. 22.60 M. Die Erlebnisse „gottentlaufener“ und wieder von Gott heimgeholter Seelen spiegeln sich ab in diesen den Mystikern Eckhart, Seuse, Tauler, Mechtild von Magdeburg, David von Augsburg, Nikolaus von Straßburg, Hildegard von Bingen, Heinrich von Nördlingen, Margareta Ebner, sowie dem „Büchlein vom vollkommenen Leben“ und „Ein Gottesfreund“ entnommenen kurzen, wundersam knappen Betrachtungen, die uns in die Welt der Gottesoffenbarungen in Natur und Seele, Wort und Wunder (für den, der „Gott bei sich hat“) führen. „Nie ist solche Glut religiösen Empfindens in den Herzen der Menschen aufgeblüht wie in diesen deutschen Männern und Frauen des 12., 13. und 14. Jahrhunderts“, heißt es mit Recht im schönen „Vorwort“. Der Anhang bringt Lebensgeschichtliches der herangezogenen Mystiker. Der Gesamtinhalt gliedert sich in die Bücher „von Gott“, „von der Welt“, „vom rechten Leben“, „vom Leiden“, „von der Heiligung“, „von der Andacht“ und „von der Ewigkeit“. Möchte die hier gebotene Segensfülle weit dringen! — Schöne, tiefe Mystik finden wir in einem neuzeitlichen Büchlein feinsinnig-volkstümlicher Ausprägung: „Der stille Klausner im Tabernakel.“ Von Franz Xaver Esser S. J. (Pr. geb. 8.50 M.) Der bekannte und beliebte Verfasser nimmt die von ihm angewandten Vergleiche und Bilder immer mitten aus dem Leben, aber die Durchführung vollzieht sich stets in tiefsinnig-intellektuell zarter Weise. Durch 7 Kapitel gehen wir an der Hand dieses seinen eucharistischen Heiland über alles liebenden Führers, und wie wir den Band schließen, fühlen wir uns um vieles reicher, dem ewigen Lichtquell näher. — An dieser Stelle sei mit Nachdruck hingewiesen auf eine weitest zu verbreitende lyrische Sammlung, deren „Vom Büchertisch“ bald eingehender gedenken wird: „Denk' Jesu nach!“ Ausgewählte deutsche Christusgedichte aus allen Jahrhunderten. Mit einer literarhistorischen Einleitung“ herausgegeben von Karl Jakubczyk mit dem Philipperwort als Leitspruch: „Christus ist mir das Leben.“ (Pr. geb. 22.50 M.) „Neues Leben“ nennt der hochangesehene Biologe und Vortragsredner Hermann Muckermann S. J. eine von ihm für den Druck beabsichtigte Reihe „ethisch-religiöser Darlegungen“. Das erste Buch ist erschienen: „Der Urgrund unserer Lebensanschauung.“ Mit einem Titelbild. Pr. kart. 7.60 M. Hier haben wir den Hauptinhalt des ersten Abends der „viel begehrten ethisch-religiösen Vortragswoche“ P. Muckermanns.

Der Band trägt kennzeichnenderweise Michelangelos Erschaffung Adams als Titel- und auch als Deckelbild. Wie der Lebensfunke aus der Hand des Schöpfers in die des ersten Menschen, so möge der Wahrheits-Erkenntnisfunke aus der hier übermittelten zündenden Darstellung in die empfängnisbereite Seele des Lesers übergehen. Schon die Inhaltsangabe der zwei Hauptkapitel rüttelt auf: „Das Zutrauen zur forschenden Vernunft und zur göttlichen Weisheit", „Durchforschung des Urgrundes". Aus eben diesem Urgrunde, also den allertiefsten „Schächten", holt der Verfasser das Lebensgut seiner Erkenntnis, die nun, so hoffen wir, auf diesem begrifflichen Wege rettendes Gemeingut Ungezählter werden mag. — „Das ewige Licht" überschreibt sich die Sammlung nachgelassener „Predigten und Reden des berühmten Dominikaners P. Bonaventura Krotz", dessen reiches Lebensbild uns Dr. Donders schenkte. Ihm danken wir auch die Herausgabe dieser, wenn recht verstanden, ergreifenden Sammlung, die genommen werden will als das, was sie ist: als das Echo einer gottbegnadeten Ruferstimme, als der Widerschein eines göttlichen Feuers, das in einem der idealbeseeltesten Heilandsjünger lohte. Er selbst hat nie eine Drucklegung des hier Gebotenen beabsichtigt. Dennoch, meine ich, sollen wir für das in reinster Absicht Uebermittelte von Herzen danken, und Tausende werden es tun, das Bild des in seiner Art genialen Mannes vor Augen, der auch da neu vor ihnen ersteht. Hier die Hauptabschnitte des stattlichen Bandes (Pr. geb. 23 ℳ): „Christus, das Licht der Welt"; „Die Kirche Christi in der Gegenwart"; „Der soziale Geist im Christentum"; „Die Erneuerung der Welt im Christentum". — Ein nachdrücklich zu empfehlendes Sonntagsbuch ist Leo Wolperts „Die einzige Seele" (Pr. geb. 9.50 ℳ): „Sonntagslesungen" im Anschluß an die Sonntagsevangelien. Für jeden Sonntag etwas besonders Gutes, Haftendes, aus dem Erden- und Seelenleben für die Ewigkeit, im Lichte der Ewigkeit, Herausgehobenes: das ist der Inhalt. Stimmung, Natur und Geist, äußere und innere Wirklichkeit, Abbilder des weltlichen und kirchlichen Lebens, all' dies ist da- und in dem allen der regenbogenfarbene Zusammenhang, der Himmel und Erde verbindet.

Kein Katholik, sollte man denken, und wohl auch nachgerade kein gebildeter Protestant, der sich heute noch „Jesuitenfabeln" aufbinden ließe. Ein richtigeres Verständnis des großen, um kirchliche und weltliche Kultur hochverdienten Ordens bricht sich mehr und mehr Bahn. Dazu kann auch eine kleine, sehr interessante Schrift beitragen, die auf das gegenseitige Verhältnis zweier Ordensgemeinschaften eindringenderes Licht wirft und auch weiteren Kreisen Anregendes zu bieten hat: „Der hl. Alfons von Liguori und die Gesellschaft Jesu in ihren freundschaftlichen Beziehungen zueinander. Nach dem Holländischen des Joh. Laurentius Jansen C. S. S. R. bearbeitet" von Klemens Maria Henzen C. S. S. R. Pr. kart. 3.80 ℳ. — Freundschaftliche Diskussion in traulich einfacher Form zwischen einem katholischen und einem protestantischen Geistlichen umschließt das Bändchen „Im Klostergarten. Friedliche Religionsgespräche" von Hartmann Eberl O. S. B. (Bücher für Seelenkultur). Pr. kart. 3.80 ℳ. Weit verbreitete falsche Begriffe über den Katholizismus werden da in gütig überlegener Ruhe aufgedeckt und widerlegt. Nicht zuletzt für Katholiken in der Diaspora dürfte das liebenswürdige Büchlein sich als von großem Nutzen erweisen. — Hier sei auch des herrlichen „Rundschreibens" unseres Heiligsten Vaters Benedikt XV. vom 30. November 1919 über die „Ausbreitung des katholischen Glaubens auf dem Erdkreis" mit seiner erhabenen Ausprägung der alle Menschen umfassenden Heilandsliebe Erwähnung getan. Die autorisierte Verdeutschung in Parallelausgabe ist als diese doppelt willkommen. — Prof. Dr. Goetz Briefs hält in seinem Buche „Untergang des Abendlandes. Christentum und Sozialismus. Eine Auseinandersetzung mit Oswald Spengler" (Pr. 7.50 ℳ). schlagkräftige Abrechnung mit Spenglers „umwälzenden" Thesen vom „notwendigen" Untergange des abendländischen Kulturkreises und vom „wahren" Sozialismus den „Willen zur Macht", als einziger Möglichkeit zur höchsten entschlossenen Steigerung des abendländischen Geistes vor dem demnach unumgänglichen Untergange. Briefs dagegen legt klar: Rettung ist möglich durch eine „Revolution des Herzens und der Gesinnung", durch die Ab- und Heimkehr von allen endlichen Idolen zu den ewigen Symbolen der Kultur des Abendlandes. — Dr. rer. pol. Fanny Imler hat ihr jüngstes wichtiges Buch für unsere dem politischen Betätigungsleben überstürzend rasch zugeführte Frauenwelt entschieden auf den christlichen Boden gestellt: „Die Frau in der Politik. Eine Einführung in das Staats- und Wirtschaftsleben für Frauen und Jungfrauen." Pr. geb. 11.60 ℳ. In christkatholischer Luft tun sich große, weite und zugleich logisch gegliederte, fest geschlossene Uebersichten vor uns auf über Staat, Sozial- und Kulturpolitik. Das ausgezeichnete Werk verdient bestmögliche Verbreitung. — Lebhaft empfohlen sei des bedeutenden Pädagogen Dr. Jakob Hoffmanns handlicher „Geleitbrief für Studierende zur Fahrt an die Hochschule": „Der katholische Akademiker und die neue Zeit." Pr. kart. 4.40 ℳ. Wohlerwogene Berufs- und durchgreifende Charakterbildung sind die Hauptthemen. — Nachdrücklich in Erinnerung bringen möchte ich Dr. Hermann Sachers in Nr. 20 der „A. R." 1920 angezeigtes, trefflich orientierendes Buch „Der Bürger im Volksstaat. Eine Einführung in Staatskunde und Politik." Pr. geb. 11 ℳ. — Dem weiten deutschen Volke als eine Art Volkshochschule dienen kann Prof. Karl Faustmanns noch durch Otto Willmann eingeleitete, überaus fleißige Sammlung „Aus tiefem Brunnen. Das deutsche Sprichwort." Pr. kart. 12 ℳ. — Die Aufsätze „Der tiefe Brunnen", „Aus der Geschichte des Sprichwortes" und „Heiliges Erbgut" bereiten auf den in zwei Bücher: „Auf dem Weg zum tiefen Brunnen" und „Am tiefen Brunnen", geteilten Hauptinhalt mit seinen zahlreichen Kapiteln vor. Eine Schatzkammer, dieser Band!

Nun zur uns vorliegenden Erzählliteratur des Verlages! Zuerst eine klassisch schöne Fahrtschilderung: „Im hohen Norden. Reiseskizzen aus Schottland, Island, Skandinavien und St. Petersburg" von Alexander Baumgartner S. J. Herausgegeben von Joseph Kreitmaier S. J. Mit 10 Bildern. Pr. geb. 6 ℳ. — Das Buch bildet einen wirksam zusammengefaßten Auszug aus dem großen dreibändigen Reisewerk „Nordische Fahrten" des berühmten Weltliteraturkenners und Ethnographen. Jede lehrhafte Absicht tritt zurück: wir lesen als ob wir einen packenden Vortrag hörten. In farbiger Frische und Anschaulichkeit ersteht alles Geschilderte vor uns, besonders Island, das uns noch immer mit eigenstem Zauber lockt. Man merke sich den Band wohl für den Weihnachtbüchertisch der Familie und der reiferen männlichen Jugend! — Die Fahrt einer ganzen ehemalig lutherischen Familie auf dem Schiff des neu errungenen katholischen Glaubens durch sturmbewegtes Schicksalsmeer stellt in warmherzig fesselnder Weise der Konvertit und Priester Friedrich Maurer dar, der Sohn eines hochgeistigen, echtdeutschen siebenbürgischen Schulmannes, Historikers und Politikers, der im Mittelpunkt der mannigfach verschlungenen Handlung steht. Lange ein rühriger Feind der katholischen Kirche, kommt er ihr, zumal durch Janssens Geschichtswerk, mählich nah und näher — bis zum fast vollzogenen Uebertritt. Die Seinen aber werden sämtlich im Schiffe Petri geborgen. Mit Recht sagt die Verlagsanzeige: „Ein Buch für Wahrheitsucher und Gottesfreunde!" Die Aufschrift lautet: „Im Rettungsschiff. Erlebnisse einer Konvertitenfamilie" (Pr. geb. 9 ℳ). — Ein für unsere Zeit gefährdeter Jugend vorzüglich geeigneter Erziehungsroman voll fester Griffe ins Leben wie es ist, mit kraftvoller psychologischer Feinzeichnung und Szenengestaltung ist Ludwig Maria von Hertlings nach einem Erbgute genanntes „Weißkirchen" (Pr. geb. 11 ℳ). Hauptträger der Handlung sind ein später gegen den eigenen Willen in einen Erbschaftsstreit verwickeltes, wahrhaft adeliges Ehepaar und dessen der lebensprühenden Wirklichkeit nachgezeichnete Kinder mit Licht- und Schattenseiten, welch letztere durch die Erziehungs- und Lebensgrundsätze aus Vater- und Mutterhand zur Harmonie zusammengestimmt werden. Ein flott geschriebenes, interessantes Buch, nicht ohne kompositionelle Schwächen, aber zweifellos von Dauerwert. — Als Kunstwerk bedeutend höher steht der frühverstorbenen Klara Gräfin Preysing großartige kroatische Priesternovelle „Don Antonio" mit einem in Leidenschaftlichkeit und Herzensgüte, büßender Reue und kindlichstem Vertrauen gealterten Helden tragisch befreienden Endes. Ich möchte das Buch in den Händen vieler kunst- und seelenverständiger Leser sehen (Pr. 8.40 ℳ). — Wie sehr Peter Dörfler geneigt ist, als Erzähler immer mehr in lebensphilosophische Tiefe zu gehen, zeigt von neuem sein Band „Der Rätsellöser. Erzählungen und Legenden." (Pr. 11 ℳ.) Das altchristliche Aegypten und Kleinasien bilden den Schauplatz. Gottsucher und Irrende großen Stils sind die auftretenden Persönlichkeiten, und Legenden im Kranz als „Boten der Frohschaft" leuchten gleich Verbinbindungsbrücken von noch erdhafter Grübelei zur Lichtregion himmlischer Erkenntnisse. — Eines von den ganz lieben „stillen" Büchern ist Otto Zurkindens „Wie der Herr so gut gewesen", zwei „Erzählungen aus Christi Zeit": ein lauschiges, von des Heilands Lichtgestalt getragenes Büchlein für trübe und sonnige Tage, für jung und alt (Pr. 4.80 ℳ). — Schwarzwaldfrische und -kernigkeit atmet das Buch eines vom Streben nach echter Gesundheit und Wahrhaftigkeit erfüllten Schwarzwalddichters für Jugend und Volk: „Heinerle mit dem Korb und andere Erzählungen" von A. Ganther. Pr. geb. 15.40 ℳ. — Erinnert sei hier an „K. Kümmels schönste Volkserzählungen aus seinen bekannten Sammlungen." Pr. jedes Bändchens 3.20 ℳ.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Uraufführung von Franz Schrekers Oper: „Das Spielwerk" fällt mit dem Redaktionsschluß des vorliegenden Heftes zusammen, nur eine Nachtkritik könnte da helfen; allein ist solch hastiges Kunsturteil schon in der Tagespresse bedenklich, so ist es um so mehr die Aufgabe einer Wochenschrift statt subjektiver Impressionen in ruhiger Stimmung darzulegen, ob in einem neuen ernsten Kunstwerk, sich uns neue Schönheiten erschließen, die eine Mehrung unserer Kulturwerte bedeuten oder ob nur eine berauschende Musik uns flüchtig erregt hat. Wir sahen von Franz Schreker den „Fernen Klang" und „Die Gezeichneten". Heute hat man auswärts das neueste Werk Schrekers den „Schatzgräber" kennen gelernt. Aelter wie die genannten ist „Das Spielwerk und die Prinzessin". Was heute in unserem Nationaltheater unter der eindringlichen, ich möchte fast sagen nachschöpfenden Interpretation Bruno Walters uraufgeführt wurde, ist lediglich eine Neufassung, wobei der Tondichter die Premierenerfahrungen benützt hat. Die veränderte Szenerie ist einer Idee und einem Entwurfe Professor Anton Rollers angepaßt, so teilt Schreker im Textbuche (Universal-Edition) mit. Wie in den anderen Werken ist Schreker Wort- und Tondichter. Auch darin ist er gewissermaßen ein Fortsetzer der Wagnerschen Kunsttradition, daß der dichterische und der musikalische Gedanke aus gleich starker künstlerischer Notwendigkeit geboren ist. Wie im „Fernen Klang" klingt die Tonwelt halbmystisch in die Geschehnisse herein, die Menschen oft über die dunklen Pfade ihrer Triebe hinaushebend. Das Schaffen Schrekers ist durchaus romantisch, gerne ist der Sehnsucht ein krankhafter Zug beigemischt. Durch seine Romantik weht nicht der würzige Hauch des deutschen Waldes, sondern Treibhausblüten „betäubend und schwer, wie Frühsommerträume". Als Motto zum Spielwerk hat Schreker eine Stelle aus dem Zarathustra Friedrich Nietzsches gewählt „doch alle Lust will Ewigkeit — will tiefe, tiefe Ewigkeit". Felsmassiv in der Nähe einer mittelalterlichen Stadt, in den Felsen eingebaut, uralt verwittert das Häuschen des Meisters Florian, in der Weite die vagen Umrisse eines Schlosses, Märchenstimmung von gespenstigem Einschlag. Meister Florian hat ein Spielwerk erdacht, dessen Weisen die Menschen betört. Durch diese Töne fiel sein Sohn in die Hände der liebestollen Prinzessin, seine Frau in diejenigen seines Gesellen und er trieb alle als unwürdig in die Welt hinaus, denn sie mißbrauchten sein Spiel, an dessen Vervollkommnung er weiter arbeitet. Als Sterbender, bresthaft und siech, kehrt der Sohn heim, die Prinzessin, in ihrem wilden Fühlen vom Stamme der Salome sucht in einer wilden Orgie den Untergang und wird hiervon noch ab-

gehalten von einem jungen, fahrenden Gesellen, der sie durch seine Liebe zu retten gewillt ist. Der Bursch spielt eine leidenschaftliche Weise. Das Spielwerk „erklingt in herrlicher, glühender, unbeschreiblicher Art“. Das Volk selbst wird in den Taumel mit hineingezogen. Die Prinzessin umschlingt den Spielmann und beide schreiten dem Schlosse zu. Des Spielwerkes Töne haben den Toten im Hause erweckt; gespensterhaft sitzt er auf der Bahre, auf seiner Fiedel, mit den kalten, gestorbenen Händen ein mörderisch Lied kratzend. Der Alte flucht seinem Werk. Es hetzt zum Tod, die lebendig sind und reißt die Toten aus ihrer Ruhe. Dem Toten singt die Mutter das letzte Lied, vor dem der Spuk versinkt und das Spielwerk verstummt. Das Märchen ist vieldeutig. Die Symbolik wird sich nie restlos ausdeuten lassen, aber die Gestalten haben in ihrem Märchenbezirke Leben. Die Musik hat mich in dem Liede der Mutter dem Lied der Liebe am stärksten ergriffen. Daß die Töne des Spielwerkes von packender Wirkung sind, daß die Gestalt der Prinzessin in glühenden Farben gemalt ist, wird den nicht wundern, der die blendenden Farbenmischungen Schrekerscher Musik kennt. Die Oper zieht ohne Pause in zwei Stunden an uns vorüber. Sie stellt an die Sänger, aber auch an die Kunstgenießenden nicht kleine Ansprüche. Das Bühnenbild bot viel Schönes und hielt mit Glück die märchenhafte Stimmung fest. Die Oper ist im Nationaltheater sehr günstig besetzt; über die einzelnen Leistungen soll in dem zweiten Artikel noch gesprochen werden.

Aus den Konzertsälen. Joseph Pembauer spielte wieder mit stärkstem Erfolge. Die Freude, ihn nunmehr der Münchener Künstlerschaft zuzählen zu können, hat die Aeußerungen des begeisterten Beifalles noch verstärkt. Die Schönheit und klangliche Fülle seiner Technik und die beseelte Empfindung gaben uns wieder überwältigende Eindrücke. Es ist nicht leicht, nach Pembauer von anderen Pianisten zu sprechen. Gabriele von Lottner vermittelte uns einige Werke von Johannes Brahms. Die zwei Klarinettensonaten op. 120 hatten in Ph. Dreisbach einen geschmackvollen Interpreten. Die Pianistin spielte mit starkem Empfinden; anerkennenswert war auch ihre Begleitung der „vier ernsten Gesänge“, die von Dr. Stadler mit schönen Mitteln und Einfühlung in ihre religiöse Tiefe geboten wurden. Die zweite Folge der Liebesliederwalzer (unter Mitwirkung des bewährten Pianisten Ernst Riemann) wurde vom Quartett der Damen Bergas und v. Dall'Armi, der Herren Depser und Stadler in schöner Abtönung dargeboten. — Elisabeth Günzel verfügt über ein sicheres Können, sie spielt mit Gefühl und Geschmack, ihr Anschlag klingt heute noch etwas herb. Durchaus erfreulich wirkte auch die Pianistin Emmi Knoche, die über sehr schöne Technik verfügt und Persönlichkeit in Wiedergabe und Empfinden aufzuweisen vermag. Die erstgenannte Konzertgeberin El. Günzel hatte sich mit Max Buckfath verbunden, dessen schon öfters gehörter Baßbariton Erfreuliches bot. Charlotte Ofner-Sauermann besitzt schöne Mittel und einen kultivierten Vortrag. Eine leise stimmliche Indisposition verlor sich im Laufe des Abends und der Gesamteindruck der über eine schöne Höhe verfügenden Stimme war ein beifallswürdiger. — Philipp Braun-Plendl ist ein tüchtiger Geiger von solider Technik. Von Dorfmüller pianistisch auf das beste unterstützt, fand er eine beifällige Aufnahme, die wohl verdient war.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands ernster Wille zur Wiedergutmachung — Unverminderte Börsenhausse — Grosse Auslandsaufträge für unsere Industrie.

Ueber die trostlose Lage des deutschen Wirtschaftslebens wurde erschöpfend bei der politischen Aussprache im Reichstag und bei den Verhandlungen des fünften deutschen Bankiertags gesprochen. Richtig ist nach wie vor, was namentlich Reichskanzler Fehrenbach betonte, dass jedem Versuch einer innerpolitischen Erholung bei uns immer wieder der Machtrausch des französischen Militarismus und dessen ungestillte Revanchelust entgegensteht. Die für das Besatzungsheer am Rhein von uns aufzuwendenden Zahlungen sind allein schon höher als der gesamte Zinsendienst für die deutschen Reichsschulden! Man betrachte ferner die Ententeforderung nach Zerstörung der Dieselmotore, die Note wegen Beseitigung der Selbstschutzorganisationen, man verfolge im Zusammenhang mit dem Anspruch Frankreichs auf die Vorherrschaft am Kontinent die Masslosigkeit dieses Gegners in Demütigungen Deutschlands jeglicher Art, man vergleiche das unerbittliche Bestehen auf den deutschen Vertragsverpflichtungen des Spaer Abkommens und die unentwegten französischen Drohungen mit der Besetzung des Ruhrgebiets. Dies alles im Verein mit manchen anderen Momenten genügt, um Deutschlands Wirtschaftskraft zu zerstören und lebensunfähig zu machen.

Englische und amerikanische vorurteilslose Kritiker anerkennen dagegen **den ernsten Willen Deutschlands**, trotz dieser Hemmnisse am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten. Jedenfalls scheint diese Taktik hinsichtlich des Versailler Friedensdiktats eine gewisse Bresche in die bisherigen gemeinsamen Absichten der Ententemächte gegenüber Deutschlands Zukunft gelegt zu haben. Namentlich der britische Verzicht auf das beschlagnahmte deutsche Eigentum bedeutet eine Klärung im Geschäftsverkehr mit England, wenngleich dieser britische Schachzug von unseren heimischen Handels- und Finanzkreisen keineswegs ohne Reserve betrachtet wird. Auch die im Rahmen des Flottenprogramms von Amerika gefassten Pläne für den Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt bedeuten für die in Betracht kommenden Kreise mehr als blosse Hoffnungen. Man kann eben ein Volk von 60 Millionen Menschen mit so hochentwickelten kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen nicht wie Frankreich und verschiedene andere Mitglieder der „grossen und kleinen“ Entente es gerne möchten, aus dem Weltgetriebe willkürlich ausschalten. Nach den beispiellosen Leistungen Deutschlands während des Weltkrieges beginnt rascher, als vielfach geglaubt wird, bei uns eine Epoche der friedlichen Wiedergeburt. Dass nach fünf Kampfjahren und einem verlorenen Kriege Zuckungen im Wirtschaftsleben und betrübliche Erscheinungen im Punkte Moral, wie in manch anderer Hinsicht unvermeidlich sind, das ist klar. Der Gedanke des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ein Arbeitsdienstjahr einzurichten, wird ernstlich erwogen. Energische Beitreibung der Steuern, schärfste Durchführung der Richtlinien für die Erzielung von Ersparnissen grossen Stiles werden mit beitragen zur Umgestaltung der inneren Lage. Unsere Grossindustrie betrachtet als Hauptaufgabe für die nächste Zeit den Ausbau der Verfeinerung und der Selbständigmachung. Dies soll erreicht werden durch Vergrösserung der bereits bestehenden Interessengemeinschaften. Der Bezug und die Versorgung mit Kohle und mit Rohstoffen anderer Art soll, soweit möglich, innerhalb solcher vergrösserter Konzerne selbst geschehen. Ob diese Taktik jedoch restlos gelingt, bleibt fraglich. Dem gerade entgegen arbeitet das Bestreben des Auslandskapitals, die leistungsfähigsten deutschen Betriebe zu erwerben oder durch Aktienaufkauf zu majorisieren. Namentlich holländische und amerikanische Konsortien haben neuerdings bei deutschen Montanunternehmungen ihre Interessen stark erweitert.

Auch der grosse Bedarf Deutschlands an Auslandsrohstoffen und die Finanzierung solcher Warenimporte bedingen vielfach nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten, welche einer derzeitigen Wirtschaftserholung hinderlich sind. Darauf wohl ist die neuerliche Verschlechterung der Reichsmark im Ausland zurückzuführen. Den beträchtlichen Ankäufen deutscher Unternehmer an Rohstoffen vom Ausland steht ein ungenügender Vorrat an ausländischen Guthaben gegenüber. Auch die deutsche Reichsbank kann im Hinblick auf die ungeklärte Lage der Auslandsausgleichsforderungen nur ungenügend den Devisenmarkt regulieren. Es erfolgen demnach grosse Verkäufe von Markwährungen im Ausland. Ein scharfer Rückgang unserer Valuta ist aus diesem Grunde allein schon gegeben. An unseren Börsen hat die dort herrschende Haussestimmung weiteren Umfang angenommen. Neben den Begleiterscheinungen von neuerlicher Markflucht sind es jedoch auch Momente günstiger Art, welche bis zu einem gewissen Grad diese Kursfestigkeit an den Effektenmärkten begreiflich erscheinen lassen. Ausser den vielfach glänzenden Bilanzziffern, den vorteilhaften Kapitalvergrösserungen einzelner Industrieunternehmen verdienen namentlich Erwähnung die bekannt gewordenen grossen Auslandsaufträge für die deutsche Industrie. Von Sowjetrussland sind ansehnliche Ordres für die deutsche Elektrotechnik und die Landwirtschaftsmaschinensparte eingelaufen; Holland und Japan haben ebenfalls erhebliche Neuaufträge ähnlicher Art nach Deutschland gelegt.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.



Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, A.-G., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 46 | München, 13. November 1920. | XVII. Jahrgang.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Von Staatsminister a. D. von Seidlein.[1])

Ueber die Stellung des Zentrums zum Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei gab Geheimrat Trimborn in der Sitzung des Reichstags vom 28. Oktober laufenden Jahres nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" folgende Erklärung ab:

„Wir im Zentrum wollen unbedingt eine starke Zentralgewalt, die die Länder zu einem einheitlichen Ganzen fest zusammenhält . . . Träger der Zentralgewalt kann nur das Reich sein. Eine hegemonielle Vorzugsstellung irgendeines einzelnen Landes, insbesondere Preußens, die früher eine Klammer zum Zusammenhalt des Ganzen war, darf nicht Platz greifen. Das Reich hat die Zentralgewalt nicht durch Vertrag der Länder, sondern kraft eigenen Rechts. Das ist der Grundgedanke der Reichsverfassung, und an diesem halten wir unverbrüchlich fest. Was den Umfang der Zentralgewalt anlangt, so ist sie in der Weimarer Verfassung genau festgelegt. Wir sind der Meinung, daß jetzt nicht die Zeit ist, Verfassungskämpfe über die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern heraufzubeschwören und durchzuführen. Die Rechte, die das Reich nach der Verfassung hat, sollen ihm nicht geschmälert werden, anderseits wollen wir keine Verschärfung des Zentralismus, vielmehr muß im Rahmen der Verfassung den Wünschen der Länder nach Dezentralisation, namentlich auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, den kulturellen und wirtschaftlichen Gebieten in weitestem Umfange entgegengekommen werden. Wir wollen keinen Einheitsstaat nach französischem Muster. Wir waren immer Gegner eines dahingehenden Unitarismus, und wir wollen es bleiben. In diesem Sinne und in dieser Begrenzung sind wir ehrliche Föderalisten."

Diese programmatischen Erklärungen des Zentrumsführers sind nicht geeignet, den Zwiespalt zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum zu mildern.

Eine Uebereinstimmung beider Parteien könnte sich etwa aus der Ablehnung der hegemoniellen Vorzugsstellung Preußens ergeben. Bayern hat alles Interesse an gleichwertigen und gleichberechtigten durch das Reich zusammengefaßten Bundesstaaten. Daß ein Staat mit Vormachtstellung auf Grund einer alles überragenden Hausmacht im Reich besteht und, wie bisher Preußen, eine Hegemonie über die anderen deutschen Staaten ausübt, ist kein Lebenserfordernis für den gesicherten Fortbestand des Reiches. Aber mit der Beseitigung der Rechtsstellung des früheren Bundesrats als des Trägers der Reichsgewalt, der Herabsetzung des nunmehrigen Reichsrats auf ein ganz gemindertes Recht und der im parlamentarischen Regierungssystem nunmehr ausschlaggebenden Stellung der preußischen Volksmehrheit im Reichstag hat die Reichsverfassung den überwiegenden preußischen Einfluß im Reiche und damit die preußische Vorherrschaft in Deutschland nur noch mehr gefestigt. Das fällt bei der vom Zentrumsführer vertretenen Auffassung von der Zentralgewalt im Reiche vor allem ins Gewicht.

Es sind schwerwiegende staatspolitische Erwägungen, die durch den Hinweis Trimborns ausgelöst werden, daß das Reich die Zentralgewalt nicht durch Vertrag der Länder, sondern kraft eigenen Rechts habe. Es trifft zu, daß die Reichsgewalt nicht auf vertragsmäßiger Grundlage beruht. Der Erwerb der Souveränität des Reiches kann sich überhaupt nicht auf rechtsgültige Uebertragung seitens der Gliedstaaten stützen. In Bayern hat weder das Gesamtvolk etwa durch Volksabstimmung die Hoheit des Landes abgegeben, noch hat auch der Landtag eine solche Rechtsübertragung vorgenommen. Die Reichsgewalt besteht nur kraft revolutionären Rechts. Eine so begründete Staatsgewalt ist aber mehr als eine auf allgemeinem Konsens oder auf monarchischer Legitimität beruhende Staatsform für seinen Bestand auf den Willen des Volkes angewiesen. Es gibt eine alte Theorie, die ein Notrecht des Volkes gegen willkürliche Ausübung der Herrschaft konstruiert und jedenfalls eine Warnung vor einem Mißbrauch der Staatsgewalt darstellt.

Trotz der gegenteiligen Anwürfe scheint es fast überflüssig, zu versichern, daß in Bayern keine ernsthaft zu nehmende Partei eine Loslösung vom Deutschen Reiche betreibt. Das bayerische Volk hat seine Treue zu Deutschland seit langer Zeit erwiesen. Es hat für Deutschland seit einem Jahrhundert mitgekämpft und mitgesorgt und tausendfache Opfer gebracht und will auch in der jetzigen Zeit der Not unser gemeinsames Vaterland nicht verlassen.

Es wäre aber eine überaus unkluge Politik, die von der überwiegenden Volksstimmung eines so großen Bestandteils des Deutschen Reiches, wie es Bayern darstellt, absehen wollte. Nach der Abtrennung deutschen Gebietes durch den Friedensvertrag beträgt das Verhältnis Bayerns einschließlich Koburgs zum übrigen Reich dem Flächeninhalt nach 76422 gegen 396791 qkm, d. i. im Verhältnis 1:5,2 und der Einwohnerzahl nach auf Grund der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 7150146 gegen 52517783, d. i. 1:7,3. Gegen den Willen eines so beträchtlichen Volksteils im Reiche für die Dauer zu regieren, ist nicht möglich. Um so weniger unter den bestehenden Verhältnissen der so außerordentlich gesunkenen Autorität und der geringen Machtmittel der Reichsgewalt und der Schwäche der unter dem parlamentarischen Regime wechselnden Reichsleitung. Die Zentralgewalt des Reiches „kraft eigenen Rechts" steht wirklich auf schwachen Füßen und ist auf den Willen der Einzelstaaten zum Zusammenhalten im Reiche dringend angewiesen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Lauscher führte am 30. Oktober laufenden Jahres im preußischen Landtag nach der „K. V." aus, wenn es nicht anders möglich sei, als den alten preußischen Staat mit den Mitteln des Zwanges und der Gewalt zusammenzuhalten, dann gestehe er, daß der preußische Staat verloren sei und in seine Atome auseinanderfalle. Noch mehr gilt das aber für das Deutsche Reich.

Es sind das nur theoretische Erwägungen, die aber ausgelöst werden, wenn mit der Reichsgewalt kraft eigenen Rechts ein Trumpf ausgespielt werden soll.

Geheimrat Trimborn erklärt, daß die Zentralgewalt des Reiches in der Weimarer Verfassung festgelegt sei und daß jetzt nicht die Zeit sei, Verfassungskämpfe über Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern durchzuführen; die Rechte, die das Reich durch die Verfassung habe, sollen nicht geschmälert werden. Damit läßt sich die Volksstimmung in Bayern und wohl auch in weiteren deutschen Gebieten nicht beschwichtigen. Die Reichsverfassung führt in ihrer unitarischen Tendenz zu einer Aushungerung des Eigenlebens der Länder, deren lebensfähige Forterhaltung auf der Grundlage der gegenwärtigen Bestimmungen kaum möglich ist.

Fast von Woche zu Woche breitet sich die Reichsgewalt im Vollzug der Verfassung weiter aus und stellt sich rücksichtslos in Gegensatz zu bayerischen und einzelstaatlichen Interessen. Damit wird der Reichsgedanke immer mehr geschädigt und die Bevölkerung vom Interesse am Reiche abgedrängt. Vom Standpunkt einer treudeutschen Gesinnung aus kann vor der Fortdauer seines solchen Zustandes nicht dringend genug gewarnt und

[1]) Im Interesse der Klärung durch gegenseitige offene Aussprache geben wir diesen Ausführungen gerne Raum. D. R.

muß die Aenderung der unitarischen Verfassungsbestimmungen nach Möglichkeit angestrebt werden.

Der Zentrumsführer will im Rahmen der Verfassung den Wünschen der Länder nach Dezentralisation stattgeben. Man beachte aber, was bei der Verstärkung und Verselbständigung der Reichsgewalt durch die Verfassung den bisherigen Einzelstaaten überhaupt noch geblieben ist. Namentlich auch auf den Gebieten der inneren Verwaltung, den kulturellen und Wirtschaftsgebieten, in denen Geheimrat Trimborn im weitesten Umfange entgegenkommen will, läßt die Verfassung den Einzelstaaten für die wichtigsten Angelegenheiten überhaupt keine Selbständigkeit, sondern sucht sie nach einheitlichen, vielfach der Eigenart der verschiedenen deutschen Volksstämme widersprechenden Normen zu regeln. Im Rahmen der gegenwärtigen Reichsverfassung ist es unmöglich, den berechtigten Wünschen nach Dezentralisation ausreichend Rechnung zu tragen. Wer im Sinne und in der Begrenzung der Reichsverfassung sich einen Föderalisten nennt, wird in weiten Volkskreisen überhaupt nicht als solcher anerkannt.

Dem Zentrum gegenüber ist die Frage müssig, was etwa Windthorst, Mallinckrodt oder Schorlemer in der Gegenwart getan hätten. Das Soester Parteiprogramm, dessen 50jähriges Jubiläum in diesen Tagen gefeiert wurde, fordert unter Ziffer 7 wörtlich für das ganze deutsche Vaterland einen Bundesstaat, der im Notwendigen die Einheit schafft, in allem übrigen aber die Unabhängigkeit und freie Selbstbestimmung der Bundesländer sowie deren verfassungsmäßige Rechte unangetastet läßt. Die stetige Vertretung dieses Grundsatzes seitens der Zentrumspartei ist auch dem bayerischen Staat bis zur Revolution in zahlreichen Fällen zum Vorteil gereicht. Wie weit entfernt sich nunmehr aber die Reichsverfassung und ihr Vollzug von dem früheren bundesstaatlichen Charakter des Reiches und dem für die Einheit notwendigen Grundsatz der Unabhängigkeit und freien Selbstbestimmung der Bundesländer!

Es ist zu verstehen und kann im gegebenen Falle eine Lebensnotwendigkeit für Reich und Staat sein, Koalitionen mit anderen Parteien einzugehen und dabei einzelne Punkte der Parteigrundsätze vorübergehend zurückzustellen, um überhaupt eine aktionsfähige Regierung zu ermöglichen. Aber bei der dermaligen Stellung des Zentrums zur Reichsverfassung und deren offenkundiger unitarischer Tendenz handelt es sich nicht um die zeitweise Zurückstellung solcher Grundsätze, sondern um die Preisgabe des föderalistischen Prinzips selbst, die sich auch in dem unverbrüchlichen Festhalten der neuesten programmatischen Erklärung des Zentrumsführers in dem durch die Weimarer Verfassung gegebenen Umfang der Zentralgewalt des Reiches ausspricht. Diese im Zentrum nunmehr herrschende unitarische Richtung hat die für viele schmerzliche Trennung vom Zentrum für die Bayerische Volkspartei notwendig gemacht. Die Partei hätte ohne diese Trennung in der Stimmung des bayerischen Volkes überhaupt keinen Rückhalt.

Der Streit geht um Unitarismus und Föderalismus, um Einheitsstaat und Bundesstaat. Dabei können die in der Reichsverfassung geregelten Zuständigkeiten von Reich und Einzelstaaten nicht ausgeschaltet bleiben; sie sind der Kernpunkt der Frage. Ihre Lösung in föderalistischem Sinne wird für die nächstdringendsten Angelegenheiten im Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei versucht, das dem Streben zum Einheitsstaat entgegentritt. Die Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches mit einem dem früheren Bundesrat gleichwertigen Organ, die Selbstbestimmung der Gliedstaaten in den Einzelheiten ihrer Staatsform und Staatsverfassung, ihre Befugnis zur eigenen Vertretung auswärtigen Staaten gegenüber in den ihrer Zuständigkeit verbleibenden Angelegenheiten, das eigene Steuerrecht neben dem des Reichs, die Mitwirkung bei der Verwaltung der innerhalb ihres Staatsgebiets liegenden Verkehrsanstalten, die Verfügung über die militärischen Machtmittel zum Schutz der inneren Ordnung, die Freiheit in der Regelung des Schulwesens sind notwendige Anforderungen für eine wirklich föderalistische Ausgestaltung des Reiches und sind durchaus im Sinne des ursprünglichen Soester Programms der Zentrumspartei gelegen.

Das Zentrum erfährt schon jetzt und wird noch weiter erfahren, wie sich seine Wählerschaft von der unitarischen Richtung immer mehr abwendet und für eine föderalistische Gestaltung des Reiches eintritt. Vielleicht kommt in dieser Entwicklung der Zeitpunkt, der eine Annäherung der beiden für gleiche christliche Grundsätze eintretenden Parteien, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wieder möglich macht.

Am Grab des europäischen Christentums?

Von H. Henniges, Gronau.

Allmählich dämmert dem deutschen Volke eine furchtbare Erkenntnis. Es ist ihm von seinen Gegnern das Los der Goten zugedacht, oder um ein neueres Beispiel zu erwähnen, das Los der Iren. Diese furchtbare Wahrnehmung läßt sich nicht mehr in Zweifel ziehen. Die Nachrichten der letzten Wochen geben dem Irenführer Chatterton-Hill recht, als er zu Beginn des Krieges im großen Saal des städtischen Saalbaues in Essen den atemlos lauschenden Tausenden zurief: „Wenn England Sie besiegt, wird es Ihnen dasselbe Los bereiten wie uns Iren." Damals mochte mancher zweifeln, heute ist jeder Deutsche, der sich noch etwas Denkkraft bewahrt hat, davon überzeugt. Wie liegen denn die Dinge? England trat in den Krieg ein „zum Schutz der kleinen Nationen", so sagte es. Ein hochangesehenes englisches Blatt führte als wirklichen Grund an: Andere Reiche haben Kriege geführt, um ein Reich, eine Provinz zu erobern, sollten wir da nicht Krieg führen, um jährlich 5 Milliarden zu gewinnen? Daß der Gewinn dieser Schätze schon die kleinen Völker schütze, kann nur ein Bewohner des perfiden Albion glauben. Gewiß sind sie nun geschützt gegen das aufstrebende Deutschland; aber ob sie bei dem nimmersatten Engländer sich wohler fühlen werden, steht noch dahin. England hat dann den Krieg mit verzweifelter Zähigkeit und unter Anwendung der grausamsten unmenschlichsten Mittel geführt und es dahin gebracht, nicht daß Deutschland besiegt wurde (das wird kein Deutscher jemals zugeben), sondern daß es auf die Knie gezwungen wurde, weil der Hunger zu viele Unschuldige in das frühe Grab stürzte. Eine spätere Zeit wird mit Tatsachen auch berichten können, inwieweit feindliche Machenschaften die innere Zermürbung herbeigeführt haben.

Wir baten im November 1918 um Waffenstillstand; der wurde uns unter grauenhaften Bedingungen zugesagt. Wir erfüllten sie trotz alledem pünktlich, so daß den Feinden kein Anlaß geboten wurde, als Feinde uns nachzurücken. Man nahm unserm Heer zunächst seine Stellung in feindlichen Landen; zudem mußte es auch gleich die Reichslande miträumen. So schuf schon der Waffenstillstand eine vollendete Tatsache. Jeder Edeldenkende mußte doch erwarten, daß die Regelung dieser Frage, die Jahrhunderte lang die Deutschen und Franzosen in Spannung gehalten, auf dem Friedenskongreß stattfände. Nach langem vergeblichem Harren kam dann der Friede zu Versailles zustande, mußte zustande kommen, weil Deutschland vor die Frage gestellt wurde, entweder in Ehren sofort unterzugehen oder aber jahrelang zu frohnen und dann allmählich sich wieder emporzuarbeiten. Wäre Deutschland einig gewesen wie 1914, dann hätte die Antwort gelautet, wie sie einst Totila dem Belisar gab. Aber ein innerlich derartig zerrissenes entchristlichtes Volk hatte nicht mehr die Kraft, Sklavenketten von sich abzuwehren. So mußte denn blutenden Herzens der Schandfrieden unterschrieben werden. Deutschland war durch diesen „Frieden" ans Messer geliefert. Alles Mögliche können die Feinde von uns verlangen; wir haben nicht mehr die Mittel, gegen schändliche Zumutungen uns zur Wehr zu setzen, wenigstens nicht mit den Waffen. Dafür wollen wir die Waffe des Wortes uns nicht entwinden lassen. Soweit in der Menschheit noch gerechtes, edles, ich will gar nicht verlangen christliches Empfinden ist, muß sie sich gegen das langsame Erwürgen eines hochstehenden Volkes mit aller Macht zur Wehr setzen.

Aber, wird der oberflächliche Beobachter entgegnen, an ein Erwürgen denkt doch der Feind nicht. Und doch geht unserm armen verratenen Volke immer deutlicher diese Erkenntnis auf. Es leben zu viel Deutsche auf Erden. Die Hungerkur, die schon mit Erfolg gegen die Buren ist angewandt worden, hat höchstens „nur" 2 Millionen vor der Zeit ins Grab gesenkt. Es muß rascher bergab gehen. Darum wird jetzt alles zusammengefaßt, was zur allmählichen, aber sicheren Erdrosselung eines Volkes nötig erscheint. Zunächst das endlose Hinausziehen eines endgültigen Friedens. Wir sollen nie zur Ruhe kommen; wenn wir etwas erspart haben, dann will der Feind jederzeit die Befugnis haben, uns das fortzunehmen. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, halten die Gegner, die „zur Niederwerfung des Militarismus" ausgezogen sind, solch furchtbare Heere in den besetzten Gebieten auf den Beinen, daß dadurch das früher so glückliche Rheinland gänzlich verarmen muß. Warum die Truppen Fochs in den letzten Wochen so gewaltig vermehrt worden sind, ahnt der Deutsche nur zu wohl und das

Herz droht ihm zu zerspringen, wenn er bedenkt, daß teuflische Tücke die Besetzung des Ruhrgebietes durchführen wird; das wäre, sagte Finanzminister Wirth in Dortmund am 13. Oktober, unser Untergang. Der ist beschlossen; daran läßt sich nicht mehr rütteln. Wenn so ein Peitschenhieb nach dem andern folgt, wird auch das zahmste Pferd wild; selbst die allermenschlichsten Beteuerungen, man wolle das Tier nicht quälen, verfangen dann nicht. Man hat Deutschland schon eine Masse von seinem Viehbestand abgenommen, obschon der „Friede" ihm die mächtigen Ackerweiden von Posen fortnahm und die andern in Ostpreußen ihm erst nach der Abstimmung wieder öffnete. Jetzt geht durch die Presse diese Meldung:

Die neuen Forderungen des Verbandes auf Lieferung von deutschem Vieh setzen sich wie folgt zusammen:

An Frankreich sollen wir sofort liefern: 10000 Stiere, 500000 Kühe, an Italien 11550 Stück Rindvieh, an Belgien 210000 Kühe, an Serbien 5000 Zuchtbullen, 52000 Zugochsen und 100000 Kühe. Insgesamt betragen demnach die Anforderungen 11550 Stück Rindvieh, 10000 Stiere, 5000 Zuchtbullen, 52000 Zugochsen und 810000 Milchkühe.

Wenn diese Lieferungen durchgeführt würden, so würde das allein auf dem Gebiete der Milcherzeugung einen Ausfall von 6—7 Millionen Liter Milch bedeuten. Deutschland hat bereits Protest gegen diese Forderung bei der Wiedergutmachungskommission erhoben.

Bisher haben fast alle gesunden Bewohner der Großstädte auf jede Milch verzichten müssen; nun sollen auch noch die Kranken und Kinder sie ganz entbehren. Dann wird sich erfüllen, was laut „Tremonia" (15. Mai 1919), die englische Zeitschrift Common Sense schrieb:

Ueberschrift: „Die Hunnen 1940. Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halbverhungert sind oder durch die tausend und ein unheimlichen sog. Nahrungsersatzmittel, mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein. Sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet oder im Wachstum unternormal." Dann höhnt der Verfasser, daß kein Drill, kein Turnen die Arme oder Beine solcher Kinder gerade recken kann. Er sieht im Geiste Zehntausende von noch nicht geborenen deutschen Kindern, denen ein Leben physischer Minderwertigkeit vorausbestimmt ist. Die gewöhnlichste Form der Erkrankung würde die Rachitis sein, die man in Zukunft mehr als bisher die englische Krankheit würde nennen können, „denn die englische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige Ernährungsnot."

Kein Wort ist scharf genug, um solche Gemeinheit gebührend zu kennzeichnen. So schreibt kein „Hunne", wird er nie schreiben; so kann nur ein Engländer schreiben. Was den englischen Verbrecherschriftsteller mit Wonne erfüllt, bereitet edlen Menschen Schrecken und Grausen. So erklärt der Leidener Professor Tendeloo, er habe mit einigen nordischen Aerzten Untersuchungen über die Ernährungs- und Gesundheitszustände der Bevölkerung in mehreren großen Städten angestellt. Er sei erschreckt gewesen über die auffallend hohe Zahl solcher, die an tuberkulöser und englischer Krankheit litten. Die deutschen Aerzte könnten wegen der Lebensmittelnot nichts daran ändern.

„Die Kinder sind für ihr Alter viel zu klein und zu mager. Sie sehen aus, als ob sie 2—3 Jahre in ihrem Wachstum zurück sind", namentlich die Kinder über 7 Jahre. Eine Untersuchung über die Menge der den Anstalten täglich zur Verfügung stehenden Lebensmittel ergab deren vollständige Unzulänglichkeit. Daher schwebt die Zukunft dieser kleinen Menschenkinder in ernster Gefahr. Schnelle, sehr schnelle Hilfe ist dringend notwendig."

Und mit dieser tiefernsten Erklärung vergleiche man das Verhalten unserer von Menschenfreundlichkeit übertriefenden Feinde, angefangen von Wilson bis zum letzten Bundesbruder. Solange sie sich nicht gegen das System der Aushungerung auflehnen, sind sie alle vor der Geschichte verantwortlich, vor allem aber der englische Vetter, der die Hauptschuld trägt. Trotzdem Deutschland an der größten Lebensmittelnot krankt, wurde doch die Blockade aufrechterhalten. Das ist nur eine Umschreibung. Eigentlich müßte es heißen: Die „Boches" oder „Hunnen" sollen weiter verhungern. Die kleine Erleichterung, daß man uns etliche Lebensmittel zuführen wollte, ist an unmögliche Bedingungen geknüpft. In der Großstadt wissen die Bewohner kaum noch, wie Milch schmeckt. Greise und Kranke müssen mit der Konservenmilch sich behelfen; die Säuglinge verderben in Masse, weil die Mütter sie nicht nähren können. Trotzdem sollen jetzt noch 810000 Milchkühe abgeliefert werden; ich möchte annehmen, gerade deswegen: Die „Hunnen" müssen aussterben; darum ist es ein gottgefälliges Werk, wenn man sie vernichtet, wie einst Belisar das edle Gotenvolk. Der Feind weiß, daß junge und alte Leute ohne Milch nicht auskommen können. Das Volk wird gezwungen, um nicht vor der Zeit Hungers zu sterben, das noch lebende Vieh abzuschlachten. Ich vergesse nie, wie ich vor dem Waffenstillstand zu einem kranken Arbeiter gerufen wurde. Er war gänzlich verbittert. Als ich ihn ermuntern wollte, sagte er: Da soll einer nicht verärgert werden, wenn man tagelang nichts zu essen hat. Eier, Milch und kräftige Speisen gibt es nicht. Als ich ihm am andern Morgen ein paar Eier bringen wollte, da hatte er schon ausgehungert; er war tot. Da sammelte sich in mir ein heiliger Zorn gegen die Urheber dieses Elendes. Solch eine brutale Grausamkeit muß an den Pranger, muß vor aller Welt gebrandmarkt werden. Sonst könnten uns unsere Nachkommen einst anklagen, daß wir nichts getan, um sie vor dem langsamen Verhungern zu retten.

Das ist Mord, Massenmord an Kindern, Greisen, Frauen, an wehrlosen Millionen Deutscher. Mit kaltem Blute am grünen Tisch, im bequemen Schreibstuhl überlegen die „menschenfreundlichen" Feinde, wie sie möglichst viele „Boches" langsam verhungern lassen können. Als diese Boches 1870 Paris erobert hatten, erklärte selbst Jules Favre: „Wenn uns die Preußen kein Mehl gegeben hätten, wären wir Hungers gestorben." Aber die „Hunnen" sind noch nicht so vertiert, daß sie mit Behagen das langsame Hinsiechen eines Volkes konstatieren können. Lieber helfen sie in der Not und lassen sich dafür Hunnen schimpfen, als daß sie schmunzelnd den Qualen der Armen zusehen, um dafür als „Vertreter der Kultur" gefeiert zu werden.

Deutschland muß bei diesem „Frieden" zugrunde gehen. Ohne Pferde und Rinder kann der Boden nicht gedüngt werden, da Kraftfutter und Kraftdünger fehlen. Die Zahlungsfähigkeit wird vernichtet, da wir trotz unserer enormen Schulden erst die Milliarden herausrücken sollen. Ohne Geld, ohne Schiffe bekommen wir keine Lebensmittel herein. Mit raffiniertester Grausamkeit ist alles ausgeklügelt, vom Raub der Bergwerke bis zur Ausplünderung der Viehställe.

Monatlich muß das hungernde frierende Volk 2'000,000 Tonnen Kohlen an die Gegner liefern. Daß dadurch die lebenswichtigen Betriebe in Gefahr geraten, stillgelegt zu werden, oder aber die arme Bevölkerung im Winter nicht heizen kann, ficht solche Menschenfreunde nicht an. Sie haben ein Gesetz (den Frieden), und nach diesem Gesetze muß der Boche, der Hunne sterben. Darum soll er die Dieselmotoren zerstören, die es ihm ermöglichten, mit großer Kohlenersparnis zu arbeiten. Die deutsche Industrie soll sich nicht wieder erholen; darum wird nach einigen Wochen Atempause eine neue Forderung erhoben, selbstverständlich im Namen der Gerechtigkeit! Man sucht unter allen Umständen Oberschlesien dem Reiche abspenstig zu machen; Schandtaten, die in Wildwest sogar nicht unbeachtet bleiben würden, geschehen dort (vgl. Josephsthal). Franzosen geben den Namen her für die Willkürlichkeiten, die daselbst geschehen. Aber hinter all dem steht der Engländer. Man kann sagen, was man will: England, das in Frankreich die Küste besetzt hält, das alle Zugänge zum Weltmeer in seiner Hand hat, brauchte bloß entschieden aufzutreten, dann würde Marschall Foch nicht alle Nasen lang mit dem Säbel rasseln und uns in der Gewißheit bestärken, daß noch kein Friede im Lande ist. England tut so, als wollte es durchaus die Genfer Konferenz. Wer hindert es denn daran? Lloyd George zeigt doch in Irland, daß er vor nichts zurückschreckt, selbst nicht vor Mord, wenn es gilt, seinen Willen durchzusetzen. Das werfen dem Walliser Lord Grey und Cecil Rhodes vor, die doch wohl genau Bescheid wissen müssen. Sie behaupten, daß bewaffnete Streitkräfte der Krone systematisch Häuser verbrannt und vernichtet, Frauen und Kinder in die Wälder und Berge verjagt hätten, und das seit Monaten. In dieser Beleuchtung erscheinen die Untaten der Sinnfeiner in ganz anderem Lichte. Es sind Rache- oder Abwehrakte einer zur Verzweiflung getriebenen Bevölkerung. Wie lange wird Europa, ich wage darauf das Wort christlich nicht mehr anzuwenden, also das gesittete Europa, solche Schandtaten noch dulden?

Wer schweigt, stimmt zu: das gilt so allgemein als Regel. Das gilt auch in bezug auf das Verhalten der Engländer gegenüber den französischen Großtaten, z. B. der „segensreichen" Wirksamkeit der Schwarzen in den besetzten Rheinlanden. Ob man eine Rassenvergiftung plant, wer kann das sagen heute, wo der Haß seine Orgien feiert und Europa, das einst so glückliche christliche Europa, sich verwandelt hat in eine reine Mördergrube? „Das Herz ist bewegt in mir und zerschlagen sind all meine Gebeine". Dies Wort muß der Geschichtsschreiber wiederholen, wenn er

heute an Europa denkt. Von christlicher Liebe bis hoch hinauf in die Reihen der Geistlichkeit keine Spur. Ich brauche nur auf den Kardinal Amette hinzuweisen, der erst Franzose, dann Kirchenfürst sein wollte, oder auf den Erzbischof Bourne von Westminster, der die deutschen Missionare dauernd aus ihrer gesegneten Wirksamkeit ferngehalten sehen will. Wir Deutsche wissen, daß Frankreich unversöhnlich ist (vgl. „La grande Nation" in der „Allgemeinen Rundschau", 17. Jahrgang Nr. 42) Aber es wäre verderblich, wollten wir vergessen, daß Frankreich ohne stillschweigende oder ausdrückliche Billigung Englands gar nicht so aufzutreten wagen könnte. Es geht eine Entrüstung sondergleichen durch das ganze deutsche Volk. Das erkennt jetzt den Verrat, Verrat in jener Stunde begangen, wo wir uns vertrauensselig den 14 Punkten Wilsons unterwarfen. Es darf in der Welt kein falsches Bild von der Stimmung des deutschen Volkes aufkommen, weil die Folgen davon verhängnisvoll sein könnten. Es handelt sich tatsächlich darum, ob Europa das Grab dem Christentum schaufeln will oder ob es zurückkehrt zur Lehre dessen, der befohlen hat, seine Feinde zu **lieben**.

Zur Frage der evangelischen Kirchenverfassung.

(Eine Auseinandersetzung mit Herrn Prof. D. Rieker, Erlangen.)

Von Pfarrer a. D. D. **Albani** in Bad Lausitz, Sachsen.

Seitdem ich mich zu der ebengenannten „Auseinandersetzung" entschloß, hat sich meine Stellung insofern geändert, als ich die derzeit in den deutschen Kirchen reformatorischen Ursprunges ventilierten Kirchenverfassungsfragen eigentlich nicht mehr als Fragen anerkennen kann, vielmehr **die Antwort im römisch-katholischen Sinne** als befriedigend gegeben erachte. Wenn ich trotzdem die Feder zu der Auseinandersetzung ergreife, so liegt das einmal darin, daß ich es für falsch halte, im **Besitz einer Lösung** sich um die an ihr arbeitenden Geister nicht mehr zu kümmern, dann aber auch daran, daß eine Auseinandersetzung insbesondere mit dem, was D. Rieker in der beregten Frage geäußert hat, ebenso bequem wie lehrreich ist, wegen der Klarheit und Ehrlichkeit des Riekerschen Standpunktes.

Seine Ausführungen haben eine gewisse Aehnlichkeit mit dem alten Wappenspruch des Prinzen von Rohan: „Roi ne puis, duc ne daigne, Rohan suis." König sein kann ich nicht, Herzog sein mag ich nicht; bin ein Rohan. Die klare katholische Ordnung will ich nicht, eine Kirche in dieser ähnlichem Sinne mir zusammenheucheln kann ich nicht, also sei es ein reiner Zweckverband, der sich die Mittel zur Befriedigung seiner besonderen gottesdienstlichen Aufgaben sucht, wo und wie er sie je nach den Zeitverhältnissen findet.

Die aprioristische Stellung D. Riekers der katholischen Kirche gegenüber tritt mehrfach zutage. Es liegt mir ferne, ihm daraus vor den Lesern der „Volkskirche" oder auch nur vor dem üblichen protestantischen Leserkreis einen Vorwurf zu machen; doch feststellen muß ich das. So genügt ihm auf Seite 20 seiner Schrift „**Zur Neugestaltung der protestantischen Kirchenverfassung** in Deutschland" die Bemerkung:

„Durch die **Einführung des bischöflichen Amtes** würde unsere protestantische Kirche in ihrer Verfassung der katholischen Kirche ähnlicher werden. — Wir müssen das für verkehrt halten. — Sie würde damit eine abschüssige Bahn betreten."

Diese Haltung D. Riekers ist um so bedeutsamer, als sie eine Kehrseite hat. Es findet sich in dem Aufsatz „Kirchenbegriff und Kirchenverfassung" gegen Ende von I die Stelle:

„Durch die Einführung der Presbyterial- und Synodalverfassung in den lutherischen Landeskirchen hat wenigstens in der Verfassung eine Angleichung der lutherischen Kirche an die reformierte stattgefunden. Wenn nun jetzt die **bischöfliche Würde**, gegen die wie gegen jeden Prinzipat in der Kirche der reformierte Protestantismus eine starke Abneigung empfindet, **in die lutherischen Landeskirchen neu eingeführt** würde, so würde jene bereits vollzogene Annäherung dadurch gestört und die zwischen beiden Konfessionen noch bestehende Kluft unnötig erweitert. Ein Gesichtspunkt, den man nicht außer acht lassen sollte."

D. Rieker zeigt uns also die lutherischen Kirchenwesen ganz deutlich in Unsicherheit über den Weg, den sie zwischen Katholizismus und Calvinismus zu suchen haben, um sich als Kirchen zu behaupten. Für grundsätzliche Erwägungen ist er auf lutherischem Boden nicht zu haben, denn „tot capita, tot sensus." Immerhin finden wir bei ihm manche Bemerkungen grundsätzlicher Art, wie die folgenden beiden, die zwar negativ sind, aber sehr viel weiter führen, als das rat- und hilflose grundsätzliche Gewäsch, das einem jetzt überall in den Ohren liegt. Er sagt einmal:

„Man täuscht sich und andere, wenn man die genossenschaftliche Organisation der protestantischen Kirchen als eine Verwirklichung reformatorischer oder gar unchristlicher Ideale und Grundsätze bezeichnet. Es ist dasselbe Streben nach Unabhängigkeit von bevormundender Aufsicht, nach Selbstregierung und Selbstgesetzgebung, das heutzutage alle Verbände erfüllt." Und dann: „**Die römisch-katholische Kirche** stellt den reinen **Anstaltstypus** dar. — Wir müssen da mit unserem Urteil vorsichtig sein und dürfen nicht etwa die **katholische Gestalt der Kirche** als unprotestantisch oder gar unchristlich verdammen. Unsere protestantischen Landeskirchen haben selbst auch jahrhundertelang als Anstalten existiert und erst im 19 Jahrhundert haben sie angefangen, den reinen Anstaltstypus zu verlassen."

D. Rieker endigt damit, aus temporären Gründen eine korporative Gestaltung der Kirche, durch anstaltsartige Momente in konservativem Interesse gemildert, zu empfehlen. Da er das jus divinum ablehnt, ist es ihm nicht zu verargen, daß er bei seinem Vorschlag ausschließlich von Gründen der Zweckmäßigkeit geleitet wird. Von seinem Standpunkt aus urteilt er durchaus unwiderleglich. Wenn wir sein Urteil nicht unterschreiben wollen, wird es also zwecklos sein, sich mit Einzelheiten seiner Vorschläge zu befassen. Diese könnten, wie er selbst nicht leugnen wird, 100 Jahre später mit ähnlicher Begründung ganz anders, vielleicht, wenn dann eine Annäherung an die römische Kirche beliebt würde, sogar genau gegensätzlich ausfallen. Wir müssen die **grundsätzliche Stellung** D. Riekers in Augenschein nehmen. Diese ist bestimmt durch die Unterscheidung der sichtbaren und der unsichtbaren Kirche oder mit den Worten Rudolf Sohms durch die Unterscheidung der Kirche in religiösem Sinne und der Kirche im Rechtssinne. Die katholische Anschauung, nach der die Kirche im Lehrsinne zugleich Kirche im Rechtssinne und umgekehrt ist, wird von D. Rieker gar nicht erst bestritten. Er hegt offenbar, wie schon angedeutet, die Meinung, daß man vor Protestanten nur den in echt Sohmscher Manier zugespitzten Satz auszusprechen brauche, nach katholischer Anschauung sei das Leben der Christenheit mit Gott durch das katholische Kirchenrecht geregelt, um sich jede Widerlegung ohne weiteres sparen zu dürfen. Mich dünkt aber, die Zeiten, wo das mit Recht angenommen werden konnte, sind im Verschwinden. Die grundsätzliche Aussprache vor einem größeren Zuhörerkreise wird sich nicht mehr verschieben lassen.

Was besagt denn das von Sohm so scharf pointierte Charakteristikum der römischen Kirche in Wirklichkeit? Nichts anderes, als daß man katholischerseits im Namen Jesu Christi nicht nur eine Weltanschauung und eine Ethik **verkündigen** will, um es dann mehr oder weniger den Gläubigen zu überlassen, den Ertrag in ihr Leben umzusetzen, sondern, daß man sich als Kirche verpflichtet hält, die Menschheit auch an die der christlichen Weltanschauung und Ethik entsprechende Lebenshaltung autoritativ zu **gewöhnen**. Jedermann weiß, daß man sich dabei auf Verheißungen und Weisungen Christi berufen darf, die im Protestantismus entweder umgedeutet werden (Matth. 16, 18) oder verscherzt sind (Joh. 20, 23). Dieses Gewöhnen ist ohne „Werke" und Normen, aber auch ohne Vollmachten nicht zu leisten. Sattsam lehrt die Erfahrung, daß die vorwiegend gedankenmäßige Darbietung für den größten Teil der Menschheit eben gerade ausreicht, um die Einzelnen zu etikettieren; aber keineswegs genügt sie, diese Majorität in spezifischer Weise wirksam zu verpflichten und sie über die sittlichen und religiösen oder unsittlichen und irreligiösen Zeitströmungen mit einigem Erfolge zu erheben. Die vorwiegend gedankenmäßige Darbietung des Evangeliums, das ist von Luther selbst derb, aber faßlich ausgesprochen worden, ohne hinreichend kräftige Gewöhnung, Kontrolle, Vollmacht, Autorität, läßt mit der Zeit aus der Kirche einen „Schweinestall" werden. Durch unzählige Aeußerungen erspart mir Luther den Beweis, daß die normative Methode eine der Wortverkündigung schwesterlich zur Seite tretende **Form der Seelsorge** ist. Ganz richtig sagt darum Rieker: „Das bischöfliche Amt der katholischen Kirche ist als **priesterliches** ein jurisdiktionelles, kirchenregimentliches." Das ist es auch und zwar mit Recht, denn zwischen dem Inhalt etwa des Strafgesetzbuches und den Normen der christlichen Ethik besteht wohl ein Unterschied nach der Feinheit, aber nicht nach der Materie. Für den Christen, um den es sich für uns einzig und allein handelt, besteht auch kein Unterschied der Motive, wenn es die Beobachtung der Vorschriften angeht. Er richtet sich aus genau demselben Grunde nach den Weisungen des Herrn, wie nach denen des

Strafgesetzbuches, so lange beide sich nicht widersprechen. Zeigen sich Differenzen, so wird der Christ, und nur dieser kommt für die grundsätzliche Beurteilung des Aufbaues der Kirche in Frage, ein Gesetz, das von der christlichen Wahrheit abweicht, für nichtig halten und als nichtig behandeln. Einen Unterschied zwischen der Kirche im Rechtssinne und der Kirche im religiösen Sinne gäbe es für den Christen somit erst dann, wenn die Kirche in sich Rechtszustände duldete, die dem christlichen Geiste nicht entsprächen.

Wir wollen annehmen, es sei nicht der Fall. Warum bleibt man dann beim Sohmschen Irrtum stehen? Nur ein Grund ist denkbar. Weil mit dem Augenblick, wo die Kirche im Rechtssinne als religiöse Kirche erkannt ist, die religiöse Kirche zu einer festen, seit Anfang bestehenden, geschichtlichen Größe wird, der nicht mehr ausgewichen werden kann, eben der durch die apostolische Nachfolge legitimierten katholischen Kirche. Mit der tatsächlich verkehrten Unterscheidung „sichtbare" und „unsichtbare" Kirche, Kirche im „Rechtssinn" und im „religiösen" Sinn wahren sich die kirchenartigen Gemeinschaften des Protestantismus ihr grundsätzliches Recht auf Existenz. D. Rieker hat also ganz recht, wenn er die Neigung zum Bischofsamt für den Bestand dieser Gebilde eine abschüssige Bahn nennt. Das Urteil trifft aber nicht das Ziel dieser Bahn, sondern den Standpunkt derer, die sie gehen oder nicht gehen wollen.

Nun könnte mir D. Rieker entgegenhalten, für die normative Seelsorge sei ja im Pfarramte gesorgt. Dort träte ja die normative Seelsorge der, sagen wir einmal deskriptiven zur Seite, und er sorge ja durch Wahrung des Anstaltscharakters der Kirche dafür, daß dies mit entsprechender Autorität geschehe. Die Unzulänglichkeit dieses Vorschlages wird sich bald in dem Auseinanderfallen der Gemeinden innerhalb desselben Landeskirchenwesens zeigen. Aber darauf ist man ja gefaßt. Sprach es doch kürzlich der sächsische Konsistorialpräsident D. Böhme bei der Eröffnung der gegenwärtigen Synode tatsächlich aus, daß er außerhalb der Kirchengemeinden kein kirchliches Leben anzutreffen wisse. Wir bemerken also ein vollkommenes Fehlen des Verständnisses für die besondere Art der Landesgemeinde und erst recht der Volks- und der Weltgemeinde. Das sind offenbar für den Protestantismus nur Additionen. Dann wird der kümmerlich gewahrte Anstaltscharakter der Landeskirchen den Pfarrern nur sehr wenig helfen. Sind sie nicht die Männer, sich Autorität zu verschaffen, so werden sie eben keine haben. Und das wird um so schwieriger werden, je mehr der korporative Charakter in Land und Gemeinde durchdringt. Mit Recht sieht D. Rieker einen künftigen protestantischen Bischof in ähnlicher Lage. Aber statt nun deshalb das bischöfliche Amt einfach zu verwerfen, sollte er lieber in dem Wunsche, auch noch die apostolische Nachfolge wiederherzustellen, mehr als ein Gedankenspiel sehen, nämlich das brünstige Begehren, es möge im Sinne von Röm. 11, 23 geschehen: „Gott kann sie wieder wohl einpropfen."

Ich kann nur trauern, daß die schwachen Stimmen derer, die in dieser entscheidungsreichen Zeit die Wege zur Wiedergewinnung der Einheit der Herde Christi zu weisen suchten und auch nur mit einem Schrittlein auf diesem Wege vorwärts zufrieden gewesen wären, geflissentlich überhört und verhöhnt worden sind. Wir müssen erleben, daß man sich selbst in der Heimat des lutherischen Kirchentums dem Immanentismus in der Kirchenverfassung entschieden zuwendet und durch das Bauen „von unten" die Klüfte zwischen den getrennten Brüdern vertieft. Es war von jeher die Torheit des Liberalismus, die gottergebene und gottgestiftete geschichtliche Größe zu verachten und überhaupt aus der Geschichte nichts zu lernen. Der Liberalismus aber hat das Wort.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, zurzeit Dresden.

Ich schreibe diesmal die Weltrundschau in Sachsen. Hier ist der 9. November zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden. Es gibt wohl kein stärkeres Stück von Verblendung und Schamlosigkeit, als heute noch die Revolution von 1918 zu feiern. Die sächsischen Sozialdemokraten im Ministersessel und die Berliner Betriebsräte, die sich zu solcher Feier anschicken, müssen doch wissen, wie ihre eigenen Genossen, die Noske, Wissell, Scheidemann, Winnig u. a. über die Tat des 9. November urteilen. Die finden nichts Großes und Erhebendes darin. Die deutsche Revolution war nichts Echtes. Das durch vier Kriegsjahre zermürbte und in der schweren Zeit spottschlecht geleitete deutsche Volk fiel land- oder volksfremden Verführern zum Opfer. Den Westvölkern sah es den Parlamentarismus, den Russen die Diktatur des Proletariats ab. Die eigentlich deutsche revolutionäre Idee ist noch gar nicht zum Vorschein gekommen. Es ist die alte Hoffnung auf den guten und gerechten Kaiser, der die Bedrücker — seien es angestammte Herren oder revolutionäre Gewalthaber — zerschmettert, das arme Volk befreit, Witwen und Waisen Recht schafft und ein Reich des Friedens aufrichtet. Diese Hoffnung nährte die Flammen des Bauernkrieges im 16. Jahrhundert, sie schwang in den Befreiungskämpfen gegen Napoleon und in der Revolution von 1848 mit. Der Tag, an dem wieder ihr Banner entrollt wird, wird ein Revolutionstag sein, den ganz Deutschland feiern kann. Er wird die Arbeiter monarchisch und die Bürger wieder freiheitlich machen. Nur den traurigen Helden des 9. November wird er ein Gerichtstag sein. Sie wissen es und verfolgen mit dem Instinkt des Hasses alles, was Deutschland wieder aufrichten hilft. Hier in Sachsen wie in Preußen führt die Sozialdemokratie den bittersten Kampf gegen Einwohnerwehr und Orgesch. Wohl sind die „Enthüllungen" über Putschpläne der Orgesch in Chemnitz zerronnen, in Preußen aber hat Severing als Minister des Innern seinen Kollegen, den Justizminister am Zehnhoff, beiseite geschoben. Der Justizminister erklärte die Orgesch für zu Recht bestehend, Severing verbot sie. Die Reichsregierung vermeidet es, Farbe zu bekennen. Sie gibt von neuem ihren Beschluß vom 23. August bekannt: zum Verbot der Orgesch durch die preußische Regierung Stellung zu nehmen, liege bei dem föderalistischen Charakter des Reichs kein Anlaß vor. Bekanntlich richtete die Entente vor kurzer Zeit eine neue Note an Deutschland, in der sie die Aufhebung der Einwohnerwehren verlangte. Die bayerische Regierung hat bereits in Berlin wissen lassen, daß dies unter keinen Umständen möglich sei. Diese Rückenstärkung dürfte in der Tat sehr angebracht sein. Hört die bürgerliche Reichsregierung in dieser Sache nicht auf Bayern, so sollte sie wenigstens ihren eigenen Wählern willfahren. In allen Bürgerkreisen Norddeutschlands hat der Gedanke der Einwohnerwehr festen Fuß gefaßt. Sie beneiden Bayern und haben das dringendste Interesse, daß es seine Einwohnerwehr aufrecht erhält. Wo es geht, richten sie selbst Wehren ein. Die Anerkennung der Orgesch durch den preußischen Justizminister bereitet ihnen die Bahn.

Im Reichstag übte man scharfe Kritik an der Verschwendung in öffentlichen Aemtern. Helfferich zählte die Kraftwagen der Ministerien und Kriegsgesellschaften und fand sie viel zu zahlreich. Ein schwerer Schaden, den wir leider allein nicht ändern können, sind die Kosten der feindlichen Besatzung am Rhein. Trotz neulicher Erhöhung dieses Postens auf 15 Milliarden ist eine weitere Heraufsetzung erforderlich. Deutschland bestreitet einen großen Teil des gesamten französischen Militärhaushalts. Manche Anlagen am Rhein, Kasernen, Flugplätze und dergl. tragen ganz den Charakter, als würde ein neuer Krieg vorbereitet. Gegen wen?

In Berlin hielten die Kommunisten ihren Parteitag. Er sollte nur die Verschmelzung der Partei mit der linken USP vorbereiten, die auf einer besonderen Tagung im Winter vollzogen werden soll. Am bezeichnendsten war die Erklärung, daß Militär- und Waffentransporte, sowie die Herstellung von Kriegsgerät durchaus verhindert werden müsse. Hätte man aber selbst — nämlich die Kommunisten — die Macht, so würde man wieder Waffen und Munition herstellen, und eine deutsche rote Armee würde gemeinsam mit der russischen die westliche Bourgeoisie bekämpfen.

Wiederum stand eine Woche lang Bayern und die Regie-

rung Kahr im Vordergrund des Interesses. Die Sozialdemokratie will mit allen Mitteln die Regierung Kahr beseitigen. Darum führt sie seit Wochen und Monaten einen vergifteten, häßlichen Kampf dagegen in der ganzen deutschen und ausländischen Presse. Bayern soll in der Welt verschrien werden, wie einst Ungarn, als es Ordnung und Recht wiederherstellte, als Land des weißen Terrors, der Gewalt und Gefahr für Revolution und Frieden. In diesem Kampfe sind der Sozialdemokratie in letzter Woche auch Landesverräter willkommene Bundesgenossen gewesen. Bayern und Deutschland laufen voll von Agenten und Spionen der Entente. Bis in die Familien, Gesellschaften, Vereine und Kirchen hinein reicht die Spionage der Franzosen, die heute im Frieden viel schlimmer ist als je im Kriege. Die Landesverräter Dobner und Pracher — der letzte gab sich als Belgier aus und stammt aus Haidhausen, der erste nennt sich Bayer und soll ein Böhm sein, — wollten wieder einmal ein Waffenlager gegen Geld verraten. Sie kamen dabei an die unrichtigen Adressen, an patriotisch gesinnte Studenten, die bei einer nächtlichen Autofahrt wegen neuen Erpressungsversuchen den Dobner windelweich prügelten und aus dem Auto schmissen. Dobner, ein Mann von lebhafter Phantasie, erdichtete, von Rachegefühlen geschwollen, eine Mörderzentrale bei der Münchner Polizei, die ihn habe ermorden wollen, lief zu der Sozialdemokratie und erzählte ihr die Dichtung als Wahrheit. Die Sozialdemokratie brachte eine Interpellation im Landtag ein, erzwang die Bildung eines Untersuchungsausschusses, eine Woche lang mußten Landtag, Fraktionen, Regierung, Polizeipräsidium für die beiden Landesverräter Tag und Nacht arbeiten, im Reichstag sprach der Sozialdemokrat Crispien von der Tatsache der Mörderzentrale in München, um Bayern vor der ganzen Welt bloßzustellen — und schließlich als Ergebnis blieb bloß die Blamage der Sozialdemokratie mit den beiden Vaterlandsverrätern. Die Sozialdemokratie hat nichts gelernt und nichts vergessen. Auch heute noch ist ihr jeder Lump und Vaterlandsverräter willkommen, wenn er ihr Material gegen die bestehende Regierung und Staatsautorität zum Schaden des Vaterlandes bringt. Die Verhetzung der Massen, das Parteibedürfnis und die Agitation gehen auch heute noch der Sozialdemokratie über alle vaterländischen Bedürfnisse. Das ist ein Unglück für das deutsche Volk und ein Hemmnis für unseren Wiederaufbau.

Das wichtigste Ereignis im Ausland ist zweifellos die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Mit der großen Mehrheit von 6 Millionen Stimmen wurde der republikanische Kandidat, Senator Harding, gewählt, geb. 1865 im Staat Ohio. Er hat mehrmals Europa besucht, ist jedoch ein Anhänger der Politik, die Amerika möglichst von den Händeln der alten Welt fernhalten will. Für Wilsons Völkerbund hat er nichts übrig. Außer Harding bewarben sich der Demokrat Cox, der Sozialist Debs und ein Kandidat der neuen Landwirte- und Arbeitspartei, P. Christensen, um die Präsidentenwürde. Die beiden letztgenannten erzielten keine großen Stimmenerfolge. Ob Deutschland auf die künftige Haltung der Vereinigten Staaten große Hoffnungen setzen darf, wagen wir nicht zu entscheiden. Wir wollen uns überhaupt nicht aufs Ausland verlassen.

England hat den Bergarbeiterstreik überwunden, die Arbeiter sind in die Bergwerke zurückgekehrt, haben sich aber mit einer kleinen Mehrheit gegen die Annahme der Regierungsvorschläge ausgesprochen. Vielleicht ist also nur eine Kampfpause eingetreten. In Irland geht der Kleinkrieg weiter. Der Tod des Bürgermeisters von Cork und anderer Hungerstreiker hat die Leidenschaft der Parteien noch mehr entfacht.

Im Osten Europas ist die polnisch-litauische Frage noch ungelöst. Szeligowskis Truppen beschießen Kowno, und aus Wilna werden die Polen so leicht nicht weichen. Hier wie in Oberschlesien lassen sie sich nur gezwungen und äußerlich auf eine Volksabstimmung ein.

Das rote Rußland will Wrangel vernichtend geschlagen haben. Auf dem deutschen Kommunistentag entfesselte diese Nachricht einen Beifallsturm. Wie verzweifelt aber die Lage der Räteregierung ist, beweist ein Ausspruch von Trotzki: „Der Winter wird Hungersnot und Kälte bringen. Wenn aber auch drei Viertel des russischen Volkes daran sterben, wird das letzte Viertel leben und die Weltrevolution verherrlichen. Die Bourgeoisie wartet auf unseren Zusammenbruch, wir werden ihr nicht den Gefallen tun." Vielleicht entzünden sie schon die Fackeln zu einem neuen Brand von Moskau.

Das neue Studentenrecht.

Von Hans Grundei, Berlin.

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß das preußische Staatsministerium eine Verordnung betreffs Bildung von Studentenschaften an allen Universitäten und sonstigen staatlich anerkannten Hochschulen wissenschaftlichen Charakters erlassen habe. Mit der Veröffentlichung dieser Verordnung ist ein Werk vollendet worden, was für die weitere Entwicklung unserer Hochschulen und unseres Wissenschaftsbetriebes von größter Bedeutung sein wird. Deutschlands akademische Jugend, bisher zerklüftet, uneins, in tausend Korporationen, Vereine und Grüppchen gespalten, stellt heute eine große, geschlossene Einheit dar. Was in jahrzehntelanger Vorkriegsarbeit trotz redlichster Bemühungen nicht zustande gebracht wurde, das große Erleben dieses Krieges und die ungeheure Not der Nachkriegszeit hat es zuwege gebracht: Korps, Burschenschaften und Landsmannschaften, katholische Verbände und die Nichtinkorporierten, Vertreter aller Weltanschauungen, sofern sie nur einig sind im Bekenntnis ihres Deutschtums, pflegen heute in verfassungsmäßig garantierten Ausschüssen und Vertreterversammlungen gemeinsame Beratungen über die Entwicklung unserer deutschen Hochschulen. Was Benecke, der frühere Vorsitzer der geeinten deutschen Studentenschaft und verdienstvolle Mitschöpfer des neuen Studentenrechtes, in einer Denkschrift über dieses neue Recht an den Staatssekretär Dr. Becker im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung schrieb, ist heute wahr und durch die genannte Verordnung praktisch durchführbar geworden! Die Verwaltung der Hochschulen muß von allen Gliedern der Hochschule ausgeübt werden, soll sie ihren Charakter als civitas academica behalten. Der Student liebt seine Hochschule, will aber auch, wie es in früheren Zeiten war, an ihrer Verwaltung mitarbeiten, soweit es in seinen Kräften steht. Er kann diese Mitarbeit in vielen studentischen Angelegenheiten leisten. Die drei Studententage in Würzburg (Juli 1919), Dresden (Mai 1920) und Göttingen (Juli 1920), die der Reform des gesamten deutschen akademischen Lebens von innen und von außen galten, sind leuchtende und hochragende Weckstimmen in der Geschichte des deutschen Studententums und der deutschen Wissenschaft, sind Taten unserer gebildeten Jugend, die zu der Hoffnung berechtigen, daß deutsche Wissenschaft und deutsche Bildung, geläutert durch das furchtbare Blutbad dieses Krieges, nach wie vor trotz Versailles und Spa den ersten Platz im Kulturleben der Völker und Nationen einnehmen werden. Wer die eindrucks- und würdevollen Beratungen in Würzburg, Dresden und Göttingen mitgemacht hat, muß erkennen, daß die Opfer der Studentenregimenter bei Langemark und Ypern nicht vergeblich waren, sondern daß auf den flandrischen Totenäckern bereits eine Saat aufgegangen ist, die reiche Ernte zu bringen verspricht.

Das neue Studentenrecht umfaßt vier verschiedene Neuschöpfungen: Das eigentliche Studentenrecht im engeren Sinne, die Verfassung der deutschen Studentenschaft, die neue Ehrenordnung und die neue, noch nicht fertiggestellte und genehmigte Disziplinarordnung. Der Vater des neuen Studentenrechts, Staatssekretär Becker, hat in mehreren Schriften und Aufsätzen wiederholt die Leitgedanken entwickelt, auf denen das Studentenrecht aufgebaut ist.

„Bisher", so schreibt er in einem Aufsatz „Das neue Studentenrecht" („Niedersächsische Hochschulzeitung", 3. Jahrg. Nr. 2), „war die Studentenschaft nur Objekt der Fürsorge und Erziehung; in der Organisation der Universität hatte sie keinen organischen Platz. Die Statuten kannten wohl Studenten, aber keine Studentenschaft; ihre Mitwirkung an den Universitätsgeschäften beschränkte sich auf freiwillige Teilnahme an Fackelzügen, Festen und Kommersen. Das entspricht nicht mehr den veränderten Verhältnissen ... Das akademische Bürgerrecht war bisher ein Bürgerrecht im Stile des Untertanenverhältnisses des patriarchalischen Staates; das neue Bürgerrecht soll den Studenten das Selbstbestimmungsrecht in allen gemeinsamen Angelegenheiten der akademischen Genossenschaft bringen. Dadurch wird zugleich ein hohes pädagogisches Ziel erreicht. In dem Alter der politischen Charakterbildung wird der Student von der naturgemäß individualistischen Einstellung auf Wissenschaft und Beruf hinübergeleitet zum Verantwortlichkeitsbewußtsein gegenüber der akademischen und damit der nationalen Gemeinschaft." Und in seiner bekannten Schrift „Gedanken zur Hochschulreform" heißt es: „Der Weg zur Mitarbeit an der Universität geht nur über das Gemeinschaftlichkeitsbewußtsein." Nicht: „Ich bin Franke, Alemanne, ich bin Korpsstudent oder Burschenschaftler" darf es heißen, sondern nur: „Ich bin Student". Und Student sein heißt heutzutage nicht mehr: „Ich will mich ausleben, und ich darf mich ungestraft ausleben", sondern: „Ich will

arbeiten, ich bin mir der Verantwortlichkeit meiner Arbeit bewußt. Die Arbeit an mir ist Arbeit am Volke". (S. 49.)

Das hochschulpolitische Leben wird sich in Deutschland in Zukunft in vier großen Organisationen entfalten. Die Professoren und Dozenten der deutschen Universitäten und Hochschulen haben sich zusammengeschlossen im Verband der deutschen Hochschulen; die Gesamtvertretung der deutschen Studierenden bildet demgegenüber die deutsche Studentenschaft. An den einzelnen Hochschulen bilden Senat und Studentenschaft die entsprechenden Organisationen, nur im kleineren Maßstabe. Die voll immatrikulierten Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit, sowie diejenigen deutscher Abstammung und Muttersprache einer Universität oder anerkannten Hochschule bilden die „Studentenschaft". Der Zweck des Zusammenschlusses zu einer solchen ist die Vertretung der Gesamtheit der Studierenden; die Wahrnehmung der studentischen Selbstverwaltung, vor allem auf dem Gebiete allgemeiner sozialer Fürsorge für die Studentenschaft; die Teilnahme an der Verwaltung der Hochschule in studentischen Angelegenheiten, wie Zulassung zur Hochschule, Studiengestaltung, Prüfungsbestimmungen, Gebühren- und Stipendienwesen, akademische Disziplin; die Einigung über die Parteien hinaus zur Mitarbeit am kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands; Pflege des geistigen und geselligen Lebens zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft aller Hochschulangehörigen; Pflege der Leibesübungen. Ausgeschlossen sind parteipolitische und konfessionelle Zwecke. Die „Studentenschaft" einer Hochschule übt ihre Rechte aus durch Organe, allgemeine Studentenausschüsse (Asta), hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlen (letzteres ist noch nicht überall durchgeführt).

Die Studentenschaften sämtlicher Universitäten und Hochschulen des deutschen Sprachgebietes schließen sich zusammen zur „Deutschen Studentenschaft". Sie ist die Gesamtvertretung aller volleingeschriebenen Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit und deutscher Abstammung und Muttersprache. Der Vorsitzer dieser Gesamtvertretung, ein praktizierender Katholik, van Aubel, spricht und verhandelt mit den Behörden und Ministerien im Namen von 136000 Studenten. Die deutsche Studentenschaft hat sich auf den Studententagen in Würzburg und Göttingen in vorbildlich sachlichen und eindrucksvollen Beratungen eine Verfassung gegeben. Sie hat das Recht, jeden Studierenden pro Semester mit 2,50 ℳ zu besteuern; dieser Betrag wird zwangsweise von den Universitätskassen eingezogen. Die deutsche Studentenschaft hat auf der diesjährigen Göttinger Tagung einen Kostenvoranschlag von rund einer halben Million Mark aufgestellt.

Einstweilen sind die Studentenschaften durch die erwähnte Verordnung nur für das preußische Staatsgebiet anerkannt. Die Gesamtvertretung der deutschen Studentenschaft, von der im vorhergehenden die Rede war, ist daher bis zu einer reichsgesetzlichen Regelung nur als eine privatrechtliche Angelegenheit anzusehen. Das Ideal und Endziel der Entwicklung ist freilich ein öffentlich-rechtlicher Verband der deutschen Hochschulen unter Einschluß der Studentenschaft.

Im Rahmen dieser Neuordnung ist für uns Katholiken von besonderer Bedeutung die Schaffung einer neuen Ehrenordnung, wie sie in Göttingen beraten und angenommen worden ist. Das Wesentliche dieses neuen Ehrenkodex besteht in folgendem: Abbau des Duellstandpunktes in praxi; Loslösung vom Herrenstandpunkt der Standesehre und stärkere, betontere Einstellung auf dem Standpunkt der Berufspflicht und der daraus erwachsenden Berufsehre; Verzichtleistung auf einen kastenhaften Ehrenkodex und unsoziale Privilegien; Umstellung des Waffenstudententums, wenigstens in seinen besten Vertretern, vom Standpunkt der altheidnischen Blutrache und Blutsühne auf dem Zucht- und Erziehungsstandpunkt, höhere Bewertung des Fechtwesens als Mittel zur körperlichen Erziehung, zur Geistesgegenwart, zum Mut, nicht aber als Strafmittel, als Sühne- und Vergeltungsmittel für Ehrverletzung.

Ich schrieb in meinem Buche „Deutschlands Wiederaufbau und die akademische Jugend", „daß wir katholischen Akademiker uns nach Anbruch einer neuen Zeit mit unserer ganzen Kraft und Energie dafür einsetzen müßten, daß endlich einmal in diesem vielgepriesenen, vernunftreichen 20. Jahrhundert auch vernünftige Ehrbegriffe auf unseren Hochschulen geschaffen werden. Die Göttinger Ehrenordnung bedeutet in diesem Sinne einen gewaltigen Schritt vorwärts, und es muß uns junge und alte katholische Akademiker mit besonderer Freude erfüllen, daß es junger, deutscher Katholizismus war, der an der Formulierung der neuen studentischen Ehrbegriffe an einflußreicher Stelle mitgearbeitet hat. Junger gebildeter Katholizismus will nicht herrschen im neuen deutschen Hause auf Kosten der anderen Mitbewohner, will nicht tyrannisieren, will aber in völliger Gleichberechtigung mitarbeiten an der Gestaltung deutscher Zukunft, wie einst in den Tagen der Romantik, will mit katholischen Kulturwerten das deutsche Geistesleben befruchten. Im Wettkampf der Geister muß junger, deutscher, gebildeter Katholizismus stets und immerdar in der vordersten Reihe der Kämpfer zu finden sein.

Stimmen vom Jahrmarkt des Lebens.

Von Benefiziat Ludw. Heilmaier, München.

„Kann wohl ein Blinder einen Blinden führen?" Im Evangelium des ersten Sonntags nach dem Hochfest des Geistes der göttlichen Liebe wirft der Herr anschließend an seine berühmten Mahnungen zu gegenseitiger Hilfe jenes Gleichniswort hinein in die Menschheit. Ich trete hinaus aus den weihevollen Hallen des Evangeliums, um dessen heiligen Bezirk viele Prediger ihre Kanzeln errichteten und wie auf einem Jahrmarkt, der eine den anderen übertönend, preisend mit viel schönen Reden von Ethik, Kultur, Freiheit, Humanität sich mir als Führer anbieten nach einem Land, in welchem alle Menschen in Bruderliebe ungetrübten Glückes sich erfreuen.

„Ich rate euch zur Fernstenliebe", spricht der eine; „bisher hat jede soziale Bewegung einem idealen Endzustand der Vollkommenheit zugestrebt, aber keine der bisherigen Verheißungen stand so sehr im Bereich der Möglichkeit wie der Zustand, den uns eine andauernde, tatkräftige Rassenhygiene in Aussicht stellt". Ist nicht die Zahl, die wir lieben können, wirklich äußerst beschränkt? Also sorget, es ist höchste Zeit, daß die wenigen Liebenswürdigen in immer zahlreicheren Nachfahren sich vermehren, damit nicht im Kampf der allzu vielen ein Volk von Mittelmäßigen und schwachen Feiglingen zurückbleibt! Also auf den „Weg der bewußten Aufartung" mittels der „vierfachen Wurzel der menschlichen Zuchtwahl"![1])

Ich höre und antworte: das ist ein guter Weg: die gesunden Erbanlagen unseres Volkes zu vervollkommenen, die kranken Erbanlagen auszuschalten, die rechte Auslese der beiden Menschen zu treffen, die sich zur Ehe verbinden, um Kindern Leben und Erziehung zu schenken. Doch sage: woher gibst du ihnen bei solcher Zuchtwahl jenen Geist des Opfers und der Reinheit und der echten treuen Liebe, der ihnen ganz unentbehrlich ist, wenn aus ihnen neue zahlreiche, an Leib und Geist gesunde, von heiligem Gemeinsinn erfüllte Geschlechter hervorgehen sollen? Höre: „Die Hoffnung des kinderärmsten Frankreich liegt einzig und allein in den kinderreichen Oasen, die noch heute mitten in der Wüste des Unglaubens durch die Treue zum uralten Glauben befruchtet werden. Es ist ausgeschlossen, daß es für uns ein anderes Heil gibt, und das um so weniger, weil die Gegenwart auf einer Zeit ruht, die so gefährliche Bergleute wie Zola, Tolstoi, Dostojewski, Ibsen, Nietzsche unterminieren, von der ein Albert Soergel sagt: „Sie ist keine große Flut, die trägt, sie ist ein Strudel, der hinabzieht."[2]) Wenn du im Sittenzeugnis der aufzuartenden Zuchtpaare nicht danach siehst, daß Geist mehr als Körper, Tugend mehr als Wissen gilt, daß Ewigkeitswerte auch hier das eine Notwendige sind, dann bist du kein Sehender, der uns zu lichten Höhen führt, sondern ein Blinder, der mit den Blinden in die Grube fällt.

Längst höre ich starke Stimmen anderer Prediger: „Wir geleiten euch zur Befreiung des Proletariats, der Menschheit"[3]) — Arbeit ist die Religion des Sozialismus,[4]) wir stellen der Religion die hohe, herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen,[5]) durchgreifende Vergesellschaftung erschließt uns die Quelle allseitiger harmonischer Vervollkommnung.[6]) „Wir allein geben euch Freiheit, Brot und Frieden." (Wahlaufruf.) Ungeheure Massen drängen sich herzu und rufen Beifall. Doch wagen es manche, Bedenken zu äußern: „Ein wahrer Sozialismus

---

[1]) Konsul G. v. Hoffmann „Ich rate euch zu Fernstenliebe", in „Deutschlands Erneuerung" Monatsschrift für das deutsche Volk, Juni 1919.

[2]) H. Muckermann, Die Erblichkeitsforschung und die Wiedergeburt von Familie und Volk „Stimmen der Zeit", S. 115—132, 1919.

[3]) Kautzky, Diktatur des Proletariats.

[4]) Ebert, Neujahrsansprache.

[5]) Klara Zietz Weimar.

[6]) Erfurter Programm.

ohne Religion kann nicht bestehen, nur religiöse Erziehung kann den künftigen Staatsbürger, der für die sozialistische Wirtschaftsordnung, die wie keine andere zu ihrem Bestand des Pflichtgefühls, der Selbstzucht, der Uneigennützigkeit und Nächstenliebe bedarf, erst brauchbar und fähig machen."[7]) Aehnlich meint eine andere Stimme: „So viel müßte jedermann klar sein, daß der sozialistische Staat, wenn er überhaupt bestehen soll, das Christentum noch viel notwendiger hat als der alte Obrigkeitsstaat."[8]) Auch ich schließe mich an: Ihr wollt die Befreiung, die Erlösung der Menschheit, das verkündet auch der Prediger dort in den Hallen des Evangeliums: Die Liebe, die er predigt, hat den Sklaven und Frauen Erlösung gebracht, sie hat nicht nur untergehende Völker getröstet, sie hat auch eine in Not und Elend versinkende Welt zu unerhörter Kulturhöhe emporgetragen, hat junge, kraftstrotzende Nationen zu blühendem Wohlstand geführt. Und braucht nicht auch **ihr** zu eurem Zukunftsstaat jene Liebe, den Geist der Selbstlosigkeit und Hingabe und sollte dabei auch das eigene Ich zugrunde gehen, den ernsten Willen, Wahrheit und Gerechtigkeit zu üben, den Geist des Pflichtgefühls, der aufopfernden Arbeit und Verantwortung gegenüber der Gesamtheit; wo wollt ihr jene Kunst, das eigene Ich zu überwinden, lernen, wenn nicht in einer höheren Welt des Glaubens und der Liebe?

Meine Frage wird von neuen Anpreisungen überstimmt: Glaubet an den unaufhaltsamen Fortschritt der Menschheit! Glaubet an unsern Endsieg! Das Christentum tut nichts, wir müssen den Kapitalismus zertrümmern, den wir bis heute duldeten, weil er uns Maschinen und andere Erfindungen gab, die uns der Arbeit entheben und das Leben angenehm machen, dann wird der Menschheitsgedanke in seiner ganzen wunderbaren Größe erstrahlen und die Armut aufhören. Wir müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund aus ändern, und der Menschheit die Erlösung bringen, dann werden Klassenhaß und Klassenkampf von selbst aufhören und allgemeiner Bruderliebe Platz machen; so verwirklichen wir den Traum des Christentums, glaubet also nicht an Gott, glaubet an uns![9])

D'rauf ich: ihr unverbesserlichen Optimisten! Studieret doch die Geschichte der Jahrtausende und der letzten Monate: **so oft ihr die Macht hattet, eure Theorien zu verwirklichen, gab es schon nach Wochen Trümmer und Blutlachen.** Ihr armen Blinden, die ihr meinet, man bräuchte nur die Menschen in das Land Ohnesorg zu führen und sie würden dann ohne weiteres Idealmenschen voll eitler Bruderliebe sein; ihr Blinden, die ihr nicht einsehen wollt, daß ihr zuerst die Herzen umschaffen müsset mit Hilfe göttlicher Lebenskräfte, daß ihr zuerst die letzte Quelle aller Uebel verstopfen müßt, das leidenschaftliche selbstsüchtige Herz mit seinen giftigen, unsozialen Trieben! Und werden in eurem Staat nicht die einen „Brüder" begabt, strebsam, ehrlich, die anderen dumm, faul, verschmitzt sein wie heute? Werdet ihr verhindern können, daß ein rücksichtsloser Kampf entbrennt um die leichteren und bequemeren Arbeiten — Landratsstellen (!) und dgl., werden alle begeistert ihre Arbeit leisten für die anderen, die sie heute nur widerwillig und flau verrichten unter ständigen Forderungen immer geringerer Arbeitszeit, immer höherer Löhnung? **Steht ihr nicht jetzt schon ratlos da,** nachdem ihr alle schönen Worte aufgebraucht, um den Eurigen Gemeinsinn und Arbeitslust einzuflößen? So wollt ihr uns auf eine noch höhere Kulturstufe führen? So wollt ihr die Herzen beglücken, nachdem ihr sie von aller Bereicherung, die sie durch das Christentum erfuhren, befreitet, um eine **trostlose gähnende Leere** darin zurückzulassen! Blinde seid ihr und führet Blinde in den Abgrund! **„Nur entschlossene Rückkehr zu einem lebendigen Christentum kann unser Volk noch retten".**[10])

Eine überweltliche Stimme aus den Hallen des Evangeliums beginnt das Stimmengewirr zu übertönen: „So einer mich liebt, wird er mein Wort halten und mein Vater wird ihn lieben und wir werden zu ihm kommen und Wohnung bei ihm nehmen. Den Frieden hinterlasse ich euch, nicht wie die Welt ihn gibt. Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt." — —

Der Lärm verstummt, ein Aufhorchen geht durch die Menschheit. „Erhebt eure Häupter, und sehet, schon sind die Felder reif zur Ernte!" (Joh. 4, 35.)

[7]) H. Seipp, Religion und Sozialismus, Nord und Süd, Deutsche Monatsschrift von Ludwig Stein, Juni, 1919.

[8]) Dr. K. Holl, Christentum und Sozialismus, „Die Grenzboten", Nr. 21, 1919.

[9]) Kautsky, Ethik und materialistische Weltanschauung.

[10]) Sozialismus und Religion, v. Dr. F. X. Kiefl, Manz 1919, 134.

Vom Büchertisch.

Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik. Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges. Von Nationalrat Dr. Friedrich Wichtl. Siebente, vermehrte und verbesserte Auflage, 31.—34. Tausend. J. F. Lehmanns Verlag, München 1920. Das Buch des österreichischen Politikers Dr. Wichtl hat innerhalb kaum zweier Jahre die 7. Auflage erreicht. Das empfiehlt mehr als viele Worte, und wir können uns begnügen, auf die Besprechung der ersten Auflage durch Dr. J. Hoffmann im 16. Jahrgang der „A. R.", S. 305, hinzuweisen. Aus dem Vorwort zur fünften Auflage ist Wichtls Antwort an die Großloge von Wien abgedruckt. Man erkennt daraus, wie peinlich den Wiener Freimaurern Wichtls Buch ist. Ihre Angriffe dagegen sind von geradezu hysterischer Wut. Das Vorwort zur siebenten Auflage erwähnt eine Schrift des Freimaurers Ernst Freymann „Auf den Pfaden der internationalen Freimaurerei" (Sonderabdruck aus dem Mecklenburgischen Logenblatt, 46. Jahrgang, Rostock 1919), die Wichtls Ergebnisse bestätigt: die internationale Freimaurerei als Erweckerin des Weltkrieges, ihr Ziel die Weltrepublik. Freymann meint, 99 v. H. aller, die sich auf Erden Freimaurer nennen, würden immer die Erzfeinde der echten deutschen Freimaurerei bleiben. Wichtl glaubt danach an eine starke Bewegung im deutschen Freimaurertum, die reinlich scheiden wolle: hie christlich-national, hie jüdisch-international. Wichtl ist nicht katholisch, er ist großdeutscher Antisemit. Das macht ihn geneigt, Erscheinungen wie Freymann zu überschätzen. Es läßt auch Wichtls ganze Kampfweise und Quellenbenützung etwas äußerlich bleiben. Der Gegensatz zur Freimaurerei, ihrem Subjektivismus und Pantheismus mit seiner freischwebenden Moral, wird aber durch christlich-nationales Gebaren deutscher Freimaurer für den Katholiken nicht geringer.

Dr. Otto Kunze.

Dr. jur. utr. Hermann Iseke. Wer von den jungen und alten Studenten kennt ihn nicht, den Pfarrer Iseke, den Dichter fröhlichster Scherz- und Studentenlieder, den humorvollen Sänger ungezählter Bierzeitungen und den Vater des urkomischen Sanges „Gottfried der Student". Wo immer man, namentlich in Kreisen des K.-V., den Namen Iseke nannte, da ging ein sonniges Leuchten übers Gesicht. Iseke war ja allen, denen er näher trat, ein frohsinniger Freudenbringer, in dessen Herz so viel versöhnende Liebe, so viel freudvolle Güte für andere lebte. Und Zeit seines Lebens steckte der fahrende Scholar in ihm, der mit Heimatliebe an seinem Eichsfeld hing und dem doch schier die Welt zu klein war. An sieben Universitäten hatte der unruhige Kopf studiert und war am Schlusse nach Juristerei und Germanistik bei der Theologie gelandet. Als preußischer Jurist wirkte er in Württemberg; in Eichstätt studierte er Theologie und im Dom zu Paderborn empfing er die Priesterweihe. „Der Kaplan von Dingsfeld" und „Der Pfarrer von Wachsstatt" waren nur eine Vorbereitung für Isekes bedeutungsvolles und großes Wirken als Militärseelsorger in Metz, Hannover, Mülhausen im Elsaß, in Kassel und Saarbrücken. Wie oft ist es mir passiert, daß ich bei irgendeinem katholischen Bauern oder Arbeiter den Namen Iseke nannte, und auch über deren Gesicht huschte ein Sonnenstrahl der Erinnerung, denn den Militärpfarrer Iseke kannten und liebten sie alle. Im Sommer 1900 nahm er als Feldgeistlicher des ostasiatischen Expeditionskorps am Kriege gegen China teil, und im Winter 1905 setzte er es durch, daß der Feldpropst ihn zur Schutztruppe nach Südwestafrika entsandte und in Kalkfontein im Januar 1907 ereilte ihn infolge einer heftigen Malaria der Tod. Seine Gebeine wurden später nach Deutschland überführt und in seinem Geburtsort Holungen beigesetzt. Wer Iseles 1893 veröffentlichtes Werk des gottseligen Thomas von Kempen Nachfolge Christi in deutschen Reimen oder dessen „Rosengärtlein und Liliental" oder gar St. Elisabeths Lebensbild von Iseke liest, dem erschließt sich ein Born von Gemütstiefe, poetischer Schönheit und mystischen Liebreizes. Das Bild des Eichsfelder Dichters Iseke wird wieder lebendig durch ein soeben erschienenes Lebensbild des Dichters, das Georg H. Daub als ersten Band der von ihm geplanten „Eichsfeldischen Charakterköpfe" herausgegeben hat. (Heiligenstadt, Cordier, 288 S.) Der Verfasser hat einen reichen Stoff mit Liebe gesammelt und geschickt verarbeitet und dem Dichter mit diesem Werke ein prächtiges Denkmal gewidmet.

Dr. Hans Eisele.

Klemens Neumann: Der Spielmann. Dritte, umgearbeitete Auflage der Quickbornlieder. Verlag Deutsches Quickbornhaus, Burg Rothenfels a. M. 296 S. Preis kart. 10.— ℳ, geb. 12.— ℳ. Bildschmuck von Hans Lorenz, Nürnberg. Taschenformat. Der Spielmann stellt sich vor als 3. Auflage der Quickbornlieder, aber er hat nicht nur Name und Kleid geändert, sondern auch einen stark veränderten Inhalt bekommen, er hat fallen lassen, was ihn auf Quickbornkreise beschränkte, so daß er nunmehr geeignet erscheint, das Liederbuch der katholischen Jugend zu werden. Aeußerlich macht das Büchlein einen schmucken, heiteren Eindruck. Der Notensatz ist mit Lautenzeichen versehen. Am Ende des Buches befinden sich kurze Anweisungen über Laute und Lautenspiel, die dem Anfänger sehr willkommen sein werden. Der Preis ist in Anbetracht des Umfanges — 265 Lieder — und der allgemeinen Preislage immerhin noch niedrig zu nennen.

Die sel. gute Betha von Reute. Zum 500jährigen Sterbejubiläum (1420—1920) von A. Baier, Pfr. in Reute. Rottenburg a. N., Bader. 77 S. 2.20 ℳ. In einer Zeit, in der nach dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe neben tiefem Schatten doch auch „ein mächtiges Sehnen und Suchen nach Gott" weite Kreise erfaßt hat, wo sich das Bedürfnis nach höherer Seelenkultur vielfach geltend macht, dürfte auch die vorliegende Gabe von Pfr. Baier willkommen sein. Sie gilt der „großen Wundertäterin Schwabens", die zu den wahrhaft Großen gehört, weil sie eine große Liebe gehabt hat. (Cf. Nachfolge Christi 1. B. 3. Kap.) Was das heißt, wie sie diese Liebe betätigt hat, nach innen und nach außen, in der näheren Umgebung und der ganzen Kirche gegenüber, führt Autor aus. Er will keine theoretisch-wissenschaftliche Abhandlung über Mystik und mystisches Leben bieten. Gleichwohl dürfte gerade der Laie ein klareres Wissen über manche diesbezügliche Fragen daraus schöpfen, als er es bei Fachgelehrten vermöchte. Das Büchlein zeigt auch, wie „die Frömmigkeit zu allem nützt", auch zu einer Orientierung in den derzeitigen Lagen, von denen man öfters hören kann, es sei kein Ausweg abzusehen. Gerade in solchen Lagen ist es gut, die Dinge unter der Perspektive der Gottesfreude anzusehen. Möge das Büchlein der Seligen viele neue Freunde zuführen!

J. Knor, Pfr.

Vom Weihnachtbüchermarkt.

Streiflichtanzeigen von M. Rast.

II.

Jetzt noch zu den ausgesprochenen Jugendbüchern des Verlages **Herder & Co.**, Freiburg i. Br. Für schon vorgeschrittenere Kinder bringt Xaver Meschkos durch Mina Conrad-Eybersfeld trefflich verdeutschtes Buch: „Das Paradies auf Erden“; „Der kleine Zigeuner“, zwei künstlerisch gestaltete seelenvolle Erzählungen von ergreifender Innerlichkeit (Pr. geb. 5.40 M). — Für jüngere Kinder kann es kaum ein anziehenderes, bereichernderes Buch geben als Helene Pagés' ebenfalls künstlerisch zu wertende, alsbald in der „A. R.“ empfohlene „Geschichte von Klein-Nanni Großmutters Jugendland.“ Mit Bildern von R. Winkler. Pr. geb. 7.80 M. Als in jeder Hinsicht vorzügliche Fortsetzung dieses Werkes erschien jetzt: „Großmutters Mädchentage. Die Geschichte von Jung-Nanni“. Mit 8 Bildern von Rolf Winkler. Pr. geb. 13 M. Näheres darüber bringt der „Büchertisch“. — Einen Meisterwurf seiner Art bedeutet „Max Butziwackel, der Ameisenkaiser. Ein Buch für Kinder und große Leute.“ Nach Luigi Bertelli deutsch bearbeitet von Luise von Koch. Mit Buchschmuck von Karl Elleder. Pr. 15 M. — Die Kleinen werden jubeln, die Großen sich mit ihnen herzhaft freuen über diese wundersame Geschichte vom kleinen Max mit dem ständig hervorlugenden Hemdzipfelchen, das ihm auch treu bleibt, als er — man denke! — ein Ameisenei und dann „Ameisenkaiser“ wird, um sich schließlich in das nach Mutters Armen verlangende goldige Bübchen zurückzuverwandeln. Die entzückend bebilderte Gesamtdarstellung bedeutet ein tiefes Hineinführen in die Wunder der Insektenwelt und — eine Mithilfe zur Heranbildung sittlicher Persönlichkeiten. Also, man greife zu! Es gibt da nichts zu bereuen. — „Der Schleuderer und andere Knabengeschichten“ veröffentlichte **Maria Homscheid**. Mit einem Geleitwort von Johannes Mumbauer und 5 Bildern von Rolf Winkler. Pr. 8.40 M, geb. 12.60 M. Ein echtes, wahrhaftiges Knaben- und Jugendbuch, dessen bodenständige Kunst und seine Poesie sich auch die Herzen der Erwachsenen gewinnen wird.

Zum Schluß eine Aufführung Herderscher Neuauflagen. Zuerst an Erzählbüchern: H. Schrott-Fiechtls weitverbreiteter, in der Tat hochwertiger neuzeitlicher Tiroler Roman: „Sonnseitige Menschen“, Pr. 20 M; Johann Haindls prachtvoll lebensgetreue eigene Jugendgeschichte „Der Bahnwärterbub“, Pr. 11 M; Maria Batzers **schnell sich umsehendes**, dichterisch und ethisch schönes „Schwarzwaldkinder“. Mit Bildern von Karl Sigrist. Pr. 15 M.

Dann auf religiös-ethischen Gebieten an bewährt Bedeutendem: „Was kein Auge gesehen. Die Ewigkeitshoffnung der Kirche nach ihren Lehrentscheidungen und Gebeten dargelegt“ von Dr. Engelbert Krebs. Pr. kart. 5 M; „Geistesleben“ und „Zum Charakterbild Jesu“, beides von Moritz Meschler S. J. Pr. je 5.60 M und 3.40 M; „Die christliche Demut. Ein Büchlein für alle Gebildeten.“ Von Viktor Cathrein. Pr. 10.60 M; „Wahre Gottsucher. Worte und Winke der Heiligen.“ Von P. Hildebrand Bihlmeyer O. S. B. Erstes Bändchen. Preis 5.20 M; Häckels Monismus eine Kulturgefahr.“ Von Erich Wasmann S. J. Pr. 3 M; „Amalie Fürstin von Gallitzin.“ Von Maria Rafaelo Brentano O. S. B. (Frauenbilder). Pr. 10.40 M. — Ans Ende setze ich, mit dem Wunsche besonderer Berücksichtigung seitens der aufmerksamen Leser: „Das Buch.“ Von Bernard Arens S. J. Pr. 7.20 M.

Verlag **Franz Goerlich-Breslau**. Marie Broers „Singe, Federlein, singe! Eine Märchensammlung mit Bildern“ von Hildegard Matuscheck, Pr. geb. 9 M, gehört durch seine echte „Kindertümlichkeit“ zu den besten neuzeitlichen Erscheinungen seiner Art, in Wort und Bild. Sehr gewinnende, unterhaltsame Darstellung: viel Phantasie, kühne, lustige, fesselnde; viel Märchenstimmung, Märchenreichtum; viel kindlich gestaltete Handlung. Freundliche, anmutige Ausstattung. — Die Breslauer Dichterin Else Promnitz schenkte „allen, die ihrer Seele Freund waren“, ein in der Tat „höchstpersönliches“ Werk: „Christus spricht.“ Mit Federzeichnungen von der Verfasserin. Pr. geb. 9 M. — Beides, Wort und stimmungsvoll begleitender Bildschmuck, spricht an die empfängliche Seele. Zumal das Wort: aus der Tiefe der heilandgläubigen, lebendigen Ueberzeugung geschöpft und nun, als unmittelbar zur Seele rhythmisch redender Christus hingestellt: mit einer Herzenssprache so kraftvoll, schlicht, tief eindringlich, so Auge in Auge, daß man ihm nicht ausweichen kann — noch will.

Verlag der Kongregation der Pallotiner-Limburg/Lahn: „Die Reichtümer des göttlichen Herzens Jesu. Gedanken und Erwägungen zur Herz-Jesu-Litanei“ von Joseph Lucas P. S. M. Pr. geb. 16 M. Der auf diesem Gebiete schon bekannte Verfasser kann eines weiteren Kreises dankbarer Empfänger so gut wie gewiß sein. Wer das geistig durchleuchtete, ganz der einen großen Liebe hingegebene Buch prüfend in die Hand genommen hat, wird es genauer kennen lernen wollen, auch jener, der für das „Herz Jesu“ „Heilandsliebe“ setzen möchte, denn gerade die ist es ja, die hier alles mit Ewigkeitslicht erhellt. — Der Inhalt des Werkes gliedert sich in Hauptabschnitte nach den Einzelanrufungen der Herz-Jesu-Litanei. Der Schluß bringt das Kapitel „Die Familienweihe an das Herz Jesu“. Mit Recht rühmt die Verlagsanzeige: „Ein Buch für innerliche Seelen, ein Herz-Jesu-Familienbuch im besten Sinne des Wortes.“

Der Verlag Heinrich Rohr-Papenburg (Ems) sandte den Sammelband einer lyrischen „Kraft“: „Blühende Welt. Lieder und Balladen“ von Lüning. Pr. geb. 6 M. An dem Namen mag man herumrätseln, an dem Talent, das er vertritt, kaum. Ich wenigstens hatte große Freude an der hier zutage getretenen Bekundung. Stärke, Tiefe, Innigkeit, klare, schöne Form, Licht, Duft und Wärme, Geigen-, Lauten- und Harfenton: das alles spricht uns daraus an, kommt in unser Eigenstes, läßt uns sobald nicht wieder los. Diese Lieder wurden, weil sie leben mußten. Kein Wunder, daß ihr Sänger, in dem wir wohl eine Frau vermuten dürfen, in dem Gedichte „Wildwuchs“ zu dem Schlusse gelangt: „Ach manchmal will mir scheinen, für sie nur ging ich meines Lebens Gang.“ Auf „Lüning“ sollten wir merken lernen.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Vorgänge in Schrekers Mysterium „Das Spielwerk“ habe ich im vorigen Hefte aufgeführt und bereits angedeutet, daß eine befriedigende Ausdeutung der symbolischen Dichtung kaum gelingen kann. Ich sehe darin einen der Gründe, daß man sich für dieses Kunstwerk nicht sehr stark zu erwärmen vermag (bei allem künstlerischen Interesse für Einzelheiten). Die Liebe hat bei Schreker im Gegensatz zu Wagner nicht die erlösende Kraft, sie ist ihm brutaler Naturtrieb, der durch kein Hindernis aufgehalten, selbst durch Tod und Vergehen seine Ziele verfolgt. Dazu kommt eine Vorliebe für das von der Norm abweichende ungesunde der „Gezeichneten“, die krankhafte Sehnsucht der Prinzessin nach tötender Freude. Die Frauen Schrekers entbehren nicht des Zaubers, aber sie tragen die Zeichen einer Zeit des Verfalls, sie sind weit entfernt von dem Ideal, das Goethe mit den Worten Jungfrau, Mutter, Königin, Göttin in der letzten Szene der Faustdichtung aufgerichtet hat. — Die Handlung des Spielwerkes ist nicht nur schwer deutbar, ist gegenüber dem „Fernen Klange“ und den „Gezeichneten“ durch den Mangel an sinnfälligen Geschehnissen benachteiligt; der nicht durch das Textbuch vorbereitete Zuschauer dürfte sich kaum zurechtfinden. Das Lied der Mutter, durch welches der geisternde Geiger seiner Totenruhe wiedergegeben wird, ist melodisch das Reizvollste der Oper. Luise Willer sang es in ergreifender Schönheit, dagegen hat, wem der Reichtum der Schrekerschen Klangfarben bekannt ist, die schlichte Spielmannsweise, die das Spielwerk zum Ertönen bringt, ein wenig enttäuscht. Diese Klänge des Werkes „in herrlicher, glühender, unbeschreiblicher Art“, wie das Textbuch besagt, hat der Komponist in den „Gezeichneten“ übertroffen. Was Schreker an Feinheiten des Klanges, an Farbenmischungen bietet, habe ich bei den Besprechungen seiner früher gegebenen Opern willig anerkannt; die Gefahren der Auflösung und Stilverwilderung sind freilich vorhanden. Hier liegen insbesondere für die Schüler des gerade in leitende Stellung an die Berliner Akademie berufenen Tonsetzers Fußangeln. Bruno Walter ist für Schreker stets eingetreten. Auch diesmal wieder mit glänzendem Erfolge; wer Walters musikalische Leitung des Mysteriums miterlebte, hatte sicher einen großen Genuß; wer seine Interpretation der „Missa solemnis“ hörte, rühmt ihn nicht minder; wenn man aber bedenkt, daß Walter beide Riesenaufgaben, die künstlerisch nicht von ferne miteinander verglichen werden sollen, gleichzeitig „einstudierte“, so darf man billig über seine geistige Anpassungsfähigkeit staunen. Nelly Merz glaubte man zwar die „tollen Laster“ nicht, aber ihre Prinzessin war ein lieblicher Anblick, wie Märchenprinzessinnen sein sollen und gesungen hat sie vollendet schön. Schipper gab den Meister des Spielwerkes mit eindringlicher Wärme und blendenden Tönen, Wolf lieh dem jungen Spielmann seinen strahlenden Tenor. Jerger bot eine scharfprofilierte Gestaltung des bösen Gesellen und bei Gleß Kastellan durfte man sich, so spärlich die Rolle ist, an dem schönen Organ freuen. Die Gruppen der Pagen, Ritter, Mädchen und Frauen, der Bürger, Weiber und „allerlei Volk“ waren durch Fuchs Spielleitung lebensvoll bewegt. Das Bühnenbild Pasettis war nicht ohne Größe, allein das von Schreker gewünschte „etwas Unheimliche, Gespenstische“ trat nicht in jeder Tageszeit gleich stark hervor. Die heikle Szene mit dem transparent werdenden Hause, in welchem der im Sarge fiedelnde Tote sichtbar wird, erreichte die gewollte schaurige Totentanzstimmung nicht völlig. Der Beifall war gegenüber einer gemäßigten Opposition recht stark. Der Dichterkomponist konnte mit den Künstlern mehrmals erscheinen und durch Bruno Walters Hinzutreten schwoll der bereits abflauende Beifall nochmals zu kraftvoller Tonstärke. Als nächste Opernneuheit ist die Uraufführung von Walter Braunfels „Vögel“ geplant. Des weiteren sind vorgesehen „Schirin und Gertraude“ von Graener, die „Rauhensteiner Hochzeit“ von Waltershausen, „Die Krähen“ von Courvoisier, „Li-Tai-Pe“ von Frankenstein, ein Ballett „Der Zaubergeiger“ von Grimm. Neueinstudiert und ausgezeichnet wird „Iphigenie in Aulis“ von Gluck, nach längerer Pause sollen „Lakmé“ von Delibes, der „Prophet“ von Meyerbeer und Lortzings „Wildschütz“ erscheinen.

Verschiedenes aus aller Welt. Klemens von Frankensteins Oper „Li-Tai-Pe“ hatte in Hamburg einen großen Erfolg. Sehr beifällig aufgenommen wurden in Dresden „Sonnenflammen“ von Siegfried Wagner. — Den Kampf um die Krone zwischen König Heinrich VII. von England und dem Prinzen Richard von York, den schon Schiller vorübergehend beschäftigt hat, behandelt Hermann Burte in seinem in Karlsruhe uraufgeführtem Drama: Warbeck. Gerade, weil der Held des Dramas größere Forderungen an Menschlichkeit und Sittlichkeit stellt, als sein Gegner, muß er nach des Dichters Anschauung im politischen Kampfe unterliegen. — Puccinis Oper „Die Schwalbe“ scheint Wien stärker angesprochen zu haben, als in Italien. Bei einem Wiener Aufenthalt vor dem Kriege hat der Komponist den Wunsch geäußert, dem Wiener Walzer Aehnelndes zu schreiben. Die Textdichter Willner und Reichert gaben ihm hierzu Gelegenheit. Die Handlung der „Schwalbe“ ähnelt der Bohème. Die Musik zeigt deren lyrische Süßigkeit verbunden mit reizvollen Walzern. Die Partitur findet stark widersprechende Beurteilungen. Die Aufführung in der Wiener Volksoper wird gelobt. Auch die Wiener Staatsoper glaubte den Italiener zu gleicher Zeit durch die Uraufführung dreier Neuheiten ehren zu wollen. „Der Mantel“ ist eines jener veristischen Einakter im Cavalleriageschmacke. Die blühende Melodik wird gerühmt; die

Aufnahme war mäßig. „Schwester Angelika“ handelt von einer Nonne, die Gift nimmt, durch die Erscheinung der Muttergottes von ihren Seelenqualen erlöst wird. Die Musik arbeitet hier nach Berichten mit den stärksten, theatralischen Mitteln. „Gianni Schicchi“ ist eine Buffooper. Die Handlung ein bäuerlicher Erbschaftsstreit, die Musik an altitalienische Vorbilder anknüpfend, schlägt ein echtes Lustspieltempo an.

In der wissenschaftlichen Sektion des Kath. Frauenbundes hielt D. P. Expedit Schmidt O. F. M. zwei Vorträge über „Das Ringen um den Heiland in der dramatischen Dichtung“. Vom Passionsspiel des Mittelalters führte er seine Zuhörer über die Versuche des 17. und 18. Jahrhunderts zu den Jesusdichtungen von Wagner und Hebbel und den neuesten Gestaltungen des Stoffes. Er wies nach, daß ein lebenskräftiges Jesusdrama nicht möglich sei ohne die Auferstehung als auch künstlerisch einzig befriedigenden Abschluß. Danach richtet sich das Urteil über die zahlreichen neuesten Christus- und Passionsspiele.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Markvaluta und Ententetaktik — Das neue deutsche Wirtschaftsprogramm — Neubildung von Bank- und Industrieriesenkonzernen.

Von dem Ausfall der amerikanischen Wahlen und namentlich von der Person des neuen Präsidenten Harding verspricht man sich in deutschen Finanz- und Handelskreisen vor allem eine weitere deutsch-amerikanische Wirtschaftsannäherung. Man erhofft dadurch letzten Endes eine, wenn auch langsame Besserung in der Bewertung unserer Markvaluta. Bisher ist jedoch das Gegenteil festzustellen; der Markkurs bewegt sich weiterhin stark abwärts; die Auslandsdevisen nähern sich in erschreckendem Mass den Höchstkursen, wie sie in den ersten Monaten dieses Jahres zu verzeichnen waren. Es ist dies nicht zu verwundern. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft sind seit jener Zeit, von Unterbrechungen abgesehen, nicht geringer geworden, haben sogar auf manchen Gebieten besondere Verschärfungen erfahren. Durch die Lage der inneren Politik und nicht zuletzt durch das Vorgehen Frankreichs, um Deutschland überall und jederzeit zu demütigen und zu schwächen, haben sogar diese Schwierigkeiten vielfach akute Formen angenommen. Gegen die Gefahr einer gewaltsamen Besetzung unseres rheinisch-westfälischen Industriereviers durch französische Streitkräfte richtet sich eine scharfe Kundgebung des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Man beachte ferner das neuerliche Verhalten der Entente in der Frage der Einwohnerwehren, die Forderung von Milchkühen! Für die Bewertung der Kursgestaltung unserer Markwährung sind ausserdem belastend die grossen deutschen Auslandszahlungen für die Versorgung an Brotgetreide und Mehl. Man rechnet hierfür für die laufende Ernährungsperiode mit dem ungeheuerlichen Betrag von 15—20 Milliarden Mark. Anderseits ist nicht zu übersehen, dass uns aus den Leistungen aus dem Kohlenabkommen von Spa Kreditbeträge in einer stattlichen Höhe zu Hilfe kommen werden, ferner, dass durch die vielfachen Bestrebungen der deutschen Grossindustrie doch früher als man glaubt, mit einer ganz erheblichen Förderung der deutschen Exporttätigkeit und dadurch mit der Möglichkeit der Beschaffung von grossen Auslandsguthaben gerechnet werden kann.

Das neue deutsche Wirtschaftsprogramm enthält gerade nach dieser Richtung hochwichtige Pläne für die Kreditbeschaffung für industrielle Unternehmungen — im Gegensatz zur ursprünglich gedachten Form mit Hilfe der Grossbankwelt. Auch die einschneidenden Einzelheiten dieses Programms für die Ernährungspolitik und namentlich, was die Aenderung im Verkehrswesen — Eisenbahnen, Wasserstrassen, Luftverkehr, Post, Telegraph und Telephon — betrifft, dienen hoffentlich nicht nur der Stärkung der Reichsfinanzen, sondern in erster Linie auch der Förderung der Gesamtwirtschaft. Ob jedoch die geplante neuerliche Erhöhung der Eisenbahntarife dazu angetan ist, kann füglich bezweifelt werden. Gleichzeitig und ebenfalls mit dem Endziel, Deutschlands Wirtschaft zu kräftigen und wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, wird von unserer Grossfinanz und Grossindustrie der zielbewusste Plan fortgesetzt, durch Kapitalmehrungen und Konzernvergrösserungen mit dem Ausland Schritt zu halten. Namentlich soll dadurch gegen die Ueberfremdung durch das Ausland in den verschiedensten Industriezweigen ein entsprechendes Gegengewicht geschaffen werden. Von zahlreichen solchen Finanztransaktionen seien hier nur die wichtigsten erwähnt: die deutsche Bank beschliesst die Erhöhung ihres Grundkapitals um 125 auf 400 Millionen Mark unter fusionsweiser Uebernahme von Provinzbanken zu Hannover, Braunschweig und Gotha nebst den verschiedenen Filialen. Eine Reihe grösserer und angesehener Berliner Privatbankfirmen vereinigt sich zu gemeinsamen Geschäftsabwicklungen. Namentlich zahlreich sind die Finanzpläne innerhalb unserer Industrie. Hochwichtig ist hierbei der nunmehr zustande gekommene wirtschaftliche Riesenkonzern der Siemens-Schuckert-Gruppe mit der sogenannten Rhein-Elbe-Union. Die Stinnes-Gruppe: Gelsenkirchner Bergwerk, Deutschluxemburger A.-G. bildet mit der genannten bayerisch-norddeutschen Elektrovereinigung einen mächtigen Faktor in der deutschen Wirtschaft. Dieser Zusammenschluss sichert vor allem die Möglichkeit, an Stelle der Rohprodukte und Halbfabrikate in ausgedehntem Mass Fertigerzeugnisse zu exportieren, bildet ausserdem ein wirksames Gegengewicht gegen die schädlichen Folgen der Konjunkturschwankungen für alle Beteiligten. Namentlich Arbeitern und Angestellten wird dadurch eine gleichmässige Beschäftigung gesichert. Die Industrie Bayerns erhält durch die Beteiligung der Schuckert-Elektrizitätsunternehmungen den wünschenswerten starken Einfluss auf die ihr seither fehlenden Mengen an Eisen und sonstigen Rohprodukten. Durch solchen Zusammenschluss, mag er auch in gewissen anderen Beziehungen zu kritisieren sein, wird das immer wieder hervortretende Verlangen, Rohstoffe und Halbfabrikate in weitestem Masse zu verfeinern und dem Ausland dadurch möglichst viel deutsche Arbeit anbieten zu können, erheblich gefördert. Die ohnehin und trotz aller Verwarnungen in stärkster Haussetendenz sich bewegenden Effektenbörsen gewannen aus solchen Finanzmeldungen naturgemäss neue Anregung zu vielfach unsinnigen Kurstreibereien.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.







In vergangener Nacht wurde der Teilhaber unserer Firma,

Herr

Fridolin Bachem

nach langjährigem Leiden aus diesem zeitlichen Leben abberufen. Wir haben in diesem hochbegabten, in seinen gesunden Tagen überaus arbeitsfreudigen Bruder einen hochgeschätzten Mitarbeiter und Berater verloren, der an der Entwicklung und dem Gedeihen unserer Firma, besonders an der Ausgestaltung der Akzidenz-, Buch- und Kunstdruckerei, mit allen Fasern seines Herzens hing. Sein letztes Werk war die Leitung der Neubauten der Geschäftshäuser in der Marzellenstrasse. Kurz nach deren Vollendung musste er im Januar 1901 infolge eines Augenleidens aus der praktischen Tätigkeit in der Firma ausscheiden. Sein Geist warmer sozialer Fürsorge, der seine ganze Arbeit durchwehte, hatte sich auch unter schwierigen Verhältnissen stets bewährt. Sein Andenken wird in unserem Hause immer hoch in Ehren gehalten werden.

Köln, den 4. November 1920.

Franz X. Bachem
Robert Bachem
in Firma J. P. Bachem.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Hausen G. m. b. H.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 47 · München, 20. November 1920. XVII. Jahrgang.

Zentralismus.

Von Landtagsabg. Pfarrer Wilhelm Vielberth, Mitterteich.

Gegenwärtig steht im Vordergrund das Schlagwort Zentralismus, Unitarismus im Gegensatz zu Dezentralisation und Föderalismus. Dahinter steckt aber viel mehr als bloßes politisches Gezänk, Bierpolitik und Kleinstaaterei. Es ist der Kampf der Weltanschauungen, der hier die Debatte lenkt. Die Ideengänge der modernen Kultur im Sinne des Liberalismus und Sozialismus stehen gegen die Grundsätze des Christentums.

Zentralismus und Unitarismus haben heute ihre besondere Bedeutung, die nicht durch irgendeinen Politiker und nicht durch irgendein Parlament bestimmt wird, sondern die als Folge der Leitgedanken der modernen Kulturentwicklung vor uns hintritt und die ihre Konsequenzen weiterziehen will. Jean Jaques Rousseau hatte den Staatsbegriff aufgelöst, als er die Individuen nur durch eine vertragsmäßig festg·legte Zentralgewalt zum Staat vereinigt sein ließ. Dadurch ist der Sinn der Staatsgewalt als Ausfluß der göttlichen Autorität zerstört: Gesetzgebung und Regierung werden das Produkt der freien Uebereinkunft vertragschließender Einzelpersonen; die Gesetzgebung hat ausschließlich den Willen dieser Personen, die sich aus eigenem Ermessen zum Staat vereinigen, zu respektieren. Vom göttlichen Gesetz, dessen Ausfluß die Staatsgesetze sein sollen, ist keine Rede. Die nächste Folgerung ist die Absolutheit, die Souveränität des Volkes. Eine unendliche Reihe von Konsequenzen liegt in dieser, der christlichen direkt entgegengesetzten Auffassung. Fichte spricht in diesem Sinn den Grundgedanken ganz richtig aus, wenn er sagt, keinem Menschen könne ein Gesetz gegeben werden, ohne von ihm selbst. „Läßt er von einem fremden Willen sich ein Gesetz auferlegen, so tut er auf seine Menschheit Verzicht und macht sich zum Tiere." Darum ist ihm eine „Volksrevolution" in Wirklichkeit keine Revolution, es ist ja nur eine dem Volkswillen entsprechende Veränderung im Staate. Das Volk ist in der Tat und nach dem Rechte die höchste Gewalt, sagt er und setzt bei: die Gott allein verantwortlich ist. Aber dieser Gott, dem Fichte ein Kontrollrecht des Volkswillens einräumt, ist nicht etwa der persönliche Christengott, der Gott der Bibel und Ueberlieferung, sondern der pantheistische, der mit der Welt identisch und dessen höchster Ausfluß ist, dessen Frucht der Mensch ist. Dadurch bekommt die Sache sofort ein ganz anderes Gesicht. Mit dem Christentum hat dieser Gottesbegriff absolut nichts zu tun. Der Mensch ist Gesetzgeber und Richter in ein und derselben Person. Die französische Revolution hatte auf Grund der freien Selbstbestimmung des Individuums die alte christlich-monarchische Gesellschaftsordnung zerschlagen und dafür die liberal-republikanische gesetzt, gemäß derer sich der Staat aus unter sich völlig gleichen, nur sich selbst verantwortlichen Individuen zusammensetzt. Die Antwort in der Praxis des Lebens war die Staatsallmacht, die zwangsweise der widerstrebenden Natur Gewalt antat und die Individuen auf dem Weg der Gesetzgebung und mit Blut und Eisen gleichmachte. Die ganze Geschichte des Liberalismus ist ja nichts anderes als eine Verhöhnung seiner eigenen Theorie von der Freiheit. Der gepredigte Individualismus gebar naturnotwendig den Egoismus und sobald dieser gefährdet war, mußte der liberale Staat sofort absolutistisch und unitarisch werden." „Und der König absolut — wenn er unsren Willen tut!"

Die französische Revolution mit ihren Ideen und Auswirkungen ist Sache des Liberalismus. Den bedeutendsten Fortschritt auf dem liberalen Boden bringt nun der Sozialismus. Hier ist es Hegel, der die Drehscheibe zum Sozialismus bietet. Die höchste Erscheinungsweise des Weltgottes ist die organisierte menschliche Gesellschaft, der Staat. Die Individuen werden zusammengefaßt zu einer einzigen großen Persönlichkeit verschmolzen, dem Staatsgott. Sie geben ihre Qualitäten als Persönlichkeiten auf zugunsten der Gesellschaft, die nun ihrerseits die Sorge für die einzelnen übernimmt, das Ausmaß der Pflichten und Rechte der einzelnen gleichheitlich festsetzt. Der Grundgedanke, der sich augenblicklich durch die weitesten Schichten des Volkes zieht, daß der Staat für alles verantwortlich sei und für alles zu sorgen habe, daß es seine Pflicht sei, dem einzelnen die Sorgen einfach abzunehmen, ist eine Folge des Hegelschen Gesellschaftsprinzips. Die Gesetzgebung uniformiert von oben herab das ganze Volk; der „Volkswille" bestimmt für alle die kleinen Steinchen, die den Staatsgott aufbauen, die Lebensäußerungen, umfaßt ihre Kräfte, Leistungen, ihre Gedankenwelt sogar. Das ist Unitarismus und Zentralismus im modernen, durch die Ideenentwicklung festgelegten Sinn. Das ist Versklavung im größten denkbaren Maßstab.

Die Idee wächst naturnotwendig im Verlauf ihrer Konsequenzen über die Grenzpfähle des Einzelstaates hinaus zur Internationale, zum Weltstaat. Der Einzelstaat spielt ja nur die Rolle des Individuums seines Bereiches der Gesamtmenschheit gegenüber. Er verschwindet zugunsten der Internationale. Es liegt ein gigantischer Gedanke im Weltbolschewismus Lenins, in der Weltrepublik der Freimaurerei, wohl auch im Völkerbund nach Wilsons Idee. Wie die niemals vollendete Kaiseridee des Römischen Reiches Deutscher Nation strömen die drei weltumfassenden Pläne zusammen in der Verbrüderung aller Menschen, in der Sammlung der Gesamtmenschheit. Der Gedanke könnte von unberechenbarem Segen für die Welt sein. Ausgeführt aber nach den sozialistischen Ideen, wie sie nun einmal als Resultat der modernen Entwicklung vor uns treten, würde ihn der Fluch begleiten. Geistesknechtschaft, Weltversklavung würde das Ende sein, eine unerhörte Nivellierung der Lebensäußerungen der Menschheit, eine kulturelle Zwangswirtschaft, die den Tod aller Kultur zur Folge hätte. Der Abfall vom persönlichen Gott führt zur Tötung der Persönlichkeit, der Familie, des Staates. Er treibt konsequent zum Weltstaatgötzen und der zieht mit Maßstab und Richtscheit durch die Menschen, alles gleichmachend, alles zwangsmäßig nivellierend. Die Proletarisierung der Welt, die Selbstversklavung des Menschengeschlechtes!

Der Liberalismus in seiner früheren herrschenden Gestalt ist abgelöst durch den Sozialismus, der sich anschickt, die Welt zu erobern. Wird er Aussicht haben auf Erfolg? Die große Masse, die sogenannten Gebildeten mit eingeschlossen, sehen die Hauptgefahr des Sozialismus in seiner wirtschaftlich-kommunistischen Idee. Sie bekämpfen fast durch die Bank die ökonomische Seite desselben. Sehen wir die großen bürgerlichen Blätter auf diesen Gesichtspunkt hin durch, zergliedern wir die parlamentarischen Verhandlungen, hören wir die Vereins- und Volksredner, das Urteil der großen Menge, wir stoßen überall auf die Furcht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, den die Grundlagen des Marxismus bringen müssen, wobei Rußlands Beispiel den Beweis liefert. Es ist äußerst kurzsichtig und oberflächlich gedacht, den Vorstoß des Sozialismus gegen die Menschheitskultur nur in seinen wirtschaftlichen Forderungen zu sehen. Der Wirtschaftsbolschewismus wird ebenso wie der deutsche Moskowiter-

radikalismus verschwinden. Aber die Weltanschauung des Sozialismus, der Gegensatz gegen das Christentum, wird bestehen. Jener Hegelsche Gedanke von der Göttlichkeit der Gesellschaft, jener ungeheuerliche Zentralismus des modernen Weltstaates wird weiterbestehen. Grundfalsch und geradezu verhängnisvoll ist es, die weltanschauliche Seite des Sozialismus hinter der wirtschaftlichen zurücktreten zu lassen in der Beurteilung.

Marx hat den Gedanken Hegels von der Göttlichkeit der menschlichen Gesellschaft zur Grundlage seines Systems gemacht, entwicklungstechnisch, wenn wir das Wort im Sinn des logischen Fortschreitens des großen historischen Irrweges der modernen Menschheit gebrauchen dürfen, ganz richtig: die Gesellschaft ist absolut, ist souverän, ist Ursprung und Norm von Gut und Böse, ist Gesetzgeber und Richter in ein und derselben Beziehung. Ueber sie hinaus gibt es keine Instanz mehr. Hobbes, Rousseau, der gesamte Liberalismus, ohne dessen Gedankengänge ja der Sozialismus unmöglich wäre, werden auf festen Boden gestellt, verankert in der monistischen „Gottesidee". Der materialistische Einschlag kam erst in zweiter Linie in den Wesenskern des Sozialismus, bedingt durch geradezu zufällige Momente. Er kann zugunsten irgendeines anderen monistischen Systems, deren Zahl ja so groß ist als die Welterklärungsversuche ohne Gott, zurücktreten. Aber die Grundlage des reinen Diesseits, der Atheismus im Sinn der göttlichen Staatsomnipotenz wird bleiben. Und das ist die ungeheure Kulturgefahr der Zukunft.

Vergessen wir nicht, welch gewaltige Anstrengungen der Monismus vor dem Krieg machte, um die Bezeichnung als „Religion" zu erzwingen! Die Weimarer Verfassung hat ihn bereits mit den Rechten der Religionsgesellschaften ausgestattet und der Sozialismus muß, seinem Wesen gemäß, den Monismus hüten als Fleisch von seinem Fleisch, weil er selbst Monismus ist, um seine zentralistische Idee von der Göttlichkeit der Gesellschaft durchzusetzen.

Nun nehmen wir die religiös indifferent gewordenen Kreise in Deutschland in Augenschein, zählen wir dazu die Massen in den anderen Kulturländern, denen ebenso der Nationalismus, der seinerseits aus dem Ausgangsprinzip des großen Irrweges, der freien Forschung, herausgewachsen ist, jeden positiven Glauben an den persönlichen Gott genommen hat, und wir werden die Riesengefahr ermessen, die der Menschheitskultur droht. Wer einigen Einblick in die sozialistische Broschürenliteratur hat, wer die in allen Ländern gleichlautenden Einwände der sozialistischen Diskussionsredner kennt, wer den Geist in den sozialistisch verseuchten Massen beobachtet, der stößt Schritt für Schritt auf die alten Bekannten aus jener armseligen Zeit der rationalistischen Aufklärung, die, wie keine andere, volksverdummend gewirkt hat. Göhre hat ja in seiner vorsozialistischen Zeit die literarische „Aufklärungsarbeit" der Sozialdemokratie am deutschen Arbeiterstand trefflich geschildert. Es sind Samen, die unbedingt ihre giftigen Früchte bringen müssen. Wehe der Welt, wenn sie ungehindert, durch die Staatsgewalt begünstigt und geschützt, in die Erscheinung treten.

Noch zehrt sowohl das Heer der Halbgebildeten, das noch immer im Bannkreis des liberalen Gedankens steht, als die sozialdemokratische Arbeitermasse vom Geist des Christentums, den Erziehung und vorrevolutionäre Schule in ihre Herzen gelegt haben und der sich unbewußt immer wieder geltend macht. Aber laßt einmal die Jugend durch die monistische Schule des zentralistischen Staatsgottes gegangen sein, laßt einmal den Dekalog und seine übernatürliche Begründung gründlich aus ihrem Bewußtsein verschwinden, laßt den monistischen Schullehrer des Sozialismus Herr sein in der Schule, ausgerüstet mit den absoluten Machtmitteln des omnipotenten Staatsgottes! Dann steigt über der Welt die rote Glut der Nietzscheschen Prophezien auf, dann strahlt sie wider im düsteren Schein der Feuerbrände, die in der Hölle angezündet sind!

Das ist letzten Endes der Sinn des modernen Zentralismus. Er hat seine ganz besondere Bedeutung. Er ist nicht irgendein Zusammenfassen aller nationalen Kräfte, wie sie die Menschheitsgeschichte oft und oft erlebt hat. Er ist Weltanschauung.

Der bayerische Kampf gegen den Unitarismus und Zentralismus des Reiches ist nicht engherziger Partikularismus, nicht kleinliche Rechthaberei und Sonderbündelei, er ist ein Kampf um die Menschheitskultur. In diesem Sinne mögen uns die nichtsozialistischen Kreise Deutschlands und schließlich der Welt verstehen, insbesondere am Rhein, im übrigen Süddeutschland und in Oesterreich.

Der hl. Thomas von Aquin und die Frage der Sozialisierung.

Von Dr. phil. et theol. Hilfrich, Wiesbaden.

In manchen katholischen Kreisen beruft man sich zur Rechtfertigung der Sozialisierungsbestrebungen unter anderm auch auf die Autorität des hl. Thomas, des hervorragendsten Lehrers unserer hl. Kirche. Es würde ohne Zweifel eine zu Recht bestehende Berufung auf den hl. Thomas von größter Bedeutung und geeignet sein, die rechtsstehenden Kreise mit der gegenwärtigen Richtung des Zentrums zu versöhnen, die nicht aus Interessenpolitik, sondern aus der Unerschütterlichkeit der rechtlichen und sittlichen Ordnung Bedenken hegen.

Der hl. Thomas behandelt die Frage des Eigentumsrechtes in der Summa theologica im 2. Bande des zweiten Teiles (IIa IIæ q. 56 a.1 und a. 2) bei dem Abschnitte über die Tugend der Gerechtigkeit. Im ersten Artikel dieser Abhandlung stellt der hl. Thomas die Frage, ob der Mensch seiner Natur nach berechtigt sei, äußere Güter zu besitzen und beantwortet dieselbe in dem Sinne, daß Gott der höchste Herr der Natur sei, daß aber der mit Verstand und Wille begabte Mensch dazu bestimmt sei, in Unterordnung unter Gott, die Güter der Natur zu besitzen. Im zweiten Artikel stellt der hl. Thomas die Frage, ob in Ausübung dieses den Menschen zustehenden Naturrechtes der einzelne Eigentum als Privatbesitz haben dürfe und stellt in dieser Frage in Anlehnung an einen Ausspruch des hl. Augustinus im Buche über die Häresien (hæresis 40.) über die Sekte der „Apostoliker", die sich selbst anmaßend so nannten, weil sie unter Berufung auf die apostolische Kirche Verheiratete und Eigentumsbesitzende in ihre Gemeinschaft nicht zuließen, den Standpunkt der Kirche dar mit den Worten: „Deshalb sind diese Apostoliker Häretiker, weil sie von der Kirche sich trennend behaupten, diejenigen hätten keine Hoffnung auf den Himmel, die die irdischen Güter genießen, deren sie sich enthalten; es ist also Irrlehre (erroneum) die Behauptung, es sei dem Menschen nicht erlaubt, Privateigentum zu besitzen."

Zum Beweise dieser Lehre der Kirche führt der hl. Thomas dann die folgenden Vernunftgründe an: „Bezüglich der äußeren Güter kommt dem Menschen Zweifaches zu, wovon das Eine in dem Rechte, die Güter zu verwalten und darüber zu verfügen besteht (potestas procurandi et dispensandi), und in dieser Beziehung ist es erlaubt, daß der Mensch Privateigentum besitzt, ja es ist notwendig zum menschlichen Leben aus drei Gründen: Erstens weil jeder mehr besorgt ist, etwas zu bewirken, was ihm allein zusteht, als wenn es Gemeingut aller oder vieler ist; denn dann überläßt jeder, die Mühe scheuend, dem andern das, was Gemeinverpflichtung ist, wie zu beobachten ist bei gemeinsamer Arbeit einer Menge von Dienerschaft. Zweitens, weil die Angelegenheiten der Menschen mehr geordnet sind, wenn dem einzelnen eine ihm eigentümliche Aufgabe zugestellt ist; es gäbe Verwirrung, wenn jeder nach Belieben ohne Abgrenzung Beliebiges tun wollte. Drittens, weil dadurch mehr der Friede der Menschen erhalten bleibt, indem jeder mit seinem Besitze zufrieden ist; und so sehen wir, daß bei denen, die gemeinsam und unabgegrenzt etwas besitzen, Streitigkeiten am häufigsten sind.

Das Zweite, was dem Menschen bezüglich der äußeren Güter zusteht, ist der Gebrauch (usus), und in dieser Beziehung darf der Mensch die äußeren Güter nicht als Eigentum betrachten, sondern als Gemeingut, in dem Sinne, daß man bei fremder Not dieselben leicht mitteilt; deshalb heißt es im ersten Briefe an Timotheus, Kap. 6,13: Den Reichen in dieser Welt gebiete, . . . freigebig und mitteilsam zu sein."

Aus dieser Klarlegung des hl. Thomas dürfte hervorgehen, daß man sich zur Rechtfertigung der Sozialisierungsbestrebungen auf denselben nicht berufen kann, und das um so weniger, wenn man bedenkt, daß dem hl. Thomas durch das kirchliche Ordensrecht und durch die eigene Erfahrung im Kloster das Gemeinschaftsleben nicht unbekannt war, daß er die Uebertragung der Grundsätze des christlichen Strebens nach Vollkommenheit als verpflichtende Norm auf das wirtschaftliche Weltleben als Irrlehre bezeichnet. Der hl. Thomas kannte zwar nicht unsere heutige Industrie, wohl aber den Großgrundbesitz, der ja nach der Auffassung vieler auch zur Sozialisierung „reif" sei. Will man nun die Sozialisierung als einen „Fortschritt" im Wirtschaftsleben bezeichnen und deshalb dieselbe fordern, so kann man, von der Frage, ob es ein wirklicher Fortschritt sei, abgesehen,



sich in dieser Auffassung nicht auf den hl. Thomas berufen, da derselbe die privatrechtliche Ordnung der Erdengüter nicht bloß für erlaubt, sondern im Interesse des Fortschrittes, der Ordnung und des Friedens für notwendig hält. Wer für die Sozialisierung eintritt, muß sich gegen den hl. Thomas wenden und seine Gründe bekämpfen..

Der starre Eigentumsbegriff, der als Fundament der bürgerlichen Ordnung unumstößlich sein muß, wird in der Praxis gemildert durch den Geist des Christentums, der uns in der Zeit der Not von dem Ueberflusse mitteilen lehrt. Die christliche Moral ist in dieser Beziehung strenger als manche Besitzende annehmen, und gerade dadurch großzügig und konservativ wirkend, insofern durch echte christliche Liebe großmütig gesorgt und der Verelendung und damit dem Geiste des Umsturzes vorgebeugt wird. Wer die Theorie des hl. Thomas und die gegenwärtigen Sozialisierungsforderungen vergleicht, findet einen großen Gegensatz: die moderne Bewegung fordert Sozialisierung der produktiven Güter und will je nach dem System die Produkte selbst dem einzelnen lassen, der hl. Thomas erklärt das Privateigentum der produktiven Güter im Interesse des Fortschrittes, der Ordnung und des Friedens für notwendig und räumt der Gemeinschaft in der Zeit der Not das größte Recht an den Verbrauchsgütern ein. Der Auffassung des hl. Thomas würde deshalb in Anwendung auf unsere heutige Not eine hohe, stark progressiv gestaffelte Einkommensteuer entsprechend sein.

Auf den hl. Thomas sich in der Frage der Sozialisierung zu berufen, dürfte als unzutreffend erwiesen sein.[1])

Gelten seine Gründe auch noch unter den heutigen Verhältnissen? Der hl. Thomas spricht offenkundig nicht von einer zufälligen, dem Wechsel unterworfenen Erscheinung, sondern er spricht von einer Rechtsordnung, die in der Natur des Menschen begründet ist, und die deshalb auch solange zu Recht besteht, als die Natur des Menschen dieselbe bleibt, eine Ordnung, die von keinem technischen Fortschritt überholt werden kann. Die drei Gründe des hl. Thomas dürften deshalb auch heute noch den finanziell Unbeteiligten zu überzeugen geeignet sein. Es bleibt bestehen der Beweis aus der Natur des Menschen. Es ist unvollkommen, ja unedel, wenn jemand um seine privaten Interessen mit größerer Opferwilligkeit sich bemüht als um das Glück der Allgemeinheit; aber dieser beschämende Zustand ist doch leider bei der Masse der Menschen eine gerade unter der Freiheit der Revolution offenkundige Tatsache. Wenn das Christentum die Neigungen der verderbten Natur im Herzen zwar schwächen, aber nicht ausrotten kann, dann wird eine nur mit dem Diesseits rechnende Erziehung unsere Schwächen erst recht nicht beseitigen. Es bleibt bestehen der zweite Beweis aus der Ordnung: je größer der Gemeinbesitz und Gemeinwirtschaft ist, um so größer die Gefahr des Cliquenwesens, der Bestechlichkeit und „Schieberei“. Der dritte Beweis, daß die privatrechtliche Ordnung mehr dem Frieden dient, wird zunächst Widerspruch finden. Besteht ja doch heute die größte Unzufriedenheit mit der privatrechtlichen Ordnung. Gewiß, die Unzufriedenheit ist so groß, daß nach der politischen Revolution eine wirtschaftliche Umwälzung bevorsteht. Die Unzufriedenheit hat ihre Ursache in dem allgemeinen, durch Krieg und Revolution herbeigeführten Elend und in manchen Ungerechtigkeiten und Herzlosigkeiten von seiten der Besitzenden und die auf diese Weise leicht erregbare Masse wird von Ideenfanatikern und Parteifunktionären zum Sturme gegen den Privatbesitz geführt. Die Unzufriedenheit besteht; aber die Frage muß lauten: ist die Sozialisierung ein Mittel, die Unzufriedenheit zu heben? Oder wird es mit dieser Erwartung gehen, wie mit dem Versprechen vor der politischen Revolution, daß die Demokratisierung uns Frieden, Freiheit und Brot bringe? Der Sozialismus, mit Konsequenz durchgeführt, kann Fleiß und Geschick nicht anspornen, muß deshalb zur Teuerung führen und wird, wenn seine Ideale sich als unwirksam erweisen, auch bei uns zum Leninschen Zwangssystem kommen. Die Sozialisierung dürfte der ungeeignetste Weg zum Frieden eines Volkes sein.

Wenn die Sozialisierung nicht der richtige Weg ist, dann muß wohl auch die Auffassung derjenigen abgelehnt werden, die die Sozialisierung für wirtschaftlich verkehrt, aber aus volkspsychologischen Gründen zur Beschwichtigung und Versöhnung für notwendig halten. Denn es kann nicht zur wahren Versöhnung führen, wenn man einen falschen Weg führt. Hier gilt das Wort: Je mehr er hat, je mehr er will, nie schweigen seine Klagen still.

Die heutigen Sozialisierungsbestrebungen auf dem Wege der Enteignung lassen sich auch nicht begründen mit dem Hinweis auf die Enteignung, die bisher im Interesse der öffentlichen Weg- und Bahnanlagen für erlaubt galt. Denn hier handelt es sich um eine Ausnahme, die das Eigentumsrecht mehr erhärtet als zerstört — exceptio firmat regulam — bei der Sozialisierung handelt es sich um ein System, dessen Grundgedanke ist, daß das Eigentum an Grund und produktiven Gütern Unrecht sei! Diese Auffassung ist nach dem hl. Thomas eine Irrlehre und steht mit der ganzen Praxis der Kirche in der Auslegung des siebenten Gebotes Gottes und der Verwaltung des Bußsakramentes in Widerspruch. Die Sozialisierung des Bergbaus angenommen, ist ein Prinzip angenommen, das nicht nach mehr oder minder fragt, sondern das sich in seiner ganzen Konsequenz im Leben eines Volkes auswirken wird. Principiis obsta! Auch die Staatsgewalt hat nach christlichen Grundsätzen ihre Grenzen.

Die wahre Lösung im Verhältnis von Kapital und Arbeit wird nur gefunden werden können, wenn der Unternehmer, entsprechend der Mahnung des hl. Paulus „freigebig und mitteilsam zu sein“, seine Arbeiter an den gemeinsamen Errungenschaften teilnehmen läßt, soweit die Rücksicht auf die Betriebsfähigkeit dies gestattet und wenn beiderseits der Geist christlicher Liebe waltet.

Die Begründung der Monarchie in Rußland.

Von Dr. Färber, München.

Es gibt Menschen, die hysterisch werden, wenn sie das Wort Monarchie hören. Es sind Menschen, die blind für Vergangenheit und Gegenwart das Gute der Monarchie, auf dem sie doch alle aufbauen, übersehen und im blinden Glauben an die Vorzüge der miserabelsten Demokratie nur die Schattenseiten der Monarchie herauszufinden wissen. Wenn wir aber gar vom monarchischen Problem in Rußland reden, begleitet uns mitleidiges Lächeln: Rußland und Monarchie! Rußland, das Land des Bolschewismus, die Heimat der dritten Internationale!?

Unbekannt und unbedeutend lebten einst die Bewohner des heutigen Rußland jenseits der Einflußsphäre römischer Kultur und Politik. Ein Volk, das nach den Beschreibungen alter Schriftsteller und den Fingerzeigen, die verstreut in der Literatur sich finden, zwar sehr viel gute Eigenschaften besaß, aber doch vorwiegend Eigenschaften nicht staatsbildender Natur. Schon die große Zwiespältigkeit im russischen Wesen, die überall vorhandene Antithese von Böse und Gut, insbesondere aber die Liebe zur Ungebundenheit, nicht zur Freiheit, sondern zur Gesetzlosigkeit, ein auffallender Mangel am Streben nach Fortschritt und Entwicklung, nicht im Sinne des Konservatismus, sondern im Sinne einer grenzenlosen Passivität. Diese Passivität ist nicht Phlegma. Der Steppencharakter der Russen, von der Unberührtheit sowohl durch römische als auch durch asiatische Kultur herrührend, ist ein seltsames Gemisch von Stolz und Verachtung. Stolz ist sich der Bewohner der weiten, freien Steppe der Fähigkeiten bewußt, die ihn den Umwohnern nicht nur gleichstellen, verachtend aber schaut er auf die Umwohner, die nach seiner Ansicht Sklaven sind, denen die Einordnung in das bewußte Vorwärtsstreben — die Kultur, nichts gebracht hat als den Verlust des Schönsten auf der Erde, des Ungebundenseins. „Wir können es euch zeigen, was wir können“, ist ihr Gedanke, „wenn wir nur wollen und — es für angezeigt halten“.

Ich habe bei meinen Wanderungen durchs Dongebiet eindringlich die Eigenschaften des Russen studiert und rechne zum Russen, mit Ausnahme der fremden Kolonisten und Gewerbetreibenden, alle Bewohner Rußlands, die dort bis zum 10. Jahrhundert eingewandert sind. Das Dongebiet zeigt uns den urrussischen Charakter in voller Reinkultur. Dort leben fast nur Elemente, die — mit Erlaubnis oder ohne Erlaubnis der Moskauer Zentralregierung — ehedem sich ansiedelten, um auf ihre freie Art u. a. auch dem Grenzschutz zu leben. Haben die Donkosaken nicht etwa bewiesen, daß sie bei aller steppen-

[1]) Wer sich im Kampfe gegen das heutige Wirtschaftssystem auf den hl. Thomas berufen will, müßte die vom hl. Thomas (IIa IIæ qu. 78) begründete Unerlaubtheit des Zinsnehmens betonen. Wie weit die vom ganzen christlichen Mittelalter abgelehnte Idee des fruchtbringenden Kapitals, die trotz der Bekämpfung der Kirche in späteren Jahrhunderten das Wirtschaftsleben durchdrungen hat, für die heutigen Mißstände von Bedeutung geworden ist, mögen Fachgelehrte klarlegen.

artigen Zügellosigkeit, wenn sie wollen, gegen Türken und andere Ungläubige Großes leisten können? Waren sie nicht zu Zeiten die beste Stütze, ja die Stütze der Monarchie? Man mußte sie nur zu behandeln wissen. Wer aber diese Menschen sich ansieht, der bekommt die Ueberzeugung, daß sie bei aller körperlichen und geistigen Fähigkeit von sich aus niemals zu einer Staatsbildung oder einem Fortschritt gekommen wären — ohne die feste Staatsgewalt, die Monarchie. Warum? Weil sie das nicht für nötig hielten und gerne in ihrem „Urzustand" weiterlebten. Es ist kein Zufall, daß Rußland erst auftauchte aus dem Dunkel nichtssagender Vergangenheit, als die Stammesführer sich entschlossen, von auswärts sich Herren zu verschreiben.

„Unser Land ist reich, aber ohne Ordnung . . . kommt und herrscht über uns." Mit diesen Worten beginnt das, was man als russische Geschichte bezeichnen kann. Mag sich die Gesandtschaft an die Waräger, an die Huriks, wie immer sie will, zugetragen haben, die angeführten Worte aus Nestors Chronik sind als Selbsterkenntnis eigenen Unvermögens bezeichnend und eine Art Programm für die russische Entwicklung. Die Staatsbildungen der Rurikiden auf russischem Boden beweisen es, daß nur die Unterordnung, sei es auch gewaltsame, am besten aber unter geschickter Ausnützung der Eigenschaften der Bewohner aus dem russischen „Rohmaterial" etwas, ja Herrliches zu machen vermag.

Ohne die Rurikiden, ohne die monarchischen Ansätze unter den Rurikiden, wäre Rußland bis auf den heutigen Tag ein tatarisches Reich; denn die Tataren sind staatsbildender als der Russe der Vorrurikidenzeit. Die Tatarenherrschaft war trotz allem für Rußland ein Gewinn, weil der Druck von außen und innen den rurikidischen Großfürsten von Moskau erst die Möglichkeit gab, alle Russen zu einen und zum Kampf für Freiheit und christlichen Glauben, kurz zum Staatsganzen zusammenzuscharen. Ohne Rurikiden und ohne Tataren ist Rußland als Staat undenkbar.

Die Moskauer Selbstherrscher waren die Bringer aller Errungenschaften, ohne die Rußland immer noch in seinem Urzustand fortleben würde. Das Ende der Rurikidendynastie, der Schöpferin Rußlands, bedeutet ein jähes Zurückfallen des gesamten Reiches in das Urrussische, das Stadium der zentrifugalen Strömungen, der völligen Gesetzlosigkeit. Unter der Flagge der Freiheit bildeten sich Räuberbanden an allen Ecken und Enden, die mit den roten Garden von 1917—18 eine verzweifelte Aehnlichkeit haben. Rußland schien dem Untergange nahe. Da vermochte die polnische Invasion und die geschickte Einspannung einzelner Bandenführer[1]) durch zielbewußtere Politiker die Wiederherstellung der Monarchie und diese liquidierte in jahrzehntelangem Kampfe die mörderische Unordnung und stellte wieder normale Verhältnisse her.

Wer aber hat Rußland in die Reihe der Großmächte gestellt? Wer hat das Fenster nach Europa durchgebrochen und die russischen Schätze geistiger und materieller Art vom Banne gelöst? Doch niemand anders als der Waräger und große Monarch Peter, der mit dem Prügel das Rohmaterial formte. Ist es Zufall, daß die heroischen Anstrengungen Peters des Großen und seiner großen Nachfolger, kurz die Blütezeit der Selbstherrschaft, auch für Rußland der Anfang einer Blütezeit im wahren Sinne des Wortes waren? Gewalt und Fremdes haben Rußland groß gemacht.

Der Dank an die Monarchie jedoch ward vergessen und die regen, aber auch unsteten russischen Geister wandten sich im Abendlande, ihrer Urnatur entsprechend, mehr dem Zersetzenden, als dem Positiven zu. Das liberal protestantische, ungläubige und materialistische Deutschland sagte der eben erst aus der Wiege gehobenen russischen Intelligenz weit mehr zu als das katholische. Mit dem Instinkt des ordnungsfeindlichen Steppenmenschen sahen jene Russen, den Augen der wachsamen Obrigkeit entzogen, im Auslande einfach das nicht, was aufbauend war; man sah wohl die Resultate einer tausendjährigen aufbauenden Kultur, aber nicht die bildende Kraft und das einwohnende Ziel. Man kehrte in die Heimat nicht zurück, wie Peter der Große mit Kenntnissen und Aufbauwillen, sondern mit Haß gegen diejenige Institution, die unter unendlichen Schwierigkeiten den Grundstein zu aller Bildung und staatlichen Gestaltung in Rußland erst gelegt hatte, zur Monarchie.

Freilich war die Monarchie selbst mit an ihrem Untergang schuld. In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts leitete sie nicht mehr der alte Warägergedanke: Aufbau, Ausgestaltung und Erziehung des Landes. Auch nicht mehr die christlichen Ideen der heiligen Allianz oder der Türkenkriege. Allzusehr wucherten slawophile Gedanken, die sich vom russischen Wesen Wunder versprachen und dem Russentum eine Mission zudachten, statt stets sich zu erinnern, daß Rußland noch auf Jahrhunderte Erziehungsobjekt sein mußte ob seinem Wesen und seiner Vergangenheit.

Die Sünden und bodenlosen Ideen der Intelligenz und das Abweichen der Monarchie vom historischen Pflichtweg trieben zum Untergang im Weltkrieg und Bolschewismus. Der Bolschewismus hat Rußland aus einer vielversprechenden Entwicklung herausgerissen und unendliche materielle und geistige Werte zerstört. Der spätere Historiker aber wird mit mir dem Bolschewismus das unverdiente Verdienst zuerkennen, daß er in furchtbarer Erschütterung die Menschen aus Utopien jeder Art herausriß und durch furchtbare Erfahrungen die Lehren der Monarchie für Rußland aufs neue begründete und der kommenden Monarchie eine Fülle von Anweisungen mit auf den dornenvollen Weg gab.

„Der Bolschewismus war das Chaos, nach dem sich die russische Natur durch die Jahrhunderte hindurch immer noch sehnte", sagte mir kürzlich der bekannte russische Kulturhistoriker und Agrarschriftsteller Graf A. Soltykoff, und wir müssen ihm recht geben. Das russische Volk wollte sich austoben und der revolutionären russischen Intelligenz, dieser unnützen Giftpflanze durch ein augenfälliges Beispiel zeigen, wohin ihre Grundsätze führen. Die Lehre vom Herrentum, d. h. von der notwendigen straffen Herrschaft in Rußland haben die Bolschewiken bald durch die Not erkannt. Sie kamen bald dazu, alle verhaßten Institutionen des alten „Regimes" zu übernehmen und die Vorzüge des Militärs, der Polizei und der selbstherrlichen Verordnungen einzusehen in einem Lande, wo alles auseinander läuft, was mit „Freiheit" behandelt wird. Es war das Geheimnis der bolschewistischen Erhaltung, daß Moskau immer intakt blieb und mit Moskau der alte Apparat und gewisse Traditionen. Die elementare Entfesselung der Volksleidenschaft konnte niemand bändigen als der zielbewußte Mann des Umsturzes selbst. Mit anderen Worten: die Räuber hörten nur mehr auf den Räuberhauptmann.

Durch verzweifelte Zeiten hindurch hat sich die Moskauer Regierung gerettet und das nicht zuletzt eben durch das Zurückgreifen auf frühere Einrichtungen, Heranziehung auch juristischer Persönlichkeiten und Institutionen, durch Aufgabe des ursprünglichen Programms. Der Einfluß alter Politiker und Militärs, die Mitarbeit der Fachleute war den Bolschewiken Notwendigkeit geworden und viele der genannten Persönlichkeiten wirken „am Bolschewismus" mit, weil sie seit Denikins und Koltschaks Ende und dem kläglichen Fiasko aller demokratischen Experimente wissen, daß nur eine beachtenswerte russische Regierung mehr existieren kann und weil sie hoffen, den Bolschewismus von innen heraus zu überwinden. Die rote Armee errang ihre Erfolge vielfach, weil hinter ihr das große — erwachende Mütterchen Rußland steht, das den unerwarteten Wiederherstellern russischer Einheit und Größe alles gibt, was sie brauchen. Der Russe zeigt, was er kann, daß er auch patriotisch und heldenmütig sein kann. Man unterordnete sich wieder der Gewalt und dem russischen Gedanken.

Die Wege sind in Rußland der Monarchie bereitet; denn, daß das Volk nach seiner Ab- und Rückkehr von der ehrlosen Zügellosigkeit lieber seinen Zaren an der Spitze sieht als die immer mehr verhaßten Juden, ist klar und wird durch Neuankömmlinge aus Rußland bestätigt. Die Bolschewiken haben die Notwendigkeit der Selbstherrschaft bewiesen, den Apparat dazu erhalten oder wieder geschaffen und darum wird einstens der Uebergang glatter von statten gehen können.

Die wichtigste Frage ist die Personen- oder sagen wir lieber Persönlichkeitsfrage. Der Mangel an Persönlichkeiten hat überhaupt das russische Problem von jeher erschwert. Nicht die Dynastiefrage ist schwierig. Sondern die Frage, wer den Bolschewiken die Zügel aus der Hand nimmt und den Staat bis zur Wiedereinsetzung der Dynastie leitet. Getragen von der schon jetzt stark monarchistisch gesinnten Armee, d. h. den Teilen der Armee, die unbedingt auf ihre militärischen Vorgesetzten hören, kann am ehesten ein Militär den Schritt wagen, wenn die Verhältnisse noch mehr herangereift sind.

Eine Monarchie aber, die dann so durch die Erfahrung notwendig und angebracht sich erwiesen hat, wird fester stehen als je zuvor.

[1]) Zwei Drittel Rußlands waren im Besitze der Revolutionäre.



Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, zurzeit Dresden.

England und Frankreich feierten am 11. November den Jahrestag des Waffenstillstands. In London und Paris wurde die Leiche eines unerkannten Soldaten feierlich beigesetzt, hier in der Westminsterabtei, dort im Pantheon. Deutschland, das seinen Kriegern nicht weniger zu verdanken hat, betrauert am 11. November nicht nur seine Gefallenen. Es muß in Reue an seine Brust schlagen, weil es das eigene Schwert zerschlug und vor der letzten Prüfung zusammenbrach. Der Krieg war nicht mehr zu gewinnen. Aber die Gegner hätten sich gehütet, einem zum Aeußersten entschlossenen einigen Deutschland die Bedingungen aufzulegen, die die zuchtlose Republik der Arbeiter- und Soldatenräte unterschreiben mußte. Der Pariser „Temps" vom 6. November bringt den ausführlichen Auszug aus einem Rückblick auf jene Tage, den André Tardieu, der bekannte Mitarbeiter am Friedensvertrag in der „Illustration" veröffentlichte. Marschall Foch, der nach dem Beschluß der verbündeten Regierungen die Klauseln des Waffenstillstandes vorschlagen sollte, berief die Oberbefehlshaber am 25. Oktober 1918 in sein Hauptquartier nach Senlis. Dort trat der Chef der englischen Streitkräfte, Marschall Haig, für maßvolle Bedingungen ein: Räumung des besetzten französisch-belgischen Gebiets und Elsaß-Lothringens, Ablieferung nur des erbeuteten Eisenbahnwagenparks. Denn Deutschland sei militärisch nicht gebrochen, die Verbündeten aber „am Ende ihres Atems". Petain aber sprach ganz anders und verlangte Besetzung beider Rheinufer und so kurze Räumungsfristen für das deutsche Heer, daß es kein Geschütz mit heimnehmen könne. Trotzdem zeigt das Urteil Haigs, wie hoch man unsere Kraft noch wenige Tage vor dem Zusammenbruch einschätzte. Während die feindlichen Führer berieten, lag die deutsche Front unter dem Trommelfeuer der Flugblätter, die aus französischen Minenwerfern geschossen, aber von der deutschen USP. aufgesetzt waren. Und daheim saß die Revolution in der Regierung, wie Helfferich dieser Tage im Reichstag erinnerte. Es war köstlich, wie er vom Diensteid des kaiserlichen Staatssekretärs Scheidemann sprach. Die Regierungsparteien sollten der Opposition solch scharfe Kritik nicht allein überlassen. Dernburg verlangte in glänzender Rede die Revision des Friedensvertrages. Daß er dabei vom Völkerbund etwas hoffte, wie dieser gegenwärtig beschaffen ist, müssen wir seinem Parteibekenntnis zugute halten.

Wohl die bedeutendste Parlamentsrede der letzten Woche vernahm der Bayerische Landtag aus dem Mund des Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr. Er zeichnete zur Einleitung der politischen Aussprache die großen Linien der bayerischen Politik. Der Haushaltplan verlangt strengste Sparsamkeit. Die Staatsverwaltung muß vereinfacht, der Aufgabenkreis des Staates beschränkt, die Selbstverwaltung möglichst ausgebaut werden. An der Koalition ist festzuhalten. Der Minister nahm nochmals Gelegenheit, zu erklären, daß das föderalistische Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei weder die Koalition, noch die Staatsregierung berühre. Sie kennt nur das Koalitionsprogramm für die innerbayerische Politik wie für das Verhältnis zum Reiche. Daß Dr. v. Kahr sich von neuem zum Deutschen Reich bekannte, war unnötig für jeden, der ihn kennt und gerecht beurteilt, nicht überflüssig jedoch angesichts der Verdächtigungen, die immer wieder in norddeutschen Blättern und von den bayerischen Sozialdemokraten erhoben werden. Die innere Politik der bayerischen Regierung zielt auf Versöhnung der Klassen und Schutz der Ordnung. Von hier aus rechtfertigt sich auch ihr Festhalten an der Einwohnerwehr. Das ist in der letzten Zeit eine politische Frage ersten Ranges geworden. Der Ministerpräsident legte den Standpunkt des Kabinetts ausführlich dar: Die Einwohnerwehr wurde 1918 zuerst von den Sozialdemokraten Auer und Timm grundgelegt, Eisner nur verhinderte sie. Erst die bittere Erfahrung der Räterepublik rief sie ins Leben. Die Einwohnerwehr ist keine militärische Anstalt und fällt also nicht unter die Auflösungsbestimmungen des Friedensvertrages. Ihre Entwaffnung nach dem Diktat von Spa ist unmöglich, solange die Feinde des Staates und der Ordnung ihre Waffen nicht abgeliefert haben. Denn über allen Verträgen und Diktaten steht das natürliche und sittliche Gesetz vom Notwehrrecht des Staates. Zur Selbstaufgabe kann uns niemand verpflichten. Was wir ohne die Einwohnerwehr zu gewärtigen hätten, lehrt der Geheimvertrag der deutschen Kommunisten mit Moskau. Sie haben ihre Waffenvorräte dorthin gemeldet, und das sind ganz andere Kampfmittel als die Einwohnerwehr aufweist. 209 Geschütze, 8 Tanks, 15 Panzerkraftwagen, 34 Flugzeuge, 17 Ausrüstungen für Gasangriffe geben die Kommunisten an. Dr. v. Kahr hätte mit Recht unsere äußeren Gegner fragen können, ob ihnen das nicht bedrohlicher scheine als Einwohnerwehr und Orgesch: Denn ganz allein die Kommunisten denken in Deutschland an einen Rachekrieg an der Seite von Rußlands roten Heeren gegen Westeuropa. Und nur Einwohnerwehr und Orgesch können bei der geringen Kopfzahl von Reichs- und Polizeiwehr den Kommunismus niederholten.

Ein Streik in den Berliner Elektrizitätswerken hat gezeigt, wie groß die Macht der radikalen Linken noch ist. SPD und USP samt den Gewerkschaften waren dagegen, die Arbeiter aber folgten einem kommunistischen Führer, der übermütig sagte: „Wenn ich auf den Knopf drücke, springt ganz Berlin." Und alle Räder standen still, die Straßenbahn konnte nicht verkehren. Großen Unwillen erregte das Verhalten des demokratischen Oberbürgermeisters Wermuth. Er gewann es nicht über sich, die Technische Nothilfe einzusetzen. Ein Gutes hatte der Streik: Der Reichspräsident erließ am 10. November eine Verordnung, wonach in Betrieben, welche Gas, Wasser und Elektrizität abgeben, Aussperrungen und Streiks erst zulässig sind, wenn der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt und seit dessen Verkündung mindestens 3 Tage verstrichen sind. Uebertretung wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15000 Mark geahndet. Die Sozialdemokratie sieht mit sauersüßer Miene dieser Tat ihres Genossen Ebert zu. Dem alten Obrigkeitsstaat hätte sie das nicht durchgehen lassen. Leider läßt die Verordnung die Verkehrsmittel außer Betracht.

Am 14. November fanden in Sachsen die Wahlen zum ersten verfassungsmäßigen Landtag des Freistaats statt. Die bisherige Volkskammer umfaßte 42 Sozialdemokraten, 15 Unabhängige und 39 Bürgerliche. Nach den bisherigen Ergebnissen dürfte der sächsische Landtag sich also zusammensetzen: Deutschnationale Volkspartei 20, Deutsche Volkspartei 18, Demokraten 8, Zentrum 1, Mehrheitssozialdemokraten 27, USP rechts 16, USP links 3, Kommunistische Partei 6 Abgeordnete.

Der neugewählte Nationalrat in Deutschösterreich trat am 10. November erstmals zusammen. Er wählte den Christlichsozialen Dr. Weiskirchner zum 1. Präsidenten. 2. Präsident wurde der Sozialdemokrat Eldersch, dritter der Großdeutsche Dinghofer.

Für Deutschland, Deutschösterreich und Bulgarien entscheidet sich demnächst die Frage, ob sie zum Völkerbund zugelassen werden. Am 15. November sind die Vertreter dieses Bundes in Genf zusammengekommen. Die französische Regierung hat ihren Bevollmächtigten schon befohlen, sich von den Beratungen zurückzuziehen, wenn gegen Frankreichs Wunsch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund erörtert werden sollte. Gegen diese Entschiedenheit wird die englische und italienische Neigung, Deutschland aufzunehmen, wohl nicht hochkommen. Lloyd George hielt zwar letzthin eine Rede, in der er sich befriedigt über den Stand der Entwaffnung Deutschlands aussprach und für die entgültige Festsetzung der Kriegsschuldsumme gewisse Hoffnungen erweckte. Zu gleicher Zeit aber einigten sich England und Frankreich über das weitere Verfahren in der Wiedergutmachungsfrage und in Paris war man auffällig befriedigt davon. Die deutsche Schuldsumme soll vom Wiedergutmachungsausschuß, jener Mißgeburt von Versailles, festgesetzt werden. Bei der Vorberatung der Finanzminister in Genf werden die Deutschen wieder nur „angehört". Die Arbeiten werden sich über den ganzen Winter hinziehen, zumal vor dem entgültigen Entscheid die Volksabstimmung in Oberschlesien stattfinden soll. Ihr Ergebnis beeinflußt natürlich das Urteil über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die Wiedergutmachungssumme selbst wird von französischen Blättern auf etwa 200 Milliarden Goldmark oder 2000 Milliarden Papiermark geschätzt, wovon Frankreich 52 v. Hundert zu erhalten hätte. — Deutschland muß alle Möglichkeiten ausnützen, die ihm das geschilderte Verfahren der Wiedergutmachung läßt, aber die Revision des Friedensvertrags, die wir um der Gerechtigkeit willen fordern müssen, ist das nicht. Sie setzt voraus, daß das Deutsche Reich überall als gleichberechtigte Partei anerkannt wird.

Das englische Unterhaus nahm mit 182 gegen 52 Stimmen die Homerule-Bill für Irland an. Lloyd George erklärte dabei, England sei bereit, Irland fast alles zu geben, was es verlangen könne, aber nichts, was auf die Loslösung vom vereinigten Königreich hinauslaufe. Ob die Bill die aufs äußerste erbitterten Iren beruhigt, ist sehr zweifelhaft. Die Mord- und Brandtätigkeit

der englischen Polizei läßt sich mit einigen Gesetzesartikeln nicht aus dem Gedächtnis eines Volkes wegwischen.

Ein interessantes Bild gaben die Gemeindewahlen in Italien. Die Sozialisten erlitten schwere Schlappen, u. a. in Rom. In der Mehrzahl der Gemeinden siegten die liberaldemokratischen Verfassungsparteien. Die Katholiken erhielten die Mehrheit in 1300 von 6600 Gemeinden. Stellenweise kam es zu Unruhen nach der Wahl. Die Verhandlungen mit Jugoslawien in Santa Margeritha endeten mit einem Erfolg Italiens. Es erhält die Oberhoheit über Zara und einige Inseln in Dalmatien. Fiume wird Freistaat, soll aber unmittelbar an Italien grenzen. Die Südslawen mußten ihre Ansprüche besonders deshalb mäßigen, weil ihr mächtiger Gönner Wilson abgetan ist.

Nach der Entscheidung.

Von Dr. Gallus Thomann.

Je größer die Masse der Wähler und Wählerinnen aus fremden politischen Lagern war, die für Wilhelm Gamaliel Harding und Calvin Coolidge sich entschied, um so größer und weiter verbreitet muß die unausbleibliche Enttäuschung sein, wenn die Begeisterung über die Tatsache des Sieges an sich und die negative Freude über den Sturz der Demokraten verflogen sein wird. Denn darüber besteht nirgends die geringste Unklarheit, daß beide Männer innerhalb ihrer Partei typische Kompromißkandidaten sind und daß für die außerhalb der republikanischen Partei Stehenden, so vor allem für die demokratische Hardingliga, die Wahl Hardings die einzige Möglichkeit bildete, um wenigstens negativ die Politik Wilsons wirksam zu verurteilen und endgültig unmöglich zu machen. Die Begeisterung, in „großen" Jahren oft unglaubhaft in der Stärke und Form ihrer Aeußerung, war heuer an sich schon nicht sehr bedeutend. Die Wahlkampagne war flau. Je flauer aber, um so mächtiger werden die Versuche, Begeisterung künstlich vorzutäuschen, bei den Machern. Die Hardingliga, ein in den letzten Wochen vor der Wahl zu mächtigen Dimensionen erwachsener Bund von Demokraten, die lieber gegen ihre Partei als für Fortsetzung der Wilsonschen Politik stimmen wollten, spricht Bände.

In liberalen und radikalen Zirkeln[1]), von der „Nation", über den „N. Y. American", Viereck's „Monthly", „Pearsons Magazine" bis zu der „New Republic" und dem „N. Y. Call" (soz.) bestand das Interesse an dem ganzen Wahlfeldzug überhaupt nur in einer Niederlage Wilsons. Unter diesen Umständen erschien die übrig bleibende Möglichkeit, der republikanische Kandidat, innerpolitisch kaum als ein Schritt vorwärts. Der Grund für diese Selbstbeschränkung auf Harding-Coolidge als die einzige Alternative liegt weniger in der Sache oder in einer neue Parteiungen ablehnenden öffentlichen Meinung als in der Personenfrage. Seit Robert M. Lafollete, der Senator von Wisconsin und liberalste aller liberalen Republikaner, die Uebernahme der Kandidatur für eine dritte Partei aus den Händen des Komitees der 48 abgelehnt hatte[2]), war die taktische Führung des Wahlkampfes endgültig vorgezeichnet.

Völkerbund und Friedensvertrag standen zwar sachlich im Mittelpunkt, in den Rückblicken jedoch tritt immer klarer hervor, wie sehr das eigentliche Wesen dieses ganzen Jahres in der Union im Zeichen des Ringens um einen Mann stand: Woodrow Wilson. In den allerletzten Tagen vor der Wahl hat er selbst diese Tatsache mit einem dramatisch begonnenen als Katastrophe geendeten Akt bekräftigt: Seine feierliche Oktobererklärung, die Novemberwahl als ein Referendum über „seinen" Vertrag und Völkerbund und damit über sich selbst und seine gesamte achtjährige Politik auffassen zu wollen, ist eine außergewöhnliche Handlung gewesen, mag man sie wie auch immer zu erklären suchen. Zwei Möglichkeiten gibt's dafür: Entweder sie war der Ausfluß einer ans Unglaubliche grenzenden Unkenntnis der öffentlichen Meinung des letzten halben Jahres und eines psychologisch fast unerklärlichen Eigensinns, oder aber ein Zeichen von Größe gegeben schon unter dem Schatten der Niederlage, festhaltend an dem einmal als recht Erkannten — Kapitän auf dem sinkenden Schiff! — Die Oktobererklärung deckt sich vollkommen mit der am Anfang des Jahres (18. Jan. 1920) zum Jacksonday Dinner den versammelten Parteiführern mitgeteilten, die damals den Auftakt zu dem Wahlfeldzug bildete. Zwischen diesen beiden Marksteinen spielt sich der letzte Akt von „Wilsons Glück und Ende" ab. Wir glauben in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß das dereinstige Urteil der Weltgeschichte von dem Verdikt der Novemberwahlen 1920 sich nicht stark unterscheiden wird.

Innerpolitisch werden von keiner Seite dem Amtsantritt Hardings hochgespannte Erwartungen entgegengebracht. Anders außenpolitisch! Um Außenpolitik drehte sich der Kampf und in dieser Hinsicht ist der Wille einer außergewöhnlich großen Mehrheit mit aller wünschenswerten Unzweideutigkeit klargestellt.

Wie die deutschen Staaten vor 1918 im Gegensatz zu den parlamentarischen Königreichen und Fürstentümern als konstitutionelle Monarchie klassifiziert wurden, so ist man versucht, bei den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu den parlamentarischen Demokratien den Ausdruck konstitutionelle Republik zu gebrauchen. Für die vier Jahre seiner Amtsdauer ist der Präsident so unabhängig von Volk und Volksvertretung wie nur je ein deutscher Landesfürst es rechtlich war. In den Vereinigten Staaten aber, wo Monarch und Premier gleichsam in einer Person — allerdings nur auf Zeit — vereint sind, ist die Möglichkeit einer politisch noch schwerwiegenderen gegenseitigen Obstruktion von Legislative und Exekutive gegeben. Diese staatsrechtlich längst erkannte, soeben in den letzten zwei Wilsonjahren praktisch durchlebte Anomalie des staatlichen Aufbaus hat eine starke Bewegung zur parlamentarischen Umgestaltung der Verfassung geweckt. Um zu ermessen, was das heißen will, muß man die sonst nirgends zutage tretende konservative Gesinnung des Durchschnittsamerikaners zu seiner Verfassung kennen. Diese bedeutsame Tatsache und dazu der kühle, langsame, bei eigener Erwägung verständigen Einflüssen zugängliche Charakter Hardings lassen erwarten, daß er dem Wunsche des Volkes freiwillig nachzukommen bestrebt sein wird.

In einer Richtung ist der Volkswille klar: Kein Völkerbund mit Art. 10, mit Aufgeben der Monroedoktrin und der Souveränität, mit ewiger Gefahr in Polen, Mesopotamien, Armenien, Irland für fremde Interessen kämpfen zu müssen — gegen England! Doch die Alternative? Modifizierter Völkerbund mit Aufnahme Deutschlands und Oesterreichs? Sonderfriede? Friedensresolution? — Wie ist hier der wahre positive Wille der Mehrheit festzustellen? Von einzelnen Teilen ist er an sich klar, so von den Amerikanern deutscher Abkunft, im übrigen ist der einzige greifbare Anhaltspunkt, den Wilson verschmähte, die Volksvertretung.

Der 67. Kongreß, der am 4. März 1921 zugleich mit Harding und Coolidge sein politisches Leben beginnt, wird eine gute republikanische Majorität aufweisen. Und unter der Bezeichnung „Republikaner" und „Demokrat" werden manche Männer in den Häusern sitzen, die als „Liberale" zu bewerten sind; ja wenn sie aus dem Nordwesten kommen, aus Süd- oder Nord-Dakota, aus Montana, Wisconsin oder Colorado, Anklänge an die Liga der Parteifreien und die Farmer-Labor Party mitführen werden.[3]) Wie sich die „Nation" treffend ausdrückt.[4]) „Auf jeder Seite des Kapitols" (d. h. in Senat und Haus der Repräsentanten) „befindet sich ein rettender Rest von Männern, die unter Benutzung der (sc. ziemlich gleichen) Parteileitung reaktionäre Gesetzgebung unterbinden können" — d. h. das Zünglein an der Wage bilden können, je nach Opportunität —. Einer oder der andere Sozialist wird sich einfinden, vor allem V. L. Berger, dem wir für diesmal prophezeien, daß er nicht wird ausgewiesen werden. Zu dem „rettenden Rest" fortschrittlicher Richtung auch in bezug auf frühere Feinde, Krieg und Kriegsfolgen wäre z. B. zu zählen im Senat: Lafollette, Capper, Johnson, Borah, alle schon in der Völkerbundsfrage 1919/20 hervorgetreten, dann auch Moses, der zuerst seine einsame Stimme gegen Versailles erhob noch vor Lodge und Johnson. Im Haus der Repräsentanten: Carß, Keller, Baer, Frear, Sinclair.

Deutschland aber kann nur eins tun: Besonnen, ruhig, sicher und würdig versuchen auf dem Weg fortzuschreiten, den die Hapag und der Bremer Lloyd gewiesen. Nicht Freundwilligkeit, aber Gerechtigkeit und bestverstandenes Eigeninteresse werden ihm mit der Zeit entgegenkommen.

---

[1]) Ueber die Begriffe „liberal" und „radikal" im politischen Leben der Union vgl. meinen Artikel in Nr 29 dieser Zeitschrift, Jahrgang 17.

[2]) Nicht allein aus gesundheitlichen Gründen! Die Geschichte des Parteitags des Komitees der 48, die Spaltung, die Gründung der Farmer-Labor Party, das Verhältnis zum Sozialismus, alles das muß im Zusammenhang erwogen werden, um die Handlungsweise La Follettes zu verstehen und zu billigen.

[3]) In diesen Staaten hat die Liga der Parteifreien sich ganz opportunistisch jeweils der Maschine der einen oder anderen Partei bemächtigt, so in Nord-Dakota der republikanischen, in Süd-Dakota der demokratischen.

[4]) Vom 13. Oktober 1920, Nr. 2884, Jahrgang 111.

Ein wirksames Mittel im Kampfe gegen den Schmutz.

Hollands Verband katholischer Sittlichkeitsvereine.

Von P. Clem. Mar. Henze C. Ss. R., Bonn.

Die ekle Schmutzflut der Unsittlichkeit steigt höher und höher. Sie geht unserem Volke schier bis an den Hals. Alle sind in Gefahr. Wer bringt Hilfe, schleunige Hilfe? — Die weltlichen Behörden? Unsere Polizei? — Daß Gott erbarm'! — — Rettet uns der Kölner Männerverein zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit? Alle Achtung vor ihm! Dank ihm für seine bisherigen wertvollen Leistungen! Aber wie die „Köln. Volksztg." in Nr. 756 d. J. schrieb, „scheint seine Tätigkeit leider heute, wo die Gefahren riesengroß gewachsen sind, in den weiten Volkskreisen kaum noch Verständnis und Unterstützung zu finden". Auf jeden Fall genügt der Männerverein allein nicht, denn alle müssen mithelfen, alle guten, gesunden Elemente des Volkes müssen mobil gemacht werden. Aus diesen Erwägungen heraus haben die deutschen Bischöfe in ihrem herrlichen Allerheiligen-Hirtenbrief die katholischen Vereine (die Männervereine, den Frauenbund, die Jünglings- und Jungfrauenvereine und Kongregationen sowie die Müttervereine) aufgerufen, um sofort als geschlossene Armeekorps den Kampf aufzunehmen für das so schwer bedrohte kostbare Lebensgut der Nation. Der Hirtenbrief lautet an dieser Stelle:

Wie aber jetzt die Dinge liegen, scheint es uns geboten, ganz besonders unsere Vereine wie geschlossene Heeresreihen in den Kampf zu führen um das so schwer bedrohte kostbarste Lebensgut der Nation.

Unseren katholischen Männervereinen wird hierbei vor allem die Aufgabe zufallen, als zuverlässige und ehrenamtliche Sittenpolizei einzuschreiten gegen die schlimmsten Auswüchse der öffentlichen Unsittlichkeit, gegen die abscheulichen Skandale der Schmutzliteratur, der Theater, der Kinos, der städtischen Schaufenster. Es ist nicht wahr, daß man dagegen machtlos sei. Der Fehler ist nur, daß noch immer die Guten feig schweigen und dulden, statt laut und rücksichtslos den Kampf aufzunehmen gegen eine fluchwürdige Industrie, die mit ihren Schanderzeugnissen nichts bezweckt, als einem unglücklichen Volk das Geld aus dem Beutel und die letzten Tropfen gesunden Blutes aus den Adern zu pressen. Wenn alle unsere Männervereine nach dem Vorbild des in Köln und an vielen anderen Orten tätigen „Männerbundes zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit" und im Anschluß an ihn ihre Pflicht tun und selbst die Sittenpolizei handhaben würden — wahrlich, es gäbe bald weniger Schmutz und es wäre wieder bessere Luft in deutschen Landen.

Unseren Frauen aber, die sich im Katholischen Frauenbund Deutschlands eine so achtunggebietende, arbeitsfrohe Organisation gegeben haben, weisen nicht nur wir, weist auch der Heilige Vater neben all den großen Sorgen der Erziehung und der Caritas noch die besondere Aufgabe zu, wenigstens in der katholischen Welt aufzuräumen mit der unanständigen Kleidermode, die so sehr mitschuldig ist an der Entsittlichung des Volkes. Mit vollem Vertrauen legen wir diese Abwehr wie die Sorge für eine ehrbare Kleidung in die Hände des Frauenbundes. Er wird sich dabei leiten lassen von jenem Feingefühl für Anstand, Sittsamkeit und wahre Schönheit, das edlen gottesfürchtigen Frauen eigen ist. Er wird zum Vorbild nehmen den Mut und den Eifer, mit dem der Frauenbund Italiens, mit dem Tausende von Frauen in Amerika dem Papst zum Dank für alle seine Kriegshilfe das feierliche Versprechen gegeben haben, sich der größten Ehrbarkeit in der Kleidung zu befleißigen und sich nie einer schamlosen Mode zu beugen.

Voll froher Hoffnung blicken wir hin auf unsere blühenden Jünglings- und Jungfrauenvereine und -kongregationen. Mit wehenden Fahnen, mit blütenweißen Bannern rücken sie von allen Seiten ein in die neue Zeit und schreiten in heiliger Begeisterung siegreich durch die Aergernisse, Gefahren und Versuchungen der bösen Welt. Fliehet die Unzucht! Ziehet weg von Babel! (Is. 48, 20.) Das muß heute Eure Losung sein.

Wie dieser Kampf nun im einzelnen zu führen ist, dafür können unsere katholischen Vereine zweifelsohne manches lernen von der schon bewährten Organisation der holländischen Katholiken. Es dürfte darum angebracht sein, auf die bewährte, diesbezügliche Organisation der holländischen Glaubensbrüder hinzuweisen.[1]) Wie fröhlich gedeiht in Holland unter der Gutheißung des gesamten Episkopates und des Apostolischen Stuhles der Verband katholischer Sittlichkeitsvereine, Voor Eer en Dengd (Für Ehre und Tugend)! Ein stattlicher Baum, der seine Zweige über das ganze Land ausbreitet und von dessen Segensfrüchten Tausende und Abertausende genießen.

Erst vor 16 Jahren wurde das Senfkörnlein in den Boden gelegt. Es war am Jubiläumstage des Dogmas der Unbefleckten Empfängnis, am 8. Dez. 1904. Die Studenten des Bischöflichen Kollegs zu Rolduc bei Herzogenrath schlossen sich zu einem heiligen Bunde zusammen. Ritter der Reinheit wollten sie sein unter Mariens Lilienbanner. Das war die Geburtsstunde des Jünglingsvereins: Voor Eer en Deugd. Bereits im Mai 1905 erhielt er die päpstliche Bestätigung. Im folgenden Jahre wurde er erweitert durch eine entsprechende Abteilung für Männer (Erwachsene über 18 Jahre). Seit 1915 besteht auch eine solche für Frauen und seit 1917 für Mädchen. Sie alle haben ihre besonderen Statuten, entsprechend den Bedürfnissen der vier Abteilungen.

Die Vereine V. E. e. D. in den einzelnen Pfarreien bzw. an den einzelnen Orten (in Städten mit mehreren Pfarreien pflegt man nämlich nur einen Verein dieser Art zu gründen) werden in Diözesanverbänden zusammengefaßt. An der Spitze des ganzen Werkes steht der Zentralvorstand, dem ein Zentralbureau zur Erledigung der Geschäfte angeschlossen ist. Einzelvereine gibt es im ganzen Lande gegenwärtig ungefähr 200 für Erwachsene (etwa 120 für Männer, 80 für Frauen) mit 20000 Mitgliedern und über 100 Vereine für Jugendliche mit etwa 10000 Mitgliedern.

Ein schöner Erfolg. Etwa 30000 holländische Katholiken bekennen sich, dem Zeitgeiste zum Trotz, offen zu den hohen Idealen der Reinheit. Sie wollen eigene und fremde Tugend schützen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, mit ritterlichem Mute ankämpfen gegen alles, was gemein ist in Schrift und Bild, in Wort und Tat. U. a. verpflichten sie sich, jedes Geschäft, das unsittliche Waren feil hält, jedes Theater, das schlechte Bühnenstücke, jedes Kino, das schamlose Films zu bieten wagt, zu boykottieren. Alle jene elenden Mammonsklaven, die aus der Förderung der Unsittlichkeit ihr Geschäft machen, sollen an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen werden.

Ein weiterer Erfolg ist die stete Aufklärung weiter Kreise durch die verschiedenen Veröffentlichungen des Vereins. Das Vereinsblatt „Volksadel", in populärem Tone gehalten, hat über 19000 Abonnenten. Für reife und gebildete Leser geben einige Redemptoristen zu Roermond im Auftrage der Vereinsleitung die Zeitschrift „Mannenadel en Vrouweneer" (Männeradel und Frauenehre) heraus (gegen 2000 Abonnenten). Das dritte Vereinsorgan ist die Wochenschrift „Toneel en Bioscoop" (Bühne und Kino), das alle neuen Theaterstücke und Films, soweit sie für Holland in Betracht kommen, vom katholischen Standpunkte bewertet. Diese Kontrolle wirkt sehr nützlich. Die guten Elemente finden hier eine sichere Richtschnur, und manche Aufführung eines schlechten Stückes ist auf diese Weise schon verhindert worden. Dazu kommen noch aufklärende Broschüren, Flugblätter, Artikel in den Tagesblättern usw. Einem Leuchtturm gleich entsenden die verschiedenen Veröffentlichungen des Vereins das Licht des christlichen Sittengesetzes über das ganze Land hin. Verkehrte Sittlichkeitsbegriffe werden richtiggestellt, das getrübte sittliche Bewußtsein weiter Kreise geläutert, drohende sittliche Gefahren werden signalisiert, die Vereinsmitglieder in ihrem Eifer erhalten, auch Außenstehende heilsam beeinflußt.

Der Verein hat — und das ist ein dritter Erfolg — auch mehr und mehr die weltlichen Behörden für seine große Sache gewonnen. Er hat wirksam beigetragen zum Zustandekommen des neuen Sittlichkeitsgesetzes vom 20. Mai 1911 und in zahllosen Fällen seine folgerichtige Anwendung durchgesetzt. Das Mitglied des Zentralvorstandes, Dr. Deckers, trat erfolgreich in der Zweiten Kammer für Säuberung des Bahnhofbuchhandels ein. Dem Verein ist es auch zu danken, daß besser gesorgt wird für die Sittlichkeit im Heere, daß an verschiedenen Orten kein Film geduldet wird, der nicht vorher von einer Kommission geprüft wurde. Der jetzige Ministerpräsident Ruijs de Beerenbrouck war früher selber im Zentralvorstand des Vereins. Kein Wunder, daß er volles Verständnis hat für dessen edle Bestrebungen. Für 1921 hat er zugunsten des Vereins einen Staatszuschuß von 5000 Frs. vorgesehen. Dies Beispiel wird Nachahmung finden bei untergeordneten Behörden. In einer Stadt werden schon jährlich 200 Frs. der Vereinskasse zugewiesen.

Der liberale „Nieuwe Rotterdamsche Courant" mußte bereits vor vier Jahren mit sauer süßer Miene gestehen, Voor Eer en Deugd habe doch etwas zu bedeuten. Ja, so ist es; der Verband katholischer Sittlichkeitsvereine hat in Holland

[1]) Vgl. auch „Germania", Nr. 469 vom 24. Okt. 1920. Die meisten Einzelangaben verdanke ich dem derzeitigen Schriftleiter der Vereinszeitschrift „Mannenadel", P. M. van Grinsven C. Ss. R. Benützt wurden auch die beiden Schriften des Generalsekretärs J. Bemelmans: Wat willen wij? und Voor Eer en Deugd op den eersten Nederlandschen Katholikendag. (Zu beziehen durch das Generalsekretariat zu Rolduc b. Kerkrade.)

in verhältnismäßig kurzer Zeit hohe Bedeutung erlangt. Das ersieht man auch aus seiner erbitterten **Befeindung durch die Gegner.** Um einen machtlosen Feind kümmert man sich nicht. Hingegen die Organisation der holländischen Protestanten für Bekämpfung der Unsittlichkeit, De Nederlandsche Middernachtzendingvereeniging, die unserer deutschen „Mitternachtsmission" entspricht, unterhielt zum katholischen Verbande die besten Beziehungen.

Wollte Gott, auch in Deutschland hätten wir machtvolle konfessionelle Organisationen zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit und zur Beförderung guter Sitte, Organisationen, die für die Mitglieder eine rettende Arche sind inmitten der Sintflut, für den Feind draußen aber „furchtbar, weil ein geordnetes Kriegsheer", terribilis ut castrorum acies ordinata! Ja, kirchliche Vereine auf konfessioneller Grundlage sind u. E. am ehesten dazu befähigt, uns Hilfe zu bringen in unserer großen Not. Nur so ist es am raschesten möglich, sich allerorts zu organisieren. Nur so bleibt der Wein unverwässert. Nur so ist am sichersten der Segen von oben zu erwarten, ohne den jede Menschenarbeit umsonst. Nur so können sich bei uns Katholiken die wirksamsten, übernatürlichen Mittel: Eucharistie und Marienverehrung, gebührend auswirken. So wird auch gesunde Konkurrenz auf anderen Seiten geweckt und der Endzweck: Mobilisierung aller guten Elemente des ganzen Volkes, um so besser erreicht. Eine beherzigenswerte Mahnung zum raschen Handeln liegt in dem Motto des jungen Bundes katholischer Künstler „Der weiße Reiter"; es lautet: „Weltuntergang oder christliche Erneuerung!"

Das Kunstgewerbe auf der Frankfurter Herbstmesse.

Von Heinrich **Müller**, Offenbach a. M.

Die Entwicklung des deutschen Kunstgewerbes ist bis zu einem gewissen Grade mit dem Aufschwung des Messewesens in den letzten Jahren verbunden, ein Verhältnis, das keineswegs als ein Abhängigkeitsverhältnis zu werten ist, sondern vielmehr ein solches der gegenseitigen Befruchtung und Förderung darstellt. Um diesen Satz durch ein Beispiel noch leichter verständlich zu machen, sei an den Vorschlag erinnert, den der Hanauer Akademielehrer Friedrich auf dem während der Frankfurter Herbstmesse abgehaltenen ersten deutschen Kunstgewerbetag gemacht hat und der eine Umbenennung des Kunstgewerbes in Qualitätsgewerbe zum Gegenstand hat. Es ist in der Tat richtig, dass das Kunstgewerbe Qualitätsgewerbe im besten Sinne des Wortes ist; ebenso richtig ist aber auch, dass die deutschen Messen vorzugsweise Qualitätsschauen sind. Sowohl im Kunstgewerbe wie auch auf den Messen steht die Qualität an erster Stelle. Das Kunstgewerbe freilich ist heute schon Qualität, aber dagegen wird auf den Messen gegenwärtig noch nicht ausschliesslich Qualitätsarbeit gezeigt. Gewiss treten die Bestrebungen, die Messen zu wirklichen Qualitätsschauen zu entwickeln, immer mehr hervor und auch die Messämter lassen nichts unversucht, um die Ausbreitung des Qualitätsgedankens zu fördern, aber man findet auf jeder Messe immer wieder Geschmack- und Stillosigkeiten. Gerade die Wechselwirkungen zwischen Künstler und Käufer einerseits, zwischen Einkäufer und Verkäufer anderseits, zwischen Verkäufer und Publikum können die tatsächliche Hebung der Qualität entwickeln. Es kommt alles auf die Geschmacksschulung des Publikums an; die vornehmste Aufgabe aller kunstgewerblichen Vereinigungen ist daher zweifellos die, die breite Masse zur Anerkennung und Bevorzugung der Qualitätsarbeit zu erziehen. Das Kunstgewerbe kann nur das erzeugen, was verwertet werden kann.

Kunstgewerbliche Erzeugnisse nahmen auf der dritten Frankfurter internationalen Messe wieder eine in jeder Weise bevorzugte Stelle ein; im Mittelpunkt stand die Musterschau im Goethemesshaus. Das künstlerische Niveau der ausgestellten Arbeiten scheint sich gegenüber dem der Frühjahrsmesse nicht unerheblich verbessert zu haben. Am stärksten trat auch diesmal wieder die Textilkunst hervor; auf diesem Gebiete sah man Behänge, Kissen, Lampenschleier usw. von den einfachsten bis zu den kapriziösesten Formen. Im Gegensatz zu früher macht sich der Wille nach klaren Formen und guten Farbwirkungen immer mehr geltend; gerade die Frankfurter Herbstmesse war wieder ein Beweis dafür, dass ein einheitlicher Formwille die moderne angewandte Kunst allmählich zu beherrschen beginnt. Unter den ausgestellten Kissen fielen z. B. solche mit farbenfrohen, grossflächigen Mustern in Woll- und Seidenstrickerei nach Entwürfen rheinischer Künstler besonders auf. Auf dem immer umfassender werdenden Gebiete der Lampenschirme tritt der Batikschirm allmählich wieder etwas zurück; die geschmacklichen Forderungen des grossen Publikums beginnen sich langsam auf eine schärfere Betonung des einzelnen Musters einzustellen. Recht gut vertreten waren weiterhin Spitzen, in denen einige Aussteller hervorragend gut durchgebildete Arbeiten zeigten. Daneben sah man in Tapeten ansprechende Muster, die teilweise sogar sehr neuzeitlichen Charakter aufwiesen. Dasselbe ist von den ausgestellten feinen Packungen zu sagen, deren Geschmacksicherheit besonders hervorzuheben ist. Von den bemusterten Metallarbeiten sind einige gute Treibarbeiten in Messing zu erwähnen; auch Metallbeschläge für die verschiedensten Zwecke und Türklinken waren in guter Qualität vorhanden. Einen grossen Raum nahmen in der kunstgewerblichen Musterschau Emailarbeiten ein, die sich anscheinend der besonderen Gunst des Publikums erfreuen. Auf diesem Gebiete sah man technisch und künstlerisch gut durchgebildete Erzeugnisse, unter denen vor allem diejenigen der Hallenser Kunstgewerbeschule auffielen. Von den ausgestellten Holzarbeiten sind an erster Stelle hübsch bemalte Kleinmöbel zu nennen; daneben waren auch formenschöne Gartenmöbel ausgestellt. Weiter wurden zeittypisch gemusterte Bastteppiche gezeigt. Verhältnismässig umfangreich war diesmal die Keramik vertreten. Porzellan fehlte dagegen fast völlig, was nicht weiter wundernimmt, wenn man bedenkt, dass die Porzellanindustrie auf den Leipziger Mustermessen einen hervorragenden Platz einnimmt. Neben formvollendeten glasierten Keramiken sah man geschmacklich recht ansprechende Majolika-Oefen. Auf diesem Gebiete trat Süddeutschland diesmal besonders stark hervor; namentlich die Erzeugnisse badischer und bayerischer Werkstätten wurden viel beachtet. Neuartig sind Keramiken mit entweder ganz zarten oder aber sehr kräftigen Glasurtönen. Des weiteren sind eigenartige Schreibtischgarnituren, sowie Schalen aus Serpentin zu erwähnen. Auch in Papparbeiten wurden gut stilisierte und farbenschöne Muster gezeigt. Schliesslich ist noch der Arbeiten der Wiener Werkstätten zu gedenken, die die Messe diesmal sehr reichhaltig beschickt hatten, einer der gewichtigsten Gründe, die das Messamt bewogen hatten, die Wiener Kunstgewerbeschau in einem besonderen Ausstelllungsraum, im östlichen Festhallenvorbau, unterzubringen. Die Wiener Arbeiten, unter denen man schöne Schmuckstücke, Silberwaren, Gläser, Emails, Töpfereien, Perlarbeiten, Textilerzeugnisse usw. sah, zeichneten sich wie immer durch Geschmackssicherheit und hervorragend gute Materialverarbeitung aus.

Es erweist sich als unmöglich, im Rahmen dieses knappen Messeberichtes ein erschöpfendes Bild von Umfang und Bedeutung des Kunstgewerbes auf der Frankfurter Herbstmesse zu zeichnen, vielmehr konnte es sich hier nur darum handeln, einige besonders in die Augen fallende Beispiele herauszugreifen. Als Gesamturteil kann gelten, dass man auf der Messe wieder sehr viel künstlerisch reife Arbeiten sah; die kunstgewerbliche Musterschau war ein erneuter vollwertiger Beweis für die Fortschritte, die die Entwicklung des deutschen Kunstgewerbes in letzter Zeit gemacht hat. Darüber hinaus können die ausgestellten Erzeugnisse einzelner Qualitätsgewerbe als richtunggebend für die nächste Zukunft angesprochen werden; ob die gewiesenen Wege die richtigen sind, wird die kommende Entwicklung in Geschmack, Form und Stil erweisen müssen. Im übrigen war auch die Sonderausstellung „Das deutsche Buch" vom kunstgewerblichen Standpunkt aus interessant, namentlich die Milieuausstellung bot dem Fachmanne eine Fülle fesselnder Gesichtspunkte und Anregungen, wenngleich auch hier vereinzelte Missgriffe zu verzeichnen sind. In dem Zimmer einer Dame hätte man sich, um nur ein Beispiel herauszugreifen, das Bett — eine Kunstschriftstellerin prägte hiefür das bezeichnende Wort Sarg — ersparen können. Der Vollständigkeit halber möge schliesslich noch erwähnt sein, dass die Antiquitäten- und Kunstschau im Römer durchaus das gehalten hat, was man sich von ihr versprochen hatte. Bis zur nächsten Messe soll für das Kunstgewerbe ein neues Heim geschaffen werden; das Messamt hat für den weiteren Ausbau der Frankfurter Messen abermals beträchtliche Geldmittel — es handelt sich um eine Summe von 10 Millionen Mark — flüssig gemacht und beabsichtigt ausser anderen Plänen nunmehr auch den Bau eines besonderen Kunstgewerbe-Messhauses in Angriff zu nehmen. Hand in Hand damit hat sich die Mittelrheinische Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes die Aufgabe gestellt, eine möglichst ausgedehnte Zusammenfassung des Kunstgewerbes auf den Frankfurter Messen in die Wege zu leiten. Man hat sich in Frankfurt a. M. das Ziel gesetzt, kunstgewerbliche Musterschauen von Ansehen und Ruf zu schaffen, die Mittelpunkte hochwertiger Qualitätsarbeit sein wollen. Wie man in Leipzig besonderen Wert auf die Pflege des Wertgutgedankens legt, so wird sich der Frankfurter Zentralmarkt allmählich zu einer Zentralstelle neuzeitlicher Werkkunst entwickeln, deren Musterschauen dem Inlande willkommene Prüfschauen und dem Auslande längst notwendig gewordene Qualitätsübersichten sein wollen.

Bemerkenswert war, dass während der Frankfurter Messwoche auch auf wirtschaftlich-organisatorischen Zusammenschluss gerichtete Bestrebungen hervortraten. Man hatte die Frankfurter Herbstmesse zur Abhaltung einer Tagung ausersehen, die in der Tat als der erste deutsche Kunstgewerbetag angesehen werden konnte. Zahlreiche Vertreter des Kunstgewerbes waren aus Nord und Süd zusammengekommen, um über die organisatorische Zusammenfassung des gesamten deutschen Kunstgewerbes in einer wirtschaftlichen Interessenvertretung zu beraten. Das Ergebnis der Tagung war die Wahl eines Ausschusses, der bis zur nächsten Messe die Vorarbeiten zur Gründung einer umfassenden Organisation des Kunstgewerbes in die Hand nehmen soll. Zum Geschäftsführer dieses Ausschusses wurde Syndikus Dr. Lothar Dessauer (Stuttgart) bestellt.



Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst.

Die letzte Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst war die erste, die seit Kriegsbeginn gehalten werden konnte. Es wäre darum zu erwarten gewesen, daß bedeutend mehr Besucher sich eingefunden hätten. Hat doch dieser Tag mit Ueberzeugungskraft darauf hingewiesen, daß die Interessen der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst auch durch Krieg und Revolution nicht aus der Welt zu schaffen waren, der in der christlichen Kunst lebendige, sittliche Gehalt, die Notwendigkeit der Glaubensüberzeugungen des katholischen Christen auch sichtbaren künstlerischen Ausdruck zu verleihen, haben verhindert, daß die diesen Idealen dienende Organisation auch in schwerster Zeit zugrunde ging. Die tatkräftige Leitung der Deutschen Gesellschaft hat an diesen schönen Erfolgen dankenswerten Anteil.

Mit vollem Recht und gebührender Lebhaftigkeit wies bei dem Begrüßungsabend der 2. Vorsitzende der Gesellschaft, Bildhauer Prof. **Busch**, auf die dringende Notwendigkeit hin, gerade den christlichen Künstlern, von denen viele jetzt nach dem Kriege ihre Existenz von neuem begründen müssen, mit reichlichen **Aufträgen** zu Hilfe zu kommen. Möge die Anregung überall widerhallen und Erfolg bringen. Dies ist vom ideellen wie materiellen, ja wegen der erhaltenden und aufbauenden Kraft der christlichen Kunst auch vom politischen Standpunkte Erfolg aufs lebhafteste zu wünschen!

Ueber die reiche Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst während der Jahre 1914—1919, die ihre äußere Anerkennung in einem Steigen der Mitgliederzahl fand (gegenwärtig 5223), gab am Versammlungstage der Bericht des Schriftführers, Geistl. Rat **Staudhamer**, erfreuliche Aufschlüsse. Wir können hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Vergegenwärtigt man sich, daß in den schönen sechs Jahresmappen zwei und ein halbes Hundert erlesener Werke moderner christlicher Baukunst, Bildnerei, Malerei und angewandter Künste veröffentlicht wurden; daß ferner bei den jährlichen Verlosungen insgesamt 6089 technisch vollendete Nachbildungen, außerdem aber auch 25 Originale gewonnen wurden; daß sich endlich dazu noch der Schatz von Abbildungen in den beiden Zeitschriften „Die christliche Kunst“ und „Der Pionier“ gesellten, so vermag man zu ahnen, wieviel tiefinnerliche christliche Kunst auf diesen Wegen in viele Tausende von Behausungen einzieht, deren Bewohner am christlichen Glauben und seiner Herrlichkeit festhalten. Man mag auch weiter an die von diesen Schätzen ausgehenden ästhetischen Einflüsse denken; an die durch sie bewirkte Hebung des Geschmackes an die Anregungen, die das Bekanntwerden mit den Leistungen hervorragender Künstler (in den Mappen waren es allein ihrer 99) unter dem Gesichtspunkte eigener Anschaffungen gewährt. Als überaus förderlich für Kunst und Künstler haben sich die zahlreichen, von der Deutschen Gesellschaft veranstalteten Wettbewerbe erwiesen. Auch mit diesen Unternehmungen vermochte sie über die Schwierigkeiten der Zeitverhältnisse hinwegzukommen, ja, gerade der Krieg hat wohl den bedeutendsten von allen Wettbewerben gebracht. Es war jener im Jahre 1915, bei dem es galt, Entwürfe für Kriegsgedenkzeichen und Kriegserinnerungen zu gewinnen. Eine Sonderveröffentlichung hält in Wort und Bild die sehr vielseitigen, künstlerisch zum großen Teile bedeutenden Ergebnisse jenes Wettbewerbes fest, der für die Hebung des Wertes von Kriegsgedächtniszeichen jeglicher Art außerordentliche Bedeutung erlangt hat. Auch der Wettbewerb für die zum Deckmantel des stillen Heldentums der Frauen ausersehene Münchener St. Maximilianskirche gehört in diesen Zusammenhang. Der letzte, 1920 veranstaltete Wettbewerb galt Entwürfen für die Erbauung einer St. Josepskirche in Augsburg. Die häufige Erscheinung, daß sich auch auswärtige Gemeinden und Körperschaften in derlei Angelegenheiten an die Deutsche Gesellschaft wenden, beweist das Vertrauen, das man in ihre Erfahrung und Tatkraft setzt.

Diese Beziehungen der Anhänger der christlichen Kunst und auch der Gesellschaftsmitglieder zu der Zentralstelle immer enger zu gestalten, die Bestrebungen für die christliche Kunst immer mehr auszubauen und wirksam zu gliedern und dadurch schädlicher Zersplitterung entgegenzuarbeiten, ist ein seit langem empfundenes Bedürfnis. Jetzt hat man ihm Rechnung getragen durch die, eine gemäßigte Dezentralisation fördernde Gründung von Diözesangruppen. Sie bestehen allenthalben aus den Gesellschaftsmitgliedern innerhalb der Diözese. Die Gruppen haben die Aufgabe, in ihrem Kreise die Angelegenheiten der christlichen Kunst wahrzunehmen, wobei sie sich (so beschloß es die Versammlung nach lebhaften Erörterungen) mit der oberhirtlichen Stelle und der Vorstandschaft in steter Fühlung zu halten haben. Die Leitung der Münchener Gruppe liegt in den Händen des Vorstandes der Gesellschaft. Diese Aenderung der Organisation wird sich als nutzbringend erweisen, weil sie den einzelnen Gruppen die Möglichkeit schafft, mehr denn bisher im Sinne ihrer örtlichen Bedürfnisse zu wirken, ohne daß, wie sich im Interesse der Sache von selbst versteht, die Teile ihren gemeinsamen Kristallisationspunkt einbüßen. — Die Unkosten, welche der vielfältige, außer über Deutschland auch über Oesterreich, die Schweiz, Holland, Amerika sich ausdehnende Betrieb verursacht, sind, zumal jetzt, sehr bedeutend. Für 1921 balanziert der Voranschlag mit 106000 Mark. — Möchte es der neuen, bei dieser Gelegenheit gewählten Vorstandschaft vergönnt sein, bei innerer Ruhe und Eintracht ihre schon bisher segensreiche Tätigkeit immer weiter auszubauen. Gewähr dafür bietet die Wiederwahl der wichtigsten leitenden Persönlichkeiten.

Dr. O. **Doering**.

Vom Büchertisch.

Dr. **Franz X. Eggersdorfer: Die Schulpolitik in Bayern von der Revolution bis zum Abgang des Ministeriums Hoffmann.** Verlag der politischen Zeitfragen. München 1920. VIII und 280 S. 18 M. Vorliegendes Buch behandelt eine Sache, die wie keine andere zurzeit aktuell ist und die zudem dargestellt wird von einem Manne, der infolge seines Berufes hiefür hervorragende Vorbildung besitzt und durch seine Stellung als führender Abgeordneter der B. V. in den Verlauf der Entwicklung eingeweiht ist. Der Verfasser stellt allgemeine Grundsätze auf und übt vom rechtlichen und pädagogischen Standpunkte an den Maßnahmen Kritik. Die reiche Materie ist in den Kapiteln untergebracht: 1. Die naturrechtlichen Grundlagen jeder Schulpolitik, S. 1—13; 2. Die schulpolitischen Maßnahmen seit der Revolution, S. 14—66; 3. Aus dem gegenwärtigen Volksschulrecht Bayerns, S. 67—96; 4. Schulpolitische Aufgaben für die Zukunft, S. 97—106; 5. Texte, S. 107 bis 279. Die eigenartige politische Lage brachte gegenüber der Majorität des Volkes die Macht in die Hand des sozialdemokratischen Abgeordneten, ehemaligen Volksschullehrers Hoffmann. Sein Werk ist namentlich durch drei Züge charakterisiert, nämlich 1. rücksichtslose Bevorzugung der Simultanschule, 2. Beseitigung des religiösen Momentes in der Jugenderziehung und Zurückdrängung der Kirche und ihrer Vertreter aus der Schule, und 3. Hebung des Einflusses der Volksschullehrer und damit verbunden Unterdrückung der Elternrechte auf die Erziehung ihrer Kinder in der Volksschule, so daß man von einer Lehrerautonomie in dieser reden kann, welche die bayerische Volksschule zu einer Lehrerrepublik macht (vgl. S. 21, 22, 43, 73, 74). E., der trotz entschiedener Wahrung der christlichen Grundsätze und Elternrechte im allgemeinen milde urteilt, kennzeichnet zusammenfassend die Tätigkeit des Unterrichtsministers H. also: „Die Revolution hat Bayern — als einzigen kulturpolitischen Niederschlag — durch die fast anderthalbjährige Tätigkeit des Unterrichtsministers Hoffmann einen völligen Umsturz seines Schulwesens gebracht. Das neue Schulrecht, das damit geschaffen wurde, ist unausgeglichen, verworren, brutal und damit unhaltbar“ (S. 97). Das Buch ist jetzt und in Zukunft für alle, die sich mit der Schulgeschichte unserer Zeit beschäftigen, unentbehrlich.

Geistl. Rat Prof. Dr. J. Hoffmann.

Odilo Wolff, O. S. B.: **Mein Meister Rupertus.** Ein Mönchsleben aus dem zwölften Jahrhundert. Mit 19 Bildern. **Freiburg** i. Br. **Herder**. Pr. geb. 8.80 M. — Eine sehr sorgsame, anziehend-erfreuliche Arbeit in Gestalt eines religiös schön vertieften Lebensbildes von theologischem, psychologischem, kirchen- und kulturgeschichtlichem Reiz und Wert, mit dem das Ganze durchhellenden Augustinuswort als Leitspruch: „Nach Leben streben wir und nach Wahrheit“. Der Verfasser hat als junger Novize jahrelang seine Seelennahrung fast ausschließlich aus den vom Geiste der Anbetung durchdrungenen, auch sprachlich ausgezeichneten Werken („Von der heiligen Dreifaltigkeit“, „Vom Siege des göttlichen Wortes“ usw.) seines als Exeget, Aszet, Mystiker, Historiker und Lyriker berühmten Kölner Landsmannes gezogen: des nachmaligen Deutzer Abtes Rupertus, von zirka 1070 bis 1135, der zu seiner Zeit viele ungerechte Angriffe zu erdulden hatte, sie aber alle sieghaft bestand. In dem vorliegenden Buche setzt ihm P. Odilo Wolff in flammender Dankbarkeit und Liebe ein in der Tat ragendes Denkmal. Und zwar tut er es betonterweise nicht für ausgesprochene „Gelehrte“, sondern ersichtlich für alle jene, die einer geist- und seelenvollen Beispielseinwirkung völlig offen stehen. Kaum eine unmittelbarere als die dieses seines „Meisters“.

E. M. Hamann.

Die Herrlichkeit der katholischen Kirche in ihrer Lehre von P. **Gisbert Menge**, Franziskaner. 336 Seiten. Preis geb 4.00 M. Druck und Verlag von **Borgmeyer** & Co. in Münster i. W. Schon 1914 ließ P. Gisbert Menge den ersten Band eines Werkes erscheinen „**Die Wiedervereinigung im Glauben**. Ein Friedensruf an das deutsche Volk“ (Freiburg bei Herder). Auch sein neues Buch will diesem Gedanken dienen. Ist doch ohne Einheit im Glauben eine wahre innere Eintracht unsres Volkes unmöglich. Der erste Schritt dazu ist besseres Verständnis des andern Bekenntnisses. Daran fehlt es besonders bei Protestanten sehr. Aus P. Menges Buch können sie die katholische Lehre unentstellt und leicht verständlich gemacht kennen lernen. Sehr geschickt ist gerade die Lehre von der übernatürlichen Ordnung dem Ganzen zugrunde gelegt. Sie ist wirklich der Schlüssel, der dem Nichtkatholiken das Tor zum herrlichen Dom des katholischen Dogmas aufschließt. Und sie ist gerade den meisten Protestanten unbekannt. In drei Büchern wird behandelt Christus als Urheber des übernatürlichen Lebens, die Herrlichkeit des übernatürlichen Lebens und die Kirche als dessen Vermittlerin. Das vierte und letzte Buch handelt vom Himmel, der Heimat der Gotteskinder, und enthält ein Kapitel „Unsre Mutter im Himmel“. Es rechtfertigt die Verehrung Marias als Mutter Gottes. Nicht durch Polemik, sondern durch ansprechende Darstellung der herrlichen katholischen Lehre will das Buch wirken und werben. Jedem kann es die Liebe zur hl. Kirche stärken. Besonders aber wird es Konvertiten nützen, ferner denen, die viel mit Andersgläubigen zu tun haben und, so Gott will, recht vielen aufrichtigen Protestanten.

Dr. Otto Kunze.

Johannes Metzler S. J.: **Die apostolischen Vikariate des Nordens**, ihre Entstehung, ihre Entwicklung und ihre Verwalter. Ein Beitrag zur Geschichte der nordischen Missionen. 8°. 337 S. Paderborn 1919. Verlag der Bonifacius-Druckerei. Preis brosch. 12 M, geb. 15 M. Fast ganz Norddeutschland und die skandinavischen Länder gingen durch die Reformation der katholischen Kirche verloren. Für die in diesen Ländern verbliebenen und später zugewanderten Katholiken wurde im 17. Jahrhundert das apostolische Vikariat des Nordens gegründet. Später wurde dasselbe geteilt in eigene Vikariate für Dänemark, Schweden und Norwegen, sowie für die norddeutschen Missionen einschließlich der Präfektur Schleswig-Holstein. Was J. Metzler darüber schreibt, ist von großem Wert für den Geschichtsforscher. Denn das Buch beruht auf eingehendem Quellenstudium und befaßt sich mit einem wissenschaftlich noch wenig bearbeiteten Gebiet. Es hat aber auch Bedeutung für weitere Kreise. Es läßt uns einen lehrreichen Blick tun in die Geschichte und in das Elend unserer Diaspora, zeigt aber auch, was durch tatkräftige Kirchenfürsten unter opferwilliger Mithilfe der Gläubigen in dieser Diaspora schon Großes erreicht worden ist.

K. Neundörfer.

Vom Weihnachtbüchermarkt.

Streiflichtanzeigen von M. Rast.

III.

Bergstadtverlag = Breslau: In 1.—30. Auflage erscheint Paul Kellers neuester Roman: „In fremden Spiegeln". Pr. geb. 20 M. — Man sieht, wie dieser humorvertiefte Erzähler und sein Verlag auf raschest sich durchsetzenden Erfolg rechnen dürfen. Knappest zusammengefaßter Inhalt: Ein am Vaterlande Verzweifelnder sucht in der Fremde Vergessen und findet etwas ganz anderes: „in fremden Spiegeln" das trotzdem alle anderen an Wert überragende Bild Deutschlands, der besten Heimat, zu der er reuig, dankbar, arbeits- und hoffnungsfroh in erneuter, aus „Haß" geborener Liebe zurückkehrt. Die Ferne aber, in der Wiedergeburt zu feiern ihm vergönnt blieb, war Indien, dessen lebhafte Schilderung des Landschaftlichen, Völkischen, Sozialen, Geschichtlichen Paul Keller selbst als „Indienfahrer" vermuten lassen könnte. „Vom Büchertisch" wird noch Eingehenderes über das anregende Buch bringen. — Die übrigen uns vorgelegten Werke des Dichters sind so verbreitet, daß es hier nur einer erinnernden Aufführung bedarf. Zunächst in „rückwärtiger" Linie die Romane, sämtlich in oft wiederholter hoher Auflage; „Hubertus. Ein Waldroman". Pr. geb. 20 M; — „Ferien vom Ich". Pr. geb. 20 M; — „Die Insel der Einsamen". Preis geb. 20 M; — „Die alte Krone". Pr. geb. 20 M; — „Der Sohn der Hagar". Pr. geb. 20 M; — „Das letzte Märchen". Pr. geb. 20 M; — „Die Heimat". Pr. 20.— M; — „Waldwinter". Pr. 20.— M. — Dann die Erzählreihen: „Das Königliche Seminartheater und andere Erzählungen". Pr. geb. 12.80 M. „Die fünf Waldstädte. Ein Buch für Menschen, die jung sind". Pr. geb. 12.80 M. „Stille Straßen. Ein Buch von kleinen Leuten und großen Dingen". Pr. geb. 12.80 M.

In heller Freude hat Paul Keller selbst einem Erzählwerke spannender Vertiefung, humordurchsonnten Gemütsreichtumes den Weg gebahnt: „Nanni Gschaftlhuber. Ein Wiener Roman". Von Anna Hilaria von Eckhel" (s. „A. R." Nr. 48/1919). Pr. geb. 20 M. — Von derselben Verfasserin stammt die in Triest, an der Adria, in Dalmatien, den Dolomiten spielende, formschöne Novellenreihe „Zwischen Wellen und Steinen". Pr. geb. 15 M. — Suchen wir hier den Humor, so finden wir nur den tiefernsten, vorwiegend aufs Tragische gestimmten. Die Dichterin geht hier schwersten Problemen nicht aus dem Wege, aber sie meistert sie, wenn nicht durchweg in seelischer, so doch in künstlerischer Befreiung. — Einen gestaltenden Griff mitten ins Volksleben tat Emil Maxis mit dem für die Abstimmung wichtigen Kulturroman „Tiefengold". Pr. geb. 15 M (s. hierzu „Vom Büchertisch" in Nr. 38/1920 der „A. R."). — Genannt sei noch, als in neuer Auflage, Roland Betschs hell lachender, aber auch nicht selten fein lächelnder, dann wieder ernst sinnierender „Roman in drei Büchern Benedikt Patzenberger. Aus der Komödie seines Lebens" (s. Ausführlicheres „A. R." Nr. 9/1918). Pr. 12.— M. — Zum Schluß ein besonderer Hinweis auf die Bekundung eines neuen Erzähltalents in der Theodor Storm-Linie: die Novellenreihe „Die Eine Liebe" von Dr. Annie Herzog. Pr. —.—. „Vom Büchertisch" wird Näheres bringen.

Verlag Ferdinand Schöningh = Paderborn: Von Dr. Wilhelm Timmen, Verfasser des Büchleins: „Deutsche Schulleiter der Gegenwart", liegt ein neues, umfangreiches Werk vor: „Deutschlands geistiger Neubau. Ein sozialpädagogisches Schul- und Bildungsprogramm." Pr. 10 M. — Der sehr gründlich und vielseitig orientierte Verfasser geht aus von der Gegenwart der zwei großen entgegengesetzten Weltanschauungen: Wer den Staat als den höchsten und einzigen Gemeinschaftsverband auffaßt, kann dem einzelnen Leben keine besondere Bedeutung zuerkennen. Wer dagegen in jeder Einzelpersönlichkeit die unsterbliche Seele achtet, muß der Erziehung eines jeden Menschen wichtigste Bedeutung zusprechen. Der gläubig intellektuelle Katholik wird logisch die Erziehung nach individuellen und sozialen Gesichtspunkten fordern. Die sehr eingehend, mannigfach und, unter hohen Zielanstrebungen, tief eindringende Darstellung bespricht vor allem die einschlägigen Verhältnisse und Bedürfnisse des katholischen Volksteiles, „ohne die allgemeinen Richtlinien und Grundsätze für den sozialpädagogischen Aufbau des neuen Deutschlands zu verwischen". Sozialpädagogik vor und nach dem Kriege, Familienerziehung, äußerer und innerer Aufbau des Erziehungs- und Unterrichtswesens nach individuellen und sozialen Gesichtspunkten sowie das freie Bildungswesen sind die in der Durchführung reich gegliederten Hauptthemen. Ein begrüßenswerter „Anhang" über gesetzliche Verordnungen usw. schließt das für Fach- und gebildete Laienkreise wichtige Buch. — Prof. Dr. J. Klug hat sein als dreibändig gedachtes Werk „Lebensbeherrschung und Lebensdienst" fortgesetzt. Band I: „Der Mensch und die Ideale", Pr. geb. 16 M, liegt schon im 9. bis 14. Tausend vor. Band II: „Das Leben", Pr. geb. 18 M, erschien soeben in hoher Auflage; Band III: „Die Güter des Lebens", steht noch aus. Wir haben es hier mit einem geistig-seelischen Monumentalwerk „von der sittlichen Reife der Einzelpersönlichkeit und des Volkes" zu tun, und zwar mit einem von schier unübersehbar reicher Darbietung, die sich zielbewußt an alle und jeden von Denkkraft und Bildung wendet mit dem feinen, gütigen Takt des wurzelfesten Welt- und Menschenkenners, des tapferen irenischen Heilandsjüngers, der — gottinnig — der Keuschheit seiner tiefstinnersten Ueberzeugung den für das Reich seines Herrn hemmenden allzuengen Grenzen in Selbstüberwindung und echter Caritas die rechten Weiten zu geben und dadurch Tausenden den Weg zum wahren Leben und dessen Dienste zu öffnen versteht. So möge denn das mit der Glaubensfackel der Gerechtigkeit, des zarten Freimutes und der unerschrockenen Liebe in alle denkbaren Tiefen und Untiefen neuzeitlicher Lebensverhältnisse hineinleuchtende Werk in sämtlichen Konfessionen und Parteien, vor allem aber in katholischen Kreisen weiteste Verbreitung finden! — Die Wunden der heutigen deutschen Seele legt mit sicherer heilskundiger Hand bloß der Verfasser eines in die Wirren der Zeit und unseres Volkes in führender, aufrichtender Liebe leuchtenden Buches: „Der deutschen Seele Not und Heil. Eine Zeitbetrachtung" von Wilhelm Schmidt S. V. D. Inhaltskapitel: Das Erwachen; Verhungernde Seelen; Der Abstieg der Besiegten; Der Aufstieg der Sieger; Einkehr und Sammlung; Das Opfer der Liebe; Ausblicke zum Aufstieg; Das Lichtamt des Heiligen Geistes; Ans Werk! Pr. 10 M.

Der Verlag Walter Hädecke = Stuttgart sandte drei bedeutende Werke: „Hermann Gradl. Ein neuer deutscher Maler-Romantiker". Von Dr. Heinrich Bingold. Unter Beigabe von 12 Vierfarbendruck-Kunstbeilagen auf Karton gelegt, 64 ganzseitigen Autopiedrucken, 12 Zeichnungen nach dem Bilde des Künstlers. Klein-Quart. Auf bestem holzfreiem Daunendruckpapier in Tiemann-Fraktur. Vornehm gebunden in Halbleinen 52 M, in Ganzleinen 65 M, in Halbleder 80 M, in Ganzleder 300 M. — „Das Gefühl soll wieder zu seinem Rechte kommen. Ueber den Zerstreuungen des Tages soll die Kunst sammeln und verinnerlichen, sie soll geistig befreien und sittlich veredeln." Als kraftvollen Vertreter dieses Hauptgrundsatzes „neudeutscher Romantik" schildert uns Dr. Bingold den Helden seiner Monographie in der eigenen textlichen, sehr gehaltvollen Darstellung und in den bildlichen Beigaben des aus den Tälern des Kunstgewerbes zum Firn eigenschöpferischen höheren Künstlertumes Emporgestiegenen. Auf den Pfaden eines Spitzweg, Schwind, Richter, Thoma, aber als durchaus Selbständiger lauscht dieser Berufene der fränkischen Heimat ihre geheimsten Reize, ihre ausgesprochene Wesenheit bis in letzte Linien und stille Verborgenheiten ab. In ihm haben wir wieder einen Maler der Fabulierkunst, der beschaulichen Ruhe, der Behaglichkeit und Gemütlichkeit, der unmittelbar wirkenden träumenden Stimmung. Ein Rufer der Natur ist er, ein beseelender Wecker ihrer Wahrheit, Schönheit und Süße, ein schelmischer, zutiefst anteilnehmendster Abspiegler der köstlichsten Gestalten der Straße und Wanderwege, des bescheiden lebensgenießerischen Alters, der schwärmenden Jugend, der unbewußten Kindheit. Er ist jung genug, uns noch viele reiche Freuden zu spenden. So freuen wir uns seiner und ihrer! — An das neuromantische Werk reiht sich gut die von Karl Sigrist in der Eigenart dieses Künstlers reich bebilderte Ausgabe des spätromantischen „Aus dem Leben eines Taugenichts" von Joseph Frhr. von Eichendorff. Klein-Quart. Auf bestem holzfreiem Daunendruckpapier in Tiemann-Fraktur. Mit 4 Vierfarbenkunstdrucken" (in gobelinartigem Stil), 10 Vollbildern und reichem Buchschmuck in zweifarbiger Ausführung. Vornehm gebunden in Halbleinen 52 M, in Ganzleinen 65 M, in Halbleder 80 M, in Ganzleder 300 M. — Keines Lobeswortes bedarf es mehr über Eichendorffs unvergleichliche Dichtung. Sigrist hat sie voll und aufs feinste erfaßt: das beweist sein Bildschmuck, der das Buch zu einer Schatzkammer romantischer Stimmung, zu einem erstklassigen Weihnachtgeschenkwerke macht. — Ganz anders gibt sich das dritte uns übermittelte Buch: „Weltwende. Gesammelte politische Aufsätze" von Graf Posadowsky. Pr. 10.50 M (Pappband). Das vorzüglich getroffene Bildnis des vornehmen, außerordentlich sympathischen Staatsmannes schmückt die Sammlung der von 1910 bis 1920 entstandenen Kapitel. Hinter ihnen steht eine Persönlichkeit, die als Verkörperung gerechten, mehr als das: gütig weisen Scharfblicks für Weite, Tiefe und Höhe unseres nationalen Gesichtskreises erscheint. Man könnte dem Buche eine Reihe auf langhin leuchtender Kernworte entheben, die wie Scheinwerfer auf dem so vielfach verdunkelten Gebiete äußerer und innerer Politik wirken.

Verlag Jos. Scholz = Mainz, Graph. Kunstanstalt: Hier haben wir eine „Wonnewelt" für unsere Kleinsten und die Großen, die sich mit ihnen zu freuen und ihnen das vermittelnde, unmittelbare Wort auf dem Wege zum vollen Verständnis zu geben verstehen. Also aus „Scholz' Künstler-Bilderbücher" liegt uns vor: diese wunderbar ergötzliche Geschichte in Großquart: „Der verlorene Pfennig. Hans Däumlings seltsame Abenteuer in 5 Kapiteln gereimt und gezeichnet" von Arpad Schmidhammer, Pr. 18 M (auf Papier); die folgenden fünf sämtlich auf Pappe: „Kleinkinderbuch. Anschauungsbilder und Reime" von E. Heinsdorff, Pr. 24 M; „Fröhliches Völkchen und seine Freunde in Haus und Hof. Kinder- und Tierbilder" von Brita Ellström und E. Oßwald, Pr. 24 M; „Dies und das. Anschauungsbilder und Reime" von Arpad Schmidhammer. Pr. 17.60 M; „Fröhlicher Reigen". Bilder von Hans Schroedter. Mit Kinderreimen. Pr. 9.60 M; „Für unsere Kleinen". Bilder von E. Oßwald. Bilder von Gustav Falke, Pr. 9.60 M. — Ferner aus Scholz' künstlerischen Volksbilderbüchern: „Peters Reise". Bilder von Arpad Schmidhammer. Verse von Gustav Falke, Pr. 5.60 M. (Auf Papier); „Vom Bäumchen, das andere Blätter hat gewollt und vom Büblein, das überall mitgenommen hat sein wollen". Von Fr. Rückert. Bilder von Auguste Mährlein. Pr. 5.60 M (auf Papier); „Schau her! Bunte Bilder mit lustigen Reimen". Von Eugen Oßwaldt. Pr. 6.40 M (mit Pappe).

Bühnen- und Musikrundschau.

Otto Heß †. Nicht völlig ein Lebensalter von nur 50 Jahren hat Hofkapellmeister Otto Heß erreicht. Die Grippe, die ihn auf seiner spanischen Reise erfaßt hatte, wo er den musikalischen Schöpfungen deutscher Meister ein genialer Mittler gewesen war, hat ein Leiden, das schon jahrelang im milderen Grade vorhanden gewesen, zum Schlimmen gewendet. Krank ist er aus Madrid im Frühjahre zu seiner von ihm so geliebten Tätigkeit am Nationaltheater zurückgekehrt und gar bald ergab sich für ihn die Notwendigkeit, sich der erzwungenen Muße hinzugeben und in Planegg ist er nun gestorben. Seit 1913 zählten wir Heß zu den unsrigen. Er war an Stelle Franz von Fischers getreten, eine Nachfolge, die auf das Höchste verpflichtete, und es ward gar bald offenbar, daß wir hier eine jenem wesensverwandte Musikernatur gewonnen. Wie Fischer gestaltete Heß aus der Fülle eines glutvollen Empfindens, empfand er durch und durch dramatisch, wußte das Orchester, das er voll in der Hand hatte, zu gewaltiger Steigerung zu bezwingen in üppiger Entfaltung der Klangwunder. War Fischer ein treuer Hüter der großen Wagnertradition, an der mitzubauen ihm vergönnt gewesen, so war Heß ihr berufener

Fortentwickler. Daß geistreichelnde Ausspüren neuer „Auffassungen" vieler moderner Musiker, die oft erstaunliches technisches Können, aber mehr Kopf als Herz besitzen, lag ihm ferne. „Gefühl ist alles." Darum wußte er Orchester und Publikum hinzureißen. Neben Wagner standen ihm vor allem Mozart und Beethoven nahe, von den heutigen Richard Strauß. Wie Fischer war Otto Heß auf dem Münchener Kunstboden erwachsen und verbarg seine Künstlerseele hinter einem schlichten Wesen, das das Gedränge und das Geschrei des Marktes scheute. Trotz seiner überragenden Begabung ist erst dem Dreißigjährigen der Weg zur Kunst freigeworden, nachdem die Verhältnisse ihn zuerst zum Rechtsstudium gedrängt hatten. Der langen Reihe großer und trefflicher Namen, die den Ruhm der Münchener Oper ausmachen, gesellt sich derjenige von Otto Heß zu. Wir, die wir die von ihm geleiteten Vorstellungen genießen konnten, werden diese künstlerischen Erlebnisse dankbar im Gedächtnis bewahren.

Münchener Kammerspiele. Während unsere volkstümlichen Bühnen von der Pflege von Operetten und Possen ihre wertvollen Aufgaben vernachlässigen, hat sich jetzt unsere „literarischste" Bühne um Ferdinand Raimund bemüht. Da liegt die Gefahr einer unnaiven Transponierung in das Reinartistische nahe, schon mit Rücksicht auf die Atmosphäre des Zuschauerraumes, der hier anders ist, als etwa im Volkstheater; aber ich glaube, man ist diesen Gefahren so ziemlich entgangen und was man bot, war jedenfalls etwas Sehens- und Hörenswertes. Die Kammerspiele hatten unter den Raimundstücken gewählt: „Der Bauer als Millionär", romantisches Zaubermärchenspiel mit Gesang in acht Bildern und mit Weisen von Drechsler, Lanner und Strauß in der Stöger-Raimundschen Bühneneinrichtung des Wiener Josefstädter Theaters von 1832. Um das Lottchen, das indische Kind einer Fee, zu verderben, senden die bösen Geister deren Pflegevater, den Reichtum, der die Herzen verdirbt und als diese trotz des schlechten Beispieles, das ihr der letztere gibt, dennoch in ihrer schlichten Bescheidenheit verharrt, suchen „Neid" und „Haß" durch einen Reichtum bringenden „Ring" das Herz ihres Geliebten zu betören, aber über allen bösen Zauber siegt die Liebe des Lottchens, das den Weg zur „Zufriedenheit" findet. Ja, es steckt viel Weisheit in dem kindlich naiven Spiel, von der unsere Zeit freilich wenig wissen will, wenn sie auch Beifall klatscht. Martini in der Titelrolle des Fortunatus Wurzel hat in seinen G'stanzeln dies leicht unterstrichen ohne im übrigen das alte Stück durch neue Anspielungen aufzuputzen. Pasettis Bühnenbilder in einem grotesk übertreibenden späten Biedermeierrahmen waren charakteristisch und anheimelnd. Die Feenwelt hatte einen Zug bürgerlicher Romantik, wie sie der Zeit angemessen; die Zufriedenheit mit dem Strickstrumpf, von Dela Leschka sehr anmutig gegeben, war ein Stück Biedermeierpoesie, der ein Schuß liebenswürdiger Spießbürgerlichkeit beigemischt ist, ohne darum aufzuhören, Poesie zu sein. Ganz famos u. a. war das Bild des auf das Land zurückgekehrten Fortunatus, wie er von Kühen umgeben ist. Das war einfach überwältigend komisch. — Die „Jugend", die von Fortunatus Abschied nimmt, verkörperte Sybille Binder; so gut auch Schreck als das „hohe Alter", Marlé und Momber als die beiden Michelbrüder „Neid" und „Haß" waren, die Allegorie so völlig ins Persönliche, Poetische umzuformen, gelang doch nur der Binder. „Brüderlein fein.." Grete Jacobsen und Donath gaben den jungen Liebenden schlichte Natürlichkeit. Die lieben Altwiener Weisen umrahmten die Vorgänge in beschwingtem Tempo. Vielleicht daß eine oder die andere Szene gekürzt oder ganz entbehrt werden könnte, aber das ist kaum ein ästhetischer Einwand, sondern mehr die Unruhe des modernen Menschen gegenüber dem Kunstprodukt einer beschaulicheren Zeit. Die sehr sorgfältige Regie lag in Kalbecks Händen; daß das Komische nicht wie heutzutage so leicht in die karikaturistische Verzerrung des Offenbachschen Stiles geriet, ist ihr besonders gut anzurechnen. R. Tants dirigierte mit Frische die liebenswürdigen Weisen.

Schauspielhaus. Bernard Shaws Mysterium „Candida" ist das bekannteste Stück des irischen Spötters. Wir haben es vor zwölf Jahren im Residenztheater gesehen und nun hat das Schauspielhaus mit Frau Körner in der Titelrolle das Stück gespielt. Es war unter der Leitung des Herrn v. Busse eine sehr fesselnde Vorstellung. Die zwischen Ironie und Sentimentalität pendelnde Art Shaws läßt viele Nuancen zu. Auch die Auffassung des Uebersetzers Shaws ist nicht unbestritten geblieben. Hermine Körner repräsentierte die Candida glänzend, vielleicht etwas „intellektueller", kühler, als der Dichter gedacht haben mag. Granach und Wohlbrück boten sehr Fesselndes. Es sind zwei Schauspieler, die nicht alltägliche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Nächste Woche haben wir eine Shaw-Uraufführung im Residenztheater, da wird Gelegenheit sein, über die Eigenschaften, die diesen Dichter zeitgemäß machen, und diejenigen, durch die er uns fremd ist, einiges zu sagen.

Volkstheater. Amerika ist künstlerisch auf Import angewiesen; von dort Stücke exportieren zu wollen, ist herzlich überflüssig. „Das Geständnis" von Sidney Garricks ist eine gar gruselige Geschichte im Geschmacke eines Vorstadtkinos von Eifersucht, Verführung, Mord und Gerichtsszene, ganz auf Spannung gearbeitet. Hedda Berger hat eine Bombenrolle, die eine gute Schauspielerin zu einer Virtuosin verderben könnte. Geschmack und Kunst sind mehr als problematisch, um so lauter war der Beifall.

Aus den Konzertsälen. Im zweiten Abonnementskonzert des Konzertvereins dirigierte Max Siedler als Gast, den wir als eine plastisch gestaltende Musikernatur seit längerem schätzen. Nach einer guten Wiedergabe der Egmont-Ouverture, einer klanglich feinen, von spitzfindiger Geistreichelei freien Aufführung von Rich. Straußens „Heldenleben" bot er die vierte Symphonie von Brahms mit starker Berechnung und rhythmischer Prägnanz. — Lilli Lehmann gab einen gutbesuchten Liederabend. Es ist erstaunlich, wie diese seit langen Jahrzehnten berühmte Sängerin dank einer vorbildlichen Technik ihre Stimme zu bewahren wußte. Sie wußte auch in diesem Konzert wieder stark zu fesseln und das Publikum zu lauten Beifallsstürmen hinzureißen. Neu war mir ein junger Geiger Francis E. Aranyi, der über schöne Technik, Temperament und viel Klangpoesie verfügt. Außer einer „modernst" empfundenen Neuheit von Fred Delius erfreuten uns besonders reizvolle Stücke von Dvorak-Kreisler, welche das frische, gesunde Musizieren des Geigers auf das angenehmste in das rechte Licht setzten.

Verschiedenes aus aller Welt. „Der Zwerg vom Haslital", eine Märchenoper von Gustav Doret, hatte in Zürich einen Achtungserfolg. Die Musik ist mehr geistreich als erfindungsstark. Sie vermochte aus der handlungsarmen Handlung nicht viel herauszuholen. — August Langert hat seine vor 50 Jahren an verschiedenen großen Bühnen erfolgreich gegebene Oper „Dornröschen" einer Umarbeitung unterzogen. Das Werk des 85jährigen Tondichters wurde in der Neufassung in Koburg, woselbst Langert lange als erster Kapellmeister gewirkt hat, erfolgreich gegeben. Neben einer Fülle lyrischer Schönheiten rühmt die Kritik die dramatische Wirkung der Musik. — Wenig Erfolg hatte in Leipzig „Die Königin" von F. Hübel. Der oft dramatisierte Stoff der Struenseetragödie wird hier nach Berichten als geschicktes Intrigenstück behandelt, das Stück wächst in keiner Szene aus der Sphäre des Niedrigen hinaus zu lichtem Menschentum. — Opernaufführung in der Wiener Urania. Am Sonntag, 7. November fand im Klubsaal der Wiener Urania die vollständige konzertmäßige Aufführung der in Indien spielenden einaktigen Oper „Der Paria" statt. Der Text stammt, umgedichtet nach Michael Beers gleichnamigem Trauerspiel, von dem Wiener Lyriker Franz Josef Zlatnik, die originelle prächtig charakterisierende und von Melodienzauber erfüllte Musik von dem bekannten Komponisten Gustav Grube. Der Beifall war überaus nachhaltig; er galt auch dem Dichter, der den erfolgreichen Abend mit einer wirkungsvollen Einführung in die tieftropische Dichtung einleitete. Der Saal war ausverkauft.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wachsende Börsenspekulation — Umgruppierung der deutschen Grossindustrie — Wird Amerika unserer Markvaluta aufhelfen?

An den deutschen Effektenbörsen feiert die Spekulation bei ausgesprochen fester Tendenz, bei fortgesetzten enormen Kurssteigerungen und Ausdehnung der Spekulationskreise neuerlich Orgien. An den deutschen Börsenplätzen mussten bis auf weiteres zur Aufarbeitung der übergrossen Effektenaufträge Ruhepausen eingelegt werden. Beim Studium der Tagesberichte über den Effektenverkehr fällt die Betonung dieses überaus regen Spekulationstriebes immer wieder auf. Durch die Neuausgabe von Industrieaktien, durch tatsächlich vorzügliche Bilanzveröffentlichungen und erhöhte Dividendenerklärungen von Aktienkategorien aller Art und durch die Hinweise auf vermehrten Auftragsbestand bei diesem und jenem Unternehmen erfährt die Hausse zum Teil auch sachliche Begründung, wenn auch nicht restlos. Von den Nachrichten über grössere Auslandsbestellungen bei der deutschen Industrie ist besonders bemerkenswert die Ordreerteilung aus Holland für die Kabelindustrie bei einem

Objekt von zirka 20,000 Seemeilen Länge. Gerade dieser Auftrag mag charakteristisch für das Wiedererwachen des ausländischen Vertrauens zum deutschen Grossunternehmertum sein. Von nicht geringerer Bedeutung für unser Gesamtwirtschaftsleben ist der mehr und mehr um sich greifende grundlegende Gedanke von Grosshandel und Grossindustrie, durch engere **Interessengemeinschaft von Produktion und Fabrikation** die deutsche Industrie langsam aber von Grund auf den völlig geänderten Weltkonkurrenzbedingungen anzupassen. Nach der bereits gemeldeten Bildung des Riesenkonzerns in der Elektrogruppe sind weitere ähnliche Zusammenschlüsse von nord- und süddeutschem Unternehmertum bekanntgeworden. Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg-Gutehoffnunghütte sichern sich durch eine solche Vereinigung unter gleichzeitiger Wahrung ihrer Selbständigkeit einen auf fester finanzieller und wirtschaftlicher Grundlage stehenden Betrieb, von der Rohstoffbelieferung angefangen bis zum Export der Fertigware. Aus gleichen Gründen erfolgt die finanzielle Annäherung des neuen Konzerns Rhein-Elbe-Union (Roheisen und Kohle) und des Siemens-Schuckert-Konzerns (Elektrotechnik) mit der führenden Glaswerkindustrie (Herstellung von Glühlampen). Auch in der Versicherungsbranche haben sich die einzelnen Gruppen wiederholt zu Arbeitsgemeinschaften zusammengetan, um unter voller Ausnützung der einzelnen Werbeorganisationen eine Verringerung der Unkosten herbeizuführen, und dem Kampf mit der mächtig gewordenen Auslandskonkurrenz gewachsen zu sein.

Entgegen den Befürchtungen im Ausland ist der 9. November, der Revolutionserinnerungstag, im Reich ruhig verlaufen. Der wohl nicht zulezt auf derartige Befürchtungen zurückzuführende weitere **Kursrückgang der Reichsmark** hat inzwischen so viel wie keine Besserung erfahren. Auch die Erwartungen eines Teils der deutschen Finanzkreise, dass mit der Lösung der amerikanischen Präsidentschaftsnachfolge Neuyork eine bessere Börsenstimmung für Deutschland zum Ausdruck bringen könnte, hat sich bisher nicht erfüllt. Wir werden gut tun, auch nach dieser Richtung hin nur geringen Optimismus aufkommen zu lassen. Deutschlands Industrie- und Finanzgestaltung bleibt nach wie vor auf eigne Kraft und eigne Wiedergesundung angewiesen. **Amerika** erlebt derzeit am eignen Wirtschaftkörper eine höchst unerfreuliche Waren- und Preiskrise. Zahlreiche und gewaltige Zahlungsschwierigkeiten werden von jenseits des Ozeans gekabelt. Die immer grösseren Umfang annehmende amerikanische Industriekrise umfasst bedeutende Betriebseinschränkungen oder gänzliche Schliessungen von Fabriken aller Sparten; die Arbeiter sind geswungen, bei herabgesetzten Löhnen weiterzuarbeiten, wenn sie nicht erwerbslos werden wollen.

Der tatsächliche Stand unserer deutschen Wirtschaft spiegelt sich nach wie vor in den veröffentlichten Wochenausweisziffern der Reichsbank wieder. Auf annähernd 80 Milliarden Mark ist nunmehr der Gesamtumlauf von Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen gestiegen Und noch ist kein Ende dieser **Papiergeldüberschwemmung** abzusehen. Ein deutsches 20 ℳ-Goldstück wird zurzeit mit fast 350 ℳ gehandelt und bezahlt. Die Kaufkraft unserer Mark im Ausland kann angesichts des Tiefstands der deutschen Valuta (in der Schweiz 7½) und dieses hohen Goldagios (17½ fach) als völlig ungenügend bezeichnet werden. Die unentbehrlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel müssen jedoch aus dem Ausland bezogen werden auch ohne entsprechenden Ausgleich durch starke **Erhöhung unseres Exports**. Eine solche ist ja, schon im Hinblick auf die Erfüllung des Spaer Abkommens, vorerst undenkbar. Kräftige Wertbesserung unserer Mark ist also wohl kaum zu erwarten, Die fortgesezten **wilden Streiks** wie letzthin in Berlin sind auch nicht dazu angetan, das Urteil des Auslands über unsere Wirtschaftslage günstiger zu gestalten.

München. M. Weber.

Die Rentenanstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München berichtet, dass 1919 101 (i. V. 105) Mitglieder starben, wodurch 230 (266) Rentenverträge erloschen. Anfang 1920 zählte sie noch 1575 (1697) Mitglieder mit 3831 (4116) Rentenverträgen. Das Rentenkapital hat sich auf 1 093 996 Mk. (1 134 331) vermindert. Die Reserve betrug am 1. Januar d. J. 162 211 Mk (159 174).

M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Unsere Leser machen wir auf den dieser Nummer beiliegenden Prospekt des Verlags Walter Hädecke in Stuttgart besonders aufmerksam.

Vom Weihnachtsmarkt.

Finck Cabinet. Die neue Steuer hat den Traubensektgenuß für weite Kreise fast unmöglich gemacht. Die Firma Josef Finck & Co., Hoflieferanten, Obstschaumweinkellerei, Mainz-Biebrich, bietet in ihrem, aus den Vorkriegszeiten ja allseits bestens bekannten Qualitäts-Obstschaumwein Finck Cabinet einen dem Traubensekt ebenbürtigen aber wesentlich billigeren Ersatz. Finck Cabinet ist mit Zucker durch Flaschengärung wie die bekannten Traubensektmarken während langem Lager hergestellt ohne jeden Zusatz von Sacharin oder künstlicher Kohlensäure. Die eigenartige Herstellung bietet die beste Gewähr für weinähnliches Aroma, außerordentliche Bekömmlichkeit und fast unbegrenzte Haltbarkeit. Finck Cabinet hat sich in weiten Kreisen, welche seither Traubensekt tranken, bestens eingeführt, was der steigende Umsatz und die regelmäßigen Nachbestellungen beweisen. Infolge seines relativ geringen Alkoholgehalts, ohne dabei alkoholarm zu sein, wird Finck Cabinet vom Arzte den Nervösen und Herzleidenden als Ersatz für den ärztlich verbotenen Traubensektgenuß empfohlen, so daß auch diesem Kreise der Verbraucher der Genuß des Schaumweins möglich ist, ohne die unliebsamen Begleiterscheinungen des Traubensektgenusses mit in Kauf nehmen zu müssen. Wir empfehlen unseren Lesern einen Versuch zu machen, da die Firma bereits Kisten von 12 und 24 Flaschen liefert und sind überzeugt, daß dem Probeauftrag die regelmäßigen Nachbestellungen folgen werden. Wir selbst sind langjährige Bezieher dieses Qualitäts-Obstschaumweins.

Künstlerische Weihnachtskrippen. Mehr und mehr wieder gewinnt der Gedanke, daß unter den deutschen Christbaum ein Weihnachtskripplein gehört, Raum. Und erfreulicherweise erwacht ganz besonders wieder der Wunsch nach künstlerischen Weihnachtskrippen. Vor uns liegt ein hübsches Verzeichnis betitelt „Die schönsten Weihnachtskrippen“, das die Firma J. Pfeiffers rel. Kunstverlag, München, Herzogspitalstr. 6, herausgegeben hat. Es enthält neben einfachen Krippendarstellungen beachtenswerte Künstlerkrippen, die besonders wohltuend von den bis jetzt angebotenen Modellen abstechen. Wie uns die Firma mitteilt, versendet sie das Verzeichnis kostenlos. Wir machen Interessenten hierauf aufmerksam.

PROSPEKT.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation München.

Nominal ℳ 2'000,000.— neue Aktien zu je ℳ 1000.— mit den Nummern 2001—4000 und voller Dividendenberechtigung für 1920.

Die München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation ist seit dem 31. Oktober 1862 im Handelsregister eingetragen und hat ihren Sitz in München; ihre Dauer ist auf unbestimmte Zeit festgesetzt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Papier- und Holzstoffabriken, von Papierhandelsgeschäften und von Anlagen zur Gewinnung und Verwertung von Hilfsstoffen, Abfällen und dergl. oder zur weiteren Verarbeitung der eigenen Fabrikate:

Die Gesellschaft besitzt derzeit folgende Anlagen:

1. Papierfabrik München-Au mit Zentralbüro.
2. Papierfabrik München-Kegelhof.
3. Obere Papierfabrik in Dachau.
4. Papierfabrik Steinmühle in Dachau.
5. Obere und untere Holzstoffabrik in Olching.
6. Holzstoffabrik Deutenhofen
7. Papierfabrik in Pasing samt Lagerhäusern am Bahnhof Pasing.
8. Anwesen Hs.-Nr. 6 Residenzstraße und Hs.-Nr. 4 Schrammerstraße in München.
9. Arbeiterwohnhäuser in Dachau.
10. Arbeiterwohnhäuser im Sägewerk Etzenhausen bei Dachau.
11. Arbeiterwohnhäuser in Pasing.
12. Arbeiterwohnhäuser in Olching.

Das Aktienkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich fl. 500,000.— (St. 1000 zu je fl. 500.— = ℳ 857,142.86), wovon 25 Stück vorerst nicht emittiert waren; es wurde, wie folgt, erhöht:

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 28. April 1891 auf ℳ 1'000,000.— auf dem Wege der Umwandlung der Stücke zu fl. 500.— in solche zu ℳ 1000.— mittels Aufzahlung von je ℳ 142.86 aus dem Spezialreservefonds.

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 11. März 1893 um ℳ 200,000.— auf ℳ 1'200,000.—, wobei auch die Emission der noch nicht begebenen 25 Aktien beschlossen wurde.

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 10. November 1919 um ℳ 800,000.— auf ℳ 2'000,000.— durch Ausgabe von 800 neuen Aktien zu je ℳ 1000 —.

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 29. September 1920 um ℳ 2'000,000.— auf 4'000,000.— durch Ausgabe von 2000 neuen Aktien zu je ℳ 1000.—, welche bei Zeichnung alsbald zum Kurse von 120 % vollzuzahlen waren; diese Aktien sind von dem Bankhause Merck, Finck & Co in München zu genanntem Kurs mit der Verpflichtung gezeichnet worden, sie den alten Aktionären zum gleichen Kurs von 120 % im Verhältnis von einer neuen Aktie auf eine alte Aktie anzubieten; die neuen Aktien haben am Erträgnis des Geschäftsjahres 1920 vollen Anteil.

An den Ausbau der Wasserkraftanlagen, der das Unternehmen vom Bezug der Kohle möglichst unabhängig machen soll, wurde noch im Jahre 1919, zunächst durch Erwerb der mit wertvoller Wasserkraft ausgestatteten Holzstoffabrik Deutenhofen herangetreten. Zur Durchführung dieser Maßnahme, sowie zur Erneuerung der maschinellen Anlagen und zur Verstärkung des Betriebskapitals sind über die durch die Kapitalserhöhung des Jahres 1919 beschafften Mittel hinaus weitere erhebliche Beträge erforderlich, zu deren Aufbringung die jetzt beschlossene Erhöhung des Grundkapitals bestimmt ist.

Das Aktienkapital besteht nunmehr aus 4000 Stück Aktien zu je ℳ 1000.— mit den Nummern 1—4000, sie lauten auf Namen und tragen die Unterschrift eines Vorstandsmitgliedes und des Vorsitzenden des Aufsichtsrates; die Uebertragung der Aktien geschieht durch Indossament; Gründerrechte und Vorzugsrechte zugunsten einzelner Aktionäre bestehen nicht.

Die Aktien sind mit Dividendescheinen und Erneuerungsscheinen versehen, und zwar die Aktien Nr. 1—1200 mit Dividendescheinen Nr. 105 (für 1920) und Talons, die Aktien Nr. 1201—2000 mit Dividendescheinen Nr. 105—115 (für 1920—1930) und Talons, die Aktien Nr. 2001—4000 mit Dividendescheinen Nr. 105—115 (für 1920—1930) und Talons.

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr.

Bei **Feststellung des Jahresgewinnes** werden durch den Aufsichtsrat die Summen bestimmt, die am Gesellschaftsbesitz und an den Vor- und Einrichtungen abzuschreiben sind. Der gesetzliche Reservefonds ist in seinem dem Grundkapital gleichkommenden Betrag zu erhalten bzw bis zum Betrag des jeweiligen Grundkapitales zu erhöhen, sonach sind, solange der gesetzliche Reservefonds nicht die volle Höhe des Aktienkapitals erreicht hat, bis dahin 10% des nach den Abschreibungen auf Gesellschaftsbesitz samt Vor- und Einrichtungen verbleibenden Reinertrages zur Erhöhung bzw. Ergänzung des Reservefonds bis zum Betrage des Aktienkapitals zu verwenden.

Von dem darnach sich ergebenden Gewinn wird zunächst eine Dividende von 4% an die Aktionäre berechnet; sodann beschließt die Generalversammlung über die Gewinnverteilung, und zwar zunächst durch Feststellung der zu verteilenden Dividende. Aus dieser Dividende wird, soweit sie vorerwähnte 4% übersteigt, eine Tantieme von 10% für den Aufsichtsrat berechnet, doch sind Beträge, die einem Spezialreservefonds oder Gewinnübertrag entnommen werden, insoweit tantiemefrei, als diese Entnahmen aus dem Gewinn nicht wieder rückvergütet werden können.

Über den dann noch verbleibenden Gewinnrest verfügt die Generalversammlung.

Die **Dividende,** die spätestens am 31. Mai jeden Jahres zur Auszahlung gelangen soll, ist **zahlbar** bei dem

Bankhause Merck, Finck & Co. in München;

dieses Bankhaus vermittelt auch die kostenfreie Aushändigung neuer Dividendebogen.

Die Dividende betrug:

1915: 15%.
1916: 18 „
1917: 21 „
1918: 21 „ } auf das Grundkapital von ℳ 1'200,000.—.
1919: 20 „ auf das Grundkapital von ℳ 1'200,000.— und
10 „ auf die 1919 ausgegebenen ℳ 800,000.— neuen Aktien.

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft erfolgen in der Münchener Allgemeinen Zeitung, in den Münchner Neuesten Nachrichten, in der Frankfurter Zeitung und im Deutschen Reichsanzeiger.

Die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1919 lauten wie folgt:

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva.

	ℳ
Gebäude-, Maschinen- und Grundstück-Konto (München-Dachauer Anlagen)	2'047,208 34
do. (Olchinger Anlagen)	612,041.60
do. (Pasinger Anlagen)	1'312,740.86
do. (Deutenhofener Anlagen)	643,382.10
Haus-Konto Residenzstraße	742,546.99
Kommandit-Kapital-Konto	400,000.—
Debitoren-Konto	4'286,250.36
Aval-Debitoren-Konto	15,500.—
Papier-Konto	92,672.89
Zellstoff-Konto	960,585 13
Holz-Konto	483,517 15
Holzstoff-Konto	4,926.04
Materialien-Konto	600,026 02
Packmaterialien-Konto	154,052.72
Utensilien-Konto	553 683.33
Feuerungs-Konto	112,763.51
Fuhrwerks-Konto	160,263 69
Wechsel-Konto	37,501.31
Kassa-Konto	12,090.63
	13'231,752.67

Passiva.

		ℳ
Aktienkapital-Konto		2'000,000.—
Reserve-Konto		2'000,000.—
Spezialreserve-Konto A		317,619.98
do. B		600,000.—
Hypotheken-Konto (München Au)		200,407.50
do. (München Kegelhof)		200,407.50
do. (Dachau-Olching)		1,618,260.—
do. (Pasing)		309,912.75
do. (Deutenhofen)		425 000.—
do. (Residenzstraße)		520,266.12
do. (Arbeiterwohnhäuser)		513,945.34
Hypotheken-Stückzinsen-Konto		29,556 85
Kreditoren-Konto		3'379,907.32
Guthaben der Wohlfahrtseinrichtungen		2,751.42
Delkredere-Konto		82,065.67
Aval-Verpflichtung		15,500.—
Dividenden Kupon-Konto		1,570.—
Gewinn- und Verlust-Konto	ℳ 970,030.16	
zuzüglich Gewinnvortrag	„ 44.552.06	1'014,582.22
		13'231,752.67

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1919.

Soll.

	ℳ
An Zinsen-Konto	76,414.93
„ Steuern- und Abgaben-Konto	419,508.96
„ Assekuranz-Konto	123,900.79
„ Beiträgen zur Berufsgenossenschaft	27,852.63
„ „ zugunsten der Arbeiter und deren Kassen	72,894.32
„ „ zum Beamtenpensionsverein	2,891.26
„ Lasten- und Zinsen-Konto (Haus Residenzstraße)	46,335.65
„ Abschreibungen	290,154.02
„ Bilanz-Konto	1,014,582.22
	2'074,534.78

Haben.

	ℳ
Per Vortrag vom Vorjahre	44,552.06
„ Mieterträgnis-Konto	88,186.36
„ Konto pro Dubiosa	21,728.17
„ Betriebs-Konto	1,920,068.19
	2,074,534.78

Der **Aufsichtsrat** besteht aus mindestens drei, höchstens sechs Mitgliedern, derzeit aus den Herren Kommerzienrat Max Bullinger, Rentner, Vorsitzender, Geheimer Kommerzienrat Hermann Grotjan, Direktor a. D., stellvertretender Vorsitzender, Dr. Rudolf Weinmann, Privatgelehrter, und Geheimer Justizrat Karl Eckert, Rechtsanwalt, sämtliche in München.

Der **Vorstand** besteht aus einem bis zu drei Mitgliedern; zurzeit bilden den Vorstand die Herren Kommerzienrat Hans Kullen und Kommerzienrat Friedrich Kaula, ferner stellvertretendes Vorstandsmitglied Direkor Hans Schlumberger.

Die ordentliche Generalversammlung, in welcher jede Aktie zu einer Stimme berechtigt, findet alljährlich spätestens vier Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres statt.

Der Geschäftsgang des Unternehmens ist bisher befriedigend gewesen; mit Aufträgen ist es gut versehen.

München, im Oktober 1920.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind

ℳ 2'000,000.— neue Aktien

der

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation

Nr. 2001—4000

zum Handel und zur Notierung an der Münchener Börse zugelassen worden.

München, den 9. November 1920.

Merck, Finck & Co.







Das wohlfeilste und gediegenste Weihnachtsgeschenk ist ein gutes Buch.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag. München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr 7261. Vierteljahrespreis: In Deutschland M 12.— ohne Zustellkosten. Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Millimeterzeile M 1.—, Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5.—. Beilagen: M 60.— das Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 48 München, 27. November 1920. XVII. Jahrgang.

Zentrum oder Bayerische Volkspartei?

Von Ph. Frick.

Unter dem Titel „Zentrum oder Bayerische Volkspartei" untersuchte ich im Juni 1897 in der „Augsburger Postzeitung" (Nr. 128—134) die Frage, ob man in Bayern beim Deutschen Zentrum verbleiben oder eine eigene Bayerische Volkspartei bilden solle. Schon damals war diese Frage nicht mehr neu. Ihre ersten Ansätze gehen weiter zurück. Nachdem das deutsche Zentrum aus den Kampfjahren der Opposition herausgekommen und auf die Bahn führenden, positiven Schaffens getreten war, ergab sich naturnotwendig der Zwang, die militärstaatliche Politik in beiden Richtungen (Heer und Marine) zu stützen. Und das hatte wieder zur Folge finanzpolitische Maßnahmen, die durch ihr Schwergewicht zum Einheitsstaat drängten, zu welchem auch die ganze Verwaltungspolitik mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwangsläufig führte. Windthorst sah mit großer Sorge dieser Entwicklung entgegen und war der für den Bestand des Zentrums daraus erwachsenden Gefahren sich voll bewußt. Infolge der verständnisvollen, volkstümlichen, glänzenden Wirtschafts- und Sozialpolitik des Zentrums traten diese Gefahren zunächst nicht sichtlich hervor, sie waren jedoch schleichend vorhanden. Als ich 1897 in der „Augsburger Postzeitung" die damalige zugespitzte Lage des Zentrums in Bayern eingehend erörterte, sprach ich mich für das Verbleiben im Zentrum aus, wesentlich „in Rücksicht auf die Erhaltung des **Föderalismus** und die Stützung der **Selbständigkeit der Einzelstaaten**". „Wird das Zentrum zerbrochen, dann ist für die Einzelstaaten jeder Halt im Reichstage verloren", fügte ich hinzu. Damals konnte ich noch sagen: „Was wir bedürfen ist weiter nichts, als daß das Reichstagszentrum auch in seinem **taktischen Verhalten Rücksicht auf unsere Lage in Bayern** nimmt." Reif waren die Verhältnisse zum Ausscheiden der bayerischen Abgeordneten aus dem Zentrum noch nicht. Das ergab sich aus den damaligen internen Beratungen. Allein das Feuer glimmte unter der Asche, die Widrigkeiten setzten sich fort.

Die **Revolution** vom November 1918 hat erst die **Trennung** gebracht. Sie wäre vermutlich auch ohne die Revolution gekommen. Als der Krieg ausbrach, standen die deutschen Staaten unmittelbar an der Pforte des Einheitsstaates. Alles Rühmen, daß das „Deutsche Reich Bismarckscher Konstruktion" uns den Föderalismus gebracht habe und wieder geben werde, steht im Widerspruch mit den geschichtlichen Tatsachen. Die **einheitsstaatliche Entwicklung** hat das Deutsche Zentrum nicht hindern können. Damit riß das stärkste Band, welches die konservativen Politiker in Bayern mit dem Deutschen Zentrum zusammenhielt.

In Bayern ist die Vorläuferin des Zentrums die **Bayerisch-patriotische Partei** gewesen, die aus der Volksstimmung heraus entstanden war, welche das Jahr 1866 und die von Preußen erstrebte Lösung der deutschen Frage ohne Oesterreich in Bayern hervorgerufen hatte. Durch den Berliner Allianzvertrag Preußens mit den Südstaaten vom 22. August 1866, der zunächst geheim blieb, war die Wendung zu neuen Verhältnissen gegeben, die dadurch in eine bestimmte Bahn gedrängt worden sind. Der Welfenfonds, dessen geheimes Wirken nicht bekannt war und jetzt noch nur ganz wenigen bekannt ist, schuf Zweifel und Unsicherheit für die Regierungsverhältnisse Bayerns, trotz der Integrität der leitenden Männer und Politiker. Am 29. Dezember 1866 übernahm Fürst Hohenlohe die Leitung der bayerischen Staatsregierung. Hohenlohe legte Januar 1867 sein Programm dar und bezeichnete als staatliche Notwendigkeit die Vereinigung Bayerns mit Preußen in einem Staatenbund. Das war der Aufruf zum Kampf. In der Abgeordnetenkammer war ein Antrag der Fortschrittspartei auf einen engen Anschluß an Preußen mit 124 gegen 11 Stimmen angenommen worden. In der Reichsratskammer wurde der Antrag vom Oberkonsistorialpräsidenten v. Harleß aufs schärfste bekämpft und mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Politik des Fürsten Hohenlohe war wohl durch die Abgeordnetenkammer, nicht aber durch die Reichsratskammer gedeckt. Das gab eine neue Verschärfung der politischen Lage. Die Zollvereinskämpfe folgten. Am 8. Juli 1867 wurde der Vertrag über einen neuen Zollbund zwischen den vier süddeutschen Regierungen und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Landtage. In der bayerischen Abgeordnetenkammer stimmten am 22. Oktober 1867 117 Abgeordnete für und 17 gegen die Annahme des Vertrags. Der zuständige Reichsratsausschuß stimmte mit 9 gegen 1 Stimme gegen den Vertrag. Darauf erklärte Preußen am 26. Oktober in München, daß es am 31. Oktober die Zollvereinsverträge kündigen werde. Es wurde dann von der Reichsratskammer versucht, das liberum veto zu erreichen, d. h. das Zustimmungs- und Ablehnungsrecht für Bayern bei Zollgesetzen, allein Hohenlohe und Frhr. v. Thüngen erreichten nichts in Berlin, und so nahm die Reichsratskammer am 31. Oktober 1867, um der drohenden Aufregung in Bayern zu entgehen, mit 35 gegen 13 Stimmen den Zollbunds-Vertrag an. Fürst Hohenlohe sagte später (bei Beratung der Versailler Verträge in der Reichsratskammer am 30. Dezember 1870), damals (31. Oktober 1867) habe ihm ein politischer Gegner zugerufen: „Nun ist das Deutsche Reich fertig!" Das war durchaus zutreffend. Der Zollverein bildete ja die Grundlage für das Bismarcksche Deutsche Reich. Mit der Verwirklichung des Zollvereins unter preußischer Führung und Eliminierung Oesterreichs war die deutsche Frage im Sinne Preußens gelöst. Die Kriege haben lediglich zur staatlichen Formung dessen geführt, was durch den Zwang des Zollvereins vorbereitet worden war.

Die Bayerisch-patriotische Partei war ein notwendiges Produkt jener gärenden Zeiten. Das Schulgesetz von 1868 war noch hinzugekommen. Bei den Zollparlamentswahlen von 1868 trat die Partei zum erstenmal in die Erscheinung. Es ist keine Frage, daß bei Gründung der Bayerisch-patriotischen Partei die rein staatlichen und verfassungspolitischen Gesichtspunkte **weitaus** im Vordergrund standen. Der Kampf gegen den Schulgesetzentwurf von 1868 war bei konservativen Politikern selbstverständlich, er ist daher bei der Parteibildung nicht entscheidend gewesen.

Ganz falsch ist die Auffassung, als ob es sich bei Gründung der Bayerisch-patriotischen Partei um die Fundierung eines unberechtigten **Partikularismus** gehandelt habe. Das wäre schon durch den großdeutschen Charakter derselben ausgeschlossen. Auch die Mitglieder der neuen Partei strebten zum Reich, dessen Aufbau sie als Großdeutsche sich anders dachten, als ihn die Verwirklichung des kleindeutschen Gagernschen Programms durch Bismarck brachte. Darüber finden sich in den Reden Jörgs, Freytags und anderer führender Persönlichkeiten die Belege. Jörg insbesondere erstrebte später nicht die Ablehnung der Verträge für die Reichsgründung, sondern **bessere** Verträge in neuen Verhandlungen, die nicht mehr zu erreichen waren, da Fürst Bismarck sich bereits mit Württemberg verständigt hatte. Die innere Berechtigung der Forderung Jörgs ist durch den Gang der Ereignisse widerlegt worden.

Die Mitglieder der ersten Fraktionen der Bayerisch-patriotischen Partei waren keineswegs alle gleicher Denkweise in grundlegenden Fragen. Daher gab es auch viele Hemmnisse in innerbayerischen Fragen. Es sei nur auf den Kammerpräsidenten Dr. Weis verwiesen, der nach den siegreichen Wahlen von 1869 in der am 17. Januar 1870 eröffneten Kammersession von der patriotischen Mehrheit gewählt worden war. Der Name des Dr. Weis, dieses viel verfolgten Politikers, signierte in der Kammer unter Max II. längere Jahre die Opposition gegen die „Reaktion", so daß zur Wahl des Dr. Weis zum Kammerpräsidenten der Geschichtsschreiber Dr. Schreiber bemerkt: „Es bewies einen großen Umschwung der Zeit, daß von der konservativen Partei jener Beamte, welcher vor einigen Jahren wegen seiner Freisinnigkeit von der Regierung gemaßregelt worden war, zum Abgeordneten und ersten Vorsitzenden auserwählt wurde." (Geschichte Bayerns. Bd. II, S. 680.) Bei den Reichstagswahlen vom 3 März 1871 wurden 18 Abgeordnete der Bayerisch-patriotischen Partei gewählt, von denen die Frage sehr eingehend geprüft wurde, ob sie dem Zentrum beitreten oder eine besondere bayerische Reichstagsfraktion bilden sollten. Die Meinungen waren geteilt, hervorragende Männer aus Bayern waren gegen den Anschluß und für eine eigene bayerische Fraktion, weil sie von der Verschmelzung Schwierigkeiten für die politische Bewegung und ihre Aktionsfähigkeit in Bayern erwarteten. Allein die Furcht vor dem Unitarismus veranlaßte sie zum Beitritt zur Deutschen Zentrumsfraktion. Ein wesentliches Agens war in der Person des Windthorst gegeben, der schon beim Erfurter Zollparlament der gern gesehene Berater der Bayern war und sich als Hannoveraner in einer ähnlichen Lage befand wie die bayerischen Abgeordneten.

Das erste Programm des Zentrums vom Frühjahr 1871 hat, was immer zu wenig betrachtet wird, den Grundsatz des Föderalismus an erste Stelle gesetzt. Erst an zweiter Stelle kommen die anderen Grundsätze über das moralische und materielle Wohl der Volksklassen. Das hatte seine Ursache in dem Bedürfnis, die konservativen Abgeordneten der Einzelstaaten in der Zentrumsfraktion zu vereinigen durch die starke Zugkraft des Föderalismus.

Als die 18 Mitglieder der Bayerisch-patriotischen Partei in die Deutsche Zentrumsfraktion eintraten, aus Gründen des Föderalismus, des Antimilitarismus und der Auslandspolitik, da wollten sie in Rücksicht auf die Mentalität des bayerischen Volkes und die innere Politik Bayerns die eigene Selbständigkeit keineswegs aufgeben, sondern sich die Freiheit bewahren, eventuell eigene Entschlüsse gegenüber der Zentrumspolitik durchzuführen. Das war der Grund der Erhaltung der Autonomie der Bayerisch-patriotischen Partei in Bayern. Die Praxis ließ die Besorgnis, für Ziele und Handlungen einstehen zu müssen, welche mit innerbayerischen Motiven im Widerspruch standen, zurücktreten. Windthorsts ganze Politik war darauf gerichtet, alles fernzuhalten, was Spaltungen hervorzurufen geeignet gewesen wäre und den formalen Zusammenschluß ad hoc zu einer positiven und dauernden Einigung hätte behindern können. Auf dem deutschen Katholikentag in Amberg im Jahre 1884 war bemerkenswert eine Szene während einer Abendversammlung: Windthorst, der eine politische Ansprache hielt, sagte in derselben, es sei keine Zufälligkeit, daß ein Bayer, nämlich Frhr. v. Franckenstein, Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstags sei, sondern wohlerwogene Absicht, um zu zeigen, welchen Wert man auf das Zusammenwirken mit den bayerischen Stämmen im Zentrum lege; wenn er im Kampfe ermüde, werde er sich bei ihnen stärken. Die Politik Windthorsts und sein Verhältnis zu den bayerischen Mitgliedern bildete ein starkes Band der Einigung. Bei Windthorsts Tode rühmte Jörg in prächtigen Worten in den Historisch-politischen Blättern: Windthorst sei für die Süddeutschen ein Anziehungspunkt gewesen, in seiner ganzen Wesenheit ein Amalgam gewesen, durch welches Windthorst die landsmannschaftlichen Gegensätze überbrückte. Uebrigens hat mir Aehnliches auch der verstorbene Abg. Bucher-Passau von den Bemühungen Windthorsts um die Süddeutschen auf dem Erfurter Zollparlament mitgeteilt. Ausschließlich der Führung Windthorsts ist es zuzuschreiben, wenn in den achtziger Jahren die Firma Bayerisch-patriotische Partei liquidierte und als Bayerisches Zentrum im Deutschen Zentrum aufging. Trotz der Begeisterung unter den bayerischen Katholiken für Windthorsts Führung hat es doch auch führende Politiker gegeben, welche, obwohl unentwegte Anhänger des Zentrumsgedankens, mit der hemmungslosen Verschmelzung der Bayerisch-patriotischen Partei mit dem Zentrum nicht einverstanden waren. Ich nenne den Grafen Konrad v. Preysing, der sie für einen Fehler hielt, weil durch diese enge Verbindung eine Verantwortung übernommen würde, die der Partei bei der Denkart des Volkes und der politischen Lage in Bayern große Hemmungen bereite.

Die landsmannschaftliche Stellungnahme zur deutschen Zentrumspartei ist scharf ins Auge zu fassen, die in Bayern ganz wesentlich abweicht von der in anderen Staaten. Sie unterscheidet sich vor allem von jener der preußischen Katholiken, welche sich nicht zusammenschlossen aus föderalistischen Gründen, sondern aus rein religiösen Motiven, um die kirchenfeindliche Gesetzgebung und Verwaltungspraxis zu bekämpfen. Weshalb der ehemalige Kultusminister, dann Minister des Innern und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, v. Puttkamer den Ausspruch tat, mit der Beilegung des Kulturkampfes werde das Zentrum „verduften". Dr. Majunke vertrat in den „Historisch-politischen Blättern" die These, die preußische katholische Fraktion sei gegründet im Kampfe gegen die kirchenfeindliche Haltung des preußischen Staates, sie sei zerfallen mit dem Eintritt besserer Zeiten, wieder emporgestiegen im Kulturkampf und werde mit dem Abschluß desselben seinen Bestand verlieren, was, wie die Geschichte beweist, eine falsche Prognose war; nicht die einzige Dr. Majunkes.

Die Motion des bayerischen Teiles des Zentrums weicht ebenso ab von jener der Zentrumsgruppen in anderen Südstaaten, deren staatspolitisches Denken auf anderen geschichtlichen Voraussetzungen beruht, als sie in Bayern notwendig gegeben sind. Der geschichtliche Gegensatz zwischen Baden und Bayern hat das Zusammenwirken zwischen den Südstaaten, für welches in früheren Zeiten die Vorbedingungen zwischen Bayern und Württemberg an sich bestanden, verhindert und sie schwach gemacht.

Bayern als der größte süddeutsche Staat hatte sich am meisten um seine Existenz zu wehren. Es war von jeher der Gefahr ausgesetzt, von Oesterreich oder Preußen verschlungen zu werden, insbesondere von Oesterreich, das sich für seine Verluste anderwärts, namentlich in Schlesien, an Bayern schadlos halten wollte, um seine Stellung im Reiche nicht zu verlieren. Zur Gegenwirkung erstrebte Bayern seit Jahrhunderten die Dreimächte-Einteilung, die Sammlung der schwächeren Staaten gegenüber Oesterreich und Preußen zur Behauptung ihres Territorialbestandes und zur Wahrung des Reichsfriedens. Leider sind diese Bemühungen Bayerns durch den Antagonismus unter den Südstaaten vielfach durchkreuzt worden. Während zwischen Bayern und Württemberg stets ein Zusammenwirken möglich war, ein Verhältnis, das noch bis zu den Zollparlamentswahlen fortdauerte, ist Baden sehr häufig trennend dazwischen getreten, das eine Machtstellung in Süddeutschland erringen wollte. Dies zog sich seit den Verhandlungen des badischen diplomatischen Vertreters v. Reitzenstein mit Frankreich von 1795 an, durch die Zollvereinspolitik des badischen Ministers v. Berstett (1825) hindurch und bis zu den Bemühungen des Frhrn. v. Roggenbach hin. Roggenbach trat 1866 bei Bismarck dafür ein, man solle, da „Bayern durch seine Größe ein Hindernis der deutschen Einigung" sei und es „leichter in eine künftige Neugestaltung Deutschlands eingefügt werde, wenn es kleiner gemacht wäre", ein „besseres Gleichgewicht in Süddeutschland" dadurch herzustellen, daß Baden vergrößert und durch Angliederung der Pfalz in unmittelbare Grenznachbarschaft mit Preußen gebracht würde. Ebenso vertrat Roggenbach die Vergrößerung Hohenzollerns auf Kosten Württembergs, die der König von Preußen gefordert hatte. Von der badischen Anregung sagte Fürst Bismarck, sie „verriet einen Mangel an Augenmaß für die Zukunft und eine Verdunkelung des politischen Blickes durch badische Hauspolitik." (Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 73.)

Aus der geschichtlichen Vergangenheit geht hervor, warum Bayern auf die Wahrung seines Eigenlebens unablässig bedacht sein mußte und warum der föderalistische Gedanke in Bayern sich der besonderen Pflege erfreut, während die Unifizierungstendenzen in Baden weit vorgeschritten sind und auch in Württemberg nicht mehr den früheren Widerstand finden.

Das Schwinden des föderalistischen Geistes im Zentrum konnte man jahrelang vor dem Kriege wahrnehmen. Die Reichseinrichtungen verdichteten sich immer mehr in unitarischem Sinne und so verflüchtete sich auch der Widerstand dagegen. In Gesprächen mit Reichstagsabgeordneten des Zentrums konnte man die Wahrnehmung immer wieder machen, daß nicht mehr der frühere Nachdruck auf das föderalistische Grundprogramm

gelegt wurde. Nach der Revolution haben wir offene Bekenntnisse zum Unitarismus bekommen. Es ist nicht richtig, daß der Abg. Erzberger allein solche gemacht habe. Geheimrat Dr. Karl Bachem zum Beispiel erklärte:

„1870 waren wir Föderalisten: erstens weil wir Rücksicht nehmen mußten auf Bayern und die anderen Einzelstaaten, ohne die damals das Reich nicht zustande kommen konnte; zweitens weil das Zentrum stets eine Rechts- und Verfassungspartei war und damals bestehenden Rechten gegenüberstand. Heute haben wir keine zu Recht bestehende Monarchie, deshalb sind jene Hindernisse geschwunden."

Das sind schwerwiegende Sätze. Gegen diese Deklaration ist einzuwenden, daß die föderalistischen Grundsätze des Zentrums keine durch die Zeitläufe bedingte waren, sondern das Fundament, auf welcher die Wirksamkeit der Partei aufgebaut war und bleiben sollte.

So ergab sich aus der geschichtlichen Entwicklung ganz von selbst die Loslösung des bayerischen Teils vom Deutschen Zentrum. Ich beklage es tief, daß es so gekommen ist. Meine 40 Dienstjahre in der Presse waren Kampfjahre, die der Staatsidee des Deutschen Zentrums galten, und immerdar werde ich bewahren, was ich in den sechs letzten Lebensjahren Windthorsts in engster Zusammenarbeit mit ihm in Berlin als Redakteur der „Germania" erlebt und an politischer Schulung in mich aufgenommen habe. Allein die Trennung im Zentrum habe ich seit längeren Jahren für eine unausweichliche Eventualität der Zukunft herankommen sehen und nie daraus ein Hehl gemacht. Es gibt noch einzelne Politiker, welche die bayerische Absonderung vom Zentrum als der Laune und der Herrschsucht einzelner entsprungen, als vorübergehend ansehen und für eine Wiedervereinigung sind. Das ist meines Erachtens eine Betrachtungsweise, die außerhalb der geschichtlichen Entwicklung unseres Landes steht, in der Denkweise des Volkes und dem tatsächlichen Stand der politischen Bewegung in Bayern nicht begründet ist. Die Bayerische Volkspartei ist die Hauptpartei des Landes, sie ist die einzig bodenständige und die stärkste Partei; in der Anlehnung an diese gewinnen erst die anderen bürgerlichen Parteien ihre Bedeutung. Die volle Autonomie der Bayerischen Volkspartei ist ein absolutes Erfordernis der ganzen Konstellation in Bayern. Wenn die Bayerische Volkspartei erkennen ließe, daß sie darin wankend würde, wäre es jedenfalls mit ihrer politischen Führerschaft in Bayern zu Ende und ihr Bestand würde erschüttert werden. Wäre die Arbeitsgemeinschaft, welche die Bayerische Volkspartei mit dem Zentrum in der Nationalversammlung versuchsweise und unter bemerkbarem Widerspruch eingegangen hatte, nicht rechtzeitig gelöst worden, so wären bei den Wahlen vom 10. Juni der Bayerischen Volkspartei die Wähler zu Hunderttausenden davongegangen. Eine Wiedervereinigung im Zentrum ist rebus sic stantibus ohne schwere Schädigung der Bayerischen Volkspartei nicht möglich. Es wäre damit auch dem Zentrum nichts genützt, wenn Parteitrümmer an dasselbe angeschlossen würden.

Die Verhältnisse im deutschen Vaterlande, dem wir in Bayern alle ohne Ausnahme in Treue zugetan sind, zu dem wir um so entschlossener stehen, weil es unglücklich geworden ist, gehen auf eine föderalistische Gliederung innerhalb der geschlossenen Reichseinheit hinaus. Im Dienste des Föderalismus steht die Bayerische Volkspartei, deren Wesen er ausmacht. Sie hat das Bamberger Programm vom 18. Sept. 1920 über den föderalistischen Ausbau des Reiches aufgestellt. Es ist nicht abzusehen, wie ihre Auswirkung und Werbung anders als in voller Unabhängigkeit erfolgen könnte.

Die Staatsideale des alten Zentrums werden am besten gewahrt durch autochthones Vorgehen in Bayern, welches die Bayerische Volkspartei stark erhält, die volle Aktionsfreiheit im Lande, im Landtag und im Reichstage sichert und dadurch wesentliche Kräfte für eine christlichkonservative Staatspolitik bereitstellt. Die Zukunft sei Gott anheimgestellt.

Anmerkung der Redaktion. Die Ausführungen des Herrn Redakteur Philipp Frick bieten so viel wertvolles Material zum besseren Verständnis zwischen Nord und Süd, zwischen Zentrum und Bayer. Volkspartei, daß sie die Beachtung der katholischen Presse verdienen. Ich urteile über die Möglichkeit einer Wiedervereinigung aller deutschen Katholiken nicht so pessimistisch wie Frick. Ich meine, daß das Programm der B. V. sich nicht in Föderalismus erschöpft, daß sein Aufgabenkreis ausschließlich für bayerische Fragen zu eng gezogen wäre. Viele und gerade die bedeutungsvollsten Fragen hat die B. V. mit dem alten Zentrumsprogramm gemeinsam: Kirchen- und Schulfragen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik u. a. m. Im Uebrigen würde sich das Verhältnis der Parteien in Süd und Nord sofort grundlegend ändern bei einem Anschluß Oesterreichs an Deutschland.

Kirchenpolitisches aus Lothringen.

Von Catholicus, Metz.

Es ist den Lesern der „A. R." aus früheren Artikeln bekannt, daß hier im Lande vor allem die Schulfrage recht akut ist. Zwar hält man sich äußerlich an das von französischen Staatsmännern und Heerführern gegebene Wort, daß an unseren Einrichtungen und Ueberlieferungen nichts soll geändert werden, um so mehr aber bemüht man sich, hintenherum den antiklerikalen und antichristlichen Geist bei uns einzuführen. Ein ganzer Schwarm von Lehrpersonen aus Innerfrankreich, die in der übergroßen Mehrzahl in den laizisierten Normalschulen herangebildet wurden, ist uns ins Land geschickt worden. Daß solche Leute natürlich unfähig sind, sogar wenn sie den besten Willen hätten, Religionsunterricht zu erteilen, ist selbstverständlich. Unter diesen Lehrpersonen aus Innerfrankreich gab es, besonders zu Anfang, eine gewisse Anzahl, die durch ihr ganzes Betragen offensichtlich ihren Unglauben zur Schau trugen. Augenblicklich noch befinden sich an der Spitze der zwei katholischen Lehrerbildungsanstalten im Elsaß je ein Protestant und an der protestantischen ein Katholik, außerdem müssen wir es uns immer noch gefallen lassen, daß als Vorsteherin des kathol. Lehrerinnenseminars in Schlettstadt eine verheiratete Frau figuriert, die offen ihren atheistischen Standpunkt vertritt und deren Kinder ungetauft sind. Ich füge hinzu, daß unsere Schulinspektoren fast in ihrer Gesamtheit Herren aus dem Innern sind, also total ungeeignet für ein konfessionelles Schulsystem, vielleicht trotz des besten Willens.

Das ist eine Seite unserer Schulverhältnisse, die nichts weniger als günstig für uns Katholiken ist. Eine weitere düstere Seite bildet die Frage der Muttersprache. Lothringen ist in der übergroßen Mehrheit deutscher Zunge. Nun stelle man sich vor, was bei Kindern, die kein Wort französisch verstehen, ein Lehrer ausrichten kann, der nur französisch spricht! Es ist rein psychologisch eine „Tierquälerei" für unsere Kinder (dieser Ausdruck ist kürzlich in einer größeren Versammlung gefallen), 6—7 Stunden täglich bei solchen Lehrern in die Dressur zu gehen. Man hat als Retter in der Not seine Zuflucht zu der sog. „direkten Methode" nehmen wollen. Daß man diese Methode anwenden kann, um den Kindern einige Bezeichnungen beizubringen, mag schon hingehen, aber wie will man damit die abstrakten Begriffe den Kindern vermitteln? Was da herauskommt, mag ein kleines Beispiel zeigen, das vor kurzem von einem französischen Kollegen versucht wurde. Dieser Herr wollte den Ausdruck énerver (aufreizen) erläutern. Dazu malt er einen Hahn auf die Tafel, nimmt dann einen Stock und fängt an, den gemalten Hahn zu stoßen. Mit höchster Ergötzung sehen die Kinder diesem Treiben zu, ohne natürlich in der beabsichtigten Richtung belehrt zu werden. Als einziges Resultat ergab sich, daß die Kinder zu Hause erzählten, ihr Herr Lehrer sei ein Narr. Was uns Katholiken an diesem ganzen Vorgehen aber hauptsächlich interessiert, ist die bange Frage nach der religiösen Erziehung unserer Kinder durch solche der Sprache der Kinder unkundige Lehrpersonen. Was wird da auf die Dauer aus unseren konfessionellen Schulen? Mit Freuden müssen wir feststellen, daß unser gläubiges Volk entschieden Front macht gegen eine Methode, die wohl die Schale der konfessionellen Schule intakt läßt, aber den inneren Kern langsam und sicher zerfrißt, bis dann schließlich auch die äußere Hülle fallen gelassen wird. Wir Katholiken Lothringens können nur mit Hochachtung und innigem Danke an den früheren Metzer Bischof Benzler zurückdenken, der in seinem letzten Abschiedsworte an seine lieben Diözesanen diese dringend mahnte, doch unbedingt ein wachsames Auge zu haben auf die konfessionellen Schulen. Wie gerne und mit welcher Freude hätten wir gekämpft unter einem solchen Führer, der sich die ungeteilte Liebe und Anhänglichkeit aller Katholiken Lothringens erworben hatte durch sein entschiedenes und unbeugsames Auftreten, wenn katholische Fragen auf dem Spiele standen. Mit Tränen in den Augen und tiefem Schmerze in der Seele sahen wir ihn scheiden in einem Augenblicke, wo wir einen solch tüchtigen Führer besonders notwendig hatten. Doch wir fügten uns, da nun einmal die politischen Veränderungen den Weggang dieses Herrn zu fordern schienen. Was uns damals ein kleiner Trost gewesen, ist der Umstand, daß der neue Bischof ein Mann aus der Schule des Bischofs Benzler war; wir hofften, daß etwas

von dem Geiste des scheidenden Bischofs auf den neuen übergehe. Ein erstes günstiges Vorzeichen war es uns, zu sehen, wie Bischof Pelt gleich schon vom Anfang seiner bischöflichen Amtstätigkeit an, sich für die Ausbreitung des noch unter Msgr. Benzler ins Leben gerufenen „Lothr. Kathol. Volksbundes", des Ablösers des einstmals vor dem Kriege stark im Lande verbreiteten Volksvereins, einsetzte. Es folgte dann im September d. J. der Katholikentag für das katholische Lothringen in Metz, wo auch die Behandlung der Schulfrage einen breiten Raum einnahm und recht lobenswerte Resolutionen in dem Sinne gefaßt wurden. Darnach durften wir Katholiken die frohe Hoffnung haben, daß nun endlich mit größerer Entschiedenheit die Verteidigung der katholischen Interessen und besonders der konfessionellen Schulen in die Hand genommen werde. Unser Bischof, als der von Gott uns gegebene Führer im Kampfe um die katholische Sache, konnte da zu seiner Freude sehen, daß er ein starkes Heer treu ergebener Kämpfer hinter sich habe, wenn es gilt, den Kampf aufzunehmen. Um so mehr mußte unser Bischof auf diese hinter ihm stehende Macht stolz sein, als die beim Kongreß anwesenden französischen Bischöfe ihr Staunen ausdrückten über die große Zahl und den entschiedenen katholischen Willen der Teilnehmer. Die Katholiken Lothringens stehen kampfbereit, sie warten nur auf das Losungswort, um in Aktion zu treten. Sie warten um so ungestümer darauf, als sie mit Schmerz sehen müssen, wie mit jeder Minute des Wartens kostbares Gebiet verloren wird. Leider müssen sie aber erleben, wie gewisse unserer Führer — es sind nur verschwindend wenige, aber, wie es scheinen will, um so einflußreichere — kostbare Zeit verloren gehen lassen durch Unterhandeln, das, wie die Erfahrung bisher in den meisten Fällen gelehrt hat, unnütz und zeitraubend ist. Immer wieder werden schöne Versprechungen gemacht, die aber nie verwirklicht werden. Nur keine Geschichten, keine lauten Protestrufe weder in Zeitungen noch in Versammlungen, habt doch Vertrauen in das Wort Frankreichs, es wird schon alles zum Besten werden; so und ähnlich sucht man uns hinzuhalten — und unter der Decke wird immer weiter unser konfessionelles Schulsystem „sabotiert". Es ist genau dasselbe heimtückische Spiel, wie es in Frankreich seinerzeit getrieben wurde, bis dann endlich auch der äußere Schein fallen gelassen wurde. Dies Beispiel müßte doch Warnung sein für uns, wie auch das Wort, das auf dem Katholikentag in Metz ein französischer Bischof in die Katholiken bei der Schlußandacht in der Kathedrale hineinrief: „Ich beschwöre euch, begeht nicht die Fehler, die wir in Frankreich begangen haben!"

Daß doch endlich darnach gehandelt würde und von unserem Führer im Kampf um die heiligsten Güter der unsterblichen Kinderseelen das mot d'ordre ausgegeben werde, ehe alles verloren ist! Vieles, allzuvieles ist schon preisgegeben; höchste, allerhöchste Zeit ist es, daß entschieden vorgegangen werde, um das zu retten, was noch zu retten ist. Daß doch auch unser Bischof solche Worte finden möge, wie sie vor kurzem der Bischof von Paderborn zu seinen Katholiken gesprochen hat! Mit Genugtuung und nicht ohne schmerzliche Vergleiche anzustellen, haben wir in der Presse gerade dieser Tage gelesen, wie der hochbetagte Bischof Korum von Trier sich die Hochachtung von Klerus und Volk und auch der Regierung verdient hat durch sein entschiedenes und tatkräftiges Eintreten für die katholische Sache einer kulturkämpferischen Regierung gegenüber. Hier scheinen leider manche Herren Angst zu haben, als schlechte Patrioten und Franzosen gescholten zu werden, wenn sie zu stark und mit Entschiedenheit die katholischen Interessen vertreten wollten, gleich als ob das irdische Vaterland an erster und das himmlische erst an zweiter Stelle käme. Wir meinen auch, daß für das in moralischer Hinsicht darniederliegende Frankreich die starke Betonung der katholischen Prinzipien, nicht zuletzt auch in der Erziehung und in der Schule, nur von reichstem Nutzen sein kann. Möchten doch die Vorfahren unseres jetzigen Bischofs auf dem Bischofsstuhle von Metz, deren auch Bischof Pelt in seinem ersten Hirtenschreiben Erwähnung getan, diesem die notwendige Energie erflehen, daß er als katholischer Bischof sein Amt erfülle, damit Lothringen, seine Diözese, bleibe, was es von altersher war, ein treuer Herd katholischen Glaubens. Wir wünschen dringend, daß Bischof Pelt sei ein wahrhaft katholischer Bischof, daß, als solcher zu gelten, sein Hauptbestreben sei. Von Bischof Benzler hat man dies mit Freuden sagen können, möge man es auch von seinem Nachfolger sagen können! Jedenfalls wird dies ein schönerer Ruhmestitel sein, als das Wort: „Französischer Bischof".

Streiflichter zum Hungerstreik.

Von Dr. Gallus Thomann.

Der Lord-Bürgermeister, dessen Sterben zum weltgeschichtlichen Ereignis geworden ist, und seine Genossen im politischen Martyrium stehen in engem psychologischem Zusammenhang mit der Tradition und Geschichte ihres Landes.

Die Fäden spinnen sich zurück bis in die fernen und dem christlichen Gemüte doch so nahen und lichten Zeiten der Kolumban, Gallus und Kilian mit ihren kleinen Iren- und Schottenscharen die das Land von Regensburg bis um den Bodensee dem Christentum gewannen.

Sollten wir uns hier nicht der Legende erinnern, daß der hl. Kolumban von Gott selbst aus Irland verbannt und dadurch auf seine Missionstätigkeit hingewiesen worden ist, weil er gegen ihn jenes Mittel des Sich-Zu-Tode-Fasten-Wollens angewandt hatte, um den Sieg eines irischen Königs in gerechter Sache vom Herrn des Himmels zu erzwingen.

Solche Legenden sind der allergetreueste Niederschlag völkischer Sitten, Rechtsgebräuche und Anschauungen ihrer Entstehungszeit und so nimmt es nicht wunder, wenn man in der altirischen Rechtsordnung im Recht der Schuldverhältnisse z. B. findet, daß der Gläubiger seinen Schuldner durch Fasten zum Zahlen zwingen konnte. Denn starb der Gläubiger, so mußte der Schuldner zu der Schuldsumme den Angehörigen ein Sühnegeld, etwa entsprechend dem germanischen Wergeld, entrichten. Bis in die Einzelheiten ist dieses Verfahren geregelt: Führt der Schuldner den Gläubiger durch Speiseanbietung ohne Zahlungsbürgschaft in Versuchung, so verdoppelt sich die ursprüngliche Summe. Umgekehrt: Geht der Gläubiger auf eine solche ausreichende Bürgschaft nicht ein, so verwirkt er seinen Anspruch.

Wir denken an den Hungerstreik gerne als an ein modernes Mittel, das für recht Gehaltene durch moralischen Druck durchzusetzen in Verbindung mit innerpolitischer Umwälzung, Frauenstimmrecht (engl. Suffragetten) usw. — Dem ist nicht so und Mac Swiney verdient, ausdrücklich aus solcher Gesellschaft herausgenommen und den Edelsten seiner Nation in historischer Kontinuität angereiht zu werden.

Daß neben den Kelten die ältesten Spuren des Hungerstreiks bei den Hindus zu finden sind und sich dort bis auf den heutigen Tag erhalten haben, findet an dieser Stelle passende Erwähnung, weil der beiden Nationen gemeinsame, sie erdrosselnde Feind eben jener überaus „edle Brite" ist, der sich sein letztes Denkmal in Amritsar gesetzt hat, aber den Mut findet, in seinem indischen Strafgesetz den Hungerstreik als „unmoralisch und barbarisch" zu brandmarken. — Balken und Splitter!

Kulturwidrige Treibereien der Tschechen im annektierten Hultschiner Ländchen.

Von Johannes Maier, Bezirkssekretär, Hultschin, z. Zt. München.

Als die größten Deutschenhasser können wohl außer den Franzosen die Mariensäulenstürzer von Prag und Schlan, die Tschechen, betrachtet werden. Sie scheuten selbst vor unmoralischen Mitteln nicht zurück,[1]) um die alte Donaumonarchie zu untergraben, um auf den Trümmern derselben einen tschechischen Staat zu errichten, — einen „Staat der Freiheit", wie sie ihn oftmals nennen, — einen Staat, den sie nur als Handlanger der Entente zu errichten vermochten.

Um aber diesen Staat einigermaßen erhalten zu können, mußten sie außer 2,5 Millionen Slowaken, Polen, Ungarn und Ruthenen — 4 Millionen Deutsche in den Staat mithineinpressen. Aber nicht genug dessen, sie wollten sich auch als direkten Sieger über Deutschland betrachten und annektierten das im südlichsten Teil von Oberschlesien gelegene Hultschiner Ländchen mit seinen 40000 Einwohnern. Nicht weniger als 18 Proteste der Bevölkerung sind in alle Welt hinausgegangen, welche die Treue zum deutschen Vaterland bewiesen. Wie andere Hilferufe haben auch diese bei den Westmächten keine Beachtung

[1]) Im ganzen kämpften 24 tschechische Legionärregimenter gegen die Mittelmächte, die zum weitaus größten Teile aus Ueberläufern bestanden haben.



gefunden. Und am 4. Februar des Jahres 1920 ist der Schicksalstag gekommen, an dem die tschechischen Truppen und Behörden ihren Einzug hielten. So treu die Bevölkerung am Deutschen hing, so fremd stand sie dem Tschechischen gegenüber. Die *Nichtbeachtung der tschechischen Nationalhymne*, die feierlich von den Truppen angestimmt wurde, war ein Zeichen, daß volksfremde Elemente Besitz ergriffen von *deutschem* Gebiet. Den Versprechungen, die der Landespräsident bei der Uebergabe betreffs Beibehaltung deutscher Schulen, Sitten und Gebräuche machte, traute die Bevölkerung nicht, denn die Entrechtung der Sudetendeutschen war den Hultschinern nicht unbekannt. Die Vermutung wurde zur Tatsache.

Nach dreimonatlicher Besetzung wurden bereits einige Lehrer entlassen unter dem Vorwande, ihr Amt mißbraucht und gegen den Staat sich vergangen zu haben. Heute bekleidet kein einziger unserer früheren Lehrer sein Amt mehr. Alle haben sich der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt. Damit haben wir den Hort verloren, der nach der Besetzung unsere einzige Hoffnung war. Die Tschechen hatten wahrlich keinen Grund, Entlassungen unserer Lehrer vorzunehmen, denn sie sind Kinder unseres Volkes und können demnach am besten der Eigenart der Bevölkerung entsprechen. — Aber sie waren den Prager Machthabern zu *katholisch* und *zu deutsch*. — Man hat nach den bewährten Mitteln gegriffen, unser Volk zu entchristlichen und zu tschechisieren und hat nach der Wurzel eines Volkes, der Schule, gegriffen, um sie zu vernichten. Sämtliche Schulen wurden mit Beginn des neuen Schuljahres (1. Sept.) als tschechische Schulen erklärt und die deutsche Sprache wird nur mehr als Lehrfach mitgeführt.

In diesen Tagen wurde erst aus dem Hultschiner Ländchen der „Schlesischen Volksztg." berichtet:

„Die letzten 14 Lehrer, welche noch unter der alten Regierung angestellt worden waren, haben nunmehr von der tschechischen Regierung ihre Kündigung erhalten. Von den 11 tschechischen Lehrern in Ludgerstal kann nur einer deutsch sprechen. Sagt so ein tschechischer Lehrer etwas im verkehrten Deutsch, so wird das von den Kindern belacht. Von der Bevölkerung werden diese Lehrer gar nicht geachtet. Die Schulstrafe beträgt für einen Tag 10 Kronen bei unentschuldigtem Ausbleiben des Kindes. Der Religionsunterricht kann außerhalb der Unterrichtszeit von Geistlichen erteilt werden. Ein Zwang für die Kinder zum Besuch des Religionsunterrichtes besteht nicht. Die Löhne der Bergarbeiter sind niedriger als früher. Die Arbeiter haben nicht soviel Freiheiten wie unter der alten Regierung. Sie stehen unter der Knute. Das mögen sich die oberschlesischen Arbeiter merken. Versteuert wird jede Henne, jede Gans, natürlich auch jedes andere Stück Vieh, jeder Obstbaum, jeder Beerenstrauch, jeder Morgen Feld. Kartoffeln kosten 40 Kronen, Roggen 150 Kronen, Weizen 200 Kronen. Alles für einen Zentner. Ein Liter Petroleum kostet 15 Kronen.

Die Bevölkerung hat die Hoffnung auf die Wiedervereinigung mit Deutschland nicht verloren."

Sämtliche Lehrstellen im ganzen Hultschiner Bezirk sind mit waschechten tschechischen Lehrern besetzt worden. *Diese sind teilweise hussitisch angefärbt, gut 90 Proz. aber unchristlich.* Diese Lehrkräfte hat man nicht ohne Absicht einer *Bevölkerung aufgezwungen, die durchweg katholisch ist.* Ueber die Art und Weise ihrer Unterrichts- und Erziehungsmethode bringt das Organ der dortigen katholischen Geistlichkeit „Katoliché Noviny" Nr. 42 vom 16. Okt. ds. Jrs. folgende bemerkenswerte Notiz: „Es ist wiederholt in unseren Schulen vorgekommen, daß die Kinder die Lehrer im deutschen Sprachunterricht auf Fehler aufmerksam machen mußten. So ist es Tatsache, daß in einer Schule in welcher der Lehrer den Schülern beibringen wollte, daß Chalupa „Der Haus" heißt, die Kinder es sich nicht nehmen ließen, daß es „Das Haus" heißt. Zweideutige Liebeslieder werden Kindern im Alter von 8 bis 9 Jahren eingelernt. — Solche Pädagogen waren uns bisher unbekannt." — Soweit das Hultschiner Blatt.

Bemerkenswert wäre noch, daß die Fibel im ersten Schuljahr nicht ein einziges Wort von Gott enthält; die übrigen Schulbücher selbstverständlich erst recht nicht. — Ja, ist das Kindererziehung? Können die katholischen Eltern solchen Lehrern ihre Kinder anvertrauen, die *die Seele des Kindes förmlich vergiften?* — Nein! —

Mit Recht haben die Eltern erklärt, daß sie mit einer derartigen Erziehung nicht einverstanden sind und machten vom Schulstreik Gebrauch, der eine Woche andauerte. Mit allen Mitteln suchte man die Eltern zu zwingen, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Als auch Geldstrafen nicht den erwarteten Erfolg hatten, konzentrierte die Regierung der „freien Republik" die Gendarmerie im Hultschiner Ländchen und machte es ihr zur Aufgabe, die *Kinder mit aufgepflanzten Bajonetten zur Schule zu bringen.* Um einer einheimischen tschechischen Schule aus dem Wege zu gehen, schickten einige Eltern ihre Kinder in die deutschen Schulen der Landeshauptstadt Troppau. Das Prager Unterrichtsministerium hat sofort die Aufnahme Hultschiner Kinder in deutsche Schulen verboten und die bereits eingetretenen mußten ausgewiesen werden, so schwer es auch den Troppauer Deutschen fiel. Als mir Gelegenheit geboten war, mit einer maßgebenden Person darüber zu sprechen, antwortete diese: „Sollten die Troppauer Schulen diesem Verbote nicht Folge leisten, so werden wir den *Eisenbahnverkehr derart einstellen, daß die Kinder täglich in die Schulen zu spät kommen.*" — Das sind doch sicherlich einzig dastehende Maßregeln! Und dieser „hohen Kultur" rühmen sich die Tschechen noch! Auch die allgemeine deutsche Volksbildung steht den Tschechen hindernd im Wege! So mußten die in den deutschen Schulen untergebrachten Volksbibliotheken, die zweifellos besonders in Oberschlesien reiche Früchte aufgewiesen haben, privat untergebracht werden, um einer Vernichtung durch die Tschechen zu entgehen.

Zum Schutze der deutschen Interessen, die nicht nur bedroht, sondern schon teilweise verloren waren, bildete sich der *Deutsch-Mährische Volksbund*, dem der weitaus größte Teil der Bevölkerung beitrat. Mit allen Mitteln suchte dieser Bund die deutschen Rechte zu wahren und hatte auch gegen jedes Unrecht, das der Bevölkerung zustieß, Schritte unternommen. Dieser Bund stand den Tschechen hindernd im Wege und sie suchten nach einem Grund, ihn aufzulösen. Als der Schulstreik ausbrach, der zweifellos unorganisiert war, hat die Regierung den Bund als den Urheber des Schulstreiks bezeichnet. Hausdurchsuchungen, die beim Vorstand des Deutsch-Mährischen Volksbundes, sowie auf dem katholischen Pfarramt Groß-Hoschnitz vorgenommen wurden, sollten die Korrespondenz, die etwa mit dem Schulstreik im Zusammenhang stände, ausfindig machen. Obwohl diese Hausdurchsuchungen nicht den geringsten Erfolg hatten, löste die Regierung der Tschechisch-Slowakischen Republik den Bund auf.

Ueber diese unhaltbaren ungesunden Zustände berichtete öfters die deutsche Presse im benachbarten Oberschlesien. Da es den Tschechen „staatsgefährlich" erschien, den reichsdeutschen Zeitungen weiterhin freien Zugang zu gestatten, weil sie auf eine Wiedervereinigung mit Deutschland hätten hinarbeiten können, hat sich der Kommissar für das Hultschiner Gebiet veranlaßt gesehen, einigen deutschen Zeitungen, u. a. der „Oberschlesischen Volkszeitung", dem „Oberschles. Anzeiger" usw. die Einführung dauernd zu sperren. — Wieder eine neue Kulturtat! — Auf verschiedene Einzelheiten, wie z. B. Verhaftungen wegen Tragens von Kornblumen usw., will ich nicht näher eingehen.

Den Höhepunkt erreicht das Unrecht wohl in der *vollständigen politischen Entrechtung der Bevölkerung.* Gemäß Art. 85 des Friedensvertrages von Versailles steht den Einwohnern das Recht zu, innerhalb zwei Jahren für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren. Nun kommt aber im Abs. 3 desselben Artikels die „Freiheit" zutage, — „*sie müssen innerhalb der darauffolgenden 12 Monate das Hultschiner Gebiet verlassen.*"[2]) Demnach haben alle anderen Reichsdeutschen das Recht, im Hultschiner Gebiet ihren Wohnsitz aufzuschlagen, während ein Einheimischer dort nicht bleiben kann.

Die nach dem deutschen Wahlrecht erst im Oktober des Jahres gewählten Gemeindevertretungen waren den Tschechen nicht demokratisch genug und wurden von ihnen aufgelöst und bis heute durch neue nicht ersetzt. An Stelle der Gemeindevertretungen wurden Verwaltungskommissionen mit einem tschechischen Kommissar eingesetzt. Erst neuerdings (8. Nov.) hat der deutsche Abgeordnete Jung eine Anfrage im Abgeordnetenhaus an die Regierung gestellt, „wann sie gedenkt, die Neuwahlen durchzuführen." Die Tschechen warten anscheinend darauf, einen ihrer Gesinnung wenigstens in einer Gemeinde aufzubringen. Es wird ihnen aber nicht gelingen. Ebenso sind wir bis jetzt ohne jegliche Vertretung im Reichsrat und Senat. Ausnahmegesetze werden für das Hultschiner Gebiet fabriziert ohne Vertretung der Bevölkerung. Und man wagt es noch,

[2]) Siehe Art. 91, Abs. 4 des Versailler Friedensvertrages, nach dem denjenigen aus den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten, die für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren, das Recht zusteht, in diesen Gebieten ihren Wohnsitz zu behalten. Den Tschechen dürfte also schon in Paris der deutsche Charakter der Hultschiner Bevölkerung bekannt gewesen sein, weshalb sie dafür gesorgt haben, daß dieser Zusatz in den Friedensvertrag aufgenommen wurde.



offiziell zu plakatieren: „Mit beiden Händen nehmen wir euch auf, ihr befreiten Brüder, die ihr 172 Jahre lang unterm deutschen Joch schmachten mußtet."

Wie stellt sich nun die Bevölkerung zu diesen chauvinistischen Auswüchsen der Tschechen. Mit 93,7 Proz.[3]) war unsere Bevölkerung gegen eine Losreißung vom deutschen Vaterlande. Wir haben den Aufstieg Deutschlands mitgemacht und wollten auch das darniederliegende Deutschland wieder aufbauen helfen. Noch heute fühlen wir mit dem deutschen Volke und empfinden die Lasten, die ihm auferlegt wurden und immer noch werden. Wir selbst haben es durch die Losreißung empfunden. Wir wollen aber noch mehr. Wir wollen wiedervereint werden mit dem deutschen Vaterlande und erstreben mit dem deutschen Volke eine Revision des Versailler Friedensvertrages. Diese Revision, nach der gerade jetzt der Ruf so stark ist, **darf nicht** vorbeigehen am Artikel 83. Möge die Zeit nicht mehr fern sein, die uns das wieder bringt, was unsere gesamte Bevölkerung ersehnt — **eine baldige Erlösung vom tschechischen Joch und Wiedervereinigung mit unserem deutschen Vaterlande.**

[3]) Obiges Ergebnis hatte ein vom deutsch-mährischen Volksbund im ganzen Hultschiner Bezirk veranstaltete Abstimmung. Das Ergebnis wurde noch vor der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages der Friedenskonferenz vorgelegt.

Das Vermächtnis Karls des Großen.

Von Dr. Otto **Sachse**, Dresden.

Mancher große Mann wurde bei uns schon als „Erzieher" gepriesen und ausgewertet: Luther, Rembrandt, Bismarck. Warum so selten Karl der Große, unser erster Kaiser? Heftiger wie den Genannten kann ihm auch nicht widersprochen werden. Doch wir kennen ihn viel zu wenig. Als 1914 am 28. Januar das 1100jährige Gedächtnis seines Todes zur Betrachtung einlud, ging man achtlos durch diesen Tag in den nächsten. Die meisten waren und sind sich nicht bewußt, daß Karl das Erbe gesammelt hat, von dem wir zehren, das Haus gebaut, worin wir wohnen. Karl der Große ist der **Schöpfer des christlichen Abendlandes**, der Lebens- und Glaubensgemeinschaft aller Völker Mittel- und Westeuropas innerhalb wie außerhalb der Grenzen des alten Römerreiches. Schon in der Völkerwanderung war es eine Lebensfrage für alle neu in die Geschichte eintretenden Stämme, ob sie durch die Annahme des katholischen Glaubens und der römischen Kultur vollwertige Erben des Altertums werden und fortleben, oder wie die Goten und Vandalen, als arianische Ketzer und Fremdlinge langsam absterben wollten. Jedoch das alternde Römertum konnte die jungen Völker nicht in einer Kultureinheit zusammenhalten, zumal die politische des Reichs sich im 5. Jahrhundert ganz auflöste. Und selbst das Papsttum vermochte dies nicht, war doch auch die kirchliche Einheit damals nur mit Mühe zu behaupten. Die **Weltkultur**, seit der Zeit des Gottesbundes nach der Sintflut in Vorderasien gehegt, nach Osten und Westen ausgebreitet und über Babylon, Griechenland und Rom an unsere Vorfahren gelangt, drohte zu ersticken in fränkischer und keltischer Barbarei. Da schloß Karl einen neuen Ring um das zerfallende Abendland, sein Reich, das vom Ebro bis zur Elbe, vom Tiber bis zur Eider sich dehnte. In diesem Ring war die Kirche geschützt und konnte die Bande der Einheit mit Rom überall fester knüpfen. Vor allem aber hat der große Kaiser die abendländische Kulturgemeinschaft neu belebt. Die Gelehrten seines Hofs nahmen das Studium der alten Klassiker wieder auf, reinigten mit deren Vorbild das verwilderte Latein und schufen so eine Sprache der Bildung, in der ganz Europa sich verstand. Wir können uns von diesem herrlichen Internationalismus, dessen sich das Mittelalter erfreute, gar kein rechtes Bild mehr machen. Kümmerlich wirkt daneben unser Esperanto und das Sprachenbabel internationaler Kongresse. Auch in der Bild- und Baukunst suchte Karl das römische Vorbild, und so erwuchs der romanische Stil.

Einen Teil der deutschen Stämme, die Bayern und Sachsen, hat Karl der Große erst mit Gewalt seinem Reich einverleibt und damit der Weltkultur teilhaft gemacht. Wie er dabei verfuhr, besonders mit den Sachsen, ist ihm auch vom Dichter F. W. Weber (Dreizehnlinden) schwer verdacht worden. Schlimmer ist, daß das ganze Werk des gewaltigen Herrschers an den Deutschen, zwar kaum ihre Einigung, desto mehr aber ihre Bindung an die römisch-christliche abendländische Weltkultur, oft bedauert und verleumdet wird. Das Schlimmste aber bleibt, daß dies Vermächtnis in der Tat vom deutschen Volke zum großen Teil ist verschleudert worden. Römische Kultur heißt feste, strenge Form, Deutlichkeit und Bestimmtheit im Denken und Handeln, scharfe Fassung im Ausdruck, sei er wissenschaftlich oder künstlerisch. Daß solche Zucht dem deutschen Geist sehr nötig und heilsam ist, haben so verschiedene Leute wie Goethe und Nietzsche gewußt. Kultur in diesem Sinn hat einen hohen sittlichen Wert und erleichtert das Handeln nach freiem, vernünftigem Willen. Sie ist deshalb innigst befreundet mit christlich-katholischem Glauben und Leben. Von Anfang war aber gerade im Deutschtum ein Gegensatz vorhanden zu dem festen, objektiven römischen Wesen. Teils entsprang er edlen Anlagen unseres Volkes, seinem freiströmenden, tiefen Gefühlsleben; mächtig ward er durch die Schwäche der gefallenen Menschennatur: den Wallungen des eigenen Innern, des so starken deutschen Gemüts, mehr nachzugeben, als Gesetz und Wirklichkeit erlauben. **Subjektivismus** hat man es genannt. (Vergl. **Hefele**, „Der Katholizismus in Deutschland", Darmstadt 1919). Schon im gotischen Mittelalter ist diese Richtung deutlich zu erkennen. Zum wirklichen deutschen Verhängnis aber führte sie seit der **Reformation**. Selbst Nichtkatholiken müssen zugestehen, daß in deren Folge der einheitliche Kulturwille des Deutschtums geschwächt wurde. Nicht mehr geschützt durch die Kirche ging in ihrem wesentlichen Teil die römisch-christliche Weltkultur verloren, wenigstens als Richtschnur für das Leben des Gesamtvolkes. Daß ein Teil ihr treu blieb, konnte den Bruch nicht gutmachen. Mit der Führerschaft Deutschlands im abendländischen Kulturkreis war es seitdem vorbei. Der Krieg hat uns die Augen geöffnet, wie schrecklich einsam Deutschland in seiner protestantischen und preußischen Kulturentwicklung unter den Völkern geworden war. Der deutsche Subjektivismus, frei von römischer Bindung, hatte sich neue Ideale geschaffen. Nicht der persönliche Gott und Schöpfer, die ewige Wahrheit und Norm alles Seins, ihm gegenüber der Mensch als freies, aber Gott verpflichtetes Wesen, sondern der Mensch, der selbst Natur ist, aus der Gottnatur entspringt und den übermenschlichen Naturzusammenhängen, wie Volkstum und Staat, schlechthin untergeordnet ist, das war die Kulturformel des von Europa losgelösten Deutschtums. Nebenbei bemerkt, hat eben dies Deutschtum ein ungeheures Mißverständnis des Mittelalters und des Katholizismus auf dem Gewissen: die **Romantik**. Sie ist eine Kulturformel des halbslawischen deutschen Nordostens, sein Erlebnis des deutschen Geisteserbes. Darin hat die Romantik ihren zeitlichen Wert, heute aber muß sie zurücktreten vor dem tieferen und volleren, **klassischen** Erleben der christlich-abendländischen Weltkultur. Die neue Stellung zur Romantik ist angebahnt besonders durch **Hefele** a. a. O. und in seinem wundervollen Buch „Das Gesetz der Form" (Jena 1919), ferner durch J. **Nadlers** „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften" (Regensburg 1912 ff.) und C. **Schmitt-Dorotic**, „Politische Romantik" (München 1919). Die deutschen Katholiken werden sich mit dieser Kulturfrage noch gründlich auseinandersetzen müssen.

Die westlichen Völker haben sich die **christliche Grundanschauung** besser bewahrt, und zwar auch die, welche von der Kirche abgefallen sind, also die Angelsachsen. In ihrem Puritanertum, mag noch soviel Heuchelei dabei sein, steckt doch ein starker Wille zu Sittlichkeit und Form. Sie alle empfanden das neuere Deutschtum als „barbarisch". Haben wir nicht heut, nach unserem furchtbaren Zusammenbruch, Anlaß, uns auf das Vermächtnis Karls des Großen zu besinnen? Könnte nicht unser Volk gesunden, wenn es zu diesem weisen Erzieher zurückkehrt und die volle, ungebrochene abendländisch-christliche Kultur bei sich verwirklicht?

Töricht ist die Sorge, es könne solche römische Befruchtung unserm Nationalbewußtsein schaden. Angelsachsen und Romanen sind national bis auf die Knochen und doch viel römischer als wir. Karl der Große selbst war ein Sprachreiniger, führte deutsche Monatsnamen ein und sammelte die alten Heldenlieder. Der Befreier Deutschlands, der den lateinischen Namen Arminius trug, war ein gelehriger Schüler Roms, ehe er Varus besiegte. Beide waren gute Deutsche und Europäer zugleich, Karl außerdem ein guter Christ. Eine Persönlichkeit wie Karl den Großen zu erleben, führt weiter als langes Spintisieren über deutsche Kultur. Seine Lebensbeschreibung von Einhart sollte jedem gebildeten Deutschen bekannt sein.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Reden kennzeichnen unsre deutsche Politik mehr als Taten. Das wird sich nicht ändern lassen, solange uns der Friedensvertrag lähmt und uns gerade noch den Mund offen läßt zu immer neuer Klage. Und das viele Reden wird auch in Uebung bleiben, solange wir parlamentarisch regiert werden und jeder Staatsmann um die Gunst des souveränen Volkes buhlen muß. Um dem deutschen Stamm, der unter dem Frieden am schwersten leidet, die Teilnahme des Reichs zu bekunden, reisten der Reichskanzler und der Reichsminister des Aeußeren ins besetzte Rheinland. In Köln, Düsseldorf und Aachen hielten sie Reden, nicht um das Deutschtum am Rhein zu stärken — das tut wider Willen der feindliche Druck — sondern um die Härten des Friedensvertrages zu geißeln, Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zu erwecken und um die Politik der Reichsregierung zu rechtfertigen. Fehrenbach erntete in Köln Beifall mit dem Satz, wir anerkennen den Versailler Frieden nicht im Sinne des uns aufgezwungenen alleinigen Schuldbekenntnisses. Weder das deutsche Volk, noch die alte Regierung, noch der Kaiser habe den Krieg gewollt. Dr. Simons sprach über die Besatzungsfrage. 145 000 fremde Soldaten stehen am Rhein, mehr als das ganze deutsche Heer heut aufweist. Hinter dem besetzten Gebiet sind zahlreiche französische Truppen wie zu einem neuen Angriff auf Deutschland angesetzt. Die Lasten der Besatzung erdrücken fast das Reich. Wir können nicht eher unsere Wiedergutmachungspflicht erfüllen, als die Frage der Besatzung in einem wirtschaftlich vernünftigen Sinn geregelt ist. Am Grab Karls des Großen in Aachen erklärte Dr. Simons, Karls wie Napoleons Pläne eines Weltreichs seien gescheitert am nationalen Gedanken. Wie er aber dann von einer möglichen Genossenschaft einander achtender Völker zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien und von ihrer gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit sprach, gab er doch noch Karl dem Großen inhaltlich recht.

Nicht gerade glücklich war Dr. Simons, als er dem Leiter der Bergisch-Märkischen Zeitung einiges über Bayern und dessen Einwohnerwehr sagte. Etwas unklar brachte er die drohende Besetzung des Ruhrgebiets mit der Entwaffnung Bayerns zusammen. Noch dunkler waren Andeutungen über ein Bestreben Bayerns, auf Kosten Preußens die Führung der Reichspolitik an sich zu reißen. Solches Bestreben würde nur so lange fortbestehen, als ein Zweifel herrsche, ob es die Reichsregierung an festem Willen fehlen lasse. — Es gehört zu den Aufgaben von Dr. Simons, dergleichen Zweifel durch Taten zu verscheuchen. Nötig ist das aber nicht wegen eines bayerischen Strebens nach der Reichsherrschaft. Denn ein derartiges Streben ist nicht vorhanden. Vielleicht bringt die gewünschte persönliche Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten dem Außenminister Simons die nötige Klarheit bei. Für ein gutes Ergebnis haben wir das beste Zutrauen in die Persönlichkeit des Herrn v. Kahr.

Dr. Simons wahrte immerhin die Form. Ganz unerhört aber ist, was das „Deutsche Volksblatt" in Stuttgart, Hauptorgan des Zentrums in Württemberg, und der Anzeiger vom Oberland in Biberach schreiben. Sie wollen aus zuverlässigen diplomatischen (?!) Kreisen wissen, die Entente habe einstimmig beschlossen, das Ruhrgebiet zu besetzen, wenn Bayern an der Einwohnerwehr festhalte. Diese Politik des Selbstmords könne sich Schwaben nicht gefallen lassen. Zwei Fragen an die Schwaben: Seit wann ist es selbstmörderisch, zu eigenem Schutz ein Gewehr zu tragen? Ist die Entwaffnung Deutschlands vor inneren und äußeren Feinden nicht echte Selbstmordpolitik? Es wäre interessant, zu wissen, wieviel Zentrumswähler und Leser jener Zeitungen mit deren Ansicht einverstanden sind. Tief bedauerlich ist, daß gerade süddeutsche Politiker, auch an höherer Stelle als in Stuttgart und Biberach, sich so kurzsichtig und mißgünstig verhalten. Die Ansätze zu einem südwestdeutschen Block mit der Spitze gegen Bayern, und die plumpen Versuche, die Pfalz dahineinzuschließen, bleiben hier nicht unbeachtet. Es wäre zu ertragen, wenn linksstehende, besonders sozialdemokratische Politiker, so handelten. Die Sozialdemokratie hat die Frage: Einheitsstaat oder Bundesstaat? stets rein nach ihrem Parteinutzen entschieden, wie Dr. v. Kahr in einer neuen Landtagsrede bemerkte. Zentrumskreise aber sollten die Ueberlieferungen ihrer Partei: Föderalismus und starke christliche Staatsgewalt, besser in Ehren halten. Ganz unbewiesen ist aber die Behauptung, die Entente habe für Bayerns Beharrlichkeit den Einmarsch ins Ruhrgebiet beschlossen. Und wenn es wäre: Das Reich braucht sich Bayerns Standpunkt nur zu eigen zu machen, und die Entente gibt nach. Was Einigkeit und Festigkeit vermag, sehen wir eben erst bei den Dieselmotoren. Sie bleiben Deutschland erhalten, ein immerhin beachtlicher Erfolg.

Oberschlesien erhält voraussichtlich Gelegenheit, nach der Abstimmung über die Frage: deutsch oder polnisch? einen Volksentscheid zu fällen, ob es selbständiger Bundesstaat werden will. Der Reichrat nahm ein Gesetz hierüber einstimmig an. Ein Wunsch des oberschlesischen Volkes ist damit erfüllt. Preußen hat lange widerstanden. Daß es aber die richtige Politik ist, zeigt die schwere Verstimmung der polnischen Presse, wie die „Oberschlesische Warte" sie feststellte.

In diesem Monat blickte der Volksverein für das katholische Deutschland auf ein 30jähriges Bestehen zurück. Er hat Gewaltiges geleistet und ist heute nötiger als je, besonders wenn er den Kampf gegen den Sozialismus, wozu er gegründet ist, mit aller Kraft führt. Sein Gebiet wäre zu eng, wenn er nur als religiöser oder Volksbildungsverein oder als erweiterter Schulverein betrachtet würde. Unsere besten Wünsche für die nächsten 30 Jahre!

Reden über Reden in Deutschland, Reden auch auf der Versammlung des Völkerbundes in Genf. Die erste Woche war mit Begrüßungen und geschäftlichen Debatten ausgefüllt. Zum Vorsitzenden wurde der Belgier Hymans gewählt. Deutschland wird, wie unser Gesandter Adolf Müller in Bern einem Pressevertreter erklärte, seine Aufnahme nicht verlangen, eine Einladung zum Eintritt aber nicht ablehnen. Im allgemeinen ist die Stimmung für Deutschland in Genf nicht schlecht. Die große politische Aussprache dort beginnt erst mit dieser Woche. Sie wird zeigen, wie weit der Völkerbund das ist, was Max Scheler in „Krieg und Aufbau" einen Internationalismus des bloßen Nutzens, eine „Kraft von unten" nennt, und wie weit er eine „Kraft von oben" ist, eine Weltgemeinschaft des Geistes und der Liebe. Amerika fehlt in Genf. Es ist nicht mehr das Land Wilsons. Harding soll einen neuen Völkerbund planen, der von vornherein Deutschland einschließen würde.

Während die Staatsmänner des Westens reden, zittert die Weltbühne von dem Tritt großer Ereignisse im Osten. Das rote Rußland hat seine schwindenden Kräfte zusammengerafft und gegen Wrangel gekehrt. Seine Armee wurde zersprengt, Sebastopol erobert, Wrangel selbst mußte zu Schiff nach Konstantinopel entfliehen. Neugestärkt unternahmen die Bolschewisten einen großen Angriff auf die Ukraine. Petljura und Balachowitsch sind geschlagen, Kiew von roten Truppen besetzt. Schon werden neue Reibereien mit Polen gemeldet. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die russische Gefahr sich wieder dem Westen nähert.

Diese Wendung der Dinge beweist nicht viel für die Lebenskraft des Bolschewismus. Bewiesen ist aber, daß alle Versuche der russischen Generäle und Adeligen, die alte Zeit wieder heraufzuführen, aussichtslos sind. Burgew in Paris mit seiner Nachrichtenfabrik, Judenitsch, Denikin, Wrangel mit ihren Truppen stritten nicht für das russische Volk, sondern für den Großgrund- und sonstigen Großbesitz. Das trieb vor allem die Bauern immer wieder den Bolschewisten in die Arme. Sie wollen das Land, ihr einziges Gut, nicht mehr an die alten Grundherren verlieren. Rußland wird nicht so leicht nochmals europäisch, wie es die Jünger Peters des Großen träumen.

Schwer ist Frankreich von der Niederlage Wrangels betroffen. Es ist nicht der einzige Schlag. In Griechenland verlor Venizelos, der von Paris bezahlte Freimaurer, so gründlich die Wahlschlacht, daß er alsbald „zu Schiff nach Frankreich" abreiste. Das griechische Volk entschied sich mit mehr als zwei Dritteln für die Wiederkehr des Königs Konstantin. Regentin wurde zunächst die Königinmutter Olga. — Ein anderer Schützling der Franzosen, die Tschechoslowakei, ist durch Aufruhr schwer erschüttert. Als tschechische Truppen die Denkmäler österreichischer Kaiser in Deutschböhmen umwarfen, erhoben sich die Deutschen. Hiergegen ward wieder die slawische Leidenschaft in Prag, Brünn und Pilsen aufgehetzt. Masaryk und seine Regierung sind schwer gefährdet. Ein Zusammensturz der Ordnung muß zuletzt konservative Mächte obenauf bringen. Dann aber hat Frankreichs Einfluß sein Ende. — In Ungarn erklärte Stefan Friedrich bei der Ratifizierung des Friedens im Reichstag unter großem Beifall: „Lassen wir doch die Flunkereien von Völkerbund und Versöhnung. Geblieben ist nur der Haß Frankreichs und seiner Verbündeten. Wir gehören an die Seite des

Volkes, dem in Versailles ein gleich schweres Kreuz wie uns auferlegt ist, an die Seite Deutschlands". Bei Frankreichs eigenen Verbündeten erregt dessen Politik der Rache Ueberdruß und Ekel zumal in England, selbst in Belgien, gar nicht zu reden von Nordamerika, Südslawien und Italien. Millerand wird bald sehen, wie schwer es ist, in den Stiefeln Napoleons zu schreiten. Selbst dem großen Korsen gelang es nicht, eine dauerhafte französische Oberhoheit in Europa zu begründen. Bei ihm wie vor ihm und heute scheiterte das an Frankreichs engstirnigem Eigennutz und Dünkel. Oft war der Christenheit und Europas Sache in seine Hand gelegt, aber es machte aus der Ehre Gottes die gloire de France, aus der christlich-abendländischen Kultur die gallikanisch-nationalistische. Nicht Karl der Große, sondern Ludwig XIV. ist sein Held. Es wird die Früchte seines Sieges nicht lange genießen.

Wiederaufbau und Bausteine.

Von Dr. Martin Mohr.

Eine der Hauptsünden, die uns in den Abgrund gestürzt haben, war der Mangel an politischem Wissen und politischem Interesse der dem Geschäftsgeist und der Genußsucht verfallenen Söhne und Enkel des deutschen Bürgertums, das aus der alten Zerrissenheit und Armut mit Ehrbarkeit, Hunger, Fleiß und Nationalgefühl die Reichseinheit hatte schaffen helfen. Die Schöpfer des Deutschen Reiches und die, die zum Ausbau verpflichtet waren, hatten keinen Sinn dafür, daß man, um einen solchen Organismus mit seinem so komplizierten Radwerk wie das Deutsche Reich mit seinen 26 Verfassungen und Gesetzgebungs- und Verordnungsorganen, zu regieren, vor allen Dingen hätte daran denken müssen, den werdenden Staatsbürger dieses Reiches schon in der Schule mit einem sicheren Wissen vom Werdegang und den Beständen des Erbes zu versehen, das er sittlich und materiell tagaus tagein aufs neue zu erwerben hatte. In einem fast wie Hohn anmutenden Gegensatz standen auf der einen Seite der Prunk lärmender Jubiläen und auf der anderen Seite die bodenlose Unkenntnis auf politischem Gebiet bis hoch in Bildung und Besitz hinauf, als endlich stammelnde Versuche einsetzten, was die kleine Schweiz schon lange von jedem Rekruten verlangte, um die Verantwortlichen für die Einsicht zu erwärmen, daß dem heranwachsenden Neuvolk Staatsbürgerkunde not tue, mehr als die Kenntnis von Mumien und Skarabäen und der Leitfossile der Urzeit und dergleichen Dinge mehr. Und nicht weniger wie dem Nachwuchs auch den Vätern, die im politischen und Gemeindeleben zur Führung und Belehrung verpflichtet dastanden und teils gegenüber dem immer mehr anwachsenden Berge von innerer Gesetzgebung und Verordnungen und Regulativen, vor allem aber gegenüber der von Jahr zu Jahr immer drohender heranrückenden Wanderdüne der auswärtigen Politik unwissend, hilflos und schließlich regungslos dastanden.

Mit dem vierten Jahrzehnt setzte literarisch eine Wandlung ein, die Hilfe zu bringen schien. Keine Zeit des neuen Reiches ist in Buchhandel und Literatur schöpferischer gewesen als diese, um etwas zu schaffen, was der Beginn des Reiches und seine Jahrhundertwende nicht besaßen: ein mutiges Heraustreten auch der Männer der Wissenschaft aus dem Vergangenheitsbann, und ihr Sichhindurchringen an die sich immer erneuernde Gegenwart, um nicht mehr nur das Vergangene in seinen erstarrten Beständen, sondern auch das Werdende in seinen Funktionen zu erfassen.

So erstanden Enzyklopädien und Handbücher und Sonderbücher in einer ungewohnten Reichhaltigkeit, Gegenwärtlichkeit und dabei Wohlfeilheit, und mit Begier wurde darnach gegriffen — leider als die Umwertung zur Heranziehung einer neuen Führung und der Uebertragung der aus den neuen Wissensquellen gewonnenen Kräfte auf die Allgemeinheit zu spät war und mit einem Male Mars die Schulmeisterrute über die blutenden Rücken der Völker schwang.

Was für die verflossene Zeit gegolten, gilt nach dem Zusammenbruch mit dreifacher Wucht für den Wiederaufbau. Und darum begrüßen wir jede Geistesarbeit, die dazu beiträgt, wofern sie nur für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie von Gewissenhaftigkeit und Objektivität geleitet wird.

Das dürfte, und damit kommen wir zu dem Buch, das zu den vorstehenden Betrachtungen Anlaß gibt, ein Werk für sich in Anspruch nehmen, das Ende 1911 in erster Auflage in zwei Bänden, und im Februar 1914 bereits in drei Bänden erschien und sich „Handbuch der Politik" nannte und sich zum Ziele setzte, die politischen und wirtschaftlichen Kräfte unserer Zeit, ihre geschichtlichen Grundlagen und ihre Aufgaben für die Zukunft kritisch zu untersuchen und darzustellen. Jetzt liegt von der dritten Auflage der erste Band vor.

Unter den Herausgebern damals der 1. und jetzt der 3. Auflage finden sich Namen wie Gerhard Anschütz und Georg Jellinek in Heidelberg, Franz v. Liszt und Adolf Wagner in Berlin, Adolf Wach und Lamprecht in Leipzig, Georg v. Schanz in Würzburg, Laband in Straßburg, Max Lenz in Hamburg und Dr. Fritz Berolzheimer, der Vorsitzende für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie in Berlin, der auch die Schriftleitung besorgte und damit bei der großen Zahl hervorragender Mitarbeiter auf allen Wissensgebieten eine Arbeitsfülle bewältigte, die der am besten abschätzen kann, der sich mit ähnlichen Arbeiten einmal bemüht hat. Die neue, jetzt vorliegende 3. Auflage sieht vier Bände vor, um, wie die Anzeige des Verlags (Dr. Walter Rothschild, Berlin und Leipzig) sich ausdrückt, für die politische und wirtschaftliche Wiedergeburt zu wirken: „Eines aber tut heute mehr denn je not, wenn Deutschland den Weg zu neuem Aufstieg finden will: „Lerne politisch denken, deutsches Volk!"

Der vorliegende erste 500 Seiten starke und mit einem Stichwortregister versehene Band behandelt „die Grundlagen der Politik" in sechs Abschnitten, die die Ueberschrift tragen: Wesen, Ziele und Zweige der Politik, Staatsformen und Aufgaben des Staates, Die staatliche Herrschaft und ihre Schranken, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege, Der Parlamentarismus, Die staatliche Kraftentfaltung nach außen. Nur Untertitel und Autoren des letzten Abschnittes seien genannt, um Vielseitigkeit und Wert der Inhaltgebung anzudeuten: Grundfragen der auswärtigen Politik, Botschafter Graf Bernstorff; Das Prinzip des Mächtegleichgewichts und die Großmächte, Geh. Rat Prof. Lenz, Hamburg; Kolonialbesitz, Leg.-Rat Zimmermann, Berlin; Weltwirtschaftspolitik, Geh. Rat. Prof. Harms; Bündnispolitik und Völkergegensätze, Geh. Rat Prof. Mendelssohn-Bartholdy, Berlin. Die weitern drei Bände sind überschrieben: Der Weltkrieg, Die politische Erneuerung, Der wirtschaftliche Wiederaufbau.

Statt der Namen ein kurzes Stück aus einem Abschnitt, der gerade jetzt und insbesondere für Bayern besonderes Interesse hat, wo man mit der Frage beschäftigt ist, wie für die Wiedererneuerung Presse und Oeffentlichkeit und Staat in ein richtiges Arbeitsverhältnis gebracht werden sollen. Dieses Kapitel ist von Dr. Otto Jöhlinger bearbeitet, der im Sommersemester 1919 in Berlin am Orientalischen Seminar Vorlesungen über Zeitungskunde eröffnete und diese gegen Ende desselben Jahres als eine Einführung in die Zeitungskunde publizierte und dem vorliegenden 1. Bande die Abhandlung über Pressefreiheit und Pressepolitik beigesteuert hat. Darin sagt er zum Schluß:

„Soll das Volk an der Regierung mitarbeiten, dann ist es nötig, daß zunächst das Volk laufend unterrichtet wird über alles das, was die innere und äußere Politik, was das Geistesleben und die Wirtschaft anlangt. Es ist zweitens nötig, daß das Parlament in den Stand gesetzt wird, sich aus der Presse ein wahrheitsgetreues Bild zu machen über das, was im Lande vorgeht, über die Volksstimmung und Bedürfnisse des Volkes, und daß drittens die Regierung imstande ist, aus den Veröffentlichungen der Presse zu sehen, inwieweit Parlament und öffentliche Meinung übereinstimmen ... Der Staat soll aber auch noch darüber hinaus aktive Preßpolitik treiben. Freilich darf man das Wort nicht falsch verstehen. Nichts ist gefährlicher, als wenn der Staat eine Beeinflussungspolitik treiben will. Wohin das führt, haben wir leider während des Krieges zur Genüge erfahren. Der Staat soll der Presse die Berichterstattung soviel wie möglich erleichtern. Zu einer aktiven Pressepolitik gehört vor allen Dingen die Förderung der Interessen der Presse auf dem Gebiete des Verkehrswesens, also schnelle und billige Beförderung der Zeitungen durch Post und Eisenbahnen, bevorzugte Beförderung der Pressetelegramme und Herabsetzung der Telegrammgebühren im In- und Auslande. Und schließlich ist ein wichtiges Gebiet die Ausbildungsmöglichkeit der Journalisten. Es ist notwendig, daß sich der Staat mehr als bisher darum kümmert, welche Möglichkeiten die Journalisten haben, ihr Wissen zu vertiefen und zu erweitern ..."

Damit aber begnügt sich der Aufsatz nicht — er schließt mit einer Forderung: „Planwirtschaft der Moral".

An dieser Probe sei dargetan, wie tief und aufklärend das Handbuch der Politik in die Probleme der Gegenwart hineingreift, wie es betont, mit Aufklärung und Wissen auf dem Gebiet der Politik und Wirtschaft und unter dem Banner der „Wiedererneuerung". Für diese aber wird zum Wissen auch noch das Wollen nötig sein, das Wollen unter dem Auge des Ewigen und aus der Erneuerung der sittlichen Kräfte heraus, deren Erneuerung und Erstarkung erst den zum Wissen unentbehrlichen Schriften und Büchern die seelischen Energien verleiht, um als Bausteine beim Wiederaufbau zu dienen.

Vom Büchertisch.

Helene Pagés: Großmutters Mädchentage. Die Geschichte von Jung-Nanni. Mit 8 Bildern von Rolf Winkler. Freiburg, Herder. Pr. geb. 13 M. — Hier haben wir die Fortführung der Geschichte Klein-Nannis in „Großmutters Jugendland". Beide Bücher sind Perlen. Das jetzt vorliegende zeigt die Frucht guter, bester Erziehung in köstlicher, nicht schmerzloser, Kindheit: die kleine Nanni ist ein braves, sehr vernünftiges, wenn auch zunächst noch recht kindliches Mädchen geworden, das in die Welt hinausgehen muß, um für sich und die Lieben daheim fleißig zu sorgen. Arbeit blüht ihr allerwege, aber auch Frohsinn und Freude. Die Schlange der Versuchung züngelt auch ihr im Lebensgarten, aber sie spürt sofort den Gifthauch und weiß sich zu wehren. Fremdes Leid kommt ihr nah, zieht ihr Herz zu unmittelbarer Anteilnahme heran, und auf eben diesem Wege findet sie dann ihr reines, schönes Lebensglück. Ueber der einfachen, aber dichterischen Darstellung liegt ein Tiefglanz der Echtheit und unwiderstehlichen Liebenswürdigkeit. Kein Buch stürmeweckender Probleme, aber eines erquickender Einblicke in vorwiegend gesunde Verhältnisse mittleren Bürgertums. Liebe, lebhafte Schilderung. Sonnen- und kristallklare Reinheit beherrscht das Ganze, zugleich Sinnigkeit, Tiefe und Ernst. Wieder mal eines der seltenen guten Jungmädchenbücher: diesmal für schlichteste Kreise, aber zugleich mit dem Reiz quellfrischer Innigkeit, der auch eine höhergebildete Jugend — wenn wirklich gebildet — wird anziehen und fesseln können. — Ich hoffe, Jung-Nanni taucht bald wieder auf: als junge Hausfrau und Mutter mit blanken Augen und offener Türe: des Herzens wie des Heimes, und mit der einladenden Gebärde: Seid wiederum willkommen! E. M. Hamann.

M. Herbert: „Tragödie der Macht." Erzählung aus den letzten Tagen Napoleons. Köln, J. P. Bachem. Pr. geb. 16.50 M. — St. Helena ist der Schauplatz, Herbst 1815 bis Frühjahr 1821 die Zeit, der verbannte und sterbende Korse der Held. Wer M. Herberts Art psychologischen Sicheinfühlens, -einlebens kennt, wird hier mit Recht Bedeutendes erwarten, um es tatsächlich zu finden. Wer Gelegenheit hatte, die Zeugnisse der nächsten Umgebung des in Englands Felsenhaft Verschmachtenden zu lesen — ich verweise da u. a. auf Dr. Otto Hellinghaus' dritten Band der Bibliothek wertvoller Denkwürdigkeiten: „Napoleon auf St. Helena" —, wird sich der erstaunlichen historischen Gründlichkeit und Beschlagenheit, des scharfgeistigen und tiefseelischen schöpferischen Innenblickes dieser M. Herbert-Darstellung doppelt freuen können. Schon das Deutschlands einstiges und jetziges Verhältnis zu Napoleon beleuchtende Einführungskapitel bietet hohen Genuß. Die hier verwendete Sprache klar und wuchtig aufbauender, edelkünstlerischer Einfachheit beherrscht das ganze Buch einer bis in die letzten Seelenwinkel, an die feinsten Herzfasern dringenden Abspiegelung innerer Tragik, einer Tragik, die vom Charakter des Helden durchaus vorbedingt war und ihn zugleich aus den Zusammenhängen einer Weltenschicksalstragik heraus endgültig abschließend gestaltete. Das Bild einer über sich selbst hinaus gewachsenen und dennoch bis zuletzt einheitlichst zusammengeschlossenen, einzigartigen Persönlichkeit, die unserem Volke tiefste Demütigung und in der Folge eben dadurch höchste Selbstbefreiung bereitete, ragt da im Lichte einer großen, wahrhaftigen Gerechtigkeitsliebe vor uns auf. Wir stehen erschüttert angesichts des überwundenen gewaltigen Siegers, dem dennoch, dennoch der Tod die Züge des Ueberwinders aufprägen durfte. — Hätte M. Herbert nichts geschrieben als dieses Buch: es allein dürfte sichernde Anerkennung ihrer Kunst verlangen. E. M. Hamann.

Annie Herzog: Die Eine Liebe. Geschichten vom Haus am Rhein. 1.—3. Aufl. Breslau, Bergstadtverlag. Pr. geb. 12 M. — Eine Trägerin der philosophischen Doktorwürde, Verfasserin eines geschichtlich und psychologisch zielsicht eingegründeten Werkes über das bisher „unbehandelt" gebliebene Thema: „Die Frau auf den Fürstenthronen der Kreuzfahrerstaaten" (Berlin, Emil Ebering), legt uns hier ihr erstes dichterisches Buch vor. Es sei gleich gesagt: Die großen schweizerischen Erzähler: Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer, brauchen sich dieser ihrer Landsmännin nicht zu schämen, deren Richtung übrigens — wie schon neulich im „Weihnachtbüchertisch" bemerkt wurde — weit näher auf den Schleswigholsteiner Theodor Storm weist. Ein Talent voll tiefen Ernstes, mit rasch erfassendem Wirklichkeitsblick, das eben deshalb nicht leicht streifend um die allzeit und überall sich auftuenden Lebensrätsel herumkommen, sondern in sie eindringen will, das aber beim Lösungsversuch fest im eigenen Ueberzeugungsboden verankert bleibt, wie dies sofort die erste der sechs „Geschichten" dartut. Eine Gestaltungskraft, die ihren Weg immer aus Seele und Geist durchs Herz nimmt, eine Sprache der äußeren und innerlichen Veranschaulichung, die zugleich über reiche und reizvolle Duft- und Klangtöne der „Stimmung" zur Stimmung-Erweckung gebietet. Alsbald hat man den Eindruck: Hier wird gegeben aus Wahrheit, Tiefe, Reichtum und innerer Schönheit heraus, aus einem bereits Können, das sich leicht, und doch der eigenen Verantwortung klar bewußt, entfalten und immer mehr erhöhen wird. An uns ist es, solche Talente durch Beachtung zu fördern — zur eigenen Förderung. Denn Menschen wie Annie Herzog werden einem immer viel zu sagen haben. E. M. Hamann.

Der Nachsommer. Eine Erzählung von Adalbert Stifter. Drei Bände in einem Band, Großoktav, in Halbleder gebunden 28 Franken. Verlag der Fehrschen Buchhandlung, St. Gallen, Schweiz, 1919. Die eigentümlich deutsche Kunstform des Lebens- und Bildungsromans, deren klassisches Vorbild Goethes „Wilhelm Meister" ist, dem jeder in seiner Art Novalis „Heinrich von Ofterdingen", Mörickes „Maler Nolten" und Kellers „Grüner Heinrich" nachfolgen, ist den gebildeten Deutschen noch viel zu wenig bekannt in Adalbert Stifters Nachsommer. Und doch ist dieser Roman nach Goethes Werk wohl der würdigste Vertreter seiner Gattung. Er ist in sich vollendeter, einheitlicher und stilreiner als alle genannten. Nietzsche erklärte ihn neben Goethes Prosa, Lichtenbergs Aphorismen, Jung-Stillings Lebensgeschichte und Kellers Leuten von Seldwyla für das einzige, was von deutscher Prosa verdiene, wieder und wieder gelesen zu werden. Trotzdem blieb der Nachsommer bis heute fast unbekannt. Seiner Zeit — er erschien 1857 — gab er nicht, was sie suchte. Hebbels absprechendes Urteil: man müsse dem die polnische Krone versprechen, der den Nachsommer durchlesen könne, ist als Zeugnis der gleichzeitigen Aufnahme von Wert. Die Unruhe der modernen Menschheit, ihr Freiheitstaumel, ihr Jagen nach Erdengütern und nach Macht, mußte noch größer werden, mußte den Gipfel erreichen, und den Absturz erleben, ehe die Sehnsucht nach der großen Stille der Natur und der Seele sich auswachsen konnte. Wir von heute verstehen Adalbert Stifter. Wir werden es vielleicht bald noch besser, denn nach der politischen Erregtheit unserer Tage muß ein Rückschlag eintreten. Dann werden Kunst und Wissenschaft, Beschaulichkeit und das Lauschen auf die tief und leise rauschenden Brunnen der Seele zu ihrem Recht kommen. Die neue Ausgabe des Nachsommers, besorgt von Max Stefl (München) und Max Scherrer (St. Gallen) macht das große Werk endlich in seiner reinen, unverfälschten und unverkürzten Form wieder zugänglich. Denn die alte Ausgabe in drei Bänden ist sehr selten geworden, spätere Abdrucke sind stark gekürzt. Das Nachwort von Max Stefl führt gut in die Lesung des Romans ein. Dr. Otto Kunze.

In **Alfred Madernos Literaturgeschichte** (die deutsch-österreichische Dichtung der Gegenwart 1920) findet sich in der Rubrik „Stimmungskunst" folgendes Urteil: „Franz Joseph Zlatnik (geb. 1871) ist wieder einmal ein Klassiker unter den deutsch-österreichischen Dichtern. Er ist ein Meister der Form, selbst des spröden Sonetts, und von unbedingter Zuverlässigkeit in der Echtheit des Gefühls. Im Grunde elegisch gestimmt, wird Zlatnik zu Stoffen geführt, die eine restlose Verausgabung des lyrischen Empfindens verlangen. Seine Worte verströmen in solchen Fällen im sanftesten Crescendo und erzielen tiefe, bleibende Wirkungen. Seine Sammlung neuerer Gedichte „Seelenklänge" 1918 enthält als wertvollsten Bestandteil eine Gruppe von Liedern zum Preise der Mutterliebe.

Münchener Kalender 1921. Ueber das neue Reichswappen gibt der Münchener Kalender 1921 Aufschluß und bringt zugleich eine doppelblattgroße, farbige Darstellung des neuen Deutschen Reichswappens. Der neue Jahrgang, der trotz der 30mal höheren Herstellungskosten nur M. 8.— kostet (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München-Regensburg), bildet eine überaus glückliche Fortsetzung der bisherigen Jahrgänge, die nun zu einem wahren Quellenwerke für jeden Historiker und Heraldiker jeden Geschichts- und Kunstfreund, jeden Maler und Kunstgewerbler geworden sind. H.

Bühnen- und Musikrundschau.

Schauspielhaus. Wie viel ist über die „Anzengruberei" mit Spott und Ernst geschrieben worden. Und doch ist sie nicht tot zu kriegen und wird auf allen Bühnen, wo Volkskunst geboten wird, noch leben, wenn manche von den Modernen vermodert und vergessen sind. Anzengruber stellt so viel wirkliches Volksleben, so blutwarme Volkstypen aufs Theater, daß trotz den Schwächen und Sentimentalitäten, trotz Einseitigkeiten und falschen Tendenzen die Träger seiner Stücke fürs Volk und für Freunde dieses Volkes immer modern bleiben werden. Drum lag es nahe, daß gerade jetzt in der Hochkultur des Kinos die Theater mit Anzengruber ihm Konkurrenz bieten und einem besonderen Anzengruberkult auf der Bühne huldigen. Das Nationaltheater sagte bereits vor einiger Zeit einen Anzengruberzyklus an. In verflossener Woche spielte man auf zwei Bühnen Anzengruber: In der Maximilianstraße und draußen an der Barerstraße. Im Schauspielhaus wurde als Erstaufführung „Der Doppelselbstmord" gegeben. Es ist echter Anzengruber, im Inhalt und in den Figuren und dem ganzen Drum und Dran: der reiche Bauer und der arme Häusler, die sich 20 Jahre gehaßt und deren Kinder die Liebe zusammenführt, die Liebe, die am Haß der beiden Alten zu scheitern droht und doch in freundlicher Harmonie die beiden glücklich macht. Die Figuren des reichen Sentnerbauern und des armen Häuslers Hauderer, des blöden Bauernlohns Poldl und der naiv dalketen Häuslerstochter Agerl, des pfiffigen, bauernschlauen Krämer-Intriganten und des reimsüchtigen, geschäftstüchtigen Wirt vom „Blauen Bock" sind lauter kernige prächtige Volksgestalten, vielleicht noch ein bißchen weicher geschnitzt als sonst bei Anzengruber. Ueberhaupt schwebt viel Sentimentalität, viel freundlicher Humor ums ganze Stück, das bei einer Erstaufführung im Schauspielhaus am letzten Sametag starken Beifall fand. Es war ja ein eigenartiges Milieu: Anzengruber im Schauspielhaus, nach Wedekind und Shaw und all den andern Modernen. Man mußte sich erst geistig richtig einstellen, um die rechte Stimmung zu kriegen. Das schien dem Publikum nicht allzu schwer zu fallen, dank dem vergnüglichen Spiel. Auzinger stellte im Sentnerbauern eine echte, knorrige und doch im Herzensgrund gutmütige Bauernfigur auf die Bühne. Sein depperter Sohn Poldl war in manchen Einzelnheiten ausgezeichnet, nur vielleicht einen Grad zu schwer und ernst. Das Beste des Abends bot Fritz Gerhard mit dem armen verkommenen Häusler Hauderer. Das war eine nach allen Seiten abgerundete prächtige Gestalt, in der Herzensgüte wie in der Leidenschaft gleich gut abgetönt. Das Agerl der Ewis Borkmann trat nicht überall gleich wahr und echt in die Erscheinung. Manchmal schaute ein bißchen viel Maske, Salonbauerntum durch. Gut charakterisierte Fritz Hormann die Krämergestalt. Köstlich agierte den Wirt vom „Blauen Bock" Julius Leger.

Im **Lustspielhaus** fand Anzengrubers Trauerspiel in vier Akten „Hand und Herz" am Dienstag recht warmen Beifall. Es ist eines der Stücke von Anzengruber, die als Volksstück immer ihrer Wirkung auf der Bühne sicher sein werden, trotz mancher schleppenden Längen in Dialog und Monolog, bis endlich die Vorgeschichte auseinandergesetzt ist und die Handlung kräftig einsetzen kann. Besonders drei Figuren stehen in diesem Trauerspiel als Mustertypen vor uns. Der verschwenderische Vagabund, der sein unglückliches Weib im Stiche ließ und nach Jahren die glücklich an den Wellerbauern Verheiratete mit Erpreß ungen zurückfordert. Die unglückliche, in ihrer tragischen Schuld herzergreifendes



Mitleid fordernde Frau und der Wellerbauer selber, der im selben Augenblick dem Vagabunden die Gurgel zudrückt, wo sein Weib, für das er treu sorgte, den Tod am Felsen oben findet. Otto Kronburger gab diesen Wellerbauer in edler Charakteristik, Elise Aulinger verkörperte die unglückliche aber sympathisch gezeichnete Frauengestalt der wiederverheirateten Bäuerin mit steigender Kraft und Wärme. Hermann Nesselberger zeichnete die Rolle des Vagabunden und ersten Mannes mit all ihrer widerlichen Charakteristik aus. Was sonst an Figuren um die Hauptrollen sich dreht, die Bettelmönche und der Hausierjude, rankt sich wie Efeu um ein Haus; wenn's nicht überwuchernd sich vordrängt, schmückt's das Ganze. Das war glücklicherweise bei der Aufführung im Lustspielhaus der Fall und auch der Pater Augustin des Herrn Riewe blieb vor Uebertreibungen bewahrt. Dr. Freytag leitete das Spiel und gab den Bildern den stimmungsvollen Rahmen. Es ist schade, daß bei den kleinen Bühnenverhältnissen der Szenenwechsel so viel Zeit beansprucht und die Pausen so dehnt. Der Beifall war stark und warm.

J. Pettifer.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschaftszuckungen im Börsen- und Devisenverkehr — Folgen der Kohlennot — Immer wieder die Ententewillkür.

Der wahre Stand unserer deutschen Wirtschaft spiegelte sich so recht in dem Verlauf der diesmaligen Berichtswoche. An den Börsen und hier wieder namentlich im Devisenhandel herrschte eine beispiellose Unstetigkeit. Auf scharfe Kurserhöhungen folgten jäh ebenso starke Schwankungen nach unten, um tags darauf wieder einer Tendenz nach oben zu weichen. Auf die rapide Verschlechterung der Reichsmark zu Novemberbeginn, hervorgerufen überwiegend durch Treibereien im Warenhandel und durch sonstige Spekulationskreise, erfolgte ein namhaftes Angebot von fremdländischen Devisen, so dass, wenn auch auf kurze Zeit, die Mark den Sprung auf 10 erlebte. Ob die wiederholte Meldung einer gleichzeitigen Intervention Amerikas zugunsten der Kursgestaltung unserer Reichsmark irgendwelche reelle Grundlage hat, ist noch nicht genügend geklärt. Der von Neuyork aus in verstärktem Masse gekabelte grosse Preissturz für Waren aller Art — Wolle, Baumwolle, Schuhe, Möbel und sonstige Stapelartikel — bekräftigt den bereits gemeldeten **wirtschaftlichen Stillstand in den Vereinigten Staaten.** Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt liegen ebenfalls Nachrichten vor, dass die deutsche Konkurrenz dortselbst besonders fühlbar geworden ist. Verschiedene Auslandsaufträge sind statt an amerikanische Produzenten infolge Preisunterbietung an deutsche Firmen vergeben worden. Es ist daher nicht unmöglich, dass man, wie schon einmal im Frühjahr, dem deutschen Gesamthandel seitens Amerikas dadurch beizukommen bestrebt ist, dass man durch starke **Aufkäufe der Markvaluta** den deutschen Devisenmarkt völlig unsicher und zu Kalkulationszwecken für die deutsche Industrie absolut unbrauchbar zu machen versucht. Der deutsche Export ist, falls dieses Ziel wiederum von Amerika erreicht wird — dies ist relativ leicht möglich —, durch den gefährlichen Konkurrenten jenseits des Ozeans mattgesetzt. Dieser Taktik gegenüber steht allerdings das Moment, dass für Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln enorme Beträge an Auslandsvaluta von den deutschen Wirtschaftskreisen angefordert werden. Unsere Brotversorgung benötigt allein schon für Auslandsgetreide Summen von etwa 10 bis 12 Milliarden Mark. Dies und ferner die unentwegte Tätigkeit der deutschen Notenpresse lassen schliesslich die Möglichkeit einer Markbesserung von Dauer schon im Keim ersticken. Die Gestaltung der deutschen Devise lieferte im Verlauf dieser Woche den Beweis dafür.

Unsere Industrie kann vielfach von günstigem Auftragsbestand berichten. Die fortgesetzt bekannt werdenden grossen Kapitaltransaktionen bei den einzelnen Unternehmen berechtigen ebenfalls zu der Hoffnung, dass bei klar bleibendem politischem Himmel Handel und Industrie bei uns langsam wieder erwachen kann. Anderseits machen sich mehr denn je die **Folgen der Kohlennot** bemerkbar. So verlautet von der sächsischen Glasindustrie, dass Millionenaufträge nur wegen dieses Kohlenmangels zurückgewiesen werden mussten. Der Eisen- und Stahlwarenindustriebund in Elberfeld hat über Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen, hervorgerufen durch das Spaer Abkommen, eine Rundfrage an seine Mitglieder gerichtet. Das Ergebnis derselben ist zumeist sehr besorgniserregend. Ziemlich gleich ungünstig lauten die Berichte aus den übrigen deutschen Industriebezirken, nicht zuletzt aus Süddeutschland: Beunruhigend für unsere Industrieentwicklung ist nach wie vor das Kapitel der Vollsozialisierung der Bergwerke. Auch die geplante Erhöhung der Eisenbahntarife, namentlich im Güterverkehr, wirkt hemmend. Die nunmehr im Reichstag angenommene **beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers** und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verpuffte in ihrer Wirkung durch die gleichzeitige Häufung der Nachrichten über neuerliche, Hunderte von Millionen umfassende Kapitalverschiebungen. Auch sonst vernahm man hier und dort von Beispielen ähnlich niedriger Gesinnung.

Besonders betrüblich bleibt die Haltung des Feindbundes in der Auslegung und Durchführung der Friedensvertragsparagraphen. Trotz der deutlich genug gehaltenen bemerkenswerten **Reden der Reichsminister** in den rheinisch-westfälischen Grossstädten über die fortgesetzte Einmarschdrohung und über die **Ententewillkür** hinsichtlich des Versailler Friedens überhaupt gelangen neuerliche Hiobsbotschaften über Repressalien der Entente zu uns. Noch ist die Frage der die Milchversorgung unserer Kinder gefährdenden Ablieferung von Milchkühen nicht erledigt und schon verlangt man die Vernichtung sämtlicher **optischer Kriegsinstrumente.** Die deutsche Wissenschaft und das deutsche Wirtschaftsleben sollten dadurch schwer geschädigt werden, gleichwie durch die erpresserische Zumutung, die uns noch verbliebenen zwei Luftschiffe auszuliefern, gleichzeitig mit allen Skizzen, Plänen und dem Werkstättenmaterial des **deutschen Luftschiffbaus.** Wie unter solchen Verhältnissen Deutschland **die Wiedergutmachung** möglich sein, wie unter diessen Voraussetzungen Deutschlands Wirtschaftsleben, also seine Valuta, sich heben und festigen soll, das möge der Feindbund uns verraten! **Weitere Sorgen** muss die Deutschenhetze in Prag erwecken, ferner die Uebergriffe in Polen, die Gefahr in Schlesien und die drohende Wirtschaftsnot in den Wintermonaten!

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Vom Weihnachtsmarkt.

Künstlerische Weihnachtskrippen. Gütige Schickung hat im letzten Augenblicke dafür gesorgt, daß der alte, liebe, so tief und echt christliche Brauch der Weihnachtkrippe im Getriebe der Neuzeit nicht in Vergessenheit geraten ist. Sie hat neues Leben gewonnen. Aus der Unbeholfenheit bescheidenster Volksbildnerei ist sie wieder wie einst zu künstlerischen Höhen emporgestiegen. Unter den vielen, die sich jetzt mit der Krippenkunst beschäftigen, behauptet der Münchener Bildhauer Sebastian Osterrieder seine hervorragende Bedeutung. Schon öfter ist an dieser Stelle seiner mit Anerkennung gedacht worden. Osterrieder knüpft an den seit der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts üblich gewordenen Typ der orientalisierenden Krippen an und hat diesen Typ zur größten erreichbaren Vollendung dadurch entwickelt, daß er seine Studien an den heiligen Stätten selbst gemacht hat. Auf diese Art konnte die Osterriederkrippe, soweit es sich um Wiedergabe der Oertlichkeit, der Volksgestalten usw. handelt, zu vollkommener Genauigkeit der Schilderung gelangen. Bei der Beharrlichkeit orientalischer Sitten sind dortselbst seit Christi Geburt in den Trachten und Typen des Volkes gewiß keine wesentlichen Aenderungen eingetreten; die heiligen Oertlichkeiten aber sind ohnehin so gut wie unverändert geblieben. So bietet also der Anblick der großen Osterriederschen Krippen, deren nicht wenige in Kirchen (z. B. im Dome zu Linz) und Dom in Freising (u. a. sogar im Vatikan) aufgestellt sind, neben hohem Genuß für Auge und Herz auch wertvollste Belehrung. Neben diesen Werken größeren Umfanges schafft der Künstler auch kleinere, die überall wahre Weihnachtsfreude erregen müssen ob ihrer lieblichen und doch künstlerischen Ausführung. Ein Wort lebhafter Empfehlung dürfte daher gerade jetzt, da die hochheilige Festzeit näher rückt, wohl am Platze sein.

Dr. O. Doering.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.

Redaktion und Verlag
München,
Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland ℳ 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach
dem Ausland besonderer
Tarif, im allgemeinen
Frs. 5.— des Schweizer
Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 49 München, 4. Dezember 1920. XVII. Jahrgang.

Adventlegende.

„. . . . . Und wie ich Euch sage, ehrwürdiger Frate,
Gehorsam und ernstlich gehet zu Rate
Mit Euch, dass schon in den nächsten Tagen
Das Werk Ihr beginnt, das ich aufgetragen.
Der Lust frönt Florenz, rennt nach irdischen Dingen:
Ein ewiges Tändeln und Tanzen und Klingen!
Was Wunder, wenn selbst im Konvente herinnen
Die Mönche manch eitle Erwägungen spinnen!
Drum malt in die Gänge und Zellen behende
Die heil'ge Geschichte von Anfang zum Ende,
Dass ledig sei — bei Betrachtung — der Feinde,
Der schlimmen Gedanken, die Brüdergemeinde!"
Und Fra Giovanni mit heimlichem Jammer
Schlupft stumm und gedrückt aus des Priors Kammer,
Den Hof hinüber, der laubenumsäumt,
Erwartungstill sein Adventwunder träumt:
Das Wunder der nahenden Christfestgnade,
Die licht, wie der Schnee auf die düstre Arkade
Herniederflockt im Silbergewand,
Der Herrgott senkt aufs sündnächtige Land . . .
Und von Santa Maria del Fiore
Mahnt dröhnend das erste „O" zum Chore,
Und viel „O" und viel „Ach" in seelischer Not
Seufzt der Künstler, gedenkt er des Priors Gebot.
Er sinkt auf die Knie; betrachtendes Sinnen
Entführt seine Seele verzückt von hinnen:
Ihm füllt das Gemach sich mit Engelgestalten,
Die Saiten und Schlagzeug in Händen halten,
Mit schmelzenden Liedern und schmeichelnden Weisen
Das hehre Weihnachtsmysterium preisen;
Es weichet der Zelle beklemmende Enge
Zurück vor der jubelnden Sänger Gedränge;
Es schwindet das Dach, es zerfliessen die Mauern:
Giovanni erblickt mit wonnigem Schauern
Die holdeste Jungfrau versenkt im Gebet,
Von glühender Inbrunst zu Gott umweht.
Da verzittern die Fiedeln mit einem Male —
Und Gabriel schwebt unhörbar im Saale
Und gibt mit seligkeittriefendem Mund
Marien sein köstliches „Ave" kund.
Und die Süsse, vom Unfassbaren gepackt,
Neigt das Haupt und stammelt: „. . . des Herren Magd . . .;"
Da schmettern die Zimbeln und jauchzen die Geigen —
Doch schon entflattert der himmlische Reigen.
Noch eine Stimme ruft herrisch und laut:
„Angelico, male, was du geschaut!"
Als der Frate erwacht aus der Vision,
Da greift er, noch taumelnd, zum Pinsel schon.
Und, ohne im Kloster ein Wörtlein zu sagen,
Vollendet sein Bild er in sieben Tagen.
Dann, als der heilige Abend gekommen,
Geleitet den Prior und seine Frommen
Er vor die „Verkündigung" — schleicht sich davon . . .
San Marco bewundert den herrlichen Sohn.

Heinz Göttl.

800 000 — 1 000 000.

Von H. Henniges, Gronau.

Es gibt Verbrechen in der Weltgeschichte, an die man nicht denken kann, ohne in tiefster Seele erregt zu werden. Aber es geht in der Geschichte wie im täglichen Leben: Quod licet Jovi, non licet bovi. Machen sich die „einzigen Vertreter der Unterdrückten" solcher Schandtaten schuldig, dann geht die große Menschheit mit Stillschweigen darüber hinweg. Lassen sich aber die „Hunnen" nur den hundertsten Teil davon zu Schulden kommen, dann sind diese Beschützer der Menschenrechte die ersten, die in Entrüstung machen. Um das Vorgehen unserer Feinde bei den „Friedens"bedingungen besser verstehen zu können, empfiehlt es sich, einmal die unparteiische Geschichte zu befragen, wie diese edlen Völkerbeglücker es dort gemacht haben, wo ein Land machtlos ihnen zu Füßen lag. Ich beschränke mich auf die Schilderung der grauenvollen Hungersnot, in die die Engländer noch im letzten Jahrhundert das arme irische Volk gestürzt haben.[1])

Es war im Jahre 1845. Da ging durch Europa die Kartoffelkrankheit. Sie herrschte fast auf dem ganzen Festlande, sowie in England und Schottland, vor allem aber in Irland, wo die meisten Kartoffelfelder sich befanden. Voller Todesangst warteten die Bauern auf das Schreckliche. Sobald sich an einzelnen Blättchen die verräterischen braunen Fleckchen zeigten, sobald sich die Blätter zu kräuseln und auf der Unterseite mit weißlichem Schimmel-Ausschlag zu bedecken begannen, wußten sie, daß alles verloren war. Trostlos sahen sie dem Verderben zu. Wer damals durch die Insel reiste, sah die verzweifelten Bauern, Mann, Frau und Kind, den ganzen Tag bewegungslos auf dem Gartenzaun sitzen, im stummen Elend auf die Pflanzen starrend, die ihnen Nahrung geben sollten und statt dessen den schrecklichen Fäulnisgeruch ausströmten. Sprach man die Aermsten an, so antworteten sie nicht. Versuchte man sie zu trösten, so schüttelten sie den Kopf. Keine Hoffnung leuchtete in ihrer Seele — gar keine.[2]) Oft ging die ganze Ernte in ein paar Tagen vollständig zugrunde. 1845 ging dreiviertel der Ernte verloren, 1846 die ganze, desgleichen 1847. Im ersten Jahre behalfen sich die Unglücklichen noch mit den kümmerlichen Ersparnissen des Vorjahres und mit äußerster Einschränkung. Das ging in den folgenden Jahren nicht mehr. So wütete der Tod furchtbar unter der armen Bevölkerung der fruchtbaren Insel

Es fehlte durchaus nicht an eßbaren Dingen. 1846 wurden von Irland ausgeführt Getreide und Vieh im Werte von 820 Millionen Mark; im folgenden Jahre 780 Millionen Mark. „Während der Hunger den Menschen die Eingeweide zerriß, während sie massenweise zugrunde gingen, fuhren aus den Häfen Schiffe mit solchen Mengen von Brotgetreide, Gerste, Hafer und Vieh ab, daß sich das ganze irische Volk damit mühlos hätte ernähren können".[3])

Nicht aus Mangel an Nahrungsmitteln mußten Hunderttausende Hungers sterben, sondern weil der Ertrag des Bodens zur Zahlung des Pachtzinses an die Grundherrn diente; es wäre ein „Verbrechen" gewesen, dieses Eigentumsrecht anzutasten; eher konnten ein paar Hunderttausend Iren sterben. „Von einem

[1]) Für das folgende stütze ich mich auf „Irische Blätter" („Ir. Bl.") 1. Jhrg., Nr. 8., Dezember 1917, S. 635—664, und „Bellesheim" A., Geschichte der katholischen Kirche in Irland, 3. Band, Mainz 1891, S. 432—438, wo auch die näheren Belege nachgesehen werden können.

[2]) So „Ir. Bl." 640.

[3]) So Paul Dubois in „Ir. Bl." 641.

gediegenen Familienessen in England ist unzertrennlich eine Totenschau in Irland, mit dem Wahrspruch: Verhungert".[4])

So wurden denn 1846 nicht weniger als 300 000 Menschen von Heim und Herd vertrieben, weil sie die Pacht nicht zahlen konnten; sie kamen elend auf den Landstraßen um. Während der Schreckensjahre bezog England von der „Toteninsel" Lebensmittel im Werte von 1 Milliarde Mark. Von den irischen Feldern wurde das Getreide unter dem Schutz englischer Truppen nach den Häfen gebracht und unter militärischer Bewachung an Bord verladen. Versuchten die Eltern, um ihre Kinder nicht Hungers sterben zu lassen, zu verhindern, daß man ihnen das letzte Schwein, die letzte Ziege, die letzte Getreidegarbe fortnahm, so stießen die Soldaten sie mit Gewehren und Bajonetten zurück.[5]) Ganz so wie jetzt. Deutschland hat die Bedingungen noch nicht alle erfüllt, hat noch nicht die „Friedens"bedingungen alle unterschrieben; deshalb können die „gerechten" Gegner noch keine Lebensmittel liefern. Summum jus, summa injuria.

In einigen Bezirken starben die Irländer täglich zu Hunderten am Hungerfieber. Die Gemeinden konnten vielfach nichtmal die Särge bezahlen; auch wie bei uns, wo in der schlimmsten Zeit der Grippe die Särge kaum zu beschaffen waren. Die Leichenbeschauer erklärten es als unmöglich, ihre Arbeit gewissenhaft ausführen zu können. Die bürgerlichen und religiösen Gebräuche bei der Beerdigung mußten fortfallen; ganz wie bei uns, wo die Geistlichen nicht mehr zum Friedhof mitgehen konnten, wo je ein Herr auf den verschiedenen Friedhöfen den ganzen Morgen tätig war, um die Toten der einzelnen Gemeinden kirchlich zu bestatten. Das Begräbnis vollzog sich in abgekürzter Form; die Särge hatten einen beweglichen Boden, man legte sie in gemeinschaftliche Gräber. Aehnlich ging es auch bei uns. Da konnten die Totengräber nicht schnell genug arbeiten; mitten während der Beerdigung schaufelten sie an neuen Gräbern. In einigen Orten erhoben offizielle Körperschaften eine Anklage wegen vorsätzlichen Mordes gegen den englischen Ministerpräsidenten oder den Lord-Statthalter von Irland, weil ihre Nachlässigkeit den Tod der Verhungerten verschuldet habe. Wohl war auch in England die Ernte nicht sehr günstig gewesen; es hätte sich von Kanada und anderswoher das nötige Getreide kommen lassen müssen. Dem standen aber die Kornzölle entgegen. Statt die aufzuheben oder teurer einzukaufen, ließ man lieber die Iren mitten zwischen ihren wogenden Kornfeldern und den herrlichen Wiesen verhungern. „800 000 Menschen verhungern zu lassen, noch dazu in einem Lande, das Getreide und Vieh massenweise nach England schickte, ist ein Kunststück, zu dem es wohl in der ganzen Geschichte kein Gegenbeispiel gibt",[6]) gab, kann man besser sagen, denn was sich jetzt ereignet, ist nur die Wiederholung desselben Schauspiels, nur in etwas veränderter Form. Es bedeckten sich die Landstraßen mit Männern, Frauen und Kindern, deren Gesichter von Hunger ausgehölt waren, die beinahe nicht mehr die Kraft hatten, sich vorwärts zu bewegen. Sie wollten irgendwohin, wo sie etwas Eßbares finden konnten; das durften sie nur erhoffen in den Städten und Städtchen. Aber sie kamen vergeblich; sie versuchten es anderswo, um dann unmutig heimzukehren und dort zu sterben, oder sie blieben auf den Straßen der Stadt oder auf dem Felde liegen, bis der Tod sie erlöste. So grauenhaft wütete der Hunger in Irland, daß nur die größten Katastrophen der Weltgeschichte sich damit vergleichen lassen. Und doch hat England es verstanden, diese Greuel fast vergessen zu machen. Da versuchten Eltern, obschon selbst tagelang ohne Nahrung, einen Bissen, den sie endlich erhalten hatten, ihren Kindern nach Haus zu bringen. Oeffnete man morgens irgendwo eine Haustüre, sah man nicht selten eine Leiche zu Boden sinken. Nachbarn, die aus einer Hütte nicht mehr den Rauch aufsteigen sahen, fanden die ganze Familie tot, Vater, Mutter und Kinder, den Säugling noch an der vertrockneten Mutterbrust liegend. Der schrecklichste Anblick war die lange Reihe von Wagen, mit Nahrungsmitteln bis obenhin vollgeladen, die ihren Weg zur Küste nahmen, auf beiden Seiten von langen Reihen Infanterie und Kavallerie bewacht, während sich in den Straßen weinende Menschen mit ihren Kindern sammelten, um eine Handvoll Mehl flehend, den nagenden Hunger zu stillen. Lord Russel selbst gestand: dies sei eine Hungersnot des 13. Jahrhunderts, die über die Menschen des 19. Jahrhunderts gekommen sei.[7])

Die Hilfsarbeiten der Regierung kamen sehr spät und waren zudem völlig unzulänglich. Es wurden öffentliche Arbeiten ausgeschrieben, wodurch sich die Arbeiter den Lebensunterhalt verdienen konnten. Diese Arbeiten durften aber der Insel nicht nutzen; man baute Straßen, nicht um Ortschaften zu verbinden, sondern ins Blinde; man räumte Erde weg, um sie nachher auf den alten Platz zurückzuschaffen. Die Arbeiter erhielten 5 Pence pro Tag. Aber auch zu dieser Tätigkeit waren die ausgehungerten Iren vielfach zu schwach; manche fielen um mit der Hacke in der Hand, um nicht wieder aufzustehen. 1847 wurden 2 849 847 Tonnen verschiedener Getreidearten nach Irland eingeführt. Das genügte, um 6 Millionen Menschen ein Jahr lang zu ernähren. Daß die Regierung energisch eingriff, war vor allem dem Schreiben des Erzbischofs Mac Hale zu verdanken, der ganz Europa die entsetzliche Lage Irlands bekannt gab (15. Dez. 1846). Auch Papst Pius machte die Völker der Erde auf jene trostlosen Zustände aufmerksam, indem er Gebete für Irland anordnete und das darbende Volk der Mildtätigkeit aller Katholiken empfahl.[8]) Die Zahl der Todesopfer wäre noch größer gewesen, wenn nicht sehr viele Iren ausgewandert wären. Die Einwohnerzahl Irlands fiel infolge der Seuche von 8 175 124 im Jahre 1841 auf 6 552 385 im Jahre 1851. Seitdem ist sie ständig gefallen. Im Jahre 1911 waren es nur noch 4 381 951 Iren, die es dort aushalten konnten. Die volle Schuld für dieses grauenhafte Massensterben fällt auf England — nicht etwa auf die Vorsehung, wie man dies in nicht zu überbietender Heuchelei, nein, Blasphemie, zu behaupten wagte.[9])

England hat nicht nur in Irland mit solchen Waffen gearbeitet. Wir denken noch an die Buren mit den schrecklichen Konzentrationslagern, an China, dessen Volk durch englische Krämer dem Opiumgift überantwortet wurde.[10]) In Irland hatten schon früher gewaltige Hungersnöte geherrscht, so 1729 und 1817. Diese Hungersnot kostete 200 000 Iren das Leben. Es scheint das Bestreben Englands seit langen Jahren zu sein, Irland auszuhungern. Das gilt vor allem für die Regierung Elisabeths und später unter Cromwell. „Mensch und Vieh, was auf den Feldern wuchs, das Geerntete wurde meilenweit in der Runde vernichtet, so daß zur Freude der Engländer Zehntausende so völlig von Kräften kamen, daß sie kaum noch menschlichen Wesen glichen, sich nur noch auf allen Vieren mühsam fortbewegen konnten und von Wurzeln und Gras ihr Leben fristeten, falls sie nicht einen Tierleichnam fanden oder gar, von schrecklichstem Hunger verzehrt, sich an einer Menschenleiche vergriffen."[11]) Nur so kann man das Triumphgeschrei der „Times" verstehen, als die Volkszählung 1851 ergab, daß das irische Volk in Massen auswanderte. „Die Irländer haben sich endlich auf den Weg gemacht, und ein irischer Katholik wird auf der grünen Insel bald eben so selten sein, wie ein rothäutiger Indianer im Staate Neuyork."[12])

Die Gerechtigkeit gebietet, auch den Gegner nicht ungehört zu verurteilen. Es scheint, als ob die Bedingungen des Sklavenfriedens von Versailles nur den feindlichen Regierungen zur Last fielen, nicht so sehr den feindlichen Völkern, denen man bisher den Wortlaut vorenthalten hat. Trotzdem schallen, zumal aus England, einige Stimmen herüber, die mit uns einig sind in der Verurteilung der schmachvollen Bestimmungen. So sagt „Daily News" vom 17. Mai:

> Ob der Vertrag gerecht ist oder ungerecht, tut nichts zur Sache; er ist unmöglich. Sie begründet ihre Ansicht damit, daß man Deutschland 20 Prozent seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse, 30 Prozent seiner Kohle, 70 Prozent seines Eisens nimmt; daß man Deutschland den letzten Pfennig abpressen will. Dabei würde niemand mehr arbeiten wollen. Lord Haldane bezeichnet die Friedensbedingungen als so hart, daß sie wahrscheinlich das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie bezwecken. Eine Reihe davon hält er für undurchführbar oder nicht für dauernd haltbar. Eine große Protestversammlung in London gegen die Blockade Deutschlands nennt diesen Frieden einen Verrat an den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand unterzeichnet sei. Es sei eine Schandtat, daß die Blockade weiter aufrechterhalten werde; die Kinder, die in Deutschland zu Tausenden stürben, seien doch nicht für die „Missetaten" der Deutschen haftbar zu machen. Sonst solle man sie lieber erschießen, als verhungern lassen. Das Parlamentsmitglied Kenworthy sagte: Die englische Flotte, die die Waffe der Blockade geführt habe, schäme sich ihrer jetzt. Earl Bouchamp meinte, eine Nation, die

[4]) So der Jung-Irländer John Mitchel in „Ir. Bl." 641.
[5]) So Chatterton-Hill in „Ir. Bl." 642.
[6]) „Ir. Bl." 636
[7]) „Ir. Bl." 652.
[8]) „Bellesheim" 434/5.
[9]) „Ir. Bl." 636.
[10]) „Süddeutsche Monatshefte" 1915, Heft 4, S. 546—553.
[11]) „Ir. Bl." 637.
[12]) „Ir. Bl." 663, wo als Quelle Ersch und Gruber Enzyklopädie Sekt. 2, T. 24, Leipzig 1845, angegeben wird.



sich selber achte, könne diesen Frieden nicht annehmen; er müsse zur Wiederaufrichtung des Militarismus führen.[18])

Das sind wertvolle Zeugnisse, ganz hervorragend geeignet, uns in unserem Kampfe für unser hungerndes Volk nicht ermatten zu lassen. Dadurch wird wirksam unterstrichen, was Brockdorff-Rantzau am 13. Januar den Ententeregierungen vorhielt:

„Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unmöglich aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zur vorherigen wirtschaftlichen Erdrosselung handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegen handeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für eine Versöhnung der Völker ersticken müßte, und für das es kein Verzeihen und Vergessen gäbe."

Möge nicht Chatterton-Hill recht behalten! Das würde schrecklich für's deutsche Volk, aber auch für die Feinde sein. Denn so heißt es: „Witwen und Waisen sollt ihr nicht schaden! Wenn ihr sie aber bedrückt und sie zu mir schreien, so werde ich ihr Rufen hören; und mein Zorn wird entbrennen, und ich werde euch mit dem Schwerte töten, und eure eigenen Weiber werden Witwen und eure Kinder Waisen werden." (Exod. 22, 22—24).

Da kann es für jeden, der deutsch denkt, redet, handelt, nur eine Losung geben: Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

[18]) Auch Frau Asquith, die Gemahlin des angesehenen englischen Premiers vor dem Krieg, schreibt in ihren Erinnerungen an den Krieg: Ich kann nur so viel sagen, daß die Friedensbedingungen oder die hungernden Kinder englischen Müttern keine schlaflosen Nächte gekostet haben. Eine solche Mutter, die mit uns zu Mittag aß, sagte, als jemand, der eben in Deutschland gewesen, erzählte, wie dort die Kinder vor Hunger sterben, mit nachlässiger Stimme und in vollem Ernst: „Gott sei Dank dafür!" Ich glaube nicht, daß die englischen Mütter sich über die Grausamkeit in diesem Krieg sehr aufregen; ich habe jedenfalls nie etwas davon bemerkt. Es war vorgeschlagen worden, wir sollten jede Woche, um die die Deutschen die Unterzeichnung unserer Friedensbedingungen hinauszögerten, je tausend durchs Los bestimmte deutsche Kriegsgefangene niederschießen. In der „Westminster Gazette" erschien ein Protest und von 17 Unterzeichnern waren nur zwei Frauen — Lady Emily Luthens und Miß Maud Royden. Ich wußte von der Sache nichts, bis ich die „Westminster Gazette" las, die sich während des Krieges bei jeder Gelegenheit ehrenvoll benahm, weil Mr. Spender, ein Mann von seltenem Charakter, sie leitete. Als Conan Doyle seinen Haßbrief in der „Times" veröffentlichte, traf ich keine Frau, die etwas gegen ihn einzuwenden hatte, und manche Leute nannten ihn sogar einen religiösen Mann. Große Geistliche — wenn sie sich nicht gerade auf Lafetten photographieren ließen — schienen sich beim Teufel zu entschuldigen, wenn sie Christus zitierten. Vielleicht tue ich der Welt Unrecht, aber wenn Christus zu irgendeiner Zeit zwischen dem 4. August 1914 und dem Tag, wo ich dies schreibe, nach England gekommen wäre, so wäre er nach dem, was er gesagt haben soll, ganz sicher ein Pro-Deutscher genannt worden.

Litauen.

Von Matthias Salm, Köln.

Die neuesten Kämpfe zwischen Polen und Litauen lenken wieder die Aufmerksamkeit auf die junge litauische Republik und rufen die Erinnerungen wach an alte polnische Vergewaltigungsversuche an seinem Nachbarn.

Litauen ist heute ein Staat mit etwa 5,5 Millionen Einwohnern. Viele Litauer wohnen im Auslande, davon im Jahre 1914 in Nordamerika allein 750000. Sowohl nach Einwohnerzahl wie wirtschaftlichen Verhältnissen ist der neue Staat lebensfähig. Das nationale Bewußtsein der Litauer ist sehr entwickelt.

Bereits im 9. Jahrhundert bildeten die Litauer eine Nation mit eigener Sprache, Sitten und Gebräuchen. Ihr Land zerfiel allerdings damals und während der folgenden Jahrhunderte in mehrere selbständige Fürstentümer, die jedoch immer in einem engen nationalen Zusammenhange zueinander standen. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts (1226—1236) wurde das Land ein einheitliches Großfürstentum, kam aber schon bald, als der litauische Großfürstensohn Jagello (1377—1434) die Erbin Polens Hedwig heiratete, in ein engeres Verhältnis zu Polen. Die geschickte und rücksichtslose Politik der polnischen Herrscher konnte es allmählich durchsetzen, daß die Litauer mit Polen einen gemeinschaftlichen Reichstag einsetzen mußten. Im Jahre 1501 wurden die polnischen Könige Großfürsten von Litauen und auf dem Reichstage von Lublin (1569) brachten sie es fertig, daß die Personalunion in eine Realunion umgewandelt wurde. Die Woiwodschaften Podolien, Wolhynien, Kiew und Braclaw (etwa die früheren russischen Gouvernements Podolien, Wolhynien und Kiew) wurden Polen unmittelbar einverleibt, während der Rest dem Namen nach noch ein selbständiger Staat blieb, aber bei der gemeinsamen Gesetzgebung von Polen immer enger einbezogen wurde.

Von da ab begannen die brutalen Polonisationsbestrebungen in Litauen, die das nationale Bewußtsein im Volke und jedes Streben nach Unabhängigkeit ersticken sollten. Ein Teil des Adels wurde durch Standeserhöhung und Geschenke zur Gefolgschaft und zur Annahme polnischer Sitten und Gebräuche sowie der polnischen Sprache bewogen, auch bei der Geistlichkeit hatte man vielfach mit gleichen Mitteln gleichen Erfolg, so daß die litauische Kirche bald einen ausgesprochenen polnischen Charakter erhielt. Der ins Land eingedrungene polnische und größtenteils auch der litauische Klerus gebrauchten nur die polnische Sprache. Die Folge war, daß das Volk, weil es weder die Predigten noch den Unterricht in den Lehren des Christentums verstand, in den unteren Schichten nicht nur heidnisch blieb und die alten heidnischen Religionsübungen und Gebräuche beibehielt, sondern auch immer mehr demoralisierte. Die sittliche Verwahrlosung und die Glaubenslosigkeit als Folgen der rücksichtslosen Polonisierung nahmen allmählich derartig überhand, daß Papst Clemens VIII. den Legaten Cumulens nach Litauen entsandte, um über die dortigen traurigen Zustände zu berichten. Was dieser nach Rom meldete, lautete so trostlos, daß der Papst die Heranbildung rein litauischer Geistlicher anordnete. Aber die Weisung wurde von den Polen nicht beachtet, bis zum Jahre 1908 blieb im Wilnaer Priesterseminar die litauische Sprache verboten. Litauische Geistliche, die in ihren Pfarrbezirken in der litauischen Sprache predigen oder lehren wollten, wurden von der polnischen Regierung drangsaliert und abgesetzt, nach der Vereinigung Polens mit Rußland setzten die im Lande gebliebenen polnischen kirchlichen Behörden die Unterdrückung der litauischen Sprache und jedes litauischen Nationalbekenntnisses durch unerhörte Bedrängung der nicht willfährigen litauischen Geistlichen durch, wobei sie sich nicht selten des Einflusses polnischer Großgrundbesitzer zur finanziellen Schädigung oder Entziehung des Unterhalts der litauischen Landgeistlichkeit bedienten und oft sogar fanatische polnische Eingewanderte zu tätlichen Angriffen auf dieselbe reizten. Störungen von Gottesdiensten und Prozessionen mit litauisch predigender und betender Geistlichkeit waren in den letzten Jahrzehnten so sehr an der Tagesordnung, daß sich die gequälten Litauer Ende Februar 1911 mit einer Bittschrift an den Papst wandten. Sie schilderten ihm ihre Not in beweglichen Worten und erbaten von ihm die Beseitigung des polnischen Terrorismus.

Neben der Unterdrückung der litauischen Sprache wandten die Polen schon früh auch noch das Mittel der Korrumpierung und der sonstigen Bedrängung der Litauer auf alle Weise an. Wer in Litauen sich in den Dienst der Polen stellte, wurde mit Land und Gütern bedacht, wer das litauische Nationalbewußtsein bewahrte, öffentlich bekannte oder gar bei seinen Landsleuten zu erhalten suchte, mußte an seinem Vermögen und durch persönliche Drangsalierungen und Freiheitsbeschränkungen hart dafür büßen. Das litauische Landvolk, das den Polen nie zu Willen war, wurde in Leibeigenschaft und in Elend gehalten, für seine geistige und berufliche Hebung haben die Polen nie etwas getan.

An alle diese geschichtlichen Tatsachen erinnerten die nationalen Führer Litauens während des Weltkrieges und auch später in Wort und Schrift, um ihre Abneigung gegen jede Wiedervereinigung mit Polen zu rechtfertigen. Sie wiesen mit gutem Grunde darauf hin, daß ihr Volk echt litauisch geblieben ist, daß ganz besonders das Landvolk, das fast die ganze Einwohnerschaft des Landes darstellt, bis heute Sprache und Sitte Litauens und ein starkes nationales Bewußtsein bewährt hat. Als Papst Benedikt XV. in seiner Friedensnote 1917 Litauen als Bestandteil Polens ansah, wandten sich nationale Männer in einem Memorandum an den Vatikan, das die Wünsche des litauischen Volkes für die Errichtung eines selbständigen und von jeder fremden Einmischung freien litauischen Nationalstaates enthielt. Damals brachte auch die in Lausanne erscheinende Litauerzeitschrift „Pro Lituania" (Nr. 8, 1917) einen Aufsatz „La Litanie et la Note pontificale", der sich über die Nichtbeachtung der Litauer als Nation beschwerte, sich äußerst scharf gegen eine Vereinigung mit Polen verwahrte und an die Leidensgeschichte ihres Landes unter polnischer Herrschaft erinnerte. Das be-

sondere Wohlwollen des Papstes und seine Fürsorge für Litauen in der Folgezeit bis heute sind bekannt.

Neben Polen war Rußland ein schlimmer Feind Litauens, und wir wissen, daß auch Sowjetrußland die Selbständigkeit des Landes ein Dorn im Auge ist. Die Bedrängung der Litauer durch die Russen begann schon bald nach der ersten Teilung Polens. Allerdings versprach zunächst ein Zarenmanifest, die Rechte und Privilegien des Landes zu achten, die Wilnaer Akademie wurde im Jahre 1803 sogar zur Universität erhoben. Trotzdem aber wurde das Land zu einer russischen Provinz gemacht. Als die Litauer das hart drückende Joch abschütteln wollten und sich 1833 der polnischen Revolution anschlossen, hatten sie nach deren Niederwerfung die ganze russische Brutalität zu ertragen. Jedes, auch das kleinste Sonderrecht wurde ihnen genommen, das russische Recht trat an die Stelle des alten litauischen, alle litauischen Schulen wurden geschlossen und die Universität Wilna aufgehoben. Nachdem ein zweiter Aufstand gegen den Bedrücker niedergeworfen war, nahm dieser den Litauern vollends jedes Mittel zur Pflege ihrer nationalen Kultur. Im Jahre 1863 kam der General Murawieff nach Wilna und erklärte den Namen Litauen für ausgelöscht. Von da an machten die Moskowiter unaufhörlich Jagd auf litauische Schriften jeder Art. An der preußischen Grenze wurden von ihnen z. B. in den Jahren von 1891—1893 insgesamt 37 718 litauische Schriften beschlagnahmt, die aus Deutschland heimlich herübergeschafft werden sollten, von 1894—1896 waren es 40 335, von 1897—1900 39 025 und von 1900—1902 sogar 56 182. Trotzdem wuchs die Zahl der im Lande gelesenen litauischen Bücher, und das Nationalgefühl zeigte sich um so stärker, jemehr die russische Bedrückung zunahm. Viele Litauer, die für ihre nationale Kultur wirkten, wanderten in die Gefängnisse, groß ist die Zahl derer, die auf die sibirischen Eisfelder verbannt wurden und dort elend zugrunde gehen mußten, weil man bei ihnen ein litauisches Buch gefunden hatte.

Sehr erfreulich ist die Tatsache, daß, abgesehen von den von bekannter Seite bezahlten Schreiern, die Kläger gegen Deutschland, das in Ostpreußen eine große Anzahl Litauer ansäßig hatte und teilweise noch hat, sehr gering sind an Zahl und Bedeutung, dagegen die Anerkennung nicht selten ist. So schreibt der bekannte Litauenführer W. St. Vidûnas in einer 1917 erschienenen, von dem litauischen Gelehrten Antoine Viscont ins Französische übersetzte Studie (Vidûnas, La Litnanie dans le passé et le présent. Traduction et notes d'Antoine Viscont. Genève) u. a. (Seite 150 u. f.):

„Die litauische Nation hatte von den Deutschen sehr wenig zu leiden . . . Abgesehen von den einseitigen Kämpfen zwischen den Deutsch-Ordensrittern und den Litauern waren die Beziehungen mit Deutschland (Preußen) friedlich. Die deutsche (preußische) Regierung wünschte allerdings die Pflege ihrer Zivilisation bei den Litauern. Eine höhere Zivilisation triumphiert aber bekanntlich immer über die niedere, ohne besondete Maßnahmen gegen diese. So betrachtete man auch in deutschen Kreisen die Denationalisierung (der in Preußen seßhaften Litauer) als einen natürlichen Vorgang. Man muß anerkennen, daß Deutschland die preußischen Litauer nicht gehindert hat, ihre eigene Zivilisation zu fördern, abgesehen von einigen Uebergriffen übereifriger Subalternbeamten. Die Deutschen haben die Litauer sogar wesentlich unterstützt, so besonders verschiedene Gelehrte. Einer von ihnen, der hervorragende Philologe Dr. Georg Sauerwein, wird bei den Litauern stets in dankbarer Erinnerung bleiben. Obwohl entschiedener Deutscher, erfreute er sich der Liebe der Litauer wegen seiner wohlwollenden Haltung in Wort und Tat. Auch Professor Dr. Adalbert Bezzenberger, der sich gewiß nur aus wissenschaftlichen Gründen mit Litauen beschäftigte, hat durch den liebevollen Eifer bei seinen Forschungen die Herzen weiter litauischer Kreise gewonnen. Erwähnt seien noch die Gelehrten Schleicher und Tetzner, von denen man das gleiche berichten darf."

Die Ostmark Preußen hat in der Anknüpfung und Erhaltung bester Beziehungen zu Litauen eine große Aufgabe im Dienste des deutschen Vaterlandes. Die Verluste an der Nordostgrenze können zum großen Teil ausgeglichen werden durch geeignete Verständigung, wirtschaftliche, politische und kulturelle. Dabei wird es zweifellos noch manche Enttäuschung geben, und die Vergangenheit der letzten beiden Jahre hat gewiß viel bittere Erinnerung, das alles aber zu verwinden, auch neue Widerstände bei der Arbeit für Deutschlands Ehre und Rettung und neue Zukunft zu überwinden, ist heute mehr denn je die Pflicht jeder Grenzmark. Gelingt es der Ostmark Preußen, einer ihrer eigentlichsten und ältesten, heute allerdings besonders schweren Aufgabe gerecht zu werden, so ist ihr der Dank aller Deutschen, nicht zuletzt jener in der Westmark am Rhein, sicher.

Sachsen.

Von H. Ernst, Dresden.

Nach dem Aufgehen der Volksstaaten Gotha und Reuß in Groß-Thüringen ist Sachsen wohl unstreitig dasjenige deutsche Land, in welchem die „Ideale" der Sozialdemokratie ihrer Verwirklichung am nächsten gekommen sind. Im neuen, von der sterbenden Volkskammer durchgepeitschten Verfassungsentwurf steht: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Versteht man nach dem Sozialismus unter Volk ausschließlich die handarbeitenden (häufig auch nicht arbeitenden) Schichten, so ist dieser Satz gewiß richtig. Denn in Sachsen besteht seit dem unseligen 9. November, der ebenso Staatsfeiertag ist wie der 1. Mai, die Diktatur des Proletariats. Sie kommt nicht nur dadurch zum Ausdruck, daß mancherorts aller Reichsverfassung zum Hohn Arbeiterräte und Aktionsausschüsse fröhlich mit öffentlichen Mitteln weiterregieren, sondern auch in der Besetzung hoher und wichtiger Staatsämter. Nicht weniger als vier Handarbeiter beziehen Ministergehälter; unter dem Schlagwort „Demokratisierung der Verwaltung" ist ein weiterer Handarbeiter Kreishauptmann (Regierungspräsident) in Leipzig, ein Jude Amtshauptmann (Bezirksamtmann) in Chemnitz geworden. Präsident der Landesversicherungsanstalt ist ein gelernter Töpfer. Alles in allem: schleichender Bolschewismus vergiftet das ganze Staatswesen, in dem Gesinnungsschnüffelei und Denunziantenwesen in hoher Blüte stehen, und macht es von Tag zu Tag lebensunfähiger. Denn ein Kleinstaat, der nur dem Gesinnungstüchtigen freie Bahn gewährt, der den besten Teil seiner Bevölkerung schikaniert, wo er kann, der weder seine Einwohner ernähren noch seine Erwerbslosen bezahlen kann, der keine Bahn, keine Post und nicht die Spur von Machtmitteln besitzt, ist zum Dahinsiechen oder zum Anschluß an Stärkere verurteilt. Dazu kommt die leichtsinnige Geldwirtschaft. Sachsen hat eine Kammer von 96 Abgeordneten, deren jeder monatlich weit über 1000 ℳ kostet, sieben Ministerien, ein Amt für Gemeinwirtschaft und viele andere schöne und überflüssige Dinge mehr, dazu eine Sondergesandtschaft in Berlin und Prag. Die Frage eines etwaigen „Anschlusses", die vom früheren Ministerpräsidenten Gradnauer eifrig behandelt worden ist, erscheint fast unlösbar. Groß-Thüringen hat abgelehnt, Bayern kommt nicht in Frage. Bleibt also nur Preußen übrig, das selbst gerade im Begriffe ist, einige seiner Provinzen, die des Berliner Treibens müde sind, zu verlieren.

Auf König Friedrich Augusts Thron hat sich Stukkateur Buck gesetzt, ein ausgesprochener Atheist und Kirchenfeind; unmittelbar nach dem Umsturz betätigte er sich in diesem Sinne als Kultusminister. Damit ist auch die Stellung seiner Regierung gekennzeichnet. So einfach wie im November 1918 liegen aber die Verhältnisse nicht mehr. Die damalige Lethargie des Bürgertums war zum Glück zu kurz, um die Absichten der roten Herrscher Wirklichkeit werden zu lassen, die auf schleunige Vernichtung des Christentums abzielten. Der „Volkskirchliche Laienbund" ward in der Stunde der Not geboren, sammelte die Gläubigen unter seinem Banner und stützte das schwankende Kirchenregiment im schweren Ringen.

Aufgegeben sind die kirchenfeindlichen Pläne der Roten indes keineswegs, nur aufgeschoben. Die Kirche und ihre Glieder sollen langsam ausgehungert werden, unter tätigster Mithilfe der sächsischen Volksschullehrer, über die ein Wort zu sagen ist.

Mit überwältigender Mehrheit haben die Lehrer die Erteilung des Religionsunterrichts abgelehnt. Dafür müssen ihnen die christlichen Eltern Dank wissen! Aus zwei Gründen: einesteils haben die sozialistischen Lehrer bereits jahrelang keinen „Religionsunterricht" mehr gegeben, andernteils ist es höchste Zeit, daß wirkliche Fachmänner die Lehrer ablösen und ihnen einen Lehrgegenstand abnehmen, dem sie sich nicht mehr gewachsen fühlen. Vielleicht ist's doch noch nicht zu spät für die arme, unwissende, verrohte sächsische Jugend, der man von Herzen wünschen muß, auch der Weltgeschichtsunterricht möchte seitens der Lehrerschaft an Fachleute abgetreten werden.

Statt Religion wird „Moral" oder „gesinnungsbildender Unterricht" gegeben. Sein Hauptzweck dürfte mit dem Massenaustritt der Vierzehnjährigen (in Sachsen gesetzlich erlaubt!) aus der Kirche erreicht werden. Letztere wird samt ihren Dienern vergewaltigt, wo und wie es angeht. Verfassungswidrig ist seit dem 1. April 1920 die Erhebung von Kirchensteuern untersagt, nur den jüdischen Gemeinden ist sie

erlaubt! Aus der Beamtenbesoldungsordnung sind die Geistlichen ausgeschieden, sie sind gehaltlich mit nicht seminaristisch vorgebildeten Handarbeitslehrerinnen und ungelernten städtischen Handarbeitern gleichgestellt. Die Lehrer stellen dagegen immer höhere Forderungen. In Dresden streikten sie um des lieben Geldes willen am 4. Mai ds. Jrs. und schickten, wohl nur des guten Beispiels wegen, die Kinder nach Hause. Einen andern, wochenlangen Schulstreik erlebte Plauen i. V. Dort sollte die katholische Schule wider Willen der Eltern mit Gewalt in eine weltliche verwandelt werden. Die katholischen Eltern taten wacker ihre Pflicht. Sie hielten trotz Geldstrafen und Bedrohung seitens der sozialistischen Machthaber ihre Kinder so lange vom Unterrichte zurück, bis das Kultusministerium seine kulturfeindlichen Bemühungen einstellte und nachgab. Herzliche Freude über diesen Erfolg der Plauener Katholiken erfüllt alle sächsischen Christen. Möchten die beiden Bekenntnisse alles Trennende vergessen und einig zusammenstehen im Kampfe gegen die atheistische Sozialdemokratie. Niemand lasse sich dadurch täuschen, daß die sog. Mehrheitssozialdemokratie bisweilen aus wahltaktischen Gründen mildere Saiten aufzieht. Ihr Darlehen von 10 Millionen Mark an die sächsische Landeskirche ist ein mit Bewußtsein gegebenes Danaergeschenk, das die Kirche in untilgbare Schulden verstricken soll.

Die Kulturfeindschaft der roten Regierung erweist noch der Plan, die weltberühmte Kirchenmusik der katholischen Hofkirche in Dresden dadurch zu vernichten, daß die Sänger der Staatsoper nicht mehr beim Hochamt mitwirken sollen. Statt dessen will man bezahlte Konzerte im Heiligtum geben, bei denen die Kirchenmusik natürlich ihr Bestes verliert.

Streikenden Genossen wird alles bewilligt. Auf den verwaisten Exerzierplätzen üben frech wohlbewaffnete rote Banden. Solche ziehen auch unter Führung sozialistischer Stadtverordneter aufs Land zum Kartoffelraub. Die „Hölziade" darf als bekannt vorausgesetzt werden, dagegen nicht die unglaubliche Tatsache, daß bayerische Reichswehr eine volle Woche bei Hof untätig stehen mußte, weil die rote Sachsenregierung eine „reaktionäre" Truppe nicht über die Grenze lassen wollte. Hölz selbst „entkam" damals über die Grenze; so konnten dann nur ein paar Angehörige seines Stabes für einige Zeit ins Zuchthaus Waldheim geschickt werden.

Am 14. November ist endlich der neue Landtag gewählt worden. So weit als nur möglich wurden die Wahlen hinausgeschoben, um noch recht lange „regieren" und das Bürger- und Bauerntum mit Verordnungen knechten zu können. Daß der schlimmste Wahlterror gegen die Rechtsparteien, sogar gegen die Demokraten, zur Anwendung kam, versteht sich von selbst. Knotenstöcke und Stuhlbeine wurden als Mittel der Ueberzeugung Andersdenkender bevorzugt; am tollsten ging es in der Landeshauptstadt zu, wo z. B. im evangelischen Vereinshaus kein Möbelstück ganz gelassen wurde. Die Polizei sah zu. — — — Alles Wüten hat den Radikalen nichts genützt, auch in Sachsen dämmert's: am 14. November traten 1 004 106 bürgerliche 1 021 000 sozialistischen Wählern entgegen. An der Spitze der Parteien marschiert nach wie vor die SPD. mit reichlich 1/2 Million, ihr folgen dichtauf die Deutschnationalen mit 427 000 und die Deutsche Volkspartei mit 380 000 Anhängern. Weit zurück bleiben USP. rechts mit 280 000, Demokraten mit 157 000, Kommunisten mit 115 000 und USP. links mit 58 000. Neu zieht das Zentrum in den Landtag ein. Es brachte 23 889 Stimmen auf. Sein Vertreter ist Paul Heßlein, seit 1918 Hauptschriftleiter der „Sächsischen Volkszeitung" in Dresden.

Das für Sachsen über alles Erwarten günstige Wahlergebnis (lieber Räuberhauptmann Hölz, habe Dank!) läßt als erste Frage die der Regierungsbildung aufwerfen. Wir glauben zwar kaum, daß die bisherigen Minister an ihren Sesseln kleben bleiben, wie der Wirtschaftsminister Schwarz im Frühjahr den Bautzener Bürgern drohend zurief: „Wir gehen nicht, wenn die Wahlen gegen uns entscheiden, wir tragen den Bürgerkrieg auf die Straße!" Schwierig genug wird aber die Lösung dieser Frage doch sein. Ja, wäre das Bürgertum einig! Bei der Unzuverlässigkeit der Demokraten ist es nicht unmöglich, daß auch in Sachsen eine Minderheitsregierung zustande kommt wie im Reiche. Aber eins darf sich der aufatmende Bürger wohl sagen: der rote Absolutismus hat abgewirtschaftet. — Gott schenke Sachsen Männer, damit es aus dem Tummelplatze von Umsturzgewinnlern wieder zu dem werde, was es 800 Jahre lang unter den Wettinern war, zu einem Staate.

Zentrum oder Bayerische Volkspartei?

Von Ph. Frick.

In meinen parteigeschichtlichen Ausführungen über die Frage „Zentrum oder Bayerische Volkspartei" muß ich vor allem einen sinnstörenden Druckfehler berichtigen. „Die innere Berechtigung der Forderung Jörgs (für bessere Reichsgründungsverträge) ist durch den Gang der Ereignisse nicht widerlegt worden", muß es (Seite 619, Spalte 2, die letzten 2 Zeilen von unten) heißen. Durch den Ausfall des Wortes „nicht" ist der Gedanke ins Gegenteil verkehrt worden.

In einer Anmerkung bemerkt die Redaktion, „daß das Programm der Bayerischen Volkspartei sich nicht im Föderalismus erschöpft, daß sein Aufgabenkreis ausschließlich für bayerische Fragen zu eng gezogen wäre". Ich will gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß auch nach meiner Auffassung die Bayerische Volkspartei einen allgemeinen Charakter hat und selbstverständlich alle öffentlichen Angelegenheiten in den Bereich ihrer Tätigkeit zu ziehen hat. Dagegen kann es heute fraglich erscheinen, ob bei aller grundsätzlichen Uebereinstimmung in Kirchen- und Schulfragen in der Durchführung derselben eine glatte Uebereinstimmung zwischen den beiden Parteien zu erzielen wäre. Die, wie man sagt, auf Drängen des Zentrums durch Minister Koch in Angriff genommene Reichsbehandlung der Schulfrage läßt einen solchen Schluß vorerst nicht zu. Auch in den Wirtschafts- und Finanzfragen sind, namentlich in den letzteren, wesentliche Unterschiede gegeben.

Die Problemstellung ging dahin, daß bei der Gründung der bayerisch-patriotischen Partei die rein staatlichen und verfassungspolitischen Gesichtspunkte weitaus im Vordergrund standen, und daß sie auch bei Gründung des Zentrums an die erste Stelle gerückt waren, daß diese Existenzbedingung des Zentrums im Laufe der Zeit sich verflüchtigte und in der Gegenwart ganz verloren ging. Die Folgen daraus und ihre Einwirkung auf das Verhältnis zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum wären festzustellen.

Inzwischen hat der preußische Wohlfahrtsminister Stegerwald, der übrigens bayerischer Herkunft ist, nach dem Bericht der „Kölnischen Zeitung„ in Essen erklärt: „Bayern gilt heute mehr als Preußen. Preußen droht eben nicht mit der Aufkündigung der Reichstreue." Der Minister trat zugleich gegen die Zerlegung Preußens auf. Stegerwald ist Mitglied der Zentrumspartei. Seine Aeußerungen richten sich gegen das Bamberger föderalistische Programm in einem wesentlichen Punkte und beleidigen außerdem die deutschpatriotische Gesinnung der bayerischen Bevölkerung aufs tiefste, die eine Reichstreue auf Kündigung nicht kennt. Sollte das Reich in Verfall geraten, so sind die Ursachen nicht in Bayern, sondern in Preußen, speziell in Berlin und in der preußischen Regierung zu suchen. Wenn ein Zentrumsmitglied von so weitreichendem Einfluß wie Stegerwald derartige Gedanken kundgibt, kann man da auch nur auf eine Entspannung des Gegensatzes in absehbarer Zeit hoffen? Hinzu kommt noch die von Stegerwald aufgenommene Reform des Parteiwesens. Da wird ein Problem aufgestellt, dessen Lösung niemand vorausbestimmen kann. Wohin die Aktion Stegerwalds führt, ist gänzlich ungewiß, sie kann zur Konsolidierung des Parteiwesens, sie kann ebensozu einer anderen Gruppierung auf Kosten des Zentrums führen. In einer solchen Situation ist es eine Beruhigung, daß die „Bayerische Volkspartei" auf sich selbst gestellt ist, und die Entwicklung abwarten kann.

An einen Reichsföderalismus ist bei dieser kritischen Entwicklung der Partei ersichtlich noch nicht gedacht. Die einheitsstaatliche Entwicklung im Reiche zurückzuschrauben und eine föderalistische Gliederung des Reiches durchzusetzen, ist aber eine Grundbedingung für die Lebensfähigkeit des Reiches und darum auch für die Parteigestaltung. Das Zentrum hat im alten Bismarckschen Reiche den Zentralismus nicht aufhalten können, weil es nach Windthorsts Tode Einrichtungen mitgeschaffen hat, die in der Folge zum Einheitsstaat führten. Die wahrnehmbare Verminderung des Widerstandes gegen die Unifizierungstendenzen ergab sich daraus und schließlich war nach der Revolution die unitaristische Reichsidee beim Zentrum emporgekommen. Eine Aenderung in der Stellung der Bayerischen Volkspartei ist nach menschlicher Voraussicht bloß möglich, wenn das Zentrum, oder das, was Stegerwald aus dem Zentrum herausbilden will, entschlossen und entschieden den alten Förderalismus in den Vordergrund stellt.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Die „Allgemeine Rundschau" hat schon verschiedentlich Beiträge gebracht, die sich mit den neueren Wandlungen im deutschen Parteileben, vor allem mit der Krise des Zentrums beschäftigten. Der alte deutsche Zug zu ständischer Vertretung droht heute die Einheitsfront der deutschen Katholiken zu sprengen. Besonders bei den christlichen Gewerkschaften mehrten sich die Zeichen, daß die Gründung einer neuen christlich-nationalen Arbeiterpartei beabsichtigt sei. Vom 20.—23. November tagte der 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen. Es war der erste seit dem Krieg. Etwa 2 Millionen Arbeiter und Angestellte waren darauf vertreten. Was dort über Politik und neue Parteipläne zutage trat, war sehr beachtlich. Der frühere Generalsekretär Stegerwald, jetzt preußischer Minister, hielt eine große Programmrede: Die christliche Arbeiterbewegung hat bei ihrer Macht und Stärke eine ungeheure Verantwortung. Rettung aus der Not der Gegenwart kann nur durch eine Wiedergeburt im Geist des Christentums kommen. Dazu fordern die christlichen Arbeiter den christlichen Staat, Freiheit des Gewissens und der religiösen Erziehung. Sie verlangen die deutsche Demokratie der Selbstverwaltung und lehnen die formale Demokratie des französischen Zentralismus ab. Die Sozialpolitik soll den Arbeiter zum verantwortlichen Mitträger der Wirtschaft machen. Als Weg zu diesem Ziele empfahl Stegerwald eine große gemäßigte Partei, mindestens so stark wie die mehrheitssozialistische. Sie kann sich nur aufbauen auf der Grundlage positiv christlicher Gesinnung. Nicht eine Arbeiterpartei soll es sein, sondern die Einheit aller christlichen und nationalen Kreise. Der Wahlspruch sei: Deutsch, christlich, demokratisch, sozial. — Die Rede fand großen Anklang. Ihr folgte eine Entschließung, wonach ein parlamentarischer Ausschuß eingesetzt werden soll, um alle Kreise des deutschen Volkes, die auf dem bezeichneten Boden stehen, zu einheitlichem parteipolitischem Handeln zusammenzuführen. Weiter soll eine Tageszeitung und eine Volksbank gegründet werden. Andere Entschließungen wenden sich gegen den Frieden von Versailles, die drohende Besetzung des Ruhrgebiets und die barbarische Forderung der Entente, 800000 Milchkühe abzuliefern. Wenn man Stegerwalds Rede wörtlich nimmt, enthält sie einen Verzicht auf die Gründung einer neuen Partei. Ein Teil der Presse, darunter vor allem die „Frankfurter Ztg.", haben Stegerwalds Absichten anders verstanden. Die von Stegerwald begehrte christliche Einheitsfront besteht eigentlich schon, wenn von jetzt ab die Vertreter des gläubigen Volkes, Katholiken und Protestanten, einig zusammenstehen gegen Umsturz und Liberalismus. In Essen aber schien man zu glauben, es müßten die Gewerkschaften den Kern einer solchen Vereinigung bilden. Bei aller Anerkennung der Kraft und Begabtheit unserer Arbeiterklasse muß doch in diesem Zusammenhang auf berechtigte Warnungen des bayerischen sozialdemokratischen Hauptorgans hingewiesen werden, die das Blatt an die Genossen in Sachsen richtete: „Die sozialdemokratische Partei selbst hat keinen Ueberfluß an Personen, die geeignet sind, höhere Staatsämter zu verwalten. Auch das Regieren will gelernt sein, und der Weg von der Werkstatt in die Amtsstube wird nicht so leicht von jedem zurückgelegt... Je weiter man nach links kommt, desto schwieriger wird die Sache..."

Das gilt auch für eine christlichnationale Arbeiterpartei. Den Lebenskeim einer mächtigen Gesinnungsgemeinschaft können überhaupt keine Gruppen oder Massen bilden, sondern große Persönlichkeiten, die das Programm und System bis in seine letzten Tiefen durchdenken und dann klar herausstellen. Die deutsch-christlich-demokratisch-soziale Front wird nur halten, wenn diese vier Grundbegriffe, besonders der Name christlich, eindeutig und genau bestimmt werden. Stegerwald faßt ihn nicht scharf genug, die „Frankfurter Zeitung" wenigstens will wissen, eine „enge" Auffassung widerspräche Stegerwalds Absichten, er meine christlich im Sinne christlicher Moral und religiösen Verständnisses, so daß auch Juden und Konfessionslose nicht ausgeschlossen seien. Verschwommene Grundbegriffe weichen aber schnell den rohen Interessen. Dann würde die stärkste Gruppe der neuen Partei, die Arbeiter, bald den Ausschlag geben und doch eine Klassenvertretung aus ihr machen. Noch einer Rede auf diesem Kongreß sei gedacht. Dr. Theodor Brauer, unstreitig einer der besten und vor allem klarsten Köpfe der christlichen Gewerkschaftsbewegung, sprach über Christentum und Sozialismus. Er erinnerte daran, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung als Standesbewegung im Gegensatz zur Sozialdemokratie aufgetreten und stark geworden sei. Er zeigte die zersetzende Wirkung des Sozialismus auf allen Gebieten, des Sozialismus, der kein inneres und kein seelisches Kulturprinzip hat, für den die ganze Welt endgültiges Mittel zum Ziele sei. „Darum besteht zwischen Christentum und Sozialismus die tiefste Kluft und es war eine große Selbsttäuschung, wenn einige vereinzelte Leute im eigenen Lager an Möglichkeiten der Annäherung zwischen Christentum und wissenschaftlichem Sozialismus dachten. Zwischen christlicher Freiheit und der Despotie der Sozialdemokratie ist ein himmelweiter Abstand." Man hat es uns seinerzeit in gewissen Kreisen verübelt, als wir schrieben, daß man in gewissen Zentrumskreisen, auch an führenden Stellen des Zentrums, den Traum der Versöhnung mit dem Sozialismus und der Sozialdemokratie träume. Dr. Theodor Brauer, der Gewerkschaftsführer, trifft mit seinen Worten das gleiche, was wir gesagt haben. Er verwirft scharf das Schlagwort vom christlichen Sozialismus und spottet über die Silbenstecherei von Formulierungen wie christlicher Sozialismus. Brauers Rede ist, weil wirklichkeitswahr, bedeutungsvoller als die Rede Stegerwalds.

Der Reichstag beriet das Gesetz über den Staatsgerichtshof, eine sozialdemokratische Interpellation zur Sozialisierung des Kohlenbaus und den Haushalt der Besetzungskosten. Mit einer Anfrage wegen Kapitalverschiebungen nach dem Ausland, an denen Mitglieder des Hauses Hohenzollern beteiligt sein sollten, versuchte die Sozialdemokratie billige Lorbeeren zu erringen. Sie gewann sie aber nicht, denn es fehlte jeglicher Schuldbeweis. Wenn die Genossen in ihrer näheren Bekanntschaft auf Schieber fahnden, werden sie größeren Erfolg haben. — Mit starker Mehrheit genehmigte der Reichstag das Gesetz über die Selbstbestimmung Oberschlesiens zum Bundesstaat. Geschlossen waren nur die Deutschnationalen dagegen aus Gründen der Unteilbarkeit Preußens. Die Abstimmung über deutsch oder polnisch soll, wie der französische Ministerpräsident Leygues äußerte, um den 5. Januar stattfinden. Strittig sei, ob außer Landes wohnende Oberschlesier Stimmrecht haben sollen. Es handelt sich dabei um 250—300000 Deutsche.

Einen wichtigen Entscheid fällte das Reichsgericht. Die Gesetze und Verordnungen in Sachsen, Hamburg und Bremen, die den Religionsunterricht aus der Volksschule verbannen, widersprechen der Reichsverfassung und sind ungültig. Die Religionsstunden werden also wieder eingeführt. Besonders in Sachsen wird hiermit ein langer harter Kampf entschieden zugunsten der christlichen Erziehung.

Die preußische Verfassung wurde von der Landesversammlung angenommen. Dagegen ist das Gesetz über Selbstverwaltung der Provinzen erst im Vorentwurf fertig und wird, wie Minister Severing erklärte, vor den Wahlen nicht mehr zu verabschieden sein.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr weilte dieser Tage in Berlin und hatte Besprechungen mit der Reichsregierung sowie mit den Spitzen der Ententevertretung General Nollet (Frankreich) und Malcolm (England). Beide sollen ja demnächst nach Bayern kommen. Die Aussprache hatte wichtige Ergebnisse in der Frage der Einwohnerwehr, die zu besserer Würdigung des bayerischen Standpunktes gediehen.

Nach langen Verhandlungen der Parteien erhielt Deutschösterreich endlich eine Regierung. Sie besteht aus 4 Christlichsozialen und 6 Beamten. Politisch trägt dieses merkwürdige halbparlamentarische Kabinett einen christlichsozialen Charakter. An seiner Spitze steht ein Anhänger dieser Partei, Dr. Michael Mayr. Er erklärte, sein Programm könne naturgemäß nur ein rein wirtschaftliches sein. Bei der Notlage des Landes müssen die Parteikämpfe zurückstehen. — Tirol litt unter einem Generalstreik. Die Sozialdemokraten hatten ihn erklärt, um Front zu machen gegen das Landesschießen der Heimatwehren in Innsbruck, dem sie böswillig monarchistische Ziele unterschoben. Die Schützen aber ließen sich nicht stören, und die Genossen brachen nach Schluß des Schießens ihren Streik still ab. — Starke Mißstimmung herrscht in Tirol über gewisse Aeußerungen des Reichsministers Dr. Simons und des deutschen Botschafters in Rom, v. Beerenberg-Goßler, die halb und halb den Anspruch Italiens auf Südtirol anerkannten. Man versteht nicht, wie deutsche Männer und Diplomaten so etwas fertig bringen.

Das neuerstarkte rote Rußland hat die Friedensver-

handlungen in Riga mit Polen schon einmal unterbrochen und arbeitet augenscheinlich dahin, den Feldzug wieder zu beginnen. England ist schnell auf die neue Lage eingegangen und will ein Handelsabkommen mit Rußland schließen, das vom Ministerrat in London bereits angenommen ist. Es widerspricht sehr den Wünschen Frankreichs. Dessen Ministerpräsident Leygues fuhr denn auch baldigst nach London, um bei Lloyd George seinen Einfluß zu gebrauchen. Zugleich soll die griechische Königsfrage entschieden werden, vielleicht auch die deutsche Wiedergutmachung. Hierbei wird England gewiß wieder Frankreich auf unsere Kosten nachgeben, um in den ihm viel wichtigeren östlichen Angelegenheiten freie Hand zu bekommen. Von Italien ist Graf Sforza bei der Londoner Besprechung anwesend.

Ob König Konstantin nach Griechenland zurückkehrt, entscheidet zunächst eine Volksabstimmung am 5. Dezember. Ihr Ergebnis ist nicht zweifelhaft. Lehrreich wird aber sein, wie die Siegermächte sich dabei zur Selbstbestimmung eines kleinen Volkes stellen. Mindestens wird Griechenland die Rückkehr seines Königs mit der Preisgabe einiger Vorteile aus dem Frieden mit der Türkei erkaufen müssen. Es wäre eigentlich Sache des Völkerbundes in Genf, sich der Griechen anzunehmen. Bis jetzt hat er aber keine Anstalten dazu gemacht. Ebenso steht er hilflos vor der widerrechtlichen Besetzung Wilnas, wo immer noch General Zeligowski mit seinen polnischen Freischaren haust. Nicht einmal für Armenien, das sich in Genf einer besonderen Teilnahme erfreut, vermochte er etwas Wirksames zu beschließen. Dem Völkerbund fehlt eben jede tatsächliche Macht. Er wird von der Entente nur dazu benutzt, ihrer Politik die rechtliche Weihe zu geben, die das Gewissen der Kulturmenschheit heute verlangte. Immerhin ein Zeichen, daß dies Gewissen da ist, mehr aber nicht. Für Deutschland ist es unter solchen Umständen kein großer Schaden, daß es diesmal nicht zum Völkerbund zugelassen wird. Die Frage ist jetzt entschieden. Der zuständige 5. Ausschuß in Genf nahm einen französischen Vorschlag an, der den Eintritt neuer Staaten an vier Bedingungen knüpft: Erfüllung ihrer Verpflichtungen, verantwortliche Regierung, die die Masse des Volkes vertritt, eine Staatsgewalt, die Sicherheit für die Verpflichtungen leistet, eine feste Grenze. Mit der ersten Bedingung ist Deutschland, mit der zweiten bis vierten Rußland ausgeschlossen. Denn daß wir unsere Auflagen von Versailles nicht ;erfüllen können, ist klar. Ein Prüfstein für den Völkerbund wird endlich die Frage der deutschen Kolonien sein. Nach einem Beschluß des Völkerbundsrates ist die Verteilung der Mandate über unsre alten Schutzgebiete Sache der verbündeten Mächte. Die deutsche Regierung ist aber der Ansicht, daß es dem Völkerbund zukommt, die Mandate zu vergeben und die Bedingungen dafür festzusetzen. Sie hat eine entsprechende Note in Genf eingereicht. Darin erhebt sie auch den Anspruch, bei der endgültigen Verteilung der Kolonien selbst mit Mandaten bedacht zu werden. Wird es gleich nicht dazu führen, uns einen Teil der verlorenen Schutzgebiete zurückzugewinnen, so wird sich gerade hier zeigen, wie wenig dieser Völkerbund des Ententekapitalismus und der formalen Demokratie das Recht im zwischenstaatlichen Leben zur Herrschaft bringt. Jenes Hochziel des päpstlichen Friedensvorschlags von 1917 wird nur ein Bund wahrhaft christlicher Völker und Staaten erreichen.

Kunst auf dem Lande.

Von Dr. O. Doering.

Vor kurzem ist in München ein großes Kaufhaus für Volkskunst eröffnet worden, das durch seine Reichhaltigkeit das Staunen der Besucher erregt. Es enthält zum größten Teile Originalerzeugnisse alter ländlicher Kunst- und Handwerkspflege. Die Sachen stammen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, auch Oesterreichs, sowie aus einzelnen besonders interessanten Gebieten des Auslandes. Das Ausland mag hier außer acht bleiben. Der Schätze deutschen und deutsch österreichischen Kunstfleißes gedenken wir nicht, um uns ihrer Aufstapelung in einem Kaufhause zu erfreuen, von wo aus ganz gewiß kein Stück mehr in bäuerlichen Besitz, nicht einmal in seine Heimat zurückkehren wird. Alle diese Werke werden sich in Museen, in die Häuser und Paläste des neuen Reichtums zerstreuen, dem Volke aber für immer verloren sein. Die ländliche Bevölkerung verarmt so immer mehr an wertvollsten Kulturgütern. Leider legt heute der Bauer scheinbar auf sie um so geringeren Wert, je mehr sein Geldbesitz zunimmt. Noch nie waren in der Landwirtschaft solche Kapitalien angesammelt wie jetzt, noch nie erwarb er täglich aufs neue so gewaltige Summen, die er, um ihrer sicher zu bleiben, zu Hunderttausenden oder mehr daheim anhäuft. Anstatt den Schmuck und Reichtum des eigenen Heims zu entfalten, gibt er vielfach noch alten, schönen Familienbesitz für Geld weg.

Das alte Bauernhaus der verschiedenen deutschen Stämme ist zum Glück noch in vielen Beispielen erhalten. Anders steht es mit seiner inneren Einrichtung. Einst war sie ausschließlich bodenständiges Erzeugnis. In den Formen und dem Schmucke des gesamten Hausrates verkündete sich der Gewerbefleiß und der Kunstsinn der engeren Heimat, jedes Stück entsprach in der Echtheit seines Materials, in der Solidität seiner Technik, in der liebreichen Sorgfalt seiner Ausgestaltung dem Zwecke, dem es dienen sollte. Auch das einfachste Gerät suchte Nutzen und Schönheit zu verbinden. Wirtschaftlich ersprießlich war die Dauerhaftigkeit aller Gegenstände. Der rein idealen Zwecken dienende Schmuck des Hauses: die Wandbilder, die Holzschnitte, Kupferstiche und dergleichen, waren Erzeugnisse echter Kunst, konnten schon darum nichts anderes sein, weil es Schund- und Schleuderwaren dank der festen Geboten unterworfenen Zunftorganisation der Handwerke und Künste nicht gab. Vielfach waren sie nicht gekauft, sondern — zumal die Schnitzereien überhaupt — Werke, die im Hause selbst entstanden waren, an denen man die persönlichste Freude genoß, und die man auf Generationen weiter vererbte. Von den Möbelstücken des täglichen Gebrauches waren manche Eigenarbeit, viele stammten von ortseingesessenen Handwerkern, die im gleichen Geiste lebten und schufen. In jedes Werk dieses alten ländlichen Kunst- und Handwerkschaffens arbeitete sein schlichter Hersteller, ohne sich dessen bewußt zu sein, erfüllt von dem Streben, auch im kleinsten sein Bestes zu bieten, ein Stück Vorbildlichkeit mit hinein.

Wenn aber heute der neue Reichtum in den Städten die alten Werke der Volkskunst sucht und kauft, so folgt er der Mode, der Lust am Absonderlichen. Und der Bauer, dessen Haus den schönen, alten Schmuck verschleudert hat, sieht sich nach modernem Ersatz um. Nach der Schablone gearbeiteter Fabrikschund ist meist gut genug, und was an plastischem oder malerischem Schmuck dazu gewünscht wird, stellt in der Stadt zu erfreulich billigem Preise das Warenhaus oder der Ramschladen aus; wenn es etwas recht Frommes sein soll, in bunter Fülle das Devotionaliengeschäft. Mit solch kunstfremder Ware wurde in den letzten Jahrzehnten das einst so ernst schöne, selbstbewußt vornehme, traulich wohnliche Bauern- und Gutshaus verunstaltet. Man kann des Bauern Heim selten mehr unterscheiden vom Heim des städtischen Arbeiters, wie man ihn und die Seinigen nicht mehr vom städtischen Proletarier an Kleidung und Haltung unterscheiden kann, seitdem unser Landvolk die alten, schönen Volkstrachten ins Museum oder auf die städtischen Redouten abwandern ließ. Mit jedem Stücke der alten, edeln, kraftvoll unbefangen künstlerischen Habe aber ziehen unsichtbare Geister aus dem Hause, um nie wiederzukehren. Denn in der Fremde sterben sie sogleich. Statt ihrer aber halten in dem seelenlos gewordenen Bauernhause Materialismus, Heimatlosigkeit und andere verderbliche Dinge ihren Einzug.

Mehr denn je bedrohen heute Materialismus und Geldsucht die Wurzeln des geistigen und kulturellen Lebens auf dem Lande. Mehr denn je aber wäre heute der Bauer mit seinem Reichtum und Geld imstande, kunst- und kulturfördernd zu sein. Der Kunst und Kultur vielfach eine Zufluchtsstätte zu bieten, dafür zu wirken und eingedenk ihrer uralten benediktinischen Aufgabe, Pflegerin und Hüterin unserer Volkskultur zu sein, müßte heute eine der vornehmsten Aufgaben der katholischen Kirche, der katholischen Geistlichkeit sein. Sie müßte ihren Eifer darauf verwenden, wieder Volkskunst im Bauernhaus und auf dem Land lebendig werden zu lassen. Noch lebt die Kraft im Landvolke, die stark genug ist, diesen Bemühungen entgegenzukommen und Rückhalt zu geben. Sie muß nur geweckt und aufgeklärt, ihr muß nur mit rechtem Vorbilde vorangegangen werden. Diese Anregung, diese Aufklärung muß die Kirche geben. An sich selbst muß sie dieses Vorbild zeigen.

Wenig wird das mahnende, belehrende Wort helfen, so lange nicht vor allem die Dorfkirche selbst frei ist von Wertlosigkeiten, die sich für Kunst ausgeben. Von Farbendrucken letzten Ranges, von schlecht bemalten Gipsfiguren, von minderwertiger

Handwerksarbeit, die sie leider nur allzuoft gegen schönen, wertvollen Besitz aus kunstfreudiger Vorzeit eingetauscht hat, wenn der listige Althändler oder Sammler den Mangel an Erfahrung und Kunstverständnis auszubeuten wußte. Ihnen sind — in neuerer Zeit hat bessere Erkenntnis Platz gegriffen — vor nicht langer Frist oft genug die alten Gemälde, die herrlichen geschnitzten Figuren, die kostbaren Gewänder und vieles andere zur Beute geworden. Einseitige Kunstauffassung hat ferner dafür gesorgt, daß in sehr zahlreichen Kirchen die alten Wandgemälde übertüncht, aus den Fenstern die herrlichen Glasmalereien entfernt wurden. Gegen Altäre und andere Gegenstände aus der Barockzeit ist lange ein förmlicher Feldzug geführt worden. Das alles hat viele unserer Landkirchen leer und kahl gemacht an echter Schönheit.

Interesse und Freude am Schönen zu wecken, das ist die Aufgabe. Wer um ihre Lösung sich bemüht, wird zunächst an das schon Bestehende anknüpfen, auf die Kunst- und etwaigen Pietätswerte des vielleicht noch Vorhandenen hinweisen. Es gilt, den Bauernstolz zu wecken zur Abneigung gegen den billigen städtischen Schund. Es gilt, in dem religiösen Gefühle die Ueberzeugung zur Klarheit zu bringen, daß das Heilige würdiger im schönen, äußerlich und innerlich wertvollen, gesunden als im ungenügenden, wertlosen Bilde verehrt wird. Vorträge bei Familienabenden sind ein treffliches Mittel der Anregung, wenn irgend möglich mit Lichtbildern. Es muß aber der Kernpunkt bleiben, daß den Zuhörern eingeschärft wird, nicht bloß zu hören und zu schauen, sondern die empfangene Lehre daheim in die Wirklichkeit umzusetzen.

Schöne, wahrhaft wertvolle Kunst in das ländliche Heim wieder einzuführen, ist eine Zeitlang schwer gewesen. Heute ist es leichter, selbst für den kleineren, erst recht für den reichen Bauern, der die Bündel seiner Tausendmarkscheine nach dem Gewichte taxiert. Er hat heute die Mittel, sich Werke echter Künstler zu kaufen und sein Heim damit zu schmücken. Nur für ihre Wahl muß er verständigen Rat annehmen. Und wer dazu die Mittel nicht besitzt, der kann seine Behausung mit technisch vollendeten Nachbildungen der herrlichsten Werke neuer und alter Kunst wohnlich zieren. Da fehlt es an nichts, was dem Volke vertraut und interessant ist, sei es weltlich oder geistlich. Ich erinnere nur an die entzückenden, so echt deutschen Bilder, die R. Keutel in Stuttgart herausgibt. Sie können auch dazu helfen, dem Volke seine köstlichen alten Lieder und Märchen wieder lieb zu machen. Ich erinnere weiter an die Nachbildungen berühmter Meisterwerke der Malerei aus dem Ert. Seemann'schen Verlage in Leipzig. Das religiöse Gebiet vertritt in ausgezeichnetster, vielseitigster Art die Gesellschaft für christliche Kunst in München. Sie bietet auch treffliche Originalwerke, sowie Nachbildungen von Plastiken, die für diesen Zweck geeignet sind. Es handelt sich bei allen diesen Dingen nicht etwa nur um Erzeugnisse alter Kunst, auch die neue gehört in das Haus, sofern sie nicht unreine, unchristliche Gedanken verkörpert. Gegen Kubismus und Dadaismus, gegen Sezession und ähnliche Richtungen kehrt sich von selbst der gesunde Sinn und Verstand des Bauern. Wer auf dem Lande versuchen würde, dergleichen zu empfehlen, müßte Mißerfolg ernten.

Der Wandschmuck allein soll's nicht sein. Er soll nicht in die Gefahr kommen, als Fremdkörper zu wirken. Darum muß zwischen dem Wandschmuck und dem sonstigen Hausrat ein harmonisches Verhältnis herrschen. Es ist nicht auf äußeren Reichtum angewiesen. Ein schönes, wirklich künstlerisches Bild besitzt zwar die Kraft, auch ein dürftiges Zimmer reich zu machen. Aber Dürftigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Unpersönlichkeit, Häßlichkeit und Unwert. Diese Eigenschaften aber und Mangel an Bodenständigkeit, an heimatlicher Bedeutung, kennzeichnen leider die meisten neuzeitlichen Erwerbungen im Hause des reichen wie des armen Bauern. Hier eröffnet sich eine Aufgabe, die noch weit über die Wichtigkeit des künstlerischen Wandschmuckes hinausgeht: die Wiedererweckung des alten Kunst- und Hausgewerbes, das durch die Fabrikware fast ganz in Vergessenheit geraten ist, von dessen Anforderungen und Leistungen der heutige Dorfhandwerker meist keine Ahnung hat. Dem Einwande, die alten Möbel u. dgl. seien nicht mehr zweckmäßig, wird sich leicht der Beweis der Güte, Brauchbarkeit und Dauerhaftigkeit gegenüberstellen lassen. Am ehesten wird der seinen Zweck erreichen, dem es gelingt, bei der Jugend Liebe und Interesse für Ort und Heimat zu beleben. Zu lehren und zu überzeugen, daß erfreulicher als alle gekaufte Ware das selbst angefertigte Werk ist, sei es gemalt, geschnitzt, geschreinert, gewebt, geklöppelt, gestickt oder was immer. Die ruhenden Kräfte neu zu erwecken gilt es, um sie in den Dienst dieser großen Kulturaufgabe zu stellen, das schlummernde Verständnis zu erwecken für die Bedeutung von Material, Form und Zweck, für technische Wahrheit und Ehrlichkeit, die heimatliche Eigenart neu zu stärken, die so überaus verschieden ist je nach der geographischen Lage, der Stammeszugehörigkeit, und je nach der am Orte vornehmlich herrschenden Beschäftigung, also nach dem Charakter des Ortes als Bauern-, Fischer-, Weber-, Arbeiterdorf oder dergleichen. Jegliches Erzeugnis dieser Heimkunst muß den Stempel der heimatlichen Kultur an sich tragen. Zum mindesten aber muß es deutsch sein! Das ist auch die Pflicht der Kunst, die einen Platz im Hause des deutschen Bauern zu haben wünscht, daß sie durch echtes Deutschtum dieser Ehre sich würdig mache. Deutsch sein, heißt christlich sein. Was nicht durchweht, nicht lebendig gemacht ist vom Geiste des Christentums, von dem Christentum des wahren innerlichen Glaubens und der frommen Tat, das ist unbrauchbar im deutschen Leben und zumal in dem des deutschen Bauern, der Wurzel unseres Volkslebens.

Will unsere Geistlichkeit sich der so dringend nötigen Hebung des Kunstsinnes, der schlichten, praktischen Pflege der Kunst auf dem Lande annehmen, so öffnet sich ihr ein weites Gebiet, das sich auch den Entschlüssen der Religion um so williger hingeben wird. Wer den von mir berührten Punkten näheres Nachdenken widmen will, der sei noch auf ein paar einschlägige literarische Erzeugnisse hingewiesen: auf das Buch von Bürkner, Kunstpflege in Haus und Heimat; ferner auf einzelne Flugschriften des Dürerbundes, besonders auf die Hefte: Hausgreuel, Hausbildereien, Wohnungskultur; auf die Kataloge der oben genannten Kunstverlage, besonders auch der Gesellschaft für christliche Kunst, G. m. b. H., München.

Vergeßt uns nicht, Ihr Brüder in der Heimat!

Von Studienrat Dr. H. J. Schmidt, Herne i. Westf.

Von der Heimaterde scheiden,
O, wohl ist es hart und herbe,
Muß ich scheiden ohne Hoffnung,
Bin ich tot, bevor ich sterbe.

Fr. Wilh. Weber.

Sollte es wohl deutsche Katholiken geben, die vom St. Rafaelsverein für katholische Auswanderer noch nichts gehört haben? Leider gibt es deren übergenug. Und doch dürfte es nicht viele Vereine geben, denen gerade in unserer so überaus trüben, hoffnungsarmen Zeit eine so gewaltige Bedeutung zukommt, als gerade dem St. Rafaelsverein. Wir müßten stolz sein, daß wir ein solches Liebeswerk unser eigen nennen können, unsere Ehre darein setzen, alles zu tun, um diese Auswandererfürsorge zu stützen und mit allen Mitteln möglichst zu erweitern. Denn jetzt heißt es für viele unserer Glaubensbrüder: Schnüre dein Bündel und versuche dein Heil jenseits des Ozeans! Die arme Heimat kann dir dein täglich Brot nicht geben. Wem das Feuer wahrer Christenliebe noch nicht erlosch, des Herz krampft sich zusammen bei dem Gedanken, wie groß die Not so manches deutschen Volksgenossen sein muß, wenn er sich entschließt, das Land seiner Väter und Kindertage zu verlassen. Sollen wir sie ziehen lassen; die vielen Tausende, ohne Mitgefühl, ohne Hilfe? Nein und nimmermehr! Was ist zu tun? Zunächst: Kein deutscher Katholik sollte in die Fremde wandern, der nicht zuvor den Rat des St. Rafaelsvereins eingeholt hat. Wie viele Enttäuschungen schwerster Art könnte sich so mancher Auswanderer ersparen, wenn er anstatt mehr oder minder trügerischen Erzählungen zu lauschen, dort sich Auskunft holte, wo wirklich um der Liebe Christi willen Rat erteilt wird: Im Caritasstift zu Freiburg i. Br., Abteilung Rafaelsverein. Die dortige Zentrale hat in allen wichtigen Auswanderer- und Einwandererhäfen ihre Vertrauensleute, steht dauernd in Beziehungen zu einflußreichen katholischen Persönlichkeiten des Auslandes, und ist so in der Lage, oft praktischere Vorschläge zu erteilen, als es irgendeine andere Auskunftsstelle vermag. Sie allein weiß auch Bescheid über die seelsorglichen Verhältnisse der einzelnen Auswandererländer und kann so unheilbaren Seelenschaden von unseren sowieso schon seelisch gefährdeten Auswanderern fernhalten.

Der deutsche Name und damit leider auch der gute Ruf der deutschen Katholiken hat durch den Lügenfeldzug unserer unerbittlichen Feinde furchtbare Einbuße erlitten. Daran ändert auch nichts unsere tausendemal wiederholte Unschuldsbeteuerung. Helfen kann hier aber der deutsche, besonders der katholische deutsche Auswanderer, wenn er in den fremden Ländern durch den Fleiß seiner Hände und eine aus tiefstem Herzen kommende Religiösität beweist, daß in Deutschland noch immer nicht die alte gute



Art, Gesittung und Frömmigkeit geschwunden sind. Deutscher Glaubensbruder in der Heimat, liebst du dein Vaterland, liebst du deine Kirche? Dann sorge durch ein Opferscherflein dafür, daß der Rafaelsverein immer weiter seine Arme ausspannen kann. Und wenn dann jenseits des großen Wassers unter dem Schutze des hl. Erzengels Rafael dankbare Hände deutscher Glaubensbrüder sich zum Himmel strecken für die Heimat, die sie nicht vergaß und ihnen beistand in ihrer trübsten Abschiedsstunde, klingt's dann nicht vom Himmel her zu uns herüber: Was Ihr diesen Aermsten meiner Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan?

So hilf doch, hilf! Tritt bei dem St. Rafaelsverein durch einen Jahresbeitrag von 20 Mark, vielleicht im Verein mit einem anderen deiner Freunde. Du erhältst dafür jeden Monat das Rafaelsblatt, aus dem du sehen kannst, wie es jetzt im Ausland für uns steht. Hast du dich einmal mit teilnehmenden Herzen hineingelesen in diese Zeitschrift, du wirst sie nicht mehr missen wollen.

Ihr, geistlichen Brüder, aber werbt von der Kanzel und in den Vereinen für die gute Sache. Die Not der katholischen deutschen Auswanderer ist groß, Eure fürsorgliche Liebe aber, des bin ich sicher, ist noch größer. (Postscheckkonto Nr. 7926 beim Postscheckamt Karlsruhe, Anschrift: Caritasstift Freiburg i. B.)

Vom Büchertisch.

Seidlein: Das Bamberger Programm über den föderalistischen Ausbau des Reiches („Politische Zeitfragen" 1920, Nr. 19). Verlag München, Maffeistraße 4/4. Pr. ℳ 1.50. Mit dem Bamberger Programm ist das erste föderalistische Programm in Deutschland aufgestellt. Es handelt sich hier nicht nur um eine innerbayerische Angelegenheit, sondern um ein das Deutsche Reich in seiner Gesamtheit erfassendes Geschehnis, das zusammen mit der Stellungnahme der bayerischen Regierung zur Behandlung der deutschen Auslandspolitik und der programmatischen Festlegung der Bayerischen Volkspartei auf den Solidarismus ein Ereignis von großer Tragweite werden kann.

„Gottesferne." Roman von Walter Blöhm. Leipzig. Verlag Grethlein & Co. Zwei Bände. Deutschlands große Zeiten hat Walter Blöhms Feder verherrlicht in seinen Romanen über 1813, 1870/71 und den Beginn des Weltkrieges 1914. Tausende unserer patriotisch fühlenden Jugend hat Walter Blöhm mit diesen patriotischen Romanen zu großem Tun im Weltkrieg entflammt. In seinem neuesten Werk greift Walter Blöhm weiter zurück, an die Wende des 14. Jahrhunderts, in die Geschichte des Streites eines Würzburger Bischofs mit seiner Bürgerschaft. Ein Stück Mittelalter mit seiner Größe und auch seinen Schwächen liegt im Hintergrund des Romans und in seinen Nutzanwendungen uns doch so nah. Der Bann des Bischofs über die aufrührerische Bürgerschaft ist Gottesferne, bringt mit all seinen Folgen über die einst blühende, glückliche, gesunde Stadt Gottesferne. Es sind Szenen von dramatisch ergreifender Wirksamkeit, in denen Walter Blöhm das Wirken der Gottesferne ausmalt bis zum blutigen Kampf gegen den Bischof, der mit knapper Not der Niederlage entgeht und bis zu seinem Endsieg. Schöneres ist selten geschrieben worden, als die Szene, in welcher der mit seiner brechenden, gütigen Seele ringende Bischof zum letzten Male versucht, im Rededuell die Bürgerschaft zur Vernunft zu bringen. Sprachlich, psychologisch, im szenischen Aufbau mit gewaltigen Spannungen und Steigerungen, in der historischen Treue und der Chrarakterisierung prachtvoller Bürgergestalten, in allem, sind es Proben dichterischen Größentums. Ueber alles aber ragt hinweg die Gestalt des Bischofs, des Herzogs von Franken mit seinen Gedanken und Plänen. Gewiß, der Roman ist mit zwei Bänden breit, zu breit angelegt und doch liest man ihn, wie alle Blöhm-Romane, mit atemloser Spannung zu Ende, und wenn man die letzte Seite umgeschlagen hat, blättert man zurück nach mancher der meisterhaften Massenszenen, die Blöhm geschildert hat. Nur eines dürfen wir nicht vergessen: Der Roman spielt im Mittelalter, gibt Schattenseiten des Mittelalters, auch des kirchlichen, wieder und dann hat ihn kein Katholik geschrieben, der vielleicht manche Härte mit einem versöhnenden Ausklang gemildert hätte. Aber wer den Roman als Ganzes und auch die Gestalt des Bischofs mit seinem ganzen Wirken als Ganzes nimmt, wird mit innerer Befriedigung ob der Größe dieses Mannes, ob der überragenden Größe der Kirche über dem sich zersetzenden Bürgertum und Staatentum Gefühle der Genugtuung empfinden. Den Roman empfehle ich gerne.

Dr. Hans Eisele.

M. von Schultze, Im Geleite des Löwen. Erzählung aus der Zeit des Welfenherzogs Heinrich XII. und seiner Fahrt nach dem Heiligen Lande. Mit vier Bildern von W. Roegge. 29. Band der Sammlung von Volks- und Jugendschriften Aus allen Zeiten und Ländern. Pr. geb. 8 ℳ. Köln, J. P. Bachem. — Das schmucke, tüchtige Buch eignet sich gut für unsere vorgeschrittenere männliche und weibliche Schuljugend. Es weiß die Menschen jener entlegenen Zeit, ihre Schicksale, ihre Umgebung, ihre Kultur anschaulich und spannend zugleich — ohne Aufdringlichkeit — ethisch fördernd darzustellen und so die entsprechende Geschichte vertiefend zu beleben.

E. M. Hamann.

Paschalis Schmid: Als Herre Krist geboren ward. Christnachtröselein, gebrochen dem ewigen Lieb. Mit 104 meist ganzseitigen Bildern und Tonüberdruck, ferner mit zahlreichen Initialen in Altrot. München, Gesellschaft für christliche Kunst. Preis geb. in Pappband oder in Halbleinen mit Goldpressung, Farbschnitt oder Goldschnitt 96 oder 102 ℳ. (Vorerst ohne Teuerungszuschlag.) Wahrlich, dies ist eine kostbare „Altdeutsche Weihnacht" in Wort und Bild! Tiefehrfürchtige Weihnachtlichkeit faßt uns schon beim ersten Oeffnen des herrlichen Bandes an. Der Duft der hl. Christrose umwebt, durchdringt uns, wie wir Auge und Hand auf den einzelnen Blättern ruhen lassen. Und wir gedenken des Herren Mahnung: „Hier ist heiliges Land!" Das Wunder der göttlichen Geburt tut sich vor uns auf, und zwar auf dem Boden fast ausschließlich deutscher älterer Kunst, wie sie blühte seit dem 14. bis ins 16. Jahrhundert. Bei näherer Betrachtung des Ganzen und der Einzelheiten aber traut man kaum den Augen, fragt man sich: Ist diese durchaus tadellose Art der Herstellung wirklich keine „Friedensarbeit", war sie tatsächlich die Leistung unserer unruh- und hemmungsvollen, friedelosen Tage? Unseren Kindern und Kindeskindern wird dies Werk als Zeichen dienen können von der Widerstands- und Spannkraft ihrer Eltern und Ahnen inmitten einer der furchtbarsten völkischen Niederlagen, welche die Weltgeschichte kennt. Und in diesem Sinne strahlt ein aktuelles Sonderewigkeitslicht aus der Altweihnachtdarstellung des unvergleichlich schönen Buches, das uns die alten Meister und die alte Zeit, in ihr das urewige Geheimnis in Text und Bild, im Wort der Hl. Schrift, der alten Mystiker und Prediger und der mit zartem Feinsinn und Herzenstakt gewählten ehrwürdigen Weisen längst dahingegangener Gottesminnesänger so ergreifend nahebringt, desgleichen in den hochkünstlerischen Wiedergaben der alten heiligen Kunst: eines Altdorfer, Baldung, L. Cranach d. Ae., Petrus Christus, Dürer, Grünewald, Holbein d. Ae., Stephan Lochner, Hans Memling, Martin Schongauer u. v. a. Hier weht uns ein Hauch der Naivität und Innigkeit an, die Reinheit und Größe an sich ist, herbe Kraft und holde Süße. Mit Recht verweist die Verlagsanzeige hervorhebend auf die Einfügung neuentdeckter alter Texte zu den bereits bekannten, z. B. der wundervollen der Brüder David und Hermann von Fritslar, sowie auf die Einreihung manches lieben, bisher fast unbekannten Weihnachtbildes neben den weltberühmten. Nur bestätigen können wir: „Ton und Bild, Gedicht und Prosa: alles klingt zu einem einzigen, überwältigenden Weihnachtakkord zusammen. Aber was hier ordnete und sichtete, bewußt so sichtete und aufbaute, war nicht der kalte systematisierende Verstand, es war die innere Seele, die Heinrich Seuse-Seele der alten Schöpfungen selbst."

E. M. Hamann.

Maria und das Jesuskind. Scherenschnitte von Marie Louise Kaempffe, mit Versen von Martha Grosse und alten Weisen, gezeichnet von Hannes M. Avenarius. Breslau, Evangel. Preßverband für Schlesien. Pr. geb. 17.50 ℳ. — Ein Dutzend etwa Scherenschnitt-Vollbilder; ebenso viele Lieder im „Ton" der alten, unsterblichen Gottesminnelyrik; Initialen- und Strophenschmückungen — und das wäre alles? Ja wohl. Aber dies alles ist als Ganzes wunderfein und wunderzart, und im einzelnen voll süßen Reizes. Die Scherenschnitte, denen die Fehlbarkeit des Druckes verhältnismäßig wenig anhaftet, sind kleine Meisterwerke, desgleichen die holden Verse, und auch der Zeichner tat seine künstlerische Schuldigkeit. Martha Grosse ist uns Katholiken wohlbekannt; sie gehört zu uns, und bald werden wir ihr mehr zu danken haben. Einstweilen sei diese ihre schöne Teilgabe herzlich empfohlen.

E. M. Hamann.

Tugendschule Gemma Galganis, Dienerin Gottes und stigmatisierten Jungfrau von Lucia. Mit 8 Illustrationen von P. Beda Ludwig, Subprior des Benediktinerklosters Andechs. Gr. 8. XXXV. und 458 S. Wallfahrtsverlag Kloster Andechs 1920. Der Verfasser der „Reiseerinnerungen aus Lucca" 1914 hat die dort vereinzelt skizzierten Tugenden der am 11. April 1903 im Alter von 25 Jahren zur ewigen Ruhe eingegangenen, der mystischen Teilnahme und der ganzen Passion des Heilandes gewürdigten Jungfrau Gemma Galgani als Spiegel des geistlichen Lebens zu einem systematischen Gesamtbild vereinigt. Auf die grundlegenden Tugenden der Demut, der Losschälung von der Welt, der Abtötung und Selbstverleugnung läßt er in fließender Sprache und fesselnder Darstellung folgende höheren Stufen der Reinheit und Jungfräulichkeit, der Gleichförmigkeit mit dem Willen Gottes und des Gehorsams gegen Gottes Stellvertreter, sowie das Brand- und Sühneopfer der Gottes- und Nächstenliebe und das Lob- und Dankopfer des Gebetslebens und der Vereinigung mit Gott. Den krönenden Abschluß bildet das mystische Leben der Gottesbraut und „Tochter der Passion". Besonders hervorgehoben wird ihre glühende Verehrung des Allerheiligsten Altarsakramentes und Herzens Jesu, ihre seraphische Andacht in der hl. Kommunion, ihre zärtliche Liebe zur Gottesmutter und zum heiligen Schutzengel, ihr entschiedener, bloß äußerlich nicht zum Ziel gelangter Klosterberuf und ihr eigentümlichster Charakterzug, ihre rührende Kindeseinfalt. An jedes Tugendvorbild wird eine tiefere Begründung für die christliche Jungfrau und überhaupt die nach höherer Vollkommenheit strebende jungfräuliche Seele angeknüpft. Hier kommt die Originalität des Verfassers zur vollen Geltung.

Der hagiographische Unterbau — ein einheitlicher Abriß des Heiligenlebens wird in der Einleitung dargeboten — erscheint dadurch hervorragend zeitgemäß, daß er die Züge ungeschminkter, kernhafter, tiefgründiger Heiligkeit enthält ohne jedwede äußerliche Effekthascherei und krankhafte, hysterische Sucht nach Außerordentlichem; im Gegenteil, die Tugendheldin vollendeter Gottes- und Nächstenliebe fügt sich in ergreifender Bescheidenheit dem Alltagsleben gewöhnlicher Erdenbürger ein und weiß selbst die auffälligsten mystischen Gnadenbezeigungen, wie die Wundmale, klug vor den Augen der Welt zu verbergen. Sie erschließt ihr reiches Innenleben zwar in kindlicher Unbefangenheit, jedoch nur den gottbestellten geistlichen Seelenführern kraft heiligen Gehorsams und hält sich selbst für um so unwürdiger, je voller sie begnadigt wird. Aus ihrem zurückgezogenen, tiefernsten und doch so anmutsvollen, ja bezaubernd liebenswürdigem Wesen spricht etwas Uebermenschliches, dem Himmel näher als der Erde Stehendes, kurz ein Engel im Fleische. Kein Wunder darum, wenn sie so häufig der persönlichen Erscheinung ihres Schutzengels und eines ganz vertrauten Verhältnisses zu diesem, wie zur Himmelsmutter Maria und zu deren göttlichem Sohne gewürdigt wird, verbunden mit den geheimnisvollsten Gottesoffenbarungen und mit prophetischem Fernblick.

Gerade in unserer an Scheu vor dem Uebernatürlichen krankenden Zeit gehört ein solches Licht wahrhaft übernatürlicher und wunderbarer Heiligkeit auf den Scheffel gestellt, um mit seinen erhellenden und erwärmenden Strahlen die Finsternis und Kälte der glaubensarmen und liebeleeren Welt mit höherer, göttlicher Lebenskraft zu durchdringen und neu zu beleben — das durchschlagendste Mittel zum Wiederaufbau unserer Generation.

München. Univ.-Prof. Dr. Anton Seitz.

Vom Weihnachtbüchermarkt.

Streiflichtanzeigen von M. Rast.

IV.

Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München-Regensburg: Otto von Schaching: Bayerntreue. Historische Volkserzählung aus dem achtzehnten Jahrhundert. Dritte Auflage. Mit drei Kunstbeilagen und vielen Textbildern. Pr. geb. 20 ℳ; Der Geigenmacher von Mittenwald. Erzählung aus dem 17. Jahrhundert. Fünfte Auflage (10. und 11. Tausend). Mit einem Titelbild. Pr. geb. 3.40 ℳ; Der verrückte Junker. Eine heitere Geschichte. Vierte Auflage (8. und 9. Tausend). Mit einem Titelbild. Pr. geb. 3.40 ℳ. — Otto von Schaching (Dr. Otto Denk) bleibt unvergessen. Universal gebildet, hat er sein Bestes doch auf dem Gebiete der Heimaterzählung geleistet. Hier zumal wurzelt sein Ruhm als urgesunder, urkräftiger und religiös-ursittlicher Bildner von meisterhafter Sprache, Anschaulichkeit, Personenzeichnung und Lebenstreue überhaupt. Die Werke dieses erstklassigen Volkskenners und Volkserzählers werden immer wieder aufleben. An der Spitze steht das herrliche „Bayerntreue", das bei uns in keiner Bücherei fehlen dürfte. Die vorliegende stattliche Ausgabe ist mustergültig. Auch die beiden anderen aufgeführten Bändchen sind Lieblinge des Volkes, zumal der lachfrohen Jugend; beide bieten sich zudem in billiger Preislage dar. — Ein geschichtlich, kulturhistorisch, ethisch und künstlerisch fest, und zwar unabhängig, eingegründeter Roman ist Felix Nabors Mysterium crucis, aus der Zeit des Kaisers Nero. Vierte Auflage. Zwei Bände. Pr. geb. 32 ℳ. Nach seinem ersten Erscheinen hatte das schöne Buch schwer zu ringen mit dem damals ebenfalls gerade bei uns aufgetauchten Meisterroman Scienkiewicz': Quo vadis? Hier ein berühmter, dort ein noch unbekannter Autor. Beide hatten für diese ihre wesensähnlichen Werke die gleichen Quellen benützt. Aber der Deutsche schloß seine Dichtung früher ab als der Pole, während dieser die seine früher veröffentlichen konnte. Nun warf man jenem Anlehnung an diesen vor. Es war eine bittere Frucht, die Felix Nabor da vom Baume seines jungen Schaffens zu pflücken hatte. Lange fiel tiefer Schatten auf sie. Nun aber blüht F. Nabor die Genugtuung, sein „Mysterium crucis" innerhalb weniger Jahre wiederholt neu aufgelegt zu sehen.

Hausen, Verlagsgesellschaft m. b. H., Saarlouis: M. J. von Waltendorf veröffentlicht eine biographische Reihe: „In Christo verborgen. Leben und Sterben im Karmelorden", deren von dem berühmten Jesuitenpater Viktor Kolb eingeleiteter I. Band vorliegt: „Zwei Schwestern. Mutter Maria Johanna vom Kreuz (1856—1890), Mutter Maria Theresia von Jesus (1859—1910), geborene Anna und Agnes Freiin von Morsey-Picard." Ein heiligmäßiges Schwesternpaar sehen wir hier durch eindringliche Zeichnung im geheimnisvollen Auswirkungslichte übernatürlicher Gnade vor uns erstehen. P. Kolb kannte beide persönlich und steht daher selbstverständlich für die entsprechende Sachlichkeit der fesselnden, oft ergreifenden Schilderung. Das gewiß vielen willkommene Buch dürfte nicht wenigen zum Segen gereichen. — Warmen Beifall fand im vorigen Jahre Johannes Mumbauers „Hausen-Almanach Die goldene Brücke". Der vorliegende zweite Jahrgang, 1921 (Pr. kart. 6 ℳ), mit künstlerischem Buchschmuck und zwei Porträts: Peter Dörfler, Ilse von Stach, umschließt zahlreiche Beiträge aus bewährter Meisterhand sowie von Vertretern einer begabten katholischen deutschen Dichterjugend, die Johannes Mumbauer bekanntlich führend betreut. In Prosa, sowie in Poesie steuerten bei: Peter Dörfler, Joseph Feiten, Maria Weinand, Joseph Bernhart, Ilse Franke-Oehl und Theodor Seidenfaden; in Poesie allein: Konrad Weiß, Christoph Flaskamp, Fr. Joh. Weinrich, Ilse von Stach, Willy Ashauer, Fridolin Hofer, Heinrich Neumann, Hans Sturm-Gundel und Maria Homscheid. — In zweiter Auflage erschien Reneè Erdös' Gedichtbändchen „Die Perlenschnur", eine ebenfalls von Johannes Mumbauer aus dem Ungarischen übertragene und bedeutsam eingeleitete Auswahl aus der poetischen Schatzkammer dieses ragenden Talents.

Hoch aufgeschwungen hat sich unter Johannes Mumbauers Leitung die bekannte preiswerte Sammlung Hausens Bücherei, in der Tat ein „hervorragendes Hilfsmittel im Kampfe gegen die Schundliteratur und den Kitsch", ein „Grundstock zu einer guten Hausbibliothek" und ein reich fließender Born für Reise- und Geschenkliteratur, für Büchereien öffentlicher Institute usw. Preis des einfachen Bändchens geb. 3 ℳ, des Doppelbändchens geb. 4.50 ℳ. Einzelne Bändchen sind zeitweilig vergriffen. Uns wurden jetzt vorgelegt: Maria Homscheids Legendenreihe „Frauenschuh" und Fabri de Fabris' schon früher hier angezeigtes „Zerstörtes Glück"; ferner die ins Volksleben leuchtenden Bändchen: Willy Ashauers Geschichten aus der Industrie „Unterm Schlotenrauch", Joseph Gorbachs Bregenzerwaldgeschichten „Geballte Fäuste", Hugo Gnielczyks drei Novellen „Die Mondscheinstadt", Markus Rufs Erinnerungen aus einer Bauernbubenzeit „Das Dorf am See", Joseph Feitens Kindergeschichte „Nickel und Goldköpfchen" und die im selben Bande beigegebene Erzählung „Das Rosengartenlied", Leo Weismantels Rhöner Kalendergeschichten „Die Kläuse von Niklashausen"; des weiteren die humordurchsprühten zwei Bändchen: Tony Kellens Auswahl der besten Schwänke, Schnurren und spaßigen Geschichten „Alter und neuer Humor des deutschen Volkes" und Prof. Dr. Karl Bertsches erstmals nach einem Urdruck von 1704 neu herausgegebenes „Ein Karren voll Narren" von Abraham a S. Clara; endlich Christoph von Schmids wertvolle „Lebenserinnerungen, Briefe und Tagebuchblätter", in Auswahl bearbeitet von Ferdinand Eckert.

Volksvereins-Verlag M.Gladbach: An der Hand Emil Ritters erscheint ein alter Freund in zum großen Teil neuer Bereicherungsgestalt: „Das gelbe Glückwunschbuch. Glückwunschgedichte und Festdeklamationen für Familie und Schule." Pr. kart. 7.50 ℳ. Der Herausgeber hebt in einer „Vorbemerkung" hervor, was der Inhalt glänzend dartut: infolge einer nochmaligen kritischen Prüfung sei Geringwertiges gegen Höherstehendes ausgetauscht worden. Tatsächlich finden wir Träger bedeutender Namen reichlich vertreten. Ich nenne nur: die Droste, Chamisso, Schiller, Diel, Geibel, Brentano, Rittershaus, Bonn, Gilm, Rückert, Prutz, Storm, Reinick, Schenckendorf, Eichendorff, Arndt, P. Cornelius. — Emil Ritter gab auch Kath. Roßbachs längst vergriffenes, verdienstliches Buch „Fröhliche Stunden im festlichen Kreise" unter Herzunahme von vier neuen Stücken: drei von Paul Körber, eines von L. Riesgen, abermals heraus unter der Aufschrift: „Das gelbe Festspielbuch, Festspiele für Familie und Schule." Pr. geb. 2 ℳ. — Für groß und klein schrieb Clemens Wagner ein allerliebstes Bändchen „Geschichten: Vorm Kachelofen", Märchen und Erzählungen, sowie Darstellungen aus dem „Was", vor allem aber auch dem „Wie" der Kinderspielwelt. Kinderverständigkeit, Kinderliebe und Kindertümlichkeit, sonniger Humor mit einer gelegentlich satirisch streifenden „tieferen Bedeutung" lächeln und lachen, plaudern schelmisch und sprechen wohl auch mal ein ernstes Mahnwort aus der bunten Reihe der 20 Stücke und Stückchen aus Natur, Tier- und Menschenwelt; auch Kriegs- und Wuchererfahrung dunkelt herein. Man spürt das warme Herz pulsieren in der festen Führerhand, die uns noch manches andere Wesensähnliche bescheren möge. — Mitten ins Kinderleben, ins Paradies der Kinderstube geleitet Hanna Klauseners ebenfalls groß und klein gewinnendes lieb-trauliches Bändchen „Die Wuppermännchen und ihre Freunde." Pr. kart. 4.50 ℳ. Wer die „Wuppermännchen" sind? Zwei Brüderchen und zwei Schwesterchen voll Liebe zueinander: im Taufbuch Friederika, Ulrich, Theodor und Anna Wuppermann, im Familienleben Fifi, Ulli, Aeppelami und Annettchen genannt. Sie gehen unter der Hut der Eltern und eines prächtigen Originals von Kinderbetreuerin durch dick und dünn miteinander, und die gemeinsam genossene glückliche Jugend legt den Grund für ein reiches, reifes, aufrichtiges, zielfestes Leben. — Als außerordentlich unterhaltsam mit seinen überraschenden Zaubergeschichtchen gibt sich das siebenteilige phantasiereiche Bändchen „Neuarabische Märchen", in Aegypten gesammelt und übersetzt von Hella Mors. Mit Ausstattung von Karl Köster. Pr. kart. 4.50 ℳ. — „Die heiligen zwölf Nächte. Nach alten Legenden" (Pr. geb. 4.50 ℳ) nennt Camilla Werner ihr gut ausgestattetes, auch anziehend bebildertes Büchlein, von dem die Verlagsanzeige sagt: „Ein Legendenkranz von wunderbarer Schönheit." Die sich hier darbietende neuzeitliche Umkleidung des alten hehren Stoffes wirkt als innerlich und verinnerlichend, als bestimmt für seelisch Reiche und Reife. Phantasie, Poesie, Licht und Wärme der Darstellung beleben und erhellen den hier gewiesenen Weg nach oben.

K. Thienemanns Verlag-Stuttgart: Der schmucke Band „Aus heiterer Kinderstube. Erzählungen aus dem Kindergarten. Mit 17 Bildern von Robert Henry" (Pr. geb. 12 ℳ) schaut einen alsbald helläugig an. Man greift zu und liest als Erwachsener, Altersreifer gern, was die Kleinen sonnig und sinnig ergötzen wird. Die Verfasserin hat nicht nur Erfahrung, sie hat auch „Initiative", hat Einfälle, zahlreiche und sämtlich gute. Sie ruft den Kindergarten mit seinem geliebten kleinen Volk vor uns auf, zeigt dieses in Spiel und Tätigkeit und erzählt verbindende Geschichtlein dazwischen, wunderhübsche zum Teil, und macht die Abspiegelung des kindlichen Lebens zu einem wirklichen Erlebnis. Nur ein von Kinderliebe randvoll erfülltes Herz konnte diesen Schatz für Mütter, Kinderfreunde und die Kinder selbst so, just so übermitteln. Möge er sich denn umsetzen! — Eine prächtige Neuausgabe: Ludwig Bechsteins Märchenbuch. Mit 44 farbigen und 33 schwarzen Bildern von Karl Mühlmeister. Pr. 13.50 ℳ. Mit 8 farbigen und 40 Tondruckbildern. Pr. 25 ℳ. Hei, die lieben, lieben alten Märchen! Wie da alles vor einem aufsteht, wie man wieder mit glänzenden Erinnerungsaugen zurückschaut in diese herrliche, unvergeßliche Phantasiewelt! Und die Bilder, ja die Bilder! Schon das des Einbandes. Ja, und dann folgt das Vorlesen, das Erzählen im Familienkreise. Man wird ja hier und da ein wenig Auswahl treffen müssen, aber doch nur selten — wozu hat man denn auch seine Augen, seinen Verstand und sein bissel Herzenstakt. Also hinein mit dem kostbaren Neufund in die Weihnachtstube, hin auf den Weihnachtbüchertisch! — Die alten Fabeln neu gefaßt, unter Zurückstellung des gar zu Abstrakten hinter das lebendig blühende Leben einer leicht und anziehend sich gebenden Erzählweise und unter Festhaltung der verborgenen Lehrweisheit bringt Walther Schwabes „Von Mensch und Tier. Ein Fabelbuch für die deutsche Jugend". Mit 12 Tonbildern nach Radierungen von Professor Walter Klemm. Pr. geb. 13.50 ℳ. Ein sehr hübscher, kerniger Geschenkband! — Aus der schön ausgestatteten Sammlung „Deutsche Zeiten" (jeder Band geb. 13.50 ℳ) liegt uns vor: Wilhelm Lobsiens kraftvoll anschauliche Erzählung aus dem 13. Jahrhundert: „Die Holstenritter". Mit 4 Bildern. Thema ist das vaterländische Befreiungswerk des die Blüte des Landes anführenden edelsinnigen jungen Schauenburgers Adolf IV., der für seinen eidgebundenen Vater Adolf III., Herzog von Holstein, in den Kampf gegen Waldemar von Dänemark einspringt, um dann, nach herrlich gelungener Tat, seinem in wogender Schlacht gegebenen Gelöbnis treu, in den Klosterfrieden unterzutauchen. — Als „Geschichte für Knaben und Mädchen von 10 bis 16 Jahren" bietet sich dar das aus täglicher Lebenserfahrung geschöpfte Buch Wolfgang Weitbrechts: „Der aus dem Schattenwinkel". Mit sechs Originalzeichnungen von Robert Henry. Pr. geb. 15 ℳ. Ein schlimmer Vater, dem glücklicherweise ein trefflicher mit anderen licht gezeichneten Charakteren gegenübersteht, bedrückt Gemüt und Jugend des einzigen Sohnes derart, daß der weich und reich veranlagte Knabe in Irrtum und Fehl getrieben wird, aus dem er sich jedoch endgültig mit Hilfe guter Menschen, vor allem aber durch eigene geläuterte Kraft zu äußerem und innerem Glück herauszuarbeiten versteht. — In „Die fremde Erde" (Pr. geb. 15 ℳ) erzählt Lotte Gumtau in lebendiger, herzenswarmer Darstellung die Geschichte Moses' und seines schwergedrückten Volkes bis zum befreienden Auszug aus Aegypten. Moses als Tempelschüler, als Liebling der ihn mütterlich umsorgenden Pharaonentochter und ihres Bruders, des künftigen Herrschers, Moses' Mutter und Schwestern, sein Bruder Aaron, Moses als Schwiegersohn des Priesters Jethro in Midian, seine Rückkehr von dort zum geknechteten jüdischen Volke, seine erbarmende Sehnsucht, es zu befreien, sein Totschlag des grausamen Aegypters, sein endliches Durchdringen zum Pharao und die Hinwegführung seines Volkes auf den Weg nach Kanaan: auf das alles fällt ein klares Licht beseelter Anschaulichkeit mit der — nach Versicherung des Verlages — unaufdringlichen Tendenz des Vergleiches mit unserem jetzigen deutschen Schicksal, das ebenfalls des tatkräftigen Befreiers harrt.

Bühnen- und Musikrundschau.

Prinzregententheater. Der „Strom“ ist sicherlich das kraftvollste in der langen Reihe der Dramen Max Halbes. Der Eisgang der Weichsel, der die Dämme durchbrechend und Vernichtung bringend mit gigantischer Kraft dahinflutet, ist mit theaterkundiger Hand mit der Familientragödie verknüpft, aber die Umwelt zeichnete mit warmen Fühlen ein Dichter. Die naturalistische Schule wollte programmatisch ja nur ein Stück Natur gesehen durch ein Temperament geben, aber hier sprach das Herz des Dichters mit, das warm für die Heimatscholle schlug. In zahlreichen Besetzungen haben wir im Laufe der Jahre den „Strom“ im Schauspielhaus gesehen und fast immer ist die Feinheit der Umweltszeichnung, diese Liebe zum „Detail“, die gewiß eine gewisse Enge in sich einschließt, aber fraglos das Beste des „Naturalismus“ ausmacht, zur starken Geltung gekommen. Nun hat das Prinzregententheater das Stück übernommen. Man könnte meinen, diese Aufnahme ins Festspielhaus bedeute eine Ehrung, eine Erhöhung des Werkes und vielleicht hat es der Dichter auch so aufgefaßt, als er lebhaft gerufen, selbst auf den Brettern erschien. Das Stück hat ohne Zweifel sehr gefallen; dennoch muß ich sagen, daß die Wirkungen, die den „Strom“ zu einem handfesten Theaterstück machen, stärker hervortraten als die dichterischen. Das große Haus fordert geradezu heraus, dem Tone Gewicht zu geben und völlig ist dieser Versuchung nur Marie Conrad-Ramlo entgangen. An sich boten auch Ulmer, Benofsky, Basil und Zäpfel sehr gute Leistungen. Würde man das Stück für das Residenztheater einstudiert haben, so wäre sicherlich das Zartere der Stimmung mit zum Erklingen gekommen. Der Kritiker weiß, daß diese Vorstellungen im großen Hause durch die Notwendigkeit bedingt sind, eine große Zahl von „Theaterkonsumenten“ zu befriedigen, allein seine Aufgabe besteht in der Wahrung des reinkünstlerischen Standpunktes. Auch die Bühnenleiter fühlen diese für unsere Theaterkultur schwierigen Probleme.

Residenztheater. Die ausländischen Dichter haben allen Grund nach wie vor den deutschen Bühnen dankbar zu sein. Um Rollands „Danton“ bekümmerte sich keine Pariser Bühne, sondern Max Reinhardt und das „Haus Herzenstod“ von Bernard Shaw eilte man in Wien und München aufzubauen; die Engländer können warten. Es ist ihnen anscheinend nicht sehr wichtig, kennen zu lernen, was der Dichter Shaw über das England vor dem Kriege zu sagen hat. Um Meisterwerke der Weltlitteratur handelt es sich nicht; den Landsleuten der Dichter den Rang abzulaufen, bestand keine ästhetische Nötigung. In dem „Haus Herzenstod“ sieht der Zuschauer allerhand Leute, die sich mehr oder minder spleenig benahmen und er wüßte vermutlich nicht viel mit ihnen anzufangen, leuchteten in ihrem Dialog nicht die Raketen von Shaws boshaftem Witz, der freilich immer nur destruktiv ist. Also: „Haus Herzenstod“ ist das verfeinerte, müßige Europa vor dem Kriege, in seinem Schwung erlahmend. Der uralte, weise, aber wohl ein wenig verrückte Kapitän ist der Vertreter einer früheren kraftvollen Zeit; ein anderer, die damalige Gegenwart, die tatenlos ihre Energie verdämmern läßt, ein weiterer ist ein ästhetisierender Schwächling, ein widerlicher Geschäftsmann, dämonische Weiblichkeit, die das Leben mit Geschlechtlichkeit und raffinierten Vergnügungen ausfüllt und im Hintergrunde ein alles beherrschender Diplomat. Durch Shaws Kommentar bekommt die ganze, bedeutungslose Handlung, die nur dazu bestimmt ist, die Typen in Bewegung zu setzen, symbolische Bedeutung. Der Zuschauer sieht sich gezwungen, sich dasjenige, was er sieht, ins Bedeutungsvolle zu übersetzen und das bleibt ihm manch ungelöste Scharade. Der Weisheit letzter Schluß ist wohl, alles ist Lüge und Schwindel. Eine Komödie, wie „Haus Herzenstod“, kann die Herzen nicht höher schlagen lassen, denn sie sind ja tot. Das Publikum hielt sich an einige schillernde Pointen und blieb dem Ganzen gegenüber kühl. Der Beifall war stärker als der Widerspruch. Der Wiedergabe mag auch ein guter Teil des Applauses gegolten haben. Ganz besonders Lützenkirchen als alter Kapitän war von starker Plastik; im ganzen liegt hier nicht so sehr das Verdienst bei der Einzelleistung, als in der Regie Stielers, die eine leicht groteske Linienführung stilrein festzuhalten wußte.

Volkstheater. Ein Lustspiel aus den Novembertagen des Jahres 181 Diese finstere Epoche unseres Vaterlandes hatte auch ihre komischen Seiten. Man konnte oft eine zornige Lache anschlagen, wenn man diese mittelmäßigen Parteigrößen, Phrasendrescher, wenn nicht gar Schwindler und Abenteurer sah, die sich fähig hielten, es „besser“ zu machen als der alte Staat, in dem sie ein großes Kulturvolk nach ihrer Art „regierten“; aber diese Komik entbehrte des die grellen Töne auflösenden Humors, mußte ihn entbehren. Ist das heute bereits anders? Ich spreche im „Imperfektum“ von den Geschehnissen. Nein, zum Lachen ist es uns allen nicht. Gewiß, Goethe schrieb den „Bürgergeneral“ noch während der französischen Revolution, die aber nur schwach in unserem Lande nachbebte, „die Aufgeregten“ und „die natürliche Tochter“ sind Fragment geblieben. Paul Schirmer unternahm das Wagnis, schon eine Komödie von 1918 zu schreiben. Er läßt seinen „Herrn Minister“ in einer kleinen Residenz spielen, die nach der im letzten Akte servierten Kartoffelklößen zu schließen, irgendwo in Thüringen liegt. Der Abfall von dem Herrscherhause vollzog sich in diesem Ländchen ja ganz reibungslos und da gewinnt der Autor leicht die Lustspielbasis, die mehr von Kotzebue als von Aristophanes bestimmt ist. Da ist ein biederer Handwerker, zweifellos ein braver Mann, aber seine Ideale heißen nun einmal Bebel und Lassalle und da er über ein tüchtiges Mundwerk verfügt, ist er allmählich Stadtverordneter, sogar Reichstagsabgeordneter geworden. Die Revolution macht ihn zum Kultusminister. Erst scheut er vor dem Amt zurück. Er, der Oppositionsmann, der nur immer kritisiert hat, fühlt dunkel, daß er nun etwas leisten müsse, was über Phrasendreschen hinausgehe; aber bald schwimmt er wieder sicher in ihm zur zweiten naturgewordenen Gedankengängen. Sein erstes Auftreten im Ministerium ist von sehr unterhaltlicher Komik; aber der Ehrgeiz des Dichters geht höher. „Sie stehen links, ich stehe rechts, zwischen uns der Mensch und da treffen wir zusammen“, sagt der alte Geheimrat zu seinem neuen „Minister“. Die dichterische Absicht, die hier zu gestalten versucht wurde, wird einigermaßen glaubhaft, weniger die Ereignisse, die den Herrn Minister überzeugen, daß er nicht der rechte Mann ist. Bei einer Schulvisitation erfährt er, daß die Backfische des Gymnasiums gar nicht befreiungsbedürftig sind, aus ihren Vorträgen hört er, was Goethe als Minister geleistet, was der „Militarist“ Friedrich der Große an Werken des Friedens getan, aber daß dieser Herr Minister durch diese und andere Umstände bewogen werden könnte, die Parteibrille abzusetzen und sich selbst in seiner Winzigkeit zu erkennen, wird nicht glaubhaft. Beispiele lehren's. Herr Lantzsch spielte die Titelrolle mit echtem Humor, die Wandlung hob er in die Sphäre der Tragikomödie. Es wurde überhaupt sehr nett gespielt; ganz famos war z. B. auch die sich in der Exzellenzenwürde sonnende eitle Frau des Schülers Bebels. Nur ein paar gesinnungstüchtige Kritiker flohen aus der „reaktionären“ Atmosphäre des politischen Stückes. Das Publikum dagegen schien sich recht wohl zu fühlen.

Operetten. Der schöne Erfolg von dem „Dorf ohne Glocke“ hat das Gärtnertheater veranlaßt, eine weitere Operette des vordem hier noch nicht gespielten Ed. Künnecke aufzuführen. Auch „Der Vielgeliebte“, Text von H. Haller, Verse von Rideamus hatte eine sehr herzliche Aufnahme. In einigen Tanzereien, die nach Lehár klingen, nähert sich der Tonsetzer mehr der üblichen Operette, als in dem den Singspielstil festhaltenden Dorf ohne Glocke, aber dem Manne fällt etwas ein und in rhythmischer Beziehung hat seine mit feinem Klangsinn instrumentierte Partitur ihre eigenen Reize und das Rokokomilieu, in dem das Stück spielt, bleibt nicht lediglich Angelegenheit des Kostümschneiders, sondern lebt auch in den anmutigen Weisen. Die Fabel handelt von einem lustigen, leichtsinnigen Schuldenmacher, der aller Fährnisse Herr wird. Tina Hellina spielte und sang in der Hosenrolle allerliebst und dabei mit Vermeidung der ihr gelegentlich anhaftenden Unnatur. Die musikalische Leitung Werthers zeigte eine sehr sorgfältige Einstudierung und Temperament. — „Der Vogelhändler“ wird jetzt im „Neuen Operettentheater“ gespielt. Die kleine Bühne hat sich künstlerisch sehr hübsch heraufgearbeitet, so daß man die liebe, alte Operette Zellers mit Genuß besuchen kann.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Amerikas Kredithilfe ein Börsenmanöver? — Kein Preisabbau in Sicht — Die heimische Kreditnot — Soll Bayern zu einer Wirtschaftsprovinz werden?

Ueber die Gewährung **amerikanischer Kredite an Deutschland** vernahm man — nicht zum ersten, wohl auch nicht zum letztenmal — in der abgelaufenen Berichtswoche mehr als genügend. Man sprach von einem Syndikat, das auf Grund des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Eigentums in schätzungsweisem Werte von 400 Millionen Dollar einen Kredit von 2 Milliarden Dollar — sage und schreibe gleich ca. 150 Milliarden Papiermark — zur Lieferung von Baumwolle, Getreide, Kupfer, Brennstoffen und sonstigen Rohstoffen gewähren solle. Schliesslich stellten sich die Einzelheiten als das heraus, wofür sie in Börsen- und Bankkreisen von Anfang an gehalten worden waren, nämlich als **Spekulationsmanöver** von solchen Beteiligten, welche an der unsicheren Kursgestaltung unserer Mark als Spielobjekt vermehrtes Interesse zeigen. Selbst die neu auftauchenden Vorschläge für eine verhältnismässig geringe Valutastabilisierung werden nicht sonderlich ernst genommen, obwohl bemerkenswerterweise auch aus Neuyork gerade im Interesse der Mark ähnliche Bestrebungen gefördert werden. Verschlechtert sich unsere Mark weiterhin, so ist das für die Allgemeinheit bei uns als schlimm anzusprechen, wenn auch die deutsche Exportmöglichkeit dadurch ins Steigen käme. Eine Besserung der Mark zerstört jeden Warengrosshandel bei uns, ohne dadurch die bestehende Kaufunlust und den Kaufstreik der Konsumentenkreise zu beheben. Auch ein **Preisabbau** wird in absehbarer Zeit von einer Kursbesserung der Mark nicht herbeigeführt. Solange nicht im deutschen Veredelungsverkehr die hohen Gestehungskosten bedeutend herabgemindert werden, solange die Absatzstockung auf dem Inlandsmarkt im bisherigen Masse anhält, solange die hohen Löhne und sonstigen Spesen die Fabrikation von Halbfabrikaten und Fertigprodukten auf dem jetzigen hohen Preisniveau halten, solange endlich unsere Finanzen auf allen Gebieten keine Verringerung des Defizits zeigen, solange ist auch der Preisabbau im wahren Sinne des Wortes unmöglich.

Dazu gesellen sich als ungünstige Momente die neuerdings umfassenden **Streikbewegungen** in der Metallarbeiterschaft Nord- und Mitteldeutschlands, die in absehbarer Zeit zu erwartenden enormen nochmaligen Erhöhungen der **Personen- und Gütertarife**, dieses um den Jahresfehlbetrag der Reichseisenbahnen mit 30 Milliarden Mark um mindestens 20 Milliarden Mark zu ermässigen. Anderseits häufen sich in den westlichen Ländern die Warenvorräte stapelartig. England, Frankreich und vor allem Amerika berichten von Ueberfüllung der Warenmärkte und **grossen Preisstürzen** der verschiedensten Produkte wie Wolle, Baumwolle, Petroleum und Lebensmittel. Was trotz der vielen Sensationsmeldungen von jenseits des Ozeans seither mit Amerika nicht ermöglicht war, scheint sich zwischen **Deutschland und Holland** durch das amtlich bestätigte Kreditabkommen zu erfüllen. Die deutsche Reichsregierung hat ihre Bereitwilligkeit erklärt, diese deutsch-holländische Kreditübereinkunft in nächster Zeit zu ratifizieren. Im Zusammenhang damit erscheinen bemerkenswert die deutscherseits nunmehr ernstlich in Angriff genommenen Massnahmen gegen die bestehende **heimische Kreditnot**: Die deutsche Reichsbank hat nach dieser Richtung hin eine beachtenswerte Denkschrift erlassen. In derselben wird der Beseitigung der Papiergeldhamsterei besonders das Wort geredet, ausserdem wird dringend empfohlen, „nach Durchführung der grossen Kapitalabgaben die Steuergesetzgebung in dem Sinne zu ändern, dass das Kapital sich wieder frei bewegen kann, ohne auf Schritt und Tritt zu steuerlichen Zwecken verfolgt zu werden.“ Die Reichsbank empfiehlt ferner als Zahlungsmittel die stärkere Benutzung des Wechsels zu billigerer Kreditbeschaffung und Verminderung des Bargeldverkehrs. Im Monat November hat übrigens der Umlauf an Banknoten und Darlehenskassenscheinen eine erfreuliche Minderung um rund 750 Millionen erfahren. Man wird jedoch nicht fehl gehen in der Annahme, dass aus den bekannten Gründen gerade die jetzt einsetzende Geldversorgung zum Jahresschluss wohl wieder ein neuerliches Anschwellen der Umlaufsziffer unserer Zahlungsmittel bringen wird.

Der im Stinnesschen Sinne der Wirtschaftsprovinzen immer grössere Beachtung findende **Plan einer Teilung Deutschlands** in geographisch und wirtschaftlich abgegrenzte Selbstverwaltungskörper brachte bisher vielfache Beunruhigung, namentlich in Süddeutschland. Dies um so mehr, als man gerade in Süddeutschland hinsichtlich der Versorgung mit Kohle und der Zuteilung von Reichsaufträgen stärkere Benachteiligung fürchtet. Aus diesen Gründen verfolgt man die verschiedenen **Bestrebungen der norddeutschen Industriekonzerne**, Bayerns seither selbständigere Grosshandels- und Industriebezirke zu „überfremden“, mit einem gewissen, vielleicht nicht unberechtigten Missbehagen. Aehnlich verhält es sich mit mehr oder minder ernst zu nehmenden Plänen der Abtrennung der bayerischen Hypothekenbankabteilungen von den betreffenden Bankinstituten durch etwaige Bildung eines grossen bayerischen Hypothekenbankinstitutes und gleichzeitige Anlehnung der Kreditabteilungen der jetzigen bayerischen Hypothekenbanken an die norddeutschen D-Banken. Auch hierin würde man das norddeutsche Bestreben, „Bayern als grosse Provinz“ zu behandeln, besonders scharf ausgesprochen finden.

M. Weber, München.

Geschäftliche Mitteilungen.

Es liegt der ganzen Auflage der vorliegenden Nummer ein zweiseitiger **Prospekt** des **„Deutsch-Meister-Bundes“, Barmen 88**, bei, den wir der **Aufmerksamkeit** unserer Leser dringend empfehlen.

Lovo! Auf das Lovo-Ausnahme-Angebot für die Leser unserer Zeitschrift auf Seite 641 dieser Nummer machen wir nochmals besonders aufmerksam. Die bewährten und in der Praxis in allen Weltteilen tausendfach erprobten Lovo-Universalmühlen erwerben sich Tag für Tag neue und zufriedene Freunde.

Webwaren Engros. Durch die unerschwinglich hohen Preise, die vielfach noch durch die Geschäfte, auf die ohnehin schon sehr teuren Webwaren bedeutend erhöht werden, sind viele Vereine, Waisenhäuser und sonstige kirchliche Anstalten dazu übergegangen, den Geschäftswucher zu umgehen und kaufen nur noch direkt vom Grossisten. Die katholische Engrosfirma C. Hallerbach, Bonn — vgl. Inserat — liefert allen Anstalten, zu billigster Engrosberechnung, alle Arten von Stoffen und Wäsche, bei stets guter Bedienung.



as wohlfeilste und gediegenste Weihnachtsgeschenk ist ein gutes Buch.



Weihnachtskrippen unübertroffen an Reichhaltigkeit, künstlerischer und historisch getreuer Ausführung. Von Museen anerkannt. — Erste kirchliche Referenzen (Dom Linz, Dom Freising Münch. Kirchen, Vatikan Rom etc.)

Seb. Osterrieder
akad. Bildhauer
München, Georgenstr. 113 — Tel. 31947.



Medaillen für Congregationen

in reicher Auswahl empfiehlt die Devotionalienfabrik von

Heinr. Kissing
Menden
(Kreis Iserlohn).

Entziehungs-Kuren
(Alkohol, Nikotin, Morphium)
Johannesburg
Leutesdorf a. Rh.

Zuckerkranke
nehmen „Elfip", m. größt. Erfolg b. diätl. Kur n. Dr. med. Stein-Callenfels. **Jan von Werth-Apotheke Cöln**, Altermarkt 25.



Bairische Beize

Satirisches in Vers und Prosa. Von Karl Muth-Klingenbrun. gr. 8. Stattlicher Band in auffallendem Umschlag kartoniert M. 12.—. Hier werden die Revolutionäre und Allesverbesserer in beißender Satire gerichtet und mit ihren eigenen Waffen gründlich geschlagen. So verfallen sie am ehesten dem Fluche der größten Lächerlichkeit und so erreicht der bekannte Satiriker Karl Muth-Klingenbrun, was all den vielen Rednern und Mahnern nicht gelingt, er bekehrt zahlreiche Zweifelhafte, inbesondere auch Vertreter von Blödsinnigkeiten spielend durch seine humorvollen Ausführungen zu einer besseren Meinung.

Sammlung „Ulk"

Humoristische Vorträge für Vereine, Haus u. Familie. 1. Bd.: **Zick Zack**; 2. Bd.: **Schnick Schnack**; 3. Bd.: **Tick Tack** von Fritz Ulk. Jedes Bdch. in knallendem Umschlag kart. M. 2.50. Ein fröhliches, trotziges Weltgefühl dringt aus diesen schmucken Bändchen und tötet die Bazillen der Verdrossenheit, der Müdigkeit und Langeweile. Solche humoristische Bändchen sind eine wahrhaft erquickende Herzstärkung. Jede Bitterkeit aber, die in Verse gekleidet wird, ist in der liebenswürdigen Schale seinen Humors dargeboten. Wer aus diesen ungemein reichhaltigen Bändchen vorträgt wird größten Beifall ernten und alle Zuhörer werden ihre Sorgen an den nächsten Laternenpfahl hängen.

Unterhaltungsbuch

am häuslichen Herd für jung und alt. Von Dr. A. Würfel. 2. verbesserte Aufl. 8. (III, 259 Seiten.) Broschiert M. 5.—. Gebunden M. 8.75. Allgemeines Literaturblatt, Wien 1913 Nr. 14: Würfel hat in dem vorliegenden Werke ein echtes Volks-, Haus- und Familienbuch geschaffen, das seinen Zweck, die Unterhaltung am häuslichen Herd zu veredeln, jung und alt zu erfreuen und durch Lektüre anregender Beispiele religiös und sittlich zu festigen, gewiß erreichen wird. Das Buch kann sehr empfohlen werden.

Friedensfreudenquelle

Von Otto Hartmann (Otto von Tegernsee.) gr. 8-Format. (XXVIII, 364 Seiten.) Broschiert M. 7.50. Mit hübschem Titelbild gebunden M. 12.50. Aus dem quälenden Dilemma zwischen Leben und Tod erlöst unser armes Volk zum Glück das hochgemute, flott geschriebene Werk von Otto Hartmann: „Friedensfreudenquelle." Es ist, um es gleich zu sagen, ein kühnes, starkes, tapferes Buch, wie es gerade die gährende Übergangszeit bitter nötig braucht. Prälat Dr. Jos. Pohle, Universitätsprofessor.

Bauer es ist Zeit!

Ein Mahnwort an die Bauern von Joseph Weigert, Pfarrer. Mit 18 herrlichen Bildern auf gutem Kunstdruckpapier. gr. 8 Stattlicher Band. Brosch. M. 12.-. Hübsch geb. M. 18.-. Dieses durchaus originelle Werk, zugleich ein Mahnruf an die Bauern, bietet nicht nur einen tiefen Einblick in die Verhältnisse und Zustände der bäuerlichen Entwicklung im Laufe der Zeiten, sondern läßt uns auch des Bauern Leben und Streben in ihren Licht- und Schattenseiten zuverlässig erkennen. Es ist kein trockenes Geschichtsbuch, sondern ein Buch voller Humor und Leben an dem sich Bauern und Städter, alt und jung ergötzen und aus dem sie viel Belehrung und Anregung schöpfen können.

Die frohe Botschaft

Roman von Heinrich Godefried. kl. 8. (228 Seiten.) Broschiert M. 3.—. Gebunden M. 5.—. Ein prächtiger Unterhaltungsstoff! Der geschätzte Verfasser läßt die alten unversöhnlichen Gegner Glaube und Unglaube zu einem neuen Waffengang jetzt nach dem Krieg antreten. Er ist mit den Waffen und der Kampfesweise beider Richtungen völlig vertraut und hat es verstanden, in dem gezeichneten Zukunftsbilde die frohe Botschaft des Christentums als sicheren Leuchtturm voranzustellen, um durch das Labyrinth der neuen Weltanschauung wieder zu der klaren Erkenntnis des einzuschlagenden richtigen Weges zu gelangen.

Das Buch der Natur

Entwurf einer kosmologischen Theodicee nach Fr. Lorinsers Grundlage. **Bd. I: Allgemeine Gesetze der Natur.** Von P. Rud. Handmann S. J., Prof. u. Kustos in Linz a. D., Prälat Dr. Jos. Pohle, o. ö. Prof. an der Universität Breslau, Dr. Ant. Weber, Hochschulprofessor am K. Lyzeum in Dillingen. Mit 668 Illustr., 25 Kunstbeilagen und Farbendruckbildern. gr. Lex. 8. (XVI, 810 S.) Brosch. M. 32.-. Geb. M. 46.25.

Das Buch der Natur

Entwurf einer kosmologischen Theodicee nach Fr. Lorinsers Grundlage. Band II: **Die Erde u. ihre Geschichte.** Von P. Rudolf Handmann S. J., Professor und Kustos in Linz a. D. und Dr. Sebast. Killermann, Hochschulprofessor am K. Lyzeum in Regensburg. Mit 1543 Illustrationen, Karten und Farbenbildern. gr. Lex. 8. (1144 Seiten.) Broschiert M. 40.—. Gebunden mit Schutzkarton M. 62.50.

Das Ende großer Menschen

Hundert kurze erhebende Sterbebilder von Katholiken d. 19. Jahrhunderts. Von Anton Steeger. Mit 6 Kunstbeil. kl. 4. (VIII, 265 S.) Brosch. M. 8.—. Geb. M. 12.50. In dieser Zeit ist diese Schrift ein wahres Trostbuch. Es zeigt, wie große Menschen auch ein „großes" Sterben gehabt haben. Alles mutet darin so erhaben an und das Ganze enthält eine überwältigende Fülle von heilsamen Eindrücken.

O Stern und Blume,

Geist u. Kleid. Verse von M. Herbert. 8. (IV, 141 S.) Brosch. M. 4.-. Geb. M. 6.25. Fränk. Volksbl.: Herbert spricht zu vielen, ihre Gedichte berühren jeden sehr stark. Über allem, was sie hier in Verse schmiedet, liegt die Seele eines hochgestimmten, edlen Menschen wie lauterer Sonnenschein erwärmend hingebreitet. Alles hat Klang und Wohllaut und ragt turmhoch über gewöhnliche Dichtungen hinaus.

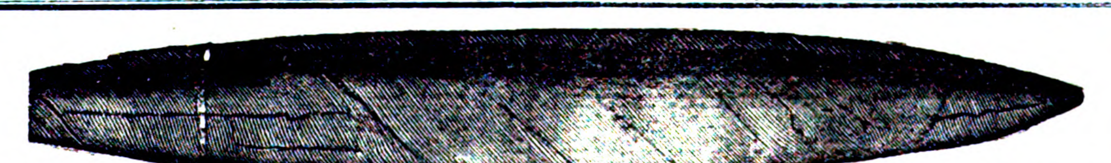
Der Kaiser des Sonnengottes

Historischer Roman von Johannes Mayrhofer. 12. 8.—10. Tausend. (347 Seiten.) Broschiert M. 3.—, gebund. M. 5.—. Ein gewaltiger Stoff, der schon viele Dichter gereizt hat. Mayrhofer bietet uns in seinem neuen Roman „Der Kaiser des Sonnengottes" ein Werk, das auf gründlichen geschichtlichen Studien und Forschungen aufgebaut ist.

S. J. Jesuitenroman S. J.

Von Johannes Mayrhofer. kl. 8 (328 Seiten.) Fünfte Aufl. (13.—15 Tausend.) Broschiert M 3.50 gebunden M 6.25. Der neu erschienene Roman von Mayrhofer lehrt uns den Entwicklungsgang der Jesuiten, ihr Denken und Fühlen ihre Freuden und Leiden in einer Weise kennen wie wohl kein anderer Klosterroman uns diese Welt erschließt.

Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg



Gerhard Willemsen **Holl. Zigarrenfabrik i. Goch** (Villa) liefert obige unerreichte überseeische Qualität zu 1.50 u. 1.80 Stück versteuert. Kleinere Formate 50 Pfg. bis Mk. 1.50 das Stück. Borneo Mk. 2.50 u. Mk. 3.—. Ein Versuch veranlasst zu dauernden Nachbestellungen und Empfehlung an Bekannten. **Vertreter überall gesucht.**

Besitzer alter Briefschaften, auf welchen noch

Briefmarken

altdeutscher Staaten usw. sitzen, können solche gegen

hohe Bezahlung

Sammlerzwecken nutzbar machen. Angebote erbeten an **Bohnhoff**, Mannheim, Charlottenstraße 2.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag.
München,
Galeriestraße 35a. Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München, Nr 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland M 12.—
ohne Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif, im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 50 München, 11. Dezember 1920. XVII. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften als Retter Deutschlands.

Von E. Hubertus.

Auf der Tagung der christlichen Gewerkschaften, die am 24. November in Essen begann, herrschte eine große Begeisterung mit dem Grundgedanken: von dem Teil des deutschen Arbeiterstandes, der in diesen Gewerkschaften vereinigt ist, könne und solle die Rettung Deutschlands kommen. Alle Reden und Beschlüsse waren auf diesen Ton gestimmt.

Postminister Giesberts hat in seiner Rede zu Köln am 28. November den Grundgedanken der Tagung dahin zusammengefaßt: sie wolle Deutschland aus der Not und dem tiefen Elend der Gegenwart herausführen zum kraftvollen nationalen, sittlichen und wirtschaftlichen Wiederaufblühen.

Besonders wies Stegerwalds große Rede den politischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Weg zu diesem Ziele. Das alles gab der Tagung eine besondere Bedeutung, berechtigt aber auch zu näherer Betrachtung.

Stegerwalds Rede erstrebt eine Reform unseres Parteiwesens, das als echtes Zeugnis deutscher Eigenbrötelei und deutschen Idealismus, trotz aller so schweren Belehrungen durch den Weltkrieg, immer noch sehr zersplittert ist. Dem gegenüber will Stegerwald, wie er sagte, keine neue Partei schaffen, er wies auch die christlichsoziale Arbeiterpartei sofort ab und damit, ohne sie zu nennen, die christliche Volkspartei, die im Frühjahr im Rheinland das Dasein einer Eintagsfliege lebte und ebenso die ehemaligen Versuche, das Zentrum zu einer katholischen Abteilung der konservativen Partei zu machen. Stegerwalds Ziel ist die Sammlung der großen Masse unseres Volkes, Katholiken und Protestanten, soweit noch lebendiges Christentum hier herrscht, zu einer großen Partei der Zukunft als Rettung aus der deutschen Not. Das würde zum viel erstrebten Zweiparteien-System führen, eine Partei der Rechten und eine der Linken, die, je nachdem bei den Wahlen die Mehrheit fällt, sich in der Regierung abwechseln würden, wie es in England bisher der Fall war. Mit Recht meint Stegerwald, zur Ueberwindung der marxistischen, materialistischen Sozialdemokratie und der marxistischen Klassenlehre und ihres Klassenhasses müsse man eine geschlossene politische Einheitsfront herstellen, welche die gesamte schaffende Arbeit in Stadt und Land umfasse, alles, was sich auf den Boden der alten deutschen christlichen Kultur stelle. Die Grundgedanken seien deutsch, christlich, demokratisch und sozial. Stegerwald hofft, nachdem das Dreiklassenwahlsystem, das die Arbeiter als ihre politische Entrechtung betrachteten, gefallen, nachdem ferner die Staatskirche, die den Arbeitern als Stütze der „Ausbeutung“ erschien, beseitigt, sei es wohl möglich, die Millionen, die bisher Staat, Kirche, Christentum und Reaktion miteinander zusammenwarfen, aber noch nicht ganz dem positiven Christentum entfremdet seien, von der Sozialdemokratie abzusprengen und für jene große, christliche und vaterländische Partei zu gewinnen. Die politische Frage der nächsten Zeit spitzt sich also so zu: „Soll die Glaubensspaltung des deutschen Volkes bei dessen gegenwärtiger Erniedrigung ihm zum dauernden politischen Verhängnis werden, oder aber sollen die staatlich und religiös positiv gesinnten Elemente aus beiden Lagern in Deutschlands trübsten Tagen sich zu politischer Gemeinschaftsarbeit ebenso die Hand reichen, wie sich die christlichen Arbeiter seit Jahrzehnten auf wirtschaftlichem Gebiet in den christlichen Gewerkschaften die Hand gereicht haben?“

Was Stegerwald hier erstrebt, haben die Gründer der Zentrumspartei vor 50 Jahren bereits als Ziel sich gesetzt: sie wollten alle Elemente im ganzen deutschen Volk sammeln, welche das gläubige Christentum als Grundlage von Religion, Kultur und Sitte, als sichere Stütze von Gesellschaft und Staat betrachteten und auf dieser Grundlage auch einem gesunden Fortschritt die Wege öffneten. Aber mit wenig Ausnahmen, die politisch ohne Bedeutung waren, hat der ganze deutsche Protestantismus versagt. Ob konservativ oder liberal, gläubig oder ungläubig, jagte er, das ist auch ein Wesenszug der Deutschen, einem Phantom nach. Er wollte das Ziel, das Luther und sein Anhang damals nicht durchsetzen konnten, jetzt endlich erreichen. Das war der Sinn des sog. Kulturkampfes. Dieser Kampf hat den gläubigen Protestantismus, der damals noch eine Macht war, schwer geschädigt und die soziale Revolution heraufbeschworen. Das Zentrum aber blieb vereinzelt und auf den katholischen Volksteil beschränkt. Stegerwald meint, die jetzige Zeit sei besonders dazu geeignet, einen neuen Versuch zu machen, alles, was auf katholischer und protestantischer Seite deutsch, christlich, demokratisch und sozial denke, zusammenzufassen. Die Zentrumspartei hat sich an dieser Aufgabe 50 Jahre lang abgemüht, ihre Türen standen offen, die Eingeladenen aber kamen nicht. Dem Protestantismus ging in diesen 50 Jahren unendlich viel nationales Gut verloren, die großen Massen, die er früher beherrschte, wurden der Revolution in die Arme getrieben. Wenn Stegerwald jetzt die Versäumnisse der Vergangenheit nachholen will, so kann man ihn in seinem hohen Idealismus nur bewundern und zu seinem Beginnen Glück wünschen. Wir fürchten aber, er wird erkennen, daß die Saat, die über Jahrhunderte hindurch gesät worden ist und die wie eine chinesische Mauer zwischen den beiden Bekenntnissen steht, nicht so leicht auszurotten sein wird. Auch die große Zeitung, die zur Verbreitung der Stegerwaldschen Gedanken gegründet werden soll, wird wohl eine Enttäuschung bringen.

Wichtiger noch als die parteipolitischen Bestrebungen Stegerwalds ist der wirtschaftliche Inhalt der Verhandlungen. Die Beteiligung der Arbeiterschaft am Reingewinn der Unternehmungen wurde abgelehnt, weil das bei der gegenwärtigen Lage der meisten und besonders der mittleren Gewerbe keine nennenswerten Verteilungssumme gebe, dagegen solle die Arbeiterschaft sich mit Kleinaktien an den Unternehmungen beteiligen, mit einer Volksbank im Hintergrunde, damit nicht in schlechten Zeiten die Aktien in die Hände der Unternehmer zurückfallen. Mit Recht betonte Stegerwald wiederholt, daß nur die Rückkehr zum Christentum uns retten kann. Das hören wir seit Jahr und Tag auf allen Katholikentagen, auf den Versammlungen der christlichen Gewerkschaften und sonst überhaupt; meist auch in Verbindung mit den Worten, daß die Arbeit Deutschland aus der wirtschaftlichen Not retten, und daß diese Arbeit produktiv werden müsse. Mit besonderem Eindruck hat Reichsarbeitsminister Brauns auf der Essener Tagung das verkündet.

Er sagte, die erste Bedingung sei, daß überall Frieden komme, daß also der stille Krieg im Westen, der offene im Osten aufhören müsse. Die zweite Bedingung für den Wiederaufstieg sei die Anknüpfung dauernder Handelsbeziehungen mit Besserung unserer Valuta und Rückkehr zur deutschen Qualitätsarbeit. Dritte Voraussetzung ist die teilweise Umstellung unserer Wirtschaft auf eine Steigerung der Urerzeugung in Landwirtschaft und Bergbau. Ueberhaupt liegt der Nachdruck auf der Gütererzeugung. Das führt zur Frage, was die Arbeitnehmer für die Wiederher-

stellung unserer Wirtschaft tun können. Auch der Faktor Arbeit muß auf möglichst hohe Produktivität eingestellt werden. Ohne das ist eine Gesundung unmöglich und Hunger und Untergang unser gemeinsames Los, auch das Los der Arbeiter. Wir müssen endlich alle zu der Erkenntnis kommen, daß es die geringe Menge der Warenvorräte ist, welche die Preise verteuert und auch die höchsten Nominallöhne schließlich unwirksam macht. Daraus ergibt sich, daß ein Arbeiter, der seine Arbeitszeit nicht möglichst produktiv ausnutzt, unseren Aufstieg hemmt und sich und seine Standesgenossen schädigt. An dieser Tatsache ändern auch die anscheinend erfolgreichsten Streiks und Lohnbewegungen nichts. Wir dürfen aber die Lohnfrage nicht loslösen von den Fragen der Produktivität unserer Gesamtwirtschaft. Wollten wir Lohn und Einkommen auf der ganzen Linie in die Höhe treiben, ohne gleichzeitig die Produktion zu steigern, so würden wir unter den heutigen Verhältnissen immer tiefer ins Elend sinken.

Zwischen den Zeilen gibt Brauns hier zu, daß noch viel zur Erreichung dieses Zieles fehlt, daß die deutsche Arbeiterschaft im ganzen nicht auf der Höhe ihrer wirtschaftlichen Aufgabe steht. Bei den Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag im Buchdruckgewerbe, der unlängst in Berlin für das ganze Reich zustande kam, hat die Gehilfenschaft lediglich Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, höhere Löhne, längeren Urlaub zu erkämpfen gesucht, für das Bestreben der Unternehmerschaft, einen Ausgleich für die immer wieder erhöhten Produktionskosten durch erhöhte Produktivität der Arbeit zu finden und damit auch eine Verbilligung der Erzeugnisse herbeizuführen, hat die Gehilfenschaft kein Verständnis gehabt. Vergebens predigen die sozialdemokratischen Minister und Staatsräte jetzt: Sozialismus ist Arbeit. Die Massen lachen sie aus und sagen: „Ihr habt früher uns anders gelehrt, Haß gegen die Arbeit, Haß gegen Kapital und Unternehmer, mehr Lohn und weniger Arbeit, das war Eure Lehre. Macht Euch auf Erden das Leben gut und schön, kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehen, das war das Evangelium das Ihr uns verkündigt; das hat uns gefallen und daran halten wir fest". So geht es jenen Ministern wie Goethes Zauberlehrling: „Herr, die Not ist groß, die ich rief, die Geister, werd' ich jetzt nicht los".

Hoffnung auf Besserung kommt vielleicht erst, wenn das Wort christlich, das sonst leicht zur Phrase herabsinkt, in seine wirtschaftlichen Bestandteile zerlegt und in dieser Form der Arbeiterschaft verkündet wird. Die volkswirtschaftlichen Sätze, die das Christentum seit zwei Jahrtausenden verkündet, sind:

1. Die Arbeit ist sittliche Pflicht der Menschen und keiner hat das Recht, weil da und dort nicht gearbeitet wird, sich dieser Pflicht zu entziehen.

2. Das Sondereigentum hat hohe, sittliche Verpflichtungen, ist aber an sich berechtigt und notwendig. Christus hat immer und überall das Privateigentum anerkannt, seine Apostel taten ebenso. Die sogenannte Gütergemeinschaft der ersten Christen zu Jerusalem, von der die Sozialdemokraten so viel reden, ohne sie zu kennen, war eine freiwillige Einrichtung, bei der die Wohlhabenden ihre Häuser und Felder verkauften und den Erlös den Armen gaben. So wurde im christlichen Idealismus auch das produktive Kapital weggegeben, das die Grundlage der Arbeit ist und die ganze Gemeinde verarmte. In keiner anderen Stadt haben die ersten Christen dieses Vorbild nachgeahmt. In den Kirchenvätern finden sich wohl hie und da Worte, die eine gegenteilige Deutung zulassen, aber immer ergibt der Zusammenhang, daß sie sich nicht gegen das Eigentum an sich, sondern gegen den ungeheuren Mißbrauch richteten, den viele Reiche damals durch Wucher und Hartherzigkeit mit ihrem Besitz trieben. Maßgebend bleibt aber stets das Verhalten der Kirche. Diese hat in den ersten Jahrhunderten und auch später ohne Ausnahme jeden Versuch, die Gütergemeinschaft einzuführen oder zu empfehlen, stets entschieden bekämpft und die betreffenden Sekten von sich ausgeschlossen. Das Beispiel der Klöster zeigt, daß eine solche Gütergemeinschaft nur auf streng religiöser Unterlage und in Verbindung mit der Ehelosigkeit sich halten kann.

3. Die Autorität des Unternehmers bzw. Eigentümers, der die ganze Produktion wirtschaftlich organisiert und von allen Mitarbeitern Ueber- und Unterordnung, völlige Eingliederung in das große, wirtschaftliche Werk, verständigen, zweckentsprechenden Gehorsam verlangen muß. Das Eigentum ist das ordnende und organisierende, die Arbeit das schaffende und produktive Element, beide gehören zusammen, tritt eines zurück, so hört jede wirtschaftliche Produktion auf.

Auf dieser Grundlage ist die christliche Kultur aufgewachsen, eine andere Grundlage gibt es nicht als die durch das Eigentum geordnete Arbeit in Verbindung mit dem Privatinteresse des Eigentümers. Wie soll nun die Arbeit produktiv sein, wenn das Eigentum des Unternehmers, das Rohmaterial, das er stellt, die Maschinen usw. mißachtet, fahrlässig behandelt, verschleudert, verdorben, oder gar, wie es heutzutage massenhaft vorkommt, gestohlen werden! Milliarden von wirtschaftlichen Werten gehen auf diese Weise jährlich dem deutschen Volk verloren. Wie soll die Arbeit produktiv sein, wenn die vernünftigen Anordnungen des Unternehmers mißachtet und sabotiert werden! Wie soll die Arbeit produktiv sein, wenn der Arbeiter von der ohnedies knappen Arbeitszeit möglichst viel abzwackt und in der restigen Arbeitszeit vielfach nur so weit arbeitet, daß er am Zahltag ein formelles Recht auf Lohnforderung geltend machen kann! Wir sagen nicht, daß diese Mißstände sich überall finden, das wäre Unrecht, wir haben immer noch eine große Masse Arbeiter, die sich bemühen, für den ausbedungenen Lohn ehrliche, produktive Arbeit zu leisten. Aber man frage unsere Unternehmer und sie werden sagen, daß die oben erwähnten Uebelstände weit verbreitet sind. Daß dabei im allgemeinen ein wesentlicher Unterschied zwischen christlichen und freien Gewerkschaften erkennbar ist, kann ich nicht behaupten.

Weite Kreise unserer Arbeiterschaft sind immer noch von dem kommunistischen Geiste beseelt, den die Sozialdemokratie großgezogen hat. Sie gauben, das Privateigentum auch in der Industrie sei ein Teil des allgemeinen Besitzes und dazu sagt sich jeder selbstverständlich: wozu sollst du dich plagen und mühen, die Allgemeinheit muß doch für dich sorgen, dich ernähren, kleiden und behausen; das soll der andere tun, ich tue es nicht. Hier liegt eine Hauptschuld der mangelhaften Produktivität unserer Arbeit, es wird vielfach mehr konsumiert als produziert, das Ende ist, daß das Volk verhungern muß. Hier liegt auch die wichtigste Erklärung für den riesigen Milliarden-Fehlbetrag unserer Post und Eisenbahn, die einst den Steuerzahlern Ueberschüsse zu so reichlicher Entlastung lieferten. Der rasche Niedergang unserer Mittelbetriebe hat auch hier eine seiner Hauptursachen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist seit Jahrzehnten nur zum Zusammenschlagen und Umstürzen erzogen worden. Was nach dem „großen Kladderadatsch" kommen, wie dann die Produktion organisiert werden soll, darüber machte man niemals sich Sorge. Daher hat die Sozialdemokratie, zur Herrschaft gelangt, wohl eine große Anzahl Phrasen-Hetzapostel geliefert, aber entsetzlich wenig Männer von höherer Intelligenz, von aufbauendem Verständnis und mit dem Mut, nach besserer Erkenntnis den Massen die Wahrheit zu sagen. Ohne unsere geschulte und gewissenhafte Beamtenschaft wären Staat, Gemeinde und Volk schon längst im Sumpfe dieser Unfähigkeit erstickt. Die Denkweise der christlichen Arbeiter, das weiß man wohl, ist nicht die der Sozialdemokraten. Aber es hat ungeheure Mühe gekostet, sie aus dieser Hetz-Atmosphäre allmählich herauszuholen und die Führer wissen am besten, wieviel noch die tägliche Berührung in der Werkstätte und Fabrik an Versuchungen für die Schwankenden mit sich bringt. Sind wirklich 80% der deutschen Bevölkerung Lohn- und Gehaltempfänger, so hängt von ihrer Geistesrichtung unsere ganze Volkswirtschaft und unsere ganze Zukunft ab. Wird der Marxismus nicht überwunden, so kann auch keine Heilung in der Denkweise der großen Mehrzahl jener 80% kommen. Mit dem Marxschen System muß auch dessen Lehre vom Mehrwert fallen, denn sie ist falsch und kulturfeindlich.

Die christlichen Gewerkschaften können die Retter Deutschlands werden, wenn es ihnen gelingt, den Geist der Arbeiterschaft und überhaupt aller Lohn- und Gehaltempfänger in dem Sinne umzuwandeln, wie es die Essener Tagung versprochen, wenn sie mit dem sittlichen Ernst, der diese Tagung auszeichnete, sich bemühen, das Wort christlich in seine oben erwähnten christlichen Bestandteile zu zerlegen, und in diesem Sinne auf die Massen einzuwirken. Nur dann wird auch das richtige Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern wiederkommen, was Stegerwald wünscht, wenn der kommunistische Geist verschwindet und beide Teile, auch die Arbeiter, nicht bloß ihrer Rechte, sondern auch ihrer Pflichten sich bewußt werden. Gewiß macht diese Wendung in der Denkweise der Arbeiterschaft nicht alles aus, es fehlt uns zum Aufstieg noch gar vieles andere, aber die Hauptsache dabei ist doch, das haben wir allmählich wieder gelernt, der Geist.

Anzuerkennen ist der Mut, mit welchem Stegerwald die

Sozialisierung jetzt in der Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes für undurchführbar erklärt. Aber auch beim Aufstieg ist hier die allergrößte Vorsicht notwendig. Stets wird der wirtschaftliche Trieb des Unternehmers einen Hauptanreiz der Produktion bilden. Die Erklärung, daß die Sozialisierung zurzeit unmöglich ist, haben auch bereits sozialdemokratische Minister abgegeben. So liegt nun offen zutage, daß die deutsche Arbeiterschaft seit der Revolution mit diesem Popanz geäfft worden ist. Der Fluch, den die Sozialdemokratie dem deutschen Volk brachte, ist, daß jeder Führer, um überhaupt beachtet zu werden, um als Arbeitersekretär und als Abgeordneter in die Höhe zu kommen, stets nur von den Rechten, nie aber von den Pflichten der Arbeiter sprach. In der Essener Tagung hat, soweit wir sehen konnten, einzig Brauer auf die Pflicht hingewiesen. Nachdem er das unklare Wort vom christlichen Sozialismus abgelehnt, sagte er: eiserne voraussetzungslose Pflichterfüllung sei der Kern der christlichen Gemeinwirtschaft. Gewiß ist es schwierig, den Instinkten der Massen entgegenzutreten, aber es ist allmählich vaterländische Notwendigkeit und nur dann, wenn neben den Rechten auch die Pflichten wieder betont werden, und dieser Geist die Massen durchdringt, können die christlichen Gewerkschaften die Retter Deutschlands werden.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Nichts ist unseren Kriegsgegnern wie vielen Neutralen, die um den notdürftig geleimten Weltfrieden bangen, so heilig wie der Vertrag von Versailles. Auch der Völkerbund in Genf will nicht daran rühren. Gegen einen Antrag der nordischen Staaten beschloß er, den Versailler Völkerbundspakt unverändert zu lassen, da dieser ein unlösbares Ganzes mit dem Friedensvertrag bilde und eine Revision des Friedens nicht angestrebt werde. Dabei beruhigt sich der Völkerbund. Er hat damit endgültig bewiesen, daß er nichts anderes ist als eine Versicherungsgesellschaft für die Kriegsbeute der Entente. Der Heilige Stuhl hat es bekanntlich von vornherein abgelehnt, diesem Völkerbund als Mitglied beizutreten. Wir brauchen von den Verhandlungen, die in Genf ganz nach Art der alten Geheimdiplomatie meist hinter verschlossenen Türen stattfinden, nicht mehr viel Aufhebens zu machen.

Wo aber der Vertrag von Versailles einmal von Deutschlands Rechten spricht, da ist er den Gegnern nur ein Fetzen Papier. Die Abstimmung in Oberschlesien rückt heran. Art. 88, Anlage, § 4 des Friedensvertrags bestimmt hierüber, daß jeder an seinem Wohnort abstimmen soll; wohnt er nicht mehr in Oberschlesien, dann an seinem Geburtsorte. 250—300000 gebürtige Oberschlesier in allen Teilen des Reichs rüsten sich, in die Heimat zu fahren, um sie am Entscheidungstag deutsch zu erhalten. Polen und Frankreich fürchten diese Stimmen mit Grund und suchen den Abgewanderten, deren Herz noch für Oberschlesien schlägt das Stimmrecht zu rauben. Polen erwartet Unruhen von ihnen! Seine Sensenmänner an der Grenze sind natürlich Hüter der Ordnung. — Unzweifelhaft hat Frankreich bei seinen Verbündeten den ernsten Versuch gemacht, den heiligen Frieden von Versailles in diesem Punkt zu verletzen zugunsten Polens. Es dürfte sich einmal nicht gern daran erinnern lassen. Auch war ihm kein ganzer Erfolg beschieden. Doch erreichte es immerhin soviel, daß Lloyd George im Namen Englands, Frankreichs und Italiens eine Note an Deutschland sandte mit dem Vorschlag, die Ausheimischen im besetzten westlichen Gebiet, etwa in Köln, abstimmen zu lassen. Das Ergebnis davon darf nicht gesondert bekanntgegeben, die Stimmen müssen den in Oberschlesien selbst gefallenen gemeindeweise nach dem Geburtsort der Abstimmenden zugezählt werden. — Die deutsche Regierung steht, soweit bisher zu erkennen, auf dem Standpunkt, daß dieser Vorschlag unannehmbar ist. Die politischen Parteien, einschließlich der USP rechts sind der gleichen Ansicht. Auch ist mehr als wahrscheinlich, daß England und Italien nur auf Frankreichs Drängen so weit gegangen sind und eine deutsche Ablehnung der Note mindestens nicht übel nehmen würden.

So furchtbar ernst die äußere Politik, zumal heute bei uns, genommen werden muß, für gewisse Leute sind ihre gefährlichsten Fragen gut genug, als billige Trümpfe in der inneren Politik zu dienen. Der Streit um die bayerische Einwohnerwehr gab traurige Beweise. Leichtsinnig und unbegründet, das steht nun fest, wurde von Berlin und Stuttgart das Gerücht in die Welt gesprengt, die Entente drohe, das Ruhrgebiet zu besetzen, wenn Bayern an der Einwohnerwehr festhalte. Wie ferner das Geschrei über Bayerns Widerspenstigkeit und Trennungsgelüste im Ausland wirken mußte, war jenen Kreisen gleichgültig. Die Reise des Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr nach Berlin, sodann die Fahrt des englischen Generals Malcolm nach München haben klärend gewirkt. Die bayerische Regierung erkennt die Entwaffnung nach dem Abkommen von Spa als notwendiges Ziel an, nur über den Zeitpunkt derselben soll nicht ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Landes entschieden werden. Wie die „Bayer. Staatszeitung“ erklärt und die „Deutsche Allgem Zeitung“ von zuständiger Seite bestätigt erhält, wird das Reich die Note des Generals Nollet beantworten und dabei die bayerischen Verhältnisse und die Bedenken, die gegen eine derzeitige Entwaffnung der Einwohnerwehr sprechen, zur Geltung bringen. Es sind deutliche Anzeichen vorhanden, daß besonders England sich einstweilen mit der Dezentralisierung und einer festgesetzten Höchststärke der Wehren begnügt. Der neue britische Vertreter in München, Generalkonsul Seeds, konnte das einem Berichterstatter der Telegraphen-Information „als seine persönliche Ansicht“ aussprechen.

Im Reichstag kam zunächst der Berliner Elektrizitätsstreik zur Sprache. Ein Antrag der Linken, die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten gegen Ausstände in lebenswichtigen Betrieben aufzuheben, fand nur Annahme mit dem Zusatz, daß vorher eine Schlichtungsordnung eingebracht sein müßte. Die Verordnung bleibt also in Kraft. Der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums brachte dann allerlei Reden über Sozialisierung, Zwangswirtschaft und allgemeine Nöte. Die Parteien ritten ihre bekannten Steckenpferde. Ein USP-Mann brachte es fertig, sich in der Kohlenfrage zum Anwalt Frankreichs zu machen, dessen erwiesenen Ueberfluß an Kohlen er bestritt. Ein Antrag auf Enthaftung des Abg. Remmele (USP), der in München wegen Aufreizung zum Klassenhaß festgenommen worden war, wurde genehmigt. Die Sozialisten rieben sich hier wieder am „Polizeistaat“ Bayern. — Der Außenminister Dr. Simons legte Wirtschaftsverträge mit Deutschösterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei vor. Sie wurden angenommen. Bürgerliche Redner nahmen dabei Anlaß, die Deutschenverfolgung in Böhmen scharf zu verurteilen. Staaten, die mit uns in Verkehr treten wollen, haben sich gegen unsere Volksgenossen gerecht und gesittet zu betragen.

Eine große Ueberraschung gab es im Steuerausschuß. Die Zwangsanleihe, vor Jahresfrist bei der Durchsetzung des Reichsnotopfers verworfen, kommt allem Anschein nach doch. Der Reichsbankpräsident v. Havenstein verlangt sie, um die Flut des Papiergeldes wirksam einzudämmen. Er denkt an eine 4%-Anleihe, einzuheben in 2 Terminen. Sie soll 20 Milliarden bringen und mehr Erfolg versprechen als das beschleunigt erhobene Reichsnotopfer. Die bürgerlichen Vertreter waren mit Havensteins Vorschlag im allgemeinen einverstanden, auch der Reichsfinanzminister Dr. Wirth zeigte sich nicht abgeneigt. Es wird auf eine Art Vereinigung von Notopfer und Zwangsanleihe hinauslaufen, die dem Reich schneller Geld schafft und das arbeitende Kapital besser schonte.

Deutschösterreich verspricht sich nicht wenig von der Aufnahme in den Völkerbund. Sie ist gesichert, nachdem der zuständige 5. Ausschuß in Genf einstimmig beschloß, der Vollversammlung des Völkerbundes die Aufnahme zu empfehlen. Auch Jugoslawien und die Tschechoslowakei sprachen dafür. — In Ungarn ist das Kabinett Teleki zurückgetreten, weil die Regierungspartei in der Beratung eines Gesetzentwurfs den Finanzminister im Stich ließ. Das Land erlebt gegenwärtig eine Wandlung seines Parteiwesens. Man sucht eine große neue Regierungspartei zu gründen unter Ausschluß aller extremen Richtungen. Die Königsfrage wird erst nach der Verfassungsreform gelöst werden und zwar im Sinn eines nationalen Königtums, dessen Träger keinen Anspruch auf andere Kronen erheben darf. Damit wäre Kaiser Karl ausgeschaltet. Denn er denkt nicht daran, auf Oesterreich, Böhmen oder Kroatien zu verzichten. In der Pariser „Revue Universelle“ erschien am 15. Oktober ein langer Aufsatz, der augenscheinlich aus nächster Nähe des Exkaisers stammt (übersetzt in der Wiener Wochenschrift „Das Neue Reich“ Nr. 6) und alle seine Ansprüche nachdrücklich verficht. Sehr deutlich werden den Nachfolgestaaten und der Entente die Vorteile eines Donaubundes empfohlen. Dafür ist

aber außer einem kleinen Wiener Kreis eigentlich nur Frankreich zu haben, sonst weder die große noch die kleine Entente.

In Jugoslawien fanden die Wahlen zur verfassunggebenden Volksvertretung statt. Es erhielten 102 Sitze die Radikalen, 94 die Demokraten, 42 die Kommunisten. Letztere sind wesentlich Agrarkommunisten und nicht ohne weiteres mit unsern Anhängern der 3. Internationale gleichzusetzen. Mitglieder der Kath. Volkspartei wurden 21 gewählt, von der Partei Radics 51, von der Bauernpartei 33. Die Mohammedaner ziehen mit 25 Abgeordneten in den Landtag ein, die kroatische Union mit 4.

Es wird gut sein, wenn die deutsche Oeffentlichkeit, namentlich führende Politiker und Zeitungen Jugoslawien künftig mehr Aufmerksamkeit widmen. Die letzten Wahlen in Jugoslawien brachten in den neu eroberten Gebieten von Kroatien und Slowenien dem Serbentum eine schwere Niederlage. Den größten Erfolg erzielte die von dem Kroatenführer Radic geführte Bauernpartei mit 51 Mandaten. Radic, der von den Serben ins Gefängnis geworfen wurde, mußte unter dem Druck des Wahlausfalls sofort freigelassen werden. Die Stimmung in Kroatien und Slowenien ist scharf antiserbisch geworden. Die Ursache dafür bildet der am 13. November 1920 zwischen Serbien und Italien abgeschlossene Vertrag von Rapallo, der Kroatien und Slowenien wichtiger und schöner Gebiete, namentlich der Küste beraubt und mehr als eine halbe Million Kroaten unter die Fremdherrschaft der Italiener bringt. Ein Drittel Sloweniens, Istrien, Teile Dalmatiens und die wertvollen Inseln der Adria gingen an Italien verloren. Bei den Kroaten und Slowenen wird der Tag von Rapallo ein Trauertag genannt. Solange Oesterreich-Ungarn die Grenzen des kroatisch-slowenischen Bodens schützte, ging kein Fußbreit davon verloren. Serbien oder Jugoslawien übten noch nicht zwei Jahre die Herrschaft darüber aus, und schon hat das kroatisch-slowenische Element des neuen S.-H.-S.-Staates die wichtigsten Teile der adriatischen Küste verlieren müssen. Die Serben haben dem Vertrag von Rapallo zweifellos deshalb so schnell zugestimmt, weil sie damit das Kroaten- und Slowenentum, das längst vom Rausch über die Einigung des Slawentums ernüchtert ist, zu zerreißen und zu schwächen vermochten. Heute sind die Dinge in Jugoslawien so weit gediehen, daß, wie der Wahlausfall beweist, das Kroaten- und Slowenentum sich einigt zum geschlossenen Widerstand gegen die Serben, gegen Belgrad. Die Bischöfe Jeglic und Bauer in Laibach und in Agram, die leider so schnell, wie mancher Politiker bei uns, ihre monarchische Treue wechselten, sind heute im kroatischen und slowenischen Volk ohne Vertrauen und Autorität, es sind politisch Hirten ohne Herden. Bereits sprach die katholische Presse (sechs Tages- und elf Wochenblätter) vom trialistischen Gedanken und einer Wiedervereinigung mit Oesterreich. Im Augenblick ist's ein phantastischer Gedanke, aber Gottes Mühlen mahlen langsam. Vielleicht wird in anderer Weise als jetzt im Trias-Gedanken doch noch das Slowenen- und Kroatentum zum Bund mit dem Deutschtum kommen, wie auch jetzt im ungarischen Parlament nach dem einstigen Ministerpräsidenten Friedrich Graf Pallavicini den Anschluß Ungarns an Deutschland forderte. Bei der Abstimmung für Kärntens Verbleib bei Oesterreich haben die wackeren Slowenen bereits für den Bund mit dem Deutschtum votiert. Bei den jetzigen Wahlen und dem Sieg der kroatischen Bauernpartei haben die Kroaten und Slovenen gegen den von Frankreich und der Entente geschaffenen S.-H.-S.-Staat gestimmt. Darin liegt die Bedeutung dieser Wahlen.

Die vielfach verworrenen Verhältnisse im Osten bildeten einen Hauptgegenstand der schon Nr. 49, S. 637, erwähnten Besprechung der leitenden Staatsmänner von England und Frankreich. Großbritannien vollzieht sein Handelsabkommen mit Rußland und macht sogar bedeutende Zugeständnisse in bezug auf die alten russischen Schulden. Frankreich wird wohl keinen Frieden mit Moskau machen, sondern eher noch seinen Schützling Wrangel, der noch über 70000 Mann verfügen will, an der polnischen Front ansetzen. Wenn auch die Abenteuer der russischen Generäle nichts versprechen, ist uns doch in diesem Fall die allgemeine Haltung Frankreichs sympathischer als die Englands. Denn sie ist europäischer. Wenn nur sonst in Paris ein europäisches Gewissen schlüge. Der Bolschewismus wird keinem bürgerlichen Staat einen Vertrag halten. Er rüstet sich zu einem neuen gewaltigen Angriff auf den Westen. Ein Funkspruch aus Kiew kündigt ihn an und ruft die Arbeiter Deutschlands, Polens und Ungarns zur einträchtigen Teilnahme auf. Die Staatsgewalt bei uns hat alle Ursache, den Kommunisten und Neukommunisten auf die Finger zu sehen.

An Griechenland richteten England, Frankreich und Italien vor der Volksabstimmung über Konstantins Rückkehr schnell noch eine Note, die ein mühsames Kompromiß zwischen den drei Großmächten verrät. Sie wollen sich nicht in die inneren Anliegen Griechenlands einmischen, sehen sich jedoch zu der Erklärung genötigt, daß sie die Wiedereinsetzung eines Herrschers, der ihnen so feindselig und schwierig gewesen, nur als Sanktion seiner feindlichen Haltung auffassen könnten. Das würde den auswärtigen Beziehungen des Landes nicht günstig sein und die Verbündeten behielten sich alle weiteren Schritte vor. Solche Schritte können nur bestehen in einer Umgestaltung des türkischen Friedens von Sevres. In der Tat denkt die Entente daran, und nicht nur, um Griechenland zu ärgern. Denn der Krieg mit den Türken dauert in Wirklichkeit fort. Nur in Stambul herrscht der Sultan, der den Frieden schloß, vor den Toren und in ganz Kleinasien gebietet Mustafa Kemal, der Führer der Nationalisten. Er bedrängt Armenien, mit dem er jetzt allerdings einen günstigen Waffenstillstand geschlossen hat. Ohne Entente, Völkerbund und den Schiedsrichter Wilson wollen Türken und Armenier sich vergleichen. Frankreich und Italien haben den ewigen Kampf in Kleinasien satt und sind bereit, der nationalen Türkei weit entgegenzukommen. Man hörte schon von der Grenze Enos-Midia in Europa sprechen. England allein möchte den Vertrag von Sevres möglichst erhalten. Doch wird es Rücksicht auf die Gefühle seiner eigenen mohammedanischen Untertanen nehmen müssen. Möchten dem Frieden von Sevres bald die anderen Verträge von Versailles, St. Germain, Neuilly und Trianon folgen.

Frankreich, dem es auf seiner Höhe manchmal etwas unheimlich wird, sucht auch wieder die Freundschaft des Vatikans. Schon während des Krieges empfand es den Mangel, dort nicht diplomatisch vertreten zu sein. Nun hat die Kammer mit großer Mehrheit eine Gesandtschaft beim Vatikan bewilligt und der Senat wird nicht Nein dazu sagen. Allerdings mußte die Regierung versprechen das Gesetz der Trennung von Kirche und Staat aufrechtzuerhalten. Der Antiklerikalismus hat in der ganzen Welt gründlich abgehaust. Nur der herrliche Kulturstaat der Tschechen trägt die abgelegte Pariser Mode und arbeitet als Hussit und Klosterstürmer an seinem eigenen Untergang.

Oberschlesiens Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft.

Von Johannes Maier, Bezirkssekretär, Hultschin, z. Z. München.

Wenn man von dem gewaltigen Aufschwung spricht, den die deutsche Volkswirtschaft seit der Gründung des Deutschen Reiches und insbesondere seit den letzten dreißig Jahren genommen hat, so kann man nicht vorbeigehen an einem Gebietsteil des Deutschen Reiches, der von der Friedenskonferenz zum Spielball einer Volksabstimmung gemacht wurde. Von vornherein möchte ich bemerken, daß die Abstimmung in Oberschlesien einen Kampf bedeutet, nicht zwischen Deutschland und Polen, sondern zwischen Deutschland und Frankreich.

Der Grund, warum nach den Absichten Frankreichs Oberschlesien vom Deutschen Reiche losgerissen werden soll, ist sehr durchsichtig und offenkundig. Der Wiederaufbau des Deutschen Reiches ist nur möglich, — und es kann nie genügend betont werden — wenn Oberschlesien dem Deutschen Reiche erhalten bleibt. Deutschlands Wiederaufbau bedeutet aber ein Wiedererstarken Deutschlands. Weil Frankreich dies verhindern will, ist's bestrebt, Oberschlesien von Deutschland loszureißen, denn in Oberschlesien sieht es eine Lebensader der deutschen Volkswirtschaft.

Das oberschlesische Gebiet birgt wie kaum ein anderer Fleck unseres Erdballes, auf engem Gebiet Bodenschätze in reichstem Maße. Das Hauptprodukt bildet die Kohle, die das Fundament für die übrige Industrie abgibt. Die Steinkohlenvorräte Oberschlesiens sind die größten des Kontinents. Der Zeitraum, innerhalb dessen man in Oberschlesien Steinkohlen im heutigen Umfange wird fördern können, wird auf mehr als 1500 Jahre geschätzt, während Englands Kohlenlager bereits nach 300 Jahren, und selbst die Nordamerikas nach 6—800 Jahren erschöpft sein werden. Oberschlesiens Steinkohlenproduktion betrug nach der letzten Sta-

tistik vom Jahre 1914 36 Millionen Tonnen. Mithin produziert Oberschlesien fast doppelt soviel Steinkohlen wie Rußland und zweieinhalbmal soviel wie Oesterreich-Ungarn vor dem Kriege. Obwohl die Zahl der Bergwerke im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk viermal höher ist wie die Oberschlesiens, so sind sie nur imstande, dreimal soviel Kohlen zu fördern. Oberschlesien hatte im Kriege, als den englischen Kohlenlieferungen der Boden entzogen wurde, den ganzen Osten Deutschlands mit Kohle versorgt. Dazu kam noch die Versorgung der besetzten Gebiete im Osten. Außer den Verpflichtungen aus dem Kohlenabkommen von Spa liefert heute Oberschlesien Kohlen nach Deutschösterreich, Tschechoslowakei und Italien.

Von mächtiger Ausdehnung und Ergiebigkeit sind auch die Zinkvorräte in Oberschlesien. Seine Zinkindustrie ist die größte in Deutschland und gehört zu den ersten der ganzen Welt; 17,4 % der gesamten Weltproduktion an Zink wurden im Jahre 1914 von Oberschlesien geliefert, von der deutschen Zinkproduktion machte die oberschlesische 62,4 % aus. Die oberschlesische Bleierzeugung betrug im Jahre 1914 25 % der gesamten Bleiproduktion Deutschlands. Die Eisenerzeugung Oberschlesiens betrug im Jahre 1914 über eine Million Tonnen.

Diese ungeheuren Reichtümer haben eine gut ausgebaute Eisenindustrie zur Folge. Oberschlesiens Eisenindustrie kann einen angesehenen Platz in der Weltindustrie einnehmen. Zum Zeichen der Größe und Leistungsfähigkeit der oberschlesischen Eisenindustrie führe ich eine Notiz der englischen Zeitung „The Graphic" vom 30. Januar 1909 an:

„Ein bemerkenswertes Beispiel von deutscher Energie und englischem Mangel an Unternehmungsgeist zeigt uns den Weg, wie weit unsere deutschen Nachbarn in unser Land eingedrungen sind und uns auf eigenem Boden in einem Teile der Industrie, in welcher bis vor kurzem Großbritannien unerreichbar war, geschlagen haben. **Die großmächtige Rohrstraßenanlage von Lochleven, die eine Länge von 2000 Yards hat, konnte von keiner englischen Firma wegen ihrer ungeheuren Größe übernommen werden. So mußte dieser Auftrag im Werte von 2240000 M der oberschlesischen Firma Ferrum vergeben werden."**

Das ist ein Urteil der Engländer über die oberschlesische Eisenindustrie. Wenn auch Kohle und Erz die wesentlichsten Bestandteile der oberschlesischen Montanindustrie darstellen, so ist doch damit Oberschlesiens Industrie noch lange nicht erschöpft. Einen weiteren Reichtum des Landes bildet die **Kalk- und Zementindustrie**. Den Namen **Portland** hört man in allen Erdteilen. Die oberschlesische Kalk- und Zementindustrie hat nicht nur den Bedarf der übrigen Industrien Oberschlesiens gedeckt, sondern war auch imstande, seine Erzeugnisse dem Auslande zuzuführen. Der reiche Waldbestand deckt den Bedarf an Grubenholz usw. vollständig, so daß die Einfuhr von Holz nicht notwendig ist, ja die Holzindustrie selbst zu einem nicht unbedeutenden Industriezweig Oberschlesiens sich entwickelt hat. Die oberschlesische Zellstoff- und Papierindustrie steht unter den deutschen Industrien dieser Art an erster Stelle. Von großem Umfang ist ferner die **chemische Industrie** Oberschlesiens. Die zahlreichen Fabrikate dieser Unternehmungen: künstliche Düngemittel, Ammoniaksalze, Soda, Pottasche, Naphtalin, Steinkohlenteeröle usw. haben internationale Bedeutung.

Der oberschlesischen Landwirtschaft, die hauptsächlich links der Oder betrieben wird, ist es möglich, einen Großteil der Bevölkerung rechts der Oder mit ihren Produkten zu versorgen. So reich wie Oberschlesien an Bodenschätzen ist, so reich sind die Erträgnisse der oberschlesischen Landwirtschaft. Das Vorhandensein landwirtschaftlicher Großbetriebe ermöglichte die Errichtung landwirtschaftlicher Nebenbetriebe, unter denen ganz besonders die **Zuckerindustrie, Flachsfabrikation** und **Brennereien** hervorzuheben sind. Im Betriebsjahr 1910/11 zählte Oberschlesien 11 Zuckerfabriken, die zirka 3,6 Millionen Doppelzentner Rüben verarbeiteten, 13 gewerbliche und 216 landwirtschaftliche Brennereien, deren Gesamterzeugung 173 443 Hektoliter reinen Alkohols betrug.

Die reiche Produktion Oberschlesiens hat einen ausgedehnten Handel zur Folge. Die Oder ermöglicht mit dem anschließenden Klodnitzkanal, der von den 127 Binnenkanälen Deutschlands in bezug auf den Verkehr an sechster Stelle steht, auf billigerem Wege die reichen Produkte des Landes dem Norden Deutschlands zuzuführen. Ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz verbindet Oberschlesien mit dem übrigen Deutschland auf der einen Seite und den Ostländern auf der anderen Seite. Da Oberschlesien ringsum von Agrarländern umgeben ist, hat die Ausfuhr oberschlesischer Produkte in diesen Ländern festen Fuß gefaßt. Rußland war vor dem Kriege der Hauptabnehmer oberschlesischer Produkte. Durch eine besondere Qualität der Produkte hat sich Oberschlesien einen Weltruf geschaffen und dem Deutschen Reiche Millionen ausländischer Gelder zugeführt. Der Reichtum der oberschlesischen Städte, die förmlich ein Städtemeer bilden, beweist zur Genüge den weitausgedehnten Handel Oberschlesiens.

Der ungeheure Reichtum des Landes, der erst in der Ausnützung der natürlichen Schätze seine Ursache hat, konnte aber nur unter deutschem Zepter erreicht werden. Jeder, der die historische Entwicklung der oberschlesischen Industrie und des Handels kennt, weiß, daß **Polen nicht den geringsten Anteil hatte an den kulturellen und materiellen Werten, die in Oberschlesien geschaffen wurden. Alles, was in Oberschlesien an Werten geschaffen wurde, ist deutsch**, und insbesondere die produktiven Kräfte, die der Industrie die Grundlage zum Aufbau gaben, wurzeln ganz im deutschen Wirtschaftsleben. Deutscher Unternehmungsgeist, deutsches Kapital und deutsche Arbeit haben die Bergwerke, Eisenwerke, Zinkhütten usw. geschaffen und unter schweren Verhältnissen zu größter Intensität gebracht. Wie wenig die Polen zu ähnlichen Leistungen fähig wären, zeigt das Beispiel verwandter Unternehmungen in den benachbarten Gebieten, die unter gleichen geologischen Verhältnissen arbeiten. Und dennoch suchen die Polen Oberschlesien mit allen Mitteln an sich zu reißen. **Die Polen sind unfähig, eine Industrie, wie sie Oberschlesien aufweist, weiterzuerhalten.** Daß französisches Kapital größtes Interesse daran hat, Oberschlesien mit Polen vereinigt zu sehen, beweisen neuerdings Blättermeldungen aus Zürich, Genf und Amsterdam, wo seitens der Franzosen große Nachfrage nach oberschlesischen Aktien aller Konzerne herrscht. Nur mit Frankreich vereint, könnten die Polen ein Oberschlesien, wie es unter Deutschland groß geworden, weiter erhalten.

Was bedeutet nun der Verlust Oberschlesiens für die deutsche Volkswirtschaft? **Der Verlust Oberschlesiens bedeutet den Verlust des gesamten Reichtums Oberschlesiens für Deutschland.** Ausdrücklich habe ich Zahlen angeführt, um den ungeheuren Schaden, den die deutsche Volkswirtschaft durch die Lostrennung Oberschlesiens vom Reiche erleiden würde, zu beweisen. Im Falle eines für Deutschland schlechten Ergebnisses der Abstimmung in Oberschlesien müßten sämtliche östlich der Elbe gelegenen Provinzen auf die Kohlenversorgung seitens Oberschlesiens verzichten. Was das bedeutet, brauche ich nicht anführen. Auch wenn man sich vertraglich dahin einigen könnte, Ostdeutschland weiterhin zum Teil mit oberschlesischer Kohle zu beliefern, so wäre ja diese oberschlesische Kohle schon „Auslandsware". Die unausbleibliche Folge davon wäre ein weiteres Sinken unserer Valuta im Auslande. Ferner müssen wir in Betracht ziehen, daß die Produkte, die Oberschlesien ans Ausland liefert, uns die bargeldlose Einfuhr ausländischer Produkte ermöglichen, so daß bei einem Verlust Oberschlesiens wir die Waren aus dem Auslande mit barem Geld kaufen müßten. Das bedeutet wiederum ein Sinken der deutschen Valuta, so daß in Erfüllung geht, was Reichskanzler **Fehrenbach** bei Verabschiedung des oberschlesischen Autonomiegesetzes mehrmals betonte: **„Der Verlust Oberschlesiens bedeutet den Tod Deutschlands." Das Spaer Kohlenabkommen wäre glattweg undurchführbar. Die Belieferung Bayerns** mit oberschlesischen Kohlen würde **zu allererst eingestellt** werden. — Die sächsische Industrie, die wohl an der Spitze der deutschen Industrie steht, müßte zum großen Teil eingestellt werden, da sie ihre Rohprodukte zumeist aus Oberschlesien bezieht. Dadurch würde dem deutschen Volke der Todesstoß versetzt werden. Ein wirtschaftliches Chaos würde hervorgerufen werden, aus welchem sich Deutschland nicht mehr erholen könnte. Die Folgen sind unübersehbar. An einen Wiederaufbau wäre gar nicht zu denken. Wird es gelingen, Oberschlesien der deutschen Wirtschaftseinheit zu erhalten, dann ist es ein Verdienst der hervorragenden Führer der Katholischen Volkspartei Oberschlesiens, die selbst vor dem Tod nicht zurückschrecken, um Oberschlesien dem Deutschen Reiche zu erhalten. Das gesamte deutsche Volk muß diejenigen Kräfte mit allen Mitteln unterstützen und keine Opfer scheuen, schon aus dem Grunde, weil die Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Deutschen Reiche nur dem deutschen Volke zum Segen und zur Wiedergesundung gereichen kann.

Das föderalistische Programm der B.V. und die christliche Weltanschauung.

Von Benefiziat L. Heilmaier.

Warum „kann das Reich nur föderalistisch sein oder es ist überhaupt nicht"? (Dr. v. Kahr, Bamberg.) Warum erweist sich jetzt schon in der Praxis der zentralistisch-unitaristische Staatsgedanke als verderbliche Torheit? Es muß an einem wichtigen Prinzip im Leben unseres Volkes gerüttelt worden sein. Der Landespräsident der B.V. hat am 19. September in Bamberg die tiefe Ursache hiervon ausgesprochen: „Der Gegensatz Unitarismus und Föderalismus ist in seinem tiefsten Kern eine Weltanschauungsfrage." Dies Wort müssen wir festhalten, wir dürfen es nicht mehr fallen lassen.

Speck selbst begründet dieses sein Wort damit, daß der Unitarismus seinem Wesen nach eine Mechanisierung des staatlichen, kulturellen, religiösen Lebens, die Ertötung unendlich zahlreicher Kräfte in den einzelnen deutschen Stämmen bedeutet; daß es also unsere größte vaterländische Pflicht ist, alle guten Kräfte in allen deutschen Stämmen zu lösen zu edlem Wettstreit, zum Wohl des ganzen großen Volkes.

Wenn wir nun noch tiefer nach der Grundursache forschen, warum die Weimarer Verfassung an innerer Unwahrhaftigkeit krankt und der Zersetzung entgegengehen muß, warum es sich letzten Endes um eine Weltanschauungsfrage handelt, so sehe ich den Grund darin, daß nach den Gesetzen der göttlichen Weltregierung auch die Stämme und Völker Persönlichkeiten darstellen, welche — in den rechten Schranken — die Wahrung ihrer Eigenart in ähnlicher Weise beanspruchen und verteidigen dürfen, wie die einzelnen Individuen. Je größer ein Volksverband ist, desto mehr wächst die Gefahr, daß der Gemeinsinn durch den Egoismus der Glieder gelähmt wird. Eine anbetungswürdige Vorsehung, die mit weiser Hand unsichtbar die Völker führt, hat die Gefahr hintangehalten, indem sie in der Entwicklung die Nationen sich aufbauen ließ aus einer Reihe organisch gewachsener, vollgültiger Volkspersönlichkeiten: So geschah es zum Besten der Menschheit. Würde etwa die ganze Menschheit, gewaltsam als Weltrepublik errichtet, zu einer einzigen widernatürlichen Persönlichkeit, — ein gräßlicher Untergang der Menschheit wäre die unausbleibliche Folge. Die gleiche Vergewaltigung innerhalb unserer deutschen Nation müßte sich ebenso bitter rächen. „Das Reich kann nur föderalistisch sein, oder es ist überhaupt nicht." Die Zertrümmerung des gottgewollten Föderalismus ist eine Idee, welche dem Gehirn des „Sohnes der Bosheit" entsprungen ist, die sich auf das unitaristische System stützen muß, um die civitas Dei damit scheinbar völlig zu zerschlagen und, wie es unsere heiligen Bücher erkennen lassen, wenigstens zeitweilig, tatsächlich an der Spitze einer völlig entchristlichten Weltrepublik die Menschheit zu tyrannisieren.

Der Unitarismus, das wollte Speck mit obigem Worte aussprechen, ist in seinem tiefsten, geheimnisvollen Wesen ein Blendwerk, ein Gedanke aus dem Reich des Antichrist, das sich in unserer Weltzeit bereits unauffällig, aber schrecklich sicher anbahnt. Es sieht u. a. auch im föderalistischen Charakter einer Nation ein Hindernis, das unbedingt beseitigt werden muß. Das immer mächtiger nach der Weltherrschaft strebende Judentum, das aus seiner Rasse den Widersacher Christi und seines Reiches gebären soll, und der entchristlichte Sozialismus, beide innig verbunden, unter Führung einer finster im Verborgenen schaffenden Macht, der Freimaurerei, sie sind die Wegbereiter des falschen großen Messias, sie sind bei uns die Erfinder und Förderer des Unitarismus. In Frankreich ist es beiden Mächten mühelos gelungen, das Eigenleben der einstigen stolzen Völker der völligen Erstarrung anheimzugeben und sich in dem Moloch einer unnatürlich großen Stadt zu zentralisieren; in England kämpft das arme glaubensstarke Irland noch immer den Kampf der Verzweiflung gegen den Unitarismus.

Nur dadurch, daß leider Gottes christliche Volksführer sich fanden, die mit dem von der jüdischen Rasse geführten Sozialismus Kompromisse eingingen, konnte das unheilvolle Prinzip der Zentralisierung Eingang finden in die Reichsverfassung. Wehe, wenn sie sich damit entschuldigen, daß dieser politisch-wirtschaftliche Vorgang mit Religion, mit Weltanschauung nichts zu tun habe! Dann hätten sie damit bewiesen, daß sie vom Wesen des Christentums wesentlich abgewichen sind, daß sie im Glauben an eine göttliche Vorsehung Schiffbruch gelitten haben. Als christliche gebildete Männer müßten sie sich längst durch einen tieferen Blick in die Weltordnung die Erkenntnis gewonnen haben, daß sich auch hinter den scheinbar neutralsten, indifferentesten politischen, wirtschaftlichen u. dgl. Fragen weite theologische Perspektiven öffnen. Ich möchte hier gar nicht aus mir selber sprechen, sondern möchte ein Wort Mannings anführen: „Die Theorie, daß die Politik und Religion verschiedene Sphären haben, ist eine Täuschung und Trug. Denn die Geschichte kann nur in dem Licht der Offenbarung gedeutet werden, denn über den menschlichen Willen, die jetzt im Streit liegen, steht ein allherrschender, göttlicher Wille, der alle Dinge so leitet, daß sein eigener, vollkommener Endzweck erfüllt wird." Das schreibt Kardinal Manning, der heiligmäßige und hellseherische Konvertit, seinem hohen Freund Newmann in der Schrift „Der Antichrist", die für uns noch größere Bedeutung hat, als für jene Zeit.

Selbst ein Förster mußte in seinem Werke „Weltpolitik und Weltgewissen" bei Verteidigung des gesunden Föderalismus jenen Verrätern an diesem völkischen Prinzip den Vorwurf machen, daß sie bereits während des Krieges den katholischen Gemeinschaftsgedanken durchbrachen und so auch Mitschuld tragen an unserem Zusammenbruch. Männer, welche mit den erklärten Todfeinden des Deutschtums und Christentums in entscheidenden Fragen Kompromisse eingehen, müssen wir als Vertreter christlicher deutscher Stämme ablehnen; wir wollen Männer, welche stahlhart bleiben in Sachen der Weltanschauung, Männer, die aus tiefer persönlicher Frömmigkeit heraus, mit dem ganzen Stolz und mit der ganzen Demut eines Katholiken um Erleuchtung beten, den Weg der Vorsehung zu verstehen, und um Kraft, das Volk diesen Weg zu führen.

Die katholische Kirche, societas perfecta, hat in 1900jähriger Missionsarbeit ein hohes Feingefühl für das geschichtliche Werden und für die Lebensgrundlagen der Völker erworben. Nur in weiser Pietät gegen die Charaktereigenschaften der Volkspersönlichkeiten konnte sie einst die Völker Europas erziehen als gleichberechtigte Glieder einer großen Familie. Das Eindringen des chauvinistischen Nationalismus bedeutete den ersten Bruch mit dem christlichen Prinzip des Föderalismus im großen und den Beginn unseligen Haders.

Dem bayerischen Volk scheint eine hohe providentielle Rolle beschieden zu sein. Wer hätte an jenem traurigen Novembertag, da Bayern zum Gegenstand des Mitleids und Spottes wurde, gedacht, daß Präsident Speck am 19. September 1920 in Bamberg die Worte sprechen konnte: „Bayern ist in Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus der Gradmesser für die sittlichen Eigenschaften des deutschen Volkes geworden und zum Sinnbild für den Willen zum moralischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau." Warum dringt gerade von Bayern aus so mächtig in alle deutschen Lande hinaus der kategorische Ruf: „Das Reich muß föderalistisch sein, oder es ist überhaupt nicht"? Warum mußten sich Bayerns christliche Volksvertreter vom Zentrum scheiden? Weil im katholischen Bayernvolk, tief im Herzen jedes wahren Bayern das Gefühl wohnt, daß ein Volk nach Gottes Willen ein Recht hat auf seine Eigenpersönlichkeit, die nur als solche in den Rahmen des Ganzen eingeordnet, dem Ganzen am besten dient, daß ein Volk die Pflicht hat, einen Mordversuch an seiner Eigenpersönlichkeit den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Diese Stellungnahme fließt aus echt katholischem Denken. Auch die mit uns in echtem Christenglauben und als Föderalisten in der Bayerischen Volkspartei treu verbundenen Protestanten huldigen jener Katholizität, welche im Einzelglied das Ganze sieht, achtet und wahrt, — das beweist die Persönlichkeit, Rede und Tat unseres hochverehrten Ministerpräsidenten.

Möchte in allen Christenherzen das Gefühl erstarken für das, was aus der Natur und Geschichte der Volksgemeinschaften heraus, gemäß den Plänen einer göttlichen Weltregierung zum gesunden Fortschritt der Völker sich als notwendig erweist! Möchten den Führern wenigstens allen die Augen aufgehen, daß es sich in unserem Problem um eine Weltanschauung handelt, daß Föderalismus und Unitarismus ein wichtiges Schützengrabensystem vorstellen, im Kampf zwischen den Heerscharen des Antichrist und des Reiches Christi!

Haltet hoch das Banner des föderalistischen Programms der B.V., in diesem Programm liegt der Keim zur Gesundung Deutschlands aus schwerer Krankheit.

Zu Beethovens 150. Geburtstag.

Von Grete Kimel.

Motto: Ich will dem Schicksal in den Rachen greifen, ganz niederbeugen soll es mich gewiß nicht. (Beethoven.)

Ludwig van Beethoven, 16. Dez. 1770 zu Bonn geboren, nimmt unter den Künstlern aller Länder und Zeiten den Ehrenplatz ein, einen unumstrittenen Ehrenplatz. Er ist der populärste und zugleich der tiefste aller Musiker, die je gelebt haben. Für jeden fühlenden Menschen, ob arm ob reich, ob glücklich oder unglücklich, ist dieser Meister eine unversiegbare Quelle des Trostes, der Erhebung, der inneren Bereicherung. So ist es denn kein Wunder, daß noch heute in fast jedem Konzert eine Beethovensche Komposition zu hören ist. Wir werden sehen, daß unserer verirrten, verwirrten Zeit diese Tatsache ein gutes Zeugnis ausstellt.

Als Beethoven seine ersten Sonaten und Sinfonien schrieb, da leuchteten ihm die unvergänglichen Sterne Bach, Haydn, Mozart als Vorbild. Die Musik stand, künstlerisch und technisch genommen, damals schon lange auf einem Höhepunkt. Sebastian Bach (gest. 1749) hatte mit eiserner Strenge seine Empfindungen in eine feste, von ihm ausgebaute, musikalische Form gegossen. Seine „Fugen" sind der Ausdruck strengst disziplinierten Fühlens, vollkommenster Formbefestigung. Seine „Passionen" zeugen von klarstem Erfassen der elementaren Gefühle im Menschen: Das „Kreuzige ihn" und „Die Klage" um den toten Heiland sind dramatisch herausgearbeitete Punkte. Man wandelt bei Bach auf unendlich hohen Bergrücken, die in klaren, großgeschwungenen Linien vor tiefem Himmelsblau stehen. Eine Riesenkraft baute diese gewaltigen Werke mit eiserner Energie in klarster Formulierung. In dieser Musik ist das logische, verstandesklare Denken des 18. Jahrhunderts. Bachs Zeitgenossen Händel, den Beethoven den größten Musiker nannte, hat die Nachwelt — vielleicht der alttestamentlichen Strenge seiner gleichwohl melodienreichen Werke wegen — ein wenig vernachlässigt. Die unglaubliche Menge der Haydnschen Kompositionen, die Bachs ernste Wucht zu anmutigem Charakter fortentwickeln, die, sinnbildlich gesprochen, zu Bachs gewaltigen Höhenzügen weite, liebliche Ebenen schufen; die heitere Grazie Mozarts, die, Frühlingstagen im Wiesengrund gleich, aus der Fülle seines sonnigen, überquellenden Gefühls geboren, standen Beethoven vor Augen. Er fand also ein musikalisch Fertiges, Vollendetes vor, als er schaffend in die Welt trat und man fragt sich, welche Aufgaben es denn noch zu lösen gab in der Musik.

Was das rein Technische des Komponierens betrifft, so war hierin das Höchste geleistet. Die Instrumentierung der Vorgänger war meisterhaft: beispielsweise die düster ernste Stimmung der „Passionen" Bachs, die durch Oboe und Fagott (Holzbläser) hervorgerufen, von ernsten Cellotönen gesteigert ist, oder die überaus heitere Stimmung, die Mozart durch Flöte und erste Violine in seine Werke zu bannen weiß. In der äußerst haushälterischen Anwendung von vollorchestralen Höhepunkten, d. h. der Anwendung sämtlicher Instrumente, waren diese Musiker ihm Vorbild. — Die Form für Sonate (Klavier) und Sinfonie (Orchester) war gesetzmäßig festgesetzt. In vier sinnverwandten sogen. Sätzen entwickelte sich die musikalische Idee: adagio, andante, scherzo und allegro in beliebiger Reihenfolge. Die strophische Gliederung, die auch die Dichtkunst in feste Form gießt, gab jedem einzelnen Satz eine klare Entwicklung des musikalischen Gedankens. Jedes Satzglied wiederum fügte sich einem bestimmten Rhythmus, der dem Gesamtwerk den Charakter aufstempelte. So gab der 3/4-Takt, in dem die Walzer geschrieben sind, von vornherein einen heiteren, beweglichen Charakter, hingegen der 4/4-Takt, in dem die meisten Volkslieder sich bewegen, etwas Beschauliches oder ernst Bewegtes.

Es ergibt sich, daß die Ausdrucksmöglichkeiten in der Musik, ihre Formgesetze und Instrumentierung bereits zu bedeutender Höhe gekommen waren; was blieb nun einem Beethoven noch übrig?

Was Beethoven von seinen großen Vorgängern unterschied, war seine durchaus grüblerische Kämpfernatur, die sich mit den Problemen des Lebens auf musikalische Art auseinandersetzte. Nicht ein Sonnenkind wie Mozart, der alles mühelos gleichsam hervorsprudelte, kein dogmatisch streng gläubiger Christ wie Bach, der aus religiösem Impuls heraus schuf, sondern ein vom Leben gerüttelter Zweifler, ein tief Leidender, ein unendlich tief Schauender, ein Ringender war Beethoven. Kein Ereignis nahm er vom Leben hin, ohne es in seinem Innern kritisch zu verarbeiten; keinen Widerstand stellte ihm das Leben, dem er nicht blutig kämpfend entgegentrat. Aber er ging aus tausend Wunden blutend, als ein Held, als ein Sieger aus allen Seelen- und Geisteskämpfen hervor! Und das macht ihn so groß für alle Zeiten.

Es ist hier wichtig, sich über eine Unterscheidung klar zu werden, der die Musik nach zwei grundsätzlich verschiedenen Seiten hin unterliegt. Diese Unterscheidung betrifft den Inhalt der Musik. Auf der einen Seite haben wir das Lied, die Oper, sowie das sogenannte Salonstück. Auf der anderen Seite haben wir die reine Streichmusik (Streichquartett usw.), die Sinfonie und die Sonate. Wie schon aus der Bezeichnung der ersten Gattung hervorgeht, sind diese Musikwerke abhängig entweder von einem bestimmten Text (Lied, Oper) oder von einem rein äußerlichen Erlebnis („Waldweben", „Feuerzauber" von Wagner; Salonstücke). Die zweite Gattung ist völlig unabhängig vom Wort, vom Naturvorbild, vom äußerlichen Ereignis; rein instrumental gibt sie nur einem Gefühl, einem inneren Erlebnis Ausdruck. Da die erste Gattung einen erzählenden Inhalt hat, der einer Ueberschrift bedarf, heißt sie „Programmusik"; die zweite Gattung wird ihrer Losgelöstheit vom Wort, ihrer Unabhängigkeit vom Ereignis wegen „absolute Musik" genannt.

Beethoven verkörpert nun den Höhepunkt der „absoluten Musik" und zugleich ein zeitweises Ende. Denn auf die sogenannte „klassische Epoche" der Haydn, Mozart, Beethoven folgt ein sentimentaler Traumzustand, aus dem die sogenannten „Romantiker" Schubert, Schumannn, Rubinstein hervorragen, aus dem aber auch Richard Wagner (1814 geboren) mit seinen sagenerfüllten Opern, mit seiner vollendeten Wiedergabe von Natureindrücken die Programmusik zu höchster Blüte entwickelt.

Von Haus aus veranlagt, Lebens- und Welträtseln nachzuhängen, beeinflußten Beethovens Schwerhörigkeit und spätere Taubheit seine grüblerische Natur. Er blickt tiefer in die geheimen Verborgenheiten der Seele als jeder andere Sterbliche. Was er also der Musik an Neuem brachte, war eine Vertiefung ihres Gedankengehaltes, eine Erhöhung ihres sittlichen Wertes. Beethovens Werke sind unvergänglich, tief und allumfassend. Wer sie oberflächlich genießt, hat seine Freude an der Formvollendung, an Harmonien und Melodien. Wer tief hineinhört, der gerät mit in den Kampf ums Leben, den Kampf um Klarheit und Erkenntnis unseres Erdenzweckes; er vernimmt geheimnisvolle Stimmen aus einem Jenseits, er fühlt die triumphierende Sieghaftigkeit, die das Ende jeder Komposition zu befriedigendem Abschluß bringt. Aber immer wieder eröffnen sich dem von der Welt abgeschlossenen, einsam in Taubheit Dahinlebenden neue Probleme. Der eine Sieg gebiert unzählige neue Kämpfe. Jede Sonate (Klavier), jede Sinfonie (Orchester) stellt neue Fragen an das Leben. Oft kämpft er mit verzweifelter Kraft. Es ist wie ein Rütteln an den eisernen Ketten des Schicksals, ein Sichaufbäumen gegen das Leben. Der Zuhörer wird in Seelenkämpfe verwickelt und fühlt in seiner eigenen Brust ein schwaches Abbild dieses urgewaltigen Ringens. Seine gequälten Schreie klingen durch die ersten Sätze der V. und IX. Sinfonie: Im vierten Satz aber kommt die Erlösung: es ist ein versöhnender Ausgleich gefunden zwischen dem Schicksal und der eigenen Brust! Sein Sieg heißt: „Freude, schöner Götterfunken ..." In seiner IX. Sinfonie ruft Beethoven — Chor und Orchester vereinigen sich zu diesem Jubelruf — der Menschheit zu: „Diesen Kuß der ganzen Welt!"

Nicht jeder Sterbliche trägt in sich die Kraft, siegreich hervorzugehen aus dem Lebenskampf. So ist Beethoven ein Führer des Volkes, der, von göttlicher Kraft beseelt, siegreich um das Höchste des Menschen ringt.

Beethovens Kunst ist nicht leicht und tändelnd, nicht spielerisch und schnell befriedigt wie die Musik des „Salonstücks" und der „Operette", die mit Tschingdarassassa einherzieht! Sie ist aber auch nicht selbstzergrübelnd wie moderne „Absolute Musik", die ihr nutzloses Grübeln, ihren sieglosen Kampf, ihr müdes Erliegen in unrhythmischen Dissonanzen kundgibt! Zwischen diesen zwei Welten der oberflächlich Genußsüchtigen und der selbstzersetzenden Sieglosen ragt Beethoven wie ein Fels reinsten Menschentums empor, einsam und groß. — Das macht seine Werke so wertvoll, daß sie läuternd und erhebend, durchaus gesund und kraftvoll sind.

Selbst Beethovens Kirchenmusik (missa solemnis) weist seelische Kämpfe auf, weil er nicht leicht und nicht kritiklos den Dogmen der Kirche zustimmen wollte. Auch hier spüren wir das Ringen um das Höchste: um den Glauben an Gott. Sein Glaubensbekenntnis legt er nieder im Schlußchor der IX. Sinfonie: „Droben überm Sternenzelt muß ein lieber Vater wohnen ..."

Wer je diesen Chor hörte, der ging heim mit einem tiefen Erleben des Gottesgedankens, mit innerer Kraft und Seligkeit!

Es ist kein Zufall, daß Beethoven durch seine Liebe zur Menschheit den Sieg davontrug über das Leben. Der Ruf nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit war in Frankreich kaum verhallt und hatte starken Widerhall gefunden in der Brust dieses unermüdlichen Kämpfers. Frei von kriechender Demut und willenlosem Unterwerfen, brüderlich empfindend und gleich in seiner Liebe für die ganze Menschheit war Beethoven. Was in den Köpfen des rohen Volkes unverstanden zu Aufruhr, Sittenlosigkeit und Arbeitsunlust führte, das war vertieft und veredelt in Beethoven Sittlichkeit geworden, Kraft und Größe; das gab auch Schiller die erhabene Kraft zu seinem Gedicht „An die Freude", das den Text zu dem Schlußchor der IX. Sinfonie bildet.

Ein gutes Zeichen unserer haltlosen, schwankenden Zeit ist es, daß Beethovens ernste, tiefgründige Musik mehr und mehr in das Volk eindringt. Die Anhänger der leichten und seichten Musik wachsen zwar täglich. Aber ein Blick in die Konzertsäle genügt, um mit Freude zu bemerken, daß auch die Anhänger Beethovens sich mehren. Möge zu seinem 150. Geburtstag der Geist Beethovens in diesen ernstesten trübsten Zeiten recht tief Wurzel schlagen im deutschen Volk; möge unsere Jugend Freiheit daraus lernen, die da heißt Kraft und Wahrheit.

Die Bedeutung des Dekaloges als Grundlage sozialen Wiederaufbaues.

Von Sigm. Frhr. v. Pfetten-Arnbach.

In einem Schriftchen „Ueber katholische Weltanschauung", welchem ein Geleitswort des Bischofs Sigismund Felix Frhr. v. Ow in Passau vom 31. Juli 1918 und ein Imprimatur des Bischöfl. Generalvikariates Augsburg vom 17. August 1918 vorgedruckt ist, habe ich den „Dekalog" als die Grundlage der nach katholischer Weltanschauung bestehenden sittlichen Verpflichtungen erwähnt und dazu geschrieben: „Eine tiefere Umwallung der Menschenrechte, als sie der Dekalog in seinen kurzen bündigen zehn Geboten bietet, ist von keinem Gesetzgeber versucht worden."

Der göttliche Ursprung des „Dakaloges" drängt sich jedem auf, der sich den wunderbaren Inhalt dieses Gesetzes als dem der Gesamtheit von Pflichten einerseits und von Rechten anderseits klar zu machen sucht, ohne deren Heilighaltung eine dauernde Ordnung in der menschlichen Gesellschaft nicht möglich ist. Ihre nicht dem Wortlaute allein sondern auch dem Geiste nach vollzogene Betrachtung legt tatsächlich alle Grundsätze fest, auf deren Beobachtung sich dauernde und volle Ordnung gründen kann, wenn es gleich selbstverständlich bleibt, daß der Gegensatz zwischen Gut und Bös nie aus der Welt schwinden wird.

„Du sollst allein an einen Gott glauben." Der Inhalt dieses Gebotes umfaßt Himmel und Erde. Es ist die großartige und allein würdige Einleitung in das gewaltige Gesetzgebungswerk, das auf Sinai unter Blitz und Donner verkündet wurde.

In dem mir vorliegenden Katechismus ist unter diesem Gebote behandelt: Glaube, Hoffnung und Liebe, Anbetung Gottes, Aberglauben und Gottesraub. Wer seinem Denken die Worte des Heilandes zugrunde legt, welche in den Geboten der Liebe Gottes und des Nächsten den ganzen Inhalt des Gesetzes erkennen, der wird in dessen Betrachtung nicht irregehen und wer darnach sein Handeln einrichtet, wird sicher dem eigenen und dem Volkswohle dienen.

„Du sollst den Namen Gottes nicht eitel nennen." Der Katechismus behandelt hier die Gotteslästerung, die Lehre vom Eide und von den Gelübden. Was in der Treue gegen Gott seinen tiefsten Grund hat, wird in diesem Gebote als Grundlage menschlicher Ordnung geboten. Ich kann es nicht unterlassen, hier über den Eid, dessen Heiligkeit und die Wichtigkeit der Aufgabe der weltlichen Gewalt den Eid als Bekräftigungsmittel der Wahrheit zu schützen, einige Worte anzureihen. In unendlich vielen Fällen, und zwar gerade in den für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wichtigsten Momenten als Versicherung der Wahrheit im bürgerlich-rechtlichen Verfahren und für die gerechte Handhabung der Strafrechtspflege, als Versprechungseid für die Handhabung der Wehrkraft im Dienste des Vaterlandes und für Gesetzgebung und Verwaltung ist und bleibt der Eid das letzte Mittel menschlicher Gerechtigkeit. Manche Vorkommnisse an den Fronten während des Weltkrieges und das, was sich am Schlusse desselben in der Heimat ereignet hat, hätte nicht so kommen können, wenn der einzelne von der Pflicht, den Fahneneid und den wenigstens in Bayern von jedem Staatsbürger geleisteten Verfassungseid unter allen Umständen heilig zu halten, tiefer durchdrungen gewesen wäre.

Auch über die Gelübde kann nicht mit Stillschweigen hinweggegangen werden. Der Kommunismus nimmt so oft für sich die Lehren des Heilandes und deren Befolgung durch die ersten Christen in Anspruch. „Christus marschiert" kann man ausrufen hören, wenn Erfolge des Kommunismus gepriesen werden. Wahrem Christentum beanspruchen Wortführer kommunistischer Endziele zu dienen. Dabei wird übersehen, welch' tiefen Unterschied das Evangelium zwischen Pflicht und Rat macht.

„Nicht bin ich gekommen, das Gesetz aufzuheben, sondern es zu erfüllen", spricht Christus wörtlich. Die sog. evangelischen Räte — Armut, Keuschheit, Gehorsam — werden ausdrücklich herausgenommen aus dem Pflichtenkreise des Evangeliums, das Christus der Menschheit zu ihrer Erlösung gebracht hat. Ihre Befolgung wird ausdrücklich nur denen anheimgegeben, denen das Verständnis dazu gegeben ist. Auf der freiwilligen Entsagung, welche die Befolgung dieser Gelübde voraussetzt, beruht der katholische Ordensstand beider Geschlechter. Die tiefe Auswirkung wahrer Gottesliebe nach der einen, werktätiger Nächstenliebe nach der andern Seite hat der menschlichen Gesellschaft seit Bestand des Christentums eine Fülle wahren Segens gebracht, über welche die Geschichte aller Jahrhunderte und aller Nationen die reichsten Erfahrungen bietet.

„Du sollst den Sabbat heiligen." Die katholische Kirche hat von der ihr von ihrem Stifter erteilten Binde- und Lösegewalt Gebrauch gemacht, indem sie an Stelle des Sabbats, des siebenten Wochentages, den ersten Wochentag gesetzt hat, als jenen Tag, in dem der Heiland durch seine Auferstehung sich als den Herrn über die Macht des Todes erwiesen hat. Sonntagsfeier und Sonntagsruhe sind der Inhalt dieses Gebotes, von dem die Erfahrung lehrt, daß es ohne Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens auf die Dauer nicht verletzt werden darf, und daß dessen Heilighaltung für die wirtschaftliche Gestaltung des Erwerbslebens und die Eintracht in der Gesellschaft von um so günstigeren Wirkungen ist, je treuer es gehalten wird. Der Heiland selbst hat gerade diesem Gebote gegenüber in sehr deutlichen Beispielen dargetan, daß der Geist es ist, welcher der Erfüllung der Gebote erst Leben gibt, daß aber der Buchstabe tötet. Leider ist uns der wahre Inhalt dessen, was Sonntagsfeier und Sonntagsruhe dem Menschen an Leib und Seele zu bieten vermag, in weitem Umfange verloren gegangen. Im Reichstage war es der rheinische Abgeordnete Dr. Lingens aus Aachen, dessen Namen ich der Gegenwart in Erinnerung bringen möchte um seine großen Verdienste um die Sonntagsruhe der Vergessenheit zu entreißen. Sonntagsfeier ist und war ja dem Einflusse des Reichstages entzogen. Beim Postetat hat Dr. Lingens begonnen, und hat dem überlasteten Postbediensteten den ersten Anfang einer wiederbeginnenden Sonntagsruhe gebracht. Als er auch beim Militäretat anfing, auf Sonntagsruhe des in Waffen stehenden Volkes zu drängen, da zeigte sich, was ein einzelner Abgeordneter durch ruhiges, konsequentes Beharren auf einer berechtigten Forderung erreichen konnte. Der damalige preußische Kriegsminister kam ihm gerne entgegen, und mir wurde eine Aeußerung desselben erzählt: „Schon lange war ich darauf gefaßt, daß Lingens auch mein Ressort zum Gegenstand seiner Angriffe machen werde."

(Schluß folgt.)

Die Treue zur katholischen Presse ist eine Bekennerpflicht in unserer vielbewegten, an Entscheidungen reichen Zeit.
Kardinal Fürstbischof Dr. Bertram-Breslau.



Vom Büchertisch.

„Das Schlachtfeld." Roman von Franz **Herwig**. Verlag **Adolf Bonz & Co.**, Stuttgart. Zwei Bände. Ein Polenroman ist's, der eigentlich vor dem Weltkrieg spielt und doch ein Gegenwartsroman in feinsten Ausmalungen ist. Man könnte ihn fast einen Spiegelroman des Polentums nennen. Die Familie Welonski von Krakau, ein altes polnisches Adelsgeschlecht, mit seinen seltsamen und doch so echt polnisch phantastisch geratenen drei Kindern trägt die Handlung: Der älteste Sohn der das polnische Aristokratentum in Hochkultur verkörpernden Gräfin Welonski wird sozialer Pastor der Aermsten, ein armer Kaplan, eine Gestalt nach Franciscis Geist. Der zweite, ein Brausekopf, wird zum Revolutionär und Spion und endet beim nächtlichen Spionageüberfall auf die Festung durch eine Kugel. Die Tochter, die von der Klosterschule in Lüttich nach Berlin entläuft, auf Universitäten sich mit Wissenschaft vollpfropft und im Ausleben ihrer Charakterextreme schließlich als Dr. geschmücktes Weib von glühender Vaterlandsliebe in der Ehe mit einem deutschen Gelehrten ihr Glück und sich selber wiederfindet. Was sich um diese Hauptfiguren an polnischen Edelleuten und Volk bewegt, sind echte und mitunter prächtige Gestalten der polnischen Nation, auch da, wo sie der nationale Uebereifer und ihre polnische Eigenart zu Spottgeburten werden lassen: der Graf Welonski, der joviale Onkel Maretzki und der General aus Amerika. In schöner Sprache, in entzückenden Naturschilderungen, in dramatisch aufgebauten, besonders aber in psychologisch zart und fein entwickelten Szenen, führt Herwig die Träger seines Romans gegeneinander und füreinander. Ein ganz großes Stück polnischer Gegenwartsgeschichte begleiten sie. Es sind Menschen, lebenswahr und lebensfrisch mit warmem Blut und fest umrissenen Charakteren. Man interessiert sich für sie vom ersten Augenblick an. Das polnische Problem, mit seiner ganzen Bedeutung für das polnische Volk und für das Deutschtum, schaut vom Hintergrund über alle Gestalten und Ereignisse des spannend geschriebenen Romans hinweg und mahnt zur Versöhnung. Herwig malt nicht das Schlachtfeld, auf dem Kanonen donnern und die Fahnen mit weißen Adlern im Pulverdampf schwanken, sondern das Schlachtfeld, auf dem die polnischen Tugenden die polnischen Fehler besiegen sollen, auf dem der polnische Idealismus das Bollwerk des Materialismus zu erstürmen hat. Ein prächtiges Buch. Dr. Hans Eisele.

Heiliges Land. Moderne Gedanken über das Gotteshaus. Von Karl Schmid. 280 S. Mergentheim, Karl **Ohlinger**. In zwölf Kapiteln gibt der Verfasser dem modernen, suchenden, denkenden und ehrlichen Menschengeiste Antwort auf die Frage: Was ist uns modernen Menschen das katholische Gotteshaus? Gotteshaus und Gottesdienst, Altar und Opfer, Taufstein und Beichtstuhl, Kanzel und Hl. Schrift, Kreuz und Heiligenbild, Totenbahre und heiliges Glockenspiel werden in tiefsinniger und geistreicher Weise behandelt. Der Verfasser schreibt weniger vom dogmatischen, übernatürlichen Standpunkt, er stellt sich mehr auf den Standpunkt der menschlichen Vernunft, der natürlichen Forderungen des menschlichen Herzens. Er zeigt die Verirrung und das ganze Ungenügen aller nichtchristlichen Bestrebungen und weist anderseits hin auf die volle Befriedigung, die der Mensch auf jede Frage des edlen Menschenverstandes und auf jedes vernünftige Verlangen seines Herzens im katholischen Gotteshaus findet. Der Verfasser zeigt ein feines Verständnis für die vielen, wirren Regungen unserer Zeit und eine seltene Belesenheit in der alten wie neuesten Literatur. Er möchte mit seinem Buche nicht zuletzt der studierenden Jugend dienen. Ihr, wie überhaupt allen Gebildeten, sei das Werk auch ganz besonders empfohlen. Stoeckle, S. J.

M. Elisabeth Hoffmann: Der Glaube im Frauenleben. Paderborn, Verlag der Junfermannschen Buchhandlung. Diese dritte, vermehrte und verbesserte Auflage bestätigt den Wert des bescheiden auftretenden Werkchens, das ich in seiner reinen, lichten Einfachheit, mit seinem großzügigen Blick in die Wesenheit der Frau und deren grundlegende Verschiedenheit vom Manne in sehr viele weibliche Hände wünsche. Ein gutes, gesundes, klares Büchlein für weite Kreise!
E. M. Hamann.

Die Weihnachts-Krippe im Dienste der christlichen Erziehung, der Caritas und der Glaubensvorbereitung. V. P. Daniel **Gruber** O. F. M. 8°. 32 S. ℳ 2.50. Potthoff, Bochum 1920. Für die kräftig voranschreitende Förderung der Krippendarstellung, zumal in Form der Hauskrippe, bietet der Verfasser einige Gedanken, wie die Weihnachtskrippe auch erziehlich verwertet werden kann. Dabei ist besonders auf die Eigenarbeit beim Krippenbau Gewicht zu legen. Die Krippenopfer erhöhen ihren Wert, wenn sie zugleich den Apostolatsaufgaben oder den Caritaswerken fruchtbar gemacht werden. O. Heinz.

Eichendorff-Kalender für das Jahr 1921. Ein romantisches Jahrbuch. Begründet und herausgegeben von **Wilhelm Kosch**. Mit mehreren Bildtafeln und einem Vierfarbendruck (nach Matthäus Schiestls „Ueberraschung"). Zwölfter Jahrgang. München, Verlag Parcus & Co. Preis geb. 15 ℳ. — Ein sehr beliebtes Jahrbuch, nicht nur für die zahlreichen Mitglieder des Eichendorff-Bundes (mit seiner hochstehenden Zeitschrift für alle Zweige der Kultur „Der Wächter"). Der gegenwärtige Band wahrt von neuem den vorbestimmten Charakter des stofflich, inhaltlich und formal romantisch Geprägten in Poesie und Prosa. Inhalt: Biographisches: Alfons Nowack erzählt von des Dichters „Herzensbruder" Wilhelm von Eichendorff und später von der „Familie Eichendorff im Weltpriester- und Ordensstand". Für die Rubrik „Aus dem Freundeskreise Eichendorffs" stellte Ewald Reinhard als Thema den viel zu rasch vergessenen, „von vielfältigsten Interessen erfüllten", werktätigen Konvertiten und Menschenfreund Dr. med. Nikolaus Heinrich Julius. A. R. Franz schrieb anregend über Eduard von Luttich, den „wenig genannten, nicht vielen bekannten, aber echten Künstler" (Maler), der sich selbst gern als „letzten Romantiker" bezeichnete; beigefügt ist eine schöne Wiedergabe nach Luttichs Gemälde „Die Familienchronik". Karl Frhr. von Eichendorff setzte seine Sammlung „Begegnungen und Gespräche mit Eichendorff" in „Urteile über ihn" als „Zehnte Lesung" fort. — Hans Sturm steuerte eine Erzählung bei: „Mara Marcia", Armin Knab einen reizvollen „romantischen" Brief: „Hochzeitsreise in Franken". Gedichte brachten: Karl Norbert Mrasek, Fridolin Hofer (s. auch dessen Bildnis), Hanns von Hammerstein, Oswald Menghin, Paul Thun, Ludwig Bäte, Theodor Seidenfaden. Eine literarische Jahresrundschau (bis Pfingsten 1920) schließt den reichhaltigen Band.
E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Der Komponist Walter **Braunfels** nennt seine Oper „**Die Vögel**" ein lyrisch-phantastisches Spiel „**nach Aristophanes**". Es besteht jedoch kein Anlaß, sich hier in längeren Betrachtungen über die attische Komödie zu ergehen und Parallelen zwischen der Entstehungszeit der Vögel des Aristophanes und der unsrigen zu ziehen. Das wäre ja an sich sehr reizvoll, aber es wäre nur ein „Spiel", denn das Stück, das sich der Tondichter selbst formte, hat mit Aristophanes nur die äußere Hülle gemein; auf Satire hat der Musiker seine Zielrichtung nicht eingestellt. Gewiß sehen wir, wie bei Aristophanes die beiden Auswanderer Athens, den Vogel Wiedehopf als König der Vögel und die Gründung der Wolkenstadt, die Götter und Menschen trutzen soll; aber in schärferer Ausprägung wird uns das Zwischenreich als das Reich der Phantasie dargetan und dieses ist es, das den Musiker angezogen hat. Schon als Prologsängerin lernen wir die Nachtigall kennen, als die Vertreterin eines der Erdenschwere enthobenen Daseins, wo „das Leben leicht dem Frohen fließt", während ihr „Arme werkelt Tag und Nacht und seht doch nie den Himmel, den ich sehe". Im zweiten Akte hat es „Hoffegut", den einer der Auswanderer in den Wald getrieben, die Nacht zu verträumen und hier hat ihm die Nachtigall die Sinne geöffnet, hat ihn in süße, traumverlorene Fernen geführt, wo nicht Lust noch Leid sich spürt, all Fühlen dem All sich vereint. Freilich all das, was die Nachtigall in seinem Herzen aufwirbelt, geht über die Grenzen, die seiner Natur gezogen sind und er sinkt ohnmächtig nieder. Eine romantisch empfundene Idee, die restlos auszudrücken die Sprache versagt und an deren Stelle dann die Musik tritt. Der Szene fehlt dramatischer Charakter und es kann schon sein, daß man hier, wie man dies gerne besonders früher Pfitzner gegenüber tat, von epischen Breiten spricht, aber es sind dies gerade Szenen, in denen die Musik gewissermaßen zur ästhetischen Notwendigkeit wird, während es genug Opern auch Meisterwerke gibt, bei denen die Musik für das künstlerische Verständnis nur Ummalung, Verstärkung, Zierrat des Dramas ist. Mit dem Namen Pfitzner haben wir zugleich einen Geistesverwandten Walter Braunfels genannt. Seine Musik begnügt sich nicht mit Farbe, sie hat auch Zeichnung. Die Richtung, die ihr Ziel in der Sprengung jeder Form sieht, steht Braunfels, wie Pfitzner ablehnend gegenüber. Seine musikalische Sprache ist reich an Melodik, sie wirkt oft ganz schlicht und einfach, aber ihre Wirkung versagt deshalb doch nicht, weil sie der Ausdruck eines starken Empfindens ist. Sein Orchester ist glänzend, weiß aber immer der Singstimme ihr Recht voll zu wahren. Auch darin unterscheidet sich Walter Braunfels von neuzeitigen anderen Romantikern des Klanges, daß er ihre Neigung für die Romantik des Krankhaften, Angefaulten nicht teilt. Dieser Musiker hat auch Humor, das zeigt er in der Figur des Schönschwätzers „Ratefreund", den **Jerger** ganz köstlich spielte und sang, aber nicht minder findet er wahre Töne für das tragische Pathos des Prometheus, dem **Schipper** seine machtvolle Stimme lieh. Dieser naht, um die Vögel zu warnen, sich nicht wider die Götter zu empören, indem er auf sein eigenes Schicksal hinweist, aber seine Bitte verhallt unerhört. Da zerstört ein Blitzstrahl des Göttervaters das Gebilde des Wolkenkuckucksheimes; ein gewaltiges Unwetter ist heraufgezogen und unter Donner und Krachen stürzt die Wolkenstadt in die Tiefe. Ringt der Kronide mit Titanen? Wozu der Aufwand? Gedanklich wäre es richtiger, das Luftgebilde zerbräche wie ein armseliges Spielwerk bei einer leisen Geste des Zeus. Die Vögel beugen sich der göttlichen Macht, „Ratefreund" ist durch die Nässe des Unwetters reichlich ernüchtert. Er trachtet zu den Menschen zurück und freut sich auf seinen warmen Ofen. Auch der andere muß aus dem Phantasiereich scheiden. Süß und wehe zugleich schwingt das Erlebnis in ihm nach. „Dich, Nachtigall, verstand ich eine Stunde . . . Wo ist dies nun? So ist es tot? . . . O nein, es lebt, wenn ich es auch nicht fasse . . ." Dem romantischen Werke ward eine bestechende Wiedergabe unter Br. **Walters** Leitung und eine Nachtigall, wie diejenige Marie **Ivogüns** wird ihren süßen Sang nicht leicht auf einer zweiten Bühne in gleicher Vollendung erklingen lassen. **Erbs** schöne Stimme kam in den Zwiegesängen mit ihr zu reizvoller Geltung. **Brodersen** als Wiedehopf, Frl. **Betz** und alle die Vögel, darunter der majestätische Adler des Herrn **Gleß** waren sehr eindrucksvoll. Die Regie hatte **Kröller**, der nicht nur in den Balletteinlagen das Leichte, Fließende festzuhalten wußte, das das Vogelreich zum Sinnbild des Phantasiereiches macht. Auch in den Landschaftsbildern Pasetti's und dem stilisierten, aber das Charakteristische der gefiederten Welt gut charakterisierenden Vogelkostümen, war die „trübe Beschwer" überwunden, die „zäh an der Erde" uns hält. Der schöne Abend wurde dem Komponisten, der viel gerufen wurde zu einem Erfolge, der denjenigen seiner Erstlingsoper „Prinzessin Brambilla", die ihm vor Jahren aus der phantastischen Welt E. Th. A. Hoffmanns erwachsen ist, übertroffen hat. Braunfels, den Symphoniker, ließ anderen Tages **Hausegger** im Abonnementskonzert des **Konzertvereins** mit starker Wirkung zu Worte kommen; das auf einem Motive von Berlioz aufgebaute Werk ist von einer Stärke der Empfindung, die die Bedeutung des Komponisten jedem unbefangenen Hörer zu eindringlichem Bewußtsein brachte. Das Konzert, in dem auch **Busch** als trefflicher Geigensolist mitwirkte, stand wieder auf bemerkenswerter Höhe.

Aus den Konzertsälen. Marie **Möhl-Knabl** bot einen Lieder- und Duettenabend, an dem ihre hohe sangliche Kultur, der Liebreiz

ihres Organes und ihr frisches, unverkünsteltes Empfinden wieder starke Eindrücke sicherte. Ihr Partner, der uns bis jetzt unbekannt gewesene Herbert Mayer ist ein Sänger von Geschmack und Stilgefühl, der in der Stimmfärbung gelegentlich an unseren Bender erinnert. — Lieder von August Reuß sang Rita Bergas sehr schön und stilrein. Es sind Verse von modernen Dichtern, die Reuß vertont hat, von zarten Stimmungen, alles Schlagerhafte vermeidend; der Komponist hat mit viel Einfühlung ihre gleichsam unterirdischen Weisen zum Rauschen gebracht. In dem reizvollen Abendlied spielte Kalewe mit vollendetem Können die Flöte. Sonaten von Brahms und Mozart spielten Gabriele von Lottner und E. Riemann, beide in ihrer Art bedeutende Pianisten, dennoch hatte ich das Gefühl, als sei diesmal das Verschiedenartige ihrer Künstlertemperamente stärker zur Ausprägung gekommen. — An einem Klavierabend, den Ernst Riemann allein gab, zeigte er sich als ein vortrefflicher Bachspieler, der in die Interpretation des großen Meisters nicht wie so viele wesensfremde Züge hineinträgt.

Prinzregententheater. Emil Rosenows „Kater Lampe" erschien im Prinzregententheater. Es gelang der Spielleitung nicht schlecht, die lustige Satire auf der Riesenbühne intim zu gestalten. Die Geschichte von dem Kater des armen Gesellen, der verhaftet wird, weil er den Zorn des mächtigsten Steuerzahlers erregt hat, und vom Gemeindediener, dem er zur Aufbewahrung anvertraut ist, als Hasenbraten vertilgt wird, wobei die hohe Obrigkeit, vertreten im Herrn Gendarmen, mitißt, ist eine Satire auf die Torheit kleiner Machthaber. Die kleinen Leute sind auch in ihren Schwächen mit Liebe gesehen, die großen nicht. Immerhin war dieser sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rosenow ein Stück Dichter, und so ist sein Stück, von wenig Längen abgesehen, lebendig geblieben. Die Damen Conrad-Ramlo und Schwarz, Basil, Kunath, Kellerhals, Graumann und der etwas dicker auftragende Trautsch sorgten für eine recht lebensvolle Aufführung. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Revision des Versailler Friedensvertrages eine immer dringlichere Forderung — Deutschlands Finanzkrise.

An den deutschen Effektenbörsen vollzieht sich unter heftigen Kurszuckungen ein Umschlag. Hervorgerufen wird solche Beunruhigung vor allem durch die unklare Wirtschaftslage, bedingt durch eine allgemeine, die ganze Welt beherrschende Konjunkturwende. Die undurchführbaren Bedingungen des **Versailler Friedensvertrages** beginnen in verschärftem Masse auch auf unsere Gegner ungünstig rückzuwirken. Während die deutsche Industrie unter dem bekannten Kohlenmangel ungemein zu leiden hat, die Arbeitslosigkeit bei uns dadurch wiederum im Wachsen ist, scheint Frankreich „in Kohle zu ersticken". Dadurch ist begreiflicherweise die britisch-amerikanische Kohlenzufuhr nach Frankreich und auch nach Italien vollkommen ins Stocken geraten. Hand in Hand damit geht bei diesen Ententeländern infolge der andauernd ungünstigen Lage von Handel und Export die Schliessung zahlreicher Fabriken mangels Aufträgen. Die Waren- und Kreditkrise dortselbst wie auch bei den neutralen Ländern fördert die rapide Mehrung der aufgestapelten, unverkäuflichen Waren. Baumwolle, Nahrungsmittel, namentlich Getreide, ferner Kupfer und andere Rohstoffe erleiden dadurch gewaltige Preisstürze. In Neuyork beispielsweise notiert Getreide unter dem ehemaligen Friedenspreis. Dass sich diese Konjunkturerschütterung auch bei uns bemerkbar machen muss, ist klar. Lediglich die allgemeine Teuerung durch die Geldentwertung, die Unsicherheit der Valutagestaltung und die hochgeschraubten Löhne lassen dies nur langsam bei uns zum Durchbruch kommen. Vielleicht gibt diese Weltwirtschaftskrise einen Hauptanlass, dass das Versailler Diktat und die ganze Taktik der Entente uns gegenüber in letzter Stunde eine Aenderung erfährt.

Die jüngsten Verhandlungen im Reichstag, namentlich die eindrucksvollen Worte des Reichsbankpräsidenten über **unsere ernste Finanzlage**, können ausserdem dem Feindbund genügend Grund zu solcher Revision seines Verhaltens geben Eine beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers genügt nach diesen Ausführungen nicht. Als stärkster Hemmschuh gegen den völligen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands wurde von vielen Seiten bei den Reichstagsdebatten die möglichst sofortige Aufbringung einer Zwangsanleihe bezeichnet. Das gewaltige Defizit der Verkehrsverwaltungen und die ununterbrochene Mehrung der Staatsausgaben für Löhne und Gehälter werden die jetzt bereits 147 Milliarden betragende schwebende Reichsschuld noch um etwa 30 Milliarden in diesem Jahre steigen lassen. Zur Beschaffung von Nahrungs- und Düngemitteln aus dem Ausland wurde bereits ein neuer 10 Milliarden-Kredit in Vorlage gebracht. Es ist im Moment unübersehbar, ob und wie weit das deutsche Wirtschaftsleben eine derart beispiellose Entziehung von Geldmitteln, wie sie durch fast gleichzeitige Beibringung des Reichsnotopfers und durch eine Zwangsanleihe hervorgerufen werden müsste, vertragen kann. Man vergegenwärtige sich die gewaltigen Summen, welche derzeit die notdürftigste Beischaffung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln erfordert, man erinnere sich an die Milliarden, welche Grosshandel und Grossindustrie nur in den letzten Monaten für ihre Zwecke festgelegt haben.

Das bekannt gewordene Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, welches in der Hauptsache eine möglichst gleichmässige Gestaltung unserer Markwährung im Ausland bezweckt, tritt angesichts der erwähnten Finanzreformen, für den Augenblick wenigstens, in den Hintergrund. Auch ein Gesetzentwurf gegen die hohen Dividendensätze der Industriegesellschaften oder für die steuerliche Schonung der kleinen Einkommen wird nur wenig oder gar nichts an dem Ernst der jetzigen Lage ändern. Von ungünstiger Wirkung blieben ausserdem die vielfachen Meldungen über neuerliche Streiks, namentlich in Oberschlesien, die Tatsache der mangelhaften Kohlenablieferung an die Entente, lediglich bedingt durch die Verschlechterung der Transportverhältnisse infolge des Wassermangels, und nicht zuletzt die verschiedenen ungünstigen politischen Nachrichten aus Oberschlesien und Polen. Der ansehnliche Rückgang des Banknotenumlaufs bei der Reichsbank von rund einer Milliarde Mark im Novembermonat dürfte jedenfalls durch die stets starken Geldansprüche zum Jahresschluss in seiner Wirkung aufgehoben werden. Das Ausland steht bisher all diesen Tatsachen mit einer gewissen Ruhe gegenüber. Die Markvaluta unterlag nur geringen Schwankungen Es mehren sich sogar die zuversichtlichen Hoffnungen, namentlich im neutralen Ausland, hinsichtlich einer, wenn auch äusserst langsamen allgemeinen Besserung in Deutschland! Verschiedentliche Erfolge der deutschen Grossindustrie im Wettbewerb mit Auslandsfirmen mögen hiezu beigetragen haben. Jedenfalls gibt auch die unerbittliche Haltung der Entente, insbesondere Frankreichs, gegenüber Deutschlands Wünschen — man denke an die Forderung der Ablieferung von Milchkühen, der Vernichtung von Flugzeugmotoren und optischen Instrumenten oder an die Zerstörung des Helgoländer Hafens — manchen neutralen Beurteilern Anlass, uns mehr und mehr ihre Sympathie zuzuwenden! M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag
München,
Galeriestraße 35a. Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr 7261.
Vierteljahrespreis
In Deutschland M 12.60
einschl. Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach dem Ausland besonderer Tarif. im allgemeinen Frs. 5.— des Schweizer Kurses. einschl. zügl. Versandspesen.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M 1 , Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile M 5 .
Anzeigenannahme durch di Geschäftsstelle d. „Allg. Rundschau", München, Galeriestr. 35a Gh.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 51 München, 18. Dezember 1920. XVII. Jahrgang.

Aufruf

zur

Deutschen Dante-Feier 1921.

Unter den Sternen der Weltliteratur leuchtet der Menschheit seit Jahrhunderten der Name Dantes in unvermindertem Glanze. Als der Dichter am 14. September 1321 seine Augen zum Todesschlafe zu Ravenna in der Verbannung schloß, da hatte er eben sein unsterbliches Werk vollendet, das unter dem Namen der „Göttlichen Komödie" fortlebt in der Weltliteratur.

Die schicksalvolle Lebensführung des Einzelmenschen wie der Menschheit aus Verirrung durch Buße und Läuterung zur Erlösung und Beseligung stellt uns die erhabene Dichtung in den wechselvollen Bildern der Wanderung durch die drei Reiche der Hölle, des Reinigungsortes und des irdischen wie des himmlischen Paradieses vor Augen.

Die Seelenmalerei des „Neuen Lebens" enthüllt uns die durchgeistigte Liebe des jungen Dante. — Den Problemen der Philosophie wie der Staatslehre und den Geheimnissen der Sprachentwickelung ist der gereifte Mann in seinem forschenden Wahrheitsdrange nachgegangen. — Die Schicksale der Helden wie der Völker wollte er in seiner eindrucksvollen Sprache den Zeitgenossen wie der Nachwelt vor Augen führen.

Seine Vaterstadt Florenz, die ihn verbannte, hat bald nach seinem Tode seinem aufsteigenden Ruhme gehuldigt. Mit dem übrigen Italien wetteifern die Völker der Erde, ihm Kränze zu flechten.

Ein deutscher Reichskanzler hat in den Tagen Kaiser Karls IV. Wert darauf gelegt, die Divina Commedia unter seinen Bücherschätzen zu besitzen. Auf deutschem Boden wurden Dante-Vorlesungen zur Zeit des Konstanzer Konzils in der Stadt am Schwäbischen Meer gehalten von Johannes da Serravalle. Ein deutscher Drucker, Nikolaus Lorenzen aus der Diözese Breslau, hat in der Stadt am Arno im Jahre 1481 die erste wahrhaft monumentale Florentiner Druckausgabe der Dichtung vollendet, und ein deutscher Arzt, Dr. Hartmann Schedel in Nürnberg, hat einen Venezianer Druck der großen Dichtung um die Wende des 15. zum 16. Jahrhunderts seiner Bibliothek einverleibt.

Seitdem ist in deutschen Landen das Interesse an Dante niemals erloschen. Karl Witte und König Johann von Sachsen haben das heilige Feuer des Dante-Verständnisses in Deutschland während des 19. Jahrhunderts sorgsam gehütet. Andere sind ihnen nachgefolgt.

Der Dichter, der noch vor Ablauf des Jahres 1321 dem römisch-deutschen Kaiser Heinrich VII. den Platz anwies im überirdisch verklärenden Lichte der Himmelsrose seines Paradieses, in unmittelbarer Nähe der Jungfrau Maria und des göttlichen Heilandes Jesu Christi, soll in Deutschland im Jahre 1921 in vollen Akkorden gefeiert werden als der Sänger des Heiles, das nach dem Ratschluß des Himmels bereitet wurde der aus den Kämpfen und Nöten des Lebens zu friedlicher Gemeinschaft, zu neuem Licht, zu neuem Glück mit verjüngten Kräften emporstrebenden Menschheit.

Möge das Jahr 1921 im Sinne Dantes allen Völkern der Erde zu einem „heiligen Jahre" der inneren Läuterung werden, in welchem der Engel Gottes in seinen Nachen zur rettenden Ueberfahrt aufnimmt jede dem Heil gewonnene Seele,

„Die eintreten wollte, in vollem Frieden."

Purgatorio II, 98.

Alle Freunde und Verehrer Dantes in deutschen Landen laden wir ein, an geeigneten Stellen Ortsausschüsse zu bilden, die sich die Vorbereitung einer würdigen Dante-Feier in ihren Kreisen angelegen sein lassen.

München, Freiburg i. B., Bonn, Godesberg, Münster i. W., Breslau, Würzburg, 8. Dezember 1920.

Deutsches Dante-Komitee der Görres-Gesellschaft.

Ehrenvorstand:

Kardinal Dr. Adolf Bertram, Fürstbischof von Breslau. Dr. Karl Jos. Schulte, Erzbischof von Köln. Dr. Michael v. Faulhaber, Erzbischof von München-Freising. Dr. Jacobus v. Hauck, Erzbischof von Bamberg. Dr. Karl Fritz, Erzbischof von Freiburg Dr. Wilh. Berning, Bischof von Osnabrück. Dr. Augustinus Bludau, Bischof von Ermland. Dr. Jos. Ernst, Bischof von Hildesheim. Dr. Augustin Kilian, Bischof von Limburg. Dr. Caspar Klein, Bischof von Paderborn. Dr. Felix Korum, Bischof v. Trier. Dr. Wilh. Mayer, Deutscher Botschafter, Paris. Dr. Joh. Poggenburg, Bischof v. Münster. Dr. Jos. Damian Schmitt, Bischof von Fulda. Dr. Paul Wilhelm v. Keppler, Bischof v. Rottenburg. Dr. Ant v. Henle, Bischof v. Regensburg. Dr Max. v. Lingg, Bischof v. Augsburg. Dr. Leo v. Mergel, Bischof v. Eichstätt. Dr. Sigism. Felix Frhr. v. Ow-Felldorf, Bischof von Passau. Dr. F. v. Schlör, Bischof von Würzburg. Dr. Ludw. Sebastian, Bischof von Speyer Norbertus Weber, O.S.B., Erzabt, St Ottilien. Dr. Ildefons Herwegen, O. S. B., Abt von Maria Laach.

Therese Prinzessin von Bayern, Ehrenmitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften, Lindau. Dr. Heinr. Brauns, Reichsarbeitsminister, Berlin. Konstantin Fehrenbach, Reichskanzler, Berlin. Fürst Karl Ernst Fugger zu Glött, Schloss Kirchheim. Heinr. Held, Geh. Hofrat, M d. L., Vors. d. Landtags-Frak. d. Bayer. Volksp., München. Wilh. Fürst von Hohenzollern, Sigmaringen. Dr. Gustav Ritter v. Kahr, bayer. Ministerpräsident, München. Dr. Eugen v. Knilling, Staatsminister a. D., M. d. L., München. Erwein Fürst von der Leyen, Schloss Waal. Alois Fürst zu Löwenstein, Kleinheubach. Dr. h. c. Franz Matt, Staatsminister, München. Sophie Fürstin zu Oettingen-Spielberg, München. Dr. Graf v. Podewils-Dürniz, Staatsminister a. D., München. Prinz Johann Georg, Herzog zu Sachsen, Freiburg i. B. Prinzessin Mathilde, Herzogin zu Sachsen, Hosterwitz. Dr. Friedrich Schmidt-Ott, Staatsminister a. D., Berlin-Steglitz. Georg Graf v. Preysing, Schloss Moos. Gundelinde Gräfin v. Preysing, geb. Prinzessin von Bayern, Schloss Moos. Dr. Lorenz v. Seidlein, Staatsminister a. D., München. Dr. Maximilian Graf v. Soden-Fraunhofen, Staatsminister a. D., München. Dr. Peter Spahn, Staatsminister a. D., M. d. R., Gr. Lichterfelde. Karl Speck, Oberpräsident, M. d. L., München. Prof Dr. Remigius Stölzle, Geh. Hofrat, Rektor der Univ. Würzburg. Prof. Dr. Fritz Tillmann, Rektor der Univ. Bonn. Albert Fürst von Thurn u. Taxis, Regensburg. Karl Trimborn, Staatssekretär a. D., Geh. Justizrat, M. d. R., Vorsitzender d. Zentrumspartei, Unkel a. Rh. Dr. Bernh. Wuermeling, Oberpräsident d. Provinz Westfalen, Münster i. W. Dr. Hugo am Zehnhoff, Staatsminister, Berlin.

Vorstand:

Präsident: Dr. Hermann v. Grauert, Univ.-Prof., Geh. Rat, München. Vizepräsidenten: Dr. Heinrich Finke, Univ.-Prof., Geh. Rat, Freiburg i. B. Dr. Arnold Rademacher, Univ.-Prof., Bonn. Dr. Jos. Mausbach, Univ.-Prof., Dompropst, Münster i. W. Dr. C. M. Hopmann, Prof., Geh. Sanitätsrat, Godesberg. Dr. Felix Porsch, Geh. Justizrat, 1. Vizepräsident d. pr. L.-Vers., Breslau. Dr. Konrad Beyerle, Univ.-Prof., Geh. Hofrat, M. d. R., München. Dr. Karl Vossler, Univ.-Prof., München. Schatzmeister: Dr. Ferd. Frhr. v. Moreau, Gutsbes., München. 1. Schriftführer: Dr. Erich König, Univ.-Professor, München. 2. Schriftführer: Dr. Schumacher, Bonn.

Mitglieder:

Dr. Jos. Friedr. Abert, Staatsarchivar, Würzburg. Elisabeth Gräfin Adelmann v. Adelmannsfelden, Ellwangen. Dr. Raban Graf Adelmann v. Adelmannsfelden, Geh. Reg.-Rat u. Ministerialrat,

Berlin. Dr. Sigmund Graf Adelmann v. Adelmannsfelden, Landrat, Koblenz. Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln. Dr. Joh. Nep. Ahle, Domkapitular, Prälat, Augsburg. Dr. P. P. Albert, Archivrat, Prof., Freiburg i. B. Frau Ellen Amman, M. d. L., München. Dr G. Antoni, Oberbürgermstr., Fulda. Dr. Joh. Bapt. Aufhauser, Univ.-Prof., München. Dr. Carl Bachem, Geh. Justizrat, Köln. Franz Bachem, Verlagsbuchhändler, Köln. Robert Bachem, Verlagsbuchhändler, Köln. Dr. Heinr. Bachmair, Oberregierungsrat, München. Dr. Clemens Baeumker, Univ.-Prof., Geh. Hofrat, München. Dr. Otto Bardenhewer, Univ.-Prof., Geh. Rat, München. Dr. Alfred v. Bary, Prof., München. Dr. Matthias Baumgartner, Univ.-Prof., Geh. Regierungsrat, Breslau. Dr. Ludw. Baur, Univ.-Prof., Tübingen. Dr. Emil Belzer, Regierungspräsident, M. d. L., Sigmaringen. Dr. Jak. Berten, Univ.-Prof., München. J. Freiherr v. Biegeleben, Oberlandesgerichtsrat, München. Dr. Andr. Bigelmair, Hochschulprof., Dillingen a. D. Dr. Karl Bihlmeyer, Univ.-Prof., Tübingen. Clemens Blume, S. J., München. Josef Böhm, Bankdirektor, Komm.-Rat, M. d. R., München. Jos. Boenigk, Direktor d. „Schles. Volkszeitung" Breslau. Prof. Ludw. Bolgiano, Kunstmaler, München. Dr. Karl Borinski, Univ.-Prof., München. Dr. Wilh. v. Borscht, Oberbürgermeister a. D., Geh. Rat, München. Dr. Mich. Buchberger, Generalvikar, München. Max Buchner, Privatier, München. Dr. Max Buchner, Univ.-Prof., München. Dr. Konrad Burbach, Geheimrat, Professor, Berlin-Grunewald. Msgr. Caspar Burggraf, Geistl. Rat, Stadtpf., München. Ed. Burlage, Reichsgerichtsrat, M. d. R., Leipzig. Prof. Georg Busch, Bildhauer, München. Dr. Gottfried Buschbell, Prof., Krefeld. Prof. Dr. Walter Courvoisier, München. Dr. Hugo Daffner, Schriftsteller, Präsident d. Neuen Deutschen Dante-Ges., Königsberg i. Pr. Dr. Ant. Diemand, Archivrat, Wallerstein. Dr. Mich. Doeberl, Univ.-Prof., Geh. Hofrat, München. Dr. Ad. Donders, Domprediger, Univ.-Prof., Münster i. W. Phil. Dorneich, Verlagsbuchhändler, Freiburg i. B. Hedwig Dransfeld, Vors. d. Kath. Frauenbundes Deutschlands, M. d. R., Werl. Dr. Engelbert Drerup, Univ.-Prof., Würzburg. Dr. Godehard Jos. Ebers, Univ.-Prof., Köln. Dr. Christ. Eckert, Univ.-Prof., Geh. Regierungsrat, Köln. Dr. Paul Egenter, Hauptred. des „Münchener Tagblattes", München. Dr. A. Ehrhard, Univ.-Prof., Bonn. Dr. Stephan Ehses, Apostolischer Protonotar, Direktor d. Röm. Instituts der Görres-Ges., Boppard. Dr. Ed. Eichmann, Univ.-Prof., München. Dr. Hans Eisele, Hauptschriftl. d. „Allg. Rundsch.", München. Dr. Jos. A. Endres, Hochschulprof., Rektor d. Lyzeums, Regensburg. Dr. Max Ettlinger, Univ.-Prof., Münster i. W. Dr. P. Conrad Eubel, O. F. M., Generaldefinitor des Minoritenordens, Würzburg. Dr. Ludw. Fischer, Hochschulprof., Bamberg. Dr. Otto Fischer, Univ.-Professor, Geh. Justizrat, Breslau. Clemens Freiherr v. Franckenstein, k. Generalintendant a. D., München. Moritz Freiherr von Franckenstein, Schloss Ullstadt. Dr. Joseph Freisen, Univ.-Prof., Würzburg. Dr. Ernst Freys, Direktor der Staatsbibliothek, München. Dr. Philipp Friedrich, Hochschulprof., Dillingen a. D. Professor Gebhard Fugel, Kunstmaler, Solln bei München Dr. Bernhard Funke, Domkapitular, Prälat, Paderborn. Dr. Jos. Gabler, Regierung direktor, München. Prof. Seb. Gerold, Geistl. Rat, Schloss Wildenwart. Dr. Jos. Geyser, Univ.-Prof, Freiburg i. B. Ludwig Giehrl, Oberzollinspektor, M. d. L., München. Dr. Karl Heinr. Görres, Justizrat, Berlin. Dr. Joh. Goettsberger, Univ.-Prof., München. Dr. Adolf Gottlob, Univ.-Prof., Münster i. W. Dr. Martin Grabmann, Univ.-Prof., München. Dr. Hartmann Grisar, S. J., Univ.-Prof. a. D., München. Dr. Georg Grupp, f. Rat, Bibliothekar, Maihingen. Dr. Konstantin Gutberlet, Prof., Prälat, Fulda. Dr. Georg Hager, Generalkonservator, München. Dr. Wilh. v. Haiss, Präsident a. D. d. Obersten Landesgerichts, München Medard Hartrath, Weingutsbesitzer, Vorsitz. des Albertus-Magnus Vereins, Trier. Dr. Rud. v. Heckel, Univ.-Prof., München. Dr. Georg Heim, Geh. Landesökonomierat, M. d. R, Regensburg. Dr. Max Heimbucher, Hochschulprof., Rektor d. Lyzeums, Bamberg. Dr. Theod. Henner, Univ.-Prof., Würzburg. M. Herbert (Therese Keiter), Regensburg. Dr. h. c. Herm. Herder, Verlagsbuchhändler, Geh. Komm.-R. Freiburg i. B. Karl Herold, Landesökonomierat, M. d. R., Haus Loevelinkloe b. Münster i. W. Dr. Hans Herschel, Rechtsanwalt, M. d. R, Breslau. Graf Karl v. Hertling, Berlin. Dr. Max Heuwieser, Hochschulprof., Regensburg. Dr. Georg Hilpisch, Domdekan, Apostol. Protonotar, Limburg. Dr. Franz Hitze, Apostol. Protonotar, M. d. R., Münster i. W. Dr. Gottfried Hoberg, Univ.-Prof., Freiburg i. B. Dr. Karl Hoeber, Hauptred. der „Köln. Volkszeitung", Köln. Dr. Jak. Hoffmann, Prof., Geistl. Rat, München. Dr. P. Heribert Holzapfel, O. F. M., München. Dr. Aug. Hommerich, Hauptred. d. „Germania", Berlin. Herm. Huber, Verlagsbuchhändler, Kempten. Anton Hüffer, Verlagsbuchhändler, Münster i. W. Dr. Georg Hüffer, Univ.-Prof. a. D., Paderborn. Dr. med. L. Huismans, Prof., Köln. Dr. Georg Maria v. Jochner, Generaldirektor der bayer. Staatsarchive, Geh. Hofrat, München. Dr. Guido Jochner, Geh. Sanitätsrat, München. Dr. Franz Kampers, Univ.-Prof., Geh. Regierungsrat, Breslau. Dr. Paul Kaufmann, Präsident des Reichsversicherungsamts, Berlin. Dr. Georg Kerschensteiner, Univ.-Prof., München. Dr. Hermann Kerschensteiner, Univ.-Prof., München. Dr. Wilh. Killing, Univ.-Prof., Geh. Reg.-Rat, Münster i. W. Dr. J. P Kirsch, Univ.-Prof., Prälat, Freiburg (Schweiz). Karl Klaiber, Stiftsdekan, Prälat, München. Dr. Aug. Knecht, Univ-Prof., Solln b. München. Dr. Max Koestler, Direktor d. Staatsbibl., München. Dr. Engelbert Krebs, Univ.-Prof., Freiburg i. B. Alex. Kremer, Direktor d. Herderschen Buchhdlg., München. P. Herm. Krose, S. I., Bonn Dr. Theodor Kroyer, Univ.-Prof., Heidelberg. Joh. Leicht, Domkapitular, M. d. R., Berlin. Graf Leyden, Kaiserlicher Gesandter a. D., Wirkl. Geh. Rat, München. Dr. Georg Lill, Hauptkonservator, München. Dr. Konrad Lübeck, Prof., Fulda. Friedrich Maader, Geistl. Rat, Stadtpfarrer, München. Geheimer Rat Dr. Erich Marcks, Universitätsprofessor, München Dr. Eduard Marcour, Direktor der Görres-Druckerei, Coblenz. Paul Martini, Landgerichtspräsident a. D., Geh. Rat Neuburg a. D. Wilh Marx, Geh. Justizrat, M. d. R. u. d. L., Düsseldorf. Adalbert Mayer, Regierungsdirektor a. D., München. Dr. Seb. Matzinger, Gymnasialrektor, M. d. L., Amberg. Dr. Georg v. Mayr, Universitätsprofessor, Unterstaatssekretär a. D., Tutzing. Dr. Matthias Meier, Univ.-Prof., München. Dr. Max Meinertz, Univ.-Prof., Münster i. W. Dr. Alois Meister. Univ.-Prof., Geh. Regierungsrat, Münster i. W. Dr. Josef Merkle, Hauptredakteur der „Augsburger Postzeitung", Augsburg. Dr. Seb. Merkle, Univ.-Prof., Würzburg Dr. Hans Meyer, Univ.-Prof., München. Dr. Karl Middendorf, Dompropst, Köln. P. Linus Mörner, O. M. Cap., Exprov. tit., Geistl. Rat, München. Max Graf Moy, München-Schloss Obenhausen. Dr. Anton Müller, Oberarchivrat, München. Ed. Müller, Geh. Justizrat, Coblenz. Dr. Ludwig Müller, Generaldirektor des Katholischen Pressvereins, München. Karl Muth, Prof., Herausg. d. „Hochland", Solln b. München. Alma Naumann-Renier, München. Dr. Viktor Naumann, bevollm. Minister, München. Dr. Joh. Nikel, Univ.-Prof. Domkapitular, Breslau. P. Rob. v. Nostitz-Rieneck, S. J., Regensburg. Dr. Albr. Freiherr v. Notthafft, Univ.-Prof, München. Jos. Osterhuber, Hauptred. d. „Bayer. Kurier", München. Laura Freifrau v. Ow-Felldorf, Reichsratswitwe, München. Dr. Ludw. Frhr. v. Pastor, Oesterr. Geschäftsträger beim Hl. Stuhl, Rom. Msgr. Dr. Nik. Paulus, Ehrendomherr, München. Dr. A. Graf v. Pestalozza, München. Dr. Georg Pfeilschifter, Univ.-Prof., Geh. Hofrat, München. Sigm. Frh. v. Pfetten-Arnbach, Niederarnbach. Dr. Jos. Pohle, Univ-Prof., Prälat, Breslau. Dr. Hans Praun, Oberstudienrektor, München. Msgr. Dr. Konrad Graf v. Preysing, Stadtpfarrprediger, München. Dr. Alfons Probst, M. d. L., Würzburg. Friedrich Pustet, Verlagsbuchhändler, Komm.-R., Regensburg. Dr. Hubert Rausse, Regensburg. Dr. Georg Reismüller, Oberbibliothekar der Staatsbibl., München. Dr. Gregor Richter, Prof., Fulda. Dr. Otto Riedner, Archivrat, München. Dr Aug. Rosenlehner, Univ.-Prof., München. Dr. Hans Rost, Redakteur, Augsburg. Dr. Jos. Rübsam, Geh. Archivrat a. D., Regensburg. Aug. Rumpf, Justizrat, München. Dr. A. v. Ruville, Univ.-Prof., Halle. Dr. Hermann Sacher, Herausgeber des Staatslexikons der Görres-Ges., Freiburg i. B. Dr. Joh. B. Sägmüller, Univ.-Prof., Tübingen. Dr. Josef Sauer, Univ.-Prof., Freiburg i. B. Dr. Anton Scharnagl, Hochschulprof., M. d. L., Freising. Karl Scharnagl, Stadtrat und M. d. L., München. Dr. Wilh. Schellberg, Geh. Reg.-Rat u. Ministerialrat, Berlin-Charlottenburg. Dr. Jos. Schlecht, Hochschulprof, Freising. Prof. Kaspar Schleibner, Historienmaler, München. Schlüter, Ministerialrat, Berlin-Charlottenburg. Dr. P. Expeditus Schmidt, O. F. M., Füssen. Maria Schmidt, Studienrat, Stadtrat, M. d. Prov.-Landtags, Trier. Balth. Schmitt, Bildhauer, Prof., München. Dr. B Schmittmann, Univ.-Prof, Köln. Dr. Lud. Schmitz-Kallenberg, Univ.-Prof., Münster i. W. Dr. Artur Schneider, Univ.-Prof., Frankfurt a. M. Dr. Hans Schnorr v. Carolsfeld, Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibl., München. Dr. Gustav Schnürer, Univ.-Prof., Freiburg (Schweiz) Dr. Alex. Schnütgen, Staatsbibliothekar, Berlin-Steglitz. Ferdinand Schöningh, Verlagsbuchhändler, Paderborn. Josef Schöningh, Verlagsbuchhändler, Paderborn. Dr. Heinr. Schotte, Aachen. Dr. Karl Schottenloher, Oberbibliothekar der Staatsbibliothek, München. Dr. Christ. Schreiber, Prof., Regens des Priesterseminars, Fulda. Dr. Georg Schreiber, Univ.-Prof., M. d. R., Münster i. W. Jos Schreyer, Bankdirektor, Hofrat, München. Dr. Heinr. Schrörs, Univ.-Prof., Bonn. Dr. Alois Schulte, Univ.-Prof., Geh. Reg.-Rat, Bonn. Dr. Gottfried Schulz, Oberbibliothekar d. Staatsbibliothek, München. Msgr. Dr. W. E. Schwarz, Domkapitular, Münster i. W. Dr. Bernh. Schwering, Geh. Justizrat, Berlin. Dr. Anton Seitz, Univ.-Prof., München. Dr. F. X. Seppelt, Univ.-Prof., Breslau. Dr. Jos. Sickenberger, Universitätsprofessor, Breslau. Heinrich Sierp, S. J., Hauptschriftleiter der „Stimmen der Zeit", München. Dr. Martin Spahn, Univ.-Prof., Köln. Dr. Ernst Stahl, Direktor von Jos. Kösel u. Fr. Pustet, Komm.-Ges., München. Georg Stang, Studienprof., M. d. L., Würzburg. Seb. Staudhamer, Kanonikus, päpstlicher Geheimkämmerer, München. Eduard Steidle, Oberkriegsgerichtsrat, München. Richard Stoll, Staatsarchivar, München. Dr. Jak. Strieder, Univ.-Prof., München. Karl Stützel, Ministerialrat, München. Richard Stury, Hofschauspieler a. D., Hofrat, München. Dr. Emil Sulger-Gebing, Prof. an der Technischen Hochschule, München. Dr. W. B. Switalski, Univ.-Prof., Braunsberg (Ostpreussen). Dr. Franz Triebs, Univ.-Prof., Konsistorialrat, Breslau. Dr. Georg Triller, Domdekan und Generalvikar, Eichstätt. Dr. A. Ludwig Veit, Stadtpfarrer, Neckar-Steinach. Dr. Heinrich Vogels, Univ.-Prof., Bonn. Estermi Vossler, geb. Gräfin Gnoli, München. Dr. Friedr. Wagner, Univ.-Prof., Breslau. Dr. Adolf Weber, Univ.-Prof., Frankfurt a. M. Aug. Weckbecker, akad. Bildhauer, München. Dr. Jos. Weiss, Geh. Archivrat, München. Dr. Karl Wenck, Univ.-Prof., Marburg a. d. L. Dr. Leop. Wenger, Univ.-Prof., München. Dr. S. Widmann, Gymnas.-Direktor, Geh. Studienrat, Münster. Rud. Wildermann, Domkapitular, Professor, Staatssekretär, Berlin-Schöneberg. Dr. Josef Wittig, Univ.-Prof., Breslau. Dr. Mich. Wittmann, Hochschulprof., Eichstätt. Dr. Georg Wohlmuth, Domkapitular, Hochschulprof., Eichstätt. Franz Wolter, Kunstmaler, München. Dr. Hermann Jos. Wurm, Pfarrer, Neuhaus i. W. Dr. Josef Zahn, Univ.-Prof., Prälat, Würzburg. Dr. Eugen Zeitlmann, Bankdir., Hofrat, München.

Der Dombau zu Linz a. d. Donau.

Von Msgr. Balth. Scherndl, Generalvikar und Obmann des Dombaukomitees in Linz.

Als im Jahre 1854 Papst Pius IX. das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariens verkündet hatte, faßte der Bischof von Linz, der Ehrwürdige Diener Gottes Franz Joseph Rudigier[1]), alsbald den Entschluß, zum immerwährenden Gedächtnis an diese Glaubensentscheidung einen Mariä-Empfängnisdom zu erbauen. Von Kindheit auf selbst ein inniger Verehrer Mariens, hatte der Bischof bei diesem Anlasse wahrgenommen, daß auch in seiner Diözese, deren Regierung er als Fremdling erst vor einem Jahre übernommen hatte, die Verehrung der seligsten Gottesmutter blühte. Diese tröstliche Wahrnehmung reifte in ihm den Entschluß zum Baue eines Marientempels, durch welchen zugleich dem Bedürfnisse der Diözese nach einer neuen und würdigen Domkirche abgeholfen werden sollte. Sein Plan fand von allen Seiten, auch von Papst und Kaiser, freudige Zustimmung und so ging er voll Gottvertrauen ans Werk. Als Baumeister berief er den berühmten Baurat Vinzenz Statz in Köln, dessen Plan seine volle Genehmigung erhielt. Es sollte eine Kirche im hochgotischen Stile erbaut werden.

Der Grundriß weist die traditionelle Kreuzform auf. Der Bau ist dreischiffig; das Presbyterium wird von einem Chorumgange mit sieben Kapellen umsäumt, deren mittlere und bedeutend größere als „Votivkapelle" die Widmung des ganzen Domes an die Unbefleckte zum Ausdrucke bringt, während die anderen den Titeln der Lauretanischen Litanei: „Königin der Patriarchen . . ." geweiht sind.

Die Kirche hat nur einen Turm von 134,8 m Höhe, der von zwei Turmkapellen flankiert wird und den Haupteingang in den Dom enthält. Zwei Seitenportale führen in das Querschiff des Domes.

Die Dimensionen des Marientempels sind ganz bedeutende: die Länge beträgt 130 m, die größte Breite beim Querschiff 60 m, der Flächenraum 4248 qm. Dazu kommt noch eine freundliche, lichte Unterkirche als Begräbnisstätte der Bischöfe mit einem Flächenraume von 794 qm.

Vergleicht man den Linzer Dom mit den altehrwürdigen und hochberühmten Domen Deutschlands, so gewinnt man den Eindruck, daß Baurat Statz sich von ihnen das Beste zum Vorbild nahm und verwertete, etwaige Mängel aber vermied. Ein so hohes, vornehmes und von allen Seiten zugängliches Presbyterium weist wohl kein deutscher Dom auf. Ebenso fand die schwierige Frage der Einfügung der Sakristeien und Orgelemporen eine Lösung, die als vorbildlich bezeichnet werden darf. Ein ganz einzig schöner Bau ist auch die Unterkirche. Der Turm weist eine Gliederung und Verjüngung auf, die ganz entzückend wirkt, das Vierungstürmchen ist von hervorragender Zierlichkeit.

Als Baumaterial wurde Sandstein aus der Gegend von Neulengbach in Niederösterreich gewählt, der in Köln chemisch geprüft wurde und sich tatsächlich auch vorzüglich bewährt. Die tragenden Teile sind aus Granit, die Kapitäle aus Margaretenstein, die Gewölbe aus feinen Ziegeln ohne Bewurf.

Baurat Statz verstand es, beim Dombau eine Bauhütte nach mittelalterlichem Vorbilde, wie auch nach dem Muster der Kölner Dombauhütte, in welcher er selbst gearbeitet hatte, einzurichten. Diese Bauhütte entwickelte sich allmählich zu einer wahren Künstlerwerkstätte, so daß sich Statz selbst einmal zum Ausspruche veranlaßt sah: „Ich möchte jeden Stein küssen, so schön ist jeder bearbeitet".

Zum Beschneiden der Rohsteine sowie zu deren Bearbeitung und Versetzung fanden in den letzteren Zeiten moderne Hilfsmittel, wie Steinsäge, Preßlufthämmer, amerikanische Aufzugsmaschinen („Derricks") Verwendung, die sich als vorzüglich praktisch erweisen.

Als Baumittel kannte Bischof Rudigier nichts anderes als die freiwilligen Gaben seiner Gläubigen, von ihm selbst als „Marienpfennige" bezeichnet. Im Vertrauen auf den Wohltätigkeitssinn und die Marienliebe seiner Gläubigen begann er den Bau, er ließ niemals einen Kostenvoranschlag machen und wollte namentlich nicht, daß auch nur ein erzwungener Heller in die Dombaukasse fließen sollte. Ebensowenig verstand er sich zu künstlichen Förderungsmitteln, wie Lotterie und dgl.

[1]) Eine Biographie dieses heiligmäßigen Bischofs und unerschrockenen Kämpfers für Recht und Freiheit der Kirche ist im Verlage Friedrich Pustet in Regensburg erschienen. Er stand auch mit den deutschen Bekennerbischöfen zur Zeit des Kulturkampfes in regem Verkehr.

Sein Vertrauen ließ ihn nicht zuschanden kommen. Am 1. Mai 1862 fand die feierliche Grundsteinlegung statt und seither wurde ununterbrochen, auch in den Kriegsjahren, gebaut. Bereits am 29. September 1869 konnte der erste Bauteil, die Votivkapelle, eingeweiht werden. Ein provisorischer Abschluß dieser Kapelle ermöglichte die sofortige Eröffnung eines regelmäßigen Gottesdienstes in diesem lieblichen Heiligtume. Im Jahre 1885 konnte der provisorische Abschluß nach rückwärts zum Ende des Presbyteriums verlegt werden und damit war bereits der größere Teil des Domes dem Gottesdienste übergeben. Im Jahre 1909 fand die Uebertragung des Chores und der Kathedralfunktionen aus der bisherigen Domkirche in den neuen Dom statt. Im Jahre 1901 war der Turm vollendet und alsbald der Bau des Langschiffes in Angriff genommen worden. Diesem folgte der Bau des Querschiffes, der soeben seiner Vollendung entgegengeht. Halb ausgebaut sind auch die beiden Turmkapellen. Es fehlen noch die Innengalerien durch das Lang- und Querschiff, zahlreiche Fialen, sämtliche Fenstermaßwerke und ein Teil der Gewölberippen im neuen Bauteile; selbstverständlich auch der Fußboden und vieles andere.

Wie aus vorstehenden Darstellungen ersichtlich ist, machte der Dombau schon seit Jahren, zumal von der inneren Stadtseite her, den Eindruck eines fast vollendeten Bauwerkes. Und dieses fand allseitige Anerkennung und Bewunderung.

Insbesondere wurde die konsequente Einheitlichkeit des Riesenbaues von Fachmännern einstimmig anerkannt. Der Fremdenstrom, der früher von Nord, West und Süd an Linz vorbei der Reichshauptstadt Wien zueilte, begann mehr und mehr in Linz haltzumachen und nicht in letzter Linie wegen des Domes. Insbesondere sind aus Deutschland schon viele Kunstfreunde, Priester wie Laien, eigens des Domes halber nach Linz gereist und sie, die durch ihre Prachtbauten aus alter und neuer Zeit Verwöhnten, haben unserem Kunstwerke rückhaltlos Anerkennung gezollt.

Es stand schon fest, daß im Jahre 1918 die Gemäldefenster in das Lang- und Querhaus eingesetzt werden sollten und die Innsbrucker Glasmalerei war kontraktlich zu deren Lieferung bis 1918 verbunden worden. Mit dem Einsetzen der Fenster wäre aber der Dom sozusagen fertig gewesen: Die Abschlußmauer zwischen Presbyterium und Querschiff hätte fallen können, und was noch fehlte, wäre nebst dem Ausbaue der Turmkapellen sozusagen nur äußere Dekoration gewesen — fast erwünscht, um noch einige Jahre den Genuß des gewohnten Baulebens am Dome haben zu können, da ja ein werdender Dom immer interessanter ist als ein schon vollendeter.

Da kam der unselige Krieg. Er riß alle kräftigen Männer aus der Reihe der Dombauarbeiter fort; nur mit einigen älteren und Invaliden konnte der Baubetrieb aufrechterhalten werden, aber keinen Augenblick stockte er gänzlich. Mit dem Frieden kehrte sofort wieder neues Leben in die Dombauhütte ein und man begann zu hoffen, daß der Tag der Vollendung nur just um die vier Kriegsjahre verschoben worden sei.

Niemand hätte an das neue, noch größere Hindernis, der allgemeinen Teuerung gedacht.

Schon im vorigen Jahre mußte der Ruf hinausgehen, daß der Bau des Domes vor der Einstellung stehe, weil die Kasse erschöpft sei. Dieser Ruf und vor allem ein bischöfliches Hirtenschreiben hatte erfreulichsten Erfolg. Während die Dombaukasse Ende Oktober 1919 bereits einen Schuldenstand von 140275.40 K auszuweisen hatte, konnte der Jänner—Februar—Ausweis 1920 mit einer Barschaft von 374076.23 K, der März—April—Ausweis gar mit einer solchen von 450635.59 K abschließen.

Aber seither ging es Monat für Monat abwärts. Die noch immer einfließenden reichen Gaben konnten den stetig steigenden Auslagen an Löhnung und für Baumaterialien nicht standhalten, aus der angesammelten Barschaft mußte fortwährend zugebessert werden und heute ist sie vollständig erschöpft. An Wertpapieren wurde verkauft, was sich verkaufen ließ; der noch vorhandene Rest ist zur Deckung der gezeichneten Kriegsanleihe gebunden. Die Wertgegenstände, die in früheren Jahren als „Dombauschatz" sorgfältig verwahrt wurden, sind sämtliche verkauft. Die Zahl der Steinmetze, vor dem Kriege 54, ist heute auf 6 reduziert, im entsprechenden Verhältnisse ist auch die Zahl der übrigen Hilfsarbeiter verringert. Von einem flotten Bauen kann also überhaupt keine Rede mehr sein; es ist noch Leben in der Dombauhütte, aber nur ein schleichendes, schon einem völligen Absterben ähnliches. Und dennoch will auch dies nicht mehr fortgehen. Die Kasse vermag die Ausgaben nicht zu bestreiten. Ziffern anzuführen, dürfte überflüssig sein; man weiß ja heute

in allen Gebieten, zu welch horrender Höhe die Löhne und Preise gestiegen sind.

Was soll nun geschehen? Den Bau gänzlich einstellen? Jedem Freunde des Dombaues — und deren gibt es gottlob zahllose — blutet das Herz bei diesem Gedanken, und als im vorigen Jahre der gleiche Gedanke aufgeworfen wurde, da hieß es von allen Seiten: nein, nur das nicht tun, nur den Bau nicht einstellen, jetzt, da er der Vollendung schon so nahe ist!

Schulden machen? Kredit würde hoffentlich bis zu einer gewissen Höhe gewährt werden. Aber ist das Zahlen von Schuldzinsen nicht etwas Bitteres? Und wann sollten und könnten die Schulden getilgt werden? Noch etwas verkaufen? In Linz gibt es wohl nichts zu verkaufen, denn die dem Dome gehörigen Häuser, welche seinerzeit unter vielen Mühen und Opfern angekauft wurden, um einen Domplatz als völlig freies Eigentum zu gewinnen, können doch unmöglich jetzt verkauft werden, wo die Frage der Ausgestaltung dieses Platzes schon so nahe herantritt. Beim Steinbruche in Mais (Nied.-Oesterr.) wurde ohnehin neuestens dem dortigen Steinbruchleiter ein Teil des Steinbruches samt einem Wäldchen gegen Lieferung von 100 Kubikmeter Steinen ins Eigentum übergeben und man muß bei dem Gedanken allein schon zittern, was der Bahntransport dieser Steine nach Linz kosten wird. Es erübrigt somit nichts anderes als nochmals an den allgemeinen Wohltätigkeitssinn heranzutreten und so laut als möglich in alle Teile des Landes und auch über dessen Grenzen hinauszurufen: Helfet dem Dombau, lasset ihn doch jetzt nicht im Stiche, wo er der Vollendung schon so nahe ist!

Diesen Ruf wagen wir insbesondere an unsere Brüder in Deutschland ergehen zu lassen. Bischof Rudigier hat zwar in erster Linie auf die Wohltätigkeit seiner Diözesanen gerechnet; er hat aber auch auswärtige Gaben, die ihm zukamen, dankbarst angenommen. Schon manche Mark ist im Laufe der Jahre in die Dombaukasse geflossen. Möge das Ausland, vor allem das Bruderland, jetzt uns helfen, da wir in Oesterreich so arm geworden sind und eine Spende in ausländischer Währung für uns vervielfachten Wert hat!

Die prachtvollen Gemäldefenster liegen schon in der Unterkirche und harren der Einsetzung; das Lang- und Querschiff ist unter Dach und wartet auf die Einwölbung; die seit 1884 bestehende provisorische Abschlußmauer wird schon baufällig und soll fallen, damit endlich der ersehnte Augenblick kommt, wo das majestätische Gebäude auch in seinem Inneren als ein Raum sichtbar wird, an dessen Anblick sich die Herzen und die Augen Tausender weiden werden.

Gebt dem Volke Ideale!

Von Dr. Hans Eisele.

Adventszeit ist's — Hoffnungszeit. Und wie einst im Cäsarenreich der römischen Weltherrschaft ein geheimnisvolles Ahnen und Erwarten durchs Volk ging, so beseelt heute die Völker und ganz besonders die geschundene, gequälte, zu Boden gedrückte deutsche Nation ein tiefes Sehnen nach einem Retter, nach einem Bringer von Friedensidealen, an denen sich ihr Lebensdrang und ihre Lebenshoffnungen emporranken können.

Gebt drum dem Volke Ideale, ihr alle, die ihr es emporheben und über den Berg der Verzweiflung hinwegführen wollt. Ich meine nicht bloß die religiösen, die kulturellen und sittlichen Ideale. Sie müssen selbstverständlich an erster Stelle auf dem Berg der Hoffnung leuchten. Ich denke hier zunächst an politische Ideale, die wie Freudenfeuer neben den anderen brennen müssen. Als der große Korse Napoleon das deutsche Volk geschlagen, zerrissen und geknechtet hatte, fast noch schlimmer als heute seine kleinlichen Epigonen, da sangen die deutschen Dichter ihre flammenden Freiheitslieder und zeigten dem Volk das große Ideal der Völkerfreiheit. Als dann in den Völkerkriegen Napoleon geschlagen und Deutschland frei war, da standen Männer auf und entzündeten auf dem Berg der Hoffnung das großleuchtende Ideal des neuen Deutschen Reiches. Der Reichsgedanke leuchtete ein halb Jahrhundert lang in all den Wirrnissen, Hungersnöten und gärenden Revolutionen jener Zeiten dem deutschen Volk zur Erhebung voran. Heute gibt es nur ein großes politisches Ideal, an dem die ganze deutsche Nation hüben und drüben über dem Main, hüben und drüben der Reichsgrenzen sich zusammenfinden kann: Die Vereinigung des Deutschtums im Deutschen Reiche. Zunächst ist es der Anschlußgedanke Oesterreichs an Deutschland und damit die Verwirklichung jenes großdeutschen Gedankens, der schon unsere Großväter begeistert hat. Man gebe dem deutschen Volke in schwungvoller Gesamterhebung der Geister dieses Ideal und das deutsche Volk wird sich daran begeistern und wieder aufrichten. Die 6 Millionen Deutschen von der Leitha bis zum Bodensee gehören zu uns in erster Reihe. Die anderen 6 Millionen Deutschen, die von gewissenlosen Friedensdiktatoren in die Verbannung der Fremdherrschaft gezwungen worden sind, werden aus diesem Ideal Kraft und Hoffnung zum Widerstand schöpfen.

Wenn jetzt der Augenblick zur Erhebung des Deutschtums für diesen Gedanken verpaßt wird, dann wird diese tragische Schuld am Deutschtum nie mehr gutgemacht werden. Ein Bismarck konnte, wie 1866 und 1870 die Verhältnisse lagen, den großdeutschen Gedanken nicht verwirklichen. Wer anders denkt, muß über die Zusammensetzung Oesterreich-Ungarns mit seinen slawischen und magyarischen Völkerstämmen, mit Polen und Italienern, mit seiner habsburgischen Dynastie hinwegsehen. Nur einmal war der Augenblick gegeben, wo die Vereinigung hätte schnell verwirklicht werden können: Das war beim Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in der Revolution. Wenn damals die Sozialdemokratie statt Achselstücken und Reichskokarden Grenzpfähle und Zollschranken weggerissen hätte und statt dem sozialistischen Zukunftsstaatsgedanken dem groß-deutschen Gedanken nachgegangen wäre! Heute hängt sich alles, was aus dynastischen und historischen Gründen, aus wirtschaftlichen, partikularistischen oder gar aus konfessionellen und parteiegoistischen Gründen gegen den Anschlußgedanken Bedenken verkündet, an den Strang des Ententeverbots. Gewiß das Verbot besteht. Die Entente aber behandelt heute schon, so oft es ihr paßt, den Versailler Frieden und die anderen Verträge als Fetzen Papiere, von denen man so viel übrig läßt, als einem eben paßt. Dieser Strang, an dem die Gegner des Anschlusses hängen, kann eines Tages brechen, kann abgeschnitten sein und dann kann der jahrhundertalte Traum großdeutscher Männer verwirklicht werden. Aber dieser Wirklichkeit muß vorgearbeitet werden. Die Geister hüben und drüben der Reichsgrenze müssen ineinanderschlagen und sich zu einem Sinn vereinen. Die Gesetzgebungen hüben und drüben müssen angeglichen, die Schulen gleichgestellt, die wirtschaftlichen Gesetze zusammengebaut werden. Dazu bedarf es der Vorbereitungsarbeit in vielen schwierigen Verhandlungen. Alle diese Vorbereitungsarbeiten und einst das Geschehnis selber werden nicht möglich sein, ohne daß dieser Arbeit das große Ideal des vereinigten Deutschtums, des großdeutschen Reiches, vorleuchten und das heilige Feuer dieses Ideals ständig hell auflodernd neu geschürt wird.

Wer die Dinge drüben in Oesterreich und hüben bei uns kennt, möchte kleinmütig werden, wenn er sieht, wie der Anschlußgedanke künstlich hüben und drüben niedergehalten wird. Ich kann es keinem alten Oesterreicher verdenken, wenn er dem Traum des alten Habsburger-Reiches nachträumt, keinem Offizier verübeln, wenn er noch schwarzgelber Erinnerungen voll ist. Ich kann keinem Preußen und keinem Wittelsbacher seine schwarz-weiße oder weiß-blaue Dynastietreue und keinem den Wunsch verargen, wenn er seine Dynastie für die Zukunft berufen hält. Aber ich meine, wir müßten zunächst das große Reichshaus der deutschen Nation bauen und dann erst uns streiten, ob wir's Villa Habsburg, Hohenzollern, Wittelsbach oder vielleicht ganz anders heißen. Einstweilen ist nur die Republik der Rahmen, in den das ganze Deutschtum die ganze deutsche Nation sich einstellen läßt. Nicht kurzsichtige schwarz-gelbe, schwarz-weiße oder weiß-blaue Ideen und Phantasien, nicht antipreußische oder antiösterreichische Sentiments, nicht kleinliche Wirtschaftsinteressen oder gar persönlicher Eitelkeitskult und Egoismus von Volks- und Parteiführern dürfen sich wie Reif auf das herrliche, begeisternde Ideal des großdeutschen Reiches legen. Nicht konfessionelle, partikularistische, politische Eigensucht sollen das Ideal verdunkeln. Mehr als je in der Geschichte ist's jetzt eine Schicksalsstunde des Deutschtums. Heute gilt es, die deutsche Nation zu retten. Falls mein Bruder krank ist, dann lege ich mich nicht bloß zum Kranken ins Bett, dann lasse ich mir sogar mein Blut abzapfen und es auf ihn übertragen, wenn ich ihm damit Leben und Gesundheit retten kann. Und wenn wir Deutsche auf unsere Vereinigung und Wiedervereinigung solange warten wollen, bis Frankreich sein letztes Gewehr verloren hat, dann werden wir's nie erleben,

dann verzichten wir aber auch ebenso leicht und gewiß auf einen Wiederaufbau und eine Wiedererstarkung unseres Volkes und Reiches, denn auch sie wird Frankreich nie gestatten, solange es noch eine Flinte hat, wenn es allein auf den Willen und das Gewehr Frankreichs ankommt. Ich meine aber, ein starker Mann der Tat und ein Politiker der weiten Sicht wird nicht den Wunsch des Feindes zum Axiom des Handelns machen und seinen Widerstand damit stärken, sondern die Größe des Reiches und der deutschen Nation und für dieses Ideal Alles einsetzen.

Die „Allgemeine Rundschau" hat von jeher hüben und drüben der Reichsgrenzen Geistesfreunde und Mitarbeiter gehabt, die an allen großen Fragen mitschaffen wollten. Auch dem großen, — vielleicht dem einzigen politischen Ideal des Deutschtums der Jetztzeit — der Vereinigung der deutschen Nation im Reiche und zunächst dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland werden idealgesinnte Männer hüben und drüben ihre Kräfte gerne weihen. Sie sind bei uns als Mitarbeiter herzlich willkommen. Dieses großdeutsche Ideal wollen wir kräftigst in der Politik pflegen zum Segen des Deutschtums und auch der katholischen Sache, zum Besten des deutschen Volkes und auch unserer lieben Glaubensbrüder drüben in Oesterreich. Wir gehören zusammen heute mehr denn je, und was sich zwischen uns stellt, ist heute der Haß der Feinde, weltfremde Träumerei oder Werktagsegoismus kleiner politischer Tagesarbeiter.

Wir deutschen Katholiken und namentlich die Katholiken des Südens sind vor allem berufen, die große Idee des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland zu pflegen und ihre Verwirklichung vorzubereiten, wie schon im vorigen Jahrhundert vor Gründung des Bismarckreiches und nachher süddeutsche und katholische Kreise in erster Linie die Träger der großdeutschen Idee waren. Dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei muß in der Anschlußbewegung eine führende Rolle vorbehalten sein, wie drüben in Oesterreich den Christlichsozialen. Bayern fällt für die Vorbereitung und für die Verwirklichung des Anschlusses eine historische Aufgabe ersten Ranges zu. Möge Bayern nicht den historischen Augenblick verpassen!

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Zu den hoffnungsvollen Anzeichen einer inneren Gesundung Deutschlands, die sich trotz aller trüben Erscheinungen Bahn bricht, gehört das sichtbare Wachstum des monarchischen Gedankens. Das Volk besinnt sich wieder auf die Staatsform, die ihm Natur und Geschichte weisen und beginnt die fremden Gifte auszuscheiden. Zuerst werden wir gewiß die 1918 in der Not hastig übergezogene formale und parlamentarische Demokratie abwerfen, die Rederepublik könnte man sie nennen. Schwerer wird der Glaube an die Räterepublik auszutreiben sein, diese barbarisch-östliche Verzerrung mancher staats- und gesellschaftsbildenden Triebe deutscher Art. Die Massen der Linksunabhängigen und Kommunisten, die sich jetzt unter dem roten Sowjetstern vereinigen, haben gewiß mehr Glauben und Mut als die republikanischen Spießer der Scheidemann-Partei oder der Demokratie vom „Berliner Tageblatt" und der „Frankfurter Zeitung". Bezeichnend ist, daß kaum jemand in Deutschland die Republik mit philosophischen oder sittlichen Gründen verficht wie in Frankreich oder im alten Rom. Man führt fast nur praktische Gründe ins Feld, angefangen mit der „Billigkeit". Die haben sich aber derart Lügen gestraft, daß es auf die Dauer Vernunft- oder Nützlichkeitsrepublikaner wohl nur in der Form der Eigennutzrepublikaner bei uns gibt. Der linke Flügel der Demokraten suchte in letzter Zeit die Partei auf das Bekenntnis zum Freistaat festzulegen, erfuhr aber besonders in Bayern derartigen Widerspruch, daß es von dieser Absicht ziemlich still geworden ist. Im Zentrum sind ähnliche Versuche völlig gescheitert. Es setzte nur, ebenso wie die Bayerische Volkspartei, das Staatswohl in der praktischen Politik über die Staatsform. Bei den Wählern aber schadet ein Bekenntnis zur Monarchie heute keiner bürgerlichen Partei mehr. Die beiden Rechtsparteien haben schon viel Nutzen daraus gezogen. Anfang Dezember hielt die Deutsche Volkspartei ihren Parteitag in Nürnberg. Aber nicht nur die bayerische Luft ließ in allen Reden den Königs- und Kaisergedanken zu deutlichstem Ausdruck kommen. Casselmann aus Bayern, Stresemann aus Sachsen, Kahl aus Berlin, der Vorsitzende des Parteitags, sprachen in diesem Sinne. Stresemann, der eine große Rede über Politik des Wiederaufbaues hielt, bemerkte allerdings, daß gegenwärtig die Rückkehr zur Monarchie einen Bürgerkrieg kosten würde. Da stehe das Wohl der Gesamtheit höher. Vom Willen des ganzen Volkes gerufen muß die Monarchie wiederkommen. — Viel Widerspruch wird sich die Deutsche Volkspartei zuziehen mit ihrem Festhalten am unteilbaren Preußen als der notwendigen Grundlage der Reichseinheit. In ihrem scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie, ihre gefährlichen Wirtschaftsexperimente und den vernichtenden Frieden von Versailles wird sie jedoch den Beifall und die Hilfe aller guten Deutschen finden. Das Zusammenarbeiten mit den anderen Parteien der Koalition in der Reichsregierung geht nach dem Zeugnis des Vizekanzlers Dr. Heinze gut vonstatten.

Ein anderer Parteitag fand zu gleicher Zeit in Berlin statt: Linksunabhängige und Kommunisten vollzogen dort ihren Zusammenschluß zur deutschen Sektion der 3. Internationale. Eine rote Sekte, die nur den eigenen Genossen kennt, wurde dort gestiftet, ein Fremdkörper im deutschen Volk. Levi und Däumig sprachen. Dem bürgerlichen Selbstschutz will man eigene proletarische Rüstungen entgegensetzen. Ein Agrarprogramm verlangt Enteignung des Großgrundbesitzes ohne Entgelt und will so die Bauern für den Kommunismus einfangen. Eine Entschließung bekennt die aktive Solidarität mit der russischen Revolution, deren Sieg in Deutschland vollendet werden müsse eine andere erklärt sich gegen Ungarn, das die Ketten der Räterepublik so kräftig abschüttelte. Noch darf nicht unbemerkt bleiben, daß die Kommunisten in Oberschlesien weder für Deutschland noch für Polen, sondern für Räterußland stimmen wollen.

Im Reichstag gab es eine sehr unerquickliche Szene beim Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Der sozialdemokratische Abgeordnete Braun erging sich im Anschluß an den Bestechungsfall Augustin in Angriffen auf den Reichsminister Dr. Hermes. Letzterer konnte die Vorwürfe entkräften. Braun aber trat ihm zur Abwechslung in seiner Eigenschaft als preußischer Landwirtschaftsminister entgegen, und das Haus erlebte, wie ein preußischer und ein Reichsminister aufeinanderlosgingen. Der Reichskanzler äußerte sein tiefstes Bedauern. Mit Recht fragte er, wie eine gesunde Reichspolitik möglich sei, wenn die Autorität im Reich und im größten Bundesstaat durch gegenseitige Angriffe so bloßgestellt werde.

Die Reichsregierung hat der Entente eine Antwortnote über Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen überreichen lassen. Die Reichsregierung erklärt, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Auflösung dieser Selbstschutzorganisationen, die keinen militärischen Charakter tragen, nicht verlangt werden kann. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren lasse sich Deutschland gemäß den Verpflichtungen in Spa angelegen sein, aber in Bayern und Ostpreußen hätten die besonderen Verhältnisse nicht gestattet, mit gleicher Schnelligkeit in der Entwaffnung vorzugehen wie in anderen Teilen Deutschlands. In Bayern sind bei den letzten Wahlen zirka 52000 kommunistische Stimmen abgegeben worden. Die im Entwaffnungsgesetz vorgesehene freiwillige Waffenabgabe habe in Bayern und Ostpreußen ein ungünstigeres Ergebnis gehabt als im übrigen Deutschland. Die abgelieferten Waffen stammten überdies zum Teil von den Einwohnerwehren. Im April 1919 hätten sich aber die Aufrührer bei Erstürmung der Münchener Kasernen großer Waffenvorräte bemächtigt. Die planmäßige militärische Absuchung der Stadt habe später nur den kleineren Teil dieser Vorräte wieder zutage gefördert. Es stehe also fest, daß sich noch sehr beträchtliche Mengen von Waffen aller Art in den Händen der ordnungsfeindlichen Elemente befinden. Die Maulkorbnote der Entente hat die Reichsregierung in einer Antwortnote in sachlich entschiedener und würdiger Weise zurückgewiesen. Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtgemäßen Ermessen vorbehalten, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik für erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von den Verhältnissen in dem besetzten Gebiete persönlich überzeugen und Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie kann dem Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen der belgischen, großbritannischen und französischen Regierung gegenüber im voraus keine verbindlichen Zusicherungen abgeben, muß sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihrer Verpflichtungen, die die Durchführung des Vertrages bis zur Grenze der Möglichkeit vorsehen, ausdrücklich vorbehalten.

Mit knapper Not entgingen wir einer schweren Krisis der Reichsregierung. Der Reichsfinanzminister und die ganze Reichs-

regierung mitsamt dem Reichskanzler drohten mit dem Rücktritt, falls der Reichstag den demagogischen Umtrieben in der Beamtenschaft nachgeben und deren Forderungen restlos bewilligen würde. Die Beamtenorganisationen und deren Führer drohten mit einem Beamtenstreik. Diese Drohung ist eines der betrüblichsten Zeichen der gesunkenen Staatsautorität. Die Linksparteien und namentlich die Mehrheitssozialdemokratie haben sich mit allen Mitteln der Demagogie hinter die Beamtenumtriebe gestellt. Im Reichsrat wurde den Beschlüssen des Reichstages über die Erhöhung der Kinderzuschläge für die Beamten einmütig zugestimmt. Die Beamtenorganisationen hinwiederum nehmen ihre Streikdrohung zurück. Auch in der preußischen Landesversammlung ist ein Konflikt zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien ausgebrochen wegen der Verhandlungen über das Landessteuergesetz. Die Mehrheitssozialdemokraten streikten gegen die Weiterberatung.

Bei der **Viehablieferung** verstand sich die Entente endlich dazu, daß Deutschland in den nächsten 6 Monaten einen Teil des Geforderten stellt. Der Rest ist weiteren Verhandlungen vorbehalten, nicht etwa erlassen.

In **Sachsen** folgte auf die guten Wahlen eine schlechte Regierung. Sozialdemokraten und Rechtsunabhängige bilden das Kabinett unter wohlwollender Neutralität der Kommunisten. Sie verlangen u. a., daß die Regierung den bürgerlichen Selbstschutz entwaffnet — da ist in Sachsen nicht viel zu entwaffnen — und einen proletarischen Selbstschutz organisiert. Landeshauptmann kann ja Max Hölz werden, der glaubwürdig seit 8 Wochen unbehelligt wieder in Falkenstein lebt. Lange wird das hochentwickelte Industrieland die rote Mißwirtschaft nicht aushalten. — Der bisherige Ministerpräsident Buck wurde mit 48 Stimmen wiedergewählt. 47 Stimmen verteilten sich auf Kandidaten der übrigen Parteien. Schon bei der Wahl gab es Zwist zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. — Am 4. Dezember starb der Apostolische Vikar für Sachsen, Bischof Dr. Franz Loebmann. Als Bischof und geborener Sachse erlebte er mit Schmerz die Vertreibung des katholischen Königshauses. Mit der Regierung des Freistaates hatte er schwere Kämpfe, besonders um die Bekenntnisschule, wobei Priester und Eltern wie ein Mann hinter ihm standen. Neben allem Schweren hat die neue Zeit der Kirche größere Freiheit in Sachsen gebracht. Die Gemeindebildung und die Seelsorge auswärtiger Priester sind endlich unabhängig vom Ermessen der Staatsgewalt.

Der **Völkerbund** in Genf erlitt einen empfindlichen Riß durch den Austritt von Argentinien. Dieser zweitgrößte der südamerikanischen Staaten, der im Krieg unter dem klugen Präsidenten Irigoyen seine Neutralität bis zuletzt wahrte, ist nicht gesonnen, das Gaukelspiel mitzumachen, das den Schandfrieden von Versailles unter der Decke des unveränderten Völkerbundpaktes verstecken soll. Argentinien hoffte, wie sein Vertreter an den Vorsitzenden des Völkerbundes schreibt, von diesem Bund eine wohltätige Friedensbürgschaft und eine Besserung der Völkergeschicke. Es machte keine Vorschläge, die mit dem Versailler Vertrag zu tun hatten, sondern verlangt u. a. Zulassung aller selbständigen Staaten und verbindliches Schiedsgericht. Nicht einmal das letztere, ohne das der Völkerbund gar keinen Zweck hat und das deshalb z. B. Erzberger in seinem Buch über den Völkerbund für wesentlich notwendig erklärt, soll verwirklicht werden. Die gleichen Mächte hintertreiben es, die Deutschland vorwerfen, daß es einst im Haag dagegen gearbeitet. — In den Vereinigten Staaten von Nordamerika findet der Austritt Argentiniens viel Beifall.

Oesterreich hat nach vier unerquicklichen, ungeschickt vorbereiteten Wahlgängen endlich einen Bundespräsidenten gefunden. Der neue Präsident Dr. Michael Hainisch ist als angesehener Sozialpolitiker bekannt. Als solcher gehörte er zu einer kleinen Gruppe, die zwischen den Parteien steht. Hainisch ist Großindustrieller und Großgrundbesitzer. Er hat keinen persönlichen Gegner in den Parteien und ist im persönlichen Verkehr ein äußerst sympathischer Mann. Wenn gegen ihn auch die Sozialdemokraten aus prinzipiellen Gründen gestimmt haben, so stand er persönlich doch stets mit ihren Führern in guten Beziehungen. Adler und Pernersdorffer verkehrten in seinem Hause. Man kann ihn nicht als Anhänger einer bestimmten Partei bezeichnen. In deutschnationalen Fragen ist er ziemlich stark hervorgetreten.

Die Volksabstimmung in **Griechenland** zeitigte das erwartete Ergebnis: Nur 2 Prozent der Abstimmenden stimmten gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Auch ein Bekenntnis zum monarchischen Gedanken.

Der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Von Dr. Th. **Brauer**, Geschäftsführer des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften, Köln.

In den Tagen vom 20. bis 23. November hielten die christlichen Gewerkschaften ihren ersten allgemeinen Kongreß seit Krieg und Revolution, in der Reihe der regelmäßigen Kongresse überhaupt den zehnten, im städtischen Saalbau in Essen ab. Der vorhergehende ordentliche Kongreß hatte 1912 in Dresden stattgefunden. Zwischen damals und heute liegt somit nicht bloß dem allgemeinen Geschehen und der allgemeinen Entwicklung nach, sondern auch unter dem Gesichtswinkel der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, sozusagen eine ganze Welt. Vor dem Weltkrieg war diese Bewegung, ob sie nun sozialistisch oder christlich hieß, in der Hauptsache dazu verurteilt, ihr Dasein gleichsam ante portas im Vorhof des Staats- und offiziellen Gesellschaftslebens zu fristen. Im Kriege war es das Volk selbst, das, durch die einfache Tatsache seines bevorzugenden Vertrauens, die Gewerkschaften mit allem Volksleben untrennbar verflocht, obwohl dieselben zahlenmäßig zunächst einen Rückschritt erlitten. Seit der Revolution endlich stehen die **Gewerkschaften im Mittelpunkt des öffentlichen Geschehens: ihre Haltung beeinflußt das politische Geschehen, sei es mittelbar, sei es unmittelbar, entscheidend.** Die Gesamtheit der deutschen Gewerkschaften umfaßt eine Mitgliederzahl von rund 10 Millionen. Die christlichen Gewerkschaften allein zählen rund $1^1/_4$ Million Mitglieder; damit ist aber nur der Arbeiterflügel des Deutschen Gewerkschaftsbundes erfaßt, mit den Angestellten und Beamten, den beiden anderen Flügeln des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ergibt sich eine Mitgliederzahl von annähernd 2 Millionen. Es ist daher ganz natürlich, daß den Tagungen der Gewerkschaften eine um vieles größere Beachtung geschenkt wird. Von der Essener Tagung der christlichen Gewerkschaften insbesondere gilt das um so mehr, als dieselbe schon vorher als **Programmkundgebung größten Stils** angekündigt war. In der Verwirrung unserer Tage hat das Sehnen nach Klarheit der Richtlinien und starker Führung, nach dem aufrichtenden Wort und der uneigennützigen Tat einen Grad erreicht wie nie zuvor.

Was von diesem Standpunkt aus an Anforderungen an den Essener Kongreß gerichtet werden konnte, das hat er restlos erfüllt. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Erfahrungen des Weltkrieges wie die Begleiterscheinungen der Revolution auch die christlichen Arbeiter nicht unbeeinflußt gelassen haben. Man mag die Dinge ansehen wie man will: wenn überhaupt eine Schicht an grundlegenden Aenderungen im Aufbau und in der Richtung des Gemeinwesens Interesse hatte, dann war es die Arbeiterschaft. — Als erstes steht da in überwältigender Deutlichkeit die Tatsache fest, daß die christlichen Gewerkschaften die Sache der Arbeiterschaft als die Sache des deutschen Volkes angesehen wissen wollen. Nicht aber in der Art des Sozialismus, in dem sie sich an die Stelle des Volkes setzen will, sondern auf der Grundlage der **Schicksalsgemeinschaft**, in dem sich die Arbeiterschaft auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal des deutschen Volkes verwachsen weiß, ihrerseits jedoch mit kühner Entschlossenheit vorangehen will, dieses Schicksal, trotz Versailles und trotz aller Not des Zusammenbruchs, mit eigener Hand zu schmieden. Die christliche Arbeiterschaft rennt also nicht gegen die Schranken der natürlichen Ordnung an, sondern setzt bei ihrer Arbeit die Anerkennung der Solidarität aller Volksschichten voraus. Das ist der Ausgangspunkt für das Hauptreferat des Essener Kongresses, **die große Rede Stegerwalds**. In der Tagespresse hat inzwischen eine lebhafte Auseinandersetzung über einen Teil dieser Rede eingesetzt, nämlich über ihren letzten Teil, der sich mit den Anforderungen der christlichen Gewerkschaften an das politische Leben befaßt. An den übrigen Teilen geht man meist vorbei, obwohl darin bemerkenswerte Aeußerungen zur inneren und äußeren Lage, eine ebenso knappe wie präzise Stellungnahme zur Frage der **Sozialisierung des Bergbaues** und eine sehr eingehende Darlegung des **Problems Preußen-Deutschland** befindet, über die sich m. E. diskutieren läßt, ohne daß der übliche Ton der leidenschaftlichen Rechthaberei angeschlagen wird. Die ganzen Ausführungen aber heben sich von dem Hintergrunde ab, dessen Kolorit, wenn man so sagen darf, die seelische Not unseres Volkes ist. In dieser Not und der anderen, die sich aus unserer ganzen trostlosen Lage ergibt, sieht die christliche Arbeiterschaft das stärkste Motiv, um den ihrer Bewegung ursprünglich zugrunde liegenden Gedanken der Volkssolidarität heute machtvoller denn je in den Vordergrund zu drängen. Und

daraus ergeben sich natürlich auch Folgerungen für die Gestaltung des politischen Lebens. Es hat sich bisher kein wesentlicher Widerspruch in der Tagespresse dagegen erhoben, daß Stegerwald feststellte, unser Parteiwesen habe die unbedingt gebotenen Konsequenzen aus der veränderten Lage bis heute nicht gezogen. Können aber diese Konsequenzen auf etwas anderes hinausgehen als auf eine Loslösung des Parteiwesens von dem kleinlichen Hader und Zank, der unser Volk in dieser Zeit von allen guten Geistern verlassen erscheinen läßt? Oder soll etwa der Sozialdemokratie mit ihrer rein taktischen und opportunistischen Einstellung, mit ihrer Furcht vor Verantwortung und ihrer Unfähigkeit, den Hebel ihrer Massenerziehung von der früheren negativen Richtung entschlossen in die positive Richtung umzuwerfen, — soll etwa ihr dauernd die Beherrschung der Lage überantwortet werden und damit der Zweifel an der Möglichkeit unseres Wiederaufbaues sich in vollendete Verzweiflung verkehren? Es gibt, sagt Stegerwald, nur eine Lösung dieser Schwierigkeiten: die positiv gesinnten und gerichteten Elemente aus allen bürgerlichen Schichten und Parteien müssen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden unter Abstoßung aller Extremen. Es muß eine breite Mittelfront aus dem bürgerlichen Parteiwesen errichtet werden, die unserer Politik nach innen und außen die konstante Linie gibt, die allein beim Volke selbst und bei den Völkern draußen das Vertrauen wiederherstellt. Ob nun diese breite Mittelfront aus einer Parteikartellierung oder einer Parteiverschmelzung oder aber aus der Sammlung aller gleichgerichteten Elemente auf der verbreiterten und entsprechend ausgestalteten Programmgrundlage einer bestimmten bestehenden Partei zustande kommen soll, diese Frage läßt der Redner offen. Der Kongreß hat sich einmütig auf den Standpunkt dieser Forderung gestellt, die die trennenden Punkte in unserem Volksleben zurückgestellt wissen will, damit endlich ernsthaft mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Hat er recht daran getan oder nicht? Wer unsere Zukunft von der Notwendigkeit des Wiederaufbaues — das Wort im weitesten Sinne genommen — aus beurteilt, wird seine Zustimmung unmöglich versagen können. Stegerwald hat in Essen gesagt, es sei kein Naturgesetz, daß die deutsche Arbeiterbewegung immer klassenkämpferisch gerichtet sein müsse; ebenso wenig aber ist es ein Naturgesetz, daß die deutsche Parteizersplitterung bestehen bleiben muß. Wer selbst an den Vorverhandlungen zum Essener Kongreß teilgenommen hat, der weiß, wie gewissenhaft in den Kreisen der christlichen Arbeiterführer alle Gegengründe gegen die in Essen ausgegebene Parole erwogen worden sind; allein das Elend unserer gesamten Lage zwang schließlich doch dazu, alle Bedenken beiseite zu setzen und das deutsche Volk im Sinne der Einigung aufzurufen. Für die christlichen Gewerkschaften spielt überdies noch die Tatsache eine Rolle, daß es für sie auf die Dauer ein unerträglicher Zustand ist, ihre Anhänger auf Parteien verteilt zu sehen, die teils in der Regierung mitarbeiten, teils sie „grundsätzlich" bekämpfen. Das lähmt die Tatkraft und Durchschlagskraft der Bewegung und bedeutet für die Sozialdemokratie eine sehr billige, aber sehr wirksame Bereicherung ihres Agitationsarsenals.

Nun wird allerdings den christlichen Gewerkschaften vorgehalten, trotz der anders lautenden Behauptung Stegerwalds bedeute die ganze Stellungnahme in Essen eine Aufgabe der politischen Neutralität, die von jeher zum Programm der christlichen Gewerkschaften gehört habe. Stimmt das? Unbedingt nicht! Selbst nicht bei genauester philologischer Untersuchung des Wortlauts des alten Programms der christlichen Gewerkschaften. Dieses Programm ist stets so ausgelegt und angewandt worden, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Anhänger zu tatkräftiger Mitwirkung in allen nichtsozialdemokratischen Parteien aufforderten. Was jetzt gefordert wird, ist nichts anderes, selbst dann nicht, wenn schließlich aus der Sammelparole, die in Essen ausgegeben worden, eine neue Parteibildung hervorgehen würde. Allein es wäre gewiß Schildbürgerei angesichts alles dessen, was wir erlebt haben und was sich seit Krieg und Revolution um uns herum zugetragen und verändert hat, eine derartige Frage mit philologischen Finessen lösen zu wollen. Seit dem Augenblick, wo das gewerkschaftliche Wollen — gegen die eigenen Absichten — das gesamte Volksleben umfaßt, hat es eben selber politische Auswirkungen, denen sich die Gewerkschaften daher auch in ihren eigenen weiteren Maßnahmen nicht entziehen können. Das hat mit Parteipolitik an sich nicht das mindeste zu tun. Auch dann nicht, wenn sich daraus die Forderung an die bürgerlichen Parteien ergibt, sich im Volksinteresse auf neuer Grundlage zu verjüngen. Diese Forderung entspringt dann nämlich gewiß in keiner Weise parteipolitischen Erwägungen, sondern der Erwägung dessen, was der Wiederaufbau erfordert, ohne den die Gewerkschaften ihre ganze Existenz schließlich in Frage gestellt sehen. Es wäre daher eher der gegenteilige Vorwurf daß die Gewerkschaften die parteipolitischen Beweggründe vernachlässigten, berechtigt und tatsächlich wird ja auch von anderer Seite, wie oben bereits angedeutet, dieser letztere Vorwurf erhoben. Wir sagten es schon: nach Ansicht der christlichen Gewerkschaften muß vor den hervorragenden Aufgaben der Erneuerung unseres Volkslebens alles andere, auch das parteipolitische Gruppeninteresse zurücktreten.

Wer etwa glauben sollte, die Essener Erörterungen seien letzten Endes rein akademischer Natur, der wird sich bald getäuscht sehen: die Essener Beschlüsse sehen die Gründung eines politischen Aktionskomitees innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor, das in den Fragen der Parteierneuerung weiter aktiv in den einzelnen nichtsozialdemokratischen Parteien nachzugehen hat; ferner die Gründung einer Tageszeitung, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung sich sehr energisch geltend machen wird, und die Gründung einer Volksbank, die die in den Gewerkschaften und ihren befreundeten Organisationen vorhandenen Gelder zu einheitlicher Wirkung zusammenfassen soll. Das alles wird die Wirkung des Essener Kongresses weit hinausprojizieren in unser öffentliches Leben.

Hatte Stegerwalds Referat den Zentralpunkt der Essener Verhandlungen gebildet, das als solches eine Zusammenfassung aller die christliche Arbeiterschaft heute bewegenden Einzelfragen bot, so ging nunmehr eine Reihe von weiteren Reden auf die bedeutsamsten Einzelfragen ein. Eingeleitet durch ein besonderes Referat über die Wirtschaftsentwicklung, präzisierte der Kongreß seine Stellungnahme zu dem Körperschaftsgedanken in Staat und Wirtschaft. Da hieß es denn, einzugehen auf all das, was in dieser Hinsicht die neueste Entwicklung an Ansätzen gebracht hat, es kritisch zu werten und für die Zukunft weitere Folgerungen zu ziehen. In diesem Referat kam, praktisch ausgemünzt, die ganze Auffassung einer organischen Demokratie zur Geltung, wie sie die christliche Arbeiterschaft in heißem Ringen sich erobert hat. Christlichsoziale Gedankengänge aus der Vorzeit leuchten wieder auf, und es zeigt sich, daß gerade für die Lösung der heutigen vordringlichsten Fragen der „Sozialisierung" usw. diese Ideengänge überraschend starke und brauchbare Grundlagen bieten. Weitere Reden behandelten die Sonderfragen des Arbeitsverhältnisses im neuen Recht und dann die Bewertung der Handarbeit vor allem im Hinblick auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Wer sich die zu diesem letzten Punkte gefaßte Kongreßentschließung ansieht, wird sofort den vollgültigen Beweis dafür sehen, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Solidaritätsauffassung auch in die schwierigsten und heikelsten ihrer Sonderprobleme hineintragen. Das gleiche trifft übrigens auch für das weitere Referat zu, das sich mit der Heranbildung des Nachwuchses in Betrieb und Gewerkschaft beschäftigte. In der Art, wie die Gewerkschaften die gewerbliche Anarchie zu überwinden suchen, die uns der Weltkrieg als eines der schlimmsten Erbstücke hinterlassen, läßt sich mit größter Klarheit ersehen, wie sehr die Gewerkschaftssache zur allgemeinen Volkssache geworden ist, wie gewerkschaftliche Erziehungsarbeit weit hineingreift in das Erziehungswesen allgemein und wie darin die Mächte Autorität und Unterordnung aufs neue nach den furchtbaren Schlägen der letzten Zeit fundamentiert werden. Eine Rede über Christentum und Sozialismus, die die weltanschauliche Seite der christlichen Gewerkschaftsbewegung klar ins Licht rückte, beschloß den Kongreß und ließ noch einmal die Begeisterung der christlichen Arbeiterschaft für den christlichen Gedanken zu hoher Flamme emporzüngeln.

Wem in den Stürmen der Revolution und unter der niederdrückenden Wucht ihrer gemeinen Ausartungen das Bild der Arbeiterbewegung sich verzerrt haben mag, der wird, wenn er überhaupt guten Willens ist, an dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften sich wieder aufrichten können. Nirgendwo ist von Männern, die unmittelbar in der Praxis des Lebens stehen und zwar an schwierigster Stelle, in den jetzigen trüben Zeiten ein gleich voraussetzungsloses und darum überzeugendes Gelöbnis für die Sache des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit geleistet worden wie in Essen. Findet dieses Gelöbnis Anklang bei allen Schichten unseres Volkes, auf deren Mitarbeit es jetzt ankommt, dann hat die Essener Tagung im besten Sinne aufbauende Arbeit geleistet. Das wäre endlich ein Hoffnungsschimmer in dem Dunkel, in dem sich das arme, zertretene deutsche Volk heute bewegt.

Kulturkampf in Polen.

Von P. Redemptus Weninger, Carm. Disc. in Reisach (Obb.).

Ein Kulturkampf in Polen! Jetzt, da Polen ein selbständiges Reich, ein katholisches Reich ist! Wer sollte das für möglich halten? Und doch beginnt es zu toben. Laut „Dziennik Gdanski" vom 11. November 1920 brachte der Abgeordnete Nowicki mit seinen Genossen von der nationalen Arbeiterpartei in der Kammer eine Interpellation ein gegen:

1. den Bischof Dr. Rosentreter in Pelplin,
2. seinen Bruder, den Pfarrer Rosentreter in Mewe,
3. den ehemaligen Regens des Priesterseminars in Pelplin, Treder,
4. den Dompropst Schröter in Pelplin,
5. den Prälaten Sawicki, Pfarrer in Dirschau,
6. den Pfarrer Wegner in Tuchel,
7. den Pfarrer und Dekan Boenig in Konitz,
8. den Pfarrer Bnczik in Jeschewo, Kr. Schwetz.

Sie fragen beim Kultusminister an:

1. „Ist Ihnen der Stand der Dinge bekannt?" (Nämlich, daß deutsche Geistliche, die als Hakatisten angeschwärzt werden, in ihren bisherigen Aemtern wirken, obwohl das Gebiet zu dem sie gehören, nun polnisch geworden ist.)

2. „Was haben Sie getan, um diese skandalösen (?) Verhältnisse in Pomerellen zu ändern und besonders die polnischen Kirchspiele und die polnischen Diözesen zu befreien und sie in deutsche Kirchspiele und Diözesen zu versetzen?"

3. „Was beabsichtigen Sie eventuell im Einverständnis mit dem Apostolischen Stuhl zu tun, um die gerechten (?) Forderungen der polnischen Bevölkerung zu befriedigen?"

Die katholischen Polenführer sprechen es mit dankenswerter Offenheit aus, warum sie so vorgehen wollen.

Damit „die polnischen Kirchspiele und die polnischen Diözesen von der Herrschaft und Willkür der deutschen Geistlichen befreit werden." Dereinst beklagte man sich noch zum Teil mit Recht über die Rücksichtslosigkeiten der preußischen Regierung gegen die ihr untertanen Polen; nun gehen die Polen noch ungleich rücksichtsloser, ja grausam gegen Männer vor, die seit Jahrzehnten in Pommerellen wirken und sich um das zeitliche und ewige Wohl des katholischen deutschen und polnischen Volkes große Verdienste erworben haben. Die Polen arbeiten rasch. Bereits am 13. November brachte das katholische „Danziger Volksblatt" die ungeheuerliche Nachricht, daß die polnische Regierung den Dompropst Dr. Schröter, den Domherrn Treder und den Bistumssyndikus Ottawa aus dem polnischen Gebiete ausgewiesen haben. Bis zum 2. Dezember sollten sie ihren Wohnsitz und ihr Amt (!!) verlassen. Die Nachricht bestätigt sich zum Erstaunen aller guten Katholiken leider. Ja, bereits am 25. November bringt das „Danziger Volksblatt" die Mitteilung, Dr. Schröter habe der rohen Gewalt weichen und seinen Wohnsitz verlassen müssen. Wie ein Verbrecher, so sagt eine briefliche Mitteilung, wurde er mit Polizeigewalt zur polnischen Grenze gebracht. Man vergönnte ihm nicht einmal die kurze bis zum 2. Dezember vorgesehene Frist zum Verlassen des polnischen Staates und zum Ordnen seiner Angelegenheiten.

Dr. Schröter ist ein 64 jähr. Greis und seit 38 Jahren Priester der Diözese Kulm. Er wirkte an verschiedenen Orten als Kaplan, als Religionslehrer, Pfarrer, Subregens des Priesterseminars und als Domherr zur vollsten Zufriedenheit seines Bischofs. Er ist ein tadelloser Priester und eine unerschöpfliche Kraft. Seitdem der größte Teil der Diözese an Polen gekommen, hat er seine Pflichten gegen den polnischen Staat auf das Gewissenhafteste erfüllt. — Domherr Treder, der früher preußischer Amtsrichter gewesen, wurde fast 7 Jahre im Pelpliner Collegium Marianum erzogen. Er entfaltete als Regens des Priesterseminars eine segensreiche Tätigkeit. Um Politik kümmerte er sich nicht. — Bistumssyndikus Ottawa ist im oberschlesischen Abstimmungsgebiet geboren.

Diese Männer werden ihres Amtes entsetzt und des Landes verwiesen von einer Regierung, die katholisch sein will, von der Regierung eines Landes, das drei Millionen deutsche Untertanen zählt. In der Diözese Kulm ist sicher ein Fünftel der ganzen Einwohnerschaft deutscher Nationalität. Und die polnische Regierung hält es nicht einmal für nötig, dem Diözesanbischof irgendwelche Mitteilung von diesen Maßnahmen zu machen!

Die Domherren haben ihr Amt von der kirchlichen Autorität, nicht vom Staate; wenn der polnische Staat es dennoch wagt, sie zu entsetzen, so macht er sich eines schweren Eingriffes in die Rechte der Kirche schuldig und führt einen offenen Kulturkampf.

Aber Polen ist „der katholische Staat".

Die Bedeutung des Dekaloges als Grundlage sozialen Wiederaufbaues.

Von Sigm. Frhr. v. Pfetten-Arnbach.

(Schluß.)

Im vierten Gebote wendet sich der göttliche Gesetzgeber dem Gesellschaftsleben der Menschen zu. „Du sollst Vater und Mutter ehren, auf daß es dir wohlgehe und du lange lebest auf Erden." Das vierte Gebot, sagt der mir vorliegende kleine Katechismus, gebietet, den Eltern und Vorgesetzten Ehrfurcht, Liebe und Gehorsam zu erweisen. An die Spitze der Gebote der II. Tafel ist das Gebot gesetzt, welches der in den ersten drei Geboten gelehrten Gleichheit der Menschen vor Gott, eine Ungleichheit unter sich gegenüberstellt, die einen zu Ehrfurcht und Gehorsam gegen die andern verpflichtet und, indem es zunächst als den Zellenbau der Gesellschaft, die Familie benennt, die Grundlage feststellt für jede von Menschen über Menschen auszuübende Autorität. Beachtenswert ist auch hier die Vereinigung von Pflichten und Rechten, wie sie im vierten Gebote begründet, und wie beide mit wahrhaft göttlicher Weisheit verteilt werden nach zwei Seiten. Pflicht der Ehrerbietung, Liebe und des Gehorsams für die Kinder. Recht auf Achtung, Liebe und Fürsorge für das Kind von seiten der Eltern. Pflicht treuer Pflege der Seele und des Leibes der Kinder durch die Eltern und deren Recht zur Erziehung und Ausbildung leiblicher und geistiger Anlagen der Kinder. Die Anwendung dieser Pflichten und Rechte auf den weiteren Ausbau der Ordnung in Staat und Gesellschaft liegen dem sorgfältigen Ausdenken des Inhaltes des vierten Gebotes unendlich nahe. Wie weit aber die Gegenwart von einem tiefgehenden Vollzuge der Ordnung entfernt ist, welche durch das vierte Gebot einerseits den Menschen zur Pflicht gemacht ist, anderseits aber als heiliges, unantastbares Recht gewährleistet wird, muß jedem voll zum Bewußtsein kommen, der nur kurze Zeit über die Unordnung nachdenkt, die ihn im heutigen Gesellschafts- und Staatsleben auf allen Seiten umgibt und aus der er sich auch beim größten Wohlverhalten nicht loszulösen vermag. Wie tief dieses Gebot in das Gebiet der „Schule" eingreift, auszuführen, übersteigt den hier verfügbaren Raum.

„Du sollst nicht töten." Das fünfte Gebot verbietet alles, wodurch man dem Nächsten oder sich selbst am Leben des Leibes oder der Seele schadet, sagt mein kleiner Katechismus.

„L'oeuvre de chair ne désireras qu'en mariage seulement". (Das Fleischeswerk sollst du nur in der Ehe verlangen.) So lautet das sechste Gebot in einem mir vorliegendem französischen Gebetbuche mit der Approbation des Erzbischofes von Bordeaux vom 15. September 1857. „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Hausfrau" befiehlt das neunte Gebot. Beide Gebote ergänzen den Schutz der Keimzelle der Gesellschaft, der Familie. Ich trete niemanden zu nahe, wenn ich als die tiefste Stelle des Sumpfes, an dem sich die Gegenwart bewegt, die Mißachtung des sechsten und neunten Gebotes bezeichne. Der Wiederaufbau gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung muß von der Familie seinen Ausgang nehmen. Ohne Gesundung unseres arg zerrütteten Familienlebens ist wahrer Aufschwung von Volkswohlfahrt nicht denkbar. Ueber diesen Satz ist alle Welt, wenigstens soweit sie guten Willens ist, einig. Darüber aber, daß guter Wille auch heute noch in der weitaus größten Zahl der Menschen vorhanden ist, habe ich keinen Zweifel. Beweise hiefür können wir allenthalben wahrnehmen, wohin wir unsere Augen richten, deutlich erkennbar ist er zutage getreten in der großartigen Opferwilligkeit, der während des Weltkrieges an den Fronten, in den Schützengräben, in den Lazaretten, in diesen sowohl auf seiten der Aerzte und Pflegenden als der Verpflegten und nicht zuletzt in der Heimat von alt und jung, Mann und Frau geübt wurde. Auch die viel geschmähte Etappe soll von dieser Anerkennung guten Willens nicht ausgenommen sein. Beweis in wie hohem Maße guter Wille unser Volk erfüllt, sehen wir auch in der Beteiligung an Volksmissionen, bei denen in Stadt und Land die Kirchen während der Predigten gefüllt, die Beichtstühle umlagert, die Kommunionbänke voll besetzt sind. Wir können uns von dem Herrschen guten Willens überzeugen, wenn wenigstens auf dem Lande der katholische Volksteil nahezu vollzählig seine Ostern hält, und wenn wir von dem Eifer hören, mit dem z. B. bei den Kämpfen in Giesing zurzeit der

Münchener Räterepublik für die Verwundeten und Sterbenden gerade im roten Lager priesterlicher Beistand gesucht wurde.

Wer in meiner Beweisführung für die weite Verbreitung guten Willens mehr den katholischen Volksteil für berücksichtigt hält, möge mir glauben, daß ich von dessen weiter Verbreitung auch auf nicht katholischer Seite überzeugt bin. Möchte der gute Wille, der zweifellos in unserem Volke vorhanden ist, sich auch nach dem Kriege nicht nur in der Kirche, und in dem Wunsche gut zu sterben betätigen, sondern den Weg finden, das Volk zu einem einträchtigeren Leben und damit wieder zu einer glücklicheren Zukunft zu führen. Die Heilsmittel hierzu sind allein in der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche gegeben und Jedem, der sie dort sucht, werden sie nicht vorenthalten bleiben.

Die Aufgabe der weltlichen Gewalt mag sie im Obrigkeitsstaate von einer mit Autorität umkleideten Obrigkeit, mag sie im Volksstaate nach Ton und Tonart von dem Volke geleitet werden, ist und bleibt: „Das Wohl des Volkes muß oberste Richtschnur sein." Der erste Schritt dazu ist die Verbreitung von „Schmutz und Unrat in Wort und Bild" wirksam einzudämmen. Es genügt nicht, sie zu verdecken und von der Oberfläche auf Schleichwege zu drängen; nur wirksamer Schutz der Unschuld und Tugend kann dem Bedürfnisse wahren Volkswohles genügen.

Als zweite Aufgabe erscheint die Erhaltung der Schamhaftigkeit im privaten und öffentlichen Leben. Mit Schamlosigkeit in Kleidung und in öffentlichen insbesonders theatralischen Aufführungen ist das sechste Gebot nicht in Einklang zu bringen.

Auf der Pflege der Schamhaftigkeit und Sittlichkeit im Volksleben baut sich auch ein gesundes Eheleben auf. Die Familie dieser Zelle aller gesellschaftlichen und staatlichen Organisation kann ohne Gesundung des Ehelebens auf der Grundlage der Unauflöslichkeit des Ehebandes nicht der Baustein für den Wiederaufbau eines glücklichen Volkslebens werden, als der sie die Sozialpolitik aller Parteien ansieht.

Im sechsten und neunten Gebot sind Pflicht und Rechte eines für das Volksglück eine der ersten Voraussetzungen bildenden Eherechtes ihrem vollen Umfange nach enthalten. Der Volksstaat muß sich darüber klar sein, daß eine laxe Ehegesetzgebung unvereinbar ist mit dem Aufblühen der Familien, mit dem zeitlichen und ewigen Wohle der aus der Familie hervorgehenden Kinder. Die Erfahrung lehrt, daß die ersten Eindrücke des Kindes in der Familie entscheidend sind für das ganze Leben. Wir können die Lebensgeschichte großer Männer und Frauen, die durch Verdienste um das Gemeinwohl Hervorragendes geleistet haben, aufschlagen, wo wir wollen. Bei weitaus den meisten derselben sehen wir, daß ihr Wirken vorbereitet ist durch den Einfluß, den tüchtige Eltern auf das Kind von frühester Jugend in treuer Pflichtenerfüllung geübt haben, sehen in vielen Fällen die nicht zu verkennende Wirksamkeit treubesorgten elterlichen Gebetes.

„Du sollst nicht stehlen." „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Gut." Das siebente und zehnte Gebot begründen, gewährleisten und schützen das Privateigentum und zwar nicht nur gegen tatsächliche Angriffe, sondern auch gegen die Begehrlichkeit. Der Dekalog beschränkt sich auf diesen Schutz gegen „Begehrlichkeit" bei zwei Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung, der Familie und des Privateigentumes. Damit ist eine ganz besondere Betonung der hohen Wichtigkeit dieser Einrichtungen unverkennbar zum Ausdruck gebracht. Daß der richtige Eigentumsbegriff nicht nur für das Sittengesetz, sondern auch für die Ordnung in Gesellschaft und Staat von grundlegender Bedeutung ist und daher in der weltlichen Gesetzgebung seine zutreffende, mit dem Sittengesetz vereinbarliche Festlegung von entscheidender Wichtigkeit ist, muß sich jedem aufdrängen, der in den Begriffen Kapitalismus einerseits und Sozialisierung anderseits andere Momente erkennt, als Schlagworte zur Verwertung in Zwietracht und Streit. Unsere Wissenschaft lehrt bei Feststellung und Anwendung der Begriffe zu unterscheiden nach den verschiedenen Verhältnissen der in Betracht kommenden Tatsachen. Für das Schlagwort „Kapitalismus" habe ich noch nirgends eine Definition gefunden, die mir geeignet scheint, ihm den Charakter eines sehr verschiedenartig zu deutenden Schlagwortes zu benehmen. Den Weg, es richtig anzuwenden, scheint mir der Heiland selbst angedeutet zu haben mit den Worten: „Niemand kann Gott und dem Mammon dienen". Im richtigen Verständnis und in der gewissenhaften Unterscheidung von Gottes- und Mammonsdienst scheint mir der so leicht verständliche, aber so schwer im Worte zu fassende Unterschied im Erwerbsleben zu liegen, zu dem der göttliche Urteilsspruch: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen" den Menschen bestimmt hat und der vor unsittlicher Ausbeutung des Nächsten durch Selbstsucht und Eigennutz schützt. Berechtigung und Irrtum in dem unermeßlich großen Gebiete, das durch den Begriff und das „Begehren" der Sozialisierung bezeichnet wird, hat in voller Klarheit die unfehlbare Lehrautorität der katholischen Kirche der Welt in den Rundschreiben der letzten Päpste vorgezeichnet. Möchten doch diese Lehren den Massen zugänglich gemacht werden, wie sie es als Lehren einer mit Unfehlbarkeit bekleideten Autorität verdienen und wie ihre Beachtung mehr als alles Gezänke zur Wiederkehr von Ruhe und Ordnung, Eintracht im Erwerbsleben und Verkehr beizutragen vermöchte.

„Du sollst kein falsches Zeugnis geben." Das achte Gebot verbietet: 1. Das falsche Zeugnis, 2. jede Art von Lügen, 3. jede Versündigung gegen die Ehre und den guten Namen des Nächsten. Auch hier gehen Pflicht und Recht einträchtig Hand in Hand. Wie könnten alle menschlichen Verhältnisse gewinnen, wenn die Wahrheit höher in der Achtung der Menschen eingeschätzt würde und die Unwahrheit als Mittel zur Erreichung praktischer Lebensziele mit mehr Aengstlichkeit und Gewissenhaftigkeit aus privatem und öffentlichem Leben verbannt würde!

In vorstehender kurzer Ausführung glaube ich des Beifalles aller derer sicher zu sein, die sich ernstlicher mit den Fragen beschäftigen, welche Vorteile Gesellschaft und Staat aus gewissenhafter, möglichst allgemeiner Beobachtung der „Gebote Gottes" ziehen könnten, und in welch' weitem Umfange die Welt in deren Befolgung im privaten, insbesondere aber im Geschäfts- und öffentlichen Leben von deren Befolgung entfernt ist. Gerade jene staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, auf welche wir geneigt sind mit besonderer Befriedigung als auf den Hochstand menschlicher Kultur verehrungsvoll unsere Blicke zu richten, würden einem neuen, unbegrenzten Aufschwunge zugeführt werden.

Beethoven.

In der frostigen Kammer voll Wust und Kram,
In welche selten die Sonne kam,
In der Kammer mit den schmutzigen Wänden,
Mit staubigen Stössen von Noten und Bänden,
Mit dem ächzenden Schrank und dem alten Bette,
Der Meister sitzt an seinem Spinette.
Und kritzelt in schnörklig dunkeln Zeichen
Aufs Notenpapier die Töne, die reichen,
Die seine lebendige Seele schwellen,
Und unversieglich dem Herzen entquellen.
Prüft dann am Klaviere die Melodien
Und Akkorde der Lieder und Symphonien.

Da plötzlich fällt die Hand von den Tasten,
Es erfrieren die Blicke, die schier verglasten.
Die Finger hämmern und betteln und winken.
Umsonst! Nur tiefer die Töne versinken.
Was längst sein taubendes Ohr gedroht,
Kommt sie, die gräberstille Not?
Wild streicht er die Geige, hält ganz ans Ohr
Die Saite – auch sie den Ton verlor.
„Nein! Nicht! Die letzte einzige Gunst
Nimm sie mir nicht, die tönende Kunst!
Lass, Himmel, mir der Klänge Schöne!
Eine Welt, ein Leben für meine Töne!"
Er bläst die Posaune mit gier'ger Gebärde . . .
— Es verstummen alle Orchester der Erde.

Da sinkt er auf beide Knie nieder,
Die Verzweiflung geht durch die tauben Glieder,
Und griffelt und meisselt seit dieser Stunde
An den trotzigen Zügen, am bittern Munde,
Am verbeulten Kinn, an den Rinnen und Tiefen,
Die um die Augen und Wangen liefen,
Verwühlt' ihm das Haar und ballt die Faust,
Dass es wie ein Fluch zum Himmel braust.
Bis die krampfigen Finger sich wieder lösten.
. . . Einen Engel hört er da drinnen trösten:
„Du Grosser, in Leides tiefem Dunkeln
Und in tiefen Brunnen die Sterne funkeln.
Es müssen die irdischen Töne, die herben,
Dem Propheten der himmlischen Harfen sterben."

Da steht er auf. In ekstatischer Lohe
Schreibt er sein Grösstes: die Messe, die hohe.

Martin Mayr.

Die Ueberfremdung Mitteleuropas.

Von Ing. H. Müller, Offenbach a. M.

Eine Reihe von Zustimmungserklärungen, die mir mein Aufsatz über die „Amerikanisierung Europas“ in Nr. 44 der „Allgemeinen Rundschau“ eingetragen hat, hat mich in der Absicht bestärkt, dem Vordringen des ausländischen Kapitals in das mitteleuropäische Wirtschaftsleben besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Nachstehend seien einige weitere bemerkenswerte Fälle aus der Fülle des täglich wachsenden Tatsachenmaterials herausgegriffen. Französische Kapitalistenkreise kaufen in Oberschlesien fortgesetzt Industriewerte auf; ebenso finden in rheinisch-westfälischen Industrieaktien in steigendem Umfange Auslandskäufe statt. Zahlreiche Hotels in München sind in ausländische Hände übergegangen; nach einer bisher nicht berichtigten Zeitungsmeldung handelt es sich um nicht weniger als 16 grössere Hotels. In besonderem Masse wächst der Einfluss des Ententekapitals in Rheinland-Westfalen. Erst dieser Tage ist wieder eine angesehene rheinische Bank, die Koblenzer Bank, durch amerikanisches Kapital überfremdet worden. Von der holländischen N. V. Comindo Maatschappij vor Commercieele en Industrieele Odernemingen in Amsterdam, hinter der kapitalkräftige französische, englische und amerikanische Finanzgruppen stehen, sind in den letzten Wochen zahlreichen deutschen Werken Kaufangebote gemacht worden. Der Verfasser hatte Gelegenheit, Einsicht in ein Schreiben dieser Gesellschaft zu nehmen, in dem es u. a. heisst:

Wir beabsichtigen, den Auslandsverkauf deutscher Eisen- und Stahlwerke bei uns auf breiterer Basis zu konzentrieren. Wir erbitten deswegen ihre grundsätzliche Rückäusserung, ob sie bereit sind, mit uns in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten. Die Form einer etwaigen Vereinbarung bleibt vorbehalten. Grundsätzlich wären wir auf Wunsch auch zu einer ganzen oder teilweisen Uebernahme Ihres Unternehmens unter zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Wir würden die Transaktion für Rechnung einer kapitalkräftigen Gruppe zur Durchführung bringen.

Die deutsche Industrie ist angesichts der wachsenden Schwierigkeiten, denen unser Wirtschaftsleben fortgesetzt von Berufenen und Unberufenen ausgesetzt wird, nicht immer in der Lage, die Beteiligung ausländischen Kapitals grundsätzlich und bedingungslos abzulehnen, aber die Tatsache, dass der Aufkauf deutscher Industriewerte in den letzten Wochen systematisch betrieben wird, lässt denn doch eindeutig das Endziel der Bestrebungen des ausländischen Kapitalismus erkennen. Bei Privatfirmen besteht überdies bei verschleiertem Uebergang in ausländische Hände (z. B. durch deutsche Mittelsmänner) die Gefahr der Verschleuderung, die sich von äusserst verderblichem Einfluss auf die Entwicklung unserer Volkswirtschaft erweisen hat. Im Zusammenhang damit ist bemerkenswert, dass die Royal Mail Steam Packet Co. zu Beginn des nächsten Jahres einen Passagier- und Güterdienst zwischen Hamburg und Neuyork einrichten wird.

In der Tschechoslowakei ist der englischen „Imperial Continental Gas-Association“ durch Verfügung des Ministeriums des Innern die Errichtung eines Zweiggeschäfts mit dem Sitz in Prag gestattet worden. Zwischen der Banque des Bruxelles, die zu den ältesten und angesehensten Bankinstituten Belgiens gehört und über ein Aktienkapital von 103 Millionen belgischen Franken verfügt, und der „Böhmischen Eskomptebank und Kreditanstalt“ sind Vereinbarungen zustandegekommen, die eine Interessennahme des Brüsseler Instituts an Industrie und Handel in der Tschechoslowakei bezwecken. Die „Böhmische Eskomptebank und Kreditanstalt“ hat am 6. Dezember eine Kapitalserhöhung von 80 auf 100 Millionen tschechische Kronen vorgenommen. Wegen des Erwerbs der grössten tschechoslowakischen Baumwollfabriken (wie z. B. der Roth-Kosteletzer und Erlacher Spinnerei und Weberei, der Cosmanos Ver. Textil- und Druckfabriken usw.) schweben gegenwärtig Verhandlungen mit einer amerikanischen Kapitalgruppe. Des weiteren hat eine amerikanische Kapitalgruppe Verhandlungen mit den „Inwald-Glasfabriken, A.-G.“ aufgenommen, die über Werke in Prag-Slochow, Deutschschützendorf, Polna, Podebrad, Rudolfshütte (Teplitz) und anderen Orten sowie über eigene Braunkohlenwerke verfügen und über 3000 Arbeiter beschäftigen; das Unternehmen hat im vergangenen Jahre sein Zentralbureau von Wien nach Prag verlegt. In Ungarn haben englische Finanzkreise die Aktienmehrheit der „Budapester Viktoriamühle“ in ihre Hände gebracht; der Sitz des Unternehmens soll nach London verlegt werden. In der ungarischen Filmindustrie hat britisches Kapital die „British-Hungarian Film Theatre Co. Ltd.“ mit einem Grundkapital von 20 Millionen Kronen gegründet, die die Vorführung englischer und amerikanischer Films in Ungarn und die Herstellung ungarischer Aufnahmen in England erleichtern will. Die „Estergom-Szaszvar Bergwerks-Aktiengesellschaft“, die Budapest mit elektrischem Licht versorgen will, unterhandelt zurzeit mit französischen Finanzkreisen; eine amerikanische Finanzgruppe hat die Aktienmehrheit der „Elektrizitäts- und Glühlampen-Aktiengesellschaft“ erworben, um neue Patente in Ungarn einzuführen. In Belgien hat sich eine „Union Technique Belge-Roumaine“ zur technisch-industriellen Erschliessung Rumäniens gebildet; es ist jedoch anzunehmen, dass es das Unternehmen in erster Linie auf die grossen Reichtümer Rumäniens abgesehen hat.

In Polen beabsichtigt die Regierung, die Staatseisenbahnen an eine amerikanische Kapitalgruppe zu verpachten; die Transaktion soll dem polnischen Staatsschatz (?) angeblich eine grosse Summe in ausländischer Valuta einbringen. Die Enzesfelder Munitionsfabrik plant in Verbindung mit einer polnisch-französischen Finanzgruppe die Errichtung einer grossen Munitionsfabrik in Polen, der eine Monopolstellung eingeräumt werden soll. Die mit einem Kapital von 100 Mill. Franken arbeitende französische „Oil-Compagnie“ hat mit der „Anglo-Persian Oil-Company“ Vereinbarungen getroffen, die dem Unternehmen eine erhebliche Ausdehnung seines bisherigen Arbeitsgebietes sichern. In den grossen französischen Häfen sollen Tankanlagen errichtet werden; verschiedene Tankschiffe sind bereits in Bau gegeben.

Vom Weihnachtbüchermarkt.

Streiflichtanzeigen von M. Rast.

V.

Verlagsanstalt Benziger & Co., Einsiedeln, Schweiz. „Formalphilosophie oder Logik. Die Wissenschaft und Kunst des richtigen Denkens“ von Prof. Dr. P. Beat Reiser O. S. B. Pr. geb. 75 M. I. Bd.: „Vom System der Philosophie. Ein Lehr- und Lernbuch für Selbststudium und Schule“. Folgen sollen noch zwei Bände: „Realphilosophie oder Pragmatik“ und „Moralphilosophie oder Ethik“. Der vorliegende I. Band des Gesamtwerkes steckt dessen Ziel: Entwicklung des philosophischen Systems der thomistischen Schule. Geschrieben wurde das Buch betontermaßen für jene, „die die Jahre des offiziellen Philosophiestudiums hinter sich haben“, und berechnet wurde es für das „Selbststudium, für die stillen Stunden eigenen Denkens und eigenen Arbeitens“. Gestützt auf reiches Quellenstudium (s. die umfängliche Bibliographie), verbreitet sich dieser 1. Band, nach einer Einleitung in die Philosophie und einer solchen in die Logik, in reich gegliederter Darstellung über die Elementarlehre und über die Wissenschaftslehre der Logik. Und zwar in drei Hauptabschnitten des ersten Hauptkapitels über die Lehre vom Begriffe, vom Urteil und vom Schluß. desgleichen im zweiten Hauptkapitel über das Finden (Heuristik), den Aufbau (Systematik) und das Ganze des Wissenschafts- und Bildungsbetriebes (Enzyklopädik). Ein Anhang bringt zwei Tabellen: I. das System der Wissenschaften, II. das System der Bildungsmittel, sowie Wiederholungsfragen, lateinisch-deutsches und deutsch-lateinisches Verzeichnis der philosophischen Kunstausdrücke, alphabetisches Namen- und Sachverzeichnis. S. 9 heißt es: „Philosophie ist jene Wissenschaft, die uns im Lichte der menschlichen Vernunft ein Gesamtverständnis des Seienden, soweit es unserer Erkenntnis zugänglich ist, nach dessen letzter und allgemeinster Ursache und nach dessen innerstem und umfassendstem Zusammenhange zu vermitteln sucht“. Dieser Satz allein beleuchtet die Wichtigkeit eines entsprechend klaren Lehrganges, wie er sich hier darbietet. Die Insichaufnahme des Textes wird erleichtert durch die Verschiedenheit des hervorhebenden Wortbildes. Ich möchte behaupten, daß ein gebildeter „Autodidakt“ sich ebenfalls ohne allzu schwere Mühe zum weiteren Aufstieg kraft dieses Werkes wird durchfinden können. Für ihn freilich wäre eine Verdeutschung der angeführten klassischen Zitate durchweg am Platz.

— Neu bearbeitet von Dr. P. Athanasius Staub O. S. B. erscheint des Benediktiners Dr. P. Karl Brandes vor 60 Jahren veröffentlichtes Buch: „Leben des heiligen Vaters Benedikt“. Mit Titelbild von P. Rudolf Blättler und mit Originalbuchschmuck von P. Bernhard Flücler. Pr. geb. 50 M. — Das wertvolle Buch beansprucht gegenüber dem bekannten hochstehenden Werke gleichen Themas von Abt Ildefons Herwegen einen bewährten Platz für sich durch die Art seiner für weite Kreise berechneten Darstellung. Deren jetziger Herausgeber deutet mit Nachdruck auf das „Aktuelle“ der Vortragsweise, wie sie sich schon im Plane des ursprünglichen Verfassers gestaltet hatte, gerade als ob er “für kommende Zeiten hätte schreiben wollen“. Der hübsch ausgestattete Band liest sich leicht und angenehm; Innigkeit und Geist haben gleichen Anteil an dem hier geführten Wort. Ein Familienbuch besten Sinnes, tatsächlich „ein Buch der Orientierung für das ganze private und öffentliche Leben“. — Aehnliches Lob verdient „St. Elisabeth. Eine Nothelferin in bedrängter Zeit“, von P. Urban Bigger O. S. B. Mit Titelbild, 4 Vollbildern im Text und mit Kopfleisten von Kunstmaler Wilhelm Sommer. Pr. geb. 25 M. Das sehr frisch und lieb, zum Teil herb volkstümlich erzählende Buch erfüllt seinen Zweck: die hl. Elisabeth so „recht kennen zu lernen in ihrer himmlischen Güte“, ein großes Vertrauen zu ihr zu fassen und an ihr ein Vorbild zu gewinnen, wie man die von Gottes Hand empfangenen Verwundungen und Demütigungen zum Heile der in Ihm zu erhöhenden Seele trägt.

Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck—München: Von einer geplanten dreibändigen Reihe: Der heiligen Eucharistie geweihtes Jahr, liegt der erste Band vor: Im Licht des Christkinds. Tagesgedanken zur Vorbereitung und Danksagung auf das hl. Opfer und die hl. Kommunion. Im Anschluß an die Meßtexte der Advent- und Weihnachtszeit aus Liturgie und Legende gesammelt von Dr. Clem. Oberhammer. Die nachfolgenden zwei Bände werden sich nennen: „In Leid und Sieg“ und „Im Feuer des Hl. Geistes“. Dies Werk „eucharistischer Gedanken“ ist in erster Linie für Priester, in zweiter auch für Laien bestimmt. Betrachtung und Gebet gehen in ihm Hand in Hand, unter Hervorhebung der liturgischen Texte im Anhang und Schluß der eigentlichen Opferhandlung. Der erste Teil jedes der knapp gefaßten jeweiligen Abschnitte für die Advent- und Epiphaniazeit mit seinem vermerkten Offertoriumstext und der angefügten Lesung möchte dem Priester bei der Vorbereitung auf die hl. Messe, der zweite Teil mit seinen eingereihten Kommuniongedanken als Danksagung und Kommunionandacht dienlich sein. Gerade hier kann auch der Laie entsprechende Anregung finden. (Pr. geb. 20 M.) — Als erster Band der von Maria Domanig geleiteten Sonnenland-Bücherei erschien Jassy Torrunds früher schon in der „A. R.“ mit Recht hochgewertetes Jungmädchenbuch Hannas Lehrjahre. Das schmucke, inhaltsgewichtige und dichterisch sowie ethisch vertiefte Erzählwerk, das auf diesem Gebiete neue reformatorische Wege einschlägt, war innerhalb weniger Wochen

vergriffen, so daß jetzt schon die 2. Auflage: 5.—9. Tausend, im Umlauf steht. (Pr. geb. 15 M.) Den zweiten Band stellte Helene Riesch in ihrem „Werden und Wirken, Biographien“. (Pr. geb. 18.50 M.) Frau Rat (Goethe), Maria Theresia, Luise Hensel, St. Hildegard von Bingen, Annette von Droste, Rosalba Carriera, Clara Schumann, Elisabeth Fry, Maria Ward sind die Heldinnen der nach Psychologie und Darstellung interessanten, wertvollen Sammlung. Nicht blos junge Mädchen (von etwa 18 Jahren an), sondern auch reifere Leser beiderlei Geschlechts werden sich lebhaft angezogen fühlen durch die ihnen hier zur Einführung und Führung sich darbietende geist- und gemütreiche Art lebendiger Schilderung.— Genannt seien an dieser Stelle zwei allerliebste Kalenderausgaben für die liebe Jugend: Maria Domanigs wohl in erster Linie für ihre Sonnenland-Jungmädchenleserschaft fein und vertieft zusammengestelltes „Ein frohes Jahr für alle Sonnenkinder 1921“, Pr. 6 u. 4.50 M, und Joseph Liensbergers seit 20 Jahren weitbeliebter, reichhaltiger und prächtig bebilderter „Schutzengel-Kalender 1921“, Pr. 2 M.

Bruder Willrams (Prof. Anton Müllers) 50. Geburtstag, 10. März 1920, bot Dr. Joseph Weingartner den Anlaß zu einer vorzüglichen biographischen Skizze, der sich eine mit künstlerischem Takt getroffene Auswahl aus der Gesamtdichtung des fruchtbaren, starkbegabten und nicht nur in Oesterreich, sondern auch im Deutschen Reiche willig anerkannten tirolischen Sängers anschließt: Dichtungen von Bruder Willram. Pr. geb. 20 M. — Joseph Neumair hat seine derzeit auch in der „A. R.“ empfohlene Gedichtsammlung von eigenartigem und reichem Reiz für genau besehen alle Zeiten und Kreise: „Am Lagerfeuer“, jetzigen Wünschen und Anforderungen entsprechend umgestaltet und mit einer neuen Einleitung versehen. Der zugleich neu ausgestattete schmucke Band liegt nun zu dem auffallend billigen Preise von geb. 10 M vor unter der Aufschrift Es haben viel Dichter gesungen . . Eine Sammlung deutscher Meisterlyrik. — Freude war es seit länger, die Werke eines vielverheißenden jungkräftigen Talents anzuzeigen, dessen letzte und bisher ausgetragenste Schöpfung nun seitens der „Tyrolia“ vorliegt: Peter Anderfag. Ein Tiroler Roman von H. v. Schrott-Pelzel, einer der besten Entwicklungsromane, die ich kenne, mit einer Fülle scharf und tief gesehener Gestalten und zielsicher durchgeführter sozialer Ideen. Der Held reift sich von einem intellektuell und seelisch reichbegabten Bauernbübchen zu einem geistigen Kämpfer und Säemann, zu einem vorbildlichen Charakter und Volkslehrer aus. Gut gestraffte Spannung mit echt humorvollem Einschlag, blühende Schilderung und ein Idealrealismus, wie gerade unsere Zeit seiner besonders bedarf, lenken kühnen Griffs die Zügel der Erzählung. — Mit Freude auch kann man auf Reimmichls (Sebastian Riegers) jüngstes Buch aufmerksam machen: Das Heimwehe. Eine Erzählnug. Pr. geb. 9 M. Es ist eine für weiteste, aber nicht nur für ausgesprochene „Volks“-Kreise geeignete herzwarme und blickklare Geschichte einer schlichten Jugend, einer treuen Liebe, einer ergreifenden Freundschaft, eines echten Tiroler Heimwehs und eines außergewöhnlich schweren Geschicks, an dem aber der gottinnige Held nicht zugrunde geht, sondern sich an ihm zu lichtem Altersfrieden läutert.

Haas & Grabherr Verlag-Augsburg: Die von Dr. Johannes Eckardt herausgegebene „Neue Bücherei“ legt ihre ersten Bände vor — ein vielversprechender Anfang. Hans Roselieb (Firmin Coar) stellt eine der drei Novellensammlungen: Narren der Arbeit. Pr. geb. 12 M. Drei Erzählungen aus dem Lehrer-, dem Handwerker- und dem Landwirtleben, sämtlich von straffem Aufbau und einem überzeugenden Vortrag, der in seiner sachlichen Klarheit und haarscharfen Logik sowohl an G. Keller wie an A. Bock erinnert, nur daß letzterer künstlerisch nicht an Roselieb heranreicht. Die unserer Jetztzeit aufgeprägte Spekulier- und Reklamesucht bildet das Thema, aber die Psychologie spricht das erste Wort. Das eben hierin interessanteste Stück ist das zudem mit fühlbarer Wärme geschriebene letzte. — Als künstlerisch voll ausgereift gibt sich Helene Raffs „Recht wider Recht“. Pr. geb. 10 M. Man horcht doch auf, wenn man hört, daß noch Paul Heyse dieses Werk als meisterhaft und zugleich als das beste der ihm und seinem Hause nahestehenden Dichterin bezeichnet hat. Wiederum drei Erzählungen: aus Maria Theresias Zeit, aus dem 16. Jahrhundert und aus Andreas Hofers Tagen. Das Vorarlberger Montefonertal leiht Stoffe und Menschen her, jene von düsterer Schwere, diese von leidenschaftlichem Einschlag, beide von prachtvoller Herausarbeitung. Diesmal erscheint das erste, auch räumlich überwiegende Stück als das bedeutendste. — Einen erstaunlichen Griff ins volle haben wir in der Lyrikerin Margarete Windthorsts erstem ausgesprochen epischem Bande: Das Jahr auf dem Gottesmorgen, Novellen. Pr. geb. 15 M. Vier alles „Herkommen“ weit überragende Problemerzählungen, zwei mit dem Ehe-, eines mit dem Mutter-, eines mit dem Ehe- und Mutterproblem. Alle spielen auf dem Lande unter westfälischer Bauernschaft, widerspiegeln den Kampf zwischen Gut und Böse und erfahren künstlerisch- und ethisch-starke Lösung. Mir persönlich hat es die zweite am meisten angetan. Wahrscheinlich wird bei diesem Buch das weitere literarische Deutschland aufmerken lernen, wie bei dem plötzlich auftauchenden Zeugnis eines ungewöhnlich machtvollen Talents, dem noch die ganze Bahn zum Siegeslauf offen liegt.

Verlagsbuchhandlung Heinrich Z. Gonski-Köln: Auf der Straße der Suchenden. Novellen von Franziska Bram. Pr. geb. 11.50 M. Diese Dichterin ist bekannt wegen ihres psychologischen Eindringens beim Gestalten der von ihr gewählten Stoffe und Probleme. Sie leuchtet hinein in die Abgründe der menschlichen Natur und Gesellschaft, sie zeigt die Tiefe und die Untiefe des jeweiligen Sündenfalls und der sittlichen Auffassung in beiden, aber sie weist auch Mittel und Wege zum Aufstieg im einzelnen und im allgemeinen. In den beiden ersten der hier vorliegenden drei Novellen hat das Gewissensthema die Hauptbedeutung. Auf der letzten liegt der Zauberreiz des Märchens, den auch das wirkliche Leben bisweilen ausstrahlen kann. — Von ungewöhnlich packender Wirkung ist das neu aufgelegte Erzählwerk J. v. Bülows: Heinrich Seifferts Ende. Pr. geb. 4.50 M. — Mit Recht nannte es die Kritik eines der merkwürdigsten Bücher, die die erregte Phantasie unserer Zeit hervorgebracht hat. Da die eigenartig erdachte Handlung auf einem gleich zu Anfang humoristisch vorgetragenen Einfall beruht, scheint die Gefahr — ich betone: Gefahr — einer allzu ernsthaften Auffassung seitens des Lesers von vornherein abgeschnitten. Dem gegenüber aber bildet die das Abstrakte meisterhaft veranschaulichende und dadurch überzeugende Darstellung ein seltsames Gegengewicht. Jedenfalls gehört das Buch nur in Hände von Reifen, die den angeschlagenen, tiefer greifenden, jedoch ohne eigentliche Lösung gebliebenen Fragen richtig beizukommen wissen. — Hermann Ritters Eifeler Skizzen und Erzählungen II. Band Berg und Tal, Preis geb. M —.— (der I. Band: „Von der Höhe“ ist vergriffen) verdient die Beliebtheit, deren das Buch sich schon erfreut: durch die klare, gesunde, von Humor und Menschenliebe durchsonnte Art seiner Erzählweise, die zugleich von reicher Lebensbeobachtung und Lebenskenntnis in nicht allzuweit gezogenen Grenzen zeugt. — Derselbe Autor schrieb das nicht zuletzt auch für unsere Zeit lehrreiche und bedeutsame Büchelchen „Das Räuberunwesen im Rheinischen Lande“ vor 100 Jahren. Geschildert nach den Aufzeichnungen des öffentlichen Anklägers im Roerdepartement, Bürger Keil. 1.—3. Aufl. Hauptkapitel: Krieg und Gaunertum; Die Moselbande; Schinderhannes; Die Niederländer Banden; Großmeister der Räuberzunft.

Dr. Adam Wrede, Privatdozent für deutsche Sprach- und Kulturgeschichte an der Universität Köln, schenkte uns in seiner Habilitationsschrift ein kulturgeschichtlich interessantes und vielleicht schon für die nächste Zeit wichtiges Werkchen: Köln und Flandern-Brabant. Kulturhistorische Wechselbeziehungen vom 12. bis 17. Jahrhundert. Im Anschluß sei Hermann Ritters sachkundig-anregendes, die Entwicklung des rheinischen Erwerbslebens kennzeichnend beleuchtendes Bändchen empfohlen: Alte rheinische Fabrikantenfamilien und ihre Industrien. Themen: Die Stolberger Kupfermeister; Die Reitmeister des Schleidener Tales; Die Dürener Industrie; Montjoie und die Familie Scheibler; Mülheim a. Rhein und die Familie Andreae.

Verlag Butzon & Bercker, G. m. b. H., Kevelaer: Anstand und Lebensart. Ein Buch der guten Sitte von K. Beicht. Pr. geb. 15 M. Der Leitspruch nennt gleich die Eltern echter Höflichkeit: den Takt als Vater, die Herzensgüte als Mutter. So trifft die Gesamtdarstellung des tüchtigen Buches, in dem viel Lebenserfahrung, Menschenkenntnis, Gewandtheit, Beschlagenheit, vor allem aber Geist und Gemüt, Seele und Herz samt echter Religiosität steckt, durchweg den Nagel auf den Kopf. Prachtvolle Offenheit eines wirklichen, vornehm gesinnten „Geradeaus“ beherrscht das Ganze. So trage man zur bestmöglichen Verbreitung bei! — Im 159.—166. Tausend als „neueste, verbesserte Auflage“ erschien dieses Jahr „Modernes ABC“ von Fr. R. Broers S. J. Pr. kart. 9 M, geb. 15 M. Wer das verdienstvolle Buch wirklich kennt, mag es nicht mehr entbehren. Das bequem handliche Werk mit seinen 173 schlagfertigen Themata-Ausführungen ist nicht zu verwechseln mit einer neueren wohl wesensähnlichen, aber weniger ausführlichen Neuerscheinung des Verlages J. Bercker: „Klipp und klar“.

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha: Das ist ein süßes Klingen. Bilder von Ludwig Richter. Verse von Paul Gerhardt. Pr. geb. 10 M. Da kommt er, der alte geliebte Meister mit dem Kinderblick aus Paradiesesjugendland, in dem Gott ihn „zum Zeichnen ließ“ mit dem fleißigen Wunderstift in der reichbewährten Künstlerhand, kommt im Geleite eines ihn und die Kinder liebenden Sängers, der seine Laute zu fast 20 weitbekannten Richterbildern rein und voll und traut gestimmt hat. So wird uns des Meisters Kunst in Wohllaut getaucht, der geraden Weges vom Herzen zum Herzen auf der goldenen Brücke der Bilder geht. Wer kann da widerstehen Zumal bei der schlicht-vornehmen Ausstattung des allerliebsten Bändchens!

Verlag Gerhard Stalling-Oldenburg i. O.: Die neuen Nürnberger Bilderbücher. Das Weihnachtfest ist und bleibt in erster Linie das Freuden- und Jubelfest der Kinder, vor allem das der lieben Kleinsten, die noch geheimnisvoll-gläubig ausschauen nach Christkindchens und seiner Engelein höchsteigenem Kommen, nach seinem lohnenden und strafenden Vorläufer: St. Nikolaus, im Norden Der Weihnachtsmann genannt. Eben diesem gilt das vielgestaltige, leuchtendfarbige Buch, dem Will Vesper ein liebliches „Märchen“ in Versen, Else Birkenstock 20 prächtige Vollbilder geschenkt hat, der ganze Band (Pr. geb. 16 M) ein Quickborn pulsender fröhlicher Erwartung auf die Gabenhand Christkindchens, dessen göttliche Liebe ja doch hinter dem allem einladend steht. — Eine ergebnisreiche Fahrt ins Gnomenland eröffnet das von Horst Brütting mit Bildern und Versen geschmückte farben- und phantasiefröhliche „Wichtelmannshausen, das lustige Zwergenstädtchen“. Pr. geb. 15 M. — Ein zartleuchtendes, „atemversetzend“-anschauliches Sneewittchen-Buch (Pr. geb. 19 M) mit 6 farbigen Vollbildern, reichem farbigem Buchschmuck und dem Märchentext der Brüder Grimm legt Wanda Zeigner-Ebel in die Hand der sicher aufjubelnden Kinder. — Keineswegs strenge, aber doch schließlich harmonisch aufhellende Leckermäulchen-Pädagogik beherrscht das prachtvoll anschauliche Die Reise ins Schlaraffenland. Ein lustiges Märchen von Adolf Holst. Ein Künstler-Bilderbuch mit vielen vielfarbigen Bildern von Hanns Land. In Künstler-Einband 20 M. — Ein derartiges echtes Künstler-Bilderbuch ist auch Tandaradei. Neue Kinderlieder von Adolf Holst. Mit vielen farbigen Bildern von Ernst Kutzer. Pr. geb. 20 M. Gesamturteil: Bestrickende Verse, Einfälle und Bebilderung. — Das Problem der kindlichen „zwei Beiden“ beleuchtet köstlich anschaulich in Reim und Bild: Wir zwei Beide. Ein lustiges Künstler-Bilderbuch von Asta Drucker. Verse von Martin Benzky. Mit 22 farbigen Vollbildern. Pr. geb. 15 M. Gemeinsames kindliches Geschwisterleben spielt sich in zahlreichen Szenen und Zufällen unterhaltsam-überzeugend ab. — Aehnlich anziehend wirkt: Was Fritz und Suse auf dem Jahrmarkt erlebten. Ein lustiges Künstler-Bilderbuch von Asta Drucker. Verse von Adolf Holst. 12 große bunte Marktszenen in Format 40 : 28 cm. Pr. geb. 20 M. — Das Angenehme der anschaulichen Unterhaltung mit dem Nützlichen der vertiefenden Belehrung verbindet Charles Diecks Woraus wird alles gemacht, was wir zum täglichen Leben gebrauchen? Eine Gabe zum Nachdenken für unsere Jugend mit dem Thema der Herkunft und des Werdeganges unserer Nähr- und Genußmittel. Mit 121 vielfarb. Bildern von Karl Großmann, Erläuterungen von Dr. Kurt Floericke und Versen von Dr. Ad. Holst. Pr. geb. 22 M. — Eine Art Brücke zum ebengenannten Werk bildet: Handwerksleut', der Kinder Freud'! Ein Künstler-Bilderbuch mit vielen vielfarbigen Bildern und lustigen Versen von Karl Großmann. In Künstler-Einband Pr. geb. 12 M.

Vom Büchertisch.

Paul Keller: In fremden Spiegeln, Roman. 1.—50. Aufl. (31.—50. unter der Presse.) Breslau, Bergstadtverlag. Pr. geb. 20 u. 24 ℳ. — Heft Nr. 47 d. J. der „A. R." brachte unter „Vom Weihnachtbüchermarkt" eine kurze Anzeige dieses interessanten Erzählwerkes. P. Keller beweist hier als Dichter, was der Denker als Grundlehre aller Logik erkennt: Jedes Urteil beruht auf Vergleichsziehung. — Erst in der Fremde lernt der Held des Romans, dem sich nach Ausbruch der Revolution die heiße Liebe zum Vaterlande jäh in Haß verwandelte, die richtige Werteinschätzung Deutschlands als Heimatland und als Heimatvolk, steht die liebende Sehnsucht nach beiden immer klarer, lebendiger, packender in ihm auf. Als Offizier hat er vierjährigen Frontdienst geleistet, hat seine drei Brüder im Kriege, dann seinen als Aristokrat verzweifelnden Vater durch Selbstmord verloren, ihn inmitten aufregender, abstoßender Wirren zu Grabe getragen. Da gibt er in Abscheu und Verachtung den Heimatboden „für immer" preis und flieht, so weit er kann: bis nach Indien. Ein demokratisch gesinnter, charakterfester bürgerlicher Vetter, Dr. jur. und Reserveoffizier, begleitet ihn „auf ein Jahr", desgleichen ein schlichter einstiger Jugendgenosse von Untertertia-Bildung. Dieser brave, helle, treue, lustige Mensch dient als „praktischer" Reisemarschall; der „geistige" wird bald ein älterer Forscher, der über dem Gelehrtentum seines Deutschtums so viel wie vergessen hat und sich jetzt mit seiner einzigen Tochter auf wiederholter Fahrt zu einem befreundeten, feinsinnigen jungen Raja befindet, der Europa, vor allem Deutschland, das er gut kennt, sehnsüchtig liebt, England aber haßt. Nun wird er auch der drei eng verbundenen jungen Deutschen Gastfreund. Unter seinem Schutze und der Führung des Gelehrten lernen sie Indien kennen als das, was es ist: das Land unvergleichlicher äußerer Schönheit, zugleich aber das Land tiefer innerer Leiden, das Land fanatischen Glaubenswahnes, erstarrender Kastenscheidung, entsetzlicher Volksarmut, das Land der Hungersnot, der dörrenden Hitze, der glutenden Fieber, des scheußlichen Aussatzes, des gleichgültigen Sterbens der einzelnen wie des ganzen Volkes. Die Schilderung sowohl der großen wie der kleinen Züge ist so lebendig, daß man unwillkürlich auf Selbstgeschautes, Selbsterlebtes, jedenfalls auf ausgedehntes vorbereitendes Studium seitens des Autors schließen muß. Dadurch, daß dieser mehr als es sonst in solchem Falle zu geschehen pflegt, die Kehrseite herausstellt, dient er energischer seinem grundlegenden Zweck: Förderung des richtigen deutschen Werturteils gegenüber dem deutschen Vaterlande. Wie Paul Keller es meint und zu welchem Schlußurteil er selber gelangte hinsichtlich der letzten innerpolitischen Vorgänge, mag man z. B. S. 304/5 nachlesen. In die Handlung selbst verwebt sich ein mehrfaches Liebesmotiv: sowohl der Held wie der Raja liebt die nach einer romanischen Mutter geartete Tochter des Gelehrten, während sie sich leidenschaftlich blind, ohne Gegenneigung, an des Rajas Bruder, einen Mönch-Propheten, verliert und infolgedessen untergeht. Da besinnt sich denn auch der plötzlich vereinsamte alte Deutschlandvergesser auf das deutsche Heimweh, das die drei anderen Gefährten längst gepackt hat. Zwei von ihnen folgen dem Alten auf den Heimweg, nur der Held bleibt, erkrankt aber schwer, wird von den beiden zu ihm zurückgekehrten Freunden gesund gepflegt und auf den Besitz seiner Väter betreuend geleitet. Dort harrt seiner schon eine gesunde, köstliche deutsche Mädchenliebe, mit der vereint er glücklich und beglückend dem wieder auferstehenden Vaterlande dienen wird. E. M. Hamann.

„Al Fresco", eine Tiroler Künstlergeschichte von Hans Schrott-Fiechtl, illustriert von K. Rieder-Schwarz. 8°. Preis geb. ℳ 12.—. Ein guter Wurf, was hier Schrott-Fiechtl im Verlag von Haas & Grabherr, Augsburg, auf den Weihnachtsmarkt geworfen hat. Es ist eine liebliche, an poetischen Reizen reiche Liebes- und Künstlergeschichte und doch nicht bloß eine Liebeständelei. Schrott-Fiechtl will ja in allen seinen Büchern irgendein Ideal, ein großes Ziel dem Fortschritt zeigen. Auch in der reizvollen Künstlergeschichte „Al Fresco" steckt im Kern ein Stück historischer Erinnerung an das alte, an Kunst so reiche Tirol und ein Stück Lehrgeschichte, daß das heutige Tirol die alte Tradition der Frescomalerei wieder aufgreifen möge, dem einzelnen Hause zur Schönheit, dem Volke zur Erziehung und zum Glück. Der kleine Roman ist flott geschrieben, knapp konzipiert und fesselnd. Er zählt mit zum Besten, was Schrott-Fiechtl in den letzten Jahren geschrieben hat, vor allem auch wegen seiner Naturfrische, seiner sprudelnden Poesie. Dr. Hans Eisele.

„Mutter, ihr Lob, ihre Freude, ihr Leid." Aus der Weltliteratur gesammelt und herausgegeben von Dr. Heinrich Clementz. 4.—6. Tausend mit 6 Bildern. Verlag und Druck von J. P. Bachem. Ein Werk von besonderem Liebreiz ist dieses Buch. Was menschliche Zungen aller Länder und Zeiten zum Preis der Mutter gesungen, ist hier vereint. Den Kindern wird's ein Spiegel der Mutterliebe sein, und der Erwachsene wird's nur mit überströmendem Herzgefühl lesen, wenn er an die eigene Mutter denkt. In der heutigen Zeit der großen Not ist das Mutterherz im Hause so oft der einzige Altar der Liebe, der Ruhe, der Zuflucht für Mann und Kinder. Die Dichtkunst schlägt drum in diesem Buch zum Preise der Mutterliebe, ihrer Opfer und Taten die höchsten Töne an, und der rühmlich bekannte Verlag J. P. Bachem hat das feinsinnige Buch in würdiges Gewand als hohes Lied der Mutterliebe zur schönen Weihnachtsgabe geleidet.

Ein gleich herrliches Werk ist **„Die Madonna"** in ihrer Verherrlichung durch die bildende Kunst aller Jahrhunderte von Dr. phil. W. Rothes, das bereits in 3. vermehrter Auflage in die Welt hinausgeht und Mutterliebe zur Muttergottes im Herzen der Marienverehrer und Kunstfreunde wecken wird. Das Buch ist in der neuesten Auflage noch wertvoller geworden als es schon war, denn es faßt auch die neueste Entwicklungsstufe im Kunstleben, sogar den „Expressionismus" ins Auge. Eine reichhaltige Bildersammlung umschließt die Geburt Christi und das Mutterleben der Gottesmutter. Namentlich aus Spanien und aus dem Orient sind einige recht interessante beachtenswerte neue Materialien eingefügt. Ein neues Kapitel verherrlicht künstlerisch die legendaren wunderbaren Erscheinungen der Himmelskönigin. So singt das Madonnenbuch in der Kunstsprache aller Völker Mariäs Lob. Möge es die Völker in der Muttergottesliebe vereinigen und versöhnen. Der Verlag von J. P. Bachem hat das Werk ganz besonders geschmackvoll in der Kunstwerkstätte der eigenen Hausbuchbinderei ausgestattet. Das Buch ist antiqua gedruckt; die Bilder sind leider im Druck manchmal undeutlich wiedergegeben. Dr. Hans Eisele.

Johanna Oertzen: Wunderwelt. Märchen. Mit schwarzen und bunten Scherenschnitten. Ludwig Auer, Donauwörth. Pr. geb. 10 ℳ. — Das ist eines der lieben Weihnachtbücher, die Christkindchen selber oder sein Knecht Nikolaus aus dem Märchenwalde geholt zu haben scheint. Alles daran schimmert und leuchtet, ganz warm und zutraulich, so recht von innen heraus. Sieben Märchenerzählungen bilden den Inhalt mit ach! so lockenden Aufschriften: Das Schlangenprinzeßchen und das Töpferliesehen; Christkindleins großer Himmels-Backofen; Mitsommer-Märchen; Vom Liebling des Zwergkönigs Steingrau; Der Mondscheinritter; Das Märchen von der Kröten-Urgroßmutter Ursula; Der Orgelprinz und die Häubchenprinzessin. Das ist alles anmutig und traulich dargestellt, so ganz kindertümlich und unmittelbar in die Vorstellungswelt der Kleinen hineinleuchtend: Traumpoesie mit den Farben handgreiflicher Wirklichkeit und einer mitreißenden Ueberzeugungssprache, die an das „Es ist doch nicht wahr!" nicht denken läßt. Eine Dichtersprache aus gütig kinderliebendem Frauenherzen. Dazu die lieben anschaulichen Bildchen. Viel Glück zum weiten Fluge! E. M. Hamann.

Der Preis für das in Nr. 49, S. 639, besprochene Buch **„Tugendschule Gemma Galganis"** von P. Beda Ludwig, Subprior des Benediktinerklosters Andechs, beträgt ungeb. ℳ 28.—.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Residenztheater. Ein Rokokostück im Residenztheater ist schon rein äußerlich durch seine Stileinheit von angenehmem Reiz. „Die Marquise von Arcis", ein Schauspiel von Karl Sternheim, hatte einen starken, gegen Ende leise abgeschwächten Erfolg. „Der Bourgeoistöter von Rang", wie ihn die „Theaterzeitung" nennt, der Satiriker, hat sich an einem ernsten Drama versucht und es gelang ihm ein sehr wirksames, Dialog und Szenenfolge meisterndes Werk. Kaum ist dieses Drama der Liebe die Schöpfung eines überströmenden Empfindens, aber wir freuen uns eines klug bedachten und aufgeführten Baues gerade heute, wo wir so viel mangelhaftes Können in Kauf nehmen müssen. Den Stoff zu einem Drama fand Sternheim bei Diederot, dem berühmten Enzyklopädisten. Der Marquis von Arcis verliebt sich in ein junges Mädchen, das er heiratet; aber in der ersten Nacht sucht sie zu fliehen, sie ist, was der Marquis natürlich nicht geahnt hat, eine Dirne, und will nun aus Scham und Reue ihn verlassen, den sie liebt. Der Marquis erfährt die Wahrheit, bevor die Flucht gelingt und nun drängt alles für unser Gefühl zu einer tragischen Lösung. Der Marquis aber verzeiht, denn er ist verliebt. Man hat das Empfinden, als entspränge diese Nachsicht weniger einer ethischen Höhe als seiner sinnlichen Leidenschaft. Der ganze Liebesroman entsprang einem Racheplan der Marquise von Arcis, der ersten Frau, die sich für die verlorene Liebe rächt. Die Gestalt in ihren unentwegt durchgeführten Rachegedanken vermochte Sternheim sehr packend zu charakterisieren, so daß sie wenigstens bühnenmäßig zu überzeugen vermag. Das ist in der sehr fein angelegten Charakterisierungskunst Hilde Herterichs sehr überzeugend gelungen. Wir haben lange keine Figur dieser Künstlerin gesehen, welche ihr so günstig gelegen ist. Sticher, dem die gut abgestimmte Regie zu danken ist, bot eine sehr schön profilierte Figur des Marquis. Emmy Pregler fand für die Henriette überzeugende Töne. Sonst ist noch Frl. Hohorst anerkennend zu nennen. Für die szenische Umwelt sorgte wieder Pasetti. Herr Sternheim wurde gerufen.

Uraufführung in den Kammerspielen. „Der Amerikaner oder die entzauberte Stadt" nennt Lion Feuchtwanger seine Komödie; sie spielt in Unteritalien bei den Ruinen eines dem Dionysos heilig gewesenen Tempels, fern vom Verkehr in ländlicher Stille. Der Heidengott, der noch als Gespenst durch den Aberglauben der Bauern geistert, gibt Anlaß zu allerhand vieldeutiger Symbolik, die dem Stücke die dichterische Drapierung verleiht; es ist im übrigen ein nicht ungeschickt gemachtes Theaterstück. Der Amerikaner ist einer jener jetzt auf der Bühne so beliebten Milliardäre. Sohn eines Dorfwirtes ist er drüben zu unermeßlichen Reichtümern gelangt und kehrt nun in die Heimat zurück, die er öde, verschlafen und tot findet. Er will für den richtigen Betrieb sorgen, Industrie, Fremdenzuzug, Hafen, Kanäle; dabei verliebt er sich in die schöne Marchesina Beatrice oder vielleicht ist es nur die Protzerei des Emporkömmlings, die nach der vornehmen Frau begehrt. Beatrice könnte ihren leichtfertig-ritterlichen Vater und den etwas verblichenen Glanz ihres Hauses retten, wenn sie sich zu dem Geschäfte geneigt fände, allein sie zieht die Armut vor und den amerikanische Flegel zieht ein in den stark ramponierten Palazzo. Beatrice liebt einen der Altertumskunde und der Dichtkunst beflissenen Deutschen, der sie umschwärmt, ohne Farbe zu bekennen. Der Milliardär enthüllt durch ein Auskunftsbureau brutal sein Geheimnis. Er hat in der Heimat eine Frau, die sich gegen die Scheidung stemmt. Im letzten Akt ergreift den Amerikaner die Sentimentalität; er läßt die Ruinen nicht abreißen, sondern führt seine Kanalbauten drum herum. Das kostet zwar Millionen, aber er hat deren genug. Er läßt diese seine ritterliche Geste der Marchesina melden; während der Vorhang fällt, denkt man, vielleicht ist diese Sentimentalität nur noch ein kostspieliger Versuch, Beatrice zu gewinnen. Die Figuren sind ganz geschickt erdacht, aber sie sind nicht recht lebendig, ihr Schicksal bleibt uns mehr

oder minder gleichgültig. Der alte Marchese, den Schreck vornehm gab, ist recht hübsch gesehen. Ein maritimer Maulheld ist ganz lustig gezeichnet; eine leichtfertige Italienerin, die aus Eifersucht der Marchesina Hund vergiftet, ist eine bühnensicher hingestellte Figur. Die alte Großmutter mit altmodischer Vasallentreue zur Herrschaft und neumodischer Neigung für das mechanische Klavier, das die Tripolishymne brutal in die ländliche Stille hämmert, ist im Grunde auch lebendiger, als die Romanfigur, des von Marlé typisch gestalteten Amerikaners. Sehr fein, zart, von müder Rasse gab Sybille Binder die Beatrice; wie sie durch die Ruinen schritt, das hatte seine eigene Grazie. Das Stück ist eine ganz brave, kluge Literatenarbeit. Da waren Leute im Theater, die wollten Lion Feuchtwanger zum Dichter ausrufen und da waren andere, die wollten ihn ganz und gar nicht gelten lassen. Beide haben unrecht. Die Schauspieler zerrten schließlich Feuchtwanger auf die Bühne, was ihm doch einiges Vergnügen zu machen schien.

Münchener Schauspielhaus. Als Uraufführung wurde der „Skandal", eine Komödie von Fr. Eisenlohr, geboten. Das Stück fand eine mäßige Aufnahme. Der übermäßige Beifallslärm und das Pfeifen am Schlusse scheint uns doch immer mehr zum Spiel für große Kinder zu werden, dem eine ausschlaggebende Bedeutung für den Erfolg nur in sehr bedingtem Maße zukommt. Eisenlohr zeigt uns einen Ausschnitt von Literatentum, Politik und Kapitalismus, wo sie am widerlichsten sind. Das Premierenpublikum raunte sich allerhand Namen aus der Verlegerwelt, mit dem Kommunismus liebäugelnder schwerreicher Leute zu, die „gemeint" sein könnten. Dieses widerliche Spiel der Schadenfreude schien manchem für die geringeren ästhetischen Reize einigen Ersatz zu bieten, aber in der letzten halben Stunde entschließt sich der Autor, in seinem „Helden", dem es in dem Sumpfe so ausgezeichnet wohl ergeht, eine Sehnsucht nach Reinheit und Freiheit erwachsen zu lassen. Um dies uns glaubhaft zu machen, dazu reicht einfach seine dichterische Kraft nicht aus und so blieb man bei seinen Tiraden ungerührt. „Der Dichter" (die Figuren tragen keine Namen, haben also den Anspruch Typen zu sein) hat eine „Schauspielerin" einem jungen „Schauspieler" abgenommen, der zuerst den Nebenbuhler töten möchte, schließlich aber sich selbst erschießt. Solches geschieht im Garten eines „Mäzens" der durch die Skandalaffäre in seinem Hause Gegenstand heftiger Zeitungsangriffe wird. Durch ein der kommunistischen Partei in den Rachen geworfenes größeres Geldopfer wird er jedoch in Ruhe gelassen. Vorteil bringt der Skandal dem Dichter, der durch seine angebliche Kaltblütigkeit, mit der er den Schauspieler in den Tod geschickt hat, der angefaulten Gesellschaft so imponiert, daß sie seine Bücher kauft, und der Schauspielerin, die zum Star wird. Auch die einem Literaturcafé entstammende Mäzensfrau verläßt ihr Millionärsheim, um dem ‚großen Manne' anzuhangen. Auf Drängen eines rührigen Verlegers schreibt der Dichter ein Drama über den eigenen Skandal. Ergebnis: Bombenerfolg und Geld in Hülle und Fülle. Nun folgt die beregte Wendung ohne Vorbereitung. Der Spielleiter von Busse gab den Figuren stellenweise einen Marionettenrhythmus, wie er jetzt Mode zu werden scheint, ohne sich zur vollen Betonung des Grotesken zu entschließen. Karl Günther gab den Dichter, ohne von seinen angenehmen Bonvivanteigenschaften mehr als nur prosaischen Gebrauch machen zu können. Das hohle, oberflächliche hysterische Gebaren der Damen dieser neuzeitigen Gesellschaft fand in Gehaben, Mimik und in der verwegenen und geschmacklosen Kleidung durch die Damen Holm und Süß bezeichnenden Ausdruck. Besonderes Vergnügen hatte das Publikum an Weydners mauschelndem Journalisten. Riewe, Dysing, Granach waren glänzend in der Maske. Wohlbrück spielte den jungen Schauspieler. Dem Verfasser fehlt zur Satire der echte Zorn, so bringt auch seine Gelassenheit die Kraft zu sittlicher Erhebung nur flau auf. Man blieb kühl, das Alltagspublikum, dem die eingangs erwähnten „Beziehungen" Hekuba sind, wird noch kühler sein.

Verschiedenes aus aller Welt. In Frankfurt a. M. fand die Uraufführung von Gg. Kaisers „Gas II" starkes Interesse; die Gestalten sind freilich noch mehr leblose Figuren geworden, wie im ersten Teil die allegorische Handlung zeigt, wie das Arbeitsland der Mitte kriegführend am Rande seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist, die Arbeitskraft sinkt, bis endlich alle Räder still stehen. Friede, Völkerversöhnung ist die Losung, aber keine Antwort schallt dem Proletariat von drüben entgegen. Auf Befehl des Feindes muß die Arbeit in gleich entnervendem Tempo wieder aufgenommen werden und Sklaverei ist das Los. Die einen wollen Befreiung durch die Kraft der Seele, die anderen Befreiung durch Gewalt. Der Pazifist, der des Dramatikers Gesinnung vertritt, unterliegt den Gewaltpolitikern. Die Menschheit, die das Schwert wählte, geht unter. Die kritischen Beurteilungen sind sich im großen und ganzen darin einig, daß die Kraft des Dichters diesem Vorwurfe gegenüber versagte. — In Mannheim fesselte „Der Chauffeur", eine Tragödie von H. R. Rehfisch. Dieser Wagenlenker ist ein braver und gewissenhafter Mann, der schuldlos den Tod eines Menschen verursacht. Das bringt ihn dazu, von Gott abzufallen. Er wird der Fanatiker einer antitheistischen Partei. In dieser ersteht Gott ein Verteidiger. Es ist ein armer Krüppel. Ein Wunder des Himmels gibt ihm den freien Gebrauch seiner Glieder. Wenn das „Gloria in excelsis Deo", in das Ankläger und Verteidiger Gottes am Schlusse ausbrechen, uns mit den Schauern des Ewigen anrührt, so ist dies der Geist des Dichters nicht, der da spricht, meint ein namhafter Kritiker, der in der gewiß nicht alltäglichen Dichtung die Gefühlsmacht der Seele vermißt.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Die Betrachtungen der ausländischen Presse über die Möglichkeit eines deutschen Staatsbankerottes und das nie völlig verstummende Gerücht von einer Abstempelung der Noten haben die Besserung, welche die Mark auf die Bereitwilligkeit des amerikanischen Warenhandels, Deutschland grössere Warenkredite einzuräumen, erfahren hatte, wieder illusorisch gemacht. Diese Abstempelungsfurcht und das Gespenst einer Zwangsanleihe verursachen grosse Ankäufe in fremden Valuten. Auch die Weigerung des amerikanischen Repräsentantenhauses, das deutsche Eigentum, das die Grundlage einer amerikanischen Valuta-Anleihe an Deutschland bilden sollte, freizugeben mit der Begründung, dass der Friedenszustand noch nicht hergestellt sei, musste zur Verschlechterung der Mark beitragen. Diese Haltung scheint jedoch in Amerika wenig Freunde zu haben, denn die Ueberfüllung des amerikanischen Marktes drängt zu einer langfristigen Anleihe für Deutschland. Die Krisis des Weltmarktes verschärft sich immer mehr. In allen Staaten hat das unter dem Krieg und seinen Nachwirkungen erreichte hohe Preisniveau den Verbrauch heruntergedrückt. Die Ueberproduktion und das Ueberangebot von Waren finden dadurch nicht ihr gesundes Regulativ, weil die Länder mit schlechter Valuta selbst lebensnotwendige Waren nur mit den grössten Opfern einführen können. Der sich verschärfende Preisrückgang trifft besonders die Vereinigten Staaten und Südamerika als die grössten Rohstoffländer. Die geringen Neigungen der Banken, für die Durchhaltung dieser grossen Vorräte weitere Kredite zu gewähren, haben zu zahlreichen Zahlungseinstellungen geführt. Die erheblichen Preissenkungen am Weltweizenmarkt und der Rückgang der internationalen Frachten könnten eine Verbilligung unseres Brotes bewirken, dagegen entwertet der Preisabbau auch unsere eigenen Warenbestände. Die ausländischen Angebote und Valutakredite begegnen bei uns grösserer Zurückhaltung, weil die Rohstoffverarbeitende Industrie bei der Unsicherheit der Preisentwicklung nur die äussersten Bedürfnisse zu befriedigen sucht, zumal vielfach Bestellungen zurückgezogen werden. Eine wesentliche Verbilligung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt wird sich bei uns vorerst nicht fühlbar machen, die Webereien z. B. stellen die Fertigwaren auf Grund früherer Kontrakte her, erst nach deren Erfüllung kann sich hier und in vielen anderen unter den gleichen Verhältnissen stehenden Industrien eine Preisminderung bemerkbar machen. Das deutsche Ausfuhrgeschäft stockt. Bekanntlich sind vielfach Bestrebungen im Auslande im Gange, die Schutz gegen deutsche Unterbietungen bezwecken. England, Nordamerika, die Schweiz, Holland und Schweden bereiten Gesetze gegen den Wettbewerb des Auslandes vor; Norwegen und Dänemark haben bereits auf ausländische Luxuswaren ein Einfuhrverbot erlassen. Günstige Nachrichten werden über Argentinien bekannt, woselbst für deutsche Textilwaren grosses Interesse bestehe. Der Preis spiele weniger eine Rolle, es käme auf Qualitätsarbeit an. Der Versuch, minderwertige Ware einzuführen, werde den Ruf unserer Industrie schädigen. Auf die Wendung der Konjunktur, die beregte Waren- und Kreditkrisis in Amerika, Holland, Dänemark und der Schweiz hat vor kurzem Mankiewitz, der Direktor der Deutschen Bank, in der Generalversammlung seines Institutes hingewiesen. An gleicher Stelle wurde vor den ungezügelten Effekten- und Devisenspekulationen gewarnt und sogar auf die Möglichkeit einer Wendung in den Geldverhältnissen nach Einziehung des Reichsnotopfers hingewiesen, zumal im Falle die Zwangsanleihe zur Tat werden würde. Diese Ausführungen haben nicht verfehlt, auf die Börse Eindruck zu machen, aber nur ganz vorübergehend. Schwache Kräfte sahen sich zu Verkäufen genötigt. Die grossen Kapitalisten haben an ihrem Besitze festgehalten. Das Wochen-Ende (11. Dezember) zeigt allerdings wieder eine kleine Abschreibung und ruhigere Haltung. Die wenig anreizenden Berichte aus den Generalversammlungen der Montanwerke bewirkten Kursrückgänge.

Die Neuregelung der Post-Zeitungsgebühren

tritt nunmehr endgültig ab 1. Januar 1921 in Kraft. Obwohl der Reichstag am 19. November einstimmig beschlossen hatte, diese neue schwere Belastung den Verlegern vorerst noch zu ersparen, hat das Reichskabinett dennoch das Inkrafttreten verfügt. Diese Massnahme ist um so empfindlicher, als eben erst wieder Erhöhungen der Druckkosten, Lohntarife usw. eingetreten waren. Im Interesse unserer Leserschaft hätten wir jede weitere Bezugspreiserhöhung gerne vermieden, sehen uns aber jetzt genötigt, ab 1. Januar 1921 bis auf weiteres zu dem bisherigen Bezugspreis von vierteljährlich M. 12.— noch einen vierteljährlichen Zuschlag von 60 Pf. zu erheben. Dafür fällt vom gleichen Tage ab das bisher vom Bezieher erhobene Postbestellgeld weg. :::

Verlag der „Allgemeinen Rundschau".

Vom heimischen Markte sei erwähnt: Aus dem Geschäftsbericht des Bürgerlichen Brauhauses (Münchener Bürgerbräu) ist zu entnehmen, dass das Auslandsgeschäft im vergangenen Jahre sich wider Erwarten gut entwickelt hat; es wird eine von 4% auf 7% erhöhte Dividende vorgeschlagen. Auch bei der Aktien-Gesellschaft Hackerbräu spielte der Export nach dem Ausland eine bedeutende Rolle. Die 10%ige Dividende stellt z. T. Nachzahlung auf die geringer ausgefallene Dividende der letzten Jahre dar. Die Unionsbrauerei und die ihr angegliederte Münchener Kindlbrauerei wurden vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen von der Aktienbrauerei Löwenbrauerei in München übernommen. Der Aktienaustausch soll im Verhältnis von 4:3 erfolgen. Das in unseren Wirtschaftsverhältnissen liegende Konzentrationsbedürfnis tritt hier wieder zutage!

München. K. Werner.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Ein Ehrentag der deutschen Uhren-Industrie. Am 7. Dezember ds. Js. beging die weltberühmte Begründerin der sächsischen Taschenuhren-Industrie, die Firma A. Lange & Söhne in Glashütte ihr 75jähriges Geschäftsjubiläum. Ferdinand Adolf Lange war es, der an diesem Tage des Jahres 1845 nach Glashütte kam, die Taschenuhren-Industrie anzusiedeln und mit Hilfe seiner ausgezeichneten fachmännischen Kenntnisse und organisatorischen Veranlagung so auszubauen, daß der unbedeutende und fast völlig unbekannte Ort Glashütte sich inzwischen zu einer Industriestadt entwickelt hat, deren Name heute in aller Welt als der Inbegriff der vollendetsten Präzisionstechnik gilt. Lange lehrte zuerst die Triebe im Gegensatz zu der Schweizer Art unmittelbar aus Stahl herzustellen, schuf viele andere wichtige Verbesserungen und machte viele Erfindungen, die in ihrer Gesamtheit den so ungemein genauen Gang der Glashütter Uhren ermöglicht haben, mit der Zeit aber Gemeingut geworden sind. In einer Festschrift, die dem Andenken des Begründers der Firma A. Lange & Söhne gewidmet wurde, werden als bedeutende Mitarbeiter Langes Adolf Schneider und Moritz Großmann genannt, die sich gleich Lange hohe Verdienste um die Uhrmacherkunst erworben hatten; Großmann besonders durch die Gründung der deutschen Uhrmacherschule. Die „Lange-Uhr“ erfreut sich eines wohlberechtigten Weltrufes. Ihre Vorzüge sind seit dem Jahre 1850, wo die „Lange-Uhr“ zum ersten Male die große goldene Medaille in Leipzig erhielt, durch 41 erste Auszeichnungen anerkannt worden. Von Glashütte aus gehen jetzt alljährlich eine große Zahl solcher hochwertiger Präzisions-Taschenuhren in alle Weltteile. Sehr erfreulich ist dabei, daß das Hauptabsatzgebiet für Glashütte nicht mehr das Ausland, sondern Deutschland selbst ist, ein Zeichen, daß das Verständnis für gediegene und vornehme Industrieerzeugnisse bei uns im Steigen begriffen ist. Obwohl der Krieg zur Folge gehabt hat, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in einem ungünstigen Sinne beeinflußt wurden, so wird doch das Verlangen nach dem Besitz eines wirklich zuverlässigen und einwandfreien Zeitmessers auch weiterhin bestehen bleiben. Mit Vorliebe wurden früher diese kostbaren Uhren in goldenen Gehäusen gekauft, in gleicher Güte, d. h. mit den gleichen erstklassigen Werken wie in den goldenen Gehäusen werden die „Lange-Uhren“ aber auch in silbernen Gehäusen geliefert. Da der eigentliche Wert eines solchen Zeitmessers nur allein im Werk zu suchen ist, kann man also trotz der veränderten Verhältnisse in einem silbernen Gehäuse auch heute noch eine derartige Qualitätsuhr erwerben, und zwar zu einem weit niedrigeren Preise als in Gold. Wie unendlich fein und genau die Präzisionsarbeit sein muß, die eine Taschenuhr zu leisten hat und von welchem allgemein gewürdigten, markanten Wert infolgedessen das hervorragende Präzisionswerk der „Lange-Uhr“ ist, erkennt man am besten aus der Tatsache, daß, wenn eine Uhr sich während eines vollen Tages nur um fünf Schwingungen versieht, schon eine Sekunde Differenz entsteht. Kaum glaublich will es auch erscheinen, daß die schwächsten Zapfen nur den achthundertsten Teil von einem Millimeter messen. Das Menschenhaar mißt etwa das gleiche. Die Firma A. Lange & Söhne kann mit freudigem Stolz auf ihre segensreiche Entwicklung und auf ihr gelungenes großes Werk blicken. Möge die Jubelfirma sich auch in Zukunft die ragende Stellung bewahren, die sie in schöpferischer harter Arbeit errungen und sich bis heute gesichert hat. Ad multos annos!

E. K.

Aufruf
zum Bau der Akademiker-Gedächtniskirche in Göttingen.

Den im Weltkrieg Gefallenen ein treues Andenken zu bewahren, ist ehrenvolle Pflicht. Deshalb wollen die Akademischen Bonifatius-Vereine für die gefallenen Akademiker in der Diaspora-Universitätsstadt Göttingen eine

Akademiker-Gedächtniskirche

errichten. Sie soll sein ein

Ehrendenkmal,

das in unvergänglicher Sprache von dem Heldenmut und dem Opfertod katholischer Akademiker redet. Sie soll sein ein

Denkmal der Dankbarkeit

und Treue der Ueberlebenden, für die sie ihr Blut vergossen haben, — eine geweihte Stätte des Opfers und Gebetes auch für jene, deren Ruhestätte nur Gott kennt.

Sie soll zugleich Zeugnis geben von unserm Verständnis für bittere

Diasporanot

und in einer armen Gemeinde ein Gotteshaus schaffen, das einer Universitätsstadt würdig ist.

Traget alle Bausteine herbei! Gebet schnell und reichlich!

Dann wird dieses Gedächtnismal kommenden Geschlechtern erzählen von religiösem und vaterländischem Opfergeist.

**Ihr Eltern, Gattinnen, Freunde und Geschwister der gefallenen Akademiker, helfet, euren toten Helden ein würdiges Grabmal zu errichten!
Es soll eure Kirche werden!**

Die Namen aller gefallenen kathol. Akademiker sollen in einem Heldenbuch verewigt werden, das in der Gedächtniskirche aufbewahrt wird. Alle Angaben über die Gefallenen (Name, Stand, Ort u. Zeit des Heldentods) sowie alle Opfergaben werden an das General-Sekretariat der Akademischen Bonifatius-Einigung in Paderborn (Giersstraße 29, Postscheckkonto Köln Nr. 37950) erbeten.

Der Arbeitsausschuß:

Der Diözesan-Bischof Dr. Joseph Ernst von Hildesheim
als Protektor.

Der Vorort der Akademischen Bonifatius-Einigung

Dr. H. Weinand, General-Sekretär.
Dr. W. Kahle, Vororts-Präsident.

Der Akademische Bonifatius-Verein Göttingen

Pastor K. Saenger, Geistl. Beirat.
Dr. W. Teichmann, Vorsitzende.

Pastor K. Mecke, Pfarrer in Göttingen.

Was braucht der Katholik im Kampf um seine Weltanschauung?

Er muß sich vor allem das nötige Rüstzeug verschaffen. Dies geschieht am besten durch eine gut geleitete, wirklich katholische Zeitung. Wer eine solche Zeitung will, der wählt zu seinem Leibblatt die täglich 2mal erscheinende

„Augsburger Postzeitung“

und bestellt sie sofort beim nächsten Postamt für die kommenden Monate. Preis Mk. 7.50 pro Monat einschließlich Zustellung.

Das Urteil über die „Augsburger Postzeitung“ überlassen wir unseren Lesern. Wir bringen deshalb nachstehend einige von den vielen Anerkennungsschreiben, die uns fast täglich zugehen:

Die Benediktiner von R . . . .
„. . . . . . In der „Augsburger Postzeitung“ erkennen wir unser bestes katholisches Blatt.“

Herr Kooperator G. D. (am 23 6. 20).
„Seit Jahren bin ich Leser der „A. P.“, und ich muß gestehen, obwohl ich der Reihe nach schon alle führenden Parteiblätter Deutschlands für längere oder kürzere Zeit gelesen, hat mich im allgemeinen für die Dauer noch keine Zeitung so befriedigt, wie die „Augsburger Postzeitung“...“

Hochw. Herr Superior J. B.
„. . . . Es fehlt einem halt 'was, wenn man die liebe „Augsburger Postzeitung“ nicht hat.“

Hochw. Herr Expositus M.
„Ich halte mit voller Ueberzeugung Ihr Blatt für das gediegenste, reichhaltigste, vornehmste katholische Tagblatt Süddeutschlands.“

Herr Dr. J. K.
„. . . . daß ich schon seit Jahren Euer ständiger Abonnent bin, aber noch mehr, daß ich noch an jeder Stelle mit größtem Erfolg für Euch geworben habe; ist auch kein Kunststück, denn Eure Zeitung empfiehlt sich selbst.“

Herr Lehrer G. P.
„. . . . . Ich habe bereits das Abonnement auf die in jeglicher Beziehung wahrhaft katholische „Augsburger Postzeitung“ beantragt.“

Hochw. Herr M. P.
„Ich halte die „Postzeitung“ schon ungefähr 45 Jahre lang und wünsche, daß sie von allen Katholiken, besonders von allen Standesgenossen gehalten werde.“

Herr U. B.
„Sowohl ich wie mein Hochw. H. Pfarrer kommen immer wieder zu der Ueberzeugung, daß Ihrer Zeitung an Gediegenheit und ruhigem Urteil keine gleichkommt.“

Schriftsteller E. B.... in Cöln-Delbrück (am 24. 6. 20)
„Ich bin, wie Sie wissen, langjähriger Abonnent und begeisterter Anhänger Ihres einzigartigen Blattes. Für Sie muß noch viel mehr geworben werden. In M. habe ich Ihnen einen neuen Abonnenten verschafft. Weitere werden folgen.“

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag
München,
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr 7261.
Vierteljahrespreis
In Deutschland M. 12.60
einschl. Zustellkosten.
Für Streifbandbezug nach
dem Ausland besonderer
Tarif, im allgemeinen
Frs. 5.— des Schweizer
Kurses, einschl. etwaiger Versandspesen.
Auslieferung in Leipzig
durch Carl Fr. Fleischer.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Millimeterzeile M. 1.—, Anzeigen
auf Textseite d. 95 mm breite
Millimeterzeile M. 5.—.
Anzeigenannahme durch
die Geschäftsstelle d. „Allg.
Rundschau", München,
Galeriestr. 35a Gh.
Platzvorschriften
ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung
werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden
nur auf bes. Wunsch gesandt.

№ 52 München, 25. Dezember 1920. XVII. Jahrgang.

Weihnacht.

Wunderliebe Geheimniszeit,
Machst du noch einmal dich bereit?

Lässt mich noch einmal auf zitternden Zeh'n,
Hinter verschlossenen Türen steh'n?

O wie war der Himmel so hoch —
War ein goldschimmerndes Schlüsselloch!

Ist seitdem viel höher geworden . . .
Wieder schwillt, mit leisen Akkorden,

Durch die Lüfte englischer Klang,
Ziehender Knaben Gruppensang.

Der mir nimmer ins Ohr gekommen
Seit die Fremde mich aufgenommen.

Leer ins Städtchen kehrte ich nun —
Heimat, kannst du denn Wunder tun?

Machst mich heute den Kindern gleich?
Machst mich wieder wie einst so reich?

Alle Beschwernis scheint ein Traum,
Einzige Wahrheit dein Lichterbaum,

Der den Armen in Kerkers Nacht
Alle Sterne des Himmels gebracht . . .

Meine Hände falten sich still,
Und ich lausche, was kommen will — —

Oeffne die Pforten noch einmal weit,
Wunderliebe Geheimniszeit! Alfred Willy Kunze.

An der Krippe.

Ein Zwiegespräch über Haß und Liebe.

Von Dr. Mich. Eberhard.

Germania: Friede umspielt deine Lippen, göttliches Kind. Friede jauchzt in den Lüften; Frieden atmen die Herzen, lichtheller Schein strahlt um die Krippe. Nur ich bin in schwarzem Mantel gehüllt, in mir grollt finsterer Haß; ich bin eine Familie des Hasses; Herz gegen Herz und Hand gegen Hand. Wir hassen uns gegenseitig und hassen den gemeinsamen Feind.

Das Kind: Oeffne deinen Mantel, in dir ist Licht.

Germania: Wie soll ich ihn öffnen? Er ist nicht umgelegt; er ist vom Herzen aus gesponnen; Faden um Faden geht von da aus, und alle sind sie schwarz.

Das Kind: Du spinnst die Fäden, die du willst, spinne lichte.

Germania: Ich spinne die Fäden, die ich muß. Ich bin nicht Seele; ich bin Wirtschaft, Politik, Interesse. Ich bin nicht Klosterbruder, daß ich in der Zelle des Geistlichen wohnen dürfte. Das Weltliche ist mein Element. Man würde meiner lachen, wenn ich den Idealen nachginge? Die Macht und Selbstsucht hat mich gebildet; ihr verdanke ich meine Existenz und mein Gedeihen. Nun bin ich aber ohnmächtig zu Boden geschlagen; das Selbst der andern erdrückt mich, saugt mich aus; mein eigen Selbst zerfleischt mich. Haßgeboren bin ich; Haß ist mein Blut.

Das Kind: Was suchst du dann bei mir? Ich habe Frieden und gebe Frieden, aber den Seelen, nicht dem, was du und alle anderen die Politik heißen. Der politische Friede hat von meinem Frieden den Namen, weiter nichts. Was die Politik den Frieden von Versailles nennt, nenne ich die Kriegssaat von Versailles. Was immer die Politik schafft, ist ein Gebilde der Macht, der Selbstsucht, des Interesses: lauter Faktoren, die zerreißen, nicht vereinen, trennen, nicht verbinden. Hinter allen Künsteleien, denen ihr die Friedensmaske aufsetzt, grinst der Krieg; der Völkerbund, den ihr schließt, ist eine Fangfalle des Imperialismus; wie mich Herodes in der Wiege erwürgen wollte, so ist der wahre Völkerbund, der den Weg zum Frieden gewiesen hätte, in der Wiege erwürgt worden. Hat ein Staat das Uebergewicht, so ruft ihr: „Gleichgewicht"; habt ihr ein notdürftiges Gleichgewicht hergestellt, so ruft ihr nach einem Uebergewicht, damit das Gleichgewicht gewahrt bleibe. All eure Schlagworte von Nationalismus, Selbstbestimmung, Demokratie bedeuten für die hohe Politik just so viel als man sie bedeuten lassen will; jedenfalls ist mehr Drachensaat des Hasses als Weizen der Zufriedenheit aus ihnen hervorgesproßt.

Germania: Ich sehe, der Politik wird nur Heil von etwas, das außer ihr liegt; aber kann die Politik überhaupt vom Haß gesunden? Ist sie nicht erblich belastet mit dem Unrecht und darum mit dem Haß? Muß nicht Klasseninteresse gegen Klasseninteresse und Staatsinteresse gegen Staatsinteresse stehen?

Das Kind: Nichts ist so getrennt, daß es nicht geeint werden könnte; es gibt keine schrofferen Gegensätze und keine wunderbarere Einheit als in mir. Alles was organisch ist, will Verschiedenheit des Teillebens, aber nur, um es in die höhere Einheit des Gesamtlebens überzuführen. Alpha und Omega des Lebens sind nicht Recht und Unrecht; das letzte Wort ist Liebe. Kapital und Arbeit haben verschiedene Interessen; aber die Interessenunterschiede sind übergipfelt vom Einheitsinteresse der Wirtschaft. Zwischen zwei Staaten besteht Dissonanz; Recht und Unrecht haben vielleicht mit dieser Dissonanz gar nichts zu tun; es sind einfach die Fortschrittsinteressen des einen Staates mit denen des anderen Staates in Widerstreit geraten; wie Kaspar, Melchior und Balthasar verschiedene Gaben an eine höhere Einheit opfern, so sollen Gold, Weihrauch und Myrrhen in einer höheren Weltwirtschaft sich ergänzen, nicht bekriegen. Auf keinen Fall ist wegen eines bestehenden Interessengegensatzes der Haß gerechtfertigt. Uebt der andere Staat auf deinen Selbsterhaltungstrieb einen Druck, so ist es natürlich, daß in dir ein Gegendruck entsteht und Gefühle auslöst, die diesem Gegendruck entsprechen; allein dies Gefühl ist nicht blinder, leidenschaftlicher Haß; es ist der auf Einsicht gebaute Wille, gefahrdrohenden Grundsätzen und Maßnahmen anderer Staaten entgegenzutreten.

Germania: Du trittst also meinem Selbstgefühl nicht zu nahe? Und du wehrst es mir nicht, mich meiner Haut zu wehren?

Das Kind: Gott bewahre! Kein Volk ohne Stände, keinen Völkerbund ohne Nationen, keine Weltwirtschaft ohne Volkswirtschaften, keinen Internationalismus ohne Eigenkulturen! Familie und Vaterland und Weltbürgertum liegen auf einer Linie, der Liebe. Den Anschluß, die Rücksicht, die Opferarbeit, die der Mensch in der Familie lernt, überträgt er auf die weiten Menschenverbrüderungen. Alles, was mechanisiert und isoliert, wie die demokratische Zahl, alles was trennt und verfeindet, wie das rücksichtslose Selbst der Klasse oben oder unten, das

rücksichtslose Selbst des eingebildeten, gespreizten Nationalismus, ist nicht Kitt vom großen Weltenbauer, sondern Sprengstoff einer gottfeindlichen Macht. In mir sind alle eins, Freie und Sklaven, Griechen und Barbaren.

Germania: Aber wenn in uns mehr Sprengstoff als Kitt liegt?

Das Kind: Weil mehr von der Welt als von Gott in euch ist. Ehre sei Gott in der Höhe, dann erst Friede den Menschen auf Erden! Was ist die Humanität ohne Gott? Die Bestialität von Versailles, das Sklaventum unter der Plutokratie, die Apotheose der Dirne. Ist das erzeugende Prinzip in der Familie gestorben, streben die Glieder auseinander; in der modernen Gesellschaft ist der Vater tot; darum schlägt Kain den Abel tot.

Germania: Aber wie soll die Liebe wiederkehren, die Liebe unter meinen Kindern, die Liebe zu meinen Schwesterstaaten?

Das Kind: Niemand steigt hinauf, der nicht herabsteigt. Ich bin vom Himmel herabgestiegen. Die Klassen von Bildung und Besitz müssen herabsteigen zu der Tiefe derer, die vor kurzem noch das Proletariat bildeten; sie müssen hineinsehen in die engen Wohnräume, in die lichtlosen Höfe, in die noch lichtloseren Herzen, in das düstere Arbeitsleben; an diesen Stätten wird Verständnis aufkeimen für die arbeitende Klasse, mit dem Verständnis Einfühlen und Liebe. — Ich habe Opfer gebracht; statt des Lebens der Freude, der Ehre, der Macht, das mir anheimgestellt war, habe ich die Armut, die Verachtung, die Pein gewählt. Viel Gutes und Großes muß sterben, um ein größeres Allgemeingut zu erhalten, um ein schlimmeres Uebel auszurotten. Die Freiwirtschaft wird um des sozialen Friedens willen gar manche Opfer der Initiative und des geschäftlichen Aufschwungs bringen müssen, die in sich zu bedauern und nur um des größeren Allgemeingutes willen zu rechtfertigen sind. Auch im Völkerleben wird manches vorwärtsstürmende Volk seinen Schritt verlangsamen müssen, sich zu Nachgiebigkeiten, Vereinbarungen gezwungen sehen. — Nichts ekelt mich mehr an als Sünde; und doch bin ich zu den Sündern gekommen, habe mich mit ihnen an den gleichen Tisch gesetzt, sie einer Vorzugsliebe gewürdigt, so daß sie mich einen Freund der Sünder genannt haben. Die Proletarier von ehedem sind allerdings Eindringlinge; sie haben sich durch die Revolution das Recht genommen, sich mit euch an eine Tafel zu setzen; sie bringen wenig Lebensart mit. Habt Geduld, tretet den neuen Gästen nicht frostig entgegen; laßt die Eingliederung des vierten Standes nicht wie ein notwendiges Uebel über euch ergehen, begrüßt sie, macht ihnen den Uebergang nicht schwer. — Mein Morgengebet beim Eintritt in diese Welt war die Uebernahme der Weltschuld und das Versprechen der Wiedergutmachung durch das Opfer meines Leibes. Bekenne auch du, Germania, deine Schuld, soweit du dir deren bewußt bist; aber vornehm und mit Würde; verlange auch vom Gegner das Bekenntnis seiner größeren Schuld, der frevelhaften Vernichtung der Volksgesundheit auf eine Generation hinaus; zeige ruhig deinen guten Willen zur Wiedergutmachung durch die Tat; und der Gegner wird als Mensch sich mit dir versöhnen; als Politiker allerdings nicht; die Politik hat keine Seele, diese Politik. Wer nach dieser Seite ideal denkt, ist ein Dummkopf; Wirtschaft ist alles. — Wo immer eine Brücke geschlagen wird von Ufer zu Ufer, wo immer Hände zum Bunde sich reichen von Ost und West und Süd und Nord, wo immer Fäden gesponnen und Bande geschlungen werden von Pol zu Pol, von Meer zu Meer, von Wissenschaft und Kunst, von Parlamentariern und Gewerkschaften, von Adel und Klerus, da freue dich und sei dabei; und noch mehr sei dir Grundsatz gegenüber den Volksgenossen: Nicht Haß, sondern Liebe soll der Grundton der gegenseitigen Verhältnisse sein. „Darin will ich erkennen, daß ihr meine Jünger seid, daß ihr einander liebet.“

Das Licht der Welt.

Von Dr. E. Rademacher, Füssen.

Winternacht! Der klingende Frost durchschreitet die Lande. Ihren ewigen Reigen schlingen die Sterne am Firmament, das dunkel sich wölbt über der starren Erde. In kalter Rauhreifpracht steht der germanische Urwald. Von Hunger getrieben irrt das Wild durchs Gesträuch, der gefrorene Schnee knistert und knirscht unter den tastenden Hufen. Und andere Laute noch durchdringen die nächtliche Stille: Verworrenes Geräusch gleich rauhen Männerstimmen und Waffengeklirr tönt aus der Tiefe des Waldes.

Julnacht! Um mächtige Feuer lagern und stehen blondlockige Riesen, jauchzend fliegt der Trinkspruch von Mund zu Mund und emsig kreist der schäumende Met im Horne des Wisent. Wohlige Wärme wallt über den Lagerplatz. Bleiche Pferdeschädel grinsen von den Bäumen. Aber ein andres noch ist es als die Begier nach kräftigem Trunk und alten Sagen, von welchen der Priester zu melden weiß, was diese deutschen Edelinge und Freien zusammengeführt in grimmiger Winternacht. Manch träumerisches Blauauge wendet sich ab vom Kreis der wilden Genossen und schaut wie in Sehnsucht nach Osten. Die Stunden verrauschen und langsam erlöschen die Lichter des Himmels. Da stürmen zwei Jünglinge zwischen den Stämmen heran, draußen am Hügel hatte man sie als Wächter aufgestellt. „Die Sonne, die Sonne!“ klingt hell ihr Ruf, und freudig vernehmen es die germanischen Recken. Unter dem Beifallsklirren der aneinander geschlagenen Waffen tritt der Priester zum steinernen Altar, ein Roß von blendender Weiße wird ihm zugeführt, hoch blitzt das Messer in der Luft und senkt sich tief in die Kehle des Tieres — ein Blutstrahl dampft auf und röchelnd bricht es zusammen. Da drängen sie sich heran, die Hand in das fickernde Naß zu tauchen, da bringen sie sich den Minnetrank und opfern den Göttern mit lautem Flehen. Dann stürmen sie davon zum Hügel am Waldesrand, und schier ein wilder Wettlauf ist es zu nennen. Und siehe — ehrfürchtige Stille umfängt mit einmal den Kreis der rauhen Gesellen. Schweigend stehen sie, auf Schild oder Ger gestützt und schauen nach Osten, wo der Himmel sich lichtet. Langstrahlende Blitze zucken dichter und dichter durch die Morgennebel, in rotem Golde leuchten die Wipfel der hohen Fichten und tausendjährigen Eichen. Die Sonne kommt wieder, die Spenderin der Wärme, der Trost aller Frierenden und Darbenden, die Sonne, das heilige Licht der finstern Welt!

Und wie sie alle in tiefem Schweigen verharren, scheuer Ehrfurcht und Andacht voll, da schwingt ein silberklares Tönen durch die Luft und sie wissen, es ist das Glöcklein der christlichen Kapelle jenseits des Flusses, wo der Bischof seine kleine Gemeinde zur Weihnachtsmesse versammelt. Und während jene die Wiedergeburt der Sonne begrüßen, feiern diese dort unten die Geburt des Herrn, und mächtig hallt die Stimme des würdigen Greises vom Altar herab: „Er ist gewaltig und stark, der zur Weihenacht geboren ward.“ — — — Weihnacht. Christnacht.

Heilige Nacht der erfüllten Sehnsucht, Nacht des erfüllten Völkertraums! Wenn sie auch irrten in der Finsternis und Dämonen anriefen statt des lebendigen Gottes, das Sehnen der Menschenkinder ging doch stets höher, ging über das ihnen Erreichbare hinaus, und so beteten sie zur fernen Sonne, dem Lichte der Erde, bis die Wahrheit sich ihnen offenbarte in Christus, dem Lichte der geistigen Welt. Ein heiliges Feuer hat Gott dem Menschenherzen verliehen, das Feuer der Sehnsucht nach ihm. Wir alle tragen tiefes Verlangen nach jenem Licht der Welt, wir sehnen die Sonne herbei in kalter Winternacht. Und wenn der Weise grübelt über den Problemen des Entstehens und Seins, was ist es anders, als daß er Gott sucht? Was sind Substanz oder wirkende Ursache anders als kindlich-unbeholfene Ausdrücke, mit denen das weise Menschlein sich den unfaßbaren Namen Gottes als Urgrund aller Dinge begreiflich machen will? All unser Forschen und Wollen und Denken geht wieder und wieder auf das letzte zurück, auf Gott. Unsere Weisheit reicht nicht aus, ihn zu fassen, wohl aber der Glaube, welcher Gewißheit ist. Wußten jene armen Heiden etwas von der Gesetzmäßigkeit in der Natur? Sicher nicht — aber sie glaubten dennoch an die Wiederkehr der Sonne, und ihr Glaube ward nicht getäuscht. Die ganze Menschheit aber glaubte seit Jahrtausenden an die Geburt eines Heilandes, und auch ihr Glaube ward gerechtfertigt. So ist es ein tiefes Symbol für die All-

güte des Höchsten, daß das bedeutsamste Ereignis in der Natur mit dem bedeutsamsten der Menschheitsgeschichte zeitlich zusammenfällt.

Ein Fest der Freude ist sie, diese geweihte Nacht, und kein Zufall hat es gefügt, daß ihrer gerade in den germanischen Ländern so sinnig gedacht wird — war doch hier die Sehnsucht nach dem Licht der Welt von jeher stark und mächtig. Weihnachten, das Fest des Jubels für Kinderseelen, aber auch der stillen Einkehr für Männerherzen, so kennen wir es von Jugend auf und so wird es ständig weiterleben wie alles, das göttlichen Ursprungs ist.

Mehr denn je richten wir in diesem Jahre unsere Gedanken auf die Weihnachtszeit. „Friede auf Erden" ist unser Wunsch und Gebet, Erfüllung der frohen Botschaft von Engelszungen, welche auch heute wieder durch die Lande braust im Klange der Glocken — mehr mahnend freilich denn jubelnd! Leider nur allzuviele verschließen Ohren und Herz dem Weihnachtsgebot der Nächstenliebe und sinnen auf Gewalttat und Unrecht. Wir andern aber halten stille Feier, im Glauben an das ewig Gute, wie es in Gestalt des Gottessohnes auf die Erde gekommen und trotz der hindernden Macht des Bösen immer und immer wieder sich durchsetzt; wir vertrauen auf den endlichen Sieg der Wahrheit, welche alle Verblendeten und Verirrten vom blutigen Standbild des goldenen Kalbes zurückführt an die schlichte Krippe des Kindes, dem die Herrschaft gegeben ist im Himmel und auf Erden. Wohl sind wir zu Kampf und Streit bestimmt in dieser Welt, am Christfest aber lieben wir uns und unserer Familie und erinnern uns angesichts der strahlenden Weihnachtstanne, die mit Gaben für die Kleinen behangen ist, an die Worte des Heilands: „Lasset die Kindlein zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich!" Und während draußen Flocke auf Flocke lautlos niedersinkt und mit den Schwestern zum weißen Teppich sich verdichtet, auf daß alles Tote und Häßliche eingehüllt sei in den Frieden und die erhabene Schönheit dieser gesegneten Nacht, da glänzt in warmen, trauten Stuben aus Tausenden schimmernden Kerzen der Stern von Bethlehem und erfüllt die Herzen mit Hoffnung, Glaube und Liebe.

Das helle Licht scheint da herein,
Gibt der Welt einen neuen Schein,
Es leucht' wohl mitten in der Nacht
Und uns zu Lichtes-Kindern macht.

Mein ist die Rache.

Eine Weihnachtsgeschichte.

Von Marie Amelie Freiin von Godin.

Dr. Albert Scheder war noch nicht 35 Jahre alt, als er bei Straßenkämpfen von Spartakisten getötet wurde, wie er eben einem Roten Hilfe brachte, der sich, mit zwei Kugeln in den Hüften, qualvoll auf dem Straßenpflaster wand. Albert Scheder, Privatdozent an der Universität, war trotz seiner Jugend damals schon eine der Hoffnungen der medizinischen Wissenschaft, da er durch eine Arbeit über Serumimpfungen aller Augen auf sich gelenkt hatte.

Er war aber auch nicht nur die Hoffnung für eine lange, strahlende Zukunft, sondern die glückselige Gegenwart seiner anmutigen, geistreichen und lieben Gattin Elina. Schön, kühn, gütig überragte er weit selbst den Phantasiehelden ihrer Mädchenträume in allem, was einem jungen Weibe Rausch, Freude und Stütze bereiten kann.

Als er sich an jenem Frühlingstage zur Hilfe über den verwundeten Rotgardisten beugte, rief laut eine junge Frau in zerlumptem Kleide, die den Roten Schießbedarf zugeschleppt hatte und deren hartes Antlitz Wildheit und Fanatismus verzerrten: „Dieser hat auch auf die Arbeiter geschossen!" und wies auf den jungen Arzt, worauf ein mächtiger Matrose zu Albert Scheder trat und ihm aus nächster Nähe eine Kugel in den linken Oberarm jagte. Da ein Freund des jungen Arztes den Vorfall beobachtet hatte, stürzte er herbei und verscheuchte den Matrosen, den auch der sterbende Rotgardist mit Verwünschungen überhäufte.

„Ich werde Hilfe holen, sofort", sagte der Freund, „denn vielleicht kommt der Matrose zurück."

Dr. Scheder glaubte dies auch und flüchtete in eine geräumte Wohnung des nächsten Hauses, versteckte seinen Revolver, um keinen Verdacht zu erwecken und legte sich selbst, während er auf seines Freundes Rückkehr wartete, einen Notverband an. Der Matrose hatte inzwischen aber wirklich einige Gefährten herbeigeholt, folgte mit ihnen der Blutspur, fand Dr. Scheder und schlug den Wehrlosen mit Hilfe der drei Genossen nieder.

Als der Freund mit sechs weißen Soldaten zurückkam, fanden sie den jungen, berühmten Arzt mit Wunden überdeckt, tot. Nur das Antlitz war seltsamerweise unverletzt.

Elina ging durch alle Gefahren des Straßenkampfes und hielt im Hause, wo er ermordet worden war, die ganze Nacht das unversehrte Haupt des Toten im Schoß.

Am selben Tage noch wurden der Matrose und die Genossen des Matrosen gefangen und gerichtet. Das junge Weib indes, das den Matrosen auf den Arzt gehetzt hatte, konnte erst sechs Monate später, in der Woche vor Weihnachten, als die Standgerichte längst schon aufgehoben waren, verhaftet werden.

Elina erhob sofort die Anklage auf Mord. Ihr Schmerz war bitterer und ihre Sehnsucht nach dem Toten unsagbar heißer noch, als am Tage ihres Unglückes, das sie zuerst betäubte. Sie saß jetzt, da sie das geliebte Haupt des Toten nicht mehr auf den Knien halten konnte, durch Stunden brütend da, sich klarzumachen, wie es möglich war, daß ein Mensch die Mörderhand gegen diesen Schönen und Guten — diesen Hilfsbereiten, der ihr Gatte war, zu erheben vermochte.

Fünf Tage vor dem Christfest wurde Pater Erich Aben ihr gemeldet. Sie kannte ihn seit langem und ließ ihn bitten, einzutreten. Indes, als er dann in ihr Zimmer kam, tat es ihr weh, sein junges, helles, edles Angesicht zu sehen, denn sie mußte allzu sehnsuchtsvoll an ein anderes junges, helles, edles Antlitz denken, das sie durch eine fürchterliche Nacht leichenblaß im Schoße hielt und das ihr nun geraubt war.

„Ich komme von der Spartakistin", begann der Priester, ehe er noch Platz genommen hatte und sah Elina ernsthaft an. Elina streckte die Hand zur Abwehr aus: „Ich kann nicht von ihr hören!"

Pater Aben ergriff die ausgestreckte, eiskalte Hand der jungen Witwe. „Es wird Sie aber doch freuen, zu hören, daß diese Frau gebeichtet hat bei mir. Merkwürdig doch und tröstlich, wie unser katholisches Volk, auch wenn es gänzlich vom rechten Wege irrte, ganz selbstverständlich zur Kirche heimkehrt, wenn es zum Sterben kommen könnte!"

Elina schwieg. Schrecklich — daß sie von jener Entsetzlichen, Gehaßten anderes hören mußte nach jenem fürchterlichen Wort, das man ihr berichtet hatte — das die Mörder herbeirief. Ein trockenes Schluchzen drang Elina in die Kehle.

Milde und behutsam fuhr der Priester fort, während in seinen braunen Augen ein Schein heißer Inbrunst aufglomm: „Die Frau schickt mich zu Ihnen, um Vergebung bitten . . ."

Elina schreckte zusammen und fuhr sich entsetzt mit beiden Händen an die Stirne: „Ach nein — nein — das nicht! Ich will nicht!"

Mit noch größerer, fast herrischer Inbrunst ging Pater Abens Stimme weiter: „Verzeihen, wie unser Herr uns so oft verzeiht, müssen wir doch alle — Schwester! Diese Frau, deren Seele sich der Heiland zum Christfest auserkor — möchte jene Worte auslöschen; sie versteht nicht mehr, wie sie sie sprechen konnte. Sie fürchtet sich zu sterben — besonders wenn Sie nicht verzeihen. Sie läßt Ihnen sagen, sie hat sechs Kinder, das jüngste läuft noch nicht . . ."

Elina schrie auf: „Wozu das mir — wozu — wie hat sie diese Scheußlichkeit tun können, wenn sie Kinder hatte — ein Unmensch . . ." Ihre Augen waren in Tränen gebadet; ein verzweifeltes Weinen überkam sie.

„Die Kinder wären ohne Mutter, wenn Sie nicht Erbarmen üben", fuhr der Priester sehr sanft, aber mit steigender Inbrunst fort. „Sie dürfen als Christin verzeihen — denn diese Frau wird, wenn sie Gnade erfährt, nicht wieder Böses tun, wie damals. Ich kenne die Menschen, dieser ist das Herz gewendet. Sie können die Klage zurückziehen und diesen Kindern zum Christfest die Mutter retten!"

Elina erhob sich rasch und rang die Hände: „Nie!", stieß sie heraus, „nie — nie!"

„Die Frau hat das vorausgesehen", entgegnete Pater Aben: „Nie, hat sie gesagt, wenn's ich wäre, täte ich einer verzeihen, die mir den Mann genommen hat. Aber ich meinte, daß eine Christin zur Weihnachtszeit für einen lieben Toten Erbarmen üben könnte, damit sich der Tote an ihr erfreuen kann. Die zwei ältesten Kinder der Angeklagten warten vor dem Hause auf ein Zeichen von mir, um zu kommen und Ihnen zu danken, ein neunjähriges Mädchen und ein Knabe von sieben Jahren, sehr armselige und unglückliche Kinder, denen die Mutter erst

eine Mutter sein wird, wenn Sie, an Ihrem großherzigen Beispiel seelisch völlig gesundet, entlassen sein wird ..." Pater Abens vor Begeisterung brennende Augen suchten Elinas Blick.

„Nein — nein", wiederholte Elina, vor Erregung vom Scheitel bis zur Sohle zitternd, „nein — dies ist mein letztes Wort — bedenken Sie doch auch, welch herzzerreißende Weihnachten ich selbst habe — durch dies Weib — nein! — Ich bitte — ich bitte, gehen Sie — vergeben Sie — ich kann nicht mehr ..." ihre Stimme brach.

Pater Aben erhob sich ohne weitere Widerrede, grüßte höflich, aber kühl, und zog sich zurück.

Da fiel Elina ein, daß die zwei Kinder jener Mörderin vor ihrem Hause ständen. Ohne Ueberlegung folgte sie einem unkontrollierten Wunsche, trat ans Fenster — und sah die Kinder sofort.

Das Zimmer, in dem Elina sich befand, war zu ebener Erde. Gegenüber, an der anderen Seite der schmalen Straße war das große Schaufenster eines Spielwarenladens. Dies Schaufenster war weihnachtlich geschmückt. Davor standen die beiden Kinder, das größere Mädchen, buchstäblich in Lumpen gehüllt, achtete weniger auf die Herrlichkeiten der Auslage, sondern wandte sich immer wieder nach der Türe von Elinas Hause, aus der Pater Aben ihr das verabredete Zeichen geben sollte; das Gesicht dieses Kindes war spitz, griesgrämig und verschlossen. Der kleine Junge hingegen an seiner Schwester Hand war völlig in den Anblick eines großen Spielesels versunken und preßte sein Gesicht an die mächtige Glasscheibe der Auslage, wie um das Tier zu küssen. Dies kleinere Kind wandte sich im Augenblick, da Elina ans Fenster trat, nach der Schwester, um diese offenbar auf das herrliche Tier aufmerksam zu machen, es hatte ein rundes, liebes, trauriges Kindergesicht und Elinas Augen blieben an dem Kleinen hängen.

Das rundliche Kindergesicht nahm ihr Herz gefangen, oder die Handbewegung mit der der Kleine nach dem Esel, dem Ziel seiner Sehnsucht wies, eine Bewegung voll Pathetik — voll Verlangen und voll Verzicht. Elina sah die kahle, kalte, schmutzige Stube vor sich, in der die vereinsamten Kinder der Gefangenen das Fest begehen mußten, allein, da sie, Elina, die Anklage gegen die Mutter nicht zurückzog.

In dieser Sekunde trat Pater Aben aus Elinas Hause; da er kein Zeichen machte, erkannten die Kinder wohl sofort seinen Mißerfolg. Ihre Augen verlöschten.

Pater Aben überquerte die Straße und beugte sich für einige Worte zu dem Mädchen nieder. Elina konnte dessen Gesicht sehen; es erblaßte noch mehr als es schon vorher blaß gewesen war. Der Kleine aber schmiegte sich an die Schwester. Alle drei, der Pater und die zwei Kinder gingen dann kummergebeugt weiter, wie unter schwerer Last. Einmal noch sah sich der Knabe um, nach dem Esel. Hoffnungslos. Elina sah, daß das Kind weinte.

Da konnte sie nicht anders, sie öffnete das Fenster und rief die drei.

Und die Frau war gerettet.

Zeitgedanken.

Von F. Schrönghamer-Heimdal.

Es gibt 1000 Teufel und nur einen Gott, 1000 Irrtümer und nur eine Wahrheit, 1000 Krankheiten und nur eine Gesundheit, 1000 Laster und nur eine Tugend.

*

Wer nichts weiss von Furcht und Hoffen,
Hat des Lebens Sinn getroffen.

*

Das Höchste, was über Gott gesagt werden kann: dass er nicht so ist, wie ihn sich der einfältige Verstand „vorzustellen" pflegt.

*

Gott hat den Menschen nicht so geschaffen, wie er ist. So hat sich der Mensch selbst gemacht.

*

Der Irrtum ist kein Mangel der Wahrheit, sondern des Erkennenden. Da Gott die Wahrheit selbst ist, ist bei ihm kein Ding unmöglich mit Ausnahme des Irrtums. Irren kann der allmächtige Gott nicht. Daher kann er auch nicht sündigen, da die Sünde Ausfluss des Irrtums ist. Gott kann, trotz seiner Allmacht weder lügen, noch stehlen, noch wuchern, noch morden oder Krieg führen. Das kann nur der Mensch als Sohn des Irrtums.

Weltrundschau.

Von Dr. Otto Kunze, München.

Nach unserem Gefühl paßt die Politik nicht zum Weihnachtsfest, das ebenso deutsch ist, wie das deutsche Volk von Natur unpolitisch ist. Wir denken heute lieber an den Frieden von Bethlehem als an den Frieden von Versailles. Aber dieser schlechte Friede drückte uns nicht, wenn Weihnachten den Menschen weniger ein Fest und mehr ein Dogma wäre, das ihr Leben und auch ihre Politik zu bestimmen hat. Weihnachten verkündet den Erdenkindern nur Frieden, nachdem Gott die Ehre gegeben ist. Wann taten das die Machthaber von heute, die nur Gewalt oder sog. Demokratie kennen, den Unfinn der Recht schaffenden Mehrheit? Die schwarze Schmach am Rhein, die Hungersperre gegen Deutschland, die Greuel in Irland, Diktatur des Proletariats, der Mummenschanz des Völkerbundes, freimaurerische Weltverbrüderung — vielerlei Dinge und doch einerlei gottlose Politik einer Menschheit bösen Willens.

Eine Gewissenserforschung im Licht der Engelsbotschaft ist gewiß heilsamer als die Rechtfertigungen, Enthüllungen und gegenseitigen Anklagen, die in Reden, Zeitungen und Büchern seit dem Zusammenbruch laut werden und nie die eigene, sondern stets nur fremde Schuld aufdecken sollen. Nun sie aber einmal da sind und sogar ein Stück vom Weihnachtsmarkt beherrschen, ist es unbillig, daß die Bekenntnisse des größten deutschen Staatsmannes, der dritte Band der Gedanken und Erinnerungen Bismarcks, dem deutschen Volke vorenthalten sind. Der verbannte Kaiser Wilhelm II. hat auf Grund der Tatsache, daß Bismarcks Buch vier oder fünf Briefe von ihm abdruckt, einen Gerichtsbeschluß erwirkt, der die Veröffentlichung des ganzen Bandes verbietet. Jetzt hat die italienische Zeitung „Temps" in Rom begonnen, den Inhalt in ihren Spalten zutage zu fördern. Von dort wird er in die ganze deutschfeindliche Presse übergehen. Wilhelm II. war übel beraten, wie so oft in den Tagen seiner Regierung. Seine Schuld bei der Entlassung Bismarcks muß neugieriger Vermutung jetzt um so größer erscheinen. Und wie nimmt sich das Verbot des 3. Bandes aus, nachdem der Brief, worin Wilhelm II. dem Kaiser Franz Joseph seine Darstellung der Ereignisse gab, von Deutschösterreich veröffentlicht ist? Leider gibt es in Preußen Kreise, die das Zeugnis des Altreichskanzlers zu fürchten haben. Es ist besonders der neue Hof- und Geldadel, den der frühere Kaiser großgezogen hat. Die alten, echten Konservativen gehören nicht dazu; mehr als einer von ihnen hat die Entlassung Bismarcks als den Anfang des Niedergangs und den Sturz des Kaisertums als die Folge oder Strafe jener Tat bezeichnet.

Mehr oder weniger sorgfältig halten die politischen Gruppen Gewissenserforschung auf ihren Parteitagen. Diesmal war die Reihe an den Demokraten. Die hatten vom 11. bis 14. Dezember ihren Reichsparteitag in Nürnberg. Der Abmarsch weiter Bürgerkreise nach rechts schien auf den Linksdrall der Partei nicht viel Einfluß zu haben. Die norddeutschen Redner Petersen und Preuß legten sich leidenschaftlich ins Zeug für die Staatsform der Republik. Nicht aus taktischen, nein, aus viel höheren Gründen steht nach Petersen die Partei auf republikanischem Boden. Preuß sieht die Möglichkeit einer Herstellung von Ruhe und Ordnung, die Rettung des nationalen Geistes in der Republik allein. Den Süddeutschen war das nicht ganz nach Geschmack. Sehr scharf betonte der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Dirr, es gebe bei Deutschlands Notlage doch wichtigere Dinge als die Frage: Republik oder Monarchie? Es ginge nicht an, einen Betstuhl aufzurichten, auf dem die Leute niederzuknien und ihr republikanisches Vaterunser zu beten hätten. Und wo bleibt die auswärtige Politik? In der Tat war vom Versailler Frieden und von Frankreichs Machtstreben noch kaum geredet worden. Für eine starke Staatsgewalt und für die bayerische Einwohnerwehr setzte sich Dr. Dirr sehr entschieden ein. Minister Hamm sprach über „Reich und Länder", verlangte von unserem Standpunkt wenig für den norddeutschen Demokraten aber viel zu viel für das Eigenleben der Länder und sprach kluge Worte über die preußische Frage, das eigentliche Reichsproblem. Was Reichsminister Geßler über das Heer sagte, kann man unterschreiben. In Kulturfragen erklärte sich der Parteitag für die simultane Einheitsschule. Bekenntnisschulen für Minderheiten soll es nicht geben. Wir wollen uns das merken. Rathenau, der wohl Ursache hätte zu schweigen, führte seine geregelte Wirtschaft in



neuer Aufmachung vor. Die Frage, wie sie sich zur Sozialisierung stellen sollen, bereitet den Demokraten große Pein.

Auch das preußische Zentrum hielt seinen Parteitag ab. Er soll die Wahlen vorbereiten und das 50jährige Bestehen der Partei feiern. Stegerwald verbreitete sich über Deutschlands politische Zukunft im Sinn seiner Rede von Essen. Er spricht für gemeinsame Aufbauarbeit der Katholiken und Protestanten. Die Sozialdemokratie will er nicht in die Opposition getrieben sehen. Was will er aber dann mit seiner Einheitsfront gegen die sozialistische Linke? Was will er überhaupt? Kann es eine andere Politik geben, als Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie? Der Reichstag nahm mit den Stimmen der Linken einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Ernährungsminister Hermes an. Eine deutschnationale Interpellation lenkte das Augenmerk auf die bolschewistische Tyrannei und Werbetätigkeit in den deutschen Lagern der gefangenen oder internierten Russen. Letztere besonders, etwa 50 000 und durchaus nicht lauter Bolschewisten, unterstehen ihren eigenen Vorgesetzten und werden mitten in Deutschland von Moskau regiert. Herr Viktor Kopp in Berlin organisiert hier eine rote Armee, der sich die deutschen Kommunisten zu befohlener Zeit sofort angliedern werden. Die Antwort der Reichsregierung auf die Interpellation befriedigt keineswegs. Hier liegt eine große Gefahr, die wieder nicht erkannt und nicht rechtzeitig unterbunden wird. Endlich nahm der Reichstag das sog. Sperrgesetz an, demzufolge die Staats- und Gemeindebeamten nicht besser bezahlt werden dürfen als die Reichsbeamten.

Unsere äußere Politik stand wieder im Zeichen der Einwohnerwehr. General Nollet, Chef des interalliierten Ueberwachungsausschusses, beantwortete die Note der Reichsregierung vom 9. Dezember mit der Aufforderung, die Selbstschutzverbände, auch in Bayern und Ostpreußen, sofort aufzulösen. Das Reich hat seine Botschafter beauftragt, bei den verbündeten Mächten Vorstellungen dagegen zu erheben. Es kann nicht zugestanden werden, daß in dieser hochpolitischen Sache der Ueberwachungsausschuß allein besiehlt. Sollte die Entente auf dem Verlangen beharren, so muß das Reich oder Bayern — übrigens vertritt jetzt auch die Regierung von Württemberg erfreulicherweise diesen Grundsatz — die Frage unserer Daseinsmöglichkeit aufwerfen. Wir können heute nicht ohne Einwohnerwehr auskommen. Angesichts der genannten russischen Umtriebe, der Pläne unserer Kommunisten und der fortdauernden Unvernunft großer Arbeitermassen, die jetzt in Mitteldeutschland wieder mit dem Generalstreik spielen, ist das undenkbar. Die Entente kann uns totschlagen, aber nicht verlangen, daß wir Selbstmord begehen. Es dürfte ihr jedoch einiges daran liegen, in persönlichen Verhandlungen zu prüfen und zu entscheiden, was geschehen kann. Von England und Frankreich ist wenig zu erwarten, am wenigsten aber hat Italien ein Interesse, daß in Bayern und damit in Oesterreich Bolschewismus und Rätewirtschaft wiederkehren.

Die Ententenote über die Abstimmung der ausgewanderten Oberschlesier wurde von der Reichsregierung mit einer Einladung zu Besprechungen beantwortet. Nachdem auch Polen, natürlich aus ganz anderen Gründen als Deutschland, gegen eine Stimmabgabe außer Landes Einspruch erhoben hat, schlägt die Entente halbamtlich durch Havas vor, die Ausgewanderten zwar in Oberschlesien selbst, aber 2 Wochen nach der Abstimmung der Einheimischen zur Wahl gehen zu lassen. Das würde der Verband nach Havas möglicherweise tun, ohne nochmals mündliche Verhandlungen mit Deutschland zu führen. Darauf könnte sich aber das Reich nicht einlassen. Es steht auf dem Standpunkt, daß nur einheitliche Abstimmung dem Friedensvertrag entspricht. Ein anderes Verfahren, über das Deutschland nicht einmal befragt würde, kann es nicht als rechtsgültig anerkennen.

Am 15. Dez. trat in Brüssel die Konferenz der Sachverständigen zusammen, die über Wiedergutmachung der Kriegsschäden beraten und womöglich Deutschlands Schuldsumme festsetzen soll. In den letzten Tagen deutete manches darauf hin, daß Frankreich jetzt eher mit sich reden ließe und der Wirtschaftslage Deutschlands Rechnung tragen würde. „Petit Parisien" erkennt an, daß die deutsche Schuldsumme so groß sei, daß sie nur durch industrielles Zusammenarbeiten beider Länder zu begleichen sei. „Temps" meint, man würde ja darauf verzichten, die Summe festzusetzen, wenn es nicht der Versailler Vertrag bis 1. Mai 1921 verlangte. Ein Ausweg wäre, Deutschland bis dahin bekanntzugeben: Die französischen Forderungen an Pensionen, die Schätzung der Verluste an Gütern nach dem Wert beim Zeitpunkt der Zerstörung und einen vorläufigen Kostenanschlag der Wiedergutmachung. Dann müsse Deutschland eine Atempause von 3 Jahren haben, um seine Wirtschaft zu erholen. Währenddessen solle es Abschlagzahlungen in Fertigfabrikaten und Rohstoffen leisten. — Diese Vernunft kommt den Franzosen von ihrer schlechten Finanzlage. Die Banque de France kann nicht weiter borgen, und die Kammer weigert sich, neue Steuern zu bewilligen. Sonst könnte der Rentner aus seinem Traum „der Boche zahlt alles" erwachen und sehr unbequem werden. Wir möchten immerhin vor ausschweifenden Hoffnungen für Brüssel warnen. Ueber Deutschlands Finanzlage hat der Vertreter v. Bergmann der Konferenz eingehend Bericht erstattet. Dann muß unbedingt die Frage der Besatzungskosten angeschnitten werden. Diese sollen bekanntlich laut Vereinbarung der Verbündeten nach Abrüstung Deutschlands nicht mehr als 240 Millionen Goldmark = 3 Milliarden Papiermark betragen. Bis jetzt ist aber schon ein Vielfaches davon bezahlt worden. Es dient lediglich dazu, die ungeheuren Rüstungen Frankreichs für seine Vormachtpolitik auf dem Festland Europas zu ermöglichen.

In aller Unversöhnlichkeit zeigte sich Frankreich beim Völkerbund in Genf. Der Schweizer Bundespräsident Motta sprach offen aus, daß ohne Deutschland, die Vereinigten Staaten und Rußland der Völkerbund eine große Lücke zeige. Er könne wohl ein paar Jahre so leben, auf die Dauer aber müsse er weltumfassend sein oder der Auflösung verfallen. Der Franzose Viviani sprang wütend auf und erklärte, Deutschland könne nicht aufgenommen werden, solange es nicht tatsächliche Beweise gebe, seine Verpflichtungen erfüllen zu wollen. Der Engländer Lord Robert Cecil pflichtete ihm bei. Auf Grund dieser ausgemacht falschen Phrase, denn Deutschland hat Beweise seiner Pflichterfüllung gegeben, können wir weiter draußen stehen. Am Eintritt in diesen Völkerbund liegt uns aber nicht das geringste. Wir dürfen uns das Urteil des neuen Präsidenten der USA., Harding, aneignen, der sich über den Völkerbund folgendermaßen äußerte: Der Völkerbund ist nicht wert, daß man über ihn spricht. In einiger Zeit wird die Lage in Europa derartig sein, daß die europäischen Staaten an Amerika herantreten werden mit der Bitte, im Interesse der Zivilisation einzuschreiten. Dies ist dann der Augenblick, neue Verhandlungen zur Regelung aller Fragen nach Washington einzuberufen und der Friede von Versailles würde durch den Frieden von Washington abgelöst.

Deutsch-Oesterreich ist in den Völkerbund aufgenommen. Nach allem, was man hört, ist es am Ende seiner Kraft. Die „Schlesische Volkszeitung" meldet aus Wien, daß der neue Bundeskanzler bei einem Empfang der Presse offen erklärte, die nächsten Wochen müßten den endgültigen Entscheid über Fortbestand oder Auflösung des jetzigen Oesterreich bringen. Es muß jährlich 26—30 Milliarden Kronen für die nötigsten Lebensmittel bereitstellen, während die aufs höchste angespannten Steuern keine 20 Milliarden bringen. — Bricht Oesterreich zusammen, so hilft ihm weder der Völkerbund, noch die Entente. Es könnte sein, daß ihr dann selbst der Anschluß des Landes ans Deutsche Reich gleichgültig wäre. Kommt es so weit, dann müssen wir das hilfesuchende Oesterreich aufnehmen. Wir müssen, wenn es gleich im Augenblick eine schwere Last bedeutet. Denn die Zukunft würde es lohnen, und die Gelegenheit kehrt sobald nicht wieder. Lassen wir Oesterreich fallen, so entsteht einmal ein deutschfeindlicher Donaubund, der uns für alle Zeit den Südosten verriegelt. Die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs, sobald sie sich bietet, wäre der erste Schritt Deutschlands auf dem Weg einer neuen selbständigen Außenpolitik und der Beweis, daß es seine große Aufgabe in Mitteleuropa nicht fahren läßt.

Von der Unruhe in aller Welt zeugen große bolschewistische Aufstände und Streiks in der Tschecho-Slowakei. Entsetzliche Zustände herrschen in Irland. Dort haust die englische Hilfspolizei schlimmer als ein Heer im Feindesgebiet. Die Innenstadt von Cork wurde niedergebrannt, die irische Bevölkerung ist Freiwild für die englischen Söldner. Sinn-Fein hat auf solche Greuel erklärt, daß sich die irische Republik im Krieg mit England befinde. Die Regierung in London verspricht den Iren alles Gute für die Zukunft, macht aber keine ernsten Anstalten, ihnen Recht zu schaffen.

Von jenseits des Meeres taucht eine neue Kriegsgefahr auf: die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan, die beide nach der Oberherrschaft im Stillen Ozean streben, hat wieder einmal einen bedrohlichen

Grad erreicht. Beide Mächte machen Anspruch auf die vormals deutsche Insel Yap, einen Knotenpunkt wichtiger Kabel. Gegenwärtig hat Japan das Mandat darüber. Es scheint, daß England den Streit nicht ungern sieht, und mit allen Mitteln ihn schürt, weil Nordamerika ihm zu mächtig wird. — Friede auf Erden? Nur den Menschen, die Gott die Ehre geben und guten Willens sind.

Interregnum.

Von Dr. Gallus Thomann.

Die Ereignisse in Politik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind mit und seit dem Wahlsieg der Republikaner dem Gesichtskreis des Durchschnittseuropäers entrückt. Einzig England, das zurzeit guten Grund hat, aufmerksam auch die Augenblicke scheinbar ereignisloser Stille drüben zu verfolgen, bildet eine Ausnahme in der allgemeinen europäischen Indifferenz.

Nachdem die große Entscheidung gefallen ist, aber beinahe ein Vierteljahr darüber hingehen wird, bis sie praktische Folgen zeitigen kann, ist diese Reaktion des Interesses verständlich. In der Tat pflegt schon in gewöhnlichen Zeiten und nach normalem Wahlverlauf die unverhältnismäßig lange Zeit zwischen dem Wahlakt und der in seiner Folge eintretenden Veränderung des politischen Bildes eine tote zu sein. Wie viel mehr sollte die in solchem Fall maßgebende Erwägung, den neu ans Ruder Kommenden nicht mehr vorzugreifen, heute gelten, wo die abtretende Partei nicht nur besiegt, sondern in einer Weise vernichtend abgeurteilt worden ist, daß die Prophezeiung eines demokratischen Senators aus dem Süden sich bewahrheitet zu haben scheint, „es wird nichts übrig bleiben (sc. von der demokratischen Partei), was man zu Grabe tragen könnte".[1])

Bedenkt man aber, daß dieselbe republikanische Partei, die heute eine geradezu ungesunde und erdrückende Mehrheit ihr eigen nennt, im Jahre 1912 von Theodor Roosevelt selbst als dem unmittelbaren Untergange verfallen nicht einmal, sondern oft bezeichnet worden ist, so wird man der unvorhergesehenen, unvoraussehbaren Wechselfälle des politischen Lebens eingedenk, vorziehen, vorsichtig zu sein und den Wunsch des Herzens nicht zum Vater des politischen Gedankens werden lassen. Der Spekulation entrückte Tatsache aber ist, daß der seit dem Sezessionskrieg geschlossene demokratische Block des Südens ein für allemal zerstört, jenseits jeder Möglichkeit des Wiederaufbaues gestürzt ist. Hier liegt die eigentliche Bedeutung der Wahl 1920 im historischen Sinne.

Denn die giftigste Quelle aller politischen Korruption in den Vereinigten Staaten erfloß in den Südstaaten aus der Tatsache, daß die als Bürger mitgezählten, aber teilweise rechtlich — obwohl verfassungswidrig — überall tatsächlich am Wählen verhinderten Neger diesem Gemeinwesen bei einer gesamten Durchschnittsbeteiligung von zirka 1½ Millionen weißer Wähler 114 Wahlmännerstimmen zukommen ließen, während der Staat Neuyork mit einer Durchschnittsbeteiligung von zirka 1¾ Millionen nur 45 Wahlmänner besitzt.[2]) Die Partei, die in der gewährleisteten Perpetuierung einer solch grundsätzlichen Entstellung des Volkswillens ihren stärksten Rückhalt fand, war an sich schon als zweite große „Regierungs"partei immer eine für eine Republik betrübliche Erscheinung.[3])

Daß der republikanische Bergrutsch mit Urgewalt alles vor sich niederreißend nicht nur die Demokraten, sondern auch sämtliche kleineren und aufstrebenden Parteien, mit einziger Ausnahme der Sozialisten, erschüttern würde, war ebenfalls ein solch unvoraussehbares Ereignis, das man objektiv keineswegs als dem großen Ganzen dienlich bezeichnen kann. Vor allem gilt das von der Farmer-Labor-Partei im Nordwesten und den eng mit ihr zusammenhängenden Organisationen, der Liga der Parteifreien und der Volksmachtliga. Soweit die erstere sich, wie in Montana und Colorado, des demokratischen Apparates zur Durchführung ihres politischen Aufbaus bemächtigt hatte, fiel sie natürlich der republikanischen Welle mit zum Opfer. Doch auch in ihrem festesten Stützpunkte Norddakota hat sie zwar den Gouverneur Frazier zum dritten Male ins Amt gebracht, die Mehrheit im Unterhaus der Staatslegislatur aber verloren, während ihr im Staatssenat die kümmerliche Mehrheit von einem Senator bleibt. In der Bundespolitik hat sie dagegen einen gar nicht zu überschätzenden Vorteil mit der Wahl eines Mannes in den Bundessenat nach Washington, wie es der Dr. E. F. Ladd, der langjährige Rektor (Präsident) der landwirtschaftlichen Hochschule Norddakotas ist, errungen.

Der Hoffnung, daß die Farmer-Labor-Partei an Stelle der Sozialisten zur dritten, oder an Stelle dieser und der demokratischen Partei zur zweiten großen, wahrhaft fortschrittlichen Partei des Landes anwachsen werde, braucht man sich keineswegs zu begeben. Die Gewinnung einer solchen Stellung wäre zunächst insofern unzweifelhaft wünschenswert, als sie eine ausreichende Berücksichtigung der Landwirtschaft in der sozial-politischen Neuordnung gemäß ihrem Ursprung aus dem agrargenossenschaftlichen Gedanken verbürgte. Dann aber auch wünschenswert, und vor allem tunlich, weil gerade auf dem genossenschaftlichen Boden die Vereinigung mit der Industriearbeiterschaft verhältnismäßig reibungslos sich vollziehen könnte, deren Föderationen, bis zum machtvollen Heranwachsen der eigentlichen sozialistischen Partei, dem genossenschaftlichen Organisationsprinzip nahestanden; soweit sie diesen angehören, heute noch stehen.

Besonders in dem Falle, daß die Fusion der Reste der Demokraten, wie es das Normale und taktisch Richtige wäre, mit den Republikanern sich zu einer dauernden gestalten sollte, wäre die Bahn für eine gesunde Zweiteilung in eine wahrhaft konservative und eine Fortschrittspartei frei; der letzteren müßten auch alle die sich zuwenden, die sich durch Wilsons Pseudoliberalismus haben täuschen lassen, während der konservative Teil seiner Partei stets nur mit sauersüßer Miene seinen Tiraden folgte.

Daß der kranke Mann im Weißen Haus im Sinne sowohl der fortschrittlichen als auch der konservativen Teile der demokratischen Partei die wahre und einzige Ursache des plötzlichen Zusammenbruchs derselben sei, unterliegt heute keinem Zweifel mehr.

Die Fusion der Reste der Demokraten mit den Republikanern hat sich teilweise in den letzten Wahlen, so in der Metropole Neuyork und in Industriegegenden Pennsylvaniens, gegen die Sozialisten bewährt. Wenn diese letzteren allein von allen Parteien nicht durch den republikanischen Wolkenbruch sind umgerissen worden, so haben sie es sicherlich zum großen Teil mittelbar eben jener vereinten Gegnerschaft der extrem individualistisch-kapitalistischen Mächte zu danken, durch welche die Behauptung, daß die Industriearbeiterschaft von beiden nichts zu erwarten habe, noch plausibler erschien. In Neuyork haben die Sozialisten trotz dieser Einigung ihren Besitzstand von fünf Vertretern gewahrt und sind an einem sechsten haarscharf vorbeigegangen.

Wie oben angedeutet, sollte die Erwägung, vernichtend geschlagen zu sein, die Regierung zu schamhafter Stille veranlassen. Zu bedeutsamer Aktion, wie verlautete, etwa zur nochmaligen Einbringung des Versailler Vertrags in die letzte kurze Sitzung des alten Kongresses (Dez.—März) fehlt der Regierung, besonders soweit der Senat als Regierungsfaktor in Betracht kommt, der Rückhalt, tatsächlich, wenn nicht rechtlich. Still ist die Regierung denn zwar notgedrungen, schamhaft jedoch keineswegs, vielmehr hat W. Wilson offenbar den unbeugsamen Eigensinn bis zum letzten Tag seiner Amtsführung das Unaufhaltsame hintanzuhalten. Daß die Vereinigten Staaten als einziger der kriegführenden Staaten bis März nun noch auf ihren Amnestieerlaß werden warten müssen und daß E. V. Debs noch wegen Kriegsvergehen im Gefängnis sitzt, wird an „monarchische Autokratie" gewohnten Deutschen, die sich der liberalen Behandlung von Männern, wie selbst Liebknecht, unter dem alten Regime entsinnen als höchst sonderbarer Ausdruck amerikanischer Demokratie erscheinen.

Inzwischen hat Warren G. Harding den November und Dezember benutzt, sich noch einmal vor Antritt seines großen Amtes zu „erholen" und hat auf seiner Reise von Ost nach West durch den ganzen Kontinent offenbar keinen starken, aber auch keinen unangenehmen Eindruck bei den Massen hinterlassen, die scharenweise herbeieilten, ihm die Hand zu drücken. Das Handdrücken ist, wie bekannt, nicht lediglich bildlich aufzufassen und bildet ein vielleicht eigenartig anmutendes, aber kein ganz unwesentliches Symbol der guten Seiten amerikanischer Demokratie denen Harding besser gerecht werden möge als sein Vorgänger

[1]) Vgl. auch „The Nation" vom 24. November 1920. Jahrg. 111. Nr. 2890.

[2]) Diese Zahlen beziehen sich auf die zehn Staaten, die man als den „Solid South" zu bezeichnen pflegt.

[3]) Ueber die politische und moralische (?) Berechtigung, der schwarzen Rasse das Wahlrecht zu entziehen, kann man zweifelhaft sein. Hier handelt es sich lediglich um das weiße Stimmverhältnis in Nord und Süd.

Theologennachwuchs.

Von Dr. **Hartmann**, Domprediger in Augsburg.

Vor dem Kriege gab es in Deutschland ungefähr 70 000 Studierende; nach dem Kriege wird ihre Zahl von recht vorsichtigen Statistikern auf mehr als 100 000 angegeben. Die Ueberfüllung ist so groß, daß eine beispiellose Katastrophe fast mit Sicherheit zu erwarten ist und die Mehrzahl der Akademiker in nichtakademischen Berufen unterkommen muß. Am günstigsten liegen die Zukunftsaussichten für die Theologen. Professor **Baumgarten** (Kiel) vertritt in seiner Schrift über die Not der akademischen Berufe (Tübingen 1919) die Anschauung, daß man in Deutschland ruhig im Jahre etwa 800 Abiturienten zum Studium der **evangelischen Theologie** ermuntern dürfe. Besonderer Mangel aber macht sich nach **Krose** S. J. (Kirchliches Handbuch, 8. Band, Freiburg 1919, S. 384) unter den **katholischen Theologen** bemerkbar, so daß in einzelnen Diözesen im Osten und Norden und namentlich auch in Süddeutschland, die Nachfrage ganz erheblich ist. Der Theologennachwuchs hat infolge des Krieges, in welchem der Klerus schweren Blutzoll bezahlte, eine starke Einbuße erlitten; die gegenwärtige Zahl der Kandidaten des Priestertums reicht zur Deckung des Abganges nicht aus, geschweige denn, daß Aussicht bestände zur Behebung des eingetretenen Mangels. Die entstandenen Lücken wieder auszufüllen, bleibt die Löwensorge des Episkopates und das gemeinsame Anliegen des Klerus. P. **Chrysostomus Schulte** meint (in **Deutschland und der Katholizismus**, Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Geistes- und Gesellschaftslebens, Freiburg 1918, 1. Band, S. 122): „Wenn nicht alles trügt und täuscht, wird die Zeitstimmung ihren Bemühungen entgegenkommen". Nach meinem Dafürhalten dürfte es am wichtigsten sein, den **Ursachen** des mangelhaften Nachwuchses nachzugehen, um durch Hinwegräumen derselben dem Uebel gründlich abzuhelfen.

Nur wenn wir wissen, **woher** stammt der Klerus in **örtlicher** Hinsicht und aus welchen **sozialen** Schichten rekrutiert er sich?, sind wir in der Lage, die Weckung und Förderung der Priesterberufe nachhaltig zu betätigen. Wie falsch die in weiten Kreisen (auch katholischen) herrschende Meinung ist, die katholischen Geistlichen stammten ganz überwiegend vom Lande und aus dem Bauernstande, habe ich für die **Diözese Augsburg** ziffernmäßig für einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren nachgewiesen[1]), und das Vorurteil des Nationalökonomen **Hansen**, daß etwa 80 Prozent der katholischen Geistlichen vom Lande stammen, gebührend entkräftet. Solch ein Vorurteil wirkt naturgemäß abschreckend auf die aus anderen Berufsschichten stammenden Schüler höherer Lehranstalten bei der Wahl eines Berufes und auch auf die Angehörigen, die dabei mitraten. Es muß uns daran gelegen sein, einen starken, gesunden Priesternachwuchs, namentlich auch aus den Reihen der Gebildeten heranzuziehen. Es wäre zu begrüßen, wenn zu den **Berufsberatern** an den höheren Lehranstalten auch geeignete Geistliche treten, die mit hohem pädagogischem Geschick und Takt den nach Idealen strebenden Jünglingen das Priesterideal als ein höchst erstrebenswertes nicht bloß schildern, sondern vorleben. Die Kirche braucht gerade heute in schwerer Lage noch mehr **tüchtige** Kräfte als wie in ruhigen Zeiten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß leider Eltern bei der Frage der Berufswahl für die Söhne mitunter Erpressung am Herrgott üben und dieselben unberufen in den geistlichen Stand hineindrängen. **Zu keinem Stande aber gehört mehr innere Berufung als zum Theologen.** Ist diese beim jungen Mann vorhanden, mag er ruhig den Beruf wählen, der zwar der schwerste, aber zugleich der idealste ist. Bei dem herrschenden Mangel an Anwärtern wird er neben innerer Befriedigung auch äußerlich bald sichergestellt sein. Jeder Geistliche aber sollte es als eine Ehrensache betrachten, für den Theologennachwuchs liebevoll Sorge zu tragen, um, wie der jetzige **Erzbischof M. von Faulhaber** auf dem Katholikentag in Mainz (1911) gesagt hat: „für die eigene Berufsgnade zu danken und im Tode einen Ersatzmann zu haben".[2])

[1]) Die zeitliche, örtliche und soziale Herkunft der Geistlichen der Diözese Augsburg von der Säkularisation bis zur Gegenwart 1804—1917. Augsburg 1918. Kommissionsverlag M. Seitz.

[2]) Wie das „Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising" mitteilt, haben die Folgen des Krieges einen überaus drückenden Priestermangel herbeigeführt. Dies gibt dem Ordinariate Anlaß zur angelegentlichen Mahnung und Bitte, brave und gutbegabte Knaben zum Studium aufzumuntern und vorzubereiten, wenn begründete Hoffnung besteht, daß sie Priester werden wollen.

Ernährungsnot und Kinderelend.

Von Dr. A. **Lindt**.

Haben mehr als 4 Jahre Krieg mit einer Art der Kampfesführung, wie sie die Geschichte noch nicht erbitterter, nicht vernichtender kannte, bei **allen** Völkern unseres Kontinents die Reihen der blühenden Jugend und der in voller Kraft stehenden Männer gelichtet, so traf unser Vaterland noch dazu das herbe Geschick, in einem weit weniger lärmenden, deswegen aber nicht weniger grausamen Kampf auch seine Frauen und Kinder und die jenseits des wehrfähigen Alters stehenden Männer, kurz die große Mehrzahl der in der Heimat Gebliebenen leiden zu sehen. Die **Wunden, welche die feindliche Blockade unserem Volkskörper schlug**, sind auch heute noch offen; die sogenannte Friedenszeit, wie wir sie bisher durchlebten als eine Fortsetzung der gegnerischen Haßpolitik gegenüber einem wehrlos gemachten und im Innern zerrütteten Staat, war ja wirklich nicht dazu angetan, Wunden zu heilen. Eine beredte Sprache führen die Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes, wonach das durchschnittliche **Körpergewicht der städtischen Bevölkerung** von ungefähr 60 kg auf etwa 49 sank, also um rund 20 vom Hundert. Gewichtsverluste von 30 kg und mehr waren keine Seltenheit. Die unzureichende Ernährung und namentlich der Mangel an Eiweißstoffen waren an der Abmagerung schuld, eine Verminderung der körperlichen wie der geistigen Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft war die unausbleibliche Folge. Typische Kriegskrankheiten stellten sich ein, so die **Oedemkrankheit**, einhergehend mit wassersüchtiger Schwellung der Körpergewebe; ihr massenhaftes Vorkommen war zurückzuführen auf die Ernährungsnöte. Zum Stillstand gekommene Krankheitsprozesse flackerten vielfach wieder auf, ward der Organismus ihrer Herr, so zog sich die Genesungszeit außerordentlich in die Länge. Und die Krankheiten, die schon in Friedenszeiten eine Geißel der Menschheit gewesen, vor allem die Tuberkulose, hielten reichlichere Todesernte als je unter den geschwächten, widerstandsunfähigen Menschen. Die **Zahl der jährlichen Todesfälle** stieg in Deutschland in erschreckendem Maße. Im Vergleich mit 1913 erhöhte sie sich 1915 um 9 Proz., 1916 um 14, 1917 um 32, 1918 um 37 Proz. Was speziell die Todesopfer der **Tuberkulose** betrifft, so ist für einzelne Städte wie Frankfurt a. M. für die Zeit von 1914 bis 1919 eine Steigerung um 50 Prozent festgestellt. Und da wolle man bedenken, daß es sich nicht um eine rasch verlaufende, sondern um eine schleichende Krankheit handelt; in seiner ganzen Furchtbarkeit werden ihren Vernichtungszug erst die Statistiken der nächsten Jahre beleuchten.

Noch höher als für die Gesamtbevölkerung stellt sich die **Zunahme der Sterblichkeit für das jugendliche Alter**, noch schwerer als den reifen, treffen den wachsenden Organismus die Entbehrungen. Er bedarf ja nicht nur der Zufuhr von Stoffen, welche das für Arbeitsleistung verbrauchte Material zu ersetzen gestatten, er braucht einen Ueberschuß für Anbau und Neuaufbau. Was Wunder, daß uns bei Kindern das Ernährungs- oder besser gesagt Hungerelend noch hinfälliger entgegentritt, daß hier die Schädigungen noch viel schwerere sind und daß gerade die dem Kindesalter eigenen Krankheiten sich häufen. Unter ihnen sei in diesem Zusammenhang nur die **Rhachitis** oder englische Krankheit genannt, welche, alle Teile des Organismus in Mitleidenschaft ziehend, am auffälligsten in der Mißbildung der Knochen sich äußert, z. B. in Verkrümmung der Beine oder der Wirbelsäule. Während diese Plage vor dem Krieg Säuglinge und Kleinkinder heimsuchte, die unter ungünstigen hygienischen Bedingungen, in finsteren Wohnräumen aufwuchsen, befällt sie heute auch in späteren Jahren stehende Kinder, denen es an Licht und Luft nicht fehlt. Beim Schuleintritt angestellte Untersuchungen ergaben denn auch eine wesentliche **Erhöhung des Prozentsatzes** der mit Erscheinungen der Rhachitis Behafteten. Ganz allgemein wurde bei solchen Untersuchungen ein **erheblicher Rückgang der Durchschnittsgröße und des Durchschnittsgewichts** gegenüber Friedenszeiten festgestellt. Aber bedarf es denn für uns solcher Statistiken, solcher Zahlen, sieht denn nicht täglich nicht nur der Arzt, nein, jedermann, der mit offenen Augen durch die Straßen der Städte geht, die blassen, mageren Gesichtchen, aus denen nicht die sorglose Heiterkeit der Jugend strahlt, auf denen vielmehr allzufrüh Not und Entbehrung und Sorge die Spuren des Elends gezeichnet haben. Und wenn wir erst mit diesen Aermsten einen Gang in ihr Heim tun wollten, wenn wir sähen, daß nicht einmal die

Ruhe auf einer menschenwürdigen Liegstatt ihnen vergönnt ist, daß die notwendigste Kleidung ihnen mangelt, können wir dann noch weiterhin achtlos an so viel Jammer vorbeigehen? In der vergangenen Woche hat eine Hilfsbewegung gegen die deutsche Kindernot eingesetzt. Wer bedenkt, daß es Hunderttausenden zu helfen gilt und daß gerade auf dem heranwachsenden Geschlecht die Hoffnungen für eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes ruhen, der wird sein Scherflein dazu beitragen, kranken Kindern die Gesundheit wiederzugeben, verkümmerten Geschöpfen Aufblühen und Gedeihen zu sichern.

Die Beschaffung ausländischer Literatur für die deutschen Bibliotheken.

Von Bibliothekar Dr. Christoph Weber, Berlin.

Die Not der deutschen Bibliotheken bildet wie die Not der deutschen Wissenschaft seit mehr als 6 Monaten eine ständige Rubrik in der deutschen Tagespresse. Eine der schwierigsten Aufgaben der deutschen Bibliotheken ist die Beschaffung der ausländischen Literatur. Soll diese in demselben Maße angeschafft werden wie vor dem Kriege, so brauchen die 47 größten deutschen Bibliotheken jährlich eine Summe von etwa 5 Millionen Mark, dazu käme für die Ergänzung der ausländischen Literatur für die fünf Kriegsjahre eine einmalige Ausgabe von wenigstens 24 Millionen Mark. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk eine solche Summe niemals aufbringen kann.[1])

Es ist daher aufs Wärmste zu begrüßen, daß das Ausland, insbesondere die Auslanddeutschen, auch diesem Problem bereits ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.[2]) In vielen Ländern bildeten sich Vereine und Gesellschaften zur Unterstützung der deutschen Wissenschaft, wie auch besonders der deutschen Bibliotheken. Schon im Dezember 1919 erfuhren wir von den Bestrebungen des Deutschamerikaners Prof. Franz Boas von der Columbia University in Neuyork, der einen Kreis von Freunden um sich sammelte, um die deutschen Bibliotheken angesichts der Valutaschwierigkeiten durch Lieferung von amerikanischen Zeitschriften zu unterstützen. Bei einer Anzahl von Bibliotheken sind bereits kleinere und größere Sendungen eingelaufen. Im Juni dieses Jahres schloß sich der Kreis um Boas zu einer „Emergency Society in Aid of European Science and Art" zusammen. Das Programm wurde dahin erweitert, daß mit den aufgebrachten Geldmitteln ganz allgemein der Not der deutschen und österreichischen Wissenschaft gesteuert werden soll.

Ein zweites Unternehmen geht von der englisch-amerikanischen Society of Friends, den Quäkern, aus. Die Gesellschaft will die während des Krieges erschienene englisch-amerikanische Literatur in einer Anglo-American University Library for Central Europe zusammenstellen und den deutschen Gelehrten in einer oder mehreren deutschen und österreichischen Städten — in Frage kommen Berlin, München, Wien und Prag — zur Verfügung stellen. Daneben ist beabsichtigt, den Austausch zwischen deutschen und englisch-amerikanischen Bibliotheken einzurichten. Die Arbeiten ruhen in England in der Hand des Bibliothekars an der School of Economics in London Mr. B. M. Headicar. In letzter Zeit hat es den Anschein, als ob der Plan, fertige Bibliotheken aufzustellen, aufgegeben sei, und daß man statt dessen es vorziehe, kleinere Büchersendungen einzelnen Bibliotheken zuzustellen.

Der Deutschamerikaner J. M. Wülfing in St. Louis scharte einen Kreis von Deutschamerikanern und Deutschfreunden um sich und übersandte bereits mehrfach größere Summen zur Linderung der Not der deutschen Wissenschaft, von denen ein Teil der Staats- und der Universitäts-Bibliothek Berlin zugewandt wurde.

In Holland hat sich eine „Vereinigung zur Verbreitung niederländischer und niederländisch-indischer Literatur" gebildet, an deren Spitze Prof. A. W. Nieuwenhuis in Leiden steht. Das Ziel dieser Vereinigung scheint zu sein, den deutschen Bibliotheken für die während des Krieges erschienene holländische Literatur möglichst günstige Kaufbedingungen zu schaffen, der holländische Gulden soll wie im Frieden mit 1,80 ℳ berechnet werden. — Aehnliche Bestrebungen gehen zurzeit von skandinavischen Bibliotheken aus.

Für die Schweiz hat sich auf Anregung des früheren preußischen Kultusministers Exz. Schmidt ein Komitee gebildet, das unter den Schweizern, die an deutschen Universitäten und Hochschulen studiert haben, Mittel zur Unterstützung der deutschen Bibliotheken sammeln soll.

Neben diesen größeren Unternehmungen bestehen in allen Ländern noch eine Anzahl kleinerer. Außerdem gehen ständig Geschenke von einzelnen Deutschfreunden bei dieser oder jener Bibliothek ein.

Die Fäden all dieser Unternehmungen laufen in Deutschland zusammen bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, (Berlin NW. 7, Universitätsstraße 8), an deren Spitze Exz. Schmidt steht, der sie angeregt und unter Beteiligung der Akademien, Universitäten, Technischen Hochschulen, Kaiser Wilhelm-Gesellschaft und Bibliotheken eingerichtet hat. Für die Bibliotheksangelegenheiten ist ein besonderer dreigliedriger Ausschuß, bestehend aus den Generaldirektoren der preußischen und bayerischen Staatsbibliotheken sowie dem Vorsitzenden des Vereins deutscher Bibliothekare gebildet worden. Die Bibliotheken, wie die deutsche Wissenschaft schulden Exz. Schmidt, der ihnen in den Tagen der größten Not ein warmer Förderer und Beschützer geworden ist, für alle Zeit tiefsten Dank. Dieser Dank gebührt aber insbesondere auch allen Auslanddeutschen und befreundeten Ausländern, die uns in den Tagen der Bedrängnis in uneigennützigster Weise hilfreich ihre Hand bieten. Mehr noch als die Hilfe, die sie uns gewähren, bedeutet für uns die Gesinnung, die daraus spricht.

Alle diese Bestrebungen des Auslandes können und müssen von den Bibliotheken unterstützt werden. Das wirksamste Hilfsmittel ist der Austausch deutscher Zeitschriften gegen ausländische. Auf diese Weise bezieht die Berliner Akademie der Wissenschaften bereits 160, das deutsche entomologische Museum in Dahlem 132, der Verein deutscher Ingenieure 47 Zeitschriften usw. Für den Verein deutscher Ingenieure hat sich besonders die American Society of Mechanical Engineers verwandt. Der Verein tauscht nicht nur gegen seine eigene Zeitschrift, sondern auch gegen andere technische Zeitschriften ausländische ein. Am 22. Mai richteten 23 Amerikaner, darunter sehr bekannte Namen, in der Neuyorker Wochenschrift „The Nation" einen Appell an alle amerikanischen Verleger, ihre Verlagswerke in liberalster Weise mit deutschen Bibliotheken und Verlegern auszutauschen.

Dieser Weg ist also in erster Linie von deutschen Vereinen und Gesellschaften zu beschreiten, die eigene Veröffentlichungen haben. Es wäre dringendst zu wünschen, daß alle versuchten, unseren Bestand an ausländischen Zeitschriften auf diese Weise nach Möglichkeit zu vermehren. Aber auch die Bibliotheken können und müssen diesen Weg beschreiten, indem sie gegen beliebige deutsche Zeitschriften fehlende ausländische eintauschen. Es wird sich natürlich stets empfehlen, um keine verletzende Abweisung zu erfahren, solchen Austausch, wo es irgend möglich ist, durch Auslandsdeutsche oder befreundete Ausländer einleiten zu lassen. Stärkste Zurückhaltung muß selbstverständlich noch gegenüber Frankreich, England und Belgien, teilweise auch gegenüber Amerika beobachtet werden. Zu beachten ist ferner, daß ein Austausch nicht nur mit ausländischen Bibliotheken, Vereinen und Gesellschaften, sondern auch mit den Verlegern ausländischer Zeitschriften möglich ist.

Ein zweiter Weg, ausländische Literatur zu beschaffen, ist der, daß sich jede Bibliothek einen Kreis von Freunden wirbt, der ihr Bücher und Geldmittel beschafft. Wie es eine Gesellschaft der Freunde der Preußischen Staatsbibliothek, der Deutschen Bücherei usw. gibt, so sollte jede Bibliothek einen besonderen Freundekreis haben. Hierfür wären einmal begüterte oder einflußreiche Herren der betreffenden Stadt und Umgebung zu werben, sodann aber vor allem Auslanddeutsche und Ausländer, die zu der betreffenden Stadt oder Universität in besonderer Beziehung stehen. Gerade Auslanddeutsche und Ausländer, die an deutschen Universitäten und Hochschulen studiert oder promoviert haben, haben schon mehrfach recht beträchtliche Spenden an deutsche Bibliotheken geschickt und wärmstes Interesse für die Bibliothek ihrer alten Musenstadt bekundet. Es würde sich also empfehlen, einen, über dessen Gesinnung man unterrichtet ist, für den Plan zu gewinnen und durch ihn dann die übrigen Herren des Auslandes werben und zu einem Kreis zusammenschließen zu lassen. — Vielleicht ließe sich auch manche deutsche Exportfirma, besonders solche, die sich staatlicher Unterstützungen erfreuen, bereit finden,

[1]) Siehe Eduard Wildhagen: Die Not der deutschen Wissenschaft („Internat. Monatsschr." 15, 1920/21, Sp. 17—20). Die hier gegebenen Zahlen sind freilich viel zu niedrig gegriffen.

[2]) „Zentralblatt f. Bibliothekswesen" 37, 1920, S. 184—85.

gegen ihre Exportartikel von Zeit zu Zeit kleine Mengen ausländischer Bücher einzutauschen, die sie dann einer deutschen Bibliothek schenken oder gegen geringes Entgelt überlassen könnte.[3]

Oberster Grundsatz in der ganzen Frage muß sein, *solange die wirtschaftliche Notlage anhält, darf keine ausländische Zeitschrift, kein ausländisches Serienwerk und überhaupt kein ausländisches Buch in mehr Exemplaren gekauft werden als unbedingt nötig ist.* Dabei müssen alle Bibliotheken, auch die mit mehr oder weniger privatem Charakter, Instituts-, Vereins-, Behörden- und Schulbibliotheken, sowie die Büchereien industrieller und kaufmännischer Betriebe nach Möglichkeit mitberücksichtigt werden. Solche *Aufgabenteilung* ist bereits seit Jahren zwischen den preußischen Universitäts-Bibliotheken durchgeführt, so pflegt beispielsweise die Universitäts-Bibliothek Bonn vorzüglich romanische, Breslau slawische, Göttingen englische Literatur usw. Gewisse Vereinbarungen bestehen auch zwischen den bayerischen Bibliotheken, sowie zwischen der Universitätsbibliothek Tübingen und der Landesbibliothek Stuttgart usw. Diese Aufgabenteilung muß nach Möglichkeit auf alle Bibliotheken: Landesbibliotheken, Stadtbibliotheken, Instituts-, Vereins-, Behördenbibliotheken usw. ausgedehnt werden. Dann aber müssen alle Bibliotheken gehalten sein, diese Aufgabenteilung auch auf das Strengste zu beobachten.

Es wäre also beispielsweise nicht zu verantworten, wenn die Universitätsbibliothek Bonn in großem Umfange skandinavische Zeitschriften und Literatur anschaffen wollte, nur weil ein Dozent besonderes Interesse daran hat. Der Umstand, daß einem Dozenten ein Lehrauftrag für irgend ein Fach übertragen wird, ist auch noch kein Grund, daß dieses Fach nun ausgesprochenermaßen an der entsprechenden Universitätsbibliothek gepflegt wird.

Es ist allgemein bekannt, daß an vielen Bibliotheken gewisse Fächer bevorzugt sind, weil einige Jahre oder auch Jahrzehnte hindurch der Vertreter des betreffenden Faches an der Universität es mit besonderem Geschick verstanden hat, möglichst viel für sein Fach herauszuschlagen. Wollte man daraus den Schluß ziehen, daß die Pflege dieses Faches nun zur historischen Eigenart der betreffenden Bibliothek gehöre, dann würde schließlich jede Bibliothek einige Dutzend verschiedenartigster Spezialgebiete haben.

Da heute keine Bibliothek mehr in der Lage ist, alle ausländischen Zeitschriften weiter zu halten, die sie vor dem Kriege gehalten hat, so ist es also auch ganz gleichgültig, wenn es sich nicht um das von ihr zu pflegende Spezialgebiet oder um eine grundlegende Zeitschrift einer wichtigen Disziplin handelt, ob die eine oder die andere ihrer ausländischen Zeitschriften ein Torso bleibt und es ist ferner ebenso gleichgültig, ob die unvollständige Zeitschrift mit dem Jahre 1914 oder 1919 aufhört, so daß unter allen Umständen nur die Zeitschriften für die Kriegszeit ergänzt werden dürfen, die auch wirklich weiter gehalten werden können, es sei denn, daß es sich um Zeitschriften handelt, die für die Kriegsgeschichte von besonderer Bedeutung sind.

Nur wenn jeder Bibliotheksleiter sich ohne Voreingenommenheit zu diesen Grundsätzen bekennt, werden wir der Schwierigkeiten Herr werden, die uns allenthalben umgeben.

Was soll nun zunächst geschehen? Auf der Weimarer Tagung des Vereins deutscher Bibliothekare wurde in den Pfingsttagen dieses Jahres beschlossen, einen *Reichsbibliotheksrat*[4]) ins Leben zu rufen; er soll sich gleichmäßig aus Vertretern aller deutschen Bibliotheken zusammensetzen und etwa 15 Mitglieder umfassen. Dabei wäre zunächst darauf zu achten, daß nicht nur die verschiedenen Arten von Bibliotheken, sondern auch die verschiedenen deutschen Landschaften und Gegenden möglichst gleichmäßige Berücksichtigung finden. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß mit seinem Zusammentritt noch im Laufe dieses Jahres zu rechnen ist. Als sein geschäftsführendes Organ dürfte wohl der obengenannte Bibliotheksausschuß der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in Frage kommen. Eine der ersten Aufgaben des Reichsbibliotheksrats müßte es sein, die Aufgabenteilung zwischen den deutschen Bibliotheken überall durchzuführen, wo es noch nicht geschehen ist und sie vor allen Dingen möglichst einheitlich für ganz Deutschland zu gestalten. Nur auf dieser Grundlage läßt sich an der Hand des demnächst erscheinenden *Verzeichnisses* der zur Zeit an etwa 500 deutschen Bibliotheken gehaltenen *ausländischen Zeitschriften eine Arbeitsteilung im Bezug der ausländischen Zeitschriften* durchführen.

Das Verzeichnis, das ebenso wie das 1914 erschienene „Gesamtzeitschriftenverzeichnis“ (GZV) vom Auskunftsbüro der deutschen Bibliotheken, Berlin NW 7, Unter den Linden 38, herausgegeben wird, wird etwa 3000 Titel umfassen, von denen eine große Anzahl in 20 und mehr Exemplaren gehalten werden. Bedenken wir, daß die deutschen Bibliotheken vor dem Kriege über 6000 ausländische Zeitschriften hielten, von denen unter den jetzt weiter gehaltenen nur etwa 1700 vertreten sind, so erhellt daraus ohne weiteres, auch wenn unter den 6000 manche minderwertig waren und darum entbehrlich sind, daß wir uns den Luxus nicht leisten können, eine größere Anzahl von Zeitschriften in 4, 5, 10, ja 20 und mehr Exemplaren zu halten.

Es wäre nun die Aufgabe einer jeden Bibliothek, zunächst ernstlich zu erwägen, inwiefern sie selbst zu einer besseren Verteilung der Zeitschriften beitragen kann, indem sie solche Zeitschriften abbestellt, die von anderen Bibliotheken in hinreichender Zahl gehalten werden, zumal wenn sie nicht zu ihrem eigentlichen Pflegegebiet gehören, und dafür andere bestellt, die noch nicht in dem Verzeichnis vertreten sind.

In der gleichen Weise müßten sofort die Leiter der *Bibliotheken eines Ortes* zusammentreten, insbesondere müßten die *Universitäts- und Institutsbibliotheken* eine möglichst straffe Arbeitsteilung durchführen. Es ist aufs höchste zu bedauern, daß nicht jede Universitätsbibliothek einen Gesamtkatalog der an den Institutsbibliotheken gehaltenen Zeitschriften führt. In Preußen wurde im Jahre 1891 ein solcher befohlen.[5]) 1905 wurde der Erlaß leider wieder zurückgenommen. Heute wird uns die Not dazu zwingen, solche Kataloge von selbst anzulegen. Erfreulicherweise ist durch Ministerialerlaß vom 24. August dieses Jahres wieder ein engeres Zusammenarbeiten zwischen preußischen Instituts- und Universitätsbibliotheken in die Wege geleitet werden, durch denselben Erlaß werden die Institutsbibliotheken angehalten, die Universitätsbibliotheken laufend über ihren Bestand an ausländischen Zeitschriften und Serienwerken zu unterrichten. Aehnliche Bestrebungen sind mir aus Bayern, Sachsen und Württemberg mitgeteilt worden.[6]) In gleicher Weise sollten in jedem Ort, der mehr als eine Bibliothek hat, Arbeitsgemeinschaften zwischen den Bibliotheken gegründet und wenigstens gemeinsame Zeitschriftenverzeichnisse hergestellt werden, einmal, damit unnötige Doppelanschaffungen vermieden, sodann, damit alle vorhandenen Zeitschriften auch wirklich ausgenutzt werden.[7]) — Dabei müßte von allen Seiten darauf hingewirkt werden, daß alle Bibliotheken, die dem Auskunftsbüro ihre ausländischen Zeitschriften noch nicht gemeldet haben, dies sofort nachholen.

Des weiteren sollten die Bibliotheken der einzelnen Landes-

[3]) Undurchführbar ist ein Vorschlag von Prof. Goldstein-Darmstadt im „Börsenblatt“ Nr 124 vom 9. Juni 1920. Beachtenswert wäre schon unter gewissen Umständen ein Vorschlag, den Prof. Weber-Prag in der „Frankf. Ztg.“, Nr. 652 vom 3. September 1920 macht.

[4]) Ueber s. Aufgaben vgl. Minde-Pouet im „Zentralblatt f. Bibliothekwesen“, 37, 1920, S. 203—14.

[5]) Vgl. Gotthold Naetebus, Ueber die Bibliotheken der preußischen Universitätsinstitute. (Ebd. 23, 1906, S. 341—65).

[6]) *Gedruckte* Zeitschriftenverzeichnisse der Institutsbibliotheken besitzen: Die *bayerischen* Universitäts- und Institutsbibliotheken in: Alphabetisches Verzeichnis der laufenden Zeitschriften, welche von der Hof- und Staatsbibl. München u. e. Anzahl anderer Bibliotheken Bayerns geh. werden. München 1909. *Breslau*: Sammelkatalog der in den Kgl. medizinischen Instituten und Kliniken vorh. Zeitschriften. (Breslau [1904].) *Danzig*: Verzeichnis der von der Bücherei und den Instituten und Sammlungen der Kgl. Techn. Hochschule Danzig laufend geh. Zeitschriften. Danzig 1912. *Königsberg*: Alphab. Verzeichnis der von der Kgl. und Univ.-Bibl., den Univ.-Instituten, der akad. Handbibl., der Stadtbibl. usw. gehalt. laufenden Zeitschriften. Königsberg 1912; das Handexempl. der Univ.-Bibl. wird handschriftl. auf dem Laufenden gehalten. *Leipzig*: Verzeichnis der periodischen Schriften med. und naturwiss. Inhalts in der Bibliothek, den med. und naturwiss. Instituten der Univ. Leipzig. 3. Aufl. Leipzig 1907. *Marburg*: [Ludwig Fürstenwerth:] Medizinische und naturwiss. Zeitschriften der Univ.-Bibl. und der Inst.-Bibliotheken zu Marburg. (Marburg 1901.) *Handschriftliche* Zeitschriftenverzeichnisse haben: *Berlin* nach dem Stande von 1905, *Breslau* nach dem Stande von 1920, *Erlangen* nach dem Stande von 1913, *Halle* nach dem Stande von 1910, *Greifswald* nach dem Stande von 1903, *Jena* fertigt zurzeit eins an für die med. und naturwiss. Fächer.

[7]) Oertliche Gesamtzeitschriftenverzeichnisse besitzen bereits: einige *bayerische* Städte in dem in Anm. 6 genannten Verzeichnis. *Dresden*: Verzeichnis der i. J. 1897 noch im Ersch. begriff. Zeitschriften, welche in der Kgl. öffentl. Bibl. und in den Handbibl. der Kgl. Samml. vorhanden sind. Dresden 1897. *Gotha* und einige andere Gothaer Orte: Verzeichnis der Zeitschriften, die in der Bibl. des Herzogl Hauses und in anderen Bibl. des Herzogt. geh. werden. Gotha 1911. *Hamburg*: Verzeichnis der in Hamburgischen Bibliotheken am 1. Okt. 1913 geh. period. Schriften. Hamburg 1913; zurzeit bereitet die Stadtbibl. Hamburg ein Verzeichnis der an sämtlichen Hamburger Bibliotheken geh. ausländischen Zeitschriften vor. *Königsberg*: Siehe Anm. 6. *Lübeck*: Verzeichnis der laufenden Zeitschriften in den Bibliotheken der Stadt Lübeck. Lübeck 1911. *Mannheim*: Verzeichnis der in Mannheims Bibliotheken geh. Zeitschriften. Mannheim 1913. *Posen*: Verzeichnis der laufenden Zeitschriften. Posen 1907. Für die *rheinischen* Städte: Paul Hirsch: Rheinischer Zeitschriften-Katalog. Bonn 1914.

teile miteinander in Verbindung treten und überlegen, wie sie an der Erzielung dieser großen Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Bibliotheken mithelfen können.

Nachdem so die besonderen historischen Pflegegebiete jeder einzelnen deutschen Bibliothek festgestellt und eine Arbeitsteilung bis in das kleinste vorbereitet wäre, sollte dann eine endgültige Regelung unter Beobachtung der historischen Eigenart der einzelnen Bibliotheken und Landesteile vorgenommen werden. Freilich viel Zeit dürfen wir bei solchen Verhandlungen nicht mehr verlieren, sonst fürchte ich, kommt die Hilfe zu spät.

Wird eine Zeitschrift, die in zu vielen Exemplaren vorhanden ist, von der einen Bibliothek durch Kauf, von der andern durch Tausch oder geschenkweise erworben, so muß sie nach Möglichkeit diejenige Bibliothek abbestellen, die sie kauft. Bekommen mehr Bibliotheken, als nötig ist, eine Zeitschrift im Austausch, so wäre zu erwägen, ob nicht eine Bibliothek eine andere Zeitschrift dafür eintauschen könnte.

In Zukunft müßte es sich jede Bibliothek zur Pflicht machen, vor der Bestellung einer neuen Zeitschrift stets erst beim Auskunftsbüro der deutschen Bibliotheken anzufragen, von welchen Bibliotheken die Zeitschrift bereits gehalten wird. Beim Kauf von ausländischen Büchern, besonders solchen aus der Kriegszeit, empfiehlt es sich unbedingt, stets erst beim Gesamtkatalog der preußischen wissenschaftlichen Bibliotheken (Berlin NW. 7, Unter den Linden 38) anzufragen, welche Bibliotheken die Bücher bereits besitzen. Wir müssen uns unter allen Umständen daran gewöhnen, daß es heute nicht so sehr darauf ankommt, dem Publikum die von ihm gewünschte Literatur möglichst bequem zur Verfügung zu stellen, sondern in erster Linie ihm mit unseren beschränkten Mitteln möglichst viel zu bieten, auch wenn sich für den einzelnen Unbequemlichkeiten in der Benutzung daraus ergeben sollten. Es ist besser, wir können den deutschen Bibliotheksbenutzern 5000 ausländische Zeitschriften in 500 Bibliotheken zur Verfügung stellen, als 500 in einer. Wer einen Vorteil von der Allgemeinheit haben will, muß auch bereit sein, ein Opfer für die Allgemeinheit zu bringen.

Eine streng durchgeführte Arbeitsteilung unter den deutschen Bibliotheken wird notwendig einen gesteigerten Leihverkehr zur Folge haben. Unsere ganzen Bestrebungen haben infolgedessen nur dann Wert für unsere Benutzer, wenn es gelingt, die Kosten des Leihverkehrs aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten; denn bei den heutigen Portosätzen ist es für einen Studenten oder auch Gelehrten ganz unmöglich, häufig oder gar regelmäßig Bücher aus etwas entfernt liegenden Bibliotheken kommen zu lassen. Da das Reich eine Portofreiheit für den Leihverkehr unter den Bibliotheken kaum gewähren wird, bleibt also nichts anderes übrig, als daß die einzelnen Länder diese Kosten tragen. Die preußischen staatlichen Bibliotheken versenden bereits innerhalb der Landesgrenzen im Rahmen des regelmäßigen Leihverkehrs alle Bücher auf Staatskosten. Dasselbe muß auch in den anderen Ländern erstrebt werden.[8]) Dasselbe Verfahren muß aber auch auf den Verkehr mit Bibliotheken außerhalb des eigenen Landes ausgedehnt werden und schließlich müssen den nichtstaatlichen Bibliotheken für diesen Zweck Mittel zur Verfügung gestellt werden, soweit sie selbst zur Bestreitung der Kosten nicht in der Lage sind. Auch in diesem Punkte findet der Reichsbibliotheksrat eine dringliche Aufgabe vor.

Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß der Ausführung meiner Vorschläge ungeheure Schwierigkeiten im Wege stehen, daß sie eine bedeutende Erschwerung des Geschäftsganges der einzelnen Bibliothek bedeuten. Aber wir leben in einer ungewöhnlichen Zeit, die auch ungewöhnliche Mittel und Wege notwendig macht. Wir werden aus der mißlichen Lage unserer Bibliotheken nicht heraus kommen, wenn wir nicht alles Persönliche zurückstellen, wenn wir uns nicht bewußt werden, daß uns nur innigste Zusammenarbeit aller in den Stand setzt, dem deutschen Volke mit unseren beschränkten Mitteln wenigstens das Notwendigste zu bieten. Sollte diese Zusammenarbeit, diese Notgemeinschaft dazu führen, daß sich die Bibliotheken mehr und mehr als einen großen zusammenhängenden Organismus fühlen, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß wir alle nichts wollen, als unserem deutschen Volke zu dienen, dann hätten wir in dieser harmonischen Geschlossenheit aller deutschen Bibliotheken im wahrsten Sinne des Wortes: die deutsche Nationalbibliothek.

[8]) Innerhalb Hessens trägt für den Leihverkehr der staatl. Bibliotheken Darmstadt und Gießen der Staat die Kosten; ebenso liegen die Verhältnisse innerhalb Großthüringens, doch wird hier für jedes Buch eine Gebühr von 70 Pfg. erhoben. In Sachsen sind zurzeit ähnliche Bestrebungen im Gange. In Württemberg geschieht die Versendung der Bücher innerhalb des Leihverkehrs schon lange auf Staatskosten.

Vom Büchertisch.

Anna Freiin von Krane: Rex regum. Der König der Könige. 1.—5. Tausend. Köln, Bachem. Pr. geb. 18.50 M. — Am berühmtesten geworden ist diese Dichterin durch ihre Christuserzählungen, die ihr den Ehrennamen „Die deutsche Christusdichterin" eintrugen. Die einschlägigen novellistischen Sammlungen heißen: Vom Menschensohn; Das Licht und die Finsternis; Der Friedensfürst; Seine Vielgetreuen. Zu ihnen tritt nun als fünfter Band der obengenannte. Er gehört, meine ich, zum Besten, das Anna v. Krane je geschaffen. Am liebsten möchte man eingehend über jede der sieben Erzählungen berichten, nur daß dazu der Raum fehlt. Sie alle halten sich, wenn auch je anders erfaßt, auf gleicher künstlerischer Höhe, mit Ausnahme etwa der letzten, die an Spannungs- und Straffungsvermögen nicht ganz an die anderen heranreicht, während sich das Leitmotiv als bedeutend ergibt. Aber das Ganze als Ganzes des schönen Buches bleibt unvergeßlich in der leuchtenden Schönheit, Reinheit, Lieblichkeit, Tiefe und Kraft der Gesamtheit wie der Einzelheiten. Geradezu hinreißend wirken kann die Größe der dichterisch darstellerischen Einfachheit, ja Schlichtheit, der blühend reichen, aber immer künstlerisch-„gehaltenen" Phantasie, der still glühenden Andacht innerer Anschauung, seelischen Aufschwunges, der Lebenstreue, Lebenswirklichkeit bei Aufrufung der wichtigsten Gestalten und Vorgänge samt ihren Bühnen, der ehrfürchtigen, liebend-unmittelbaren Einfühlung in das erhabenste Menschentum, das es je auf Erden gab. So steht Anna v. Krane auch hier auf der Höhe ihrer Schaffenskraft, von der wir noch viele reife Gaben erhoffen. E. M. Hamann.

Felix Nabor: Der Kreuzzug der Kinder. Erzählung aus dem dreizehnten Jahrhundert. Zweite Auflage. Mit sechs Kunstbeilagen. Regensburg, Verlagsanstalt Manz. Brosch. M 12.—, geb. M 18.—. Für diese Neuauflage des mit Recht warm anerkannten Erzählwerkes wählte man erfreulicherweise eine entsprechend vornehme Gewandung mit Kunstbeilagen von schöner Anschaulichkeit (leider fehlt der Name des Bebilderers). Das geschichtlich und ethisch fest eingegründete Buch wird nun hoffentlich die verdiente weite Verbreitung finden, willkommen bei allen, die innere Teilnahme haben für wahrheitsgetreue historische Gestaltung und dichterisch lebendige Abspiegelung einer um 1212 die kindliche Jugend des christlichen Europas machtvoll ergreifenden, durchschütternden idealen Bewegung. E. M. Hamann.

Otto Hartmann (Otto vom Tegernsee): **Friedensfreudenquelle.** 5. Auflage. Prachtausgabe mit neun Kunstbeilagen. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Pr. geb. 40 M. Dem als Prachtband neu ausgestatteten, sehr bemerkenswerten Werke, das seit Ende 1918 nun im 13. und 14. Tausend vorliegt, konnte ein ansehnliches Heft glänzender Anerkennungen als „350 Meinungen aus allen Ständen" mit auf den Weg gegeben werden. Das ethisch und ästhetisch, politisch und sozial von seelisch und intellektuell helläugigem Scharf- und Tiefblick, von einer voll ausgereiften, echt mannhaften Persönlichkeit zeugende Buch trägt seine Aufschrift mit schönstem Recht; das ist wohl das beste Lob, das ihm gespendet werden kann. Mit seinem jetzigen köstlichen Bildschmuck von künstlerischen Kopf- und Schlußstücken, vor allem von prachtvollen Aufnahmen zumal aus der herrlichen Gotteswelt, sowie mit den interessanten vier neuen (zu den vorhandenen) Geleitworten, die Bereicherungen an sich bedeuten, kommt es noch gerade recht zum hl. Christfest, von dessen führendem, befreiendem Licht es ein gut Teil in sich birgt. Darum: Glück auf zur weiteren, vielmehr zur denkbar weitesten Wander- und Segensfahrt! E. M. Hamann.

Eusani. Ein Weihnachtsbuch für das deutsche Haus. Herausgegeben von Johannes Hatzfeld. gr. 4° (VIII u. 148 S.) 1921. M.Gladbach, Volksvereins-Verlag. Pr. M 18.—. Ein lieblicheres Weihnachtslieder- und Weihnachtsmusikbuch ist selten erschienen. Es gibt ja so viel auf diesem Gebiet und unter den Weihnachtsliedern selbst so viel sentimentalen Kitsch. In „Eusani" ist das Beste ausgesucht, was deutsche Gemütstiefe und Glaubensinnigkeit im Laufe der Jahrhunderte zum Preis des göttlichen Kindes und der gnadenreichen Krippe ersonnen hat. Was an alten Volksliedern hier sorgfältig ausgesucht ist, hat bei aller Schlichtheit, die dem kindlichen Verständnis entgegenkommt, doch in der musikalischen Begleitung viel gediegenen musikalischen Gehalt, daß auch ein Musiker von Beruf und Können daran seine Freude haben wird. Ein Othegraven, ein Haas, Rüdinger, Lubrich haben ihre Arbeit und Werke dem Buche geliehen. 50 alte Weihnachtslieder in verschiedener Bearbeitung für eine Stimme mit Klavier, für 2 Stimmen mit Klavier, mit Klavier und Flöte, mit Klavier, Violine, Cello und sogar Harmonium, dazu noch einige Stücke für Klavier allein füllen das Buch. An die Spitze möchte ich Othegravens Bearbeitung eines Weihnachtsliedes für Mezzosopran und Baritonsolo, Kinderchor, zwei Violinen, Klavier und Harmonium ad libitum stellen. Es ist ein Werk von besonderem Liebreiz und musikalischer Schönheit. Rüdingers Bearbeitung alter Weihnachtslieder sind bestrickend schön und reihen sich würdig Othegraven an. Es sind die alten Lieder drunter, die ewig neu bleiben und auch neue Weihnachtsmusik. Joseph Haas hat 6 Weihnachtslieder beigesteuert, die zu seinen besten gehören. Walter Girnatis ist modern, aber humorvoll und melodiös. Von alten Liedern gibt Schnippering 3 prächtige Stücke. Fritz Lubrich hat ein inniges Weihnachtspastorale geschrieben. Peter Cornelius unvergänglich schöne Weihnachtslieder und sein herrliches Vaterunser — Zu uns komme dein Reich — eröffnen und bereichern das Buch. In allem, eine der schönsten Weihnachtsgaben, die im deutschen Hause, wo Freude am Weihnachtsliede lebt, unterm Christbaum liegen kann. Dr. Hans Eisele.

Wilhelm Popp: „Ringel-Reihe." Verse. Mit zahlreichen vierfarbigen Originalsteinzeichnungen von Lily Wießner-Zilcher. Nürnberg, Lorenz Spindler Verlag. Pr. geb. —.— M. Selten sah ich ein „neuestes" Büchlein für unsere schon innerlich aufmerkenden Kleinen, das es mir alsbald, fast auf den ersten Blick, so „anzutun" vermochte. Die Bilder haben fröhlich-veranschaulichende Anziehungskraft, aber das weitaus Schönste sind die Verse. So sangbar ist alles, und alles so leicht eingehend in das kindliche Verständnis. Die Melodie scheint schon mit dem Rhythmus gegeben. Man sieht und hört zugleich Bilder und Klänge mit den lichten, klaren Worten. Auch vom Leben der gereifteren Seele spielt, hie und da, ein Ahnen zu dem lauschenden Seelchen



hinüber. Kurz und gut: Ein Dichter und liebender Kinderfreund schrieb das Buch — und soll uns noch manche schreiben. E. M. Hamann.

Ein Krippenspiel nach alten Spielen und Weisen, insbesondere aus Schlesien, zusammengestellt von Klemenz Neumann. (Deutsches Quickbornhaus Burg Rothenfels a. M.) ℳ 3.60. — Ein Weihnachtsspiel, das jedes Jahr aufs neue in jeder Gemeinde, ob Stadt oder Dorf, aufgeführt werden sollte; denn nachdrücklicher kann man dem christlichen Volke das heilige Weihnachtsgeheimnis nicht zu Gemüte führen. Ein Vorzug dieser Ausgabe besteht darin, daß die Lieder in Noten, manche in besonderer Bearbeitung für Geigen, beigegeben sind. Junges Volk, greif danach!

Die Sparsamkeit. Von **Therese Kal.** Preisgekrönt vom österr. Volksschriftenverein. Neu herausgegeben von K. W. Friedrich=Mergentheim, Karl Ohlinger. Pr. geb. 3.20 ℳ. — Ein älteres, längere Zeit vergriffenes Buch in neuer, zeitgemäßer Ausgabe! Man kann es nicht genug empfehlen, verbreiten. Die drei Hauptteile des schmucken, billigen Bändchens haben als Hauptthemen: Allgemeines über die Sparsamkeit; Uebung der Sparsamkeit; Segen der Sparsamkeit. Das Wort des zweiten Herausgebers flammt dem Ganzen vor: „Unermüdliche Arbeitsamkeit, zielbewußte Sparsamkeit werden die unterlegenen Völker wieder an die Oberschicht bringen und den Einzelmenschen auf Höhenwege leiten." E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Beethoven. Der 150. Geburtstag Beethovens wurde fast überall in deutschen Landen durch Konzerte und Aufführungen des „Fidelio" gefeiert; wir dürfen es mit Genugtuung sagen, daß die Stätten, da man den Schöpfungen des großen Meisters eine würdige Wiedergabe zu bereiten vermag, groß ist, aber es wäre vielen erwünscht gewesen, daß das Gedenken des großen Genius nicht auf das Musikpublikum beschränkt geblieben wäre, daß, wie unzeitgemäß Feste jetzt auch sein mögen, eine Feier großen Stiles wenigstens symbolisch dargetan hätte, wie das ganze Volk ungeachtet seiner politischen Zerrissenheit sich wenigstens einig weiß in der Verehrung seiner größten Genien. Auch hätte man durch entsprechende Schulferien die Jugend auf unseren unverlierbaren, geistigen Kulturbesitz hinweisen sollen. Das ist in den deutschen Ländern leider nur vereinzelt geschehen. Wie die meisten großen Opernbühnen bot das Nationaltheater in München unter Walters Führung den „Fidelio", der mit Berta Morena und Frl. Ivogün, Otto Wolf, Bender, Brodersen, Seydel bei ausverkauftem Hause gegeben wurde. Es ist erfreulich, wenn eine Repertoireoper ohne Erneuerung von Grund auf zur Festoper werden kann. Auch das Abonnementkonzert des Konzertvereins mit Edwin Fischer als ausgezeichneten Solisten stand unter Hauseggers hinreißender Führung im Zeichen des Meisters. Auch hier ward die Fähigkeit unseres Publikums zum geistigen Miterleben in schönstem Maße spürbar. Bei der großen Umschichtung, die die letzten Jahre in den Kreis unserer Kunstgenießenden gebracht haben, ist dies immerhin erfreulich zu vermelden. Als eine gute Beethovensängerin erwies sich Agnes Leydenius aus Berlin, die ein sehr schönes, in der Tiefe und Mittellage ganz bestechend geschultes Organ besitzt und in der Wiedergabe Stilsicherheit und warmes Empfinden zeigt. Sehr selten gehörte — Beethovenwerke bot die Münchener Bläservereinigung — so ein Trio für zwei Oboen und Englisch Horn über ein Mozartsches Thema, sowie das Sextett op. 71 und das Oktett op. 103 in einer durchaus vollendeten Wiedergabe. Eine Feier in der Akademie mit einer Gedächtnisrede Waltershausens wird noch folgen. — Beethovenausstellungen veranstalteten in Berlin die Preußische Staatsbibliothek und in Frankfurt die Mannskopfsche Privatsammlung.

Residenztheater. Bei leider nicht sehr stark besetztem Hause spielte man zum ersten Male „Das Gotteskind", ein Weihnachtsspiel (das der Sternsinger beginnt und die drei Freudigen beschließen). Nach alten deutschen Volks-Spielen und Liedern von E. A. Hermann. Diese sehr fein nachgebildeten Szenen einer herzlichen, naiven Volkskunst fanden unter Basils Leitung eine Wiedergabe die in der stilsicheren Durchführung sehr erfreulich waren und in der bildmäßigen Wiedergabe entzückten. Der Sternsinger — ein Prologsprecher — beginnt und grüßet; er neiget sich grüßend vor Gott, dem Herrn, er grüßet — wie uns dies heute berührt! — auch den Kaiser, bevor er sich an die wendet, die zu dem Spiele gekommen sind, in dessen Sinn er einführt. Das folgende erste Bild zeigt Gott umgeben von den Engeln, wie er beschließt, Gabriel auf die Erde zu senden, damit er Maria seinen Ratschluß verkünde, in der schlichten, altmeisterlichen Naivetät der Sprache und der von Opernpomp sich glücklich fernhaltenden Darstellung machte die Szene, der man nichts von „Theater" anmerken darf, starken Eindruck, desgleichen geriet die Verkündigung Maria, für die Berta Neuhoff einen Ton verhaltener Innigkeit fand. Die nächste Szene zeigen Maria und Joseph mit dem Kindlein, Herberg suchend. Die komische Figur des sich vor seiner bösen Frau fürchtenden Wirtes nimmt für unseren heutigen Geschmack einen zu breiten Raum ein, insbesondere bei der Jugend, die bei diesen und anderen Humorista so laut auflachte, ist zu befürchten, daß die Stimmung zerriß und die poetischen Schönheiten nicht so fühlbar wurden, wie die drastischen Bagatellen. Von einem wundersam feinen Reiz war die Krippenszene. Das Oechslein und das Eselein sprechend einzuführen, ist ein Versuch, der nicht mehr recht gelingt. Schön waren die Erscheinung des Engels bei den Hirten auf dem Felde und die mit einem kernigen Humor gesehenen Könige aus dem Morgenlande. Es folgt eine Szene des Herodes, sie beginnt tragisch und endet grotesk. Belial, der Teufel, stößt den zitternden Judenkönig in den Höllenrachen. Am reinsten kommt die Poesie zu ihrem Rechte in dem Bilde „Könige, Hirten und alles Volk der Menschen beten das Kindlein an und singen". Es folgt der Epilog. Die drei freudigen Engel Gottes sagen den Abschied und fahren gen Himmel. Die großen Schönheiten der Wiedergabe haben wohl nur die Großen ganz erfaßt; den Kindern war wohl manches nicht stark genug an Durchschlagskraft, wie sollten sie die Feinheiten des „Retrospektiven" genießen können. Die Vorstellung war als auch für Kinder geeignet angekündigt, das Publikum hatte sie als „auch für Erwachsene" geeignet gehalten und so war der Besuch zu überwiegend von Kindern, die das Mäulchen nicht halten können, so daß nicht alle Feinheiten ganz nach Verdienst gewürdigt wurden.

Neues Operettentheater. „Das Modell" ist eine der letzten Operetten Franz von Suppés, des an wienerischer musikalischer Kultur künstlerisch erstarkten Dalmatiners. Eine Ouvertüre von Esprit und Laune, hübsche Melodien, die frisch hervorsprudeln, sind sehr fein und flott instrumentiert, man freut sich der leichten Hand, die derbe Wirkungen meidet; so unterhält der Dreiakter, obwohl die dünne Handlung nicht sonderlich fesselt. Boehes Leitung der Ouvertüre, die sehr hübschen Stimmen von Hans Schmitt und Medy Schulte, die den sonstigen guten Durchschnitt überragen, gaben rein musikalisch Besseres, als man oft an großen Operettenbühnen hört.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Die Börsenlage ist weiterhin durch eine Geschäftsunlust bestimmt. Die börsenlosen Weihnachtstage und der nahende Jahresschluss geben wohl bei vielen zu Glattstellungen Anlass. Eine Minderung des Effektenbestandes vor Jahresende mag aus steuerlichen Gründen da und dort erstrebenswert erscheinen. Auch tritt in Börsenkreisen die Meinung auf, dass bei Einziehung des Reichsnotopfers und im Falle einer Zwangsanleihe doch recht viele Kreise sich genötigt sehen werden, sich durch Abstossung von Wertpapieren Barmittel zu verschaffen. Die Aussichten für eine Zwangsanleihe sind übrigens geringer geworden. Der Reichsfinanzminister besteht darauf, dass eine Verminderung der schwebenden Schuld durch eine beschleunigte Einziehung des Notopfers, wie sie sein Entwurf vorsieht, zuerst durchberaten wird. Dass in dem Reichstagsausschuss eine Milderung des Einkommensteuergesetzes vorliegt, wird optimistisch beurteilt. — Die Weltkrise und der starke Sturz der Warenpreise in allen Teilen der Welt, die für unseren Export in Frage kommen, müssen unsere Ausfuhr verringern und gleichzeitig die ausländische Konkurrenz im Inlande stärken. Ungesund an der Börse erscheint seit einiger Zeit der Umstand, dass jede Besserung des Markkurses die Spekulation verstimmt, weil sie von einem Rückgang der auswärtigen Devisen, in denen das Börsenspiel immer noch stark arbeitet, auch eine Ermattung der Effektenkurse befürchtet. Auch als unlängst der Notenumlauf der Reichsbank erfreulicherweise einen Rückgang verzeichnete, wirkte dies günstige Zeichen abflauend, weil auch hier die Spekulation eine Steigerung der Mark befürchtete. Greller kann die ausserordentliche Lage nicht beurteilt werden, als wenn die Interessen des „Spieles" ausschlaggebender sind, als wirtschaftliche Grundlagen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich recht eindringlich vor der Meinung warnen, dass das Geld nur so auf der Strasse liegt und der kleine Rentner, der Beamte mit der durch die Teuerung zu schmal gewordenen Pension, der geistige Arbeiter, der früher durch seine Zinsen das materiell geringe Erträgnis seiner Leistungen zu einem erträglichen Existenzminimum zusammenlegen konnte, nur einiger „Ratschläge" bedürften, um sich durch den leichten Gewinn an der Börse „erholen" zu können. Es ist dies, wenn auch unter veränderten Begleitumständen, eine uralte Erscheinung. Sie tritt aber regelmässig dann

besonders stark hervor, wenn die grossen Gewinne gemacht sind, dann kommen die kleinen Leute und — verlieren. Immer noch gilt die Anekdote von dem kleinen Frankfurter Juden, der durch Bestechung erfuhr, was der grosse Rotschild kauft und was er verkauft, und er kauft und verkauft nach seinen kleinen Mitteln das gleiche; aber er verliert immer und der andere gewinnt. Ich muss es hundertmal sagen und schreiben, aber die Leute glauben einem nicht, dass man ihnen nichts „raten" kann, wo man doch „dabei" ist. Es kommt ja gelegentlich vor, dass einer durch einen glücklichen Börsenkauf seinen Spargroschen erheblich vermehrt, aber in einer dreissigjährigen Erfahrung haben wir keinen „kleinen Mann" gesehen, der mit der Zeit diesen „Glücksgewinn" nicht wieder verloren hätte und leider oft viel mehr. Mag sein, dass die Grossbanken den Wünschen des kleinen Publikums oft zu interesselos gegenüberstehen, aber sie werden auch nie zu Transaktionen animieren, lediglich der Provision wegen. —

Der Reichsrat stimmte der Novelle zum Börsengesetz zu. Darnach wird der offizielle börsenmässige Terminhandel in Devisen zugelassen. Gegen Ansprüche aus Börsentermingeschäften in Waren oder Wertpapieren, welche zum Börsenhandel zugelassen sind, kann ein Differenzeinwand nicht erhoben werden.

Die Konzentrierungstendenzen, welche aus der Notwendigkeit grösster Leistung bei sparsamster Wirtschaft in Deutschland erwachsen, traten in dieser Woche wiederum durch die Verbindung, die zwei Münchener Grossbanken zueinander eingingen, zutage. Es handelt sich um zwei Institute des für Bayern eigentümlichen „gemischten Systems", welche also sowohl das „Hypotheken-, als auch das Kreditgeschäft pflegen, die Bayerische Handelsbank und die Bayerische Vereinsbank, die Handelsbank überträgt ihre Bankabteilung und Filialen mit Ausnahme ihrer Bodenkreditabteilung auf die Vereinsbank, die ihr 72 Millionen betragendes Aktienkapital entsprechend erhöht. Die Handelsbank erhält den Gegenwert ihres Aktienkapitales und ihrer Rücklagen in Aktien der Vereinsbank. Den Aktionären der Handelsbank wird der Umtausch ihrer Aktien in Vereinsbankaktien im Verhältnis zu 1:1 angeboten. Die Handelsbank wird nur noch das Hypothekengeschäft betreiben, die Vereinsbank das Bankgeschäft beider Banken und ihr früheres Hypothekengeschäft. Die Erträgnisse werden alljährlich zusammengeworfen und im Verhältnis der Aktienkapitalien verteilt. Ein starker Wettbewerb, der sich u. a. auch in der Gründung sehr zahlreicher Filialen an kleinen Orten äusserte, hat hier sein Ende gefunden. Möglicherweise tritt dieser neue Bankverband auch in wirksamere Konkurrenz gegen die grossen norddeutschen Banken, die in Bayern eine reiche Arbeitstätigkeit entwickeln. Es ist sicher, dass die Generalversammlungen den Vorschlägen der Bankleitungen zustimmen werden. Ein neues grosses Bankunternehmen, dem Herr Erzberger nahestehen soll, wird in Hamburg errichtet. An der Spitze steht Herr Wilh. Cohn vom Hause Alexander Carlebach & Co. Den Posten des zweiten Direktors erhielt der aus dem Finanzministerium ausscheidende Staatssekretär Mösle. Der Meldung, dass besonders die Verwalter katholischer Stiftungen an dem neuen Unternehmen beteiligt seien, wird von dem Münchener Zentrumsorgan („Bayer. Kurier") bestritten. Ein Teil des Aktienkapitals soll von der stark mit ausländischem Geld arbeitenden Allgemeinen Depositenbank in Wien übernommen werden. Die „Frankf. Ztg." erfährt, dass das Aktienkapital mindestens 25 Mill. Mark, unter Umständen 100 Mill. Mark betragen werde. — Die Generalversammlung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg genehmigte den Gemeinschaftsvertrag mit der Gutehoffnungshütte. Die „sinnreichen" Massnahmen der Entente, so führte der Aufsichtsratsvorsitzende Frhr. v. Cramer-Klett u. a. aus, haben Deutschlands Eisenproduktion um etwa 17 Millionen Tonnen reduziert. Diejenigen Werke der Fertigindustrie, welche keine Rohmaterialien besässen, könnten daher, wenn irgendeine Enge in den Rohmaterialien eintrete, von einem Augenblicke zum anderen in die Lage versetzt werden, ohne Kohle und Eisen dazustehen. Schon seit einem halben Jahrhundert habe man sich in der M. A. N. mit dem Gedanken befasst, sich ein Rohstoffwerk zu sichern. Heute ist die Ausführung zur Notwendigkeit geworden. Der Antrag der Gutehoffnungshütte erschien am vorteilhaftesten, weil er den Werken die Selbständigkeit und nationale Eigentümlichkeit beliess. Interessant war auch der Hinweis auf das Verhältnis zwischen dem 5,4 Millionen betragenden Reingewinn und den 137 Millionen Aufwendungen für Löhne und Gehälter. Im weiteren Verlaufe seiner Rede betonte der Vorsitzende, dass diese vertikale Orientierung der Industrie nicht allein von wirtschaftlicher Bedeutung sei, sondern auch von politischer. Durch starke wirtschaftliche Verbindung werde die von der Entente begünstigte Errichtung einer neuen Mainlinie in den Hintergrund gedrängt. Es müsse alles daran gesetzt werden, dass uns dieser letzte Schrecken des Versailler Vertrages erspart bleibe. Ein Teil der Aktionäre hatte ein Zusammengehen mit der Stinnesgruppe gewünscht. Die Generalversammlung bot manch unangenehmen Moment, da die Grenzen der sachlichen Opposition oft verwischt erschienen. Frhr. v. Cramer-Klett stellte mit Bedauern fest, dass die Versammlung ein Bild des deutschen, zerrissenen, politischen Wesens im kleinen zu bieten schien in einer Zeit, da uns das Versailler Diktat eindringlich zur Einigkeit mahnen sollte.

K. Werner.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Bekehrende Liebe im Leben und in der Gründung der Mutter M. Aquinata Lauter. Von P. Hieronymus Wilms, O. P. Kl. 8°. (96 S.), kart. ℳ 5.—. — **Sühnende Liebe** im Leben und in der Gründung der Mutter Dominika Klara Moes. Von P. Hieronymus Wilms O P. 3. Aufl. Kl. 8°. (96 S.), kart. ℳ 5.—. — **Rosenkranzkalender 1921.** 7. Jahrgang des Missionskalenders für die neue deutsche Dominikanermission in China. Herausgegeben von den deutschen Dominikanern. 4° (128 Seiten). ℳ 4.—, mit Porto ℳ 4.60. (A. Laumann, Dülmen i. W.)

Geheimnisse von Erde, Wasser und Luft. Von P. J. B. Baumer C. SS. R. Eine religiös-wissenschaftliche Naturbetrachtung. Mit Titelbild und Abbildungen im Text. 8°. (188 S.) Ungeb. ℳ 12.—, geb. ℳ 16.—. — P. **Christoph Gemeski** S. J.: **Leben des hl. Ignatius von Loyola,** Stifters der Gesellschaft Jesu. 3. Auflage. Von Viktor Kolb. Brosch. ℳ 20.—, geb. ℳ 27.50. (Regensburg, Friedr. Pustet.)

Im Spiegel der Dinge. Von Joseph Rüther. Brosch. ℳ 8.—, geb. ℳ 11.—. — **Einführung in das katholische Glaubensleben.** Mit einem Anhang für Konvertiten. Von † Vikar Hubert Dewald. Herausgeg. von Generalsekretär Hermann Klens. ℳ 12.50. (Paderborn, Bonifacius-Druckerei.)

Deutschlands geistiger Neubau. Ein sozialpädagogisches Schul- und Bildungsprogramm. Von Pfr. Dr. Wilh. Timmen. ℳ 14.—. — **Ordensrecht.** Kurze Zusammenstellung der kirchenrechtlichen Bestimmungen für die Orden und religiösen Kongregationen auf Grund des neuen kirchlichen Gesetzbuches. Von P. Jos. Jansen O. M. J. 2. Aufl. ℳ 12.60 (Paderborn, Ferd. Schöningh.)

Durch deutsche Bergwelten. Ein Wanderbuch von Fritz Mielert. Mit 17 Bildern nach Aufnahmen des Verfassers. Inhalt: Siebengebirge, Eifel, Sauerland, Harz, Teutoburger Wald, Riesengebirge, Thüringer Wald, Rhön, Bayerische Alpen, Schwäbische Alpen, Schwarzwald. — Anhang: Wegweiser für Wanderer. Preis ℳ 15.—. — **Mit deutschen Jungen durch deutsche Lande.** Von Dr. Karl d'Ester. Bücherei für Heimatfreunde, Band 3. Geb. ℳ 7.50. (Gebr. Lensing, Dortmund.)

Kurze Meßandachten für die kirchlichen Zeiten und Feste. Gebete für die Hauptteile der Messe nebst kurzen gemeinschaftlichen Kommunionandachten von P. Soengen S. J. (256 S.) ℳ 6.40. **„Lerne von mir“,** Erwägungen zur praktischen Herz-Jesu-Verehrung nebst einer Betrachtung über das Altarssakrament und die Bedeutung des Herz Jesu-Bildes von Kaplan Heinr. Hegemann. (192 S.) ℳ 6.40. (Butzon & Bercker G. m. b. H., Kevelaer, Rhld.)

Ehrenbuch steirischer Priester. Herausgegeben von Dompropst Dr. Franz Oer. ℳ 5.—. (Graz u. Leipzig, Ulrich Moser.)

Volkshochschule Leohaus im ersten Jahre ihres Bestehens. ℳ 2.50. (Hauptstelle kath.-soz. Vereine Leohaus München, Pestalozzistr. 1.)

Die Bayerische Volkspartei. Ein Handbuch für die Wählerschaft. Von Dr. jur. et rer. pol. Richard Ringelmann. ℳ 8.—. — **Die Aufteilung des Großgrundbesitzes in Bayern.** Von Dr. F. X. Zahnbrecher. ℳ 8.—. (München, Verlag der politischen Zeitfragen.)

Gesammelte Predigten. Von P. Viktor Kolb S. J. ℳ 8.—. — **Vorträge über die Redekunst.** Von Viktor Kolb S. J. ℳ 3.—. (Wien I, Singerstr. 7, Mayer & Co.)

Die neue Schule aus deutschem Geiste. Beitrag zum Ausbau der deutschen Oberschule. Von Dr. phil. Andreas Fehn ℳ 6.—. — **Hegel und der Staat.** Von Franz Rosenzweig. Erster Band: Lebensstationen 1770—1806. Geh. ℳ 20.—, geb. ℳ 24.—. Zweiter Band: Weltepochen 1806—1831 erscheint im Sommer 1920. (R. Oldenbourg, München.)

Die kostbare Perle. Von P. Wendelin Meyer O. F. M. Rosenkranz-Gedanken für Priester. (95 S.) Geb. ℳ 5.—. (Vier Quellen Verlag, Leipzig, Königstr. 3.)

Sozialismus, Soziale Revolution, Sozialer Volksstaat. Von Prof. M. Doeberl. Groß-Oktav. (176 S.) Geh. ℳ 12.—. (München, Verlag der Allgemeinen Zeitung. G. m. b. H.)

Die Versailler Friedensbedingungen. Von Paul Lehn. Lichtbildervortrag mit 58 Darstellungen. Geh. ℳ 3.—. — **Der Massenmord in der rumänischen Gefangenenhölle Sipote.** Von Pfarrer Hans Krieger. ℳ 2.40. (München, J. F. Lehmanns Verlag.)

Beiträge zur Geschichte des Sozialismus und Kommunismus. Von Heinr. Dietzel. — **Das Herz der Weltwirtschaft, die Lombarden-Straße.** Von Walter Bagehot. Je ℳ 12.—. (Essen-Ruhr, G. D. Baedeker.)

Königin des Friedens. Eine zeitgemäße Blütenlese aus Abrahams a Sancta Claras Wallfahrtsbüchlein „Gack, Gack, Gack a Ga“. Von Prof. Dr. Karl Bertsche. Kl. 8°. 139) ℳ 9.—. (M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag G. m. b. H.)

Margareta. Dramatische Szenen aus dem Leben der hl. Margareta M. Alacoque, für die Mädchenbühne zusammengestellt von P. Johann Kalberer S. J. (120 S.) 12°. ℳ 10.—, geb. ℳ 15.—. (Verlag Fel. Rauch, Innsbruck.)

Trösterleid. Gedichte von H. Wehling-Schücking. (112 S.), feiner Geschenkband. ℳ 9.60. (Essen-Ruhr, Neudeutsche Verlagsgesellschaft J. Hoffmann & Co.)

Etwas zum Lachen. Gedichte in pfälzer und hochdeutscher Mundart von Friedrich Lenning 10 Aufl. Illustr. von E. Harburger. 12°. (XVI u. 228 S.) Geb. ℳ 15.—. (Kirchheim & Co., G. m. b. H., Mainz.)

Heidekraut und wilde Rosen. Mariengeschichten für das Volk. Von P. Salesius M. Gaier. ℳ 8.—. — **Der Engel in der Familie.** Von Magdalena Albini-Crosta. ℳ 5.—. — **Marianisches Gebetbuch.** Zur Verehrung der im Gnadenbilde „Mariahilf“ wunderbaren Gottesmutter. ℳ 15.—. (Innsbruck, Mar. Vereinsbuchhandlg.)

„Der Weg zur Seligkeit“, das Gesetz des christlichen Lebens im Geiste wahrer Religion und innerer Einheit. Ein Leitfaden zur klaren natürlichen Erkenntnis des Wortes Gottes für denkende Menschen, alle Gottessucher und Freunde der göttlichen Offenbarung. Von Pfarrer Dr. H. Werner. (232 S.) ℳ 3.60, geb. ℳ 5.60. (E. Abigt, Wiesbaden.)

Die heilige Messe in ihrer Feier. Von Pfarrer Dr. J. Merk. Geb. ℳ 15.— und ℳ 16.50. (Stuttgart, Deutscher Volksverlag.)

Die Novellen von Goethe. Herausgegeben von Heinz Amelung. ℳ 18.— und 24.—. (Essen, W. Girardet.)

Der Weg des Ahasver. Dramatische Dichtung von Max von Mallinckrodt. Brosch. ℳ 7.—, geb. ℳ 11.—. (Bonn a. Rh., P. Hauptmann.)

Deutsche Denkstätten in Italien. Von Robert Kohlrausch. Neue Folge. Bilder von Alfr. R. Pellegrini. — **Der Kampf gegen den Krieg.** Ein Anekdotenbuch vom Frieden. Herausgeg. von Adolf Saager. — **Spionage.** Spione und Spioninnen. Von Wilh. Fischer. (Stuttgart, Robert Lutz.)

Die berühmte Frau. Roman von Marie Diers. Geb. ℳ 20.—. — **Der Pulko** Engelhorns Jahrbüchlein f. 1921. Kart. ℳ 8.—. — **Die Erfüllung aller Wünsche.** Von Orison Swett Marden. Geb. ℳ 16.—. („Lebensbücher“. J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart.)

Gewalt und Gedanke. Eine Untersuchung über deutsche Kriegsschuld und Sühne. Von Dr. M. Kronenberg. ℳ 10.—. (Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.)

„Bücher aus dem Osten“. Band 1: **„Bilder aus Oberschlesien“.** Von Oberkaplan Dr. K. Wilk. 8°. (128 S.) Kart. ℳ 9.—. (Breslau, G. P. Aderholz.)

Einig und ungeteilt. 16 Aufsätze zur Wahrung fideikommissarisch gebundenen Besitzes. Von Dr. Eugen Mack. ℳ 8.—. (Wolfegg, Württbg., Verlag Fürstl. Domanialkanzlei.)

Studien zu Luthers Weltanschauung. Von Richard Wolff. (Bd. 43 der Historischen Bibliothek). Geh. ℳ 10.—. (München, R. Oldenbourg.)

Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus. Von Dr. Ferd. Graf v. Degenfeld-Schonburg. ℳ 35.—. (Tübingen, J. C. B. Mohr.)

Junge Liebe. Eine Lebensfrage vom Eckhard an der Sieg. ℳ 3.—. — **Der Völkerbund und die katholische Internationale.** Von Dr. Max Josef Metzger. ℳ 3.50 (Bochum, H. Potthoff.)

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Eisele, für die Inserate und den Reklameteil: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H.

